Mittheilungen

aus dem

Verein

zur Abwehr des Antisemitismus.

Jahrgang 1896.

Sach-Register 1896.

Die Ziffern bedeuten die Seiten des Jahrgangs.

Orts-Register.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 1. **Berlin, den 4. Januar 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4321. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **F. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Zum Neuen Jahre.

Das politische Leben kennt andere Neujahrsüberraschungen als das private. Auf manchem Tisch liegen am Neujahrsmorgen zierliche Karten, durch welche zärtliche Sympathie einander erfreut. So poetisch ist die Politik nicht. Noch weniger, wenn es sich um den — Antisemitismus handelt.

Daß Hammerstein gefangen, ist eine Ueberraschung an der Jahreswende. Vor genau einem Jahre war es, da saß Hans Leuß auf der Anklagebank und drei Jahre Zuchthaus waren der Lohn für seinen Meineid. Aber diese beiden Männer stehen nicht allein. Man könnte Jahr um Jahr zurückgehen, und oft wird sich da und dort der moralische Bankerott eines Führers nachweisen lassen. Und wenn der conservativ-antisemitische Redacteur A. Röder jüngst das bemerkenswerthe Geständniß machte, daß jetzt nachgerade jeder Lump Antisemit sei, so wird die Umkehrung dieses Satzes durch die sittliche Haltung der Führer nicht zurückgewiesen.

An achtzehn Jahre schon fluthet die antisemitische Welle über Deutschland, bald mit stärkerem Wogenschlag, bald mit geringerem. Wo sind die Männer, die die Wellen emporgehoben haben?

Ein Wilhelm Marr sucht am Abend seines Lebens Frieden mit der Welt. Seine „Memoiren" harren vergebens der Veröffentlichung und schärfere Worte über die Geschäftsantisemiten sind kaum aus dem Munde eines Gegners gekommen. Dr. Bernhard Förster begnügte sich nicht mit den Phrasen des Antisemitismus, sondern ging nach Südamerika, um dort ein Neu-Germanien zu gründen. Ueber seine Gebeine weht der Wind von Paraguay und seine Gefährten sind verdorben, gestorben. Dr. Ernst Henrici hat sich von der antisemitischen Bewegung zurückgezogen, seitdem er in Afrika wissenschaftlich arbeiten gelernt hat. Stöcker kennt zwar noch die ganzen Register der abgenutzten antisemitischen Schlagworte, aber sein Ton hat keine Farbe, seine Rede keinen Widerhall mehr. Wie bald, und auch er liegt „auf der Strecke", erschlagen durch seine Doppelzüngigkeit und Unehrlichkeit. Wo ist Cremer geblieben? Der wandelbare Herr hat der antisemitischen Bewegung den Rücken gekehrt, seitdem sie aufhörte, ihm eine melkende Kuh zu sein.

In den achtziger Jahren erhielt die antisemitische Bewegung neue Nahrung durch Dr. Böckel. Aber aus dem einstigen hessischen „Bauernkönig" ist ein Lumpen-Ahlwardt geworden, ein Mann, der wohl weiß, daß alle Stiche, die er davongetragen, von gut arisch-antisemitischen Dolchen herrühren, ein armer Teufel, der sich von einem Manne wie dem Gastwirth Bodek wie ein Schuhputzer behandeln lassen muß.

Wohl steht noch Herr Zimmermann da, dessen geistige Physiognomie ihn kaum zu einem Schriftsteller niederer Gattung stempelt, noch lebt sein Busenfreund (oder Feind), der Gehülfe der Junker vom Bunde der Landwirthe Liebermann v. Sonnenberg, der von seinen fünf bis sechs Reden lebt wie ein Phonograph von den Worten, die er herunterrasseln muß, aber diese beiden subalternen Köpfe können eine Partei nicht führen. Dauerredner sind noch keine Führer. Und wo ist ihre Gefolgschaft hin? Diese Pickenbach, Wald u. s. f. Ahlwardt, dessen Name gar auf Cigarren geprangt hat, war einst bei 20 Pf. Entrée eine Berühmtheit. Jetzt nimmt er in Amerika 2 Mark Entrée, wie ein richtiger Circusclown.

Eine Bewegung, deren Führer in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht intacte Persönlichkeiten sind, muß im Kerne faul sein und die vereinzelten Wahlerfolge, welche die Antisemiten auch im verflossenen Jahre erzielt haben, können darüber nicht hinwegtäuschen. Einer Partei, die von Idealen und klaren Ideen geleitet wird, entstehen naturgemäß Führer, die von diesen Idealen getragen werden. Die antisemitische Partei hat die traurigsten Führer gehabt; zwischen Don Quixote und Herostrat liegt zwar eine lange Reihe menschlich kleiner und lächerlicher Individuen; die antisemitische Partei mit ihren Führern kann aber für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, diese Reihe hübsch und erstaunlich dargestellt zu haben. Nur mit einem Unterschiede. An Don Quixote, dem Ritter von der traurigen Gestalt, ergötzt sich noch Jung und Alt, und auch Hero-

strat, den wahnsinnigen Narren, der den Tempel zu Ephesus angezündet hat, bewahrt die Culturgeschichte getreulich.

Wie viele Neujahrstage werden noch kommen und die Geschichte unserer Zeit weiß von den Namen der anti-semitischen Führer nichts!

Die Verhaftung des Frhrn. v. Hammerstein

leitet den Schlußact in dem Drama ein, welches seit Monaten in so hervorragendem Maaße die öffentliche Meinung im Deutschen Reiche und darüber hinaus beschäftigt. Was man kaum noch zu hoffen wagte, ist eingetroffen: Frhr. v. Hammerstein, den man als verschollen ansah aber von dem man doch annahm, daß er sich in einem entfernten Erdenwinkel verbor en halte, ist in der Hauptstadt Griechenlands, wo er nach vorangegangenen Irrfahrten durch Tirol, Korfu und Sizilien seit zwei Monaten unter falschem Namen Aufenthalt genommen hatte, erkannt worden. Er wurde ausgewiesen, auf ein nach Brindisi bestimmtes Postschiff gebracht und dort verhaftet; nach Erledigung der nöthigen Formalitäten wird auf Grund des deutschitalienischen Vertrages seine Auslieferung an Deutschland erfolgen. Binnen Kurzem trifft der Verbrecher in Berlin ein, der langjährigen Stätte seiner verhängnißvollen Wirksamkeit und im Gerichtssaale wird sich ein Prozeß abspielen, der nicht blos in der Criminalgeschichte einen wichtigen Platz einnimmt, sondern auch eine eminente politische Bedeutung besitzt.

Alle Welt beglückwünscht unsere Behörden, daß es ihrer Wachsamkeit und Energie gelungen ist, den gewiegten Gauner ausfindig zu machen und den Armen der Gerechtigkeit zu überliefern. Die schwere Schuld wird gesühnt und über verschiedene, bisher dunkel gebliebene Dinge, insbesondere das Gebahren des Kreuzzeitungscomités und anderer angesehener conservativer Parteimänner, Licht verbreitet werden. Freilich hängt das zum Theil von dem Verhalten Hammersteins auf der Anklagebank ab. Wird er es für zweckmäßig halten, seine ehemaligen politischen Freunde bloszustellen oder zu schonen? —

Auch Diejenigen, welche vielleicht Ursache haben könnten, etwaige mit dem bevorstehend n Prozeß verbundene Enthüllungen zu fürchten, sind so klug, mit ihren Empfindungen nicht hervorzutreten und sich mit der allgemein herrschenden Befriedigung über die Festnahme Hammersteins in Gegensatz zu bringen. Nur vereinzelte Fanatiker machen aus ihrem Unmuth kein Hehl. Das Stöckersche „Volk" meint unwirsch, den Juden habe kein angenehmeres Weihnachtsgeschenk bescheert werden können, und nörgelt herum an der Hammerstein zu Theil gewordenen Behandlung, spricht hypothetisch von illoyalen Mitteln und wirft die Frage auf, in wessen Auftrage der Criminalcommissar Wolff in Athen auf Hammerstein gefahndet habe. Das soll am Ende heißen, daß die Juden ihn gedungen haben! Thatsächlich sind aber die Ermittelungen und die Verhaftung Hammersteins von unserer Justizbehörde unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes veranlaßt worden und der Minister des Innern hat den Criminalcommissar Wolff den Justizbehörden zur Verfügung gestellt. Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirthe, erblickt in der Ausweisung Hammersteins gar eine Verletzung des Völkerrechts, Seitens der griechischen Regierung. Zutreffend ist dem Blatte erwidert worden, daß mit dem Völkerrecht der Vorgang gar nichts zu schaffen habe. Wenn ein Auslieferungsvertrag bestehe, so sei die Regierung, die ihn abgeschlossen hat, verpflichtet, in den darin vorgesehenen Fällen auszuliefern; bestehe kein Vertrag, so sei sie trotzdem berechtigt, gegen ausländische Verbrecher alle Maßnahmen zu ergreifen oder zuzulassen, die ihr angemessen scheinen und die nicht gegen ihre Landesgesetze verstoßen. Die Sitte civilisirter Länder verbiete, von dieser Befugniß einen Gebrauch zu machen, durch welchen politische Flüchtlinge in die Gewalt derjenigen Regierung gebracht würden, der sie sich entziehen wollten; eine ganz neue Entdeckung aber sei, daß dies auch für Betrüger und Urkundenfälscher zu gelten habe. Daß solche Leute der Strafe nicht entgehen, sei ein gemeinsames Interesse aller Culturländer.

Es ist höchst bezeichnend, daß in der deutschen Presse die genannten antisemitischen Blätter, denen sich in gewissem Sinne noch die „Staatsbürgerztg." zugesellt, die einzigen sind, welche über einen Mangel an Rücksichtnahme resp. über Anwendung unzulässiger Mittel gegenüber Hammerstein sich beklagen!

Den Antisemiten ist der Fall Fritz Friedmann sehr gelegen gekommen, um ihn gegen die Liberalen und Juden auszuspielen und ihn auf eine Stufe mit dem Fall Hammerstein zu stellen. Nichts Verkehrteres kann es geben. Der Rechtsanwalt Friedmann ist ein durch und durch liederliches Subject ohne sittlichen Halt, ein Spieler von Profession, der, um seinen Leidenschaften zu fröhnen, wie sich jetzt herausstellt, schließlich vor Wechselfälschungen und anderen Verbrechen nicht zurückschreckte. Wie er mit Vorliebe mit Dirnen verkehrte, so hat er auch in Gesellschaft einer Dirne das Weite gesucht, um sich dem irdischen Richter zu entziehen. Seine hohe Begabung als Vertheidiger kann uns um so weniger für ihn günstiger stimmen, als er diese in den Dienst auch der schlechtesten Sache stellte. Nichts ist bekannt geworden, was uns veranlassen könnte, für mildernde Umstände zu plaidiren, und man kann nur wünschen, daß es gelingen möge, des Schurken habhaft zu werden und der verdienten Strafe zu überantworten. Wenn manche Kreise, trotzdem das Treiben Friedmanns seit Jahren ein öffentliches Geheimniß und ein öffentliches Aergerniß war, ihn nicht längst von sich stießen, so ist das sehr zu bedauern. Der Fall Friedmann ist typisch für gewisse Gesellschaftskreise, bildet aber keine Analogie zu der Affaire Hammerstein. Beide Männer sind Verbrechergestalten aus den höheren Stän en; beide haben ein großes Maß von Schul auf sich geladen. Der Fall Friedmann entbehrt aber des politischen Interesses. Wenn dieser Rechtsanwa't einmal freisinniger Wahlmann oder Vorsitzender eines freisinnigen Vereins war, so kann da doch seines Affaire nicht zu einer politischen stempeln.

Wie ganz anders steht es mit dem Frhrn. v. Hammerstein! Er, der angesehene und gefürchtete conservative Parteiführer, Parlamentarier und Leiter des bedeutendsten Parteiorgans, der Vorkämpfer für Religion, Sitte und Ordnung, eine Säule der antisemitischen Bewegung entlarvt als gemeiner Verbrecher! Das mußte mit Recht das größte Aufsehen erregen.

Und was für Folgen hat der Fall Hammerstein nicht schon bisher gehabt! Die conservative Partei in der Zersetzung begriffen, Herr Stöcker, der Busenfreund des Freiherrn, in seiner Stellung bedenklich erschüttert, die conservative Partei ihrer ersten Stützen beraubt. Ist das alles nicht dazu angethan, dem Sturz des einst so mächtigen Mannes die größte Tragweite beizumessen? Und ist es nicht mehr als naiv, die Affaire Friedmann in demselben Athemzuge zu nennen? —

Herr Stöcker protestirt wieder einmal gegen die Zusammenkoppellung seines Namens mit dem Hammersteins; die gerichtliche Verhandlung werde, so meint das „Volk", die verleumderischen Verdächtigungen der Preßmeute zum Schweigen bringen. — Wir sagen: Abwarten!

In ehrlichen conservativen Kreisen, als deren Dolmetsch der „Reichsbote" anzusehen ist, setzt man sich über den Fall Hammerstein nicht mit öden Schimpfereien hinweg, sondern ist der Ansicht, daß die conservative Partei alle Ursache habe, die Sache sehr ernst zu nehmen. —

Die Juden auf dem Schlachtfelde.*)

II.

Verwundete und Todte.

Nachdem wir bereits im vorigen Jahrgang in unseren „Mittheilungen“ eine Liste derjenigen jüdischen Krieger veröffentlicht haben, die mii dem Eisernen Kreuz oder mii gleichwerthigen Ordensauszeichnungen bedacht worden sind, geben wir nachstehend eine Liste der in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 gefallenen oder verwundeten jüdischen Krieger. Wir erblicken in der Tapferkeit, die das Vaterland mii Orden auszuzeichnen pflegt, kein besonderes Verdienst, sondern nur die brave Erfüllung einer Pflichi, und auch der Tod für den heimischen Herd, für Kaiser und Reich erscheint uns auch nur als die Erfüllung einer Pflicht. Deshald würde es uns widerstrebt haben, sowohl die erste Liste wie die nachstehenden Namen zu verzeichnen, wir häiten uns einfach mit der Angabe einer Ziffer begnügen können. Aber der Hohn der Antisemiten, der nichi an die Existenz jüdischer, iapferer Soldaten glauben will, kann nur dadurch abgewehrt werden daß man ihm thaisächliche Angaben entgegenhäli.

Und so möge die Liste der braven jüdischen Männer, die für Reich und Thron geblutei haben und gefallen sind, dazu beiiragen, die häßlichen Gegensätze innerhald unseres Vaierlandes auszugleichen. Zu den vielen Erinnerungen, die man in den letzien Monaien in Gestalt von Guirlanden um Kriegerdenkmale gewunden und in iausende von Kränzen auf die Gräber der Gefallenen gelegt, sei die Erinnerung an die nachstehenden jüdischen Krieger auch ein bescheidener Beitrag.

Aronheim, Benjamin, Jäger, Wörth, Schuß in den rechten Fuß, aus Ober-Sitzkow.
Abramowski, Michael, Musk., J.-R. 44, Metz, Schuß in die Schulter, aus Hansdorf.
Abraham, Füs., J.-R. 77, Saarbrücken, Schuß in die Schulter, aus Neuenahr.
Abrahum, Samuel, Musk., J.-R. 48, Thionville, Schuß in den Kopf, aus Rohrbeck.
Abraham, A., Füs., J.-R, 58, Wörth, todt, aus Santop.
Abraham, F., Füs., J.-R. 24, Thionville, schwer verw. aus Drenzig.
Abraham, Ab., Gefr., J.-R. 60, Gravelotte, Schuß in den Rücken, aus Berlin.
Arnheim, Gottlieb, Füs., J.-R. 33, Gravelotte, 2 Schüsse in den Arm, 1 ins Bein, aus Momitten.
Abrahamson, Adolph, Füs., J.-R. 20, Mars la Tour, todt, aus Schwerin.
Abraham, Louis, J.-R. 54, 70 leicht verw., aus Ladischi i.
Abraham, Moritz, 70, gefnllen, aus Crone a. B.
Alexander, Moses, Unteroff., 70 verwundet, aus Köln.
Adler, Emanuel, 66, verwundet, aus Urfpringen.
Adler, Jacob, Unteroff., Landw.-Reg. 74, 70 gefallen, aus Hohnhorst.
Abraham, Abraham, J.-R. 48, 2. Comp., bei Vionville gefallen, aus Neuwedell.
Aach, Marcus, Hus.-R. 9, 70 verwunvet, aus Trier.
Adler, Leo, 70 Schuß in den linken Oberarm, aus Rüsselsheim.
Aron, Aron, J.-R. 32. 66, 25. Juli bei Helmstedt Schuß in den rechten Oberarm, aus Düsseldorf.
Boschwitz, B., 66 gefallen, aus Tilchne.
Berliner, Jacob, J.-R. 76, 70-71 verwundet, aus Hannover.
Bär, Meyer, 70-71 gefallen, aus Leihgarten.
Behrens, J.-R. 16, Gravelotte, gefallen, aus Gesecke.
Baisinger, Marx, 70 verwundet, aus Mühringen.
Bayer, Heinrich, Lieutenant, J.-R. 10, Orleans. gef., aus Nürnberg.
Buchler, Metz, gefallen, aus Osterode a. H.
Biermann, Benj., J.-R. 32, 70 verwundet, aus Wanfried.
Bacharach, Kallmann, 70 verwundet, aus Mansbach
Busch, David, 70-71 gefallen, aus Grenzhausen.
Bamberg, Freiwilliger, Kaiser Alex.-R., Gravelotte, Schuß in den Arm, aus Berlin.
Bloch, Isak, Douay, gefallen, aus Sulzburg.
Baum, Nathan, 70 (27. 12.) schwer verwundet, aus Westpreußen.
Behrendt, Siegfried, 70-71, Metz, gefallen. aus Mainz.
Born, Jakob, Musk., J.-R. 32, Wörth, vermißt, aus Roth, Kr. Gelnhausen.
Binias, Simon, Musk., J.-R. 50, Wörth, Schuß in den Arm, aus Simmenau.
Beer, Julius, Füs., J.-R. 50, Wörth, Schuß in den Unterleid, aus Grünberg.
Beer, Hermann, Füs., J.-R: 50, Wörth, Schuß in den rechten Fuß, aus Brockendorf.
Behrend, Jakob, Musk.. J.-R. 74, Saarbrücken. todt, aus Rodenberg.
Bamberger, Jacob, Füs., J.-R. 40, Saarbrücken, Schuß ins Gesicht, aus Nahollenbach.
Blum, Louis, Musk. J.-R. 83, Wörth, verwundet. aus Beckelsheim.
Benjamin, Moritz, Gren., Gren.-R. 6, Wörth, Schuß in den Oberschenkel, aus Kempen.
Berliner, W., Unteroff., J.-R. 37, Wörth, leicht verw., aus Leobschütz.
Baumann, Joseph, Füs., Füs.-R. 35, Thionville, Streifschuß am Kopf, aus Berlin.
Block, Emil, Musk., J.-R. 48, Thionville, Streifschuß am Hals, aus Berlin.
Brauer, Samuel. Füs., J.-R. 59, Weißenburg, schwer verwundet, aus Bojanowo.
Braun, Jakob, Füs., J.-R. 58, Wörth, Schuß in die rechte Seite, aus Gladni.
Bamberg, H., Füs., J.-R. 24, Thionville, Schuß in den Arm, aus Wittenberge
Baumaan, Julius, Füs., J.-R. 60, Gravelotte, todt, aus Neustadt a. W.
Bluhm, Salamon, J.-R. 61, Königgrätz, verwundet, aus Konitz.
Behrendt, Alfred, Unteroff., 70, gefallen, aus Stuhm.
Behrendt. Alex, Königgrätz, gefallen, aus Saalfeld.
Blankenstein, Elias, J.-R. 24, Vionville, gefallen, aus Lenzen.
Brumm, Hermann, Gefr., J.-R. 59, 70 Schuß durch die Brust, aus Neustadt a. W.
Dr. Borchert, Ludwig. Unteroff. später Lieutenant, 3. Garde Gren. Kön. Elisabeth, Gravelotte, verwundet, aus Breslau.
Beerwalde, Julius, J.-R. 61, 66 schwer verwundet, aus Krojanke.
Burgzimmer, Sali, J.-R. 55, bei Metz gefallen, aus Haustenbeck.
Baumgarten, Louis, J.-R. 67, bei Belfort tödtlich verwundet, im Lazareth gestorben, aus Sülzhagen.
Braunstein, Simon, 70 verwundet, aus Bocken i. W.
Behrendt, Siegfried, Ostpr. Jäger-Bat. 1, bei Metz gefallen, aus Marienwerder.
Belmonte, Jaques, bei Metz verwundet, aus Hamburg.
Benjamin, Wilhelm, 70, mehrfach verwundet, in Aachen.
Bartenstein, Moritz, J.-R. 23, 66 gefallen auf dem Marsch nach Königgrätz, aus Tryneck bei Gleiwitz.
Büchler, Gottlieb, bei Mars la Tour gefallen, aus Osterode i. H.
Behrend, A., Einj. Freiw., J.-R. 16, bei Mars la Tour verwundet, in Pont à Mousson gestorben, aus Rodenberg.
Benjamin, Hermann, J.-R. 83, 70 verwundet, aus Hannover.
Biram, Gr.-R. 7, bei Wörth gefallen, aus Liegnitz.
Barschall, Emil, Gefr., Gr.-R. 7, bei Weißenburg verw., aus Liegnitz.
Caspari, H., Dragoner, Wörth, Schuß in den Kopf, aus Dittersbach.
Cohn, Alb, Musk., J.-R. 46, Wörth, Schuß in den Oberschenkel, aus Penkun.
Cohn, Julius, Musk., J.-R. 59, Weißenburg, todt, aus Rawicz.
Czarnowski, Joseph, Gren., J.-R. 4, Metz, Schuß ins linke Auge, aus G. Marnmen.
Casper, Ernst, Füs., Alex. Garde-R., Metz leicht verw., aus Berlin.
Caspary, Anton, Füs., J.-R. 46, Thionville, verw., aus Wittlich.
Cohn, Louis, Gefr., J.-R. 20, Mars la Tour, todt, aus Berlin.
Calman, Melchior, J.-R. 16, 16/8. 70, Schuß ins rechte Bein.
Caspar, Hermann, J.-R. 76, 70 gefallen, aus Stavenhagen.
Cohn, Sally, Lieutenant, J. R. 14, vor Belfort † (am Typhus).
Cohn, Simon, Jäger, Jägerbat. 9, bei Verneville gefallen, aus Pinne.
Cohnheim, David, Vicefeldwebel, J.-R. 64. 64 Alsen gef., aus Prenzlau.
Crohnheim, Louis, J.-R. 54, bei Gravelotte am Unterarm verwundet, aus Sadke bei Nakel.
Cohn, Moses, Unteroff., J.-R. 9, bei Königgrätz verw., aus Ludascz.
Crohn, Eduard, Jägerbat. 4, 66 schwer verwundet.
Coppel, R., Gefr., J.-R. 33, bei Amiens verw., einige Tage darauf † aus Cöln.
Coßmann, Viktor, 8. 1. 71, schwer verwundet.
Cahn, Markus, 70-71, 2 mal verwundet.
Cahn, Felix, 70, verwundet, infolge davon † begraben in Ottweiler.
Cahn, Leop., Vicefeldw., J.-R. 19, Metz, verwundet, aus Neuwied.
Cahn, Leop., J.-R. 70, 70 gefallen, aus Osan (Tholey).
Daniel, Gust., Gefr., Gren.-R. 6, Wörth, verwundet, aus Duben.
Dorn, Jakob, Gren., Gren.-R. 6, Wörth, verwundet, aus Herresheim.
Danziger, Isidor, Musk., J.-R. 58, Weißenburg, Schuß in die Hand, aus Wollstein.
Danziger, Ferdinand, J.-R. 76. 70 2 mal verwundet; dann gefallen bei Meung 7. 12. 70, aus Neustadt O. S. (Hamburg gelebt).
Dannebaum, Jacob, Einj. Freiw., J.-R. 73, Metz schwer verwundet, aus Lippstadt.

*) Wir bitten unsere Leser, Mittheilungen, die dazu dienen könnten, das Material zu dieser Liste zu ergänzen, freundlichst entweder an Herrn Dr. P. Nathan, Berlin, Bülowstraße 89 oder an die Redaction dieses Blattes gelangen zu lassen.

Deichmann, Julius, Gefr., J.-R. 75, 70-71, verwundet bei Orleans, aus Dörwerden.
David, Bernhard, St. Quentin, Schuß in die Hüfte, aus Mülheim a. R.
Driels, Jacob. 66, Langensalza, verw. im Feld †, aus Emden.
David, Jos., 70-71, gefallen, aus Stuttgart.
Dublon, Michel, Jägerbat. 8, 70 verw. b. Gravelotte, aus Wittlich.
Engelmann, Joseph, Gefr., J.-R. 87, Wörth, schwer verwundet, aus Geisenheim.
Elsasser, Michael, Gren., Gren.-R. 6, Wörth, leicht verwundet, aus Rothenburg.
Ehrlich, Richard, Füs., J.-R. 35, Thionville, Schuß in den Arm, aus Berlin.
Elias, Martin, Füs., J.-R. 59, Weißenburg, leicht verw., aus Glienicke.
Eytenhart, Nathaniel, Off.-Aspir., J.-R. 87, Wörth, Schuß in den rechten Oberarm, aus Berlin.
Erdmann, Adolf, Jäger, Jägerbat. 3, Mars la Tour, gefallen, aus Wittstock.
Emanuel, Levy, 70 Schuß in den Leib.
Eysenhardt, Julius, Unteroff., J.-R. 12, 70-71 gef., aus Crossen a. O.
Eisenberg, Louis, 13. Hus.-R., 70-71 gefallen, aus Hofgeismar.
Elias, Gefr., Husar, 11. Okt. 70 schwer verwundet, aus Kurz.
Fuchs, Jakob, Musk., J.-R. 32, Wörth, Schuß in die Lende, aus Hettersrath, Kr. Gelnhausen.
Friedländer, Adolph, Musk., J.-R. 46, Wörth, verw., aus Flatow.
Falk, Jacab, Gren., Gren.-R. 6, Wörth, schwer verw., aus Leesken.
Freudenfeld, Husar, Hus.-R. 3, Thionville, leicht verw., aus Tuchrow.
Frankenstein, Moses, Kanonier, Feld-Art.-R. 7, Thionville, Schuß in den Arm, aus Büschenau.
Fabian, Musk., J.-R. 59, Weißenburg, Schuß in den linken Fuß, aus Introschin.
Fabian, Caspar, Füs., J.-R. 59, Weißenburg, leicht verw., aus Bestwin.
Fuchs, Jos., Gren., Alex. Garde-R., Metz, todt, aus Leobschütz.
Frank, Jos., Füs., J.-R. 33, Gravelotte, Schuß ins Bein, aus Bartschkehnen.
Frank, Moritz, Musk., J.-R. 58, Weißenburg, schwer verwundet.
Frank, Frank, Musk., J.-R. 58, Weißenburg, schwer verwundet
Ferber, Hermann, J.-R. 37, 70 Schuß in den Arm, aus Benzel Kr. Olpe.
Falkenstein, Samuel, 9. oder 54. Inf.-R. Gravelatte, gef., aus Palzin.
Friedländer, Julius, Unteroff., J.-R. 64, Alsen verw., aus Pasewalk.
Fischel, Markus, J.-R. 46, 70-71 Streifschuß in die linke Schulter, aus Pleschen.
Falk, Adolf, J.-R. 31, 70-71 gefallen, in Halberstadt auf der Gedenktafel der Synagoge.
Falkenstein, Jacob, J.-R. 14, Königgrätz, gefallen, aus Filehne.
Fleischer, Heidemann, Gefr., J.-R. 12, 70-71 verw., im Lazareth †, aus Neuendorf, (Crossen a. O.)
Dr. Fränkel, Gustav, Beaumont, schwer verwundet, jetzt Chemnitz.
Frankenberg, Hermann, 64 verwundet, aus Niezheim.
Freund, Heinrich, J.-R. 22, 66 u. 70' verwundet, aus Jekowitz.
Freudenthal, Emil, Unteroff., J.-R. 79, 70 verw., Bean la Rolande, aus Bodenfelde.
Freymark, Abraham, Weißenburg verwundet, aus Karbach.
Frank, Hermann, Wörth verwundet, jetzt Zugführer in Mühlheim a. R.
Friesner, Abraham, Sedan gefallen, aus Ermershausen.
Fränkel, Gustav, vor Metz am Thyphus †, aus Meisenheim.
Fried, Jacob, 70-71 verwundet, aus Jählingen.
Frankel, Gustav, J.-R. 87, 70-71 gefallen, Kreis Sobernheim.
Forst, Levy, J.-R. 69, St. Quentin verwundet, aus Seibersbach.
Fleischer, David, Gefr., J.-R. 12, 70-71 gefallen, aus Crossen a. O.
Fleischer, Julius, Gefr., J.-R. 12, 70-71 gefallen, aus Crossen a. O.
Fulb, Michael, 70-71 gefallen, aus Altenstadt.
Flörsheim, Adolph, Train-Bat. 11. Armee-Corps, 70-71 gefallen, aus Rothenburg.
Fränkel, Herm., Füs.-R. 46, 70 verwundet, aus Teterow.
Frenkel, Moses, vor Metz gefallen, aus Falkenberg.
Frankenstein, Bernhard, Unteroff., 70-71 verw., aus Bösingfeld.
Goldberg, Joseph, Musk. J.-R. 50, Wörth vermißt, aus Jeschkittel.
Gebel, Jacob, Musk., J.-R. 50, Wörth, todt aus Karsichen.
Goldmann, Ernst, Füs., J.-R. 50, Wörth verwundet, aus Michowitz.
Gomperts, Jacob, Füs., J.-R. 77, Saarbrücken Schuß i. d. l. Fuß.
Gutzeit, Eduard, Gefr., Gren.-R. 6, Wörth verwundet, aus Königsberg.
Galdberg, Michel, Musk., J.-R. 53, Thionville Schuß in den Kopf, aus Neukamp.
Goldschmidt, Eduard, Sec.-Lieutenant, J.-R. 46, Thionville Schuß durch die Brust und den rechten Arm, aus Frankfurt a. M.
Goldstein, Salamon, Füs., J.-R. 46, Thionville Kolbenschlag, aus Bösingfeld.
Goldberg, Joachim, Gren., Gren.-R. 2, Gravelotte verwundet, aus Oberlitz.
Golde, Jacob, Füs., J.-R. 33, Gravelotte Schuß in die beiden Arme, aus Kl. Stürlack
Gottschalk, Gottlieb, Füs., J.-R. 20, Mars la Tour Schuß in den Hals, aus Obischau.
Goldmann, Hermann, Füs., J.-R. 55, 14. Aug. 70 verw., Lazareth Forbach †, aus Bösingfeld.
Goldschmidt, Reginald, Lazareth-Unteroff., J.-R. 15, Kissingen gefallen, Schuß in die Brust, aus Bleicherode.

Guttmann, Joseph, zum Lieutenant befördert, Sedan verwundet, aus München.
Gottschalk, Moses, Landw.-Bat. 56, 70 verwundet, aus Steele.
Heymann, Gustav, Jäger, Wörth Streifschuß an der Stirn, aus Langenau.
Hirschberg, S., Oberstabs-Arzt, J.-R. 50, Wörth verw., aus Gnesen.
Hirsch, Aron, Füs., J.-R. 37, Wörth, Schuß in den Arm, aus Wronke.
Heimann, Michael, Musk., J.-R. 44, Metz, Schuß in den Unterschenkel, aus Bukowiee.
Hamburger, Israel, Musk., J.-R. 42, Gravelotte vermißt, aus Filehne.
Heß, Isaac, Füs., J.-R. 55, (oder 82), Saarbrücken verwundet †, aus Bockenheim.
Heymann, Paul, Dragoner, Wörth leicht verwundet, aus Modlan.
Hirschberg, H., Musk., J.-R. 46, Wörth, Schuß in die Brust, aus Hausdorf.
Heymann, Joseph, Gefr., J.-R. 46, Wörth, Schuß in den Oberschenkel.
Herz, W., Musk., J.-R. 46, Wörth, verwundet.
Heller, Magnus, Einj. Frw. Gefr., J.-R. 88, Wörth Schuß in den Oberschenkel, aus Eiterfeld.
Herzheimer, Leop., Gefr., J.-R. 87, Wörth, schwer verwundet (nach Heilung wieder ins F. ld) aus Flörsheim.
Hirsch, Eduard, Reservist, J.-R. 35, Thionville todt, aus Jüterbock.
Hirsch, Jaseph, Füs., J.-R. 85, Thionville schwer verw., aus Berlin.
Hirsch, Simon, Musk., J.-R. 53, Thionville schwer verwundet, Schuß in den Kopf, aus Koblenz.
Heymann, Herm., Füs., J.-R. 13, Metz Schuß in den rechten Fuß, aus Dülmen.
Hartmann, Jos., Gefr., J.-R. 13, Metz leicht verw., aus Borgenteich.
Hirschfeld, Philipp, Musk., J.-R. 87, Wörth, schwer verw., aus Friedorf.
Holländer, Ernst, Gefr., J.-R. 82, Wörth, Schuß in beide Arme, aus Freudenberg.
Heß, Isaac, Füs., J.-R. 82, Wörth, todt, aus Borkenheim.
Hirsch, W., Füs., J.-R. 24, Thionville, leicht verw., aus Wilsnack.
Heermann, Louis, Füs., J.-R. 64, Thionville, Schuß in die rechte Hüfte, an dessen Folgen †, aus Frankfurt a. O.
Heermann, Julius, Musk., J.-R. 64, Thionville, Schuß in den rechten Unterarm, aus Berlin.
Hirschfeld, A., Füs., J.-R. 46, Thionville, Schuß in das linke Bein, aus Erllinghausen.
Hirsch, W., Füs., J.-R. 60, Gravelotte, leicht verw., aus Freienwalde a. O.
Hirsch, F., Füs., J.-R. 58, Weißenburg, Schuß in die rechte Hand, aus Jordan.
Heydemann, Heinrich, Gefr., J.-R. 48, 70 verwundet, Lazareth bei Ludwigsburg †, aus Groß Blumberg.
Haase, Joseph, Unteroff., J.-R. 19, 70-71 schwer verwundet, aus Santomischel.
Hammerstein, Jakob, zum Offizier befördert, 70, verw., aus Saalfeld.
Haase, Abraham, J.-R. 58, 66 Skalitz gefallen, aus Rakwitz.
Heidemann, Max, Metz, gefallen, aus Meseritz.
Heymann, Heymann, diente in Colberg, 66, Königgrätz, gefallen, aus Labischin.
Heidenheim, Gustav, J.-R. 33, 70-71, Schuß in die Hand, aus Sondershausen.
Haber, Julius, Offizier, J.-R. 51, Spichern, verwundet, aus Brieg.
Herrmann, Abraham, 5. Hus.-R., 70-71, verwundet, aus Bütow.
Hirsch, Bernhard, Unteroff., J.-R. 31, 66 verwundet, aus Aken
Herzfeld, Hermann, 66, gefallen bei Langensalza, aus Mühlenhausen.
Hirschhahn, A., J.-R. 16, 70-71 gef. 16. August, aus Hannover.
Hirsch, Sußmann, vor Paris verwundet, aus Frankenwinheim.
Hirsch, Hermann, Einj. Freiw., vor Straßburg gefallen ($19^1/_2$ Jahr alt), aus Ladenburg.
Hauser, Moritz, Lieutenant, J.-R. 13, Baugency gef. aus Regensburg.
Holzapfel, Daniel, J.-R. 83. 70-71 verwundet, aus Zierenberg.
Herrmann, Hirsch, J.-R. 83, 70-71 verwundet, aus Barchfeld
Heldmann, Nathan, J.-R. 5, Wörth, verwundet, aus Gochsheim.
Hecht, Louis, J.-R. 55, 70 verwundet, aus Lemgo.
Hirschberg, Louis, J.-R. 85, 70 verwundet, aus Stargardt.
Hurtig, Charles, Metz, verwundet, aus Wandsbeck.
Herz, Hermann, 66, gefallen, aus Werden a. d. Ruhr.
Jacobi, Ernst, Grenadier, Wörth, leicht verw., aus Conth, Kr. Neumark.
Joschek, Daniel, Füs., J.-R. 50, Wörth, leicht verw., aus Steindorf.
Jaffé, Adolf, Sec.-Lieutenant, J.-R. 45, Wörth, todt, aus Rawiez.
Jacobsohn, Moritz, Sec.-Lieutenant, J.-R. 77, Saarbrücken, Schuß ins Gesicht, aus Wienburg.
Jacob, Eduard, Einj. Frw. Gefr., J.-R. 77, Saarbrücken verwundet, aus Catania in Sicilien.
Isselbecher, Isaac, Musk., J.-R. 88, Wörth, todt, aus Isselbach.
Jaschinski, Joseph, Füs., J.-R. 80, Wörth, leicht verwundet, aus Raschkowo.
Jockisch, Jos., Musk., J.-R. 37, Wörth, leicht verw., aus Bischofswalde.
Jacobsohn, Julius, Gefr., 2. Garde-R. z. F., bei Wörth gef., aus Fordon.
Jonas, Gottlieb, Füs., J.-R. 35, Thionville, Schuß in die Hüfte, aus Berlin.
Joachimthal, Husar, Hus.-R. 3, Thionville verw., aus Drossen.
Jacob, Bernh., Füs., J.-R. 13 u. 55, Metz leicht verw., aus Dülmen

Isaac, Isaac, Musk., J.=R. 64, Thionville, Schuß in den Oberarm, aus Betsche.

Jacob, Jacob, Füs., J.=R. 46, Thionville, Schuß in den linken Unterarm, aus Humes.

Jacob, Ald., Musk., J.=R. 60, Gravelotte, Schuß in den rechten Oberschenkel, aus Berlin.

Jacob, Hermann, Gefr., J.=R. 60, Gravelotte, verw., aus Berlin.

Joseph, David, Gren.=R. 8, 66 Gitschin, verw., im Lazareth †, aus Straßburg, W. Pr.

Jacoby, Isaak, J.=R. 45, 70 Schuß in die Seite, aus Neuteich, W. Pr.

Jacoby, Alexander, Einj. Unteroff., 1. Garde=R., St. Privat verw., im Lazareth †, liegt in Forbach, aus Nauen.

Jalowitz, Bernhard, J.=R. 14, 70 Streifschuß, aus Schwarzenau.

Israel, Samuel, J.=R. 4, 66, Königgrätz, tödtl. verw., bald †, aus Lautenburg.

Jacoby, Markus, 70=71 verwundet, aus Mannheim.

Joseph, Leopold, 70=71 bei Straßburg gef., aus Mannheim.

Isaac, David, Gefr., Landw.=R. 30, 70=71, am Typhus †, aus Tholey.

Jacobsohn, Metz, gefallen, aus Dresden.

Jacobs, Albert, Unteroff., Wörth, gefallen, aus Dresden.

Jonas I, Siegmund, Jäger=Bat. 14 70=71 gefallen, aus Schwerin.

Krotoschin, Seelig, Gefr., J.=R. 37, Wörth verw., aus Meseritz.

Kahnemann, David, Gefr., J.=R. 37, Wörth, verw., aus Flatow.

Kristeller, Simon, Füs., J.=R. 35, Thionville, Granatspl. in die rechte Hüfte, aus Kutlau.

Kalisch, Julius, Musk., J.=R. 53, Thionville, Schuß in den linken Fuß, aus Kl. Warfelde.

Kupferberg, Simon, Gefr. J.=R. 59, Weißenburg, Schuß in den linken Fuß und die rechte Hand, aus Rawicz.

Kohn, David, Trompeter (Dragoner), Metz, Schuß in die Brust, aus Passarge.

Königsberger, Jos., Unteroff., J.=R. 37, Wörth, Schuß in den Unterleib, († Heidelberg), aus Posen.

Koßmann, Jos., Füs., J.=R. 20, Mars la Tour, todt, aus Königswalde.

Katz Seligmann, 70=71, gefallen, aus Steinbach.

Kristeller, Benjamin, Unteroff., J.=R. 58, Metz, gefallen, aus Wielichowo.

Kochmann, Josef, vor Paris gefallen, aus Laurahütte.

Kirsch, Boas, J.=R. 21, 66 Königgrätz gefallen, aus Lauenburg.

Koppel, Rudolf, Einj. Freiw. J.=R. 33, 23. 12. 70, Granatsplitter beide Beine, gefallen, aus Köln.

Karfunkelstein, Siegfried, 3. Garde=R., le Bourget, gef., aus Beuthen.

Koopmann, David, Spichern schwer verw., aus Wreeze.

Kahn, Magnus, Gefr., J.=R. 32, 10. 12. 70, bei Boujancy verw., aus Stuttgart.

Katz, Moses, J.=R. 32, 70=71, verw. und †, aus Uttrichhausen.

Kahn. Isaac, 70=71, verwundet, aus Speier.

Kuznitzky, Oskar, Unteroff., Landw.=Bat. 23, 70 verw., aus Myslowitz.

Königsthal, Moses, J.=R. 81, 70, schwer verw, aus Carlshafen.

Krakauer, Louis, J.=R. 46, Weißenburg, verwundet, aus Sagan.

Kreide, Louis, J.=R. 24, 70=71, schwer verwundet, aus Wittenberge.

Kaufmann, Jos, J.=R. 83, 70=71 gefallen, aus Zierenberg.

Lewy. Albert, Gefr., J.=R. 50, Wörth verw., aus Posen.

Lau, Isidor, Füs. J.=R. 50, Wörth 1 Finger abgeschossen. a. Elbing.

Levy, Markus. Inf.=R. 40., Saarbrücken Schuß i. d. r. Unterschenkel, aus Broich.

Löwenberg, Moses, Füs.=R. 55., Saarbrücken tot, aus Neuenrode.

Lehmann, Joseph, Musk., J.=R. 46, Wörth Schuß durch den Kopf, aus Bentschen.

Löb, Simon, Musk. J.=R. 88, Wörth tot, a. Willmar.

Löwenstein, Salomon, Musk. J.=R. 83, Wörth verw. a. Soltau.

Liedmann, Jakob, Gefr., J.=R. 80, Wörth verw., a. Schierstein

Lehmann, Samuel, Füs., J.=R. 4, Metz tot, a Lipnack.

Lichtenstein, Emil, Musk., J.=R. 64, Thionville Schuß d. beide Oberschenkel, a. Wittstock.

Louis, Jakob, Füs, J.=R. 46, Schuß durch beide Beine, a. Obervölkling.

Levy, Max, 66 verw., a. Zachan.

Löhnberg, Max, J.=R. 16, 70 am Arm. verw., a. Unna.

Lamm, Adolf, 66 verw. a. Sprottau.

Levy, Jakob, J.=R. 18, 66 an Cholera †, a. Schwerin a. W.

Leiser, M., Metz gef., a. Schwerin a. W.

Löwenthal, Louis, J.=R. 64, Le Mans verw., a. Berlin.

Lenneberg, Heinemann, Cavall.=R., 70 Schuß i. d. Arm, a. Olpe.

Liebenwalde, Markus, J.=R. 47, Metz verw. daran †, a. Meseritz.

Lesheim, Isaac, 4. Ulanen Eskadron, 70|71 verw. a. Jacobshagen.

Langbein, Salomon, J.=R. 15, 66 Kissingen verw. a. Gütersloh.

Lublinsky, Julius, Untoff., J.=R. 24, Vionville schwer verw. a. Friesack.

Lewinsohn, Philipp, J.=R, 43, 70|71 verw., Allenstein.

Liedmann, Oskar, Untoff. J.=R. 71, 66 verw., a. Schleusingen.

Leefer, Louis, J.=R. 79, 70|71 verw., a. Hoyar.

Löwenherz, Louis, Gravelotte gef., a. Neuwied.

Levy, Salomon, 66 gef., Werden a. R. (Synagoge Gedenktafel.)

Lewin, Carl, 70 gef., a, Göttingen.

Levy, Isaac, 66 verw., a. Elsdorf.

Lazart, Adolf, 70 gef. a Heidelberg.

Lesser, Julius, Untoff., Gren.=R. 12, 70 gef., a. Crossen a. O.

Löwenstein, A., 70 gef., a. Hagen.

Lautmann, Joseph, J.=R. 87, 70 verw., a. Abterode.

Lehrberger, Ephraim, J.=R. 83 70 verw., a. Borcken.

Lehmann, Eduard, Untoff, Landw.=R. 66, 70 schwer verw. †, Halberstadt.

Levi, Juda, J.=R. 32, 70 gef., a. Heubach.

Levy, Aron, J.=R. 30, Belfort verw., a. Saarwellingen.

Levi, Feist, Orleans verw., a. Burghaun.

Löwenberg, Ltnt. d. L., 3. Garde=R., St. Privat verw. dann †.

Leefer, Carl, J.=R. 15, 70|71 Schuß i. d. Hals a. Hoyar.

Meyer' Emil, Musk., J.=R. 50, Wörth, Schuß i. d. l. Hand, aus Breslau.

May, R., Gefr., J.=R. 50, Wörth, Schuß i. d. l. Oberschenkel, aus Breslau.

Moser, Leopold, Gefr., J.=R. 37, Wörth, Schuß i. d. r. Fuß und Arm, aus Berlin.

Misch, Paul, Musk, J.=R. 77, Saarbrücken, Schuß i. d. r. Oberschenkel, aus Gohran.

Mühlbach, Elias, Füs., J.=R. 55, Saarbrücken, verw., aus Nieder-Reifenberg.

Moses, Aron, Musk., J.=R. 83, Wörth, tot, aus Oberndorf.

Michalski, Jos., Gefr., J.=R., 37, Wörth, Schuß i. d. Oberarm, aus Schwersenz.

Meyer, Josef, Füs., J.=R. 37, Wörth, Schuß i. d. Bein, aus Düsseldorf.

Markus, Bernhard, Füs., J.=R. 37, Wörth, leicht verw., aus Jatroschin.

Marcus, Karl, Musk., J.=R. 82, Wörth, verw., Halver.

Milewski, Benj., Füs., 1. Garde=R., Gravelotte, schwer verw., aus Bodken.

Moritz, Alex, Füs., J.=R. 33, Gravelotte, tot, aus Schwentainen.

Meyer, Adolph, Drag., 1. Garde=Drag.=R., Mars la Tour, tot, aus Mesendorf.

Moritzsohn, J., Gefr., 1. Garde=Drag.=R., Mars la Tour, tot, aus Danzig.

Mühsam, Marcus, Gefr., 6. westpr. Garde=R., Wörth, durch Granatsplitter verw., aus Landsberg O. S.

Mueller, S. Alexander, Unteroff.. J.=R. 33, Gravelotte, verw. durch Granatsplitter und Säbelhied, aus Stuhm.

Meyer, Benjamin, Gefr., J.=R. 53, 70, Streifschuß i. d. Backe, aus Burgholdingshausen.

Meyer, Löb, 66, verw., aus Schwarza.

Müller, Albert, Unteroff., 66 Gitschin verw., aus Damgarten.

Michaelis, Jacob, Ltnt., J.=R. 33, 66 Kissingen verw. daran †, aus Nieheim.

Michaelis, Isidor, Artillerie, vor Paris gef., aus Meseritz.

Moses, Julius, J.=R. 44, 66 gef., aus Lessen.

Michels, Benedikt, J.=R. 69, St. Quentin verw., aus Seibersbach (Tholey).

Mayer, Nathan, Füs=R. 40, St. Quentin verw., aus Trier.

Moser, Daniel, Musk., J.=R. 85, Gravelotte, durch 2 Schüsse schwer verw, aus Gerresheim bei Düsseldorf.

Meyer, Michael, J.=R. 28, St. Quentin verw., Honnef a. Rh.

Mann, Louis, 70/71 auf dem Schlachtfelde gestorben, aus Darmstadt.

Neumann, Moritz, Füs., J.=R. 50, Wörth, Schuß in die Brust, aus Küstrin.

Naumann, Jakob, Füs., J.=R. 40, Saarbrücken, Schuß in die Kniescheibe, aus Saalfeld.

Nickel, Samuel, Musk., J.=R. 48, Thionville verw., aus Göritz.

Neumann, Samuel, Füs., J.=R. 33, Gravelotte tot, aus Markehnen.

Nessler, Simon, Gren., 4 Garde=R., Gravelotte tot, Köln.

Neustadt, Jacob, Landw.=R. 19, 66 gef. aus Kobylin.

Nathan, Simon, 3. 1. 71 verw., aus München=Gladbach.

Nußbaum, Carl, J.=R. 32, 70 verw., aus Rotenburg.

Neff, Joseph, Besançon gef., aus Freiburg in B.

Neuberger, Jonas, 70=71 verw., aus Sennfeld i. B.

Oppenheimer, L., Spichern gef., aus Vreden.

Oppenheimer, Felix, Gefr. Inf.=Reg. 107/108, Brie fur Marne gef. aus Leipzig.

Ollendorf, Julius, Gefr. Gren.=Reg. 6, Sedan schwer verw. aus Rawicz.

Oppenheim, Leopold, Inf.=Reg. 83, 70 schwer verw., aus Ernsthausen.

Oppenheimer, Hermann, Gefr., J.=R. 82, Sedan schwer verwundet, aus Niedermaunsberg i W.

Ochs, Moritz, Unteroff., J.=R. 83, Chateaudun 18. Okt. 70 schwer verw. am Knie, aus Homburg v. d. H.

Paul, Joseph, Gren., Weißenburg tot, aus Jauer.

Philippi, Philipp, Unteroff. J.=R. 40, Saarbrücken, Schuß in die linke Seite. aus Linz.

Piotrowski, Jacob, Gren., J.=R. 4, Metz, Schuß in den Fuß, aus Schmigwalde.

Philipp, Hermann, Gefr. J.=R. 20, Mars la Tour leicht verwundet, aus Berlin.

Proskauer, Max, Gefr. J.=R. 23, 66 verw. aus Guttentag.

Posner, Louis, Unteroff. 10. Ulanen=Reg. 70|71 Schuß i. d. rechten Fuß, zwei Hiebe a d. Kopf.

Putziger, Isidor, J.=R. 48, 70 Schuß d. d. Brust, aus Arnswalde.

Pflaum, Moritz, Rottmeister, 7. Württemb. J.=R., Champigny verw. (2. 12. 70), 16. 12. gest., 21 Jahre alt.

Plaut, Sally, Gefr. J.=R. 79, 70 verw., Streifschuß b. Le Mans, aus Bodenteich.

Pniower, Isidor, J.=R. 29, 70 verw. Streifschuß bei Le Mans, aus Myslowitz.

Pudezinski, Jos., Füs., J.=R. 44, Metz, Schuß i. d. Oberschenkel, aus Rybnow.

Riese, J., Gren., J.=R. 42, Weissenburg, tot, aus Neustadt.

Rothschild, Bernhard Isidor, Einj.=Freiw. J.=R. 77 (oder 74), Saarbrücken, tot, aus Cöln,

Rosenbaum, Hermann, Unteroff., Gren.=R. 8. Wörth, schwer verw., aus Königsberg.

Riese, Julius, Füs., J.=R. 37, Wörth, Schuß i. d. Brust, a. Stendal.

Reimann, Jos., Gren., Gren.=Reg. 4, Metz schwer verw., aus Kainen.

Rosenkranz, Louis, Gef., Alex. Garde=Reg., Metz schwer verw, aus Rybnick.

Rosenthal, Joseph, Musk., J.=R. 82, Wörth tot, aus Freienohl.

Roth, H., Füs., J.=R. 64, Thionville tat, aus Berlin.

Rosenbaum, Hermann, Gefr., 1. Garde Drag. Reg., Mars la Tour tot, aus Perschken.

Rewald, J.=R. 71, 70/71 gef., aus Hadmersleben.

Rathe, Paul, Wörth gef., aus Meseritz.

Rosenberg, Isaac, Unteroff., J.=R. 13, 70/71 verw.. aus Burgsteinfurt.

Rosenthal, Julius, Unteroff., J.=R. 72, 70/71 schwer verw., Lazareth †, aus Pinne.

Rosenstirn, Friedr. Louis, Lieutenant, J.=R. 15, vor Metz gef., aus Minden (oder Einbeck).

Ruhstadt, Levy, J.=R. 82, Pfalzburg verw., aus Alme.

Ring, Siegmund, Füs.=R. 38, 66 Skalitz gef., aus Lubschau.

Rieß, Isidor, J.=R. 61, 66 Königgrätz verwundet, aus Kr. Stolp.

Rieß, Casper, J.=R. 21, Gravelotte verw., aus Schmolsin, Kr. Stolp.

Rehback, Moses, J.=R. 94, Wörth Schuß in den rechten Arm, aus Gehaus.

Rosenberg, Adolph, J.=R. 16, 70 verw, aus Lünen i. W.

Rosenstein, Max, Unteroff., 66 verw. in Landeshut.

Rosenstein, Moritz, Gefr., J.=R. 78, 70/71 verwundet Baune la Rolande, aus Neustadt.

Rasenberg, Simon, J.=R. 81, Metz verw., im Lazareth zu Ennery †, aus Niederweißen.

Rosenbaum, Itzig, J.=R. 83, Metz verw., aus Baumbach.

Rein, Isaac, J.=R. 9, Metz verw., aus Regensburg.

Rahlson, Rabert, 70/71 gef., auf dem Berliner Kirchhof begraben.

Rosenthal, Julius, 70/71 gef., auf dem Berliner Kirchhof begraben.

Reiß, Hermann, Hus.=R. 13, 70 leicht verwundet, aus Romstahl.

Rynarzewsky, Julius, J.=R. 21, Gravelotte schwer verw., a. Schubin.

Rothschild, Salomon, 66 gef. aus Hörstein.

Stolper, Michael, Musk., J.=R. 50, Wörth, todt.

Stock, Benjamin, Füs., J.=R. 37, Wörth, verw., aus Gugelwitz.

Stein, Daniel, Gefr., J.=R. 42, Gravelotte, Schuß in den Fuß, aus Bonsenfelde.

Salomon, T., Musk., J.=R. 42, Gravelotte, vermißt, aus Liebenow.

Simon, Jacob, Füs., J.=R. 87, Wörth, schwer, verw., aus Birgen.

Simon, Isidor, Gefr., J.=R. 80, Wörth, todt, aus Belcck.

Seelig, Wilhelm, Füs., J.=R. 35, Thionville, Schuß in die rechte Hand, aus Biesen.

Salomon, Emil, Unteroff., J.=R. 35, Vianville, Schuß in den rechten Oberschenkel, aus Berlin.

Stein, W., Füs., J.=R. 35, Bionville, Schuß in den rechten Oberschenkel und in die linke Seite, aus Berlin.

Simundt, Husar, Hus.=R., 3, Bionville, todt, aus Berlin.

Seelig, W., Gefr., J.=R. 12, Vianville, todt, Schuß i. d. Kopf, a. Forst.

Sigismund, Samuel, Gren., J.=R. 12, Bionville, schwer verwundet, aus Kuschten.

Salomon, Benjamin, Kanonier, Feld=Art.=R. 7, Bionville, Schuß am Finger, aus Lank.

Szymankiewicz, Simon, Füs., J.=R. 59, Weißenburg, schwer verwundet, aus Kawcze.

Seelig, F., Füs., J.=R. 4, Metz, Schuß in den l. Arm, aus Herzfeld.

Siegel, Elias, Gren., 1. Garde=R., Metz, Schuß i. d. r. Hand, a. Glatz.

Sachs, Markus, Gren., Gren.=R. 2 oder 4, Gravelatte, tadt, aus Paln. Lissa.

Salaman, Julius, Füs., Füs.=R. 33, Gravelatte, leicht verwundet, aus Kl. Rauschken.

Smalleak, Jacob, Musk., J.=R. 58, Weißenburg, tadt, aus Samter.

Simon, Julius, Musk., J.=R. 24, Thianville, Schuß in Brust und Arm, aus Ruppin.

Simsan, Leapald, Jäger, 70 bei Laans i. d. Luft gesprengt, a. Schwarza.

Silbermann, H., Jäger, Gravelotte d. d. Hand geschassen, a. Schneidemühl.

Sonnenfeld, Wilhelm, J.=R. 64, 64 bei Alsen verwundet, a. Prenzlau.

Simon, Isidar, J.=R. 81, 68 Königgrätz gef., aus Jastraw.

Silbermann, Isaac, Sedan, verwundet, aus Danzig.

Sandberg, Albert, Sedan, schwer verwundet, aus Liegnitz.

Spritz, Siman, J.=R. 48, Gravelotte, verwundet, aus Gnesen.

Secler, Lea, Gren.=R. 8, 70 verwundet, aus Greifenberg i. P.

Spiegel, Phil., J.=R. 74, Metz, Schuß in die rechte Hand, a. Enninger.

Strauß, Hermann, Gravelotte, gefatten, aus Solingen.

Saemann, S., 70=71 verwundet, aus Weikersheim.

Seligfahn, Hugo, Einj. Freiw., Gardeschützen, Gravelatte, verwundet, aus Marienwerder.

Strauß Meyer, J.=R. 83, 70 verwundet, aus Rathenkirchen.

Spier, Liebmann, Isaac, J.=R. 83, 70 verwundet, aus Willinghausen.

Silberschmidt, Litzmann, J.=R. 82, 70 verwundet, aus Gelnhausen.

Silberstein, Max, J.=R. 24, 70 verwundet, aus Havelberg.

Strauß, Mayer, J.=R. 83, Orleans verw., aus Rothenkirchen.

Silberbach, Herz, J.=R. 55, 70=71 verwundet, aus Schötmar.

Schwarz, Jakob, Füs., J.=R. 40, Saarbrücken, Schuß i. d. r. Oberschenkel, aus Kirchheim.

Schwarz, Jacob, Füs., J.=R. 88, Wörth, Schuß i. d. Bein, aus Frechenhausen.

Schüttkowski, Jos., Gren., Gren.=R. 6, Wörth verw., aus Graudenz.

Schneidemann, Adolf, Ober=Laz.=Geh., J.=R. 59, Weißenburg schwer verw., Lazareth †, aus Pogorzella.

Schütze, Samuel, Füs., Alex.=Garde=R., Metz, tot, aus Harsleben.

Schaumann, Jakob, Musk., J.=R. 87, Metz, Schuß i. d. l. Hand, 2 Finger weg, aus Straßebersbach.

Schaul, Julius, J.=R. 64, Bionville gef., aus Berlin.

Schallmach, Julius, J.=R. 58, Wörth verw., aus Samter.

Dr. Schiftan, Louis, Stabsarzt, Sedan verw. dann †, aus Brieg.

Schuter, Abrah., J.=R. 34, 70 verw., aus Schlawe i. P.

Schloß, Simon, J.=R. 70, 70 verw., Trittenheim (Tholey).

Trost, Satomon, Füs., J.=R. 32, Wörth, Schuß in die Brust †, aus Romsthal.

Taselski, Jacob, Füs. J.=R. 50, Wörth, verw., aus Kröben.

Toczew, Arnold, Garde Feld=Art., 70/71 verw., aus Boronow O. S.

Thalmann, Leop. J.=R. 77, 70/71 verw., aus Mühlheim a. R.

Urban, Ephraim, Füs. J.=R. 44, Metz verw. n. Baumgarth.

Urbanski, Joseph, J.=R. 44, 70 verw. a. Neumark W. Pr.

Wolf, Hermann, Füs., Füs.=R. 38, Pfalzburg verw. d. Granatsplitter, aus Heuden.

Wolf, Julius, Füs., J.=R. 46, Wörth verw, n. Brüsewitz.

Wolff, Musk., J.=R. 88 Wörth Schuß ins Bein.

Wolff, A., Füs., J.=R. 80, Wörth Schuß i. Arm, a. Limburg.

Wolff, Martin, Füs.. J.=R. 80, Wörth verw., a. Aßbach.

Wolff, Wolff, Füs., J.=R. 35, Thionville tot, a. Berlin.

Wolff, Moritz, Füs., Alex.=Garde=R., Metz leicht verw., a. Rotheunne.

Wiegand, Isidor, Musk., J.=R. 87, Wörth tot, a. Schweden.

Wolffram, Ad., Füs., J.=R. 82, Wörth tot, Eschenstrut.

Wittkowski, Jos., Füs., J.=R. 37, Wörth verw. n. Glochowo.

Wolff, Moses, Kanonier, Rhein. Feld=Art.=R., Wörth Granatspl. rechte Hand, Düsseldorf.

Wolff, Hugo, Füs., 1. Garde=R., Wörth leicht verw., a. Merseburg.

Wolff, Ad., Untoff., Gren.=R. 2, Wörth, Schuß d. d. Kopf, Frankfurt a. O.

Wolff, Ad., Gefr., 4. Garde=Gren.=R. Wörth Schuß i. d. Backe, Schweinheim.

Wimpfheimer, Max, schwer verw.,

Wisch, B., 10. Ulanen.=R., Epernay gef., Schwersenz.

Wolfers, Joseph, Leutnant, J.=R. 15, 64 verw., a. Minden.

Wieland, Julius, J.=R. 50, 70 verw., a. Breslau.

Westenberg, David, J.=R. 76, 70 2 mal verw. dann gef., Erinnerungstafel Marienkirche Lübeck.

Wagner, Meyer, 70 Schuß i. d. Fuß, a. Moisling (?).

Wachtel, Jacob, Untoff., 8. Ulanen=R., 70 verw. a. Gehaus.

Wolff, Gustav, Einj. Freiw. Untoff., J.=R. 28, 70 verw., a. Dortmund.

Wittner, Wilhelm, Kaiser Alex=R., 66 Königrätz verw. a. Beuthen.

Wellersteiner, Moritz, Orleans gef., n. Altenstadt a. Iller.

Weinberg, Leeser, 2. J.=R., 66 Langensalza verw., a. Liebenau.

Wolf, David, J.=R. 78, 70/71 verw. im Felde daran †, a. Aurich.

Wertheim, Isaac, Gefr., J.=R. 118, Gravelotte verw., a. Bebra.

Wallach, Jakob, J.=R. 83, 70 verw., a. Obereule.

Wolf, Bernhard, J.=R. 40, 70 verw., a. Waween (Tholey).

Warburg, Moritz, Husar, 70/71 i. d. N. von Orleans Schuß i. d. Kopf durch Franktireurs, Altona.

Wolf, Adolf, 70 gef., a. Eschweiler.

Waller, Moritz, 70 gef. bei Orleans, München.

Zander, Gottlieb, Füs., J.=R. 80, Wörth Schuß i. Bein, a Lötzen.

Dr. Zucher, Stabsarzt, 66 Nachud verw.

Ein Blick hinter die Coulissen des Antisemitismus.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

Durch den Kampf ums Dasein gezwungen, hatte ich im Juli d. J. die Stellung eines Redacteurs beim „Deutschen Vaiksrecht" angenammen, d. h. ich war mehr als Carrectar denn als Redacteur beschäftigt. Reichstagsabg. Dr. Bäckel hatte mich engagirt, und es war ihm auch bekannt, daß ich mich van jeder antisemitischen Partei lasgesagt hatte. Ich erklärte ihm, was er mir auch bestätigen wird, zu wiederhalten Malen, kein Antisemit zu sein. Auch Badeck wußte es, und wenn er mir jetzt das Epithetan eines Judas Ischariot beilegt, sa ist das lächerlich. Denn wie kannte ich durch die

Veröffentlichung jenes Artikels im „Kl. Journal" einen Verrath an der antisemitischen Partei begehen, der ich weder als Parteimitglied noch meiner Gesinnung nach angehöre. —

Zu meinen Enthüllungen im „Kl. Journal" über die haarsträubenden Zustände in dem ehemals Ahlwardt-Böckel'schen Organ veranlaßte mich vor allem die Handlungsweise Bodecks gegen mich. Nicht nur, daß ich von meinen Honoraren, resp. später dann von meinem Gehalte, nur den kleinsten Theil in barem Gelde erhiel,t daß ferner, weil Badeck bereis im September d. J. für mich als Redacteur wie für einen Herrn Werner, der viel für das „Deutsche Volksrecht" als Mitarbeiter thätig war, eine Naturalverpflegung in seinem „Deutschen Wirthshaus" im wahrsten Sinne des Wortes eingeführt hatte, ich mir einen ganzen Monat nicht einmal ein Zimmer miethen konnte, sondern ich mußte mir auch von Bodeck, der nicht einmal orthographisch und stilistisch richtig deutsch zu schreiben versteht, fartwährend in die Redaction hinein schwätzen lassen. Auch sonst legte Bodeck mir wie Dr. Böckel nichts weniger als eine anständige Handlungsweise an den Tag. Uebrigens lag auch im Interesse der politischen Moral die Aufdeckung solcher Zustände. —

Doch wäre zur Charakteristik des „deutschen Gastwirths" Bodeck noch manches zu ergänzen.

Wenn er sich z. B. dagegen verwahrt, ein Geschäftsantisemit zu sein, und behauptet, aus purem Idealismus 30000 Mark in das „Deutsche Volksrecht" gesteckt zu haben, so wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchen Quellen er denn diese Summe geschöpft habe?

Als er vor drei Jahren das „be—rühmte" deutsche Wirthshaus in der Friedrichstraße aufmachte, besaß er keinen Pfennig Vermögen. Wohl aber hatte er eine „geniale" Idee. Er richtete seine Gastwirthschaft zu einer wahren Antisemitenkneipe ein, betrieb den Radau-Antisemitismus in den rüdesten Formen — und das sog. Ahlwardts Gefolgschaft, der bekannte antisemitische Pöbel, aber auch die Stöcker-Gemeinde füllten das Lokal Abend für Abend bis auf den letzten Platz und ergötzten sich an den gemeinsten Hetzliedern gegen die Juden. Bodeck aber lachte sich ins Fäustchen. Er hatte sein Geschäft gemacht. Aeußerte er sich doch selbst sehr oft Gesinnungsgenossen gegenüber, daß ihm das deutsche Wirthshaus jährlich gegen 10000 Mark Reingewinn abwerfe! Freilich, was diese Antisemitenkneipe mit deutscher Sitte und Tugend, für welche zu kämpfen sich Bodeck so gerne brüstet, zu thun hat, ist eine andere Frage. Wer die größten Zoten im deutschen Wirthshaus singen gehört hat, wer zugegen war, wenn die „deutschen" (!) Tugendhelden im Chorus brüllten: Ja, beim Souper, da kann man was erleben — der konnte hinter die Coulissen blicken!

Aber Bodeck begnügte sich nicht mit dem Ruhme, ein deutscher Gastwirth zu sein, er wallte höher hinaus. Parteiführer, Reichstagsabgeordneter und Zeitungsbesitzer — das wollte er werden. So hatte auch sein Haß gegen den Reichstagsabgeordneten Zimmermann den egoistischen Beigeschmack, daß dieser ihm versprochen hatte, er werde ihn als Candidaten für den Reichstag aufstellen. Aber bekanntlich paßt auf Zimmermann das französische Sprichwort: Promettre et tenir in sont deux! Deshalb zog er sich die Feindschaft des „deutschen" Gastwirths zu!!

Woher hat alfa Bodeck das Geld, welches er in das „Deutsche Volksrecht" hineingesteckt haben will? Nur von Antisemiten. Wo bleibt da der deutsche „Idealismus?"

An den Summen, die mit dem Verkrachen dieser antisemitischen Zeitung auf Nimmerwiedersehen verschwanden, klebte der blutige Schweiß gar manchen kleinen Handwerkers. Unter allen möglichen Vorspiegelungen hat man die Leute zu bewegen verstanden, ihren Sparpfennig für das „Deutsche Volksrecht" zu opfern. So verliert ein Tischlermeister in Berlin S. W. 1000 Mark, ein Herr Thomas 4000 Mark, ein anderer wieder 200 Mark u. s. w. Doch auch die Journalisten, welche für das genannte Blatt arbeiteten, müssen Verluste tragen. Einem Correspondenten für Locales schuldet Bodeck z. B. noch über 100 Mark.

Und auf welches Endziel lief schließlich die ganze Gründung hinaus? Nur auf das eine, den Größenwahnsinn eines antisemitischen Gernegroß zu befriedigen, welcher auf Kosten Dr. Bäckels eine Ralle spielen wallte. —

An Bodeck ist ein Finanzminister verloren gegangen, denn er versteht es, trotzdem die Druckerei und das deutsche Wirthshaus über und über verschuldet sind, alles, was niet- und nagelfest, mehrere Male verpfändet ist, immer neue Schulden zu contrahiren. So kleben gegenwärtig auf dem Pinno im deutschen Wirthshaus allein sechs Gerichtsvollziehersiegel. Die 4000 Mark, mit welchen Thomas am „Deutschen Volksrecht", resp. der Druckerei engagirt ist, wollte Bodeck in monatlichen Accepten von 100 Mark zurückzahlen. Aber keines ist noch eingelöst warden. Der Geschäftsführer des „deutschen Wirthhauses", ein Herr Gattschalk, will Bodeck 1000 Mark Caution gestellt haben!! Bis jetzt will er sein Geld noch nicht zurückerhalten haben!

Jasef Stolzing, Charlottenstr. 96 II.

Zur Abwehr.

Juden in der Marine. Dem Buche „die Juden in Philadelphia" entnehmen wir folgende Einzelheiten über die Betheiligung der Juden an der Marine der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Uriah Philipps Levy, der Sohn eines jüdischen Offiziers, der den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gegen England mitgefochten, trat 1812 in die Marine ein, wurde Master auf der Brigg Argus und mit der Besatzung nach ehrenvollem Kampfe von den Engländern gefangen. Nach zweijähriger Gefaugenschaft freigelassen, wurde er wegen dewiesener Bravour 1817 Lieutenant, dann 1837 Commodore, zuletzt 1858 Commandant eines Geschwaders. Dies war der höchste damals vorhandene Rang der nordamerikanischen Marine und er hatte ihn bis zu seinem Tode, 22. März 1862, inne. Sein Hauptoerdienst, neben den Leistungen im Kriege, war die Abschaffnng der Prügelstrafe in der Vereinigten Staaten Marine — Joseph B. Rom diente als Midshipman und dann als Offizier 1812 auf der Fregatte Guerriere, bis er, infolge oon Wunden, die er im Kampf mit algerischen Piraten erhalten, im Jahre 1822 seinen Abschied nehmen mußte. Im Ganzen dienten nicht weniger als 47 Juden nur aus Philadelphia in der Marine der Vereinigten Staaten in allen Rangstufen vam einfachen Matrosen bis zum Commodore, eine sehr bemerkenswerthe Thatsache gegenüber den Angriffen, die gegen die Juden wegen mangelnder Kriegsluft, und ganz besonders auch Furcht vor dem Dienst zur See, erhaben werden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und der „Verein deutscher Studenten". Wie die „Schlef. Ztg." mittheilt, ist ein Antrug auf eine besondere Ehrung Stöckers abgelehnt worden, obwohl ein Redactionsmitglied des „Volk" als alter Herr des Vereins ganz energisch für Stöcker ins Zeug ging. Früher ist die Wahl Stöckers zum Ehrenpräsidenten des Vereins nur an dem Einspruch des damaligen Rectors Praf. Pfleiderer gescheitert.

Die Bismarckischen „Hamburger Nachr." erörtern das Verhältniß Herrn **Stöckers** zu den Conservativen, nennen Stöcker einen der **gefährlichsten Demagogen, welche die Gegenwart aufzuweisen** habe, und äußern sich dann wie folgt:

„Es muß Verwunderung erregen, daß dieser Mann noch immer dem Vorstande der conservativen Partei angehören darf. Aus der Provinz ist eine Anzahl von Kundgebungen gekommen, welche es für undenkbar erklären, daß man einen um die conservative Sache so

hochverdienten Mann mit schnödem Undank lohnen könne. Sollte unter den Politikern, welche die Leitung der conservativen Partei bilden, die gleiche Ansicht von den außerordentlichen Verdiensten des Herrn Stöcker noch immer nicht erkennen, wie unsagbar schwer die demagogisch-hetzerische Art dieses geistlichen Agitators die wahrhaft conservative Sache geschädigt haben? Einerlei, was Stöcker der conservativen Partei in der Vergangenheit gewesen — was er ihr jetzt und in der Zukunft noch sein kann, ist weniger als Null. Dagegen ist er ein unheilvolles Hinderniß für jede Wiederannäherung zwischen den Conservativen und jenen gemäßigten Elementen, mit welchen vereint sie einst die zuverlässige Stütze der nationalen Politik gewesen sind. Lediglich die Ueberzeugung, daß eine solche Wiederannäherung dem Vaterlande noththut, zwingt uns dazu, an die conservative Partei von Neuem die Frage zu richten, wie lange sie noch zögern will, den Act der Säuberung vorzunehmen, den ihr die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet."

Zur Naturgeschichte der antisemitischen Presse. Die „Westf. Reform" in Dortmund, die sich als die „älteste antisemitische Zeitung" bezeichnet, geht zum 1. Januar ein. Sie giebt als Grund dafür widrige Verhältnisse litterarischer und finanzieller Natur an. An diese Mittheilung knüpfen die conservativ-antisemitischen „Dresd. Nachr." folgende Betrachtungen:

„Wie die antisemitischen Tagesblätter vor wenigen Jahren wie Pilze aus der Erde schossen, so packt jetzt eins nach der anderen wieder ein. Die antisemitische Bewegung ist unter den Herren Ahlwardt und Zimmermann derart versumpft, daß sich die Anhänger des ernsten Antisemitismus widerwillig von dieser Richtung abgewendet haben und die lächerliche Großsprecherei dieser Blätter für den Abonnentenfang nicht mehr zieht. Der eitle Humbug, der von diesen Blättern mit den Schlagworten „Vertretung des Mittelstandes", Monarchie und Christenthum" getrieben wird, ist zu allgemein bekannt. Dazu kommt die Kläglichkeit, mit der die Blätter fast durchweg redigirt sind. Faulheit und journalistische Unfähigkeit verräth jede Nummer jedem, der sich die Mühe nimmt, Vergleiche anzustellen. Und welche Mittel sind von diesen „berufenen" Kämpfern für deutsches Wesen und deutsche Ehrlichkeit zur Erlangung von Inseraten angewendet worden? Man hat Beispiele, daß altangesehene christliche Firmen, die in den Blättern nicht inserirten, als jüdische verdächtigt wurden."

Dr. Friedrich Lange ist von der Leitung der „Täglichen Rundschau" und der „Volksrundschau" infolge von Differenzen mit dem Verleger Dr. Hempel zurückgetreten. Ob mit diesem Wechsel in der Redaction eine Aenderung der antisemitischen Tendenz der beiden Blätter verbunden ist, geht aus den von den streitenden Parteien veröffentlichten Erklärungen nicht klar hervor. Herr Dr. Lange behauptet, daß in der Judenfrage ein anderer Weg gegangen werden solle, was Dr. Hempel bestreitet. Es sei keine Aenderung in der Politik beabsichtigt.

Gollantsch, im Dez. Der Kaufmann Moritz Rosentreter von hier fuhr mit mehreren Kaufleuten nach Osterode zum Viehmarkt; am Abend verließen die Kaufleute das Gasthaus und begaben sich nach dem Bahnhofe, auf dem Wege nach demselben wurden sie von zwei Unbekannten mit den Ausrufen „Juden raus" verfolgt und der Kaufmann Rosentreter mit einer Wagenrunge mächtig bearbeitet. Die Unbekannten wurden ermittelt und vor einigen Wochen die Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Während der Verhandlung wurde die Sache vertagt und dem Landgericht, also der Strafkammer überwiesen. Einer der Helden erhielt dafür 6 Monate Gefängniß.

Ahlwardt in New-York. Eine wenig geschmackvolle Annonce hat ein Herr Arthur Goldsmith, 81 u. 83 Wall-Str. in New York anläßlich des Auftretens Ahlwardt's in einer New Yorker Zeitung erlassen. Sie lautet: „Aufgeklärte Männer, welche den Versuch Ahlwardt's verachten, Rassen-Vorurtheil zu erwecken, gesucht, um den Fanatiker mit faulen Eiern zu bewillkommen."

Wir brauchen wohl kaum noch hinzuzufügen, daß wir ein derartiges Vorgehen entschieden mißbilligen und sind überzeugt, daß auch die Glaubensgenossen des Herrn Goldsmith diesem für sein Vorgehen wenig Dank wissen werden.

Briefkasten.

Dr. St. in **Fr., F. G.** in **W.** u. A. m. Besten Dank für die freundl. Glückwünsche. Auch im neuen Jahr werden Sie hoffentlich die Alten, d. h. uns treu bleiben. An unserem Willen soll es nicht fehlen.

Abonnent in **Kolberg**. Fritz Friedmann ist getaufter Jude. Im Uebrigen verweisen wir auf den Artikel in dieser Nr.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 2. | Berlin, den 11. Januar 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4321.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Die Criminalität der Juden in Deutschland.

Der alte Kirchenvater Lactantius beschwerte sich einmal darüber, daß seine Gegner „unaufhörlich und unverschämt wiederholen, was schon vielmal widerlegt worden.“ „Lasset eure Gelehrten reden“, ruft er aus, „und ihre Fähigkeiten beweisen; haben sie gute Gründe, so mögen sie dieselben anführen.“

Die Juden können sich mit diesem Kirchenvater darüber beschweren, daß ihre Gegner sich in ihren grundlosen Angriffen unaufhörlich wiederholen. Zu diesen Angriffen gehört der alte Vorwurf, daß die Juden als „fremde Rasse“ eine besondere „Neigung zu Verbrechen“ haben und daß die Criminalstatistik diese Neigung in ihren Zahlen klar wiederspiegele. Antisemitische Flugblätter und Broschüren werden nicht müde, das gegebene Zahlenmaterial nach ihrer tendenziösen Weise zurechtzulegen und die „Gelehrten“ dieser Richtung haben keine Ahnung, daß ihre „Gruppirung“ der Zahlen oft einer Fälschung gleichkommt.

Natürlich hat es auf anti-antisemitischer Seite (das Wort „philosemitisch“ lehnen wir als irreführend ab) nicht an Protesten gegen diese Pseudo-Gelehrsamkeit des Antisemitismus und an ernsthaften Broschüren gefehlt. Aber diese alle werden überflüssig gemacht durch ein Werk „Die Criminalität der Juden in Deutschland“ (Berlin 1896 bei S. Cronbach) welches das „Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe“ herausgegeben hat. Das stattliche Druckheft (XX 56 S.) ist die erste der Publicationen, die dieses verdiente „Comité“ unter dem Titel „Die Juden in Deutschland“ herauszugeben gedenkt.

Dieses Unternehmen ist mit Freuden gutzuheißen und zu unterstützen. Das „Comité“ leistet mit dieser langwierigen und rein wissenschaftlichen Thätigkeit eine werthvolle Arbeit. Wir haben es immer gewünscht, den Antheil wissenschaftlich festzulegen, den die Juden an der deutschen Cultur genommen haben. Daß dieser Wunsch seiner Erfüllung entgegengeht, ist dankbar zu begrüßen.

Die vorliegende Arbeit, deren ruhige und klare Einleitung die Unterschrift Dr. Paul Nathans trägt, benutzt die bis jetzt herausgegebenen 11 Bände der amtlichen „Criminalstatistik für das Deutsche Reich“ von 1882—1892. Für die Bevölkerungsverhältnisse wurde die zwischen 1882—1892 mitten inneliegende Volkszählung vom 1. Dezember 1885 genommen.

Das Buch ist mit ebenso großer Correctheit wie mit ruhiger Unbefangenheit geschrieben. In geordneten Gruppen marschirt das Material auf und überläßt die Folgerungen dem einsichtigen Leser. Kein Beschönigen der für die Juden ungünstigen Ziffern wird versucht, sondern die Ursache ihrer Höhe finden eine genaue Analyse. Ebensowenig findet sich ein unschönes Hinweisen auf diejenigen Ziffern, die für die Juden günstig sind.

Das Werk zerfällt in 4 Theile. Der erste behandelt im Anschluß an die amtliche Rubricirung das Verhältniß der Criminalität der Juden zu der Criminalität der Nicht-Juden im Deutschen Reiche. Der zweite behandelt das Verhältniß der Criminalität der Juden im Deutschen Reiche zu der Criminalität der Nicht-Juden im Königreich Sachsen. Theil III giebt Stichproben des Verhältnisses der Freisprechungen der Juden zu denen der Nicht-Juden in Deutschland und endlich behandelt Theil IV auf Grund der österreichischen amtlichen Quellen dieselben Verhältnisse, soweit sie sich ermitteln lassen, für das Kaiserthum Oesterreich.

Folgendes ergiebt sich nun aus der Gesammtheit des Materials:

Es wurden in der Zeit von 1882—1892 überhaupt in Deutschland verurtheilt:

38,288 Juden gegen 3,973,667 Nicht-Juden.

Nach dem Verhältniß der Juden zu den Christen in der Bevölkerung müßten im Ganzen 47,306 Juden verurtheilt worden sein. Die Juden liefern demnach 9,018 Personen weniger Verurtheilte. Das ist gewiß kein ungünstiges Ergebniß.

Nach großen Kategorien geordnet, ergeben sich für die Jahre 1882 –1892 folgende Ziffern:

Verbrechen und Vergehen im Amte:
17,279 bestrafte Nicht-Juden, 204 bestrafte Juden (also 2 Personen weniger, als dem Bevölkerungsverhältniß nach zu erwarten war.)

Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen:
1,826,424 bestrafte Nicht-Juden, 15,184 bestrafte Juden (also 6,559 Personen weniger als die normale Zahl betrüge.)

Verbrechen und Vergehen gegen die Person:
1, 474,645 bestrafte Nicht-Juden, 14,344 bestrafte Juden, (also 3,211 Personen unter der Normalzahl.)

Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung, Religion:
655,319 bestrafte Nicht-Juden, 8,556 bestrafte Juden, (also 754 Personen mehr, als nach dem Bevölkerungsverhältniß zu erwarten war.)

Im Einzelnen ergiebt sich für die Arten der Vergehen und Verbrechen Folgendes:

A) Ausgeschieden wurden, weil die Zahlen zu klein sind, um Folgerungen zu gestatten:	Es wurden verurtheilt von 1882—1892 im Ganzen:	Juden	statt
1) Hochverrath und Landesverrath, feindliche Handlung gegen befreundete Staaten. Verbrechen und Vergehen in Bezug auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte	198	2	2,36
4b) Androhung eines gemeingefährlichen Vergehens	883	0	3
4e) Vergehen gegen die Verordnungen bez. der Schifffahrt	205	0	11
4k) Ungesetzliche Trennung durch den Geistlichen und vorschriftswidrige Eheschließung durch den Standesbeamten	517	0	6
3d) Andere Verletzungen der Eidespflicht	238	4	3,4
10a) Doppelehe	623	2	7
10c) Unzucht unter Mißbrauch eines Vertrauensverhältnisses	458	3	5
13c) Tödtung auf Verlangen des Getödteten	10	0	0
13f) Aussetzung	481	4	6
14e) Vergiftung	123	1	2
15a) Menschenraub und Entführung	183	4	2
20c) Andere Fälle der Urkundenfälschung	478	5	6
24c) Vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransports	161	0	2
24h) Gefährdung durch Anwendung von Sprengstoffen und Vorbereitungshandlungen dazu	104	0	1
25b) Bestechung (passive)	568	2	7
	5773	27	69

B) Zusammenstellung der einzelnen für die Juden ungünstigen Rubriken:	im Ganzen:	Juden	statt
4d) Verletzung der Wehrpflicht	202298	4008	2408
4g) Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen, bez. jugendlichen Arbeitern	2857	281	34
4b) Zuwiderhandlungen in Bezug auf Concessionspflicht 2c. sowie gegen behördliche Anordnungen betreffs der Schutzvorrichtungen bei gewerblichen Anlagen	48817	1038	579
4i) Andere Vergehen gegen die Gewerbeordnung	3597	136	43
4l) Vergehen gegen die § 17—20, 22, 25, 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie	1531	24	18
4m) Vergehen gegen die Reichsgesetze No. 114, 121—7, 141—3, 147, 151—4	6110	92	73
5b) Münzvergehen	863	25	10
8a) Meineid	9313	213	111
8b) Fahrlässiger falscher Eid	4533	86	54
8c) Verleitung zum Meineid oder falschen Eide	2614	74	31
7) Falsche Anschuldigung	5732	119	89
3) Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen	3165	95	38
10f) Kuppelei	19817	275	286
10g) Aergerniß durch unzüchtige Handlungen, Verbreitung unzüchtiger Schriften	16203	273	193
11) Beleidigung	472204	8149	5822
12) Zweikampf	1149	73	14
15b) Widerrechtliche Freiheitsentziehung	2002	32	24
17b) Erpressung	5351	162	64
18c) Gewerbs- und gewohnheitsmäßige Hehlerei	2238	124	27
18d) Hehlerei in wiederholtem Rückfall	452	15	5
19a) Betrug	151729	3775	1808
19c) Untreue und Pflichtwidrigkeiten des Vorstandes 2c. einer Actiengesellschaft, Commanditgesellschaft auf Actien, eingetragenen Genossenschaft, eingeschriebenen Hilfskasse, sowie Vergehen gegen das Bankgesetz	5327	99	63
19d) Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln, Feilhalten verfälschter und verdorbener Genußmittel; Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter	6874	152	83
20a) Fälschung öffentlicher oder zum Beweise von Rechten dienender Urkunden	36079	750	429
20b) Unterdrückung von Urkunden	736	25	9
21a) Betrügerischer Bankeratt	1714	191	20
21b) Einfacher Bankeratt	5829	1113	89
21c) Andere Verbrechen und Vergehen in Bezug auf ein Concursverfahren	1067	63	13
22a) Vergehen in Bezug auf Glückspiele und Lotterien	9374	300	112
22e) Verletzung fremder Geheimnisse	1455	51	17
22f) Wucher	547	100	6⅛
22b) Vergehen in Bezug auf das geistige Eigenthum	1083	110	12
24e) Wissentliche Verletzung von Absperrungsmaßregeln bei Viehseuchen, insbesondere von Einfuhrverboten zur Abwehr der Rinderpest, sowie der Vorschriften über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderung auf Eisenbahnen	8136	276	109
24g) Herstellung und Feilhaltung gesundheitsschädlicher Nahrungs-, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände	4986	238	59
25a) Bestechung (active)	5933	183	71
	1052621	22742	12531

C) Zusammenstellung der einzelnen für die Juden normalen Rubriken:	im Ganzen:	Juden	statt
a. Mit kleiner Abweichung zu Ungunsten der Juden.			
4f) Andere Verbrechen und Vergehen gegen Abschnitt VII sowie Vergehen gegen § 49a des St. G. B.	6240	77	74
5a) Münzverbrechen	1535	20	18
14f) Fahrlässige Körperverletzung	22175	278	264
22g) Andere Fälle des strafbaren Eigennutzes	1683	22	20
b. Mit kleiner Abweichung zu Gunsten der Juden.			
13e) Abtreibung	2655	30	32
19b) Betrug in wiederholtem Rückfall	15583	176	186
	49871	601	594

D) Zusammenstellung der einzelnen für die Juden günstigen Rubriken:	im Ganzen:	Juden	statt
2) Beleidigung des Landesherrn, Beleidigung von Bundesfürsten	5117	49	81
3a) Gewalt und Drohungen gegen Beamte	140830	681	1876
3b) Befreiung von Gefangenen	9754	27	113
3c) Andere Fälle des Widerstandes gegen die Staatsgewalt	3649	12	43
4a) Hausfriedensbruch	172247	1389	2051
4c) Arrestbruch	22065	156	263
9) Verbrechen und Vergehen in Bezug auf den Personenstand	1150	7	14
10b) Blutschande	3867	7	44
10d) Widernatürliche Unzucht	4162	20	50
10e) Unzucht mit Gewalt, an Bewußtlosen 2c. an Kindern, Nothzucht, Verleitung zum Beischlaf durch Täuschung	33748	354	402
10b) Andere Vergehen gegen die Sittlichkeit	1722	17	21
13a) Mord	1411	2	17
13b) Todtschlag	1648	4	20
13d) Kindesmord	1945	5	23
13g) Fahrlässige Tödtung	6423	33	77
14a) Einfache Körperverletzung	213975	1910	2547
14b) Gefährliche Körperverletzung	589295	2377	7015
14c) Schwere Körperverletzung	3041	4	72
14d) Betheiligung an einer Schlägerei, welche Tod oder schwere Körperverletzung zur Folge hatte	1679	1	20
15c) Nöthigung und Bedrohung	69702	473	830
18a) Einfacher Diebstahl	799248	3222	9515
18b) Einfacher Diebstahl in wiederholtem Rückfall	128085	360	1501
18e) Schwerer Diebstahl	88212	326	1050
18d) Schwerer Diebstahl in wiederholtem Rückfall	28073	31	384
16e) Unterschlagung	170007	1736	2024
17a) Raub und räuberische Erpressung	4624	9	55
18a) Begünstigung	8978	70	118
18b) Einfache Hehlerei	81740	880	973
22h) Beseitigung von Vermögensstücken bei drohender Zwangsvollstreckung	3126	33	37
22c) Verletzung fremden Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrechtes	17922	148	213
22d) Jagd- und Fischerei-Vergehen	75444	31	398
23) Sachbeschädigung	141565	463	1685
24a) Brandstiftung	5860	22	71
24b) Fahrlässige Inbrandsetzung	7044	62	84
24d) Fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahntransportes	4253	6	51
24f) Andere gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	1122	4	13
25c) Unterschlagung im Amte	4645	7	55
25d) Andere Verbrechen und Vergehen im Amte	6133	12	73
	2865402	14918	34112

(Fortsetzung folgt.)

Die Flucht des Frhrn. v. Hammerstein und das „Kreuzzeitungs-Comité.

Ein Vorspiel zum Hammersteinprozeß fand am 6. Januar in *Hannover* statt. Der Redacteur des dortigen sozialdemokratischen Blattes „Volkswille“, *Rauch*, wurde zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er die Berliner Staatsanwaltschaft der Begünstigung der Flucht Hammersteins beschuldigt hatte. In der Begründung des Urtheils wird festgestellt, daß das *Vorgehen der Staatsanwaltschaft „von Anfang an pflichttreu und unantastbar, nicht vorschnell aber sicher“* gewesen sei.

Dagegen geht aus dem Verlauf der Verhandlung klar und unzweideutig *die Schuld des Kreuzzeitungs-Comités, insbesondere des Grafen Finkenstein* hervor. Was ist nicht alles an Erklärungen, Berichtigungen und Entrüstungsartikeln von conservativer Seite bis in die letzte Zeit hinein zu Tage gefördert worden, um darzuthun, daß die Herren ein gutes Gewissen haben. Noch jüngst hatte man die Unverfrorenheit, in dem offiziellen Organ der Partei, der „Conf. Corresp.“, zu versichern, niemals sei von einer Partei oder einer andern Gemeinschaft von Ehrenmännern die Entlarvung eines bisher als Ehrenmannes bekannten und geschätzten Mitgliedes mit größerem Ernste und Nachdruck betrieben worden, als dieses seitens der conservativen Parteileitung im Fall Hammerstein geschehen sei. Und nun ist dieser Vertuschungs- und Täuschungsapparat unter den wuchtigen Schlägen der Zeugenaussagen des Oberstaatsanwalts Drescher elendiglich zusammengebrochen.

Herr Drescher hat — um nur zwei Hauptpunkte anzuführen — documentarisch nachgewiesen, daß Graf Finkenstein bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung am 25. Juli kein Wort über die Wechselfälschungen sagte, obwohl ihm diese schon bekannt waren. Graf Finkenstein hat ferner mit einer wunderlichen Naivetät den in Sistrans sich aufhaltenden Hammerstein telegraphisch um Aufklärung über die Fälschungen gebeten. Alles das war natürlich dazu angethan, *das Entkommen des Verbrechers zu begünstigen.*

Belastet ist auch ein anderes Mitglied des Kreuzzeitungs-Comités, der Rath im Hausministerium Graf *Kanitz*, der sich der gerichtlichen Vernehmung durch Ausflüchte zu entziehen wußte.

Durch das Verhalten der conservativen Herren, auf welches die Darlegungen des Zeugen grelle Streiflichter werfen, war die Staatsanwaltschaft in ihrem Bemühen, Hammerstein zu fassen, gehindert worden und es wird bereits die Frage aufgeworfen, ob die Manipulationen der Herren vom Comité strafgesetzlich zu ahnden seien.

Interessant ist auch die Thatsache, daß von den Stützen der Monarchie der Versuch gemacht wurde, unter Hinweis auf die politische Bedeutung Hammersteins die Staatsanwaltschaft zu *beeinflussen!* —

Der bevorstehende Prozeß in Berlin wird voraussichtlich über die Haltung noch anderer conservativer Herren in der Hammersteinangelegenheit Aufschluß geben und damit seine politische Bedeutung eclatant verweisen.

Nachstehend geben wir die Aussage des Oberstaatsanwalts *Drescher*, in Anbetracht ihrer Wichtigkeit, möglichst ausführlich wieder. Herr Drescher bekundete:

Im Laufe der Zeit waren gegen Herrn von Hammerstein in der Presse folgende Vorwürfe gemacht worden: 1. Unterschlagung des Pensionsfonds, 2. Unterschlagung des Stöcker-Fonds, 3. Anschuldigungen betr. Abschluß des Papierlieferungsvertrages, 4. der Vorwurf, daß er den Grafen Waldersee um 100,000 M. betrogen, die angeblich zu Zwecken der „Kreuzzeitung“ entliehen, 5. wegen Verbrechens wider das keimende Leben. Die weitern Fälle, wie Wechselfälschung, schwere Urkundenfälschung ergeben sich erst aus dem von mir eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Ursprünglich wurden nur die beiden Vorwürfe in der Presse erhoben betr. Pensionsfonds und betr. die Papierlieferungen. Damals erschien in der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung, ich glaube des Grafen Kanitz vom 6. April, welche die Anschuldigungen der „Kl. Presse“, daß die „Kreuzzeitung“ geschädigt worden sei, widerlegte. Das mußte mir als eine competente Erklärung erscheinen. Anfang Juni wurden im „Kl. Journal“ die Vorwürfe wieder aufgenommen. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht fragte an, wie ich mich dienstlich zu dem Artikel stellen wolle. Ich erstattete Bericht. (In demselben wird auf die Erklärung des „Kreuzzeitungs“-Comité's und auf den Umstand Bezug genommen, daß gegen das „Kl. Journal“ Strafantrag von Herrn v. Hammerstein gestellt sei. Es sei zu bedenken, daß Frhr. v. Hammerstein, falls schuldig, schwerlich in der Redaction geblieben wäre. Die Staatsanwaltschaft werde die Sache im Auge behalten. Bei einer Entlassung aus der Redaction, wie sie als bevorstehend angekündigt werde, würde sofort eine Vernehmung vorgenommen werden.)

Der Fall trat alsbald ein. Ich bemerke, daß ich die Sache außer während meines Ferien-Urlaubs (15. Juli bis 30. August) selbst bearbeitet habe. Meinem Vertreter legte ich am 7. Juli den Bericht vor und ersuchte, in diesem Sinne zu handeln. Am 9. Juli las ich, daß Hammerstein suspendirt sei, und das gab mir Veranlassung, nunmehr von Amtswegen ein Ermittlungs-Verfahren eintreten zu lassen. Ich und mein Vertreter waren einig, daß diese Sache mit aller Energie geführt werden müsse. Wir entschieden uns für sofortige gerichtliche Vernehmungen. Bei allen betheiligten Organen der Justiz herrschte nur eine Meinung, daß gerade bei dieser Sache auch jeder Schein vermieden werde, daß gegen eine höhere Persönlichkeit anders verfahren würde. Ich ersuchte sofort die Polizei in einer Eilsache um Angabe der Namen der Comitémitglieder, welche Auskunft über die Vorwürfe des „Kl. Journals“ geben könnten. Am 15. Juli trat ich meinen Urlaub an, am 17. Juli erging von meinem Vertreter an das Amtsgericht die Verfügung, den Grafen Günther Heinrich v. Finkenstein über die Beschuldigungen zu vernehmen. Am 25. Juli ist Graf Finkenstein vor dem Amtsgericht erschienen. Ueber den Pensionsfonds machte er entlastende Mittheilungen. Der Fonds habe nicht 400000 Mark, sondern nur 120000 Mk. betragen; Hammerstein habe 100000 Mark im „Interesse der „Kreuzzeitung“ zum Ankauf des „Deutschen Tageblattes“ verwendet; wenn sich auch der Verbleib der fehlenden 20000 Mark noch nicht nachweisen lasse, so bestehe für ihn kein Zweifel, daß auch diese Summe im Interesse der Kreuzzeitung verbraucht worden sei. Ueber die Papierlieferung sagte Graf Finkenstein. es sei ihm vom Papierhändler Flinsch ein Vertrag vorgelegt worden, wonach Herr v. Hammerstein 200000 Mark für die „Kreuzzeitung“ entliehen habe. Die Summe solle so amortisirt werden, daß 25 pCt. Aufschlag auf die Papierpreise gesetzt werden solle. Graf Finkenstein fügte hinzu, daß er bis jetzt nicht Gelegenheit gehabt habe, nachzuprüfen, ob die Summe im Interesse der „Kreuzzeitung“ verwendet worden sei. Die Suspension Hammersteins von der Redactions-Leitung sei nicht deshalb erfolgt, weil das Comité ihn für schuldig halte, sondern um ihm Zeit zur Klage zu geben. Das Amtsgericht beschloß, ohne erst uns zu befragen, Graf Kanitz und Kaufmann Flinsch vorzuladen. Die Bemühungen des Amtsgerichts nach Aufklärung waren aber zunächst ergebnißlos. Graf Kanitz erklärte, nicht erscheinen zu können, da er dienstlich verhindert sei. Er wurde von Neuem zum 8. August vorgeladen, entschuldigte aber sein Ausbleiben mit einer unaufschiebbaren Reise bis zum 19. August. Ich bemerke, daß von einer Fälschung des Lieferungsvertrages und von der Wechselfälschung bisher kein Wort gesagt war. Am 1. August lief nun bei uns eine Eingabe des Grafen Finkenstein im Namen des „Kreuzzeitungs“-Curatoriums ein, in welcher Mittheilung gemacht wurde, daß am 21. Juli — also vier Tage vor seiner Vernehmung — dem Grafen Finkenstein vom Papierhändler Flinsch ein von 1890 datirter Vertrag vorgelegt sei nebst zwei Wechseln über je 100000 Mark, deren Unterschrift gefälscht sei. Da in dem Vertrage auch die Unterschrift des Frhrn von Hammerstein stehe, habe sich Graf Finkenstein am 27. Juli mit diesem telegraphisch in Verbindung gesetzt, aber keine Antwort erhalten. Es war in dem Brief unklar, ob die Unterschrift Hammersteins auch mit den Wechseln in Verbindung stehe und ob der Vertrag auch gefälscht sei. Der Umstand, daß Graf Finkenstein bei seiner Vernehmung auch von den Papierlieferungen gesprochen hatte, und nicht ein Wort von den Fälschungen, veranlaßte den Decernenten, um eine erneute Vernehmung des Grafen Finkenstein, event. auch um Beschlagnahme der Wechsel zu ersuchen. Der Beschlagnahme-Beschluß des Amtsgerichts datirt von 15. August. Zugleich wurde eidliche Vernehmung des Herrn Flinsch beantragt. Flinsch hatte den Vertrag gekündigt. Graf Finkenstein verwies ihn auf eine Conferenz mit dem Rechtsbeistand der „Kreuzzeitung“, Rechtsanwalt Eschenbach, der augenblicklich verreist sei. Darauf antwortete Flinsch — es war am 17. Juli — daß er durch Vertrag ein Kündigungsrecht habe, außerdem habe er in seinem Besitze zwei auf den Grafen Finkenstein lautende Wechsel über je 100,000 Mk. Am 19. Juli antwortete Graf Finkenstein, daß er niemals einen solchen Vertrag abgeschlossen und auch niemals solche Wechselverbindlichkeiten übernommen habe. Wenn Flinsch solche Wechsel im Besitz habe, müßten sie gefälscht sein. Graf Finkenstein ersuchte, die Wechsel dem Amtsgericht zu übergeben. Flinsch erschien aber am 21. Juli persönlich beim Grafen Finkenstein. Dieser soll außer sich gewesen sein und gesagt haben, das habe er Hammerstein nicht zugetraut. Flinsch fragte, wie sich die „Kreuzzeitung“ zu dem Vertrage stelle, und ob Graf Finkenstein Anzeige

erstatten werde. Dieser antwortete: Wenn Hammerstein gesündigt habe, müsse er bestraft werden. Ob Strafanzeige zu erstatten sei, habe das Comité zu bestimmen. Flinsch hat die Anzeige unterlassen, weil er sich auf das Comité verließ.

Der bedauerliche Umstand, daß Hammerstein den Fluchtversuch unbeanstandet unternehmen konnte, ist nach meiner Meinung darauf zurückzuführen, daß Graf Finkenstein bei der gerichtichen Vernehmung über die Fälschungen kein Wort gesagt hat, obwohl er hätte über die Thatsachen unterrichtet sein müssen. Einen Anlaß zum Einschreiten gegen Hammerstein bot die gerichtliche Vernehmung nicht. Ob es die Absicht war, die Sache in die Länge zu ziehen, kann und will ich nicht beantworten. Zum Weitern ist der Umstand, daß Hammerstein versuchen konnte, sich der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen, dem Umstande zuzuschreiben, daß er von Graf Finkenstein telegraphisch befragt wurde. Ich nehme an, daß sich v. H. von diesem Tage ab versteckt gehalten hat. Bei meiner Rückkehr war Flinsch nach Sylt gereist, so daß es nicht möglich war, die Wechsel zu beschaffen. Ich ersuchte das Amtsgericht, den Grafen Finkenstein schleunigst zu vernehmen über die Fälschungen, den Grafen Kanitz über die andern Vorwürfe. Der Termin ist am 9. September abgehalten worden, damals war Hammerstein schon über alle Berge. Graf Finkenstein ist jetzt mit den nähern Umständen hervorgetreten, über die er schon am 25. Juli hätte Mittheilung machen können. Graf Kanitz erklärte, er wisse von den Anschuldigungen nichts, er könne nur sagen, daß die Papiere über den Pensionsfonds richtig gewesen wären. Nunmehr beschloß das Amtsgericht am 9. September die Beschlagnahme des Vertrages und erließ einen Haftbefehl gegen v. H.

Das Amtsgericht überwies uns den Haftbefehl mit der Erwägung, ob wir von ihm schon jetzt Gebrauch machen wollten. Ich erließ durch besondern Boten an das Polizei-Präsidium die Aufforderung, die Urkunden eventuell unter Anwendung von Gewalt durch Erbrechen des Geldspindes herbeizuschaffen. Ich habe sie am 12. September erhalten und ersehen, daß die Unterschrift des Grafen Finkenstein amtlich beglaubigt war. Der Haftbefehl war für den Zweck der Auslieferung unzulänglich. Ich mußte erst Graf Finkenstein über den Thatbestand der öffentlichen Urkunde vernehmen lassen. Das geschah am 18 September. Um aber nicht Zeit zu verlieren, ließ ich am 16. September den Haftbefehl an das Polizei-Präsidium mit dem Ersuchen gehen, deiden zuständigen Behörden weitere Schritte behufs Verhaftung vorzunehmen. Ich habe dem Polizei-Präsidium angezeigt, daß ich noch nicht für geboten halte, den Steckbrief zu erlassen, da Hammerstein dadurch nur gewarnt worden wäre. Hammerstein war schon längst im Ausland, der jetzige Steckbrief ist vollständig wirkungslos gewesen. Nicht richtig waren jedenfalls die Zeitungsmeldungen, daß Hammerstein noch am 16. September in Sistrans gewesen sei. Ich bin der Meinung, daß er sich nach der Depesche vom Grafen Finkenstein unsichtbar gemacht hatte. Die weitern Requisitionen ergaben, daß er sich zunächst nach Verona, dann nach Neapel gewandt hatte. Auf meinen Antrag hat der Untersuchungsrichter allen Zeitungsmeldungen nachgeforscht. Durch das Auswärtige Amt wurden alle Geschäftsführer in Kenntniß gesetzt.

Ich bin lediglich auf Zeitungsnotizen eingeschritten in Sachen des Stöckerfonds und des Grafen Waldersee. Als die „Kreuzzeitung" notirte, daß der Staatsanwaltschaft die Unterlagen zur strafrechtlichen Verfolgung unterbreitet wären, theilte ich dem Comité mit, daß diesseits nichts eingegangen sei, und ich bäte um Mittheilung über die erhobenen Vorwürfe des Betruges, der Unterschlagung, der Fälschungen u. s. w. Auf das Schreiben erschien Rechtsanwalt Eschenbach, der fragte, was die Staatsanwaltschaft wolle. Es hob die politische Seite hervor, und ich antwortete ihm, daß die politische Seite uns nicht abhalten könne, unsere Pflicht zu thun. Ich überlasse es dem Gericht, zu beurtheilen, ob ich sie gethan habe.

Ein gerichtliches Verdict über den antisemitischen Abg. Iskraut.

Vor dem Schöffengericht in Marburg gelangte am 2. Januar eine Privatklage des Reichstagsabgeordneten Pfarrer **Iskraut** gegen den Universitätsprofessor **Stengel** zur Verhandlung.

Die Klage bildet ein Nachspiel zu dem Wahlkampfe, der sich zu Beginn des vorigen Jahres um den nach der wegen Meineids vor dem Hannoverschen Schwurgericht erfolgten Verurtheilung seines bisherigen Vertreters **Leuß** freigewordenen Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen abspielte. Bei dieser Wahl standen sich Pfarrer Iskraut, als Candidat der deutsch-sozialen Reformpartei, und Prof. Dr. Stengel, als liberaler Candidat, gegenüber. Bei der Hauptwahl am 28. Dezember kam Pfarrer Iskraut mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl, über den er später den Sieg davontrug.

Während der Wahlcampagne hatte Professor Stengel in Huntershausen, Kreis Witzenhausen, am 8. Februar in einer öffentlichen Wählerversammlung in Gegenwart des Ortspfarrers über seinen Gegner geäußert: Pfarrer Iskraut scheine mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße zu stehen; denn in einer öffentlichen Versammlung in Waldkappel habe er entweder die groben Lügen eines Anderen verbreitet, oder sich selbst einer solchen schuldig gemacht, um einen politischen Gegner, einen kleinen Cigarren-Fabrikanten in Waldkappel um Beruf und Brod zu bringen. Pfarrer Iskraut hatte in jener Versammlung behauptet, der als freisinniger Agitatar auftretende Cigarrenfabrikant aus Waldkappel verkaufe Waaren von so schlechter Qualität, daß sie nicht zu brauchen seien; ein mit einer größeren Qualität hineingefallener Kunde von Hesse, der Gastwirth Fröhlich in Lichtenau, der zu seinen, Iskrauts Anhängern zähle, habe ihn vor wenigen Tagen zur Thür hinausgewiesen u. s. w.

Der angegriffene Fabrikant hatte daraufhin Iskraut der Lüge geziehen und war von diesem wegen Beleidigung verklagt worden; er hatte aber wegen der von Iskraut aufgestellten Behauptungen Gegenklage erhoben.

Das Schöffengericht verurtheilte Beide zu je dreißig Mark Geldstrafe; die Berufungsinstanz, das Landgericht in Kassel, sprach aber Hesse frei und belegte Iskraut mit einer Geldstrafe von einhundert Mark. Das Urtheil ist noch nicht rechtskräftig, da Iskraut dagegen Revision eingelegt hat.

In der Beleidigungsklage gegen Prof. Stengel stand bereits im August v. J. Termin vor dem Schöffengericht an. Der Beklagte gab zwar zu, die oben angeführten Worte gebraucht zu haben, erbot sich aber, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten, so daß die Sache vertagt werden mußte. Gleichzeitig erhob Prof. Stengel gegen Pfarrer Iskraut Widerklage.

Unmittelbar vor der Wahl war in einem gedruckten Flugblatt, die auf Grund jener Anschuldigungen gegen Prof. Stengel erhabene Anklage nebst einem mit dem Namen Iskraut unterzeichneten Anschreiben verbreitet worden, in welchem die Behauptungen des Gegencandidaten als grobe Verleumdungen bezeichnet wurden, und in dem dieser auf das Heftigste persönlich angegriffen wurde. Pfarrer Iskraut bestreitet, von der Verbreitung und dem Druck dieses Anschreibens irgend welche Kenntniß gehabt zu haben. Es haben hierüber mehrere commissarische Vernehmungen stattgefunden, u. A. des Reichstagsabgeordneten **Liebermann v. Sonnenberg** und des Secretärs der deutsch sozialen Reformpartei, Redacteurs **Hogreve**, der die antisemitische Agitation in Eschwege-Schmalkalden leitete.

Nach mehrstündigen Verhandlungen wurden sowohl der Privatkläger als auch der Beklagte freigesprachen. Die vom Vorsitzenden des Gerichtshof verkündete Begründung des Urtheils lautet im Wesentlichen wie falgt:

Der Kläger Pfarrer Iskraut hat gegen den Prof. Stengel Klage erhoben, weil er in öffentlicher Versammlung die Behauptung ausgesprachen hat, Pfarrer Iskraut scheine mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße zu leben. Der Beklagte hat diese Aeußerung eingestanden, er hat aber geltend gemacht, daß er nicht die Absicht der Beleidigung gehabt habe, sondern daß er im Interesse der Wahl die unwahren Behauptungen habe abweisen müssen; er hat aber auch Widerklage erhoben. Um sich zunächst mit dieser zu beschäftigen, so hat das Gericht als festgestellt erachtet, daß der Kläger Iskraut die Flugblätter nicht verbreitet habe, daß die Schriftstücke nicht von ihm hervorgerufen seien; vielmehr ist durch die Zeugen Liebermann von Sonnenberg und Hogreve als bewiesen anzusehen, daß Pfarrer Iskraut der Verbreitung fernsteht, so daß also die Freisprechung des Klägers als Widerbeklagten erfolgen mußte. Im Uebrigen hat sich das Gericht den Ausführungen des Beklagten Professor Stengel in **allen Punkten angeschlossen**. Das Gericht hat als **erwiesen erachtet, daß die Aeußerung „grobe Lüge" gethan ist, daß sie aber auf Wahrheit beruht**. Durch

das Zeugniß des Fröhlich ist festgestellt, daß dieser zu Prof. Stengel kein Wort gesagt hat. Daß Iskraut die Behauptungen aufgestellt hat, ist ebenfalls festgestellt. In Wahrheit ist aber durch das Zeugniß des Wirthes festgestellt, daß ihm einmal der kleine Fabrikant schlechte Waaren geliefert habe und daß er, als dieser wiederkam, ihm sagte, er könne nichts brauchen, er möge nur wieder gehen. Das hat Fröhlich dem Kläger auch gesagt. Diese Worte, welche nach Annahme des Gerichts nicht mißaerstanden werden konnten, rechtfertigten nicht das, was der Kläger in der Versammlung gesagt hatte. Das Wort „einmal" besagt, daß es vor längerer Zeit und nicht neulich geschehen sei. Die Bemerkung, daß die Waare vernichtet werden mußte, deutet an, daß das Quantum ein geringes war. Es ist ein großer Unterschied, ob ein kleiner Fabrikant einmal oder aber in jüngster Zeit schlechte Waaren geliefert hat. Dadurch, daß der Kläger den Vorgang in die jüngste Zeit verlegt und von einem großen Quantum spricht, hat er sich einer *bewußten* Unwahrheit schuldig gemacht; durch die Angabe, daß es vierzig bis fünfzig Kisten waren, hat er sich einer **groben, bewußten und vorsätzlichen Unwahrheit** schuldig gemacht. Es kann auch kein Zweifel obwalten, daß kein anderer Mann, als Hesse, gemeint war; das Bestreiten des Klägers hat das Gericht als unerheblich abgewiesen. Abgesehen von dem geringen Körnchen Wahrheit beruht dessen Erzählung auf *reiner Erfindung, auf bewußter absichtlicher Unwahrheit*. **Es ist die Bezeichnung „Lüge" daher berechtigt.** Die Lüge ist eine grobe, weil hier unerhebliche Thatsachen aufgebauscht sind. Die Lüge ist aber auch eine **gemeine**, weil es von **niedriger Gesinnung** zeugt, wenn man einen kleinen Fabrikanten durch unwahre Behauptungen in seiner wirthschaftlichen Stellung unmöglich zu machen sucht. Das Gericht hat den Ausdruck „Lüge", selbst wenn der Ausdruck „gemeine Lüge" gebraucht wäre, hierfür als berechtigt gehalten. Die Aeußerung des Beklagten ist in einer Wählerversammlung geschehen, um den Gegner vor seinen Wählern in das richtige Licht zu stellen. So mußte auf Freisprechung erkannt werden. Es würden dem Kläger sämmtliche Kosten auferlegt worden sein, wenn nicht der Beklagte auch als Priaatkläger aufgetreten wäre. Er ist hierin unterlegen, und das Gericht hat es als gerecht angesehen, daß beiderseitig die Anwaltkosten getragen werden. Die persönlichen Kosten mußten dem Privatkläger auferlegt werden.

Zur Abwehr.

Die „Tägliche Rundschau" beschäftigt sich am 24. Dezbr. v. J. wieder einmal mit der „Allg. Zeitg. d. Judenthums." Das geschieht ja selten genug, aber dann gewöhnlich in eigenartiger Weise. Ohne daher auf die Auslassungen des letzteren Blattes näher einzugehen, möchten wir Folgendes zu bedenken geben.

1. Wenn die „Allg. Zeitg. d. J." einen gelegentlichen Aufsatz eines achtbaren Mannes bringt, so braucht sie deswegen noch nicht durchweg mit dem Verfasser einer Meinung zu sein; noch viel weniger darf man behaupten, in dieser Meinung den gesammten Leserkreis oder gar „die Juden," alsa *alle* zu hören.

2 Es ist bekonnt, doß *keine* Zeitung nur von Lesern gelesen wird, die alles, was diese ihnen bietet, unterschreibt. Thatsächlich ist denn auch schon in der nächsten Nr. der „Allg. Zeitg. d. J." ein Widerspruch erhoben worden. Es ist also auch in diesem Falle falsch, von den „Juden," also *allen* zu sprechen.

3. Es giebt mehr als *eine* jüdische Zeitung; wenn also auch sämmtliche Leser der „Allg. Zeitg. d. J." mit einem einzelnen Mitarbeiter übereinstimmen sollten, so ist man doch noch nicht berechtigt, von den „Juden", also von *allen* das zu behaupten.

4. Es ist bekannt. daß die *Mehrzahl* der Juden überhaupt keine jüdischen Zeitungen liest, sondern sich mit den politischen Tagesblättern begnügt. Somit kann kein anständiger Mensch die „Allg. Zeitg. d. J." zum Sprachrohr *aller* Juden stempeln. Aus jedem einzelnen dieser Gründe ergiebt sich hinreichend, wie unrecht und *gedankenlos* die „Tägl. Rundsch." verfährt, wenn sie eine gelegentliche Aeußerung in der „Allg. Zeitg. d. J." als die Herzensmeinung des „Judenthums" ausposaunt. Nachdem aber Herr Dr. Lange von der Leitung der „Tägl. Rundsch." zurückgetreten ist, steht zu erworten, daß auch den Juden gegenüber mehr gesundes Urtheil und Gerechtigkeit zur Geltung kommen wird.

Dr. K.

Die „Staatsbürger-Ztg." brachte am 7. Jan. folgende „Bef. Mittheilung" aus *Sagan*:

In christlichen Kreisen ist man der thörichten Ansicht, daß die Weihnachtsfeiertage für das Personal wenigstens der Engros- und Fabrikgeschäfte eine Zeit der Ruhe und Erholung sein sollen, und das Gesetz hat ja dieser Ansicht auch Rechnung getragen. In einem sehr großen Fabrikgeschäft der Textilbranche Niederschlesiens denkt man aber anders; unsere Leser wird das nicht wundern, wenn sie hören, daß die betreffende Firma den bezeichnenden Namen „*Moses Löw Beer*" führt. In dieser Firma, welche hier ansässig ist, herrscht die liebliche Gewohnheit, die große Jahresinventur *am 24. Dez.* abzuhalten. So ist denn auch das Contorpersonal der betreffenden Firma den Heiligabend bis nach 10 Uhr, am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertage aber von früh 8 Uhr bis nach Mitternacht beschäftigt gewesen. Ja, als einer der Buchhalter, von den Anstrengungen erschöpft, sich am zweiten Feiertage erlaubte, von 2—4 Uhr ein Nachmittagsschläfchen zu halten, wagte es der Inhaber, ein mährischer Jude namens Hermann Weiß, den betreffenden durch einen Lehrling holen zu lassen, worauf ihm allerdings die gebührende Abfertigung zu Theil wurde. Eine genaue Ueberwachung des Etablissements seitens der Behörde wäre um so angebrachter, als solche seitens der Gewerbebehörde mit Recht schon seit längerer Zeit in besonders scharfem Maße stattfindet. Die Behandlung der Beamten seitens des Chefs soll ebenfalls keine allzu freundliche sein. Daß an schönen Sommerabenden das Contorpersonal sehr oft bis 9 und 9½ Uhr arbeiten mußte, nur weil es dem Chef gefiel, kurz vor Fertigstellung der Post mit seinem prachtaollen Gespann russischer Rappen zwei Stunden spazieren zu fahren, gehörte zu den Alltäglichkeiten; ebenso, daß die Sonntage ohne Rücksicht auf die gesetzliche Sonntagsruhe zum Arbeiten benutzt wurden.

Dazu schreibt uns ein Vertrauensmann aus Sagon:

„Wie alljährlich, so haben auch dieses Mal die Inventuroufnahmen einige Tage *vor* Weihnachten begonnen. Am 24. Dezember Abends gegen ¾6 wor im Contor von dem Personal *Niemand* mehr anwesend. Am 25. Dez. hot Herr Procurist Ignoz Weiß, ein Bruder des einen Geschäftsinhobers mit 2 *jüdischen* Angestellten interne Arbeiten im Cantor aerrichtet. Von den christlichen Angestellten war am 25. Dez. *Niemand* im Contor. Am 26. Dez. haben Angestellte des Contors ohne Unterschied des Glaubens in in den Stunden zwischen 11 bis 1 Uhr gearbeitet. Nachmittags war Niemand beschäftigt. Die Sache mit dem Buchhalter, der von 2—4 ein Mittagsschläfchen gehalten hat, beruht ebensolls auf Erfindung."

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Fall Hammerstein und die Conservativen.

Mit bemerkenswerther Schärfe äußert sich der conservative „Reichsbote": „Die „Cons. Corresp." bezeichnet unsere neuliche Mahung an die conseroatioe Partei, den *Fall Hammerstein* recht ernst zu nehmen und dafür zu sorgen, daß der Schild der Partei rein erholten bleibe und das Vertrauen des Volkes zu der Partei nicht erschüttert, sondern neu gestärkt werde, für „*überflüssig*". Die Zeugenaussogen des Oberstaatsanwalts Drescher vor dem Hannaverschen Gerichtshofe werden die „Cans. Carresp." belehrt haben, daß unsere sehr ehrlich und gut gemeinte Mahnung *nicht* überflüssig war. Auch wir wünschten nichts lebhofter, als daß es nie einen Fall Hammerstein gegeben hätte, aber da er leider nun einmal da und nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist — und er von den Gegnern der conservativen Partei vielfach zu deren Verdächtigung benutzt wird, sa ist es die conservative Partei sich selbst und der großen heiligen Soche, welche sie vertritt, schuldig, vor der Oeffentlichkeit *klar zu stellen*, daß sie nicht allein nichts mit den Verbrechen zu thun hot, deren v. Hammer-

stein beschuldigt ist, sondern daß sie dieselben, sowie jede etwatge directe aber indirecte Entschuldigung oder Beschönigung so streng aerurtheilt, wie es die christlichen Sittlichkeits- und Rechtsbegriffe aerlangen. Man wird es auch bei den ehrlichen Gegnern begreifen, wie schwer es den Bekannten des Herrn v. Hammerstein ward, die gegen ihn in der Presse erhobenen schweren Beschuldigungen zu glauben; daß aber nach den Aussagen des Oberstaatsanwalts manches aargekommen ist, was auch wir Conseroatioe im höchsten Maße bedauern und verurtheilen müssen, kann und darf nicht geleugnet werden. Wir haben als Conseroatiue nichts zu oerheimlichen und wollen nichts aerheimlichen, was nicht lauter ist; zumal wir wissen, daß es heut zu Tage Thorheit wäre, das auch nur zu aersuchen, wo das Licht der Oeffentlichkeit alles affenbar macht."

Stöcker und der „Verein deutscher Studenten". Das „Valk" legt Werth darauf, festzustellen, daß in dem (in Nr. 1 erwähnten) Artikel der „Schles. Ztg." sich auch der Satz befindet: „Gegenwärtig aber sind die Sympathien bes ehemaligen Hafpredigers unter den „deutschen Studenten" wieber stark im Wachsen". — Dagegen schreibt die „Tägl. Rundschau", daß seitdem im V. d. St. die reinnationale Richtung aöllig die Oberhand gewonnen hat und der Bruch mit Herrn Stöcker ein endgiltiger gewarden ist. Zu dem letzten Stiftungsfeste des V. d. St. hat z. B. Herr Stöcker nicht einmal eine Einladung erhalten. Wenn einzelne Alte Herren des Vereins aus der engeren Gefolgschaft des Herrn Stöcker sich ungern aon dem Gedanken trennen, den Verein als Vorspann für Herrn Stöcker zu benützen, so ist dies aus gewissen persönlichen Verhältnissen begreiflich, indessen ist der Verein deutscher Studenten für Stöcker nicht mehr zu haben."

Die Antisemiten und die Naumann'sche Richtung. Im Gegnsatz zu der „Antis. Carresp." des Herrn Liedermann aon Sonnenberg erklärt der „D. Generalanz." die antisemitische Partei müsse der Naumannschen Richtung aor der Stöckerschen entschieden den Vorzug geben. Man känne nur wünschen, daß sich Naumann und Göhre mit ihren Anhängern so bal' als möglich endgültig aou allen Beziehungen zu Stöcker lossagen.

„Frei-Deutschland", dieses vom Abg. Professor Förster vor Jahren gegründete Antisemitenblatt, kann nicht leben und nicht sterben. Schon oft hat es sich in „Schwierigkeiten" befunden, zeitweise seinen Betrieb ganz eingestellt. Neuerdings scheint wieder einmal eine Metamorphose eingetreten zu sein. Nach einer Bekanntmachung im „Reichsanz." hat sich die Verlagsanstalt „Frei-Deutschland" durch Beschluß der Gesellschafter am 9. November 1895 aufgelöst.

Ahlwardt in Amerika. Der „Philadelphia Recorder" vom 27. Dez. schreibt:

„Es ist bedauerlich, daß Ausländer, die nach Amerika kommen, um die Vortheile zu genießen, welche durch unsere Einrichtungen, unsere Gesetze und durch unsere industrielle Thätigkeit entstehen, ihren Rassen- und Religionshaß mit bringen und versuchen, ihn auf amerikanischen Boden zu verpflanzen. Hierdurch beeinträchtigen sie ihre Aussichten, bringen sich um ihren eigenen Frieden und aerwirken zugleich den Anspruch auf das Bürgerrecht in einem Lande, dessen Gesetze weder Rassen- noch Glaubensunterschiede kennen, sondern aielmehr bestrebt sind, allen eine freie Laufbahn zu eröffnen

Aber es ist nach bedauerlicher, ja tadelnswerth, wenn ein Ausländer unser Land aufsucht, nicht um sich dart ein Heim zu gründen und Theil zu haben an den Vortheilen, sowohl wie an den Lasten, welche das Bürgerrecht mit sich bringt, sondern um Streit anzufachen und Vorurtheile und Feindschaften gegen eine andere Rasse zu erwecken, die numerisch klein ist und die im Laufe der Jahrhunderte in anderen Ländern ungeheures Unrecht und große Ungerechtigkeiten erlitten hat. Und doch ist dies die Mission Ahlwardts, der unlängst in Amerika angekommen ist und dessen erste Erfahrung in „Caaper Union" New-York (am aergangenen Donnerstag Abend) ihn belehren sollte, daß seine Bemühungen eitel, und daß seine Lehre und seine Absichten dem Geiste unseres Volkes fremd sind.

Ahlwardt ist im Auslande als der Apostel des Antisemitismus bekannt. Er ist außerdem Mitglied des Deutschen Reichstags. Der „Recorder" hat schon seine Ansichten in Bezug auf Ahlwardts Besuch und dessen Zweck ausgesprochen. Er wünscht dieselben nochmals nachdrücklich zu betonen und seinen Abscheu aor jedem Versuch auszudrücken, der bezweckt, Feindschaft zwischen Bürgern unseres gemeinsamen Vaterlandes zu erregen. Unsere jüdischen Nachbarn sollen beschützt werden, allerdings nicht durch heftige Thaten, sondern durch den allgemeinen Tadel, aor jeglichem Versuche, sie zum Ziele des Angriffs und der Verfolgung zu machen. Wenigstens in Amerika sollten sie ungestört und unbelästigt unter ihren eigenen Weinstöcken und Feigenbäumen sitzen kännen. Sie gehären im großen und ganzen zu unseren besten Bürgern.

Den Gesetzen sind sie geharsam, ihrem Berufe treu und fallen durch ihren Fleiß und durch ihre Sparsamkeit nur in selten n Fällen den Gemeinden, in denen sie leben, zur Last.

Das Mitglied des Deutschen Reichstags, welches über das Weltmeer gekammen ist, um sie anzugreifen und andere zu ihren Angreifern zu machen, thäte besser daran, seine Heimath aufzusuchen und seine Thatkraft als Gesetzgeber anzuwenden, um Reformbebürftiges in seinem eigenen Vaterlande zu reformiren.

Die Bürger der Vereinigten Staaten sind auch ohne seinen Rath und seine Führung vollständig im Stande, für sich selbst zu sorgen."

Das amerikanische Blatt überschätzt Ahlwardt, der nach Amerika gegangen ist ausschließlich zu dem Zwecke, seine Taschen zu füllen.

Vermischtes.

Die Anstellung jüdischer Lehrkräfte an den Berliner Volksschulen. Dem Varstande der Berliner jüdischen Gemeinde ist ein oom 27. Dezember batirtes Schreiben aom Herrn Cultusminister zugegangen, in welchem mitgetheilt wurde, daß der bereits mehrere Male besprochene Erlaß des Prooinzial-Schulcollegiums, die Anstellung jüdischer Lehrerinnen betreffend, nicht als eine Ausschließuug solcher van dem Gemeindeschuldienst zu oerstehen sei, wie mißoerständlich angenommen werde. Das Proainzial-Schulcollegium habe nichts weiter anzeardnet, als daß künftighin bei Vertretung aan Lehrerinnen die Vertreterin derselben Confession anzugehören habe, wie die zu Vertretende.

Nach der „Staatsbürgerztg." hatten in der Angelegenheit der Vorsitzende des deutsch-conseroatioen Wahlvereins für Berlin, Oberst a. D. Krause und der konservatio-antisemitische Stadtoerardnete Pretzel als Beauftragte der Versammlung, welche beschlossen hat, sich an den Kaiser mit einer Immabiateingabe zu wenden, eine Audienz beim Cultusminister Dr. Bosse. Der Minister hat erklärt, daß seine Hand zur Rücknahme der Verfügung des Proainzialschulcollegiums nicht bieten werde. So lange er im Amte sei, werde er barüber wachen, daß der christliche und nationale Charakter der Volksschule gewahrt bleibe, und er wisse sich hierin mit den Intentianen seines kaiserlichen Herrn eins. Es wäre gerabezu ein Unding, wenn ein jüdischer Lehrer in einer christlichen Schule z. B. über bie Kreuzzüge Unterricht

ertheilen sollte. Er theile den Standpunkt des Provinzialschulcollegiums in jeder Hinsicht und werde in dieser Richtung auch ein Gutachten in Bezug auf die Immediateingabe an den Kaiser abgeben.

Orthodoxe Unduldsamkeit. Der „Reichsbote" regt sich über den protestantischen Pfarrer Kiefer auf, der, wie wir in Nr 51 berichteten, in Balborn im Elsaß der Einweihung einer Synagoge beigewohnt und dabei gesagt habe, „daß, wenn es auch verschiedene Religionsbekenntnisse giebt, alle dennoch ein gemeinsames Ziel verfolgten, den Willen Gottes zu thun und ihn in den Werken der allgemeinen Nächstenliebe zu bethätigen". Darauf hatte er mit der Bitte geschlossen: „Vater unser, der Du bist im Himmel, Dein Name werde geheiligt". Der „Reichsbote" ruft aus:

Da fragt man denn doch: Ist denn keine evangelische Kirchenbehörde da, welche einem evangelischen Geistlichen begreiflich macht, was Christenthum ist und was für einen Geistlichen als Vertreter desselben sich schickt?

Der Bischof von Plock und die Juden. Auf einer Visitationsreise kam der Bischof von Plock, Nowodwarski, nach Serack. Daselbst begrüßte ihn auch eine jüdische Deputation, deren Sprecher der Rabbiner war. Auf die an ihn gerichtete Ansprache, welche sein Eintreffen als ein Gewähr für Frieden und Eintracht zwischen Juden und Christen bezeichnete, erwiderte der Bischof Folgendes: „Ich danke den Herren herzlich für den freundlichen Empfang, und zwar danke ich hierfür zunächst aus dem Grunde, weil diese Begrüßung eine Artigkeit ist, die ich zu schätzen weiß, dann deswegen, weil Ihr Vorgehen vernünftig ist. Sie bekunden dadurch angesichts der weitverbreiteten Strömung des antisemitischen Racenhasses, daß Sie sich dessen bewußt sind, wie sehr die katholische Kirche die Juden immer gegen die von Zeit zu Zeit wider sie sich kehrenden Ausbrüche des Hasses seitens der von der heiligen Lehre der evangelischen Nächstenliebe nicht genug durchdrungenen Menge zu schützen pflegte. Aber Ihre Begrüßung gefällt mir insbesondere auch deshalb, weil sie schön ist als Ausdruck religiöser Hoffnung. Ist doch euer Gott, der Gott Abrahams, Isaaks und Jacobs, unser Gott; ist ja eure heilige Schrift auch unsere heilige Schrift. Mit euren Psalmen verrichten wir in unseren Kirchen unsere Gebete. Eurem Volke entstammt der menschliche Körper unseres Erlösers, aus eurem Volke gingen unsere ersten Apostel hervor. Wir haben mit euch viel Gemeinsames, wie viel gerade bei dem, der zur Erlösung Aller gekommen ist und den eure Väter nicht anerkennen wollten! Die Scheidung zwischen uns erfolgte, und euer trauriges Geschick begann. Das traurige Los, das euch zutheil wurde, und die Leiden, bis ihr durch viele Jahrhunderte zu erdulden hattet, sind hinlänglich bekannt. Dieses Schicksal wurde euch von Osias vorhergesagt. Es giebt jedoch Prophezeiungen, die euch eine heitere Zukunft ankündigen, in der ihr euch mit Allen und Alle mit euch versöhnen werden. Diese Versöhnung kann nicht anders als durch und in Liebe vor sich gehen. Allein diese Liebe soll nicht blos im Munde geführt werden, sondern sie muß im Herzen der Menschen aufleben. In Ihrem Erscheinen hier erblicke ich ein Anzeichen dieser künftigen Annäherung, und deswegen erflehe ich für Sie Gottes Segen."

Ein jüdischer Offizier. In dem Gefecht bei Amba Aladschi, das die „Kreuzzeitung" einen „der glücklichsten militärischen Erfolge der Geschichte" nennt, war es ein jüdischer Offizier, Adrien Issel, aus Genua, der seit 1887 in Afrika ist, und wesentlich zum Ausgang des Kampfes durch seinen Muth und seine Tapferkeit beigetragen hat. Hoffentlich übersieht die „Kreuzzeitung" diese Bemerkung nicht! —

Edelfrau und Jude.

Von W. Bagler (Mainz).

(Schluß.)

Auch Franz von Sickingen war den Cranbergern nahe verwandt; und als dieser kühne Abenteurer im zweiten Dezennium des 16. Jahrhunderts sein verwegenes Spiel begann, das ihm selbst eine Fürstenkrone, seinem Stande aber, dem hart um seine Existenz kämpfenden, mehr und mehr verarmenden Ritterthume eine neue Blüthe erobern sollte, da finden wir unter seinen treuesten Helfern auch die Ritter von Cronberg, vor Allen einen von ihnen, Hartmuth, der nicht nur die politischen Ziele seines Freundes und Verwandten theilte, sondern auch den lebhaftesten und thatkräftigsten Antheil an den kirchlichen Reformbestrebungen nahm, die von Sickingens Ebernburg, der „Herberge der Gerechtigkeit" aus, so mächtig für die Sache Luthers gewirkt haben. Durch diese Bestrebungen kam Hartmuth von Cronberg auch in engere persönliche Beziehungen zu Luther selbst, die auch dann noch fortdauerten, als der ritterliche Vorkämpfer der Reformation, in Sickingens jähen Sturz verwickelt, ein heimathloser Flüchtling dem Erbe seiner Väter den Rücken wenden und in die Ferne ziehen mußte, um erst nach 19jähriger Irrfahrt durch die Gnade des Landgrafen Philipp von Hessen wieder in seine Stammburg einzuziehen.

Von Hartmuths Geschwistern hatten die beiden jüngsten, sein einziger Bruder und eine Schwester, den geistlichen Stand erwählt, die beiden anderen Schwestern waren vermählt, die älteste, Clara, mit einem Herrn von Riedesel, die jüngere, Lorch oder Lorche (Leonore) mit Wolf Cämmerer von Worms, genannt von Dalberg. Lorch ist um das Jahr 1500 geboren — ihr Vater, Johann von Cronberg, Amtmann zu Oppenheim, Erbtruchseß von Mainz und Vizedom zu Aschaffenburg, starb 1506 — und war im Jahre 1527 bereits Wittwe, nachdem sie ihrem Gatten zwei Töchter und einen Sohn geboren hatte. Acht Jahre lang lebte sie als Wittwe still vor sich hin — so schien es — nur der Erziehung ihrer Kinder sich widmend, bis zum Jahre 1535. Zu Anfang dieses Jahres erkrankte sie und beschließt mit Vorwissen eines Verwandten, Wolf von Dalberg, der sie besucht, sich zu dem Doctor Hermann nach Köln zu begeben, den sie von Heidelberg aus kennt. Mitte März bricht sie auf und fährt in Begleitung eines kleinen Mädchens und eines Bauern, eines Hintersassen Wolfs zu Herrnsheim, zu Wagen nach Bingen. Hier aber ändert sie mit einem Male ihre Route: sie läßt den Wagen zurückgehen und reist mit ihren beiden Begleitern rheinaufwärts nach Mainz und von dort nach Frankfurt, von wo sie sich zu Wagen nach Erfurt begiebt. Acht Tage nach ihrer Abreise treffen Friedrich und Wolf von Dalberg, die noch ohne Nachricht von Lorche sind, zusammen, und es regt sich die Besorgniß in ihnen, was aus ihrer Verwandten in Köln geworden sei. Sie senden einen Boten zu Doctor Hermann, der natürlich von Lorche nicht das Geringste weiß.

In der Woche Quasimodogeniti (4. April) bringt der von Lorche zurückgekehrte Bauer einen Brief, der zugleich an Friedrich von Dalberg und Lorchens Schwester Catharina von Cronberg gerichtet ist. Aus diesem Briefe ergiebt sich, daß Lorche sich in Erfurt befindet; sie gesteht „mit kläglicher Schrift", daß sie sich heimlich verheirathet habe, guter Hoffnung sei und um Jacobi (25. Juli) niederkommen werde. Obwohl ihre Ehe nicht standesgemäß sei, wolle sie diese doch nicht verschweigen, da ja die Ehe frei sei und von Niemandem verboten werden könne. Sie erbietet sich, alle Kleider und Kleinodien gegen einen „ziemlichen Pfennig" auszuliefern, da sie dieser so wie so sich entledigen müsse, und empfiehlt ihre Kinder, die sie vorher zu ihrer verwittweten Schwester gegeben, dem Wohlwollen der Verwandten.

Auf diesen Brief antworten Wolf und Friedrich von

Dalberg im Verein mit dem inzwischen herbeigeeilten Hartmuth von Cronberg, indem sie den Nachweis verlangen, mit wem Lorche sich verheirathet; sie erbieten sich, standesgemäße Versorgung gewähren zu wollen, falls Lorche das Verhältniß löse und zu ihren Kindern zurückkehre. Lorche antwortet aber, sie habe sich mit einem Juden, genannt Jakob, verheirathet, dessen Vater Alexander heiße; beide wohnten zu Groß-Gerau unter dem Landgrafen von Hessen. Der Jude habe schon eine Frau und vier Kinder, doch sei es ihm nach jüdischer Art nicht verboten, mehrere Frauen zu haben, die eine zu verlassen und die andere zu nehmen. Sie habe Niemanden lieber, als diesen Juden, mit dem sie schon drei Jahre im Verhältniß stehe, und den sie nicht verlassen könne, was man ihren Kindern nicht entgelten lassen könne.

Inzwischen war Lorche in Erfurt mit ihrem Geliebten zusammengetroffen und von ihm nach Wittenberg geleitet worden. Hier weilte sie einige Monate und gab einem Kinde das Leben. Sie hatte Luther aufgesucht, ohne sich ihm zu erkennen zu geben, und obgleich dieser, sehr mißtrauisch „per fictas nonnas et generosas meretrices" geworden, nur mit großer Vorsicht ihr entgegenkam, wurde er doch durch ihre Persönlichkeit sehr für sie eingenommen. Er nahm sich ihrer mit Rath und That an, suchte sie in ihrem Jammer und ihren Thränen zu trösten und wurde dem neugeborenen Kinde Pathe. Daß seine Schutzbefohlene aus edlem Geschlechte war, erkannte Luther bald; und auch vor ihrem Charakter muß er Hochachtung empfunden haben, denn er spricht wiederholt von ihr in seinen Briefen an Justus Menius in Eisenach als von einem „vortrefflichen Weibe"; und als sie Anfang August von Wittenberg schied, empfiehlt er sie seinem Freunde aufs angelegentlichste als eine Unglückliche, die viel leicht gefehlt habe, an der er aber Samariterdienste üben solle.

Und in der That — Luthers Menschenkenntniß hatte ihn nicht getäuscht; das bestätigte ihm wenige Tage, nachdem die Fremde Wittenberg verlassen hatte, ihr Bruder Hartmuth, der ihrer Spur gefolgt war. Von ihm erfuhr Luther den Zusammenhang der Dinge, und nun wandte er seine ganze Beredtsamkeit auf, um für die Unglückliche die Hilfe der Verwandten zu erbitten; es gelang ihm auch, Hartmuth milde zu stimmen und ihm das Versprechen abzunehmen, für seine Schwester zu sorgen. Hartmuth konnte dieses Versprechen ja auch um so leichter geben, als inzwischen der Hauptstein des Anstoßes aus dem Wege geräumt war. Nach dem letzten Brief Lorchens an ihre Verwandten hatten diese beschlossen, die Verwegene, die Stand und Ehre soweit vergessen hatte, einem Juden zu folgen, zwar nicht an Leib und Leben zu strafen, aber unter allen Umständen aus dem Verhältnisse zu lösen — und das gelang ihnen denn auch auf eine Weise, die ebenso radical wie originell genannt werden muß. Sie wenden sich zunächst an den Kurfürsten von der Pfalz und durch dessen Vermittelung an den Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen um Beihilfe und „der Zufall will" daß die Abgesandten dem Juden, der ihnen zufällig persönlich bekannt ist, begegnen — und zwar, wie es scheint, noch auf sächsischem Gebiet. In seinem Aeußeren erschien der Jude als ein Edelmann zu Pferde, angethan mit einem verbrämten Rocke, einem Hut mit Zindel überzogen und mit Federbusch. Die Unterredung mit ihm ergiebt, daß er Lorchen vor sechs Tagen in Wittenberg verlassen habe. Da sich nun die Abgesandten vergewissert haben, daß sie vor Lorchens Mann stehen, zu dessen Vergewaltigung sie keinen Befehl haben, so entschließen sie sich kurzerhand, weil sie ihn doch nicht lebendig ausliefern können, ihn zu erstechen. Das wird auch sofort ausgeführt. Die Mörder binden nach der That das Pferd an einen Baum, lassen des Erschlagenen Wehr dabei liegen, und nachdem sie die Leiche des Geschmeides und eines in der Tasche steckenden silbernen Dolches beraubt haben, verschwinden sie vom Orte der That.

Soweit der einfache Bericht aus der Feder Wolfs von Dalberg, eines der Verwandten Lorchs. Der Bericht, im Weimaraner Archiv befindlich, war wohl dazu bestimmt, den Kurfürsten Johann Friedrich über das Resultat der Jagd auf den Juden aufzuklären, der es gewagt, eine Edelfrau zu minnen. Weitere Folgen hat die That, die verzweifelte Aehnlichkeit mit einem ganz gewöhnlichen Raubmorde besitzt, nicht gehabt. Selbst das Mitleid, das ein Luther der unglücklichen Frau entgegengebracht, verstummt dem Manne gegenüber: Luther erwähnt den Tod des Juden in zwei Briefen, am 24. August 1535 an Justus Menius und am 6. Sept. an Spalatin. Das erste Mal schreibt er: „Der Verführer von Hartmuths Schwester, jener Jude, hat einen sehr schlechten Ruf, ebenso wie seine Eltern; bei uns herrscht auch die Meinung, daß er mit Recht getödtet worden ist." Das zweite Mal sagt er nur kurz chronistisch, daß der Jude „auf der Reise von Lorchens Verwandten getödtet wurde." Die Frau sei von ihren Verwandten in Frieden berufen worden, und aus Schlesien, — wohin sie offenbar geflüchtet war, gewichen. Ueber ihre weiteren Schicksale schweigen die Documente — ihr Loos aber war zweifellos kein freundliches mehr, so lange sie noch auf Erden weilte. Sie hat es bitter büßen müssen, daß sie die Freiheit ihres Herzens höher gestellt, als Stand und Herkommen, daß sie der Stimme der Liebe folgte und nicht der, die damals die Stimme der Pflicht und der Ehre hieß. Jedenfalls ist sie, wenn auch weitere Details fehlen, eine Frau von seltener Charakterfestigkeit und einem ungewöhnlich freien Blick gewesen — und darum ist das menschliche Bedauern, das ihrem tragischen Geschicke von ganz Fremden entgegengebracht wurde, wohl begreiflich. Ob der Mann, dem sie ihr Herz geschenkt, wirklich ein unwürdiger gewesen, wie ihn die Berichte von feindlicher Seite hinstellen? Für ihn mag sprechen, daß er sich der Gefahren nicht gescheut, die sein Bund mit der Edelfrau ihm nothwendiger Weise bringen mußten. Jedenfalls hat er sein Unterfangen mit dem Leben bezahlt.

Dreieinhalb Jahrhunderte deckt die kühle Erde, was irdisch war an dem eigenartigen Liebespaare. Aber die Gedankenwelt, aus der heraus jener Bund geschlossen wurde, hat inzwischen ihre siegreiche Laufbahn über die Erde vollendet — und was damals mit Blut gebüßt wurde, das ist heute ein Lustspielstoff — ein Thema höchstens für die Chronique scandaleuse der Gesellschaft. Die Liebesdramen der Gegenwart spielen sich auf anderem Boden ab.

Briefkasten.

Unsern Lesern theilen wir hierdurch mit, daß das Sach- und Ortsregister zum 5. Jahrgang technischer Schwierigkeiten wegen erst der Nr. 3 beigelegt wird. Gebundene Jahrgänge sind dann zum Preise von 3,50 M. portofrei zu haben.

H. R. in **Hechingen** und **W. J.** in **Leipzig**. Wir haben uns auf Ihre Anregung hin sofort nach Würzburg gewandt. Bescheid steht noch aus.

Dr. St. in **Frankfurth a. O.**, **A. H.** in **Schroda**, **M. L.** in **Gleicherwiesen**, **L. R.** in **Alsfeld**, **H. S.** in **Colberg**, **G. G.** in **Zempelburg**, **N. L.** in **Berlin**, **J. C.** in **Somotschin**, **B. W.** in **Aurich**. Besten Dank für die Vervollständigung unserer Liste der verwundeten oder gefallenen Krieger jüdischen Glaubens. Alle Mittheilungen werden benutzt.

R.-A. B. in **H.** Wie Sie sehen, haben wir Ihre Nachrichten bereits verwendet.

B. in **St.**, **W.** in **Berlin**. Das ist natürlich ein Druckfehler, es muß heißen: Kumpan Ahlwardts.

L. St. in **Gelnhausen**. Besten Dank für den Hinweis. Zu einer Besprechung geben uns die angeblichen Aeußerungen des rumänischen Ministerpräsidenten Sturdza keine Veranlassung.

Dr. R. Das Blatt befindet sich im Irrthum; nicht Fritz Friedmann, sondern Rechtsanwalt Dr Edmund Friedemann war bei der damaligen Reichstagswahl freisinniger Gegencandidat des Grafen Arnim-Muskau.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 3. Berlin, den 18. Januar 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4321. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 4553

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Zur Verhaftung des Frhrn. v. Hammerstein.

Das Verhalten des „Kreuzzeitungs"-Comités und der Staatsanwaltschaft in der Hammerstein-affaire ist noch immer Gegenstand der Erörterung in der Presse. Erst oier Tage nach dem Hannoverschen Prozeß brachte die „Kreuzztg." einen Bericht mit der die Herren Grafen Finckenstein und Kanitz so schwer belastenden Zeugenaussage des Oberstaatsanwalts Drescher, und eine ebenso lange Zeit ließ Graf Finckenstein oerstreichen, bevor er den vergeblichen Versuch machte, sich in einer Erklärung zu rechtfertigen. Hr. Drescher beschränkte sich in einer Zuschrift an die „Nationalzeitung" auf den Hinweis, daß das Urtheil in dem Hannoverschen Prozesse das Verhalten der Staatsanwaltschaft als unantastbar bezeichnet habe.

Auch im Reichstage wurde der Prozeß Rauch zur Sprache gebracht. Bei der ersten Berathung der Justiznooelle in der Sitzung oom 14. Januar führte der Abg. Lenzmann (freis. Volksp.) etwa Folgendes aus:

Ich erkenne an, daß die Staatsanwaltschaft nach der Aussage des Herrn Oberstaatsanwalts Drescher vollständig carrect und pflichtmäßig gehandelt haben mag. Aber das, was über den Fall Hammerstein in die Oeffentlichkeit gedrungen war, ließ eine derartige Thätigkeit der Staatsanwaltschaft bis zur Vernehmung des Herrn Drescher nicht erkennen. Uud wenn einer sich entschließt, der die Acten nicht gelesen hat und nicht weiß, was sich bei der Staatsanwaltschaft abgespielt hat, Kritik zu üben an deren Thätigkeit, ahne dabei eine Böswilligkeit zu verrathen, sa sollte man ihm Dank wissen und ihn nicht mit einer sa langen Gefängnißstrafe belegen. Ist es nicht auffällig, daß ein vornehmer Urkundenfälscher und Betrüger sa lange außer Verfalgung ist, weil sich in der That die Strafverfalgungsbehörde erst spät entschloß, varzugehen? Weshalb vernahm man im Prazeß Rauch nur den Staatsanwalt Drescher als Zeugen und nicht auch den Grafen Finckenstein? Wenn dieser, statt in der Kreuzzeitung" eine Erklärung abzugeben, im Gerichtssaale dem Herrn Drescher entgegengetreten wäre, sa würde wahrscheinlich das Zeugniß des Herrn Oberstaatsanwalts in einem andern Lichte erschienen sein. Warum hat die Vertheidigung den Grafen Finckenstein nicht geladen? Nicht minder wäre es die Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, auch den andern Zeugen zu hären. Ist das denn nicht der Kritik würdig, daß der Untersuchungsrichter einen varnehmen Zeugen zweimal unvernommen gehen läßt, abgleich seine Aussage wahrscheinlich viel früher zu einer Verfolgung des varnehmen Urkundenfalschers geführt hätte? Wenn ein sazialdemakratischer, oder fartschrittlicher aber niederer bürgerlicher aber bäuerlicher Zeuge dem Untersuchungsrichter sagte: Geehrter Herr, ich kann nicht kommen, weil ich verreisen muß, so würde ihm der Richter sagen, namentlich in einer Sache, die nach der Auffassung meines Callegen Eschenbach eine hachpalitische ist: Du hast Deine Reise aufzugeben und wenn es Dir nicht behagt, sa werde ich Dich varführen lassen. Der Zeuge ist Mitglied des Hauses (Widerspruch) und ich werde mich hüten, sein Ausbleiben irgendwie anzugreifen (Zuruf), er gehört jedenfalls derselben Gesellschaftsklasse an*). Ich table ihn nicht, aber wahl table ich den Richter, der ihm eine solche exzeptianelle Behandlung zu theil werden ließ.

*) Graf Kanitz vam „Kreuzzeitungs-Comité" ist nicht Reichstagsabgeardneter.

Auch der sozialdemokratische Abg. Stadlhagen unlerwarf das Verhalten der Staalsanwaltschaft einer abfälligen Kritik.

In feiner Rede über das Börsengesetz in der Sitzung oom 10. Januar konnte es sich der Abg. Liebermann oon Sonnenberg nicht oersagen, auf die „ungesetzliche" Abschiebung Hammersteins seitens der griechischen Regierung hinzuweisen. Wenn er hinzufügte, daß er sich über die Auslieferung freue, so meinen wir doch, die Beschwerden des Hrn. o. Liebermann und anderer Antisemlten über das Vorgehen der griechischen Regierung beweisen, wie schmerzlich gewisse Leute durch die Verhaftung Hammersteins berührt worden sind. Hätte es sich um einen nichtantlsemitischen oder gar um einen jüdischen Verbrecher gehandelt, so würde man sich dorüber nicht den Kopf zerbrochen haben, ob bei der Verhaftung alles correcl zugegangen lst. Aber wo der große Antisemit Hammerstein, dessen Vergehungen (nach der „Antis. Corr.") einen Zug ins Großartige (!) haben, in Frage kommt, da stellt sich der plötzllch gesetzliche Sinn eln! —

In antisemltischen Blättern war oon einem an zwei conservatioe Abgeordnete gerichteten Betlelbriefe der ehemaligen Geliebten Hammersteins, Flora Gaß die Rede, worin der Berllner Rechlsanwalt Jonas beschuldlgt wurde, er habe sich bei der Gaß als Freund Hammersteins ausgegeben, sowie ihr elnen Herrn zugeführt und diesen fälschlich als den Grafen Kanitz oorgestellt. Mlt Bezug darauf oeröffentlicht Rechtsanwalt Jonas in der „Volksztg." Folgendes:

„Mit bestem Dank für die freundlichst übermittelte Natiz der „Staatsbürgerztg." erwidere ich auf Ihre gefl. Anfrage ergebenst, daß die Behauptung der Flara Gaß, ich hätte mich bei ihr als Freund des Freiherrn v. Hammerstein eingeführt, ebensa unwahr ist, wie die an anderer Stelle mitgetheilte, mir saeben zu Gesicht gekommene Behauptung, ich hätte einen andern Herrn fälschlich der Flara Gaß als Grafen Kanitz vargestellt. Daß Fräulein Gaß dies geschrieben haben mag, will ich gern glauben, da es genau in das System der Bitt- und Expreßungsbriefe paßt, deren sie sich seit Monaten bedient. Ich bemerke, daß Fräulein Gaß van Anfang an genau unterrichtet war, daß ich als Vertreter der Prazeßgegner des Frhrn v. Hammerstein sie aufsuchte und daß der einzige Herr, welchen ich dort einführte, der ihr wahlbekannte Baseler Anwalt war, dessen Hilfe ich mich zur Aufnahme eines natariellen Zeugenpratokalls bediente."

Abg. Jakobskötter und die Sonntagsruhe.

Von conseroatio-antisemitischer Seite werden bei jeder Gelegenheit die Juden als Verächter der Sonntagsruhe hingestellt. Da ist es interessant festzustellen, mit welchem Mangel an Consequenz der in der zünftlerischen Bewegung hervorragend thätige conseroatioe Reichstagsabgeordnete Jacobskötter die Frage der Sonntagsruhe behandelt.

Im Mai dieses Jahres, so schreibt die „Nat.-lib. Corr.“, hat Herr Jacobskötter in einem Berliner Blatte die bestehende Gesetzgebung über die Sonn- und Festtagsruhe unter dem Gesichtspunkt kritisirt, daß es ungerechtfertigt sei, das religiöse Moment bei der Festsetzung gewerbegesetzlicher Vorschriften allzu stark oder überhaupt hervortreten zu lassen. Der Tadel richtete sich gegen die Partei des Redners und des Centrums. Diese Parteien hatten, abweichend von der Regierungsvorlage, die absolute Arbeitsruhe am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstage ins Gesetz gebracht. Für die Vorschrift war das kirchliche Ruhegebot für die ersten Tage der großen Feste als für die von der Kirche als die heiligsten betrachteten geltend gemacht worden. Herr Jacobskötter nun gab diesen Standpunkt seiner Partei völlig preis, indem er auf das Interesse einerseits der Verkäufer, andererseits des kaufenden Publikums hinwies, und schrieb:

„Man kann ja von streng kirchlicher Auffassung aus die ersten Feiertage als die höchsten, unbedingt heilig zu haltenden Festtage ansehen, gewiß — auch ich habe dies bis jetzt immer so gehalten. Indessen hat mich dies nie gehindert, an diesen Tagen in meinem Beruf meinem Nächsten zu dienen wie an jedem Sonntag, an denen ja auch eigentlich alle Arbeit ruhen müßte. Die kirchliche Feier hängt ja doch immer von der persönlichen Stellung jedes Einzelnen ab und kann gesetzlich nicht befohlen werden“.

Bei der Einführung der gesetzlichen Festtagsruhe aber, so führte Herr Jacobskötter aus, hat man nur die kirchlichen Interessen, welche sich mit den Gewohnheiten mancher Länderstriche, besonders des platten Landes decken, berücksichtigt, ohne auf die städtische Bevölkerung und die thatsächlichen, bestehenden Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Der conservative Abgeordnete ließ es nicht bei dieser Kritik bewenden, sondern machte direct den Vorschlag, den Schluß der Geschäfte künftighin für die zweiten anstatt für die ersten Tage der hohen Kirchenfeste zu gebieten. Das war, wie gesagt, im Mai.

In der Reichstagssitzung vom 17. Dezember besprach ein Redner unter Berufung auf das Zeugniß eines Mecklenburger Handwerkertages die üblen Einwirkungen der gesetzlichen Sonntagsruhe auf das gewerbliche Fortbildungswesen und rief dem Centrum und den Conservativen zu: „Sie haben damals (bei der Berathung des Arbeiterschutzgesetzes) das kirchliche Interesse höher als gewerbliche Interessen gestellt.“ Da erhob sich kein Anderer als Herr Jacobskötter, um diese Thatsache zu bestätigen und als einen — Ruhmestitel zu reclamiren. Der Artikelschreiber vom Mai sprach im Tone tiefster Ueberzeugung:

Man hat darauf hingewiesen, daß der Mecklenburger Handwerkertag sich namentlich für den Sonntagsunterricht ausgesprochen hätte, und hat uns vorgeworfen, daß wir es gerade gewesen wären, die ihn unmöglich gemacht hätten. Nun, meine Herren, ich weiß, daß leider Gottes in Handwerkerkreisen man vielfältig auf den Sonntagsunterricht noch einen großen Werth legt. Das thut mir ganz außerordentlich leid. Ich stehe auf dem christlichen Standpunkt, daß ich sage: An Gottes Segen ist alles gelegen. Erst muß das Christenthum gepflegt werden, und dann kommt erst das Geschäft, dann kommt erst das Handwerk. Ich kann es absolut nicht verstehen, wie man einerseits die Handwerkslehrlinge und andererseits auch die Lehrer an den Sonntagvormittagen noch um ihren Sonntag bringen will dadurch, daß der Fortbildungsunterricht absolut am Sonntag ertheilt werden soll. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt der vollständigen Sonntagsruhe und weiß, daß, wenn das Handwerk sich auch darauf stellt, es auch nur Segen haben wird.

Das ist grundsätzlich und practisch das gerade Gegentheil von dem, was Herr Jacobskötter wenige Monate früher geschrieben hat. Herr Jacobskötter als Schriftsteller hat auf seine Gewerbethätigkeit hingewiesen, während er als Redner vom Forbildungsunterricht gesprochen hat. Aber er wird doch nicht sagen wollen, Ertheilen und Empfangen von Zeichenunterricht am Sonntag ist Sabbathschändung, die Anfertigung von Kleidungsstücken aber nicht. Was ist nun eigentlich seine und, da er im Namen seiner Parteigenossen gesprochen hat, die Meinung der Conservativen über die Sonntagsruhe? „Ein Narr wartet auf Antwort,“ hat dieser Tage die „Kreuzzeitung“ nach Heine (!) citirt.

Die Criminalität der Juden in Deutschland.

(Schluß.)

Wenn ein Verbrechen begangen werden soll, so muß der Verbrecher dazu Gelegenheit haben. Wenn eine Scheune anzustecken ist, so muß der Brandstifter auf dem Lande wohnen; will man in ein städtisches Bankhaus einbrechen, muß man die Stadt gut kennen. Diese Sätze klingen banal, und dennoch umschreiben sie nur die wichtige Thatsache, daß jedes Verbrechen sein bestimmtes Milieu hat, innerhalb dessen es überhaupt nur denkbar ist. Dieser Satz auf die Criminalstatistik der Juden angewandt, macht den ungeheuren Einfluß klar, den der Beruf bei der Ausübung von Verbrechen im Gefolge hat. Wenn man die Reihe der einzelnen Rubriken durchgeht, die für die Juden ungünstig sind, so erkennt man, daß der weitaus größte Theil derselben nur im Milieu des kaufmännischen Berufes möglich ist. Kein einziger Jude ist wegen Vergehen gegen die Verordnung bezüglich der Schifffahrt verurtheilt worden, aber niemand wird das den Juden zu Gute rechnen, weil eben die Zahl der Juden, die überhaupt bei der Ausübung der Schifffahrt betheiligt sind, ungemein klein ist. Nehmen wir einen andern Fall. Tausende von Arbeitern und kleinen ländlichen Besitzern haben nie einen Wechsel unterschrieben, kaum einen gesehen; sie können also auch nie in die Lage kommen, einen zu fälschen. Ganz anders aber der Kaufmann und Geschäftstreibende, für den die Institution des Wechsels ein wichtiges Hilfsmittel ist und der mit der ganzen Anlage der Wechselausstellung sehr gut Bescheid weiß. Es ist also klar, daß der Beruf einen großen Einfluß auf die Criminalität ausübt. Diesen Hauptnachweis hat das vorliegende Werk über „die Criminalität der Juden in Deutschland“ (Preis 3 M.) auf die denkbar beste Weise geliefert. Das Werk hat nämlich ein Land in Bezug auf seine Criminalität untersucht, das besonders Handel und Industrie betreibt, nämlich das Königreich Sachsen. Es ist nicht ohne Ironie, daß gerade Sachsen, dem es einst die „Leipziger Zeitung“ zum Ruhm angerechnet hat, es sei nicht nur die Wiege der Reformation, sondern auch die des Antisemitismus gewesen, daß gerade Sachsen in Bezug auf seine Criminalität eine wunderbare Parallele zu derjenigen der Juden darstellt.

35 Rubriken lauten für die Juden ungünstig, und von diesen finden sich bei der Criminalstatistik des Königreichs Sachsen nicht weniger als 18 Rubriken wieder, die dieselbe Erscheinung für die christlichen, meist kaufmännisch thätigen Sachsen zeigen, wie allgemein bei den deutschen, kaufmännisch thätigen Juden. Die nichtjüdischen Einwohner des Königreichs Sachsen haben der Statistik nach eine besondere Neigung zu folgenden Gesetzesverletzungen: Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über Beschäftigung für Arbeiterinnen beziehungsweise jugendlicher Arbeiter; Zuwiderhandlung in Bezug auf Conzessionspflicht 2c., sowie gegen behördliche Anordnungen betreffs der Sicherheitsvorrichtungen bei gewerblichen Anlagen; andere Vergehen gegen die Gewerbeordnung; Münzverbrechen; Erpressung; gewerbs- und gewohnheitsmäßige Hehlerei; Betrug; Betrug im wiederholten Rückfalle; Untreue und Pflichtwidrigkeiten des Vorstandes 2c. einer Actiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Actien, eingetragenen Genossenschaft, eingeschriebenen Hilfskasse, sowie Vergehen gegen das Bankgesetz; Fälschung öffentlicher oder zum Beweise von Rechten dienender Urkunden; Unterdrückung 2c. von Urkunden; Betrügerischer Bankerott; andere Verbrechen und Vergehen in Bezug auf ein Concursverfahren; Verletzung fremder Geheimnisse 2c. 2c.; Wucher; Bestechung (active.)

Außerdem sind die nichtjüdischen Sachsen mit hohen Procenten betheiligt bei folgenden Rubriken: Kuppelei; Aergerniß durch unzüchtige Handlungen, Verbreitung unzüchtiger Schriften 2c.; Vergehen in Bezug auf das geistige Eigenthum.

Wenn wir uns auf den Boden der antisemitischen Logik stellten, so müßten wir bei den Sachsen eine besondere „verbrecherische Neigung“ constatiren, ja man könnte sie, wenn wir den antisemitischen Jargon anwendeten, als die Juden im Bereiche der deutschen Stämme bezeichnen. Aber wir ziehen diese Schlußfolgerungen nicht, da sie falsch sind, denn zwei Umstände bewirken es, daß die Sachsen und Juden sich criminell ähnlich sind. Beide sind im weitesten Sinne kaufmännisch thätig und beide sind vor Allem Stadtbewohner.

Nicht Rassen- oder Religionseigenthümlichkeiten erzeugen Verbrechen, sondern die Gelegenheit, das Milieu, besonders der Beruf. Ueber die Theilnahme der Juden am Handel giebt uns die Berufsstatistik Preußens aus dem Jahre 1882 — die letzte und einzige Berufsstatistik, die vorliegt, — folgende Auskunft: Im Jahre 1880 waren in Preußen 27 279 111 Seelen, darunter 1,33% Juden = 363 790. Thätig im Beruf waren überhaupt 11 712 485, darunter 1,17% Juden = 137 138. Nun waren im Handel thätig:
Selbstständige überhaupt 272 589, Juden 45 728 = 16,75%
Gehilfen „ 216 524, „ 28 050 = 12,9%

Aus der historischen Entwickelung der deutschen Judenschaft weiß man zur Genüge, wie sie Jahrhunderte lang förmlich dressirt worden ist, Handel zu treiben, und was 20 bis 30 Generationen verschuldet haben, können die 3 Generationen, die seit dem Erlaß des Emancipationsedicts vom Jahre 1812 verflossen sind, nicht wieder gut machen. Aus diesem Grunde überwiegen die Juden nach heute im Handel ungemein. Dem unbefangenen Leser erscheint der statistische Beweis glänzend gelungen, daß zumeist der kaufmännische Beruf daran schuld ist, wenn die Juden in einer Reihe von Rubriken mit höheren Zahlen betheiligt sind.

Manche Antisemiten haben wohl anerkannt, daß die Criminalstatistik für die Juden ein günstiges Bild darbietet, aber sie haben dafür gleich einen plausiblen Grund gewußt: sie behaupten nämlich, den Juden gelänge es ausgezeichnet, „durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen“, „am Zuchthaus gerade noch vorbei zu kommen“ und wie die Redensarten sonst lauten. Es sei viel schwerer, einen jüdischen Verbrecher zu überführen, als einen christlichen, was auch daraus hervorgehe, daß die Juden einen größeren Procentsatz der Freigesprochenen stellten als die Christen. Auch diesen Punkt hat das vorliegende Werk klar und ruhig erörtert. Die jüdischen Freisprechungen wurden mit einer Reihe von christlichen verglichen, aber diese christlichen mußten natürlich aus denselben Bevölkerungsschichten ausgesucht werden, aus denen die jüdischen Freigesprochenen hervorgegangen sind. Unzweifelhaft vermögen tüchtige Rechtsanwälte in zweifelhaften Fällen die Wahrheit besser aufzudecken, als Angeklagte ohne Rechtsbeistand. Deshalb berücksichtigt das vorliegende Werk von Dr. Nathan solche Bevölkerungsgruppen, die intellectuell und durch ihre Vermögenslage für ihre Vertheidigung in ähnlicher Weise wie viele Juden sorgen können. Man zog daher immer nur die Selbstständigen im Handel und Verkehr heran, bei denen die Juden nicht unwesentlich stark betheiligt sind, und dann die Selbstständigen in der Landwirthschaft, zu denen die Juden nur eine ganz geringe Zahl stellen. Als Resultat ergiebt sich, daß die Selbstständigen in der Landwirthschaft, ebenso wie die im Handel und Verkehr genau so oft wie die Juden in weit höherem Maße an den Freisprechungen betheiligt sind, als es gegenüber der Gesamtheit der erzielten Freisprechungen hätte sein dürfen.

Näheres zeigt folgende Tabelle:

Tabelle über die Zahl der Freigesprochenen im Jahre 1882—1890.

Freisprechungen	aller Verurtheilten	der verurtheilten Selbstständigen in Landwirthschaft	der verurtheilten Selbstständigen im Handel u. Verkehr	Der verurtheilten Juden
Sämmtliche Verbrechen u. Vergehen v. 1882—1890	19 pCt.	29 pCt.	27 pCt.	29 pCt.
Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion	12 „	25 „	14 „	15 „
Verbrechen und Vergehen gegen die Person	21 „	27 „	26 „	29 „
Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen	19 „	33 „	34 „	35 „
Verbrechen und Vergehen im Amte	17 „	23 „	16 „	21 „
Verbreitung unzüchtiger Schriften	18 „	22 „	26 „	28 „
Unterschlagung	18 „	33 „	35 „	35 „
Erpressung	31 „	45 „	41 „	47 „
Betrug	23 „	41 „	40 „	42 „
Urkundenfälschung	12 „	20 „	20 „	20 „
Vergehen in Bezug auf das geistige Eigenthum	46 „	33 1/3 „	50 „	54 „
Verletzung v. Absperrungsmaßregeln b. Viehseuchen	26 „	27 „	39 „	43 „

Auch diese Tabelle beweist die Hinfälligkeit auch der letzten antisemitischen Behauptung.

Wir wollen damit von dem Buche vorläufig Abschied nehmen und nur noch den Wunsch hinzufügen, daß es durch seine Klarheit und Unbefangenheit dazu beitragen möge, in weiten Kreisen Frieden zu stiften. Wir können nicht besser schließen, als indem wir die letzten Worte aus der Einleitung des Herrn Dr. Paul Nathan wiederholen:

„Zu pessimistischer Muthlosigkeit liegt also gewiß keine Veranlassung vor; aber freilich ebensowenig erwünscht könnte es sein, wenn die vorliegende Arbeit ein selbstgefälliges Gehenlassen bei unseren Glaubensgenossen zeitigen würde. Die Arbeit sollte geeignet sein, durch ihr Beweismaterial Vorurtheile zu zerstreuen; aber sie sollte unsere Glaubensgenossen auch anregen, dort mit aller Energie durch Erziehung und durch socialen Einfluß einzugreifen, wo Schäden in den eigenen Reihen zu beseitigen bleiben.“

Zur Abwehr.

Bischof Reinkens über den Ritualmord. Man meldet der Wiener „N. Fr. Pr.“ aus Pest: Der kürzlich in Bonn verstorbene altkatholische Bischof Dr. Joseph Hubert Reinkens richtete seiner Zeit an den Ober-Rabbiner Leopold Lipschitz in Abauj-Szanto ein Schreiben über den Ritualmord, welches in der Rückübersetzung aus dem von Nemzet mitgetheilten ungarischen Texte ins Deutsche lautet: „Ihr geschätztes Schreiben beantwortend, bin ich genöthigt, in Consequenz meiner Ueberzeugung meinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck zu leihen, daß sich auch in der Gegenwart — nachdem die historische Forschung jene Anschauungen längst über den Haufen geworfen und als entschieden falsch klargestellt hat, welche im Mittelalter die Folgen blinden religiösen Fanatismus gewesen sind — nach immer Individuen finden, welche das alte Märchen auffrischen und zum Vorwand nehmen, um gegen die Mitglieder jüdischer Confession aufzureizen und dieselben zu verfolgen. Ich bin genöthigt, meinen Abscheu über diese Vorgänge auszusprechen, welche nur Schmach über diejenigen bringt, die den christlichen Namen führen, durch ihre Thaten aber beweisen, daß sie dieses Namens unwürdig sind, der ihnen zur Pflicht machen würde, ihre Nächsten zu lieben wie sich selbst, und die wissen

müßten, daß die Grundsätze und die Moral der christlichen Religion in denselben zehn Geboten enthalten sind, die aus der jüdischen Religion übernommen wurden. Ist doch auch der Begründer der christlichen Religion seiner menschlichen Natur nach aus dem jüdischen Volke hervorgegangen, und er bezeugte selbst der Samaritanerin gegenüber: Das Heil stammt von den Juden! (Johannes IV, 22.) Deshalb ermahnt der Apostel die Christen in Rom: Seid nicht stolz gegen die Juden, die auch von dem Standpunkte der Christenheit der göttlichen Offenbarung theilhaftig sind! (Roma XI, 18.) Ich ermächtige Sie, von diesem Briefe beliebigen Gebrauch zu machen. Dr. Joseph Hubert Reinkens."

Hamburg, 10. Januar. In hiesigen Blättern findet sich nachstehende Erklärung: „Der in dem „Deutschen Blatt" enthaltene Bericht über den „Club Hanovera" enthält den Zusatz: „Juden werden nicht aufgenommen." Ich erkläre hiermit im Namen des Vorstandes, daß bei Aufnahme der Mitglieder kein Unterschied im Glaubensbekenntniß gemacht wird. **H. W. Meyer,** z. Zt. Präses.

Aus dem antisemitischen Lager.

Selbst die Feier des 18. Januar, des 25jährigen Gedenktages der Wiedererstehung des Deutschen Reiches, wird durch **antisemitische Ausschreitungen** entweiht. Auf dem bei Kroll abgehaltenen Festcommers des Vereins deutscher Studenten hielt der conservative Rittergutsbesitzer v. Winterfeld-Menkin die Festrede, in welcher er von „frechen Judenblättern", „Weltherrschaft des jüdischen Kapitals in den Händen der Rothschilds und Consorten", „jüdischen Speculanten" sprach. Als Redner traten noch u. A. auf: Generaloberst v. Loë, der Rector der Universität Prof. Wagner, Dr. Karl Peters und Liebermann von Sonnenberg — letzterer natürlich im antisemitischen Jargon. Herr Professor Wagner bemerkte, der Universitäts-Lehrkörper sei wie gewöhnlich nicht gerade zahlreich erschienen, aber außer ihm (dem Redner) seien doch noch zwei jüngere Collegen da, und: tres faciunt collegium. Nun, die Abwesenheit der Männer der Wissenschaft läßt sich wohl dadurch erklären, daß sie keine Neigung verspüren, sich ihre Freude an der großen nationalen Feier durch eine frivole Judenhetze, wie sie mit Kundgebungen des Vereins deutscher Studenten in der Regel verknüpft ist, zu verleiden.

Der Bund der Landwirthe und der Antisemitismus. In seiner Nummer vom 9. Januar fordert das offizielle Organ des Bundes auf, ernsthaft an die Lösung der Judenfrage zu gehen. Der einzig erfolgreiche Weg sei, daß man das „Schutzjudenthum" wieder einführt und die Juden nicht mehr zu Vollbürgern macht. Vom Kriegsdienst müßten sie befreit werden, dafür aber könne man sie in ihren Rechten einschränken und unter das Fremdenrecht stellen. Sie dürften dann weder in den Reichstag gewählt, noch Beamte werden. — In derselben Nummer ist ein Ausdrücke, wie Aasgeier, Gauner-Brut enthaltendes antisemitisches Gedicht abgedruckt. — Von den Leuten, welche einen Ahlwardt in den Reichstag gebracht haben, ist ein anständiger Ton nicht zu erwarten. Man begreift nur nicht, wie liberal sich nennende Männer mit Herrn von Plötz und seinem Gefolge zusammengehen können.

Die „Deutsche Tageszeitung" brachte unlängst eine Zusammenstellung von Abiturienten und den Berufen, denen sich die Abiturienten zuwenden (nach der Schrift: Statistik der Gymnasialabiturienten im Deutschen Reich während der letzten drei Schuljahre Ostern 1891/92, 1892/93 1893/94. Von Prof. Dr. Gemß. Berlin. Weidmannsche Buchhandlung 1895.) Das Blatt hob hervor, daß von den 899 jüdischen Abiturienten 270 Jura studieren, 374 Medizin. Jüdische Theologie studieren 18, Philologie 14, Naturwissenschaften 21, Chemie 19, Kaufleute und Bankiers wurden 34, Ingenieure 94, Kunst 5 und Landwirthe wurden 6.

Hämisch fügt das Blatt hinzu:

„Die Juden sollen also ganz aus für das Studium der Germanistik, für das Militär, die Marine, den Post-, Steuer- und Bureaudienst, des Forst- und Bergfach u. s. w. oder sind mit ganz niedrigen Zahlen vertreten. Das ist eben „kein Geschäft"."

Ach nein! Auch jeder christliche Abiturient wählt sich den Beruf, der ihn satt zu essen giebt. Wird denn ein Jude zum Militär, zur Marine, zum Post-, Steuer- und Büreaudienst, zum Forst- und Bergfach zugelassen? Fast gar nicht. Und wenn es einem gelingen würde, Unterschlupf zu finden, hat er irgend welche Aussicht, befördert zu werden? Daß es so wenig jüdische Germanisten giebt, hat seinen Grund in der Thatsache, daß die einem Germanisten mögliche Carriere (Universitätsdozent, Lehrer, Bibliothekar) keine Aussichten hat. Und wer hat den Muth, es für Idealosigkeit zu erklären, wenn Juden aussichtslose Berufe nicht ergreifen? Leben will Jeder, das ist ein Naturgesetz.

Ein antisemitisches Kreisblatt. Eine nichtsnutzige Judenhetze leistet sich in einem Berliner Brief die „Rastenburger Zeitung", welche zugleich amtliches Kreisblatt ist mit verbindlicher Publicationskraft für kreisamtliche und polizeiliche Verordnungen. In nicht wiederzugebenden Ausdrücken werden darin die Juden mit Blutegeln u. s. w. verglichen. Wie kann ein Landrath solchen Unfug in einem Blatte dulden, das als amtliches Kreisblatt auch anständige Leute zu halten verpflichtet sind?

Der Abg. Dr. Otto Böckel, der ehemalige Chefredacteur des „Deutsch. Volksrechts", hat nach einem von ihm versandten Rundschreiben mit einem Herrn H. Möbius am 1. Januar d. J. eine neue Zeitschrift gegründet: „Volkskämpfer", unabhängige Wochenschrift. Der „Volkskämpfer" soll das Organ eines „Deutsch-wirthschaftlichen Verbandes" sein.

Im Prozeß Iskrant-Stengel ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden.

Die „Staatsb. Ztg." begann am 12. Januar ihren Leitartikel mit folgendem Erguß:

Unser öffentliches Leben leidet an einer unglaublichen Gedankenlosigkeit, die nur noch übertroffen wird durch die hämische Schmähsucht, mit der man politische Gegner zu verfolgen sucht. Dieser Gedankenlosigkeit kommen Schlagworte zu Hilfe, die irgend ein hohler Tropf ausheckt und in die Oeffentlichkeit wirft, und sie sind die Brocken, die von denen, welche sich rühmen, die öffentliche Meinung zu vertreten, mit Gier aufgeschnappt werden und an denen diese Preßhelden dann kauen und wieder kauen, bis einem übel darüber werden kann. In der That, ein Ekel muß jeden anständigen Menschen erfassen, wenn er sieht, mit welcher Gedankenarmuth, mit welcher Engherzigkeit die großen völkerbewegenden Gedanken unserer Zeit von kleinen Hirnen verballhornisirt werden, wie Leute, die nicht über den Umkreis ihres recht niedrigen Kirchthurms hinauszublicken vermögen, in kleinlich beschränkter Weise über Erscheinungen urtheilen, die weit über den engen Horizont ihrer Anschauungsweise hinausgehen, und, statt dem für sie unbegreiflichen weiter nachzuforschen, nichtssagende Schlagworte nachbeten.

Treffender läßt sich die geringe politische Weisheit der Antisemiten und ihre Freude an Schlagwörtern nicht ausdrücken. Nur schade, daß die „Staatsb. Ztg." ihre eigene Beschränktheit nach offenkundiger dadurch zeigt, daß sie mit diesem Erguß ihre Gegner zu treffen meint. Wer so sehr wie sie im Glashaus sitzt, sollte andere nicht mit Steinen werfen.

Breslau, 11. Januar. Die Zugehörigkeit des Besitzers des für Zwecke der Erweiterung der städtischen Kanalisation angekauften Rittergutes „Weidenhof" zur jüdischen Religion war für die hiesigen **Antisemiten** ausreichend, die „Affaire Weidenhof" zu einer **antisemitischen Haupt- und Staatsaction** mit den üblichen **Hetzereien** aufzubauschen. Die „Schlesische Zeitung" gab sich dazu her, in ihrer Neujahrsnummer den antisemitischen Verdächtigungen ein Echo zu verschaffen. In der letzten Sitzung der Breslauer Stadt-

aerordneten-Versammlung kam das Vargehen der „Schief. Ztg.“ zur Sprache. Der Stadtaerarbnete Gathein und der Oberbürgermeister Bender verurtheilten bas Gebahren der „Schlef. Ztg.“ aufs Entschiedenste. Der verdächtige Passus in der „Schlef. Ztg.“ lautete:

„Eine besonders große Erregung hat die zur Erweiterung der Breslauer Rieselfelder vom Magistrat für nothwendig gehaltene Erwerbung des Pringsheim'schen Ritterguts Weidenhof hervorgerufen. Da sich die Stadtverordneten-Versammlung schließlich in Folge der nachträglichen ausführlichen Mittheilungen des Magistrats mit Zweidrittelmehrheit für den Ankauf entschieden hat und dieser inzwischen perfect geworden ist, so soll auf die leidige Affaire nicht weiter eingegangen werden. Daß dieselbe in weiten Kreisen den Eindruck eines neuen Beweises der Solidarität jüdisch-freisinniger Interessen hinterlassen hat, ist zweifellos.

Stadtverarbneter Gathein führte bem gegenüber aus:

„Die „Schlef. Ztg.“ hat bisher wenigstens noch nicht in ganz so deutlicher Form die Äußerungen oder Auffassungen wiedergegeben, die in gewissen Kreisen herrschen sollen und die ich kurz dahin bezeichnen möchte, daß behauptet wird, die Majorität der Versammlung oder richtiger der städtischen Behörden benutze ihre sogenannte politische Zusammengehörigkeit und gewisse confessionelle Interessen, um den Angehörigen einer bestimmten Confession — in diesem Falle der jüdischen — und den Angehörigen einer bestimmten Partei — der freisinnigen — auf Kosten der Allgemeinheit Vortheile zuzuwenden. Gerade in dem vorliegenden Falle liegt ja die Sache so, daß ohne Unterschied der Partei sich die verschiedenen Mitglieder der Versammlung bei der Abstimmung zusammengefunden haben, daß eine ganze Anzahl derjenigen Herren, die sich zur rechten Seite, den Nationalliberalen und Conservativen, rechnen, für diese Vorlage eingetreten sind, und ebenso andere, die auf freisinnigem Boden stehen, sich entgegengesetzt geäußert haben. Was das Schwere an dieser Verdächtigung ist, die ja allerdings so aufgestellt ist, daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob sie als eine directe Beleidigung der Stadtverordneten-Versammlung oder der städtischen Behörden aufgefaßt werden kann, ist das Mißtrauen in die Ehrenhaftigkeit der Mitglieder unserer städtischen Behörden. Ich kann nur sagen, daß ich es auf das Tiefste bedauere, daß solche Ausführungen blos zu dem Zwecke gemacht werden, um Mißtrauen zu säen. Allerdings hat die Redaction der „Schlef. Ztg.“ nicht gesagt, daß sie diese Ansicht hat, aber es ist zu beklagen, daß das genannte Blatt sich zum Weiterverbreiter einer solchen Perfidie — das Wort Gemeinheit halte ich nicht für ausreichend — macht. Ich habe geglaubt, daß man die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen soll, obgleich wir ja in letzter Zeit daran gewöhnt sind, mit Schmutz beworfen zu werden, (sehr richtig!) der Entrüstung Ausdruck zu geben, die ein derartiges Vorgehen veranlaßt. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Bender eanstatirte, daß der Magistrat gegen die „Schlef Ztg.“ den Strafantrag gestellt habe unb saate u. A.:

„Es ist dies das Stärkste, was mir in meinem communalen Leben vorgekommen ist, daß in dieser Weise die Vertreter einer Haupt- und Residenzstadt characterisirt werden. Es ist ja die Behauptung allerdings so gegeben, daß vielleicht der Strafrichter Zweifel haben wird, wo da die Verantwortung liegt. Aber man braucht keinen dolus eventualis zu construiren, sondern es liegt ein directer dolus vor. Es ist dies ein so infamer Vorwurf, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, und man muß erstaunen, daß solche Vorwürfe aus Kreisen kommen, die man als anständige Leute behandelt. Wir haben ja, als wir die Weidenhoffrage debattirten, heftige Kämpfe, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, gehabt. Die Sache war ja zweifelhaft. Aber was wir thaten, mußten wir thun im Interesse der Stadt. Wir sind damals in der Versammlung bekämpft worden, aber alle die Herren, die uns damals bekämpft haben, werden es von sich abweisen, sich in dieser Weise vertreten zu lassen. Wir kämen sonst auf einen Boden, auf dem man nicht mehr verhandeln kann. Es ist ja traurig, daß gerade die Kreise, die am geflissentlichsten sich davor zurückziehen, eine öffentliche Verantwortung zu übernehmen, gar nicht mehr schüchtern sind, wenn es gilt, öffentlich zu verleumden. Gegen diese Richtung, die den Boden untergräbt, auf dem wir arbeiten, müssen wir Front machen. Wir sind natürlich über den erhobenen Vorwurf erhaben, aber wir sind es der Oeffentlichkeit schuldig, dagegen aufzutreten, und wir werden den Versuch machen, ein gerichtliches Einschreiten herbeizuführen, nicht um eine Bestrafung zu erlangen, sondern um eine öffentliche Verhandlung zu provociren, um Klarheit darüber zu schaffen, ob an der Verdächtigung auch nur ein Körnchen Wahrheit ist. Unsere Bürgerschaft in Breslau bedarf ja einer solchen Aufklärung nicht, aber es giebt Kreise außerhalb Breslaus, mit denen wir rechnen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Alsdann ergriff Stadtv. Grützner, der bei der Weidenhafaarlage ais Referent fungirt hatte, zu einigen Bemerkungen das Wart: er sei in der Angelegenheit der Meistbetheiligte, er sei quasi als Varspann betrachtet warden, aber er sei sich bewußt, in seiner cammunalen Wirksamkeit stets einzig das Wahl der Stabt im Auge gehabt zu haben. Hierauf erhab sich nachmais Oberbürgermeister Bender, um an der Hand der histarischen Entwickeiung der Weidenhafangeiegenheit zu zeigen, wie es mit ber „Salidarität jüdisch-freisinniger Interessen“ dabei aussehe. Derjenige, ber zuerst auf die beaarstehenbe Nothwenbigkeit einer Erweiterung der Rieseiselder ausmerksam gemacht und der die Erwerbung aan Weidenhaf für diese Zwecke ais dringend gedaten erklärt habe, sei Stabtbaurath a. Schaitz gewesen. An den Magistrat sei die Sache erst sehr viel später herangetreten, nicht aiel früher als an die Stadtverardneten-Versammlung. Aber die Kanalisatianscammissian, beren Varsitz Stadtbaurath a. Schaitz führe, habe sie einer grünblichen Berathung unterzagen, und sa seien es neben dem Stadtbaurath a. Schaltz nach zwei andere Männer, welche die Frage bearbeitet und bas Weidenhafpraject empfahien hatten, nämlich Stadtrath Kern unb Stadta. Grützner. Dieser thatsächiichen Feststellung fügt bie „Bresi. Ztg.“ die Erläuterung bei, daß Stadtbaurath a. Schaltz streng kathalisch, Stabtrath Kern ein treuer Anhänger der conseraatiaen Partei und Stadta. Grützner zweiter Vorsitzenber des Neuen Wahlaereins ist! Diese bret Herrzn, die weder freisinnig nach jüdisch sind, dürfen aisa gewissermaßen ais die Väter ber Weidenhafaarlage bezeichnet werden, deren Annahme nach der „Schlef. Ztg.“ in weiten Kreisen den „Eindruck eines neuen Beweises ber Salidarität jüdisch-freisinniger Interessen“ hinterlassen haben sall. Schiießiich nahm nach Stada. Dr. Wagner II. (auch canservativ) bas Wart, um gieichfalls seinem Befremben über den Artikel der „Schies. Ztg.“ Ausdruck zu geben.

Antisemitismus in Zeitschriften. Daß das „Daheim“, wenn es ihm gerade in den Kram paßte, ab unb zu ein bischen antisemitisch angehaucht ist, ist lange bekannt. Nur schien seit einiger Zeit in dieser Tendenz des Biattes eine kieine Besserung eingetreten zu sein, benn in seinen Spalten waren nicht mehr so aft jene hämischen, wenn auch meist verschieierten Bemerkungen über Judenthum und jüdisches Wesen anzutreffen. Da finben sich mit einem Male in ber Beiiage zu Nr. 11 d. J. (S. 5) Bemerkungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und bie wir desbaib ahne Kammentar wörtiich faigen lassen:

„Der unerschrockene und energische Führer der österreichischen Antisemiten, dem in Gemeinschaft mit dem Prinzen Aloys Liechtenstein die großen Erfolge zu danken sind, die die Partei in Oesterreich und vor allem in Wien errungen hat, steht seit seiner Wahl zum Bürgermeister von Wien und der infolgedessen von der Regierung beschlossenen Auflösung des Wiener Gemeinderathes im Vordergrunde des Interesses aller deren, die an dem Entwickelungsgange der inneren Politik Oesterreichs Anteil nehmen. Für den Regierungsbeschluß soll nicht die antisemitische Haltung des Dr. Karl Lueger, sondern seine Opposition gegen das überwuchernde Magyarenthum maßgeblich gewesen sein. Das klingt nicht unglaubhaft, da der österreichische Ministerpräsident Graf Badeni als Statthalter von Galizien selbst sehr energisch gegen die das Land aussaugende jüdische Geschäftsthätigkeit Front gemacht hat und ihm persönlich die antisemitischen Bestrebungen Dr. Luegers nicht unsympathisch sein können. Auch mußte der Ministerpräsident erklären, daß die Persönlichkeit Dr. Karl Luegers unantastbar sei und keinen Anlaß für den Regierungsbeschluß geboten habe. Aber wenn ungarischer Einfluß sich wirklich allein in Wien so mächtig gezeigt hätte, so wäre das für das Deutschthum in Oesterreich nicht weniger bedauerlich, als wenn die Regierung nur Rücksicht auf die Wiener Juden genommen hätte, denn beide sind gleich gefährliche und gleich übermächtige Gegner. Dr. Karl Lueger, der sich durch seine mannhafte Haltung dem Grafen Badeni gegenüber nur neue Freunde gewonnen hat, ist am 24. Okt. 1844 in Wien geboren u. s. w.

Leo Baer
(Homburg v. d. H.)

Der Fall Jacques Saint-Cère. Daß der berüchtigte Mitarbeiter des Pariser „Figara“, Saint Cère (früher Rasenthai), dessen deutschfeindiiche Artikel nicht wenig zum Emparflackern des französischen Chauainismus beigetragen haben, jetzt hinter Schiaß und Riegei sitzt, ist eine gerechte Strafe. Noch gehen die Wogen bes Scandais in

Paris zu hoch, als daß man unterscheiden könnte, welche Anklagen auf thatsächlicher Grundlage beruhen. Gewiß stammt der Mann, der in jüngeren Jahren zusammen mit dem antisemitischen Abgeordneten O. Zimmermann im „Akad. Litt.-Verein" zu Leipzig eine Rolle gespielt hat, von Juden ab, aber kein vernünftiger Mensch wird sein Canto dem Judenthum aufbürden wollen. Er war bereits ein zweifelhafter Mensch, ehe die Polizei ihn aus seiner eleganten Wohnung in das Gefängniß schleppte, und wenn jetzt französische Blätter sich antisemitisch-deutschfeindlich geberden, weil ihr Mitarbeiter St.-Cère sie „hineingelegt" hat, so ist das eine Farce.

Daß in dem Chorus der Presse auch nicht die „Libre parole" des Antisemitenhäuptlings Drumont fehlen kann, ist selbstverständlich. Dessen blühende Phantasie, von der er selbst einmal gesagt hatte, sie „erfände manchmal ein Detail, das die Aufmerksamkeit erregen soll", weiß genau, daß Saint-Cère ein Spion war und alte Beschuldigungen von Bestechung ꝛc. erheben wieder ihr freches Haupt. Die „Libre parole" schreibt:

„Rosenthal, genannt Saint-Cère, bediente sich der errungenen Stellung, um zu sehen, um zu hören, zu beobachten .... und anderen jenseits der Grenze zu wiederholen, was er gesehen, gehört, beobachtet hatte. Oppert aus Blowitz denuncirte eines schönen Tages Rosenthal. Die verschiedenen Syndikale der Presse wagten indessen nicht, gegen ihn einzuschreiten. Die Regierung wußte überdies, welches Handwerk Saint-Cère trieb. Vor einigen Jahren wurde ein Officier des Kriegsministeriums in die Provinz versetzt zur Strafe dafür, daß er den „Figaro"-Redacteur zu eifrig besuchte und ihm Aquarellbilder der Paris umgebenden Forts geschenkt hatte. . . ."

Kann man sich unsinnigere Beschuldigungen ausdenken? Das Blatt fährt fort:

„Was noch bedenklicher ist, Rosenthal soll (!) an der Sache des Verräthers Dreyfus betheiligt gewesen sein. Im Augenblick, wo die abscheuliche Missethat des elenden Hauptmanns entdeckt wurde, machte die gesammte Judenschaft übermenschliche Anstrengungen, um den zu retten, der im Grunde genommen nur den Tendenzen seiner Rasse gehorcht hatte. Ungeheure Summen wurden mit vollen Händen vertheilt. Man bot sogar dem Major Bisset, Berichterstatter des Kriegsraths, eine Million an, welche der brave Officier mit Entrüstung zurückwies. Nun denn, man behauptet, daß Rosenthal zu jener Zeit einer der eifrigsten Agenten jener Bestrebungen zur Rettung des Verräthers war. Man sagte oder vielmehr man flüstert sich nach zu, daß er sein Mitschuldiger war."

Wenn man die „Libre Parole" fragen darf, wer dem Major Bisset die Million angeboten hat? Man wird vergebens auf Antwort warten.

Vermischtes.

Verjudung des — Briefstils. D. Sigl's „Vaterland" ärgerte sich (am 22. Dez. 95) über die Manier, „Geschäfts- und Privatbriefe auf der zweiten oder vierten Seite zu beginnen, dann auf der vierten oder ersten Seite fortzusetzen und auf der dritten Seite zu schließen, so daß jeder vernünftige Mensch dieses blödsinnige Vexirspiel erst lösen und dann die Seiten paginiren muß, damit er Ordnung und Verständniß in die Sache bringt." Natürlich haben das nach der bayrischen Bierbank-Weisheit des Dr. Sigl die — Juden verschuldet. Er fährt nämlich fort:

„Nach dem Sprichwort: „Es ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum" machte der Unsinn Schule, und heute werden wohl über die Hälfte aller Briefe in der Schreibart der Hebräer abgefaßt. Oder sollte dieses blödsinnige Beginnen auch ein weiteres Zeichen fortschreitender Verjudung sein? Jedenfalls wäre es für einen vernünftigen Christenmenschen an der Zeit, diesen Unfug nicht mehr mitzumachen."

Zur Anstellung jüdischer Lehrkräfte an den Berliner Gemeindeschulen. Das in Nr. 2 erwähnte vom 27. Dezember datirte Schreiben des Cultusministers Dr. Bosse an den Vorstand der jüdischen Gemeinde zu Berlin lautet wörtlich:

Die Befürchtungen, welche der Vorstand der jüdischen Gemeinde in seiner Eingabe vom 17. Juni d. J. an die Verfügung des hiesigen königlichen Provinzial-Schulcollegiums vom 15. Mai d. J. knüpft, sind, wie ich nach wiederholter genauer Ermittelung des Sachverhalts festgestellt habe, nicht begründet. Das von der hiesigen städtischen Schuldeputation an die sämmtlichen in Gemeindeschuldienst der Stadt Berlin beschäftigten, noch nicht definitiv angestellten jüdischen Lehrerinnen gerichtete Schreiben vom 6. Juni d. J., das in den betheiligten Kreisen Beunruhigung hervorgerufen hat, beruht auf einem Mißverständnisse der obenbezeichneten Verfügung des Königlichen Provinzial-Schulcollegiums, welches durch eine weitere Verfügung dieser Behörde vom 29. September d. J. aufgeklärt worden ist. Es hat sich nur darum gehandelt, daß bei Heranziehung von Vertretern oder Vertreterinnen für beurlaubte oder erkrankte Lehrpersonen im Gemeindeschuldienst der Stadt Berlin der Vertreter auch demselben Bekenntnisse angehört, wie derjenige, dessen Vertretung er übernimmt. Der Erlaß meines damaligen Herrn Amtsvorgängers vom 8. Juli 1875 wird durch die bezügliche Anordnung überhaupt nicht berührt.

Antisemitismus in der Schweiz. Der Berner „Bund" schrieb dieser Tage:

„In letzter Zeit will sich der Antisemitismus bei uns regen; auf unseren Redactionstisch flattert ein kleines Fetzchen Papier, auf dem eine sogenannte „Verbrechen-Statistik" steht, die — nicht etwa die Verbrechen — sondern die Anklagen auf die Confessionen vertheilt und herausfindet, daß die Katholiken prozentual verbrecherischer angelegt sind, als die Evangelischen, die Juden aber wahre Scheusale von Delinquenten. Woher diese Statistik kommt, aus welchem Lande, wie die Gruppirung vorgenommen ist u. s. w. verschweigt das Blättchen sorgfältig. Es wird uns aber versichert — und das veranlaßt uns, die Sache niedriger zu hängen —, daß diese „Statistik" von Herisau aus in Tausenden von Exemplaren verbreitet werde. Wir glauben zwar nicht, daß bei dem Bildungsniveau unserer Bevölkerung diese plumpe, aus Norddeutschland importirte Agitation Erfolg haben wird; es liegt aber im Interesse der Erhaltung des confessionellen Friedens, auch den Anfängen zu wehren; wir bitten deshalb Alle, an die solche Machwerke gelangen, uns davon Mittheilung zu machen und womöglich den Absender zu nennen. Im Licht der Oeffentlichkeit wird man die Gesellen bald erkennen, die dahinter stecken".

Auch wir theilen diesen Wunsch, aber weniger das Vertrauen in seine Erfüllung. Wer mit angesehen hat, was systematische Verhetzung vermag, der bringt den Vertröstungen auf den gesunden Sinn und die erlesene Bildung nicht so viel Vertrauen entgegen. Wohl aber möge man durch Verbreitung von Flugblättern und Schriften die antisemitischen Lügen aufdecken.

Wien, 14. Januar. Unter der Anklage, die öffentliche Ruhe durch acht Predigten gegen die Juden gestört zu haben, stand heute der bekannte Pfarrer Deckert vor dem Schwurgericht. Die Anklageschrift zählte besonders heftige Stellen gegen die Juden auf, welche u. a. „Geißel Gottes für das christliche Volk" genannt werden. Deckert erklärte, über Priester, die gefehlt haben, könnte allein die Kirche urtheilen; er vertheidige sich nur, um das Recht der freien Meinungsäußerung zu wahren. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach kurzer Berathung einstimmig, worauf Deckert freigesprochen wurde.

Arische Aerzte im Mittelalter. Die „Neue Zeit" (S. 161 f.) veröffentlicht eine Hamburger Pestordnung aus dem Ende des 16. Jahrhunderts, die ein grelles Licht auf die Humanität einer judenreinen Stadt in judenreiner Zeit wirft. Den Unterschied von armen und reichen Patienten kannten die Hamburgischen Aerzte von damals nur zu gut. In dieser Pestordnung heißt es:

„Weil diese Krankheit bekannt ist und der Medicus so wol von Haus aus, als wenn er sich wegen einer geringen Person in ein kleines enges vergifftes Haus begeben und in Gefahr Leibes und Lebens stellen muß, rathen und dienen und eben das schaffen kann, was er sonst gegenwärtig thun sollte oder könnte, so sei derselbe mit solcher Visitierung und persönlicher Besuchung billig zu verschonen"... Wenn aber die Herren, oder fürnehme Bürger den ordinarium oder andere Medicos, zu denen sie ihr Vertrauen nebst Gott setzen, begehren, so soll der Ordinarius so wenig als die anderen Medici gegen gebührliche Verehrung ihnen solches verweigern oder abschlagen".*

Dieselbe Pestordnung verlangt, daß die gemeinen Leute während der Pest ohne Sarg, nur in einen Leinentuch gewickelt, bestattet werden sollten.

*) Gernet, Mittheilungen a. d. älteren Medizinalgeschichte Hamburgs 1869.

Sonderbares Christenthum. Das in Bozen erscheinende „Tirater Volksblatt“ schreibt:

„Gedenket der Vögel im Winter“. Dies ist eine Aufforderung, die man in unzähligen Zeitungen jedes Jahr lesen kann, wenn Schnee und Frost eintrifft. In der Regel geht sie von Menschen aus, die für arme nothleidende Menschen nie die Börse öffnen, in ihrer Sorge für die Vögel aber eine großartige That zu vollbringen meinen. Und doch ist nichts unsinniger, als diese Aufforderung, ja sie ist in gewisser Beziehung sagar unchristlich. Der Christ muß wissen, daß es in der Schrift heißt, daß Gott es ist, der die Lilien kleidet und die Vögel ernährt; er muß wissen, daß ohne Gottes Willen kein Sperling vom Dache fällt. Daß im Winter Vögel sterben, ist doch nichts Wunderbares; sterben doch auch Menschen, im Winter mehr als im Sommer, alle Menschen können doch nicht auf der Welt fortleben, also auch nicht alle Vögel. Mit dieser Zeitungsannonce sollen mitleidigr Personen aufgefordert werden, Futterplätze für die Vögel im Schnee anzulegen. Nichts ist unvernünftiger als das“.

In dem „judenreinen“ und „glaubenseinheitlichen“ Tirol scheint man das Christenthum ganz merkwürdig auszulegen. Mit dem Satze: „Alle Menschen können doch nicht auf der Welt fartleben“ könnte man zu guterletzt auch jeden Mard rechtfertigen.

Theodor Storm über die Juden*).

. . . Aber es gab noch andere Unterhaltungen für den alten Herrn. — Unter seinem ersten Badenraun befand sich der graße Rathhaussaal, in welchem nicht nur unsere heimischen Komödianten zuweilen ihre Gerüste aufschlugen, sondern auch wir Primaner alljährlich um Michaelis von einem hahen Katheder herab mehr oder minder selbstverfertigte Reden hielten. Von allen diesen bekam der Alte seinen stillen Antheil. Denn wenn unten, — und das geschah unfehlbar jedes Mal — die Begeisterung der Luft allzusehr erhitzt hatte, dann wurde in der Bretterdecke des Saales eine Luke ausgehoben, und alsbald vom Rande der Oeffnung glänzte das rothe Gesicht des Amtschirurgus theilnehmend zu uns herab.

Es war immer ein graßer Tag diese „Redefeierlichkeit“. Wir konnten damals noch nicht am eigenen Tische frühstücken und in Hamburg zu Mittag essen; Alles blied deshalb hübsch zu Hause, und was wir dart hatten, das würzten wir uns und machten es schmackhaft und kosteten es aus bis auf den letzten Tropfen. — An jenem Tage standen die Häuser der Honoratioren wie der kleinen Bürgersleute leer; der Rattenfänger oon Hameln hätte sie nicht leerer fegen können. Frauen und Töchter in Flor und Seide saßen dicht gedrängt vor dem weißen Katheder mit der grünsammtenen galdbefranzten Bordüre; den Männern blieben nur die hintersten Bänke, oder sie standen an der Wand unter den großen Bildern oom jüngsten Gericht und vom Urtheil Salomonis. Wer hätte auch zu Hause bleiben können, wenn wir Primaner uns nicht zu oornehm hielten, die gedruckten Einladungen in eigener Person von Haus zu Haus zu tragen! Freilich war auch diese Pflicht, besonders für die älteren Schüler nicht ohne allen Reiz; denn die „Stellen“, welche nach einem Maßstabe von Wein und Kuchen in „fette“ und „magere“ zerfielen, wurden van dem Primus Classis nach der Anciennität vertheilt. Die Einladungen selbst enthielten nur unsere Namen und die Thematen unserer Vorträge; aber dessen ungeachtet waren keine öden Listen, wooon es heutzutage an allen Ecken wimmelt; unser alter Rector — möge der allverehrte Greis noch lange seiner fruchtbringenden Muße genießen! — wußte durch eine feine Abtönung auch diesen Dingen einen munteren Anstrich zu geben. Denn während der Erste nur „redete“, suchte der Zweite schon „auszuführen“, der Dritte „vertiefte sich in“, der Vierte „verbreitete sich über;“ und so arbeitete Jeder in seinem eigenen Character. Was blieb endlich mir übrig, der ich schon damals in einigen Versen gesündigt hatte Ich, selbstverständlich: „besang.“ — „Matathias, der Befreier der Juden“, so hieß meine Dichtung, welche der Rector mir ohne Correctur und mit den lächelnd beigefügten Worten zurück gab, er sei kein Dichter. Ich will nicht leugnen, es überrieselte mich so etwas von einer exclusiven Lebensstellung, und ich mag in jenem Augenblick meinen Knabenkopf wohl um einige Linien höher getragen haben. — Freilich, unser Schultisch war derzeit nur mit geistlger Hausmannskost besetzt: wir kannten noch nicht den bunten Krautsalat, der — „Friß Vogel aber stirb!“ — dem heutigen armen Jungen aufgetischt wird. Ich habe niemals Caviar essen können, und — Gott sei Dank! — ich habe ihn auch niemals im Namen der „Gleichmäßigkeit der Bildung“ essen müssen; diese schäne Lehre beglückte noch nicht unsere Jugend; der Fundamentalsatz aller Oeconomie: „Was kastet es Dir, und was bringt es Dir ein?“ fand damals, freilich harmlos und unbewußt, auch für die Schule noch seine Anwendung. — Leider muß ich bekennen, daß auch die deutsche Poesie als Luxusartikel betrachtet und lediglich dem Privatgeschmack anheimgegeben war; und dieser Geschmack war äußerst unerheblich. Unseren Schiller kannten wir wohl; aber Uhland hielt ich noch als Primaner für einen mittelalterlichen Minnesänger, und von den Romantikern hatte ich noch nichts gesehen als einmal Ludwig Tieck's Portrait auf dem Umschlage meines Schreibbuches. — Nichtsdestoweniger dichtete ich den „Matathias.“

Und endlich kam der große Tag. Während draußen vor der Kirche die Buden zum Michaelis-Jahrmarkte aufgeschlagen wurden, war oben in unserem Rathhaussaale die Redefeierlichkeit schan in vollem Schwunge. Die an den Fenstern entlang postirte Liebhabercapelle hatte schon einige Pausen mit entsprechenden Walzern und Ecossaisen ausgefüllt; nun aber begann ein feierlicher Marsch und mir klopfte das Herz; denn ich hatte ihn bestellt als Ouoertüre zum Matathias. Dort stand auch mein würdiger Freund, der Doctar, derzeit Primaner und Mitglied des „Dilettantenoereins“, und noch hübscher, als er redete, blies er die Clarinette; heute aber leistete er das Außerardentliche. Da plötzlich, noch ein heroischer Accord, und oben auf dem Katheder stand ich in dem lautlosen Saale, die erwartungsvolle Menge unter mir. Wie durch einen Schleier sah ich noch die Dilettanten ihre Clarinettenschnäbel mit den Taschentüchern putzen; ein Blick nach oben zeigte mir am Rande der Deckenöffnung das leuchtende Gesicht des Amtschirurgus, der wie ein umgekehrter Sixtinischer Engelskopf zur Erde statt zum Himmel blickte: dann:

„O Söhne Judas, rächt der Väter Schmach!“ — — Zum Unglück für den Leser ist das Gedicht oerloren gegangen und mein Gedächtniß vermag dem Schaden nicht mehr abzuhelfen; doch kann ich versichern, daß es ohne Anstoß zu Ende gebracht wurde. Und das war keine Kleinigkeit; denn unter den Zuhörerinnen hatte ich ein paar wahlbekannte vergißmeinichtblaue Augen entdeckt, die mit dem Ausdruck zarter Fürsorge auf mich gerichtet waren. Ich kannte solche Klippen nur zu wahl; war es mir doch in meiner vorjährigen Rede „über den Unergang der Staaten“ begegnet, daß ich in denselben Augen eine ganze Weite alle Feierlichkeit vergessend, hängen blieb, wodurch

---

*) Das Organ des antisemitischen „Vereins deutscher Studenten“, die „Akadem. Blätter, feierte in der Nummer vom 1. Okt. 1895 Theodor Storm mit Recht als einen Dichter, der „deutsch in seiner politischen Stellung, deutsch in seinem dichterischen Empfinden“ war. In der That haben wenige Sänger im deutschen Reich so die Tiefen der Volksseele ausgeschöpft, wie dieser große norddeutsche Dichter. In einer seiner Idyllen (s. Gesammelte Schriften. Braunschweig 1891. Bd. 8. S. 36. ff.) nimmt er auch zur Judenfrage Stellung, und wir bringen deshalb einen großen Theil dieses Idylls zum Abdruck. Mit dieser Meinungsäußerung stellt sich Storm neben Gottfried Keller und Gustav Freytag. Wenn diese drei kerndeutschen Dichter den Judenhaß ablehnen, so muß er im Innersten nicht deutscher Art und Gesinnung entsprechen. — Der alte Herr, von dem im Anfang die Rede ist, ist ein Amtschirurgus.

dann eine allen übrigen Zuhörern unbegreifliche Kunstpause entstanden war. Diesmal aber und das von Rechtswegen half mir der Gott Israels. Denn dort hinten, unter dem Urtheile Salomons, erschien mein Freund, der jüdische Handelsherr aus unserer Nachbarstadt, und nickte mir zu und lächelte mich an; und der Geist meiner heutigen Sendung erfüllte mich wieder, ich sah nicht mehr in die vergißmeinnichtblauen Augen, sondern auf die goldenen Uhrberloques, die von dem behäbigen Leibe des jüdischen Mannes funkelten, und für ihn eigentlich habe ich diese Rede gehalten.

„Dein Stern ging unter, Juda's Stern
Erglänzt in neuer Pracht und brennt
An deiner Gruft die würd'ge Todesfackel."

Das waren meine letzten Worte für den Matathias. Als ich das Katheder verlassen und mich nach dem alttestamentarischen Bilde durchgedrängt hatte, nahm der Urenkel desselben schweigend und mit sanftem Druck meinen Arm in den seinen, und wir stiegen miteinander die schmale Wendeltreppe hinab bis unten in den Rathskeller und tranken dort in altem Madeira auf das Gedächtniß des unsterblichen Matathias und auf die Gesundheit seines jungen sterblichen Dichters. Dann, da die Redefeierlichkeit für den Vormittag beendet war, gingen wir auf den Markt hinaus und setzten uns im Lindenschatten vor einem Hause auf den Beischlag. Uns gegenüber im Sonnenschein wurde eine Bude nach der andern aufgeschlagen; aber der sonst so eifrige Handelsmann, obgleich er noch nicht einmal sein herkömmliches Tuchgeschäft mit meinem Vater gemacht hatte, wandte kein Auge auf dieses werktägige Treiben. Von meiner Rede ausgehend hatte er mich, wie er es liebte, in allerlei religiös moralisches Gespräch verwickelt: „Was soll's!" rief er mit den scharfen Accenten seines Volkes, „ich frage bloß: Thue Recht und scheue Niemand!" — Bald darauf schien er indessen durch den jetzt vom nahen Kirchthurm tönenden Schlag der Viertelsglocke an die Kostbarkeit der Zeit erinnert zu werden, denn als wolle er alle grauen Theorien von sich schütteln, stand er plötzlich auf und klopfte mich zärtlich auf die Schulter. „Komm nun!" sagte er schmunzelnd; „woll'n wir gehen, und wollen noch betrügen ein bischen den Alten!"

Aber das war nur ein Scherz, mein alter Freund, ich kann nicht anders, als er Dir in dein Grab nachsagen, worin Du nun seit lange auf dem kleinen Judenkirchhof der Nachbarstadt ruhst, daß Du meinem Vaten gewiß gutes niederländisches Tuch zu den christlichen Preisen verkauft hast. — Wer weiß, ob nicht die Freundlichkeit, die Du dem Knaben einst erwiesest, den Keim jener Zuneigung gelegt hat, die ich Deinem Volke stets bewahrte, und die mir auch der schmutzigste Schacherjude nicht hat stören können. Habe ich doch aus jener Sympathie heraus noch vor wenigen Jahren die nachstehenden Verse gedichtet, welche freilich von meinem Freunde Alexander, da ich sie ihm noch warm aus dem Herzen vortrug, mit der kurzen Kritik: „Auch eine Auffassung!" ganz und für immer abgefertigt sind:

Crucifixus.

Am Kreuz hing sein gequält' Gebeine,
Mit Blut besudelt und geschmäht;
Dann hat die stets jungfräulich reine
Natur das Schreckensbild verweht.

Doch, die sich seine Jünger nannten,
Die formten es in Erz und Stein,
Und stellten's in des Tempels Düster
Und in die lichte Flur hinein.

So, jedem reinen Aug' ein Schauder,
Ragt es herein in unsere Zeit;
Verewigend den alten Frevel,
Ein Bild der Unversöhnlichkeit.

Briefkasten.

Unsere Leser machen wir darauf aufmerksam, daß dieser Nummer ein ausführliches Sach- und Ortsregister zum Jahrgang 1895 beiliegt. Vielleicht veranlaßt dieses die neu hinzugetretenen Abonnenten, sich den Jahrgang 1895 aufzuheben. Auf diese Weise hat der Leser stets Gelegenheit, sich über Personen und Fragen sofort zu unterrichten. Sollten unseren alten Abonnenten einzelne Nummern fehlen, senden wir sie auf Wunsch gern gratis und franko zu.

R. in E. Wehlan ist ebenso wie Leist Christ, Fritz Friedmann ist, wie der „Freis. Ztg." authentisch mitgetheilt wird, als Christ geboren; sein Vater hatte sich taufen lassen. Von Hammerstein sagt die „Staatsb. Ztg.", der „Vorwärts" habe ihm vor etwa drei Jahren allen Ernstes jüdische Abstammung nachgewiesen. Der Artikel des „Vorwärts" war ein Aprilscherz, der aus erdichteten Chroniken, Wappenurkunden und ähnlichem Kram den „Nachweis" erbrachte, daß der adelsstalze Junker v. Hammerstein eigentlich von einem jüdischen Hausirer Namens Chammerstein abstamme. Das weiß die „Staatsb. Ztg." ganz gut, sie stellt sich nur so dumm, um Hammerstein den Juden aufhalsen zu können. Die gesinnungsverwandte Wiener „Deutsche Zeitung" hat die Nachricht von dem „Juden" Hammerstein brühwarm weiterverbreitet!

R. G. in H. Withelm Cahn, Legationsrath im Auswärtigen Amt, ist Jude. Er war zur Zeit des Krieges bayrischer Legationskanzler in Paris und auf Grund einer nach d r Kriegserklarung erfalgten bayrisch-französischen Vereinbarung während des Krieges, der Belagerung und der Commune in Paris geblieben, wa er der mit dem Schutze der Bayern und Badenser betrauten schweizerischen Gesandtschaft offiziäs attachirt war.

Dr. W. H. in W. Die dereffenden Bestimmungen des preußischen Landrechts Thl. II. Tit. 10 §§ 13, 38, 71 lauten: „Jede Kirchen-Gesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen. Schmähungen und Erbitterung verursachende Beschuldigungen gegen andere Kirchen-Gesellschaften müssen durchaus vermieden werden. Ueberhaupt müssen die Geistlichen in Lehre und Wandel ihren Zuhörern mit einem guten Beispiel der Sanftmuth und Verträglichkeit selbst gegen fremde Religiansverwandte vorangehen".

Mehrere Abonnenten. Nach unseren Infarmatianen hat die freischlagende jüdische Verbindung Solia in Würzburg an ihren Weihnachtsbaum eine Schweinsblase gehangt und nicht „lauter Schweinsblasen" wie ein Geistlicher in der „N. bayr. Landeszeitung" schreibt, was an der Beurtheilung des Falles freilich nichts ändert. Gegen dieses durchaus ungehörige Gebahren haben äereits die andern jüdischen Studentenvereine in Würzburg Verwahrung eingelegt.

E. A. in Amsterdam. Besten Dank für Ihr freundliches Interesse. Senden Sie uns nur recht fleißig Amsterdamer Zeitungen ein, die antisemitische Artitel enthalten.

S. J. in G. Ihre Anfrage ist zu allgemein gehalten. Ein Logishaus in Friedrichroda verbat sich den Besuch jüdischer Kurgäste.

A. R. in Mosbach Besten Dant für die aufgegebene Adr. sse. Die „Mittheilungen" sind adgegangen.

J. A. in Breslau. 2,50 Mart von einem unbekannten Gönner unseres Vereins dankend empfangen.

A. S in P. Ein kleines Heft über den Herrn von Hammerstein hat Emil Walter, Chefredacteur der „Breslauer Zeitung" im Verlage von Carl Flemming herausgegeben. Es führt den Titel: **Hammerstein, Parteimoral und Recht**." Der Verfasser hat das gleiche Thema in einem Vortrag im Glogauer freisinnigen Volksverein behandelt.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck van Max Haffschläger, Bertin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 4. **Berlin, den 25. Januar 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4321.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 3, Nr. 4553

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Ludwig Bamberger und die deutsche Einheit.

Eine Erinnerung aus der Zeit der Reichsbegründung.

In diesen Tagen, in denen die Begründung des Reichs gefeiert worden ist, hat es einen besonderen Reiz, sich die Stimmungen der Jahre zu vergegenwärtigen, in den der geistige Kampf für die endliche Verwirklichung des Gedankens der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung den Kampf mit den Waffen vorbereitete. Einer der feurigsten und wirksamsten Streiter in diesem Kampfe war damals **Ludwig Bamberger**. Gerade jetzt ist der vierte Band seiner Gesammelten Schriften erschienen*), die Jahre 1868 bis 1878 umfassend. Er wird eröffnet durch den Wiederabdruck eines noch aus Paris, wo der Verfasser seit dem Scheitern der Bewegung von 1848 lebte, vom Januar 1867 datirten Flugblattes, „**Eine Stimme aus der Fremde**", zu den damals bevorstehenden Wahlen für den Reichstag, der die Verfassung des norddeutschen Bundes feststellen sollte. „Augen haben sie und sehen nicht, Ohren haben sie und hören nicht", steht als Motto darüber, und es heißt in dem Aufsatz, der mitten in die damaligen Gegensätze hineinführt:

Nein, die Nachwelt wird es nicht glauben, denn schon die Mitwelt glaubt es nicht. Geht doch hin und sagt einem Franzosen, Engländer, Italiener: Die Deutschen sollen jetzt ein Parlament haben, aber sie wollen nicht recht d'ran; dem Einen ist's nicht groß genug, dem Andern ist's nicht hoch genug; Der fürchtet, es habe nicht genug zu sagen, Jener, es könnte zu viel Gewalt bekommen; der Eine meint, die Fürsten werden es unterdrücken — und aus lauter Furcht zu ertrinken, springen sie ins Wasser!

O hättet Ihr doch etwas von dem Geiste, dem Schwung, der Einsicht, welche Euch das Ausland jetzt borgt! Könnten doch der Neid, die Furcht, das Staunen, die ringsum an Euren Grenzen auflodern, Euch Lebensfeuer in die Adern blasen! Könntet Ihr Euch mit fremden Augen sehen! Das ist das Geheimniß, aus dem erklärlich, warum von den draußen lebenden Deutschen die meisten so ungeduldig rufen: Greifet zu! greifet zu! — Ja, Ihr habt es nicht erlebt, wie wir, daß ein Fremder die Karte an Eurer Wand anschaute mit den 36 abenteuerlich verschlungenen Farbenklecksen, und, mitleidsvoll mit den Finger darauf legend, fragte: „Ist das ein Vaterland?" Ihr habt nicht, mehr als einmal, die Augen niederschlagend, leise zur Antwort: „Das wird es werden einmals!" Innerlich aber würgten Scham und Zweifel. - Und jetzt erlebt Ihr es nicht, daß ringsum alle Stimmen rufen: „Heil Euch Deutschen; jetzt geht es in Erfüllung; Euer Land ersteht aus der Asche!" Ihr erlebt es nicht, daß aller Augen auf Euch blicken, daß alle Hände hinwärts deuten und weit im Kreise die ganze gesittete Welt laut ausruft: „Dort kommt ein Volk zur Welt!"

So geht Ihr hin und seht es nicht, was Freund und Feind ringsum mit Staunen betrachten. Schon raubt der Anblick Eurer werdenden Nation Frankreich den Schlaf, Ihr aber besinnt Euch, ob Ihr aufwachen sollt? Meint Einer, in dem großen, eitlen, rauschenden Paris höre man jetzt von der Ausstellung reden oder von neuen Straßen und Baulichkeiten, oder von Mexiko, oder von der nahenden Eröffnung der Kammern? Nichts von alledem! Deutschland heißt die Parole. Mit Deutschland steht man auf, mit Deutschland geht man nieder. . .

Diejenigen, welche das Maß verloren für ihr eigenes Geschick, sollten sich mahnen lassen von dem Urtheil näherer Nationen, deren Blick geschärft worden durch Erlebnisse eigener Größe und eigenen Falls! Niemand in ganz Frankreich, der nicht die Dinge bei uns zu Haus für die größten der neuen Zeit erklärte! Selbst der Sturz des Papstthums hat dieses katholische Land unendlich weniger aufgeregt, als der Sturz Oesterreichs und der drei deutschen Fürsten. Sie betrachten alles als so fertig, so überwunden sie sehen so als unmöglich an, daß wir das Werk unvollendet sinken lassen — was sag' ich? — daß wir es mißtrauisch selbst zerstören, daß sie bereits fragen: Was wird nun das einige Deutschland zunächst beginnen?

Und sie antworten sofort: „Deutschland wird von uns das Elsaß zurückfordern". — Vergeblich erwidert man ihnen: „Friede, Freiheit, Eintracht!" Sie gehen weit genug zu glauben: Deutschland, geeinigt unter Einem Parlament, könne sich rasch zu solcher Herrlichkeit entwickeln, daß die seit zweihundert Jahren Frankreich einverleibten und mit ganzer Seele ihm anhangenden deutschen Provinzen sich möchten zum Muttervolk hingezogen fühlen.

Wie konnten wir ihnen die Wahrheit gestehen? wie wollten wir? Wer würde sie uns glauben? Geht doch hin und erzählt einem Franzosen: „Dies Deutschland, das Ihr so groß und dräuend fertig seht, hat erst noch seine besten Freunde zu Hause zu gewinnen, ehe es dran denkt, über seine Grenzen zu gehen. Es hat nicht Zeit noch Lust für den Elsasser. Der Hannoveraner, der Hesse, der Schwab, der macht ihm noch das Leben sauer. Der Fremde erkennt uns an, indem er gegen uns rüstet; zu Hause verkennen hunderttausend Landsleute noch ihre eigene Bestimmung, indem sie nicht einmal die Hand aufheben zur Wahl ins Parlament."

Sie wollen nicht wählen, das Parlament ist ihnen nicht gut genug! So höret einmal, mit des Fremden Urtheil, auch einen seiner Weisheitssprüche: „So viel der Mann werth ist, so viel auch seine Sache": Tant vaut l'homme, tant vaut la chose! Gebt einem Stümper das beste Instrument, er wird ihm keinen Ton entlocken; gebt einem Künstler nur eine gespannte Saite, er wird sie beleben. Stellt einen Schwachkopf an die Spitze des glücklichsten Unternehmens, er wird es zu Grunde richten: leiht einem Manne von Genie die nothdürftigste Anstalt, er wird sie zum Gedeihen bringen. So viel der Mann werth ist, so viel die Sache. Seid Ihr selbst was werth, so wird Euer Parlament was werth sein, viel sogar, unermeßlich viel. Seid Ihr aber faule, an Euch selbst verzweifelnde Schläfer, so wird es weniger sein als nichts, ein Quell von Unglück und Beschämung. Denn: kommen wird das Parlament auf jeden Fall!!

Als es, vorläufig nur für Norddeutschland, gekommen war und neben dem norddeutschen Reichstag das „Zollparlament" errichtet wurde, erhielt Bamberger für dieses das Mandat seiner Vaterstadt Mainz. Während der drei Jahre, welche diese gemeinschaftliche Vertretung des norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten bestand, veröffentlichte er „**Zollparlamentsbriefe**", die in dem vorliegenden Bande wieder abgedruckt sind. Die letzten, aus dem Mai 1870, sind überaus bezeichnend dafür, welche Art von Gegnerschaft noch wenige Monate vor der großen Entscheidung bekämpft werden mußte. In einem dieser „Zollparlamentsbriefe", vom 22. Mai heißt es:

*) Berlin, Rosenbaum u. Hart.

Sie kennen die Geschichte von dem sparsamen Reichen, zu dem der Freund sagte: Wie mögen Sie nur sich den geringsten Aufwand versagen, während Ihr Herr Sohn in Saus und Braus lebt? — Mein Sohn, erwiderte der Angeredete, hat einen reichen Vater, ich aber habe den nicht. — Das etwa ist in zwei Worten *das Verhältniß des deutschen Südens zum Norden*. — Viele Bayern und Schwaben wissen, sie haben jenseits des Mains eine große, gesittete fleißige Familie, die für ihre Dummheiten und Unarten zahlen kann, und sie lassen sich's wohlschmecken; sie ergeben sich nach Herzenslust den Scherzen ihres politischen Carnevals, des rothen wie des schwarzen. Wollen Sie den handgreiflichen Beleg zur Richtigkeit dieses Gleichnisses, so schenken Sie Ihre Aufmerksamkeit nur ein wenig den schlechten Späßen, mit denen eine Anzahl südlicher Abgeordneter ihr Wegbleiben aus dem Zoll-Parlament begründen. Oder achten Sie auf die Presse, welche seit geraumer Zeit als Sturm auf die Militärverfassungen zur Aufführung kommt. Baiern, heißt es da, und Würtemberg sollen an die Stelle einer regulären Armee irgend ein Schützencorps setzen, welches lieblich anzuschauen, daher käme über Berg und Thal mit dem Pfeil dem Bogen früh im Morgenstrahl. Dumm sind bekanntlich die geehrten Herren Antragsteller nicht. Sie wissen ja gut wie Sie und ich, daß solche lobsame Miliz einen Angriff von außen nicht von Sonnenaufgang bis zum ersten Frühschoppen widerstehen würde. Ihre Rechnung ist vielmehr diese: der norddeutsche Bund hält ja ein Heer, das stark genug ist, Deutschland zu schützen; weshalb sollten wir uns die Last auflegen, eine Armee zu bezahlen, Kriegsdienst zu thun; weshalb sollten wir uns den Ruhm versagen, dem Militarismus einen allzeit gern gesehenen Fußtritt zu versetzen? Kommt die Stunde der Gefahr, wird Moltke auch schon für Süddeutschland sorgen. Notabene: so rechnen noch die Anständigen von der Gesellschaft. Denn ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es daneben noch andere Rechner giebt, die in der Stille ihres Herzens denken: die deutsche Nationalität sei, genau besehen, eine Sache des Vorurtheils, und gewisse zeitliche und ewige Angelegenheiten würden etwa auch unter Schirmvogtei Frankreichs ganz wohl versorgt sein. Endlich spielt noch eine dritte Sorte mit, eine sehr verbreitete. Diese calculirt wie folgt: mit unseren Redensarten und Adressen, wohlverstanden, werden wir selbst beim angestammten, engeren Landesvater und seinen Räthen nichts ausrichten; aber es steht doch immerhin schön vor den Wählern, die Abschaffung des Militärs verlangt zu haben. Diese Taktik ist ja auch jenseits der bairischen und schwäbischen Grenzpfähle nicht unbeliebt . . . König Heinrich der Vierte von Frankreich schuldet einen guten Theil seiner Volksbeliebtheit dem ihm nachgerühmten Ausspruch: von Rechtswegen sollte jeder seiner Bauern des Sonntags ein Huhn im Topfe haben. Geliefert hat er die Hühner nicht, und die Bauern waren unter ihm wie nach ihm, auf schmale Kost gesetzt; aber daß er den Antrag auf das Huhn im Topf gestellt, das weiß ihm noch heute die späte Nachwelt Dank. Im Munde eines allmächtigen Königs hat übrigens der blaße Wunsch schon etwas Rührendes, wenn auch sonst nicht viel zu bedeuten. Was aber bedeutet im Munde des Volksvertreters eine Formel, von deren gegenwärtiger Unausführbarkeit und Erfolglosigkeit er von vornherein überzeugt sein muß? Sie ist Blendwerk, und ein recht verderbliches. Sie verwirrt nach unten, indem sie Unerreichbares für erreichbar ausgiebt, sie bringt nach oben die öffentliche Meinung als eine ernstlose Thörin in Mißcredit; sie vergeudet die Zeit und Geisteskraft der Nation auf Spielereien, welche nur bestimmt sind, das Zeug zu liefern, daraus politische Charlatane ihren roten Mantel schneiden, welcher die Augen der Menge auf sich zieht. Mitten zwischen großen kriegsgerüsteten Staaten, zwischen Oesterreich, Frankreich, Preußen, Rußland, Italien, seine Sicherheit auf den Dilettantismus des Milizwesens gründen wollen, das heißt eben nur, sich wegen der Vertheidigung seines Landes auf Andere verlassen oder gleichgiltig sein. Und darin besteht auch jenes ganze System. Es rechnet auf Norddeutschland zum Widerstande gegen die Franzosen, und es rechnet auf die Franzosen zum Widerstande gegen Norddeutschland; das alte Schaukelspiel der deutschen Fürsten und Kurfürsten, welche nach allen Seiten hin mit ihren Allianzen Handel trieben. Sie wenigstens nannten sich nicht Patrioten oder Volkspartei! . . . Man wundert sich oft darüber, daß in den vier süddeutschen Staaten Radicale und Ultramontane so einig zusammengehen, und legt ihnen die Coalition als Unaufrichtigkeit aus. Doch thut man ihnen damit Unrecht. Der bairische Schwarze und der schwäbische Rothe, der bairische Royalist und der schwäbische Republikaner, beide sind ein und derselbe Mensch, nur in verschiedener Maskerade; nämlich der deutsche Philister, desto seliger, je kleiner die Verhältnisse: ohne politisches Bedürfniß, innerlich abgeschlossen und widerwillig gegen Alles, was über seine vier Pfähle hinausgeht, glücklich und überglücklich im heimischen Gezänke, dessen höchste Lust ehedem landschaftliche und theologische Klopffechterei war, und dessen Führerschaft und Zuschnitt bis auf diesen Tag bäuerisch und pfäffisch geblieben sind. Nur der äußere Anstrich ist verschieden, innerlich sind es dieselben Personen; in der Dunkelheit würde man einen Stuttgarter Königsmörder nicht von einem Passauer Kapuziner unterscheiden können, und die schwäbischen Jakobinermützen sind nur baumwollene Nachtjacken, welche roth gefärbt worden. Vielleicht habe ich selbst einmal behauptet: die Verkoppelung der Demagogie mit dem Jesuitismus sei widernatürlich, — Irrthum, ungerechter Verdacht! Der mittelmäßigste Maler würde mit einem Pinselstriche aus einem solchen Demagogen einen Jesuiten machen und umgekehrt; der Jesuit treibt Demagogie und der Demagoge treibt Jesuitismus und zwar jeglicher mit gleichem Talente. Beide vereinigen sich in ihrer Antipathie gegen den Staat, das große Gemeinwesen, welches sich von ihrem persönlichen Getriebe weder befriedigen, noch beherrschen läßt, theilen sich wonniglich in den heimischen Spielplatz sogar mit ihren Ministern, wofern diese nur gesonnen sind, den Krakehl in den Grenzen der angestammten Mundart zu halten. Dies ist die nackte Wahrheit über den Stand der Dinge zwischen dem, was man jetzt in Deutschland nationale Partei nennt, und allem Uebrigen, was sich unter mannigfachen Vermummungen bald als politischer, bald als religiöser Fanatiker, bald als unterwürfiger Fürstendiener, und häufig als ein Gemisch von allen dreien umhertreibt. Der Grundzug ist das Philisterthum, die angewohnte Behaglichkeit mit der Führung seines Lebens und der Verwerthung seines Einflusses auf den möglichst vertrauten und bequemen Raum angewiesen zu bleiben.

Zwei Monate nachher kam der Krieg, und er hat die hier geschilderten politischen Dünste zerstreut. Aber es ist nützlich, sich zu erinnern, wie es vorher aussah. Indem L. Bamberger dazu durch die Wiederveröffentlichung seiner damaligen Schriften hilft, erneuert er das Gedächtniß einer glänzenden und verdienstvollen politischen Wirksamkeit.

*
* *

Die neueste Nummer der „*Nation*“ bringt aus Anlaß der Erinnerungsfeier an die Kaiserproclamation aus der Feder von Ludwig Bamberger einige Auszüge aus dessen noch nicht in die Oeffentlichkeit gelangten Aufzeichnungen seiner Erlebnisse jener Tage. Wir geben hier eine Stelle, statt vieler, aus der der Leser entnehmen mag, wie inhaltreich und anziehend diese Mittheilungen sind. Es handelt sich um ein Gespräch zwischen dem Kanzler und dem Verfasser am 7. August, dem Tage nach der Schlacht bei Wörth, in dem Salonwagen Bismarcks auf der Fahrt von Mainz nach Homburg in der Pfalz:

„Wir fuhren den ganzen Tag, und beinahe ebenso lange hatte ich den Genuß einer, man kann sich denken, wie interessanten Unterhaltung unter vier Augen mit dem Grafen Bismarck. Auch hier unterdrücke ich den größten Theil meiner Notizen. Für vieles, was ich von jetzt an erlebte, ist die Zeit der Veröffentlichung noch nicht gekommen; nur ganz weniges soll hier im Auszuge stehen. Auch damals sagte mir Bismarck, aber ohne des in neuester Zeit mitgetheilten Gesprächs mit Moltke und Roon wegen der Emser Depesche zu erwähnen, daß, nachdem ihm einmal die Gewißheit des Angriffs von Seiten Frankreichs festgestanden, er den König möglichst rasch zur Mobilisirung der Armee getrieben habe. Ich brachte dann das Gespräch auf das, was mir am meisten am Herzen lag: wie soll aus diesem Kriege als Frucht die deutsche Einheit gezeitigt werden? Der Kanzler ging nur sehr vorsichtig auf das Thema ein; ihn präoccupirte vor allen Dingen das gute Verhältniß zu den einzelnen Bundesfürsten; Preußen dürfte sich nicht den Anschein geben, als wolle es, nachdem die deutschen Regierungen, und speciell auch die bairische, sich jetzt zum Kriege entschlossen hätten, diesen Krieg zu benutzen, um sie zu berauben. Für den Fall des Sieges wolle er Elsaß und auch Metz (hierüber schwankte im Laufe des Feldzugs seine Meinung) als Reichsland zwar mit Baden verbinden, aber Baden dürfe doch nicht größer werden; je mehr kleine Staaten es gebe, desto besser sei es für die zu schaffende Einheit. Selbst Waldeck habe er nur widerstrebend in Preußen incorporirt; die richtige Politik sei, die einzelnen Dynastien zu schonen. Nach den ersten Niederlagen werde Frankreich wohl zur Republik werden, aber das das sei ihm ganz recht; ob rothe, blaue oder schimmelgraue sei ihm ganz einerlei. die Frage werde nur sein, mit wem einen Frieden schließen, wenn das Kaiserthum besiegt sei. So zutreffend scharf sah er schon damals die künftige Entwickelung der Dinge; für die Presse wünschte er ganz besonders, daß die bairischen Truppen gelobt würden.

Diese kluge Bedachtsamkeit auf Schonung, nicht auf Reizung zweifelhafter Elemente hatte ich im Lauf der Dinge noch öfter zu bemerken Gelegenheit; sie bildete das Gegenstück zu rücksichtsloser Energie, wenn es gerathen schien, gewaltsam zuzugreifen. So finde ich ein interessantes Gespräch vom 23 August, also schon nach den Erfolgen bei Metz in Pont à Mousson. Bismarck war beunruhigt über Oesterreichs Rüstungen, die sehr ernst zu werden schienen. Er schickte mir durch Herrn v. Keudell einen Bericht des Majors von Brandt aus Wien vom 19. mit allen Details. Dabei zeigte er mir einen Artikel aus einer deutschen Zeitung, worin über Beust und Andrassy Hohn ergossen ward, daß sie jetzt zurückwichen. Bismarck war darüber sehr unwillig und sagte: Wenn sie wirklich auf dem Wege sind, zurückzuweichen, so soll man sie nicht provociren, sondern sie durch gute Worte darin bestärken. Bald in dieser, bald in jener Richtung erhielt ich fast täglich meine Instructionen für die Be-

handlung der Dinge in der Presse. Meine Hauptverbindungen waren mit der „Kölnischen Zeitung" und mit der „Mainzeitung" in Darmstadt, die mein jüngerer Freund Friedrich Dernburg redigirte. Durch die geistreiche und schlagfertige Opposition, welche er von lange her darin dem Ministerium Dalwigk machte, hatte er das kleine Blatt zu einem über den engen Kreis des hessischen Großherzogthums hinaus wirkenden Organs erhoben. Die interessanteste Enthüllung, welche mir anvertraut wurde, fiel gleich in den Anfang unseres Auszugs, als das Hauptquartier noch in Homburg in der Pfalz lag. Es geschah am 8. August. Bismarck übergab mir zur Veröffentlichung Copien des eigenhändigen Schreibens und geheimen Vertragsentwurfs von Benedetti vom 5. August 1866, worin von Vichy aus für Frankreich ein Stück Rheinpreußen, Rheinbaiern und Rheinhessen verlangt wird. Bismarck erzählte mir dazu Einzelheiten wie z. B. Benedetti sich geäußert habe: sie non, c' est la guerre. Bismarck stellte ihm vor, das sei doch zu unsinnig, worauf Benedetti erwiderte: si non, c' est la perte de la dynastie.

Herr Stöcker in Nöthen.

Die „Conservative Correspondenz" veröffentlicht folgende Mittheilung:

In der am 16. Januar stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden (Elfer-)Ausschusses der deutschen conservativen Partei stand der folgende Antrag des Herrn Grafen v Schlieben-Sanditten erneut zur Berathung:

„Die starke Strömung in der conservativen Partei, welche mit der Haltung des Herrn Hofpredigers a. D. Stöcker in der letzten Zeit — namentlich in Bezug auf die christlich-soziale Partei — nicht einverstanden ist, läßt aus taktischen Gründen es als wünschenswerth erscheinen, daß Herr Stöcker sein Mandat als Mitglied des geschäftsführenden (Elfer-)Ausschusses der Parteileitung niederlege, womit weder für noch wider jene Strömung Stellung genommen, auch ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Stöcker nicht ausgedrückt werden soll."

Der Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. — Hierauf beantragte Herr Graf zu Limburg-Stirum:

„Der Ausschuß erachtet es für unerträglich mit den Interessen der conservativen Partei, daß ein Mitglied des Elfer-Ausschusses enge Beziehungen zu der Zeitung „Das Volk" fortsetzt, welche die conservative Partei bekämpft. Der Ausschuß nimmt Act von der Erklärung des Hofpredigers Stöcker, daß er diese Haltung des Blattes „Das Volk" durchaus mißbilligt und daß er eine den conservativen Interessen entsprechende Haltung desselben herbeizuführen beabsichtigt. Der Ausschuß erwartet von dem Hofprediger Stöcker, daß er, falls ihm dies bis zur nächsten Sitzung des Elfer-Ausschusses nicht gelingt, eine den Interessen der conservativen Partei entsprechende, unzweifelhafte Stellung einnehmen und dies öffentlich erklären wird."

Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses findet am 1. Februar, Vormittags 11 Uhr, statt.

Zu diesem Beschluß des Elfer-Ausschusses bemerkt das „Volk":

Die Action der letzten Wochen, von der in der Presse so viel gesprochen wurde, ist also zunächst auf eine Kundgebung gegen das „Volk" beschränkt worden. Wir erklären darauf, daß wir es mit unserer Ehre für unvereinbar halten, uns dem Ultimatum der conservativen Parteileitung zu unterwerfen. Uns erfüllt das beruhigende Bewußtsein, daß wir von dem Erscheinen der ersten Probenummer das „Volk" an, in ununterbrochenen harten Kämpfen, ohne auf Dank oder reichen Lohn zu rechnen, von der Ueberzeugung geleitet wurden, den wahrhaft conservativen und staatserhaltenden Grundsätzen auch dann zu dienen, wenn wir insbesondere in den großen sozialen Zeitfragen unsere abweichende Stellung von der maßgebenden conservativen Fractionspolitik geltend machten, vor einem Zusammengehen mit den Vertretern einer staatsgefährlichen Klassenpolitik warnten und es für unsere wichtigste Aufgabe hielten, die Trägen und Gleichgiltigen aufzurütteln und soziale Erkenntniß zu verbreiten. Wir wollen gerne zugeben, daß in dem schweren Kampfe, den wir oft nach verschiedenen Richtungen hin führen mußten, auch unsererseits manches zu schroffe, verletzende Wort gefallen ist, daß also zuweilen in der Form gefehlt wurde. Was aber die von uns vertheidigten Grundsätze betrifft, so glauben wir, auf dem richtigen Wege zu sein, und werden wir auch in der Zukunft diese Grundsätze hochhalten und nach Pflicht und Gewissen mit aller Energie vertheidigen.

Ein „Ultimatum" ist nicht dem „Volk", sondern Herrn Stöcker gestellt. Seine conservativen Parteigenossen haben ihm die Pistole auf die Brust gesetzt. Was wird er thun?!

Der Redacteur des „Volk", v. Gerlach, hat in einer am 20. d. Mts. abgehaltenen Versammlung gesagt: Er hätte gewünscht, daß Stöcker den Beschluß des Elfer-Ausschusses mit seinem Austritt beantwortet hätte. Herr Stöcker scheint aber nicht gesonnen zu sein, diesen Schritt zu thun.

In der „D. Evangel. Kirchenztg." veröffentlicht er einen Artikel, der sich mit seinem Verhältniß zum „Volk" befaßt. Es heißt darin:

„. . . ich muß anerkennen, daß in der Haltung des „Volk" seit längerer Zeit ein Moment vorhanden ist, das nicht meinem Verhältniß zur conservativen Partei, sondern auch der Stellung der älteren christlich-sozialen Gruppe zur conservativen Gesammtbewegung Schwierigkeiten bereitet . . . In christlicher, kirchlicher und kirchenpolitischer Hinsicht wird kein Conservativer gegen dieses Blatt irgend einen Einwand erheben. — Was das Politische betrifft, so halte auch ich die grundsätzliche Opposition gegen eine mittelparteiliche Politik, welche conservative Männer und Prinzipien verbraucht, für den einzig richtigen Standpunkt. Dagegen habe ich am „Volk" seit Jahr und Tag scharf gemißbilligt, daß dies Blatt öfter als Freund unserer Feinde und als Feind unserer Freunde erschien. Es kritisirte die Conservativen mit unnöthiger Schärfe und ließ es am Kampfe gegen Freisinn und Sozialdemokratie fehlen, so daß die Meinung aufkommen konnte, es sei ein Gegner der conservativen Partei. — Was das eigentlich Soziale betrifft, so wird in conservativen Kreisen die Meinung gehegt und die Behauptung ausgesprochen, das „Volk" stehe auf den Standpunkt der „Jungen" oder begünstige sie. Das ist meines Erachtens nicht richtig; das „Volk" hat das christlich-soziale Programm, auch das neue, beständig anerkannt und vertheidigt. Aber es hat die schweren Irrthümer der „Jungen" nur flüchtig gemißbilligt, nie grundsätzlich und andauernd bekämpft. Das letztere aber ist gegenwärtig nothwendig, um den alten christlich-sozialen Gedanken vor Mißverständniß und Mißdeutung zu bewahren. — Nach beiden Richtungen, der conservativen wie der jüngeren christlich-sozialen wird das „Volk seine Frontstellung berichtigen müssen, wenn es in der allgemeinen sozial-conservativen Bewegung Nutzen schaffen und segensreich wirken soll. Daß dies bald geschieht, liegt ebenso in unserem wie im conservativen Interesse."

Im Parlament hatte Herr Stöcker wohl die Absicht, sich über die Frage zu äußern. Provocirt war er durch folgende Bemerkungen seines Fractionsgenossen des Grafen Limburg-Stirum in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Januar:

„. . . Die conservative Partei hat alle Maßregeln auf sozialem Gebiet unterstützt. Aber, m. H., wenn nun Leute, die sich christlich-sozial nennen, Schritte ergreifen, um die Verhetzung ins Land zu treiben, ganz in demselben Sinn, wie die Sozialdemokraten, wenn anstatt durch vernünftige Maßregeln den Armen und Unterdrückten zu helfen, ihnen ihr Leben zu erleichtern, ihre Existenz besser zu machen, wenn man statt dessen sich bestrebt, eine Organisation herbeizuführen, welche geeignet ist, die Massen zu verhetzen und in Kampfstellung zu bringen gegen ihre natürlichen Führer — dann müssen wir das auf das bestimmteste zurückweisen (Bravo! rechts) und sagen: diese christlich-soziale Richtung kann mit der conservativen Partei nichts zu thun haben."

Aber Herr Stöcker, der auf der Rednerliste stand und eifrig Notizen machte, mußte unverrichteter Sache heimgehen. Die Conservativen (!) waren es, welche in der Sitzung vom 22. d. den Schluß der Debatte herbeiführten, ohne daß Herr Stöcker zum Wort gekommen wäre. Es fiel schon auf, wie sie ihn „schnitten." Abgeordnete, welche mit Stöcker gern und viel zu verkehren pflegten, ließen ihn unbeachtet. — Um so mehr darf man darauf gespannt sein, ob Herr Stöcker sich dem Ultimatum des Elfer-Ausschusses unterwerfen wird. Bis zum 1. Februar hat er ja Bedenkzeit.

Die Juden auf dem Schlachtfelde*).

II.

Verwundete und Todte.

(Nachträge und Verbesserungen.)

Bilstein, Eduard, aus Soest, 16. Inf.-Reg., verwundet durch einen Schuß ins Knie 1870 bei Mars la Tour, meldete sich noch vor vollständiger Heilung wieder gesund zum Dienst. wurde aber als noch nicht felddiensttüchtig einige Wochen zurückbehalten.

Cohn, Samuel, Musketier im 18. Inf.-Reg., verwundet vor Düppel 64, aus Schwerin, jetzt in Berlin.

*) Wir bitten unsere Leser, Mittheilungen, die dazu dienen könnten, das Material zu dieser Liste zu ergänzen, freundlichst an die Redaction dieses Blattes gelangen zu lassen.

Glaß, Moritz, Schuß ins linke Bein 66, hat die Kriege 1864, 66, 70 mitgemacht, beim Inf.-R. No. 23, aus Orzech bei Tarnowitz, jetzt in Ratibor.

Leopsahn, Eugen, gefallen bei Vionaille 70/71, Unteroffizier im 3. Brand. Artill.-Reg., aus Grünberg i. Schl.

Lindenstein, Moritz, Schuß in den linken Oberarm 1870/71 bei Le Mans, Unteroff. beim 6. Thür. Inf.-Reg. No. 95. Verdienstmed. mit Schwertern, jetzt in Gleicherwiesen.

Meyer, Gustav, gefallen bei Spichern, 12. Inf.-Reg., aus Grünberg i. Schl.

Nordwald, Julius, geb. zu Rumbeck bei Arnsberg, verwundet vor Paris, gest. im Lazareth.

Placzek, gefallen bei Skalitz, Inf., aus Saabor, Kreis Grünberg i. Schl.

Rothschild, Seligmann, aus Waltersbrück in Hessen, bei Sedan durch einen Säbelhieb am Kopf und durch einen Schuß ins Bein schwer verwundet, hess. Inf.-Reg. † 1885.

Ruhstadt, Leoy, Alme bei Birlan, starb nach der Amputation, begraben in Saberne (Zabern)

Seidemann, Tobias, aus Schroda, 1870 Landwehr Inf.-Bataillon No. 19, gefallen vor Metz.

Simon, Salomon, geb. Landsberg a. W., Gefreiter des 48. Brand. Inf.-Reg., 1864 und 66 gedient, 1866 bei Königgrätz verwundet.

Stern, Julius, aus Hovestadt, Garde-Reg., 1870 gefallen bei Wörth.

Strauß, Heinrich, in Soest, 80 Inf.-Reg. verwundet bei Wörth.

Tedel, Leopold, 1866 verwundet als Krankenträger, aus Schmiegel.

Toczek, Arnold, statt A. Taczew.

Wald, Albert, Einj. Freiw. beim 1. Pom. Gren.-R. No. 2, gefallen 1871 bei Pantarlier.

Wolffs, Simon (nicht Walf, David), Inf.-Reg. 78, verwundet bei Mars la Tour, gest. im Lazareth, aus Aurich. Sein Name steht auf dem Kriegerdenkmal zu Aurich.

Glossen zum Prozeß Deckert.

Am 14. Januar d. J. ist, wie mitgetheilt, Pfarrer Deckert in Wien, wegen seiner berüchtigten, gegen die Juden gerichteten „Conferenzreden" unter Anklage gestellt, freigesprochen worden. Ein paar Momente dieses Prozesses verdienen hervorgehoben zu werden.

Der Präsident sagte zu dem Angeklagten: „Sie sind bereits zu 400 fl. Geldstrafe verurtheilt worden." Deckert: „Ja, als Opfer der Judenrache". — Daß der Präsident diese Antwort ungerügt hinnahm, ist befremdlich. Wenn Deckert verurtheilt worden ist, so geschah das von gut arischen Christen und im Namen des Kaisers. Er wurde am 15. Sept. 1893 wegen Ehrenbeleidigung durch die Presse — gleichzeitig mit Paulus Meyer — zu 400 fl. Geldstrafe oder 2 Monaten verurtheilt und zeigte sich in diesen Prozeß als ein Charakter, von dem der christliche Advokat Dr. Grieß de Ronse sagen konnte: „Ihm fehlen die schönsten Tugenden des Priesterstandes, die Wahrheitsliebe und die Nächstenliebe." Und was nennt Dr. Deckert „Judenhetze?" Er beschuldigt vier arme russische Juden des Ritualmordes und als diese Angegriffenen sich wehren und ihn vor Gericht citiren, um nicht als Mörder dazustehen, da nennt Pfarrer Deckert, der Arier, der Christ, der Priester diesen Act der Nothwehr Judenrache?" Wir haben kein Wort, das scharf genug wäre, dieses Gebahren zu kennzeichnen.

Das „Wiener Tageblatt" constatirt, daß der Obmann der Jury im Prozeß Deckert Obmann des antiliberalen Bezirkswahlcomité der Innern Stadt Wiens war und daß ein als Geschworener fungirender Advocat sich mit Wahlreclamationen für die antisemitische Partei befaßt. Wir zweifeln mit dem Wiener Blatte nicht daran, daß diese Herrn gewissenhaft gehandelt haben. Aber wir fragen: Wäre ein Jude Geschworener gewesen, hätte es da nicht ein großes Geschrei gegeben?

Pfarrer Deckert sagte zu Beginn seiner Rede: Er erkenne dem Gerichte nicht das Recht zu, über ihn zu urtheilen. Ueber Priester, welche gefehlt haben, könne nur die Kirche urtheilen. Er vertheidige sich nur, um das Recht der freien Meinungsäußerung zu wahren. Mit diesen Worten wird gesagt, die Priester bilden einen Staat im Staate, was man ja stets den Juden vorgeworfen hat. Wir sind neugierig, wie der Staat sich dazu verhalten wird, wenn alle Priester seine eigenen Gesetze nicht anerkennen.

Zur Abwehr.

Die „Salia" in Würzburg. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die freischlagende Verbindung „Salia" in Würzburg, deren Weihnachtsfest dadurch so unliebsames Aufsehen gemacht hat, daß lauter „Schweinsblasen" an den Weihnachtsbaum angehängt sein sollen, ist entschieden zu hart beurtheilt worden. Diese Verbindung verfolgt keinerlei Tendenz. Sie besteht augenblicklich thatsächlich aus zehn Israeliten. Früher sind aber auch Christen (z. B. 1892) Mitglieder gewesen. Als jüdische Verbindung ist sie nicht gemeldet, sodaß z. B. an sich die Mitglieder ebenso gut Antisemiten sein können, ohne in einen Widerspruch mit den Statuten zu gerathen. Der erste Chargirte der „Salia" Herr stud. med. Bernhard Moosberg, Würzburg, Reisgrubenstraße 2 I. erklärte ausdrücklich:

1) Die „Salia" ist keine jüdische Verbindung, wie sich aus § 1 seiner Statuten ergiebt. Dieser lautet wörtlich: „Zweck der am 1. 11. 1884 gegründeten Verbindung ist Pflege dauernder Freundschaft und studentischer Geselligkeit im Innern, Wahrung der studentischen Ehre nach außen."

2) Die „Salia" steht mit jüdischen Verbindungen in Berlin („Sprevia"), Heidelberg und Breslau nicht im Cartell. Auch besitzt die „Salia" viele Christen als alte Herren und auch manchen antisemitischen Cartellbruder.

3) Das Kneiplokal der „Salia" ist das christliche Restaurant „Sentonia"; daselbst fand auch, wie in früheren Jahren, die diesjährige Weihnachtsfeier statt.

4) Der aufgebauschte Vorfall ist folgender: Ein Fuchs der „Salia" wollte zur Schmückung des Baumes bei einem Ochsenmetzger — der fragliche Metzger schlachtet überhaupt keine Schweine — Würstchen kaufen, fand jedoch keine und nahm aus Ulk eine Blase mit, welche der Metzger ausdrucklich als von einem Ochsen herrührend erklärte. Diese Blase hat der Fuchs an den Baum gehängt.

Die „Bayrische Landeszeitung", die die ganze Angelegenheit zuerst veröffentlicht hat, brachte in No. 3 vom 4. Januar 1896 folgende Notiz:

„Die Studentenverbindung „Salia" sandte gestern in unser Büreau eine Abordnung ihrer Chargirten, welche auf Ehrenwort erklärten, daß der auf ihrer Kneipe aufgestellte Weihnachtsbaum nicht anders als bei anderen Vereinen mit Leckerbissen, Würsten und anderen Kleinigkeiten decorirt worden sei. Allerdings habe sich ein Fuchs (jüngeres Mitglied) erlaubt, eine Blase am Gipfel aufzuhängen, mit einer Kerze zu beleuchten und als eine elektrische Bogenlampe zu demonstriren. Aber auch diesem wie jedem anderen Mitglied der „Salia" sei die schlimme Absicht vollständig fern gelegen, das Weihnachtsfest oder das Christenthum oder auch nur die Sitte des Weihnachtsbaumes zu verhöhnen. Die Verbindung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die öffentliche Meinung durch das Vorkommniß so stark erregt worden sei,

und giebt die Versicherung, daß es ihr fern liege, durch unstatthafte abfällige Beurtheilung oder gar Verspottung christlicher Gebräuche und Einrichtungen Aergerniß zu erregen. Die vorstehende Erklärung wird auch von einem einwandfreien, alten Herrn, welcher als Augen- und Ohrenzeuge der Kneipe der „Salia" beiwohnte, im ganzen bestätigt."

Jüdische Handwerker. Der Düsseldorfer „Verein zur Verbreitung und Förderung der Handwerke unter den Juden" erstattet soeben Bericht über das fünfzehnte Jahr seines Bestehens, das für die zielbewußte, eifrige Thätigkeit der Verwaltung ehrendes Zeugniß ablegt. Die Wohlthaten des Vereines genossen während des Berichtsjahres 103 Zöglinge, von denen 24 im Düsseldorfer, 18 im Kölner Lehrlingsheim, die übrigen bei Handwerksmeistern untergebracht waren. Ihre Lehrzeit beendeten 12, neu aufgenommen wurden 23 Lehrlinge.

Aus dem antisemitischen Lager.

Den Fall Hammerstein brachte Abg. v. Kröcher, der frühere Verleger der „Kreuzztg." in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Januar zur Sprache. Er gab eine eingehende Darstellung der Angelegenheit in ihren verschiedenen Stadien, um nachzuweisen, daß wohl das Kreuzzeitungscomité die Schuld an der Verschleppung trage, daß aber die Parteileitung wie die Partei „nicht der Schatten eines Vorwurfes" treffe. Er persönlich müsse als Mitglied des Comités die formelle Verantwortlichkeit für dessen Beschlüsse übernehmen, habe sich aber thatsächlich durchaus correct verhalten. Die Bemerkung des Redners, es sei viel verwerflicher, wenn solche Schandthaten von dem Mitgliede einer Partei begangen werden, welche auf ihr Panier die Worte Christenthum und Monarchie schreibt, als wenn es ein Mitglied einer anderen Partei thut — wurde verdientermaßen mit Heiterkeit und Widerspruch aufgenommen. Die meisten von Herrn v. Kröcher vorgebrachten Einzelheiten sind bekannt. Neu ist nur Folgendes: Am 18. Juni trat der Elfer Ausschuß zusammen und beschloß, vom Comité der „Kreuzzeitung" die Entfernung Hammersteins aus der Fraction zu verlangen, widrigenfalls der Ausschuß die nothwendigen Schritte thun werde, um eine Scheidung der Partei von der „Kreuzzeitung" herbeizuführen. Darauf trat die Fraction des Abgeordnetenhauses zusammen und beschloß, Hammerstein zum Austritt aufzufordern, welcher Aufforderung Hammerstein aber durch seinen freiwilligen Austritt zuvorkam. Am 6. Juli hielt der Elfer-Ausschuß eine zweite Sitzung, in der beschlossen wurde, das Comité der „Kreuzzeitung" darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn nicht alsbald eine Veröffentlichung erscheine, in der Hammerstein jeder Einfluß auf die „Kreuzzeitung" abgesprochen wird, die „Conservative Correspondenz" mit einer entsprechenden Kundgebung hervortreten werde.

Neu ist auch, daß Frhr. v. Manteuffel, der zu den Sitzungen des Comités zugezogen wurde, schon im Januar (!) 1895 davon unterrichtet war, daß Hammerstein „kein Gentleman" sei. Das hat den „Chef" der Partei nicht abgehalten, Hammerstein noch Monate später als Wortführer der Partei im Parlament auftreten zu lassen!! — Im Uebrigen werden ja die bevorstehenden Prozeßverhandlungen weitere Aufklärung bringen.

Antisemitismus am 18. Januar. Am 18. Januar fand im Saale des Gewerbesaales zu Dresden eine Feier statt, zu der der Oberlehrer Dr. Weidenbach die Festrede hielt. Der Herr konnte es sich nicht versagen, seinem antisemitischen Herzen Luft zu machen. Er sagte, wie der „Dresd. Anz." vom 19. Januar berichtet:

Tief aber kränkt es uns, daß der inneren Feinde so viele erstanden sind. Nicht von denen will ich reden, die fremden Stammes in unserer Mitte leben, um ihres persönlichen, materiellen Vortheiles willen . . es ist begreiflich, daß sie mit wenigen rühmlichen Ausnahmen für unseres Vaterlandes Größe und seine Ehre kein Herz haben; aber wider die Natur und schier unbegreiflich ist es, daß deutsche Männer, die zum Theil auf Frankreichs Schlachtfeldern mitgefochten, daß solcher Männer Söhne, an deren Wiege deutsche Mutterliebe gewacht und deutsches Lied geklungen hat, in thörichter Verblendung vaterlandslos geworden sind und, gleißnerischen Irrlehren folgend, mit den Früchten tausendjähriger deutscher Culturarbeit zugleich des eigenen Vaterlandes Bestand zu vernichten trachten . ."

Angesichts der Thatsache, daß Tausende jüdischer Jünglinge für Reich und Thron geblutet haben, Hunderte gefallen und ausgezeichnet worden sind, gehört ein trauriger Muth dazu, an diesem Ehrentage unserer Nation einen kleinen Theil derselben anzugreifen.

Ein Duell aus antisemitischen Motiven fand am 20. Januar im Potulitzer Walde bei Nakel zwischen dem Rittergutsbesitzer Ritter aus Gerau und dem Gerichtsassessor Wollstein aus Nakel statt; letzterer wurde schwer verletzt und in die Berliner Klinik des Prof. v. Bergmann gebracht. Ueber die Veranlassung des Zweikampfes werden folgende Einzelheiten bekannt. Anläßlich der Reichsjubiläumsfeier fand im Hotel du Nord zu Nakel ein Festessen statt, an welchem auch die beiden Duellanten theilnahmen. Im Laufe des Gesprächs ließ sich nun Herr Ritter zu der Aeußerung hinreißen, daß sein vom Amtsgericht Nakel wegen einer Uebertretung zu drei Tagen verurtheilter Knecht diese Strafe nicht erhalten hätte, wenn den Vorsitz in jener Gerichtsverhandlung nicht ein Jude, nämlich Herr Wollstein, geführt hätte. Als bald darauf sich beide Herren zufälligerweise in einem Nebenzimmer trafen, versetzte Wollstein seinem Gegner eine Ohrfeige, welche von letzterem erwidert wurde, worauf der Assessor vom Rittergutsbesitzer eine Forderung auf Pistolen erhielt. — Die „Staatsbürgerztg." bemerkt dazu: „Das sind die üblen Folgen davon, daß mit besonderer Vorliebe aufs Land jüdische Einzelrichter beordert werden. Im übrigen ist das Auftreten des Herrn Assessors ein für einen Richter höchst befremdliches. Die Zustände werden immer unerträglicher."

Also daß Jemand sich erdreistet, einen jüdischen Richter öffentlich der Parteilichkeit zu beschuldigen, wird als ein Argument gegen die Anstellung jüdischer Einzelrichter ins Treffen geführt! Und dem jüdischen Assessor wird zugemuthet, daß er die Beschimpfung ruhig einsteckt! Hätte er das Duell abgelehnt, so würde das Antisemitenblatt von jüdischer Feigheit gesprochen haben. — Die Erbärmlichkeit, welche in dem Commentar der „Staatsbürgerztg." zum Ausdruck kommt, ist echt antisemitisch.

Die „Deutsche Tageszeitung" und ihre — jüdischen Schutzpatrone. Sonst läßt die „Deutsche Tageszeitung" keine jüdischen Größen gelten. Wenn ihre Musikreferenten Rubinstein oder Mendelssohn loben, wird ihnen der Stuhl vor die Thür gesetzt. Karl Marx, der Heilige der deutschen Sozialdemokratie, ist ihr ein Greuel, weil er Jude und Sozialdemokrat ist. Und doch! Am 15. Januar bricht der Nationalöconom des „Bundes der Landwirthe" Dr. Gustav Ruhland eine Lanze gleich für zwei Juden, für Karl Marx und David Ricardo. Es geschehen noch Wunder. Der Herr Doctor Ruhland hat nämlich entdeckt, daß diese beide berühmten jüdischen Nationalöconomen Agrarier sind. Und nun hüpft sein Agrarierherz vor Vergnügen. Jetzt sind die beiden Juden Hauptkerle im Reiche des Herrn v. Plötz und bekommen volle Schalen des Lobes über ihre Häupter gegossen:

David Ricardo, der Denkgewaltige unter den englischen Nationalöconomen, zeigt in seinen Werken auch hinsichtlich der Getreidepreise eine geradezu erfrischende Klarheit und Richtigkeit des Urtheils. . . . Wäre Karl Marx kein Revolutionär und stände er auf dem Boden der heutigen Rechts- und Wirthschaftsordnung mit der Absicht, sie zu erhalten und zu bessern, statt zu zerstören, er wäre als zweiter Disraeli Führer der Agrarier. Und in diesem Sinne schließe

ich hier mit der Behauptung: die beiden weitaus bedeutendsten Nationaloeconomen, welche je die Erde getragen hat, David Ricardo und Karl Marx, waren Agrarier.

Die Juden können sich jetzt wieder was einbilden. Sie haben nach antisemitisch-agrarischer Meinung die beiden bedeutendsten Nationalöconomen der Erde hervorgebracht.

Die „Deutsche Tagesztg." wird in ihren judenhetzerischen Allüren immer komischer. So bringt es das Organ des Bundes der Landwirthe fe tig, die vorzeitige indiscrete Veröffentlichung des Kaiserlichen Amnestieerlasses durch den „Vorwärts" den — Juden zur Last zu legen.

Das „Deutsche Volksrecht" schließt seinen Reichsjubiläumsartikel mit folgenden Sätzen:

„. . . Steigt Dir nicht die Schamröthe ins Gesicht, deutsches Volk, schämst Du Dich nicht vor Dir selbst?

Diejenigen, welche für ihr Vaterland bluteten, oder ihr Theuerstes dahingaben, läßt Du hungern und betteln. Die ihr Vaterland verriethen, Dich selbst betrogen, sind Millionäre geworden. Das vergossene Blut hat diesen Hyänen gut bekommen. Wo sind die 5 Milliarden? — Suche sie bei den gottverdammten fremden Gaunern! — Suche sie dort bei Denjenigen, die Dir das Mark aus den Knochen saugen. Du findest dort noch viel mehr — — —

Merkst Du nichts, deutsches Volk? —

Der „deutsche Gastwirth" Bodeck scheint der Ansicht zu sein, sein Blättchen könne vielleicht durch eine ganz besonders rohe Sprache über Wasser gehalten werden. Aber auch dieses Zugmittel wird den Auflösungsprozeß nicht aufhalten.

Die antisemitische „Norddeutsche Reform" in Papenburg (Ostfriesland) ist nach nur einjährigem Bestehen **eingegangen.**

Die schlesischen Antisemiten befinden sich in arger Geldklemme, und das hat die Candidatur H. Puchstein bei der Reichstagswahl in Oels-Wartenberg auf dem Gewissen. Der Vorstand des deutsch sozialen Verbandes sieht sich, wie die „Bresl. Ztg." schreibt, gezwungen, an die Hilfsbereitschaft der „sehr geehrten Herren Gesinnungsgenossen" zu appelliren, um den Fehlbetrag von 700 Mark, der „trotz größter Opferwilligkeit der deutsch-socialen Vereine Schlesiens sowohl wie der Mitglieder des Provinzialverbandes" noch zu decken ist, aufzubringen. Es wird gar beweglich an das gute Herz und an die Tasche der antisemitischen Genossen geklopft: es gelte, Schulden zu begleichen, die gewissermaßen als Ehrenschulden zu betrachten seien. Sei es gelungen, der drückenden Schuldenlast ledig zu werden, so könne man mit frischem Muth dem Kommenden entgegensehen, und man werde dann mit aller Kraft an der Verwirklichung der „hohen Ziele" der Partei im Schlesierlande arbeiten. So zu lesen in einem Rundschreiben, das den „sehr geehrten Herren Gesinnungsgenossen" zugesandt worden. Interessant ist darin auch die Bemerkung, daß jede für Herrn Puchstein, der sich durch sein „gewinnendes Auftreten" „die Herzen der Wähler erobert", abgegebene Stimme circa 50 Pfennig gekostet habe; wenn noch hinzugefügt wird, daß von freisinniger Seite „sicherem Vernehmen nach" circa 15 Mark für die Stimme aufgewendet worden, so braucht kaum bemerkt zu werden, daß diese Angabe eine vollständig aus den Fingern gesogene grobe Unwahrheit ist.

Antisemitische Exzesse. Gelsenkirchen. Am Abend des 3. September v. J. hatte eine von antisemitischen Agitatoren aufgestachelte Menge das Haus das israelitischen Handelsmannes Block, dessen Tochter am nächsten Tage Hochzeit halten sollte, arg verwüstet und einen beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Menge bombardierte das Haus mit allen möglichen Gegenständen und machte schließlich auch Front gegen die einschreitenden Polizeibeamten, die den Excedenten gegenüber machtlos waren. Nunmehr hat das Essener Landgericht gegen 7 der Unruhestifter verhandelt und drei wegen Landfriedensbruch zu je drei Monaten Gefängniß, dem niedrigsten Strafmaaß, verurtheilt.

In Grabow waren aus dem jüdischen Kirchhof eine Anzahl von Grabsteinen herausgerissen und zerstört worden. Als Thäter wurde der Arbeiter Stanislaus Szczegulski aus Ostrowo ermittelt, der vom dortigen Schöffengericht zu einem Jahr Gefängniß und drei Jahren Ehrenverlust hierfür verurtheilt wurde.

Früchte antisemitischer Agitation. Am Sonntag den 5. Januar fand in Stolberg ein jüdisches Begräbniß statt, zu dem sich eine große Menge Zuschauer eingefunden hatte. Leider aber benahm sich ein Theil derselben in einer Weise, die abermals offenbarte, welche Verrohung der Antisemitismus zeitigt. Der Trauerzug wurde vielfach verhöhnt; als derselbe auf dem israelitischen Friedhofe anlangte, erreichte der Lärm seinen Höhepunkt. Ja, als der gebeugte Gatte am Grabe zusammenbrach, sollen Steine und Erde nach ihm geworfen worden sein. Man dürfte geneigt sein, vorstehenden Bericht nicht zu glauben, aber die katholische „Volkszeitung" bestätigt denselben. Sie bezeichnet das Verhalten des Pöbels auf dem Friedhofe als geradezu „kannibalisch" und fügt hinzu, daß die verstorbene Frau sowie die ganze Familie allgemein geachtet und beliebt gewesen. Die Entrüstung unter der Einwohnerschaft Stolbergs ist denn auch allgemein.

Posen, 13. Jan. Trotz der gewaltigen Niederlage, welche die Antisemiten bei der vorjährigen Reichstags-Ersatzwahl in Meseritz-Bomst erlitten, geben sie ihre Wühlarbeit in diesem Wahlkreise, dem einzigen in der Provinz Posen, in dem sie festeren Fuß gefaßt, nicht auf. Mit wie wenig Erfolg aber die Hetzpartei auch jetzt an der Arbeit ist, erhellt aus folgendem der „Posener Ztg." vom 14. Jan. aus Meseritz zugehenden Bericht:

Die antisemitische Reformpartei ist im hiesigen Wahlkreise gegenwärtig an der Arbeit, um unter der Landbevölkerung Anhänger für den „Bauernbund" zu werben, zu welchem Zwecke auf allen Dörfern der Umgegend Versammlungen abgehalten werden. In dem Agitationspersonal der antisemitischen Partei ist seit Kurzem ein Wechsel eingetreten, indem der im Vorjahre viel gefeierte „Generalsecretär" Werner-Marburg durch einen Herrn Behnke ersetzt worden ist. Ueber den ehemaligen Generalsecretär sind hier Gerüchte im Umlauf, denen zufolge seine Thaten durchaus nicht seinen Worten entsprochen haben; namentlich soll die von ihm beliebte Art der Verwaltung der Parteigelder durchaus nicht den Beifall seiner Genossen gefunden haben. Der neue antisemitische Stern, Herr Behnke, der für längere Zeit seinen Wohnsitz in Meseritz genommen hat und pro Tag 5 Mark Spesen für seine „ehrliche Arbeit" aus der Parteikasse bezieht, ist der Einberufer der jetzt auf den Dörfern stattfindenden Versammlungen, die meistentheils gar nicht besucht werden.

Spandau, 15. Jan. Der als conservativ-antisemitischer Agitator bekannte Mechaniker Bluhm, der lange Jahre im kgl. Feuerwerkslaboratorium beschäftigt war, und dessen Verschwinden jüngst im „Reichsanzeiger" mitgetheilt wurde, hatte sich am 15. Jan., da man inzwischen seiner habhaft geworden ist, vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte gegen 600 Mk. veruntreut, die er, als Vertrauensmann seiner Arbeitscollegen, für Kohlenlieferungen an sie vereinnahmt, aber für sich verbraucht hatte. Seine mißliche wirthschaftliche Lage erklärte er damit, daß er anführte, die Agitation für den conservativen Reichs- und Landtagsabgeordneten Pastor Schall zu Kladow bei Spandau habe ihm sehr viel Geld gekostet. Bluhm wurde zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Angabe über die Ursache seiner Geldverlegenheit beruht auf Wahrheit. Bluhm war ein sehr eifriger Agitator für conservative und antisemitische Zwecke. Während der Wahl reiste er, obwohl er Arbeiter einer kgl. Fabrik war, im Wahlkreise umher und trat in Versammlungen als Redner für Pastor Schall auf. Er spielte viele Jahre eine große Rolle unter den Conservativen des hiesigen Wahlkreises und war auch eine Zeit lang Stadtverordneter. Er hat nicht

nur sein Geld dabei geopfert, sondern auch seine Arbeit vernachlässigt. Diejenigen, für die er so lebhaft eingetreten war, haben ihm in der Noth nicht geholfen.

Unter sich. Der antisemitische „Bad. Volksbote" brachte jüngst einen fulminanten Artikel gegen eine Mannheimer antisemitische Druckerei, weil diese neben dem Organ der Anhänger Zimmermanns auch ein Blatt der sozialdemokratischen Richtung Dr. Rüdt's herstellt. Das Heidelberger Blatt erklärt, „die deutschsoziale Reformpartei habe mit dem Mannheimer Antisemitenorgan auch nicht das Geringste zu thun, sogar die „maßgebenden" Parteigenossen in Mannheim" wollten von demselben nichts wissen. Es scheint hiernach, daß unter den ziemlich dünn gesäten Antisemiten Mannheims zwei Strömungen vorhanden sind, von denen die eine mehr zu Liebermann von Sonnenberg, die andere mehr zu dem Reichstagsabgeordneten Zimmermann hält. Der „Bad. Volksbote" versteigt sich in seiner Philippika zu Ausdrücken, wie „Verrath an unserer Sache" und „Pfui". Er schließt mit einer Warnung an seine Gesinnungsgenossen, ein Unternehmen zu unterstützen, dessen Leiter skrupellos genug seien, auch ein sozial-revolutionäres Blatt herzustellen. In Geschäftssachen hört auch bei den Antisemiten die Gemüthlichkeit auf. W.

Antisemitische Löhne. Der „Hamburger Zeitungshändler-Verein von 1872" hielt am 13. Januar eine Generalversammlung ab, in der man über den geringen „Bringerlohn" klagte. Dieser sei, so berichtet das „Hamb. Fremdenblatt" vom 14. Januar, bei antisemitischen Zeitungen z. B. dem „Deutschen Blatt" „derartig niedrig bemessen, daß man dieselben mit Fug und Recht als „Hungerlöhne" bezeichnen könne. (Allseitige Zustimmung.)

Ahlwardt wird angeblich nicht wieder nach der Heimath zurückkehren. „Als er — so schreibt der „Generalanz. für Elberfeld-Barmen" — sich nach Amerika begab, ging er noch dahin mit der festen Absicht, dort für sich und für einen noch nicht mit Namen zu nennenden Freund eine Stellung zu suchen. Das hinderte ihn natürlich nicht, sein Reichstagsmandat beizubehalten und um Urlaub nachzusuchen. Wie wir bestimmt mittheilen können, wird Ahlwardt in Amerika eine Stellung als Redacteur antreten und sich ins Fäustchen lachen, während seine Gläubiger lange Gesichter machen werden."

„A. A. A." Unter dieser Spitzmarke so schreibt die „New-Yorker Staats-Ztg." vom 31. Dez. soll hinfort Rector Ahlwardt's „Amerikanische Antisemiten-Association" bekannt sein. Man muß — pardon, vorläufig nicht den Juden, sondern den glimmenden „Arier-Haß gegen das Judenthum beim Schopfe nehmen", meinte der Agitator, und deshalb wurde am 30. Dez. in Goldfuß' Halle, Ecke Central Ave. und Trautmann Str., der erste Antisemiten-Club gegründet. Das Licht, welches in Ridgewood und Pickleville aufgegangen, soll in alle Lande getragen werden. Der constituirenden Versammlung wohnten wieder etwa 150 Menschen bei, und nur wenige Opponenten des „Hepp-Hepp"-Agitators machten sich durch Zwischenräume bemerkbar. Nicht-Arier hatten sich nur wenige eingefunden. Der vom Pariser Groß vorgestellte Rector trat mit Emphase der Kabelnachricht entgegen, daß seine Tochter in Berlin sich mit einem getauften Juden verlobt, ohne jedoch eine weitere Erklärung über den Gegenstand zu geben. Nachdem er so seinem gekränkten Vaterherzen Luft gemacht, steuerte er wieder auf sein beliebtes Thema los. Gestern „kaufte" er sich die jüdischen Gelehrten, Künstler und Musiker und kam natürlich zu dem Befund, daß die von ihnen erschlossenen geistigen Schätze, ebenso wie bei ihren Genossen vom Handelsstande, alles „gestohlene Waare" seien. Spinoza stahl Giordana Bruno's Gedanken, Meyerbeer annectirte seine Musik von berühmten Vorbildern, und Heine, nun, der kam am schlimmsten weg.

Vermischtes.

Die Juden und die Feuerbestattung. Der „Bad. Volksbote" schreibt:

„Wer ist das treibende Element in der Feuerbestattungsfrage? Im Heidelberger Crematorium wurden im abgelaufenen Jahre 91 Personen verbrannt, 64 Männer und 27 Frauen. Der Confession nach waren es 53 Protestanten, 10 Katholiken, 5 Altkatholiken, 8 Juden und 9 Freireligiöse. Die Juden machen etwa 1/80 der Gesammtbevölkerung aus, sie sind also an der Feuerbestattung 8 mal stärker betheiligt, als die übrige Bevölkerung. Das giebt zu denken!"

Wenn d. s antisemitische Blättchen uns doch verrathen wollte, was es sich dabei denkt!

Schutzjude und Gymnasiallehrer. Schmidt's Anhaltisches Schriftsteller-Lexikon enthält die interessante Biographie eines jüdischen Schriftstellers, die wir nachstehend wiedergeben:

„Rubens, Levy, seit 1819 öffentlicher Lehrer der englischen Sprache bei der herzoglichen Hauptschule (Gymnasium) in Dessau, geboren 1776 zu Frankfurt a. d. O. In seinem vierzehnten Jahre ging er nach Berlin, wo er Alumnus der Ephraimschen milden Familienstiftung wurde und das Joachimsthalsche Gymnasium besuchte. Im Jahre 1796 trat er als Privatlehrer in das Haus des Gemeindeältesten Wolf Hirsch in Dessau, wurde daselbst 1800 Erzieher des spätern königl. preußischen Geheimen Legationsrathes Ritter Philippsborn in Berlin. Vom Jahre 1804 privatisirte er in Dessau und ertheilte Unterricht in der französischen, englischen und deutschen Sprache. Folgende Werke sind von ihm erschienen: The Errand of Mercy a Poem dedicated to Her Royal Highnes the Reigning Dutchess of Anhalt-Dessau. by Levy Rubens. Dessau 1818. (Mit deutscher Uebersetzung.) Anatekten aus der Geschichte Englands, ein Lesebuch für Englischlernende; mit historischen und litterarischen Erklärungen. Leipzig 1822. Britische Blumenlese aus ältern und neuern Dichtern mit biographischen und litterarischen Notizen, und einer Erklärung schwieriger Wörter und Stellen. 2 Bände. 8°. Dessau 1823. Leitfaden für den ersten Unterricht in der Aussprache und Grammatik des Englischen, oder neue practische Anweisung, das Englische richtig aussprechen und verstehen zu lernen, nach Walker, Nares, Stephan, Jones, Lindley, Murray u. A. mit einem Lesebuch und Wortregister nebst einer zweckmäßigen Tabelle der unregelmäßigen Zeitwörter. Dessau 1820. Gr. 8°. Zweite verm. und verb. Aufl. Ebd. 1826. 8°.

Rubens wurde 1850 pensionirt und starb in Dessau am 14. März 1855. Ein Schüler des Rubens, Archivar Prof. Kindscher in Zerbst, urtheilte über seinen Lehrer wie folgt: „Er war ein sehr lieber, bescheidener Mann. Disciplin zu halten, verstand er nicht; trotzdem haben wir bei ihm viel gelernt, von Tertia ab in zweijährigen Cursen, und bei ihm gut den Sinn für die englischen Klassiker entwickeln können. Aufs Parliren ging der Unterricht nicht aus. Er ermöglichte uns aber auf der Universität mühelose Benützung englischer Werke, wie Reisebeschreibungen, Commentare zu griechischen Klassikern, wissenschaftlicher Zeitschriften, die es in Berlin reichlich gab."

Ein ähnlicher Fall wie Rubens, der erst im Jahre 1848 Staatsbürger wurde und fast 30 Jahre vorher an einer Staatsanstalt ein öffentliches Lehramt bekleidete, dürfte wohl nicht vorgekommen sein. In unserer so erleuchteten Zeit bemüht man sich ja eifrig, die jüdischen Gymnasiallehrer ganz abzuschaffen. Auch ein Fortschritt der Zeit.

5000 „Ehrenmitglieder" der conservativen Partei werden gesucht, so schreibt die antisemitische „Deutsche Wacht" höhnisch. „Ehrenmitglied" des Wahlvereins der Deutschconservativen kann man durch einen festen Jahresbeitrag von 10 M. werden. Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschconservativen versendet zu diesem Zweck überallhin gedruckte Aufforderungen, von denen auch viele an Mitglieder anderer Parteien, namentlich an Nationalliberale gelangen. Die Mittel sollen verwandt werden für die Haltung eines Bureaus, die Erhaltung der „Conf. Corr." und zu Beihülfen zu Wahl- und Preßzwecken. Der Wahlverein will auf diese Weise nach dem versandten Prospect 5000

Ehrenmitglieder gewinnen und damit eine Summe von 50000 M. jährlich aufbringen. In dem Circular wird geklagt, daß leider „in den Kreisen der Conservativen selbst das volle Verständniß fehlt für das Bedürfniß der vorbezeichneten Einrichtungen, ohne die eine gesicherte, selbständige politische Thätigkeit und dauernde Erfolge der Partei unmöglich sind."

Wie Christenverfolgungen in China entstehen, darüber berichtet die „Staatsbürgerztg." im Anschluß an das Werk des Amerikaners Rockhill, dem ehemaligen Gesandtschaftssecretär in Peking, „Diary of a journey through Mangolia and Tibet": Zur Zeit als Rockhill in der am gelben Flusse gelegenen Stadt Lan-tschou weilte, war die ganze Gegend mit anti-christlichen Flugschriften überschwemmt, die nach einem Gerücht der Neffe des Statthalters in großen Massen in die Provinz eingeschleppt hatte. Ein Buch mit dem bedeutungsvollen Titel „Des Teufels Lehre muß vernichtet werden" hatte im Lande auch eine bedenkliche Verbreitung gefunden, und in der Hauptstraße von Lan-tschou waren bildliche Darstellungen von Christus ausgehängt, die wir hier lieber nicht bezeichnen wollen. Nur durch das rechtzeitige Eingreifen eines dortigen Missionars wurde verhütet, daß der auf diese Weise angestachelte Fremdenhaß der Eingeborenen sich zu blutiger That verwirklichte.

Wir empfehlen der „Staatsbürgerztg.", sich noch mehr in die Ursachen des Christenhasses in China zu vertiefen. Ob sie in ihrer Verbohrtheit merken wird, daß der Christenhaß in China mit denselben Waffen ficht, wie ihr eigener Judenhaß in Deutschland? Wir bezweifeln es.

Litterarisches.

In Carl Rupprecht's Verlag in München erschien soeben: **„Für Israel", Mahn-, Weck- und Trostrufe von Adolf Teichert.** Preis 4 M. Adolf Teichert ist der Verfasser von „Ormudz und Ahriman", einem Buche, das das begeisterte Lob Brugsch-Paschas und die warme Anerkennung von Felix Dahn u. A. fand. Auf dem Gebiet deutscher Poesie oder überhaupt deutscher Litteratur ist sein neues Werk „Für Israel" immerhin eine beachtenswerthe Erscheinung. Das Buch wird von tiefem sittlichen Ernst getragen und enthält eine Fülle von Gedanken. Das Charakteristische des Werkes ist die Tendenz, die religiöse Reform zu fördern. Hierbei hat der Dichter nicht allein die Juden, sondern auch die christlichen Confessionen im Auge. Er will das jüdische Volk wieder zu der reinen, edlen, auf Vernunft begründeten Religion der Propheten zurückführen. Und weil er etwas Ganzes geben wollte, so konnte er nicht umhin, mit dem Lichte dieser Religion der wahren Humanität auch die gewaltigen Zeitfragen zu beleuchten, die heutzutage jeden denkenden Menschen bis ins Innerste seiner Seele erregen. Eine rein lyrische Abtheilung „Saul und David" dürfte jedem Freunde dieses hochpoetischen Stoffes willkommen sein. Nicht unwillkommen dürften auch einige Perlen aus dem Talmud in moderner Einfassung und einige Gedichte sein, die im talmudischem Geiste geschrieben sind. Das elegant ausgestattete Buch verdient es, ein Geschenkbuch für das jüdische Haus zu werden, aber auch in christlichen Kreisen Anklang zu finden.

Briefkasten.

Dr. A. G. in W. Aus den jüngsten statistischen Tabellen über Indien ergiebt sich, wie der „Frankfurter Zeitung" mitgetheilt wird, folgende Zusammenstellung über das Verbrecherthum. Es kommt: 1 überführter Verbrecher auf 274 Europäer, 1 überführter Verbrecher auf 509 Euro-Asiaten, 1 überführter Verbrecher auf 709 eingeborene Christen, 1 überführter Verbrecher auf 1361 Hindu-Brahmanen, 1 überführter Verbrecher auf 3787 Buddhisten. — Wenn das Antisemitenblatt, das diese Zahlen auch veröffentlicht hat, daraus keinen Schluß auf die Moral der einzelnen Völkergruppen zieht, thut es sehr vernünftig daran. Welche Folgerungen hätte das Blatt wohl gezogen, wenn die Juden die niedrigste Ziffer gehabt hätten? Gerechtigkeit scheint eine „arische" Tugend nicht zu sein.

H. R. in Schweidnitz. Der Bericht der „Kreuzzeitung" enthält die von Ihnen angeführten Worte des Generaloberst v. Loe nicht. Welchem Blatte haben Sie dieselben entnommen? Der antisemitische Redner heißt übrigens nicht v. Winterfeldt-Menkin, sondern v. Winterfeldt-Carbe.

B. G. in W. Bei der Abstimmung über den Antrag Kanitz fehlte der antis. Abg. Bindewald ohne Entschuldigung.

H. S. in Sch—n. Leider paßt die Notiz über den verdienten Lehrer nicht in den Rahmen unseres Blattes.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 5. **Berlin, den 1. Februar 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan,** Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Die Staatsverfassung der Juden auf Grund des alten Testaments.

Von Pastor Eduard Schall.

Unter diesem Titel hat der bekannte tapfere christliche Verfasser des Werkes „Die Sozialdemokratie in ihren Rohheiten und Irrthümern“ soeben ein Werk veröffentlicht, in dem er der Gegenwart einen Spiegel vorhalten will. (Erster Band. Leipzig, bei Georg Böhme. 382 S. 5 M.) Aus den fünf Büchern Mosis will er klar beweisen, daß „man die Probleme, die gegenwärtig die ganze Culturwelt beschäftigen, schon vor vielen tausend Jahren gelöst hat oder doch zu lösen versucht hat.“

Wir haben hier ein Werk vor uns, dessen große Gesichtspunkte ebenso sehr die allgemeine Beachtung verdienen, wie der Muth des Verfassers, in der Zeit der allgemeinen Angriffe auf das alte Testament, dieses ehrwürdige Buch als Rettungsmittel in der Zeit der allgemeinen Rathlosigkeit aufzustellen. Ab und zu zieht Schall auch einen Vergleich zwischen der israelitischen Gesellschaftsordnung mit der gegenwärtigen.

Die drei Abtheilungen, die den ersten Band des Werkes bilden, behandeln die Staatsverfassung, die Religion des jüdischen Volkes und die Anschauungen vom Eigenthum. Gerade weil der Antisemitismus dem alten Testament Toleranz gegen A n d e r s g l ä u b i g e und F r e m d l i n g e abspricht, wollen wir an dieser Stelle einige Ausführungen Schalls über diesen Punkt wiedergeben. Er schreibt:

„. . . Wir wollen nun hier gleich den Nachweis dafür bieten, daß die ganze mosaische Staatsverfassung trotz der oben nachgewiesenen Strenge gegen den Götzendienst dennoch sehr weitherzig gegen jede andere religiöse Anschauung und überhaupt in religiösen Dingen duldsam war, wie sich denn auch das wahre Christenthum stets von der Unduldsamkeit in religiösen Dingen fern gehalten hat, wie die Sonne von der Nacht.“ Wo die Geschichte diese Behauptung Lügen zu strafen scheint, da erkennen wir weniger eine Verkennung dieses alt- und neubiblischen heiligen Grundsatzes, als eine schreckliche traurige Verirrung solcher Christen, die sich am lautesten Vertreter des Christenthums nannten, in Wahrheit aber falsche Feinde waren, von denen Christus sprach: „Es wird eine Zeit kommen, da man wird meinen, Gott einen Dienst zu thun (Joh. 16. 2) die Jünger Jesu zu tödten.“

Moses hat mit seinem Gesetzbuch keine symbolischen Bücher schreiben wollen, die in allen ihren einzelnen Theilen irgend eine verpflichtende Autorität beanspruchten. Nur den offenbaren thatsächlichen Götzendienst mit seinen das öffentliche Leben verpestenden Folgen, die dem hierarchischen Pfaffendetrug wiederum Thür und Thor öffnen, duldete er in Israel nicht, sonst aber war Moses weit entfernt, irgend einen gewaltsamen Einfluß auf die Gewissen auszuüben zu wollen. Innerhalb dieser Schranke stand es jedem Israeliten frei, zu glauben was er wollte, und an dieser oder jener Hoffnung zu zweifeln, z. B. an der Auferstehung des Fleisches oder an der Erscheinung des Messias. Niemand hatte das Recht oder den Beruf danach zu forschen und zu fragen, und eine Anzeige dieserhalb wäre nicht allein, wie jede Denunziation, verpönt, sondern geradezu lächerlich gewesen. Der Götzendienst, so sehr er damals dem gesunden Menschenverstand entsprach, war nach mosaischer Grundanschauung überhaupt lächerlich; denn Jehovah, der Herr dein Gott, hat dich Israel ja aus dem Diensthause der Knechtschaft Aegyptens herausgeführt!

Wie duldsam Moses selbst und mit ihm sein Volk gegen Andersgläubige war, sofern sie nur den thatsächlichen Götzendienst mieden, erkennen wir aus der Stellung, die Jethro sowohl zu seinem Schwiegersohn, Moses, als zu der ganzen Gesetzgebung und Regierung des Volkes einnimmt. Moses Schwiegervater ist kein Israelit, sondern heidnischer Priester, und dennoch holt Moses bei ihm Rath, und sein Rath wird hoch geachtet. In Israel wohnten Fremdlinge (ger), die dort heimisch waren, und es verkehrten dort Fremdlinge (nokri) als Durchreisende; aber überall an den zahlreichen Stellen des Pentateuchs, die sich darauf beziehen, sehen wir die schönsten Beweise der Milde und Gerechtigkeit gegen diese und sonderlich gegen die einheimischen Fremdlinge, gegen die das bürgerliche und soziale Gesetz in ganz gleicher Weise wie gegen Israeliten zur Anwendung kommen soll. Wohl hat Moses den Verkehr mit bestimmten, genau genannten heidnischen Völkern verboten, aber nirgends der Ehe eines Juden mit einer Heidin aus andern als den genannten Völkern Hindernisse in den Weg gelegt, wenn er sie naturgemäß auch nicht empfohlen hat.

Die Stelle 5. Mos. 21, 10—14 ist gerade ein herrlicher Beleg ebenso für die Duldsamkeit wie das Zartgefühl der mosaischen Verfassung: Wenn ein Jude eine Kriegsgefangene, die schön von Gestalt ist, zur Frau nehmen will, so soll er ihr vier Wochen Zeit lassen ihren Schmerz zu beweinen, dann solle er sie zum Weibe nehmen, darf sie aber später niemals als Sklavin verkaufen. Neben dem freisinnigen Zartgefühl finden wir da nirgendwo eine Spur von der Nothwendigkeit eines Religionswechsels.

So gut ein Jude eine Heidin heirathen konnte, so haben wir umgekehrt klare Beweise, daß auch ein einheimischer heidnischer Fremdling in eine jüdische Familie sich

hereinheirathen und es zu wichtigen Stellungen bringen konnte (Urias, Mann der Bathseba, war Kananiter).

Ja selbst im jüdischen Heiligthum durften die heidnischen Fremdlinge erscheinen und beten und Opfer bringen. Moses verbietet es nirgendwo und Salomo betet bei Einweihung des neuen Tempels: Wenn auch ein Fremder (hanokri ascher lo meamecha), der nicht deines Volkes Israel ist, kommt aus fernem Lande, um deines Namens willen und kommt, daß er bete vor diesem Hause, so wollest du hören im Himmel, im Sitz deiner Wohnung und thun alles, darum der Fremde dich anruft, auf daß alle Völker deinen Namen erkennen, daß sie auch dich fürchten.

... Moses schloß durch kein gewaltsames Mittel sein Volk ab von dem Verkehr mit anderen Völkern, im Gegentheil schärfte er seinem Volke allenthalben Gerechtigkeit, Liebe und Milde gegen die Fremdlinge ein, mochten sie nun als gerim (etwa Anbauer) oder thaschabim (etwa Häuslinge) oder als nakrim (Durchreisende) die Gastfreundschaft in Anspruch nehmen. Der heilige Grundsatz (3. Mos. 19, 18): „Du sollst deinen Nächsten (reacha) lieben wie dich selbst, denn ich bin der Herr", beherrscht nicht blos das Verhalten gegen die Brüder des Volkes, sondern auch das gegen die Glieder anderer Völker, „denn gedenke, daß du ein Knecht gewesen bist in Aegyptenland". Aber durch andere weise Einrichtungen mußte Moses den fremden Völkern den dauernden Aufenthalt und Verkehr in Israel zu verleiden. Das Land Palästina liegt bekanntlich am Meer, gerade im Mittelpunkt der damaligen großen Welt. Oben lag Syrien mit seinen weltberühmten großen Handelsstädten Tyrus und Sidon. Moses nun gründete seinen Staat nicht auf Handel und Verkehr mit Außenvölkern, sondern lediglich auf Ackerbau. Israel war ein durchaus ackerbautreibendes Volk, und das ganze mosaische Gesetz war dazu angethan, den Bau von Landfrüchten und von Oel und Wein zu heben und zu pflegen, damit sich Kaufleute in Israel nicht heimisch fühlen sollten.

Hierzu kommen nun noch die vielen rituellen Religionsvorschriften über Speise und Gottesdienst. Freilich könnte man leicht antworten, daß diese Speisegesetze ja deshalb kein Hinderniß bereiteten, weil sich jeder Jude selbst davon freimachen konnte, wenn er auswanderte. Gewiß konnte er es, wenn er wollte, aber wer damit diese Kluft zwischen Juden und Heiden überbrücken zu können meint, der kennt die menschliche Natur wenig. Vor allen Dingen haftet dem Menschen nichts leichter sein lebelang an, als in der Jugend ihm zur Pflicht gemachte und durch Erziehung ihm angewöhnte äußere Ceremonieen. Es liegt dies in der Natur des Menschen, der sich gerne auszeichnen will. Je weniger er geistige oder andere Vorzüge hat, desto lieber sucht er dann durch solche Ceremonieen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Solche Ceremonieen behält er dann um so hartnäckiger bei, je auffallender sie sind und je näher die Gefahr des Fanatismus mit ihnen verbunden ist. Kurz, ein jeder Jude mußte sich in jedem anderen Volke ungemüthlich fühlen und sich auf allen Wegen behindert oder im Gewissen beengt oder bedrückt sehen, wenn er wirklich versucht hätte, sich von den rituellen Geboten seines Gesetzes frei zu machen. Dagegen mußten solche rituellen Gebote gerade die umgekehrte Wirkung auf Glieder eines anderen Volkes ausüben, wie überhaupt das ganze Leben dieses allen Handel verschmähenden ackerbautreibenden Volkes mit seinen besonderen Sitten und abweichendem Verhalten gegen Gott und Menschen nur ausnahmsweise einen Außenwohnenden anziehen konnte. Wer sich aber doch vielleicht dadurch angezogen fühlte und seine Heimath dort aufzuschlagen Lust verspürte, dem wurde kein Hinderniß in den Weg gelegt, der war willkommen, und niemand versuchte etwa ihn zu bekehren aber verlangte gar einen Religionswechsel und die durch die Beschneidung zu erlangende Naturalisation von ihm. Von alledem war nirgends die Rede, das blieb ihm selbst überlassen; trotzdem genoß er den Schutz der Gesetze, so gut wie die Kinder des Volkes. „Verhöret eure Brüder und richtet recht zwischen Jedermann und seinem Bruder und dem Fremdling (ger). Keine Person sollt ihr im Gerichte ansehen, sondern sollt den Kleinen hören wie den Großen, und vor niemandes Person euch scheuen (5. Mos. 16). Denn der Herr, euer Gott, ist ein Gott aller Götter und Herr über alle Herren ... und hat die Fremdlinge (ger) lieb, daß er ihnen Speise und Kleider gebe. Darum sollt ihr auch die Fremdlinge lieben, denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Aegyptenland (5. Mos. 10, 17—19) und sollt fröhlich sein vor Gott, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd und der Leott, der in deinem Thor ist, und der Fremdling ... Und gedenke, daß du Knecht in Aegypten gewesen bist, daß du haltest und thust nach diesen Geboten" (5. Mos. 16, 11).

Mit bestimmt genannten Völkern soll nach der mosaischen Gesetzgebung jeder Verkehr abgebrochen sein, das waren insonderheit sechs kananitische in schreckliche oden schon angedeutete Laster versunkene Völker. Mit ihnen soll kein Umgang, kein Vertrag, kein Handel, am wenigsten jemals eheliche Gemeinschaft stattfinden. Dagegen mit anderen Völkern war je nach Lage der Sache der Umgang, Verkehr, Handel und Bündniß wohl gestattet, nirgendwo verbietet Moses solche Bündnisse, wie denn ja auch thatsächlich solche vielfältig geschlossen worden sind. Wenn Jesaias dagegen eifert, so thut er das weniger aus religiösen als aus wohlverstandenen klugen politischen Interessen. Es widerspricht ja auch allem gesunden Menschenverstand und jeder Humanität, wegen verschiedener religiöser Anschauungen irgend einem Menschen im Falle der Noth die Hilfe zu verweigern, als ob man einem Ertrinkenden deshalb die Hand nicht reichen dürfte, weil er einen andern Glauben von göttlichen Dingen hat.

... Was nun die Grundsätze der Rechtsprechung angeht, so sind die mosaischen Vorschriften so schön und herrlich, daß sie noch heute verdienten, jedem Gesetzbuch vorgedruckt zu werden. 5. Mos. 1, 16. 17 heißt es: „Verhöret eure Brüder und richtet recht zwischen Jedermann und seinem Bruder und dem Fremdling. Keine Person sollt ihr im Gericht ansehen, sondern sollt den Kleinen hören wie den Großen und vor niemandes Person euch scheuen. Denn das Gerichtamt ist Gottes." Neben dieser Unparteilichkeit und Fruchtlosigkeit wird den Richtern strenge, genaue Untersuchung anbefohlen 5. Mos. 13, 15: „So sollst du fleißig suchen und forschen und fragen. Und so sich findet die Wahrheit, daß es gewiß also ist, daß der Greuel unter euch geschehen ist, so sollst du die Bürger derselben Stadt schlagen mit des Schwertes Schärfe ꝛc." oder 5. Mos. 17, 4: „und wird dir angesagt und hörest es, so sollst du wohl danach fragen. Und wenn du findest, daß es gewiß wahr ist, daß solcher Greuel in Israel geschehen ist, so sollst du denselben Mann oder dasselbe Weib ausführen, die solches Uebel gethan haben, zu deinem Thor und sollst sie zu Tode steinigen" oder 5. Mos. 16, 19 und 20: „Du sollst das Recht nicht beugen und sollst auch keine Person ansehen noch Geschenke nehmen, denn die Geschenke machen die Weisen blind und verkehren die Sachen der Gerechten. Was recht ist, dem sollst du nachjagen, auf daß du leben und das Land einnehmen mögest, das dir der Herr, dein Gott, geben wird." Ganz besonders eindringlich wird die Gerechtigkeit gegen die Fremdlinge den Richtern ans Herz gelegt 2. Mos. 23, 6—8: „Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen in seiner Sache. Sei ferne von falschen Sachen. Den Unschuldigen und Gerechten sollst du nicht erwürgen, denn ich lasse den Gottlosen nicht recht haben. Du sollst nicht Geschenke nehmen, denn Geschenke machen die Sehenden blind und verkehren die Sachen der Gerechten. Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken, denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, dieweil ihr auch seid Fremdlinge in Agyptenland gewesen." Ueberall wird der Arme und Gebrückte und Fremdling in

Schutz genommen. Durch die ganze mosaische Rechtsprechung zieht sich als leitender Grundgedanke die Rücksicht auf die Schwachen und Bedrängten hindurch, damit ihnen der so nöthige Schutz nicht fehle. In dieser Beziehung besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Gesetzbuch Mosis und den modernen Gesetzbüchern, die beim ersten Anblick fast zu keinem anderen Zwecke gemacht zu sein scheinen, als den Besitzenden und Mächtigen und Angesehenen in seinem Besitz und seiner Macht und Ansehen zu schützen. Damit aber diese gleichsam dem Gesetze angeborene Vorliebe für die Armen nun nach dieser Seite hin zu keiner Parteilichkeit werde, so schreibt Moses vor: „Begehet keine Rechtsverletzung im Gerichte, ziehe nicht vor den Armen und huldige nicht dem Großen; nach dem Rechte sprich das Urtheil deinem Nächsten."

Stöcker in Dresden.

Herr Stöcker sprach am 28. Januar in Dresden in einer vom christlich-sozialen Verein einberufenen Versammlung über „die christlich-sozialen Strömungen in Deutschland." Der Besuch der Versammlung war, wie die antisemitische „Deutsche Wacht" berichtet, nicht so zahlreich, wie man ihn hätte erwarten können im Hinblick auf die Häufigkeit, mit der der Name Stöcker besonders in der letzten Zeit genannt worden ist. Die Eintrittskarten waren mit Vorsicht vertheilt worden; ein Schutzzoll von einer Mark hielt die Sozialdemokraten fern. Wer gehofft hatte, dieses Thema werde dem Redner Gelegenheit bieten, sich über das auszusprechen, was er nach allem, was in der letzten Zeit vor sich gegangen ist, auf dem Herzen haben müsse, der wird enttäuscht bis zum Schlußworte gewartet haben. Herr Stöcker vermied es, sich über seine politische Stellung klar und deutlich auszusprechen. So hat denn auch sein Vortrag nicht reinigend und Klarheit schaffend wirken können. Mancher Zuhörer wird den Eindruck gehabt haben, als höre er einen Mann sprechen, der so eifrig und geflissentlich, ja fast ängstlich und befangen ohne Aufhören und Plan von allen möglichen Nebensachen redet, nur um nicht das Gespräch auf die Hauptsache kommen zu lassen. — Im Ganzen klangen seine Ausführungen im Vergleich mit früheren matt und gezwungen. Wohl nur um die Aufmerksamkeit aufzufrischen und der Langeweile zu steuern, die auf einem großen Theile der Versammlung lastete, gab er einige Ahlwardt-Anecdoten zum Besten. Man merkte es ihm deutlich an, daß er seine Niederlage in Neustettin, das jetzt Professor Dr. Förster vertritt, noch nicht verschmerzt hat. Er behauptete, dort sei durch die Agitation gegen ihn in fünf Wochen alle Autorität gelockert worden. Man war so nachsichtig, nicht die Fortsetzung dieses unterhaltenden Theiles durch Hinzufügung einiger Hammersteingeschichten zu wünschen. Das Hereinziehen dieser abgestandenen Geschichten machte keinen guten Eindruck, da jeder nur einigermaßen mit den Zeitereignissen vertraute Zuhörer die Empfindung haben mußte, daß es für Herrn Stöcker Wichtigeres zu berichten gab, worüber er sich aber vollständig ausschwieg. Auch der an den Ausfall der Wahl in Neustettin geknüpfte Ausfall gegen das allgemeine Wahlrecht mußte Leute mit einigem Gedächtniß sonderbar berühren, da Herr Stöcker im vorigen Jahre ebenfalls in Dresden das allgemeine Wahlrecht in Schutz genommen hatte. Diesmal konnte man von ihm wohl eher eine Aeußerung über die in Sachsen geplante Beschränkung des Wahlrechtes erwarten, zumal von christlich-sozialer Seite ein Flugblatt gegen diese reactionären Gelüste ausgegeben worden ist. — Ueber sein Verhältniß zu den Conservativen schwieg sich Herr Stöcker ebenfalls aus, obgleich da manche Aufklärung noch nothwendig wäre, schon damit seine christlich-sozialen Freunde wissen, woran sie sind.

Die Juden auf dem Schlachtfelde.

I.

Ritter des Eisernen Kreuzes.
(Nachtrag).

1. Grünberger, Ferdinand, in Neiße, 1866 u. 1870/71, Unteroffizier beim 22. Inf.-Reg. Denkmünze 1866 für Combattanten, Denkmünze 1870/71 für Combattanten Landwehr-Dienstauszeichnung. Rettungsmedaille am Bande anläßlich der Rettung dreier Menschen vom Tode des Ertrinkens.
2. Shilling, Prof. Dr. Jacob, aus Cassel, jetzt in Straßburg i. E., erhielt 1866 den Kronenorden, 1870 das Eiserne Kreuz und einen mecklenburgischen Orden.
3. Shilling, Theodor, Bankier, aus Cassel, jetzt in Frankfurt a. M., Eis. Kreuz.
4. Dr. Simon, Oberarzt im Hamburg. Allg. Krankenhaus. Ritter des Eis. Kreuzes.
5. Ursel, Bernhard, aus Soest, dem Hauptquartier attachirt. Eis. Kreuz.

Mit vorstehenden 5 Namen erhöht sich die Zahl der decorirten Juden auf **368.**

II.

Verwundete und Todte.
(Nachtrag):

Berg, Eugen, aus Offenbach a. M., Großh. hess. Inf.-Reg., schwer verwundet bei Gravelotte. Gestorben an der Verwundung.

Borchardt, Louis, aus Pinne, im Lazareth gestorben Januar 1871.

Cahn, Felix, Schlosser aus Ottweiler, schwer verwundet bei Spichern, gestorben in Bildstock bei Friedrichsthal, Kreis Saarbrücken. Begraben auf dem Kirchhof zu Ottweiler.

Driels, Jacob Hartog, aus Emden, bei Langensalza 1866 schwer verwundet. Gestorben am 12. August im Militärlazareth zu Langensalza.

Goldschmidt, Ernst, aus Cassel, gefallen bei Wörth. Einj. Freiw. beim 14. Hus.-Reg.

Gotthelf Theodor, aus Cassel, Einj. Freiw. 83. Inf.-Reg. Verwundet an der Loire.

Samuel, Jacob, aus Schubin, 42. Inf.-Reg., starb im Lazareth 1870/71.

Shilling, Theodor, Bankier, aus Cassel, jetzt Frankfurt a. M., schwer verwundet bei Wörth als Einj. Freiw. beim 14. Husaren-Reg.

Wallach, Heinrich, aus Cassel, Einj. Freiw. 83. Inf.-Reg, verwundet an der Loire.

Witkowski, M., aus Exin, 54. Landw.-Reg., fiel vor Belfort.

Zur Lage der Juden in Rußland.

Seit der Enthebung des Staatsrathes Durnowo von der Leitung des Ministeriums des Innern, die vor etwa einem halben Jahre erfolgte, fand dieses Ressort Zeit und Gelegenheit, die unter Alexander III. ins Leben gerufenen judenfeindlichen Gesetze auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen. Während man früher sogenannte Judencommissionen einsetzte, welche Jahrzehnte hindurch bestanden, ohne einen Erfolg aufweisen zu können und nur die Lage verschlechterten, hat, wie das Wiener „Freie Blatt" berichtet, das russische Ministerium des Innern unter Senator Goremykin schon einen Schritt gethan, der eine Wendung zu Gunsten der Juden im Czarenreiche bedeutet.

Gleich nach seinem Amtsantritte hat dieser Senator, der Jurist von Beruf ist, sämmtliche Protokolle und Beschlüsse, die auf die während der letzten Regierungszeit ge-

schaffene Rechtsstellung der Juden Bezug haben, einem eingehenden Studium unterzogen und daraus offenbar die Ueberzeugung erlangt, daß es im Staatsinteresse liege, jene Gesetze aufzuheben, die gegen die angebliche Schädlichkeit der Juden gerichtet sind. Denn daß die Juden im öconomischen Leben des Reiches eher stets ein förderndes Element waren, das bewiesen ihm die in letzter Zeit massenweise eingelaufenen Petitionen des Adels, der Bauern und der Ständeverwaltungen um Rückberufung der aus den Dörfern Ausgewiesenen. Goremykin forderte daraufhin die officiellen landwirthschaftlichen Gesellschaften und Vereine auf, sich über die Rolle der Juden im wirthschaftlichen Leben freimüthig auszusprechen, und die Corporationen thaten dies: sie beleuchteten rücksichtslos die Schäden, welche die Judenausweisungen den Dörfern und Marktflecken in Landwirthschaft, Handel und Industrie zugefügt haben. Da äußerte sich z. B. die **kaiserlich russische Oeconomische Gesellschaft zu Petersburg** folgendermaßen:

„Aus den der Gesellschaft vorliegenden Daten kann Jedermann ersehen, daß die Entfernung der Juden aus den Dörfern und Marktflecken des Reiches die öconomische Wohlfahrt des Bauernstandes keineswegs gefördert hat, wie die Urheber dieser Entfernung glaubten. Im Gegentheil, unter den vielen Factoren, welche den Niedergang der Landwirthschaft herbeigeführt haben, nimmt die Entfernung der Juden aus den Dörfern einen hervorragenden Platz ein. Und wenn die kaiserlich russische Oeconomische Gesellschaft freimüthig sein darf, so schließt sie sich rückhaltslos jener Meinung an, welche in der Zurückberufung der Dorfjuden ein Mittel zur Hebung der Landwirthschaft erblickt."

Auch ein Gutachten, das in dieser Frage der vor wenigen Wochen verstorbene **Gouverneur von Volhynien, Geheimrath Baumgarten**, abgegeben hat, verdient weitestgehende Beachtung. Dieser Gouverneur, welcher nach Volhynien geschickt wurde, um „die jüdische Ausbeutungssucht einzudämmen", sagte:

„Meine Vorsätze hinsichtlich der Juden verließen mich, nachdem ich Gelegenheit hatte, die Beziehungen der Juden zu der orthodoxen Bevölkerung des Gebietes kennen zu lernen. Diese Beziehungen basiren durchwegs auf Brüderlichkeit und Rechtschaffenheit. Die Juden in dem mir unterstehenden Gouvernement, welche zum größten Theile ein kümmerliches Dasein fristen, sind in so mancher Hinsicht für die bäuerliche Bevölkerung sehr nützlich. Um eine ganz geringe Entlohnung vermitteln sie den Bauern den Absatz ihrer landwirthschaftlichen Producte, und für eine noch geringere Entlohnung verschaffen sie ihnen ehrlichen Erwerb. Die Reichen unter den Juden verschließen sich nicht der Theilnahme für das Unglück ihrer orthodoxen Brüder; sie sind stets bereit, die allgemeine Noth einigermaßen zu lindern. Somit erscheinen mir die Juden des Gouvernements Volhynien als ein im Leben des Gebietes nützliches Element, das von der orthodoxen Bevölkerung auch geachtet und geschätzt wird."

War Senator Goremykin von der Haltlosigkeit der gegen die Juden erhobenen Beschuldigungen schon vorher überzeugt, so wurde er darin von dem kürzlich zum Adiatus im Ministerium des Innern ernannten Geheimrath **Nekljudow** noch bestärkt. Nekljudow, einer der besten Rechtsgelehrten des modernen Rußland und ein warmer Anhänger der liberalen Traditionen aus der Regierungszeit Alexanders II., wies an der Hand von Thatsachen nach, daß die Verfolgung der Juden in Rußland, welche angeblich durch die Schädlichkeit derselben hervorgerufen wurde, sich durch nichts rechtfertigen lasse. Während der Regierungszeit Alexanders II., bemerkt Nekljudow in einer diesbezüglichen Denkschrift, war man bereits auf dem Wege, die Juden mit der orthodoxen Bevölkerung zu assimiliren, indem die damalige Regierung dem Aufenthalte der Juden im ganzen Reiche keine Hindernisse in den Weg legte und ihnen die Pforten sämmtlicher Lehranstalten öffnete. Nekljudow äußert dann die Meinung, daß, wenn die im letzten Decennium geschaffene abnormale Lage der Juden geändert werden solle, man in erster Reihe mit der Aufhebung der Wohnbeschränkung gegen die Juden beginnen müsse. Und in diesem Sinne wurde auch im Ministerium des Innern ein Memorandum ausgearbeitet, welches Senator Goremykin im November des abgelaufenen Jahres dem Czar Nikolaus II. unterbreitet hat. In dieser Staatsschrift wurde ausgeführt, daß die geltenden Gesetze in Bezug auf das Wohnrecht der Juden einer Aenderung bedürfen, da die Beschränkung ihres Ansiedelungsrechtes aus öconomischen Gründen nicht wünschenswerth sei. Als Ergebniß dieser Reformation ist eine Cabinetsordre des Czars Nikolaus II. vom 29. December anzusehen, welche den Minister des Innern beauftragt, die vom Grafen Ignatjew erlassenen Verbote gegen die Ansiedlung der Juden in den Dörfern und Marktflecken sowie sämmtliche bestehende Ausweisungsverordnungen einer strengen Prüfung und gründlichen Aenderung zu unterziehen. Wie der gut unterrichtete „Graschdanin" meldet, besteht im Ministerium des Innern die Absicht, den Juden das unbeschränkte Wohnrecht einzuräumen; in jüdischen Kreisen verlautet dagegen, daß ihnen nur das Recht der Ansiedlung in den Dörfern und Marktflecken wiedergegeben und die Ausweisung aus den von ihnen bewohnten Ortschaften untersagt werden soll. Wie der Entschluß des Ministeriums des Innern auch lauten mag, Eines steht fest: die Cabinetsordre des Czaren bedeutet eine Wendung zu Gunsten der Juden von ganz erheblicher Tragweite.

Zur Abwehr.

Die Zweite sächsische Kammer hat am 28. Januar, dem Commissionsantrage entsprechend, einstimmig beschlossen, die Petition betr. die **Uebersetzung des Schulchan-Aruch auf Staatskosten**, auf sich beruhen zu lassen, nachdem vorher ein Antrag des conservativen Abg. Mehnert, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, mit 40 gegen 29 Stimmen abgelehnt worden war. Für die Berücksichtigung der Petition erklärte sich nur der antisemitische Abg. Theuerkorn.

Ein jüdischer Handwerker. Am Neujahrstage ließ die Innung „Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister" Herrn Maurermeister **Marcus Adler** zu Berlin ein prachtvoll ausgestattetes Diplom zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum überreichen. Diese Auszeichnung verdient heute gewiß als gutes Beispiel hervorgehoben zu werden. Seit seiner Lehrzeit ist Adler den erziehlichen belehrenden Zwecken der Innung treu geblieben und dafür in Wort und Schrift eingetreten. Die hierauf bezüglichen Arbeiten fachwissenschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts sind in der Baugewerks-, in der Deutschen Bauzeitung, in andern Fachblättern, auch in Meyer's Conservations-Lexicon veröffentlicht worden. Der Aufmunterung und Erziehung der Juden zum Handwerk und zu technischen Gewerben widmete er ebenfalls seit vielen Jahren seine freie Zeit; er ist einer der Inspectoren bei der Gesellschaft zur Verbreitung des Handwerks und des Ackerbaues unter den Juden in Preußen.

Adlers Lehrzeit fällt noch vor das Jahr 1848, die Wanderschaft in das Jahr 1849. Damals galt noch der Paß- und Herbergszwang! Mit „Gott und Stock" wanderte er zu Fuß von Schlesien nach München, mit Unterbrechung an mehreren Arbeitsstellen. Seine Ausbildung genoß er auf den Baugewerkschulen in Breslau und München, auch auf der Academie in München, die Matrikel ist noch von Wilhelm Kaulbach ausgefertigt. Von 1849—60 blieb er in München. Beim Bau der großen Spatenbrauerei, bei dem Bau der München-Rosenheimer Eisenbahn 2c. war er vom Beginn bis zur feierlichen Eröffnung in Salzburg, theils im baierischen Staatsdienst, theils als Unternehmer thätig. Seit 1860 in Berlin, legte er sich später auf das Gebiet der Heiz- und Kocheinrichtungen, wobei er verschiedene in- und ausländische Patente bekam. Der Text des Eingangs erwähnten Diploms lautet: „Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin. Herrn Maurermeister Marcus Adler zu Berlin! Zu ihrem fünfzigjährigen Berufsjubiläum beehrt sich der unterzeichnete Vorstand Ihnen im Namen der gesammten Innung die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Berlin, den 1. Januar 1896. R. Menzel, Robert Otto, C. Sansow."

Jüdische Soldaten. In den anläßlich der 25. Wiederkehr der Ruhmeszeit von 1870/71 in den „Oldenburger Nachrichten“ erscheinenden Kriegserinnerungen, von einem Oldenb. Reserveoffizier verfaßt, steht u. A. folgender Passus:

„In der Pfalz, und besonders in dem Dorfe Wolfstein wohnen sehr viele Israeliten, die sich alle durch ungeheure Gastfreundschaft und Freigiebigkeit auf unserem Durchmarsche auszeichneten. Ueberhaupt — und das muß ich gegenüber ungerechten Angriffen gegen diese Confession besonders betonen — standen unsere jüdischen Kameraden in Tapferkeit und Ausdauer während des ganzen Feldzuges uns allen nicht nach, und die patriotische Begeisterung der Bewohner in allen Dörfern, durch die wir zogen, war bei den Israeliten eben so groß, wie bei den anderen“.

Auszeichnungen. In Anerkennung der freiwilligen Pflege verwundeter und erkrankter Krieger während des Feldzuges 1870/71 wurde die Kriegsdenkmünze am Nichtcombattantenbande an folgende jüdische Mitbürger aus Weilburg verliehen: Fräulein Anna Wallach, Frau Zerline Dreyfuß, Herrn Kaufmann Dreyfuß, letzterer erhielt noch den Kronenorden IV. Classe mit rothem Kreuz in weißem Felde.

Juden in der Marine. Die „Deutsche Tagesztg.“ hatte behauptet, die Juden mieden die Marine, während man doch weiß, daß die Marinecarrière den Juden fast ganz verschlossen ist. Hierzu schreibt uns ein Freund unseres Blattes: „Nach der Aussage einiger bei der Marine dienender Freunde sind mehrere Juden als Ingenieure thätig und ein Unterschied bei der Beförderung von Juden oder Christen (in der **technischen** Abtheilung) wird nicht gemacht. Dagegen sind keine Juden als Seeoffiziere im Dienste, was sich wohl hauptsächlich daraus erklärt, daß Juden als Cadetten nicht angenommen werden, während kein Jude daran gehindert werden kann, seiner Dienstpflicht, sei es als Einjähriger oder Gemeiner, bei der Marine zu genügen. Juden, vornehmlich Einjährige, können bei der Torpedo-Feuerwerks-Abtheilung im Maschinen- und Torpedo-Ingenieurcorps bei wirklicher Fähigkeit und Arbeitslust avanciren, wenn sie selbst geeignet und fleißig sind!“

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Reichstagsrede des Herrn Liebermann von Sonnenberg zum Börsengesetz hat, wie man dem antis. „D. Generalanz.“ aus Hamburg schreibt, in dortigen gesinnungsgenössischen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen. Man habe allgemein erwartet, die deutschsoziale Reformpartei werde eine Reihe scharfer und wohldurchdachter Verbesserungsanträge einbringen. Statt dessen hat die Partei Herrn Liebermann von Sonnenberg als Parteiredner vorgeschickt, der fast gar keinen neuen Gedanken vorbrachte, sondern nur einige Wünsche und Anregungen des Grafen Kanitz wiederholte, ohne dieselben irgendwie zu verbessern oder zu vertiefen. Wenn Herr von Liebermann an der Hand der Fachlitteratur, die ihm von Staatswegen zum Studium unentgeltlich gelieferten Berichte der Börsenenquete-Commission nur einmal gründlich durcharbeiten wollte, so würde er wohl nicht mehr im Reichstage das Bekenntniß seiner Unwissenheit betreffs der Börse abzulegen brauchen. — Es zeugt von großer Naivetät, von Herrn Liebermann v. Sonnenberg zu verlangen, daß er einen neuen Gedanken vorbringe.

An den antisemitischen Reichstagsabgeordneten Diederich Hahn sind die nachstehenden Bemerkungen der „Magdb. Ztg.“ über seine Haltung in Sachen der Börsenreform gerichtet: „Es ist das derselbe wohlbekannte Herr, der jetzt mit dem gleichen Feuereifer für agrarische Interessen ficht, mit dem er vor etlichen Jahren Waschzettel zu Gunsten von „Argentiniern“ und „Portugiesen“ im Auftrage eines Bankhauses (der „Deutschen Bank“) zu vertreiben bemüht war“. Und die Post bemerkt hierzu: „Der genannte ehemalige Angestellte eines hiesigen Bankhauses war auch seiner Zeit so unbefangen, nachdem er die Redaction der „Post“ Jahre lang mit Reclamen für seine werthe Person überlaufen, später unter dem Schutze seiner Eigenschaft als Abgeordneter die „Post“ ein „Judenblatt“ zu nennen! Uns kann seine Vielseitigkeit nicht mehr überraschen“.

„Hergelaufene Leute“ und Strauchritter“. Das freundschaftliche Verhältniß zwischen Antisemiten und Conservativen im Reichstage, wie es noch bei der Verhandlung über den Antrag Kanitz bestand, hat sich schnell wieder aufgelöst. Bei der Berathung des Antrages Rickert-Barth betr. die Sicherung der geheimen Wahl in der Sitzung vom 29. Januar kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den beiden Parteien. Abg. Bindewald wies auf die groben Wahlbeeinflussungen von Gemeindevorstehern in den Wahlkreisen Oels-Wartenberg und Meseritz-Bomst hin, worauf Graf Limburg-Stirum entgegnete, die antisemitischen Agitatoren in Oels-Wartenberg seien hergelaufene Leute und die Wähler hätten gut gethan, ihnen nicht zu glauben. Das konnte der antisemitische Redner nicht auf seinen Parteigenossen sitzen lassen und er rief dem Herrn Grafen zu, die antisemitischen Agitatoren seien keine hergelaufenen Leute. „Wir stammen aus bürgerlichen Familien, aus Familien, die stolz darauf sind, Vorfahren gehabt zu haben, welche Männer der Arbeit waren. Wir haben keine Vorfahren, welche als Strauchritter die friedlichen Kaufleute ausraubten und die Bauern drangsalirt haben.“

Der Abg. Bindewald kam auch auf die reactionären Bestrebungen der sächsischen Kammer, die Verkürzung des Wahlrechts betreffend, zu sprechen und verlangte von den Conservativen des Reichstages eine öffentliche Erklärung darüber, wie sie zu dieser Angelegenheit stehen. Da die Conservativen die Aufforderung mit Lachen beantworteten, bemerkte Herr Bindewald: „Wir werden draußen im Lande dem Volke sagen, daß Ihnen diese Dinge, die dem Volke nicht lächerlich sind, lächerlich erscheinen“.

Nach dieser Auseinandersetzung wird Herr Liebermann von Sonnenberg Mühe haben, ein leidliches Verhältniß zwischen den feindlichen Brüdern wiederherzustellen.

Dem conservativen „Renommirbauer“ Abg. Lutz ist ein unangenehmes Malheur passirt. In der bayerischen Abgeordnetenkammer hielt der Abg. Aichbichler Herrn Lutz vor, warum er nicht zur Abstimmung über den Antrag Kanitz nach Berlin gegangen sei. Der Abg. Lutz behauptete, er sei krank gewesen. Hierauf stand der Abg. Aub auf und wies Herrn Lutz unter der schallenden Heiterkeit des Hauses nach, daß er an jenem Tage statt nach Berlin nach Ulm gefahren ist und dort eine Rede gehalten hat. Man kann daraus schließen, wie groß das Interesse des Herrn Lutz für den Antrag Kanitz ist. Unter der bombastischen Erklärung, die der Bund der Landwirthe gegen den Landwirthschaftsminister veröffentlicht hat, prangte selbstverständlich auch der Name des Herrn Lutz.

Diese Erklärung hat denselben anmaßenden Ton, der alle Kundgebungen des „Bundes der Landwirthe“ auszeichnet. Darin heißt es z. B.: über unsere Königstreue „kann nur Gott und unser Gewissen unser Richter sein. Uns gegen den Vorwurf der Gemeingefährlichkeit eingehend zu vertheidigen, werden ernste Politiker von uns nicht erwarten.“

Dieselben Herren sind aber sofort da, wenn es sich darum handelt, die Königstreue anderer Parteien zu verdächtigen. Ueber ihre Königstreue soll Gott Richter sein, über die anderer wollen sie es selbst sein. Selbstherrlicher und anmaßender kann dies Verfahren nicht sein.

Im Namen des Königs! In der Privatklagesache des Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg zu Groß Lichterfelde, vertreten durch Rechtsanwalt

Kattenbusch, Privatklägers, gegen den Redacteur Carl Schmidt zu Berlin, geboren am 20. Februar 1866 zu Schapfheim in Baden, katholisch, vertreten durch Rechtsanwälte Gründaum und Cohn, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Königl. Schöffengericht I. zu Berlin in seiner Sitzung vom 7. Dez. 1895, an welcher Theil genommen haben, 1) Brestel, Amtsrichter als Vorsitzender, 2) Neukirch, 3) Hanne als Schöffen, Ströhmer, Actuar als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens mit 15 — fünfzehn — Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle mit 1 — einem — Tage Gefängniß bestraft.

Kläger ist ermächtigt, den erkennenden Theil dieses Urtheils binnen 4 Wochen nach Zustellung durch einmalige Einrückung in die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Alle Exemplare der Nummer 27 der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ vom 6. Juli 1895, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Formen und Platten sind unbrauchbar zu machen.

gez. Brestel.
Ausgefertigt

Berlin, den 16. Dezember 1895.

Elde,
Gerichtsschreiber d. Königl. Amtsgerichts
I. Abtheilung 148.

Zur Aufklärung für unsere Leser haben wir folgendes zu bemerken:

In Anknüpfung an eine unverschämte Aeußerung eines antisemitischen Organs gegen einen freisinnigen Reichstagsabgeordneten behaupteten wir, unter Anführung von Beispielen, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg sich des Vorwurfs schuldig gemacht, den einer seiner Gesinnungsgenossen gegen jenen Parlamentarier geschleudert. Hierdurch sowie durch einige andere Aeußerungen unseres Blattes fühlte sich der „Führer“ der Antisemiten beleidigt und strengte die Privatklage gegen unseren verantwortlichen Redacteur an. Wir hatten einen umfassenden Wahrheitsbeweis angetreten und die Broschüre dem Gericht überreicht, in welcher Parteigenossen des Hrn. L. v. S. diesen charakterisiren. Das Gericht hat indessen den Beweis nicht erhoben, da es die incriminirten Äußerungen als „Beleidigungen“ und nicht als „nicht erweislich wahre Thatsachen“ auffaßte.

Die Antisemiten unter sich. Wir lesen in der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe“:

„Die „Volksrundschau‘ hat in letzter Zeit kräftig gegen den Antrag Kanitz gehetzt und schreibt als würdiges Seitenstück dazu neuerdings: „Am 18. Februar soll übrigens auch die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe stattfinden und zwar diesmal im Cirkus Busch in Berlin. Da wird es stürmisch zugehen. Dauern diese Stürme fort, dann wird bald möglicherweise ein conservativ-christlichsozial-agrarisches Chaos entstehen“. Dieses „Chaos“ ist wohl schon lange bei der „Volksrundschau“ eingetreten, aus deren „Politik“ kein Mensch mehr klug werden kann. Das Blatt bringt an hervorragender Stelle den Namen seines „Geschäftsführers“ — nicht, wie sonst üblich, des Redacteurs. Das ist aber bezeichnend: es soll wohl andeuten, daß bei der „Volksrundschau“ das „Geschäft“ die Hauptsache ist. Als Motiv empfehlen wir: „non olet“. Unsere Freunde aber möchten wir vor der „Volksrundschau“, wie sie heute geworden ist, ganz entschieden warnen und ihnen empfehlen, der Verbreitung des Blattes entgegenzuarbeiten“.

Das antisemitische Agrarierorgan thut so, als ob es im eigenen Lager nicht Bescheid wüßte und noch nie etwas vom Geschäftsantisemitismus gehört hätte. Die „Volksrundsch.“ ist nicht das einzige antisemitische Blatt, welches das Wort „non olet“ beherzigt.

Die Festrede des Oberlehrers Dr. Weidenbach in Dresden am 18. Januar, in welcher er es für angebracht hielt, den Antisemitismus an den Haaren herbeizuziehen, nimmt sich besonders schlecht im Munde dieses Herrn aus, der früher zum Vorstande der Fortschrittspartei in Dresden gehörte und für die fortschrittliche „Dresd. Presse“ schriftstellerisch — nicht nur unter dem Strich — thätig war. Ja, er rechnete sich sogar noch bis vor Kurzem zur freisinnigen Partei. Die „Dresd. Ztg.“ berichtet nämlich: „Der Vorstand des deutschfreisinnigen Vereins, dessen zahlendes Mitglied bisher Herr Oberlehrer Dr. Weibenbach gewesen, theilt uns mit, daß er den Genannten aufgefordert habe, seinen Austritt aus dem Verein zu erklären. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, die wenigen anwesenden israelitischen Vorstandsmitglieder enthielten sich der Abstimmung.“

Unter der Spitzmarke „Zwei Jugenderzieher“ wird der „Dresd. Ztg.“ zu der Affaire Weidenbach von einem Mitkämpfer aus den glorreichen Jahren 1870/71 geschrieben:

„. . . . . Ueber den Geschmack ist nicht zu streiten, wir nehmen uns die Freiheit, eine solche Sprache (des Hrn. Weidenbach) als das zu bezeichnen, was sie in Anbetracht von Art, Zeit und Umständen ist, — als eine geschmacklose Versündigung an dem friedlichen Gedenkfeste. An einer solchen seltenen Feier sollte man Niemandem wehe thun; sind doch der Tage im deutschen Volke, das vom Parteihaß zerrissen ist, wenige, wo Alle einträchtig um den Altar des gemeinsamen Vaterlandes stehen. — Herr Weidenbach sollte sich an der trefflichen Rede des Generals v. Loë in Berlin am Sedantage ein Beispiel nehmen; der an solche Aufgaben nicht gewöhnte alte General verstand es, die zu Aller Herzen dringenden Töne anzuschlagen. Auch andere, ihm gedenklich nachstehende Festreden könnten ihn belehren, daß ein Redner an nationalen Gedenktagen wohl das Recht hat, sein Volk ernst zu mahnen, daß er dies aber liebevoll thun soll. Diejenigen, die er tadelt, sind seine Landsleute. Eine solche zwecklos heftige Sprache fehlt uns in Sachsen gerade noch: als ob hier der Verbitterung noch nicht genug wäre. Herr Weidenbach thäte, wie noch andere Leute vom jungen Deutschland gut, fortab zu bedenken, daß Schweigen immer Gold ist. Wie bewundernswürdig weise, menschlich und versöhnlich hat der alte Herr von Bennigsen gesprochen; das ist ein deutscher Mann, der etwas an Gedanken zu sagen hat, der greise Geistesverwandte Bismarck's zeigt Allen den versöhnenden Ausweg aus dem Gezänk des Tages. Und wie sticht doch gegen diese Fülle der Gedanken das wortreiche und gedankenarme Gerede im Gewerbehause vor den höchsten Würdenträgern des Landes ab. Beleidigend durch die Form, beleidigend durch den Mangel tiefer Ergründung, und dabei so anmaßlich hart. — Eine herzliche Freude dagegen hat der Bürgerausschuß vielen Freunden des Vaterlandes und seiner Wissenschaft damit bereitet, daß er dem ehrwürdigen Herrn Conrector Professor Flathe von Meißen die Ehre angethan hat, ihn zu einer Gedenkrede zu bitten. Wie seltsam muthet es uns Alten doch an, einen so vortrefflichen Mann am Abende seines Lebens nochmal aus dem reichen Schatze seines Wissens zu uns sprechen zu hören, die wir ihn Alle seit vierzig Jahren kennen. Das ist der Schulmann, der wahrhaftige, unbestechliche Historiker, der er ein langes arbeitsreiches Leben gewesen ist. Der Jugend ist zu sagen, wer denn dieser verdiente Greis ist. Flathe ist der erste von den sächsischen Geschichtsschreibern, da Geschichte noch nicht mit Wirthschaftsgeschichte identisch war, sondern da man noch die großen Ideen der Menschheit zu finden suchte, und er hat manch' ein edles Stück vaterländischer Geschichte ausgehämmert und ausgefeilt. — Meisterhaft ist noch eine Arbeit seines hohen Alters, die filigranartig geschriebene, gerechte und doch liebevolle Biographie Friedrich Wilhelms IV. im neuen Plutarch! Aber der alte Flathe war noch mehr. — Zu einer Zeit, da das junge Geschlecht noch nicht geboren, ist Flathe ein treuer Mitstreiter für das neue Deutschland gewesen. Was er und so manche Andere in Sachsen für das neue Reich gethan haben, das ist nicht vergessen. Er war, was er heute ist, ein kernhafter, treuer und dabei bescheidener deutscher Mann, — im politischen Urtheil gerecht und milde. — Der Mann, der für jede hohe Stellung eine Ehre gewesen wäre, ist Conrector in Meißen geblieben; nun dafür haben ihm die Meißner Bürger gegeben, was sie dem Bürger geben konnten, ein städtisches Ehrenamt. Wir aber, die wir wissen, wie es einst vor 40 Jahren in Deutschland aussah, und wie viel Schweißtropfen es gekostet hat, anderen Zuständen die Bahn zu brechen, wir begrüßen den würdigen Herrn in seiner Loschwitzer Muße als den Unseren, und wir wünschen ihm, daß sein Lebensabend ein recht ruhiger sein möge. Die Art Schulmänner möge uns in Sachsen erhalten bleiben; sie strebten auch, aber nur nach der geschichtlichen Wahrheit, nach einer großen Gesinnung und nach des deutschen Volkes Einheit, Größe und Freiheit.“

Der Redacteur des antisemitischen „Deutschen Generalanz.“ Karl Sedlatzeck hatte sich am 29. Januar vor der achten Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten. Im October

v. J. enthielt der „Vorw." einen Artikel mit der Ueberschrift „Prinzipal und Verkäuferin". Ein junges Mädchen schilderte darin die Erfahrungen, die sie bei der Bewerbung um eine Stelle gemacht haben wollte. Sie habe sich auf Grund einer Anzeige in der „Voss. Ztg." bei dem in der Frankfurter Allee wahnenden Kaufmann gemeldet. Dieser habe sie in seinem Privatcontor empfangen, ihr eine Anstellung in Aussicht gestellt, aber hinzugefügt, daß er eine bindende Zusage noch nicht geben könne, sie möge sich am Nachmittag 4 Uhr im Wartesaal zweiter Klasse des Bahnhofs Friedrichstraße einstellen, er würde dann das Nähere mit ihr verabreden. Obgleich ihr diese Geschäftspraxis sonderbar vorgekommen sei, habe sie dennoch sich eingestellt und den Prinzipal auch dort getroffen. Dieser habe ihr bei einer Tasse Kaffee über ihr Aeußeres Schmeicheleien gesagt und ihr Zumuthungen gestellt, die sie mit ihrer Ehre unvereinbar hielt. Sie habe ihn entschieden abgewiesen und auf die Stelle verzichtet. Am 17. Navember wurde dieser Artikel im „Deutsch. Generalanz." abgedruckt und dabei gerügt, daß der Name des Prinzipals nicht genannt worden sei. Der „Generalanz." sei in der Lage, dies nachzuholen, der saubere Patron, der die schandbare Handlung begangen habe, sei der Kaufmann Max Manheim, Frankfurter Allee 85. Der so an den Pranger Gestellte war wie aus den Wolken gefallen. als ihm der Artikel zu Gesicht kam. Das einzig Wahre in dem Artikel war, daß er im September v. J. durch die „Voss. Ztg." eine Verkäuferin gesucht und gefunden hatte. Er erstattete gegen Sedlatzeck Anzeige wegen Beleidigung. Der Angeklagte sprach sein Bedauern darüber aus, daß er den Mittheilungen seiner sonst zuverlässigen Gewährsmänner Vertrauen geschenkt habe, er räume ein, daß der Zeuge Manheim sich eines guten Rufes erfreue und das Opfer einer Persanenverwechselung gewarden sei. Der Gerichtshof hielt mit dem Staatsanwalt die Fahrlässigkeit des Angeklagten für eine sehr grobe und ahndete sie mit 300 Mk. Geldstrafe.

Gegen den antisemitischen „Badischen Volksboten" in Heidelberg ist wegen Beschimpfung der israelitischen Religionsgemeinschaft die Anklage erhaben und die Nr. 2 des Blattes, welche den incriminirten Artikel „Jüdische Sitten und Gebräuche" enthält, beschlagnahmt worden.

Dresden, 26. Jan. Das hiesige Landgericht verurtheilte den antisemitischen Parteigänger Restaurateur Vetter wegen gewerbsmäßigen Wuchers zu 5 Monaten Gefängniß, M. 300 Geldstrafe und 1 Jahr Ehroerlust. Der Mann hat namentl ch Handwerker ausgebeutet und sich Zinsen aan 40—136 pCt. zahlen lassen.

Mannheim, 18. Januar. Der antisemitische Pfarrer und Dekan a. D. Einwächter, welcher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hüffenhardter „Heiligen- und Kirchen-Almasenfonds" Unterschlagungen in Höhe aon ca. 38,000 Mark begangen hat, ist zu sieben Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

Oswald Zimmermann und Jacques St. Cère. Mit Bezug auf die auch von uns mitgetheilte Erinnerung verschiedener Blätter an das frühere Verhältniß des Herrn Jacques St. Cère zu dem gegenwärtigen antisemitischen Reichstagsabgeordneten Oswald Zimmermann — namentlich wurden in der „Voss. Ztg." die intimen Vorgänge jenes Leipziger Kreises geschildert — sandte Zimmermann den „Dresd. Nachr." nachfolgende Berichtigung:

„In den „Dresd. Nachrichten" vam 17. Januar d. J. wird behauptet, daß zu der Zeit, wo der saubere Jude Jacques St. Cère recte Rasenthal unter dem Namen Armand als „wohlhabender junger Schriftsteller" in Leipzig lebte und mit Sacher-Masach, die sehr ausgesprochen philasemitische Zeitschrift „Auf der Höhe" herausgab, ich zu dem engsten Freundes- und Mitarbeiterkreise „Armand's" gehört und daß ich auch sanst an den Gepflagenheiten seiner Genassen Theil genammen hätte. Diese beiden Behauptungen sind unwahr. Ich bin allerdings kurze Zeit Mitarbeiter der Revue „Auf der Höhe" gewesen, habe aber niemals zu Armand's engstem (!) Freundeskreise gehört. Im Gegentheil habe ich im Jahre 1885 in den in der ehemaligen „Deutschen Refarm" und nachher als Braschüre erschienenen Artikeln „Sacher Masach's, „Auf der Höhe". Ein Beitrag zur Charakteristik der philosemitischen Presse" Armand-Rosenthal und seine Gepflagenheiten zuerst gekennzeichnet und var ihm gewarnt. Oswald Zimmermann."

Die Darstellung der „Vass. Ztg." hat Herr Zimmermann damit nicht widerlegt. So schrieb dieses Blatt am 14. Januar:

Schließlich veranstaltete am 27. Januar 1883 um 47. Geburtstage Sacher-Masoch's, auf Veranlassung jenes jetzt zum tapferen Antisemiten gewardenen Varsitzenden der academisch-litterarische Verein einen Festcommers, zu dem nicht blos zahlreiche Cammilitanen, sandern auch Dacenten der Universität erschienen.

Uebrigens ist St. Cère (-Rosenthal) Franzose und nicht Deutscher. Das „Valk" vam 24. Januar aeröffentlicht eine Zuschrift aus Nürnberg darüber, in der es heißt:

„Rosenthal ist thatsächlich in Paris gebaren. Am 17. August v. J. starb hier sein Vater Karl Rosenthal, der in der Matrikel des französischen Consulats hier als französischer Staatsangehöriger eingetragen war. Zum Zwecke der Erbschaftstheilung war nun Rosenthal gen. St. Cère persönlich hier und legte dem hiesigen Amtsgerichte einen Auszug aus dem Geburtsregister des 2. Arrondissements der Stadt Paris aom 20. September 1895 var, warin bestätigt ist, daß er am 9. Nav. 1855 in Paris gebaren ist. Ich habe den betr. Geburtsregisterauszug selbst gelesen. Ebenso ist seine jüngere Schwester (weitere Geschwister besitzt er nicht) in Frankreich, und zwar in Baulagne fur Seine geboren. Sein Name ist Armand Maurice Dieudanné Rasenthal, er selbst nennt sich Armand Jacques St. Cere. So viel ich weiß, ist es auch richtig, daß er in der französischen Armee gedient hat."

„Freideutschlands" Untergang. Abg. Prof. Dr. Paul Förster, erläßt falgende Erklärung:

„Die Zeitung „Freideutschland" ist aus dem Verlage einer Gesellschaft m. b. H., die aus Parteigenassen bestand, in die Hand eines einzelnen Besitzers übergegangen, der nicht verpflichtet ist, sie im Sinne unserer Grundsätze und Farderungen fartzuführen; die Zeitung darf sich alsa nicht mehr mit Fug und Recht als unser „Parteiblatt" ausgeben. Aus diesem Grunde habe ich auch untersagt, daß mein Name als der des „Begründers" der Zeitung fernerhin im Kopfe der Zeitung geführt werde; und wenn er dort weiterstehen sollte, sa geschieht das durch Mißbrauch. Die an dem Unternehmen Betheiligten haben zugleich mit dessen Aufgabe ins Auge gefaßt, ein anderes wohlvarbereitetes — eine gute valksthümliche Zeitung unserer Richtung — in etwa Jahr und Tag ins Leben zu rufen."

Finden sich wirklich nach Antisemiten, die ihr Geld in Zeitungsgründungen verlieren wollen?

Folgende Berichtigung enthält die „Molkerei-Ztg." Na. 4 (1896. S. 55):

Ihre Zeitung Nr. 52 von 1895 enthält einen — leider ananym N. R. unterzeichneten — Artikel: „Ueber die Gründung eines Butterringes in Braunschweig". Am Schlusse dieses Artikels werde ich wegen meiner kürzlich in Braunschweig eröffneten Zaeigniederlassung beschuldigt, daß ich die Preise drücke, „selbverständlich" ein Jude sei und in meinem „jüdischen" Geschäfte die Butter zu Schleuderpreisen und mit 1,05 Mk. pra Pfund anbiete.

Hierzu bemerke ich:

1) diese beleidigenden Aeußerungen sind zweifellas gegen mich und mein Geschäft gerichtet, da es weiter kein „erst kürzlich in Braunschweig etablirtes Geschäft" giebt;

2) in meinen Detailgeschäften in Braunschweig und Hannaver wird nur reine Naturbutter verkauft und wurde salche im Monat Dezember in verschiedenen Qualitäten zu 90, 100, 110 und 120 Pfg. pra Pfund angebaten, aber nie mit 1,05 Mk.

3) bin ich, der Firmeninhaber Otto Gattschalk, ein Christ, wie es von Alters her meine Varfahren auch waren.

Durch diese wahrheitsgemäße Erklärung sind die gehässigen Behauptungen jenes Artikels widerlegt.

Otta Gattschalk.

Aus dem Wahlkreis Halle-Herford. Uns fliegt — etwas spät zwar — ein Flugblatt auf den Tisch, das unter dem Titel „Liberal oder conservativ" von den Conseraatiaen für den Amtsgerichtsrath Dr. Weihe anläßlich seiner Candidatur in Herfard-Halle herausgegeben waiden ist. Die Anrede „Als echter Naaens-

berger, d. h. als vernünftiger Christenmensch" ist ganz köstlich. Wenn behauptet wird, „die Liberalen werden ihren jüngsten Sprößling (d. h. die Sozialdemokraten) als „Bein von ihrem Bein" vor jeder ernsten Unbill zu schützen suchen", so ist das eine arge Entstellung der Dinge. Die liberale Weltanschauung ist der sozialistischen diametral entgegengesetzt. Der Liberalismus verlangt aber Gerechtigkeit auch für die Sozialdemokratie.

Anonyme Briefe frechsten Inhalts, die von Juden herrühren sollten, werden von Zeit zu Zeit in Antisemitenblättern veröffentlicht. Wir erinnern z. B. an den Brief aus Höchst. Am 10. Oktober 1895 theilte das „Volk" einen Brief mit, den ein Jude an die antisemitische „Heimath" in Straßburg i. E. gesandt haben soll und der die liebliche Wendung enthält: „In fünfzig Jahren seid ihr unsere Knechte!" Der „Badische Volksbote" vom 30. Okt. druckte ebenfalls ein angeblich von einem Juden stammendes Schmähschreiben ab, das an eine antisemitische Redaction in Saaz gerichtet war. Auch hier heißt es u. A.: „Um schlau und geistreich zu sein, muß man als Jude das Licht der Welt erblickt haben".

Stammen diese Briefe ohne oder mit falschem Namen wirklich von Juden her? Die Antisemiten halten ja die Juden sonst für sehr klug, und solche Dummheiten müssen sie ihnen nicht zutrauen. Der Stil dieser Briefe verräth stets intime Kenntniß der antisemitischen Broschüren und die Schriftstücke gehen nach unserm Dafürhalten von antisemitischen Spitzeln aus.

Den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg nimmt die Partei Liebermann-Zimmermann bereits aufs Korn. Im Anschluß an eine Notiz über eine kürzlich in Arnswalde abgehaltene antisemitische Versammlung bemerkt die „Deutsche Wacht": Es sei schon jetzt fast mit Sicherheit vorauszusagen, daß Ahlwardt den Wahlkreis nicht behaupten wird, falls die Reformpartei einen eigenen Candidaten aufstellt.

München, 28. Jan. Ein Münchener Blatt, das stark in Antisemitismus macht, dessen Hauptredacteure als enragirte Antisemiten viel von sich reden gemacht haben, bringt heute eine Kritik der Vorgänge im antisemitischen Lager, in der es heißt:

„Der vom Cartographen Ludwig Wenng (dem Führer der hiesigen Antisemiten) ins Leben gerufene „Volksbund" scheint so sehr ein Bund ohne Volk gewesen zu sein, daß sein Gründer es für nöthig befunden hat, ihm jetzt einen neuen Namen zu geben und in „Bayerische Reformpartei" umzutaufen. Die Art und Weise, wie die nun wieder schlafengehende antisemitische Bewegung in München von einzelnen Personen zu rein persönlichen Zwecken ausgebeutet worden ist, hat bei selbstloseren Antisemiten eine Verstimmung hervorgerufen, welche zunächst in Zurückhaltung sich kundgab und selbst einen früheren Antisemitenführer zu dem Ausspruche veranlaßte, daß gewisse Geschäftsantisemiten weit schlimmer und ausbeuterischer seien, als die von ihnen bekämpften Juden; mindestens sollten diejenigen, welche die Juden bekämpfen, von Hause aus besser sein, als die Juden. Da nun, wie es scheint, mit dem „Volksbund" kein Geschäft mehr zu machen war, so probirt man es jetzt mit der Firma einer „Bayerischen Reformpartei" und schämt sich neuestens des Wortes „antisemitisch". Ueber die Reformen, welche von dieser Seite auf wirthschaftlichem Gebiete herbeigeführt werden wollen, kann man jedoch ebenso beruhigt sein, wie über die Leistungen, welche der jetzt selbstverworfene „Volksbund" nicht vollbracht hat".

Die Herren müssen ja einander am besten kennen!

Vermischtes.

Zur Beschimpfung von Religionsgesellschaften.

In einem Urtheile vom 4. Februar 1895 (Entsch. d. RGs. in Straff. Bd. 26 S. 435) hatte das Reichsgericht ausgesprochen, darin daß schmähende Angriffe gegen den Kapitalismus in die Form der zehn Gebote gekleidet worden sind, könne eine Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirchen und der jüdischen Religionsgesellschaft nicht gefunden werden. Die Begründung dieses Urtheils, das s. Z. Aufsehen erregte, liegt nun im Wortlaute vor, den wir hier mittheilen:

„Die angefochtene Annahme des ersten Richters beruht nach der Begründung des Urtheils auf folgenden Erwägungen: Die zehn Gebote gehörten zu den Einrichtungen der christlichen Kirche sowie der jüdischen Religionsgesellschaft. Der incriminirte Artikel enthalte eine Beschimpfung dieser Einrichtung, insofern die in der Zahl der Thesen, der Ueberschrift der Druckweise und vielfachen Redewendungen offensichtlich zum Ausdruck gebrachte Form der biblischen zehn Gebote, dieser religiösen und sittlichen Fundamentalsätze, zur Aufnahme eines im höchsten Grade antireligiösen, unsittlichen und zum Theil geradezu unflätigen Inhalts benutzt worden sei, da in dem incriminirten Abschnitt dem Kapitalismus unter anderem Mord, Diebstahl, Ehebruch und Prostitution imputirt würden. Hierbei sei es gleichgiltig, ob der Endzweck des Abschnittes die straflose Schmähung des Kapitalismus sei. Die Oeffentlichkeit der Beschimpfung folge schon aus der Versendung einer Anzahl von Exemplaren seitens des Verlegers. Der Verfasser habe offensichtlich damit gerechnet. Derselbe möge auch, als er die Kundgebung gewollt hatte, vor allem den Kapitalismus haben treffen wollen, mindestens aber sei er sich dabei dessen bewußt gewesen, daß der incriminirte Abschnitt zugleich eine Einrichtung der christlichen Kirche und der jüdischen Religionsgemeinschaft beschimpfe, da es sich hier nicht um eine Einkleidung der Gebote in scherzhafter oder wissenschaftlich gehaltener, sondern in einer ihrem Sinne diametral entgegengesetzten, rohen und cynischen Weise handle. Die in der Revision erhobene Rüge der rechtsirrigen Auffassung des § 166 St.-G.-B. „war für begründet zu erachten." Die zehn Gebote bilden keine Einrichtung der Kirche 2c., denn die zehn Gebote bilden nach ihrem äußeren und inneren Wesen nicht eine allgemeine Ordnung einer die Existenz, die Erhaltung und gedeihliche Entwickelung der christlichen Kirche oder der jüdischen Religionsgesellschaft betreffenden Angelegenheit dieser Kirche oder Religionsgesellschaft als solcher, sie wollen nicht deren Aufgaben, Interessen, Rechte und Pflichten, sowie ihr Verhältniß zu ihren Mitgliedern und nach außen regeln und festsetzen, sondern sie sind nichts anderes als ein Inbegriff, eine Zusammenstellung wichtiger rein sittlicher Grundsätze und Lehren der christlichen Kirche und der jüdischen Religionsgesellschaft. Der § 166 St.-G.-B. will aber nach seiner Fassung und Entstehungsgeschichte nicht die religiöse Lehre oder einzelne Sätze derselben als solche, als Dogmen gegen beschimpfende Angriffe schützen, sondern nur die christlichen Kirchen und die im Gefolge erwähnten Religionsgesellschaften als solche und deren Einrichtungen und Gebräuche. Eine Beschimpfung der Lehre oder einzelner Sätze derselben fällt daher unter die Strafvorschrift des § 166 St.-G.-B. nur dann, wenn der Thäter durch diesen Angriff die betreffende Kirche oder Religionsgesellschaft selbst beschimpfen wollte. Da das angegriffene Urtheil nach dieser Richtung Feststellungen nicht enthalte, müsse es aufgehoben werden.

Briefkasten.

H. 25, Der größte Margarinefabrikant in Deutschland, Abg. Mohr in Altona, ist Christ.

R. W. in **H.** In der Denkschrift über die Entwickelung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894—95 heißt es bei der Besprechung der Transportmittel in Deutsch-Ostafrika: „An thierischen Motoren stehen außer dem Neger in Ostafrika zur Verfügung der Ochse und der Esel, bez. das Maulthier". Auch wir können mit Ihnen in dieser Ausdrucks- und Anschauungsweise wenig Christliches entdecken.

E. G. in **Helouan** (Egypten.) Besten Dank für Ihre Mittheilung. Es freut uns, daß man auch im Lande der Pyramiden unser gedenkt.

R. W. in **H.** „Sie haben aus dem Kaiser von Oesterreich einen Agitator gemacht", rief Lueger anläßlich des letzten Parlamentsskandals in Wien. Diese „königstreue" Aeußerung hätte einmal ein „Judenblatt" wagen sollen!

Dr. H. L. in **W.** Der Secretär des sonst völlig unbekannten Anti-Judenbundes (Anti-Jewish League) in London wurde unlängst wegen Unterschlagung verurtheilt.

B. S. in **L.** Ein solcher Fall trug sich in Debreczin zu. Die beiden Brüder Ilie wurden daselbst verhaftet, weil sie in jüngster Zeit zwei Bären, die sie herumführten, mit Menschenfleisch gefüttert haben. Sie gestanden ein, vier Knaben eingefangen und den Thieren als Nahrung vorgeworfen zu haben. Der Fall erregte begreiflicherweise ungeheure Aufregung.

W. B. in **G.** Es ist gewiß von Interesse, daß ein jüdischer Schriftsteller Namens Burgheimer in einem Werke die Leistungen festgestellt hat, welche die Deutschen im amerikanischen Kriege vollbracht haben.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 6. Berlin, den 8. Februar 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn J. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Stöckers Austritt aus der conservativen Partei.

Am 1. Februar hat der geschäftsführende Elfer-Ausschuß der conservativen Partei Herrn Stöcker zum Austritt aus der conservativen Partei genöthigt. Ueber die Sitzung wird von dem amtlichen Parteiorgan, der „Conf. Corresp.", Nachstehendes veröffentlicht:

„Herr Hofprediger Stöcker erklärte sich bereit, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„In meiner Kirchenzeitung vom 25. Oktober v. J. habe ich erklärt, daß ich seit Jahr und Tag die Haltung des „Volk" gegenüber der conservativen Partei öfter scharf gemißbilligt habe; die Redaction des „Volk" hat diese Thatsache ausdrücklich anerkannt. Zugleich habe ich die Linie bezeichnet, auf welcher das „Volk" meines Erachtens sich halten muß. Nach den stattgehabten Auseinandersetzungen ist es selbstverständlich, daß ich das „Volk" zu meinen Veröffentlichungen erst dann wieder benutzen werde, wenn es die von mir bezeichnete Linie innehält."

Der Elfer-Ausschuß lehnte diese Form der Erklärung mit neun gegen zwei Stimmen ab; nahm dagegen mit derselben Stimmenmehrheit die nachstehende Fassung an:

„In Anbetracht, daß die Haltung, welche das „Volk" gegenwärtig in wichtigen Fragen einnimmt, mit conservativen Grundsätzen unvereinbar ist und die conservative Partei, der ich angehöre, schädigt, erkläre ich, daß ich mit diesem Blatte, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr besitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne."

Da Herr Hofprediger Stöcker sich außer Stande sah, dieser Fassung zuzustimmen, erklärte er seinen Austritt aus dem Elfer-Ausschusse.

Herr Stöcker hat zugleich seinen Austritt aus der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses angemeldet."

Aus dieser „Prozedur" — um einen Ausdruck des Herrn Stöcker befreundeten früheren Abg. Krug von Nidda zu gebrauchen — geht hervor, daß die Parteileitung die feste Absicht hatte, sich des Herrn Stöcker zu entledigen. Denn die von ihm verlangte Erklärung konnte er nicht unterschreiben, wollte er nicht jeden Respect bei Freund und Feind verlieren. Gern hat er freilich die Trennung von der Partei nicht vollzogen. Monate lang dauerten das Versteckspiel, das Laviren, die Zweideutigkeiten, der Versuch, es den Herren vom Vorstand recht zu machen. Herr Stöcker hat sein Leiborgan, das „Volk" verleugnet und abgekanzelt, er hat einen dicken Strich zwischen sich und den Naumannianern gezogen. Alles umsonst. Man forderte blinde Unterwerfung oder vielmehr Unmögliches. Stöcker sollte hinausgedrängt werden und schweren Herzens gab er die Position auf, an welche er sich mit der Kraft eines Verzweifelnden geklammert hatte. Nahm er doch sogar selber an der entscheidenden Abstimmung Theil; aber nur ein einziges Mitglied des Ausschusses (angeblich Frhr. v. Durant) trat auf seine Seite, und so erfüllte sich das Verhängniß. Wie sehr erschüttert die Stellung Stöckers war, beweist die Thatsache daß die Fraction des Abgeordnetenhauses einmüthig das Verhalten des Elfer-Ausschusses gebilligt hat.

Welches war die **Ursache** der „reinlichen Scheidung"?

Unseres Erachtens haben die Beziehungen Stöckers zum „Volk" lediglich den Vorwand abgeben müssen. In Wirklichkeit sind es zwei Momente, welche den Sturz Stöckers herbeigeführt haben.

In Stöcker sollte die **christlich-soziale** Bewegung getroffen werden. Er ist der Schöpfer dieser Bewegung, welche den reactionären agrarischen Junkern immer unbequemer geworden war. Das Vorgehen der Gruppe Naumann vollends brachte das Faß zum Ueberlaufen. Die Limburg-Stirum, Manteuffel und Genossen wissen sehr wohl, daß Herr Stöcker persönlich ihre Zirkel nicht stört. Durch Dick und Dünn ist er mit ihnen gegangen, ist jederzeit im Parlament für ihre Sonderinteressen eingetreten. Sie können es Stöcker aber nicht verzeihen, daß er der Vater jener sozialen Strömungen gewesen ist, die jetzt ihrer Herrschaft gefährlich zu werden drohen.

Es ist gesagt worden, die Scheidung sei deshalb erfolgt, weil Stöcker den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den Waffen des Geistes führen wolle, während die übrigen conservativen Führer den Kampf als eine „glatte Machtfrage" behandelten. Vergißt man denn, daß Stöcker neben dem geistigen Kampf stets Repressiomaßregeln und Ausnahmegesetze befürwortet hat? Es kann überhaupt nichts Verkehrteres geben, als in Stöcker einen Märtyrer freiheitlicher Ueberzeugung zu erblicken. Nicht blos von den „Jungen", sondern auch von denjenigen Christlichsozialen, als deren Organ das „Volk" anzusehen ist, unterscheidet sich Stöcker gerade durch seine politisch reactionäre Gesinnung. Er ist kein wahrer Freund des allgemeinen Wahlrechts, er hat vor Jahresfrist sogar mit Staatsstreichplänen sich befreundet.

Das zweite Moment, welches den Austritt Stöckers herbeigeführt hat, ist die Veröffentlichung des **Scheiterhaufen-Briefes**

Man ist in den leitenden conservativen Kreisen nicht Willens, durch die Aufrechterhaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Stöcker sich die Gunst des **Monarchen** zu verscherzen. Und den begeisterten Verehrern des Fürsten **Bismorck** in den Reihen der Conservativen ist Stöcker, seitdem seine früheren Machinationen gegen den Altreichskanzler enthüllt sind, kein willkommener Parteigenosse mehr.

Die **Tragweite** des Ereignisses, welches ein begreifliches Aufsehen gemacht hat, ist noch nicht in ihrem ganzen Umfange zu übersehen. Für die conservative Partei bedeutet der Austritt Stöckers, auf welche Ursachen er auch zurückzu-

zuführen sein mag, jedenfalls einen großen Verlust. Er war unstreitig ihr bester Redner im Parlament und einflußreichster Agitator im Lande. Gewisse Volkskreise, bei denen Hr. Stöcker immer noch großes Ansehen genießt, werden nunmehr ihrem Führer folgen und für conservative Wahlen nicht mehr zu haben sein. — Den Rath des „Reichsboten", sich von der Politik zurückzuziehen, wird Stöcker nicht befolgen, sein Landtagsmandat legt er nicht nieder.

Es wird geflissentlich verbreitet, Stöcker werde mit den Conservativen gute Kameradschaft halten, die Trennung sei schiedlich friedlich vor sich gegangen &c. Das sind natürlich nur Beschönigungsversuche. Hrn. Stöckers Bestreben wird es vor allen Dingen sein, eine Machtstellung zu erringen, die es ihm gestattet, mit seinen bisherigen Parteigenossen einen „Ton" zu reden. Ob ihm das aber gelingen wird, ist sehr fraglich.

Zu den Conservativen sind alle Brücken abgebrochen. Er werde sich an die Spitze der christlichsozialen Partei stellen, so war dieser Tage in manchen Blättern zu lesen. Giebt es denn aber heute eine einige christlichsoziale Partei? Eine Kluft trennt Stöcker aus den oben angedeuteten Gründen insbesondere von der aufstrebenden Naumannschen Richtung, der geschworenen Feindin des Junkerthums. Hierzu kommt noch, daß Naumann von dem Antisemitismus nichts wissen will.

Das bringt uns zu der Frage, mit welcher wir unsere Betrachtungen schließen wollen: Welchen Einfluß wird die Entfernung Stöckers aus der conservativen Partei auf die antisemitische Bewegung haben?

Stöckers Stellung zur Judenfrage hat, darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit, mit dem Austritt nichts zu thun. Das Tivoliprogramm hat die Partei zu einer ausgesprochen antisemitischen gemacht und sie wird auch ohne Stöcker diesen Charakter beibehalten. Hr. Stöcker aber dürfte, um für seine neue „Partei" Propaganda zu machen, die von ihm in den letzten Jahren etwas vernachlässigte antisemitische Agitation wieder lebhafter betreiben. Es ist anzunehmen, daß er zu diesem Zwecke mit den „reinen" Antisemiten Fühlung suchen wird.

Die „Germania" und der „christliche Staat".

Die fromme „Germania" erhitzt sich in No. 19 v. 24. 1. 96 über einen Vortrag des R.-A. Sonnenfeld, der im „Centralverein deutsch. Staatsb. jüd. Gl." den Stand der factischen und der gesetzlichen Rechtsgleichheit der Juden in Deutschland besprach, und dabei äußerte: „Deutschland sei kein christlicher Staat, diese Bezeichnung sei vielmehr eine conservativ-antisemitische Gepflogenheit."

Daß diese Sätze den alten Entrüstungssturm der „Germania" gegen den verstorbenen Culturkampf wieder herauswecken würden, war vorauszusehen. Interessant ist nur, mit welcher Unbefangenheit besonders zwei Behauptungen daran geknüpft werden, nämlich erstens:

> „Gleichberechtigung haben die Juden seit 1869 erlangt, volle Gleichberechtigung, die nicht nur auf dem Papier steht"

und zweitens:

> „. . . als der Culturkampf den Katholiken nicht nur die Gleichberechtigung verweigerte . . . da bildeten die Juden die Avantgarde (!) und erwarben sich so den kriegerischen Lorbeer, der ihnen auf den Schlachtfeldern in Frankreich nicht zu Theil geworden war."

Wir wollen auf die Bosheit der letzten Worte nicht mit gleicher Münze erwidern, es ließen sich sonst recht anmuthige Dinge beibringen. Richtig ist nur, daß den Juden trotz Muth und Aufopferung der Lorbeer seltener zu Theil wurde, als Anderen, die ihn nicht immer schwer errungen haben.

Aber davon abgesehen ist jene erste Behauptung durchaus eine Unwahrheit. Denn z. B. unter den Verwaltungsbeamten sind (in Preußen wenigstens) überhaupt keine Juden, unter den Richtern viel weniger als es dazu taugliche Männer unter jenen giebt, und deshalb, nicht aus Vorliebe, sind sie in der Anwaltschaft so zahlreich vertreten. Vom „Reserve-Lieutenant" wollen wir gar nicht sprechen — es wäre ja besser, diese Function würde nur als eine große Pflicht, wie früher, und nicht als eine begehrenswerthe Quelle für allerhand Eitelkeiten betrachtet.

Eingehendere Widerlegung erfordert aber die zweite Behauptung. Hier muß scharf unterschieden werden zwischen den Forderungen beider Minderheiten in Deutschland. Wenn die Juden auch bei uns die Zulassung zu Aemtern und Würden nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten erstrebten, so geschah das, rein praktisch betrachtet, in Folge der auch auf die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ausgedehnten allgemeinen Wehrpflicht. Diese durchaus demokratische Einrichtung hat Deutschland vor dauernder Fremdherrschaft bewahrt. Diejenigen nun, denen man erlaubte, an der Ehrenpflicht der Vertheidigung des Vaterlandes theilzunehmen, mußten naturgemäß nach der rechtlichen auch die thatsächliche Gleichstellung verlangen. Die Katholiken aber waren als solche im bürgerlichen Leben und im Staatsdienst niemals zurückgesetzt, denn man wird doch nicht die Anstellung katholischer Beamten nach der confessionellen Bevölkerungszahl der Verwaltungsbezirke verlangen wollen. Diese äußerliche Parität wäre eine grobe Unbilligkeit gegen diejenigen Theile des Volkes, in denen großentheils mehr geistige Arbeit geleistet wird, als in manchen überwiegend katholischen Landestheilen.

Wohl sind Peter Reichensperger und andere unbefangene Katholiken, ebenso die „Köln. Volkszeitung" für die Gleichberechtigung der Israeliten ebenso gut eingetreten, wie die große Anzahl von Protestanten, welche die fromme „Germania" zufällig alle zu erwähnen vergißt — wir dürfen nur auf Gneist oder Gustav Freytag hinweisen. Aber für diese Hülfe ist das Judenthum keiner der beiden Kirchen, wohl aber jenem Kern des Christenthums verpflichtet, der ewig und göttlich ist. Aber dafür „Dank vom Hause Juda" einzufordern, wie die „Germania" sagt — nein, Gerechtigkeit läßt man sich nicht bezahlen, sie versteht sich von selbst!

Wenn es gelänge, das Deutsche Reich in diesem Sinne zu einem christlichen Staat umzugestalten — wir hätten nichts dagegen. Aber wie weit wir leider noch davon entfernt sind, das zeigt am grellsten der Versuch der „Germania", Männern wie Lasker und Bamberger nachzusagen, sie hätten, nachdem die Befreiung der Juden gelungen sei, nun Vorspanndienste geleistet, um andere Menschen zu unterdrücken. Diese Verleumdung ist zu niedrig, um sie zu widerlegen.

R.

Der Schulchan-Aruch in der 2. sächsischen Kammer.

In der 33. Sitzung vom 28. Januar fand, wie bereits kurz erwähnt, in der 2. sächsischen Kammer eine Schulchan-Aruch-Debatte statt. Der Berichterstatter Abg. Hering beantragte namens der Deputation aus den schon in der Berathung der Ersten Kammer hervorgehobenen Gründen in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Die Debatte eröffnete:

Abg. Dr. Mehnert (cons.): Die Petition habe schon anderen Parlamenten vorgelegen und sei vom preußischen Herrenhaus der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Um die Petition zu verstehen, müsse man sich fragen, was ist der Schulchan-Aruch, was steht darin, haben die Vorschriften gesetzgeberische Kraft für die israelischen Mitbürger, und wer hat die Uebersetzung zu veranlassen? — Der Schulchan-Aruch sei ein Auszug aus dem Talmud und zerfalle in vier Bücher, die Vorschriften über häusliches Leben, rituelle Satzungen, Civil-, Straf- und

Eherecht enthielten. Wer aber genau sagen könne, was darin stehe, würde sich eine Prämie verdienen. Auch innerhalb der israelitischen Kreise herrschten Differenzen darüber, was der Schulchan-Aruch alles enthalte, ein Professor habe einen Theil übersetzt, man habe aber gesagt, die Uebersetzung sei nicht richtig. Wenn man meine, die Israeliten brauchten keine Uebersetzung, weil sie hebräisch verständen, so sei das falsch; nur wirkliche Schriftgelehrte verständen das alte Hebräisch, in dem der Talmud geschrieben sei. Die Beunruhigung über das, was möglicherweise darin stehe, müsse verschwinden. Entweder werde sich zeigen, daß nichts Gravirendes drinn stehe: dann sei es gut, auch für die Israeliten, wenn man das Odium beseitige, das man heute vielfach aus dem Schulchon-Aruch gegen sie ableite, oder es werde sich zeigen, daß Lehren darin enthalten seien, die sich mit den christlichen Lehren und Gesetzen nicht vertrügen: dann habe man ein Interesse, dies zur erfahren. Daß der Schulchan-Aruch wenigstens noch beschränkte Geltung habe, habe sich aus Vorgängen in Baden von 1895 gezeigt. Dort sei vom Oberrath der Israeliten der in der Handelsschule zu Gaiblingen als Schulbuch gebrauchte Auszug des Schulchon-Aruch geprüft worden. Jeder der drei Herren des Oberraths sei in seinem besonderen Gutachten zu dem Schluß gekommen, daß sich dieser Auszug als Schulbuch nicht eigene wegen einzelner Bestimmungen des Eherechts und besonders wegen der Lehren vom Akum. Was das Wort Akum eigentlich heiße, sei bestritten, die judenfreundlichsten Gelehrten übersetzten es mit „götzendienerischer Heide". Gegen den Akum erlaube nun der Schulchan-Aruch die Anwendung einer ganz anderen Moral als gegen die Juden und stoße gegen ihn auch Verwünschungen und Verächtlichungen aus. Das alles aber sei bestritten und ungewiß. Diese Ungewißheit müsse aufhören. Wer solle nun diese Ungewißheit beseitigen? Die einzelnen Staaten des Deutschen Reiches seien christliche Staaten, für jeden sei es von Interesse zu wissen, was für die Staatsbürger seines Landes Gesetz sei. Mit der Uebersetzung werde man der Allgemeinheit einen großen Dienst leisten. Er sei der Meinung, mon müsse der Regierung Gelegenheit geben, sich mit dieser Froge zu beschäftigen. Dies könne man thun, wenn man zunächst die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme überweise. Fruchte dies nicht, so könne man ja später die Petition zur Erwägung überweisen. Er beantrage also, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abg. Theuerkorn (Antis.): Der Vorredner habe die Kammer über den Inhalt des Schulchon-Aruch aufgeklärt. (Abg. Goldstein: Das hat er nicht gethan.) Wenn es heiße, selbst der das Hebräisch verstehe, verstehe deshalb nach nicht den Schulchan-Aruch, so sei eine authentische Uebersetzung um so mehr wünschenswerth. Auch der Umstand, doß die Juden und ihre Freunde energisch gegen jeden Versuch zur Erlangung einer solchen Uebersetzung agitirten, müsse für die Nothwendigkeit einer solchen sprechen. Wenn in der Ersten Kammer gesagt worden sei, die Vorschriften des Schulchan Aruch hätten für das moderne Judenthum keine Geltung mehr, so treffe das nicht zu, wie schon aus der Mittheilung des Vorredners hervorgehe, doß diese Vorschriften sogar in einer Handelsschule zur Grundlage des Unterrichts dienten. Er — Redner — könne aber noch andere Beweise bringen dafür, daß diese Vorschriften noch Geltung hätten; so sage der Robbiner Dr. Wagner in Magdeburg in einem Artikel eines Conversationslexicons, der Schulchan-Aruch sei als Richtschnur der religiösen Lehre angenommen und in Oesterreich sei von jüdischer Seite darum petirt worden, den Schulchan-Aruch als Gesetzbuch für die inneren Angelegenheiten des Judenthums anzuerkennen. Man sage auch, es handele sich nur um religiöse, nicht um Rechts- und Moralfragen in dem genannten Buche. Aber Religion und Gesetz stammten bei dem Judenthum aus einer Quelle, beides ließe sich da nicht trennen. Man würde irren in der Annahme, daß nur religiöse Dinge in dem Buche behandelt würden; um das zu beweisen, verliest Redner einige übersetzte Stellen, bei welchen es sich um dos Verhalten der Juden gegenüber dem „Akum" (Ungläubige, Nichtjuden &c.) handelt und in welcher es als erlaubt angesehen wird, den „Akum" zu betrügen, wenn er es nicht merke. Man habe es hier mit Vorschriften zu thun, welche für eine die ganze Welt umfassende Gemeinschaft Geltung hätten und die mit allen Mitteln gegen die Herstellung einer authentischen Uebersetzung ankämpfe. Warum man keine derartige Uebersetzung habe zu Stande kommen lassen, darüber könne man manches mittheilen. Eine private Uebersetzung habe keinen Werth. Man könnte die Aufgabe vielleicht dem Orientalischen Seminar in Berlin zuweisen. Gegenüber einer privaten Uebersetzung werde immer wieder der Streit auftauchen, ob das oder jenes richtig oder falsch sei, und wenn die Juden ein gutes Gewissen hälten, so müsse eine solche authentische Uebersetzung auch von ihnen erstrebt werden. Redner beantragt

> die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag fand nicht die genügende Unterstützung und wurde deshalb nicht weiter discutirt.

Abg. Dr. Schill (Nationallib.): Er welle die Mittheilung des Dr. Mehnert über die parlamentarischen Schicksale der Petition noch dahin ergänzen, doß sie die zweite badische Kammer auf sich beruhen habe lassen. Das sei interessant, gerade wegen der Vorgänge, die Dr. Mehnert aus Baden angeführt habe. Diese Vorgänge seien ihm nicht bekannt gewesen, der Schulchan-Aruch sei auch kein Schulbuch. Dr. Mehnert habe angeführt, man wisse nicht, was im Schulchan-Aruch stehe, hat aber doch soviel verrathen, daß recht schlechte Dinge darin stünden. Wer sich aber damit beschäftigt habe, wisse, daß derartige Sachen und Sätze, wie sie auch Abg. Theuerkorn angeführt habe, nur aus dem Standpunkt der Zeit, zu der sie geschrieben worden seien, verständlich seien, daß sie unseren heutigen Anschauungen aber widersprächen. In Münster und Bonn hätten zwei aufregende Beleidigungsprocesse über eine Broschüre, betitelt „100 Sätze des Judenthums", gespielt, an die sich auch eine wissenschaftliche Controverse geknüpft hätte; davon, daß der Schulchan-Aruch aber jetzt noch Gesetz sei, sei nicht die Rede. In dem Processe sei als Sachverständiger der Prof. Gildemeister vernommen worden. Dieser sei seiner Ueberzeugung nach — denn er habe sein Gutachten mit einer gewissen Animosität abgegeben — kein Judenfreund und habe doch festgestellt, doß in Staaten wie den unsrigen, solche Vorschriften, die unseren Anschauungen widersprächen, gar nicht durchführbar seien, auch wenn es die Juden wollten und daß sich eine große Anzahl von Juden äußerlich und innerlich von solchen Anschauungen losgesagt hätten, so daß sie derartige Anschauungen auch nicht mehr moralisch als Gesetz betrachteten. — Er frage weiter, was solle denn die Uebersetzung bezwecken? Bringe sie schlechte Dinge zu Tage, so würde man gegen das Judenthum nichts gewinnen. Die Juden würden sagen, das seien überwundene Dinge, erklärlich nur aus mittelalterlichen Gesetzen und Verhältnissen. Dr. Mehnert verlange, daß der Staat untersuche, aus welchen moralischen Beweggründen seine Bürger sich bei ihren Handlungen leiten ließen. Dazu habe der Staat gar keine Befugniß. Der christliche Staat habe nur dafür zu sorgen, doß seine Gesetze nach christlichen Grundsätzen aufgestellt würden und er habe zu strafen, wo die Moral sich in Handlungen umsetze, die seinen Gesetzen widersprächen. Das thue er jetzt schon. Es sei nur daran zu erinnern, wie in der Untersuchung gegen einen katholischen Geistlichen im Elsaß wegen Falscheides der Geistliche mit seiner Vertheidigung, er habe nach den Anschauungen seiner Kirche das, was er verschwiegen habe, nicht sagen dürfen, nicht gehört worden sei. — Was solle es nun heißen, wenn der Staat eine „authentische Interpretation" herstellen solle. Das könne er gar nicht, weil die Regierung weder in ihrer Gesammtheit, noch in ihren einzelnen Mitgliedern im Stande sei, das Zweideutige, Zweifelhafte und Bestrittene zu entscheiden und die Entscheidung als authentische dem Volke vorzusetzen. Ein Uebersetzungsconsortium könnten sich die Petenten für eigenes gutes Geld selbst schaffen. Jede Uebersetzung werde aber eine wissenschaftliche Arbeit bleiben und als solche stets der wissenschaftlichen Kritik unterworfen bleiben und angefochten werden können. Eine Uebereinstimmung der Wissenschaft, was das Wort „Akum" bedeute, sei bis jetzt nicht erzielt worden, so werde man eine unbedingt maßgebende Uebersetzung erst recht nicht erlangen. Auch das Orientalische Seminar sei keine Stätte für die Uebersetzung. Dieses Seminar beschäftige sich nur mit den neueren orientalischen Sprachen und mache sie für den auswärtigen Dienst nutzbar. Eine authentische Uebersetzung zu schaffen, sei unmöglich, sie werde nicht als bindend anerkannt werden und sei daher nutzlos. Man wolle das Geld besser anwenden. (Beifall.)

Abg. Goldstein (Soz.): Er habe nach den Verhandlungen in der Ersten Kammer und nach den Ausführungen des Abg. Dr. Schill nur noch wenig zu sagen. Unter den Gelehrten sei man noch nicht einmal darüber einig, was am Schulchan-Aruch echt, was unecht sei: es liege auch keine Veranlassung zu einer solchen Uebersetzung aus Staatsmitteln vor. Von allen Juden kenne kaum der hundertste Theil das Buch. Insofern der Antrag aber eine antisemitische Tendenz habe, liegt erst recht für Sachsen kein Grund vor, die Uebersetzung zu veranlassen, weil auf 1000 Einwohner nur 2 Juden kämen, und selbst in den Städten sei die Zahl der Juden relativ gering. So möchte er wissen, für wen man diese Uebersetzung machen wolle. Die angeführten Beispiele würden viele nicht als richtig übersetzt gelten lassen. Die Aeußerungen bedeutender protestantischer Theologen müßten doch genügen, die Behauptung, daß eine solche Uebersetzung nothwendig sei, zu widerlegen, er werde aus den angeführten Gründen für den Deputationsantrag stimmen. Wenn Herr Graf zur Lippe in der Ersten Kammer gesagt habe, wenn auch nur ein Jude an das Gesetzbuch glaube und es zur Richtschnur für seine Moralanschauungen mache, so müsse es übersetzt werden, so sei das doch etwas zu weit gegangen. Wenn er — Redner — aber einen Wunsch äußern solle, so sei es der, daß unsere deutschen Gesetzbücher und die gerichtlichen Urtheile in besserem Deutsch und in gemeinverständlicher Sprache abgefaßt werden möchten. Auf diesem Gebiete werde gerade von den Juristen viel gesündigt. Den Schulchan-Aruch solle man lassen, wo er sei, er gehöre nach Krakau, nicht nach Sachsen.

Abg. Dr. Minckwitz (Fortschr.): Auch in Deutschland hätten die mittelalterlichen Gesetze viel sonderbare Sachen enthalten. Er erinnere nur an die Hexenprozesse. Wenn ein Jude jemanden über das Ohr haue, so verfalle er unserem Strafgesetzbuch. Sei der Inhalt des Schulchan-Aruch aber so geheimnißvoll, daß ihn nur wenige Juden kennten und eigentlich niemand ihn verstehe, so sei das famos. Er stimme für den Deputationsantrag, denn der Antrag Mehnert enthalte ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen unsere jüdischen Mitbürger.

Abg. Dr. Mehnert: Allerdings sei der Schulchan-Aruch kein Schulbuch, aber der an der Handelsschule zu Gaiblingen gebrauchte habe einen Extract der Lehren enthalten. Er habe auch nicht behauptet, daß der Schulchan-Aruch etwos Gravirendes enthalte, sondern darauf hingewiesen, daß das alles bestritten und zweideutig sei. Wenn man behaupte, daß sich die Mehrzahl der Juden äußerlich und innerlich vom

Schulchan-Aruch losgesagt hätte und daß nur 1 Prozent der Juden ihn überhaupt kennten, so könne man für diese Behauptung auch nicht einen Schimmer von Beweis erbringen. Man habe wohl Interesse daran, daß man wisse, was den Kindern in der Schule für moralische Vorschriften gelehrt würden, man wolle ja von nationalliberaler Seite auch nicht, daß die Kinder sozialdemokratische Lehren erhielten. Eine authentische Interpretation, wie Dr. Schill gemeint habe, solle der Staat gar nicht geben, er solle nur für eine objective Uebersetzung Sorge tragen. Ihm sei wohl bekannt, daß die Zweite Kammer in Baden die Petition habe auf sich beruhen lassen, das sei aber bei der Zusammensetzung dieser Kammer gar nicht zu verwundern. Dagegen habe das preußische Herrenhaus, das ebenso viel Bedeutung wie die Badische Kammer habe, der Regierung die Petition zur Berücksichtigung überwiesen.

Abg. Dr. Schill: Er wolle sich nicht über die Vorzüge der badischen Zweiten Kammer oder des preußischen Herrenhauses unterhalten. Er habe nur einen Ausspruch des Prof. Gildemeister angeführt und überlasse es der Kammer, den Werth desselben zu beurtheilen. Was die Schulbücher betreffe, so sei es allerdings Pflicht der Regierung, wenn die jüdischen Schulbücher Dinge enthielten, welche mit unseren gegenwärtigen Sittlichkeitsanschauungen in Widerspruch ständen, die Sache zu prüfen, und man könne sich wohl darauf verlassen, daß dies aufs beste besorgt werde. Interessant sei es, wie die Vertheidiger des Antrags Mehnert sich das Wort „authentisch" auslegten. Man substituire demselben jetzt das Wort „objectiv". Eine Commission aber, die eine objective Uebersetzung liefern sollte, könnten sie sich selbst schaffen, indem sie aus privaten Mitteln Sammlungen für diesen Zweck veranstalteten und die Leute auswählten, welche sie für objectiv erachteten, ob es gelinge, erscheine auch zweifelhaft. Aber zwischen einer objectiven und einer authentischen Uebersetzung sei ein Unterschied; denn eine objective Uebersetzung sei eben eine wissenschaftliche Arbeit, die der Kritik unterliege; damit werde man nie auf den Standpunkt kommen, auf ein absolut unangreifbares Werk hinweisen zu können. Für den Staat verspreche er sich davon keinen Nutzen

Die Debatte wurde alsdann geschlossen, der Antrag Mehnert, die Petition der Königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, mit 40 gegen 29 Stimmen abgelehnt, der Deputatonsantrag angenommen.

Zur Abwehr.

Zur Criminalität der Juden. In den beiden Großherzogl. hessischen Strafanstalten (Zuchthaus Marienschloß und Zellengefängniß Butzbach) befinden sich zur Zeit unter mehr als 600 Sträflingen nur 5 Israeliten: 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Betrugs, 1 wegen sittlichen Vergehens bestraft. Der Seelenzahl nach hätten es in Hessen 24—26 sein müssen.

Ein jüdischer Fabrikant. Die Zeitung „Wochenblatt und Anzeiger für Ernstthal, Hohenstein, Oberlungwitz" vom 16. Nov. 1895 enthielt folgendes Eingesandt.

Schon seit längerer Zeit geht die Weberei in Hohenstein-Ernstthal so flott, wie es überhaupt noch nicht dagewesen ist. Es erscheint keine Nummer dieses Blattes, sowie auch des Hohensteiner Tageblattes, wo nicht Arbeit ausgeboten wird, und alle Arbeiter möchten Tag und Nacht arbeiten, um die Fabrikanten zufrieden zu stellen. So erfreulich das gewiß für Jedermann ist, so möchte der Schreiber dieses doch auch noch auf etwas aufmerksam machen, was bis jetzt die Herren Fabrikanten vergessen zu haben scheinen, nämlich eine kleine Lohnerhöhung zu machen, damit die Arbeiter auch einen kleinen Antheil am flotten Geschäftsgang haben. So viel mir bekannt geworden, hat bis jetzt blos die eine Firma P. & M. in Hohenstein eine Lohnzulage von circa 5% gemacht und zwar schon vor einigen Monaten. Nachfolger haben sich bis jetzt noch nicht gefunden. Es ist sicherlich nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, die andern (christlichen) Fabrikanten könnten auch mehr geben, es ist blos eine kleine Vergeßlichkeit ihrerseits, oder warten sie blos darauf, bis sie daran erinnert werden? Nun, so mögen sie dies Eingesandt als Erinnerung ansehen. Sollten sich die Herren Fabrikanten hierdurch veranlaßt fühlen, das bis jetzt Versäumte nachzuholen, so möchte ich blos noch bitten, nicht blos mit 5, sondern mit mindestens 10—15% anzufangen, es wäre sicherlich keine Sünde.

Ein Weber.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Petitionscommission des Reichstages verhandelte am 5. Februar über eine Petition, welche die **Uebersetzung des Schulchan-Aruch** auf Reichskosten verlangt. Der bekannte Talmudgelehrte der conservativen Fraction, Frhr. v. Langen beantragte, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Commission beschloß indeß, nach dem Antrage des sozialdemokr. Abg. Tutzauer, die Petition für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären.

Die Antisemiten unter sich. In der „Deutschen Wacht" des Abg. Zimmermann vom 2. Februar lesen wir:

„Die „Dresd. Nachr." bringen in ihrer Nummer 31 vom 1. Februar an leitender Stelle einen Artikel gegen die deutsch-soziale Reformpartei und deren Vertreter, der in allen seinen Theilen so unter aller männlicher Würde und Ehrlichkeit steht, daß wir nicht in der Lage sind, an dieser Stelle uns ferner mit diesem Blatte zu beschäftigen, dessen einziges Bestreben die Einführung des Gassenjungentones in der deutschen Presse zu sein scheint. Wer so schamlos zu lügen und zu verleumden versteht, hat das Recht auf die Achtung verloren, die für jeden ehrlichen politischen Meinungsaustausch nothwendige Voraussetzung ist. Sunt pueri pueri, pueri puerilia tractant — und mit Buben sich zu schlagen, ist deutscher Männer unwürdig!"

Des „Deutschen Volksrechts" Ende. Das Ahlwardt-Böckel-Bodecksche Organ ist nunmehr eingegangen. Auch der „Deutsche Gastwirth" hat es nicht länger halten können. Den „noch verbliebenen kleinen Abonnentenstamm" versucht Herr v. Mosch in Hamburg für seine „Reform" anzuwerben.

Für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl im vierten Hannoverschen Wahlkreise, dessen bisheriger Vertreter Wamhoff (nationalliberal) angesichts der zu erwartenden Kassirung der Wahl sein Mandat niedergelegt, haben die Antisemiten und der Bund der Landwirthe den Maurermeister Weidner-Osnabrück als Candidaten aufgestellt. — Im Jahre 1893 wurden abgegeben 10642 nationalliberale, 10978 welfische, 3296 sozialdemokratische, 475 freisinnige und 309 antisemitische Stimmen. Wamhoff siegte dann in der Stichwahl mit 13420 Stimmen über den welfischen Candidaten, welcher 13250 Stimmen erhielt.

Ein hervorragender Agitator der sächsischen Conservativen, ein Kämpfer für Religion, Sitte und Ordnung, Frhr. v. Schorlemer, ein Sohn des verstorbenen Centrumsführers, ist wegen **Wechselfälschungen,** deren Gesammtbetrag sich auf 80000 Mk. belaufen soll, in Großenhain verhaftet worden. Er ist schon vor einiger Zeit durch Ehrengerichtsbeschluß aus dem Offiziercorps ausgeschlossen worden. — Wie die sächsischen Blätter melden, hat der conservative Landesverein Sachsens die Absicht gehabt, zu Regelung der Verhältnisse v. Schorlemer's einen Betrag von 20000 Mk. herzugeben, als es sich aber herausstellte, daß diese Simme auch nicht annähernd hinreichte, die Gläubiger zu befriedigen, soll davon Abstand genommen sein. Wie dem auch sei, jedenfalls bildet der Fall Schorlemer nicht erst seit wenigen Tagen ein dunkles Blatt in der Geschichte des conservativen Landesvereins Sachsens. v. Schorlemer war früher Offizier eines sächsischen Reiterregiments, mußte aber wegen Wechselschwindeleien über Nacht seinen Abschied nehmen und nach Amerika flüchten, wo er abwechselnd als Droschkenkutscher, Dienstmann, Handwerker 2c. sein Leben fristete. Da von einer Anzeige Abstand genommen war und seine Verwandten die sogenannten „gefährlichen Sachen", aus der Welt geschafft hatten, so konnte Schorlemer vor einigen Jahren unbehelligt wieder in sein Vaterland zurückkehren. Er verheirathete sich mit einer angeblich steinreichen Wittwe und wurde von den sächsischen Conservativen mit offenen Armen empfangen, denen er besonders im Kampfe gegen die deutschsoziale Reformpartei Dienste leistete.

Die Conservativen suchen den Herrn Baron von ihren Rockschößen abzuschütteln. Dem tritt die antisemitische „D. Wacht" mit folgenden Ausführungen entgegen:

„Die Conservativen verbreiten die Unwahrheit, Hr. v. Schorlemer habe längst nichts mehr mit der conservativen Partei zu thun. Ja, der conservative Landesverein besitzt sogar den — Muth, uns eine die Verbreitung dieser Unwahrheit bezweckende Berichtigung zu-

gehen zu lassen. Wir hatten kurz berichtet, uns jeder weiteren Bemerkung enthaltend: „Der bekannte Führer der sächsischen Conservativen, Hubert Freiherr v. Schorlemer ist am Sonnabend Abend zu Großenhain in Wechselsachen verhaftet worden". Darauf schreibt uns der conservative Landesverein, Herr von Schorlemer sei bereits seit Wochen aus dem conservativen Landesverein ausgeschieden, und habe irgend welche Vertrauensstellung nicht mehr bekleidet. Dem hatten wir Folgendes entgegen: 1. Im Organ des Landesvereins, dem „Vaterland", ist diese wichtige Thatsache noch nicht bekannt gegeben worden. 2. Der conservative Verein zu Großenhain hat erst am 4. Februar den Austritt Schorlemers in einer Erklärung angezeigt. 3. Noch in jüngster Zeit wurden Versammlungen bekannt gemacht, in welchen v. Schorlemer sprechen sollte. Als Grund seines Nichterscheinens wurde „Heiserkeit" angegeben, nicht sein Austritt aus dem Landesverein. 4. „Der sächsische Erzähler", Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Bautzen u. s. w., schrieb noch am 28. Januar in einem Berichte über die ordentliche Generalversammlung des conservativem Vereins im 3. Reichstagswahlkreise: In einer Beleuchtung der allgemeinen politischen Lage und insbesondere der letzten Landtagswahlen hob der Herr Redner (Oberst z. D. von Schwanewede) das selbstlose Verhalten des Herrn v. Schorlemer-Alst in Großenhain hervor, welcher, ursprünglich im 3. städtischen Wahlkreise Bischofswerda als conservativer Candidat aufgestellt, zu Gunsten des mehr Aussichten auf Erfolg bietenden Herrn Huste-Bischofswerda zurückgetreten ist und seine Kraft für den letzteren Herrn widmete, so auch gewiß wesentlich zu dessen Wahlerfolg beitrug. Der Vorsitzende dankte Herrn v. Schorlemer unter dem Beifalle der Versammlung im Namen des Vereins". So berichtete ein conservatives Amtsblatt am 28. Januar, drei Tage vor der Verhaftung des Herrn v. Schorlemer! — Es ist recht undankbar, wenn der Landesverein Herrn v. Schorlemer, einen bewährten Führer und Agitator, besonders gegen das sächsische Landtagswahlrecht so schroff zu verleugnen sucht. Es ist das um so undankbarer, als Herr v. Schorlemer der fleißigste Mitarbeiter des conservativen Landesorganes war. Es handelt sich ja auch nach dem conservativen Moralcodex der „Dresd. Nachrichten" nur um „ein nicht ganz einwandfreies Vorkommniß", angeblich um Wechselfälschungen im Betrage von etwa 80000 Mark. Thatsache ist, daß Herr v. Schorlemer jahrelang der rührigste Agitator der conservativen Partei war neben Herrn Böhein".

Lauban, 2. Februar. Bei ihrer ersten Vorstellung in Lauban, welche die Görlitzer Antisemiten am 11. Dezember v. J. veranstaltet hatten, sprach Obermeister Schumann aus Berlin. Am Schluß brachte der Vorsitzende, Major a. D. Schmidt aus Görlitz, statt des sonst üblichen Hochs auf den Kaiser ein „Heil" aus. Der zur Berichterstattung anwesende freisinnige Redacteur Meister vom „Laub. Ta ebl.", der ein Hoch erwartet und sich bereits erhoben hatte, setzte sich während des zweiten und dritten „Heil"rufes nieder, weil er das — in den vom Antisemitismus durchseuchten Gegenden als spezielles Erkennungswort der Antisemiten gebrauchte — „Heil" als eine speziell antisemitische Demonstration erkannte. Die Antisemiten beuteten den Vorgang zu einer Denunziation wegen Majestätsbeleidigung gegen den unbequemen Gegner aus. Das eingeleitete Ermittelungsverfahren ist jedoch nach Klarlegung des Sachverhalts durch die Vernehmung mehrerer Zeugen und des Beschuldigten von der Staatsanwaltschaft in Görlitz eingestellt worden.

Der bekannte antisemitische Hetzpfarrer Deckert in Wien hatte zu seinem Vertheidiger in dem letzten Prozeß einen getauften Juden, Dr. Max Anton Löw gewählt. Im „Vaterland" und in der „Reichspost" veröffentlicht nun Pfarrer Deckert eine Erklärung, in welcher er seinen Vertheidiger wider die gegen ihn gerichteten, „bei Juden selbstverständlichen schmählichen Angriffe" in Schutz nimmt und ihn als „einen begeisterten und zugleich hochtalentirten Anhänger der christlich-sozialen Partei, den dieselbe als einen ihrer Besten zu schätzen allen Grund hat", lobpreist. Die Erklärung schließt mit folgendem Satze: „Geradezu unvernünftig, ja lächerlich finde ich es, wenn man mir als Racenantisemiten den Vorwurf macht, den Mann zum Vertheidiger gewählt zu haben; man kann Racenantisemit sein, ohne auf dem zwar radicalen, aber recht talmudischen Standpunkt der Race zu stehen." Also man kann Racenantisemit sein, ohne — Racenantisemit zu sein, meint Herr Dr. Deckert und diesen Racenstandpunkt erklärt er dann für einen „echt talmudischen." Demnach wäre es also eine Art Verjudung des Antisemitismus, wenn man sich gegenüber den Juden auf den Standpunkt der Race stellt?

Der Assessor Wollstein aus Nakel ist seinen im Duell mit dem Gutsbesitzer Ritter davongetragenen schweren Verletzungen (s. No. 4 der „Mitth.") erlegen. Der unglückliche Ausgang des Zweikampfes hat, wie dem „Berl. Localanzeiger" gemeldet wird, den Gegner R. in hochgradige nervöse Erregung versetzt. R. war, nachdem der Transport des Schwerverletzten von Nakel in ein Berliner Krankenhaus erfolgt war, nach Berlin nachgereist, wo er ernstlich mit Selbstmordgedanken umging. Bevor Wallstein starb, hat noch eine Aussöhnung der beiden Gegner stattgefunden.

Vom Petroleumring. Im vorigen Jahr war die ganze antisemitische Presse in einer großen Aufregung. Rothschild sollte sich an die Spitze des Petroleumringes gestellt haben; der kleine Mann müsse jetzt groschenweis dem „Juden Rothschild" seine Petroleumsteuer zahlen, dieser verdiene an dem Geschäft 300 Millionen Mark u. s. w. Daß diese Nachrichten falsch waren, haben wir mehrfach betont und den christlich frommen John Rockefeller als die Seele des Petroleumringes bezeichnet. Die antisemitische „Deutsche Wacht" des Herrn Zimmermann veröffentlicht nun am 5. Februar einen Vortrag, den Dr. A. Olinda im Gewerbeverein zu Dresden gehalten hat und der über den Petroleumring folgendes aussagte:

Die gewaltigste Entwickelung hat die Standard Oil-Company, wie sich der Petroleumring in Nordamerika nennt, genommen. Mit ihm innig verknüpft ist John Rockefeller, der kühn, schlau, berechnend, unternehmend, sich vom Buchhalter einer kleinen Raffinerie zu fürstlicher Gewalt emporgeschwungen hat. 1872 gründete er eine eigene Oil-Company und verstand es sehr bald, sich von den Eisenbahnen bedeutende Frachtermäßigungen zu verschaffen. Da daran auch andere Gesellschaften theilhaftig werden wollten, so vereinigte er dieselben zu eben jener weltbeherrschenden Standard Oil-Company. Bald emanzipirte sich jedoch Rockefeller auch von der Abhängigkeit der Eisenbahnen, indem er directe Rohrleitungen von den Oelquellen nach den Haupt- und Hafenstädten legen ließ. So stand Rockefeller bereits 1881 als allmächtiger Dictator der amerikanischen Oelindustrie da, denn die übrigen Gesellschaften sahen sich allmählich gezwungen, sich von ihm ins Schlepptau nehmen zu lassen. Aber damit läßt sich ein Rockefeller nicht genügen, er strebt vielmehr danach, das Petroleummonopol von Amerika und Europa an sich zu reißen.

Das Dresdener Blatt hätte sich schon im vorigen Jahre über den Petroleumring orientiren können. Aber der Haß macht eben blind.

Vermischtes.

In Betreff der jüdischen Lehrkräfte an den Volksschulen Berlins ist nunmehr, wie die „Freis. Ztg." meldet, beim Magistrat das erwartete neue Rescript des Cultusministers eingetroffen. Es sollen künftig in den Volksschulen Berlins jüdische Lehrkräfte nur so weit zur Verwendung kommen, als der jüdische Religionsunterricht mit sich bringt. Jede jüdische Lehrkraft hat mindestens 12 Religionsstunden zu ertheilen. Nur für die darüber hinausreichende Stundenzahl dürfen jüdische Lehrkräfte auch zum Unterricht in anderen Disziplinen verwandt werden. Das Rescript verbietet zwar nicht schlechthin die Verwendung jüdischer Lehrkräfte zum Unterricht in der Geschichte und im Deutschen. Es wird aber verlangt, daß bei der Aufstellung der Lehrpläne die Verwendung jüdischer Lehrkräfte in diesen Disziplinen möglichst vermieden wird. Namentlich fürchtet der Minister, daß bei dem Unterricht jüdischer Lehrer in der geschichtlichen Darstellung der erhebende Eindruck der Kreuz-

züge auf die kindlichen Gemüther abgeschwächt werden könnte. Außerdem sollen die städtischen Behörden jährlich die Lehrpläne und die Statistik über die jüdischen Kinder und die jüdischen Lehrkräfte mittheilen. Es wird also inhaltlich genau dasjenige aufrecht erhalten, worüber Magistrat, Stadtverordnete und Schuldeputation Beschwerde geführt haben.

Der Deutsche als Prügeljunge. Wie der Christ in Deutschland in dem Juden seinen Prügeljungen sieht, den er für allen Schaden verantwortlich macht, so spielt der Deutsche die gleiche Rolle in Rußland. Wie klug das der Pole, der den Deutschen und Russen gleich haßt, zu benutzen weiß, das erzählt Friedrich Meyer von Waldeck, der 22 Jahre Chefredacteur der „Deutschen Petersburger Ztg." gewesen ist, in seinem Werke „Unter dem russischem Szepter" (Heidelberg 1894). Einen großen Theil der Schuld an dem Haß der Russen gegen die Deutschen schreibt er der Wühlarbeit der Polen zu. Den schlagendsten Beweis dafür liefert der revolutionäre polnische Katchismus, welcher, von den russischen Sicherheitsbehörden aufgefunden und bereits im Jahre 1863 veröffentlicht, doch nur wenigen der Getäuschten die Augen geöffnet hat. Es heißt dort § 11: „Bist Du unter Russen, so schildere stets die Deutschen als die Hauptfeinde der Russen und Polen und sage, daß sie um politischer Zwecke willen das freundschaftliche Verhältniß zwischen jenen beiden Völkern stören. Der Russe haßt den Deutschen und glaubt das gern. Es ist dies das beste Mittel, um Dein eigenes Treiben zu verdecken, und Du schläferst den Feind ein, indem Du ihn Deiner aufrichtigen Freundschaft versicherst. In allen Fällen, wo Deine Pläne an den Tag kommen, wälze die Schuld auf Deutsche! Dadurch giebst Du dem Schlage eine andere Richtung, vernichtest den einen Feind durch den anderen und lenkst den Verdacht von Dir ab." Und im § 13 hieß es: „Hast Du es mit einem starken und schlauen Feinde zu thun, der Dich erräth, so strebe auf alle Weise danach, ihn zu vernichten, und wähle zu diesem Zwecke das zuverlässigste Werkzeug: einen einflußreichen Deutschen. Der Deutsche wird Dir bei seinem Widerwillen gegen das russische Element helfen. Dein Feind fällt und glaubt, daß deutscher Einfluß seinen Fall bewirkt habe. Hiermit beweisest Du noch deutlicher, daß der wahre Feind der Russen der Deutsche ist. Du selbst bleibst unverdächtig und machst Dir aus dem Feinde einen Freund und eifrigen Beförderer Deiner Pläne."

Selten wird die Entstehung von nationalem Haß so klar aufgedeckt wie hier. Vielleicht regt es manchen Antisemiten an, zu untersuchen, auf welche Art sein eigener Judenhaß entstanden ist. Ebenso wie er die Entstehung des Wortes „die Deutschen sind die wahren Feinde der Russen" controliren kann, ebenso wird ihm die seines antisemitischen Leitmotivs: „Die Juden sind unser Unglück" klar werden.

Lueger und das Duell. Nicht blos in seinen Anschauungen über die Judenfrage, sondern auch in seiner Stellung zum Duell hat Lueger bemerkenswerthe Wandlungen durchgemacht. Ende der achtziger Jahre forderte Lueger den Abgeordneten Wrabetz zum Duell heraus; Anfang der neunziger erklärte er auf eine Forderung des Herrn Etienne, daß ihm seine Stellung als Katholik den Zweikampf verbiete. Als Lueger den Abg. Wrabetz forderte, war er schon „vereinigter Christ", seine veränderte Stellung zum Duell hatte daher mit dem Erwachen seines katholischen Bewußtseins kaum etwas zu thun. Vielmehr läßt sich die Stellung Luegers aus den Eigenschaften seiner Gegner erklären. Etienne hatte ihn gefordert, war also augenscheinlich bereit, sich zu duelliren. Wrabetz war als grundsätzlicher Gegner des Duells bekannt, er hatte kurz vorher eine Forderung des Abg. Pattai nicht angenommen. Lueger forderte also denjenigen, der als grundsätzlicher Gegner des Duells bekannt war; als er selbst gefordert wurde, verbot ihm sein — Gewissen als Katholik, sich zu duelliren.

Arischer Thierschutz. Im Oktober 1895 waren gelegentlich einer in Berlin stattgefundenen Hundeausstellung wiederum eine Reihe Thierkämpfe angekündigt, bei welchen Hunde auf lebende Füchse und Dachse gehetzt werden. Im Anfang dieses Jahres ist es den Bemühungen der Thierschutzvereine gelungen, hier und da im Reiche, auch in Berlin, wenigstens Erschwerungen dieses immer mehr in Mode kommenden „Preisschliefen" herbeizuführen. Allerdings begnügte sich die Polizei in den meisten Fällen, den Ausschluß der Oeffentlichkeit und die Ueberwachung dieser nach dem Urteil von Fachleuten völlig zwecklosen Grausamkeiten zu verfügen. Die jenem unmenschlichen Sport — denn weiter ist es nichts — huldigenden Kreise pflegen es, wie das „Volk" (5. Oct. 1895) schreibt, so darzustellen, als handle es sich für die kämpfenden Thiere nur um ganz harmlose, ihre Rauflust befriedigende Balgereien. Schon die in den Jagd- und Hundesportzeitungen veröffentlichten Schliefensberichte freilich strafen diese Behauptungen Lügen. Wir lassen den einem Lokalblatt entnommenen Bericht eines Augenzeugen der letzthin in Düsseldorf abgehaltenen Preisschliefen folgen.

„In Hufeisenform war ein an beiden Enden offener Kanal in den Boden gebaut worden, ein Bursche brachte einen Fuchs, der zwischen Hals und Kopf an einer Zange hochgehoben war; schon diese thierquälerische Art des Transportes mußte sittlichen Abscheu wachrufen. Der Fuchs wurde in die Mündung des Kanals gelegt; jetzt wurde der Hund in die Röhre gejagt, der Fuchs suchte sein Leben durch Abwehren und Beißen so theuer wie möglich zu verkaufen; der Eigenthümer des Hundes hetzte denselben um des Preises willen immer wieder von neuem an, die Gabel wurde aus dem Kanal gezogen und es begann ein erbitterter Kampf zwischen Beiden. Hatten sich Hund und Fuchs nicht derart an einander gebissen, daß sie weder vor noch rückwärts konnten und der Kanal deshalb aufgebrochen werden mußte um die wüthenden Thiere zu trennen, so trieb der Hund den Fuchs am andern Ende des Kanals hinaus und der Fuchs lief in der Manege, gefolgt von dem Hunde, so lange umher, bis der Bursche ihn mit der Zange aufgekniffen hatte. Zwischen den Zwangseisen gequetscht, lag der Fuchs alsdann wehrlos, und über ihn fiel der aufgeregte Hund her. Oft hatten sich Hunde und Fuchs derartig ineinander verbissen, daß sie nur mit Stäben und durch Aufgießen von Wasser getrennt werden konnten. So dauerte das Schauspiel vor Frauen und Kindern von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr; immer wieder wurden neue Hunde in den Bau gelassen und halbtodte Füchse durch andere ersetzt. Wir haben Leute gehört, welche den abgesperrten Raum mit dem Ausruf verließen: Wie entsetzlich! Sollte nicht Recht, Gesittung und Menschlichkeit es den Behörden zur Pflicht machen, endlich einmal im Umsichgreifen dieses grausamen Sportunfugs auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Einhalt zu gebieten?"

Die russischen Juden als Soldaten. Wie in früheren Jahren machen die den Juden feindlichen russischen Blätter jetzt wieder bei Gelegenheit der Reerutirung von 1895 viel Geräusch, wegen der hohen Zahl von jüdischen Recruten, die nicht zum Appell erschienen wären. Und doch ist schon oft erklärt worden, daß der große Prozentsatz der fehlenden Israeliten nichts mit dem Widerwillen der Juden bezüglich ihrer Militärpflichten zu thun hat, sondern lediglich daher rührt, daß die Militärverwaltung in ihren Listen die Namen der jungen Leute beibehält, die längst verstorben, oder auf der Liste ihres neuen Aufenthaltsortes verzeichnet stehen, und von Recruten, welche schon eingeschrieben und in ihrem Geburtsort eingezogen sind.

Der „Odesski Listok" vom 5./17. Dezember schreibt darüber Folgendes:

Die augenblicklich projectirte Volkszählung wird den Juden ermöglichen, sich von dem ungerechten Schimpf rein zu waschen, der ihnen wegen Umgehung des Militärdienstes angethan wird. Zu gleicher Zeit werden diejenigen Recruten, welche zu einer ganzen oder theilweisen Befreiung des Dienstes berechtigt sind, nicht mehr gezwungen, — wie dies nur zu oft in diesem Jahre der Fall war —, die Lücken durch den

Tod der Glaubensgenossen, welche noch in den militärischen Recrutirungslisten stehen, auszufüllen. Es gehört eine große Unverfrorenheit dazu, zu behaupten, daß diese Listen regelmäßig geführt werden und die diesbezüglichen Klagen der Juden unberechtigt sind. Wenn die bekannten Blätter dem Fehlen zahlreicher jüdischer Recruten das Erscheinen fast sämmtlicher christlichen Recruten entgegenstellen, vergessen sie hinzuzufügen, daß unsere Popen wahre Standesbeamte sind, die mit der größten Ordnung die Geburts- und Sterberegister führen, wogegen dies bei den Juden nicht der Fall ist. Die mit diesem Amt betrauten Rabbiner versehen es schlecht oder verstehen es nicht. Ihre Register müßten vor Allem durchgesehen werden, und deren regelmäßige Führung alsdann Männern anvertraut werden, die in der Lage sind, ihren Posten auszufüllen; auch müßte eine Vernachlässigung ihrer Pflicht eine strenge Strafe zur Folge haben. Die Juden bitten schon längst um diese Reform; jedoch hört man nicht auf sie und zieht es vor, ihnen Mangel an Patriotismus vorzuwerfen.

Der Engländerhaß. Daß wir mitten in einer chauvinistischen Zeit stecken, beweisen die zahllosen Haßideen, an denen jede Nation krankt. Jetzt ist der Engländer an der Reihe. Das französische Antisemitenblatt Drumonts, die „Libre Parole“, schrieb jüngst in einem Artikel u. A.:

„Wie ein Lauffeuer verbreitete sich der Haß gegen England durch die Welt; bald flackert er in Amerika auf, bald in Afrika, jetzt wieder in Europa. Wird man das Spiel Englands begreifen? Während alle Welt gespannt auf die Vogesen blickt, wie oft habe ich es bereits wiederholt: Und England? Haben wir mit dem keine Rechnung auszugleichen? . . .

. . . Mitschuldige der Depeschenfälscher, Begünstiger der Anarchie, bereit, aus jedem Conflict ihren Vortheil zu ziehen, mit Falschheit, wie einst die Carthager, sich mit ihren Verträgen abfindend, haben die Engländer es verstanden, sich eine Art Weltherrschaft zu erringen durch die Macht ihrer Capitalien und haben ihren Londoner Geldmarkt auf die Höhe der Macht gebracht, indem sie die überseeischen Länder mit schlechtem Gelde bezahlen, sich selbst aber in Gold bezahlen lassen, dies Gold, das in Asien sozusagen verboten ist und kaum noch außer in England, Frankreich und Deutschland bei den Gläubigernationen der ganzen Welt zu finden ist. . . .

. . . Wenn wir uns nur entschließen können, unsere hypnotisirten Augen von dem Loch in den Vogesen abzuwenden, bei Gott, wir werden unsern Erbfeind eher in London als in Berlin finden. Lassen wir unsere Gedanken an 1870 einmal schweigen, und wir finden Ruhe für eine ausgleichende Bewegung. England ist es, das bei uns den jüdischen Redpilz eingeschleppt hat, das Vorspiel aller Krankheiten, an denen unser schönes Land leidet, an denen unser ehemals so mächtiger Handel dahinschwindet.

Im Anschluß an diesen Hetzartikel Drumonts erklärt der österreichische Antisemit E. Vergani in seinem „Deutschen Volksblatt“:

Diejenigen antisemitischen Kreise Frankreichs aber, welche die Judenfrage durchaus als eine wirthschaftliche und Rassenfrage auffassen, haben sich schon längst daran gewöhnt, den schlimmsten Gegner Frankreichs in England zu sehen, dessen System der capitalistischen Unterjochung des ganzen Erdballs ihnen, man möchte sagen, als das lebendig gewordene jüdische Prinzip erscheint“.

Nach dieser antisemitischen Logik sind die germanischen Engländer die — Juden der Erde. Man sieht, aus dem Antisemitismus als Rassenfrage entwickeln sich Rassenantipathien großen Stils. Die sie riefen, die Geister, werden sie nicht los. Haß muß Haß erzeugen.

Juden als Landwirthe in Amerika. Ueber die jüdische Ackerbaucolonie in Woodbine schreibt die „New-Yorker Staatsztg.“ vom 28. Okt. 1895:

Die Ansiedlung von jüdischen Einwanderern behufs Betreibung der Landwirthschaft in diesem Lande bot zur Zeit, als diese Einwanderer in Massen hierher strömten, so viele Schwierigkeiten dar, daß die Herren, welche darin die geeignetste Lösung des Problems der Unterbringung der Einwanderer suchten, fast entmuthigt die Arbeit sinken ließen. Und doch zeigte sich mit der Zeit, daß die Juden für den Ackerbau sich ebenso befähigt zeigten, als für irgend einen anderen Lebensberuf, daß sie eine Thatkraft, eine Zähigkeit und Ausdauer entwickelten, welche einen gesicherten Erfolg nach sich ziehen mußte, und daß daher in dieser Richtung segensvolle Resultate zu erwarten seien. Die Woodbine Colonie in New Jersey, gegründet inmitten einer Wildniß vor einigen Jahren durch den Moritz von Hirsch-Fonds, eine blühende Ansiedlung jetzt, legt Zeugniß davon ab, wie rasch diese Leute den amerikanischen Geist des rastlosen Aufwärtsstrebens durch eigene Arbeit eingesogen haben und mit dem amerikanischen Culturleben sich verschmelzen. Die Umgangssprache unter den Leuten ist meistens Englisch, der Jargon-Dialekt ist im Schwinden begriffen. Es wird aber auch bald ein Fabrikstädtchen da entstehen, wie das in allen amerikanischen Landansiedelungen sich so rasch entwickelt. Schon ist eine Maschinenwerkstätte da, eine dreistöckige Kleiderfabrik, eine Korbflechterei und andere Fabriken. Auch ein Badehaus ist da für kalte, heiße und Duschbäder, eine öffentliche Bibliothek und sonstige Anstalten, das Leben angenehm zu machen, und die Kolonie zu einem echten Heim zu gestalten.

Rembrandt ein Jude! Man wird sich wohl noch des großen Aufsehens erinnern, das vor einigen Jahren das Buch „Rembrandt als Erzieher“ machte, in dem der große nordische Maler als der Germane schlechtweg, als Typus der Race erschien. Gerade die Racen-Antisemiten waren es, die dieses Buch als eine Art Evangelium ihrer Weltanschauung für sich reclamirten. Es gäbe nun wirklich keinen besseren Spaß und keine gelungenere Satyre auf die Racentheorie als den Beweis, daß Rembrandt selbst ein Jude, ein Vollblutjude gewesen sei. Diesen Beweis hat jetzt ein Amerikaner, der Friedensrichter Osias U. Morary in Boston, allen Ernstes angetreten in dem Buche „Rembrandt a Jew? A critical disquisiton“. (Boston 1894,) Und wenn auch die Beweisführung Morary's — der nebenher bemerkt ein guter Christ und Mitglied der methodistischen Gemeinde von Westhill Square ist — oft sehr künstlich ist, so vermehrt dieses originelle Buch die Reihe der großen Namen, die jüdischer Herkunft sein sollen (Napoleon, Pius IX., Reuchlin, Calvin, Garibaldi, Thiers u. a. m.).

Nationaler Eifer. In dem Telegramm an den Präsidenten Krüger, das der österreichische Antisemit K. H. Wolf als Obmann des „Vereins der Deutsch-Nationalen“ in Oesterreich gesandt hat, heißt es:

An den ehrenfesten Präsidenten der Südafrikanischen Republik, Prätoria, Transvaal, Südafrika. Unsere deutschen Herzen jauchzen vor Freude und Befriedigung über den glorreichen Sieg, welchen unsere Stammesbrüder im fernsten Süden Afrikas, tausende von Meilen von uns entfernt, über eine Freibeuterschaar errungen haben, welche sie in ihrem ruhigen Besitze und angestammten Erbe stören wollte. Da hat sich deutsche Kraft wieder gezeigt in ihrer Tüchtigkeit und Unüberwindlichkeit. Wir, die wir selbst mit Slaven und anderen fremdartigen, culturell minderwerthigen Stämmen in einem Staatswesen leben und einen schweren Kampf um unser Dasein zu kämpfen haben, wir können die Freude verstehen, welche Sie und Ihre Volksgenossen erfüllt haben muß, als es Ihnen gelang, die frechen Eindringlinge zum Teufel zu jagen.

Leider vergessen die Antisemiten, daß die „Freibeuterschaar“ oder „frechen Eindringlinge“ Engländer, d. h. auch Stammesbrüder sind.

Ein „jüdischer Deserteur“ wird gesucht — so ist jetzt in antisemitischen Blättern zu lesen. Ueber Deserteure wird öfter berichtet, ohne daß dabei die Confession besonders vermerkt wird. Weshalb machte man bei einem jüdischen Deserteur eine Ausnahme? Das hätte doch nur einen Sinn, wenn die jüdischen Soldaten zu den Deserteuren einen größeren Prozentsatz stellten, als ihre christlichen Kameraden, was wir zu bezweifeln Ursache haben. Es wäre interessant, hierüber Authentisches zu erfahren.

Unter sich. Seitdem die christlich-sozialen Antisemiten Oesterreichs durch Dr. Lueger große Fortschritte errungen haben, stehen die deutsch-nationalen Antisemiten Schönerers grollend abseits. Bitter befehden sich beide Richtungen. Das hat wieder eine Rede gezeigt, die ein Anhänger Schönerers, der Redacteur der „Ostdeutschen Rundschau“, K. H. Wolf, jüngst hielt, eine Rede, die allerhand Intimitäten zum Vorschein brachte. K. H. Wolf wünscht unter anderem, daß der Wiener Antisemitismus sich rein erhalte, daß er nicht vor dem Taufbecken Halt mache, daß nicht ein getaufter Jude und nicht ein verjudeter Christ Herausgeber christlicher Tagblätter werden können. Mit dem getauften Juden scheint Herr K. H. Wolf den Herausgeber der antisemitischen „Reichspost“, einen Herrn Weimer-Spitzer, zu meinen, und wenn wir nicht irren, will er als „verjudeten Christen“ den Herausgeber des „Deutschen Volksblatts“, Vergani hinstellen. Ob das richtig ist, darüber

können ja die Herren Weimar-Spitzer und Vergani den Herrn K. H. Wolf selbst befragen, nach dessen Anschauungen noch einige andere Antisemiten, wie z. B. Dr. Parzer, Dr. M. Löw, Dr. K. Schwarz 2c., vermöge ihrer Herkunft und trotz des Taufbeckens nicht berufen wären, sich als Zierden der Partei zu geriren. Auch der Mechaniker Ernst Schneider benimmt sich keineswegs nach dem Geschmacke des Herrn K. H. Wolf; ihm ist er zu „rüpelhaft“ und die Rüpelhaftigkeit sei im Kampfe nicht nothwendig. Weniger hat dem Ernst Schneider allerdings schon lange Niemand nachgesagt, als daß er sich eines rüpelhaften Tones befleißigt. Herr K. H. Wolf weist auch die von Doktor Lueger hochgehaltene Bundesgenossenschaft der Klerikalen zurück. „Die Deutschnationalen dürfen nicht den Platz räumen den Christlich-Sozialen und etwa der Katholischen Volkspartei; sie dürfen nicht ruhig zusehen, wie ein Kaplänchen um das andere — namentlich in den letzten Tagen der Frauenversammlungen — sich in den Vordergrund schiebt.“ Zum Schlusse dieser so offenherzigen Mittheilungen kam dann eine Drohung an die Adresse Dr. Lueger's daß er keine klerikale Rede mehr im Musikvereinssaale halten werde, widrigenfalls ihm die Deutschnationalen ihre Stärke zeigen und ihm die Zähne weisen würden. Unter dem Drucke der Deutschnationalen habe Lueger sich nachdrücklich als Deutschen und Nationalen bekannt, aber es gebe trotzdem zwischen ihm und den Deutschnationalen „viel mehr des Trennenden, als des Gemeinsamen“, und sie stünden jetzt zu ihm zum Sturze Badeni's. Herr Dr. Lueger dürfte über diese Rede kaum sehr erfreut sein.

Urteutonischer Blödsinn. Ein jetzt wenig mehr gelesenes deutschnationales Blatt in Graz des österreichischen Antisemiten Schönerer tischt ihren Lesern folgendes Schriftstück zum deutschen Reichsjubiläum auf:

„Reindeutsch und alldeutsch! So muß das Schlachtgeschrei aller germanischen Gaurotten heißen, oder wem unser Sprüchlein besser gefällt: Durch Reinheit zur Einheit. Der Aelpler ruft's gen Helgoland, der Wasgauer zum Eisernen Thore und der Rütlihirt sag's dem Ostseefischer. Dann wird's ein liebes Raunen werden und die Seelen werden auffliegen zum dämmernden Festmorgen der Deutschheit und die Sippen aufbrechen zum letzten Germanenzuge. Da ist der neue Polarstern, nach dem zu steuern ist. Unsere Sagenberge dürfen zu keinen Sagengrüften werden. Noch ist nicht der Heerschild an den dürren Birnbaum des Walserfeldes gehängt worden, Mitgard, das Reich der Mitte, Germanien in seiner Gesammtheit also noch nicht geschaffen. Denken und sinnen wir daher einstweilen diese grüne deutsche Hoffnung durch in unseren Feiertagsstunden und halten wir unser Gemüth hübsch warm und frisch. Unser heimliches Glück aber kleiden wir in die Worte der Hoffnung: Alldeutschland Heil! Auch am deutschen Kaisertage sei so gerufen und gemahnt. Möge der neue Magnetberg recht viele deutsche Herzen in seinen Bann ziehen. Graz, in der 12. Rauhnacht 2009 (!) F. X. W—sl.“

Dazu schreibt das gleichfalls antisemitische „Deutsche Volksblatt“ Verganis höhnisch: „Die beste Sache wird durch sich breitmachendes Narrenthum herabgesetzt und verfällt einfach der vollständigen Lächerlichkeit. Sicher wird auch bei dem Lesen dieses albernen Schwulstes, der wahrscheinlich „urdeutsch“ sein soll, ein convulsivisches Gelächter nicht ausgeblieben sein. Wann mag der Durst dieses „rothhaarigen Barbaren“ zu Ende sein? Wohl nie! Oder trinkt er nur Milchkaffee, den ihm seine „frouwe“ jedenfalls mit den Worten vorsetzen muß: „Trinke teutscher Teuterich two Tossen teutsche Tunke!“

Briefkasten.

Berichtigung. Die Namen Shilling in der Liste der jüdischen Krieger, die in der vorigen Nummer als Verwundete und Decorirte genannt worden, sind in „Stilling“ umzuändern.

D. C. in **Berlin**. Nicht ein Herr Burgheimer, sondern ein Herr Heimburger (Jude) hat in einem Werke die Leistungen festgestellt, die die Deutschen im amerikanischen Kriege vollbracht haben. In Amerika wurde den Deutschen vorgeworfen, sie seien schlechte Soldaten, ein Vorwurf, den wir ja als antisemitische Variante kennen. So suchte im Jahre 1884 (s. „Globus“ 1864. Bd. 5, S. 142) der „New-Yorker-Herald“ zu beweisen, daß die Deutschen im Yankeelande ganz miserable Soldaten seien und in Europa auch nicht viel besser wären. Ferner führte der „Herald“ den Satz aus, daß ein Irländer tapferer sei und im Kampfe mehr leiste, als drei der besten deutschen Soldaten; das habe sich bei Waterloo gezeigt und doch habe man in Deutschland so viel Aufhebens von der preußischen Tapferkeit bei Waterloo gemacht!

Uebrigens hat jetzt Simon Wolf ein Buch über den „amerikanischen Juden als Patrioten“ herausgegeben (The American Jews as Patriots, Washington 1896), auf das wir zurückkommen werden.

S. in **H.** „Schorers Familienblatt“ (1885, Beilage Nr 20) schreibt über Oswald Zimmermann und Sacher-Masoch: „Der Verfasser der „Seelenfängerin“ (eben S.-Mas.) hat seine Aufgabe nicht nur als Poet, sondern auch als Kulturhistoriker glänzend gelöst. Wie hier, so hat es, wie Osw. Zimmermann in seinem bemerkenswerthen Buche „die Wonne des Leids“ hervorhebt, S.-M. in allen seinen Novellen verstanden, das dämonische Unenträthselte, Elementarische der weiblichen Kultur, was den Mann jeden Augenblick mit Unheil bedroht, lebenswahr zu zeichnen.“

Dr. S. In Preußen kaum. Dagegen wird uns mitgetheilt, daß der zum Vorsitzenden des Schwurgerichts am Landgericht Nürnberg, welches am 2. März zusammentritt, bestimmte Oberlandesgerichtsrath Berlin Jude ist.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 18.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 7. Berlin, den 15. Februar 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate
kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Der Vorstand des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus"

hat sich neu constituirt und seinen Bericht erstattet. Dem im vorigen Jahre verstorbenen allverehrten Vorsitzenden Wirklichen Geheimen Rath von Gneist widmete der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Rickert unter warmer Zustimmung der anderen Vorstandsmitglieder einen herzlichen Nachruf. Er erinnerte dabei namentlich an die Rede, die Rudolf v. Gneist in der letzten von ihm geleiteten Generalversammlung des Vereins vom 28. November 1893 gehalten hat. Gneist war der Antisemitismus in innerster Seele zuwider; er hielt es für seine Pflicht, ihn aus Gründen der Gerechtigkeit und der Humanität zu bekämpfen. „Wir leben — sagte Gneist damals — in einer aufgeregten Zeit. Eine kleine Minorität von Staatsbürgern wird zur Zeit mit Entstellungen, Verleumdungen und Hetzereien aller Art verfolgt. Es war deshalb geboten, daß aus den Kreisen der Gesellschaft gegen den Antisemitismus Front gemacht wurde. Früher glaubte man freilich, der liebe Gott und der Staat helfe schon, man brauche sie nur walten zu lassen. Nun, der liebe Gott sorgt für uns nur, wenn wir unsere Schuldigkeit thun. Und so haben wir uns vor drei Jahren entschlossen, diesen Verein in's Leben zu rufen, um unsererseits zur Bekämpfung der dunklen Mächte des Antisemitismus beizutragen. . . . . Manchmal hat man ja die Meinung ausgesprochen, man solle die Hände ruhig in den Schooß legen, die Bewegung würde sich schon wieder verlaufen. Gewiß, m. H., das hoffe ich auch, aber wir müssen nach Kräften dazu beitragen, daß es schnell geschieht!"

Diese Worte Gneist's gelten auch heute noch in vollem Umfange.

Der Vorstand besteht für die nächste Zeit aus denselben Mitgliedern, wie bisher; es sind nur folgende Veränderungen eingetreten: Erster Vorsitzender ist der Abg. Rickert, zweiter Vorsitzender, Archivar Dr. Winter aus Magdeburg, Schatzmeister der frühere Reichstagsabgeordnete L. Jordan-Berlin und dessen Stellvertreter Dr. L. Jacobowski.

Aus dem Bericht des Vorstandes heben wir Folgendes hervor: Die Abonnentenzahl der vom Berliner Büreau herausgegebenen „Mitteilungen" hat erheblich zugenommen. Sie werden zur Zeit in einer Auflage von 7600 Exemplaren gedruckt. Im letzten Jahre sind außerdem 17 352 Einzelnummern versendet worden. In diesem Wochenblatt wird die Thätigkeit der gegnerischen Presse und der Redner in antisemitischen Versammlungen sorgfältig verzeichnet und vom Büreau durch Correspondenz mit den auswärtigen Mitgliedern auf die Richtigkeit der thatsächlichen Angaben und Behauptungen geprüft. Durch diese Thätigkeit ist ein erfreulicher Erfolg erzielt. In zahlreichen Fällen ist der Nachweis geliefert worden, daß die Antisemiten vollständig haltlose und unbegründete Beschuldigungen gegen einzelne Juden oder die jüdische Gesammtheit erfunden oder weiterverbreitet haben. Insbesondere ist in mehreren Fällen festgestellt, daß eine Anzahl in Preßorganen begangener Verhöhnungen der christlichen Religion und ihrer Einrichtungen nicht von Juden, sondern von Christen ausgegangen sind. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Art, sowie sonst die Oeffentlichkeit mehr interessirende Nachrichten sind in der wöchentlich neben den „Mittheilungen" erscheinenden „Wochen-Correspondenz für Zeitungs-Redactionen" veröffentlicht und an ca. 300 Zeitungen unentgeltlich regelmäßig verschickt werden. Ein großer Theil der Presse, und nicht allein der liberalen, pflegt von diesen Richtigstellungen Notiz zu nehmen. Diese Thätigkeit in erhöhtem Maaße fortzusetzen, wird die Aufgabe des Berliner Bureaus sein und es ist dringend zu wünschen, daß dabei sämmtliche Organe und Mitglieder des Vereins kräftige Mithülfe leisten. Dieser schwierige Weg erfordert Ausdauer und Geduld; um so sicherer aber wird man einen Erfolg erzielen.

Auch sonst hat das Berliner Bureau nach allen Richtungen hin mit Rath und That den Kämpfern gegen den Antisemitismus zur Seite gestanden. So insbesondere bei Wahlen, für welche antisemitische Candidaten in Frage gekommen sind.

Eine wichtige und unentbehrliche Thätigkeit hat das Berliner Bureau in Bezug auf die in den Volksvertretungen zur Verhandlung gebrachten Fragen entfaltet. Soweit es in seinen Kräften stand, hat es das historische, juristische und statistische Material beschafft und

gesichtet. Dabei ist das Büreau, was mit besonderem Danke hervorgehoben werden muß, von hervorragenden Autoritäten der Theologie, Jurisprudenz und Geschichte unterstützt worden

Auch einzelne Juden, die ihrer Abstammung oder Religion wegen Anfeindung erfahren haben, hat das Bureau mit Wort und That unterstützt.

Der Geschäftsumfang des Berliner Bureaus mag daraus ersehen werden, daß 3532 Briefe eingingen, 4148 ausgingen. Es sind an Drucksachen versendet worden u. A.: 18997 Druckschriften, Broschüren und Bücher; 23150 Flugblätter. Die Zahl der Mitglieder, deren Beiträge vom Berliner Bureau eingezogen werden, hat im Jahre 1895 um 217 zugenommen, um 145 durch Tod, durch Wegzug rc. abgenommen.

Der Vorstand, sowie alle diejenigen Mitglieder des Vereins, welche ihn durch ihre Mitwirkung in dankenswerther Weise unterstützt haben, **sind in der Ueberzeugung einig**, **daß** wir, wie der unvergeßliche Vorsitzende des Vereins, **Rud. v. Gneist**, in der letzten von ihm noch geleiteten General-Versammlung sagte, **die Hände nicht in den Schooß legen dürfen, sondern daß wir mit ganzer Kraft weiter arbeiten müssen.**

Die bisherige Thätigkeit des Vereins hat den Weg gezeigt, auf dem weiter vorzugehen sein wird.

Stöckers politische Thätigkeit.

Am Sonnabend den 7. Februar hielt Hofprediger Stöcker vor einer großen Versammlung der christlich-sozialen Partei in der Berliner Tonhalle einen Vortrag über „die Scheidung der christlich-sozialen von der conservativen Partei." Seit langer Zeit sah ein antisemitischer Redner wieder einen gefüllten Saal, und auch diese Thatsache beweist, daß die Trennung Stöckers von der conservativen Partei einen Wendepunkt in der Existenz beider bedeutet. Obschon die Rede des Hofpredigers a. D. sehr weitschweifig war und alle möglichen Punkte berührte, wußte sie doch den eigentlichen Mittelpunkt so zu umgehen, daß man kaum sagen könnte, wer an der Trennung wirklich schuld war. Höhnisch sang auch der „Kladderadatsch" in seiner letzten Nummer:

„Für ihn wird schon sich eine Stelle finden,
„Wie immer noch für ihn sich eine fand,
„Und künftighin wird er sich dreh'n und wenden
„Wie er bisher sich drehte und sich wand."

Der Hofprediger a. D. suchte einen Ueberblick über seine politische Thätigkeit während der letzten beiden Jahrzehnte zu geben, und wir verdenken es ihm nicht, daß er vor dem Stamme seiner Genossen und Freunde blos die Punkte erwähnte, die ihn als zweiten Luther in einer Art Gloriole darstellt. Hier möchte man den bekannten Vers citiren: „Das Register hat ein Loch."

Für die Juden hat der Herr Hofprediger ein wunderbares Gedächtniß. Eine freche Aeßerung, die irgend ein jüdischer Redacteur vor Jahrzehnten gethan, weiß er wörtlich zu wiederholen und agitatorisch geschickt zu verwerthen, aber von vielen wichtigen Episoden aus seinem Leben berichtet er keine Spur, „als wären sie nie gewesen."

Und wenn auch Herr Stöcker noch jetzt optimistisch in die Zukunft sieht, so glauben wir nicht an die Aufrichtigkeit seines Gefühls. Alle seine Sterne sind im Untergehen begriffen.

Als er im Jahre 1877 als Arbeiterapostel in die Oeffentlichkeit trat, da war es nicht die Neuheit seiner christlich-sozialen Ideen, die verblüfften, denn diese Ideen waren schon vorher von Hermann Wagener und Rudolf Todt ausgesprochen worden, sondern es war mehr der populäre Ton und die eigene Art des Redners, die Aufsehen erregten. Er versuchte die sozialdemokratischen Tendenzen durch christlich-soziale zu verdrängen, aber da er ungemein wenig Entgegenkommen bei den Sozialdemokraten fand, gründete er eine eigene Partei. Es ist bezeichnend für Herrn Stöcker, welche Männer er zu Helfershelfern sich erwählte. Da war der Schneider Grüneberg, der früher sozialdemokratischer Agitator gewesen war und dann mehrfach wegen Betteins, wissentlich falscher Anschuldigungen und anderer strafbarer Handlungen im Gefängniß gesessen hatte. Da war der Redacteur Georg Friedrich Leschmann, der wegen Unterschlagung von Mündelgeldern eine Zuchthausstrafe verbüßt hatte und den Stöcker zum Leiter seines christlich-sozialen Parteiblatts „Deutsche Volkswacht" gemacht hatte. Als dieses Blatt einging, trat an seine Stelle die „Christlich-soziale Correspondenz", deren redactionelle Leitung ein Redacteur hatte, der im Jahre 1880 wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt worden war. Und wenn man die moralische Führung dieser 3 Helfershelfer kennt, muß man sich wundern, mit welcher — Sicherheit Stöcker in einer Rede über die „schlechte Presse" sagen konnte: „Das zweite Mittel gegen die schlechte Presse wäre eine Prüfung der Chefredacteure. Dabei denken wir nicht an ein mündliches Examen, sondern an einen Nachweis der Befähigung und der persönlichen Unbescholtenheit." (S. Christlich-Sozial. Bielefeld 1885. S. 51).

Stöckers „christlich-soziale Arbeiterpartei", der eine Zeit lang der Attentäter Hödel als Mitglied angehört hat, florirte wenig. Während in dem Programm dieser Partei der Antisemitismus nur nebenbei getrieben wurde, insofern als kein Jude Mitglied werden konnte, begann Stöcker im Jahre 1878 aus der Judenfrage erst eine „Frage" zu machen. Er eröffnete die antisemitische Bewegung als politische Agitation mit seiner Rede vom 19. September 1878. Aber schon in dieser Rede zeigt er seine völlige Unklarheit in der Judenfrage. Einmal ist sie ihm Rassenfrage, dann Religionsfrage, dann wieder ist sie beides nicht, sondern eine ethische u. s. f. In seiner Broschüre „Das moderne Judenthum" betont er, daß die Israeliten ein fremdes Volk seien, und dennoch schwärmt er für ihre Bekehrung zum Christenthum. In demselben Jahre, am 22. November 1880, erklärte er im Abgeordnetenhause, die Judenfrage sei keine Rassenfrage, sondern eine „sozial-ethische Frage."

Populär wurde aber sein Antisemitismus erst dadurch, daß er ihn den positiv christlichen Posten und der conservativen Junkerpartei einimpfte. Er regte die Bildung conservativ-antisemitischer Bürgervereine an und hielt in ihnen Vorträge. Er hatte nichts dagegen, daß unreife Jünglinge aus der Judenfrage eine reine Rassenfrage machten, und im Oktober 1879 die „Antisemiten-Liga" gründeten. Die Junker bemächtigten sich der neuen Schlagworte, und alle Instinkte aus der Feudalzeit regten sich in ihrer conservativen Brust. So kam es denn, daß der Antisemitismus in den Jahren 1878—81 wie eine große Welle über Deutschland hinwegfluthete und daß im Sommer 1881 Zusammenrottungen und Angriffe gegen die Juden in Argenau, Neustettin, Stettin und Schivelbein stattfanden. Der Antisemitismus war jetzt bis auf die Gasse hinausgekommen.

Durch die evangelischen Studentenvereine und durch den „Verein Deutscher Studenten" hatte Stöcker einen mächtigen Einfluß auf die studentischen Kreise gewonnen; seine „Deutsche evangelische Kirchenzeitung" war das Hauptorgan der evangelisch Positiven und durch dieses Blatt beeinflußte er die gesammte Pastorenwelt. Durch seine Mitgliedschaft innerhalb der conservativen Partei sicherte er sich einen maßgebenden Einfluß auf die ländlichen Kreise und eine Zeit lang schien es, als wäre er der hervorragendste Kopf innerhalb der conservativen Fraction.

Aber seine Halbheit und sein Charakter wurden sein Untergang. In der Judenfrage lehnte er den Rassenstandpunkt ab und so kam es, daß die Rassenantisemiten von ihm abfielen und ihn befehdeten. Innerhalb der conservativen Partei erregte die Betonung des sozialen Standpunktes das Kopfschütteln vieler reicher Großgrundbesitzer, während die jüngere Richtung innerhalb der christlich-sozialen Partei Stöcker wiederum vorwarf, daß seine Sympathie mehr auf Seiten der reichen Großgrundbesitzer stände. Dazu kam, daß seine Persönlichkeit nicht die reinen Linien zeigte, die man bei einem Parteiführer und Theologen erwartete. Der Prozeß vom Jahre 1885 und der Scheiterhaufenbrief vom Jahre 1888 zeigen ihn in einem so bedenklichen Lichte, daß man das Schicksal, das ihn ereilt hat, als verdient bezeichnen muß. Wie er sich in Zukunft entwickeln wird, wir wissen es nicht, auch das ahnungsvolle Gemüth des „Kladderadatsch" weiß es nicht, denn dieses Witzblatt singt:

„Was kommen wird, noch liegt es uns verborgen
Im Schooß der Zukunft. Komme, was da will,
Um unsern Adolf bin ich ohne Sorgen,
Er sorgt für sich schon unbemerkt und still."

Zur Einwanderung russisch-polnischer Juden in Deutschland.

In der 6. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 28. Januar d. J. hatte sich ein polnischer Abgeordneter darüber beschwert, daß die Regierung eine Statistik über den Personenstand der Ausländer polnischer Nationalität veranstaltet hat. Die Antwort des Regierungscommissars Geh. Regierungsrath v. Trott zu Solz verdient in sofern Beachtung, als sie Zahlen angiebt, welche die Besorgniß der antisemitischen Kreise von der „Ueberschwemmung" mit russisch-polnischen Juden in keinem Punkte rechtfertigt. Der Regierungscommissar sagte (s. Stenographischer Bericht S. 131 f.):

„... Es ist vielleicht diese Veranlassung hier günstig, um mitzutheilen, daß, soweit die Zahlen aus dieser Personenstandsaufnahme bis jetzt vorliegen, die Behauptungen, die von der Presse wiederholt hervorgehoben worden sind, und dahin gingen, daß eine so ungeheuer große Zahl von ausländischen Polen durch die vorübergehende Zulassung der fremden Arbeiter sich bei uns ansässig gemacht haben, in keiner Weise gerechtfertigt sind.

Es waren in der Presse Zahlen angegeben, wonach an 60 000 ausländische, insbesondere russische Polen in Folge dieser Maßregel hier im Inlande ansässig geworden wären. Ich habe einige Zahlen hier zur Hand und kann z. B. mittheilen, daß in der Provinz Posen Anfangs dieses Monats 1760 ausländische Polen vorhanden waren, in der Provinz Schlesien 2486, in der Provinz Pommern 293, in der Provinz Schleswig-Holstein 212, in der Provinz Westfalen 197. Von derartigen Zahlen, wie sie in der Presse angegeben worden sind, kann also gar keine Rede sein ..."

Am nächstfolgenden Tage, am 29. Januar (7. Sitzung. Stenogr. Bericht S. 144 f.) brachte Abg. Rickert einen Fall zur Sprache, der die Schicksale eines jüdischen Arztes in Pommern behandelt, der aus Rußland eingewandert ist. Abg. Rickert sagte:

„... Der Mann, der aus Rußland eingewandert ist, lebt seit längerer Zeit in Deutschland, er hat hier seine Gymnasialbildung und seine Studienzeit durchgemacht, sich als Arzt in einer pommerschen Stadt — ich kann sie ja nennen: in Stolp — niedergelassen, ist verheirathet, hat mehrere Kinder und hat im Jahre 1891 an die Königliche Regierung zu Köslin den Antrag auf Naturalisation in Preußen gerichtet. Darauf wurde ihm von der Regierung zu Köslin unter dem 6. August 1891 folgender Bescheid:

Auf Ihren Antrag vom 26. Mai dieses Jahres eröffne ich Ihnen, daß Ihnen die nachgesuchte Aufnahme in den preußischen Staatsverband gewährt werden wird, so bald Sie den Nachweis Ihrer Entlassung aus der russischen Staatsangehörigkeit geführt haben werden. Die von Ihnen eingereichten Urkunden ... u. s. w. sind hier zurückbehalten.

Nun, meine Herren, vergehen mehrere Jahre. Der Arzt hat wiederholt denselben Antrag gestellt; die Regierung hat ihm wiederholt erklärt: wir können die Naturalisationsurkunde nicht eher geben, als bis Du entweder die Entlassung aus dem russischen Staatsverbande nachweisest oder oder nachweisest, daß Deine ernstlichen Bemühungen erfolglos gewesen sind. Mehrmals hat er einen derartigen Bescheid bekommen. Er hat sich jahrelang bemüht, ist vielleicht, ich weiß es nicht mehr genau, nach Rußland gereist, hat Kosten aufgewendet und sehr viel Umstände damit gehabt. Wie das in der Regel mit solchen Dingen in Rußland zugeht, wissen die Herren aus eigener Kenntniß oder Erfahrung. Endlich 1895 ist es ihm gelungen, die Entlassungsurkunde aus dem russischen Staatsverbande zu erlangen. Er war nun der festen Meinung, daß er auf Grund des absolut nicht zu deutelnden Versprechens, das die Königliche Regierung zu Köslin ihm gegeben hat, nun auch, nachdem er vaterlandslos geworden war auf Veranlassung der Regierung — und zwar mit Zustimmung des Herrn Ministers des Innern — in den preußischen Staatsverband aufgenommen werden würde. Trotzdem bekam er unter dem 17. April 1895 von dem Minister des Innern Herrn v. Köller den Bescheid, daß derselbe die beantragte Naturalisation nicht ertheilen könne, indem der dortige Magistrat dem Antrage widersprochen habe.

Meine Herren, die Gründe, welche den Magistrat bewogen haben, der Naturalisation oder vielmehr der Niederlassung in Stolp zu widersprechen, will ich hier nicht weiter berühren; ich bin darüber nicht informirt. Ich weiß auch nicht, ob dem Herrn Minister Positives mitgetheilt worden ist. Der betreffende Arzt hat sich wiederholt an mich gewendet in seiner Verzweiflung, die Regierung hat ihn veranlaßt, sein Vaterland aufzugeben; jetzt ist er mit Weib und Kind Jahre lang hier, er fragt mit Recht: wo soll ich hin?!

Darauf hat er im vorigen Jahre eine Eingabe an den Magistrat von Stolp gemacht und hat unter dem 6. Juni 1895 folgende Bescheinigung von demselben erhalten:

Ew. Wohlgeboren wird zum Zweck der Erlangung der Naturalisation bescheinigt, daß seit der von dem Herrn Regierungspräsidenten in Köslin unter dem 16. Dezember 1893 an Sie erlassenen Bescheinigung irgend etwas Nachtheiliges über Ihre Person nicht zur Kenntniß gekommen ist.

Es hat ihm auch ein Mitglied des Magistrats privatim den Rath gegeben, er möchte doch den Herrn Regierungspräsidenten bitten, daß er nochmals Bericht von dem Magistrat fordern möchte. Ob Letzteres geschehen ist, weiß ich nicht; fest steht, daß er mit seiner erneuten Eingabe zurückgewiesen ist.

Meine Herren, wie Sie die Sache auch ansehen, ich glaube, daß hier mit einer Strenge und Härte unter Nichtachtung der von der Regierung in Köslin 1891 gegebenen Zusage — und das will doch etwas bedeuten, wenn eine Regierung mit ihrer Staatsautorität Veranlassung giebt, daß jemand einen fremden Staatsverband verläßt — vorangegangen ist, die unnatürlich ist. Ich möchte heute nichts weiter, als den Herrn Minister des Innern bitten, daß er für den Fall, daß der betreffende Arzt sich noch einmal an ihn wendet, wenigstens die Güte habe, recherchiren zu lassen, welche Gründe es gewesen sind, welche für die Entscheidung maßgebend sind. Ich habe mich in Stolp erkundigt, und Niemand wußte Nachtheiliges. Der in Rede stehende Arzt hat allerdings eine gute Praxis; das ist ja wahr. Nachtheiliges habe

ich nicht erfahren. Ich will daran eine weitere Bemerkung nicht knüpfen; ich will nur nochmals die Bitte wiederholen, daß der Herr Minister eine erneute Eingabe und insbesondere die Gründe prüfe, die früher den Magistrat veranlaßt haben, der Niederlassung in Stolp zu widersprechen. Ich meine aber auch, wenn der Magistrat bei seiner früheren Ansicht bleiben sollte, was ich nicht weiß, so könnte doch der Mann einen andern Ort im Staat aufsuchen. Auf Grund des Versprechens, welches ihm in bindender Weise gegeben ist, glaube ich, hat er einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihm jetzt die Naturalisation nicht weiter versagt werde."

Regierungscommissar Geheimer Regierungsrath von Trott zu Solz erwiderte darauf: „Meine Herren, ich habe mir gestern bereits erlaubt darauf hinzuweisen, daß die Voraussetzung, unter der im Jahre 1891 die Zusage an den Schützling des Herrn Abgeordneten Rickert von Seiten des Herrn Regierungspräsidenten in Cöslin erfolgt war nicht mehr vorlagen, als er zum zweiten Male um die Naturalisation bei dem Regierungspräsidenten nachsuchte. Ich glaube, es würde nicht im Interesse dieses Herrn liegen, wenn ich hier die Gründe etwas näher entwickeln wollte, welche bei der zweiten Prüfung gegen die Naturalisation ausgesprochen hat. Es würde das eine Veranlassung sein, in eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit einzutreten, und es würde dem nichts im Wege stehen."

Zur Abwehr.

Dr. August Lamey, der kürzlich verstorbene frühere Minister, hat, wie kein anderer Staatsmann Badens auf die Entwickelung dieses schönen Landes und weit darüber hinaus einen tiefgreifenden, nachhaltigen und segensreichen Einfluß geübt. Als Großherzog Friedrich nach den ungünstigen Erfahrungen, welche er in den ersten Jahren seiner Regierung mit dem alten bureaukratischen System gemacht hatte, im Jahre 1860 sich entschloß, das Staatswesen in neue Bahnen zu lenken, und zur Ausführung seiner edlen Absichten den liberalen Führer Lamey berief, hallte unendlicher Jubel durch das Land, und wenn auch einzelne Kreise anfänglich grollend zur Seite standen, so dauerte es gar nicht lange, bis auch sie zu den Grundsätzen der Gerechtigkeit, des Wohlwollens und der Volksfreundlichkeit Vertrauen faßten, von welchen alle Maßnahmen des neuen Curses geleitet waren. Lamey's Politik war auf Durchführung einer gesunden Selbstverwaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, auf Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche durch gesetzliche Abgrenzung der beiderseitigen Wirkungkreise sowie auf Heranziehung aller tüchtigen Kräfte zur Mitarbeit an der allgemeinen Wohlfahrt gerichtet. Mit dieser Politik vertrug es sich nicht, daß ein nicht unwichtiger Theil der Bevölkerung, der **israelitische,** des religiösen Bekenntnisses wegen, trotz der wohlwollenden Gesinnung der früheren Landesfürsten, der vollen Gleichberechtigung entbehrte. Die Beseitigung dieser Ungleichheit gehörte zu Lamey's Programm. Sie erfolgte durch die an einem und demselben Tage, dem 4. Oktober 1862, erschienenen Gesetze über Niederlassung und Aufenthalt und über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten. Durch das Aufenthaltsgesetz wurde den Israeliten das Recht der freien Niederlassung und des Gewerbebetriebes an jedem auch bisher ihnen verschlossenen Orte des Großherzogthums gewährt, durch das Emancipationsgesetz die letzte der in früheren Jahrhunderten gegen den israelitischen Bevölkerungstheil aufgerichteten Schranken hinweggeräumt.

Der soeben verstorbene Lord Leighton, Präsident der königlichen Akademie der Künste in London, war ein Gegner des Antisemitismus. Er unterzeichnete auch die Adresse an den Lord Mayor Joseph Savory, in Folge deren am 10. Dezember 1890 die Versammlung in Guildhall einberufen wurde, welche gegen die Verfolgung der Juden in Rußland protestirte. Aus derselben Zeit liegt ein Brief an Mr. Simon vor, in dem er der ernsten Hoffnung Ausdruck giebt, daß diese Versammlung gute Früchte für die russischen Juden in dieser Zeit der schweren Prüfungen tragen und eine Erleichterung ihrer Leiden herbeiführen möge, der Leiden, welche so viele nichtjüdische Herzen mit Mitleid und Entrüstung erfüllt haben.

Ueber die Wirksamkeit Ludwig Bambergers vor und nach Ausbruch des Krieges von 1870 in Frankreich und seine Beziehungen zu Bismarck berichtet v. Poschinger in der „Deutschen Revue":

„Vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich war Dr. Ludwig Bamberger zufällig in Paris, um auch die Wohnung, die er bis dahin daselbst noch immer besaß, aufzugeben. Bamberger telegraphirte — auf Umwegen — Delbrück und dem Gouverneur seiner Vaterstadt Mainz seine Pariser Eindrücke. Als Bismarck in Begleitung des Königs am 5. August 1870 in Mainz eintraf, um dort mit dem Hauptquartier bis zum 7. August zu verbleiben, erhielt Bamberger die Einladung Bismarcks, ihn zu besuchen. Die Unterredung betraf Maßregeln im Interesse der deutschen Operationen. Nach der Schlacht von Weißenburg ließ Bismarck Bamberger ein zweites Mal rufen, ihm lag daran, eine Persönlichkeit empfohlen zu haben, welche ihm, respective dem Hauptquartier, attachirt blieb und die nöthige Verbindung des Kanzlers mit der deutschen und ausländischen Presse bewirken sollte. Bamberger schien diese Aufgabe wichtig genug, um sich selbst für diese Arbeit anzubieten, und so kam es, daß er am 18. Aug. 1870 mit dem Hauptquartier im Salonwagen Bismarcks nach Homburg aufbrach. Bamberger blieb die ganze nächste Zeit im directen Gefolge Bismarcks bis zum 18. August, dem Tage der Schlacht von Gravelotte. Auf Wunsch des Kanzlers begleitete jetzt Bamberger den designirten deutschen Präfecten von Nancy dorthin; später begab er sich auf schriftliche Aufforderung aus dem Hauptquartier nach Hagenau, woselbst Bamberger noch während der Belagerung von Straßburg das erste deutsche amtliche Blatt ins Leben rief. Ende September 1870 ging Bamberger von Hagenau fort, weil es ihm unter den dort eingetroffenen Bureaukraten zu eng und unbequem geworden war. Bamberger fuhr fort, sein Talent und seinen Einfluß in der Presse im Sinne des Kanzlers geltend zu machen und correspondirte eifrig mit dem Hauptquartier in Ferrières. Schließlich wollte Bamberger wissen, ob er nach Versailles kommen sollte. Bismarck, von Bucher hierüber befragt, äußerte, die Herkunft Bambergers würde ihm ganz erwünscht sein, „da uns seine Localkenntniß in Paris, wenn wir erst drin sind, nützen kann. Auch kann er nach seiner Rückkehr in seinen Kreisen über manches Aufklärung geben, was sich nicht gut schreiben läßt." Die Abreise Bambergers aus Versailles nach Berlin, Anfangs Dezember 1870, erfolgte nach langen und eingehenden Verhandlungen mit Bismarck über diejenigen Punkte der Verträge mit den Südstaaten, namentlich mit Bayern, welche bei der nationalliberalen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen waren. Bismarck wünschte, daß sich Bamberger nach Berlin begebe, um seine politischen Freunde aus allgemein politischen Erwägungen zur Nachgiebigkeit in diesen Punkten zu bewegen. — Nach der Rückkehr Bismarcks aus Frankreich verblieb derselbe mit Bamberger in freundlichem Verkehr und holte dessen Ansicht in einer Reihe von Fragen ein".

Aus Nakel wird uns von geschätzter Seite geschrieben:

Am 2. Febr. fand hier das feierliche Leichenbegängniß des im Duell schwer verwundeten königl. Gerichtsassessors Wollstein unter einer Betheiligung statt, wie man sie hier noch nicht gesehen hat. Die richterlichen Beamten und Rechtsanwälte in Bromberg, Schneidemühl, Schubin und allen Städten, wo der Verstorbene früher amtirt hatte, sämmtliche hiesige Gymnasiallehrer und überhaupt zahlreiche Personen von Distinction gaben dem Entschlafenen das ehrenvolle Geleit zum Friedhof. Die Leichenrede hielt Herr Dr. Perlitz. Unter anderem sagte er: „Der Entschlafene war ein harmloser Mann, friedlichen Sinnes und freundlicher Gemüthsart, der es nicht zu fassen vermochte, wie man ihn einer Ungerechtigkeit zeihen konnte. Reich an Geistesbildung hatte er ein gutes Herz und war nicht im Stande, jemanden zu verletzen, zu beleidigen, zu kränken. Um so schmerzlicher mußte er eine unverdiente Kränkung empfinden, und für die Abwehr einer solchen Kränkung, die ihn um so tiefer verletzte, als sie mit einer Schmähung seines Stammes verbunden war, wurde er zum Zweikampf gefordert, in welchem er die furchtbar schmerzliche Todeswunde empfing. So ist der Entschlafene im letzten Grunde das Opfer eines Vorurtheils, welches bedauerlicher Weise vielfach gegen den Stamm gehegt wird, dem

die Welt drei geoffenbarte Religionen verdankt, und den vielen Tausenden von Menschen, die nur um deswillen Schmach und Tod erlitten, weil sie diesem Stamme angehörten, reiht sich der Verblichene an, dessen Verlust von Angehörigen und Freunden unsagbar schmerzlich empfunden und in weiten Kreisen tief beklagt wird."

Der Rabbiner schloß mit den Worten: „Der Dahingeraffte ist ein Märtyrer seines Stammes und wenn sein Tod die Erkenntniß von der Verderblichkeit des Rassenhasses weckt, an welchem ein beträchtlicher Theil des deutschen Volkes krankt, so wird das edle Blut dieses Mannes nicht umsonst geflossen sein. Geehrte Trauerversammlung! Sie sind dieser Bahre gefolgt, um den Entschlafenen zu ehren, Sie werden von dieser Bahre scheiden und sagen: Der Gerichtsassessor Wollstein, der makellos gelebt hat und heldenmüthig gestorben ist, war ein Ehrenmann. Ich füge als Rabbiner hinzu, daß der so früh Dahingeraffte um deswillen, was er erlebt und erlitten hat im Leben und im Sterben, gesühnt und geläutert, rein und sündenfrei eingeht in das Reich der Ewigkeit — er ruhe in Frieden."

Aus Schwerin i. M. wird als ein Beweis dafür, daß im kerngesunden mecklenburgischen Bürgerthum der Antisemitismus keinen Nährboden habe, Folgendes geschrieben: Der hiesige ca. 400 Mitglieder zählende Männerturnverein, dessen Angehörige sich aus allen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft recrutiren, feierte am 30. Januar das 25jährige Vorstandsjubiläum seines Vorsitzenden, des Herrn Siegmund Pineus, in herzlicher Weise. Von dem Verlauf der Feier haben die hiesigen Zeitungen ausführlich berichtet, sowohl über den glänzenden Festabend zu Ehren des Jubilars, als auch über die sehr animirte Jubiläumsfestkneipe zu Ehren des „Gauführers des Obotritengaues." Möge es Herrn Pineus, welcher auch dem Vorstande der hiesigen israelitischen Gemeinde angehört, noch recht lange beschieden sein, als ein Zeuge für das friedliche und freundliche Verhältniß zwischen den Angehörigen der verschiedensten Bevölkerungsklassen, zwischen den Bekennern der verschiedenen Confessionen zu wirken, und möge allenthalben im lieben deutschen Vaterlande dasselbe einträchtige Zusammenleben der Mitbürger herrschen, wie in unserem so häufig zur Zielscheibe der Satire benutzten Mecklenburg!

△ **Neukirchen** (Kreis Ziegenhain). Am 24. Oktober v. J. brachte die „Antisem. Corresp." des Abg. Liebermann von Sonnenberg folgende Mittheilung:

Neukirchen (Kr. Ziegenhain) Vor einigen Jahren wurde hier ein evangelischer Jünglingsverein gegründet. Er trug aber von vornherein den Keim des Todes in sich, weil man trotz des ausgesprochen christlichen Charakters des Vereines auch Judenjünglinge als Mitglieder aufnahm. Der Widerspruch, der von einem Theile des Vereines hiergegen erhoben wurde, fand keine Beachtung, ebenso wurde ein Antrag auf Ausschluß der Juden abgelehnt. Schließlich erging sich der christliche Verein so weit, daß er für die jüdischen Mitglieder einen besonderen Ball, den „Simcha-Thara-Ball", veranstaltete. Das ging denn doch vielen über die Hutschnur, es kam zu Zerwürfnissen in dem Vereine, die seine Auflösung nach sich zogen. — Seitdem mußten sich die Juden ihren „Simcha-Thara-Ball" allein veranstalten. Das haben sie denn auch eine Reihe von Jahren hindurch regelmäßig gethan. In diesem Jahre hatten sie es auch vor. Die Polizei machte ihnen aber diesmal einen Strich durch die Rechnung, indem sie die Genehmigung zu der Abhaltung des Balles versagte. Darob großes Geschrei und Wehklagen bei Israel.

Diese Notiz war von Anfang bis zu Ende vollständig unwahr. Nur die Behauptung war richtig, daß ein solcher Verein existirt hat resp. gegründet wurde. Es sind aber niemals Juden Vereinsmitglieder gewesen, noch haben jemals solche die Aufnahme in den Verein nachgesucht. Der Verein ist auch nicht aufgelöst, sondern hat seit mehreren Jahren wegen Theilnahmlosigkeit der betreffenden Kreise zu tagen aufgehört. Geradezu lächerlich ist die Behauptung, daß er den „Simcha-Thora"-Ball veranstaltet haben soll, da er seiner Tendenz gemäß gar keinen Ball veranstalten konnte, am wenigsten einen specifisch jüdischen. Zudem hat im Laufe von 20 Jahren nur ein einziger derartiger jüdischer Ball hierselbst stattgefunden und zwar erst vor Jahresfrist.

Das „Volk" hatte nichts Eiligeres zu thun, als die Notiz abzudrucken.

Daraufhin sandte ein Pfarrer von auswärts diesen Artikel seinem Amtsbruder, dem Herrn Metropolitan Gleim ein, dem Gründer und Vorstand des ev. Jünglingsvereins, damit dieser Stellung dazu nehmen könnte. Als dieser Kenntniß davon genommen, sandte er und zwei hiesige evangelische Lehrer, die in Gemeinschaft mit ihm den Verein geleitet hatten, eine Berichtigung an die „Antisem. Corresp." und an das „Volk". Letzteres Blatt brachte sie, aber mit einer Nachschrift, die die ganze Berichtigung beinahe werthlos machte. Das antisemitische Organ veröffentlichte vorerst die Berichtigung nicht, sondern ersuchte durch ihren Redacteur, so lange warten zu dürfen, bis sie ihren Gewährsmann nochmals befragt hätte.

Inzwischen aber wurde der Gewährsmann der „Antis. Corresp." ermittelt; es war ein junger stellenloser Mensch. Als dieser merkte, daß es ihm an den Kragen gehen sollte, bat er demund wehmüthig um Gnade. Sie wurde ihm unter der Bedingung zugestanden, daß er ein Schriftstück unterzeichnete, in dem er sich selbst der Unwahrheit bezichtigte. Diese Erklärung wurde nun der „Antis. Corresp." zugeschickt, die sie dann am 21. Nov. veröffentlicht hat.

□ **Köln**, 13. Febr. Unter der unglaublich rohen und widersinnigen Ueberschrift „Geschächtet" bringen antisemitische Zeitungen die Nachricht von einem gräulichen Mord in Köln, den ein Jude Salomon verübt haben soll. Der wahre Sachverhalt ist, daß Salomon **nur als Zeuge** vernommen wurde. Und solche Zeitungen, die ohne jegliche Erkundigung einen Menschen zum Mörder, oder wie der wahnsinnige Hinweis anspielt, zum Ritualmörder stempeln, wagen es noch, über die Verlogenheit der „Judenpresse" zu klagen.

Jüdische Handwerker. Dem soeben uns zugegangenen dritten Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des „Vereins zur Beförderung des Handwerks unter den Israeliten in Oberhessen" Gießen 1894/95 entnehmen wir:

Unterstützt wurden seitens des Vereins in den Jahren 1894/95 16 Lehrlinge, von welchen 8 bereits aus der vorigen Berichtsperiode übernommen wurden, die übrigen 8 jedoch neu hinzukamen.

Nach der Berufswahl vertheilten sich solche folgendermaßen, indem sich

4 dem Schneider-Handwerk
3 „ Schuhmacher „
2 „ Sattler- „
1 „ Anstreicher- „
1 „ Glaser- „
2 „ Bäcker- „
3 „ der Uhrmacherei

widmeten.

Ihre Lehre beendet haben 8 Lehrlinge, welche nunmehr im Stande sind, sich selbst zu ernähren; dieselben werden sich in späteren Jahren, wenn sie selbstständig geworden, gern daran erinnern, daß ihnen durch die Fürsorge des Vereins Gelegenheit gegeben war, sich die Kenntnisse zu erwerben, deren sie bei Ausübung ihres Berufs benöthigen.

Ein jüdischer Landwirth. Der König von Sachsen hat dem Pächter der königl. sächs. Domäne Guttentag in Oberschlesien, Siegfried Hepner, unter besonderer Anerkennung von dessen landwirthschaftlicher Tüchtigkeit und der vorzüglichen Bewirthschaftung der Domäne den Titel als „Oberamtmann" verliehen. Dicht angrenzend an Guttentag hat ein anderer Herr Hepner auch eine königl. sächs. Domäne in Pacht. Beide Herren wurden vor ungefähr 3 Jahren mit dem persönlichen Besuche des Königs von Sachsen beehrt.

Stöcker und die jüdischen Propheten. Am Sonntag, den 2. Februar hat Stöcker eine Predigt gehalten, welche die Bußrede Nathans an David behandelte und die Nothwendigkeit einer allgemeinen Buße betonte. Er stellte

Nathan als ein Vorbild hin für alle Prediger und Seelsorger, sonderlich für alle Hofprediger, daß sie auch den Königen die Wahrheit sagen sollen.

Das ist wieder einmal echt Stöcker'sche Methode. Aus der Thatsache, daß die alten Propheten die Juden derb getadelt haben, folgert er 1893, wie schlecht die Juden seien, anstatt es den Propheten zum Lobe anzurechnen. Jetzt aber fordert er, der Hofprediger a. D., die — Hofprediger müßten die Wahrheit sagen!

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker hat in einer am 7. Februar in der Tonhalle stattgehabten Versammlung über seine **Trennung von der conservativen Partei** gesprochen. Blutsauer sei ihm die Trennung geworden. (Das glauben wir!) Er sei der Alte geblieben. Die Conservativen hätten keine Freude mehr an der sozialen Reform. Die soziale Frage sei der tiefste, aber nicht der einzige Grund der Trennung. Zu den weiteren Gründen rechnet Stöcker namentlich die Haltung, welche seine bisherigen Parteigenossen beim Erscheinen des Scheiterhaufen-Briefes gegen ihn beobachtet hätten. Als man ihn in die „Affaire" des „unglücklichen Mannes" hineinmischen wollte, habe seine eigene Partei ihn im Stich gelassen. Stöcker sprach auch von dem „unverschämten" Antrage des Grafen Schlieben im Elfer-Ausschusse und erzählte, daß der Oberkämmerer Erbprinz zu Hohenlohe im Reichstage privatim für den Austritt Stöckers Stimmung gemacht habe. Der Erbprinz zu Hohenlohe, welcher das in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" im Wesentlichen zugiebt, ist übrigens derselbe, von dem s. Z. gesagt wurde, daß er das Herrn Stöcker belastende Material sammele, um es dem Kaiser vorzulegen. Der Zorn Stöckers gerade gegen diesen Mann aus der Umgebung des Monarchen ist begreiflich genug. Meldet doch das „Volk", es sei ihm aus parlamentarischen Kreisen als authentisch die Nachricht zugegangen, der Kaiser habe die conservative Parteileitung zur Ausscheidung Stöckers beglückwünscht. Die Herren werden wohl über die Intentionen des Kaisers unterrichtet gewesen sein.

Ueber die weiteren Pläne des Herrn Stöcker dürfte der am 26. Februar stattfindende christlich-soziale Parteitag einigen Aufschluß geben. Wenn er jede, auch die unbedeutendste ihm günstige Kundgebung aus dem Lande sorgsam registriren läßt, so beweist er damit noch nichts für die Stärke seiner Position.

Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M. schreibt in seiner „Hilfe": „Stöcker gehört also nicht mehr zur conservativen Partei. Endlich! Gut ist es, daß nun wenigstens das falsche Verhältniß von conservativ und christlich-sozial fertig ist. „Ihr könnt nicht conservativ sein und christlich-sozial!" Was Stöcker weiterhin thun wird, wissen wir in der Stunde wo die letzten Zeilen zur „Hilfe" geschrieben werden, noch nicht. Wir vermuthen, daß er eine selbständige conservativ-christlich-soziale Gruppe bilden will, hielten es aber für besser, wenn gleich jetzt der Zusammenschluß aller Christlich-Sozialen erfolgen würde."

Die „Antisem. Corresp." hebt hervor, daß Pfarrer Naumann einen Vortrag über „Luther und die sozialen Strömungen" im Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt halte, dessen Vorsitzender Moritz Loeb, Schriftführer Morgenthal, Kassirer Rosenberg heiße.

Sedlatzek c/a Kropatschek. Der antisemitische „Deutsche Generalanz." beschuldigt die „Kreuzztg." einer „schweren Versündigung an dem Geist des deutschen Volksthums". Die „Kreuzztg." habe nämlich einen Bericht über die Feier des Kaiserlichen Geburtstages gebracht, welchen die „deutsche Colonie Basel" veranstaltete, und dabei erzählt, daß sich in der fremdländischen Stadt Basel gegen tausend „Deutsche" zusammengefunden hätten und daß sich hierdurch das erfreuliche Einvernehmen zwischen Consul und „Colonie" offenbart habe. Der „Generalanz." ist außer sich, daß ein Blatt, welches täglich durch seine Klageberichte über den Rückgang des Deutschthums in den Ostmarken und Oesterreich-Ungarn seine deutschnationale Gesinnung in aufdringlicher Weise zu beweisen suche, eine reindeutsche Stadt, wie Basel, auf die gleiche Stufe mit einer Stadt in Marokko oder Hinterindien, wo sich am Geburtstage des deutschen Kaisers die „deutsche Colonie" zusammenfindet, stelle. „Derartige kleindeutschostelbische Beschränktheiten" — so schließt die Strafpredigt — „waren in der „Kreuzztg." unter Leitung Hammersteins denn doch nicht zu finden. Und fast wird man zu der Annahme verleitet, als hätte der gegenwärtige Leiter des Blattes, Professor **Kropatschek**, seine tschechisch-slawische Abstammung doch noch nicht ganz überwunden."

Der Humor der Geschichte liegt darin, daß der über den tschechisch-slavischen Kropatschek herfallende Leiter des „Generalanz." den urdeutschen Namen — Sedlatzek führt. —

Von einer Verbrüderung der Antisemiten mit den Juden sprach der conservative Abg. **Opitz** bei der Berathung des Wahlgesetzentwurfs in der sächsischen Zweiten Kammer am 12. Februar. Die Kluft zwischen der deutsch-sozialen Reformpartei und der conservativen Partei sei so groß geworden, daß sie kaum zu überbrücken sei, die Reformpartei werde sich immer mehr und mehr mit den Juden und Sozialdemokraten verbrüdern. — Das ist eine bittere Pille für die Judenhetzer.

Unlauterer Wettbewerb eines Antisemiten. Das deutsche Schwamm-Import-Haus Heinrich Putscher in Berlin C. benutzt einen Gummistempel, um sich denjenigen, die antisemitisch gesinnt sind, auf seinen Geschäftsofferten als „Einzigstes christliches Schwamm-Engros-Haus in Berlin" zu empfehlen. Dieser Gummistempel hat den Vorzug, daß er Angeboten, die an Firmen mit jüdischen Inhabern gerichtet sind, nicht aufgedruckt zu werden braucht. Auch eine Art Geschäftsantisemitismus, die bis jetzt wohl noch einzigst ist, unter Wölfen heulend, unter Antisemiten antisemitisch.

Antisemitismus in der Studentenschaft. An allen deutschen Universitäten sind jetzt 1460 Burschenschafter, darunter 148 Katholiken. Der mosaischen Religion gehört kein deutscher Burschenschafter an, bemerken die antisemitischen Blätter stolz in ihrer Betrachtung darüber, „wie wir's denn zuletzt so herrlich weit gebracht". —

Mainz, 6. Februar. Die große antisemitische Versammlung, für welche zuerst die „Stadthalle" und dann der „goldene Pflug" gemiethet war, hat gestern Abend, unter erschwerenden Umständen in den „Vier Jahreszeiten" (Grebenstraße) stattgefunden. Die Einberufer hatten, wie die hiesigen „N. Nachr." schreiben, die Wirthin über den Zweck der Versammlung getäuscht. Sie gaben an, daß ca. 50 Herren eine carnevalistische Abend-Unterhaltung abhalten wollten. Nachdem die Wirthin erfahren hatte, was für eine Sorte von Narrhallesen sie beherberge, war sie untröstlich darüber und hegte den lebhaften Wunsch, die unter falscher Flagge Segelnden, so rasch wie möglich aus dem Locale wieder entfernen zu können. Es wäre aber wirklich Schade gewesen, wenn die Versammlung nicht stattgefunden hätte, sie bewies ad oculos, daß der Antisemitismus hier keine Pflanzstätte hat. Einschließlich des Zeitungsreporters hatten sich im Ganzen innerhalb 2—3 Stunden 17, sage und schreibe siebzehn Personen eingefunden, von denen 6 aus Mainz und die Uebrigen aus Wiesbaden waren und von welchen Herr Ledig und der Präsident der Versammlung, Herr Schuhmachermeister Jakob Kaiser die Hautevolée bildeten. Herr Präsident Kaiser sprach während des ganzen Abends über

sämmtliche Greuelthaten der Juden und wurde nur hie und da von einem Mainzer Bundesbruder gestört, der nicht mehr ganz nüchtern war, aber trotz seines Dusels sehr treffende Zwischenbemerkungen machte, wie: „Langweilig", „Pappelt zu lang", „Mit einverstanne", „Unverschämt", „Annere wolle aach was redde" 2c. 2c. Ein denkwürdiger Moment war es, als ein „Hartekuchefritz" in das Lokal trat und den Insassen frischgebackene „Mazzen" offerirte. Erst etwas verblüfft, machten sie gute Miene zum ungesäuerten Brode, kauften einige Exemplare und hängten Eines derselben, in Ermangelung eines Besseren an den Gasarm auf, um sich zu neuen Thaten zu begeistern.

Zittau, 10. Febr. Der antisemitische Agitatar und Mitbegründer des hiesigen antisemitischen Reformvereins F. A. Geißler wird jetzt wegen Betrugs steckbrieflich verfolgt. Geißler, der früher Marine-Unteroffizier, Grenzaufseher und später Cigarrenhändler war, hat ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Seit einigen Jahren gab er Vorstellungen als Gedankenleser und legte sich mehrfach den Titel „Professor" bei. Bei der Begründung des hiesigen antisemitischen Vereins spielte „Professor" Geißler eine hervorragende Rolle. Nunmehr aber fahndet die Polizei auf ihn und das sächsische Gendarmerie-Blatt hat bereits seinen Steckbrief gebracht. „Professor" Geißler soll sich angeblich zur Zeit in Holland aufhalten; von anderer Seite wird gemunkelt, er habe sich nach Amerika begeben, um dort mit seinem Gesinnungsgenossen Ahlwardt für den Antisemitismus zu agitiren.

Bromberg. Die Strafkammer verhandelte am 25. Januar u. A. wegen Betruges gegen den Restaurateur Gustav Brandt und dessen früheren Buchhalter Richard Albrecht, beide von hier. Brandt war ein Führer der Bromberger Antisemiten, und sein Local ausschließlich von Gesinnungsgenossen besucht. Er hat seit Ostern 1895 ein Bierverlagsgeschäft betrieben, in das am 1. Juli 1895 der Angeklagte Albrecht als Buchhalter eintrat. Wie die Verhandlung ergab, haben beide Angeklagte die Geschäftskunden dadurch betrogen, daß sie theils selbst oder durch die im Geschäft thätigen Arbeiter ihren Kunden, wenn diese Königsberger Schönbuscher Bier oder Allensteiner Waldschlößchenbier bestellt hatten, solches aber nicht auf Lager war, hiesiges oder Schubinsdorfer Lagerbier — u. zw. in Flaschen abgefüllt und mit falscher Etiquette versehen — für echtes Königsberger bezw. Allensteiner Waldschlößchenbier verabfolgten. Dieses Bier wurde dann zum höheren Preise von 2,50 M. für 25 Flaschen angerechnet, während der Preis des verabfolgten Bieres sonst nur 2 M. für 25 Flaschen beträgt. In gleicher Weise haben die Angeklagten gewöhnliches Selterwasser als „Ostrometzkoer Marienquelle" etiquettirt und zu höherem Preise an die Geschäftskunden verkauft. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Brandt zu 6 Monaten Gefängniß und 300 Mk. Geldstrafe, den Angeklagten Albrecht zu 6 Wochen Gefängniß.

Gegen Brandt wurde noch in einer weiteren Anklagesache wegen Betruges verhandelt. Der Angeklagte, der im Januar 1894 in der Bahnhofstraße zu Bromberg das Restaurant „Centralhalle" eingerichtet und bis zu seiner im Juli v. J. erfolgten Exmission betrieben hatte, war im Mai v. J. mit dem Restaurateur W. Knepel aus Dobrin bei Pr. Friedland in geschäftliche Verhandlung wegen Verpachtung des genannten Restaurants getreten. Es war zwischen Beiden ein Pachtvertrag abgeschlossen worden, in welchem der Pächter sich bereit erklärt hatte, eine Caution von 2000 Mk. oder für den Fall des Rücktritts von dem Vertrage eine Conventionalstrafe von 2000 Mk. an Brandt zu zahlen. Als der Pächter bereits seine Möbel nach Bromberg abgesandt hatte, ersah derselbe aus einer Bromberger Zeitung, daß durch einen Gerichtsvollzieher der zwangsweise Verkauf der ganzen Einrichtung des von ihm gepachteten Restaurationsgeschäftes bekannt gemacht wurde. Der Pächter fuhr deshalb sogleich nach Bromberg und stellte den Angeklagten über den Sachverhalt zur Rede. Dieser beschwichtigte indeß seinen Pächter durch die Angabe, daß ein früherer Geschäftstheilhaber ihm alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten suche, und er forderte von K. entweder die Auszahlung der vereinbarten Kaution von 2000 Mk. oder nur der Hälfte derselben, wogegen der Pächter aber bei der Versteigerung für 1000 Mark von dem Inventar kaufen solle. Knepel wies dieses Ansinnen zurück und ließ jetzt dem Angeklagten durch einen Anwalt mittheilen, daß er unter den obwaltenden Umständen den abgeschlossenen Vertrag als ungiltig betrachte. Dem Angeklagten ist dadurch seine Absicht, den Pächter um die Cautionssumme oder die Conventionalstrafe von 2000 M. zu betrügen, vereitelt worden. Der Pächter aber hat durch die Handlungsweise des Angeklagten doch erheblichen Schaden erlitten, da er einen großen Theil seiner bereits in Bromberg eingetroffenen Sachen mit Verlust verkaufen und den zwecklosen Transport seiner zurückgenommenen Sachen bezahlen mußte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen versuchten Betruges zu 3 Monaten Gefängniß zusätzlich zu der bereits in der vorangegangenen Verhandlung gegen ihn erkannten Strafe.

Wie die antisemitische Presse in Oesterreich arbeitet. Die antisemitische Presse befleißigt sich seit geraumer Zeit, die Meldung von einer angeblich geplanten Thronfolge-Ordnung in Oesterreich auszustreuen. Vor längerer Zeit wurden bereits die damals verbreiteten Gerüchte in einem ungarischen Regierungsorgane kategorisch dementirt. Das hinderte die antisemitischen Blätter nicht, die Sache nochmals hervorzuholen. Eines dieser Organe erklärte, nach seinen Informationen seien die Meldungen über die Abänderung der Thronfolge-Ordnung begründet, und das Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses habe die auswärtigen Missionen Oesterreich-Ungarns bereits instruirt, an den geeigneten Stellen auf die geplante Abänderung der Thronfolge-Ordnung vorzubereiten. Diesen Tendenzlügen tritt die „Pol. Corr." mit dem folgenden halbamtlichen Dementi entgegen:

„Die Ausstreuungen über eine beabsichtigte Aenderung der Thronfolge-Ordnung sind, als sie zuerst in einigen Winkelblättern auftauchten, wiederholt als kindische Erfindungen gekennzeichnet worden. Eines ernsten Dementis von amtlicher Stelle hat man sie nicht würdig befunden, wie denn in der That auch seither kein ernstes Blatt diesen Gerüchten Beachtung schenkte. Da jedoch in letzter Zeit eine gewisse Presse im In- und Auslande, an deren Spitze das „Deutsche Volksblatt" zu stehen scheint, nicht aufhört, diese Gerüchte in immer neuen Varianten aufzutischen, ist es nothwendig, noch einmal auf die völlige Grundlosigkeit dieser Combinationen und auf das Unziemliche hinzudeuten, das in der tendenziösen Fortspinnung derselben gelegen ist. Die Behauptung vollends, daß der Plan, von welchem nie die Rede war, seitens des k. und k. Ministeriums des Aeußern zum Gegenstande einer amtlichen Correspondenz mit den auswärtigen Missionen gemacht worden sei, ist ein läppischer Versuch, einer Unwahrheit durch die andere Halt zu verleihen, und zeugt von dem geringen Respect, welchen die betreffenden Zeitungen der Beurtheilungsgabe ihrer Leser entgegenbringen."

Vermischtes.

Christliche Güterschlächter. Das „Deutsche Volksrecht" vom 31. Dez. hatte folgende Notiz veröffentlicht:

Güterausschlächter. Aus Pfaffenhofen schreibt man uns: Einer der schönsten Bauernhöfe des ganzen Bezirkes, der Kochbauerhof in Nablhöfe, wurde gestern zum Zertrümmern um etwa 96 000 Mark von zwei Handelsleuten gekauft.

Von den 10 Ortschaften, die in Deutschland den Namen Pfaffenhofen führen, ist, wie wir festgestellt haben, der bayrische Ort dieses Namens gemeint. Doch sind beide Güterschlächter Christen.

Antisemitischer Skandal in Paris. Aus Paris wird unter dem 8. Februar gemeldet:

Im Verein für sozialen Fortschritt war für gestern Abend in einer von dem berühmten Nationalöconomen Leroy Beaulieu präsidirten Versammlung ein Vortrag des Professors Raphael Georges Levy über das mobile Vermögen in Frankreich angekündigt. Da Levy Jude ist, verabredeten die Antisemiten, den Vortrag zu stören. Man sah unter ihnen auch einige Frauen und Priester, welche „Nieder mit den Juden!" riefen und ein antisemitisches Lied intonirten. Der andere Theil der Zuhörerschaft rief: „Nieder mit den Jesuiten!" Dann wurde von beiden Seiten gezischt und gepfiffen. Der Tumult dauerte fünf Minuten.

Mit Mühe verschaffte sich der Vorsitzende Leroy-Beaulieu das Wort. Er sagte unter Anderem: Wir bitten die Ruhestörer, welche behaupten, Franzosen zu sein, sich etwas französischer durch ihre Lebensart zu zeigen. (Erneute Rufe: Nieder mit den Juden! Gegenrufe: Nieder mit den Jesuiten!) Leroy Beaulieu: Ich werde nie zugeben, daß man eine ganze ethische oder religiöse Gruppe im Namen einer Rassentheorie wegen einer Art von Abstammungssünde verurtheile, die ich in keinem Katechismus finde. Das ist unmoralisch, unchristlich und unfranzösisch.

Die Rede wurde durch einen neuen Tumult unterbrochen und es entstand eine Balgerei. Man schwang Stöcke und hieb auf einander los. Ein junger Mann erhielt hierbei einen Hieb auf den Kopf, blutete und wurde endlich von seinem Bruder befreit und hinausgeführt. Die beiden jungen Leute sind royalistische Antisemiten Namens Duchemin; der Verletzte ist Rechtshörer.

Leroy-Beaulieu setzte nun seine Mahnworte an die Antisemiten fort. Er sagte: Ich weiß nicht, ob Sie als Christen oder Franzosen hier so unzukömmliche Szenen aufführen. Sie entehren sich. Der Geist des Evangeliums ist der Geist des Friedens und der Milde. Es scheint, daß moderne Doctoren dies alles geändert haben. Sie berauben das Christenthum seiner Krone, indem Sie es der Barmherzigkeit berauben. Euer Antisemitismus ist auch entgegen dem französischen Geiste, dem Geiste der Humanität, Toleranz und Freiheit. Eure Doctrin ist geradenwegs aus Berlin gekommen, Ihr seid Zöglinge Stöckers. (Ein Theil des Saales applaudirt und ruft: Es lebe die Freiheit! Die Antisemiten zischen und lassen Drumont hoch leben.)

Als nunmehr Professor Levy seinen Vortrag beginnen wollte, stürmten die Ruhestörer unter unbeschreiblichem Lärm gegen die Estrade los und der Commissär äußerte dem Vorsitzenden gegenüber den Wunsch, die Sitzung aufzuheben. Aber Professor Levy fand das heitere Auskunftsmittel, den Vortrag in engeren Kreisen ernster Zuhörer, die sich um ihn geschaart hatten, im Conversationstone abzuhalten. Die Zuhörer applaudirten, die Wuth der Antisemiten wurde hierdurch umsomehr gesteigert und es drohte eine neue Keilerei. Man schwang die Stöcke, diesmal aber wurde Niemand verletzt. Die Ruhestörer riefen: „Er wird nicht sprechen;" aber Levy entgegnete ihnen: „Doch, doch, ich werde sprechen! Ich war Feldwebel im 7. Jägerregiment und bin nicht so leicht zu entmuthigen". Er hielt auch wirklich seinen Vortrag zu Ende. In Anwesenheit zahlreicher Wachmannschaft verließen die Zuhörer den Saal ruhig, aber antisemitische Gruppen excedirten johlend noch eine Weile auf der Straße.

Victor Hugo und Ernst Renan über die Ritualmord-Verleumdung. Aus Budapest wird der „Oesterreich. Wochenschrift" geschrieben: „Nimzet" veröffentlicht Briefe von Victor Hugo und Ernst Renan über den Ritualmord. Hugo schreibt: Es schmerzt mich tief, daß das ungarische Volk, welches ich so hoch schätze, sich so tief erniedrigt, daß es Verleumdungen Glauben schenkt. Die Verleumder begehen an der Menschlichkeit und der historischen Wahrheit eine unverzeihliche Sünde." Ernst Renan schreibt: „Von all den Verleumdungen, welche durch Haß und Fanatismus ausgeheckt wurden, ist die Verleumdung, daß christlicher Kinder Blut das Material zu jüdischen Festen liefert, die größte Absurdität." Renan beweist dann, daß eben der jüdische Ritus absolut das Blutvergießen ausschließt, verweist darauf, daß die Christen doch auch mit derselben Anklage gepeinigt wurden und schließt mit den Worten: „Ein wahrer Christ wird diese Lehre immer bekämpfen."

Nationaler Spleen. Unter dem Schlagwort: „Fürst Bismarck — ein Tscheche", giebt die „Nár. Pol." aus dem Neuhausee Ortsblatt folgende Mittheilung (s. Tgl. Rundschau vom 28. Sept. 1895): „Einer unserer Bekannten fuhr unlängst nach Reichenberg und kehrte daselbst in einem vornehmen Gasthofe ein. Er setzte sich an einen Tisch und aus dem an einem Nachbartische geführten Gespräche erkannte er, daß es eine tchechische Gesellschaft sei. Ein Arzt, ein Doctor der Rechte und ein Fabrikant sprachen von Bismarck. Einer von ihnen sagte, daß der Urahne Bismarcks aus Böhmen stamme, daß er Duschek hieß, daß er in einer Gemeinde in der Umgebung von Nachod wohnte, und daß sich die Abstammung Bismarcks in den Pfarrmatrikeln der Nachoder Gegend herausfinden ließe. Der Arzt fügte hinzu, daß auch die Form des Bismarckschen Schädels auf die slavische Abstimmung hinweise. Es wäre nicht uninteressant, sicherzustellen, ob der Mann von Blut und Eisen, der Einiger Deutschlands, wirklich tchechischer Abstammung ist". Hierzu bemerkt die „Bohemia": Gewiß wäre das recht interessant, und noch interessanter wäre es, wenn die erwähnten Forscher am Biertische und deren stiller Beobachter vollends noch herausbrächten, ob man den Altreichskanzler mit Rücksicht auf die „Form seines Schädels" unter die Alttschechen oder unter die Jungtschechen einzureihen habe.

Fremdenhetze in China. Schanghai, Ende Dezember. In der Provinz Hunau, die sich immer ganz besonders durch ihre Fremdenfeindlichkeit hervorgethan hat, ist der alles Ausländische hassende Geist jetzt wieder stärker als jemals, seitdem ein französisches Kanonenboot kürzlich den in Hunau liegenden Ort Yotschoh besucht hat. Durch zahllose Maueranschläge und Flugschriften, die oft genug die unerhörtesten und unflätigsten Beschuldigungen gegen die Missionare enthalten, werden die Einwohner der Provinz aufgefordert, unter keinen Umständen Land an die Ausländer zu verkaufen, sondern vielmehr solchen Chinesen, die dies doch wagen sollten, die Häuser über den Köpfen anzuzünden und die Bewohner zu steinigen. Folgendes ist die wörtliche Uebersetzung eines dieser Machwerke, das noch gar nicht einmal zu der schlimmsten Sorte gehört:

„Vom Meere her sind Teufel im Anzuge, die Kapellen bauen wollen. Aber wir Einwohner von Hurau werden ihnen um keinen Preis Land oder Häuser überlassen. Sobald indessen doch ein Haus an die Teufel verkauft ist, so setzt es sofort in Flammen, und sobald sie eins zu errichten anfangen, dann reißt es nieder! Schlagt die Jünger des Teufels todt! Unser großes und mächtiges China hat von diesen Fremden schon viel zu viel Ungemach erlitten, dem endlich einmal Einhalt gethan werden soll. Darum erhebt euch, ihr Söhne von Hunau! Laßt uns die Teufel vernichten, alle mit einander, und laßt uns sorgfältig darauf achten, daß keiner entkomme. Jedermann sollte hierin nach äußersten Kräften seine Schuldigkeit thun."

In einer anderen Proclamation wirft man sogar den fremden Kriegsschiffen den Fehdehandschuh hin. „Wir fürchten sie nicht, die Kanonenboote der Teufel, und wir werden sie zertrümmern." Hoffentlich geschieht bald etwas einstliches gegen die Urheber solcher Veröffentlichungen, weil unzählige Chinesen nur allzu bereit sind, das tollste Zeug, was gegen die Fremden verbreitet wird, zu glauben.

Briefkasten.

R. 12. Sie wundern sich mit Recht darüber, daß die „Kreuzzeitung" es auffallend findet, wenn eine „jüdische Spitzbubenbande" ihren Vertheidiger bestiehlt. Eigentlich sollte das conservative Blatt endlich gelernt haben, daß das Stehlen nicht confessionell ist und daß neben manchem frommen Christen und Zeitungsredacteur jene „jüdische Spitzbubenbande" wie der reine Waisenknabe erscheint. Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

W. H. in L. In einer Wiener antisemitischen Versammlung sagte ein Redner, die Engländer seien „arische Juden". Die Rassenangriffe werden immer unsinniger.

Dr. H. in W. Der erste Wiener Antisemitenführer Dr. Lueger war es, der vor einigen Jahren den Ausspruch gethan: „Nur ein Lump oder ein Trottel kann ein Antisemit sein." Wir sind nicht so boshaft, diesen Satz auf Lueger selbst anzuwenden.

W. A. in B. Gewiß, vorn schimpft das „Deutsche Volksrecht" (9. Febr.) auf die Judenpresse, hinten aber druckt es vergnüglich dem „Berl. Börsencourir" ein Feuilleton nach!

R. G. in H. Herr Bresges, ein reicher Regierungsassessor, ist nach einer Meldung der „Voss. Ztg." der eigentliche Geldmann des „Volk". Wir haben das bereits im Jahre 1892 gewußt und in unseren „Mittheilungen" vom 18. Dez. 1892 eine entsprechende Notiz gebracht.

R. H. in B. Sie irren, Bankier Fould, der die Auslieferung von Frau und Fräulein Dick aus Lüttich durch die Behörden der Schweiz und Monacos betreiben läßt, gehört nicht der bekannten jüdischen Familie dieses Namens an. Es heißt eigentlich Eckardt-Müller.

E. K. in Frankfurt a. M. Sie haben recht mit Ihrer Resignation. Wenn die Gartenlaube vom Jahre 1865 (Nr. 37) schreibt: „Der Judenhaß früherer Zeiten ist aus den Anschauungen und der Empfindung der heutigen Frankfurter längst entschwunden, und bald wird es voraussichtlich dahinkommen, daß den Christen sogar der letzte schwache Nachklang der früheren Judenverfolgungen, das 1817 durch ganz Deutschland erschollene Hepp! Hepp, kaum als ein möglich gewesenes Factum erscheinen wird", so hat sie den politischen Instinct unserer Nation überschätzt.

Die älteren Jahrgänge der „Mittheilungen" sind noch vorräthig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten zusammen gebunden 4,50 Mark, die Jahrgänge 1893, 1894 und 1895 je gebunden 4 Mark. Das vorgeheftete Inhaltsverzeichniß macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Gegen Einsendung des Betrages wird das Gewünschte umgehend franco zugesandt.

Expedition der Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 18. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 18.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 8. Berlin, den 22. Februar 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 5575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Der Bund der Landwirthe.

Anläßlich seiner vorjährigen Generalversammlung wurde dem Bund der Landwirthe das Zeugniß ausgestellt, daß er „antisemitisch bis auf die Knochen“ sei. Nach dem Verlaufe der am 18. Februar im Circus Busch abgehaltenen diesjährigen Versammlung wird man dieses Urtheil ganz und gar aufrecht erhalten müssen.

Höchst bezeichnend ist schon die Thatsache, daß Liebermann von Sonnenberg der Held des Tages war. Als die Rednerliste verlesen und sein Name ausgesprochen wurde, ertönte nicht enden wollender Jubel. Dann wurden Rufe des Unwillens laut, als Herrn v. Liebermann nicht früh genug das Wort ertheilt wurde und als er endlich seine Rede hielt, wurde sie von stürmischen Beifall unterbrochen und nach Beendigung der Rede war der Jubel schier unbeschreiblich. Immer von Neuem erscholl der Ruf: Hoch Liebermann! und der Jubel legte sich erst, als Herr v. Liebermann, in seiner bekannten Bescheidenheit, die Versammlung ersuchte, keinen Personencultus zu treiben.

Aber auch die übrigen Redner gingen nicht leer aus und sie bemühten sich in der That, nicht blos durch massive Angriffe auf die Regierung, insbesondere den mißliebigen landwirthschaftlichen Minister, sondern auch durch tüchtiges Schimpfen auf die Juden, die Sympathien der Menge zu erringen. Die leisesten antisemitischen Anspielungen fanden einen verständnißvollen Widerhall in der Versammlung.

Der Vorsitzende v. Plötz sagte, die rothe und die goldene Internationale seien die beiden Mächte, die den productiven Mittelstand in Stadt und Land aufreiben. „Wie wollen Sie unsere Offiziercorps erhalten, deren Wiege größtentheils auf dem Lande stand? Sollen sie etwa ersetzt werden durch Sprossen der rothen und goldenen Internationale?“

Dr. Rösicke, der zweite Vorsitzende, meinte, der Krankheitsstoff, unter dem der Mittelstand absterbe, sei von einem fremden, aus Palästina stammenden Volke hineingetragen. Man spreche immer von internationalen Beziehungen, man knüpft sie aber nur da an, wo die Börsenjuden es wollen.

Dr. Oertel von der „Deutsch. Tagesztg.“ bemerkte, in der agrarischen Bewegung sei eine Weltanschauung verkörpert, die sich von der jüdisch-manchesterlichen Anschauung unterscheide, wie der Tag von der Nacht.

Obermeister Beck rühmte von sich, er sei bereits im Jahre 1885 vom Abg. Liebermann v. Sonnenberg mit einem Tropfen antisemitischen Oels gesalbt worden.

Der Baron v. Langen wies darauf hin, wie der Bund der Landwirthe der Börse immer mehr auf den Leib gerückt sei. Und das sei nöthig, weil das Judenthum die Hauptursache unserer wirthschaftlichen Schäden sei. Und Abg. Diederich Hahn stieß in dasselbe Horn.

Das ist so eine kleine Blumenlese. Auch sonst herrschte in der Versammlung ein richtiger Radau-Ton. Als das Vorstandsmitglied Dr. Suchsland den Namen Caprivi aussprach und sich dann wie auf Commando ein unbeschreibliches Gejohle, untermischt mit Pfui-Rufen und diversen Schimpfworten, erhob, schrie ein Herr, der unmittelbar hinter den für die Presse reservirten Tischen saß, das Wort „Schweinhund“ in den Circus. — Herr v. Diest-Daber that den Ausspruch: „Na, die Herren (der Landwirthschaftsminister und Bennig'en, der das Wort „gemeingefährlich“ schon vor Jahresfrist auf den Antrag Kanitz anwandte) sind beide aus Hannover, die beiden Herren können uns sonst was!“

Die Leser werden sich über solche Rohheiten, die vom Antisemitismus unzertrennlich sind, nicht wundern. Schade, daß Ahlwardt zur Zeit jenseits des Oceans weilt; er hätte in diese Versammlung vortrefflich hineingepaßt. —

Uns kann's recht sein, daß der nackte brutale Antisemitismus immer deutlicher im Bund der Landwirthe das Scepter führt. Er war von Anfang an das treibende Element in der Bewegung. Früher huldigten die conservativen Junker dem „verschämten“ Antisemitismus; auf dieses Epitheton hat ihre Gesinnung schon längst keinen Anspruch mehr. Man wird ja sehen, wie weit die Agrarier mit dem Antisemitismus als Agitationsmittel kommen. Je toller es die Herren treiben, desto früher wird der Bankrott eintreten.

Wie man die Verfassung auslegt!

Seit einigen Monaten bestehen zwischen dem Berliner Magistrat und dem Provinzialschulcollegium Differenzen über die an den städtischen Volksschulen angestellten oder anzustellenden Lehrer und Lehrerinnen jüdischen Glaubens. Die ersten Mittheilungen, die über diese Angelegenheit in die Oeffentlichkeit drangen, haben mit Recht Erstaunen hervorgerufen. Eine Reihe von Lehrern wurde dadurch schwer beunruhigt und auch weitere Kreise sahen dem Verlauf der Angelegenheit mit Interesse entgegen, denn es handelt sich bei dieser Frage um ein durch die Verfassung allen Staatsbürgern ohne Ausnahme gewährleistetes Grundrecht. Der Herr Stadtschulrath **Bertram** hat mit Entschiedenheit den Standpunkt des Magistrats gegenüber der Schulaufsichtsbehörde vertreten, und diese hat durch vorläufige nichtoffizielle Berichtigungen den ersten übeln Eindruck ihrer an den Magistrat erlassenen Verfügung abzuschwächen gesucht. Später wurde die bekannte Verfügung des Cultusministers vom 27. Dezember 1895 veröffentlicht, die indessen ebenfalls nicht geeignet war, die einmal hervorgerufene Besorgniß zu zerstreuen. Jetzt liegt auch der Wortlaut der Verfügung des Provinzialschulcollegiums vor, die sich auf jenen Ministerialerlaß stützt. Es heißt da:

In dem Rescript des Cultusministers war ausgeführt, daß, wenn auch die städtischen Behörden sich im Großen und Ganzen in den Grenzen des maßgebenden Erlasses vom 8. Juli 1875 gehalten haben, doch ein so weiter Gebrauch von der Berechtigung gemacht sei, daß mehr ins Einzelne gehende Bestimmungen getroffen werden müssen. In Betreff des Unterrichts, welcher, **abgesehen vom Religionsunterricht**, durch jüdische Lehrkräfte ertheilt werden darf, hieß es wörtlich in dem Ministerialerlaß: „Ich trage Bedenken, in dieser Hinsicht bestimmte Vorschriften zu treffen und die jüdischen Lehrpersonen, abgesehen von dem Religionsunterricht, von dem Unterricht in gewissen Gegenständen auszuschließen, erwarte aber, daß die mit Aufstellung der Lehr- und Lectionspläne betrauten Personen jüdischen Lehrern und Lehrerinnen nicht solchen Unterricht zutheilen werden, welcher ihnen in ihrem eigenen und im Interesse der Schule nicht übertragen werden darf. Ich erinnere dabei nur an die **Geschichte der Ausbreitung des Christenthums und der Kreuzzüge**." Speziell wird der städtischen Behörde zum Vorwurf gemacht, daß von 17 im Einzelnen aufgeführten Schulen eine besondere Lehrkraft angestellt ist, obwohl sich in diesen Schulen unter 637 bis 1234 Kindern nur 11 bis 31 jüdische Kinder befanden.

Die im Anschluß an dieses Rescript am 29. Januar d. J. ergangene Verfügung des Provinzialschulcollegiums lautet nach der „Freis. Ztg." wie folgt:

1. Die Neueinrichtung von jüdischen Religionscursen ist auch bei einer ganz geringen Anzahl jüdischer Kinder zulässig. Dieser Unterricht darf von remunerirten Religionslehrern beziehungsweise Lehrerinnen ertheilt werden. Es ist aber in jedem einzelnen Falle zur Beschäftigung derselben unter Nachweis der Qualification bei uns die Genehmigung nachzusuchen. 2. Die feste Anstellung einer jüdischen Lehrkraft als ordentlicher Lehrer an den Gemeindeschulen (mit Ausnahme der 11., 20., 31., 70., 36., 37., 38., 39., 40. und 41.) ist hinfort nur zulässig a) unter der Voraussetzung, daß die jüdischen Kinder einen nicht unerheblichen Theil der die betreffende Schule insgesammt besuchenden Kinder bilden, worüber uns bei jedem desfallsigen Antrag der entsprechende Nachweis zu führen ist, und b) wenn die bereits eingestellten Lehrkräfte bis zu je zwölf Religionsstunden herangezogen sind. 3. Die ordentlichen jüdischen Lehrkräfte sind bis zu ihrer Pflichtstundenzahl auch zum Unterricht in anderen Fächern heranzuziehen. 4. Ein Ordinariat darf einer jüdischen Lehrkraft in einer Classe, in welcher sich keine oder nur ganz wenig jüdische Kinder befinden, nicht übertragen werden, und ist vor der Uebertragung eines solchen in jedem einzelnen Falle an uns zu berichten. 5. Die Weiterführung der Kinder durch mehr als eine Klasse seitens der jüdischen Lehrkraft ist nicht gestattet. Bis zum 15. März sind ad 1, 3, 4, 5 Berichtigungen bezw. Lectionspläne einzureichen, außerdem ist zum 1. März jeden Jahres nach Maßgabe und Formular über die Unterrichtsertheilung durch jüdische Lehrkräfte Bericht zu erstatten.

Diese Verfügung hebt die verfassungsmäßige Gleichheit der Confessionen einfach auf. In Widerspruch mit den Anschauungen der städtischen Schulbehörde in Berlin setzt die Aufsichtsbehörde die jüdischen Lehrkräfte so sehr zurück, daß die Tendenz ihrer völligen Entfernung aus der Volksschule ziemlich klar zu Tage liegt. Man erkennt, daß die conservativ-antisemitische Parole: „Christliche Lehrer in christlichen Schulen" Früchte getragen hat. Daß eine staatliche Behörde sich in dieser Weise ant semitischen Forderungen anpaßt, hat man bisher doch nicht für möglich gehalten, noch dazu ohne daß sich bisher wirkliche Uebelstände herausgestellt hätten. Das Vorgehen des Provinzialschulcollegiums ist mit den verfassungsmäßigen Bestimmungen ganz unvereinbar. Denn Art. 4 der Verfassung besagt ausdrücklich: „Die öffentlichen Aemter sind, unter Einholtung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich"; das Provinzialschulcollegium aber stellt für die Zulassung zu einem bestimmten Amt eine confessionelle Schranke. Auch Art. 12 der Verfassung wird verletzt, der bestimmt, daß „der Genuß der bürgerlichen und der staatsbürgerlichen Rechte unabhängig ist vom religiösen Bekenntniß", und ebenso das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869, das die Gleichberechtigung der Confessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung für alle Bundesstaaten ausspricht. Der Unterrichtsminister hat ja, so lange noch ein Unterrichtsgesetz fehlt, das auch die Anstellung der Lehrer regeln würde, ein ziemlich unbeschränktes Verordnungsrecht und kann Bestimmungen treffen, die in gewissem Sinne Gesetzeskraft haben. Nimmermehr aber darf die Verfassung so ausgelegt werden, wie es hier geschehen ist.

Antisemitismus in der Litteraturgeschichte.

Herr **Carl Busse**, der in Berlin Philosophie, Geschichte und Litteratur studirte, und noch studiren sollte, trotzdem er als 23jähriger schon zwei Ausgaben eigener Gedichte hinter sich hat, giebt in seinem neuesten Sammelwerk: „**Neuere deutsche Lyrik**" (Verlag von Otto Hendel-Halle) auch eine Kritik der Heine'schen Muse und leistet sich dabei folgenden Satz (Seite 39 ff.): „Für Uhland und Eichendorff ist sie (die Poesie) eine stille, schöne Frau .... Wenn sie ihr Bestes und Heiligstes offenbaren, so liegt es da in keuschem Zittern und fürchtet sich vor jeder Berührung und fremden Augen. Heine ist schamloser. **Schopenhauer** nennt die **Schamlosigkeit eine nationaljüdische Eigenschaft**. So entblößt sich Heine gern und kokettirt noch damit."

Da Herr Busse uns nicht angiebt, an welcher Stelle das citirte Urtheil Schopenhauers sich befindet, ist es schwer, die Authenticität seines Citats zu controlliren. Die Stelle, die unseres Wissens allein in Betracht kommen kann, scheint der im § 132 der Parerga und Paralipomena, („zur Rechtslehre und Politik") befindliche Satz zu sein:

„... Daß die dem Nationalcharacter der Juden anhängenden Fehler, worunter eine wundersame **Abwesenheit alles dessen**, was das Wort verecundia ausdrückt, der hervorstechendste, wenngleich ein Mangel ist, der in der Welt besser weiter hilft, als vielleicht irgend eine positive Eigenschaft; daß, sage ich, diese Fehler hauptsächlich dem langen und ungerechten Drucke, den sie erlitten haben, zuzuschreiben sind, **entschuldigt solche zwar**, aber hebt sie nicht auf."

Hat Herr Busse diese Stelle im Auge gehabt, so paßt sie, ganz abgesehen von der durchaus falschen Auffassung des Begriffes Mangel an „verecundia", der keineswegs Schamlosigkeit, vielmehr Unverfrorenheit, **Keckheit** bedeutet, ganz und gar nicht auf Heine, denn gerade über diesen Dichter spricht Schopenhauer an anderer Stelle in „Welt als Wille und Vorstellung" Kapitel 8 (zur Theorie des Lächerlichen) folgendes Urtheil aus:

„... Als wirklicher **Humorist** tritt Heinrich Heine auf in seinem Romancero: hinter all seinen Scherzen und Possen merken wir einen **tiefen Ernst, der sich schämt, unverschleiert hervorzutreten**."

Würde verecundia der tendenziösen Uebersetzungskunst hierin geschulter Antisemiten unterliegen können, so hätte

Busse mit seinem Versuche, diese sinnwidrige, falsche Uebersetzung des Wortes verecundia auf Heine anzuwenden, wirklich kein Glück; denn nach ebendemselben Schopenhauer besitzt ja die Poesie Heines gerade Scham, also jene Eigenschaft, deren Mangel ein nationaljüdischer Fehler sein soll.

Mangel an verecundia ist aber, wie aus dem ganzen Zusammenhange hervorgeht, anz zweifellos nach Schopenhauer: „Keckheit", und wenn dies wirklich ein Specificum jüdischer Art sein soll, dann wird Herr Busse selbst von dieser Eigenschaft kaum freizusprechen sein, auch von ihm heißt's ja, er sei sehr keck und ein „Dichter", der, sei er auch noch so jung, als seinen „Paß" den Vers:

„Trutz unterm Hut
Am Schläger Blut,
Im Herzen brausenden Jugendmuth
Das ist mein Paß und der Paß ist gut."

gedichtet hat, sollte wirklich vom Mangel an verecundia im Schopenhauer'schen Sinne auch nicht ganz freizusprechen sein.

Schließlich würde es dem jungen Poeten, der ja auch Philosophie studirt hat, wirklich besser zu Gesichte stehen, wenn er seinen „Schopenhauer" sich etwas genauer angesehen hätte; er würde dann einmal nicht tendenziös citirt haben und sich des weiteren auch gehütet haben, Schopenhauer als Autorität in Judaeicis zu reclamiren, da er ja in diesem Falle es sich gefallen lassen müßte, den Philosophen auch auf dem Gebiete der Kritik anderer Religionssysteme, der Askese, etc. als Autorität gelten zu lassen. Und kann es für einen lebensfrischen Dichter „mit dem blutigen Schläger im Paß" etwas Schrecklicheres geben, als das Schopenhauer'sche „Nirwana", in das nun seine ganze auf Schopenhauer gestützte Kritik der „Heine'schen Poesie" sinkt. Hoffentlich theilt Herr Busse nicht das gleiche Schicksal.

— s.

Aus Rußland*).

Kurz vor seiner Enthebung vom Amte hatte der russische Minister des Innern Durnowo verfügt, daß beim Bau der sibirischen Eisenbahn weder jüdische Techniker und Ingenieure angestellt, noch jüdische Unternehmer beschäftigt werden dürfen. Im Protokolle des Ministeriums des Innern, das diese Verfügung enthielt, unternahm Durnowo den Versuch, diese seine Maßregel zu begründen, da die Bauleitung der sibirischen Eisenbahn der Entfernung der bei ihr angestellten jüdischen Techniker und Ingenieure ganz und gar nicht zustimmen wollte und durch das Verkehrsministerium um Angabe der Gründe bat, welche das Ministerium des Innern zu seiner Verfügung bewogen haben. In der diesbezüglichen Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß das Wirken der jüdischen Techniker und Ingenieure, welche bei der Erbauung der sibirischen Bahn beschäftigt waren, dem Bau sowohl als auch den Interessen des Staates großen Nutzen brachte. Durnowo ließ jedoch die Kundgebung der Bauleitung unbeachtet und suchte die Bedeutung der jüdischen Techniker und Ingenieure in den Augen des Verkehrsministeriums so viel als möglich herabzusetzen. So behauptete er, daß die Strecken der sibirischen Eisenbahn, welche unter der Leitung solcher Ingenieure stünden, dem Staate doppelt so viel gekostet hätten als die von den christlichen Ingenieuren gebauten. Auch behauptete er, daß die Arbeiter, welche von Juden beaufsichtigt wurden, von Letzteren ausgebeutet worden wären, so daß ein ferneres Beibehalten der jüdischen Techniker nicht geduldet werden könne.

Diese angeblich begründete Anklageschrift des Herrn Durnowo hatte gewirkt, und die jüdischen Techniker und Ingenieure wurden, von der sibirischen Eisenbahn entfernt. Nunmehr hat es sich aber herausgestellt, daß alles, was Durnowo zur Begründung seiner antijüdischen Maßnahme anführte, erdichtet und erlogen war. Es ist kein Geringerer als Fürst Chilkow, der gegenwärtige russische Verkehrsminister, der die Anklage des Herrn Durnowo gegen die jüdischen Techniker und Ingenieure Punkt für Punkt schlagend widerlegt und sie in das Reich der Fabel verwiesen hat. Fürst Chilkow, der kürzlich von einer Reise zur Inspection der sibirischen Eisenbahn zurückkehrte und statistische Daten über den Gang der Arbeiten beim Bau dieser Bahn gesammelt hat, überzeugte sich an Ort und Stelle, welchen Vortheil die Bauleitung von den jüdischen Technikern und Ingenieuren gehabt hat. So wurde z. B. constatirt, daß die Strecke Tscheljabinsk, welche unter Leitung eines jüdischen Ingenieurs, Manker, sich befand, um 800.000 Rubel weniger gekostet hat als dieselbe Strecke bei Werchoturowsk, welche von einem christlichen Ingenieur gebaut wurde. Aber noch mehr, die Art und Weise, wie die jüdischen Techniker und Ingenieure die ihnen anvertrauten Arbeiten ausführten, wird vom Fürsten Chilkow, der bekanntlich eine Autorität auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues ist, als die zweckentsprechendste und solideste erklärt. So bezeichnet Fürst Chilkow den großen Bahnhof von Tura und die Brücke bei Jalutorowsk, welche beide von jüdischen Ingenieuren ausgeführt worden sind, als Perlen der Eisenbahntechnik überhaupt. Was die von Durnowo aufgestellte Behauptung betrifft, die Arbeiter der sibirischen Eisenbahn wären von den jüdischen Ingenieuren ausgebeutet worden, so ergaben die von Fürst Chilkow gepflogenen strengen Nachforschungen eher das gerade Gegentheil, indem die von Juden angeblich ausgebeuteten Arbeiter die Rückkehr dieser Juden herbeisehnen. Als die Kunde von der bevorstehenden Ankunft des Fürsten Chilkow unter den Arbeitern der sibirischen Eisenbahn sich verbreitete, entsendeten die Arbeiter von Tscheljabinsk, Wercheturowsk und Jalutorowsk Deputationen, um den Verkehrsminister um die Wiedereinstellung der entlassenen jüdischen Techniker und Ingenieure in ihre früheren Aemter zu bitten. Die Arbeiterdeputationen erklärten einhellig, daß sie unter den jüdischen Ingenieuren viel mehr verdient und eine äußerst gerechte und humane Behandlung gehabt hatten. Welche Antwort Fürst Chilkow den Abgesandten der sibirischen Eisenbahnarbeiter ertheilt hat, ist unbekannt; dagegen steht es fest, daß der Fürst unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Sibirien dem neuen Minister des Innern, Goremykin, einen ausführlichen Bericht über die Bethätigung der Juden beim Bau der sibirischen Eisenbahn zukommen ließ, in welchem über deren Leistungen in Worten des größten Lobes gesprochen wurde. Als Folge all dieser Thatsachen ist ein am 5. Februar erschienener Erlaß des Verkehrsministeriums anzusehen, der der Bauleitung der sibirischen Eisenbahn das Recht einräumt, jüdische Techniker und Ingenieure unbeschränkt und nach eigenem Ermessen anzustellen. Der „Woschod" will sogar wissen, daß das Verkehrsministerium nunmehr beschlossen habe, die Anstellung solcher Techniker auf sämmtlichen russischen Bahnen zuzulassen.

Aber nicht nur auf diesem Gebiete haben sich die von Herrn Durnowo gegen die Juden erhobenen Anschuldigungen als jeder Begründung entbehrend erwiesen. Auch in der Frage der Erwerbung von Grund und Boden durch Juden zum Zwecke der Errichtung von Ackerbaucolonien ist dieser Tage vom Ackerbauminister Jermolow eine Entscheidung gefällt worden, welche deutlich gegen die Beweisführung des Herrn Durnowo spricht. Im Jahre 1888 hat Durnowo den Juden, welche Ackerbau- oder Forstschulen absolvirt hatten, das ihnen von Alexander II. verliehene Recht, Grund und Boden zur Errichtung von Ackerbaucolonien erwerben zu dürfen, genommen. Motivirt wurde diese Maßnahme damit, daß die in Saratow und in Woronesch bestehenden Ackerbaucolonien angeblich nur von christlichen

---

*) Nach dem „Freien Blatt" in Wien.

Arbeitern bebaut werden, während die jüdischen Gründer derselben nur Handel treiben. Damals bemächtigten sich die antisemitischen Blätter Rußlands dieser Fabel als eines neuen „Beweises" für die Abneigung der Juden gegen schwere physische Arbeit und für deren Hang zu leichtem Erwerb. Wie entstellt und verdreht all diese von Durnowo vorgebrachten Thatsachen jedoch waren, erfährt man jetzt erst allmählich. Zum Zwecke der Grundsteuerentlastung, welche das russische Ackerbauministerium durchzuführen gedenkt, wurde eine Expertencommission nach dem Innern des Reiches entsendet, um die bäuerlichen Wirthschaften in Augenschein zu nehmen. Die Commission besichtigte auch die von Herrn Durnowo verleumdeten jüdischen Ackerbaucolonien in Saratow und in Woronesch. Was sie jedoch über diese Colonien zu erzählen weiß, widerspricht vollständig dem, was Herr Durnowo seinerzeit behauptete. In den jüdischen Colonien in Saratow und in Woronesch ist kein einziger christlicher Arbeiter zu finden; die Feldarbeiten werden ausschließlich von Juden verrichtet; die Colonisten selbst werden von der Commission als Muster von Ackerbauern bezeichnet. Nun hat Ackerbauminister Jermolow, dessen Gerechtigkeitssinn in Rußland allgemein bekannt ist, verfügt, daß Juden, welche Ackerbau- oder Forstschulen absolvirt haben, das Recht, Grund und Boden erwerben zu dürfen, ungeschmälert und unbeschränkt genießen mögen.

Zur Abwehr.

Jüdische Beamte. Bei der Berathung des Justizetats im Preußischen Abgeordnetenhause, am 10. Febr., kam der nationalliberale Abg. v. Eynern auf die Seitens des Centrumsführers Freih. v. Heereman bei dem Etat des Ministeriums des Innern vorgebrachten Klagen über die Bevorzugung evangelischer Aspiranten bei der Berufung in höhere Verwaltungsämter zurück. Herr v. Eynern behauptete u. A.: „Unter den 65 000 höheren Beamten waren 77 Procent evangelisch, $19\frac{1}{2}$ Procent katholisch und 3 Procent jüdisch." Leider stimmt die Wirklichkeit nicht mit diesen Angaben überein. Wo sind die 3 Procent = 1950 jüdische Beamte? Ja, rechnete man selbst die Beamten mittleren Grades, etwa der dritten, vierten und fünften Rangklasse, hinzu, so dürfte selbst dann noch Herr v. Eynern in einige Verlegenheit gerathen, wenn er dieselben aufführen sollte!

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Antisemitismus des Herrn Stöcker wird nicht blos vom Pfarrer Naumann, sondern auch von anderen in der christlich-sozialen Bewegung stehenden Männern perhorrescirt. In Neumünster tagte am 11. Februar die „Soziale Conferenz", eine Vereinigung von Männern, hauptsächlich Geistlichen der Provinz Schleswig-Holstein, die mit Interesse der sozialen Bewegung unserer Zeit folgen. Es hatten sich (den „Schlesw. Nachr." zufolge) diesmal über 50 Herren eingefunden, darunter D. Kaftan, Baron v. Heintze-Bordesholm, Prof. Baumgarten-Kiel, Propst Hasselmann-Husum u. a., alle wohl angelockt durch den angekündigten Vortrag des Herrn Prof. Titius aus Kiel: „Von Stöcker zu Naumann. Der gegenwärtige Stand der christlich-sozialen Bewegung." Der Redner, welcher die Ansicht vertrat, daß die Differenzpunkte zwischen den beiden christlich-sozialen Richtungen gering seien im Vergleich zu ihren starken gemeinsamen Interessen, berührte auch die Judenfrage. Er meinte, die Geschichte der letzten 20 Jahre gäbe ihm Recht, wenn er sage: man thäte in diesem Punkte gut, nicht mit Stöcker zu gehen — er habe Wind gesäet und Sturm geerntet.

Nationalliberalismus und Antisemitismus in Hannover. Die „Nationalliberale Correspondenz", das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, schreibt: „Die Reichstagsersatzwahl in Osnabrück ist auf den Donnerstag nach Ostern anberaumt. Die Wahlbewegung muß sich also in der Hauptsache in der Woche vor Palmsonntag und in der Charwoche abspielen. Das ist ein um so weniger angenehmer Ausblick, als die Ueberproduction der Candidaturen einen heftigen Wahlkampf erwarten läßt. Eröffnet ist dieser am 9. d. M. bereits mit einem Manöver worden, das unter die Rubrik „Unlauterer Wettbewerb" zu fallen scheint. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Diederich Hahn war an jenem Tage in der antisemitischen Versammlung in Osnabrück erschienen. Die Versammlung stellte zugleich Namens des Bundes der Landwirthe und der sogenannten Handwerkerpartei einen eigenen „Mittelstandscandidaten" auf. Laut „besonderer Mittheilung" aus Osnabrück an die antisemitische, in Dresden erscheinende „Deutsche Wacht" hat der Abg. Dr. Hahn bei jener Gelegenheit die Erklärung abgegeben, daß der Vorsitzende des Provinzialverbandes des Bundes der Landwirthe für Hannover, Landtagsabgeordneter Schoof nicht für Wamhoff, sondern für den Mittelstands-Candidaten Weidner eintreten werde. Uns wird bestätigt, daß Herr Dr. Hahn in dieser Weise sich in der Osnabrücker Versammlung geäußert hat. Nun ist es aber doch ein starkes Stück, den Abg. Schoof, der mit Wamhoff bis auf den heutigen Tag in der Landtagsfraction zusammen sitzt, derartig vor der Oeffentlichkeit bloszustellen. Dem Herrn Dr. Hahn scheint in dem Augenblick, da er die besagte Aeußerung that, das Verständniß dafür gefehlt zu haben, wessen er den Abg. Schoof bezichtigte. Es kann selbstverständlich nicht ausbleiben, daß ihn Herr Schoof ohne Verzug und auf's Bestimmteste desavouirt."

So die „Nat.-Lib. Corr." Die gleiche Aufforderung, bemerkt dazu die „Nationalzeitung" (19. Febr.), ist aber an Herrn Schoof schon vor mehreren Tagen gerichtet worden und hat bis jetzt keine Wirkung erzielt. Das scheint uns ein noch „stärkeres Stück" zu sein, als die Aeußerung des Herrn Hahn, auf dessen Treiben für die nationalliberale Partei nichts ankommt.

Die Antisemiten unter sich. In dem Hamburger Antisemitenorgan des Herrn Hans v. Mosch vom 16. Febr. lesen wir:

Die „Staatsbürgerztg." ist in dem vor Kurzem stattgehabten Prozeß gegen die „Genossenschaft Berliner Schneidermeister" auf Antrag des Anwaltes der letzteren „auf ihren geistigen Zustand untersucht worden" und siehe da, es hat sich herausgestellt, daß dieser geistige Zustand dem einer alten giftigen und geizigen Tante gleicht, die außerdem die Eigenschaft besitzt, stark nach „rechts" zu schielen und Herren im goldenen Kragen um Subventionen für ihre alten Tage anzubetteln. Der böse Geist besagter alter Tante äußerte sich in der erwähnten Gerichtsverhandlung besonders auch dadurch, daß sie durch ihren Chef-Redacteur erklären ließ: „Sie werde nachweisen, daß diejenigen antisemitischen Zeitungen, welche keine Juden-Annoncen aufnähmen, auf Betrug oder Bettel basirt seien (!!!) Da nun sämmtliche antisemitische Zeitungen mit Ausnahme der „Staatsbürgerztg." keine Juden-Annoncen aufnehmen, weil sie es zum mindesten für widersinnig oder betrügerisch halten, vorn zu warnen: „Kauft nicht bei Juden" und hinten für koscheres Geld (non olet!) Judenwaren anzupreisen, so nahm der Gerichtshof an, daß die vorerwähnte alte Tante an einer so totalen Verwechslung der Begriffe leide, daß die völlige geistige und moralische Umnachtung als erwiesen zu betrachten sei. Die „Staatsbürgerztg." wird daher künftig an den Wochentagen von Plötzensee, an den Sonntagen von Dalldorf aus erscheinen.

„Solche Ungeheuer!" möchte man lachend ausrufen, wenn man liest, wie ein Herr Himmelserb im „Modernen Völkergeist" (Febr.) — dem Organ einer vor Dühring auf den Bauch rutschenden kleinen Anzahl unklarer Männer — die Juden abschlachtet. Dem Juden „fehlt entweder das Mitleid gänzlich, oder es ist doch so

schwach, daß es bezüglich des Zusammenlebens desselben mit uns gar nicht inbetracht gezogen werden kann." „Der Jude kennt kein Gewissen." „Der Jude weiß nicht, was reblich und ehrenhaft ist" u. a. m. Den Gipfelpunkt erreicht dieser mit Unfähigkeit gepaarte größenwahnsinnige Blödsinn in den Worten:

„Beim Juden ist eine Erziehung zum besseren Menschen gänzlich ausgeschlossen; er wird durch bildende Einflüsse sogar noch ein größerer Schuft und sinkt, selbst wenn er gebildet ist, auf eine so niedrige Stufe der Rohheit herab, daß selbst der verdorbenste Arier sich mit Ekel von ihm abwendet."

Dieser Satz ist sicherlich nur noch pathologisch aufzufassen.

Die antisemitische „Deutsche Wacht" in Dresden sieht sich genöthigt, in Bezug auf einige gegen sie anstehende Klagesachen in ihrer No. vom 17. Februar folgende Erklärungen abzugeben:

1. „Die Veröffentlichung in den Nummern der „Deutschen Wacht" vom 23. und 29. August 1895, die den Kaufmann Wilhelm Bernstein, früher in Aschersleben, jetzt in Altenburg, betreffen, nehmen wir als unwahr zurück."

2. „Die Schriftleitung der „Deutschen Wacht" erklärt ihr Bedauern über die in ihren Blättern vom 20. und 22. Oktober 1895 über den verstorbenen Herrn Abraham Borchardt aufgestellten Behauptungen. Sie erklärt die dort erhobenen Anschuldigungen insgesammt für unwahr und bittet die davon Betroffenen um Entschuldigung. Auch hat die Schriftleitung der „Deutschen Wacht" zur Sühne sich verpflichtet, bis zum 1. März 1896 den Betrag von 300 M. an das städtische Armenamt zu Dresden auszuzahlen zur Vertheilung zu gleichen Theilen an Angehörige der drei Confessionen.

Driburg. Die „Driburger Ztg." vom 1. Februar enthält folgendes Inserat:

Widerruf und Erklärung.

Das zu Cassel erscheinende Antisemitische Volksblatt enthält in seiner Nr. vom 28. September 1885 einen Schmähartikel, betitelt: **„Juda in der Sommerfrische"**, dessen Verfasser und Verbreiter ich bin und der gegen Herrn Alex Flechtheim zu Brakel und dessen Familie gerichtet war. Herr Flechtheim erhob darauf gegen mich bei dem Königlichen Amtsgericht zu Brakel Privatklage, und wurde ich in der am 13. Dezember d. Js. stattfindenden Sitzung des Schöffengerichts der Thäterschaft überführt und zu einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten kostenpflichtig verurtheilt. Herr Flechtheim hat sich aus Rücksicht auf meine Verwandten und auch, weil er meinem verstorbenen Vater befreundet war, bereit erklärt, gegen diese Erklärung und gegen bereits erfolgte Zahlung einer Buße von 500 Mark, welche an Arme und Kranke der Stadt Brakel zu vertheilen sind, sowie ferner gegen Uebernahme der Kosten den Strafantrag zurückzuziehen.

Ich erkläre nun hiermit, daß alles Nachtheilige, was besagter Artikel über Herrn Fechtmann und dessen Familie enthält, Verleumdungen und Entstellungen der schändlichsten Art sind, und daß meine Handlungsweise um so verwerflicher war, als mir jedweder Anlaß dazu fehlte, da ich niemals persönlichen oder gesellschaftlichen noch geschäftlichen Verkehr, sei es mit ihm, sei es mit seiner Familie gehabt habe.

Brakel, den 29. Januar 1896.

Vincenz Brinkmann,
zur Zeit Driburg.

Ein antisemitisches Preisausschreiben. Wie die „Antisemitische Correspondenz" (6. Febr) meldet, hat ein „Förderer des Deutschthums" zwei Preise von 3000 und 2000 Mark ausgesetzt für zwei antisemitische Werke. Das erste soll eine „Zusammenstellung der geschichtlichen Judenverfolgungen und ihre Ursachen" sein und das zweite ein „Lexikon der jüdisch-deutschen Mischehen."

„Der jüngste Ritualmord", so war ein im antisemitischen „D. Generalanzeiger" vom 6. Oktober v. J. erschienener Artikel betitelt, auf Grund dessen der Redakteur Karl Seblaczek sich am 17. Februar vor der 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Gotteslästerung und Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft und ihrer Einrichtungen und Gebräuche zu verantworten hatte. Ein aus dem Orte Garano-Kis-Satto in Ungarn gemeldetes Vorkommniß, bei welchem es sich um einen angeblichen Ritualmord handeln sollte, hatte Anlaß zu einem Artikel gegeben. In diesem wird dem Judenthum vorgeworfen, daß es trotz aller schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre nicht einmal von den schlimmsten aller semitischen Verbrechen, von dem Ermorden christlicher Kinder zu gottesdienstlichen Zwecken ablasse". Es heißt dann weiter: „Und solcher Unthaten bedarf das Judenthum alljährlich, um sein Osterfest und seine „große Festwoche" mit dem „Versöhnungstage" in einer dem Judengotte wohlgefälligen Weise feiern zu können". Nach weiteren Angriffen gegen die „Hebräer" sagt der blödsinnige Artikel dann weiter: „Und das Blut eines unschuldigen Christenkindes wird dann getrocknet und zu Pulver zerstoßen, und die Agenten des ritualen Mörder-Geheimbundes bringen dann je eine kleine „Pille" der „vernichteten Feindesseele den einzelnen Judengemeinden, deren Rabbi die Pille theils im Osterwein, theils im Osterkuchen auflöst, um die ganze Gemeinde an dem Feindesmahl theilnehmen zu lassen." Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Sein Vertheidiger Rechtsanwalt Dosing beantragte, die Herren Dr. Ecker, Professor Dr. Rohling, Wahrmund, Dr. Weißbach, Pfarrer Deckert und Kaplan Dasbach darüber zu vernehmen, daß der Ritualmord wirklich existire und daß der Judengott ein anderer Gott sei, als der, der durch § 166 geschützt werden soll. Staatsanwalt Kanzow widersprach diesem Antrage, da über den Ritualmord ernsthaft doch wohl nicht zu debattiren sei. — Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab, weil es Sache des Gerichts sei, den Gottesbegriff nach § 166 festzustellen; gerichtsnotorisch sei, daß über das Vorkommen von Ritualmorden die Gelehrten uneinig seien und dem Angeklagten nachgegeben werden könne, daß er an Ritualmorde glaubt. — Staatsanwalt Kanzow hielt die Thatbestandsmerkmale des § 166 für vollständig erfüllt. Der Judengott sei derselbe Gottesbegriff, wie der der christlichen Kirche im alten Testament. Der Artikel richte sich nicht gegen die jüdische Rasse, sondern gegen die jüdische Religionsgemeinschaft. Wie jeder Mensch in Deutschland verlangen könne, daß Niemand seine Sachen oder seine Ehre antaste, so könne jeder Mensch und auch der Jude verlangen, daß man seinen Glauben nicht antaste. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier doch um eine recht trübe Quelle handele und in heutiger Zeit dem Rassenhasse und Klassenhasse überall energisch entgegengetreten werden müsse, beantrage er gegen den Angeklagten drei Monate Gefängniß. — Der Angeklagte und sein Vertheidiger bestritten, daß es sich um einen Angriff auf die jüdische Religionsgemeinschaft handele. Der Angriff richte sich vielmehr gegen die jüdische Rasse und gegen den Talmudgott, der durch den § 166 nicht geschützt werde, da er einen vollständig anderen Gottesbegriff darstelle. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Judengott durch § 166 ebenso geschützt werden solle, wie der Christengott, und daß sich der Artikel gegen die jüdische Religionsgemeinschaft richte. Dagegen hat der Gerichtshof die strafbaren „beschimpfenden Aeußerungen", die etwas anderes als bloße Beleidigungen seien, vermißt und deshalb auf Freisprechung erkannt:

Freisprechung. Der kürzlich wegen Verleitung zum Meineid zu $1\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus verurtheilte antisemitische Thierarzt Wilhelm Meinberg zu Gronau wurde vom Landgericht zu Hildesheim freigesprochen. Die Vertheidigung führte Justizrath Seckel aus Göttingen.

Wir gönnen Herrn M., falls er unschuldig ist, seine Freisprechung aus vollem Herzen; nur möge er uns die Bemerkung gestatten, daß er seine Rehabilitirung wohl in erster Reihe — um in einem ihm gewiß bekannten Jargon zu reden — „den Kniffen, Ränken und Verdrehungen eines jüdischen Advokaten" verdankt. Justizrath Seckel ist nämlich Jude.

Schneider und Paasch. Im österreichischen Landtag ergriff am 5. Februar auch der antisemitische Abg. Schneider das Wort. Dabei kam er auch auf den Fall Paasch zu sprechen. An Paasch, den man wiederholt ins Irrenhaus sperrte, habe man einen Justizmord begangen; Paasch sei ganz unschuldig zu einem Jahr Gefängniß ver-

urtheilt worden, und man habe nicht einmal die Zeugen vorführen lassen. Redner habe Paasch persönlich aus Oesterreich in die Schweiz gebracht, weil die österreichischen Gerichte ihn wahrscheinlich nach Deutschland ausgeliefert hätten. Paasch befindet sich nun in Zürich.

Wenn ein Abgeordneter das Recht und die Gerichte so respectirt, wie der Abg. Schneider durch seine That bewiesen, kann man sich nicht wundern, wenn das Staatsgebäude bedenklich wackelt. In einem Rechtsstaat, in dem das Recht umgangen und gebeugt wird, bleibt von seinem Fundament wenig übrig, wenn sich ähnliche Angriffe häufen.

Ahlwardt in Amerika. Am 16. Januar hielt Ahlwardt wieder in New-York einen Vortrag, bei dem es nach dem Bericht der „New-Yorker Staatsztg." vom 17. Januar, zu lebhaften Scenen kam.

Bei Besprechung der Misere der Berliner Mäntelnäherinnen erklärte er, daß die christlichen Mädchen eine instinctive Abneigung gegen Juden hätten, worauf ein Semit, anknüpfend an eine kürzliche Kabelnotiz, einwarf: „Ihre Tochter scheint sie nicht zu haben!"

Der Rector wurde kirschroth im Gesicht; von allen Seiten wurden Pfuirufe laut, und mehrere Fäuste ballten sich drohend vor dem Schreier. Mit Donnerstimme rief der Redner: „Sie sind ein ganz erbärmlicher Lügner! Meine Tochter ist erstens gar nicht verlobt, und dann weiß ich ganz sicher, daß aus meiner Familie Niemand weder mit einem Juden noch mit einem getauften Juden Gemeinschaft haben wird!"

Ahlwardt bog sich über die Tribüne, und indem er weiter rief: „Wo ist der infame Lump, der das gesagt?" schien er sich auf seinen Gegner stürzen zu wollen, gewann jedoch, als Vorsitzender E. Groß der durcheinander schreienden Zuschauermenge Ruhe gebot, alsdann die Fassung wieder und fuhr mit seinem Vortage von dem „jüdischen Vampyr," der jetzt auch seine Fangarme nach Amerika ausstrecke, fort.

Als er bald darauf von „krummaäsigen, parfümirten Judenbengeln" sprach, rief sogar ein Arier: „Wüste Schimpfereien! Bleiben Sie doch beim Thema!" Wieder erschollen Dutzende von Stimmen: „Raus mit dem Störenfried!" und einer von Ahlwardt's Adjutanten pflanzte sich vor den Schreier, während die bewaffnete Macht sich in Positur setzte. Ahlwardt wußte seine, ob der Störung erbitterte Gemeinde jedoch wieder zum Lachen zu bringen. „Lassen Sie doch den armen Mann! Der muß ins Horn der Juden stoßen! Sie haben ihn zu arg am Wickel. Morgen erhält er eine Prämie dafür!"

Der Judenfresser setzte dann sein Thema fort: Bauer, Handwerker, Kaufmann, Junker, Künstler und Gelehrte -- sie alle wurden abgemurkst, nach Ansicht des Redners von den Juden natürlich, und von dem ganzen Judenschmaus bleibt nur eine Proletariermasse übrig, die sich, mit Heine zu sprechen, ja begraben lassen könne.

Am 21. Januar sprach er wieder und tischte hier seine beliebten Spionagegeschichten auf. (S. New-Yorker Staatsztg." vom 22. Januar). Er sagte: „Sie werden staunen, meine Herren, wenn ich Ihnen erzähle, daß ich die Hydra der Verleumdung mit kräftigen Fußtritt zermalmen und die jüdischen Fallstricke zerreißen werden." Der Agitator erklärte dann, daß er am nächsten Tage im Essex-Market Polizeigericht Haftbefehle gegen zwei „Nichtgentlemen" erwirken werde, die ihm den Judaskuß applicirt und sich schließlich als jüdische Lockspitzel entpuppt hätten. Sie führten sich als antisemitische Gönner ein, versprachen dem Rector größere Geldbeträge zum Druck und zur Publicirung seiner Streitschriften vorzustrecken und schlichen sich so in das arglose arische Herz des Agitators ein, daß er sie in sein Vertrauen zog, ihnen die Namen anderer Personen, die ihm Geld zu dem Zwecke versprochen hatten, nannte und seinen ganzen Schlachtplan enthüllte. Bald merkte Ahlwardt, daß er der Gefappte war. Die Geldleute zogen sich fast alle von ihm zurück, und die beiden „Juden-Emissäre" verbreiten angeblich allerlei Ehrenrühriges über ihn.

„Ich werde ein Exempel statuiren!" rief er mit donnernder Stimme. „In den Zeitungen wird es in den nächsten Wochen von unseren Kämpfen widerhallen." Der Redner weigerte sich aber dennoch, die Namen der beiden Ehrenmänner zu nennen.

Abgesehen von einigen höhnischen Zwischenrufen und Zischen einiger anwesenden Socialisten und Juden ging es sonst sehr heiter in der Versammlung zu. Mit wiehernden Gelächter begleiteten die Zuhörer Ahlwardt's Zeitbilder. Der preußische Kulturkampf als Product jüdischer Intriguen, eingefädelt von dem „getauften Juden und Cultusminister" Falk; französischer Chauvinismus, eine Ausgeburt der „Judenpolitik", um die Arier an einander zu hetzen, (Jaques St. Cère-Rosenthal) das sind nur ein paar Beispiele aus dem komisch wirkenden Vortrag. Mindestens originell war auch eine kleine naturwissenschaftliche Studie, deren Autorschaft übrigens der Rector dem österreichischen Reichsrathsabgeordneten Schneider zuschrieb. Dieser hat den Juden — Darwin wird sich über diese ihm entgangene Entdeckung im Grabe umdrehen — als Bindeglied zwischen Affen und Menschen bezeichnet, und mit viel Behagen deducirte Ahlwardt nach Schneider diese Ansicht. Mit einem Appell an die Zuhörer, alle jüdischen Geschäftsleute und die „Judenpresse" zu boycotten, schloß Ahlwardt seinen Vortrag.

Vermischtes.

Jüdische Richter. Aus Frankfurt a. M. wird uns aus juristischen Kreisen geschrieben: In Nro. 6 findet sich eine Briefkastennatiz: „In Preußen kaum. Dagegen... ist der zum Vorsitzenden des Schwurgerichts in Nürnberg bestimmte Oberlandesgerichtsrath Berlin Jude". Ich nehme an, daß diese Bemerkung dahin gehen soll, daß in Preußen kein Jude Schwurgerichts-Vorsitzender werde. Dies ist unrichtig. In Frankfurt wird in dieser Richtung keinerlei Unterschied gemacht. Der einzige hiesige jüdische Landgerichtsrath war allerdings hier bereits Vorsitzender des Schwurgerichts, wir hatten und haben jüdische Vorsitzende der Handelskammer; ebenso ist ein Jude Schöffenrichter. Ich kann mir nicht denken, daß anderwärts dies anders gehalten werden könnte.

Unglaublich, aber wahr. Unter der Spitzmarke „Unglaublich, aber wahr!" brachte am 8. Febr. ein Wiener antisemitisches Abendblatt falgende Natiz:

Im Monat December 1895 fanden in den Kirchen Am Hof, bei St. Michael und St. Peter gar keine Trauungen und in sämmtlichen sieben Kirchen der inneren Stadt im Ganzen nur vier Trauungen statt; dagegen wurden im israelitischen Tempel der inneren Stadt nicht weniger als 68 Paare getraut. Diese authentischen Ziffern sprechen mehr als ganze Bände für die Berechtigung des Antisemitismus.

Launig antwortete am 8. Febr. ein „Kathalik" in der der „N. Fr. Pr.": „Möge sich der gelehrte Herr sammt seinen „authentischen Ziffern" beruhigen. Nach seiner mit gut gespielter Aufregung vorgebrachten Notiz sollte man glauben, daß Hunderte von Wiener Brautpaaren einen ganzen Monat lang händeringend durch unsere Straßen irren und nicht getraut werden können — dies spricht in der That mehr als ganze Bände, aber nicht für die Berechtigung des Antisemitismus, sondern für die Unwissenheit und Leichtfertigkeit des Natizenschreibers. Wie ihm jeder kleine Schulknabe offenbaren könnte, sind in der katholischen Kirche Trauungen im ganzen Monat December (Adventzeit) und bis inclusive zum Feste der heiligen drei Könige (6. Januar) nur ganz ausnahmsweise — nämlich nur mit besonderem bischöflichen Dispens — zulässig, da diese ganze Zeit zu den sogenannten „verbotenen Zeiten" gehört. Das könnten sogenannte „christliche" Journalisten denn doch auch wissen!"

Der antisemitische österreichische Abg. von Pacher ein — Judenabkömmling. Der Eifer der Renegaten und deren Abkömmlinge, ihre Abstammung vergessen zu machen, ist bekannt. Alles jedoch, was auf diesem Gebiete jemals geleistet wurde, stellt Herr v. Pacher in den Schatten durch seinen famosen Antrag vom 7. d. M.: „Jeder, dem nachgewiesen werden kann, daß einer seiner Urgroßväter dem mosaischen Glauben angehört hat, kann des österreichischen Staatsbürgerrechtes entkleidet werden," den er im Landtag einbrachte.

Der Mann, der diesen Antrag gestellt hat, **stammt selbst väterlicherseits von Juden ab!** Der Eifer des Herrn v. Pacher, durch ein drastisches Mittel die Gerüchte verstummen zu machen, die längst über seine Abstammung circulirten, hat ihm jedoch einen bösen Streich gespielt. Denn was bis jetzt nur durch den Mund der Fama colportirt wurde, muß angesichts des einem wahnwitzigen Humor entsprungenen Gesetzvorschlages durch das gedruckte, unverlöschbare Wort mit aller Schärfe und Entschiedenheit festgestellt werden.

Die „Neue Freie Presse", deren Chefredacteur bekanntlich Doctor **Bacher** heißt, schreibt mit Rücksicht auf das auffallende „**kann**" im Pacher'schen Antrage Folgendes:

„Dieses „**kann**" giebt zu denken! Es wird also im Antisemitenstaate auch Pardon geben für Leute, die eines mosaischen Urgroßvaters überführt werden können. Herr v. Pacher, Herr v. Pacher! **Sollte diese kleine Inconsequenz sich am Ende gar zum eventuellen eigenen Gebrauch in das antisemitische Grundgesetz eingeschlichen haben?**"

Herr Paul v. Pacher und der Chefredacteur der „Neuen Freien Presse" haben nämlich beide einen gemeinsamen Urahn, der **Bacher** hieß. „Bacher" wird im Hebräischen ein „Talmudbeflissener" genannt. Herr Paul v. Pacher stammt daher zweifellos von einem Talmudgelehrten ab.

Von, wenn auch entfernt verwandtschaftlicher Seite herrührend, ist die Anspielung der „Neuen Freien Presse" deutlich genug. Die „Sonn- und Montags-Ztg." weiß aber noch mehr, denn sie ist in der Lage, auf Grund eines Actenmateriales, die sie seit längerer Zeit kennt, folgenden authentischen Beitrag zur Genealogie des Herrn Paul v. Pacher zu bieten:

„Die Familie Pacher, (die, wie bereits erwähnt, ursprünglich Bacher hieß) stammt aus Jungfern**teinitz** in Böhmen. Ein Bacher, Namens **Samuel**, übersiedelte Anfangs dieses Jahrhunderts nach Teplitz, ging später nach Wien und wurde hier Armeelieferant in Heu und Hafer. Derselbe hatte acht Kinder, von denen sich mehrere taufen ließen. Im Jahre 1823 finden wir bereits in Wien einen Großhändler Johann Martin Pacher, Director der Oesterreichischen Nationalbank, der vom Kaiser Franz in den Adelstand erhoben wurde. Ueber sein Ansuchen wurde ihm das Prädicat „v. Theinburg" verliehen, welches er offenbar aus Pietät für den Ort seiner Abstammung wählte. Von diesem Johann Martin Pacher stammt auch Herr Paul v. Pacher, der heutige große Judenfresser ab. Jetzt weiß es also jedermann genau, was das „kann" im Gesetzentwurfe des Herrn Paul v. Pacher bedeuten soll. Es ist dies eine zarte Rücksichtnahme auf sich und wohl auch auf die Abkömmlinge des seeligen Schmul Leeb Kohn. welche die Kinder Georg Schönerers sind. Es ist nämlich characteristisch sowohl für Herrn Schönerer als für Herrn v. Pacher, daß sie weniger an ihre Vorfahren als an ihre Nachkommen denken."

Blutaberglaube in Frankreich. Jüngst hielt der französische Romanschriftsteller Jules Bois, wie die „Frankf. Ztg." vom 14. Februar berichtet, einen Vortrag über „Schwarze Messe und Verhexung." (Unter schwarzer Messe versteht man eine unzüchtige und freche Parodie auf die heilige Messe). Jules Bois begann mit der Widerlegung der Zweifler, die die „schwarze Messe" ins Reich der Fabel verweisen. Schwarze Messen würden gelesen und fänden auch heute noch statt, denn wozu würden sonst so häufig Einbruchsdiebstöhle in den Kirchen stattfinden, wo nichts als die geweihten Hostien weggenommen würden, deren Profanirung zur schwarzen Messe nöthig ist? Eine **historisch beglaubigte** schwarze Messe ist nach Jules Bois diejenige, welche **Madame de Montespan** lesen ließ, um sich die Liebe Ludwigs XIV. zu erhalten. Ein Abbé Guibourg celebrirte sie. Die Montespan wohnte ihr unbekleidet unter einem schwarzen Tuche bei **und das Sühneopfer sei ein neugeborenes Kind gewesen,** (!) dessen Blut in den Kelch gegossen wurde.

Ein Blutbeschuldigungsprozeß in Palästina. Man schreibt dem Wiener „Freien Blatt" aus Jerusalem: Hier erregt eine Blutbeschuldigung wider die Juden allgemeines Aufsehen, die unliebsame Scene hat aber ihr vorläufiges Ende mit der Verhaftung desjenigen gefunden, welcher sie hervorrief. Eine arabische Frau war wegen des ungewöhnlich langen Ausbleibens ihres Kindes in der Schule beunruhigt. Da fand sich ein wohlwollender Nachbar, angeblich ein griechischer Missionar Namens Ibrahim, ein, der voller Theilnahme die Besorgniß aussprach, die Juden könnten das Kind für das kommende Passah-Fest abgeschlachtet haben. Die verzweifelte Mutter brach in Wehklagen aus, und es kam in der Straße zu einem Excesse, wobei der jüdische Nachbar der Araberin, M. Perlmann, geschlagen und verwundet wurde. Als österreichischer Staatsbürger rief der Verwundete den Schutz des österreichisch-ungarischen Agenten an. Zugleich wandte sich der geachtete Großrabbiner Elischer aus der Colonie „Rischon l. Zion" an die türkische Regierung mit einer Beschwerde über die boshafte Verleumdung. Das vermißte Kind kehrte inzwischen nach Hause zurück, und nun erfolgte die Verhaftung des Verleumders, der erst auf ärztliches Gutachten wegen Unwohlseins auf freien Fuß belassen wurde. Das Strafverfahren wurde gegen ihn eingeleitet. Interessant ist diesbezüglich ein offenes Schreiben, das die Obrigkeit der Mission in Jerusalem an die Redaction des dortigen hebräischen Wochenblattes „Ha'z'wi" unterm 8. Januar l. J. richtete. Dasselbe lautet:

Geehrter Herr Redacteur des „Ha'z'wi"!

Ich wurde auf den Bericht in Ihrem Blatte aufmerksam gemacht, der die Mittheilung enthält, daß ein gewisser G. Ibrahim es versucht habe, gegen Ihre Glaubensgenossen die Blutbeschuldigung heraufzubeschwören. Gestatten Sie mir nun die Versicherung, daß dieses Individuum zu uns in gar keiner Beziehung steht, und **daß das Blutmärchen uns ebenso anwidert wie Ihre Glaubensgenossen. da wir ja überzeugt sind, daß dasselbe Ihrem Glauben und Ihren Gefühlen widerspricht.** Würden wir zu dem boshaften Verleumder in irgend welcher Beziehung stehen, so würde ich längst mein Thunlichstes gethan haben, um denselben gehörig zu züchtigen. Achtungsvoll

A. Hasting Kelk.

Dem Ausgang dieses Prozesses wird in Jerusalem mit großer Spannung entgegengesehen.

Meyer's Conservationslexikon. In der neuesten Auflage diese großen Conservationslexicons werden sonderbarerweise die Juden als **Nichtdeutsche** betrachtet. Es heißt dort unter dem Artikel: „Deutschland" 4. Band Seite 872:

„Unter den Nichtdeutschen sind, abgesehen von ca. 570,000 **Juden**, 433,006 Ausländer, desgl. etwa 220,000 Franzosen in Elsaß Lothringen, eine geringe Zahl Tschechen und Mähren (Slaven) in Süddeutschland und den Kleinstaaten, einige Tausend davon im Königreich Sachsen u. s. w." **Bei der Aufzählung der Nichtdeutschen heißt es:** „Im deutschen Reiche gab es 1890 annähernd:

Franzosen	220,000	Tschechen	82,000
Wallonen	11,058	Litauer	122,009
Dänen	139,400	**Juden**	570,000
Polen u. s. w.	3,000,000	Reichsausländer	433,000
Wenden	120,000	Zusammen ca.	4,700,000.

Eine arische Heirathsannonce. In sogenannten „christlichen" Blättern wird gelegentlich nach unsittlichen Heirathsannoneen gefahndet, in denen Jemand seinen Wunsch ankündigt, in ein Geschäft „**hineinzuheirathen**". Derartige Inserate sollen nach der Versicherung arischer Tugendbolde natürlich nur in der sog. „Judenpresse" vorkommen. In dieser Woche stand in der neuesten Nummer des Organs des Bundes der Landwirthe folgende Annonce: „Ein junger Landwirth, Besitzer eines kleinen, hübsch gelegenen Landguts und bedeutenden Baarvermögens, wünscht sein kleines Landgut gegen größeres zu vertauschen oder **auf größeres Gut einzuheirathen.**" — Man sieht, die Liebe kann auch in **arischen** Kreisen Geschäftssache sein!

Arischer Thierschutz. Nicht weniger als 731 Stierkämpfe fanden im Jahre 1895 in Spanien, Portugal und Frankreich statt. Die Zahl der getödteten Stiere belief sich auf 3657, die der dabei zerfleischten Pferde auf 8000.

Die Macht des Geldes.

Van Dr. M. Landau (Wien). *)

Nichts wird in der Gegenwart sa sehr gescholten, wie das Geld: Für alles Uebel wird es verantwortlich gemacht, und zu keiner Zeit, behaupten die nie fehlenden Laudatores temporis acti, sei die Macht und der Einfluß des Reichthums sa groß, zu keiner Zeit die Gier nach Reichthum sa stark gewesen, wie in der Gegenwart, wa alle Welt „um das goldene Kalb tanzt."

Beoor wir an die Untersuchung gehen, ob etwas Wahres in dieser Behauptung enthalten sei, ab wirklich in der Vergangenheit dem Gelde weniger nachgejagt wurde, ob wirklich Talent, Tugend und edle Gesinnung mehr geschätzt wurden und mehr Macht und Einfluß gaben als der Reichthum, wallen wir die falsche Anwendung des Bildes aam Tanz um's galdene Kalb abthun. Wie die Bibel erzählt, nahm das ganze jüdische Valk seine galdne Ohrringe ab und gab sie dem Ahran, der sie einschmolz und daraus das Kalb bildete, das dann aam Valke angebetet und mit Tänzen geehrt wurde. Die Juden wallten alsa dabei kein Geld aerdienen, kein „Geschäft machen". Im Gegentheil, sie bewiesen ihre Freigebigkeit und Opferbereitschaft, indem sie sich aus Aberglauben ihres ganzen Schmuckes entäußerten. Man mag salche Verwendung des theueren Metalls wie immer nennen, ein Zeichen oan Geldgier und Geldaerehrung ist sie jedenfalls nicht. Und dieses edle Schwesterpaar hat ein höchst respectables Alter, denn wenn wir in der Geschichte rückwärts schreiten, wie es ja heute Made ist, sa finden wir es stets als Mißgeburt der jeweiligen Gegenwart bezeichnet und wir gelangen weit hinter das galdene Kalb bis in die Anfänge histarischer Kenntniß, ahne seinen Geburtstag zu entdecken.

Vor mehr als siebzig Jahren klagte schon Byron, daß nur das Geld die Welt regiere, im Felde, am Hafe und über die Liebe herrsche, „baares Geld ist Aladins Lampe!" („Don Juan", Canto 12). Und wenn Feldmarschall Mantcuccali aar zwei Jahrhunderten sagte, daß man zum Kriegführen drei Dinge brauche, nämlich Geld und Geld und wieder Geld, sa wiederholte er nur, was schon sieben Jahre aar seiner Geburt aan dem französischen Diplomaten Pamponne de Bellieare gesagt wurde: „Um mit den Schweizern zu aerhandeln, müsse man haben: erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld." — Kürzer ausgedrückt: point d'argent, point de Suisses.

Es waren aber nicht blos die Bauernsöhne der freien Schweiz, deren kriegerischer Muth mehr durch den Klang silberner und galdener Münzen, als durch das Schmettern der Trompeten und das Klirren des Eisens geweckt wurde. Sich durch den Militärdienst zu bereichern, wurde von niederm und hohem Adel stets als sehr ehrenhaft betrachtet. Am Ende des siebzehnten und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts waren höhere Stellen in der österreichischen Armee wahre Galdgruben. Die Einkünfte eines Obersten betrugen 10 bis 12 Tausend Gulden jährlich, und ein General, sagte man, warf mehr ab als ein italienisches Herzogthum, während die Saldaten hungerten und „in abgerissenen Kleidern durch die Straßen bettelnd gingen und nährten sich dürftig oan der Mittagsuppe, die man ihnen aus Mitleid im Armenhause reichte." (Bericht der kaiserlichen Hafkammer oom Jahre 1703.)

Unter Ludwig XIII., erzählt der Oberstlieutenant Henri de Campion in seinen Memairen, nahmen die in die Praainz geschickten französischen Rekrutirungsaffiziere Geld oan den wahlhabenden Leuten, um deren Söhne freizulassen und reihten dafür die Armen, selbst wenn sie ganz untauglich waren, in die Armee ein. Der Marschall Herzog aon Villars und der englische Generalissimus Herzog aon Marlbarough benutzten ihre Stellung, um sich ena m zu bereichern, wie in neuerer Zeit manche Marschälle Napaleons. Selbst dem strengen und ehrlichen Prinzen Eugen aan Saaayen gelang es nicht, den Schacher mit Offizierstellen in der österreichischen Armee abzustellen, und in England waren diese nach in unserm Jahrhundert käuflich. Im oarigen Jahrhundert wurde dart aber auch mit den Stimmen der Parlamentsmitglieder offen Handel getrieben, und am Ende des siebzehnten Jahrhunderts hatte England einen graßen Bestechungs- und Unterschleifprazeß, sein „Panama", in dem der Herzog oan Leeds, Präsident des Staatsraths, ein Lard der Schatzkammer und der Sprecher des Unterhauses aerwickelt waren.

Wie Valtaire im „Siècle de Louis XIV." erzählt, waren unter dem Minister Chamillart die Kreuze des Ludwigsardens käuflich, „fünfzig Thaler das Stück", und kaum der Schule entwachsene Knaben konnten Obristenstellen kaufen, wenn sie genug Geld dazu hatten. Daß die Beamten-, ja selbst die Richterstellen in Frankreich käuflich waren und mit Zustimmung der Regierung damit Handel getrieben wurde, ist allgemein bekannt; sonderbar ist es aber, daß selbst Montesquieu dies ganz in Ordnung findet. „Es gebe den Klassen eine gewisse Stabilität und mache das Amt zur Familiensache", meint er. „Plata habe sich zwar dagegen ausgesprachen, aber er dachte an eine auf Tugend begründete Republik und ich spreche aan der Monarchie. Würde man in einer Monarchie die Aemter nicht öffentlich oerkaufen, sa würden die habgierigen armen Häflinge damit Schacher treiben".**)

Man wird oielleicht dem geistreichen Gerichtspräsidenten nicht ganz Unrecht geben, wenn man betrachtet, mit was alles Adel, Höflinge, ja selbst souoeräne Fürsten damals äffentlich oder geheim Handel trieben. Deutsche Fürsten oerkauften ihre Landeskinder den Engländern zum Kriege gegen die Amerikaner ader ließen sich Subsidien zahlen, um zwecklase Kriege zu führen. Kurfürstin Sophie Charlatte aan Brandenburg beklagte i. J. 1697, daß der Kurfürst an dem eben zu Ende gegangenen Kriege gar nichts aerdient habe***), und ein Jahrhundert später erklärte Lard Granaille (am 30. April 1794) im Oberhause, um das kastbare Blut der Briten zu schonen, bediene die Regierung sich der preußischen Hilfstruppen, die aiel billiger zu stehen kämen.

Während deutsche Fürsten mit dem Blute ihrer Unterthanen Handel trieben, hatte der p lnische Adel aus der Krone einen Handelsartikel gemacht. „Das Land hat weder Industrie noch Handel, keine Kunst und keine Wissenschaft, dort herrschen nur Carruptian und Käuflichkeit. Die Adeligen aerkaufen die Krane dem Bestbieter, das ist oielleicht der einzige Handelsartikel, aan dem diese Leute etwas wissen," sagte der Histariker Hume in seinem Essay über den Luxus.

Und war nur die p o l n i s c h e Krone käuflich?

Uns liegt eine Rechnung aar, „Was Kayser Carolus dem Vten die Römisch käniglich Wahl kast im Jar 1520", oeröffentlicht aan Herrn Bibliathekar B. Greiff im 34. Jahresberichte (1869) des histarischen Kreisoereins im Regierungsbezirke aan Schwaben und Neuburg. Die Agenten Känigs Franz I. aon Frankreich, des einen Bewerbers um die Kaiserkrane, kamen mit 400 000 Thalern in ledernen Säcken wahlaerwahrt nach Deutschland, wa man sich diese französische Inoasian wahl gefallen ließ, ihr aber eine oollständige Niederlage beibrachte.

(Schluß folgt.)

Briefkasten.

H. Bl. und **F. M.** in **Leipzig**. Wir haben gegen den betreffenden Herrn die Klage eingereicht und bedauern sehr, daß er Ihnen so lange nicht die „Mitth." ausgeliefert hat. Diese gehen Ihnen jetzt direct vom Bureau aus zu.

*) Aus der „Frankf. Ztg.".

*) „Esprit des lois" l. V. chap. 19.

**) R. Koser, in „Deutsche Rundschau", September 1887.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 18. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 18.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 9. Berlin, den 29. Februar 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost.40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 8575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Der amerikanische Jude als Patriot, Soldat und Bürger.

Von Simon Wolf.

Wir leben in einer Zeit, in der das Militär alle Verhältnisse beherrscht und die militärische Tüchtigkeit bei der Beurtheilung eines Volkes sehr ins Gewicht fällt. So ist es nicht erstaunlich, daß die Antisemiten bei den Angriffen gegen die Juden mit Vorliebe deren militärische Tüchtigkeit anzweifeln. Die historische Entwicklung, die die Juden in ihrer Mehrzahl zwei Jahrtausende von dem Waffendienste ausschloß, würde es erklärlich machen, wenn in der That die heutigen Juden schlechte Soldaten wären. Andererseits ist in Deutschland z. B., wo die Juden nach immer nicht Offiziere werden können, es begreiflich genug, daß sie die Militärlaufbahn nur in äußerst seltenen Fällen einschlagen. Es ist daher den Antisemiten verhältnißmäßig leicht gemacht, zu behaupten, daß die Juden eine Abneigung gegen das Waffenhandwerk haben. Wenn man ihnen entgegenhält, daß die Juden ja zu Tausenden an allen Feldzügen theilgenommen haben, so erwidern sie mit dem Hinweis auf die allgemeine Wehrpflicht, die die Juden zwingt, an der Vertheidigung des Vaterlandes Theil zu nehmen.

Zur rechten Zeit erscheint daher in Amerika ein Buch unter dem obigen Titel, welches uns gestattet, ein Urtheil zu bilden, in wie weit die Juden in dem freien Nordamerika, wo sie Niemand zu den Waffen zwang, sich an der Vertheidigung des Vaterlandes betheiligt haben.

In Nordamerika genießt der Militärstand nicht die Achtung, wie bei uns; Berufssoldaten und Offiziere bilden nicht den vornehmsten Stand, sondern wir finden sehr häufig unter ihnen gerade eine Menge zweifelhafter Elemente, die sich das Waffenhandwerk als letzte Hilfe erwählt haben. Da im Ganzen in den großen Vereinigten Staaten nur ein Heer von 25,000 Mann gehalten wird, das in früherer Zeit noch entsprechend geringer war, so ist es selbstverständlich, daß die Zahl der Berufssoldaten und jüdischen Offiziere ebenfalls eine sehr geringe sein muß. Immerhin zählt das Buch eine respectable Liste von Offizieren und Soldaten auf, die sich vornehmlich dem militärischen Beruf gewidmet und von denen einige sehr hohe Posten bekleidet haben. Wir nennen davon den Major Mordecai und den Oberst Alfred Mordecai, den jetzigen Commandanten in Springfield. Interessant ist, daß auch in der Marine in den Vereinigten Staaten eine Menge Juden berufsmäßig gedient haben. Einer von ihnen, Urias S. Levy, zeichnete sich im Feldzuge von 1812 aus, in dem er als Commandant der Brigg „Argus“ den Engländern großen Schaden that, denn er durchbrach die Blokade, brachte den Gesandten Mr. Crawford, nach Frankreich und zerstörte 21 englische Schiffe. Er verstand es, mit seiner militärischen Tüchtigkeit eine damals noch sehr seltene Milde zu vereinigen, denn er war der Erste, der auf seinem Schiffe die Prügelstrafe, welche die andern Capitäne für unentbehrlich erklärten, außer Anwendung setzte.

Als die heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika sich ihre Unabhängigkeit von England erkämpften, waren nur sehr wenige Juden in diesen englischen Colonien ansässig, sie konnten sich höchstens auf 3 000 der gesammten Bevölkerung von 4 Millionen belaufen, aber diese kleine Zahl nahm an dem Freiheitskampfe eifrigen Antheil, und wenn es auch sehr schwer ist, heute erschöpfende Zahlen hierüber zu ermitteln, so steht doch wenigstens eine Anzahl von Namen von Juden, die mitgefochten haben, fest. In dem Buche von Simon Wolf wird eine Liste von 46 Personen gegeben, die an den Kämpfen von 1776—1783 theilgenommen haben. Wir finden darunter Offiziere und Soldaten aller Rangstufen, so den Obersten Franks, den Adjutanten von Washington und den gleichnamigen Obersten Franks, der Adjutant von General Arnold war, aber an dessen Verrath nicht theilnahm, den Obersten Isaaks, den Major Salomon Busch und Major Lewis Busch 2c. Nicht wenige darunter zahlten ihre Schuld an das Vaterland mit dem Leben, z. B. der Major Lewis Busch, der am 11. September 1777 bei Brandywine tödtlich verwundet wurde. Auch außerhalb des Schlachtfeldes hatten die Juden Gelegenheit genug, ihren Patriotismus zu bezeugen und sie thaten dies im vollen Maße, theils durch außerordentliche Opfer an Geld, theils durch Uebernahme und geschickte Ausführung discreter Missionen bei fremden Staaten.

Auch in dem zweiten Kampfe mit England im Jahre 1812 war eine große Anzahl von Juden unter den Freiwilligen, die bei Ausbruch des Krieges zu den Fahnen eilten. Joseph Bloomfield, der 1776 schon als Capitän mitgefochten hatte, wurde Brigade-General, Aron Benjamin, der ebenfalls den Unabhängigkeitskrieg mitgemacht hatte, brachte es bis zum Oberst-Lieutenant. Unter den Opfern, die der Krieg forderte, war der bekannte Judah Toura, der bei New-Orleans 1815 schwer verwundet wurde.

Seit 1812 hatten die Vereinigten Staaten nur einen äußeren Krieg zu führen, den gegen Mexico, an dem, so weit die vorhandenen Listen reichen, 59 Juden theilgenommen haben. Wir nennen darunter Oberst Leon Dyer, Oberst S. M. Hyams, Oberst-Lieutenant Israel Moses 2c.

Bei weitem der schwerste Krieg, den die Vereinigten Staaten je zu führen hatten, richtete sich aber nicht nach außen, sondern mußte im Innern ausgefochten werden; es war der große Secessionskrieg, der bekanntlich entstand, weil die Nord-

staaten der Union die Sklaverei aufheben und die Südstaaten darauf nicht eingehen wollten. Um diese Zeit, im Jahre 1860, wohnte in den Vereinigten Staaten schon eine viel größere Zahl von Juden; da indessen dort niemals bei Volkszählungen &c. die Religion festgestellt wird, so ist es auch nicht möglich, mit Sicherheit anzugeben, wie groß die Seelenzahl der jüdischen Bevölkerung damals war, doch gehen auch die höchsten Schätzungen nicht über 150 000 Seelen hinaus. Naturgemäß standen die Juden in diesen inneren Kämpfen auf beiden Seiten, je nach den politischen Anschauungen des Einzelnen, wenngleich es ja fast selbstverständlich war, die große Mehrzahl der Juden auf Seiten der Gegner der Sklaverei zu finden. Auch von dieser Zeit war es dem Verfasser des vorliegenden Buches nicht möglich, eine völlig erschöpfende Liste aller jüdischen Soldaten und Offiziere herzustellen, immerhin hat er mit einem ungeheuren Fleiße und mit der sehr anerkennenswerthen Unterstützung der Behörden der Vereinigten Staaten sowie der Kriegervereine eine Liste aufgestellt, die rund 8 000 Namen von Juden aufzählt, welche sich an den Kämpfen des Sezessionskrieges betheiligt haben. Das würde einen Prozentsatz von weit mehr als 5 Prozent ergeben und es läßt sich daraus schließen, einen wie regen Antheil die Juden an diesen Kämpfen genommen haben. Auf diese Theilnahme an den Kämpfen dürfen die Juden Nordamerikas in der That stolz sein und die der andern Länder dürfen darauf hinweisen, daß in Amerika, wo keine allgemeine Wehrpflicht den Juden das Gewehr in die Hand drückt, sie dennoch freiwillig ihr Leben auf das Spiel gesetzt haben, weil es die Vertheidigung des Vaterlandes galt.

In der großen Liste, die Herr Wolf giebt, beanspruchen die Offiziere einen sehr bedeutenden Raum. Wir lesen von 8 Generalen, 17 Obersten, 8 Oberstlieutenants, 52 Majors, 195 Capitänen, 21 Adjutanten, 27 Quartiermeistern, 28 Sergers, 276 Sergeanten, 319 Corporalen und 5778 Gemeinen, außerdem noch 16 Stabsoffizieren der Unionsarmee, 24 der Conförderirten und 834 Soldaten oder Offizieren, deren Rang nicht bekannt geworden ist. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch sehr viele dieser tapferen Streiter ihr Blut für das Vaterland opferten, und das Buch erzählt manche schöne Episode von der Tapferkeit jüdischer Offiziere und Soldaten. Von den letzteren wurden mindestens 7 mit der überaus selten verliehenen Ehrenmedaille „Medal of Honor“, ausgezeichnet, darunter Benjamin N. Levy, der zwei Fahnen seiner Armee bei Charles City Cerose Road rettete und dafür auf dem Felde vom General Kearney zum Fahnen-Sergeanten befördert und zur Verleihung der Medaille vorgeschlagen wurde. Abraham Grunwalt erhielt die Medaille für Eroberung einer feindlichen Fahne.

Unter der großen Anzahl von Offizieren höheren Grades seien nur erwähnt: die Generale Edward S. Salomon, dem sein Vorgesetzter Karl Schurz das höchste Lob ertheilte, und Frederic Knefler, welcher als Gemeiner in das 79. Regiment eintrat und bis zum Brigadegeneral emporstieg. Seine ausgezeichnete Führung bei Chichamanga brachte ihm den Rang eines Brevit Major General ein und er genießt noch heute in Indianapolis, wo er zur Zeit lebt, die höchsten Ehren. Der Raum einer kurzen Besprechung gestattet nicht, die Zahl der Beispiele in dem Maaße zu vermehren, daß man einen Begriff von dem mächtigen Eindruck, wie ihn der Leser des Buches empfängt, erhält.

Wie die Führer der großen Armeen über die militärische Tüchtigkeit der Juden dachten, mag folgende Uebersetzung eines Briefes des Generals Howard beweisen, der längere Zeit Obercommandant der Unions-Armee war. Derselbe ist datirt vom 2. Januar 1892 und an den Verfasser des Buches gerichtet:

Es ist unmöglich für mich, allen Juden Gerechtigkeit zu erweisen, die seinerzeit unter meinem Commando dienten. Auch ich weiß nicht, ob ich das das Recht haben, ohne ihre besondere Erlaubniß ihre Namen zu nennen. Ich hatte in der ersten Schlacht bei **Bull Run** einen Juden als Adjutanten, einen der tüchtigsten und besten; zur Zeit ist er ein ausgezeichneter Offizier unserer Armee, ein Mann von großer wissenschaftlicher Bedeutung. Ein anderer Adjutant, auch ein Jude, der in der Schlacht von Chancellarsville getödtet wurde, war mir ein treuer Freund und ein tüchtiger Offizier. Zwei meiner Brigade-Generale, auf welche dasselbe Urtheil zutrifft, dienten geschickt und zuverläßig unter mir bei Gettysburg und in anderen großen Schlachten des Krieges. So viele der deutschen, polnischen und ungarischen Offiziere und Soldaten waren jüdischen Ursprungs, daß ich außer Stande bin, sie einzeln anzugeben. Ich kann Sie ernsthaft versichern, sehr geehrter Herr, **daß man keine besseren Patrioten in unserem Lande findet als diejenigen, die sich hebräischer Abstammung rühmen**, und die zugleich mit mir oder auch unter meinem Befehle in der Armee dienten. Jederzeit habe ich das jüdische Volk hochgeschätzt und in der That, die höchsten Hoffnungen, die ich für die fernere Zukunft habe, leiten sich von demjenigen her, den ich als den geistigen König der Juden betrachte. Tapferkeit allein führt nur zu oft zu Uebereilung. Die Geschichte zeigt kein Beispiel von Tapferkeit, das die Makkabäer und die andern Führer der Juden übertrifft, bis hinan zu den Zeiten Jakob's, des Fürsten, der mit Gott kämpfte.

Ihnen sehr ergebener Oliver O. **Howard**, Major General
U. S. Army.

Außer den Beweisen für die militärische Tüchtigkeit der Juden und ihren Eifer im Felde hat Herr Wolf noch eine Reihe von Daten zusammengestellt, aus denen ihre ehrliche Theilnahme am öffentlichen Leben, die Stellungnahme ihrer großen Mehrzahl gegen die Sklavenhalter und die rege Bethätigung ihres Patriotismus durch Unterstützung aller Vereine hervorgeht, welche während des Krieges entstanden, um den Angehörigen der Soldaten, sowie den Verwundeten und Kranken Hilfe zu leisten. Diese philanthropischen und politischen Leistungen, in denen sich der Patriotismus auch in ruhigen Zeiten bethätigen kann, hörten nach dem Friedensschlusse nicht auf. Unter den hohen Beamten der Union, unter ihren Gesandten und Consuln im Auslande, wie unter den Richtern und Gesetzgebern im Inlande begegnen wir vielen Juden, ja **Joseph Seligmann**, dem im Jahre 1880 verstorbenen Bruder von Jesse Seligmann, bot der damalige Präsident **Grant** die Stellung des Schatzsecretärs (seinerzeit der wichtigste Ministerposten) an. Dieses hohen Ansehens haben sich die jüdischen Notabeln stets würdig gezeigt; nicht ein Fall ist bekannt geworden, wo sie die Unehre auf ihren und den jüdischen Namen gehäuft hätten.

Das Buch ist in der That eine Ehrenerklärung für die amerikanischen Juden, und da die Antisemiten sagen, die Juden seien überall gleich, so auch für **alle**.

Wir aber wollen mit den Worten des großen Deutschamerikaners **Karl Schurz** schließen:

„Ich habe gehört, wie die Leute sagen, der Jude könne kein Patriot sein, weil er kein Vaterland habe. Diejenigen, die so reden, gönnen den Juden kein Vaterland und würden, wenn sie könnten, wie sie wollen, es ihnen auch unmöglich machen, Patrioten zu sein. Ein Land kann kaum erwarten, daß diejenigen seiner Bewohner glühende Patrioten seien, welches sie als Fremde behandeln läßt. In dem Maaße, als der Antisemitismus wächst, kann der Jude nur unter Schwierigkeiten Patriot sein. Wenn er aber doch noch trotz der Verfolgung seitens der Antisemiten seinem Patriotismus treu bleibt, so wird das zu einer Tugend von doppeltem Werthe.“

Juden in der Geschichte der Nordpolfahrten.

Die wenn auch derzeit noch wenig beglaubigten sensationellen Erfolge des Norwegers Frithjof Nansen auf dem Gebiete der Polarforschung haben die arktische Wissenschaft wieder für eine Zeit lang in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gestellt.

Der Kampf gegen die rohe Naturgewalt bildet eben eine der idealsten Bestrebungen der Neuzeit. Die Bezwingung jungfräulicher Höhen, das Eindringen in die Fieber-Dschungeln des äquatorialen Afrika, das schrittweise Vorrücken in der Eiswüste des Nordens zeigt den Menschen an

seiner ethischen Arbeit, muthig und beharrlich. Dem Einen winkt die Unsterblichkeit durch das Conversations-Lexikon, dem Anderen ruhmloser Untergang und kurzes Vergessen. Es ist ein Vorrecht des gebildeten Mannes, die Höhe eines rein wissenschaftlichen Zweckes zu erfassen und sich diesem zur Verfügung zu stellen mit Seele und Leib; bar jeden mercantilen Interesses stellen sich die Pioniere der Geographie und Naturwissenschaften in die Breschen unserer dürftigen Erkenntniß und lösen selbstlos gefährliche Probleme, deren Genuß erst späteren Jahrhunderten vorbehalten ist. Ihnen genügt die That und das ritterlicher Bewußtsein, ihrer Zeit nichts schuldig geblieben zu sein. Aber an der Erschließung unseres Planeten haben auch Männer theilgenommen, welche einer Religion angehören, der man Muth, Selbstverleugnung, wissenschaftliches Streben und Energie abspricht, und der man zwar alles Schlechte an-, aber alles Gute abdichten möchte.

Es giebt eine stattliche Zahl von Juden, die sich als Polarfahrer außerhalb der Cultur gestellt, die gekämpft haben mit Eis und Finsterniß, mit quälendem Hunger und der Urgewalt des Bären, mit lähmender Eintönigkeit und der Gefahr ruhmlosen Verschollenseins, mit Schneesturm und blutvergiftendem Skorbut, die aber dabei redlich Antheil haben an der Beseitigung geographischer Irrthümer und an der Vermehrung unserer Kenntniß von der Erde.

Schon im 16. Jahrhundert hatte der holländische Jude Plancius die Theorie vom offenen Polarmeer aufgestellt, und durch diese den theoretischen Grund zum Versuche der Nordost-Passage und der Fahrten zum Pol gelegt. 1596 schossen einige reiche jüdische Amsterdamer Kaufleute Geld zusammen und schickten Barentz mit 7 Schiffen, schwer mit Waaren beladen, in die Kara-See. An Bord befanden sich auch mehrere Juden, die als Dolmetscher bei den farazenischen Völkern dienen sollten, die man in Ostsibirien vermuthete.

Das unglückliche Ende dieser Expedition ist bekannt. Spitzbergen wurde entdeckt, Novaja-Semlja umsegelt, aber die Schiffe wurden im Eise zerdrückt, der Führer starb und nur 12 Mann kehrten nach Europa zurück.

Fast an allen amerikanischen Polar-Expeditionen der Neuzeit haben Juden theilgenommen. Unter Kanes Begleitern im Smith-Sund 1853 befanden sich die Juden Gary und Becker. Letzterer war einer der Theilnehmer jener verunglückten Schlittenpartie, welche bei — 35 Grad R. im Schnee begraben, geschwollen und verstört, unfähig zu sprechen, erstarrt und verhungert am 20. März liegen geblieben waren. Es wäre unmöglich gewesen, die Armen aufzufinden, wenn nicht eine kleine Freimaurerflagge die Stelle bezeichnet hätte, an welcher die Leute unter dem Schnee lebendig begraben waren.

August Sontag, im Jahre 1859 zweiter Direktor auf der Dudley-Sternwarte in Albany, opferte seine Stellung, um sich dem Dr. J. Hayes auf seiner Fahrt zum Nordpol 1860 anzuschließen.

Auf einer Schlittenfahrt mit einem Eskimo fand er im Dezember desselben Jahres im Alter von 28 Jahren bei Sorfalk unterhalb Cap Alexander seinen Tod.

Dr. Hayes ehrte das Andenken seines Gefährten in folgender Grabschrift: „In der traurigen Einsamkeit der arktischen Wüste schläft unser Kamerad den Schlaf, der in dieser geplagten Welt kein Erwachen kennt, hier, wo keine liebenden Hände Blumen auf sein Grab streuen und keine Augen von Trauen sich trüben. Aber die sanften Sterne, die er im Leben so liebte, werden über ihn ewiges Todtenamt halten und die Winde werden über ihn jammern und die Natur wird ihre gefrorenen Thränen ewig auf sein Grabfallen lassen."

Und weil hier schon von einer Grabschrift die Rede ist, so sei auch des Nachrufes gedacht, den Adolf Greely dem Astronomen der Lady-Franklin-Bay Expedition 1881—1884 Eduard Israel widmete. Diese Polarfahrt war eine der unglücklichsten, denn $^2/_3$ der Theilnehmer sind bei Kap Sabine elend verhungert, darunter auch Eduard Israel. Ueber diesen schreibt Greely wörtlich: „Israel war ein junger Mann von einigem Vermögen, graduirt an der Ann-Arbor-Universität, ein vielversprechender Astronom, der eine Zukunft vor sich hatte. Sein Tod ging mir sehr nahe, denn während der langen Monate, da er mein Schlafgenosse war, hatten seine freundlichen Worte dazu beigetragen, mich zu ermuthigen. Er hatte sich bei Jedermann beliebt gemacht und bei Sabine nannten wir ihn oft unsern Benjamin. Seine Dienste waren sehr werthvoll für unsere wissenschaftlichen Arbeiten und Forschungsreisen. Beim Lesen des Begräbnißformulars ließ ich alles weg, was seinen Religionsgenossen anstößig sein konnte."

Daß der Arzt der österreichisch-ungarischen Polarexpedition 1872—1874, Dr. Kepes, ein Jude war, ist bekannt. Ueber seine wichtigen und erfolgreichen Dienste als Arzt und Zoologe hat sich Payer in seinem populären Buche äußerst lobend ausgesprochen. Auch Hall und Nares zählten Juden zu ihren Begleitern, und wenn es unmöglich ist, alle aufzuzählen, die als Polarfahrer ihr Leben gewagt und dabei Juden gewesen sind, so hat dies wohl darin seinen Grund, daß die Wissenschaft mit Recht nicht nach dem Glaubensbekenntnisse fragt, sondern die Tüchtigkeit nimmt, wo sie zu finden ist.

Noch einmal „Antisemitismus in der Litteraturgeschichte."

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Mittheilungen" vom 22. Februar bringen einen pseudonymen Angriff gegen einen Passus der Einleitung zu meiner Anthologie „Neuere deutsche Lyrik". Danach soll ich das Wort verecundia falsch übersetzt haben, während ich es garnicht übersetzt habe, und soll ferner ein von mir Schopenhauer zugeschriebenes Citat über die „Schamlosigkeit" der Juden in den Werken des Philosophen nicht zu finden sein.

Hätte der Herr Einsender nur vorher einen artigen Brief an mich geschrieben, so würde ich gern seine schwachen Schopenhauer-Kenntnisse insofern zu erweitern versucht haben, daß ich ihn auf das Werk „Arthur Schopenhauer. Von Ihm. Ueber ihn. Herausgegeben von Lindner und Frauenstädt" verwiesen hätte. Dort steht nämlich auf Seite 467:

„Allein, wenn man seine (Heine's) Natvetät näher untersucht, findet man, daß ihre Wurzel jüdische Schamlosigkeit ist; denn auch er gehört der Nation an, von der Riemer sagt: sie schämen und grämen sich nicht."

Auf die weiteren Auslassungen des kleinen Artikels nach dieser Richtigstellung noch einzugehen, liegt kein Grund vor. Eine nicht ganz unerklärliche Empfindlichkeit hat den Einsender eben voreilig gemacht; das darf man nicht zu ernst nehmen. Als gemüthvoller Optimist hege ich sogar die Hoffnung, er wird in stiller Stunde mit geheimem Grauen selbst einmal die ganze Unlogik seines letzten Abschnittes begreifen. Es wird vielleicht nicht gleich geschehen, aber man wartet gern und ohne Groll, wenn man Gemüth besitzt. Und so will ich der Zeit nicht vorgreifen.

Berlin. Carl Busse.

Anm. d. Red. Der Schopenhauer'sche Ausspruch erfordert noch ein paar Worte der Ergänzung. Der berühmte Philosoph verfolgte Judenthum, Christenthum und Deutschthum mit dem gleichen Hasse. Aus seinen Werken nun ein thörichtes Citat herauszugreifen, um es gegen die Juden auszubeuten und dieses Citat unter seinem großen Namen hinaussegeln zu lassen, indeß man seine ebenso thörichten Angriffe gegen die Deutschen unterdrückt, ist eine alte antisemitische Taktik, von der sich ein Poet von der Eigenart und der politischen Unbefangenheit Busse's freihalten sollte. „Seht nur, wie der geprügelt wird!" rief ein Junge.

Da verschwieg er, daß er eine Secunde vorher die gleichen Prügel bekommen. Das ist die Methode, die die Antisemiten bei Schopenhauer, Dühring, Marr, Lagarde ꝛc. überall anzuwenden belieben.

Schopenhauer jammert über die „Unredlichkeit der Deutschen“. Er hält es für ein „Unglück“, als „Deutscher geboren zu sein“. Höhnisch ruft er aus: „Ich soll wohl auch als ein guter Patriot, mich im Lobe der Deutschen und des Deutschthums ergehn, und mich freuen, dieser und keiner anderen Nation angehört zu haben?“

Ihm sind die Deutschen eine „Nation, welche in politischen und finanziellen Angelegenheiten Mangel an wahrer Ehrenhaftigkeit bewiesen hat.“ Er macht sich über die deutsche „geistreiche Nationalphysiognomie“ lustig und findet nirgendwo ein Wort des Lobes über unser Volk.

Wer ist so naiv, diese Worte ernst zu nehmen? Aber wenn man auf seine Aussprüche gegen die Juden stößt, hat man keine Bedenken, sie hübsch aufzuputzen und drastisch zu verwerthen. Das mag eine wirksame Methode in der Politik des Antisemitismus sein, redlich ist sie nicht und darum sollte sie von der Litteratur fernbleiben.

Zur Abwehr.

Jüdische Richter. Die „Corr. Hoffmann“ bringt folgende offiziöse Mittheilung: In No. 35 des „Bayer. Vaterlands“ vom 12. d. M. ist der Regierung der Vorwurf gemacht, daß bei den Gerichten in Nürnberg schon mehr jüdische als katholische Richter angestellt seien, so befänden sich bei dem Amtsgericht Nürnberg zur Zeit unter 22 Richtern nur 2 Katholiken, die übrigen seien Juden und Protestanten, die Secretäre seien meistens Juden, bei der Staatsanwaltschaft am Landgerichte befänden sich 2 Juden. Nach zuverlässigen Mittheilungen befinden sich zur Zeit am Oberlandesgerichte Nürnberg 21 Beamte, darunter 7 Katholiken, 13 Protestanten, 1 Israelit, am Landgericht 11 Katholiken, 20 Protestanten, 1 Israelit (dieser Staatsanwalt), am Amtsgericht 11 Katholiken, 16 Protestanten, 3 Israeliten (2 Amtsrichter, 1 Secretär).

Der Verein zum Schutze des Deutschthums. Neulich brachte ein großes liberales Blatt, dessen Chefredacteur Mitglied des Vereins zum Schutze des Deutschthums ist, aus Anlaß einiger durch die Zeitungen gehenden Mittheilungen die Bemerkung, daß mehrfache Vorkommnisse in der letzten Zeit die Voraussetzungen nicht bestätigten, unter welchen Viele dem Verein beigetreten wären. Die Idee: deutsches Wesen in den Provinzen mit gemischter Bevölkerung aufrecht zu erhalten und zu schützen — welcher Deutsche wollte ihr entgegentreten? Aber es kommt doch sehr auf die Mittel an, welche im Interesse dieser an sich gewiß guten Idee in Anwendung gebracht werden. In dieser Beziehung geschieht manches, was gerade das Gegentheil von dem bewirkt, was der Verein erreichen will.

Zu dieser Betrachtung fordert ein Vorkommniß auf, über welches der „Dziennik Poznanski“ berichtet. In Czarnikau (Provinz Posen) besteht eine Abtheilung des Vereins zum Schutze des Deutschthums, zu dessen Vorstand und thätigsten Mitgliedern der Regierungsbaumeister Marten gehört. In Czarnikau giebt es drei Aerzte deutscher Nationalität (2 evangelischen, 1 jüdischen Bekenntnisses) und 2 polnischer. In Bezug auf einen der deutschen Aerzte hat der Regierungsbaumeister Marten unter dem 8. Februar folgendes autographirte Circular an die Mitglieder des Vereins zum Schutze des Deutschthums erlassen:

„Es hat sich in Czarnikau als zweiter deutscher Arzt Herr Dr. Wardell niedergelassen. Derselbe ist mir als tüchtiger energischer Arzt bekannt und bitte ich, denselben bei eintretenden Krankheiten mit heranzuziehen bezüglich für dessen Inanspruchnahme auch seitens Nichtmitgliedern thunlichst sich bemühen zu wollen. Vor allem kommt es darauf an, den beiden deutschen Aerzten eine möglichst weitgehende Praxis zu schaffen. Hierfür zu sorgen und sich zu bemühen ist Ehrensache für jeden Deutschen.“

Daß der „Dziennik Poznanski“ dieses Vorgehen eines Staatsbeamten entschieden mißbilligt, finden wir durchaus begreiflich. Das verletzt und muß verletzen, ganz abgesehen von dem antisemitischen Character, den es hat, indem es dem jüdischen Arzt den Character als Deutschen abspricht. Der „Dziennik Poznanski“ hebt auch mit vollem Recht hervor, daß diese Art amerikanischer Reclame dem empfohlenen Arzt auch nur schaden könne — wir fügen hinzu, nicht nur dem Arzt, sondern auch den Deutschen. Mit solchen Mitteln, bemerkt die „Danz. Ztg.“, schützt man das Deutschthum nicht, man schädigt es in der empfindlichsten Weise und man ruft eine Gegenbewegung hervor, die das Verhältniß zwischen den deutschen und polnischen Bewohnern der Ostprovinzen immer mehr verschlechtern muß. Der „Dz. Pozn.“ zieht auch bereits den Schluß daraus, daß der Verein und seine Mitglieder als solche gegen die polnische — in diesem Falle ist es auch nach die jüdische — Einwohnerschaft in großem Maßstabe den Boycott betreiben.

Die Leitung des Vereins hätte alle Veranlassung dazu, vor derartigem Vorgehen die Mitglieder zu warnen. Hier ist dasselbe um so bedauerlicher, als ein Staatsbeamter der Urheber ist. Wir möchten auch nicht annehmen, daß seine Vorgesetzten das als ein verdienstliches Unternehmen ansehen können.

Aus dem antisemitischen Lager.

△ **Aus dem Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld.** Im hiesigen Wahlkreise macht die deutsch-soziale Reformpartei, deren Hauptquartier Delitzsch ist, die krampfhaftesten Anstrengungen, um ihre Ideen, Pläne und zukünftige Reichstagscandidaten an den Mann zu bringen. In letzter Zeit haben wiederum zwei Versammlungen im Wahlkreise stattgefunden: am Sonnabend, den 15. Februar in Zörbig. am 16. in Delitzsch. Redner war an beiden Tagen Herr Obermeister Schumann-Berlin, Veranstalter der Versammlungen der deutschsoziale Verein in Delitzsch. Während in Z. nach einiger Besuch der Versammlung, jedenfalls der Neuheit der Sache und der Neugier wegen zu verzeichnen war, konnte man in Delitzsch trotz der größten Reclame nur ca. 60 Erschienene „begrüßen“. Die in Annoncen und durch Plakate „besonders“ eingeladenen Handwerker und Landwirthe waren bis auf ganz verschwindende Ausnahmen überhaupt nicht erschienen, trotzdem der Vortrag des Herrn Sch. speciell für genannte Berufsklassen berechnet waren. Gegner waren nur in einigen Sozialdemokraten erschienen, die mit Herrn Schumann und seinen Freunden debattirten, besonders in Z. soll es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sein. In Delitzsch waren die Herren im Großen und Ganzen hübsch unter sich, so daß sie sich nach Herzenslust aussprechen konnten. Nur zwei Berufsgenossen des Herrn Schumann traten demselben entgegen. — Im Allgemeinen kann man in unserem Wahlkreise den Bemühungen der „Reformer“ ruhig zuschauen. Mag man noch so lärmend die Reclametrommel rühren, mag man noch so viel Versammlungen abhalten, mag man noch so viel Mitglieder für den „Reformverein“ werben, unsere Bevölkerung ist denn doch zu „helle“, um sich durch einige wenige Delitzscher Herren, die gar zu gerne auch ein „bescheidenes Röllchen“ in der Politik spielen möchten, aufklären zu lassen.

Die Antisemiten und das Vereinsrecht. In dem von dem Antisemiten Hans v. Mosch in Hamburg herausgegebenen „Deutsch. Volksrecht“ (23. Februar) lesen wir:

„Gelegentlich der Debatte über den freisinnig-sozialdemokratischen Antrag auf Abänderung der Vereins-

gesetze, resp. Einführung eines einheitlichen Reichsvereinsgesetzes hat sich die deutsch-soziale Reform-Partei durch den Mund des Herrn Iskraut in den Augen des Volkes unsterblich blamirt. Wagte es dieser Herr Pastor doch zu behaupten, die Antisemiten befänden sich unter den bestehenden und nicht bestehenden Vereinsgesetzen ganz wohl und es läge für ein einheitliches deutsches Vereinsgesetz kein Bedürfniß vor. Wenn die Vertreter der deutsch-sozialen Reform-Partei es wagen, am Volke solchen Verrath zu üben, dann muß es mit der „Reform-Partei" schon recht weit gekommen sein! Hab'n Herr Iskraut e tutti quanti nichts davon gehört, daß im preußischen Staate entgegen den Gesetzen den Antisemiten das Abhalten von Versammlungen unmöglich gemacht worden ist? Freilich, Herr Iskraut und sein Nestor Herr Liebermann v. Sonnenberg führen das Prädikat „Reform-Partei" nur als Aushängeschild und sind dabei, mit dem Bunde der Landwirthe halb part zu machen, und unter solchen Umständen dürfen die ehrsamen Volksvertreter vom Schlage Iskraut das Recept nicht verderben, nach welchem die „Edelsten der Nation" auf ihren Gütercomplexen die Wahlen machen. Wahrlich, man müßte Herrn Iskraut einmal Gelegenheit geben, vor ehrlichen Antisemiten seine Weisheit vorzutragen, er würde alsdann belehrt werden, daß die Antisemiten ganz anderer Meinung sind, als er und seine „Fraction" und das Volk dringend ein einheitliches Vereinsrecht für das Reich verlangt. Wir Antisemiten verlangen auf dem Gebiete des Vereinswesens ausgedehnteste Freiheit! Wir verlangen, daß die politischen Vereine das Recht politischer Personen erhalten, sich frei bewegen, namentlich mit gesinnungsverwandten Vereinen zu gleichen Zwecken in Verbindung setzen können und von aller Polizei-Chikane befreit werden. Daß die deutsch-soziale Reformpartei im Reichstage eine andere Meinung aussprechen läßt, beweist, daß der Antisemitismus und der freie Mann von der „deutsch-sozialen Reform-Partei" unter der Aegide Liebermann und Iskraut verrathen und verkauft ist!"

Zu dem Urtheil in dem „Ritualmord"-Prozeß Sedlatzak (s. Nr. 8 der „Mitth.") wird uns von juristischer Seite geschrieben: Dieses Urtheil verletzt wesentliche Grundsätze sowohl des Strafrechts wie des Strafprozesses.

Auf den guten Glauben des Beschuldigten käme es nur für die Höhe der Strafzumessung an, nicht für die Frage, ob eine Beschimpfung vorliegt. Darin liegt eben der Unterschied von Beschimpfung und Verläumdung. Wer sich vermessen würde, einen Nebenmenschen einen Esel zu nennen, würde sicherlich wegen Beleidigung bestraft, auch wenn die Gelehrten sich darüber einig wären, daß er ein Esel ist.

Der Gerichtshof irrte prozessual, indem er als gerichtsnotorisch annahm, daß die Gelehrten über das Vorkommen von Ritualmorden uneinig seien — eine Feststellung, die zur Grundlage des guten Glaubens des Angeklagten diente. — Weshalb erachtet es der Gerichtshof als gerichtsnotorisch, daß die Gelehrten über die Frage uneinig sind? Der Gerichtshof hat vielleicht eine oder die andere Broschüre über die Frage gelesen. Darüber aber, ob diese Schriften auch von Gelehrten verfaßt sind, so daß die Frage unter „Gelehrten" streitig sein könnte, fehlt dem Gerichtshof jedes Urtheil. Zu entscheiden, wer als Gelehrter zu betrachten ist, vermag ja eigentlich auch nur Jemand, der in der betreffenden Frage Gelehrter ist. In Wahrheit sind alle Gelehrten — selbst Antisemiten — darin einig, die Thatsächlichkeit jüdischer Ritualmorde zu bestreiten. Rohling und Ecker sind keine Gelehrte. Schließlich giebt es überhaupt keine Frage, über welche nicht irgend ein Mensch abweichende Ansichten hätte. Der bekannte Pastor Knak war zum Beispiel der wissenschaftlichen Meinung, daß sich nicht die Erde um die Sonne drehe, sondern die Sonne um die Erde — war die Frage deshalb eine strittige? Ja, aber nur für den, der nichts von der Sache weiß und Knak liest. Genau wie die Frage des Ritualmords für das Gericht, das die Schriften von Eckert und Rohling zu lesen bekammt. Das Gericht hätte deshalb in einer Frage, die nicht zu seiner wissenschaftlichen Competenz gehört, nichts als gerichtsnotorisch feststellen dürfen, daß sie unter den Gelehrten streitig sei. Damit verstieß das Gericht gegen den Geist unserer Strafprozeßordnung. Diese beruht vollständig auf dem Prinzip, daß alle Beweise in der Verhandlung selbst zu führen sind. Es darf deshalb zum Beispiel in den Reden des Staatsanwalts oder Vertheidigers auf nichts Bezug genommen werden, was nicht Gegenstand der Verhandlung war, auch wenn es notorisch ist. Es darf in der Verhandlung nicht einmal ein Leumunds-Attest verlesen werden; — wer Auskunft ertheilen soll, ist zum Termin zu laden. Und es wäre sicherlich unlogisch, daß die schriftliche Mittheilung nicht genügt, ob Jemand einen andern für einen guten oder schlechten Kerl hält, daß ein Gerichtshof aber in der stillen Klause seines Berathungszimmers es aus ein paar Druckschriften soll ausmachen dürfen, ob eine Frage, von der er wenig weiß, unter den Gelehrten strittig sei. Wollte der Gerichtshof auf die Frage eingehen, so hätte er Gelehrte als Gutachter heranhalen müssen.

Der christlich-soziale Parteitag, welcher am 26. Februar in Frankfurt a. M. stattfand, war von 200 Delegirten besucht, außerdem waren 15 Gäste Naumann'scher Richtung anwesend. Den Vorsitz führte Graf Solms-Laubach. Es wurde folgende von Stöcker vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

„Wir constituiren uns hiermit als selbständige Partei und bestätigen das Eisenacher Programm vom 6. Juni 1893. Wir bekämpfen nach wie vor jede conservative Richtung, die der Politik der Mittelparteien grundsatzwidrige Concessionen macht, ebenso wie einen Conservatismus, der einseitig materielle Interessen vertritt. Wir erstreben auch in Zukunft eine größere öconomische Gleichstellung von reich und arm und die gesetzliche Unterstützung der Bestrebungen der wirthschaftlich Schwächeren. Aber wir verwerfen radicale Theorien, welche die absolut öconomische Gleichheit aller vertreten. Ebenso bekämpfen wir die Machtentfaltung übergroßer Vermögen, insoweit sie die Freiheit der Staaten und die Wohlfahrt des Volkes gefährden."

Ferner gelangte eine Resolution des Pfarrers Wahl, dahingehend, daß ein politisches Zusammengehen mit der Naumannschen Richtung unmöglich sei, und in welcher Naumann aufgefordert wird, seiner Partei einen anderen Namen zu geben, mit großer Mehrheit zur Annahme.

Zum Parteiorgan wurde das „Volk" bestimmt.

Die Protokolle des Elfer-Ausschusses über die Auseinandersetzungen mit Stöcker werden jetzt in der „Conf. Corresp." veröffentlicht. Sie bringen nur bekannte Dinge, bestätigen insbesondere auch, daß die nächste Veranlassung des Ausscheidens Stöckers die war, daß er die von Herrn v. Manteuffel vorgeschlagene Erklärung betreffend das „Volk" und seine ferneren Beziehungen zu demselben, nach Ablehnung der von ihm (Stöcker) selbst vorgeschlagenen milderen Erklärung, nicht acceptirte. Warum Herr Stöcker dieselbe nicht acceptirte, hat er im Elfer-Ausschusse gesagt: „Er erklärte, „daß ihm die v. Manteuffel'sche Erklärung zu weit gehe, daß er aber bereit sei, im Elfer-Ausschuß zu versprechen seine Beziehungen zum „Volk" so lange abzubrechen, als die Haltung des „Volk" der conservativen Partei gegenüber von ihm gemißbilligt werde. In der Oeffentlichkeit möchte er nicht so weit gehen, weil er mit populären Strömungen zu rechnen habe, da es sich um eine Frage der Macht handle, und weil er seinen Feinden auch nicht den mindesten Anlaß zu der Annahme geben dürfe, daß er den Nacken gebeugt habe, da er dann ein politisch todter Mann sein würde."

Ein werthvoller Beitrag zur Characteristik Stöckers!

Marburg, 25. Februar. Zur heutigen Berufsinstanz des Prozesses Iskraut und Stengel erschien Iskraut persönlich. Auf die Anregung des Vorsitzenden wurde ein Vergleich geschlossen. Abg. Iskraut erklärt, er habe die Aeußerung über Hesse in gutem Glauben gethan, worauf Prof. Stengel seine Aeußerung „grobe Lüge" zurückzieht.

Der Antisemit Karl Paasch, bekannt durch seine Angriffe gegen den früheren deutschen Gesandten in China v. Brandt, wird wegen einer aus einem Erkenntniß des Landgerichts I Berlin vom 17. Mai 1893 wegen öffentlicher Beleidigung und wegen Preßvergehens vollstreckbaren Gefängnißstrafe von 1 Jahr 1 Monat von der Staatsanwaltschaft Berlin steckbrieflich verfolgt. Paasch, zuletzt in Leipzig wohnhaft, soll (s. Nr. 8 der „Mitth."), wie im österreichischen Landtage am 5. d. M. der antisemitische Abgeordnete Schneider erklärte, von diesem persönlich aus Oesterreich in die Schweiz gebracht worden sein.

Postassistent P. Schulze. Die „Breslauer Ztg." brachte unlängst die Meldung von einer Verhaftung des Postassistenten Paul Schulze. Da erschien auf der Redaktion anscheinend in höherem Auftrage ein Postinspektor, der in bestimmter Weise die Erklärung abgab, es hätte nur eine Untersuchung wegen eines verloren gegangenen eingeschriebenen Briefes stattgefunden, die sich neben dem Herrn Schulze auch auf andere Postbeamte erstreckt, oder nichts Belastendes zu Tage gefördert habe, und schließlich ein weiteres Vorgehen der Behörde gegen das Breslauer Blatt in Aussicht stellte. Da sollte am 18. Februar eine Revision des Postamtes in Wohlau vorgenommen werden. Danach schien die Postbehörde an der Unschuld ihres Beamten doch gezweifelt zu haben, denn die Untersuchung gegen ihn wurde fortgeführt und Schulze sollte verhaftet werden. Als der Postinspektor ihm im Dienstzimmer davon Mittheilung machte, zog er einen schon bereit gehaltenen Revolver hervor und tödtete sich in Anwesenheit des Vorgesetzten. Schulze, der Frau und zwei Kinder hinterläßt, soll in Wohlau über seine Verhältnisse gelebt und verhältnißmäßig bedeutende Schulden hinterlassen haben. Er war vor seiner Versetzung nach Frankenstein und darauf nach Wohlau der Organisator und Führer der Breslauer Antisemiten. Auf Schulzes Einladung kam Ahlwardt nach Breslau, um in einer großen Versammlung unter seinem Vorsitz einen Vortrag zu halten. Bis zu seiner Versetzung hat Schulze dann dort die Partei geführt. Ebenso stand er darauf in Frankenstein und jetzt in Wohlau an der Spitze des dortigen antisemitischen Vereins.

Zur Reichstagswahl in Osnabrück. Der nationallib. Landtagsabg. Schoof, über dessen Verhalten gegenüber der antisemitischen Candidatur wir berichtet haben, erklärt in einer Zuschrift an die „Nationallib. Corresp.": „Die nach der „Hannov. Post" von Herrn Dr. Hahn mir zugeschriebene Aeußerung über meine Stellung zu Gunsten der Candidatur Weidner und gegen die Candidatur Womhoff im Wahlkreise Osnabrück habe ich nicht gemacht. Es liegt mir vollständig fern, die Candidatur meines Fractionsgenossen Womhoff zu bekämpfen." Abg. Diederich Hahn behauptet wiederum, Schoof habe sich ihm gegenüber gegen eine Wiederaufstellung Womhoffs ausgesprochen. Er habe sich so ausgedrückt: „Womhoff künnt wi nich bruken."

Die „Schwäbische Reform", das Stuttgarter Antisemitenblatt, krankt an ihrer geringen Abonnentenziffer. Sie erließ jüngst ein „vertrauliches" Rundschreiben an ihre „sehr geehrten Herren Gesinnungsgenossen", worin sie jammert, daß sie „einen hinreichend großen Leserkreis nicht hat finden können" und um Unterstützung bittet. Ein Herr Karl Lang, Oekonom in Oberensingen, habe gleich mehrere Exemplare abonnirt und sein Beispiel verdiene Nachahmung u. s. f.

Vermischtes.

Ein Ritualmord in Sicht. In Rixdorf bei Berlin ist ein zehnjähriger Knabe Namens Burr ermordet vorgefunden worden. Die „Staatsbürgerztg." vom 23. Febr. deutet sofort auf — Ritualmord, indem sie schreibt:

Erstens ist der Schnitt durch den Hals in dieser Art ganz eigenartig — es ist derselbe Schnitt, der sich am Halse des kleinen Hegmann in Xanten fand —, dann ist es auffallend, daß der Thäter ein Messer — mit dem jener Schnitt allerdings kaum ausgeführt sein dürfte — und eine Mark am Thatort hat liegen lassen. Letzteres deutet darauf hin, daß der Thäter schwerlich unter den Pennbrüdern der Hasenheide oder des Tempelhofer Feldes zu suchen sein dürfte. Endlich aber, und das ist die Hauptsache, muß man doch nach den Beweggründen zu einer so entsetzlichen Blutthat fragen. Daß irgend ein Mensch aus reiner Mordlust einem Kinde den Hals durchschneiden sollte, ist selbst für eine Großstadt, wo ja viel Gesindel zusammenläuft, eine ungeheuerliche Annahme. Ein Lustmord, wie anfänglich angenommen wurde, ist nicht verübt, was also konnte den Thäter zu dem Morde bewegen? Das ist eine Frage, die sich jedem aufdrängen muß, und es ist nur auffallend, daß sich in den Berliner Blättern, die doch sonst in „Sensation" zu machen lieben, diesem Falle gegenüber eine so große Zurückhaltung geltend macht, wie sonst in ähnlichen Fällen nie! Oder wäre der Fall vielleicht der Aufmerksamkeit nicht werth? Nun, da fragen wir alle Eltern: Ist es nicht unerträglich, sein Kind solchen Gefahren ausgesetzt zu wissen? Denn was vor wenigen Tagen dem 10-jährigen Burr geschehen ist, kann sich das nicht wiederholen? Und gerade, daß es ein zehnjähriger, also verhältnißmäßig schon verständiger Knabe war, erhöht die Bedenklichkeit des Falles! Aus diesen Erwägungen heraus geben wir einem Bericht Raum, der uns auf Grund angeblich genauer Nachforschungen von durchaus vertrauenswerther Seite zugeht. Es heißt darin:

„Auch die Möglichkeit eines Ritualmordes, (wir würden vorziehen, statt dessen „eines Blutmordes" zu schreiben), ist ins Auge gefaßt. Die Umstände, welche die Aufmerksamkeit nach dieser Richtung hinweisen, bieten allerdings ein nicht außeracht zu lassendes Material. Zunächst ist der Hals des unglücklichen Knaben mit geübter Hand durch einen regelrechten Schnitt von links nach rechts, ohne daß der Halswirbel verletzt wurde, bis an diesen durchgeschnitten. Daß zwei Schnitte vorliegen, scheint von der Presse absichtlich erdichtet zu sein; der Criminalbericht, welcher an die betreffenden Zeitungen ergangen ist, spricht nur von einem Schnitt, und nur einen Schnitt hat auch die Obduction ergeben. Der Mörder, wie er von Arbeitern und dem jüngeren Bruder des Ermordeten geschildert wird, hatte ferner schwarzes Haar und schwarzen Schnurrbart, sowie jüdisch gebogene Nase. Die Beschreibung der Nase beschränkt sich allerdings auf die Wahrnehmung des 7jährigen Knaben Burr, welcher Zeuge der Entführung seines unglücklichen Bruders war. Er meinte bei seiner späteren Vernehmung zwar, daß die Nase nicht mehr gebogen wäre, als die leicht gebogene Nase des mit ihm verhandelnden Criminalbeamten. Auf diese mildernde Ergänzung dürfte aber um so weniger Gewicht zu legen sein, als der erste Eindruck, den das Kind von dem Mörder behalten hatte, der maßgebliche sein dürfte. Es genügt, daß dem Kinde die gebogene Nase auffiel.

Erwägt man nun, daß ein nach irgend einer anderen Richtung erklärliches Motiv zu diesem Morde nicht vorliegt, wie Lust, Raub, Rache zc. — auch ist der Mörder unter der darbenden Masse nicht zu suchen, da ihm an der 1 Mark und dem ganz neuen Messer, welche Gegenstände er zurückgelassen, nichts gelegen war —, zieht man ferner in Betracht, daß Berlin seit letzterer Zeit mit abergläubischem Judengesindel aus Rußland und Galizien unheimlich durchvölkert ist, daß es gegenwärtig vor den talmudischen Geheimnissen des bald stattfinden Passafestes steht, so dürften die Recherchen nach dieser Richtung hin nicht zu leicht genommen werden.

In dieser Beziehung erschien allerdings bedenklich, daß das Blut auf der Mordstelle vorhanden ist. Die verschiedenen Ritualmordprozesse haben aber ergeben, — und wir sind noch heute in der Lage, der Polizei Zeugen zu nennen, welche dasselbe aus dem Leben mit abergläubischen Juden bestätigen — daß nur ein ganz geringes Quantum Blut genügt, um dem abergläubischen Ritus zu genügen.

Ich stehe zwar nicht auf dem Standpunkte, daß alle, besonders die sogenannten civilisirten Juden, diesem abergläubischen Ritus huldigen, ich glaube aber ebensogut ein Recht zu haben, auf die Schäden und deren Folgen im Aberglauben ihres Stammes hinzuweisen, wie die Juden es mit den Auswüchsen unter den Christen thun. Die unnatürliche Wuth jedoch, welche sich bei der neulichen Freisprechung des Redacteurs Sedlatzek im Falle des Ritualmordes der Juden in der gesammten jüdischen Presse bemächtigt hat, in einem Zeitpunkt, in welchem die Recherchen nach dem Mörder des Knaben Burr sich unter anderm nach einer gewissen Richtung hinziehen, dürfte eine andere Bedeutung im Hintergrunde haben."

Die antisemitische Presse lernt nichts hinzu. Zu jedem

jüdischen Osterfest muß sie einen kleinen Ritualmord erfinden, obschon sie selbst nicht daran glaubt. Der Antisemit Paul de Lagarde hat sich dagegen gewandt, und der Antisemit Wilhelm Marr diese Beschuldigungen als „historisch nicht nachweisbare hirnverbrannte Vorfälle" abgelehnt. Die niedere antisemitische Presse kommt aber ohne ihren „Ritualmord" nicht aus. Sie weiß über den Mörder nichts, folglich ist — es ein Jude, der zu Ostern Christenblut brauchte. Gegen diese Taktik kämpfen Götter selbst vergebens.

Was sind die Juden? Eine fremde Religionsgesellschaft, sagen die christlichen Antisemiten. Eine fremde Rasse, meinen die nationalen Antisemiten. Darauf erwidert ein Anonymus in der „Antis. Corresp" des Herrn Liebermann v. Sonnenberg (20. Febr. 1896. S. 67):

Wir können den Juden weder als „Rasse" noch als „Religions-Gesellschaft" beikommen; aber dem Judenthum als einem Geheim-Bunde, als einer Verschwörer- und Verbrecher-Bande können wir zu Leibe!

Daß die Juden eine Geheim-Gesellschaft mit verbrecherischen Tendenzen bilden, dafür haben wir die Beweise in den Händen, — Beweise so vollgiltiger Art, daß kein rechtschaffener Gerichtshof sie anzuzweifeln und abzulehnen vermag. Was schwarz auf weiß steht — in hundert- und tausendfacher Wiederholung — unter ausgesprochener Sanction der leitenden Kreise des Judenthums, dem muß der Richter — dem muß auch der Staatsmann schließlich Rechnung tragen.

Wir sprechen sonst nicht gern einem Antisemiten gegenüber eine Bitte aus. Hier aber würden wir uns sogar zu einer recht liebenswürdigen verstehen: „Bitte um die Beweise für diesen Blödsinn!"

Jüdische Kämpfer in Südafrika. Eine recht interessante Notiz fanden wir jüngst in einer Zeitung aus dem Jahre 1846, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen, weil sie beweist, daß es fast kein Land giebt, in dem nicht Juden im Kampfe für Vaterland, Gesittung und bürgerliche Sicherheit ihr Blut vergossen haben. Im Jahre 1846 waren die Verhältnisse in Südafrika ähnlich den heutigen, nur mit dem Unterschiede, daß damals noch die uncivilisirten Kaffern die Rolle spielten, in der sich in diesem Jahre die civilisirten Engländer gefielen. Damals machte in die nur mit wenigen Vertheidigungsmitteln versehene Kapkolonie ein aufständischer Kaffernstamm einen Einfall. Gegen diese stellten sich eine Anzahl berittener Bürger mit 50 Infanteriesoldaten und einer Feldschlange. Die Leitung hatte einer der wenigen Juden inne, die damals am Kap der guten Hoffnung wohnten, der Kapitän der Yermanry und Feldcommandant Josua D. Norden. Norden fiel im Kampfe und sein Leichnam wurde von den Kaffern auf das Furchtbarste verstümmelt. Erst am folgenden Tage gelang es, die Kaffern zurückzutreiben und die Ueberreste des tapfern Kapitäns zu sammeln und zur Stadt zu bringen, wo sie unter vielen Ehrenbezeugungen bestattet wurden.

Wo ist Theodor Fritsch? In der „Antis. Corr." (20. Februar S. 67), demselben Blatte, das Fritsch gegründet und dem Herrn v. Liebermann-Sonneberg verkauft hat, werden den jüngeren Antisemiten eine Reihe von Schriften empfohlen: Wahrmund, Naudh, Rohling, Dühring, Ecker. Wo aber ist Th. Fritsch mit seinen zahlreichen antisemitischen Büchern?" Viel Tugenden haben die Antisemiten nicht besessen, und eine Cardinaltugend, die Dankbarkeit gegen ihre politischen Führer scheint ihnen ganz zu fehlen.

Die Macht des Geldes.

(Fortsetzung.)

Von den 400 000 Thalern gelang es keinem, nach Frankreich zu entkommen. Sie kamen zur Ruhe nicht in deutscher Erde, aber in den Truhen deutscher Fürsten; doch ist über ihre Vertheilung nichts Verläßliches bekannt. Um so besser sind wir über die Verwendung der 851 918 Gulden und 54 Kreuzer (nach jetzigen Werthverhältnissen wohl gleich 20 Millionen Mark) unterrichtet. Der Bischof von Gurk und die anderen Wahlagenten des Königs von Spanien, Karl, der schließlich zum Kaiser gewählt wurde, haben gewissenhaft Rechnung abgelegt. Wir ersehen daraus, daß u. A. erhielten: Der Erzbischof und Kurfürst von Mainz 103 000 Gulden, der Erzbischof und Kurfürst von Köln 40 000 und der von Trier nur 22 000 Gulden, der Kurfürst der Pfalz 139 000, Markgraf Kasimir von Brandenburg 22 720 u. s. w. An vierzig Grafen, Freiherrn, Ritter u. dgl. erhielten zusammen 31 029 Gulden in Posten von 9560 bis herab zu vierzig. Die Reichsstädte — das Bürgerpack — bekamen nichts, und auch der Kurfürst Joachim von Brandenburg, ein treuer Anhänger des Königs von Frankreich, ging leer aus. Die Gelder wurden bei den Fuggers und anderen Bankiers deponirt, mit dem strictesten Auftrage, sie den Wählern erst nach geschehener Wahl, Unterfertigung des „Decrets der Election" durch die Kurfürsten und Ausfolgung desselben an Commissäre Königs Karls, auszuzahlen. Man traute den Fürstlichkeiten nicht über den Weg!

Nicht blos bei Wahlen und beim Militärdienste, auch auf andere Weise wußten Höflinge und Adelige ihre Stellung pecuniär auszunützen, und sehr bedeutende Summen wurden theils auf einmal, theils in Form von Pensionen in früheren Jahrhunderten, besonders in Frankreich und Oesterreich an Personen von Adel für unbekannte Verdienste verschenkt.

Die ritterlichen Herren, die so stolz auf das arbeitende, Geld erwerbende Volk herabsahen, fanden nur das Arbeiten, nicht aber das Geld unter ihrer Würde. Innerhalb des Adels wurde mitunter sehr genau um die Mitgift gefeilscht. Im Jahre 1766 zerschlug sich in Rom eine Partie (si guastò il matrimonio) zwischen einem Prinzen Barberini und einer Prinzessin Colonna, weil man der Braut die zugesagten 50,000 Scudi nur in Mailänder Valuta und nicht in römischer geben wollte, wie es der Bräutigam erwartet hatte.

Auch der neue österreichische Minister des Ackerbaues, der den Schutz des Großgrundbesitzes auf sein Programm stellte, hat nichts Neues erfunden, und die modernen Agrarier haben schon im siebzehnten Jahrhundert existirt. Im Jahre 1694 verweigerten die aus Großgrundbesitzern bestehenden Stände von Languedoc dem Könige jeden Beitrag zu den Kosten der Austrocknung der Sümpfe bei Aigues mortes mit der Begründung, es würde damit viel neuer Ackerboden gewonnen werden und in Folge dessen die Getreidepreise stark heruntergehen. Der sonst unumschränkte Ludwig XIV. mußte den Agrariern nachgeben und sich verpflichten, nur ein Drittel des gewonnenen Landes zum Getreidebau verwenden zu lassen.

Doch das waren die Weltleute; die Geistlichkeit, die ja nur für die Seelen zu sorgen hat, war auf irdischen Besitz, auf Geld und Gut, auf mobiles und immobiles Kapital — nicht minder erpicht und hat sich von den schnöden Gütern dieser Welt einen hübschen Antheil anzueignen gewußt.

Unlängst stand in Wien ein Arbeiter vor Gericht, weil er in einer öffentlichen Versammlung gesagt hatte, das Eigenthum ist Diebstahl. Er vertheidigte sich damit, daß er nur aus dem nicht verbotenen Werke Proudhons citirt habe. Er hätte aber eine bei katholischen Richtern nach schwerer wiegende Autorität anführen könn n, hat doch der heilige Hieronymus gesagt: „Jeder Reiche ist ein Schurke oder der Sohn eines Schurken." Und dies ist nur eine Ableitung aus den Worten des Evangeliums: „Es ist leichter, daß ein Kameel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß ein Reicher in's Reich Gottes komme." Eine andere Stelle des Evangeliums: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden" citirt der italienische Chronist Villani, da er über den Schatz, den Papst Johann XXII. (gest. 1334) hinterließ, berichtet. Es fanden sich in seiner Schatzkammer zu Avignon in geprägten Münzen

18 Millionen Goldgulden, Juwelen, Geräthschaften u. dgl. im Werthe von 7 Millionen, also zusammen 25 Millionen Goldgulden, nach jetzigem Werthverhältnisse vielleicht eine halbe Milliarde Mark. Und Villani war gut unterrichtet, denn sein Bruder war bei Aufnahme der Inventur, die den Cardinälen vorgelegt wurde, beschäftigt. Er giebt auch Andeutungen, auf welche Art der Papst sich diese Reichthümer verschaffte. Doch die Finanzkünste der Päpste, die Mittel, welche sie anwendeten, ihre Familien zu bereichern, der Ablaßhandel und was dazu gehört, sind oft genug besprochen worden, so daß hier ein weiteres Eingehen darauf unterlassen werden kann. Schon in einem lateinischen Gedichte des dreizehnten Jahrhunderts heißt es, daß von allen Uebeln Roms die päpstlichen Finanzbeamten (Camerarii papales) das Schlimmste seien, und am Anfange unseres Jahrhunderts theilte Joseph Milbiller (königl. bayerischer wirklicher geistlicher Rath, Doctor der Theologie und Universitätsprofessor zu Landshut) in seiner Geschichte der Deutschen eine Berechnung mit, nach der das ganze katholische Deutschland vom Jahre 1500 bis 1780 für Confirmationen, Dispensitionen, Pallien und Annaten an 67 Millionen Gulden nach Rom bezahlt habe; außerdem hätten die päpstlichen Nuntien innerhalb dieser 280 Jahre für Ehe-, Ordensgelübde- und Fastendispensationen, für Strafen, Indulgenzen und für die Erlaubniß, verbotene Bücher zu lesen, 54 Millionen beigetrieben; nach einem sehr mäßigen Anschlage strömte jährlich wenigstens eine halbe Million aus Deutschland nach Rom."

Selbst die Kreuzzüge, dieser anscheinend so rein religiöse opferwillige Aufschwung des christlichen Geistes, war mit Geldgeschäften und gemeiner Habsucht arg verbunden. Für die großen Handelsrepubliken Venedig und Genua war der Gewinn am Transport der Pilger, am Handel mit den Kreuzfahrern sowohl als mit den Ungläubigen das Wichtigste an den Kreuzzügen. Wiederholt und mit geringen Erfolgen verboten damals die Päpste den Christen den Verkauf von Waffen, Eisen, Schiffen und Schiffbauholz an Mohamebaner, sowie das Dienstnehmen auf deren Kriegsschiffen oder sonstige Unterstützung derselben. Andererseits warf man wieder den Päpsten vor, daß sie unter dem Vorwande des Krieges gegen die Ungläubigen aus aller Welt Geld eintrieben und es dann zu anderen Zwecken oder für sich verwendeten. Für einen großen Theil der Kreuzfahrer, der Ritter sowohl als des gemeinen Volks, waren wieder, außer der Abenteuerlust, die Aussicht auf guten Sold und reiche Beute die Haupttriebfedern, das Kreuz zu nehmen. Und noch größeren Ertrag brachte den Kreuzfahrern die Plünderung des christlichen Konstantinopel, die Ausbeutung der unterworfenen griechischen Christen. Selbst der ritterliche König Richard Löwenherz verwendete das von gefangenen Saracenen erhaltene Lösegeld nicht zur Auslösung gefangener Christen, sondern behielt es für sich. Er selbst gerieth dann wieder in die Gefangenschaft, und mußte sich mit 150,000 Mark feinen Silbers von Kaiser Heinrich VI. und Herzog Leopold von Oesterreich, seinem Genossen im Kreuzzuge, loskaufen.

Ritterlicher Beruf und christlich religiöser Eifer waren bei den Tempelherren verbunden, die das Gelübde der Keuschheit und Armuth ablegten. Die Blüthe des europäischen und besonders des französischen Adels gehörte dem Orden der Templer an, dessen Beruf die Vertheidigung Palästinas und besonders des heiligen Grabes gegen die Ungläubigen war. In den ersten Jahrzehnten der Kreuzzüge, in dem wieder christlich gewordenen heiligen Lande, mußten die „Fratres militiae Templi" als die Quintessenz feurigsten christlichen Glaubenseifers und höchster ritterlicher Tapferkeit und Ehre erscheinen; Mönche und Ritter in einer Person, das Schwert in der Hand, das rothe Kreuz auf dem Mantel, stellten sie die streitbare Kirche vor. Wer kann da an Geld und Gut an gemeinen irdischen Besitz, an Leihen und Borgen, an Zinsen und Pfänder denken, das sich nur für Juden schickt!

Und doch war der Tempel ein großartiges, das älteste und vielleicht das großartigste Bankgeschäft der Welt, der größte Kapitalist, der reichste und beschäftigtste Bankier seiner Zeit.

Wie sollten nicht moderne Bankdirectoren die Schatzmeister und Geschäftsführer des Ordens beneiden, der unabhängig von jeder geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit, nur den Papst als seinen Schirmherrn anerkannte und ohne höhere Controlle, ohne Regierungscommissare und ohne lästig neugierige Actionäre seine Güter verwaltete, seine Geschäfte betrieb und seine Einkünfte stets vermehrte? Und diese Geschäfte waren gar mannigfaltig. Da war zuerst das Depositengeschäft: In jenen unruhigen Zeiten des Mittelalters, als mehr noch wie in unserm verdorbenen irreligiösen Jahrhundert Gewalt vor Recht ging, konnte der Einzelne seine bewegliche Habe am verhältnißmäßig sichersten nur unter dem Schutze der Kirche oder fester Mauern bewahren. Die Burgen der Templer boten beides: Der gottlose Räuber, der das Recht der Kirche nicht achtete, konnte den festen, wohlbewachten Mauern der Tempelschlösser nichts anhaben und der mächtige Fürst, der wohl im Stande war, sie zu erstürmen, machte demüthig vor dem Kreuz auf ihren Mauern Halt. So suchten denn Besitzer „mobilen Kapitals", selbst Fürsten und Könige, die Tempelhäuser auf, um ihre werthvolle Habe in Sicherheit zu bringen und die Ritter betrieben alle Zweige des Depotgeschäfts. Sie nahmen offene und geschlossene Depots an, auf kürzere und längere Zeit. König Johann von England, ohne Land genannt, deponirte im Jahre 1204 die Kronjuwelen und Reichsinsignien im „Tempel" zu London. Sechzig Jahre später findet sein Sohn Heinrich III. im Streit mit seinen Baronen das Londoner Tempelhaus nicht mehr sicher genug und schickt die Kronjuwelen nach Paris, wo sie dem dortigen Tempel in Verwahrung gegeben werden, in zwei verschlossenen und versiegelten Koffern, deren Schlüssel die englischen Gesandten behalten. Im Jahre 1204 verpfändet Kaiser Balduin I. von Konstantinopel das „wahre Kreuz Christi" bei einer Agentur der Templer in Syrien gegen eine ungeheure Summe (de immensa pecuniae quantitate pro qua . . . apud magistrum et fratres militiae Templi erat obligatum.)

Und damit berühren wir den zweiten Geschäftszweig der Templer: das Leihgeschäft. Die Templer waren die Bankiers der Könige und, was damals noch mehr bedeutete, des Papstes. Aus allen Ländern Europas zogen die Nachfolger des heiligen Petrus unter den verschiedenartigsten Titeln das baare Geld nach Rom, wobei oft die Templer vermittelten; auch bei Steuererhebungen weltlicher Fürsten wirkten sie oft mit und besorgten wieder die Ausgaben für sie, nahmen Gelder in laufende Rechnung, scheinen aber keine Kassenscheine ausgegeben zu haben, und verliehen wieder das bei ihnen eingelegte Geld. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

S. J. in B. Besten Dank für die Information. Wir werden also die gerichtliche Klarstellung abwarten und bitten Sie dann um weitere Nachricht.

J. H. in Cassel. Wir empfehlen Ihnen Freiburg i. B.

D. W. in E. Wir haben es gewußt. Aus dem Bankier Fould (s. Mitth. Nr. 7, S. 56) hat die „Staatsb. Ztg." vom 22. Febr. gleich einen „reichen jüdischen Bankier" gemacht, während der Herr Christ ist und eigentlich Eckardt-Müller heißt.

W. S. in G. In einer antisemitisch-conservativen Volksversammlung zu Bielefeld wurde Dr. Klasing, der bekannte Conservative, von den Antisemiten niedergeschrieen, dann vom Vorsitzenden unterbrochen und ihm durch die Mehrheit der Versammlung das Wort entzogen. — Herr Klasing kann jetzt wenigstens auch ein Lied singen von den antisemitischen Gepflogenheiten in Volksversammlungen.

W. H. in Hamburg. Ein „Eingesandt" der „Times" nannte die deutschen Vertheidiger der Buren „Speculators and minor German Jews."

Unsere Leser machen wir an dieser Stelle auf ein dieser Nummer beiliegendes buchhändlerisches Circular der bekannten Verlagsfirma Siegmund Mayer in Trier aufmerksam, das die Titel einer Reihe empfehlenswerther Werke über jüdische Geschichte und Litteratur enthält.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 10. | Berlin, den 7. März 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Jüdische Lehrer.

Angesichts der Hetze, die jetzt in Berlin gegen jüdische Mitglieder des Lehrerstandes betrieben wird, veröffentlicht die „Volkszeitung“ eine „Erinnerung“ von allgemeinem Interesse. Es war zu Anfang der sechziger Jahre, als der Magistrat der Stadt Posen an der dortigen Realschule einen jüdischen Lehrer Dr. Jutrosinski (jetzt Director des Reichenheimschen Waisenhauses) beschäftigte. Dieser Mann, dem die besten Zeugnisse zur Seite standen, unterrichtete unter Anderem auch in Geschichte. Man nahm ihm diesen Unterricht auf höhere Weisung ab, weil man behauptete, er könne die Geschichte nicht „im gehörigen Geiste“, d. h. im Geiste der christlichen Orthodoxie, lehren. Dr. Jutrosinski gab auch Geographieunterricht in Secunda. Man untersagte ihm dies, weil er dabei Excursionen auf das Gebiet der Geschichte machen könnte! Der junge Lehrer unterrichtete alsdann in antiker Heldenlehre und zwar in der Sexta. Man nahm ihm auch diesen Unterricht auf höhere Weisung ab, weil der Unterricht in der griechischen Mythologie die Grundlagen abgäbe für die sittliche Weltanschauung, die die Sextaner sich zu bilden im Begriff ständen! Dr. Jutrosinski erwarb sich darauf, um jedem Conflict mit den sonderbaren Anschauungen der vorgesetzten Schulbehörde aus dem Wege zu gehen, die Facultas für neuere Sprachen. Als ihn aber darauf der Magistrat der Stadt Posen anstellen wollte, wurde diese definitive Anstellung von der Aufsichtsbehörde aus eben denselben Gründen verweigert, aus denen jetzt die reactionäre deutsche Presse gegen die jüdischen Lehrer und Lehrerinnen Berlins hetzt. Obenan stand damals in der Agitation gegen Jutrosinski die „Kreuzzeitung“. Cultusminister war zu jener Zeit Herr v. Bethmann-Hollweg und, da die Angelegenheit unter seinem Regime noch nicht zu Ende geführt wurde, Herr v. Mühler.

Am 4. März 1862 kam die Affaire des Dr. Jutrosinski im preußischen Abgeordnetenhause zum ersten Male zur Sprache. In vorgerückter Stunde erhob sich der berühmte deutsche Pädagoge Diesterweg und vertheidigte die Simultanschule wie die jüdischen Lehrer. Er sagte (nach d. stenogr. Bericht):

„. . . Der Herr Regierungscommissar hat bei Gelegenheit der Discussion über den vorliegenden Antrag in der Unterrichtscommission sehr wunderbare Ansichten ausgesprochen. Er hat gesagt, eine Schule, welche katholische und evangelische Kinder in sich vereinige, sei nichtsdestoweniger eine Confessionsschule. Das ist ein Widerspruch, das ist eine Verleugnung oder Nichtachtung des Sprachgebrauchs; denn unter einer confessionellen Schule versteht man eine solche, zu der statutarisch nur die Kinder einer Confession zugelassen werden, wenn auch andere hineingehen, aber ohne Berechtigung zu diesem Eintreten; eine Schule aber, welche statutgemäß evangelische und katholische Kinder in sich aufnimmt, ist eine sogenannte Simultanschule. Dann geht er über zu der noch merkwürdigeren Aeußerung, daß, wenn ein jüdischer Lehrer in das Lehrercollegium einer Paritätschule einträte, so würde die Schule zu einer religiös-indifferenten. Meine Herren, die Behörde brauchte ja weiter nichts zu thun, als zu sorgen für den Religionsunterricht, wie für Katholiken und Evangelische, so auch für die jüdischen Kinder. Wie kann man behaupten, daß die Schule dadurch zu einer religiös-indifferenten werden würde? Nein, die Schule würde dadurch das, was die Stadtbehörde in Posen gewollt hat: eine echt paritätische, drei Confessionen würden in derselben gelehrt, natürlich abgesondert. Der eigentlich tiefere Grund, weshalb sich die Staatsbehörde so sehr sträubt, die Genehmigung des Antrages zu ertheilen, ist nur kurz und schwach angedeutet, fast verschwiegen. Die Behörde hegt die Meinung, durch Zulassung der Juden, namentlich der jüdischen Lehrer, würde die Schule entchristlicht. Meine Herren, schadet es den Christen, wenn Juden unter ihnen wohnen, schadet es den Protestanten, wenn sie mit Katholiken zusammen leben, und schadet es den Katholiken, wenn Protestanten sich unter ihnen befinden? Im Gegentheil. Wenn man zwei sich abstoßende Pole zusammenbringt, so verstärkt sich jeder Pol; von Indifferenz oder Schwächung der Confessionen wird unter solchen Verhältnissen nimmer die Rede sein. Aber, was die Kinder lernen, wenn sie vermischt zusammensitzen, d. h. wenn Kinder verschiedener Confessionen zusammensitzen, ist **Toleranz und Humanität**, das sind die großen Tugenden und Eigenschaften, welche die Staatsbehörde zu befördern, nach allen Richtungen zu fördern, die Pflicht hat. Dagegen hat sie weder das Recht, noch die Pflicht, für die Gläubigkeit zu sorgen. In dieser Beziehung ist der Staat völlig incompetent . . .

. . . Es giebt auch unter den Lehrern an höhern Schulen welche, die die Juden mit Gleichgültigkeit oder Verachtung betrachten. Dies ist an solchen Schulen, welche zu gleicher Zeit von jüdischen Kindern besucht werden, etwas äußerst Nachtheiliges und für pädagogischen Einfluß Gefährliches. Wie curirt man, frage ich, solche Lehrer, wie bringt man ihnen Humanität und Toleranz bei! Das kann am erfolgreichsten dadurch geschehen, daß man in das Lehrercollegium einen jüdischen Mann hineinstellt, wie es die Posener Behörden beantragt haben. Ich sage, meine Herren, wenn Sie die Leiden, die Schwierigkeiten, die ein Jude, der sich zum Lehreramt ausbildet, zu überwinden hat, erkennen könnten, so müßten Sie voraussetzen: das muß ein Mann von vorzüglicher pädagogischer Begabung sein, sonst würde er die ungeheuren Schwierigkeiten nicht überwinden. Ich sage, um der Toleranz und Humanität willen muß man in das Lehrercollegium einen mit allen anderen gleichberechtigten jüdischen Lehrer hineinsetzen. Noch vortheilhafter wirkt das auf die Schüler. Wenn es nach meinem Wunsche ginge, so würden wir nur Simultanschulen haben; denn nichts wirkt für Menschenachtung und Humanität vortheilhafter, als wenn Kinder verschiedener Confessionen freundlich neben einander sitzen.“

Ein paar Wochen später, am 18. März, war Herr v. Mühler Cultusminister geworden. Bethmann-Hollweg wie Mühler, Beide erklärten, die Berufung auf die Verfassung zur Geltendmachung der Rechte Jutrosinsk's ginge über ihr Verständniß hinaus. Unter Hinweis auf die preußische Verfassung hatte nämlich die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses beschlossen, dem Minister die Petition der Stadt Posen, welche die Genehmigung der Anstellung Dr. Jutro-

sinski's bezweckte, „zur Abhilfe" zu empfehlen. Was damals im Abgeordnetenhause zu Gunsten der berechtigten Forderung der Stadt Posen geltend gemacht wurde, ist die schlagendste Widerlegung derjenigen Argumente, welche jetzt die reactionäre preußische Presse zu ihrem die Verfassung mißachtenden Sturmlauf wider die jüdischen Lehrer und Lehrerinnen Berlins vorzubringen sich nicht scheut. Es waren damals vornehmlich die Abgeordneten v. Saucken, v. Hennig, Diesterweg und in der Sitzung vom 18. August der Professor Röppell (Breslau), welche die durch die Verfassung verbrieften Rechte der jüdischen Lehrer gegen die Angriffe der „Kreuzzeitung" und die Verkümmerung durch die Regierung vertheidigten. Der Abgeordnete v. Hennig traf vielleicht das Richtigste, wenn er zur Geißelung des Verhaltens, welches einem nichtchristlichen Lehrer die Rechte des Lehrers überhaupt vorenthielt, bemerkte, es handle sich hier um „kleine Ungesetzlichkeiten, die so nebenbei und durch allerlei Künste der Sophistik zwischen den Zeilen des Gesetzes hindurch zur Anwendung kommen." Der Breslauer Professor Röppell sprach in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. August 1862 dem damaligen Cultusminister v. Mühler ins Angesicht über den Fall Jutrosinski:

„Meine Herren, indem ich als Referent um das Wort gebeten habe, habe ich geglaubt, es zu thun im Interesse der Sache, die ich als Referent zu vertreten habe. Erlauben Sie, daß ich im Interesse derselben Sache Sie zunächst daran erinnere, daß es gegenwärtig 50 Jahre gerade her sind, daß der Grundsatz der Emancipation der Juden in unserem Staate zum ersten Male zur Anerkennung gekommen ist. Das Edict vom 11. März 1812, in der großen Zeit der inneren Wiedergeburt unseres Staates erlassen, sprach diesen Grundsatz nicht nur im Allgemeinen aus, meine Herren, sondern es bestimmte auch in Bezug auf die Sphäre der Unterrichtsverwaltung in seinem § 7, daß Juden akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter, zu welchen sie sich geschickt machen, bekleiden können. Meine Herren, seitdem ist ein halbes Jahrhundert verflossen, und dennoch ist dieses hohe Haus heute wiederum in der Lage, darüber verhandeln zu müssen, ob ein Jude, der sich zu einem Lehramt geschickt gemacht hat, den die competente Behörde zu diesem Amt berufen hat, ob dieser Jude das Amt wirklich erhalten soll oder nicht. Ich glaube, meine Herren, Sie empfinden mit mir, daß zwischen diesen beiden Thatsachen, zwischen dem Edict vom 11. März 1812 in seinem § 7 und dieser Verhandlung, an deren Schwelle wir stehen, ein schneidender und greller Contrast besteht. Der Contrast wird aber noch greller, wenn Sie sich daran erinnern, daß zwischen dem Edict vom 11. März 1812 und dieser Verhandlung auch der Erlaß vom 6. April 1848, auch noch unsere Verfassung vom Jahre 1850 mit ihren Artikeln 4 und 12 steht, und da scheint es denn doch in der That nach so vielen Jahren hohe Zeit zu sein, daß diese Divergenz, dieser Contrast zwischen dem Gesetz und dem Recht auf der einen Seite und nach der thatsächlichen Praxis auf der anderen Seite endlich einmal ein Ende nimmt."

Röppell wies im Einzelnen nach, wie unhaltbar rechtlich und moralisch die feindliche Stellung der obersten Schulverwaltung gegen Dr. Jutrosinski im Besonderen und gegen die jüdischen Lehrer im Allgemeinen sei; er wies es nach unter dem Beifalle der großen Mehrheit des Hauses, das dann auch im Sinne Röppells beschloß. Der Cultusminister v. Mühler hatte als Erwiderung nur Verlegenheitsphrasen, wie sie einige Wochen zuvor sein Vorgänger v. Bethmann-Hollweg gehabt hatte. Beide beriefen sich auf den angeblichen „christlichen Charakter" der Posener Realschule, obwohl von diesem nicht in der Stiftungsurkunde und auch sonst nirgends die Rede war.

Confessioneller Geschichtsunterricht.

I.

Der Erlaß des Cultusministers vom 27. Dezember 1895 weist bekanntlich die Berliner Schulbehörde an, jüdische Lehrer und Lehrerinnen vom Geschichtsunterricht in den Gemeindeschulen auszuschließen und zwar nennt er als diejenigen Gebiete, welche diese Ausschließungen rechtfertigen, die Geschichte der Ausbreitung des Christenthums und der Kreuzzüge.

Mit dieser Forderung hat der Cultusminister nur einen Wunsch wieder aufgenommen, den Friedrich Julius Stahl, der geistige Vater der conservativen Partei, in seiner Schrift über den christlichen Staat vor 50 Jahren ausgesprochen hat. Vom Geschichtsunterricht verlangt Stahl ausdrücklich, daß er der Jugend „auf christlichem Boden" mitgetheilt werde, und im Jahre 1894 hat auch Professor Dr. Adolf Wagner in einer Wahlrede erklärt, daß der Geschichtsunterricht nur von christlichen Lehrern ertheilt werden dürfe.

Man kann die Falschheit dieser Forderung am besten dadurch widerlegen, daß man zeigt, wie confessionelle Geschichtsdarstellung getrieben wird. Der Erlaß des Cultusministers erwähnt zwar nur die Geschichte der Ausbreitung des Christenthums und der Kreuzzüge, die ein jüdischer Lehrer nicht unbefangen vortragen könne. Da aber die moderne Geschichte weitaus wichtiger ist, so läge doch die Frage nahe, warum Dr. Bosse nicht auch die moderne Geschichte der Reformation als ungeeignet für den Vortrag durch jüdische Lehrer erklärt hat. Ja, wenn wir uns auf seinen Standpunkt stellten, müßten wir zu der Behauptung kommen, daß über die Reformation und über alle Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts christliche Lehrer garnicht doziren dürften, sondern nur jüdische, weil diese über katholische und evangelische Angelegenheiten ein unbefangeneres Urtheil haben müßten, als katholische und evangelische Lehrer selber.

Treiben wir nun ein wenig „confessionelle" Geschichte. Der katholische Kanonikus und Antisemit Rohling nennt in seinem „Antichrist und das Ende der Welt" die Reformatoren Luther, Melanchthon, Zwingli und Calvin „Schurken", und er urtheilt über den Protestantismus wie folgt: „.... Redlichkeit liebende Protestanten werden sich mit Abscheu von ihren bisherigen sogenannten Kirchen abwenden, wenn sie in Erfahrung bringen, was für Schurken Jene waren, die den Protestantismus ins Leben riefen." ... „Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, verdorrt das Gras; geistige Leere, Verwilderung der Sitten, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte; ein Protestant, der nach Luthers Recepten lebt, ist ein Ungeheuer; Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe."

Der Protestant Stacke schreibt in seinem Lehrbuch „Erzählungen aus der neueren Geschichte": „Luther hörte in Rom unglaubliche Erzählungen von dem Leben des Papstes." In einem Artikel gegen dieses katholikenfeindliche Buch erklärt die katholische „Germania": „Wir haben auch „unglaubliche Erzählungen" von dem Leben Luthers gehört und doch wird sie Herr Stacke gewiß nicht gelten lassen. .... Luther liebte es, hie und da in honorem sui ipsius ein wenig zu flunkern." Und der als Lehrbuch dienende „Controverskatechismus" des Jesuitenpaters Scheffmacher sagt von Luther: „Den Fürsten gab er Kirchengut, den Mönchen Weiber, dem gemeinen Volke Freiheit und Fleischeslust, Habsucht, Unbändigkeit. — Damit reichte Luther aus, und solches erklärt das rasche Zunehmen des Lutherthums."

... Luther gilt ihm als „der Urheber der Revolution, der die Grundlage der christlichen Ordnung in der Welt zerstörte, den christlichen Gehorsam und damit alle Bande des Friedens und der Wahrheit der Völker auflöste."

Ganz anders nimmt sich Luther schon bei dem Altkatholiken J. v. Döllinger aus. Er nennt ihn den gewaltigsten Volksmann, den populärsten Character, den Deutschland je besessen. Und wie begeistert klingt das Lob Luthers aus lutherischem Herzen und Munde! In Luther lebte, so preist ihn Wolfgang Menzel, das „altdeutsche, an den alten Donnergott Thor erinnernde Zornfeuer." Und Robert König urtheilt: „Mit Luther begann, wie für die Kirche Christi, so auch für unsere Litteratur,

für unsere Sprache, für unsere Wissenschaft, für unsere Poesie eine neue Zeit." Hören wir noch zur Vervollständigung den Juden Heinrich Heine über Luther urtheilen. Er sagt: „Martin Luther verkannte die Gesinnung des Papstes und der katholischen Kirche . . .," erkennt aber seine persönliche Größe bewundernd an: „Seine Gedanken hatten nicht blos Flügel, sondern auch Hände; er sprach und handelte."

„Es war nicht blos die Zunge, sondern auch das Schwert seiner Zeit . . . Ewiger Ruhm dem theuren Manne, dem wir die Rettung unsrer edelsten Güter verdanken, und von dessen Wohlthaten wir noch heute leben."

Das köstlichste Beispiel für eine consequente confessionelle Geschichtsauffassung erzählt Eduard Hanslick in seinen „Jugenderinnerungen." Im vormärzlichen österreichischen Geschichtsunterricht seien Luther und Friedrich der Große schlecht weggekommen. Immer habe die katholische Partei Recht gehabt und die österreichische Armee stets gesiegt.

Schon diese wenigen Beispiele genügen, um klarzulegen, daß der christliche Geschichtsunterricht nothwendig zu einem confessionellen führen muß. Anstatt die Erziehung der Jugend im christlichen Sinne zu fördern, wird sie in confessionellem Sinne verschlechtert. Man weiß ja, daß an den Universitäten zu Bonn und Breslau Lehrstühle der Geschichte bestehen, die stiftungsgemäß nur durch katholische Lehrer besetzt werden dürfen, und große und einflußreiche deutsche Zeitschriften hegen und pflegen die besondere katholische Geschichtsauffassung. Schon zur Zeit der Kölner Wirren wurde betont, daß ein protestantischer Lehrer der Geschichte den Bedürfnissen des katholischen Schülers nicht gerecht werden könne, und thatsächlich hat auch ein Gymnasium zu Frankfurt a. M. dieses Bedürfniß durch Anstellung eines katholischen Lehrers der Geschichte befriedigt.

Ueber die Auffassungen, denen die Kreuzzüge in der Geschichtsforschung ausgesetzt sind, kommen wir demnächst zurück.

Zur Abwehr.

Der Jahresbericht des Frankfurter Bureaus

Von den Berichten, welche bei dem Vorstande des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus eingegangen sind, sei im Anschluß an unsere Veröffentlichung in No. 7 der „Mittheilungen" hier noch erwähnt der Bericht des Bureaus Frankfurt a. M., dem wir folgende Stellen entnehmen:

Der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg und die dabei gepflogene Taktik haben sich in der Praxis als nutzbringend erwiesen, und es lag kein Anlaß vor, davon abzuweichen. Die antisemitische Bewegung, soweit sie in den Kreisen des Volkes Boden gefaßt hatte, ist wohl in den meisten Gebieten in Rückgang begriffen, besonders gilt es von den bekannten Centren in Oberhessen und Hessen-Nassau.

Die Controlle der antisemitischen Presse hat ergeben, daß — gleich wie im Wirkungskreise des Berliner Bureaus — die Angaben der Zeitungen, wenn nicht frei erfunden, sich meist als grobe Entstellungen erwiesen haben, wie dies ja jeweilig von den „Mittheilungen" berichtet worden ist.

Broschüren und Flugblätter gelangten in kleinerer Zahl als früher zur Verbreitung, weil sich die Massenverbreitung ohne actuelle Anlässe als nicht opportun erwiesen hatte.

In Bezug auf die weitere Verbreitung des Vereins in Süddeutschland einschließlich Hessen-Nassau entfaltete das Bureau im Jahre 1895 eine lebhafte Agitation.

Diese Thätigkeit hat wieder zu einer entschiedenen Belebung des Interesses für die Abwehrthätigkeit geführt.

In Frankfurt selbst ist die Zahl der Mitglieder sich ziemlich gleich geblieben und die Abgänge sind durch Neuanmeldungen ausgeglichen worden. Die Zahl der auswärtigen Mitglieder hat eine nicht unwesentliche Erhöhung erfahren.

○ **Aus Kattowitz** (O.-Schl.) schreibt man uns: Der in Ravensburg erscheinende „Oberschwäbische Anzeiger" brachte jüngst die Mittheilung, daß angesichts der großen Zahl von Stadtverordneten jüdischer Confession in Kattowitz diese Stadt als verjudet zu betrachten sei. Dieser Angriff bedarf dringend der Entgegnung. Es ist richtig, daß Kattowitz 23 000 Einwohner zählt, wovon ca. 16 000 Katholiken, 5 000 Evangelische und 2 000 Juden sind, und daß in der Stadtverordnetenversammlung, die aus 30 Mitgliedern besteht, 13 Juden, 10 Evangelische und 7 Katholiken sitzen. Dies ist aber durch das Steuerverhältniß bedingt. Es zahlen die jüdischen Einwohner etwa 40 %, die evangelischen etwa 30 % und die katholischen ca. 20 % der gesamten Communalabgaben. Die Juden haben in der I. und II. Wählerabtheilung hierdurch die Majorität. Sie nutzen dieselbe jedoch nie aus, sondern wählen in diesen Abtheilungen Stadtverordnete katholischer und evangelischer Confession.

Für die am 27. und 28. November v. Js. vorgenommenen Stadtverordneten-Wahlen schlug der Bürgerverein sämmtliche ausgeloosten bisherigen Stadtverordneten zur Wiederwahl vor. Eine allgemeine Bürgerversammlung acceptirte diese Vorschläge, bis auf den in der III. Abtheilung und von dieser schon oft wiedergewählten jüdischen Klempnermeister Heinrich Kleemann, an dessen Stelle der sehr friedliebende Erzpriester Schmidt, obwohl er die Tüchtigkeit des Herrn Kleemann anerkannte und besonders hervorhob, den katholischen Hausbesitzer Paul Herrmann vorschlug. Dagegen protestirte ein Theil der Wähler, und eine Anzahl hochangesehener christlicher, auch katholischer Mitbürger hatte einen Aufruf erlassen, in dem sie die Wiederwahl des Herrn Kleemann empfahl.

Der III. Abtheilung gehören weniger Juden an. Mit Unterstützung der sogenannten „Hüttenpartei", zu der viele katholische Wähler zu rechnen sind, ist Kleemann gegen Herrmann mit erheblicher Majorität gewählt worden.

Das friedliche Verhältniß, das hier zwischen allen Confessionen herrscht, ist durch diesen Vorfall, der allgemein bedauert wurde, nicht gestört worden. Das kann man schon daraus ersehen, daß der unterlegene Herr Paul Herrmann, der Wähler der II. Abtheilung ist, am Tage darauf für 2 in dieser Abtheilung aufgestellte jüdische Candidaten gestimmt hat.

Im Uebrigen sind in der II. Abtheilung, trotzdem die jüdischen Wähler in der Majorität waren, 2 katholische Stadtverordnete (die Herren Gymnasiallehrer Dr. Hacks und Kaufmann Albert Hanke) gewählt worden. Auch in der I. Abtheilung, die unter 53 Wählern 32 Juden zählt, wurden bei der letzten Wahl die von dem Bürgerverein vorgeschlagenen christlichen Herren ohne Einspruch wieder- resp. neugewählt

Aus dem antisemitischen Lager.

Im preußischen Abgeordnetenhause brachte Abg. Rickert am 4. März die sozialpolitischen Erlasse des Evangelischen Oberkirchenraths und die Angelegenheit des Pastors Witte zur Sprache. Es knüpfte sich daran eine lebhafte Debatte, in welcher Herrn Stöckers Verhalten gegenüber seinem Amtsbruder Witte, seine antisemitische Hetze und sein von dem der conservativen Partei abweichender sozialpolitischer Standpunkt eine interessante

Beleuchtung erfuhren. Selten hat Herr Stöcker im Parlament eine so gründliche Niederlage erlitten. Unverkennbar ist seit dem Austritt aus der conservativen Partei seine Stellung isolirter, seine Stimmung gedrückter geworden. Da der amtliche stenographische Bericht über die Verhandlungen noch nicht vorliegt, so verschieben wir deren ausführliche Besprechung bis zur nächsten Nummer.

Herr Stöcker erklärt seinen Freunden in Herford, das Protokoll des Elfer-Ausschusses über seinen Austritt enthalte unrichtige Angaben. Er sei bereit gewesen, die Kröcher'sche Erklärung auch öffentlich zu geben; auch sei er nicht freiwillig gegangen, sondern er sei aus der Partei herausgedrängt worden. Er führt in dieser Beziehung aus:

„Wenn von gewissen Seiten ausgesprengt wird, ich hätte durchaus mein Verhältniß zu den Conservativen lösen wollen, so ist das unwahr. Hätte man sich mit meiner letzten Erklärung begnügt, so wäre ich gern geblieben. Aber die von mir geforderte Erklärung konnte ich um der Wahrheit willen nicht abgeben. Noch weniger konnte ich darauf eingehen, mir vorschreiben zu lassen, wann ich meine Beziehungen zum „Volk" wieder aufnehmen dürfte. — Ich bin also nicht freiwillig gegangen, und kann es nur bedauern, daß Herr R.-A. Dr. Klasing, der meine Erklärung zunächst genügend fand, später seine Stellung änderte und dadurch zu dem ungünstigen Ergebniß der Sitzung mitwirkte."

Wir glauben in diesem Falle Herrn Stöcker. Er wäre wirklich gern geblieben, man hat ihn aber nicht behalten wollen.

Pfarrer Naumann berührte in seinen Vorträgen, welche er am 28. Februar und 1. März in Leipzig und Dresden vor Tausenden gehalten hat, auch die Judenfrage. Für ihn ist sie eine locale Nebenfrage. Es sei ganz gleichgültig, welcher Rasse die einzelnen Capitalisten zugehören. Er könne wohl den Antisemitismus von hessischen Bauern verstehen, für die der Jude im Handel und Verkehr der einzige Vermittler sei. Aber in Schlesien die Weber und auf den Rhedereien die Kohlenzieher hätten keine Juden als Vermittler, und trotzdem die gleichen Uebelstände, die gleiche Noth. „Eine derartige Auffassung über die Judenfrage — heißt es in einem Bericht der Zimmermann'schen „D. Wacht" — von einem Manne zu hören, der so warm für sein Christenthum eingetreten war, das enttäuschte alle die so zahlreich im Saale vertretenen Antisemiten und ließ sie erkennen, daß der Antisemitismus von Herrn Pastor Naumann's Thätigkeit nichts Förderndes zu erhoffen hat."

Dr. Eugen Dühring, der Parteipapst der nationalen Antisemiten, wird jetzt dem undankbaren antisemitischen Volke auch unangenehm. Da schreibt ein Herr Dr. H. im „Deutschen Volksrecht" (Nr. 8 u. 9):

„Ist es schon an und für sich unbegreiflich, wie ein Dühring als „deutsch-wissenschaftliche Autorität" in der sozialen, in der Hebräer-Frage, auf dem Gebiete der National-Oeconomie und im Bereiche der Philosophie zc. gelten konnte, der selbst über seine Gedanken so unklar ist, daß er nicht einmal im Stande ist, auch nur einen Satz wirklich „deutsch" und für die „Deutschen" verständlich zu schreiben, so muß es doch auf das Befremdlichste Wunder nehmen, daß sich gelehrte und gebildete Leute durch die angeblich große Wissenschaftlichkeit eines Dühring's konnten verblüffen und täuschen lassen. . . .

. . . Wenn Dühring sich anmaßt, Christus den „gekreuzigten Hebräer" zu nennen, so zeugt das von einem so thörichten Hochmuth und Forscher-Dünkel, daß diese eine Bezeichnung allein hätte genügen müssen, daß das deutsche Volk in allen seinen Gliedern sich von diesem Manne abwendete. Hätte Dühring auch nur einen annähernd richtigen Begriff von dem Wesen des Rassen-Judenthums, vom Talmud und den hebräischen Blutgebräuchen, so müßte er wissen, daß Christus niemals ein Hebräer gewesen ist, weil die unendliche Liebe und Barmherzigkeit, die Selbstlosigkeit, Demuth, Treue und Ehrlichkeit, die in Christus verkörpert ist, niemals auch nur im Geringsten im Blute eines echten Hebräers liegt."

Gleichzeitig steht auch ein Angriff gegen Dühring in Liebermann v. Sonnenberg's „Antis. Corresp." v. 20. Febr. Darin werden an Dührings Character „bedenkliche Schwächen" entdeckt und seine philosophische Lehre ein „hohles nur auf Verstandes-Raffinement aufgerichtetes Truggebäude" genannt.

Es waltet eine innere Gerechtigkeit in der Geschichte des Antisemitismus. Von ihren Hauptführern Dühring, Fritsch, Böckel und Stöcker will die junge Generation der Antisemiten nichts mehr wissen. Auch das ist ein Beitrag zur „arischen" Dankbarkeit.

Der Reichstagsabg. Dr. Böckel soll, nach der „Post", als Statistiker bei einer Actiengesellschaft eingetreten sein.

Die „Volksrundschau" hört mit dem 1. März auf zu erscheinen. Wie das „Volk" (1. März) weiß, „sollen etwa 600 000 Mk. bei dem Blatte in den 17 Monaten seines Bestehens zugesetzt worden sein. Die ungeheure Reclame, mit der es ins Leben gerufen wurde, soll gleich im ersten Monat fast 100 000 Mk. verschlungen haben. Dadurch gelang es, die Abonnentenzahl rasch auf 60 000 zu treiben, zumal sich die deutsch soziale Reformpartei von Partei wegen und unter der Hand sehr dafür ins Zeug legte."

Anläßlich des kläglichen Endes dieses mit großer Reclame ins Leben gerufenen antisemitischen Unternehmens ist es gut, auf den Aufruf hinzuweisen, mit dem die Herren Dr. Hempel und Dr. Friedrich Lange es eingeleitet haben. Im August 1894 schrieben sie:

„Wenn dieser Versuch einer Zurückdrängung der jüdischen Presse mißlingt, wird die Herrschaft des fremden und gefährlichen Geistes in unserm Volke auf lange Zeit besiegelt sein."

Die „Volksrundschau" ist nun eingegangen. Und das Deutsche Volk lebt wirklich noch?

Ein Stückchen von der „Staatsbürgerztg."

„In Kiel — so schrieb sie in ihrer Nummer 99 — hat ein Jude die Frechheit gehabt, eines der Kreuzesworte des Erlösers für seine Reclamezwecke zu mißbrauchen." Sie erzählt dann folgenden Fall:

„Ein gewisser Jacobsen", so wird uns von dort geschrieben, „der hier (in Kiel) einen Laden in der Hauptstraße besitzt, wo er alle möglichen Gegenstände: Porzellanwaaren, Stiefel, Cigarren, Bücher zc. feilhält, hatte letzthin seine Geschäftsräume renoviren lassen und machte alsdann in einer hier erscheinenden freisinnigen Zeitung mit der Fertigstellung dieser Arbeiten das Publikum bekannt. — Hiergegen wäre nun nichts zu erinnern, wenn nicht Jacobsen die Anzeige in einer Weise abgefaßt hätte, die für jeden Christen ein Aergerniß bieten mußte. In fettgedruckter Schrift prangten über der Anzeige die Worte: „Es ist vollbracht!"

Daß die Form der hier mitgetheilten Reclame durchaus zu mißbilligen ist, bedarf wohl kaum der besonderen Betonung. Daß die „Staatsbürgerztg." aber in ihrem blinden Eifer den Kieler Kaufmann für einen Juden hält und seine Handlungsweise zu einer zornigen Anklage gegen das Judenthum ausbeutet, war nicht klug von ihr; sie hätte durch frühere trübe Erfahrungen gewarnt sein müssen. Jacobsen ist nämlich gar nicht Jude, sondern Christ, und sogar ein eifriger Gesinnungsgenosse der „Staatsbürgerztg." Die getadelte Reclame hatte übrigens dazu geführt, daß Jacobsen wegen groben Unfugs angeklagt und zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde. Vor Gericht gab er an, daß er evangelisch-lutherischer Confession sei. Er entstammt einer christlichen Familie aus Plön und gehört, wie gesagt, keineswegs zu den Gegnern der Antisemiten.

Der „Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine" hat ein Aufnahmegesuch des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes" (Sitz Hamburg) zurückgewiesen, weil derselbe bekanntlich antisemitische Tendenzen verfolge.

Antisemitische Taktik. Wie die Antisemiten es anstellen, um die Juden als „verbrecherische Nation" hinzustellen, dafür ist die „Antis. Corresp." des Dauer- und Wanderredners Liebermann v. Sonnenberg vom 27. Febr. bezeichnend. Da stehen unter der Rubrik: „Israel

im Conflict mit den Landesgesetzen 5 Juden verzeichnet aus Berlin, Odessa, Bordeaux und New-York. Schade, wir hätten gern aus Asien, Afrika, Australien und Polynesien auch noch ein paar Namen jüdischer Verbrecher gelesen. Möglicherweise bringt Herr Frithjof Nansen vom Nordpol auch noch einen mitgeschleppt, um die Schändlichkeit der deutschen Juden ins Licht zu rücken.

× **Aus Baden,** Ende Februar. Die Antisemitenbewegung in Baden ist im Rückgang, das ist aus mannigfachen Zeichen erkennbar und die nächsten allgemeinen Wahlen werden das deutlich nachweisen. Der Umstand, daß ein Antisemit in die zweite Kammer gelangte, hat manchem Unbesonnenen erst die Augen geöffnet und die Ratten werden das sinkende Schiff bald verlassen. Das Generalsecretariat der Partei in Heidelberg hat schon wieder einen Personenwechsel vollzogen, wie ja auch das Parteiblatt Redacteur und Inhaber wiederholt wechselte. Der neue Secretär ist natürlich als angestellter Agitator thätig, aber nun versagt bereits die Gefolgschaft und er muß vor leeren Räumen sprechen. Selbst die wenigen Zuhörer, die er findet, dürften aber kaum eigentliche Anhänger der Partei oder geneigt sein, nur das kleinste Opfer für die nunmehr erkannte und durchschaute Sache zu bringen. Man hat erkannt, daß unter dem Zeichen des Antisemitismus keine Erfolge erzielt werden können, die unzufriedene Bauern, Handwerker und Händler oder neidische Subalternbeamte erhofften. In Baden hatte man den Mund überaus voll genommen, aber um so tieferes Schweigen wird der lauten Bewegung folgen.

Eppelheim bei Heidelberg, 25. Febr. Letzten Sonntag fand hier eine antisemitische Versammlung statt, in der der neue Secretär der antisemitischen Partei Badens, Herr Göbel, eine Rede hielt. Die Versammlung war von hier nur schwach besucht, etwa 20—25 Personen. Der Vortrag des Herrn Göbel war weder nach dem Inhalt, noch nach der Form so beschaffen, daß er hätte Eindruck machen können. Die Aufforderung des Vorsitzenden, nach dem Vortrag zu einer gemüthlichen Besprechung noch beisammen zu bleiben, wurde damit beantwortet, daß sich sämmtliche Eppelheimer sang- und klanglos entfernten.

Dresden, 26. Febr. Die zweite Strafkammer des Landgerichts verhandelte heute in der Privatklagesache des Referendars Johannes Lehmann gegen den Redacteur der „Deutschen Wacht", Huhle, beide in Dresden, wegen Beleidigung. Es handelte sich um einen in genanntem Blatte erschienenen, gegen den Privatkläger gerichteten Artikel, welcher die Spitzmarke trug: „Der schlaue Lehmann". Das Gericht erster Instanz verurtheilte damals den Beklagten zu einer Geldstrafe von 100 Mark und das Berufungsgericht verwarf heute die vom Kläger und Beklagten aus entgegenstehenden Gründen eingelegten Rechtsmittel.

Dresden, 28. Februar. Von dem hiesigen Schöffengericht wurden der bekannte antisemitische Buchhändler Glöß zu drei Monaten Gefängniß, der Redacteur der antisemitischen „Deutschen Wacht" Victor Hugo Welcker zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt wegen Beleidigung der jüdischen Getreidehändler B. Heller und Gattel. Der Anklage lag ein von Glöß unterzeichneter, in der „D. Wacht" erschienener Artikel mit der Ueberschrift „Durch Juden verarmt" zu Grunde. Glöß wurde der öffentlichen Beleidigung wider besseres Wissen, Welcker der einfachen Beleidigung für schuldig erachtet.

Zwickau, 1. März. Der Volksschullehrer Sobe, der früher in Brand bei Freiberg und zuletzt in Aue im Erzgebirge angestellt war und der als ein eifriger Anhänger und Wortführer der Antisemiten galt, wurde vom hiesigen Landgericht wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, deren er sich Schulkindern gegenüber schuldig gemacht hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Wien, 3. März. E. A. Umgeher, Herausgeber des antisemitischen Tageblattes „Christliches Extrablatt", wurde heute wegen Cautionsschwindeleien verhaftet.

Vermischtes.

Bei den Gemeinderathswahlen in Wien haben die Antisemiten gesiegt. Im dritten Wahlkörper, welcher die kleinen Gewerbetreibenden umfaßt, sind ihnen, wie bei der Septemberwahl, sämmtliche 46 Mandate zugefallen und in dem zweiten Wahlkörper, zu dem die höheren Beamten und Lehrer das Hauptcontingent stellen, behaupteten sie ihre bei der letzten Wahl eroberten 32 Mandate. Ueberdies haben die antisemitischen Stimmen einen beträchtlichen Zuwachs erhalten. Der erste Wahlkörper hat zwar noch nicht gestimmt, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Antisemiten wieder über eine Zweidrittel-Mehrheit in der Gemeindevertretung verfügen werden. Wie es heißt, beabsichtigen die Antisemiten, wenn Dr. Lueger abermals zum Bürgermeister gewählt und nicht bestätigt wird, einen Strohmann zu wählen, durch den Lueger Wien beherrschen soll.

Stöcker, Ahlwardt und der Lachs. Im antisemitischen „D. Generalanz." vom 4. März lesen wir:

„Am Strande der Ostsee wohnt ein frommer Herr, ein Seelsorger, der im Innersten seines Herzens die Juden haßte. Eines Tages ging ihm, der ein leidenschaftlicher Fischer war, ein ungewöhnlich großer Lachs in seinen Haken. Er dankte dem Schöpfer für dies Geschenk, und er glaubte nichts esseres damit thun zu können, als daß er den prächtigen Fisch an seinen Amtsbruder, den theuren Stöcker, sandte mit dem Auftrage und der Bitte, denselben mit dem Rector aller Deutschen Ahlwardt christlich und brüderlich zu theilen. Als der fromme Pastor nach geraumer Zeit keine Antwort erhielt, weder von seinem Amtsbruder Stöcker noch von dem Rector Ahlwardt, schrieb er an ersterer: Lieber Amtsbruder: Neulich sandte ich Dir einen großen Lachs. Hast Du denselben erhalten und ihn mit Ahlwardt christlich und brüderlich getheilt, so wie ich es wünschte? Da antwortete Stöcker: „Habe Dank für den Lachs, den ich erhalten und nach Deinem Wunsche getheilt habe." Einige Zeit darauf kam Rector Ahlwardt in den Ort, wo der Pastor wohnt, und dieser fragte ihn, wie ihm denn jener Lachs gemundet habe. Da sagte Ahlwardt: „Lachs ist nie auf unseren Tisch gekommen, wir haben alle einen solchen Fisch noch nie gegessen." — Die Moral von der Geschichte ist, daß Herr Stöcker bei sich gedacht haben wird: „Selber essen macht fett."

Jüdische Kämpfer in Amerika. Der Liebenswürdigkeit eines Amerikaners verdanken wir die Uebersetzung einer Notiz des „New-York Herald" vom 15. Juli 1846. Der amerikanische Congreß hatte die Aufstellung von 50.000 Freiwilligen zum Kampfe gegen Mexiko angeordnet. Hierbei haben sich besonders Juden hervorgethan: "Unter den Corps, die sich gebildet haben, zeichnet sich besonders ein Corps Freiwilliger israelitischen Glaubens aus. Obgleich größtentheils aus Eingewanderten bestehend, haben sie durch Bildung dieses Militärcorps, um in Verbindung mit der eingeborenen Miliz für die Vertheidigung unserer Institutionen zu fechten, einen glänzenden Beweis ihrer Liebe und Hingebung für diese und ihr neues Vaterland gegeben. Ja, diese Liebe für den Ruhm und die Unabhängigkeit dieses Landes haben sie um so mehr bewiesen, als sie ihre Organisation durch die Wahl eines Oberoffiziers, der nicht ihres Glaubens ist, vollendeten, nämlich des Capitäns Herrn Carrol, der Zahlmeister des 5. Regiments gewesen, aber freiwillig diesem Amte entsagte, um den Oberbefehl über dieses patriotische Freiwilligencorps zu übernehmen. Ihre anderen

Offiziere sind: Herr Levi Benjamin, erster Lieutenant, Joseph Simpson, zweiter Lieutenant, Samuel G. Goldsmith, dritter Lieutenant, S. Eytinge, erster Sergeant, D. J. Horwitz, Wundarzt."

Wissenschaftlicher Antisemitismus. Herr Richard Mahrenholtz aus Dresden bespricht in den Mittheilungen aus der historischen Litteratur XXIV (1896), 94 Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871. Er sagt zum Schlusse:

„Der angebliche Edelmuth, mit dem die Commune die französische Bank vor Plünderung bewahrt habe, hat aber nicht viel auf sich. Denn es saßen im Rathe und Centralcomité der Commune manche Stammesgenossen der Börsenfürsten".

Hiermit soll offenbar gesagt werden:

1. Juden gaben in der Commune zu Paris den Ton an;
2. die Erhaltung der französischen Bank war in der Hauptsache ein jüdisches Interesse;
3. die Commune-Führer wurden in ihren Entschließungen beeinflußt durch die Rücksicht jüdischer Collegen auf jüdische Geldmänner.

Für alle drei Behauptungen fehlt jeder Schatten eines Beweises; gegen alle drei spricht der Gegensatz zwischen den Ideen der Commune und der Börse klar genug. Aber weil sie alle drei den Juden schmähen, setzt sie Herr Mahrenholtz in ein streng wissenschaftliches Fachblatt.

Neu sind die dunklen antisemitischen Andeutungen über den Zusammenhang der Commune mit den Juden nicht. Gewöhnlich gehen sie allerdings dahin, daß die Commune vor „Rothschild" halt gemacht habe. Es wurde ihr also sonst zum Vorwurf gemacht, daß sie Rothschildschen Besitz nicht zerstört hat. Daß sie sich an den Geldern der Bank von Frankreich nicht vergriffen, wird unseres Wissens hier zum ersten Mal auf jüdische Machenschaften oder Vetterschaften zurückgeführt.

Wie das Buch des Grafen Héricourt documentarisch nachgewiesen hat und von uns gelegentlich mitgetheilt wurde, hatte die Commune zunächst nichts mit Communismus zu thun. Ihre Anhänger erstrebten für die Stadt Paris, welche Gegnerin des Krieges von 1870/71 war und trotzdem durch ihn am meisten zu leiden hatte, eine Art staatlicher Selbstständigkeit. Die Commune war — die Stadtgemeinde Paris, Commune ist die wörtliche Uebersetzung von Gemeinde. Thatsächlich hat sich auch die Commune an öffentlichem oder privatem Besitz nicht früher vergriffen, als bis die Versailler Truppen eindrangen. Damals wurden die Stadtviertel angezündet und geplündert, gegen welche der Angriff der Versailler stattfand. In den übrigen Theilen der Stadt fanden weder Brandstiftungen noch Plünderungen statt.

Die jüdischen Gelehrten und der Antisemitismus. In der jüngsten Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses hatte der antisemitische Abg. Hauck gegen die angeblich große Zahl jüdischer Professoren Beschwerde geführt. Ihm erwiderte der Berichterstatter Hofrath Beer: „Ich will die Liste nicht einer kritischen Revue unterziehen, aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß einige dieser Männer zu den ersten Gelehrten gehören, welche in diesen Fächern überhaupt in Europa existiren. Der erste, denn er genannt hat, Professor Stricker, hat einen weitverbreiteten Ruf; der zweite, Professor Zuckerkandl, gehört heute zu den ersten Anatomen, die wir überhaupt haben; er ist einer der bahnbrechenden Forscher auf dem Gebiete der Ethnographie, der Craniologie und der vergleichenden Anatomie. Die Professoren Politzer und Gruber und Ohrenärzte, deren Namen weit über die Grenzen Oesterreichs hinausreichen. Ich möchte namentlich daran erinnern, daß ersterer auf jeder medicinischen Versammlung Präparate ausstellt, die von der gesamten medicinischen Welt einfach bewundert werden. Ob bei solchen Namen die Abstammung aus Ungarn oder aus Oesterreich, die jüdische oder die christliche Abstammung in Betracht kommt, möchte ich jedem Einsichtigen unter den Herren überlassen. In dieser Beziehung hat die Wissenschaft bisher wenigstens an dem Standpunkte festgehalten, daß sie kosmopolitisch ist und die besten Männer dort nimmt, wo sie sie findet, sie mögen dem einen oder anderem Stamme angehören." — Abg. Hauck wußte hierauf nichts zu erwidern als, er habe nichts in Bezug auf die Wissenschaftlichkeit der von ihm angeführten Personen vorgebracht, andererseits aber sei die Universität Wien keine kosmopolitische, sondern eine deutsche und werde dies hoffentlich auch bleiben, so daß der kosmopolitische Sinn niemals überhand nehme.

Antisemitischer Aberglaube. In Igersheim starb vor längerer Zeit ein jüdischer Bürger. Wie üblich, eilten die Mitglieder des jüdischen Sterbevereins herbei, um die nothwendigen Gebete zu sagen, d. h. um mit dem „Schma Jisrael" 2c., also mit der Anerkennung Gottes, den letzten Athemzug des Sterbenden zu begleiten. Die christlichen Einwohner Igersheims, die diesen jüdischen Brauch nicht kannten und begriffen, erklärten öffentlich, die Juden hätten dem Manne den Hals mit einem Strick zugezogen, denn das sei Sitte bei ihnen. Allen Ernstes wurde den Israeliten in öffentlichen Localen diese Beschuldigung entgegengeschleudert, so daß der Stationscommandant, der Vorgesetzte des Gendarmeriepostens in Mergentheim, es für angezeigt hielt, nach Igersheim zu gehen, um sich zu informiren, ob an diesem Gerede etwas Wahres sei!! Auch das ist ein Beweis dafür, daß im modernen Judenhaß noch viel mittelalterlicher Aberglaube steckt.

Die Unsittlichkeit auf dem Lande ist nach den Untersuchungen der Pastoren Wagner, Wittenberg und Dr. Hückstädt zu einem Theile durch die Gutsherrschaft verschuldet. Sie hätten sich auch auf einen wichtigen Zeugen berufen können, auf den 1889 verstorbenen gutconservativen Berliner General-Superintendenten D. C. Büchsel, der im ersten Bande seiner „Erinnerungen aus dem Leben eines Landgeistlichen" (7. Aufl. Lpz.) über die Tagelöhner seiner Gemeinden schreibt:

„Die Separation oder die Regulirung der herrschaftlichen und bäuerlichen Verhältnisse hat auf den sittlichen Zustand der Landgemeinden an vielen Orten den größten Einfluß ausgeübt. Die Bauernfamilien, die sonst den soliden und festen Kern der Gemeinden bildeten, sind entweder der Zahl nach sehr zusammengeschmolzen, oder auch wohl ganz verschwunden. In dem einen Dorfe war gar kein Bauer mehr, in dem anderen, in dem sonst acht Bauern lebten, ist noch einer vorhanden, und in dem dritten, in dem früher sechs waren, befindet sich auch nur noch einer. — Ueberall wird von den Geistlichen darüber geklagt, daß die Tagelöhner-Familien sich immer mehr von der Kirche entfremden und sie oft gar nicht mehr besuchen, auch nur mit Zwang dazu zu bringen sind, daß sie ihre Kinder in die Schule schicken. Der Tagelöhner steht von Sonntag früh bis Sonnabend Abend in der Arbeit, und in der Regel auch seine Frau; die einzige freie Zeit, die er für sich hat, ist der Sonntag. Er muß also an diesem Tage seine Kartoffeln pflanzen und bearbeiten, muß die kleinen Reparaturen an den Ställen besorgen, muß die Schuhe für sich und seine Kinder mit hölzernen Sohlen versehen. Die Frau hat vollauf zu thun, die Kleider und die Wäsche zu flicken und die etwa vorhandenen (!) Strümpfe zu stopfen. Dazu kommt noch, daß die Herrschaft öfters in der Erntezeit und in den sogenannten Nothfällen am Sonntage arbeiten läßt. So bildet sich denn die Ueberzeugung aus: „Wir Tagelöhner können nicht in die Kirche gehen." — Durch den Handel mit den Gütern und den häufigen Wechsel von Pächtern und Inspectoren lösen sich die persönlichen und Pietätsverhältnisse immer mehr, und der materielle Gewinn und das kalte Recht oder gar die Willkür herrschen da, wo väterliche Fürsorge und kindliches Vertrauen einander begegnen sollten. Die armen Leute, die die ganze Woche in schwerer Arbeit zubringen und am Sonntage mit häuslichen Sorgen sich plagen müssen, verlieren zuletzt jede Beziehung zu einer anderen Welt, und es bleibt nur ein Wesen übrig, das sich fast dem Thiere nähert, sie arbeiten, essen, trinken und ruhen, wie die Lastthiere und werden in allen ihren Genüssen fast ganz thierisch. Die Klagen über Völlerei, Diebstahl und Unzucht sind durchaus sind durchaus nicht unbegründet, ja es geht so weit, daß die armen Menschen oft nicht mehr zu ahnen scheinen, daß dergleichen wirklich Sünde sei. Es ist nur noch die Menschenfurcht, die sie kennen, und die sie die Verborgenheit für die Sünde suchen läßt. — Wer um die Michaeliszeit auf den Dörfern der Mark das Zu- und Abziehen der

Tagelöhner und des Gesindes mitangesehen hat, der kann sich der Wehmuth nicht entschlagen. Ein Mensch, der keine wirkliche Heimath mehr hat, und dessen Liebe nicht mehr an den Ort, wo er arbeitet und leidet, ihn bindet, hat viel mehr verloren, als man so oberflächlich denkt. — Die ehelichen Verhältnisse bei den Armen sind ganz anderen Gefahren ausgesetzt, als bei den Reichen. Schwere Arbeiten und drückende Sorgen machen den Menschen mürrisch, verdrießlich und verzagt. Die armen Kinder wurden, wie ich meinte, zu hart und zu lieblos behandelt. Die Unreinlichkeit und das Ungezieser in den Wohnungen, der unerträgliche Geruch in den niedrigen Stuben, in denen die Betten den meisten Raum einnahmen — denn in den meisten Stuben wohnten zwei Familien — auch der Schmutz hinter und vor dem Hause und das sittliche Elend, Trunksucht, Unzucht, Fluchen u. dergl. machten es mir oft schwer, meiner Pflicht nachzukommen. — Am schwersten blieb es, an die heranzukommen, die bei der Herrschaft verschuldet waren. Auf dem einen Gute wurde den Leuten alles, was sie brauchten, vorgeschossen, Korn, Salz, Heringe und selbst Geld, und bei dem Abrechnen blieben sie immer im Rest. Wenn sie ziehen wollten, so mußten sie fürchten, daß ihnen die Sachen innebehalten würden, oder der neue Herr mußte sie förmlich loskaufen; diese waren nur noch dem Namen nach freie Tagelöhner, in der That waren sie Sklaven."

Man thut gut, solche Schilderungen denen entgegenzuhalten, die nicht genug auf die Unzucht der Großstädte und ihre Verjudung hinweisen können.

Christus und — Odin. Der nationale Gedanke, wie ihn der Rassenontisemitismus eines Dühring z. B. vertritt, will von den christlichen Heilswahrheiten nichts wissen. Reines Deutschthum ohne Christenthum ist immerhin ein Standpunkt, über den sich reden läßt und wir hoben nichts dogegen, wenn ein Christ stott zu Gott und zu seinem H.iland jetzt zu Wodon und Odin detet. Wir halten dos zwor für eine Marotte, aber jeder noch seinem Geschmock.

Schlimmer sind die Leute daran, die es mit keinem oerderben, die christlich-germonisch sein wollen. Sie machen Christus wie Theodor Fritsch zu einem Arier und dos Kunststück der Amalgomierung zweier entgegengesetzter Völkertypen ist fertig. Zu diesen Herren scheint der Geh. Regierungsrath E. v. Selchow-Rudnik zu gehören, der im Veriage von Puttkammer und Mühlbrecht zu Berlin eine Schrift für den Antrag Konitz veröffentlicht hat. Darin sogt er:

„Eines erscheint unerläßlich; es ist das, daß man dos Neue da sucht, wo es bei nüchternem, nur auf die Erde gerichtetem Streben allein zu finden ist, nömlich in der Heiligen Schrift. Verkündet dieselbe ja den Völkern oller Zeiten die für die menschliche Geistes- und Kultur-Entwicklung entscheidungsvollste oller historischen Erscheinungen in dem Weltsieg, welchen **indogermanischer,** in brüderlicher Dienstleistung und Hingobe bis in den Tod oder in der Erfüllung des väterlichen Gesammtwillens gipfelnder Idealismus über allerverhärtetsten **semitischen,** nur auf Befriedigung des eigenen Einzelwillens gerichteten Moterialismus in Christus, dem zur Wirklichkeitsgestalt seines Traumhelden Odin gewordenen Gottesebenbilde und Urbilde alies wahren Königthums davontrug. Sie ist deshalb nicht bios dos deutscheste oller Bücher, sondern zeigt ouch besonders in ihrem symbolischen Theile den Rechts- und Gesetzesweg, ouf welchem ollein die mit der thierischen Ich- oder Herrschoftsnatur ausnohmsios dem Menschen angeborene semitische Weltonschouung erfolgreich zu bekämpfen ist . . . . . .

„Etwos dunkel zwar, aber doch höchst wunderbor", möchte man zu diesem Satzungeheuer sagen. Was Christus und Odin zusommen wollen, wird wohl der Herr Geheime Regierungsrath allein wissen. Unsere Unkenntniß gestehen wir mit tapferer Fröhlichkeit ein.

Missionare als Zauberer. Ebenso wie im Mittelalter die Juden als im Besitz geheimer Zoubermittel befindlich angesehen wurden, ebenso werden die christlichen Sendboten, die primitioen Völkern das Christenthum bringen sollen, für Zouberer gehalten. Die Minorität ist eben bei Völkern und in Zeiten niederer Cultur ein Gegenstand des Aberglaubens. Ueber die Mission der Moristen in Neucaledonien erzahlt das Blatt „Die kathoi. Missionen" (Freiburg i. B. 1876. S. 34):

„Man sagte den obergläubischen Konaken, die Missionäre seien „Topu", d. h. Zauberer, welche die Menschen nach Belieben dem Tode überantworten könnten. Dieses Schlagwort, das bold unter den Eingeborenen oon Mund zu Mund ging, mochte um so gräßeren Eindruck, als gerade damals eine Seuche unter den Konaken on der Baladbai wüthete, welche fost ein Drittel der Beoölkerung hinwegroffte."

Man erinnert sich, doß ouch den Juden vorgeworfen wurde, sie hätten die Cholera und die Klouenseuche eingeführt.

Die Macht des Geldes.

(Schluß.)

Wie viel hoben sie sich für Zinsen zahlen iossen? frogt hier oielleicht ein neugieriger Leser. Leopotd Delisle, der gründliche Historiker und Director der Poriser Notionolbibliothek, dem wir ein wichtiges Werk über die Finanzoperationen der Templer zu verdonken hoben, sogt, daß in Bezug auf Zinsen und Remunerotionen „nous sommes reduits à des conjectures." *) Zu einer solchen Conjectur bietet uns ein von ihm erwähntes Geldgeschäft eine Handhabe. Um dos Johr 1270 entliehen Geoffroi de Sergines und sein Sohn bei den Templern 3000 Livres mit der Bedingung, wenn sie nicht am Versolltag bezahlen sollten, eine Buße (amende) von 3000 Liore zu entrichten. Also eine dem Kapitol gleich hohe Summe ais Konoentionaistrofe (außer den Zinsen?). Da die Schuld nicht pünktlich bezahlt wurde, oerklagten die Templer noch dem Tode der Schuldner deren Erbin, und dos Pariser Porlament verurtheilte sie zur Zohlung des Kapitals, „la cour se réservant de statuer sur la question de l'amende et des dommages et intérêts." Dos Urtheil des Gerichts über Zinsen, Strofe und Kosten scheint nicht mehr oorhanden zu sein. Lag da nicht ein Fall enormen Wuchers vor?

Der dritte Geschäftszweig der Templer wor dos Anweisungsgeschäft. Und dies wurde ihnen durch ihre zahlreichen Filialen außerordentlich erleichtert. In ganz Europa, in Paläftino und Syrien hotten sie ihre Komthureien und Volleien, ihre Burgen und städtischen Häuser. Da hotten sie Einkäufe einzukossiren, dort Ausgaben zu machen, do wurden Gelder bei ihnen eingelegt, dort verliehen sie; hotten sie baares Geld von einem Orte zum andern zu tronsportiren, so boten ihre bewoffneten Züge, ihre wohlbemonnten Schiffe den sichersten Schutz. Noch Molay, der letzte Großmeister, kom mit einem oon 12 Pferden getragenen Schotze von 150,000 Goldgulden von Cypern nach Poris. So konnte kaum Jemand in diesem Geschäftszweige mit den ritterlichen Mönchen konkurriren, und in den „Tempeln" zu London und Paris waren wohl jederzeit Geber und Nehmer für à vista Antiochien oder Cypern, für „lang" Jerusalem oder Rom zu finden.

Doß die Depots den Templern viel Vortheil brochten, konn man auch aus einer Erzöhlung des Chronisten Matthäus Poris entnehmen. Im Jahre 1239 wollten sich die Templer an einem Angriffe der Kreuzfahrer auf dos von den Sarazenen besetzte Gaza nicht betheiligen und troten den Rückzug on. Zur Strafe dofür entzog ihnen der König von Frank-

*) Mémoires sur les opérations financières des Templiers, im 33. Bande der Mémoires de l'Académie des inscriptions et belles-lettres, Paris 1889. Delisle hat für seine Arbeit nur Dokumente des dreizehnten Jahrhunderts benutzt, aber bemerkt, comme les plus anciens nous montrent le jeu régulier d'un organisme très compliqué et parfaitement entendu, it est permis de supposer que l'origine de cet organisme remontait à une époque antérieure. Mit andern Worten: die Geldgeschäfte des Ordens scheinen nicht lange nach dessen Gründung begonnen zu haben.

reich sein Depat (Dominus Rex Franciae amovit omnem thesaurum suum a Templo, quoniam Templari noluerunt Francos in hoc discrimini adjuvare.)

In einer viel späteren Zeit hat der dem Tempelorden in mancher Beziehung ähnliche Jesuitenorden auch großartige Handelsgeschäfte betrieben, bei denen er aber schan viel schärfere Korkurrenz als die Templer zu bestehen hatte. Doch trugen die Klagen der von Jesuiten geschädigten Kaufleute und ihre Insolaenz zur Aufhebung ihres Ordens bei, freilich nicht sa viel, wie bie Reichthümer der Templer zu deren Auflösung. Känig Philipp der Schöne von Frankreich, stets geldgierig, hatte die Juden oertrieben und sich ihres Vermögens bemächtigt, aber es genügte ihm nicht, und so strebte er auch nach dem viel bedeutenderen der Templer.

Wir könnten die Geschichte der Jagd nach dem Gelde in noch viel weiter zurückliegende Jahrhunderte fortsetz n, kammen boch schan in den von Vielen für die ältesten religlösen Dokumente ber arischen Völker gehaltenen Veden der Inder die Bitten um Reichthum sehr häufig vor; Indra, der Gott des Reichthums, der Reichthumspender, wird gepriesen unb um Reichthum, um Kühe und Pferde, ja einmal (Hymne 9) sogar darum gebeten, seine Verehrer nach Reichthum eifervoll zu machen. In einer Hymne des Medhatith wird Gott Agei gebeten, Reichthum zu bringend durch Hilfe van Indra und Varuna „erwerben wir und mögen hinterlegen auch und wird uns Ueberfluß zu Theil“; Varuna „macht reich an Schätzen uns“ u. s. w.*)

Und warum strebten bie Menschen stets und überall nach Geld und Gut? Weil der Reichthum, wenn wir den Worten ber Dichter glauben sallen, stets und überall Macht und Ansehen gab, der Reichthum alle Fehler verbeckte und „übergüldete“, in der Vergangenheit vielleicht noch mehr, als in der Gegenwart.

Lebhafter noch als Lord Byron klagte mehr ols ein Jahrhundert früher Boileau:

Quiconque est riche est tout; sans sagesse il est sage;
Il a, sans rien savoir, la sagesse en partage;
Il a l'esprit, le coeur, le mérite, le rang,
La vertu, la valeur, la dignité, le sang.

Und anderthalb Jahrhunderte früher sagte der Florentiner Anton Franzesco Doni ungefähr basselbe: „Wer Geld hat, wird für klug gehalten, wer aber arm ist, mag er nach so gut und gelehrt sein, gilt für einen Dummkapf und gemeinen Kerl.“

Ariast beschuldigt in seinem „rasenden Rolnnd“ die Frauen seiner Zeit, daß sie nach Erwerb streben, während die eblen Frauen alter Zeit die Tugend mehr als ben Reichthum liebten. Aber ein halbes Jahrhundert früher meinte ber Spnnier Fernan Perez de Guzmera, das Studium der Genealogie sei etwas höchst Zwecklofes, denn „in unserer Zeit“ bestehe der Adel nur im Reichthum, der Reichste sei auch ber Edelste.

Im vierzehnten Jahrhundert klagte Baccaccia, daß selbst die nächsten Verwandten den Armen nicht leiden mägen, „wer kein Geld hat, findet keinen Freund“. Cecco von Ascoli, ein gelehrter Zeitgenosse Dante's, schrieb einen humaristischen Brief an die ehrenwerthen „Herren Gulden und Pfennig“, worin er um ihre Hilfe bat, denn „ohne eure Unterstützung sind Adel, Weisheit, Gelehrsamkeit, Topferkeit und Schänheit nichts werth; alle menschliche Gewalt beruht auf Euch, ihr verrichtet zahllose Wunder, machet die Blinden sehend und die Tauben hörend.“

Die Personification des Geldes als graßen Herren — Dominus Denarius, Dan Denier, Sir Penny, Rex Nummus — war eine bei Dichtern des Mittelalters beliebte Form, wenn sie die Macht bes Reichthums schildern wollter. King Dollar ist demnach kein Emporkämmling und sein Stommbaum reicht viel weiter zurück als der manches stolzen Adelsgeschlechts. In einem lateinischen Gedicht aus bem zwölften oder dreizehnten Jahrhundert heißt es: „Jetzt ist Nummus (das Geldstück) höchster König auf Erden, Könige aerehren ihn und dienen ihm, ihm geharcht der Pfaffen käufliche Schaar, er herrscht in den Räumen der Aebte u. s. w. Und in einem anderen: „Einst aerachteten Philasaphen das Geld, jetzt würde ein Plato ohne Geld ein Narr sein.“

Ist bas aber auch wahr? War das Geld im Alterthum weniger geochtet, weniger mächtig als im Mittelalter? Ich kännte Pausanias citiren, der van griechischen Feldherren erzählt, die für Geld ihr Vaterlanb aerriethen und dazu bemerkt: „Bekanntlich hoben die Spartaner (das tapfere klassische Musteroolk!) auch später die athenischen Feldherren erkauft“; ich könnte Jugurtha citiren, der van gonz Rom sagte, es warte nur auf einen Käufer, aber ich will nicht einzelne Fälle anführen, sondern mich auf die Dichter berufen, welche der ganzen Stimmung ihrer Zeit Ausdruck geben.

„Zuerst das Geld und dann die Tugend“ ist jetzt die Parole, klagt Horaz, und „nur der Reichthum verschaffe Freude und Ansehen“ setzt Ovid hinzu. „Holdseliger als die Musen spricht ein reicher Mann“ meint Euripides, während Aeschylos es auf die Poraenüs abgesehen hot:

„Denn die des Reichthums Hobe schnitten unverhofft
Sind stets und moßlos gegen Skloven hort gesinnt.“

Der Lustspieldichter Menander (im vierten Jahrhundert a. Ch.) sagt: „Epichormis mag waahl Wind und Wasser, Erde, Sonne und Sterne für Götter halten; ich aber glaube, daß nur Gold und Silber bie wahren mächtigen Götter sind; hast du sie in deinem Hause, donn kannst du Alles haben, was du willst: Felder und Häuser, Diener unb Möbel, Freunde, (gefällige) Richter und Zeugen.“

Viel kürzer drückt sich Hesiod aus: Ein Mensch ist nur, wer was besitzt“ — während der alte indische Grammatiker Bhartrihari ungefähr wie Boileau sagt: „Der Reiche ist edel, weise, gelehrt, wahlberedet und schän, alle guten Eigenschaften beruhen auf dem Gelde.“

So sehen wir, wie schon aor Jahrtausenden der Reichthum einen ebenso graßen, wenn nicht größeren Einfluß wie in der Gegenwart besaß, den Dichter und Prediger vergebens bekämpften. Und wenn dieser Einfluß, soweit er schädlich, jetzt lebhafter und erfolgreicher bekämpft wird, als in der Vergangenheit, sa ist es ein Zeichen, daß er nicht mehr sa stark wie früher ist. Wir Menschen des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts können es ahne Unbescheidenheit sagen: wir sind anstänbiger und minder egoistisch als unsere Urahnen; hoffentlich werden die des zwanzigsten Jahrhunderts uns darin nach übertreffen.

*) Nach der Ueberſetzung des Rig-Vedo von Th. Benfey. Aehnliches findet sich auch im Soma-Veda.

Briefkasten.

R. W. in **G.** Der Scheiterhoufen-Brief Stöckers zeugt im Gegentheil von feiner geringen Aufrichtigkeit. Er empfohl darin eine Beeinflussung des Koisers von hinten herum. Der heilige Ambrosius von Mailond schrieb einmol an den Koiser Theodosius: „Es ist nicht koiserlich, die Freiheit der Rede zu beschrönken, und es ist nicht priesterlich, seine Meinung nicht zu fagen. Das bringt dem Priester vor Gott die höchste Gefohr und vor den Menschen die größte Schande, wenn er nicht frei herausfogt, wos er denkt.“

W. H. in **S.** Den Knobenmord zu Rixdorf zum Ritualmord zu stempeln, wie dies die „Staatsb.-Ztg.“ gethon, will selbst der „Germanio“ ungloublich erscheinen, die bekonntlich zur Zeit des Xantener Prozesses nicht wenig zur Aufhetzung der öffentlichen Meinung beigetragen hot. Sie fagt om 25. Febr.: „Beweiskräftig sind die von den ontisemitischen Blotte ongeführten Indicien für einen sog. „Blutmord“ jedenfolls nicht.“

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 11. | Berlin, den 14. März 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18**, zu richten.

Stöcker vor dem Forum des Abgeordnetenhauses.

(Nach dem stenogr. Bericht.)

Am 4. März richtete der erste Vorsitzende unseres Vereins, Herr Abg. Rickert einen Angriff gegen die sozialpolitischen Erlasse des Evangelischen Oberkirchenraths und erörterte ferner die Angelegenheit des Pastors Witte. Es war eine politische Debatte hohen Stils, die Abg. Rickert anregte und es war hochinteressant zu beobachten, wie Stöcker von den Conservativen in Stich gelassen wurde. Eisiges Schweigen war die Antwort auf seine gewundenen Ausführungen und Erklärungen und dieser Tag hat dazu beigetragen, den Mann des Scheiterhaufen-Briefes noch greller zu beleuchten.

Abg. Rickert: Meine Herren, Sie gestatten mir wohl, daß ich bei diesem Titel einige Fragen zur Sprache bringe, die weite protestantische Kreise interessiren. Ich hatte anfangs allerdings Bedenken, da der Oberkirchenrath hier officiell an dem Tisch der Regierung nicht vertreten ist. Indessen, meine Herren, da wir die Geldmittel für den Oberkirchenrath und die Consistorien bewilligen, muß es uns auch gestattet sein, eine Meinung über die Amtsthätigkeit dieser Behörden auszusprechen.

Ich habe die Absicht, kurz zu sprechen über die Erlasse des Oberkirchenraths an die Geistlichen und über den Fall Witte.

Meine Herren, der Oberkirchenrath hat seit dem Jahre 1879 verschiedene Erlasse an die Geistlichen in Bezug auf ihr außeramtliches Verhalten veröffentlicht. Der erste, den ich im Auge habe, ist die Ansprache des Oberkirchenraths vom 20. Februar 1878 betreffend die Aufgabe der evangelischen Geistlichen und Gemeindekirchenräthe gegenüber den aus der sozialistischen Bewegung entstandenen Gefahren. Der Oberkirchenrath — ich will nur kurz die sehr lange Ansprache in ihrem Hauptgedanken entwickeln — hat auf den Beruf der Geistlichen hingewiesen, die es als Pflicht betrachten müßten, das Evangelium des Friedens Allen ohne Unterschied nahe zu bringen und vor Allem in der Theilnahme an dem leidenschaftlich bewegten politischen und sozialen Leben sowie bei der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte diejenige Vorsicht und Zurückhaltung zu beobachten, welche das Amt mit sich bringt. Die Ansprache sagt dann wörtlich:

> Kaum etwas hat den Einfluß der amtlich organisirten Kirche nicht nur in den höher gebildeten Kreisen der Bevölkerung so geschädigt als der von verschiedenen Seiten unternommene Versuch, die Kirche, ihr Bekenntniß und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu gebrauchen.

Der Oberkirchenrath führt dann aus, daß es nicht Sache der Diener der Kirche sei, im Namen des Christenthums volkswirthschaftliche oder sozialpolitische Theorien aufzustellen und zu unterstützen; daß es sich dabei um sehr schwierige Probleme handelt, zu denen umfassende technische und auch wissenschaftliche Kenntnisse gehören, welche den Geistlichen meist nicht inne wohnen, schon weil sie die nöthige Vorbildung dazu nicht haben. Sie laufen durch das Eintreten für derartige Probleme Gefahr, den heilsamen Einfluß der Kirche zu schwächen.

Meine Herren, mit dem Grundgedanken dieser Ansprache des Oberkirchenraths, glaube ich, werden wohl alle Gemeindemitglieder der evangelischen Kirche einverstanden sein. Es ist durchaus richtig, was der Oberkirchenrath sagt, daß es nicht des Amtes der Diener der evangelischen Kirche sei, sich an dem Streit der sozialpolitischen Fragen demonstrativ und in erster Reihe in hervorragender Weise zu betheiligen.

Eine andere Frage, meine Herren, ist es, ob es gerechtfertigt, ja, ob es zweckmäßig ist, derartige allgemein gehaltene Erlasse an die Geistlichen zu veröffentlichen, und diese Frage verneine ich. Ich wünsche auch auf diesem Gebiet den Geistlichen dieselbe Freiheit einzuräumen, die ich den Lehrern an den Universitäten eingeräumt wissen will. Ich habe das Zutrauen zu der großen Majorität der Geistlichen, daß sie, der Pflicht, die ihnen ihr Amt allerdings auflegt, eingedenk, die erforderliche Zurückhaltung und die Vorsicht von selbst üben werden. Es erweckt immer ein peinliches Gefühl und stärkt nicht das Vertrauen weiter Kreise, wenn von oben her in die außeramtliche Thätigkeit der Geistlichkeit eingegriffen wird. Ich will aber zugeben, daß der Erlaß von 1879 dies in einer sehr ruhigen und auch unanfechtbaren Form thut. Daß von diesem Erlaß ein bestimmter Gebrauch gemacht worden ist, davon haben wir nichts gehört. Wie gesagt, ich will den Geistlichen die Freiheit lassen, aber es sind doch unerhörte Dinge vorgekommen. Wir kennen Geistliche, die bei der antisemitischen Hetze in dem Vordergrund gestanden haben, die in einer Weise diese Fragen behandelt haben, die den Sinn und das Gefühl eines jeden Christen verletzen mußten. Es haben ja auch hohe geistliche Würdenträger in der evangelischen wie der katholischen Kirche gegen derartiges Gebahren Protest erhoben. Auch in die Wahlbewegung haben die Geistlichen trotz des Erlasses — darum halte ich ihn für unzweckmäßig — in einigen Wahlkreisen eingegriffen, welche Mitglieder aller Parteien zu empören geeignet waren. Ich habe hier aus einer früheren Wahl einen Wahlaufruf eines Superintendenten bei mir, der in einer unerhörten antisemitischen Weise hetzt und am Schluß z. B. folgenden Satz ausspricht:

> Wer wäre nicht des stets sich wiederholenden Wählens überdrüssig; die ganze Wählerei stinkt nach Revolution. Aber wenn es nöthig ist, daß man sich hinbegiebt, wo es stinkt, oder das angreift, was Ekel erregt, so muß man es thun; die Pflicht und die Liebe erfordern es ja oftmals.

So spricht ein Superintendent der evangelischen Kirche über eine Einrichtung, die verfassungsmäßig bei uns eingeführt ist, „sie stinkt nach Revolution"! Das wird gewiß auch im Sinne des Oberkirchenrathes nicht gewesen sein. Ob in diesem Falle irgend etwas veranlaßt ist, weiß ich nicht; die Sache ist etwas lange her. Ich will nicht denunciren und nenne auch den Namen des Superintendenten absichtlich nicht.

Meine Herren, es scheint allerdings, als wenn der Oberkirchenrath in dieser Beziehung weniger feinfühlig ist als in Bezug auf die Haltung der Geistlichen, wenn es sich um dogmatische Angelegenheiten handelt.

Ich gehe jetzt auf den zweiten Erlaß, den vom 17. April 1890, über. Der steht in einem gewissen Widerspruch mit dem ersten, indem er ausdrücklich die Geistlichen ermuntert, sich an den sozialpolitischen Versammlungen zu betheiligen und auch in denselben in die Debatte einzugreifen. Das ist denn auch geschehen; es haben einzelne, und namentlich jüngere, Geistliche davon Gebrauch gemacht. Das will der Oberkirchenrath aber nun wieder nicht. Es ist ein auffallendes Zusammentreffen, daß, obwohl die Betheiligung der Geistlichen bei der antisemitischen Agitation geduldet wurde — wenigstens ist uns keine Kenntniß davon geworden, daß Geistliche deswegen zur Rechenschaft gezogen worden sind, — daß, als die Organe der conservativen Partei einzelne Geistliche deswegen heftig angriffen, weil sie über die Zustände der ländlichen Arbeiterbevölkerung sich frei aussprachen, — zufällig, will ich mal sagen, — der Oberkirchenrath diese Frage in

das Bereich seiner Erwägung zog und nun einen neuen Erlaß im December vorigen Jahres veröffentlichte.

Meine Herren, in diesem Erlaß zieht der Oberkirchenrath sich wieder zurück; er giebt selbst zu, daß das eine Einschränkung des früheren Erlasses ist, die er jetzt macht. Er hebt hervor, daß die Hoffnungen, die er gehabt hätte, daß die Geistlichen fruchtbringend in die sozialpolitischen Erörterungen eingreifen würden, sich nicht bewährt hätten. Er sagt:

> Die Geistlichen sind häufig nicht im Stande gewesen, einer sich tumultuarisch geltend machenden Agitation Herr zu werden und gegenüber der Parteileidenschaft ihre Person sowie die Würde des geistlichen Amtes vor compromittirenden Angriffen zu bewahren. Sie haben auch der Versuchung unbesonnener Parteinahme für die Forderungen einer einzelnen Bevölkerungsklasse nicht immer widerstehen können.

Der Oberkirchenrath spricht alsdann die Hoffnung aus, daß diese Warnung ausreichend sein werde, und daß erspart bleibe, Disciplinarmittel in Anwendung zu bringen.

Meine Herren, gerade dieser Erlaß scheint mir am allerwenigsten gerechtfertigt zu sein, schon wegen seiner Unklarheit. Was heißt denn das: „für eine einzelne Berufsklasse"? Hat der Oberkirchenrath die Agitation für den Bund der Landwirthe gemeint, der doch auch Partei nimmt für einen einzelnen Berufszweig? oder die Richtung der jungen Christlich-Sozialen? Man hat keine Ahnung, wen er eigentlich hat treffen wollen, und ich halte aus dem Grunde, den ich mir erlaubt habe anzuführen, derartige allgemeine Erlasse des Oberkirchenrathes für Geistliche nicht für zweckmäßig, weder nach der Richtung der Gemeinden, denn sie sind geeignet, das Vertrauen zu den Geistlichen zu erschüttern, gewisse Besorgnisse zu erwecken, die meistens nicht nothwendig sind, noch nach der Richtung der Geistlichen, denn sie hindern den Geistlichen in der Bethätigung seiner gewissenhaften Ueberzeugung. Ich will jedem Berufszweige die Bethätigung seiner Ueberzeugung einräumen, also auch den Geistlichen, selbst wenn die Richtung weder in politischer noch in sozialpolitischer Richtung mir behagt. Auf die Parteirichtung soll es überhaupt nicht ankommen; man soll gleichmäßig Licht und Schatten nach allen Richtungen vertheilen.

Meine Herren, ich kann ja hier nichts weiter thun, als meine Meinung aussprechen, ich kann vom Herrn Cultusminister, da er für diesen Erlaß — ich nehme das an — nicht verantwortlich ist, dabei auch nicht mitzuwirken hat, eine Begründung des Erlasses nicht verlangen.

Etwas anders liegt die Sache bei dem Falle, den ich jetzt vorbringen will, bei dem Falle Witte. Ich glaube, daß der Herr Cultusminister allerdings nach einer Richtung hin betheiligt ist, und ich will abwarten, ob der Herr Kultusminister dieser Meinung, von der ich einstweilen nicht behaupten will, daß sie unzweifelhaft richtig ist, beitritt. Wenn ich den Fall hier bespreche, so will ich vorausschicken — und ich hoffe, es wird mir gelingen — es wird mir fern liegen, irgend welche persönliche Spitze gegen Parteien oder Personen zu richten; ich beschränke mich darauf, Herrn Witte zu nennen und von seinen Gegnern so wenig wie möglich zu sprechen. Ich will, daß dieser Fall so behandelt wird, daß die Sache bei dem viel und schwer geprüften Mann, an dessen Schicksal weite Kreise in allen Parteien das herzlichste und lebhafteste Interesse nehmen, endlich einem glücklichen Ende entgegengeführt wird. Deshalb will ich keine Personenverbitterung in die Verhandlung hineinbringen, denn ich hoffe, daß die Mitglieder aller Parteien in dem Wunsche mit mir einig sein werden, daß diesem Manne endlich die Genugthuung gewährt werde, die er meiner Ueberzeugung nach verdient hat.

Der Fall Witte schwebt seit 1888. Ich gehe auf die Streitigkeiten, welche den Anlaß gegeben, nicht ein. Im Jahre 1892 am 4. Januar hat das Consistorium der Provinz Brandenburg den Pastor Witte an St. Golgatha zu Berlin für geisteskrank erklärt und seine Zwangsemeritirung verfügt. Pastor Witte hat dagegen protestirt und verlangte ärztliche Gutachten. Diese Erklärung, daß er geisteskrank sei, ist nämlich erfolgt ohne ärztliches Gutachten: (hört! hört! links) das ist eine Sache, die meiner Ansicht nach wohl ohne Zweifel auch den Chef der Medicinalverwaltung, der der Herr Cultusminister ist, angeht.

Der Pastor Witte überschickte dem Consistorium von Brandenburg das Gutachten seines Arztes, der ihn 12 Jahre behandelt hat, wonach er im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte sei; erst daraufhin extrahirte nun das Consistorium der Provinz Brandenburg ein Gutachten eines Gerichtsphysikus in Berlin, der nachträglich den Pastor Witte für geisteskrank erklärte, und zwar dahin, daß er am Querulantenwahnsinn leide. Dagegen remonstrirte Pastor Witte und verlangte eine Prüfung durch medicinische Autoritäten. Die Sache ging an den Oberkirchenrath, und dieser hat — das ist anzuerkennen — dem Verlangen des Pastors Witte Rechnung getragen. Er überwies das Gutachten des Gerichtsphysikus der Prüfung des Medicinalcollegiums der Provinz Brandenburg, und dieses fiel nach 2 Jahren dahin aus, daß Pastor Witte völlig gesund sei. (Hört! hört! links.)

Bei diesem Gutachten waren anerkannte und medicinische Autoritäten betheiligt.

Ueber 2 Jahre also hat dieser Mann, der Pastor Witte, unter dem niederdrückenden — ich möchte fast sagen: Fluch gestanden, daß er seiner geistigen Kräfte nicht mehr mächtig wäre. Es ist, wie Ihnen wohl bekannt sein wird, auch in Versammlungen von seinen Gegnern davon Gebrauch gemacht worden, ihn für wahnsinnig zu erklären und daran weitere Consequenzen zu knüpfen.

Am 14. Juni 1894 wurde durch den Oberkirchenrath auf Grund des neuen Gutachtens des Provinzialmedicinalcollegiums der Provinz Brandenburg die Verfügung des Consistoriums von 1892 aufgehoben; aber es wurde zugleich dem Pastor Witte eröffnet, daß eine Disciplinaruntersuchung gegen ihn eröffnet werde. Beiläufig gesagt, hatte Pastor Witte schon im Jahre 1881 selbst die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen sich beantragt.

Meine Herren, die Untersuchung — und das ist charakteristisch — hat der Oberkirchenrath nicht dem Consistorium in Berlin übertragen, wie in dem Berliner Fremdenblatt steht, das ich heute noch gelesen habe, sondern wegen der Stellungnahme des Berliner Consistoriums in dieser Sache dem Consistorium in Breslau.

Meine Herren, wie die Sache jetzt liegt, weiß ich nicht; ich will auch gar keine Consequenzen ziehen. Ich bemerke im Voraus, daß ich irgend ein Parteiinteresse absolut nicht habe; ich kenne Herrn Witte persönlich gar nicht, ich habe nur seine Schriften gelesen, weil sie mich lebhaft interessiren, und die Zeitungsberichte über sein Schicksal. Ich habe von Herren, denen ich Glauben schenken kann, gehört, daß er streng conservativ, streng orthodox ist. Sie sehen also, daß Pastor Witte politisch und kirchlich eine ganz andere Richtung hat wie ich. Ich habe aber allerdings ein lebhaftes und zwar öffentliches Interesse daran, daß solche Dinge in unserem Vaterlande nicht vorkommen.

Meine Herren, die conservative Partei hat vor 2 Jahren — ich glaube, es ist sogar noch länger her; vor 3 oder 4 Jahren — hier einen Antrag eingebracht und mit voller Lebhaftigkeit vertheidigt, daß es in unserm Irrenwesen nicht so weiterginge, daß die Menschen in unserem Vaterlande nicht mehr sicher wären, plötzlich für wahnsinnig erklärt und eingesperrt zu werden, daß da Kautelen geschaffen werden müssen.

Ja, meine Herren, es giebt zu denken, wenn eine obere Kirchenbehörde einen Geistlichen, der, wie ich höre, sehr beliebt in seiner Gemeinde ist, an dem sie heute noch hängt, in Bezug auf den 4000, wie mir eben zugerufen wird, Gemeindemitglieder eine Petition an die höchste Stelle in Preußen gerichtet haben, — wenn die obere Kirchenbehörde in solcher Weise, ohne daß ein ärztliches Gutachten, ein autoritatives Gutachten gefordert worden ist, ihn einfach für wahnsinnig erklärt, und wenn er mehrere Jahre unter diesem entsetzlichen Druck gestanden hat. (Zuruf.) — Daß er suspendirt ist mit halbem Gehalt, versteht sich von selbst. Ja, meine Herren, das ist dann doch eine Frage, die den Herrn Cultusminister als Chef der Medicinalabtheilung, wie ich meine, interessiren muß, und er hatte wohl ein Recht, von Staats wegen zu fragen: wie kommt ihr dazu, ohne ärztliches Gutachten diesen Geistlichen für wahnsinnig zu erklären?

Ich habe kein Urtheil über die Amtsthätigkeit des Herrn Witte, ich will auch nicht darüber sprechen, ob er formelle Fehler in diesem ganzen Kampf begangen hat; meine Herren, ich glaube aber, man kann es einem Manne nicht verdenken, dem solche Dinge passirt sind, wenn der, hartnäckig auf seinem Rechte bestehend — und das hat mir Hochachtung vor diesem Charakter eingeflößt —, auch einmal bitter und scharf den Behörden gegenüber auftritt. Ich glaube, es sind reichliche Compensationen dafür durch sein Leiden vorhanden, ein Leiden, das weite Kreise in unserem Vaterlande tief ergriffen hat.

Wie die Gemeindemitglieder zu dem Pastor Witte stehen, dafür will ich nur noch ein Zeugniß beibringen. Als ich hier davon gesprochen hatte, daß ich den Fall Witte zur Sprache bringen würde, ist mir Abschrift einer Eingabe an den Oberkirchenrath übergeben worden, verfaßt im Interesse des so tief gekränkten Mannes und zwar von einem, wie man mir sagt, in hohem Ansehen bei der Gemeinde stehenden Manne, der conservativ und auch streng gläubig ist. Er ist insofern wohl einigermaßen competent, als er Patronatsältester, Gemeindevertreter und Kreissynodaldeputirter gewesen ist. Er schreibt an den Oberkirchenrath am 7. Januar 1893 — und jetzt haben wir schon 1896 —:

> Mehr als ein Jahr ist nun bereits vergangen, seit der Pfarrer der Gemeinde, Herr Witte, von seinem Amte suspendirt worden ist. Ich halte es für meine Pflicht, es dem Hochwürdigsten Evangelischen Oberkirchenrath gegenüber unumwunden auszusprechen, daß diese Maßregel des Königlichen Consistoriums in weiten Kreisen der Gemeinde zuerst mit ungläubigem Staunen, dann aber mit aufrichtigem Befremden aufgenommen worden ist. Auch von mir selbst darf ich sagen, daß ich mir nicht recht habe erklären können, wie man an der Amtsführung des Herrn Pfarrers Ausstellung machen und sogar dazu hat übergehen können, angebliche Pflichtwidrigkeiten desselben als Ausfluß einer geistigen Krankheit zu bezeichnen.
>
> Ich kenne Herrn Pfarrer Witte seit mehr als 22 Jahren persönlich. 18 Jahre lang habe ich als Patronatsältester, als Gemeindevertreter und als Kreissynodaldeputirter mit ihm zusammen gearbeitet, zuerst in der St. Elisabethgemeinde, dann

in der St. Golgathagemeinde, und ich kann sagen, daß ich in Folge dieser langjährigen gemeinschaftlichen Arbeit wie kein anderer Gelegenheit gehabt habe, über seinen Charakter und seine amtliche Wirksamkeit genaue Kenntniß zu gewinnen. Auch sonst ist mir bei der nahen Berührung, die ich naturgemäß mit den Kreisen der Arbeiter habe, die geistliche Wirksamkeit des Herrn Pfarrers vielfach vor Augen getreten. Herr Pfarrer Witte hat es durch seine wahrhaft christliche Gesinnung verstanden, bei Hoch und Niedrig in seiner Gemeinde sich die Herzen zu öffnen. Namentlich genießt er wegen seiner Milde und Leutseligkeit auch bei der arbeitenden Bevölkerung unbedingtes Vertrauen.

Weiter heißt er dann:

Eine frohe Genugthuung würde es mir deshalb gewähren, wenn ich bei meinen 80 Jahren es noch erleben könnte, daß Herr Pfarrer Witte, den ich liebe und verehre, und der mir jahrelang ein treuer Seelsorger gewesen ist, in seiner geistlichen Wirksamkeit an der St. Golgathagemeinde durch den Hochwürdigsten Evangelischen Oberkirchenrath wieder eingesetzt würde. Ich bin gewiß, daß dieser Ausgang von der Gemeinde, die ihm die alte Anhänglichkeit bewahrt hat, mit dankbarer Freude aufgenommen und auch sonst in weiten Kreisen unseres Volkes mit lebhafter Befriedigung begrüßt werden würde.

Meine Herren, ich will nicht eingreifen in die Entscheidung, welche bevorsteht; ich schließe mich diesem Wunsche aber von Herzen an. Ein Pfarrer, der so tief wurzelt in seiner Gemeinde, der in der Armen- und Krankenpflege ein Mustervorbild gewesen ist, wie mir gesagt wird, der dem Niedrigsten ebenso sehr sein Herz öffnete wie dem Gleich- und Höhergestellten, — ein solcher Mann ist eine Perle, die man der Kirche erhalten soll. Ich kann daher nur mit dem aufrichtigen Wunsche schließen — und es mag helfen, wer helfen kann, jeder an seiner Stelle —, daß das Kreuz, das der Mann seit lange trägt, ihm endlich abgenommen werde, und daß er seiner geistlichen Wirksamkeit die er wohl freudig wieder aufnehmen würde, zurückgegeben werde. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Freiherr v. Heereman: Der Herr Cultusminister hat das Wort.

Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten D. Dr. Bosse: Meine Herren, ich bitte um die Erlaubniß, in Folge der Rede des Herrn Abgeordneten Rickert eine ganz kurze Erklärung abgeben zu dürfen.

Mit den sozialpolitischen Erlassen des evangelischen Oberkirchenraths habe ich absolut nichts zu thun, aus dem einfachen Grunde, den Herr Rickert bereits angedeutet hat, weil ich nicht zuständig bin, mich mit rein inner-kirchlichen Fragen zu befassen. Die Angelegenheit wird demnächst wohl, wie ich vermuthe, in der Generalsynode zur Sprache kommen.

Ganz ähnlich steht es mit dem Fall Witte. In dem Fall Witte handelt es sich um ein von den kirchlichen Instanzen auf Grund von Kirchen- und Staatsgesetzen eröffnetes schwebendes Disciplinarverfahren wegen amtlicher Verfehlungen. In dieses Verfahren einzugreifen bin ich nicht zuständig, auch nicht als Chef der Medicinalverwaltung. In der ersten Instanz, hat der Herr Abgeordnete Rickert gemeint, wäre erkannt worden, ohne daß ein genügender Sachverständiger über den Geisteszustand des Angeschuldigten gehört sei. Das ist nicht ganz richtig. Es ist ein Sachverständiger gehört, der Kreisphysikus Dr. Mitteuzweig. (Zuruf links.)

Abg. Stöcker: Meine Herren, wenn ich auf Einiges eingehe, was Herr Rickert sagte, so möchte ich vor allen Dingen bitten, daß Sie die antisemitische Agitation hier ausschließt. Die Kirchenbehörde hat in ihren drei Erlassen niemals irgend ein Wort darüber gesagt. Und zwar mit guter Absicht. Denn eine Kirchenbehörde, welche eine antisemitische Bewegung tadeln wollte, ohne die Hetze zu strafen, die von semitischer, vielfach auch liberaler und radicaler Seite gegen die Kirche ausgegangen ist und geübt wird, eine solche Behörde würde ihre Pflicht gröblich versäumen. Ich begreife nicht, wie die Herren auf der linken Seite beständig von antisemitischer Hetze sprechen. Warum reden Sie nicht von semitischer Hetze gegen die Kirche? (Sehr richtig! rechts.) Warum nicht von der Hetze, die Sie in dem vorigen Jahre 3, 4 Monate hindurch erlebt haben, die alles übersteigt, was je an Gemeinheit dagewesen ist. (Zuruf des Abgeordneten Rickert: Thatsachen!) — Thatsachen? Ja, meine Herren, was haben Sie der conservativen Partei, der ich damals noch angehörte, in Verbindung mit dem Freiherrn v. Hammerstein für Sachen gesagt! Wie hat man Tag für Tag 3 Monate hindurch versucht, mich in die Vergehen dieses Mannes mithinein zu ziehen! In den vornehmsten Organen des Liberalismus waren häufige Artikel, welche die beiden Namen, meinen und den jenes unglücklichen Mannes miteinander verbanden. Wer hat so etwas je erlebt? Ich fordere jeden auf, zu reden, der etwas sagen kann, was mich in dem Punkte meiner Ehre auch nur im geringsten treffen könnte. (Zuruf: Kirche!) — Gewiß, das ist nicht die Kirche, es ist die Hetze. Auf der anderen Seite wird beständig gehetzt. Das ist gerade die Ungerechtigkeit, daß die Herren auf der linken Seite immer nur Juden sehen und weiter nichts, als ob es in Deutschland gar keine Deutschen mehr gäbe. Aber das Alles will ich ausscheiden und auf Anderes eingehen.

. . . Ich will dann noch ein Wort sagen über den Fall Witte, und zwar deshalb, weil zwei Collegen des Hauses einen öffentlichen Aufruf unterschrieben haben, in welchem sie auch Freiherrn von Hammerstein und mich herangezogen haben, um für Pastor Witte Geld zu sammeln. Ich werde die Sache hier nicht persönlich durchnehmen, sondern den beiden Herren nur sagen, daß ich bereit bin, mit ihnen eine persönliche Unterhaltung einzugehen und ihnen nachzuweisen, daß sie sich in den Voraussetzungen ihres Aufrufs durchaus geirrt und — natürlich ohne Wissen — Unwahrheiten vertheidigt haben, die sie nicht aufrecht erhalten werden, wenn sie über die Sache belehrt sind. Ich möchte nur, weil diese Wittesche Sache im öffentlichen Leben, wer weiß wie oft, vorgebracht ist, nur das eine sagen. Ich habe allerdings Differenzen mit Pastor Witte gehabt; aber seine Suspensation, seine elende Lage, auch die Urtheile der Medicinalbehörden haben damit nicht das Geringste zu thun. Es sind Fälle des Ungehorsams gegen die Kirchenbehörden, Zänkereien und Feindseligkeiten, die weit hinter den persönlichen Differenzen mit mir liegen. Sie haben diese Sache hervorgerufen. Und ich kann es nur bedauern, daß die öffentliche Meinung hierin beständig in die Irre geführt wird. Ich habe mit diesen Ereignissen, die Pastor Witte in sein Unglück gebracht haben, garnichts zu thun.

Vicepräsident Dr. Freiherr v. Heereman: Das Wort hat der Abgeordnete Lückhoff.

Abg. Lückhoff: Meine Herren, nur ein kurzes Wort über den Fall Witte. Auch ich will alles Persönliche in meinen Ausführungen vermeiden Ich acceptire das Anerbieten des Herrn Abgeordneten Stöcker für meine Person als Mitunterzeichneter des Aufrufs zu Gunsten des Herrn Witte, wozu das innige Mitleid mit dem schwergeprüften Manne mich getrieben hat, mit dem Herrn Stöcker privatim in dieser Angelegenheit zu verhandeln.

Wenn Herr Abgeordneter Rickert eine Beschleunigung und endliche Erledigung des gegen Pastor Witte schwebenden Disciplinarverfahrens als ein ihm ganz fern Stehender dringend wünscht, so habe ich als ein dem Pastor Witte nahestehender Freund umsomehr Veranlassung, diesen Wunsch zu theilen. Ich nehme aber auch Veranlassung, dem verehrten Collegen Rickert aufrichtig zu danken für die Anregung, die er heute hier gegeben hat und für die freundlichen Worte der Theilnahme, welche er zu Gunsten des schwergeprüften Mannes gesprochen hat, und die ich zu meinem Bedauern in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stöcker vermißt habe. (Hört! hört! sehr richtig! links und bei den Freiconservativen.) Auch ich bin der Meinung, daß die Leiden dieses Mannes das höchste Maaß erreicht haben, ja, es ist zum Ueberfluß voll. Hat der Pfarrer Witte gefehlt, was ich weder behaupten noch bestreiten will, — Herr Abgeordneter Rickert hat darin vollkommen Recht — so hat der Mann wahrlich schwer genug gebüßt. Ich will hoffen, daß das letzte und entscheidende Wort, welches der Evangelische Oberkirchenrath in dieser Angelegenheit noch zu sprechen hat, sich nicht auf das formale Recht allein stützen wird, sondern daß es dictirt werde von den Geboten der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit. (Bravo!)

Vicepräsident Dr. Freiherr v. Heereman: Das Wort hat der Abgeordnete Rickert.

Abg. Rickert: Meine Herren, ... Das Capital ist die Quelle der Arbeit, und wer gegen das Capital wüthet, der schädigt am allerempfindlichsten die Arbeit. Ja, das ist eine bekannte volkswirthschaftliche Fundamental-Lehre, die wir seit Jahren vertreten, und wir haben Sie (rechts) immer gewarnt. Man kann nicht das jüdische Capital allein angreifen; denn wenn der Haß erst auf das jüdische Capital geleitet ist, geht er bald auch auf das christliche Capital über. Das war die ungeheure Gefahr der antisemitischen Hetze, das war die Gefahr der antisemitischen Bewegung, die das Tivoliprogramm officiell namens der conservativen Partei etablirt hat. Wollen Sie das, was Herr v. Heydebrandt will und ich mit ihm, dann versöhnen Sie Capital und Arbeit; sie müssen versöhnt werden. Jene Phantasten, welche sich einbilden, daß eine Nation Vermögen erwirbt im Sturmschritt, müssen allerdings aufhören, eine politische Rolle von Bedeutung zu spielen. Nur durch langsames Arbeiten, durch Fleiß und Sparsamkeit kann die Nation ihr Vermögen im Ganzen vermehren und in Folge dessen auch den Stand der Arbeiter heben. Wer gegen das Capital wüthet, wüthet zugleich und ist ein Feind der Arbeit und der Arbeiter. In dieser Beziehung bin ich mit Ihnen einverstanden. Darum handelt es sich hier aber jetzt nicht.

Herr College Stöcker sagt, die antisemitische Hetze müsse hier aus der Discussion ausscheiden. Ja, für ihn mag das wohl erwünscht sein. Wer auf dem Gebiet soviel geleistet hat, und nichts Schönes geleistet hat, der spricht nicht gern darüber. Herr Stöcker sagt, die Kirchenbehörden können in der Frage keine Stellung nehmen, sie würden ihre Pflicht verletzen. Ich könnte Sie sehr lange damit unterhalten, ich könnte Ihnen officielle Aussprüche von Päpsten der katholischen Kirche nennen, von Cardinälen — ich erinnere nur an den Cardinal Hayna, an den Erzbischof Manning in England —, welche die antisemitische Bewegung vom Standpunkt des Christenthums aus verdammen. Kennt denn der Herr College Stöcker gar keine evangelischen Amtsbrüder, hohe und niedere Geistliche, welche ganz genau derselben Meinung sind, wie die genannten katholischen hohen Würdenträger? Meine Herren, hier liegt mir zum Beispiel, um nur einen

einzigen zu nennen, ein Ausspruch des hessischen Oberconsistoriums vor vom 3. October 1890, als die antisemitische Bewegung gerade auf ihrem Höhepunkte war. Er schließt mit folgendem Satz:

> Wir halten darum die Betheiligung an antisemitischer Agitation für nicht vereinbar mit den christlichen Pflichten und Amtspflichten eines Geistlichen.

Das sagt das hessische Oberconsistorium, die oberste kirchliche Behörde des Großherzogthums Hessen. Ich könnte Ihnen noch andere nennen; Herr Stöcker wird wohl auch die Ansprache kennen, die der Generalsuperintendent in Magdeburg — der Name ist mir augenblicklich entfallen — bei seiner Verabschiedung an die Geistlichen gehalten hat in Bezug hierauf. Also, seine Behauptung ist irrthümlich.

. . . Nun noch ein paar Worte an den Herrn Cultusminister! Der Herr Cultusminister sagt, er wäre nicht competent in dieser Frage. Doch vorher noch eins. Ich habe den Fall Witte abgelöst von allen Persönlichkeiten und ich habe mich in der That gewundert, daß Herr Stöcker diese Gelegenheit benutzt hat, ohne daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, seinen Namen in diese Debatte zu werfen. Sie, verehrter Herr College, haben keine Ursache dazu. Es ist kein Glanzpunkt Ihrer Thätigkeit, der Fall Witte-Stöcker, wie er im Publikum genannt wird, — es widersteht mir in diesem Augenblicke, Ihnen den Fall vorzuführen, ich habe keine andere Absicht dabei gehabt, als schreiende Uebelstände zur Sprache zu bringen, und es thut mir leid, daß Sie das nicht begriffen haben. Noch mehr leid thut es mir aber, daß Sie als christlicher Geistlicher nicht ein gutes Wort für den Mann gehabt haben, mit dem Sie doch 7 Jahre in solcher Fehde gewesen sind. Ich stimme Herrn Collegen Lückhoff vollkommen darin bei, daß es wehe thun muß, wenn ein christlicher Geistlicher in so unfreundlicher Weise über seinen Gegner, den er jetzt am Boden liegen sieht, spricht. Das war keine christliche Liebe, Herr Stöcker, die heute aus Ihnen gesprochen hat. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Cultusminister — nun komme ich darauf zurück — sagt, das Urtheil des Gerichtsphysikus wäre nicht nachträglich beigebracht. Ich stütze mich bei meiner Mittheilung auf eine Nummer der reformirten Kirchenzeitung vom 27. Juni 1894, des Organs des reformirten Bundes für Deutschland. Darin steht ausdrücklich:

> Das Königliche Consistorium der Provinz Brandenburg hat unter dem 4. Januar 1892 den Herrn Witte für geistesgestört erklärt, ihn von seinem Amte suspendirt und unterm 16. Januar seine Zwangsemeritirung verfügt.

Da dieser Verfügung kein ärztliches Gutachten zu Grunde lag, protestirte Pastor Witte gegen diese Verfügung und verlangte eine Untersuchung durch ärztliche Autoritäten. Das Consistorium verfügte dieselbe nachträglich und erlangte das Gutachten des Sanitätsraths Dr. Mittenzweig. Auf Grund desselben wurde unter dem 5. Mai 1892 die definitive Versetzung in den Ruhestand verfügt.

Der Herr Cultusminister mag das nicht gewußt haben, aber die Competenz möchte ich ihm doch zuschreiben. Vor Allem aber wundere ich mich, daß keiner der Herren, die es mit der Reform der Irrenpflege so ungeheuer eilig hatten vor vier Jahren, auch nur ein Wort jetzt sagen, daß sie kein Wort des Tadelns und des Entsetzens darüber haben, daß ein Mann 42 Monat unter dem Drucke der Erklärung, er sei wahnsinnig, stehen muß, und erst nach 2 Jahren durch das Eingreifen des Oberkirchenraths für geistesgesund erklärt wird. Dafür haben Sie heute kein Wort, Herr Stöcker, der Sie die großen Reden bei jenen Debatten gehalten haben? nichts weiter als die Genugthuung, daß Sie in dem Kampfe gegen Ihren Amtsbruder Witte gesiegt haben? Ich wiederhole, ich bin der Meinung, daß der Herr Cultusminister in der Sache competent ist; denn diese Frage ist sein Ressort. Wie kann man Jemand ohne medicinisches Gutachten für geisteskrank erklären? Hier konnte der Minister das Consistorium fragen, wie seid Ihr dazu gekommen? Ich glaube, daß man auch heute noch allen Grund hätte, Vorsorge zu treffen, daß solche unerhörten Fälle nicht wieder vorkommen. (Bravo! links.)

. . . Vicepräsident Dr. Krause (Königsberg). Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Irmer.

Abg. Dr. Irmer. . . . . Nun hat der Herr Abgeordnete Rickert das Wort „Judenhetze“ ausgesprochen. und hat das in Verbindung gebracht mit dem Tivoliprogramm. Ich kann das hier im Namen meiner politischen Freunde betonen: eine Judenhetze verabscheut jeder von uns auf das Tiefste. Es fällt keinem einzigen von uns ein, hier in unserem lieben deutschen Vaterlande eine Judenhetze ins Leben zu rufen. (Sehr richtig! rechts.) Aber ebenso entschieden müssen wir Verwahrung gegen den Versuch einlegen, die Fassung unseres Tivoliprogramms vom Jahre 1892 in Verbindung zu bringen mit dem Wort „Judenhetze“. (Sehr richtig! rechts.) Abgeordneter Rickert hat den Versuch gemacht, dieses Tivoliprogramm sozusagen zu betrachten als eine Etappe in dieser Judenhetze. Meine Herren, das Tivoliprogramm enthält weiter nichts, als daß wir uns bemühen wollen, den sich mehr und mehr breitmachenden jüdischen Einfluß in unserem öffentlichen Leben zu bekämpfen, und wenn wir das ausgesprochen haben, so schämen wir uns dessen nicht. (Sehr richtig! rechts.) Nein, wir rühmen uns dessen sogar. Wir wissen sehr wohl, daß weite Bevölkerungskreise, die in diesem Punkte ganz auf unserem Standpunkte stehen, sich scheuen, das öffentlich zum Ausdruck zu bringen, was ihre Meinung ist. (Sehr richtig! rechts.) Da können wir wohl für uns das Verdienst in Anspruch nehmen, daß wir den Muth gefunden haben, das, was die Tiefen der Volksseele bewegt, in unserem Programm zum Ausdruck zu bringen. (Bravo! rechts.)

Vicepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Stöcker.

Meine Herren . . . Was ich gegen die jüdische Anmaßung, gegen das jüdische Uebergewicht gesagt habe, das will ich verantworten hier im Abgeordnetenhause und auch am jüngsten Tage. Wir in Berlin hätten uns schämen müssen, wenn wir unmittelbar nach dem großen nationalen Kriege die Uebermacht dieser Fremdlinge uns dauernd hätten gefallen lassen. Diese Uebermacht übten sie nicht blos in der Presse und in dem geistigen Leben der Nation, sondern sogar in kirchlichen Dingen. Was Herr Dr. Sattler nicht vergessen mag, sie griffen beständig das Christenthum an, während sie sich mit der Synagoge und dem Judenthum niemals beschäftigten. Ich frage ihn vor dem preußischen Volke, ob er dies Gebahren gut heißen will, daß jüdische Blätter unsere Kirche angreifen und herunterreißen. Diese jüdischen Redactionen sind mitschuldig und zwar zum großen Theil, daß unser Volk von dem Glauben abgekommen ist. Warum sagen die Herren von links darüber nichts? Warum sprechen sie immer nur von einer Hetze gegen das Judenthum? Auf unserer Seite ist nie eine Hetze gewesen. Aber was am Tage liegt für Jeden, der sehen will, das ist die Hetze gegen die Heiligthümer unserer Nation. (Sehr richtig! rechts.)

Vicepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete v. Eynern.

Abg. v. Eynern: M. H., ich habe mich zum Worte gemeldet, als der Herr Abg. Stöcker den Fall Witte behandelte. Ich kenne denselben; ich habe mit tiefster Trauer und mit tiefstem Empfinden die Verfolgungen gegen diesen unglücklichen Mann gelesen. Ich sage nicht, daß die Behörden dabei ihre Pflicht verletzt haben, ich sage aber, daß bei Herrn Stöcker die Thatsache feststeht, daß nach der ganzen Stellungnahme seiner Presse und nach dem ganzen Verhalten des Herrn Stöcker in der Oeffentlichkeit, dieser einen wesentlichen Antheil hat an der Beurtheilung, wie sie erfolgt ist. (Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen.)

Nun, m. H., wir haben das Recht, einen derartigen Fall hier vor die Oeffentlichkeit zu ziehen. Wenn das nicht der Fall wäre, Herr Abg. Stöcker, daß Sie an demselben diesen wesentlichen Antheil gehabt haben, warum haben Sie denn gewissermaßen Ihr Gewissen entladen wollen, ohne daß Sie irgendwie mit Ihrem Namen dafür angerufen waren, als Herr Rickert den Fall zur Sprache brachte? Er hat Ihren Namen nicht genannt. Warum mußten Sie denn aufstehen und versuchen, sich zu rechtfertigen? (Bewegung rechts.) Und als Ihnen diese Rechtfertigung nicht gelang, haben Sie eine große Rede gehalten und mit derselben wollten Sie dagegen protestiren, daß dieser Fall hier vor der Oeffentlichkeit behandelt würde „namens der Selbstständigkeit meiner evangelischen Kirche“. Nun, Herr Stöcker, die evangelische Kirche gehört Ihnen noch lange nicht (sehr gut! links), und in deren Namen zu sprechen, sind Sie wahrhaftig am allerwenigsten berechtigt. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, wenn der Fall Witte hier vor der Oeffentlichkeit jetzt besprochen worden ist, werden Sie gar nicht umhin können, sich über Ihre Thätigkeit vor der Oeffentlichkeit weiter auszusprechen, nachdem Sie selbst Ihre Thätigkeit in diesem Falle zugestanden haben. Das ist das, was ich Ihnen zu sagen habe.

Vicepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sattler.

Abg. Dr. Sattler: Meine Herren, Stöcker hat hier mit großem Muthe — das erkenne ich vollständig an, den Muth habe ich immer sehr bewundert — eingegriffen in die starke sozialdemokratische Bewegung und hat sich ihr mit großem Muthe entgegen gestellt. Aber wodurch gelang es ihm? Im Wesentlichen dadurch, daß er es so darstellte in seiner schimmernden, glänzenden Beredtsamkeit, als wenn er gegenüber dem Dogma der Sozialdemokratie, welche ihrerseits glaubt, die Menschheit glücklich machen zu können durch die von ihr gepredigten Lehren, seinerseits dunkele Hindeutungen machte auf ein großes Etwas, wodurch es ihm auch möglich sein würde, alle Uebelstände der Gegenwart hinweg zu räumen und die wirthschaftliche Vertheilung der Güter in besserer Weise zu ordnen. Mit so dunkelen Andeutungen hat er zunächst in Berlin sich gegen das Judenthum gewandt, und was ist daraus geworden? Seine Anhänger, die nicht in der Lage waren, die Leute zu fasciniren mit derartigen Worten und schönen Sätzen, waren natürlich im weiteren Verlauf, um ihre Anhänger festzuhalten beziehungsweise noch mehr zu gewinnen, genöthigt, praktisch zu sagen: was wollt ihr denn von dem Judenthum? Und auf diese Weise ist es gekommen, daß, nachdem er den Antisemitismus nur in dunkelen Umrissen als ein Mittel zur Wegschaffung der allermeisten Leiden der wirthschaftlichen Entwickelung gekennzeichnet hat, — daß diejenigen, die auf dieser Bahn weiter gegangen sind, da ihnen eben diese große Gabe der fascinirenden Beredtsamkeit fehlte, sich aber in der Agitation ihre Anhänger festhalten mußten, immer weiter mit positiven Angriffen gegen das Judenthum vorgehen mußten. Nachdem sie darauf hinge-

wiesen waren, daß nicht allein das jüdische Kapital in dieser Weise zu bekämpfen sei, sind sie darauf hingedrängt worden, das Kapital als solches zu bekämpfen; und nachdem ihnen gezeigt wurde, daß man das Kapital von dem übrigen Besitz, Grundbesitz, nicht scheiden konnte, sind sie genöthigt, auch den Grundbesitz zu bekämpfen. Sie haben schon das Schlagwort Juden und Junker ausgegeben, alles in der Entwickelung, welche der Abgeordnete Stöcker in dieser gefährlichen Weise mit seiner faseinirenden Beredtsamkeit eingeleitet hat. (Lebhaftes Bravo links.)

Vicepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Stöcker.

Abg. Stöcker: Meine Herren, wenn man Vorwürfe macht und nachher ablehnt, sich darüber zu vergewissern, ob sie wahr sind oder nicht, das ist eine Art der Verhandlung, die ich nicht begreife. Jedenfalls werde ich dann Recht behalten und Sie, Herr v. Eynern im Unrecht bleiben; das ist wohl kein Zweifel.

Ich erwidere Herrn Dr. Sattler noch einige Worte. Herr Dr. Sattler macht mich verantwortlich für die ungünstige Ausbildung des Antisemitismus. Dabei will er nicht, daß ich dann diese Frage hier bespreche. Aber ich kann gar nicht anders, Herr Dr. Sattler, als auseinandersetzen, was mich dazu getrieben hat, die Sache anzufassen. Wenn Sie sagen, ich hätte in unklaren Umrissen mit faseinirender Beredtsamkeit die Leute aufgehetzt, so ist das unrichtig. Ich habe vom ersten Moment in dieser Frage klar gesagt, was ich wollte; ich habe gesagt, die Juden sollten etwas bescheidener und toleranter sein und etwas mehr sociale Gleichheit üben. Das ist doch eine ganz klare und bestimmte Forderung, die auch in etwas erfüllt ist. Die Juden sind wirklich etwas bescheidener geworden, auch ein bischen toleranter, nicht gerade gegen mich, aber gegen die Kirche. Das ist mir eine große Genugthuung, Sie haben auch ein wenig von ihrer großen Stellung verloren, wie dies Haus zeigt. Als ich in das Parlament kam, waren 5 bis 6 jüdische Mitbürger Abgeordnete; heute ist keiner mehr hier. Geholfen hat es also doch! (Heiterkeit.) Ohne die Emanzipation abzuschaffen, haben wir den politischen Einfluß dieser Herren beschränkt. Sie sehen, wir haben nicht blos klare Ziele, sondern auch klare Erfolge, und das ist mehr.

Im Uebrigen aber können Sie gleich in meiner ersten Judenrede lesen, was ich gewünscht habe, nämlich daß, wenn die Juden in Staatsämter kommen, sie procentual behandelt werden. Das ist doch eine Forderung, die jeder billig denkende Mensch gutheißen muß; im Uebrigen habe ich das deutsche Volk aufgefordert, sich den geistigen Einfluß der Juden in der Presse, im öffentlichen Leben nicht gefallen zu lassen. Das habe ich gethan, nicht aus Gehässigkeit oder Feindseligkeit, sondern weil die Juden sind und die jüdische Religion haben, und weil wir Deutsche sind und die christliche Religion haben. Das ist doch ein höchst einfacher Standpunkt, der auch zu Erfolgen geführt hat.

Zur Abwehr.

Der frühere Vicepräsident des Reichstages Dr. v. Buhl ist am 5. März im 59 Lebensjahre in Deidesheim (Pfalz) gestorben. In diesem bedeutenden Vorkämpfer der nationalen und liberalen Sache verliert auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus einen bewährten Freund. Buhl hat zu den Begründern des Vereins gehört und ist bis zu seinem Tode Mitglied des Vorstandes gewesen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Pfarrer Naumann schreibt in seiner „Hilfe" (8. März) über die Broschüre „Der Messias der Juden" von Kurt Reuß: „Wir würden diese antisemitische Broschüre nicht besprechen, wenn sich nicht der Verfasser als christlich-sozial bezeichnete und in allen sozialreformerischen Angelegenheiten bisher sich als treuer und tüchtiger Christlich-Sozialer erwiesen hätte. Er stellt im Anschluß an den Antisemitenkatechismus den jüdischen Einfluß in Presse und Geldhandel mit sehr grellen Farben dar, vermeidet die antisemitischen Judenspäße nicht völlig, ist aber durchdrungen von einem wahren Eifer, dem arbeitenden deutschen Volke zu helfen. Bestimmte Vorschläge betreffs der Abwehrung des jüdischen Einflusses werden nicht gemacht, und darum läßt sich kein rechtes Ziel erkennen. Sollte es die Aufhebung der verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte der Juden sein, so würden wir nicht zustimmen können."

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und der Elfer-Ausschuß. Das „Volk" erinnert daran, daß es schon Anfangs October darüber berichtet habe, der Hof verlange die Trennung der conservativen Partei von Herrn Stöcker, und ersucht den Elfer-Ausschuß, auf folgende Fragen eine bündige Antwort zu geben:

1) Hat der Hof von den conservativen Führern die Trennung von Stöcker verlangt oder nicht? 2) Haben einzelne conservative Führer über diese Frage mit hochgestellten maßgebenden Persönlichkeiten conferirt oder nicht? 3) Ist von höchster Stelle einem Kammerherrn und Abgeordneten die Genugthuung über die gefallene Entscheidung ausgedrückt worden oder nicht?

Zum Fall Witte-Stöcker wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Bei der von dem Abg. Rickert am 4. März im Abgeordnetenhause hervorgerufenen Besprechung der Angelegenheit des Pfarrers Witte hat der Abgeordnete Stöcker den Aufruf zu einer Ehrengabe für Witte in die Debatte gezogen. — Bekanntlich haben auch wir im October diesen Aufruf veröffentlicht, unseren Lesern ihn angelegentlich empfohlen und durch unsere Expedition Beiträge in Empfang genommen. Herr Stöcker hat sich über diese Kundgebung, zu der sich eine Reihe angesehener Personen vereinigt hatte, höchst abfällig geäußert und in seiner liebevollen Weise gesagt, die Unterzeichner des Aufrufs hätten für Witte die Sammelbüchse herumgehen lassen, ein Ausdruck, den er nachträglich im stenographischen Bericht freilich selbst abgeschwächt hat. Er hat ferner behauptet, jener Aufruf gehe von irrigen Voraussetzungen aus und enthalte Unwahrheiten, wenn er er auch noch parlamentarischer Sitte die in diesem Falle wenig besagende einschränkende Clausel hinzufügte, daß die zu den Unterzeichnern gehörenden Abgeordneten Freiherr von Zedlitz und Lückhoff diese Unwahrheiten „natürlich ohne Wissen" verbreitet hätten. Es liegt auf der Hand, daß Herr Stöcker mit der letzteren Aeußerung an unverantwortlicher Stelle nicht nur gegen die genannten Abgeordneten, sondern überhaupt gegen alle diejenigen einen schweren Vorwurf erhoben hat, die sich an dem Aufruf für Witte betheiligt haben. Es ist daher begreiflich, daß gegen Stöcker in den Kreisen der Unterzeichner des Aufrufs lebhafter Unwille herrscht. Nachdem jedoch, wie die „Volks-Zeitung" vor wenigen Tagen berichtete, der Abg. Frhr. v. Zedlitz, der Geh. Regierungsrath Professor Dr. Dieterici und der Director Professor Dr. Schwalbe wegen Theilnahme an dem erwähnten Aufruf als Beamte verantwortlich vernommen worden sind, haben jetzt nur diejenigen Unterzeichner des Aufrufs, die der St. Golgatha-Gemeinde angehören, sich veranlaßt gesehen, dem Kaiser, der wie wir hören, an der Witteschen Angelegenheit Interesse nimmt, in einer Immediateingabe den wirklichen Sachverhalt darzulegen, sowie die völlige Grundlosigkeit der von Stöcker erhobenen Beschuldigungen nachzuweisen.

„Eine verhängnißvolle Lauheit und Schlaffheit" — so heißt es in einer Zuschrift an die „Staatsbürg. Ztg." (10. März) — macht sich seit Monaten in der Leitung der **Berliner antisemitischen Bewegung** geltend. Ueberall im Lande wurde den Winter durch stramm gearbeitet, in Berlin begnügte man sich jedoch fast ausschließlich mit der Abhaltung von Kränzchen, Maskenbällen, Familienabenden, Kegelfestlichkeiten, 2c. Von einer ruhigen agitatorischen Thätigkeit war nichts zu merken. So hat z. B. der „Deutsche Antisemiten-Bund" seit beinahe einem Jahre keine öffentliche Versammlung abgehalten, trotzdem der Stoff zu solchen wahrhaftig in überreichem Maße vorhanden war. Auf solche Weise wird man das Vorbild unserer Schwesterstadt Wien niemals erreichen und die noch nicht ganz überzeugungstreuen Gesinnungsgenossen unserer Sache sicherlich nicht erhalten. Ohne Arbeit kein Sieg, deshalb halten wir es für bringend erforderlich, daß in unserer Berliner antisemitischen Bewegung etwas mehr Zug hineinkomme. Mehre treue Antisemiten."

Es macht der Reichshauptstadt alle Ehre, daß sie sich

nicht mehr zum Tummelplatz der Judenhetzer eignet. Auf die Mehrheit im „rothen Hause“ und auf den Berliner Bürgermeisterposten werden die Herren Antisemiten noch lange warten müssen.

Aus derselben Nummer der „Staatsbürgerztg“ ersehen wir, daß in Berlin ein Kegelclub „Hep Hep“ existirt. Wir sehen nicht ein, weshalb nicht die ganze Partei diesen passenden Namen acceptirt.

Antisemiten und Conservative. Die Antisemiten brüsten sich damit, ein Damm gegen die Sozialdemokratie zu sein. Die Thatsachen sprechen durchaus dagegen und fast überall kann man den Nachweis führen, daß nur konservativ-antisemitische Kreise dem Antisemitismus leicht verfallen. Der „Reichsbote“ vom 7. März giebt dasselbe zu, indem er über die Antisemiten und Conservativen Hessens schreibt:

„Die conservative Partei war am Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre durch die rührige Thätigkeit einiger eifriger Männer namentlich in der Provinz Oberhessen, welche für conservative Bestrebungen ein recht geeigneter Boden ist, zu ziemlichem Einfluß gelangt, der sich auch in der Erzielung erheblicher Stimmenzahlen bei den Reichstagswahlen äußerlich offenbarte. Da es ihr aber infolge mangelnder Organisation an der nöthigen Widerstandskraft fehlte, wurde sie durch die von Dr. Böckel ins Leben gerufene antisemitische Bewegung, die mit rastlosem Eifer und grober Rücksichtslosigkeit betrieben wurde, nahezu erdrückt und für das öffentliche Leben fast bedeutungslos. Früher ausschließlich conservative Dörfer Oberhessens — es waren dies in erster Linie diejenigen, in denen positiv kirchliches Leben herrschte —, gingen compact in das antisemitische Lager über und müssen seitdem als Stützpunkte der deutsch-sozialen Reformpartei betrachtet werden. Die conservative Partei hat es zu keinem irgendwie nennenswerthen Aufschwung wieder bringen können.“

Es ist eben die alte Erfahrung, daß in der Politik die mildere Tonart von der radicaleren verschlungen wird.

Antisemitische Berichterstattung I. Am 20. Juli 1895 erschien in Nr. 55 des „Bad. Volksboten“ folgende Notiz:

Noble Firma. Levy & Müller in Stuttgart heißt sie, Levy ist ihr alleiniger Inhaber, ein „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Aber Herr Levy ist mehr als das, er ist auch ein tüchtiger Geschäftsmann wie alle seine Stammesgenossen. Als solcher gab er einer Zeitung Inserate auf im Betrage von 37 Mark und bot als Bezahlung — — eine in seinem Verlag erschienene Sammlung von Reden und Toasten, zum Ordinärpreise von 3 Mk., sage und schreibe drei Mark!! Feines Haus!

In Nr. 66 vom 28. August sah sich die Redaction obigen Blattes genöthigt, folgende Berichtigung zu bringen:

Berichtigung: Die Nr. 55 des „Bad. Volksboten“ vom 0. Juli enthält unter der Spitzmarke „Noble Firma“ eine Notiz, worin mir nachgesagt wird, ich habe einer Zeitung Inserate im Betrage von 37 Mark aufgegeben, also bestellt, und als Bezahlung ein in meinem Verlage erschienenes Buch zum Ordinärpreise von 3 Mark angeboten. Ich habe, wie dies in Verlagsbuchhandlungen üblich, an eine Reihe von Zeitungen nur die höfl. gedruckte Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, ein Inserat über einen meiner Verlagsartikel in Change gegen ein Exemplar des betreffenden Werkes zum Abdruck zu bringen, welche Anfrage in den meisten Fällen bejahend beantwortet wurde. Stuttgart, den 23. August 1895. Max Levy, in Firma Levy & Müller, Verlagsbuchhandlung.

Auf die weiterhin angestellte Privatklage wegen Beleidigung hat das Großherzogl. Schöffengericht Heidelberg den beklagten Redacteur Schwaiger zu einer Geldstrafe von 15 Mark, bezw. zu 3 Tagen und zur Tragung der Kosten verurtheilt. Dem Privatkläger wurden je einmalige Publicationsbefugniß im „Bad. Volksboten“ und in der „Neuen bad. Landeszeitung“ auf Kosten des Verurtheilten zugesprochen.

II. Der „Bad. Volksbote“ vom 14. December 1895 enthält folgenden Bericht:

Künzelsau, 10. Dezember. Wieder ein „sittlicher Jude“. Gestern wurde ein hier in der Lederfabrik „arbeitender“ Jude wegen Verdachts eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. Es handelt sich um ein noch nicht vierjähriges Kind, natürlich Christenmädchen. Der Thäter hat vor etwa 2 Jahren auf die Empfehlung seiner Glaubensbrüder hier in der Fabrik einen Platz gefunden: ob vielleicht im Versteck über sein Vorleben, wird die Untersuchung ergeben, denn aus Liebe zur Arbeit wird ein Jude nicht ohne Weiteres „Arbeiter“.

Das Resultat dieser Untersuchung verschweigt dieses Blättchen gewissenhaft nach Art antisemitischer Denkweise! Wir aber möchten doch darauf hinweisen, daß der Betreffende am 27. Dec. v. J. von der Strafkammer in Schwäb. Hall freigesprochen wurde!

III. Die in Karlsruhe erscheinende antisemitische „Wacht am Rhein“ (früher „Deutsche Volkswacht“) brachte in ihrer Nr. 18 vom 12. Februar d. J. einen längeren Bericht über die dem Arzt Dr. Volbeding in Düsseldorf zur Last gelegten Unregelmäßigkeiten, den das Blättchen mit den Worten schließt: „Volbeding ist Jude!“ Wir constatiren hier, daß Volbeding weder Jude ist noch von Juden abstammt.

Antisemitische Wahrheitsliebe. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ in Wien, welches ganz nach dem Vorbild der reichsdeutschen Hetzer von Beruf arbeitet oder, wenn überhaupt möglich, sie noch an Unverschämtheit übertrifft, brachte unter dem geschmackvollen Titel „Spionage und Judenthum“ am 20. Januar d. J. folgende Geschichte:

„Großes Aufsehen erregt in Köln die Verhaftung des Oberfeuerwerkers Nürnberg (!) von der Siegburger Geschoßfabrik, der bei der Rückkehr von einem längeren Urlaube nach Erfurt unter Bedeckung nach Siegburg eingeliefert wurde, weil er im Verdachte steht, militärische Zeichnungen, darunter solche von Geschützen, sowie deren Bedienung, angefertigt und verkauft zu haben. Weitere Verhaftungen stehen bevor, nachdem die Behörde Spuren aufgefunden hat, wonach Nürnberg mit weiteren Personen in lebhafter Correspondenz gestanden ist. Bei seiner Verhaftung wurden wichtige Schriftstücke beschlagnahmt. Also auch hier spielt, wie in Krakau, der Jude eine Hauptrolle: vor nicht allzulanger Zeit spielte sich die Spionage-Affaire Dreyfus in Frankreich ab.“

Dazu schreibt uns unser Vertrauensmann in Köln: Der Oberfeuerwerker Nürnberger ist weder der Religion noch der Abstammung nach Jude. Er ist der Sohn protestantischer Eltern und in Thüringen gebürtig. Aber an der ganzen Spionagegeschichte ist überhaupt nichts Gefährliches, denn das „Siegburger Kreisblatt“ bringt am 25. Januar folgende scheinbar officielle Schilderung des Sachverhalts:

„In letzter Zeit brachten sehr viele Zeitungen über den hier bei der Königlichen Geschoßfabrik in Diensten stehenden Oberfeuerwerker Nürnberger vielfach Aufsehen erregende Nachrichten, die aber zum größten Theil auf Unwahrheit beruhen und was uns veranlaßt, den richtigen Sachverhalt nachstehend kurz mitzutheilen. Herr Nürnberger hatte von einem Industriellen den Auftrag übernommen, einen neuen Entwurf zu einem Militär-Instructions-Taschentuch, wie solche Tücher schon mehr als 20 Jahren für alle Waffengattungen zum Zwecke der Veranschaulichung der Instruction in Gebrauch sind, auch für die deutsche Feldartillerie anzufertigen. Bei der Untersuchung ist hierin etwas Ungesetzliches nicht gefunden worden und hat Herr N., welcher als pflichttreuer und begabter Militär bekannt ist, seinen Dienst als Oberfeuerwerker hier am 20. ds. Mts. wieder angetreten.“

Gegen die Freigabe des „Antisemitischen General-Anzeigers“ wegen Beschimpfung der jüdischen Religion, hat der Staatsanwalt die Revision angemeldet.

Grober Unfug. Dem antisemitischen Redacteur Sedlatzek zu Berlin ist am 5. März folgender Strafbefehl zugegangen: „Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen Vergehen gegen § 360 II. St.-G.-B., § 20 Abs. 2 R.-P.-G. vom 7. Mai 1874 eine der Staatskasse gebührende Geldstrafe von 30 Mk., im Falle diese nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 6 Tagen festgesetzt. Sie haben in der Nr. 93 der hier erscheinenden periodischen Druckschrift „General-Anzeiger“ vom 20. November 1895, für welchen Sie als Redacteur verant-

wortlich sind, einen Artikel mit der Ueberschrift: „Fleisch für die Gojim“ veröffentlicht, in welchem gewarnt wird, Fleisch aus Judenläden zu genießen. Durch diese Veröffentlichung haben Sie der Verübung groben Unfugs Sich schuldig gemacht, indem diese geeignet erscheint, nicht nur die jüdischen Schlächter in ihrem Gewerbebetrieb zu beeinträchtigen, sondern auch dasjenige Publikum, welches bei jüdischen Schlächtern zu kaufen pflegt, zu beunruhigen. Königl. Amtsgericht I. gez. Dr. Menz.“

△ **Diere.** Vor zwei Jahren versuchte der hier ansässige Kürschner Paul Frenzel als eifriger Antisemit, Abonnenten für die antisemitische „Magdeburger Reform“ zu werben, und überredete auch mehrere hiesige Einwohner, die im Hofjäger zu Magdeburg abgehaltenen antisemitischen Versammlungen zu besuchen. Er brüstete sich öffentlich damit, ein Antisemit reinsten Wassers zu sein. Jetzt hat sich anläßlich seines vor einigen Tagen angemeldeten Concurses herausgestellt, daß die Mehrzahl seiner Gläubiger — Juden sind.

Stettin, 7. März. Die „St. Abendztg.“ schreibt: „In der Todesangst werden die tollsten Gelübde gethan. Neueste Beispiele dafür liefern die Annoncenacquisiteure der „Pomm. Volks-Rundschau“, welche jetzt speciell in die Geschäfte unserer jüdischen Mitbürger laufen und versprechen, das Blatt wolle eine seiner bisherigen Tendenz gerade entgegengesetzte, eine judenfreundliche wählen. Sie fallen ja natürlich bei jedem anständigen Geschäftsmann mit dieser Gesinnungsprobe erst recht ab, aber bezeichnend bleibt diese Acquisitionsmethode für den Stand der volksrundschaulichen Zustände. Wir warnen vor dem Fuchse, der sich das Fasten anzunehmen verspricht.“

r. **Gotha.** Der am hiesigen Orte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit bestehende antisemitische Reformverein hatte in Gemeinschaft mit dem Bunde der Landwirthe zum 8. März eine öffentliche Versammlung einberufen, deren Verlauf für die Veranstalter wenig günstig war. Die Mehrheit der Anwesenden bestand aus Gegnern der Herren Bündler und Antisemiten, denn dieser Umstand einen solchen gewaltigen Respect eingejagt hatte, daß ihre Redner, der conservative Abg. Lutz, der sog. Renommirbauer, und der Antisemit Dr. Lindström aus Gotha, sich jeder antisemitischen Anspielung enthielten. Herr Dr. Lindström erklärte sogar, daß die Bezeichnung „jüdisches Großcapital“ ohne sein Wissen und gegen seinen Willen in die Versammlungsanzeige hineingekommen sei. Man sieht also, daß der sonst so heißspornige Antisemitenführer sich zu fügen versteht, wenn ihm die Situation nicht ganz geheuer erscheint. Auch der Vorsitzende des Gothaer Reformvereins unterließ jede Anspielung auf den Antisemitismus; er erklärte sich nur mit dem Bunde der Landwirthe solidarisch. Characteristisch ist sein in der Versammlung gethaner Ausspruch, „die Sozialdemokraten seien ihm viel lieber, als die Freisinnigen.“ Trotz dieses Liebeswerbens um die Gunst der Sozialdemokratie fertigte deren Vertreter sowohl den Bund der Landwirthe als auch den Antisemitismus ebenso scharf ab, wie der freisinnige Redner. Hochinteressant war es auch, wie das „Goth. Tageblatt“ in seinem Bericht hervorhebt, daß die Redner der beiden linksstehenden Parteien sich gezwungen sahen, die Reichsregierung gegen die übertriebenen Vorwürfe der Agrarier, die sich als Muster der Reichs- und Kaisertreue aufspielten, und dabei doch an Kaiser und Regierung in nicht mißzuverstehender Weise schärfste Kritik übten, in Schutz zu nehmen. Es ist das auch ein Zeichen der Zeit!

◯ **Erfurt,** 10. März. Vor der hiesigen Strafkammer stand heute als Angeklagter der Redacteur der sozialdemokratischen Tribüne, A. Wierteiarz. Der Reichstagsabgeordnete Iskraut hatte sich durch einen Artikel genannter Zeitung, in welchem er als „Knüppelpfaffe“ bezeichnet worden, beleidigt gefühlt und auf seinen Antrag hatte die Königliche Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben. Es hat in dieser Sache bereits ein Termin stattgefunden, damals wurde die Verhandlung vertagt und commissarische Vernehmung des Herrn Iskraut- und des Redacteurs Groth in Rostock beschlossen. Letzterer war Theilnehmer der vielgenannten Versammlung in Spenge gewesen, bei der es zwischen Sozialdemocraten und von Iskraut geführten Bauern zu tumultartigen Scenen kam. Die Schlacht von Spenge, wie jene Versammlung seitdem im Volksmunde genannt wird, hat auch dem damaligen Pastor Iskraut verschiedene Beinamen eingebracht, deren einer, in der Presse angewandt, Anlaß zu der jetzigen Anklage war. In der heutigen Sitzung wurden die Aussagen der beiden Zeugen verlesen, die des Herrn Iskraut stellte naturgemäß seine Betheiligung an den Vorgängen der „Schlacht bei Spenge“ in ein harmloses Licht. Redacteur Groth bekundete dagegen eine active Theilnahme des Pastors Iskraut an den den Sozialdemocraten bereiteten Unannehmlichkeiten. Aus Anlaß der beiden sich widersprechenden Aussagen stellte der Vertheidiger, Herr R.-A. Zander, mehrere Anträge auf weitere Beweisaufnahme, zunächst auf commissarische Vernehmung einiger namhaft gemachten Bielefelder Einwohner, die bekunden sollten, daß Herr Iskraut seine Bauern aufgefordert habe, mit Gewalt in die sozialdemokratische Versammlung einzudringen, dann auf Confrontation der beiden Zeugen Iskraut und Groth, schließlich auf Vernehmung des Redacteurs A. Hoffmann, früher in Zeitz wohnhaft. Letzterer sollte vernommen werden darüber, daß Iskraut auch bei anderen sozialdemokratischen Versammlungen zum Scandalmachen aufgefordert. Sämmtliche Anträge lehnte der Gerichtshof nach längerer Berathung ab, die vom Angeklagten benutzte Bezeichnung des Abg. Iskraut weise auf einen bestimmten Fall hin und sei in diesem dem Gerichtshofe die Sache nicht mehr unklar. Nach den Plaidoyers — der Staatsanwalt hatte in dem seinigen einen Monat Gefängniß beantragt — verkündete der Präsident das Urtheil. Es lautete auf 200 Mark Geldstrafe und Publicationsbefugniß für den Beleidigten. In der Urtheilsbegründung wurde hervorgehoben, daß verschärfend die Tendenz des Blattes und die in dem Artikel angewandte Zusammenstellung von Knüppel mit Pfaffe ins Gewicht falle. Die Bezeichnung sollte beleidigen, dafür spreche schon der Umstand, daß in demselben Artikel zwei andere Geistliche Pastor resp. Pfarrer genannt werden. Strafmildernd habe der Gerichtshof in Erwägung gezogen, daß die That des Herrn Pastor Iskraut keine ganz lautere gewesen sei und sei deshalb auch von einer Gefängnißstrafe abgesehen.

Vermischtes.

Bei den Wiener Gemeinderathswahlen haben die Antisemiten selbst im ersten Wahlkörper Erfolge erzielt. Sie behaupteten ihre früheren Positionen und entrissen den Liberalen noch 4 Mandate. Nach dem gesammten Wahlergebniß besteht die neue Gemeindevertretung aus 96 Antisemiten und 42 Liberalen.

Eine neue Gründung. Für ein neues Unternehmen zur Vernichtung der Sozialdemokratie wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ Stimmung gemacht. Es sollen sich alle „staatserhaltenden“ Elemente zum Kampf für „Christenthum, Monarchie und Sittlichkeit“ vereinigen und den Geist der Verneinung und Zersetzung der Staatsgewalt, namentlich aber die Socialdemocratie bekämpfen. Fürst Bismarck müsse die Großmeisterwürde übernehmen. Zugelassen werden sollen aber nur Angehörige christlicher Confession. Die Mitglieder, welche eine Mark Jahresbeitrag zu zahlen haben, werden unterschieden in Knappen, Ritter und Damen und tragen im Knopfloch eine Kornblume aus Metall. Sie kämpfen für die Sache des Christenthums und der Monarchie gegen Atheismus und Republikanismus.

Uns will es scheinen, als ob diese neue Gründung nur die sonderbaren Vereinigungen wie „Deutschbund“, „Soziali-

tärer Bund“ 2c. um eine neue Nummer bereichern sall. Wazu, mägen die Gätter der „Nardd. Allg. Ztg.“ wissen.

Jüdische Handwerker in Wien. Wie das statistische Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1893 answeist, besuchten die Fachschule für

Anstreicher und Wagenlackirer	1	Lehrling	jüd. Glaubens
Bäckerlehrlinge im I. Bezirke	3	„	„
„ „ XIV. „	3	„	„
„ „ XVII. „	3	„	„
Buchbinder 2c.	2	„	„
Buchdrucker, Schriftgießer	16	„	„
Drechsler	7	„	„
Gastwirthe	9	„	„
Gürtler, Broncearbeiter	1	„	„
Hoteliers	2	„	„
Juweliere 2c.	13	„	„
Kleidermacher	5	„	„
Schlosser	4	„	„
Tapezierer	23	„	„
Uhrmacher	30	„	„
Zimmer- und Decorations-Maler	2	„	„
Zuckerbäcker	11	„	„

Die allgemein gewerblichen Fortbildungsschulen für Lehrlinge und Gehilfen besuchten 304 jüdische Knaben, in denjenigen für Mädchen waren 203 eingeschrieben.

Briefkasten.

M. 10. Wir haben die Affaire, welche von den Antisemiten in üblicher Weise ausgenutzt worden ist, gar nicht erwähnt. Uebrigens ist der wegen eines Nothzuchtsversuchs angeklagte Rechtsanwalt Dr. Ludwig Joseph aus Frankfurt a. M. soeben von dem Schwurgericht zu Würzburg freigesprochen worden.

X. in Aachen. Die „D. Westwacht“ lügt; Fritz Friedmann ist als Christ geboren.

Vergiftete Waffen.

†† Nachdem sich das Leiborgan der Hannaaerschen Antisemiten, die „Hannaversche Past“, verschiedene Maie gehörig die Finger verbrannt hat, befleißigt sich das Biatt der „Urteutschen“ neuerdings einer anoeren, wenn mäglich nach niederträchtigeren Taktik. Früher ließ es sich in seinem blinden Judenhasse zwar auch aon seinen Parteigenassen in der Stadt und in der Prooinz die unglaublichsten Schaindeleien aufbinden, haffte ader auf die Zuaeriässigkeit seiner antisemitischen Berichterstatter, deren Mund ja bekanntlich aan „deutscher Treue und deutscher Redilchkeit“ überfließt, sich saviel aeriassen zu kännen, daß es nicht nur die angeblichen Schauerthaten der ††† Juden in dehaglicher Breite seinen Lesern auftischte, san ern auch die Namen der Uebeithäter und den Ort, wa diese Mardthaten passirt sein sallten, mit Namen anführte. Dabei mußten allerdings die aertrauensseiigen Schriftleiter die betrübende Erfahrung machen, daß selten sa aiei unglaubliches Zeug zusammengedichtet wird, als gerade in den Reihen ibrer Parteigenassen und sa mußten denn die Herren Redacteure sich wahl ader übel dazu verstehen, die Spalten ihres Blattes mit Berichtigungen auszufüllen. War dies schan schmerzlich, sa that es ihren urgermanischen Gemüthern nach weher, wenn sich auch die Rechtspflege bereits saweit verjudet erwies, daß sie selbst var einem urteutschen Schriftleiter nicht respektvall Halt machte, sandern schnöder Weise auch diese Valksretter verbannerte und einsteckte wie andere gewähnliche Sterbliche.

Das war dappelt schmerzlich, wenn man einen Verieger besaß, der zwar mit Behagen die Bravaurieistungen seiner Redacteure ias ader diese sagar zur Aufnahme besonders saftiger Artikei direct veranlaßte, und der aber, wenn's aus Bezahien der Gerichtskosten und der Strafen für die Verieumdungen ging, den Daumen fest auf den Beutei drückte und die Herren Redacteure dieie Summen seiber aan ihrem graßartigen Gehaite bezahlen iieß. Sa ging's aisa nicht, und eine Weile schien es wirkiich, als od das Antisemitenblatt gerabesa wie alle anständigen Biätter über die Tagesereignisse in nüchtern abjectiaer Weise derichten wallte. Aber da kam die Redactian bei ihren an derbere Kast gewähnten Lesern schön an; diese veriangten eben van ihrem Leibblatt, wenn nicht alle Margen einen gebratenen Juden auf den Frühstückstisch, sa bach wenigstens in jeder Nummer irgend eine gruseiige Schandthat der Juden aufgetischt zu erhalten. Nun war Halland in Nath! Waher nehmen und nicht stehlen, aber wie es in diesem Falle richtiger heißen muß, frei erfinden! Endiich ein rettender Gedanke! Wazu braucht man denn Ort und Personen anzugeben? Man kann ja die schänsten Märchen erfinden und die Namen einfach verschweigen. Gedacht — gethan. Sa erschien n denn in der „Hann. Past“ allerlei Schauergeschichten, die im hintersten Winkel van Galizien aber Rußiand passirt sein f llten, deren Richtigkeit naturgemäß schwer cantrallirbar war. Allmähiich wurde man aber kühner und verlegte den Schaupiaß der angeblich jüdischen Schandthaten in die Praainz Hannaver, endiich in die Stadt Hannaaer selbst.

Sa erschien beispielsweise in der Nr. 257 der „Hann. Past“ oom 2. Naaember 1895 unter der Spitzmarke „Aus Ostfrtesland“ ein Artikei, in dem der Einsender behauptete, mit eigenen Augen gesehen zu haben, wie aan zwei jüdischen Schbächtern Fieisch, das zum Verkauf an Christen bestimmt war, in der ekeihaftesten Weise besudeit wäre. Es sei aber schan Anzeige erstattet, und die Staatsanwaitschaft würde sich die beiden jüdischen Missethäter gehörig kaufen. Alle Welt war gespannt, was nun daraus werden würde. Als aber Manat über Manat aerging, ahne daß auch nur die geringste Natiz über die Untersuchung gegen jene Missethäter in die Oeffentlichkeit drang, d3 wurde man stutzig, und ais man sich die Mühe nicht verdrießen iieß, trotz der gewaltigen Ausdehnung Ostfrieslands, Nachfrage in allen aan Juden bewahnten Ortschaften zu halten und niemand aber aan einem saichen Varkommniß aber einer Verhaftung etwas wußte, was dach sicher nicht verdargen bleiben kannte, da war man sicher, daß man es wieder einmal mit einer faustdicken antisemitischen Erfindung zu thun hatte. Aber der Zweck, den der Verfasser dieses elenden Machwerkes im Auge gehabt hatte, war erreicht; er haite unter dem Deckmantei der Ananymität seine giftigen Pfeile auf die Juden aus dem Hinterhaite abgeschassen, und das Gift der Verleumdung wirkte nun bei vieien Lesern der Notiz, weiche dieselbe für wahr annahmen, ahne daß man den aber die hinteriistigen Schützen dafür in der gebührenden Farm vor der Oeffentlichkeit als das, was sie in Wahrheit sind, als Verleumder, hinstellen kännte.

(Schluß folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nr. 12. **Berlin, den 21. März 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephan: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kastenfrei zu senden. Die „Mittheilungen" haben ca 8000 zahlende Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen für die Verbreitung der „Mittheilungen" nicht nachlassen werden.

Die Red. der „Mittheilungen".

Eisern Werk und eisern Stirn.

Zum 80. Geburtstag des Altreichskanzlers ist in den Straßen Berlins ein antisemitisches Flugblatt vertheilt warden, ausgezeichnet dadurch, daß es zur Abwechslung einmal den Thalmud bei Seite läßt, dagegen eine Bibelstelle als Beweisstück für die Minderwerthigkeit der Juden heranzieht. So unglaublich es nun auch klingt — Jedermann kann sich aus seiner deutschen Bibel daoon überzeugen: die fragliche Bibelstelle ist in der Wiedergabe durch das Flugblatt aufs gröbste gefälscht! Dies öffentlich festzustellen, hat mir, seitdem ich das Blatt zu Gesicht bekam, am Herzen gelegen; bisher verhindert, glaube ich es auch jetzt nach zur Steuer der Wahrheit nachholen zu sallen, umsamehr, da das Blatt noch immer feilgeboten wird und da zum kommenden 1. April eine neue Massenverbreitung des Blattes zu erwarten ist.

Anknüpfend an die alte Behauptung, daß es keine jüdischen Maurer, Zimmerleute, Schmiede u. s. w. gebe, daß man überhaupt bei der eigentlichen Arbeit die Juden niemals finde, sagt das Flugblatt:

„Dies ist nicht erst seit neuerer Zeit, sandern schan im Lande Kanaan der Fall gewesen; denn 1. Samuel 13 heißt es: Es ward aber kein Schmied im ganzen Lande Israel gefunden, und so Jemand eine Hacke, Beil oder Sense zu schärfen hatte, mußte er hinabziehen zu den Philistern".

Ich bitte jeden Leser, das 1. Buch Samuelis 13. Cap. aufzuschlagen. Wie heißt es da, **Vers 19 und 20,** wörtlich?

„Und ein Schmied ward nicht gefunden im ganzen Lande Israels; **denn die Philister hatten sich gesagt, es könnten sonst die Ibrim Schwert oder Lanze fertigen.** Und es ging hinab ganz Israel zu den Philistern, zu schärfen ein Jeder seine Pflugschar und seine Hacke und sein Beil und seine Sense."
Luther übersetzt: „Es ward aber kein Schmied im ganzen Lande Israel erfunden; **denn die Philister gedachten, die Ebräer möchten Schwert und Spieß machen.** Und mußte ganz Israel hinabziehen zu den Philistern, wenn Jemand hatte eine Pflugschar, Hacke, Beil oder Sense zu schärfen."

Der Verfasser des Flugblatts hat also einen ganzen Satz, und zwar denjenigen, **der den Mangel an Schmieden begründet,** weggelassen, einfach deshalb, weil sanst schon **die Logik eines Schulkindes** das **Gegentheil** dessen, was das Flugblatt behauptet, aus unserer Schriftstelle entnommen hätte: wenn nämlich die Philister besargten, die Israeliten mächten Schwert und Lanze machen, sa ist ja sonnenklar, daß unter den Israeliten Etwelche tüchtig und bereit genug waren, Schwert und Lanze zu fertigen. — Kenner des Hebräischen wissen, daß das im Urtext des V. 19 stehende Bindewort „pen" (= daß nicht, daß nur ja nicht — pen oan pinnâh = abwenden, nämlich ein Uebel) die Besargniß der Philister und damit die Tüchtigkeit und Arbeitslust der israelitischen Waffenschmiede noch weit augenfälliger hervortreten läßt, als die deutsche Uebersetzung. Und auch ohne in den Geist der Bibelsprache mit ihrem kindlich-anmuthigen Wechsel oon Weitläufigkeit und Brachylogie tiefer eingedrungen zu sein, wird man ohne Weiteres erkennen, daß der Bericht in V. 19 abgekürzt und etwa falgendermaßen zu ergänzen ist: „Es ward kein Schmied im ganzen Lande Israel gefunden; **denn die Philister hatten die Schmiede weggeführt;** denn sie hatten sich gesagt pp." Daß die Wegführung der Schmiede im Alterthum zur Palitik des Siegers gehärte, dafür bietet ein ausdrückliches Beispiel 2. Könige 24,14: „Nebukadnezar führte weg — — — — **alle Zimmerleute und alle Schmiede und ließ nichts übrig denn gering Volk des Landes"** — ein Bericht, der auch deswegen bemerkenswerth ist, weil hier die jüdischen Schmiede oon dem „geringen Volk des Landes" ausgenammen werden.

In der eben entwickelten Auffassung von Vers 19 und 20 Samuel I,13 stimmen alle Erläuterer überein. So bemerkt das „Theologisch-homiletische Bibelwerk", herausgegeben von J. P. Lange, VI. Theil von Dr. Erdmann (Bielefeld und Leipzig, Velhagen und Klasing, 1873) zu unserer Stelle: Hier waren die Israeliten durch sie (die Philister) wehrlos gemacht; denn es ward hier „im ganzen Lande kein Schmied gefunden." Die Philister hatten die Schmiede-

werkstätten aufgehaben; denn sie dachten: „die Hebräer möchten sich sonst Schwert und Spieß machen.“ Nur die zum Ackerbau näthigen Werkzeuge wurden ihnen gestattet, zu deren Schärfung sie zu den Philistern sich begeben mußten. In gleicher Weise schrieb Porsenna den Römern vor, Eisengeräthe nur zum Ackerbau anzuwenden

Das „Alte Testament mit in den Text eingeschalteter Auslegung“, herausgegeben von August Dächsel (Dritte Auflage, Leipzig, Naumann, 1885) hat die Stelle in folgender Form: „Es ward aber [seit der Zeit, wo die Philister wieder mächtig geworden waren] kein Schmied im ganzen Lande Israel erfunden; denn die Philister gedachten, die Ebräer möchten [wenn wir ihnen ihre Schmiede lassen] Schwert und Spieß machen [um den Kampf mit uns aufzunehmen] pp.“

Der „Kurzgefaßte Commentar zu den heiligen Schriften Alten und Neuen Testaments“, herausgegeben von den Professoren der Theologie Dr. Strack und Consistorialrath Dr. Zäckler (Nördlingen, Beck, 1887) läßt sich über Vers 19 und 20 also aus: Eine Zustandsschilderung, welche uns zeigt, wie entblößt von Mitteln der Gegenwehr der israelitische Bauer den brandschatzenden Horden dazumal gegenübergestanden hat. Dieser Zustand v. 19 ff., verbunden mit der v. 17. 18 berichteten Thatsache, thut die Nothwendigkeit und die unvergleichliche Bedeutung des Heldenstückes Jonathans und der daran angeschlossenen Kampfesarbeit des saulischen Israels dar, mit welcher der unerträglichen Noth ein Ende bereitet wurde.

In demselben Sinne hat auch die Geschichtschreibung unsere Quellenstelle verstanden und zu Grunde gelegt. So heißt es in der Darstellung von Georg Weber (Allgem. Weltgeschichte, Leipzig, Wilh. Engelmann, 1882, Band I S. 6-4): Und diese Entwaffnung wurde von den Philistäern mit solcher Vorsicht durchgeführt, daß sie nicht einmal Schmiede in dem unterworfenen Landstriche duldeten, so daß jeder Hebräer in die Städte der Philistäer hinabgehen mußte, um seine Pflugschar und seine Hacke und sein Beil und seinen Spaten zu schärfen.

Also mit der Bibel als Belegbuch für die Behauptung des fehlenden Handwerks in Israel ist es Nichts! Was es überhaupt mit diesem Vorwurf auf sich hat, kann im „Antisemitenspiegel (Danzig, Kafemann, 1892) nachgelesen werden, wo in dem Kapitel über die Juden als Handwerker und Ackerbauer (S. 99—108) erwähnt ist, daß Deutschland die Juden vom Handwerk ausschloß, daß es in Deutschland — nicht ohne die Schuld des Antisemitismus — jüdischen Knaben jetzt noch schwer fällt, bei christlichen Handwerkern als Lehrlinge Aufnahme zu finden, und daß es dennoch auch in Deutschland an jüdischen Handwerkern nicht fehlt; daß in Rumänien Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Schlosser pp. fast nur durch Juden vertreten sind; daß in Rußland fünfzehn Gouvernements, die den Juden Aufnahme gewähren, gegen fünfzehntausend jüdische Schlosser und Schmiede, gegen zwölftausend jüdische Dachdecker und Zimmerleute zählen, abgesehen von der übergroßen Menge anderer jüdischer Handwerker in Rußland.

Ueber frühere Zeiten belehrt uns die Schrift „Jüdisches Handwerkerleben zur Zeit Jesu, nach den ältesten Quellen geschildert“ von dem verewigten Professor der evangelischen Theologie Dr. Franz Delitzsch (Dritte revidirte Auflage, Erlangen, Deichert, 1879), aus der einige Anführungen gestattet sein mögen:

Das jüdische Volk ist von jeher ein arbeitsames gewesen, welches an Trieb und Kraft und Erfindungsgabe zu rastloser Thätigkeit hinter keinem Volke zurückstand (Seite 23). Schon in der vorexilischen Königszeit sehen wir die mannigfaltigsten Gewerbe zu Lebensberufen ausgebildet. Schmied und Schlosser, Zimmermann und Maurer haben besondere Namen (S. 24). Eine besondere Vorliebe zu demjenigen Handelsgewerbe, welches nicht vom Umsatz eigener, sondern fremder Arbeit lebt, zeigt sich im jüdischen Volke nirgends, wenn wir von dem ersten christlichen Jahrhundert so weit als möglich rückwärts und etwa ein halbes Jahrtausend vorwärts blicken (S 25). Die Juden in Alexandrien hatten eine weltberühmte prächtige Synagoge. In dieser saßen die Männer nicht bunt durcheinander, sondern da hatten die Goldarbeiter, die Silberarbeiter, die Nagel- und Nadelschmiede, die Kupferschmiede, die Weber ihre besondere Stände und Bänke, und wenn ein armer Handwerksgenosse hineinkam, setzte er sich zu seiner Innung, die ihn so lange unterstützte, bis er Arbeit bekam (S. 38). Zahlreiche Altrabbinen (Thalmudisten) werden S. 76 ff. a. a. O. namhaft gemacht, denen Wissenschaft und Gewerbe, Arbeit des Geistes und Arbeit der Hände als ein verträgliches und nicht zu scheidendes Paar galten, gemäß dem altrabbinisch-ethischen Spruch: Schön ist das Studium der Thorah (Gotteslehre) im Verein mit einem bürgerlichen Gewerbe, denn die eifrige Beschäftigung mit beiden entwöhnt der Sünde (Aboth II, 2 u. ä.). Es fehlt unter den aufgeführten Rabbinen auch nicht an einem Schmied (nappâch) Namens Isaak.

Neben der oben nachgewiesenen Unterdrückung eines ganzen Satzes hat der Verfasser des Flugblatts noch eine kleine Untreue begangen: er läßt unter den Geräthen, die Israel zum Schärfen brachte, die an erster Stelle genannte **Pflugschar** aus. Es sollte wohl den Lesern des Flugblatts nicht zu deutlich in Erinnerung kommen, daß Israel in Palästina auch Ackerbau getrieben hatte. Die Fabel muß doch aufrecht erhalten bleiben, daß die Abneigung gegen die schaffende Arbeit in jeder Gestalt jüdische Rasseneigenthümlichkeit sei! Wie stimmt zu dieser Fabel z. B. die Thatsache, daß selbst viele und hervorragende Thalmudisten hinter dem Pflug einhergingen? Wie stimmt dazu das stolze Wort eines solchen Thalmudisten-Bauern: „Adam, scheên lo karka, eno adam“ = „Ein Mensch, der keinen Acker hat, ist kein Mensch“? (Babyl. Thalmud Traktat Jebamoth 63a, 7. Zeile von oben.)

Offenbar um nicht so leicht ertappt zu werden, hat der Verfasser des Flugblatts die Bibelstelle nur nach Buch und Capitel bezeichnet, die Nummern der Verse (19, 20) dagegen nicht angegeben; er rechnete auf die Bequemlichkeit und Leichtgläubigkeit der Leser. Aber dennoch — welche eiserne Stirn gehört dazu, die Allen zugängliche Bibel dermaßen zu fälschen! Welche Verruchtheit, über ein solches Lügenwerk das Motto zu setzen: „Furchtlos, treu und **wahr!**“

Mit den Worten, die der 32jährige Bismarck im Landtage von 1847 gegen die Juden, insbesondere gegen die Möglichkeit eines jüdischen Richters, sprach, ist das Flugblatt in eine äußerliche Beziehung zum Geburtstag des Altreichskanzlers gesetzt. Aber der Staatsmann Bismarck hat andere Anschauungen bethätigt, als der Abgeordnete sie gehabt hat; nach der unter seiner Kanzlerschaft gegebenen Gerichtsverfassung ist der Jude vom Richteramt nicht ausgeschlossen! Ueberhaupt ist ja der eiserne Mann, wie er an die Gießener Theologen-Facultät nach Verleihung der Doctorwürde schrieb, milder geworden; und so dürfte er auch wohl den Juden gegenüber die Vorurtheile seiner Jugend nicht bewahrt haben. Sicher ist, daß er eine unehrliche Kampfesweise, wie sie oben aufgedeckt ist, verabscheut. Dr. Philipp Kroner-Berlin.

Das neue Richtergesetz und die Juden.

Dem Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf über die Regelung der Richtergehälter und die Anstellung der Gerichtsassessoren zugegangen. Bisher wurde jeder Referendar, sobald er die Assessorprüfung bestanden hatte, in den Justizdienst übernommen. Wann er eine Richterstelle erhielt, das war ungewiß. Er konnte lange Jahre warten. Aber es konnte sich der Assessor mit der Hoffnung schmeicheln, daß er eine Richterstelle bekommen werde, wenn er nur die

nöthige Zeit zu warten verstehe. In Zukunft soll das anders werden. Da sollen zwar auch die Referendare noch die Assessorprüfung machen können, aber alsdann werden sie keineswegs ohne Weiteres in den Justizdienst übernommen. Vielmehr trifft dann die Verwaltung eine *Auswahl*. Sie nimmt nur Assessoren an, soweit Bedarf vorhanden ist, und von den Assessoren nimmt sie nur diejenigen, *die ihr geeignet erscheinen*, geeignet nach Vermögensverhältnissen, gesellschaftlicher Bildung, Takt und anderen Rücksichten, die weder im Gesetz, noch in seiner Begründung besonders angegeben sind.

Die liberale und die Centrumspresse macht gegen diese Neuerung entschieden Front, sie bezeichnet sie als *unannehmbar*. Es liege die Gefahr nahe, daß die Auswahl der Assessoren nach ihrem politischen Standpunkte erfolgen würde, die *verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Staatsbürger könnte gefährdet* werden.

Nur die *Antisemiten* erklären sich mit den vorgeschlagenen neuen Bestimmungen einverstanden, weil sie von denselben die *Fernhaltung der Juden von dem Justizdienst*, also die Erfüllung eines ihrer Lieblingswünsche, erhoffen. Juden könnten nicht, so ist in ihren Blättern wieder zu lesen, das hohe Amt eines Richters bekleiden, ohne daß die christliche deutsche Bevölkerung sich dadurch in ihren heiligsten inneren Gefühlen verletzt fühlt.

Vielleicht denkt die Regierung garnicht daran, mittelst des neuen Gesetzes die Juden vom Justizdienst auszuschließen. Aber man wird dem Volk nicht verdenken können, wenn es in dem Gesetzentwurf eine Art von „trockenem Antisemitismus“ erblickt. Die „Breslauer Ztg.“ behauptet auch zu wissen, daß schon vor langen Jahren einzelne Oberlandesgerichtspräsidenten einen unüberwindlichen Abscheu gegen jüdische Richter und namentlich gegen jüdische Amtsrichter hatten. Jetzt kann diese Abneigung in ein System gebracht werden. Angenommen, der heutige Justizminister sei von derlei Neigungen vollkommen frei, so wird er selbst zugeben, daß sein Nachfolger, den man noch nicht kennt, das jetzt vorgeschlagene Gesetz zur Entfernung der Juden aus der Justiz mißbrauchen kann.

Im vorigen Jahre hat, wie erinnerlich, der Justizminister *Schönstedt* im Abgeordnetenhause in einer Debatte über die Anstellung jüdischer Richter eine Andeutung seiner Pläne gemacht, welche vielfach so ausgelegt wurde, als ob er den Antisemiten in dieser Richtung entgegenkommen wolle. Voraussichtlich nimmt er bei der demnächstigen Berathung des Gesetzentwurfes Veranlassung, über diesen Punkt sich unzweideutig zu äußern.

Dr. Friedrich Lange.

Der ehemalige Herausgeber der „Tägl. Rundschau“, Dr. Friedrich Lange, giebt zum 1. April ein neues, täglich erscheinendes Blatt heraus, die „Deutsche Zeitung“. Der Stil der Annoncen, die auf sein Unternehmen hinweisen, enthält die alten Lange'schen Phrasen, hinter denen sich Größenwahn gepaart mit einer starken Dosis Unwissenheit verbirgt. „Im gewohnten Zusammenklange verläßlicher Deutschgesinnung“ . . . „die kommende Deutschpartei der wirthschaftlichen Reform“ . . . u. s. f. Wer kennt den Unsinn nicht!

Daß Dr. Lange und sein Verleger Dr. Hempel sich jetzt einander in die Haare fahren, ist erklärlich. Vornehm ist es nicht. Wenn man jahrelang Arm in Arm gegen „Deutschverneinung“ und „Judenknechtschaft“ gekämpft hat und sich dann in die Parade fährt, weil der eine — ehrlich gesprochen — dem andern das Einkommen verkürzen will, so scheint uns das sich jener realistischen Lebensauffassung zu nähern, die dieselben Herren so gern und so oft „jüdisch“ genannt haben. Dr. Hempel schreibt auch in seinem Rundschreiben gegen Dr. Lange: „Es ist ein noch nie dagewesener *unlauterer Wettbewerb der schlimmsten Art*, wenn sich Herr Dr. Lange an die Leser der „Tägl. Rundschau“ wendet, und in das Eigenthum desjenigen, mit dem vereint er vierzehn Jahre gearbeitet hat, den Concurrenzkampf trägt, den er in cynisch-offener Weise mit den Mitteln der *Verdächtigung und Entstellung führt*.“

Wir verstehen den Aerger des Herrn Dr. Hempel. Wenn er aber vorgiebt, daß die „*unerhörte Einführung der neuen Zeitung*“ ihn zur Aufnahme des Kampfes gegen Dr. Lange zwingt, so müssen wir seinem Gedächtniß etwas nachhelfen. War nicht die *Einführung seiner „Volksrundschau“* vor anderthalb Jahren ebenso „*unerhört?*“ Sie war so „unerhört“, daß Anfang August 1894 der „*Reichsbote*“ schrieb:

„Es macht keinen guten Eindruck, wenn ein Blatt gleich von vornherein mit solchen krassen Unwahrheiten und mit Reclamen auftritt, die den *jüdischen* den Rang ablaufen; denn es ist nicht wahr, daß es keine ganz Deutschland umfassende Zeitung giebt, die ein ehrlicher Anwalt für deutsches Volksthum und den deutschen Mittelstand ist. Es giebt viele Zeitungen — vor allem die conservativen — von denen das gesagt werden kann und gesagt werden muß. Es ist eine *Anmaßung sondergleichen*, die Presse aller Parteien als einen Geschäftsagenten für die Ausbeutung durch die Mächtigen oder eine Hetzpeitsche in der Hand der Agitatoren zu bezeichnen. Ein großer Theil der Presse hat die Interessen des Mittelstandes ehrlich und treu vertreten, ehe es eine „Tgl. Rundschau“ und eine „Volksrundschau“ gab. Einem Blatte, das sich mit solchen dreisten *Verleumdungen und Unwahrheiten* ankündigt, steht es schlecht an, sich als Anwalt des deutschen Volksthums zu bezeichnen und in einem Aufrufe an die Geistlichen denselben zuzumuthen, für die Verbreitung des Blattes thätig zu sein“.

Und die conservative „*Bad. Landpost*“ wies am 4. August 1894 das Hempel-Lange'sche Unternehmen mit den Worten ab:

Es ist eigentlich unnöthig, daß wir im Namen der Conservativen und der conservativen Presse Einspruch gegen diese mit faustdicken *Unwahrheiten vermischte wahrhaft* **jüdische** *Reclame* erheben.

Es mag Herrn Dr. Hempel pikant erscheinen, daß wir für Dr. Lange eine Lanze brechen. Aber „unerhörte“ Reclame dulden, wenn sie dem eigenen Geschäft gilt, und sie dann als „unlauteren Wettbewerb der schlimmsten Art“ bekämpfen, ... für diese doppelte Werthschätzung der gleichen unlauteren Mittel haben wir nur ein Achselzucken.

Dr. Hempels Ansicht über Dr. Langes Charakter hat auch eine merkwürdige Wandlung erfahren. Er schreibt:

„Wenn ich mir jetzt zurückrufe, wie er seine Person den Lesern gegenüber stets in den Vordergrund stellte, wie dieses unberechtigte, sonst nicht übliche **Vordrängen,** das sich auch in dem scrupellosen Hinausdrängen verschiedener werthvoller aber ihm unbequemer Redacteure zeigt, sich stets verstärkte, so kann ich nur zu dem Schluß gelangen, *daß er den unlauteren Wettbewerb, den er jetzt offen betreibt, schon vorbereitete, als er noch in Stellung bei der Täglichen Rundschau war.* An Stelle des früheren Vertrauens war schon im Jahre 1895 bei mir die Ueberzeugung getreten, daß ich es mit einem überaus **geschickten, aber keineswegs „idealen“ Streber** zu thun hatte, der dem mit Consequenz und Vorsicht stets verfolgtem Ziele der Ausbreitung seines Ansehens bei den Lesern und damit der Schaffung einer ihm ergebenen Rundschau-„Gemeinde“, mit rücksichtslosester Mißachtung der Rechte des Verlags nachging. Diese meine Ueberzeugung hat sich durch sein jetziges Vorgehen in jeder Weise als durchaus berechtigt erwiesen.“

Die Herren müssen sich ja am besten kennen. Interessant ist, daß im Dienste der „Volksrundschau“ „Viele ihr sauer Erspartes und Dr. Hempel ein Vermögen zugesetzt haben, Herr Dr. Lange aber nicht einen Pfennig riskirt, geschweige denn geopfert hat.“ Dr. Lange hält eben *seine* Taschen zu. Wir sind neugierig, ob er bei dem neuen Unternehmen ebenso ideal betheiligt ist. „Ein Narr wartet auf Antwort“, singt Heine.

Eine hübsche Charakteristik erfährt Dr. Lange auch seitens des antisemitischen „*Modernen Völkergeistes*“ (Februar 1896), des Organs der Dühringianer. Darin heißt es:

„Der Herr *Friedrich Lange* war ursprünglich Schulmeister, und sein besonderes Steckenpferd war viele Jahre lang die Einheitsschule. Beim Anwachsen der antisemitischen Bewegung begann er, äußerlich zaghaft und formell zunächst vorsichtig mit dem Antisemitismus ein wenig zu liebäugeln. . . . . Er hatte viel an Dühring

zu kritisiren, unter Anderem, daß dieser ein eigenes System haben wollte, daß er stilistisch schwerfällig und nicht leicht verständlich sei. Doch lassen wir die Kritik des Herrn Lange an Dühring, die zugleich eine unfreiwillig komische Selbstkritik ist, auf sich beruhen. Kurz und gut, nach Kenntnißnahme unsrer Artikel und einiger Dühring'scher Bücher verspürte Herr Lange mit einem Male, nachdem er so viele Jahre so simpel seine Zeitung redigirt hatte, den Beruf eines Reformators in sich und fing an — System-Artikel zu veröffentlichen.

. . . Herr Lange . . . hüllte sich immer mehr in einen nebelhaften, mystificatorischen Phrasendunst, als dessen Kern der sogenannte „Deutschgedanke" gelten sollte. . . . Soweit der „Deutschgedanke" specialistisch faßbar war, enthüllte er sich als platter Nationalismus, der mit allem vereinbar sein und alles durchdringen sollte. Monarchie, Christenthum, Agrarierthum, Zunftwesen, ständische Vertretung und sonst aller mögliche romantisch reactionäre Kram sollte nach der Imprägnirung mit dem Langeschen Deutschgedanken etwas Gutes und dauernd Haltbares vorstellen.

Offenbar hat Herrn Lange der Dühringsche Gedanke, dem Charakter der besseren Völker, vor allem des deutschen Volkes, die Grundbestandtheile für eine alle bisherige Religion in vollkommenerer Weise ersetzende Geistesführung zu entnehmen, am meisten imponirt. Bei seinem Nachentdeckungsversuch machte jedoch Herr Lange, anstatt die Dühringschen Gedanken doch wenigstens einigermaßen erkenntlich nachzuentdecken, den Fehler, die Grundbestandtheile der neuen Geistesführung nicht dem modernen Völkercharakter in seinen besten Individualprägungen zu entnehmen, sondern seinen eigenen Charakter zu Grunde zu legen. Infolge dessen sind die Grundbestandtheile des Langeschen Deutschgedankens aus dem Nebelzustand, entsprechend der Langeschen Geistesverfassung, garnicht herausgekommen, und wo sich die Nebel 'mal etwas lüfteten, sind nur längst bekannte, ausgetretene Wendungen und Gemeinplätze zum Vorschein gekommen. *Geistige Verworrenheit und aus Eitelkeit entspringende Unehrlichkeit charakterisiren vornehmlich das Langesche Deutschreformatordebut.* Damit stimmt der Zug auf das schönste überein, denjenigen, von dem man heimlich zu zehren versucht, öffentlich herabzuwürdigen und zu verkleinern. Es lohnt sich kaum, dieser Deutschbündelei in ihrer weiteren Bethätigung nachzugehen. . . ."

Schließlich wird in demselben Blatte (S. 18) noch Dr. Langes — und Dr. Böckels — „*Rassenreinheit stark angezweifelt.*"

O, diese Verjudung!

Vergiftete Waffen.

(Schluß.)

Ein anderes, nicht minder kennzeichnendes Beispiel für die Kampfesweise antisemitischer Helden. In der Nr. 23 vom 28. Januar 1896 veröffentlichte die „Hann. Post" unter der Spitzmarke „*Aus dem Artlande*" folgenden Artikel:

> „Vor einiger Zeit fand hier eine Judenhochzeit statt. Nachdem der Geldpunkt geregelt, wurde Sarah dem Isidor unter dem jüdischen Bethimmel angetraut. Auf der Hochzeit ging's lustig her, Cohn junior trug unter allgemeinem Beifall der Hebräer das Lied „Seht, das ist ein Geschäft" vor; das Lied wurde den ganzen Nachmittag gesungen, so gut hatte es in Israel gefallen. Der Briefträger brachte Depeschen über Depeschen, gereimt und ungereimt; der krummnasige Schwiegervater reichte dem Stephansboten ein Glas „Wein". Nachher stellte zum Entsetzen der Depeschenboten sich heraus, daß der Jude die Reste zusammengegossen und von diesem Mischmasch dem christlichen Briefträger kredenzt. Mit dem übrig gebliebenen „sainen Wain" wird er jedenfalls seine christliche Kundschaft beglücken."

Auch dieser Artikel ist von Anfang bis zu Ende erfunden. Auch hier ist der Ort, wo die Geschichte passirt sein soll, wieder mit echt germanischem Mannesmuth verschwiegen, denn das „Artland" ist ein Gebiet, das sich meilenweit von Quakendrück südlich bis Badbergen bis etwa Bessendrück hin erstreckt und eine bedeutende Anzahl größerer und kleinerer Ortschaften umfaßt. Trotzdem ist es gelungen, folgende Thatsachen festzustellen und hierauf das edle Blatt festzunageln:

Die einzige jüdische Hochzeit, die seit 3 Jahren im „Artlande" gefeiert worden ist und auf die also doch nur angespielt sein kann, fand im Juni 1895 in Quakendrück statt. Unwahr ist nun an dem Bericht der „Hann. Post": 1) daß die Brautleute Sarah und Isidor hießen. Ihre Namen sind Sophie Frank und David Meyer, 2) daß vor der Trauung der Geldpunkt geregelt wurde, vielmehr ist dieser Seitens des Bräutigams ganz dem Wohlwollen seines Schwiegervaters anheimgestellt; 3) daß die Trauung unter sogen. Trauhimmel stattgefunden habe, da die Gemeinde einen solchen gar nicht besitzt; 4) daß Cohn jr. unter allgemeinem Beifall der Hebräer das Lied: „Seht, das ist ein Geschäft" vorgetragen, da ein Herr dieses Namens gar nicht auf der Hochzeit war, 5) daß dieses Lied überhaupt gesungen worden ist, da dasselbe gar nicht dem Charakter der Hochzeitsgesellschaft, die sich aus den besten christlichen (!!) und jüdischen Kreisen rekrutirte, und der Anwesenheit Sr. Ehrwürden des Herrn Landrabbiner Dr. Löb-Emden angemessen gewesen wäre; unwahr ist 6) endlich, daß den Briefboten, die die Hochzeitsdepeschen überbrachten, Wein gereicht worden sei, der aus den Neigen der Weingläser zusammengegossen war. Unser Gewährsmann, der event. mit seinem Namen und seiner Person für die Wahrheit der erwähnten Thatsachen einsteht, hat sämtliche 3 Briefträger des Ortes gefragt und einstimmig haben sie das als „ganz gemeine Lüge" zurückgewiesen. Von der ganzen Geschichte bleibt als wahr allein die Thatsache übrig, daß die Hochzeitgesellschaft in sehr vergnügter Stimmung war, und daß der übrigens wohlbekannte Herr, der diesen schönen Bericht erfunden hat, wahrscheinlich sehr ärgerlich darüber war, daß man ihn, den bekannten Quakendrücker Antisemiten, nicht auch zu jener Gesellschaft geladen hat. Oder sollte dieser Artikel die Rache dafür sein, daß sein Verfasser vor einiger Zeit wegen ungehörigen Benehmens gegenüber einer jüdischen Firma von seiner vorgesetzten Behörde gemaßregelt wurde? Das wäre allerdings eine „echt germanische" Rache.

Ein dritter Fall, der in der Stadt Hannover selbst spielen sollte, und den das mehrfach gekennzeichnete Blatt in seiner Nr. 40 vom 20. Febr. d. J. unter der Spitzmarke „*Unglaublich aber wahr*" brachte. Danach sollte im „Hann. Anzeiger" eine Annonce gestanden haben, in dem ein Kunstmaler schöne junge Mädchen als Modelle gegen hohe Vergütung sucht". Eine junge Dame, die sich auf dies Inserat bei der Expedition des „Anzeigers" meldete, sei von der Expedition an eine in der Lenaustraße wohnende Person, und von dieser wieder an einen auf der Osterstraße in H. wohnenden Herrn S. gewiesen worden, der sich schließlich als ein alter jüdischer Wüstling entpuppte, der dem Mädchen unsittliche Anträge stellte. Auch hier ist der Name der Person oder des Ortes schlauer Weise von den braven Antisemiten vermieden worden. Eine Nachfrage bei dem „Hann. Anzeiger" hat nun ergeben, daß ein solches Inserat mit dem angegebenen Wortlaute überhaupt nicht aufgegeben worden ist, und daß es andererseits der bei der Expedition des „Anzeigers" herrschenden Geschäftspraxis direct widerspricht, derartige Auskünfte zu ertheilen. Nun erklärt zwar das Antisemitenblättchen, auf Wunsch mit den genaueren Angaben dienen zu können. Warum dann so schüchtern, edles Blatt? Immer heraus mit dem Flederwisch, damit entweder der Wüstling seiner gerechten Strafe verfalle, oder aber, was wahrscheinlich ist, damit offen klargelegt werde, daß die antisemitische Redaction wieder einmal von ihrem Vertrauensmann angelogen worden ist.

Aber *einmal* hat die „Hann. Post" Namen genannt. Im Jahre 1895 wurde gegen einen jüdischen Productenhändler Eichwald in Linden Untersuchung wegen Hehlerei eingeleitet. Wir bemerken ausdrücklich, daß das im ganzen Jahre 1895 der einzige Fall gewesen ist, wo einem Hannoverschen Juden öffentlich ein Vorwurf gemacht wurde, und die „Hann. Post" ließ sich denn auch die günstige Gelegenheit nicht entgehen, diesen Fall nach Kräften für ihre Zwecke auszuschlachten und in perfider Weise anläßlich dieses *einen* Falles die gesammte Judenschaft Hannovers an den Pranger zu stellen und sie als eine internationale Verschwörerbande von Talmudgaunern zu kennzeichnen. Aber o Pech! Eichwald

wurde bei der Verhandlung glänzend freigesprochen. Der Staatsanwalt stellte selbst den Antrag auf Freisprechung, weil sich herausgestellt hatte, daß der Denunziant ein verkommenes Individuum war, welches, um die eigenen Betrügereien zu verdecken, seinen Brodherrn denunzirt hatte. Alle übrigen Hannoverschen Blätter nahmen von dieser Freisprechung und ihren Motiven Notiz, der „Hann. Post" fiel solches natürlich nicht ein; ihr genügte es vollständig, dem Juden etwas am Zeuge geflickt zu haben.

Das sind so einige Proben von der Kampfesweise der „Hann. Post", die auf Verlangen vermehrt werden können. Im gewöhnlichen Leben nennt man eine derartige Kampfesweise mit geschlossenem Visir, aus dem Hinterhalte und mit vergifteten Waffen „gemeine Hetze"; aber als einmal das Thun und Treiben dieses Blättchens mit jenem Ausdruck charakterisirt wurde, setzte sich der Chef der Hannoverschen Antisemiten, Herr Dr. Lindström in Goslar, auf's hohe Pferd und erklärte im Brustton tiefster Entrüstung, es sei eine „sittliche Unmöglichkeit", von den Antisemiten und ihrer Agitation als einer „hetzerischen" zu sprechen. Nun, nach den angegebenen Proben wird es aber hohe Zeit, daß Herr Dr. Lindström einmal in den Redactionsräumen der „Hann. Post" fürchterliche Musterung hält, denn es erscheint uns als eine „sittliche Unmöglichkeit", daß ein christlich-germanisches Blatt unter seiner Aegide so redigirt wird, wie das bei der „Hann. Post" thatsächlich der Fall ist.

Dr. Sigl's „Bayr. Vaterland"

vom 14. März enthält einen Aufsatz, den wir hier wiedergeben, weil er von einem Juden herrührt, der in ruhiger und sachlicher Weise dem Münchener Blatte geantwortet hat. Dr. Sigl führt den Aufsatz mit den Worten ein:

„Ein uns seit vielen Jahren als wohlwollender streng rechtlich denkender Mann bekannter und wegen seiner Stellung und persönlichen Eigenschaften allgemein geachteter Jude schickt uns mit der Bitte um Aufnahme folgenden Brief, mit dem er an unsere Gerechtigkeit appelliren will. Gut! Audiatur et altera pars!"

Der Jude schreibt:

„Die angeblichen Aussprüche des englischen Ober-Rabbiners, welche das „Vtld" kürzlich citirte, sind undenkbar.*) Die englischen Juden sind zum größten Theil streng rechtliche, vornehme Leute, Abkömmlinge der portugiesischen Juden, sog. Sephardim. Zu ihnen gehörten Uriel Akosta, Spinozza, Benjamin Disraeli. Es waren fast immer Künstler, Gelehrte, erleuchtete Geister und vornehme Handelsherren. Der Wucher ist bei den englischen Juden unbekannt; sie würden einen Rabbiner, der sich in so unduldsamer oder verfolgungssüchtiger Weise gebärdete, sofort davonjagen oder ins Narrenhaus sperren. Wer die englischen Verhältnisse kennt, muß das bestätigen.

In den beiden Artikeln „Zur Judenfrage" wird allen (nein!) Juden, einerlei ob Künstler, Gelehrte, ehrliche Kaufleute und Industrielle, in einer Weise jeder Idealismus, jede anständige Empfindung derart abgesprochen, daß sich jeder geborne Jude, der einen Atom von Ehrgefühl besitzt, aufs Tiefste beleidigt und verletzt fühlen muß. Der Verfasser behauptet, der Jude sei immer Jude, ob er Richter, Gelehrter &c. sei oder nicht. Das soll wohl die betreffenden jüdischen Kategorien herabwürdigen. Ich, der ich s. Z. in eine christliche Volksschule gegangen bin, der ich fast immer in christlichen Kreisen verkehrt und $^9/_{10}$ meiner Freunde und Bekannten unter den Christen hatte und habe, constatire, daß ich nie im Leben einen Unterschied zwischen einem anständigen Christen und Juden zu finden vermochte. Der Anständige war immer anständig, der Lump ein Lump, gleich welcher Confession. Wir in Bayern haben mit unseren jüdischen Beamten noch niemals schlimme Erfahrungen gemacht. Ihre juristischen und moralischen Qualitäten stehen denen ihrer christlichen Collegen gewiß nicht nach. Ebenso ist es mit unseren bayerischen jüdischen Journalisten. Ich habe nur einen gekannt, es war der langjährige Chef-Redacteur des „Nürnb. Corr.", Dr. Feust. Er war eine ebenso bescheidene als selbstlose Natur, ein wahrhaft antiker Character. Die ihm angebotenen Orden und Auszeichnungen hat er s. Z. alle zurückgewiesen. An Wissen thaten es ihm Wenige gleich.

Der Verfasser bemerkte zum Schluß noch: Die Juden hätten von jeher an allen möglichen Krankheiten gelitten und daher rühren ihre Speisegesetze &c. Das ist die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Die Speise- und sonstigen Ritualgesetze werden heute noch auch von allen Muhamedanern als Gesetze beobachtet und auch die orientalischen Christen müssen sie beobachten, wenn sie sich nicht den schwersten Gefahren aussetzen wollen. Unsere bayrischen Truppen, die s. Z. durch König Otto nach Griechenland kamen, starben wie die Fliegen weg, weil sie sich eben nicht an die orientalischen Speisegesetze hielten. Vor einigen Jahren entstand in England eine mächtige Bewegung, an deren Spitze der katholische und der protestantische Erzbischof sowie viele Aristokraten des Landes sich befanden, zur Einführung des jüdischen Schlachtverfahrens und eines Theiles der jüdischen Speisegesetze. Man hatte die Beobachtung gemacht, daß in einigen Parallelstraßen Londons, die theils nur von Christen, theils von Juden bewohnt waren, bei den Ersteren viele Krankheiten entstanden, die bei Letzteren nie vorkamen. Ebenso wurde beobachtet, daß die dort wohnenden Juden meistens ein viel höheres Alter erreichten, als die Christen, trotzdem die Juden nur aus Arbeitern und Handwerkern sich rekrutirten.

Die Krankheit, an welcher der Jude seit 2000 Jahren leidet, ist die Krankheit der — Minorität. Diese häßliche Krankheit kann aus dem besten Manne einen — Paria machen. Der Jude hat eben die Partie honteuse in der Schöpfung. Er kann es Keinem recht machen. Er wird durch die Gesetzgebung künstlich herabgewürdigt, dann macht man ihm den Vorwurf, daß er herabgewürdigt ist. Von jeher hat man ihm den anständigen Erwerb ganz unmöglich gemacht, oder erschwert, dann aber den Vorwurf gemacht, daß er sich bloß dem Wucher oder Schacher widme. Jetz, wo der Jude seine Kinder studiren läßt, soll auch das bei ihm eine böswillige That sein. Was man dem Christen mit Recht als gute That anrechnet, wenn er seinen Söhnen, unter großen Opfern, eine sorgfältige Erziehung giebt, beim Juden wird es verdammt. Es wird fortwährend der hohe Procentsatz der jüdischen Studirenden gehässig besprochen.

Unter anderen Insulten befand sich im Artikel auch die, daß ein jüdischer Gelehrter ein Weingeschäft erbte, dasselbe fortführte und als es ihm nicht convenirte, sich wieder der Wissenschaft zuwandte. Der Einsender bemerkte, so was wäre bei einem Christen nicht denkbar. Wirklich? Der berühmte Tenorist Baier, ein guter christlicher Oberpfälzer, der Lehrer und Freund unseres unvergeßlichen Härtinger, war einer der größten Meister der Welt. Nach seinem Abgang von der Bühne wurde er — Getreidehändler.

Bei den Juden wird eben stets ein anderer Gradmesser angelegt, als beim Christen. Was bei Letzterem Artigkeit

---

*) Wir können dem unbekannten jüdischen Herrn aushelfen. Gemeint ist (s. „Mitth." 1895, S. 360) ein „englischer Ober-Rabbiner John Readclif", der 1880 einen Ausspruch gethan haben soll, demzufolge die Juden danach trachten sollen, „alles Gold der Erde" zu erlangen, um sie dann ganz zu beherrschen. Wir haben längst aufgedeckt, daß das die berüchtigte Rede ist, die ein Großrabbiner im historischen Roman „Gaeta-Warschau-Düppel" von Sir John Retcliffe hält. Retcliff ist bekanntlich der aus dem Waldeck-Prozeß bekannte Rechnungsrath Hermann Gödsche. Aus diesem Retcliff hat das Wiener Antisemitenblatt, die „Reichspost" und nach ihm Dr. Sigl's „Vaterland" einen **Oberrabbiner** Readclif (!) gemacht.

Red. d. „Mittheil."

und Aufmerksamkeit ist, bedeutet bei ersterem Taktlosigkeit und Zudringlichkeit. Von den ersten Kinderjahren an fühlt er stets den Haß und die Verfolgungssucht aus jedem Wort und jeder Miene heraus. Er darf noch so correct leben, sich nie etwas zu Schulden kommen lassen, beim ersten Schein, der gegen ihn spricht, da brechen alle die anerzogenen, eingepeitschten Vorurtheile mit elementarer Gewalt hervor, da heißt es einfach Die, nicht der, S—juden! Für die Schlechtigkeit oder Gemeinheit des Einzelnen wird nicht dieser allein, wie es bei anderen Confessionen gebräuchlich, sondern stets die Gesammtheit verdammt. Das ist die Partie honteuse in der Schöpfung. Die unheilbare Krankheit der — Minorität!

Es giebt keine Judenfrage. Es giebt nur die Judenfrage, welche man willkürlich aufwirft **und künstlich** construirt! Unter wirthschaftlichen Nothständen leidet der solide jüdische Geschäftsmann genau so, wie der christliche. Durch einen Tietz 2c. wird dem soliden jüdischen Kaufmann das Geschäft ebenso verdorben, wie seinem christlichen Collegen, blos, daß der Jude noch die perfiden antisemitischen Verleumdungen und Beleidigungen darüber zu erdulden hat. Man gehe gegen den unlauteren Wettbewerb, gegen Wucher, Güterschlächterei, gegen die Raubzüge des Großkapitals in drakonischer Weise vor! Man stelle sie mit ihrem ganzen Geschäftsbetrieb förmlich unter Polizeiaufsicht, aber man beleidige den tadellosen jüdischen Künstler, Gelehrten, Richter, Arzt oder Kaufmann nicht und eskamotire ihm nicht diejenigen Rechte weg, die er durch treue Pflichterfüllung genau so zu beanspruchen hat, wie der Christ.

Ich weiß, das Sie ein guter Mensch sind, ein opferwilliger Freund von felsenfester Treue sein können. So habe ich Sie kennen gelernt. Ich frage Sie nun, halten Sie es für Recht, daß Sie die Macht Ihres Blattes und Ihre große Begabung in den Dienst des Antisemitismus stellen? Im Namen der Menschlichkeit bitte ich Sie, die schweren Gegensätze nicht noch mehr zu verbittern. Sie haben die Macht und die Gelegenheit, der Humanität zu dienen, wie es Wenige vermögen. Machen Sie von dieser Macht Gebrauch, indem Sie mir das Wort zur Vertheidigung geben!" —

Zur Abwehr.

Jüdische Soldaten. Die deutsche Kriegerzeitung „Parole" schreibt in Nr. 10. vom 6. März:

„Ein deutscher Offizier von echtem Schrot und Korn" — so schildert uns Kamerad W. Gr. in Fulda seinen ehemaligen Rittmeister, 1870/71 Chef des 4. Escadron des Hessischen Husaren-Regiments, jetzigen Generallieutenant z. D. v. Schnackenberg (Hannover), der kürzlich, am Gedenktage der Einnahme von Le Mans, mit dem Stern zum Rothen Adlerorden II. Classe mit Eichenlaub decorirt wurde. Ein schneidiger, hervorragender Führer, wie seine Attacken bei Wörth und Sedan, vor allem aber seine Leistungen in den Zügen an der Loire beweisen, für welch' letztere er das Eiserne Kreuz I. Classe erhielt; streng im Dienst, zugleich die verkörperte Gerechtigkeit gegen Jedermann und voller Nachsicht bei kleinen Vergehen außer Dienst, sobald man im Dienst seine Schuldigkeit that — diese ritterlichen Eigenschaften sicherten ihm bei seinen Husaren ein solches Vertrauen, solche Liebe und Anhänglichkeit, daß jeder seiner Untergebenen mit Begeisterung für ihn durchs Feuer ging. Welch' edle Bescheidenheit ihm eigen ist, davon giebt folgendes Dankschreiben des Generals von Schnackenberg (für einen Glückwunsch des Kameraden Gr. anläßlich der letzten Decorirung) zur Genüge Zeugniß:

Es hat mich gerührt, daß Sie nach 25 Jahren sich meiner noch erinnern und freudigen Antheil an dieser meiner Auszeichnung nehmen. Daß dieselbe mir jetzt von Se. Majestät zu Theil geworden ist, habe ich nur dem Umstande zu verdanken, daß es mir im Kriege 1870/71 vergönnt war, einer Escadron vorzustehen, deren Mannschaften sich sämmtlich durch Tüchtigkeit, Hingabe und Tapferkeit auszeichneten, und die stets unverzagt und mit freudigem Herzen ihren Vorgesetzten folgte.

In dankbarer Erinnerung ergebenst

v. Schnackenberg."

Welch edler Charakterzug des Generals, sein Verdienst der Tüchtigkeit seiner Mannschaften zuzuschreiben! — Etwa drei Wochen später hatte Kamerad Gr. noch die ganz besondere Freude, an seinem Geburtstage durch eine Photographie seines ehemaligen Escadronschefs in Generalsuniform nebst Geburtstagsglückwunsch von Sr. Excellenz v. Schn. überrascht zu werden. Gr. schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ich habe die feste Ueberzeugung, würde die deutsche Armee lauter solche Vorgesetzten haben, so würde ein Strafgesetzbuch kaum noch vonnöthen sein und den vordringenden Sozialdemokratie wäre bei unserer Armee ein starker Riegel vorgeschoben."

Soweit die „Parole". — Es dürfte die Leser der „Mittheilungen" interessiren, daß der von seinem früheren Escadronschef so geehrte Kamerad W. Gr. der jüdische Husar Wolf Grünebaum, wohnhaft in Fulda, ist, derselbe Husar, von dessen Ordonnanzritten die „Mittheilungen" in Nr. 39 vom 29./9. 1894 einiges erzählt haben. Aus dem angeführten Bericht der „Parole" ersieht man, mit welch inniger Liebe jüdische Soldaten an ihren Vorgesetzten hängen, wenn für die Behandlung und Werthschätzung der Soldaten nicht die Religion desselben bestimmend und ausschlaggebend ist, was bei dem Rittmeister v. Schn. nie geschah. Sein Wort war: „Ich habe keine Protestanten, keine Katholiken und keine Juden, ich habe Husaren." Jedem religiösen Bekenntniß begegnete er mit Hochachtung und dispensirte Grünebaum — den einzigen Juden in der Escadron von 1868 bis 1871 — mit Ausnahme der Kriegszeit an jedem Samstag gänzlich vom Dienst. Jede Bitte Grünebaums, den Vorschriften der Religion nachkommen zu dürfen, wurde stets bewilligt, gern bewilligt, ja, oft bedurfte es nicht einmal einer Bitte. Als Grünebaum zu Anfang seiner Dienstzeit sich einmal hierfür bedanken wollte, gab der Rittmeister zur Antwort: „Ich wünsche keinen andern Dank, als daß Sie ein ebenso wackerer Husar werden möchten, als Sie Jude sind." — Bei einer solchen vorurtheilsfreien, gerechten Behandlung wird der jüdische Soldat in größter Opferfreudigkeit mit seinen Kameraden den feindlichen Schaaren und Geschützen entgegenstürmen, mit größter Opferfreudigkeit für sein Vaterland in den Tod gehen. M.

☐ **Köln,** 11. März. Die antisemitische „Deutschnat. Ztg." in Düsseldorf, bringt am 27. Febr. folgende Geschichte aus Gelsenkirchen:

„Großes Aufsehen erregt hier das plötzliche Verschwinden eines Juden Moses Eisenhard unter Mitnahme eines Christenmädchens und nicht unbedeutender Geldmittel. Der betr. Jude war von einer Cigarren-Firma in Duisburg als Leiter resp. Verkäufer in einer hiesigen Filiale angestellt mit einer Provision von 20 pCt., mußte aber das Geschäft auf seinen Namen führen. Das Mädchen betrieb hier unter dem Namen Emma Wolf ein Putz-Geschäft und soll von dem Juden unterstützt worden sein. Hoffentlich werden den Verschwundenen die Fangarme der Polizei erreichen und die christliche Geliebte dürfte dann ernüchtert werden, wie jetzt diejenige des erfaßten Rechtsanwalts Friedmann. Christliche Mädchen, wir wiederholen die Warnung: „Gedenket Eurer Ehre, Eurer christlich-deutschen Erziehung, die Ihr von Euren Eltern erhalten habt, gedenket Eurer Würde als christliche Jungfrauen und werfet Euch nicht jedem Juden in die Arme, denn er hat es nur darauf abgesehen, Euch zu verderben."

Diese Nachricht enthält, wie wir zuverlässig erfahren, mehr Dichtung als Wahrheit. Der p. Eisenhardt leitete seit etwa 10 Jahren eine Filiale einer Cigarren-Fabrik in Duisburg und hatte sich während dieser Zeit ein Vermögen von 7000 Mark erspart. Er war seit 11 Jahren verheirathet und seine Frau führte unter dem Namen „Emma Wolff" das bereits vor ihrer Ehe bestandene Putz-Geschäft weiter.

Das Mädchen, mit dem der Eisenhardt durchging, heißt Frl. Schneider und war in einem christlichen Geschäfte als Verkäuferin thätig. Das Mädchen war sehr übel beleumundet und in den Kreisen der Lebemänner sehr bekannt. Von einer Verführung kann hier daher kaum die Rede sein. — Vor der Abreise erhob der Eisenhardt von der Sparkasse Essen die bei derselben aufbewahrten 7000 Mark. Daß aber sonst irgend welche Veruntreuungen vorgekommen sind, oder daß sich der Mann Vergehen hat zu Schulden kommen lassen, welche der Polizei Veranlassung zum Einschreiten hätte geben können, davon ist nichts bekannt worden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Langen. Die „Pommersche Reichspost", das Hauptorgan der Conservativen in der Provinz Pommern, schreibt in ihrer Nr. vom 12 März:

„Der antisemitische Candidat bei der letzten Kolberg-Kösliner Reichstagswahl, Herr Carl Paasch, der sich z. Z. in der Schweiz aufhält, hat eine neue Broschüre veröffentlicht und an die deutschen Zeitungen versandt, in welcher er sich mit der Person des Reichstagsabgeordneten Dr. jur. Frhrn. v. Langen (Vertreters des Wahlkreises Stralsund-Franzburg-Rügen) beschäftigt. Unserer Redaction ist diese Broschüre heute früh zugegangen. Wir haben von ihrem Inhalt Kenntniß genommen, können uns aber noch nicht entschließen, denselben auch nur auszugsweise wiederzugeben. Frhr. v. Langen ist Mitglied der conservativen Fraction des Reichstages; er hat unseres Erachtens die Pflicht, auch den Angriffen eines Paasch gegenüber die Antwort nicht schuldig zu bleiben. Die conservative Reichstagsfraction wird darauf dringen müssen, daß er ungesäumt befriedigende Aufklärungen giebt oder — falls dies nicht möglich ist — aus dem Parteiverbande ausscheidet."

Friedmanns Taufschein und die „Kreuzzeitung". Unter dieser Spitzmarke schreibt der antisemitische „Deutsche Generalanzeiger" (15. März):

Die ehrbaren Conservativen, welche in Rücksicht auf ihren Hammerstein-Fall über die Gaunerstreiche des „interessanten Fritz" nicht allzuviel sagen dürfen, verfolgen aber doch die Meldungen aus Bordeaux mit größter Antheilnahme. Das ist auch bei der „Kreuzzeitung" der Fall, wenn sie auch die „Sensationsnachrichten" über Friedmann an ziemlich versteckter Stelle unterzubringen sucht. Und dabei passirt dem frommen Blatte manchmal etwas recht Menschliches. So hatte die „Volkszeitung für Jedermann aus dem Volke Israel" der Meldung, daß in Friedmanns Brieftasche ein Taufschein, sein Doctordiplom und sein Russenorden gefunden seien, die Bemerkung beigefügt: „Man könnte eine Prämie dafür ausschreiben, um zu entscheiden, welches von diesen drei Dingen das werthloseste ist." — Und hierzu leistet sich die „Kreuzzeitung" folgende unvorsichtige Bemerkung: „Danach scheint das jüdische Blatt den getauften Herrn Friedmann noch ausdrücklich für das Judenthum reclamiren zu wollen. Ob dies überhaupt noch nöthig wäre!"

Ei, ei! Also sieht auch die fromm-conservative „Kreuzzeitung", an deren echt christlicher Glaubens- und Gesinnungstreue jetzt nach dem Abgange Hammersteins Niemand mehr zweifeln darf, einen Taufschein als ein „werthloses Ding" an? Und sie wagt wirklich auszusprechen, daß Friedmann trotz seiner Taufe noch zum Judenthum gehöre. Ist das noch christlicher Antisemitismus oder ist dies nicht vielmehr der echte reine Rassen-Antisemitismus? — Was aber bleibt dann von dem christlichen Dogmatismus, dessen eifrigste Vertheidigerin die „Kreuzzeitung" ist, noch übrig, wenn sie die christliche Taufe unter Umständen als eine werthlose Verrichtung ansieht? Dann wird uns das Blatt wohl auch nichts mehr darauf erwidern können, wenn wir auch den Taufschein des Juden Stahl als ein „werthloses Ding" ansehen, obgleich derselbe von den Freunden der „Kreuzzeitung" als der Gründer der christlich-conservativen Partei Preußens und der Schöpfer der Lehre vom „christlichen Staate" verehrt wird. Wir sehen eben in diesem Manne auch nur den schlauen Juden, der den „christlichen Staat" vor allem für die Judenemancipation vorbereiten wollte und zugleich die conservative Staatslehre mit seinem talmudischen Geiste derart in Verwirrung zu bringen wußte, daß die Conservativen bis heute noch völlig unfähig sind, an die Stelle der durch den jüdischen Liberalismuß herbeigeführten Gesellschafts-Zersetzung irgend einen neuen schöpferischen Staatsgedanken aufzustellen.

—t. **Hannover,** 17. März. In Hannover will der Antisemitismus nicht mehr recht ziehen. Am vergangenen Sonnabend war hier eine Versammlung angesetzt, in welcher der Abgeordnete Zimmermann und der Obermeister Schumann aus Berlin sprechen sollten. Wochenlang vorher war in jeder erdenklichen Form für diese Versammlung Reclame gemacht worden, und der Erfolg war, daß in dem großen Saale des „Palmengartens", in welchem früher antisemitische Versammlungen von 2—3000 Personen stattgefunden hatten, sich etwa 400 Zuhörer einfanden, vor denen die beiden Herren dann ihre Weisheit auskramten. Neues war nicht dabei, und auf ihre Kosten sind die Entrepreneure in keiner Beziehung gekommen.

× **Wie die Antisemiten ihnen unbequeme Gegner mundtodt machen!** In dem Städtchen Egeln (Provinz Sachsen) hatte der antisemitische Agitator Kreutz aus Magdeburg eine Versammlung einberufen und in den Einladungen unbedingte Redefreiheit zugestanden. Eine Woche vorher hatte er an demselben Platze böse Erfahrungen gemacht dadurch, daß ihm ein sozialdemokratischer Redner gehörig zerpflückte. In der neuen Versammlung brachte er sich deshalb vorsorglicher Weise einige 20 Herren aus Magdeburg als Sauvegarde mit und sprach nun bis gegen ¾11 Uhr über alles Mögliche, nur nicht über sein Thema. Schon während seiner Rede hatte ihm der in der Versammlung anwesende Schriftsteller Weigt aus Hannover die Unwahrheit einer seiner Behauptungen nachgewiesen, und um diesen nicht zu Worte kommen zu lassen, erklärte der Vorsitzende, die Versammlung müsse wegen der Polizeistunde in einer Viertelstunde geschlossen werden, und er könne deshalb dem Gegenredner nur einige Minuten Redezeit gewähren. Unter diesen Umständen verzichtete Herr Weigt auf die Discussion, charakterisirte indessen mit scharfen Worten die feige Tactik der Antisemiten, welche erst freie Discussion zusicherten und dann durch Bandwurmreden den Gegner mundtodt machten.

Christliche Nächstenliebe. In dem „Deutschen Volksblatt" des österreichischen Antisemitenhäuptlings Vergani wird die Nothlage eines Redactionsdieners dieser Zeitung als entsetzlich geschildert und daran die Bitte um milde Gaben für den „armen braven Diener" geknüpft. Die ebenfalls antisemitische „Ostdeutsche Rundschau" bemerkt dazu:

„Der Mann, der einst vor Schönerer auf den Knien lag und ihn anflehte, ihn vor dem Ruin zu retten, der dann die Opfergelder der Deutsch-Nationalen zu einem scrupellosen Zeitungsgeschäfte unter christlich-sozialer Flagge verwendete, dem dieses Geschäft heute ein auf 60.000 fl. jährlich geschätztes Einkommen abwirft und der kürzlich einen Häuserkauf im 8. Bezirke abschloß und, unglaublicherweise, baar bezahlte — derselbe Mann schämt sich nicht, öffentlich zu erzählen, daß sein pflichttreuer Diener verschuldet ist und die Wohnungsmiethe nicht erschwingen kann; ja, er treibt die Frechheit so weit, seine Leser für den Mann, dem er ganz leicht aus Eigenem helfen könnte, anzubetteln. Wie oft hat nicht Vergani in seinem Blatte von der Ausbeutung **arischer Dienstboten durch jüdische Dienstgeber** erzählt, ist es aber je einmal erhört worden, daß ein jüdischer Dienstgeber die Oeffentlichkeit für seine Untergebenen angeschnorrt hätte?"

Das antisemitische „Deutsche Tageblatt" in Nordhausen, welches im sechsten Jahrgange steht und das offizielle Organ des „Deutsch-sozialen Landesverbandes für Nordwest-Thüringen ist, zeigt soeben seinen Lesern an, daß es am 1. April sein Dasein beschließen wird.

Der antisemitische Redacteur Carl Sedlatzek, der am 23 December v. J. vom Landgericht Berlin I wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Festungshaft verurtheilt worden war, hatte gegen dieses Urtheil Revision eingelegt. Diese ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden, da es die Feststellungen des angefochtenen Urtheils für ausreichend erachtete.

Die Wiener farbentragenden Studenten haben einstimmig beschlossen, den jüdischen Studenten mit keinen Waffen mehr Genugthuung zu geben. Dagegen hat die Mehrheit der Grazer wehrhaften Verbindungen den Anschluß an die Wiener Resolution, betreffend die Satisfactionsunfähigkeit der Juden, abgelehnt. Fünf Burschenschaften stimmten für den Anschluß, drei Burschenschaften und die Corps lehnten ihn ab.

Die Wiener Couleurstudenten haben ihren Beschluß gefaßt, weil sie den Juden „Ehrlosigkeit" und „Feigheit" vorwerfen. Wir begreifen die Entrüstung der jüdischen Jugend vollkommen. Wenn die jüdischen Studenten Wiens in einer Versammlung diesen Vorwurf aber mit Verachtung zurückweisen, so ist das unseres Erachtens überflüssig. Sie vergeben sich dadurch etwas. So wenig man es erzwingen kann, daß irgend einer mit uns an einem Tisch Bier trinkt, so wenig kann man einen „arischen" Jüngling zwingen, Satisfaction zu geben. Und selbst wenn der Rector die strengste academische Strafe den „arischen" Couleurs auferlegt, d. h. wenn er sie auf Jahre hinaus suspendirt, so erreicht er doch nicht damit, daß ein einziger dieser tapferen Jünglinge Satisfaction gewährt.

Deshalb halten wir es für verfehlt, wenn man dieser Strömung gegenüber mechanische Mittel anwendet. Die Einführung des sog. Holzcomments, d. h. die Provocirung von Prügelscenen, erscheint uns lächerlich. Unserer Meinung nach sollten die jungen Leute den Kampf auf den geistigen Turnierplatz verlegen. Es giebt nur eine Revanche für die Ablehnung der persönlichen Satisfaction: Die Erreichung geistiger Satisfaction. **Die jüdischen Studenten sollen fleißig sein „bis zur Abfuhr". Holt euch die ersten academischen Zeugnisse und Grade! Ehrt und liebt in Bescheidenheit eure Wissenschaft! Holt Euch alle academische Preise!** Das ist mehr werth, als wenn vom Schläger das Blut herniedertrapft!

Vermischtes.

Jüdische Volksschullehrerinnen. Drei jüdische Volksschullehrerinen suchten, wie die „Voss. Ztg." berichtet, vor einigen Tagen durch Vermittelung des Landtagsabgeordneten Dr. Otto Hermes beim Cultusminister Dr. Bosse um eine Audienz nach. Dieser erklärte, wegen Arbeitsüberhäufung infolge der Berathung des Cultusetats die Damen vorläufig nicht empfangen zu können, dagegen gewährte ihnen der vortragende Rath im Cultusministerium und Decernent für das Volksschulwesen, Dr. Kügler, eine einstündige Unterredung. Diese fand im Abgeordnetenhause statt und drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob jüdische Volksschullehrerinnen auch fernerhin den deutschen Unterricht ertheilen könnten. Dr. Kügler erklärte, dies sei nach wie vor nicht ausgeschlossen. Als ihm aber darauf hin mitgetheilt wurde, daß die Ertheilung des deutschen Unterrichts von dem Ordinariat abhänge und dieses doch nicht mehr jüdischen Lehrerinnen übertragen werden solle, verhielt sich Dr. Kügler hinsichtlich des Ordinariats durchaus ablehnend und meinte, die Verbindung des Ordinariats mit dem deutschen Unterricht sei in Berlin eine specifische Anordnung der städtischen Schuldeputation und gehe somit das Unterrichtsministerium nichts an. Die Audienz verlief somit ohne Ergebniß.

Jüdische Soldaten in Rußland. In den letzten zwei Wochen sind interessante officielle Actenstücke in die Oeffentlichkeit gedrungen. Da ist zuerst ein Ukas über die Feier der fünfundzwanzigjährigen Dienstzeit des Lieutenants im Garderegimente der Kaiserin Maria Feodorowna, Abel Oschanskij. Ueber diese Feier berichtet wie das Wiener „Fr. Blatt" schreibt, die „Petersburgskaja Gazeta":

„Am 1. Februar wurde das Dienstjubiläum eines jüdischen Officiers gefeiert, das sich zu einer wahren Kundgebung zu Gunsten der Juden gestaltete. In Gegenwart des ganzen Garderegimentes und des Officiercorps wurde der Lieutenant Abel Oschanskij beglückwünscht. Der Commandant des Regiments, Generalmajor Grünwald, verlas den Jubiläumsukas, in welchem die ehrliche und hingebungsvolle Dienstzeit Oschanskij's hervorgehoben wurde und welche den Jubilar als Muster der Pflicht und Rechtschaffenheit bezeichnete. Das Regiment brach in Hochrufe auf den Jubilar aus, während das Officierscorps dem jüdischen Kameraden ein kostbares Geschenk aus Silber überreichte."

So weit das Blatt. Um aber das Dienstjubiläum des jüdischen Officiers vollauf würdigen zu können, muß man bedenken, daß Abel Oschanskij bei der Erstürmung von Geok-tepe durch Skobelew sich große Verdienste erwarb, so daß er außer der Tour befördert werden sollte, aber in Folge von Intriguen übergangen wurde.

Die officielle Ehrung eines anderen jüdischen Soldaten fand anläßlich seines Leichenbegängnisses am 27. Januar in Czarskoje Selo statt. Dort starb der verdiente Feldwebel des Leibgarde-Regimentes Scholem Tscherkaskij. Officiere, Mitglieder hocharistokratischer Familien, trugen den Sarg bis zum jüdischen Friedhofe, der in einer Entfernung von drei Werst von der Stadt liegt. Daselbst hielt der älteste Officier des Regimentes eine Grabrede, in welcher er den verstorbenen jüdischen Soldaten als musterhaften Menschen, pflichttreuen Russen und als eine „Zierde der Juden" charakterisirte. Tscherkaskij war Besitzer des Georgskreuzes, das er sich im russisch-türkischen Kriege von 1877 bei der tapferen Vertheidigung einer russischen Position gegen die Türken erwarb.

Eine weit größere Bedeutung für die Widerlegung der antisemitischen Verdächtigungen haben die Verdienste eines ebenfalls kürzlich aus dem Leben geschiedenenen jüdischen Militärarztes, der im russischen Staatsdienste den Rang eines Geheimrathes erlangt hatte. Es war dies der ehemalige Leibarzt des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch des Aelteren, Dr. David Wywodzew. Als Chirurg stand er über zwanzig Jahre im Dienste der russischen militärischen Verwaltung. Während dieser Zeit wendete er seine ganze Aufmerksamkeit dem Kriegslazarethwesen zu, und seine Leistungen auf diesem Gebiete waren geradezu bahnbrechend. Er führte u. A. Tragbahren und Hängematten eigener Art ein, wodurch der Transport von Verwundeten und Kranken erleichtert wurde, und seine Reformen in Militärspitälern wurden mehrfach in Deutschland, England, Frankreich und Amerika nachgeahmt. Erst jetzt nach dem Tode dieses Mannes erfuhr ganz Rußland, wem es die vielen Verbesserungen auf dem Gebiete des Kriegslazarethwesens zu verdanken habe. Aber Geheimrath Wywodzew war auch ein Philantrop im schönsten Sinne des Wortes, und die kranken Soldaten in den Spitälern Petersburgs konnten nicht genug seine Humanität und Gerechtigkeitsliebe loben. Er starb als armer Mann, trotzdem er große Summen erwarb, denn er pflegte sein Geld den Familien der verwundeten Soldaten zur Verfügung zu stellen. Die Nekrologe, welche diesem Manne gewidmet wurden, hoben denn auch einmüthig seine hohen Verdienste um das russische Kriegslazarethwesen und die von ihm auf den Verbandsplätzen während des russisch-türkischen und des deutsch-französischen Krieges bekundete Todesverachtung hervor.

Briefkasten.

Dr. K. in Fr. Dieses Mal leider nicht verwendbar.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstraße 115 a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 13 — Berlin, den 28. März 1896. — 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu senden. Die „Mittheilungen" haben ca 8000 zahlende Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen für die Verbreitung der „Mittheilungen" nicht nachlassen werden.

Die Red. der „Mittheilungen".

Freiherr v. Langen.

Ein antisemitischer Sittenprediger.

Die Antisemiten sprechen bekanntlich Treue und Ehre den Juden in Bausch und Bogen ab und nehmen diese Eigenschaften für die christlichen und insbesondere die antisemitisch gesinnten Deutschen in Erbpacht. Es lohnt sich nicht, mit ihnen darüber zu rechten, weil sie nicht gerecht sein wollen. Interessant aber ist es, zu beobachten, wie jene Herren untereinander in verhältnißmäßig kurzen Zwischenräumen sich abschlachten und einander Ehre und Treue versagen.

Es giebt nur wenige unter den antisemitischen „Führern", die nicht schon einmal gegenseitig diese Hinrichtung vollzogen. Die also Hingerichteten richten sich freilich bald wieder auf, denn die öffentliche Meinung haben die nicht zu fürchten, die in der öffentlichen Meinung nie etwas zu verlieren hatten. Antisemitische Blätter wiederholen jetzt tagtäglich, daß Lumpe sich in alle Parteien hineinschleichen können und man dafür nicht die Partei verantwortlich machen dürfe. Ganz gewiß! Nur bedauerlich, daß diese Ansicht zwar sehr oft, aber doch immer nur dann vorgetragen wird, wenn es sich wieder einmal um antisemitische Größen handelt. Antisemitische Größen! Das ist eben das Charakteristische für diese Partei, daß, wie in keiner anderen, die unlauteren und unlautersten Elemente sich gerade unter den Größen finden, soweit man bei ihnen von solchen sprechen kann.

Antisemitische Treue! Wo in aller Welt und bei welcher Partei sind so häufig von Gesinnungsgenossen Enthüllungen über Gesinnungsgenossen und Freunde veröffentlicht worden, welche deren privates und intimes Leben der Oeffentlichkeit preisgeben. Antisemitische Treue! Eine Lüge, wie der Antisemitismus selbst.

Für uns, die wir den Antisemitismus und seine Vertreter bis in die verborgensten Schlupfwinkel verfolgt, bedarf es derartiger Veröffentlichungen nicht, um jene „Schmach" und seine Bekenner zu erkennen. Und wenn wir jene antisemitischen Verräther auch zu „würdigen" wissen, so unterschätzen wir doch andererseits auch nicht den Werth jener Publicationen für die Allgemeinheit. Dieser wird in den Subjecten der Publicisten und in deren Objecten die sittliche Auffassung der Leute gekennzeichnet, welche sich herausnehmen, Millionen von Menschen Ehre, Treue und Sittlichkeit blos darum abzusprechen, weil sie jüdischer Abstammung sind.

*

Carl Paasch ist wegen Beleidigung des früheren deutschen Gesandten in China, Herrn v. Brandt, und des ehemaligen Justizministers v. Schelling mit 13 Monaten Gefängniß bestraft. Er hielt sich für ein Opfer der Justiz und erhoffte durch seinen Freund Freiherrn v. Langen Rehabilitation. Vertrauensvoll legte er seine Sache in die Hände dieses „deutschen Edelmannes". Er wartete ein Jahr, zwei Jahre, die ersehnte Hilfe kam nicht. Freiherr v. Langen lehnte es schließlich ab, ihm seine Kräfte zur Verfügung zu stellen. Da beschloß Carl Paasch, sich zu rächen. Was so viele seiner Gesinnungsgenossen an anderen, das nahm er an seinem ehemaligen Freunde vor, er begeht Verrath an ihm, wie dieser vorher an Carl Paasch.

Paasch beleuchtet seinen ehemaligen Freund v. Langen in seiner öffentlichen und in seiner privaten Thätigkeit. Wieder ein Beispiel antisemitischer Treue!

Aber Carl Paasch ist doch „geisteskrank", rauscht es jetzt in antisemitischen Blättern, und die Worte eines Geisteskranken pflegt man doch sonst nicht zu beachten. Daß jene Herren sich plötzlich der Geisteskrankheit des Herrn Paasch erinnern! Warum denn früher nicht, als er die ungeheuerlichsten Verdächtigungen gegen hohe Beamte schleuderte? Damals wußten jene getreuen Freunde des Herrn v. Langen nichts von den Wahnvorstellungen jenes „von den Juden Verfolgten". Zu jener Zeit war er ein Opfer der Juden, jener „Sorte" von Menschen, von der wir — wie Freiherr v. Langen im Verein mit Hammerstein und Ahlwardt in der vorigen Reichstagssession pathetisch ausrief — genug haben. Wie ändern sich doch die Zeiten! Jetzt enthebt die Thatsache, daß Carl Paasch wegen Beleidigung namhafter Personen verurtheilt ist, und ärztliche Sachverständige ihn für geisteskrank erklärt haben, Herrn v. Langen, wie er erklärt, der Pflicht, sich auf eine öffentliche Polemik mit Paasch einzu-

lassen. Er beschränkt sich deshalb auf die Erklärung, „daß die Angaben des Herrn Paasch lediglich Producte der krankhaften Wahnvorstellungen sind, von denen der Unglückliche, wie gerichtsnotarisch, heimgesucht wird!"

Aber, Herr Dr. juris, wenn Ihr ehemaliger Freund ein Unglücklicher, so ist es doch nicht hübsch, wenige Zeilen vorher die Thatsache seiner Bestrafung, seiner Flucht und seiner staatsanwaltlichen Verfolgung als Grund für die Nichtbeachtung der Paasch'schen Angriffe anzuführen. Das ist nicht hübsch und auch nicht logisch. Sie begreifen vielleicht bei näherer Ueberlegung. Indessen, die „rein" antisemitische Presse ist auch heute noch gar nicht der Ansicht, daß Carl Paasch ein Geisteskranker. Brachte doch am Ende vergangener Woche die „Staatsbürgerztg." — ein Organ, das Herrn v. Langen fast noch mehr verehrt als Liebermann v. Sonnenberg — die Bemerkung, daß sich jetzt die Richtigkeit der Paasch'schen Behauptungen über Herrn v. Brandt herausstelle, denn dieser sei in wer weiß was für Machenschaften jüdischer Bankiers verwickelt. Paasch habe also doch wohl keine Wahnvorstellungen gehabt, wie die Juden ausposaunten. So aber ähnlich sagte jenes Blatt, das vorn auf die Juden schimpft und hinten sich von ihnen bezahlen läßt. Wie wäre es, wenn diese oder jene Mittheilungen des Carl Paasch nicht auf Wahnvorstellungen beruhten?

* * *

Welches sind denn die Wahnvorstellungen des Carl Paasch? Wir kennen diesen Herrn nicht, haben ihn nur einmal flüchtig gesehen und sind auch nicht sachverständig. Aber wir meinen, daß man nur in den Fällen von Wahnvorstellungen reden kann, wo die Person des Paasch selbst in Betracht kommt. Paasch sieht seine Unternehmungen von Anderen gekreuzt und glaubt sich verfolgt. Wenn der bekannte Dr. Sternberg auf den früheren Justizminister v. Schelling zu sprechen kommt, dann verläßt ihn seine in allen anderen Beziehungen gesunde Vernunft. So ähnlich scheint es sich mit Paasch zu verhalten. Wenn er also nach einer bestimmten Richtung Wahnvorstellungen hat, so hindert das nicht, daß er nach einer anderen klar denkt, beobachtet und darstellt. Wie sollte auch eine große und starke Frau eine Wahnvorstellung des Herrn Paasch sein! Und kurz und gut, sie ist keine Wahnidee. Das wissen wir und — Herr von Langen und die „große Frau".

* * *

Der preußische Herr Justizminister that vor Kurzem in Beziehung auf die der Aburtheilung der Gerichte unterstehenden Personen den Ausspruch: wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Wir können uns diesen Standpunkt nicht aneignen. Aber bei Beurtheilung von Menschen hinsichtlich ihrer moralischen Qualitäten wird man jenen Satz gelten lassen können. Wenn irgend eine obskure Persönlichkeit dies oder jenes thut, was nicht vor dem Urtheil eines Sittenrichters bestehen kann, so muß die gleiche That eines Mannes, der dem öffentlichen Leben angehört, der ein Führer des Volkes sein will, der Tausende und Abertausende nur um ihrer Abstammung und ihres Glaubens willen für unsittliche und verwerfliche Menschen erklärt, ernster und strenger beurtheilt werden. Das ist der Fall des Herrn v. Langen. Wer in „heiliger Entrüstung" über die verkommenen Sitten seiner Nebenmenschen schreibt, aber wie Herr Paasch meint, nur unterzeichnet, darf sich nicht wundern, wenn Andere an ihn auch einmal diesen Maßstab anlegen.

Und nun zu den Wahnvorstellungen des Herrn Carl Paasch.

* * *

Im Anfang des Jahres 1895 erscheint unter dem Namen des **Freiherrn v. Langen** eine Broschüre „**Das jüdische Geheimgesetz und die deutschen Landesvertretungen**". Dieses Büchlein ist zwar kein hervorragendes Geistesproduct. Aber immerhin gehört doch einiges Wissen dazu, es zusammenzustellen. Man muß wenigstens einigermaßen die antisemitische Litteratur beherrschen. Das erfordert wiederum Zeit und Fleiß. Die Broschüre ist, wie gesagt, zu Beginn des Jahres 1895 erschienen, und Herr v. Langen war erst kurze Zeit vorher im Jahre 1893 als Abgeordneter für den Reichstag gewählt. Erst **damals** war er auf die antisemitische Bewegung aufmerksam geworden. **Damals** war ihm von der „Sondergesetzgebung" des Judenthums so gut wie gar nichts bekannt. Aber es bedurfte nur weniger Momente und Herr v. Langen beherrschte die jüdische „Sondergesetzgebung" und die antisemische Litteratur. Wir wollen gewiß nicht Herrn v. Langen zu nahe treten, aber — und wir haben ihn im Laufe seines öffentlichen „Wirkens" beobachtet — dazu reichten seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft nicht aus, sintemalen seine Hauptthätigkeit zu jener Zeit auf ganz anderen Gebieten lag, wie auch Herr Paasch meint. Und wer die Schreibweise **dieses** Mannes kennt, seine Vorliebe für Hyperbeln, für Superlative, der wird unschwer seine Feder erkennen. An einer Stelle heißt es (S. 9): „Das stimmt genau mit dem, was **Paasch** prognostizirt hat, und zu welcher Fülle von Gedanken giebt nicht das Drama, das sich an und um seiner (!) Person abgespielt hat, Anlaß?" Sollte das nicht Paasch geschrieben haben? Er **behauptet**, der Verfasser der ganzen Broschüre zu sein, und Herr von Langen wird schon klipp und klar erklären müssen, ob dies wahr oder nicht. Bis dahin glauben wir dem Herrn Paasch, sintemalen er **in** der Darstellung der zweiten „Wahnvorstellung" die Wahrheit berichtet.

* * *

Frau St. und Fräulein G. sind keine Wahnideen, sondern leibhaftige Menschen, und was Paasch über sie und ihr Verhältniß zu seinem ehemaligen Freunde berichtet, entspricht in allen wesentlichen Punkten der Wahrheit. Paasch meint, daß Frau St. eine Jüdin sei. Ihre Verwandten und ihr Aussehen (trotz des schwarzen Haares) spricht nicht dafür, wir glauben es bestimmt nicht. „Wenn ich richtig unterrichtet bin, (so schreibt Paasch) hat er sich mit letzterem (dem Bruder der Frau St.) gezankt und es soll sogar zu Thätlichkeiten gekommen sein."

Paasch ist, wie wir anzunehmen guten Grund haben, richtig unterrichtet. Die Frau war sehr eifersüchtig, und das erklärt Alles. Sie schmeichelte sich in der That eine Zeit lang mit dem Gedanken, seine Frau zu werden, sprach sie doch von ihm, als ihrem „Mann".

Paasch hat sicherlich sein Pulver noch nicht verschossen, und Herr von Langen thäte gut, ihn nicht ohne Noth zu reizen. Freilich ist es schmerzlich, des Bruches des Ehrenwortes geziehen zu werden. Indessen, was nützt es? Paasch könnte doch für diese und jene seiner Behauptungen den Beweis der Wahrheit antreten, und am Ende noch mit anderem Material herausrücken. Ob das Paasch wohl meint, wenn er sagt, er werde sich hüten, ohne Noth Schmutz zu berühren?

Wir hätten von den „Wahnvorstellungen" des Herrn Carl Paasch keine Notiz genommen, sofern sie gegen irgend einen Christian Müller, M. d. R. und Parteigänger der Conservativen gerichtet wären. Niemals würde es uns einfallen, selbst den entschiedensten und schroffsten Gegnern unserer Bestrebungen also entgegenzutreten. Privatverhältnisse auch von Politikern in die Oeffentlichkeit zu zerren, halten wir an sich für durchaus unzulässig. Wenn es sich aber um einen Mann handelt, der andere Leute ihres Glaubens und ihrer Abstammung wegen als minderwerthig und sittlich niedriger stehend bezeichnet und sich vorwiegend darin bethätigt, diese Menschen zu verunglimpfen und zu hetzen, so ist es Pflicht, einem solchen Herrn die Larve vom Gesicht zu reißen. Daß die Waffen hierzu von Gesinnungsgenossen dieses antisemitischen Helden geschmiedet werden, ist der Humor von der Geschichte.

Der Antisemitismus in Frankreich.

△ Der Antisemitismus, der in Frankreich bisher noch ein klägliches Dasein fristete und im Wesentlichen einige öffentliche Aergernisse bis auf den Grund ausbeutet, kann doch wohl noch eine weitere Ausdehnung erfahren, weil die studirende Jugend ihm in Massen zufällt. Während in Deutschland der Antisemitismus der Studirenden nicht selten in der Aemterstreberei, dann in den aufhetzenden Reden einiger Lehrer ihre Erklärung findet, ist ein großer Theil der französischen Studenten und der jungen Künstlerschaft decadent — eine für alle neuen Ideen entbrennende Masse. So erklärt es sich, wenn aus den Reihen der Bohemiens hin und wieder antisemitische Producte hervorgehen. So stellte vor kurzer Zeit ein junger Maler, der freilich — vor Scham? — seinen Namen nicht nannte, ein Gemälde aus, das den „Märtyrertod des jungen St. Simon im Jahre 1472 in Trento“ zum Vorwurf hatte. Die antisemitischen Blätter schrieben große Kunstkritiken, worin sie den neuerstandenen Genius feierten, seine „Originalität“ ausposaunten. Das Gemälde machte Aufsehen, bis endlich darauf hingewiesen wurde, daß diese Originalarbeit die Copie einer mittelalterlichen Xylographie sei, welche im 16. Jahrhundert ein häufig wiederkehrender illustrativer Schmuck judenfeindlicher Werke war. Weit mehr Gegenstand der allgemeinen Unterhaltung bildete ein Drama Edmond's de Goncourt. Freilich ist Goncourt heute kein Jüngling mehr — er ist im Jahre 1822 geboren — allein, wie er ein rühriger Vorarbeiter des heutigen Naturalismus gewesen, so kämpft er auch heute als erster in den Reihen der Modernen, die, weil es etwas neues ist, auch antisemitische Gelüste haben. Das Stück, um das es sich hier handelt, führt den Titel: Manette Salomon und ist nach einem Roman dramatisirt: Ein jugendlicher hyperidealistischer Maler Coreolis hat sein Modell, die Jüdin Manette Salomon geheirathet. Mit seiner ganzen psychologischen Darstellungskunst läßt Goncourt den häuslichen Zwist zu einem heftigen Conflict sich auswachsen, zu einem Kampfe der arischen und semitischen Rasse. In diesem Conflict ergoß sich eine solche Fluth gemeinster antisemitischer Schimpfereien über die Juden, daß die Drumontianer, die der Vorstellung im „Vaudeville“ beiwohnten, sich vor Freude nicht zu lassen wußten. Coreolis ist natürlich die fleischgewordene Tugend, während alle Laster durch die Jüdin verkörpert werden. Alle Kritiker haben diese Schwäche gegeißelt, während die antisemitischen Zeitungen das Stück als eine „That“ hingestellt haben. Ob Goncourt wohl durch dieses Product seiner Ansicht zum Siege verhelfen will, die er bei einer Erklärung 1879 abgab: „In 50 Jahren spätestens wird die Bühne zu einer groben Belustigung geworden sein und wird nichts mehr gemein haben mit der Litteratur, dem Stil, dem Sinn für das Schöne.“

Zur Abwehr.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Unsere Voraussetzung, daß bei der Berathung des neuen Richtergesetzes die Frage, ob dasselbe auch das Fernhalten der Juden von dem Richterstande bezweckt, zur Erörterung gelangen werde, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Bei der ersten Lesung des Entwurfs am 19. März ist das Wort „Jude“ überhaupt nicht gefallen. Der conservative Abg. Schettler sprach von Charaktereigenschaften, die man nur erwerben könne durch Abstammung und Erziehung, und als dann die Abgg. Beleites (nat.-lib.) und Munckel (freisinnig) diese Andeutung mit einigen Worten glossirten, sah sich der conservative Abg. Frhr. v. Richthofen veranlaßt, eine Erläuterung dahin zu geben, daß z. B. geprüft werden müsse, ob ein Mann, der aus einer Wucherer-Familie stamme, diejenige Unabhängigkeit und Objectivität besitze, wie sie der Richterstand unbedingt brauche. Zu einem direct antisemitischen Vorstoß Seitens der Conservativen ist es, bisher wenigstens, nicht gekommen; man hat das alte Postulat: Verdrängung der Juden aus der Justiz, noch nicht hervorgeholt. Der Justizminister Schönstedt hat sich in Bezug auf diesen in der Presse vielfach behandelten Punkt nicht geäußert, obwohl er auf Urtheile der Blätter wiederholt zurückgriff.

Aus dem antisemitischen Lager.

„Zum Austritt Stöckers aus der conservativen Partei!“ Unter diesem Titel hat der Vorsitzende des Wahlvereins der Berliner Deutschconservativen, Oberst z. D. v. Krause soeben eine Schrift veröffentlicht. Er richtet darin, wie die „Kreuzztg.“ mittheilt, eine Reihe schwerer Angriffe gegen Stöcker und sucht deren Berechtigung actenmäßig nachzuweisen. „Selbst wenn Stöcker — bemerkt die „Kreuzztg.“ weiter — der geistige Urheber der tendenziösen Artikel des „Volk“ gegen die conservative Parteileitung wäre, — was wir nicht annehmen, so lange uns nicht ein zwingender Beweis geliefert ist — so müssen wir uns doch noch fragen, ob es nothwendig ist, die Abwehr so zu gestalten, daß auch Stöckers Person bloßgestellt wird. Das Richtigste wäre wohl gewesen, zunächst die Weiterentwickelung der Verhältnisse in der christlich-sozialen Partei abzuwarten und sich gegenüber etwaigen Angriffen von dieser Seite her auf eine streng sachliche Defensive zu beschränken. Stöckers Verdienste um die conservative Sache, insbesondere um die Berliner Bewegung, sind doch so groß, daß es nicht gerechtfertigt erscheint, in dem Augenblicke, wo die formale Trennung von den Conservativen vollzogen ist, nach Mängeln seines Charakters zu suchen, und seine Person zum Gegenstande von Angriffen zu machen.“

Und im „Volk“ lesen wir, daß die Schrift den Fall Hammerstein und die Betheiligung Stöckers daran behandele. Insbesondere sei auf die Elferausschußsitzung vom 18. Juni 1895 Bezug genommen, in der Stöcker nach der Behauptung des Verfassers entschieden für Hammerstein eingetreten sein soll.

Das scheint ja wieder ein nettes Sündenregister für Herrn Stöcker zu sein!

Herr Stöcker klagt nicht! Die „Tilsiter Ztg.“ schreibt: „Vor einigen Wochen ging durch die Presse die Nachricht, Hofprediger a. D. Stöcker habe wegen des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der „Doppelzüngigkeit“ Strafantrag gegen die „Tils. Ztg.“ gestellt. Der Vorwurf der Doppelzüngigkeit war dem Elferausschuß war Herrn Stöcker in mehreren Berliner Blättern gemacht worden. Als die „Tils. Ztg.“ Herrn Stöcker ebenfalls der Doppelzüngigkeit zieh und als Quelle für ihre Behauptung die „Voss. Ztg.“ anführte, da ertheilte Herr Stöcker unterm 13. Februar seinem politischen Freunde in Tilsit, Herrn Rechtsanwalt Meyer Vollmacht, gegen den Redacteur Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Die „Tils. Ztg.“ bemerkte, daß sie zum Beweise der Wahrheit ihrer Behauptung das Zeugniß des Professors Wiecher-Berlin anrufen würde, der bekanntlich seinen früheren politischen Freund Stöcker eines bemerkenswerthen Mangels an Wahrheitsliebe öffentlich bezichtigt und sich bereit erklärt hat, vor Gericht seine Aeußerungen zu vertreten. Rechtsanwalt Meyer in Tilsit theilte nun dieser Tage dem Redacteur der „Tils. Ztg.“ auf Anfrage nach dem Verbleib der Klagezustellung mit, daß er sowohl wie seiner Ueberzeugung nach auch Herr Hofprediger a. D. Stöcker „keine Freunde von Privatklagen der Art auf politischem Gebiet“ seien und die Privatklage daher nicht erhoben werden würde.“

Das „Volk“ behauptet freilich jetzt, Herr Stöcker habe nie die Absicht gehabt, die Klage gegen die „Tilsiter-Ztg“ zu

erheben. Es ist die Geschichte mit dem Fuchs und den sauren Trauben!

Antisemitisches Narrenthum. In der Presse keiner Partei spielen die Hanswurste und Ignoranten eine solche Rolle, wie in der antisemitischen. Bringt da der „Deutsche Generalanz." des Herrn Sedlatzek (22. März) einen Artikel über „die Juden im deutschen Reichstage", worin u. a. folgender Blödsinn zu Tage gefördert wird: Der „Jude" Löwe-Kalbe ist ein Führer der nationalliberalen Partei gewesen. Innerhalb der conservativen Partei gewinnt der „zwar gut getaufte, aber seinem Blute nach jüdische" Herr v. Leipziger immer mehr Einfluß. In der nationalliberalen Partei nimmt der „von einer böhmisch-jüdischen Geigerfamilie abstammende" Abgeordnete von Benda die eigentliche Führerrolle ein. Führer der Centrumspartei ist der Judenstämmling Dr. Lieber. In der freisinnigen Volkspartei wird der Stern Richters bereits merklich von dem Judenstämmling Gothein verdunkelt und der Führer der süddeutschen Demokraten ist der Judenabkömmling Haußmann. — Das Hamburger Organ des Herrn Hans v. Masch spricht in der Nro. vom 22. März vom „jüdischen" Impfwesen.

So beschaffen ist die geistige Speise, die dem Volke von den antisemitischen Agitatoren vorgesetzt wird.

Der christlich-soziale Parteitag für den Norden und Osten des Reichs findet am 8. April in Berlin statt. — Bei den nächsten Wahlen wollen die Christlich-Sozialen, wie der Redacteur des „Volk" v. Gerlach kürzlich in einer Berliner Versammlung mittheilte, eigene Candidaten aufstellen, u. a. in den Reichstags-Wahlkreisen Friedeberg-Arnswalde und Kolberg-Köslin.

Das Düsseldorfer Antisemitenblatt, die „Deutschnationale Ztg.", stellt mit dem 1. April sein Erscheinen ein.

Der frühere Redacteur des Blattes Johannes Wilberg schreibt in der „Staatsbürgerztg.", deren Redaction er jetzt angehört: Wie sehr es mit der „Deutschnat. Ztg." in den letzten Jahren bergab gegangen ist, zeigt die Thatsache, daß man Wilberg — entgegen den contractlichen und allgemein üblichen Abmachungen — die während seiner Redactionszeit entstandenen Prozeßkosten in Höhe von 675 Mark aus eigener Tasche bezahlen ließ, trotzdem die Actionäre zum Theil sehr reiche Leute sind und vor Gericht erklärten, daß sie selbstverständlich sämmtliche Gerichtskosten, wie verabredet, zahlen würden. Nur um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, hat Herr Wilberg die hohen Gerichtskosten bezahlt und von einer Klage Abstand genommen.

Ist das „arische" Treue?! Wie würde Herr Wilberg ein solches Verhalten bei Juden bezeichnen!

Antisemitismus — unchristlich. Nach Eugen Dühring „kann ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kein ernsthafter Antisemit sein." Dieser einzige richtige Satz des gesammten Dühring'schen Antisemitismus wird im „Modernen Völkergeist" (März 1896. S. 43), dem Organ der Dühringianer, wie folgt erläutert:

„Christlich gesinnte Leute müssen bei der Bekämpfung der Juden einen Eiertanz aufführen, damit sie nicht ihre Grundsätze zertreten. Das Christenthum als Ableger des Judenthums kann selbstverständlich nicht in Gegensatz zu dem letzteren gebracht werden; wer als Christ seine Mitmenschen und sogar Feinde lieben soll, kann nicht gleichzeitig Haß gegen Juden predigen, ohne sich der Zweideutigkeit schuldig zu machen. Es würde indessen zu weit führen, wenn wir abermals beweisen, was im Modernen Völkergeist schon so oft bewiesen wurde, daß nämlich das Christenthum nur eine neuere Art Judenthum ist, keinerlei Kulturfortschritt bedeutet, sondern nur die Entfaltung des Geistes der modernen Völker aufgehalten und gelähmt hat."

Antisemitismus in der Schule. Die „Frankf. Ztg." vom 23. März schreibt: „Der Rector des Gymnasiums in dem Städtchen Ehingen a. D. in Schwaben, der nach seiner Meinung sich „an Takt von Niemand übertreffen läßt", hat es für passend gehalten, bei einer ihm zu Ehren veranstalteten Feier sich offen vor allen Obergymnasiasten als Antisemiten zu bekennen. Jeder Pädagoge muß sich des Eindrucks solcher Worte aus solchem Munde auf die Herzen jugendlicher Zuhörer zumal in unserer Zeit bewußt sein. Wir geben gern zu, daß ein rüder Antisemitismus in gewissen Kreisen als Legitimation gilt, aber ein Gymnasialrector sollte nach unserer Ansicht einer solchen nicht bedürfen. Der Satz des alten Sallust „in maxima fortuna minima licentia" scheint dem Herrn unbekannt zu sein, sonst hätte er sich nicht beikommen lassen — wie ebenfalls im Laufe der Zeit durchgesickert ist —, das Lehrercollegium als demokratisch und sozialdemokratisch zu bezeichnen. Gelästert ist schnell, aber das Lästern ist bei uns nicht straffrei, und das wird dem Herrn Rector der Staatsanwalt beweisen, den ein von ihm in seiner Eigenschaft als Beamter schwer beleidigter Herr angerufen hat."

Paul Meyer in Stuttgart. Dieser Tage brachte der „Beobachter" unter dem Titel „Europäisches Sklavenleben" Mittheilungen, die auf gewisse Personen und Zustände ein recht merkwürdiges Licht fallen lassen. Ein stellenloser Einwohner, Haupt einer neunköpfigen Familie, der in Bedrängniß gerathen war, klagte einem Herrn seine Noth und bat um Hilfe. Diese sollte ihm auch zu Theil werden. Zunächst versuchte sich Herr M. der achtzehnjährigen hübschen Tochter des bedrängten Mannes direct zu nähern, und als er mit seinen Werbungen kein Gehör findet, geht er zur Behörde und betreibt die Ausweisung der Familie; ebenso veranlaßt er deren Hauswirth, wegen des Miethsrückstandes mit Exmission zu drohen. Dem Familienvater aber bezeugt er seine Theilnahme dadurch, daß er ihm im Falle seines Wegzuges von Stuttgart 10 Mark monatliche Subvention bietet unter der Bedingung, daß seine Tochter in Stuttgart bleibt und zwar unter Aufsicht des Herrn M. Er legt den Eltern und der Tochter einen Vertrag zur Unterschrift vor, der vom „Beob." seinem Inhalte nach mitgetheilt wird. Er bestimmt u. A.:

„Die leiblichen Eltern von Frl. E. sollen Verzicht leisten auf alle Elternrechte, die auf Herrn M. übergehen. Auf Grund derselben soll M. das Recht haben, Frl. E. jederzeit bei ihrem Arbeitgeber und in ihrer Wohnung aufzusuchen, wobei sie sich seinen Anordnungen und Unterweisungen in jeder Weise zu fügen hat."

Beide Theile sollten sich ehrenwörtlich verpflichten, den Vertrag nicht zu veröffentlichen; insbesondere soll der Letztere vor Frau M. (Herr M. ist nämlich verheirathet und Familien-Vater!) streng geheim bleiben. Am Schlusse heißt es: „So geschehen unter Verzicht auf die Einrede der Ueberredung, des Irrthums oder der Verletzung." Dieser „Vertrag" sollte an zuständiger Stelle noch beglaubigt werden; die Eltern und das Mädchen verweigerten die Unterschrift, nachdem sie von letzterer Seite über die Bedeutung des Abkommens aufgeklärt waren. Darauf schrieb Herr M. einen Brief, in dem er darüber jammerte, daß „Undank und Unverstand der Welt Lohn ist für alle edlen Thaten der Barmherzigkeit und christlichen Nächstenliebe." Dies ist die Quintessenz des „Beobachter"-Artikels. Es wäre aber doch schade, fügt die „Frankf. Ztg." hinzu, wenn der Name des frommen Wohlthäters der Nachwelt verschwiegen bliebe, wenn er auch selbst so bescheiden ist, das barmherzige Liebeswerk, das er an dem jungen Mädchen thun will, vor der Welt und sogar vor seiner eigenen Gattin zu verbergen, so wollen wir doch nicht verfehlen, ihn bekannt zu geben. Es ist, wie die „Frankf. Ztg." von zuverlässiger Seite erfährt, der Privatier Paul Meyer, Führer der Stuttgarter Antisemiten.

8. **Wiederum ein Beleidigungsproceß des Reichstagsabgeordneten Iskraut.** Der äußerst leb-

hafte Wahlkampf im Wahlkreise Schmalkalden-Eschwege, der im Winter 1895 um das erledigte Mandat des Antisemiten Leuß tobte, zittert immer noch in Beleidigungsprozessen nach, welche der streitbare Pastor Iskraut wider seine politischen Gegner angestrengt. Der gute Herr hat jedoch bei manchem derselben die unliebsame Erfahrung machen müssen, daß die von deutschen Gerichten ausgeübte Schätzung seiner werthen Persönlichkeit keine besonders große ist, und er mußte diese Erfahrung in einer am 23. März vor dem Schöffengericht in Eschwege gepflogenen Verhandlung von Neuem machen. Die Vorgeschichte derselben entbehrt übrigens nicht eines gewissen humoristischen Beigeschmacks. Bei der Stichwahl zwischen Iskraut und dem sozialistischen Candidaten Huhn traten die Anhänger des durchgefallenen Candidaten der Nationalliberalen und Freiconservativen, des in letzter Zeit vielgenannten Dr Peters, mit Feuereifer für Herrn Iskraut ein, dessen Dank darin bestand, daß er, nachdem er gewählt war, die Führer der Peters-Leute, 148 Unterzeichner eines zur Hauptwahl erlassenen Aufrufs, wegen gröblicher Beleidigung verklagte. Aus unbekannten Gründen ließ Herr Iskraut später die Anklage gegen 100 Unterzeichner fallen und ließ dann noch später durch Circular erkreiten, daß es ihm sogar leid thue, die noch verbliebenen 48 verklagt zu haben. Unter überaus großem Andrange des Publikums fand die Verhandlung in Eschwege statt, beide Parteien ließen sich durch Anwälte vertreten, der Kläger war persönlich anwesend. Einigungsversuche scheiterten, da die Verklagten die Uebernahme der Hälfte sämmtlicher Kosten ablehnten. Wie die „Fulda-Werra-Zeitung" berichtet, wurde auf Vernehmung der Zeugen verzichtet, da Iskraut sich nur durch den Passus des Flugblattes beleidigt fühlte, welcher zwischen seiner Person und dem Zuchthäusler Leuß Vergleiche anstellt. Commissarische Vernehmung einiger Zeugen hatte für Iskraut theils Belastendes, theils Günstiges ergeben. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei, legte Herrn Iskraut sämmtliche Kosten auf und verpflichtete ihn außerdem zur Publication des Urtheils auf seine Kosten. In der Urtheilsbegründung wurde den Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugesprochen und ausgeführt, daß der Gerichtshof in dem Flugblatt und in der Gegenüberstellung der genannten Personen keine Beleidigung finden könne. Ob Herr Iskraut nicht mit der Zeit im Prozeßführen ein Haar finden wird? Allzuviel Gutes ist für ihn dabei noch nicht herausgekommen.

Fleischbesudelungsprozesse I. **Unter der Ueberschrift: „Fleisch für die Gojim"** hatte der Redacteur des antisemitischen „Generalanzeiger" Karl Seblatzek in der Nummer des Blattes vom 20. November 1895 einen Artikel veröffentlicht, der ihm einen Strafbefehl in Höhe von 30 M. wegen groben Unfugs eingetragen hatte. Es wurde in dem Artikel, der der „Hannov.-Post" entnommen war, von zwei Vorkommnissen erzählt, wonach jüdische Schlächter Fleisch, welches zum Verkauf an Christen bestimmt war, in höchst unappetitlicher Weise behandelt haben sollten. An diese Mittheilung knüpfte sich die Warnung, Fleisch aus den Judenläden zu genießen. Die Anklage hielt diesen Artikel für groben Unfug, da derselbe nicht nur geeignet sei, die jüdischen Schlächter in ihrem Gewerbebetrieb zu beeinträchtigen, sondern auch dasjenige Publikum, welches bei jüdischen Schlächtern zu kaufen pflege, zu beunruhigen. Der Angeschuldigte erklärte in der dieser Tage stattgehabten Gerichtsverhandlung, daß er den Beweis der Wahrheit antreten wolle. Er bitte zu diesem Zwecke vier von ihm nahmhaft gemachte Redacteure, darunter den Redacteur der „Hann. Post", Erich Rosenthal, zu laden. Der letztere sei kürzlich wegen desselben Artikels freigesprochen worden, obgleich auch er den Beweis der Wahrheit hatte antreten wollen. Der Angeklagte bat dringend, es nicht bei einer einfachen Freisprechung bewenden zu lassen, sondern ihm Gelegenheit zu geben, die Wahrheit des in dem Artikel Gesagten zu beweisen. Er bitte zu diesem Zwecke, daß der Gerichtshof sich die Acten gegen den jüdischen Schlächter Isaac Bonn zu Cleve kommen lasse, welcher im vorigen Jahre wegen grober Besudelung des für Christen bestimmten Fleisches mit 4 Monaten Gefängniß bestraft worden sei.

Der Amtsanwalt vertrat die Ansicht, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis nicht abgeschnitten werden könne.

Der Gerichtshof gab dem Antrage des Angeklagten insoweit statt, als beschlossen wurde, zum nächsten Termin die Strafacten gegen den Schlächter Isaac Bonn in Cleve, wie die Acten gegen den Redacteur Erich Rosenthal zu Hannover einzufordern, um daraus zu ermitteln, ob der Angeklagte Seblatzek eine thatsächliche Unterlage für die in seinem Artikel aufgestellten Behauptungen besaß oder nicht.

II Am Mittwoch den 18. März stand der Redacteur Erich Rosenthal vor dem Schöffengericht zu Hannover wegen eines „Aus Ostfriesland" betitelten Artikels, in dem behauptet wurde, daß jüdische Schlächter Fleisch, welches zum Verkauf an Christen bestimmt war, in ekelhafter Weise besudelt hätten. Die Anklage lautete auf groben Unfug. Die Königl. Staatsanwaltschaft hatte die Anklage erhoben anscheinend auf Anzeige von Berlin aus. Herr Rosenthal gab als Verfasser des Artikels den Navigationslehrer Doering aus Leer an, „einen alten bewährten Herrn, der seit Jahren für die „Hann. Post" correspondirt", erklärte aber ausdrücklich, daß der Artikel mit seinem Wissen und Willen abgedruckt sei. Der Amtsanwalt beantragte 50 Mk. Geldstrafe, weil durch diesen frivolen Artikel weite Kreise beunruhigt seien, nämlich die durch denselben betroffenen jüdischen Schlächter und deren christliche Consumenten. Herr Rosenthal vertheidigte sich folgendermaßen: Er habe die Angabe des Herrn Navigationslehrer Doering in Leer für wahr gehalten. Er halte es für seine Ehrenpflicht, derartige Sachen zu bringen, da andere Blätter nicht den Muth dazu fänden. Er habe im Hinblick auf den Cleverprozeß und Herrn Valentin die Sachen für richtig angesehen und beantrage die Vernehmung des Dr. Bachler-Berlin, der das Vorkommen solcher Fälle bezeugen könne, und bitte aus allen diesen Gründen um Freisprechung. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung mit folgender Begründung: Die Voraussetzungen des groben Unfugs lägen nicht vor. Die Art der Ausdrucksweise jenes Artikels sei zwar wenig geschmackvoll, doch nicht jede Ungebühr falle unter den Unfugsparagraphen, sondern nur die „grobe" Ungebühr. Die Leser der „Hann. Post" seien durch den Artikel nicht beunruhigt, weil er ja ihren Tendenzen entspreche. Wenn möglicherweise einige jüdische Schlächter und deren christliche Kunden den Artikel gelesen hätten, so seien diese Kreise zu klein, um das allgemeine Publikum darzustellen. — Charakteristisch für den vorliegenden Fall ist, daß Herr Rosenthal die Unwahrheit seiner Verdächtigungen ohne Weiteres zugegeben und nicht einmal den Versuch gemacht hat, das Schauermärchen von der Fleischbesudelung in Ostfriesland durch den gesinnungstüchtigen Antisemiten, Herrn Navigationslehrer Doering in Leer unter Beweis zu stellen.

Antisemitische Excesse. Die antisemitische Verhetzung hat wieder einmal eine nette Frucht gezeitigt. Die „Eberswalder Zeitung" berichtet: „Ein ruchloses Bubenstück ist auf dem hiesigen jüdischen Kirchhofe verübt worden. Zwei Grabdenkmäler sind umgeworfen und theilweise zertrümmert worden. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es nicht gelingen sollte, den Thäter zu ermitteln; die jüdische Gemeinde hat eine Belohnung von 100 Mark für die Entdeckung desselben ausgesetzt."

Vermischtes.

Protestantische Orthodoxie und Antisemitismus. In welcher Weise die protestantische Orthodoxie gegen die mißliebigen theologischen Facultäten kämpft,

dafür bietet die folgende Auslassung der „Allg. Ev. Luth. Kirchenztg." ein charakteristisches Beispiel:

„Auch ein „Zeichen der Zeit" möchte man es nennen, daß eine evangelisch-theologische Facultät für die Lösung ihrer theologischen Preisaufgabe einem Juden den Preis zuerkennt. So geschehen von der evangelisch-theologischen Facultät zu Berlin gegen den jüdischen Studenten Felix Koblenz aus Ottweiler. Die Aufgabe lautete: „Recht und Schranken der Behauptung, daß das betende Ich in den Psalmen nicht erst im gottesdienstlichen Gebrauch derselben, sondern schon nach der Absicht der Dichter die israelitische Gemeinde anzusehen sei, sind am exegetischen Thatbestand darzuthun." Hierauf war nur die Arbeit von Koblenz eingegangen, über welche die Facultät folgendes Urtheil fällte: „Der Verfasser, der mit dem Motto „Immer strebe zum Ganzen!" versehenen Arbeit hat zwar nicht gerade neue Gesichtspunkte für die Lösung der im Thema enthaltenen Frage aufgestellt, aber er hat das vorhandene Material, und zwar sowohl die Quellen als die Litteratur über diese, mit großem Fleiß und recht gutem Verständniß durchgearbeitet. Er hat ferner den Stoff im Allgemeinen gut disponirt; die Darstellung ist einfach und klar, und die gewonnenen Ergebnisse sind der Hauptsache nach wohl begründet. Die Facultät steht daher nicht an, die Arbeit des Preises für würdig zu erklären."

Bekonntlich werden, so bemerkt dazu die „Protestontische Vereins-Corr.", derartige Preisarbeiten, damit sie oöllig unparteiisch beurtheilt werden, nicht mit dem Namen des Verfassers gezeichnet, sondern mit einem Motto. Dasselbe Motto steht auf einem beifolgenden geschlossenen Couvert, dos auf einem Zettel den Namen des Autors enthält. Diese Thatsache oerschweigt das lutherische Blatt nicht nur, sondern es wöhlt seine Worte so, daß der arglose Leser den Eindruck erhalten soll: Die Berliner theologische Foeultät fraternisirt mit dem Judenthum. Durch diesen Appell an die antisemitischen Instinete hofft man ouch in denjenigen conservatioen Kreisen für den Feldzug gegen die theologische Wissenschaft Stimmung zu mochen, die sonst für derartige Propaganda nicht zu haben sind.

Zur Anstellung jüdischer Lehrkräfte an den Berliner Volksschulen. Die Stadtoerordnetenversammlung nahm am 19. März mit ollen Stimmen gegen diejenige des antisemitischen Stadtoerordneten Pretzel einen Antrag an, in dem sie gegen den Erlaß des Cultusministers und die Verfügung des Prooinzialschulcollegiums Widerspruch erhebt und den Mngistrat ersucht, an den bisher befolgten Grundsätzen über die Anstellung und Beschöftigung jüdischer Lehrkräfte auch ferner festzuhalten.

Juden in der Geschichte der Nordpolfahrten. Zu dem Artikel in Nr. 94 der „Mitth." schreibt Dr. Fr. S. K. im Wiener „Fr. Blott":

„Ungleich wichtiger und in der Wissenschaft von bedeutenderem Werthe als alle die eben angeführten Bemühungen der gedachten Nordpolreisenden sind die Forschungsergebnisse eines aus Berlin stammenden jüdischen Ethnographen und Sprachforschers, Doctor F. Boas, der gegenwärtig Professor der Clark-Universität zu Worcester, Mass., ist und eine ungewohnlich umfangreiche wissenschaftliche Thätigkeit im Dienste des „Bureau of American Ethnology" entfaltet. Boas verweilte drei volle Jahre unter den nördlichsten Eskimostämmen Amerikas und den Chinook-Indianern, er ergründete deren Sprachen, Sitten und Gebräuche und beschreibt sie wie noch Niemand vorher mit einer Sachkenntniß und Wissenschaftlichkeit, die unter allen Ethnographen der Welt ungetheilte Anerkennung findet. Die gewaltigen physischen Beschwerden seiner Reisen schilderte er nur einmal, kurz und trocken. Für seine außerodentlichen Erfolge zeugt auch der Umstand, daß Dank seinen Forschungen die Eskimos in den Vordergrund ethnographischer Behandlung gerückt erscheinen.

Von den Wiener Studenten. Der akademische Senat der Wiener Unioersitöt fand sich veranlaßt, gegen die Achterklärung der jüdischen Studenten seitens der arischen Couleurs Stellung zu nehmen, und ließ an dos „schwarze Brett" Folgendes anschlagen:

„Der akademische Senat hat in Erfahrung gebracht, daß die Delegirten von wehrhaften Studentenverbindungen in einer am 11. d. M. abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt haben: „In vollster Würdigung der Thatsachen, daß zwischen Ariern und Juden ein tiefer moralischer und physischer Unterschied besteht, daß durch jüdisches Unwesen unsere Eigenart schon so viel gelitten; in Anbetracht der vielen Beweise, die auch der jüdische Student von seiner Ehrlosigkeit und Charakterlosigkeit gegeben, und da er überhaupt der Ehre nach unseren deutschen Begriffen völlig baar ist, faßt die heutige Versammlung deutscher wehrhafter Studenten den Beschluß: Dem Juden auf keine Waffen mehr Genugthuung zu geben."

„Der akademische Senat hat, ohne dem gesetzlichen Verbot der Herausforderung zum Zweikampfe vorzugreifen, in seiner Sitzung vom 13. März 1896 beschlossen, über diesen Beschluß, durch dessen Inhalt und noch mehr durch dessen Begründung ein Theil der Studentenschaft als der Ehre baar erklärt wird, die schärfste Mißbilligung auszusprechen, und behält sich nach Lage der Umstände die weiteren Maßnahmen vor. Wien, am 14. März 1896. Der Rector der k. k. Universität: A. Menger m. p."

Die Heldenthot der ontisemitischen Studenten führte am 14. d. M. an der Unioersität zu Demonstrationen. Aus demselben Anlasse beschlossen der Ausschuß der „Deutsch-okademischen Lese- und Redehalle" sowie eine zohlreich besuchte Versammlung jüdischer Studenten 2c. entschiedene Protestkundgebungen Auch die Publicistik widmete den Vorkommnissen große Aufmerksamkeit. Unter Anderem erschien im Verlage des Zeitungsbureaus H. Goldschmied eine beachtenswerthe Flugschrift: „Dem Juden keine Sotissfoction. Ein ernstes Mahnwort oon einem Nichtjuden." Der Verfasser fordert namentlich die Eltern der oon gewissenlosen Hetzern irregeleiteten Jugend auf, die Consequenzen eines Gebahrens zu erwägen, dos zu einem Abgrunde führe, in welchem Jene zerschellen werden, die sich am göttlichen und menschlichen Rechte oersündigt haben.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses oom 16. d. M. interpellirten Dr. Rott und Genossen den Unterrichtsminister über sein Verhalten gegenüber den scandalösen Vorgängen on der Unioersität, die mit der Mißbilligung des okodemischen Senots nicht abgethan sein können. Noch am Abende desselben Toges gelangte in der holbamtlichen „Wiener Abendpost" nachstehendes Communiqué zur Veröffentlichung: „Wir sind ermächtigt, mitzutheilen, daß aus Anloß der Demonstrationen, welche am letzten Samstog an der Wiener Unioersitöt stattgefunden hoben, ebenso wie hinsichtlich jener Vereinsbeschlüsse, die dieselben oeranloßt haben, seitens der zuständigen Behörden die erforderlichen Amtshandlungen eingeleitet worden sind."

Flora Gaß als Schriftstellerin. Die vielgenannte „Freundin" des Herrn von Hammerstein, Flora Gaß aus Basel, giebt, wie man der „Frkf. Ztg." aus Basel schreibt, zwecks Vertheidigung gegen die ihr gemachten Vorwürfe, von denen sie viele als ungerechtfertigt bezeichnet, eine Broschüre heraus, die sich durchweg auf Documente, in erster Linie auf Briefe v. Hammerstein's, stützen soll. Das ca. 50 Seiten starke Büchlein, das demnächst in einem süddeutschen Verlag erscheinen wird, führt den Titel: „Meine Vertheidigung in Sachen v. Hammerstein's. Von Flora Gaß in Basel."

Geschmackvoller Stil. Der „Moderne Völkergeist", das Organ der Dühringianer oeröffentlicht in seiner Februarnummer (S. 22) einen Aufsatz: „An die deutschen Frauen". Darin wird die „Deutsche Frau" mit folgender Widerlichkeit tractirt:

„Ist es einem financiell sicher gestellten Mädchen noch möglich, einiges Selbstgefühl zu wahren, so wird in den weniger mit irdischen Gütern gesegneten Kreisen jede natürliche Neigung leicht der materiellen Versorgung geopfert. Es handelt sich hier im allgemeinen nur um ein weniger reelles Tauschgeschäft, bei dem gegen die Unterhaltsgewährung auf männlicher Seite eine dauernde Veräußerung der Geschlechtseigenschaften auf weiblicher Seite stattfindet. Ob nun bei dieser uneigentlichen Prostitution der eine Austauschartikel in der lebenslänglichen Unterhaltsgewährung besteht oder bei der eigentlichen Prostitution von Fall zu Fall, je nach dem Marktpreis, durch baare Münze ersetzt wird, kann an dem Kern der Sache nur wenig ändern. Die Gründe zu der zeitweisen wie dauernden Geschlechtsveräußerung mögen oft dieselben sein."

Ob die „deutsche Jungfrou" ontisemitischer Prägung durch diesen Artikel sich erhoben fühlt?

Erdichtete Ovation. Das „Deutsche Volksblatt" des österreichischen Antisemitenführers E. Vergani muß nachstehende Berichtigung der Vereinsleitung des Männer-Chors „Donoustodt" oeröffentlichen:

„In Ihrem Blatte vom Mittwoch den 4. d. M. erscheint unter den

Mittheilungen folgende Nachricht: „Verehrung für Dr. Lueger. Die Mitglieder des Männergesangvereines „Donaustadt“, welcher fast sämmtliche Lehrer von den Kaisermühlen zu seinen Mitgliedern zählt, feierten gestern Abend bei Jahudka den Sieg der antisemitischen Partei und brachten stürmische Hoch-Rufe auf Dr. Lueger aus.“ Mit Berufung auf § 19 Preßgesetz ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung: Bezugnehmend auf die unter dem Titel „Verehrung für Dr. Lueger“ erschienene Mittheilung des „Deutschen Volksblattes“ vom 4. März d. J. sieht sich der Männerchor „Donaustadt“ veranlaßt, Folgendes zu erklären: Der Männerchor (unrichtig Männergesangverein) „Donaustadt“ pflegt nur deutschen Gesang und enthält sich jedweder Politik. Es ist daher vollkommen unwahr, daß der Männerchor „Donaustadt“ Dienstag, den 3. d. M., Abends, im Restaurant Jahudka den Sieg der antisemitischen Partei feierte und die Mitglieder stürmische Hoch-Rufe auf Dr. Lueger ausbrachten.“

Zugleich stellt der Lehrkörper von „Kaisermühlen“ fest, daß von den 17 Mitgliedern desselben nur einer dem Gesang-Vereine „Donaustadt“ angehört und überhaupt dem Lehrkörper von einer Siegesfeier nichts bekannt ist.

Lemberg. Mit welcher Frivolität beunruhigende und aufhetzende Nachrichten öffentlich verbreitet werden, beweist eine Notiz in dem Lemberger clerical-conservativ-antisemitischen Blatte „Przeglad“. Am 8. März war eine Schauergeschichte von der Schändung eines Heiligenbildes seitens jüdischer Arbeiter enthalten, eine Nachricht, die geeignet war, die Gemüther der vorwiegend katholischen Bevölkerung aufzuregen und sie mit Haß gegen ihre jüdischen Mitbürger zu erfüllen. Mit frommem Augenaufschlag ertheilt der „Przeglad“, indem er diese vermeintliche Thatsache seinen gläubigen Lesern erzählt, den Juden, die er alle ohne Ausnahme für dieses Verbrechen verantwortlich macht, den Rath, ja nicht mit dem Feuer zu spielen; sie könnten sonst in diesem Brande, den sie muthwillig entfachen, zu Grunde gehen. Dabei kann dieses fromme Organ nicht umhin, einen hämischen Seitenhieb gegen die Juden zu führen, indem es ihnen vorwarf, daß sie nicht „mit“ sondern „von und zwischen“ der christlichen Bevölkerung leben. Gleich in der nächsten Nummer war dieses Blatt gezwungen, eine Berichtigung aufzunehmen, die klar besagte, daß an der ganzen Sache nicht ein wahres Wort ist!

Afrikanische Weisheit. Menelik, der Negus von Abessinien, hat, wie die „Kölnische Zeitung“ mittheilt, an den englischen Missionar F. S. R. Clarke einen vom 3. Februar datirten Brief geschrieben, aus dem folgende Stelle über die Judenfrage mitgetheilt wird: „Was Ihr das Alte Testament nennt, ist eben so wahr wie das Neue, und was darin steht, muß von denen geachtet und gehalten werden, die Jesus und den von den Propheten verkündeten Aposteln folgen. Niemals hat Jesus das ewige Merkzeichen seiner Rasse abgeschafft; denn er selbst ist ihm am achten Tage von seiner heiligen Mutter unterzogen worden. Wenn man daher das unterdrückt, was Gott aufgestellt hat „von Zeit zu Zeit und von Ewigkeit zu Ewigkeit“, so schwächt man den Glauben und giebt ein Schauspiel, wie es die Christen Europas geben. Sie üben Gewaltthätigkeiten nicht allein draußen, sondern auch bei sich gegen die Juden, die trotz alledem christliche Seelen sind und denen wir unseren Heiland verdanken. In meinem Reich giebt es deren mehr als 300 000, und die sind, obwohl sie in fast vollständiger Unabhängigkeit leben, willige und arbeitsame Unterthanen. Sie stiften nie Verschwörungen an, zahlen alle Abgaben und achten unseren Abuna (das Oberhaupt der äthiopischen Kirche) ebenso wie die Christen. Wenn sie in Europa schlechter sind, so kommt das daher, daß dort auch die Christen schlechter sind. Und Herr Jesu hat ihnen am Kreuze verziehen, weshalb werden sie also noch verfolgt? Sie freilich verfolgen sie nicht; mögen die anderen Christen Europas ihnen nachahmen! Was euch noth thut, ist, wieder zu unserm Gott zurückzukehren, alle seine Gebote zu achten, nicht mehr Moses und die Propheten von den Aposteln oder den heiligen Petrus vom heiligen Paulus zu trennen.“

Die Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten.

Von Oscar S. Strauß, ehemaligem Gesandten der Vereinigten Staaten in der Türkei.

„Keinerlei religiöse Vereidigung darf gefordert werden als Bedingung für irgend ein bezahltes oder unbezahltes Amt in den Vereinigten Staaten. Der Congreß darf kein Gesetz annehmen, das eine bestimmte Religion vorschreibt oder die freie Ausübung einer solchen verbietet.“

Diese beiden kurzen Bestimmungen der Verfassung der Vereinigten Staaten proclamiren die Religionsfreiheit in ihrer größten Ausdehnung als ein Grundrecht, das jeder Amerikaner besitzt, sei er nun Bürger oder Fremder. Als das amerikanische Volk diese Paragraphen in seine Verfassung aufnahm, gab es der Welt das erste Beispiel von der Möglichkeit, Kirche und Staat vollständig zu trennen.

Vor der Revolution herrschten in den einzelnen Provinzen der Colonien, die den heutigen Staaten in der Union entsprechen, die verschiedensten religiösen Secten: Die Puritaner in Massachusetts, die Baptisten in Rhode Island, die Congregationalisten in Connecticut, die holländischen und schwedischen Protestanten in New-Jersey, die Engländer in New-York, die Quäker in Pennsylvania, die Katholiken in Baltimore, die Cavaliere in Virginia, die Baptisten, Methodisten, Quäker und Presbyterianer in Nord-Carolina, die Hugenotten und Episcopalen in Süd-Carolina und die Methodisten in Georgia. Mit Ausnahme von Pennsylvania, Maryland und Rhode Island existirte in allen anderen Colonien irgend eine Form der Staatskirche.

Verweilen wir einen Moment in Rhode Island, dem Lande, wo das Banner der religiösen Freiheit zuerst entfaltet wurde. Im Winter 1636 konnte man einen Flüchtling durch die Urwälder von Neu-England ziehen sehen, der aus dem Gebiete der Puritaner von Massachusetts verbannt war und jetzt einen Zufluchtsort vor der Tyrannei der Geistlichkeit suchte, wo er und mit ihm alle anderen Menschen jeder noch seiner Art zu Gott beten durfte. Zu dieser Zeit gab es in der ganzen Welt kein solches Land. Die Colonisten von Virginia waren getreue Anhänger der Staatskirche von England. Dort gab es weniger Freiheit, als es zu dieser Zeit selbst in England der Fall war. In den besiedelten Districten von Neu England dominirten die Puritaner, welche ihre englische Heimath verlassen hatten, um der kirchlichen Tyrannei zu entgehen und nun in ihren eigenen neuen Sitzen noch ärgere Tyrannei selbst auszuüben. Jener Bürger, der erste richtige Typus eines freien amerikanischen Bürgers, der aufrichtige Freund der wilden Indianer, der Wohlthäter Jedermanns, hieß Roger Williams. Er vollbrachte, was vor ihm Niemand bisher gewagt hatte, er verband religiöse Ueberzeugung mit der größten Freiheit, und schuf so zum ersten Mal den rein weltlichen Staat, als ein Asyl für die Armen und Verfolgten, der Jedermann das Recht seiner freien religiösen Ueberzeugung gewährleistete. Es steht zu hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die ganze civilisirte Welt die Wahrheit der Prinzipien anerkennen wird, die Roger Williams angestrebt hat, und die seinem Namen einen unvergänglichen Nachruhm sichern.

So groß war aber damals der Haß, den die andern Colonien gegen diese Ketzereansiedlung empfanden, daß Massachusetts ein Gesetz annahm, welches den Einwohnern des neuen Staates verbot, die Grenzen dieser neuen Provinz zu überschreiten.

Es darf nicht überraschen, daß die römischen Katholiken, die in dem protestantischen England verfolgt wurden, ihre Augen nach dem neu entdeckten Lande im fernen Westen wendeten, um sich dort einen Zufluchtsort zu erwerben. Lord

Baltimore war ein zwar neu gewonnener, aber überzeugter und eifriger Katholik, und er benutzte seine hohe Stellung und die Gunst, in der er bei Jacob I. stand, um eine Verfassung für Maryland zu erzielen, welche ebenfalls schon ziemlich tolerant war. Die Gewissensfreiheit war soweit gewahrt, daß alle Secten des Christenthums frei dort wohnen durften. Dies war bereits ein großer Schritt zur Vorbereitung der vollen religiösen Freiheit, und die Verfassung von Maryland war um ein Jahrhundert der der andern Neu-England Staaten und Virginiens voraus. Dieselben Gründe, welche die Puritaner und Katholiken trieben, sich ein Asyl im fernen Westen zu suchen, zwangen mit vermehrtem Druck die Quäker zu der gleichen Anstrengung; denn diese Secte war Verfolgungen von allen Seiten ausgesetzt, und trotz ihres friedlichen Charakters nicht minder ingrimmig von der hochkirchlichen Partei gehaßt, wie von den dissentirenden Protestanten und Katholiken. Die Gesetze, die sie für ihre Regierung in Pennsylvanien schufen und die man in England bestätigte, bewilligten gleichmäßige Toleranz allen Religionen und Secten, die eine Gottheit anbeteten, so daß auch Juden und Heiden in ihrem Glauben und der Ausübung ihrer religiösen Gebräuche geschützt waren. Diese Verfassung ging noch einen Schritt weiter, wie die von Maryland, aber sie näherte sich doch dem Ideal religiöser Freiheit nicht so weit, als es die Gesetzgebung von Rhode Island that. Noch immer waren in Pennsylvanien die Anschauungen der Nationalisten und Atheisten verboten und mit Strafen bedroht. Die Colonisten dieses Staates machten jedoch kurz nach der Ankunft von William Penn einen gewaltigen Rückschritt, und es zeigte sich, daß die Anhänger dieses großen Mannes von seinem Liberalismus noch weit entfernt waren. In dem Gesetz, das 1682 unter dem Namen des großen Gesetzes von Chester angenommen wurde, revidirte man die religiöse Toleranz rückwärts, indem man als Beamte der Colonie nur solche zuließ, die einer christlichen Religion angehörten.

Der fortwährende Kampf, der in England zwischen der Partei der Hochkirchler und der Puritaner tobte, war nicht dazu angethan, religiöse Toleranz zu lehren. Der ganze Streit drehte sich um Ceremonien, und wie groß auch die Leiden der Puritaner gewesen waren, als sie selber in England zur Macht kamen, vermochten sie sich nicht zur Höhe religiöser Duldung aufzuschwingen, sondern waren zufrieden, statt des Amboß auch einmal selber Hammer zu sein. Diejenigen der Puritaner, welche Neu-England aufsuchten, waren nicht anders geartet und ebenso weit entfernt von Humanität und Liberalismus, sie verlangten Freiheit der religiösen Uebung für sich, aber nur für sich. Sie nahmen den Indianern das Land weg, und als diese zur Rebellion gedrängt waren, wurden sie von den Puritanern massenhaft niedergemetzelt. Die dissentirenden Christen, welche nicht Puritaner werden wollten, wurden vertrieben und einzelne sogar hingerichtet, denn in den Augen jener Eiferer war Duldung eine Ketzerei und Religionsfreiheit ein Verbrechen.

Die Colonisten von Virginia ihrerseits waren weder Verbannte noch Flüchtlinge, sie kamen nach Amerika, weder um sich politische oder religiöse Freiheit zu schaffen noch um die Heiden zu missioniren, sondern die virginischen Colonisten suchten den fremden Erdtheil auf, um Gold zu graben und Tabak zu pflanzen. Man erzählt von einem Beamten, dem eine Deputation empfahl, Maßregeln für das Seelenheil der Ansiedler zu treffen, der ihnen aber die Antwort ertheilte: „Geht zur Hölle, aber baut Tabak!“ Die erste Verfassung dieses Staates beweist klar, daß es sich nur um eine Handelsgesellschaft handelte, ähnlich der Südsee-Compagnie, daß der König das Haupt dieser Gesellschaft war und für sich das Recht der Gesetzgebung reservirte, aber in der Hoffnung, schließlich gute finanzielle Einnahmen aus der Colonie zu ziehen. Bei dem großen Einfluß, den der König in Virginien ausübte, verstand es sich von selbst, daß die englische Staatskirche auch die Staatskirche von Virginien wurde. Kein Einwanderer durfte andere Anschauungen, soweit die Religion in Frage kam, haben als König Jacob I. und besonders streng verboten war der Aufenthalt in diesem Lande den Katholiken.

Es ist offenbar, daß weder die Hochkirchler von Virginien noch die Puritaner von Neu-England, die beide ihre bürgerliche Politik nach ihren religiösen Anschauungen modelten, in der Lage waren, für Toleranz einzutreten. Im Gegentheil richteten sich alle ihre Anstrengungen nach der umgekehrten Seite, und alle ihre Gesetze hatten die Aufgabe, das Gegentheil zu erreichen. Das Morgenroth der Freiheit, das die ganze westliche Welt zu erleuchten bestimmt war, mußte an einem andern Punkte aufgehen, und nicht diesen großen Parteien, sondern den abweichenden religiösen Minoritäten dankt Amerika den Beginn der religiösen Toleranz, in der es für die ganze Welt tonangebend wurde.

Es würde zu weit führen, wenn wir uns mit all den einzelnen Zeichen der Toleranz beschäftigen wollten, die in den zahlreichen Gesetzen des 17. und zum Theil noch des 18. Jahrhunderts niedergelegt sind. Zur Zeit, als die Unabhängigkeitsbewegung begann, herrschte die puritanische Secte als Staatsreligion in Massachusetts, New Hampshire und Connecticut. Die Hochkirche von England war Staatsreligion in allen südlichen Colonien und zum Theil auch in New-York und New-Jersey. In Massachusetts verlangten die gesetzgebenden Körperschaften scharfe Beobachtung des politischen und kirchlichen Verhaltens der Geistlichen. Schwere Strafen trafen Jedermann, der an der Inspiration irgend eines Buches im Alten oder Neuen Testament Zweifel ausgesprochen hätte. Ebenso wurden neue Gesetze gegen Gotteslästerung gegeben und die gleiche Legislatur bestand in Kraft in Connecticut und wurde neu belebt in New-Hamshire. Als Süd-Carolina seine zweite Verfassung erhielt, wurde der Protestantismus zur Staatsreligion erklärt, in Maryland bezahlten alle Bürger, auch die Dissidenten, eine gleichmäßige Einkommensteuer für Ausgaben der Staatsreligion und in vielen Staaten wurde die Ablegung religiöser Eide bei Bekleidung von Staatsämtern gefordert. In New-Hampshire, New-Jersey, Nord- und Süd-Carolina und Georgia mußten wenigstens die obersten Staatsbeamten Protestanten sein. In Massachusetts und Maryland mußten alle Beamten erklären, daß sie an die christliche Religion glaubten, während sie in Süd-Carolina ihren Glauben an Himmel und Hölle eidlich versichern mußten. Noch weiter gingen Nord-Carolina und Pennsylvanien, sie verlangten von ihren Beamten die ausdrückliche Anerkennung der Inspiration des Alten und Neuen Testaments, wogegen man sich in Delaware damit begnügte, daß die Beamten versicherten, an die Dreieinigkeit zu glauben.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

Unseren Leipziger Abonnenten theilen wir hierdurch mit, daß Herr L. A. Fr. nicht mehr den Vertrieb unserer „Mittheilungen“ hat und daß wir vom Berliner Bureau aus Ihnen das Blatt direct zusenden.

J. C. in **O.** Das Gedicht ist leider für uns nicht verwendbar.

X. in **Magdeburg.** Auch uns ist es unerfindlich, wie der „Berliner Vereinsbote“, das Central-Organ für die jüdischen Vereine Berlins in einem Circular schreiben kann, das jüdische Publikum sei das „allerkaufkräftigste“.

Dr. W. in **S.** Schopenhauer sagt mit Recht: „Der Patriotismus, wenn er sich im Reiche der Wissenschaft geltend machen will, ist ein schmutziger Gesell, den man hinauswerfen soll.“

Dr. K. in **Stettin.** 20 Mark mit bestem Dank erhalten. Ihr Vorgehen, den antisemitischen Beleidiger Strafe zahlen zu lassen, verdient Nachahmung.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115 a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 14. **Berlin, den 4. April 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Ostern.

Ostern, dieses Fest der Auferstehung Christi, ist noch in ganz Europa mit Gebräuchen durchsetzt, die aus der Zeit des heidnischen Alterthums herüber gerettet worden sind. So werden in manchen Gegenden Osterfeuer angezündet. Wenn dann von allen Bergen die Lohe durch die Nacht leuchtet, mag der festliche Sinn in diesem reinen „neuen Feuer“ eine Erneuerung des Lebens der Natur symbolisch angedeutet sehen und trotz Schlossen, Regen und Wind, wie sie der April bringen, vom erwachenden Frühling träumen.

Aber man kann nicht nur auf länderüberragenden Bergen Osterfeuer anzünden. Auch in den Herzen der Menschen kann das reine Feuer aufflammen und wer in sich selbst zu dem gesegneten Feste des Frühlingsanfangs Osterfeuer entzündet, dem wird der „Osterspaziergang“ durch die Natur Freuden reinster Weihe bringen.

Am seltensten steht man Osterfeuer der festlichen Erhebung in den Herzen der Völker aufflammen. Wenn man still die Jahrtausende überschaut, von denen wir eindringliche Kunde haben, dann muß der Menschenfreund resignirt vor dem Ergebniß stehen, daß das Menschengeschlecht die alte Kunst des Hassens ungeschwächt bewahrt und die ewig junge Kunst des Liebens selten ausgeübt hat. Wer einen anderen Glauben besitzt, wird bitter gehaßt. Das war vor Jahrtausenden so und heute ist es nicht anders. Vor 2500 Jahren erklärte der indische Weise Laotse: „Himmel und Erde haben keine parteiischen Zuneigungen, sondern umfassen alle Wesen mit gleicher Liebe“. Vor 2000 Jahren mahnte der indische König Asoka die Religionen zur Milde: „Eintracht allein frommt“. Vor 1600 Jahren erklärte der Kirchenvater Tertullian: „Gott ist nicht streitsüchtig“ Vor 700 Jahren sprach der Jude Maimonides das Wort aus: „Die Edlen aller Völker haben Theil an der Seligkeit“. Und vor 100 Jahren erklang die Weisheit des Papstes Clemens XIV: „Die Religion selbst redet ohne Bitterkeit und ohne Hochmuth.“

Diese herrlichen Worte sind echte Osterfeuer der Menschheit. Aber sie loderten nur in den Herzen großer und echter Frömmigkeiten, und ob sie schon die Gluth hatten, über Jahrtausende hinweg ihre Flamme leuchten zu lassen, die Menschheit selber hatte nicht die Fähigkeit, sie aufzunehmen. Sie erlöschte die Flammen, anstatt sich an ihnen zu wärmen. Und so wandelt der Haß der Religionen und Nationen in alter Schrecklichkeit über die Lande.

Ostern feiert heute die Menschheit und Osterfeuer glänzen von ragenden Hügeln. Aber besser als diese äußerlichen Feierlichkeiten ist ein stilles Ostern in den Seelen. „Lasset uns Ostern halten“, sagt der Apostel Paulus, „nicht im alten Sauerteige, auch nicht im Sauerteige der Bosheit und Schalkheit, sondern im Süßteige der Lauterkeit und Wahrheit.“

Herrn Stöckers Wahrheitsliebe.

Ueber den „Austritt Stöckers aus der conservativen Partei“ hat der Vorsitzende des Wahlvereins der Berliner Deutschconservativen, Oberst z. D. von Krause dieser Tage eine Schrift veröffentlicht, welche an der Hand der dem Verfasser zur Verfügung gestellten Protokolle über die Verhandlungen der conservativen Parteileitung in Sachen Hammerstein und über die Rolle, welche Herr Stöcker dabei spielte, Folgendes mittheilt:

In der Sitzung des Elfer-Ausschusses vam 18. Juni 1895 lagen zwei Anträge var, der eine van Herrn van Kröcher, „daß Freiherr van Hammerstein bis zur Beendigung der Untersuchung aus den canservativen Fractionen des Reichstages und des preußischen Abgeardnetenhauses auszuschließen sei“; der andere van Herrn van Levetzaw, „daß der Freiherr van Hammerstein durch die Parteileitung zu veranlassen sei, sobald als möglich aus der Partei auszuscheiden.“ Als hauptsächlichste Anschuldigungspunkte gegen Herrn von Hammerstein wurden angeführt: 1) Verwendung des Pensiansfonds der „Kreuz-Zeitung“; 2) der Papiercantract mit dem Lieferanten Flinsch; 3) das Verhältniß zu der Flara Gaß; 4) das Verhalten gegenüber den Redacteuren der „Kreuz-Zeitung“, insbesandere gegenüber dem Prafessar Dr. Krapatscheck. Nach dem vam Hafprediger a. D. Stöcker mit unterzeichneten Protakall hat kein Mitglied des Elfer-Ausschusses die varstehend genannten Anträge sa lebhaft bekämpft wie gerade Herr Hafprediger a. D. Stöcker.

Die Antragsteller traten selbstverständlich warm für ihre Anträge ein. Herr van Kröcher begründete seinen Antrag durch nähere Auskunft zu den beiden ersten Anschuldigungspunkten. Herr van Levetzaw tadelte scharf die Verwendung des Pensiansfonds der „Kreuz-Zeitung“, dessen Zinsen auf Veranlassung des Freiherrn von Hammerstein während der Jahre 1891—94 verrechnet worden seien, abwahl das betreffende Kapital nicht mehr varhanden ge-

wesen. Nicht minder scharf rügte er das Gebahren des Freiherrn von Hammerstein mit dem Papierlieferanten Flinsch, wodurch die „Kreuz-Zeitung“ alljährlich um sehr hohe Beträge benachtheiligt worden sei. Ebenso verurtheilte er das ehebrecherische Verhältniß mit der Flora Gaß und das Verhalten des Freiherrn von Hammerstein gegenüber den Redacteuren der „Kreuz-Zeitung“. Herr Hofprediger a. D. Stöcker dagegen bekämpfte, wie gesagt, die beiden Anträge. Er hielt einen Beschluß, wie er von Herrn von Kröcher und Herrn von Levetzow beantragt sei, noch für verfrüht. Seinen Informationen zufolge habe Herr von Hammerstein den Pensionsfonds der „Kreuz-Zeitung“ nicht in seinem persönlichen Interesse, sondern zum Ankauf des „Deutschen Tageblatts“ verwendet und hierzu die nachträgliche Zustimmung des inzwischen verstorbenen Oberpräsidenten a. D. Freiherrn von Kleist-Retzow erhalten. Auch die Abmachungen mit dem Papierlieferanten Flinsch seien für Herrn von Hammerstein nicht gravirend, da derselbe aus eigener Initiative eine Herabsetzung des Papierpreises, und zwar bereits zu einer Zeit erzielt habe, zu welcher das Curatorium der „Kreuzzeitung“ noch ohne Kenntniß von dem Vorgange gewesen. Er wünsche daher, daß ein Beschluß im Sinne der Anträge der Herren von Kröcher und von Levetzow jetzt noch nicht gefaßt werde, sondern daß man zunächst das Ergebniß des von Herrn von Hammerstein gegen die Frankfurter „Kleine Presse“ angestrengten Prozesses abwarten möge. Andere Herren, unter ihnen Herr Dr. Klasing, traten den Ausführungen des Herrn Stöcker entgegen und sprachen sich zu Gunsten der gestellten Anträge aus. Herr Graf Limburg-Stirum hielt es für nothwendig, daß auch das Curatorium der „Kreuz-Zeitung“ aufgefordert werde, Herrn von Hammerstein zur Niederlegung der Redaction zu veranlassen. Herr Graf Schtieden erklärte ebenfalls das Verbleiben des Freiherrn von Hammerstein in der Redaction der „Kreuz-Zeitung“ und in den Fractionen der Parlamente nicht für wünschenswerth, bezweifelte indeß, ob die Parteileitung zu bestimmt formulirten Beschlüssen in dieser Richtung berechtigt sei. Nochmals trat hierauf Herr Hofprediger a. D. Stöcker für Herrn von Hammerstein ein und erklärte es für nicht richtig, Beschlüsse von Seiten der Parteileitung gegen denselben zu fassen, solange nicht das Curatorium der „Kreuz-Ztg.“ gegen ihn vorgegangen sei.

Gleichwohl wurde zum Schluß der Antrag des Herrn von Levetzow in der später von ihm verschärften Form, „daß der Freiherr von Hammerstein durch die Parteileitung aufgefordert werde, binnen acht Tagen aus den conservativen Fractionen der Parlamente auszuscheiden“, von der Mehrheit angenommen. (Der Austritt erfolgte auf wiederholtes Drängen hin unter dem 5. Juli.) Zugleich wurde auf Antrag des Freiherrn v. Manteuffel einstimmig der Beschluß gefaßt: „Das Curatorium der „Kreuz-Zeitung“ ist aufzufordern, den Freiherrn v. Hammerstein sofort von der Redaction der „Kreuz-Ztg.“ zu suspendiren, widrigenfalls der Elfer-Ausschuß gezwungen sein würde, seinerseits diejenigen Schritte zu ergreifen, welche derselbe für erforderlich hält, um die Scheidung zwischen der conservativen Partei und der von dem Freiherrn v. Hammerstein redigirten „Kreuz-Zeitung“ herbeizuführen.“ (Die vorstehend verlangte Suspension erfolgte unter dem 4. Juli.)

Es gereicht der Parteileitung zur Ehre, daß sie sich durch die Einsprüche und Bedenken des Herrn Hofpredigers a. D. Stöcker nicht zu einer Verzögerung in der Stellungnahme gegen Herrn v. Hammerstein hat bestimmen lassen. Wie es möglich war, daß Herr Stöcker überhaupt noch für Herrn v. Hammerstein eintrat, obwohl ihm die auch am 18. Juni wiederholt zur Sprache gebrachten Beschuldigungen wegen des Verhältnisses desselben mit der Flora Gaß bekannt waren, ist uns räthselhaft. Schon im Februar vorigen Jahres hat er, wie er selbst in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ (Jahrgang 1894, Nr. 47) geschrieben hat, Gerüchte darüber gehört und dann sofort Aufklärung gefordert. „Aber auch da“, sagt er, „war nicht hinter die Wahrheit zu kommen, da Alles schroff abgeleugnet wurde. Erst im Sommer habe ich erfahren, daß Freiherr v. Hammerstein seine Schuld eingestanden hatte“. Ob letzteres vor oder nach dem 18. Juni war, können wir nicht sagen. Es thut dies übrigens auch weiter nichts zur Sache. Jedenfalls waren die Beschuldigungen auch in diesem Stück gegen Freiherrn v. Hammerstein am 18. Juni schon so stark, daß gerade der einzige Geistliche, der im Elfer-Ausschuß saß, schon allein mit Rücksicht auf diese Beschuldigungen nicht für Herrn v. Hammerstein hatte eintreten dürfen. Zum mindesten hätte er, wenn er sich nicht entschließen konnte, gegen Herrn von Hammerstein zu reden und dem Antrage des Herrn von Kröcher oder von Levetzow zuzustimmen, in dieser Angelegenheit schweigen und sich nicht gegen diese Anträge erklären müssen. Allerdings hat er (das Protokoll enthält nichts davon, wir haben es aber als selbstverständlich angenommen, und es ist uns auch bestätigt worden) das Verhältniß des Herrn von Hammerstein zu der Flora Gaß — für den Fall, daß es auf Wahrheit beruhe — auch seinerseits aufs allerschärfste verurtheilt. Aber er hat doch — in für uns unlösbarem Widerspruch — trotz dieser und trotz der anderen Beschuldigungen Herrn von Hammerstein noch als Mitglied der conservativen Fractionen und Parlamente erhalten wollen, zu einer Zeit, da die Majorität des Elfer-Ausschusses die sofortige Entfernung desselben aus der conservativen Partei schon für unbedingt nöthig hielt.

Wie Herr Stöcker Strafanträge stellt, darüber erfährt man aus der Schrift Folgendes:

In einem größeren Kreise zu Berlin kam in der ersten Hälfte des Januar das Verhalten des Hofpredigers a. D. Stöcker gegenüber den öffentlichen Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben waren, zur Sprache, und es wurde getadelt, daß er es unterlassen, gegen Herrn Professor Brecher Strafantrag zu stellen. Sofort sprangen einige Freunde des Herrn Hofpredigers auf und erklärten: „Dieser Tadel sei unbegründet, Herr Hofprediger a. D. Stöcker habe Herrn Professor Dr. Brecher verklagt“. Das berechtigte Erstaunen über diese Mittheilung, die sowohl mit der Aeußerung des „Volk“, daß es in diesem Falle zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung „an der juristischen Grundlage“ fehle, als auch mit der Erklärung des Herrn Stöcker in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“, daß „er von einer Klage gegen Professor Dr. Brecher absehe“ (denn so mußten die Worte nach dem Zusammenhang verstanden werden), in Widerspruch zu stehen schien, veranlaßte die betreffenden Herren, hinsichtlich des wahren Sachverhalts sorgfältige Erkundigungen einzuziehen. Dies ist geschehen. Und was stellte sich nun heraus? Herr Hofprediger a. D. Stöcker hatte thatsächlich Strafantrag gegen Herrn Dr. Brecher gestellt, aber erst so spät und in einer solchen Weise, daß es nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung gekommen ist. Um die Sache zu verstehen, muß man sich Folgendes vergegenwärtigen: Am Morgen des 3. Januar cr. war der Termin abgelaufen, bis zu dem Herr Hofprediger a. D. Stöcker wider Herrn Professor Dr. Becher klagen konnte. In seinem Amt — abgesehen davon, daß er kein öffentliches Amt mehr bekleidet, wie ihm schon die vorgesetzte kirchliche Behörde zum Bewußtsein gebracht hatte — war Hofprediger a. D. Stöcker von Professor Dr. Brecher nicht beleidigt worden. Dieser hatte vielmehr nur gegen seine Person höchst gravirende Beschuldigungen vorgebracht. Die Klage konnte also nur eine Privatklage sein und mußte bei dem zuständigen Schöffengericht eingereicht werden. Wer absolut nichts mit ihr zu thun hatte, war der königliche Staatsanwalt. Gleichwohl reichte Herr Hofprediger a. D. Stöcker den Strafantrag gegen Herrn Professor Dr. Brecher im letzten Augenblick (30. Dez.) beim königlichen Ersten Staatsanwalt Drescher ein. Dieser erhielt sie am 4. Januar und antwortete sofort, daß er sich nicht in der Lage sehe, in der Sache etwas zu thun, daß aber auch, abgesehen davon, der Termin zur Einreichung einer Klage verstrichen sei. Es ist nun gewiß ein eigenthümliches Verhängniß, daß der Brief, der am 30. Dezember zur Post gegeben wurde, erst am 4. Januar in die Hände des königlichen Staatsanwalts kam. Warum aber reichte Herr Hofprediger a. D. Stöcker, wenn er überhaupt klagen wollte, die Klage erst am 30. Dezember ein? Warum nicht schon am 30. November oder am 30. Oktober? Warum wandte er sich überhaupt mit einer Privatklage an den königlichen Staatsanwalt? Und warum versicherte er in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“, daß er nicht klagen werde? Warum verbreitete gleichzeitig das „Volk“, daß „zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung die juristische Grundlage fehle?“ Wir geben zu, daß man hernach zu besserer Erkenntniß kommen und anderer Ansicht werden kann. Muß man aber dann nicht auch seine früheren Erklärungen vor der Oeffentlichkeit zurücknehmen? Unseres Wissens ist dies nicht geschehen. Es ist im Geheimen anders gehandelt worden, als vor der Oeffentlichkeit. Und es ist auch im Geheimen so gehandelt worden, daß es nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung gekommen ist.

Die Broschüre versetzte natürlich Herrn Stöcker und seine Gefolgschaft in einen gewaltigen Zorn. Die Veröffentlichung wurde als ein „unerhörter Act“ bezeichnet. Der Zweck der Schrift sei, Stöcker politisch und moralisch todt zu machen. Die Hetze gehe von sehr einflußreicher Seite aus u. s. w. Auf die Preßpolemik, welche sich aus diesem Anlaß entspann, einzugehen, können wir uns versagen. Hat doch mittlerweile der Herr Hofprediger a. D. in eigener Person das Wort ergriffen und zwar in der „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung“

Herr Stöcker spricht sein Bedauern aus, daß ein preußischer Offizier seinen Namen dazu hergegeben habe, unrichtige Anklagen mit seinem Namen zu decken. Daß ihm gestattet ist, die Protokolle des Elfer-Ausschusses zu seiner Schmähschrift zu benutzen, sei ein Verfahren, für das sich kein Vorgang in einer anderen Partei finde.

Ueber seine Beziehungen zu Hammerstein sagt Herr Stöcker:

„. . . Richtig ist, daß ich am 18. Juni 1895 die Anträge bekämpfte, welche den Ausschluß Hammersteins aus der conservativen Partei bezweckten. Aber ich that dies nicht, weil ich den Schuldigen hätte schonen wollen, sondern weil

die Beschuldigungen gegen ihn, auch der Ehebruch, nicht genügend geklärt waren; von seinen strafgesetzlich verfolgbaren Verbrechen wußte man damals noch nichts. Besonders aus diesem Grunde meinte ich, daß der Ausschluß des Freiherrn v. Hammerstein noch nicht geboten sei, umsomehr, als ich annahm, daß der angekündigte Beleidigungsprozeß die wirklichen Thatsachen an das Licht bringen mußte. Ich führte aus, daß der Ausschluß aus der Partei Frhrn. v. Hammerstein in diesem Prozeß wehrlos machen müsse und fand dabei, wie ich mich deutlich erinnere, Zustimmung. Für den Antrag, welcher bezweckte, Frhrn. v. Hammerstein von der Redaction zu suspendiren, habe ich mit voller Ueberzeugung gestimmt. Auch diese Maßregel hätte ihn aus der Partei hinausgedrängt. Kurz darauf, als die conservative Partei des Abgeordnetenhauses Stellung zu der Sache genommen hatte, bin ich es gewesen, der ihn veranlaßte, aus der Partei auszutreten.

Man wird, wenn man unparteiisch urtheilt, in meinem Verhalten nichts weiter erblicken können, als das Bemühen, den Schuldigen nicht stärker zu belasten, als ich ihn belastet glaubte. Ich hatte ihm persönlich nahe gestanden und nach den Urtheilen seiner allernächsten Angehörigen und Freunde nicht annehmen können, daß er ehrloser Handlungen fähig sei. Andere, die ihm noch näher standen, als ich, haben sich ebenso getäuscht, wie ich selbst. Vielleicht habe ich aus Mitleid mit ihm und seiner Familie die Sache milder beurtheilt, als der kühle, rein politische Gesichtspunkt es gestattet. Aber ich werde es nie bereuen, daß ich einem ehemaligen Freunde, sei es auch einem tief gefallenen, die Christenpflicht der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zugleich zu erweisen suchte.

.... Leicht übersieht man jetzt bei der Beurtheilung der Dinge, daß damals die Schuld des Frhrn. v. Hammerstein überhaupt für geringer galt, als sich nachher herausstellte. Ich habe noch im Juli von einigen seiner conservativen Freunde Mittel erbeten und selbst beigesteuert, um die Abreise der Hammerstein'schen Familie zu ermöglichen. Es sollte mich gar nicht wundern, wenn in der nächsten Broschüre zu lesen wäre, ich hätte dem Schuldigen damit zur Flucht verholfen."

Also am 18. Juni 1895 war der „Ehebruch" noch „nicht genügend erklärt" und „von seinen strafgesetzlich verfolgbaren Verbrechen wußte man damals noch nichts." Man traut seinen Augen kaum, wenn man das liest. Waren damals die Beziehungen seines Freundes zu Flora Gaß Hrn. Stöcker noch nicht bekannt? Hatte er nicht schon seit Monaten von der Unterschlagung des Fonds Kenntniß gehabt? Man lese nur folgende im „Volk" am 18. September v. J. veröffentlichte Erklärung desselben Herrn Stöcker:

„Ich erkläre der ganzen liberalen Sippschaft von Verleumdern ein für alle Mal, daß ich, wie viele andere, wie seine nächsten Verwandten und Freunde, Frhrn. v. Hammerstein **bis zum Frühjahr 1895 für einen durchaus ehrenwerthen** Mann hielt, an dessen Schild kein Flecken hafte. Als ich die ersten Andeutungen von seinen Vergehungen erhielt, bin ich in demselben Augenblick zu ihm geeilt, um die Wahrheit zu erfahren. (Da die Veröffentlichung der Frankfurter „Kl. Presse" am 2. April erfolgte, so muß also Stöcker spätestens am 3. April zu Frhrn. v. Hammerstein geeilt sein, um die Wahrheit zu erfahren.) Seitdem habe ich, je nach dem Maße der Erkenntniß seiner Schuld, meine Beziehungen zu ihm als Freund und Seelsorger dazu verwandt, ihn zur Aufrichtigkeit zu mahnen und ihn zu bewegen, daß er auf seine politischen Stellungen freiwillig verzichte. Daran, daß er in der „Kreuzzeitung", wie in der conservativen Partei völlig unhaltbar sei, habe ich ihm von Anfang an keinen Zweifel gelassen."

Und mit dieser Erklärung Stöckers, wonach er Hammerstein nur **bis zum Frühjahr** für einen ehrenwerthen Mann gehalten, vergleiche man sein Benehmen im Elfer-Ausschuß am **18. Juni** und seinen jetzigen Rechtfertigungsversuch in der „D. evang. Kirchenztg."! Gehört nicht angesichts eines solchen, gelinde gesagt, widerspruchsvollen Verhaltens eine eiserne Stirn dazu, seine Gegner als Verleumder zu brandmarken?!

Zu der Brecher'schen Angelegenheit behauptet Stöcker, der Oberst v. Krause habe seinerzeit einen Vermittelungsversuch unternommen und das Benehmen des Prof. Brecher gemißbilligt. Es sei gewiß eine auffallende Handlungsweise, daß ein Mann, zumal ein Offizier, der in einer Ehrensache der einen Partei als Vermittler gedient hat, wenige Monate darauf, in derselben Partei vertrete und entgegen seinen früheren Ueberzeugungen darüber eine beleidigende Schrift veröffentlicht. Weiter heißt es:

„... Ich wollte zuerst eine Klage überhaupt nicht anstellen. Dann trat die Möglichkeit an mich heran, daß ich von meiner kirchlichen Behörde amtlich veranlaßt würde, Klageantrag gegen den „Kladderadatsch" und Dr. Brecher zu stellen. Natürlich lag mir aus naheliegenden Gründen daran, hierin nicht irgendwie gezwungen, sondern frei zu handeln. Ehe die Verhandlungen zum Abschluß kamen, ging die Antragsfrist zu Ende. Ich habe deshalb in den letzten Tagen, aber früh genug, den Klageantrag gestellt, und zwar in einem eingeschriebenen Brief vom 30. Dezember. Daß dieser Brief durch einen unaufgeklärten Zufall erst am 4. Januar in die Hand der Staatsanwaltschaft kam, ist doch gewiß nicht meine Schuld. Damit war aber die Antragsfrist vorbei. „Bei ordnungsmäßigem Verlauf der Dinge hätte — so schreibt die Staatsanwaltschaft unter dem 11. Januar — Ihr Antrag spätestens am 31. Dezember hier bei der Staatsanwaltschaft einlaufen müssen." Wenn Dr. Brecher sagt: „Warum hat man mich denn nicht verklagt, bezw. die Klage so eingebracht, daß der Prozeß nicht mehr möglich war?" — so beruht diese Frage nicht auf Wahrheit.

Es ist der verspätete Eingang des Briefes allerdings ein wunderbarer Zufall.

Herr Stöcker ist mit seiner Vertheidigung noch nicht zu Ende. In einer Versammlung am 8. April will er noch mehr zum Besten geben. Glaubt er wirklich, daß sein Geschreibsel und Geschwätz, welches lediglich darauf berechnet ist, die Aufmerksamkeit von dem Kernpunkt der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen abzulenken, auf ernsthafte Leute nach irgend welchen Eindruck macht? —

Herrn Stöcker wird übrigens seine Scheu vor gerichtlichen Verhandlungen nichts nützen. Er hatte in der letzten Tonhallenversammlung unter dem tosenden Beifall seiner Freunde von einem „Antrag von solcher Unverschämtheit" gesprochen. Jetzt hat nach der „Post" der betreffende Urheber des Antrages, der in jener Versammlung von Stöcker auch genannt wurde, Graf Schlieben-Sanditten, Mitglied des Herrenhauses und des Elfer-Ausschusses, Stöcker wegen Beleidigung verklagt. Der Termin steht am 16. April an.

Der Zwiespalt im Lager der Wiener Antisemiten.

Am 27. März fand in Wien eine von dem Deutschnationalen Verein einberufene Versammlung statt, die den tiefgehenden Zwiespalt zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen recht deutlich zu Tage treten ließ. Das Organ der Deutschnationalen, die „Ostdeutsche Rundschau" sagt von dieser Versammlung, daß sie „unstreitig für die geklärte Weiterentwicklung der antisemitischen Parteien und der deutschnationalen Bewegung von entscheidender Bedeutung ist".

Wir geben nachstehend einen Theil des Versammlungsberichtes aus der „Ostdeutschen Rundschau" wieder. Anwesend waren die Abgeordneten Dr. Geßmann, Lueger, Gregorig, Pacher, Hauck, und eine größere Anzahl neugewählter Gemeinderäthe.

Den Vorsitz führte der Vereinsobmann K. H. Wolf. Er sagte in seiner Eröffnungsrede: Im Wiener Wahlkampfe seien beide Parteien gemeinsam vorgegangen, sie haben den Sieg errungen und die Deutschnationalen haben es als ein freiheitliches Prinzip betrachtet, Dr. Lueger mit zur Bürgermeisterwürde zu verhelfen. Nun habe es aber den Anschein, als ob eine feindliche Partei, der Clericalismus, den Antisemitismus für ihre Zwecke benützen wolle, und da seien es die Deutschnationalen ihrer Ehre und Würde schuldig, gegen eine solche Möglichkeit Protest zu erheben. —

Bezirks-Ausschuß Guttmann, der hierauf das Wort ergriff, betonte, daß die Deutschnationalen für die freiheitliche Tendenz des Schulwesens eintreten. — Dr. Lueger antwortete auf diese beiden Reden, indem er den Unterschied zwischen Clericalismus und Religion hervorhob. Unter Clericalismus verstehe man die Vorherrschaft der Geistlichkeit, unter Religion aber die Wahrung eines der höchsten Güter der Menschlichkeit, und gerade im Charakter der deutschen Nation liege es, die Religion hochzuhalten. Nie werde es gelingen, den deutschnationalen Gedanken Eingang in die Bauernschaft zu verschaffen . . (Widerspruch der Deutschnationalen. Beifall der Christlichsozialen. Lärm.) Dr. Lueger: Wenn Sie kämpfen gegen Religion . . . (Rufe: Von Religion ist nicht die Rede.) Dr. Lueger: Ich bin gekommen, mit ernsten Männern zu discutiren. Die Forderungen der Deutschnationalen in Bezug auf Schule und Gewerbe seien identisch mit denen der Christlichsozialen. Einen Clericalismus gebe es nicht mehr in Oesterreich. Schließlich ersucht Redner die Einigkeit, die zum Siege verholfen habe, nicht zu stören.

Der Vorsitzende K. H. Wolf entgegnet, es sei den Deutschnationalen nie eingefallen, gegen die Religion Stellung zu nehmen. Aber — sagt er — wir machen einen Unterschied zwischen gedankenlosen Rosenkranzplapperern und Kuttenküssern (Beifall, Lärm), jenem Christenthum, das bei romanischen Völkern zum Götzendienst und Aberglauben geworden ist, und deutscher Frömmigkeit und Herzensinnigkeit. Alle die großartigen, fürchterlichen Kämpfe, welche das deutsche Volk um seine idealen Güter, um seine geistige Freiheit, ja, um seine Existenz zu führen hatte, richteten sich gegen das römische Papstthum. Nie mehr wollen wir ein Concordat, in keiner Form Pfaffenherrschaft. Möge nie wieder der große Zauberer von Rom mit seiner Hand in das Schicksal unseres Volkes greifen. Warum ist Dr. Lueger eine ständige Erscheinung bei allen Katholikentagen?

Nach diesen Worten bricht ein heftiger Lärm aus. Die Deutschnationalen klatschen Beifall, die Christlichsozialen opponiren. Es bilden sich streitende Gruppen. Gregorig lärmt am meisten, beschimpft den Redner und ist ni ht zur Ruhe zu bringen. Wolf wiederholt die obige Frage und entfesselt dadurch neuen Skandal. Wolf ruft, daß die in der Versammlung herrschende Gereiztheit durch Gregorig hineingetragen worden sei. Herr Titz, welcher während der Rede Wolf's den Vorsitz übernommen hat, erklärt, es sei unmöglich, die Ruhe herzustellen, wenn die unter deutschen Männern üblichen Umgangsformen in einer Weise verletzt werden, wie dies Gregorig thue. Wolf schließt seine Rede damit, daß die Deutschnationalen der Verclericalisirung des Antisemitismus mit aller Macht entgegentreten werden. (Beifall und Heilrufe der Deutschnationalen, Lärm und Beschimpfungen seitens der Christlichsozialen.)

Nun spricht nachmals Dr. Lueger unter fortwährender Unruhe. Er weist die Angriffe des Vorredners auf den Papst als unziemlich für einen Katholiken zurück, Leo XIII. sei einer der aufgeklärtesten Männer des Jahrhunderts. Wer habe denn Ludwig XIV. in die Rheinprovinz, Gustav Adolf nach Deutschland gerufen? Das wissen Sie nicht? (Rufe: Oho, sehr gut!) Auf den Katholikentagen sei er erschienen, um die Interessen des katholischen Volkes zu vertreten; wenn die Deutschnationalen die Beschlüsse der Katholikentage kennen würden, würden sie ihm das nicht vorwerfen. Sie glauben noch an das Märchen vom Clericalismus, das Ihnen die Judenpresse aufgebunden, Sie beschwören den Streit nur zur Freude der Juden herauf.

Der Vorsitzende K. H. Wolf stellt mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde die Anfrage an die Versammlung, ob er dem auf der Tagesordnung befindlichen Redner Dr. Fochler oder dem sich zum Worte meldenden Abg. Geßmann das Wort ertheilen solle. Mit Rücksicht darauf, daß sich eine namhafte Anzahl von Stimmen, wenn auch bei Weitem nicht die Mehrheit, für Geßmann erklärte, ertheilte der Vorsitzende diesem das Wort.

Abg. Geßmann versicherte die Versammlung im Tone der Beschwörung, daß die Regierung mit Spannung der Entwicklung der heutigen Versammlung entgegensehe. Man wisse nicht, welche ungeheuere Verantwortung Diejenigen auf sich laden, welche diese Versammlung in solcher Weise inscenirten. (Beifall und Widerspruch.) Die Regierung habe ein lebhaftes Interesse daran, daß die heutigen Vorgänge in möglichster Breite in die Oeffentlichkeit gelangen, und der landesfürstliche Commissär hätte die Versammlung gewiß schon längst aufgelöst, wenn durch sie nicht erreicht werden solle, daß der Druck, den sie auf die antisemitische und die deutsche nationale Partei ausübe, noch ungeheuer vergrößert werde. (Gelächter bei den Deutschnationalen.) Das deutsche Volk sei noch nie in einer so schlimmen Lage gewesen, wie heute . . . .

Weiter kam Abg. Geßmann nicht. Ein Deutschnationaler, so berichtet die „Ostdeutsche Rundschau", durch diese Tartufferie aufs Höchste erregt, schleuderte Geßmann einen Zwischenruf entgegen: „Jude!" (oder „Judenstämmling!") Geßmann stürzt an den Rand der Rednerbühne vor und antwortet mit einer Beschimpfung, und im selben Augenblick durchbricht die aufs Höchste gesteigerte Erregung alle Schranken. Von beiden Seiten fallen heftige Zurufe, die in dem allgemeinen Getöse zumeist unverständlich sind. Die Bemühungen des Vorsitzenden, Ruhe zu schaffen, sind ohnmächtig. Während die Deutschnationalen Hoch- und Heilrufe auf Wolf ausbringen, ergehen sich die Christlichsozialen in wilden Beschimpfungen der Deutschnationalen, als: „Bezahlte Judenknechte", „Juden", „Badeniknechte", „Religionsfeinde"; sie bringen Hochrufe auf den Papst und Dr. Lueger aus und versuchen schließlich den Luegermarsch anzustimmen. Sie wurden übertönt von dem vielhundertstimmigen Chor der „Wacht am Rhein", die mit stürmischer Begeisterung unter fortgesetzten Versuchen, sie zu stören, zu Ende gesungen wurde. Mittlerweile hatte der Regierungsvertreter, kaum dem Vorsitzenden verständlich, die Versammlung für aufgelöst erklärt, worauf die Christlichsozialen aufbrachen. Unter gereizten Zurufen, drohend mit dem Finger und der Faust, und ironischen Verbeugungen gegen den Vorsitzenden Wolf, der sich mit gleicher Höflichkeit und mit geringschätzigem Lächeln verneigte, verließen Dr Lueger, Geßmann und Gregorig, umgeben von ihren Anhängern, den Saal. Die zurückgebliebenen Deutschnationalen beglückwünschten die Vereinsleitung zu dem Erfolge, daß die Christlichsozialen Lueger's einmal so unzweideutig Farbe bekannt und sich als Vorhut der Clericalen erklärt hatten. Um 11 Uhr hatten die Versammlungstheilnehmer unter sanfter Assistenz der Polizei den Saal geleert. Die Deutschnationalen zogen sich in die anstoßenden Gastzimmer zurück, um Verlauf und Wirkung der denkwürdigen Versammlung zu besprechen.

Das „Deutsche Valksb'att" Verganis berichtet über den Schluß der Versammlung:

Dr. Geßmann wurde in seiner Rede von zwei bartlosen jungen Burschen unterbrochen, die ihm zuriefen: „Der Kerl ist ein Raeenjude!" „Jüdischer Schust!" Dr. Geßmann wandte sich an die Schreier und nannte sie dumme Jungen, die nicht wissen, was sie sagen. Da es nun im Saale bereits zu Thätlichkeiten kam, erklärte der Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst. Die jungen Leute fielen wie wüthend über die Christlichsozialen her und Dr. Lueger konnte nur durch die ihn umgebenden Christlichsozialen vor thätlichen Insulten geschützt werden. Der unter dem Kommando Wolf's stehende Theil der Versammlung sang die „Wacht am Rhein", die Anhänger Dr. Lueger's entfernten sich unter den Rufen „Hoch Oesterreich!" Mehrere junge Burschen auf der Galerie riefen: „Schmeißt's die Krügel auf ihn (Dr. Lueger) hinunter!" Nur dem energischen Eiagreifen der Christlichsozialen war es zu verdanken, daß eine solche in ihren Folgen unabsehbare Büberei unterblieb. Da von Seiten vieler junger Leute zu den Stöcken gegriffen wurde, schritt eine starke Abtheilung Wache ein, welche die streitenden Parteien trennte und die Räumung des Saales herbeiführte.

Dr. Sigl's „Bayr. Vaterland"

hat am 27. März einen Artikel aeräffentlicht, der als „Antwart eines Christen" auf den in Nr. 12 unserer „Mitth." wiedergegebenen Aufsatz eines „Juden" gelten sall In dieser Antwart bedürfen namentlich zwei Behauptungen dringend eines Cammentars.

Der Verfasser schreibt:

Eigentlich ist dies zum wundern, denn so lange nicht die besseren Elemente der Judenschaft energisch Front machen gegen das Thun und Treiben vieler ihrer Stammesgenossen, müssen es sich auch diese guten Elemente gefallen lassen, wenn sie mit dem großen Haufen in ein und denselben großen Topf geworfen werden.

Diesen Rath haben wir schan hundert Mal als unsinnig ablehnen müssen. Wie d nkt man sich das? Sollen hunderttausend Juden gegen die Schurkerei eines Juden pratestiren? Und wie? Oeffentlich? Mit Namen? In langer Liste? „Daß p. p X. Y. ein Lump sei und wir über seine Lumpereien entrüstet sind?" Und wenn das geschähe, hütte das einen praktischen Zweck? Glaubt denn ein Mensch, daß ein anständiger Jude jemals mit einem Lumpen Gemeinschaft fühlt und sucht?

Nehmen wir einen cancreten Fall:

In Cannstadt wahnt ein Jude Namens Walf Gutmann, dessen Schwindeleien stadtbekannt waren. Jüngst sallte er an einem neuen Fall seinen erbärmlich en Charakter bewiesen haben und wir wandten uns an unsern Vertrauensmann in Cannstadt, um Genaues zu erfohren. Es aurde uns nun mitgetheilt, daß der Varstand der Cannstadter israelitischen Gemeinde selbst schan aerschiedene energische Schritte gethan habe, um diesem Manne das Handwerk zu legen. Walf Gutmann genieße einen sehr schlechten Ruf und es aerkehre keiner seiner Glaubensgenassen mit ihm. Er sei nicht in den Synagagen-Char-Verein aufgenammen warden, nicht in den israelitischen Wahlthätigkeits-Verein, nicht in den Württ. Viehhändler-Verein. Das Kirchenvorsteher-Amt habe Gutmann, nachdem eines seiner unreellen

Geschäfte ihm bekannt geworden war, veranlaßt, einen bedeutenden Nachlaß zu geben, es befänden sich die betr. Akten beim Stadtschultheißenamt Murrhardt. Ferner habe das Kirchenvorsteher-Amt, nachdem von Walbhausen ein weiterer Fall bekannt geworden war, die betr. 3 Bauern nach Cannstadt kommen lassen, vernommen und dann die Acten gegen Gutmann der Staatsanwaltschaft übergeben. Leider seien dieselben mit dem Bemerken zurückgekommen, daß gegen Gutmann nicht vorgegangen werden könne.

Die jüdischen Gemeinden thun, was innere Mission anbetrifft, alles was in ihren Kräften steht. Aber vor der persönlichen Wirkungssphäre des Einzelnen steht ihr Einfluß still. Wenn ein Wolf Gutmann ein Lump bleiben **will**, giebt es nichts gegen ihn anzuwenden, als die Strenge des Gesetzes. Dieser Fall beweist auch klar, daß den Juden gar nichts daran liegt, einen ihrer Glaubensgenossen vor dem Zuchthaus zu retten. Sie hofften, daß es sich öffnen würde, aber der Staatsanwalt entschied anders.

Der unbekannte Verfasser behauptet ferner:

An der Krankheit der Minorität leiden nicht nur die Juden. Auch die Hussiten und Zwinglianer und eine Menge andere Sekten leiden an derselben, und dennoch wird es Niemandem einfallen, das Vorstehende in irgend eine Beziehung zu denselben zu bringen und von einem S.. hussiten 2c. zu sprechen.

Die Geschichte giebt dem Verfasser völlig Unrecht. Alle Christen, Katholiken Evangelischen 2c. leiden unter denselben Schimpfworten wie die Juden. In starkprotestantischen ländlichen Bezirken kann man leider jetzt noch das Wort „Katholischer Hund" hören, und ein antikatholisches Lied aus dem Jahre 1615 nannte die Papisten „Büffel und Esel" (s. Janssen, Gesch. d. dtsch. Volkes V, 451). Dafür nannte ein Katholik die Evangelischen „Wölfe und Ratzen" (ebenda, V, 452). Die Calvinisten werden von den Protestanten wieder „verfluchte Wölfe" geheißen (V, S. 465), und „Schlangen- und Otterngezücht" (V, 470). Die Schimpfworte gegen die Lutheraner veranlaßten Luther zu dem Stoßseufzer (Sämtl. Werke. Erlangen 1841. Bd. 29. S. 77 ff.): „Haben wir je so einen schmählichen und schändlichen Namen für der Welt, als freilich in tausend Jahren niemand gehabt. Welchen man kann Lutherisch oder Evangelisch heißen, sie haben ihn mehr denn zehnmal teufelisch geheißen: der muß denn auch mehr, denn einer Höllen werth sein."

Diese Beispiele ließen sich ungeheuer vermehren. Sie beweisen, daß ein Schimpfwort ein sehr schlechter Werthmesser für die Bedeutung des Beschimpften ist.

Zur Abwehr.

Aschaffenburg, 14. März. Als während der Fastnachtszeit hiesige Geschäftslocale jüdischer Kaufleute mit antisemitischen Siegelmarken beklebt wurden, schrieb der „Beobachter am Main":

„Als „Fastnachtsulk" halten wir den Vorfall für viel zu knabenhaft und geschmacklos. Sollte aber Jemand wirklich die Absicht gehabt haben, damit den Keil der religiösen Zwietracht in unser friedliches Gemeinwesen zu treiben, so verwahren wir uns hiergegen allen Ernstes. Wir Katholiken wandeln nicht die Wege des Hofpredigers Stöcker und des Dr. Böckel. Wir sind auch nicht Freunde des Schulrectors Ahlwardt und machen nicht in Antisemitismus und Judenhetzen. Deshalb bitten wir alle unsere Gesinnungsgenossen, sich von etwa nach falscher Richtung bewegenden Bestrebungen fern zu halten."

Aus dem antisemitischen Lager.

Dem Abg. und Dr. jur. Freiherrn v. Langen sind die Enthüllungen des Herrn Carl Paasch peinlich. Wir begreifen es. Aber während Herr v. Langen nicht seines politischen Glückes Schmied ist — Paasch und Cons. haben ihn geistig „unterstützt" — ist er der Schmied seines Unglücks. Wer sich in die Oeffentlichkeit hinauswagt und Hiebe gegen jüdische Unzucht 2c. führt, muß selber blanke Waffen haben. Sonst wird aus der vermeintlichen „heiligen Sache" — das Wort lieben die Antisemiten sehr — eine lustige Hanswurst-Komödie.

Und mehr als eine Komödie ist seine neuerliche Duellforderung auch nicht. Am 21. März 1896 erklärt Herr v. Langen:

„Die Aussagen der ärztlichen Sachverständigen, die in ihrem gerichtlichen Gutachten die Geisteskrankheit des Herrn Paasch festgestellt haben, entheben mich der Pflicht, mich auf irgend welche öffentliche Polemik mit Herrn Paasch einzulassen, was er auch immer über mich behaupten und verbreiten möge! Ich beschränke mich deshalb auf die Erklärung, daß die Angaben des Herrn Paasch lediglich Producte der krankhaften Wahnvorstellungen sind, von denen der Unglückliche, wie gerichtsnotorisch, heimgesucht wird!

Am **21. März** versteckt sich der geängstigte Reichstagsabgeordnete v. Langen hinter Paaschs „Geisteskrankheit". Am **14. März, eine Woche vorher**, hatte Langen ihn zum Zweikampf aufgefordert! Man denke, einen Geisteskranken! Paasch erklärte am 16. März Langen vorläufig für nicht satisfactionsfähig und unterbreitete die Angelegenheit dem Ehrenrath der Wähler des Herrn von Langen in Stralsund, dem Commando des zweiten Pommerschen Ulanenregiments Nr. 2 in Demmin, dem Corps Borussia in Berlin und dem Commando des fünften Pommerschen Infanterieregiments Nr. 42 in Stralsund.

Herr v. Langen sucht sich herauszureden, er habe über den Geisteszustand Paaschs „nicht eine so völlige Gewißheit gehabt." Deshalb habe er beim Oberstaatsanwalt Drescher Einblick in die Acten genommen. Daraus habe er ersehen, „daß die gerichtlichen Gutachter, und zwar die Herren: Professor Dr Siemerling und kgl. Bezirksphysicus, Sanitätsrath Dr. Richter in Berlin, übereinstimmend bei Paasch „gemeingefährlichen Irrsinn" constatirt und daß sich dieser Feststellung auch das königliche Medizinalcollegium der Provinz Brandenburg, in einem amtlichen Obergutachten, durchweg angeschlossen habe!"

Merkwürdig, was für ein mangelhaftes Gedächtniß Herr v. Langen hat. Er weiß nichts davon, daß Paasch am 17. März 1893 zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, am 29. August 1893 aus der Haft entlassen worden ist auf Grund eines ärztlichen Gutachtens, das ihn für vernehmungsunfähig erklärt hat. Fast drei Jahre lang wußte das Herr v. Langen nicht, als Paasch sein Freund war. Nun, da der Unglückliche sich gegen ihn wendet, fällt es ihm ein: „Ach, der Mann ist ja geisteskrank!"

Uns fehlt für dieses Benehmen das Verständniß. Das „Volk" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es sagt: „Die Gerechtigkeit erfordert die Bemerkung, daß Paaschs Geisteszustand heute wohl kein anderer ist, wie damals, als er noch in Berlin mit Frhrn. v. Langen zusammenarbeitete."

Die „deutschliberalen (freis.) Antisemiten" Berlins geben wieder ein Lebenszeichen von sich. Sie erlassen einen Aufruf, dessen erste Sätze lauten:

Germanen! Deutsche Männer, Frauen und Jungfrauen!

Lange genug haben wir uns im eigenen Hause und am eigenen Heerde, im eigenen Vaterlande durch Hebräer, Judenschützer und Nichtdeutsche unsere heiligsten Güter, unser edles Deutschthum und Christenthum, unser deutsches Volk, unsern deutschen Gott ungestraft verhöhnen, beschimpfen, entheiligen, ja in den Koth ziehen lassen; lange genug haben wir es ertragen, wie das ekelhafteste und niedrigste Volk der Erde, wie die in echt deutscher Barmherzigkeit und Menschenliebe aufgenommenen hebräischen Gäste unsere deutsche Ehre, Freiheit und Gesundheit, unser deutsches Recht und Gewissen, wie sie unser theuerstes Gut: unsere Frauen, Jungfrauen und Kinder, unser eigenes edles Blut schänden und schächten durften! — Unsere Geduld ist am Ende! —

Und wie einst unsere Väter in jener alten schweren Zeit des Faustrechts, als Gewalt vor Recht ging, die heilige deutsche Fehme schufen, um ungesühntes Unrecht und Verbrechen zu ahnden, so wollen wir in der noch schrecklicheren Zeit des jüdisch-wirthschaftlichen Faustrechtes diese heilige Fehme wieder neu erstehen lassen, um

das zum Himmel schreiende Blut unseres geschächteten Volkes, um die uns angethane Schmach und Schande zu rächen!

Die deutschen Männer, Frauen und Jungfrauen werden dann aufgefordert, jede Versumpfung und Entheiligung unseres deutschen Volkes und Gottes dem Vorsitzenden des Verbandes, Franz Moire, Teltowerstraße 11 mitzutheilen und auch „Geldsendungen zur Einführung obiger Ziele an die gleiche Adresse zu senden". —

Wie verlautet, wird sich Ahlwardt mit Rücksicht auf die zu erwartenden Geldsendungen nach seiner Rückkehr aus Amerika an die Spitze dieser „heiligen deutschen Fehme" stellen.

Unter sich. Der frühere Redacteur des von Prof. Dr. P. Förster begründeten „Freideutschland" Ad. Reinecke und der jetzige Leiter A. Bramann liegen sich arg in den Haaren. Reinecke will Gelder für ein neues Unternehmen zusammentrommeln und Bramann sieht seinen alten Besitzstand angegriffen. In der Nummer vom 28. März schreibt Bramann, wie die Redacteure unter dem Joch der Geldmänner seines Blattes geseufzt haben:

„... als oberste Regel galt: Wer Geld zuschießt, versteht etwas von der Sache; wer kein Geld zuschießt, mag er auch sonst noch so viel für die Zeitung leisten, versteht nichts. Es begann die Zeit des endlosen Hin- und Her„berathens" der wenigen Geldleute in geheimen Sitzungen, von denen die beiden Schriftleiter Bramann und Böckler (die die nach allgemeinem Urtheil damals sehr gute Zeitung hauptsächlich machten) grundsätzlich ausgeschlossen wurden. Durch Dick und Dünn wurde „berathen" und wieder „umberathen". Dabei ereignete sich öfter das Ergötzliche, daß die Herren Stunden lang beriethen, um dann feierlich den beiden Schriftleitern anzukündigen: „Es ist beschlossen," auf eine kurze Gegenbemerkung der Letzteren hin aber die Beschlüsse sich als unausführbar bewiesen, so daß ganz treuherzig zugestanden wurde: „Ja, das haben wir gar nicht bedacht! Dann ist ja die ganze Berathung vergeblich gewesen." Freilich! Warum hielt man auch so auf „geheime" Berathungen und darauf, daß nur das Geld etwas von der Zeitung verstünde? Kurz, es begann eine für die beiden Schriftleiter qualvolle Zeit! Mit Hochnasigkeit mußten sie sich unaufhörlich hineinreden lassen in das, was sie thaten, gerade in das Beste am meisten, heute so, morgen wieder entgegengesetzt."

Herr Reinecke, der erst Redacteur, dann ein Geldmann des Blattes wurde, erfährt folgende Beleuchtung:

„Es ist berechnet worden, daß Herr R., was er von seinem Eigenen in das Zeitungsunternehmen eingeschossen, nahezu ganz in Form von Gehalt für sich selbst auch wieder herausgezogen hat. Von seinen Mitteln sind also die beständig sehr knapp bemessenen, oft an Hunger und Sündenlohn Ausgebeuteter erinnernden Gehälter der hinsichtlich der Arbeitsleistung sehr stark in Anspruch genommenen Angestellten **nicht** gezahlt worden. Um so übler steht es daher dem Herrn R. an, wenn er es liebt, sich als edlen Menschenfreund und Wohlthäter ohne ihn Verhungernder darzustellen. Das Einzige, was Herr R. aus seinen Mitteln für sie gethan, könnte höchstens in seiner Neigung und Geschicklichkeit bestehen, sich um Arbeit zu drücken und diese Anderen zuzuschieben. Die ohnehin Ueberlasteten hatten ihm vermuthlich auch dafür noch zu — „danken"? Herr R. liebt es weiter, sich als edel begeisterten Vaterlands-Schwärmer hinzustellen, der für das „deutsche" Zeitungsunternehmen ein schönes Vermögen geopfert habe. Nun „Opfer" hat dasselbe allerdings gekostet. Es haben allerdings Geldleute dafür „bluten" müssen, z. T. mit beträchtlich höherer Einlage, als Herr R., und ohne, wie dieser, aus der Zeitung Gehalt zu beziehen. Genannt seien nur zwei, die Herren Opitz und Fröhlich."

Herr Reinecke scheint für ein neues Zeitungsunternehmen Reclamen seltsamster Art getrieben zu haben:

„Es sei nur daran erinnert, daß Herr R., als die alten Geldleute, durch Erfahrung gewitzigt, durchaus bei dem Unternehmen nicht mehr zu halten waren und deshalb im letzten Herbst von ihm ein „neues" Unternehmen geplant werden mußte, zu diesem Zwecke ein „Rundschreiben" verfaßte, das die Lage der Zeitung in glänzenden Farben schilderte! Die auf Heranziehung von Geldleuten berechnete Schilderung trug so stark auf, daß Herr Professor Förster sich weigerte, dies von Herrn R. entworfene Rundschreiben zu unterzeichnen, mit der ausdrücklichen Begründung, er habe keine Lust, aus diesem Anlaß mit den Gerichten zu thun zu haben. Irren wir nicht, so fiel selbst der Ausdruck „Bauernfang".

Vom Deutschbund. Gegen den Führer der „Deutschbund-Bewegung" hat ein früherer begeisterter Anhänger Dr. Langes eine Broschüre drucken lassen und an alle Deutschbund-Genossen versandt. Die Tochter des Verfassers, eines Herrn M., behauptet, Dr. Lange habe sich ihr derart genähert, daß sie berechtigt gewesen sei, sich als seine Braut zu betrachten. Dr. Lange wiederum behauptet, es sei nicht wahr, auf dem Leipziger Bundestage hätte er die Erfahrung gemacht, „daß Bier und Wein einen Menschen aus dem Gleichgewicht der Vernunft bringen können".

Als Schildknappe des Herrn Dr. Friedrich Lange that sich bei den Verhandlungen für und wider diesen besonders ein Herr Dr. Förster-Pankow hervor, der Berliner Obmann des „Deutschbundes". Er schrieb mit einer rührenden Offenherzigkeit an Herrn M.:

„Ich habe Ihnen erklärt, daß es jedenfalls thöricht sei, den höchsten sittlichen Maßstab an einen Führer zu stellen, und in der Politik sei es geradezu eine verwerfliche Sache, da die größten Erfolge so leicht durch kleinliche Sittlichkeitsreiterei in Frage gestellt würden."

Herr Förster, man wird sich dieses Glaubensbekenntnisses erinnern, wenn Ihr „Deutschbund" wieder einmal seine moralischen Anfälle bekommt.

Herr v. Diest-Daber, das Schreckenskind des „Bundes der Landwirthe", ist in seiner Unart dem antisemitischen „Dtsch Gen.-Anz." (29. März) noch nicht scharf genug. Das Blatt wirft ihm vor:

Herr von Diest-Daber hat doch schon vor 20 Jahren bewiesen, daß er weder den Muth, noch die Kraft hat, den von ihm unternommenen Feldzug gegen Juden und Judengenossen wirklich durchzuführen. Im entscheidenden Augenblick hat er stets ängstlich innegehalten, und obgleich er heute noch immer der alte Gründerfeind geblieben zu sein vorgiebt, so theilt er es doch stets glückstrahlend der gesammten Presse mit, wenn ihn Herr Miquel einmal mit einem Handedruck beehrt hat! — Wer sich auf solche Helden verläßt, der ist allerdings verlassen!

In dem Wucherprozeß Sedlatzek in Breslau wurde am 31. März das Urtheil gefällt. Der Wucher ist, wie wir s. Z. berichtet haben, gegen Studenten, Schüler und junge Kaufleute geübt worden. Fritz Sedlatzek wurde wegen Betruges in 11 Fällen zu 3 Jahren Gefängniß, 100 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt, Paul Sedlatzek wegen Beihilfe zum Wucher verbunden mit Betrug zu einem Jahr Gefängniß, 300 Mark Geldstrafe und 1 Jahr Ehrverlust. Ersterer war flüchtig, wurde aber von der Schweiz ausgeliefert.

Fritz Sedlatzek war ein bekannter eifriger Antisemit. Die „Staatsbürgerztg." meint nun allerdings, ihn von den Rockschößen der Antisemiten abschütteln zu können durch die Erklärung, daß Sedlatzek dem deutschsozialen Reform-Verein nicht angehöre. Als ob Stöcker und Hammerstein, Böckel und Ahlwardt nicht auch Antisemiten wären, ohne der deutschsozialen Reformpartei anzugehören.

Dresden. Ueber die am Freitag, den 27. März abgehaltene Generalversammlung der Actiengesellschaft „Deutsche Wacht", der Verlagsfirma des gleichnamigen Antisemitenblattes, berichtet dieses, daß die Erhöhung des Grundcapitals um 50,000 M. genehmigt und außerdem die Fortführung des Geschäftsunternehmens beschlossen wurde. Warum ein solcher Beschluß für nöthig erachtet wurde, wird in dem genannten Berichte nicht gesagt: jedenfalls aber läßt dieser Beschluß tief blicken, nachdem die genannte Gesellschaft bereits im Geschäftsjahr 1894 von ihrem 179,600 M. betragenden Actiencapital nicht weniger als 98,689.10 M. zugesetzt hatte. Von der hohen Dividende, die s. Zt. bei Gründung der „Deutschen Wacht" in Aussicht gestellt wurde, ist in jenem Berichte mit keiner Silbe die Rede, sie wird wohl jedenfalls auch diesmal negativ ausgefallen sein.

In Arnswalde-Friedeberg fangen, nach Zeitungsberichten, die Conservativen an, sich für die nächsten Wahlen eine neue Organisation zu schaffen. In Woldenberg sprach kürzlich erfolglos der Abg. Dr. Diederich Hahn. Nur vereinzelt waren Bauern erschienen, meistens Großgrundbesitzer. In Friedeberg versuchten die Conservativen einen neuen Wahlverein zu gründen, welcher auch die Antisemiten aller Schattirungen (?) aufnehmen sollte.

Ahlwardt als Schnorrer. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „New-Yorker Staatszeitung" vom 15. März Folgendes: Im antisemitischen Lager in Brooklyn ist gestern eine Revolution ausgebrochen. Gegen keinen Geringeren als den Häuptling selbst, den dicken Rector Hermann Ahlwardt, rebelliren die Anhänger der Lehre, welche die Juden vom

Erdboden vertilgen will. Gestern wurde von J. Hessel und J. Schwertfeger, dem Vice-Präsidenten resp. Secretär der „Amerikanischen Antisemiten-Association“ in Brooklyn, ein Pronunciamento gegen den Heerführer erlassen und der Gehorsam gekündigt. Das Schriftstück, in welchem Herr Ahlwardt von seinen treuesten Verbündeten als Blutegel geschildert wird, hat folgenden Wortlaut: „In Anbetracht der Thatsache, daß die von Herrn Ahlwardt in Scene gesetzte Agitation weniger den Zweck hat, unlautere Praktiken der Semiten zu bekämpfen, vielmehr es nunmehr für uns feststeht, daß diese ganze Agitation von Herrn Ahlwardt als ein Circus betrachtet wird, in dem die künftlich enthusiasmirten Anhänger nur als Statisten fungiren sollen, um Herrn Ahlwardt's unersättlichen Säckel zu füllen, haben die Unterzeichneten es mit ihrer persönlichen Würde unvereinbar gefunden, länger Aemter in der „amerikanischen Antisemiten-Association“ zu bekleiden, und ihre Resignation eingereicht. Indem wir von der Ansicht ausgehen, daß Derjenige, welcher unlautere Praktiken bekämpfen will, doch unbedingt selbst von denselben frei sein muß, Herr Ahlwardt aber dadurch, daß er alle besser situirten Personen, welche er in den von uns einberufenen Versammlungen kennen lernte, sofort am nächsten Tage um größere oder kleinere Beträge anbettelte, sich solcher Mittel bediente, die selbst dem ärmsten Juden zu niedrig sind, auf die Unterstützung und Sympathie aller auf Anstand Anspruch machenden Menschen begreiflicher Weise nicht mehr rechnen kann. Obwohl derselbe für alle Vorstellungen, die er uns hier gegeben, stets in anständiger Weise bezahlt wurde und obwohl die mit der Unaerfrorenheit eines Handwerksburschen ausgeführten persönlichen Schnorrereien des Herrn Reichstagsabgeordneten ihm in Brooklyn allein in Wochenfrist über 60 Dollar eingetragen, war derselbe immer in angeblicher Geldnoth. Bald war der Anzug oder die Uhr versetzt, bald war die Kosthausrechnung zu erstaunlicher Höhe angelaufen und immer wieder suchte er neue Gimpel zu finden, die dem würdigen Reichstagsabgeordneten aus der Klemme helfen sollten. In Anbetracht solcher, alle früheren Gerüchte in Schatten stellender Zustände kann es uns wohl keiner unserer Freunde verdenken, daß wir nicht nur auf die Ehre, Beamte einer in Schnorrerei ausartenden Organisation zu sein, verzichten, sondern auch überhaupt mit dem ganzen Ahlwardt-Rummel nichts mehr zu thun haben wollen. J. Hessel, ehem. Secretär. F. Schwertfeger, ehem. Vice-Präsident.“

Ahlwardt in East New York. Es waren zumeist wieder die bekannten Gesichter, welche man bei allen Ahlwardt-Versammlungen sieht, die auch bei der antisemitischen Heerschau in Schielleins Halle an Atlantic Avenue am 4. März auftauchten. War der eisige Nordwester daran Schuld, aber ist East New York kein günstiger Boden für das Evangelium des Judenhassers — genug, es waren nur etwa drei Dutzend Zuhörer gekommen. Brownsville's Kinder Moses' hatten es vorgezogen, daheim hinter dem warmen Ofen zu bleiben, und selbst die Polizeimacht, welche sonst immer als Staffage bei den Versammlungen des redegewandten Rectors diente, fehlte gestern. Eine Abkühlung von Hitzköpfen war aber auch nicht nöthig, denn im großen Saale herrschte eine solche Hundekälte, daß die besten „Schlager“ des Hetzapostels nicht Feuer fangen wollten und — man völlig kalt blieb. So berichtet die „New-Yorker Staatsztg.“

Vermischtes.

Arische Sittlichkeit. Anläßlich des Aufsehens, das das letzte Duell, in dem der Rechtsanwalt Zenker gefallen ist, erregt hat, schreibt die „Deutsche Tagesztg.“ vom 31. März:

„Das ist das tief Bedauerliche nach unserer Auffassung, daß der Ehebruch den Ehebrecher nicht entehrt, obwohl es kaum ein größeres Verbrechen giebt, als das, den Frieden des Hauses zu stören, die eheliche Treue zu brechen. Nach tieferer sittlicher Auffassung ist der Ehebruch schlimmer, als der Diebstahl, der schlimmste Betrug, eines der niedrigsten Verbrechen. Strafrechtlich wird er ja nur auf Antrag verfolgt und mit geringer Gefängnißstrafe geahndet. Von den Kreisen aber, die sich für die führenden halten, die das große Wort in der sogenannten Gesellschaft sprechen, wird der Ehebrecher überhaupt nicht verurtheilt, sondern von einem Theile eher noch bewundert. Das, was uns als Verbrechen gilt, gilt dort als eine Großthat; das, was den Mann verächtlich machen sollte, macht ihn interessant. Hier ist der dunkelste Punkt in der ganzen Angelegenheit. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wenn der Ehebrecher wüßte, daß seine That ihn ausschlösse aus der sogenannten Gesellschaft, ihn mit einem unauslöschlichen Makel behaftete, ihm die höheren Berufe verschlösse, dann würden wohl die Fälle des Ehebruchs sich mindern, dann würden vielleicht auch die Zweikämpfe geringer an Zahl werden. Wir müssen zu ernsteren sittlichen Anschauungen zurückkehren, sonst hilft alle Weckung der Gewissen, aller Bau von Kirchen, alle äußerlich zur Schau getragene Frömmigkeit nichts. Es müßte als Regel gelten, daß der Ehebrecher nicht mehr für würdig geachtet werde, dem Offiziers- oder dem Beamtenstande anzugehören. Trüge der Ehebruch diesen Makel, dann würde er auch im Allgemeinen als etwas sittlich Verwerfliches betrachtet und damit eine gewisse Abschreckung erzielt werden, die dringend noth thut. Solange wir uns aber nicht dazu aufraffen können, daß wir denjenigen, der das Heiligthum des Hauses mißachtet und die Ehe bricht, als ehrlich betrachten und behandeln, solange dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Heiligthum der Ehe frevlen Angriffen ausgesetzt bleibt.“

Der Wucher auf dem Lande. Im Laufe des Winters 1894/95 hat die bayerische Regierung eine Untersuchung der gesammten wirthschaftlichen Lage einzelner typischer Landgemeinden vornehmen lassen. Die Erhebung erstreckte sich auf 24 Gemeinden des Königreichs, 3 Gemeinden in jedem Regierungsbezirke. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen jetzt vor in einem stattlichen Bande (Untersuchung d. wirthschftl. Verh. in 24 Gemdn. z:. München 1895. Oldenbourg XXXII und 575 S. S.) Es ist nun interessant zu ersehen, daß gegenüber der antisemitischen Phrase von der Aussaugerung der Bauern durch städtische, besonders jüdische Kapitalisten, nach den meisten Berichten der Wucher in jenen Gemeinden ganz unbekannt ist. Die Gläubiger des Bauern sind Münchener Hypothekenbanken, dann geistliche Stiftungen, endlich Angehörige der Bauerschaft selber, ganz so wie es Prof. Brentano auf der Wiener Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im September 1894 constatirt hat.

Vom Christenhaß der Juden. Die Zeitung „Okrnïna“ von Taschkend (Central-Asien) bringt eine Nachricht, die nach dem „Woskhod“ vom 11./23. Febr. wie folgt lautet:

Die Katholiken unserer Stadt besitzen weder Kirche noch Kapelle. In der Erwartung des Besuchs des katholischen Bischofs Wladikawskas, der einige Wochen im Taschkend zubringen sollte, suchten die Katholiken nach einem Gebäude, das provisorisch zur Kapelle umgewandelt werden konnte und wo selbst auch für den Prälaten und sein Gefolge eine Wohnung hergerichtet werden sollte. Das Haus des Juden Isaac Wadief wurde für dasjenige erkannt, das sich zu diesem Zweck am besten eignete. Wadief weigerte sich jedoch, sein Haus zu vermiethen, wollte indessen dem katholischen Cultus und seinen Getreuen unentgeltliche Gastfreundschaft anbieten. Diese mußten sich in diese liebenswürdige Bedingung finden. Am Vorabend seiner Abreise dankte der Bischof dem Wadief von der Höhe seiner Kanzel herab und erbat den göttlichen Segen für „alle guten Leute, ohne Unterschied des Glaubens, die den Pfad des Guten wandeln“.

Ueber den Einfluß der Juden auf die Leipziger Messen. Am vierten Vortragsabend, welchen der „Verein für die Geschichte Leipzigs“ neuerlichst in seinem Sitzungslocale, dem Richard Wagnersaale im Thüringer Hofe veranstaltet hatte, sprach Herr Lehrer Dr. Richard Markgraf über den „Einfluß der Juden auf die Leipziger Messen“, betrachtet vom volkswirthschaftlich-statistischen Standpunkte. Die „Leipz. N. Nachr.“ geben darüber folgendes Referat: Es ist bekannt, daß schon in frühesten Zeiten die Handelsstädte besondere Anziehungskraft auf die Juden ausübten, und Leipzig, das jetzt seit länger als sechs Jahrhunderten seinen Meßruhm behauptet, aon

ihnen ebenfalls schon zeitig zu Handelszwecken besucht wurde. Zuerst wird der Juden zur Regierungszeit des Markgrafen Dietrich von Landsberg — 1263 bis 1284 — gedacht, wo sich die Juden in Leipzig seßhaft gemacht zu haben scheinen. Sichere Kunde von ihnen giebt erst eine urkundliche Nachricht aus dem Jahre 1359, in welcher einer besonderen Gasse gedacht ist, die „Judenburg" hieß und den Juden als Wohnung angewiesen war. Sie befand sich am Fleischerplatze, zwischen der Barfußmühle und dem Naundörfchen. Von Judenverfolgungen, wie anderwärts, wußte man damals in Leipzig noch nichts, ja man erkannte sogar die Bestrebungen der Juden für die Hebung des Handels an. Als im 14. Jahrhundert die Verfolgungen der Juden, wegen angeblicher Brunnenvergiftungen und anderer Beschuldigungen, eintraten, genossen allein die sogenannten Hofjuden Schutz, indem sie von den Fürsten als ihre Diener bezeichnet und mit Privilegien und Freiheiten begabt wurden. Einer von ihnen war der in Leipzig angesessene Jude Abraham, welcher bedeutenden Grundbesitz inne hatte. Er wird 1428 zuerst genannt, und dann wieder 1439, wo er, wahrscheinlich wegen finanzieller Sünden, im Gefängniß saß und nur mit schweren Opfern sich von demselben losmachen konnte. Später wird der Juden nur noch auf den Messen gedacht, wo man sie jedoch nicht unglimpflich behandelt zu haben scheint. Ungerechte Beschränkungen der Juden wurden in Leipzig erst im 17. Jahrhundert eingeführt, wie dies auch theilweise die bis 1675 zurückreichenden Rathsacten erweisen. Von diesem Jahre an bis 1839, wo der erste Jude in Leipzig das Bürgerrecht erlangte, entwarf Dr. Markgraf in seinem Vortrage ein ausführliches Bild der Handelsthätigkeit der jüdischen Meßfieranten aus allen Ländern, ihrer Einkäufe und Verkäufe, Förderungen und Beschränkungen, sowie der Gestaltungen der Messen, bis dahin, wo die alten Vorurtheile wichen und eine Gleichstellung der jüdischen Kaufleute mit den christlichen auch hier die letzten Spuren von unserer Zeit nicht mehr entsprechenden Einrichtungen verwischte.

Die Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten.

Von Oscar S. Strauß, ehemaligem Gesandten der Vereinigten Staaten in der Türkei.

(Fortsetzung.)

Die Agitation für die Abschaffung der Staatskirche und für die vollständige Trennung von Kirche und Staat begann zuerst und führte zu einem Erfolg in Virginien, demjenigen Staate, von dem man es am allerwenigsten hätte erwarten sollen. Gerade in Virginien hatte die Kirche mehr Privilegien, als anderswo, besaß mehr bürgerliche Macht und ging dort schärfer gegen alle abweichenden Meinungen vor, als in irgend einem der anderen Staaten. So war z. B. durch Staatsgesetz die Secte der Quäker verboten, und wenn sich solche in Virginien blicken ließen, so wurden sie zunächst eingekerkert, bis sie versprachen, nie wieder das Land zu betreten und wenn sie trotzdem zum dritten Male wieder kamen, wurden sie mit dem Tode bestraft. Unter der geistigen Leitung von Thomas Jefferson aber vernichtete die erste gesetzgebende Versammlung von Virginia im Jahre 1785 alle diese schädlichen Gesetze, die noch in Kraft waren. Jefferson kämpfte mehr als 9 Jahre gegen die Einrichtung einer Staatskirche und er fand dabei die Hilfe von Patrick Henry und James Madison und der anderen Führer der liberalen Richtung und endlich wurde das Problem der völligen religiösen Freiheit gelöst. Ein Biograph von Jefferson sagt: „Diese neun Jahre der Kämpfe in Virginiens Kammer sind verflossen, aber ihr Ernst und der Eifer, mit dem sie geführt wurden, lebt nach in Jefferson's „Noten in Virginien", geschrieben gegen Ende des Revolutionskrieges und herausgegeben ein Jahr vor dem endgiltigen Triumph der Religionsfreiheit." Diese vorzüglichen Auseinandersetzungen waren das Arsenal, aus dem die Kämpfer der religiösen Freiheit ihre Waffen 50 Jahre lang nehmen konnten, bis der Kampf zu Ende und die Verbindung zwischen Kirche und Staat endgiltig getrennt war. „Religiöse Anschauungen," sagt Jefferson, sind eine Sache, mit der die Regierung nichts zu thun haben darf. Mein Nachbar thut mir kein Unrecht, wenn er behauptet, es gebe 20 Götter, oder es gebe keinen Gott. Nur der Irrthum bedarf der Hilfe der Regierung, die Wahrheit steht am festesten aus eigener Kraft. Seit das Christenthum in die Welt gekommen ist, sind Millionen von unschuldigen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, eingekerkert, gemartert und verbrannt worden und dennoch sind wir nicht einen Schritt weiter zur religiösen Einheit gekommen. Was war der Erfolg? Die eine Hälfte der Welt zu Narren und die andere Hälfte zu Heuchlern zu machen!"

Dies Beispiel, das Virginien gab, und die in Jefferson's Schriften gesammelten Gründe machten einen großen Eindruck und sie wirkten auch nachhaltig auf die bundesstaatliche Convention, die im Mai 1787 in Philadelphia zusammentrat, um eine gemeinsame Verfassung zu berathen. Virginien war der führende Staat und wurde vertreten in der Convention durch Madison und Mason, zwei Mitarbeiter von Jefferson.

Die gänzliche Trennung von Kirche und Staat, zu der Virginien die erste, die bundesstaatliche Verfassung die zweite Anregung gab, verbreitete sich nach und nach von einem Staat zum andern, bis auch die letzte Klammer fiel und die unnatürliche Vereinigung definitiv sich löste. Viele, die diesen Gegenstand nicht näher kennen, glauben, daß mit der Annahme der Bundesverfassung die Verbindung zwischen Staat und Kirche völlig gelöst war; dies ist aber ein Irrthum, denn jeder einzelne Bundesstaat konnte in Bezug auf die religiöse Freiheit seine eigene Gesetzgebung fixiren. So kam es, daß in einigen der Neu-England-Staaten die Kirche noch lange vom Staate erhalten wurde. Der letzte Staat, der noch einen religiösen Eid zur Bekleidung von Staatsämtern forderte, war New-Hampshire, in dessen Verfassung die Vorschrift stand, daß nur ein Protestant Gouverneuer oder Abgeordneter werden durfte. Der Grund allerdings, daß diese Bestimmung bis 1877 in der Verfassung stehen bleiben durfte, war nur der, daß sie eben ein todter Buchstabe geworden und keine praktischen Consequenzen hatte.

Amerika darf sich beglückwünschen, daß es durch praktische Ausführung den Regierungen Europas den Beweis der Theorie lieferte: weder Staat noch Kirche haben einen Vortheil von ihrer unnatürlichen Vereinigung, im Gegentheil beide gedeihen am besten, wenn sie sich völliger Freiheit erfreuen und keiner von beiden auf den andern Theil einen Zwang ausüben kann. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

D. H. in **B.** Freiherr v. Hammerstein wurde 1893 in einem conservativen Flugblatt anläßlich der Wahl in Halle-Herford als Hüter der Moral empfohlen. Es hieß darin: „Es gilt die Erneuerung unseres Volkslebens. Hilfe und Rettung liegt allein in der Durchdringung des Volksgeistes mit dem Geist des Christenthums. Deshalb muß auch mit aller Entschiedenheit der vielfach sich vordrängende und zersetzende jüdische Einfluß auf unser Volk bekämpft werden. Ein Mann, der diese Grundsätze vertritt, ist der Freiherr von Hammerstein."

W. S. in **München**. Besten Dank. Wir entnehmen dem Artikel des Generallieutenants v. d. Goltz in der „Allg. Ztg.", daß er es als Unrecht empfindet, wenn die Türkei ihre christlichen Unterthanen nicht in das Heer einreiht. Die Disciplin bilde eine Brücke zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften.

R. G. in **B.** Herrn v. Gerlach, dem Redacteur des „Volk", ist ja bereits der Vorwurf gemacht worden, er wolle die christlichsoziale Partei ins „jüdisch-liberale" Lager ziehen.

W. S. in **H.** Wenn Stöcker es als sein Verdienst bezeichnet, daß jetzt kein Jude mehr im preußischen Abgeordnetenhause sitze, so müssen wir den Erfolg seines „Lebens" als sehr gering einschätzen. Die Juden haben nie mehr Vertreter im Abgeordnetenhause gehabt, als ihrer Zahl zukommt, wenn man diesen statistischen Maßstab überhaupt als correct anerkennt, was wir niemals thun.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 15 | Berlin, den 11. April 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn J. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Die Hohenzollern und die Religionsfreiheit.

Unter diesem Titel hat der Königsberger Professor der Rechte, Geh. Justizrath Dr. Philipp Zorn, soeben eine Schrift veröffentlicht (Berlin, Carl Heymann, 1896), die ihres Stoffes wegen weitgehende Beachtung verdient. Mit großem Fleiß und patriotischer Begeisterung hat Professor Zorn Aeußerungen der Hohenzollern über Glaubensfreiheit und Toleranz zusammengestellt, und er kommt zu dem Resultate, daß der „preußische Staat geradezu der Bannerträger der religiösen Duldung in der Geschichte der Menschheit war". Das Resultat zeugt von warmer patriotischer Empfindung, aber, offen gestanden, unserer Kenntniß will es scheinen, als ob Prof. Zorn die Kehrseite der Medaille, die in den Vorurtheilen ihrer Zeit begründete Intoleranz einzelner Hohenzollern-Fürsten, vernachlässigt hätte. Das Wort Schopenhauers: „Der Patriotismus, wenn er sich im Reiche der Wissenschaft geltend machen will, ist ein schmutziger Geselle, den man hinauswerfen soll", ist uns viel zu derb und zu extrem, aber er enthält ein Körnchen Wahrheit. Die Zorn'sche Schrift hätte sich mehr Freunde erwerben können, wenn sie umfangreicher und manchmal offenherziger gewesen wäre.

Nach dem erfolglosen Versuch auf dem Reichstage zu Augsburg (1530), die widerspenstigen Protestanten zur Ruhe zu zwingen, fand ein Staatsrath statt, in dem namentlich Joachim I. von Brandenburg „gestrengen Maßnahmen zugeneigt" war. Er wollte ein „gestrenges Fürnehmen nach den Reichsgesetzen gegen die Widerspänstigen des Kaisers" u. s. f. „Die in dem Bekenntniß der Protestirenden enthaltene Lehre sei durch reine klare Schrift abgelehnt und schon in früheren christlichen Concilien für ketzerisch und unchristlich erkannt worden". Sein Nachfolger wiederum, Joachim II., der Protestant wurde, warf, wie ein Lobredner (1540) von ihm sagte, „aus den Klöstern die Heerden der Opferpriester hinaus und säuberte die Mark von der Unreinigkeit der Mönche".

Dadurch, daß diese und andere Thatsachen fehlen, erscheint die Zorn'sche Broschüre zu sehr als Hymnus. Sehen wir von diesem Mangel ab, so kann sie durch den freien Sinn erfreuen, der aus ihr spricht, und durch das Material, das der gelehrte Verfasser verarbeitet hat. Sehr schön sagt er in seiner Einleitung (S. 5):

„Zeiten großer Neugestaltung im geistigen, politischen, sozialen Leben der Menschheit, Zeiten, da der Mensch fortwährend des Dichterwortes gedenken muß: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen" — solche Zeiten der Gährung bringen es mit sich, daß auch an dem, was als sicher gewonnenes Capital aus der Entwickelungsgeschichte der Menschheit festzustehen schien, gerüttelt wird, und daß Dinge wieder als Fragen erscheinen, die längst fest und zweifellos beantwortet schienen. Das mag der Einzelne schwer, ja bedrückend empfinden, besonders wenn er etwa dem Glauben huldigt: der Gang der Menschheit sei ein, wenn auch oft unterbrochener und gestörter, aber dennoch stetiger Gang nach vorwärts und in die Höhe. Aber die Lehren der Geschichte geben uns gar oft Zeugniß von solchen Momenten rückläufiger Bewegung, die mit großen Fortschritten auf anderen Gebieten verbunden sind. Und was uns trösten kann und trösten muß in der Verwirrung der Geister, die in solchen Zeiten oft erschreckend groß wird, das ist die große Lehre der Geschichte: daß Zeiten der Gährung, aus der große und werthvolle Neugestaltungen hervorgehen, Zeiten der Kraft sind. Und das Bewußtsein der Kraft muß jeden Pessimismus überwinden.

So mögen wir es auch verstehen, daß in den wilden und verwirrten Parteikämpfen jüngster Zeit die religiöse Duldung wieder zur Frage geworden ist. Nur eines muß dabei rund und schroff zurückgewiesen werden: daß religiöse Momente zum Deckmantel für andere, besonders wirthschaftliche Dinge genommen werden. Ein vornehmer Sinn kann es nicht verstehen, und darf es nicht dulden, daß das Heiligthum der Religion in dieser Weise zum Kaufhaus der Politik gemacht werde. Und die es thun, müssen, wie einst vom Herrn im Tempel zu Jerusalem, mit der Geißel hinausgetrieben werden".

Es liegt in der Geschichte begründet, daß die meisten Aussprüche hohenzollernscher Fürsten sich an Protestanten, Katholiken wenden, um ihnen Religionsfreiheit zu predigen. Von den Juden kann nur gelegentlich die Rede sein. So achtete Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst „gewissenhaft die Verträge, welche den Katholiken in den anderen Theilen seines Staates Religionsfreiheit zugesichert hatten und sein Verhalten gegen Juden, Mennoniten, Socinianer und andere Secten beweist, daß seine persönliche Ueberzeugung einer noch viel weiter reichenden religiösen Toleranz gehörte." (S. 28). Im Jahre 1686 schrieb er an den Herzog Victor Amadeus von Savoyen:

„Wie heftig auch immer in der Regel der aus Verschiedenheit der Religionsmeinungen entstehende Haß sein mag; älter und heiliger ist doch das Gesetz der Natur, nach welchem der Mensch den Menschen zu tragen, zu dulden, ja bem ohne Schuld Gebeugten zu helfen verpflichtet ist."

Das war „der Schlüssel zu der persönlichen Grundanschauung des Kurfürsten", wie dies auch Pufendorf in warmen und schönen Worten bestätigt. (S. 28.) In dieser Hinsicht war Friedrich der Große ganz der Erbe des großen Kurfürsten. In seinem „Politischen Testament" vom Jahre 1751 sagt er:

„Die Katholiken, die Lutheraner, die Reformirten, die Juden und zahlreiche andere christliche Secten wohnen in diesem Staat und leben da in Frieden. — Ich suche sie alle zu vereinigen, indem ich ihnen zum Bewußtsein bringe, daß sie alle Bürger eines Staates sind und daß man einen Menschen der einen

rothen Rock trägt, ganz ebenso lieben kann, wie denjenigen, der einen grauen trägt."

Wir möchten an dieser Stelle noch zwei andere Aussprüche dieses größten Hohenzollernfürsten einschieben. Wie er über die Juden dachte, geht aus den Worten hervor, die einem seiner Briefe an d'Alembert (veröffentlicht in dem halbamtlichen Militärwochenblatt) aus dem Jahre 1781 entnommen sind:

„Erlauben Sie mir Ihnen zu sagen, daß unsere jetzigen Religionen der Religion Christi so wenig gleichen wie der irokesischen. Jesus war ein Jude, und wir verbrennen die Juden. Jesus predigte eine gute Sittenlehre, und wir üben sie nicht aus. Jesus hat keine Lehrsätze aufgestellt, und wir haben reichlich dafür gesorgt."

Und in der „Geschichte des Hauses Brandenburg" sagt Friedrich II.:

„Der falsche Eifer ist ein Tyrann, welcher die Länder entvölkert. Die Toleranz ist eine zärtliche Mutter, welche sie nährt und zur Blüthe bringt."

Wir können nicht besser von dem Werkchen Prof. Zorns Abschied nehmen, als mit dem Wunsche, daß die Ideen der gegenseitigen Duldung, der Toleranz und Humanität sich mächtig ausbreiten mögen. Leider hat Prof. Zorn Recht, wenn er sagt (S. 41 f.): „Unter dem Deckmantel des Christenthums macht eine Intoleranz sich im deutschen Volk breit, die sich **christlich-germanisch** nennt und die doch des obersten Gesetzes des Christenthums, der Liebe, vergessen zu haben scheint." Dieses unchristlichen Geistes Herr zu werden, muß das Bestreben aller Freunde unseres Vaterlandes sein. Wer für Religionsfreiheit und Glaubensduldung eintritt, kämpft ja nicht nur für sich allein, denn Knuke hat Recht, wenn er sagt:

„Das Größte, was dem Menschen begegnen kann, ist es wohl, in der eigenen Sache die allgemeine zu vertheidigen."

Herr Stöcker

weiß auch nach seiner Kaltstellung auf dem politischen Schauplatze dafür zu sorgen, daß die öffentliche Meinung sich mit ihm beschäftigen muß.

Auf den in der letzten Nummer der „Mittheilungen" erwähnten Artikel Stöckers in der „D. evangel. Kirchenztg." ist der Oberst z. D. v. Krause die Antwort nicht schuldig geblieben. Er veröffentlicht eine Erklärung, worin er insbesondere, entgegen der Behauptung Stöckers, betont, er habe in der Angelegenheit des Prof. Brecher aus eigener Initiative und ohne vorher eingeholte Zustimmung Stöckers einen Vermittelungsversuch unternommen. Die Erklärung schließt: „Ich bedauere es tief, daß ich ihn (nämlich Stöcker) jetzt als einen Herrn kennen gelernt habe, der nicht davor zurückschreckt, in der von ihm herausgegebenen „Evangelischen Kirchenzeitung" und sogar in der „stillen Woche" über mein persönliches Verhalten wahrheitswidrig zu berichten und so den Versuch zu machen, meiner Offiziers-Ehre völlig unbegründeter Weise einen Makel anzuheften."

Die Heuchelei, mit der Herr Stöcker es unternimmt, sich als den Friedfertigen aufzuspielen, ist der conservativen Parteileitung allmählich doch unerträglich geworden und so brachte die „Conservative Correspondenz" eine Notiz, welche ausführte: Stöcker habe in der „D. evangel. Kirchenztg." geschrieben: „Uebrigens bin ich mir nicht bewußt, seit meinem Austritt in Wort und That irgend etwas Feindseliges gegen die conservative Partei unternommen zu haben." Es handele sich nicht um Herrn Stöcker als Person, sondern als Präsidenten der Christlich-Sozialen und als solcher sei er unzweifelhaft für die Angriffe und Aeußerungen des Parteiorgans verantwortlich. Das „Volk" sei aber als offizielles Parteiorgan proclamirt worden. Es dürfte Herrn Stöcker nicht schwer fallen, das Organ seiner Partei zu einer Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Conservativen zu zwingen, sofern es in der That sein fester Wille ist, solche Feindseligkeiten nicht blos für seine Person zu vermeiden. — Herr Stöcker denkt natürlich nicht daran, dem Ersuchen seiner früheren Parteigenossen zu entsprechen; er ist kein Freund eines offenen, loyalen Kampfes.

Am 8. April fand in Berlin der Parteitag der Christlichsozialen für den Norden und Osten des Reiches statt. Es waren etwa 120 Delegirte erschienen, die Verhandlungen waren vertraulich. Es wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Der Parteitag beschließt, daß die christlich-soziale Agitation in erster Linie in den Städten ihre bisher ruhende Thätigkeit aufzunehmen und mit geeigneten, den localen Verhältnissen entsprechenden Mitteln ihre Ziele zu fördern hat. Arbeiterfrage, Handwerkerfrage und Frauenfrage sind zunächst dem allgemeinen Verständniß in christlich sozialem Sinne nahe zu bringen und dahin zu wirken, daß staatliche und communale Institutionen den Forderungen der verschiedenen sozialen, in besonderer Noth und Gefahr stehenden Volksgruppen gerecht werden.

Der Parteitag spricht Herrn Hofprediger a. D. Stöcker, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner ungebeugten Festigkeit gegenüber auch seinen neuen Gegnern aus dem conservativen Lager das unbegrenzte Vertrauen aus und gelobt, seiner Fahne in unerschütterlicher Treue Folge zu leisten."

Abends wurde in der Tonhalle eine gut besuchte öffentliche Versammlung abgehalten. „Die allgemeine Lage und die jüngste Schmähschrift" bildete nach den Säulenanschlägen das Thema eines Vortrages des Hofprediger a. D. Stöcker. Buchbindermeister Schutze eröffnete die Versammlung mit der Mittheilung, daß das erste Thema der Tagesordnung laute: „Die allgemeine Lage und die letzten Angriffe."

Herr Stöcker führte aus, er habe seiner Zeit den Oberst z. D. v. Krause zum Vorsitze der conservativen Partei in Berlin vorgeschlagen, in der Meinung, daß ein ehrenhafter Character vor Allem dazu erforderlich sei, wenn er auch nicht von hervorragender politischer Fähigkeit sei. Er habe es schmerzlich empfunden, daß er durch die Veröffentlichung der Protokolle des Elfer-Ausschusses sich zur Abwehr gezwungen fühle, er, der doch die Absicht bekundet habe, mit seinen alten Freunden in Frieden fort zu leben. In der Broschüre suchte Redner, unter Heiterkeit seiner Zuhörer, verschiedene „Unrichtigkeiten" nachzuweisen. Die jüngste Erwiderung des Oberst v. Krause sei derart, daß er davon Abstand nehmen müsse, sich damit noch näher zu beschäftigen. So ein Herr müsse erst ein anderes Gedächtniß haben, ehe er weiter mit ihm verhandeln könne. — Auch des „Scheiterhaufen-Briefes" gedachte Stöcker; er verlange gar nicht, daß Jedermann diesen Brief verstehe, denn dazu gehöre mehr politisches Verständniß, als die meisten Leute haben! — Im zweiten Theile seines Vortrages legte Stöcker dar, wie die Unterschiede in der Auffassung der sozialen Dinge zu seinem Austritt aus der conservativen Partei geführt haben.

Auch das Auftreten in dieser Versammlung liefert den Beweis, daß die Ereignisse des letzten Jahres an Hrn. Stöcker spurlos vorübergegangen zu sein scheinen. Er ist nicht bescheidener, sondern anmaßender, nicht friedlicher, sondern verbissener geworden. Ob er mit solchen Eigenschaften ausgestattet den Weg zur einstigen politischen Machtstellung wiederzufinden hofft? —

Vom Antisemitismus in Frankreich.

△ Der Antisemitismus, den man bei seinem Auftauchen hierzulande als unverzolltes deutsches Einfuhrgut für die französischen Skandaleure betrachtete, fängt allmählich an, immer weitere Kreise anzustecken. Und da man hier gelernt hat, daß man nicht, wie es leider in Deutschland der Fall war, stolz und gleichgültig, ohne etwas zu thun, auf diese Bewegung herabschauen darf, so rüsten sich die französischen Juden mit aller Macht, jenen Verleumdern entgegenzutreten. Der Erfolg dürfte wohl nicht ausbleiben, denn aus alle dem, was die verhetzende antisemitische Action ans Licht bringt, geht deutlichst hervor, daß die französische Bevölkerung von diesem Gifte noch nicht inficirt ist: Der Antisemitismus wird künstlich in die Massen getragen. So wird jetzt ein Brief bekannt, den der Redacteur Auden von der „France", die seinerzeit die Namen der „104 Panamaleute" zusammenlog, an Dr. Favre geschrieben hat:

Mein lieber Doctor!

Die France wird in nächster Zeit wieder eingerichtet werden. Wir wollen gründlich den großen antisemitischen, antienglischen und muhamedanischen Feldzug führen.

Glauben Sie, daß M. de Morès mit uns marschiren wird? Sollte es der Fall sein, so fragen Sie ihn, bitte, um Rath und überrumpeln gewissermaßen im Nothfall seine Entscheidung, wenn er noch schwankt. Wir wollen unbedingt marschiren, ohne daß uns etwas hindern soll, bis wir unser Ziel erreicht haben. Ich sehe ein, daß man unverzüglich zur Hülfe kommen muß und bemerke noch, daß wir hinreichende Capitalien zur Verfügung haben, so daß wir nichts zu fürchten brauchen. Auden.

Man sieht hieraus deutlich genug, daß es nur einige Ritter von der Tugend und Vaterlandsliebe sind, die vermuthlich um irgend welcher Vortheile willen eine antisemitische Campagne insceniren.

Aber neben diesen Vorkämpfern gegen die „Corruption" sind es gewisse katholische Organe und Personen, die antisemitische Manifestationen anstiften. So erzählt der „Temps" von einer Kundgebung, die der Abbé Garnier bei Gelegenheit des dritten Jahrestages der Heiligsprechung der lothringischen Heldin Jeanne d'Arc mit den Mitgliedern der „Union nationale" organisirt hat. Nachdem der Zug sich an der „Maison du Peuple français" aufgestellt hatte, ging es zunächst nach dem Tuileriengarten, dann nach der „Place des Pyramides", wo Abbé Garnier vor der Statue der Jungfrau von Orleans folgende Ansprache hielt: „Jeanne d'Arc hat Frankreich gerettet. Sie hat die territorielle Einigung Frankreichs gesichert: wir wollen die der Herzen sichern. Wir wollen alle Franzosen wieder unter nationaler Flagge einigen. Nieder mit den Engländern! Es lebe die Jungfrau! A bas les juifs!" Und als einer gerade ausrief: „Es lebe die Republik!" riefen alle Theilnehmer aus: „Es lebe der König, es lebe der Herzog von Orleans!" Nachdem man dann noch dem Heiligen des Montmartre, Eduard Drumont, eine Ovation bereitet hatte, wurde die Masse von der Polizei zerstreut. — Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Abbé Garnier in seinem Blatte „Le Peuple Français" immer seine gute Gesinnung für die jüdische Religion versichert. —

In einem anderen Falle, den eine Gerichtsverhandlung in Lons-le-Saunier vorführte, spielt ebenfalls ein clericalfranzösisches Blatt eine stark antisemitische Rolle. Ein Israelit, Namens M. Nathan-Lévy, hatte in Lons-le-Saunier eine Filiale errichtet, wogegen sich absolut nichts sagen läßt. Die „France libre", ein Schwesterorgan der „Libre Parole" dachte freilich anders darüber: „Unsere Stadt, welche sich bisher schmeicheln konnte, vom jüdischen Aussatz unberührt geblieben zu sein, hat mit Schrecken in diesen letzten Tagen das Erscheinen einiger Krummnasen im hiesigen Handelswesen constatiren müssen." Nach einigen in gleichem Tone gehaltenen Expektorationen fordert sie dann die „Katholiken" auf, nur bei Compatrioten und anständigen Leuten zu kaufen; die Juden dagegen, deutlich ihre Namen am Schilde anzubringen, damit das Publikum „unterrichtet" sei. Hierdurch ermuntert, wandte sich ein dortiger Kaufmann an die Mitbürger mit der Aufforderung: „Kauft nicht bei fremden Juden!"

Die „Croix du Jura", die sich sonst in allgemeinen antisemitischen Phrasen, die noch nicht ganz gegen das Gesetz verstoßen, bewegt, erlaubte sich, Herrn Levy anzugreifen, wodurch der Proceß veranlaßt wurde. Natürlich wurde der Redacteur zur Schadenersatzleistung verurtheilt, aber einen größeren Erfolg hat dieser Proceß — er wird für die Juden ein Ansporn sein, unnachsichtig gegen alle Angriffe auf ihre bürgerliche Ehre richterliche Entscheidung anzurufen.

Zum Schluß seien noch die treffenden Bemerkungen Yves Guyot, des ehemaligen Ministers und Directors des „Siècle" angeführt, die er bei Gelegenheit einer antisemitischen Kundgebung in der „Société des Agriculteurs de France" — dem „Bund der Landwirthe" niederschrieb. Durch Aufhetzung der — wie es scheint überall dem Antisemitismus zugänglichen — Landwirthe und „Junker" war es gelungen, Baron Alphonse von Rothschild, der seit 1869 Schatzmeister war, aus seinem Amte zu verdrängen und einen von der „Libre Parole" vorgeschlagenen Candidaten zu wählen. An diesen riesenhaft ausposaunten Sieg knüpfen die Betrachtungen Guyots an: „Die Edelleute, die Ackerbau treiben, indem sie ihren Pächtern möglichst hohe Pachtsummen abnehmen und die großen Herren im Dorfe spielen, sind um so eher den Rathschlägen Drumonts gefolgt, als sie ja in Wirklichkeit die antisemitische Bewegung erfunden haben." Guyot sucht die Behauptung durch den Hinweis zu stützen, daß die großen Herren, die von den Königen mühelos große Güter zum Geschenke erhielten, mit gewissem Hasse auf die Leute blicken, die durch Intelligenz, Klugheit, Arbeit sich ein Vermögen erworben. Unerklärlich ist es ihm, wie ein guter Demokrat in das antisemitische Horn blasen kann. „Thoren! Welches Unrecht haben die Juden begangen? Worüber beklagt Ihr Euch?! Sie haben an allen großen Unternehmungen dieses Jahrhunderts theil genommen. Ihnen kann man es danken, daß die private Finanz von fern dem Fortschreiten der Wissenschaft und Industrie hat folgen können. Ihr hattet den Nutzen davon. Wer kann sich beklagen? Die Unfähigen, die Machtlosen, die durch Fürstengunst bereichert wurden und die unaufhörlich allerlei Schutz und Liebesgaben von der Republik verlangen, die sie verabscheuen!"

Gemeinnützige Bestrebungen und Confession.*)

In welch bedauerlichem Grade die confessionelle Schichtung und Zersplitterung in Deutschland Fortschritte macht, beweist die Begründung eines katholischen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, die im Anschluß an einen Vortrag des Dr. Bock aus Hildesheim, des Geschäftsführers des Deutschen Vereins mit gleichen Bestrebungen, erfolgte. Man sollte denken, daß die gemeinnützigen Bestrebungen ein Feld bildeten, auf dem sich nicht nur die Deutschen aller politischen Parteien, sondern auch alle Bekenntnisse begegnen und zusammenfinden könnten, und es ist auch nicht eine nicht gering zu veranschlagende Wirkung der politischen Einigung der deutschen Stämme, daß durch sie für Nord und Süd, Ost und West ein Boden gemeinsamen Wirkens geschaffen wurde. Sehr treffend hat dies in einer Zeit, als er sich noch für solche Dinge interessirte, Minister Miquel hervorgehoben. Leider aber muß in den letzten Jahren die Beobachtung festgestellt werden, daß mehr und mehr auch bei der Gemeinnützigkeit der Confessionalismus sich geltend macht und zu besonderen Vereinsbildungen führt, durch welche die Kräfte der Gesellschaft vielfach nur verzettelt und zersplittert werden. Der confessionelle Gegensatz machte sich hierbei stärker be-

* Aus der „Köln. Ztg." vom 2. April d. J.

merkbar als der politische. Die politischen Unterschiede zu überwinden und zu überbrücken, ist der Gemeinnützigkeit noch möglich, die confessionellen und religiösen dagegen anscheinend nicht mehr. Weshalb ist es nothwendig, für die katholische Bevölkerung, die im übrigen die Bestrebungen des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke billigt, einen besonderen Verein auf religiöser Grundlage zu errichten, weshalb kann sie sich jenem nicht anschließen? Verstehen würde man dies, wenn der Verein durch seine Thätigkeit die religiösen Empfindungen der Katholiken irgendwie gekränkt hätte, allein das ist so wenig der Fall, daß der Verein bei den kirchlichen katholischen Behörden großen Anklang findet und amtliche Empfehlung genießt. Das bischöfliche Ordinariat in Mainz hat sogar vor einigen Jahren eine sozialstatistische Erhebung dieses Vereins durch warme Unterstützung seitens der Diöcesangeistlichkeit bei Auskunftertheilung über Ursachen und Wirkungen des Alkoholismus sehr gefördert. Unter diesen Umständen ist es nicht die Abneigung gegen den Verein, die zu einer besonderen Vereinsbildung führt, sondern es muß dies auf die allgemeine Neigung zurückgeführt werden, auch die gemeinnützige Thätigkeit vom Boden der confessionellen Gemeinschaft aus zu regeln und durchzuführen. Nur blinder Fanatismus könnte in dieser Erscheinung einen Vortheil für das Volksleben erblicken. Die übermäßige Betonung der confessionellen Unterschiede ist schon an sich ein großer Schaden, sie wird aber zu einer Schädigung der theuersten Güter unserer Nation, wenn selbst die schönste Blüthe menschlicher Gesinnung, die werkthätige Liebe, nicht mehr im Stande ist, die Menschen verschiedenen Glaubens zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Es heißt einer guten Sache, die man fördern will, einen schlechten Dienst erweisen, wenn man dieser confessionellen Zersplitterung das Wort redet, statt von ihr abzuhalten. Anzeichen genug liegen dafür vor, daß auch hierbei ein planmäßiges und auf wohlüberlegten Anschauungen beruhendes Vorgehen beabsichtigt ist, und gerade um deswillen ist es geboten, mit ernster Mahnung hiergegen nicht zurückzuhalten. Gemeinnützige Bestrebungen sind confessionslos und müssen es sein; Katholiken, Protestanten und Juden, Freidenkende und Orthodoxe, bibelfeste Gläubige und überzeugte Zweifler können und müssen sich hierbei die Hand reichen. So war es früher, und glücklicherweise ist es auch heute auf einem großen Felde des gemeinnützigen Wirkens so, aber es besteht ernste Gefahr, daß diese schöne Uebung mehr und mehr verdrängt wird, und darum ist es geboten, gegen jeden Versuch, auch hierbei die confessionelle Spaltung zum Ausdruck zu bringen, entschieden Verwahrung einzulegen, mag der Anstoß von katholischer, protestantischer oder jüdischer Seite ausgehen.

Zur Abwehr.

Fürst Bismarck über den Antisemitismus. Die Wiener „Neue Fr. Presse" brachte unlängst einen Bericht über einen Besuch des Afrikareisenden Eugen Wolf beim Fürsten Bismarck, der in der deutschen Presse der verschiedenen politischen Richtungen viel abgedruckt worden ist. Aufgefallen ist dabei, daß eine Anzahl von Blättern gerade folgende Stelle in dem Bericht weggelassen hat:

„Es ist bemerkenswerth, daß, sobald das Gespräch die Judenfrage streift, der Fürst es selten unterläßt, auf die **Zwecklosigkeit der antisemitischen Bewegung** hinzuweisen. Mit sizilianischer Vesper und Bartholomäusnacht könne man doch heutzutage nicht vorgehen. Die Austreibung der Juden sei ebenso unmöglich und würde den Nationalwohlstand gefährden, und wenn man die jüdischen Elemente aus den amtlichen und gelehrten Berufen entferne, so würde die dort frei werdende jüdische Intelligenz das Uebergewicht, das die Juden in Bezug auf Erwerbstüchtigkeit und Geschäftssinn den Christen gegenüber besäßen, noch erhöhen. Außerdem besäßen die Juden doch mancherlei Vorzüge, die nicht zu bestreiten seien, so wenig wie ihre Schattenseiten, sie brächten in die Mischung, welche die verschiedenen Stämme Deutschlands darstellten, ein gewisses Mousseux, das diesen zum Vortheil gereiche. Wenn er, Bismarck, noch Minister wäre, so würde er in Bezug auf die Judenfrage den Grundsatz empfehlen: La recherche de la confession est interdite. (Das Fragen nach der Confession ist nicht gestattet.)"

Das Organ des Bundes der Landwirthe will zwar an die Richtigkeit der Mittheilung noch nicht recht glauben, es fügt aber vorsichtiger Weise hinzu: Bismarck sei allerdings mehr Realist. Ob die Herren vom Bunde der Landwirthe idealer gerichtet sind, als Fürst Bismarck?

Eine Jugendschrift. Die Zeitschrift „Jugendschriften-Warte" (Organ für Prüfung von Jugendschriften 1894/95) schreibt über O. Glaubrecht „Das Volk und seine Treiber":

„Diese Erzählung versetzt uns in ein christliches Bauerndorf, dessen Bewohner durch Genußsucht, Spielsucht, Putzsucht, Selbstsucht, und besonders durch die List und Verschlagenheit der Juden in ihrem Besitz gefährdet werden — Was der Herr Verfasser in seiner Vorrede zu diesem Buche „Belehrung des Volkes" nennt, ist nichts weniger als das. Unter der ausgesuchtesten religiösen Engherzigkeit und sittlichen Verschrobenheit wird eine übertriebene, lächerliche Anschwärzung und Verhetzung der Juden gesucht, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. Eine so schamlose und schändliche Judenhetze, wie sie in diesem Buche hervortritt, ist ein arges Gift für noch vorurtheilsfreie, duldsame und zufriedene Menschen. Wo findet der Verfasser überhaupt ein Dorf, in dem die inneren Wirthschaftsangelegenheiten von Juden geleitet würden, wo solche erbärmlichen Verhältnisse wie die hier geschilderten? Und ist er so wenig Menschenkenner und Erzieher, daß er nicht einsieht, daß die Vorführung boshafter Charaktere nur Furcht und Mißtrauen erweckt? Wir müssen uns wundern, daß der christliche Verein im nördlichen Deutschland ein solches Machwerk in die Welt schickt. Wir haben das Buch mit der größten sittlichen Entrüstung aus der Hand gelegt und können es nicht nur nicht empfehlen, sondern das Volk nur davor warnen, dasselbe zu lesen. Zerbst, Nitsche, Picker."

Einst und jetzt! Wie sehr wir seit drei Jahrzehnten in freiheitlicher Gesinnung zurückgegangen sind, zeigt eine Denkschrift, die ein Führer der freiconservativen Partei, Graf von Bethusy-Huc, auf Anregung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm diesem am 25. Februar 1867 überreichte. Von den Juden heißt es darin:

„Die Emanzipation der Juden muß in Consequenz des Artikels 12 der Verfassung ausgesprochen werden. Sie ist zudem das einzig wirksame Mittel gegen das, was uns bei den heutigen Juden mit Recht tadelnswerth erscheint. Dies hat zum großen Theil seine Wurzel in der ihnen zum Theil gewordenen schlechten Behandlung. Durch Jahrhunderte erzeugt und vererbt, werden diese Eigenschaften nur langsam weichen. Doch muß die Kur begonnen werden." (Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 3 (Breslau 1896) S. 286 ff.)

Man vergleiche damit die wenig judenfreundliche, zum Theil geradezu antisemitische Haltung vieler jetziger Freiconservativer.

Aus dem antisemitischen Lager.

Bismarck und die Antisemiten. Das Antisemitenblatt „Frei-Deutschland" schreibt in seiner No vom 5. April:

Nichts ist abgeschmackter, als die krampfhafte Hartnäckigkeit gewisser Antisemiten, aus Bismarck mit Gewalt einen Geistesverwandten machen zu wollen, obwohl er selbst bei jeder Gelegenheit dies mit Hand und Fuß abwehrt. Einige altersgraue Jugendaussprüche müssen immer wieder herhalten, obwohl nie Jemand von seiner Vergangenheit sich unzweideutiger los gesagt hat als Bismarck in diesem Punkte. Wenn aber gewisse Bewunderer des Mannes sich gar zu der Behauptung versteigen, wir hätten „durch ihn erst deutsch fühlen gelernt", so mögen die von ihm etwas gelernt haben, die heute noch nicht wissen, was eigentlich „deutsch" ist. Diejenigen, die es schon vor Bismarck wußten, müssen Obiges als schwere Beleidigung zurückweisen, da sie leider feststellen, daß durch den Einfluß dieses Mannes unser Volk in beunruhigendem Maße deutsch zu fühlen verlernt hat. Daraus erklärt es sich auch, weshalb es Pflicht ist, gegen seine Verherrlichung anzukämpfen. Es handelt sich dabei nicht um Verkleinerung. Möge er immerhin

der „Große", „Unerreichbare" bleiben, wenn dies zum Glück gewisser Leute unentbehrlich ist! Aber er hat schwere Gefahren für die Zukunft unseres Volkes heraufbeschworen. Auf sie aufmerksam zu machen, ist vaterländische Pflicht. Damit verträgt sich die fortgesetzte Verhimmelung nicht; vielmehr ist das Gegentheil unerläßlich als Mittel zu jenem unbedingt notwendigen Zweck. Diesen Zusammenhang sollte auch ein Kind begreifen.

Stöcker und Liebermann von Sonnenberg. Aus Moabit wird dem antisemitischen „Deutsch. Generalanzeiger" geschrieben:

Allgemeines Befremden erregte es unter den Gesinnungsgenossen unseres Bezirks, als kürzlich Herr Schmitz, welcher sich in Moabit stets als der berufenste Vertreter des deutschsozialen Programms ausgab, in einer conservativen Versammlung als begeisterter Anhänger Stöckers auftrat. Der Herr machte dabei den Conservativen die heftigsten Vorwürfe, daß sie Stöcker aus der Partei herausgedrängt hätten, und forderte den conservativen Bürgerverein Moabit auf, sich für Stöcker zu erklären, was freilich von diesem abgelehnt wurde. — Während man nun aber in den Reihen unserer Partei glaubte, jener stöcker-begeisterte Herr sei vom deutsch-sozialen zum christlich-sozialen Programm übergegangen und werde nunmehr die Stöcker'sche Sache in Moabit offen vertreten, versicherte er, daß er dies keineswegs beabsichtige, sondern er habe ganz im Einverständniß mit dem Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg — nur einmal den Conservativen ihren schmählichen Verrath an Stöcker vorhalten wollen. Vor der Oeffentlichkeit erscheint jedoch dieses Vorgehen nicht ganz so harmlos; vielmehr behaupten jetzt die Christlich-sozialen, der Vorfall sei nur ein Beweis dafür, daß die Deutsch-sozialen Liebermann'scher Richtung im Grunde genommen nur eine Vortruppe für die christlich-soziale Partei Stöckers seien. Hiernach aber dürfen die Antisemiten wohl erwarten, daß sich Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg selbst zu dem Falle äußere. Jener besagte Herr giebt sich nicht allein in Moabit, sondern in ganz Berlin als der bevorzugte Vertrauensmann und eigentliche Geschäftsträger des Herrn v. Liebermann aus, weshalb der ganze Vorfall geeignet ist, große Mißverständnisse hervorzurufen.

Ein Reinfall der „Deutschen Zeitung" des Herrn Dr. Friedrich Lange. Herr Dr. Lange, der Pächter treudeutscher Ehrlichkeit, debütirt mit einer Aneignung fremden Eigenthums. Er druckt das Wesentliche aus einem Bericht über das Concert der Hochschüler vor den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses (aus dem „Berl. Tagebl.", Nummer vom 1. April) ohne Quellenangabe ab. Noch mehr: Er merkt nicht, daß jener Bericht nichts als ein Aprilscherz war. Er nimmt die Sache feierlich ernst, wie er alles gleich feierlich nimmt, und glossirt die fingirten Aeußerungen des Professor Joachim gegen die „Richtung von Weimar und Bayreuth" mit dem bombastischen Satze:

„Diese Ausführungen sind so köstlich und zugleich so bezeichnend für jede Beharrung im Alten, daß man sie dreist an jede Art von Chinesenzopf als Etiquett anbinden könnte."

Im Ahlwardtschen Wahlkreise hat sich ein „Wahlverein für Friedeberg und Umgegend" gebildet, und zwar, wie das „Amtliche Friedeberger Kreisblatt" mittheilt, lediglich zu dem Zwecke, „der Stimmenzersplitterung derjenigen politischen Parteien Einhalt zu thun, welche im Wesentlichen auf gleichem Boden stehen, nämlich der conservativen und der christlich-sozialen Partei, sowie der deutsch-sozialen Reformpartei und sonstiger Parteiungen oder Vereinigungen ähnlicher Tendenz." Der Verein will, „entsprechend den Grundsätzen dieser „rechtsstehenden" Parteien, mit in den Kampf treten für Thron und Altar, gegen undeutsche Art und Sitte und gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen der Umsturzparteien". Der Wahlverein, dessen erste Sitzung im April stattfindet, hofft zu den nächsten Wahlen „einen Candidaten darbieten und durchbringen zu können, welcher der Mehrheit des Wahlkreises genehm ist." Ahlwardt, der 1893 mit über 8000 Stimmen gegen etwa 3000 conservative, 1500 liberale und 793 sozialdemokratische Stimmen gewählt wurde, scheint dieser Candidat nicht zu sein. Es handelt sich in dem „Wahlverein für Friedeberg" um den Versuch der „gemäßigten" Antisemiten conservativer Färbung, sich des Wahlkreises zu bemächtigen. Bemerkenswerth ist es, daß diesen Elementen das amtliche Friedeberger Kreisblatt, dem wir diese Mittheilung entnehmen, zur Benutzung offen steht.

Die „Deutsche Wacht" schreibt, die deutsch-soziale Reformpartei habe begründete Ansprüche auf den Wahlkreis und werde sie nöthigenfalls für sich zu wahren wissen.

Aus **Schloppe** wird uns vom 7. April geschrieben: Der Reichstagsabgeordnete Prof. Förster sprach am 1. April in einem hiesigen Gasthofe, nachdem ca. 2 Jahre sich kein Redner mehr hatte hören lassen. Einladungen waren sehr zahlreich ergangen, der Besuch mäßig, ebenso die Rede des Vortragenden. Das Wort „Jude" nahm er kaum in den Mund, die hiesigen Antisemiten scheinen auch ihre Rechnung dabei nicht recht gefunden zu haben. Eine Discussion fand nicht statt.

Der Abg. Dr. Böckel hat sich wieder ein eigenes Organ geschaffen. Es ist dies ein in Berlin erscheinendes „unabhängiges und unpolitisches Wochenblatt für Volkswirthschaft und geistiges Leben", das sich „Der Vorkämpfer" betitelt und den Interessen des „Deutsch-wirthschaftlichen Verbandes" dienen will. — **Ahlwardt** läßt in Brooklyn ein Wochenblatt erscheinen. Als Redacteur ist ein Mann angestellt, der sich Fridow nennt, in Wirklichkeit aber ein aus Ungarn eingewanderter Jude Namens Schmul ist.

In der Angelegenheit des Herrn Paul Meyer in Stuttgart (s. Nr. 13 der „Mitth.") veröffentlicht die Parteileitung der Schwäbischen Reformpartei eine Erklärung, worin die vom Stuttgarter „Beobachter" erhobenen Beschuldigungen, die man in mehrstündiger Berathung eingehend geprüft habe, als Verleumdungen bezeichnet werden. Herr Meyer werde klagbar vorgehen; die Parteigenossen möchten sich mit dieser Erklärung bis zur gerichtlichen Entscheidung begnügen.

Vermischtes.

„Ein jüdischer Referendar — schreibt die „Deutsche Ztg." des Dr. Friedrich Lange — der schon seit Monaten keine Beschäftigung finden kann, wendet sich, wie unser Eigenberichterstatter schreibt, von einem Oberlandesgerichte an das andere, um als Oberlandesgerichts-Referendarius eine Anstellung zu erhalten. Obgleich an einzelnen Gerichten augenblicklich an Referendaren besonders im Frühjahr und Herbst während der militärischen Uebungen ein großer Mangel ist, kann der Herr keine Stellung finden, und obgleich der Herr eine Sicherstellung von 7500 Mark gestellt hat. Sicherstellung wird bekanntlich nur dann von den Behörden verlangt, wenn die Verhältnisse des Anfordernden keine günstigen sind. Trotz alledem hat der Referendar Friedmann bei den ablehnenden Bescheiden zur Antwort erhalten, daß die „Verhältnisse" es nicht zuließen, ihn anzustellen. In Breslau, Stettin und Posen ist das Gesuch um Anstellung nicht berücksichtigt worden, jetzt hofft der Namensvetter des großen Fritz noch in Hessen eine Zufluchtsstätte zu erreichen. Ob dort nun die Behörden „blind" sein werden, muß die Zukunft lehren, soviel steht aber fest, daß der p. Friedmann als ehemaliges Mitglied des A. J. V. (akademisch-juristischer Verein, an der hiesigen Universität auch „allgemeiner Juden-Verein" genannt) nicht der einzige Vereinsbruder ist, welcher geschnitten wird, auch ein anderer Commilitone jüdischer Race theilt dasselbe Schicksal."

Diese von dem antisemitischen Blatte mit begreiflichem Hohn gemeldete Thatsache liefert eine interessante Illustration zu der verfassungsmäßig garantirten Gleichheit vor dem Gesetz!

Ein Duell. In der „Zeit", der von Hermann Bahr in Wien herausgegebenen Wochenschrift, erschien in einer der letzten Nummern ein Artikel, der sich mit den jüngsten Vorgängen an der Universität befaßte. Der Autor, der übrigens nicht Bahr ist, belegte in seinem Unmuthe über die Stellungnahme der Deutschnationalen gegen die Satisfactionsfähigkeit der Juden die Urheber des ganzen Rummels mit einem Kraftworte, das nun Hermann Bahr mit seiner Klinge deckte. Bei ihm als verantwortlichem Redacteur der „Zeit" erschienen nämlich zwei Leute, welche sich als Cartellträger eines dritten deutschnationalen Antiliberalen

vorstellten und in dessen Namen Genugthuung für das Schimpfwort, von dem auch ihr Mandat sich getroffen fühle, verlangten. Herr Bahr fand sich bereit, diese Satisfaction in ritterlichster Weise geben zu wollen, obwohl er noch den folgenden Eröffnungen der Secundanten diese Affaire kurzweg hätte erledigen können. Ganz gegen die Bestimmungen des Duellcodex und die herrschende Norm erklärten nämlich die Cartellträger, daß sie, falls Herr Bahr ihnen unter seinen Vertretern einen jüdischen oder getauften Secundanten senden sollte, dies als Satisfactions-Verweigerung ansehen würden. Herr Bahr betonte, seines Wissens sei es in einer Ehrenaffaire noch niemals der Fall gewesen, daß Secundanten im vornhinein die Qualification der gegnerischen Vertreter, ohne noch deren Namen zu wissen, bestimmt hätten, und er nehme diese Beeinflussung in der Wahl seiner Vertreter zur Kenntniß. Später sandte der Schriftsteller einen Vertreter zu den Secundanten des Forderers und verlangte eine principielle Erklärung, ob sie die Betrauung eines jüdischen activen Offiziers mit der Vertretung in der Affaire ebenfalls als eine Satisfactions-Verweigerung ansehen würden, worauf die jeden Commentor überflüssig machende Antwort erfolgte, vom deutschnationalen Standpunkte müsse auch ein jüdischer activer Offizier als ehrlos angesehen werden und die Entsendung eines solchen als Secundanten als Satisfactions-Verweigerung gelten. Unter protokollarischer Aufnahme seines Protestes nominirte nun Herr Bahr zwei arische Herren als seine Zeugen und er fügte sich nur deshalb den Intentionen der Gegner, um diesen die Möglichkeit zu nehmen, ihn einer Feigheit zu zeihen. Das Duell fand nun statt. Nach dreiviertelstündiger Fechtdauer endete der Kampf mit der Verwundung beider Gegner. Der Deutschnationale erhielt zwei Hiebe über das Gesicht, während Herr Bahr zwei Verletzungen am rechten Oberarme und eine an der Innenseite der linken Hand erlitt.

London, 3. April. Die englischen Thierschutzvereine, die eine sehr lebhafte Bewegung im Sinne ihrer Bestrebungen unterhalten und eben erst wieder eine Petition mit 1200 Unterschriften gegen die Vivisection dem Minister des Innern überreichten, denuncirten einen Schlächter und dessen Gehilfen, der einen Ochsen nach jüdischem Brauch „geschächtet" hatte, bem Richter wegen Thierquälerei. Das Verfahren endete jedoch mit der Abweisung der Klage, da mehrere Schlächter und Thierärzte übereinstimmend sich dahin aussprachen, daß das sogenannte „Schächten" keine Thierquälerei sei.

Ueber eine Verurtheilung wegen Ritualmord-Beschuldigung wird der „Voss. Ztg." aus Pest unterm 26. März gemeldet: Das Schwurgericht verurtheilte den katholischen Hilfspriester Johann Fuß wegen Verleumdung durch die Presse zu 14 Tagen Gefängniß, fünfzig Gulden Geldstrafe und Veröffentlichung des Urtheils in dem clericalen Blatte „Magyar Allam". In diesem Blatte hatte Fuß die Beschuldigung des Ritualmordes gegen den Gastwirth Adler in Garamkissallo erhoben. Der Redacteur und Eigenthümer des Blattes Hortovanyi, der heute als Vertheidiger fungirte, erklärte den Ritualmord für ein albernes Märchen; er gründete sein Plaidoyer nur darauf, daß die Verleumdung nicht erfolgt sei, weil nur von einem Verschwinden, nicht von der Ermordung des betreffenden Mädchens die Rede gewesen sei. Unter den Geschworenen waren neun Christen und drei Juden.

Christlich-soziale Größen in katholisch-conservativer Beleuchtung. Als der Führer der österreichischen Christlich-Sozialen Dr. Lueger unlängst in Graz stürmischen Beifall fand, erschien nachstehende Zuschrift in den „Tiroler Stimmen":

„Es ist geradezu unglaublich, welch sonderbare Triumphe in unseren Tagen die Phrase feiert — und wäre sie auch noch so sinnlos. Da erschwingt sich der große Lueger in Graz zu der Leistung: „Christenthum und Deutschthum widersprechen sich nicht; sie ergänzen sich vielmehr in harmonischer Weise." Stürmischer Beifall! Und der „Brixener Chronik" imponirt dieser Satz so, daß sie ihn in feierlich gesperrter Schrift zum Abdrucke befördert. Daß Christenthum und Deutschthum sich nicht widersprechen, ist keine neue Entdeckung. Ist ja das Christenthum die Lebenssonne für alle Nationen — möchten die Herren dies nur immer recht beherzigen. Daß aber das Christenthum seine „harmonische Ergänzung" im Deutschthum zu suchen hat, das ist eine nagelneue Erfindung, aber eine tief traurige. Arme Apostel! Arme Märtyrer der ersten christlichen Jahrhunderte! Arme griechische und lateinische Kirchenväter! Ihr Alle entbehrtet der „Ergänzung" durch das Deutschthum und besaßet daher nur ein unfertiges Christenthum! Da ist heute doch eine herrliche Zeit! Man denke sich nur das Vergani-Blatt als „harmonische Ergänzung" der beiden Testamente! Nach Lueger sprach eine Dame aus Wien über „deutsch-antisemitische" — Kindererziehung! Und so was wird applaudirt und besudelt in katholischen Blättern!"

Zu dieser Zuschrift bemerkt das katholisch-conservative Blatt:

„Wir möchten mit Dr. Lueger in dieser Sache umsoweniger strenge ins Gericht gehen, als er sein Ziel nie so sehr in der Vertretung klarer Grundsätze als vielmehr im „Ohrenkitzeln" hat (und dazu muß man in Graz national schimmern), und als andere Herren ihm vorausgehen, die vielmehr berufen wären, das Ungereimte und Gefährliche solcher Phrasen zu verstehen. So hat neulich in St. Pölten der Theologieprofessor Monsignore Scheicher von einem „Volksfreunde" in erster Linie verlangt, daß er „sozial veranlagt sei". (!) Eine Wiener Dame überreichte hierauf dem Herrn Theologieprofessor „ein Blumenangebinde", damit man vollständig an die Komödie erinnert werde! Selbst ein Salzburger Blatt, welches sonst gerne in das Reclamegeschrei der Wiener Christen einstimmt, fühlt sich von Dr. Scheicher's Erklärung „eigenthümlich berührt" und meint, man möchte „von einem Monsignore doch wenigstens eine Umstellung der Punkte 1 und 2 erwarten". Wir glauben, daß bei uns in Oesterreich dem Götzen des Nationalismus ohnehin genug geopfert wird und daß Christen es nicht nöthig haben, diesem unchristlichen Princip Zugeständnisse zu machen."

Lecky über den Antisemitismus. Der berühmte Historiker, Professor Lecky, der Verfasser des Werkes „Geschichte Europas im 18. Jahrhundert", kommt in seinem neuesten, soeben publicirten Werke, „Volksherrschaft und Freiheit" (Democracy and Liberty) auch auf den Antisemitismus zu sprechen. Abgesehen von seinen Aussprüchen über die Judenverfolgungen in Rußland, verdient sein Urtheil über Frankreich wörtlich ausgesprochen zu werden. „Man könnte an dem Fortschritte der Menschheit verzweifeln, wenn man sieht, welche Verheerungen der antisemitische Wahnwitz in den menschlichen Gemüthern angerichtet hat. Die Franzosen, eines der aufgeklärtesten Völker der Welt, werfen sich mit schwärmerischem Entzücken den Russen in die Arme, während diese in unerhörter Brutalität Tausende und Abertausende unschuldiger Menschen von Herd und Heimath vertreiben."

Das russische Volk für die Juden. In fast allen russischen Provinzen sind die öconomischen Interessen der bäuerlichen Bevölkerung durch die Vertreibung der Juden aus den Dörfern arg geschädigt worden. In Bresna z. B. versammelten sich, wie der „Woschod" neulich meldete, die Bauern, um den auf seiner Inspectionsreise begriffenen Bezirksvorstand zu begrüßen, und riefen, als sie seiner ansichtig wurden, wie ein Mann: „Herr, erlaube den Juden, zu uns fahren zu dürfen; sie kaufen uns unser Getreide um gute Preise ab, während wir, seitdem sie ausgewiesen wurden, unser Getreide an die orthodoxen Ausbeuter fast umsonst verkaufen müssen." Dabei zeigten die Bauern auf die in ihrer Mitte stehenden christlichen Getreidespeculanten.

Die Forderung der Bauerngemeinden überhaupt nach Rückberufung der ausgewiesenen Juden bewog indessen die Vertreter der Stände, einen Congreß einzuberufen, auf dem die wirthschaftliche Lage des Landvolkes besprochen und die Mittel zur Hebung des öconomischen Wohlstandes in den Dörfern ausfindig gemacht werden sollten. Dieser Congreß fand nun in der im Gouvernement Poltawa liegenden Stadt Lochwitz statt, und die von demselben gefaßte Resolution wirft

ein helles Licht auf die Fälschungskunst der russischen Judenfeinde. Der Vorsitzende des Congresses, ein reicher Gutsbesitzer und Experte des Ackerbauministeriums, Alexander Nikolajewitsch Chadalej, sagte in seiner Begrüßungsrede:

„Die Vertreter der Interessen des Volkes, die es mit dem Volke wahr und ehrlich meinen, haben nicht das Recht, die Rolle zu verheimlichen, die die Juden trotz ihrer Rechtlosigkeit im öconomischen Leben des Reiches spielen und welche sie erst spielen könnten, wenn man sie zu rechtmäßiger Theilnahme an diesem Leben heranziehen wollte.“

Nachdem die Mitglieder des Congresses constatirt hatten, daß die bäuerliche Bevölkerung durch die Judenausweisungen in ihren Lebensinteressen geschädigt wurde und daß das ganze Volk die Politik der Judenverfolgung durchaus mißbillige, faßte der Congreß einstimmig folgende Resolution:

„Die Lage der Juden ist eine anormale. Alle redlichen Wege zur Erlangung eines Erwerbes werden ihnen verschlossen. Unter anderen Verhältnissen aber könnte die orthodoxe Bevölkerung die den Juden von der Natur verliehenen Fähigkeiten vortheilhaft ausnützen. Die Heranziehung der jüdischen Bevölkerung zur gleichberechtigten Theilnahme an dem öconomischen Leben des Reiches würde auf den Wohlstand der Gesammtbevölkerung einen günstigen Einfluß üben, denn die Juden weisen die glückliche Vereinigung von Arbeitsamkeit, Ehrlichkeit und Unternehmungslust auf, welche Eigenschaften gegenwärtig zum Bedauern Aller dem öconomischen Leben des Reiches entzogen werden. Der Congreß erachtet es deshalb für seine patriotische Pflicht, die gleichberechtigte Theilnahme der Juden am ökonomischen Leben des Reiches wärmstens zu befürworten.“

Wien, 9. April. Ernst Vergani, der Herausgeber des Deutschen Volksblattes, des Hauptorgans der christlich-sozialen Antisemiten, brachte beim Wiener Landgericht Ehrenbeleidigungsklagen gegen dreizehn Personen ein, welche ihn seit mehr als Jahresfrist öffentlich in den Blättern beschuldigten, früher als Bürgermeister von Mühldorf in Niederösterreich Gemeindegelder unterschlagen und veruntreut zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich Georg Schönerer, der seiner Zeit Vergani Geld zur Gründung des Volksblattes gegeben, der ehemalige Gemeindesecretair Arnoscht, früher Mitarbeiter Verganis, ferner Carl Hermann Wolf, Herausgeber des deutsch-nationalen Antisemitenblattes „Ostdeutsche Rundschau“, Alexander Scharf, Herausgeber der Montags-Zeitung, der ehemalige Abgeordnete Dr. Bloch und mehrere andere Journalisten. Es ist nach Allem ein Skandal-Prozeß zu erwarten.

Die Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten.

Von Oscar S. Strauß, ehemaligem Gesandten der Vereinigten Staaten in der Türkei.

II. (Schluß.)

Wäre es unsere Aufgabe, die Männer ausfindig zu machen, welche sich seit dem Beginne der Staatenbildung in Nordamerika die größten Verdienste um die Entwickelung und Förderung der religiösen Freiheiten erworben haben, welche die Vereinigten Staaten zu dem sicheren Zufluchtshafen für die von religiöser Tyrannei Verfolgten gemacht haben, ich müßte an erster Stelle Roger Williams erwähnen. Unter den Männern, die ein Beispiel geschaffen haben, das sich mächtiger erwies, als Land- und Seemacht, die das religiöse Gewissen der Menschen von dem Drucke der Staatsgewalt befreit haben, die die Uebermacht der Toleranz gebrochen haben, soweit die Macht Amerikas reicht, ist der erste immer Roger Williams, der Mann, der zuerst das Princip der Trennung vom Staat und Kirche aufstellte, und einen Staat schuf, dessen Grundsystem dieses Princip war. An die zweite Stelle muß ich den Katholiken Lord Baltimore setzen, den Besitzer von Maryland, der das Verdienst beanspruchen darf, eine Toleranz in religiösen Dingen geschaffen zu haben, die nur hinter der in Rhode Island gesetzlichen zurücksteht. Als dritten muß ich den Quäker William Penn nennen, dessen goldenes Motto noch für uns immer Gültigkeit behalten soll: „Wir müssen die gleiche Freiheit anderen gewähren, die wir für uns beanspruchen“. Der vierte ist Thomas Jefferson, jener „Erz Ketzer“, wie er von einigen überfrommen Schriftstellern benannt wurde, der die Staatskirche in ihrem festesten Sitze überwand und dann mit weiser Voraussicht und staatsmännischer Klugheit es für alle Secten unmöglich machte, unter der Constitution der Vereinigten Staaten sich als Staatskirche zu etabliren oder die Gewissensfreiheit anderer Secten zu beschränken.

Noch viele andere Männer von hellleuchtendem Namen in der Geschichte der Vereinigten Staaten haben zu diesem guten Resultate beigetragen, wie Henry, Mason, Madison und Franklin und außerdem die Kämpfer für Toleranz und Freiheit in den einzelnen Staaten, unter denen nicht wenige fromme Geistliche der verschiedenen Secten waren.

„Religionsfreiheit“, sagte Mr. Thomas F. Bayard, als er Staatssecretär war, „ist der Eckpfeiler des ganzen Regierungssystems in Amerika und die Garantie für die Aufrechterhaltung derselben sind in dem schriftlichen Gesetz niedergelegt. Diese Anschauung ist aber auch völlig in unsere Moralbegriffe übergegangen und jede Idee, die darauf hinzielt, dies Grundrecht zu verletzen, muß sorgfältig ausgeschieden werden. Ich freue mich, sagen zu können, daß meine Mitbürger, eingedenk der großen Opfer, die die Erwerbung der Freiheit gekostet hat, niemals ihrer Verletzung, gleichviel, aus welchen Motiven, ihre Zustimmung geben werden“.

Von Zeit zu Zeit haben bigotte Fanatiker, welche die Säulen unserer Freiheiten zu Gunsten ihrer selbstsüchtigen Zwecke umstürzen wollten, den Anspruch erhoben, die Vereinigten Staaten seien ein christliches Land in dem Sinne, daß der Protestantismus die Grundlage unseres Regierungssystems bilden solle, und daß man daher die Ansprüche von Katholiken, Juden und Freidenkern abweisen müsse. Diese Behauptung wurde gewöhnlich mit dem praktischen Endzweck aufgestellt, unsere Constitution rückwärts zu revidiren, um dabei eine christliche Regierung festzusetzen.

Manchmal beriefen sich diese Männer des Rückschritts auch auf die angeblichen ursprünglichen Absichten der Schöpfer der Constitution. Sie betonten die Thatsache, daß zu einer Zeit, als die Bemühungen der Gesetzgeber nicht zu dem erwünschten Ziele einer gemeinsamen Verfassung zu führen schienen, als man in der „Federal Convention“ fürchten mußte, daß ihre Verhandlungen scheitern würden, sogar ein Mann wie Franklin vorschlug, die Geistlichen von Philadelphia zu berufen, um die Sitzungen mit ihren Gebeten zu eröffnen. Man hat Franklin's Aufrichtigkeit bei diesem Vorschlage in Zweifel gezogen, aber, auch dieselbe vorausgesetzt, es kam der Antrag gar nicht zur Abstimmung, denn Franklin selber theilt mit, daß sich höchstens drei oder vier Personen in der Versammlung fänden, die eine Einleitung der Sitzungen durch Gebete für zweckmäßig hielten.

Als die Constitution am 4. November 1796 unter der Präsidentschaft von Washington endgültig angenommen war, schlossen die Vereinigten Staaten einen Vertrag mit Tripolis, das damals ein unabhängiger muhamedanischer Staat war. Darin heißt es: „Da die Regierung der Vereinigten Staaten nach keiner Richtung hin auf der christlichen Religion basirt, da sie daher keinerlei Feindseligkeiten gegen die Religion, Gebräuche oder Sitten der Muhamedaner hegt . . ., so wird von den vertragschließenden Parteien erklärt, daß niemals ein Vorwand, der von den verschiedenen religiösen Anschauungen hergenommen ist, die Harmonie zwischen den zwei Staaten stören darf.“

„Diese Erklärung von Washington,“ sagt Dr. Samuel T. Spear, einer der besten Kenner unserer Grundgesetze, „bei der Vertragsschließung mit Tripolis, die der Senat durch Bestätigung dieses Wortlautes zu der seinigen machte, hatte natürlich nicht den Zweck, das Christenthum zu bekämpfen, oder irgend eine Feindseligkeit gegen dasselbe zu

zeigen, sondern nur die Thatsache zu besiegeln, die in der Constitution des Landes festgesetzt war, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht auf irgend eine religiöse Lehre begründet war und daher auch keine derselben nach außen oder innen hin vertreten dürfte. Dies klarzustellen vor aller Welt, wählte man die oben citirten Worte, und die gute Absicht war in voller Uebereinstimmung mit dem klaren Wortlaut der Verfassung. Die christliche Religion, obwohl der Glaube der weit überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes, zur Zeit, als es sein Grundgesetz annahm, ist doch in diesem Gesetz völlig ungenannt."

Die Frage der religiösen Freiheit und ihrer Gewährleistung durch die Constitution ist in einer oder der andern Form auch vor den Gerichtshöfen der Vereinigten Staaten verhandelt worden, nirgends schärfer präcisirt und mit mehr Aufwand von Wissen und Sorgfalt behandelt, als bei der Klage von Minor gegen den Erziehungsrath der Stadt Cincinnati. Der Erziehungsrath wurde repräsentirt durch George Hoadly, vorher Gouverneur des Staates Ohio, Stanley Matthews, später Richter bei dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, und Hudge Stallo, später Gesandter in Italien. Der letztere führte in einer meisterhaften Darstellung der ganzen Frage aus, indem er sich gegen das Verlangen der Kläger, das Christenthum als das Staatsgrundgesetz zu behandeln, wendete: „Christenthum war ein Theil des Staatsgesetzes von Massachusetts vor 230 Jahren, als Roger Williams vor den Gerichtshof citirt wurde, weil er Gewissensfreiheit predigte, und doch wurde er in die Wildnisse der Urwälder mitten im Winter um dieses Vergehens halber hinausgestoßen und in derselben Zeit wurden die Quäker verbannt und die Quäkerinnen gar mit dem Tode bestraft. Christenthum war ein Theil des Staatsgesetzes von New-York und doch vollstreckte man hier die Todesstrafe gegen die katholischen Priester, die Sterbenden, welche die Sacramente ihres Glaubens beachteten. Christenthum war auch ein Theil des Staatsgrundgesetzes von Virginien, als man die Dissidenten zwang, die Kirchen der Staatskirchler zu erbauen, aber heute ist es nicht mehr und zum Glück nicht mehr, weder in der Verfassung von Ohio, noch in der eines anderen Staates der Union, noch auch in der gemeinsamen Constitution der Vereinigten Staaten enthalten."

Mr. Lecky führt in seinem „Rationalismus in Europa" aus: In einer alten Periode verbrannte der Inquisitor den Ketzer, in einer späteren bestrafte er ihn mit chikanösen Gesetzen, in einer dritten hielt er ihn von allen Gewinn bringenden Aemtern fern, in einer vierten setzte er ihn der Excommunication der Gesellschaft aus. Aber jeder Schritt vorwärts auf dem Wege der Toleranz bezeichnet zugleich einen Schritt zur Entwickelung der Wahrheit.

Noch heute sind Ueberbleibsel und Spuren alter Verirrungen in den Vereinigten Staaten sichtbar. Aber das Volk dieses Landes hat in heißen Kämpfen und Beschwerden siegreich aus seiner staatlichen Verwaltung alle Beziehungen auf Kasten- und Glaubensverschiedenheiten entfernt und immer die Uebereinstimmung hergestellt mit jener Erklärung von 1776, daß alle Menschen gleich geschaffen sind. Und dies ist geschehen allen Anfeindungen zum Trotz, gegen die Regierungen und Gewohnheiten der damaligen civilisirten Welt, zu einer Zeit, als jegliche Beziehung der Menschen unter einander basirte auf der Verschiedenheit der Rangstellung, die durch die Geburt geschaffen und durch die Gesetze festgelegt war. In jener Zeit galt die Demokratie, die auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes stand, noch als ein Traum der Theoretiker, den man nur bei den wilden Indianern in ihrer ursprünglichen Barbarei in Wirklichkeit umsetzen könne. Aber auf diesen Principien der Demokratie, der allgemeinen Gleichheit und Gewissensfreiheit haben die Amerikaner einen Staat aufgebaut und durch ihn sich eine angesehene Stellung geschaffen, die selbst die Prophezeiungen ihrer enragirtesten Bewunderer weit in den Schatten stellt. Und immer wieder muß man betonen, dies hat das amerikanische Volk gethan, trotzdem alle Vorurtheile damals die ganze Welt beherrschten und so fest zu sein schienen, wie die uralten Pyramiden. Es schickt sich darum für jeden Bürger der freien Vereinigten Staaten, ja mehr als das, es ist seine bürgerliche Pflicht, sein Herz zu prüfen und die Ueberreste veralteter Vorurtheile aus seinen Anschauungen zu entfernen, aber auch dafür Sorge zu tragen, daß seine Kinder in den humanen Principien des freiesten Staates erzogen werden. So heilig, wie Jedem seine Religion ist, so heilig muß ihm auch das Recht jedes Einzelnen sein, die Anschauung frei zu wählen, der er folgen will, und immer muß festgehalten werden, daß die Verletzung der Gewissensfreiheit gleich unvereinbar ist mit der wahren Religion, mit der wahren Demokratie.

Dr. Curry sagt in einer werthvollen Arbeit über die Vereinigung von Kirche und Staat: „In den Vereinigten Staaten sind, wie nicht oft genug wiederholt werden kann, Kirchen und Secten vor dem Gesetz völlig gleich. Die Regierung kann sich nach keiner Richtung hin um sie kümmern, weder um ihre Lehren noch um ihre Andachtsübungen, noch um die Erhaltung ihrer Geistlichkeit. Es ist eine freche Ueberhebung irgend einer Secte, gleichviel welcher, sich als die „Kirche der Vereinigten Staaten", die andere als „Dissenters" zu bezeichnen, und ebenso ist es eine Ueberhebung irgend eines kirchlichen Würdenträgers, sich etwa den Namen eines „Bischofs von Pennsylvanien" oder einen ähnlichen nach irgend einem Staate der Union zu geben. Die Verfassung, die politische Idee, die Verwaltung der Vereinigten Staaten kennen keinerlei Kirche oder Secte."

Der Geist, der einst die Gründer der Union leitete, war nicht der von irgend einem beschränkten Sectenstandpunkt beeinflußte, es war ein Geist, der den Werth jeden Glaubens anerkannte, sich aber über alle erhob. Das Ideal der Gründer der Union war „die Gerechtigkeit zu schützen, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und die Wohlthaten der Freiheit zu sichern für die Gegenwart und die späte Zukunft."

In dieser Weise hat sich die Gewissensfreiheit in den Vereinigten Staaten entwickelt und diese zu dem freiesten Lande der Welt gemacht.

Briefkasten.

Dr. S. Sie machen sich mit Recht über die Briefkastennotiz der „Deutschen Tageszig." lustig, worin gesagt wird, daß 1870/71 „doch **einige** Juden" das Eiserne Kreuz erhalten haben. Das antisemitische Organ des Bundes der Landwirthe weiß sehr wohl, daß es einige Hundert sind.

Dr. M. in M. theilt uns mit: „In dem „Ostern"-Artikel der jüngsten Nummer der „Mittheilungen" bemerken Sie: „Vor 700 Jahren sprach der Jude Maimonides das Wort aus: Die Edlen aller Völker haben Theil an der Seligkeit." — Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, daß dieser Gedanke bereits vor 1800 Jahren (!) von Rabbi Josua ausgesprochen, vom Talmud (Sanhedrin 105) recipirt worden und von Maimonides nur codificirt worden ist."

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 16. Berlin, den 18. April 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

In eigener Sache.

Die Gründung des „Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe" hat man von antisemitischer Seite dadurch zu discreditiren versucht, daß er als jüdische Vereinigung, als eine Veranstaltung des Börsenjudenthums bezeichnet wurde. Die Christen spielten in dem Verbande die Rolle von Heloten; zu seinem weiteren Ausbau könnte vielleicht Fritz Friedmann als Syndicus engagirt werden; es empfehle sich, den Verband mit dem „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" zu verschmelzen 2c. 2c.

Mit solchen erbärmlichen Behauptungen uns näher zu beschäftigen, haben wir keine Veranlassung. Es ist eine schon etwas zu verbrauchte Methode der Antisemiten, die Gegner als Söldlinge des Judenthums und der Alliance israelite anzuschwärzen.

Zu unserem Bedauern ist aber aus dem liberalen Lager bei dieser Gelegenheit ein Angriff auf den Verein zur Abwehr des Antisemitismus gerichtet worden, den wir nicht mit Stillschweigen übergehen können.

Ein süddeutsches Organ der freisinnigen Volkspartei hat, um seine Opposition gegen die Begründung des Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe zu motiviren, die Frage aufgeworfen, was denn der Verband zur Verbreitung des Freihandels, zum Schutze der Goldwährung, zum Kampfe gegen den Antisemitismus Positives bisher geleistet hätten. „Alle diese Bestrebungen verschlingen eine Masse Geld und Mühe, welche viel besser und erfolgreicher an anderer Stelle angebracht wären."

Ueber die Thätigkeit der anderen erwähnten Vereinigungen uns zu äußern, ist nicht unsere Sache. Was unsern Verein betrifft, so scheint der Verfasser mit der Thätigkeit desselben wenig oder garnicht vertraut zu sein. Männer seiner speciellen politischen Richtung hätten ihm darüber Aufschluß geben können, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, sich danach zu erkundigen.

Viel Geräusch und viel Reclame zu machen, ist nicht nach dem Geschmack unseres Vorstandes.

Der Verein ist von Anhängern aller liberalen Richtungen ins Leben gerufen worden, um zur Eindämmung der die ältesten Interessen unseres Vaterlandes tief schädigenden, culturfeindlichen antisemitischen Bewegung beizutragen. Nichts lag ihm ferner, als etwa eine Art Concurrenzunternehmen gegenüber den politischen Parteien zu bilden. Im Gegentheil, der Verein betrachtete es als seine eigentliche Aufgabe, den Parteien in ihrem Kampfe gegen den Antisemitismus, in welcher Gestalt er auch auftreten möge, hülfreich zur Seite zu stehen und sie in den Stand zu setzen, den Kampf mit Erfolg zu führen.

Dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist der Verein seit seinem Bestehen bemüht, und alle den Antisemiten gegenüberstehenden liberalen Parteien haben im gegebenen Falle unsere Unterstützung **in Anspruch genommen und erhalten**. Sie scheinen anders über den Verein zu denken, wie das süddeutsche Blatt.

In Wort und Schrift wirkt er aufklärend in allen Gegenden des Deutschen Reiches, in allen Ständen und Berufszweigen, bei Mitgliedern der verschiedensten politischen und religiösen Gemeinschaften. Von dem Material, das wir unter der dankenswerthen Mitwirkung von Gesinnungsgenossen sammeln und verarbeiten, nehmen Presse und Redner allerorten Notiz und verwerthen es. Wer unsere Thätigkeit und unsere Schriften, Flugblätter 2c. kennt, weiß, daß wir wesentlich dazu beigetragen haben, in immer weiteren Kreisen über die Bestrebungen der Antisemiten, über den Werth ihrer hetzerischen Agitation, über die Persönlichkeit der Agitatoren und über die von ihnen behaupteten Thatsachen Licht zu verbreiten. Aus den an uns gerichteten Zuschriften ersehen wir zu unserer Freude, daß namentlich zahlreiche gebildete Christen aus unseren Publicationen Material geschöpft und verwendet haben.

Wir könnten dem süddeutschen Blatt eine sehr große Zahl von Belägen dafür beibringen, daß unser Verein Positives geleistet hat, es würde dann auch erfahren, daß u. A. durch die wesentliche Mithülfe unseres Vereins dem Antisemitismus Wahlniederlagen bereitet sind.

Freilich wessen Auffassung von der antisemitischen Bewegung in der Hauptsache darin besteht, daß dieselbe nur durch die Begünstigung leitender Stellen fortgeschritten sei und nur durch ein Machtwort von oben wieder in die Versenkung verschwinden werde, dem muß das Verständniß für die Bedeutung unserer Wirksamkeit abgehen. Eine so mechanische Auffassung von der antisemitischen, wie von der sozialdemokratischen oder einer der anderen modernen Bewegungen vertreten wir nicht.

Was die Behauptung des süddeutschen Blattes betrifft, „daß diese Bestrebungen eine Masse Geld und Mühe verschlingen, welche viel besser und erfolgreicher an anderer Stelle angebracht wären", so beweist auch diese, daß das Blatt über unsere Einnahmen und Ausgaben sich recht eigenthümliche Auffassungen gebildet hat. An **welchen** anderen Stellen wäre denn „die Masse von Geld" erfolgreicher angebracht? Und wohin sich das süddeutsche Blatt auch dazu stark machen, diese angebliche „Masse von Geld" an die Stellen zu leiten, wohin es dasselbe haben will?

Glücklicher Weise steht nur ein ganz verschwindend kleiner Theil der liberalen Presse auf dem Standpunkt, welcher diese

uns aufgezwungene Erörterung veranlaßt hat. Die Mitglieder unseres Vereins wissen, was derselbe leistet — und das genügt uns einstweilen.

Herr Stöcker.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Conservativen und den Christlichsozialen verlaufen nichts weniger als friedlich. Gerade Herr Stöcker, der bei seinem Austritt aus der Partei eine freundliche Nachbarschaft mit seinen bisherigen Parteigenossen versprochen, thut alles Mögliche, um es mit diesen vollends zu verderben.

Infolge der Behauptung Stöckers in seiner Tonhallenrede vom 8. d. M., daß die Protokolle des Elfer-Ausschusses unzuverlässig seien, weil sie gewisse wichtige Momente nicht enthielten, veröffentlicht die „Cons. Corr." das Protokoll über die Sitzung des Elfer-Ausschusses vom 18. Juni 1895, um darzuthun, daß Stöcker zu Unrecht die Zuverlässigkeit der Protokolle in Zweifel gezogen habe. Stöcker habe die Protokolle selber unterzeichnet, zahlreiche Aenderungen seiner Ausführungen in den Protokollen vorgenommen, könne sie also nachträglich nicht tendenziös nennen. Eine directe Unwahrheit wird aber Herrn Stöcker nachgewiesen aus Anlaß seiner Angabe, daß in dem Protokoll vom 18. Juni nichts von einem verschärften Antrage Levetzow gestanden habe, den Frhrn. v. Hammerstein zum Ausscheiden aus den Fractionen binnen 8 Tagen aufzufordern, daß dies also erst nachträglich ins Protokoll hineingeschrieben sein müsse. Aus dem Protokoll ergiebt sich ganz unzweideutig, daß Herr von Levetzow, nachdem zuerst von Kröcher die Ausschließung Hammerstein's aus den conservativen Fractionen bis zur Beendigung der Untersuchung beantragt hatte, sofort seinerseits den Antrag stellte, daß Frhr. von Hammerstein zu veranlassen sei, sobald als möglich aus der Partei zu scheiden. Um diese Anträge drehte sich die ganze Debatte, in der Stöcker, trotzdem er nach seiner eigenen Erklärung die Ehebruchsgeschichte Hammersteins aufs Schärfste verurtheilte, doch gegen einen Beschluß im Sinne der Anträge sprach; v. Levetzow verschärfte dann noch seinen Antrag in der angegebenen Weise. Das Protokoll ergiebt ganz unzweideutig, daß Stöcker an der moralischen Qualität Hammersteins für sein Verbleiben in der Fraction nicht den geringsten Anstoß nahm, daß er ihn ruhig weiter als Vorkämpfer für Moral und Sitte wollte wirken lassen.

Herr Stöcker schweigt bisher zu dieser Publication des offiziellen Organs der conservativen Partei. Seine Dreistigkeit nimmt nachgerade Dimensionen an, daß es schon Leute giebt, welche die Vermuthung aussprechen, man habe es mit einer „abnormen Beanlagung" des Herrn Hofpredigers a. D. zu thun.

Von allen Seiten wird jetzt Herrn Stöcker auf den Leib gerückt. So veröffentlicht der Oberst z. D. v. Krause eine Erwiderung auf die gegen ihn in der Tonhallenversammlung gerichteten Angriffe Stöckers, worin er feststellt, daß alle den seinigen (Krauses) widersprechenden Darstellungen auf Unwahrheit beruhen.

Der auf den 16. d. anberaumt gewesene Termin in Sachen der Beleidigungsklage des Grafen Schlieben-Sanditten, des Mitgliedes des conservativen Elfer-Ausschusses, von dessen „unverschämtem" Antrage Stöcker in der Tonhalle gesprochen hatte, ist aufgehoben. Stöcker veröffentlicht statt dessen in der „Kreuzztg." und in „Volk" folgende Erklärung: „Die am 7. Februar 1896 in der Tonhalle gegen Se. Exzellenz den Grafen Schlieben-Sanditten gethanen Aeußerungen nehme ich, insoweit sie persönlich beleidigend sind, gern zurück."

„Gern" hat sich Herr Stöcker zu dieser Abbitte kaum herbeigelassen. Aber seine Abneigung gegen Gerichtsverhandlungen ist eben unüberwindlich. Trotzdem scheint es, als ob er einer solchen nicht entgehen könnte. Pastor Witte hatte bekanntlich in einer Schrift einen Brief Stöckers an den Schneider Grüneberg veröffentlicht, aus dem hervorging, daß dieser seinen Conflict mit Witte in der Oeffentlichkeit erörtert sehen wollte, um nachzuweisen, daß letzterer Juden gegen Geld Titel zu verschaffen suche. Herr Stöcker erklärte kürzlich in seiner „Kirchenzeitung" diesen Brief für gefälscht und schrieb dazu: „Bei diesem Sachverhalt ist natürlich das Urtheil, daß Pastor Witte den gefälschten Brief für echt hielt, nicht aufrecht zu halten. Der gefälschte Brief ist offenbar corrigirt, um mit dem Schein der Echtheit die öffentliche Meinung irrezuführen." Pastor Witte bezeichnet das nun als unwahr und kündigt an, daß er Stöcker „wegen dieser Beleidigung beschimpfender Art zur gerichtlichen Verantwortung ziehen" werde.

In wie weiten Kreisen das Ansehen Stöckers durch die Vorkommnisse der letzten Zeit erschüttert worden ist, dafür liegen zahlreiche Beweise vor. Wenn der Freiherr v. Stumm in einer Versammlung zu Neunkirchen am 12. April Stöcker als den „Vater der Doppelzüngigkeit" kennzeichnete und mittheilte, der Kaiser habe in einem Telegramm, dessen Abschrift ihm auf Allerhöchste Ermächtigung zugestellt sei, gegen die christlich-soziale Bewegung sich sehr scharf ausgedrückt, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß hauptsächlich die Handlungsweise Stöckers dieses Urtheil des Monarchen beeinflußt hat. Es wird ja von keiner Seite mehr bestritten, daß der Kaiser für die Entfernung Stöckers aus der conservativen Partei sich sehr interessirt hat.

In derselben Rede sagte Herr v. Stumm, seit den jüngsten Vorgängen hätten alle anständigen Kreise Stöcker den Rücken gekehrt. Eine hochstehende Dame habe Redner unter Thränen erklärt, daß sie noch von keinen Predigten so erbaut geworden, als von denen Stöckers, daß sie sich aber jetzt von der Unwahrhaftigkeit des Mannes überzeugt, daß sie ihn als christlichen Prediger und Seelsorger nicht mehr anerkennen könne.

Selbst in seinem früheren Reichstagswahlkreise Siegen scheint der Nimbus Stöckers zerstört zu sein. Er reist gegenwärtig in dem Wahlkreise umher. Er begann am 13., nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.", seine Tournée mit einer Versammlung in Gladenbach vor 89 Personen. Er sprach auffallend müde und schwunglos. Er pries die Thätigkeit der christlich-sozialen Partei, die es z. B. zu Wege gebracht habe, daß ein sozialdemokratisches Ehepaar nebst fünf unmündigen Kindern in den Schooß der Kirche zurückgekehrt sei. Von den letzten Parteivorgängen sprach er nichts, wie er auch den Scheiterhaufenbrief und den Fall Hammerstein mit keinem Worte streifte. Die Versammlung hörte theilnahmslos zu. Nach Schluß des Vortrages versuchte ein Gegner die Discussion zu eröffnen. Stöcker entgegnete, daß er leider fort müsse, weil er noch in Hattenrod — am Abend! — zu predigen habe. Als dann eine Anzahl Stöcker hochleben ließ, erhob sich eine energische Opposition.

Und das Hauptorgan der sächsischen Conservativen, die „Dresdener Nachr." schreiben in ihrer Nummer vom 12. April zu der Bemerkung Stöckers in der Tonhalle, er verlange gar nicht, daß Alle die Bedeutung des Scheiterhaufenbriefes verstehen, dazu müßte man mehr von Politik verstehen, als den meisten Leuten möglich sei —:

„Wer eine so vermessene und verblendete Aeußerung zu thun wagt, für den ist kein Raum mehr in den Reihen der nationalen und staatserhaltenden Männer, der spricht über sich als Politiker selbst das Todesurtheil." Sic transit gloria!

Ein neuer „Ritualmord" in Oesterreich.

Z. Alljährlich, wenn der Frühling durch die Lande zieht, taucht in den antisemitischen Zeitungen die Kunde eines Ritualmordes auf, der in irgend einem versteckten Dorfe entdeckt wurde. Ob dieses Märchen wohl in der That die Aufgabe hat, in späteren Zeiten dem forschenden Kulturhistoriker einen

Maßstab für den Stand der Civilisation in bestimmten Zeitabschnitten zu geben? Freilich würde alsdann gerade das 19. Jahrhundert in düsterster Beleuchtung erscheinen.

In früheren Jahrhunderten bestand nämlich der Hergang in den meisten Fällen von Blutbeschuldigung darin, daß, wenn irgendwo ein Christenkind verschwand oder ermordet wurde, der Verdacht sich, da keine Zeugen vorhanden waren, auf die Juden lenkte, so daß diese unter Anklage gestellt und durch die Folter zum „Geständniß" gezwungen wurden. Das 19. Jahrhundert kann sich rühmen, eine neue Variante aufweisen zu dürfen: Mütter morden aus Noth ihre eigenen Kinder und wälzen die Schuld auf die Juden. So citirt Strack in seinem trefflichen Werke „Der Blutaberglaube" nach G. Wolf's Artikel in Wertheimer's „Jahrbuch für Israeliten" (1862) zwei Fälle, wo zwei Dirnen die Juden beschuldigten, ihre Kinder getödtet zu haben, um deren Blut zum Osterfeste zu verwenden. Beide wurden durch die Gerichte überführt, selbst den Mord vollbracht zu haben. Der neu'ste Fall übertrifft selbst die beiden genannten, indem ein Kind gemordet wurde unter Mitwissen der Eltern, nur um die Juden zu verdächtigen. So bringt das „Wiener Deutsche Volksblatt" vom 1. April 1896 unter dem Titel „Ein neuer räthselhafter Mord" einen Artikel, der eine so ungeheuerliche That schildert, daß man hätte annehmen können, es handle sich um einen antisemitischen Aprilscherz, wenn diesen Leuten die Sache nicht zu „heilig" wäre. Der Artikel lautet:

„Philippopel, 24. März. Bereits seit drei Jahren verschwinden in einzelnen Ortschaften des Landes stets vor dem jüdischen Passahfeste christliche Kinder. Vor zwei Jahren geschah dies in Praca, voriges Jahr in Tatar-Basardschik und heuer gar in Philippopel selbst. Der diesjährige Fall ist besonders Aufsehen erregend und hat in der Stadt das größte Aufsehen hervorgerufen. Es handelt sich um einen fünfjährigen Christenknaben, der vom Elternhause vor 21 Tagen auf ganz unerklärliche Weise verschwand. Die Polizei, der das Verschwinden des Knaben angezeigt wurde, leitete sowohl in der Stadt als auch in der Umgebung die eifrigsten Nachforschungen ein, das Kind blieb jedoch verschollen. Vor drei Tagen ließ nun der Polizeipräfect von Philippopel den Vater des Knaben zu sich bescheiden und bedeutete ihm, daß alles Suchen vergeblich gewesen sei und man nunmehr noch daran gehen werde, bei seinen Nachbarn Haussuchungen vorzunehmen. Ob zwar der Vater des Kindes dies als überflüssig bezeichnete, indem er von seinen Nachbarn keinen verdächtigen könne, blieb der Polizeipräfect dennoch dabei, am nächsten Morgen die Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Als der Vater des verschwundenen Kindes nach Hause kam, theilte er seiner Frau das Vorhaben der Polizei mit und beauftragte sie, die Nachbarsleute hiervon in Kenntniß zu setzen, damit sie sich am nächsten Morgen nicht ängstigen. Die Frau that, wie ihr geheißen wurde. Thatsächlich erschien am nächsten Tage zeitig Morgens die Polizei, aber noch viel früher hatte man ein Weib bemerkt, welches sich, mit einem schweren Sacke beladen, aus einer Hofwohnung hinausschlich, jedoch schöpfte Niemand Verdacht. Das Weib verließ mit seiner Bürde die Stadt und eilte einem Sumpfe zu, der sich entlang der städtischen Baumschule dahinzieht. Am Rande des Sumpfes angelangt, leerte die Frau den Sack im Gestrüpp aus und eilte auf einem anderen Wege rasch zur Stadt zurück. In der Baumschule waren zufällig mehrere Arbeiter beschäftigt, denen das Beginnen der Frau aufgefallen war. Sie durchsuchten das erwähnte Gestrüpp und fanden zu ihrem nicht geringen Schrecken in demselben die Leiche eines Knaben vor. Einer von ihnen hatte das Weib erkannt und eilte sofort zur Polizei, um die Anzeige zu erstatten. Alsbald erschien eine behördliche Commission am Fundorte der Leiche, wo sich mittlerweile, da sich die Nachricht einem Lauffeuer gleich verbreitet hatte, Hunderte von Leuten angesammelt hatten. An den Handgelenken und am Halse der Leiche klafften weite, anscheinend von einem Rasirmesser herrührende Schnittwunden; es wurde festgestellt, daß die Abschlachtung des Knaben vor etwa 48 Stunden erfolgte. Die Frau, sowie deren Gatte, endlich auch die Mutter der Frau, in deren gemeinsamer Wohnung die Kleidungsstücke des ermordeten Knaben, ferner ein Theil des Sackes, in welchem die Leiche hinwegbefördert worden war, vorgefunden wurden, nahm man sofort in Haft. Später fand man auch noch in der Küche, eingegraben, einen bis zur Hälfte mit Asche gefüllten Topf vor. Der Kopf der Leiche war gleichfalls mit Asche dicht bestreut gewesen. Die Untersuchung gegen die drei Verhafteten, die selbstredend dem Stamme Israel angehören, dauert fort. Vorläufig leugnen sie alles."

So das Organ des Abg. Vergani.

Sofort griff der Seblatzek'sche „D. Generalanz." in Berlin die Nachricht auf, die er in gemeinem Tone dem Verständniß und dem Geschmacke seiner Leser näher führt. Aber auch größere polnische Zeitungen, so die „Gazetta Norodowa" bringen diesen Ritualmord, indem sie durch Verschweigen der Hauptmomente und verschiedene Kürzungen die That noch weit mehr gegen die Juden ausschlachten.

Wie verhält sich nun die Angelegenheit in Wirklichkeit? Denn daß an der Mittheilung gewisse Momente gefälscht worden sind, lassen gewisse Phrasen, gewisse Redewendungen im Bericht des „Deutschen Volksblattes" vermuthen. Durch einen Bericht der spagnolischen Zeitschrift „El Tiempo", der mit den Ermittelungen der Redaction der „Oesterreichischen Wochenschrift" übereinstimmt, erscheint der Vorfall in wesentlich anderem Lichte.

Thatsache ist, daß ein katholisches Kind verschwand und daß die des Mordes Beschuldigten Israeliten waren und nur durch die Polizei vor dem Fanatismus des Pöbels geschützt werden konnten. Aber die Nachbarin der Mutter des verschwundenen Kindes war eine **Katholikin.**

„Auf ihrer Schulter trug sie einen Sack und ging in die Richtung des Waldes, der auf dem Wege nach Stanimaka liegt. Auf dem Weg, der nach dem Orte Stanimaka führt, ankommend, leerte sie den Inhalt des Sackes und ging wieder nach Philippopel zurück. In diesem Momente befanden sich in der Nähe Erdarbeiter, die gesehen haben, daß die Frau ihren Sack dort entleert hat, was ihnen aufgefallen ist und sie waren neugierig, zu sehen, was es wohl sei; sie begaben sich an die Stelle, wo die Frau den Inhalt ihres Sackes entleerte und zu ihrem Staunen fanden sie den Leichnam eines Kindes zwischen zwei Bäumen liegend. Ohne viel Zeit zu verlieren, sind die Arbeiter in die Stadt gelaufen, um diesen Fund der Polizei anzuzeigen, welche gleich nach Untersuchung der Sache constatirte, daß die Frau, welche den Leichnam dort ablagerte, eine **Katholikin** sei, welche auch gleich arretirt wurde. Die Leiche des Kindes, dessen Körper viele Löcher hatte, wurde ins Spital gebracht. Die Aerzte constatirten, daß das Kind erdrosselt wurde. Bei der Untersuchung **gestand die katholische Frau, daß sie selbst das Kind getödtet habe.** Man vermuthet jedoch, daß ihr Mann, sowie noch zwei andere Katholiken am Morde betheiligt sind, die denn auch arretirt wurden. — Aus der Untersuchung hat man ersehen, daß ohne Zweifel dieser Mord begangen wurde, um **die Juden zu verdächtigen.** Die Polizei hat auch demgemäß die strengsten Maßnahmen getroffen und hat um 12 Uhr Mittags folgende Ordre publicirt:

Jede Person, ohne Unterschied der Religion und Nationalität, welche sich erlauben sollte, die Israeliten zu beleidigen, wird strenge bestraft werden, denn das Kind, welches verloren war und todt aufgefunden wurde, ist von einer Katholikin, der Nachbarin der Mutter des Kindes ermordet worden. — Die Polizei hat ihre Maßnahmen getroffen.

Dieser Fall lehrt, welche entsittlichenden Wirkungen die verhetzende antisemitische Propaganda erzeugt; sie enthält aber auch die Mahnung, in leicht verständlichen Flugblättern die besonders zum Aberglauben neigende ländliche Bevölkerung über dieses Lügenmärchen aufzuklären.

Adolf Diesterweg über die Juden.

Der große Pädagoge Diesterweg, Director des Seminars für Stadtschulen in Berlin, sagt in der Vorrede zur 2. Auflage seines Werkes: „Wegweiser zur Bildung für deutsche Lehrer" im Jahre 1837:

„Humanisirung der ganzen Welt, bis zu den Juden hinab. Auch sie sind Menschen, haben ihre unverlierbaren Menschenrechte und werden auch die bürgerlichen Rechte erlangen, trotz der Decrete der

sächsischen Kammern. (Liest man diese und gedenket dabei der Zustände, unter welchen die Juden, z. B. in der „Judenstadt" in Prag, erliegen, so begreift man H. Heine's Wart: „Das Judenthum ist keine Religion, sondern ein Unglück.") Das ist, wie ich hoffe, klar genug gesprochen."

S. 535: „Ueber Vaterlandsliebe, Patriotismus und was damit zusammenhängt":

„Wie einem jungen Vogel, so braucht man auch einem Kinde nicht zu sagen, daß es seine Heimath lieben soll. Ein doppelter Unsinn läge in dieser Forderung. Einmal der, daß es nichts fruchtet, wenn die Liebe befohlen wird, weshalb auch Moses nicht sagt: liebe, sondern ehre Vater und Mutter; dann der, daß es ganz überflüssig ist."

Ferner in demselben Aufsatze S. 535:

„Ein Christenkind, das auf Judenkinder mit Verachtung hinabsieht, ist für die wahre Menschen- und Vaterlandsliebe verdorben."

„Wir verlangen für den Beginn des Religionsunterrichts nicht kirchlich-confessionellen Unterricht, sondern wir verwerfen denselben. Er ist eine Spezialität, eine Art- oder Parteiunterricht. Wir fordern als Grundlage jedes künftigen, speziellen Unterrichts Anregung des religiösen Sinnes, des religiösen Gemüthslebens, gemeinschaftlich für alle Kinder der Nation, ganz abgesehen davon, ob sie sich in reiferem Alter zu einer Confession halten werden und zu welcher .... Der Judenlehrer als solcher hat, sa wenig wie der Regent als solcher, eine confessionelle Richtung .... Die öffentliche Volksschule, welche den Grund zur Jugendbildung zu legen hat, vereinigt alle Kinder des Volkes ohne Unterschied des Standes und der künftigen Bestimmung. Trennung der Kinder nach Rang, Stand und Confession der Eltern, nach der künftigen Bestimmung der Schüler gefährdet die allgemeine Bildung und Humanität, die Erziehung zur Nationalität!" („Wegweiser" I. S. 255.)

In einer Abhandlung des von ihm herausgegebenen Jahrbuches für 1851 („Wie es mir erging") bemerkt er, daß er dem Königl. Schulcollegium auf eine Anfrage Folgendes geantwortet habe:

„Bei Gelegenheit eines Dankes, der von Seiten des jüdischen Lehrers Engelmann ausgesprochen wurde, äußerte ich meine Freude, Gelegenheit gehabt zu haben, auch zur Bildung jüdischer Lehrer beizutragen, was ich überall, weß Volk und Glaubens auch die Gebildeten seien, für etwas Verdienstliches erkennen müßte. Der erste Ausdruck „Volkes" bezog sich auf Ungarn, die am Morgen (des 25jährigen Amtsjubiläums) bei mir gewesen waren; der andere „Glaubens" bezog sich auf Juden, für die etwas thun zu können, mir, wie das einem Hochlöblichen Collegium bekannt ist, stets Freude gemacht hat."

In dem Bericht, in welchem er mittheilt, wie er mit seiner vorgesetzten Behörde in Conflicte gerieth (in seinem Jahrbuch für Lehrer 1851), sagt er:

„Herr Otta Schulz (der Regierungs-Schulrath) sah die Juden in dem Seminar ungern; ich dagegen nahm sie gern als Gäste auf. Nur so konnten sie zugelassen werden, eigentliche Zöglinge konnten sie nicht werden. Wir tadeln die Juden wegen ihres Mangels an Bildung und — verschmähen die Mittel zur Bildung ihrer Kinder, indem wir die Bildung der jüdischen Lehrer verabsäumen. Um diesem großen Gebrechen zu steuern, sah ich jüdische (Zöglinge) Jünglinge gern im Seminar. Dazu kam, daß ich durch sie meine christlichen, durch die Orthodoxie oft verschrobenen Zöglinge praktisch Toleranz und Menschenachtung lehrte. Natürlich behandelte ich alle gleich. Dadurch lernten sie sehr Wichtiges und zwar durch anderes als durch Worte."

In den „Rheinischen Blättern" 1863 sagt er in einem Aufsatz: „Confessionsschule, Simultanschule, Humanitätsschule" also:

„Eine Schule wird nach amtlich-preußischer Anschauung erst dann gesetzlich oder statutarisch zu einer Simultanschule, wenn beide (evangelische und katholische) Confessionen in Bezug auf sie gleichberechtigt sind, was sich durch die Art der zu berufenden Lehrer ausspricht ... Wie aber, wenn ein Lehrer jüdischer Confession oder Religion an einer statutarisch-christlichen angestellt wird? Nach dem Gesagten ändert dies an dem gesetzlichen Wesen der Schule nichts und zwar ebensowenig, als wenn ein Christ an eine statutarisch-jüdische Schule berufen würde. Wenn es aber durch die Grundbestimmungen einer Schule festgestellt ist, daß nicht blas Männer der christlichen, sondern auch der jüdischen Religion als ordentliche Lehrer berufen werden dürfen oder müssen: so würde dieselbe, ich möchte sagen, in potenzirtem Sinne zu einer Simultanschule. .... Eine paritätische Anstalt (d. h. eine die gleichen Rechte der Bevölkerung gesetzlich respectirende) wäre ein Nachbild des preußischen Staates, der auch ein paritätischer ist, d. h. nicht blas den Katholiken und Protestanten, sondern auch den Juden die gleichen Rechte zuspricht". . . .

„Wer da meinen sollte, die Antipathie gegen die Juden sei aus der Welt verschwunden, irrt gewaltig. Man trifft sie sogar in den gebildeten Ständen noch am meisten, selbst unter den Litteraten und Lehrern. Wie bändigt und beseitigt man dieses grausame Vorurtheil? Ich kenne für unseren Zweck kein geeigneteres Mittel als dieses: Man setze einen Lehrer jüdischer Religion als ordentlichen Lehrer in die Lehrercorparation hinein. Mag das „christliche" Lehrercollegium den jüdischen Collegen anfangs mit einigem Mißtrauen ansehen, der Tüchtige erzwingt sich Achtung und dann steht das in Analogie und Conformität mit dem Staate gebildete, in Geist und Haltung einige Lehrercollegium der gemischten Schülerschaar als wirkliches Vorbild und Muster vor Augen. Salche Anstalt ist etwas anderes, als die nach Confessionen getrennten Schulen, und sie übt für die Ausrottung von Vorurtheilen, für Gemeinsinn, menschliches Zusammensein, Achtung der Nebenmenschen, folglich für die wichtigsten Lebenstugenden ganz andere Wirkungen aus, als confessionell geschiedene, einander excludirende Schulen, zum Heil des städtischen und staatlichen Gemeindewesens und zum Glück der Bewohner desselben Staates, desselben Vaterlandes."

Ueber Lessings „Nathan" sagt er:

„Dem herrlichen Manne kam es darauf an, seinen Mitchristen Gerechtigkeit einzuflößen gegen Andersglaubende und ihnen zu zeigen, daß auch außerhalb des Christenthums edle Menschen existiren. ... Wollte Lessing den Christen den Grundsatz von der Toleranz und zwar gerade in Beziehung auf die Juden einprägen, mußte er ihnen zu diesem Zwecke nicht zuerst zeigen, daß die Juden manchmal nicht nur denselben, sondern einen größeren sittlichen Werth hätten, als die Christen, mußte er die Vermessenen, die auf ihr äußeres christliches Bekenntniß stolz waren, nicht eben durch das Beispiel eines Juden beschämen? Er verfährt in dieser Beziehung, wie ein weiser Lehrer verfahren muß."

Zur Abwehr.

Thatsächliche Berichtigung. Die „Staatsb. Ztg." und das „Volk" vom 14. April brachten folgende Notiz:

Ostrowo, Prov. Posen. Aufsehen erregt hier die in dieser Woche erfolgte Verhaftung des jüdischen Kaufmanns Paduch in Adelnau. Derselbe ist gegen 40 Jahre alt, lebt in zweiter Ehe und hat in wenigen Jahren ein Vermögen von etwa 200000 Mark erworben. Er behandelte die erste Frau sowohl als auch seine jetzige sehr schlecht, und unterhielt mit einer Schleußerin seines Geschäfts ein Liebesverhältniß. Um sich seiner Frau zu entledigen und mit der Geliebten ein Heim in Amerika zu gründen, veräußerte er sein Geschäft und Grundstück und dampfte in voriger Woche nach Hamburg ab, ohne der Frau vorher über sein Reiseziel bestimmte Angaben gemacht und ohne ihr Wirthschaftsgeld zurückgelassen zu haben. Mit Hilfe der Palizei in Adelnau benachrichtigte die Frau die Polizeibehörde in Hamburg von dem Vorgange und bekundete gleichzeitig, daß ihr Mann in einem von ihm wegen ihrer Mitgift mit dem Schwiegervater geführten Processe einen Meineid geleistet resp. sie auch zu einem solchen verleitet habe. Auf Grund dessen wurde P. in Hamburg festgenommen und dem hiesigen Justizgefängniß zugeführt. Wie sich jetzt herausstellt, hat Paduch sein großes Vermögen größtentheils auf strafbare Weise erworben.

Der Artikel ist wörtlich dem „Berl. Tageblatt" vom 12. April entnommen und nur das Wart „jüdischen" hinzugefügt. Auf Grund neuester Information theilen wir mit, daß Paduch Christ und eifriger Antisemit ist. Ob die beiden antisemitischen Blätter den Anstand besitzen und einen Widerruf veröffentlichen werden?

Aus dem antisemitischen Lager.

Bei der Reichstagswahl in Osnabrück am 9. April haben die Antisemiten ein klägliches Fiasko gemacht. Der von ihnen in Gemeinschaft mit dem Bunde der Landwirthe und den Zünftlern aufgestellte „Mittelstands-Candidat", Maurermeister Weidner, erhielt 1968 Stimmen. Auf den Nationalliberalen Wamhoff, den bisherigen Abgeordneten, fielen 9071, den Welfen Frhrn. v. Schele 11813, den Sozialdemokraten Schrader 3240 und den Freisinnigen Hülfenkamp 160 Stimmen. Im Jahre 1893 wurden 309 antisemitische Stimmen abgegeben. Das Bündniß mit den Agrariern und Zünftlern hat also nur einen Zuwachs von 1659 Stimmen zu Wege gebracht. Unter den insgesammt 26852 abgegebenen Stimmen befinden sich 1968 „Mittelstands"-Stimmen! Dieses Resultat ist um so be-

schämender, wenn man erwägt, daß die antisemitischen Agitatoren Liebermann v. Sonnenberg, Dr. Diedrich Hahn und Obermeister Schumann nicht weniger als **hundert** Wählerversammlungen abgehalten haben. — Für die Stichwahl zwischen Wamhoff und v. Schele hat die antisemitische „Hannoversche Post“ ihre Gesinnungsgenossen aufgefordert, Schele zu wählen, während die Vertrauensmänner der „Mittelstandsparteien“ Stimmenthaltung empfehlen.

Im Reichstagswahlkreise Ruppin-Templin ist in Folge des Todes des bisherigen freisinnigen Vertreters Bahm eine Ersatzwahl nöthig geworden. Der Wahlkreis war sonst stets conservativ vertreten; erst 1893 gelang es der freisinnigen Volkspartei ihn zu erobern. Damals erhielten die Conservativen 9326, die freisinnige Volkspartei 5520, die freisinnige Vereinigung 1497, die Sozialdemokraten 3105 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Candidat der freisinnigen Volkspartei mit 10152 gegen 9950 conservative Stimmen. — Für die bevorstehende Ersatzwahl haben die Parteien bereits ihre Candidaten nominirt. Der Landtagsabgeordnete Lamprecht ist Candidat der Conservativen und des Bundes der Landwirthe, Gutsbesitzer Leissing (freisinnige Volkspartei) gemeinsamer Candidat der Liberalen, Julius Apelt Candidat der Sozialdemokraten. Endlich ist von den **Antisemiten** der Kaufmann und Ackerbürger Schückert in Aussicht genommen. Nach Meldungen der „Staatsb. Ztg.“ und der „Deutschen Wacht“ sollte schon in einer am 13. in Neuruppin abgehaltenen Wählerversammlung der antisemitische Candidat aufgestellt worden sein. Hiermit vergleiche man nachstehende Correspondenz der „Volksztg.“ aus **Neuruppin, 14. April**:

Am Montag Abend fand hierselbst eine antisemitische Versammlung statt, in der nach Ankündigung antisemitischer Zeitungen die Proclamation des Candidaten erfolgen sollte. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, die Erschienenen waren jedoch zum weitaus größten Theile Anhänger der freisinnigen Partei und der Sozialdemokratie. Der Verlauf der Versammlung nahm daher eine den Antisemiten unerwartete Wendung, ihre Redner, die Herren Abg. Zimmermann und Obermeister Schumann fanden schon lebhaften Widerspruch bei ihren Vorträgen, während die Redner der Freisinnigen und der Sozialdemokraten starken Beifall für ihre den Antisemitismus und das reactionäre Gebahren der deutsch-sozialen Reformpartei kennzeichnenden Ausführungen erhielten. Von der Ernennung eines Candidaten nahmen denn auch die Antisemiten Angesichts der Stimmung der Versammlung Abstand, trotzdem sie durch Zwischenrufe an die zugesagte Candidaten-Aufstellung erinnert wurden. Um so mehr hat es in den hiesigen Kreisen Ueberraschung und Gelächter erregt, daß das Organ des Herrn Abg. Zimmermann, die „Deutsche Wacht“ in Dresden (und wie der Berichterstatter hätte hinzufügen können: die „Staatsbürger Ztg.“), bereits am Dienstag Morgen einen Bericht über die Neuruppiner Versammlung brachte, der den Thatsachen keineswegs entspricht, vielmehr directe Unwahrheiten enthält und offenbar **vor** der Versammlung geschrieben, die unerfüllten Wünsche der Antisemiten wiedergiebt. Der Bericht spricht nämlich von einem — für die Antisemiten — günstigen Erfolge der Versammlung und daß ein Neuruppiner Kaufmann zum Candidaten proclamirt worden sei. Beides ist unwahr und kennzeichnet die Art, in der antisemitische Versammlungsberichte geschrieben werden.

Der Bund der Landwirthe und die Antisemiten. Während die Anhänger des Herrn Liebermann von Sonnenberg in engster Freundschaft mit dem Bund der Landwirthe leben und auch wiederholt mit ihm bei den Wahlen zusammengegangen sind, stehen die **hessischen** Antisemiten von jeher dem Bunde feindlich gegenüber. So wurde auf dem jüngst in Darmstadt abgehaltenen Parteitag, der sich auch mit den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen beschäftigte, ein Antrag, dem Bunde der Landwirthe das Anerbieten zum gemeinsamen Wirken zu machen, von den Reichstagsabgeordneten **Bindewald** und **Hirschel** lebhaft bekämpft und einstimmig abgelehnt.

Herr Liebermann von Sonnenberg erklärt in einer der nationalliberalen „Osnabrücker Zeitung“ zugeschickten „Berichtigung“: „Es ist unwahr, daß ich bezahlter Agitator bin. Ich lasse mir lediglich meine Unkosten vergüten und bringe schon seit einer Reihe von Jahren einen **erheblichen Theil der Organisationskosten meiner Partei aus den Ueberschüssen meiner Versammlungen auf.**“

Danach betrachtet also Herr Liebermann von Sonnenberg, wie die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ hinzufügt, das Eintrittsgeld der Versammlungen, in denen er spricht, als sein Eigenthum — ganz wie Ahlwardt — und giebt davon nur soviel seiner Partei ab, wie ihm paßt —

Dr. Friedrich Lange über das Christenthum. Anläßlich der Duellwuth, die in den letzten Wochen mehrere Opfer gekostet hat, hat sich die Presse mit Recht der Frage bemächtigt, wie dem Uebel abzuhelfen sei. Herr Dr. Lange zieht natürlich an einem besonderen Strang. Dabei entschlüpft ihm ein Geständniß, das aufs Neue seinen alten Haß gegen das Christenthum beweist. Er sagt (15. April):

Wieder einmal kann aber auch hier der Widerspruch, daß dieselben Leute gute Christen sein und dennoch das Duell nicht abschaffen wollen, auf die Frage hinführen, ob denn wirklich das Christenthum die oberste Norm unseres Volkes werden **könnte**, ohne daß dabei alles, was wir an natürlichen Vortheilen und Ueberlegenheiten über andere Völker von unseren Vorfahren übernommen haben, verloren ginge.

Für uns persönlich ist die Frage keine Frage mehr; wir sind überzeugt, daß überall, wo ein practisches Christenthum die körperliche oder seelische Energie unseres Volkes schwächen könnte, wir das Christenthum durch das Deutschthum **einzuschränken** haben und **nicht umgekehrt**.

Wir begreifen nicht, warum Dr. Lange nicht die letzte Consequenz zieht und den lieben Gott durch Wotan, Christus durch Herrmann den Cherusker ersetzt?

Karl Paasch sendet der „Frankf. Ztg.“ aus Zürich eine Erklärung gegen die conservativen Reichstagsabgeordneten Frh. v. **Langen** und v. d. **Gröben-Arenstein**, worin er sie beschuldigt, wider besseres Wissen gehandelt zu haben, wenn sie ihn jetzt für irrsinnig und gemeingefährlich erklärten. Es heißt in dem Schriftstück: „Beide Herren wußten seit Jahr und Tag, daß ich aus „politischen Rücksichten“ thatsächlich für irrsinnig und gemeingefährlich erklärt war. Sie haben jahrelang mit mir verkehrt und hatten es freiwillig übernommen, mich gegen die Uebergriffe der deutschen Justiz und Gerichtspsychiatrie zu schützen. In der genannten Broschüre, die überdies Herr Freiherr v. Langen im wesentlichen Theile selbst herausgeben wollte und die jetzt den Herren zu ihren sonderbaren Erklärungen Anlaß giebt, stehen deutlich die Documente abgedruckt, welche darthun, daß ich gerichtsnotarisch weder als irrsinnig noch als gemeingefährlich erachtet werde. Dieses geht aber auch aus der Thatsache hervor, daß man mich von Gerichts wegen, angeblicher Beleidigungen halber, bestrafen will. Ein Geistesgestörter kann nicht gerichtlich bestraft werden und einen Gemeingefährlichen läßt man nicht Jahre lang auf freiem Fuße. Ueberdies hat Herr v. Langen nicht verschmäht, mehrere **meiner Literaturzeugnisse unter seinem Namen** in die Welt zu schicken, und mich außerdem kürzlich zum Zweikampfe herausfordern lassen. Ich habe Herrn v. Langen (nicht er mich) vor einer competente **Ehrengerichte** citirt und habe seine nachherige Herausforderung zum Zweikampf mit der Begründung abgelehnt, daß er **nicht satisfactionsfähig** sei. Die Herren Freiherr v. Langen und v. d Gröben-Arenstein ha ich bei der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Verleumdung, Schädigung und Beleidigung der gerichtlichen Behörden **denunzirt** und außerdem den vier Ehrengerichten das handgreiflichste Material geliefert, daß diese Herren gegen die Wahrheit verstoßen haben. Schließlich verwahre ich mich gegen den Vorwurf, eine Sensations- und Skandal-Broschüre geschrieben zu haben. Dieselbe ist vielmehr eine nothgedrungene Abwehr gegen politischen Verrath und eine Auflehnung gegen ein Uebermaß von Schmutzereien und Intriguen. Der Kern der Broschüre liegt nicht in den Weiberaffären des Herrn v. Langen, sondern in dem politisch juridischen Inhalt.“

Frhr. v. Hammerstein der Comödiant! Hammersteins Auffassung seiner parlamentarischen Pflichten wird durch einen Vorfall beleuchtet, den Flora Gaß in ihrem jetzt veröffentlichten Buch „Meine Vertheidigung in Sachen v. Hammerstein" erzählt. Herr v. Hammerstein hatte sie wiederholt in den Reichstag mitgenommen, woselbst ihr ein bevorzugter Platz in der für die Abgeordneten reservirten Loge zur Verfügung gestellt wurde. Dort war sie auch einmal Zeugin einer bannernden Philippika des beneideten Parteiführers, die derselbe gegen weibliche Bedienung in Lokalen und gegen die aus derselben resultirende „Unmoralität" vom Stapel ließ. Er predigte ja so gern für Religion, Sitte und Ordnung. Das war denn für Flora etwas zu bunt. Nach an demselben Tage nahm sie Gelegenheit den Worten ihres Beschützers dessen Thaten entgegen zu halten, sie sagte zu dem berühmten Vorkämpfer für Gottesfurcht und fromme Sitte, halb im Scherz, halb im Ernst: „Ihr seid halt eben alle zusammen die reinsten Comödianten!" Herr v. Hammerstein lachte und entgegnete: „Ja, was soll ich thun? Das ist doch nun einmal mein Beruf."

Der antisemitische Pfarrer Werner aus Beckendorf, sonst ein Liebling der Conservativen und der „Kreuzzeitung" insbesondere, ist in Ungnade gefallen, wie seine gesammte christlich-soziale Richtung. Als eifriger Stöckeraner tritt Herr Werner natürlich jetzt stramm gegen seine früheren Gönner auf und so entrüstet sich die „Conf. Corr." vom 13. April über Rebeblüthen, die Werner in der am 8. d. M. in der Tonhalle stattgehabten christlich-sozialen Volksversammlung losgelassen hat. Der genannte zum Gesammtvorstande der Christlich-Sozialen gehörige Herr äußerte u. a.: „Die conservative Parteileitung stellt uns als die Angreifer hin und man trägt, um einen Schein des Rechts dafür zu haben, Aeußerungen von Leuten zusammen, die garnicht zu uns gehören. Man stellt sich noch dümmer als man ist". Weiter äußerte Herr Pfarrer Werner: „Wenn der grundbesitzende Adel seiner Aufgabe gerecht werden will, muß er sich den Arbeitern nähern und seine Studien nicht blos vom Sattel aus machen." Ferner: „Die Besitzer müssen sich den Arbeitern persönlich nähern. Dazu gehört Muth, den der Deutsche nur als Soldat zu haben scheint; denn als Philister ist er oft faul und feige."

Gereizt schreibt die „Conf. Corr.", Werner mache sich „einer mindestens leichtfertigen Unwahrheit" schuld und fügt hinzu: „Man wird gestehen müssen, daß sich die Feindseligkeit gegen die Conservativen sowohl, als auch gegen die adeligen und nichtadeligen Grundbesitzer kaum schärfer und gehässiger zum Ausdruck bringen läßt, als dies von seiten des zum Vorstande der christlich-sozialen Partei gehörigen Herrn Pfarrers Werner hier geschehen ist. Wir verzichten auf einen Commentar der oben citirten kleinen Blüthenlese; diese wird für sich selber sprechen, und infonderheit wird man daraus ersehen können, mit welcher „Unbesonnenheit und „Sachkenntniß die christlich-sozialen Wortführer in der Agrarfrage ausgerüstet sind."

Ahlwardt in Amerika. Aus dem Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde sind Stimmen laut geworden, die verlangt haben, daß Ahlwardt zurückkehre aber sein Mandat aufgebe. Daß Ahlwardt keineswegs gewillt ist, sein Reichstagsmandat niederzulegen, geht aus einem Schreiben hervor, welches das „Central-Comité der amerikanischen antisemitischen Association" in Brooklyn nebst einer Probenummer des von Ahlwardt dort begründeten Blattes „Der Antisemit" an Berliner antisemitische Blätter gesandt hat. Danach sind die früheren Mitglieder des Comités, die die (neulich mitgetheilte) Erklärung gegen Ahlwardt in der „New-York-Times" veröffentlicht haben, ausgeschieden. Das neue Comité bringt an der Spitze des Blattes eine Ehrenerklärung für Ahlwardt und ruft zur Unterstützung des neuen Blattes auf. In dem beigefügten Schreiben „An die Wähler des Kreises „Arnswalde-Friedeberg" wird auseinandergesetzt, daß Ahlwardt in Amerika den Interessen seiner Wähler besser (!) dienen könne, als im deutschen Reichstage. Denn der Antisemitismus sei international, und es käme vor allen Dingen darauf an, die Bewegung in alle Länder zu tragen. Darum müsse Ahlwardt nach bis zum Herbst 1896 in Amerika bleiben, „im Interesse der Sache!" Besser wäre gesagt: Im Interesse seines Geldbeutels. Denn auf eine Füllung desselben war es nur abgesehen. Seine Handlungsweise, schreibt der New-Yorker Berichterstatter der „Dtsch. Ztg." des Herrn Dr. Lange (14. April), „hat die antisemitische Sache hierzulande schwer geschädigt und ihm selbst jeden Nimbus genommen. Das Verhalten dieses Judenfeindes hatte einen allzu jüdischen Anstrich. Was seine antisemitische Wochenzeitung, die er natürlich mit fremden Mitteln gründete, für einen Erfolg haben wird, läßt sich schwer voraussagen, wahrscheinlich gar keinen; aber selbst im umgekehrten Falle kann derselbe nicht den Schaden aufwiegen, den Ahlwardt der Sache, die zu vertreten er vorgiebt, zufügte."

Es ist nicht ohne Humor, daß Ahlwardts Handlungsweise „jüdisch" genannt wird. Warum nicht „antisemitisch"?

Ein armer Teufel. Der antisemitische Abgeordnete Dr. Böckel ist nach dem „Vorwärts" jetzt glücklich beim „Bund der Landwirthe" angelangt, in dessen statistischem Bureau er arbeitet.

Nicht lange ist es her und Dr. Böckel war ein Todfeind jener Richtung, die ihm jetzt sein tägliches Brod giebt. Die „abgelebte" conservative Partei und Herrn v. Plötz griff er an; der „sogenannte" Bund der Landwirthe führe „Stimmvieh schnapsdenebelt zur Wahlurne" u. s. f.

Ein Beamter des Bundes der Junker, das ist das Ende des „hessischen Bauernkönigs".

△ **Egeln.** In Egeln fand Mitte März eine Antisemiten-Versammlung statt, in der die Führer des Magdeburger Antisemitismus, die Herren Kreutz und v. Schirp ihr Sprüchlein hersagten. Ueber den Verlauf der Versammlung schrieb das conservative Wernigeröder Kreis- und Intelligenzblatt am Schlusse ihres Berichts:

„Da die Ausführungen des antisemitischen Redners (Kreutz) das Maß der parlamentarisch erlaubten Redewendungen längst überschritten haben, verlassen viele der Anwesenden den Saal. Redner forderte dann die Sozialdemokraten auf, den Saal zu verlassen, was dieselben mit einem Hoch auf den 1. Mai thun. Alle Anwesenden rüsten sich zum Aufbruch. Nun fordert Herr K. die Freisinnigen auch auf, den Saal zu verlassen und bittet nur solche Herren zu bleiben, die sich an der Gründung eines deutsch-sozialen Reform-Vereins für Wernigerode betheiligen wollen. Der Saal beginnt sich hierauf schnell zu leeren, niemand meldet sich. Herr Kreutz beginnt wieder zu reden, doch wird ihm von dem überwachenden Polizeibeamten, Herrn Polizeicommissar Bette, das Wort entzogen. Die Herren Veranstalter dieser Versammlung versuchten schließlich, eine kleine Zahl Herren um sich zu sammeln, um den geplanten Verein zu Stande zu bringen, doch verhinderte sie hieran das Erlöschen der Gaslampen. Bald herrschte Dunkel und Ruhe im Saale, in dem sich die lebhafte Szene abgespielt hatte. Für die antisemitische Bewegung ist hier kein Boden, und können wir die Hoffnung aussprechen, daß dies die erste und letzte derartige Versammlung in unserer Stadt gewesen ist. Wir haben hier schon vielen politischen Versammlungen beigewohnt, in denen Redner der verschiedensten Parteien sprachen, aber nie ist es in denselben zu solchen Szenen gekommen, wie in der am Dienstag, und daß dies der Fall, ist nur Herrn Kreutz und seinen maßlosen Reden, sowie zum Theil auch der im letzten Theile der Versammlung gänzlich unfähigen Leitung zuzuschreiben. Während die ruhigen und sachlichen Auseinandersetzungen der Herren Weigt (Freisinnig) und Bartels (Sozialist) allseitig großes Interesse erregten, riefen die Reden des genannten Herrn fast nur Entrüstung hervor. — Es ist wohl kaum nöthig, mitzutheilen, daß die beabsichtigte Vereins-Gründung unterblieb, da sich niemand zum Beitritt meldete."

Vermischtes.

Die Deutschen sind nicht blond und blauäugig! Diese Entdeckung macht der Deutschbewußte par excellence Dr. Friedrich Lange in der ersten Nummer seiner „Deutschen Zeitung“. Es ist kein Aprilscherz, sondern ernsthaft gemeint, wenn er in einem Artikel über „die langsame Kraft“ — sein neuestes Schlagwort — schreibt:

Es wird den Anthropologen vielleicht eine gewisse Freude bereiten, wenn ich hier das Geständniß hinzufüge, daß nach meinen bisherigen Erfahrungen die eifrigsten Deutschbewußten im politischen Sinne nicht diejenigen sind, bei denen nach den anthropologischen Merkmalen der blonden Haare, der blauen Augen und der Walzenschädel die Zugehörigkeit zur germanischen Rasse auf den ersten Blick unbestreitbar ist, sondern der überwiegenden Mehrheit nach die Dunkelhaarigen, Gemischtäugigen und Rundköpfe.

Sollte Herr Lange nicht selber dunkelhaarig, gemischtäugig und rundköpfig sein? „Wie der Mensch, so sein Gott“, sagt der Philosoph Feuerbach.

Resignation eines antisemitischen Herzens. Herr E. Keil, der zu den Dühring'schen „Sozialitären“ gehört und den „Mod. Völkergeist“ herausgiebt, schreibt in der April-Nummer seines Blattes (S. 52) resignirt:

„Heutzutage fährt der besser, der jeden Menschen so lange für charakterlos hält, wenigstens der Möglichkeit nach, bis er durch verschiedene Zeichen von Charakter, und zwar durch wirklich charaktervolle Handlungen, Grund zum Vertrauen gefunden hat.“

Der Herr muß seine antisemitische Freunde und Arier — anderen Umgang wird doch der rassenstolze Herr nicht haben! — genau kennen. Und schließlich will er einen „Charakter-Verband“ gründen. Wir empfehlen ihm: Ahlwardt, Pickenbach, Wuld u. a. m.

Arische Ausbeutung. Jüngst stand im „Reichsboten“ ein Inserat. Es soll da ein cand. theol. oder Lehrer em. (!) auf einem Rittergute unentgeltliche Aufnahme finden gegen Ertheilung von Unterricht an 3 Kinder von 6—10 Jahren. Mit Recht schreibt ein Herr F. im „Reichsboten“ vom 2. April:

„Niemand würde es wagen, unter solchen Bedingungen ein Dienstmädchen miethen zu wollen — ist die Arbeit eines Hauslehrers denn so viel geringer? Es ist dem Einsender eine aufrichtige Freude, daß das betr. Inserat schon mindestens dreimal wiedergekehrt ist, daß also bisher offenbar kein Candidat sich dazu erniedrigt hat, trotzdem mancher gewiß in Noth sitzt. Aber es gilt doch auch, öffentlich gegen solche Ausnutzung der Nothlage eines ganzen gebildeten Standes zu protestiren. . . . Einen Hauslehrer für 3 Kinder nur gegen freie Station engagiren zu wollen, das heißt die jetzige Nothlage der Candidaten in trauriger Weise ausbeuten — und eine solche Gesinnung kann nur auf das Schärfste verurtheilt werden“.

Ferdinand Gumbert, der bekannte Liedercomponist und Musik-Kritiker der „Tägl. Rdsch.“ ist jetzt gestorben. Letztere widmet ihrem jüdischen Mitarbeiter folgenden Nachruf (14. April):

„Nun haben wir ihn begraben, den alten Ferdinand Gumbert. Draußen auf dem alten Friedhof in der Schönhauser Allee ist die letzte Ruhestätte, zu der ihn am Donnerstag Nachmittag Verwandte und Freunde begleiteten. Ganz wie es dem Wesen des anspruchslosen Mannes entsprach, war die Feier durchaus prunklos und einfach. Die kurze Ansprache des Geistlichen war eingeleitet von Chorgesang und gefolgt von einem stimmungsvollen Solo mit Harmoniumbegleitung, einer Weise des Entschlafenen selbst. Zahlreiche Kränze deckten seinen Sarg, dagegen war die Zahl der Leidtragenden nicht allzu groß. Wir bemerkten u. A. nur wenige Angehörige der Presse und Kunstwelt. Aber als man seinen Sarg in das kühle Grab senkte, da sangen die Vögelein von den knospenden Zweigen herab, als ahnten sie, daß man hier einen frohen Sänger, ein allzeit heiteres Menschenkind bestatte.“

Daß die „Tägl. Rdsch.“ nicht vom jüdischen Friedhof spricht und auch nicht vom Rabbiner, hat seinen guten Grund. Die Leser sollten nicht erfahren, daß Gumbert Jude gewesen.

Ganz rassenrein ist also auch das Leben des Dr. Lange nicht verlaufen. Der bekannte Judenfresser hat also früher in seiner „Tägl. Rdsch.“ jahrelang einen jüdischen Componisten als Musikreferenten unter sich gehabt.

Graz, 15. April. Der Gemeinderath Feichtinger wurde heute Nachmittag unter der Beschuldigung mehrfacher Veruntreuungen verhaftet. Feichtinger ist der Führer der hiesigen antisemitischen Gewerbepartei und der antisemitischen Fraction des Gemeinderathes und hat als Herausgeber des Grazer antisemitischen Extrablattes wegen Geldbeschaffung für dieses Blatt obiges Verbrechen sich zu Schulden kommen lassen.

Troppau, 13. April. Der deutsch-österreichische Handwerkercongreß beschloß einstimmig die Ausschließung des antisemitischen Abgeordneten Schneider von allen Congressen der österreichischen Gewerbepartei.

Interessantes Inserat. In der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ befand sich kürzlich folgendes, in fettestem Druck gesetzte Inserat:

כשר של פסח

Den verehrten jüdischen Herrschaften von Beuthen und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß wir zu den diesjährigen Oster-Feiertagen unter Aufsicht des hiesigen Rabbinats

Milch und Butter

in unserem Ladengeschäft,

Tarnowitzerstraße Nr. 11,

vom 25. ds. M. ab zum Verkauf bringen werden.

Gräfliche Molkerei Roßberg.

Was will man mehr? bemerkt die „Bresl. Morg.-Ztg.“ Eine christlich-gräfliche Molkerei, die ihre Butter und Milch koschern läßt, um sie den „verehrten jüdischen Herrschaften“ mundgerecht zu machen, und die von ihrer Geschäftscoulanz den semitischen Interessenten unter alttestamentarisch-quadratschriftlicher Spitzmarke gefälligst Nachricht giebt — mehr kann man in diesen Tagen der agrarisch-antisemitischen Hochfluth wirklich nicht verlangen.

Ein katholischer Geistlicher. Folgender edle Zug eines katholischen Geistlichen wird gewiß allgemeines Interesse erregen. In den sechziger Jahren lebte in Buchau a. F. (Württemberg) ein Stadtpfarrer Dr. Schleweck, ein äußerst gebildeter und toleranter Herr. Später wurde er nach einem andern Orte Württembergs versetzt, wo er ca. 25—30 Jahre thätig war. Vor einigen Monaten starb Dr Schleweck und hinterließ u. A. testamentarisch der katholischen Gemeinde in Buchau 1000 Mark und ebenso der israelitischen Gemeinde 1000 Mark. Es ist noch nicht oft vorgekommen, daß ein christlicher Geistlicher in seinem letzten Willen auch der israelitischen Armen gedacht hat. Ehre dem edlen Gottesmann!

Buchau hatte damals 1800 katholische und 600 jüdische Einwohner.

Antisemitismus in der zeitgenössischen Literatur I. Marie Stahl. Unter dem Titel „Aus der Gründerzeit“ hat Marie Stahl einen Roman veröffentlicht (Berlin, Otto Janke), der nicht frei ist von antisemitischen Schlagwörtern. Ein arischer Speculant steht in dem Ruf, „selbst die Juden an Schlauheit bei seinen Manipulationen zu überbieten“ (S. 86); ein Wucherer heißt „Moses Morgenstern“ (S. 89), und die Verfasserin schreibt von der „jüdischen Sucht, ohne Arbeit reich zu werden“. (S. 117) Abgesehen davon, daß diese Angriffe für die Zeit 1873/74 sinnlos sind, da der Tanz um das goldene Kalb eine Zeitkrankheit war, die fast Jedermann ergriff, so zeugen auch diese Worte von einer Befangenheit des Urtheils, die für eine Romanschriftstellerin bedenklich ist.

Deutschenhaß in Brasilien. Auch die Chauvinisten Brasiliens haben bereits den Schlachtruf der Monroe-Doctrin „Amerika den Amerikanern“ variirt und schreien: „Brasilien

den Brasiliern." Da ist es begreiflich, daß sich auch manchmal gegen die eingewanderten fleißigen Deutschen manche Antipathien zeigen.

Aber nur selten; „der Grund ist darin zu suchen," schreibt die „Frankf. Ztg." vom 16. April, „daß unsere hier ansässigen Landsleute sich von jeher peinlichst gehütet haben, den nationalen Chauvinismus zu reizen. Der Deutsche trachtet nicht danach, den Eingeborenen aus seinen über Alles geliebten empregos publicos — öffentlichen Aemtern — zu verdrängen, er läßt ihm die Ehre bei jedweder offizieller Gelegenheit, feiert seine Feste mit, bedient sich im Verkehr mit ihm nur der Landessprache und weiß sich überhaupt im Allgemeinen seinem Wesen äußerlich so geschickt anzupassen, daß er wirklich keine Gelegenheit findet, dem „Gringo" etwas am Zeuge zu flicken.

Wenn nun aber Jemand z. B. sich unterfangen wollte, hier von „Deutsch-Brasilien" zu sprechen oder zu schreiben, so würde er damit in ein böses Wespennest stechen. Das Mindeste wäre, daß man uns vorwürfe, wir wollten einen Staat im Staate bilden, mit dem im tiefsten Hintergrunde schlummernden Gedanken, die Grenzen dieses Staates weiter und weiter hinauszuschieben, um schließlich den ganzen Landestheil dem alten deutschen Vaterlande anzugliedern."

Büchertisch.

„Vor dem Sturm." Unter diesem Titel hat Dr. Bernhard Cohn eine Broschüre erscheinen lassen (bei Fr. Wesemann, Berlin), die nachdrücklich unsere Abwehr erfordert. Es finden sich schöne Worte darin über das Benehmen der Juden an privaten und öffentlichen Orten, aber sie werden durchaus in den Hintergrund gedrängt durch den absurden Rath, den er den Juden giebt, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Man verstehe uns nicht falsch. Als Partei hat die Sozialdemokratie so viel Existenzrecht wie jede andere. Aber man soll sich um äußerer Vortheile willen keiner Partei anschließen, sondern wenn man von dem Wahrheitswerth ihrer Ideen überzeugt ist. Der Jude als solcher kann Conservativer, Liberaler oder Sozialdemokrat sein. Er ist es als Bürger, nicht als Jude. „Das Zweckmäßigste" (S. 46), das „augenblickliche Interesse" (S. 51) entscheidet gottlob nicht über Parteizugehörigkeit. Und so können wir nicht nachdrücklich genug vor dieser Broschüre warnen.

Es gereicht uns zur Freude, daß einer der ersten jüdischen Gelehrten, Prof. Dr. Steinthal in der „Allg. Ztg. d. Jud." (3. April) auch dagegen Front macht. Er schreibt:

„In einem dritten Punkt aber weiche ich aufs Entschiedenste von dem Verfasser des Mahnwortes ab, darin nämlich, daß er uns Juden räth, uns politisch nicht den liberalen Parteien, sondern der Sozialdemokratie anzuschließen. Wie, die Männer im Stiche lassen, die es ruhig ertragen, daß man sie „Judenknechte" nennt, daß man, wenn sie den Mund öffnen, ihnen zuruft: „von den Juden bestochen" — uns von diesen Männern abwenden, das wäre nicht schreiende Undankbarkeit? Rickert, Virchow u. A. fahren lassen, um sich Bebel-Liebknecht zuzuwenden? Das war ein schlechter Rath."

Briefkasten.

B. R. in Fr. a. M. Besten Dank für die Nachricht, daß in Dertingen (Amtsbezirk Werthein i. Baden) seit über 100 Jahren jüdische Schmiede leben, Namens Schwarzschild, die fromm sind und für die Bauern arbeiten außer Sonnabend und Sonntag.

W. S. in B. Ein Beispiel für die Eigenart „confessioneller" Geschichtsauffassung führt die „National-Ztg." vom 12. April an. Ueber Friedrich den Großen schreibt Onno Klopp im katholischen „Oesterreichischen Literaturblatt", herausgegeben durch die Leo-Gesellschaft, kurzweg, Friedrich war ein „unanständiger Mensch und ein Betrüger". Umgekehrt spricht der evangelische Professor Hans Delbrück in dem soeben ausgegebenen Heft der „Preußischen Jahrbücher" von „dem grandiosen Aufbau der Politik, die, ihr Gesetz nur aus sich selber nehmend, über Abgründen und Sümpfen schwindelnd in die Höhe steigt".

D. G. S. in L. Heines Ausfälle gegen die Deutschen werden weidlich benutzt. Was Goethe, Wagner, Schopenhauer &c. darin geleistet haben, wird sorgsam verschwiegen. In E. v. Bauernfelds Tagebüchern, die im 6. Band des Jahrbuchs der Grillparzer-Gesellschaft veröffentlicht sind, heißt es:

12. Jänner 1853.

„Unlängst allein mit Grillparzer im Gasthaus. Gespräch über Literatur, auch Politik. Er sagte mir unter Anderem: „Sie haben nur Einen Fehler, daß Sie auf die Deutschen etwas halten!"

Dr. S. Der italienische Abgeordnete und frühere Minister, Prof. Luzzatti, den der Deutsche Kaiser durch eine längere Unterredung auszeichnete, ist Jude.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 18.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 17 | Berlin, den 25. April 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate
kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Zum Prozeß Hammerstein.

Ueber den ehemaligen Führer der conservativen Partei Frhrn. v. Hammerstein ist der Vorhang gefallen. Der allmächtige Leiter der „Kreuzzeitung," hat sich als gemeiner Verbrecher gezeigt und ist zu drei Jahren Zuchthaus, 1500 Mk. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Im Jahre 1893 pries ein Flugblatt in Halle-Herford ihn als einen Mann, der das Volksleben erneuern und den Volksgeist mit dem Geiste des Christenthums durchdringen könne. Und jetzt nennt Oberstaatsanwalt Drescher denselben Mann einen „gewiegten Hochstapler" . . . .

Fürwahr ein Ende mit Schrecken. So lange die Jagd der Criminalpolizei währte, so lange Hammerstein im Gefängniß saß, lebte ein großer Theil der Conservativen in einem Schrecken ohne Ende. Konnte doch dieser eine Mann so viel ausplaudern, daß die ganze Partei bloßgestellt würde! Mit der Verurtheilung Hammersteins haben diese Herren wieder ihren gesunden Schlaf gefunden. Hatte er doch während des Prozesses vielversprechend und vielverschweigend erklärt: „Ein Mann, der, wie ich, im öffentlichen Leben gestanden und hinter den Coulissen geschaut hat, würde wohl leicht Sachen zur Sprache bringen können, welche meine Person in ein besseres Licht stellen würden, als es der Herr Staatsanwalt gethan. Ich verzichte aber darauf, denn es würden dabei Sachen zur Sprache gebracht werden müssen, die den Gegnern willkommenen Stoff zu großem Skandal bieten würden. Dies will ich nicht, ich will die in mich gesetzten Erwartungen auf Discretion nicht täuschen."

Herr v. Hammerstein hat seine conservativen Freunde geschont. Vielleicht war es die Hoffnung, daß sie sich nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe erkenntlich zeigen und ihm die Mittel bieten würden, sich eine neue Existenz zu gründen.

Mögen also die conservativen Herren aufgeathmet haben, als sich die Thür des Zuchthauses definitiv hinter ihrem Parteigenossen schloß, der Gedanke ist unabweisbar, daß in Hammerstein nicht ein Einzelner, sondern ein System und eine Partei getroffen worden ist. Der Hochstapler Freiherr v. Hammerstein ginge die Welt wenig an; er vermehrte höchstens die nicht geringe Zahl der „Edelsten der Nation", deren Leben gescheitert ist. Aber als mächtiger Führer der conservativen Partei werfen seine Thaten einen breiten Schatten auf diese selbst. Hammerstein hat es während des Prozesses mehrfach betont, daß die conservative Partei und die „Kreuz-Zeitung" mit ihm stehen und fallen müßten. Hier sprach nicht die Eitelkeit, sondern die Wahrheit aus diesem Manne. Er sagte: „Wenn ich zusammenbrach, dann wurde auch der politischen Ideen, denen ich anhing, ein großer Schade zugefügt, ebenso wurde die „Kreuzzeitung" aufs Tiefste geschädigt, denn kein Blatt ist öffentlich mit seinem Leiten so identificirt, wie die „Kreuzzeitung". Was mich traf, traf auch die „Kreuzzeitung." . . . „Ich habe alle meine Kräfte auf den einen Gedanken concentrirt, die politischen Anschauungen zu vertreten, die ich für die allein richtigen hielt. Ich habe mich nur deshalb zu dem Schritt verstanden, weil sonst auch die conservative Partei dem Ruin verfallen wäre. Hätte ich damals ausscheiden müssen, so, behaupte ich, wäre die auf selbständigen Füßen stehende conservative Partei, wie sie heute besteht, nicht zu Stande gekommen. Gelang es mir nicht, mich aus der financiellen Noth zu befreien, so wäre eine politische Katastrophe ersten Ranges eingetreten. So bin ich denn dazu gekommen."

Keine Partei treibt ein solches ethisches Protzenthum, wie die conservative. Jedes zweite Wort ist „christlich", jedes dritte „Moral und Sitte". Sie hat die Taktik populär gemacht, jeden kleinen jüdischen Schnorrer, der sich einmal vergangen, mit Namen durch die Spalten ihrer Blätter zu zerren und die Verleumdungsseuche des letzten Jahrzehnts hat sie mehr freudig als sittlich weitergetragen. Und weil sie pharisäisch den Anspruch macht, eine moralische Partei im höchsten Sinne zu sein, hätte sie straffe Zucht in ihren Reihen halten müssen. Und wenn ein Herr von Hammerstein so lange geduldet wurde, dann steht es mit dem „christlichen Boden" dieser Partei sehr faul. Oberstaatsanwalt Drescher sagte von Hammerstein: „Er hatte eine hervorragende Stellung im öffentlichen Leben, er stand an der Spitze eines hochangesehenen Blattes, welches Königstreue, Sitte und Moral an der Spitze trug. Als Leiter dieses Blattes hatte er eine hohe sittliche Mission zu erfüllen, er hat in diesem Sinne auch viel geredet und geschrieben, aber er war Jahre hindurch ein Heuchler! Gerade weil er eine hohe sittliche Aufgabe zu erfüllen hatte, ist sein selbst verschuldeter Fall um so beklagenswerther."

Diese Worte lassen eine gewisse Verallgemeinerung zu. Die ganze conservative Partei züchtet durch ihr christliches Protzenthum die Heuchelei und so wächst auf ihrem Boden ein Theil der Schuld, die Hammerstein begangen und zu büßen hat.

Confessionelle Literaturgeschichte.

Die Forderung eines christlichen Geschichtsunterrichts hat die einer christlichen Literaturgeschichts-Forschung im Gefolge. Und weiter. Wenn dieser Unterricht „christlich" sein

soll, erscheint es klar, daß er nicht christlich, sondern katholisch oder evangelisch ertheilt werden kann. Und so sehen wir bereits eine katholische und eine evangelische Geschichtsforschung in voller Arbeit.

Das katholische „Vaterland" in Wien veröffentlichte jüngst einen Artikel, der gegen die Schriften evangelischer Gelehrten und Dichter Front macht. Meyer's Conversationslexikon wird ebenso wie Brehm's Thierleben auf das Schärfste verurtheilt, ebenso die „Deutsche Geschichte" des Lutheraners Stacke. Daß Männer wie Darwin, Büchner, Hartmann, Schopenhauer, F. v. Hellwald 2c. keine Gnade finden, ist selbstverständlich. Auch unserer schönen Literatur geht es in diesem Artikel schlecht:

Unter den Werken erzählenden Inhalts begegnen wir häufig dem Namen Ebers. Es ist noch nicht lange her, so herrschte in der „guten Gesellschaft" ein wahrer Ebers-Fanatismus, und es gehörte zum guten Ton, den neuesten Ebers gelesen zu haben. Und doch gehört Ebers weder in religiös-moralischer, noch in künstlerischer Hinsicht zu den empfehlenswerthen Erzählern. Da haben wir z. B. den Roman „Frau Bürgermeisterin". Obwohl in dem Buche Toleranz in religiöser und politischer Beziehung zur Schau getragen wird, herrscht doch eine starke Neigung vor, alles Gemeine auf Seiten der Katholiken zu suchen. In „Homo sum" fühlt Ebers das Bedürfniß, der Welt zu zeigen, welchen Widersinn das Mönchsleben in sich schließe. In dem Romane „Im blauen Hecht" läßt Ebers seinen Tetzel Verschreibungen mit sicherem Ablaß für längstbegangene und später zu begehende Sünden verkaufen und einer armen kranken Person die letzten Heller ihres ganzen Besitzes abpressen. Nicht minder häufig findet man unter den angebotenen Büchern Werke von Felix Dahn, einem der ärgsten Katholikenfeinde, der u. A. in dem im Verzeichnisse angeführten Roman „Die Kreuzfahrer" wahre Zerrbilder des Mönchsthums entwirft. Wilhelm Jordan, dieser durch und durch confuse Pseudotheosoph, erscheint im Verzeichnisse u. A. mit dem Roman „Die Sebalds". Darin wird der Historiker Janssen unter dem Namen Dr. Marchinger als Jesuit geschildert, der in einem Geschichtswerke „haarsträubende Fälschungen" verübt und dadurch beweist, „daß die Jesuitenmoral es löblich findet und gebietet, im Kampfe für eine vermeintlich gute Sache selbst die unverschämtesten und niederträchtigsten Lügengewebe für Geschichte auszugeben". Um nicht zu weitläufig zu werden, bemerken wir nur im Allgemeinen, daß Heyse und Franzos keinen Platz verdienen in der Büchersammlung eines Katholiken, und daß insbesondere Ersterer sittlich sehr gefährlich ist. Ebner-Eschenbach und Suttner sind wahre Typen eines gattenfremdeten Culturweiberthums.

Einen ganzen Frontangriff gegen die deutsche Literatur der Gegenwart richtet der Katholik Heinrich Keiter in seinem eben erschienenen Werke „Confessionelle Brunnenvergiftung, die wahre Schmach des Jahrhunderts" (Regensburg u. Leipzig, 1896). Wir lehnen die Beantwortung der Frage ab, ob Keiter mit dem Umfang seiner Klage über den Katholikenhaß innerhalb der zeitgenössischen Literatur Recht hat. Daß ein solcher besteht, ist beklagenswerth an und für sich. Gegen mehr als zweihundert deutsche Schriftsteller erhebt er den Vorwurf, mit beigetragen zu haben an der „Confessionellen Brunnenvergiftung". Darunter finden sich Namen wie Allmers, Blum, Blüthgen, Carriere, Dahn, Ebers, Franzos, Frenzel, Freytag, Gensichen, Glaser, Gottschall, Grasberger, Heigel, Heyse, Hans Hoffmann, Hopfen, Jensen, Junghans, Lewald, Marlitt, Mauthner, K. F. Meyer, Perfall, Raabe, Samarow, Schack, Schweichel, Stahr, Steub, Telmann, Voß, Wachenhusen, Weitbrecht, Werner, Wildenbruch.

Beschwert sich Heinrich Keiter über die protestantische Literatur, so richtet der Protestant Dr. Richard Weltbrecht seine Geschosse gegen die katholische Literaturgeschichtsforschung. In seinem Druckheft „Die deutsche Literatur in römischer Beleuchtung" (Barmen, Hugo Klein), macht er energisch gegen die katholischen Historiker Baumgartner, J. Jungmann, P. Haffner 2c. Front. Weitbrecht führt ein paar clericale Urtheile an. Ein Dr. Joseph Fick hat Schiller einen besonderen Antheil an dem Unglauben des deutschen Volkes zugeschrieben. Bischof Dr. Paul Haffner schreibt: „Ein einziger Vers der vielfach poetisch bearbeiteten Legenden, welche das Mittelalter uns überließ, bietet unvergleichlich viel mehr wahre sittliche Kraft und geistige Erhebung dar, als alle neun Musen sie über „Herrmann und Dorothea" auszugießen vermochten." Ueber den protestantischen Kanonikus Gleim schreibt Brunner, er habe sich „dem spectaculösen Suff" ergeben. U. s. f.

Hüben und drüben wird confessionelle Wissenschaft getrieben, nicht objective. Die Wissenschaft gewinnt durch diese Beleuchtungsweise nichts und die christliche Religion verliert durch sie an Würde. Das sollten die bedenken, die den Unterricht verkirchlichen wollen.

Arischer Wucher in England.

Soeben ist im Verlage von Duncker und Humblot in Leipzig der erste Band der berühmten „Englischen Wirthschaftsgeschichte" von Prof. W. J. Ashley erschienen, in dem sich auch ein interessantes Capitel über den Wucher der Cahorsiner befindet (Bd. I. S. 199 ff.). Es beweist von Neuem, daß der Wucher gut arischer Leute dem der Juden im Mittelalter nichts nachgab. Prof. Ashley schreibt:

„Nach der vermuthlich zu Anfang des 12. Jahrhunderts zusammengestellten, mit dem Namen „Gesetze Eduards des Bekenners" bezeichneten Sammlung, soll Eduard als Strafe für den Wucher Geldbußen und Aechtung angeordnet haben: „Der König pflegte zu sagen: er habe während seines Aufenthalts am Hofe des Königs von Frankreich gehört, daß der Wucher die Wurzel alles Uebels sei". Mit dem Entstehen geistlicher Gerichte wurden indeß Fälle, in denen es sich um Wucher handelte, der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen. Der ums Jahr 1178 schreibende Verfasser des Dialogus de scaccario unterläßt nicht, darauf hinzuweisen, daß der König über einen wucherischen Geistlichen oder christlichen Laien bei dessen Lebzeiten keine Gewalt habe, sondern daß die Bestrafung des letzteren, je nach seinem Range, den geistlichen Gerichtshöfen vorbehalten sei". Nach seinem Tode dagegen sollte, sofern er nicht nach Gebühr bereut, d. h. durch seinen letzten Willen verfügt hatte, daß denen, von welchen er seinen ungerechten Gewinn genommen, Ersatz zu leisten sei — seine Habe dem König verfallen. Diese Vereinbarung zwischen den geistlichen und den weltlichen Gerichtshöfen wurde durch eine Verordnung vom Jahre 1341 bestätigt, in welcher es heißt: „Dem Könige und seinen Erben soll die Gerichtsbarkeit zustehen über Wucherer, die aerstorben und den Ordinarien der heiligen Kirche die Gerichtsbarkeit über Wucherer, die noch am Leben sind; denn ihnen kommt es zu, durch Strafen der heiligen Kirche die Wucherer zu zwingen, für die Zinsen, die sie den Gesetzen der heiligen Kirche zuwider genommen haben, Ersatz zu leisten". Doch waren die Geistlichen der öffentlichen Meinung so wenig voraus, daß sich selbst das Parlament gegen Ende des 14. Jahrhunderts häufig über die Laxheit der geistlichen Gerichte beklagte; und schon im Jahre 1363 wurde die Stadtbehörde von London von dem König besonders ermächtigt, ihrerseits Vorkehrungen gegen das Uebel zu treffen. In einem im Jahre 1377 vor Bürgermeister und Aelterleute gebrachten Falle wurde der Wucherer verurtheilt, den doppelten Betrag der Zinsen zu zahlen, die er gefordert hatte.

Dem Gesetz des Staates und der Kirche zuwider wurde im Mittelalter ein von der öffentlichen Meinung der Zeit als wucherisch bezeichneter Geldhandel getrieben, im 13. Jahrhundert von den Cahorsinern oder Kawertschen (Leuten aus Cahors), im 14. von den Lombarden. Die Mittel und Wege, durch welche sich diese den geistlichen Strafen entzogen, sind von besonderem Interesse, insofern sie die Entwickelung einer Theorie erkennen lassen, die in der Folge viel dazu beitrug, die Kraft des Wucherverbotes abzuschwächen, nämlich die Theorie des Interesses im ursprünglichen Sinne des Wortes. Nach dem römischen Recht konnte die eine von zwei vertragschließenden Parteien — gleichviel ob es sich um einen Verkauf, um einen Dienstvertrag oder um etwas anderes handelte —, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkam, nicht allein gezwungen werden, ihr Versprechen einzulösen

aber eine entsprechende Entschädigung zu zahlen, sondern sie war auch verpflichtet, die andere Partei für jeden ihr aus der Nichterfüllung der gegebenen Versprechungen etwa erwachsenden Verlust schadlos zu halten, d. h. für das aufzukommen, quod interest: nämlich für den Unterschied in der gegenwärtigen Lage des Betreffenden und der gegenwärtigen Lage des Betreffenden und der Gestaltung, welche seine Lage angenommen hätte, falls der Vertrag erfüllt worden wäre. Gesetzt den Fall, du hättest ein Pferd verkauft, führtest aber das Pferd dem Käufer nicht zur bestimmten Zeit zu, und angenommen, letzterer wäre ein Arzt und hätte dadurch, daß er außer Stande war, zu einem Patienten zu reiten, ein ihm etwa in Aussicht stehendes Honorar eingebüßt, so könntest du gezwungen werden, nicht allein das Kaufgeld zurückzuerstatten, sondern auch für den entstandenen Verlust aufzukommen. Die Rechtslehrer des frühen Mittelalters unterschieden die Fälle, in denen durch Nichterfüllung einer Verpflichtung Forderungen gestellt werden konnten, wegen eines damnum emergens oder eines lucrum cessans, d. h. wegen entstehenden Verlustes oder verhinderten Gewinnes. Und sie behaupteten, daß gleiche Forderungen mit vollem Rechte auch von einem Geldverleiher geltend gemacht werden könnten, sobald der Borger ein Darlehn nicht zur bestimmten Zeit zurückerstattete. Diese Lehre wurde, soweit der entstehende Verlust in Betracht kam, von den Scholastikern und Kanonisten schon frühzeitig angenommen; und Thomas von Aquino giebt zu, daß eine solche Entschädigung von Rechts wegen schon im Voraus vereinbart werden könne. Er sagt: „Ein Mann, welcher Geld ausleiht, kann, ohne zu sündigen, mit dem Gläubiger übereinkommen, von diesem für einen etwaigen Verlust Entschädigung entgegen zu nehmen .... Dies bedeutet nicht etwa den Gebrauch des Geldes verkaufen (nämlich Wucher treiben), sondern lediglich einen Verlust vermeiden". Der Anspruch auf Entschädigung bei Einbüßung eines Gewinnes konnte indeß von den Kanonisten nach ihren eigenen Grundsätzen nicht leicht anerkannt werden. Die Lehrer des kanonischen Rechts meinten nun, mit der Uebertragung der Münzen werde gleichzeitig das Recht abgetreten, diese zu benutzen und aus ihrem Gebrauche bestmöglichen Vortheil zu ziehen; sobald der Verleiher daher die Münzen aus der Hand gebe, verzichte er auf jeden Anspruch an dieselben: „Für den Verlust, der angeblich aus solchem Gelde erwächst, das keinen Gewinn bringt, kann keine Entschädigung gefordert werden", sagt Thomas von Aquino; „denn es soll Niemand etwas verkaufen, was er nicht erlangt hat". Es war daher für die Lehrer des bürgerlichen Rechtes lange Zeit hindurch schwer, das lucrum cessans als Grund für Entschädigung geltend zu machen, und sie wandten sich daher mit um so größerem Eifer der Betrachtung des damnum emergens zu. Sie begannen mit Aufstellung folgender Regel: „Es giebt kein Recht auf das Interesse ohne Verzug". Die Behauptung, daß die bloße Thatsache des Geldverleihens für den Verleiher einen Verlust oder eine Unbequemlichkeit einschließe, welche Entschädigung verlange, hätte sie mit der gesammten Lehre über den Wucher in heftigen Zwiespalt gebracht. Nur für den Fall, daß die zur Rückzahlung bestimmte Zeit verstrichen war, und der Schuldner immer noch nicht zahlte, erlangte der Gläubiger ein Recht auf mehr als die bloße Wiedererstattung der geliehenen Summe. Worin die Unbequemlichkeiten oder Verluste des wartenden Gläubigers etwa bestanden, ward nicht besonders klargelegt; die Rechtslehrer begnügten sich mit der bloßen Annahme von Fällen, in denen dem Gläubiger Verluste erwachsen konnten, wie z. B. durch sein Unvermögen, Steuern zu zahlen. Sie kamen indeß zu dem treffenden Schluß: da es einem Manne gestattet ist, eigenen Verlusten vorzubeugen, so darf er auch von Rechts wegen eine bestimmte Entschädigung für den Verlust vereinbaren, der ihm aus nicht rechtzeitig erstatteten Zahlungen erwachsen wird. (Schluß folgt.)

Zur Abwehr.

Entgegnung. Der „Badische Volksbote" vom 21. April schreibt über die Denunziationen, die sich gegen die Antisemiten richten: „Der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" ist es ganz besonders, der darin Hervorragendes leistet, so daß man ihn mit Fug und Recht als „jüdischen Denunzianten-Verein" bezeichnen kann."

Der „Badische Volksbote" hat sein Lügengeschäft noch immer nicht aufgegeben. Der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" hat niemals eine Denunziation beim Staatsanwalt eingereicht.

Aus dem antisemitischen Lager.

Antisemitismus in der Schule. In Erfurt ist es bei der Einführung eines neu ernannten Oberlehrers zu einer peinlichen Scene gekommen, deren Urheber der Director des Kgl. Realgymnasiums, Dr. Zange, ein ausgesprochener conservativer Parteimann mit antisemitischer Gesinnung, ist. Ein in allen Kreisen der Stadt hochangesehener jüdischer Lehrer, Dr. Pick, bekannt als Historiker und Alterthumsforscher, der bisher an einer höheren Handelsschule thätig gewesen, ist von der Kgl. Regierung zum Oberlehrer am Realgymnasium ernannt worden. Beim Wiederbeginn des Schulunterrichts nach den Osterferien benutzte nun der oben genannte Director den Einführungsact, um vor versammelter Schule seinen Unwillen über die Ernennung des neuen Lehrers Ausdruck zu geben. Der Herr Director erklärte nach der Vorstellung des Dr. Pick offen, daß er alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Hintertreibung der Wahl desselben versucht habe; selbst weite Reisen habe er nicht gescheut. Sein Streben sei jedoch erfolglos gewesen und Herr Dr. Pick zum Lehrer an der Schule ernannt worden. Er betrachte dieses als einen Mißgriff; die Zahl der jüdischen Schüler am Realgymnasium sei so klein, daß sich die Ernennung eines jüdischen Lehrers nicht rechtfertigen lasse. Trotzdem sei dieselbe erfolgt und könne er, der Director, heute nur noch den Wunsch aussprechen, daß Herr Dr. Pick stets unparteiisch handeln und in seinem Wirken als Lehrer Jesus Christus vor Augen haben möge. Diese sonderbare, den Oberlehrer Dr. Pick unzweifelhaft verletzende und seine Autorität als Lehrer untergrabende Ansprache hat bei der großen Mehrzahl der Zuhörer, bei Lehrern und bei Schülern, peinliches Aufsehen erregt. Der Herr Director übersah bei derselben offenbar ganz, daß er in seinem antisemitischen Eifer seine vorgesetzte Behörde einer Kritik unterzog und daß seine Ausführungen gegen den Geist und Wortlaut der preußischen Verfassung verstießen. Interessant ist es übrigens auch, daß die oben geschilderte Scene sich an einer Schule abspielte, deren Begründer und erster Leiter ein Jude, der noch heute verehrte Dr. Unger war, dessen Bild die Aula des Gymnasiums ziert, und dessen Grab bei der kürzlich stattgefundenen Jubelfeier des Bestehens der Schule officiell geschmückt wurde. Dr. Unger's Verdienste um die Schule und sein lauterer Charakter wurden bei der Jubelfeier vor kaum einem Jahre gepriesen und gefeiert, und das geschah, trotzdem der Verstorbene der jüdischen Religion angehörte. Sein Nachfolger aber hält es für angebracht, einen verdienten Schulmann anzugreifen, weil er Jude ist. Wo bleibt da die Logik?!

„Ein Deutschthum-Parasit" wird Dr. Friedrich Lange in der Aprilnummer des antisemitischen „Mod. Völkergeist" genannt (S. 57 ff.). Er sei der „Oberrabbiner" seiner Gemeinde und jüngst habe er durch Angriffe gegen Paasch und Ahlwardt bewiesen, daß er ein „richtiger Hebräeragent" sei. Dann folgt eine Charakteristik, der wir zum Lobe nachsagen müssen, daß sie völlig richtig ist:

Wo Herr Lange auf Einzelfragen zu sprechen kommt, faßt er sie völlig vergner und rückständig an, gewöhnlich aber drückt er sich mit seinem allgemeinen Phrasendunst um die bestimmte Beantwortung herum. Besonders volkswirthschaftlich ist er ein Ignorant. So schimpft er, wohlgemerkt immer im allgemeinen, auf die Börse und kokettirt mit dem Bunde der Landwirthe; wie aber in jeder Einrichtung sich eine sozusagen gesellschaftstechnische mit einer politisch-personalistischen Seite vereinigt findet, davon hat er nicht die geringste Ahnung. Grade die Behandlung der politisch-wirthschaftlichen Einzelfragen ist das Allerschwerste. Hier macht Herr Lange sich aber die Sache bequem und ruft einfach nach dem „sozialen Königthum". Je mangelhafter aber die Einzelkenntnisse sind, über die Herr Lange verfügt, — jeder gewöhnliche Interessenpolitiker, der ernstgenommen werden will, muß bedeutend mehr davon aufzuweisen haben, — desto eingenommener von sich selbst zeigt er sich. Er glaubt, daß die Welt sich den Kopf darum zerbreche, ob er Idealist und Schwärmer oder ein raffinirter Geschäftspolitiker sei. Wer jedoch die Schreibereien des Herrn Lange länger liest, dem muß Idealismus und Schwärmerei gründlich vergehen, es bleibt also nur der Geschäfts- und Eitelkeitspolitiker übrig, wenn auch kein raffinirter, sondern ein recht plumper.

Schließlich erklärt der antisemitische Verfasser: Dr. Langes „Weisheit über das deutsche Wesen scheint uns stark nach Hebräerthum zu schmecken."

Das muß sich der Deutschthümler par excellence sagen lassen!!

Die „Staatsbztg." ist wieder einmal hereingefallen. In ihrem Feuilleton weist sie nach, daß der Schriftsteller Franz Koppel-Ellfeld für eins seiner Werke ein Buch von Max Maria v. Weber ausgeschrieben hat. Das wäre an und für sich löblich, aber hinter den Namen „Koppel" macht sie ein Ausrufungszeichen und spricht von anderen „jüdischen Autoren", die sich ähnlicher Plagiate schuldig gemacht haben. Nun ist Dr. Franz Koppel-Ellfeld, der Dramaturg der Dresdener Hofbühnen, der Sohn eines verstorbenen höheren königlich württembergischen Hofbeamten. Der Beiname Ellfeld rührt von dem Städtchen Ellfeld aber auch Eltville a. Rh., Kreis Rüdesheim, her.

Von der „Antisemitischen Volkspartei" in Berlin war, wie die „Post" berichtet, auf den 20. April eine „große öffentliche Volksversammlung" einberufen, die von etwa 80 Personen besucht war; am Eingang wurde jedem Besucher ein von Karl Paasch in Zürich herausgegebenes Flugblatt „Aufruf aus der Verbannung an alle Patrioten Deutschlands" überreicht. Der Referent, Redacteur Hans v. Mosch-Hamburg, machte für den schlechten Besuch der Versammlung die Anschlagsfirma Nauck u. Hartmann verantwortlich. Er habe sprechen wollen über „Die Rechtlosigkeit des deutschen Volkes unter der Oberherrschaft des Judenthums, den Kampf und die Kämpfer für Sitte, Religion und Ordnung." Die Censoren von Nauck u. Hartmann hätten aber erklärt, daß das Wort „Jude" auf den Anschlagssäulen nicht gebraucht werden dürfe; der erste Satz habe also gestrichen werden müssen. Im Uebrigen seien, ob Zufall oder andere Umstände im Spiele gewesen seien, wisse er nicht, die Placate durchweg an der Front nach dem Fahrdamm angebracht worden, wo sie fast unbeachtet gelassen würden. Es werde, so führte der Redner dann des Längeren aus, bald wieder eine bessere Zeit für den Antisemitismus anbrechen. Es gelte nur, die Bewegung bis zur Wahlperiode durchzuschleppen, dann werde es wieder volle Säle und brechendvolle Galerien geben. Der Verbandsvorsitzende Friedrich W i t t e — Gastwirth B a b e l, der als Einberufer auf den Placaten genannt war, war nicht anwesend — erklärte, die leidigen Streitigkeiten in der Partei selbst hätten diese stark zurückgebracht. Des in der neuen Welt herumreisenden Führers der Partei, des Reichstagsabg. A h l w a r d t, wurde mit keinem Worte von den Rednern Erwähnung gethan.

Aus Delitzsch wird uns geschrieben: Die Thätigkeit des hiesigen „deutsch-sozialen Reformvereins" bestand in der letzten Zeit darin, an die Eltern hiesiger — ob auch auswärtiger ist mir nicht bekannt — Confirmanden Flugschriften des Inhalts zu versenden, zur c h r i s t l i c h e n Confirmation nicht die Confirmandenanzüge 2c. in j ü d i s c h e n Geschäften zu kaufen. Es ist bei den hiesigen Antisemiten Brauch, daß die Persönlichkeiten, die an der Spitze der Bewegung stehen, mit „echtdeutschem" Muthe „öffentlich" aus gewissen Gründen nicht als „Führer" hervortreten, und so weiß denn auch Niemand so recht, wer der Absender der oben gekennzeichneten „F l u c h blätter" (im wahren Sinne des Wortes) ist. Nur der Gummistempel mit seiner prahlerischen Aufschrift verräth den Absender, der im Geheimen seine vergifteten Pfeile abschießt. Früher hatte der hiesige antisemitische Verein noch den Muth, um die Weihnachtszeit und bei anderen Gelegenheiten ö f f e n t l i c h an den Anschlagsstellen gewisse Mahnrufe an die „c h r i s t l i c h e Frau" 2c. 2c., nicht bei Juden zu kaufen 2c., bekannt zu geben. Hierbei mußte er aber erfahren, daß man sich über derartige Experimente nur lustig machte. Und seitdem man in den öffentlichen Versammlungen nur recht we ig Zuspruch von Seiten des Publikums mehr hat, verlegt man sich immer mehr und mehr auf die g e h e i m e Agitation. Daß man damit mehr Erfolg haben wird, ist entschieden zu bezweifeln. Unsere Delitzscher Bevölkerung ist denn doch zu verständig, um sich dauernd verhetzen zu lassen. Die ganze hiesige antisemitische Bewegung ist seit geraumer Zeit in stetigem Niedergange begriffen, und so wird es auch jedenfalls weiter gehen, trotzdem es den Anschein hat, als wollten die hiesigen Antisemiten bei den nächsten Reichstagswahlen mit einer Sondercandidatur vorgehen.

× **Aus Baden.** Redacteur S c h w a i g e r und Verleger B a u e r vom „Badischen Volksboten" standen am 16. April wieder einmal vor Gericht und zwar vor dem Schwurgericht zu Mannheim, angeklagt wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuches und §§ 20 und 21 des Preßgesetzes. Sie hatten einen Artikel des in München erscheinenden „Deutschen Volksblattes" aufgenommen, in dem u. A. vom R i t u a l m o r d und vom „K n i c k e r", der jedem über den dritten Sabbath hinaus bettlägerigen Juden das „Genick breche", erzählt wurde. Die Geschworenen s p r a c h e n die Angeklagten f r e i; wobei sicher mitgewirkt hat, daß der um Recherchen in München ersuchte Amtsrichter erklärt hatte, er fände nichts Strafbares in dem Artikel.

Ob es zweckmäßig ist, solche Anklagen gestützt auf § 166 des St.-G.-B. zu erheben, es angebracht ist, etwa gar die Staatsanwaltschaft dazu anzuregen, möchten wir entschieden verneinen.

Wäre es überhaupt schon besser, den § 166 aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen, nachdem sich wiederholt gezeigt, welcher Mißbrauch mit demselben getrieben werden kann und wie er unter Umständen die Kritik krassen Aberglaubens hindert, so ist dieser Paragraph schon ganz unzweckmäßig, wo Geschworene zu urtheilen haben. Je nach der Confession und dem Festhalten an deren Bräuchen und Mißbräuchen wird das Urtheil ausfallen.

Daß aber bei solchen Prozessen die antisemitischen Redacteure stets betonen, sie kämpften nicht gegen eine Religionsgemeinschaft oder gegen eine Religion, sondern nur einen politischen Kampf, klingt doch geradezu lächerlich und wird immer lächerlicher je häufiger es vorgebracht wird. Wenn man gegen eine Rasse kämpft, dann kommt es doch gar nicht auf die Religion und Religionsbräuche eines Theiles derselben an und wenn diese Bräuche auch nicht erlogen wären, wie die Ritualmorde.

Wenn der christliche Semit oder der freireligiöse Semit ebenso der Feind ist, wie der orthodoxe Jude, wozu dann immer wieder das Aufwärmen der Schauergeschichten?

Daß die freisprechenden Erkenntnisse Wasser auf die Mühle der Freigesprochenen sind, sollten die Staatsanwälte doch endlich einsehen und den Kampf auf andere Weise zum Austrag kommen lassen als vor dem Schwurgericht.

In der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Osnabrück ist der bisherige Abg. Wamhoff (national-liberal) mit 14040 Stimmen gegen den Welfen v. Schele mit 13425 Stimmen gewählt worden.

Zu der antisemitischen Candidatur im Wahlkreise Neu-Ruppin—Templin hatte das „Volk" gemeldet: „Zuerst war mit einem Großbestillateur verhandelt worden, jetzt ist der Kaufmann und Ackerbürger Emil Schükert als Candidat der deutsch-sozialen Reformpartei aufgestellt." Hierzu bemerkt die „Neu Ruppiner Zeitung": „Eine köstliche Ironie liegt in diesen paar Worten. Es ist thatsächlich zuerst mit einem Großbestillateur verhandelt worden, nämlich dem Herrn Emil Schükert zu Neu-Ruppin. Aber der Charakter „Großbestillateur" erschien wohl nicht ausreichend für die Agitation, und flugs wurde der Kaufmann und Ackerbürger Emil Schükert als Candidat aufgestellt; das Köstlichste ist nun, daß der Großbestillateur und der Kaufmann und Ackerbürger Emil Schükert ein und dieselbe Person sind.

Dem antisemitischen Reichstagsabg. Köhler, Vertreter für Gießen, ist die Postagentur Langsdorf übertragen worden. Von der Entscheidung des Reichstags, ob darin die Annahme eines besoldeten Reichsamts im Sinne des § 21 der Reichsverfassung zu erblicken ist oder nicht, wird abhängen, ob der Abg. Köhler sein Mandat niederzulegen hat oder in dessen Besitze verbleibt.

Ahlwardt in Amerika. Nach der „Newyorker Staatsztg." hatte sich Ahlwardt am 7. April in Hoboken, in der fast ausschließlich von Deutschen bewohnten Schwesterstadt der amerikanischen Metropole, wegen Bedrohung mittels Revolvers zu verantworten. Ahlwardt ließ durch seinen Secretär beziehungsweise Dolmetscher den Einwand erheben, er habe sich nach seiner Kenntniß der Landesgesetze zum Tragen einer Schußwaffe für berechtigt gehalten. Was die Bedrohung anlange, so habe er sich in der Nothwehr befunden, da er auf dem Wege nach dem Versammlungslocale thätlich von verschiedenen Excedenten angegriffen worden sei. Der Untersuchungsrichter nannte Ahlwardt ein „gemeingefährliches Subject", geißelte scharf, daß er überall Ruhestörung verursache, wo er hinkomme, vertagte aber behufs weiterer Beweiserhebung die Verhandlung und stellte Ahlwardt mit 300 Dollars, welche Summe für ihn ein Restaurateur verauslagte, unter Sicherheit, um die Garantie seines Erscheinens zum Termin zu haben.

Uebrigens besitzt Ahlwardt trotz seiner zunehmenden Verlumptheit noch immer Anhänger und Freunde in Deutschland. Zu diesen gehört das Münchener „Deutsche Volksblatt", welches in seiner Nummer vom 19. April Ahlwardt als „Vorkämpfer" feiert. Seine Reise in die Vereinigten Staaten sei von den **lautersten Beweggründen** (!!) veranlaßt anzusehen. „Eines aber — fügt das Antisemitenblatt hinzu — lehrt Ahlwardts Amerikafahrt wieder, und dies ist wohl zu beherzigen, weil auch gerade wir solche Erfahrungen in Deutschland gemacht haben. Unter keinem von allen, die antisemitische Bewegung schädigenden Momenten hat diese mehr zu leiden als unter dem immer wieder vorkommenden Verrathe seitens Leuten aus dem eigenen Lager. Es schleichen sich eben in die Reihen der Antisemiten oft von Juden bezahlte oder sonstwie abhängige Creaturen, die anfangs ruhig sind, und wenn sie merken, daß sie festsitzen, beginnen, im Lager selbst die Einzelnen gegen einander aufzuhetzen, und wo es geht, Ränke zu schmieden und Verrath zu üben!"

— Für die Niederlegung seines Reichstagsmandates ist dem Abgeordneten **Ahlwardt** eine .... Abstandssumme von 5000 Mk. angeboten worden. Die Wähler des biederen Mannes haben sich bis jetzt vergeblich bemüht, ihn zur Rückkehr oder zur Niederlegung seines Mandates zu bewegen, und so kam man denn, wie eine Correspondenz meldet, auf den Einfall, ihm durch eine klingende „Entschädigung" den Verzicht auf die Würde eines Reichstagsabgeordneten leicht zu machen. Dieser Verlockung wird der ewig Geldbedürftige wohl kaum widerstehen können. Nach Eintreffen der von einem Notar zu beglaubigenden Verzichtleistung und nach Verkündigung derselben im Reichstage soll die Summe von 5000 Mark sofort von einem Newyorker Bankier an Ahlwardt ausgezahlt werden. Zu einer Erklärung über den Vorschlag ist ihm eine Bedenkzeit von 10 Tagen — nach Eintreffen des Briefes in Amerika — gegeben.

Wenn Zwei dasselbe thun. Die „Staatsbürgerztg." ist über den Berliner Bürgermeister Kirschner sittlich entrüstet, der das Wesen des Christenthums in der Menschenliebe erblickt und sich für einen besseren Christen als die Antisemiten hält. Ja wie kann man es auch wagen, am Ende des 19. Jahrhunderts solche ketzerischen Ansichten auszusprechen? Die „Staatsbürgerztg." schreibt: „Zunächst ist eine eigenartige Erscheinung und ein Zeichen der Zeit, daß Personen, die sich sonst um die christliche Lehre gar nicht kümmern, ja sogar Juden, meinen, competente Richter über das Wesen des Christenthums zu sein."

Nun, die „Staatsbürgerztg." wird zugeben, daß es für den Andersgläubigen viel schwerer ist, in das Judenthum als in das Christenthum einzudringen, denn das jüdische Schriftthum ist in einer Sprache niedergelegt, die nur den Fachgelehrten zugänglich ist. Wie kommt es nun, daß jeder Charlatan und jeder Ignorant sich anmaßt, über die jüdische Sittenlehre richten zu dürfen? In der Redaction der „Staatsbürgerztg" ist wohl kaum Jemand, der Hebräisch lesen oder gar den Talmud studiren kann. Wie kommt nun diese Zeitung dazu, jeden Tag die jüdische Sittenlehre zu schmähen? Ja, aber gegen die Juden schreiben und sprechen, das ist etwas anderes, das darf Jeder und je unwissender, desto kühner.

Vermischtes.

Otto Roquette, der in diesen Tagen in Darmstadt verstorbene Dichter von „Waldmeisters Brautfahrt", war zeitlebens ein Gegner des Antisemitismus und intim mit hervorragenden Juden befreundet. Wie Roquette auch einmal persönlich mit eingegriffen, um die Lage der Juden zu verbessern, wird im „B. Börsen-Cour." folgendermaßen erzählt: „In Rußland schlug man damals Juden todt, und ein Ukas beraubte die Hebräer ihrer Landgüter. Roquette, an den ich mich deshalb wandte, that Alles, was in seinen Kräften stand, um das Verhängniß abzuwenden. Es gelang ihm, zu bewirken, daß eine sehr hochgestellte Persönlichkeit eine diesbezügliche Bittschrift dem Czar persönlich übergab, da auf anderem Wege der Kaiser nicht zu erreichen war. Roquette, der für sich selbst nie eine Gunst beansprucht hatte, zauberte hier keinen Augenblick, da es galt, Unglücklichen beizustehen. Wahrlich, eine solche Selbstlosigkeit dürfte vergeblich ihresgleichen suchen!"

Jüdische Offiziere in der bayrischen Armee. Wie die Blätter melden, ist der Bataillonsadjutant Premierlieutenant Ortenau im 17. Infanterie-Regiment (Jude) zum Katholizismus übergetreten. — Die „Deutsche Armee Ztg." vom 4. April fügt hinzu: „Wir hatten bisher geglaubt, es sei einem Juden in der bayrischen Armee nur dann möglich, aktiver Offizier zu werden, wenn er sich vorher das Eintrittsbillet in die Gesellschaft" durch die Taufe gelöst habe. Zu unserer Ueberraschung vernehmen wir, daß dieses Billet gar nicht nöthig ist, beziehungsweise auch post festum erholt werden kann."

Dr. Lueger ist am 18. April zum vierten Male zum Bürgermeister von Wien gewählt worden. Auch jetzt dürfte die Bestätigung ausbleiben.

Wien, 21. April. Ein empörender Vorfall ereignete sich heute Abend in der Leopoldstadt. Zwei Burschen schimpften und lärmten auf offener Straße gegen einen Juden. Der Pferdehändler Glaser, der zufällig vorbeikam, ermahnte die Burschen zur Ruhe. Darauf versetzte einer derselben Glaser einen so wuchtigen Hieb auf den Kopf, daß dieser blutüberströmt zusammenstürzte und während der Ueberführung ins Spital starb.

Aus Rußland. Aus Tschernigow meldet der „Woschod", daß sämmtliche Behörden des Gouvernements angewiesen wurden, jene Städtchen, die keine selbstständigen Gemeindeverwaltungen besitzen, als Dörfer zu betrachten, in denen der Aufenthalt der Juden nicht geduldet werden darf. Nun sind im Gouvernement Tschernigow, wie das „Fr. Blatt" meldet, mehr als zweihundert Städtchen der bezeichneten Kategorie vorhanden, in welchen Juden seit mehr als dreihundert Jahren seßhaft sind. Die Handelskammer von Tschernigow hat zwar das Ackerbauministerium ersucht, mit Rücksicht auf die öconomischen Verwickelungen, welche die Ausweisung der Juden aus den Städtchen heraufbeschwören würde, auf die Rückgängigmachung der behördlichen Verordnung hinzuarbeiten, erhielt jedoch die Antwort, daß die Entscheidung darüber ausschließlich vom Ministerium des Innern abhänge. Letzteres aber lehnte die Einstellung der von den Tschernigower Behörden angeordneten Judenausweisung rundweg ab. Allein noch mehr, selbst in jenen Dörfern, in welchen den Juden der Aufenthalt gestattet wurde, sind während der letzten Zeit Anordnungen getroffen worden, die den Zweck verfolgen, die Juden zu verdrängen. Im Gouvernement Podolien z. B. ist unlängst an sämmtliche Dorfbehörden die Weisung ergangen, in den ihnen unterstehenden Dörfern Gemeinde-Lebensmittelmagazine zu errichten, in denen jeder Dorfinsasse die ihm nothwendigen Lebensmittel kaufen soll. Diese Maßregel war hauptsächlich darauf berechnet, jene jüdischen Dorfeinwohner zu treffen, die Victualienhändler sind. Aber wie auf Verabredung weigerten sich die Bauern der im Gouvernement Podolien z. B. liegenden Dörfer, ihren Bedarf an Lebensmitteln aus den Gemeindemagazinen zu decken. Sie erklärten einstimmig, daß die Juden ihnen gute Waare zu billigen Preisen liefern und ihnen auch Credit gewähren, was die Gemeindemagazine nicht thun. Die Gemeindemagazine mußten aus Mangel an Kunden gesperrt werden. Da ordnete die Behörde die Wiedereröffnung derselben an und führte den — Kaufzwang ein. Jeder Bauer, der seinen Bedarf an Lebensmitteln nicht in den Gemeindemagazinen decken wollte, wurde zu einer Geld-, manchmal sogar Arreststrafe verurtheilt. Die Bauern richteten hierauf eine Collectivbeschwerde an den General-Gouverneur von Kiew, in welcher ausgeführt wurde, daß die Gemeindemagazine, die angeblich deshalb errichtet wurden, um die Bauern vor der Ausbeutung der Juden zu schützen, in Wirklichkeit die bäuerliche Bevölkerung arg schädigen, da die Lebensmittel in denselben doppelt so theuer sind als bei den Juden. Obwohl nun der Gubernialverwaltung von Podolien aus Kiew bedeutet wurde, den Kaufzwang aufzuheben, fährt sie fort, die Bauern zum Abnehmen von Lebensmitteln aus den Gemeindemagazinen zu zwingen. Diese Behörde verfügte letzthin, daß in allen Dörfern neben jedem Victualiengeschäfte eines Juden ein Sotskij (Dorfpolizist) Aufstellung nehme, dessen Aufgabe es sein soll, die Bauern zum Einkaufe von Lebensmitteln bei Juden nicht zuzulassen. Der Correspondent der „Nedeljnaja Chronika" berichtet, daß er in den Dörfern Obrehowa, Chranowka und Kopaigorod diese seltsame Wache sah, die unter den Bauern große Unzufriedenheit hervorruft. Das Ergebniß dieser kleinlichen, aber in ihren Consequenzen furchtbaren Verfolgung ist, daß viele hunderte jüdischer Familien, deren Ehrlichkeit von den Bauern selbst bezeugt wurde, an den Bettelstab gebracht werden.

Mit dem Zwist zwischen Stöcker und dem Obersten v. Krause, insbesondere mit der Schrift des Letzteren gegen Stöcker, hat sich am 17. April der Parteirath des Wahlvereins der Berliner Conservativen in fünfstündiger Sitzung beschäftigt. Das Ergebniß der Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution: „Der Parteirath des Berliner Conservativen Wahlvereins hält in allen Punkten fest an der Einigkeit der Partei. Der Parteirath hat die Broschüre des Obersten von Krause nicht veranlaßt und identificirt sich damit nicht. Er muß jedoch die Angriffe, die auf dem christlich-sozialen Parteitag gegen die Conservativen gefallen sind, durchaus mißbilligen." Ein Antrag des Oberverwaltungsgerichts-Raths Hahn, die Mißbilligung über die Krausesche Schrift auszusprechen, wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Staat und Religion. Einem schlesischen Blatte zufolge ist in Breslau ein Brief Friedrichs des Großen an die Kaiserin Maria Theresia aufgefunden worden, welcher die Frage nach den Besitzrechten der Jesuiten auf die schlesischen höheren Schulen behandelt. Die Correspondenz wurde gleich nach dem siebenjährigen Kriege geführt, als die Provinz Schlesien unter preußische Herrschaft kam. Nachdem sich Friedrich über verschiedene belanglose Maßnahmen ausgesprochen, die nicht im Sinne der Kaiserin getroffen waren, äußerte er sich wie folgt: „Nun zweifle ich keineswegs, Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät werden mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, und von mir glauben, daß die Rücksicht auf Religiöse Vortheile bei mir weder in Administration der Justiz noch in Distribution der Gnaden den allergeringsten Eindruck mache. Von meinen Unterthanen fordere ich weiter nichts als Bürgerlichen Gehorsam und Treue. So lange sie herunter ihre Pflicht beobachten, erachte ich mich wiederum verbunden, ihnen gleiche Gunst, Schutz und Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, von was vor Speculativer Meinung in Religionssachen sie auch sonst eingenommen sein möchten. Diese zu beurtheilen und zu richten, überlasse ich lediglich demjenigen, welcher über die Gewissen der Menschen allein zu gebiethen hat, und von dem ich mir so verkleinerliche Vorstellungen nicht machen kann, daß ich glauben sollte, daß er zur Ausführung seiner Sache menschliche Assistenz von nöthen hätte, oder ihm angenehm sein könnte, wenn man ihm hierunter, es sei durch Gewalt, oder durch Kunstgriffe, oder andere, indirecte Wege beförderlich zu sein vorbildet".

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Kaufmann Meyer in Hannov. Münden sind wir in der Lage, eine Autobiographie seines Vaters abzudrucken, der in der westfälischen Armee gedient und in Spanien und Rußland für Napoleon gefochten hat. Die schlichten Schilderungen werden vielleicht nicht nur interessiren, weil der Verfasser Jude war, sondern weil sie für jeden, der den Gang der Geschichte gern auch am Schicksal einzelner Individuen verfolgt, eine Fülle anregenden Materials enthalten.

Jacob Meyer, von dem die nachfolgenden Aufzeichnungen herrühren, wurde im Jahre 1786 in dem Marktflecken Adelebsen bei Göttingen geboren. Mißhelligkeiten in der Familie, Wißbegierde und Freiheitsliebe trieben den Jüngling dazu, nachdem er kaum die Schule verlassen, in der Welt sein Glück zu versuchen. So kam er nach Marburg, Frankfurt a. M., Hamburg und Hannover, wo er bei seinem Oheim, der Lieferant für die französische Armee in Mölln war, zuerst einen Einblick in das Soldatenleben gewinnen konnte. Der begeisternde Zuspruch eines Lehrers und sein

Freiheitssinn ließen ihn seinen Wunsch, in das Militär einzutreten, zur Ausführung bringen. In jener Zeit war gerade das dritte Linien-Inf.-Regiment, von Braunschweig kommend, in Cassel, der Residenz des Königs Jerome Napalean, eingerückt. Er meldete sich bei dem Capitain van Meyern als Valontär und wurde dald in die 3. Compagnie des 1. Bataillons eingereiht. Unser Held schreidt nun:

„Ich wendete allen möglichen Fleiß an, um bald exerciren und den Garnisan- und Felddienst kennen zu lernen, so daß ich schon nach Verlauf van drei Manaten Corporal wurde. Der gute Kapitain wurde mir täglich gewogener und gab mir Gelegenheit, mit der Administratian der Compagnie mich zu deschäftigen, da ein nachlässiger Sergeant-Mojor, ein Herr van O—n, seinen Dienst sehr vernachlässigte, so daß ich die täglichen Rapports abstatten und mehreres in der Abwesenheit des Sergeant-Majors machen mußte.

Es wurde um diese Zeit den Kapitains in einer Regiments Ordre aufgegeben, daß jede Compagnie ein Habillements-Buch in drei Tagen fertig haben solle. Unser Hauptmann fragte mich, ob ich es wohl wagte, ein solches Buch nach dem vorgelegten Schema, in der vorgeschriebenen Frist zu aerfertigen, indem er defürchtete, daß der Sergeant-Mojar, welcher gerade zu jener Zeit Arrest hatte, solches nicht fertig liefern würde. Ohne mich lange zu bedenken, übernahm ich diese nicht leichte Aufgabe und glücklicherweise vollendete ich sie schan am andern Tage. Am dritten Tage übergab ich die Arbeit dem Kapitain, welcher sehr damit zufrieden zu sein schien; auch hatte ich bald die Freude, von ihm zu aernehmen, daß mein Buch für gut befunden sei, und ich wurde dafür von ihm beschenkt. Der Kapitain empfahl mich auch dem Präsidenten Jacobsan zu Kassel, welcher mich eines Morgens kommen ließ, mich ermahnte, dem Militärdienst treu zu dleiben und mich mit einem Geldgeschenk freundlich entließ.

In dieser Zeit dekam unser Regiment einen Franzasen, Namens Danlup Verdun, zum Obristen, welcher vermuthlich die Veranlassung gad, daß unser Regiment bei jedem Bataillan eine Grenadier- und Valtigeur-Compagnie erhielt. Gegen meinen Wunsch wurde ich als Corparal bei der 1. Valtigeur-Campagnie angestellt.

Mein Kapitain, aus dessen Campagnie ich ungern trat, empfahl mich aber alsdald meinem neuen Kopitain Herrn van Lindener, einem sehr strengen, ader Gerechtigkeit liebenden Manne. Von unserm neuen Sergeant-Mnjor, Namens Scharnikhausen, und dessen Frau, einem bitterdösen Weibe, hatte ich manche Widerwärtigkeiten zu erdulden, wurde ader bald zu meiner großen Freude, durch einen Regiments-Befehl zum Sergeanten bei der 3. Campagnie des 3. Bataillans, welche der sehr brave Kapitain v. Pawel cammandirte, ernannt."

Bald erhielt sein Regiment den Befehl, nach Spanien zu marschiren. Der Weg führte über Fulda, Hanau, Mainz, Weißenburg, Metz, wo das Regiment drei Wochen in Kasernen lag, dann ging es weiter über Nancy, Colmar, Besançon, nach Chalans, wa die Divisian auf platten Fahrzeugen die Rhane bis Lyon hinabgeführt wurde, und dann nach kurzem Aufenthalt nach Bourg.

„Die Colonne setzte sich nach Nismes in Marsch, in welcher schänen Stadt ich zufällig in das Haus eines portugiesischen Glaudensgenossen, Namens Saloedoir, eines sehr reichen und angesehenen Mannes, eingeführt wurde. Bei einer fröhlichen, durch reichlichen Wein und die Gegenwart zweier schöner Mädchen aufgeheiterten Mahlzeit entspann sich auch ein Gespräch über unsere Religion und zu seiner sehr großen Freude vernahm mein Wirth, daß ich aus dem Leaitengeschlecht adstamme. Der gute Mann, der einen 16jährigen Sahn durch den Tod verloren hatte, machte mir das Anerbieten, daß ich dei ihm bleiben mächte, mein Sinn beharrte ader darauf, trotz aller Warnung var dem Klima, welches auf mich üdel einwirken würde, nach Spanien zu marschiren. Ich zog die gefahrvollere, glänzendere Laufbahn jeder anderen var. Wir zogen nun nach Montpellier und Bezieres, passirten Nardonne und gelangten nach Perpignan. Hier wurden den Truppen einige Rasttage zur Erholung und zur Empfangnahme der Feldgeräthschaften und Munition vergönnt. Indessen erhielt jedes Regiment die Anweisung, daß die 3. Bataillone, welche das Depot bilden sollten, in Perpignan bleiden sollten. Ein Todesschrecken überfiel mich, als ich den Befehl las, daß ich nicht mit üder die Pyrenäen marschiren sollte. Ich suchte einen alten Sergeanten, namens Aumann, welcher früher in holländischen Diensten gestanden und schan Feldzüge mitgemacht hatte, zu überreden, mich an seiner Statt nach Spanien marschiren zu lassen; zu meiner Freude willigte derselde gern ein. Auch wurde mir die Einwilligung des Obristen zu Theil, welcher mir zwar vorstellte, daß ich es in Perpignan desser hätte, ich versicherte aber, daß ich alle Schicksale mit meinen Kameraden zu theilen willens sei. Ich wurde noch denselben Tag zur 3. Compagnie des 1. Bataillans versetzt."

Am 4. Mai 1808 rückte die Division bis Bullo vor, einem Dorf am Fuße der Pyrenäen. Von hier aus ging es nach Bellegarde, Bascarra, von wo aus sich ein herrliches Panarama auf die Pyrenäen, das mittelländische Meer und die lachenden Thäler darbot. „Schade ist es, daß dieses sa schäne Land von einer so verstackten, schlechten Menschenclasse dewohnt ist!"

„Den 8. Mai nahm unsere ganze Division Stellungen ein diesseits Sargo und Pontmajo, zwei durch eine steinerne Brücke über den Ternanefluß aerbundene Därfer. Die beiden Dörfer wurden von unseren Truppen genommen und der Feind dis unter die Kanonen der Citadellen von Gerone zurückgeschlagen. An diesem Tage wurde ich von meinem Kapitain auf die Probe gestellt, die Reihe auf Piquet war nach nicht an mir und doch mußte ich auf Veranlassung meines Kapitains mit neun Mann und einem Corporal diesen Posten desetzen. Ich war kaum eine halde Stunde auf Piquet angelangt, als der Feind in Masse dis auf Kanonenschußweite vorrückte. Während ich dieses dem Hauptpiquet rapportirte, degann alsdald das kleine Gewehrfeuer der Tirailleurs van Seiten des Feindes, ich dlieb indessen treu auf meinem Pasten, bis unsere Truppen über den Berg uns zu Hülfe kamen; dei diesem meinem ersten Vorpostengefecht hatte ich zwei Verwundete, von denen der Stellvertreter Klara schwer verwundet war. Ich mag es nicht leugnen, daß ich in der ersten Stunde, wo die Spanier mit zwei Kanonen jenseits des Flusses auf uns herüderfeuerten, ängstlich wurde, ader das Ehrgefühl und die Gefahr, welche vielleicht entstanden wäre, wenn ich meinen Posten verlassen hätte, hielten mich fest auf der Linie, bis ich von unseren Voltigeurs, welche mit dem Feind handgemein wurden, unterstützt wurde. Die schreckliche Sonnenhitze und das deständige Feuern machte mich zuletzt kaltdlütiger, so daß mich endlich ganz alle Furcht verließ. Noch denselben Tag wurde Gerana von zwei Seiten cernirt. Den falgenden Tag vereinigten sich die zwei Regimenter Bergischer Truppen und zwei Regimenter Würzburger mit uns in einem Lager."

Die französischen Truppen rückten zu einander, um Gerana zu delagern, eine Belagerung, die durch die Angriffe der Insurgenten von Außen und das Kanonenfeuer von der Festung ungeheuere Verluste zeitigte. Neun Monate lang währte die Belagerung, die den größten Theil der Elite-Truppen dahinraffte.

„Ich erhielt durch einen von der Mühlenmauer abgeschossenen Stein eine Contusion an der linken Backe, wovon mir eine Narbe üdrig gedlieden. Mit meiner Gesundheit ging es noch ziemlich gut, es fehlte mir noch nichts. Unser Sergeant-Major, Fourier und zwei Sergeanten waren schon

im Hospital, wodurch der Dienst bei unserer Campagnie sehr erschwert wurde.

Im Anfang September 1808 wurde unser Lager von 5—6000 Insurgenten bei Tage überfallen; was sich nicht retten konnte, wurde vom Feinde niedergemacht, unsere meisten Soldaten waren auf Piquet und Arbeits-Commando, es wurden uns mehrere im Lager liegen gebliebenen Kranken in den Hütten verbrannt und manche getödtet, welches Schicksal auch dem Lieutenant Hoizschuh, einem bejahrten guten Offizier, widerfuhr. Unser leichtes Bataillon hielt die Ueberfallenden so lange auf, bis der General Pino mit seiner Division uns zu Hülfe eilte und den Feind weit ins Gebirge verfolgte. Die Besatzung von Gerona verhielt sich zu unserm Glücke diesen Tag ruhig, obschon die Insurgenten Lebensmittel hineinschickten.

Tag und Nacht wurden wir fortwährend vom Feinde beunruhigt, jeden Morgen und Abend standen unsere Truppen unter Gewehr, öfters wurden uns Leute, welche kaum eine Viertelstunde vom Lager sich entfernten, um Weintrauben zu holen, todtgeschossen. So fand ich zwei Soldaten von unserer Compagnie, welche heimlicher Weise das Lager verließen, nicht weit davon todtgeschlagen und ausgezogen, wobei ich sehr bald in Gefahr gerieth, ein ähnliches Schicksal zu haben, wenn ich mich nicht früher aus dem Staube gemacht hätte. Im Anfang October 1808 wurden die Lagerstellen gewechselt, unser Regiment mußte eine Stunde rückwärts nach Medina hin ins Lager marschiren. Der Regen fiel an diesem Tag in Strömen herab, ich war schon einige Tage zuvor unwohl, und als den folgenden Tag unser Bataillon zum Recognosciren ins Gebirge ausrücken wollte, fiel ich rückwärts nieder, es wurde mir schwarz vor den Augen, ein brennender Durst stellte sich bei mir ein, ich lag ganz bewußtlos und hörte nicht, daß unsere Truppen ausgerückt waren.

Ich mochte wohl eine Stunde ohne Bewußtsein zugebracht haben, als ein befreundeter Sergeant unserer Compagnie, Altenberg, vom Piquet zurückkam und mich in dieser Lage fand, er suchte mich mit Weinessig wieder zu ermuntern, ich kam wieder zur Besinnung und bat ihn, mich nach Sarga zu bringen, wo das Hauptquartier des Marschalls Angerau war. Freund Altenberg mußte mich mehr tragen als führen; es war mir unmöglich, bei der schrecklichen Hitze, dem brennenden Durst und bei einer großen Schwäche mich aufrecht zu erhalten, endlich erreichten wir nach dreistündiger Anstrengung Sarga, wo mich mein Freund für todt auf der Straße liegen lassen mußte. Als ich wieder zur Besinnung kam, lag ich vor einem von einem Franzosen dort etablirten Kaffeehause auf etwas Stroh, wo ich zu meiner Freude unsern Aide-Major, den sehr menschenfreundlichen Doctor Gegel aus Cassel, mit mir beschäftigt sah, derselbe reichte mir Limonade, welches Getränk mich wieder ins Leben zurückbrachte. Der Doctor sagte zu dem Sergeanten Altenberg, daß er dafür sorgen möchte, daß ich noch denselben Tag nach Figueras ins Hospital gebracht würde. Zu meinem größten Glücke war aber der Convoi schon einige Stunden früher abgegangen. Denselben Abend traf bereits die schreckliche Nachricht im Hauptquartier ein, der Convoi sei von den Feinden überfallen, die Kranken und Verwundeten, welche sich auf 300 beliefen, auf das Schrecklichste umgebracht, bei welcher Gelegenheit wir den braven Capitain Binder vom 2. Bataillon unseres Regiments verloren. Obgleich ich meiner Besinnung noch nicht vollkommen mächtig war, so dankte ich doch meinem Schöpfer, daß ich noch nicht mit fortgekommen war. Es wurden nun aber vom Marschall Angereau Maßregeln ergriffen, daß in der Folge nicht so leicht ein Unglück wieder sich ereignen konnte, es wurden nämlich jede Stunde von Gerona bis Perpignan Piquette von 50 bis zu 100 Mann an der Straße auf Anhöhen mit Verschanzungen aufgestellt, dazu wurde den Convois jedesmal ein Bataillon mit zwei Haubitzen zur Escorte beigegeben, welches auch fernerhin die besten Folgen hervorbrachte.

Erst den vierten Tag wurde ich mit einem Transport nach Figueras abgeführt, wo ich einige Tage in einer elenden Krankenanstalt auf einem Strohsacke liegen mußte."

In angestrengten Eilmärschen rückten die Heeressäulen vor, bis sie endlich unter den größten Entbehrungen, nachdem Hunger und Krankheiten schon Viele hingerafft hatten, in der Mitte des Monats August das brennende Smolensk erreichten.

„Unsere Armee lagerte sich rechts von der Stadt, es stiegen mehrere Rauchwolken aus der Stadt in die Höhe, worauf von allen Seiten Feuersbrünste wie ein Flammenmeer sich über Smolensk erhoben, welches wie ein feuerspeiender Berg aussah. Es war in der Nacht so hell im Lager, daß man jeden kleinsten Gegenstand wahrnehmen konnte. Das Knacken des kleinen Gewehrfeuers hörte die ganze Nacht nicht auf. Den 19., als die Franzosen Smolensk genommen, kam es einige Stunden davon, jenseits, zur Schlacht, wo es unser Armeecorps ganz allein mit dem russischen Armeecorps unter dem Fürsten Bangratio abgesondert zu thun bekam. Beide Armeen waren durch ein morastiges Thal, welches meist mit Ellernbüschen bewachsen war, getrennt, unsere ganze Artillerie war in Bewegung und brachte die russische bald zum Schweigen. Die feindlichen Jäger kamen im Sturmschritt den Berg heran, wurden aber wieder zurückgeschlagen, gegen Abend zogen sich die Feinde zurück, es blieben beiderseits viele Menschen, besonders hatten unsere Jäger-Carabiner sehr gelitten und den Verlust ihres braven Bataillons-Chefs v. Hesberg zu bedauern."

(Schluß folgt.)

Sprechsaal.

Man schreibt uns: Bei der Besprechung der Schrift „Vor dem Sturm" (s. S. 128 der „Mittheilungen") fällt Prof. Steinthal in denselben Fehler, den Sie mit Recht dem Verfasser der Schrift, Dr. Bernhard Cohn, vorhalten. Für die Zugehörigkeit zu einer Partei dürfen nie persönliche Interessen entscheidend sein. Die Dankbarkeit, wenn auch unzweifelhaft lobenswerth, ist persönlich, sie geht von der Person des Dank-Empfindenden aus. Für den Anschluß an eine politische Partei dürfen indessen nur sachliche Gründe maßgebend werden. Es ist natürlich, daß jeder Jude für Männer, wie Virchow und Rickert, Dankbarkeit empfindet. Das ist aber noch kein Grund, sich einer bestimmten und zwar ihrer Partei anzuschließen. Noch dazu gehören Rickert und Virchow nicht der gleichen politischen Partei an. Ich glaube auch nicht, daß Männer, wie Rickert, von derartiger politischer Gefolgschaft Freude hätten. Die Herren sind nicht „Philosemiten", das heißt, sie treten für die Juden, nicht der Juden wegen, sondern aus ihrer liberalen Weltanschauung heraus, ein. Und deshalb würde ihnen auch eine politische Gefolgschaft aus Gründen persönlicher Dankbarkeit statt sachlicher Ueberzeugung nichts weniger als angenehm sein. Das richtige ist also, wie Sie selbst hervorgehoben haben, daß die Juden in der Politik ihrer Ueberzeugung folgen. Und es scheint nur eine der übeln Folgen des Antisemitismus — als einer gegen bestimmte Personen gerichteten, unsachlichen, Bewegung zu sein, daß sie hüben und drüben zu persönlicher Stellungnahme, anstatt zu sachlichen Entscheidungen und Urtheilen, führt.

R.

Briefkasten.

W. G. in B. Die amerikanischen Antisemiten erklären, der Antisemitismus sei international. Und dabei haben dieselben Herren den Muth, den Juden internationale Gesinnung vorzuwerfen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 18. Berlin, den 2. Mai 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4 gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Ein Jubiläum der Emanzipation.

Holland ist seit drei Jahrhunderten als der Zufluchtsort der sonst überall verfolgten Juden bekannt und es erscheint uns kaum glaublich, daß auch in diesem Lande der Freiheit das hundertjährige Jubiläum der Emanzipation erst in diesem Jahre eintritt. Und dennoch ist es so, am 16. Mai 1796 wurde die Bestimmung über die religiöse Freiheit in die Verfassung der Niederlande aufgenommen, von deren Gültigkeit an erst die Juden dieser Staaten völlig frei und gleichberechtigt wurden.

Als die Juden 1573 nach Holland kamen, war dies Land freilich für sie ein Ideal von Toleranz, denn sie durften ungestört ihre Geschäfte treiben, sie durften sogar ihren religiösen Pflichten nachkommen, ohne irgend welche Beschränkungen zu erleiden. Aber die bürgerlichen Rechte blieben ihnen doch immer versagt und obwohl sie auf das eifrigste und herzhafteste für ihr neues Vaterland eintraten, seine Schlachten mitkämpften und in den Colonien eines der wichtigsten Culturelemente waren, gelangten sie doch nicht in die Verwaltung des Heimathlandes, sie hatten keinerlei politisches Stimmrecht und selbst im Colonialdienst waren die obersten Stellungen ihnen verschlossen. Dagegen besaßen sie in ihren inneren Angelegenheiten die vollste Unabhängigkeit, eine sehr weitgehende Selbstverwaltung und die ursprünglichen Ansiedler, die spanischen Juden, hatten sogar gegenüber den später gekommenen deutschen und polnischen Glaubensgenossen eine Reihe bedeutender Vorrechte. So bildete sich in den jüdischen Gemeinden eine Art von Aristokratie heraus, die ihre Spitze in den Parnassim in Amsterdam fand, die sich fast unbeschränkter Machtvollkommenheit erfreuten. Diese seltsame Situation dauerte bis zum letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts fort, die Juden befanden sich gegenüber ihrer gedrückten Situation ganz wohl dabei, und die Holländer hatten sich über die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge nicht zu beklagen.

Aber mit der fortschreitenden Entwickelung aller Länder begannen auch in Holland sich neue Ideen zu regen und die Juden fingen an, sich nach den politischen Rechten zu sehnen. Nicht lange, so bildeten sie eine Gesellschaft, die den Namen Felix Liberate führte, und als die französische Revolution ausbrach und sich bald auch Hollands bemächtigte, da gingen sie daran, bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung auch die Juden in Erinnerung zu bringen. Schon hatte man am 29. März 1796 sich mit einer Petition an die neugewählten Generalstaaten gewendet, um auch in dem Grundgesetze der neuen bataviscben Republik einen Paragraphen einzufügen, der den Juden volle Gleichberechtigung gewährte. Indeß die Angelegenheit der Juden war der gesetzgebenden Kammer doch nicht so wichtig, wie ihnen selbst, zumal sich im Volke judenfeindliche Stimmen regten, viele eifrige Republikaner die Juden, als treue Anhänger der Oranier, mit Mißtrauen betrachteten und selbst unter den Juden wollten manche von der Neuerung nichts wissen. Da aber am 16. Mai 1796 in der Verfassung der Grundgedanke der religiösen Freiheit bereits niedergelegt war, so konnte es nicht mehr in Frage kommen, daß auch auf die Juden diese Bestimmung der Verfassung ausgedehnt werden mußte, und in der That arbeitete bald eine Commission die einschlägigen Bestimmungen aus, die dann am 2. September angenommen und am 20. September proclamirt wurden.

Hatte diese Emanzipation den bürgerlichen Rechten der Juden gegolten, so wurde im Jahre 1798 auch die jüdische Religion als gleichberechtigt anerkannt und davon in der Charte Vermerk genommen. Eine Commission, der hervorragende Juden angehörten, arbeitete ein Gesetz aus, das den Beziehungen zwischen dem Staat und den jüdischen Gemeinden zu regeln hatte und traf folgende Bestimmungen: Alle Reglements über den jüdischen Cultus, sowie die Ernennungen zu den Consistorien, sowohl dem Zentral-Consistorium, wie dem localen, bedürfen der Genehmigung des Cultusministers, dagegen werden der Religionsunterricht und die Rabbiner vom Staate financiell unterstützt. Diese Bestimmungen wurden erst 1848 etwas modificirt, als man unter dem Eindrucke der allgemeinen Freiheitsbewegung auch den einzelnen Religionen mehr Selbstbestimmungsrecht einräumte und ihnen allmählich volle Freiheit gewährte, ihren Cultus nach eigenem Ermessen zu regeln.

Die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in Holland ist seit ihrer Emanzipation nicht mehr ernsthaft angetastet worden. Schon kurze Zeit darauf wurden einige Juden zu Deputirten gewählt und auch in die Beamtencarriere gelangten sie bald, wie sie auch in Heer und Marine rasch zu bedeutenden Stellungen kamen.

Schon im Jahre 1861 wurde ein Jude, Ch. Godefroi, Justizminister; auch in anderen Berufen zeichneten sie sich aus und sind zahlreich an den Universitäten als Professoren, als berühmte Aerzte und Juristen, als Dichter und Schriftsteller, als Künstler und Lehrer zu Bedeutung gelangt. Jetzt leben in Holland ca. 100 000 Juden, wovon 40 000 sich in Amsterdam befinden, und sie haben allen Grund, mit ihrer Stellung im bürgerlicher Beziehung zufrieden zu sein.

Aber die Holländer ihrerseits erkennen auch an, und damit machen sie leider in der Neuzeit eine Ausnahme, daß die Emanzipation der Juden sich voll bewährt hat, daß aus ihnen nützliche und tüchtige Bürger geworden sind und daß dem Staate durch die Emanzipation eine Menge Intelligenz und materielle Kräfte zugeführt worden sind, die ihm sonst

verloren gegangen wären. Nach dieser Richtung hin bezeichnend sind die im Jahre 1842 dem Advokaten S. P. Lipmann von den obersten Beamten des niederländischen Staates geschriebenen Briefe, in denen das Betragen der Juden nach der Emanzipation einer eingehenden Beurtheilung unterworfen wird. Alle diese hohen Beamten äußern sich lobend über die Resultate der Emanzipation und es erscheint in heutiger Zeit sehr angebracht, auf diese Documente, aus denen langjährige Erfahrung spricht, hinzuweisen. Es sind die folgenden sechs höchst interessanten Briefe:

I.

Nachdem die Israeliten während 47 Jahren Theil genommen an allen Rechten und Pflichten der niederländischen Bürger, auf einem völlig gleichen Fuße mit ihren anderen Mitbürgern stehend, hat die Regierung oft Gelegenheit gehabt, die sociale Veränderung wahrzunehmen, durch welche dieser Theil der Bevölkerung aus seinem alten Standpunkte der Isolirung hervorgehend, zu einer vollständigen Theilnahme an der niederländischen Nationalität berufen ward.

Diese politische Emanzipation hat nach meiner Meinung vollkommen der Erwartung ihrer ersten Urheber entsprochen, und der niederländische Staat hat niemals diese Reform zu bedauern gehabt. Indem man einen Vergleich mit anderen anstellt, findet man, daß besondere Umstände die Civilisation der Masse noch aufgehalten haben; aber sie haben doch den Beweis geliefert, sowohl 1813—1815 als 1830 und nachher, daß sie bereit sind, die Interessen ihres Vaterlandes mit Kraft und als gute Staatsbürger zu vertheidigen.

Im Haag, den 19. April 1842.

Der Minister des Innern
Schimmelpfenning v. d. Oye.

II.

Auf Ihr Verlangen vom 18. h. mache ich durchaus keine Schwierigkeit, vielmehr ist es für mich eine angenehme Pflicht, der Wahrheit zu huldigen, indem ich erkläre, daß die Zulassung der Israeliten zu denselben politischen Rechten, wie die anderen Staatsbürger, die in diesem Lande vor einem halben Jahrhundert erfolgte, die glücklichsten Resultate hervorgebracht, und daß sie sich als treue und loyale Unterthanen, besonders in den schwierigen Verhältnissen, in denen sich das Reich der Niederlande befunden, ausgezeichnet haben. Ich habe die Ehre &c.

Im Haag, den 20. April 1892.

Der Minister der Finanzen
Rochussen.

III.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, der Forderung zu genügen, die Sie an mich gerichtet haben, indem ich Ihnen die schriftliche Erklärung zukommen lasse, daß, wie die Niederländer im Allgemeinen sich durch ihren ruhigen Character und ihre treue Anhänglichkeit an Vaterland und König auszeichnen, ebenso diejenigen unter den Niederländern, welche die jüdische Religion bekennen, sich darin ehrenvoll ausgezeichnet haben.

In den letzten Jahren gab es in diesem Lande Gelegenheiten genug, Beweise von Patriotismus und Bürgertreue zu geben. Die Juden haben sich ihrerseits auf eine Weise hierin betragen, die ihr Herz und ihren Geist gleich ehrt.

Deshalb sind sie auch in unserem Vaterlande allgemein als gute Bürger anerkannt und betrachtet. Die Regierung ehrt sie als solche gern, und persönlich empfinde ich ein wahrhaftes Vergnügen, daß Ihr Wunsch mir die Gelegenheit giebt, dieses Zeugniß zu Gunsten einer zahlreichen und achtungswerthen Klasse von Niederländern abzugeben.

Im Haag, den 21. April 1842.

Der Justizminister
van Hall.

IV.

Der General-Director des Krieges erklärt durch Gegenwärtiges auf das Verlangen des Herrn S. P. Lipmann, Ritter des niederländischen Löwenordens und Advokaten zu Amsterdam: daß nicht allein auf Grund der Anordnungen des Grundgesetzes des Königreichs und der Gesetze über die Nationalmiliz die Israeliten dieses Landes ihre militärischen Verbindlichkeiten mit derselben Treue erfüllen, wie alle anderen Bewohner des Königreichs, sondern daß sie auch sehr häufig freiwillige Dienste nehmen, so daß es letzterer Art gegenwärtig in activem Dienste Offiziere und viele Unteroffiziere und Militärs untern Ranges in den verschiedenen Corps der Armee, sowie auch Militärärzte, sowohl in den Niederlanden, als auch in Ost- und Westindien giebt; daß sie sich stets gut und lobenswerth in ihren verschiedenen Rängen und Aemtern betragen, ohne jemals mehr Ursache zu Klagen oder zur Unzufriedenheit zu geben, als andere Militärs von anderem Glaubensbekenntniß, so daß man in der niederländischen Armee keinen Unterschied, keine Ausnahme in Bezug auf sie macht, und junge Leute jüdischer Religion, sobald sie die Befähigung und nothwendigen Eigenschaften besitzen, auf gleichem Fuß mit anderen jungen Leuten, Söhnen von Bewohnern des Königreichs, um Zulassung zu der königl. Militärakademie, bestimmt Offiziere im Armeedienst und Beamte in der Marine zu bilden, im Königreich und in den Kolonien, concurriren.

Im Haag, den 23. April 1842.

Der Kriegsminister.
List.

V.

Es ist für mich, mein Herr, ein wahrhaftes Vergnügen, in Ihrer Forderung die Gelegenheit zu finden, im Interesse unserer zahlreichen Mitbürger, die, wie Sie, die israelitische Religion bekennen, ein Zeugniß abzulegen, welches, wie ich hoffe, den edlen Zweck, den Sie sich vorgesetzt, vollständig erfüllen wird.

Ich erkläre demnach, mein Herr, daß die Erfahrung eines halben Jahrhunderts mir die positive Ueberzeugung gegeben hat, daß sich die Juden seit vielen Jahren immer mehr und mehr der politischen Gleichstellung mit ihren anderen Mitbürgern würdig gemacht haben.

Als ich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mit der Aufrechterhaltung der Justiz und Polizei in dieser großen Stadt unter dem Titel des Gemeindeprokurators beauftragt wurde, hatte ich überaus häufig Gelegenheit wahrzunehmen, daß der israelitische Theil der Bevölkerung durchgehends friedlich und dem Gesetz und den Behörden gehorsam ist. Seitdem war ich sehr häufig in dem Falle, sie gegen den Haß und die Verachtung einiger sogenannter Christen, die voller Vorurtheile waren, unter ihren Mitbürgern zu beschützen, aber niemals habe ich irgend welche außerordentliche Maßregeln anzuwenden gehabt.

Meine Erfahrungen aus jüngerer Zeit, in anderen politischen und privaten Beziehungen, und insonders in meiner Eigenschaft als Präsident des Tribunals dieser Hauptstadt, haben die frühere nur bestätigt, insonders seitdem aufgeklärte Männer unter Ihren Glaubensgenossen sich bemühen, der minder erleuchteten Classe der Juden einen regelmäßigern und wirksamern religiösen, moralischen und intellektuellen Unterricht zu verschaffen — ein Streben, das auch unter Ihrer uneigennützigen und einflußreichen Mitwirkung, unter dem Schutze des königlichen Oberhauptes unsres Staates, schon so viele Früchte trägt und immer mehr verspricht.

Das Resultat meiner Ueberzeugung, gestützt auf meine Kenntniß der Thatsachen, ist, daß der Akt, die Juden aus dem Stande der Erniedrigung, in welchem die Juden ehemals in unserm Lande gewesen, zu erheben, die Gewährung gleicher Rechte mit den anderen Bürgern des Staates, in der Wählbarkeit zu den Würden und Aemtern, in der Ausübung der

Künste und Gewerke — und vor Allem die intellektuelle und moralische Civilisation, die sie seitdem genossen und in einem fortschreitenden Verhältniß genießen, sie aller Rechte, welche ihre anderen Mitbürger beanspruchen können, würdig gemacht haben.

Darum habe ich unter den ersten Würdenträgern des Staates und der Magistratur, unter den Advocaten und Notaren, und besonders unter den verdienten Männern, die mit so vieler Auszeichnung das Ritterkreuz des niederländischen Löwenordens erhalten haben, mit großer Freude einen Meyer, Asser, Baas und auch Sie begrüßt, und in dem Augenblicke, in welchem ich Ihnen schreibe, erfahre ich mit Befriedigung, daß der würdige Godefroi durch den König berufen worden, das öffentliche Ministerium bei unserm Tribunal zu versehen als Suppleant des Generalanwalts.

Ich ergreife die Gelegenheit ꝛc. ꝛc."

Amsterdam, den 28. April 1842.

Staatsrath, Commandeur des niederl. Löwenordens, Präsident des Tribunals von Amsterdam.

M. C. van Hall.

6.

Mein Herr! Es ist für mich eine wahrhafte Befriedigung, den Wunsch zu erfüllen, den Sie mir in Ihrem Schreiben vom 23. dss. ausgedrückt, meine Meinung über die Israeliten, unsere Mitbürger, als Soldaten zu erkennen zu geben.

Zwei Jahre hindurch habe ich in der Citadelle von Antwerpen eine große Anzahl unter meinen Befehlen gehabt. Während dieser ganzen Zeit haben sie die besten Beweise von Muth, Treue, Disciplin und Ausdauer gegeben.

Als Mann von Ehre kann ich mit Ueberzeugung hinzufügen, daß, wenn meine Lebensdauer nicht beinah abgelaufen wäre, und ich noch einen Feldzug zu beginnen hätte, ich mich sehr glücklich schätzen würde, den Befehl über einige tausend dieser braven Soldaten zu haben.

Ich hoffe, hiermit Ihren Wunsch erfüllt zu haben, und versichere Sie, daß diese Gelegenheit mir sehr angenehm war, in Verbindung mit einem Manne zu kommen, dessen Ruf als Gelehrter, Staatsmann und Schriftsteller mir schon bekannt war.

Ich ersuche Sie ꝛc."

Breda, den 25. April 1842.

Der General der Infantrie
Baron Chassé.

Kirchlicher Wucher in England.

(Schluß.)

Das Vorgehen der Caharsiner in England beweist, in welcher Art ein derartiger Grundsatz sich verwerthen ließ. Auf welche Weise die Stadt Cahors in den üblen Ruf gelangte, die Heimath der Wucherer zu sein, sodaß Dante sie in seinem „Inferno" der Stadt Sodom, der Stätte fleischlicher Sünden, an die Seite stellt, scheint nicht bekannt die Bezeichnung Caharsiner war eine ziemlich unbestimmte, und wurde in England allem Anscheine nach für Geldhändler aus dem südlichen Frankreich angewandt, manchmal vielleicht auch für solche aus Italien. Die Caharsiner kamen zuerst im Jahre 1235 nach England, und zwar als „päpstliche Kaufleute", d. h. um bei der Eintreibung päpstlicher Einkünfte in England hülfreiche Hand zu leisten, und diese Einkünfte nach Rom zu senden. Matthäus Paris berichtet, wie selbst der König den Caharsinern stark verschuldet gewesen sei, und wie letztere die Bedürftigen geprellt hätten, „indem sie behaupteten, nichts davon zu wissen, daß alles, was zum Kapital hinzukomme, nichts anderes als Wucher sei, wie immer man es sonst nennen möge". Bischof Roger von London ermahnte sie vergebens, von ihrem schändlichen Gebaren abzulassen. Er ging sogar soweit, sie in den Bann zu thun, und befahl ihnen, seinen Sprengel zu verlassen, besonders aber die Stadt London zu meiden, „welche bis zu jener Zeit eine solche Pestilenz nicht gekannt habe". Derselbe Chronist theilt uns jedoch mit, die Caharsiner hätten einen so großen Einfluß in Rom gehabt, daß Bischof Roger dorthin berufen und genöthigt worden sei, seine Versuche zu ihrer Austreibung aufzugeben. Im Jahre 1240 „wurden dem Könige die Augen geöffnet", und die Caharsiner verbannt; vielen indeß gelang es durch Bestechungen, sich in England versteckt zu halten. Erst im Jahre 1245, als der päpstliche Legat zurückberufen wurde, verließen die meisten von ihnen das Land. Doch schon im Jahre 1251 waren sie wieder zahlreich in London vertreten, unternahmen ihre alten Geschäfte mit gleichem Erfolge, wie früher, und richteten sich in stattlichen Palästen ein. Indem sie als Kaufleute des Papstes sich der Geistlichkeit gegenüber behaupteten, trotzten sie zugleich dem Volke unter dem Schutze der Großen, deren einige von Matthäus Paris beschuldigt werden, den Caharsinern Geld anvertraut zu haben, um damit Geschäfte zu machen. Doch des Königs Gewissen war erwacht, und viele Caharsiner wurden in diesem Jahre vor die weltlichen Gerichtshöfe gestellt und zum Kerker verurtheilt.

Wie sie den Gesetzen von Staat und Kirche aus dem Wege zu gehen und es den Päpsten zu ermöglichen verstanden, sie zu beschützen, geht aus den Schuldverschreibungen hervor, die sie sich von denen ausstellen ließen, denen sie Geld geliehen hatten. Matthäus Paris bringt in folgendem die Abschrift einer solchen Verschreibung: „Der Prior N. und das Kloster M. entbieten allen, so dieses Schreiben zu Gesicht bekommen, ihren Gruß in dem Herrn. Es sei hierdurch kundgethan, daß wir zu London von A. und B., in ihrem eigenen Namen und dem ihrer Theilhaber, der Bürger und Kaufleute der Stadt C., hundert und vier Mark guter und vollwerthiger Sterlings erhalten haben. Welche hundert und vier Mark wir nach gesetzlicher Uebereinkunft, indem wir dazu in unserem eigenen Namen und dem unserer Kirche verpflichtet sind, den oben genannten Kaufleuten oder einem von ihnen oder einem ihrer Unterhändler, der dieses Schreiben überbringt, vollzählig wiederzugeben und zurückzuerstatten versprechen, und zwar zu Newtemple in London am 1. August im Jahre des Herren 1835; unter Hinzufügung folgender Bedingung: daß, falls das Geld nicht am bestimmten Orte und zu bestimmter Zeit gezahlt wird, wir nach Ablauf der festgesetzten Frist versprechen, ... ihnen jeden zweiten Monat auf je zehn Mark eine Mark zu zahlen, als Entschädigung für Verluste (pro recompensatione damnorum), — für solche Verluste und Auslagen, wie sie dabei dulden und erleiden mögen; also daß die Entschädigung für Verluste und Auslagen und das Kapital eingeklagt werden können, zusammen mit den Auslagen für einen Kaufmann mit einem Pferde und einem Diener, wo immer der Kaufmann sich aufhalten möge, bis zur vollen Rückzahlung des ganzen vorerwähnten Betrages. Gleicherweise wollen wir die bei der Wiedererlangung des Geldes verursachten oder noch zu verursachenden Auslagen den Kaufleuten erstatten und zurückzahlen, oder einem von ihnen, oder ihrem Unterhändler. Diese Entschädigung für Verluste, Zinsen und Auslagen (recompensatio damnorum, interesse et expensarum) versprechen wir, nicht als einen Theil des Kapitals anzusehen . . . . Obige Versprechungen zu erfüllen, verpflichten wir uns und unsere Kirche und unsere Nachfolger, und verschreiben deshalb all unser Eigenthum und das unserer Kirche, alle bewegliche und unbewegliche Habe, geistliche und weltliche, gegenwärtige und zukünftige, wo immer sie befunden werde, den vorerwähnten Kaufleuten und ihren Erben bis zur vollen Zahlung obengenannter Summe, in Anerkennung dessen, daß wir unser Eigenthum nur ihrem guten Willen verdanken. Und für Vorstehendes sind wir willens, aller Orten und vor jedem Gerichtshof Rede zu stehen (in omni foro conveniri),

indem wir für uns und unsere Nachfolger auf jedwede Hülfe verzichten, die uns erwachsen könnte aus kirchlichem oder bürgerlichem Recht, aus den Vorrechten der Geistlichkeit und (geistlicher) Gerichtsbarkeit, ... aus Gewohnheitsrechten oder Satzungen, aus Freibriefen, Nachlässen oder Vorrechten, die zu Gunsten des Königs von England oder seiner Unterthanen vom päpstlichen Stuhle erlangt sind oder erlangt werden können, ... indem wir ferner verzichten auf die Wohlthat des Ersatzes, das Recht der Berufung auf rechtsbeschränkende Erlasse des Königs von England und auf jeden anderen Einwand gegen diese Urkunde. Zum Zeugniß dessen haben wir unter dieses Document unser Siegel gesetzt, am 19. April 1235".

Zufolge dieser ohne Zweifel echten Urkunde wird eine Summe Geldes dem Namen nach nur auf wenig über drei Monate entliehen. Hätte es der Zufall gewollt, daß das Kloster im Stande war, das Geld am 1. August zurückzuerstatten, so wäre für das Darlehn keine Entschädigung zu leisten gewesen; an jenem Tage an jedoch waren die Klosterleute zu einer Zahlung von 60 Procent das Jahr verpflichtet, hatten also 17 Procent mehr zu zahlen, als man den Juden zu nehmen gestattete. Es liegt auf der Hand, daß, falls ein derartiges Verfahren zugelassen wurde, die Geldverleiher zu ihrer Sicherheit nichts weiter zu thun brauchten, als eine Zeit festzusetzen, während welcher für das Darlehn keine Entschädigung zu zahlen war; diese Zeit konnte jedoch sehr kurz bemessen werden, und der Verleiher lieh wahrscheinlich nur an solche Leute aus, die voraussichtlich nicht im Stande waren, ihren Verpflichtungen an dem festgesetzten Tage nachzukommen. Dennoch ist es interessant, wahrzunehmen, wie ängstlich im vorliegenden Falle der Verleiher darauf bedacht ist, den Borger auf jeden Schutz verzichten zu lassen, der ihm durch das kanonische Recht und von den geistlichen Gerichtshöfen zu Theil werden könnte. Der Wortlaut des Uebereinkommens ist übrigens etwas dunkel; es geht aus demselben nicht klar hervor, ob außer der Wiedererstattung des Kapitals die jeden zweiten Monat zu leistende Zahlung von einer Mark auf je zehn die einzige Verpflichtung des Borgers darstellt. Allem Anscheine nach erhält es sich so, und die Worte „Verlust" und „Auslage" werden nur wiederholt, um dieser monatlichen Zahlung den Schein einer gewissen Rechtfertigung zu geben. Vermuthlich wandten die Cahorsiner bei Ausstellung von Schuldverschreibungen noch andere Formeln an. Grosteste soll, auf seinem Sterbebette liegend, über die Erpressungen „der Kaufleute und Wechsler unseres Herrn, des Papstes", in Klagen ausgebrochen sein und gesagt haben: sie zwingen einen Mann, der hundert Mark von ihnen borgt, und ihnen verspricht, am Ende des Jahres hundert Pfund zu zahlen, einen Schein auszustellen, in welchem es heißt, daß der Borger hundert Pfund empfangen habe; und er sagt weiter: sie sind grausamer als die Juden, denn wenn der Borger nach kurzer Zeit zurückzuzahlen willens ist, so nehmen sie nie einen Heller weniger als hundert Pfund, wogegen die Juden für die Zeit, während derer der Borger das Geld wirklich in Händen gehabt hat, nur die Zinsen von hundert Mark fordern würden."

Der Schulchan-Aruch im preußischen Herrenhause.

Im Herrenhause kam am 29. April die Petition von Adolf Wolff zu Frankfurt a. M. und Gen. um **Uebersetzung des Schulchan-Aruch auf Staatskosten** zur Verhandlung. Die Petitionscommission beantragte, über die Petition **zur Tagesordnung überzugehen**, während Frhr. v. **Durant** beantragte, die Petition der Regierung **zur Berücksichtigung** zu überweisen.

Frhr. v. **Durant** weist in der Begründung seines Antrags darauf hin, daß früher schon eine Petition ähnlichen Inhalts der Regierung überwiesen sei, die Regierung derselben jedoch ablehnend gegenübergestanden habe, weil die gewünschte Uebersetzung nicht möglich sei. Die diesmalige Petition verlange nicht die Uebersetzung sämmtlicher jüdischer Geheimschriften und des ganzen Talmuds, sondern nur des Schulchan-Aruch, und dessen Uebersetzung sei wohl eine Arbeit, die zu bewältigen sei; die Regierung müsse somit wenigstens einen Versuch machen. Es sei Pflicht einer Regierung, über diese unserm Volksleben schädlichen Geheimlehren volle Klarheit zu schaffen. Das großherzoglich badische Ministerium habe gutachtlich feststellen lassen, daß unsittliche Lehren darin enthalten seien, und habe den Gebrauch des Schulchan-Aruch in der Handelsschule in Mannheim und allen anderen badischen Schulen verboten. In der sächsischen zweiten Kammer sei ein Antrag auf Uebersetzung des Schulchan-Aruch nur mit sehr geringer Mehrheit abgelehnt worden. Allen rechtschaffenen Juden könne es doch nur erwünscht sein, wenn durch eine authentische Klarlegung die Vorwürfe gegen das Judenthum widerlegt werden könnten. Statt dessen werde die Klarstellung aber in jeder Weise hintertrieben. Dem Prof. Eisenmenger seien von Juden 10 000 Thaler geboten, wenn er sein Werk über den Talmud nicht veröffentliche. Redner weist schließlich auf die hohe Prozentzahl der jüdischen Schüler und Schülerinnen an den höheren Lehranstalten hin und betont die Berechtigung des Antisemitismus. Auf die Frage, woher die Mittel für die Uebersetzung genommen werden sollen, weist er auf den Etat des Cultusministeriums hin, wo z. B. für 1895/96 100 000 Mk. für die Herstellung eines dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprechenden großen lateinischen Wörterbuchs ausgeworfen seien. Ebenso müßten hier Mittel für diesen ethischen Zweck vorhanden sein. Er fühle sich frei von jedem Rassen- und Religionshaß, die Lehren des Judenthums müßten aber im Interesse unseres Volkes klargestellt werden.

Geheimrath **Löwenberg**: Bereits früher ist die Staatsregierung vom Hause aufgefordert worden, eine Uebersetzung des Schulchan-Aruch auf Staatskosten zu bewirken, und zwar wurde damals ausdrücklich verlangt, daß Professoren mit der Aufgabe betraut werden sollten. Davon hat man jetzt Abstand genommen. Aber wer soll denn den Schulchan-Aruch übersetzen, wenn es nicht sachkundige Männer sind? Es kommt also materiell doch wieder darauf hinaus, daß die Staatsregierung die Uebersetzung durch Professoren bewirken lassen soll, ganz abgesehen von der Frage der Kosten, von der Frage der Zulässigkeit, daß der Cultusminister Professoren mit einer derartigen Arbeit beauftragt. Schon im Jahre 1893 ist vom Regierungscommissar ausgeführt worden, daß der Schulchan-Aruch seit Jahrzehnten und Jahrhunderten Gegenstand der Erörterung der Professoren und Orientalisten gewesen ist, daß also materiell das längst vorhanden ist, was jetzt verlangt wird. Wenn nun gefordert wird, die Staatsregierung solle das Buch übersetzen lassen — — wird dann irgend ein Gelehrter sich durch eine solche Uebersetzung imponiren und in seiner abweichenden Meinung beirren lassen? Das ist nicht möglich, weder bei deutschen Gelehrten noch überhaupt bei Gelehrten. Es wird niemals gelingen, die widerstreitenden Ansichten dadurch unter einen Hut zu bringen, daß die Regierung Jemand beauftragt: „Jetzt mach Dich mal an die Sache und sage Deine Meinung." Materiell wird also nichts geändert werden. Das Wesentliche liegt gar nicht im Inhalte des Schulchan-Aruch. Es giebt unendlich viele Bücher, worin etwas steht, was der Moral, der Ethik, und dem jetzigen Strafgesetz widerspricht. Das Wesentliche ist doch nur: ist der Schulchan-Aruch noch von irgend welcher maßgebender Bedeutung für die jüdische Religion? Das wird doch aufs Allerentschiedenste bestritten. Gewiß giebt es einzelne Aussprüche, daß der Schulchan-Aruch auch jetzt noch als maßgebendes, allgemein giltiges Gesetzbuch anzusehen sei; aber diese Auffassung wird andererseits erheblich bestritten. Wer soll den Widerspruch der Meinungen entscheiden? Das kann doch nicht durch die Uebersetzung eines solchen Buches geschehen! Nach der Meinung Vieler ist es nichts anderes als ein höchst interessantes Buch aus der alten Zeit, die in mancher Beziehung andere Gesichtspunkte hatte bei dieser oder jener Nation, bei dieser oder jener Religionsgemeinschaft. Daraus ist also ein unmittelbarer Schluß nicht zu ziehen. Man wird sagen, es sei keineswegs ein Buch, dem die Juden jetzt von Religionswegen nachzukommen brauchen, die Juden seien in ihrem religiösen Leben keineswegs genöthigt, etwas zu thun, was die jetzige Ethik oder dem jetzigen öffentlichen oder Privatrecht zuwider ist.

So liegt die Sache. In Baden ist ein Auszug des Schulchan-Aruch als Lehrbuch untersagt. Für uns in Preußen liegt aber gar keine practische Veranlassung vor, dieser Frage näher zu treten, denn nach den Aeußerungen autoritativer Personen ist in keiner einzigen Schule Preußens der Schulchan-Aruch als Lehr- oder Erziehungsbuch in Uebung oder Geltung. Ich bitte nach alle dem, dem Antrage Ihrer Commission gemäß über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Oberbürgermeister **Struckmann**: Frhr. v. Durant hat sich lediglich als Werkzeug von Leuten gebrauchen lassen, die nicht frei von Gehässigkeit sind, und ich glaube, daß diese Leute viel weniger Interesse an der Uebersetzung des Buches haben, als daran, unbewiesene Behauptungen gegen die Juden aufzustellen, die dazu dienen, das Feuer, welches in Deutschland und anderswo leider brennt, zu schüren. Ich glaube, der Frhr. v. Durant sollte etwas vorsichtiger sein. Es sind ja Uebersetzungen vorhanden, ich habe vor acht Tagen von einem Herrn v. Langen eine Einladung zur Subskription auf eine solche

Uebersetzung bekommen. Ich werde wohl davon keinen Gebrauch machen, da ich kein Interesse daran habe, ein angeblich unsittliches Buch zu lesen. (Heiterkeit.) Wer es lesen will, kann es thun, aber der Staat hat keine Veranlassung, alle unsittlichen fremden Bücher auf seine Kosten übersetzen zu lassen. (Beifall und Heiterkeit.) Ich bitte, den Antrag des Frhrn. v. Durant abzulehnen.

Frhr. v. Durant erwidert, daß die Lehren des Schulchan-Aruch den Schülern von den Lehrern mitgetheilt werden, und darin liege das Gefährliche. Welche Religionsbücher seien denn beim jüdischen Religionsunterricht in Anwendung?

Geheimrath Löwenberg erwidert, daß bei einer Prüfung nicht gegen ein einziges jüdisches Religionsbuch etwas zu erinnern gewesen wäre. Es seien 551 verschiedene Bücher von der Regierung geprüft und zugelassen, ein Mangel an Lehrmitteln, der eine Anwendung des Schulchan-Aruch veranlassen könnte, sei also nicht vorhanden.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit den Uebergang zur Tagesordnung.

Zur Abwehr.

Die Dresdener „Deutsche Wacht“ schreibt:

Winke für Staatsanwälte ertheilen wieder einmal die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Veranlassung dazu bietet ihnen eine in Baden erfolgte Freisprechung eines antisemitischen Redacteurs. „Daß die freisprechenden Erkenntnisse,“ schreibt das edle Blättchen, „Wasser auf die Mühle der Freigesprochenen sind, sollten die Staatsanwälte doch endlich einsehen und den Kampf auf andere Weise zum Austrag kommen lassen als vor dem Schwurgericht.“ — Das kennzeichnet die Rechtsbegriffe der Herren vom Judenschutz. Der Antisemit muß eben verbrannt werden und ein Gesetz, das dies nicht erlaubt, taugt nichts und ein Staatsanwalt, der das nicht fertig bringt, hat seinen Beruf verfehlt.

Eine ärgere Entstellung, als sie hier das antisemitische Blatt versucht, ist uns selten vorgekommen. Unsere Bemerkung enthält, wie jeder unbefangene Leser zugeben muß, nicht einen Wink für den Staatsanwalt zum Einschreiten, sondern im Gegentheil eine Mahnung, sich in den Kampf garnicht einzumischen.

Thatsächliche Berichtigung. Der antisemitische „Freie Beobachter“ vom 19. April schrieb:

Würzburg. Der Verführer der 15jährigen Mauerstochter Schütz, welche sich nachher im Main ertränkte, heißt Jacob Conrad. Er ist Jud und Preuß.

Wie wir positiv erfahren, stammt der Selbstmörder aus der Rheinprovinz und ist Katholik.

△ **Lissa.** Die „Staatsbürgerztg.“ vom 21. April brachte folgende Notiz:

Die hiesige reformirte Kirchengemeinde hat das obere Stockwerk der auf dem Friedhofe befindlichen Leichenhalle einer jüdischen Firma als Getreidespeicher vermiethet. Was sagt dazu die vorgesetzte Kirchenbehörde?

Dazu schreibt uns ein Vertrauensmann aus Lissa: „Die Angabe beruht auf Wahrheit. Die antisemitische Zeitung hat nur zu berichten vergessen, daß gerade die „vorgesetzte Kirchenbehörde“ den Speicher der jüdischen Firma vermiethet hat. Auch die hiesige katholische Gemeinde hat einen Speicher, der an einen jüdischen Kaufmann vermiethet ist. Diese Thatsache legt Zeugniß ab von dem guten Einvernehmen, das in hiesiger Stadt zwischen Juden und Christen herrscht; allerdings zum Aerger einiger böswilliger Christen, die sich vergeblich bemühen, den Antisemitismus hier zu verbreiten. Der Speicher der reformirten Kirchengemeinde ist seit 50 Jahren an Juden vergeben und diese hat auch ihre Ländereien an einen jüdischen Oeconomen bis zu dessen Tode vermiethet.“

Ein „Irrthum“ der „Staatsbürgerztg.“ Ueber die Mitglieder des im Berliner „Passage-Panoptikum“ gezeigten „Harem“ meldet die „Staatsbürgerztg.“, daß diese Jüdinnen seien, was nicht überraschen könne, da „Muhammedanerinnen sich für derartige Schaustellungen nicht hergeben“. Thatsächlich sind jene „Damen“ weder Jüdinnen noch Muhammedanerinnen, sondern, wie in einer arabischen Unterhaltung festgestellt wurde, maronitische Christinnen aus dem Libanon.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Antisemiten und die obligatorische Civilehe. Der „Hess. Volksbote“ in Kassel, das Organ des antisemitischen Abgeordneten Werner schrieb in seiner Nr. vom 26. März:

Die Deutsch-conservative Partei will bei Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches den Antrag stellen, daß es hinfort jedem Brautpaar freigestellt wird, sich nur kirchlich trauen zu lassen. Der Standesbeamte hätte dann vorher zu bescheinigen, daß der Trauung nichts im Wege steht; während der Pfarrer spätestens zwei Tage nach der Eheschließung dem Standesbeamten entsprechende Mittheilung zwecks Berichtigung der Civilstandsregister zu machen hätte. Das ist ein Vorschlag, der völlige Gewissensfreiheit gewährleistet, also liberal im besten Sinne des Wortes ist. Natürlich fällt sofort die ganze sogenannte liberale Welt, die jüdische Presse, Freisinn, Socialdemokraten, Nationalliberale, Freiconservative, mit einer wahren Wuth darüber her. Freiheit für sich will diese edle Gesellschaft wohl haben, d. h. sie will frei sein von Kirche, Religion und Gott; aber Freiheit für andere, insbesondere die Freiheit, das heiligste Band, das zwei Menschenkinder vereinen kann, allein vor Gottes Altar, an heiliger Stätte schließen zu dürfen, ja, das ist eben etwas anderes.

In diese „sogenannte liberale, edle Gesellschaft“ hat sich nun auch ein Fractionsgenosse des Herrn Werner begeben. Denn der antisemitische Abg. Vielhaben stimmte in der Commission zur Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen den conservativen Antrag; er erklärte sich für Beibehaltung der obligatorischen Civilehe.

Die „Antisemitische Correspondenz“ des Herrn Liebermann von Sonnenberg liefert in ihrer Nummer vom 23. April einen weiteren Beweis ihrer **Verlogenheit,** indem sie von dem Attentat des **Semiten** Nobiling auf Kaiser Wilhelm spricht. Bekanntlich war Nobiling christlich-germanischer Abstammung.

Nationale Radfahrer. Unsere Antisemiten haben es stets ausgezeichnet verstanden, überall ihren engherzigen Gesichtspunkt hineinzutragen, als gäbe es in der Welt nur eine Frage zu lösen, die Judenfrage; als wären die Menschen zu hassen und nicht zu lieben geboren. Sie haben freilich manchmal wenig Glück mit diesen ihren edlen Bestrebungen gehabt und die Turnvereine haben bekanntlich die antisemitischen Bestrebungen mit Verachtung zurückgewiesen. Nun machen die Herren auf die Radfahrer Jagd. Eine „Deutschnationale Radfahrervereinigung“, von der wir bis jetzt wenig gehört haben, veröffentlicht einen „Aufruf an alle Radfahrer“, den wir kaum ernst nehmen würden, wenn wir nicht in einer Zeit der Unmöglichkeiten lebten. Deutschnationale Radfahrer? Wie stolz das klingt! Nächstens werden wir auch nationale Skatspieler, patriotische Tänzer, monarchische Raucher und conservative Biertrinker bekommen.

In dem merkwürdigen Aufruf heißt es:

„Der bessere Kern des Volkes verschafft sich Geltung, er will deutsche Tugend, deutsche Treue, deutsche Sitten und deutsches Ehrgefühl wieder zu ihrem Rechte verhelfen und macht Front gegen jene internationalen Mächte, die uns diese Güter rauben wollen. Darum, Ihr deutschen Radler, stehet nicht zurück in diesem heiligen Kampfe, Ihr kennt die Feinde, zeigt, daß Ihr Deutsche seid. Schaart Euch zusammen in den einzelnen Orten des Vaterlandes und gründet deutschnationale Radfahrer-Vereine, d. h. judenreine Vereinigungen, die die Verbreitung des deutschnationalen Gedankens bezwecken und zur Zeit der Wahl diejenige Partei durch Vertheilung von Flugblättern 2c. unterstützen, die am kräftigsten für ein unverfälschtes Deutschthum eintritt.“

Also, der Radfahrer soll nicht die Natur studiren und ihre Wunder schauen, soll nicht in der Freiheit seinen Körper und seine Kräfte ausbilden, o nein, er soll Sclave einer reactionären Politik werden und sein Fahrzeug dazu benutzen, den Geist der Zwietracht in die Lande zu tragen. Wahrlich, es muß schon weit mit unserer Cultur gekommen sein, wenn solche traurigen Bestrebungen Boden gewinnen können.

Vornehme Kampfesweise. Man schreibt uns aus Köln: Die „Deutsche Westwacht“ in Aachen, ein antisemitisches Wochenblättchen, sucht in letzter Zeit immer mehr durch geradezu unbegreifliche, alle Grenzen des Anstandes

überschreitende Beschimpfungen des Judenthums Aufsehen zu erregen. In ihrer letzten Nummer bringt sie eine Zusammenstellung aller Wohlthätigkeitsanstalten der Aachener Synogogen-Gemeinde, um daran eine Kritik zu üben, die kaum ihres Gleichen findet. Da heißt es u. a.:

„Beerdigungs-Verein.“ Sterben ist unstreitig das Beste und Wohlthätigste, was ein Jude auf dieser Welt überhaupt thun kann, denn ein Jude kann nur da nützen, wo er nicht ist. Diesem Vereine kann auch der schlimmste Antisemit seine Sympathie nicht versagen. Der Verein ist also ein Wohlthätigkeitsverein in des Wortes verwegenster Bedeutung. Vermögen M. 2000.

Die Rohheit des Tones richtet sich von selbst. Wenn das so weiter geht, dann dauert es nicht mehr lange, und der Antisemitismus dieser Art wird von allen vernünftigen Menschen als pathologische Erscheinung betrachtet.

Die Antisemiten in Sachsen. Die vereinigten conservativen, nationalliberalen und fortschrittlichen Landtagsmitglieder Sachsens haben eine Erklärung erlassen, wonach an dem bisher üblichen Zusammengehen im Landtage festgehalten werden soll. Es sei aber — heißt es weiter in der Erklärung — bringend nothwendig, auch außerhalb des Landtags bei allen Wahlen gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Bezeichnend nun für die hier proclamierte Einigkeit ist die Thatsache, daß die Antisemiten, die bei dem vorigen Landtagsschluß eine entsprechende Erklärung mit unterschrieben hatten, diesmal ihre Unterschrift nicht gegeben haben!

Sollen die Herren mit uns überzeugt sein, daß sie den Sozialdemokraten nie und nimmer den Boden abgraben können?

Gegen die „Deutsche Wacht“ des antisemitischen Abg. Zimmermann schreibt das „Vaterland“, das Organ der sächsischen Conservativen:

Wie vorauszusehen war, ist der Rechnungsabschluß der „Deutschen Wacht“ für das Geschäftsjahr 1895 ein recht miserabler. Obgleich nämlich für Abschreibungen nur 5 pCt. (gegen 12½ im Vorjahre) in Rechnung gestellt und die Gehälter und Löhne reducirt worden sind, erforderte das Blatt einen Zuschuß von nicht weniger als 129 619 Mark. Die Einnahmen aus Abonnement und Inseraten sind noch mehr gefallen, ein Beweis, daß nicht nur der Leserkreis sich vermindert, sondern auch das Vertrauen der Geschäftswelt in die Wirksamkeit der Inserate der „Deutschen Wacht“ noch weiter zurückgegangen ist. Die Generalversammlung der Actionäre des Blattes hat für die Weiterführung des Unternehmens die Summe von 50 000 Mark bewilligt, die, wie man schreibt, schon jetzt zum größeren Theil verausgabt ist, und haben wir diesen Beschluß mit großer Befriedigung begrüßt. Wir halten nämlich den Zusammenbruch der „Wacht“ für so sicher und unaufhaltsam, daß er auch durch die größten Opfer Derjenigen, die nicht alle werden, nicht aufzuhalten ist. Je mehr Leute aber schließlich ihr Geld einbüßen, desto größer muß der Rückschlag werden und desto allgemeiner die Ueberzeugung Platz greifen, daß die Führer der Reformpartei, die nicht einmal eine Tageszeitung leiten können, am allerwenigsten geeignet sind, das deutsche Volk aus seinen mißlichen Verhältnissen zu retten.

Das Breslauer „Deutsche Volksblatt“ hatte dem „Volk“ eine Notiz entnommen, die von den Schwindeleien des jüdischen Kaufmanns Pabüch aus Ostrowo handelte. Wir haben bereits in Nr. 16 unseres Blattes vom 18. April festgestellt, daß Paduch Christ und Antisemit ist. Nichts desto weniger hat das „Deutsche Volksblatt“ die Unverfrorenheit, gegen die „Berichtigung“ unseres Blattes „großes Mißtrauen“ zu zeigen und den Abdruck abzulehnen. Was dieses Blättchen sich wohl unter journalistischem Anstand denkt?

Dr. O. Bachlers Widerruf. In der Privatklagesache des Kaufmanns Emil Bör hier, gegen den Redacteur der „Staatsbürger-Ztg.“ Dr. Otto Bachler hier, haben die Parteien folgenden Vergleich geschlossen: „Der Privatbeklagte verpflichtet sich zu folgender Erklärung: An der Privatklagesache Bör, des Kaufmanns Emil Bär, Inhaber der Firma Bär Sohn, wider mich, erkläre ich, betreffs des Artikels über diese Firma in Nr. 147 vom 28. März 1895, Morgen-Ausgabe, daß ich durch den Verfasser des Artikels in Irrthum versetzt worden bin und bedaure, demselben Aufnahme gegeben zu haben. Die in dem gedachten Artikel enthaltenen Angriffe auf die Firma Bör Sohn haben im Laufe des Verfahrens in keiner Weise Bestätigung gefunden. Berlin, den 2. April 1896. gez. Dr. O. Bachler, Verantwortlicher Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“.

Aus der Schule geplaudert hat Prof. Försters „Freideutschland“ am 30. April bei der Besprechung der Affaire Paasch-Langen. Da heißt es über diesen reichen antisemitisch-conservativen Baron:

„Es muß in der That ein unbehagliches Gefühl sein für einen Antisemiten, der einmal „etwas hat“ und zwar „recht beträchtlich“, von dem dies allgemein bekannt ist, der sozusagen als der „Krösus“ der Partei gefeiert wird, so in der Mitte dazustehen als der Punkt, auf den von allen Seiten immerwährend gezielt wird. Ein recht heißer Posten! Daß Einer das aushält ein Jahr, mehrere Jahre vielleicht, schließlich aber sein Heil doch sucht in der Flucht, so verwunderlich ist das nicht. Wir haben das eben gesagte nur ungerne gesagt; aber es ist doch besser, reinen Wein einzuschenken.“

Ein hübsches Sittenbild. Die urgermanischen Antisemiten und Hüter deutscher Sitte und Redlichkeit im Tanze um das goldene Kalb! Aber neu ist das nicht. Früher war Rudolf Herzog der Krösus und jetzt sind es Carl Paasch, Baron v. Langen und Consul Köster! Euripides hat Recht: „Holdseliger als die Musen spricht ein reicher Mann.“

Vermischtes.

Aus Köln wird uns geschrieben: Seitdem das Krankenkassengesetz in Kraft getreten ist, haben viele Fabriken von dem ihnen eingeräumten Recht, eigene Kassen zu gründen, sobald sie die erforderliche Zahl Arbeiter beschäftigen, Gebrauch gemacht und auch für die gegründeten Fabrikkrankenkassen eigene Aerzte angestellt. Obwohl es nun nach dem Gesetz den Mitgliedern solcher Kassen freisteht, Aerzte anzustellen, welche ihres Vertrauens am würdigsten erscheinen, so sind sie doch namentlich in den mittleren und kleinen Städten gezwungen, nur einem solchen die Stimmen zu geben, welcher gleichzeitig dem Arbeitgeber genehm ist, getreu dem Grundsatz: Weß Brod ich esse, des Lied ich singe. Sobald nun ein Fabrikbesitzer im antisemitischen Fahrwasser segelt oder, euphemistisch ausgedrückt, den jüdischen Mitbürgern keine Sympathieen entgegenbringt, so ist es selbstverständlich, daß ein jüdischer Arzt auf eine Anstellung nicht zu rechnen hat; selbst wenn dies von den Arbeitern angestrebt wird. Ein solcher Fall wird uns heute aus Westfalen berichtet, den wir zur Kenntniß unserer Leser bringen, weil er die oben erwähnten Verhältnisse auf das vortrefflichste illustrirt. Die Herdfabrik Küppersbusch & Söhne in Schalke i. W., welche gegen 900 Arbeiter beschäftigt, hatte vor einigen Jahren eine eigene Krankenkasse gegründet und mehrere Kassenärzte in Schalke angestellt. Da nun ein großer Teil der Arbeiter in dem benachbarten Gelsenkirchen wohnt, so wählen diese den dort ansässigen jüdischen Arzt fast einstimmig zum Kassenarzt, ohne daß derselbe eine Bewerbung eingereicht hatte. Die Fabrikbesitzer stoßen nun aus formellen Gründen die Wahl um und setzen durch, daß sie einsehen, daß die Arbeiter von ihrem Vorhaben nicht abzubringen sind, daß von der Anstellung eines Arztes in Gelsenkirchen überhaupt abgesehen wurde. Daß vier Arbeitern, welche am meisten für die Wahl des jüdischen Arztes agitirt hatten, am folgenden Tage gekündigt wurde, wird zwar erzählt, die Meldung klingt aber so unglaublich, daß wir die Wahrheit derselben bezweifeln möchten. Die Firma wird natürlich mit Entrüstung den Verdacht weit von sich weisen, daß sie Antisemitismus treibe; aber die Thatsachen reden eine deutliche Sprache.“

In der Wiener Bürgermeisterfrage ist eine Wendung eingetreten. Der Kaiser Franz Joseph ließ am 27. April Dr. Lueger zu einer Audienz berufen, über deren Verlauf folgendes offizielle Communiqué veröffentlicht wurde: „Der vom Wiener Gemeinderathe aber-

mals zum Bürgermeister gewählte Dr. Lueger wurde infolge einer erhaltenen Berufung von Sr. Majestät in Audienz empfangen. Seine Majestät geruhten mit Rücksicht darauf, daß dem Dr. Karl Lueger die Bestätigung als Bürgermeister dermalen nicht gewährt werden könne, allergnädigst an seine Loyalität zu appelliren und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß Dr. Karl Lueger, von dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit, erforderlichen Begabung, sowie Kaiser- und Vaterlandstreue Er überzeugt sei, im Interesse der baldigen Wiederkehr normaler Verhältnisse in der autonomen Verwaltung der Stadt Wien auf die auf ihn gefallene Wahl freiwillig verzichten werde. Dr. Karl Lueger erwiederte, er danke für den gnädigen Empfang, er stehe dermalen einem directen Wunsche seines Kaiserlichen Herrn gegenüber und als Patrioten und stets loyalem Staatsbürger obliege ihm nunmehr selbstverständlich die Pflicht, in diesem Allerhöchsten Wunsche für sich einen Befehl zu sehen."

Während die Liberalen ob dieser Wendung der Dinge ziemlich rathlos sind und die Regierung Badenis, ohne deren Zuthun der Schritt des Monarchen allerdings nicht erfolgt wäre, mit Vorwürfen überhäufen, jubeln die Antisemiten, was man ihnen nicht verdenken kann. Liegt doch zweifellos in dem Vorgehen des Kaisers eine Art Anerkennung der antisemitischen Partei. Man nimmt allgemein an, daß ein antisemitischer „Strohmann" den Bürgermeisterposten erhalten, während Lueger als Vicebürgermeister die Geschäfte führen wird. In einiger Zeit, vielleicht nach Beendigung der ungarischen Milleniumsfeier, würde der Bestätigung Luegers zum Bürgermeister Wiens nichts mehr im Wege stehen.

Antisemitische Geschichtsauffassung. Sonst kannte die Geschichtsphilosophie eine idealistische und eine materialistische Geschichtsauffassung. Die Antisemiten fügen noch eine neue hinzu. Sie haben den Ehrgeiz, die Geschichte der Welt anders in ihren Köpfen widerspiegeln zu lassen, als gewöhnliche Sterbliche. Was soll man zu folgendem Unsinn sagen, der gleichzeitig Römerthum, Judenthum, Christenthum und — Carl den Großen angreift? Ein Dr. H. schreibt in der „Deutschen Reform" (26. April):

Unsere Väter lebten damals im irdischen Paradiese, erst das tückische Römerthum und das aufgezwungene pfäffisch-orientalische Juden-Christenthum vertrieb sie daraus. Mit dem Tage, wo Carl der Juden-Römling oder der Grausame — irrthümlich der „Große" genannt — die 2000 sächsischen Edelinge, die trutzig nicht von dem alten Glauben ihrer Väter lassen wollten, — enthauptete und den Sachsen das talmudisch-pfaffische Juden-Christenthum aufzwang, mit dem Tage sank die deutsche Frau von ihrer Hohen-Priesterstelle zur untergeordneten Stellung der Asiatin und Jüdin, zur Sclavin, zur Arbeitsmaschine herab.

Auch über die Frauenfrage hat der drollige Dr. H. seine eigenen Gedanken. Er löst sie mit einem einzigen Wort:

Darum herunter mit der deutschen Frau und Jungfrau von der Straße, heraus mit ihr aus den Fabriken und Werkhütten, aus der Oeffentlichkeit überhaupt, aus dem Kampfe um's tägliche Brod, um den Erwerb, um das Leben, und hinein mit ihr in den stillen, heiligen Gotteshain, in's deutsche Haus, an den Heerd, in die traute Familie, hinauf mit ihr wieder in ihre Stellung als Hohe Priesterin deutscher Zucht und Sitte, deutschen Glaubens und Wesens!

„Mit Vergnügen!" werden die meisten deutschen Frauen und Jungfrauen antworten, die jetzt den harten Kampf ums Dasein kämpfen. Wer giebt ihnen aber ein „deutsches Haus", einen „Heerd"? Vielleicht beantwortet Dr. H. diese Frage mit der ihm eigenen verblüffenden Originalität!

Antisemitismus in der zeitgenössischen Litteratur. II. Franz Grabe. In einem kleinen Orte bei Altenbruch im Lande Hadein (Reg. Bz. Stade) wohnt ein Schriftsteller Namens Franz Grabe, dessen antisemitische Couplets in seiner Gegend viel gesungen werden und in nicht zu unterschätzender Weise dazu beitragen, die Juden vor den Bauern und Kleinstädtern lächerlich zu machen. Dieser eigenartige Dichter-Componist sucht die Bildung des Volkes dadurch zu heben, daß er „Cohn in der Musikstunde", „Ein Abend beim Banquier Meyer" ꝛc. vorführt. „Noch bemerke ich", schreibt uns ein Oberlehrer, „daß ich viele dieser Lieder selbst gelesen habe. Ich weiß, sie haben dazu beigetragen, die antisemitische Gesinnung der Hadler rege zu erhalten. Daß sie in plattdeutschem Hadler Dialect mit oft eingestreuter Mauschelei gewürzt sind, hat ihre Beliebtheit leider noch vermehrt."

Das Alte Testament und die Nächstenliebe. In der letzten Duell-Debatte fehlte auch der unvermeidliche Pastor Schall nicht. Er verwarf das Duell, aber nicht ganz, — das würden ihm feine Parteigenossen vom hohen Adel nicht verzeihen. Es wohnen, ach, zwei Seelen in seiner Brust: als Christ ist er Gegner des blutigen Zweikampfes, als Mensch aber darf er die hohe ritterliche Bedeutung dieses „Gottesgerichts" nicht preisgeben. Er meint, es gebe Fälle, wo das natürliche Bewußtsein mit dem christlichen in einen Conflict gerathe. Wir fürchten, Herr Schall hat damit dem Christenthum ein verfehltes Compliment gemacht. Eine geläuterte Religion, eine Religion der Sittlichkeit, darf nimmer mit dem natürlichen Bewußtsein des sittlich gebildeten Menschen in Widerspruch gerathen. Er rief dann pathetisch aus:

„Für uns aber ist vom christlichen Standpunkte, und nicht nur dem alttestamentarischen, der da sagt: „Du sollst nicht tödten", sondern von dem Standpunkte unseres Erlösers, des Gebotes der Nächstenliebe, das Duell verboten. Wir verstehen das Gebot: „So liebe deinen Nächsten wie dich selbst, und segne die, die dir fluchen!"

Er will also hier in der Idee der allgemeinen Menschenliebe einen Widerspruch zwischen dem Alten und Neuen Testament construiren. Als evangelischer Pastor sollte doch Herr Schall wissen, daß der Satz „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" im Alten Testament steht.

Von der Börse. Professor Conrad in Halle veröffentlicht in den Jahrbüchern für Nationalöconomie und Statistik einen Aufsatz über die Preisentwicklung im Jahre 1895. Es ergiebt sich daraus im Gegensatz zu den agrarisch-antisemitischen Anschuldigungen gegen die Berliner Börse die Internationalität der Preisentwicklung für Getreide. Besonders eng ist der Zusammenhang der Preise von Berlin und London. Es heißt in dem Aufsatz:

Wenn man diese Karten vorurtheilsfrei ansieht, wird man sich der Schlußfolgerung nicht zu entziehen vermögen, daß in der That die Feststellung der Preise für das Brodgetreide sich durchaus international vollzieht, und daß ein willkürliches Vorgehen der einzelnen Börse sich wohl von Tag zu Tag, eventuell von Woche zu Woche annehmen läßt, aber in keiner Weise von Monat zu Monat oder gar darüber hinaus. Die Annahme, daß die Berliner Börse mittels des Terminhandels einseitig à la Baisse zu speculiren geneigt sei und zu Ungunsten der Landwirthschaft die Preise herabgedrückt habe, ist gegenüber diesen Darstellungen absolut nicht aufrecht zu erhalten. Man thut den einzelnen Börsenmännern in dieser Beziehung zu viel Ehre an und überschätzt ihre Macht in Deutschland in geradezu kindlicher Weise. Ganz dieselbe Schlußfolgerung erscheint uns aber unausbleiblich in Bezug auf die Wirkung des Terminhandels, und die Männer, welche gerade gegenwärtig bei uns auf die Unterdrückung des Terminhandels in Getreide hinarbeiten, folgen einem Vorurtheil, aber nicht dem Druck der Thatsachen.

Professor Conrad zählt bekanntlich nicht zu den „Manchesterleuten"; seine Ausführungen haben Anspruch darauf, auch im Reichstag beachtet zu werden, wenn die Börsenreform zur Berathung gelangt, die ja den Agrariern und Antisemiten so sehr Herzenssache geworden ist.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

(Fortsetzung.)

Nach diesem Kampfe wurde nun unaufhörlich fortmarschirt, so daß es der sehnlichste Wunsch aller Krieger war,

durch eine große Schlacht möglichst bald eine Entscheidung herbeizuführen, wie denn auch der zunehmende Mangel an Lebensmitteln, vor allem das Fallen der Pferde, dazu drängte.

„Der 7. September, ein ewig denkwürdiger Tag, welcher Tausende als Opfer verlangte, erschien klar und heiter. Stille herrschte im Lager, welche nur zuweilen durch das Anrufen der Schildwachen unterbrochen wurde. Es mochte noch eine Stunde vor Tag gewesen sein, wo der Lieutenant Döleke zu mir kam und befahl, einen Pulverwagen, vor dem die Pferde des Tages zuvor marode geworden waren und der noch nicht bei uns angelangt war, einzuholen, mit der Bemerkung, daß ich, sobald ich kanoniren hörte, auf der Stelle wieder umkehren sollte. Ich hatte noch nicht eine halbe Stunde zurückgelegt, als die Sonne ihre ersten Strahlen zeigte. Es schien ein schöner, heiterer Tag zu werden, wurde es aber nicht für uns. Der Donner der Kanonen erinnerte mich an meine Pflicht, zu meinem Corps schnell zu eilen; bei meiner Ankunft traf ich unsere Truppen mit dem Ankleiden ihrer schönen Paradeuniform beschäftigt. Es war Napoleons Grundsatz, daß die Truppen bei einer Schlacht in dieser Uniform vor dem Feinde erscheinen mußten; es galt eine Schlacht als ein Ehrentag. Augenblicklich warf ich mich ebenfalls in die schöne Uniform und stattete meinem Batterie-Commandanten Rappart ab. Auf der ganzen Linie hatte schon die Kanonade begonnen und es wurde schon in der Frühe unter die Truppen Branntwein vertheilt, bei dieser Gelegenheit wurden uns schon zwei Pferde getroffen. Meinen eigenen Branntwein, welchen ich mir schon früher destillirt und zurückbehalten hatte, gab ich unseren Offizieren und Unteroffizieren zum Besten, wodurch wir und unsere Artilleristen in fröhliche Stimmung versetzt wurden. Unsere Stellung war hinter dem Centrum der Armee. Die feindlichen Truppen hatten alle Anhöhen mit Redouten besetzt und waren beständig durch die heftigen Kanonade wie in Rauch gehüllt. Die feindlichen Kanonenkugeln waren ganz neu und schienen wie polirt zu sein. Gegen 8 Uhr des Morgens erhielt unser Armeecorps (außer der Cavallerie) Befehl, Directionsveränderungen rechts zu machen, unser Regiment mit der Artillerie mußte ein junges Gehölz passiren, in welches die Kugeln wie gesäet einfielen, um sich dem rechten Flügel der großen Armee anzuschließen. Bei diesem Contremarsch, wo ich gerade vor dem ersten Pulverwagen ritt, traf eine feindliche Granate den Pulverkasten, welcher mit 120 Kartuschen mit schrecklicher Explosion in die Luft flog. Die Pferde und Artilleristen waren meistentheils verbrannt. Der Fourier und noch zwei Kanoniere starben im Hospital an ihren Wunden. Durch mein Pferd, welches auf die Seite sprang, wurde ich mit Verlust meines Chacots und mit einer kleinen Contusion an der linken Hand gerettet. Unsere Compagnie kam dadurch in Unordnung und es dauerte fast eine halbe Stunde, ehe sie sich wieder sammeln konnte. Wir mußten nun unter einem beständigen Kanonenfeuer und einem Hagel von kleinen Kugeln unsern Marsch fortsetzen, bis wir endlich einer polnischen Batterie auf dem rechten Flügel der ganzen großen Armee uns anschlossen. Ueber tausend Kanonen waren in beständiger Arbeit. Der Erdboden schien unter uns zu beben und man konnte nicht einmal das kleine Gewehrfeuer vernehmen, so schrecklich war die Kanonade.

Wir waren durch die Unordnung, welche bei unserer Batterie vorfiel, von unserm Regiment getrennt, der Lieutenant Döleke schickte mich sogleich ab, um es aufzusuchen; nur ungern übernahm ich diesen Auftrag, indem ich wieder durch dasselbe Gebüsch mußte, wo die kleinen Gewehrkugeln wie Hagel hereinflogen und wo schon viele Todte und Blessirte von uns lagen. In diesem kleinen Gehölz traf ich unser 6. Infanterie-Regiment in schräger Front auf den Tornistern sitzend, auch erfuhr ich, wo unser Regiment stand. Es machte sich gerade zum Angriff fertig. Der Adjutant-Major Pauke kam mir entgegen und ertheilte mir den Befehl an den Lieutenant Döleke, unsere Stelle gar nicht zu verlassen. Nach überstandener Angst und Gefahr erreichte ich unsere Batterie wieder. Ein furchtbarer Durst quälte mich an diesem heißen Tage, ich nahm vom Lieutenant mir die Erlaubniß, einige hundert Schritte seitwärts zu reiten, wo ich ein morastiges Wasser antraf und meinen Durst befriedigte. Bei dieser Gelegenheit traf ich einen russischen Cürassier, welchem ein Bein abgeschossen war und der einen steinernen Krug an sich hängen hatte. Ich stieg vom Pferde, da ich glaubte, daß er solchen voll Wasser hätte, fand ihn aber voll Branntwein, welchen ich ihm zurückgab. Wir ließen ihn von unseren Artilleristen an einen Busch auf eine bessere und sichere Stelle tragen, wobei er entsetzlich schrie.

Gegen 3 Uhr Nachmittags hörte das Blutbad auf, die Kanonade dauerte nur noch abnehmend fort, wodurch wir unseres Sieges gewiß wurden. Die feindliche Armee trat nach des Nachmittags den Rückzug an. Ich dachte an kein Essen und Trinken, dankte vielmehr meinem Schöpfer, so glücklich davon gekommen zu sein. Wir blieben des Nachts auf dem Schlachtfelde stehen, den andern Morgen in der Frühe wurde erst für die Pferde fouragirt, wo ich nach dem Schlachtfelde beordert wurde, um Stricke für unsere Batterie zu suchen, woran wir Mangel hatten. Es war ein schauderhafter Anblick, dieses Schlachtfeld, gleichsam übersät von todten und noch lebenden, verwundeten Menschen und Thieren! Der Geruch der Todten und das Gewimmer und Stöhnen der feindlichen Verwundeten war schrecklich. Ein feindliches Gardegrenadier-Regiment mit spitzen Mützen mußte hier sehr gelitten haben, denn man konnte ganz genau sehen, wo dieses gestanden hatte, es lagen in einer Reihe mehr als 250 Todte, wobei 18 Tambours auf einem Haufen. Eine feindliche Batterie, welche hinter einigen Häusern, eine Strecke davon auf einer Anhöhe stand, war sammt den Gebäuden total der Erde gleich gemacht; so furchtbar muß hier eine französische Batterie gewirkt haben.

Als ich mit meinen Leuten eben vom Schlachtfeld zurück wollte, kam mir einer unserer Aerzte entgegen und fragte mich, ob ich nicht Napoleon, der soeben auf dem Schlachtfelde mit seiner Umgebung hergeritten kam, sehen wollte. Ich lenkte um und so sah ich diesen großen Mann im grauen Oberrock von einem großen Generalstab umgeben, in einer Entfernung von kaum 100 Schritt.

Es lagen an einem Busche einige verwundete Russen, welche ganz jämmerlich schrieen. Der Kaiser schickte einen polnischen Ulanenoffizier von seiner Umgebung dahin, welcher mit diesen Unglücklichen sprach, ich konnte weiter nichts vernehmen, als das Wort Hospital; und sie wurden ruhiger, als der Offizier ihnen die Antwort zurückbrachte, sie wurden nicht lange danach ins Hospital nach Borodino gebracht."

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung. Durch ein Versehen des Setzers ist am Schlusse der in der vorigen Nummer veröffentlichen „Gesch. e. jüd. Sold." ein Stück aus dem Bericht des russischen Feldzuges abgedruckt worden, der erst späterhin zum Abdruck gelangt. Diese beiden Absätze werden dann noch einmal wiederholt.

Briefkasten.

H. M. in Z. In dieser Nummer abgedruckt.

N. S. in W.; D. S. in L. Besten Dank für Ihre Informationen.

Dessau. 80 Mark dankend erhalten.

Redacteur Kreuß in Magdeburg. Die eingesandte Berichtigung entspricht nicht den Anforderungen des Preßgesetzes.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 19 Berlin, den 9. Mai 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Der Antisemitismus in Deutschland.

Unter dem Titel „Der Antisemitismus in Deutschland vom kulturhistorischen und soziolpolitischen Standpunkte beleuchtet", hat der Kgl. Archivar Dr. Georg Winter soeben eine Schrift erscheinen lassen, welche in hohem Maße die Beachtung aller Politiker verdient, die den Antisemitismus als ernsthafte Zeiterscheinung zu studiren trachten.*) Was wir sowohl den meisten antisemitischen Broschüren, als auch vielen Schriften der Abwehr zum Vorwurf machen müssen, nämlich, daß sie mit völlig unzureichendem Wissen an das Problem des Antisemitismus herantreten, dieser Vorwurf kann von Niemandem gegen das vorliegende Werk erhoben werden. Dr. Winter, der zweite Vorsitzende unseres Vereins, hat durch seine Thätigkeit in Hessen und in Magdeburg bewiesen, daß er den Antisemitismus als eine durch und durch kulturfeindliche Erscheinung bekämpft, die zu vernichten die staatsbürgerliche Pflicht jedes rechtschaffenen Deutschen sein sollte. In vielen Versammlungen hat er gezeigt, daß er furchtlos, aber mit der Ruhe des überzeugten Mannes den oft so gehässigen Angriffen der Antisemiten entgegengetreten ist. So ist es eine Art Niederschlag seiner theoretischen Ueberzeugung, wie practischen Erfahrungen, die er in seinem warmen, aber doch einfach geschriebenen Werke zum Vortrag bringt. Was sein Buch namentlich auszeichnet, sind die großen politischen Gesichtspunkte, mit denen er dem Antisemitismus zu Leibe geht. Dabei hat seine ganze Art der Darstellung eine gewisse vornehme Ruhe, die sich wirksam abhebt von der lärmenden Stilart, mit der die Antisemiten ihre Werke ausstaffiren. Sein Buch stützt von Neuem die alte Erfahrung, daß nicht die großen und pathetischen Worte die Kraft der Argumente ersetzen, denn an lärmender Darstellungsweise und pathetischen Ausfällen leisten gerade die antisemitischen Schriftsteller Hervorragendes, sondern als echter Politiker vermag Dr. Winter diese Methode nicht nachzuahmen.

Die Darlegung der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik, die Wirkung der Gewerbefreiheit, die Ergebnisse des Freihandels u. s. f., all das ist mit kühler Sachlichkeit, aber mit einschneidender Logik behandelt. Selten ist der Zusammenhang zwischen der deutschen Wirthschaftspolitik und dem Antisemitismus so klar dargelegt worden, wie hier. Das ist endlich einmal ein politisches Urtheil aus der Vogelperspective, und wenn Dr. Winter auf Grund dieser rein politischen Ueberlegung zu einer vollkommenen Verurtheilung des Antisemitismus kommt, so hat dieses Urtheil weitaus mehr sachliche Bedeutung, als wenn er blos von den schlechten antisemitischen Führern auf die Schlechtigkeit der Partei geschlossen hätte.

Ein volles Interesse verdient seine Beantwortung der Frage, was die Antisemiten zur Hebung des Handwerker- und Kleinbauerstandes bisher geleistet haben. Und er kommt zu dem kläglichen Ergebniß, daß der ganze Gedankengang der antisemitischen Bewegung nur von unglaublicher wirthschaftlicher Unreife zeugt.

In seinem Schlußkapitel erörtert Dr. Winter die Mittel zur Abhilfe wirklich vorhandener Schäden. Er möchte, wie es ja von jüdischer Seite schon oft ausgesprochen wurde, eine Art innerer Mission des Judenthums herbeigeführt sehen. Außerdem wünscht er eine Reihe von Schäden, die natürlich auch bei Christen zu finden sind, auf dem Wege des Gesetzes abgeschafft wissen. Auch das ist schon nachdrücklich betont worden, und beispielsweise hat der Gesetzentwurf wider den unredlichen Wettbewerb schon einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung gethan. Einsichtsvoll bemerkt Dr. Winter: „Mit Bezug auf die kaufmännischen Vergehen und Verbrechen, deren ebensogut von antisemitischer wie von jüdischer Seite eine beträchtliche Anzahl begangen wird, ist es der einzig richtige Weg, da, wo schwere Schäden sich herausstellen, ein allgemeines Gesetz zu erlassen, welches alle Uebelthäter, seien es Christen oder Juden, Antisemiten oder Nichtantisemiten, in gleicher Weise trifft. Nur so kann dem Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl des Volkes Genüge geschehen."

Den Schlußworten Dr. Winters möchten wir weiteste Verbreitung wünschen. Sie lauten: „Aus allen diesen Gründen halte ich es nach wie vor für eine nationale Pflicht, den Antisemitismus als eine der traurigsten Verirrungen unseres deutschen politischen Lebens energisch zu bekämpfen und werde darin trotz aller Anfechtungen, die ich mehrfach erfahren habe, nicht erlahmen. Denn in ausgesprochenem Gegensatz zu den Antisemiten bin ich der Ueberzeugung, daß eine wirkliche und dauernde Gesundung unseres politischen wie sozialen Lebens nur möglich ist, wenn es gelingt, den Antisemitismus mit der Kraft geistiger Waffen zu überwinden. Dann erst wird die Möglichkeit geschaffen sein, daß alle wahrhaft nationalen und wahrhaft staatserhaltenden Kräfte unseres Volkslebens an der Lösung der großen und ernsten Aufgaben, die unserem staatlichen Leben gestellt sind, zusammenwirken zum Heile des Vaterlandes!"

*) Erschienen bei S. Salinger in Magdeburg. Auch durch unser Bureau gegen Einsendung des Preises von 1,50 Mark zu beziehen.

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

I.

Der Lärm der Agrarier hat nicht wenig dazu beigetragen, daß man heute die Landwirthschaft, allenfalls noch das Handwerk als die einzig productiven Stände ansieht, Handel und Industrie dagegen, auf deren Entwickelung früher ein mindestens ebenso starker Nachdruck gelegt wurde, erfahren jetzt eine unerhörte Geringschätzung. Natürlich stellte sich sofort der alte Vorwurf ein, die Juden betheiligten sich an den productiven Erwerben nicht genügend, ihnen fehle die Lust und der Eifer für das Handwerk und besonders den Ackerbau.

Mit dieser Liebe zum Ackerbau ist es eine eigene Sache. Es ist eine bekannte Thatsache, daß sehr häufig der Sohn des Bauern einen anderen Beruf einschlägt; wir sehen ihn ein Handwerk erlernen, Kaufmann werden, in die Fabriken gehen, auch studiren, aber nur selten finden wir die umgekehrte Reihenfolge. Aeußerst selten kommt es vor, daß Väter, die in Städten leben, ihre Kinder dem landwirthschaftlichen Beruf zuweisen und sie niedere soziale Stellungen, als Knechte, Mägde zc. einnehmen lassen. Da ist es denn nur zu erklärlich, daß auch die Juden, seit vielen Jahrhunderten in die Städte gedrängt, seit vielen Jahrhunderten durch äußeren Zwang dem Ackerbau entfremdet, weil ihnen die Erlaubniß dazu versagt wurde, sich nicht gleich in Massen diesem Berufe widmeten. Jenen Eifer für die Landwirthschaft besitzen, wenn wir den Dingen auf den Grund gehen, auch die Christen nicht. Nicht jeder der Schreier für den Ackerbau läßt deshalb seinen Sohn Bauer werden, obschon er diesen Beruf dem großen Publikum vor allen anpreist. Und gerade die Juden sollten die Pflicht haben, gewisse Erwerbszweige aufzugeben und einen Weg einzuschlagen, der ihnen bisher verschlossen war?

Eine solche Forderung muß ihrer eigenen Begründung wegen durchaus zurückgewiesen werden, denn auch die Juden unterliegen denselben wirthschaftlichen Gesetzen wie die anderen Staatsbürger und man darf von ihnen nicht verlangen, daß sie diese Anderen zu Gefallen umkehren.

Aber die Sache hat doch noch eine andere Seite. Man braucht sich nicht auf den Standpunkt der Antisemiten zu stellen und von den Juden zu verlangen, wie diese es thun, daß 50% von ihnen Bauern sein sollen, weil in Deutschland das allgemeine Verhältniß so liegt; jedoch als Freund der Juden kann man es nur als empfehlenswerth ansehen, daß sich ein Theil dieser Religionsgemeinschaft der Bodenbearbeitung widmet. Wer die Verhältnisse der Juden kennt, weiß, daß der angeblich vorhandene Reichthum nur eine Fabel ist, daß sich freilich in einigen Dutzend Händen unter ihnen großer Reichthum findet, daß daneben ein zahlreich vertretener Mittelstand existirt, der ebenso schwer in Handel und Industrie um seine Existenz zu ringen hat, wie der Bauer in der Landwirthschaft, daß aber außerdem eine sehr zahlreiche arme Klasse existirt, die sich auf das kümmerlichste durch Handwerk, Hausiren, Kleinhandel zc. ernährt, oder auch wohl gar von den Almosen der reicheren Glaubensgenossen leben muß. Nur selten fallen Juden der allgemeinen Wohlthätigkeit zur Last, denn meist sorgen die Israeliten für ihre Brüder ausreichend genug. Aber diese arme Klasse lebt in so kümmerlichen Verhältnissen, muß so viel darben und so Entwürdigendes ertragen — das Brod des Hausirers ist ein so kärgliches und unsicheres —, daß für diese die Lebenshaltung unseres deutschen Bauers, ja selbst des Bauernknechtes als ein kaum erreichbares Ideal erscheint. Beispielsweise diese Klasse von Juden zum Ackerbau überzuleiten, besonders deren Söhne der Landwirthschaft zuzuführen, ist nicht aussichtslos, weil das in der Lage dieser Schichten eine soziale Verbesserung bedeuten würde. Aus diesem Grunde sollte man Ackerbauer schaffen, nicht weil es auch gleichzeitig das Gerede der Antisemiten widerlegt.

So liegen die Verhältnisse bei uns, so liegen sie in noch stärkerem Maße in London mit seinen Tausenden armer jüdischer Schneider im Ostend, die willenlose Opfer des Schwitzsystems werden müssen, ebenso in Paris mit seinen zahllosen jüdischen Handwerkern (z. B. Mützenmacher im Montmartreviertel) und ebenso in Wien. Ganz anders aber noch treten die Beweggründe klar zu Tage, die einen Theil der Juden zum Ackerbau drängen, bei den russischen, den galizischen und den rumänischen Juden. Hier ist nicht ein wenn auch namhafter Bruchtheil der jüdischen Bevölkerung, vielmehr deren ungeheuere Mehrheit in so elender sozialer Lage, daß sie nicht leben und nicht sterben kann. Wohl sind es in der Mehrzahl Handwerker, aber auch als solche können sie ihren Unterhalt trotz ihrer Bedürfnißlosigkeit kaum verdienen und sind in der schlimmsten Situation, sobald der geringste Zwischenfall eintritt. Solche Fälle treten aber besonders in Rußland und Rumänien sehr häufig durch die Eingriffe der Regierungen ein, die fortwährend die schon so geringen Erwerbsquellen der Juden noch weiter beschränken, ohne Rücksicht auf die Tausende, ja Hunderttausende von ihnen, die darüber elendiglich zu Grunde gehen.

Seit einigen Jahrzehnten erst ist es den Juden in West- und Mitteleuropa gestattet, Land zu besitzen, und in Osteuropa ist es ihnen auch heut noch nicht gestattet. Alle Anstrengungen, die ärmeren Schichten der jüdischen Bevölkerung der Landwirthschaft zuzuführen, sind daher jungen Datums und dieses Moment muß wohl beachtet werden, wenn man die Erfolge jener Anstrengungen, die Juden zum Ackerbau zu erziehen, richtig würdigen will. Dazu kommt noch, daß mit Ausnahme einer kurzen Periode, während der Regierungszeit der Kaiser Nikolaus I. und Alexander II. von Rußland diese Bewegung keinerlei officielle Unterstützung genoß, vielfach sogar gegen die Ungunst der Regierungen anzukämpfen hatte. Dennoch sind die Resultate der Thätigkeit, die Juden für den Ackerbau zu gewinnen, keine unbedeutenden und verdienen wohl einmal genauer betrachtet zu werden. Die Leser werden wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß ein viel größerer Theil der Juden bereits jetzt Landwirthschaft betreibt, als man gemeinhin glaubt.

Der Bund der Landwirthe und die antisemitischen „Reformer".

Die Hessischen Antisemiten unter Führung der Abgg. Köhler, Hirschel und Bindewald waren bisher auf den Bund der Landwirthe sehr schlecht zu sprechen. Wir sind wiederholt in der Lage gewesen, von allerlei Liebenswürdigkeiten Notiz zu nehmen, mit denen die antisemitischen Agitatoren in Versammlungen und in der Presse die „Junker" vom Bund der Landwirthe bedacht haben. Jetzt scheinen die Leiter des Bundes ein Mittel gefunden zu haben, um die antisemitischen Herren zu gewinnen. Den Abgg. Hirschel, Köhler und Bindewald ist dieser Tage folgendes gleichlautende Schreiben zugegangen:

> Die Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe für die Provinz Starkenburg, Abtheilung Hessen, welche gestern in Darmstadt tagte, hat in Anerkennung Ihres Verhaltens im Reichstage, zum Wohle der deutschen Landwirthe, Euer Hochwohlgeboren durch Erheben von den Sitzen geehrt.
>
> Wir erfüllen eine angenehme Pflicht, in Ausführung des Beschlusses der Versammlung, Euer Hochwohlgeboren dieses zur gefälligen Kenntniß zu bringen und haben die Ehre zu zeichnen
>
> mit vorzüglicher Hochachtung
>
> Das in Südwestdeutschland die Geschäfte leitende Hauptvorstandsmitglied.
>
> Carl Lucke.

Auch sonst ist der Bund der Landwirthe bemüht, die Antisemiten bei guter Stimmung zu erhalten. Wir haben kürzlich mitgetheilt, daß der einstige hessische „Bauernkönig" Dr. Böckel im statistischen Bureau des Bundes ein Unter-

kommen gefunden hat. Jetzt meldet die „Post“, der Bund habe den ehemaligen antisemitischen Reichstagscandidaten für Oels-Wartenberg, Redacteur Puchstein, als festbesoldeten Beamten angestellt. — So ist der Bund der Landwirthe eine Art Versorgungsanstalt für abgewirthschaftete antisemitische Größen geworden. Die Herren v. Plötz und Rösicke sind eben der Ansicht, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten.

Freiherr von Durant und das Pierersche Conversations-Lexicon.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Magdeburgische Zeitung“ vom 2. d. M. folgende berichtigende Erklärung des Herrn Rabbiner Dr. Rahmer:

Ich weiß nicht, welcher Advokat oder Diplomat den Ausspruch gethan: „Man gebe mir eine geschriebene Zeile von irgend einem Menschen und ich will ihn an den Galgen bringen“ — aber lebhaft wurde ich an diesen (so oder ähnlich lautenden) Ausspruch durch die Rede des Freiherrn v. Durant in der vorgestrigen Sitzung des Herrenhauses erinnert, in welcher dieser Herr sich für die Uebersetzung des Schulchan Aruch auf Staatskosten begeisterte. Er schloß seine Rede (nach dem Bericht in der gestrigen Nummer der „Magdeb. Zeitung“) mit folgenden Worten: Daß der Schulchan Aruch noch heute für die jüdische Sittenlehre maßgebend ist, lasse sich mit vielen Beweisen belegen. So habe Rabbiner Dr. Rahmer in Magdeburg im Piererschen Conversations-Lexikon geschrieben: „Der Schulchan Aruch ist von den israelitischen Gemeinden als maßgebende Richtschnur für die religiöse Praxis angenommen.“ Wie verhält es sich nun mit diesem Citat? Ich habe für das Pierersche Universal-Conversationslexicon i. J. 1879 alle die jüdische Literatur betreffenden Artikel bearbeitet, u. A. auch den Artikel „Schulchan Aruch“ im 16. Bande S. 148 (6. Auflage). Nachdem ich den Inhalt dieses von einem palästinensischen Rabbi i. J. 1540—60 verfaßten vierbändigen Werkes angegeben (auf Wunsch des Verlegers in knappster Form), schloß ich den Artikel mit folgendem Satze: „Der Schulchan Aruch ist von den isr. Gemeinden als maßgebende Richtschnur für die religiöse Praxis angenommen worden, es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß eine sorgfältige Revision dieses Religionscodex vom Standpunkt der jetzigen Wissenschaft eine dringende Forderung der Zeit ist, da Manches darin obsolet geworden.“ Der Freiherr von Durant nimmt sich nun die Freiheit, in seinem Citat nur den Vordersatz anzuführen, den Nachsatz aber, der den Vordersatz bedeutend einschränkt, indem er den Schulchan Aruch für revisionsbedürftig erklärt, weil er manches Irrthümliche und Veraltete, auch Abergläubisches, enthält, einfach wegzulassen. — Ferner: Während ich im Vordersatz ausdrücklich erkläre, daß der Sch. A. nur für die „religiöse Praxis“ (d. h. für den Ritus und Cultus) als maßgebende Richtschnur von den Gemeinden angenommen sei *) — es fällt z. B. keiner Gemeinde ein, den Theil des Sch. A., der vom alten talmudischen Polizei-, Civil- und Criminalrecht handelt, heute für maßgebend zu halten — führte der Herr von Durant obigen Vordersatz zum Beweise dafür an, daß der Sch. A. noch heute für die „jüdische Sittenlehre“ maßgebend sei. Ich nehme zur Entschuldigung des Herrn von Durant an, daß er das Citat nicht dem Piererschen Conversations-Lexicon, sondern irgend einem der antisemitischen Handbücher oder Flugblätter entnommen habe, in denen bekanntlich die Citate je nach Bedürfniß zugestutzt werden.**)

Magdeburg, den 1. Mai 1896.

Rabbiner Dr. Rahmer.

*) Und gerade aus diesem Theile hat Herr von Durant seine Pfeile gegen den Schulchan Aruch hergeholt.

**) Ich bemerke nachträglich, daß Dr. Ecker, Privatdocent an der königlichen Academie in Münster, in seinem „Judenspiegel“ (S. 17) das Citat aus dem Piererschen Lexicon vollständig bringt, aber mit der Bemerkung: „Der Nachsatz beweist nur, daß Rabbiner Dr. Rahmer ein Reform-Jude ist.“

Zur Abwehr.

Antisemitismus in den Badeorten. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren uns, daß der feine wie rüpelhafte Antisemitismus leider auch in eine Reihe von Badeorten getragen worden ist. Jüdische Mitbürger haben in geradezu beschämender Weise unter den Ungezogenheiten und Widerlichkeiten dieser Bewegung zu leiden gehabt, so daß wir es als eine Pflicht erachten, auf Badeorte aufmerksam zu machen, die diese traurigste aller Sportarten mitmachen. Wir sind sonst keine Freunde des Boykotts, aber man kann es keinem Juden verdenken, wenn er Orte meidet, wo er, statt die erhoffte Erholung zu finden, nur Gehässigkeiten und Beleidigungen ausgesetzt ist. Wir werden diese Orte nachdrücklichst an den Pranger stellen und bitten alle Leser, uns in diesem Vorhaben mit zuverlässigem Material zu unterstützen.

Durch und durch antisemitisch sind: Borkum, Zingst, Gehlsberger Mühle bei Oberhof in Thüringen, Juist, Zinnowitz. Einzelne Beschwerden liegen vor über: Saßnitz und Binz.

Zur Affaire Ruhm. Herr Landgerichtsdirector Rauscher erhob am 20. April als Vorsitzender des Gerichtshofes in Elbing eine förmliche Anklage gegen die Geschworenen, die den wegen Unterschlagung und Bücherfälschung angeklagten Stadtkämmerer und Kaufmann Samuel Ruhm aus Tiegenhof freigesprochen hatten, trotzdem der Vertheidiger Ruhm's angesichts der Ergebnisse der Beweisaufnahme nur auf mildernde Umstände für seinen Klienten plaidirt hatte. Leider hat die im antisemitischen Fahrwasser segelnde „Elbinger Zeitung“ den Geschworenenspruch aus „philosemitischen“ Neigungen der Geschworenen hergeleitet. Unter den Letzteren befand sich kein einziger Jude; der Vertheidiger war Katholik. Bei der ganzen Verhandlung war außer Samuel Ruhm selbst kein Jude betheiligt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die **„Deutsche Volkswacht“** der Abgg. Köhler und Hirschel macht es uns zum Vorwurf, daß wir vor zwei Jahren eine Ueberficht über die Abstimmungen der antisemitischen Reichstagsabgeordneten gebracht haben. Es sei eine „nichtswürdige Gemeinheit“, die Thätigkeit der antisemitischen Abgeordneten herauszugreifen, ohne die der anderen Parteien daneben zu stellen. — Diese Auffassung zeugt denn doch von einer — Naivetät, schlimmer als es die Polizei erlaubt. Bei der demnächstigen Ersatzwahl in Gießen wird Herr Köhler voraussichtlich wieder candidiren und wir werden dann nicht verfehlen, zur Belehrung der Wählerschaft eine Liste der Abstimmungen des Abg. Köhler zu veröffentlichen, auf die Gefahr, von diesem Herrn einer „nichtswürdigen Gemeinheit“ geziehen zu werden.

Das Mandat des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Köhler für den Wahlkreis Gießen ist nach dem einstimmigen Beschluß der Geschäftsordnungscommission des Reichstags in Folge der Ernennung desselben zum Postagenten erloschen. Da das Plenum des Reichstags diesen Beschluß zweifellos sanctioniren wird, so steht eine Ersatzwahl bevor. Der Wahlkreis war 1890—1893 durch Pickenbach vertreten. Köhler wurde 1893 in der Stichwahl gewählt mit 8163 Stimmen gegen den nationalliberalen

Candidaten, auf welchen 6887 Stimmen entfielen. Im ersten Wahlgang waren 5606 antisemitische, 4800 national-liberale, 2852 sozialdemokratische, 1883 freisinnige und 42 zersplitterte Stimmen abgegeben worden. — Hoffentlich gelingt es, den früher meist liberal vertreten gewesenen Wahlkreis den Antisemiten zu entreißen.

Die Antisemiten und der Maximalarbeitstag. Das antisemitische „Deutsche Blatt" in Hamburg bedauert, daß der Redner der deutschsozialen Reformpartei im Reichstag sich gegen die Verordnung des Bundesraths betr. den Maximalarbeitstag für die Bäckereien erklärt hat, obwohl der § 15 des Parteiprogramms die Forderung des Maximalarbeitstages enthalte. „So schmerzlich es nun für uns ist, uns in Gegensatz zu unsern Vertretern zu stellen, so erfordert es doch unsere Ehre, es offen auszusprechen, daß wir, und wir wissen uns mit der überwältigenden Mehrheit der hiesigen Parteigenossen eins, mit dem Verhalten der deutsch-sozialen Reformpartei im Reichstage nicht einverstanden sind, und halten es für ein Verfehlen unserer Vertreter gegen den § 15 unseres Programms, wenn sie gegen die Einführung eines zwölfstündigen Maximalarbeitstages im Bäckereigewerbe sich aussprechen."

Der Reichstagsabg. Iskraut bemerkte in der Sitzung von 5. Mai in einer Polemik gegen den Abg. Wurm: „Ich soll nach dem Abg. Wurm wie Kraut und Rüben durcheinander gesprochen haben; Kraut und Rüben geben ein schönes Gericht, ich werde mich aber sehr hüten, beschnittene und unbeschnittene Würmer hineinzumischen."

Dieser rohe, geschmacklose Ton des Herrn Pastors veranlaßte Pfui-Rufe auf verschiedenen Seiten des Hauses. — Es scheint den Fractionsgenossen Iskrauts doch recht schwer zu werden, ihn zu zügeln. Das ganze Auftreten des Vertreters von Eschwege-Schmalkalden fängt nachgerade an, einen pathologischen Beigeschmack zu bekommen.

„Der Antisemit Carl Paasch — schreibt das „Berl. Tageblatt" — hat bei dem Verlagsmagazin J. Schabelitz in Zürich ein an die deutschen Antisemiten gerichtetes Flugblatt gegen den Reichstags-Abgeordneten **Liebermann von Sonnenberg** veröffentlicht, in dem er ein keineswegs schmeichelhaftes Porträt dieses Antisemitenführers entwirft. Wir können den Inhalt aus preßgesetzlichen Gründen nicht wiedergeben und müssen daher den Kreisen, die sich für die antisemitische Partei und ihre Leiter interessiren, überlassen, sich das Flugblatt selber zu beschaffen."

Ahlwardt, der vor einem Jahre im Deutschen Reichstage bei Berathung der Anträge der Abgg. Frhr. v. Hammerstein, v. Manteuffel und Liebermann v. Sonnenberg betr. das Verbot der Judeneinwanderung unter dem Jubel der junkerlichen und bürgerlichen Antisemiten das große Wort führte, plaidirt jetzt in Amerika für das Verbot der Juden-Einwanderung. In der „Newyorker Staatszeitung" vom 16. April lesen wir: „Der Worte sind nun genug gefallen, wir müssen endlich Thaten sehen!" Das war das Leitmotto der Reden, welche der gestrigen äußerst zahlreich besuchten Versammlung der Antisemiten in Erdmann's Halle, Central und Gates Avenue gehalten wurde. Der kampflustige Rector Ahlwardt eröffnete den Reigen. Es wurde beschlossen, dem Bundessenat eine Denkschrift zuzusenden, die in nichts Geringerem gipfelt, als allen Juden die Einwanderung zu verbieten. Nur so könne das Vaterland gerettet werden, meinten die antisemitischen Kämpen. Was wird wohl der Senat mit der Resolution beginnen?

Herr Stöcker ist mit mehreren anderen Mitgliedern des Actionscomités aus dem evangelisch-sozialen Congreß ausgetreten. Die Ausgeschiedenen haben sich, wie die „Tägl. Rundschau" von zuverlässiger Seite erfährt, dadurch verletzt gefühlt, daß von einer Anzahl namhafter Comité-Mitglieder Herrn Stöcker die Bitte nahegelegt wurde, er möge — unter selbstverständlichem Verbleib im Actions-Comité! — freiwillig auf das Vice-Präsidium im Congreß verzichten, um dadurch dessen volle Unabhängigkeit von seiner sozialpolitischen Parteistellung, wie von den an seine Person sich knüpfenden Händeln klar zu erweisen. Herr Stöcker hat diese Bitte mit seiner Austrittserklärung beantworten zu müssen geglaubt. Der bisherige Charakter des Congresses, der alle kirchlichen und sozialen, auf dem Boden des evangelischen Christenthums und der geschichtlich-monarchischen Staatsordnung stehenden Parteien zu seinen Verhandlungen zulößt, erfährt dadurch keine Veränderung.

Im Wahlkreise Ruppin-Templin werden die Christlichsozialen keinen besonderen Candidaten aufstellen. Nach einer am 5. Mai in einer Versammlung zu Neuruppin gehaltenen Rede Stöckers, worin er betonte, daß die Christlichsozialen sich im ganzen Reiche organisiren würden, fand eine vertrauliche Sitzung behufs Aufstellung einer Candidatur statt. Es wurde nach längerem Für und Wider wegen der Kürze der Zeit und noch nicht genügender Organisation für diesmal von einer Candidatur Abstand genommen, dagegen war man einstimmig der Meinung, die Christlichsozialen im Kreise zu sammeln und womöglich Zweigvereine zu bilden. — Die Trauben sind sauer!

Der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung" Dr. Bachler unterlag bei der am 5. März stattgehabten Stadtverordneten-Ersatzwahl im 39. Gemeindewahlbezirk III. Abtheilung mit 263 Stimmen gegen den freisinnigen Candidaten Director Dr. Gerstenberg, welcher 642 Stimmen erhielt.

Der „Deutsche Gen.-Anz." — das ist zwar keine Ehre für uns — theilt unsere Anschauung, daß die Affaire Hammerstein von der conservativen Parteigeschichte nicht losgelöst werden kann. Er schreibt (3. Mai): „Die Verurtellung Hammersteins war zugleich die sittliche Verurtheilung der conservativen Adelspartei des ostelbischen Preußens. Wer das leugnet, ist entweder ein Heuchler oder ein Einfältiger."

Gleichzeitig giebt dasselbe Blatt einen Brief zum Besten, den der Publicist Dr. Rudolf Meyer, an Wissen einer der ersten conservativen Publicisten, jüngst an einen Vertrauensmann geschrieben hat. Darin macht er folgendes interessante Geständniß:

„Wenn man in Berlin fragt, was der alte Meyer macht, so teilen Sie bitte mit, daß ich gegenwärtig an einer Geschichte der conservativen Partei Preußens arbeite. Es soll dies mein letztes Werk sein. Ich werde darin nachweisen, daß das Preußen Friedrichs des Großen einzig und allein durch die Faulheit, die geistige Unfähigkeit und die Anmaßung der ostelbischen Conservativen wirthschaftlich zu Grunde gerichtet worden ist. Was man jetzt in Deutschland Judenschaft nennt, ist lediglich die Folge des schmählichen Verraths, den die Conservativen an ihren Grundsätzen und an dem Vaterlande begangen haben. Deshalb werde ich den Herren in meiner jetzigen Arbeit ein Denkmal setzen, daß kein Hund mehr. . . . . ."

Die „Deutsche Tagesztg." hat unlängst nachstehendes Schreiben des Freiherrn von Loën veröffentlicht:

„Ich habe die Gewohnheit und halte dieselbe strenge inne, allen Lieferanten zu erklären, daß sie nur dann auf meine Kundschaft rechnen dürfen, wenn sie der „Deutschen Tageszeitung" ihre Annoncen-Aufträge zuweisen, da ich nur bei solchen Firmen zu kaufen pflege, die der „Deutschen Tageszeitung" durch Abonnement und Anzeigen unter die Arme greifen und dadurch die Zusammengehörigkeit des Mittelstandes in Stadt und Land bekunden. Ceterum censeo: „Gehet hin und thut desgleichen!"

Dazu bemerkt der „Börsen-Courier": „Diese Verquickung eines Bibelwortes mit einer Geschäftsreclame sei der frommen Vigilanz des „Volk", der Staatsbürger-Zeitung", der — — „Deutschen Tageszeitung" empfohlen!"

Bamberg. 15. April. Von dem hiesigen Schöffengericht wurde der Commissionär Rudolph Wunderlich

wegen Betruges und Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Wunderlich spiegelte dem Wirthschaftspächter Richter, den er in einer Streitsache vertrat, vor, es sei mit dem Gegner ein Vergleich dahingehend zu Stande gekommen, daß Richter seine Schuld in Raten von zehn Mark bezahlen könne. Richter zahlte dem Angeklagten sofort die erste Rate von zehn Mark aus mit dem Auftrage, sie dem Gegner zu überbringen, welches Geld aber Wunderlich für sich behielt. In dem anderen Falle war er beauftragt, dem Metzger Winkler fünf Mark als Abschlagszahlung zu überliefern. Auch diesen Betrag behielt er. Und das ist derselbe Herr, der hier die antisemitische Bewegung hervorgerufen und den Vorsitz in antisemitischen Versammlungen geführt hat!

Antisemitismus — unchristlich. Am 28. April fand in München eine antisemitische Volksversammlung statt, in der ein Anhänger Dr. Böckels, Herr Geisler eine Art Abrechnung mit den antisemitischen Führern hielt. Stöcker, Liebermann, Ahlwardt, Wenng, Lueger u. a. m. griff er heftig an und trat dann gegen den christlichen Antisemitismus auf. Denn nach dem Münchener „Dtsch. Volksblatt" (3. Mai) erklärte er: Es gebe kein Christenthum, es sei das Urchristenthum verschwunden, an seine Stelle sei das Paulinerkirchenthum getreten. „Euer christlicher Standpunkt ist ein Unsinn in der antisemitischen Bewegung." —

Die Herren Pastoren, die im antisemitischen Fahrwasser segeln, sollten sich diese Angriffe ihres Gesinnungsgenossen merken.

)(**Homburg v. d. Höhe.** Der hier erscheinende „Taunusbote" vom 1. Mai veröffentlicht folgendes „offene Wort" mehrerer Bürger an den Lieutenant a. D. Zimmermann in Dornholzhausen:

Aus dem gestrigen Taunusboten haben wir ersehen, daß obiger Herr sich die größte Mühe giebt, um uns einen Besuch von Herrn Hofprediger Stöcker zu verschaffen. Herr Z. hofft wahrscheinlich auf diese Weise einen christlich-sozialen Verein zu gründen, was ihm bisher nicht gelungen ist. Zweimal war von ihm zu diesem Zweck eingeladen und beim zweiten Male erschienen außer ihm noch zwei Herren. Dieses sollte doch wohl ein hinreichendes Zeichen dafür sein, daß in hiesiger Stadt kein Feld für die Lehren des bekannten Herrn Stöcker ist. — Wir Homburger haben in Bezug auf Religionsunterschiede seit Jahrhunderten, möchten wir sagen, in schönster Eintracht gelebt, und uns nie darum bekümmert, welcher Confession Jemand angehört. Uns sind ja auch von den Curgästen, von denen wir größtentheils leben müssen, alle gleich lieb. Da aber der weltbekannte Herr Stöcker in dieser Beziehung so große Unterschiede macht, so möchten wir nicht gerne durch seinen Besuch in den Verdacht kommen, als ob wir hier in Massen für seine Lehre zu haben wären. Ist Herr Lieutenant a. D. Zimmermann ein eifriger Anhänger des Hofprediger a. D., so soll er uns auch als solcher willkommen sein und wird von keinem Homburger und auch von keinem Dornholzhäuser deswegen irgendwie gering geachtet werden. Aber mit seiner Agitation bitten wir ihn uns zu verschonen; sie kann uns nur noch auswärts in ein falsches Licht bringen und schädigen; und es wäre doch nicht schön von einem, der gegenwärtig in Homburg auch nur Gastrecht erfährt, uns auf diese Weise zu vergelten.

Vermischtes.

H. v. Treitschke und das Judenthum. Man weiß, daß Heinrich von Treitschke, der soeben heimgegangene berühmte Historiker, nicht nur ein großer Publizist, sonder auch ein großer Hasser war. Alles an diesem Manne war Temperament und Feuer. Das hat er auch in seinem Hasse gegen das Judenthum gezeigt. „Der einseitigen Natur des starken Mannes," so schreibt Dr. M. Schwann in der „Frankf. Ztg." (3. Mai), „dessen Wirken nicht denkbar ist ohne rechtschaffenen Haß und tiefen Ekel, zollte Treitschke einen noch weit aufregenderen Tribut durch seine Schrift: „Ein Wort über unser Judenthum", welche 1880 erschien. Unter den vielen Entgegnungen, welche diese Schrift hervorrief, befand sich auch eine des Berliner Geschichtsprofessors Harry Breßlau, welchem Treitschke in den preußischen Jahrbüchern eine Antwort zu Theil werden ließ. Er betonte hier abermals: „Wir wollen nicht, daß die Jahrhunderte germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge." Er räth den Juden, wie schon früher, sich lediglich als deutsche Bürger israelischen Glaubens zu fühlen. Dieser Rath erscheint um so naiver, als für Treitschke die Geschichte ein „erbarmungsloser Rassenkampf" war .... Fürchtete er den Orientalismus einer gewissen Klasse von Juden, so hätte er nur bedenken sollen, daß eine tiefer stehende Cultur und Gesittung nur da in einem civilisirten Lande Boden zu fassen vermag, wo die heimische Cultur selbst Rückständigkeiten und Verfallsmomente aufweist, und daß unser deutsches Bauernthum zumal mit den geistigen und technischen Waffen, welche ihm Staat und Gesellschaft der jüngsten Vergangenheit überlieferten, den Anforderungen der modernen Zeit nicht mehr gewachsen ist, hätte ihm jeder Blick in die statistischen Tabellen der Landwirthschaft offenbaren können. Nein, aus rechtschaffenem Haß und tiefem Ekel flossen die Argumente Treitschke's in dieser wie in so mancher Frage. „Die deutsche Judenfrage," meinte er, „wird nicht eher ganz zur Ruhe kommen, das Verhältniß zwischen Juden und Christen sich nicht eher wahrhaft friedlich gestalten, als bis unsere israelitischen Mitbürger durch unsere Haltung die Ueberzeugung gewinnen, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen." Ob diese conservative Betheuerung mit seiner Anschauung, daß eine spätere Zeit erst die reinere Form des Christenthums bringen werde, noch im Einklang steht, überlassen wir Andern zur Entscheidung. Die Christlichkeit, welche noch nicht da ist, kann doch unserem Gefühl nach nicht als Trumpf ausgespielt werden gegen die Bedrohung christlicher Gesittung durch das Judenthum.

Börne ist es, auf den der Haß Treitschke's sich vor Allem geworfen. Und ob er gleich den Juden Heine nicht viel zarter behandelt, so betont er doch immer wieder, das Beste an Heine sei seine Rheinländernatur gewesen. Er stellt diese in Gegensatz zu der „abstract journalistischen Bildung" Börnes. Nun denn, halten wir fest, daß Treitsche hier das Richtige wenigstens streift, daß Heine seiner rheinischen Heimath thatsächlich Vieles zu danken hat, so ließe sich die Feindschaft Heine's gegen Preußen wohl auch auf diese Rheinländernatur zurückführen, und nicht blos auf den Juden in ihm. Denn daß das starre Preußenthum dem echten Rheinlandsohn in tiefer Seele unsympathisch ist, hätte Treitschke aus der Geschichte der Vergangenheit wie der Gegenwart erfahren können. Der Rheinländer trifft sich mit dem Preußen nur im Deutschthum, niemals im Preußenthum, und nur gezwungen verleugnet er zu Gunsten des letztern seine eigene frohe Natur.

Was aber von der von Treitschke erhofften reineren Form des künftigen Christenthums zu halten ist, ersehen wir aus folgender Episode: Laboulaye hat die Schrift Humboldt's den Franzosen vermittelt, wie John Stuart Mill sie ins Englische übertrug. Laboulaye aber ist christlich gesinnt. Erst das Christenthum hat den Werth und die Würde der Person erkannt, ist sein Urtheil. Diesem Urtheil trat Treitschke entgegen mit den Worten: „Nun muß unser herrlicher Heide Humboldt durchaus ein christlicher Philosoph sein, nun muß im 19. Jahrhundert das Zeitalter nahen, da die Ideen des Christenthums sich vollständig verwirklichen und das Individuum herrschen wird, nicht der Staat." Wer fühlt es nicht, daß hier der herrliche Heide Humboldt gegen den Christen Laboulaye genau in der schillernden Manier vertheidigt wird, wie die christliche Gesittung der Deutschen gegen das Judenthum. Damit aber wird das „Christenthum" Treitschke's thatsächlich zur Phrase. Und doch: „Nichts ist gefährlicher für das kindliche Gemüth, als die inhaltlose Phrase" — sagt Treitschke selbst."

Zum Bürgermeister von Wien ist am 6. Mai der clericale antisemitische Buchhändler Strohbach mit 94 Stimmen gewählt worden; der Liberale Dr. Grübl erhielt 42 Stimmen. Strohbach erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit. Er werde Lueger zur gegebenen Zeit den Platz räumen und das Amt in deutschem und christlichem Sinne führen.

Die Politik der Beamten. Die amtliche „Berl. Corresp." vom 5. Mai schreibt:

„In Folge eines Beschlusses des Königlichen Staatsministeriums sind die Beamten sämmtlicher Ressorts aufs Neuem nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es mit den Pflichten eines Staatsbeamten vollständig unvereinbar ist, sich an Agitationen zu betheiligen, welche gegen die Durchführung der Regierungspolitik gerichtet sind."

Wir sind neugierig, wie sich die antisemitischen Beamten zu dieser Kundgebung stellen werden.

Zur Krönungsfeier in Moskau. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: „Entgegen den in verschiedenen Blättern aufgetauchten Gerüchten, daß Juden von den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau ausgeschlossen sind, brachten in letzter Zeit die Odessaer und Kiewer Zeitungen, sowie die in Warschau in hebräischer Schrift herausgegebene „Harzefirah" (Nr. 86 vom 17. April d. J.) die Nachricht, daß der Gou-

erneut aus Kischinew im Auftrage des Departements zu St. Petersburg den dortigen Rabbiner Abram Kotolowski aufgefordert hat, im Verein mit noch zwei zu wählenden Rabbinern als Deputirte bei der Krönung des Zaren zu erscheinen."

Vom ungarischen Gott. In dem Romane „Die Lotosblume" von Mariam Tenger (Leipzig 1894) wird in einer Anmerkung folgendes als Thatsache erzählt: Ein Wachtmeister von den ungarischen Kaiser-Husaren wollte mit seinem Zuge den Feind überfallen und leitete sein Unternehmen mit folgendem Stoßgebet ein: „No! Du großer ungarischer Gott, jetzt steh uns bei! Wenn Du es Dir aber einfallen lassen solltest, uns nicht beizustehen — Caszama!" und drohte seinem Gott mit beiden Fäusten (Bd. I, S. 44).

Und an einer anderen Stelle giebt der kundige mit den ungarischen Verhältnissen völlig vertraute Verfasser der Volksmeinung mit den Worten Ausdruck: „Der ungarische Gott liebt vor allem Volk, das sich auf der Haide herumtreibt, die Husaren und die Räuber, die feschen, lustigen, ungarischen Räuber am meisten!"

Aus einem „christlichen Staate". Eine Bekanntmachung der Gemeindeverwaltung von Mützingen besagt:

„Die Armenkinder der Wittwe Thormann (ein Knabe von 7, zwei Mädchen von 5 resp. 3 Jahren) sollen an den Mindestfordernden unter den im Termin bekannt werdenden Bedingungen am Sonnabend, 28. d. M., Mittags 1 Uhr, beim Gemeindevorsteher ausgethan werden."

Die Bekanntmachung trägt den Stempel des Jahres 1896 (21. März).

Das Blutmärchen in Mähren. Wie alljährlich beim Herannahen der Osterzeit verbreiteten auch dieses Jahr verschiedene antisemitische Blätter eine gruselige Geschichte, wonach der jüdische Kaufmann Moriz Moller in Mährisch-Trübau seiner Dienstmagd Philomena Wactawek des Nachts mittelst Nadelstichen an den Gelenken der Arme und Beine Blut abgezapft habe. Moller hatte durch diese Gerüchte viel zu leiden und war sogar gefährdet, weshalb er selbst die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung begehrte. Es ergab sich, daß die Mägde Sofie Nemluwil und Emilie Schwab das Märchen verbreitet hatten; sie wurden verhört und gaben an, die Waclawek habe ihnen mit eigenem Munde erzählt, was Moller des Nachts an ihr vorgenommen habe, mit dem Beifügen, sie sei am Morgen hieroon ganz matt und schwach gewesen. Nun wurde die Waclawek als Zeugin vorgeladen und gestand, sie habe Derartiges allerdings den beiden Kamerodinnen erzählt, allein sie habe ihnen nur einen Bären aufbinden wollen und sie nicht für so dumm gehalten, daß sie ihr glauben würden. In Wirklichkeit sei Alles erfunden, es sei ihr im Hause Moller's nichts geschehen, derselbe sei reich genug, sich Blut zu kaufen, wenn er wirklich solches benöthigen sollte; sie glaube dies aber nicht, zum Beweise dessen sei sie auch jetzt wieder bei einer jüdischen Familie im Dienste. Daraufhin wurde die Voruntersuchung gegen Moller, die wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit geführt worden war, mangels jeden Thatbestandes eingestellt, nachdem auch die Gerichtsärzte die ganze Geschichte als sinnloses Märchen bezeichnet hatten. Dem Moller wurde auch ein Schuldlosigkeitszeugniß ausgestellt. Sein Vertreter erhob nunmehr ober gegen die Waclawek die Klage wegen verleumderischer Ehrenbeleidigung, worüber, es dieser Tage bei dem Bezirksgerichte Mährisch-Trübau zur Verhandlung kam. Die angeklagte Magd änderte mit einem Male vollständig die Darstellung, denn sie trat vor dem Richter mit der Behauptung auf, sie habe früher die Unwahrheit gesprochen, sie sei wirklich mit Nadeln gestochen worden. Da nun entweder die eine oder die andere Angabe falsch sein muß, brach der Richter die Verhandlung ab und verkündete den Beschluß, den Act der Staatsanwaltschaft abzutreten zur Feststellung, ob die Waclawek sich des Verbrechens der falschen Zeugenaussage schuldig gemacht habe.

Asemitismus. Das ist so bequem: Alles was auf Erden schlecht und niedrig ist, semitisch zu nennen, und es „asemitisch" zu bekämpfen. Mancher will nicht Antisemit sein, um die Gebote der christlichen Nächstenliebe nicht zu verletzen, und liebt es, sich als „Asemit" zu bezeichnen, der die semitische Corruption bekämpft. Ein polnischer Jesuitenpater Namens Morowski predigt laut und eindringlich den „Asemitismus".

Lange schon hatte er sich die Frage vorgelegt: „Wie stellen wir es an, die Juden in dem allgemeinen Gebot der Nächstenliebe zu umfassen und uns zugleich gegen den ansteckenden und zerstörenden Einfluß des Judenelements zu wappnen?" Den Juden die Gleichberechtigung zu nehmen, das geht leider nicht mehr. Ausnahmegesetze seien eine zweischneidige Waffe, die noch einmal recht gefährlich werden könne und deren Wirkung die Polen am eigenen Leibe erfahren hätten. Sie zum Lande hinausjagen oder morden, sei auch nicht gut möglich angesichts des Gebots der Nächstenliebe. Aber es giebt ein einfaches, vortreffliches Mittel: „Wir hüten uns davor, einen Juden als Handwerker, Arbeiter oder Angestellten zu benutzen, wir kaufen nichts bei einem Juden, und selbstverständlich lassen wir ihn nicht irgendwo als Beamten sein Brod finden — mit einem Wort, wir hungern die Juden aus." Dieses Programm hat den unvergleichlichen Vorzug, des Beifalls aller derer sicher zu sein, die da glauben, mit dem Verschwinden der Juden aus Europa werde auch alles soziale Elend verschwinden. „Aber wir gehen noch weiter. Wir verstopfen den Juden alle Quellen der Kultur und der Bildung, wir lassen kein Körnchen Wissen zu ihnen hindurchsickern, wir verschließen ihnen alle Elementar-, Mittel- und höheren Schulen, ganz einfach dadurch, daß wir diesen Anstalten einen confessionellen Charakter verleihen, und so dürfen die Juden nicht hinein. So ächten wir sie gesellschaftlich und öconomisch, ohne die Hand zu einer Vergewaltigung zu reichen, ohne Ueberschreitung der Schranken. Wir beleidigen Niemanden, thun Niemandem weh, wir wahren nur unsere Rechte." Das heißt „Asemitismus"! Das ist die Verschmelzung von Nächstenliebe mit „Wahrung berechtigter Interessen"!

Also physische und geistige Aushungerung von Millionen Menschen, und das im Namen der Nächstenliebe, im Namen des Christenthums! Dann empfehlen wir schon lieber eine liebliche Bartholomäusnacht!

Eine Uebersetzung des Schulchan-Aruch kündigt die Mechitharisten-Buchdruckerei in Wien an, die von Heinrich G. F. Löwe sen. bearbeitet ist und 2 starke Bände umfassen soll. Der uns vorliegende Prospect beruft sich auf Freiherrn v. Langen's Broschüre über das „jüdische Geheimgesetz!"

Das genügt zur Kennzeichnung dieses Unternehmens.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

(Fortsetzung.)

Der weitere Bericht läßt uns schon einen Blick thun in das furchtbare Elend, das der heraufziehende Winter über die aller Lebensmittel entblößten Truppen brachte. Es ist von hervorragendem Interesse, die grause Situation der französischen Armee nicht aus großen Allgemeinschilderungen, sondern in den schlichten Worten eines Mannes zu lesen, der all' das Elend mit erlebt und mit erlitten hat.

Nach mannigfaltigen Zügen kam sein Bataillon nach Drogobaset. „Hier war der erste Schnee gefallen; wir bekamen mit einigen Franzosen Streit wegen eines aufgefangenen Stück Viehs, welches geschlachtet wurde, und welches wir

theilten. Die Armee erlag schon dem größten Elend, in jedem Lager fand man des Morgens schon vor Hunger sterbende Soldaten. Den 6. November marschirten wir nach Mikolerka, in diesem Biovuak fanden wir in der Morgenfrühe fünf unserer besten Artilleristen beim Feuer todt liegen, unser braver Lieutenant Töteke und fast wir alle konnten uns der Thränen bei diesem traurigen Anblick nicht enthalten. Auch wurde den 7. die Kälte etwas strenger, aber doch erträglich, den 8. passirten wir den Dnieper und erreichten den 9. Smalensk; unsere sichere Vermuthung, hier Lebensmittel zu bekommen, war vergebens, die vorräthigen Lebensmittel wurden unter die Franzosen meistentheils vertheilt. Unsere Batterie bestand noch in zwei Kanonen und einem Munitionswagen, was wir noch von sieben Gespannen übrig hatten. Diesseits Smalensk lagerte unsere Compagnie an der Vorstadt, Pferde und Mannschaften wurden in einem großen Gebäude untergebracht. Unsere Artilleristen machten Feuer in dem Zimmer an, und als wir uns darum gelagert hatten und zum Theil dabei einschliefen, gerieth das ganze Gebäude in Flammen, so daß wir uns mit großer Gefahr retteten; die in der zweiten Etage Gelagerten wurden meistentheils verbrannt. Erst den 13. November marschirten wir nach Koritna in Bivouak, die Kälte war heftiger, es lagen schon häufiger vor Hunger und Kälte gestorbene Soldaten an beiden Seiten der Straße, man sah, wie alle Todte in komischen Figuren, meistentheils mit einem Schaum vor dem Munde, todt lagen. Den 15. war die Witterung gelinder, es wurde trübe, wir hörten vor uns kanoniren. Unsere Compagnie hatte nur noch ein Geschütz, auf welchem unser Kanonier-Sergeant Zippel, der krank war, saß. Wir marschirten nach Krasnai, das Kanonenfeuer hörte auf, und als wir an eine Anhöhe gelangten, erblickten wir links an der Straße, kanonenschußweit, nahe an einem Dorf, einen Pulk Kosacken aus dem Walde kommen. Es stellte sich ein Bataillon französischer Gardegrenadiere mit zwei Stück leichtem Geschütz dagegen auf. In diesem Moment feuerte eine feindliche Batterie aus dem Walde in die linke Flanke unserer Kolonne. Alles stürzte durch einander und bei dieser Unordnung fiel unser Sergeant Zippel todt an dem Geschütze. Die Kosacken fielen uns in den Hinterhalt, wobei sie alles plünderten. Den Abend erreichten wir endlich Krasnoi, mit Verlust unseres letzten Geschützes. Hier löste sich nun auch unsere Compagnie auf und jeder war für seine Sicherheit bedacht.

Den folgenden Tag traf ich in Liody ein. Mein Pferd hielt ich durch wenige Nahrung noch auf den Beinen, ich selbst bekam hier seit drei Wochen zum ersten Mal wieder Brod zu essen. Napoleon traf diesen Tag hier ein, ich sah ihn fast täglich, in der letzteren Zeit war er mit einem Pelz bekleidet und mit einer grünen Mütze bedeckt. Er mag in dieser bösen Zeit wohl so gut wie ich das Heimweh gehabt haben." Bei einer Streiferei in der Umgegend nahm ich einem Bauern einen Sack Mehl ab und brachte denselben glücklich in das Lager. Wir trafen nicht weit davon ein Dorf, wo mehrere hungrige Kameraden zu uns stießen. Es wurde aus dem Mehl Brod gebacken und vertheilt. Den anderen Morgen früh schlugen wir unsern Weg wieder nach der Straße ein, unterwegs ritten wir uns irre und kamen immer tiefer in einen Wald; wir fanden eine frische Spur im Schnee und waren dieser noch nicht eine halbe Stunde gefolgt, als wir einen Haufen Möbel, Betten und einen Korb voll russischer Kopeken, eine Art Kupfermünze, und noch mehrere Sachen fanden. Wir hielten uns dabei einige Augenblicke auf, und als wir wieder unseren Marsch fortsetzen wollten, kamen uns an die dreißig bewaffnete Bauern über den Hals. Zurück zu reiten war unmöglich, wir setzten uns in Trab, von den Bauern verfolgt, und gelangten nach einer Stunde auf einen großen Edelhof, wo wir genug der unserigen Soldaten von verschiedenen Nationen antrafen. Es mochte schon einige Tage hier gewirthschaftet sein, denn es lagen mehrere todte Soldaten in der Behausung. Meine Lebensmittel hatte ich durch die Verfolgung der Bauern wieder eingebüßt und mußte mit leerem Magen nebst den Uebrigen nach der Militärstraße hin mich verfügen, wo ich die Armee nicht weit von Dombrowna antraf. Das Elend nahm täglich bei der Armee zu; wo nur ein Pferd niederfiel, lagen die Soldaten wie die Raben darauf und zerhackten und zerschnitten das noch nicht ganz todte Thier in Stücke, dabei gab es sogar blutige Köpfe; waren keine frisch gefallenen Pferde da, so nahm man seine Zuflucht zu denen, welche schon einige Tage vorher gestorben und schon hart gefroren waren. Solche Speise wurde öfter von mir am Feuer nur halb gar gebraten, ohne Salz und Schmalz, begierig verzehrt. Hunger und Kälte, diese beiden grausamen Feinde, haben unsere Armee vernichtet. Sie veranlaßten schauderhafte, unmenschliche Auftritte. So war es öfters der Fall, daß, wenn ein Kranker nicht weiter konnte oder vor Hunger und Frost umfiel, die übrigen Vorbeimarschirenden diesem Unglücklichen alles abnahmen und ihn nackt auszogen. Ein französischer Küraßier, welcher in Lumpen gehüllt, ungefähr 20 Schritt vor mir marschirte und krank zu sein schien, legte sich an der Seite der Straße nieder und mochte wahl mit dem Tode ringen, gewiß schöpfte er aber noch Athem; da stürzten Mehrere auf diesen Armen; ich bemühte mich mit einem unserer Artilleriesoldaten, Namens Katzwinkel, diese Grausamkeit zu verhindern, aber schnell hatten die Unmenschen ihn ganz entkleidet. Uebrigens wurde für die Franzosen stets besser und eher gesorgt als für uns.

Den 27. November des Mittags erreichten wir die Beresina; es waren über diesen Fluß 2 Brücken geschlagen, wovon die eine rechts zum Uebergang unbrauchbar war, es lagen eine ungeheure Menge todter Pferde und Karren davor, daß man kaum daran gelangen konnte. Ueber die obere Brücke, links, gingen diesen Tag meistentheils die französischen Garden und Artillerie. Gegen 3 Uhr Nachmittags feuerten die Russen von einer Anhöhe herab in unsere linke Flanke des Lagers, so daß Alles in Schrecken gerieth und durcheinander lief, schrie und jammerte. Es wurde nun in aller Eile eine Reiterschaar aus allen Waffengattungen zusammengebracht, welche dem Feinde entgegengestellt wurde, worauf das Kanonenfeuer aufhörte.

Die Kälte wurde in dieser Nacht heftiger, es wehte ein kalter Nordwind. Als es Tag wurde, drängten sich die Menschen von allen Seiten an die Brücke, um hinüber zu kommen. Wie viele stürzten bei dem Gedränge von der Brücke in den Strom und fanden ihren Tod in den eisigen Wellen. Es war jämmerlich mitanzusehen, wie die vielen armen, in Lumpen gehüllten Menschen theils krank, theils ausgehungert, halb durchfroren, in den tiefen Schnee dastanden und wimmerten und auf den Uebergang über den Fluß lauerten.

Zahllos waren die Mühseligkeiten und ungeheuer die Strapazen, die ihrer auf dem Weiterzuge warteten. Schließlich gelangten sie noch in die Hände der Kosacken. Drei Tage wurden wir rückwärts transportirt, ohne die geringste Nahrung zu bekommen; die Getreidekörner, welche wir aus dem Stroh, worauf wir kampirten, herausrieben, fristeten uns kümmerlich das Leben; viele erlagen dem Hunger, der Kälte und den übrigen Strapazen. Unsere zärtliche, gefühlvolle Eskorte bekümmerte sich nicht darum, wenn die armen Menschen niederfielen und in der furchtbaren Kälte mit dem Tode ringend, liegen blieben.

An einem Freitage kamen wir nach einer kleinen Stadt; unter freiem Himmel bei einer sehr strengen Kälte lagernd, konnten wir nur an einem elenden, durch allerhand brennbare Stoffe unterhaltenen Feuer die erstarrten Glieder erwärmen. Wie viele unserer Leidensgefährten mußten wir bei anbrechendem Tage erstarrt und leblos da liegen sehen!

O es war ein jammervoller Anblick und welche Aussichten für die Ueberlebenden! — Ich wagte in aller Frühe in die Stadt hineinzulaufen, gelangte auch glücklich auf den Markt und hörte in einem jüdischen Hau'e das Sabbathgebet verrichten; ich lief an die Fenster, klopfte an und gab mich den Leuten als ein Glaubensgenosse zu erkennen. Sie reichten mir Brod und etwas Fleisch zum Fenster heraus, das war Alles, womit sie mir halfen. In der Stadt herumirrend, begegnete mir ein russischer Officier, welcher mich in deutscher Sprache fragte, was ich in der Stadt machte, ich sagte ihm aufrichtig, was ich gethan hatte. Er fragte weiter, was ich für ein Landsmann sei; als ich ihm sagte, daß ich ein Göttinger wäre, erwiderte er, daß er zwei Jahr da studirt hätte, und gab mir etwas Geld, ermahnte mich aber ernstlichst, zu meiner Colonne Gefangener zurückzukehren, wenn ich nicht Gefahr laufen wollte, von den Bauern todtgeschlagen zu werden. Als ich nach dem Platze hin wollte, sah ich den Transport schon an einer Waldhöhe hinaufmarschiren. Es verfolgten mich wirklich auch schon Bauern mit Knüppeln, da ich aber ziemlich großen Vorsprung hatte, entkam ich glücklich dieser Gefahr und erreichte unsere jammervolle Colonne wieder, wo mir übrigens nichts zu Leide geschah, wie überhaupt die Kosacken, so gefühllos sie sich auch zeigten, doch Niemand von uns absichtlich kränkten und mißhandelten, ein Lob, welches ich den hinterlistigen, mordlustigen Spaniern nicht ertheilen möchte.

Von dem Officier der Eskorte, einem freundlichen Manne, erfuhr ich, daß wir nach Minsk gebracht würden; diese Nachricht war mir sehr lieb, weil in dieser Stadt sehr viele Israeliten wohnten, und von ihnen hoffte ich Erlösung aus der traurigen Gefangenschaft. In langwieriger Gefangenschaft zu leben, war mir ein schrecklicher Gedanke, und darum dachte ich gleich Anfangs ans Entrinnen aus derselben, sobald sich eine günstige Gelegenheit dazu darbieten sollte, und in Minsk mein Vorhaben auszuführen, war mein ganzer Gedanke. Diesen Ort erreichten wir an einem Morgen. Mein Herz schlug mir vor Angst und Hoffnung. In der Vorstadt angekommen, sah ich in der Ferne ein von Juden bewohntes Haus. Die offene Thür schien mich zum Hineintritt einzuladen und ich entwischte der Eskorte, welche es zu meinem großen Glücke nicht bemerkte. Eine junge Jüdin kam mir aus der Stube entgegen und als ich ihr mit Thränen meinen bedauernswerthen Zustand zu erkennen gab, vermischte sie ihre Thränen mit den meinigen, setzte mich zum heißen Ofen, pflegte mich mit Essen und Trinken, äußerte aber zugleich ihr Bedauern, daß ich nicht lange bei ihr verweilen könnte, indem sie zwei russische Verwundete in Quartier habe, welche öfters in die Stube kämen, und ohnedies würde ihr Mann, welcher Mittag nach Hause käme, mich über Nacht nicht im Hause behalten. Die Russen, zwei junge, in eine feine Uniform gekleidete Leute, kamen wirklich bald in die Stube, bekümmerten sich aber nicht um mich. Der Hauswirth, ein freundlicher Mann, bewillkommnete mich freundlich, gab mir aber zu verstehen, daß er mich als einen Gefangenen ohne die größte Gefahr nicht im Hause behalten dürfte; er zeigte mir aus dem Fenster die Wohnung seines Schwagers, wohin ich mich verfügen und zur Heilung meiner Wunde und erfrorenen Füße ins jüdische Hospital bringen lassen möchte. Ich zeigte aber keine Lust, wegzugehen, mein Wirth nahm aber die Sache von der ernsthaftesten Seite und nöthigte mich, wiewohl auf anständige Art und Weise, das Haus zu verlassen. Es war schon 3 Uhr Nachmittags, als ich mein Etysium verlassen mußte; ich war nicht mehr weit von der Behausung entfernt, wohin ich gehen wollte, als in demselben Augenblick ein andrer Transport Kriegsgefangener herankam. Der Officier, mich anblickend, ließ mich alsbald vermittelst einiger Kolbenstöße in die Reihe der Gefangenen eintreten. Dahin war nun von Neuem die nur auf kurze Zeit wieder erlangte Freiheit! Aber noch nicht alle Hoffnung! In der Vorstadt wurde gar einem großen, noch nicht fertig gebautem Hause, welches zu einer Kaserne aber zu einem Hospital eingerichtet zu sein schien, Halt gemacht; alle Kriegsgefangene wurden hier einquartirt, so daß in jedem Zimmer an 150 Menschen gleichsam zusammengepackt wurden. Die Kälte war fortwährend sehr heftig und nur die Ausdünstung der großen Menge Menschen machte es möglich, sie aushalten zu können. Die Nacht brachten wir auf dem Fußboden, nicht weich liegend, zu. Den folgenden Tag wurde uns eine Tonne Zicharri (eine Art in Stücken gebröckeltes und gedörrtes Brod, mit grobem vermischt) mitten ins Zimmer gestellt, womit wir uns begnügen mußten. In der Nacht waren 15 Mann in unserem Zimmer gestorben. Nicht wenig erstaunte ich, als ich meinen Freund, den Sergeant-Major Hebberich, in unsrer Mitte antraf; nur einen schlechten Trost konnten wir uns beiderseits geben. Ich konnte mich mit meinem traurigen Schicksal noch garnicht aussöhnen und faßte von Neuem den gefährlichen Entschluß, aus meiner Gefangenschaft zu entfliehen. Die Vorstellungen des Freundes vermochten es nicht, mich davon abzubringen. Der Gedanke, immer tiefer in Rußland hineinzukommen, war mir zu schrecklich!

Ich war mit meinen Leidensgefährten in einem Eckzimmer eingeschlossen. Der Schnee lag an 8 Fuß hoch um das Haus herum, sodaß ich ungehört aus dem 2. Stockwerke den Sprung darauf wagen konnte. Eine Stunde vor Tagesanbruch machte ich mich an ein Eckfenster, suchte so viel Fensterscheiben aus dem Blei zu nehmen, als nöthig war, um gemächlich hindurch zu steigen. Meine unglücklichen Kameraden lagen noch in festen Schlaf versunken und hörten und sahen nichts von allem, was vorging. Nachdem ich mich überzeugt hatte, daß ich von der Schildwache von der Seite nicht bemerkt wurde, that ich den Sprung und — entkam glücklich. Einen großen, mit dickem Schilf bewachsenen, zugefrorenen Teich, welcher einige hundert Schritt entfernt war, hatte ich mir schon den Tag vorher als einstweiligen Zufluchtsort ausersehen, welchen ich auch eine halbe Stunde vor Tag noch erreichte.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

F. in Berlin. Der „Deutsche Generalanzeiger" **lügt**! Flora Gaß ist nicht Jüdin.

Mehrere Leser. Wir bringen nun doch, um den Zusammenhang nicht zu unterbrechen, in der „Gesch. e. jüd. Soldaten" erst den Bericht des russischen Feldzugs zu Ende, um dann den Bericht des spanischen Feldzugs anzuschließen. Es ist uns erfreulich, daß er allgemeines Interesse hervorruft.

Gen.-Anz. f. Aschersleben, L. L. in **Hamburg, D. R.** in **Magdeburg, D. H.** in **Hagen.** Besten Dank für die Einsendung der Zeitungen.

W. G. in **Str.** Die „Köln. Volksztg." vom 10 Juli 1895 nennt die Straßburger Universität „protestantisch-jüdisch". Warum, begreifen wir auch nicht.

N. R. in **Jerxheim.** In dieser Nummer abgedruckt. Derartige Notizen nehmen wir mit Dank an. Bezahlung nehmen wir nur für Annoncen!

D. W. in **G.** Zu unserer Notiz über die Familie Nobiling wird der „Volksztg." mitgetheilt, daß die Familie, die nach dem Attentat den Namen Edeling angenommen hat, jetzt in Kokitten bei Schwerin a. W. ansässig ist. Sie gehört der streng kirchlichen, pietistischen Richtung an und ist in dortiger Gegend angesehen, da sie bei ihrer Frömmigkeit auch sehr wohlthätig ist. Sie unterhält u. A. auch ein Waisenhaus mit einem Pastor an der Spitze.

M. R. in **Wien.** Zu den Siegern in Olympia gehörten u. a. die jüdischen Oesterreicher Paul Neumann und Otto Herschmann. Ersterer erlangte die Weltmeisterschaft im Wettschwimmen, Herschmann den zweiten Preis.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hasschläger, Berlin W., Potsdamerstraße 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nr. 20. Berlin, den 16. Mai 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Die Krise in Wien.

Die Art, wie die Wiener Krise beendigt wurde, bedeutet persönlich einen Sieg der Antisemiten, sachlich einen Erfolg des liberalen, aber wenn man will demokratischen Prinzips. Aus politischen Gründen wünschte man bei der ersten Wahl Lueger zum Bürgermeister dessen Bestätigung in zahlreichen liberalen und namentlich auch in jüdischen Kreisen. Beispielsweise trat die „Oesterreichische Wochenschrift" für Luegers Bestätigung ein. Wir glauben allerdings nicht, daß die Hoffnungen dieser Kreise auf schnelles Abwirthschaften der Antisemiten sich erfüllen werden, aber sie hatten das richtige Gefühl, daß es besser ist, wenn eine Volksbewegung sich entwickeln darf, als wenn man ihren Anhängern den Heiligenschein eines vermeintlichen Märtyrerthums zu Theil werden läßt. Rechtlich war gegen das Vorgehen der Regierung nichts einzuwenden. Daß ihr die Befugniß zustand, dem erwählten Bürgermeister Lueger die Bestätigung zu versagen, ist zweifellos. Gerade darum durfte sie aber den Gemeinderath nicht auflösen, sondern sie mußte es bei der Verwaltung der Stadt durch einen Commissar bewenden lassen. Dann hätte die Partei Luegers beim Oberverwaltungsgerichtshof klagen müssen. Dieser hätte der Regierung entweder das Bestätigungsrecht abgesprochen — in diesem Falle war Lueger wirklich Bürgermeister — oder das Bestätigungsrecht wurde anerkannt. Dann stand gegen Lueger nicht die scheinbare Willkür einer Regierung, sondern der Spruch des obersten Gerichts, und es wäre der Partei Luegers nur der Ausweg übrig geblieben, die Abschaffung des Bestätigungsrechts auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Die Auflösung einer parlamentarischen Körperschaft, wie des Gemeinderaths von Wien, enthält dagegen die Anerkennung des constitutionellen Prinzips, zum mindesten gleicher Rechte der Regierung und der (in diesem Falle communalen) Volksvertretung. Es wäre wenigstens unsinnig, die „Stimme des Volkes" hören zu wollen, wenn man ihr nicht folgen will. — Die österreichische Regierung hatte damit also das Prinzip anerkannt, daß ihr das Recht nicht zusteht, einem rite Gewählten Bürgermeister die Bestätigung zu versagen. Ein Präcedenzfall, dessen man sich später wird erinnern dürfen, und welcher um so mehr die Kraft eines Präjudizes hat, als für die Nichtbestätigung Luegers nur dessen Persönlichkeit maßgebend war — nicht dessen politische Stellung, wie denn bekannt war, daß anderen Mitgliedern seiner Partei die Bestätigung ohne Weiteres gewährt worden wäre. — Die Auflösung des Gemeinderaths bedeutet daher, wie bemerkt, einen Sieg des demokratischen Prinzips.

Nachdem die Auflösung erfolgt war, ließ es die Regierung an Folgerichtigkeit fehlen. Die Beamten dürfen für die Partei und den Mann agitiren, den die Regierung bekämpft. Graf Badeni, der sich in Galizien als Organisator der Wahlen einen Namen gemacht hatte, und dessen untergebene Beamte vor Kurzem noch die Wahl des durchaus regierungsfreundlichen Dr. Btach mit Gensdarmen verhinderten, erwies sich auch dieses Mal als constitutioneller Mann. Constitutioneller als man in England ist. Dort ist es nicht möglich, daß Regierungsorgane — wie dies übrigens bei uns häufiger geschehen — f. Agitation gegen die Handelsverträge, für die Wahl Ahlwardts ꝛc. — gegen die Regierung agitiren. Denn die Grundlage jedes vernünftigen Regierungssystems ist, daß die Regierung weiß, was sie will, daß sie einen einheitlichen Willen hat. Und in zweiter Linie, daß sie nach außen einen einheitlichen Willen zu erkennen giebt. Die Folge dieser Regierungsanarchie war, daß der zweite Wahlkörper, in welchem die Beamten die entscheidende Stimme haben, auch dieses Mal für Lueger und seine Partei die Entscheidung gab.

Aus dieser Verlegenheit half sich Badeni mit einem Theatercoup. Er vermittelte eine Audienz Luegers beim Kaiser, in Folge welcher Lueger auf den Bürgermeisterposten Verzicht leistete. Es ist gleichgültig, ob, wie die clericalen „Tiroler Stimmen" melden, der Kaiser Lueger wegen der Art seiner Agitation Vorstellungen machte oder in gnädiger Weise an seinen Patriotismus appellirte. Denn abgesehen davon, daß von den „Vorstellungen" in den offiziösen Berichten nicht die Rede war, hatte Badeni jedenfalls den Kaiser mit Lueger, wie mit einer gleichberechtigten Macht verhandeln lassen. Das stimmte schlecht zu den Erklärungen, die Badeni seiner Zeit gegen Lueger abgegeben hatte. Auch Lueger war hier nicht folgerichtig. Wollte er ein loyaler Mann sein, so mußte er das zweite Mal sich nicht wieder zur Wahl stellen lassen. In der That soll Lueger von Badeni überlistet worden sein. Er soll Zweifel in die Behauptung des Ministers gesetzt haben, daß der Kaiser ihn wirklich nicht bestätigen wolle. Hierauf soll Badeni ihn beim Wort genommen und die Unterredung beim Kaiser vermittelt haben, aus welcher dieser von der kaiserlichen Willensmeinung sich überzeugen konnte. In keinem Fall hat das Ministerium Badeni Lorbeern geerntet. Zur Entschuldigung seiner Schwäche dient es, daß einflußreiche Hofkreise für Lueger eintraten. Zum Beispiel ein Erzherzog, dessen Gattin reiche Mittel der Partei Luegers für die Wahl zur Verfügung gestellt hatte, so daß also eine Agitation gegen den Willen des Kaisers selbst innerhalb der kaiserlichen Familie stattgefunden hatte.

Ziehen wir die Folgerungen aus der Darstellung der Wiener Zustände, so ergiebt sich, daß die schwankende und

widerspruchsvolle Haltung der Regierung eine Hauptursache des antisemitischen Sieges ist. Eines Sieges, der durch die Ironie der Geschichte zugleich ein Sieg des demokratischen Prinzips wurde. Nicht übersehen sollte übrigens werden, daß dieser Sieg des demokratischen Prinzips nicht ein bloßer Zufall ist, sondern der antisemitische Heerbann thatsächlich eine große Anzahl demokratischer Anhänger zählt. In Oesterreich sind nur diejenigen wahlberechtigt, die zum mindesten 5 fl. directe Steuern zahlen — die sogenannten „Fünfguldenmänner". Die Masse des Volkes ist daher vom Wählen ausgeschlossen; in dem großen Wien sind nur etwa 75 000 Männer wahlberechtigt, daher haben die Sozialdemokraten keine Aussichten bei den Wahlen, und fast Alle, die demokratisch sind, schließen sich deshalb bei der herrschenden Abneigung gegen die liberale Plutokratie den Antisemiten an. Bei dem Einfluß, den der Erfolg auf die große Masse der Schwankenden ausübt, hat sich denn nach und nach die Herrschaft des Antisemitismus befestigt. Es ist aber höchst wahrscheinlich, daß das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich wie bei uns zu einer Verdrängung der Antisemiten durch die Sozialdemokraten führen würde.

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

II.

Dasjenige Beispiel für die beginnende Umwandlung von Tausenden von jüdischen Händlern in Bauern, das nach den beiden oben erwähnten Richtungen hin geradezu typisch ist, bildet die Colonisation Palästinas durch russische Juden.

Der Reisende, der das heilige Land besucht, pflegt in Jaffa zu landen, um von da aus mit der Bahn oder mit einem Wagen Jerusalem zu erreichen. Wenn er die Stadt passirt und den Kranz von Orangen- und Fruchtgärten durchschnitten hat, der sie umgiebt, so kommt der Reisende in eine anscheinend trostlose, wüste Gegend. Ringsum nur Sand und Sand und das arabische Dorf Jazur, das auf der Landstraße liegt, erhöht den unangenehmen Eindruck noch, denn es besteht blos aus einem Haufen von Lehmhütten, auf deren Dächern Ziegen weiden, von Feldern aber ist sehr wenig zu sehen. Kaum kann man glauben, daß auf diesem Sandboden eine Bewirthschaftung möglich ist. Aber der Weg führt eine halbe Stunde weiter und vor uns sehen wir zunächst ein hohes Gebäude auf einem Hügel liegen und allmählich näher herankommend, erblicken wir eine grüne Oase in der Sandwüste. Auf einigen kleinen Anhöhen stehen ansehnliche Gebäude, das eine davon erscheint als eine sehr große Fabrikanlage und kleinere sehr sauber gehaltene Häuser ziehen sich einige Straßen entlang hinunter in das Thal. Baumalleen umrahmen die gut angelegten Straßen des Dorfes, Gärten sind bei jedem Hause und die ganze Anlage ist umgeben von grünenden Weinbergen, die sich rings herum weit in das Land hinein erstrecken.

An der einen Seite des Dorfes, das den hebräischen Namen Rischon le Zion trägt, liegt ein Wald von Eucalyptus-Bäumen und hin und wieder sind die Weinberge unterbrochen durch Felder mit verschiedenen Getreidearten, Weizen, Gerste, Mais &c. Außerdem stehen in den Weinbergen und Feldern zahlreiche Fruchtbäume, besonders Mandelbäume. In allen den verschiedenen Arten der landwirthschaftlichen Arbeiten sehen wir fleißige Leute auf dem Felde thätig, sie gehen hinter dem Pfluge, behacken die Weinstöcke oder beschneiden die allzu üppig sprossenden Pflanzen, die Frauen und Mädchen sind damit beschäftigt, das Unkraut auszujäten und selbst Kinder, Knaben und Mädchen, helfen fleißig bei dieser Thätigkeit. In der Ferne erblickt man große Rinderheerden weiden, und auf den Dorfstraßen treibt sich allerhand Geflügel herum; so sieht das Ganze einem wohlhabenden deutschen Bauernhofe nicht unähnlich, nur daß der Weinbau den Körnerbau bei Weitem überflügelt.

Das Ganze ist aber keine etwa nach Palästina verpflanzte deutsche Ansiedelung, es ist vielmehr ein Dorf russischer Juden, die seit wenig mehr als einem Jahrzehnt sich bemühen, durch Bearbeitung des Bodens ihr Brod zu verdienen. Die Tracht der Leute unterscheidet sich nicht allzu sehr von der europäischen und nur wenige durch das Klima bedingte Aenderungen lassen die Bauern den eingeborenen Fellachen etwas ähnlicher erscheinen. Das Interessanteste aber ist, daß das ganze Dorf nur von Juden bewohnt wird, alle Arbeiten, die hier vorkommen, werden von Juden verrichtet und die Resultate, die besonders im Weinbau erzielt werden, verdienen die größte Anerkennung.

Wir wenden uns zur Besichtigung der großen Fabrikanlagen, die uns schon von der Landstraße her aufgefallen sind, und finden, wenn wir näher herankommen, daß es mächtige Weinkeltereien sind, in denen außerordentlich große Quantitäten von Wein gelagert werden können, freilich muß der Begriff Kellereien ein wenig modificirt werden, denn was wir dort vor uns sehen, die langgestreckten Hallen von der Höhe eines zweistöckigen Gebäudes sind die Aufbewahrungsstätten für den fertigen Wein. Da man hier nicht in der Lage war, eigentliche Kellereien anzulegen, da aber andererseits in dem Klima des heiligen Landes der Wein bei seiner oberirdischen Lagerung der Gefahr des Verderbens ausgesetzt war, so wurden große Eismaschinen aufgestellt, die die nöthige Abkühlung der Temperatur in den Weinspeichern besorgen. Die zwölf enormen Hallen fassen einen Vorrath von 50,000 Hectolitern Wein und die Eismaschinen werden bedient von einer Dampfmaschine, die im Ganzen hundertzwölf Pferdekraft haben. Die hier erzeugten Sorten Weine zerfallen in verschiedene Qualitäten Rothweine und Weißweine, sowie süße Weine nach Art der spanischen Alikantetrauben, außerdem werden große Quantitäten Cognac hergestellt und gerade dies Product dürfte sich neben einigen der Weinsorten rasch einen Platz auf dem Weltmarkt erobern. Merkwürdig für uns Deutsche, die wir die Juden so selten bei manueller Arbeit sehen, ist nun wiederum die Thatsache, daß auch bei ausgedehnten Anlagen jegliche Arbeit hier von Juden geleistet wird, leichte sowohl wie schwere. Die Pläne zu den mächtigen Bauten haben jüdische Baumeister entworfen; auch die gesammte Arbeit ist von jüdischen Maurern, Handlangern, Arbeitern gemacht worden. Die riesige Böttcherwerkstatt, in der für das ganze Quantum Wein große und kleine Fässer hergestellt werden, beschäftigt nur jüdische Arbeiter unter Leitung jüdischer Meister, die Maschinisten wie die Heizer bei den Dampfmaschinen, die Arbeiter bei den Keltern, in der Cognacbrennerei und den Weinspeichern sind alles nur Juden, ebenso wie in der großen mechanischen und Schlosserwerkstatt, mit deren Arbeitskräften die Dampfmaschinen an Ort und Stelle montirt wurden, ausschließlich jüdische Arbeiter thätig sind. Es ist höchst interessant für den deutschen Reisenden, diese Verhältnisse mit eigenen Augen zu sehen und kennen zu lernen, wie die Juden sich vollständig selbst genügen und hier von der ersten Arbeit des Bauern an jede vorkommende Thätigkeit leisten. Rischon Lezion besteht erst 14 Jahre und hat bei seiner Gründung nicht geringe Schwierigkeiten durchzumachen gehabt; wenn die jüdischen Colonisten diese Schwierigkeiten überstehen konnten, so danken sie es wesentlich der Hilfe europäischer Glaubensgenossen, die ihnen mit Rath und That zur Seite standen, sie auch mit nicht unerheblichen Vorschüssen unterstützten, diese Vorschüsse sind aber im Laufe der Jahre zu bereits sehr erheblichen Bruchtheilen zurückgezahlt.

In der Umgebung von Rischon Lezion liegen noch eine Reihe anderer jüdischer Dörfer: Reschowaitt, Gadara, Wad Chanin, Pettach Tikwah, Jehudije, Ekron. In allen diesen Dörfern treiben Juden (in der Mehrzahl seiner Zeit vertriebene russische Juden) die Landwirthschaft in ihren verschiedenen Formen, je nach den Bodenverhältnissen mehr als Weinbau oder als Körnerbau, immer aber verbunden mit großen Obstbaumplantagen. Auch erhebliche Anpflanzungen

von Maulbeerbäumen für Seidenzucht sind gemacht worden, und Bienenzucht, Oelproduction 2c. wird gepflegt. Sogar mit der Aufforstung großer Landstrecken hat man begonnen und damit einen Mangel des heiligen Landes auszugleichen unternommen, der seit $2^1/_2$ Jahrtausenden besteht, zwar die Landwirthschaft und das Gedeihen der Kultur nicht gehemmt hat, doch aber fühlbar genug gewesen ist. Bekanntlich hat das heilige Land in seinen Theilen zwischen Jordan und mittelländischem Meer heute keine Wälder mehr, hat auch zur Zeit seiner größten Blüthe während des ersten und zweiten jüdischen Reiches nur sehr spärlichen Baumwuchs gehabt und immer Holz zu den Bauten einführen müssen, für Holz als Feuermaterial aber andere Surrogate verwenden müssen. Solche Ausdehnung hat in dem um Rischon le Zion herumliegenden Distrikten der Weinbau gewonnen, daß die Abfälle der Weinstöcke, die wegen ihrer allzu großen Ueppigkeit abgeschnittenen Zweige fast hinreichen, den Bedarf an Feuerung in diesen Dörfern zu decken. Dieser ganze Complex von Dörfern ist von ca. 2600 Juden bewohnt, die sich hier ganz und gar dem Ackerbau gewidmet haben, obwohl sie in ihrer russischen Heimath meist Hausirer, Kleinhändler, Fuhrleute 2c. gewesen sind.

(Fortsetzung folgt.)

Einige Nachklänge zum Prozeß Hammerstein.

Die Verhandlungen im Prozeß Hammerstein erhalten eine werthvolle Ergänzung durch die Anklageschrift. Gegenstand der Verhandlung waren nur solche Strafthaten, wegen welcher die Auslieferung stattgefunden hatte und die nicht verjährt waren. Demgemäß führten zur Verurtheilung Hammersteins nur die betrügerischen Manipulationen, durch die er den Papierlieferanten der „Kreuzzeitung" Flinsch und beziehungsweise die „Kreuzzeitung" bei der Papierlieferung geschädigt hat. Dagegen wurde keine Anklage erhoben wegen Verwendung des Pensionsfonds und Unterschlagung des Stöckerfonds. Die Unterschlagung war verjährt, die Verwendung des Pensionsfonds bildete, nachdem sie nicht im persönlichen Interesse Hammersteins, sondern zum Ankauf des „Deutschen Tageblatt" erfolgt war, keine Unterschlagung, sondern war nur als Untreue zu verfolgen. Wegen Untreue hatte aber keine Auslieferung stattgefunden. Schieden diese beiden Strafhandlungen somit aus der mündlichen Verhandlung aus, so sind sie doch zur Kennzeichnung der Person Hammersteins in der Anklageschrift erörtert worden. Und diese Erörterungen lassen deutlich erkennen, daß das Kreuzzeitungs-Comité mindestens seit Januar und Februar 1895 über Hammerstein Bescheid wußte, wenn ihm auch einzelne Thatsachen — wie die Fälschung der Finkensteinschen Unterschrift — erst später bekannt wurden.

Hammerstein verschaffte sich das Geld zur Erwerbung des „Deutschen Tageblatt," indem er einen für die Beamten der „Kreuzzeitung" bei der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftskasse in Pfandbriefen niedergelegten Betrag von Mk. 124 600 in seine Hände brachte. Diesen Gewaltstreich hat er vor dem Curatarium der „Kreuzzeitung" im Januar 1895 zu rechtfertigen gesucht. — Eine Anklage wegen Unterschlagung wurde nicht erhoben, weil das Geld für den Ankauf des „Deutschen Tageblatt" verwendet wurde. Wegen Untreue konnte gegen ihn nicht vorgegangen werden, weil er wegen dieses Vergehens nicht ausgeliefert worden ist.

Es geht daraus hervor

1) daß Hammerstein des Vergehens der Untreue sich schuldig gemacht hat,
2) daß er sein Vergehen durch ein Promemoria an das Comité der „Kreuzzeitung" im Januar 1895 zu rechtfertigen gesucht hat.

Das „Kreuzzeitungs"-Comité hatte also spätestens im Januar 1895 von der strafbaren Handlung Hammersteins Kenntniß. Trotzdem beließ es ihn nicht nur in seiner Stellung, sondern als die „Kleine Presse" im April 1895 die Thatsache zur Kenntniß der Oeffentlichkeit brachte, stellte es Hammersteins Vergehen als eine Privatangelegenheit der „Kreuzzeitung" dar. Das Comité, in welchem unter Anderen ein Regierungsrath und ein vortragender Rath saßen, wußte also zwischen einer Privatangelegenheit und einem Vergehen nicht zu unterscheiden.

Noch eigenthümlicher ist die Angelegenheit mit dem Stöckerfonds. Für Stöcker war eine Ehrengabe gesammelt worden, über welche von dem 1889 verstorbenen Rendanten der „Kreuzzeitung", Güthlein, besonders Buch geführt wurde. Das Buch schließt August 1886 mit einer Gesammteinnahme von ca. 13 000 Mark. Darunter hat Hammerstein ohne Datum geschrieben: „Den Bestand von 13 140 Mk. 57 Pf. habe ich zur Verwendung im Sinne des Fonds übernommen. Freiherr von Hammerstein." In Folge Drängens des Hofpredigers Stöcker auf Auszahlung des Fonds deutete Hammerstein diesem an, daß der inzwischen verstorbene Kanzleirath Güthlein den Fonds unterschlagen habe. Endlich im Jahre 1894 zahlte Herr v. Hammerstein 2000 Mark an Stöcker. Da Letzterer den Rest trotz aller Bemühungen nicht erhalten konnte, wandte sich Stöcker Ende Februar oder Anfang März 1895 an den Redacteur Professor Dr. Kropatschek. Die Mittheilungen des Letzteren riefen bei Stöcker Zweifel an der Ehrlichkeit des von Hammerstein wach (!). Stöcker verlangte in nachdrücklichster Weise brieflich Auskunft und Aufklärung; von Hammerstein erwiderte aber in einem von Stöcker zerrissenen Briefe: „Das Ganze ist Quatsch, in Leipzig wohnt derjenige, welcher Bescheid weiß. Dorthin müssen Sie reisen und das Geld holen." Hammerstein hatte sich schließlich von seinem Schwager in Innsbruck 10,400 Mark geliehen und an Stöcker als Rest des Fonds gesendet. Hammerstein behauptete jedoch nach immer, Güthlein habe den Fonds unterschlagen, um einen verdienten Beamten zu retten, habe er den mitgetheilten Vermerk in das Buch gemacht.

In eigenthümlichem Licht erscheint hier das Verhalten Stöckers. Durch die Rücksprache mit Kropatschek im Februar oder März 1895 waren bei ihm Zweifel an der Ehrlichkeit Hammersteins erregt worden. Er geht diesen Zweifeln anscheinend nicht weiter nach, sondern läßt sich von Hammerstein seinen Fonds auszahlen. Und als im Juni das Kreuzzeitungs-Comité über die Abhalfterung Hammersteins verhandelt, nimmt Stöcker dessen Partei und will erst den Ausgang des Beleidigungsprozesses gegen die „Kleine Presse" abwarten. Es giebt augenscheinlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder nahm Stöcker an, daß Hammerstein den Fonds unterschlagen habe, oder er glaubte, daß Güthlein das Vergehen begangen habe.

Im ersteren Falle ist es unbegreiflich, daß Stöcker noch so lange nachher versuchte, Hammerstein zu halten. Im letzteren Falle ist es unbegreiflich, daß er das Geld von Hammerstein annahm. Denn in diesem Falle bedeutete die Auszahlung des Fonds ein Geschenk des Herrn von Hammerstein, welches der wohlhabende Stöcker bei den bekannten Vermögensverhältnissen Hammersteins nicht hätte annehmen und welches er später zur Verwendung für dessen Gläubiger hätte zurückzahlen müssen. Wäre nicht mangels einer Masse die Eröffnung des Concurses unterblieben, so hätte der Concursverwalter ohne Zweifel das Recht gehabt, den Betrag der Zahlung an Stöcker zur Concursmasse einzuziehen — vorausgesetzt, daß Stöcker geglaubt zu haben behauptete, Güthlein habe den Fonds unterschlagen.

So war der Bannerträger des Antimammonismus einer der wenigen, die bei Hammerstein zu ihrem Mammon gekommen sind. Trotz dieses angenehmen Gefühls hat er bei allen seinen Erklärungen und Besprechungen des Falles Hammerstein die Unterschlagung des Stöckerfonds niemals erwähnt. Daran allerdings erkennt man den klugen Mann, daß er von seiner Klugheit nicht spricht.

Zur Geschichte des Antisemitismus in der Turnerschaft.*)

Von W. Becker, Turnlehrer,
Vorsitzender des Münsterländer Turngaues und 2. Vorsitzender des Turnvereins Münster.

Das „Münstersche Tageblatt" beschäftigt sich in seiner Nr. 124 mit einem von mehreren hiesigen Zeitungen aufgenommenen Artikel „Beachtenswerthe Winke für militärpflichtige junge Leute" in einer Weise, die mich veranlaßt, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Münsterländer Turngaues und 2. Vorsitzender des Turnvereins Münster endlich den verschiedentlich versuchten Anzapfungen Seitens des Münsterschen Tageblattes, dessen turnerische Weisheit und Kenntniß aus nur ganz einseitigen, geradeaus gesagt antisemitischen Anschauungen stammt, entgegenzutreten, besonders da der t-Correspondent es gewagt hat, zu behaupten, daß die „Deutsche Turnerschaft", eine Vereinigung von 2312 Turnvereinen Deutschlands und Oesterreichs mit 529925 Mitgliedern, vom „Judenthum" und „Sozialdemokratie" zu ihren unlauteren, undeutschen Bestrebungen ausgebeutet würde, und Außenstehende, weniger Eingeweihte über den wahren Stand der Dinge täuschte.

Als nach Aufhebung der sog. Turnsperre (vom 2. Jan. 1820 bis 6. Juli 1842) die Turnvereine wieder aufblühten, wurde der Wunsch laut, sämmtliche Turnvereine zu einem gemeinsamen Verbande zu vereinen; jedoch erst am 16—19. Juni 1860 wurde dieser Gedanke verwirklicht durch das erste allgemeine deutsche Turnfest in Koburg. Die damaligen Turnvereine lehnten die Gründung eines fest organisirten Bundes vorläufig noch ab, vereinigten sich aber am 10.—12. August 1861 zum 2. deutschen Turnfest in Berlin. Hier nahm die Gründung eines Turnerbundes festere Formen an, ein Fünferausschuß wurde gewählt und beauftragt, ein allgemeines Grundgesetz zu entwerfen; das geschah am 28. und 29. December 1861 in Gotha. Der wichtigste der Beschlüsse dieses Ausschusses waren die Grundsätze, die die Turnvereine über ihre Stellung zur Politik und dem Wehrwesen einnehmen sollten und mußten. Sie lauten: „Das Turnen kann nur dann seine reichen Früchte entfalten, wenn es als Mittel betrachtet wird, dem Vaterlande ganze, tüchtige Männer zu erziehen; jedwede politische Parteistellung jedoch muß den Turnvereinen als solchen, unbedingt fernbleiben; die Bildung eines klaren politischen Urtheils ist Sache und Pflicht des einzelnen Turners. Waffenübungen können nur solchen Vereinen empfohlen werden, die mit Ausschluß aller Aeußerlichkeiten, dazu geeignete Lehrkräfte besitzen; der treue, regelmäßige Betrieb eines Turnens, welches den Körper zu allen männlichen Leistungen befähigt, muß Hauptsache bleiben."

Die heutige deutsche Turnerschaft wurde am 20. und 21. Juli 1868 zu Gotha gegründet auf Betreiben der deutsch-österreichischen Turnvereine, die sonst aus dem losen Verband hätten ausscheiden müssen; obige Grundsätze wurden die Richtschnur für das fernere Verhalten der sich anschließenden Turnvereine; also jedwede Politik mußte vom Turnverein ferngehalten werden.

Mit dem Auftreten des Antisemitismus machte sich auch innerhalb der deutschen Turnerschaft eine solche Bewegung bemerkbar, ein österreichischer Turngau änderte sein Satzungen dahin lautend, daß die zu diesem Gau gehörenden Vereine nur Mitglieder deutscher — arischer — Abkunft aufnehmen durften; da diese Aenderung gegen das Grundgesetz der deutschen Turnerschaft verstieß und Einigungsversuche an dem maßlosen Auftreten dieses neuen Vereins scheiterten, wurde der niederösterreichische Turngau ausgeschlaffen, und dieser Gau gründete am 13. des Weinmanats 1889 den deutschen Turnerbund. Auch die Sozialdemokratie rührte sich; ihr war war das streng patriotische Verhalten der deutschen Turnerschaft, die Feier des Geburtstages Sr. Majestät und des Sedantages der Stein des Anstoßes, sie bildete Turnvereine, versuchte alte Turnvereine in ihr Lager herüberzuziehen, und als auch hiergegen die deutsche Turnerschaft durch Ausschluß solcher Vereine und Mitglieder energisch Stellung nahm, wurde der sozialdemokratische „Arbeiter-Turnerbund" gegründet.

Die fortwährenden Angriffe des antisemitischen „Deutschen Turnerbund" und des sozialdemokratischen „Arbeiter-Turnerbundes" gegen die „verjudete und nach Oben kriechende deutsche Turnerschaft" zwangen letztere, nach klarer und fester ihr Grundgesetz zu gestalten, um erfolgreich allen derartigen Bestrebungen innerhalb ihrer Vereine entgegentreten zu können; das geschah am 23. und 24. Juli 1895 zu Eßlingen: „§ 2. Der Zweck der deutschen Turnerschaft ist Förderung des deutschen Turnens, als eines Mittels zur körperlichen und sittlichen Kräftigung, sowie Pflege deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung. Alle politischen Parteibestrebungen sind ausgeschlossen." Damit hat die deutsche Turnerschaft klar und deutlich ausgesprochen, daß sie mit antisemitischen, philosemitischen und sozialdemokratischen Bestrebungen nichts zu thun haben will, sich nicht in den Dienst einer Partei stellen, noch Männer wegen ihrer Abstammung ausschließen will und darf, so lange dieselben innerhalb eines Turnvereins keine Politik treiben und keine Thatsachen vorliegen, die einen unehrenhaften Charakter voraussetzen.

Der t-Correspondent des Münsterschen Tageblattes hat wohlweislich diese Satzungsänderung erwähnt, er kennt auch aus eigener Anschauung das Leben und Treiben der deutschen Turnerschaft als ehemaliges Mitglied des Turnvereins Münster, erkennt auch dessen Tugenden an, läßt aber eigenthümlich den letzten Satz des § 62 fort: „Alle politischen Parteibestrebungen sind ausgeschlossen" und behauptet doch nach dreist, daß diese Satzungen der deutschen Turnerschaft das nicht verhindern, daß Judenthum und Sozialdemokratie durch ihre unlauteren Bestrebungen die deutsche Turnerschaft ausbeuteten.

Gegen diese Behauptung und Unterstellung undeutschen und unpatriotischen Verhaltens, sowohl der über $^1/_2$ Million Mitglieder zählenden deutschen Turnerschaft, die stets, auch in schwersten Zeiten, die vaterländische Gesinnung, die Einigung Deutschlands hochgehalten und dafür gekämpft hat, wie des Männerturnvereins Münster erkläre ich im Namen beider, daß diese Unterstellungen dreist erfunden sind — um nicht einen vielleicht passenderen Ausdruck zu gebrauchen —, nur um für den Turnverein „Deutsche Wacht" die Reclametrommel unter der verschämten Firma unverfälschten Deutschthums zu schlagen; möge der gen. Turnverein doch offen sagen, wir stehen auf antisemitischem Boden —, Beweise stehen mir zur Verfügung — dann bekommt er vielleicht mehr Mitglieder aus den Reihen seiner Gesinnungsgenossen, als so unter angenommener Maske der einzigen Vaterlandsfreunde ....

Da mir nicht so oft und umfangreich die hiesige Presse zur Verfügung steht, wie dem Turnverein „Deutsche Wacht," so ist dies meine einzige und letzte Abwehr und überlasse das Urtheil getrost allen Freunden der wahren Turnsache.

*) Abgedruckt aus dem „Münsterischen Anzeiger" vom 6. Mai d. J.

Zur Abwehr.

Allerhand Angriffen waren die „Mittheilungen" in der letzten Woche ausgesetzt. Die „Deutsche Tageszeitung" meint, daß wir mit der Veröffentlichung der Namen antisemitischer Badeorte nur „wirksame Reclame" für diese machten. Doch nur im Kreise von Antisemiten! Uns kann es nur recht sein, wenn sich die Antisemiten in bestimmten Orten festsetzen. Auf diese Weise verschonen sie

andere Badeorte mit ihrem meist wenig vornehmen und gesitteten Betragen.

Die „Deutsche Wacht“ (10. Mai) moquirt sich über den Leitartikel, den wir über Dr. Winters Schrift veröffentlicht haben, und leistet sich dabei den schalen Witz: „Und dräut der Winter noch so sehr mit trotzigen Geberden, es muß doch Frühling werden.“ Das Blatt mit dem großen Mundwerk und dem noch größeren Defizit mag sich beruhigen. Frühling wird es wieder werden, ob die „Deutsche Wacht“ dann noch auf der Wacht sein wird? Wir glauben, sie wird dann den Schlaf schlafen, von dem es kein Erwachen giebt. Natürlich hat sie sich nicht die Mühe genommen, sachlich etwas gegen Dr. Winters Broschüre vorzubringen.

Der „Bad. Volksbote“ (7. Mai) rempelt uns an, weil wir ihm so scharf auf seine unsauberen Finger sehen. Wir können ihm nicht helfen. Kein antisemitisches Blatt ist auf Lügen so sehr eingeübt wie er. Wenn der „Bad. Volksbote“ uns eine Nummer senden will, die keine Lügennachricht enthält, thun wir reuig Buße. Wir werden lange warten können.

Antisemitismus in den Badeorten II. In Graßlabarz in Thüringen befindet sich ein Hotel, das „Schießhaus“ genannt, dessen Wirth im vorigen Sommer durch ein großes Placat angezeigt hat, daß er keine jüdischen Familien aufnimmt.

Professor Dr. Zange, Director des königlichen Realgymnasiums in Erfurt schreibt:

„Die „Berliner Morgenzeitung“ hat, wie viele andere Blätter, über die Einführung des Oberlehrers Herrn Dr. Pick am königlichen Realgymnasium zu Erfurt einen sehr entstellenden, der „Nordh. Ztg.“ entnommenen Bericht (siehe „Mittheil.“ Nr. 17) gebracht, den ich hiermit richtig zu stellen bitte. 1. Ich habe den besagten Einführungsact vor versammelter Schule nicht benützt, um meinem Unwillen über die Ernennung des Herrn Pick Ausdruck zu geben. 2. Ich habe bei dieser Gelegenheit kein Wort über Anstrengungen gesagt, die ich zur Hintertreibung dieser Wahl gemacht hätte. 3. Ich habe diese Anstellung nicht als einen Mißgriff bezeichnet. 4. Ich habe von dem Herrn Pick nicht verlangt, daß er in seinem Wirken als Lehrer Jesus Christus vor Augen haben möge. 5. Ich habe überhaupt nichts gesagt, was den Herrn Oberlehrer Pick verletzen oder seine Autorität als Lehrer untergraben könnte, noch meine vorgesetzte Behörde einer Kritik unterzogen oder gegen den Geist und Wortlaut der Verfassung verstoßen.

Ich habe vielmehr hervorgehoben, daß die Anstellung des Herrn Pick dem Gesetze vom 3. Juli 1869 über die Gleichberechtigung der Confessionen und seiner gegenwärtig herrschenden Auslegung entspreche. Ich habe alle Verdienste und Vorzüge des neuen Oberlehrers, welche ihm Jedermanns Hochachtung sichern, in helles Licht gestellt und wie bei jeder Einführung, so auch hier die Schüler mit großem Ernst an ihre Pflicht des Gehorsams und der Ehrerbietung erinnert, überhaupt Alles gethan, was die Autorität des neu angestellten Lehrers sicher stellen konnte. Aber ich habe auch, wie ich gleichfalls vorschriftsmäßig bei jeder Einführung thue, dem Herrn Pick seine Pflichten vorgehalten; und da mußte naturgemäß auch eine Klarstellung des religiösen Verhältnisses erfolgen. Nach unseren Instructionen ist jeder nicht blos Lehrer, sondern auch Erzieher. Er ist verpflichtet, „allen seinen Unterricht im Hindlick auf die Erziehung zu ertheilen.“ Diese Erziehung kann an christlichen Schulen keine andere sein und soll nach den Instructionen keine andere sein als eine christliche, wie denn jeder Lehrer unter Anderem ausdrücklich durch die Instructionen verpflichtet wird, „sich in allen Verhältnissen des öffentlichen und privaten Lebens eines auf christliche Gottesfurcht gegründeten Verhaltens zu befleißigen.“ Angesichts dieser Instructionen, wie des schreienden, auch von den Schülern gefühlten Mißverhältnisses überhaupt, daß Kindern christlicher Eltern Juden als Erzieher gesetzt werden, war es Pflicht der Wahrhaftigkeit, Pflicht gegenüber den Zöglingen wie gegenüber dem jüdischen Lehrer selbst, öffentlich zu erklären, daß diese Forderungen in diesem Falle aufgehoben seien, ja daß von dem Herrn Pick erwartet werde, daß er sich jeder religiösen oder religiös-sittlichen Beeinflussung der Schüler, soweit das überhaupt möglich sei, aufs Gewissenhafteste enthalte. Dies habe ich gethan.

Von antisemitischer Gesinnung, die mir jene Nachricht nachsagt, weiß ich mich frei. Die Anerkennung, welche dem Juden Dr. Unger für seine Verdienste beim Jubelfeste der Anstalt am Grabe und bei Gelegenheit der Enthüllung seines Bildes in der Aula zu Theil ward, wurde ihm durch meinen Mund gezollt. Dr. Unger war übrigens weder der Begründer, noch der erste Leiter unserer Schule, wie aus der Jubelfestschrift zu ersehen. Was ich meine Schüler durch Wort und Beispiel zu lehren beflissen bin, ist charaktervolle christliche Bekenntnißtreue, verbunden mit ihrer nothwendigen Furcht: der Achtung vor dem Glauben und der Ueberzeugung Anderer. So geschieht es auch in diesem Falle. Erfurt, den 27. April 1896. Prof. Dr. Fr. Zange, Realgymnasialdirector.“

Herr Prof. Zange hat mit dieser Erklärung seine Sache sehr schlecht vertreten. Wenn er dem jüdischen Lehrer räth, sich jeder religiös-sittlichen Beeinflussung der Schüler zu enthalten, so ist dieser Rathschlag einfach komisch zu nennen. Im Hintergrunde dieser Bemerkung schlummert die Furcht vor der „jüdischen Geheimlehre“. Glaubt der Herr Professor, daß Dr. Pick seine Schüler zu Juden bekehren wird? Was macht er sich überhaupt für ein Bild von einem jüdischen Lehrer, daß er es wagt, für solche einen Extra-Einführungsakt zu halten? Wenn seine Schüler es für ein schreiendes Mißverhältniß halten, daß Kinder christlicher Eltern ein paar winzige Stunden von einem Juden unterrichtet werden, dann ist es ein Zeichen, daß die Kinder nicht human genug empfinden gelernt haben. Das beweist, daß die Kinder einseitig erzogen worden sind. Außerdem geht es Prof. Zange gar nichts an, ob die Anstellung des Dr. Pick dem Bundesgesetze vom 3. Juli 1869 und „seiner gegenwärtig herrschenden Auslegung“ entspricht. Das zu prüfen, war nur Sache der ernennenden Behörde.

Widerruf. Das Blatt des Centrumsabgeordneten J. Fusangel, die „Westdeutsche Volksztg.“ hatte am 25. April d. J. einen gehässigen Artikel veröffentlicht, betitelt: „Ein sozialdemokratisches Wachsfigurencabinet“, der beweisen sollte, daß die „Juden in der sozialistischen Partei eine große Rolle spielen.“ Schon am 28. April widerrief dasselbe Blatt diesen Artikel mit nachstehender Notiz:

Ein sozialdemokratisches Wachsfigurencabinet. Unter dieser Ueberschrift geht durch eine Reihe von Blättern ein Artikel, in welchem hervorgehoben wird, daß mehrere hervorragende Führer der deutschen Sozialdemokratie als Juden geboren sind. Die Thatsache ist richtig. Ebenso richtig ist es aber auch, daß diese „Juden“ ihren Glauben an einen persönlichen Gott und ein besseres Jenseits längst ebenso wie die Sozialdemokraten christlicher Geburt und Erziehung über Bord geworfen haben. Lassale und Marx beweisen gegen das Judenthum eben so wenig etwas, wie man Bebel und Liebknecht gegen das Christenthum ausspielen darf. Der Sozialismus ist eine Irrlehre, die sich gegen alle religiösen Bekenntnisse wendet, und deren Anhänger allen religiösen Bekenntnissen entstammen. **Von diesem Gesichtspunkte aus bedauern wir um so mehr, daß die oben erwähnte, einseitige Darstellung auch in unserem Blatte Aufnahme gefunden hat,** als uns bekannt ist, daß die große Mehrzahl der deutschen Judenschaft ihre Unterthanenpflicht loyal erfüllt und nicht daran denkt, mit den Umstürzlern gemeinsame Sache zu machen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Das Telegramm des Kaisers an seinen ehemaligen Lehrer, den Geheimrath Hinzpeter, auf welches Freiherr v. Stumm in seiner am 12. April in Neuenkirchen gehaltenen Rede sich berufen hat, lautet, nach der „Post", wörtlich wie folgt:

Berlin, Schloß, 28. II. 96.

Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch „sozial", christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christenthum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.

Wilhelm I. R.

Die mit Ermächtigung des Kaisers jetzt erfolgte Veröffentlichung des Telegramms hat begreiflicher Weise das größte Aufsehen gemacht. Es ist kaum anzunehmen, daß der Monarch jede Betheiligung der Geistlichen an der Politik habe verurtheilen wollen und von der Presse verschiedener Parteirichtungen ist denn auch zutreffend betont worden, daß die Geistlichen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nicht beschränkt werden dürfen. Der Kaiser hat offenbar nur die Art der Agitation, wie sie **Stöcker** betrieb, kennzeichnen wollen. Zum ersten Male wird hier urkundlich bekannt, daß der Kaiser schon seit langer Zeit das Gebahren Stöckers mit kritischen Blicken verfolgt und seine unheilvolle Thätigkeit verurtheilt hat.

Theodor Fritsch über Carl Paasch. Theodor Fritsch, der Führer der Leipziger Antisemiten, ist in letzter Zeit still gewesen. Man weiß, daß er sich mit Liebermann v. Sonnenberg entzweit hat. Jetzt veröffentlicht er in der „Schwäbischen Reform" (9. Mai) eine „psychologische Studie", betitelt „Zum Fall Paasch — v. Brandt — v. Langen". Es ist auffallend, daß er diese Studie nicht in der früher ihm gehörigen, jetzt Herrn Liebermann v. Sonnenberg bedienstenten „Antis. Corresp." veröffentlicht hat. Sollten die beiden Herren sich ganz entzweit haben?

In dieser seiner Studie erzählt Fritsch:

Paasch hat den Frhrn. v. Hammerstein schon vor Jahren als einen Erz-Taugenichts bezeichnet und vor ihm gewarnt, als dieser noch das allgemeinste Vertrauen genoß. Paasch glaubt an die jüdische Abstammung dieses politischen Hochstaplers. —

Paasch hat eine Schrift über die talmudischen Geheim-Gesetze ausgearbeitet, die unter dem Namen des Freiherrn von Langen erschienen ist. Die Arbeit ist von A bis Z Paasch's Werk und Herr v. Langen hat seinen Namen auf das Produkt des angeblich Geistesgestörten setzen lassen."

Fritsch natürlich glaubt völlig an die geistige Gesundheit Paaschs. Es wäre auch nicht politisch klug, wenn er sie leugnete. Von Leipzig aus, durch Fritsch, Liebermann von Sonnenberg, H. Beyer, C. Minde 2c. ist die Paasch-Komödie inscenirt worden.

Liebermann v. Sonnenberg dagegen erklärt jetzt in seiner „Antis. Corr." (7. Mai):

„Paasch wirft in dem Flugblatt (gegen L. v. S. Anm. d. Red.) die Frage auf, ob ich, wie Herr v. Langen, den Schutz des Ober-Staatsanwalts Drescher anrufen oder den bequemeren Weg wählen und ihn für verrückt erklären würde. Er mag sich beruhigen, ich werde beides nicht thun, es wäre auch sehr überflüssig, die Ober-Staatsanwaltschaft hat nämlich jedes Einschreiten gegen Paasch abgelehnt, weil sie es als ausgemacht ansieht, daß er geisteskrank sei. Die Entscheidung darüber, ob diese Annahme recht ist, stelle ich jedem anheim, der sein Pamphlet gegen mich gelesen hat."

Jetzt, wo Liebermann v. Sonnenberg von Paasch angegriffen ist, erklärt er diesen für geisteskrank. **Fünf Wochen vorher** erschien Paasch demselben Herrn geistig gesund, denn in seiner „Antis. Corr." vom 2. April ist Liebermann v. Sonnenberg „mit Recht entrüstet" über die Zeitungsnotizen, die Paasch für geistesgestört erklär[t] haben. Es heißt darin:

„Herr Paasch besitzt zum Beweise seiner geistigen Gesundhei[t] Zeugnisse berühmter Aerzte. Herr Paasch, den „man" seit 189[?] geflissentlich als geistig nicht ganz gesund geschildert hat, ist im vorigen Jahre zu einer mehrjährigen Strafe verurtheilt worden. Das Reichsgericht hat am 5. Oktober 1895 dies Urtheil bestätigt. Diese Urtheile erkennen also Herrn Paasch's Gesundheit an, denn geisteskranke Menschen pflegt man nicht zu verurtheilen."

Vom Jahre 1891 bis zum April 96 ist Paasch für Herrn Liebermann v. Sonnenberg geistig gesund, so lange e[r] andere Leute angreift. Jetzt greift der gesunde Paasch Herrn L. v. S. an und flugs, im wunderschönen Monat Mai, wo sonst nur die Knospen aufgehen, geht Herrn Liebermann von Sonnenberg die Geistesgestörtheit seines ehemaligen Freundes auf. Das ist antisemitische Ehrlichkeit!

Liebermann von Sonnenberg erläßt folgende Erklärung „In eigener Sache":

„Es liegt mir viel daran, vor einem **deutschen** Gerichtshofe nachweisen zu können, daß die ungeheuerlichen Beschuldigungen des das Schweizer Asylrecht mißbrauchenden **Karl Paasch** gegen mich Ausgeburten einer krankhaften schmutzigen Phantasie sind. Das kann ich aber nur, wenn eine deutsche Zeitung jene verleumderischen Behauptungen ganz oder theilweise nachgedruckt oder wenn ich dem Gerichte eine Persönlichkeit bestimmt benennen kann, die das Pamphlet verbreitet.

Aus diesem Grunde bitte ich die Gesinnungsgenossen, denen das Flugblatt des **Paasch** durch die Post zugeht, mir den Briefumschlag senden und etwaige Angaben über den vermeintlichen Absender machen zu wollen. Desgleichen erbitte ich Nachricht, wenn irgend eine Persönlichkeit sich bestimmt als Verbreiter des betreffenden Flugblatts feststellen läßt.

Abgesehen von dem begreiflichen Wunsche, eine Genugthuung für die mir zugefügten Beschimpfungen zu erhalten, hoffe ich, daß eine solche Gerichtsverhandlung Gelegenheit geben wird, das unheimliche Treiben eines Menschen aufzudecken, der unter einem Dutzend falschen Namen auftretend (z. B. Schumann, Normann, Dr. Werner, Dr. Mund 2c.) schon seit Jahren politische Verwirrung aller Art anstiftet und den unglücklichen **Paasch** seit etwa 5 Jahren planmäßig als Werkzeug benutzt hat.

Berlin, 10. Mai 1896.

Liebermann von Sonnenberg, M. d. R.

Viel Phantasie hat so ein Antisemit immer. Jetzt soll an dem Paasch-Rummel ein „unheimlicher" Kerl schuld sein, der ein Dutzend Namen angenommen hat u. s. f. Wir kennen schon die Fortsetzung dieser phantastischen Notiz: . . Alliance israélite, jüdischer Spion, Meuchelmord, Gift, Dolch 2c. O heilige Einfalt!

Hamburg. Ueber einen Prozeß gegen das hiesige antisemitische „Deutsche Blatt" berichtet das „Frdbl.": In der Nr. 73 des antisemitischen Blattes „Deutsches Blatt" vom 29. März stand mit der Ueberschrift „Eine jüdische Schwindlergesellschaft" ein Bericht über die unseren Lesern bekannte Schwurgerichtsverhandlung gegen Michelsohn und Genossen, in welchem fortgesetzt der Name des Rechtsanwalts Dr. Goldfeld als derjenige des in der fraglichen Betrugsaffaire verwickelten, nach Verübung der ärgsten Betrügereien flüchtig gewordenen hiesigen Rechtsanwalts Dr. Goldschmidt vorkommt. Diese Namensverwechselung passirt in jenem Berichte zwölf Mal. Sobald Dr. Goldfeld Kenntniß des Artikels hatte, sandte er dem verantwortlichen Redacteur Dr. Golle eine Berichtigung. Diese Berichtigung nahm Golle, der inzwischen schon aus eigenem Antriebe eine Berichtigung gebracht hatte, auf mit den Zusätzen: „Um aber die gar nicht angegriffene Ehre des Herrn Dr. Goldfeld noch ein paar Mal zu retten" und „Da aber Herr Dr. Goldfeld Werth darauf zu legen scheint, recht viel in den Zeitungen erwähnt zu werden." Herr Dr. Goldfeld erblickte in diesem Berichte und der Berichtigung eine verleumderische Beleidigung, da es ihm undenkbar erschien, daß Golle, trotzdem in den Zeitungen der Name Dr. Goldschmidt richtig genannt und über dessen Flucht und Concurs so viel gesprochen ist, daß von den Journalisten gewiß Kenntniß davon genommen ist, daß Golle trotzdem den Namen nicht gekannt hat. Außerdem mußte Golle wissen, daß Dr. Goldfeld nicht schon im vorigen Jahre ge-

flüchtet sein könne, da Dr. Goldfeld noch am 28. Februar dem Herrn Golle im Schöffengericht II persönlich gegenüber gestanden hatte. Heute findet vor dem Schöffengericht II die Verhandlung in Form einer Privatklage des Herrn Dr. Goldfeld gegen Golle statt. Golle giebt zu, daß er jenen Bericht selbst geschrieben hat, behauptet aber, daß er die Verwechselung nicht absichtlich vorgenommen hat, sondern daß dieselbe nur auf einen Irrthum zurückzuführen ist. Recht charakteristisch fügt Golle seiner Erklärung noch hinzu, daß er nach der Erkenntniß seines Irrthums diesen sehr bedauert habe, und daß er ferner bedauert habe, daß Dr. Goldfeld ein Jude sei, da er sonst zu ihm gegangen wäre, um ihn persönlich um Entschuldigung zu bitten. Dr. Goldfeld beantragt in erster Linie, den Privatbeklagten wegen Verleumdung zu 2 Jahren und einem Monate Gefängniß und zu einer Buße, die den Armen zu Gute kommen soll, zu verurtheilen. Ferner ihm, dem Kläger, die Befugniß zu ertheilen, das Urtheil in sämmtlichen Hamburger und Altonaer Zeitungen auf Kosten des Verurtheilten zu veröffentlichen. Für den Fall, daß das Gericht nur eine öffentliche Beleidigung für vorliegend hält, beantragt er ebenfalls, eine fühlbare Strafe auszusprechen. Der Vertheidiger des Beklagten, Dr. Edmund Jacobson ersucht, seinen Clienten vollständig freizusprechen, eventuell, da Dr. Goldfeld sich in seinen Ausführungen vor Gericht einer Beleidigung des Golle schuldig gemacht habe, indem er von diesem behauptete, daß er gewohnheitsmäßig die Juden mit Schmutz bewerfe, die Beleidigungen zu compensiren. Das Gericht erkennt auf einen Monat Gefängniß wegen einfacher Beleidigung, obgleich es nicht verkennt, daß bei Beleidigung fast an absichtliche Verleumdung grenzt. Dem Rechtsanwalt Dr. Goldfeld wird die Publicationsbefugniß für sämmtliche hiesigen, zwei Altonaer, eine Blankeneser Zeitung zugesprochen.

Arischer Pferdehandel. Breslau, 1. Mai. Die Liegnitzer Strafkammer verurtheilte die als antisemitische Größen bekannten Kaufleute Walter Zenkominierski aus Berlin und Alfred Zenkominierski (Brüder) aus Dresden wegen großartiger Betrügereien im Handel mit Sportpferden, die sie an activen Officieren begangen hatten. Ersterer erhielt vier Jahre Gefängniß und 5 Jahre Jahre Ehrverlust, letzterer drei Jahre Gefängniß und vier Jahre Ehrverlust.

Aus Hinterpommern, 10. Mai. Der antisemitische Kreishäuptling von Naugard, Stadtverordneter Gädler in Gollnow, ist wegen Unterschlagung der ihm von mehreren Vereinen anvertrauten Gelder verhaftet worden. Gädler hat das ihm hauptsächlich von kleinen Leuten seit den Tagen der Ahlwardt'schen Agitation entgegengebrachte Vertrauen zu seinem Vortheil ausgenutzt, sogar aus dem Ehrenamt als Stadtverordneter hat er pecuniäre Vortheile gezogen.

Ein Reinfall. Unsere Antisemiten haben mit ihrer bekannten Praxis, hervorragende Verbrecher und dergl. den Juden an die Rockschöße zu hängen, entschieden Pech. So haben sie neuerdings wieder den Commerzienrath Falk in Nürnberg, der wegen Sittlichkeitsvergehen verurtheilt worden ist, sofort zum Juden gestempelt, weil ihnen der Name Falk im Verein mit dem Kommerzienrath „verdächtig" erschien. Doch auch diesmal sind sie reingefallen, denn besagter Falk ist evangelisch, conservativ, und entstammt einer alten Nürnberger evangelischen Familie.

○ **Höchst a. M.** Im November 1894 hat ein anonymer Brief viel Staub aufgewirbelt, der dem antisemitischen Schuhmachermeister Carl Euler i. F. Julius Fuhr zu Höchst a. M. damit gedroht hat, ihn durch ein großartiges Concurrenzunternehmen zu vernichten. Herr Euler schlug Lärm, Dr. Lange's „Volksrundschau" (†) bemächtigte sich der Sache und das Ergebniß war, daß Niemand wußte, wer den ominösen Brief geschrieben. Die „Mittheil." vermutheten in dem Schreiber einen waschechten Antisemiten.

Inzwischen hat sich Herr Carl Euler immer mehr zum waschechten Antisemiten ausgewachsen. Da hat er neuerdings eine Annonce losgelassen, die allgemeine Heiterkeit erregt. Im „Höchster Kreisblatt" ergeht sich der biedere Schuhmachermeister über die Weltspeculation. Er ist damit zwar nicht bei seinem Leisten geblieben, hat aber immerhin soviel Humoristisches zu Tage gefördert, daß es hier seine Stelle finden soll. Er sagt nämlich:

„Die raubgierigen Speculanten können das Leder nicht so leicht zum Spielball machen als die Brodfrucht, welche sie beständig in Schach haben zum erbarmenden Schaden der sie bauenden und verzehrenden Bevölkerung. Wäre diese Erkenntniß erst zu allen darunter Leidenden durchgedrungen, würde kein Staat der Welt diese Schwindler zu schützen wagen.

Die Lederringbildung besitzt zwar große Vorräthe, mit denen sie wuchert, allein ich sehe die Zeit voraus, wo sie ihr zum Ekel werden. Zu ihrem Ziele zu gelangen, ging sie über viele wirthschaftliche Leichen und bei Schleusenöffnung erleben wir denselben Jammer. Erst verschlang sie die magneren und unter der Ueberschwemmung leiden die fettesten Fluren, abgesehen von dem jedesmaligen allgemeinen Schaden.

Ja! „Wer die Wahrheit weiß und sagt sie nicht, dem ist es Sünde."

Meine Schuhwaaren bringe ich mit der Versicherung in empfehlende Erinnerung, daß ich mir nur Nutzen berechne, welcher einem vom Gerechtigkeits-Standpunkt gebührt."

Vom „Gerechtigkeits-Standpunkt" bitte ich die Redaction, dem Mann kein Leid zuzufügen. Denn unser schönes Höchst will seinen Humor, d. h. seinen Carl Euler behalten.

Zur Reichstagsersatzwahl in Gießen spricht die „Voss. Ztg." den Wunsch aus, daß alle Liberale, Freisinnige wie Nationalliberale, auf einen Candidaten sich einigen mögen, um die Wahl des Antisemiten zu verhindern. Eine Zersplitterung würde nur den gemeinschaftlichen Gegnern zu Gute kommen. — Hoffentlich findet diese Anregung die gebührende Beachtung.

Als Candidaten sind bisher genannt: Von der freisinnigen Volkspartei Dr. Gutfleisch, von der sozialdemokratischen Partei Redacteur Scheidemann, von der antisemitischen Partei der bisherige Abg. Köhler. Ueber einen nationalliberalen Candidaten verlautet noch nichts.

Vermischtes.

Aus Schalke i. W., 9. Mai erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu der in Nr. 18 Ihres Blattes unter „Vermischtes" enthaltenen Notiz, betreffend die Nichtbestätigung eines jüdischen Cassenarztes seitens der Firma F. Küppersbusch und Söhne ersuchen wir auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung.

„Nicht die Wahl des jüdischen Cassenarztes ist seitens der Firma beanstandet worden, sondern die ganze Generalversammlung, in der die Wahl vollzogen wurde, mußte als ungiltig erklärt werden, weil sie statutenwidrig ohne Wissen der Firma, deren Senior-Chef Vorsitzender der Krankencasse ist und ohne daß mehrere der behandelten Punkte auf der Tagesordnung gestanden hatten, abgehalten worden war. —

„Eine Beeinflussung hinsichtlich der Person des zu wählenden Arztes hat in keiner Weise stattgefunden, sondern es ist der neu einzuberufenden Versammlung nur zu erwägen gegeben, ob nicht vortheilhafter ein in dem benachbarten Heßler ansässiger Arzt gewählt würde, weil dort eine große Anzahl unserer Arbeiter wohnen, während die Casse in Gelsenkirchen bereits zwei Aerzte habe. Der Heßler Arzt ist alsdann ohne jeden Widerspruch einstimmig gewählt worden.

„Die unter Reserve weiterhin gemachte Mittheilung, vier Arbeitern sei in Folge ihrer Agitation für den jüdischen

Arzt gekündigt worden, ist eine jeder Grundlage entbehrende Unwahrheit."

Hochachtungsvoll
F. Küppersbusch & Söhne,
Ges. mit beschr. Haftung.
Otto Küppersbusch.

Heinrich von Treitschke. Im Jahre 1894 gab ein rheinischer katholischer Schriftsteller, Joseph Schrattenholz, eine Anthologie über Juden und Judenthum aus der Weltliteratur unter dem Titel „Antisemiten-Hammer" heraus. In diesem Werke bildet die Rubrik „Zeitstimmen über den Antisemitismus" den wichtigsten Theil. Für diese erbat sich der Herausgeber von den angesehensten Gelehrten und Schriftstellern der Gegenwart ihre Urtheile über die Juden. Er schrieb auch an Heinrich von Treitschke. Und dieser sandte ihm — man höre und staune! — nur die folgenden Excerpte aus einer seiner Schriften:

„Es wäre sündlich, zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit, Rießer u. A. — um der Lebenden zu geschweigen — deutsche Männer waren im besten Sinne des Wortes. —

Unser Zeitungswesen verdankt jüdischen Talenten sehr viel. —

Von einer Zurücknahme oder auch nur Schmälerung der vollzogenen Emanzipation kann unter Verständigen gar nicht die Rede sein. —

Heine's unsterbliche Werke sind wahrhaftig nicht jene internationalen Witze, um derentwillen er le seul poète vraiment parisien genannt wurde, sondern die schlichtweg deutschempfundenen Gedichte: so die Loreley, dies echte Kind deutscher Romantik, so jene herrlichen Verse: „Schon tausend Jahr in Graecia", die noch immer alles zusammenfassen, was die Deutschen seit Winckelmann's Tagen über die Schönheit der hellenischen Welt gesungen und gesagt hatten. Heine ist sogar in seiner Sprache wie alle unsere großen Schriftsteller nicht ohne leisen landschaftlichen Anklang. Wie Göthe den Franken, Schiller den Schwaben nicht verleugnen kann, wie Lessing und Fichte, so grundverschieden unter sich, doch beide unverkennbar Obersachsen sind, so zeigt sich Heine, wo seine Kraft rein zu Tage tritt, als der Sohn des Rheinlandes. —

Heute haben die wirklich bedeutenden und gesunden Talente unter unseren jüdischen Künstlern und Gelehrten längst eingesehen, daß sie nur auf den Bahnen deutschen Geistes Großes erreichen können. Und sie handeln darnach. —

Unsere Sorglosigkeit und Schwerfälligkeit konnte von den wirthschaftlichen Tugenden des jüdischen Stammes Manches lernen."

Das ist Treitschke's Urtheil über das Judenthum im Jahre 1894.

Leider ist es aber verhallt im Vergleich zu dem Beifallslärm, den seine antisemitischen Schlagworten von den „hosenverkaufenden Jünglingen", „die Juden sind unser Unglück" 2c. verursacht haben.

Westpreußische Intoleranz. 6. Mai. Im Kreise Tuchel hat ein neuer Landrath, Namens Venske plötzlich 3 nichtprotestantische Kanzlisten (2 Katholiken und 1 Juden), die seit Jahren auf dem Landrathsamt thätig waren, entlassen. Ueber die näheren Vorgänge hierbei wird dem „Mainz. Journ." aus jenem Kreise berichtet: Als der katholische Kanzlist S. den Landrath um Urlaub für einen katholischen Feiertag bat, antwortete dieser in erregtem Tone: „Was, hier arbeiten katholische und jüdische junge Leute? Wundern Sie sich nicht, wenn ich nächstens eine andere Anordnung treffen werde." Die „Anordnung" ließ denn auch nicht lange auf sich warten, denn am 1. April erfolgte die Entlassung aller Drei. Erwähnenswerth ist noch, daß der Katholik S. derartig verkrüppelt ist, daß er zu keiner anderen Anderen Beschäftigung tauglich ist. Arbeit hat er daher bis heute noch nicht gefunden. Der jüdische Kanzlist war auf dem Landrathsamt 18 Jahre ununterbrochen unter verschiedenen Landräthen thätig und ein Mann von seltener Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit. Als den Dreien die Zeugnisse ausgestellt werden sollten, erklärte der Kreis-Secretär, sie möchten sich das beste Prädikat im Zeugniß ausbitten; er werde ihnen ins Zeugniß schreiben, sie gäben ihre bisherige Stellung auf, um sich eine bessere zu suchen.

Wien, 11 Mai. Die Statthalterei verfügte die Auflösung von 19 akademischen Vereinigungen (Burschenschaften, Verbindungen und Vereinen, darunter 10 Verbindungen des Waidhofener Verbandes), welche sich dem am 1. März gefaßten Beschlusse gegen die Satisfactionsfähigkeit der Juden angeschlossen hatten. Der Polizeipräsident hebt in einer Verfügung hervor, daß eine ganze Kategorie Studenten in ihrer Ehre empfindlich verletzt worden sei. Heute wurden verschiedene Vereinslocale behördlich geschlossen.

Die Deutschnationalen lehnten den Wiedereintritt in den deutschen Schulverein ab, weil der Ausschuß sich weigerte, den Ortsgruppen die Selbstbestimmungen über die Aufnahme jüdischer Mitglieder freizugeben.

Schönerer gegen die Christlich-Sozialen. In einer Versammlung der deutsch-nationalen Antisemiten zu Böheimkirchen äußerte sich ihr Führer Georg Schönerer über seine seine christlich-sozialen antisemitischen Concurrenten in sehr abfälliger Weise. So sagte er:

„Wir glauben in dem Abg. Scheicher nicht den vollkommen richtigen Vertreter rein bäuerlicher und deutsch-nationaler Interessen zu sehen, weil wir aus seiner Lebensbeschreibung im ‚Volks'-Kalender entnehmen konnten, daß er früher einmal Jesuit war, und gewiß hat jeder echtdeutsche Mann ein gewisses Gefühl der Scheu und des Unbehagens, wenn er etwas von Jesuitismus hört. Wir haben da nur ein sehr vorsichtiges Vertrauen, und wir glauben beobachtet zu haben, daß je nach Umständen der Abgeordnete Scheicher verschieden und anders gesprochen hat je nach den Herren, die in den betreffenden Versammlungen waren, je nach dem Ort, wo er gesprochen hat."

Um den Werth der Bauernfreundlichkeit des Führers der Christlich-Sozialen, Dr. Lueger, in das richtige Licht zu stellen, bemerkte Schönerer unter Anderem:

„Wir können es niemals vergessen, daß Dr. Lueger in der Sitzung des Wiener Gemeinderaths am 22. Jänner 1889 das Wort gesprochen hat: ‚Los von Niederösterreich!', daß er in seiner Rede den Standpunkt der Reichsunmittelbarkeit von Wien vertreten hat. Welches kurze Gedächtniß müssen die Herren haben, welche den Herrn Dr. Lueger nach Amstedten eingeladen haben zur Gründung des Bauernvereines! Einen Vertreter der Reichsunmittelbarkeit von Wien rufen sie aufs Land, um ihn dort zu bejubeln!"

Schönerer sprach dann sein Bedauern darüber aus, daß im Jahre 1896 noch Dinge möglich sind, die ein ruhig denkender Mann eigentlich als etwas aus einem früheren Jahrhundert Stammendes betrachten müßte, und fügt Folgendes hinzu:

„Vor mir liegt ein Ausschnitt aus der Nummer vom 11. März 1896 des in Wien erscheinenden ‚Volksblattes für Stadt und Land'. Da heißt es: ‚Abonnirt das katholische Familienblatt ‚Ave Maria!' Für alle Abonnenten wird jahraus jahrein in der Votivkirche eine heilige Messe gelesen, und es nimmt derselbe daher an den Gnadenfrüchten von 365 heiligen Messen theil!' Für 80 oder 92 Kreuzer! Es ist tief bedauerlich, daß solche Dinge heute noch möglich sind."

Wem verdankt man dies aber? Auf diese Frage gab Schönerer selbst die beste Antwort, denn er sagte am Schlusse seiner Ausführungen: „Hätte ich nicht vorgearbeitet, so wären die Christlich-Sozialen nicht so weit gekommen." Sehr richtig! Die Deutsch-Nationalen waren und sind, theils bewußt, theils unbewußt, nur Werkzeuge der clericalen Reaction.

Briefkasten.

Abonnent in **Kassel.** Der mit V. gezeichnete Artikel des „Hessischen Volksboten (9. Mai) unter der Rubrik „Vereins- und Parteinachrichten" ist dem „Volk" entnommen.

Dr. H. in **G.** Es ist uns nicht entgangen, daß das Organ der Herren Hirschel und Köhler, die „Deutsche Volkswacht", jetzt die Artikel aus der Correspondenz des Bundes der Landwirthe abdruckt.

P. H. in **Hagen**, X in **Münster**, X in **Drobsbycz**, **A. S.** in **Edenkoben**, **M. L.** in **Pasewalk**. Freundlichen Dank.

M. H. und **C. St.** und **H. C.** in **Hamburg.** Dankend benutzt.

P. J. in **Gnesen, Prof. S.** in **Breslau**. Die Information haben wir dankend erhalten.

A. K. in **Bamberg**. Besten Dank. Bereits benutzt.

M. S. in **Hannover.** Wird noch verwendet.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 21. Berlin, den 23. Mai 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Pfingsten.

Alljährlich feiert die christliche Kirche zu Pfingsten das Fest des heiligen Geistes. Zum ersten Mal trat an diesem Tage das Christenthum in die Welt. „Es waren aber Juden zu Jerusalem wohnend, das waren gottesfürchtige Männer, aus allerlei Volk, das unter dem Himmel ist.“ Zu ihnen sprachen die Jünger von der Offenbarung, die ihnen durch Jesus Christus zu Theil geworden. Und weiter erzählt die Legende in schlichter Form: wie die Jünger vom Sturm der Begeisterung getragen, aus ihrer Stille und Verborgenheit heraustraten, und zur Predigt, zur Bekehrung der Welt übergingen.

Der Pfingstsonntag ist der Ausgangspunkt der größten Revolution, die die europäische Cultur bis jetzt erfahren hat. Wenn man die Ergebnisse dieser großen Revolution des Geistes überschaut, so kann der Optimist fröhlichen Blickes in die Zukunft sehen, aber der Pessimist kann ebenso gut resignirt den Kopf schütteln. Es ist wahr, das Christenthum hat culturell die herrlichsten Thaten im Gefolge gehabt, die die Geschichte der Menschheit kennt, aber andererseits geht durch die Jahrhunderte eine Spur blutigen Hasses, welchen dasselbe Christenthum gezeitigt hat. Es hat Reiche entstehen und fallen lassen, aber bis auf den heutigen Tag hat es noch nicht das große Problem lösen können, die Menschen durch das Band der Liebe zu vereinigen und die Gegensätze, welche Hoch und Niedrig, Reich und Arm trennt, zu versöhnen. Und wenn ein sozialdemokratischer Führer dem Christenthum mit Bitterkeit vorwirft, daß es die sozialen Differenzen in den achtzehnhundert Jahren seiner Existenz nicht hat ausgleichen können, so liegt in diesem Vorwurf eine tiefere, innere Berechtigung, außerdem hat das Christenthum die niedrigsten Volksschichten, die Bauern und Arbeiter noch lange nicht so ergriffen und erzogen, wie es der Menschenfreund wünschen möchte. Angesichts der herrschenden Unsittlichkeit auf dem Lande z. B. konnte man die Ansicht hören, daß die Landbewohner ihr Christenthum verloren hätten. Da fand aber ein evangelischer Pastor das erlösende Wort, daß das Christenthum in diesen Schichten der Bevölkerung seine erzieherische Kraft überhaupt noch gar nicht gezeigt hat.

Das muß entschieden traurig berühren. Namentlich die Geschichtsphilosophen, welche an eine ewige Fortentwickelung und Höherbildung des menschlichen Geschlechts glauben. Aber diese Thatsache muß allen Erziehern des Volkes die Pflicht auferlegen, die Masse mehr denn je von den Ideen des Christenthums durchleuchten zu lassen, für sie muß das Pfingstfest insofern ein echtes Fest der „Ausgießung des heiligen Geistes“ sein, als sie selber sich an diesem Tage sagen müssen, daß sie für das Volk nicht genug gethan, die Lehren des Christenthums nicht eindringlich genug gepredigt haben. In diesem Sinne wird das Pfingstfest ein Fest reifer Ermahnung sein, alljährlich ein Ansporn, die christlichen Lehren der Liebe, Freiheit und Duldung bis in die tiefsten Schichten des Volkes zu tragen. Denn die Lehren der Liebe auf dem Papier sind nur schöne, aber leere Worte. Erst wenn sie hinausgetragen werden in die Masse, erst wenn sie von dem Einzelnen verehrt und befolgt werden, kann man von ihnen sagen, daß sie sich dem wirklichen, dem echten Christenthume nähern. Wenn das geschieht, kann aus dem ernsten Pfingstfest auch ein Pfingstfest, ein „liebliches Fest“ werden.

Der antisemitische Reichstagscandidat für Gießen.

Erst nach Pfingsten wird der Reichstag das Mandat des antisemitischen Abg. Köhler für erloschen erklären. Inzwischen ist dieser aber bereits wieder als Candidat aufgestellt worden. Einem aus dem Wohlkreise an uns gelangtem Wunsche entsprechend geben wir nachstehend eine Uebersicht über das Verhalten des Abg. Köhler im Reichstage an der Hand der namentlichen Abstimmungen:

13.	7.	93	§ 1 des Militärgesetzes	ja
14.	7.		gesetzliche Festlegung der 2jährigen Dienstzeit	ja
15.	7.		Gesammtabst. über Militärgesetz	ja
1.	12.		Aufhebung des Jesuitengesetzes	fehlt ohne Entschuld.
13.	12.		Artikel I. rum. Handelsvertrag	beurlaubt
9.	3.	94	Ersatz-Panzer „Preußen“	fehlt ohne Entschuld.
9.	3.		„ „Leipzig“	fehlt ohne Entschuld.
10.	3.		russischer Handelsvertrag	nein
13.	3.		5 Mk. Kornzoll	ja
14.	4.		Getreidemonopol	fehlt ohne Entschuld.
16.	4		Gesammtabst. über Jesuitengesetz	fehlt ohne Entschuld.
15.	12.		Antrag, Genehmig. zur Einleitung des Strafverfahrens geg. Liebknecht verweigern	fehlt ohne Entschuld.
1.	3.	95	Ersatz-Kreuzer „Leipzig“	fehlt ohne Entschuld.

6.	3.		Anträge betr. Verbot der Judeneinwanderung	fehlt ohne Entschuld.
14.	3.		Antrag Hehl betr. Kündigung des argentinischen Handelsvertrages	fehlt ohne Entschuld.
22.	3.		Bismarckehrung	fehlt ohne Entschuld.
26.	3.		Geschäftl. Behandl. des Antr. Kanitz	fehlt ohne Entschuld.
7.	5.		Gültigkeit der Wahl Böttchers	nein
7.	5.		Gültigkeit der Wahl Dziembowskis	nein
17.	5		Zuckersteuer	beurlaubt
20.	5.		Zuckersteuer	beurlaubt
21.	5.		Zuckersteuer	beurlaubt
22.	5.		Branntweinsteuer	beurlaubt
22.	5.		Branntweinsteuer	beurlaubt
17.	1.	**96**	Antrag Kanitz	ja
6.	3.		Gewerbenovelle	fehlt ohne Entschuld.
9.	3.		Gewerbenovelle	fehlt ohne Entschuld.
10.	3.		Gewerbenovelle	fehlt ohne Entschuld.
24.	4.		Prüfung der Wahl Holtz	fehlt ohne Entschuld.
1.	5.		Verbot des Getreideterminhandels	ja
5.	5.		Margarinegesetz	fehlt ohne Entschuld.
6.	5.		Margarinegesetz	fehlt ohne Entschuld.
11.	5.		Zuckersteuer	fehlt ohne Entschuld.
12.	5.		Zuckersteuer	fehlt ohne Entschuld.
15.	5.		Zuckersteuer	fehlt ohne Entschuld.

Die Antisemiten wallen nicht blas siegen, sandern, wie es in einem Aufruf der Parteileitung in der „Deutschen Valkswacht" vam 20. Mai heißt, niederschmettern. „Das sall diesmal unsere Wahlparaie sein! Heute, wo Gesammt-Deutschlands Augen auf diesen Wahlkreis gerichtet sind, heute Parteigenassen sallt Ihr das Examen bestehen! An unserem Siege wird Deutschland sich aufrichten, wie die Herzen aller Vaterlandsfreunde aufgerichtet wurden durch die Siege unserer Brüder in Wien."

Daß die Herren den Mund sa aall nehmen, ist uns nichis Neues. Die „Antisemitische Carrespandenz" des Herrn Liebermann aan Sannenberg hat in ihrer letzten Nr. die Paraie ausgegeben: „Weg mit den Liberalen aller Farben!" Wenn die Liberalen in Gießen daraus die Consequenz ziehen und unter der Parole: „Weg mit den Antisemiten" **vereint** in den Wahlkampf ziehen, sa kann ihnen der Sieg nicht fehlen.

Dr. Friedrich Dittes. †

In der letzten Wache starb in Wien einer der ersten deutschen Pädagagen, Dr. Friedrich Dittes, früher Schulrath und Seminardirertar in Gatha, zuletzt Dirertar des Pädagagiums in Wien. In einem Capitel seiner „Geschichte der Pädagagik" spricht er auch seine Ansichten über die Juden aus. Nachdem er über die Araber als Förderer der Wissenschaft geredet, sagt er Foigendes: „Und so haben wir denn die Israeliten als das einzige pädagagische Volk des semitischen Stammes zu detrachten. Sie allein stehen nach heut als lebendiger Zweig dieses alten Stammes inmitten der großen Välkerfamilie; Jahrtausende hindurch, unter egyptischer, babylanischer, persischer, macedonischer, syrischer und römischer Knechtschaft, unter Verfolgungen durch Heiden, Christen und Muhammedaner, unter dem Drucke harter Gesetze, unter der Verachtung der Natianen, unter der aussaugenden und entwürdigenden Staatskunst der Regenten haben sie ihr Eigenleben bis auf diesen Tag behauptet; ihre Freiheit, ihre Rechte, ihre Arbeit, ihre Existenz standen fast immer und überall in Frage, ihr Vaterland, fast auch ihre Sprache haben sie aerlaren; aber ihr Blut, ihren Charakter, ihr Selbstgefühl, ihren Nationalstalz, ihren Glauden haben sie bewahrt. Wenn irgend ein Valk auf dem weiten Erdenrunde, sa haben die Israeliten bewiesen, welche Macht einer ransequenten Erziehung eigen ist."

Ueber die Erziehung bei den Juden spricht sich Dittes also aus:

„Das Familienleben ist seine Basis, die Familienerziehung die Grundfarm seiner pädagagischen Praxis, der Familiensinn, das feste Zusammenhalten der Blutsoerwandten bildet einen Grundzug der israelischen Natianalität. Ehrfurcht, Gehorsam und werkthätige Dankbarkeit ist heilige Pflicht der Kinder gegen ihre Eltern; strenge Zucht, entspringend aus treuer Sarge für das Lebensglück der Kinder, ist das wichtigste Anliegen der Eltern." Ausführlich erörtert Dittes nun das Erziehungs- und Unterrichtswesen bei den Juden van der Zeit ihres ersten Auftretens als Valk in der Geschichte dis zum Verluste seiner palitischen Freiheit. Dabei bemerkt er: „Dach haben die Juden in der letzten Zeit des Alterthums, sadann durch das ganze Mittelalter hindurch und bis auf die Neuzeit herauf fartwährend eine rege Thätigkeit auf allen Gebieten der Wissenschaft entfaltet Ueberall, wa sie in größerer Anzahl beisammen wahnten, nicht blos in Jerusalem, Alexandria, Babylan und anderen Städten des Orients, sandern auch in den ramanischen und deutschen Ländern unterhielten sie blühende Akademieen, welche die Stellen der späteren Hachschulen aertraten."

Falgende Warte beschli.ßen das Capitel über die Israeliten:

„Im ganzen haben die unter allen Vötkern zerstreuten Israeliten immer eine heraorragende Begabung und ein lebhaftes Interesse für intellertuelle Arbeit an den Tag gelegt, urd Jahrhunderte lang sind sie die wichtigsten Pfleger der Wissenschaften: der Mathematik, Astranamie, Medicin, Geschichte, Sprachkunde und Philasaphie gewesen. Nach jetzt zeichnen sich die Juden durch graße Regsamkeit auf allen Gebieten des geistigen Lebens aus. Insbesandere ist auch ihre Betheiligung am Schulwesen meist eine sehr eifrige. Die Eltern halten ihre Kinder nachdrücklich zum Lernen an und bekümmern sich sargfältig um deren Fartschritte; die Kinder stehen nicht selten an Wißbegierde und zähem Fleiße ihren christlichen Schulgenassen aaran. Auch an wahlthätiger Menschenfreundlichkeit zur Erziehung der aam Schicksale ader aan der Natur aernachlässigten Kinder (der Waisen, Tauben, Blinden) fehlt es den Israeliten nicht, wie ihnen überhaupt der Sinn für Humanität nur mit Unrecht abgesprachen werden kann. Und wenn auch dasselbe nach manche Schattenseite als Erbtheil des Stammes und als Wirkung langer Mißhandlung an sich tragen mag, so haben dach die madernen Völker allen Grund, an ihre eigene Brust zu schlagen und mit den Israeliten eine aufrichtige Versähnung auf Grundlage aaller Gleichberechtigung herbeizuführen."

Ein jüdischer Lieutenant.

Durch die Liebenswürdigkeit eines Lesers unserer „Mittheilungen" aus Lengerich i. W. sind wir in der Lage, aus der „Staats- und Gelehrte Zeitung des Hambur ischen unparteiischen Carrespandenten. Na. 111. Am Mittewachen, den 12. Julii. Anna 1820." falgende Leitnatiz zu aeröffentlichen:

„Aus dem Churheßischen, oam 8. Julii.

Herr Grünthal, ehemaliger Lieutenant in der Westphälischen Armee und Sahn eines armen Juden zu Witzenhausen, hatte den Feldzug nach Rußland mitgemacht, und da er bey seiner Rückkehr keine Versargung fand, so degab er sich über Hamburg nach Hayti, wa er Inspectar der königlichen Haustruppen wurde und sa viel Vermägen sammelte, daß er nach dem Hessischen zurückkehren wallte, um seinen alten Vater zu unterstützen. Auf seine Bittschrift an den Känig Heinrich erhielt er falgende Antwart:

Königreich Hayti. Im Pallast von Sans-Souci, den 23 sten März 1820, im 17 ten Jahre der Unabhängigkeit.

Der Staats-Serretair, Minister der auswärtigen Angelegenheiten aan Hayti, an Herrn Grünthal, Inspertar der Känigl. Haustruppen.

Mein Herr! Der König, mein erhabener und geliebter Souaerain, hat mir befohlen, diesen Brief an Sie zu schreiben, und zwar auf das Ansuchen, welches Sie an Se. Majestät gemacht haben, nach Ihrer Heimath zurückzu-

kehren und für Ihren Vater zu sorgen. Indem Se. Majestä, Ihre löblichen Gesinnungen kindlicher Liebe sehr billigent so lassen Höchstdieselben Sie ersuchen, noch drey Jahre in Ihrem Dienste zu bleiben, welches in Allem sechs Jahre ausmachen wird, und um Ihrem Vater zu Hülfe zu kommen, schenkt Ihnen Se. K. H. der Kronprinz 3000 Pfund Caffee, frey von allen Abgaben, die Sie zur Unterstützung an Ihren Vater schicken können. Se. Majestät erlauben Ihnen überdies, Ihrem Voter das Zeugniß zu geben, daß Allerhöchstdieselben mit Ihnen zufrieden sind. Ich habe die Ehre, Sie aufrichtig zu grüßen.

Unterz: de Limonade.

Der Caffee ist wirklich über Bremen, zum Erstaunen des alten Grünthal, der jetzt zu Heiligenstodt wohnt, an seiner Bestimmung angekommen. Der Greis hat seinem Sohne die Erlaubniß ertheilt, noch drei Jahre nach den Wünschen des Königs Heinrich auf Hayti zu bleiben. Der Sohn ist seitdem zur Belohnung seiner Dienste in den Grafenstand erhoben worden."

Ein Wort an Prof. Dr. Zange.

Wer da hofft, in Folgendem einen Kriegsruf gegen Prof. Dr. Zange zu hören, der dürfte sich irren. Schreiber dieser Zeilen hat sich stets davor gehütet, in jeder abfälligen Kritik über Juden und Judenthum einen Ausfluß antisemitischer Gefühle, in jedem gegen uns streitenden Manne einen Antisemiten zu sehen.

Freilich, die Bemerkung Zanges von dem schreienden, auch von den Schülern gefühlten Mißverhältnisse, daß Kindern christlicher Eltern Juden als Erzieher gesetzt werden, verliert trotz des Zusatzes, daß er kein Judenfeind sei, nichts von ihrer verletzenden Schärfe. — Wenn ein Antisemit so gesprochen hätte, würde man ihn einfach sagen, daß es nicht der Ausdruck seiner Ueberzeugung, sondern nur der Ausfluß seines Judenhasses sei. Anders in diesem Falle. Hier giebt ein gewiß verdienstvoller Mann, ein Gymnasialdirector, der das Verhältniß zwischen Lehrern und Schülern zu beobachten Jahrzehnte hindurch Gelegenheit gehabt hat, anläßlich der Einführung eines jüdischen Oberlehrers in sein Amt diesem die Weisung, sich jeder religiösen oder religiös-sittlichen Beeinflussung der Schüler, soweit dies überhaupt möglich sei, auf das Gewissenhafteste zu enthalten.

Soweit es überhaupt möglich sei. Prof. Zange weiß also, daß es ganz unmöglich ist, auf jede erziehliche Beeinflussung in der Schule zu verzichten. Aller Unterricht soll erziehlich wirken, und jeder Unterrichtsgegenstand kann mittbar oder unmittelbar zur sittlichen Erziehung Stoff und Gelegenheit bieten. Der Lehrer, der auf diese Thätigkeit des Erziehens freiwillig oder gezwungen verzichtet, sollte seinen Lehrstuhl verlassen. Er ist dann ein handwerksmäßiger Stundengeber und paßt zu Allem eher, als zu einem Lehrer. Der Lehrer soll auch Erzieher sein. Und ein jüdischer Lehrer sollte christliche Kinder, die von christlichen Lehrern in ihrer Religion unterrichtet werden, nicht mit erziehen helfen, in allgemeiner religiös-sittlicher Hinsicht auf sie nicht einwirken dürfen? Kann und wird er nicht wie der christliche Lehrer bei passender Gelegenheit, etwa bei der Besprechung eines Lesestückes, in einem Geschichtsvortrage usw., von der Gerechtigkeit Gottes, von einer Vorsehung und Aehnlichem sprechen? Kann und wird er nicht die ihm anvertrauten Kinder zu allen Tugenden zu erziehen, vor allen Lastern zu warnen suchen? Wird er etwa mit weniger sittlichem Ernste von der Wahrhaftigkeit reden und mit geringerer Schärfe sich z. B. gegen die Pest der Lüge wenden? Kann und wird er nicht auch die Schüler ermahnen, zu beten, an der Andacht im Gotteshause Theil zu nehmen? Wahrlich, die christlichen Kinder wissen dabei ganz genau, daß für sie die Kirche, für die Juden der Tempel gemeint ist. Kann und wird er nicht ebenso wie der christliche Lehrer die Kinder zur Ehrfurcht gegen die Eltern, zur Vaterlandsliebe, zu einem frommen Lebenswandel erziehen, ohne dabei das spezifisch Confessionelle, dem ja in den Religionsstunden Rechnung getragen wird, zu streifen? —

Der jüdische Lehrer kann und wird das mit allem ihm zu Gebote stehenden Ernste thun, und so lange jüdische Lehrer an öffentlichen Lehranstalten christliche Kinder unterrichten, werden sie es nicht nur als ihr unveräußerliches Recht, sondern auch als ihre heilige Pflicht ansehen, die Jugend zu unterrichten und zu erziehen, nicht zum Schaden, nein, zum Segen der kindlichen Gemüther. Dabei werden christliche Kinder wahrlich niemals in ihren Gefühlen gekränkt werden.

Herr Professor Dr. Zange spricht von einem schreienden Mißverhältnisse zwischen dem in hoher Achtung stehenden jüdischen Oberlehrer und seinen christlichen Schülern. Vielleicht wäre Herr Professor Z. geneigt, seine nach dieser Richtung hin gesammelten Erfahrungen zu Nutz und Frommen der Gesammtheit der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Bis dahin sei es mir gestattet, von den Erfahrungen eines jüdischen Lehrers etwas mitzutheilen, der seit 15 Jahren an einer gehobenen Volksschule als definitiv angestellter Lehrer wirkt. In dem angegebenen Zeitraum hat er viele hundert christliche Kinder unterrichtet, und da er das erziehliche Moment besonders stark betont, auch erzogen. Viele Kinder sind aus seiner Klasse gleich ins Leben getreten. Zwischen ihm, dem jüdischen Lehrer, und seinen christlichen Schülern hat bis auf den heutigen Tag keine Spur von schreiendem Mißverhältnisse obgewaltet. Ist das vielleicht ein Mißverhältniß, wenn nach sechswöchiger, durch Krankheit verursachter Abwesenheit des Lehrers die Kinder zum Empfange desselben die Klasse festlich schmücken, wenn die christlichen Kinder am Tage der Einsegnung, resp. der Entlassung aus der Schule vom jüdischen Lehrer unter Thränen Abschied nehmen, wenn die auf Urlaub kommenden Soldaten, die ehemaligen Schüler, nicht versäumen, den jüdischen Lehrer zu besuchen, wenn die Eltern christlicher Schüler dem jüdischen Lehrer gerade für seine Erziehungsarbeit danken? — Gerade seine bewußte, absichtliche erziehliche Einwirkung auf seine Schüler hat sie mit treuer Anhänglichkeit an ihren Lehrer erfüllt. Es wird zuviel unterrichtet, zu wenig erzogen; der Geist wird gebildet, — das Gemüth verödet! — Das sollten auch alle jüdischen Lehrer trotz der Anweisung des Herrn Prof. Dr. Zange bedenken. Und wenn diese auch durch Ministerialerlasse, Provinzialschulcollegien, Directoren und Schulaufsichtsbeamte degradirt und in eine entwürdigende Ausnahmestellung gedrängt werden, so sollen sie doch nicht den Muth und ihr Pflichtgefühl verlieren. Wer als Jude trotz der ganz bedeutenden Hindernisse die pädagogische Laufbahn zum Lebensberufe erwählt, der muß schon von starker Begeisterung für diese getragen sein. Möge diese Begeisterung nicht schwinden! Daß Prof. Zange bei dem immer mehr zunehmenden Unglauben, bei der sich steigernden Verwilderung der Sitten, wie man sie auch in den besseren Gesellschaftsklassen zu beobachten oftmals Gelegenheit hat, bemüht ist, die ihm anvertrauten Knaben und Jünglinge nicht blos zu tüchtigen Menschen, sondern auch zu bekenntnißtreuen Christen zu erziehen und heranzubilden, wird ihm jeder gläubige Mensch, Christ oder Jude, als ein hohes Verdienst anrechnen. Er sollte aber vorurtheilsfrei genug sein, anzuerkennen, daß die erziehliche Thätigkeit eines jüdischen Oberlehrers den Erfolg seines Bemühens nicht in Frage stellt. Und da der neuangestellte Oberlehrer Dr. Pick Verdienste und Vorzüge hat, die ihm Jedermanns Hochachtung sichern, und die auch von Herrn Prof. Dr. Zange ins hellste Licht gestellt worden sind, so steht zu hoffen, daß der Herr Gymnasialdirector nach längerer Beobachtung des Verhältnisses zwischen jüdischem Lehrer und christlichen Schülern zu einem milderen und gerechteren Urtheile gelangen wird.

Wir jüdische Lehrer aber wollen unbeirrt durch die uns kränkenden Vorkommnisse der letzten Wochen unsere Pflicht als Lehrer und Erzieher erfüllen in Liebe zu unseren Schülern, in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich, in unwandelbarer Hingabe an unsere alte, heilige Lehre, deren Kern das Gebot der Nächstenliebe ist.

Theodor Lehmann,
Krojanke.

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

(Forts.)

Außer den eben erwähnten jüdischen Dörfern im Süden Palästinas finden wir indessen im heiligen Lande noch eine Reihe weiterer Ortschaften, die von solchen jüdischen Bauern gegründet sind an Stellen, wo früher Einöden waren. Dieselben zerfallen in mehrere Gruppen:

1) In Nieder-Galiläa liegen die Dörfer Chedereh, Sichron Jaakob, Tantura, Scheweja, em el Gnmal und em ei Tut. Es leben in Sichron Jaakob meist rumänische Juden, in den anderen Ansiedelungen meist russische, alle nur von Ackerbau mit Ausnahme derjenigen, welche in den großen Kellereien von Sichron Jaakob und den dazu gehörigen Werkstätten beschäftigt sind. Nur dieses Dorf hat schon eine Geschichte von 14 Jahren, die andern sind erst im Jahre 1890 und 91 angelegt, wobei freilich die Erfahrungen der ersten Ansiedler schon nutzbar gemacht werden konnten. Die hauptsächlichsten Bodenproducte sind hier Wein, Mandeln und Getreide, doch sind hier auch große Anpflanzungen von Maulbeerbäumen gemacht zur Seidenzucht, die seit einiger Zeit versucht wurde und sehr günstige Resultate ergeben hat. In Chedereh hat man viel Wiesen, daher betreibt man hier mehr Viehzucht; alle Dörfer haben jetzt recht umfangreiche Anlagen von Eucalyptusbäumen gemacht, womit sie zugleich erreichen, daß die Luft von Fieberdünsten gereinigt wird und daß später Holz 2c. gewonnen werden kann. In Chedereh sind große Sümpfe, die man trocken legen muß, um die Fieberherde zu beseitigen, auch diese Arbeit wird von den jüdischen Bauern mit Hilfe ihrer occidentalischen Freunde gemacht und so wirken sie nach dieser Richtung hin ebenfalls Cultur bringend. Die Zahl der jüdischen Ansiedler in dieser Gruppe von Dörfern dürfte sich ebenfalls auf 2000 Seelen belaufen.

2) In dem am Jordan und seinen Seeen el Huleh und Nahr el Tabarie gelegenen Obergaliläa ist ein anderer Kreis jüdischer Ansiedelungen vorhanden, der sich um das Dorf Rasch Pinah gruppirt. Es sind außer diesem Jessud Hamaaloh, Mischma Hajarden, Ain Setrin, Mahchanaim, Pekiin, Meron. In diesen Dörfern wohnen zusammen ca. 1000 Seelen, fast ausnahmslos Juden, von denen die 30 Familien in Pekiin eine seit sehr langer Zeit hier sitzende kleine Gruppe von Sephardim (spanische Juden, die bei der Vertreibung der Juden aus Spanien 1492 nach der Türkei auswanderten) bilden, während in Rasch Pinah meist rumänische, in den anderen Ansiedelungen meist russische Juden wohnen. Auch hier sind die Gegenstände des Ackerbaues in erster Linie Weinbau, dann Maulbeerplantagen zur Seidenzucht, ferner etwas Getreidebau und Plantagen von Obst- und Oelbäumen. In Rasch Pinah ist eine bedeutende Seidenfabrik, in der die Cocons zu Rohseide verarbeitet werden, für später ist eine Zwirnerei und Weberei geplant, um hier alle fertigen Seidenstoffe herzustellen, wozu ebenso wie für die schon jetzt bestehende Fabrik die Arbeitskräfte reichlich in der großen jüdischen Gemeinde in Safed vorhanden sind, das nur eine Stunde von Rasch Pinah entfernt liegt. In Jessud Hamaaloh sind ausgedehnte Gartenanlagen vorhanden, in denen große Quantitäten von Rosen, Geranium, Jasmin, wilde Orangen, 2c. gewonnen werden, die man in der am selben Orte befindlichen chemischen Fabrik sofort zu Essenzen verarbeitet. Die Resultate sind glänzende; so erzielt das Rosenöl von Jessud Hamaaloh in Paris 1300 Frcs. per Kilo, während das altberühmte bulgarische nur 800 Frcs. per Kilo werth ist. Auch vorzügliches Eau de Cologne wird in derselben Fabrik hergestellt, das im Orient, ja in Palästina selbst leichten Absatz findet. Wenn wir erwähnen, daß in Rasch Pinah aus Malagatrauben Rosinen hergestellt werden, so ist damit der Kreis der hier erzeugten Bodenproducte abgeschlossen.

3) Jenseits des Jordan ist ein sehr fruchtbares Land, das aber noch vor wenigen Jahren von schweifenden Araberheerden durchzogen wurde und deren Räubereien ausgesetzt war. Seit den letzten Jahren aber hat die türkische Regierung das ganze Land besetzt und mit Garnison versehen, so daß die Sicherheit im Lande vollständig hergestellt ist. Kaum daß dies geschehen war, so beginnen auch die russischen Juden hier neue Versuche mit landwirthschaftlichen Ansiedelungen. Umfangreiche Terrains wurden am Jabbak angekauft und mächtige Anlagen für Weinberge, Obstplantagen, Seidenzucht 2c. sind entstanden. Aber auch der altberühmte Getreidebau wird im Hauran von der neuen jüdischen Bevölkerung wieder gepflegt und die Viehzucht erfreut sich ebenfalls der Aufmerksamkeit derselben. In den Schluchten des Jabbok, die zum Theil in jüdischem Besitz sind, sind Pappelwaldungen angepflanzt worden, die für die Zukunft große Erwartungen erwecken. Einige hundert jüdische Ansiedler sind wahrscheinlich auch schon auf diesen Grundstücken, doch ist die Zahl nicht genau bekannt, steigt indessen mit jedem Jahre.

Eine sehr wesentliche Förderung erfuhren die ganzen landwirthschaftlichen Anlagen der Juden in Palästina, wie überhaupt die gesammte Landwirthschaft des heiligen Landes durch die von der Alliance 1870 in der Nähe von Jaffa gegründeten Ackerbauschule Mikweh Israel. Diese Schule, die gleichzeitig mit der Bewirthschaftung eines Gutes von 240 ha verbunden ist, hat sich ganz außerordentliche Verdienste um das heilige Land, wie um die Juden erworben. Unter der geschickten Leitung einer Anzahl tüchtiger Fachleute, die ihre Ausbildung in der landwirthschaftlichen Hochschule zu Montpellier erhalten hatten, und mit der bedeutenden materiellen Unterstützung der Alliance israelite universelle konnte diese Schule ihre doppelte Aufgabe vorzüglich erfüllen. Mehr als 100 jüdische Knaben und junge Leute, zu denen auch einige mohamedanische kommen, erlernen hier in den Schulstuben theoretisch, auf dem Felde praktisch die Landwirthschaft, während die zahlreichen Versuche mit ausländischen Culturpflanzen dazu geführt haben, die geeigneten Sorten zu finden, welche sich dem Klima und dem Boden des heiligen Landes am besten anpassen. So sind die besten Arten des Weinstockes, der Kartoffel, verschiedener Obstgattungen 2c. festgestellt worden und jetzt experimentirt man damit, die beste Rindviehrasse zu züchten, welche mit dem Milchertrag die nöthige Klimafestigkeit paart.

Der Betrieb der Landwirthschaft durch Juden ist in Palästina mit Ausnahme des einen Dorfes Pekiin ganz jungen Datums, die Bauern, die meist in ihrer Heimath ganz anderen Berufen angehörten, haben sich den neuen Verhältnissen gleichzeitig im Lande und im Berufe anzupassen gehabt, aber man kann doch sagen, daß das Experiment völlig geglückt ist, denn nicht eine der seit 14 Jahren gegründeten Ansiedelungen ist trotz aller Schwierigkeiten aufgegeben worden. Wohl aber hat sich bereits eine Klasse von jüdischen Tagelöhnern gebildet, die eine Reihe von Jahren als Knechte arbeiten, um dann theils mit dem vom Lohne ersparten Geldern, theils mit der Hilfe der europäischen Glaubensgenossen sich selbstständig anzukaufen. In dieser Entwickelung liegt auch eine gute Gewähr für das weitere Gedeihen der Ansiedelungen im heiligen Lande.

Wer Palästina besucht, der wird mit besonderem Vergnügen die Ansiedelungen der Juden besichtigen, die außer den 4 deutschen Colonieen der würtembergischen Templer auf dem Lande das einzige sind, was die Cultur des Orients vertritt. Sie haben eine außerordentliche Bedeutung für die

Entwickelung des ganzen Landes erlangt und auch für die Ausbreitung des Verkehrs sehr viel gethan. Fast nur zwischen den jüdischen Colonieen existiren fahrbare Straßen, während sonst überall nur Saumpfade den Verkehr vermitteln. Auf der anderen Seite haben die jüdischen Dörfer das Verdienst, erwiesen zu haben, eine wie große Arbeitsfreudigkeit in den verachteten russischen Juden wohnt und wie gern sie auch die schwerste Arbeit verrichten, mit welchem Eifer sie auch die größten Schwierigkeiten zu überwinden wissen, nur um mit redlicher Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu verdienen.

Wir wollen diesen Abschnitt damit beschließen, daß wir ein bedeutsames Urtheil über die Leistungen der jüdischen Bauern citiren. Im Jahre 1890 bereiste der Pastor Dr. G. von Rohden Palästina und veröffentlichte seine Eindrücke in der „Täglichen Rundschau“; bei dieser Gelegenheit äußerte er sich über die selbstgesehenen jüdischen Dörfer wie folgt:

„Rothschild hat bekanntlich, ebenso wie Sir Moses Montefiore, sehr viel für die in Rußland und den Donauländern verfolgten Juden gethan. Eine große Anzahl derselben ist in Palästina angesiedelt. Bei Jerusalem sahen wir lange zusammenhängende Häuserreihen, wo zahlreiche jüdische Handwerkerfamilien ihr behagliches sauberes Hauswesen haben. Auch ein umfangreiches Armenhaus und Hospital ist dort von Montefiore errichtet. In der Nähe von Jaffa hat man sogar eine große Ackerbauschule für Juden, sowie südlich von Karmel bei Tantura eine bedeutende Colonie begründet, welche die besten Ergebnisse liefern sollen. — Und was wir hier in „Roschpinah“ mit eigenen Augen von jüdischen Acker- und Obstbau sehen, das gewann uns alle Achtung ab. Mit großem Stolze führte uns unser Wirth Jehoschnah den tri feinen Viehstand vor; er hatte seit einem Jahre schon selbst ein Kalb und einen Esel groß gezogen. Und seine Weinbergsanlage schien recht vielversprechend zu sein. Der Mann war aus Rumänien, recht belesen und gebildet. Er gab mir auch einen Gruß an den Hofprediger Stöcker mit; ich solle ihm doch bestellen und bestätigen, daß die Juden sehr gerne arbeiten, wenn sie nur Gelegenheit dazu haben,' welchen Auftrag ich hiermit ausgerichtet haben will. Es war ihm zweifellos mit dem Arbeiten Ernst, denn obwohl selbst ein frommer Jude, der früh am Morgen, als wir aufbrachen, hinauf nach der alten Judenstadt Safed zog, um einen Feiertag dort mitzumachen, sprach er von den Juden dort oben ziemlich geringschätzig: „Die beten nur.“ Wir verstanden uns also recht gut und ich stimmte ihm von Herzen zu, als er zum Abschied nach der Verheißung des Propheten der Hoffnung Ausdruck gab, die Zeit werde kommen, „wo die Menschen nicht mehr einander hassen, sondern wir alle Brüder seien.“

Als ich nun in der tröstlichen Morgenluft zwischen den sorgfältig bebauten Feldern der jüdischen Colonie weiterritt und dem vortrefflichen Wege selbst aufrichtige Anerkennung zollen mußte, da konnte ich auch diesen interessanten Ansiedelungen nichts anderes als den besten Erfolg wünschen. Vielleicht sind doch die Juden die Nächsten dazu, dies schöne Land das ihrer Väter, wo Milch und Honig floß, wieder neu herzurichten und damit auch den alten Vorwurf, sie könnten nichts anderes als Schacher treiben, praktisch und für die Menschheit nutzbar zu widerlegen.“

Zur Abwehr.

Der Antisemitismus in den Bädern. Von einem Mitgliede des Vorstandes unseres Vereins werden wir darauf hingewiesen, daß der Boykott gegen die antisemitischen Bäder sich nicht empfehle. Gegner des Boykotts müßten auch in diesem Falle ihren Grundsätzen treu bleiben. Dagegen findet das Vorstandsmitglied es durchaus richtig, daß diejenigen Gasthöfe genannt werden, welche durch öffentliche Erklärungen und Bekanntmachungen Juden fernhalten wollen.

So weit die Zuschrift. Wir geben zu, daß die Bemerkung, wir seien sonst keine Freunde des Boykotts, in diesem Zusammenhang zu Mißverständnissen Anlaß geben kann und wir sind mit dem Herrn Einsender durchaus einverstanden, daß es vollständig genügt, wenn die jüdischen Mitbürger erfahren, wo sie nicht geduldet werden. Wenn in der antisemitischen Presse unser Hinweis in eine Linie gestellt wird mit der antisemitischen Aufforderung, nicht bei Juden zu kaufen, so müssen wir diese Gegenüberstellung als durchaus unzutreffend zurückweisen. Denn durch die antisemitische Parole werden s ä m m t l i c h e jüdischen Geschäfte, also auch diejenigen von notorischer Reellität, in Acht und Bann gethan, während wir lediglich die Absicht haben, diejenigen Badeorte und Gasthöfe zu bezeichnen, welche sich den Besuch von Juden verbitten. Die Antisemiten sollten uns doch dankbar dafür sein, daß wir diese Mittheilung verbreiten; denn das kann doch nur in ihrem Sinne liegen.

Der Bund der Landwirthe und die antisemitischen „Reformer“. Daß wir das Zu-Kreuze-Kriechen der Hessischen Antisemitenführer vor dem Bund der Landwirthe an den Pranger gestellt haben, ist diesen Herren gewaltig in die Krone gefahren und in ihrem Geschmacke entsprechenden Schimpfworten machen sie in der „Deutschen Volkswacht“ ihrem Aerger Luft. Das Judenthum habe „ganz richtig herausgerochen, daß in der Vereinigung aller Bauern von Deutschland zu einem großen f r e i h e i t l i c h e n Bund die größte Gefahr für es liegt.“ — Ist das nicht köstlich? Also, nachdem man den Bund der Landwirthe Tag für Tag als J u n k e r und R e a c t i o n ä r e gelästert hat, geht man jetzt mit einem Male mit diesen Reactionären einen f r e i h e i t l i c h e n Bund ein! Wie müssen die Herren v. Plötz und Genossen sich ins Fäustchen lachen ob des Gesinnungswechsels ihrer neuesten Schützlinge! — Daß die Anwürfe aus der Mitte einer so character—festen Gesellschaft uns gleichgültig lassen, brauchen wir kaum zu versichern. Ihre sauberen Praktiken aber und Wandlungen werden wir nach wie vor ans Licht zu ziehen bemüht sein.

Gegen wucherische Ausbeutung der Landbevölkerung. Das „Land“ vom 15. Mai schreibt: „In Baden und im Saargebiet bestehen bekanntlich in großem Segen wirkende Vereine gegen die wucherische Ausbeutung des Volkes. In Elsaß-Lothringen ist schon des öfteren versucht worden, der wucherischen Ausbeutung der Landbevölkerung, namentlich auch im Viehhandel, auf gesetzgeberischem Wege mit Nachdruck entgegenzuarbeiten; der Erfolg ist aber bis jetzt hinter den Erwartnngen zurückgeblieben. Neuerdings haben sich nun die dortigen Vereine der Sache angenommen, um den Mitgliedern entsprechenden Rechtsschutz zu verschaffen. Sie lassen ihnen u. a. unentgeltliche Belehrungen über Rechtssachen landwirthschaftlichen Charakters angedeihen, unter Umständen auch die kostenlose Führung von Prozessen durch den Rechtsanwalt des Vereins besorgen. Auch werden den Landwirthen unentgeltlich Formulare für den schriftlichen Abschluß vor Viehkäufen und -Verkäufen verabfolgt. Der Hauptgrund, warum der reichsländische Bauernstand so sehr unter der wucherischen Ausbeutung zu leiden hat, liegt darin, daß er den in seinem Interesse gegründeten Vorschuß- und Darlehnskassen immer noch mit Vorurtheilen gegenübersteht. Bei diesen sind gewisse Formalitäten, u. a. die Stellung von Bürgen, zu erfüllen, wodurch die Sache in der Regel in der Gemeinde bekannt wird. Aus falscher Scham ziehen es daher die meisten vor, ihr Creditbedürfniß bei Geschäftsleuten zu beziehen, die

zwar verschwiegen sind, aber keine Schonung kennen, wenn die Schuld eine gewisse Höhe erreicht hat. In den elsässischen Fabrikcentren nimmt das Arbeiterproletariat von Jahr zu Jahr in erschreckendem Maße zu, und zwar besteht ein großer Theil des vom Lande kommenden Zuzugs aus Leuten, die sich mit Wucherern einließen, also durch eigenes Verschulden um Haus und Hof gekommen sind."

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Stern Liebermanns von Sonnenberg ist im Untergehen begriffen. Der Angriff Carl Paaschs auf diesen Führer der Antisemiten ist gewiß derb — sein Flugblatt scheint in Deutschland stark verbreitet zu werden — und wir enthalten uns vorläufig einer Kritik, aber das Echo, das es in Deutschland unter den Antisemiten findet, ist uns ein Beweis dafür, daß die Tage der Herrlichkeit dieses Mannes gezählt sind.

Am 7. Mai macht „Freideutschland" Front dagegen, daß Berlin die „ungeheure Dummheit" begangen hat, seinen Antisemitismus unter den sächsischen zu beugen. Aus diesem versteckten Angriff wird am 19. Mai ein offener gegen Liebermann von Sonnenberg. „Freideutschland" kanzelt die „Staatsb. Ztg." herunter, weil sie „die Paasch'sche Angelegenheit, insbesondere das neue Flugblatt Paaschs gegen von Liebermann vollständig todtschweigt". „Denn die Sache Paasch-Liebermann muß unter allen Umständen geklärt werden. Sie durch Todtschweigen aus der Welt schaffen zu wollen, würde dem reichsdeutschen Antisemitismus ein sehr ungünstiges Zeugniß ausstellen und ihm sicherlich nicht zum Heile dienen."

Die Hamburger „Deutsche Reform" nimmt sich Liebermann v. Sonnenberg in einem ganzen Leitartikel vor. Der Antisemit Hans v. Mosch stellt am 10. Mai die Herren „Stöcker, Hammerstein, Liebermann" zusammen in eine Reihe und schreibt:

„Die heutige antisemitische Bewegung aber, die sich endlich von Stöcker freigemacht hatte — im Wesentlichen durch das Verdienst der hessischen und sächsischen Parteiführer — wird durch die Liebermann und Iskraut nach und nach wieder gänzlich in den Sumpf geführt werden! Herr Miquel pfeift, Herr v. Liebermann und die „Staatsb.-Zeitung" tanzen."

Noch offenherziger spricht der antisemitische „Deutsche Gener.-Anz." am 17. Mai seinen Groll aus:

„Der Vorsitzende der antisemitischen Reichstagsfraction, also der anerkannte Führer einer nicht gerade unbedeutenden politischen Partei, kann derartige Anklagen, wie sie hier in sehr bestimmter Form gegen ihn erhoben werden, nicht ruhig auf sich sitzen lassen. Wir erwarten vielmehr, daß Herr v. Liebermann vorläufig den Vorsitz in der Fraction niederlegen und einem von der Partei zu erwählenden Ehrengerichte die Entscheidung über die Stichhaltigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen überlassen wird."

Wir sind gespannt, was Herr Liebermann v. Sonnenberg entgegnen wird. Oder wird der sonst so redegewandte Herr schweigen?

Abg. v. Langen und Hans v. Mosch. Daß die Affaire Paasch-Langen nicht im Sande verläuft, ist ein Verdienst des Herrn v. Mosch. Er schreibt nämlich am 17. Mai in seiner „Deutschen Reform":

Herr v. Langen, es kommt auch einmal die Stunde, wo Sie vor den höchsten Richter werden treten müssen; — bis dahin wird Sie der Fluch Ihres schmählichen Verrathes an dem vertrauenden Freunde verfolgen! Wollen Sie etwa die in der Broschüre gegen Sie angeführten Thatsachen leugnen, Herr v. Langen? Wissen Sie nicht, daß hier noch **Zeugen** Ihres Verrathes an Fräulein G. und Ihres darauf folgenden lang andauernden Verkehrs mit der Jüdin Stoye, sowie Zeugen jener im Hotel „Kronprinz" in der Louisenstraße **stattgehabten Unterredung** und Zeugen jener Aussprüche des Herrn v. d. Gröben, die Ihrerseits nun bestritten werden, existiren?!! Ja, ein ganzer Kreis von Herren hat an demselben Abend noch den genauen Bericht über jene strittige Unterredung erhalten! — Wollen Sie das wirklich — etwa wie im „Berliner Tageblatt" auch uns gegenüber leugnen??

Wir sind begierig, was Herr v. Langen darauf antworten wird. Sollte er Herrn v. Mosch auch für verrückt erklären?

Herrn Stöcker hat, wie es scheint, das Kaisertelegramm an Hinzpeter zu einer Art Märtyrerrolle verholfen. Er war auf dem besten Wege, ein politisch todter Mann zu werden und die öffentliche Erörterung, welche sich an die Kundgebung des Monarchen über die politische Thätigkeit der christlich-sozialen Geistlichen geknüpft hat, und woran Herr Stöcker in erster Reihe sich betheiligt, trägt dazu bei, ihn einstweilen der politischen Arena zu erhalten. Herrn Stöcker und seinen Anhängern ist dabei der Kamm dermaßen geschwollen, daß im „Volk" der Herr Hofprediger a. D. Stöcker als Leidensgenosse des großen Staatsmannes Stein (!) und der Opfer der Demagogenverfolgungen (!!) hingestellt wird. — Stöcker hat sich in seiner Erwiderung auf das kaiserliche Telegramm sowohl in seiner „D. evangel. Kirchenztg." wie in der Tonhallen-Versammlung am 15. Mai auf ehemalige Aeußerungen des Prinzen Wilhelm berufen. Stöckers Freund, Dr. Burkhardt, theilte in einer Versammlung der Christlich-Sozialen in Barmen bei Gelegenheit eines Vortrages über „Das kaiserliche Telegramm und die Christlich-Sozialen" mit, daß die Partei zur Zeit, als der „Vorwärts" gegründet wurde, von der Regierung materiell unterstützt worden sei. Der Regierungspräsident habe damals erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Antisemitische Schundliteratur vor dem Richter. Die „Deutsche Wacht" erzählt triumphirend an der Spitze ihres Leitartikels vom 15. Mai:

„Es geschieht selten, daß der antisemitischen Literatur eine öffentliche Anerkennung zu Theil wird, und wenn es geschieht, ist es natürlich desto erfreulicher. So hat kürzlich ein Berliner Richter in einem Prozeß gegen die „Politischen Bilderbogen" erkannt, daß diese Bogen sehr wohl geeignet seien, aufklärend auf die große Masse zu wirken, und die Berufungskammer des dortigen Landgerichts hat noch besonders hervorgehoben, daß der Bogen Nr. 10 „Die Juden in Friedrichsruh" eine „Rede voll Witz und satirischer Schärfe gegen die Juden enthält."

Wir sind anderer Meinung als die Herren Richter. Was ihrer Ansicht nach „aufklärend" auf die große Masse zu wirken geeignet ist, rechnen wir zur schmählichsten und boshaftesten Schund- und Schandlitteratur. Nun, über den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten.

Der bekannte christlich-soziale Pastor Rauh ist wegen Veruntreuung von Kirchengeldern im Betrage von 35 000 Mk. verhaftet worden. „Hier liegt wieder ein Fall vor — bemerkt das „Volk" —, der zeigt, wie alle Schichten und Parteien unter der Zunahme der Pflichtvergessenheit und Unredlichkeit zu leiden haben." Nur schade, daß das Stöckersche Organ bei seiner Judenhetze sich dieser Erwägung verschließt.

Der Antrag auf Uebersetzung des Schulchan-Aruch auf Staatskosten, über dessen Berathung wir kürzlich berichtet haben, war von folgenden Mitgliedern des preußischen Herrenhauses unterzeichnet: Freiherr von Durant, Freiherr v. Bodenhausen-Radis, v. Bredow-Senzke, Graf zu Dohna-Lauck, Graf Finck von Finckenstein-Madlitz, v. Goltberg, Graf v. d Gröben-Schwansfeld, v. Hertzberg, v. Kalckreuth, Graf v. Kalnein, v. Katte, Graf v. Keyserling, v. Kleist-Retzow, Graf v. Klinckowstroem, Gans Edler Herr zu Putlitz, Graf v. Reichenbach-Goschütz, v. Rexin, Graf v. Seidlitz-Sandreczki, v. Voß-Wolffradt, v. Zitzewitz.

Antisemitismus in der bayerischen Kammer. Bei Berathung des Etats der Kunstgewerbeschulen in der Sitzung vom 18. Mai schlug der bekannte Bauernbündler Dr. Ratzinger den antisemitischen Ton an, indem er sagte: Weil die Juden das Geld haben, richten sich die Künstler nach deren Geschmack. Daher kämen die modernen Kunsterscheinungen. Wenn der Geldeinfluß der Juden gebrochen würde, werde es auch da besser werden. Maison (natlb.) und Dr. Günther (freis.) protestirten energisch gegen diesen antisemitischen Ausfall und tadelten Ratzinger, daß er immer die Juden heranziehe. Dr. Günther sagte: Bei jeder Gelegenheit eine Rasse verantwortlich machen, ist eine sittlich unzuläßige Methode. (Präsident von Walther ruft den Redner zur Ordnung.) — v. Vollmar (Soz.) sprach gegen die Ausführungen Ratzingers. Letzterer hielt seinen antisemitischen Standpunkt aufrecht und wandte sich gegen die „Judenpresse", welche die christlichen Feste verunglimpfe. (Der Präsident mahnt, die Judenfrage nun endlich aus der Presse zu lassen.) Dr. Günther trat Ratzinger nachmals entgegen. Wenn ein jüdisches Blatt christliche Feste verunglimpft habe, so sei das ebenso schändlich, wie wenn ein christlicher Schriftsteller die israelitische Religion verunglimpfe.

× **Aus Rheinhessen.** Es scheint doch ein wahres Verhängniß zu sein, daß fast jede Woche ein Antisemit vor den Schranken des Gerichtes erscheinen muß, um dort für Thaten bestraft zu werden, die er den Juden andichtet. Und merkwürdig, es sind meist die Führer und Verführer, weniger die Verführten. Es sind diejenigen, die das deutsche Volk zur Religion, Sittlichkeit, zum wahren Christenthum ꝛc. erziehen helfen und vor den „entsittlichenden" Gedanken und Handlungen der Juden bewahren wollen. — So wurden vor einigen Wochen von der Strafkammer in Darmstadt der frühere Schriftführer des antisemitischen Vereins (auch genannt Böckelscher Bauernbund) in Trebur — einer früheren Hochburg des Antisemitismus in Starkenburg — Namens Mees, ein noch junger Mann und Sohn des bartigen Gemeinde-Einnehmers, wegen Urkundenfälschung und anderer ehrenrühriger Handlungen zu 15 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, und ein Anderer, Namens Roth wegen Verleitung zum Meineid zu 10 Monaten Zuchthaus verurtheilt.

Aus Hagen i. W., 15. Mai, wird uns geschrieben:

Kurz vor den letzten Weihnachtsfeiertagen wurde hier und in der Umgegend das bekannte Flugblatt verbreitet, welches neben Aufklärung der schon so oft klar gestellten Deborahsage in den Refrain hinauslief „Kauft nicht bei Juden". Die Verbreiter dieses Flugblattes waren hauptsächlich ein in einem hiesigen Fabrik-Cantor beschäftigter Commis H. W. Beckmann und ein auf dem hiesigen Oberbürgermeisteramte angestellter Verwaltungssecretär H. Steinbach. Einige hiesige jüdische Firmen stellten gegen die genannten Verbreiter den Strafantrag wegen Beleidigung. Die hiesige Staatsanwaltschaft gab auch dem Antrage Folge, jedoch wurde durch Beschluß der hiesigen Strafkammer vom 27. Februar d. J. die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Es wurde dieser Beschluß damit begründet, daß sich der Inhalt des Flugblattes nicht speziell gegen die hiesigen, sondern gegen alle Juden richte, eine Berechtigung zur Stellung eines Strafantrages seitens hiesiger jüdischer Firmen daher nicht vorhanden sei. Es sei nicht festgestellt, daß gerade die Antragsteller beleidigt seien und sei dies, nach einem Urtheile des Reichsgerichts, zur Stellung eines Strafantrages unbedingte Voraussetzung. Auf eine Beschwerde der hiesigen Staatsanwaltschaft hat der Strafsenat des Königl. Oberlandgerichtes in Hamm jenen Beschluß der hiesigen Strafkammer aufgehoben und beschlossen, das Hauptverfahren gegen die Angeklagten zu eröffnen. Bei der gestern stattgefundenen Strafkammerverhandlung wurde jedem der Angeklagten eine Strafe von Mk. 50 auferlegt und den beleidigten Firmen die Publicationsbefugniß zugesprochen.

Wie es heißt, soll das Urtheil der Strafkammer angefochten werden.

Vermischtes.

Antisemitismus bei Höfe. In Graz wagte, wie man aus der „Ostdeutschen Rundschau" erfährt, ein christlich-sozialer Geistlicher den Ausspruch: „Die Familie des Bruders unseres Kaisers, Karl Ludwig, ist ganz auf unserer Seite, die Erzherzogin Valerie ist ganz unsere Gesinnungsgenossin." Bekanntlich hat auch Stöcker in früheren Jahren von der deutschen Kaiserin als seiner „lieben Freundin" gesprochen.

Wien, 19. Mai. Der Kaiser hat die Wahl des Antisemiten Strobach bestätigt. Bei der heutigen Vereidigung desselben drückte der Statthalter die Erwartung aus, die neue Stadtvertretung werde sich auf die Aufgaben der Stadtverwaltung innerhalb der gesetzlichen Grenzen beschränken und sich Gerechtigkeit und Achtung allen Mitbürgern gegenüber ohne Rücksicht auf die Parteistellung oder Confession angelegen sein lassen. Der Bürgermeister erklärte, die Mehrheit des Gemeinderathes werde sich bei den letzten Wahlen deutlich hervorgetretenen Volkswillen zur Richtschnur nehmen, selbstverständlich unter genauer Beobachtung der Gesetze und mit der nöthigen Gerechtigkeit, Gewissenhaftigkeit und Objectivität nach allen Seiten.

Confessioneller Unterricht. Abg. a. Vollmar theilte in der Kammer mit, daß ein Centrumsabgeordneter mit einem höheren Regierungsbeamten ein confessionelles Lesebuch für katholische Volksschulen ausarbeite. Das Buch soll in drei Theilen erscheinen. Ein Theil ist bereits im Buchhandel zu haben.

Aus Petersburg meldet die „Jüd. Presse": Wie auf Grund einer irrigen Mittheilung der Petersburger Tageszeitungen berichtet worden war, sollte der Rabbiner von Kischinew mit zwei Collegen an den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau theilnehmen. Das ist falsch. Vielmehr ist den Vorständen der jüdischen Gemeinden in Petersburg, Warschau und Wilna seitens des Hofmarschallamtes die Weisung zugegangen, ihre Rabbiner nach Moskau zu entsenden.

Budapest, 6. Mai. Die seitens der Hilfspfarrers Joh. Fuß in Zselicz, welcher bekanntlich wegen Verbreitung der Garam-Kis Salloer „Ritualmord"-Lüge zu 14 Tagen Gefängniß und 50 fl. Geldstrafe verurtheilt wurde, gegen diesen Richterspruch eingelegte Revision ist von der Kgl. Tafel verworfen worden.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

(Fortsetzung.)

Aber hier war ich, da ich nicht warm gekleidet war, in großer Gefahr, zu erfrieren. Auch erfroren mir an diesem Tage die Füße! Uebrigens war der Platz gut gewählt. Ich hatte bemerkt, daß die Israeliten aus der Vorstadt, wenn sie nach der großen Synagoge gehen wollten, Morgens und Abends hier vorbeigehen mußten. Als ich nun mehrere Israeliten ankommen sah, ging ich zu ihnen und gab mich als ihren Glaubensbruder zu erkennen. Sie nahmen mich sogleich in ihre Mitte und brachten mich nach dem jüdischen Hospital, und ich dankte hier dem Allmächtigen für einstweilige glückliche Rettung. Ueber meine Aufnahme in dieser Krankenanstalt hatte ich mich nicht zu beklagen, wiewohl, hauptsächlich wegen der Kriegsunruhen, darin nicht die größte

Reinlichkeit und Ordnung herrschte. Es lagen hier mehrere jüdische Militärpersonen, welche beinahe alle erfrorene Glieder hatten. Zu meiner großen Verwunderung und Freude sah ich hier den Dr. Loewenthal aus Hannöv. Münden, der im großen Militärhospital allhier angestellt war. Ihm hatte ich die Heilung meiner erfrorenen Füße und meiner Wunde zu verdanken. Nach Verlauf von 7 Wochen war ich wieder hergestellt und wurde an das dasige Lehr-Institut gewiesen, wo ich dann übernachten konnte und den Tag über stand es mir frei, umher zu gehen und mir auf beliebige Weise, meist durch Almosensammeln, meinen Lebensunterhalt zu verschaffen. Völlig polnisch gekleidet und mit einem starken, langen Bart versehen, hatte ich ganz das Ansehen eines polnischen Juden und war vor Verfolgung der Russen so ziemlich sicher. Es lagen in dieser Zeit zwei russische Infanterie-Regimenter als Besatzung in Minsk, die aber im Laufe des Krieges bis auf 300 Mann zusammengeschmolzen waren.

Ich bemühte mich, in der Stadt durch Arbeiten etwas zu verdienen. Unter anderen nicht sehr angenehmen Verrichtungen übernahm ich es, mit noch mehreren meiner Leidensgefährten, Leichname aus dem großen Hospital auf Schlitten aus der Stadt zu fahren und auf dem Felde zu verbrennen. Denn es herrschte in dem Krankenhause eine pestartige Krankheit, welche täglich an 30 Menschen dahinraffte. — Unter uns Reconvalescenten war ein gewisser Abraham, aus Bonn gebürtig, welcher Lieferant gewesen sein soll und welchem die Kosacken die Winkel seiner Taschen nicht ganz ausgeleert haben mochten, denn er hatte noch einige Napoleonsd'or. Dieser hatte verlauten lassen, daß er mit einem Minsker Tabakshändler nächstens nach Wilna reisen werde, wofür er zwei Napoleonsd'or bezahlen sollte. Ich spitzte die Ohren und forschte nach, wer es wohl sein möchte, der dahin reisen würde, und wann die Reise vor sich gehen sollte.

Ich war glücklich genug, alles auszukundschaften und machte mich reisefertig, ohne daran zu denken, ob mich der Kaufmann auch mitnehmen würde. Es war im Anfang des Monats Februar 1813; die Kälte hatte den höchsten Grad erreicht, als den Morgen in aller Frühe einer von den jüdischen Fuhrleuten ins Zimmer trat und dem Abraham etwas ins Ohr flüsterte; ich merkte die Sache und machte mich augenblicklich fertig. Meinen Collegen ließ ich eine Strecke Wegs vorausgehen und folgte langsam nach. Außerhalb der Stadt angelangt, erblickte ich in der Vorstadt vier bespannte Schlitten auf einem Hofe. Hier fragten mich die Fuhrleute, was ich wollte? „Hinter dem Schlitten nach Wilna mitlaufen," war meine Antwort. „Das sollte ich wohl bleiben lassen," meinten sie; „ob ich einen Paß und Geld hätte?" „Allerdings habe ich beides," erwiderte ich. Sie verlangten nun, daß ich solches vorzeigen sollte, ich aber sagte: „Wenn der Abrehmel (so nennen die polnischen Juden Abraham) beides in meiner Gegenwart zeigt, so will ich es auch thun." Ich war auch nämlich völlig überzeugt, daß dieser keinen Paß haben konnte. Der Herr dieser Karawane, welcher unsere Unterredung mit angehört hatte, kam auf mich zu und fragte, ob es denn mein völliger Ernst wäre, bei einer so furchtbaren Kälte mitzufahren und Gefahr zu laufen, zu erfrieren? Ich legte aber dem Mann mein Anliegen so ans Herz, daß er nicht allein einwilligte, sondern mir noch zwei polnische Gulden und ein Paar Strümpfe mit auf die Reise schenkte, zugleich seine Leute anwies, mich mit Lebensmitteln gehörig zu versehen, wofür ich aber auch diesen alle möglichen Hilfsleistungen zu erweisen mich verpflichten mußte.

Wer war froher als ich? Ich sollte nun wenigstens dem geliebten Vaterlande wieder etwas näher kommen! Es waren freilich noch manche Gefahren zu überstehen, noch Hindernisse zu überwinden; baran dachte ich aber nun nicht! — Die Reise ging mit einer unbegreiflichen Schnelligkeit von statten, wofür die russischen Schlittenpferde sorgten. Die Kälte war furchtbar, die Eiszacken hingen uns fast ellenlang an den Bärten und wir konnten kaum die Augen offen behalten. Um 10 Uhr in der Nacht in einem Kretscham angelangt, schlief ich, von der Kälte und Anstrengung ermüdet, hinter dem Ofen ein und merkte nichts davon, daß meine Reisegefährten sich wieder auf den Weg gemacht hatten. Als aber die Wirthin in die Stube kam und mich im Schlafe fand, weckte sie mich mit der Frage, warum ich nicht mit meinen Kameraden gefahren wäre? Unbeschreiblich groß war mein Schrecken! Was war da zu thun? Ich lief zum Hause hinaus, um die Gesellschaft womöglich wieder einzuholen.

Anstatt aber den Weg nach Wilna einzuschlagen, lief ich den entgegengesetzten Weg wieder zurück. Ich mochte wohl eine halbe Stunde gelaufen sein, als ich einen Pfahl wieder erkannte, welcher als Meilenanzeiger diente, an welchem wir vorbeipassirt waren. Das Beste war nun wohl, stracks wieder zurückzulaufen. Zum Glück schien der Mond hell, und ich erreichte den Kretscham wieder, wo ich zu meiner nicht geringen Freude einen meiner Reisegefährten antraf, welcher zurückgeschickt worden war, um den Vermißten zu holen. Gern ließ ich mir die verdienten Vorwürfe gefallen und freute mich im Voraus der baldigen Ankunft in Wilna, wo wir auch den andern Tag früh ankamen.

Einem Empfehlungsschreiben aus Minsk an einen reichen Kaufmann hatte ich es zu verdanken, daß ich in dem Lehrinstitut ein Unterkommen, wenigstens des Nachts erhielt. Hier traf ich bereits mehrere französische jüdische Militärpersonen und einen italienischen Sergeanten, welcher wegen seiner Gelehrsamkeit sehr berühmt war und sehr gut behandelt wurde. Mir wurde von einem Aufseher das Amt übertragen, täglich das nothwendige Wasser zu tragen, was ich mir dann auch freilich gefallen lassen mußte. Als ich aber eines Morgens schon mehrere große Eimer voll Wasser geschleppt hatte und dabei auf dem glatten Eise hingefallen war, klagte ich mein Leidwesen dem italienischen Sergeanten und auf sein Anrathen dem Obervorsteher, durch dessen Vermittelung ich in der Folge besser behandelt wurde. Mein Aufenthalt war aber noch nicht sehr angenehm, ich war noch zu weit von der Heimath und von dem, was mir dort am meisten am Herzen lag, entfernt. Was blieb mir aber anders übrig, als Geduld zu haben und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht sinken zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

New-York. Die Nachricht, daß die Versammlung in Erdmanns Halle am 15. April zahlreich besucht war, beweist uns, daß Ihre Landsleute nicht auf dem richtigen Wege zur Bekämpfung Ahlwardts sind. Daß er in der dortigen Presse als Hanswurst behandelt wird, ist ihm gar nicht unangenehm. Im Gegentheil, die meisten Leute amusiren sich gern. Wenn man Ahlwardt bei einer schwachen Seite treffen will, so meidet man seine Versammlungen und läßt ihn reden. Wenn das Geschäft nicht mehr geht, hört er von allein auf. Von dem Manne können übrigens sogar die Amerikaner Reclame und Humbug lernen. Wie er den Revolver zieht und bei seiner Verantwortung vor Gericht behauptet, er wisse nicht, wie der Revolver in seine Tasche gekommen sei, das ist beste Ahlwardt'sche Arbeit, die an eine Episode im „Judenflinten"-Prozeß erinnert. A. nahm Pulver ein, die ihn vernehmungsunfähig machen sollten, um den Prozeß hinauszuschieben. Als solche Pulver von der Gefängnißverwaltung einen Tag vor der Verhandlung bei ihm entdeckt wurden, behauptete er, es müsse Jemand sie ihm ohne sein Wissen in die Tasche gesteckt haben.

W. S. Wie „Freideutschland" vom 19. Mai schreibt: „Der Italiener besorgt den „Juden" selbst." Bisher galten immer die Engländer für die Juden Europas.

W. H. Ahlwardt behauptet in Amerika in seiner dort erschienenen Schrift, die Parteien des Reichstags hätten sich stets vereinbart — aus Furcht vor seinen Enthüllungen — ihn nicht reden zu lassen. Auch seine früheren Fractionsgenossen Zimmermann ꝛc. seien nur nach zum Schein Antisemiten, thatsächlich aber von den Juden gekauft.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 22. **Berlin, den 30. Mai 1896.** **6. Jahrgang**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Vom Richterstand in früherer Zeit.

Zu dem Richtergesetz, welches am 20. Mai im preußischen Herrenhause berathen wurde, und zwar speziell zu dem sog. Assessoren-Paragraphen, ergriff auch der höchste preußische Richter, der Kammergerichtspräsident Drenkmann das Wort. Er ging von der Klage aus, daß „das gesellschaftliche Ansehen des Richters in allmählichem Herabsinken begriffen ist,“ (Stenogr. Bericht S. 332), und befürwortete den § 8, weil er das Ansehen des Richterstandes heben und ihm bessere Elemente als bisher zuführen würde. Er sagte (S. 331): „Ich glaube für Preußen nicht, daß bestimmte Gesellschaftsklassen von dem Richterberfue ganz ausgeschlossen werden würden; ich für meine Person muß auch sagen, daß auch nicht irgend eine Confession grundsätzlich ausgeschlossen werden darf.“ Aber mit Recht erblickt man in der Betonung der Worte „Gesellschaft“, „Takt“, „Rücksichten“, „Söhne der besten Familien“ in der Rede des Herrn Drenkmann eine Bevorzugung der oberen Klassen nicht aus Gründen der Tüchtigkeit und der Intelligenz, sondern aus solchen des äußeren Schliffs. Höhnisch schreibt die „Neue Hamb. Zeitung“ vom 22. Mai: „Bei der Abschätzung der Minderwerthigkeit werden sicher hier und da diese äußeren Vorzüge auf die Entscheidung einen größeren Einfluß ausüben als der innere Werth und Kern. Kurz, wir werden ein Elitecorps von Juristen haben wie jetzt das der Offiziere. Das hat zwar Präsident Drenkmann bei Leibe ebensowenig gesagt, als nach ihm der Justizminister Schönstedt, aber das Ideal, das ihnen vorschwebt, verrieth der Hauch ihrer Worte. Das Wort Jude ist nicht ein einziges Mal gefallen, und nur einmal sah sich Herr Drenkmann veranlaßt zu bemerken, daß natürlich die „Confession“ der Anzustellenden außer Betracht bleiben werde. Aber der Vorurtheilslose muß dennoch erkennen, auf wen es bei der „Säuberung“ in erster Linie abgesehen ist, und die Vorurtheilsvollen — und deren giebt es im Herrenhause — haben es erst recht erkannt.“

Wir sehen in dieser Frage ebenso schwarz, wie das Hamburger Blatt, aber eine Verschlimmerung scheint uns das neue Gesetz kaum. Bis jetzt hat man die Juden im Widerspruch mit dem Geist der Verfassung fast ganz ausgeschlossen, jetzt will man es gesetzlich thun. In der Sache bleibt es sich gleich, nur die Form hat sich geändert, denn die Ungerechtigkeit soll jetzt zum Gesetz proclamirt werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat dann auch, wie immer auch jetzt wieder fröhlich gegen die Ernennung von „Stammesfremden“ zu Richtern geeifert. Mit Recht antwortete ihr die katholischen „Köln. Volkszeitung“:

Weshalb tritt denn die anti-polnische „Deutsche Tagesztg.“ stets dafür ein, daß in den polnischen Gegenden fremde Richter, die nicht einmal der polnischen Sprache kundig sind, ernannt werden? Wenn dergleichen ein „Unrecht“ und ein „Frevel“ ist, dann befürwortet das Blatt doch Unrecht und Frevel. Ja noch mehr. In die katholischen Westprovinzen hat man oft genug Richter entsandt, die — ganz anders denkend und empfindend — das „Verständniß der Regungen der Volksseele“ manchmal vermissen ließen. Wenn wir aber dergleichen Klagen erheben, dann ist die Deutsche Tagesztg. nicht zu haben. Nur wo sich der herrschende Protestantismus belästigt fühlt — in diesem Falle durch die Juden! — soll Abhilfe geschaffen werden. Wir aber widerstreben derartiger Ausnahmegesetzgebung überhaupt, denn il n'y a que le premier pas qui coute. **Erst werden die Juden auf die Schlachtbank geführt und nachher wird man finden, daß die Guillotine des § 8 auch sehr gut für katholische Hälse paßt.“**

Die Voraussetzung des Herrn Drenkmann, daß der Richterstand früher in höherem Ansehen gestanden, müssen wir rundweg bestreiten. Lassen wir die Thatsachen aus judenreiner Zeit sprechen:

Der politische Agent und Rath des großen Kurfürsten zu Breslau Paul Winkler († 1676) hat eine Erzählung verfaßt, betitelt „Der Edelmann“, die erst nach seinem Tode erschien (zuletzt 1697) und deren Echtheit Gustav Freytag veranlaßt hat, sie in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“ (19. Aufl. Bd. III S. 323 ff.) auszugsweise wiederzugeben. Darin erzählt ein Edelmann von einem Prozeß, den er in Sachen eines Gutskaufes angängig gemacht hat, wie folgt:

„Mein Advocat, der am besten wußte, wo es fehlte, gab mir den Rath, den Herrn Kanzler zu gewinnen. Ich merkte leicht, wohin er zielte, und schickte diesem Anfangs ein in Polen erkauftes Wildschwein nebst ein paar Tonnen Butter in die Küche, welche auch das Rad der Gerechtigkeit so weit aus dem Sumpf hoben, daß ein Befehl an meinen Gegner abging, seine Einwendungen in einer festgesetzten Frist beizubringen. Damit mußte ich vorerst zufrieden sein, ich ward aber bald inne, daß noch vor Ablauf der Frist das Wildpret mit der Butter verzehrt war, ich hörte von keiner Vorladung und von keinem Gegenbericht. Daher verdoppelte ich meinen Einsatz, und weil die Frau Kanzlerin erinnerte, die Butter habe ihrem Herrn so wohl geschmeckt, daß er seit der Zeit keine andere genießen wollte, mußte ich wieder ein paar Tonnen nebst einem Malter Hafer und einen schönen Rehbock denselben Weg gehen lassen. Darauf kam zwar bald ein neuer Befehl, mein Gegenpart war aber so lange nicht zu sehen, bis endlich noch ein Malter Korn nachflog. Dieser brachte es zwar zum Termin, förderte die Sache aber nur so weit, daß dem Gegner das Klagelibell vorgetragen und anbefohlen wurde, innerhalb einer doppelten sächsischen Frist zu excipiren. Diese Frist zog sich mit der Replik und Duplik, und bevor man in der Sache zum Schluß kam, bis über zwei Jahre hinaus. Weil aber unterdeß dem Herrn Kanzler alles Geschenkte besser schmeckte, als was er kaufte, mußte ihm bald dies, bald jenes zugeschickt werden. So wußte er ein paar schöne gezogene Stutzen bei mir, die er sich auf folgende Art herausbrachte: Er kam unvermuthet selbst zu mir und that, als ob er genöthigt wäre, um ein freundliches Nachtlager anzusprechen. Ich mußte mir dies für eine besondere Ehre schätzen und bewirthete ihn so gut ich konnte. Unterdeß besah er meine Gewehre, lobte die Stutzen und gab vor, daß er ein besonders großer Freund von dergleichen Sachen wäre;

ich möchte sie ihm entweder gegen baare Zahlung überlassen, wenn sie mir feil wären, oder ihm ein paar von derselben Art bestellen. Daraus konnte ich bald merken, wohin er zielte, und mußte in den sauren Apfel beißen und nicht nur dieses Paar Stutzen, sondern etliche Monate darauf noch ein schönes silbernes Uhrlein, das er zufällig an der Wand gesehen hatte, in Hoffnung eines guten Bescheides hingeben. „Das ist ein schöner Groschen, womit man einen Thaler gewinnen kann," sagte mein Advocat; „selten fällt in einen offenen Beutel ein schlimmes Urtheil; der Beutel eines Prozessirenden muß mit Spinneweben zugeschnürt sein, gerade wie bei den Verliebten. Und da man mit einer goldenen Lanze auch den Stärksten aus dem Sattel heben kann, wird wohl Alles gut werden, wenn sich der Herr noch zuletzt einmal überwinden kann zu geben." Kurz auch eine vier Mark schwere vergoldete silberne Flasche ging dem andern nach. Und doch fand ich zuletzt dort einen Esel, wo ich eine Krone gesucht hatte. Das Ende war die Sentenz, nächstens solle eine Commission niedergesetzt werden, um zu versuchen, ob wir in Güte miteinander verglichen und die hochlöbliche Regierung fortan dieses langen, verdrießlichen Prozesses überhoben werden könne. Wie sehr mir dies zu Herzen ging, ist leicht zu erachten; ich verfluchte die Stunde, in der ich an das Landleben gedacht hatte, und verglich mich mit meinem Gegner, ehe noch die Commission angesetzt war. Für 1600 Thaler, die ich mit allem Recht von ihm zu fordern hatte, nahm ich 500 und bekam damit kaum die aufgewandten Unkosten zurück. Dabei bekannte er mir denn aufrichtig, daß ihm an dergleichen Bestechung auch auf nicht weniger als 300 Thaler darauf gegangen wären. So wäre der beste Weg gewesen, wenn man sich gleich Anfangs vertragen hätte."

Im Jahre 1721 schreibt der Fürstl. Sächs. Gemeinschaftl. Rath und Amtmann Georg Paul Hönn auf Grund seiner 33jährigen Dienstzeit in seinem „Betrugs-Lexikon":

„Richter betrügen: 1) Wenn sie heimlich Geschenke nehmen und sich durch solche bewegen lassen, dem Unschuldigen und dem, der eine rechte Sache hat, unrecht, dem Schuldigen und Ungerechten aber recht zusprechen. 2) Wenn sie in Bestrafung der Unterthanen nicht sowohl auf derselben Besserung, welche doch der vornehmste Zweck der Bestrafung sein soll, als vornehmlich auf ihren und ihrer Prinzipale Privatnutzen sehen. 3) Wenn sie nach Zurechtstellung der Acten, so zum Verspruch Rechtens zu verschicken, einem Theil zum besten etwas dazu oder davon thun. 4) Wenn sie ihre Berichte einer Partei zum Vortheil entweder zu langsam oder zu unvollkommen, mit Auslassung einiger ihnen doch an die Hand gegebenen Umständen erstatten, auch wohl die Acten nicht complet mitschicken. 5) Wenn sie beim Geben der Bescheide in Klagesachen nicht der Gebühr nach auf vorhergehende genügende Verhöre beider Parteien und in gewöhnlicher Gerichtsstelle, sondern nur obenhin verfahren, also, daß mancher einfältiger Mann, der zumal keinen Beistand hat, auch vorher sich auf die Sache sich nicht recht gefaßt gemacht, nicht eher, als da man auf Execution dringt, inne wird, daß es ein endlicher Bescheid gewesen und folglich das eine oder andere aufschiebende Mittel nicht mehr dagegen angewendet werden kann. 6) Wenn sie die Unterthanen mit allzu vielen und hohen Gerichtsgebühren übernehmen, auch in den Sachen viel Unnöthiges thun, daß der Gerichtskosten nur desto mehr anwachsen sollen. 7) Wenn sie mit Delinquenten unter einer Decke liegen, solche nicht genügsam bewahren lassen und dadurch, daß solche entkommen, selbst Anlaß geben. 8) Wenn sie es geschehen lassen, daß die streitenden Parteien sich lange mit einander aufhalten, ehe es unter ihnen zu einem Vergleich oder rechtlichem Ausgang der Sache kommt, damit sie nur bei solcher Verzögerung viele Gerichtskosten davon tragen mögen. 9) Wenn sie die Gerichtskosten der Armen, Wittwen und Waisen, davon sie nicht viel zu hoffen haben, von einer Zeit zur andern aufschieben und sie unter dem Vorwand anderer vieler Geschäfte öfters abweisen, damit diese der Sache und vielen Laufens endlich müde werden und solche unausgemacht ersitzen lassen. 10) Wenn sie ihren guten Freunden oder Anverwandten zu gefallen sprechen, wie sie es verlangen und also daraus casus pro amico machen. 11) Wenn sie ihrer Oberherren Befehle, die eine oder die andere Partei behufs ihres Rechtes ausgebracht, nicht treulichst nach mit Fleiß nachkommen, sondern dieselben unterschlagen, verhehlen und nichtsdestoweniger ihres Sinnes und Gefallens fortfahren, auch mit ungleichen Gegenberichten solche Befehle annulliren und aufheben. 12) Wenn sie die Inquisitionsprozesse, die doch in solchen Fällen schnell, aber dabei auch bedächtig und den Rechten gemäß vorzunehmen, zu der verhafteten großen Beschwerniß ihres Interesses wegen auf lange Zeit verschieben und hinausziehen. 13) Wenn sie von diesem oder jenem Theil Geld nehmen und die Tortur entweder schärfer oder gelinder, als dem Urtheil oder der rechtlichen Erkenntniß gemäß ist, an dem Malificanten vollziehen lassen. 14) Wenn sie hinter die Gerichte gelegten Geldsorten entweder zu ihrem Nutzen, ohne Zahlung eines Zinses gebrauchen und hiergegen die interessirten Personen, denen solche Gelder zukommen, von einer Zeit zu andern herumziehen, oder gar die deponirten Münzsorten mutiren und anstatt der guten geringere hinterlegen und einschieben. 15) Wenn sie die ordentlichen Gerichtstage, wozu die armen Leute citirt werden, oftmals um nichtiger und geringer Ursachen willen einem Theil zu gefallen aufschieben und dadurch die andere Partei in Schaden und Unkosten, auch Versäumung ihrer Nahrung bringen. 16) Wenn sie eine geringe Sache, welche sie summarisch für sich hätten erörtern können, gleich zum Prozeß verweisen, oder veranlassen, daß die Verschickung der Acten, ohne Unterschied der Sache, sie treffe auch noch so wenig an, ihrer Gerichtskosten wegen vor sich gehen muß. 17) Wenn sie zanksüchtige, gottlose und friedhässige Leute hegen und dulden, damit sie denjenigen, welchen sie nicht gut sind, allen Verdruß anthun mögen. 18) Wenn sie über Transactionen, Testamente, Kauf-, Tausch- und dergleichen Contracte, die vor ordentlichen Gerichtsstellen aufgerichtet und bestätigt worden, nicht steif und fest halten, da sie doch ein Ehrliches dafür eingestrichen haben, sondern selbst dem Gegentheil Anlaß geben, wie er einen und den andern Punkt anders als er gemeint, auslegen und sich zu Nutzen machen könne, nur daß sie dadurch zu neuem Streit Thür und Angel eröffnen und ihre Pfeife dabei schneiden mögen. 19) Wenn sie sich von den Uebelthätern selbst oder durch einen dritten mit Geld bestechen lassen, daß sie jenen auf alle Art und Weise durchhelfen mögen. 20) Wenn sie in peinlichen Sachen nicht sowohl aus Liebe zur Justiz, als durch praktische und lose Griffe den Delinquenten ums Leben, die Nachkommen aber in Schimpf und an den Bettelstab bringen helfen, indem sie die Denuncianten oder Rügen selbst erdichten und zu Papier bringen, hernach aber andere veranlassen, daß sie solche ins Reine schreiben, im Namen der Aeltesten in der Gemeinde unterschreiben und mit Siegeln bedrucken lassen, selbst aber mit den Leuten, auf vorher geschehene Erkundigung ihres Vermögens zufahren, und sie, unerachtet ihr Verbrechen sogar criminell nicht ist, gefänglich setzen lassen. 21) Wenn sie aus solchen Acten eine Urtheilsfrage abfassen, allerhand Vorstellungen, welche hernach von den Schöffen aufs fleißigste vorgestrichen und angemerket werden, machen, und diese also zu einem für die Inquisiten schlimm ausfallenden Urtheil verleiten. 22) Wenn sie, da der Inquisit auf der Folter hänget, den Gerichtsschreiber und Schöffen zusammt dem Henker entweichen heißen und bei den Inquisiten allein bleiben, hernach aber den Gerichtsschreiber in die Feder dictiren, was ihnen beliebt 23) Wenn sie nach geschehener Execution die Criminalspesen, ohne vorhergehende Liquidation und erfolgter Moderation in größerer Summe als sie befugt, von des justificirten Erben oder Verlassenschaft einfangen."

Friedrich der Große „bezweifelte die Möglichkeit, lauter ehrliche Richter zu gewinnen" (s. Adolf Weißler, die Umbildung der Anwaltschaft unter Friedrich dem Großen" Königshütte, 1891, S. 29). Ueber die Richter vor 150 Jahren schreibt Adolf Weißler (S. 38 ff.):

„An der Vervielfältigung der Prozesse war den auf Gebühren gesetzten Richtern ebenso gelegen, wie den Advocaten, worüber der kundige Jean Paul im Quintus Fixlein berichtet:

> In den Gerichtsstellen, wo nur niedere Gerichtsbarkeit und keine Strafe über 5 fl. stattfindet, haben sie ein tägliches Exerzizium, wie sie aus jedem Unfug mehrere kleinere machen wollen, wovon sie jeden niemals über 5 fl. strafen.

Vielfach wird den Richtern Sportelsucht vorgeworfen und der codex Fridericianus beschreibt, wie die armen Unterthanen zum „Raub der Richter und Advocaten" werden und besonders die Commissarien durch unerschwingliche Kosten zu einer „Landplage" geworden sind. In dem Erlasse vom 2. Juli 1736 wird „Räthen, Richtern und Bedienten" außer Nachlässigkeit und grober Unwissenheit fast genau dasselbe vorgeworfen, was sonst den Advocaten, absichtliche Verschleppung und Vervielfältigung der Prozesse, Abforderung unzulässiger Gebühren u. s. w. Bestechlichkeit war an der Tagesordnung. **Unter hundert Richtern, meint Brenck,**[*] **finde sich kaum ein Unbestechlicher,** und Behmer berichtet von den „Dukatendecreten", so genannt, weil sie für einen Dukaten zu haben waren, und von den Gastmahlen und Geschenken, durch welche die Procuratoren die Richter an der Hand hatten. Selbst die Gesetzgebung mußte darin etwas nachgeben, und so wurde im Erlasse vom 13. März 1717 dem Richter erlaubt, „bey erfolgendem Vergleich eine Erkenntlichkeit so doch mäßig seyn muß, anzunehmen." Die einträglichen Commissionen waren sehr gesucht; die Räthe boten sich selbst den Parteien als Commissare an und machten sich zum Anwalt der Partei, die sie vorgeschlagen. Protonotare und Secretäre stürzten die Parteien in unerschwingliche Kosten. Die Richter verreisten ohne Urlaub auf Monate, ja auf Jahre, und ließen sich die Akten nachkommen. Die Eingaben wurden ihnen von den Parteien ins Haus gebracht und dort ohne Akteneinsicht „nach Favour der Persohnen" abverfügt, oder ohne Bescheid liegen gelassen. Und auch im Punkte der Unwissenheit standen Richter und Advocaten einander gleich. Denn unterm 31. Dezember 1738 wird verfügt, daß Richter und Advocaten aus den vorhandenen Edicten über alles, was ihr Amt betreffe, und besonders über den Besitz-Wechsel-Injurien-, Con-

*) J. W. Brenck. die nach Gottes Wort, Recht und Vernunft, nöthige, mögliche und beständige Verbesserung der Justiz, nach Inhalt der von Seiner Kgl. Majestät in Preußen diessfalls publicirten Edicten. Halle 1747 (S. 39).

curs-Straf-Prozeß, Auszüge machen sollen, „weil die Erfahrung lehret, daß die wenigsten Räthe und Advocati sich die besonderen Prozesse bekannt zu machen pflegen." Selbst das Uebel der Ueberfüllung hatte die Richterlaufbahn mit dem Advocatenstande gemein. Sowohl Friedrich der Große wie Cocceji, waren, wie mehrfache Aeußerungen ergeben, weit entfernt, die Schuld an dem Verfalle der Rechtspflege bei den Advocaten allein zu suchen."

(Schluß folgt.)

Zum Fall Pasch.

Aus dem Flugblatt des Herrn Paasch gegen Hrn. Liebermann von Sonnenberg Einzelheiten anzugeben, nehmen wir vorläufig Abstand. Merkwürdig ist es, daß Herr Paasch zur Vertretung seiner angeblich verletzten Rechte sich an Herrn Reichstagsabgeordneten Bebel gewendet hat, der ihm empfahl, wie er im Flugblatt mittheilt, den Volkspartei̇ler Herrn Abg. Lenzmann um seine Unterstützung zu ersuchen. Was dann anscheinend Herr Paasch gethan hat. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß Herr Paasch auch bei seiner Rückkehr aus China sich, beor er bei den Antisemiten endigte, zuerst an Mitglieder anderer Parteien gewendet hat, um seine vermeintlichen Rechte gegen Herrn von Brandt im Reichstage zu vertreten. Unter anderen an den Herausgeber der „Nation", Dr. Barth, der indessen gleich merkte, mit wem er es zu thun hatte. Auch bei anderen Parteien hatte Paasch kein Glück, bis er an die Antisemiten gerieth (s. Mittheilungen 1893 S. 242). Diese nahmen sich liebevoll des wohlhabenden Herrn Paasch an. Aber es scheint nicht, daß Herr Paasch außer einigen Monaten Gefängniß, und vielen Tausend Mark, um welche er von allerhand antisemitischen Freunden erleichtert wurde, viel Erfolge diesem Schutz zu verdanken hatte. Es scheint, daß Herr Paasch in Minden für die Antisemiten gewonnen worden ist. Wenigstens ist dort 1889 im Selbstverlage des Verfassers ein Buch: „Ein Attentat in Peking" gedruckt worden, welches die bekannten Anklagen gegen Herrn von Brandt und die angeblichen Schicksale des Herrn Paasch in China enthält. Soweit stimmt das Buch mit der im Frühjahr 1891 erschienenen „Jüdisch-deutschen Gesandtschaft" im wesentlichen überein. Nur daß in dem letzteren Buch den überaus heftigen Angriffen gegen die Juden ungefähr die Hälfte der Ausführungen gewidmet ist, während in der ersteren Schrift von Juden oder einer jüdischen Abstammung des Herrn von Brandt nicht die Rede war. Das Verdienst, Herrn von Paasch für die Antisemiten gewonnen zu haben, dürfte daher Herrn Oberlehrer Serres in Minden zukommen, wie aus dem Prozeß gegen Paasch, 17. Mai 1893 (s. Mittheilungen 1893 S. 241 und 404) und seinem Aufenthalt in Minden hervorgeht.

Es sei bei dieser Gelegenheit gestattet, auf zwei wenig bekannte interessante Episoden aus der politischen Thätigkeit des Herrn Pasch hinzuweisen. So unglaublich es klingt, Herr Paasch, auf dessen Geisteskrankheit schon der Reichs- und Staatsanzeiger hingewiesen hatte, war ein Stück Untersuchungsrichter im Judenflintenprozeß. Er sagt darüber selbst (s. Stenogramm des Prozesses S. 227):

> „Seit 7—8 Monaten bin ich vom Herrn Assessor Jungk als Sachverständiger in Sachen der Alliance israëlite vernommen worden. Ich habe Reisen gemacht, ich habe Berichte, Bücher, Briefe geschickt. Ich habe an den Major Osman-Bey nach Syra in Griechenland geschrieben und Antwort bekommen ꝛc."

Ueber die Alliance israëlite machte Paasch damals folgende drollige Aussage:

> „Es ist eine Versicherungsgesellschaft . . . Wenn dann der Oberrabbiner Hildesheimer hingeht und fordert von Loewe 50 000 Mark, so werden die ohne Widerrede bezahlt."

Und dieser Mann hat durch Herrn Landrichter Jungk im Wesentlichen die Voruntersuchung im Judenflintenprozeß geführt, er spielte hierbei eine Rolle, die im Strafprozeß nicht vorgesehen ist, und die um so eigenthümlicher war, als die Staatsanwaltschaft gleichen Zutritt zum Untersuchungsrichter nicht hatte. Es bedurfte erst ihrer Beschwerde, um ihr die nach der Strafprozeßordnung zustehende Befugniß, an der Voruntersuchung Theil zu nehmen, gegenüber Herrn Landrichter Jungk zu erkämpfen. Von der zweiten Episode handelt Seite 25 der Schrift gegen Herrn von Langen, nämlich von der Vernehmung des Herrn Professor Pander. Paasch schreibt hierüber:

> „Am 9. Dezember 1892 sollte in Berlin ein Herr Professor Pander aus Peking, den Paasch als Zeugen vorgeschlagen hatte, vernommen werden. Auf Veranlassung des auswärtigen Amtes, wo Herr Pander bekannt war, hatte das Gericht diesen Termin anberaumt. Herr Pander wollte vor Beginn des Winters nach seiner Heimath in Rußland zurückkehren, nachdem er sich monatelang in Berlin aufgehalten hatte (!); „zufälligerweise" war er noch nicht abgereist und so konnte dieses denkwürdige Verhör vor sich gehen. Es dauerte vom 9. bis zum 20. Dezember und Pander machte die ausführlichsten Aussagen, zum Theil sehr gravirender Natur für Herrn von Brandt. Paasch war bei den Verhören, die manchmal von Vormittags 10 bis Nachts 11 Uhr dauerten, stets zugegen. Der delegirte Richter war Herr Landrichter Curtius, der schon nach den ersten Verhören die Ansicht gewonnen, daß Alles, was Paasch geschrieben hatte, auf Wahrheit beruhe.[1]) Er machte hieraus kein Hehl, weder dem Justizminister, noch dem auswärtigen Amte, noch mir gegenüber. Da wurde Herr Curtius plötzlich zum Landgerichtsrathe ernannt, wozu man ihm im auswärtigen Amte gratulirte. Paasch sollte dann im Staatsdienste angestellt werden. Man sprach von einer Legationsrathsstelle oder einem Generalconsulsposten. Paasch lehnte dieses Anerbieten unter dem Beifalle des Herrn Landgerichtsraths Curtius und seiner sämmtlichen politischen und anderen Freunde ab (S. 26)."

Was Paasch vom auswärtigen Amt schreibt, ist natürlich Phantasie, aber, daß Landgerichtsrath Curtius, der sich später im Irrsinn das Leben nahm, regelmäßig in Gegenwart von Paasch verhandelte, dürfte richtig sein, man sieht, der Mann hatte Glück. Ob als Angeklagter oder Zeuge, er ist in einer Weise der spiritus rector der Untersuchungsrichter gewesen, wie zum Glück für unsere Rechtspflege wohl kaum ein Zweiter.

In einem wesentlichen Punkte hat Herr Paasch die Wahrheit verbessert. Er stellt es so dar, als ob das auswärtige Amt die Vernehmung des Prof. Pander nicht gewünscht habe, die dann nur zufällig zu Stande gekommen sei. In Wirklichkeit lag die Sache gerade umgekehrt. Während die Akten Brandt und Paasch nach China unterwegs waren, wo Prof. Pander commissarisch vernommen werden sollte, stand in Berlin Herr Paasch wochenlang mit diesem im Verkehr, ohne seine Vernehmung zu veranlassen. Durch Zufall erfuhr dann das auswärtige Amt die Anwesenheit Panders, und bewirkte seine Vernehmung. Es war also nicht das auswärtige Amt, sondern Herr Paasch, welcher das Zeugniß Panders nicht wünschte (s. Mittheilungen, Briefkasten 1893, S. 270).

Um zusammenzufassen: Der von den Behörden für geisteskrank erklärte Paasch beeinflußte die Voruntersuchung im Prozeß der Judenflinten, im Prozeß gegen ihn schlug er der Justiz ein Schnippchen, indem er den Beschluß einer commissarischen Vernehmung des Herrn Prof. Pander in China veranlaßte, während er mit

[1]) Auch im Original gesperrt.

diesem in Berlin wochenlang zusammen war. Und zur Belohnung hierfür wohnte er der zehntägigen Vernehmung des Pander, die vor dem Landrichter Curtius erfolgte, dauernd bei. Mehr kann ein Mensch schließlich nicht verlangen.

Zur Abwehr.

Kardinal Galimberti und die Juden. Der dieser Tage aus dem Leben geschiedene Kardinal Galimberti richtete bei dem am 16. Juni 1889 von dem Bischof Dr. Ferdinand Dulanszky in Fünfkirchen gegebenen Festmahle an den Juden Josef Engel de Jánosi folgende Ansprache:

„Unsere Kirche steht Ihrer Confession keineswegs feindlich gegenüber, ist sie doch aus derselben hervorgegangen und hat sie doch mit ihr so viele Berührungspunkte, wie die Bibel, die Propheten, die Psalmen und noch mehr. Jede positive Religion ist dem leider überhand nehmenden Atheismus vorzuziehen, der die soziale Ordnung zerstört, daher sollen alle Confessionen einig sein und friedlich neben einander wirken. Den Intentionen des heiligen Vaters entsprechend, sind auch meine Bestrebungen hierauf gerichtet. Versichern Sie Ihre Glaubensgenossen meiner aufrichtigsten Sympathien."

Die Juden und die Margarinefabrication. Es wird von antisemitischer Seite dargestellt, als ob die Margarinefabrication lediglich in den Händen der Juden liege. Unter den 42 Firmen, welche den Verband der Margarinefabrication angehören, sind aber nur 7 im Besitze von Juden. Unter denjenigen Fabriken, welche nicht dem Verbande angehören, ist keine jüdische Firma bekannt. Das Märchen, welches unlängst über die Verarbeitung von Menschenknochen zu Margarine durch die agrarischen Blätter wanderte, entstammt einem antisemitischen Blatt Deutsch-Böhmens. Die darin genannte Leimfabrik von Aloys Löw in Königsberg in Böhmen ist schon vor Monaten von der Actiengesellschaft für chemische Producte, vorm. H. Scheidemantel in Landshut i. B., angekauft und steht, wie wir dem „Hofer Anzeiger" entnehmen, völlig unter christlicher Leitung. Mit der Margarinefabrication hat dies Etablissement überhaupt nichts zu thun.

Aus dem antisemitischen Lager.

Theodor Fritsch, der Leipziger Antisemitenführer, der mit Groll die Führerrolle an Liebermann v. Sonnenberg abtreten mußte, setzt in der „Schwäb. Reform" vom 23. Mai seine Studie über Paasch-v. Langen-v. Brandt fort. Darin erwähnt er auch Folgendes:

Ein Berliner Rechtsanwalt, der sich von Paasch 5000 Mk. für die Vertretung seiner Sache im Voraus zahlen ließ, benahm sich so, daß er eben so gut als der Vertreter der Gegenpartei gelten konnte, so daß ihm Paasch bald nach der Verhandlung das Mandat entzog. Es erwies sich, daß Paasch auch hier in die Hände eines Juden-Abkömmlings gerathen war.

Damit ist der antisemitische Rechtsanwalt Dr. Ivers gemeint.

Fritsch entblödet sich nicht, alte Vorwürfe wieder auszugraben. Der Landrichter Curtius, der im Prozesse Paasch amtlich zu thun hatte, „mußte sich durch den wochenlangen persönlichen Verkehr mit Pander und Paasch von der Wahrheit der gegen v. Brandt u. s. w. erhobenen Beschuldigungen überzeugen; er scheint dadurch aber in einen schweren Conflict zwischen seiner Ueberzeugung und der ihm **amtlich gestellten Aufgabe** gerathen zu sein. Er verfiel einer Art Schwermuth, in der er oft über „die unglaublich traurigen Zustände in der preußischen Rechtspflege" klagte und nahm sich bald darauf das Leben."

Als im Januar 1894 die gleiche unerhörte Beschuldigung durch die antisemitische Presse lief, bezeichnete die „Nordd. Allg. Ztg." im Sperrdruck sie am 27. Januar als eine „Albernheit", als ein „pathologisches Product". Herr Fritsch lernt natürlich nichts hinzu. Für ihn ist seine Meinung, und sei sie noch so objectiv falsch, Katechismuswahrheit. Er beweist damit, daß er Fanatiker ist, aber in der Judenfrage nicht genug Ehrlichkeit zeigt.

Berliner Richter und die Glöß'schen Bilderbogen. Ein Jurist schreibt uns: „Wenn thatsächlich eine Berliner Strafkammer die fingirte Bismarckrede des Glöß'schen Bilderbogens „witzig" gefunden hat (s. Mittheilungen S. 166), so hat sie damit gethan, was nicht ihres Amtes ist. Die Kammer soll aus Richtern bestehen und nicht aus Kunstrichtern, sie hatte nur zu befinden, ob die Rede strafbar, nicht ob sie witzig ist. Wichtig wäre der Fall insofern, als die Kammer durch das ihr nicht zustehende Urtheil über den Witz und die satirische Schärfe der Rede ihren Sympathien stärkeren Ausdruck gegeben hätte, als im Urtheilen üblich ist.

Ebensowenig wie ein ästhetisches Forum ist das Gericht ein Volksbildungsverein. Der Richter (dieses Mal der Schöffenrichter s. Mitth. S. 166) hatte daher nicht darüber zu befinden, ob ein Glöß'scher Bilderbogen geeignet ist, aufklärend zu wirken, sondern ob er strafbar ist. Daß ein Preßerzeugniß aufklärend ist, schließt die Strafbarkeit nicht aus. Ob es aufklärend ist, ist Meinungssache. So scheint uns das Urtheil des Schöffengerichts weit aufklärender als der Glöß'sche Bilderbogen.

Den beiden Urtheilen wird deshalb von der „Deutschen Wacht" (15. Mai) nachgerühmt, daß sie eine sonst seltene öffentliche Anerkennung antisemitischer Literatur-Erzeugnisse enthalten. Ob gerade der Gerichtssaal der geeignete Platz für solche Anerkennung ist, darf bezweifelt werden."

In Sachen Paasch-Liebermann v. Sonnenberg schreibt uns der antisemitische Verlags-Buchhändler Hermann Beyer, der die „Antis. Corr." verlegt und eine Unzahl antisemitischer Broschüren herausgegeben hat:

„In Ihrer Nr. 20 Seite 158 erwähnen Sie, daß die „Antis. Corresp." vom 2. April eine Briefkasten-Notiz betr. Paasch geschrieben habe: „Herr Paasch besitzt 2c." Diese Notiz stammt von mir und ist ohne Wissen der Schriftleitung in Berlin resp. des Herrn Liebermann v. Sonnenberg in das Blatt gekommen. Als ehrlicher Mensch fühlte ich mich veranlaßt, diese Notiz in das Blatt zu geben, da Paasch einfach von den conservativen Blättern für verrückt erklärt wurde. In der Nummer vom 16. April giebt bereits die Schriftleitung im Briefkasten eine Erklärung. Sie haben dieselbe anscheinend übersehen, denn sonst wären Sie wohl schwerlich zu den scharfen Angriffen gegen Herrn v. Liebermann gekommen.

Im Interesse der Wahrheit, die Sie doch sicher auch aufrechtzuhalten sich bemühen, bitte ich um Richtigstellung des Falles."

Wir lassen uns von Herrn Beyer gern darin belehren, daß die Briefkasten-Notiz vom 2. April, in der Paasch für geistig gesund erklärt wird, von ihm, nicht von Liebermann von Sonnenberg, herrührt. Das ist aber auch alles. Liebermann v. Sonnenberg schreibt in der Nummer vom 16. April:

„Daß in dem Prozesse des Herrn Paasch eine ganze Reihe von Unbegreiflichkeiten vorgekommen sind, ist richtig, und wenn ich Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses wäre, so würde ich dieselben zur Sprache bringen. Ich werde das auch noch nachträglich thun, wenn ich vielleicht das nächste Mal ein Abgeordneten-Mandat erringe. Daß es im Reichstage nicht möglich ist, beweisen die dreimaligen Versuche, die ich vor Jahr und Tag unternahm und bei denen mir jedesmal das Wort vom Präsidium abgeschnitten wurde. Die Rechtsfrage im Falle Paasch muß aber völlig getrennt werden von den rein persönlichen Angriffen, die Herr P. jetzt gegen den Frh. v. L. richtet. — Wenn Jemand auch wirklich in Prozessen das bitterste Unrecht zu erleiden gehabt hat, so giebt ihm das doch noch nicht das Recht, über andere Leute mit Vorwürfen und Beschuldigungen herzufallen, die an jenen Rechtskränkungen ganz unschuldig gewesen sind. Wenn es nun gar, wie in diesem Falle, festzustehen scheint, daß der Frhr. v. L. Herrn P. eine bedeutende Geldsumme freundschaftlich vorgestreckt hat, so gewinnt die Broschüren-Angelegenheit einen Charakter, der es als eine besondere Rücksicht gegen Herrn P. erscheinen läßt, wenn man von einer Erörterung derselben absieht. — Mich bestimmt

zu dieser Rücksichtnahme vor allen Dingen der Umstand, daß ich selber vor Jahr und Tag allerlei Angriffen des Herrn P. ausgesetzt gewesen bin, und jetzt nicht den Anschein erwecken möchte, als wollte ich mich an einem Wehrlosen rächen. — L. v. S.

Herr L. v. S. nimmt den Prozeß Paasch ernst. Drei Mal wollte er den Fall Paasch im Reichstage zur Sprache bringen; er würde es im preuß. Abgeordnetenhause thun, wenn er Mitglied desselben wäre. Paasch hat seiner Meinung nach bitteres Unrecht zu erleiden gehabt; nur ärgern ihn Paasch's Angriffe auf „andere Leute". L. v. S. deutet an, daß Paasch sich an v. Langen nicht hätte rächen dürfen, weil dieser ihm Geld gepumpt. Er hat Paasch's Angriffe seit Jahr und Tag ertragen . . . Wir fragen, sind das Anzeichen, daß L. v. S. Paasch für geistesgestört gehalten? Nein, wir bleiben, trotz des Schreibens des Herrn Beyer, bei unserm Urtheil, daß am 16. April Paasch für den Reichstagsabgeordneten Liebermann v. Sonnenberg geistig gesund ist und daß nach Erscheinen des Paasch'schen Flugblatts gegen L. v. S. dieser plötzlich an Paasch's Geisteskrankheit glaubt. Denn zwischen dem 16. April und 7. Mai liegt eine lange Zeit der — Einsicht.

Antisemitische Wissenschaft. Wie „Freideutschland" vom 27. Mai behauptet, hätte der „jüdische Schmutzjunge Heine" als echter Hebräer Chamisso sein „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten" gestohlen. Das antisemitische Blatt hat mal etwas davon läuten hören, daß das Motiv der Heine'schen „Lorelei" von Clemens Brentano herrührt. Von einem Diebstahl kann natürlich keine Rede sein, am wenigsten ist Chamisso der Bestohlene. Ein Bischen mehr Litteraturgeschichte könnte dem Herrn Adolf Branmann, dem Redacteur des „Freideutschland", nichts schaden.

Die Christlich-Sozialen und die Regierung. Das Stöckersche „Volk" erklärt die Annahme, daß die Partei in früheren Jahren von der Regierung durch Geldmittel unterstützt worden sei, für durchaus falsch. Die Partei habe von der Regierung zu keiner Zeit irgend eine Unterstützung verlangt oder erhalten. Die Aeußerung des Dr. Burckhardt (s. Nr. 21 der „Mitth.") soll, nach dem „Volk", darauf sich beziehen, daß zur Zeit wo in den Rheinlanden von Personen verschiedener Richtung der „Vorwärts," ein anti-sozialdemokratisches Blatt gegründet wurde, ein als sehr reich bekannter hoher Regierungsbeamter aus seinen Privatmitteln dieses Blatt unterstützt habe.

Die Reichstagsersatzwahl in Ruppin-Templin hatte folgendes Ergebniß: Es haben erhalten v. Arnim (cons.) 7136, Lessing (freis. Volksp.) 4730, Apelt (Sozialb.) 3750, Schückerk (Antis.) 2421 Stimmen. Es findet demnach eine Stichwahl zwischen v. Arnim und Lessing statt. — Die Wahlbetheiligung war um 1427 Stimmen geringer als im Jahre 1893. Der conservative Candidat hat dieses Mal 2190 Stimmen weniger erhalten als 1898, die freisinnigen Stimmen sind insgesammt um 2287 gesunken (1893 hatten die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung besondere Candidaten aufgestellt), während die Sozialdemokraten einen Zuwachs von 645 Stimmen aufzuweisen haben. Die Antisemiten endlich, welche vor drei Jahren gar nicht selbständig aufgetreten waren, haben es jetzt auf 2421 Stimmen gebracht. Wie gerade von conservativer Seite angenommen wird, dürften die antisemitischen Stimmen zum größten Theile aus dem conservativen Lager herrühren; haben doch die antisemitischen Abgeordneten, welche eine gewaltige Agitation im Wahlkreise entfalteten, ihr schwerstes Geschütz gegen die Landraths-Candidatur gerichtet.

Antisemitismus in der Turnerschaft. Am 2. Mai bei einem Feste, das zur Einweihung der neuen Halle der Turngesellschaft zu Coblenz stattgefunden, wurde ein Lied gesungen, in dem es heißt:

Nur deutsch gedaacht on deutsch gered'
Met deutschem Wort gebrompt
Mir brauche keine Rothschild net,
Kai Jud dä ons wat pomt.
Dem deutsche Geist, dä redlich schafft,
Wor Israel nie hold,
:,: Denn deutscher Sinn und deutsche Kraft
Bei denne sticht en Gold. :,:
 Et wär doch werklich gar ze witzig,
 Statt Vater Jahr — dä Abraham,
 Die ganze Hall voll Torneritzig,
 Met frisch, fromm, frai on mouschelai. O woih!

Die Politik Bismarcks in antisemitischer Beleuchtung. „Freideutschland" gehört zu den antisemitischen Blättern, die Bismarck bei jeder Gelegenheit angreifen. Ja, der Alte aam Sachsenwalde hätte Herrn Adolf Branmann fragen sollen, den Redacteur „Freideutschlands". Der weiß, wie Politik gemacht wird. Sein Blatt schreibt nämlich am 20. Mai:

Ungarn war in der ersten Zeit des Kaisers Franz Josef auf dem besten Wege, ein immer mehr deutsches Land zu werden. Oesterreicher aus der Zeit wußten es gar nicht anders. Der Kaiser von Oesterreich war damals noch nicht verschnupft durch das Hinausgeworfen-Werden von 66 und war ein guter deutscher Fürst; durch Einführung der deutschen Sprache bei den Gerichten und anderswo that er in Ungarn trefflichst deutsche Arbeit. Da kam der Schnitt und das übereilte Werk von 66; es kam das Kossuthsche Revolutionsrecht und der Bismarcksche Blödsinn: „Oesterreich müsse seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen." Dies Wort ist wahr gemacht und damit der ganze österreichische Jammer von heute geschaffen.

Will Herr Branman heute Revanche pour Sadowa nehmen?

Kassel, 21. Mai. Die hiesige zweite Strafkammer hatte sich als Berufungsinstanz mit der bekannten Privatklage des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Iskraut gegen 48 Bürger der Stadt Eschwege zu beschäftigen, die Iskraut wegen eines von diesen unterzeichneten Wahlflugblattes bei der vorjährigen Ersatzwahl angestrengt hatte. In dem Flugblatte hieß es, Iskraut habe stets nur Haß und Unfrieden gepredigt, er sei aus dem Amte entlassen, und keiner seiner Collegen aus Westfalen stelle ihm eine Kanzel mehr zur Verfügung u. s. w. Da die Beweisaufnahme einen Theil der Behauptungen als der Wahrheit entsprechend ergeben hatte, waren die Angeklagten vom Schöffengericht zu Eschwege, das ihnen auch den Schutz des § 193 St.-G.-B. zugebilligt hatte, freigesprochen worden. Die hiergegen eingelegte Berufung Iskrauts wurde heute von der Strafkammer aus denselben Gesichtspunkten, die der Vorberichter vertreten, kostenpflichtig verworfen. Iskraut war persönlich erschienen, die Angeklagten vertrat Rechtsanwalt Heinemann aus Eschwege, der das Ergebniß der Beweisaufnahme als geradezu beschämend für einen Mann bezeichnete, der die hohe Ehrenstelle eines Reichstagsabgeordneten bekleide.

Geschmackvolle Annonce. Der alte rüpelhafte Antisemitenstil stirbt nicht aus. Das „Deutsche Blatt" in Hamburg vom 22. Mai enthält in seinem Annoncentheil einen Todtenkopf und ein par Beinknochen, darunter die Inschrift „Judengift"!! in Einzel-Dosen. Dosis Nr. 1. Für 30 Pfg. in der Geschäftsstelle d. Bl. zu haben."

F. Irwahn, ein Führer der Hamburger Antisemiten, ist wegen Schädigung und Gefährdung der Interessen des Vereins für Handlungs-Commis von 1858, sowie wegen wissentlicher Beleidigung der Vereinsleitung aus dem 1858er Vereine ausgeschlossen worden. Trotzdem hatte er sich in den Saal, in dem am Montag, den 20. d. Mts. die Generalversammlung dieses Vereins stattfand, eingeschlichen. Zuerst war von ihm und einem Genossen, der sich Alfred Stack nannte und ebenfalls dem 1858er Vereine nicht angehört, versucht worden, durch Geldangebot an den Portier des

Sagebi lschen Etablissements, wie dieser in Gegenwart von Zeugen erklärte, e ngelassen zu werden. Nachdem es ihnen nicht geglückt war, auf diese Weise Einlaß zu erhalten, sind beide Herren auf Schleichwegen in den Saal eingedrungen. Es war dieses aber alsbald zur Kenntniß des Geschäftsführers des Vereins gekommen, und es schützte Herrn Irwahn nicht vor Entdeckung, daß er sich in dem im Keller gelegenen Anstandsorte verbarg. Der Portier fand ihn auch hier. Beide Eindringlinge wurden alsdann durch den Geschäftsführer zur schleunigen Entfernung aus dem Sagebielschen Etablissement veranlaßt. Trotzdem hat Herr Irwahn nach Beginn der Generalversammlung noch einmal gewagt, den Versuch zu machen, auf Umwegen die Logen des Versammlungssaales zu erreichen, um der Generalversammlung beizuwohnen. Hieran wurde er durch den Portier des Vereins verhindert, der ihn trotz heftigen Widerstrebens hinausbeförderte, nachdem er ihn beim Arm genommen und auf die Verletzung des Hausfriedens aufmerksam gemacht halle. Und dieser Herr Irwahn ist der Vorsitzende des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der sich allein für berufen hält, die soziale Frage im Handlungsgehilfenstande zu lösen!

Der Damm gegen die Sozialdemokratie zu sein, behaupten die Antisemiten stets. Und doch ist, wie wir oft bewiesen haben, der Antisemitismus nur die Vorfrucht der Sozialdemokratie, nie ein Bollwerk dagegen. Ein neues Beispiel für die Richtigkeit dieser Anschauung liegt aus Wien vor. Bekanntlich sind die im vergangenen Jahre vorgenommenen Wahlen in die Gehilfenvertretung der Mechaniker-Genossenschaft, welche eine sozialdemokratische Majorität ergaben, während dieselbe bis dahin antisemitisch war, von der Statthalterei annullirt worden. Die neuerlichen Wahlen fanden in den „Drei-Engel"-Sälen statt. Denselben ist von beiden Seiten eine heftige Agitation vorausgegangen. Während der Wahl wurden zwei christlichsoziale Arbeiter arretirt, die mit fremden Arbeitsbüchern zu wählen versuchten. Bis auf diesen Zwischenfall verlief der Wahlact, dem als Vertreter der Gewerbe-Behörde Magistratsrath Diltenberger beiwohnte, in vollster Ruhe und endete abermals mit einer entschiedenen Niederlage der antisemitischen Gehilfenschaft. Abgegeben wurden 672 Stimmen. Es erhielten die sozialdemokratischen Candidaten 392, während die antisemitischen 280 Stimmen erhielten. Der Vorsitzende, Gehilfenobmann Formnek, verkündete das Resultat, welches mit stürmischen Hochrufen aufgenommen wurde.

Ahlwardt in Amerika. Es ist eine nette Illustration der Theorie von den „Wirthsvölkern", daß zur Zeit ein deutscher stud. Osthaus an der Spitze der antisemitischen Agitationen an der Wiener Univerfität steht, während Ahlwardt in Amerika als Prophet auftritt. Unbequemlichkeiten werden Deutsche davon nicht haben, daß Herr Ahlwardt und seine Freunde ein Verbot der Judeneinwanderung discutiren. In Amerika ist man nicht nervös, und wo man sich durch die Attentate der deutschen Anarchisten — Rheinsdorff und Genossen — zu keinerlei Maßregeln gegen deutsche Einwanderer hat bestimmen lassen, wird man die Deutschen um so weniger Ahlwardts Hanswurstereien entgelten lassen. Aber ein freches Stück bleibt es von den Herren Ahlwardt und Genossen immerhin, in einem Lande, in welchem sie selbst Gastfreundschaft genießen, Einwanderungsverbote anregen zu wollen. Es wird den Herren schnell gelingen, das Capital an Achtung zu vergeuden, welches Carl Schurz, Friedrich Kapp usw. dem deutschen Stamm in Amerika errungen haben.

Vermischtes.

Wien, 22. Mai. Bei der heute vollzogenen Vizebürgermeisterwahl wurde zum ersten Vizebürgermeister Lueger, zum zweiten der deutschnationale Advokat Neumaier gewählt. Während Lueger in ziemlich farbloser Rede die Wahl anzunehmen erklärte, sprach Neumaier scharf antisemitisch.

Wien, 27. Mai. Der antisemische Bürgerclub des Wiener Gemeinderathes beschloß, von 22 Stellen im Stadtrathe, der die eigentliche Verwaltung Wiens führt, sechs den Liberalen zu überlassen. Diese nahmen das Angebot an und stellten unter ihren Candidaten auch den früheren Stadtrath Stiaßny, einen Juden, auf. Der Bürgerclub antwortete den Liberalen, es dürfte grundsätzlich kein Jude zum Stadtrath gewählt werden. Die Liberalen beschlossen, diese Antwort als frivole Herausforderung zurückzuweisen, auf die angebotenen Stadtrathsstellen insgesammt zu verzichten und bei der Wahl leere Stimmzettel abzugeben. Sollten die Antisemiten trotzdem einen Liberalen in den Stadtrath wählen, so hat er die Wahl abzulehnen.

Brünn, 26. Mai. In der heute hier abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins rief eine erregte Debatte der Antrag der antisemitischen Vertreter hervor, den Ortsgruppen das Recht einzuräumen, selbstständig über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden, wodurch Juden von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden können. Die Vereinsleitung beantragte Ablehnung des Antrages, da sonst sofort ein großer Theil der Vereinsmitglieder austreten würde. Der frühere deutschnationale Abg. Dr. Kaniak sagte, der Antrag werde so lange wiederholt werden, bis er angenommen würde. Dr. Steinwender drohte im Falle der Ablehnung mit der Auflösung einer Anzahl Ortsgruppen. Prof. Schwarz führte aus, der Antrag bedeute Beunruhigung der Thätigkeit des Schulvereins für alle Zeiten. „Werfen Sie einfach die Juden hinaus, und wir werden gehen. Bevor wir aber gehen, zeigen Sie durch Arbeit und Opfer, daß Sie uns ersetzen können." Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 675 gegen 305 Stimmen abgelehnt.

Zur Blutbeschuldigung in Labischin. Ende Juli 1894 war das 5 Jahre alte Söhnchen des Ehepaars Kuniszewski in Labischin (Prov. Posen) verschwunden. Die Mutter lenkte den Verdacht auf die Juden. Die Leiche fand man im Walde verscharrt. Das Ehepaar wurde verhaftet.

Die Untersuchung ist seinerzeit von der Presse nicht beachtet worden. Wir holen auf Grund zuverlässiger Erkundigungen das Resultat des Prozesses nach. In der Schwurgerichtsverhandlung vom Oktober 1894 stellte es sich heraus, daß die Stiefmutter das Kind schrecklich mißhandelt und dann, wie auch die Sachverständigen erklärten, noch lebend in einer nahen Schonung vergraben hatte. Der Vater, der von der Arbeit heimkehrte, fragte nach seinem Kinde. Da erklärte die Frau, die Juden hätten es gestohlen. Die Ehefrau gestand ihre Schuld ein und wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt, der Ehemann wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Zur Blutbeschuldignng in Mährisch-Trübau. Wie schon so oft, ergab auch die am 23. Mai vor dem Brünner Landesgericht durchgeführte Verhandlung in Angelegenheit des Blutmärchens von Mährisch-Trübau, daß derartige aufreizende Lügen zumeist einfältigen Köpfen entspringen und sodann von gewissenlosen Hetzern weiter verbreitet werden. Die Dienstmädchen Sophie Nemluvil und Emilia Schwab in Mährisch-Trübau hatten bei dem Gemeinde-Amte angegeben, daß sie öfter Nachts im Schlafe stechende Schmerzen an Füßen und Armen verspürten und Tags darauf Kopfweh hatten, woraus sie folgerten, daß

ihr Dienstherr, der dortige Kaufmann **Moritz Moller**, ihnen gleichwie früher der Magd **Philomena Waclawek** im Schlafe Blut abzapfe. Letztere, bei dem Gemeinde-Amte vernommen, erklärte, sie habe dies den beiden anderen Mädchen nur **zum Scherze** gesagt, und Alles sei **erlogen** gewesen. Da die Waclawek später diese Aussage bei ihrer Zeugenvernehmung am 6. Mai l. J. beim Brünner Landesgerichte widerrief, wurde sie in Haft genommen und gegen sie die Untersuchung wegen Verleumdung eingeleitet.

Die Angeklagte verwickelte sich bei ihrem Verhör in Widersprüche und behauptete, sie habe ihre Aussagen vor Gericht und beim Gemeinde-Amte aus Angst gemacht. Die beiden anderen Dienstmädchen, Sophie Nemluvil und Emilie Schwab bestätigten, daß ihnen die Angeklagte wiederholt von dem „Blutabzapfen" Mittheilung gemacht habe. Diese Beiden, sowie auch die Waclaweck erklärten aber, den verdächtigen Kaufmann niemals bei ihrem Bette gesehen zu haben. Die Waclaweck fügte hinzu, sie habe wohl Schmerzen gefühlt, aber nichts gesehen, weil sie weiterschlief.

Die Verhandlung währte bis in die ersten Nachmittagsstunden und endete mit der Verurtheilung der **Philomena Waclawek zu drei Monaten schweren**, mit einem Fasttage alle vierzehn Tage verschärften **Kerkers** wegen Verleumdung nach § 209 unter Anwendung des § 54. Gegen die beiden anderen Mädchen, Sophie Nemluvil und Emilie Schwab, ist beim Bezirksgerichte in Mährisch-Trübau noch die Ehrenbeleidigungs-Klage des ganz ungerechtfertigt und so leichtfertig schwer verdächtigten Kaufmannes Moritz Moller anhängig.

Aberglaube in Nordafrika. In Alexandrien ist die Cholera ausgebrochen. Die Garnison blieb bisher von der Cholera gänzlich unberührt, und unter den Eingeborenen ist das Gerücht verbreitet, die **Engländer hätten die Seuche durch Vergiftung der Brunnen** erzeugt, besäßen jedoch das Gegenmittel. — Man sieht, alte Beschuldigungen in neuer Zeit.

Leiden eines jüdischen Handwerkers. Die „Oesterr. Wochenschrift" erhielt von einem ihr wohlbekannten jüdischen Schlossergehilfen jüngst ein Schreiben, das wir hier ohne jeden Commentar wiedergeben:

Durch die neueste politische Hetze hervorgerufene Verrohung und Brutalität hat nicht nur den Straßenpöbel, sondern auch die meisten und größten Fabrikunternehmungen ergriffen, die doch zum großen Theile fast ausschließlich von Juden beschäftigt sind. Freilich, die reichen Glaubensgenossen verspüren den Racenhaß nicht so sehr, da bekanntlich die antisemitischen Krakehler das jüdische Geld gerne nehmen. Aber um so härter empfindet es der jüdische Arbeiter, dem in den meisten Betrieben seiner Abstammung wegen, ohne Rücksicht auf seine Befähigung, Thür und Thor verschlossen sind. Ich führe nachstehend einige Stichproben zu meiner Behauptung an:

In der Fabrik für Verkehrswesen „Götz", II., Straußgasse, frage ich seinerzeit um Arbeit an. Nachdem der Fabrikbesitzer meine Zeugnisse überprüft hatte — wobei er mein im Arbeitsbuche verzeichnetes Nationale nicht unbeachtet ließ — bestellte er mich für einige Tage später und in diesem Sinne ging es so fort bis zur Dauer von vier Wochen und bei der letzten Nachfrage wurde mir mit spöttischem Lächeln erklärt: „Ich beschäftige in meiner Fabrik keine Juden".

In der Bau- und Kunstschlosserei von Franz Gratzl's Nachfolger Anton Feischl, IX., Rothe Löwengasse 9, war ich zuletzt dreiviertel Jahre beschäftigt. Herr Feischl kann und wird mir sicherlich sowohl in Fleiß, als auch in der Leistungsfähigkeit bei den mir zugewiesenen Arbeiten nichts Nachtheiliges nachsagen, was schon die Thatsache beweist, daß er, ohne von mir aufgefordert, meinen Lohn einmal um Etwas erhöhte. Seine scheinbar unparteiische Haltung wurde durch die unglaublich starke antisemitische Agitation in der Fabrik ganz illusorisch gemacht. Was in dieser Fabrik ein jüdischer Arbeiter für Hetzereien auszustehen hat, ist unbeschreiblich. Die größten Schwierigkeiten legt man ihm in den Weg, Verhöhnung und Verspottung ist das tägliche Spiel, stets wird man zurückgesetzt. Der Antisemitismus ist dort soweit gediehen, daß die Hauptaufwiegler sogar Lust verspüren, thätlich zu werden. Ein Individuum, welches auf den Namen Klovac hört, stürzte am 25. April über mich her, überhäufte mich mit Schimpfworten, die an dieser Stelle nicht wiederzugeben sind, und wollte noch zu Thätlichkeiten übergehen. Auf meine Beschwerde bei Herrn Feischl erklärte Letzterer ganz lakonisch: „Wegen Ihnen werd' ich den nicht zur Rede stellen." Nebenbei bemerkt, befindet sich unter den dort beschäftigten 12 Arbeitern nur ein Jude, da alle früher dort beschäftigten Glaubensgenossen zum größten Theile sich nicht solchen Hetzereien preisgeben wollten.

Ich könnte noch unzähliges anführen, aber es würde mich zu weit führen. So sieht es mit den Arbeiterzuständen aus. Wohin soll sich ein jüdischer Arbeiter wenden? Wo soll er Arbeit suchen?

Ich appellire im Namen aller jüdischen Arbeiter an einflußreiche jüdische Genossen, etwas mehr als bis nun bei der Arbeitsvergebung solche Thatsachen zu berücksichtigen. Man muß ganz einfach die antisemitischen Fabriken meiden.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

(Fortsetzung.)

Eine Erleichterung meiner Lage trat zufällig bald ein. Ein französischer Artilleriesoldat, ein Holländer, beredete mich, eines Tages mit ihm zwei Stunden von Wilna zu einem Branntweinbrenner zu gehen, bei dem wir einen guten Dienst erhalten würden. Wir kamen durch die lange Judenstraße. In einem schönen Hause lag ein polnischer Jude nebst seiner Frau im Fenster, sie winkten einem von uns Beiden zu. Der vorwitzige plumpe Holländer machte geschwinde Schritte dahin, aber er wurde zurückgewiesen, und ich dafür angerufen. Der Mann fragte nach meinem Namen, meinem Vaterland, und welche Stelle ich in der Armee bekleidet habe. Nachdem er hierüber genügende Auskunft erhalten hatte, fragte er seine Frau lächelnd, ob sie es zufrieden wäre, wenn er mich ins Haus nähme. Die gute Frau überließ es ihm und so war für's erste für mich gesorgt. Mein Prinzipal, ein Mann von 40 Jahren, lebte mit seiner jungen Frau kinderlos und besaß Vermögen, seine Handlung bestand in Gold- und Silberwaaren. Ich erwarb mir bald sein ganzes Zutrauen. Es war jedoch nicht mein Wunsch, fortwährend in Polen zu bleiben, vielmehr sehnte ich mich stets nach Deutschland zurück. Der gute Mann gab mir das Versprechen, dafür sorgen wollte, daß ich meinem Vaterlande näher käme. — Nachdem ich sieben Wochen in Wilna zugebracht hatte, fand sich eine günstige Gelegenheit zur Abreise, die ich freudig benutzte. Ich gelangte von Memel nach Pren, wo mir von dem jüdischen Gemeindevorsteher hinlängliche Unterstützung zu Theil wurde, und ich auch von den übrigen Juden gern gesehen wurde.

Nach ungefähr acht Tagen reiste ich nach Katwaria, einer großen Stadt in Litthauen, wodurch ich meiner Heimath wieder zwölf Meilen näher kam. Hier sehr wohl aufgenommen, verstrich mir die Zeit bis nach dem Osterfeste sehr angenehm, da die Gastwirthschaft meines Wirthes, eines Weinhändlers, und seiner guten Frau es mir an nichts fehlen ließ.

Gleich nach dem Osterfeste wurde ich als Mitglied einer Reisegesellschaft aufgenommen, welche nach Leipzig wollte. Wir mußten öfter an russischen, der Armee nachgeschickten

Colonnen vorbeifahren, was mich aber in keine weitere Gefahr brachte. Zuweilen fand ich es jedoch für gut, mich taub und stumm zu stellen, wenn Soldaten mich etwas fragten. Ohne weitere Hindernisse gelangten wir endlich eine Stunde links von Polotzk an einen Brückenkopf jenseits der Weichsel, welchen wir von einem starken russischen Detachement unter dem Commando eines Offiziers besetzt fanden. Während dieser den vorderen Wagen durchsuchend, die Pässe musterte, stieg ich unbemerkt von dem Wagen, auf welchem ich saß, hinten herunter und schlich mich unter das Personal, welches bei den Pferden des vorderen Wagens beschäftigt war, und so kam ich mit dem ersten Wagen über die Brücke. — Wir erreichten nach einigen Tagemärschen Tikotschin, den nämlichen Ort, wo unserm 8. Armeecorps im Lager die Kriegserklärung bekannt gemacht wurde. Der Obervorsteher verschaffte mir einen Paß, worin ich für einen Tikotschiner Juden ausgegeben wurde, und ich reiste weiter nach Deutschland zu. An der Grenze erfuhren wir aber, daß der Krieg in Sachsen für die französische Armee eine günstige Wendung genommen hatte, und daß sie eine Schlacht bei Lützen gewonnen. Dies veranlaßte meine Reisegesellschaft, ihren Plan, nach Leipzig zu reisen, aufzugeben und den Weg nach Breslau einzuschlagen, um da Waaren einzukaufen.

In den letzten Tagen des Monats Mai trafen wir in Breslau ein. Meine Reisegefährten wollten hier einige Tage erst abwarten, um im günstigen Falle doch von hier aus nach Leipzig zu reisen; es trafen aber so üble Nachrichten vom Kriegsschauplatze ein, daß ihre Absicht nun ganz vereitelt wurde. Ich verweilte fortwährend bei diesen Leuten, der Gedanke, mich in Deutschland zu befinden, beruhigte mich zwar, aber eine gewisse böse Ahnung quälte mich hier, als sollte mir noch ein großes Unglück bevorstehen. Indessen bemühte ich mich, mir auf irgend eine Weise meinen Lebensunterhalt zu verschaffen. Eines Tages kam ich in die Behausung eines gewissen Joachimsthal, ich klagte demselben offenherzig mein Unglück, um ihn zu bewegen, mir eine Condition zu verschaffen. Ein Arbeiter, welcher auf der Diele beschäftigt war, hörte die traurige Erzählung mit an. Des Nachmittags kam ich auf den Hof, wo meine Gesellschafter logirten. Ein Fuhrmann sagte zu mir, daß Polizeidiener mit einer Wache auf dem Hof gewesen und alle Winkel durchsucht hätten. Mir, dem vom Unglück seit langer Zeit hartnäckig Verfolgten, pochte bei dieser Nachricht gewaltig das Herz. Ich vermuthete sogleich Verrath von Seiten des Arbeiters bei Joachimsthal. Es dauerte nicht lange, als zwei Polizeidiener mit zwei Mann Militärwache auf uns zukommen und ich zu meinem Todesschrecken die Worte hörte: „Da sitzt der Kerl." Ich wurde ohne Weiteres arretirt, worüber ich im ersten Augenblick meiner Besinnungskraft beraubt wurde. Bald indessen wieder zur Besinnung kommend, fragte ich, was sie von mir wollten. Ohne mir zu antworten führten sie mich in einen Pferdestall, wo ich ihnen mein Bündel übergeben mußte, es enthielt weiter nichts, als etwas Wäsche, einige andere Kleinigkeiten und zwei Danksagungsbriefe, welche ich den Tag vorher, einen nach Wilna und den anderen nach Kalwaria, an meine Wohlthäter geschrieben hatte, die aber durchaus nichts Politisches enthielten. Sobald ich in der Mitte meiner Eskorte auf die Straße gelangte, wurde alsbald nachgerufen: „Da haben sie wieder einen Spion!" Es wurde sogar mit Steinen nach mir geworfen, bis ich, vor einem großen steinernen Gebäude angelangt, einem großen starken Kerl, der mit einem großen Bund Schlüssel versehen war, überliefert wurde.

Ich wurde in ein Zimmer gebracht, nackt ausgezogen, und Alles wurde auf's Sorgfältigste untersucht; nachdem man mir auch meine letzten paar Groschen genommen hatte, wurde ich in ein enges Behältniß, welches mit einem kleinen eisernen Gitterfenster versehen war, eingeschlossen. Zum Nachtlager war für mich ein alter Strohsack nebst einer wollenen Decke bestimmt. — Ich war mir nun allein überlassen. Mein Schreck war nicht gering. Was habe ich verschuldet? fragte ich mich. Wie wird das enden? Mit diesen und ähnlichen Betrachtungen war ich eine Stunde lang beschäftigt, da trat endlich der Gefangenwärter herein und brachte mir ein Stück Brod, ein blechernes Näpfchen und einen steinernen Krug mit Wasser und fügte hinzu, daß ich alle Mittag eine warme Speise bekommen werde. Ich fragte ihn mit Thränen in den Augen, warum man mich so grausam wie einen Mörder behandelte? Der Gefangenwärter, so barsch er auch aussah, schien dennoch gerührt und fragte mich, ob ich denn wirklich kein Spion sei? Ich verneinte es und erzählte ihm ganz offenherzig meine Schicksale, worauf er mir den Trost gab, daß ich, wenn es sich im Verhör auswiese, daß ich unschuldig wäre, gewiß meine Freiheit wieder erhalten würde.

Die Nacht brachte ich in schrecklichen Träumen zu, allerhand schauerliche Gedanken durchkreuzten meine Seele. Ganz früh drangen die ersten Sonnenstrahlen durch das Gitterfenster auf mein hartes Lager. Ich nahm dies für ein gutes Zeichen an und dachte an Napoleon, an die Sonne von Austerlitz, an die Sonne, welche mir auch in der Schlacht bei Moskwa so hell und klar entgegenschien. Der Gefangenwärter öffnete dann mein Zimmer und erlaubte mir, auf dem Hof eine Stunde spazieren zu gehen. Da kam ich in eine noble Gesellschaft von — in doppelte Ketten geschlossenen Mördern und Mörderinnen, die mir mit der Erzählung ihrer Heldenthaten einen schrecklichen Zeitvertreib machten. Um 9 Uhr wurde ich wieder mit der Wache abgeholt und im Gefangenhause verhört. Man fragte nach meinem Namen, Alter, Wohnort rc. — Nach dem Verhör wurde ich in den Kerker zurückgeführt.

Den andern Tag wurde ich außerhalb des Gefangenenhauses ins Verhör gebracht und von mehreren Richtern auf das Sorgfältigste examinirt. Da ich bei meiner ersten Aussage blieb, so wurde ich zwar als Spion freigesprochen, aber als westphälische Militärperson für einen Kriegsgefangenen erklärt. Man brachte mir mein Päckchen und Geld wieder. Ich protestirte zwar gegen das Urtheil, wo es mir denn freigestellt wurde, entweder in preußische Militärdienste zu treten oder Kriegsgefangener zu bleiben; ich wählte ihnen zum Trotze das Letztere.

Briefkasten.

W. H. in Breslau. Die „Kreuzzeitung" will herausgefunden haben, daß der Vater des Pastor Rauh in seiner Jugend Jude war. Was soll damit bewiesen werden? Daß ein „Deutschvolklicher" dergleichen hervorhebt, ist verständlich. Kann aber der christliche Standpunkt durch die Thatsache gewinnen, daß der Vater, der noch Jude war, sich anscheinend nichts Strafbares hat zu schulden kommen lassen, der Sohn dagegen, der als Christ geboren und aufgewachsen ist, Urkundenfälschung und Einbruch begangen hat?

L. J. Br. in Sch. Die Notiz über Ahlwardt haben wir bereits gebracht, die andere über Baron Hirsch paßt nicht in unser Blatt.

M. H. in Hamburg. Dankend benutzt.

D. B. in Posen. Herzlichen Dank für Ihre stets gleich freundlichen Bemühungen. Wir hatten uns direct nach Ladischin gewendet, aber sonderbarer Weise keine Antwort erhalten.

R. G. in H. Ist eine Ahlwardt'sche Unwahrheit. Die junge Dame, aus deren Händen Kaiser Wilhelm I. bei seinem Siegeseinzuge am 16. Juni 1871 den Lorbeerkranz der Stadt Berlin entgegennahm, war keine Jüdin. Es war eine Christin von hervorragender Schönheit, Fräulein Christiane Blaeser, Tochter des 1874 verstorbenen verdienstvollen Bildhauers Prof. Gustav Blaeser, jetzt verheirathet.

M. H. in Hamburg. Beide Ausschnitte dankend erhalten. Den einen haben wir bereits benutzt.

X. Dank für die „Riedlinger Zeitung", aber dem „Kladderadatsch" wollen wir nicht in die Parade fahren, der schwingt die Pritsche überall. Mag er ruhig daher auch einmal einen Juden mit seinem Witz treffen!

J. J. in Karlsruhe. Besten Dank für das theologische und antisemitisch gefärbte Blatt. Es plappert einfach nach, was antisemitische Blätter vorsprechen.

W. H. in Hamburg. Wird mit Dank verwerthet.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hassschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 23. Berlin, den 6. Juni 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Vom Richterstand in früherer Zeit.

(Schluß.)

Man kann in der Geschichte des Richterstandes aber noch um Jahrhunderte zurückgehen, und man kommt zu dem gleichen Ergebniß, daß die Richter gut arischen Geblüts in judenreiner Zeit dieselben Anlässe zu Klagen geben, wie sie heute gegen jüdische Richter erhoben werden. Man sehe nur, wie sich die Stämme der alten Deutschen gegen die schlechten Richter zu schützen suchten.

Die Rechtsquellen der Cambrier, der alten Bewohner von Wales, stammen aus dem 10. Jahrhundert. Schon damals wurde die Unbefangenheit des Richters streng verlangt. Er konnte abgelehnt werden, wenn er vor Verkündigung des Artikels für eine der streitenden Parteien auf Kosten der anderen ein besonderes Interesse gezeigt hatte; ferner, wenn er sich mit einer Person in nähere Verbindung eingelassen hat, die in einer Rechtssache vor ihm steht und durch seinen Urtheilsspruch einen Vortheil erlangen kann; endlich, wenn er ein Geldgeschenk angenommen hat, um dafür das Gesetz zu fälschen. [1]) Richter, die amtswidrig gehandelt hatten, verloren entweder ihre Zunge oder mußten ein entsprechendes Lösegeld zahlen. Geringere Geldstrafen trafen einen Richter, wenn er sich in einer Sache für incompetent erklärte, obschon er früher eine ähnliche abgeurtheilt hatte, und wenn er anders entschied, wie früher, oder wenn er erwiesenen Thatsachen gegenüber bei Zusammenstellung der einzelnen Beweismittel eine Sache vergrößerte oder verkürzte u. a. m. [2])

In den Rechtsquellen der Angelsachsen wird den Richtern eine strenge Ermahnung zu Theil, gerecht zu richten. König Alfred entlehnte dem **alten Testament** folgende Vorschriften:

„Richte gerecht; richte nicht anders den Reichen, anders den Armen, noch richte anders den, welchen Du mehr liebst, anders den, welcher Dir mehr verhaßt ist." [3])

„Den Fremdling und den Auswärtigen lasse nicht unberichtet und drücke ihn nicht durch Ungerechtes." [4])

„Nimm niemals Geschenke an, denn sie blenden sehr oft die Gedanken weiser Männer und verkehren ihre Worte." [5])

König Aethelstan erließ für die Nachlässigkeit der Richter (Geresen) bei Verfolgung von Meineidigen strenge Strafbestimmungen: „Wenn dies einer von meinen Geresen nicht thun will, oder sich weniger darum bekümmert, als wir vorgeschrieben haben, so gelte es den Ungehorsam gegen mich, und ich finde einen Andern, der es will. Und der Bischof fordere die Ungehorsamsbuße von dem Geresen ein, der in seinem Bezirk ist. Wer von dieser Satzung abweicht, gelte das erste Mal 5 Pfund, das andere Mal sein Wehrgeld, beim dritten Male verliere er alles, was er hat und aller Freundschaft." [6])

Bei den alten Skandinaviern gab es wider das unredliche Gebaren auf dem Gebiete der Rechtspflege umfassende Bestimmungen. In Island wurde Untreue von Richtern, begangen durch Annehmen von Geschenken, vom Gericht bestraft. [7]) Verheimlichte ein Richter den Aufenthalt eines Beklagten, so wurde er seiner Würde entsetzt; es sei denn, daß er nachweisen konnte, jener habe verstohlen seinen Aufenthaltsort geändert. [8]) In Schweden bestimmte das ostgothländische Gesetz: „Wird der Spruch einer Nömd für unrecht erklärt, so werden Alle, welche in derselben schwören, 6 Mark schuldig, eine dem König, die andere dem Sacheigner, die dritte dem Herad und 3 Mark dem Bischof; es möge der Spruch nun für unwahr (osennind) oder für unrecht (olagh) erklärt worden sein." [9])

Bei den Burgundern wurden Richter, welche sich durch Bestechung zu ungerechten Urtheilen verleiten ließen, sowie Richter, welche zwar den Gesetzen gemäß urtheilten, aber Geschenke annahmen, mit dem Tode bestraft. Ihr Vermögen sollte jedoch an ihre Eltern übergehen dürfen. Wer einen Richter fälschlich anklagte, ungerecht geurtheilt zu haben, sollte das Leben verlieren. In späteren Zeiten wurden statt dieser strengen Strafen mildere, und zwar Geldbußen auferlegt. Der bestochene Richter mußte dreimal 12 Sol. zahlen, der falsche Ankläger hatte 6 Sol. an den durch seine Beschuldigung beleidigten Richter und außerdem 12 Sol. zu entrichten.

Bei den Salischen Franken sollten Richter, welche der Aufforderung streitender Parteien, ihre Rechtssache zu entscheiden, nicht nachkommen wollten, nach dem Grade ihrer Renitenz mit Geldbußen von 3 bis 15 Solidi bestraft werden. Richter, denen eine Ungerechtigkeit nachgewiesen wurde, zahlen 15 Solidi. Wer sie fälschlich wegen Bestechung anklagte, mußte jedem derselben 15 Sol. Strafgeld entrichten.

Bei den Ripuariern sollten Richter, die sich bestechen ließen, das Leben verlieren. [10])

Wenn ein Richter aus Habsucht das fredum vor Zahlung der Composition fordert, so sollte er zur Strafe seinen Antheil am fredum verlieren; $^2/_3$ sollten an den Denunzianten und $^1/_3$ an den Fiscus fallen.

Auch die Richter (Rachinburgen) verfielen in Strafe, wenn sie gesetzwidrig verfuhren; sie büßten mit 15 Solidi. Ebensoviel Strafgeld und zwar an jeden der Rachinburgen zahlte derjenige, der ein Urtheil derselben ohne Grund angefochten hatte.

Bei den **Baiern** mußte ein Richter, der sich durch Geschenke bestechen ließ, dem durch ihn Beschädigten den doppelten Betrag ersetzen und außerdem 40 Sol. als Strafe an den Fiscus zahlen.

Wer durch die falsche Sentenz gewann, mußte das so Gewonnene herausgeben. [11])

Die **Baiern** hatten noch folgende seltsame Bestimmung:

„Wenn ein Richter, durch teuflischen Gewinn bestochen, einen zum zweiten oder dritten Male überführten Dieb freilößt, so soll er vor den Augen Gottes und der Engel als Theilnehmer des Diebstahls angesehen werden und das Gestohlene so ersetzen, als wenn er selbst den Diedstahl begangen hätte.“ [12])

Schlechte Advokaten und Richter sollten entfernt und an ihre Stelle solche gesetzt werden, welche die Fähigkeit und den Willen besäßen, gerechte Justiz auszuüben.

Bei den **Ostgothen** sollte der Richter, welcher Geld annahm, damit er gegen die Gesetze urtheile, mit dem Tode bestraft werden. [13])

Bei den **Westgothen** büßte der Richter für absichtliche Ungerechtigkeit mit doppeltem Ersatz des Schadens an den Verletzten. Reichte dazu sein Vermögen nicht aus, so wurde er dessen Höriger oder erhielt öffentlich 50 Geißelhiebe. Nahm der Richter oder sein Stellvertreter vor der Composition mehr, als der ihnen gesetzlich gebührende Antheil betrug, so sollten sie zur Strafe auch das verlieren, was ihnen gesetzlich zustand. Wer sich unbefugt zum Richter aufwarf oder in fremde Gerichtssprengel eingriff, büßte mit 1 Pfund Gold und mußte überdies den zugefügten Schaden doppelt ersetzen.

Es fand in Föllen, wo die unterliegende Partei sich nicht beruhigen wollte, Appellation an den König statt. Wenn jedoch der an den König Gehende die Ungerechtigkeit des Urtheils nicht erweisen konnte, so mußte er dem Richter ebensoviel zahlen, als demselben zur Last gefallen wäre, wenn er ungerecht geurtheilt hätte. War er nicht zahlungsfähig, so erhielt er öffentlich und in Gegenwart des Richters 100 Geißelhiebe.

Bei den westgothischen und lombardischen Römern wurden die Richter mit Strafen bedroht, wenn sie die Vorschriften des Landesherrn nicht beachteten. [14])

Bei den Merwoingern schärfte (560) König Chlotachar I. den Richtern strenge Beobachtung der erlassenen Kapitularien ein. [15]) Richter, welche ungerechter Weise einen Angeklagten verurtheilten, sollten von den Bischöfen bestraft werden. [16] Ungetreue Richter bedrohte er mit dem Tode. [17])

In demselben Geiste verfuhr später Childebert mit äußerster Strenge.

Nach einer Bestimmung Chlotachars II. aus dem Jahre 615 mußte der Richter für Alles, um was er Andere böswillig gebracht hatte, mit seinem Vermögen haften.

Die Karalinger widmeten bei ihren Bestrebungen, die Verwaltung des Reiches zu ordnen, der Rechtspflege große Aufmerksamkeit.

Schon Pipin empfahl den Richtern Billigkeit, und bestimmte in einem Capitulare aus dem Jahre 768 freien Zutritt für Alle, die an ihn appellirten. [18])

In Capitularien aus den Jahren 789, 802 und 803 suchte Karl der Große durch strenge Beaufsichtigung der richterlichen Beamten allen Ungerechtigkeiten und Bestechungen vorzubeugen.

Die Richter, so verordnete er, sollen nach Gesetz, nicht nach Willkür sprechen, auch der Comes und seine Vertreter sollen die Gesetze kennen.

Die Richter sollen weder durch Gunst, noch durch Furcht sich bestimmen, oder gar durch Belohnungen sich bestechen lassen.

Wer Bestechung annimmt, verfällt dem Bann; der Comes verliert in diesem Falle seine Stelle.

Im Jahre 811 befiehlt er den Reichsbeamten und Bischöfen, die Armen nicht zu drücken. Um jeder Verkürzung derselben vorzubeugen, bestimmte er im Jahre 813, daß Richter, welche Sachen von Armen kaufen wallten, es nur öffentlich vor dem Bischof thun durften.

Karl der Große erwarb sich ein großes Verdienst um die Rechtspflege besanders dadurch, daß er aus einer schon früher, aber nur von Zeit zu Zeit vorkommenden Einrichtung eine stehende machte, indem er Sendgrafen ernannte, welche gewissermaßen als Stellvertreter des Königs das Ansehen desselben gegen die Grafen und Bischöfe schützen und die Rechtspflege beaufsichtigen sollten. [19])

Gegen unredliche Schöffen erließ **Ludwig der Fromme** im Jahre 829 eine Strafandrohung. Der Schöffe, welcher aus Freundschaft oder für Geld ungerecht gerichtet hatte, sollte vor den König gebracht werden. [20])

Diese historischen Thatsachen muß man sich vergegenwärtigen, wenn man das Lob vernimmt, das die Antisemiten den Sitten und Rechtsanschauungen der alten Deutschen spenden. So lange wir eine Kenntniß von den alten Deutschen haben, vernimmt man Klagen über die Unzulänglichkeit der Richter. Daß es nach der Reception des römischen Rechts im 15. und 16. Jahrhundert in Deutschland nicht besser wurde, lehrt die Geschichte.

Im Jahre 1493 schrieb Pierre de Froissard:

„. . . Allgemein sind die Klagen darüber, und die Zustände lassen diese Klagen als ganz degründet erscheinen, daß die Pflege des Rechtes, an den kaiserlichen und anderen Gerichten gar sehr zerfallen ist, und daß, wenn Urtheile ergangen sind, jede strenge und rasche Vollstreckung derselben fehlt. Darum ist auch das Fehdewesen seit lange eine so drückende Plage geworden, und das Raubritterthum macht die Straßen unsicher und kümmert sich nicht um Recht und Gerechtigkeit.“ [21])

Für die Behandlung der Geschäfte am Hofe und im Gerichte galt, wie ein Frankfurter Abgeordneter aussagt, der Grundsatz: „Viel Geld, kurze Zeit; wenig Geld, lange Zeit.“ [22])

„Deutschland habe Reichthum und Ueberfluß an allem Guten,“ erörterte **Johannes von Lysura** in einer auf dem Regensburger Reichstage vom Jahre 1454 gehaltenen Rede, „aber das Unglück sei, daß ihm der Friede fehle; wegen der schlechten Bestellung der Rechtspflege sei das Reich erschüttert und zerrüttet.“ [23]) „Welcher Schmuck, welche Würde,“ fragte höhnisch **Johann Reuchlin**, „kann in einem Studium liegen, das an der Erklärung einzelner Punkte und Buchstaben klebt; wie kann man eine Wissenschaft achten, in der Jeder eine Begründung seiner Rechte und Ansprüche zu finden glaubt, aus der man lohnenden Gewinn zu ziehen sich bemüht.“ „Für jeden nicht auf Ruhm und Reichthum, sondern auf Höheres und Edleres gerichteten Menschen steht die juristische Wissenschaft niedriger, als irgend ein Handwerk.“ [24]) Und **Jacob Wimpheling** sagt: „Es giebt Professoren des Rechtes, die sich nicht entblöden, ihre Zuhörer auf die künstlichen Wege aufmerksam zu machen, wie sie vermittelst des Rechtes zu Geld und Gut gelangen können.“ [25])

Damals gab es auch ein Sprüchwart: „Ein Jurist, ein böser Christ.“ Das war bereits im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts im Volksmunde geläufig. [26]) Und **Jacob Wimpheling** urtheilt weiter:

„Die Juristen fangen an, Alles zu überfluthen, sich überall einzudrängen und in geistlichen nicht minder wie in weltlichen Dingen sich Geltung zu verschaffen. Ihr Einfluß ist um so verderblicher, weil sie, selbst gierig nach Geld und Gut, diese Gier bei den großen Kaufleuten und anderen Volksaussaugern beschönigen und fördern, und der tyrannischen Fürstenmacht sich dienstbar zu machen beflissen sind, indem sie den Fürsten Anweisung geben, sich über die Rechte und Freiheiten der Landesangehörigen hinwegzusetzen und durch immer neue Steuern sich zu bereichern. Denn mächtiger noch als im Gericht, sind sie im Rathe der Fürsten, wo sie schon viel länger im Geheimen wirken und Alles umkehren und verwirren, was durch die Weisheit der Vorfahren geordnet worden und zu Recht bestand. [27])

. . . „Das Reich und seine Ehre ist für die rechtsgelehrten Räthe wie nicht vorhanden, wenn dafür Geld gegeben oder Kriegshülfe geleistet werden soll." [28])

„In unserer Zeit", sagte der Leipziger Professor Christoph Hegendorfinus im Jahre 1529, „lächelt die Jurisprudenz Alle so an, daß Jeder ein Rechtsbeflissener zu werden wünscht; die Meisten werden zu diesem Studium angetrieben durch Gier nach Geld oder aus Ehrgeiz; außer demselben werden fast keine anderen Studien mehr geliebt." „Die juristischen Vorlesungen", heißt es in einem im Jahre 1540 erschienenen „Dialog über das Studium des Rechtes" von Johann Apel, „zählen nicht wenige Zuhörer, weil dieses Studium größeren Reichthum und Glanz verspricht als die Theologie oder die Medein; sie zählen Edle und Unedle, Patricier und Plebejer, Geistliche und Laien, Knaben, Jünglinge und häufig Vierzigjährige, indem der Eine dem Ruhm, der Andere dem Reichthum, ein Dritter dem Broterwerb nachgeht." In Heidelberg erging im Jahre 1551 die Klage, daß durch die Jurisprudenz jedes andere wissenschaftliche Streben an der Universität in den Hintergrund gestellt werde.[29])

Viele Geistliche vernachlässigten damals das Studium der Theologie und widmeten sich ausschließlich dem Studium der Rechte, weil sie auf diese Weise viel leichter einträgliche Stellen erlangen konnten.[30])

Der Jurist Stintzing faßt in seiner „Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft" (München 1880, S. 72 ff) sein Urtheil über die Rechtszustände der judenreinen Reformationszeit wie folgt zusammen:

„Gewaltsam und rücksichtslos ward vielfach das heimische Recht in der Anwendung dem römischen geopfert, das Rechtsgefühl durch rabulistische Fertigkeit überwunden. Ehrgeiz und Gewinnsucht der Doktoren waren wirksame Bundesgenossen für die steigenden Ansprüche der Landesherren. Und in den unteren Schichten des Juristenstandes fand sich eine unsaubere Gesellschaft zusammen, deren Treiben uns Zasius, Melanchthon, Jacob Köbel und Andere schildern. Ansehen und Reichthum, heißt es, stelle die Jurisprudenz in Aussicht; Ehrgeiz und Habsucht führe ihr Jünger in Menge zu. Wenige nur wählten sie aus edlen Motiven; daher sei sie zu einer gemeinen Fertigkeit herabgesunken, zu streiten und einen Streit aus dem andern zu entspinnen."

[1]) Probert, the ancient laws of Cambria London 1823, S. 280 f.
[2]) Ders., S. 293 f.
[3]) Reinhold Schmid, die Gesetze der Angelsachsen. Leipzig, 1832. I. c. S. 37.
[4]) Ders., I. c. S. 37.
[5]) Ders., I. c. S. 37.
[6]) Ders. I. c. S. 78 f.
[7]) Graugens „Gerichtswesen" tit. 25. II. E. 72 f.
[8]) Dahlmann, Geschichte von Dänemark. I. c. II. S. 213
[9]) Wilda, Geschichte des deutschen Strafrechts. Halle 1842. I. c. S. 982.
[10]) Dr. L. Freund, Lug und Trug unter den Germanen. Berlin 1863. S. 182.
[11]) Ders., S. 182 f.
[12]) Ders., S. 183.
[13]) Ders., S. 184.
[14]) Ders., S. 184 f.
[15]) Ders., S. 224.
[16]) Ders., S. 224
[17]) Ders., S. 225.
[18]) Ders., S. 225.
[19]) Ders. S. 225 f.
[20]) Ders. S. 226.
[21]) Joh. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes. Freiburg i. B. I. 450.
[22]) Ders., I. 453.
[23]) Ders., I. 454.
[24]) Ders., I. 473.
[25]) Ders., I. 479.
[26]) Ders., I. 483.
[27]) Ders., I. 486.
[28]) Ders., I. 494.
[29]) Ders., VII 258 f.
[30]) Ders., VII. S. 258.

Sonst und jetzt.

Wie Liebermann v. Sonnenberg in der „Antis. Correspondenz" vom 14. Mai 1896 erklärt (s. Nr. 20. der „Mittheilungen"), sind die „ungeheuerlichen Beschuldigungen" des „unglücklichen" Karl Paasch gegen ihn „Ausgeburten einer krankhaften, schmutzigen Phantasie". Wie schrieb die „Antis. Corresp." vor den Angriffen Paaschs gegen seine Parteigenossen über diesen Mann? Nur eine kleine Blumenlese aus dem Jahrgang 1891: Nr. 158 (Referat über Dr. Erwin Bauers Vortrag): „Der verdiente und muthvolle Vorkämpfer unserer antisemitischen Bewegung". „Das Werk (Paaschs) ist mit scharfem und klarem Geiste, immer von großen Gesichtspunkten ausgehend, geschrieben, wie überhaupt Herr Paasch vor seiner Inhaftnahme allseits als ein geistig hervorragender Mann bezeichnet wurde".

Es wird ein Brief Rohlings an Paasch mitgetheilt, in dem R. schreibt, daß P.'s Buch „Gold" sei. Dr. Bauer fährt wörtlich fort: Sie können daraus ersehen, wie dieser hervorragende Gelehrte über das Buch und den Geisteszustand von Carl Paasch dachte. Sein Urtheil wird vielleicht noch einmal für Carl Paasch von Bedeutung sein gegenüber den Erkenntnissen jüdischer Irrenärzte in Berlin!"

Daß Liebermann v. Sonnenberg einst an die Stelle jüdischer Irrenärzte treten würde, hat Dr. Bauer wohl nicht vorausgesehen. — Nr. 159. „Paasch ist geistesgesund. Das ist durch die Entlassung festgestellt. Die Nachricht davon hat die Judenblätter arg verschnupft. Es paßte gar nicht in ihren so hübsch eingeleiteten Plan, Paasch allmählich mit der Miene des wohlwollenden Mitleids in der Versenkung verschwinden lassen" u. s. w. Nr. 158. „Hervorragend ist aber besonders das bei diesem geistreichen Schriftsteller bereits bekannte Hineintragen großer Gesichtspunkte". Das genügt.

Ahlwardt in Amerika.

Der erste Verein in Amerika, welchem die zweifelhafte Ehre bestimmt war, Rector Ahlwardt als Mitglied aufzunehmen, ist der „Deutsche Veteranen-Bund von 1870/71", dessen Versammlungslocal sich in New-York Nr. 333 Bowery befindet.

Herr Ahlwardt schrieb einen Brief an den Secretär, worin er um Aufnahme in den Bund ersuchte. Die regelmäßige Versammlung des Bundes fand am Dienstag, den 5. Mai, im Versammlungslocal statt und Herr Ahlwardt sollte sich mit anderen Candidaten zur Ballotage mit seinem Abschied in der Tasche einfinden. Doch erschien Ahlwardt nicht und wurde über mehrere andere Candidaten günstig ballotirt.

Ein Berichterstatter des New-Yorker „Morgen-Journals" suchte den Caplan des Bundes, John A. Wagner, der der Versammlung beigewohnt hatte, auf. Herr Wagner äußerte sich dem Berichterstatter gegenüber wie folgt: „Ich habe gehört, daß Herr Ahlwardt um seine Aufnahme in den Bund nachsuchte und wäre er als unbescholtener Veteran auch zur Aufnahme berechtigt. Doch wird er, meiner Ansicht nach, nicht viel Glück damit haben, da seine antisemitische Tendenz gegen den Geist unseres Bundes ist. Ich z. B. würde ganz entschieden gegen die Aufnahme protestiren, da ich keinen Rassenunterschied kenne, und wie ich denke, so denken die meisten Kameraden. Wir wollen Frieden haben und keinen Zank, und dann würde entschieden Unfriede in unsere Reihen kommen. Ich feierte gestern im Kreise meiner Kameraden meinen 50. Geburtstag und habe niemals einen Unterschied zwischen Jude, Christ, Mohamedaner oder irgend einer Religion gekannt oder gemacht".

*

Ahlwardt als Arbeiterfreund. Der „Rector aller Deutschen" giebt drüben in New-York ein Antisemitenblättchen heraus, will aber den Schriftsetzern die tarifmäßigen Löhne nicht bezahlen, weshalb die zuständige Gewerkschaft, die deutsche „Typographia Nr. 7", die Druckerei sperrte. Ahlwardt's Wochenblatt „Der Antisemit" enthielt nun in seiner letzten Nummer einen gegen die Typographia Nr. 7 gerichteten Artikel unter der Ueberschrift „Ungerechter Angriff", in welchem sich der Rector a. D. weiß zu waschen suchte und das Vorgehen der Typographia Nr. 7 als ein ungerechtes bezeichnete.

Daraufhin hat der Vorsitzende der „Typographia Nr. 7" eine Berichtigung an das New-Yorker „Morgen-Journal" gesandt, in der es u. A. heißt (7. Mai):

. . . Die Geschichte scheint den angeblich „vollen" Geldbeutel der Herausgeber stark in Mitleidenschaft gezogen zu haben, und so kam man auf die Idee, eine Druckerei mit „eigenen vertrauenswürdigen" Leuten zu errichten. Zu diesem Zwecke kaufte man, und zwar durch Vermittelung des Buchdruckers Albrecht, welcher angeben mußte, die Schrift werde zur Herausgabe einer „religiösen" Zeitung gebraucht, die Schrift von der selig entschlafenen „Hoboken Abendpost" von dem „Juden" Auerbach, von dem Grundsatze ausgehend: „Wenn man ein Geschäftchen machen kann, ist das Prinzip Nebensache!" Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte Herr Ahlwardt: „Die Schrift ist billig und ich habe wenig Geld; übrigens braucht es ja Niemand zu wissen!" Um nun auch bei der technischen Herstellung sparen zu können, engagirte man den schon erwähnten Herrn Albrecht, angeblich Mitglied der Association und pecuniär (?) betheiligt, welcher es später, wenn recht viele Extra-Arbeiten kommen, auf den Unionlohn bringen kann; die zweite „vertrauenswürdige Person" ist ein Lehrling, welcher Nachts die Office vor den Angriffen der Juden zu schützen hat. Daß der Unionlohn nicht bezahlt wird, geht schon daraus hervor, daß einem unserer Mitglieder, der in der ersten Woche aushelfen sollte, 12 Dollar geboten wurden, was dieser selbstverständlich ablehnte. Die Arbeitszeit ist eine unbeschränkte, d. h. bis in die Nacht hinein, wie von einem Comitee festgestellt wurde.

Durch diese Transaction kamen die zwei Mitglieder der Typographia Nr. 7, welche an dem Blatte bisher beschäftigt waren, außer Arbeit und müssen dieselben nun unterstützt werden. Die Typographia Nr. 7 verlangte nun, wenn der „Anti-Semit" noch ferner als Union-Druckerei gelten wolle, daß dies unter den bisherigen Bedingungen geschehen müsse, d. h. die Leute, welche das Blatt bisher fertiggestellt haben, müßten auch ferner beschäftigt werden. Diese gewiß gerechte Forderung lehnte Herr Ahlwardt ab mit der Motivirung, daß ja die neuen Leute bereit seien, sich der Union anzuschließen. Auf diese faule Ausrede konnte sich die Typographia Nr. 7 nicht einlassen, da erstens der in Betracht kommende Gehilfe im vorigen Jahr in der „Hoboken Abendpost" gegen uns gekämpft und wir in Folge dessen auch keine Garantie hätten, daß die Unionregeln eingehalten würden, und zweitens handelt es sich für uns darum, daß unsere Leute ihre Plätze behalten sollen. Die Behauptung, daß die jetzt im „Anti-Semit" beschäftigten Leute „im Vertrauen auf Herrn Ahlwardt ihre bisherigen Stellen aufgegeben", ist einfach eine Unwahrheit, da dieselben überhaupt keine Arbeit hatten.

Dies der wahre Sachverhalt. Auf die übrigen von Herrn Ahlwardt aufgestellten Behauptungen, daß der gegen den „Anti-Semit" beschlossene Kampf Seitens der Union eine Judenmache, daß die nicht jüdischen Mitglieder der Typographia nach und nach zurückgedrängt werden, daß Herr Ahlwardt sein Unionprincip nach wie vor hochhalten werde, lohnt es sich gar nicht, zu antworten, denn in der Typographia giebt es weder Juden, noch Christen oder sonstige Heiden, sondern nur Unionmitglieder und die Union wird ihr Hauptprincip: „Die materielle Besserung und die geistige Hebung ihrer Mitglieder" hochhalten, trotz der Hetzereien Ahlwardt's, denn ein Mann, der fortgesetzt auf die „Juden" schimpft, aber doch seine eigene Druckerei bei einem „Juden" kaufte, um ein Geschäftchen zu machen, hat weder das Recht, Arbeiter-Organisationen oder Andersdenkende zu beschimpfen, noch wird derselbe es fertig bringen, seine Hetzereien auch auf die Arbeiter-Organisationen und speciell auf die Typographia Nr. 7 ausdehnen zu können.

Executive der Typographia Nr. 7.
Otto Delle, Vorsitzender.

Eine klerikal antisemitische Demonstration in Paris.

Am 17. Mai veranstaltete Abbé Garnier, so meldet die „N. fr. Presse," um der Agitation für die Einführung eines nationalen Festtages zu Ehren der Jungfrau von Orleans Nachdruck zu geben, eine große Kundgebung der katholischen Jugend von Paris vor der Statue der Jeanne d'Arc auf dem mächtigen Pyramidenplatze. Mehr als 5000 Personen fanden sich vor der Statue ein. Die Studenten des Collége Saint Stanislas waren ausgerückt. Abbé Joussagrioes wollte eine Rede halten, was die Polizei verhinderte. Der Abbé begnügte sich damit, zu schreien: „Es lebe die gute Lothringerin!" Die Menge rief: „Es lebe der König!" Um 6 Uhr erschien Abbé Garnier mit 800 Studirenden mit einer Tricolore, welche die Inschrift trug: „Das Nationalfest für Jeanne d'Arc". Die Menge rief: „Es lebe die Jungfrau! Es lebe das Nationalfest! Frankreich den Franzosen!" Es wurde eine Resolution zu Gunsten der Einführung des Festtages angenommen. Nun nahm die Kundgebung einen andern Charakter an. Die Menge schrie: „Nieder mit den Juden!", und dieselbe zog nun in mehreren Gruppen nach den Boulevards. Ein Theil begab sich vor die Redaction des „Intransigeant", um gegen Rochefort zu demonstriren. Die Menge rief: „Conspuez Rochefort! Nieder mit dem Revolutionär!" Ein Versuch, in das Haus Rochefort's einzudringen, wurde von der Polizei verhindert. Ein anderer Theil begab sich vor die antisemitische „Libre Parole, wo Drumont auf dem Balcon die Menge bereits erwartete. Hier riefen die Leute: „Hoch die Jungfrau!" Drumont hielt eine kurze Rede, welche mit den Worten schloß: „Frankreich den Franzosen!" Mehr als hundert Sicherheitswachmänner zerstreuten die Manifestanten. Dieselben sammelten sich jedoch wieder und riefen: „Hoch die Jungfrau! Nieder mit den Juden!„ Ein Ruf gab das Signal, vor dem Palais Rothschild zu demonstriren. Man schrie: „Zu Rothschild in die Rue Lafitte!" Die Menge nahm dies beifällig auf, und etwa 600 Menchen zogen von der Redaction der Libre Parole in die Rue Lafitte zu Rothschild, immer laut schreiend: „Nieder mit den Juden!" In kaum einer Viertelstunde säuberte die Polizei die Rue Lafitte. Es wurden 28 Verhaftungen vorgenommen. Bei der Balgerei mit der Polizei erhielt der Sicherheitsagent Noël einen Hieb mit dem Stocke von dem sich widersetzenden Studenten Heinrich Simon. Der Agent wurde an der Hand schwer verletzt und Simon arretirt.

Nachdem die Menge sich zerstreut hatte, begab sich Abbé Garnier in die Capelle im Faubourg Montmartre. Hier hatten sich viele Leute angesammelt, welche den Abbé insultirten und ihm zuriefen: „Es lebe Rochefort:" Endlich konnte Garnier in die Kirche eintreten, wo er eine Predigt über die Jungfrau von Orleans hielt.

Rochefort bespricht in einem Artikel des „Intransigeant" diese Vorgänge und greift jene Eltern an, welche ihre Kinder dem Collége Stanislas anvertrauen, wo dieselben verdorben werden. Es zeige sich jetzt, daß ein Ministerium der Pfarrer regiert. Die Pfaffen haben einst Jeanne d'Arc als Ketzerin und Hexe verbrannt, heute führen sie dieselbe in ihre abgeschmackte Gesellschaft ein. Es ist ein Glück für die clericalen Agitatoren, welche Demonstrationen auf der Straße veranstalten, daß ganz Montmartre gestern im Bois war, denn sonst wären die Soutanenträger beschädigt von dem Tumult zurückgekehrt, welchen sie selbst provocirt haben.

Hierzu bemerkt die katholische „Köln. Volksztg.":

„Bedenklich erschien uns, daß dieselbe Kundgebung in einer Huldigung für einen scandalsüchtigen Journalisten gipfelte, für jenen Drumont, für den unlängst noch als angeblich unschuldig Verfolgten durch sein mit einer Dornenkrone versehenes Bild die ekelhafteste aller Reklamen gemacht worden ist. Nichts Widersinnigeres, als eine solche Persönlichkeit als Vorbild und Lehrer der Jugend hinzustellen: der katholische Gedanke kann durch eine Berührung mit dergleichen nicht mehr gewinnen, als durch jene mit dem Theater-Boulanger."

Emile Zola über den Antisemitismus.*)

Seit einigen Jahren verfolge ich den Feldzug, den man in Frankreich gegen die Juden zu unternehmen versucht, mit wachsendem Erstaunen und Abscheu. Derselbe erscheint mir als eine Ungeheuerlichkeit, ich meine als ein jeden gesunden Menschenverstandes, jeder Wahrheit und jeder Gerechtigkeit entbehrendes Beginnen, als eine unsinnige Verblendung, welche uns um Jahrhunderte zurückwerfen

würde, als ein Unterfangen, das sein Ende finden würde in der schlimmsten aller Verirrungen, in einer religiösen Verfolgung, welche die Länder mit Blut überzieht. Ich will mich deutlicher ausdrücken. Zunächst: wessen klagt man denn die Juden an, was wirft man ihnen vor? Manche Leute, sogar Freunde von mir, behaupten, daß sie dieselben nicht ausstehen können, daß sie nicht ihre Hand berühren können, ohne daß ihnen die Haut vor Widerwillen erschaudert. Es ist dies der physische horror der Rassenabneigung des Weißen gegenüber dem Gelben, des Rothen gegenüber dem Schwarzen. Ich lasse ununtersucht, ob sich nicht in diese Abneigung der aus alter Zeit stammende Groll des Christen gegen den Juden mischt, „der seinen Gott gekreuzigt“, ein tausendjähriger Atavismus von Verachtung und Rachedurst. Schließlich ist der physische horror allenfalls ein Grund, ja, der einzige, denn man kann den Leuten nichts antworten, die uns sagen: „Ich verabscheue sie, weil ich sie verabscheue, weil schon der Anblick ihrer Nase mich außer mir bringt, weil mein ganzes Ich sich aufbäumt bei dem Gefühle, daß sie verschieden und uns entgegengesetzt sind.“ Aber in Wirklichkeit ist diese Rassenfeindschaft als Grund nicht ausreichend; denn dann laßt uns nur tief in die Wälder zurückkehren, laßt uns den wilden Krieg der Art gegen die Art wiederbeginnen, laßt uns einander zerfleischen, weil wir nicht denselben Laut von uns geben und anders geartetes Haar haben! Die Anstrengung der Civilisation besteht gerade darin, das thierische Verlangen, das sich auf seinen Nebenmenschen stürzt, wenn er nicht ganz und gar ähnlich ist, auszulöschen. Im Laufe der Jahrhunderte ist die Geschichte der Völker nur eine Lehre gegenseitiger Toleranz, so daß der letzte Traum darin bestehen wird, sie zu einer allumfassenden Brüderlichkeit hinzuführen, sie zu erfüllen mit einer gemeinsamen Zärtlichkeit, um sie so weit wie möglich dem gemeinsamen Schmerze zu entreißen. Heute sich hassen und sich vernichten, weil man nicht einen genau ebenso gebauten Schädel hat, ist nahezu die monströseste Verrücktheit.

Ich gehe zu der ernsteren Anklage über, welche besonders von sozialer Bedeutung ist. Und ich fasse das Sündenregister kurz zusammen, indem ich die großen Züge bezeichne. Man beschuldigt die Juden, daß sie eine Nation innerhalb der Nation bilden, abseits das Leben einer religiösen Kaste führen und so über die Grenzen hinweg eine Art internationaler Secte, ohne wirkliche Heimath ausmachen, fähig, eines Tages, wenn sie den Sieg davon getragen, die Hand auf den Erdball zu legen. Die Juden heirathen untereinander, bewahren inmitten der modernen Auflösung sehr enge Familienbande, unterstützen und helfen einander und zeigen in ihrer Abgeschlossenheit eine außergewöhnliche Widerstandskraft und die Fähigkeit langsamer Eroberung. Insbesondere aber seien sie vom Hause aus practisch und klug, bringen das Bedürfniß nach Gewinn mit auf die Welt, eine Liebe für das Geld, einen wunderbaren Geschäftsgeist, Eigenschaften, welche in weniger als hundert Jahren enorme Reichthümer in ihren Händen angehäuft hätten und ihnen die Herrschaft zu sichern scheinen zu einer Zeit, wo das Geld der Herrscher ist. Zugegeben, daß dies Alles wahr ist. Allein wenn man eine Thatsache feststellt, muß man sie auch erklären. Man muß hinzufügen, daß die Juden, wie sie heute sind, unser Werk sind, das Werk unserer achtzehnhundertjährigen unsinnigen Verfolgung. Man hat sie abgeschlossen in erbärmliche Stadtviertel, wie die Aussätzigen, und da ist es kein Wunder, daß sie für sich allein gelebt, alle ihre Traditionen festhielten, die Familienbande enger und enger zogen, Besiegte blieben bei den Siegern. Man schlug, beleidigte, kränkte sie mit Ungerechtigkeiten und Gewaltacten, und kein Wunder, daß sie, ohne sich dessen bewußt zu sein, die Hoffnung auf eine ferne Vergeltung im Herzen bewahrten, den Willen, Widerstand zu leisten, sich zu erhalten und zu siegen. Insbesondere hat man ihnen zum Schimpf die Domäne des Geldes preisgegeben, welche man verachtete, und schuf so Händler und Wucherer aus ihnen, weshalb es wieder nicht Wunder nehmen kann, daß man sie, als die Herrschaft der rohen Gewalt der der Intelligenz und der Arbeit Platz machen mußte, als Herren der Capitalien vorfand mit geschmeidigem und durch jahrhundertjährige Erblichkeit geschärften Verstande, vollständig zur Uebernahme der Herrschaft bereit. Und heute, voll Bestürzung über dieses Werk der Verblendung, zitternd beim Anblick dessen, was die sectirerische Wuth des Mittelalters aus den Juden gemacht hat, ersinnt Ihr nichts Besseres, als zum Jahre 1000 zurückzukehren, die Verfolgungen wieder aufzunehmen, von Neuem den „heiligen Krieg“ zu predigen, damit die Juden gequält, beraubt, zu Paaren getrieben werden mit der wüthigen Gier in der Seele, daß sie als besiegtes Volk unter dem siegreichen Volke behandelt werden. Wahrhaftig, Ihr seit gescheite Gesellen und entwickelt da einen netten sozialen Gedanken!

Wie! Ihr seit mehr als zweihundert Millionen Katholiken, man zählt kaum fünf Millionen Juden, und Ihr zittert, Ihr ruft nach der Polizei, Ihr erhebt ein erschreckliches Angstgeheul, als wenn Räuberhorden sich über das Land gestürzt hätten. Das nenne ich Muth! Die Bedingungen des Kampfes erscheinen mir annehmbar. Was die Geschäfte betrifft, — warum kann man nicht ebenso klug und stark sein wie sie? Während des Monats, den ich zur Börse ging, um zu versuchen, etwas von dem dortigen Treiben zu verstehen, sagte mir ein katholischer Bankier, als die Rede auf die Juden kam: „Ja, sie sind stärker als wir, sie werden uns immer schlagen.“ Wenn dies wahr wäre, so wäre es in der That erniedrigend. Aber warum sollte es wahr sein? Mag auch die Gabe vorhanden sein, Arbeit und Vernunft vermögen trotzdem Alles. Ich kenne bereits Christen, welche ganz ausgezeichnete „Juden“ sind. Die Bahn ist frei, und wenn sie Jahrhunderte dazu gehabt haben, das Geld lieb zu gewinnen und es verdienen zu lernen, so muß man ihnen eben darin folgen, ihre diesbezüglichen Eigenschaften sich aneignen, sie mit ihren eigenen Waffen schlagen. Mein Gott! Man muß aufhören, sie ohne Grund zu beleidigen, man muß sie besiegen, indem man ihnen überlegen ist. Nichts ist einfacher als das, und zwar ist dies gerade das Gesetz des Lebens.

Welch' stolze Genugthuung müssen sie wohl bei dem Angstschrei, das Ihr ausstoßet, empfinden! Nur eine winzige Minorität zu bilden und doch eine derartige Kampfbereitschaft zu wecken! Jeden Morgen zerschmettert Ihr sie, schlagt Ihr voll Verzweiflung den Generalmarsch, als ob die Stadt Gefahr liefe, im Sturme genommen zu werden! Wenn man auf Euch hörte, müßte man das Ghetto wiederherstellen, würden wir wieder die Judengasse haben, die man Abends mit Ketten verschließt. Das wäre was Schönes, diese Quarantäne inmitten unserer offenen freien Städte! Ich verstehe, daß sie sich nicht aufregen und daß sie fortfahren, auf allen unseren Geldmärkten zu triumphiren; denn die Beleidigung ist wie der Pfeil der Sage, der zurückschnellt und das Auge des bösen Bogenschützen blendet. Fahret daher fort, sie zu verfolgen, wenn Ihr wollt, daß sie fortfahren, zu siegen!

Wirklich, Ihr seid noch bei der Verfolgung? Ihr habt noch die wunderliche Einbildung, daß man Menschen unterdrückt, indem man sie verfolgt? Nun, gerade das Gegentheil ist der Fall: nichts ist groß geworden, das nicht mit dem Blute seiner Märtyrer besprengt worden wäre. Wenn es noch Juden giebt, so seid Ihr Schuld daran. Sie waren verschwunden, sie hätten sich verschmolzen, würde man sie nicht gezwungen haben, sich zu vertheidigen, sich zusammenzuschließen, sich auf ihre Rasse etwas einzubilden. Und heute noch kommt ihre thatsächliche Macht von Euch, welche Ihr durch Eure Uebertreibung fühlbar macht. Man schafft schließlich eine Gefahr dadurch, daß man jeden Morgen ihre Existenz behauptet. Indem man immer und immer wieder dem Volke eine Vogelscheuche zeigt, schafft man das reelle Monstrum. Sprecht daher nicht mehr von ihnen, und sie werden aufhören zu sein! An dem Tage, wo der Jude nur noch ein Mensch ist, wie wir, ist er unser Bruder.

Ja, gerade die entgegengesetzte Taktik erweist sich als die richtige. Wir müssen die Arme ganz weit öffnen, müssen die durch das Gesetzbuch anerkannte Gleichheit im sozialen Leben verwirklichen, müssen sie liebend umfangen, um sie aufzufangen und mit uns zu verschmelzen, müssen uns um ihre Eigenschaften bereichern, weil sie dieselben besitzen, müssen dem Rassenkampfe Einhalt gebieten dadurch, daß wir die Rassen kreuzen. Wir müssen sie zu Mischheirathen drängen, müssen den Kindern einschärfen, die Väter auszusöhnen. Darin allein besteht das Werk der Einigung, das menschliche und befreiende Wirken.

Der Antisemitismus ist in den Ländern, in welchen er eine wirkliche Bedeutung hat, immer nur die Waffe einer politischen Partei oder das Ergebniß einer schwierigen öconomischen Lage. In Frankreich jedoch, wo es nicht wahr ist, daß die Juden — wie man uns glauben machen will — die uneingeschränkten Herren des Geldes und der Macht sind, bleibt der Antisemitismus ein Ding, das in der Luft schwebt ohne jegliche Wurzeln im Volke. Um den Schein einer Bewegung hervorzurufen, welche im Grunde genommen nur Lärm ist, war die Leidenschaft einiger benebelter Köpfe von nöthen, in denen ein niedriger sectirerischer Katholizismus den letzten Todeskampf führt, der durch einen Mißbrauch der Literatur bis in den Rathschilds die Abkömmlinge des Judas verfolgt, der seinen Gott verrathen und gekreuzigt habe. Ja, ich füge hinzu, daß das Bedürfniß nach Lärm, das rasende Verlangen, gelesen zu werden und eine lärmende Berühmtheit zu erwerben, sicher mitspielen bei diesem öffentlichen Anzünden und Schüren von Scheiterhaufen, deren Flammen glücklicherweise nur einfache Decoration sind. Daher auch der klägliche Mißerfolg. Wie! Seit so vielen Monaten so viele Beleidigungen, so viele Angebereien, welche die Juden täglich als Diebe und Mörder denunzieren, die Christen zu Juden machen, wenn man ihnen etwas anhaben will, die ganze Welt als Juden verfolgt, insultirt, verurtheilt. Und was bleibt? Nichts als Lärm, unanständige Zoten, niedrige zur Schau getragene Leidenschaften, kein Ereigniß, keine in Wuth gerathene Menschenmenge, kein Gehirnschädel wird gespalten, keine Scheibe zertrümmert! Unser liebes französisches Volk muß doch ein gutes, verständiges und anständiges Volk sein, da es auf diese täglichen Aufforderungen zum Bürgerkrieg nicht hört, kaltes Blut bewahrt inmitten dieser verdammungswürdigen Verhetzungen, inmitten diesem täglichen Verlangen nach dem Blute eines Juden! Nicht mehr einen Pfaffen verspeist die Zeitung an jedem Morgen zum Frühstück, sondern einen Juden, den fettesten und erlesensten, den man finden kann. Das eine Frühstück ist ebenso mittelmäßig, wie das andere, zumindest ebenso unsinnig. Und von alledem bleibt nur das Widerliche des tollsten und fluchwürdigsten aller Geschäfte, die man treiben kann, glücklicherweise auch des nutzlosesten, denn die Passanten der Straße wenden nicht einmal den Kopf darnach um und lassen die Besessenen sich austoben wie die Teufel in verwünschten Weihgefäßen.

Das Außergewöhnliche besteht darin, daß sie sich spreizen, als ob sie eine unumgänglich nothwendige und gesunde Arbeit verrichten. Ach! Die armen Wichte! Ich bedaure sie, wenn sie aufrichtig sind. Welch greulichen Schimpf werden sie auf sich laden mit dieser Fülle von Irrthümern, von Lügen, von wüthendem Neid, von übertriebener Raserei, die sie täglich anhäufen! Wenn ein Kritiker in diesen Pfuhl hinabsteigen wollte, so würde er vor Abscheu zurückschrecken und feststellen, daß hier nur religiöse Leidenschaft und aus dem Gleichgewicht gerathene Vernunft waltet. Ja, an den Schandpfahl der Geschichte wird man sie festnageln, wie soziale Verbrecher, deren Verbrechen nur fehlgingen Dank der seltenen Verblendung, in der sie begangen wurden. Denn dies verursacht mein beständiges Staunen, daß ein solcher Rückkehr zum Fanatismus, daß ein derartiger Versuch, Religionskriege anzufachen, entstehen konnte in unserer Zeit, in unserem großen Paris, inmitten unseres guten Volkes. Und dazu noch in unseren Tagen der Demokratie und der universellen Toleranz, da eine gewaltige Bewegung an allen Orten sich kundgiebt zur Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit! Wir stehen im Begriffe, die Grenzen aufzuheben, von der „Gemeinschaft der Völker" zu träumen, Religionscongresse zusammenzuberufen, damit die Priester aller Bekenntnisse sich umarmen, damit wir uns durch den Schmerz als Brüder fühlen, uns alle aus dem Elend des Lebens retten, indem wir einen einzigen Altar errichten für die menschliche Barmherzigkeit. Und da kommt nun eine Handvoll Tollhäusler, Verrückter oder Schurken, die jeden Morgen schreien: „Laßt uns die Juden tödten, sie fressen, niedermetzeln, vernichten! Laßt uns zu den Scheiterhaufen und den Dragonnaden zurückkehren!" Das nenne ich mir den richtigen Augenblick heraussuchen! Es gäbe nichts Dümmeres, wenn es nichts Verwerflicheres gäbe.

Daß in den Händen einzelner Juden bedauerlicherweise Reichthümer sich aufgehäuft haben, ist eine feststehende Thatsache. Aber das Gleiche ist bei Katholiken und Protestanten der Fall. Aufregungen der Menge auszunutzen, indem man sie in den Dienst einer religiösen Leidenschaft stellt, zumal die Juden den Anklagen der Enterbten zum Fraß hinwerfen unter dem Vorwande, daß man damit den Geldmenschen hinwirft, das ist ein heuchlerischer, verlogener Sozialismus, den man enthüllen, den man brandmarken muß. Wenn eines Tages das Gesetz der Arbeit, der Wahrheit und dem Glück Geltung verschafft, so wird es die ganze Menschheit umbilden, und es wird wenig daran liegen, ob man Jude oder Christ ist, denn die Abrechnung wird dieselbe sein, ebenso wie die neuen Rechte und Pflichten die gleichen sein werden.

Ach! Zwingen wir uns alle, an die Einheit des Menschengeschlechtes zu glauben, wenn wir den Muth haben wollen, zu leben, und im Kampfe eine Hoffnung im Herzen zu bewahren! Das ist der bis jetzt noch verworrene Schrei, der aber allmählig sich entwirren, wachsen und sich heben wird aus dem Munde aller Völker, welche es nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden hungert. Laßt uns unseren Haß entwaffnen, laßt uns nur lieben in unseren Städten, laßt uns nur lieben über die Grenzen hinüber, laßt uns daran arbeiten, die Massen in eine einzige, endlich glückliche Familie zusammenzuschmelzen! Und mag es dazu auch vieler Jahrtausende bedürfen, laßt uns trotzdem an die endliche Verwirklichung der Liebe glauben, um wenigstens damit zu beginnen, uns heute soweit zu lieben, als das Elend der gegenwärtigen Zeit es gestattet. Ja, wir wollen die Narren und Bösewichter zur Barbarei der Wälder zurückkehren lassen, sie, die sich einbilden, mit Messerstreichen Gerechtigkeit zu üben.

*) Aus dem Pariser „Figaro".

Zur Abwehr.

Zu dem Assessorenparagraphen des preußischen Richtergesetzentwurfs bemerkt das „Deutsche Reichsblatt":

Der Kammergerichtspräsident Drenkmann sagte im Herrenhause: „Ich glaube für Preußen nicht, daß bestimmte Gesellschaftsklassen von dem Richterberufe ganz ausgeschlossen werden würden; ich für meine Person muß auch sagen, daß auch nicht irgend eine Confession grundsätzlich ausgeschlossen werden darf." Herr Drenkmann für seine Person will keine Confession vom Richteramte ausschließen. Das wollen wir glauben. Aber wenn ein so hoher Beamter wie Herr Drenkmann in einer so wichtigen Frage nur für seine Person sprechen kann, so sagt er damit, daß andere noch maßgebendere Personen als er allerdings einer Confession das Richteramt nicht mehr zugänglich machen will. Und das ist auch bei der Meinung weiter Kreise im Volke des Pudels Kern in dem neuen Gesetzentwurf. Man will in gewissen Kreisen keine Juden mehr im Richteramte haben. In der Staatsanwaltschaft giebt es keinen mehr. Die paar Juden, die von Zeit zu Zeit es noch „wagen", sich diesem Zweig der Rechtspflege widmen zu wollen, werden zurückgewiesen. Auf die Staatsanwaltschaft hat man keinen Einfluß, aber auf das mit der Rechtsanwaltschaft verbundene Notariat. Der Notar ist Beamter und wird vom Justizminister ernannt. Nun kann man die jüdischen Anwälte vom Notariat nicht ganz ausschließen, weil es deren zu viele giebt. Aber wo es irgend angeht, thut man es wenigstens zeitweise. In Berlin zum Beispiel werden unter den gleichen Voraussetzungen die Anwälte einer christlichen Confession nach 8, die Anwälte jüdischen Glaubens nach 12 Jahren Notare. Nicht wahr, wenn dergleichen — um von Anderem nicht zu reden — vorkommt, hat Herr Drenkmann Recht, in diesem Punkte nur für seine Person zu sprechen. Leider ist aber seine Person wenig ausschlaggebend.

Würde die Vorlage Gesetz werden, so könnte in ganz kurzer Zeit kein Deutscher jüdischen Glaubens mehr darauf rechnen, Richter zu werden. Ein Beruf mehr, aus dem man sie herausgedrängt hätte. So zwingt man sie dazu, sich in Massen anderen Berufen zuzuwenden. Dann aber sagt man, die Juden drängen sich zu diesem oder jenem Fache und sucht wiederum Maßregeln zu treffen, es zu verhindern. Das ist der Behördenantisemitismus, der viel gefährlicher ist als der Radauantisemitismus, weil er viel schlauer seine Wege geht.

In den Kreisen der Conservativen und Antisemiten ist man sich auch durchaus klar, daß der Assessorenparagraph zumeist die Juden treffen soll. So schreibt die outisemitische „Hann. Post" vom 29. Mol: „Die praktische Zurückdrängung des Judenthums würde durch die erwähnten Bestimmungen doch sehr erleichtert werden."

Die „jungen" Christlich-sozialen und der Antisemitismus. Von einem Geistlichen, der der jüngeren christlichen Richtung nahe steht, erhält die „Voss. Ztg." (3 Juni) über die Stellung dieser Richtung zum Antisemitismus folgende Zuschrift: „Zufällig ist in diesen Tagen die neueste Nummer des „Ulk" in meine Hände gefallen, und zu meiner nicht geringen Ueberraschung fand ich darin ein Lied „Antisemitischer Rauhreif", worin höhnisch Rauh in Schutz genommen wird, da er ja offenbar die Kassen für christliche und antisemitische Zwecke bestohlen habe.. Ich habe mich fragen müssen, ob nicht gegenüber Dingen, die man nicht kennt, etwas mehr Zurückhaltung wirklich am Platze wäre. Wer die — wie man auch steht, jedenfalls interessante – jüngere christlich-soziale Bewegung etwas verfolgt hat, kann wissen, daß sie den Antisemitismus der älteren Richtung abgestreift hat. Er kann das wissen aus zahlreichen gelegentlichen Bemerkungen Naumanns in der „Hilfe", aus der Gesammthaltung dieses Blattes, sowie aus dem 1893 beschlossenen Kompromißprogramm der Alten und Jungen für die „Evangelischen Arbeitervereine", in welchem die Jungen das gänzliche Fehlen dieses Lieblingspunktes der älteren Richtung durchgesetzt haben. Das neue Buch von Paul Göhre „Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Geschichte und ihre Ziele" bringt gar in seinen Schlußauseinandersetzungen programmatische Sätze über das ablehnende Verhältniß der jetzigen jüngeren Richtung gegenüber dem Antisemitismus. Unter den sieben sozialistischen Pforrern gor, die von der „Konf. Korr." geächtet wurden — es war das, wie man sich erinnert, das erste Signal zu dem Kampf der Konservativen gegen diese ihnen in ihrer Selbstständigkeit unbequem werdende Gruppe — ist kein Antisemit, dagegen einer, der jüdisches Blut in seinen Adern hat — um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen. Und dieser eine war — Herrmann Rauh in Kladow in Pommern. Also: etwas mehr Vorsicht und Einsicht im Kampf!"

Allerhand Angriffe. I. „Freideutschland" ist ärgerlich, daß wir seine krausen Angriffe gegen Bismarck an die Oeffentlichkeit ziehen. Es sollte doch froh sein, daß es auf diese Weise an die Oeffentlichkeit kommt. Spielt es doch in Berlin die Rolle des bescheidensten Mauerblümchens. Das antisemitische Witzblatt — mehr ist es wirklich manchmal nicht — schreibt am 2. Juni über Bismarck:

Gewisse Blätter (namentlich die hies. „Staatsb. Ztg." ist stark darin!) reiten immer noch herum auf einer gänzlich verschimmelten „forschen" Judenrede Bismarcks aus den **vierziger** Jahren!!! Herr Gott, ist das lange her! Wir schreiben jetzt **1896**; und die ganze Zwischenzeit bildet seitens Bismarcks die vollständigste Verleugnung, man könnte fast sagen: den schnödesten Verrat seiner verschimmelten Judengegnerschaft aus uralter Zeit! Wie würde man es beurtheilen, wenn z. B. ein Kopernikus, der doch geschichtlich anerkannt die Lehre vertritt, die Erde drehe sich um die Sonne, einmal in frühester Jugend dafür gestritten hätte, die Sonne drehe sich um die Erde, immer noch steif und fest in einem Lehrbuch als Vertreter letzterer Ansicht angeführt würde?!! Die Ungereimtheit wäre nicht

größer! Auch heute noch haben die Hamb. Nachr. zwar manches freundliche Wort für die — Juden, wollen aber vom Antisemitismus fortgesetzt schlechterdings Nichts wissen. Und dabei machen antisemitische Blätter mit Gewalt Bismarck zum A und O alles Deutschen, welche Selbstlosigkeit! — Man glühe und arbeite doch für das deutsche Vaterland; das ist jedenfalls der kürzeste, der gerade Weg und setzt keinerlei Selbsttäuschungen aus.

II. Das Bresl. „Volksblatt" wüthet in seiner letzten Nummer gegen uns, weil wir uns gegen Prof. Dr. Zange gewandt und dem Blatte eine Lektion über journalistischen Anstand ertheilt haben. Die Worte „frech", „Unverschämtheit", „Knoblauchduftend" u. s. f. sind der beste Beweis, daß diese Lektion dringend nöthig war, ja immer nöthiger wird. Sich weiter mit dem Blättchen zu befassen, verbieten uns unsere Reinlichkeitsinstinkte.

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann von Sonnenberg ärgert sich über einen Artikel, den wir in Nr. 21 unseres Blattes gebracht haben. In diesem Artikel haben wir aneinandergereiht, wie die Antisemiten Hans v. Mosch, Sedlatzek und Branmann über den Herrn denken. Eines der von ihm inspirirten Blätter, der „Bad. Volksbote" vom 28. Mai schreibt:

Der Artikel über Liebermann von Sonnenberg ist ein Abdruck aus den „Mittheilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus". Herr von Liebermann erklärt auch gegen die Blätter, die diesen Artikel nachdrucken, vorgehen zu wollen, sofern die sehr vorsichtige Abfassung eine Klage überhaupt gestatte. Gegen Mosch, Sedlatzek und Branmann ist bereits Klage erhoben, so daß sich bald herausstellen muß, ob an diesen Behauptungen etwas wahr ist oder nicht.

Wir sehen der Klage mit Gelassenheit entgegen. Uebrigens Herr v. Mosch auch, denn er schreibt in seiner „Dtsch. Reform" vom 31. Mai:

Die Drohung des Herrn v. Liebermann, mich zu verklagen, läßt mich fürchterlich kalt! Zwischen Bellen und Beißen liegt hier noch eine kleine spaßige Unmöglichkeit; zur Zeit haben wir ja den Schluß des Artikels, der erst die Sache Paasch—Liebermann bringen wird, und zwar nur in wenigen Bemerkungen, noch garnicht abgedruckt! Herr v. Liebermann kann wohl schwerlich in die Zukunft sehen oder auf böse Träume eine Anklage bauen. Zunächst könnte ja Herr v. Liebermann zum Zeitvertreib ein bischen mit Herrn von Langen — betreffs dessen imposanten Vergleiches des Herrn von Liebermann mit Herrn v. Hammerstein — auf und ins Gericht gehen; wir wären gespannt, was dabei herauskäme!

Wir können uns nicht versagen, Herrn Liebermann von Sonnenberg ein Compliment zu machen. Daß er Herrn von Mosch nicht auf Pistolen fordert, sondern brav bürgerlich verklagt, ist wirklich anerkennenswerth.

Der Antisemitenhäuptling Wilhelm Kretzer in Charlottenburg hat mit seinem „Wegweiser durch Berlins christlich-deutsche Geschäfte" so schlechte Geschäfte gemacht, daß er jetzt in einem längeren Schreiben, das anscheinend an eine große Anzahl von Personen versandt worden ist, sich als „persönlich ruinirt" bezeichnet und die „Herzensbitte" ausspricht, ihm eine einmalige Zuwendung von 50 bis 100 Mark, „ohne weiteren Wohlwollen Schranken zu setzen", zukommen zu lassen. Damit erwerbe sich der Opferwillige „Gotteslohn". Der Bettelbrief schließt mit den Worten:

„Und nun gehe hin, meine Epistel, rühre das Herz des reichen Mannes, auf daß er dem bedürftigen deutschen Bruder helfe! Das walte Gott!"

Einen guten Eindruck macht es nicht, wenn ein Mann, der aus dem Hetzen ein Geschäft macht, dabei beständig den Namen Gottes im Munde führt.

Emil Bodeck, der „Deutsche Gastwirth", taucht aus der Versenkung empor. In der „Staatsbürger-Ztg." veröffentlicht er folgenden Aufruf:

Antisemiten!

Nochmals sehe ich mich genöthigt, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, hiermit zu erklären, daß ich mich vollständig von jeder öffentlichen Politik zurückgezogen habe, speciell aber jeder Sonderbestrebung im Antisemitismus fernstehe. Ich bin und bleibe Antisemit, werde diesen Gedanken jedoch nur allgemein im Deutschen Wirthshauswesen zum Ausdruck bringen. Ich bitte **alle** Antisemiten, mir mein früheres Parteileben nicht mehr nachzutragen und mir meinen äußerst schweren Kampf um Erhaltung meiner Existenz nicht noch zu erschweren.

Herr Badeck will also jetzt nur Geschäftsantisemit sein!

Dr. Böckel und seine Vorgesetzten. Der Reichstagsabg. Dr. Böckel hielt kürzlich im „deutsch-wirthschaftlichen Verbande" einen Vortrag, in dem er u. A. bemerkte, politisch werde er sich nicht mehr bethätigen, doch in wirthschaftlichen Fragen könne er in Wort und Schrift wirken, da würden seine Vorgesetzten nichts dagegen haben. — Der ehemalige „hessische Bauernkönig" ist bekanntlich im Bureau des Bundes der Landwirthe angestellt.

Aus der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Ruppin-Templin ging der Candidat der freisinnigen Volkspartei Gutsbesitzer Lessing als Sieger hervor. Der conservative Candidat v. Arnim unterlag, trotzdem Abg. Zimmermann im Namen der antisemitischen Parteileitung die Gesinnungsgenossen aufgefordert hatte, für den Landrath zu stimmen. Nur ein Theil der antisemitischen Wähler folgte dieser Parole, die übrigen enthielten sich entweder der Wahl oder gaben gar dem Freisinnigen ihre Stimmen. Es hat also den Conservativen nicht genützt, daß sie in einem Wahlaufruf für den Landrath Judenhetze trieben. Er heißt in demselben, daß die 50 Millionen des deutschen Volkes bei einer freisinnigen Wahl „noch mehr abhängig werden würden von der halben Million, die durch ihr Geld und ihren Einfluß auf die Presse und namentlich durch den rücksichtslosen Gebrauch jedes Mittels schon einen unerträglichen Einfluß auf unser öffentliches Leben gewonnen hat."

Actien der „Deutschen Wacht". Vor einigen Wochen kamen in der Versteigerungshalle des Dresdener königlichen Amtsgerichts vier Actien der antisemitischen „Deutsche Wacht" über je 200 Mark zur öffentlichen Versteigerung. Bei der Ausbietung der vier Actien zusammen wurden insgesammt 82 Mark — 82 Mark für 800 Mark! — geboten. Dann wurden die Actien einzeln ausgeboten, und in diesem Falle wurden Preise von 32—37 Mark pro Actie erzielt. Aus diesen Geboten kann man einen Schluß darauf ziehen, wie die Actien der „Deutschen Wacht" stehen.

Ein Seitenstück zum Fall Rauh theilt die „Stett. Abendztg." ebenfalls aus Pommern mit. Eine kleine harmlose Notiz lautete jüngst: „Pastor Jaspis in Buchholz habe auf die Rechte des geistlichen Standes verzichtet." Das genannte Blatt ging den Ursachen des Verzichts nach und stellte fest, daß der Pastor Jaspis zur Amtsniederlegung genöthigt worden ist. Der strenggläubige Gottesmann war geizig bis — ja bis zur Gier eines Wucherers! Es war ihm mit seinen pastoralen und menschlichen Pflichten vereinbar, bei Hochzeitsjubiläen, zu denen das übliche Kaisergeschenk (30 Mark) gespendet wurde, 1 Mark 50 Pfennig abzuziehen, als Vergütung für eine von ihm angeblich gemachte Reise; er hielt es für seines Amtes würdig, hundertfach und pfennigweise sich an seinen Seelbefohlenen bei jeder sonstigen Gelegenheit zu bereichern, und er nutzte seinen Mammon — seine Mittel erlaubten ihm das — dazu aus, seinen Amtsbrüdern mit Darlehen gegen Wucherzinsen unter die Arme zu greifen.

Die „Deutsche Ztg." sucht auf dem nicht ungewöhnlichen Wege der Judenschnüffelei, den wuchernden **christlich-germanischen** Geistlichen aus der Welt zu schaffen. Der verstorbene Vater des Pastors Jaspis, welcher Generalsuperendendent gewesen, habe von Juden abgestammt. Wenn der Organ des Dr. Friedrich Lange nicht im Stande ist, den ganzen Stammbau zu veröffentlichen, dann muß er sich schon gefallen lassen, daß man seine Behauptung mit Ahlwardtschen Mätzchen in eine Linie stellt.

Aus Ahlwardts Wahlkreise. Der „Wahlverein für Friedeberg und Umgegend“ hielt unlängst unter dem Vorsitze des Majoratsherrn von Ritz-Lichtenow abermals eine Sitzung ab. Der Postdirector Wiedner hielt einen anderthalbstündigen Vortrag über das Thema: „Die politischen Parteien von heute“. Er kam zu dem Resultat, daß für den Verein bei den Wahlen ein Zusammengehen der verschiedenen conservativen Parteirichtungen mit den christlich-sozialen und den antisemitischen Parteien im Wahlkreise geboten und daher zu erstreben, ein solches mit der national-liberalen Partei nicht ausgeschlossen sei. Dagegen wäre die entschiedene Bekämpfung des Freisinns und der Sozialdemokratie durchaus geboten.

Wie wird wohl der Candidat beschaffen sein, den dieser Mischmasch auf den Schild hebt? Wir glauben übrigens nicht, das die Nationalliberalen mitthun werden.

Der Buchdruckereibesitzer Glöß in Dresden läßt in seinem Verlage die sogenannten „politischen Bilderbogen“ erscheinen, die einen ausgesprochen antisemitischen Charakter tragen. Auf die No. 13 dieser Bilderbogen am Jahre 1893 ließ der Herausgeber der „Jüdischen Presse“, Dr. Hirsch Hildesheimer zu Berlin, in seinem Blatte einen Abwehrartikel mit der Ueberschrift: „Wie lange noch?“ erscheinen. Durch den Inhalt des Artikels, der das antisemitische Treiben geißelte und namentlich die „Politischen Bilderbogen“ einer scharfen Kritik unterzog, fühlte sich Glöß beleidigt und erhob die Beleidigungsklage gegen Dr. H., der seinerseits die Widerklage erhob, worauf das Berliner Schöffengericht, wie wir berichtet haben, unter Einziehung der beiderseitigen Druckwerke gegen beide Parteien auf je 25 Mk. Geldstrafe erkannt. Die hiergegen von beiden eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. G. rügte nun in der Revision die Ansicht des Vorderrichters, daß die Verjährung eines Preßdelikt nicht mit dem ersten, sondern mit dem letzten Vorbereitungsakt beginne, weil thatsächlich alle Vorbereitungshandlungen ein einziges fortgesetztes Delikt bilden. Dr. H. hob dagegen in der Revision namentlich als rechtsirrthümlich hervor, daß der Vorderrichter ihn als einzelnen Juden nicht für antragsberechtigt halte in Bezug auf die Beleidigung, die in den G.schen Bilderbogen gegen die Gesammtheit der Juden gerichtet waren. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte am 30. Mai nach langer Berathung dahin, daß die Revision des Dr. H. zurückzuweisen, dagegen auf die Revision des G. die Vorentscheidung abzuändern und die Widerklage gegen G. zurückzuweisen sei. Das Kammergericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Verjährungseinwand durchgreife, weil die Verjährungsfrist mit der ersten Vorbereitungshandlung zu laufen beginne.

Der in der Pfingstwoche abgehaltene Eisenacher Burschentag, der im A. D. C. vereinigten 48 deutschen Burschenschaften hat folgenden Beschluß gefaßt: Der Burschentag äußert den dringenden Wunsch, daß in den Reihen der Burschenschaften fortab **keine jüdischen** Mitglieder mehr gesehen werden. — Die Form des „dringenden Wunsches“ ist offenbar mit Rücksicht auf die jüdischen Alten Herren gewählt worden, welche einzelne Burschenschaften noch haben.

Breslau, 14. Mai. Wegen Beleidigung des Breslauer Magistrats wurden die Redacteure der conservativ-antisemitischen „Schlesischen Zeitung“, Dr. Schottky und Dr. Fleischer zu 200 Mk. bezw. 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel über den Ankauf des Ritterguts Weidenhof durch die Stadtgemeinde gefunden. Die incriminirte antisemitisch zugespitzte Stelle lautete: „Daß diese Affaire in den weitesten Kreisen den Eindruck der Solidarität der jüdisch-freisinnigen Interessen hinterlassen hat, ist zweifellos“.

Darmstadt, 20. Mai. Der frühere Schriftführer des antisemitischen Vereins in Trebur, Mees, ist wegen Urkundenfälschung und anderer ehrenrühriger Handlungen zu 15 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden.

Hamburg, 1. Juni. Ein früherer Führer der hiesigen Antisemiten, der Manufacturist Andersen, der sich der besonderen Freundschaft einiger antisemitischen Reichstagsabgeordneten rühmte, auch in Versammlungen, in denen dieselben sprachen, eine große Rolle spielte, ist als derjenige ermittelt und verhaftet, der in letzter Zeit zahlreiche Schwindeleien per Telephon ausgeführt hat. Er begab sich an irgend einen fremden Fernsprechapparat, richtete an größere Firmen die Anfrage, ob sie von näher bezeichneten Waaren größere Posten auf Lager hätten, und erklärte, sobald die Antwort bejahend ausfiel, daß eine bekannte Firma in etwa einer Stunde einen Beauftragten senden werde, um die Waaren in Empfang zu nehmen. Nach einer Stunde stellte er sich dann selbst ein, gab sich für den Beauftragten aus und wußte durch sein Auftreten den Kaufleuten so zu imponiren, daß ihm die verlangten Waaren anstandslos ausgeliefert wurden. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei für mehrere Tausend Mark Waaren, die er sich auf die angegebene Weise zusammengeschwindelt hat. Andersen ist übrigens wegen betrügerischen Bankeratts schon zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurtheilt worden und hat dieselbe verbüßt.

Vermischtes.

Neue Blutbeschuldigungen. I. In Krumbach (Ungarn) hatte der jüdische Kaufmann Max Reininger ein junges Mädchen aus Pernstein in seinem Dienst gehabt; dieselbe war nur einige Tage bei ihm geblieben, und alsdann, ohne irgend jemanden zu benachrichtigen, in ihre Vaterstadt zurückgekehrt. Die Nachricht verbreitete sich in Krumbach, daß das junge Mädchen zu rituellen Zwecken ermordet worden sei, und eine Frau Wohlfahrt erklärte, daß sie am Hause des Reininger habe stöhnen hören. Dieser verklagte die Frau Wohlfahrt und einige anderen Klatschbasen wegen Verläumdung. Das Gericht verurtheilte erstere zu 14tägiger Gefängnißstrafe und die anderen Frauen zu 8 und 3 Tagen derselben Strafe.

II. Aus Adrianopel wird geschrieben: Die kleine israelitische Gemeinde von Tcharlou ist kürzlich durch einen Vorgang erregt worden, welcher durch den Aberglauben des rituellen Mordes veranlaßt wurde. Am Dienstag, den 7. April, begab sich ein elfjähriges Mädchen zu dem jüdischen Krämer Nissim Pardo, um für einen Sous Käse einzukaufen. Unterwegs verlor sie den Sous. Wie sie nun weinend nach Hause zurückkehrte, verbreitete sich das Gerücht, der Krämer Nissim habe versucht, das Kind einzuschließen, um ihm Blut zu rituellen Zwecken zu entziehen, und ein Grieche, der das Kind schreien gehört, habe ihn daran gehindert. Infolge der Klagen einiger unwissender Männer und des kleinen Mädchens wurde der jüdische Krämer festgenommen und erst in Freiheit gesetzt, als der Municipalarzt, der das Kind untersuchte, die Erklärung abgab, daß er an dem Körper keine Spur einer Verwaltigung finde.

Briefkasten.

D. W. G. in **B.** Soweit die kaiserliche Verwaltung reichte, wurde sogar der adeligen Frau 1716 verboten, einen lutherischen Geistlichen zu heirathen, weil das dem Adel unanständig sei! (G. Freytag, Bilder a. d. dtsch. Vergangenheit III, 337.)

J. L. T. in **Fritzlar.** Die Nachrichten sind sehr interessant, doch müssen wir Sie um Ihren Namen bitten.

W. G. in **München.** Der Witz stammt aus den „Flieg. Bl.“ Das Münchener „Deutsche Volksbl.“ vom 17. Mai nennt den Weinhändler „Cohn“ und der antisemitische Witz ist fertig.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 24. Berlin, den 13. Juni 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Das Gedächtniß des Abg. Liebermann v. Sonnenberg.

Liebermann v. Sonnenberg setzt sich in einem langen Artikel, abgedruckt am 4. Juni in seiner „Antis. Corr.", mit Carl Paasch auseinander. Darin stellt er zwei Behauptungen auf, die eine nähere Beleuchtung verdienen. Er sagt nämlich:

> „Der bekannte Herr Ahlwardt, den ich **bald nach seinem ersten Auftreten** durchschaut und richtig beurtheilt hatte . . . . . . Es war mir damals (als die Judenflinten-Broschüre erschien. Anm. d. Red.) schon klar, daß Ahlwardt ein Schädling sei, der so bald wie möglich aus der Partei entfernt werden mußte. Die Thatsachen haben mir inzwischen recht gegeben."

Wie schlecht das Gedächtniß dieses Reichstagsabgeordneten ist! Wir wollen ihm ein wenig nachhelfen.

Als Ahlwardt 1892 gegen eine Caution von 50,000 Mark aus der Haft entlassen werden sollte, forderte L. v. S. seine Parteigenossen öffentlich auf, Gelder für ihn zu sammeln. Seine Leipziger Freunde, Deutschsoziale reinsten Wassers, überreichten Ahlwardt am 5. Juli 1892 feierlichst einen Lorbeerkranz. Sein Freund Dr. König engagirte Ahlwardt für eine Agitationsreise durch Rheinland-Westfalen und Herr Liebermann v. S. schwieg dazu! Gelegentlich wandte er sich wohl gegen ihn, aber als sein Stern im Steigen begriffen war, veröffentlichte L. v. S. am 14. Juni 1894 folgende Erklärung in der „Deutschsoz. Corr.":

> Als Antwort auf mehrfache Anfragen, wie ich mich zu dem Abg. Ahlwardt stellte, wie man sich genannten Herrn gegenüber zu verhalten habe, und ähnliche Fragen, wie sie mir aus Anlaß der Vorträge, die Herr Ahlwardt kürzlich in Rheinland und Westfalen gehalten hat, zugegangen sind, erwidere ich der Einfachheit halber an dieser Stelle folgendes:
>
> Nachdem ich den in Elberfeld stenographisch aufgenommenen und im Druck erschienenen Vortrag gelesen habe, den Herr Ahlwardt gegenwärtig in den verschiedenen Städten hält, erkläre ich gerne, daß ich, abgesehen von einzelnen geringfügigen Meinungsverschiedenheiten, mit dem Inhalt desselben im Großen und Ganzen durchaus einverstanden bin. Hätte Herr Ahlwardt stets solche Vorträge gehalten, so würde ich mich ganz gewiß nie genöthigt gesehen haben, seiner Agitation entgegenzutreten. Im Uebrigen werde ich auch für die Folge Herrn A.'s Thätigkeit immer von Fall zu Fall beurtheilen und danach mein Verhalten einrichten.
>
> An sich halte ich es durchaus für kein Unglück, sondern sogar für wünschenswerth, wenn auch Redner der anderen Parteischattirungen des Antisemitismus in deutsch-sozialen Vereinen sprechen. Man darf bei unseren deutsch-sozialen Gesinnungsgenossen doch so viel politische Reife und Selbstbewußtsein voraussetzen, daß sie sich nicht durch einen Vortrag der Partei untreu machen lassen. Andrerseits wird von dem betreffenden Redner auch so viel Tact zu erwarten sein, daß er solche Versuche gar nicht erst unternimmt.
>
> Berlin, den 10. Juni 1894.
>
> Liebermann v. Sonnenberg, Mitgl. d. Reichstags.

Obschon L. v. S. in Jahr 1891 Ahlwardt „durchschaut" hatte, obwohl er ihn nach dem Judenflintenprozeß Ende 1892 als „Schädling" erkannt hatte, der „entfernt" werden müßte, beschränkte sich Herr Liebermann v. Sonnenberg im Juni 1894 darauf, Ahlwardts Reden einer Prüfung zu unterziehen, seine Thätigkeit „von Fall zu Fall" zu beurtheilen und war zufrieden, wenn der „tactvolle" Herr Ahlwardt ihm seine Deutschsozialen nicht abspenstig machte.

Auf der antisemitischen Vertrauensmänner-Versammlung zu Eisenach am 7. Oktober 1894, in der sich die beiden antisemitischen Gruppen zu der Deutsch sozialen Reformpartei verschmolzen haben, war Liebermann v. Sonnenberg mit Zimmermann Vorsitzender. Dort unter den Augen von L. v. S. wurde entschieden, daß Ahlwardt, wenn er es wünschte, der Beitritt zur Fraction als Hospitant zugesichert werde, um ihm „durch Errichtung einer sicheren Brücke den Eintritt in die Fraction zu ermöglichen." Auch die dissentirenden Vertrauensmänner gaben zu verstehen, daß sie sich diesem Beschlusse unterwerfen würden. Der Parteitag sollte außerdem den Verdiensten Ahlwardts die vollste Anerkennung!

Die Anhänger Liebermanns v. Sonnenberg, die Deutschsozialen wurden nicht müde, Ahlwardt zu feiern. Der Deutschsoziale Verein zu Forst hatte ihn eingeladen und in einem Bericht über die Versammlung, die in Forst abgehalten wurde, pries ihn die Deutschsoziale „Dtsch. Ostwacht" vom 5. Mai 1894 als „Helden des Tages", als „kühnen und unerschrockenen Kämpfer". Einstimmig wählte der Deutschsoziale Verein zu Düsseldorf Ahlwardt im Juni 1894 zum Mitglied.

Und heute, am 4. Juni 1896, hat Herr v. Liebermann die Stirn zu behaupten, daß er bereits 1891 Ahlwardt „**durchschaut**" und 1892 ihn als „**Schädling**" erkannt hatte. Und zugegeben, daß er es gethan, dann zeugt sein späteres Benehmen Ahlwardt gegenüber von — schlechtem Gedächtniß.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe ein Börsenspeculant.

Bei der dritten Berathung des Börsengesetzes im Reichstage feierte Abg. Liebermann von Sonnenberg die Annahme desselben als einen großen Sieg des **antisemitischen** Gedankens, nachdem Tags zuvor der Leiter des Bundes der Landwirthe durch **antisemitischen** Bundes der Landwirthe als ein Börsenspeculant entlarvt worden war. Das war ein Wermuthstropfen in den Freudenbecher der triumphirenden Agrarier.

Der Abg. **Singer** hatte schon bei der zweiten Berathung eine Andeutung gemacht, daß Herr v. **Ploetz** in Speculationsbeziehungen zu dem Bankhause Jean Fränkel stehe, worauf Herr v. Ploetz erwiderte, die Singer zugegangenen Berichte seien „gemein und lügenhaft." Singer kam nun in der Sitzung vom 5. Juni auf den Fall zurück und berichtigte sich dahin, daß er hätte sagen müssen, Herr v. Ploetz habe in Beziehungen **gestanden**. Nach einer Erläuterung der Beziehungen des Herrn v. Ploetz zu diesem Bankhause fuhr (nach dem amtl. stenogr. Bericht) Singer fort:

. . . . Herr v. Ploetz ist aber auch einer der engagirtesten Vertheidiger des Verbots des Terminhandels in Getreide. Er hatte sich in der vorigen Berathung gemeldet, um diese Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Herr v. Ploetz wird auch nicht bestreiten, daß sein Organ, das Organ des Bundes der Landwirthe, seine Meinung vertritt, und dort ist ja ein Jubelgeschrei angestimmt worden über den großen Erfolg, den der Bund der Landwirthe unter der Führung seines Präsidenten gehabt hat, als hier im Reichstag mit so großer Majorität das Verbot des Terminhandels im Getreide durchgegangen ist. Nun, meine Herren, die Entrüstung des Herrn v. Ploetz über den Terminhandel im Getreide kann auch erst ganz neuesten Datums sein; denn wie ich Ihnen mittheilen kann, hat Herr von Ploetz in den Jahren 1894 und 1895 bei der hiesigen Firma Max Arnhold, die jetzt Filiale der Waarencreditanstalt in Hamburg ist, in Getreide an der hiesigen Börse speculirt. (Hört! hört! links. Große Heiterkeit links.) Also auch nach dieser Richtung scheint mir die Auffassung, die Herr von Ploetz jetzt über das Verbot des Terminhandels in Getreide hat, aus Gründen herzustammen, die ihn als Person vielleicht berechtigen können, einen Abscheu vor solchen Geschäften zu haben, (Heiterkeit links.) die ihn aber nicht befähigen, Geschäfte, die er selbst gemacht hat, als eine Unsittlichkeit zu bezeichnen, wenn sie Andere machen. (Sehr gut! links.)

Ich war es mir selbstverständlich schuldig, diese Ausführungen zu machen; ich werde nun abzuwarten haben, was Herr von Ploetz dazu zu sagen hat. Ich will nur von vornherein erklären, daß, für den Fall Herr von Ploetz meine Behauptungen bestreiten sollte, ich dieselben außerhalb des Hauses wiederholen werde. Hoffentlich wird dann Herr von Ploetz gegen mich Klage erheben, und ich werde dann Gelegenheit haben, durch Vorlage der Bücher des Hauses Jean Fränkel die Natur der Geschäfte, die Herr von Ploetz dort gemacht hat, klarzustellen und andererseits für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß Herr von Ploetz in den Jahren 1894 und 1895 an der hiesigen Börse in Getreide speculirt hat, Zeugen beibringen. (Hört! hört! links.)

Was hatte Abg. v. **Ploetz** auf diese Anklagen zu erwidern? Er legte dar, daß er seit 1881 keinerlei Börsengeschäfte mit Jean Frankel gemacht habe, erzählte ein Langes und Breites von Gründungsanträgen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte an ihn herangetreten und von ihm aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen worden wären, und berührte endlich den Fall **Arnhold**. Herr v. Ploetz sagte:

. . . . Ich habe den Herrn (Arnhold) 1893 oder 1894 kennen gelernt, nachdem er mir als Sachkenner sehr empfohlen war, und ich habe mit ihm sehr viel über die Terminspekulation gesprochen, da er es gern übernahm, mich über die einschlägigen Fragen zu orientiren. Ich habe mich mit ihm lange herumgestritten über die Frage des Termingeschäfts, und da hat er mir vorgeschlagen, einen kleinen Versuch zu machen, da würde mir die Sache schon klar werden. (Heiterkeit.) Er war redlich genug, daß er mich nicht hineingelegt hat, wie das bei anderen Geschäften oft der Fall ist. Ich habe mit den kleinsten Summen gehandelt, die statthaft sind. An der Getreidebörse habe ich das ein- oder zweimal wiederholt, und dann ist das Geschäft in aller Ruhe aufgelöst worden. Es waren keine nennenswerthen, großen Summen.

Dies Alles habe ich offen erklärt, weil ich angegriffen wurde, mehr können Sie von mir nicht verlangen! Seitdem, wenn es die Herren interessirt, kann ich Ihnen sagen, daß ich die Finger davon weggelassen habe, nach diesen kleinen Versuchen. (Heiterkeit.)

. . . Die unlauteren Geschäfte an der Börse greifen wir an, aber nicht das kleine legitime Geschäft. Die Ausschreitungen bekämpfen wir und wollen deshalb den Terminhandel ganz verbieten, weil er zu Ausschreitungen führt. Wir werden weiter kämpfen, und ich hoffe doch, daß die große Mehrheit, die das vorige Mal für das Verbot des Terminhandels gewesen ist, sich diesmal wiederfindet, und daß wir in diesem Punkt siegreich bleiben. (Bravo! rechts.)

Was die „kleinsten Summen" betrifft, mit denen Herr v. Ploetz gehandelt haben will, so gab auch darüber Abg. Singer in der nächsten Sitzung Aufschluß. „Mir ist inzwischen," sagte er, „mitgetheilt worden, daß die Speculationen des Herrn v. Ploetz in den Jahren 1894/95 sich auf etwa 500 Tons Weizen belaufen haben. (Hört! hört! links.) 500 Tons, das sind 10000 Centner, und wenn der Herr Abgeordnete v. Ploetz auch nicht jedes Mal im Einzelfall diese 500 Tons-Geschäfte gemacht hat — er soll immer mit 200 Tons speculirt haben, —, so reichen diese „kleineren" Geschäfte doch weit über das Minimum — dasselbe beträgt, wie mir gesagt ist, 50 Tons an hiesiger Börse — hinaus, was an der Börse gehandelt wird. Herr v. Ploetz hat also auch kein Recht, seine Börsengeschäfte als so gar klein und unbedeutend zu bezeichnen. So ein Geschäft, meine Herren, so ein Termingeschäft mit Weizen auf 500 Tons kann, wie mir mitgetheilt ist, unter Umständen zu Differenzen von 40 bis 50000 Mark führen."

Weiter wies Singer darauf hin, daß diese Speculationsgeschäfte von Herrn v. Ploetz zu einer Zeit gemacht worden seien, **als er bereits Präsident des Bundes der Landwirthe war**, in einer Zeit, wo der Bund das Verbot des Terminhandels forderte und gegen den Terminhandel energisch Stellung nahm. Das Verhalten des Herrn v. Ploetz könne man nicht besser charakterisiren, als daß man **seine Worte und seine Handlungen gegenüberstelle**.

Auf Herrn v. Ploetz machte die an ihm vorgenommene Demaskirung einen so tiefen Eindruck, daß er, als am zweiten Tage seine Angelegenheit wieder erörtert wurde, „sich drückte." Man hat aber nicht gehört, daß er sich mit der Absicht trage, den Vorsitz beim Bund der Landwirthe niederzulegen.

Einen wirklichen Vertheidiger hat Herr v. Ploetz unseres Wissens nirgends gefunden. Nur sein eigenes Organ, die „**Deutsche Tagesztg**", ist der Meinung, daß aus dem „Versuch" für Herrn v. Ploetz auch nicht der Schimmer eines moralischen Vorwurfs resultire, und gewissermaßen als Milderungsgrund führt das brave Blatt noch an, daß er mit dem „christlichen Bankier und Reserveoffizier" Arnhold in Verbindung getreten sei!

Der „**Reichsbote**", der häufig seine eigenen Wege geht und eine größere Dosis Ehrlichkeit besitzt, als viele andere conservative Blätter, schreibt:

Es fällt uns nicht ein, Herrn von Ploetz entschuldigen zu wollen, daß er nun selbst zugestehen mußte, noch 1894 und 1895 Getreide-Termingeschäfte an der Börse gemacht zu haben, während er im Lande gerade wegen solcher Geschäfte die Börse aufs heftigste bekämpfte, und daß Graf Schwerin-Löwitz (in der Sitzung vom 6. Juni) dasselbe that. **Was man öffentlich als Unrecht und als volksverderblich bekämpft, das darf man nicht heimlich selbst treiben**, auch nicht, wie Herr von Ploetz, angeblich um es kennen zu lernen, und noch weniger wie Graf Schwerin, um an dem Spiel zu gewinnen. Diese Doppelrolle ist unter allen Umständen verwerflich und ist dazu geeignet, auch die beste Sache zu discreditiren. Man darf sich deshalb auch nicht darüber wundern, daß die Börsenpresse diese Zugeständnisse der beiden Agrarier benutzt, um nicht blos die ganze Tendenz des Gesetzes, sondern auch die Parteien und Bestrebungen, denen diese Herren zugehören, in Mißcredit zu bringen, und es ist begreiflich, daß ihnen das um so leichter gelingen müßte, wenn diese Parteien solche Sünden ihrer Mitglieder vertheidigen oder beschönigen wollten; denn dadurch würden sie sich selbst ihrer theilhaftig machen. Es hat uns deshalb gefreut, daß kein Mitglied der conservativen Partei das Börsenspiel der Herren von Ploetz und Graf Schwerin vertheidigt hat, sondern daß man denselben sehr deutlich die Mißbilligung der Fraction hat zu erkennen gegeben.

Wir schließen mit dem harten, aber gerechten Urtheil, welches die „**Köln. Ztg.**" über Herrn v. Ploetz fällt. Das nationalliberale Blatt, das bekanntlich selber für das Börsengesetz und speciell für das Verbot des Getreideterminhandels eingetreten ist, schreibt:

„. . . Wir sind nicht der Ansicht, daß Herr v. Ploetz durch seine Betheiligung am Börsenspiel sich eines todeswürdigen Verbrechens schuldig gemacht hat. Aber durch die klägliche Art, wie Herr v. Ploetz seine Sache geführt hat, ist er zu einer Figur geworden, die eine ernsthafte politische Partei unmöglich in ihrer Mitte dulden kann. Er hat zunächst unter einem bedeutenden Aufwande von Wortklauberei und sittlicher Entrüstung alles bestritten; er hat dann die Behauptungen Singers als im Wesentlichen zutreffend an-

erkennen müssen, hat sich dabei aber in einer Mitleid erregenden Weise wie ein Wurm gekrümmt und gewunden. Herr v. Ploetz glaubte offenbar sehr klug zu handeln, wenn er versuchte, die Aufmerksamkeit auf gleichgiltige Nebenpunkte abzulenken; in Wirklichkeit hat er damit lediglich die Komik seiner Pastitian verstärkt, die ohnehin auf die Lachmuskeln einen großen Reiz ausübt. Wer wird nicht in befreiender Heiterkeit lächeln, wenn ein Agrarier, der sich beim Differenzgeschäft die Finger leicht verfengt hat, mit breitbrüstigem Pathos über die Verwerflichkeit des Börsenspiels jammert? Wenn er aber die Naivetät soweit treibt, daß er das kleine Börsenspiel des Junkers als legitim hinstellt, wenn der kleine Schäker scharfsinnige Untersuchungen darüber anstellt, ob ein Bankier, der das Börsenspiel des Junkers ausplaudere, noch als tugendhaft gelten könne, so erwirbt er sich einen berechtigten Anspruch auf den Dank der gesammten lachlustigen Menschheit. Man kann nunmehr getrost abwarten, ob der Bund der Landwirthe nach dieser Entlarvung eines Mannes, der viel zur Verhetzung der deutschen Productivstände beigetragen hat, das Bedürfniß empfinden wird, zu beweisen, daß die große Masse seiner Mitglieder moralisch und geistig der Bundesleitung überlegen ist. In weiteren Kreisen wird man der Sache eine typische Bedeutung beimessen. Es ist leider vielfach Sitte, daß Leute mit kleinem Vermögen und geringer landwirthschaftlicher Bildung große Güter kaufen und nun, um aus einer unhaltbaren Lage herauszukommen, an der Börse spielen und nach Staatshilfe rufen. An einem Musterbeispiel ist einmal gezeigt worden, was für Existenzen es sind, die in agrarischen Kreisen die Hetze gegen Industrie und Kapital (und, wie wir hinzufügen, Juden. Die Red. d. „Mitth.") betreiben."

Strafanträge gegen Antisemiten wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft.

Dem Berliner Landgericht I ist für ein freisprechendes Urtheil in einer Anklage wegen Gotteslästerung und Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft von Seiten des Reichsgerichts eine scharfe Carrectur zu Theil geworden. Es handelte sich um eine Anklage gegen den Redacteur Sedlatzek, über die wir seinerzeit berichtet hatten. Der der Anklage zu Grunde liegende Thatbestand war folgender:

In der Nummer vom 6. Oktober 1895 des vom Angeklagten verantwortlich redigirten Deutschen Generalanzeigers war ein Artikel abgedruckt, in dem unter der Spitzmarke „Der jüngste Ritualmord" bemerkt wurde: Das Judenthum könne von den Morden unschuldiger Christenkinder nicht ablassen. Ohne diesen barbarischen Gebrauch könnten sie ihr Osterfest nicht feiern. Die armen Opfer würden hinterrücks überfallen, wie jüngst wieder die kleine Hedwig Weber. Bei allen Opfern ließen sich der Schächtschnitt am Halse und die feinen Nadelstiche an den Schläfen und Pulsadern nachweisen, wodurch das Blut dem Körper des Gemordeten entzogen werde. An diese einleitenden Sätze reihte sich die Beschreibung des Receptes zur Verwendung des Christenblutes. Das aufgefangene Blut wurde getrocknet, dann zu Pulver zerstoßen, und daraus würden Pillen gedreht, von denen jede Gemeinde eine erhalte, die dann vom Rabbi dem Osterwein oder Kuchen beigemischt würde, um zum Kampfe gegen die Gojim aufs neue zu stärken. Der jüngste derartige Ritualmord sei am 6. September 1895 in einem Orte in Ungarn von dem jüdischen Branntweinhändler Ignaz Adler an einem 5½ Jahre alten Mädchen verübt worden. Das Mädchen sei zuletzt gesehen worden, wie es mit einer Flasche im Laden Adlers verschwunden sei, der gerade um diese Zeit eine Masse fremder Juden zu Besuch gehabt, die in der folgenden Nacht geheimnißvoll wieder verschwunden seien. Die Anklage erblickte in diesem Artikel Gotteslästerung und Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft.

Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung vor dem Landgericht: Der Judengott ist verschieden von dem Christengott, und seine Angriffe seien nicht von dem Judengott als Persönlichkeit gerichtet, sondern nur insofern, als ihm nach dem Glauben der Juden die Opferungen Andersgläubiger wohlgefällig seien.

Ohne die thatsächligen Unterlagen für die erste Behauptung zu prüfen, da nach Entscheidungen des Reichsgericht auch der jüdische Gottesbegriff geschützt ist, präcisirte das Gericht das Thatbestandsmoment des § 166 des Strafgesetzbuches in dem Moment der beschimpfenden Aeußerungen: dieses Requisit sei aber nicht festgestellt, ebenso wenig wie eine Rohheit des Ausdrucks in der äußeren Form der Kundgebung. In der Frage der Ritualmorde selbst Stellung zu nehmen, erklärte das Gericht, keine Veranlassung zu haben, zumal es sich um religiöse Streitfragen handele, hinsichtlich welcher die betheiligten Parteien von der Richtigkeit ihrer Auffassung fest überzeugt seien. Der Angeklagte betrachte offenbar den Kampf gegen das Judenthum als seine Lebensaufgabe und sittliche Pflicht. Zumal unter diesem Gesichtspunkte sei in dem incriminirten Artikel nichts Beschimpfendes zu erblicken. Wenn die jüdische Religion Ritualmorde verlangen würde, so würde der Angeklagte dies mit Recht mit scharfen Worten tadeln dürfen. Er habe sich nur auf die Wiedergabe eines allgemeinen Gerüchtes beschränkt. Der Angeklagte habe, so lange er das Judenthum bekämpfe, nie seine Angriffe gegen die Religion gerichtet, sondern nur gegen Rasseneigenschaften.

Die Berliner Strafkammer sprach infolge dessen durch Urtheil vom 17. Februar d. J. den Angeklagten frei. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht ein. In der Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht erklärte der Reichsanwalt:

Das Urtheil des Landgerichts I Berlin beruhe auf einem zweifachen Rechtsirrthume. Der erste liege darin, daß die Beschimpfung im Sinne des § 166 des Strafgesetzbuches nur in der äußeren Form gesucht werde, als ob sie nicht auch aus dem Inhalte entnommen werden könne. Der zweite Rechtsirrthum liege in der Auffassung des Gerichtes, der subjective Standpunkt des Beschimpfenden sei maßgebend, sofern derselbe bona fide handelt; das Gesetz wolle vielmehr den Beleidigten schützen, dem es gleichgültig sei, ob der Beleidiger dabei bona oder mala fide handelt. Eine Rohheit könne ebenso gut im Inhalte wie im Ausdrucke liegen.

Das Reichsgericht hab das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht II Berlin. In der Begründung der Entscheidung des Reichsgerichts heißt es: „Der gute Glaube schließt die Strafbarkeit im Allgemeinen nicht aus. Auch die Aufstellung thatsächlicher Behauptungen kann eine Beschimpfung sein, sofern dadurch Gegenstände der Heilighaltung verächtlich behandelt werden (cfr. § 189 St. G. B. Beschimpfung Verstorbener)."

Daß der gute Glauben des Beleidigers die Strafbarkeit nicht ausschließe, ist in der Besprechung des landgerichtlichen Urtheils auch von uns (S. 69 der „Mittheilungen") ausgeführt worden. In der Feststellung, daß zur Beschimpfung der Gebrauch roher Ausdrücke nicht erforderlich sei, scheint das Reichsgericht von einem früheren Urtheil abzuweichen. Wie wir meinen, hat das Reichsgericht mit dieser Feststellung die Intentionen und den Sinn des Gesetzes richtig wiedergegeben. § 166 ist durchaus ein Analogon des § 186 ff. In diesem Sinne weist das Reichsgericht auf § 189 S. G. Wie das Gesetz in diesen §§ den Bürger als einzelnes Rechtssubject schützen will, schützt er ihn durch § 166 in seiner Rechtssphäre als Mitglied einer anerkannten Religionsgemeinschaft. Wie der einzelne Bürger durch den Vorwurf ehrenrühriger Handlungen weit stärker gekränkt wird als durch Schimpfworte, wie Esel ꝛc., wird er auch als Mitglied der Religionsgemeinschaft durch ehrenrührige Vorwürfe, die man ihm macht, in seiner Rechtssphäre verletzt.

* * *

Es sei uns gestattet, bei dieser Gelegenheit unsere grundsätzliche Stellung zur Frage der Strafanträge gegen Antisemiten zum Ausdruck zu bringen. Wir haben Strafanträge weder gestellt, noch veranlaßt, stehen der Frage also ganz unbefangen gegenüber. Wir halten es nicht für richtig, daß man solchen Strafanträgen auch von freisinniger und sozialdemokratischer Seite mit dem Vorwurf des Denunziantenthums gebrandmarkt und den „Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" wegen der gestellten Strafanträge einen Denunziantenverein genannt hat. Hier scheint uns eine Verwirrung der Begriffe vorzuliegen. Wir wissen uns von Vorliebe für den Verein frei, meinen aber, daß von einem Denunziren da nicht die Rede sein kann, wo ein Angriff auf die eigene Rechtssphäre abgewehrt wird. (Man sollte aber nur in wichtigen Fällen vorgehen und nicht bei jeder Bagatelle die Hilfe des Staatsanwalts und der Gerichte anrufen.) Wenn ein Jude Angriffe auf das Ju-

denthum mit einer Anzeige wegen Majestätsbeleidigung beantwortet, würden wir ihn einen Denunzianten nennen. Erstattet er aber eine Anzeige aus § 166 Str. G., so schützt er seine Rechtssphäre als Mitglied der Religionsgemeinschaft. In gleicher Weise hat auch Bischof Korum von Trier kein Bedenken getragen, als „Denunziant" aufzutreten. Solche Anzeigen sind von Seiten einer Minorität auch schon deshalb nothwendig, um die gleichmäßige Behandlung der Staatsbürger herbeizuführen; sie sind eine Form des Kampfes ums Recht. In diesem Sinne sprach der Abg. Bebel auch seine Absicht aus, die Führer anderer Parteien wegen Verletzung der Vereinsgesetze anzuzeigen, nachdem sie unbehelligt das Gleiche thun, was Mitgliedern seiner Partei Strafen eingetragen hat. (Rede vom 3. Juni d. J.) Noch einen anderen Irrthum freisinniger Blätter in Bezug auf die Anzeigen aus § 166 müssen wir widerlegen. Es ist geltend gemacht worden, daß man die Religion nicht schützen könne, daß sie doch ihren Anhängern zu hoch stehen müsse, um unter den Schutz des Strafgesetzes gestellt zu werden. Ein solcher Schutz wird aber durch die Bezugnahme auf § 166 auch gar nicht erstrebt. Nicht ihre Religion, sondern sich selbst wollen die Juden schützen. Wenn sie sich nicht ruhig den Vorwurf gefallen lassen, ihre Religion gebiete den Mord, so wollen sie eine Kränkung abwehren, die ihnen persönlich als Mitgliedern der Religionsgemeinschaft zugefügt wird, eine Kränkung, die sich auf das platonische Wort nicht immer beschränkt, sondern bei Vielen zur Vernichtung ihrer Existenz geführt und manche von ihnen in den Tod getrieben hat. Ueber die Aufhebung des § 166 läßt sich streiten; so lange er besteht, thut man auf jüdischer Seite durchaus Recht, dafür zu sorgen, daß er auch wirklich angewendet wird und daß die Straflosigkeit antisemitischer Angriffe ihnen nicht den Schein einer von den Justizbehörden anerkannten Wahrheit verleiht. Wer aber die Aufhebung des § 166 wünscht, wird sich sagen müssen, daß diese weit eher herbeizuführen ist, wenn allenfalls alle Parteien unter seiner Anwendung leiden, als wenn einzelne Parteien in Bezug auf § 166 sich der Immunität erfreuen.

Zur Abwehr.

Der „Verein z. Abwehr d. Antisemitismus" in Wien hielt am 30. Mai in dem Festsaale des Kaufmännischen Vereins seine sechste ordentliche General-Versammlung ab, welcher auch die Ehrenpräsidenten des Vereins, Herrenhausmitglied Friedrich Freiherr v. Leitenberger und Hofrath Professor Dr. Nothnagel, beiwohnten. Der Präsident A. G. Freiherr v. Suttner wies in seinem Berichte darauf hin, daß der Verein nur auf seine eigene Kraft angewiesen sei, da er bisher von den maßgebenden Factoren nicht die geringste Unterstützung, ja nicht einmal ein Wort der Aufmunterung gefunden habe. Als Graf Badeni aus Ruder kam, da hoffte man, daß endlich ein entschiedener Zug in die Politik Oesterreichs kommen und ein kräftiges Auftreten gegen die antisemitische Hetze erfolgen werde. Redner besprach sodann die Audienz des Dr. Lueger und meinte, das bekannte „dermalen" bedeute wohl so viel als „heute nicht, aber morgen!" Nachdem nun Dr. Lueger und seine Gesellschaft das städtische Regime an sich gebracht, habe der Verein die wichtige Aufgabe, ein wachsames Auge zu behalten, um jeder Verletzung der Staatsgrundgesetze durch die antisemitische Gemeinderaths-Majorität sofort zu begegnen. Wenn auch der Verein nur auf sich selbst vertrauen müsse, so sei ja doch die Hoffnung berechtigt, daß endlich einmal die Pest des Antisemitismus aufhören und Friede und Ruhe wieder einkehren in unser Reich und unsere Stadt. (Beifall.) Der Präsident schilderte hierauf die Thätigkeit des Vereins, die größtentheils in der Publication aufklärender Schriften bestand. Während des abgelaufenen Jahres, führte er aus, sind 38 280 Schriftstücke durch das Bureau expedirt worden. Namentlich der vom Verein herausgegebene Kalender hat sich rasch beim Publikum eingeführt, und die ganze Auflage ist vergriffen. Der Verein hat, wie der Präsident ferner mittheilte, im verflossenen Jahre 200 Mitglieder, die für den Verein von unwesentlicher Bedeutung waren, verloren, dafür aber 250 tüchtige Mitglieder gewonnen. Schließlich erinnerte der Präsident noch an die ins Leben gerufene Rechtsschutzabtheilung, welcher die Advokaten Dr. Alfred Schmidt und Dr. Benedict mit besonderer Thatkraft sich widmen, und forderte die Mitglieder des Vereines, aber auch außerhalb desselben stehende Personen auf, antisemitische Insulten nicht stillschweigend über sich ergehen zu lassen, sondern die Rechtshilfe dieser Institution in Anspruch zu nehmen. (Lebhafter, allgemeiner Beifall.) Sodann erstattete der Vereinscassirer, Herr Beiling den Cassebericht. Derselbe wurde einhellig genehmigt. Es folgte die Neuwahl des Vorstandes. Auf Vorschlag des Vereinsmitgliedes Störk wurden gewählt: zum Präsidenten A. G. Freiherr von Suttner, zu Vice-Präsidenten Reichsraths-Abgeordneter Professor Dr. Eduard Sueß und Dr. Karl Reichsritter von Kißling, zum Cassirer Herr August Beiling, zu Schriftführern die Schriftsteller Ernst Victor Zenker und Balduin Groller, weiter zu Vorstandsmitgliedern die Herren Ludwig Hetsey, Reichsraths-Abgeordneter Dr. Ferdinand Kronawetter, Schriftsteller Vincenz Chiavacci, Reichsraths-Abgeordneter Wrabetz und Dr. Karl Zimmermann. In das Schiedsgericht wurden berufen: Reichsraths-Abgeordneter Hofrath Professor Dr. Exner, Frauenberger und Gemeinderath Leopold Seiler.

Unter den Zuschriften, die anläßlich der Generalversammlung an den Verein gelangten, befand sich ein sympathisches Schreiben des Consistorialrathes Dr. Schöpf aus Guggenthal bei Salzburg, in welchem er dem Wunsche Ausdruck gibt, die Geistlichkeit möge sich auf die Seite der Freiheit stellen und die Regierung den obersten Grundsatz der Verfassung, die Gleichberechtigung, energisch durchführen, außerdem ein Schreiben Carnert's aus Marburg, das folgenden Wortlaut hatte:

Diesmal bedauere ich ganz besonders, der Einladung zur General-Versammlung nicht Folge leisten zu können. Hätte so gern mein Herz ausgeschüttet! Ein unglückseligeres Experiment, als mit welchem unsere Regierung meinem geliebten Wien emporhelfen will, kann ich mir gar nicht vorstellen. Im Namen der Religion werden die Grundlagen nicht nur der Freiheit und Gerechtigkeit, sondern auch dessen, was ich als Christlichkeit zu verehren gelernt habe, in Frage gestellt. Es ist dies eine Ungeheuerlichkeit, die ich nicht mehr für möglich gehalten hätte. Allein gerade einer solchen Ungeheuerlichkeit gegenüber, die, wie hoch auch der Preis sein mag, schließlich zu Schanden werden muß, hat unser Verein nicht Ursache, zu verzagen. Was wir zu thun haben, läßt in ein einziges Wort sich zusammenfassen, und dieses Wort ist Ausdauer. Unter diesem Zeichen werden wir siegen.

Schrimm, 8. Juni. Vorige Woche verweilte der Erzbischof von Posen, Dr. v. Stablewski, drei Tage in hiesiger Stadt. Auf eine Ansprache, welche Rabbiner Dr. Bamberger an denselben richtete, betonte der Erzbischaf in seiner Erwiderung, daß die Erhaltung des religiösen Friedens in seinen Augen ein wichtiges Moment sei, und schloß mit den Worten: „Möge der Herr unsere gemeinsame Wirksamkeit segnen!"

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann von Sonnenberg ist fortgesetzt der Gegenstand der Angriffe des antisemitischen „Freideutschlands". So schreibt das Blatt am 6. Juni wieder:

Vor Allem müssen wir es als dringend nothwendig bezeichnen, daß auf dem Parteitage der Fall Paasch und die Frage: Paasch-Liebermann, nicht unberührt bleiben. Wir haben auch in diesem Punkte von früher Gesagtem nicht das Mindeste zurückzunehmen: Seitdem einmal die Frage Paasch neu und in völlig veränderter Gestalt an den Antisemitismus herangetreten ist, steht er

vor ihr wie Herkules am Scheidewege. Je nachdem er sich zu ihr stellt, bedeutet sie für ihn Heil oder Unsegen. Aber um sie herum kommt er auf keinen Fall. Mit lebhafter Beunruhigung nehmen wir wahr, daß größere Antisemitenblätter ernstlich Miene machen, die Sache Paaschs dauernd todtschweigen zu wollen. Das geht unbedingt nicht. Ueber die Schrift Paaschs gegen Langen und sein Flugblatt gegen v. Liedermann hinwegwurschteln zu wollen, müßte sich auf's Allerschwerste rächen und die ganze Zukunft des Reichsantisemitismus in Frage stellen. Dem wird jeder zustimmen, der sich mit dem Inhalt der beiden Drucksachen bekannt gemacht hat. Wie ein Vogel Strauß nicht sehen wollen, geht unter keinen Umständen. Es ist daher unbedingt allgemeine Antisemitenpflicht, die Veröffentlichungen Paaschs kennen zu lernen. Wir fordern mithin alle, die dem Parteitage beiwohnen wollen, auf, wenn irgend möglich, in dieser Hinsicht Versäumtes noch in letzter Stunde nachzuholen. Wir fordern alle antisemitischen Vereine dringendst auf, sich in mehreren Stücken beides: Schrift, wie Flugblatt, kommen zu lassen (Zürich, Verlags-Magazin J. Schabelitz) und aus allen Kräften für weiteste Verbreitung beider zu arbeiten.

Wir sehen hier wieder Vorwürfe anrücken: Den Juden dürfe man nicht die Freude solches Waschens schmutziger Wäsche und gegenseitiger Zerfleischung bereiten. Dummes Zeug! Erste, unabweisbare Pflicht des Antisemitismus gegen sich selbst, und auch den Juden gegenüber, ist, reine, klare Verhältnisse bei sich zu schaffen. Ohne das muß er unfehlbar versumpfen und verkommen. Bilde man sich doch nicht ein, die Juden kennten nicht längst beide Veröffentlichungen! Die „Mittheilungen des Vereins zur Abwehr" usw. rempeln bereits v. Liedermann daraufhin an. — Wir behaupten ja nicht, daß die Verhandlungen in ihrer ganzen Breite öffentlich zu führen wären; aber die Parteileitung **muß** sich mit der Sache ernstlich befassen und zwar unter Hinzuziehung einer Anzahl von Vertrauensmännern aus der Mitte der Partei heraus; der D. S. A. fordert, daß v. Liedermann bis zur Erledigung der Sache von seiner Stellung an der Spitze der Partei zurücktrete. Ebenso **muß** die Parteileitung nicht blos selbst Stellung nehmen, sondern sie schuldet der Gesammtheit der Antisemiten dann eine klare, eingehend begründete Aufklärung über ihre endgiltige Stellungnahme. Und wie wir früher hervorheben: **Einer von beiden muß** auf der Strecke bleiben: Entweder Paasch oder v. Liedermann. Damit die Sache erledigen wollen, daß nun auch schließlich die Antisemitismus, nachdem er so lange Paasch als einen seiner Hauptkämpfer und Helden gefeiert, plötzlich über Nacht ihn nach Judenart für „irrsinnig" erklärt, ist einfach lächerlich. Sobald jemand die beiden Drucksachen Paaschs kennen gelernt hat, wird er zustimmen, daß diese „Ausflucht" mit dem Urtheil „lächerlich" bündig abgethan ist. Entweder ist Paasch ein böswilliger Verleumder, oder er hat Recht und ihm muß Rechnung getragen werden. Paasch bittet, daß man ihm einen „Ausschuß vertrauenswürdiger Herren" zu gemeinsamer Prüfung seiner Beschwerden sende. Kann man die Sache, um einmal aus Rücksicht auf gewisse Leser ein Fremdwort zu gebrauchen, „loyaler" behandeln? Was nach Paasch festgestellt werden soll, ist, „was für ein Klüngel sich heute der Leitung der antisemitischen Bewegung bemächtigt habe." Darf die Parteileitung so etwas einstecken?? Bemerkt sei, daß Paasch weder gegen Prof. Förster, noch gegen den Abg. Zimmermann irgendwie ernsthafte Angriffe richtet. Dagegen werden über v. Liedermann, so zu sagen, ganze Eimer ehrenrühriger Beschuldigungen ausgegossen.

Wir enthalten uns jedes Urtheils, aber ob der letzte Artikel des Herrn Liedermann von Sonnenberg, den wir oben in einem besonderen Aufsatz beleuchtet haben, eine ausreichende Antwort ist, wagen wir zu bezweifeln.

Ahlwardt und die Conservativen. Wenn das „Volk" darauf hinweist, daß es Ahlwardt an Freunden in der conservativen Partei nicht gefehlt habe und zum Beweise hierfür die Thatsache erwähnt, daß Ahlwardt 1893 sogar Gast bei einem Conservativen, der jetzt dem Herrenhause angehört, gewesen sei, so kann die „Danz. Ztg.", auf Grund zuverlässiger Information, diese „Enthüllung" des Stöcker'schen Organs dahin ergänzen, daß Ahlwardt auch die Gastfreundschaft eines conservativen Reichstagsabgeordneten Wochen lang auf dessen Gute genossen hat.

Karl Sedlatzek vom „Deutschen Generalanzeiger" theilt seinen Lesern mit, daß er am 4. Juni seine Haft in Festung Weichselmünde antreten, von wo er jedoch das Blatt im großen Ganzen weiter leiten könne und werde.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Ansbach-Schwabach hat die Volkspartei das von ihr zuletzt innegehabte Mandat behauptet. Ihr Candidat Dr. Conrad erhielt 7778, der conservativ-agrarisch-antisemitische Candidat Hufnagel 7000 Stimmen.

Bei der Reichstagswahl in Ruppin-Templin ist der Candidat der freisinnigen Volkspartei Lessing mit 9764 Stimmen gegen den conservativen Landrath v. Arnim, der 8648 Stimmen erhielt, gewählt worden. — Sehr bemerkenswerth ist die Rolle, welche die antisemitischen Führer gespielt haben. Vor der Hauptwahl geberdeten sie sich durchaus oppositionell, schimpften auf den Landrath und die Junker, um den Conservativen Stimmen abzufangen. Als es aber zur Stichwahl kam, erließ der Abg. Zimmermann im Namen der Parteileitung einen Aufruf, worin er die Gesinnungsgenossen aufforderte, für den Landrath zu stimmen. Zu diesem Humbug wollte sich aber die Mehrheit derjenigen, welche im ersten Wahlgang antisemitisch zu wählen sich hatten verleiten lassen, nicht hergeben; sie traten zum Theil sogar für den Freisinnigen ein. Das Interessanteste aber ist, daß unmittelbar nach der Stichwahl das Organ der Abgg. Hirschel und Köhler, die „Deutsche Volkswacht", schrieb: „Freude kann man nicht über die Wahl eines freisinnigen Abgeordneten empfinden, dagegen können wir ein Gefühl der Genugthuung nicht unterdrücken, daß sich das Volk geweigert hat, einen hochadeligen Regierungsbeamten, der ihm von der conservativen Partei geradezu aufgedrängt wurde, zu wählen."

Gehören die Herren Hirschel und Köhler aber nicht auch zur Parteileitung? Haben sie nicht die Parole ausgegeben, den „hochadeligen Regierungsbeamten" zu wählen? Fürwahr die antisemitischen Führer sind ehrliche Leute!

Ein Parteitag der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen, welcher dieser Tage unter dem Vorsitze des Abg. Zimmermann zu Döbeln stattfand, sandte an den König von Sachsen folgendes Telegramm: „Ew. Majestät senden die in Döbeln versammelten Mitglieder des Landesvereins der deutschsozialen Reformpartei ehrerbietigsten Gruß mit dem Gelöbniß, im Kampfe gegen alle internationalenu Gewalten unentwegt treu zum Königshause und den monarchischen Gedanken zu stehen. — I. A.: Zimmermann, M. d. R." Es traf darauf aus Sybillenort folgende Drahtnachricht ein: „Se. Majestät der König Albert haben mich zu beauftragen geruht, den in Döbeln versammelten Mitgliedern der deutschsozialen Reformpartei für deren Gruß Allerhöchst Seinen Dank auszusprechen. — v. Ehrenthal, Major und Flügeladjutant."

Ein Verband der deutschsozialen Reformpartei für die Provinz Brandenburg einschließlich Berlins wurde am 7. Juni in einer von ca. 60 Delegirten besuchten Versammlung begründet und Abg. Prof. Förster zu dessen Vorsitzenden gewählt. Als Curiosum sei erwähnt, daß Schweinhagen oder Schwennhagen, wie er sich nennt, an den Verhandlungen Theil nehmen wollte, aber an die Luft gesetzt wurde. Er hat erst vor kurzer Zeit das Gefängniß verlassen, in welches er wegen Beleidigung des Finanzministers Miquel geschickt worden war und debütirte bereits in einer Versammlung am 3. Juni, worin die „freiheitlichen Antisemiten" ein „Fehmgericht" über die antisemitische Reichstagsfraction hielten. Daß die „Kreuzztg." in ihrem Bericht sich über ihren ehemaligen Mitarbeiter Schwennhagen lustig macht, finden wir wenig pietätvoll.

Anläßlich des Falles Rauh schreibt Pfarrer Neumann in der „Hilfe" vom 31. Mai u. A.:

„... Ein Mann des öffentlichen Lebens muß sein privates Leben in einfachen und sicheren Bahnen halten. Wir denken an Parnell, Gambetta, Hammerstein, deren große Begabung sie nicht vor dem Ruin schützte, weil sie nicht bürgerlich zuverlässig waren. Die Erfüllung der einfachen bürgerlichen Gerechtigkeit ist die Grundlage des Kampfes für gerechtere Zustände. Lieber soll es nur wenige Christlichsoziale geben aber zuverlässige, als eine Menge, in welcher zweifelhafte Charaktere hervortreten. Wir sehen an den Antisemiten, wohin eine Partei gelangt, die das Unglück hat, mehrere schiffbrüchige Führer zu finden. Darum bitten wir herzlich und dringend: Wer nicht seine eigenen Dinge in Ordnung halten kann, der trete nicht in

den Vordergrund! Es ist nur die schwere Sorge, die uns solche Worte sprechen läßt. Wir sind nicht hart und pharisäisch, wir wissen ganz gut, wie schwer es für manche Menschen ist, sich vor Zerrüttung zu bewahren, wir wollen auch dem sehr Gefährdeten ein Bruder sein, aber der Kriegsdienst braucht gesunde Menschen und die Politik braucht rechtschaffene und nicht von eigenen Sorgen, Schulden oder Verlegenheiten bedrängte Personen. Man kann jeden lieben, aber man kann nicht jeden zur Führung und Belehrung gebrauchen."

△ **Delitzsch.** Der hiesige deutsch-soziale Reformverein hielt am 4. d. M. wieder einmal, unter Leitung des Herrn Dr. Menz, Oberlehrers am städtischen Realgymnasium, eine „größere" Sitzung in seinem Vereinslokal, der „Culmbacher Bierhalle", hierselbst ab. Herr **Theodor Fritsch**-Leipzig hatte den Vortrag übernommen. Er sprach über „die politischen Parteien und politische Fragen der Gegenwart". Die Versammlung war eine vertrauliche, zu der nur „Mitglieder und Freunde und Gönner des Vereins" geladen waren. Nach dem Bericht des hiesigen Kreisblattes, das die Antisemiten als ihr Organ zu betrachten scheinen, und das auch die Einladung zur Versammlung im lokalen und Annoncentheile enthielt, war die Versammlung stärker besucht als je. Was das allerdings sagen will, muß man sich vergegenwärtigen, indem man an die letzte Liebermannsche Versammlung denkt! Vielleicht hatte Herr Th. Fritsch „als geborener Delitzscher" diese besondere Zugkraft ausgeübt. — Jedenfalls sehen die weiteren Kreise unserer Stadt nach wie vor dem Treiben unserer Herren Antisemiten in aller Ruhe zu. Einer weiteren Abwehr bedarf es bei uns nicht mehr.

Meerane. Ein Antrag des Schulausschusses zu Meerane, der den dortigen jüdischen Familien ein Klassenzimmer der Bürgerschule für den israelitischen Religionsunterricht überlassen wissen wollte, ist vom Rath zu Meerane mit der Begründung abgelehnt worden, daß es dem Charakter der confessionellen christlichen Schule widerspreche, einen nichtchristlichen Religionsunterricht in dem Schulgebäude abhalten zu lassen.

Gera, 5. Juni. Die Antisemiten rüsten bereits ernsthaft zur Reichstagswahl; sie glauben offenbar, dem Sozialdemokraten Wurm den Wahlkreis Reuß j. L. entreißen zu können. Dies trat bereits bei Gründung ihres ostthüringer Verbandes mit Gera als Vorort, dann weiter auf dem Köstritzer Bauerntage hervor und neuerdings durch eine Zeitungsneugründung. Die hiesige sozialdemokratische „Tribüne" schreibt:

„In neuerer Zeit hat sich hier unter Betheiligung einiger Lehrer ein Consortium gebildet, das die Gründung einer Zeitung in die Hand genommen hat. Das Blatt soll in christlichsozialer Couleur gehalten werden; die Drucklegung übernimmt die Firma Buhr und Dräger. Wie es heißt, soll auch der evangelische Arbeiterverein seine Unterstützung zugesagt haben. Das Letztere dürfte sich wohl nicht bestätigen, da doch genannter Verein sein Organ bereits im hiesigen „Tageblatt" erblickt. Auf den Ton, in welchem die Probenummer gehalten ist, darf man gespannt sein."

Das sozialdemokratische Blatt zeigt sich hier im Allgemeinen gut unterrichtet. Die Gründung erfolgt auf Betreiben des neugewählten Vorsitzenden des ostthüringischen Antisemitenverbandes, Julius Becker, der unlängst wegen Majestätsbeleidigung zu zweimonatiger Freiheitsstrafe verurtheilt wurde, die das Landgericht in der im Uebrigen unbedeutenden Broschüre „Thing" enthalten fand.

Die „deutschliberale (freisinnige) Antisemitenvereinigung" hatte am 3. Juni eine Versammlung bei Martens in Berlin veranstaltet. Die Einladung an den Anschlagsäulen lautete: „Deutsches Fehmgericht über die antisemitische Reichstagsfraction als Volksvertreter! Nur Germanen haben Zutritt!" Die Controle an den Thüren war nicht sehr streng. Wer 20 Pfg. bezahlte und sich mit einer nicht gar zu krummen Nase legitimiren konnte, wurde anstandslos hereingelassen. Um 8½ Uhr sollte es losgehen, um 9¼ Uhr aber saßen, so berichtet die „Kreuz-Ztg.", am 4. Juni die 30 Personen, die sich nach und nach glücklich zusammengefunden hatten, noch in dem geheimnißvollen Halbdunkel des nur ganz spärlich erleuchteten Saales. Zu mehrfacher Ueberraschung hatte auch eine längst vergessene Größe die Versammlung mit ihrer Anwesenheit beehrt: Herr Ludwig Schweinhagen. Wie er mittheilte, vertritt er jetzt hier den Redacteur Sedlatzek des „Antisemitischen General-Anzeigers", der ebenfalls sitzen muß. Gegen 9¾ Uhr waren etwa 50 Personen beisammen. Nun ging der Geldeinnehmer auf das Podium und eröffnete die Versammlung. Es war der Einberufer Franz Maire. Wie man uns erklärte, soll dieser Herr in einer antisemitischen Gefühlsregung seinen ursprünglichen Namen Maier in Maire verwandelt haben. Er begann gleich tüchtig auf das „krummbeinige Zeug" zu schimpfen, die einmal „mit dem Pusten ihrer Posaunen Mauern umschmeißen wollten" und die dem Christenthume ihr Anhängsel „das Alte Testament" aufgedrängt hätten u. s. w. Dann meinte er: Die antisemitische Bewegung schläft wieder (Allgemeine Zustimmung) aber nur deshalb, weil mal die kirchliche Geschichte, die Stöcker und der Junker Liebermann, dazwischen gekommen sind. Der Ahlwardt aber — ja, das war einer, der hats verstanden! (Lebhafter Beifall.) Wir bekämpfen fünf Js: Juden, Junker (Zuruf: Pfaffen.) Maire: Nee, es muß mit J sein, sagen wir: Jesuiten, Impfer und Juriden! (Große Heiterkeit.) — Endlich kam der Redner zu seinem Thema. „Wir haben die heutige öffentliche Volksversammlung „Fehmgericht" genannt. Sie werden ja wohl wissen, was das ist. Wir verstecken uns nämlich nicht hinter Paragraphen, sondern Sie sollen heute Abend mal ganz nach Ihrem Gewissen urtheilen. Wir wollen das Volksgericht jetzt abhalten. Sie sind Schöffen! Zwar haben wir uns hier eine ganze Reihe Anklagepunkte aufgeschrieben, aber es ist besser, daß erst einer von den deutschen Männern hier seine Anklagen vorbringt. Die Vertheidiger müssen bis zuletzt warten! — Nun begann eine regelrechte Abschlachtung der Antisemiten-Fraction. „Wie haben sie sich beim Börsengesetz verhalten?" schrie Herr Maire. — „Stumm wie die Fische! Unser Vertrauen ist bei ihnen auf den Holzweg gerathen, da ist gar nichts gegen zu wollen. (Heiterkeit.) Als nächster kam Herr Schweinhagen, der sich über alles und noch etwas vernehmen ließ. Ueber den Fall Kotze erklärte er mit wichtiger Miene sehr viel zu wissen, dann redete er von dem jüdischen Geheimbunde bei Hofe u. s. w. Ganz besonders aber sprach er gegen den Herrn „Johannes Miquel". An der antisemitischen Reichstagsfraction ließ er kein gutes Haar. Er habe das gleich vorausgesehen, aber er habe es gehen lassen, wie es wollte. Jetzt wolle er keine Führerrolle mehr übernehmen, erklärte er in verletztem Stolze. — Als dritter im Bunde gesellte sich nun noch ein Kaufmann Pohl den Anklägern zu. Sein Plaidoyer, das natürlich auf Schuldig lautete, störte jedoch die Würde des Gerichts ganz bedeutend, denn die „Schöffen" mußten etliche Male bei einigen kräftigen Stellen der sehr langen Rede laut auflachen, freilich nicht ohne sich eine Rüge des Vorsitzenden der Fehme zuzuziehen. Mittlerweile war es beinahe Mitternacht geworden, und man war immer noch nicht zum Urtheilsspruche gekommen. Einige suchten deshalb das Weite. Die „Fehme" aber saß noch lange beim Biere und brachte immer neue Anklagepunkte gegen die schon arg mitgenommene antisemitische Reichstagsfraction vor.

Höhnisch bemerkt die „Staatsb. Ztg." am 6. Juni zu diesem Bericht der „Kreuz-Ztg."

Selbstverständlich hat die „Deutsch-soziale Reformpartei" mit dieser „Feme", die aus 5—10 Personen bestehen soll, nicht das geringste zu thun, muß es diesen Herren vielmehr selbst überlassen, sich auf eigene Kosten und in ihrer Art zu blamiren.

Vermischtes.

Wien, 9. Juni. In einer antisemitischen Wählerversammlung schimpfte Lueger auf Ungarn und bezeichnete jeden Deutschen, Slawen und Rumänen, der hinunter fährt, als ehrlosen Lumpen. Daraufhin löste der Regierungscommissar die Versammlung wegen Verletzung der Ehrfurcht vor dem Kaiser in Anbetracht der kaiserlichen Reden in Pest auf. Allgemeines Geschrei folgte, worauf Lueger ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte und mit einer Papierrolle die Absingung der Volkshymne dirigirte, unter deren Klängen der Saal geräumt wurde.

Zum Fall Koppel-Ellfeld. Infolge eines Plagiats, das der sächsische Intendanzrath der Kgl. Oper in Dresden Dr. Franz Koppel-Ellfeld begangen hat, ist dieser entlassen worden. Mit der Bemerkung: „Daß die philosemitische Presse den Fall meist totschweigt, versteht sich von selbst", will die „Kreuzztg." vom 3. Juni andeuten, daß Koppel Jude ist. Schon Ende April war in Berliner Blättern zu lesen, daß er Christ ist und von gut arischer Herkunft. Gerade die „Kreuzztg." hat den Fall Koppel-Ellfeld wochenlang todt-

geschwiegen!! Man sucht niemanden hinter dem Busch, hinter dem man nicht selbst gesteckt hat.

Deutschthum und Christenthum befehdeten sich auf dem Eisenacher Jugendbundestag am 28. Mai eifrig. Bemerkenswerth war u. a. der Antrag, in den Satzungen das Wort christlich-germanisch durch „allgermanisch" zu ersetzen.

Der Vertreter Dortmunds, v. d. Kluse, begründete den Antrag. Es handle sich nicht etwa um Angriffe auf die Religion, sondern um Wahrung der Gewissensfreiheit. Drei Richtungen seien unter den Bünden vertreten, eine orthodoxe Richtung, eine weniger religiöse und eine dritte mit laxerer Auffassung der Religionsfrage. Jedem einzelnen Vereine müsse die Stellungnahme überlassen bleiben. Die Ziele der Bewegung seien durch das Wort „deutsch" genügend gekennzeichnet. Die christliche Auffassung werde nicht von allen getheilt; diese deswegen auszuschließen, sei unrecht und taktisch verfehlt. Das Christenthum sei international, so bedeute christlich-germanisch soviel wie international-national. Auch Türk aus Wien bat, doch durch Streichung des Wortes „christlich" auch die andere Meinung zu achten. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß der Widerstand gegen das Wort „christlich-deutsch" im Wachsen begriffen ist. Im Jahre 1894 sprach nur ein Hamburger für die Streichung, 1895 waren schon mehrere Stimmen für dieselbe und dieses Mal erklärte sich etwa der vierte Theil der Vertreter für die Streichung. Die Folge war, daß Dortmund, Soest und Essen ihren Austritt erklärten. Türk aus Wien erklärte, daß auch die Wiener sich dem Bunde nun nicht anschließen könnten.

Die „Dtsche. Tageszt g." ist über den Ausgang dieses Streites sehr betrübt. Sie schreibt am 29. Mai:

Wir würden auf das lebhafteste bedauert haben, wenn der Antrag angenommen worden wäre. Allgermanisch ist ein phantastischer Begriff. Christlich-deutsch ist etwas Wirkliches und Wesentliches. Das Christenthum ist international; aber es ist zu einem bestimmenden Theile der deutschen Volksart geworden. Uebrigens haben auch die Vereine deutscher Studenten ähnliche Kämpfe und Irrungen durchgemacht und sich doch zur christlich-germanischen Klarheit durchgerungen. Hoffentlich wird es dem deutschen Jugendbunde so gehen. Sonst dürfte er den Keim eines frühen Todes in sich tragen.

Dem curiosen „Freidtschl." gefallen diese Worte nicht. Es versicht das Wort „Allgermanisch" mit rühmlichem Eifer. Der „Deutsch. Tageszt g." wirft es (2. Juni) „beklagenswerthen Mangel an deutschem Verständniß" vor. Dann kommt seine „allgermanische" Weisheit:

Zunächst werde man darüber schlüssig, welche von den sehr verschiedenartigen Auffassungen des Christlichen von dem Deutschen angeblich heute untrennbar sein soll, ehe man von „Klarheit" redet! Ueberhaupt oder stehen wir hier vor einer jener Abgeschmacktheiten, die immer Einer dem Andern nachplappert, wie die Hammel alle den Sprung an derselben Stelle thun. „Das Deutschthum ist heute „nothwendig" christlich"? Wer sagt denn das?? Wer hat es bisher bewiesen??? Bis jetzt ist es immer nur behauptet und immer wieder nachgepapelt, wie in unserem Nachplapper-Zeitalter üblich. Geschichtlich ist unbestreitbar, daß die altgermanische Kraft des Heldenvolkes der Weltgeschichte völlig echt nur **vor** der Berührung mit dem Christenthum da war, seitdem im Laufe der Jahrhunderte stets mehr gebrochen wurde, **bis wir endlich zu dem Jammervolke von heute wurden, immer unter dem Einfluß des — Christenthums!** Ueber diese harte geschichtliche Thatsache hilft keine dem Christenthum noch so freundliche Stellung hinweg. Mit ihr muß erst sich abfinden, wer in der Frage „deutsch oder christlich" mitsprechen will. Der „Deutschen Tageszt g." fehlt es dazu offenbar noch sehr an der hierfür erforderlichen geistigen Reife.

Die österreichischen Antisemiten unter sich. In einer am 8. Mai stattgefundenen Versammlung des Neubauer antisemitischen Wählervereins erklärte der christlich-soziale Antisemit Geßmann zum größten Gaudium seiner Zuhörerschaft: Ein Mensch, wie K. H. Wolf (bekanntlich ein deutsch-nationaler Antisemit. Anm. d. Red.) sei gar nicht werth, daß er von den Christlich-Sozialen mit einem Fußtritt regalirt werde. Der genannte Herausgeber der „Ostdeutschen Rundschau" quittirte diese Liebenswürdigkeiten, indem er dem Herrn Geßmann, der erst neulich seine arisch-germanische Abstammung nachzuweisen sich bemühte, nachsagt, ihm gucke — trotz Stammbaum — der Jude aus jedem Winkel seines verschmitzten Jesuitengesichtes, und er mauschle nicht nur mit der Zunge, sondern mit seinem ganzen Körper. Seine Ausführungen schließt das Blatt mit folgenden für die Situation im siegreichen Lager gewiß höchst bezeichnenden Worten: „Wenn es sich erfüllen sollte, daß die Ministerfavorits Liechtenstein, Pattai, Dipauli und Consorten, die ganze, heute noch deutschflunkernde, in Wahrheit international gesinnte clerical-christlich-soziale Gesellschaft ans Ruder gelange, dann wehe Dir, deutsches Volksthum! Die deutsch-liberale Partei hat viel an unserm Volke gesündigt, oder gegen eine clerical-antisemitische Herrsch. ft müßten ihre Vertreter noch wahre Helden genannt werden, denn die Deutsch-Liberalen glaubten wenigstens, sich um des Deutschthums w'llen an die Juden und die Regierung verkaufen zu müssen — in dem Programme einer clerical-antisemitischen Regierung ist aber und dorf für das Deutschthum kein Platz sein. Und darum noch einmal: Deutsch-Nationale, schließt die Reihen!"

Christenhaß in Konstantinopel. In der „Tägl. Rundsch." vom 29. Mai schreibt Detlef Stern: „Gewiß ist, daß die Unbotmäßigkeit der Soldaten und des gemeinen Volkes gegen die Christen bedeutend zugenommen hat, Man ruft ihnen Giaur, Giaur! oder andere minder bekannte Schimpfnamen nach und die Kinder in Stambul werfen vorüberreitende Europäerinnen mit Steinen."

Ein Ritualmord in Sicht! In der „Kreuzztg." vom 30. Mai befindet sich folgende Notiz:

Einem hiesigen Dienstmädchen ist ihr Kind durch eine unbekannte Frau unter Umständen abgenommen worden, die darauf schließen lassen, daß das Kind zur Verübung eines Verbrechens benutzt werden solle. Die Frau, die erweislich falsche Angaben über ihre Person und Wohnung gemacht hat, ist am 29. April d. J., Vormittags um 11½ Uhr mit dem Kinde in einem Abtheile dritter Klasse der Wannseebahn vom Bahnhofe Großgörschenstraße nach Groß-Lichterfelde gefahren, angeblich um das Kind dort einstweilen unterzubringen. Wer etwas über den Verbleib der Frau oder des Kindes anzugeben vermag, wird ersucht, Angaben der Criminal-Polizei im Zimmer 244 des Polizei-Präsidiums zu machen. Die Frau war etwa 29 Jahre alt, 1,70 m groß, Haar und Augenbrauen schwarz, Nase lang und spitz, hatte jüdisches Aussehen, war weiß gepudert und sprach schlesischen Dialekt. Sie trug ein schwarzes Kleid mit gelbem Brusteinsatz, braunem Strohhut mit nach oberstehender Krempe und mit braunem Bande garnirt. Der Knabe hatte blaue Augen, dunkelblondes Haar, trug ein weißes Mäntelchen und blaues Mützchen, und war in ein rothes Wickeltuch eingeschlagen.

Daß das fromme conservative Blatt die Worte „jüdisches Aussehen" durch Sperrdruck hervorhebt, hat seinen Grund wohl darin, daß es seine Leser auf einen neuen Ritualmord vorbereiten will.

Die Germanische Volksgemeinschaft „Vehme" hat bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Berlin folgenden Strafantrag gestellt: „In der Nummer 47 der hierselbst erscheinenden periodischen Druckschriften „Berliner Courier" und Berliner Börsencourier", für die als verantwortlicher Redacteur Paul Borrmann unterzeichnet ist, findet sich im Artikel: „Der Kaiser und der Bund der Landwirthe" folgende Stelle: „Vergieb uns unsere Schuld, Kaiserlicher Herr; aber entlasse die Boetticher, Marschall und Hammerstein! Du hast das Reich, die Kraft und die Macht und sollst sie behalten, aber theile sie mit uns." — Es ist dies eine Profanirung und Lästerung des heiligen Gebetes der Christen, des Vaterunsers, welches uns von unserem Gottessohne selbst als das höchste Gebet gelehrt wurde. (Vergl. Matth. 9. 13.) Wir fühlen uns durch diesen Artikel schwer in unserem christlichen Empfinden gekränkt. Da diese Stelle geeignet ist, nicht nur bei Bekennern des christlichen Glaubens, sondern bei allen religiös denkenden Leuten, Aergerniß zu erregen, bitten wir um geneigte Untersuchung und gegebenen Falls Verfolgung aus § 360 II des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 20 des Reichspreßgesetzes vom 7. Mai 1874.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

Man brachte mich in eine Kaserne, nahe am Leipziger oder Dresdener Thor, ich traf an 300 Kriegsgefangene von verschiedenen Nationen hier an, wir erhielten täglich $1^1/_2$ Pfund Brod und $2^1/_2$ Ggr. Ein alter preußischer Kapitain hatte die Aufsicht über uns, welcher uns täglich verlesen ließ. Auf dem Hofe der Kasematten wohnte eine Wittwe, deren Mann früher Commissär gewesen war. Diese gute Frau rief mich den zweiten Tag nach ihrer Wohnung, wo sie mich über meine Verhältnisse befragte, indem sie mir bemerkte, daß sie Mitleid mit mir hätte, da sie bemerkt hätte, daß ich ganz von den übrigen Gefangenen abgesondert, stets in traurige Gedanken versunken, meine Zeit hinbrächte; dies mache ihr Kummer, indem ihr Sohn, welcher in Militärdiensten stehe, leicht in eine ähnliche Lage, wie die meinige wäre, versetzt werden könnte. Nachdem sie von mir erfahren hatte, daß ich Israelit wäre, verschaffte sie mir Unterstützung von Seiten meiner Glaubensgenossen. Mit ihr mußte ich täglich Kaffee trinken. Den 23. Mai kam die Nachricht von einer großen Schlacht, welche vorgefallen wäre, und worin die Franzosen total geschlagen sein sollten. Meine gute Verpflegerin setzte aber gegründetes Mißtrauen in diese Nachricht. Auch kamen nach einigen Tagen viele Wagen mit Blessirten und Gepäck, einer hinter dem anderen, zum Leipziger Thore hereingefahren, und bald hörten wir von der bei Bautzen vorgefallenen Schlacht, in welcher die Franzosen die Oberhand hatten. Wir sollten uns nun marschfertig halten, um, wie ich von der guten Frau Commissärin erfuhr, nach der Festung Schweidnitz transportirt zu werden. Die Furcht, in einer Festung eingesperrt oder vielleicht gar wieder nach Rußland transportirt zu werden, gab mir den Muth, auf's Neue alles zu meiner abermaligen Befreiung zu wagen. Leider versah ich mich auf 3 Tage mit Lebensmitteln, ich schlich mich in der Abenddämmerung auf den Boden meiner gastfreundlichen Commissärin, welcher mit unseren Kasematten zusammenhing und versteckte mich in einem Winkel, um da den Ausgang abzuwarten. In der Nacht gegen 12 Uhr hörte ich schon meine Unglücksgefährten weg transportiren; es war mir dabei Angst und Bange, denn wenn ich binnen einigen Tagen nicht gerettet wurde, so konnte sich mein Schicksal sehr verschlimmern.

In banger Erwartung verweilte ich in meinem Versteck. Da hörte ich schon den folgenden Tag in der Frühe ziemlich deutlich das ferne Gerassel von Wagen, welche schnell hinter einander fuhren. Obgleich in einem engen Raume von der großen Hitze unter den Dachziegeln, auf welche die Sonne ihre heißen Strahlen warf, sehr belästigt, harrte ich dennoch aus. Da — o wie lieblich ertönte in meinen Ohren am 1. Juni der Schall der Trompeten! Die Musik kam immer näher, ich hob einen Dachziegel in die Höhe und o Himmel! welche Freude für mich! Ein französisches Chasseur-Regiment zu Pferde (das 8.) rückte zum Thor herein. Mit einigen Sprüngen war ich in der Stube meiner Wohlthäterin. Sie erschrak und die Worte: „Ich bin frei!" waren Alles, was ich ihr sagen konnte. Ich nahm eilig Abschied von ihr und in Zeit von fünf Minuten hatte ich mich schon bei der Avantgarde eingefunden und bei dem Offizier angemeldet."

Der Befehlshaber des Corps fertigte ihm eine Marschroute nach dem Hauptquartier, damals in Neumark, aus. Dort kam er am 4. Juni an, wurde den Officieren vorgeführt und von ihnen bewirthet. Sie veranstalteten auch eine Sammlung für ihn und Oberst Humbert behielt ihn bei sich im Quartier, auch als dasselbe nach Dresden verlegt wurde. „In Dresden legte ich mein polnisches Ornat und meinen Bart ab und kleidete mich wieder anständig.

Ich hatte hier gute Tage. Es fehlte mir an nichts und ich konnte spazieren gehen. Auf einer meiner Excursionen war ich Augenzeuge davon, wie die Krieger, selbst wenn sie leiden mußten, ihrem hochverehrten Kaiser zugethan waren. Vor dem großen Hospital, in welchem die ungeheure Menge verwundeter Franzosen lagen, versammelte sich eine große Menge derselben, als sie den Kaiser Napoleon mit seiner Umgebung ankommen sahen, und als dieser dem Krankenhause sich näherte, schrieen alle aus vollem Halse: „Vive l'empereur", liefen mehrere Häuser weit unermüdlich hinter ihm her, mit dem beständigen Geschrei: „Es lebe der Kaiser!"

Nach Verlauf einiger Wochen bekam ich nebst einem französischen jungen Officier eine Marschroute über Gotha, Erfurt nach Cassel.

Endlich erreichte ich nach den vielen Leiden, die ich bestanden, und den großen Gefahren, denen ich wunderbar und glücklich entgangen war, im Monat October 1813 das mir sehr theure Cassel, welches mir das Theuerste enthielt, was ich auf Erden hatte. Gleich nach meiner Ankunft zog ich über meine liebe E. Erkundigungen ein; in der Abendstunde schlich ich mich unbemerkt unter das Fenster und o, wer beschreibt meine Wonne! — ich sah sie, für die ich mein Leben aufzuopfern in jeder Stunde bereit gewesen wäre. Ich ließ ihr durch einen Soldaten hineinsagen, daß sie auf einige Augenblicke vor die Thür kommen möchte, es wäre ein naher Anverwandter aus ihrem Geburtsorte da. Sie kam auch sogleich heraus und — mit einem lauten Schrei der Freude lagen wir uns in den Armen! Wie glücklich war ich!

Einige meiner Brüder kamen schon den folgenden Tag nach Cassel, um mich zu bewillkommnen, und ich hörte zu meiner Freude, daß alle die Meinigen noch frisch und munter wären. Von meinen guten Freunden in Cassel erhielt ich täglich Einladungen. Bald nach meiner Ankunft gelangte die Nachricht von der Schlacht bei Leipzig, womit die französische Herrschaft in Deutschland aufhörte und das Königreich Westphalen aufgelöst wurde, nach Cassel, womit meine eben nicht sehr glückliche militärische Laufbahn ein Ende nahm."

(Schluß folgt.)

Briefkasten.

W. In den Landtag von Schwarzburg-Sondershausen ist am 4. Juni ein Antisemit gewählt worden.

Dr. M. Herzlichen Dank. Leider zu spät erhalten, wird in die nächste Nummer aufgenommen!

Mehrere Einsender. Die Mehler Affaire kommt in der nächsten Nummer.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 25. Berlin, den 20. Juni 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen" haben ca. 8000 feste Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen für die Verbreitung der „Mittheilungen" nicht nachlassen werden.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen".

Eine Jüdin als Wachtmeister in den Freiheitskriegen 1813/14.

Man weiß, daß auch einige Mädchen im Jahre 1813 dem Ruf des Vaterlandes folgten und in Männerkleidern als Soldaten in den Krieg zogen, von dem Theodor Körner sang, er sei ein „Kreuzzug, ein heiliger Krieg" gewesen. Aber es ist wenig bekannt, daß auch eine Jüdin darunter gewesen, die Wachtmeister geworden und das eiserne Kreuz für ihre Tapferkeit erhalten. Die „Vossische Ztg." vom 9. Dezember 1815 schreibt darüber:

„Luise Grafemus (eigentlich Esther Manuel aus Hanau gebürtig, 30 Jahre alt, Jüdischer Abkunft und Religion) Wittwe des Wachtmeisters Grafemus im Regiment Konstantin Garde-Uhlanen, wollte ihrem Manne, der sie und zwei Kinder (ein Mädchen, jetzt 10 Jahr und einen Knaben 8 Jahr alt) verlassen hatte, im Jahre 1813 nach Schlesien nachziehen, entschloß sich aber, in der Hilflosigkeit, worin sie sich befand, als sie Berlin erreicht hatte, selbst Kriegsdienste zu nehmen, welches ihr um so leichter ward, da sie in Mannskleidern reisete. Sie trat daher in das Königsberger zweite Landwehr-Uhlanen-Regiment, unter dem Major von Hermann, machte die Feldzüge 1813 und 1814, erst als **Freiwilliger**, zuletzt als **Wachtmeister** mit, wurde **zweimal verwundet**, bei Jüterbock am Fuße und in der Gegend von Metz, erhielt auf dem Marsche durch Holland 1814 im Armeecorps des Generals Grafen Bülow von Dennewitz, das **eiserne Kreuz**, traf unvermuthet am 29. März 1814 mit ihrem Manne, (der noch immer in russischen Diensten stand) bei Montmartre zusammen, verlor ihn aber schon am folgenden Tage durch eine Kanonenkugel. Mit ehrenvollen Wunden und Auszeichnungen bedeckt, mit den ehrenvollsten Zeugnissen des Wohlverhaltens entlassen, ist sie seitdem vom Regiment abgegangen, und kehrt nun, nach einigem Aufenthalte in Berlin, nach Erfurt oder Hanau, ihrer Heimath, zu ihren Kindern zurück. Möge sie dort ihre Mutterpflichten mit eben der Treue erfüllen, die ihr als Krieger den Beifall Sr. Majestät des Königs und des Preußischen Heeres erwarb. Möge ihr aber auch allgemeine Theilnahme werden, und Unterstützung von vielen Wohlwollenden und Edlen, damit sie, ihrer vorigen Lebensbahn zurückgegeben, im Stande sey, sie zu ihrem und ihrer Kinder Glück heiter und sorgenfrei zu durchlaufen!

Dieser Artikel war aufgesetzt und der mündlichen kunstlosen Erzählung der Kriegerin treu nachgeschrieben, als uns das Petersburger Blatt: Der russische Invalide am 25. Januar (6. Februar) zu Augen kam, welches den weiblichen Uhlanen, Luise Manuel, mit vieler Auszeichnung erwähnt. Sie ist Mutter (heißt es darin) zweier lebender Kinder; der Mann verließ sie vor mehreren Jahren und ging nach Petersburg, wo er sich anwerben ließ und einige Zeit diente. Als seine Frau Luise erfuhr, daß die russische Armee in Deutschland einrückte, entschloß sie sich, ihr Geschlecht zu verbergen und den Vater ihrer Kinder aufzusuchen. Da ihr Zartgefühl ihr nicht erlaubte, mit den Soldaten von Berlin aus nach Schlesien zu gehen, so wurde sie selbst Soldat und ließ sich im Bülowschen Corps als Uhlanen anstellen. Niemand wußte von ihrem Geschlecht und sie focht in allen Schlachten der denkwürdigen Feldzüge von 1813 und 1814 mit, erhielt bei Jüterbock eine schwere Wunde am Fuß und wurde in anderen Gefechten verwundet. Ihr Mann, den sie wiedergefunden hatte, blieb in einem Gefechte bei Paris. Sie hat durch ihre Tapferkeit und Geistesgegenwart sich die Bewunderung und den Beifall Aller erworben".

Das Impfgesetz — ein jüdisches Product.

Weshalb Herr von Egidy, der den wenn auch nicht erfolgreichen Versuch machen wollte, eine „Religion der Liebe" zu schaffen, in seiner Zeitschrift „Versöhnung" schmutzigen antisemitischen Verdächtigungen und groben Unwahrheiten derselben Richtung Raum gewährt, ist uns nicht klar geworden. Doch die Thatsache bleibt bestehen. In Nr. 126

des Blattes fühlt sich ein Herr aus Hannover gedrungen, in einem von tiefster Ignoranz erfüllten Angriff auf den Impfzwang das Impfgesetz des Deutschen Reiches vom 8. April 1874 „hauptsächlich auf das Treiben und Schwatzen der *Israeliten* im Reichstage — *Lasker, Löwe u. A.* —" zurückzuführen. Der Impfzwang, sagt dieser Antisemit, „das Einspritzen der Kälber-Eiterjauche" entspringe undeutscher Denkungsart. „Bei den Juden sei ja die körperliche Verbesserung des neugeborenen Knaben, die *Correctur des Schöpfers* in Gestalt des *Beschneidens* Stammesvorschrift; man dürfe es daher jenen Männern nicht verargen, wenn sie ihrer Weltanschauung entsprechend auch die *Einspritzung von Geschwürsmasse* ins Blut für nützlich erachteten." Man traut eigentlich seinen Augen nicht, solch hirnverbranntes Zeug in einem Blatte zu lesen, das Anspruch darauf macht, ernst genommen zu werden. Wir haben an dieser Stelle keine Veranlassung, diesen Unsinn in medicinischer und hygienischer Beziehung zu widerlegen, es wäre auch bei einer solchen Begriffsverwirrung ein ganz unnützer Versuch. Wir können dem Herrn aus Hannover nur den Rath geben, sich die vom Kaiserlichen Gesundheits-Amt herausgegebene Denkschrift über „Blattern und Schutzpockenimpfung" 1896, Preis 80 Pf., anzuschaffen, aus der er wenigstens die Grundbegriffe der Impfung und ihren ungeheuren Segen für Europa kennen lernen kann. Ueber die Lächerlichkeit, jüdischen Reichstagsabgeordneten wie Lasker, die nach bestem Gewissen und der Ueberzeugung, der Menschheit einen großen segensreichen Dienst zu erweisen, ihre Pflicht gethan haben, so blödsinnige Gründe unterzuschieben, über die ein vernünftiger Mensch überhaupt nicht discutiren kann, verlieren wir kein Wort weiter. Uns interessirt hier nur die Unverfrorenheit, mit der ein so unwissender Mensch auftritt, der nicht einmal weiß, daß der Jude Löwe erst 1878 in den Reichstag trat, *während* Dr. med. *Löwe-Calbe*, welcher bei der Berathung des Gesetzes mehrfach hervortrat, *unverfälschter christlicher Abstammung war*. Aber nur immer frisch drauf los gebellt und gelogen! Nicht Jeder kennt ja die oben angeführte Thatsache und die Judenhetze ist ja ein dankbares Feld für alle Unwissenden und Fanatiker. Im Uebrigen wurde schon der *Entwurf* des Impfgesetzes vom *Bundesrath* gebilligt, nachdem nahezu *sämmtliche Bundesregierungen* die einheitliche Regelung des Impfwesens befürwortet hatten, und dann dem Reichstage am 5. Februar 1874 vorgelegt. Er erhielt am 8. April d. J. *die Kaiserliche Sanction*. Wie weit „der Jude Lasker u. A." bei der Berathung des Impfgesetzes betheiligt waren, kann der geistvolle Herr aus Hannover erfahren, wenn er sich die Mühe nimmt, die stenographisch aufgenommenen Verhandlungen des Deutschen Reichstages vom 18. Februar bis zum 14. März 1874 genau durchzulesen. Wir fühlen keine Neigung, unwissenden Fanatikern diese ihnen sehr gesunde und zuträgliche Arbeit zu ersparen.

Die Geschichte eines jüdischen Soldaten.

Mitgetheilt von Theodor Zlocisti.

(Schluß.)

Von den späteren Lebensschicksalen Meyer's ist mir weiter nichts bekannt, als die aus endstehend zum Abdruck gelangten Documenten hervorgehenden Thatsachen, daß es ihm in seinen späteren Lebensjahren nicht gut erging und daß er von Napoleon III. den für Combattanten unter dem ersten Napoleon gegründeten St. Helenenorden erhielt. Auch soll er zum Bürgervorsteher von Dransfeld erwählt worden sein.

I.

Daß der im westfälischen Militär bereits in Spanien gediente Sergeant, nachherige Wachtmeister bey der reitenden Artillerie des 8ten Infanterie-Regiments Jacob Meyer, welcher auch dem Feldzuge in Rußland mit beygewohnt hat, sich stets gesittet und rechtlich betragen habe, und daß mir so wenig während seiner Militär Dienste eine Beschwerde über ihn bekannt geworden, als daß sich jemand über ihn während seines hiesigen Aufenthalts nach Auflösung des Westfälischen Militairs beschwert habe wird hierdurch der Wahrheit gemäß beschein gt.

Adelebsen, den 12. November 1813.

Der Cantar Beamte
A. Meier.

Daß vorstehende Zeugniß von mir dem unterzeichneten eigenhändig ausgestellt sey wird hierdurch nochmals bezeugt

Hardegsen, den 3. Dezember 1835.

A. Meier Bürgermeister.

II.

Dem ehemaligen Artillerie-Wachtmeister Jacob Meyer, welcher sein 71. Lebensjahr zurückgelegt hat, wird der Wahrheit gemäß hierdurch gern bezeugt, daß derselbe dem König von Westphalen treu und redlich gedient, daß er aber nach jener Dienstzeit in andere Dienste als Militär nicht getreten, vielmehr stets als ein rechtlicher, ordnungsliebender, ruhiger Einwohner der Stadt Dransfeld sich betragen hat und daß derselbe leider in den letzten Jahren, wegen Krankheit, völlig außer Stand gesetzt ist, seine Geschäfte verrichten zu können.

Dransfeld, den 17. October 1856.

Der Magistrat
L. S. W. Dorsch.

III.

Lieber Meyer!

Mit vielem Vergnügen und aufrichtigem Danke habe ich Ihr Schreiben vom 31. v. M. nebst zwey Exemplaren Ihrer Lebensgeschichte erhalten.

Eines der letzteren ist sofort dem Capitän von Andree zugestellt worden und das andere habe ich mit recht vielem Interesse gelesen und mich dabei der alten Zeiten, die bei allen Gefahren und Leiden doch auch ihr Angenehmes hatten, gar lebhaft erinnert.

Indem ich den Preis für beide Exemplare hier mit anfüge, danke ich Ihnen nochmals verbindlichst für diese Zusendung und erneuere die Versicherung meiner hochachtungsvollen Ergebenheit.

Cassel, den 12. August 1836.

C. v. Ries
Oberst.

IV.

Légation de France
à Hanovre.

Hannover, den 7. December 1857.

Mein Herr, ich habe die Ehre, Ihnen beiliegend das Patent und die Sanct-Helenen-Medaille zuzusenden, welche Seine Majestät der Kaiser Napoleon der Dritte Ihnen gütigst zuerkannt hat für die Dienste, welche Sie geleistet haben, indem Sie unter den Fahnen Frankreichs kämpften.

Ich habe Ihnen die Documente zurückgesandt, welche Sie der französischen Regierung zukommen ließen.

Ich bitte Sie, mir den Empfang dieser Sendung anzuzeigen.

Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Achtung.

Der Geschäftsträger Frankreichs
E. de Bonnières.

Seiner Wohlgeboren
dem Herrn Jacques Meyer, ehemaliger Militär
in Dransfeld bei Göttingen.

V.

Medaille de Saint-Hélène,
Instituté par S. M. Napoléon III.
Napoléon Ier
A ses Compagnons de gloire. Sa dernière pensée!
Sainte-Hélène, 5. Mai 1821.

Le Grand Chancelier de l'Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, certifie que M. Meyer, Jacques (Hanovre) ayant servi durant la période de 1792 à 1815 a reçu la Médaille de Saint-Hélène.

L. S. Duc de Haisam
Inscit à la Grande Chancellerie No. 1164.

Nachtrag. Aus der autobiographischen Skizze des Soldaten Jacob Meyer tragen wir hier eine Schilderung nach, die sich mit seinem Aufenthalte in spanischen Lazareths befaßt. Im Anf. October 1808 wurde er mit einem Transport nach Figueras abgeführt, wo er einige Tage lang in einer elenden Krankenanstalt auf einem Strohsacke liegen mußte. (s. „Mittheil." Nr. 17. S. 136.) Er erzählt dann weiter:

„Hier sah ich einen guten Freund, den Sergeant-Major Rosenbach aus Münden, auf einem solchen unreinen Strohsack sterben. Der Geruch, welcher in diesem Krankenhause verbreitet war, war fürchterlich, indem die meisten Kranken, welche die Ruhr hatten, alles verunreinigten. Den dritten Tag Morgens früh wurden wir Kranken, auf Karren gebracht und von einem zahlreichen Commando transportirt. Welch einen gräßlichen Anblick hatten wir unterwegs! Die noch nackt liegenden verbrannten Leichen und Karren lagen vor unseren Augen! Da dachte ich zurück an die wahlgemeinte Ermahnung des Herrn Salvedoir. Wir erreichten indessen ohne weitere Begebnisse Perpignan und wurden ins General-hospital gebracht; die Kleidung wurde gewechselt. Meine Krankheit ging in ein Nervenfieber über, in welchem ich über acht Tage bewußtlos lag. Die mitleidigen Schwestern, ehemalige Nonnen, in der Revolution aus ihren Klöstern vertrieben, übten in dieser Anstalt den edelsten Wohlthätigkeitssinn aus. Ich selbst wurde von einer solchen Nonne in meiner Krankheit gepflegt; sie ging nicht von mir, bis ich ihr das abgenommen hatte, was sie mir zu reichen pflegte.

Eines Tages erhielt ich von einem in Perpignan wohnenden Israeliten Namens Weil einen Besuch im Hospital, den er täglich wiederhalte. Als ich endlich nach vierwöchentlicher Krankheit das Hospital verlassen konnte, wurden durch die höchst gastfreundliche Behandlung des Herrn Weil meine Kräfte so ziemlich wiederhergestellt, so daß ich bald wieder zur Armee nach Catalonien geschickt werden konnte. Nach einem Aufenthalt von sechs Wochen in Perpignan marschirte ich mit einem starken Convoi zur Armee."

Nunmehr erzählt der Verfasser im einzelnen einen Angriff auf die Insurgenten, welche die Belagerung Geronas durch ihre immerwährenden Plänkeleien unendlich erschwerten.

„Den 8. Januar 1809 des Nachmittages wurde uns durch einen Armeebefehl bekannt gemacht, daß den folgenden Tag früh Gerona mit einem allgemeinen Sturm genammen werden sollte; den Truppen wurde zugleich eine zweistündige Plünderung versprochen. Alle standen wie Butter an der Sonne bei dieser Hiobspost. Die Soldaten machten unter sich schon Testamente, und es wurde über diese Unternehmung fast die ganze Nacht geplaudert, bis wir endlich den folgenden Morgen in aller Frühe die unerwartete und darum um so erfreulichere Nachricht erhielten, daß Gerona in der Nacht capitulirt habe; eine Nachricht, die natürlich unserer Angst ein Ende machte. Den 11. Januar 1809 rückten unsere Truppen in die Stadt und Festung ein. Unserer westphälischen Division unter Obrist Zink wurden alle Posten übergeben. — Wie schrecklich sah es in der Stadt bei unserem Einmarsch aus! In den Straßen war das Steinpflaster meistentheils aufgerissen, dieselben waren mit Bomben und Granaten wie übersäet. Sehr viele Gebäude waren theils gänzlich eingeschossen, theils stark beschädigt. Die Kasernen, welche wir in Besitz nahmen, waren so voll Ungeziefer, daß wir die Zimmer durch Schießpulver reinigen mußten. Die Einwohner, welche durch die Belagerung viel gelitten hatten, betrugen sich im Allgemeinen eben nicht freundlich gegen uns; sogar das schöne Geschlecht, welches von uns artig behandelt wurde, warf uns keinen freundlichen Blick zu. Wir hatten nun, nachdem wir durch das fortwährende Bivouakiren, durch die Hitze des Tages und durch die empfindliche Kälte der Nacht auf den Bergen sehr gelitten hatten, das Vergnügen, in den Kasernen in eine bessere Lage versetzt zu werden; unser Dienst war aber, wegen der vielen Posten, die besetzt werden mußten, desto schwerer; dabei mußten wir fortwährend auf unsere Sicherheit sehr bedacht sein, indem den Pfaffen in Gerona eben nicht zu trauen war, die auch eine Verschwörung angezettelt hatten, welche aber glücklicher Weise vereitelt wurde. Es wurden ihrer viele ergriffen, in eine Kirche eingesperrt und mit zwei gegen die Kirchenthür gerichteten geladenen Haubitzen streng bewacht. Oefter wurden hier auch gefangen genommene Insurgenten hingerichtet, was diese aber eben nicht abschreckte. Wie gleichgültig diese Art Menschen gegen den Tod war, mag die Antwort beweisen, welche einer, der hingerichtet werden sollte, auf die Frage, wo man ihn hinführte, gab: „Man will mich hängen."

Im Verlaufe der Erzählung giebt der Verfasser sodann in seiner schlichten Weise eine Beschreibung der Merkwürdigkeiten Geronas, vor allen der großen Kathedralkirche. Er erzählt auch eine kleine Episode, wie die arg heruntergekommenen, aller Lebensmittel beraubten Soldaten von dem Bischof beschenkt wurden, der sich durch die Ehrenbezeugungen der Schildwache, die unter Meyers Commando stand, sehr geehrt fühlte.

„Im April verfiel ich in eine Krankheit, das kalte Fieber, die mich so abschwächte, daß mich meine Füße kaum noch tragen konnten, dabei mußte ich doch die Administration der Compagnie versehen. Unser Lager war auf einem harten Gypsboden, unsere abgetragenen Chenillen waren unsere Decken. Volle 6 Wochen wurde ich von dieser Krankheit so sehr geplagt, daß ich ganz elend wurde und einem Skelett ähnlich sah. Unser Regiment wurde um diese Zeit nach Banjola, einem Flecken mit einem Kloster auf einer Anhöhe, verlegt. Der Ort wurde zwar von unseren Truppen befestigt und war mit Waldung und Bergen umgeben. Dennoch wurden unsere Truppen Tag und Nacht von den Insurgenten beunruhigt und sie fügten uns vielen Schaden zu So erhielt ich in Gerona, wo ich wegen meiner Krankheit zurückgeblieben, eines Tages durch den Fourier Hedderich, der ganz verstört und ohne Tornister nach Gerona gelaufen kam, die traurige Nachricht, daß ein Detachement, wozu er gehörte, von den Insurgenten im Walde überfallen und er allein davongekammen sei. Unter den unglücklich Ueberfallenen war auch zu meiner großen Betrübniß mein Freund, der Sergeant Altenberg. Durch die fortwährenden Verluste einer so großen Anzahl an Mannschaft täglich geschwächt, wurden unsere Truppen durch ein französisches Bataillon in Banjola abgelöst und nach Rosas, einer Festung nahe am Mittelländischen Meer, versetzt, wo ich 14 Tage später, da ich ziemlich wieder besser war, ebenfalls eintraf."

Noth, Krankheit, die immerwährenden Angriffe der Insurgenten hatten es bewirkt, daß im Verlaufe eines halben Jahres die drei Bataillone in eins zusammengeschmolzen waren. Nach 2 Jahren mannigfaltiger Gefahren und Bedrängnissen brach dann ein großer Theil der Truppen nach dem Heimathlande auf.

„Das Herz schlug mir vor Freuden, daß ich endlich das geliebte Vaterland bald wiedersehen sollte. In Perpignan wurden unsere zerlumpten Kleidungsstücke durch neue ersetzt.

Daselbst hatte ich die Freude, Herrn Weil wieder zu sehen, sowie zu Nismes Herrn Salvedoire, von denen ich auf ewig Abschied nahm."

Nach langem Marsche erreichten die Truppen endlich Cassel. „Es war Sonnabend vor Ostern, wo wir von der aus der Stadt herbeigeströmten Menge freundlich bewillkommnet wurden. Traurig war es aber, zu sehen und zu hören, wie manche Eltern nach ihren Kindern, Schwestern nach ihren Brüdern fragten und hören mußten, daß die meisten nicht mehr am Leben waren.

Wir wurden bei den Bürgern einquartirt, ich hatte nicht nöthig, meinem Wirth lästig zu sein. Denn ich hatte so viele gute Freunde, welche sich beeiferten, mich im Quartier zu haben. Wir lagen nun in Cassel in Garnison, und erhielt ich auf eine kurze Zeit Urlaub, die Meinigen zu besuchen. Groß war die Freude meines alten Vaters, seinen für verloren gehaltenen Joseph wieder zu sehen.

Die darauf folgende Zeit brachten wir in Cassel mit Manövriren und Exerciren zu. Als einst bei Hohenkirchen, zwei Stunden von Cassel, ein Lager bezogen wurde, erhielt jedes Corps den Befehl, bei jedem Infanterie-Regiment eine Artillerie-Compagnie zu organisiren, welche zwei leichte Stück Geschütz nebst dazu gehörigem Pulver und sonstige dazu gehörige Wagen erhalten sollten. Es wurde die Mannschaft dazu aus den beiden Grenadier-Compagnien genommen. Der brave Obristlieutenant von Lepel verschaffte mir die Stelle als Wachtmeister bei einer solchen Artillerie-Compagnie, indem die Sergeantmajor-Stellen, worauf ich Rechnung machte, schon alle früher besetzt waren."

Nachdem die Truppen die nöthigen Vorbereitungen und Uebungen für den nun folgenden russischen Feldzug gemacht hatten, ging der Zug über Göttingen, Cöthen und Dessau, weiter bis nach Glogau, wo sie zum ersten Mal „den dicken, großen General Vandamme" sahen. Die Marschroute ging sodann über Fraustadt, Lissa nach Warschau. In dem schmutzigen Polen bekamen wir einen Vorgeschmack von den Leiden und Schicksalen, die uns bevorstanden. Ein großes Glück war es für die ganze Armee, daß wir die vielen Juden hier antrafen, welche unsere Dolmetscher, Commissionäre und Provisionisten waren. Vier Stunden von Warschau stand unsere Infanterie außerhalb der Gärten bei Wibawa im Lager. Endlich, da wir eine Zeit lang allhier bivouakirt hatten, marschirten wir in Bivouak jenseit Tikotschin, wo uns durch einen Armeebefehl die Kriegserklärung vorgelesen wurde, wobei der General Vandamme es an einer kräftigen Anrede an unser Armeecorps nicht fehlen ließ. Der Vorhang des Trauerspiels wurde aufgezogen."

Zur Abwehr.

Vor 25 Jahren. In der von Helene Lange herausgegebenen Monatsschrift für das gesammte Frauenleben unserer Zeit "Die Frau" findet sich ein sehr beachtenswerther Aufsatz von Adine Gemberg: "Die Frauen im Felde", dem wir folgende Stelle entnehmen;

„In dieser Fülle von wahrer, echter Nächstenliebe, wie es sich während des Feldzuges vor 25 Jahren, offenbarte gebührt namentlich den Juden ein dankbares Andenken. Ein Jude war es, der an der Seite des Fürsten von Pleß die Leitung des Centralcomités für die Pflege der verwundeten Krieger übernommen hatte, und er wie seine Glaubensgenossen haben mit Gut und Blut dazu beitragen, daß so überaus reiche Opfer der Vaterlands- und der Nächstenliebe gebracht wurden. Auch bei der Weinachtsbescherung waren diese Spenden vertreten, und das Volk, das sie damals annahm, hat heute mindestens die Pflicht, eines dankbar freundlichen Erinnerns daran". —

Jüdische Richter. Nach der „Freisinnigen Zeitung" sollte vor Kurzem der preußische Justizminister einem jüdischen Assessor gegenüber sich dahin ausgesprochen haben, daß er von dem Grundsatz ausgehe, nur so viele jüdische Richter anzustellen, als das Verhältniß der Zahl der christlichen Bevölkerung zur jüdischen Bevölkerung ergebe.

Diese Mittheilung bezeichnete die amtliche „Berl. Corresp." als auf Erfindung beruhend. Der Justizminister habe weder eine solche, noch eine ähnliche Aeußerung gethan.

Der Gewährsmann der „Freisinnigen Zeitung" behauptete nunmehr, „nicht der Justizminister, sondern ein Ministerialdirector hätte zu dem betreffenden Assessor" geäußert, künftig solle die Anstellung jüdischer Richter nur noch nach dem Procentsatz der Juden in der Bevölkerung erfolgen. Auch diese Behauptung ist, wie die „Nord. Allg. Ztg." hört, aus der Luft gegriffen. Wenn dann die „Freis. Ztg." fortfährt:

„Von derselben Seite wird uns mitgetheilt, daß, wie in den Berliner Juristenkreisen allgemein bekannt sei, im Justizministerium schon lange eine sogenannte Judenliste geführt wird, laut welcher nur 5 pCt. der jüdischen Rechtsanwälte Berlins zum Notariat zugelassen werden"

so ist, nach dem offiziösen Blatte, letztere Angabe unrichtig. Was aber die „Judenliste" betrifft, so werden über die Justizbeamten wie über alle anderen Beamten Personallisten geführt, die deren vollständiges Nationale, also auch Angabe über deren Religion enthalten.

Bei der Schlußberathung des Richtergesetzes im Abgeordnetenhause am 11. Juni kam die Angelegenheit nicht zur Sprache.

In den conservativen und antisemitischen Blättern, aber auch in der freiconservativen „Post" hatte die Mittheilung der „Freis. Ztg." ein freudiges Echo gefunden, während die „Köln. Volksztg.", eines der angesehensten Centrumsblätter, erklärte (8. Juni), daß sie sich durch die Erinnerung an die eben so gehässige wie thörichte Haltung, welche jüdische Blätter im sogenannten Culturkampf eingenommen hätten, als es galt, die katholische Minderheit zu unterdrücken und zu vergewaltigen, nicht beirren lasse. „Kein Zweifel auch, daß die christliche Bevölkerung im Allgemeinen lieber nur Richter christlichen Glaubens sähe, die Evangelischen am liebsten Richter evangelischen, die Katholiken solche katholischen Bekenntnisses. Aber das preußische Staatsgrundgesetz macht die öffentlichen Aemter, auch das Richteramt, unabhängig vom religiösen Bekenntnisse; einzige Voraussetzung zur Erlangung derselben ist die Befähigung. Wir rufen diese Verfassung für uns an, wir beschweren uns darüber, wenn wir dieselbe uns gegenüber für verletzt erachten; da würde es uns schlecht anstehn, wenn wir mit dazu beitragen wollten, daß Staatsbürger andern Bekenntnisses von der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung ausgeschlossen werden. „Was du nicht willst, daß man dir thu', das füg' auch keinem andern zu."

Die Israelitische Erziehungs-Anstalt zu Ahlem in Hannover, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Sinn für Ackerbau und Gartenbewirthschaftung zu pflegen, hat soeben ihren ersten Bericht versandt. Am 2. Juni 1893 wurde sie mit 9 Zöglingen eröffnet und hatte im Wintersemester 1895 bereits deren 54. Die Schüler (unter 14 Jahren) genießen den von zwei Elementar- und zwei Fachlehrern geleiteten Elementar- und Religionsunterricht, einschließlich Turnen, Singen, Zeichnen und Schwimmen, abwechselnd mit praetischer Anleitung zu leichter Gartenarbeit und Handfertigkeit. Die Lehrlinge (über 14 Jahren) betreiben verschiedene Zweige des Gartenbaus und der Landwirthschaft unter Aufsicht eines Obergärtners und verschiedener Hülfsgärtner als ihre Hauptthätigkeit, genießen aber auch regelmäßigen Fortbildungsunterricht in der Gartenbau- und Landwirthschaftskunde, Blumenbinderei, Botanik, Religion, deutscher Sprache, Rechnen, Zeichnen und Geographie. Natürlich erfordert die Unterhaltung, Bekleidung und der Unterricht der Zöglinge fortdauernd erhebliche Mittel, so daß der Anstalt regelmäßige jährliche Beiträge höchst erwünscht sind; insbesondere sind solche nothwendig, wenn, wie beabsichtigt wird, arme Kinder umsonst aufgenommen werden

sollen. Der Vorstand richtet daher die dringende Bitte an alle Freunde dieser edlen Sache, durch Zeichnung solcher jährlichen Beiträge mitzuhelfen, um die Anstalt so lebensfähig zu gestalten, wie sie es in Anbetracht ihrer vortrefflichen Bestrebungen verdient.

Der verstorbene Schah von Persien Nasfreddin schreibt in seinen europäischen Reise-Tagebüchern, deren siebenbändige Gesammtausgabe 1874 zu Calcutta im Druck erschienen ist:

„Paris, 12. Juli. Heute erhielt ich einen ganz unerwarteten Besuch. Die Juden von Paris schickten mir eine Gesandtschaft. Sie kamen, Fürbitte einzulegen für ihre Glaubensgenossen in Iran. Ich möchte dieselben doch bei meinen „Reformen" nicht vergessen. Sonderbar, woher weiß man denn schon, daß ich überhaupt „reformiren" will und werde? Und dann, ihre Genossen sind garnicht unterdrückt in meinem Reiche; ich würde das auch ohne Reformen nicht gedulbet haben. Ich vergesse es niemals, daß es ein Jude war, Hadji Ibrahim, der mein Haus, die Kadscharen, auf den Thron von Iran zu erheben mitgeholfen, und daß meine geliebte Dscheiram-Chanum und ihr Sohn Kazim-Khan (sie ruhen nun beide im Paradiese Allah's) an einem Juden, dem Hékim (Leibarzt) Hak-Nazar, einen so wackeren Freund gehabt haben. Freilich, Veziere sind die Juden bei mir noch nicht geworden, und das ist wohl auch besser für ihre Köpfe, falls sie Werth darauf legen. Ich glaube übrigens, sie sehnen sich auch gar nicht danach und arbeiten lieber ruhig in Ammoniak, Salpeter und Juwelen. Und war nicht auch mein guter, ehrlicher Hékim-Baschi Polack ein Jude, den ich zum General gemacht habe! Ich freue mich außerordentlich darauf, ihn bald wiederzusehen. Er hat ja, was ich schon in Teheran wußte, als er noch in meinen Diensten stand, Manches gegen mich und mein Reich in Büchern niedergeschrieben. Aber die Wahrheit ist immer nur zum Guten. Ich bin überzeugt, Hékim Polak wäre nicht für eine Maulthierladung voll Tomans (Dukaten) zu bewegen gewesen, das Gegentheil von dem, was er über mich schrieb, zu schreiben, und deshalb achte ich ihn und sein Wort, wenn es mir auch nicht schmeichelte, und habe keinen Groll gegen den guten, redlichen Mann im Herzen. Leid thut es mir nur, daß er nicht der Hékim-Baschi des Herrschers von Austria ist und nicht einmal Sertip (General), was er ja in Iran doch längst gewesen ist. Aber er soll noch zum Trost Tomans von mir haben; ich weiß, die sind ihm doch lieber als Orden."

Aus dem antisemitischen Lager.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg sucht im Reichstage seinen Mangel an Wissen durch ödes Schimpfen zu ersetzen, wobei ihm eine kräftige Lunge sehr zu Statten kommt. In der Sitzung vom 17. Juni aber verstieg sich dieser antisemitische Führer gar so weit, das Präsidium „jammervoll, tactlos und stümperhaft" zu nennen, was einen Sturm der Entrüstung im Hause hervorrief und Herrn v. Liebermann für diese unerhörte Verletzung der Würde des Reichstags einen Ordnungsruf Seitens des Vicepräsidenten Schmidt zuzog. Liebermanns nähere Freunde spendeten ihm Beifall, aber selbst in den Reihen der ihm sonst wohlwollenden Conservativen gab es manchen, der aus feinem Unwillen über das skandalöse Auftreten des antisemitischen Helden kein Hehl machte. Herr v. Liebermann verwechselt eben das Parlament mit einer antisemitischen Volksversammlung.

Liebermann v. Sonnenberg. Hans v. Mosch fährt fort in seiner „Deutschen Reform" Liebermann v. Sonnenberg anzugreifen. Die Niederlage der Antisemiten im Wahlkreis Neuruppin-Templin begrüßt er mit den höhnischen Worten:

Das Vertrauen zur antisemitischen Partei erleidet natürlich wieder einen argen Stoß, aber — es lebe der Geist des Herrn v. Liebermann, ob auch die Partei darüber zum Teufel geht!

Gegen Liebermann v. Sonnenberg und Herrn v. Langen richtet sich wahrscheinlich auch folgende Briefkastennotiz:

Herrn K. K., Berlin. Wir warten nur unsere Zeit ab, der eine der beiden „edlen" Herren ist ja bereits zur Genüge gezeichnet worden, da seine Sache völlig klar liegt, der andere hat bis jetzt noch keinerlei Grund zu einer „Klage"; sein Rumoren stört uns nicht. Wir werden erst Punkt für Punkt genau untersuchen — und und wenn es Monate dauern soll — und dann ihm sein Recht werden; im Guten, wie im Bösen!

Abg. Jacobskötter. Nicht nur der Agrarier v. Plötz, auch der Zünftler Jacobskötter hält es für erlaubt, in der Praxis zu üben, was er in der Theorie verdammt. Aus Weimar schreibt man dem „Berl. Tagebl." vom 13. Juni: Im Reichstage hat der Abgeordnete Jacobskötter, der bekanntlich in Erfurt ein Kleiderwaarengeschäft besitzt, wieder einmal gegen die Gewerbefreiheit und für das Verbot des Detailreisens gesprochen. Anfangs dieses Jahres hielt Herr Jacobskötter hier einen Vortrag über Hebung des Gewerbes. Vor allem betonte er, daß die Einheimischen ihre Einkäufe entschieden am Platze selbst besorgen, nicht auswärtige Bezugsquellen benutzen müßten; das hebe den Gewerbestand schon ganz bedeutend. Kurze Zeit darauf empfiehlt sich Herr Jacobskötter in der hier erscheinenden Zeitung „Deutschland" mit fettgedruckten Annoncen als Bezugsquelle fertiger Herren- und Knaben-Garderobe nach Maß!

Ahlwardt in Amerika. Die „Staatsb. Ztg." (!) vom 14. Juni schreibt: „Ahlwardt befindet sich noch immer in Newyork, ohne an die Heimkehr oder an die Niederlegung seines Mandats zu denken. Nach den Berichten amerikanischer Zeitungen scheint es ihm nicht gut zu gehen. Wie die „Newyorker Staatszeitung" berichtet, fand vor kurzem im Brooklyn eine öffentliche Versammlung statt, in der dem nicht anwesenden Ahlwardt der Vorwurf gemacht wurde, er versetze seine Werthsachen bei jüdischen Pfandleihern. Die Versammlung nahm, da auch Freunde für Ahlwardt eintraten, einen so stürmischen Verlauf, daß der Vorsitzende sie schloß und Polizeibeamte das Local räumen mußten."

Stuttgart. Am Freitag, den 19. Juni sollte die Beleidigungsklage des Antisemitenführers Paul Meyer gegen den „Beobachter" und die „Tagwacht" verhandelt werden. Diese hatten (wie auch andere Blätter) Mittheilungen über die Art gebracht, in der Herr Meyer einer armen Familie und ihrer erwachsenen Tochter gegenüber als „Wohlthäter" auftrat. Jetzt haben beide Blätter die Mittheilung erhalten, daß der beleidigte Herr Meyer die Klage zurückgenommen hat.

Übrigens hat (1. „Mittheil." Nr. 15 S. 117) die Parteileitung der Schwäbischen Reformpartei eine Erklärung veröffentlicht, die besagte, daß sie die Meyer'sche Angelegenheit einer mehrstündigen Berathung unterzogen hätte. Dann fährt die Erklärung fort (s. Antis. Corr. v. 2. April d. J.):

„Wir können unseren Parteifreunden als Ergebniß dieser Prüfung die Versicherung geben, daß die Anschuldigungen gegen Herrn Meyer nichts als gemeine Verleumdungen sind. Herr Meyer wird gegen die Blätter, die diese Verleumdungen verbreitet haben, klagbar vorgehen. Wir bitten unsere Parteigenossen, sich mit dieser Erklärung bis zur gerichtlichen Entscheidung zu begnügen. Alle befreundeten Zeitungen werden um Abdruck dieser Erklärung gebeten."

Was sagt die Parteileitung jetzt dazu?!

Die Stellung der Antisemiten im Reichstage zur Arbeiterschutzgesetzgebung erfährt eine immer weitergehende Verurtheilung in den Kreisen der Antisemiten. Die Preßorgane der antisemitischen Handlungsgehülfenverbände ziehen ganz energisch gegen den Abgeordneten Dr. Vielhaben zu Felde, dessen Auftreten im Reichstage sie entschieden verurtheilen. Die „Kaufm. Reform", Organ des Verbandes deutscher Handlungsgehülfen in Leipzig, schreibt:

„Besonders interessant war, was der antisemitische Reichstags-abgeordnete Vielhaben über die Bäcker und die Sonntagsruhe sagte. Wenn der Herr diese Meinung beibehält, dann kann sich der deutsche Handlungsgehülfe gratuliren, dann ist es auch mit der Sonntagsruhe aus. Man setze in der Rede des Herrn Dr. Vielhaben an Stelle des Wortes Bäcker: Kaufleute und Handlungsgehülfen und lese sie noch einmal! Das dürfte vorläufig genügen."

Die in Hamburg erscheinende „Deutsche Handels-Wacht", Organ des **Deutschnationalen Handlungsgehülfen-Verbandes**, schließt sich den Ausführungen des Leipziger Organs an und bemerkt dann weiter:

„Wenn Herr Dr. Vielhagen seine sozialen Anschauungen nicht erheblich ändert, wird kein Handlungsgehülfe ihm oder irgend einem Abgeordneten mit ähnlichen Ansichten, möge er nun angehören, welcher Partei er wolle, bei der nächsten Reichstagswahl seine Stimme geben können. Die Handlungsgehülfen haben es endlich satt, sich fortwährend als Stiefkinder der Sozialreform behandeln zu lassen, und kein wirklich sozialdenkender Mann kann es ihnen verargen, wenn sie, durch ihre wirthschaftliche Nothlage dazu gedrängt, bei den Wahlen zum Reichstage ihre nationalen Empfindungen hintansetzen, um auch endlich einmal aus dem Elend des Kaufmannsstandes herauszukommen. Man wirft den alten liberalen Parteien immer vor, daß sie ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern versäumt und dadurch die Sozialdemokratie großgezüchtet haben — nun, die neuen Parteien machen es den Handlungsgehülfen gegenüber nicht viel besser. Für uns nur ein Beweis mehr, daß wir mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, die jüngeren, unabhängigen Organisationen der Handlungsgehülfen stärken müssen. Das ist unsere „Selbsthülfe"."

Danach scheint auch bei den deutschnationalen, also antisemitischen Handlungsgehülfen nachgerade die Ahnung aufzudämmern, daß sie von den antisemitischen Parteien nur am Narrenseile geführt werden!

Aus Bayern. Der Abg. Dr. **Ratzinger** hatte jüngst in dem üblichen antisemitischen Jargon behauptet, daß „jüdische Schriftsteller keinen Festtag, kein Ostern, kein Weihnachten vorübergehen lassen, ohne in ihren Blättern das Christenthum zu verhöhnen." Ferner hatte er behauptet, daß die große Mehrheit der Katholiken sich von der Minderheit (der Juden) beschimpfen ließ. Hierauf erläßt Rabbiner **Dr. S. Meyer** in Regensburg, Herausgeber der „Laubhütte", eine Aufforderung an Dr Ratzinger, in der es heißt:

„Daß solche Behauptungen eine eminente Aufreizung gegen die Juden enthalten, ist zweifellos. Ich erlaube mir deshalb, den Herrn Dr. Ratzinger zu ersuchen, er möge im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit diejenigen jüdischen Schriftsteller und jüdischen Blätter in Bayern namhaft machen, die sich die Niederträchtigkeit, das Christenthum zu verhöhnen und die Katholiken zu beschimpfen, schuldig gemacht haben; ferner wird er ersucht, die Aeußerungen, durch welche die angeblichen Beschimpfungen und Verhöhnungen ausgedrückt worden sind, zu veröffentlichen. Man darf annehmen, daß Herr Dr. Ratzinger so schwerwiegende Beschuldigungen, die er in uncontrolirbarer Weise an hervorragender Stelle ausgesprochen hat, auch zu beweisen bereit sein wird."

Wir fürchten, Dr. Meyer täuscht sich in dieser Erwartung!

Berichtigung. In Nr. 23 Ihrer „Mittheilungen" finde ich eine mich betreffende Natiz, zu deren Richtigstellung ich Folgendes bemerke: Das in Rede stehende, als „**vertraulich**" bezeichnete längere Rundschreiben ist nur in **ganz geringer** Anzahl an **wenige** zuverlässige Herren versandt worden, welche im Laufe der Zeit stets ein großes Interesse für den von mir seit 1891 herausgegebenen „Wegweiser durch Berlins christlich-deutsche Geschäfte" an den Tag legten, kann daher auch nur durch einen jener „Zufälle", die ja in der Politik manchmal eine so große Rolle spielen, in falsche Hände gerathen sein. Der Inhalt enthält keineswegs eine „Bettelei", sondern giebt eine klare Darlegung der Verhältnisse und Gründe an, aus welchen eine Sicherung für das Weitererscheinen des Blattes geboten erscheint, wie dies ja bei Zeitungen und anderen der Oeffentlichkeit gewidmeten Unternehmungen des Oefteren geschieht.

Wilhelm Kretzer in Charlottenburg, Berlinerstr. 116.

Conservative und Antisemiten in Sachsen unter sich. Dem „**Vaterland**", dem Organ des conservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen, widmet die „**Deutsche Wacht**" des Abg. Zimmermann (16. Juni) folgende Schmeichelworte: „Schamlose Verleumdung, verlogene Weise, gemeine Verdächtigung, Niedrigkeit der Gesinnung, Schmutzanwürfe, schamlose Treiben."

Der „Bad. Volksbote" lügt lustig weiter. Er bespricht die Broschüre „Vor dem Sturm" von Dr. Bernhard Cohn und bemerkt aus dieser: „Dr. Cohn fordert in einer neuerdings erschienenen Broschüre seine Glaubens- und Stammesgenossen auf, dem Freisinn und den ihm verwandten Parteien den Rücken zu kehren und allesammt sich zur Sozialdemokratie zu bekehren, weil das die Partei sei, die ihnen im Fall der Noth all in eine wirksame Unterstützung und Hilfe angedeihen lassen könne und werde".

Dann fährt der „Bad. Volksbote" (9. Juni) fort:

Hiervon haben wir in den „**Mittheilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus**" nichts gelesen, es scheint sie mit Rücksicht auf ihre Helfershelfer und Schutzpatrone etwas zu geniren. Dagegen behaupten sie, der „Bad. Volksbote" sei groß im Lügen, und von dieser Anschauung ließen sie sich erst **dann** bekehren, wenn einmal eine Nummer erschiene ohne Lüge. Die „Mittheilungen" scheinen sich darin zu gefallen, ihre eigenen Gebrechen anderen Leuten anzuhängen.

Wieder gelogen, verehrter „Bad. Volksbote"! Am 18. April 1896, in Nr. 16 unserer „Mittheilungen", haben wir gegen diese Broschüre Front gemacht. Die Aussicht, ci mal eine Nummer dieses Blattes ohne eine Unwahrheit zu lesen, wird immer ferner gerückt.

Eine Psychologie des „Agrariers" ist bis jetzt noch nicht geschrieben worden. Wer sich aber dessen unterfangen wollte, schreibt die „Voss. Ztg.", soll nicht vergessen, daß einer der Vorzüge des Agrariers die Feinfühligkeit ist. So weiß es wenigstens die „Deutsche Tagesztg.", die sich von einem verärgerten bündlerischen Gesinnungsgenossen aus Ansbach-Schwabach u. a. folgendes schreiben läßt:

„Die Gegner des conservativen Bürgermeisters Hufnagel haben keinen Grund, über ihren Sieg zu triumphiren. Ihnen soll jedes Mittel im Wahlkampf recht gewesen sein. Sie haben den conservativen Candidaten durch Pfeifen, höhnische Zurufe und Lärm aller Art niederzuschreien und aus dem Concept zu bringen versucht. . . . Bei der politisch nicht allzu sehr geschulten Bevölkerung konnten derartige grobe Mittel noch verfangen. Soviel ist sicher, daß der Sieg Conrads zu derjenigen Art von Siegen gehört, **über die feinfühlige Naturen sich nicht freuen können.**"

Wem fällt da nicht die Versammlung der Agrarier im Cirkus Busch ein? Wer war die „feinfühlige Natur", die damals schrie: „Der Minister von Hammerstein kann uns sanft was . . ." Und die anderen „Feinfühligen", die auf dem Tivolitag auf Ahlwardt ein brausendes Hoch ausbrachten?

Dr. Josef Neumayer, der zweite Vicebürgermeister Wiens wird von der „Voss. Ztg." (5. Mai) folgendermaßen charakterisirt:

Ein Herr von ehedem deutschnationaler Farbe, der mit Herrn Schönerer früher durch Dick und Dünn ging und der einst mit Ueberzeugung gesungen: „Wir schielen nicht, wir schauen hinüber ins deutsche Vaterland." Jetzt, seit der Clericalismus unter den Wiener Antisemiten die Oberhand gewonnen, hat auch Neumayer seine politische Farbe gewechselt. Der gesinnungstüchtige Deutschnationale von früher fand sich bereit, eine Erklärung zu unterfertigen, in der er seine frühere Ueberzeugung als gemeinschädlich verurtheilt und verdammt. Das ist der Gipfel der Gesinnungslosigkeit.

Der Bürgermeister Wiens Strobach. Das Deutschnationale Antisemitenblatt „Ostd. Rundschau" erinnert jüngst daran, daß Strobach, dem „seine künftige Würde die höchste Objectioität zur ersten Pflicht macht, nicht nur, trotz seiner protestantischen Abkunft, ein ständiger Gast und Beisitzer clericaler Versammlungen ist, sondern seiner natürlichen Feindschaft gegen die Deutschnationalen erst kürzlich mit den Worten Luft machte: „Die Deutschnationalen (Antisemiten) bestehen aus lauter **Krummen, Buckligen** und **Blödsinnigen.**" Den Leuten, auf deren Gebrechen biefe zartfühlende Aeußerung abzielt, (so ist der deutsch-

national-antisemitische Reichsraths- und Landtagsabgeordnete Hauck körperlich mißgestaltet), liegt nun freilich persönlich sehr wenig daran, ob der Gemeinderath Strobach die primitiosten Begriffe von jenem Anstandsgefühl besitzt, daß man im öffentlichen Leben fordert, oder nicht — aber wenn Herr Strobach glaubt, die Deutschnationalen auch als Bürgermeister in dieser Tonart behandeln zu können, so mögen dies vielleicht „Deutschnationale“ vom Schlage Dr. Neumayer's ruhig einstecken; so viel Selbstbewußtsein dürfte aber unter unseren Parteigenossen im Gemeinderathe doch vorhanden sein, daß sie wissen, wie sie Angriffe auf ihre Gesinnung zurückzuweisen haben.“

Ein antisemitischer christlich-sozialer Agitator. Pater Stojalowski, der bekannte christlich-soziale Agitator in Galizien, welcher sich unter Berufung auf die angebliche Billigung seiner Agitation seitens des Vaticans gegen die galizischen Bischöfe aufgelehnt hatte, ist vom Nuntius Agliardi mit dem Interdict belegt worden. Der Erlaß lautet:

Wir Antonius Agliardi, durch Gottes und des Apostolischen Stuhles Gnaden Erzbischof von Cäsarea, bei Sr. geheiligten kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät Nuntius-Ordinarius mit der Gewalt eines Legaten de latere x. x.

Nachdem wir mittelst Decretes vom 8. October v. J. Nr. 2268 dem hochwürdigen Stanislaus Stajalowski, welcher die öffentliche Ruhe und die kirchliche Disciplin namentlich in Galizien zu stören sich herausnimmt, ermahnt hatten, unter der Verpflichtung stricten Gehorsams binnen acht Tagen die österreichisch-ungarische Monarchie zu verlassen und sich in die Diöcese Antivari, in die er aufgenommen ist, zu begeben, zeigte uns der vorgenannte Priester brieflich an, er werde unserer Mahnung nicht gehorchen, und thatsächlich, weilt er bis jetzt in Galizien und sucht sowohl mündlich als in Zeitungen das Volk gegen die Autorität der ehrwürdigen Bischöfe aufzuhetzen. Darum, nach Ablauf des vorgeschriebenen Termins, Gebrauch machend von den speciellen Uns vom Heiligen Stuhle verliehenen Vollmachten und im Namen des Heiligen Stuhles, suspendiren und interdiciren Wir den hochwürdigen Stanislaus Stojalowski von aller Ausübung sowohl der Weihe als der Jurisdiction und wollen und befehlen, daß er von Allem für suspendirt und interdicirt gehalten werde.

Gegeben zu Wien am 16. Mai 1896.

† Antonius, Erzbischof von Cäsarea.

So lange Pater Stajalowski nur gegen die Juden hetzte, ließ man ihn ruhig seine Wege ziehen, ja billigte ins geheim sein Treiben. Als er aber entdeckte, daß es reiche Bischöfe und arme Leute in der Priesterschaft gab und dagegen eiferte, da erinnerte man sich seiner kirchlichen Autorität und belegte den consequenten Pater mit einer schweren Kirchenstrafe.

Vermischtes.

Camesaska, der Präsident der deutschen Colonie in Moskau, dessen Toast in süddeutschen Blättern so unangenehm empfunden wird, ist nach der Behauptung des antisemitischen Münchener „Dtsch. Volksblattes“ Jude. Wie wir festgestellt haben, stammt die Familie Camesaska aus Italien und ist in allen ihren Mitgliedern katholischer Confession. Die Genealogie der deutschen Linie läßt sich bis ins vorige Jahrhundert zurückverfolgen, wo ein Camesaska sich in Mergenthin niederließ.

Kehl, 1. Juni. Das Kehler Wochenblatt berichtet: „Die Nachbarorte Bodersweier und Linx, in welchen gestern Nachmittag antisemitische Versammlungen stattfinden sollten, wurden zu Schauplätzen aufregender Begebenheiten. Der die Versammlung leitende Agitator, Redacteur Reuther aus Karlsruhe, wurde bei seiner Ankunft in Bodersweier ausgepfiffen und konnte nur mit Mühe in das Versammlungslokal bringen. Herr Bürgermeister Hemmler suchte in einer Rede dem Referenten klar zu machen, daß sich hier die antisemitische Agitation nicht lohnen werde. Trotzdem versuchte Reuther zu sprechen, konnte aber sein Vorhaben nicht ausführen, da er mit Wasser, Bier x. reichlich übergossen wurde und die anwesenden Viehtreiber x. ein unmenschliches Brüllen anhoben. Infolge dieses wüsten Treibens wurde die Versammlung durch den anwesenden Vertreter der Bezirksbehörde aufgelöst; Redacteur Reuther begab sich in das obere Zimmer der Wirthschaft und konnte sich nur mit Mühe vor den Gewaltthaten der tobenden Menge schützen. Um 5 Uhr fuhr er, von einem Polizeidiener begleitet, nach Linx, um die angekündigte Versammlung im „Ochsen“ abzuhalten. Eine Menge Bodersweierer Einwohner fuhren ebenfalls nach Linx, um das Abhalten der Versammlung zu hintertreiben. Ein Theil derselben drang in den „Ochsen“, riß den Redacteur Reuther vom Stuhl, warf ihn zu Boden und brachte ihn durch Fußtritte mehrere Verletzungen bei, die unter Umständen hätten lebensgefährlich werden können. Jetzt begann eine förmliche Schlacht, auf der einen Seite die durch Verletzung des Gastrechtes schwer gekränkten Linxer, auf der anderen Seite die Einbringlinge der Nachbargemeinde. Immer mehr und mehr Leute sammelten sich an und betheiligten sich am Kampfe und nur der hinzutretenden Gensdarmerie, die das Seitengewehr aufzupflanzen gezwungen war, gelang es, die Sache zu schlichten. Die hierauf folgende Versammlung, in welcher der Redacteur Reuther, blutüberströmt wie er war, einen antisemitischen Vortrag halten wollte, wurde ebenfalls aufgelöst. Gegen Viehtreiber Pilz u. Gen. ist bereits Anklage wegen Körperverletzung und gegen diejenigen, welche in Bodersweier mit Wasser- und Bierübergüssen gegen Reuter manövoriert haben, wegen groben Unfugs erhoben worden.“

Mit solchen Gewaltthätigkeiten wird man die antisemitische Bewegung kaum unterdrücken, im Gegentheil, man muß annehmen, daß dieselbe dadurch nur neue Nahrung erhält. Das Verhalten verdient die allerhärteste Mißbilligung.

Ein antisemitischer Exceß. Aus Wien wird folgende Gerichtsverhandlung berichtet: Durch die Halbgasse im Bezirke Neubau geht der 63 Jahre alte Hausirer Jakob Heller und schreit laut sein „Handeln“ zu den Fenstern empor. Der eben vorüberfahrende Kutscher Franz Mauser hört dies und ruft dem Greise zu: „Jud', es wäre besser, du möchtest arbeiten!“ — „Wie ich so jung war wie du“, erwiderte der Hausirer, „habe ich auch gearbeitet!“ Diese einfache Antwort empörte den Kutscher, er sprang vom Wagen und versetzte dem alten Manne einen so wuchtigen Schlag, daß der Hausirer zehn Minuten lang bewußtlos liegen blieb. Mauser hatte sich deshalb vor dem Strafrichter des Bezirksgerichtes Neubau wegen der Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit zu verantworten. Der Angeklagte ist nicht erschienen. Der Richter fragt den als Zeugen einvernommenen Hausirer Heller: Verlangen Sie irgend einen Ersatz von dem Angeklagten? — Zeuge: O nein. Ich will nicht einmal, daß der Mann bestraft wird. Er hat vielleicht Weib und Kind daheim, und sollen die für die Verirrungen ihres Ernährers büßen? — Der Richter verurtheilte den Angeklagten in contumaciam zu einer Woche Arrests.

Das antisemitische Familienblatt „Daheim“ hat es mit Dr. Lange's „Deutscher Ztg.“ verdorben, weil sein Herausgeber Theodar Hermann Pantenius sich in einem Aufsatze gegen den Historiker Heinrich v. Treitschke gewandt hat. Pantenius schreibt nämlich:

„ . . . Es war dieser durch und durch subjectiven Natur nicht gegeben, objectiv zu urtheilen. Damit ist aber meines Erachtens auch der Beweis erbracht, daß Treitschke zum Geschichtsschreiber nicht berufen war.“ . . . „Wenn Treitschke es als seine Aufgabe bezeichnet, durch seine Arbeit „die Freude am Vaterlande“ zu erwecken, und meint, diese Forderung seinerseits erfüllt zu haben, so ist das nur ein Beweis für die wunderbare Naivetät, die diesen ganz subjectiven Menschen erfüllte.“

Die „Deutsche Ztg.“ (17. Juni) betont, daß Pantenius Balte sei. Und sonst wissen diese Deutschthümler sich nicht genug zu thun, wenn es sich um Rettung des Deutschthums in den baltischen Provinzen handelt.

Aus Rußland. Jüngst hat sich der bekannte russische Publizist *Günzburg* der mühseligen Aufgabe unterzogen, sämmtliche unter Alexander II. über die Juden eingeholten Gutachten aus dem Dunkel der Archive hervorzuholen, und sie der Oeffentlichkeit zu übergeben. Noch nie waren officielle Actenstücke mehr geeignet, die Grundlosigkeit der gegen die russischen Juden erhobenen Anschuldigungen darzulegen, als die von Günzburg publicirten. Was aber den Werth der neuesten Publication besonders erhöht, ist die Thatsache, daß sämmtliche Gutachten die *Gleichberechtigung der Juden mit der einheimischen Bevölkerung fordern, um* **„den Staat mächtig, reich und civilisirt“** *zu machen.* Die wichtigen Actenstücke sind auch für jene westlichen Staaten lehrreich, in welchen berufsmäßige Hetzer die Emancipation der Juden für die Quelle aller Uebel erklären.

In erster Reihe ist das Gutachten zu verzeichnen, welches *Fürst N. Orlow*, der Chef der Staatspolizei unter Alexander II. und später russischer Botschafter in Berlin und in Paris abgegeben hat. Dasselbe lautet:

„Es wird gefragt, ob man die gesammten russischen Juden unter den gegen sie beschaffenen Ausnahmegesetzen belassen oder ihnen alle Rechte einräumen soll. Uns scheint es, daß diese Frage nur eine Lösung haben kann: Man muß den Juden gleiche Rechte mit der orthodoxen Bevölkerung einräumen. Man muß ausländischen Juden gestatten, ungehindert nach Rußland reisen und überall wohnen zu können. Man muß allen Juden das Recht einräumen, im ganzen Reiche ungehindert Handelshäuser und Bankinstitute zu errichten. Dadurch wird die russische Industrie einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Die fruchtbringende Thätigkeit der Juden wird in Rußland ein weites Feld finden, und das Reich wird daraus nur Nutzen ziehen.“

Es wäre ein Irrthum, wenn man annehmen wollte, daß die vom Fürsten Orlow vorgeschlagene Lösung der Judenfrage nur die persönliche Ansicht des russischen Staatsmannes war. In einer diesem Gutachten beigegebenen Denkschrift befinden sich viele Urtheile von Behörden und officiellen Körperschaften, die nach dem Wiener „Fr. Blatt“ einstimmig dahin lauten, daß die Juden durch erprobten Patriotismus und ehrlichen Gewerbefleiß dem Staate großen Nutzen bringen und daher der Gleichstellung vor dem Gesetze vollkommen würdig sind.

Während aber das Gutachten des Fürsten Orlow die Emancipation der Juden bloß in allgemeinen Worten fordert, bietet das Gutachten des damaligen Chefs im Südwestgebiete *Grafen Kosakowskij*, erhöhtes Interesse durch die Details, mit welchen er die Nothwendigkeit dieser Emancipation begründet. Kosakowskij schreibt:

„Wenn man das Leben unserer Juden genau betrachtet, so findet man, daß die gegen dieselben erlassenen Ausnahmsgesetze ihnen alle ehrlichen Erwerbswege abschneiden. Die Beschränkung des Wohnrechtes der Juden war eines der größten Uebel. Wenn man jedoch den Juden gleiche Rechte mit der orthodoxen Bevölkerung verleihen wird, so werden daraus dem Staate, den orthodoxen Einwohnern in den Centralgouvernements und dem Südwestgebiete sehr große Vortheile erwachsen. Der Staat wird in den Juden ehrliche Unternehmer finden, die alle Lieferungen und Bestellungen gut, billig und vortheilhaft ausführen können, *während jetzt durch die Ausnahmsstellung der Juden die orthodoxen Unternehmer ihre begünstigte Lage dazu benützen, um den Staatsschatz auszubeuten; nur durch die ehrliche Concurrenz der Juden könnte dieser Ausbeutung ein Ende bereitet werden.* Die orthodoxe Bevölkerung in den Centralgouvernements wird durch die Emancipation der Juden gewinnen, denn sie wird ihre Producte theurer absetzen und ihren Bedarf an Lebensmitteln und anderen Sachen billiger erwerben können; ferner werden gute Arbeiten ehrlicher, billiger und prompter jüdischer Handwerker der orthodoxen Bevölkerung große Vortheile sichern. Die christliche Bevölkerung des Südwestgebietes endlich wird aus der Emancipation der Juden deshalb Vortheile ziehen, weil sie in ihren Wohnorten nicht durch arme Juden beengt werden wird, welche die Regierung der redlichen Mittel zum Lebensunterhalt beraubt. In unserer Forderung nach Emancipation der Juden bestärken uns die Wissenschaft und die Erfahrung der europäischen Staaten. Die Geschichte Spaniens, Portugals, Frankreichs, Englands, Deutschlands und Hollands beweist zur Genüge, welchen Schaden die Beschränkung der Rechte der Juden anrichtete und welcher Nutzen das Ergebniß der Emancipation der Juden war. Holland hat zuerst die Gleichberechtigung der Juden proclamirt und die Judenbedrückung, diese Schmach des Mittelalters beseitigt, die Juden haben sich dort durch Vervollkommnung der Wissenschaften und der Künste, durch Hebung von Handel und Industrie und durch Vermehrung des Volkswohlstandes dankbar erwiesen. Und so sehen wir denn, daß Wissenschaft und Erfahrung, Interessen der Regierung, des Reiches und der orthodoxen Bevölkerung laut die Emancipation der Juden fordern.“

In gleicher Weise trat *Graf Stroganow*, der damalige Generalgouverneur des Noworossijsk-Gebietes, in seinem Gutachten für die Emancipation der Juden ein. So beschaffen sind also die Actenstücke, welche die Judenfeinde in Rußland als Kundgebungen gegen die russischen Unterthanen mosaischer Confession bezeichneten. Eine größere Entstellung der Wahrheit kann man sich kaum vorstellen. Die aus halbvergangener Zeit herrührenden russischen Actenstücke enthalten durchgehends beredte Stimmen für die Rechtsgleichheit der Juden.

Geldheirathen sollen nach antisemitischer Anschauung eine „jüdische“ Erfindung sein. Und oft genug machen sich die judenfeindlichen Blätter darüber lustig, wenn ein „Schadchen“ sein Gewerbe empfiehlt. Und doch redet die Deutsche Culturgeschichte eine deutliche Sprache. *Georg Steinhausen*, einer der tüchtigsten Culturhistoriker der Gegenwart schreibt (s. „Voss. Ztg.“ Sonntags-Beilage Nr. 14 vom 5. April 1896) über die Deutschen Ehen des 16. Jahrhunderts im Anschluß an einen Briefwechsel eines wohlhabenden Nürnberger Kaufmanns, *Balthasar Paumgartners*, mit seiner Braut und späteren Gattin *Magdalena*, geb. Behaim:

. . . man weiß, wie damals die Heirathen meist zu Stande kamen, wie sehr die *Heirath Geschäftssache* war und auf Uebereinkommen der Familien beruhte. Ich kann einige Beispiele aus unserer Correspondenz anführen. So schreibt Magdelene später einmal ihrem Gatten von der Verlobung seiner Schwester mit dem Sohn des Konrad Bair. „Vor Deinem Verreisen ist die Heirath fast zu Ende gebracht gewesen durch J. Paumgartner und Deinen Vater.“ Gelegentlich fragte der junge Bair die Auserwählte, ob sie auch mit den Verhandlungen einverstanden wäre: „ist sie erschrocken, hat von nichts gewußt.“ Ein anderes Mal berichtet Magdalene von der Verheirathung des „welschen Doctors“ in Nürnberg mit der Schwester des Doctor Steinhauser in Amberg. Diese muß ihren Bräutigam vorher nie gesehen haben, denn sie beklagt sich nach der Verlobung sehr, „hat gesagt, man hab ihr'n auf 42 Jahr alt angegeben, so sei er 70 Jahr!“ „Nun muß sie ihn behalten!“ fügt Magdalena schalkhaft hinzu.“

Budapest, 3. Juni. Das Organ der antisemitischen Volkspartei Ungarns „Alkotmány“ brachte kürzlich einen langen Bericht über einen *Ritualmord*, dessen Schauplatz ein kleines Dorf im *Nagrader Comitat* gewesen sein soll. 20 Juden hätten am Charfreitag einen kleinen christlichen Knaben in die Synagoge gelockt, um ihm dort Blut abzuzapfen. Durch den Lärm, den das Kind schlug, sei der Plan gescheitert. So wahnwitzig diese Beschuldigung war, so wurde doch eine strenge Untersuchung eingeleitet, die selbstverständlich das Resultat ergab, an der ganzen Sache sei kein wahres Wort. Die Untersuchung ergab aber auch noch, daß ein bekannter antisemitischer Volksparteimann, der in der ganzen Gegend für die Verbreitung des Pamphlets „Jüdische Blutmorde“ thätig ist, seine Hand im Spiele gehabt hat.

Briefkasten.

W. L. in S. Sie irren. *Drumont* ist nicht der einzige „Heilige.“ Auch *Luegers* Bild mit Dornenkrone und Heiligenschein brachte einst der „Kikeriki“, ohne daß die Geistlichkeit dagegen Einspruch erhob.

W. G. in H. Im Anschluß an die Verhandlungen über das vom Reichstag beschlossene Verbot des Terminhandels in Getreide erinnerte die „Freih. Corr.“ an einen Ausspruch, den vor 44 Jahren *Wilhelm Roscher* in seiner Schrift „Ueber Kornhandel und Theuerungspolitik“ veröffentlicht hat, worin er als das Ergebniß seiner Untersuchung, der gründlichsten und umfassendsten Untersuchung, die bis dahin über diese Frage angestellt war, aussprach: „Für das natürlichste und wirksamste Heilmittel gegen Theuerungen muß ein lebhafter, kapitalreicher und intelligenter Kornhandel gelten. Der Pöbel freilich, auch der vornehme Pöbel urtheilt in der Regel umgekehrt; ihm sind die Kornwucherer oft die einzige, jedenfalls die mitwirkende, verschlimmernde Ursache der Theuerung.“ Roscher ist nie in den Verdacht gekommen, ein Manchestermann zu sein.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 26. Berlin, den 27. Juni 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18**, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen" haben ca. 8000 feste Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen für die Verbreitung der „Mittheilungen" nicht nachlassen werden.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen".

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

III.

Rußland.

In Rußland liegen die ersten Colonisationsversuche ziemlich weit zurück, aber nach vor diesen Experimenten waren in den Distrikten des alten Polen, wo die Juden eine verhältnißmäßig ziemlich große Freiheit genossen, viele von ihnen als Bauern angesiedelt. Indeß nach der russischen Occupation veränderte sich das Verhältniß, die neue Regierung, überall judenfeindlich, war es auch in den frisch erworbenen Distrikten, um so mehr als die Juden tapfer auf Seite der Polen ihre Freiheit verfochten und z. B. in Warschau ein eigenes Regiment gebildet hatten, das, als die Russen Praga, die feste Vorstadt Warschaus erstürmten, von den über den zähen Wiederstand erbitterten Russen fast vollständig niedergemacht wurde. Das konnten die russischen Eroberer den Juden nicht vergessen, der alte Religionshaß kam dazu und sie rächten sich an ihnen durch zahllose große und kleine Quälereien, die den armen unterdrückten Israeliten, erschweren sollten, sich ihr Brod selbst zu verdienen. Eine der wirksamsten dieser Chikanen war es, als 1823 der Czar den Juden verbat, auf den Dörfern zu wohnen. Damit wurde es ihnen mit einem Schlage unmöglich gemacht, der Landwirthschaft, die bis dahin ein erheblicher Bruchtheil als Haupt- oder Nebengewerbe getrieben hatte, nach weiter nachzugehen, und ob sie wollten oder nicht, sie mußten sich dem Handel oder Handwerk zuwenden. Bald stieg durch die Ueberfüllung dieser Berufe in den wenigen Städten, in denen den Juden der Aufenthalt gestattet war, das Elend auf das höchste und damit begann die Massenauswanderung, die immer und immer wieder und fortgesetzt steigend neue Massen von Israeliten in das Ausland führt. Kommen dann neue Maßregeln der Regierung, Ausweisungen etc. hinzu, so entstehen derartig massenhafte Anschwellungen der fluchtartigen Auswanderung, daß die Juden der ganzen Welt angerufen werden müssen, um den Emigranten nothdürftig zu helfen.

Von Zeit zu Zeit wird freilich auch der russischen Regierung das Elend zu groß, die Gouverneure des Judenrayons bestürmen die Centralregierung mit dem Hinweis auf die verhungernden Massen der in den Städten eingepferchten Juden und sogar die russische Regierung entschließt sich zu irgend einer Hilfsaction. So war es auch im Jahre 1835, als Czar Nikolaus, um endlich einmal den hin und herfluctuirenden fast hilflosen Massen armer Juden einen dauernden Abfluß zu schaffen, beschloß, den alten Plan einer Ackerbaucolonisation derselben wieder aufzunehmen.

Eine Reihe von verschiedenen Provinzen des menschenleeren großen Staates, in dem so viel guter Ackerboden brach lag und noch liegt, nahmen die Minister des Czaren in Aussicht, zuerst Neu-Rußland im Süden, dann 1836 Sibirien. Gerade für dies Land begeisterten sich die Juden und strömten in großen Schaaren in die Gouvernementsstädte, um sich zur Aufnahme in neuen Colonien zu melden. Einzelne Trupps setzten sich auch in Bewegung, da traf wie ein Blitz aus heiterem Himmel am 5. Januar 1837 ein neuer Befehl des Czaren Nikolaus ein, des Inhalts, daß der Gedanke einer Colonisation von Juden in Sibirien aufgegeben sei.

Diese Zurücknahme der früheren Bestimmungen bezog sich indessen nur auf Sibirien, in den südrussischen Provinzen sollte dagegen die Idee, Juden zu Bauern zu machen, wieder aufgenommen werden und Ende 1837 wurde in Neu-Rußland ein ziemlich großes Terrain, 14 287 Deßjatin guten Ackerbodens bestimmt zur Vertheilung an 738 jüdische Colonistenfamilien, die außer dem Boden noch Privilegien und baare Geldunterstützung erhalten sollten. Freilich wurde dieser schöne Plan nicht so ausgeführt, wie er gedacht war, und die Willkür und Habsucht des russischen Beamtenthums machten beinahe alle guten Vorsätze zu nichte. Alle Anschaffungen wurden dem Staate dreifach so theuer berechnet, als sie gekostet hatten oder standen gar überhaupt auf dem Papier. So wurde ein Haus mit 600 Rubel berechnet, während es kaum 100 kostete, etc., während andererseits die armen Colonisten gezwungen waren, den Beamten nach allerhand Steuern in Form von Geschenken etc. zu entrichten. So hatten diese Colonien im Anfang sehr zu kämpfen, aber es ist bezeichnend, daß, trotzdem sich natürlich der Stand der Dinge,

wie er in Wirklichkeit war, unter den Juden schnell herumsprach, dennoch sich viele, viele Tausende im ganzen Ansiedelungsrayon danach drängten, nach den Colonien gesandt zu werden. Die armen Teufel waren ja schon froh, daß ihnen dort doch wenigstens eine Aussicht sich eröffnete, mit ihrer Hände Arbeit, und wäre es die schwerste, sich ihr Brod zu erwerben. In der That sammelte sich denn auch rasch in den Colonien eine zahlreich jüdische Bevölkerung an, die bald mehr als 30000 betrug und bei normalem Verlauf der Dinge noch viel weiter gestiegen wäre, wenn nicht die russische Regierung in den 40er Jahren die ganze Bewegung inhibirt hätte. Auch seitdem hat das Ministerium der Krondomänen, dem die ganze Anlage unterstand, nichts dazu gethan, um die Bewegung zu fördern, eher durch allerlei kleinliche Mittel die schon vorhandenen Colonien beeinträchtigt. Trotzdem sind ca 420 jüdische Ackerbaucolonien entstanden und in ihrer Mehrzahl phosperiren sie auch, wenn auch nur in bescheidenem Maaße.

Wie alles in Rußland nur fragmentarisch ist und von einer Statistik nach europäischen Begriffen kaum die Rede sein kann, so ist es auch mit den Zahlen über Umfang und Bewohner der einzelnen Dörfer. Doch besitzt man immerhin über die meisten Gouvernements, in denen solche Ansiedelungen sind, zuverlässige Angaben, die dem Buche des bekannten Staatsraths Nikitin entnommen sind. Danach existiren in den

Gouvernements	Colonien	Köpfe männlich. Geschlechts	mit Deßjatinen
Wilna	18	2966	2069
Witetsk	5	824	749
Wolhynien	10	3274	2947
Grodno	20	1376	2265
Kiew	32	7980	2719
Kowno	15	2477	2252
Minsk	25	3973	3577
Mohilew	77	2250	8413
Podolien	14	9411	8470
	216	34531	33461

Wir müssen demnach annehmen, daß die jüdische Gesammtbevölkerung dieser 216 Dörfer zum mindesten 70000 Seelen beträgt. Wir sehen aber noch des ferneren, daß in Folge der natürlichen Vermehrung der jüdischen Bevölkerung, während andererseits derselben unmöglich gemacht worden ist, noch weiteres Land zu erwerben, auch hier schon eine Ueberfüllung eingetreten ist, die naturgemäß den Wohlstand sehr herabdrücken und einen Theil der Bewohner auf andere Erwerbszweige hinweisen muß. Ein wenig können ja allerdings die einzelnen Bauern sich durch Pachten anderer Terrains, die ihnen nur auf kurze Zeit überlassen wurden, aufhelfen, doch geht auch dies leider nicht überall. Genaue Daten besitzt man darüber nicht, nach der allgemeinen Schätzung haben die jüdischen Bauern aus den Dörfern des Colonialgebietes noch eben so viel Land in Pacht, als sie selbst besitzen.

Nicht in der obigen Aufstellung enthalten sind die jüdischen 17 Ackerbaucolonien des Gouvernements Schaterinoslaw und die 32 in dem Gouvernement Cherson. Auf diesen sollen nach den Schätzungen des Dr. Krauskopf in Philadelphia ca. 30000 jüdische Seelen wohnen. Er sagt von ihnen: „Ein unparteiisches Urtheil läßt es mich aussprechen, daß diese Bauern fleißiger sind, als ihre russischen nichtjüdischen Nachbarn und daß ihre Güter in besserem Stand und ihre Häuser in reinlicherer Verfassung sind, als die der nichtjüdischen Bauern. Weitaus am erfreulichsten ist die Thatsache, daß sie die Arbeit völlig allein verrichten, weiter nichts sind als Bauern und keine Waarenlager auf ihren Besitzungen haben. . . . Der Boden ist nicht der beste, lauter Steppenland, kein Baum ist zu sehen, künstliche Bewässerungsanlagen sind noch völlig unbekannt."

Am Besten sind wir Dank der trefflichen Arbeit Nikitins über die 17 Colonien in dem Gouvernement Schaterinoslaw unterrichtet. Es sind die Dörfer Wesselaja, Krasnoselka, Meshiretsch, Grafskaja, Petschaewka, Nowoslatopolj, Prijutnaja, Gorzkaja, Selenoje-Pole, Sladkowodnaja, Bogodarewka, Satischje, Nadeshnaja, Rawnopolj, Roskoschnaja, Trudoljobowka, Chljebodarewka. Auf diesen Ansiedelungen wohnt eine Bevölkerung von insgesammt 749 Familien mit 2744 Männern und 2398 Frauen, in Summa 5142 Seelen. Darunter sind auf je 100 Personen 64 Arbeiter, ebenfalls ein sehr hoher Procentsatz. Die jüdischen Bauern besitzen im Ganzen 17230 Deßjatin als Eigenthum, haben aber noch 12487 Deßjatin dazu gepachtet, so daß im Durchschnitt auf die Familie 40 Deßjatin kommen. Zur Bearbeitung sind fast nur die Colonisten selbst vorhanden, unter denen ca. 3200 Arbeitskräfte sind, denn außer ihnen sind in den Dörfern nur noch 131 Personen (25 Juden, 106 Christen), also eine fast gar nicht in Betracht kommende Zahl. Von allen auf den Colonien angesiedelten Familien haben nur 18 den Ackerbau aus irgend welchen Gründen aufgegeben, die anderen sind der schweren landwirthschaftlichen Arbeit treu geblieben. Hervorgehoben zu werden verdient, daß auf diesen Dörfern ein Beruf ganz fehlt, der sonst in Rußland einer der wichtigsten ist, es giebt dort nämlich keine Schankwirthe, denn die nüchterne jüdische Bevölkerung würde ihnen nicht genug zu verdienen geben.

Die Bestrebungen der Regierung in der Mitte dieses Jahrhunderts, die Juden zum Ackerbau zu führen, hatten in der Judenschaft begeisterte Aufnahme gefunden, und als die Regierung ihre colonisatorische Thätigkeit eingestellt, gingen die russischen Juden daran aus eigener Kraft etwas dafür zu thun. So entstanden die Ackerbauschulen in Odessa und Shitomir, wozu 1894 noch eine in Mohilew kam. Dem großen jüdischen Waisenhause in Odessa wurde ebenfalls eine Musterfarm beigegeben, damit man der heranwachsenden Generation mehr Liebe zum Ackerbau anerziehen könne. Was nützen aber diese Maßregeln, wenn die russische Regierung die christlichen oder muhamedanischen Besitzer des Landes durch ihre Gesetze verhindert, ihren Grund und Boden den Juden zu verkaufen, selbst in Fällen, wo die wachsende Seelenzahl in einzelnen Colonien gebieterisch deren Vergrößerung forderte.

Noch nach einer andern Richtung hin sind die Führer der russischen Judenschaft bestrebt, diese Bewegung zu begünstigen. Seit Jahren beschäftigen die jüdischen Großgrundbesitzer im Ansiedlungsrayon z. B. Baron Günzburg, soweit es ihnen die russische Polizei gestattet, nur jüdische Tagelöhner. Leider ist aber dies nur in wenigen Fällen möglich, obwohl auch christliche Besitzer sich oft um jüdische Arbeiter bemüht haben, die den russischen durch Fleiß und Nüchternheit weit voranstehen.

Man darf die Zahl der Juden, die in Rußland die Landwirthschaft als Haupterwerb treiben, wohl auf 150000 Seelen berechnen und man kann ohne Uebertreibung sagen, würde heute die russische Regierung den Ackerbau freigeben, hunderttausende von Juden würden sich auf den neuen Erwerbszweig stürzen und in einer oder zwei Generationen wären aus ihnen richtige Bauern geworden. Nur die verkehrte Politik der Regierung hindert diese heilsame Entwickelung.

Ein deutscher Reisender, Julius Elß, der 1870/71 in den südrussischen Colonien war, schließt sein Buch über die jüdischen Ackerbauansiedelungen in Rußland mit einer Auseinandersetzung über deren gegenwärtigen Zustand und kommt zu folgendem Resultat:

„Sämmtliche jüdische Colonien in Neu-Rußland stehen jetzt in Bezug auf ergiebigen rationellen Betrieb der Landwirthschaft in keiner Hinsicht mehr den christlich russischen Dörfern nach, welche mit ihnen in denselben Districten liegen. Hierbei ist zu bemerken, daß auch die christlich russischen Bauern jener Districte in den letzten zwei Jahrzehnten bedeutende Fortschritte im rationellen Betrieb der Landwirth-

schaft gemacht haben. Das geringe Minus der physischen Leistungsfähigkeit in landwirthschaftlichen Arbeiten, welches allerdings noch heutigen Tages der jüdische Bauer dem christlichen russischen Bauer gegenüber aufweist, wird überreichlich ersetzt durch das bedeutende Plus an Moralität, an Nüchternheit und Arbeitsamkeit, welches der russische jüdische Bauer vor dem russischen christlichen Bauer voraus hat. Allerdings wird es immer noch lange Zeit währen, bis sich die jüdischen Colonien zu einer gleichen Vervollkommnung in allen Zweigen der Landwirthschaft emporgeschwungen haben werden, wie solche die deutschen Colonien Neu-Rußlands jetzt durchgehends zeigen." (Fortsetzung folgt.)

Ein militärischer Börsenprophet und seine agrarischen Jünger.*)

In diesen Tagen hat ein Prozeß stattgefunden, der kulturhistorisch und zugleich politisch von nicht geringem Interesse war.

Herr F. Kolk, Lieutenant a. D. und, wie er sich wohl auch auf dem Titel einiger seiner Broschüren nennt, Dr. F. Kolk, war angeklagt wegen Unterschlagung. Die Strafverfolgung war eingeleitet wegen „wissenschaftlicher" oder geschäftlicher Beziehungen, — das ist nicht ganz aufgeklärt, — welche mit Herrn Kolk die Reichstagsabgeordneten von der Groeben-Arenstein und von Herder unterhalten hatten; der Letztere als Parlamentarier ausgezeichnet dadurch, daß man nie von ihm gehört hat; der erstere nicht ohne Berühmtheit durch jenes bekannte Schreiben, in dem er als Zeichen seiner eigenen Selbständigkeit Herrn von Manteuffel als seinen hohen Chef titulirt hat.

Diese Mitglieder der conservativen Partei fühlten sich durch Herrn Lieutenant a. D. Kolk benachtheiligt, weil beide ihm gemeinsam 500 Mark zu Zwecken der Börsenspeculation gegeben hatten und weil sie von diesen 500 Mark nichts wiedergesehen haben. Daß solches bei Speculationen häufiger sich ereignet, wird man zugeben müssen, und da auch der Gerichtshof eine strafbare Handlung als vorliegend nicht erachtete, so hat der Prozeß, durch den klargestellt wurde, daß ein paar conservative Abgeordnete an „Giftbecher der Börse" nippten und als der Trunk ihnen nicht bekam, das Gesicht schief zogen, Interessantes und Bemerkenswerthes an und für sich durchaus nicht. Denn daß conservative Abgeordnete, die sich gegen Speculationen an der Börse mit Wuth öffentlich erbosen, im Geheimen an der Börse „kitzeln", ist alltäglich und bekannt genug, auch wenn Herr von Ploetz und Herr Graf von Schwerin-Löwitz, Herr von der Groeben-Arenstein und Herr von Herder ihre Geständnisse nicht in wenigen Tagen hintereinander im Reichstag und vor Gericht abgelegt hätten.

An diesem Prozeß ist dagegen der Beachtung vor allem werth, wem Herr von der Groeben-Arenstein, der Vertreter des preußischen Volkes von Heiligenbeil-Pr. Eylau, und Herr von Herder, der Vertreter des sächsischen Volkes von Marienberg, ihr Vertrauen geschenkt haben.

Herr F. Kolk ist eine typische Erscheinung unserer Tage; ein früherer Lieutenant, der heute Schriftsteller und Politiker ist, und der das deutsche Volk retten und reformiren will durch den Verein mit dem schönen Namen „Bonnival", der „internationaler nicht politischer Natur" ist, und der „die Mißstände, die Auswüchse des Börsenunwesens vernichten soll".

Herr Kolk gehört geistig zum Schlage des Liebermann v. Sonnenberg. Dasselbe Pathos, das durch unrichtige kraftmeierische dichterische Citate und durch Schwulst der Prosa den Beifall des schlechten Geschmacks sich erwirbt; ein Bischen miles gloriosus. der in Broschüren über die Börse von Kriegsabenteuern der Jahre 1870/71 erzählt; daneben selbstverständlich „Ethiker" und Apostel eines schneidigen „deutschen Idealismus" ist, der unsere Nation vor dem Treiben der semitischen Feinde zu retten sich berufen fühlt, — was ebenso selbstverständlich ist; zugleich großer Entdecker der Fäden der jüdischen Weltverschwörung. Seine Entdeckungen sind von so hohem Reize, wie sie nur in einem schlechten Colportageroman zu finden sind; endlich völliger Banause auf dem Gebiete realer Kenntnisse, — alle diese bemerkenswerthen modernen Eigenschaften vorgetragen in selbstsicherem Phrasengeklingel, und selten nur von grammatikalischen Schnitzern belebt, entbehren des Eindrucks nicht, und wenn Herr Lieutenant a. D. Liebermann von Sonnenberg einen Reichstagssitz errungen hat, so ist es eine Tücke des Schicksals, daß Herr Lieutenant a. D. Kolk noch nicht dem Parlamente mit antisemitisch conservativer Hilfe angehört.

Daß eine Erscheinung wie diese auf die conservativen Abgeordneten v. d. Groeben-Arenstein und von Herder des Eindrucks nicht entbehrte, ist nur natürlich; er fascinirt vor Allem durch seine Enthüllungen wie Ahlwardt; kurz Herr Kolk besitzt Alles, um in dieser Sphäre Erfolg zu haben; vom Lieutenantstitel, den ja auch der geschäftliche Vertrauensmann des Herrn von Ploetz, Herr Arnold führte, bis zum geschmacklosen Pathos und der Kenntnißlosigkeit; freilich diese letztere nur nach den Anschauungen veralteter und überlebter Wissenschaftlichkeit.

Herr Kolk hat nämlich eine sehr große Entdeckung gemacht. Auf Seite 18 seiner sehr unterhaltlichen Broschüre „Schlachtenbilder von der Börse"*) sagt er, nachdem seine Schüler genügend vorbereitet sind, das folgende:

„Die Mehrzahl unserer Leser . . . werden es glauben, auf Grund ihres eigenen Nachdenkens, trotzdem noch alle Bücher, Zeitschriften, Tagesblätter, von denen manche eine hohe Autorität in Anspruch nimmt (!), mit rührender Treuherzigkeit weiter faseln von der nationalöconomischen Mythe: reelles Angebot und Nachfrage dictiren die Kurse."

Das war im Jahre 1894 noch eine einigermaßen neue Wahrheit; heute hat sie ihren Weg bereits gemacht bis in das Centrum und die nationalliberale Partei des Reichstages, wie so lehrreich die Verhandlungen über das Getreidetermingeschäft erwiesen haben.

Es sind also nicht Angebot und Nachfrage, wie nur zurückgebliebene Professoren, andere Narren oder verbrecherische Helfershelfer des Geheimbundes glauben können, die den Preis bestimmen; der Preis wird vielmehr bestimmt, durch „ein abgekartetes Spielsystem" — es kann kein Zweifel sein — des internationalen Judenthums.

Ich will als ehrlicher Mensch den Absatz der Broschüre nicht schädigen, und ich will auch offen gestehen, daß ich die geistreichen Enthüllungen, die die Broschüre über dieses „abgekartete Spielsystem" enthält, zu meinem Leidwesen vollkommen nicht verstanden habe; Herrn von der Groeben-Arenstein und Herrn von Herder ist das jedenfalls gelungen; ich beschränke mich darum auf die Andeutung, daß unter Anwendung einer selbstentdeckten ingeniösen „Kursstenographie" und unter Eintheilung der Schwankungen in „Baisse-" und „Hausse-Dreitheiligkeit", dann durch Tafeln, Tabellen, schematische Darstellungen und durch Ausführungen das Geheimniß der Geheimnisse für die Actien der österreichischen Credit-Anstalt bloßgelegt ist, so daß der Weg nun offen steht, damit auch andere sich an den Raubzügen der internationalen semitischen Verschwörer betheiligen können.

Da ich die schwerer entwirrbaren detaillirten Berechnungen bei Seite lasse, so will ich wenigstens ein Paar der zusammenfassenden ebenso farbigen wie plastisch eindrucksvollen Ausführungen der Broschüre hierhersetzen. Man lese:

„Diese Ein-, Zwei- und Dreitheiligkeiten, die wir jetzt kennen gelernt haben, entsprechen annähernd den Sectionen und Zügen des Regiments. Wie der Regimentscommandeur seine Züge nach rechts

*) Aus der „Nation".

*) 1894. Verlag der Geschäftsstelle der antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland. R. Jacob, SW. Junkerstr. 5/6.

oder links dirigiren kann, so operirt unser geheimer Börsencommandeur mit diesen Ein-, Zwei- und Dreitheiligkeilen nach oben oder nach unten.

Scheint einmal ein Positionswechsel angezeigt, so erfolgt dieser ebenso kurz und präzis wie beim Regiment. Dabei aber behält der Leiter des Spiels immer die Directive. Auch der Börsencommandeur verfügt über verschiedene Waffengattungen, nämlich den Renten-, Banken-, Bergwerks- und Bahnenmarkt, in diesen einzelnen Märkten nun lassen sich wieder unterscheiden, wie z. B. bei dem Bankenmarkt, schwere und leichte Regimenter; die Creditactie gleicht einem Grenadierregiment, die Berliner Handelsgesellschaft mag einem Jägerbataillon entsprechen Wie ferner das eben erörterte kleine Spiel eines Platzes dem Regimentsexerziren entspricht, so läßt sich das große Wiener Spiel treffend mit dem Exerziren im großen Stile, nämlich mit dem Brigade- oder Divisionsexerziren vergleichen."

Oder eine andere Stelle aus der „militärischen Börsenskizze":

„Als ich noch Militär war, wurde die Infanterie der Backzahn Sr. Majestät genannt. Sehen wir uns nun einmal die Backzähne Sems an, so finden wir, es sind die Banken (die Maklerbanken nicht zu vergessen!) Unter den an der Berliner Börse gehandelten Bankpapieren folgen ihrem Range nach im Spielsystem Credit, Commandit, Handelsgesellschaft.

Am 3. Juni standen Mittags 11½ Uhr drei Regimenter feldmarschmäßig gepackt in der Burgstraße vor der Börse aufmarschirt. Es waren dies:

1. Das I. kanaanitische Garderegiment zu Fuß, genannt „Oesterreichische Creditanstalt" unter Commando des Obersten Edler von Sem.

2. Das judäische Grenadierregiment „Disconto-Commandit" unter Commando des Autokraten Herrn von Hansemann, genannt „der Arier" (siehe Mittheilungen des Vereins gegen den Antisemitismus im ersten Capitel: „Der Giftbaum der Börse" aus „Altes und Neues von der Börse". Pahl'sche Verlagsbuchhandlung, Zittau in Sachsen).

3. Das israelitische Leibjägerbataillon „Handelsgesellschaft" unter Führung des Ritters von Fürstenberg.

Die Action beginnt: Die im Capua der Hausse nichts ahnend schwelgende, disziplin- und führerlose Truppe der Gois soll von dieser ihrer Höhenposition 465 Credit, 205 Disconto, 159 Handelsgesellschaft binnen ca. 5 Wochen heruntergeworfen werden, und zwar Credit auf 447, Disconto 191, Handelsgesellschaft 150."

Und endlich an dritter Stelle:

„. . . Die Hausse- oder Baissepartei . . . ist nur ein Kunstproduct, ein vorgedacht gezeichnetes Gebilde der allmächtigen Gruppe; man läßt diese Richtung aber gewähren und füttert sie durch Tendenzberichte der Zeitungen und plangemäße Börsencirculare solange an, als es den Matadoren in ihren Kram paßt. Solche Hausse- oder Baissepartei sind eben Schlachtthiere, Mastochsen, je fetter, je besser, sie haben eben von weit und breit das Capital aufgesogen und überheben nun die finanziellen Machthaber der Mühe des weiteren Sammelns: in sich selbst liefern sie die Ausbeute der kleineren Betrogenen, die zu ihnen zusammenliefen, ihnen sich anschlossen. Ist nun der Zeitpunkt gekommen, so werden sie erbarmungslos nach den Regeln der Kunst abgeschlachtet, die einen wie die andern, einmal in der Hausse, ein andermal in der Baisse."

Daß diese Mischung von schneidigem antisemitischen Militarismus und agrarischem „Mastochsenthum" den Herren conservativen Reichstagsabgeordneten von der Groeben-Arenstein und von Herder außerordentlich gefallen mußte, und ihrer Intelligenz völlig einleuchtend erschien, ist nach den Erfahrungen neuerer Zeit begreiflich genug. So traten denn die beiden adeligen Volksvertreter mit Herrn Lieutenant a. D. F. Kolk zusammen und spendeten 500 Mark, um sich an den Evolutionen des ersten kanaanitischen Garderegiments zu Fuß und an der Abschlachtung der „Mastochsen" zu betheiligen, gemäß den Entdeckungen ihres originellen militärischen Börsenpropheten.

Dieser Prozeß enthält eine sehr werthvolle kulturhistorische Thatsache.

Die Verhandlungen über das Börsengesetz konn der nur allseitig verstehen, der berücksichtigt, daß die Majorität aus solchen Conservativen wie die von der Groeben und von Herder bestand, und solchen anderen, die die erstaunliche Entsagung übten, sich der wirthschaftlichen Bildung jener demuthsvoll unterzuordnen, wie das auch die Regierung voraussichtlich thun wird.

So kann man denn wohl mit einigem Recht behaupten, daß die wirthschaftliche und politische Weltanschauung des Lieutenants a. D. Kolk ganz wesentlich heute die deutschen Geschicke beeinflußt.

Werden unter solchen Umständen Handel und Wandel mit Maßnahmen beglückt, so kommen Producte wie das Börsen- und Zuckersteuergesetz und dergleichen zu Tage; würde man die Medizin reglementiren, so würde man Krähenaugen bei Neumond geröstet gegen Epilepsie verschreiben, und würde man die Astronomen beglücken, so würde die Astrologie auf den Thron gesetzt werden. So sieht „die herrschende Kaste" heute in Deutschland aus, die in ihrem altererbten Hexenglauben nach der Geheimlehre der Börse und der Geheimlehre des Talmud späht, weil sie meint, daß man heute wohlhabend und reich nur durch geheime Niedertracht werden kann; an das Mittel der Sparsamkeit, des Fleißes und der Intelligenz haben Viele von jenen nie glauben gelernt.

Arme conservative Agrarier! Ihr Unglück sind nicht vor Allem die niedrigen Preise; ihr größeres Unglück ist ihre niedrige Intelligenz, und diese Unbildung gepaart mit ihrer Anmaßung, die herrschen will und die eine schwache Regierung und ein politisch allzu gleichgültiges Volk herrschen läßt, das ist zugleich das Unglück Deutschlands.

Wie Dr. Lange's „Deutsche Ztg." Inserate erwirbt.

Seit einem Vierteljahr besteht ein heftiger Concurrenzkampf zwischen der „Tägl. Rundschau" und dem früheren Redacteur dieses Blattes, Dr. F. Lange. Dr. Lange, der den „unlauteren Wettbewerb" und alle sonstigen Schäden des „verjudeten" Deutschlands zu reformiren vorgiebt, hat bekanntlich schon vor längerer Zeit sich eine „Deutschbund-Gemeinde" begründet und nach dem Ausscheiden aus der „Tägl. Rundschau" auch eine eigenes Blatt, die „Deutsche Zeitung. Jetzt hat sich nun in der „Deutschbund-Gemeinde Berlin" ein „Ausschuß zur Förderung des Ankündigungswesens der „Deutschen Zeitung" gebildet, der ein Circular versendet, welches in einer Beilage eine Anzahl „Musterbriefe" mittheilt, „die in bestimmten Fällen von erfreulichem Erfolge gewesen sind." Nach diesen „berühmten Mustern" soll von den Gliedern der „Deutschbund-Gemeinde" weiter „gearbeitet" werden. Die beiden ersten dieser sehr amüsanten Musterbriefe lauten:

1. An das Kaufhaus N. N. Wie aus Ihren Büchern ersichtlich, bin ich langjähriger Kunde Ihres Hauses. Als solcher möchte ich Sie auf die „Deutsche Zeitung" (Berlin SW.) aufmerksam machen und Sie bitten, auch diese bei Ihren Geschäftsanzeigen in Betracht zu ziehen. Ich war gewohnt, in der „Täglichen Rundschau" Ihre Ankündigungen zu finden, bin aber nun — mit Tausenden von Abonnenten — zur neu gegründeten „Deutschen Zeitung" übergegangen. Hier vermißt meine Frau, auf deren Wunsch ich an Sie schreibe, die Ankündigungen Ihrer Neuheiten, die ihr stets Fingerzeige zu ihren Einkäufen boten.

2) Herrn N. N. Ich habe den Auftrag seitens einiger Damen meiner Verwandtschaft, die wohl seit 20 bis 30 Jahren regelmäßige — zum Theil auch (bei Aussteuern) verhältnißmäßig hohe — Bezüge von Ihrer Firma gemacht haben, die Bitte auszusprechen, es ihnen zu ermöglichen, Ihre regelmäßigen Anzeigen künftig auch in der „Deutschen Zeitung" verfolgen zu können, so wie sie es stets in der „Tägl. Rundschau" gethan haben. In Ihrern Büchern werden Sie im Laufe vieler Jahre häufig folgende Namen verzeichnet finden: Frau X. . . . Dies sind die Namen derjenigen Damen, von denen ich direct beauftragt bin. Es war für einen vielgeplagten Geschäftsmann, wie ich es bin, keine sonderlich erfreuliche Aufgabe, Ihnen mit einem Ansuchen wie dieses nahe treten zu müssen, aber — ce que la femme veut — mein Versprechen hatte ich einmal gegeben.

Aber damit ist die Manipulation noch nicht beendet. Zwei Stricke halten bekanntlich besser als einer. Um daher denjenigen Firmen, welche auf die vorbezeichnete Weise zum Inseriren in der „Deutschen Zeitung" eingefangen sind, wenigstens die Illusion zu geben, als ob das Inserat wirksam gewesen sei, werden dieselben „Deutschbrüder" in Nummer 6 des Aufrufs folgendermaßen weiter instruirt:

„6. Da erfahrungsgemäß allen annoncirenden Geschäften bereits das Bewußtsein, daß ihre Ankündigungen überhaupt nur beachtet werden — „bekannt sein ist das halbe Geschäft" — eine ge-

wisse Genugthuung gewährt, so soll kein Bundesbruder die kleine Mühe scheuen, in den Annoncen der D. Z. angebotene Preisverzeichnisse, Cataloge u. dergl. einzufordern, selbst wenn im Augenblick gerade kein Bedarf vorliegen sollte."

Das ist natürlich unredlicher Wettbewerb in reinster Form. Man stelle sich nur vor, schreibt das „Berl. Tagebl.": Ein gläubiger „Deutschbruder" schickt, infolge des Aufrufs, eines der vier Briefformulare an ein Geschäft. Dieses läßt sich dadurch in dem Glauben, daß die Deutschgemeinde nach Hunderttausenden zählt, während es thatsächlich nur eine verschwindend geringe Zeit von Abepten giebt, dazu verleiten, sein Geld für eine Annonce in der „Deutschen Zeitung" auszugeben. Der Geschäftsinhaber erhält darauf von demselben Deutschbruder oder einem seiner Complicen die Aufforderung, seine Preisverzeichnisse, Cataloge und dergleichen einzusenden. Es liegt darin die Vorspiegelung einer Thatsache, nämlich daß die Annonce den Kundenkreis des Geschäftes erweitert habe. Diese Thatsache ist natürlich eine falsche. Denn der Einforderer der Cataloge ist gar kein „Kunde", er beabsichtigt gar nicht, zu kaufen. „Selbst wenn im Augenblicke gerade kein Bedarf vorliegen sollte," sagt der Aufruf. Der Geschäftsinhaber wird dadurch in den Irrthum versetzt, als wenn die erste Annonce in der „Deutschen Zeitung" wirksam gewesen wäre, und er wird somit zu weiteren Inseraten verleitet. Hierdurch erleidet er natürlich einen Vermögensschaden, während der „Deutschen Zeitung" die erstrebte Bereicherung zufällt.

Dr. Lange hat einen breiten Rücken. Er thut so, als ob ihn die Sache gar nichts anginge. Seine langathmige Gegenerklärung in der „Dtsch. Ztg." geht um den Kern der Sache herum. „Die Comödie berührt mich nicht im Geringsten," sagt er. Kein Wort davon, ob die Anregung zu dem Vorgehen des Comités von ihm selber ausgegangen, kein Wort, daß die „Musterbriefe" doch handgreifliche Unrichtigkeit enthielten, ja, daß es Schwindelbriefe sind, kein Wort davon, daß Geschäftsleute dadurch direct geschädigt werden.

Und Dr. Lange ist der Retter des „Deutschthums!"

Zur Abwehr.

Jüdische Richter und Notare. Trotz der wiederholten offiziösen Dementis in Bezug auf Ernennung jüdischer Richter und Notare, welche in Abrede stellen, daß die Justizverwaltung die Confession der Bewerber als einen besonderen Maaßstab für die Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung proclamirt habe, liegen doch Beispiele vor, in denen thatsächlich das confessionelle Moment bestimmend gewesen sein muß. So sind, wie der „Frankf. Ztg." (18. Juni) geschrieben wird, in **Wiesbaden** in allerjüngster Zeit bei der Besetzung einer erledigten Notariatsstelle zwei nach dem Dienstalter ältere **jüdische** Rechtsanwälte übergangen, und der im Dienstalter nächstälteste christliche Rechtsanwalt zum Notar ernannt worden. Durch besondere sachliche oder persönliche Gründe ist diese Ernennung nicht zu begründen, weshalb denn auch die augenscheinliche Zurücksetzung der älteren jüdischen Anwälte, deren Befähigung und Würdigkeit unangefochten ist, in allen Kreisen peinliches Aufsehen erregte. Dabei befindet sich unter 32 ansässigen Anwälten, von welchen 5 das Notariat haben, nur ein einziger jüdischer Notar und dieser zählt zu den hervorragendsten Vertretern.

Und die „Staatsbürgerztg." (23. Juni) jubelt: „Endlich! Unser Nothschrei, welchen wir am 6. Mai d. Js. über die Verjudung der Anwälte in **Friedeberg N.-M.** und Umgebung veröffentlichten, hat geholfen! Der **Herr Justizminister** aufmerksam gemacht, hat in einem kürzlich an den Kammergerichtspräsidenten erlassenen Schreiben der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es im Interesse der Rechtspflege liege, die in Friedeberg jetzt zu vergebende Notarstelle nur einem **christlichen** Anwalt zuzutheilen, und ferner den Auftrag ertheilt, bei einigen christlichen, vornehmlich jüngeren Anwälten anzufragen, ob sie bereit seien, in die nach dem Tode des Notars Deboipb erledigte Notarstelle einzutreten. Die Friedeberger Bürger werden diese Nachricht mit Freuden begrüßen und wir hoffen, daß die Regierung auf dem einmal betretenen Wege nicht stehen bleiben, sondern mit kräftiger Hand einen Krebsschaden beseitigen wird, unter dem wir Deutschen allzulange schon seufzen: das Ueberhandnehmen des Judenthums im Anwaltstande."

Die Zurücksetzung jüdischer Juristen, nicht nur der Assessoren, wird also unter der gegenwärtigen Justizverwaltung auch ohne den Assessorenparagraphen in der Praxis schon bethätigt.

Die „Vereinigung Badischer Israeliten" in Karlsruhe hat sich veranlaßt gesehen, an Herrn **Oberst a. D. Rheinau** ein Schreiben folgenden Inhalts zu richten:

„Karlsruhe, den 10. Juni 1896.

Euer Hochwohlgeboren!

Wie wir durch eine Zeitungsnotiz erfahren haben, haben Euer Hochwohlgeboren in einer vor Kurzem anläßlich der hiesigen Gemeindewahlen stattgehabten Versammlung eine Aeußerung gethan, deren Sinn war, kein Jude gehöre aufs Rathhaus, die Juden seien eine internationale, keines Patriotismus fähige Gesellschaft, welche ein Deutscher und Nationalliberaler nicht zu einem solchen Ehrenamte wählen könne.

Die unterzeichnete Vereinigung badischer Israeliten legt gegen diese unbegründete Behauptung energischen Protest ein.

Es ist ja bedauerlicher Weise selbst hier in Karlsruhe, einer Stadt, in welcher seit ihrer Gründung Juden wohnen und in welcher unsere Glaubensgenossen in Vaterlandsliebe und Treue gegen den Landesherrn den Angehörigen der anderen Confessionen niemals nachgestanden haben, schon vorgekommen, daß derartige aufreizende, den Klassen- und Rassenhaß schürende, allgemeine Verdächtigungen zu Parteizwecken erhoben wurden. Allein es ist doppelt bedauerlich, daß wir dieselben jetzt auch aus dem Munde eines Mannes hören, der ein hervorragendes Mitglied einer nationalen und staatserhaltenden Partei ist, einer Partei, welche seit ihren ersten Anfängen eine ganze Reihe von Israeliten zu ihren Mitgliedern zählt.

Es ist unrichtig, daß zwischen den deutschen und nichtdeutschen Juden — abgesehen von dem gemeinsamen Religionsbekenntniß — irgend ein anderes, sie einigendes Band besteht, so wenig wie dies zwischen unsern evangelischen oder katholischen deutschen Mitbürgern und den außerdeutschen Angehörigen dieser Confessionen der Fall ist. **Wir sind und fühlen uns durch und durch als Deutsche.** Wir erfüllen freudig die uns als solchen obliegenden Pflichten, und gerade Euer Hochwohlgeboren, als altem Soldaten, dürfte es bekannt sein, daß die deutschen Israeliten genau ebenso, wie ihre christlichen Mitbürger für die deutsche Sache mit ihrem Leben eingestanden sind. Wir erlauben uns, Ihnen beifolgend ein — bei Weitem nicht vollständiges — Verzeichniß von Israeliten zu überreichen, welche in den letzten Kriegen für die deutsche Sache gefallen sind oder geblutet haben. Schon hieraus werden Sie entnehmen können, wie unverdient der von Ihnen den deutschen Israeliten gemachte Vorwurf der Vaterlandslosigkeit ist. Euer Hochwohlgeboren werden aber auch ermessen können, wie sehr durch eine derartige allgemeine, durch nichts zu erweisende und einer ganzen Klasse von deutschen Staatsbürgern zugefügte Kränkung die hierdurch Betroffenen sich in ihrem Ehrgefühl verletzt fühlen müssen.

Die deutschen Juden werden sich selbstverständlich trotz derartiger verletzender Beurtheilungen in Erfüllung ihrer staatlichen und bürgerlichen Pflichten in keiner Weise beirren lassen. Um so mehr müssen sie aber Verwahrung einlegen

gegen jede Bezweiflung ihrer Vaterlandsliebe und ihres deutschen Staatsbewußtseins.

Hochachtungsvoll

Sr. Hochwohlgeboren Herrn Eugen Rheinau, Oberst a. D. Hier. Akademiestr. 69.

Vereinigung Badischer Israeliten. (gez.) Seeligmann.

2759.1

Eine Antwort auf dieses Schreiben ist seither nicht erfolgt. —

Der Fall Mirbach-Bamberger ist wieder ein Beweis dafür, daß der Ton des Parlaments in Deutschland sehr gesunken ist. An Schimpfereien leistet der Reichstag von heute schon Erkleckliches. Der rüde Ton datirt seit der Zeit, wo die Antisemiten im Reichstag ihren Einzug hielten. Es ist das eine Thatsache, die nun einmal nicht zu leugnen ist. Ahlwardt war der Erste, der die schönen Redewendungen, mit denen er in Versammlungen prunkte, auch auf die Reichstagsdebatten übertrug.

Jüngst war es Graf v. Mirbach, der in Bezug auf Rüdigkeit des Tones den Record schlug und Herrn Liebermann von Sonnenberg noch um ein Stück übertrumpfte. Er griff den früheren Abgeordneten Dr. Ludwig Bamberger in der geschmacklosesten Weise an — eine Heldenthat, die um so niedriger gehängt zu werden verdient, als es sich hier um einen Abwesenden handelte, der nicht im Stande war, dem Herrn Grafen heimzuleuchten. Der Abg. Barth nahm sich des abwesenden Freundes an, indem er das Vorgehen Mirbach's als „nicht gentlemanlike" bezeichnete.

Hierzu schreibt die katholische „Germania" (24. Juni):

„Alle, welche Bamberger kennen, wissen, daß er äußerlich absolut nichts Anormales an sich hat, und ein geistreicher Redner und Schriftsteller war und ist er jedenfalls. Und selbst wenn seine linke Seite länger wäre, als die rechte, wäre das seine Schuld? Kann er überhaupt etwas dafür, daß sein Vater ein Jude war? — Wollen einzelne unserer „vornehmen" Blätter sich jetzt zum Organ des Radau-Antisemitismus machen, so mögen sie ihrem neuen Sport unter sich fröhnen, oder nicht den Reichstagspräsidenten in ihr Straßengeschrei hinabziehen. Mit Bethätigung eines solchen „Christenthums" werden sie unter katholischen Christen überhaupt wenig Erfolg erzielen, so wenig wie Luthers Antisemitenschrift „Schemhamphorasch" aus „Gottes Wort" entstanden ist!

Das nationalliberale „Leipz. Tageblatt" äußert sich wie folgt:

„Der Witz über die körperliche Beschaffenheit des, beiläufig bemerkt dreiundsiebzigjährigen, Herrn Ludwig Bamberger war zu wohlfeil, als daß selbst die seit dem Tode des alten v. Meyer-Arnswalde in Bezug auf Vorrath an attischem Salz bei ihren Mitgliedern nicht mehr verwöhnte conservative Partei ihn hätte sonderlich goutiren können. Er verrieth dazu das Gegentheil von Feingefühl und rief endlich die Erinnerung an die vielen Fälle wach, in denen der somatisch allerdings wenig ausgiebige Bamberger den breitbrüstigen und ausfallösen Grafen Mirbach ohne Anstrengung geistig in die Tasche gesteckt hätte. Der Reichstag ist eben kein Athleteuclub, und soweit der Witz des Grafen antisemitisch sein sollte, so ist man dort von Anderen Besseres der Art gewöhnt."

Jüdische Soldaten. Die in der Aula der Königl. tech. Hochschule in Charlottenburg angebrachten Gedenktafeln zum Gedächtniß der in dem letzten Kriege gegen Frankreich gefallenen Studenten der damaligen Gewerbeakademie enthalten die Namen folgender jüdischer Commilitonen: Eugen Löwensohn, Eduard Strauß, Felix Deutschmann, eine Thatsache, die gewiß beachtenswerth ist angesichts der damals sehr geringen Anzahl jüdischer Studenten auf der Gewerbeakademie.

Antisemitismus in den Badeorten III. Der Besitzer des Kurhauses Oberweiler im Schwarzwald, der Antisemit Dr. Vogel, bezeichnet öffentlich „den Besuch jüdischer Gäste als unerwünscht."

In Heiligenhafen hat die Badeverwaltung die Verscheuchung der Juden durch ausnahmsweise hohe Kurtaxen angekündigt. Jetzt soll eine Actiengesellschaft gegründet werden, worüber die „Deutsche Wacht" schreibt:

Heiligenhafen ist das erste Ostseebad gewesen, daß sich schon vor Jahren auf einen entschieden nationalen Standpunkt gestellt und allen den Elementen, die bekanntermaßen in unseren Bädern überall den Ton zu verderben pflegen, seine Thore verschlossen hat. Wie uns von engbefreundeter Seite mitgetheilt wird, stehen auch jetzt an der Spitze des neuen Unternehmens maßgebende, zuverlässige Männer, welche absolute Sicherheit nicht nur dafür bieten, daß die auf Namen lautenden Actien ausschließlich in christlich-deutsche Hände gelangen, sondern auch dafür, daß wir uns während eines sommerlichen Aufenhaltes in Heiligenhafen thatsächlich — wie es im Prospekte heißt — wie zu Hause fühlen!

Ueber das Bad Tabarz schreibt die „Staatsb. Ztg." (20. Juni):

Daß das energische Vorgehen der guten Sache immer nützt, beweist der Besuch unseres antisemitischen Badeortes. Mit schweren inneren und äußeren Kämpfen ist es uns gelungen, im vorigen Jahre die Kinder Israels aus unserem idyllischen Badeorte zu vertreiben und nur kräftiges Eintreten für die Sache vermochte unser scheinbar schwieriges Werk mit Erfolg zu krönen. Heute sind wir vielleicht die einzigen Thüringer, welche sagen können: „Jetzt und für ewige Zeiten reine Luft, kein Knoblauchsduft." Darum deutsche Männer, die Ihr nicht wußtet, wohin vor Moses und Cohn sich flüchten, kommt zu uns in Thüringens Berge, wo Ihr nur Deutsche finden werdet!

Die Verjudung der Stenographie. Die „Oesterreich. Wochenschr." veröffentlicht folgendes Schreiben:

Gegenüber den Angriffen des Herrn Bürgerschullehrers Rauscher auf die jüdischen Stenographen dürfte es wohl am rechten Platze sein, darauf hinzuweisen, daß die Verbreitung und Entwickelung der Gabelsbergerschen Stenographie in Oesterreich einem zu Eidlitz bei Komotau geborenen Juden, Leopold Cohn (später Conn) zu verdanken ist.

Seine Verdienste setzt Hofrath Kühnel in dem Vorworte zu dem „Lehrbuche der Kammerstenographie" von Conn auseinander.

Hier sei nur erwähnt, daß Conn in den Jahren 1858 bis 1859 an den meisten Realschulen und Gymnasien in Wien den Stenographenunterricht ertheilte, daß Conn das „Erste Österreichische Stenographenbureau" ins Leben rief, daß ferner durch Conn's Bemühungen Staatsprüfungscommissionen für Lehrer der Stenographie eingesetzt wurden und daß er 1869 von Seiner Majestät unserem Kaiser die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft und das Ritterkreuz des Franz Josef-Ordens und anläßlich der Wiener Weltausstellung (1873) wegen seiner Verdienste um die Stenographie die Verdienst-Medaille erhielt. Gleichzeitig sei auch erwähnt, daß einem anderen Juden David Dessau (gestorben 9. Jänner 1893) die Verbreitung der Gabelsberger'schen Stenographie in Danemark zu danken ist. Die „Stenographische Correspondenz" in Wien nennt ihn in einem Nachrufe „eine Leuchte am Himmel unserer Kunst", und allgemein bekannt ist er auch unter dem Namen „der nordische Apostel der Gabelsbergerschen Stenographie."

Sie um die Aufnahme dieser Zeilen bittend, zeichne ergebenst

Dr. Adolf Biach, Rabbiner in Brüx
staatlich geprüfter Lehrer der Stenographie

Aus dem antisemitischen Lager.

Antisemiten und Conservative. Die antisemitische Parteileitung ist augenblicklich auf die Conservativen nicht gut zu sprechen. In der letzten Zeit hat sich soviel Zündstoff angesammelt, daß Herr Liebermann v. Sonnenberg in seiner „Antis. Corresp." (18. Juni) eine förmliche Anklageschrift gegen die Conservativen veröffentlicht, die in dem Satze gipfelt: „Eine conservative Partei, die von dem Antisemitismus in ihrem Programm keinen Gebrauch macht, dafür aber in ihrer großen und kleinen Presse uns Tag aus Tag ein angreifen und schmähen läßt, darf sich nicht beklagen, wenn wir nunmehr auch zum Angriff vorgehen."

Seit der Entlarvung und dem Sturze Hammersteins, so wird ausgeführt, habe sich eine wesentliche Verschiebung des Verhältnisses zwischen Antisemiten und Conservativen vollzogen. Man habe leider in der conservativen Partei nicht das Verständniß und auch nicht den Muth der Verantwortung gehabt, Hammersteins traurige Verfehlungen zu verdammen, aber die von ihm verfolgte richtige Politik anzuerkennen und fortzuführen. Man vermisse in der Partei eine energische, zielbewußte Führung. Eine völlige Schwenkung sei auch in Bezug auf die Stellung zum Antisemitismus eingetreten.

Es wird dann berichtet, wie schlecht die Antisemiten von conservativer Seite behandelt werden, wie sie anläßlich der Wahl in Ruppin-Templin von der „Kreuzztg." „leicht

fertig verunglimpft" worden seien. Und nun folgt eine Auseinandersetzung darüber, wie „das Conto zwischen Conservativen und Antisemiten eigentlich steht."

„Die Conservativen haben in einigen sächsischen Wahlkreisen im Jahre 1893 in der Stichwahl den Antisemiten gegen die Sozialdemokraten zum Siege verholfen. . . . . . Anderseits verdanken ein lange Reihe conservativer Abgeordneter ihre Mandate der thatkräftigen Hülfe unserer Parteigenossen: nämlich die Herrn v. Plötz, v. Werdeck, von Langen, Rother, Hauffe-Dahlen, v. Herder, Sachße, Jacobskötter, Riecke-Böhmerhoff, Graf Roon, Hüpeden, Schall, Graf Knyphausen, Stroh und Reichmuth."

Der Ankläger zieht aus alle dem den Schluß, daß die Antisemiten ohne Bedenken den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen können. Aus diesem Grunde sei es zweckmäßig, die hauptsächlichsten Gegner im conservativen Lager kennen zu lernen und jetzt schon die Vorbereitungen zu ihrer Bekämpfung zu treffen. „In der conservativen Reichstagsfraction agitiren gegen den Antisemitismus vorzugsweise die Abgg. von Massow (Schlawe-Rummelsburg) und von Podbielski (Westpriegnitz). Ferner versucht der Geheimrath von Holleufer, der vor kurzem sein Mandat wegen Beförderung niedergelegt hat, ob mit oder ohne Auftrag des Ministers des Innern, wissen wir nicht, in der conservativen Fraction Stimmung gegen die Antisemiten und für den Gouvernementalismus zu machen. Er hat sogar neulich im Wandelgange des Reichstages so laut, daß es Abgeordnete unserer Partei hören mußten, geäußert, wenn es nach ihm ginge, würde er sich gegebenenfalls mit den Freisinnigen gegen die Antisemiten verbünden. Wir glauben nicht, daß Herr von Holleufer mit dieser Redewendung der conservativen Partei und der Regierung einen besonders guten Dienst erwiesen hat."

Zuletzt wird angekündigt, daß die Antisemiten, welche den Hauptnachdruck ihrer Agitation bisher auf liberale und socialdemokratische Wahlkreise gelegt hätten, nunmehr conservative Kreise in Angriff nehmen würden. —

Das ist natürlich nichts als eine leere Drohung, ein Schreckschuß. Wir nehmen die Kriegserklärung nicht ernst. Die im Dienst des Bundes der Landwirthe stehenden Antisemiten Liebermannscher Richtung sollten gegen die conservativen Junker vorgehen?! Man wird den antisemitischen Schreiern schon den Mund stopfen! —

Antisemitismus in der Burschenschaft. Ein Alter Herr einer preußischen Burschenschaft schreibt uns: „Meiner Information nach ist der Antrag der Jenenser Burschenschaft Germania auf Ausschluß der Juden zurückgezogen worden. Die Ausschließung jüdischer Studenten ist demgemäß nicht zum Beschluß erhoben worden, wenigstens nicht zu einem generellen für alle A-D-C. Burschenschaften geworden. In wieweit die einzelnen Burschenschaften jede für sich allein, der antisemitischen Strömung nachgebend, Juden von der Aufnahme ausschließen, sei es auf Grund directer für die einzelne Burschenschaft gültiger Statuten, Paragraphen oder ohne solche directe Kundgebung in der Praxis, vermag ich nicht anzugeben. Zweifellos ist auch in den Burschenschaften eine starke antisemitische Strömung vorhanden, sobaß sicherlich z. B. die Zahl jüdischer activer Burschenschafter, wenn solche überhaupt existiren, sehr klein ist. Es haben wohl schon seit längerer Zeit jüdische Studenten nicht mehr den Versuch gemacht, die Aufnahme nachzusuchen, weil sie befürchten mußten, abgelehnt zu werden. Einige wenige Stimmen gegen eine Aufnahme abgegeben genügen stets zur Ablehnung eines Bewerbers."

Zum Fall Paul Meyer. Die „Schwäbische Reform (20. Juni) quält sich in einem längeren Artikel ab, nachzuweisen, daß der Führer der schwäbischen Antisemiten, Paul Meyer, Recht daran gethan, die Klage gegen den „Beobachter" zurückzuweisen. „Dringender Wunsch der Familie", „juristische Prüfung des Thatbestandes" heißt es mehr hübsch als klar und zum Schlusse wird folgender „Grund" angeführt:

„Verschiedene richterliche Erkenntnisse der letzten Zeit lassen es vielmehr als nicht ausgeschlossen erscheinen, daß Herr Meyer mit seiner Klage abgewiesen worden wäre, weil das Gericht annehmen könne, daß die Gegner „in gutem Glauben" gehandelt hätten und darum „wegen Wahrung berechtigter Interessen" freizusprechen seien."

Diese seltsame Begründung findet nicht den Beifall aller Antisemiten. Der „Bad. Volksbote" (23 Juni) schreibt gereizt:

„Die Angelegenheit hat aber die Oeffentlichkeit zu sehr beschäftigt, als daß Herr Meyer nicht auch vor der Öffentlichkeit Genugthuung verlangen müßte. Wo es sich um einen Mann handelt, der im Parteileben hervorgetreten ist, da dürfen keine Rücksichten walten gegenüber privaten Wünschen."

Vermischtes.

Der „Deutsche Verband kaufmännischer Vereine" hielt dieser Tage in Berlin seine Generalversammlung ab. Der in Hamburg bestehende „Verein deutschnationaler Handlungsgehilfen" hatte seine Aufnahme in den Verband nachgesucht, war jedoch wegen seiner antisemitischen Gesinnung bereits zweimal vom Vorstande abschlägig beschieden worden und wandte sich nun mit einer langathmigen, von Ausfällen gegen Juden und Judenthum strotzenden Beschwerdeschrift, die verlesen zu lassen der Vorsitzende, Herr Karl Ludwig Schaefer aus Frankfurt a. M. — wie wir ausdrücklich betonen wollen, ein nationalliberaler christlicher Herr — Anfangs Bedenken trug, an die Generalversammlung. Das Aufnahmgesuch wurde mit der stattlichen Majorität von 102 gegen 5 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Als Curiosum erwähnen wir, daß wie für die Verlesung des Briefes, so für die Zulassung des antisemitischen Vereins und Aufnahme in den Verband nur die anwesenden jüdischen Delegirten eintraten und zwar, wie ihr Wortführer in dieser Frage, Herr Loeb-Frankfurt a. M., ausdrücklich erklärte, um den Antisemiten den Glorienschein des Märtyrerthums zu benehmen.

Immerhin ist die Thatsache, daß ein zu $^{19}/_{20}$ aus christlichen Elementen zusammengesetzter Berufs- und Standesverein von antisemitischen Störenfrieden nichts wissen will und daher obige, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassende Antwort gab, mit Anerkennung zu begrüßen.

Der Fall Bashford. Das Benehmen des Mr. Bashford, eines englischen Correspondenten in Berlin, der einen deutschen Postbeamten beleidigt hat, wird von der antisemitischen Presse natürlich für ihre Zwecke ausgebeutet. Einige dieser Blätter sprechen sogar schon vom „Juden Bashford". In Wirklichkeit entstammt Herr Bashford einer alten christlichen Familie und war verheirathet mit einer Nichte des früheren preußischen Kriegsministers v. Kameke, die ihm vor einigen Jahren durch den Tod entrissen worden ist.

Wien, 20. Juni. Die neue antisemitische Stadtverwaltung zeigt in ihren ersten Handlungen, weß Geistes Kind sie ist. So hat der Stadtrath beschlossen, die Subvention von 3200 fl., die dem Volksbildungsverein gewährt worden ist, auf 500 fl herabzusetzen. Sehr eigenthümlich ist auch der Beschluß, einem intimen Freunde Luegers Namens Fister die Salvator-Medaille zu verleihen, die höchste Auszeichnung der Stadt Wien. Die Blätter erinnern daran, daß der also Ausgezeichnete früher dem Gemeinderathe angehörte, aber sein Mandat niederlegen mußte, als die Thatsache bekannt wurde, daß er einen politischen Gegner wegen Majestätsbeleidigung denunzirt hatte.

Antichristliches. Getreu dem Vorbilde Eugen Dühring, fährt sein antisemitischer Anhang fort, im „Mod. Völkergeist" das Christenthum anzugreifen. So schreibt das Blatt (Juni S. 99):

„Die übelste Ausprägung des Asiatismus sind die Hebräer und alles, was von ihnen in geistiger oder sonstiger Beziehung abstammt,

wie vor allem das jüdäische Christenthum. Die modernen arischen Völker sind mehr als ein Jahrtausend von jenem religiösen und politischen Asiatismus wie von einer bösen Krankheit angesteckt worden, haben allerdings begonnen, sich von diesen niederdrückenden und für ihre Artung schmachvollen Fesseln loszulösen.

Friedrich Nietzsche — ein Jude. Das ist die neueste Entdeckung der Dühringianer. Im „Mod. Völkergeist“ (Juni 1896. S. 84) heißt es nämlich: „Nietzsches geistige Allüren tragen das Gepräge solcher Judäerhaftigkeit, daß man daraus auf Judenblütigkeit schließen muß.“

Wider den christlichen Staat. „Vom Hexentanzplatz der Zeitgedanken“ betitelt sich eine Serie von Aufsätzen, die die „Tgl. Rundsch.“ jetzt veröffentlicht. Es kommt der einsichtige Verfasser zu einer vollständigen Verurtheilung des Begriffs „christlicher Staat“, die nicht gerade sehr neu ist, aber immerhin eine Wiedergabe verdient. Er sagt:

Der Begriff „christlicher Staat“ ist falsch gebildet, denn seine beiden Theile enthalten Bestimmungen, die sich nicht vereinigen lassen. Richtig wäre er nur, wenn alle Bürger thatsächliche Christen, nicht nur getaufte wären, wenn ein Band der thaten- und opferfreudigen Liebe alle Glieder umfaßte. Man mag es beklagen, leugnen aber kann es Niemand: es ist nicht so. Und es ist psychologisch unmöglich.

Aber nun darf man nicht folgern, daß der Staat widerchristlich sein dürfe. Er ist es ja in der That in einzelnen Einrichtungen und gesetzlichen Bestimmungen noch heute.

Es ist widerchristlich, daß die Prostitution als Gewerbe anerkannt ist; es ist widerchristlich, daß der Staat einen großen Theil seiner Einnahme dem Uebermaß des Alkoholgenusses verdankt; es ist widerchristlich, daß er nicht alle Kräfte aufwendet, um die Wohnungsverhältnisse der unteren Schichten zum Besseren zu wenden; — — und so ließe sich noch Manches anführen, dessen Beseitigung in den Umkreis der vernünftigen und darum sittlichen Sozialreform fällt.

Leo Tolstoi. In der „N. Fr. Pr.“ veröffentlicht Friedrich Schütz unter der Ueberschrift „Ein Tag bei Leo Tolstoi“ eine Unterredung mit diesem berühmten Russen, in der Letzterer sich folgendermaßen über die Antisemiten ausläßt:

„Oh! Sie meinen die Antisemiten! Ehrlich gesagt, diese Partei verstehe ich nicht, auch die Mittel nicht, die gegen sie in Vorschlag gebracht werden, zum Beispiel den Judenstaat — auch die Frauen nicht, die den Antisemiten helfen — dieselben Frauen, für deren höhere Stellung im sozialen Leben wir kämpfen, weil wir von ihrer milderen Natur einen wohlthätigen Einfluß auf die Gesellschaft erwarten. Jüngst war ein polnischer Abgeordneter des österreichischen Reichsrathes bei mir. Er wollte mir erklären, daß die Antisemiten eigentlich Liberale seien, die nur die Ausschreitung des Kapitals bekämpfen wollen. „Aber die Gleichheit der Menschen?“ fragte ich ihn. Daß alle Menschen gleich sind vor dem Gesetze, halte ich für ein unumstößliches Gebot. Traurig, wenn dieses Gebot im Gesetze noch nicht geregelt ist, trauriger noch, wenn dies der Fall ist und der Staat sein eigenes Gesetz unbeachtet läßt. Nach meiner Meinung hätte der Staat seine Existenzberechtigung verloren“.

Paris. Es scheint, daß der Antisemitismus in Frankreich kaum Boden gewinnt. Bei den Pariser Gemeinderathswahlen haben die Antisemiten nur in drei Bezirken Candidaten aufgestellt. Es erhielten, wie die „Neue freie Presse“ meldet, im IX. Arrondissement (Montmartre) der republikanische Antisemit Teissonnière 544, der Bonapartistische Antisemit Lobien 454 gegen den gewählten Fortschrittler Paul Strauß, der mit 2500 Stimmen gewählt wurde. Im XI. Arrondissement erhielt der Antisemit 600 von 8500 Stimmen, im XIX. ein antisemitischer Sozialist 300 von 2500 Stimmen.

Sprechsaal.

Bezugnehmend auf Ihre Notiz in Nr. 25 (vom 20 Juni 1896), über Geldheirathen sei es noch erlaubt, Sie auf folgendes Zeugniß zu verweisen. Bekanntlich war Skandinavien im Mittelalter ein völlig „judenreines“ Land und die altdeutschen Sitten und Einrichtungen wurden dort vielfach länger und reiner bewahrt als in Deutschland selbst, das früh von römischen, französischen, italienischen etc. Cultureinflüssen berührt wurde. Ueber die Ehen bei den alten Skandinaviern nun schreibt Kr. Kalund in Paul's Grundriß der Germanischen Philologie Bd. II. Abth. 2 (Straßburg 1893):

„Die Ehe war ein reines Geschäft, bei dessen Eingehen die Erotik am liebsten als ein störendes Moment betrachtet worden zu sein scheint. . . . Der Mann war, wie man annehmen darf, in der Regel vollständig frei in seiner Wahl, aber häufig leitete einer oder der andere seiner nächsten und ansehnlichsten Verwandten die Sache dadurch ein, daß er ihn aufforderte sich zu verheirathen, ihm eine passende Parthie bezeichnete und ihm anbot, die Sache in Ordnung zu bringen; hier ließ auch der Jüngling sich gern von dem Rathe älterer und verständigerer leiten, ja ließ sie die Sache ganz abmachen, so daß er nicht einmal mit dem Aussehen seiner Zukünftigen sich vor der Abmachung bekannt machte. In vielen Fällen waren politische Rücksichten der vornehmste aber einzige Beweggrund zu einer Heirath, aber in jedem Falle galt es, eine passende Parthie zu finden, also für einen vornehmen Jüngling ein Mädchen aus vornehmer und wohlhabender Familie, selbst körperlich und geistig wohl ausgestattet. Eine auf nähere Bekanntschaft gegründete gegenseitige Zuneigung vor der Abmachung gehörte zu den großen Ausnahmen. . . . Bei der Auswahl des Gatten war das Weib rechtlich ohne allen Einfluß. Der Vormund konnte sie zur Ehe zwingen und wir sehen auch in der Regel den Vater seine Tochter ungefragt verheirathen.“

Ein langjähriger Abonnent.

Büchertisch.

Die Reception des römischen Rechts und die soziale Frage der Gegenwart von C. Wilmanns, Kgl. Amtsgerichtsrath, 2. Auflage. Berlin und Leipzig. Verlag von Friedrich Luckhardt.

Der Verfasser, Herr Amtsgerichtsrath Wilmanns, war mit seiner Schrift „Die goldene Internationale“ einer der Bahnbrecher des heutigen Antisemitismus. In seiner Schrift über die „Reception des römischen Rechtes“ ist von Juden keine Rede, trotzdem erwächst sie aus der gleichen psychologischen Wurzel wie die Schrift über die goldene Internationale. Die Abneigung gegen die Juden und das römische Recht geht, wie wir dies anderweit ausführlich auseinandergesetzt haben, (S. 389 von 1892) häufig Hand in Hand. Wer mit den herrschenden Zuständen unzufrieden ist, aber zuviel falsche Vaterlandsliebe (Chauvinismus) hat, um die Ursache zu Hause zu suchen, der wird Gegner der Juden, des römischen Rechts oder beider. In Wirklichkeit konnte das römische Recht nur deshalb bei uns Eingang finden, weil es herrschenden Rechtsanschauungen und wirthschaftlichen Bedürfnissen entsprach. Die Zustände sind von den unseren dort nicht wesentlich verschieden, wo, wie in England, das römische Recht nicht recipirt ist, sondern das Recht sich auf „volksthümlicher“ germanischer Grundlage enwickelte. Das römische Recht ist endlich in einzelnen Vorschriften — zum Beispiel über die Occupation — ethischer als unser Recht. Es erkennt Eigenthumsrechte nicht an, wo nicht mindestens die Thätigkeit eines Erwerbsactes stattgefunden hat. Zu so weitgehenden Folgerungen wie den Beeren- und Pilzeparagraphen oder unseren Jagdgesetzen hat der römische Eigenthumsbegriff deshalb nicht geführt. Damit scheint uns der Verfasser einseitig zu sein, man wird seine Schrift aber gern lesen, weil sie von ehrlichem Interesse für die Besserung unserer Zustände erfüllt ist.

Briefkasten.

Dr. H. in B. Herr v. Egidy theilt uns mit, daß er für den in der letzten Nummer der „Mitth.“ besprochenen Artikel nicht verantwortlich ist. Erst im Juli übernimmt er die Leitung der „Versöhnung“ wieder.

R. F. in H. Die Bilanz der Actiengesellschaft „Deutsche Tagesztg.“ schließt für 1895 mit einem Verlust von 150,199,52 Mk. Das Actiencapital betrug 500,000 Mk.

A. in Nakel. Die Nachricht ist richtig. Nach 9 Jahren wurden am 8. Juni 1815 die preußischen Adler wieder aufgestellt, unter großer Feierlichkeit und unter Leitung des Bürgermeisters von Bromberg. Die „Voss. Ztg.“ vom 18. Juni 1815 sagt: „Zugleich hatte die Judenschaft sich in der Synagoge versammelt, wo der Rabbi eine sehr passende Rede hielt und nachher wurden von ihm die Krieger durch ein Frühstück erquickt, auch mit Geld und Taback beschenkt.“

Hamburg. Besten Dank für d. Ztg.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 27. | Berlin, den 4. Juli 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Der Antisemitismus in den Landsmannschaften.

Der bekannte Beschluß einer Reihe farbentragender Verbindungen Wiens, den jüdischen Studenten auf keine Waffe mehr Satisfaction zu geben, ist von den „Akademischen Blättern", dem Organ des „Vereins deutscher Studenten" (V. D. St.) mit Beifall aufgenommen worden, ebenso von den „Burschenschaftlichen Blättern", dem Organ des Eisenacher D. C. Jetzt beschäftigen sich auch die Landsmannschaften mit ihm, und ihre „L. C.-Zeitung" vom 21. Mai d. J. widmet ihm einen ausführlichen Leitartikel. Sie schreibt:

„Für uns ist die Frage entschieden, wenn wir uns auch hier auf den rein studentischen Standpunkt stellen. Der jüdische Student ist auf Grund seiner Zeugnisse und Examina anerkannter vollwichtiger akademischer Bürger; es ist aber Gesetz des Coburger L. C., jedem honorigen Studenten Satisfaction nicht zu verweigern. . . .

Endlich entsteht für uns die Frage: Haben wir nicht schon uns von den Juden abgeschieden, uns also antisemitisch gemacht, indem wir den Corps und Burschenschaften folgten und beschlossen, Juden als Mitglieder in die Landsmannschaften nicht mehr aufzunehmen? Wir befanden uns in einer Zwangslage. Nur Landsmannschaften und Blasen hatten jene Bestimmung noch nicht erlassen, und sie beide galten deswegen bei Finken und Pennälern als „Judenverbindungen," die im Range und Ansehen unter jene zu stellen seien. Der Beschluß war also ein Act der Selbsterhaltung, und die Sorge um das Gedeihen des L. C. dictirte ihn.

Und wenn der Beschluß wieder aufgehoben würde, so würde der L. C. sofort bei der akademischen Jugend in Mißcredit kommen, Zuzug zu ihm würde von den Gymnasien in empfindlicher Weise ausbleiben.

Jedenfalls fehlen uns aber genügende Thatsachen, um behaupten zu können, daß die im Reiche geborenen jüdischen Studenten auf den reichsdeutschen Universitäten nicht deutsch-national und so moralisch und psychisch verkommen seien, daß ihnen von vornherein Genugthuung auf Waffen verweigert werden müßte".

In der am 23. Juni 1896 erschienenen Nummer der „L. C.-Zeitung" wird die gleiche Frage von zwei anderen Landsmannschaftern behandelt. Beide freuen sich, daß sie die Juden von den Landsmannschaften ausgeschlossen haben, wollen ihnen aber Satisfaction und Waffenschutz gewähren. Die eine Auslassung ist insofern interessant, als sie auseinandersetzt, wer den Antisemitismus in die farbentragenden Verbindungen getragen hat. Es heißt da (S. 101):

„Es ist da ein kleiner Irrthum mit untergelaufen, wir waren nämlich nicht die Letzten, die die Juden ausschlossen, sondern die Ersten. Wir befanden uns durchaus in keiner Zwangslage, sondern versetzten den D. C. und S. C. in eine solche, indem wir sie nöthigten, zu der Judenfrage Stellung zu nehmen. Sie traten auch in Berathungen ein über diesen Gegenstand, gelangten aber keineswegs zu einem derartig radicalen und consequenten Beschlusse wie wir. Der einzige Verband, der dieselbe Bestimmung ohne Clauseln in seine Statuten aufgenommen hat, ist meines Wissens der V. C. Die Burschenschaften können nur in der allerletzten Zeit zu dieser Stellungnahme gekommen sein.

Also wir waren in keiner Zwangslage, wir waren nicht die Nachtreter von S. C. und D. C., als die wir so gerne von unseren eigenen Leuten hingestellt werden, die sich kein rechtes Selbstbewußtsein als L. C.-Studenten erringen, da sie die Nothwendigkeit und den gewissermaßen culturellen Werth, den der L. C. für die heutige Studentenschaft besitzt, nicht erkennen.

Ebensowenig wie obige Thatsache kann ich aber auch die Gründe für unseren berühmt gewordenen Beschluß gelten lassen, die in dem erwähnten Artikel angeführt werden. Ich kann es unmöglich zugeben, daß in der „L. C.-Zeitung" behauptet wird, wir ließen uns durch Finken und Pennäler bestimmen, Beschlüsse zu fassen. Weil Finken und Pennäler behaupten könnten, wir seien Judenverbindungen, müssen wir, gegen den Willen eines Theiles unserer Alten Herren, eine große Kundgebung veranstalten. Meines Wissen ging es auf dem betreffenden Congresse doch anders zu. Es waren zwei Anträge gestellt worden. Nach dem einen sollten alle Juden, nach dem anderen alle Nichtdeutschen von der deutschen Landsmannschaft ausgeschlossen sein. Es war also nicht nur eine antisemitische Strömung vorhanden, sondern es war ein starkes nationales Gefühl, dem diese Anträge entsprangen. Es war nicht die Erwägung: Die andern thun so, also müssen wir auch so thun. Es war die Erwägung, wir haben es mit einer nicht todtzuschweigenden Tagesfrage zu thun, folglich müssen wir Stellung zu ihr nehmen.

Und wenn die Frage an uns herantritt, ob wir unsern Beschluß wieder aufheben sollen, so werden wir uns bei der Entscheidung hoffentlich nicht von der Furcht vor dem Mißcredit der Finken und Pennäler leiten lassen.

Wenn wir aber auch die Juden vom L. C. ausgeschlossen haben, so werden wir ihnen doch ebenso Satisfaction geben und gern geben, wie wir sie einem Franzosen und Russen geben. Daß die Juden sich zum größten Theile nicht zum Couleurstudenten eignen, ist eine Thatsache, die von ihnen selbst gern zugegeben wird, darum wird es aber noch Keinem einfallen, ihnen im Ramsch die Ehre abzusprechen."

Aus dieser Auseinandersetzung geht hervor, daß der L. C. *) zwar keine Juden aufnimmt, aber ihnen Satisfaction und Waffenschutz gewährt. Wir erblicken darin für die Juden keine Ehre, daß man den Juden die Ehre extra attestirt. Deshalb sehen wir nur einen kleinen Grundunterschied darin, daß in Oester-

---

*) L-C = Landsmannschaften-Convent. (Vereinigung der Landsmannschaften.) D-C = Delegirten-Convent (Vereinigung der Burschenschaften.) S-C = Senioren-Convent (Vereinigung der Corps.) Der L-C tagt alljährlich in Coburg, der D-C in Eisenach und der S-C in Kösen.

reich den Juden Satisfaction, in Deutschland ihnen die Aufnahme in die studentischen Verbindungen verweigert wird. Wir sind nie über das Couleurstudententhum hergezogen, weil in ihm viel gesunde Kraft und Deutschthum steckt, aber so wie es sich seit dem Erwachen des Antisemitismus entwickelt hat, ist es zu einem Sport geworden, bei dem der Geldbeutel des Papas und die gute Herkunft die Hauptrolle spielen. Früher hätte nie eine Landsmannschaft Rücksicht auf Knaben („Pennäler") und Knaben-Meinungen genommen, heute läßt sie sich einen Paragraphen aufdrängen, weil Knaben ein paar Schlagworte vom Marktplatz der Politik nachplappern. Das wird niemand mit dem Wort „männlich" bezeichnen wollen. Jedenfalls darf man sich nicht wundern, wenn die jüdischen Studenten, deren geistige Kraft der Druck des Lebens ohnehin schon stark anspannt, jetzt völlig den Kampf auf das Gebiet der Wissenschaft verlegen. Hier giebt es immer Satisfaction und auf diesem Felde „ist der Mann noch was werth!"

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

III.

Rußland.

(Fortsetzung.)

Als die Maßregeln der russischen Regierung die Juden 1891 zu vielen Zehntausenden über die Grenzen des russischen Reiches trieben, da galt es, einen Abfluß zu finden und der Baron Hirsch wollte sich dieser Aufgabe unterziehen. Er hatte schon in früheren Jahren einmal mit der Regierung des Zaren unterhandelt, da er damals eine Stiftung von 100 Millionen Francs für die armen Juden in Rußland errichten wollte, aber er hatte damals nicht die nöthigen Garantien für die Integrität dieses Kapitals erhalten können und so war denn die Stiftung unterblieben. Nun wandte er sich wieder an den Zaren und bot ihm an, er wolle innerhalb 25 Jahre mehrere Millionen der russischen Juden expatriiren, wenn man ihm freie Hand lasse. Als Ziel dieser gewaltigen Projecte war Argentinien gedacht, wo Hirsch inzwischen auf Grund von Vorschlägen des Dr. Löwenthal eine Reihe von Terrains angekauft hatte, die zum Anfange dieses großen Planes schon ausreichten. Während jene Verhandlungen schwebten, gingen inzwischen die ersten Auswanderer nach Südamerika und man begann dort die Ansiedelung derselben als Bauern einzuleiten. Im Ganzen wurden während des durch den Auswanderungssturm berüchtigten Jahres 1891 ca. 8500 Juden dorthin gesandt, aber es zeigte sich sofort, daß ihre Ansiedelung auf Schwierigkeiten stieß, die man gar nicht erwartet hatte. Ein großer Landankauf, der mit der argentinischen Regierung abgeschlossen war, wurde von der Kammer dieser Republik verworfen, die spanisch-südamerikanischen Zeitungen fingen an, gegen die Juden zu eifern, man discutirte bereits ernsthaft Einwanderungsverbote gegen die Juden und für diese selbst war nicht annähernd genügend vorgesorgt. Es ergab sich klar, daß man die weitere Einwanderung einschränken mußte. Zunächst galt es, die schon in der Republik Eingetroffenen fest zu colonisiren und auch hierbei zeigten sich Mißstände nach den verschiedensten Richtungen. Die Verwaltung der Jewish Colonisation Association, eine Gesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Francs, die Baron Hirsch gegründet hatte, deren Actien er fast allein besaß und die die Ansiedelung russischer Juden zum Hauptzweck hatte, erwies sich als gänzlich ungenügend, die Directoren wechselten schnell und erst seit zwei Jahren traten stabilere Verhältnisse ein. Der erste Director Löwenthal ging bald, ihm folgte Roth, der wieder durch Oberst Goldsmid ersetzt wurde. Als dieser infolge von Competenzconflicten seine Stellung aufgab, trat für ihn Ingenieur Rogan ein, der aber ebenfalls nach einem halben Jahre ausschied, bis endlich April 1893 zwei neue Directoren eintraten: S. Hirsch, ehemals Director der Ackerbauschule der Alliance in Jaffa und David Cazès, früher Schuldirector der Alliance in Tunis. Mit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse doch gebessert, die Leitung ist eine regelmäßige geworden und die Colonisten wissen, mit wem sie es zu thun haben.

Auch unter den ersten Colonisten waren viele nicht gleichwerthige Elemente. Freilich hatte man schon in Europa sich alle mögliche Mühe gegeben, eine Auswahl zu treffen; von 10 war immer erst einer hinübergesandt worden. Dennoch erwies es sich, daß trotz dieser Ausmusterung viele eingewanderte Juden nicht die nöthigen körperlichen Fähigkeiten, andere nicht die nöthigen moralischen Eigenschaften besaßen, um das schwere Stück Arbeit, die Verwandlung des Händlers, des Hausirers oder Handwerkers in einen Bauer in fremdem Lande an sich zu vollziehen. Fortgesetzt sah sich die Verwaltung genöthigt, Colonisten zu entlassen, und so ist es denn gekommen, daß heute von jenen 8500 jüdischen Einwanderern nur etwa 1500 noch auf den Colonien leben, mit deren Leistungen als Bauern, wie mit ihren allgemeinen Eigenschaften freilich alle Beurtheiler sehr zufrieden sind. Im Jahre 1894 fand denn eine neue Einwanderung statt, zu der man sorgfältig in Rußland geeignete Familien ausgesucht hatte, solche, denen der Ackerbau schon nicht ganz fremd war, die genügende Arbeitskräfte und gute Zeugnisse über ihren Fleiß besaßen &c. und erreichte durch diese sorgfältige Auswahl auch in der That, daß 90 Proz. der neuen Einwanderer sich als sehr geeignete Elemente erwiesen. Zur Zeit bestehen in Argentinien folgende jüdische Colonien:

						andere Feldfrüchte.	
Moseswille	90	Familien	1790	Hectar	Weizen	1361	Hectar
Mauricio	208	„	2291	„	„	18	„
Clara	481	„	5467	„	„	844	„
San Antonio	68	„	875	„	„	354	„
kleine Colonien	375	„	3714	„	„	1495	„
	1222		14137			4072	

Das wirkliche Terrain dieser Colonien ist viel größer, doch ist nur ein sehr kleiner Bruchtheil bisher urbar gemacht und bestellt, während der weitaus größte noch brach liegt. Im Ganzen besitzt die Jewish Colonisation Association 189023 Hectar Land, so daß nicht mehr als 10% bisher nutzbar gemacht worden sind.

Die Gesellschaft besteht bisher 3 Jahre, es ist kein Zweifel, daß das erzielte Resultat, die Ansiedelung von 6000 Seelen in keinem Verhältnisse zu den großen Plänen ihres Gründers und dem immensen Kapital, das sie besitzt, steht, es ist aber andererseits auch ebensowenig ein Zweifel, daß der Grund für dies Mißverhältniß nicht bei den jüdischen Colonisten zu suchen ist, die im Gegentheil was ihren Eifer und ihre Geschicklichkeit anbetrifft alle Erwartungen übertroffen haben. Wenn z. B. nach dem letzten Jahresbericht die Erträgnisse der jüdischen Colonien zur Zeit recht geringe sind, weil der Weizen auf dem Weltmarkt einen so niedrigen Preis hat, daß er in Argentinien nicht einmal die Arbeitskosten deckt, so leiden die jüdischen Colonisten genau so, wie die christlichen unter der allgemeinen Nothlage der Landwirthschaft und es kann sie kein Vorwurf treffen. Anders ist es freilich mit der Verwaltung. Wenn diese die ganze argentinische Colonisation einseitig auf den Weizenexport zugeschnitten hat und nun wo derselbe schlecht steht, alle ihre Berechnungen über den Haufen geworfen sieht, so ist dies ein Zeichen einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit, über die die Leitung eines so großen Werkes eigentlich erhaben sein sollte.

Wenn auch dies ganze Unternehmen nicht so völlig gelungen ist, wie man es erwartete, so ist auch hier der Beweis erbracht, daß die Juden willig sind zum Landbau d. h. zur schwersten körperlichen Arbeit und daß es nur die überkommenen Verhältnisse, die vielhundertjährige Gewöhnung an andere Berufe ist, welche die Ueberleitung der Juden zum Ackerbau erschweren, aber nicht unmöglich machen.

Arbeit am Volksthum.

Dr. Friedrich Lange's „Arbeit am Volksthum" wird von einem unserer tüchtigsten Kulturhistoriker und Kenner deutschen Wesens D. Fr. Guntram Schultheiß (s. „Gesellschaft" 1896. Maiheft) einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Er hat viel Lob für die Absichten dieses Mannes, aber er erkennt doch heraus, daß er eigentlich einem völlig unwissenden Manne gegenübersteht. Er schreibt nicht ohne Ironie: „Es ist auffallend, daß Lange bei seinem nationalen Befreiungswerk an die Turnvereine gar nicht zu denken scheint, obgleich doch auch der alte Vater Jahn zu Zeiten antisemitische Anwandlungen gehabt hat. Bei einer Revision der Grundzüge einer nationalen Weltanschauung ließe sich ohnehin noch manches nachtragen. Die Devise: „Kauft nicht bei Juden", unter der die praktische Arbeit am deutschen Volksthum begonnen hat, ist auf die Dauer etwas zu eng. Vielleicht hätte auch Jahn das Verständniß gehabt für die geschickte Verbindung von Idealismus und Geschäft, die sich in der Gründung einer „Leibwache des Deutschthums" aus den Abonnenten und Mitarbeitern kundgiebt, die auf die Worte des Meisters schwören und die Arbeit am Volksthum als ihr Monopol betrachten. Und wie Jahn eine ziemlich starke Neigung zum Selbstlob besaß, so könnte nur ein arger Neidhammel es verübeln, wenn sich der Herausgeber in der eigenen Zeitung den Weihrauch anzünden, als den vierten Evangelisten des reinen Deutschthums neben Jahn, Gustav Freytag und Riehl kanonisiren läßt; denn nur die Lumpe sind bescheiden.

Aber Scherz bei Seite, denn unter allen Umständen bleibt die Arbeit am deutschen Volksthum ein ernstes Werk, bei dem jeder nach seinen Kräften mitthun und bei aller Freiheit der Kritik die Kluft der persönlichen Gegensätze lieber zu überbrücken als zu erweitern streben sollte. Und wenn auch der Zeitungsredacteur mit dem Volksvertreter das Vorrecht theilt, über alles, was da kreucht und fleucht, handelt oder schreibt, sein Momenturtheil mit dem Brustton der Unfehlbarkeit zu verhängen, so muß ihn doch der Zweifel an seiner Gottähnlichkeit hie und da beschleichen bei dem Gedanken daran, wie das meiste Geredete und Gedruckte mit dem flüchtigen Augenblick des Hörens oder Lesens spurlos in Vergessenheit versinkt. Aber trotzdem wäre es doch recht hübsch, wenn man immer nur über solche Dinge schreiben oder reden möchte, zu deren Beurtheilung man die nöthigen Kenntnisse und ganz besonders die logische Schulung aufbringen kann. Es kommen sonst recht verschrobene Grillen zum Vorschein, die dem einen Leser nichts schaden und nichts nützen, den anderen aber irreführen. Dazu gehört z. B. das Gefasel von der Bedingtheit deutschen Fühlens, Denkens und Wollens durch eine bestimmte Kopfform **die um ein Haar der gläubigen „Gemeinde" als orthodoxer Glaubenssatz der nationalen Weltanschauung aufgezwungen worden wäre. . . .**

Dann setzt Schultheiß auseinander, was echte Arbeit am Volksthum ist:

„Arbeit am Volksthum ist alles Streben, die alten Trachten zu bewahren, die alten Sitten als sein volles Erbe nicht mit Nationalismus, sondern mit Pietät, mit künstlerischer Freude zu betrachten; Arbeit am Volksthum ist es auch, wenigstens zu sammeln und aufzuzeichnen, was zu Grunde zu gehen droht. Und das ist nicht die Sache eines bequemen Dilettantismus, sondern eine Aufgabe, die Vertiefung, Umsicht und Gewissenhaftigkeit im höchsten Maße erfordert. . . . Arbeit am Volksthum leistet jeder bürgerliche und bäuerliche Gesangverein, der noch immerhin der Pest der blödsinnigen Gassenhauer Berliner Ursprungs ein Gegengewicht abgiebt; noch verdienstvoller wäre es, in ihnen unsere schönen alten Volkslieder bis auf die des 16. Jahrhunderts zurück neu zu beleben. . . . Das sind nur einige Beispiele. Gewiß ist erst recht die Erhaltung des Bauernstandes, überhaupt des sogenannten Mittelstandes eine Daseinsfrage für das Volksthum. Aber vom Redactionstisch aus wird die ernste Frage nach der Lebensfähigkeit des selbständigen Handwerksmeisters ebenso wenig gelöst werden, als vom vielgescholtenen grünen Tisch der Schreibstube aus. Der Schuster, der mit derselben Gleichgültigkeit gegen die Hühneraugen seiner Opfer erfüllt ist wie der jüdische Besitzer eines Stiefel- und Schuhmagazins, der Schneider, dem es gleich ist, ob der Rock sitzt, wenn er nur bezahlt wird, verdient keine Rechtfertigung seines Schimpfens auf die Juden durch das reine Deutschthum. Es giebt auch gar keine allgemein gültigen Mittel für die Rettung des Kleingewerbes vor dem Kapitalismus. Möglich, daß die elektrische Kraft dem fleißigen und geschickten Meister Luft macht, aber vor allem bedarf es der Klarheit darüber, welche Gewerbe lebensfähig sind neben der Großindustrie und unter welchen Bedingungen. Und da ist wieder Forschung, methodische Sammlung und Bearbeitung des Materials das erste Erforderniß; das wärmste Herz und die Engelszunge sind unnütz ohne die nüchterne Fähigkeit, aus Thatsachen Schlüsse zu ziehen. Die Untersuchungen über das deutsche Kleingewerbe, die der Verein für Sozialpolitik in drei Bänden veröffentlicht hat, nennen sich zwar nicht Arbeit am Volksthum, aber sie sind es. Denn diese Arbeit ist nicht geeignet, das **Monopol eines aufgewärmten Tugendbundes zu sein**, Tausend und Abertausend sind längst dafür wirksam, ohne davon zu reden oder sich im Abglanz ihrer Wichtigkeit zu spiegeln. „Ein jeder lern seine Lection, so wird es wohl im Hause stahn."

Zur Abwehr.

Antisemitismus in den Badeorten. IV. Die „Deutsche Ztg." vom 26. Juni empfiehlt das „Hofhaus" in Schliersee als „judenrein".

Die „Tgl. Rundsch." vom 25. Juni berichtet, daß der Verschönerungsverein zu Ruhpolding in Oberbayern jeden Zimmervermiether mit einer Strafe von 30 Mk. belegt, im Falle er einen Juden aufnimmt.

Ausschluß von Juden vom Communal-Landtag. Die „Voss. Ztg." schreibt:

„Es wurde uns schon vor mehreren Wochen mitgetheilt, an der schwarzen Tafel des Gemeindehauses in einem der Vororte Berlins hänge eine Bekanntmachung aus, die sich auf die Wahlen zum Communallandtage bezieht, und in der die Bestimmung enthalten ist, daß wahlberechtigt nur diejenigen sind, „welche einer der christlichen Kirchen angehören." Wir haben damals an einen vereinzelten Mißgriff geglaubt und es abgelehnt, die Sache an die große Glocke zu hängen, jetzt sehen wir aber, daß allgemein so gehandelt wird. Das Teltower Kreisblatt vom 4. d. M. enthält eine Bekanntmachung des Gemeindevorstehers von Schmargendorf, worin vorgeschrieben wird, einen „Ortswähler" (d. h. Wahlmann) für den Communallandtag zu wählen, und darin heißt es:

„Wahlberechtigt ist, wer
b. einer der christlichen Kirche angehört."

Diese Worte entsprechen dem Gesetze vom 1. Juli 1823, aber dieses Gesetz ist durch die Verfassungsurkunde abgeändert, und diese Bestimmung ist jetzt obsolet. — Wir können uns nicht versehen, fügt die „Voss. Ztg." mit Recht hinzu, daß hier gesetzwidrig gehandelt wird. Wenn auch die Communallandtage keine öffentlich-rechtlichen Befugnisse haben, so haben sie doch einen öffentlich-rechtlichen Ursprung, und auf sie findet der Artikel 12 der Verfassungsurkunde und der Grundsatz der Gleichberechtigung der Confessionen Anwendung. Die praktische Wichtigkeit der Sache ist nicht groß, aber der Grundsatz muß hochgehalten werden. Wir halten es daher für wünschenswerth, daß jemand, der jüdischen Glaubens ist, aber im übrigen alle Bedingungen der activen Wahlfähigkeit erfüllt, sich beschwerdeführend an den Oberpräsidenten wendet. Vielleicht thut sich eine Anzahl Betheiligter zu diesem Zwecke zusammen.

Abg. Rickert. Die „Kreuzztg." und die „Dtsch. Tageszeitg." erzählten nach dem „Spandauer Tagebl." eine,

wie sie meinen, „höchst ergötzliche Geschichte" über den Abg. Rickert. Als derselbe mit einigen Freunden von dem Lehrter Bahnhaf aus nach Hamburg fahren wollte, habe er die Wiener Antisemiten dort getraffen und beim Anblick „dieser kernigen Gestalten" sei ihm „ganz eigen zu Muthe" geworden und habe er „beklommen" dem dienstthuenden Bahnhofsbeamten die „naive" Frage vorgelegt, ob er und seine Freunde in demselben Zuge mit den Antisemiten fahren müßten u. s. w. An dieser Geschichte ist nur das ergötzlich, daß sie erfunden ist. Der Abg. Rickert ist nicht nach Hamburg gefahren, sondern er ist, wie er uns mitgetheilt hat, auf dem Bahnhaf gewesen, um einen nach Büchen reisenden Freund ein paar Minuten zu surechen.

Die Akademischen Blätter, das Organ des antisemitischen „Vereins deutscher Studenten" haben am 1. Juli einen Artikel über die „Entstehung von Nationen" gebracht, der folgenden Satz enthält:

Gewiß besitzen Juden und Basken, z. B. ihre besonderen Eigenthümlichkeiten in Abstammung, Sprache, Sitte und Brauch, aber wir reden eben von ihnen nicht als von einer Nation; denn zur Nation gehört mehr als das Bewahren einer gewissen Eigenart, dazu gehört vor allem das Festwurzeln in einem geographisch scharf umgrenzten Gebiete und der dadurch gegebenen Einheit der Lebensbedingungen. Diese ist aber bei den Basken, wie Herr Baecker selbst zugiebt, nicht vorhanden. Die Juden waren eine Nation, solange sie noch in Palästina saßen, seitdem sie aber in allen Himmelsgegenden zerstreut sind, haben sie aufgehört eine Nation zu bilden und *sind nun Bestandtheile derjenigen Nationen, in welche sie hinein verschlagen worden sind.*

Für einen „Deutschnationalen" ein bemerkenswerthes Geständniß!

Der „Schutzverband" gegen wucherische Ausbeutung" in Baden veröffentlicht Folgendes: Die Viehversicherungs-Gesellschaft „Pan" in Liquitation in Berlin, die Ende der 60er Jahre gegründet wurde und nach kurzer Zeit schon ihren Geschäftsbetried einstellte, fordert neuerdings von der leider großen Zahl von Personen, die s. Zt. dieser Gesellschaft auch aus unserem Lande beigetreten sind, 7 pCt. Nachschußprämien. Die Betheiligten werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Schutzverein gegen wucherische Ausbeutung des Volks (Sitz des Vorstandes in Karlsruhe) die Wahrung ihrer Interessen in die Hand genommen hat und wolle man sich deshalb an den genannten Verein wenden, welcher kostenlos seine Hilfe zur Verfügung stellt.

Christoph von Schmid, der berühmte Jugendschriftsteller, schreibt in seiner Selbstbiographie über die biblischen Geschichten (s. Schumann, Lehrb. d. Pädagogik, 2. Theil, S. 191): „Unter allen Geschichten sind die biblischen die vortrefflichsten. Da lebt Alles, Alles steht vor Augen, der Schauplatz der Geschichte ist immer bestimmt. Man ist überall in der wirklichen Welt, hat Berg und Thal, Baum, Felsen, Quellen und Gebirge; es ist die Zeit der Geschichte angegeben. Jetzt ist es Morgen, jetzt Abend, jetzt heißer Mittag. Bald ist es Erntezeit, bald Schafschur, bald Weinlese, die ganze sichtbare Natur ist ins Interesse gezogen. In diesen Geschichten leuchtet eine Sonne, funkeln die Sterne, man sieht den Regenbogen. Da ist ein Kornfeld, dort ein Weinberg, hier ein Oelgarten. Die Natur ist mit lebendigen Geschöpfen bevölkert, die nach ihrem Character gezeichnet sind. Bei aller Umständlichkeit fällt die biblische Erzählungsart nie ins Kleinliche. Da wird kein Sonnenaufgang, keine Landschaft geschildert, wodurch der Fortgang der Erzählung nur aufgehalten würde. Die handelnden Personen sind keine Schattengestalten, sie sind Menschen, die reden und handeln wie wir. Alle sind aus dem wirklichen Leben genommen, sie werden in ihren ländlichen und häuslichen Beschäftigungen vorgestellt, redend eingeführt. Sie reden aber nicht die Büchersprache, sondern die des Herzens und der Natur, meist in kurzen Worten, die den Gemüthszustand vollkommen ausdrücken. Die Geberden sind oft noch ausdrucksvoller als die Worte. Die Characteristik ist unübertrefflich, voll Natur und Wahrheit, umfaßt zuweilen auch noch die äußere Gestalt, wie bei Esau, Joseph, David u. s. w. Was aber noch mehr Interesse in die Geschichte bringt, das ist das Wundervolle der Begebenheiten, das Auffallende der Situationen, das dramatische Fortschreiten der Handlung. Die biblische Geschichte hat einen hohen Werth in Absicht auf Sittenlehre. Sie ist ein hohes, herrliches, lebensvolles Gemälde der Sitten, stellt sittliche Charactere aller Art auf. Es ist keine Tugend, kein Laster, die man hier nicht in mehreren Menschen, ganz nach dem Leben gezeichnet, fände, wobei meist noch die Gegensätze ergreifend wirken. Die Tugend reißt zur Nachahmung hin, das Laster erregt Widerwillen und Abscheu. Die Charactere der Bibel sind keine Ideale, sondern Menschen. Bei aller Tugendgröße haben sie noch ihre menschlichen Schwachheiten, bei aller Verworfenheit noch ihre glücklichen Augenblicke, ihr Gutes. Sie stellen uns Tugenden vor Augen, die wir erreichen, Laster, in die wir auch versinken können. Was den moralischen Schilderungen den höchsten Werth giebt, ist dies, daß gezeigt wird, aus welchen Quellen die Tugend und das Laster entspringen, und daß ein Leben sittlicher Personen nachgewiesen wird, wie sie sowohl zur Gottähnlichkeit kommen, als andererseits auch zu immer größerer Versunkenheit gelangen."

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Stöcker hat den Frhrn. v. Stumm und die „Neue Saarbrücker Ztg." wegen Beleidigung verklagt.

„College" Sedlatzek. In der „Allgemeinen israelitischen Wochenschrift" vom 28. Februar d. J. erschien ein vom Redacteur Max Klaußner verfaßter Artikel, welcher sich mit einer kurz zuvor stattgehabten Versammlung des „Centralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" beschäftigte. Es wurde mitgetheilt, daß Dr. Hildesheimer in jener Versammlung sein Bedauern darüber ausgesprochen hatte, daß die achte Strafkammer des Landgerichts I kürzlich den Redacteur Sedlatzek vom „Deutschen Generalanzeiger" freigesprochen hatte, weil sie in der von Sedlatzek in seinem Blatte ausgesprochenen Behauptung, daß bei den Juden der Ritualmord immer noch gebräuchlich sei und daß der Judengott mit besonderem Wohlgefallen auf diese Christenopfer blickte, eine Gotteslästerung nicht zu finden vermochte. (Das Urtheil ist bekanntlich vom Reichsgericht aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht II Berlin verwiesen worden.) Anknüpfend an die von Dr. Hildesheimer geübte Kritik sprach der Verfasser sich dahin aus, daß er die Gepflogenheit des obengenannten Centralvereins, gegen Beschimpfungen des Judenthums im Wege der Anzeige vorzugehen, nicht billigen könne, man verschaffe den „antisemitischen Buben" dadurch eine Bedeutung, die sie keineswegs verdienten. Wegen dieses beleidigenden Ausdrucks strengte Sedlatzek nicht nur gegen den Verfasser des Artikels, sondern auch gegen den Herausgeber der „Allgemeinen israelitischen Wochenschrift" Abraham Lewin, eine Privatklage an, die am 26. Juni vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Da der Kläger zur Zeit wegen Majestätsbeleidigung eine Festungsstrafe verbüßt, war er vom persönlichen Erscheinen entbunden und ließ sich durch Rechtsanwalt Dosing vertreten, während den Beklagten der Rechtsanwalt Holz zur Seite stand. Die Beklagten erkannten ohne weiteres ihre Verantwortlichkeit an, Klaußner wies nur darauf hin, wie tief es das Gemüth eines Juden empören müsse, wenn so ungeheuerliche Beschuldigungen gegen das Judenthum erhoben würden, wie es immer wieder in der antisemitischen Presse geschehe. Rechtsanwalt Dosing plaidirte für eine Bestrafung, die um so empfindlicher ausfallen müsse, weil die Beklagten einen — Collegen (!) beschimpft hätten. Der Vertheidiger hielt dagegen die Freisprechung für geboten, weil die Beklagten sich in Wahrung berechtigter Interessen befunden hätten. Der Gerichtshof verurtheilte die Beklagten zu je 30 Mk. Geldstrafe. Allerdings hätten sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, aber in ihrer begreiflichen Erregung übers Ziel hinausgeschossen, indem sie sich zu einem Schimpfwort hinreißen ließen.

Der conservative antisemitische Abg. Schall, das enfant terrible seiner Partei, hat bei den Verhandlungen über die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend die Civilehe wieder einmal dem Reichstage reichlichen Stoff zum Lachen gegeben. Das Stöckersche „Volk" schreibt darüber:

„Geradezu unglaublich war das Auftreten des Abgeordneten Pastor Schall. Jedesmal, wenn er sich erhebt, bemächtigt sich der Rechten ein unbehagliches Gefühl und die Linke freut sich im Stillen. Bebel hatte aus dem 16. Jahrhundert die Doppelehe Philipps von Hessen hervorgeholt. Und was antwortete Pastor Schall?

„Die Doppelehe Philipps von Hessen hat bestanden und die Reformatoren sind dadurch in eine große Gewissensbedrängniß gerathen. Aber Philipp von Hessen lebte im Ehebündniß mit einer kranken Frau (Große Heiterkeit und Unruhe). Wenn Sie mich nicht anhören wollen, so geben Sie nur der Sozialdemokratie das Recht zu sagen, ich hätte nichts zu antworten gewußt. Philipp von Hessen war eine stark sinnliche Natur (Großes Gelächter). Kann ich denn dafür? (Andauerndes, großes Gelächter.)"

Dieses entschuldigende „Aber" begegnete verdientem Gelächter. Wir billigen nicht die Form, aber den Inhalt der Bebelschen Antwort darauf: Schall solle nach dieser Leistung sein Mandat niederlegen, denn er habe seinen Stand und seine Kirche auf das äußerste blamirt."

Das Mandat des antisemitischen Abg. Köhler hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Juli für erloschen erklärt. Es hat also im Wahlkreise Gießen eine Ersatzwahl stattzufinden.

Die von Frhrn. v. Hammerstein eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden.

München, 30. Juni. Dem israelitischen Inhaber des hiesigen großen Waarenhauses Hermann Tietz wird schon seit langer Zeit von antisemitischer Seite auf's schärfste zugesetzt. In der Kammer brachte Ratzinger mehrere Male die Sprache auf Tietz; indessen wurde später von der Regierung festgestellt, daß der Vorwurf, Tietz sei widerrechtlich in ein Damen-Abtheil eingedrungen, unbegründet sei. Die Behauptung, daß er seine Ladnerinnen schlecht behandele und bezahle, spielt auch in einem Verleumdungs-Proceß gegen das hiesige antisemitische „Deutsche Volksblatt" eine Hauptrolle. Der Proceß endigte aber für das Blatt ungünstig, weil die Angabe, daß den Ladnerinnen unsittlicher Nebenerwerb nahegelegt worden sei, nicht bewiesen werden konnte. Dies alles erklärt aber, daß gegen das Tietz'sche Waarenhaus allmälig viel Zündstoff sich angehäuft hatte; dieser kam in der Nacht von Samstag auf Sonntag zur Explosion. Tietz hatte in den Blättern angezeigt, daß er wegen der Inventur-Aufnahme sein Geschäft früher schließen müsse. Die Inventur dauerte bis tief in die Nacht hinein. Da das Hauptgeschäft im belebtesten Stadttheile, am Karlsthore, nahe dem Central-Bahnhofe, liegt und die Schaufenster auch zur Nachtzeit hell erleuchtet blieben, erregte der Vorgang Aufsehen. Vielleicht wirkte auch die antisemitische Propaganda mit, um einen Straßen-Auflauf herbeizuführen. Die Menge wuchs rasch an, so daß gegen 12 Uhr weit über 1000 Menschen vor dem Waarenhause versammelt waren und durch Schreien und Johlen ihrem Unmuth Luft machten. Einige Blätter behaupten, das Publikum habe größtentheils aus Norddeutschen, jungen Kaufleuten und Studenten bestanden, was aber sehr zu bezweifeln ist. Höhnische Rufe: „Die Juden leben hoch! Heil, Heil" mischten sich mit dem Geschrei: „Nieder mit den Juden." Die Polizei erwies sich zunächst als machtlos. Gegen 3/4 1 rückte eine Abtheilung Gendarmen mit aufgepflanztem Seitengewehr an, der bald ein starker Trupp reitender Gendarmen folgten. Die Gendarmen ritten in das Gewühl hinein, holten sich einige Hauptschreier heraus und mahnten die Uebrigen zu ruhigem Auseinandergehen. Gegen zwei Uhr war die Ruhe vollständig wieder hergestellt. Sieben Personen wurden verhaftet. Gegen 70 Gendarmen waren aufgeboten. Irgend welche Thätlichkeiten kamen nicht vor. In wie weit den Kaufmann Hermann Tietz eine Schuld trifft, wollen wir hier nicht untersuchen. Thatsache ist, daß er auch unter den hiesigen Israeliten nur wenige Freunde zählt. („Köln. Volks-Ztg.")

Stargard i. Pomm., 27. Juni. Einer der kleinen aus der Schaar der antisemitischen Wortführer, der Stadtverordnete Gübler aus Gollnow, ist den Leuß und Hammerstein auf dem Wege ins Gefängnis gefolgt. Er hatte das Vertrauen seiner Gesinnungsgenossen, die ihn zum Kassirer verschiedener Vereine gewählt hatten, in schnödester Weise mißbraucht. Um rund 1500 Mark hat er seine Freunde im Laufe mehrerer Jahre betrogen. Die hiesige Strafkammer verurtheilte ihn deswegen heute zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust.

Marburg, 27. Juni. Wie die „Hessische Landesztg." mittheilt, haben die Christlich-Sozialen vor Kurzem in einer geheimen, hier abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung beschlossen, eine vorläufig stille Agitation zu organisiren, um die politische Erbschaft Dr. Böckels für sich zu retten. Der hiesige Vertrauensmann ist, wie man hört, Dr. v. Petersdorff, ein Mitarbeiter des „Volk", und um eine Speculation der „Volks"-Kreise handelt es sich auch.

Nürnberg, 29. Juni. Ein antisemitischer Agitator stand vor dem Schöffengerichte in der Person des früheren Rentamtsdeiboten Bräg. Er wurde nach der „A. Abzt." erwischt, als er an einem Hause eines hiesigen Israeliten durch einen Stempel die Worte aufdrückte: „Hier wohnt ein Jude." Es wurde nun der Verdacht rege, daß Bräg auch in vorigem Jahre an den hiesigen Plakatsäulen durch Stempel antisemitische Bemerkungen den dort befindlichen Plakaten aufgedrückt habe. Dies konnte in der Verhandlung nicht nachgewiesen werden; dagegen wurde Bräg überführt, daß er in Lindau an einer Plakatsäule die Plakate mit antisemitischen Bemerkungen durch einen aufgeprägten Stempel beschmiert hatte. Er wurde wegen Sachbeschädigung (in Lindau begangen) zu einer Woche Gefängniß und wegen „groben Unfugs" durch die Anbringung einer Bemerkung an dem Hause eines Israeliten zu drei Tagen Haft verurtheilt.

Elberfeld, 29. Juni. Der Antisemitismus im Wupperthale, für den sich hier z. B. einige verirrte Köpfe so sehr ins Zeug legten, scheint schon abgewirthschaftet zu haben. Das hiesige antisemitische Organ, die „Rheinische Wacht", soll nicht mehr wöchentlich erscheinen wie bisher, sondern „je nach dem dem Blatte dargebrachten Interesse" monatlich ein- oder zweimal herausgegeben werden, und zwar dann gratis. Mit dem „dargebrachten Interesse" ist offenbar die Unterstützung durch Inserate gemeint, mit der es je länger je mehr hapert.

Die „Deutsche Tagesztg." hat sich nie durch einen großen geistigen Horizont ausgezeichnet. Aber am 2. Juli hat sie ihre Intelligenz derartig erschöpft, daß folgender Unsinn herausgekommen ist: „Die Juden sind bekanntlich die Haupt- wenn nicht die einzigen Träger des unlauteren Wettbewerbs." Wer das hingeschrieben hat, ist entweder ein Lügner oder ein unglaublicher Ignorant. Wer nicht weiß, daß in „judenreinen" Ländern und Zeiten der unlautere Wettbewerb in gleicher Stärke wie jetzt geblüht hat und blüht, wer den einfachsten Thatsachen der Kultur- und Tagesgeschichte zuwider solchen Unsinn vorbringt, sollte als Journalist unbrauchbar sein — selbst für ein Blatt von dem geistigen Tiefstande der „Dtsch. Tagesztg."

Der französische Antisemitenführer Marquis de Morès ist am 8. Juni in der Sahara ermordet worden. Damit ist eine der bizarrsten Gestalten des politischen Abenteurerthums von Paris verschwunden. Als Sohn des Herzogs von Vallombrosa in Algier geboren, ging er früh auf Entdeckungsreisen und Streifzüge in die Einöde. Dabei geschah es, daß er von den Eingeborenen, denen er Kultur hatte beibringen wollen, gründlich ausgeplündert wurde, was ihn veranlaßte, nach Europa und in die Länder der Civilisation zurückzukehren. Er stand als Lieutenant bei den Kürassiren, quittirte aber bald den Dienst und warf sich der Politik in die Arme. Er spielte nun die Rolle des antisemitisch-sozialistischen Heilsapostels, wurde der intime Freund Drumonts, der gerade damals im Jahre 1886 „La France Juive" erscheinen ließ. Morès wurde einer der Haupthelden der meist mit Prügelei endenden antisemitischen Versammlungen in Tivoli-Vauxhall, die damals für kurze Zeit in Mode kamen. Er schrieb auch Artikel für die „Libre Parole", die mehr durch ihre Heftigkeit als durch Talent ausgezeichnet waren.

Einer dieser Artikel, welcher die jüdischen Offiziere der Armee angriff und Seitenhiebe auf bestimmte Persönlichkeiten enthielt, veranlaßte den Kapitän Mayer Morès zu fordern. Bei dem Duell erstach Morès seinen Gegner. Da mehrfach behauptet wurde, Morès habe gegen die Fechtregeln gehandelt, wurde er vor die Geschworenen gestellt, aber freigesprochen.

Vor etwa einem Johre betheiligte sich Morès finanziell und litterarisch a dem Journal „La France", das damals — aber anscheinend ohne seine directe Schuld — die gefälschte Liste der 104 bestochenen Panamadeputirten veröffentlichte. Dann verschwand Morès aus Paris und ging nach Tunis. Es wurde bekannt, daß er auf seine Kosten eine Expedition in das Innere ausrüstete, die er bis Darfur ausdehnen wollte. Er gedachte angeblich, den Mahdi aufzusuchen und mit jenen Stämmen Handelsverträge abzuschließen. Der wahre Grund des Unternehmens war aber neben der Abenteuerlust Morès sein Engländerhaß. Nicht ohne Ironie ist es, daß der Antisemit Morès sich mit Semiten gegen die germanischen Engländer verbünden wollte. Er bildete sich ein, er werde die Stämme des Sudans organisiren und einexercieren können, um im Augenblick, da die Engländer mit der Occupation des Sudans Ernst machen sollten, an der Spitze der Eingeborenen gegen sie zu marschiren. Er wurde oon räuberischen Horden überfallen und ermordet.

Aus Oesterreich.

Der Besuch mehrerer hundert Wiener Antisemiten unter Vergants Führung ist an der Bevölkerung der Reichshauptstadt fast spurlos vorübergegangen. Das Krollsche Etablissement ist den Berliner Gesinnungsgenossen vom Generalintendanten Graf Hochberg verweigert worden. Bei einem in den Zelten unter dem Vorsitze des Abg. Förster veranstalteten Festmahl wurde folgendes Telegramm an Kaiser Wilhelm abgesandt:

An Se. Majestät den deutschen Kaiser! Dreihundert Mitglieder des Wiener Volkswirthschaftlichen Vereins, anläßlich des Besuches der Berliner Ausstellung mit hiesigen Freunden zu einem Festmahle im „Zelt I" versammelt, bringen Ew. Majestät, dem treuesten Bundesgenossen Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef, getragen von dem hehren Gedanken, sich mit dem „großen Volke in Waffen" eins zu wissen, unter Versicherung höchster Verehrung ihre Huldigung dar. Im Auftrage Vergani, Landtagsabgeordneter.

Hierauf ist folgende Antwort eingelaufen:

„Travemünde, 27. Juni, 7 Uhr 30 Min Abends. Seine Majestät der Kaiser und König haben allerhöchst sich sehr über den patriotischen Gruß der Mitglieder des Wiener Volkswirthschaftlichen Vereins gefreut und lassen der Versammlung bestens dafür danken. v. Plessen, Generaladjutant."

Während man es für opportun gehalten hat, in dem Telegramm an dem Kaiser die antisemitische Flagge einzuziehen, glaubte man dem Fürsten Bismarck gegenüber diese Rücksicht nicht nehmen zu brauchen. Das vom Mausoleum in Charlottenburg an ihn gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„An der Ruhestätte des Schöpfers des deutschen Reiches weiland Sr. Majestät Kaiser Wilhelms I. gedenken die zum Besuch in Berlin weilenden Wiener Antisemiten Ew. Durchlaucht als seines getreuesten Dieners und senden deutschen Gruß."

Die Wiener Antisemiten haben u. a. dem Rathhause einen Besuch abgestattet. Die „Staatsbürgerztg." erblickt in ihrem Einzug in das Berliner Rothhaus ein günstiges Anzeichen für zukünftige Wahlen. — Ein billiger Trost für die Antisemiten, die jetzt im rothen Hause „nix to seggen" haben.

Georg Schönerer über Dr. Lueger und Pfister. Der oesterreichische „Bund deutscher Landwirthe in der Ostmark" hielt am Sonntag den 21. Juni in Franz Roleder's Saale zu Odrau seine 56. Versammlung ab, bei welcher sich an 600 Grundbesitzer einfanden. Georg Schönerer hielt die Rede und pries sich und seine Genossen glücklich, daß sie jede Gemeinschaft mit den unter Lueger's Führung und des corrupten Vergani journalistischer Vertretung stehenden Christlich-Sozialen entschieden abgelehnt haben. Er führte aus:

Blitzartig beleuchte den moralischen Tiefstand dieser Partei die Verleihung der Großen goldenen Salvatormedaille an den Denuncianten Pfister. An die sachgemäße Erzählung des Falles knüpfte Schönerer folgende Bemerkung:

Die Denunciation kann niemals vergessen werden, und ich behaupte: es gibt kaum etwas Gemeineres, kaum etwas Niederträchtigeres, als das Denunciantengewerbe und namentlich dann, wenn es freiwillig geübt wird. Wenn an einen Familienvater der Hunger herantritt, wenn seine zahlreiche Familie nach Brod schreit und er läßt sich in dieser Lage zum Denunciantengewerbe anwerben, dann ist dies allerdings gemein, niederträchtig, allein es könnte Leute geben, die dies mit der Begründung entschuldigen: die bittere Noth hat diesen Auswürfling dahingebracht. Wenn man aber dies in angesehener Stellung freiwillig thut, dann giebt es Gott sei Dank keinen Ausdruck in der deutschen Sprache, der ausreichend genug wäre, um dieses Denunciantenthum entsprechend gerecht bezeichnen zu können. (Zustimmung.) Wer älter ist und es in Wien erlebt hat, wie sich in den Fünfziger-Jahren das sogenannte Naderertum eingeschlichen hat bis in die Familien, wer gehört hat, wie da der Neffe den Onkel, der Sohn den Vater denuncirte, der muß die Hände zum Himmel heben und bitten, daß ähnliche Verhältnisse doch bei uns niemals mehr eintreten mögen! Und was geschah zu Wien vor dreimal vierundzwanzig Stunden? Diesem Denuncianten Pfister wurde auf Antrag des Referenten Dr. Lueger die höchste Ehre zu Theil; er wurde mit einer Auszeichnung geschmückt, die doch dazu bestimmt war, edle Bürgertugenden und edlen Bürgersinn zu belohnen! (Entrüstete Rufe: Pfui! Schande! Erbärmlich!) Wenn gewisse Christlich-Soziale sich veranlaßt finden, Denuncianten auszuzeichnen und dies durch Medaillen zum Ausdruck bringen, dann sollen sie hierfür eine Lueger-Medaille prägen lassen, nicht aber mit der Salvatormedaille ein solches Spiel treiben! (Bravo! Bravo!)

Und was sagt das Organ dieser Partei, das „Deutsche Volksblatt"?" Es meint: „Es wird dem Pfister vorgeworfen, er habe einmal einen jüdischen Friseur wegen Majestätsbeleidigung denuncirt. Wie uns mitgetheilt wird, war Herr Pfister nicht der Anzeiger." Das wagt dieses Lügenblatt zu schreiben angesichts des Protokolles des Bezirks-Polizeicommissariates Margarethen, welches ausdrücklich vermerkt, daß Pfister freiwillig erschienen ist und die Anzeige erstattet hat! Und, nebenbei bemerkt, dieser Denunciant Pfister hat sich erst nach drei Jahren veranlaßt gesehen, auf diesem Gebiete seinen Patriotismus leuchten zu lassen.

Der österreichische Politiker Dr. Hans Kudlich hat an den deutschen Turnverein in Postelberg als Beitrag zum Bau der Turnhalle zehn Mark gesendet mit einem Begleitschreiben, worin folgende bezeichnende Stelle steht: „Ich kann selbst nicht mehr thun, bin alt, praktizire nicht mehr, habe acht Kinder und wurde aus Oesterreich von allen Seiten in Anspruch genommen. Ich setze voraus, daß Ihr Turnverein kein antisemitischer Verein ist. Für Antisemiten habe ich keinen Kreuzer übrig. Sollte also Ihr Verein z. B. keine Juden aufnehmen, dann bitte, senden Sie gefälligst diese zehn Mark an Weitloff für den Schulverein. Und so schließe ich mit den besten Wünschen für die Postelberger Deutschen und mit dem neuesten Schlachtruf des wunderbaren österreichischen Deutschthums: „Mit Gott für Kaiser und Papst, für Lueger und Liechtenstein".

Ein Reinfall. Dem antisemitischen Wiener „Deutschen Volksblatt" ist mit der „Frankfurter Zeitung" ein köstliches Malheur passirt. Das „Volksblatt" las nämlich in der „Frankfurter Zeitung" vom 21. d. Mts. die Wiener Correspondenz über den Fall Tuschl und fand sie offenbar sehr pikant. Sie wollte sie gern ihren Lesern mittheilen. Aber wie? Ein „Judenblatt" nachdrucken? Das ging so einfach nicht. Ohne das „Judenblatt" zu beschimpfen sicherlich nicht. Also schrieb das „Volksblatt" zum Artikel der „Frankfurter Zeitung" eine Einleitung, in welcher es sich zuerst über den Freispruch der Angeklagten beschwerte und dann fortfuhr: „Warum dies geschah? Wir wollen das Geheimniß ergründen. Es scheinen dies ja schon Andere, denen die Quellen zu einem derartigen Material gewiß leichter zu-

gänglich sind, besorgt zu haben. Denn während sich die Wiener jüdisch-kapitalistische Presse entgegen sonstigem Gebrauche aus naheliegenden Gründen über die Pikanterien und Intimitäten dieses Prozesses vollständig in Schweigen, und tiefes Schweigen hüllt, plaudern die reichsdeutschen Judenblätter mit unnachahmlicher Grazie Alles aus der Schule. So läßt sich beispielsweise die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer vorgestrigen Ausgabe Nachstehendes aus Wien berichten:“ — Und nachdem es so die „Judenblätter“ ausreichend beschimpft hatte, druckte es auch pünktlich den Lesestoff aus der „Frkf. Ztg.“ nach. Das war doch verflucht gescheit. Aber der Staatsanwalt ist noch gescheiter. Er confiscirte nämlich den Artikel im „Deutschen Volksblatt“, und jetzt wird wohl das „Volksblatt“ und werden seine Leser die „naheliegenden Gründe“ kennen, weswegen die „Wiener jüdisch-kapitalistische Presse“ sich über die Picanterien dieses Processes in vollständiges Schweigen hüllte und nur ein auswärtiges Blatt es wagen durfte „aus der Schule zu plaudern.“

„Jack der Aufschlitzer.“ Der Name genügte den antisemitischen Blättern, um diesen Verbrecher ohne Weiteres zum Juden zu stempeln. So brachte die Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ folgende Notiz aus New-York: Der dieser Tage wegen Mordes im Gefängniß von Sing-Sing hingerichtete Carl Feigenbaum (!!) soll kurz vor seinem Tode erklärt haben, daß er der berüchtigte „Jack der Aufschlitzer“ sei. Feigenbaum's Opfer in New-York waren gleichfalls nur „gefallene Mädchen“. Was Herr Redacteur Dr. Bachler vorsichtiger Weise nur durch zwei Ausrufungszeichen andeutete, das gab das plumpere Wiener „Deutsche Volksblatt“ deutlicher kund, indem es dieselbe Notiz mit der vorgesetzten Spitzmarke: „Jack der Aufschlitzer ein Jude?“ abdruckte. — Auf eine directe Anfrage ist von der Redaction des „Jewish Messenger“ in New-York die Antwort eingelaufen: „Carl Feigenbaum war kein Jude, sondern Katholik.“

Ludwig August Frankl und Anastasius Grün. Im Frühling 1855 übersandte der jüdische Dichter L. A. Frankl seinem Freunde Anastasius Grün (=Graf Auersperg) zwei auf das Judenthum bezügliche Bücher, die er eben veröffentlicht hatte: „Inschriften des alten jüdischen Friedhofes in Wien“ und „Libanon. Ein poetisches Familienbuch“ (beide Wien 1855) Graf Auersperg erwiderte (Thurm am Hart, 19. Juni 1855) u. a.:

„So anziehendes Material die Friedhofsinschriften bieten, so bedaure ich doch, daß die Hälfte des Büchleins für mich unlesbar, weil in einer mir unverständlichen Sprache geschrieben ist. Libanon hat mich durch seine Reichhaltigkeit überrascht und durch takt- und sinnvolle Wahl und Ordnung auf's Angenehmste befriedigt. Ich begreife und wünsche Ihnen von Herzen Glück dazu, daß das Werk in so kurzer Zeit einen so günstigen Erfolg erreichen kannte. Es ist in der That ein wahres Familienbuch. Ich habe es immer auf meinem Tische liegen, um gelegentlich von seinem reichen Inhalt zu genießen. Vielleicht stimmt mich die Lectüre einmal zur Ausführung jenes verwandten Stoffes, von welchem ich Ihnen gesprochen, und eine dritte Auflage Ihres Buches bietet dem Produkte eine freundliche Stätte. Zur zweiten möchte es doch kaum mehr zu Stande kommen, denn der Gegenstand ist in mir noch nicht zur vollen Klarheit und Abrundung gediehen“.

Vermischtes.

Antisemitischer Stil. Die Dühringianer machen sich stets über den Stil Hegels und Marx' lustig, während ihr Abgott Dühring selber einen durchaus dunklen und unklaren Stil schreibt. Seine Schüler machen es ihm getreulich nach. So schreibt der „Mod. Völkergeist“ (Juni 1896, S. 94):

Im hegeldialektisch-marxistischen Phrasenknäuel mumisirt sich das kleinbürgerliche Gesicht auf einer gewissen Stufe der Warenproduction, und aus der Hülle wächst dann das kapitalistische Gesicht heraus, ebenso wie aus der Raupenpuppe der Schmetterling aber aus dem Hausirjuden der Millionär.

Das reizt entschieden zur Illustration.

Undank ist der Welt Lohn. Die Leipziger Firma „Mey und Edlich“ wurde früher von den Antisemiten weidlich gelobt. Das gute Verhältniß muß einen Riß bekommen haben, denn der antisemitische „Bad. Volksbote“ vom 27. Juni schreibt:

Die Firma „Mey und Edlich“ in Leipzig-Plagwitz ist zwar nicht in jüdischen Händen, aber sie wetteifert bezüglich Bezahlung ihrer Angestellten mit rasseechten Semiten. In unseren Augen sind die Inhaber jener Firma „weiße Juden“. Wir sind prinzipielle Gegner solcher Versandtgeschäfte, weil sie den ortsansässigen Kaufmann empfindlich schädigen; zudem sind die Waaren von Mey und Edlich gar nicht so ungeheuer billig.

Sollten die Herrn Mey und Edlich in Leipzig keine Inserate mehr aufgegeben haben? U. A. w. g..

Vom Evangelisch-sozialen Congreß. Die „Akademischen Blätter“ (1. Juli d. J.) schreiben:

Philosemitismus. In der Besprechung des diesjährigen Evangelisch-sozialen Congresses, die wir in der vorigen Nummer brachten, war gesagt, daß von den sogenannten Specialconferenzen die meiste Aufmerksamkeit diejenige erregt habe, auf der eine Dame über die Thätigkeit der Frau im Gemeindedienst gesprochen habe. Diese vortragende Dame Geheimräthin Lipmann ist eine ungetaufte Jüdin Daß Mitglieder des Evangelisch-sozialen Congresses aus einer solchen Quelle soziale Anregungen holen zu können glauben, widerspricht in gleicher Weise der christlichen wie der nationalen Grundlage, auf die der Congreß doch Anspruch hat.

Gegenseitiger Boykott. Der Darlehnskassen-Verein Binzwangen-Stettberg (Mittelfranken) hat die öffentliche Erklärung abgegeben, daß jedes Mitglied, das bei einer Güterschlächterei von einem Juden kauft, mit 20 Mark Geldstrafe belegt oder vom Verein ausgeschlossen werde. Daraufhin haben sieben jüdische Viehhändler folgende Gegenerklärung erlassen: „Unterzeichnete Viehhändler beschlossen unter dem heutigen folgendes:

Die unterzeichneten Viehhändler verpflichten sich, in den Ortschaften Stettberg und Binzwangen, Bez.-Amt Rothenburg o. T., weder selbst, noch durch Unterhändler irgend ein Stück Vieh zu kaufen oder kaufen zu lassen. Zuwiderhandlungen werden mit einer Conventionalstrafe von 100 Mark geahndet. Rothenburg o. T., 11. Juni 1896. Max Fröhlich, Würzburg. S. Wolf, Blaufeldern. Gebr. Goldschmidt, Uffenheim. Hirsch Feldenheimer für Heisier und Simon in Mainz. Gebrüder Beringer, Bodenheim bei Mainz. Samuel Mann, Rothenburg. Gebr. Eisemann, Laudenbach (Württemberg).“

Beide Parteien bedienen sich hier einer Waffe, die sich stets als zweischneidig erwiesen hat.

Die Schächtfrage spukt im Wahlkreise Ahlwardts von Neuem herum. Im „Amtlichen Friedeberger Kreisblatt“ vom 9. Juni steht folgende Annonce:

Eine Anzahl Bewohner von Friedeberg Nm. und Umgegend ersuchen hierdurch diejenigen Herren Schlächtermeister Friedebergs, welche sich verpflichten wollen, **nur ungeschächtetes Fleisch** zu verkaufen, ihre Adressen gefälligst unter N. N. der Expedition einsenden zu wollen.

Und am 20. Juni empfiehlt als Antwort darauf der Fleischermeister F. Thümen seine Waare mit den Worten:

Fleisch von (nach jüdischem Ritus) geschächteten, d. h. durch langsames Verbluten vom Leben zum Tode gebrachten Thieren führe ich nicht.

Wer mögen wohl die „Anzahl Bewohner von Friedeberg“ sein, die nach „ungeschächtetem Fleisch“ hungern?

Der Rembrandt-Deutsche und Max Bewer, einst zwei antisemitische Leuchten, können wieder einmal ersehen, wie die Antisemiten „arischen“ Dank zollen. Denn „Freideutschland“ vom 16. April schreibt über beide:

Es war uns gleich klar, als nach der „Rembrandt als Erzieher“ eine Auflage nach der andern erlebte, als der „geistvolle“ Verfasser noch bis über die Puppen gelobt wurde, als die Studentenschaft namentlich für ihn schwärmte und so sich geistig recht unreif zeigte, aber auch reifere Leute eine merkwürdige Urtheilslosigkeit an den Tag legten, daß dieser Rembrandt-Mann nichts sei als ein nach Scheingeist haschender Faselhans, das ganze Buch nichts als Quatsch und Blödsinn von einem Ende bis zum andern. Wir bilden uns nicht im Allergeringsten etwas darauf ein, daß uns dies gleich klar war, wundern uns freilich um so mehr, daß es nicht auch Andern gleich ebenso klar gewesen. So war es uns ebenfalls klar, daß der heute fast ebenso sehr, wie der Rem-

brandt-Verfasser, geistig verschollene antisemitische Schriftsteller Max Bewer, der eine Zeit lang auch sehr angestaunt wurde, an den Stöcker schmeichelhaft schrieb, dem die „Kreuz-Ztg." die Spalten eines Leiters widmete, der Hauptsache nach ein recht seichter, unselbstständiger Geist sei."

Antisemitische Strolche als Turner. Zu recht unwürdigen Auftritten kam es der „Volksztg." zufolge am 1. Juli an dem zum Andenken an Friesen errichteten Hügel und Denkstein in der Hasenhaide. Dort hatte sich eine größere Anzahl der zur Gewerbe-Ausstellung nach Berlin gekommenen Fremden, die vorher das Jahndenkmal auf dem historischen Turnplatze besichtigt hatten, eingefunden. Ein Turnerlied war in begeisterter Stimmung zur Ehrung Friesens gesungen worden und eben sollte in pietätvoller Weise ein schlichter Kranz auf den Hügeln niedergelegt werden, als plötzlich gegen 20 Störenfriede erschienen, die unter den Rufen: „Juden raus! Juden haben hier nichts zu suchen, die mögen zum Juden Jahn gehen!" den Kranz entrissen und über den noch der Karlsgartenstraße zu angebrachten Bretterzaun schleuderten. Die zuerst über diese Rohheit verblüfften Turner, unter denen sich übrigens nicht ein einziger Jude befand, stellten die Störenfriede zur Rede. Dieselben erklärten, daß sie es als judenfeindliche Turner und Sportsmänner, die aus Wien und Breslau, woselbst sie bereits seit Jahren antisemitische Friesenvereine gebildet, hierhergekommen seien, nicht dulden könnten, daß Leute mit semitischen Nasen den Ehrenhügel dessen schmücken, dessen Namen ihre Vereinigungen tragen. Um diese sonderbare Mittheilung turnerisch zu bekräftigen, holten die „Friesen" zum Schlage aus. Es entspann sich ein Faustkampf, in dem nach kurzer Zeit die Antisemiten unterlagen und schließlich in der Richtung nach dem Exercierplatz zu flüchteten. Später wurden einige der Strolche in einem Rixdorfer Gartenlocal wiedergetroffen. Sie legitimirten sich als Turner aus Wien, Brünn und Breslau. Ihre Berliner Führer und Begleiter drückten sich. Bemerkt muß werden, daß sich unter den Raufbolden kein Mitglied des in Berlin bestehenden und geachteten Turnvereins Friesen befand.

Aus Rußland. Ein in Kiew lebender Jude, Namens Zeitlin, so schreibt der „Israelit", der sich um die Papierindustrie große Verdienste erworben hatte, wurde vor ungefähr drei Jahren vom General-Gouverneur Grafen Ignatjew plötzlich der Befugniß zur Errichtung und zum Betriebe von Papierfabriken für verlustig erklärt, so daß er gezwungen war, seine Papierfabriken zu sperren. Diese Maßregel, durch welche mehr als dreitausend Arbeiter brotlos wurden, rief damals auch in der orthodoxen Kaufmannswelt große Unzufriedenheit hervor. Der Vorsitzende des Kiewer Börsencomités, der bekannte russische Philantrop Tereschtschenko, richtete unlängst an den Finanzminister Witte ein Memorandum, in welchem er auf die Verdienste Zeitlin's um die Papierfabrikation in Südrußland hinwies, seine allseits anerkannte Rechtschaffenheit rühmte und das ihm zugefügte Unrecht gutzumachen bat. Zu Ehren Witte's sei bemerkt, daß er sich dieser Thatsache sehr warm annahm. Er eilte zum Zaren und trug ihm diese Angelegenheit vor, wobei er betonte, daß die Thätigkeit Zeitlin's höchst lobenswerth sei, und daß die Einstellung derselben den Interessen der russischen Industrie zuwiderlaufe. Der Zar beauftragte nun den Finanzminister, Zeitlin zu verständigen, daß ihm die Befugniß zur Errichtung und zum Betriebe von Papierfabriken werde eingeräumt werden. Zeitlin verlangte, daß diese Verfügung im „Regierungsboten" publicirt werde. In der That brachte auch das officielle Blatt bald darauf den Wortlaut dieser Verfügung in Form eines Ukases.

Aberglaube in Rußland. Als im Jahre 1848 in Petersburg die Cholera herrschte, schwirrten die unsinnigsten Gerüchte über ihre Ursachen im Volke umher. Th. v. Bernhard schreibt in seinen Tagebüchern darüber (II 32 ff.):

„26./14. Juni. Es geht ein ganz bedeutendes Sterben an. Man hört allenthalben davon reden. Okladnikow berichtet, daß von den in der Admiralität arbeitenden Matrosen bereits fünfzig in das Hospital abgeführt worden seien. Auch auf der Cadetten-Escadre sterben viele junge Leute. Auf dem Abreschkow-Markt ist heute ein Mensch umgefallen und rasch verstorben. Mein Diener Jacob berichtet von dem Straßengerede, an das er natürlich selbst glaubt: „In einem Hospital haben die Aerzte vor Freude über den Ausbruch der Cholera getanzt, — Vergifter sind von Polen aus in Bewegung gesetzt und 100 000 Rubel an einen Arzt gesendet worden, der hat alle alten Weiber und Männer aus den Hospitälern losgelassen und in Bewegung gesetzt usw."

27./15. Juni. Die Cholera nimmt mit reißender Geschwindigkeit zu, es ist unbegreiflich, wie sie in so wenigen Tagen eine solche Ausdehnung hat gewinnen können. . . . Mein Nachbar der Schuster kommt zu mir und fragt, was von den Vergiftern, den Polen zu halten sei. Auf dem Nikolski-Markte sei heute ein solcher auf frischer That ertappt worden, der das Gift in einem hohlen Stock bei sich trug.

28./16. Juni. Es nimmt immerfort zu, man sieht nichts als Leichenzüge auf den Straßen und das sind alles Todte, die den höheren Ständen angehören. Bei den Hunderten, die in den Hospitälern sterben, ist von Leichenzügen nicht die Rede; sie werden früh Morgens weggeschafft. Ph. A. von Krusenstern bei mir. Er erzählt von Feuersbrünsten in der Provinz; natürlich sollen die Polen daran schuld sein. Die zweite Assecuranz-Compagnie ist bankerott und er verliert 6000 Rubel dabei und glaubt darum auch an Vergiftungen durch die Polen. — Bei General Klugen stürzt die Köchin ins Zimmer und erzählt, in ihrer Gegenwart seien zwei Vergifter in einem Laden ertappt worden; ein Knabe habe sie Pulver streuen sehen. Das ganze Haus glaubt das.

Infolge dieser Giftmischer-Gerüchte wurde die Lage von Tag zu Tag unerträglicher.

Schrecklicher als alles Uebrige, so heißt es in einer Notiz vom 30./18. Juni, sind die Todtschlägereien auf offener Straße. Die Truppen sind im Lager, um Soldat zu spielen oder sich um die Person des kleinen Herzogs von Leuchtenberg zu versammeln, — die Polizei hat alle Autorität verloren und der Pöbel schlägt ungehindert und ungestraft jeden todt, den er für verdächtig hält. Heute wurde auf unserer Straße ein Mann erschlagen, was mir drei Augenzeugen berichten. Jacob erzählt von einem Polen, bei dem ein weißes Pulver gefunden worden: in Wahrheit ist dieser Unglückliche ein Schwede gewesen, der Zucker bei sich führte." (II 32—33 f)

„ . . . Das Volk erzählt, der Kaiser habe den Gouverneur gefragt: „Was er haben wolle, Krieg oder Cholera." Der Gouverneur habe sich für das Letztere entschieden, und darauf habe man die Cholera in Kisten verpackt kommen lassen. Früh morgens werde dieselbe als weißes Pulver ausgestreut, und wenn die Leute zu Markte kämen, athmeten sie es ein. Zufällig hätten auch einige Vornehme davon geschluckt, und daran seien sie gestorben — eigentlich aber sei es auf das Volk abgesehen."

Briefkasten.

A. W. in Berlin. Die „Staatsbürger-Zeitung" mag zwar das „Berliner Tageblatt" nicht leiden, doch seine Nachrichten stiehlt sie gern ohne Quellenangabe. So hat sie es erst jetzt mit dem neuen Handelsminister Brefeld gemacht. Das ist die „teutsche" Ehrlichkeit dieser Sorte von Blättern.

D. W. in H. Gewiß, der verstorbene Afrikareisende Gerhart Rohls ist ein Mitbegründer unseres Vereins gewesen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 12. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 28. **Berlin, den 11. Juli 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4558. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg.

Auf die Angriffe einiger Antisemiten, die in der Freundschaft Liebermanns von Sonnenberg zu den Conservativen den Ruin der antisemitischen Partei erblicken, hat der gewandte Herr mit einem Artikel gegen die Conservativen geantwortet. Er ist ganz klug. Als die Radau-Antisemiten den Conservativen unbequem wurden, hat er flugs gegen diese gekämpft; als sein Antisemitismus zu conservativ-freundlich erschien, hat er sich flugs in die Toga der Feindschaft gegen die Conservativen gehüllt. Man sieht, Herr Liebermann von Sonnenberg versteht Politik zu treiben.

Leider findet seine Befähigung nicht rechten Beifall mehr bei den Antisemiten. Wieder ist es Hans v. Mosch, der in seiner „Deutschen Reform“ (vom 5. Juli) gegen ihn zu Felde zieht. Liebermann v. Sonnenberg hat zwar diesen Herrn — und auch uns — verklagen wollen, aber „über allen Wipfeln ist Ruh“. Mosch beklagt in einem langen Leitartikel die Zustände innerhalb seiner Partei:

„Die augenblicklichen trostlosen Zustände in der antisemitischen Bewegung Deutschlands, die Reden und Vorgänge gelegentlich des Besuches der Wiener Antisemiten, und die absolute Nothwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung unseres Parteiwesens gebieten es geradezu, daß endlich einmal Dampf in die faule Atmosphäre gebracht und mit dem hohlen Schlagwörter-Schwindel aufgeräumt wird!

Zunächst müssen wir erkennen und zugeben, daß die Zustände in der Partei in der That „trostlose“ sind. Die Vereine samt und sonders, in den Städten, wie in der Provinz, welken und sinken immer mehr in sich zusammen, und wenn es so weiter geht, wird auch der letzte lautlos begraben sein! Wo ist die einst gewaltige Bewegung in Leipzig, in Magdeburg, in Breslau und vor allem in Berlin hin??!

Ein paar klägliche Reste fristen noch durch „Landpartien“, „Familienabende“, „Stammtische“ und durch geschäfts-antisemitische Bemühungen niedrigster Art ihr Dasein; das ist aber auch Alles! Die Vereine in der Provinz, wie die einst blühenden Vereine in den Vororten Berlins, sind schlafen gegangen oder bestehen unthätig nur noch dem Namen nach! Wenn selbst die „Staatsbürgerin“ schon zugeben muß (Artikel „Wien und Berlin“), daß es gottserbärmlich aussieht, dann wird's wohl wahr sein!“

Tüchtige Gesinnungsgenossen hätten sich abgewandt, und „Schwarmgeister stänkern in allen Ecken umher“. Die antisemitischen Blätter trieben „Abonnenten- und Annoncen-Politik“ — ist das nicht „jüdisch“? — und die Kassen seien leer. Der Einigkeits-Schwindel sei daran schuld. „Schroffer denn je stehen sich die volksfreundlichen „Reformer“ und die pfäffisch-gouvernementalen „Liebermänner“ gegenüber.“ Dann fährt Mosch fort:

„Seit Herr Zimmermann mit den Sachsen und Hessen dem Herrn Liebermann von Sonnenberg die Hand gereicht hat, seit die sogenannte „Einigkeit“ geschaffen wurde, seit der Zeit ist die antisemitische Bewegung **rapide abwärts gegangen!** (Wer unbefangen darüber nachdenkt, wird das zugeben müssen!) Diese Sorte von „Einigkeit“ ist auch heller Unsinn, wenn nicht etwas Schlimmeres! Die Einigkeit, die auf Vergewaltigung der Ueberzeugungen und der Individualitäten basiert ist — so nach Liebermannschem Gamaschenreglement — ist eine schreiende Lüge, die fortzeugend Böses muß gebären! Einen Hirschel, Köhler, Bindewald einerseits — und einen Herrn von Liebermann andererseits, einen Förster und einen Iskraut trennt eine ganze Welt voll Unterschiede und aus dem Zusammenwerfen beider Gruppen entsteht keine „Einigkeit“, sondern ein saft- und kraftloses Schemen! Mag dieses Schemen auch schön aufgeputzt sein, ein Schemen bleibt es doch!

. . . Wie der infame preußische Gamaschen-Büreaukratismus uns noch die ganze Reichs-Einigkeit ruiniren wird, so das Gamaschenregiment des **Herrn von Liebermann** die antisemitische Partei!

Wir wollen **Herrn von Liebermann** garnicht bestreiten, daß er ein schlagfertiger und schlagwortreicher Redner ist, er ist aber auch durch und durch Junker, Offizier und Conservativer und im Uebrigen Summa-Summarum der Verderb der antisemitischen Bewegung! Wenn Herr v. Liebermann neuerdings endlich (!) einmal ein bischen Front macht gegen seine lieben conservativen Vettern, so muß man wirklich fragen: War es nothwendig, daß wir durch ihn 10 Jahre lang die antisemitische Bewegung immer und immer wieder nach rechts ziehen lassen, daß wir darüber das Vertrauen im Volke und kostbare Zeit verlieren und die schlimmsten Reibereien und Kämpfe in den eigenen Reihen durchmachen mußten??! Zu der Einsicht betreffs der Conservativen, zu der Herr von Liebermann jetzt gekommen ist, sind so ziemlich alle anderen antisemitischen Führer bereits vor 10 Jahren gekommen!!“

Schließlich kommt Mosch zu dem Ergebniß:

„Wenn die Bewegung nichts taugt und die Zustände, wie vorher geschildert, „trostlose“ sind, so sind in erster Linie selbstverständlich die **Führer** dafür verantwortlich zu machen!“

Die Antisemiten im Reichstage. *)

So schlecht abgeschnitten hat wohl kaum jemals eine Reichstagsfraction in einer Session, wie gegenwärtig die Fraction der Antisemiten oder die deutschsociale Reformpartei, wie sie sich nennen. Auf allen Seiten, von rechts sowohl wie von links, hat man den Antisemiten wegen ihres Verhaltens Mißachtung kundgegeben. Und doch waren es keine besonderen Umstände, welche dazu Veranlassung gaben. Der Verlauf der Session brachte es nur mit sich, die Antisemiten drastischer als sonst in ihrem wahren Wesen zu kennzeichnen.

Die Antisemiten geberden sich als die besonderen Vorkämpfer des Mittelstandes und als große Reformatoren in wirthschaftspolitischer Beziehung. Nun hätte grade dieser Abschnitt des Reichstags den Antisemiten Gelegenheit geboten, ihre Leistungsfähigkeit vom Standpunkt des eigenen Programms aus kundzuthun. Dazu gab ihnen namentlich das Bürgerliche Gesetzbuch und das Börsengesetz überreichen Anlaß. Die antisemitische Fraction trat für den Antrag Richter

*) Aus der „Freis. Ztg.“

ein, die zweite Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Herbst vorzunehmen. Aber wie es sich alsbald herausstellte, waren hierfür keine sachlichen, ernsthaften Gründe auf Seiten der Antisemiten bestimmend. Die Befürwortung sollte nur als Vorwand dienen, um die eigene Arbeitsunfähigkeit und Unwissenheit zu verschleiern.

Namens der antisemitischen Fraction erklärte der Abgeordnete und Rechtsanwalt Vielhaben am Schluß der Berathungen über das Bürgerliche Gesetzbuch, daß sie demselben nicht zustimmen könnten, weil es ein neues Uebergewicht des Großkapitals und der Großindustrie schaffe und den Interessen des Mittelstandes widerspreche. Darauf stellte dann zunächst Abg. Enneccerus fest, daß gerade umgekehrt das Bürgerliche Gesetzbuch entgegen den Behauptungen der Antisemiten gesunde Fortschritte einschließe durch die verbesserte Stellung der Arbeitnehmer gegenüber den Dienstberechtigten in den Bestimmungen über die Arbeitsräume und über das Kündigungsrecht, durch die Einräumung von größeren Rechten für die Miether gegenüber dem Vermiether, durch die Bestimmungen des Vereinsrechts, welche Vereinen mit idealen Tendenzen eine erweiterte Rechtssphäre und Bewegungsfreiheit geben, durch die Herabsetzung des normalen Zinsfußes von 5 auf 4 pCt., durch die Beschränkung des Maklerlohns, welche ganz gewiß den Dienstsuchenden und nicht den Maklern zum Vortheil gereicht, durch die Aufnahme der Wucherparagraphen, welche auch die Geschäfte, in denen Sachwucher ohne das Erforderniß der Gewohnheit oder der Gewerbsmäßigkeit vorliegt, ausnahmslos für nichtig erklärt u. s. w. u. s. w.

Hierzu ergänzend trat Abg. Gröber der Behauptung entgegen, der Mittelstand sei in der Reichstagscommission nicht zur Geltung gekommen, durch die Angabe, daß der Vertreter der Antisemiten, Dr. Vielhaben, in der Commission während der viermonatlichen Berathung nur drei Anträge gestellt habe. Von diesen bezog sich einer auf die Analphabeten, ein zweiter auf die Verpfändung von Schiffen, also auf eine Frage, welche nur die großen Rheder interessirt, und ein dritter auf das Pfandrecht des Vermiethers an den eingebrachten Gegenständen des Miethers. Aber gerade durch den letzten Antrag wollten die Antisemiten das Pfandrecht des Vermiethers nicht einschränken, sondern ausdehnen auf die nicht der Zwangsvollstreckung unterliegenden Sachen, also auf den allernöthigsten Hausrath des kleinen Mannes und auf die Arbeitsmittel und Werkzeuge, deren der kleine Mann zur Erwerbung des Unterhalts mit Nothwendigkeit bedarf. Für diesen großkapitalistischen Antrag hatte freilich Dr. Vielhaben in der Commission nicht ein einziges Mitglied gewonnen.

Das war also, so schloß Abg. Gröber, die Mittelstandspolitik, welche die Antisemiten im Bürgerlichen Gesetzbuch befolgten. Während nach der Ablehnung der Vertagung der Plenarberathung Parteien wie die Freisinnigen und die Sozialdemokraten nach Möglichkeit Verbesserungsanträge einbrachten, beschränkte sich auch im Plenum die ganze Thätigkeit der Antisemiten darauf, in ungeschickter Form und bei unpassenden Gelegenheiten erfolglose Versuche zur Auszählung des Reichstages zu machen. Mit einem Wort, die Antisemiten charakterisirten sich hier bei alledem lediglich als Radaufraktion.

Dabei war die kleine Gesellschaft in sich durchaus zerfallen. Wie in der dritten Berathung festgestellt wurde, war bei der ersten Lesung Abg. Förster namens der Fraktion für die Beibehaltung der obligatorischen Civilehe eingetreten. In diesem Sinne hatte denn auch Dr. Vielhaben in der Kommission gestimmt. Dann aber nahm die Fraktion einen Wechsel in der Besetzung der Kommission vor, und es erschien als Vertreter der Fraktion Herr Iskraut, der sich als fanatischer Gegner der obligatorischen Civilehe geberdete und zugleich erklärte, daß die Antisemiten sich deshalb nicht mehr an der Weiterberathung des Bürgerlichen Gesetzbuches betheiligen wollten, weil sie bis zum Herbst noch eine große Agitation gegen die Civilehe ins Werk zu setzen hofften.

Wahrhaft kläglich war der Versuch der Antisemiten, sich gegen diese Feststellungen zu vertheidigen. Vielhaben meinte, durch die Ausdehnung des Pfändungsrechts auf die nothwendigsten Gebrauchsgegenstände habe man die Kreditfähigkeit des Arbeiters erweitern wollen. In der Civilehefrage, so führt Abg. von Liebermann an, hat es sich erst später herausgestellt, daß der größere Theil der Partei für die fakultative Civilehe sei. Also eine solche Partei tritt in die Berathung über eine große grundsätzliche Frage ein, ohne sich der Stellungnahme zu derselben klar zu sein. Sie kündigt alsdann eine große Agitation an in einer Richtung, welche sich zugleich gegen eine Minderheit in der eigenen Partei kehrt und den Standpunkt verleugnet, den dieselbe zum Anfang offiziell eingenommen hat. Mit Recht bemerkte Abg. Bachem, daß man solche Leute in der praktischen Politik nicht mehr ernst nehmen könne.

Genau dasselbe Schauspiel aber wie bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch bot die antisemitische Fraktion bei der Berathung des Börsengesetzes. In Volksversammlungen können die Herren nicht genug von der Börse und den Börsengeschäften erzählen. Die Berathung des Börsengesetzes hätte ihnen weitgehende Gelegenheit geboten, Vorschläge für die Gesetzgebung zur Durchführung ihrer Ansichten zu machen. Aber auch hier zeigten sich die Herren ebenso unwissend wie unfähig. So stellte Abg. Fischbeck am 28. April bei der zweiten Berathung des Börsengesetzes in ähnlicher Weise wie später Abg. Gröber beim Bürgerlichen Gesetzbuch fest, daß gerade die Antisemiten in der Kommission für das Börsengesetz sich recht schweigsam benommen hätten. Sie begnügten sich rein mechanisch damit, immer für die weitgehendsten Anträge zu stimmen. Nur beim Anfang der Berathungen unterstützte Abg. Liebermann von Sonnenberg einige Male etwas nebensächliche Anträge und machte nebensächliche Bemerkungen dazu. Dann schied er ebenso aus der Kommission, wie Vielhaben später aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch. Sein Nachfolger, der in Waldeck gewählte Abg. Müller, war ein ganz stiller Mann in der Kommission und führte ein lediglich beschauliches Dasein.

Auf solche Vorhaltungen wußte dann Abg. Liebermann von Sonnenberg nur zu erwidern mit persönlichen Grobheiten und Verunglimpfungen. Das ist überhaupt die einzige Spezialität dieser Gesellschaft. Je weniger sie von ihrem eigenen Standpunkt aus sachlich etwas zu leisten vermögen, desto mehr suchen sie ab und zu durch plumpe Grobheiten in sensationeller Weise die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und wäre es auch nur durch Zuziehung von Ordnungsrufen wie bei dem Abg. Liebermann von Sonnenberg.

Der Reinfall der Wiener Antisemiten in Berlin.

Wenn man den Berichten der antisemitischen Zeitungen Deutschlands Glauben schenkt, die von der antisemitischen Fraction bedient werden, dann war der Empfang und die Aufnahme der Wiener Antisemiten in Berlin geradezu glänzend. So berichtet, um nur ein Beispiel auszuwählen, die antisemitische „Schwäbische Reform“ vom 4. Juli, der Besuch sei „glänzend verlaufen.“ Das Berliner Fest, „war getragen von einer freudigen und begeisterten Hingabe für die allen gemeinsame antisemitische Sache.“

Die Antisemiten, die sich nicht dem Commando der Fraction fügten, hatten Muth genug, die Sache anzusehen, wie sie wirklich war. Und so berichtet Hans v. Mosch in seiner „Dtsch. Reform“ vom 5. Juli:

Der Besuch der Wiener Antisemiten machte Summa Summarum nicht den gewaltigen Eindruck, den man sich in engeren und weiteren Kreisen davon versprochen hatte. Sehr schnell war es bekannt geworden, daß nicht die Gesammtheit der Vertreterschaft der Wiener Gesinnungsgenossen erschienen sei, daß weder Dr. Lueger noch Schö-

nerer, weder Schneider, Dr. Pattai, Prinz Liechtenstein oder Strobach gekommen, sondern daß es sich lediglich um einen Besuch Verganis und seines Volkswirthschaftlichen Vereins handele. Schon vorher war von Oesterreich her auf diesen Umstand hingewiesen worden, ja, die antisemitische Wiener Tageszeitung „Ostdeutsche Rundschau“ hatte einen so scharfen Artikel gegen diese Gruppe und speciell gegen Vergani geschrieben und öffentlich Beschuldigungen gegen diesen Mann erhoben, die so schwerer Natur sind, daß sie das Niveau der Empfangsbegeisterung selbstverständlich für alle Kenner der Verhältnisse nicht unerheblich herunterschrauben mußten.

Dann erzählt Mosch allerhand pikante Einzelheiten von dem den Wiener Gästen zu Ehren veranstalteten Fest:

„Inzwischen war es Mitternacht geworden, endlich gelang es auch Herrn v. Mosch, den Intriguen einer Clique und dem Widerspruch des Herrn Professor Dr. Förster zum Trotz, das — vertragsmäßig zugesicherte (!) Wort zu erlangen.

Lebhaft begrüßt gab er in der folgenden Ansprache seiner Auffassung Raum, die hier **wörtlich** wiedergegeben sei, da sie von seiten einer infamen Clique elend verdreht und in flegelhafter Weise durch einzelne Schlußrufe unterbrochen worden ist! Man weiß nicht, was man an diesem Schlußrufer mehr bedauern soll, die absolute Unkenntniß der wahren Wiener Verhältnisse oder die für ein „Mitglied des Festausschusses“ geradezu bodenlose Flegelei! Diese war um so größer, als Frau v. Mosch an demselben Tische saß und das mit anzuhören gezwungen war. Daß Professor Förster, der auch an demselben Tische saß und der hier doch auch Gelegenheit gehabt hätte, für die sogenannte „Einigkeit“ zu wirken, kein Wort der Mahnung zur Ruhe fand, ist mindestens „höchst verwunderlich“!

Der obenerwähnte, im übrigen ganz unbedeutende Mensch versuchte übrigens auch gegen Morgen, ein Hoch, welches Herr v. M. auf die „Deutschen Frauen“ ausbrachte, zu stören, wurde aber von einigen Herrn in so drastischer Weise zur Ruhe gewiesen, daß er es vorzog, sich endlich zurückzuziehen“.

Nach Wiedergabe seiner Rede erwähnt Herr von Mosch, daß der Antisemit Brause der Schlußrufer gewesen ist, und fährt dann fort:

„Wie gesagt, was man an dieser Rede und Auffassung auszusetzen haben soll, ist ganz unerfindlich, und nur bloder Haß und ebensolche Dummheit konnten die Schlußrufe hervorbringen! Wenn es wahr ist, was die „Staatsb. Ztg.“ in ihrer Dienstag-Nummer berichtet, daß nämlich ein als Vorsitzender der A. V. P. sich gerierender Herr beim Potsdamer Ausflug gesagt haben soll: Herr v. M. „habe nur für seine Person gesprochen„ ꝛc., so ist das eine absolute Unwahrheit, und der betreffende Herr könnte dann sicher sein, bei der nächsten Hauptversammlung der A. V. P. mit allen gegen zwei Stimmen hinauszufliegen. Die Freude des Abg. Werner dürfte dann auch etwas „verfrüht“ sein. Jeder anständig und grade denkende Antisemit beider Richtungen aber wird dieser Auffassung zustimmen müssen!

Wahre Einigkeit (nicht „Einheit“) ist nur durch Klarheit, Reinheit und ruhige Verhandlung zu erreichen; sonst nicht! —

Die edle „Staatsbürgerin“ nennt natürlich den Namen des Herrn v. M. nicht, sondern spricht von einem „Gesinnungsgenossen aus Hamburg“; Herr Vergani aber legt zum Zwecke eines Angriffes Herrn v. M. Worte und Aussprüche in den Mund, z. B. von „freiheitlichem“ Antisemitismus und von „Afterfreiheit“ ꝛc., die Herr v. M. in seiner Rede überhaupt nicht berührt hat! Nun, sapienti sat; wir werden Abrechnung halten! Diese faulen Cliquen-Zustände müssen ein Ende nehmen! — —“

Richard Wagner und Heinrich Heine.*)

I.

Die neue, vor Kurzem erschienene Ausgabe des großen biographischen Werkes von G. v. Glasenapp über Richard Wagner giebt vollkommene Veranlassung, das Verhältniß Wagners zu Heine, das bisher im Zusammenhange objectiv noch nicht dargestellt worden ist, näher zu beleuchten.

Den Beziehungen zweier so hervorragender Geister nachzugehen bietet ein doppeltes Interesse. Zunächst ein rein biographisches. Wir wollen die Wanderungen und Wandelungen der Helden kennen lernen. Derselbe Trieb, der uns in der Jugend dazu veranlaßt, den Schluß jedes Märchens wegen des Schicksals der Helden zu anticipiren, ist es wohl auch, der uns später so eifrig zu den Bekenntnissen, Memoiren und Briefen unserer Lieblingsdichter führt. Dann ist aber auch dieses Interesse ein sachliches. Es ist von Wichtigkeit, aus den persönlichen Beziehungen die Einwirkungen und Einflüsse des Einen auf den Anderen kennen zu lernen, um daraus Folgerungen zu ziehen, die für Beide bedeutsam sind. Meines Wissens sind die einzelnen Thatsachen, welche über dieses Verhältniß bekannt sind, bisher noch nicht mit genügender Vollständigkeit zusammengetragen. Nur das wichtigste Moment in diesen Beziehungen hat gelegentlich eine gründliche Durchforschung erfahren.

Es war im Winter 1839, als Wagner zum ersten Male durch Heinrich Laube bei Heinrich Heine in Paris eingeführt wurde. Er war im Herbst jenes Jahres nach Paris gekommen, als ein unbekannter Musiker „mit einer Frau, anderthalb Opern, einer kleinen Börse und einem furchtbar großen, furchtbar viel fressenden Hunde.“ An Bord eines Segelschiffes war er so von Riga nach London, von London nach Paris gezogen. In Paris wollte er nun zur Geltung kommen. Dort fand ihn Laube, der ihm schon in Leipzig einen Operntext „Kosciusko“ gedichtet hatte. „Es war ein merkwürdiger Kontrast,“ erzählt Laube, „als ich von der langen Unterredung mit Meyerbeer hinüberging in die ärmliche Wohnung Wagners und nun diesen rhapsodiren hörte über die Zukunft der Opernmusik. Dort wohl ausgeglichene Glätte des nordischen Meeres, hier Sturm und Ungewitter in den Wogen; dort mühsam erworbene Ruhe, hier Unruhe; dort Reichthum der äußeren Mittel, hier gänzliche Armuth.“ Laube führte Wagner bei Heine ein, damit dieser bei einflußreichen Landsleuten für den begabten Künstler etwas auswirke. Dies war die geheime Absicht, von der jedoch Wagner nichts wissen durfte. Offiziell stellte er ihn dem Dichter als einen deutschen Musiker vor, der gekommen sei, mit seinen Noten Paris zu erobern. „Heine faltete andächtig die Hände ob dieser Zuversicht eines deutschen Künstlers.“ Er selbst war damals gerade in den besten Verhältnissen. Kurz vorher hatte er Frau Mathilde geheirathet und stellte den Besuchenden mit Stolz seine junge Gattin vor. Es entspann sich nach diesem ersten Besuch ein reger Verkehr zwischen Heine und Wagner. Heinrich Laube, der darüber hätte genauere Auskunft geben können, wußte sich jedoch näherer Thatsachen kaum mehr zu erinnern, als ich ihn darum befragte. Nur dies stand ihm noch in bestimmter Erinnerung, daß Wagner damals ein begeisterter Verehrer Heines und seiner Dichtungen war, ohne die Auswüchse seiner Muse, namentlich nach der sittlichen Seite hin, gutzuheißen.

Neuerdings hat aber Friedrich Pecht, der Münchener Kunsthistoriker, in seinen Lebenserinnerungen Manches über diese persönlichen Beziehungen mitgetheilt. Danach war es Laube, der Wagner und ihm, die schon früher mit einander befreundet waren, bei einem gemeinschaftlichen Diner in dem damals berühmten italienischen Restaurant Brocci in der Rue la Pelletière gegenüber der großen Oper mit Heine zusammenbrachte. Heine hatte seine, wie der Kunstkenner Pecht behauptet, „damals entzückend schöne Frau“ mitgebracht, die lustig und naiv, wie ein Kind, für alle drei Herren „ein wahrer Augentrost war, und selbst die schöne Frau Wagner überstrahlte.“ Laube verstand es, den zunächst etwas blasirt auftretenden Heine durch Widerspruch zu reizen, die Liebenswürdigkeit Iduna Laubes that das Uebrige, um ein wahres Brillantfeuerwerk von witzigen Einfällen aus dem Dichter herauszulocken. „Unter solchem Sprühregen thaute auch der bis dahin schweigsam gebliebene Wagner auf und bethätigte nunmehr jene ihm eigene wunderbare Elastizität, die so seltene Fähigkeit, mitten in größter Bedrängniß und gemeiner Noth sich die vollkommenste Freiheit, den höchsten Aufschwung des Geistes zu bewahren. Er verstand vortrefflich zu erzählen, hatte das feinste Auge für komische Züge, das schärfste Gehör für die Stimmen der Natur wie auch den sichersten Geschmack für alles Schöne in der bildenden Kunst. Da er eben die abenteuerliche Reise von Riga auf einem kleinen Segelschiffe, durch den Sturm bis nach Norwegen verschlagen, ge-

---

*) Aus der „National-Ztg.“ vom 5./6. Juli d. J.

macht hatte, so fesselte er uns bald durch die Erzählung dieser Abenteuer." Im Verlauf der Unterhaltung wurden auch die politischen und literarischen Zustände der Heimath besprochen und selbstverständlich „mit Lauge übergossen." Plötzlich fiel es Heine ein, daß die drei munteren Gesellen bei ihren hochverrätherischen Gesprächen nicht genug Acht gegeben hatten, wer in ihrer Nähe säße. Pecht horchte nun in dem dicht gefüllten Salon herum und machte zu seiner nicht geringen Ueberraschung die Entdeckung, daß an sämmtlichen Tischen deutsch verkehrt wurde, der ihrige aber schon lange ein Gegenstand beständiger Aufmerksamkeit für alle übrigen geworden war. Das vertrieb sie. Nichtsdestoweniger wurden diese Diners nun bald da, bald dort fortgesetzt.

Nichts ist komischer als die Art und Weise, wie sich der officielle Wagner-Biograph mit der für ihn natürlich unangenehmen Thatsache freundschaftlicher Beziehungen seines Helden zu Heine abzufinden sucht. „Auch im ferneren Verlauf dieser ersten Pariser Epoche ist Wagner ab und zu mit Heine in oberflächliche Berührung getreten und hat ihn sogar in seiner Wohnung im Faubourg Poissonière aufgesucht", schreibt er. Dieses „sogar" ist geradezu köstlich, schade nur, daß der ganze Satz den vorhergegangenen Mittheilungen Pechts und der ausdrücklichen und glaubwürdigen Laubes gegenüber die Sache einfach auf den Kopf stellt.

Heine war es auch, der Wagner mit allen Notabilitäten seiner Kunst bekannt machte, vor Allem mit Maurice Schlesinger, dem bekannten Musikverleger, dem Wagner seine erste Pariser Arbeit übergab, eine Composition des Heine'schen Gedichtes: „Die beiden Grenadiere", das Loewe-Veimars für diesen Zweck ins Französische übersetzt hatte. . . .

Es ist Wagner bekanntlich in Paris schlecht ergangen und er war froh, in Maurice Schlesinger einen Verleger seiner Compositionen wie seiner musikalischen Aufsätze zu finden. Die Aufsätze Wagners in Schlesingers „Gazette musicale" sind ausgezeichnete schriftstellerische Arbeiten und gewannen schon damals den Beifall Vieler. Heine war von ihnen entzückt und verkündete das Lob Wagners mit Begeisterung in den Kreisen seiner Freunde. Wagner dagegen war bei aller Verehrung für Heine doch schon damals darüber im Klaren, daß „die schnell erschlaffte Spannkraft seines Talentes" daraus zu erklären sei, daß dessen üppige Wurzel aus der heimatlichen Erde gerissen wurde. Dieses Urtheil findet sich in einem bisher ungedruckten Aufsatz über Meyerbeer aus dem Jahre 1840, von dem nur einzelne Fragmente in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. In einer Pariser Correspondenz vom Juli 1841 aus Meudon nimmt Wagner sogar mit voller Entschiedenheit die Partei Heines in dem bekannten Duellstreit mit Salomon Strauß, dem Gatten von Börnes Freundin. Wagner schrieb: „Heine befindet sich in diesem Augenblick in einem Pyrenäenbade und liegt auf den Tod krank. Hatte er nicht den Muth, eine ihm zugefügte schmähliche Beleidigung zu rächen, so müssen wir ihn beklagen; keiner von uns aber hat das Recht, ihn deshalb zu schmähen, außer die Offiziere unserer Armee und die Landsmannschaften unserer Universität; beide aber geht Heine nichts an."

Die Anregungen aus dem Umgang mit Heine hatten aber noch eine tiefere Wirkung. Wagner selbst hat in seiner „Autobiographischen Skizze" das Nähere erzählt. Nur in der Redaction des Textes dieser Erzählung findet sich eine kleine Aenderung, die für die Darstellung des Verhältnisses zwischen Wagner und Heine wichtig ist. Wagner schildert nämlich seine berühmte Seefahrt von Riga nach London und sagt in der ersten Recension seiner „Autobiographie", die er für die „Elegante Welt" Heinrich Laubes 1843 schrieb, darüber Folgendes: „Diese Seefahrt wird mir ewig unvergeßlich bleiben; sie dauerte drei und eine halbe Woche und war reich an Unfällen. Dreimal litten wir vom heftigsten Sturm, und einmal sah sich der Capitän genöthigt, in einen norwegischen Hafen einzulaufen. Die Durchfahrt durch die norwegischen Scheeren machte einen wunderbaren Eindruck auf meine Phantasie. Die Sage vom fliegenden Holländer, wie ich sie aus dem Munde der Matrosen bestätigt erhalten, gewann in mir eine bestimmte, eigenthümliche Farbe, die ihr nur die von mir erlebten Seeabenteuer verleihen konnten." Später erzählt er, wie sich die Idee bei ihm zu einem dramatischen Stoffe gestaltete. „Der fliegende Holländer", dessen innige Bekanntschaft ich auf der See gemacht hatte, fesselte fortwährend meine Phantasie; dazu machte ich die Bekanntschaft von Heinrich Heines eigenthümlicher Anwendung dieser Sage in einem Theil seines Salons. Besonders die von Heine erfundene, echt dramatische Behandlung der Erlösung dieses Ahasoerus des Oceans gab mir Alles an die Hand, diese Sage zu einem Opern-Sujet zu benutzen. Ich verständigte mich darüber mit Heine selbst, verfaßte den Entwurf und übergab ihn dem Herrn Pillet mit dem Vorschlage, mir danach ein französisches Textbuch machen zu lassen." Eine kleine; aber, wie gesagt, wichtige Aenderung enthielt jedoch dieser Passus in den „Gesammelten Werken" — also fast dreißig Jahre später. Dort lautet der Satz folgendermaßen: „Besonders die von Heine einem holländischen Theaterstücke gleichen Titels entnommene Behandlung der Erlösung dieses Ahasoerus des Ozeans u. s. w." Der Unterschied zwischen dieser und der ersten Recension ist leicht zu erkennen. Schwer jedoch ist zu erklären, was Richard Wagner dazu bewogen hat, Heine die Originalität seiner Idee vom „fliegenden Hollander" streitig zu machen, um so mehr, da nun authentisch festgestellt ist, daß es überhaupt kein holländisches Theaterstück dieses Titels oder Inhalts giebt und man Heine wiedergeben kann, was ihm gehört.

Wir dürfen also annehmen, daß Richard Wagner die Worte Heines oder vielmehr seines Helden: „Auf diese Fabel gründet sich das Stück, das ich zu Amsterdam gesehen", wörtlich aufgefaßt hat, während sie wohl nur eine dichterische Fiktion sind. Auch eine ähnliche, von Verehrern Wagners ausgegebene Vermuthung hat kaum tiefere Begründung. G. von Glasenapp schreibt: „Heine seinerseits verdankte, wie vermuthet worden ist, die Anregung zu seiner Darstellung einem englischen Melodram von Fitzball, das während seiner Anwesenheit in London mit großem Erfolge gegeben wurde, in dem aber die Verbindung des Holländers mit einem Erdenweibe nicht zum Zwecke seiner Erlösung, sondern ihres Unterganges vor sich ging." Abgesehen davon, daß dieser Nachweis sachlich ungenau ist, klingt er auch genau nach dem Philister-Sprüchwort: Ganz dasselbe, nur umgekehrt! Weder hat Heine dieses Melodrama benutzt, noch hätte er es überhaupt zu benutzen gebraucht, da er schon in seinen Skizzen aus „Norderney" (1826) die Sage vom fliegenden Holländer erzählt. Schon damals schrieb er: „Ich gehe hier oft am Strande spazieren und gedenke unserer seemännischen Wundersagen. Die anziehendste derselben ist wohl die Geschichte vom fliegenden Holländer, den man im Sturm mit aufgespannten Segeln vorbeifahren sieht, und der zuweilen ein Boot aussetzt, um den begegnenden Schiffern allerlei Briefe mitzugeben, die man nachher nicht zu besorgen weiß, da sie an längst verstorbene Personen adressirt sind."

Ashton Ellis hat in dem Journal der englischen Wagner-Gesellschaft in einem ausführlichen Essay „From Fitzball to Wagner" die Frage gründlich erörtert, aber auch seine Schlüsse sind nicht richtig. Er kam zu dem Resultat, es sei allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Heine am 7. April 1827 einer Vorstellung des „Flying Dutchman" im Adelphi-Theater zu London beigewohnt habe. Diese Möglichkeit ist aber vollständig ausgeschlossen, wie sich der sonst so gründliche Autor aus jeder Heine-Biographie hätte überzeugen können. Am 7. April war Heine noch in Lüneburg bei seinen Eltern und erst in der zweiten Hälfte des Monats reiste er nach London. Aber Ashton Ellis giebt zu, daß von einer stofflichen Verwandtschaft zwischen Fitzballs Melodrama

und Heines Erzählung nicht die geringste Aehnlichkeit bestehe.

Auch Wolfgang Gotther hat in einer vortrefflichen literarhistorischen Studie in den „Bayreuther Blättern“ die Sage vom fliegenden Holländer auf ihr Alter und ihre einzelnen Bestandtheile kritisch untersucht. Nach seinen Ausführungen ist es bisher nicht gelungen, den fliegenden Holländer in älterer Zeit nachzuweisen; nur Aufzeichnungen aus dem neunzehnten Jahrhundert nennen ihn. Er fragt: „Sollte hier wirklich eine junge Sagenschöpfung vorliegen, welche der individuellen Kunstpoesie entstammt und von hier aus auch zum Theil volksthümlich wurde?“ Wie es scheint: Ja, da eine ältere Quelle eben nicht nachzuweisen ist. Galther meint, daß Heine vielleicht damals noch mündliche Ueberlieferungen zu Gebote gestanden haben. Seine Angaben über die eigentliche Sage stimmen mit den übrigen Zeugnissen in der Hauptsache überein, nur das Motiv der Erlösung durch treue Liebe fügt er aus eigener Phantasie hinzu. In der dramatischen Einkleidung der Sage ebenso wie in dem galanten Abenteuer, das Heine mit seiner Geschichte verknüpft, erblickt Go'ther die einzige thatsächliche Einwirkung der Theaterverhältnisse des Jahres 1827. Golther, der ein begeisterter Anhänger Wagners ist, sucht den Widerspruch zwischen den beiden oben citirten Aeußerungen des Meisters folgendermaßen zu erklären: „In den Gesprächen, die Richard Wagner mit Heine über den Gegenstand führte, sind sicherlich diese Dinge erwähnt worden. Dabei mag Heine allerdings gesagt haben, daß er von einem „Theaterstück gleichen Titels“ wisse, das der äußere Anlaß dazu war, daß er seine Geschichte in einer dramatischen Skizze hinwarf, aber den Inhalt entnahm er dieser angeblichen holländischen Vorlage nicht; den erfand er selber.

Aber alle Nachweise der Originalität dieser Idee stehen nur in zweiter Reihe neben dem vollen und uneingeschränkten Bekenntniß Wagners, daß ihm Heines „Fliegender Holländer“, der sich bekanntlich in den „Memoiren des Herrn von Schnabelewopsky“ befindet, „Alles an die Hand gab, diese Sage zu einem Opernsujet zu benutzen“. Das ist für uns das allein Wichtige. Und in der That baut sich die Handlung der Oper wesentlich aus dem prosaischen Entwurf Heines auf. Dort wie hier eröffnet die Begegnung zwischen dem fliegenden Holländer und dem Vater, Daland, das Stück. Es folgt der Diamantenhandel, die Werbung um die Tochter, die Begegnung mit dieser, nur daß Wagner Senta in einer Ballade das aussprechen läßt, was ihr bei Heine der arme Holländer beim Anblicke des Bildes erzählt, endlich im dritten Akt der Liebeskampf zwischen Beiden und die Erlösung mit den Worten: „Hier sieh mich, treu dir bis zum Tod.“ Man kann, vergleicht man beide Entwürfe, es nicht bestreiten, daß Heine die dramatische Grundlage zu dem Werke Wagners gegeben hat. Und dies ist um so wichtiger, als hier die Quelle entspringt, aus der Wagner selbst den ersten poetischen Labetrunk geschöpft hat. „Von hier an beginnt meine Laufbahn als Dichter“, sagt er in der „Mittheilung an seine Freunde“. Man wird es aus dem Späteren begreifen, warum ich hier besondern Werth darauf lege zu constatieren, daß gerade der ethische Schluß der Dichtung, die Sühne und Versöhnung durch die Treue des Weibes, das Leitmotiv für Wagners gesammte Dichtungen geworden ist. Dieses Weib wird dann in poetischer Entwickelung „das Weib überhaupt, aber das noch unvorhandene, ersehnte, geahnte, unendlich weibliche Weib — sage ich es mit einem Worte heraus: das Weib der Zukunft.“ Und da gerade dieses Motiv des Entwurfs das geistige Eigenthum Heines ist, so wird man wohl von einem entscheidenden Einfluß des Dichters auf den Tonkünstler sprechen dürfen.

Wenig ist zur Geschichte des „Fliegenden Holländers“ noch nachzutragen. Wie Wagner an der oben bereits angeführten Stelle mittheilt, verständigte er sich damals mit Heine und reichte seinen Entwurf der großen Oper ein. Das Schicksal desselben ist bekannt; Wagners Entwurf wurde angekauft und einem von Pillet protegirten französischen Componisten Dietsch übergeben. Unter dem Namen „Le Vaisseau fantôme“ ging diese Oper am 9. November 1842 in Scene und erfuhr eine Niederlage. Heine selbst berichtet darüber in seinen „Briefen über die musikalische Saison“ an die „Augsburger Allg. Zeitung“ wie folgt: „Der fliegende Holländer von Dietsch ist seitdem traurig gescheitert; ich habe diese Oper nicht gehört, nur das Libretto kam mir zu Gesicht, und mit Widerwillen sah ich, wie die schöne Fabel, die ein bekannter deutscher Schriftsteller (H. Heine) fast mundgerecht für die Bühne ersonnen, in dem französischen Text verhunzt worden.“ In demselben Bericht erzählt Heine auch von der Abreise Wagners nach Deutschland. Soviel ich weiß, ist dies die einzige Stelle in seinen Schriften, wo er des Künstlers erwähnt, mit folgenden Worten: „Welche, traurigen Erfahrungen mußte Herr Richard Wagner machen der endlich der Sprache der Vernunft und des Magens gehorchend, das gefährliche Project, auf der französischen Bühne Fuß zu fassen, kläglich aufgab und nach dem deutschen Kartoffellande zurückflatterte.“

Gustav Karpeles.

Zur Abwehr.

Bischof Dr. Sigmund Bubics. Eine Deputation der Kaschauer Judengemeinde begab sich jüngst unter der Führung des Ober-Rabbiners Simon Handler zum dortigen römisch-katholischen Bischof, Dr. Sigmund Bubics, um ihn aus Anlaß seiner Ernennung zum wirklichen Geheimen Rathe zu beglückwünschen. Auf die Ansprache des Ober-Rabbiners erwiderte Bischof Bubics ungefähr Folgendes: „Ich sage Sr. Ehrwürden dem Herrn Redner für seine glänzende Ansprache meinen besten Dank. Seine Worte haben auf mich einen unvergeßlichen Eindruck gemacht. Der Allmächtige erhalte ihn noch lange im Besitze seiner Kraft und seiner geistigen Fähigkeiten. Sofern die geehrte Deputation Ihre Religions-Gemeinde vertritt, wollen Sie derselben meinen Segen überbringen. Ich weiß, daß die größte Glückseligkeit eines Menschen die Religion bildet, und so wie es unstatthaft ist, das Glück des Andern zu stören, so ist es auch nicht erlaubt, seine Religion zu stören. Als Functionär unserer Kirche habe ich immer dahin gestrebt, daß alle meine Gläubigen die Religion und die Ueberzeugung des Andersgläubigen in Ehren halten. Ich persönlich empfinde für die israelitische Confession große Hochachtung, nicht nur weil ihre heiligen Bücher auch unsere heiligen Bücher sind, sondern weil ihre Angehörigen Gott in so hohem Maße ehren, daß sie, obgleich sie eine Vorstellung von ihm haben und ihn auffassen, soweit es der menschlichen Vernunft möglich ist, aus Ehrfurcht seinen Namen niemals aussprechen. Nachdem es meine Ueberzeugung ist, daß auch im Staatsleben die Achtung der lebensfähigen Kräfte, sei es auf dem Gebiete der Wissenschaft oder des Handels und der Industrie, außerordentlich wichtig ist, halte ich es für wünschenswerth, daß sich auch in unserer Stadt die Kräfte vereinigen, und daß insbesondere die gebildeten und befähigten Individuen einander gegenseitig unterstützen. Damit allein wird der Fortschritt gesichert. Seien Sie überzeugt, daß mir Ihr Glückwunsch große Freude bereitet, und daß ich die beredten Worte Ihres ehrwürdigen Sprechers, welche auf mich so große Wirkung übten, niemals vergessen werde.“

Antisemitismus in den Badeorten V. In der „Dtsch. Ztg.“ vom 5. Juli empfiehlt ein Herr Rudolph Vollrath seinen „Gasthof zum Deutschen Haus“ in Trautheim bei Nieder-Ramstadt im Odenwald mit den Worten: „Die Deutschen sind daselbst unter sich, denn Juden finden keine Aufnahme.“

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Reichstagsabg. Lieber-Stroga ist aus der deutschsozialen Reformpartei ausgetreten. Das „Graßenh. Tgbl." bringt für diesen Schritt nachstehende Erklärung:

„Der Reichstagsabgeordnete für unsern Kreis war als praktischer Landwirth der Ansicht, daß die Regreßpflicht der Jagdpächter, den Hasenschaden betreffend, abzuweisen sei, wie ja auch der Reichstag in diesem Sinne entschied. Die Fraktion der Refarmpartei enthielt sich der Abstimmung, was Herrn Lieber nicht gefiel. Darauf sollte unser Abgeardneter nun sich bei der Abstimmung über das bürgerliche Gesetzbuch als Mitglied der reformparteilichen Fraktion seiner Stimme enthalten. Da aber Herr Lieber der Ansicht war, daß das bürgerliche Gesetzbuch das den Verhältnissen entsprechend denkbar beste Werk sei und als wirkliche nationale That zur Vollendung gebracht werden müsse, so stimmte er entgegen den Beschlüssen der Fraktion für Annahme des bürgerlichen Gesetzbuches in britter Lesung. In Folge dessen wurde Herr Lieber van den Führern der Reformparteifraktian zur Rede gestellt."

Das Blatt fügt noch hinzu, daß Herr Lieber sein Mandat nicht niegerlegt, sondern wie der Reichstagsabgeordnete Sachße-Merschwitz als sogenannter Wilder im Reichstage verbleibt.

Die „Dtsch. Wacht" des Abg. Zimmermann bemerkt hämisch hierzu:

„Da Lieber weniger auf seine Person, vielmehr auf seine Zugehörigkeit zur Deutschsozialen Reformpartei hin gewählt worden ist, wird er den Vertrauensmännern der Partei, die mit rastloser Arbeit seine Wahl durchgesetzt, die verlangte Rechtfertigung nicht gut schuldig bleiben können. Daß er durch sein Verfahren unseren politischen Gegnern eine große Freude bereitet hat, das Zeugniß kann Herrn Lieber nicht versagt werden."

Birnbaum in Posen. Anfangs dieses Jahres gründete ein Herr Dunke in Birnbaum einen christlichen Turnverein („Jahn"), nach dessen Satzungen „Juden und Judengenossen" der Eintritt verwehrt war. Dieser Verein schloß sich dem antisemitischen Deutschen Turnerbund an Den Ehrenvorsitz bei dem 1. Schauturnfest am 5. Juli lehnten der Landrath, der Bürgermeister und ein bartiger Rittergutsbesitzer, Major a. D., ab.

Antisemitische Selbsterkenntniß. Der „Moderne Völkergeist", das Organ der Antisemiten Dühringscher Richtung, schreibt (Juli. S. 100):

„Ein Hauptkennzeichen der Geistesgestörtheit in jenem engeren und gewöhnlichen Sinn ist die dauernde Aufrechterhaltung jener groben Irrtümer gegenüber allen Berichtigungsklagen und Berichtigungsversuchen, auf die ein geistig normales Gehirn sofort den Irrtum von sich werfen würde."

Sehr richtig! Wenn aber antisemitische Zeitungen und Häuptlinge dauernd grobe Irrthümer in der Judenfrage aufrecht erhalten. trotz aller Berichtigungsversuche? Sind sie dann nicht „geistesgestört"? U. A. w. g.

In den Redactionsstellen der Zeitung „Das Volk" wird demnächst ein bezeichnender Wechsel vor sich gehen. Der jetzige Chefredacteur H. Oberwinder tritt zurück und wird nur noch christlichsozialer Parteisekretär bleiben; Herr von Gerlach ist gekündigt und wird von dem Urlaub, den er augenblicklich hat, nicht wieder zurückkehren.

Stuttgart, 1. Juli. Der Fall Paul Mayer wird nun doch zur Verhandlung kommen. Der Redakteur des „Beobachters" Karl Schmidt, hat die Redakteure der antisemitischen „Schwäbischen Reform" wegen Beleidigung verklagt. Im „Beobachter" war das Verhalten des Herrn Paul Mayer, der bekanntlich einen „Schutzvertrag" mit einem jungen Mädchen abschließen wollte, entsprechend kritisirt worden, worauf die „Schwäb. Ref." ihrem Gesinnungsgenossen mit einem Artikel zu Hilfe kam.

Edouard Demachy, ein französischer Skribent, erscheint jetzt in Paris als zweiter neben Edouard Drumont auf dem antisemitischen Plan. In einem zweibändigen Werke, von dem zwei Bände vorliegen, sucht er die Familie Rothschild totzumachen. Natürlich ergreift die „Kreuz-Ztg." die Gelegenheit, um das Werk und seinen Autor zu preisen. In ihrer Nummer vom 7. Juli giebt sie ein längeres Referat. Darin sind zwei handgreifliche Lügen enthalten, die beweisen, weß Geistes Kind Herr Demachy ist. Er nimmt nicht Anstand, die Rothschilds für den Brand des Ministeriums des Innern während der Kommune, d. h. für die Vernichtung derjenigen Archive verantwortlich zu machen, in denen alle Dokumente angehäuft waren, welche über das Vermögen und die Geschäfte dieser großen Familie Aufschluß geben konnten. Und zweitens macht Demachy für die Niederlage Napoleons I. lediglich die Rothschilds verantwortlich, welche, um ihr Vermögen zu retten, in Frankreich Spionendienste geleistet (1815), die Armee desorganisirt und Grouchy bestochen haben sollen.

An dieser Stichprobe erkennt man zur Genüge, daß Demachy nur ein Duzfreund der Scharffenstein, Paasch etc. ist. Viel Haß, viel Phantasie, aber Mangel jedes Wissens, das ist das Kennzeichen dieser Sorte von Skribenten.

Aus Oesterreich.

Vom antisemitischen Stadtrath zu Wien. In der Stadtrathssitzung vom 11. Juni referirte der Stadtrath Dr. Krenn über drei Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragte die Gesuchsgewährung für Wittler, Rosina Anna, Telegraphistin und für Aufner, Michael, Laternenanzünder. Der Antrag wurde angenommen. Es entsteht nun die Frage, was es mit dem dritten Gesuche für eine Bewandtniß hatte? Die Lösung des Räthsels besteht darin, daß der dritte Gesuchsteller ein — Jude war. Gegen den Mann, einen fürstlichen Stallmeister, lag gar nichts vor; trotzdem wurde er abgewiesen. In der gleichen Weise werden andere Gesuche um die Zuständigkeit aus confessionellen Gründen abschlägig beschieden oder liegen gelassen. Unter Hunderten von Verleihungen fällt kaum eine auf einen jüdischen Bewerber. Diese Handlungsweise mag den Wiener Antisemiten gefallen. Aber der Stadtrath beginnt auch das Mißfallen dieser zu erregen. Als der vom ehemaligen Stadtrathe Rückauf gestellte Antrag, dem bekannten Wiener Schulmanne und Tonkünstler Franz Mair ein Ehrengrab zu bewilligen, seltsamerweise nach einem Berichte des Dr. Kupka vom Stadtrathe abgelehnt wurde, schrieb die antisemitische „Deutsche Ztg." zu Wien: „Der Beschluß des Stadtrathes gehört zu jenen Unbegreiflichkeiten der jüngsten Zeit, die bereits allgemeines Kopfschütteln hervorrufen."

Franz Mair hat, wie die „N. Fr. Presse" (7. Juli) schreibt, als Gründer und Dirigent des „Schubertbundes", als Chormeister des niederösterreichischen Sängerbundes und als verdienstvoller Componist wie nicht minder als hervorragender Schulmann Ansehen und Popularität genossen. Seine Männerchöre und Lieder werden auch jenseits des Oceans mit großem Erfolge gesungen. Als diesem Manne, wiewohl er der Stadt Wien so viele Ehre gemacht, das Ehrengrab verweigert wurde, verzeichnete dies das Amtsblatt der Stadt Wien sehr verschämt, indem es Mair als den „Liedercomponisten F. M." bezeichnete. Daß Mair auch Chöre geschrieben hat, unter welchen sich der „Germanenzug" befindet, wußte man wohl nicht im Stadtrathe. Nun scheint die Wirksamkeit der Stadträthe selbst im Schooße der eigenen Partei allmählich starke Bedenken zu erregen. Der Stadtrath kann indessen erwidern, daß die schlimmsten „Unbegreiflichkeiten der jüngsten Zeit", unter ihnen in erster Reihe die Compromittirung der Salvator-Medaille, sämtlich von der antisemitischen Mehrheit mit größter Hingebung acceptirt worden sind.

Aus dem niederösterreichischen Landtag. In der Sitzung vom 3. Juli, die die Landtags-Wahlreform in Berathung zog, machten einzelne antisemitische Abgeordnete wüste Ausfälle gegen die Juden. Abg. Gregorig stellte den Zusatzantrag: „Juden, getaufte oder nicht getaufte, sind von dem activen Wahlrechte ausgeschlossen." Und er erklärte: „Der Jude ist gemeingefährlich, und es giebt gegen die Uebergriffe der Juden nichts Anderes, als die Confiscation der Judengüter, und bis das gesetzlich erreichbar ist, gebührt diesen überfrechen Individuen nichts als die Hundepeitsche."

Landmarschall: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Schneider: Ich stimme den Ausführungen des Abg. Gregorig zu, weil ich von der Ansicht ausgehe, daß das Wahlrecht nur von Menschen in menschlicher Gesellschaft ausgeübt werden kann. Nachdem die Juden uns nicht das Menschenrecht zuerkennen, so kann man auch von mir nicht verlangen, daß ich einem Juden das Menschenrecht zuerkenne. Ich bin der Ansicht, daß man den Juden das aktive und passive Wahlrecht nicht geben und dahin streben soll, daß der Umgang zwischen Menschen und Juden unter die Strafsanction des § 129 a des Strafgesetzes falle (Gelächter), nämlich Unzucht wider der Natur.

Berichterstatter Dr. Weitlof bemerkte, den gestellten Antrag könne Niemand ernst nehmen. Die Reform der Landtags-Wahlordnung werde von allen Seiten gewünscht. Man möge dieselbe durch solche Anträge nicht vereiteln. Für den gestellten Antrag ist kein anderer Erklärungsgrund zu finden, als daß die jetzige kurze Session dem Abg. Gregorig noch nicht Gelegenheit gegeben hat, eine Judenrede zu halten. Die haben wir schlucken müssen. Bei der Abstimmung aber möge man es sich überlegen, ob man wegen einer solchen Sonderpassion das Gesetz gefährden wolle.

Der Antrag Gregorig wurde sodann abgelehnt. Dafür stimmten die Abg. Schneider, Gregorig und Vergani.

Angesichts einer solchen Debatte muß man sich doch vielleicht fragen, ob der Judenhaß dieser Herren weniger den Politiker als den Irrenarzt interessirt?

Unter sich. Ein Führer der Wiener Antisemiten, Paul v. Pacher, geht mit den Christlich-Socialen scharf ins Gericht, weil der Denunciant Pfister die Salvator-Medaille erhalten hat. Er sagt:

„Zu Todtschlag kann die Notwehr führen, aber doch gewiß nicht zu Meuchelmord ... Wie will man aber ein Individuum taxieren, das, um seinem Rachegelüste zu fröhnen, von einem vor drei Jahren aufgeschnappten unvorsichtigen Worte seines angeblichen Beleidigers Gebrauch machend, diesen dem Strafgerichte ausliefert? ..

Kann man sich aber auch etwas Elenderes überhaupt noch vorstellen, als diesen Gang zum Polizeiamt?“

Herr Paul v. Pacher, der aber trotzdem sich zu den Gesinnungsgenossen Jener zählt, die einen Pfister der höchsten communalen Auszeichnung würdig halten, kommt schließlich zu der Ansicht, daß in Zukunft kein ehrenhafter Mensch sich die Salvator-Medaille werde anhängen lassen. Was kann die Salvator-Medaille für den, der an ihr hängt? Wenn Herr v. Pacher durch den Judenhaß nicht etwas um das klare Denken gebracht worden wäre, müßte er zu ganz anderen Schlußfolgerungen gelangen. Seine Schmähungen müßte er dann nicht gegen die unschuldige Medaille schleudern, sondern gegen Jene, die dieses Ehrenzeichen einem Unwürdigen verliehen haben.

Ein neues Schlagwort. „Gegen Juden und Junker“, „Gegen Juden und Advokaten“ 2c., solche Schlagworte ins Volk zu werfen, war der Antisemitismus stets bemüht. Jetzt hat er einen neuen Schlachtruf geprägt. Bei den Gemeindewahlen in Floridsdorf bei Wien erließ die Donaufelder christliche Volkspartei einen Wahlaufruf, in dem es heißt: „Keine Juden, keine Geistlichen!“ (s. „N. Fr. Presse“ vom 6. Juli).

Vermischtes.

Christlich-germanische Reclame. Das „Echo der Gegenwart“ rügt die skandalöse Art der Reklame, welche die Kaffeefirma P. H. Imhoffen in Bonn betreibt, indem sie das religiöse Gebiet, ja sogar die den Christen heiligsten Erzählungen aus dem neuen Testament zu Geschäftszwecken ausnutzt. Erläuternde Schriftworte sind jedem Bild untergedruckt und gleich darunter — auf derselben Seite — so z. B. nach den biblischen Worten „Vater, in Deine Hände befehle ich meinen Geist“ liest man dann: „Viktoria-Melange mit dem Bären“, u. s. w. Wir bemerken dazu, daß die Inhaber der Kaffeefirma Imhoffen in Bonn Christen sind.

München. Am 27. Juni kam es auf der Reunion zu Nymphenburg zu einem Streit zwischen dem Polytechniker M. Rosenblum aus Homburg und dem Kaufmann und Reservelieutnant Max Irlbeck aus Fürstenfeld-Bruck. Anlaß zu dem darauffolgenden Wortwechsel boten antisemitische Schimpfereien, weil Rosenblum getaufter Jude war. Er stammte aus einer israelitischen Familie, doch waren schon seine Eltern getauft. Der Student ein gewandter Säbelfechter, forderte hierauf den Reservelieutnant auf verschärfte Säbel. Dieser wollte sich aber nur auf eine Pistolenforderung einlassen, — er hatte schon früher mehrere Pistolenduelle —, und so wurde er auf Pistolen gefordert. Am Montag darauf fand die Sitzung des Ehrengerichts, aus Vertretern einer hiesigen Studenten-Korporation bestehend, statt. Die Forderung wurde genehmigt mit den Bedingungen: dreimaliger Kugelwechsel, 15 Schritte Barrière. Am 3. Juli Morgens um 2 Uhr kam das Duell zum Austrag bei Großhesselohe, einer Station der Isarthalbahn. Schon bei dem ersten Kugelwechsel stürzte Rosenblum zusammen, tötlich in die linke Brust unter der Achsel getroffen. Sein Gegner blieb unverletzt.

Der „Frankf. Ztg.“ ist folgende Darstellung des Sachverhaltes zugegangen: „Rosenblum betrat am 27. Juni Abends ein Lokal des Nymphenburger Volksgartens. Als er an einem Tische vorbeikam, an dem Kaufmann Irlbeck in Gesellschaft mehrerer Herren, anscheinend Offiziere, saß, bemerkte er, daß sich die Herren über ihn lustig machten. Rosenblum ging daher nochmals an dem Tisch vorüber und fixirte die Herren, die ihn weiter verhöhnten. Als dann Rosenblum aus der Abtheilung des Gartens, in der sich das zugetragen hatte, hinausging, folgte ihm Irlbeck. Rosenblum stellte ihn zur Rede und frug ihn, ob das Lachen ihm gegolten habe. Irlbeck erwiderte: Jawohl! Wenn man Ihre Physiognomie ansieht, muß man ja lachen. Rosenblum fragte nun den Irlbeck, den er vorher noch nie gesehen hatte, um seinen Namen. Irlbeck nannte ihn, fügte aber sofort hinzu, ob Rosenblum denn überhaupt wisse, ob er (Irlbeck) einem Juden Satisfaktion gebe? Diese Aeußerung Irlbecks fiel mit der weiteren Bemerkung: das sehe man ihm (Rosenblum) doch an der Visage an, daß er ein Jude sei. Rosenblum contrahirte nun Irlbeck. Dieser erklärte, er gebe auf blanke Waffen — Rosenblum wollte Säbel glacé stürzen — keine Satisfaction. Nach einer unter den Freunden Rosenblum's verbreiteten Version soll Irlbeck gesagt haben, einem Juden gebe er auf blanke Waffen keine Satisfaction. Die Richtigkeit dieser Version kann ich jedoch nicht verbürgen. Rosenblum stellte, auf die Weigerung Irlbeck's auf Säbel loszugehen, die Pistolenforderung. Der traurige Ausgang des Duells ist bekannt. Irlbeck scheint sich auf freiem Fuße zu befinden.“

Antisemitischer Exceß. Aufsehen verursachte dieser Tage in der Friedrich-Straße zu Berlin nahe dem Weidendamm, eine Schlägerei, welche zwischen zwei hiesigen Studenten stattfand. Die Scene entstand dadurch, daß der eine der beiden dem ihm begegnenden zweiten Studenten ohne Weiteres die Worte: „Pfui Jude“ entgegengerufen hatte, eine Aeußerung, die der Beleidigte mit einer Ohrfeige beantwortete. Der nunmehr folgenden Schlägerei wurde durch hinzukommende Schutzleute ein Ende gemacht und die Studenten wurden nach der Polizeiwache gebracht.

Sonderbares Christenthum. „Stecke dein Schwert in die Scheide“ sprach Christus zu Petrus. Der neuernannte französische Cardinal Boyer ist anderer Meinung. Er hielt in der ihm zugewiesenen Titularkirche zur heiligen Dreifaltigkeit am Pincio in Rom eine von politischen Schlagworten besäte Rede, welche in einen regelrechten Kampfruf gegen Deutschland ausklang. „Nie wird Frankreich“ — so schloß er seine Rede — „diesen Verlust (Elsaß-Lothringen

Anm. d. Red.) verschmerzen, nie wird Lothringen, was Willkür und nackte Gewalt auch beschlossen haben, deutsch werden. Kommen aber wird der Tag, wo der Geist der pucelle Frankreich wieder zum Siege führen wird, der Geist des starken Gottesglaubens und der opferfreudigen Liebe zum Vaterlande. Amen!" Ein sonderbares Christenthum, das einen Revanchekrieg predigt.

Jüdischer Reichthum. In New-York giebt es 500 Millionäre. 33 haben über 40 Millionen Mark; 15 über 100 Millionen. 6 über dreihundert Millionen. Es sind dies die bekannten Rockefelder, Gould, Vanderbilt u. s. w. Unter den 33 über 40 Millionen ist der „Allgem. Corresp." zufolge nur ein Jude. Dazu bemerkt die „Tgl. Rsch." am 9. Juli: „Bei so riesenhafter Höhe des Capitalismus braucht man aber überhaupt nicht mehr nach Name, Herkunft und Entstehung zu fragen. Es handelt sich in jedem Fall um eine ungesunde und unvernünftige Entwicklung." Warum fragt sie bei den Namen Rothschild und Bleichröder nach der Herkunft?

Judenverfolgung in Rußland. Der „Daily News" aus Odessa erzählt über eine Judenverfolgung in dem Städtchen Mlzabisch, im Gouvernement Kiew folgende Einzelheiten:

Ein Offizier, dessen Rang nicht angegeben wird, hatte in der Umgegend der Stadt gejagt und kehrte bei seiner Rückkehr ins Lager in einer von einem Juden gehaltenen Kneipe der Stadt ein. Er ließ sich ein Glas Schnaps geben und setzte sich, offenbar ermüdet, an den einzigen im Zimmer befindlichen kleinen Tisch, an dem ein russischer Bauer saß, der gerade seine Mahlzeit beendete. Anstatt sich ruhig auf den ihm hingestellten Stuhl zu setzen, schritt der Offizier auf den Bauer zu und schimpfte in den gemeinsten Ausdrücken, weil derselbe sich nicht erhoben und der kaiserlichen Uniform nicht den gehörigen Respekt erwiesen habe. Der Bauer erwiderte höflich, daß er nicht verpflichtet sei, jeden Offizier zu grüßen, da er nicht Soldat sei. Darauf griff der Offizier den Bauer in brutaler Weise an, indem er mit seinen Fäusten den Kopf und die Brust desselben bearbeitete. Der Bauer leistete keinen Widerstand, sondern versuchte aus der Kneipe heraus zu kommen. Das setzte den Offizier noch mehr in Wuth und in wenigen Minuten war der Bauer bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen; Kopf und Gesicht desselben waren blutüberströmt. Der jüdische Gastwirth stürzte sich jetzt auf den Offizier, um ihn zurückzuhalten, und erklärte ihm, daß er kein Recht habe, den Bauern anzugreifen. Der Offizier drohte zuerst, den Wirth niederzuschießen, stürzte dann aber plötzlich hinaus mit der drohenden Bemerkung, daß er gründlich Rache an dem Juden und seinem Volke nehmen werde. Er eilte darauf ins Lager und machte gegenüber seinen Untergebenen und den unter seinem Kommando stehenden Soldaten einige Bemerkungen, gab einem Unteroffizier und ungefähr 100 Mann Befehl, sich sofort in die Stadt zu begeben und den jüdischen Einwohnern eine „gründliche Lektion" zu ertheilen, wobei er es den Soldaten ganz freistellte, in welcher Weise sie die Züchtigung vornehmen wollten. Sechs Stunden später waren alle jüdischen und viele von Christen bewohnten Häuser zerstört oder geplündert. In den Straßen lagen zerbrochene Möbel, verheirathete Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, mehrere Personen sollen getödtet und viele verwundet worden sein.

Wie verlautet, sollen der gewaltthätige Offizier und seine Soldaten später gefangen nach Kiew abgeführt worden sein. Den Provinzblättern wurde verboten, etwas über die Affäre zu veröffentlichen.

Vom konfessionellen Kriegsschauplatze. Die Kreissynode Halle hat, wie uns mitgetheilt wird, beschlossen, durch den Synodalvorstand den evangelischen Einwohnern Halle's in geeigneter Weise bekannt geben zu lassen, daß sie es für eine Verletzung der Treue gegen das evangelische Bekenntniß ansieht, wenn für die Privatkrankenpflege die Dienste römischer Schwestern bevorzugt werden.

Christenhaß in China. Der zur Zeit in China sich wieder regende Haß der Eingeborenen gegen die fremden Missionäre hat wieder eine Reihe alter Beschuldigungen aufgefrischt. Wer die Geschichte der christlichen Missionen in China kennt, weiß, daß es nur „olle Kamellen" sind. Auch der Vorwurf der Zauberei ist nicht neuen Datums. Im Jahre 1877 war in Ning-Ko eine fremdenfeindliche Bewegung inscenirt worden. Die „Kathol. Missionen" (Freiburg i. B. 1877, S. 13) schrieben damals darüber:

„Um eben diese Zeit machte eine grause Mähre in Tschenklang, Nan-king, U-hu und den Dörfern Yang-tse-kiang die Runde. Haarzöpfe wurden in unerklärlicher Weise abgeschnitten durch daumenlange Papiermännchen, hieß es, die man durch die Luft habe fliegen sehen. Auch bis Ning-to drang die Kunde und ward von den Feinden des christlichen Namens dahi vervollständigt, die Missionäre besäßen die Kunst, die Zöpfe wegzuzaubern; sie brauchten nur ein Stückchen Papier in die Luft zu werfen und darauf zu blasen, und fort sei ein Zopf, dessen unglücklichem Besitzer dann auch drei Tage später das Lebenslicht ausgehe. Allgemeiner Schrecken. Kinder suchten den Zauber zu bannen, indem sie an ihre Zöpfchen Zettel mit abergläubischen Sprüchen hefteten; Erwachsene hielten den Zopf beständig in der Hand oder schoben ihn vorsichtig unter ihre Kopfbedeckung zurück. Alles das steigerte die Aufregung und den Haß und bereitete das Terrain für Jang-ton-lin's (ein den Christen feindlich gesinnter General. Anm. d. R.) und seiner Freunde Gewaltstreiche vor."

Preußenhaß in Sachsen. Man hat oft den Trugschluß gemacht, weil die Juden verhaßt seien, taugten sie nichts. Auch Stöcker hat sich dieses Trugschlusses im Parlament bedient. Und doch beweist der Haß stets eher etwas gegen die Hassenden als gegen den Gehaßten. Sonst käme man dahin, den Preußenhaß z. B. gegen die Preußen auszuspielen. Wie stark ein solcher im Jahre 1852 in Sachsen geherrscht hat, erzählt Theodor von Bernhardi in seinen „Tagebüchern". Er sagt nämlich (Bd. II S. 118):

„Was über den öffentlichen Geist in Sachsen verlautet, klingt wenig erbaulich. In Dresden hängt ja ziemlich Alles, was nicht Demokrat ist, Kammerherren, Beamte, Hoflieferanten usw. mit leidenschaftlicher Zuneigung an der Dynastie. In diesen Kreisen herrscht ein ganz abenteuerlicher Preußenhaß; was man Preußen Alles nachsagt, was man Preußen alles Schändliche zutraut, das übersteigt — wie man sagt — alle Begriffe, natürlich ist man für Oesterreich. — Im Lande dagegen ist man vielfach preußisch gesinnt; nur hin und wieder versprechen sich Fabrikanten im Vogtland Reichthum aan einem Anschluß an Oesterreich. In Leipzig endlich spricht die ganze überwiegende Mehrzahl sich unverhohlen in preußischem Sinne aus. Zu Weimar erzählte die Gräfin Beust mir schon früher, daß der Preußenhaß in den Schulen sehr sorgfältig genährt und gepflegt, ja förmlich als Wissenschaft gelehrt wird. Von einem Verwandten, der in Dresden im Cadettenhause ist, weiß sie, daß alle Stylübungen in der Schule diese Tendenz haben."

Briefkasten.

H. R. in Magdeburg. Die „Sachsenschau" vom 28. Juni schreibt: „Wir behaupten dreist, 90 p. Ct. sämmtlicher Juden kämen mit dem Strafrichter in Berührung, wenn ihre Vergehen ans Tageslicht kämen." Gegen solche Albernheiten läßt sich kein Material vorbringen. — Der Fall in Sagan ist leider wahr.

R. W. in Heidelberg. Der „Bad. Volksbote" hat unlängst eine Auseinandersetzung über Religion und Confession gebracht und ist auf diese drollige Leistung so stolz, daß das Blatt in jeder Nummer darauf zurückkommt und von uns durchaus widerlegt sein will. Der Artikel zeigt einen solchen Mangel an Kenntnissen, daß wir uns nicht berufen fühlen, der Redaktion zu Heidelberg eine Lehrstunde zu ertheilen. Sollte sie einmal einen wirklich kenntnisreichen Artikel bringen, — ob ihre Leser einen solchen auch wollen?, — dann werden wir antworten.

Dr. G. in Hamburg. Die „Deutsche Tagesztg." nennt sich, die „Deutsche Wacht", die „Deutsche Ztg" und die „Staats-Ztg." „die bedeutensten antisemitischen Zeitungen."

Dr. A. in Straßburg. Besten Dank. Der Artikel wird erscheinen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 12. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 29. Berlin, den 18. Juli 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zelle. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibe-sendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Zur Criminalität der deutschen Juden.

Von Theodor Zlocisti.

Wenn man sich ein Bild von der Zerrissenheit des deutschen Staatsorganismus machen will, so kann man eben so gut wie auf die Stellungnahme der einzelnen Völker zu Napoleon oder den Freiheitskriegen auf die Behandlung der Judenfrage hinweisen. Jeder deutsche Staat, von den großen Königreichen bis auf die Duodez-Fürstenthümer hinab, von Baiern bis Sigmaringen, alle hatten ihre Judendebatten, die sich Jahre lang hinzogen. Wie in Preußen die Schrift Dohm's über die bürgerliche Verbesserung der Juden, wie das immerwährende Drängen und Petitioniren Friedländer's und schließlich gar das Emancipations-Edikt vom 11. März 1812, so hatte jeder Staat beim Eintritt in die Berathungen zur Ordnung der Judenfrage eine große Reihe von Flugschriften polemischen und apologetischen Inhalts hervorgebracht.

Auch Württemberg hatte seine Juden-Debatte. Als im Jahre 1828 der Entwurf über die Gleichstellung der Juden einem außerordentlichen Landtage zur Discussion gestellt wurde, da erhob sich zugleich mit der Berichterstattung der eigens für diesen Entwurf ernannten Commission ein lebhafter Kampf der öffentlichen Meinung. Freilich brachten die hin und her, die für und wider geschriebenen Arbeiten ebenso wie die Menge Petitionen, die von den verschiedenen Ständen zu Gunsten und zu Ungunsten der Juden eingebracht wurden, wenig neue Momente herbei. Wer einmal diese Arbeiten gelesen, wer sie vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die 30er Jahre hinein verfolgt hat, der wird eine sich immer mehr steigernde Ermattung sowohl auf Seiten der Angreifer jüdischer Emancipation, als auch deren Vertheidiger wahrnehmen. War doch die Situation, in der sich die Juden befanden, in den einzelnen Ländern nur wenig differenzirt, und galten doch die Angriffe im Grunde immer nur den gleichen den Juden vorgeworfenen Fehlern.

In Württemberg hatte zunächst der als Publicist bereits bekannte Schriftsteller Dr. Karl Weil in einer Abhandlung über „Die Zulässigkeit der Juden zum Bürgerrecht", wenn auch nicht allzu geschickt nachgewiesen, daß die Juden weder staatsgefährlichen Grundsätzen huldigten, noch durch ihre Religion und speciell durch die Lehren des Talmud zur Schädigung des Gemeinwesens angeregt würden. Aber durch die schwache Beweisführung, durch die Heranziehung von Büchern und Citaten, welche sich ebenso gut gegen die Juden deuten ließen, gab er den Judenfeinden willkommene Angriffspunkte. Bald darauf erschien auch von Rudolf Mofer (1828) eine Schrift, „Die Juden und ihre Wünsche", in welcher er mit Leidenschaftlichkeit alle jene schon so oft gegen die Juden geschleuderten Beschuldigungen erhob. Wenn er auch nicht, wie einst Hartmann es gethan, mit einer mathematischen Genauigkeit, die einem Gauß Ehre gemacht hätte, wieder hervorgehoben hat, daß die Juden 287 Feiertage im Jahre hätten und somit als Bürger unbrauchbar seien — von den unsinnigsten historischen Fehlern wimmelt seine Arbeit dennoch, so daß sie später der geistvolle Authenrieth in den Landtagsverhandlungen mit sarkastischem Witze bespötteln konnte. Aber ein Angriff, der in den „Mittheilungen zur Abwehr des Antisemitismus" 1895 Nr. 52 für Preußen durch die von uns veröffentlichte Statistik David Friedländer's erfolgreich bekämpft wurde, daß nämlich die Juden Württembergs in höherem Maße am Verbrechen betheiligt seien, konnte damals aus Mangel jeglichen statistischen Materials nicht auf seine Berechtigung geprüft und eventuell als unwahr zurückgewiesen werden. Daß jedenfalls diese Anschuldigungen für das der Emancipation in Württemberg folgende Decennium nicht zutreffen und daß sich ferner für den Fall der Richtigkeit der Behauptungen Mofer's wiederum der alte Satz bewährt, daß dem eine größere bürgerliche Freiheit eine höhere Sittlichkeit und geringeren Antheil am Verbrechen im Gefolge hat, kann durch die Zahlen erhärtet werden, welche in der „Monatsschrift für die Justizpflege in Württemberg" vom Jahre 1841 der Vicedirector von Steubel in seiner Abhandlung, betitelt „Beiträge zur Statistik der höheren Civil-Strafanstalten im Königreich Württemberg" gegeben hat.

Die mit ungeheurem Fleiße zusammengetragene, absolut tendenzfreie Arbeit beschäftigt sich mit den Zahlenverhältnissen der Gefangenen nach ihren verschiedenen Categorien, verglichen mit dem Gange der Bevölkerung. Sie umfaßt den Zeitraum vom 31. December 1827 bis 30. Juni 1839 und ist aufgebaut auf den amtlichen Verzeichnissen über die Zahl der Gefangenen, welche jährlich bei dem königl. Strafanstalten-Collegium angefertigt wurden, ferner auf den Notizen über die Bevölkerung, die sich in den „Württemberg. Jahrbüchern", ebenso wie in den Hof- und Staatshandbüchern finden. Geben wir nun zunächst einen tabellarischen Ueberblick über den Stand der zum Schlusse des Verwaltungsjahres in den Strafanstalten befindlich gewesenen Gefangenen, wobei bemerkt werden muß, daß für die Jahre 1827—1830 das Etatsjahr von 31. December bis zum 31. December, dagegen von 1831 vom 30. Juni bis zum 30. Juni zählt.

Jahr	Anzahl d. Gefg.	evang. Gefg. Bestd. procentual	evang. Bevölk. Procentsatz	kath. Gefg	kath. Bestd.	kath. Bevölk	jüdisch. Gefg.	jüdisch. Bestd.	jüdisch. Bevölk
1827	891	64,1 %	68,7 %	491	35,3 %	30,7 %	8	0,6	0,6 %
1828	936	67,3 %		477	34,3 %		6	0,5	
1829	839	60,4 %		509	36,6 %		10	0,7	
1830	879	63,2 %		427	30,7 %		5	0,4	
1832	849	61,0 %	70,7 %	462	33,2 %	31,5 %	6	0,5	0,7 %
1833	834	60,0 %		471	33,8 %		9	0,7	
1834	773	55,6 %		462	33,2 %		8	0,6	
1835	846	60,9 %	71,7 %	463	33,3 %	32,2 %	11	0,8	0,7 %
1836	892	64,2 %		487	35,0 %		14	1,0	
1837	979	70,4 %		529	38,0 %		9	0,7	
1838	981	70,6 %		512	36,8 %		12	0,9	
1839	1003	72,2 %	74,1 %	492	35,3 %		8	0,6	

Aus dieser Tabelle ergiebt sich, daß bei den Juden das Verhältniß zwischen Einwohnern und Gefangenen zwar ständig gewechselt, daß es aber nur selten und dann nur wenig den Prazentsatz überschritten hat. Zieht man nun zu dem **höchsten** Gefangenen-Bestande in den einzelnen Jahren die Beaölkerungsziffer heran, sa ergiebt sich, daß am 30. Juni 1839 bei den eaangelischen auf 1132,2 Einwahner 1 Gefangener, am 31. December 1829 bei den Katholiken auf 942 Einwahner 1 Gefangener und am 30. Juni 1836 auf 780,5 jüdische Einwahner 1 Gefangener kammt. Wenn wir in diesen Zahlen eine höhere Belastung der Juden finden, sa dürften die Zahlen, die das Verhältniß der Beaölkerung zum niedrigsten Gefangenen-Bestande angeben, das Plus bei den Juden ausgleichen. Es kamen nämlich am 30. Juni 1834 auf 1401 eaangelische Einwahner, am 31. December 1831 auf 1121,3 kathalische Einwahner ein Gefangener, während bei den Juden am 31. December 1830 auf 2039,2 Einwohner erst ein Gefangener kam.

Da nun diese Zahlen noch kein klares Bild geben, weil nur die **am Schlusse** jeden Etatsjahres in den Gefängnissen **varhandenen** Sträflinge in Betracht kammen, sa zieht der Verfasser nach die Zahl der im **Verlaufe** des Jahres eingelieferten Gefangenen heran, wadurch die Zahlen etwas aerschaben werden. Es wurden eingeliefert im Jahre 1828 2176 eaangelische Gefangene 1946 kathalische Gefangene und 9 jüdische Gefangene, d. h. es waren van hundert Gefangenen 69,5% eaangelische, 30 2% kathalische und 0,3% jüdische. Im Jahre 1838/9 2408 eaangelische, 981 kathalische und 20 jüdische, d. h. auf 100 Gefangene kamen 76,9% eaangelische, 23,4% katholische und 0,7% jüdische.

Die Zahl der eingelieferten Gefangenen hat samit in den 11 Jahren zugenommen um 232 evangelische = 7,4%, 35 kathalische = 1,1%, 11 jüdische = 0,4%. Die **meisten** Gefangenen wurden eingeliefert im Jahre

1838/39 mit 2408 eaangel. = 76 9%
1835/36 „ 1119 kathol. = 35,7%
1836/37 „ 22 jüdisch. = 0,7%

Die **wenigsten** wurden eingeliefert im Jahre

1833/34 mit 1875 evangel. = 59,9%
1830 „ 902 kathal. = 28,8%
1828 „ 9 Juden = 0,3%

Nach Heranziehung des Verhältnisses der Einwahnerzahl ergiebt sich, daß je **ein** Gefangener kammt im Jahre

1833/34	auf 577,6	evangel.	Minimum der Einlieferung
1838/39	„ 460,7		Maximum „ „
1830	„ 530	kathal.	Minimum „ „
1835/36	„ 443		Maximum „ „
1828	„ 1080	Juden	Minimum „ „
1836/37	„ 501,5		Maximum „ „

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß selbst im Jahre 1836/7, wo die Ziffer der in die Gefängnisse eingelieferten Juden ihr Maximum erreicht, die Zahl nur um weniges geringer ist, als das Minimum bei den eaangelischen und kathal schen; daß dagegen das Minimum bei den Juden im Jahre 1828 beinahe doppelt so graß ist als bei den Eaangelischen und Kathalischen.

Da nun der Durchschnitt des Decenniums 1829 bis 1838/39 3174 eingelieferte Gefangene ergiebt und zwar

2135 eaangelische, d. h. 67,3%
1022,8 kathalische „ 32,3%
16,4 jüdische „ 0,5%, sa erhellt, wenn man das Verhältniß der Einwahnerzahl während der 10 Jahre: 68 7% eaangelische
30,7% katholische
0,6% jüdische heranzieht, daß der Prazentsatz der jüdischen Gefangenen den der jüdischen Beaölkerung nach nicht erreicht.

Betrachten wir nun, wie sich die Gefangenen auf die aerschiedenen Strafanstalten aertheilen.

Strafanstalt.	eaangel.	kathol.	jüdische
Zuchthaus	53,5%	46,5%	0,0%
Arbeitshaus	65,1%	34,1%	0,8%
Polizeihaus	68,3%	31,4%	0,3%
Festung, Arrest-, Strafanstalt	81,3%	17,8%	0,9%

Wenn man übrigens, was wir hier wegen des engbemessenen Raumes uns aersagen müssen, die Zahlen jedes einzelnen Jahres mit einander aergleicht, sa zeigt sich, daß speciell bei den **Kathaliken** sich das Zahlenaerhältniß aan Jahr zu Jahr bessert. Die Erklärung, die der Verfasser für diese Erscheinung giebt, hat auch für die Betrachtung der jüdischen Verhältnisse eine gewisse Bedeutung. Wir führen sie an, nicht nur weil auch gegen unsere kathalischen Mitbürger der Varwurf größerer Betheiligung am Verbrechen zuweilen erhaben wird, die in der That bestehen sall, sicheilich aber **nicht durch die Religian** bedingt ist, sandern weil sie im allgemein n ein Maßstab für die sittlichende Kraft der Volkserziehung und Volksbildung ist. Mit dem Beginn des Jahrhunderts wurden nämlich die Verhältnisse speciell der **kathalischen Volksschule** wesentlich gebessert! In Betreff der Juden faßt der Autar die Zahlenreihen, die bei der geringen Anzahl der Israeliten natürlich sehr schwankend sind, in dem Satze zusammen, daß das Verhältniß zwischen Einwohner und Gefangenen im allgemeinen für die Juden **sehr günstig** ist.

Im Verlaufe dieser Abhandlung haben wir die Zahl der am **Schluß** des Jahres **aarhandenen** und der im Laufe des Jahres **eingelieferten** Gefangenen betrachtet. Einen Maßstab für die Schwere der Verbrechen und samit für die Dauer der Inhaftirung wird man durch die Differenz der Zahlen der im Jahre eingelieferten und der am Schlusse des Etatsjahres in den Anstalten varhandenen Gefangenen finden, Angaben, welche das Zahlenoerhältniß der in den Zuchthäusern Inhaftirten bestätigen. Während hieraus resultirt, daß die Katholiken für das Zuchthaus, die Eaangelischen für die Festung, Arrest- und Strafanstalten häher betheiligt sind, kamen bei den Israeliten keine schweren Verbrechen aar.

Nach den Strafarten geardnet zeigt sich die Zahl der israelitischen Gefangenen überhaupt als recht unbedeutend; Am 31. December 1827 gab es deren nur einen Palizeihausgefangen, 6 Arbeitshausgefangene, einen Zuchthäusler. Am 30. Juli 1839 aber 2 Palizeihaus-, 6 Arbeitshausgefangene und keinen Zuchthäusler. Im Zuchthause befand sich aam Jahre 1827— 1830 nur ein Gefangener und seit jener Zeit bis 1839 keiner. In den Palizeihäusern waren während der Jahre 1828, 29 und 30 ebenfalls keine jüdischen Gefangenen, während als höchste Zahl israelischer Polizeihausgefangener am 30. Juni 1835,36 und 38 je 3 erscheinen. Etwas höher war die Zahl der jüdischen Arbeitshausgefangenen, welche zwischen 4 und 11 schwankt, ahne während der 12 Jahre erheblich zu aariiren.

Nicht wesentlich anders stellen sich die Zahlen der im Verlaufe der Jahre **eingelieferten** Gefangenen dar. Sie sind unter mancherlei Abweichungen van 17 auf 18 gestiegen. Es wurden nämlich, ahne daß jemand ins Zuchthaus eingeliefert, d. h. zur Zuchthausstrafe aerurtheilt warden war, im Jahre

1829 4 dem Polizeihaus, 13 dem Arbeitshaus, im Jahre 1838/39 14 dem Polizeihaus, 6 dem Arbeitshaus überwiesen. — Die meisten Einlieferungen fanden statt 1838/39 14 ins Polizeihausgefängniß, 1829 13 in das Arbeitshaus. Die wenigsten 1830, 2 in das Polizeihaus, 1831/2 und 1838/39 6 in das Arbeitshaus. Da nun vorher für den Durchschnitt des Decenniums 1828 — 1838/39 16,4 Gefangene für die Juden in Anrechnung gebracht wurden, so vertheilen sich 7,4 auf das Polizeigefängniß und 9,0 auf das Arbeitshaus.

Die Zahlen der zur Festung, Arrest- und Strafanstalt Verurtheilten wurden in Steubel's Arbeit gesondert betrachtet. Im ganzen waren am Schlusse des Verwaltungsjahrs im Durchschnitt 14 Christen vorhanden, während sich israelitische Gefangene in denselben am Schlusse des Jahres niemals befanden. Eingeliefert wurden im Mittel 26 Christen und 0,4 Juden. Diese Zahlen lehren also, daß der Aufenthalt der israelitischen Gefangenen in keinem Falle ein Jahr überschritten hat.

In seiner Arbeit bringt der Verfasser die Zahlen außer nach dem Verhältnisse von Geschlecht und Religion auch nach dem Vermögensstande und Gewerbe gruppirt. Für die letzte Rubrik stehen ihm freilich nur die Zahlen für die 3 letzten Jahre zur Verfügung.

Da aber für den Autor keinerlei Gründe apologetischer Natur bestimmend waren, so hat er leider nicht auch die confessionellen Verhältnisse bei den Gewerbetreibenden berücksichtigt. Wenn er bei dem näheren Eingehen auf die Vermögensverhältnisse der Sträflinge zu dem Resultate kommt, daß die Armuth in den meisten Fällen Veranlassung zum Verbrechen giebt, so hätte er auch bei genügendem Material aus der Antheilnahme der Gewerbetreibenden den Schluß ziehen müssen, daß die Juden, weil sie den größten Procentsatz zum Kaufmannsstande stellen, an den kaufmännischen Delikten am stärksten betheiligt sind, eine Thatsache, welche David Friedländer in seinen Aktenstücken geahnt und die neuerdings edirte „Criminalität der deutschen Juden" unumstößlich dargelegt hat.

Nachdem wir aus dem reichen Zahlengewirr all die Tabellen herausgeschält, die in ihrer eigenartigen Sprache uns von der Antheilnahme der verschiedenen Confessionsangehörigen an dem Verbrechen erzählen, wollen wir zum Schluß noch auf zwei Gesichtspunkte hindeuten, die sich uns der eine direkt, der andere indirekt aus der Arbeit eröffnen. In der Einleitung giebt der Verfasser als einen Zweck — wenn auch nicht den wesentlichsten — an, „den Einfluß auszumitteln, welchen während des Zeitraums 1827—1838/39 die verschiedenen Zustände, namentlich das Geschlecht, die Heimath, die Religion &c. auf die Zahl und die Art der Verbrechen und Vergehen ausgeübt haben."

Es entzieht sich leider unserer Beurtheilung, ob wir in der Anführung der Religion als einflußreiches Moment auf die Zahl und Art der Verbrechen lediglich einen lapsus calami zu sehen haben, oder ob der Verfasser in der That der Religion eine Bedeutung für die Art &c. der Vergehen zuweist. Daß es manche Religionen — wenn man es so nennen will — giebt, die gewisse Verbrechen nicht nur für erlaubt, sondern gar für ein gottgefälliges Werk halten, dürfte jedem, der einige Kenntniß der Religionsform z. B. indischer Sekten hat, bekannt sein. Daß aber unsere hehren Religionen, sowohl das Christenthum, wie das Judenthum, — „das semitische Gift", wie es die Dühringianer nennen — die reine Höhe idealer Sittlichkeit anstreben, davon sind heut ja alle vernünftigen Menschen und zumeist die Herren Antisemiten — man verzeihe das Compliment — überzeugt. Gerade die Antisemiten haben diese Ueberzeugung gewonnen, hat doch ein Theil ihrer Führer bereits die „Neigung der Juden zum Verbrechen" — der Rasse — nicht mehr der Religion zuweisen wollen. Unterstützt würden sie dann — wenn auch ganz indirekt — durch die Untersuchungen des „Forschers" Lombroso, der ganz allgemein bei Verbrechern eine eigene Gestaltung des Gehirns und speziell der Stirnwindungen gefunden haben will.

Es war in der That ein befreiendes Werk, das der Geh. Sanitätsrath Baer vom Gefängniß Plötzensee unternommen hat. Er hat dem quälenden Gedanken die wissenschaftliche Basis genommen, der unsere Ueberzeugung einer sittlichen Weltordnung über den Haufen rennen mußte und der, weil eine neu aufringende Kunstrichtung ihn aufgriff und zum agens machte, ungemeine Verbreitung fand, — wir meinen den Gedanken, daß einzelne Menschen und ganze Gruppen — und was sind Nationen anders — durch ihre physische Anlage gezwungen sind, verbrecherisch zu handeln. Baers Verdienst besteht darin, den Beweis geliefert zu haben, daß die Verhältnisse und die äußeren Umstände den Menschen auf die schiefe Bahn führen: „Es giebt keinen „geborenen Verbrecher" und sonst auch nicht jenen Fatalismus, welcher unerbittlich und grausam den Menschen zum Verbrechen treibt. Der Verbrecher ist vielmehr das Produkt der sozialen Verhältnisse." (Sitzungsbericht der ethnologischen Gesellschaft 1894).

Und der zweite Punkt, auf den wir hindeuten wollten, war die mangelnde Beweiskraft kleinerer Zahlen. Auch die Zahlen, die uns die Statistik bietet, haben eine Grenze der Wahrscheinlichkeit, eine Grenze, bei der Betrachtungen und Consequenzen Halt machen müssen. Man denke daran, die Juden stellten nicht 16,4 Gefangene in jedem Jahre — ich exemplifizire auf eine Zahl in dieser Arbeit —, sondern 20. Sofort würde der Prozentsatz die Einwohnerverhältnißzahl bedeutend übersteigen. Wie thöricht wäre es, eine größere Neigung zum Verbrechen oder zu einer bestimmten Art von Verbrechen aus dem Umstande zu formuliren, daß in einem Jahre — wer weiß, durch welche Umstände — 3 Juden mehr verurtheilt würden. Für die Criminalstatistik gilt in höherem Maße jenes Gesetz, das man nach Poissons Vorgang das „Gesetz der großen Zahl" genannt hat — jenes Gesetz, das da lehrt, daß sich die meisten beobachteten Regelmäßigkeiten nur zeigen, wenn man auf große Zahlen zurückgeht, und daß alle Consequenzen nur bei größeren Verhältnissen berechtigt sind.

Hans von Mosch

fährt fort, in seiner „Dtsch. Reform" den „Einigkeits-Schwindel" der Antisemiten zu beleuchten. Am 12. Juli schreibt er:

„Die Agitation wird „raubbaumäßig", nicht systematisch betrieben! Die auf Honorare angewiesenen Redner sprechen nicht dort, wo es nöthig ist, sondern dort wo man Honorare zahlen kann. Die kleinen Vereine, namentlich die in der Provinz, können infolgedessen nicht wachsen und die großen Vereine werden durch zum Theil weit übertriebene Forderungen in Schulden gestürzt und langsam zu Grunde gerichtet.

Wieder wird Liebermann von Sonnenberg angegriffen:

Herr von Liebermann hat immer behauptet, nur Ahlwardt und Dr. Böckel seien daran schuld, daß die Partei nicht gedeihe; nun, A. und B. sind längst hinaus aus der Bewegung, nicht zum wenigsten hinausgedrängt durch Herrn v. Liebermann; **aber gerade seitdem Herr v. L. unumschränkter Diktator ist** und selbst Herrn Zimmermann anscheinend „müde" gemacht hat, **ist die antisemitische Partei mächtig bergab gegangen!** Wir wollen Rektor Ahlwardt und Dr. Bockel als Menschen durchaus nicht in Schutz nehmen, als Politiker aber verfolgten sie eine Richtung, die der Bewegung tausendmal dienlicher war, als die des Herrn v. Liebermann!

Auf den in der letzten Nummer der „Mittheil." wiedergegebenen Angriffe des Herrn von Mosch hat die „Staatsb. Ztg." am 12 Juli im „Briefkasten" geantwortet. Mosch werde „ja schon längst von Niemand, der ihn kennt, mehr ernst genommen. Solche Ausbrüche verletzter persönlicher Eitelkeit können doch nur lächerlich erscheinen." Darauf antwortet „Freidschl." vom 14. Juli wieder:

„Die Ausführungen der betr. Zeitung sind denn doch nicht ohne weiteres zutreffend. Es nehmen sehr viele Leute jenen Herrn

sehr ernst und, was er schreibt, ist zum Theil nur allzu wahr. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken, und vor allem hat nicht ein einzelnes Blatt, zumal eins, das die Parteigrundsätze nicht einmal am eigenen Leibe durchführt, ein Recht, eine derartige Sprache zu führen."

Ein Briefwechsel.

In Nr. 27 unserer „Mittheilungen" hatten wir geschrieben:

Die „Staatsbürger-Zeitung" mag zwar das „Berliner Tageblatt" nicht leiden, doch seine Nachrichten stiehlt sie gern ohne Quellenangabe. So hat sie es erst jetzt mit dem neuen Handelsminister Brefeld gemacht. Das ist die „teutsche" Ehrlichkeit dieser Sorte von Blättern.

Darauf erhielten wir das folgende Schreiben:

Herrn Redakteur Carl Schmidt
hier
Magdeburgerstr. 13

ersuchen wir um gefl. Aufschluß über die Briefkastennotiz in Nr. 27 der „Mittheilungen", die „Staatsbürger-Ztg." und das „Berl. Tageblatt" betreffend, da uns ihr Inhalt vollständig unverständlich ist.

Hochachtungsvoll
Redakt. d. Staatsbürger-Ztg.

Wir helfen dem Verständniß der Redaktion durch nachstehendes Schreiben bereitwilligst nach:

Herrn Redakteur Dr. Bachler
hier, Lindenstr. 69

theilen wir als Antwort auf die Zuschrift vom 8. Juli mit, daß die „Staatsb.-Ztg." vom 25. Juni (Nr. 300) die Angaben über den neuen Handelsminister Brefeld wörtlich dem „Berl. Tagebl." vom 28. Juni (Nr. 824) entnommen hat, und zwar ohne Quellenangabe. Wir hoffen, daß unsere Briefkastennotiz Ihnen nunmehr verständlich sein wird.

Hochachtungsvoll
Redaktion der „Mittheilungen".

Antisemiten und Conservative.

Antisemiten und Conservativen liegen sich jetzt wieder arg in den Haaren. Liebermann v. Sonnenberg rechnet in seine „Antis Corr." den Conservativen vor, daß die Antisemiten ihnen 15 Wahlkreise verschafft und die „Kreuz-Ztg." revanchirt sich ärgerlich. „Freidtschl." ist mit dem Bruch sehr zufrieden und schüttet ihren Groll über die Conservativen in seiner Nummer vom 16. Juli aus:

„Sind die Conservativen denn überhaupt ein Gegner, den man Grund hat zu fürchten? Sie an und für sich nicht, so lange es nach Recht und Gesetz zugeht. Der Durchschnitts-Conservative ist viel zu faul, beschränkt und unwissend, um als politischer Gegner ernst genommen zu werden. Leider aber gibt's weite Landestheile, zumal im Osten, wo das Wahlrecht in der That überhaupt nicht vorhanden ist. Dort allerdings können sie uns sehr erheblich schaden, freilich kaum mehr, als es bisher geschehen ist. Denn viel toller, als schon jetzt üblich, kann Lokal-Abtreiberei, Wahlbeeinflussung durch kenntliche Stimmzettel und Druck auf wirthschaftlich Abhängige u. dergl. m. kaum betrieben werden. Dagegen sind wir im Stande, dem Feinde gegenüber einen Gegendruck auszuüben, den man gegen den angeblichen Bundesgenossen nicht im vollen Umfange hat anwenden wollen. Jede conservative Ungesetzlichkeit muß an den Pranger gestellt werden, wo es möglich ist, auch dafür gesorgt werden, daß diejenigen Herren, die's gar zu arg machen, 'mal ein par Monate hinter Schloß und Riegel kommen. Was meinen Sie, Herr Graf Arnim auf Mellenau? Das ein par Jährchen durchgesetzt, dann werden die politischen Wegelagerer der Ostprovinzen verschwinden wie einst ihre hochwohlgeborenen Vorfahren die Herrrn Leuteausplocher und Kuhdiebe.... Wo unser Wahlwerben auf guten Boden fiel, war der Conservative bei Hand, den Auch-Antisemiten zu spielen; wo dies nicht gut schien, kehrte er den Gegner heraus. Wo er sich sicher fühlte, verhinderte er, oft genug mit behördlicher Unterstützung, unsere Thätigkeit, wo er rote Anwandlungen fürchtete, ebnete er uns die Wege. Stets bereit, bald tückisch lobend uns zu verdächtigen, als seien wir seine geheimen Parteigänger, bald lärmend uns als verkappte Förderer des Umsturzes zu unterdrücken. Sein schonendes Lächeln, der Druck seiner wohlgepflegten Finger nichts als List und Verroth!

Auch in Sachsen regt sich wieder die Feindschaft gegen die Antisemiten. So veröffentlicht ein Conservativer im amtlich conservativen „Chemnitzer Tageblatt" vom 9. Juli folgenden Artikel, betitelt „der Niedergang des Antisemitismus".

Daß der Antisemitismus nicht nur in Sachsen, sondern auch im übrigen Deutschland im Rückgang begriffen ist, ist eine Thatsache, welche nur diejenigen leugnen können, deren Blick durch die Parteibrille getrübt ist. Daß eine Partei keine Zukunft haben konnte, die zwar den Patriotismus und die Königstreue fortwährend im Munde führte, dabei aber mit den demagogischsten Mitteln, die Volksleidenschaften aufstachelte, haben weiterblickende Politiker längst vorausgesehen, wenn es auch kurze Zeit, namentlich nach den 1893r Reichstagswahlen, den Anschein hatte, als ob die Partei in der deutschen Politik eine Rolle mitzuspielen berufen wäre. Namentlich die Erfolge in Sachsen (die Antisemiten siegten, allerdings in Stichwahlen mit Hilfe der geschmähten Cartellparteien, in 6 Wahlkreisen) ließen den Herren den Kamm gewaltig schwellen. Seit dieser Zeit ist aber in der Bewegung mindestens ein Stillstand eingetreten. Zwar haben sie in einer Nachwahl zum Reichstage, in Waldeck, einen Sieg erfochten, doch diesem Sieg steht der Verlust des Reichstagsmandats in Dresden-Land gegenüber und dieser Verlust wird durch den einen Sieg nicht im entferntesten aufgewogen, da der Dresdner Kreis von den Sozialisten erobert worden ist. Hierdurch ist auch die antisemitische Behauptung widerlegt, daß nur der Antisemitismus den Sozialismus mit Erfolg bekämpfen könnte.

Der schwerste Schlag und die größte Enttäuschung aber widerfuhr den Antisemiten bei den vorjährigen sächsischen Landtagswahlen. Trotz größter Agitation und trotz der vorher erschienenen glänzenden Versammlungsberichte, brachte die Partei keinen einzigen ihrer Candidaten durch und nur in zwei Wahlkreisen erzielte sie eine achtunggebietende Minorität. Auch bei sämmtlichen in letzter Zeit stattgefundenen Ersatzwahlen erzielte die Partei klägliche Resultate. . . .

. . . Die Antisemiten versprechen sowohl der Industrie, wie der Landwirthschaft ihre Hilfe, sie spielen sich als Retter der kleinen Bauern, des Arbeiters und des Mittelstandes auf, sind also in dieser Beziehung sehr vielseitig. Wie aber niemand zweien Herren dienen kann, so können sich auch die Antisemiten nicht gleichzeitig als Vertreter der Industrie und der Landwirthschaft hinstellen, da beider Interesse sich sehr oft entgegen läuft. Gegen die Handelsverträge, die der Industrie wohl zweifelhaft genützt haben, haben die Herren gestimmt, auf der anderen Seite stimmen sie fast für jede Zollerhöhung, die im Reichstage beantragt wird. Hieraus geht hervor, daß der Antisemitismus mehr landwirthschaftliche Interessen verfolgt, als städtische und aus diesem Grunde wird es auch dahin kommen, daß derselbe in den Städten allen Einfluß verlieren und mehr eine agrarische Partei werden wird. — Ein weiterer Grund für den Rückgang scheint das Mißgeschick zu sein, das die Partei mit verschiedenen ihrer Führer hatte. Schon zu wiederholten Malen sind einzelne derselben mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen. Ist hieraus der Partei selbst auch kein Vorwurf zu machen, so bleibt doch ein gewisses Mißtrauen im Volke zurück, wenn in einer Partei, die sich als allersittlichste aufspielt, derartige Dinge mit solcher Häufigkeit vorkommen.

Ferner ist es schon mehrfach dagewesen, daß sich die antisemitischen Abgeordneten im Reichstage bei wichtigen Abstimmungen der Stimme enthielten und das gerade in Fragen, wo das Volk verlangt, daß Farbe bekannt wird. Die Herren thaten dies jedenfalls nur, um nach keiner Seite hin Anstoß zu erregen, wie z. B. bei der „Hasenfrage". Hier wollten sie der kleinen Bauern wegen nicht „Nein" sagen, auf der anderen Seite wollten sie es aber jedenfalls auch nicht mit den großen Grundbesitzern verderben.

Alles dieses sind Sachen, welche das Volk nicht versteht und die dazu beitragen werden, daß die Bewegung weitere Einschränkung erfährt. Es ist diese Wandlung mit Freuden zu begrüßen, denn die antisemitische Partei ist eine überflüssige Partei, sie ist schuld gewesen an den großen Verwirrungen, die in die Kreise der Ordnungsparteien getragen worden sind. Mit dem Verschwinden des Antisemitismus werden auch die Zustände in der conservativen Partei wieder gesunden. H. M.

Zur Abwehr.

Erzbischof Dr. v. Stablewski warnte, als er noch Probst in Wreschen war, von der Kanzel herab die Versammelten vor Unfrieden mit den jüdischen Mitbewohnern. Damals schrieb er, so berichtet der „Israelit" (No. 55) an die Witwe des verstorbenen Kgl. Kreisphysikus Dr. Paradies Folgendes:

Sehr geehrte Frau! Es giebt Schmerzen, in denen jeder menschliche Trost vergeblich wäre und die nur lindern kann ein Aufblick nach Oben! Und doch — sehr geehrte Frau, kann ich mir nicht versagen, Ihnen in dieser traurigen Stunde zu erklären, daß Ihr Schmerz auch unser Schmerz ist, daß, wenn Sie in dem Verblichenen mit Recht einen innig geliebten Gatten betrauern, wir einen menschenfreundlichen, uneigennützigen Arzt und edlen Mitbürger betrauern. Er fiel wie ein tapferer Soldat als Opfer seines erhabenen Berufes. An seinem Grabe darf ihm deshalb das Zeugniß nicht versagt werden, daß er in

seinem reinen, aufrichtigen Herzen weder die Schranken der Religion noch der Nationalität kannte, um seine Menschenliebe zu bethätigen. Dies war das Geheimniß, durch welches sich der Verblichene die Achtung und die Liebe so weiter Kreise erworben hat. Ihr Schmerz, sehr geehrte Frau Kreis-Physikus, um den Verlust eines solchen Gatten möge, wenn nicht Trost, so doch Beruhigung und Linderung in dem Glücke finden, daß das Andenken Ihres theuren Verstorbenen bei Freunden und Bekannten stets in Ehren bleiben wird. Mit der Versicherung des aufrichtigen Mitgefühls zeichne ich

Hochachtungsvoll
Dr. v. Stablewski.

Antisemitismus in den Badeorten VI. Die „Voss. Ztg." theilt folgendes mit: Zwei Damen, Israelitinnen, beabsichtigten ihre Ferien im Nordseebad Juist zu verleben. Da sie aber gehört hatten, daß dort ebenfalls der Antisemitismus sein Wesen treibe, so fragten sie bei der Badedirection an, ob sich dies in der That so verhalte, und die Badedirection antwortete darauf, daß sie, die Badeverwaltung „als solche sicher nicht so ist", daß den Israeliten der Aufenthalt aber dort nicht angenehm gemacht würde und ihnen daher nur zu rathen wäre, Juist nicht zu besuchen.

Der Fall Aronsohn. In Bromberg hat eine Wahl viel Aufsehen gemacht, die unlängst der Provinzialausschuß für den Bezirksausschuß getroffen hat. Der verstorbene Kaufmann Kolwitz war Mitglied des Bezirksausschusses, sein Stellvertreter Herr Aronsohn. Der Provinzialausschuß hat nun zum Mitgliede des Bezirksausschusses nicht diesen Herrn gewählt, sondern den conservativen Hofgärtner Böhme aus Bromberg, der ein tüchtiger Geschäftsmann ist, aber Ehrenämter in Bromberg noch nicht bekleidet hat. Die „Freis. Z." bemerkt dazu: „Nach einer Angabe soll er früher einmal stellvertretendes Mitglied des Bezirksausschusses gewesen sein. Herr Aronsohn dagegen war in Bromberg sechs Jahre lang Armenbezirksvorsteher, fünfzehn Jahre lang Stadtverordneter, sechs Jahre Magistratsmitglied und drei Jahre stellvertretendes Mitglied des Bezirksausschusses. Aber freilich, Herr Aronsohn ist Jude, und der Oberpräsident v. Wilamowitz-Möllendorf soll es nicht gewünscht haben, daß Herr Aronsohn zum Mitglied des Bezirksausschusses gewählt werde."

Der Magistrat von Bromberg hat in einer Resolution dem Provinzialausschuß über diese Wahl sein Befremden kundgegeben. Es heißt in der Resolution wie folgt:

Der Magistrat gebe zu, daß Herr Böhme ein ehrenwerther Bürger und ein in seinem Fache achtbarer und tüchtiger Geschäftsmann sei; trotzdem sei es bedauerlich, daß nicht Herr Aronsohn gewählt sei. Bei der bedeutsamen Stellung, die der Bezirksausschuß als Gerichtshof für das öffentliche Recht einnehme, müsse Bromberg als die größte Stadt des Regierungsbezirks als Vertreter wenigstens ein Mitglied im Bezirksausschuß haben, das erschöpfende Auskunft über die kommunalen Verhältnisse zu geben im Stande sei. Dieser Forderung entspreche Herr Aronsohn in ausgiebigstem Maaße, da er sowohl seit langen Jahren als Stadtverordneter und Stadtrath mitten im kommunalen Leben stände, als auch das erkrankte bisherige Mitglied im Bezirksausschuß fast ständig vertreten habe. Herr Böhme sei dagegen in der städtischen Selbstverwaltung noch nicht thätig gewesen und dürfte nicht in der Lage sein, über Fragen der städtischen Verwaltung Auskunft zu ertheilen. Mit dem Amt eines Bezirksausschußmitgliedes dürfte in der Regel auch der beste Bürger seine Thätigkeit im Dienste der Stadt beschließen, aber nicht beginnen. Der Magistrat müsse bemüht sein, das Recht der Selbstverwaltung für die Zukunft zu wahren, und bitte daher den Vorsitzenden des Provinzialausschusses, vorstehende Erklärung entgegen zu nehmen.

Diese Resolution wurde auch der Bromberger Stadtverordnetenversammlung mitgetheilt. Aber der Vorsteher, Professor Bokusch, hielt die Versammlung nicht für zuständig. Oberbürgermeister Braesicke, der anderer Ansicht war, wollte wenigstens Kritik an dem Verhalten des Provinzialausschusses geübt wissen. Der Stadtverordnetenvorsteher aber hielt auch eine solche Kritik für unzulässig, und die Versammlung lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen ab, einen Beschluß zu fassen.

Jüdische Soldaten. Beim letzten Sedanfest hatten die städtischen Behörden zu Nordhausen u. a. auch beschlossen, die in den Kirchen usw. befindlichen Erinnerungstafeln an die Feldzugsgefallenen auf städtische Kosten bekränzen zu lassen. In der am 14. Juni d. J. stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurde nun gelegentlich der Rechnungslegung seitens des Referenten hervorgehoben, daß in dieser Beziehung unter den neun Gotteshäusern der Stadt die jüdische Synagoge den Ehrenplatz einnehme, da in ihr nicht weniger als neun Erinnerungstafeln an Angehörige der jüdischen Gemeinde vorhanden seien, die in den Feldzügen von 1806 ab, also seitdem Nordhausen nicht mehr freie Reichsstadt, sondern preußisch ist, auf dem Schlachtfelde geblieben sind.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der antisemitische Reichstagsabg. Lieber, der aus seiner Fraction ausgetreten ist, hat sein Vorgehen am 8. Juli in einer Vertrauensmännerversammlung der deutschsozialen Reformpartei zu Großenhain begründet. Als Parteipapst hatte Abg. Zimmermann in seiner „Dtsch. Wacht" decretirt (10 Juli): „Selbstverständlich candidirt Herr Lieber bei den Neuwahlen 1898 nicht wieder, sondern es wird von unserer Partei ein überzeugter Reformer als Candidat aufgestellt." Die Versammlung zu Großenhain war eine unangenehme Antwort darauf. Mit höhnischer Freude berichten die conservativen „Dresd. Nachr." vom 11. Juli darüber:

„Was in den „Dresdener Nachrichten" seit Jahren als Warnung gepredigt worden ist, daß die antisemitische Bewegung ... unter der Führung der Herren Zimmermann u. Gen. so versumpfen müsse, daß alle ernst und ehrlich gesinnten Staatsbürger mit Widerwillen sich von ihr abwenden müssen, — dieses Urtheil ist Herrn Osw. Zimmermann von dieser Vertrauensmännerversammlung der deutschsozialen Reformpartei im 7. sächsischen Wahlkreis in's Gesicht geschleudert worden und Herr Zimmermann müßte, wenn er vor der politischen Ueberzeugung seiner Gesinnungsgenossen noch eine Spur von Achtung hätte, eingestehen, daß er hiernach einfach nicht mehr mitzureden hat. ... Wie sich die Verhältnisse in der Partei jetzt glücklicher Weise entwickelt haben, könnte bis dahin sich doch eine Säuberung vollzogen haben, bei der Herr Zimmermann und seine Genossen zu jenen Kreisen abgeschoben würden, wo sein verhaltener demokratischer Radikalismus mit lauterem Hurrah aufgenommen wird. Für die deutschsoziale Reformpartei wäre dies zweifellos der größte Gewinn, denn unter ihrer jetzigen Führung hat sie allen Credit verloren.

Auch die Vertrauensmännerversammlung zu Großenhain bewies, so schreibt das „Großenhainer Tageblatt", „daß jene radikal-demokratisch gefärbte reformerische Richtung, wie sie Herr R.-A. Zimmermann und sein Organ, die „Deutsche Wacht", wie nicht minder die Meißner „Mittelf. Ztg." &c. predigen und vertreten, zum Heile unserer politischen gesunden Weiterentwickelung Schritt für Schritt an Boden verlieren."

Abg. Zimmermann ist über die „Dresd. Nachr." natürlich sehr erbost. In seiner „Dtsch. Wacht" vom 12. Juli urtheilt er über dieses doch gut antisemitische Blatt:

„Das Blatt, an dem durch Speculation auf die niedrigsten Leidenschaften der Menschennatur Millionen verdient werden, weiß ganz genau, daß es selbst zu den giftigsten Pflanzen jener Spezies gehört, die man sonst als „Judenpresse" bezeichnet. Für unser sächsisches Vaterland sind die „Dresdener Nachrichten" die stärkste Quelle der Corruption in politischer wie sittlicher Hinsicht."

Ph. Köhler, der hessische Antisemit, scheint sich zum antisemitischen Sigl ausbilden zu wollen. Am 15. Juli schreibt er in seiner „Dtsch. Volkswacht":

Ich glaube, daß es zur Zeit der Inquisition in Spanien kaum ungemüthlicher gewesen sein mag als heute im gelobten Deutschen Reich wendisch-kassubischer Nation, in der jeder Doctor, Schutzmann, Unteroffizier Einen „gesetzlich" schinden darf nach Herzenslust. — Ergebenst! Ph. Köhler VI., Langsdorf.

Adolf Braunmann, der Redacteur des antisemitischen „Freideutschland“ hat 1891 eine kuriose Schrift aerfaßt, betitelt „Großpreußen aber die verfehlte Neugestaltung Deutschland. Eine Auseinandersetzung für den deutschen Spießbürger“. Diese Broschüre wird im antisemitischen „Valk“ aom 10. Juli, nachdem eine Schrift aon G. a. Gärne besprachen warden, wie folgt charakterisirt: „O, über diese Nörgeler, Mißmuthigen und kleinen Seelen, die zu keiner herzhaften Freude am Vaterlande fähig sind, diese dreimal Weisen, die ganz genau wissen, welche Tröpfe die ersten Staatsmänner der Welt gewesen sind und die auf Schritt und Tritt den Friedrichen und Bismarcks (wohlgemerkt besandeis in der auswärtigen Palitik) ungeheure Fehler nachzuweisen verstehen! . . . Görnes Schrift erinnert mich an ein Pamphlet, das sich in ähnlichen Gedankengängen bewegt und im Jahre 1891 bei Adolf Reinecke in Berlin erschien, „Großpreußen oder die aerfehlte Neugestaltung Deutschland“. Das war aerfaßt aan einem jener unglücklichen sauertöpfischen Menschen, die gar kein Verständniß für Realitäten und kein Herz für wahre Größe haben und denen im Leben häufig gar übel mitgespiell worden ist. Der Arme versuchte später sein Heil bei dem bald verkrachten Unternehmen „Freideutschland.“ Wo er jetzt ist, weiß ich nicht. (Immer noch in der Red. aon „Freidtschl.“, das auch noch nicht „verkracht“ ist. Anm. der Red.) Solche Leute lieben es, sich als aerkannte Genies aufzuspielen; in Wirklichkeit sind sie bedauernswerthe Träumer.“

Dr. Friedrich Lange's geringes Wissen affenbart sich in jeder Nummer seiner „Dtsch. Ztg.“ Die „Danz. Ztg.“ hatte die Namen der 33 reichsten New-Yorker Bürger angeführt, worunter sich bekanntlich nur ein Jude (Henry Hart) befindet. Dr. Lange glaubt nun, (s. „Dtsch. Ztg.“ aom 16. Juli) die Namen John Jakob, Moses Taylar, Daaid Daws 2c. seien jüdisch. Er sollte doch wissen, daß Amerikaner und Engländer — namentlich puritanische Familien — mit Vorliebe biblische Namen tragen.

Kehl (Baden), 9. Juli. Der Vorfall in Bodenweier, über den wir kürzlich berichtet, fand heute sein gerichtliches Nachspiel. Die Angeklagten (19 Persanen) sind theilweise Viehtreiber und theilweise Handelsleute. Letztere jüdischer Confessian. Sie waren geständig, den antisemitischen Agitalar und Redakteur Th. Reuther thätlich angegriffen zu haben. Derselbe sei blutig geschlagen worden, aber sie seien durch dessen maßlose Hetzereien dazu gereizt worden. Er hatte u. a. gesagt, die Juden hätten im deutsch-französischen Krieg Leichen beraubt und Finger, an denen Ringe waren, abgeschnitten.

Seine Verallgemeinerungen aller bösen Thaten, die Juden verübt, oder die man ihnen andichtete, hätten unbedingt reizen müssen. Der Spruch des Gerichts fiel demgemäß auch gelinde aus. Die Angeklagten wurden mit 14 Tagen Gefängniß bestraft. Van Einfluß bei der ganzen Schlägerei waar das gespendete Bier, und das Gericht hat dies im Urtheil anerkannt, aber es mußte eine Untersuchung darüber, aon wem und zu welchem Zwecke es gespendet wurde, unterbleiben.

Wer die badischen Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen kennt und weiß, wie die Geldmänner der herrschenden Parteien Freibier spenden, dem wird die Sache weit gelinder erscheinen als Anderen, aber auch wiederhalt zur Verurtheilung dieser bäsen Landesstilten aeranlassen. Die angeblich jüdischen Bierspender haben ebenso wie die Juden, die an der Schlägerei betheiligt waren, ihrer Sache gegen den Antisemitismus, so gerecht sie an sich auch ist, nicht nur nichts genützt, sondern geschadet, und der Vaifall möge daher als warnendes Beispiel dienen.

Verband für Schleswig Holstein und Hamburg. Auf dem Parteitage der „Deutschsazialen Reformpartei“, der am 12. Juli in Kiel abgehalten wurde, wurde ein „Verband für Schleswig-Halstein und Hamburg“ gegründet. Friedrich Raab (Hamburg) wurde zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt, Graf zu Reaentlaw auf Wulfshagen bei Kiel zum 2., Kassenwart wurde Rechtsanwalt Jaeobsen (Hamburg) und Schriftführer Kaufmann Jordan.

Unglaublich, aber wahr! Unter dieser Spitzmarke aeröffentlichte die antisemitische „Hann. Post“ vor einiger Zeit einen Artikel, in welchem behauptet wurde, ein alter Jude hade in einem Hannvaerschen Blatte ein hübsches Mädchen als Modell für einen jungen Kunstmaler gesucht und den sich auf das betreffende Inserat meldenden jungen Damen unsittliche Anträge gemacht. Da die hierüber angestellten Erkundigungen ein durchans negatives Resultat ergaben, erwartete man, daß die Staatsanwaltschaft die geeigneten Schritte thun würde, um entweder den „alten jüdischen Lüstling“ zur Rechenschaft zu ziehen, oder, falls wie zu erwarten war, die Geschichte erfunden sein sallte, dem Herrn, der der „Hann. Post“ die Schauergeschichte aufgebunden hatte, für die Zukunft das Handwerk zu legen. In der That hat die Königl. Staatsanwaltschaft die Sache aufgenommen und eine Untersuchung wegen Kuppelei eingeleitet, dagegen ein Vorgehen gegen den aerantwortlichen Redaeteur abgelehnt. Jetzt theilt nun die „Hannoversche Past“ selbst mit, daß gegen ihren Redacteur in dieser Sache ein Verfahren wegen groben Unfugs schwebe. Danach scheinen die Untersuchungen wegen Kuppelei ein negatiaes Resultat ergeben zu haben.

Aus Oesterreich.

Die Beduinen und Dr. Lueger. Von einem aus Ostasien heimkehrenden Missionsschiff meldet das antisemitische „Deutsche Valksblatt“ zu Wien eine sehr merkwürdige Geschichte. Einige Offiziere fanden beim Aufstieg auf die Cheaps-Pyramide in fußhohen Buchstaben ein „Hoch Lueger!“ gepinselt. Die gläubigen Leser des „D. V.“ erfahren noch außerdem, daß, „die als Fremdenführer dienenden Beduinen allen diese Pyramide Besteigenden mit Stolz diese Aufschrift zeigen“. Zwar pflegen die Beduinen weder lesen, noch schreiben zu können; am allerwenigsten ist es recht zu begreifen, wo sie unsere aon den arabischen Schriftzeichen einigermaßen abweichende Schrift erlernt haben sallten. Verdammt gescheite Kerle, diese Beduinen! Nur einen Fehler haben sie: sie nennen sich bekanntlich, wie alle Araber, mit Stolz „die Söhne Sem's.“ Diesen Stalz werden sie sich abgewöhnen müssen, sonst werden sie es schließlich doch mit dem „Deutschen Volksblatt“ aerderben.

Gegen den Boycott der Deutschen und Juden hat der Bezirkshauptmann aon Littau in Böhmen den Gemeindeoorstehern seines Bezirkes folgeades zur Publieirung zugeschickt:

Warnung.

In letzterer Zeit wiederholten sich Fälle, daß in einzelnen Gemeinden die Bevölkerung von Agitatoren aus Littau zu dem Zwecke aufgehetzt wurde, um bei den deutschen Geschäftsleuten in Littau und bei Geschäftsleuten jüdischer Confession dortselbst nichts mehr zu kaufen.

Durch dieses Vorgehen werden gewiß die betreffenden Geschäftsleute und Gewerbetreibenden in ihrer Existenz bedroht, und ein solches Beginnen erscheint in jeder Beziehung als ein unerlaubtes Eingreifen in die geltende Rechtsordnung. Die Bevölkerung wird demnach im Interesse der Erhaltung des öffentlichen Friedens und der öffentlichen Ordnung von jeder Theilnahme an einer solchen Verhetzung mit dem Bemerken auf das strengste gewarnt, daß jedes dagegenzielende Beginnen nach dem Gesetze verfolgt wird. K. k. Bezirkshauptmann Jelinek m. p

Die deutschnationale Burschenschaft „Germania“ an der Innsbrucker Uniaersität wurde van der österreichischen Regierung aufgelöst, weil sie in einem

Aufruf zur Agitation für eine Umformung des österreichischen Hochschulwesens auf deutschnational-antisemitischer Grundlage aufgefordert hatte. Uebrigens wurde die Aufforderung der „Germania" von der Mehrzahl der Burschenschaften abgelehnt.

Der Prozeß gegen die Grazer Antisemitenführer Feichtinger und Dr. Starkel endete noch sechstägiger Verhandlung mit der Verurtheilung beider. Feichtinger erhielt 1 Monat Kerker und Dr. Starkel eine Woche Arrest mit Fasten verschärft. Wir kommen in der nächsten Nummer auf den interessanten Prozeß zurück.

Vermischtes.

Frau Geheimrath Lippmann. Mit anderen Zeitungen haben auch wir die Notiz gebracht, wonach Frau Geheimrath Lippmann, die auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß über die Thätigkeit der Frau im Gemeindeleben gesprochen, eine ungetaufte Jüdin sei. Das „Volk" vom 10. Juli sagt: „Wir können aus bester Quelle versichern, daß diese Nachricht unwahr ist." Dem gegenüber erklären wir, daß die Dame Jüdin war. Dem „Volk" zufolge — ist sie also jetzt Christin.

Bei der Reichstagsstichwahl in Schwetz-Neuenberg hat der deutsche Candidat, der Reichsparteiler Holtz-Parlin über den polnischen Candidaten gesiegt. Noch in letzter Stunde wurde eifrig bei den jüdischen Wählern agitirt. Der „Graudenzer Ges." schrieb:

„Und noch ein Wort zu den jüdischen Wählern. Herr Holtz-Parlin hat wiederholt die bündigsten Erklärungen abgegeben, daß er nicht Antisemit sei; es wäre eine Beleidigung, wenn man seinen Worten nicht glauben wollte. Aber außerdem wissen wir, daß die Antisemiten im Reichstage in erster Linie gekämpft haben, um seine Wahl für ungültig zu erklären. Dadurch ist seine Stellung zum Antisemitismus aufs deutlichste klargestellt. — Wo finden wir denn antisemitische Bestrebungen? In Berlin und anderen großen Städten, in unserer Provinz überhaupt kaum irgendwo. Wie wenig sie aber im Schwetzer Kreise vorhanden ist, beweist der Umstand, daß der Schatzmeister des Vereins zur Wahrung deutscher Wahlinteressen ein Jude ist, Herr Mühlenbesitzer Bieber in Schönau. Hiernach ist zu erklären, daß der jüdische Wähler, der Herrn Holtz nicht wählt wegen seiner Stellung zur Judenfrage, wider besseres Wissen handelt und sich seinen Mitbürgern verächtlich macht."

Wie die „Köln. Volksztg." vom 10. Juli meldet, hat auch der Verein zur Förderung des Deutschthums an eine Anzahl jüdischer Wähler Briefe mit Stimmzetteln für Herrn Holtz gesandt, und zwar waren diese Briefe sämmtlich in hebräischer Sprache geschrieben.

Vom „Denunziren". Seiner wiederholten Ankündigung gemäß hat der Abgeordnete Bebel den „Bund der Landwirthe" bei der Staatsanwaltschaft „denunzirt". Letztere soll dadurch veranlaßt werden, gegen den Bund auf Grund der Strafbestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts in gleicher Weise einzuschreiten, wie sie es seinerzeit gegen die socialdemokratische Parteiorganisation gethan. Das Wort „Denunziation" ist durchaus falsch. Durch solche Eingaben werden die Gerichte gezwungen, auch zu regierungsfreundlichen Körperschaften Stellung zu nehmen. Entweder wird der „Bund der Landwirthe" ebenso behandelt, wie die Socialdemokraten, dann wird auch er sich der Agitation gegen das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht anschließen da er dessen Unzweckmäßigkeit am eigenen Leib gespürt hat. Oder der „Bund der Landwirthe" wird anders behandelt. Dann hat die Socialdemokratie ein eklatantes Beispiel dafür, daß es in Deutschland ein Recht mit doppeltem Boden giebt.

Das ist auch der Grund, weswegen wir gegen die „Denunziationen" des „Centralvereins dtsch. Staatsb. jüd. Gl." nichts einzuwenden haben, wenn unser Verein auch selber niemals welche einreicht oder anstrebt.

Neue Blutbeschuldigung. Die conservativ-antisemitischen „Tilsiter Nachrichten" brachten Ende Juni folgende Notiz unter der Ueberschrift „Ritualmord?":

„In dem Hause eines jüdischen Geschäftsmannes in dem benachbarten Kirchdorfe S. diente ein christliches Mädchen. Nachdem dasselbe in einer Nacht mit ihrer Freundin die auf der Bleiche befindliche Wäsche ihrer Dienstherrschaft bewacht hatte, wurde ihr, als sie am Morgen nach Hause kam, von ihrer Herrin Thee dargeboten, weil, wie letztere sagte, es in der Nacht kalt gewesen sei. Nachdem das Mädchen den Thee getrunken, verlor dasselbe das Bewußtsein, und als er wieder zu sich kam, befand es sich in seinem Bette, fühlte sich aber so schwach, daß es sich nicht erheben konnte. Was nun mit dem Mädchen während seiner Bewußtlosigkeit vorgegangen, darüber sind die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlauf. Die weiteste Verbreitung scheint die Behauptung gefunden zu haben, daß dem Mädchen aus verschiedenen Stellen des oberen Kopftheils Blut entzogen worden ist, und zwar nach vorheriger Anbohrung des Kopfes. Thatsache ist, daß die Haare des Mädchens nach dem Erwachen desselben voller Blut klebten, die obere Kopfhaut auch Wunden aufwies und an den betreffenden Stellen die Haare abgeschoren waren . . . Daß dem Mädchen auf Veranlassung seiner Dienstherrschaft — wie verlautet, durch den jüdischen Cultusbeamten — Blut entzogen worden sei, scheint festzustehen. Wenn nun diese schändliche That auch keinem religiösen Brauche entsprungen ist, so wird es doch nicht als ausgeschlossen betrachtet, daß schändlicher Aberglaube die Veranlassung zu derselben gewesen ist.

Demgegenüber ist festgestellt worden, daß die jüdische Dienstherrschaft den christlichen Dienstboten nach einer durchwachten Nacht mit Thee zu laben und zu erwärmen gesucht und, als das Mädchen Schwäche zeigte, es in's Bett gebracht hat. Thatsache ist ferner, daß der Schwächezustand auf Blutverlust und dieser auf eine Verwundung des Kopfes zurückzuführen ist. Thatsache ist endlich, daß das Mädchen sich die Verwundung außerhalb des Hauses der jüdischen Dienstherrschaft geholt hat. Diese Thatsachen sind natürlich auch dem conservativ-antisemitischen Blättlein in Tilsit bekannt, vergebens sucht man aber in den Spalten desselben nach einem Worte, wenn auch nicht der Entschuldigung — diese ist nur in anständigen Blättern üblich — so doch wenigstens die Aufklärung oder Abschwächung. Das überrascht nicht, das ist in der antisemitischen Presse so der Brauch. Den schauerlichen Bericht überschrieb das Tilsiter Blättlein mit der Frage: „Ritualmord?" Diese Frage parirt Herr A. Lewin in der „Tilsiter Allg. Ztg." vom 4. Juli mit der Gegenfrage: „Ritualmord? Nein — aber infame Verleumdung!" und hofft, daß das Blatt diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wird. Bis jetzt hat es aber geschwiegen!

Der unheilige Goethe. Für die Reactionäre, die eine Verchristlichung der Schule anstreben und rührige Antisemiten sind, ist der unheilige Goethe stets ein Gegenstand bitteren Zornes gewesen. Sehr drollig ist ein Angriff des evangelischen Hausvaters Ruhmer in Alt-Tschau in Schlesien auf unsern großen Dichter. In seinem Blättchen „Der Wächter unterm Kreuz" schrieb er:

„Goethe war bekanntlich ein deutscher Dichter; sein berühmtestes Buch ist der „Faust". In diesem Werke hat seine „religiösen" Meinungen dargelegt und der Sünde ein Loblied gesungen . . . Goethe hat auch einen unsittlichen Lebenswandel geführt und das sechste Gebot gröblich übertreten. . . . Goethe schreibt unter dem Vorwande, daß es ihm darum zu thun sei, Verstandesbildung und Kunstsinn zu fördern. Goethe hat sich aber der Dichtkunst bedient, um seinen gottlosen und widerbiblischen Gedanken Ausdruck zu geben. Wenn der Weltmann Goethe durch seine Dichtungen uns aus der Gewalt der Sünde erretten und selig machen kann (was er gar nicht beabsichtigt hat), dann wollen wir es gut heißen, daß man seine Schriften den jungen Leuten in der Schule in die Hand giebt. Weil dies aber nicht der Fall ist, darum kann man nur bedauern, daß wegen des bischen Kunstsinns und Sinnenkitzels, den Goethes Schriften bieten, viele ihren Christenglauben verloren haben, daß sie um eines armseligen Linsengerichts willen ihre Seligkeit verscherzen; wir sagen, es ist zu bedauern, daß der Teufel eine so reiche Ernte einheimst aus der Saat, die sein berühmter Diener Goethe ausgestreut hat:

denn eine einzige Seele ist in Gottes Augen höher geachtet als alle Dichtungen und Schriften Goethes. Weil diese Schriften so vielen Seelen zum ewigen Schaden dienen, darum ist es nur zu beklagen, daß sie gedruckt worden sind, obgleich durch dieselben manches erzielt worden ist im Nutzen der „Bildung". Es ist nicht zu verantworten, daß man solche Bücher in feinwallenden christlichen Hochschulen benützt." . . .

Diese vor einigen Jahren erschienene Auslassung findet eine gute Ergänzung in einem Angriff eines ultramontanen Blattes. Weil jetzt in Zweibrücken (Pfalz) die Gymnasiasten einen Atheisten-Club gegründet haben, macht die klerikale Presse Bayerns Front gegen Goethe. Ein Blatt schreibt, wie die „Frankf. Ztg." vom 9. Juli d. Js. berichtet:

„Haben denn die Romantiker umsonst gelebt, „giebt es keinen christlichen Prosaisten", warum immer wieder Goethe und Schiller und immer wieder Goethe?

Armer Dichter!

Ein christlicher Radfahrerklub (!) ist in Berlin gegründet worden. Zu demselben meldeten sich 14 Radler. Zum Vorsitzenden wurde ein Herr Witt, zum Fahrwart ein Herr Sturm gewählt.

Fromme Leute. Von allen antisemitischen Spielarten ist der rein christliche Antisemitismus der unsympathischste. Er drapirt sich mit christlicher Liebe und nimmt skrupellos die Gesetze der Nächstenliebe für sich in Anspruch, aber nicht für die Juden. Da hat ein frommer Herr W. H. im Parochial-Verein der Berliner St. Thomas-Gemeinde einen Vortrag „Die Juden und wir" gehalten, der zwar am 19. April 1895 gesprochen wurde, uns aber jetzt erst im Druck vorliegt (Berlin, Funcke und Naeter). Der Vortrag wimmelt von Bibelsprüchen und trieft von Frömmigkeit, aber Herr W. H. — warum nur die Anfangsbuchstaben? — bekommt es fertig, zu schreiben, die Juden seien eine „von Gott ob seiner bodenlosen Schandthaten verfluchtes und in alle Winde zerstreutes Volk fremder Rasse" (S. 10). Und damit begründet dieser fromme Christ die unsinnige Behauptung, die Juden seien „herrschsüchtig und bodenlos eitel?" Erstens mit einem Ausspruch Lord Beaconsfields, den eine Romanfigur(!) seines „Endymian" gethan, und zweitens mit einem Citat aus den „Archives israélites" vom Jahre 1864. Das genügt diesem Herrn, die Gebote der christlichen Liebe in die Tasche zu stecken. Interessant ist es, daß er, der gläubige Christ, sich auf Dühring und Lagarde beruft. Natürlich weiß er nicht, daß beide sein Christenthum ebenso fanatisch verfolgen, wie das Judenthum.

Schließlich mahnt der fromme Mann, „in uns und uns Gottes Reich gründen, festigen zu helfen." Wir müssen gestehen, daß wir das „Reich Gottes" und Haß gegen die Juden nicht in Einklang zu bringen vermögen.

Ein anderer frommer Herr ist der Pastor Bode zu Egestorff. Dieser hat, wie die „Hannov. Post" vom 12. Juli 1895 meldet, am 27. Februar auf dem Verbandstage hannoverscher-landwirthschaftlicher Genossenschaften einen Vortrag gehalten und darin über die Juden folgendes gesprochen:

„Der Jude kennt die Ehre der Arbeit nicht. Der richtige Schacherer nimmt's von den Gesunden und den Kranken, von den Lebenden und den Sterbenden, ja schließlich schont er auch den Toten nicht, sondern stiehlt, wie das Volk erzählt, die Hosen dem Gehängten am Galgen. Seine Thätigkeit ist verschlagen und mitleidlos. Erst winsend und kriechend, um sich Eingang zu verschaffen, wird er protzig und frech, sobald er das Heft in Händen hat. Die Geldgier ist ein Stück seines Wesens. Nur der materielle Gütergewinn, das Haben- und Besitzenwollen sind die Beweggründe seiner Arbeit. In einem jüdischen Gebete finden sich die Worte: Die Milch der Völker — d. h. das Geld — laß mich eilend trinken! Also auch da, wo die Ewigkeitsschauer die Seele durchrieseln und das Herz stille wird in dem allmächtigen Gott, kann er seine Sucht nach dem Gelde nicht verleugnen. Unsere Sprache hat eine feine Art, etwas zu adeln oder zu brandmarken. Und ich brauche Sie nur an die unzähligen Ausdrücke, theils ganz lokalen Characters zu erinnern, mit denen unser Volk die wucherischen Geschäftspraktiken weißer und schwarzer Juden belegt, um Ihnen zu beweisen, daß der Schacher und die deutsche Arbeit nichts mit einander gemein haben."

Briefkasten.

L. G. in H. Es war mehr als ein Scherz. Der „Dtsch. Gen.-Anz." vom 26. April 1896 schrieb über den Antisemiten Hans Leuß: „Sowohl seine Gestalt, als besondes sein kriecherisches Wesen mit dem falschen unstäten Blick würde für seine semitische Abstammung sprechen. Bei den Antisemiten hatte dieser Mensch auch niemals irgend welches Vertrauen gewinnen können. Durch sein unterwürfiges und hinterhaltiges Wesen hatte er sich bei Stöcker, der von jeher für derartige unterwürfige Charactere eine Schwäche zeigt, in eine Art politischer Dienstbotenstellung einzudrängen vermocht. Bald aber schob man ihn auch innerhalb der christlich-sozialen Partei bei Seite, worauf er sich bei einigen halb-christlich-sozialen und halb-deutsch-sozialen Zeitungen einzuschleichen wußte. Schließlich hatte er auch den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, der ebenfalls unterwürfig thuende Leute gerne um sich sieht, zu umgarnen gewußt. Dieser unterstützte ihn dann auch bei seiner Bewerbung um ein Reichstagsmandat, ohne daß die Partei als solche den Leuß jemals als ihren Vertreter auf den Schild gehoben hätte. Vielmehr waren ihm die Führer der hessischen und sächsischen Antisemiten stets sehr zurückhaltend und mißtrauisch gegenübergetreten und in den Berliner antisemitischen Kreisen hatte man ihn sogar lange Zeit als „Judenspitzel" angefeindet".

Dr. W. S. in L. Bis jetzt waren die Katholiken in Pretoria von Staatsämtern ausgeschlossen. Das Volksraad hat dieses Gesetz jetzt abgeschafft.

G. H. in Köln. Die „Köln. Volksztg." vom 10. Juli schreibt, Herr v. Ploetz bekomme zwar kein „Gehalt," aber in Formen Repräsentationskosten, Reisespesen u. s. w. jährlich 18,000 Mk.!

Frau Dr. E. G. in W. Besten Dank für die uns aufgegebenen Adressen. Wir haben die „Mittheilungen" hingesandt und hoffen, daß sich die Betreffenden zum Abonnement entschließen werden.

Dr. G. in Wien. Vor einigen Jahren schon ließ sich eine sehr gewichtige Stimme über eine rein „arische" Ausbeutung des galizischen Landvolkes vernehmen. Es war kein Geringerer als Graf Stanislaw Tarnowski, Herrenhausmitglied, Universitätsprofessor und Präsident der Lemberger Akademie der Wissenschaften, der in einer seinerzeit großes Aufsehen erregenden Broschüre: „Porcha" die galizischen Schlachzizen offen beschuldigte, daß sie durch einen eigenartigen Wucher die armen bäuerlichen Arbeiter rücksichtslos ausbeuten. Der einzige lindernde Umstand, der zu Gunsten dieser Gutsbesitzer sprach, bestand darin, daß sie keine — Juden waren!

W. G. in S. Gewiß halten wir Paasch für geisteskrank. Das tritt sowohl in der Broschüre gegen v. Langen hervor, in welcher er von seinen beiden Selbstmordversuchen berichtet, wie in dem Flugblatt gegen Liebermann von Sonnenberg, dem er unter Anderem vorwirft, er habe, wie sein „hoher Chef" von Hammerstein, von Zeit zu Zeit mit den Juden paktirt! Etwas anderes ist aber die Frage, ob die Herren von Langen und Liebermann v. Sonnenberg, die sozusagen ihn noch gestern für geistig völlig gesund erklärten, sich hinter der Geisteskrankheit Paasch's verschanzen können. Namentlich nachdem sein Zeugniß durch das des Herrn von Mosch bekräftigt ist. Die Herren pflegten das jüdische Kampfesweise zu nennen, wenn Jemand auf die Persönlichkeit des Gegners eingeht. Wollen die Herren einen Geisteskranken nicht bestraft wissen, so können sie ja, nachdem die Verhandlung die Unrichtigkeit der Paasch'schen Angriffe ergeben hat, die Klage gegen ihn zurücknehmen. Paasch scheint nicht entmündigt zu sein, demnach steht formell einer Klage gegen ihn nichts im Wege, außerdem können sie ja jetzt Herrn von Mosch und Sedlatzek verklagen. Dem Scharfsinn dieser Gesetzgeber und Erwählten des deutschen Volkes macht es jedenfalls wenig Ehre, wenn sie in jahrelangem Verkehr Paasch für einen vernünftigen Menschen erachteten und ihn erst für geisteskrank hielten, seitdem er sie persönlich angegriffen hat.

Ems. Wenn Ihr antisemitischer Table-d'hôte-Nachbar noch einmal behauptet, einzelne Juden seien ganz anständig, die Mehrheit aber unsauber, dann halten sie ihm die Frage entgegen: Ist der Ausspruch Goethes richtig: „Die Deutschen sind im einzelnen achtbar, im ganzen miserabel." Ebenso falsch wie dieses allgemeine Wort Goethes ist auch das Ihres Kurgastes. Wir haben mit Vergnügen davon Kenntniß genommen, daß Sie ihm unsere „Mittheilungen" zu lesen gaben.

L. Fr. in Cairo. Der „Antisemiten-Spiegel" ist an Ihre Adresse abgegangen. Sie sind übrigens nicht der einzige Abonnent in Egypten.

Dr. H. in G. Das Kurioseste ist, daß ein Dr. Anton Wesselsky in seiner eben erschienenen Schrift „Oesterreicherthum. Eine arische Denkschrift," die „Deutschthümelei" „jüdisch" nennt.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 30. Berlin, den 25. Juli 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Minister Finger über die antisemitische Agitation.

Am 15. September 1895 wollten die antisemitischen Abgeordneten **Hirschel** und **Köhler** einen Aufzug mit Musik veranstalten, an den sich eine Volksversammlung unter freiem Himmel zu **König** i. O. anschließen sollte. Das Großherzoglich hessische Kreisamt Erbach verbot beides, während die Versammlung in unbeanstandeter Weise innerhalb der Wirthslocalitäten auf dem sog. Bergesgarten stattfinden durfte und auch stattfand.

Im hessischen Landtag beschwerten sich nun die Herren Köhler und Genossen über das Vorgehen der Regierung und ihr Blatt, die „**Deutsche Volkswacht**", druckt jetzt (am 21. Juli) die Antwort des hessischen Ministers Finger ab. Darin heißt es:

. . . Gegenüber der von den Herren Antragstellern beabsichtigten Veranstaltung bestand nun die durch die Art und Weise des Auftretens der von antisemitischer Seite ins Werk gesetzten Agitation wohlbegründete Besorgniß, daß eine Volksversammlung unter freiem Himmel zur Begehung strafbarer Handlungen oder zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Veranlassung bieten würde.

Der Verlauf der, wie bereits erwähnt, in Folge des ergangenen Verbots in geschlossenen Räumen abgehaltenen Versammlung hat diese Befürchtung insofern bestätigt, als dieselbe zum überwiegend größeren Theile von jungen Leuten besucht war, denen es offenbar viel weniger darum zu thun war, sich in ruhiger und sachgemäßer Weise über die von den Veranstaltern der Versammlung verfolgten Zwecke und Ziele zu unterrichten, als die sich bietende Gelegenheit dazu zu benützen, um abwechselnd „Hochs" auf Gegner und Freunde der Partei auszubringen und sich in der Veranstaltung von „Radau" gegenseitig zu überbieten.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die von antisemitischer Seite ausgehende Agitation das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsklassen vielfach auf das Bedenklichste gefährdet hat, indem durch dieselbe die **irrige Auffassung** verbreitet und genährt wurde, als ob die Angehörigen der israelitischen Religion als solche für bestehende schwere Mißstände in unserem Volksleben verantwortlich zu machen seien.

Das Kreisamt Erbach hatte bei dem Verbot der fraglichen Versammlung nicht nur mit diesem Umstande, sondern auch mit der Thatsache zu rechnen, daß in König und Umgegend zwischen dem antisemitischen Theile der Bevölkerung und den dort wohnenden Israeliten reichlicher Zündstoff vorhanden ist und daß die antisemitische Agitation nichts unterlassen hat, die daselbst vorhandenen Gegensätze noch zu verschärfen. Zieht man diese Verhältnisse in Betracht und berücksichtigt man ferner, daß bei der Versammlung auf Zuzug zahlreicher auswärtiger Theilnehmer gerechnet werden mußte, welche sich erfahrungsgemäß aus unzufriedenen und verhetzten Elementen zusammenzusetzen pflegen, wie denn andererseits der beabsichtigte Aufzug mit Musik und die Volksbelustigungen keinen Zweifel darüber belassen konnten, daß hierbei vorzugsweise die unreife, halbwüchsige Jugend zusammenströmen würde, so lag wohlbegründeter Anlaß zu der Annahme vor, daß bei einer Versammlung unter freiem Himmel unter den durch die Musik und Getränke erregten und erhitzten jungen Leuten Ruhestörungen und Ordnungswidrigkeiten, wenn nicht Schlägereien und Stechereien, sowie anderweitige Ausschreitungen gegen Personen oder das Eigenthum vorkommen würden.

Wenn das Großherzogliche Kreisamt Erbach mit Rücksicht auf Erwägungen dieser Art nach pflichtmäßigem Ermessen zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Abhaltung der beabsichtigten Versammlung unter freiem Himmel im Zusammenhang mit den geplanten Volksbelustigungen im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu untersagen sei, so vermag das unterzeichnete Ministerium das Verfahren der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verantwortlichen Polizeiverwaltungsbehörde nach Lage der bestehenden Bestimmungen weder als formell unzulässig zu beanstanden, noch eine Beschwerde dagegen unter den vorliegenden Verhältnissen als materiell begründet anzuerkennen.

Hans von Mosch

beleuchtet in seiner „**Dtsch. Reform**" vom 19. Juli die Verhältnisse innerhalb der deutschsocialen Reformpartei in einem dritten Artikel. Zuerst macht er seinem Groll gegen die „**Staatsb. Ztg.**" Luft, die behauptet hatte, Niemand nehme Herrn von Mosch ernst:

Zunächst müssen wir uns ein wenig mit dem antisemitischen Juden-Annoncen-Blatt, dem Blatte mit der jesuitisch-deutschen Moral und den hohen Renten, dem Blatte, das vorn von s. g. „**Christenthum**" trieft und hinten seinen Juden-Annoncen-Renten zu liebe einer **Genossenschaft christlicher Schneidermeister** die Kunden verjagt, — d. h. mit der werthen **„Staatsbürger Zeitung"** befassen. . . .

Daß die gute „Staatsbürgerin" den **Namen** (Mosch's. D. Red.) nicht zu bringen wagt, ist recht bezeichnend, es könnte ihr doch **einige Abonnenten** kosten! Dies Verschweigen des Namens beweist aber auch, daß die gute Tante **selbst** mich „ernster" nimmt, als sie zugeben mag! (Früher freilich, als ich noch etwas artiger und gehorsamer war, hatte sowohl die gute Tante Staatsbürgerin, als auch Herr v. L. (v. Liebermann. D. Red.) sogar Worte der Anerkennung, ja des Lobes, für meine kleine Wenigkeit, man trat sogar für meine **Kandidatur** ein!) Wenn ich nicht „ernst" genommen werde, wie reimt es sich dann, daß zu mir eine so stattliche Anzahl von Parteigenossen steht? „**Persönliche Eitelkeit**" nennt die edle „Staatsbürgerin" meine wohlberechtigte Zurückweisung einer groben Flegelei, sie selbst aber findet kein Wort der wahren Aufklärung und des Tadels über den qu. Vorgang, obwohl sie ja immer für „deutsches Recht" und „deutsche Sitte" eintreten will!

„**Der Mann ist gerichtet, dadurch, daß die Judenblätter ihn jetzt als ihren Eideshelfer heranziehen!**" — Hast du, edle Staatsbürgerin, **wirklich** keine **bessere** Entgegnung auf die in den qu. Artikeln gerügten Mißstände zu bieten, als diese elende abgedroschene Phrase?! **Widerlegt** das doch, was ich gesagt habe, **ihr traurigen Kerle**, druckt doch mal die Artikel für Eure Leser ab — **dreiviertel** davon würden **mir** recht geben! Da die „**Staatsbürgerztg**" den genannten Artikel feigerweise **todtschweigt**, so kann es uns nur recht sein, daß das „Berliner Tageblatt" ihn an leitender Stelle **abdruckt**, vielleicht läßt sich auf diese Weise eine offene Aussprache **erzwingen**; und diese Aussprache kann unserer Bewegung nur **nützen**, nicht **schaden**!

Hans v. Mosch beruft sich auf die „bedeutende Menge von Zuschriften aus allen Kreisen der antisemitischen Bewegung", die er erhalten hat und die ihm lebhaft zugestimmt haben. Einige dieser Zuschriften druckt er ab. Sie enthalten

manche interessante Stelle. Ein „altbewährter und bekannter Antisemit aus Leipzig, der gerade Herrn v. L. und die Verhältnisse der „Deutschen Wacht" gut kennt," schreibt:

„. . . Nach meiner Ueberzeugung wurde die Einigkeit von Dresden aus nur gesucht, um neue Freunde und Geldgeber für die „Deutsche Wacht" zu gewinnen. Kam die Einigung nicht, so hätten die Deutsch-Socialen in Leipzig schließlich doch ein Blatt gegründet und die „Wacht" hatte nicht nur einen Concurrenten mehr, sondern auch Quellen, aus denen zu schöpfen ist, wären für die Reformer verschlossen gewesen.

Viele bessere Leute halten sich jetzt zurück, wegen der Uneinigkeit — an so einzelne Sammelstellen wird nichts gegeben, weil man oft nicht weiß, wo das Geld bleibt. Jetzt sammeln und pumpen viele auf eigene Faust."

Interessanter noch ist das Schreiben eines „altbewährten Gesinnungsgenossen aus Leipzig." Wir vermuthen in dem Autor den Verlagsbuchhänder Uhl Darin heißt es:

„Die antisemitische Bewegung hat das große Unglück gehabt, die denkbar schlechteste Führung von allen Parteien Deutschlands gehabt zu haben. Man wolte immer das Schlechte bekämpfen und war selbst nicht gut. Der Umstand, daß man selber keine klaren Ziele hatte und keine Zucht in den eignen Reihen zu halten verstand, erklärt alle die Streitereien, Spaltungen, Mißerfolge mit den Parteizeitungen, erklärt den gegenwärtigen Zustand der Muthlosigkeit auch bei guten Gesinnungsgenossen.

Als ich noch Vorsitzender im deutsch-socialen Reformverein zu Leipzig war, hatte dieser Verein gegen 1300 Mitglieder, seine Versammlungen waren die großartigsten Leipzigs, es war eine Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit ohne gleichen in der antisemitischen Masse. Hätten wir so fort arbeiten können, so wäre die antisemitische Partei die Beherrscherin der Lage, von Leipzig aus könnte ganz Sachsen organisirt und auf Deutschland hervorragender Einfluß ausgeübt werden. Ich will nicht behaupten, daß der damalige Zustand der Dinge unser alleiniges Verdienst gewesen sei, aber das behaupte ich, daß wir es wenigstens verstanden haben, diese große nationale Bewegung volksthümlich zu führen. Erst dem kopflosen, reaktionären Dreinschlagen des Herrn v. Liebermann ist es gelungen, die Anhänger nach Hunderten **(gerichtlich festgestellt)** aus dem Vereine hinauszutreiben. Vor einigen Tagen hielt Herr Oswald Zimmermann eine Versammlung ab, in der er über die Wahlentrechtung in Sachsen sprach Ganze 400 Mann, wovon nachweisbar die Hälfte Socialdemokraten, waren die Zuhörer des großen Parteiführers. Also gegen 200 Mann bringt man noch zusammen. Hier zeigt es sich deutlich, wie sehr man es verstanden hat, den Leuten die ganze Sache zu verekeln. 8 Tage vorher sprach Bebel vor 1500 Mann. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Bildung der Partei Stöcker-Liedermann, Iskraut, Naumann zu richten. Bei uns hat sich auch schon eine Gruppe der „Hilfe" gebildet, es wird also nicht lange dauern, so wird man von den Vereinigungsversuchen zwischen „Alten" und „Jungen" hören, natürlich unter Mitwirkung des „alten ehrlichen Maklers", Liedermann von Sonnenberg."

Es wäre bedeutsam zu erfahren, in welchem Gerichtserkenntniß festgestellt worden ist, daß die Thätigkeit des Herrn Liedermann v. Sonnenberg der antisemitischen Partei Leipzigs Hunderte von Mitgliedern gekostet hat.

Die Wiener Deutsch-Nationalen in Berlin.

Nachdem vor 3 Wochen der Wiener Antisemit Vergani mit einem Trupp seiner Anhänger Berlin besucht hatte, sind jetzt Anhänger Schönerer's in der Reichshauptstadt eingetroffen, etwa 20 Mann, darunter der Reichsraths-Abg. Hauck. Wenn man der „Staatsb. Ztg." Glauben schenkt, so muß der Berliner Empfang glänzend gewesen sein. Es herrschte, so schreibt sie am 22. Juli „durchweg eine gehobene von nationaler Begeisterung getragene Stimmung." Nur daß Herr Hauck seinem Haß gegen die Christlich-Sozialen die Zügel schießen ließ, mißfiel dem Berliner Blatte. Ueber dessen geradezu unbegreifliche „Mißgriffe" schreibt sie:

„Herr Hauck hat offenbar die Situation falsch beurtheilt, sonst hätte er in seiner Ansprache unmöglich in einseitiger Weise Streitfragen rein persönlicher Natur berühren können, für die auf einem neutralen Boden kein Raum ist. Seine ablehnende Haltung und sein Kampf gegen die christlich-socialen Antisemiten in Oesterreich, insbesondere gegen einzelne ihrer Mitglieder, ist ja bekannt."

Wie der Verlauf der Begrüßungsfeier am 21. Juli wirklich war, verräth uns „Freideutschland" vom 23. Juli. Das Blatt schreibt nämlich:

Ein gewisser Herr Förster, ein junger Mann, im Auftreten wie als Redner recht unbedeutend, empfing die Gäste beim Eintritt in den, wie sich sofort herausstellte, viel zu kleinen Saal. Er war, wie erzählt wurde, der Vertreter des Langeschen „Deutschbundes", kannte niemanden und niemand ihn. Ueberhaupt war von bekannten Parteigenossen fast niemand anwesend, dafür aber mancherlei Leute, die man gern vermißt hätte, so z. B. der sogenannte Buchhändler Reinecke.

Den gesamten mittleren Theil des Saales besetzten sofort die Wiener, größtentheils kaum dem Knabenalter entwachsene junge Herrchen, an denen nichts bemerkenswerth war als die unpassende Art, in der viele von ihnen älteren Männern gegenüber auftraten. Herr Förster that auch nichts, um für ankommende Gäste irgendwie zu sorgen, sodaß sich diese im Vorderzimmer herumdrängeln konnten und meist bald wieder verschwanden. Z. B. der Abg L. Werner, der zweimal ausdrücklich um sein Erscheinen ersucht worden war, saß stundenlang auf einem mühsam errungenen Stuhle in der Ecke der Vorderzimmers, bis ihm, wie er sagte, „die Sache zu dumm" wurde und er fortging. Nur Herr von Liebermann verstand es, den besten Platz im Saale zu besetzen. Wie mitgetheilt wurde, war auch der „Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken" geladen, es hätte demnach, da dieser Verein nicht deutschnational ist, auch Juden der Zutritt gewährt werden müssen, wenn sie kamen.

Herr Förster (nicht zu verwechseln mit dem Abg. Prof. F.) übernahm zum Staunen vieler Anwesenden den Vorsitz und hielt eine Art Begrüßungsrede, die manchen Oesterreichern Anlaß zu recht abfälligen Bemerkungen gab. Auffallend war, daß er nur von Magyaren und Slawen sprach, das Wort Jude jedoch trotz einiger Zwischenrufe ängstlich vermied. Sodann hielt Herr Abgeordneter Hauck einen längeren Vortrag über die Bewegung in Oesterreich. Er verherrlichte den Ritter Schönerer sehr, was ja auch ganz richtig war; daß er jedoch so wenig feines Gefühl besaß, mit recht unschönen Worten auf den Wiener Besuch vor drei Wochen zu sticheln, verschnupfte doch schon manchen etwas. Herr von Liebermann betonte denn auch dem gegenüber, man sei nicht zusammengekommen, um sich über innere Zänkereien der Oesterreicher zu unterhalten. Als er dabei auf die Partei Dr. Luegers als der „Sieger von Wien" hinwies, erhoben die jungen Herren einiges Getöse. Herr v. Liebermann hatte auch Pech. Denn nun wollte er ja recht schwungvoll wieder einsetzen mit den Worten: „Wie s. Zeit der Polenkönig Johann Sabieski Wien befreite" — jedoch Widerspruch von allen Seiten unterbrach ihn, Zwischenrufe: „Es waren ja die Deutschen!" usw. Er schloß denn auch bald und war staatsmännisch genug, nicht ein Hoch auf Schönerer auszubringen, sondern auf den „Alten im Sachsenwalde."

Nach kurzer Pause sprachen Herr Kopp für den Jugendbund und Herr Graf für die judenreine „Turnerische Vereinigung". Alsdann erhob sich der Leiter des „Alldeutschen Verbandes". Als er so recht schwungvoll schließen wollte, rief eine Stimme dazwischen: „Im Alld. Verbande sind ja auch Juden!" Der betr. Herr wollte das als Unwahrheit bezeichnen, der vorzügliche Herr Förster, Diktator aus eigener Wahl, jedoch rief beständig: „Hier hat niemand das Wort! Wer noch spricht, wird hinausgeworfen!" Auch ließ er eine Pause eintreten, „um Die hinauswerfen zu lassen, die nicht in den Saal gehörten"!!! Nach diesem Auftreten hätte er sich freilich zuerst selbst hinausbefördern müssen. Und wie die Tiger stürzten mehrere der „Deutschbündler", die zuvor beim Unterbringen der Gäste so wenig Geschick gezeigt hatten, herbei, um willkommenen Büttelдienst zu vollziehen. Natürlich war ein völlig Unschuldiger das Opfer ihres plumpen Eifers.

Es sprachen noch der Turner Petri und für den Verein deutscher Studenten Herr Osthaus, auch wurde noch ein Hoch auf Ritter Schönerer ausgebracht, doch war die Stimmung durch die **Taktlosigkeit der Leitung** und die **Unbescheidenheit der jungen Wiener** so gründlich verdorben, daß sich bald alle bekannten Gesinnungsgenossen entfernten, auch Herr v. Liebermann verließ frühzeitig seinen Vorzugsplatz.

Soviel ist sicher, sowohl der Lange'sche „Deutschbund" wie die Partei Schönerer haben in Berlin durch diesen Abend viel an Ansehen verloren. Und das nur deshalb, weil nicht die rechten Leute die Leitung hatten, sondern Herren, die wir in Zeiten des Kampfes noch niemals auf dem politischen Schlachtfelde gesehen haben.

Dieser Bericht spricht für sich selbst.

Richard Wagner und Heinrich Heine.

II.

Ueber den „Fliegenden Holländer" wie über Wagners spätere Dichtungen hat sich Heine wohl kaum mehr ausgesprochen, da ihm diese meist fremd geblieben sind. Und nur als ein Scherz ist aufzufassen; was Heine dem Schriftsteller Theodor Hagen im Jahre 1844 in Bezug auf Wagner sagte: „Wissen Sie, was mir an diesem Talente verdächtig ist? Daß er von Meyerbeer empfohlen ist." In dem Antagonis-

mus gegen Meyerbeer hätten sich Wagner und Heine schon damals und auch später noch eigentlich zusammenfinden müssen. Es war aber nicht der Fall, und von späteren Beziehungen zwischen Beiden ist seit der Abreise Wagners von Paris nichts bekannt. Es haben wohl auch solche Beziehungen nicht mehr stattgefunden. Und doch, so glaube ich wenigstens, hätte nicht nur der negative Haß, sondern auch die positive Liebe beide Geister bei näherer Verständigung zusammenführen müssen! Freilich, Heine gehörte dem Deutschland vor 1830, der halbvergangenen Zeit an, Wagner dem der neueren Zeit, der Gegenwart, die andere Ideale auf ihre Fahnen geschrieben hatte und andere Ziele verfolgte als jene. Aber es will uns doch scheinen, als ob die Ansichten Beider über Kunst und Poesie gar nicht so weit auseinandergehen. So meine ich, daß Wagner keinen Augenblick angestanden hätte, die Worte Heines zu unterschreiben: „Was ist in der Kunst das Höchste? Das, was auch in allen anderen Manifestationen des Lebens das Höchste ist: die selbstbewußte Freiheit des Geistes!“ Und auch das könnte Wagner gesagt haben: „Mit der Ausbildung des Bewußtseinlebens schwindet bei den Menschen jedes plastische Begegniß, am Ende erlischt sogar der Farbensinn, der doch immer an bestimmte Zeichnung gebunden ist, und die gesteigerte Spiritualität, das abstrakte Gedankenthum, greift nach Klängen und Tönen, um eine lallende Ueberschwänglichkeit auszudrücken, die vielleicht nichts Anderes ist, als die Auflösung der ganzen materiellen Welt; die Musik ist vielleicht das letzte Wort der Kunst, wie der Tod das letzte Wort des Lebens.“

Auf der anderen Seite: Wer, der Heine genau kennt, zweifelt daran, daß er Sätzen wie den folgenden freudig zugestimmt hätte: „Der nothwendige Drang des dichtenden Verstandes ist daher die Liebe und zwar die Liebe des Mannes zum Weibe, nicht aber jene frivole, unzüchtige Liebe, in welcher der Mann sich nur durch einen Genuß befriedigen will, sondern die tiefe Sehnsucht, in der mitempfundenen Wonne des liebenden Weibes sich aus seinem Egoismus erlöst zu wissen; und diese Sehnsucht ist das dichtende Moment des Verstandes“ oder den folgenden Satz Wagners, der mit manchem gleichlautenden Heines übereinstimmt: „Der Erzeuger des Kunstwerkes der Zukunft ist niemand anderes als der Künstler der Gegenwart, der das Leben der Zukunft ahnt und in ihm enthalten zu sein sich sehnt. Wer diese Sehnsucht aus seinem eigensten Vermögen in sich nährt, der lebt schon jetzt in einem besseren Leben; nur Einer kann dies — der Künstler.“ Als Wagner von Paris arm an Erfolgen, reich an Hoffnungen abreiste, da trug er an Bord seines Lebensschiffes die Götter der Zukunft. Heines Lebenssonne aber begann sich schon abwärts zu neigen, und darum konnten sich Beide auf ihren Bahnen nicht mehr begegnen.

Wenn aber der junge Musiker mit großen Hoffnungen in die deutsche Heimath zog, so werden wir wohl kaum fehlgehen, wenn wir auch an diesem neuen Werk dem deutschen Dichter einen gewissen Antheil zuschreiben. Ich habe die Ueberzeugung, daß Heines Tannhäuser auf die Dichtung Wagners einen gewissen Einfluß gehabt hat.

In demselben dritten Bande des „Salons“, der mit den „Memoiren des Herrn von Schnabelewopsky“ beginnt, befand sich auch das Tanzpoem des „Doktor Faust“ und jener Theil der „Götter im Exil“, der später durch die „Göttin Diana“ vervollständigt wurde. Daß also Wagner, der sich dort willig dem Eindruck der dichterischen Schöpfung gefangen gab, wo er dieselbe, um mit seinem Biographen zu sprechen, erst „aus der frivolen Umhüllung“ befreien mußte, hier an dem rein poetischen Gebilde achtlos vorübergegangen, das unmittelbar auf jene Erzählung folgte, wird wohl Niemand im Ernste behaupten wollen. Um so weniger, wenn man bedenkt, daß dieser Stoff schon den Knaben und Jüngling beschäftigt, daß diesen schon die Erzählung von Ludwig Tieck und die Geschichte von E. T. A. Hoffmann unbefriedigt ließen, während der Mann bei Heine Alles fand, was er suchte und ersehnte, ja, was auf seinen künstlerischen Gestaltungstrieb nothwendig Eindruck üben mußte: den Hauch des einfachen, echten Volksgedichtes in seiner ursprünglichen Reinheit und Naivetät!

Wagner selbst erzählt: „Das durchaus moderne Gedicht Tiecks las ich jetzt hier durch und begriff nun, warum seine mystisch kokette, katholisch-frivole Tendenz mich zu keiner Theilnahme bestimmt hat; es ward mir dies aus dem Volksbuch und dem schlichten Tannhäuserliede ersichtlich, aus dem mir das einfache, echte Volksgedicht der Tannhäusergestalt in so unaerstellten, schnell verständlichen Zügen entgegen trat.“ Nun giebt es aber gar kein Volksbuch vom Tannhäuser und so ist es mehr als wahrscheinlich, daß Wagner das Lied aus der Darstellung Heines und nicht, wie sein neuester Biograph meint, aus den „deutschen Sagen“ der Brüder Grimm, kennen gelernt hat. Man lese nur die Darstellung des Stoffes und die Bemerkungen dazu bei Heine und bei Wagner, dann wird man eine wunderbare Uebereinstimmung in der Auffassung und Behandlung des Sujets finden, die seltsamer Weise bis heute noch wenig beachtet worden ist. Nur ein Moment fehlt bei Heine, das Wagner ganz und voll zu eigen ist: nämlich die Vermählung zweier Sagenmotive und die künstlerische Verwebung des „Sängerkrieges auf der Wartburg“ mit dem Tannhäuserstoff zu einem harmonischen Ganzen. Und wenn wir nun Heine folgen, wie er in das Heiligthum des deutschen Volksgedichtes eintritt, ist es uns da nicht, als hörten wir die Stimme Richard Wagners zu uns sprechen: „Es war mir, als hätte ich in einem dumpfen Bergschacht plötzlich eine große Goldader entdeckt und die stolz einfachen, urkräftigen Worte strahlten mir so blank entgegen, daß mein Herz fast geblendet wurde von dem unerwarteten Glanz. Ich ahnte gleich, aus diesem Liede sprach zu mir eine wohlbekannte Freudenstimme; ich vernahm darin die Töne jener verketzerten Nachtigallen, die während der Passionszeit des Mittelalters mit gar schweigsamen Schnäblein sich versteckt halten mußten, und nur zuweilen, wo man sie am wenigsten vermuthete, etwa gar hinter einem Klostergitter, einige jauchzende Laute herabflattern ließen. Nächst dem hohen Liede des großen Königs — ich spreche vom König Salomo — kenne ich keinen flammenderen Gesang der Zärtlichkeit als das Zwiegespräch zwischen Frau Venus und dem Tannhäuser. Dieses Lied ist wie eine Schlacht der Liebe, und es fließt darin das rotheste Herzblut.“

So und nicht anders dachte und sprach Richard Wagner, als ihm der Stoff in seiner ganzen Größe und Herrlichkeit aufging — und darum ist es viel mehr als eine literarhistorische Combination, wenn wir annehmen, daß auch den Darstellung des Heineschen „Tannhäuser“, wie die des „Fliegenden Holländer“ einen mächtigen und nachhaltigen Eindruck auf sein künstlerisches Gemüth ausgeübt habe. Julian Schmidt macht in der ersten Auflage seiner Literaturgeschichte noch die Bemerkung, daß sich auch im „Lohengrin“ Anklänge an Heine finden. Ich habe diese Anklänge nicht finden können und weiß nicht, worauf Julian Schmidt hindeutet. Vielleicht meint er das „erregende“ Motiv des Stückes, daß sich Elsa verpflichtet, ihren Mann niemals zu fragen, wer er ist, und daß, als sie ihn fragt, er sich augenblicklich entfernen muß, ein Motiv, das alsleicht aus Heines Fabel vom fliegenden Holländer entlehnt ist.

Nur kleine Seelen werden, von einseitiger Verehrung für den einen oder den anderen Namen getrieben, an diese Bemerkungen nun die Frage der Dankbarkeit knüpfen und dem Künstler verargen, daß er dem Dichter gegenüber diese Tugend nicht geübt hat. Ich nenne ein solches Verfahren kleinlich; obwohl ich es im Leben schön und nachahmenswerth finde. Kleinlich finde ich es nur, wenn man die Richtschnur des praktischen auf das geistige Leben anwendet. Es giebt keine Dankbarkeit im herkömmlichen Sinne des Wortes

in der Kunst wie in der Kritik. Und wenn Heine zehnmal mehr für Wagner persönlich und durch praktischen Einfluß geleistet hätte, als dies thatsächlich der Fall war, so hätte Wagner nicht allein das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt, in demselben Moment, wo seine Welt- und Kunstanschauung sich von der des Dichters trennte, seinen abweichenden Standpunkt zu betonen. Daß es bei einer solchen Scheidung nicht ohne Feindseligkeiten abgeht, weiß Jeder, der einmal den Proceß einer literarischen Trennung und Entfremdung durchgemacht oder auch nur aufmerksam verfolgt hat. Jeder kennt das Gedicht „Jungkaterverein für Poesie-Musik" im „Romanzero", in dem Heine den „Katzenfrühling der Poesie" verspottet, der sich in Kunst und Leben regte. Das Gedicht ist 1853 entstanden und richtet sich offenbar mehr gegen Liszt als gegen Wagner, obwohl auch dieser scharf mitgenommen wird. Ja, im Originalmanuskript findet sich auf ihn die später gestrichene Strophe:

„Er will eine Tonkunst ohne Kunst,
Er will vom Verrücktenthume
Emanzipiren die Ton-Poesie,
Des Traumes blaue Blume."

(Schluß folgt.)

Zur Abwehr.

Aus Sagan berichtet die „Antis. Corr." vom 16. Juli: „Sagan hat seit dem 1. d. M. einen neuen Bürgermeister, Simon mit Namen. Bei dem Einführungs-Essen am 2. trank er auf die Bürgerschaft und sprach also: „Immer werde er bemüht sein, den Frieden zwischen den beiden Hauptconfessionen, der evangelischen und katholischen, zu erhalten, wie er bisher bestanden, und den Antisemitismus nicht aufkommen zu lassen. Er wolle auch nicht dulden, daß man sonst das gute Einvernehmen irgendwie in der Bürgerschaft störe." Natürlich ist das antisemitische Blatt über diese Rede höchlichst erbittert.

Jüdischer Antisemitismus. Die in Nürnberg erscheinende „Tagespost" (Nr. 140 vom 13. Juni) brachte nachstehenden Artikel:

Ueber den Magistratsrath Tuchmann wird uns eine ganz merkwürdige Geschichte mitgetheilt. Dieser, selbst ein Jude und Mitglied der jüdischen Gemeindeverwaltung, soll in einem Schreiben an das Rectorat der hiesigen Handelsschule dasselbe ersucht haben, ihm für eine Vacanz in seinem Geschäfte einige Candidaten zu empfehlen, jedoch mit Ausschluß von jüdischen Bewerbern. Mit welchen Gefühlen Herr Rector Volk das Zuschreiben des wackeren Herrn gelesen haben mag!"

Wir vermögen die Handlungsweise des Magistratsrathes nicht zu verstehen. Hoffentlich giebt er seine Motive an.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Wiener Antisemiten in Hamburg. Zu Ehren des Besuches der Wiener Antisemiten hatte Hans von Mosch in seiner „Dtsch.-Reform" vom 19. Juli einen fulminanten drei Riesenspalten langen Freudenartikel geschrieben. Leider verlief der Besuch über alle Maßen traurig. Der „Hamb. Corr." vom 17. Juli schreibt nämlich:

In einem hiesigen antisemitischen Blatte war eine Aufforderung zum Empfang der Wiener Antisemiten ergangen, die heute (am 17. Juli. Die Red.) Nachmittag 4 Uhr 23 Minuten hier eintreffen sollten; gleichzeitig wurden die Mitglieder der „Norddeutschen Jugendbünde", des „Vereins der Deutsch-socialen Reformpartei für Hamburg-Altona", des „Deutsch-socialen Vereins für den 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis", des „Deutsch-nationalen Arbeiterbundes", des „Deutsch-nationalen Radfahrer-Verbandes", des „Deutschen Gesangvereines von 1892" und der Ortsgruppen Altona und Hamburg des „Deutsch-nationalen Handlungsgehülfen-Verbandes" zur „Schönerer-Feier" in einem hiesigen Lokal vom Vorstande des „Gauverbandes Norddeutscher Jugendbünde" berufen. Der Empfang am Klosterthor-Bahnhofe erregte keineswegs übermäßiges Aufsehen, denn es trafen nur vier Wiener Antisemiten ein; heute Abend, so hieß es, würden noch einige Nachzügler folgen. Schönerer war nicht dabei und wird überhaupt nicht kommen. Das zum feierlichen Empfange erschienene Aufgebot der oben aufgezählten Vereine und Verbände, die gebeten worden waren, möglichst zahlreich zu erscheinen, bezifferte sich auf 10, sage zehn Personen, größtentheils junge Leute.

Diese geringe Betheiligung der Homburger Antisemiten scheint die antisemitische Fraction aus Haß gegen Hans v. Mosch inscenirt zu haben. Dieser Herr schreibt nämlich in seiner „Dtsch. Reform" vom 19. Juli:

„Der Besuch der **Schönerianer** in Hamburg hat hier zu einer ebenso fein als infam angelegten Intrigue unserer werthen fractionellen Gegner Veranlassung gegeben. Wir werden darüber in der nächsten Nummer berichten und — entsprechend abrechnen!"

Hans von Mosch's Enthüllungen sind natürlich den Antisemiten unbequem. C. Keit im „Mod. Völkergeist" (Juli S. 110) macht sich über ihn lustig. „Sprachliche Spaßvögel fassen seinen Namen als polnisch-russisch-deutsche Umformung von Maleschen auf." Weit Mosch auch Psalmen dichtet, schreibt C. Keil weiter:

„Das paßt ja wunderschön für einen, der Antisemit, ja sogar „freiheitlicher" Antisemit sein will, der wegen einer Jehovah-Verlästerung schon einmal angeklagt war. Jehovah — natürlich seinen „deutschen" Jehovah durch Psalmen ansingen, ähnlich wie sich auch weltliche Despoten und Despotinnen ja so schön ansingen lassen! Das ist doch sehr interessant! Nun ist aber doch dieser neueste Psalmen-Dichter, der neueste Nachfolger des alten Juden Moses in dieser Beziehung, wenigstens ein ehrlicher Feind aller Wirklichkeitslehre und entsprechender Klarheit, wenn er auch sonst 'sich durch anarchistische Verworrenheit trotz seiner Kaisertreue und Anbetung auszeichnet."

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Lieber-Großenhain hat bekanntlich eine Erklärung veröffentlicht, daß er aus der Reichstagsfraction der deutschsocialen Reformpartei austrete, da er deren Stellungnahme zum Bürgerlichen Gesetzbuche nicht theile und nach reiflicher Ueberlegung seiner persönlichen Einsicht folge. Höhnisch bemerkt hie antisemitische „Deutsche Volkswacht" vom 18. Juli hierzu: „Daß der Herr Abg. Lieber eine Ahnung von dem hat, was im Bürgerlichen Gesetzbuch drin steht, glaubt er natürlich selbst nicht."

Stöckers Erwachen. Im Verein mit Lic. Weber-Gladbach und Prof. Martin von Nathusius-Greifswald plant Stöcker die Gründung eines neuen Congresses von Christlich-Sozialen. Sie begegnet allseitigem Mißtrauen. Die conservative „Schles. Ztg." vom 14. Juli sagt: der Beitritt zu diesem neugeplanten Congreß „wird sich für conservativ gesinnte Männer keinesfalls empfehlen". Und die „Kreuz-Ztg." meint, daß conservative Männer Bedenken tragen würden, mit Herrn Stöcker, dem Führer einer anderen Partei, bei einem Unternehmen zusammenzuwirken, das doch einen politischen Character nicht abzustreifen vermöge.

Zu dieser Neugründung kommt der Redaktionswechsel im „Volk". Die Herren Oberwinder und Gerlach, sagt die „Post" am 21. Juli, „sind unbequem geworden. ... Jetzt, wo beide Männer aus der Redaction der Zeitung ausgeschieden worden sind, können sie bequem als Sündenböcke für Alles, was nach der conservativen Seite in der Zeitung das „Volk", angestoßen hat, ausgegeben werden. Der Mohr hat seine Arbeit gethan, der Mohr kann gehen. Rücksichtslose Beseitigung aller Personen, welche seinen persönlichen Bestrebungen unbequem waren, gleichviel wie treue Dienste sie der Sache geleistet hatten, war von jeher characteristisch für Herrn Stöckers Vorgehen. Die Berliner conservative Bewegung kann davon ein Lied singen. Das Verfahren gegen Oberwinder und von Gerlach beweist, daß der Stöcker neuester Auflage doch in dieser Hinsicht ganz der Alte geblieben ist."

Als dritten Verstoß Stöckers hat man zwei Artikel anzusehen, die ein Unbekannter in Stöckers „Dtsch. Evang. Kirchenztg." veröffentlicht hat. Unter dem Titel „Ein Stück Zeitgeschichte" unternimmt dort ein ungenannter Verfasser, offenbar aber gestützt auf genaue und ausführliche Informationen des ehemaligen Hofpredigers, eine Zurückweisung aller derjenigen Vorwürfe, die gegen Stöcker seit mehr als Jahresfrist gerichtet worden sind. Es ist fast komisch zu nennen, wenn hierin Herr Stöcker als vollkommen unschuldig hingestellt wird, und die Frage des Verfassers:

„Was liegt denn eigentlich vor? Was ist geschehen, um auch wohlgesinnte Menschen auf kürzere oder längere Zeit in ein Mißtrauen gegen Stöcker zu verhetzen?" macht einen naiven Eindruck. Die „Schles. Ztg." vom 14. Juli bemerkt mit Recht hierzu:

„Es ist denn doch noch zu kurze Zeit verstrichen, als daß es gerathen erscheinen kann, Thatsachen wie den „Scheiterhaufenbrief", die Nachsicht gegen von Hammerstein bezüglich des „Stöckerfonds" u. a. m. einfach als ganz harmlose Dinge hinzustellen. Begeht zudem der Verfasser noch die Thorheit, sich hinsichtlich der „politischen Unverdächtigkeit" des Scheiterhaufenbriefes auf einen angeblichen Ausspruch des verstorbenen Professors von T r e i t s c h k e zu berufen, so wird mancher „wohlgesinnte Mensch" darob den Kopf schütteln, daß Stöcker nicht bei Lebzeiten des berühmten Geschichtsschreibers dessen Zeugniß vocirt hat, was jedenfalls die ganze Sache in eine andere Beleuchtung gerückt haben würde. Posthume Zeugnisse sollte ein vorsichtiger Vertheidiger lieber beiseite lassen. Ebenso unvorsichtig ist es, das Mitwissen des ehemaligen Hofpredigers von der Unterschlagung des „Stöckerfonds" kurzweg zu bestreiten und bei diesem Unternehmen sich auf die Thatsache zu stützen, daß „das Gericht in dieser Sache keinen Grund zur Anklage gefunden habe". „Grund zur Anklage" von Hammersteins wäre schon vorhanden gewesen; allein man weiß, daß das Recht dazu fehlte, weil der Auslieferungsvertrag in dieser Hinsicht Schranken zog."

Der conservativen „Schles. Ztg." erscheint somit dieser nachträgliche Rechtfertigungsversuch „als recht verfehlt und ungeschickt." Und sie fährt fort:

„. . . Es ist noch viel ungeschickter vom Verfasser, Verdächtigungen gegen a n d e r e Leute auszusprechen, um Stöcker zu reinigen . . . In der Stöcker'schen „Kirchenzeitung" heißt es nämlich, „e i n v o r n e h m e r H e r r a u s S c h l e s i e n" sei zur Zeit der Veröffentlichung des Scheiterhaufenbriefes zu Stöcker gekommen. Dieser habe „in den unterrichteten schlesischen Kreisen mancherlei gehört und Stöcker gefragt, „ob er wisse, was man mit ihm verhabe." Wörtlich heißt es dann in der „Kirchenzeitung" weiter:

„Stöcker antwortete, er solle moralisch vernichtet werden. Genau dasselbe Wort, Vernichtung - sagte der andere - habe er auch in Schlesien gehört. Dieser Plan war von vornherein durchsichtig: kein Kundiger konnte darüber im Zweifel sein. Mit dem „Scheiterhaufenbriefe" sollten die Flammen angezündet, mit dem Fall Hammerstein der Scheiterhaufen erbaut werden, auf dem endlich der verhaßte Hofprediger a. D. mit Amt und Ehre, mit Vergangenheit und Zukunft brennen und den Tod des politischen, moralischen, geistlichen Missethäters sterben müßte. D e r „V o r w ä r t s h a t t e d e n B r i e f v e r ö f f e n t l i c h e n m ü s s e n, d i e m i t t e l p a r t e i l i c h e P r e s s e n u t z t e i h n a u s . . ."

Was soll man zu diesem Kniff sagen? Wenn hier die Stöcker'sche „Kirchenzeitung" in zwar vorsichtiger, aber ganz verständlicher Weise die Veröffentlichung des „Scheiterhaufenbriefes" einem „vornehmen Herrn aus Schlesien" in die Schuhe schiebt, wenn sie diesem (die Christlich-Sozialen zeigen auf den Herrn mit Fingern) nachsagt, er bediene sich des „Vorwärts" als Mittel, um Stöcker zu vernichten, so ist das eine der schlimmsten Unwahrheiten, die jemals von christlich-socialer Seite geäußert worden sind.

Wir haben die Empfindung, als ob man vielfach die Coulissenschiebereien im Stöcker'schen Lager zu wenig beachte . . ."

Adolf Bransmanns Rache für den Angriff des „Volks" auf seine Broschüre „Großpreußen" ließ nicht lange auf sich warten. Seine Schriftstellereitelkeit ist die Stelle, wo er sterblich ist. Er sagt in seinem „Freidtsch." vom 21. Juli:

„Das „Volk" verräth, einseitig in Inneres und sociale Simpelei verrannt, für tiefere Erfassung deutscher Fragen eine so klägliche Verständnißlosigkeit, bleibt hier in dem üblichen gedanken- und urtheilslosen Nachplappern auswendig gelernten „Verständnisses für Realitäten und für wahre Größe" so völlig stecken, — daß Bemängelung seinerseits einem Lobe gleichkommt. . . . Der gewöhnliche Mann glaubt, ein „christliches" Blatt habe zuerst die Pflicht wahrheitsgetreuer Darstellung. Beim „Volk" ist man, wie es scheint, anderer Meinung. Ein Blatt mit solcher Gesinnungs-Zwiespältigkeit bleibt daher am besten sich selbst überlassen."

Die Haltung der Antisemiten im Reichstag hat ihnen mit Recht die Geringschätzung bei Freund und Feind eingetragen. Namentlich wendet sich die katholische „K ö l n. V o l k s z t g." (vom 12. Juli) gegen die „ungeschickten und plumpen Obstructionsversuche der Antisemiten." Sie schreibt:

„Hätte denn das Centrum vor diesen Obstructions-Versuchen der unfähigsten und zerfahrensten parlamentarischen Gruppe im Reichstage die Segel streichen und mit dem Bekenntniß nach Hause gehen sollen, daß es sich gegenüber einer H a n d v o l l s o l c h e r u n r e i f e n R a d a u - P o l i t i k e r unfähig fühle, seinen parlamentarischen Pflichten zu genügen? . . .

. . . „Wenn es den Herren Liebermann v. Sonnenberg, Iskraut und Vielhaben in ihrer hehren Dreiheit gelungen wäre, den ganzen Deutschen Reichstag am ordnungsmäßigen Arbeiten zu hindern, und der Reichstag hätte nicht die Kraft gehabt, diese Herren zur Ruhe zu bringen, so wäre das wirklich ein „Hohn auf den Parlamentarismus" gewesen. Die Obstructionspolitik der Antisemiten war ja so frivol, daß selbst die Socialdemokraten, welche sonst gewiß nicht ängstlich besorgt sind für den Fortgang der Geschäfte — haben sie doch vor einigen Jahren ein Mal volle drei Wochen über das Gehalt des Staatssecretär des Reichsamtes des Innern debattirt, weil der Reichstag nicht beschlußfähig war — ihr wenigstens keinen Vorschub leisteten. Auch der Abg. Eugen Richter hat sich thatsächlich der Entscheidung des Reichstages loyal gefügt, obwohl er vorher am allerschärfsten für die Vertagung bis zum Herbst eingetreten war; vermuthlich hat dabei jedenfalls der Grund mitgewirkt, daß er doch nicht Lust hatte, im politischen Gefolge der Antisemiten zu erscheinen. Selbst die süddeutschen Demokraten fanden schließlich den Anschluß an diejenigen Parteien, welche in diesen Tagen die Würde des Reichstages und den gesunden Parlamentarismus vertheidigten."

Ein Blatt hatte das Bürgerliche Gesetzbuch als „K i n d d e s p o l n i s c h e n J u d e n" (L a s k e r) bezeichnet. Treffend antwortet dasselbe Kölner Blatt:

„Thatsächlich hatte der dem Reichstag vorgelegte Entwurf mit dem Abg. Lasker nicht das Mindeste zu thun. Soll angedeutet sein, daß er von seinem Geiste durchhaucht sei, so ist auch das völlig unzutreffend: Noch niemals ist ein Gesetzbuch gemacht worden, das so w e n i g c a p i t a l i s t i s c h und sogar so sehr a n t i - c a p i t a l i s t i s c h abgefaßt ist wie dieses."

Am 14. Juli wandte sich das Kölner Blatt noch einmal gegen die Antisemiten:

„In ihrer ganzen Leistungsfähigkeit hat die Fraction sich am Schluß der eben beendeten Reichstagstagung gezeigt. Diese vorgebliche Mittelstandspartei hat nicht einen einzigen Gedanken, geschweige denn Antrag zu Gunsten des Mittelstandes bei Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches zu Tage gefördert. Die ganzen zwei Anträge, die sie in der Commission „zusammenstoppelten", vertreten die Interessen von G r o ß i n d u s t r i e l l e n und W u c h e r e r n."

Wie die „Schwäbische Reform" vertrieben wird, erzählt ein Kurgast des Bopserbrunnens im Stuttgarter „Beobachter":

„Als ich Dienstag früh den Fußweg von der Weinsteige, an der Schillereiche vorbei, in den Bopserwald emporstieg, war der Weg mit diesem duftigen Preßerzeugniß, (d. h. mit der „Schwäb. Ref." D. Red.) datirt vom 4. Juli, auf der ganzen Strecke bestreut. . . . Diese neuartige Verbreitung besorgte ein äußerlich anständig aussehender Herr, welcher etwa 100 Meter vor mir herging. Ich kann mich übrigens mit diesem Vorgehen einverstanden erklären, denn auch ich bin der Ansicht, daß die „Schwäbische Reform" zum Wegwerfen gerade noch gut genug ist."

Das Einkommen des Herrn v. Plötz als Vorsitzender des „Bundes der Landwirthe" ist noch immer nicht festgestellt. Thatsache bleibt, daß Herr v. Plötz zuerst die Behauptung, er werde als Vorsitzender des „Bundes der Landwirthe" bezahlt, als falsch zurückgewiesen hat und daß er jetzt die Behauptung der „Köln. Volksztg.", er beziehe dafür 18 000 Mk. jährlich, nicht zurückweisen kann. So erklärte ja Herr v. Plötz auch zuerst die Behauptung, daß er Terminspeculation treibe, für „gemein und lügenhaft", und hinterher gab er zu, daß er speculirt habe, aber nur „der Wissenschaft halber." Sollte Herr v. Plötz vielleicht auch dies Gehalt nur „der Wissenschaft halber" beziehen? fragt die „Voss. Ztg." boshaft.

Vom Royalismus der Conservativen. Bekanntlich ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete S c h m i d t - Frankfurt bei dem anläßlich des Schlusses des Reichstags ausgebrachten Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben. Während neben der konservativen auch besonders die antisemitische Presse den Vorfall zu einem Angriff gegen die Sozialdemokraten benutzte, macht ein Blatt dieser Partei eine auffallende Ausnahme. Es ist dies die in Offenbach erscheinende „Deutsche Volkswacht", deren Redakteur der Reichstagsabgeordnete H i r s c h e l am 8. Juli schreibt:

Wir meinen, daß man zur Liebe niemanden zwingen kann, und wenn ein Sozialdemokrat nicht das Hoch auf den Kaiser aus-

bringen will, so ist das seine Sache. Wir haben oft Gelegenheit gehabt, von manchen der Herren, die sich jetzt wieder über den betr. Abgeordneten entrüsten, Späße und Scherze zu hören, die eigentlich das Gegentheil von Respect für das Staatsoberhaupt verriethen, so daß diesen ihre jetzt beliebte Entrüstung nicht wohl ansteht."

Aus Schleswig-Holstein. In Kiel haben die Antisemiten in dem früheren Anwalt Grafen Reventlow einen Führer gefunden, der bereits eine Reihe von Versammlungen veranstaltet hat. In einer von den Antisemiten in Sterup abgehaltenen Versammlung wurde ein Begrüßungstelegramm an die Kaiserin abgesandt, wofür der Dank durch den Kammerherrn von dem Knesebeck dem deutsch-socialen Reformverein von Flensburg und Umgegend übermittelt wurde. Wie berichtet ist auch ein antisemitischer Verbandstag für Schleswig-Holstein und Hamburg abgehalten worden, der eine Organisation beschlossen hat, um die gemeinsame Agitationsarbeit für die „deutsch-sociale Reformpartei" zu fördern. Diese antisemitische Organisation ist, wie auch anderswo, in einer Provinz geschaffen, die, von ein paar Städten abgesehen, fast ganz ohne Juden ist. Die Reformpartei wird der Socialdemokratie die Aufgabe erleichtern, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, sich in Altona, Kiel, Pinneberg, Elmshorn zu halten und in den übrigen Kreisen weitere Fortschritte zu machen.

Der Verband deutsch-liberaler (freisinniger) Antisemiten hielt am 17. Juli eine ihrer „ordentlichen Vehmsitzungen" ab, die mit Recht den Sitzungen eines Ulk-Vereins gleichgestellt werden. Als öffentlicher Ankläger figurirte der oft genannte „Journalist" Ludwig Schwennhagen alias Schweinhagen. Zur Verhandlung standen, so meldet die „Post" am 19. Juli, drei Fälle: I. „Das chinesische Bauchrutschen als Ansteckungsgefahr für Deutschland. II. Enthüllungen eines Schloß-Phonographen über die wahren Schuldigen im Falle Kotze-Friedmann und am Scheitern der Berlepschen Handwerkervorlage. III. Der fractionelle antisemitische Eiertanz, Miquels neueste Häutung und das christlich-sozial-katholisch jüdische Versicherungsgeschäft für heiraths- und arbeitsbedürftige Hebräerinnen."

Der Grund zu einem nachträglichen Protest gegen die zu Ehren Li-hung-Tschangs in Deutschland veranstalteten Festlichkeiten liegt, wie aus der Debatte zu entnehmen war, darin, daß die liberalen Antisemiten aufs tiefste entrüstet und in ihren heiligsten Gefühlen gekränkt sind, weil „Minister, Industrielle und andere Leute sich zu Knechten dieses Vertreters des ostasiatischen Drachen erniedrigt haben." Herr Schwennhagen verkündete seinen Zuhörern, daß lediglich auf Veranlassung des Banquiers von Hansemann von der Diskontogesellschaft nur im Interesse der von ihm begründeten Deutsch-ostasiatischen Bank diese „Mongolenverehrung" eingeführt sei. Selbstverständlich erblickte Redner auch in der Sympathie der Deutschen mit dem siegreichen Japan zur Zeit des japanisch-chinesischen Krieges die Hand des „indirecten Leiters der auswärtigen Politik", des Herrn von Hansemann, der „durch seinen intimen Freund Miquel Alles zu erreichen vermag, was den von ihm vertretenen Banken frommt."

Nach solchen Leistungen war es dem das öffentliche Gewissen verkörpernden Herrn Schwennhagen natürlich nicht schwer, auch in der Frage Kotze-Schrader die Lösung zu finden. Die wahren Schuldigen sind in diesem Falle die mit Juden verschwägerten Vertreter des Geldadels. Deren Bestreben geht darauf hinaus, die alten Hofjunker zu verdrängen; kein Mittel sei ihnen zu schlecht, um ihren Zweck zu erreichen. „Denken sie einmal nach," so schloß der Redner nach längeren Auseinandersetzungen „über den wachsenden Einfluß des Judenthums bei Hofe, was z. B. Frau v. Koscielski, die Gattin des bekannten marinefreundlichen Abgeordneten, alles erfahren konnte!"

Dieselbe Interessengruppe, welche in dem Falle Kotze-Schrader die ganze Sache leitete, ist nach Schwennhagen auch an dem Rücktritt des Ministers von Berlepsch schuld.

Worte flammendster Entrüstung und kräftige Ausdrücke fand der Referent, als er den fractionell-antisemitischen Eiertanz, die Haltung der antisemitischen Fraction im Reichstage, kritisirte. **„Wer will diese Affen"**, rief er aus, **„noch ernst nehmen,** nachdem sie sich jetzt erst wieder bei Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches unsterblich blamirt haben?" An der antisemitischen Partei sei nichts mehr zu verderben. Darum müsse man schonungslos vorgehen.

Am Schlusse der mehrstündigen Sitzung der „Vehme" erhielt Herr Schwennhagen den Auftrag in Gemeinschaft mit dem Vorstande des Verbandes eine „saftige" Resolution auszuarbeiten, in der auf alle erledigten Fälle Bezug genommen und vor allem Protest gegen die traurige Antisemiten-Fraktion eingelegt werden soll. Diese Erklärung des deutsch-liberalen Antisemitenverbandes soll allen Blättern zugestellt werden.

Antisemiten und Conservative. Infolge der Angriffe, die der conservativ antisemitische Abg. Sachße seitens der „Dtsch. Wacht des Abg. Zimmermann erfahren hat, schreibt das conservative sächsische „Vaterland" höhnisch:

„Freilich, wenn Herr Sachße, wie man uns berichtet, die Schnur des Unterstützungsbeutels zugezogen hat und sich weigert, für eine hoffnungslos zu Grunde gehende Sache fernerhin Opfer zu bringen, so lassen sich die Motive dieser Angriffe wohl erklären. Schön sind sie nicht, und deutsch noch weniger, sie ähneln weit mehr der unsauberen Gepflogenheit der jüdischen Revolverpresse."

Die „Deutsche Wacht" vom 19. Juli revanchirt sich für diese Bosheit mit den Sätzen:

„Wir erklären diese Sätze des „Vaterland" für ganz gemeines Lügenmachwerk. Weder für die „Deutsche Wacht" noch für die Reformpartei hat der konservative Herr Sachße unseres Wissens einen Heller beigetragen".

Antisemitische Roheiten. Zweifelsohne ist die antisemitische Partei und Presse daran schuld, daß der politische Takt immer mehr und mehr abhanden kommt. Man höre nur ein paar neuere Beispiele: „Freidtschl." vom 15. Juli schreibt: „Die jüdische „Nächstenliebe" besteht bekanntlich im Ehr- und Halsabschneiden." Hans von Mosch in seiner „Dtsch. Ref." vom 12. Juli verräth sein Feingefühl in folgendem Angriff gegen die Juden:

Wer sind denn eigentlich die „Banditen" unter den Völkern? Wie schleichende Diebe, verlaust und mit dem Rucksack auf dem krummen Rücken seid Ihr hereingekommen in unser reines deutsches Land, gearbeitet habt Ihr nicht und doch habt Ihr unser ganzes Nationalvermögen in den schmutzigen Händen, Ihr Banditen!

Dem im Duell gefallenen Rosenblum widmet der „Freie Beobachter" aus Furth am 9. Juli den Nachruf: „Der Jud ist kaput! O wären seine Glaubensbrüder alle mit ihm gefallen zur Freude der Deutschen!"

Und die Münchener „Neue freie Volkszeitung" brachte am 5. Juli folgendes

„Bundeslied."

„Brüder, blickt umher im Kreise,
Ob hier nicht möglicher Weise,
Schlau sich eingeschmuggelt habend,
Unter uns eine Jude weilt."

„Lasset uns die Juden hauen!
Wo wir einen Juden schauen,
Werde mit Bedacht und gründlich
Ihm sein Standpunkt klar gemacht."

„Juden hau'n ist edle Regung,
Sehr gesund auch die Bewegung,
Schwingt die Knüttel, werft die Gläser,
An den Kopf der Judenzunft!"

„Horch, schon ist es losgegangen!
Sieh, schon hat es angefangen!
Stöcke sausen, Keule schwirren,
Haare fliegen durch die Luft."

„Brüder laßt uns nicht ermüden,
Bis hinaus sind alle Jüden,
Bis der Letzte der Semiten
Mit Geheul ins Freie fliegt!"

Man wird nicht behaupten können, daß diese Rüpeleien die Volksbildung fördern, wie es das Ziel der Presse sein soll.

Die achte Todsünde. In Kurhessen und dem Großherzogthum Hessen wird das „Kasseler Sonntagsblatt“ viel gelesen. Das fromme Blättlein liefert vielen Bauern die einzige Geistesnahrung, und die Herren Pastoren bemühen sich eifrig um seine Verbreitung. Wen das Kapitel: „Was liest der Bauer?“ interessirt, wird die Lektüre dieses Wochenblattes nicht verschmähen dürfen. Sie ist auch gar nicht so langweilig, gehört der Herausgeber des Organs, der auf den klassischen Namen Föbus hört, doch zu den wunderlichsten Heiligen des 19. Jahrhunderts. Sein Blatt liest sich manchmal wie ein ins Deutschhinterwäldlerisch-muckerhafter übersetzter Arizona-Kicker. Es treibt zwar auch hohe Politik agrarisch-reaktionär-antisemitischer Richtung, am werthvollsten aber sind doch Föbus' Preßpolemiken, Abonnementseinladungen und Briefkastenerleuchtungen. Aeußerst urwüchsig schlägt der heilige Mann drein, wenn ihm ein Concurrenzblatt — denn auch auf diesem Gebiet haust der böse Geist capitalistischen Wettbewerbs — Abonnenten wegschnappt, er bezweifelt in solchen Fällen energisch das Christenthum des sich christlich nennenden Concurrenzblattes, und verheißt dafür den Abonnenten des Sonntagsblattes die ewige Seligkeit und sonstige Annehmlichkeiten. Die Abonnementsquittung für das Föbusblatt berechtigt nämlich, wie der begnadete Herausgeber versichert, auch zum freien Eintritt in den Himmel, und das Sonntagsblatt stellt sich deshalb als eine Art evangelischen periodischen Ablasses dar. Eine weitere Spezialität des Casseler Sonntagsblattes ist seine Sündenfindsamkeit. Darin leistet er Großes, das Größte vielleicht in der neuesten Nummer seiner gottgefälligen Zeitung, in der er die Versicherungssünde entdeckt und folgendermaßen erörtert: „Daß Versicherungen Sünde sind, glauben wir kaum. Wer allerdings glaubt, durch Versicherungen sei nun Alles in Ordnung, der ist auf unrechtem Wege. Wohl sind Hagel und allerlei sonstiges Unwetter nur eine Strafe für unsere Sünden. Denn wäre keine Sünde da, dann würde auch kein Hagel da sein. Aber die Sünde wird nicht aufhören. Und alles Predigen und Belehren wird die Gottlosigkeit der Menschen auch nicht viel aufhalten. Nur die furchtbaren Strafgerichte Gottes, die wirken am meisten, die Menschen in ihrer Gottlosigkeit aufzurütteln, und dazu gehören auch die Hagelwetter. Wenn nun hier und da ein frommer Mann unter den Gottlosen wohnt, so kann man nun doch nicht von Gott verlangen, daß er gerade des Frommen Acker verschonen soll. Und dann haben wir seit Jahren die Entdeckung gemacht, daß an den Frommen auch viel Sünde ist, die sich in allerlei unchristlichen Reden und Thaten äußert. Wer also versichert, thut nach unserer Meinung keine Sünde. Ist er aber anderer Meinung, so halte er dieselbe fest. Wenn er aber mit Anderen vom Hagel heimgesucht wird, so muß er dann auch glauben, das ist eine Strafe für meine Sünde und weiter nichts. Die Lebensversicherungen in allen Arten halten wir aber ebenfalls für schwere Sünde und weiter nichts, und wenn auch hundert halbe Christen dagegen sprechen.“ — Man wird nun, so wird der „Frankf. Ztg.“ am 18. Juli geschrieben, gespannt sein dürfen, wie sich Föbus zu Brand-, Aussteuer- und Militärversicherungen, namentlich aber zu den staatlich organisirten Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherungen stellen wird. Man möchte es wissen, weil es doch peinlich ist, es mit aller Frömmigkeit nicht über den Zustand des halben Christen bringen zu können, weil man sündhafter Weise sich hat versichern lassen.

Aus Oesterreich.

Der Prozeß Feichtinger kam in Graz in den Tagen vom 6.—11. Juli zur Verhandlung. Angeklagt war der Führer der dortigen Antisemiten Joseph Feichtinger. Ihm war es gelungen, sich die Bezeichnung „Der Grazer Lueger“ zu erobern, und sein Ansehen hatte einen solchen Grad erreicht, daß der echte Lueger, der jetzige Wiener Vicebürgermeister, eines Tages sich nach Graz begab, um für Feichtinger und Genossen einzutreten und deren Strebungen zu fördern. Dr. Karl Lueger war selber auch von den Grazer Machern irregeführt worden; er, dem sein Todfeind nicht Klugheit absprechen wird, kannte die moralischen Qualitäten seiner Grazer Freunde nicht.

Joseph Feichtinger, seines Zeichens „Institutsinhaber“, wurde Direktor des Preßvereins und zugleich Herausgeber und Chefredacteur des „Extrablatts“, das der christlich soziale Grazer Gewerbeverein gegründet hatte. Feichtinger verfügte über eine bedeutende agitatorische Kraft und eine Rednergabe, wie solche bei den niederen Schichten und für die antisemitische Hetze genügen. Er ließ sich in den Gemeinderath wählen und hatte einen solchen Einfluß erlangt, daß auch die von ihm vorgeschlagenen Candidaten die Stimmen der Wähler erhielten.

Das Grazer „Extrablatt“ wollte indeß durchaus auf keinen grünen Zweig komm. Trotz Feichtingers Pumptalent fehlte es beständig an Geld. Der Preßverein mitsammt dem „Extrablatt“ laborirten an einem unheilbaren Defizit. Feichtinger brauchte für sich viel, und für die Bezahlung der Druckkosten und der Setzerlöhne blieb nichts übrig. Er und seine Genossen in der Leitung des Vereins und des Blattes wollten aber das Unternehmen aufrecht halten und unterließen es, den Concurs anzumelden. So wurde zu unlauteren Machenschaften gegriffen. Feichtinger, der immerfort gegen Juden-Korruption donnerte, verfiel selber der häßlichsten Korruption und beging Akte derselben auch an Juden. Man preßte die kleinen Leute zum Bezug des Blattes, man drängte ihnen dieses und die Antheilscheine des Vereins durch Ueberredung und Versprechungen oder auch durch Drohungen auf. Wer das Abonnement nicht baar bezahlen konnte, durfte auch Waaren oder Naturalien liefern. Man war nicht wählerisch; Brennholz oder Küchengeräthe oder Bekleidungsstücke wurden für das Blatt und für Inserate angenommen. Auch an Bestechungen fehlte es nicht. Der krasseste Fall war der mit dem Juden Moritz Wohl. Ein Wucherer dieses Namens stand vor dem Strafgericht. Er verlangte von Feichtinger, dieser solle gegen Geldentschädigung die Berichterstattung über den Wucherprozeß unterlassen. Der große Antisemitenhäuptling und Korruptionsbekämpfer ließ sich darüber mit dem Wucherer in Unterhandlungen ein. Endlich wurde man einig. Der jüdische Wucherer bezahlte, und der Antisemit und Tugendbold ließ sich bestechen. Feichtinger will dies nur für das verkrachte Blatt gethan haben, das sonst nach seiner Angabe damals gar nicht hätte erscheinen können, aber er behielt das Geld für sich und verwandte es zu seinem eigenen Gebrauch. In der Gerichtsverhandlung erklärte Feichtinger gleichsam zu seiner Entschuldigung, es sei ohnehin unangenehm genug, wenn ein Antisemit sich von einem Juden müsse bestechen lassen, und einer der hervorragendsten Parteiführer der Grazer Christlich-Sozialen bemerkte als Zeuge, Feichtinger hätte eine moralische, aber keine rechtliche Pflicht gehabt, das Geld von Wohl für das Blatt zu verwenden. Auch der Ertrag eines zu Gunsten des Blattes veranstalteten Kränzchens ist nicht dem nothleidenden Unternehmen zugeflossen, sondern in den Taschen Feichtingers verschwunden.

Von Bedeutung ist, daß Feichtingers Parteigenossen von seinem Treiben wußten und dazu schwiegen. Von der Bestechung durch den Juden Wohl und der Verwendung des Bestechungsgeldes zu persönlichen Zwecken hat Feichtinger selbst seinen Freunden Mittheilung gemacht. Sie verkehrten trotzdem weiter mit ihm, sie ließen ihn in seinen Stellungen, sie fanden nichts an ihm auszusetzen. Das verräth ein erschreckend tief gesunkenes Rechtsgefühl und zeigt eine ganze Partei moralisch und sittlich in seltsamen Licht.

Feichtinger wurde wegen Veruntreuung und Krida zu einem Monat Kerker, seine Mitangeklagten Advocat Dr. Theodor Starkel, Gastwirth Joseph Ledam und Regenschirmmacher Joseph Wilfinger wegen Krida zu je acht Tagen Arrest verurtheilt.

Damit ist der Fall zwar für die Angeklagten erledigt, aber nicht für ihre Partei. Die antisemitische „Ostdeutsche Rundschau“ erklärt in einem Anfall von Ehrlichkeit, im Prozeß Feichtinger sei die ganze christlich-soziale Partei „gekennzeichnet“ worden. Sie zieht die scharfen Unterschiede zwischen dem Geschäftsantisemitismus, dem die Verurtheilten von Graz angehörten, und der deutschnationalen Gesinnung und kommt in einem Leitaufsatze zu der pessimistischen Befürchtung:

„In der moralischen Vernichtung des Grazer Antisemitenführers Feichtinger liegt also, wie gesagt, nicht die Gefahr, wohl aber darin, daß die ehrlich denkenden Antisemiten, die von einer gewissenlosen

antisemitischen Agitationspresse in den Glauben an die alleinige Verantwortlichkeit des Judenthums für die Schäden der Zeit großgezogen wurden, unwillkürlich zwischen einem jüdischen Betrüger und dem der Korruption überwiesenen Antisemiten Vergleiche aufstellen, natürlich keinen Unterschied finden und, an ihren eigenen Anschauungen irre geworden, dem Antisemitismus den Rücken wenden".

Folgen des Prozesses Feichtinger. Bei der Verhandlung flechte sich übrigens heraus, daß außer Feichtinger auch der Grazer Correspondent des Wiener antisemitischen „Deutsch. Volksblatts", namens Gstirner sich hatte von Moriz Wohl bestechen lassen. Daraus wird sich vermuthlich ein neuer Kriminalprozeß entwickeln.

Wien, 18. Juli. Bei dem jungen Schuhmacher Egydius Leist, der sich vom Stephansthurm heruntergestürzt hat, wurde ein Volksgebet gefunden, welches dem „Vater Unser" und dem Glaubensbekenntniß nachgebildet ist; die blasphemische Natur dieses antisemitischen Machwerks verbietet die Wiedergabe. Nur die Anfangszeilen setzen wir hierher; sie lauten „Vater unser, Lueger, der Du bist" u. s. w. und „Ich glaube an Dr. Lueger". Man hielt das Schriftstück zuerst für die Ausgeburt des kranken Hirns eines Einzelnen. Nur zu bald aber stellte man fest, daß dieses Volksgebet in den Vorstädten Wiens bereits seit einiger Zeit, durch Druck oder Abschrift vervielfältigt, massenhaft verbreitet ist, und in den unteren Schichten faktisch wie ein Gebet behandelt wird. Das läßt in die Volksbildung des antisemitischen Wien einen tiefen Blick thun. Man kann wirklich sagen, daß für Wien Kaiser Joseph vergeblich gelebt hat!

Vermischtes.

Löwenberg i. Schlesien, 16. Juli. (Reichstags-Ersatz-Stichwahl.) Nach amtlicher Feststellung erhielten Rector Julius Kopsch (Berlin, Freisinnige Volkspartei) 5966 und Graf Nostiz, (Zobten, konservativ) 4797 Stimmen. Dieses Ergebniß ist um so erfreulicher, je skrupelloser Konservative und der „Bund der Landwirthe", die Freunde des Grafen Nostiz, im Wahlkampfe gewesen sind. Was haben sie nicht alles dem freisinnigen Candidaten nachgesagt! Er sollte ein „Berliner Schulmeister ohne alle Religion sein, womit man auf die ultramontanen Wähler Eindruck zu machen hoffte; er wurde als „Vertreter der Berliner Bankiers und Großkonfektionäre" bezeichnet, womit man die Socialdemokraten zu fangen gedachte. Der Abgeordnete Jacobskötter machte über das „schamlose Treiben" und die „aussaugenden Hungerlöhne" dieser Berliner „aus eigener Anschauung entsetzliche Mittheilungen." Ein „Rickemann von Eugen Richters Gnaden" wurde Herr Kopsch titulirt, dem es nur darauf ankomme, Diäten zu erhalten, während er die „alten, verbrieften Rechte" der Handwerker preisgebe und sie zu Proletariern und Lohnsklaven machen wollte. „Wer an der Börse spielt, wählt Kopsch, wer völligen Ruin der Landwirthschaft und des ehrlichen Gewerbes will, wählt Kopsch, wer aber die Börse am Aussaugen der Volkskraft verhindern will, wählt Nostiz", so riefen selbst nationalliberale Blätter. Es wurde geflissentlich in Reden und Flugblättern die Narrethei verbreitet, Kopsch habe die ehemaligen Soldaten beschimpft; sie wurden aufgefordert, einmüthig für den Grafen Nostiz zu stimmen, schon weil „dessen Vater unserm Blücher bei Ligny das Leben gerettet hat". Wenn dagegen der konservative Graf gewählt würde, welches Glück sollte nicht dem Wahlkreise widerfahren; Löwenberg sollte eine Garnison, Liebenthal ein Amtsgericht erhalten, überall Freude und Wohlgefallen herrschen. Graf Nostiz hat nur 311 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange, aber 254 Stimmen weniger als im Jahre 1893 Herr von Holleuffer erhalten. Rector Kopsch zählte bei der Stichwahl 1372 Stimmen mehr als am 4. Juli und gegen die Wahl von 1893 ein Mehr von 1480 Stimmen. Es ist, wie die jüngsten Ersatzwahlen zeigen, erfreulicherweise ein starker Zug nach links bemerkbar.

Vom Großgrundbesitz. Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Die „Dtsche. Tagesztg.", das Organ der Agrarier, wagt es, einen Angriff auf den Großgrundbesitz zu bringen. Ein „sonst conservativer Gutsbesitzer" schreibt in diesem Blatte am 21. Juli im Anschluß an die Niederlage des Grafen Nostiz im Kreise Löwenberg:

„Ein anderer Punkt, der viele bewogen hat, dem Grafen Nastiz die Stimme zu versagen, sind Vorgänge und Verhältnisse im hiesigen Kreise, die manche kleinere Besitzer gegen die „Großen" eingenommen haben. Die Reichsgräflich Schaffgott'sche Herrschaft trägt ihr Theil daran. Die Einverleibung größerer Gutsbezirke, Bauern gehörig, und die Nichteinverleibung von kleinen gräflichen oder kleinern großagrarischen Gutsbezirken haben s. Z. zu den verschiedensten Aeußerungen Anlaß gegeben. Die Neubesetzung eines Amtsvorsteherpostens und dessen Verwaltung durch zwei gräfliche Beamte und einen Großagrarier, ohne Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Landbevölkerung zu nehmen, hat viele conservative Stimmen verloren gehen lassen."

Wir erinnern im Anschluß hieran an einen Ausspruch, den Graf Schwerin in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. November 1868 gethan: „Der Unterschied zwischen der englischen und unserer Aristokratie ist der, daß die großen Familien in England stets an der Spitze der Freiheit standen, während man bei uns die Spitzen der Familien immer nur da sieht, wo es sich um Erhaltung von Vorrechten handelt."

Vom Büchertisch.

W. Giese, der Leiter der Hauptgeschäftsstelle der „Deutsch-sozialen Reformpartei" zu Berlin, hat ein „Antisemitisches Handbuch" im Selbstverlag herausgegeben (144 S. 1,50 Mk.) Im Vergleich zum freisinnigen „A-B-C-Buch" Eugen Richters, zum „Conservativen Handbuch" und zum Lux'schen Socialdemokratischen Handbuch ist das vorliegende Werk eine geradezu klägliche Leistung, gegen welche der Fritsch'sche Antisemiten-Katechismus noch als eine fleißige Arbeit erscheint. Kein Mensch kann aus dem allgemeinen Geschwätz, das hier breitspurig vorgetragen wird, Belehrung schöpfen, und auch die specifisch antisemitischen Artikel zeigen eine Unkenntniß, die verblüfft. Wir wollen gar nicht von dem Standpunkt des Verfassers reden, aber wenn ein „ernsthaft" auftretendes „Handbuch" über die Naumann'sche Richtung — um ein Beispiel anzuführen — nichts weiter zu sagen weiß, als: „Aussicht auf Bestand hat sie wohl kaum, weil sie die soziale Frage ganz einseitig als Arbeiterfrage behandelt und das Bestehen der Judenfrage schlechthin leugnet. Letzteres trägt ihr natürlich den Beifall und die reklamemachende Unterstützung der gesammten Judenpresse ein; das alles kann aber nicht verhindern, daß die ganze Richtung scheitert, weil sie sich mit den Thatsachen in Widerspruch setzt." . . . so verdient eine solche Unwissenheit in politischen Dingen festgenagelt zu werden. Herr Giese thäte gut, erst zu lernen, ehe er als Lehrer auftritt.

Ein unangenehmer Druckfehler hat sich in dem Artikel „Ein Briefwechsel" in Nr. 29 eingeschlichen. Die „Staatsb. Ztg." vom 29. Juni hat dem „Berl. Tagbl." vom 28. Juni einen Artikel ohne Quellenangabe entnommen.

Briefkasten.

F. J. in G. Zu der Behauptung der „Pfarrkirchener Bundeszeitung", daß die Frau des Abg. Dr. Lieber eine geborene Jüdin sei, bemerkt die „Germania", daß „Frau Lieber aus einer katholischen Berliner Familie stammt".

W. D. in B. Gegenüber etlichen antisemitischen Blättern stellt Pfarrer Naumann in seiner „Hilfe" vom 19. Juli fest, daß Frau Geheimrath Lippmann, die auf dem letzten Evangelisch-sozialen Congreß das Frauenreferat hatte, „nach sicheren Mittheilungen getauft und überzeugte Christin ist."

M. W. H. in H. Daß Hans v. Mosch nicht von Herrn F. Raab zur Parteiorganisation für Hamburg und Schleswig zugezogen wurde, wußten wir. Nur die Ursachen sind unbekannt.

W. B. in Gl. Natürlich sind wieder die Juden an dem Tode des Marquis de Morès schuld. Wie der „Dtsch. Gen.-Anz." vom 19. Juli meldet, „wird die Anstiftung des Mordes auf den Juden Arbid in Tripolis zurückgeführt."

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck van Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 31. **Berlin, den 1. August 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Die Antisemiten und der Bund der Landwirthe.

Anläßlich der Landtagswahlen in Sachsen haben die sächsischen Conservativen eine reinliche Scheidung zwischen der antisemitischen Reformpartei und ihren Anhängern durchgeführt. Damals fragten die Antisemiten bei den Conservativen an, ob sie sich nicht bei den Landtagswahlen gegenseitig unterstützen wollten, und man weiß, daß die conservative Parteileitung in Sachsen es schroff abgelehnt hat, mit den demokratisch gesinnten Reformern zusammenzugehen. Von jener Zeit ab herrscht zwischen beiden Parteien Sachsens eine bittere Feindschaft, und es scheint, als ob diese Antipathie auch im übrigen deutschen Reiche stark zum Durchbruch kommt. In den letzten Wochen hat die „Antisemitische Correspondenz" des Herrn L i e b e r m a n n v o n S o n n e n b e r g energisch den Conservativen auseinandergesetzt, wer Schuld an dem Verlust von Reichstagsmandaten bei den letzten Reichstagsnachwahlen hätte. Liedermann von Sonnenberg rechnete den Conservativen vor, wie viel Abgeordnete sie durch antisemitischen Beistand gewonnen hätten, und die „Kreuzzeitung" revanchirte sich wacker, indem sie ihrerseits wieder aufzählte, wieviel antisemitische Abgeordnete auf conservativen Krücken in das Parlament gewandert seien.

Daß Liebermann von Sonnenberg jetzt mit einem scheinbaren Aufwand von Energie gegen die Conservativen zu Felde zieht, ist bedeutsam. Er war der einzige Junker unter den Antisemiten, der einzige Adlige; er ist bei den Conservativen durch seine mächtige Stimme und durch sonstige persönliche Eigenschaften nicht unbeliebt und es ist charakteristisch für die Höhe der Intelligenz der conservativen Partei, daß sie den inhaltsleeren Reden dieses Herrn stets ostentativ Beifall zollte. Wenn nun dieser durchaus reaktionär gesinnte, im tiefsten Herzen conservativ denkende Mann jetzt mit einem vollständigen Bruch mit den befreundeten Conservativen droht, so scheint die Verstimmung doch ernsterer Natur zu sein, als bisher alle Conflikte zwischen beiden Parteien gewesen sind.

Die antisemitische Partei hat allein für sich gar keine politische Bedeutung; sie erlangte eine solche bisher nur dadurch, daß sie sich in den Schatten einer größeren Partei stellte. Ebenso wie Herr Liebermann von Sonnenberg hat sie sich bei den Christlich-Sozialen und den Conservativen angefreundet, so lange diese eine Macht waren. Die Christlich-Sozialen um Stöcker herum sind längst keine Macht mehr, folglich hatte die deutsch-soziale Reformpartei nichts eiligeres zu thun, als an dem Feldzug gegen Stöcker theil zu nehmen. Jetzt erfährt sie noch eine starke Ablehnung seitens der Conservativen. Was Wunder, wenn sie sich nach einer neuen Partei umsieht, in deren Schatten sie kämpfen kann. Es bleibt nur eine Organisation übrig: das ist der „B u n d d e r L a n d w i r t h e."

Und in der That versucht sie jetzt, sich diesem anzufreunden. So schreibt die conservative „Schlesische Zeitung" vom 23. Juli:

„Es ist längst kein Geheimniß mehr, daß die Antisemiten, während sie sich als „politische Freunde" der Conservativen geberden, alles aufbieten, um den Bund der Landwirthe zu sich hinüberzuziehen. Ihr Plan, unter Hinzuziehung einzelner Mitglieder des Bundes eine neue Agrarpartei zu gründen, hat bereits ziemlich greifbare Gestalt angenommen, nur mag es den antisemitischen Acteuren nicht opportun erscheinen, ihre Pläne jetzt schon vor der Oeffentlichkeit zu enthüllen."

In welcher Weise das offizielle Zusammengehen zwischen den Antisemiten und dem „Bund der Landwirthe" bewerkstelligt werden soll, weiß man nicht, jedenfalls sind Anzeichen dafür vorhanden, daß der „Bund der Landwirthe" jetzt schon Hand in Hand mit den Antisemiten geht. Man weiß, daß er den Reichstagsabgeordneten Dr. B ö c k e l in seinem statistischen Büreau angestellt hat. Ebenso ist der Antisemit H a n s B u c h s t e i n ein Beamter des Bundes geworden. Ferner ist den Abgeordneten H i r s c h e l, K ö h l e r, B i n d e w a l d unlängst von dem „Bund der Landwirthe" ein Anerkennungsschreiben zugegangen, worin sie für ihr Verhalten im Reichstag zum Wohle der deutschen Landwirthe gelobt worden sind.

Wie weit die privaten Verhandlungen jetzt gediehen sind, entzieht sich natürlich auch unserer Kenntniß. Nur das Eine müssen wir nachdrücklich betonen, daß zu erneuter Besorgniß absolut kein Grund vorhanden ist. Ob conservativ, ob agrarisch, ob antisemitisch, es sind nur drei schlechte Variationen einer schlechten Melodie. Die Conservativen, die auf dem Tivoli-Tage den Antisemitismus officiell proklamirt haben und Ahlwardt hoch leben ließen, der „Bund der Landwirthe", der antisemitisch „bis auf die Knochen" ist, und die Antisemiten, deren Thorheit aus dem Judenhaß sogar eine „Weltanschauung" hat machen wollen, sie alle drei sind dem Wesen nach durchaus verwandt, und es ist wirklich gleichgültig, ob sie die antisemitische Farbe mehr oder weniger zur Schau tragen.

Für die Gruppirung im Reichstage ist daher der feste Anschluß der Antisemiten an den „Bund der Landwirthe" ohne Belang. Die einzigen Leute, welche vielleicht aus dem Zusammenschluß ein paar winzige Erfolge erzielen können, sind

die antisemitischen Abgeordneten und Agitatoren. Sie werden wie die Herren Böckel und Puchstein entweder gleichfalls Angestellte, oder für gutes Geld treiben sie agrarisch antisemitische Agitation.

Ueber die Folgen dieses Anschlusses ist sich die conservative „Schlesische Zeitung" vollkommen klar; sie erinnert daran, daß die Reformpartei eine Agitationspartei ist, die nach Bedarf Programm und Namen gewechselt habe. „Ihre ganze parlamentarische Action ist rein demonstrativer Natur, ihr ganzes Sinnen und Trachten geht darauf aus, Stimmen zu fangen." Und sie warnt die Landwirthe eindringlich vor den demokratischen Programmpunkten dieser Partei. „Die jüngst vertagte Reichstagssession hat die Grundsatzlosigkeit und Machtlosigkeit der Reformpartei vor aller Augen klar gezeigt. Kaum jemals hat eine politische Partei ihre parlamentarische Action mit einem solchen Fiasko abgeschlossen wie die Antisemiten." Sehr richtig weist dasselbe Blatt darauf hin, daß die Antisemiten dem Freisinn oder der Sozialdemokratie gegenüber keine Wahlerfolge aufzuweisen haben. Alle den Conservativen gegenübergestellten antisemitischen Sonder-Candidaturen hätten nur zur Stimmenzersplitterung beigetragen und dem conservativen Element geschadet; den Antisemiten sei es fast nur gelungen, der conservativen Partei Mandate abzunehmen, die sie freilich nicht allzu lange behalten. „Meistens freilich fällt dann das Mandat nicht in die Hände der Conservativen zurück; die abspenstig gemachten Wähler können sich dann sobald nicht wieder an eine sachliche und ruhige Tonart gewöhnen, sondern sie fallen denen anheim, die noch kräftigere Reizmittel, noch lebhaftere Schlagworte führen als die Reformer, nämlich den Sozialdemokraten."

Wir wissen nicht, ob der „Bund der Landwirthe" diese Warnung eines conservativen Blattes beherzigen wird. Da diese Warnung von Einsicht zeugt, und die Agitation des Bundes selten von Einsicht dictirt war, so ist anzunehmen, daß die Vereinigung der beiden antisemitischen Gruppen wohl demnächst vor sich gehen wird. Wir wiederholen, daß es für die Gruppirung der Parteien im Reichstag und für das öffentliche Leben völlig belanglos ist, ob die beiden Organisationen zusammengehen oder nicht. Wir wissen, daß eine Partei, die die Interessen der Junker vertritt, und eine andere, die sich immer als Vertreterin des Mittelstandes geberdet hat, auf die Dauer nicht gut mit einander fertig werden. Die Leute, die sich jetzt vertragen, werden sich morgen wieder schlagen.

Die Petition des Vorstandes und der Repräsentanten der Berliner jüdischen Gemeinde an den Cultusminister Dr. Bosse

bezüglich der Anstellung jüdischer Lehrkräfte ist jetzt veröffentlicht worden. In durchaus würdigem und ruhigem Ton legen die Petenten gegen die grundsätzliche Auffassung Verwahrung ein, „nach welcher die Anstellung jüdischer Lehrkräfte nur erfolgen könne, weil und insoweit sie den Kindern ihres Glaubens Religionsunterricht zu ertheilen haben." Der Ministerialerlaß vom 8. Juli 1875 sei in Uebereinstimmung mit den städtischen Behörden vielmehr dahin ausgelegt worden, „daß die Anstellung jüdischer Lehrer und Lehrerinnen in Anwendung der durch Art. 4,12 und 24 Abs. 1 und 2 der Verfassungsurkunde und das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 gewährleisteten Rechtsgrundsätze erfolgen solle, zumal den in der Zeit von 1875 bis vor einigen Jahren angestellten jüdischen Lehrpersonen bei ihrer Anstellung eine Verpflichtung zur Ertheilung jüdischen Religionsunterrichts überhaupt nicht auferlegt worden ist."

Dann heißt es weiter:

„Wir wollen indessen auf den Rechtspunkt nicht einmal entscheidendes Gewicht legen, wir meinen, daß gegen die den jüdischen Lehrkräften auferlegten Beschränkungen so zahlreiche Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe entgegenstehen, daß schon diese zur Beseitigung dieser Beschränkungen führen sollten. Wir gestatten uns, zunächst Bezug zu nehmen auf die Ausführungen des hiesigen Magistrats in seiner Euer Exzellenz unterbreiteten Vorstellung vom 6. März 1896, in welcher der Nachweis geführt worden ist, daß ein großer Theil der neu angeordneten Beschränkungen mit den Einrichtungen der Gemeindeschulen in Berlin unvereinbar und deshalb undurchführbar ist. Der Theil dieser Vorstellung freilich, welcher den Glauben erwecken könnte, daß Lehrer und Lehrerinnen, welche dem jüdischen Glauben angehören, einer von der des Christenthums verschiedenen Moral huldigen müssen und daß lediglich die Vorbildung auf christlichen Lehranstalten dieselben vor den Irrlehren des „Talmud" und des „Schulchan Aruch" bewahre, beruht auf vollständiger Verkennung der einschlägigen Verhältnisse. Es giebt kein jüdisches Religionsgesetz, welches mit irgend einem Grundsatz der christlichen Sittenlehre in Widerspruch stände.

Ueber die Bedeutung des Talmud und des Schulchan Aruch haben Rabbiner, welche den verschiedenen religiösen Richtungen im Judenthum angehören, in einer Erklärung vom Februar 1893 sich ausgesprochen, welche Euer Exzellenz wir in einem Druckexemplar zur hochgeneigten Einsicht in der Anlage zu unterbreiten nicht verfehlen.

Wir gestatten uns zu gleichem Zwecke ein Exemplar der Belegstellen zu den Grundsätzen der jüdischen Sittenlehre, welche namentlich für unsere Religionsschulen bestimmt sind, gehorsamst beizufügen, und wir dürfen vertrauen, daß Euer Exzellenz sich davon überzeugen werden, daß ein in diesen Grundsätzen erzogener Lehrer weder zur Entchristlichung der Schulen beitragen, noch der christlichen Moral der Schüler Eintrag thun könnte. Wenn hinsichtlich der Sittenlehre des Judenthums diesen Grundsätzen Entgegenstehendes behauptet worden ist, so beruhen solche Behauptungen theils auf absichtlicher Entstellung aus dem Zusammenhang gerissener Sätze der vorerwähnten Schriften, und zwar solcher Sätze, welche überhaupt keinen religionsgesetzlichen Inhalt haben, theils auf unrichtigen Vorstellungen, welche durch unlautere Machinationen der sogenannten Antisemitenpartei hervorgerufen worden sind. Mit freudigem Stolze dürfen wir aber auch hervorheben, daß die gedachten Moralgrundsätze von der jüdischen Religion nicht nur gelehrt, sondern von den Bekennern derselben und insbesondere von den Mitgliedern unserer Gemeinde im Allgemeinen auch bethätigt werden. In der Liebe zu Kaiser und Reich, in der Verehrung des Staatsoberhauptes, in der Vaterlandsliebe und der Achtung vor den Gesetzen, in der Reinheit des Familienlebens und in den Beweisen werkthätiger Liebe gegenüber ihren Mitmenschen stehen die Juden hinter den Bekennern anderer Religionen nicht zurück: die Akten der städtischen Stiftungsdeputation ergeben, daß die Beweise solcher Menschenliebe von Seiten der Juden sich keineswegs auf ihre Glaubensgenossen beschränken, daß sie keinen Unterschied des Glaubens und der Abstammung kennen, wenn es gilt, zu helfen oder das Gemeinwohl zu fördern. Eines weiteren Beweises dieser allgemein bekannten Thatsachen glauben wir überhoben zu sein, wir wollen nur beispielsweise an das neu errichtete Waisenhaus für Kinder aller Confessionen zu Schmargendorf und an den unter dem segensreichen Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin in neuester Zeit begründeten Heilstätten-Verein für Lungenkranke erinnern, für welchen die jüdischen Mitbürger etwa drei Viertel der bisher aufgebrachten Mittel gewährt haben. Nicht Rühmenshalber haben wir geglaubt, auf diese Thatsachen hinweisen zu müssen, wir sind vielmehr hierzu genöthigt, um einerseits den systematischen Verleumdungen entgegenzutreten, welchen unser Glaubensbekenntniß seit vielen Jahren ausgesetzt ist, und andrerseits darzulegen, daß diese Religion es ist, welche das Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" (3. B. Moses 19, 18) für ihren Hauptgrundsatz erklärt hat.

Und dennoch sollen Lehrkräfte, nur weil sie dieser Religion angehören, obwohl sie dieselbe Vorbildung genossen haben und in denselben Moralgrundsätzen erzogen sind, wie ihre Standesgenossen der beiden christlichen Confessionen, Beschränkungen ausgesetzt werden, welche ihre Stellung und ihre Berufsfreudigkeit erheblich herabzudrücken geeignet sind. Sie sollen vorwiegend Religionsunterricht ertheilen, obwohl sie gerade in diesem Unterrichtsgegenstande einen staatlich geordneten Befähigungsnachweis nicht zu führen vermögen, es soll ihnen nur ganz ausnahmsweise ein Ordinariat übertragen werden, und es soll ihnen nicht gestattet sein, die ihrem Unterricht anvertrauten Kinder durch mehrere Klassen hinaufzuführen. Wir können nicht einsehen, wodurch die jüdischen Lehrer und Lehrerinnen eine solche Zurücksetzung verdient haben. Es ist bereits angedeutet, daß nach den Einrichtungen der Berliner Volksschulen mit dem Ordinariat der Unterricht in den wichtigsten Unterrichtsgegenständen, namentlich im „Deutschen" verknüpft ist. Die Entziehung des Ordinariats ist demnach materiell fast gleichbedeutend mit der Entziehung der Lehrbefugniß überhaupt, abgesehen von dem Unterrichte in der jüdischen Religion. Zu dem gleichen Ergebnisse führt die Anordnung, daß eine Neuanstellung von Lehrpersonen jüdischen Glaubens nur zulässig ist, wenn die angestellten Lehrkräfte bis je zu zwölf Religionsstunden herangezogen sind, wie der Magistrat in seiner oben angezogenen Vorstellung bereits dargelegt hat. Es wird gesagt, die Rücksicht auf die Schüler christlicher Religion gebiete solche Maßnahmen. Wir erlauben uns, demgemäß zunächst anzuführen, daß der jetzt seit länger als zwanzig Jahren in Berlin von Seiten jüdischer Lehrer und Lehrerinnen ertheilte Unterricht in profanen Wissenschaften von Seiten

der Eltern der so unterrichteten Kinder keinerlei Beschwerden hervorgerufen hat, wie dies der Magistrat und die städtischen Schulbehörden bestätigen werden, wir glauben aber auch weiter hervorheben zu dürfen, daß auch vom Unterricht christlicher Kinder durch jüdische Lehrer gilt, was über den gemeinschaftlichen Unterricht von Kindern verschiedener Confessionen von einem der hervorragendsten Schulmänner Preußens gesagt worden ist, daß die Kinder dadurch „Toleranz und Humanität lernen, die größten Tugenden und Eigenschaften, welche die Staatsbehörde nach allen möglichen Richtungen zu fördern die Pflicht hat."

Das Gegentheil würde unseres unvorgreiflichen Dafürhaltens nach erreicht, der Frieden zwischen Bekennern der verschiedenen Religionen bedroht, das Gift des Antisemitismus schon der Kinderseele eingeimpft werden, wenn die Kinder wahrnehmen, daß Lehrer, nur weil sie der jüdischen Religion angehören, trotzdem sie im Einzelfalle die Liebe und Verehrung der ihnen anvertrauten Schüler in gleicher Weise wie ihre christlichen Standesgenossen sich zu erwerben verstanden haben, in der mehrgedachten Weise zurückgesetzt werden.

Wir glauben uns auf das Zeugniß sowohl der staatlichen, als der städtischen Schulbehörden dafür berufen zu dürfen, daß jüdische Lehrer und Lehrerinnen in den ihnen bisher anvertrauten Lehrstellungen sich bewährt haben, wir sind damit einverstanden, daß von ihren Leistungen das höchst zulässige Maß erfordert werde, und wir bitten Eure Excellenz, vor der Entscheidung über unser Gesuch in eine Prüfung der Wirksamkeit jüdischer Lehrkräfte nach dieser Richtung hochgeneigtest eintreten zu wollen.

Wir zweifeln nicht, daß alsdann Eure Excellenz zu dem Ergebnisse gelangen werden, welches wir inständigst erbitten:

bezüglich der Anstellung und Beschäftigung jüdischer Lehrkräfte in Berlin eine Veränderung der bisherigen Praxis nicht eintreten lassen zu wollen.

Bis jetzt ist eine Antwort auf diese Eingabe noch nicht erfolgt.

Die „Staatsb. Ztg." vom 26. Juli hat diese durchaus sachlich und vornehm gehaltene Petition zum Gegenstand eines so hetzerischen Artikels gemacht, wie sie seit langer Zeit kaum einen zu stande gebracht hat. Unser Geld haben die Juden genommen, jammert das Blatt, unser öffentliches Leben hat man den Juden Preis gegeben; jetzt wollen sie gar noch unsere Kinder, unsere Jugend! Die „Deutsche Frau" wird zum Kampf aufgerufen, „die christlich-deutschen Mütter Berlins" werden flehentlich gebeten, gegen diesen erschrecklich jüdischen Ansturm auf der Hut zu sein, und schließlich fordert das Blatt auf, „eine Petition der großen christlichen Gemeinschaft — hier ohne Unterschied der Confession — um Unterricht für Eure Kinder durch christlich-deutsche Lehrkräfte in Umlauf zu setzen".

Wir zweifeln nicht, daß das deutsche Volk doch eine Antwort ertheilen würde, die nicht nach dem Wunsche des Hetzblattes ausfallen dürfte.

Richard Wagner und H. Heine.

(Schluß.)

In einem Briefe an den rheinischen Musikverleger Michael Schloß bemerkt Heine am 10. Juni 1854: „In Bezug auf Wagner haben Sie mich mißverstanden; ich habe nämlich keinen Aufsatz über denselben geschrieben, sondern ein Gedicht, welches in einem Cyklus enthalten, den der erste Band meiner „Vermischten Schriften" bringen wird." Das ist das letzte Mal, daß Heine Wagners gedenkt, von dessen Werken er nur das „Kunstwerk der Zukunft" (1850) und das Buch „Oper und Drama" (1852) gesehen haben konnte.

Daß sich die Wege Heines und Wagners trennen mußten, das ist aus der ganzen Anlage und Richtung beider Geister begreiflich. Der Heine des „Romanzero" und der Wagner des „Lohengrin" waren nicht mehr zwei verschiedene Menschen mit verschiedenen Ansichten — das waren zwei verschiedene Zeitalter, zwei scharf von einander getrennte Weltanschauungen, die vielleicht nie zu einer inneren Harmonie gelangen werden. Je mehr Heine der jüdisch-hellenistischen Richtung sich zuneigte, desto mehr ward Wagner von der christlich-germanischen Weltanschauung ergriffen. Und während Heine sich rückwärts wandte zu den herzblutenden Sängern und Märtyrern seines Volkes, während sein Geist auf den Fluren Palästinas weilte, lebte Wagner im Norden unter den Göttern von Walhall und sein Geist schaute in die Zukunft des deutschen Volkes, die er aus seiner götterdämmernden Vergangenheit sich mit heller Phantasie aufbaute.

Aus dieser Quelle entsprang der Antagonismus Wagners gegen Heine, der sich immer mehr verschärfte, je tiefer sich Wagner in seine eigene Weltanschauung einlebte. Fortan sah er in Heine nur noch den Repräsentanten des modernen Judenthums, und dieses Judenthum der „Jetztzeit" bekämpfte er als den Gegensatz zu seiner deutschen Kunst auf das Heftigste. Wagner stritt gegen das Judenthum, nicht aber gegen die Juden, von denen er viele zu seinen besten Freunden und treuesten Aposteln zählte.

Drei- oder viermal ergreift Richard Wagner in seinen späteren Werken die Gelegenheit, sein Bekenntniß in diesen Fragen abzulegen. Natürlich hat er dabei stets triftige Veranlassung, von Heine zu sprechen, und ebenso natürlich, daß sich diese Kritik von Jahr zu Jahr verschärfte. In dem Aufsatz: „Das Judenthum in der Musik", 1852 geschrieben, findet sich das erste Urtheil über Heine, soweit ich es beurtheilen kann, das gerechteste, aus einer genaueren Kenntniß des Dichters hervorgegangen. Es lautet: „In der Zeit aber, wo das Dichten bei uns zur Lüge wurde, unserem gänzlich unpoetischen Lebenselemente alles Mögliche, nur kein wahrer Dichter mehr entsprießen wollte, da war es das Amt eines sehr begabten dichterischen Juden, diese Lüge, diese bodenlose Nüchternheit und jesuitische Heuchelei unserer immer noch poetisch sich gebaren wollenden Dichterei aufzudecken." Wenn nun aber Wagner, der diese Mission des Dichters richtig erkannte, später von Heine behauptet, daß er „nun selbst wieder sich zum Dichter log und dafür auch seine gedichteten Lügen von unseren Komponisten in Musik gesetzt erhielt", so wird er, wie ich meine, weder damals allgemeine Zustimmung zu diesem Urtheilsspruch gefunden haben, noch auch dieselbe jemals finden.

Auch in der Studie über „Deutsche Kunst und deutsche Politik" bietet sich Veranlassung, Heines zu gedenken. Wagner schildert dort den Verlauf unserer geistigen Entwickelung von Goethe bis auf die Jetztzeit folgendermaßen: „Eine andere Zeit war angebrochen: die Jetztzeit, wie sie leibt und lebt. Der Besieger Platens sandte uns aus Paris, seiner Wahlheimath, seine witzigen Couplets in deutsch-poetischer Prosa zu und Heine'scher Geist ward jetzt der Vater einer Literatur, deren Eigentliches in der Verspottung jeder ernstlichen Literatur bestand. Wie zu gleicher Zeit die Daumier'schen Caricaturen das Herz des Pariser Epiciers erfreuten, dem nun recht deutlich vor den Augen gezeigt wurde, daß alles Große und Ernste doch eigentlich nur zum Belachtwerden da sei, so labten die Heine'schen Witze das Gefühl des deutschen Publikums, welches sich jetzt über den Verfall der deutschen Geistesblüthe mit dem ihm nun fast ersichtlich gemachten Gedanken trösten konnte, daß damit am Ende doch wohl nicht gar so viel verloren wäre." Die dritte und, soviel ich weiß, letzte Stelle, an der sich Wagner mit Heine beschäftigt, findet sich in dem Aufsatz: „Ueber das Dichten und Komponiren". Wagner zieht dort gegen die modernen Verskünstler, namentlich gegen Scheffel zu Felde, gegen dessen epische Gedichte seiner Ansicht nach „selbst die Bänkelsängerreime Heinrich Heines immer noch einiges Vergnügen gewähren". Dieses Urtheil, das abfälligste, das wohl je über Heines Dichtungen gefällt wurde, erbitterte zur Zeit, da es ausgesprochen wurde, die Verehrer und Freunde des Dichters auf das Aeußerste. Wir denken heute kühler darüber und sehen in diesen immer schroffer sich gestaltenden kritischen Urtheilen nur Symptome jener Weltanschauung, die zwei so hervorragende Geister trennte. Wir hätten allerdings diese Urtheile auch in etwas milderer Fassung gewünscht. Aber wer hat ein Recht, dem Genius seine Bahnen, dem Meister seine Worte und Formen vorzuschreiben? Aber wenn wir dies alles anerkennen und mit Verständniß würdigen, so werden wir doch auch die Ueber-

zeugung nicht verschweigen dürfen, daß Richard Wagner die Bedeutung Heines nicht nach allen Richtungen erkannt und gerecht beurtheilt hat. Er erkannte nur seine negative Mission; seine positive Bedeutung als letzter Romantiker und erster moderner Dichter hat er in Abrede gestellt. Wir können dies beklagen, aber wir haben kein Recht, es zu verurtheilen. Freuen wir uns vielmehr, daß das Geschick zwei so hervorragende deutsche Geister auf ihren Lebensbahnen doch einmal zusammenführt, freuen wir uns der Früchte, die diesem Zusammentreffen entsprossen sind. Alles Uebrige sei den beiden Geistesfürsten selbst überlassen, die aus demselben Mutterboden der deutschen Romantik hervorgegangen sind und sich nun zu denselben lichten Höhen emporgerungen haben.

Gustav Karpeles.

Professor Ernst Curtius über die Juden.

Mit dem am 12. Juli verschiedenen Professor Dr. Ernst Curtius in Berlin, hat nicht nur einer der erlauchtesten Vertreter seiner Wissenschaft, sondern auch einer der muthigsten und redegewaltigsten Wortführer der Glaubensduldung sein verdienstreiches Leben beschlossen. Als zu Beginn der antisemitischen Bewegung hervorragende Männer aus allen Berufsschichten warnend ihre Stimme erhoben, fehlte Ernst Curtius nicht, und als dann ein Jahrzehnt später ein gleich hervorragender Kreis das öffentliche Gewissen zur Abwehr wachrief, schloß sich der greise Historiker willig ihnen an. — In der Festrede, die er in der Akademie der Wissenschaften bei der Feier des Geburtstages weiland Kaiser Wilhelm's I. am 22. März 1876 gehalten hat, behandelte er die Beziehungen zwischen Juden und Hellenen, zunächst die beiden gemeinsame Eigenthümlichkeit, sich gegen Fremdes abzuschließen, und fährt hierauf fort:

„Bei beiden Völkern war es ein geistiger Besitz, der ihnen das stolze Selbstgefühl gab; beide waren kleine Völker, verschwindende Minoritäten unter der Masse der umwohnenden Nationen. Beiden war das spröde und vornehme Verhalten gegen das Ausland nothwendig, weil sie in der Abwehr des Fremden und der Vertheidigung ihrer Eigenart sich ihrer selbst bewußt und stark geworden sind. Beide haben in ihrer Absonderung etwas zu Stande gebracht, das an innerer Bedeutung über nationale Selbstständigkeit weit hinaus reicht; beide haben uns ein Erbe hinterlassen von solchem Werth, daß sich noch heute die Völker darnach unterscheiden, wie weit es ihnen gelungen ist, dasselbe sich anzueignen, einen Schatz für die Menschheit, welcher verschüttet, vergessen, als abgethan weggeworfen, aber immer wieder hervorgezogen ist und immer neue Lebens- und Segenskraft bewährt hat."

Auf die Hellenen mit ihrer künstlerischen Vielseitigkeit übergehend, findet Curtius, daß bei ihnen die reine Gottesidee wie eine verblaßte Erinnerung aus dem Vaterhause, eine inhaltleere Vorstellung gewesen sei, und bemerkt alsdann:

„Dies wendet unsern Blick auf das andere der beiden Völker, das einzige neben den Hellenen berechtigte, sich mit stolzem Selbstgefühl der Menschenwelt gegenüber zu stellen, das geschichtliche Gegenbild der Hellenen. Was diesem fehlt, ist der Kern des Volksthums, das allein Sichere und Unbedingte. Hier ist kein Umhertasten und Suchen nach dem unbekannten Gotte, sondern ein Erfassen der Menschen durch die Gottheit; hier sind keine nebelhaften Ahnungen, sondern Thatsachen, kräftige Zeugnisse, und zwar nicht einzelne Lichtblitze, die wie Wetterleuchten die Nacht durchkreuzen, sondern ein in großem Zusammenhange aus einfachen Grundlagen immer voller und inhaltsreicher sich gestaltender Bund zwischen Gott und den Menschen mit persönlicher Gegenseitigkeit, in welchem das ganze Leben des Volkes aufgeht. . . . Was hier vorliegt, ist etwas so Eigenartiges, daß es sich aus dem Entwicklungsproceß eines sich selbst überlassenen Volkes nicht erklären läßt, und je weitere Umschau der Wissenschaft gestattet ist, um so mehr Analogien finden wir zwar, aber nichts, was als eine genügende Vorstufe angesehen werden könnte. Zweitens: was hier zu Stande gekommen ist, erst als ausschließlicher Besitz eines Volkes, dann, wie die Bildung von Hellas, das enge Gefäß sprengend und vereinigt und vervollkommnet, wie ein Lebensstrom in alle Welt hinaus fluthend — das ist die Grundlage aller höheren Gotteserkenntniß, die noch heute auf Erden zu finden ist; das ist neben Wissenschaft und Kunst, in denen wir den Hellenen folgen, die zweite weltbewegende Macht, und die ganze Entwicklung menschlicher Bildung hängt davon ab, wie sich die beiden Mächte zu einander verhalten."

Indem er die Schlüsse aus diesen geschichtlichen Beobachtungen zieht, spricht der gefeierte Historiker mit einer Glut von der Macht des Glaubens, welche die religiös Empfindenden aller Confessionen wohlthuend berühren muß und von den Skeptikern beherzigt werden sollte:

„Dem Menschenherzen ist das Bedürfniß eingepflanzt, seines Gottes gewiß zu sein, und es ist eine Kraft vorhanden, ihn persönlich zu ergreifen. Es ist eine Kraft, durch welche die höchsten Leistungen, deren das menschliche Wesen fähig ist, zu Stande gekommen sind, die vollständige Ueberwindung der materiellen Welt, die freudigste Hingabe von Gut und Blut, der höchste Triumph des freien Menschengeistes; es ist die Kraft, in welcher Gefühl, Erkenntniß und That am vollkommensten sich durchdringen, die Kraft des Glaubens. Wie arm wäre die Menschengeschichte, wenn ihr das Heldenthum fehlte, das in dieser Kraft wurzelt! Jeder Forscher geht ihren Spuren emsig nach, die Kunst kennt keine höhere Aufgabe, als ihr Wirken darzustellen; sie ist die Quelle der reinsten Poesie, und für unser Leben sollte sie etwas Gleichgültiges sein, in uns sollte sie fehlen können, ohne daß ein Mangel an humaner Ausbildung fühlbar würde, eine Schwäche, ein wesentliches Unvermögen? Das kann ich nicht glauben, so gern man auch die Sache umkehrt, so häufig es auch vorkommen mag, daß, um in einem Gleichnisse zu reden, ein Adler, dem die Schwungfeder erlahmt ist, seine Genossen zu überreden sucht, daß es das allein Vernünftige sei, Schritt für Schritt auf festem Boden einherzugehen, anstatt mit keckem Selbstvertrauen in die Höhe zu fliegen."

Zur Frage der Collectivbeleidigung.

Wie s. Z. an dieser Stelle mitgetheilt wurde, ist der Redacteur der in Karlsruhe erscheinenden antisemitischen „Deutschen Volkswacht", Christian Faas, vom Schöffengerichte wegen Beleidigung der dort wohnenden jüdischen Rechtsanwälte und Aerzte auf deren Collektiv-Strafantrag hin zu der empfindlichen Strafe von 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die Beleidigung war in einer, mehrere Tage hinter einander von dem Beklagten in seinem Blatte veröffentlichten „Warnung" gefunden worden, welche folgenden Wortlaut hatte:

„Du sollst Dein Recht keinem jüdischen Advokaten, Deinen Leib keinem jüdischen Arzt, Deine Kinder keinem jüdischen Lehrer anvertrauen, auf daß Ihr nicht Schaden nehmet an Ehre, Leib und Seele."

Gegen dieses Urtheil des Schöffengerichts hatte Faas Berufung eingelegt und war von der Strafkammer in der erneuten Verhandlung kostenpflichtig abgewiesen worden. Nunmehr meldete er Revision bei dem Karlsruher Oberlandesgericht an, welche sich auf die bekannte Judicatur des Reichsgerichts in Fällen der Beleidigung einer Collektiv-Mehrheit stützte, und vorgab, nicht die Antragsteller, sondern die jüdischen Aerzte und Advokaten im Allgemeinen im Auge gehabt zu haben. Er hatte kein Glück mit dieser Ausflucht; das Oberlandesgericht wies die Revision ab, und Herr Faas wird die 14 Tage abzusitzen haben. Die Gründe, welche das Gericht in seinen Urtheilsausführungen adoptirte, sind wegen der prinzipiellen Natur der behandelten Frage wichtig genug, um hier im Wortlaut mitgetheilt zu werden:

„Gegen dieses Urtheil hat der Verurtheilte die Berufung eingelegt und in der heutigen Hauptverhandlung durch seinen Vertreter Freisprechung beantragt, indem er ausführt, der genannte Satz müsse straflos bleiben, weil er sich nicht gegen individuell bestimmte Personen, denen allein das Attribut der Ehre als ein durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches geschütztes zukomme, richte, sondern gegen eine nach Zahl und Ort unbestimmte Personenmehrheit, gegen einen Collektivbegriff. In der gegen einen solchen Collektivbegriff gerichteten Wendung könne aber eine Beleidigung einzelner unter ihn fallender Persönlichkeiten nach der Judikatur des Reichsgerichts nur dann gefunden werden, wenn entweder festgestellt sei, daß die Collektivbeziehung gerade gewählt sei, um ohne Ausnahme alle unter sie zu subsumirenden Personen zu treffen, aber wenn eine anderweite Beziehung gerade auf bestimmte einzelne Personen festzustellen sei. Beides treffe hier nicht zu, umsomehr als Angeklagter keineswegs habe behaupten wollen, daß nun alle jüdischen Aerzte etc. ohne Ausnahme in die von ihm gekennzeichnete Kategorie fielen, und es könne die fehlende Beziehung auch darin nicht gefunden werden, daß das Blatt zufällig hier erscheine und hier einige, wenn auch nur verschwindend wenig, Abonnenten habe, angeblich 130 von 1500. Von seiten der Privatkläger wurde, ebenfalls im Hinblicke auf die Judikatur des Reichsgerichts, die Verwerfung der Berufung beantragt. Der Berufung konnte keine Folge gegeben werden. Es kann zwar der Berufung ohne weiteres zugegeben werden, daß die Mehrzahl der Fälle, in denen seitens des Reichsgerichts Verurtheilungen wegen Beleidigung

einer Collektivmehrheit für gerechtfertigt erachtet worden sind, insofern thatsächlich anders, wie der vorliegende Fall, gelagert sind, als es sich sowohl bei der Beleidigung einer „Generalsynode" (Entschdg III, 12) als des „Offizierscorps" eines Garnisonortes (Entschdg. III, 246), als einer „conservativen Wahlmännermehrheit" (IX 1) um Personenmehrheiten handelt, die in ganz anderer Weise örtlich und zeitlich bestimmt sind, als dies bei dem Begriff „jüdischen Advokaten und Aerzte" zutrifft; es kann auch zugegeben werden, daß, wo wegen Beleidigung des „preußischen Richterstandes" oder des „deutschen Heeres" verurtheilt worden ist (R. G. Rechtspruch. I 292 bez. Obertribunal bei Oppenhoff, 1888) der Fall immer noch insoweit anders liegt, als sowohl der Richterstand, wie das Heer in ihren betr. Ministerien eine nach Außen erkennbare und zur Vertretung der Gesammtheit bestimmte und berechtigte Spitze haben, die, ebenso wie der durch diese Spitze vermittelte enge Zusammenschluß, den „jüdischen Advokaten" etc. fehlt; es kann sogar auch zugegeben werden, daß ein zu G u n s t e n des Angeklagten zu verwerthender Widerspruch vielleicht darin gefunden werden kann, wenn in den letztbezeichneten Fällen, aber (Entsch. V. 169) wegen Beleidigung der „neuen Propheten und Volksbeglücker auf dem Gebiet der Wirthschaftspolitik, bezw. derer, die diesen Schwindel in die Hand nehmen," ein Verurtheilung für gerechtfertigt erachtet wurde, dagegen nicht bei einer gegen „die Juden" im allgemeinen gerichteten Beleidigung (Rechtsprech. Bd. III, S. 608); allein daran muß unter allen Umständen festgehalten werden, wie dies auch von der dem Angeklagten günstigsten Theorie (Meyer, Strafrecht, 4. Aufl. S. 596 und Hillschner Str. R. II S. 167) geschieht, daß j e d e n f a l l s d a n n Verurtheilung zu erfolgen hat, wenn thatsächlich festgestellt werden kann, daß die gegen einen Collektivbegriff ausgesprochene Injurie bewußter Weise sich gegen b e s t i m m t e Strafantrag stellende Einzelpersonen richtet. Und das trifft hier zu. Das Gericht erachtet nämlich auf Grund der Verhandlung als thatsächlich feststehend, daß der Angeklagte mit seiner allgemeinen gegen die jüdischen Aerzte und Advokaten gerichteten Beschimpfung mit in erster Linie die K a r l s r u h e r jüdischen Aerzte etc treffen wollte und bewußt getroffen hat. Das Gericht gelangte zu dieser Ueberzeugung auf Grund der Erwägung, daß derartige durch die Presse verbreitete Warnungen vor bestimmten Volks- oder Berufsklassen, wie sie sich selbstverständlich in erster Linie naturgemäßer Weise gegen die in diesem Verbreitungsbezirke wohnhaften und wirksamen Angehörigen der betr. boycottierten Klasse gerichtet sind: es liegt auf der Hand, daß der Antisemit, der im Bezirke Karlsruhe vor jüdischen Aerzten und Advokaten warnt, zunächst nicht irgendbeliebige, sondern diejenigen, mit denen seine Hörer und Leser täglich zu thun haben oder zu thun haben könnten, meint. Sonst wäre seine Warnung ja geradezu eine sinnlose. Unterläuft ihm nun bei seiner Warnung, wie im vorliegenden Falle, eine Beschimpfung, so ist diese eben auch zunächst und in allererster Linie gegen die Personen gerichtet, gegen die sich seine Warnung richtet, s i e sind beschimpft, sie sind strafantragsberechtigt, jeder Einzelne so gut wie ihre Vereinigung. Erachtete man sonach als festgestellt, daß der Angeklagte, dessen Blatt im hiesigen Stadt- und Landbezirk zugestandenermaßen verbreitet ist, ohne daß es darauf ankommt, in wie vielen Exemplaren thatsächlich die Vertreibung hier oder auswärts geschieht, in erster Linie den ganz genau bestimmbaren Kreis der Karlsruher Aerzte und Advokaten habe treffen wollen, mindestens bewußterweise getroffen h a t, so erübrigt nur, da im übrigen das Urtheil des Schöffengerichts zu keinem Bedenken Anlaß gab, die Verwerfung der Berufung, deren Kosten nach § 505 St. P. O. dem Verurtheilten aufzulegen waren."

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

IV.

A m e r i k a.

Seitdem sich die Verhältnisse der Juden in Rußland so verschlechtert hatten, daß sie und ihre Freunde in Westeuropa an eine Auswanderung eines großen Bruchtheils der russischen Juden denken mußten, wurden in erster Linie die Vereinigten Staaten von Nordamerika als Ziel ins Auge gefaßt. Hier herrschte völlige bürgerliche Freiheit; hier konnten auch die Juden jedem Beruf nachgehen. So entwickelte sich, seitdem 1869 die Alliance israélite universelle zum ersten Male 200 Flüchtlinge aus Rußland nach New-York gebracht hatte, schnell eine immer stärker werdende Einwanderung. Die meisten Ankömmlinge blieben in New-York. Die dortige Gemeinde wuchs und wuchs; die Berufe, denen die einwandernden Juden in ihrem Geburtslande nachgegangen waren und die sie nun auch in New-York betreiben wollten, den Kleinhandel und einzelne Handwerke, speziell die Schneiderei und Kürschnerei, fingen an, an Ueberfüllung zu leiden, und man sah sich der Nothwendigkeit gegenüber, darauf zu achten, daß die Neueinwanderer sich anderen Berufen zuwandten. Die Begründung von Handwerker- und technischen Schulen sollte diesem Zwecke dienen, aber man erwog auch die Ueberleitung eines Theiles der zuziehenden russischen Juden zum Ackerbau. Noch war man mitten im Studium der Pläne, als die Verfolgungen der Jahre 1881/2 eine besonders große Zahl von Flüchtigen nach New-York trieb. Nun ging man wohl oder übel, vielleicht vorzeitig, an die Gründung von Ackerbaucolonien. Die Alliance gab den Anstoß dazu und einen Theil der Mittel. In schneller Folge entstanden eine Anzahl Dörfer: Alliance, Cremieux, Betlehem, Mount Vernou, New-Odessa, Montefiore, Lasker u. a und eine ganze Reihe kleinerer Orte. Man hatte die verschiedensten Staaten der Union zu diesem Experiment ausersehen, und Colonien gegründet sowohl in den Neuengland-staaten des Ostens, wie in Kansas, im Seengebiet, in den Küstenstaaten am stillen Ocean, und den neuen Ansiedelungen auch reichliche Mittel zur Verfügung gestellt. Dennoch scheiterte das Unternehmen; die Colonien gingen ziemlich rasch eine nach der andern ein und nur von dem Dorfe Alliance verlautet es nach ziemlich neuen Nachrichten, daß die dortigen jüdischen Bauernwirthschaften verhältnißmäßig gut gedeihen.

Was war nun der Grund für das Scheitern dieser Pläne? Hatten die wohlmeinenden Philantropen sich über das Menschenmaterial, das ihnen zur Verfügung stand, getäuscht, oder hatte man diesen Bauern ungeeignetes Terrain angewiesen? Keins von beiden ist in Wirklichkeit der Fall; die Leute waren fleißig und eifrig bestrebt, sich ihr Brod selbst zu verdienen; die Ländereien waren in der Mehrzahl ganz geschickt ausgewählt, dennoch scheiterte das große Unternehmen an einer Schwierigkeit, die man vorher übersehen hatte. Die einwandernden russischen Juden waren ohne jede Kenntniß des Landbaues, und sie sollten sich nun diese aneignen, während sie gleichzeitig um ihre Existenz ringen mußten. Alles dieses geschah gegenüber der Concurrenz des übermächtigen Großgrundbesitzes, der mit den modernsten und leistungsfähigsten Maschinen wirthschaftete. Dieser schweren Concurrenz sind nicht einmal die tüchtigen deutschen Bauern, nicht einmal die bedürfnißlosen irischen Colonisten gewachsen gewesen und nun sollten die neugebackenen jüdischen Bauern ihr gewachsen sein! Das wäre vielleicht möglich gewesen, wenn man ihnen die Mittel gegeben hätte, ein paar Jahre lang landwirthschaftliche Erfahrungen zu sammeln, die jeder deutsche Bauer aus Tradition besitzt. Dazu reichten die Mittel nicht aus, und die Colonisten empfanden zudem ständig das drückende Gefühl, auf Almosen angewiesen zu sein. Und dabei lag in ihrer nächsten Nähe eine größere oder kleinere Stadt, in der sie in ihrem eigenen Berufe als Händler oder Kleinkaufleute ihr Brot selbst und reichlicher verdienen konnten, in dem Berufe, für den sie viele Jahre hindurch förmlich dressirt worden waren, und für den sie sich infolgedessen besondere Eigenschaften erworben hatten. Da ist denn in der That nicht zu verwundern, daß einer der Bauern nach den anderen aus dem Dorfe in die Stadt wanderte und wiederum wie in Rußland Hausirer oder ähnliches wurde. So gingen die großangelegten Unternehmen zu Grunde und ein Jahrzehnt hindurch blieb es still davon.

Einen neuen Anstoß erhielt die Bewegung, welche die Juden zu amerikanischen Bauern machen wollte, durch die starke Ueberfluthung mit flüchtenden russischen Juden, welche die Ausweisungen des Jahres 1891 hervorrief. Aber einiges hatte man doch aus den mißglückten Versuchen gelernt; man ging nicht mehr blindlings vor, indem man den einzelnen Leuten, Land, Geld, Vieh und Ackergeräth schenkte; man bereitete vielmehr die ganze Ansiedelung gleichmäßig vor. Wenigstens geschah dies seitens der maßgebenden Persönlichkeiten der New-Yorker Gemeinde, die als Vertreter des Baron Hirsch-Fonds in Woodbine eine ziemlich große Colonie ins Leben riefen. Dieselbe basirt aber nicht allein auf dem Prinzip der Landwirthschaft, sondern wird gleichzeitig eine Reihe von Industrien betreiben, wodurch sie in den Stand

gesetzt ist, die ersten schweren Jahre leichter zu überdauern, bis die russischen Juden sich ganz den bäuerlichen Verhältnissen angepaßt haben. Es leben hier auf einem Terrain von 5500 Acres = 2200 Hectar ca. 700 Seelen, die theils Industrie, theils Landwirthschaft betreiben und die in einer im gleichen Dorfe gelegenen Ackerbauschule die Möglichkeit haben, sich zu ihrem Berufe die nöthigen Kenntnisse anzueignen. Auch in der alten Kolonie Alliance hat man das gleiche Princip befolgt; eine am Ort befindliche große Kleiderfabrik ermöglicht den Bauern, Beschäftigung zu finden zu einer Zeit, wo sie als Ackerbauer nichts zu thun haben. Augenblicklich scheinen beide Colonien zu prosperiren, und man hofft damit eine Methode gefunden zu haben, um eine neue größere Colonisation russischer Juden mit Erfolg einleiten zu können.

Außer diesen zwei größeren Anlagen sind eine Reihe kleinerer Ansiedelungen in den letzten Jahren entstanden und zwar aus der Initiative der Einwanderer selbst heraus und fast fremde Hilfe, über deren Resultat sich nach nichts sagen läßt. Auch eine neue Ackerbauschule in der Nähe von Philadelphia ist im Entstehen begriffen.

Die Ackerbaukolonisation in Nord-Amerika ist unzweifelhaft ungleich schwieriger als in anderen Ländern, weil die Conkurrenz mit dem maschinell vortrefflich ausgerüsteten Großbetrieb fast alles erdrückt; zudem erfordert sie ungleich größere Summen als in irgend einem anderen der bisher besprochenen Gebiete; dennoch läßt sich kaum bezweifeln, daß auch hier vielversprechende Ansätze gemacht sind und man wohl einen Modus finden wird, um schließlich doch Erfolge zu erreichen.

Von der Jewish Colonisation Association ist auch eine Colonie in Canada angelegt worden, welche bei Oxbow in Montreal sich befindet. Sie hatte anfangs so wenig Erfolg, daß die Verwaltung bereits an ihre Auflösung dachte, doch Dank der guten Ernte des letzten Jahres erzielte sie so bedeutende Einnahmen, daß ihr Bestand für einige Zeit gesichert erscheint, wenn auch das definitive Resultat dieses Versuches noch unsicher ist. Da diese Colonie erst drei Jahre besteht, ist man natürlich noch nicht in der Lage irgend ein Urtheil über ihre Erfolge abzugeben; von Wichtigkeit ist aber zu bemerken, daß selbst nach dem Urtheil der Staatsbehörden die Ansiedler trotz der kurzen Zeit ihrer bäuerlichen Thätigkeit sich als fleißig und für den schweren Beruf völlig geeignet erwiesen haben.

Zur Abwehr.

Antisemitismus in den Badeorten VII. Neuerdings wird das Nordseebad Amrum als ein „deutschnationales" in antisemitischen Blättern empfohlen. Diese schreiben: „Was diesen Badeort gerade für erholungsbedürftige Deutsche vor vielen anderen auszeichnet, ist die Thatsache, daß hier das deutsche Element durchaus ausschlaggebend ist. Hier ist alles echt deutsch, Badedirection, Badecommissar (Herr v. Bismarck), Inspector und Badearzt. Ebenso sind sämmtliche Wirthe auf Amrum deutsch-national gesinnt."

Zum Boycott der Bäder. Als wir jüngst die Namen einiger Badeorte veröffentlichten, in denen Juden antisemitischen Insulten ausgesetzt sind, warf uns die gegnerische Presse mit Unrecht vor, daß wir zum Boycott aufforderten. Jetzt ist die „Staatsb.-Ztg." (vom 13. Juli) entrüstet, weil die Badeverwaltung von Misdroy dieses Blatt „auf Beschwerde" abgeschafft hat, und fordert die Leser auf, dieses Bad zu meiden! Also richtiger Boycott, weil das saubere Antisemitenblatt sein Gratisexemplar nicht in Misdroy loswerden konnte!

Nationalliberale und Antisemiten. Der soeben erschienene Bericht des Centralbureaus der nationalliberalen Partei über die Reichstagssession 1895/96 beschäftigt sich auch mit dem Reichstagspräsidium und den Antisemiten und bemerkt dazu (S. 9 f.):

„Wenn dem Präsidium hin und wieder die Geschäftsführung recht schwer zu fallen schien, so lag dies an leidigen Nebenumständen und — an den Antisemiten" . . . „Andererseits thaten die Antisemiten durch unziemliches Auftreten ein Uebriges, um dem Präsidenten das Amt zu erschweren. Nachdem sie eine lange Session hindurch bei allen möglichen Gelegenheiten durch Zwischenruf und Lärm sich störend bemerkbar gemacht hatten, verstieg sich am Ende der Session (17. Juni) der Abg. Liebermann von Sonnenberg zu der Bemerkung:

> Wenn im deutschen Reichstag (vom Abg. Bebel über Bismarck) derartiges gesagt werden kann, so fällt es nicht auf den Fürsten Bismarck, sondern man darf von einem jammervollen, stümperhaften, tactlosen Präsidium sprechen, das so etwas nicht rügt.

Der stenographische Bericht verzeichnet hierzu „Große Unruhe und lebhafte Bewegung im ganzen Hause". Man mochte der Meinung sein, daß die Aeußerung Bebels vom Präsidium aus hätte gerügt werden sollen. Aber nachher aus dem Reichstag heraus das Präsidium des Reichstags derart gröblich beschimpft zu hören, war doch des Widerwärtigen zu viel."

„Vaterlandsliebe und Königstreue im Judenthum" betitelt sich ein kleines Schriftchen, das uns sein Autor Dr. B. Kuttner aus Frankfurt a. M. zugesandt hat. Er schließt seine sympathischen Ausführungen mit den warmen Worten:

> „Die Ehrfurcht vor dem Staatsoberhaupte, die Treue und der Gehorsam gegen dasselbe ist dem Juden nicht allein das Ergebniß des berechnenden Verstandes, also politischer Betrachtung, sondern auch ein religiöses Gebot, und als solches ein Theil des Judenthums überhaupt. Nie wird deshalb ein Jude, so lange er dem Judenthum angehört, unter Empörern und Verschwörern gefunden — das gilt für alle Zeiten. Selbst völlige politische Rechtlosigkeit, Mißhandlung und Verachtung — alles das hat den Juden nicht irre gemacht, und in der Treue gegen seinen König steht er keinem nach."

Der Fall Silberschmidt. In einem hannoverschen Blatte erschien vor einiger Zeit ein Artikel, in dem ein junger Kunstmaler ein hübsches Mädchen als Modell suchte. Die antisemitische „Hannov. Post" behauptete, dieser Kunstmaler sei ein alter Jude und benutzte ihren Verdacht einem Angriff auf die Juden in dem diesem Blatte eigenen maßlosen Stil. Noch in Nr. 29 unserer „Mittheilungen" vermochten wir auf Grund einer uns aus Hannover zugegangenen Zuschrift, die Vermuthung auszusprechen, daß die Untersuchung wegen Kuppelei ein negatives Resultat ergeben hätte, da keine Nachricht über irgend welches Vorgehen seitens der Staatsanwaltschaft vorliege.

Jetzt berichten die Blätter, daß am 23. Juli der Bankier Hermann Silberschmidt aus Hameln vor der Strafkammer des Landgerichts zu Hannover stand. Er ist angeklagt, zwei Frauenzimmer aus Hannover veranlaßt zu haben, ihm Mädchen zu unsittlichen Zwecken zu verschaffen. Die Verhandlung vor der Strafkammer lieferte sehr belastendes Material, mußte aber auf Antrag der Vertheidiger vertagt werden. Silberschmidt, gegen den $1\frac{1}{2}$ Jahr Zuchthaus beantragt waren, wurde sofort in Haft genommen.

Die antisemitischen Blätter irren, wenn sie jetzt schon von einer Verurtheilung sprechen. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß den Schuldigen die volle Strafe für sein Verbrechen treffen wird. Wenn Blätter vom Schlage der „Staatsb. Ztg.", „Hannov. Post", „Freibtschl." 2c. den „Judenschutzverein" in Verbindung mit dieser Affaire bringen, so sprechen sie wider besseres Wissen. Wie oft sollen wir wiederholen, daß der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" niemals eine Denunziation gegen ein antisemitisches Blatt oder einen Antisemiten bei einer Staatsanwaltschaft oder sonstwo eingereicht hat!

Silberschmidt ist kein Jude und ist nie Jude gewesen, sondern als unehelicher Sohn eines Juden und einer christlichen Mutter Namens Bauer in Hameln geboren und als vollgültiger Christ getauft worden. Der alte Silberschmidt hat sein Vergehen an dem christlichen Mädchen dadurch gutzumachen gesucht, daß er die Verführte geheirathet hat. Daß sein Sohn ein Lump ist, dafür ist nicht das Christenthum seiner Mutter verantwortlich zu machen. Warum macht man die jüdische Geburt des Vaters dafür verantwortlich?

Eine Berichtigung. Herr *Ernst Tuchmann* aus *Nürnberg* sendet uns folgendes Schreiben, das wir im Interesse der Wahrheit hier wiedergeben:

„In Nr. 30 Ihres geschätzten Blattes reproduciren Sie eine Mittheilung der hiesigen „Tagespost" vom 13. Juni. Die Behauptung, daß ich antisemitisch gesinnt sei, ist ohne Berechtigung.

Richtig ist allerdings, daß ich gelegentlich einer dienstlichen Besprechung (ich bin Pfleger der städtischen Handelsschule) mündlich, nicht schriftlich, wie angegeben, dem Herrn Rector Volk den Wunsch geäußert habe, für eine Lehrlingsstelle bei meiner Firma, einen Abiturienten christlicher Confession zu bekommen. — Ein Hauptgrund, weshalb meine Firma auf jüdische Lehrlinge nicht reflektirt, ist, weil die Hauptsaison unserer Branche in den Herbst fällt, sodaß an den hohen jüdischen Feiertagen das Arbeiten nicht zu vermeiden ist. Der Herr Rektor konnte auch aus der Form meiner Mittheilung nicht annehmen, daß Gehässigkeit gegen meine Glaubensgenossen die Ursache sei.

Es ist auch thatsächlich nicht Abneigung gegen israel. Angestellte, was mich zu dieser Aeußerung veranlaßte, denn in einer anderen Abtheilung unseres Geschäftes sind fast ausschließlich Israeliten thätig, und zwar einige sogar seit 15—25 Jahren ununterbrochen — Ich habe stets in meiner privaten und öffentlichen Thätigkeit berechtigte Interessen und humane Bestrebungen meiner Glaubensgenossen zu fördern gesucht.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr von Ploetz hat jetzt endlich erklärt, was er an Gehalt, Spesen 2c. bezieht. In einer von der Ortsgruppe des Bundes der Landwirthe zu Kotbitzow veranstalteten Festversammlung gestand er:

„Entgegen der Ansicht mancher Herren, aber auf meinen eigenen dringenden Wunsch schon bald nach Gründung des Bundes ist beschlossen worden — und dies hat natürlich auch jetzt noch Giltigkeit — daß ich *kein Gehalt* beziehe, auch keine Entschädigung für meine Thätigkeit oder gar für meine Reden. Ich erhalte dagegen an Ersatz für meine baaren Auslagen für alle Reisen zwischen der Heimat und Berlin pro Jahr *4000 Mark* und außerdem für alle Reisen in die preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten feste Sätze, die sich wesentlich niedriger stellen, als die Sätze für mittlere Staatsbeamte. Diese meine Reiseliquidationen erreichen durchschnittlich aufs Jahr noch nicht 1500 Mk."

Warum hat Herr v. Ploetz die Nachricht der „*Köln. Volksztg.*", er beziehe 18000 Mk. Gehalt, so lange unwidersprochen gelassen?

Ueber den Grafen Reventlow, der plötzlich ein Führer der Antisemiten in Schleswig-Holstein geworden ist, schreibt die „Rheinisch-Westf. Ztg." zu Essen (am 21. Juli):

„Derselbe ist ein Sohn des jetzt verstorbenen Landrathes von Husum, Grafen Ludwig Reventlow, der 1863 an der Spitze der nationalen Bewegung in den Elbherzogthümern stand und übrigens bereits 1859 in Eisenach zu den Mitstiftern des deutschen Nationalvereins gehört hat. Sein Sohn machte sich anfangs als gerichtlicher Vertheidiger der dänischen Publizisten in Nordschleswig bemerkbar und galt dann für einen Anhänger der Sozialdemokratie, welche Tendenz er jetzt also mit der antisemitischen vertauscht hätte. Ob diese Wandlung die letzte sein wird, bleibt abzuwarten."

Rektor a. D. Ahlwardt richtet sich in Amerika immer mehr häuslich ein. Er zeigt jetzt aus Brooklyn an, daß Ende Juli von ihm eine neue antisemitische Zeitung in englischer Sprache unter dem Namen „The Anti-Jew" herausgegeben werden wird. Auch von dem von ihm gegründeten Wochenblatt „Der Anti-Semit", welches bisher nur in deutscher Sprache erschienen ist, soll eine Ausgabe in englischer Sprache veranstaltet werden.

Daß sich ein Wahlkreis einen solchen Volksvertreter gefallen läßt, der fern von Deutschland nur für Füllung seiner Taschen sorgt, ist unverantwortlich.

Der Schneidermeister Volkmann hat sich aus der antisemitischen „Bewegung" zurückgezogen, um im Osten Berlins ein Restaurant zu übernehmen. Volkmann war neben Dr. Böckel und Ahlwardt Mitbegründer der vor zwei Jahren ins Leben gerufenen antisemitischen Volkspartei; er machte in allen Handwerkerversammlungen für diese Partei Propaganda. Mit Fritz Volkmann ist, wie die „Post" wieder in Erinnerung bringt, übrigens die Geschichte des Reichstagsabgeordneten *Ahlwardt* eng verknüpft. Er soll für den immer in der Klemme befindlichen Rector bedeutende Opfer gebracht haben. Man erinnert sich wohl auch noch der Thatsache, daß Volkmann als Diener Ahlwardts seiner Zeit die Fahrt zur Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Kanals mitmachte; auch die Kosten für diese Reise wurden aus seinen Mitteln bestritten.

Paulus Meyer, der berüchtigte Antisemit und Bundesgenosse des Pfarrers Deckert, ist jetzt aus dem Leipziger Gefängniß entlassen worden, in dem er 1 Jahr und 10 Monate zugebracht hat. Er wurde sofort aus Sachsen ausgewiesen.

Aus Oesterreich.

Der antisemitische Wiener Abg. v. Pacher hat soeben ein Schreiben veröffentlicht, worin er seinen Wählern im zweiten Wahlkörper des Bezirkes Wieden die Gründe seines Austritts aus dem Gemeinderath mittheilt. Er erklärt, daß er nur deßhalb für den Gemeinderath candidirt habe, weil es an antisemitischen Candidaten für den zweiten Wahlkörper fehlte. Er behauptet ferner, der Erfolg der Antisemiten bei den letzten Gemeinderathswahlen sei nur ein Sieg des Rassen-Antisemitismus gewesen, weil angeblich in der Wählerschaft die Ueberzeugung festen Fuß gefaßt habe, „daß ohne zielbewußten Rassen-Antisemitismus die Förderung des wahren Wohles der eingeborenen Bevölkerung ein Ding der Unmöglichkeit sei." Er habe im Gemeinderathe nach besten Kräften mitgearbeitet, „um das antisemitische Programm, als dessen oberster Grundsatz die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unverrückbar festgehalten werden muß, zur Verwirklichung zu bringen." Herr v. Pacher macht hierbei den bemerkenswerthen Zusatz: „*Selbst nach der ersten Schlappe, welche wir durch die* **faulen Abmachungen mit dem Grafen Badeni** *uns selbst zugezogen haben*, habe ich mich nicht abhalten lassen, im ursprünglichen Sinne noch weiter fortzuarbeiten."

Ferner erfährt man aus dem Briefe des Herrn v. Pacher, daß im Stadtrathe der Antrag, dem Hofschauspieler Adolph Ritter von *Sonnenthal* aus Anlaß seines vierzigjährigen Jubiläums im Burgtheater eine communale Auszeichnung zu verleihen, einhellig abgelehnt worden ist. Herr v. Pacher führt dies als einen Beweis der correcten Durchführung des antisemitischen Programms an.

Hierauf kommt er auf die Ernennung des Magistrats-Directors *Tachau* als den unmittelbaren Grund seines Austritts aus dem Gemeinderathe zu sprechen und theilt über die damit zusammenhängenden Vorgänge im Bürger-Club Folgendes mit: „Mit dem Augenblicke aber, als der merkwürdige Antrag Dr. Lueger's, den durch die liberale Clique großgezogenen bisherigen Magistrats-Vice-Director Tachau, *den leiblichen Sohn eines polnischen Juden*, in der Eigenschaft eines Magistrats-Directors an die Spitze der gesammten Wiener Stadtverwaltung zu stellen, im Bürger-Club nahezu einstimmig angenommen wurde, war nach meiner Anschauung in das antisemitische Programm ein nicht mehr zu verkleisterndes Loch gerissen. Da ich mich weder berufen fühle, in der bisherigen Gemeinderaths-Majorität eine Spaltung hervorzurufen, noch viel weniger aber für meine Person gewillt bin, die Mitverantwortung für einen Vorgang zu tragen, meinen Anschauungen schnurstracks widerspricht, mußte ich einsehen, daß ich keine Veranlassung hatte, dem Wiener Gemeinderathe auch noch fernerhin anzugehören, und habe daher sofort das mir übertragene Gemeinderaths-Mandat in die Hände der Wählerschaft zurückgelegt."

Herr v. Pacher spricht zum Schlusse die Hoffnung aus, daß sein Schritt „die Billigung aller ehrlich gesinnten Antisemiten" finden werde.

Das Lueger-Vaterunser, das in Wien in den untersten Volksschichten stark verbreitet ist, lautet:

„*Lueger-Vaterunser*" Vater unser, der Du bist in Wien, gelobt sei Dein Name in Wien auch auf dem Lande, beschütze unser christlich Volk. Dein Wille geschehe bei allen Völkern der

Erde, verschaff' uns kein Jüdisches Brod, sondern nur christliches, und gebe billiges Fleisch dazu, vergieb allen Schuldnern, welche durch Jüdische Wucherhände betrogen wurden, auch wollen wir ihnen vergeben, führe uns nicht in Versuchung, eines anderen Sinnes zu werden, sondern erlöse uns von dem Judengesindel. Amen!

Der neueste Streich des antisemitischen Gemeinderaths zu Wien. Die anti-liberale Majorität der Wiener Gemeindevertretung setzt ihre volksfreundliche Wirksamkeit, die mit der Entziehung der Subvention des Volksbildungsvereins und der Decorirung des Herrn Pfister mit der Salvator-Medaille so glorreich begonnen hat, unentwegt fort. Am 16. Juli hat der Stadtrath diesem Ruhmeskranze ein neues Blatt eingefügt. Die Freiwillige Rettungsgesellschaft, deren schmuckes Gebäude nächst der Aspernbrücke der Demolirung verfallen ist, weil es der Stadtbahn im Wege steht, hat die Gemeinde um einen Beitrag zum Bau ihres neuen Stationshauses und zugleich um Wiedergewährung der schon einmal bewilligten Jahressubvention von zehntausend Gulden ersucht. Der Stadtrath, der hierüber Beschluß faßte, hat, wie es scheint, durch die mit dem Volksbildungsvereine gemachten Erfahrungen doch einigermaßen stutzig geworden, das Gesuch zwar nicht abgewiesen aber die Subvention bis auf ein kärgliches Almosen gekürzt, aber er beschloß, einen Baubeitrag von fünftausend Gulden und eine Jahressubvention von zehntausend Gulden nur unter der zweifachen Bedingung zu bewilligen, daß die Gemeinde ein Drittel der Ausschußstellen der Gesellschaft zu besetzen hat und daß ihr für die von der Gesellschaft anzustellenden Functionäre das Präsentationsrecht eingeräumt wird.

Was hiemit bezweckt wird, das ist für Jeden, der sich der Feindschaft erinnert, mit welcher die Freiwillige Rettungsgesellschaft von den Antisemiten von jeher beehrt worden ist, ohne besonderen Scharfblick zu erkennen. Die Rettungsgesellschaft leidet an dem Fehler, nicht „judenrein" zu sein. Zwar hat der Umstand, daß ein erheblicher Theil der Beiträge, mit denen der Verein die Kosten seiner im besten Sinne gemeinnützigen Thätigkeit bestreitet und ein ebenso ansehnlicher Theil der Mitglieder, die sich opferwillig und uneigennützig dem Samariterwerke widmen, nicht arischen Ursprungs sind, nicht gehindert, daß die Freiwillige Rettungsgesellschaft nicht blos eine der unentbehrlichsten, sondern auch eine der volksthümlichen Institutionen Wiens geworden ist, daß sie Tag für Tag die glänzendsten Beweise der Tüchtigkeit ihrer Organe und der mustergiltigen Präcision ihres Apparates giebt, daß sie bei Epidemien, größeren Unglücksfällen und ähnlichen Ereignissen als ein wahrer Segen sich erwiesen hat. Sie hat aber Juden unter sich und das verdiente Strafe. Man ist gespannt, wie die Angelegenheit weiter verlaufen wird.

Vermischtes.

Aus Westpreußen wird der „Deutschen Lehrer-Zeitung" berichtet: Eine zu B. wohnende Gendarmwittwe nahm ihr Söhnchen aus der dortigen Dorfschule und schickte es in die Privatschule einer jüdischen Lehrerin zu O. Hier wurde das betreffende Kind ohne weiteres von der jüdischen Lehrerin auch in der evangelischen Religion unterrichtet, bis der Ortspfarrer diese Angelegenheit der Behörde zur Anzeige brachte. Die jüdische Lehrerin erklärte offen, sie hätte sich die erforderlichen Religionsbücher gekauft und sich für berechtigt gehalten, danach zu unterrichten.

Agrarische Preisdrückerei. Nach Angabe des „Bundes der Landwirthe" sind bekanntlich an dem Sinken der Getreidepreise Börse und Juden allein schuld. Daß aber vielfach Agrarier selbst den Preis der landwirthschaftlichen Producte herabdrücken, wird wieder durch ein Inserat im „Osnabr. Tagebl." bewiesen. Dort findet sich folgende Annonce:

„Stroh! Um bis zur neuen Ernte zu räumen, verkaufe Stroh 20 Pf. unter niedrigstem Wochenmarktpreis, event. frei vors Haus. Auf Bestellung auch Pferdehäcksel. Häggelbord bei Osnabrück. Julius Häggelmeyer".

Die dortigen Landwirthe werden von dem Inserat nicht sonderlich erbaut sein, um so weniger, als H. ein Hauptagitator des „Bundes der Landwirthe" in jener Gegend ist und nahe daran war, bei der letzten Reistagswahl als bündlerischer Candidat aufgestellt zu werden.

Die politische Thätigkeit der Geistlichen. Daß der Geistliche wie jeder Staatsbürger das Recht zu politischer Thätigkeit hat, steht außer Zweifel. Er darf indessen seine bevorzugte Stellung nicht mißbrauchen, um unter deren Schutz agitatorisch thätig zu sein. Dem Pfarrer auf der Kanzel kann nicht geantwortet werden, wie dem Redner in der Volksversammlung. Dies legt ihm die Pflicht auf, sich jeder Angriffe von der Kanzel aus zu enthalten. Anderen Falls kommt es leicht, wie in Frankreich zu lärmenden Auftritten in der Kirche; auch werden politische Gegner der Kirche entfremdet. Es ist in vielen Fällen von Geistlichen diese Vorschrift des natürlichen Taktes verletzt worden. Pfarrer Deckert in Wien hat sogar von der Kanzel herab die Erzväter beschimpft, um den Juden eins auszuwischen.

Mißbräuchlich war auch das Läuten von Kirchenglocken zum Empfang politischer Agitatoren, eine Ehrung, die zum Beispiel dem Abgeordneten Böckel wiederholt zu Theil geworden ist. Daher hat auch etwa vor Jahresfrist der österreichische und belgische Episcopat den Clerus vor dem agitatorischen Eingreifen in die politischen Kämpfe gewarnt. Das sollte nicht vergessen werden.

Ueber „Aktendiebstähle" der Sozialdemokraten entrüstet sich der „Badische Volksbote" (26. Juli.) Wo blieb seine Entrüstung über den Weseler Aktendiebstahl, durch den Ahlwardt zu seinen Judenflinten-Anklagen kam? Wir haben überhaupt nie etwas davon gehört, daß auch hier gegen einen „Unbekannten" eine Untersuchung eingeleitet wurde, wie bei sozialdemokratischen Blättern. Gleiches Recht für Alle, muß jeder Staatsbürger verlangen

Arische Heirathsannonce. Die „Voss. Ztg". brachte jüngst nachstehende Annonce:

„Mariage. Das einz. z. Zt. best. Institut, w. spez. in den ersten Gesellsch.-Kreisen standesgem. Partien nachweist und auf Wunsch z. Abschluß bringt, ist d. unterz. Institut. Ausgeb. Bezieh. zu den höchsten Kreisen. Corresp. deutsch, engl., franz., schwed., dän. und russ. Beding. nach Mittheil. ausführt. Details discret und umgehend. Vertrauliche Auskünfte, daher Vormünd., Eltern u. alleinst. Pers. spez. empfohlen. Institut de mariage. Gräfin von Eckström. Berlin, Wilhelmstr. 17."

Briefkasten.

W. H. in München. Besten Dank für die „Fränk. Tagespost." Diesem Blatt zufolge hat sich der bayrische Antisemitenführer Buchner umgemausert und dem Gedanken Ausdruck gegeben: „Mir ist der galizischste Jude lieber als tausend Antisemiten.

K. B. in Wien. Der Ausdruck „blonde Bestie" für den Germanen, über den Franz Raab sich in der Wiener „Dtsch. Ztg." entrüstet (19. Juli), ist nicht ein „jüdisches" Produkt, sondern stammt von Friedrich Nietzsche.

Dr. L. in B. Der sozialdemokratische Candidat Dr. David stammt von christlichen Eltern ab.

R. G. in Hamburg. Nachträglich meldet der „Hamb. Corr.", daß ca. 20 Wiener Antisemiten nach und nach in Hamburg eingetroffen seien und daß nicht 10 sondern „einige Dreißig" Antisemiten sie auf dem Bahnhof empfangen hätten. Ob der Empfang dadurch wirklich sehr imposant gewirkt hat, wagen wir zu bezweifeln.

L. H. in Gr. Die „Antis. Corr." vom 23. Juli 1896 meldet, die gesamte Fleischlieferung in Borkum liege in den Händen eines Juden. Das ist mit Bezug auf die antisemitische Gesinnung der dortigen Hoteliers und Gäste allerdings nicht ohne Humor.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 32. Berlin, den 8. August 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1.10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn F. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Hans von Mosch

wehrt sich gegen die Antisemiten, die seine aufrichtig gemeinten Warnungsartikel übel vermerkt haben. Da hatte z. B. Abg. L. Werner in seinem „Hess. Volksboten" (1. August) geschrieben:

„Herr von Mosch ist derselbe Herr, der anläßlich des Besuches der Wiener Freunde in Berlin durch seine Rede einen Mißton in die Gesellschaft zu bringen suchte und dessen taktloses Verhalten sowohl von Herrn Bergoni, als auch von dem Vorsitzenden des Berliner antis. Volksvereins, Herrn Grunewald, auf's schärfste verurtheilt wurde. Herr von Mosch wirft den antisemitischen Blättern vor, sie trieben „Abonnenten- und Annoncenpolitik" und das sei jüdisch. Was macht denn eigentlich Herr von Mosch mit seiner Hamburger „Reform"? Bis heute hat Herr Kaiser in Hamburg die Auslagen für das Blatt gedeckt, sodaß Herr v. Mosch eigentlich schön heraus ist. Sollen etwa die Verleger anderer Zeitungen von der Luft leben? Sodann ereifert sich der Herr in ganz unerhörter Weise über die Junker. Was ist denn eigentlich Herr **von** Mosch? Ist er nicht auch ein Junker? Warum hat er nicht schon längst den Adel niedergelegt, wenn er ihm so verwerflich erscheint? Sagte der Herr doch einmal in Krajanke: „er pfiffe auf den Adel", dennoch nennt er sich heute noch „von Mosch". Ferner trägt er mit Würde einen schweren Ring, der mit dem Wappen derer von Mosch geziert ist. Wozu also das Geschimpf auf den Adel? Ein schlechter Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt."

Dann hatte die „Staatsbürgerztg." sich des Herrn v. Mosch erwehrt, indem sie behauptete, die antisemitische Idee sei stark genug und darin liege der „Hauptgrund für den Niedergang der antisemitischen Vereine." Höhnisch antwortet Herr v. Mosch in seiner „Dtsch. Reform" vom 2. August:

„Was aber geht auch die „Staatsbürgerzeitung" die Organisation an?! Wenn sie nur jährlich ihre 60 000 Mk. Renten abwirft, davon nichts an die Parteikasse abzugeben braucht, ihre Judenannoncen und das große Wort behalten darf, dann — geht ja alles gut, und wehe dem, der hier ein wenig den Schleier lüftet."

Am schärfsten geht Hans v. Mosch gegen seinen intimsten Freund vor, gegen Liebermann v. Sonnenberg. Dieser hatte behauptet, er habe „noch niemals Zeit gehabt", sich mit H. v. Mosch zu beschäftigen, zumal dessen Blatt „seine Scheinexistenz nur noch auf Grund der Gebelaune eines Hamburgers fristet."

Damit hat er Moschs Zorn aufs höchste erregt. Dieser antwortet in seinem Blatte am 2. August:

Das ist eine echt Liebermann'sche Leistung: hochtrabend, mit sog. „Witzen" gespickt, oberflächlich und un—wahr!

Nun, wir lassen uns nicht „blenden", wie so mancher andere, sondern wollen Herrn Liebermann von Sonnenberg mit einigen kühlen Fragen und Antworten aufwarten:

1. Ein „sogenannter" Führer, und sei's auch nur ein ehrlicher, einfacher Korporal im Vortrab des Heeres, ist jedenfalls für die Sache besser, als ein General, der fortwährend in feindlichen Lagern umherschwenzelt und dabei „politische Geschäfte" — macht!
2. „Ein Blättchen, von dem 99/100 der Antisemiten keine Ahnung haben und das einer Gebe-Laune seine Scheinexistenz dankt?"

Nun, Herr v. Liebermann, die „Deutsche Reform" besteht im dritten Jahrgang, und ich will wetten, daß sie ebensoviel Abonnenten hat, wie Ihre hochwerthen Deutschsozialen Blätter; sicher weiß ich aber zufällig, daß die „D. R." mehr Ueberschuß giebt und heut ohne jeglichen Zuschuß bestehen kann! Die „D. R." ist über ganz Deutschland verbreitet und hat z. B. genau noch einmal so viel Postabonnenten, wie Ihr hiesiges „Deutsches Blatt"!

Den Aufschwung verdankt es im Wesentlichen meiner Arbeit, Ihr Blatt hat Th. Fritsch groß gemacht! Sie können nur Blätter klein kriegen — wie war's doch s. Z. mit Ihrem Berliner Blättchen?? „Das Blatt fristet durch eine Gebelaune seine Scheinexistenz?" Nun, Herr v. L., welche Gebelaune hat denn s. Z. Ihre Scheinexistenz gefristet, und wer fristet denn heute Ihre Existenz?? Sie haben wohl ein sehr schlechtes Gedächtniß?! Wenn es noth thut, bin ich bereit, es in späteren Nummern einmal aufzufrischen!

Ich bin ohne Schulden in die Bewegung eingetreten und habe nachweislich außer meiner Pension in den letzten 3 Jahren noch 4000 Mk. baar hineingegeben, habe also Summa-Summarum für die Partei ohne Entgelt gearbeitet. — Und Sie, Herr von Liebermann?? Wovon leben Sie?? — U. A. w. g.! — Sie haben ja wohl die „Westfälische Reform" s. Z. verklagt? oder nicht? —

Fürst Bismarck und der Culturkampf.

Wenn ein großer Theil der katholischen Bevölkerung und der katholischen Presse in Deutschland sich bisher der Agitation unserer Antisemiten nicht zugänglich gezeigt hat, so ist der Grund hauptsächlich darin zu finden, daß man in diesen Kreisen der Lehren des Culturkampfes eingedenk ist. Den antisemitischen Hetzern wird zugerufen: Was wir Katholiken als Minorität in der Zeit des Culturkampfes erduldet haben, wollen wir jetzt, wo wir nicht mehr Ambos sind, einer anderen Minorität nicht zufügen. Von diesen Erwägungen geleitet, lehnt auch das Centrum es consequent ab, zu einer Beschränkung oder gar Beseitigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden die Hand zu bieten.

Die Antisemiten pflegen diesen ihnen unbequemen Argumenten gegenüber zu einem Taschenspielerkunststück ihre Zuflucht zu nehmen, indem sie den Katholiken vorreden, an dem Culturkampf seien nur die — Juden schuld. Sie hätten, um Zwietracht zwischen den beiden christlichen Confessionen zu säen, den Fürsten Bismarck zum Culturkampfe gedrängt. Daß mit einer solchen burlesken Behauptung der historischen Wahrheit ins Gesicht geschlagen wird, das genirt die wahrheitsliebenden Antisemiten natürlich nicht.

In diesem Augenblicke erhält man Kenntniß von einem neuen urkundlichen Beweis dafür, daß Fürst Bismarck mit Leib und Seele den sogenannten Culturkampf geführt hat. Es handelt sich um einen Brief Bismarcks aus Varzin an Roon, vom 20. November 1873, welchen das soeben ausgegebene

dritte Heft des Bismarck-Jahrbuches enthält. Dieser Brief ist die Antwort auf das Entlassungsgesuch Roons, der damals auch das Präsidium im preußischen Cabinet inne hatte, nachdem der Kaiser auf den Wunsch des Fürsten Reichskanzlers ihn dieses Amtes entbunden. Roons Stellung war infolge der parlamentarischen Vorgänge, namentlich durch die Aufsehen machenden Laskerschen Enthüllungen, schwer erschüttert, so daß er den Kaiser um die Bewilligung seines Abschiedsgesuches bat. Hierauf bezieht sich Bismarcks Brief. In demselben heißt es nun u. a. also:

„Gott hat die Fahnenflucht unserer Junker von Thron und Evangelium zugelassen und dadurch unser Rüstzeug schwer geschädigt. Aber ich schöpfe auch hier, wie 63, 66, 70 in all den Kämpfen, die wir, lieber alter Freund, Schulter an Schulter siegreich bestanden haben, Muth aus dem mich tief innerlich berührenden und leitenden Worte: „Gott widerstrebt den Hoffärtigen", und auch im Kampfe mit Kleist, Waldow und Gerlach, wie mit den ehrgeizigen Priestern des römischen Götzendienstes sehe ich die Hoffart zu unserem Trost im feindlichen Lager Gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direct befohlen hätte: ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt (die Feldzeichen des Königs winken), und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine factiösen Vettern, so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justificirt."

Die Juden als Bauern in der Gegenwart.

V.

In den früheren Kapiteln haben wir die größeren landwirthschaftlichen Niederlassungen der Juden besprochen, aber es wäre falsch anzunehmen, daß damit alle Thätigkeit der Juden in diesem Berufe erschöpft sei. In allen Staaten vielmehr, wo Juden wohnen, haben sich auch einige von ihnen dem Ackerbau mit seinen verschiedenen Nebenzweigen gewidmet. Bekanntlich ist die Zeit, in der den Juden verboten war, Landbesitz zu erwerben, nicht sehr weit zurück und selbst heute giebt es noch große Länder, wie Rußland, welche den Bekennern des mosaischen Glaubens in ihrer großen Mehrzahl verbieten, auf dem Lande auch nur zu wohnen, geschweige denn den Boden zu bebauen. Aber auch in den Staaten, in denen die Juden seit wenigen Jahrzehnten gleichberechtigt sind, konnte dieser kurze Zeitraum nicht die Wirkung so vieler früherer Jahrhunderte aufheben.

In Deutschland begann man unmittelbar, nachdem die Juden 1811 die Erlaubniß erhalten hatten, Boden in den Dörfern zu erwerben, mit der Gründung von Vereinen, die den Ackerbau unter der israelitischen Bevölkerung verbreiten sollten. Man muß zugestehen, daß die Erfolge dieser Vereine keine großen waren, dennoch wird die Mehrzahl der Leser überrascht sein zu erfahren, daß selbst in Preußen sich 4398 Juden der Landwirthschaft als Haupterwerb widmen. Der Berufsstatistik von 1882 entnehmen wir auch die bemerkenswerthe Thatsache, daß sich mehrere hundert Juden als Gehilfen, d. h. wohl Knechte, der Landwirthschaft in Kreisen gewidmet haben, in denen kein Israelit Boden besitzt, d. h. daß sie bei Christen dienen. Ob in dieser Hinsicht Fortschritte zu verzeichnen sind, läßt sich mit Sicherheit noch nicht sagen, da die vorjährige Berufsstatistik noch nicht veröffentlicht ist, doch ist dies höchst wahrscheinlich. Erwähnenswerth ist auch, daß man in einzelnen Städten bereits in den jüdischen Volksschulen die Kinder auf den Acker- resp. Gartenbau hinweist und auch wohl in letzterem praktisch unterrichtet und daß die bedeutende groß angelegte Erziehungsanstalt für jüdische Knaben in Ahlem bei Hannover ihre Zöglinge gerade im Gartenbau ausbildet. Es geschieht in Deutschland somit von Seiten der Juden ziemlich viel, um die Assimilirung auch in dieser Richtung zu fördern, soweit sich eben eine derartige Umänderung überhaupt künstlich erreichen läßt.

In Oesterreich-Ungarn liegen die Verhältnisse ähnlich, nur daß dort die Periode für den Berufswechsel noch kürzer ist, als in Preußen. Erst seit 1848 durften die Juden Bauern werden und in vielen Kronländern machten sie von dieser Erlaubniß Gebrauch. So existiren in Böhmen Gegenden, wo die Juden richtige Bauern geworden sind und gar keinen anderen Beruf kennen, in vielen Dorfstricten dieser und der anderen Provinzen sind die israelitischen Kleinkaufleute in den Dörfern und besonders die Besitzer der kleinen Brennereien und Brauereien auf dem Lande zugleich Landwirthe und die Zahl der jüdischen Knechte und Mägde ist ebenfalls nicht unbedeutend. Leider fehlen in der österreichischen Statistik die Zahlen über diese Verhältnisse. Wer indessen die Sachlage speziell in Böhmen und Mähren auf dem Lande und in den kleineren Landstädten kennt, wird die Richtigkeit dieser Angaben bestätigen. In Galizien wiederum giebt es nicht nur viele jüdische Großgrundbesitzer, 13 % des gesammten Großgrundbesitzes, eine Thatsache von zweifelhafter Bedeutung für unsere Untersuchung, sondern auch sehr zahlreiche jüdische Pächter. Im Jahre 1895 bewirthschafteten 783 jüdische Familien nur gepachtetes Areal und viele darunter seit länger als 30 Jahren ununterbrochen dieselben Grundstücke. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Ungarn, nur daß hier die Zahl der jüdischen Kleingrundbesitzer etwas größer ist, man kann aber sicher die Gesammtziffer der in Oesterreich-Ungarn in der Landwirthschaft beschäftigten Juden nach Zehntausenden berechnen.

In Rußland, dem Lande, das die meisten Juden bewohnen, sind noch von den alten polnischen Zeiten her in manchen Gegenden einzelne jüdische Bauern, die dem russischen Gesetz, das den Juden den Aufenthalt in den Dörfern verbietet, entgangen sind. Auch auf den Gütern, welche den jüdischen Großgrundbesitzern, wie Günsburg, Saljakow u. A. gehören, beschäftigt man gern israelitische Arbeiter, endlich kommen in den letzten Jahren wiederholt Nachrichten, daß sich in einzelnen Distrikten des Ansiedelungsrayons die Juden als Tagelöhner auf dem Lande verdingen, soweit nicht eben die russische Polizei es ihnen unmöglich machte. Mehrfach wurden sehr günstige Zeugnisse abgedruckt, welche diese Arbeiter erhalten hatten.

Auch in den anderen europäischen Ländern sind, wenn auch nur vereinzelt, schon Ansätze zu einer jüdischen Landbevölkerung vorhanden.

In Südamerika wohnen sehr wenig Juden und diese erst in neuester Zeit, eine Ausnahme machen die holländischen, zum Theil auch spanisch-portugiesischen Israeliten der niederländischen Colonie Surinam und Curacao. Hier waren sie von Alters her Plantagenbesitzer und betrieben bis zum Beginn dieses Jahrhunderts genau so wie die anderen Weißen den Plantagenbau mit Negersklaven. Seitdem die Sklaverei aufgehoben ist, haben sich freilich die Verhältnisse verschoben, die Pflanzer zogen nach der Stadt und verpachteten ihre Besitzungen, da sie mit bezahlten Arbeitern nicht mehr bestehen konnten.

In Asien und Afrika sind die Juden fast ausschließlich Städtebewohner, doch auch hier, ganz abgesehen von Palästina, sind überall einzelne und Gruppen, die sich mit Landwirthschaft beschäftigen. So betreiben sie in Persien z. B. viel Gartenbau, in Südafrika trugen sie in ihren Musterwirthschaften viel zur Einführung neuer Culturpflanzen bei und ein Jude war es, der zuerst den Gedanken der Straußenzucht verwirklichte.

Daß unter den Juden, die nur der Religion, nicht der Abstammung nach zur Judenheit gehören, wie Falaschas, schwarze Juden in Indien etc., viele, bei den ersteren sogar

die Mehrzahl Bauern oder Hirten sind, ist eine bekannte Thatsache, aber nur von untergeordneter Bedeutung für uns, da uns vorzugsweise diejenigen Israeliten beschäftigen, die sowohl dem Glauben, als der Abstammung nach Juden sind.

VI.

Wir sind zu Ende mit unserer Betrachtung. Wir haben gesehen, daß sich die Juden zwar bei Weitem nicht in dem Verhältniß, wie dies bei Anderen der Fall ist, aber doch in nicht so unbedeutender Zahl, wie man gewöhnlich annimmt, der Landwirthschaft widmen, wir haben vor allen Dingen gesehen, daß sie selbst große Anstrengungen machen, um in höherem Maaße als bisher diesen Beruf einzuschlagen. Wir sehen, daß in Rußland die mit Erlaubniß und in früheren Zeiten mit der Förderung der russischen Regierung angelegten Colonien von jüdischen Bauern ca. 100000 Seelen umfassen, wir sehen viele Tausende von jüdischen Bauern in Palästina, in Argentinien diesem Beruf sich widmen, in Nordamerika mehrere Tausend wenigstens bestrebt, den Ackerbau zu erlernen und auch in Kanada einen Anfang zur jüdischen landwirthschaftlichen Colonisation gemacht. Aber neben diesen größeren landwirthschaftlichen Unternehmungen und Versuchen gehen zahlreiche kleinere einher und selbst in Preußen sind mehr als 4000 Juden in den verschiedenen Zweigen der ländlichen Gewerbe thätig, viel mehr natürlich in Oesterreich-Ungarn und Rußland. Freilich fehlen meist verläßliche Zahlen und wir unterlassen daher eine Schätzung dieses Elementes nach seiner Seelenzahl. Endlich finden wir über die ganze Erde verstreut die Schulen, welche den Juden den Uebergang zum Ackerbau erleichtern sollen, überall Vereine, welche ihnen dabei helfen wollen. Um nur einige dieser Schulen zu nennen: die Ackerbauschule in Odessa, die Erziehungsanstalt Ahlem bei Hannover, Woodbine und die Krauskopfsche Schule in Nordamerika und die Ackerbauschulen der Alliance im Tunis in Afrika und Jaffa in Asien.

Wer unbefangenen Sinnes diese Entwickelung prüft, wer Verständniß für Geschichte hat und weiß, daß es fast beispiellos ist, wenn ein Volk vom Handel und Handwerk zum Ackerbau übergehen will, wer die Hindernisse sieht, die den Juden des Ostens Europas der böse Wille der Regierungen, den Juden des Westens die sozialen Verhältnisse in den Weg legen, der muß zugestehen, daß in dem letzten halben Jahrhundert die Erfolge auf dem eingeschlagenen Wege recht bedeutende sind in Anbetracht der Kürze des Zeitraums. Der unbefangene Beurtheiler wird aber auch erstaunen über den Eifer und die Energie, mit der die Juden in allen Ländern seit 20 Jahren dabei sind, ihren ärmeren Brüdern die Erlernung und den Betrieb des Ackerbaues an Stelle ihrer bisherigen Berufe zu ermöglichen.

Von Seiten der Juden ist viel geschehen, wenig von Seiten der Nichtjuden, um diesen Uebergang zu erleichtern, aber viel, um ihn zu erschweren, und die antisemitische Bewegung hat ebenfalls viel dazu beigetragen, um diesem gewiß assimilatorischen Vorgehen entgegenzuarbeiten. Wer die Bevölkerung gegen die Juden aufhetzte, wer die christlichen Bauern und Grundbesitzer gegen diese fanatisirte, der machte auch es dem armen Juden unmöglich als Knecht oder Magd auf dem Lande anzufangen, dem gebildeten, irgendwo einen Posten als Inspector zu erhalten, er erschwerte auf das äußerste die Niederlassung des einzelnen Juden in einem Dorfe, kurz der Antisemitismus hat, indem er den Frieden zwischen den Religionen störte, den Uebergang der Juden zur Landwirthschaft auf das höchste erschwert, und so die Verschmelzung der deutschen Juden mit den deutschen Christen wiederum nicht unbedeutend aufgehalten.

Zur Abwehr.

Hausirer und Geh. Medizinalrath. Die „Dtsche Rundsch." vom Juli 1896 veröffentlicht eine Studie über die gelehrten Kreise Königsbergs, deren einer den Namen „Montagskränzchen" führte. Darin heißt es (S. 61 f):

„Eins der treuesten Mitglieder des Montagskränzchens war bis an sein Ende der vieljährige Leiter der Klinik für innere Krankheiten, Geh. Medizinalrath Professor Georg Hirsch (1799—1885). Sein Vater († 1823) war der erste Jude, der ein Staatsamt bekleidete. Sehr jung als Hausirer aus Danzig in Königsberg eingewandert, war er in ein Bankgeschäft eingetreten, doch von einem unwiderstehlichen Drange zum Studium der Medizin getrieben, hatte er mit staunenswerther Energie gearbeitet, gespart und gedarbt, bis er mit 26 Jahren das Abiturienten- und mit 32 das Doctorexamen machen konnte. Er gründete das Hebammeninstitut in Königsberg und wurde dessen Director und Medizinalrath; Friedrich Wilhelm III. bezeigte ihm wiederholt seinen Dank für die verwundeten Kriegern geleistete Hilfe und sandte ihm kostbare Andenken. Hufeland, der es als eine glückliche Fügung betrachtete, 1808 bei ihm (als Leibarzt der Königin Louise) einquartirt zu sein, nennt ihn das Muster eines seinem Berufe sich ganz hingebenden Arztes, seine Gattin das Muster einer guten Hausfrau und Mutter. Von seinen beiden (als Knaben getauften) Söhnen trat der ältere, Joseph, mit 17 Jahren als freiwilliger Jäger in die Armee und starb an den Folgen einer Verwundung im ersten Gefecht, an dem er Theil nahm."

Pestalozzi über Judenfeindschaft. Wie Heinrich Zschokke in seiner „Selbstschau" 1799 berichtet, schrieb Pestalozzi, der berühmte Pädagoge, an ihn folgenden Brief:

Mein edler Heinrich! Mit allen Kräften meines Geistes und meines Herzens arbeite ich seit zwei Jahren dahin, in allen elternlosen Kindern eine sittliche Gemüthsstimmung zu erwecken und zu beleben. Ich suche die Kinder bei der ersten Entwickelung ihrer Kräfte zu Geschwistern zu machen und mein Haus in dem einfachen Geist einer großen Haushaltung zusammen zu schmelzen. Hierbei bringe ich es fertig über die Verschiedenheit der Religion still zu sein. Ich will den wenigen jüdischen Knaben, den herzlichen armen Waisen, für den Glauben ihrer Eltern Liebe einflößen, und durch Befriedigung ihrer täglichen Bedürfnisse, durch Angewöhnung wohlthuender Fertigkeiten ihre Herzen geneigt und empfänglich für die That der Liebe und die Kraft der Sittlichkeit machen. Das ist ja doch zunächst die Hauptreligion! Ach, neulich fiel mir ein kleiner Judenknabe, der in Krakau geboren und die Eltern verloren — um den Hals und rief: Lieber Vater. — Nein, mein Heinrich, wenn Du so unedel sein kannst und das Verlangen stellst, ich solle die armen Waisen zum Christenthume zwingen, dann fehlt Dir die nöthige Einsicht. In Glaubenssachen muß weder Zwang noch Gewalt herrschen! Seit Jahrhunderten lehrt man das Christenthum. Welche Gegensätze bringt es, sobald es sich um Juden handelt, zur Geltung. Es sinkt herab zur Niedrigkeit, zur Schmach, verliert die Hoheit, die Reinheit, die Stärke der Nächstenliebe, wenn es sich nicht von der Judenfeindschaft abwenden kann. Glaubensfeindschaft entsittlicht und verwildert. Mein einziges Ziel ist: die wahre, volle Menschenliebe bethätigen. Willst Du mir dabei helfen, so stelle keine Bedingungen — und beseitige das schlechteste der Gefühle — die Judenfeindschaft. Heinrich, sanfter, edler Freund, gehorsamer! Ich bin Dein treuer und ergebener

Pestalozzi.

Stanz, am 7. April 1799.

Jüdische Lebensretter. I. Das „Frankfurter Volksblatt" schreibt:

„Beim Ausschachten eines Kanals vor dem Hause „Hinter der schönen Aussicht 2" in Frankfurt strömte heute Morgen 8¼ Uhr Gas in einer solchen Menge aus einem Rohre, daß vier Arbeiter plötzlich

bewußtlos wurden und in die Tiefe stürzten. Ein nebenan thätiger Arbeiter rief sofort um Hilfe, worauf zwei Männer, worunter ein Spengler, herbeieilten und sich hinabbegaben. Bei dem Vorhaben jedoch, die Arbeiter herauszuholen, ereilte den Spengler dasselbe Schicksal, und er fiel ebenfalls in den Schacht hinab, während der Andere, als er den Spengler hinunterfallen sah, sofort sich wieder in die Höhe schwang. Ein wackerer jüdischer Metzger, der im Begriffe war, zur militärischen Generalaushebung zu gehen, gab sich hierauf daran, die Verunglückten aus ihrer verhängnißvollen Lage zu befreien, was ihm auch soweit gelang, daß er drei derselben aus der Tiefe hervorholte. Unterdessen war die Feuerwehr herbeigeholt, welche auch die beiden übrigen vom sicheren Tode des Erstickens befreite. Die fünf Verunglückten, welche außer ihrer Bewußtlosigkeit mehr oder weniger Verwundungen erlitten, wurden zur Wiederherstellung dem Heiliggeisthospital überwiesen. Der muthige Metzgerbursche Lion, welcher die erste Hilfe leistete, begab sich darauf zur Musterung und wurde zur Kavallerie ausgehoben."

II. Dem Stettiner „Gen.-Anz." vom 28. Juli wird aus Stargard folgendes gemeldet:

„Ein böses Mißgeschick ist einem als gar argen Antisemiten bekannten jungen Mann widerfahren. Er hat sich von einer Jüdin das Leben retten lassen müssen. Besagter Teutschmann hatte sich beim Aalfang in der Nähe der Carowschen Mühle in seine Reusen verstrikt und war so ins Wasser gerathen. Schon war er dem Ertrinken nahe, als eine jüdische Frau des Weges gefahren kam, kurz entschlossen ans Ufer eilte und den Antisemiten durch Zuwerfen einer Leine aufs Trockene brachte."

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein Beitrag zur Geschichte Stöckers. Im „Reichsboten" hat dieser Tage Pastor W. Krüger, der früher in Langenburg unweit Elberfeld amtirte und jetzt in Poppelsdorf bei Bonn als Emeritus lebt, „persönliche Erinnerungen an Oberhofprediger Dr. Kögel" veröffentlicht. Krüger ist sowohl der Schwager Kögels als auch der Schwager Stöckers, zugleich auch ein eifriger Parteigänger des letzeren, und so kann es denn nicht fehlen, daß er in seinen Kögel gewidmeten Erinnerungen auch des Verhältnisses der beiden Hofprediger zu einander gedenkt. Er thut dies mit großer Zurückhaltung in seinem Schlußartikel; einen Zug aber „von hervorragender Bedeutung" glaubt er unbedenklich mittheilen zu dürfen, weil er einen wichtigen Beitrag zum Charakterbilde Kögels gebe. Jedenfalls ist die Stelle auch aus anderen Gründen ganz interessant. Pastor Krüger also schreibt:

„Es war im Sommer des Jahres, in welchem die sogenannten „Stöcker-Processe" in der Oeffentlichkeit das größte Aufsehen machten; die bekannten und immer wieder vorgetragenen Beschuldigungen gegen Stöcker — insbesondere wegen seiner angeblichen Unaufrichtigkeit, welche im Munde fanatischer Gegner zu unerhörten Gehässigkeiten ausorteten, hallen wieder in dem größten Theil der deutschen Presse, und der Gedanke lag nahe, daß Kaiser Wilhelm in Erwägung, daß einer der ihm nahe stehenden Hofprediger fort und fort einen so gewaltigen Rumor und eine stets erneuerte Preßfehde hervorrufe, eine Aenderung in der amtlichen Stellung Stöckers wünschen und bewirken werde. Diese Entschließung aber wäre zweifelsohne von den leidenschaftlichen Gegnern auf das gehässigste zum Schaden der von Stöcker vertretenen Ideeen — Monarchie und Christenthum — ausgebeutet worden. Darum fühlten wir, die Freunde und Bekenner der Forderungen des christlich-monarchischen Programms, ohne in jedem einzelnen Punkte mit Stöcker übereinzustimmen, uns tief beunruhigt. Ich wußte, daß Kögel in Gastein Gelegenheit hatte, von den bezüglichen Entschließungen genaue Kenntniß zu erhalten und sprach ihm brieflich unsere schweren Sorgen und tiefe Beunruhigung aus. Die alsbald einlaufende Antwort gab mir den Beweis, daß der ehrenhafte Mann den Collegen Stöcker in diesem kritischen Augenblick keineswegs preisgeben wollte, sondern entschlossen war, für seine eigene Person und Sache an der entscheidenden Stelle ritterlich einzutreten. Diese Stellungnahme Kögels und das gleichzeitige Eintreffen eines in gleichem Sinne gehaltenen Schreibens des jungen Prinzen Wilhelm an den kaiserlichen Großvater hatte zur Folge, daß Stöcker damals nicht veranlaßt wurde, die Stellung als Hofprediger aufzugeben."

Der angekündigte Redactionswechsel bei dem „Volk" ist nunmehr erfolgt. Mit dem 4. August hat an Stelle Oberwinders Dietrich v. Oertzen die Leitung des Blattes übernommen. In einer längeren programmatischen Erklärung legt er insbesondere seine Stellung zu den Conservativen und den sogenannten „Jungen" unter den Christlich-Sozialen dar. Es ist der bekannte Stöckersche Standpunkt. Von dem Antisemitismus ist nicht die Rede, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß in dieser Beziehung der alte Faden fortgesponnen wird. —

Die orthodoxe „Allg. evang.-luth. Kirchenztg." meint, Stöcker habe sich mit seiner neuesten kirchlich-sozialen Gründung zwischen zwei Stühle gesetzt und werde dort wohl auch sitzen bleiben.

Für die Reichstagsnachwahl in Mainz-Oppenheim werden die Antisemiten einen eigenen Candidaten in der Person des Weinbauern M. Wolf aus Stadecken aufstellen. — Bei der Wahl von 1893 wurden 270 antisemitische Stimmen abgegeben.

Antisemitismus in den Badeorten VIII. Die „Deutsche Ztg." bzw. Dr. Friedrich Lange nennt als judenreine Sommerfrischen in den Vogesen: Grendelbruch im Unterelsaß und das Pensionat in dem Frauenkloster am Ottilienberg; im Schwarzwald Herrenalb und Lichtenthal bei Baden-Baden.

Ueber die Verjudung der Münchener Universität klagt das dortige Antisemitenblatt; die Privatdocenten Rechtsanwalt Dr. Theodor Löwenfeld und k. Landgerichtsrath Dr. Heinrich Harburger seien zu Honorarprofessoren in der juristischen Facultät ernannt worden. — Auf den **Mittelschulen** sei es nicht besser bestellt. Die neuerrichtete Professur für Mathematik und Physik an der Realschule in Nürnberg habe man dem Reallehrer an der Realschule in Erlangen Dr. Isaak Bacharach übertragen. Der Cultusminister scheine Bayern mit Palästina zu verwechseln.

Die Antisemiten unter sich. In der „Staatsbürgerztg." vom 2. August finden wir folgende Annonce:

„Warnung! Hierdurch warne ich jeden Gesinnungsgenossen, dem Herrn Ernst Schindler, früheren Local-Redacteur von „Frei-Deutschland", Schöneberg, Hauptstr. 97, Credit zu gewähren, da derselbe in keiner Weise seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommt und Execution fruchtlos ausfällt.

Arthur Perlberg, Schöneberg, Hauptstr. 99."

Durch eine dieser Tage gegen den früheren Redacteur Schindler stattgehabte Verhandlung wurden die Geschäftsverhältnisse der Verlagsanstalt „Frei-Deutschland" eigenartig beleuchtet.

Der Angeklagte erhielt im Frühjahr vorigen Jahres von dem Geschäftsführer Reinecke 20 Mk., um dafür Säulenanschläge in verschiedenen Vororten Berlins zu bestellen. Sch. führte diesen Auftrag aus und brachte aus mehreren Orten Quittungen über die von ihm gezahlten Beträge. Er erklärte hierbei, daß er auch in Gr.-Lichterfelde und Potsdam Anschläge bestellt und dafür 3 resp. 6 Mk. bezahlt habe, die Quittungen darüber werde er noch beibringen. Später stellte sich heraus, daß Sch. in jenen beiden Orten überhaupt Zahlungen nicht geleistet, sondern 9 Mk. für sich verwendet hatte. Auch ergab sich, daß in Potsdam nur 2,25 Mk. und in Lichterfelde nur 1,50 M. zu zahlen waren. — Im August und September 1895 hatte alsdann der Angeklagte zu drei Malen Geldbeträge in Höhe von 7 Mk., 3 Mk. und 14,25 Mk. für Rechnung der „Frei-Deutschland" in Empfang genommen und auch diese Summen, ohne von der Zahlung etwas zu sagen, für sich behalten. Daraufhin ward gegen Sch. Strafantrag gestellt und das Schöffengericht II verurtheilte denselben wegen Unterschlagung zu 20 Mark Geldstrafe. — Gegen dieses Erkenntniß legte der Angeklagte Berufung ein. Vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts II führte derselbe aus, er sei bei „Frei-Deutschland" Schriftleiter, Berichterstatter und Buchhalter in einer Person gewesen. Für diese umfangreiche und aufopfernde Thätigkeit habe er ein Gehalt von monatlich 50 Mk. bezogen, wovon er sich und seine alte Mutter ernähren müsse. Er habe aber sein Gehalt niemals voll ausbezahlt

erhalten, sondern trotz vieler Bitten sei ihm dasselbe in Noten von 2 und 1 Mk. gezahlt worden. Er sei dadurch in große Verlegenheit gerathen und habe geglaubt, sich von den eingezogenen Beiträgen schadlos halten zu können, um so mehr, als andere Angestellte ihr Gehalt pünktlich und zum vollen Betrage bekommen hatten. Die einbehaltenen Gelder seien ihm übrigens später von seinem Gehalt abgezogen worden. — Der Gerichtshof war nach dem Ergebniß der erneuten Beweisaufnahme der Ansicht, daß die Handlungsweise des Schindler eine unberechtigte gewesen, insofern als er der Verlagsanstalt nichts davon gesagt hatte, daß er jene Summe für sich behalten habe, so daß erst gelegentlich der erfolgten Mahnungen die Maßnahmen des Angeklagten bekannt geworden wären. Letzterer habe sich hiernach der Unterschlagung schuldig gemacht. Demgemäß ward die eingelegte Berufung verworfen.

Marquis de Morès und der Pariser Schwindel. Den „Hamb. Nachr." schreibt man aus Paris:

„Wir würden auf das Begräbniß des Marquis de Morès, auf dieses an sich belanglose Ereigniß nicht zurückkommen, wenn es nicht der Mittelpunkt eines politischen Sittenbildes wäre. Der „große" Franzose, den eine lärmvolle Partei mit so viel Aufwand an Verzweiflung zu Grabe getragen hat, war der abenteuerlichste Spieler seiner Zeit. Ein Spieler freilich von nicht gewöhnlichem Temperament, der mit demselben Gleichmuth, mit dem er einen Tausendfranken-Schein auf das grüne Tuch warf, auch sein Leben auf die Karte setzte — seines und das Leben Anderer, das ihm noch weniger galt. Lange bevor er sich in die Befreiung seines Vaterlandes gestürzt hatte, erregte er in Monte-Carlo und an der Pariser Börse Aufsehen durch seine unerhörte Waghalsigkeit und als er, was nicht ausbleiben konnte, mit seinen Millionen zu Ende war, ging er nach Amerika, wo er als echter Kaufmann in der Steppe hausend, eine Großschlächterei einrichtete, um den Fleischhandel von New-York und Chicago an sich zu reißen. In diese Zeit fällt das Entmündigungsverfahren, das sein Vater, der Herzog von Vallambrosa, wegen sinnloser Vergeudung gegen den Marquis einleitete. Im Gerichtssaale wurden damals Briefe des de Morès verlesen, in denen er mit schwärmerischer Zuversicht von den ungezählten Millionen sprach, die er in Amerika zu ergattern hoffe. Und das trockene Bild der ungezählten Millionen war es auch, das ihn nach Zusammenbruch seiner amerikanischen Speculation nach Tonkin jagte, wo er Eisenbahn-Concessionen zu erlangen hoffte und wo er sie auch, wie er behauptet, gewiß erlangt hätte, wenn der „an die Engländer verkaufte Canstons nicht einen Mord begangen hätte," um dies zu vereiteln. Und wie aus Ostasien, so tönte es aus Indochina in seinen Briefen immer wieder herüber! „Millionen! Millionen!" Das war ein Zauberwort für den Mann, der sie schließlich in Afrika, wohin er ohne Mandat und ohne Vorbereitung, ohne Plan, ohne Mittel, wie ein Hallucinirter ging, zu erraffen hoffte.

Man muß diese Einzelheiten festhalten, um die beispiellose Ironie zu genießen, die in dem Kreuzzuge dieses Salonanarchisten gegen den Capitalismus liegt und um dessentwillen es von Drumont und allen Clericalen, die, wie er, die Juden und die Protestanten bekämpfen — die „Libre Parole macht keinen Unterschied — als Apostel gefeiert wurde. Die Flitterwochen der Drumont-Morès'schen Liebe dauerten jedoch nicht ewig. Eines Abends verlor der junge Marquis am Baccara-Tische des Cercles der Rue Royal eine Summe, die über seine momentanen Verhältnisse ging. In seiner Verlegenheit wandte er sich an Drumont, und da die Ehrenschuld keine Zögerung gestattete, vermittelte Drumont unter Zusicherung der Schonung — es war im Anfang des Panamascandals — daß Cornelius Hertz dem de Morès durch ein Darlehen aus der Klemme helfe. Dieses Gesinnungskunststückchen verhinderte die beiden Freunde natürlich nicht, an der Rettung der Nation gemeinsam weiter zu arbeiten. Leider wurde die Sache im vorigen Jahre ruchbar — und zwar wieder im Gerichtssaal und in unbezweifelbarer Form — und Drumont, ärgerlich, daß er von Morès so „hineingeritten" worden war, brach mit dem Genossen. Die „Libre Parole" verschloß dem Marquis ihre Spalten, und nicht einmal sein Name wurde mehr genannt. Morès, rathlos, wo er seine Prosa unterbringen sollte, pachtete die verkrachte „France", und die Leitartikel, die er hier allabendlich einrückte, waren gewissermaßen der Reinigungseid für sein ganzes tolles Gebahren. Denn wer es noch nicht längst erkannt hatte, mußte angesichts dieses vollständig sinnlosen, mystischen Geschreibsel, in dem auch nicht ein Wort zum anderen paßte und immer nur ein paar fixe Ideen wiederkehrten, endlich begreifen, daß man es mit einem Unzurechnungsfähigen, einem geistig Gestörten, mit einem Hallucinirten zu thun hatte, den man für seine Handlungen wirklich nicht verantwortlich machen durfte. Seine kranke Empfindung verwechselte und verschmolz allen Ernstes die eigenen Schmerzen mit denen des Volkes und des Vaterlandes, und er heuchelte gewiß nicht, wenn er seine Speculationen immer durch das idealisirende Prisma einer patriotischen Großthat sah. Es genügt zur Kennzeichnung seines Zustandes, daß er unter anderen schönen Dingen den Plan ausgesonnen hatte, „in Sizilien — hier citiren wir — die verhungernden Bauern zur Revolution zu veranlassen, das unabhängige Königreich von Sardinien und Sicilien zu gründen, das sich mit Frankreich gegen diese savoysche Monarchie verbünden werde, die im Schlepptau Crispi's und der anderen Feinde Frankreichs hinfiele."

Es giebt kein Blatt, keinen Reporter in Paris, der dies Alles nicht ganz genau wüßte, und über die Bedeutung, den Nutzen und den Charakter des Marquis nur den geringsten Zweifel hegte. Als aber die Ermordung durch die Taregs von Drumont und seinen Leuten zu einer ungeheuren Reclame ausgebeutet wurde, erlebten wir das Schauspiel, daß die ganze Pariser Presse — den „Siècle", die „Estafette" und auch die „Debats" ausgenommen — eingeschüchtert durch ein paar Radau- und Geschäftspatrioten, in dasselbe Horn stieß, daß sie dem „Märtyrer" Hymnen sang und seinen Tod als namenloses Unglück für Frankreich beweinte. Gelähmt von der Befürchtung, nicht für genügend patriotisch gehalten zu werden, wagte keiner, das Ereigniß auf seine richtigen Verhältnisse zurückzuführen oder gar anzudeuten, daß Morès, der ausgezogen war, „die Engländer aus Afrika zu vertreiben", die Regierung Frankreichs vielleicht in unangenehme Conflicte hätte bringen können. Statt Worte des Bedauerns über den verunglückten Irrsinnigen, häuften sie Worte der Begeisterung für den gefallenen Helden, und der „Figaro" wie der „Gaulois" beeilen sich, ihre kapitalistischen und Bourgeois-Leser zu Spenden für ein Morès-Denkmal einzuladen. Was eine Feder hielt, schlotterte angstvoll bei dem Gedanken, daß die Patrioten-Liga, die trotz ihrer Auflösung fortbesteht und jetzt „patriotische Liga" heißt, sie nicht für voll nehmen könnte. Und so wurde die Leichenfeier de Morès' ein großes Ereigniß, in erster Linie für die Patrioten-Liga, die mit allen Sectionen, mit Bannern und Kränzen ausgerückt war, und an diesem Tage ermessen konnte, was sie noch zu leisten im Stande wäre, wenn zufällig ein neuer Boulanger aufstände, der etwas mehr Courage hätte. Und am Grabe sprach der Boulangist Marcel Herbert im Namen des durch Krankheit verhinderten Deroulède hallende Worte von den „Feinden Frankreichs" und in allem nekrologistischen Gepränge tauchten immer wieder Erinnerungen an die Zeit auf, da Morès als Lieutenant an der Ostgrenze stand. Die lieblichste dieser Erinnerungen war die Anekdote, wie der Marquis jenseits der Grenze, auf deutschem Boden, ein Wirthshaus mit dem Schilde „Zum König von Preußen" wahrnahm und einen Preis von hundert Franken demjenigen Cavalleristen versprach, der ihm das Schild herüberholen wollte. Und am nächsten Morgen hatte er es. Diese Geschichte ist das „symbolische" Parfum, das über der ganzen chauvinistischen Orgie zittert."

Aus Oesterreich.

Antisemitische Feste. Wie man in den kirchlichen Kreisen über die demonstrativen „Siegesfeste" der Wiener Antisemiten denkt, das kann man aus den „Politischen Fragmenten" erfahren, einem clericalen Blatte, das durch seine Kritik den christlich-sozialen Führern schon oft unbequem geworden ist. Dieses Blatt schreibt über das letzte „Bürgermeisterfest" in Weigl's Dreherpark in Meidling: „Ist das schon alles oder kommt noch was nach? Die Feste folgen sich wie der Tag der Nacht. Jeden Sonntag ein Lueger-Fest mit mindestens fünf Musikchören, Athleten-Productionen, Feuerwerken u. s. w. u. s. w. Letzten Sonntag in Baumgarten, gestern beim Weigl, nächsten Sonntag am Kahlenberg — wo dann nach? Die besten Freunde des großen Volkstribunen schütteln den Kopf und fragen sich: Wohin soll das führen? Geht es wirklich aller Welt so gut, geht es besonders den Wiener Gewerbetreibenden so gut, daß sie am Sonntag verjubeln können, was sie in der Woche verdient oder vielleicht auch nicht verdient haben? Wird hier nicht auf den Leichtsinn des Wieners für Unterhaltungen und Lustbarkeiten speculirt? Man sage nicht, wer nicht gehen will, der kann zu Hause bleiben. Es giebt auch einen moralischen Zwang, und wenn der Gevatter Schuster geht, weil er einige Ersparnisse besitzt, so will der Gevatter Schneider nicht zurückbleiben, trotzdem er kein Geld hat und ins Versetzamt gehen muß. Herr Dr. Lueger kennt hier die Wiener so gut, wie wir sie kennen. Wozu aber dann die „Gelegenheitsmacherei"? Will man wirklich die so schöne christliche Bewegung in Lustbarkeiten und ewigen Saufgelagen ersticken? Wir möchten dringend warnen, den Personencult etwas zu zähmen und an ernste, nützliche und nothwendige Arbeit zu schreiten." Auch Monsignore Dr. Scheicher wendet sich im „Katholischen Vereinsblatt" gegen den Personencult.

Antisemitische Cultur. Unter dieser Titelmarke bringt die „N. Fr. Pr." folgende, für die antisemitische Wiener Gemeinderaths-Majorität bezeichnende Notiz: „Das Ansinnen, einem Juden um künstlerische Verdienste halber eine der höchsten communalen Auszeichnungen zu verleihen, ist einhellig abgewiesen worden. Das ist eine mannhafte, gesinnungstüchtige That unseres gegenwärtigen Wiener Stadtrathes, welche Herr Paul von Pacher rühmt und anerkennt, obwohl er zugleich erklärt, daß er dem Gemeinderathe wegen Verläugnung der antisemitischen Grundsätze nicht länger angehören könne. Wer ist der Jude, den Herr v. Pacher meint? Man kennt, achtet und schätzt ihn in allen Kreisen Wiens als Künstler und als Menschen — es ist Adolph Ritter v. Sonnenthal, ein Mann, der die höchste Stufe seiner Kunst erreicht hat und der einer der vornehmsten Kunststätten Wiens, dem Burgtheater, seit vierzig Jahren zur Ehre und Zierde gereicht. In dieser langen Zeit hat er unzählige Male mit steter Bereitwilligkeit seine Kunst in den Dienst der Wohlthätigkeit und Humanität gestellt. Dies war hauptsächlich der Grund, weshalb bei dem Jubiläum seiner vierzigjährigen Thätigkeit im Burgtheater der fortschrittliche Parteiverband im Gemeinderathe eine Ehrenbezeigung von Seite der Commune für Sonnenthal in Vorschlag brachte. Die Antwort der antisemitischen Majorität war die „einhellige" Abweisung im Stadtrathe. Warum? Weil Sonnenthal ein Jude ist — die Stadt Wien kann ihm deshalb keine Ehre erweisen. Die Majorität ihrer gegenwärtigen Vertreter hält dies nicht für verträglich mit ihren Grundsätzen und Gesinnungen. Der Kaiser hat diesem Manne schon im Jahre 1876 den Franz-Josephs-Orden, im Jahre 1881 den Orden der Eisernen Krone und den Adelsstand verliehen und ihm bei der jüngsten Gelegenheit wie schon wiederholt seine Anerkennung und Zufriedenheit aussprechen lassen. Was aber der Kaiser gethan hat, das kann der antisemitische Stadtrath nicht thun — das verträgt sich mit seinen Grundsätzen nicht. Was für eine Ehre könnte übrigens dieser Stadtrath einem Künstler von makellosem Charakter und Ruf erweisen? Kann er ihm nach Herrn Pfister die Salvator-Medaille verleihen? . . . Und das Wiener Bürgerrecht? Das hat sich Sonnenthal schon vor dem antisemitischen Stadtrath als Künstler längst erworben. Sein Name nimmt einen Ehrenplatz in der Geschichte der geistigen Cultur Wiens ein und wird noch genannt werden, wenn man von den gegenwärtigen antisemitischen Stadträthen längst nichts mehr wissen wird."

Antisemitische Corruption. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die antisemitische „Ostdeutsche Rundschau" einen Artikel, worin es heißt:

„. . . . Außerdem brauchen wir uns gar nicht darüber zu täuschen, daß unter den schon nach Millionen zählenden Anhängern des Antisemitismus ein ganz gewaltiger Heerhaufen ist, der ohne wahre unerschütterliche Ueberzeugung blos dem Erfolge nachläuft, **auch wenn jeder Tag einen Antisemiten wegen Betruges in den Kerker brächte."**

Wir haben diesem Bekenntniß nichts hinzuzufügen.

Die fünf Dienstmänner beim Landhaus. Vor einigen Monaten hat das Wiener „Deutsche Volksblatt" eine Notiz veröffentlicht, welche einen Feldzug gegen — fünf arme Dienstmänner, welche beim Landhaus ihren Standplatz haben, eröffnete. Sie sind „krummnasig und krummbeinig und mauscheln polnisch-jüdisch" — Gründe genug, um den Versuch zu wagen, sie und ihre Kinder brodlos zu machen. Die von echt christlich-sozialer Menschenliebe erfüllte Notiz schloß nämlich mit der Hoffnung, daß den jüdischen Dienstmännern „in Folge übergroßer Langweile bald die Luft vergehen werde, das schöne Gebäude noch länger zu verunzieren." „Hoffentlich werden alle Christen", hieß es dann weiter, „in diesem Hause ihr Möglichstes dazu beitragen." — Die fünf Dienstmänner, die sich durch diesen Angriff in ihrer armseligen Existenz bedroht sahen, waren natürlich verzweifelt, und einer derselben, ein alter schwacher Mann klagt. „Ich habe fünf Kinder zu ernähren und verdiene das Nothwendige; das will man uns auch wegnehmen, weil ich ein Jude bin! Ich habe mir nie eine Unhöflichkeit oder Taxüberschreitung zu Schulden kommen lassen, denn ich weiß, wie sehr ich als Jude nur Acht geben muß, damit man mir nichts anhaben kann; vor jedem Amtsdiener ziehe ich den Hut und mit dem kleinsten Betrag, den man mir für einen Weg zahlt, der oft weniger als die Taxe beträgt, bin ich zufrieden. Ich bin ein armer, kränklicher Mensch und lege Niemandem etwas in den Weg. Was will man von uns, daß wir so schändlich verspottet werden, daß uns die Gassenbuben nachlaufen . . . . . ?!" Es fanden sich aber Leute, welche sich der Dienstmänner annahmen und dieselben klagten das Blatt des Herrn Vergani auf Ehrenbeleidigung. Mehr war natürlich nicht nothwendig. Herr Vergani und seine Redacteure haben bekanntlich eine Idiosynkrasie vor dem Gerichtssaal — sie ließen es nicht zur Klage kommen, sondern stellten den „krummnasigen, krummbeinigen, polnisch jüdisch mauschelnden" Dienstmännern eine Ehrenerklärung aus, welche im „Deutschen Volksblatt" enthalten ist; sie lautet:

Erklärung. Wir haben in der Nummer vom 19. März 1896 einer uns von einer außerhalb unserer Schriftleitung stehenden Person zukommenden Notiz Aufnahme gewährt, welche unter dem Titel: „Giebt es keine christlichen Dienstmänner mehr?" erschienen ist. In dieser Notiz wurden die Dienstmänner, welche vor dem Landhause in der Herrengasse ihren Standplatz haben, sowohl in ihrer persönlichen als auch geschäftlichen Ehre angegriffen. Wir haben uns nunmehr überzeugt, daß diese Angriffe gegen die genannten Dienstmänner jedes Hintergrundes entbehren, und daß dieselben ihren Beruf jederzeit ausgefüllt und durch keinerlei Intriguen oder Machinationen sich in den Besitz des Standplatzes gesetzt haben, auf dem sie jetzt ihr Dienstmännergewerbe ausüben. Wir nehmen keinen Anstand, unser Bedauern darüber auszusprechen, daß die erwähnte Notiz in unserem Blatte Aufnahme gefunden hat. Die Redaction des „Deutschen Volksblatt".

Es wird wohl bald keinen Juden in Wien geben, welchem Herr Vergani nicht Ehrenerklärungen ausgestellt hat.

Görz. Hier im österreichischen Küstenlande wohnen bekanntlich zwei Nationen: Italiener und Slaven (Slovenen). Erstere verabscheuen den Antisemitismus, wogegen Letztere ihm zugethan sind. Um nun diesen eine angenehme Lectüre zu verschaffen, hat das dahier erscheinende clericale Blättchen „Eco del Literale" eine ganze Blumenlese aus den Schriften jüdischer Renegaten und sogenannter christlicher Gelehrten über den Ritualmord veröffentlicht. Daraufhin veröffentlichte ein Mitglied der jüdischen Gemeinde, Herr Benedetto Morpurgo, eine Gegenschrift, in der er nachwies, daß alle diese Renegaten und Gelehrten nur gelogen haben. Das „Eco" hat nun seinen Feldzug gegen die Juden wieder eingestellt. — Vor Kurzem hat sich hier unter dem Vorsitze des Staatsanwaltes Ritter v. Canevari ein Verein zur Unterstützung entlassener Sträflinge gebildet und wurde in den Vorstand desselben auch der genannte Herr Morpurgo berufen. Dieser hat auch schon dem Vereine achtzig neue Mitglieder, zumeist Israeliten zugeführt, wofür ihm nun Ritter von Canevari seinen besonderen Dank abstattete.

Jüdische Soldaten. In Brezany, Galizien, befindet sich ein Obelisk zum Andenken an die im Kriegsjahr 1866 gefallenen Militärs aus dem Stande des 55. Infanterie-Regimentes Freiherr von Meckel, welches daselbst den Werbbezirk besitzt. Von den 68 namhaft gemachten, auf dem Felde der Ehre gebliebenen Militärs dieses Regimentes sind 22 Juden. Sämmtliche den Heldentod Gefallenen sind auf dem Obelisk, nach dem Alphabet geordnet, verzeichnet.

Vermischtes.

Ahnenproben. Bekanntlich haben es die Antisemiten erreicht, daß heute die Herkunft wieder mehr gilt als die

Tüchtigkeit. Da wird nachgeschnüffelt, was die Großväter und Urgroßväter gewesen sind; ein Corps nimmt keinen Studenten auf, weil sein Großvater Jude gewesen; gewisse Kavallerieregimenter lehnen jeden Bürgerlichen ab usw. Diese Ahnenschnüffelei ist nicht neu. In der Sitzung, die der Berliner Verein „Herold“ am 7. Juli abhielt, theilte Roth Seyler mit, daß in Bayern die Ahnenproben für Hofdamen, Kämmerer und Truchsessen von dem Kurfürsten Maximilian III. Joseph durch ein Decret vom 11. Februar 1763 eingeführt wurden. Für Hofdamen und Kämmerer sollten „acht adeliche Ahnen von lauter ehrlich und adelich gebohrenen Persohnen, worunter kein Diplomaticus (durch Diplom neugeadelter) sein solle“ als Probe dienen. In geringerem Ansehen stand die Truchsessenwürde, die überhaupt nur in Bayern und Oesterreich in dieser Weise verliehen wurde. Für diese wurde vorgeschrieben, daß in der obersten Linie der acht Ahnen der Geburtsadel nicht mehr erforderlich, sondern auch der diplomatische Adel hinlänglich sein solle.

Der „Rembrandt-Deutsche“ hat mit seinem geistreichelnden Stil unter den Antisemiten einen Jünger gefunden, dessen Werke sich wie ergötzliche Parodien ausnehmen. Das ist Max Bewer. Zwar wird er als Autor der neuen Broschüre „der Kaiser und die Pastoren“ nicht genannt, aber unzweifelhaft stammt sie von ihm. Man höre nur, welch ein Spiel — wie geistreich! — er mit dem Wort „Schielen“ treibt! Er schreibt:

Erst mit dem Hinschieten auf das, was der andere hat, schwindet die Freude an dem eigenen Daseinsglück. Die Erfinder der Sozialdemokratie waren Juden, die alle Menschen den größten Prozentsatz an schielenden Augen stellen; der Teufel schielt auch etwas; Gott sieht mit seinen ewigen Augen gerade und ruhig vor sich her; er hielt es schon vor 4000 Jahren für nothwendig, den Juden durch Moses zu gebieten, sie möchten nicht „begehren ihres Nächsten Haus, Weib, Ochs, Esel und alles, was sein ist“; diesem schielenden und scheelsüchtigen Judengeist verdankt das von Natur neidlose, bescheidene, in sich stillvergnügte Deutschthum die sozialdemokratische Mißgunst, die so unnatürlich ist, wie sie antichristlich ist.

Zum Glück ist unser Volk zu gesund, um solch närrisches Zeug zu kaufen.

Vom confessionellen Kriegsschauplatz. In dem medicinischen Blatte „Medico“ wird in der Nr. vom 10. Juni für einen Ort der Rheinprovinz ein katholischer oder ein israelitischer Arzt gesucht. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir den Ausschluß der evangelischen Bewerber scharf mißbilligen.

Günstige Stimmen aus Rußland I. Als ein gutes Zeichen der Zeit darf der Umstand angesehen werden, daß die „Nowoje Wremjo,“ die unter dem vorigen Zaren gegen Nichtorthodoxe keineswegs eine freundliche Haltung beobachtet hatte, jetzt unter Kaiser Nicolaus II. Toleranz predigt und die confessionelle Unduldsamkeit tadelt. Das Blatt schreibt:

„An der Größe und Macht Rußlands haben auch Deutsche, Polen und Andere gearbeitet. Uebrigens ist es ungerecht, Jemand seine Abkunft und Religon vorzuwerfen. Der Senat hat schon im Jahre 1743 erklärt, daß die gegen die Juden gerichteten Gesetze sehr häufig dem Interesse des Staates Schaden zufügen. Alle haben ihre historischen Verdienste und Sünden. Frei aufathmen wird man zu einer Zeit, in welcher Alle eingesehen haben werden, daß der Zweck der sozialen Entwickelung in dem gemeinsamen und friedlichen Zusammenleben und Zusammenwirken Aller ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu suchen ist und nicht in dem Unterordnen der Einen unter die Anderen.“

II.

Fürst Uchtomsky hat in der von ihm herausgegebenen „St. Petersburger Wedomosty“ begonnen, einen Kampf gegen die religiöse und nationale Unduldsamkeit zu führen. So erschien vor Kurzem im genannten Blatt ein Artikel „Das Collectiogewissen“, in dem der Gleichstellung aller Unterthonen ohne Unterschied der Confession und Nationalität kräftig das Wort geredet wurde. Wie vorauszusehen war, wurde nun Fürst Uchtomsky von den Blättern der gegnerischen Partei scharf angegriffen, und namentlich der „Ruß y Listok“ warf ihm unverblümt vor, daß er feindliche und schädliche Interessen vertheidige. Daraufhin richtet Fürst Ssergei Wolkonski, der Verfasser jenes Artikels, an die „Wedomosty“ eine mit seinem vollen Namen unterzeichnete längere Zuschrift, in der es heißt:

„Bis jetzt stand Ihre Zeitung beinahe allein da im Kampfe, welchen sie gegen die religiöse und nationale Unduldsamkeit zu führen begonnen. Sie sind voran gegangen, ohne sich durch die Aeußerungen offener Feindschaft gegen ihre Richtung irre machen zu lassen; es fanden sich Leute, die nicht bei der gedruckten Anklage gegen Sie wegen Verrathes stehen blieben; wahrlich, es hat deren „russische“ Herzen schon gar sehr gekränkt, als sie vernahmen, daß im „Heiligen Rußland“ Worte christlicher Duldsamkeit, der Achtung vor dem menschlichen Gewissen erklingen, und daß die Menschen gastfreundlich zu geistiger Gemeinschaft zusammengerufen werden.“

Weiter constatirt Fürst Wolkonski, daß die Stimme des „St. Petersburger Wedemosty“ nicht in der Wüste verhallt sei, sondern in den Herzen der großen Masse, unbewußt Anklang gefunden habe, und daß die Gegner des Fürsten Uchtomsky sich vergebliche Mühe geben, ihn und seine Ansichten als gänzlich ohne Bedeutung und Einfluß hinzustellen. —

III.

Anläßlich des Multanischen Menschenopfer-Prozesses hat der Senator J. P. Sakrewskij der „Jurid. Gas.“ ein Schreiben zugesandt, welches einige Stellen von allgemeinem Interesse enthält. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß für das Criminalgericht keine verdächtigen und unzuverlässigen Nationalitäten, Bevölkerungsklassen, und Confessionen existiren dürfen. Seinen Standpunkt beleuchtend, schreibt er:

Im Laufe von Jahrhunderten wurden Juden unter der Anklage verbrannt, daß sie Menschenopfer dargebracht, daß sie Christenkinder bei Ausübung ihrer rituellen Gebräuche geschlachtet hätten. Noch unlängst, im Jahre 1895, ereignete sich in Wien folgender Fall. Ein lutherischer Pastor, ein fanatischer Antisemit (Pfarrer Deckert. Red. d. Mitth.), erhob in der Kirche während des Gottesdienstes die entsetzlichsten Anschuldigungen gegen die Juden und behauptete unter Anderem, daß sie Christenkinder schlachteten. Die Gemeinde hörte derartige Reden völlig ruhig an. Die Procuratur indessen fand, ohne irgendwie der Freiheit religiöser Lehren nahe zu treten, daß derartige Beschuldigungen denn doch das Maß des Erlaubten übersteigen und leitete gegen den Pastor eine Criminalklage wegen Aufhetzung eines Theils der Bevölkerung gegen den andern. Die Geschworenen fällten ein freisprechendes Verdict.

Doch was beweist ein solcher Präcedenzfall für eine künftige ähnliche gerichtliche Verfolgung? Können etwa die mittelalterlichen Hinrichtungen, oder eine von einem Prediger am Ende des 19. Jahrhunderts in einem civilisirten Lande ungestraft gehaltene derartige Predigt von irgend welcher Bedeutung sein bei der Entscheidung der Frage, ob der eine oder der andere Jude der Vergießung von Christenblut schuldig ist, falls gegen eine bestimmte Person eine solche Anklage vor Gericht erhoben werden sollte?

„Wir wissen, daß bei uns in Rußland religiöse Secten existiren, deren Ritus häufig mit Verstümmelung des Körpers, ja selbst mit Tödtung von Menschen verbunden ist. Können wir aber, falls wir eine Person solcher Verbrechen anklagen, von der allgemeinen Voraussetzung dessen ausgehen, was wir über Sectenwesen gelesen und gehört haben, oder selbst von gerichtlichen Präcedenzfällen? Um den Angeklagten schuldig zu erkennen, muß die Anklage in einem solchen Grad festgestellt sein, als wenn wir von einem solchen Verbrechen das erste Mal hören würden; hauptsächlich aber müssen dabei alle unsere persönlichen Empfindungen in Bezug auf das Unmoralische und Monströse eines solchen Acts aus dem Spiel bleiben.

Ich bin der Ansicht, daß die von Ihnen angeführten Worte des Oberprocureurs des Criminal-Cassations-Departements gewissermaßen einen anderen Sinn enthalten. Dieser kann in folgenden Worten ausgedrückt werden: Rußland ist ein mächtiger und aufgeklärter Staat. Es nimmt in der Welt eine hohe Stellung ein. Eine engere Administration leitet Rußland. Es besitzt thatkräftige und eifrige Missionäre, die nicht einmal der Unterstützung der Polizei und des Criminalgerichts bedürfen, um die Angehörigen der Orthodoxie im Schooß derselben zu erhalten. Es besitzt ein Ministerium der Volksaufklärung mit trefflichem Personalbestand u. s. w. Können nun in einem so gebildeten und so erfolgreich verwalteten Lande Fälle von Kannibalismus, Menschenopfern u. s. w. vorkommen?

Ich weiß wirklich nicht, ob diese Frage bejaht oder verneint wird. Doch ist mir bekannt, daß sowohl bei der Entscheidung wissenschaftlicher Fragen, als auch bei Ausübung der Criminaljustiz alle

subjectiven Anschauungen, alle Schattirungen enger nationaler Eigenliebe sorgfältig fern zu halten sind und nur noch der Wahrheit allein gestrebt werden muß, mit jenem Maß von Skepticismus, mit jener Objectivität und jener Unparteilichkeit, welche allein den Erfolg der Sache sichern und den verfolgten erhobenen Zielen entsprechen. Es müßte, meiner Ansicht nach, nicht etwa von der willkürlichen Annahme der nationalen Größe und Aufklärung ausgegangen werden, um sodann daraus deductiv Schlüsse zu ziehen, sondern umgekehrt, aus unparteiisch und authentisch festgestellten Thatsachen inductiv auf die nationale Größe und Aufklärung geschlossen werden . . ."

Aus einem „christlichen Staat". Die „Straßb. Post" meldet aus Rappoltsweiler unterm 28 Juli:

„Soeben wurde in einer rohen Bretterkiste von einem Knechte die Leiche einer alten Frau zum Kirchhofe gefahren, die nach harten Schicksalsschlägen und Verlust ihres Sohnes in bitterster Armuth und Verzweiflung sich erhängt hatte, nachdem sie aus dem Hospitale entlassen worden war. Das Leichengefolge bestand in einem Polizeidiener; der Karrenzieher lief in einer Art von Trab. Wäre die Frau „von Familie" gewesen, so hätte es jedenfalls weder an einer Bescheinigung gefehlt, daß sie geisteskrank gewesen sei, noch an Glockengeläute und Weihrauchfässern. Dem Kenner unserer Verhältnisse sind solche Fälle bekannt! „Von der Nachfolge Christi!" So heißt ein schönes Buch eines gewissen Thomas a Kempis!"

Ein Tapferer. Der Odeßki Listok vom 23. Mai — 4. Juni publicirt folgenden Brief, den ein Correspondent aus Taganrog an ihn gerichtet hatte:

Am 15./27. Mai entdeckten Vorübergehende am Boden liegen am Hafen einen kleinen Knaben, der kaum zwei Wochen alt sein durfte. Das Kind war in saubere Wäsche gewickelt, und bei ihm lag ein Zettel des Inhalts: „beschnittener jüdischer Knabe mit Vorname Jacob, von seinem Vater verleugnet und verlassen von seiner unglücklichen Mutter."

Die Vorübergehenden brachten ihren Fund nach der Polizei, die sich beeilte, denselben ins Findelhaus zu schicken; die Verwaltung dieser Anstalt weigerte sich indessen das Kind wegen seiner jüdischen Herkunft anzunehmen. Die Polizei übersandte es alsdann dem Rabbiner Sadowitch, der in Begleitung eines Beamten sämmtliche jüdische Familien aufsuchte, mit der Bitte, den kleinen Verlassenen anzunehmen.

Es findet sich ein Greis, der die Erklärung giebt, daß er sich des Kindes annehmen wolle. Der brave Alte ist Junggeselle, ein verabschiedeter Unteroffizier, namens Chaim Zaitchikof, und jüdischen Glaubens. Als der Gouverneur von der schönen That des Zaitchikof gehört, beglückwünschte er ihn öffentlich wegen „seiner humanitären Gesinnungen", die ihm um so mehr zur Ehre gereichen, da er arm ist und zum Leben nur seine schmale Pension besitzt.

Das Journal officiel de Taganrog nimmt Notiz von dieser Handlung des Zaitchikof und begleitet seine Mittheilung mit einigen biographischen Notizen über den alten Soldaten:

Chaim Zaitchikof war mit 10 Jahren seinen Eltern durch die Militärbehörde entzogen und in der Cantonistenschule untergebracht worden: es war dies im Jahre 1830. Im Jahre 1836 wurde er aufgenommen in die Leibgarde S. M. Regiment Borodino, das im Innern der kaiserlichen Gemächer den Dienst zu versehen hatte. Zaitchikof besitzt folgende Orden und Medaillen: 1. den St. Annen-Orden für 20 jährige tadellose Dienste; 2. die goldene Medaille von St. Wladimir, für eine mit Lebensgefahr ausgeführte Rettung; 3. eine Cabinetsordre S. M., in welcher diese tapfere Handlung hervorgehoben wird und durch welche er dem Ausgezeichneten ein persönliches Geschenk von 100 Rubel verlieh; 4. den militärischen St. Georgs Orden mit Pension, wegen Tapferkeitshandlungen während der Belagerung von Sebastopol; 5. ein Unteroffiziers-Patent, das auf dem Schlachtfelde von Alma ausgestellt wurde, mit lebenslänglicher Pension. Zaitchikof versah beim Kaiser Nicolaus I. den Nachtdienst, und oft lobte ihn der Kaiser wegen seiner guten Haltung und seines Eifers im Dienst. Zaitchikof war der Lehrer einiger junger Prinzen geworden, deren Eltern Chargen bei Hofe bekleideten, namentlich der Prinzen Galitzin, Trubetzkoi, Ouktomski. Bei der Schlacht von Alma und namentlich bei der Schlacht, die in der Nähe des Flusses Tscherrnaya stattgefunden, hatte Zaitchikof einen außerordentlichen Muth an den Tag gelegt. Am 4. August 1855 verlangte der Obercommandirende einen Mann, einen einzigen, der sein Leben auf's Spiel setze, um eine wichtige Botschaft unter den Kugeln des Feindes hindurch zu tragen. Der erste, der aus den Reihen heraustrat, war Zaitchikof. Er erfüllte eine gefahrvolle Mission, ohne von den ihn umschwirrenden Kugeln getroffen zu werden. Der Fürst Gortschakof, der auf dem Schlachtfelde commandirte, ernannte ihn zum Unteroffizier erster Klasse und drückte ihm die Hand. Späterhin, Seiner Majestät vorgestellt, erhielt er die lebenslängliche Pension. Zaitchikof ist jetzt 76 Jahre alt, befindet sich jedoch sehr wohl.

Vom Christenhaß der Juden. Wir lesen in der christlichen Missionszeitschrift „Dibre Emetti": „In den Lebens- u. Berufserinnerungen der Gräfin Rittberg, der Oberin des Hilfsschwestervereines in Berlin, findet sich die Erzählung einer Scene, die auch beweist, daß der „Christenhaß" der Juden nur eine Fabel ist. Während des Krieges von 1866 kam die Gräfin erst um Mitternacht mit anderen Pflegerinnen in die böhmische Stadt Horitz. Der Leiterwagen, welcher die sechs Frauen von Königinhof aus dorthin gebracht hatte, hielt auf dem Marktplatz. Man suchte zunächst eine Nonne auf, von welcher ein Malteserritter behauptet hatte, daß sie noch eine Matratze vorräthig habe. Aber die letztere konnte den müden Reisenden nicht mehr als Nachtlager überwiesen werden, die Nonne hatte sie längst an einen Verwundeten vergeben. Außerdem war im Lazareth nicht einmal mehr für Eine Person Raum, geschweige denn für sechs. „Sehr enttäuscht", schreibt die Gräfin, „ja etwas verzweifelt, trat sie den Rückweg an. Wir konnten doch unmöglich auf dem Marktplatz stehen bleiben; der Kutscher verlangte, daß wir ihn sofort entließen. An eine Unterkunft in einem Gasthause war nicht zu denken, da überall Verwundete untergebracht waren. Da sah ich einen Mann dahin wandern. Ich stürzte ihm nach, trug ihm unser Anliegen vor und fragte ihn um Rath, wo wir wohl die Nacht unterbringen könnten. Er bot uns in freundlichster Weise sein eigenes Zimmer, sein eigenes Bett an, und nun hielten wir dankbaren Herzens unsern Einzug bei dem gastlichen Manne, der seine eigene Bequemlichkeit mit Freuden opferte; es war ein Jude." Die vorstehende Erzählung rief dem Schreiber dieses ein Erlebniß aus dem Sommer des Jahres 1866 ins Gedächtniß. Auf einer Missionsreise durch Galizien kam ich in später Abendstunde auf dem Bahnhof einer kleinen Stadt an. Ich machte hier die Bekanntschaft zweier Israeliten, die am Orte ansässig waren. Wir pilgerten zusammen in die abseits von der Eisenbahn liegende Stadt. Unter lebhaften Gesprächen erreichten wir das Gasthaus, von dem mir meine Begleiter gesagt hatten, daß ich dort einkehren könne. Aber es war schon Alles verschlossen und kein Licht mehr zu sehen. Als ich an die Thür pochte, fuhr ein mächtiger Hund, der wohl von Außen das Haus zu bewachen hatte, auf mich zu und biß zwar nicht in die unmittelbare, aber in die mittelbare Bedeckung meiner Knochen, in ein Kleidungsstück, hinein. Da nahm sich der eine der beiden Israeliten des obdachlosen Missionärs an, führte ihn in sein Haus und bereitete ihm auf einem Sofa ein bequemes Lager."

Briefkasten.

Dr. W. Weder Leist noch Wehlan noch Schröder sind Juden. Die bezüglich Leists s. Z. antisemitischerseits aufgestellte Behauptung hat sich bald als unwahr erwiesen.

A. F. in L. Es ist allerdings höchst auffallend, daß Stöcker, der doch den Freiherrn v. Stumm und die „N. Saarbr. Ztg." wegen Beleidigung verklagt hat, sich so sehr scheut, gegen den „Kladderadatsch" vorzugehen, trotzdem dieses Witzblatt erst neuerdings wieder von Stöcker als einem „frechen Lügner" spricht.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 33. Berlin, den 15. August 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4558. **Inserate** kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **F. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Liebermann von Sonnenberg und andere antisemitische Agitatoren.

In der „Deutschen Reform" vom 9. August setzt Hons v. Mosch seinen Feldzug gegen Liebermann von Sonnenberg fort. Er schreibt:

„Zunächst eine kleine Probe, in welcher Weise Herr v. L. zu organisiren pflegt, und ein Beweis, daß die Bezeichnung „Raubbau" richtig gewählt war. Wir erhielten u. a. einen Brief aus Insterburg, in dem folgende Stelle vorkommt:

„Ich hatte gelegentlich der Anwesenheit des Herrn v. Liebermann in Königsberg i. Pr. mich zuvor an ihn gewandt mit der Bitte, mir mitzutheilen, ob er einen Vortrag hier übernehmen möchte. Ich erhielt Zusage jedoch unter der Bedingung, daß seine Unkosten (25—30 Mk. von K. nach hier) gedeckt würden; er müsse aber, um die Schulden aus dem Wahlkreise Osnabrück im Laufe des Sommers regeln zu können, 100 Mk. nehmen (??). An die Bitte hatte ich gleichzeitig die Bemerkung geknüpft, daß ich im Anschluß hieran einen Verein gründen wolle. 100 Mk. eine schöne Summe! Der Vortrag fand nicht statt und von der Gründung eines Vereins wurde nichts, da wir dann gleich zu Beginn Schulden gehabt hätten."

Das ist ein Beispiel; wie viele solcher Art mögen aber zu verzeichnen sein! **„Kein Geld, kein Schweizer — kein Herr v. Liebermann!"** Hatten wir also so unrecht, wenn wir sagten: Die großen Vereine gehen an Schulden zu Grunde und die kleinen können nicht aufkommen? Im vorliegenden Falle unterblieb überhaupt die Gründung eines Vereins, und es ist kein Wunder, daß die Partei bis auf einige wenige Districte brach liegt!

Hier muß Ordnung, d. h. Organisation geschaffen werden; die Führer haben selbstverständlich für ihre aufreibende Thätigkeit von der Partei ein bestimmtes Gehalt zu verlangen, sonst können sie nimmermehr — wenn sie nicht selbst bemittelt sind — etwas Ersprießliches leisten (Wir könnten hierfür nur allzu wuchtige Beweise erbringen!), im Uebrigen aber von den einzelnen Vereinen nur ihre directen Reisekosten 3. oder 4 Klasse und einen von der Partei festzusetzenden Diätensatz pro Tag; nicht mehr! — Das erst ist „Organisation", und wenn die Führer solche geordnete Zustände nicht schaffen können, dann sind sie eben unfähig! Nehmen wir uns betreffs der Organisation die Sozialdemokratie zum Muster, dann werden wir dem gewaltigen Gedanken, den wir verfechten, Nachdruck verleihen können, sonst aber werden wir zu Grunde gehen. Zur Zeit herrscht nur persönliche Interessenwirthschaft, die Zeitungen verschlingen Hunderttausende und die Partei geht dem Untergang entgegen — videant consules! —"

Mosch sogt donn noch, wos L. v. S. vorbringe, sei dumm und kindisch, und er wirft ihm „grobe Unwahrheiten" vor.

*

Liebermann von Sonnenberg hält in Nr. 416 der „Antisemitischen Correspondenz" eine Generoiobrechnung mit den „Mißvergnügten und Verkannten in der antisemitischen Partei". Es heißt da:

„Zunächst Herr Hans Mosch (daß ich das Adelsprädikat in seinem Namen fortlasse, wird er als überzeugungstreuer Demokrat und Junkerfeind, wofür er sich hält, hoffentlich nicht übelnehmen, sondern als nachahmenswerth ansehen). . . . . Herr Hans Mosch widmete sich ganz der Berliner Bewegung, und mit derselben hatte ich seit dem Jahre 1885 bis zu der Eisenacher Einigung fast keine weiteren Berührungen, als daß mir ab und zu von Gesinnungsgenossen aus der Provinz, die sich vorübergehend in Berlin aufhielten, erzählt wurde, in den antisemitischen Bierstuben würde fürchterlich auf mich gescholten. Auch heute, wo zur Freude aller aufrichtigen Antisemiten sich in der Berliner Bewegung allmählich bessere Verhältnisse verbreiten, erlaubt es mir meine Zeit nicht, mich activ an der Neuorganisation zu betheiligen; ich bin auch heute noch nicht eingeweiht in manche etwas verwickelte Berliner Parteiangelegenheiten; so habe ich z. B. an den „Fehmsitzungen der freiheitlichen Antisemiten" in Berlin, von denen ab und zu etwas in die Zeitungen dringt, lediglich ein ähnliches Interesse, wie an den grotesken Tänzen der Neuseeländer in der Colonialausstellung.

Aus allen diesen Gründen bin ich auch über die Thaten und Leiden des jungen Herrn Hans Mosch nicht im Zusammenhang unterrichtet, nur einige Episoden haften mir im Gedächtniß. Er hat wohl so ziemlich bei allen antisemitischen Sonderrichtungen in Berlin vorübergehend Gastrollen gegeben, war eine Zeitlang glühender Verehrer des Herrn Professor Förster, dann Jahr und Tag Don Ahlwardts Knappe und Schildträger, und debütirte schließlich wohl auch bei den „freiheitlichen Antisemiten." Eine Zeitlang las man von ihm öfter, daß er hier oder dort als Candidat zum Landtage oder Reichstage aufgestellt sei, und in jener Zeit soll ich, wie er, den „Mittheilungen" zufolge, behauptet, „Worte der Anerkennung, ja des Lobes für seine kleine Wenigkeit" gehabt haben. Das muß aber auf Irrthum beruhen. Gerade in jener Zeit hätte ich eher Gelegenheit zum Gegentheil gehabt, denn man klagte mir brieflich aus „seinen Wahlkreisen", daß Herr Hans Mosch sich dort als Corvetten-Capitän a. D. aufspiele, während er doch nur Deckoffizier gewesen sei. Thatsächlich habe ich ihn aber weder gelobt, noch getadelt, sondern habe mich bis in die neueste Zeit gar nicht um ihn bekümmert. Das muß er mir wohl als Verbrechen anrechnen."

Es ist etwas unvorsichtig von Hrn. v. Liebermonn, so verächtlich von „Don Ahlwardt" zu sprechen. Gewiß, Ahlwardt ist ein Erzlump; ober hot Liebermann von Sonnenberg nicht Johre long mit diesem Erzlumpen zusommen „georbeitet"? —

*

Liebermann v. Sonnenberg beschöftigt sich sodonn mit dem Redocteur Böckler von der Zeitung „Frei-Deutschland", um nachzuweisen, doß dieser keinen Grund habe, ihm böse zu sein:

„. . . . . Als er (Böckler) vor Jahr und Tag unternommen hatte, Pommern zu organisiren, schrieb er mir mehrmals dringliche Briefe mit der Bitte, ihm dort zu helfen. Ich habe jedesmal höflich geantwortet, daß es mir leider unmöglich sei. Wenn er nicht allgemeine Antworten erhalten hat, so lag das daran, daß dieselben mehrfach als unbestellbar zurückkamen. Persönlich lernte ich Herrn Böckler, wenn ich mich recht erinnere, auf dem Parteitage zu Erfurt im Oktober vorigen Jahres kennen und hörte ihn dort auch zum ersten Male öffentlich reden. Seine Vortragsart gefiel mir, und weil er und andere damals herzbewegliche Klagen darüber geführt hatten, daß die Vereine immer die sogenannten „berühmten Redner" zu Vorträgen kommen ließen und damit den kleineren Agitatoren der Unterhalt verkürzt werde, so habe ich den ganzen vorigen Winter meine rednerische Thätigkeit im Lande fast gänzlich eingestellt und Vereinen, die mich

um Vorträge baten, Herrn B. und andere empfohlen. Wenn man ihn trotzdem nicht rief, sondern sich an andere Abgeordnete wendete, war das nicht meine Schuld. — Ich habe auch ohne Herrn Böcklers Wissen mich bemüht, ihm eine Parteisecretärstelle in West-Deutschland zu verschaffen, und schließlich auch, weil mir von dritter Seite gesagt wurde, er habe keine Beschäftigung, mich in seinem Interesse an **den Bund der Landwirthe gewendet** und seine Redegewandtheit besonders hervorgehoben, leider war zur Zeit kein Bedarf. Ich halte ihn übrigens auch heute noch für einen brauchbaren Agitator, obwohl man ihm in Berlin vorwirft, er habe im Kreise Templin sich nicht bewährt."

Der dritte „Mißvergnügte", den Herr v. Liebermann zu verspotten sucht, ist ein Lehrer Kleeberg. Dieser (und nicht der Buchhändler Uhl, wie wir vermutheten) sei der altbewährte Leipziger Gesinnungsgenosse, dessen Zustimmungserklärung Mosch veröffentlicht habe.

*

Herr Liebermann v. Sonnenberg ist sehr ärgerlich darüber, daß „die vorzugsweise jüdischen Interessen dienenden Blätter die Auslassungen von mißvergnügten antisemitischen Blättchen und Personen, die sich sonst in den weitesten Kreisen einer wohlthuenden Unbekanntschaft erfreuen, in breitester Ausführlichkeit abdrucken und dabei so thun, als besäßen die citirten Zeitungen und Personen in der antisemitischen Bewegung bemerkenswerthen Einfluß." Natürlich gilt der Zorn des Herrn v. Liebermann in erster Reihe den „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", die er denn auch das „Sammelbecken für alle Beschimpfungen der antisemitischen Bewegung" zu nennen beliebt.

Ob die mißvergnügten Antisemiten in der Bewegung einen Einfluß besitzen, darauf kommt es nicht an, sondern darauf, ob ihre Kundgebungen von Werth sind. Und das ist zweifellos der Fall. Uebertreibungen und Unrichtigkeiten lassen sich die Mosch und Genossen in ihren „Enthüllungen" sicherlich zu Schulden kommen. Aber es bleibt doch genug übrig, was einen Blick hinter die Coulissen gestattet, was zur Würdigung der antisemitischen Agitatoren und ihres Treibens beiträgt.

Was erfahren wir da nicht alles aus Anlaß dieses Streites zwischen den „berühmten" Agitatoren und den Rednern zweiter und dritter Garnitur! Welch' ein Bild gewährt die in diesen Kreisen herrschende Interessenwirthschaft und der Brodneid!

Da erzählt z. B. Herr v. Liebermann, wie er Herrn Böckler eine Stelle beim **Bund der Landwirthe** habe verschaffen wollen. Das läßt wahrlich tief blicken! Auf die eigenthümlichen Beziehungen des Bundes zu den antisemitischen Führern, namentlich zu Herrn L. v. S., haben wir wiederholt hingewiesen. Aus der Aeußerung, die hier Herrn v. Liebermann entschlüpft ist, ersehen wir wieder, wie eng dieser Herr mit der Leitung des Bundes liirt ist. Die agrarischen Junker sind seit längerer Zeit bemüht, von den antisemitischen Agitatoren einen nach dem andern (s. Böckel, Puchstein) „auszukaufen" und Herr v. Liebermann scheint hierbei eine Art Vermittlerrolle zu spielen.

Kurz, die Preßfehde unter den antisemitischen „Führern" bildet eine wahre Fundgrube von Beiträgen zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung. Deshalb haben wir und alle Gegner derselben ein Interesse daran, mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, wie die Liebermann, Mosch und Consorten einander abthun.

Herr Stöcker

hat mit seiner kirchlich-sozialen Gründung und mit den anderen Maßnahmen, welche bestimmt waren, ihn wieder an die Oberfläche der politischen Arena zu bringen, in sehr kurzer Zeit Fiasko gemacht. Sein unklares, unehrliches Verhalten entfremdet ihm seine Freunde von rechts und links.

So läßt ihm Prof. Adolf Wagner, der ehemalige Vizepräsident der christlich-sozialen Partei, in Nr. 32 der Naumann'schen „Hilfe" eine kräftige Absage zu Theil werden. Er habe den Austritt Stöckers aus dem evangelisch-sozialen Congreß nicht gutheißen können und vermöge auch dessen jüngste Kundgebung in ihren wichtigsten Theilen nicht zu billigen. Er werde die daraus für ihn (Wagner) persönlich folgenden Consequenzen ziehen. Wagner hatte gehofft, daß die „ewigen theologischen, dogmatischen und kirchenpolitischen Zänkereien" endlich einmal überwunden seien. Um so schmerzlicher sei es ihm, daß nun doch der alte Krebsschaden wieder hervortrete. Dies zeige nicht das Auftreten der Vertreter der „modernen Theologie", sondern die Kundgebung von Stöcker, v. Nathusius und Weber, die er eben deshalb aufs tiefste bedauere.

Stöckers Ausfälle in dem Aufruf gegen die Naumann'sche Richtung („agitatorisches Treiben", „verwerfliche Schlagworte", „Schüren des Klassen-Kampfes") hält Wagner „mindestens für sehr übertreibende, sachlich für ungerechte." — Für Naumann hat Wagner sehr anerkennende Worte.

In derselben Nummer der „Hilfe" geben verschiedene Christlichsoziale ihrem Unwillen über den Redactionswechsel beim „Volk" lebhaften Ausdruck. Der aus der conservativen Partei ausgetretene Reichstagsabgeordnete Hüpeden theilt mit, daß er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der christlich-sozialen Partei, deren amtliches Organ das „Volk" ist, ersucht worden sei, und zwar „von den verschiedensten Seiten", den Redactionswechsel im „Volk" rückgängig zu machen. Es sei eben die Befürchtung verbreitet, daß der Personenwechsel eine Aenderung des Kurses bedeute. Herr Hüpeden erklärt es für dringend nöthig, die Gründe für den Redactionswechsel öffentlich darzulegen und die Befürchtungen zu zerstreuen. Herr Hüpeden hat diese Erklärung dem „Volk" eingesandt, aber der „Eigenthümer" desselben hat die Aufnahme verweigert. Dasselbe Schicksal ist einer Erklärung von acht Pastoren widerfahren, die den bisherigen Redacteuren des „Volks", Oberwinder und von Gerlach, ihre vollste Zufriedenheit aussprechen wollten und gegen die Abweichung von der bisher innegehaltenen Linie, die schwere Schädigung der christlich-sozialen Sache und die mit dem Redactionswechsel „vollzogene Schwenkung unseres bisherigen Parteiorgans energisch protestiren."

Pfarrer Erwin Gros zu Hartenrod will von der „Menschenvergötterung im politischen Leben" nichts wissen. Er wirft Stöcker vor, er habe eine Neigung zur organisatorischen Arbeit gehabt, er sei nicht mehr im Stande, Widerspruch zu ertragen und sei auf dem Standpunkt des Papstes angelangt. Stöcker nehme den Kurs wieder zum conservativen Gewässer, dessen Gefahren man kaum entronnen sei.

So denkt man in christlich-sozialen Kreisen über die neueste Schwenkung des Parteichefs.

Welchen Kurs das Stöcker'sche „Volk" in seiner veränderten Gestalt innehalten wird, das ist bis jetzt schwer zu erkennen. Herr Stöcker hat sich zwischen zwei Stühle gesetzt und dementsprechend wird auch sein Organ genöthigt sein, recht „vorsichtig" zu operiren.

Seine Stellung zum Antisemitismus präcisirt Hr. v. Oertzen, der Leiter des Blattes, in der Nr. vom 8 August wie folgt:

„... Ganz im allgemeinen erklären wir aber unbedenklich, daß in der Frage des Semitismus und Antisemitismus die Haltung des „Volks" durchaus die alte bleiben wird. Wir haben keinerlei Grund, die Juden zu schonen, wenn und wo sie sich mißliebig machen, und wir erkennen eine große Gefahr in der Ueberfüllung unserer höheren Bildungsanstalten mit jüdischen Elementen, um so mehr als leider gesetzliche Kautelen fehlen, welche die Juden

aus gewissen autoritativen Stellungen und aus gewissen Lehrämtern fern halten. Aber den Grund der sozialen Wirren erkennen wir nicht im Judenthum, **sondern im Kapitalismus und in seinen Auswüchsen,** an denen dann freilich wieder die Juden in hervorragender Weise betheiligt sind. Wir sind der Ansicht, daß, wer nicht das Kapital, aber den Kapitalismus bekämpft, am wirksamsten auch den Juden die Möglichkeit nimmt, das geltende Recht für ihre geschäftlichen Sonderzwecke auszubeuten."

„Was Hr. v. Oertzen über die Judenfrage sagt, beweist, daß er das Wesen der Judenfrage bisher nicht erfaßt hat" — bemerkt hierzu die „Staatsbürgerztg." —

Bezüglich der Frage, wie der Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen sei, vertritt das „Volk" jetzt eine andere Auffassung, als unter der alten Firma. Es sympathisirt mit dem Standpunkt des „zufriedenen Agrariers" v. Nathusius-Hundisburg und hält den Antrag Kanitz für eine undurchführbare Maßregel. Dadurch hat Hr. Stöcker es auch mit den Agrarern verdorben, in deren Reihen er doch so manchen Gönner besitzt.

Die Mehrheit der leitenden conservativen Blätter geht mit Stöcker noch glimpflich um resp. läßt ihm eine gewisse Schonung angedeihen. Anders das verbreitetste Organ der Conservativen im Königreich Sachsen. Die „Dresd. Nachrichten" schreiben:

„Wer **zweideutig und doppelzüngig** bleibt, wird es eben schließlich Keinem recht machen. Das wenigstens sollte Herr Stöcker doch endlich einsehen, nachdem er nach dieser Richtung so reichlich Erfahrungen gemacht hat."

Dieses harte Urtheil beweist, wie sehr das Ansehen Stöckers selbst in den Augen Solcher gesunken ist, die ihn vor Jahren vergöttert haben. Der „Reichsbote" hat Stöcker vor kurzem den Rath gegeben, sich vom politischen Leben gänzlich zurückzuziehen. Wer weiß, ob es Hr. Stöcker nach seinem jüngsten Mißerfolge nicht schon bedauert, diesen Rath nicht befolgt zu haben!

Zur Abwehr.

Antisemitismus in den studentischen Verbindungen. Aus dem vortrefflichen Buche des Straßburger Professors der Philosophie Dr. Theobald Ziegler: „Der deutsche Student am Ende des 19. Jahrhunderts. Vorlesungen gehalten im Wintersemester 1894/95 (Stuttgart Göschen'scher Verlag), aus welchem wir schon in Nr. 27, Jahrgang 1895, einige Stellen abgedruckt haben, entnehmen wir (S. 115) folgende beherzigenswerthe Mahnung:

„Und im Zusammenhang damit (mit dem Verbindungswesen) will ich auch aussprechen, daß ich Studentenverbindungen geselliger Natur, die die Zugehörigkeit zu einer Confession oder Religion zur Bedingung machen und Andersgläubige — Christen oder Juden — ausschließen, meinerseits nicht verstehe und prinzipiell für verwerflich halte. Das Wort des großen Königs: in meinem Staat kann jeder nach seiner Façon selig werden, muß doch auch für den „Bierstaat", für die Welt der Studenten gelten. In den sechziger Jahren haben auf süddeutschen Universitäten einzelne Corporationen keine Norddeutschen aufgenommen: wie fern liegt uns heute eine solche politische Intoleranz; aber sollte eine religiöse weniger unvernünftig und weniger ungebildet sein? und wird in 30 Jahren über diese religiöse Einseitigkeit anders geurtheilt werden, als wir heute bereits über jenen politisch bornirten Partikularismus von damals urtheilen? hoffentlich nicht."

Diese wahrhaft sittliche Gesinnung athmende Auseinandersetzung verdient besonders in studentischen Kreisen die weiteste Verbreitung und — Beherzigung.

Die Juden als Landarbeiter. Man schreibt aus Progrebischt dem Woskhod vom 16./28. Juni:

In einer Anzahl von Gegenden beschäftigen sich die Juden seit mehreren Jahren mit landwirthschaftlichen Arbeiten als einfache Arbeiter. Auf den Besitzungen des Grafen Ignatief, des ehemaligen Ministers des Innern, des eigentlichen Urgebers des Gesetzes vom 3. Mai 1882, und der Grafen Tyschkewitsch, werden die Juden zu allen landwirthschaftlichen Arbeiten verwendet und ihre Arbeit scheint von den Besitzern sehr geschätzt zu werden. Die Zuckerraffinerien beschäftigen ebenfalls Juden bei den industriellen und landwirthschaftlichen Arbeiten, wobei bemerkt sein mag, daß die auf den Runkelrübenfeldern arbeitenden jüdischen Arbeiter besser bezahlt werden, als die andern.

Die jüdischen Frauen und Mädchen werden ebenfalls zu den landwirthschaftlichen Arbeiten verwendet; aber sie sind von den Männern getrennt. Ueberall, wo man jüdische Arbeiter verwendet, lobt man ihren Fleiß und ihr Betragen.

Seit dem letzten Jahre sind die Juden auch für die Ausbesserungsarbeiten bei der Eisenbahn Losowo-Sebastopol angenommen worden. Ganze Colonnen, einzig aus jüdischen Erdarbeitern bestehend, werden auf dem Schienenweg beschäftigt, und die Unternehmer, Malischef und Strilewski, sind von ihnen des Lobes voll. Die Eisenbahnarbeiten sind für die Juden besonders mühsam. Da ihnen verboten ist, auf dem Lande zu wohnen, so befindet sich ihre Wohnung häufig 10 bis 12 Werst von den Arbeitsplätzen entfernt. Sie müssen diesen Weg Morgens und Abends zurücklegen. Trotz aller Schritte der Unternehmer haben die Behörden den Juden das Recht verweigert, sich auch nur eine Nacht außerhalb der Stadt aufzuhalten, wo sie ihr gesetzliches Domizil haben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker hat gegen den Rechtsanwalt Medem in Tilsit und gegen die „Tilsiter Allgemeine Zeitung" Privatklage wegen öffentlicher Beleidigung erhoben. Die Beleidigung soll erfolgt sein durch die Besprechung eines Stöcker'schen Vortrages vom 30. Mai durch Rechtsanwalt Medem in einer öffentlichen Versammlung am 6. Juni, sowie durch ein Referat über letztere Versammlung in der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung." Die Beschuldigten beabsichtigen, den Beweis der Wahrheit anzutreten.

Die Naumann'sche „Hilfe" soll, nach zuverlässigen Informationen der „Frkf. Ztg.", zu einer Tageszeitung erweitert werden, die 2.50 Mk. vierteljährlich kosten wird. Der Herausgeber, Pfarrer Naumann, verlegt vom 1. Oktober ab Redaction und Druckort nach Berlin. Er hat sich zu diesem Zweck mit den beiden vom „Volk" entlassenen Redacteuren Oberwinder und v. Gerlach verbunden; Oberwinder wird als verantwortlicher Redacteur zeichnen. Pfarrer Naumann behält seinen Wohnsitz in Frankfurt. Die bisherige Form der „Hilfe" wird als Wochenausgabe des neuen Unternehmens weiter erscheinen. Die Richtung des Blattes bleibt unverändert.

Das ist wieder ein Schlag für Stöcker.

Ahlwardt soll, der „Post" zufolge, beabsichtigen, im Herbst nach Deutschland zu kommen. In Ahlwardt nahestehenden Kreisen (giebt es denn solche immer noch?) nehme man an, daß er nur kurze Zeit hier bleiben werde; er werde einige Vorträge halten und auch „die Angelegenheit bezüglich seines Reichstagsmandats regeln, das heißt das Mandat niederlegen." Vor einiger Zeit ging bekanntlich die Nachricht durch die Zeitungen, daß ehemalige Verehrer Ahlwardts in seinem Wahlkreise ihm eine Summe Geldes anbieten wollten, wenn er auf sein Mandat verzichtete. Soll dies denn die „Regelung" sein, die Ahlwardt nach Deutschland führt? Die

Niederlegung seines Mandats kann er ja von Amerika aus erklären.

Die „Germania“ beklagt sich darüber, daß in der Tertia eines rheinischen Simultan-Gymnasiums ein Professor den König David als ganz gemeinen Bandenführer bezeichnet habe. Wir möchten doch das Blatt daran erinnern, daß der katholische Pfarrer Deckert in Wien, der berüchtigte antisemitische Hetzer, von der Kanzel (!) herab die biblischen Patriarchen Erzgauner genannt hat. Es ist uns nicht bekannt, daß die „Germania“ dem Treiben des Pfarrers Deckert, des Verfassers des blasphemischen „Juden-Vaterunser“ jemals entgegengetreten ist.

Ein antisemitischer Reichstagscandidat annoncirt in einem — „Judenblatt.“ Von befreundeter Seite wird uns geschrieben: In der „Berl. Morgenztg.“ vom 5. August befindet sich folgende Anzeige:

Gallensteinbeschwerden,
einfaches, bewährtes Mittel dagegen
2 M. franco.
Apotheke in **Wülfel-Hannover.**

Die Apotheke in Wülfel gehört einem waschechten Antisemiten, Herrn Oehlmann, welcher sogar im Jahre 1891 bei der Nachwahl in Hildesheim als Reichstagscandidat aufgestellt war. Daß ein solcher Mann um des schnöden Mammons willen ein Inserat in einem „Judenblatt“ erläßt, ist doch gar zu schrecklich!

Magdeburg, 8. August. Die hiesige „Volksstimme“ schreibt:

„Mit der antisemitischen Bewegung geht es hier und anderwärts bergab. Die Vorstände des Vereine wagen kaum noch Versammlungen einzuberufen. Gelder gehen so gut wie gar nicht ein; die Kassierer klagen über enorme Schulden, für die niemand aufkommen will. Die Zeitungen laboriren; mit Mühe und Noth sind sie über Wasser zu halten. Eine Berliner Zeitung, die für Provinzblätter sogenannte Kopfblätter ausgiebt, kann die Auslagen nicht eintreiben. Das Berliner Blatt hält sich dadurch schadlos, daß es Judeninserate aufnimmt. Die traurige Haltung der Antisemiten im Reichstage schlägt dem Faß den Boden aus. Es fehlt das Vertrauen. Weder die „Führer“ noch die „Vertrauensleute“ werden ernst genommen. Die bislang bethörten Mitläufer wollen sich nicht weiter schröpfen lassen. Die ganze Bewegung wird nur noch gehalten, damit verlotterte Existenzen Stellung behalten. In den nächsten Tagen stehen allerlei Enthüllungen bevor.“

Ferner veröffentlicht das sozialdemokratische Blatt folgendes Schriftstück:

Aschersleben, den 30. Juli 1896.

Streng vertraulich!

Geehrter Parteigenosse!

Um Vereinssachen von höchster Wichtigkeit zu regeln, werden Sie hiermit zu einer vertraulichen Zusammenkunft

Sonnabend, den 1. August 1896
abends punkt 9 Uhr

im Lokale Café Lehmann, 1. Stock, höflichst eingeladen. — Im Falle diese Versammlung durch schwachen Besuch den Beweis erbringen sollte, daß der größere Theil der Mitglieder theilnahmlos den Bestrebungen des Vereins gegenübersteht, werden Schritte zur Auflösung desselben gethan werden, und erhalten Sie dann seiner Zeit diejenige Summe aufgegeben, die Sie zur Tilgung der unter der früheren Vereinsleitung gemachten Schulden beitragen müssen.

Mit deutschem Gruße!

Deutsch-soziale Reformpartei des Wahlkreises Calbe-Aschersleben.
J. A.: Wünschel, 1. Schriftführer.

Mannheim, 8. August. Eine Antisemitenversammlung fand gestern Abend im Saale der „Kaiserhütte,“ Schwetzingerstraße, statt. Von einer allzu strengen Controlle schienen die Herren Antisemiten in letzter Stunde abgesehen zu haben, denn man konnte auch ohne Eintrittskarte eintreten. Geleitet wurde die Versammlung von Herrn Consul Köster aus Heidelberg, welcher auch die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog eröffnete. Auf die nun folgende Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten Zimmermann näher einzugehen, halten wir in Anbetracht des Umstandes, daß selten etwas neues von den „eifrigen Protectoren des Mittelstandes“ aufs Tapet gebracht wird, für überflüssig. Eigenthümlicher Weise scheint Herr Zimmermann nur zwei Feinde des Letzteren, die „rothe und die goldene Internationale“ zu kennen, welche auch in seiner nahezu $1\frac{1}{2}$ stündigen Rede den weitesten Raum einnahmen. Gleichzeitig erstattete Redner einen kurzen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit seiner Fraction im Reichstage. Wohlweislich hütete sich aber der Herr Weltverbesserer, des Liebäugelns mit den Herren Agrariern Erwähnung zu thun, die sich bekanntlich als besondere Freunde des Mittelstandes geriren. Wie dann die Redewendung, wir gehen weder zu weit nach rechts, noch nach links, sondern geradewegs auf unser Ziel los, angebracht sein konnte, können wir nicht begreifen. Der Redner wurde von seinen zahlreich erschienenen politischen Gegnern nur durch einige Zwischenrufe unterbrochen, während seine nach besonderen Schlagwörtern gewählten Kunstpausen von seinen Freunden auch bereitwillig durch fleißiges Händerühren ausgefüllt wurden. Nachdem die Discussion eröffnet worden war, meldeten sich zwei Anhänger der „rothen Internationale“ zum Wort, die, von ihrem Standpunkte ausgehend, mit dem Prinzipien des Antisemitismus scharf ins Gericht gingen, dabei aber verschiedene Male niedergeschrieen wurden. Für die Parteipresse wurde fleißig agitirt; es scheint aber der Erfolg nicht besonders groß gewesen zu sein.

Wenn der Herr Consul Köster mit Freude ausgerufen hat, daß Mannheim ein vorzüglicher antisemitischer Boden sei, dann täuscht er sich ganz gewaltig. Die Versammlung hat das Gegentheil gezeigt, denn sie war zum geringsten Theil von Mannheimern oder Süddeutschen, sondern vielmehr der Hauptsache nach von norddeutschen Beamten der Post- und Steuerbehörde besucht.

München, 11. Aug. Der Abgeordnete Schneider und der Bürgermeister Lueger sprachen gestern Abend auf Veranlassung des hiesigen Führers der Antisemitischen Reformpartei im Münchener Kindlkeller. Der Eintritt kostete 30 Pf. Es waren vielleicht 5000 Personen erschienen. Das Interesse galt in erster Linie der Person Lueger's, dann aber gebärdete sich ein großer Theil der Versammelten so antisemitisch, wie man hier noch in keiner Versammlung gesehen. Während der Rede Schneiders, der überaus brutal und aufreizend sprach, erreichte die Aufregung einen hier noch nicht beobachteten Grad. Jeder, auch der harmloseste kritisirende Zuruf hatte zur Folge, daß die Umgebung den Rufenden schlug und unter großem Tumult und unter großer leiblicher Gefahr zum Saale hinauswarf oder hinauszuwerfen suchte. Derartige Zwischenfälle kamen etwa fünf mal vor und unterbrachen stets auf längere Zeit den Fortgang der Rede. Ein Student, Protestant, ein feingebildeter Mann, erzählte mir nach der Versammlung, er habe zu einem Bekannten einige kritisirende Bemerkungen gemacht. Darauf sei er von einigen Umstehenden angepackt und beschimpft worden und sie hätten ihn hinauswerfen wollen. Er habe sich an den überwachenden Polizeicommissar um Schutz gewendet. Dieser habe ihm geantwortet: „das sei seine Aufgabe nicht; er sei nur dazu da, die Versammlung zu überwachen.“ Während Lueger's Rede, die die österreichischen Verhältnisse unter antisemitische Beleuchtung stellte und die Aufreizung gegen die Juden in volksrednerisch gewandtere Form kleidete, als dies der ungehobelte Schneider that, fand kein Skandal statt. Der intensive Beifall, den Lueger fand,

wurde durch Gegenkundgebungen nicht unterbrochen, obwohl sehr viel: Personen anwesend waren, die nicht aus antisemitischen Neigungen, sondern lediglich, um Lueger zu sehen und zu hören, gekommen waren. Auch die anwesenden Sozialdemokraten verhielten sich schweigend, obwohl Lueger scharfe Stellung gegen die Nationalen und die Sozialdemokraten nahm. Nach der Versammlung erwiderten die Sozialdemokraten das „Deutschland über Alles" mit der Arbeitermarseillaise. Nach der Rede Lueger's machte sich wieder eine auffällige Scandalirneigung bei vielen der antisemitisch sich Gebenden bemerkbar. Zum Schluß wurden Personen insultirt, weil sie im Hinausgehen aus dem Saal den Hut während des Liedes „Deutschland über Alles" aufsetzten. In einer Ecke des Saales kam es zu einer Rauferei, wobei mit Maßkrügen und Stöcken zugeschlagen wurde. Auf der Gallerie waren während der Versammlung eine Anzahl Frauen und eine nicht geringere Zahl augenscheinlich Minderjährige. Alle im Lande gebildeten antisemitischen Vereine (Reformpartei) hatten Deputationen zur Versammlung geschickt. Von den Luegerbildern à 1 Mk. wurden nur wenige gekauft.

Ueber das Auftreten Dr. Luegers schreibt die Münchener „Allgemeine Zeitung":

„Wenn man rundweg anerkennen darf, daß der Antisemitenführer ein außerordentlich geschickter und wirkungsvollerVolksredner ist, so muß dem gleich beigefügt werden: ein Volksredner, der niemals den Versuch macht, seine Hörer zu sich heraufzuziehen, sondern mit vollstem Bewußtsein zu ihnen herabsteigt. Um unsern Lesern einen Begriff von der Tonart zu geben, in welcher der zweite Bürgermeister der österreichischen Hauptstadt spricht, sei erwähnt, daß Redner, von der Monopolisirung des Vieh- und Fleischhandels in Wien durch jüdische Großhändler handelnd, die hieran Betheiligten in Ochsen-, Kälber- und Schweinejuden eintheilte! Auf ganz derselben Höhe bewegten sich seine sonstigen „Scherze". Wir hatten erwartet, von Herrn Lueger eine Aufklärung zu erhalten, welche Gedanken und Forderungen denn der doch zweifellos großen und mächtigen Volksbewegung, als deren erster Führer in Oesterreich er selbst angesehen werden muß, ihre mächtige Schwungkraft verleihen. Man darf nicht glauben, daß der Redner die Antwort schuldig geblieben sei, doch unser Erstaunen über des Räthsels Lösung war ebenso groß, als die Ausführungen des Redners lang gewesen sind. Der Reihe nach wurden die einzelnen Stände, Bauern, Handwerker, Beamte, der Adel, aufgezählt und für die Plagen und Schmerzen jeder dieser Kategorien die Juden verantwortlich gemacht. Wenn die Getreidepreise sinken, so darf man von Herrn Lueger nicht etwa irgend welche Ausführungen über Weltverkehr, Vereinigte Staaten, Argentinien, über die Möglichkeit und Wichtigkeit einer Veränderung der landwirthschaftlichen Betriebsmethode erwarten, nein, ein einziges Wort genügt vollständig: Der Jude ist an Allem schuld. Was mit den Juden angefangen werden soll, hat uns der Herr Redner nicht verrathen, der Noth der Landwirthschaft aber hilft man dadurch ab, daß man — den Getreidehandel verbietet. Wenn die Börse tiefe Schattenseiten aufweist, wenn dort die schändlichen Juden Getreide, das von Christen, freilich auch, um es an Andere abzusetzen, gebaut worden ist, kaufen und verkaufen — die Hülfe ist so einfach: man schaffe die Börse ab! Wenn eine ganze Anzahl Handwerke dahinsiechen und die Ursache hierfür in dem Aufblühen mächtiger Industrien zu suchen ist, welche früher handwerksmäßig gefertigte Waren gleich gut und billiger fabrikmäßig herstellen, so sind an dieser Schlechtigkeit die Juden schuld, und der „Befähigungsnachweis" wird den Schuster- und Schneiderlehrling vom Judenjoch befreien und concurrenzfähig mit der Großindustrie machen! Das Volk ist so unwissend, Mann und Frau unterschreiben in Einfalt den „Judenwechsel", dem hilft man nicht durch Unterricht ab, sondern durch Aufhebung der Wechselfähigkeit! Die Schädlichkeit der Fabrikarbeit für Frauen und Kinder wurde in den grellen Farben der Sozialdemokratie geschildert, der Jude lebt von dem Schweiße seiner christlichen Arbeiterinnen und verdirbt im Keime schon die nächste Generation. Hinaus deshalb mit den Frauen aus der Fabrik! Die Concurrenz des Auslandes ist mit einem Schlag zu beseitigen, ein thurmhoher Schutzzoll um das geliebte Oesterreich gezogen wird Segen bringen; daß Herr Lueger nicht die Wiedereinführung der berühmten k. k. Binnenmauthen empfohlen hat, ist uns begreiflich!

Bemerkenswerth schien uns, daß der Redner streng vermied, auf deutsche Verhältnisse einzugehen, und neben dem Schutzzollwall auch einen politischen so entschieden um Cisleithanien zog, daß die anwesenden bayerischen Partikularisten um so weniger auf ihre Rechnung kamen, als Lueger in einem ganz anderen Ton von dem Fürsten Bismark sprach, als dies in Centrums- und sogenannten Patriotenversammlungen Sitte geworden ist. Die Wirkungen endlich, welche Herr Lueger auf seine Volksgenossen ausübt, sind nach den Eindrücken, welche wir gestern gewonnen haben, neben der stattlichen Erscheinung des Redners nur aus seinem Volkston und der völligen — Gedankenlosigkeit seiner Zuhörer zu erklären. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß ein deutscher sozialdemokratischer Redner an die Denkkraft seiner Genossen sehr viel erheblichere Anforderungen stellt, als Herr Lueger an die seinen. Nicht ein einziger sozialpolitischer Gedanke wird nur annähernd in seine Consequenzen verfolgt, Alles wirbelt bunt durch einander. Neben einer Reihe treffender Bemerkungen über die Unsinnigkeit der Internationale eine eben so thörichte Schwärmerei für völligen Abschluß der Völker unter einander, Einsicht in die tiefen Schattenseiten, welche die so plötzlich emporgeschossene Industrie mit sich bringt, und Vorschläge, die nicht diese Schatten beseitigen, wohl aber die gesammte Industrie und die Tausende von ihr lebenden kleinen Leute ruiniren würden. Ein Verständniß für die volkserhaltende Kraft wahrer Religiosität und die burleskesten Witze über das bekannte Wunder am rothen Meer, eine sichere Empfindung für jeden widerwärtigen Zug im specifisch jüdischen Wesen und eine Gewandtheit im Eskamotiren von Thatsachen, um welche die von ihm geschilderten jüdischen Zeitungscorrespondenten ihn nur beneiden könnten!

Jedes Volk, so geht die Rede, hat die großen Männer, welche es verdient. Es ist mehr interessant als schmeichelhaft für Wien, daß sein Führer auf sozialpolitischem Gebiet an die in Oesterreich so populäre Erscheinung des Capuziners, des seligen Abraham a Santa Clara erinnert!"

Aus Oesterreich.

Das „Lueger-Vaterunser" und der „Lueger-Glauben." Im Amtsblatte der „Wiener Ztg." wird am 7. August folgendes Erkenntniß veröffentlicht: „Im Namen Sr. Majestät des Kaisers! Das k. k. Landes- als Preßgericht Wien hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des Druckwerkes (Flugblatt), enthaltend das sogenannte „Lueger-Vaterunser," beginnend mit „Vater unser Lueger," endigend mit „Judengesindel", und dem sogenannten „Lueger-Glauben", beginnend mit „Ich glaube an Dr. Lueger", endigend mit „ewiges Leben Amen" (ohne Angabe eines Druckortes, Druckers und Verlegers) das Vergehen nach §. 303 St. G. (Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religions-Genossenschaft) begründet, und es wird nach §. 493 St. P. O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen, die von der k. k. Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme nach §. 489 St. P. O. bestätigt und nach §. 37 Pr. G. auf die Vernichtung der saisirten Exemplare erkannt.

Wien, am 3. August 1896.

Gleiches Recht für Alle. Wir entnehmen der „Deutsch-Oesterreichischen Lehrerzeitung" Nr. 15, vom 1. August 1896 Folgendes: „Dieser Tage wurden in Wien 246 Unterlehrer- und Lehrerstellen — endlich! — definitiv besetzt. Eine schwere Geburt. Unter den Ernannten ist kein Jude und keine Jüdin. Da die Zahl der in Wien wohnenden Juden rund 120,000 oder den zwölften Theil der Gesammtbevölkerung beträgt, so hätten, bei gleichem Recht für Alle etwa 20 jüdische Namen berücksichtigt werden müssen. Nun keine — !! — es ist eine große Ungerechtigkeit. Wie scharf man es auf die Juden hatte, geht daraus hervor, daß bei einem Bewerber, der einen etwas jüdisch klingenden Namen hatte, nachgeforscht wurde, ob er doch nicht gar getauft sei oder einen getauften Vater habe. Beim nächsten Concurs sollte eigentlich eine Leibesuntersuchung aller männlichen Bewerber angeordnet werden, denn es könnte ein heimlicher Beschnittener unter ihnen sein. Aber bei den Bewerberinnen? „Ja, da gibt es keine Sicherheit."

Der Kunstdünger im Antisemitismus. Die neue deutsche Volkspartei in Steiermark findet vorläufig, ungeachtet ihrer Anbiederung an die Clericalen und trotz des Winkes des Herrn Hofmann-Wellenhof, die „Pfaffenhetze" einzustellen, bei der clericalen Partei wenig Gegenliebe. In seiner letzten Nummer nimmt das ultramontane „Grazer Volksblatt" die Priorität der Erfindung des Antisemitismus, welcher die Klammer und Angel des deutsch-nationalen Programms in Steiermark bildet, für seine Partei in Anspruch und meint, der Antisemitismus sei nichts als der „Kunstdünger" für die neue Parteigründung; man bedürfe eines populären Schlagwortes zum Fange der Wähler. Ganz besonders erbost ist das „Grazer Volksblatt" über eine Aeußerung in dem Organ der Grazer Deutsch-Nationalen, welche besagt, der Antisemitismus werde in dem Augenblicke seine Eignung verloren haben, für clericale Zwecke mißbraucht zu werden, in welchem die bürgerliche Gesellschaft sich dem ungetheilten Bestreben ergeben werde, Herr im eigenen Hause zu sein. Dagegen schreibt das clericale Organ: „Der katholisch-conservative Antisemitismus lenkte stets die Aufmerksamkeit auf die Quellen des Uebels und hörte nicht auf mit der Warnung, die Bekämpfung des Kapitalismus bei dem bloßen Personenkampfe sich erschöpfen zu lassen. Der Jude wurde nur da angegriffen, wo er die Uebel der Zeit ausbeutete und verschärfte: und er wurde ausdrücklich von der Empfindung der wirthschaftlichen Systeme ausgenommen, weil man doch wohl weiß, woher diese gekommen sind. Der Jude diente als gelungenes Beispiel für die Ausbeutungsfähigkeit der kapitalistischen Lehre zu Gunsten der Millionen; mehr aber nicht! Wäre er, der Jude, das geistige und wirkliche Haupt der kapitalistischen Ausbeutung, würde eine Vertreibung vom Erfolge sein; da dem aber nicht der Fall ist, würde an seine Stelle der wucherische Christ treten, genau so wie im Mittelalter. Wir haben die Juden aus Steiermark ausgetrieben, und wenige Jahre darauf wurden die Klagen über den Wucher so laut, wie sie früher waren." Aus alledem schließt das clericale Blatt, daß der deutschnationale Antisemitismus nur ein künstlicher sei, der weitab von wirthschaftlichen Erwägungen liege. Nun haben die Wähler in Steiermark zur Wahl auch die Qual, welcher Antisemitismus der echte sei, der katholisch-conservative oder der deutsch-volkliche.

Vermischtes.

Der Centrumsabgeordnete Dr. Lieber ein „getaufter Jude". Der „Köln. Volksztg." wird geschrieben: „Zu der neulichen Notiz über „die jüdische Frau" des Herrn Dr. Lieber die weitere Mittheilung, daß mir letzthin in einem agrar-politischem Gespräche ein Landwirth des Jülicher Landes allen Ernstes versicherte, Dr. Lieber selbst sei „ein getaufter Jude"! Ich mußte lachen, berief mich auf meine persönliche Bekanntschaft mit Dr. Lieber, führte an, daß dessen Vater neben dem großen Görres einer der Vorkämpfer der Katholiken in der kirchenpolitischen Krisis der 30er Jahre und der hochgeehrte Vertrauensmann der Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz gewesen sei und ähnliches mehr. Mein Freund beharrte alsdann zwar nicht weiter auf seiner Ansicht, aber innerlich überzeugt vom Gegentheil schien er nicht. Sonst würde er sich wohl mehr entrüstet gezeigt haben. Er sagte sagte mir noch, daß man den Ausspruch vielfach höre und daran glaube. Ich brach die Unterhaltung ab mit der Bemerkung: Wenn der Bund der Landwirthe zu solchen Mittelchen greifen würde, um die Politik des Centrums zu verdächtigen, würde mich dies nicht wundern, daß man derartige Unwahrheiten zu dem gleichen Zwecke aber selbst in dem katholischen Jülicher Lande anbringt, ist unerhört. Das Schlimmste aber ist, daß sie kritiklos hingenommen und gegen das Centrum verwerthet werden."

Eine Hexentragödie hat sich, wie soeben gerichtlich festgestellt worden ist, in Forchheim im Badischen abgespielt. dort fand man eine 70 Jahre alte Frau am Bettpfosten hängend vor. Sie war erwürgt und nachher aufgehängt worden. Jetzt hat der Neffe, damals in Haft genommen, eingestanden, er habe die Frau ermordet, weil man sie für eine Hexe gehalten und als Urheberin schlimmer Krankheit betrachtet habe. Da nichts geraubt wurde, muß man die Aussage für wahr halten. Andere wegen Mordverdachts verhaftet gewesene Leute sind denn auch bereits entlassen.

Daß in solchen Kreisen auch Ritualmordmärchen Gläubige finden, darf nicht Wunder nehmen.

Marburg, 7. August. Ein agrarisches Idyll taucht in der heutigen Strafkammersitzung aus seiner ländlichen Verborgenheit auf. Am 1. April d. J. hatte der Dienstknecht Heinrich Preßler den Dienst bei dem Gutspächter Lieutenant Robert Schröder genannt v. Gschirp zu Hebel bei Homberg ohne Kündigung verlassen und war deshalb vom Schöffengericht zu Homberg zu zehn Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte der Knecht Berufung ein und begründete sie damit, daß er ungenügende und unschmackhafte Kost erhalten und dem Herrn Lieutenant auch mitgetheilt habe, daß er am 1 April außer Dienst gehen werde, wenn kein Wandel eintrete. Einmal, so giebt der Beklagte in der heutigen Sitzung an, habe er gar nichts zu essen bekommen, ein andermal habe das Gesinde ein Kalb verspeisen müssen, das krankheitshalber geschlachtet worden sei. Eine Zeugin, das Wirthschaftsfräulein des Gutes, giebt an, daß jenes Kalbfleisch eingepökelt und dem Gesinde auch dann noch zum Essen vorgesetzt worden sei, als es schon übel gerochen habe. Sie habe der „gnädigen Frau" von dem Zustande des Fleisches Mittheilung gemacht, aber trotzdem die Weisung erhalten, daß es den Leuten weiter gegeben werden solle. Außerdem wären ihr Vorhaltungen gemacht worden, daß die von ihr ausgetheilten Portionen zu groß seien und Frau v. Gschirp habe dies Amt dann selber übernommen. Von October v. J. bis April d. J. seien 18 Leute vom Hofe gegangen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils kostenlos frei.

Wäre der Gutspächter ein Jude gewesen, so würden die Antisemiten nicht verfehlt haben, diesen Fall als echt jüdisch, als einen Ausfluß des jüdischen Religionsgesetzes zu denunciren, wie sie es wiederholt gethan haben.

Von Berthold Auerbach sagt der streng orthodoxe Seminarlehrer J. G. Zeglin in Dramburg in seinem Buche: „Praktische Winke über die Fortbildung des Lehrers im Amte (Gütersloh, 1893, Verlag Bartelsmann S. 175): „An Hebel haben sich viele unserer neueren Schriftsteller gebildet. Am augenscheinlichsten tritt dies hervor bei dem

Israeliten Berthold Auerbach, einer der begabtesten Schriftsteller für das Volk. Auerbach ist zuerst in weiten Kreisen bekannt geworden durch seine vielgelesenen Schwarzwälder „Dorfgeschichten." Der Lehrer kann aus ihnen manches lernen, sonderlich dies, wie er für sein Theil Sitte, Sage und Sang des Volkes zu beachten und zu achten hat. Auch die übrigen Schriften Auerbachs bekunden den begabten Meister in der Darstellung und den feinen Beobachter des Volkes. Bedauerlich bleibt es immer, daß ein so feinsinniger begabter Schriftsteller nicht auf christlichem Boden steht. Wie Großes würden wir in diesem Falle ihm zu verdanken haben! . . . „Barfüßele" ist eine Geschichte von ungemeiner Lieblichkeit und wohl das Beste, was Auerbach geschrieben hat."

Drumonts Gedächtniß. Marquis Morès — ein Opfer jüdischer Rachsucht. Diese Entdeckung hat Drumont, der Herausgeber der Libre Parole, gemacht. In einem offenen Briefe zeigt uns der „Univers Israélite," was Monsieur Drumont alles zu leisten im Stande ist. Der Brief lautet: „Der Tod des Marquis Morès bietet Ihnen wiederum Gelegenheit, die Juden der niederträchtigsten Absichten zu beschuldigen. Die Juden sollen Morès ermordet haben, wie sie einst den Oberst Flatters und seine Begleiter ermordet haben (in dieser seiner Begleitung befand sich auch der Sergeant Demery, ein notorischer Jude). Aber das Gedächtniß ist eine schöne Sache und die Logik gleichfalls. Ihnen fehlt beides und unter diesen Umständen ist es zum Theil schmeichelhaft für Sie, daß Ihr Judenhaß Sie jede Erinnerung verlieren läßt für das, was Sie früher geschrieben haben. In „La France juive," Band I Seite 42, schreiben Sie nämlich: „Flatters war ein Jude von Geburt und er starb unzweifelhaft als Opfer einer religiösen Idee wie seiner eifrigen Hingabe an die Wissenschaft!" Und heute ist Flatters ein „Opfer der Juden" geworden. Dieses Citat aus dem Evangelium des Boulevard Montmartre genügt, um an den Fingern herzählen zu können, welche Fortschritte Sie bereits gemacht haben. Man weiß wahrhaftig nicht, was man mehr bewundern soll: die Verblendung Ihrer Leser oder die Unverfrorenheit, mit der Sie denselben blauen Dunst vormachen."

Rumänisches. Aus Jassy wird gemeldet: Das hier erscheinende rumänische Journal „Evenimentul" brachte folgende Begebenheit zur Sprache. Dieser Tage kam ein armer Jude mit drei Kindern, die eine diphteritische Angina hatten, hier an. Dieser Jude konnte durch Zufall Herrn Ghico, den Gehilfen des Maires. Er wandte sich an ihn mit der Bitte er möge ihm seine kranken Kinder in einem Spitale unterbringen. Herr Ghica, dessen Güte bekannt ist, gab ihm ein Empfehlungsschreiben. Der Mann machte die Runde bei allen Hospitälern der Stadt, überall wurde er abgewiesen, weil er ein Jude ist. Herr Ghica richtete hierauf an einen Hospitalsleiter folgende Zeilen: „Theurer Dr.! Drei Kinder sterben, ist es möglich, daß ihnen keiner zu Hilfe kommen will? Der unglückliche Vater rennt von einem Spital zum andern und man hält ihm das Reglement entgegen. Die Angina läßt sich leider nicht mit den Gesetzen oder mit dem Reglement behandeln. Ich hoffe, Sie bringen die Kinder ins Spital."

Der Dr. hat sie nicht aufgenommen, sondern er schickte den verzweifelnden Vater wieder in ein anderes Spital. Hier erhielt er folgendes Billet: „Man nimmt in unserem Spitale keine Israeliten. Es liegt ein strenger Befehl seitens der Administration für diesen Fall vor. Aber Sie können sie in dem Spital „Cardoteo" unterbringen." So sieht rumänische Menschlichkeit aus!

Deutschenhaß im Auslande. Aus Genua, 8. August, wird gemeldet: Seit einigen Abenden finden im Hafengebiete förmliche Schlachten zwischen italienischen und deutschen Arbeitern statt. Gestern wurden über 20 Arbeiter mit Messern verwundet, viele davon schwer. Die Erbitterung ist sehr groß. Der Grund der Aufregung liegt in den Concurrenzverhältnissen.

Aus der Rheinpfalz schreibt man der „Frkft. Ztg.": Unter der zu Anfang d Js. in England ausgebrochenen Animosität gegen die Deutschen haben auch die Westricher Musikanten stark zu leiden gehabt. Diese im Bezirksamte Zweibrücken angesessenen Leute wandern nämlich bis zum Spätjahre in aller Herren Ländern herum, um mit Fiedel und Trompete für sich und die Daheimgebliebenen den Lebensunterhalt zu erwerben. Sämmtliche aus England zurückgekehrten Musikanten sind in diesem Jahre, wenn sie nicht ihre Nationalität verleugneten, um ihre Stellen, die sie meist schon Jahre lang in Schaubuden, Gärten usw. innegehabt haben, gekommen. Die Besucher drohten nämlich die Besitzer zu boykottiren, wenn sie weiter deutsche Musiker beschäftigten.

Die Juden und das Handwerk. In dem von Philipp Stein herausgegebenen Ausstellungs-Gedenkbuch, in dem die hervorragendsten Männer der Wissenschaft, Kunst und Industrie und des öffentlichen Lebens zu Worte kommen, finden wir die folgende, wegen des Inhalts wie des unterschriebenen Namens doppelt interessante Notiz:

„Spinoza lernet ein Handwerk.

Das Gesetz und die alten jüdischen Lehrer merken an, daß es nicht genug sei, einen Gelehrten abgeben, sondern man müsse über dieses sich in einer Handthierung oder Kunst üben. Dieses saget Rabban Gamaliel in dem Traktat des Talmuds Pircke avoth, Cap. 2, allwo er lehrte, daß die Befleißigung des Gesetzes eine begehrungswürdige Sache sei, wenn man eine Handthierung oder arbeitsame Kunst damit verbinde. Die stetige Beschäftigung in diesen beiden Uebungsstücken machet, daß man in keinem Stück Böses zu thun hat, sondern dasselbe vergisset. Und ein jeder Gelehrter, der nicht eine Handthierung zu lernen besorget ist, wird endlich ein verstörter und unordentlicher Mensch in seinen Sitten. Und der Rabbi Jehuda füget hinzu, daß ein Jeder, der nicht seine Kinder ein Handwerk lernen lasse, eben so viel thue, als wenn er sie unterrichtete, wie sie Diebe und Straßenräuber werden sollten.

Aus Johann Colerus Leben des B. v. Spinoza."

Steglitz, 26. Januar 1896.

Prof. Dr. Paulsen.

Ueber die Bedeutung Moses Mendelsohns für die deutsche Literatur hielt bei der Säcular-Gedächtnißfeier in Dessau am 4. Januar 1886 der Gymnasialdirector Dr. Wickenhagen die Festrede, in welcher er am Schluß folgendes sagte: „Die Anwendung auf die Gegenwart liegt außerordentlich nahe und führt mich auf die Frage: „Welche Bedeutung hat denn Mendelsohn für unsere Gegenwart überhaupt noch?" Sehen wir dabei von der auch jetzt noch fortdauernden Wichtigkeit ab, welche sein Wirken als Reformator seines Volkes beanspruchen, so wird die Gegenwart ebensowohl von Mendelsohn, dem deutschen Nationalschriftsteller und Popularphilosophen, wie von M., dem Prediger der Toleranz, noch lernen können. Wenn wir Lessings Prosa bewundern, so werden wir auch nicht an M. vorübergehen dürfen, der neben Lessing und Winkelmann zur Ausbildung unserer deutschen klassischen Prosa das Meiste beigetragen hat. Wenn ferner die Zahl derjenigen immer nur eine geringe gewesen ist, welche philosophische Probleme in gemeinverständlicher Form vorzutragen und durch fesselnde Darstellung, durch eine klare, fließende Sprache der gebildeten Kreise für dieselben zu gewinnen verstanden haben, so wird M. auch in der Gegenwart von seiner Bedeutung noch nichts verloren haben, und dies um so weniger, als die von ihm behandelten Probleme — wir dürfen es wohl sagen — eine ewige Geltung beanspruchen.

Es sind Fragen, deren sich kein tiefer angelegter Mensch entschlagen kann, von deren Beantwortung der Werth seiner Persönlichkeit, die Auffassung seiner Stellung in der Welt und seiner Pflichten, sein Glück und seine Zufriedenheit, wesentlich abhängen. Wenn endlich die bescheidenen Forderungen, welche Mendelssohn in Bezug auf die staatlichen und gesellschaftlichen Rechte seines Volkes aufgestellt hat, sich längst verwirklicht haben, so ist es doch auch heute noch nicht überflüssig, die Pflichten, welche die Toleranz auferlegt, immer wieder einzuschärfen und daran zu erinnern, daß im modernen Staats- und Gesellschaftsleben als oberstes Gesetz der bekannte Spruch gelten sollte: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus autem caritas — in nothwendigen Dingen Einheit, in zweifelhaften Freiheit, in allen aber liebendes Dulden. Und so dürfen wir hoffen, daß Moses Mendelssohn nicht blos Reformator seines Volkes, als Freund Lessing's, als Vorbild Nathan's, sondern auch um seines eigenartigen Geistes willen unter uns fortleben wird, und wenn die Säcularfeier seines Todestages seinem Genius neue Verehrer zuführen sollte, so hätte sie gewiß ihren Zweck erfüllt."

Pobedonoszew über die Judenfrage. Ein Berichterstatter der „Neuen Freien Presse" hat am 29 Juli den bekannten Oberprocurator Pobedonoszew besucht und ihn u. A. auch über seine Stellung zu den Juden befragt. Darauf hat der Oberprocurator geantwortet:

„Ich habe, als die Judenfrage bei uns spielte, aus allen Weltgegenden Briefe erhalten, aus Deutschland, Frankreich, England, Amerika, selbst aus Australien! Man bedrohte, man beschimpfte mich. Ein Mann schrieb mit Angabe seines Namens und seiner Adresse, man werde mich tödten, wenn ich in meiner Verfolgungswuth nicht innehalte. Ich erkläre Ihnen nun: Ich bin nicht Schuld an dem Vergehen gegen die Juden in Rußland. Ich habe Freunde unter den Juden, es giebt viele unter ihnen, die mich genau kennen und die das wissen. Mir kommt es nicht in den Sinn, die Anhänger einer Religion zu ächten! Welcher religiöse und wirklich gläubige Mensch könnte das?! Die Judenfrage in Rußland ist nicht leicht zu beurtheilen, sie ist eine der complizirtesten der Welt. Sie hat keinen religiösen, sondern vielmehr einen sozialpolitischen Charakter. Wir haben die Judenfrage von den Polen als schlechtes Erbstück, als ein Art Inventar übernommen. Die Polen, außer Stande, durch ihre aristokratische Mißwirthschaft ein Bürgerthum zu bilden, ließen die Juden an seine Stelle treten, aber Adel und Juden haben sich gegenseitig gleich schlecht beeinflußt, dadurch ist ein Typus von Juden entstanden, der nicht mit dem der Juden anderer vorgeschrittener Länder verglichen werden kann. Dies führte auf dem Lande zu bedauerlichen Mißständen und Mißbräuchen, dies förderte in den Städten die Theilnahme jüdischer Studenten an den garstigsten Umtrieben. Der Staat war genöthigt, in irgend einer Weise einzuschreiten. Was er thun wollte — nämlich die Aufrechthaltung der gesetzlichen Bestimmungen sichern — war Aehnliches, wie das, was man im freien Amerika gegen die Chinesen ausgeführt hat. Nicht mehr. Ja noch weniger! Ein Rassenkampf lag uns fern. Den anständigen, den gebildeten Juden geht es gut bei uns und wird es immer gut gehen. Als man die entscheidenden Maßnahmen traf, schrieb mir der verstorbene Baron Hirsch: „Ich biete Rußland 50 Millionen zum Ausbauen seiner Eisenbahnen, wenn Sie in Ihrem Bedrückungsplane gegen die Juden innehalten!" — Ich wies ihn an die Regierung und stellte ihm meine Auffassung der Frage dar. Ich kannte ihn nicht abgestoßen haben, denn er setzte die Correspondenz noch länger fort. Eines Tages erklärte er, er wolle eine Million für einen wohlthätigen Zweck widmen. Ich rieth ihm, diese Summe dem Heiligen Synod zur Verfügung zu stellen, damit dieser für das Geld Schulen gründe. Das that er auch. Sehen Sie, Hirsch war ein Jude, der mich mit der Zeit näher kennen lernte, und er stimmte gewiß nicht in das allgemeine Geschrei gegen mich ein, in dem so viel Lüge und Verleumdung, so viel bewußter und unbewußter Irrthum enthalten ist."

Es würde nicht schwer fallen, nachzuweisen, daß die Thaten des Herrn Pobedonoszew mit seinen eben angeführten Worten nicht immer übereingestimmt haben.

Stöcker und die Christlich-Sozialen. Herr Stöcker wird bei seinen Klagen vom Unglück förmlich verfolgt. Klagt er einmal, entweder räth ihm dann irgend ein Rechtsfreund, die Klage zurückzuziehen, oder aus einem boshaften Zufall wird die Antragsfrist versäumt, oder er bekommt mit Leuten zu thun, bei denen aus andern Gründen Jahre lang eine gerichtliche Verhandlung unterbleiben muß. Herr Stöcker meldet selbst in seiner Kirchenzeitung, er habe Herrn v. Stumm, der über ihn „unwahre und ehrwidrige Thatsachen" behauptet habe, verklagt, aber Herr v. Stumm habe sich „durch seinen Bevollmächtigten auf seinen Charakter als Reichstagsabgeordneter zurückgezogen, so daß die Verhandlung des Processes vermuthlich erst über Jahr und Tag nach Beendigung der nächsten Reichstagssession wird stattfinden können."

Die oben erwähnte Nachricht der Verlegung der „Hilfe" nach Berlin und deren Erweiterung zu einer Tageszeitung bestätigt jetzt Pfarrer Naumann selbst. Er schreibt in der neuesten Nummer seiner „Hilfe": „Es muß (um die Gründung einer Partei aller nationalen Sozialisten vorzubereiten) eine täglich erscheinende Zeitung gegründet werden, die in Größe und Preis dem „Volk" entspricht. Diese Zeitung wird im Sinne eines nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage geleitet werden. Die beiden bisherigen Redacteure des „Volk" werden an dieser neuen Zeitung mitwirken, ebenso aber auch der Herausgeber der „Hilfe." Damit würde ein Hauptwunsch vieler unserer Freunde erfüllt sein. Wir glauben den Beginn der Zeitung bei Beginn des nächsten Quartals versprechen zu können, wenn wohlhabendere Freunde uns entsprechend ihren Kräften unterstützen." Zu diesem Zwecke bringt auch dieselbe Nummer der „Hilfe" einen Aufruf des Ausschusses der jüngeren Christlich-Sozialen, worin zur Gründung einer Tageszeitung für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage Geldbeiträge erbeten werden. Ferner fordert Pfarrer Naumann alle nichtconservativen Christlich-Sozialen zu einer Versammlung auf, in der der Versuch einer Vereinigung der beiden Theile, d. h. der Freunde der „Hilfe" und der Freunde des bisherigen „Volk" gemacht werden soll. Diese Versammlung soll Mitte November in Mitteldeutschland stattfinden und jeder Reichstagswahlkreis dazu bis zu fünf stimmberechtigten Mitgliede n senden können. Die Verhandlungen werden öffentlich und die Hauptberathungsgegenstände voraussichtlich das Programm und die Organisation sein.

Briefkasten.

M. Darauf können wir uns nicht einlassen. Uebrigens veröffentlicht Herr Ernst Schindler in der „Staatsbürgerztg." vom 6. August eine den Sachverhalt anders darstellende Erwiderung auf die Warnung des Herrn Arthur Perleberg.

Abonnent in Berlin. Sie haben Recht, wenn Sie zu der Aeußerung von „Frei-Deutschland" (s. Nr. 30 der „Mitth.") über die „Taktlosigkeit der Leitung und die Unbescheidenheit der Wiener" (Antisemiten) bemerken, diese Eigenschaften würden sonst antisemitischerseits als specifisch jüdische bezeichnet.

Dr. S. Aus der jüngsten Zeit können wir Ihnen u. a. folgende Fälle anführen: In Breslau errang die Schwimmmeisterschaft von Deutschland Paul Neumann, ein Sohn des Hofraths Professor Neumann vom Wiener Amateurschwimmklub. Derselbe hatte auch unseres Wissens schon früher in Athen den Sieg davongetragen. — Dem Brandmeister und Commandanten der Berufsfeuerwehr in Stuttgart, Bruno Jacoby, wurde das Ritterkreuz des Württembergischen Friedrichordens verliehen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nr. 34. Berlin, den 22. August 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 8675.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Liebermann v. Sonnenberg tritt den Rückzug an.

Der Streit, welcher seit Monaten zwischen Liebermann v. Sonnenberg und Herrn v. Mosch ausgefochten wird und den wir in seinen einzelnen Phasen verfolgt haben, scheint jetzt einen interessanten Ausgang zu nehmen.

In der Nr. der „Antisemitischen Correspondenz“ („Deutsch-soz. Blätter“) vom 13. August ergreift Herr v. Liebermann „In eigener Sache“ das Wort. Es sei ein ganz ungleicher Kampf, den man gegen Mosch führe. Während die „Judenblätter“ des Letzteren Angriffe mit behaglicher Breite abdruckten, bekämen Moschs Leser die Abwehrartikel der Angegriffenen nicht zu Gesicht, auch in den Judenblättern fänden dieselben keine Aufnahme.

Daß nur „Judenblätter“ von den Artikeln des Herrn v. Mosch Notiz genommen haben, ist eine Unwahrheit. Blätter fast aller Parteien haben sie mehr oder weniger ausführlich gebracht aus dem einfachen Grunde, weil es von allgemeinem Interesse ist, zu erfahren, was die Führer der antisemitischen Partei aus der Schule plaudern, einer Partei, welche sich berufen fühlt, an der Spitze des wahren Deutschthums zu marschiren, um dereinst auf den Trümmern der anderen, „abgelebten“ Parteien ihre Macht zu zeigen. Daß bei den „Enthüllungen“ diese Moralprediger in einem so schlechten Lichte erscheinen, ist nicht die Schuld der „Judenblätter“.

Unrichtig ist auch die Behauptung, die Liebermann'schen Erwiderungen wären nicht berücksichtigt worden. Unsere Leser haben auch davon etliche Proben zu kosten bekommen.

Doch hören wir nun, was Herr v. Liebermann weiter „in eigener Sache“ vorzubringen hat. Es ist das der Kernpunkt seiner Erklärung:

> „Auf die erneuten Verunglimpfungen des Herrn v. M. hin zu antworten, unterlasse ich mit Rücksicht auf die Leser der Deutschsozialen Blätter, die das langweilen müßte.
>
> Ich habe es auch wirklich nicht nöthig, mich gegen die Beschuldigung des „Herumscherwenzelns im feindlichen Lager“, also des Verrathes, zu vertheidigen oder mit Opfern, die ich für die Sache gebracht habe und täglich noch bringe, zu koquettiren. Wir Antisemiten wandeln alle nicht auf Rosen.
>
> Wenn ich aber annehmen könnte, daß Herr v. Mosch an die Beschuldigungen und Beschimpfungen, die er seit Monaten in seiner Zeitung zum Gaudium von Israel und seinem Troß gegen mich losläßt, selbst glaubt, so würde ich im Interesse der Sache bereit sein, ihm die Grundlosigkeit derselben Punkt für Punkt zu beweisen. Die Form dafür würde sich bei gegenseitigem gutem Willen finden lassen.“

Das ist ja mit einem Male ein ganz anderer Ton, den Herr v. Liebermann gegen Herrn v. Mosch (acht Tage vorher war er noch so boshoft, ihm, dem „Demokraten“, das Adelsprädikat zu versagen) anschlägt. Herr v. Liebermann ist des Kampfes überdrüssig und erklärt sich bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten. Woher dieser plötzliche Umschwung, nachdem er soeben noch mit Spott und Hohn die Mosch und Genossen überschüttet hat?

Und Herr v. Mosch? Ist bei ihm der „gute Wille“ vorhanden? In der Nummer seines Organs vom 16. Aug. ist er allerdings **auffallend still** geworden. Seit Monaten sucht er nachzuweisen, daß Liebermann v. Sonnenberg der Verderb der antisemitischen Bewegung sei und am 2. August schrieb er in der „Deutschen Reform“:

> „Nun, Herr v. L., welche Gebelaune hat denn s. Z. Ihre Scheinexistenz gefristet, und wer fristet denn heute Ihre Existenz?? Sie haben wohl ein sehr schlechtes Gedächtniß?! **Wenn es noth thut, bin ich bereit, es in späteren Nummern einmal aufzufrischen!** .... Und Sie, Herr v. Liebermann?? Wovon leben Sie?? — U. A. w. g.! Sie haben ja wohl die „Westfälische Reform“ s. Z. verklagt? oder nicht —“

Bedeutet das jetzige Schweigen des Herrn v. Mosch die Absicht, die Streitaxt zu begraben und Hrn. v. Liebermann mit weiteren Angriffen zu verschonen? Nous verrons.

Jedenfalls ist es für die Beurtheilung der ganzen Angelegenheit von Werth, festzustellen, daß Herr v. **Liebermann** es ist, der eine Fortsetzung der Preßcampagne scheut und den Rückzug antritt. —

Wie die Sache auch weiter verlaufen möge, ob die antisemitischen Führer, die sich geschlagen haben, sich wieder vertragen werden oder ob Herr v. Mosch die angebotene Aussöhnung zurückweist: was die Herren andeutungsweise oder mit aller Deutlichkeit über Personen und Vorgänge innerhalb der antisemitischen Partei geschrieben haben, löst sich nicht wegwischen; scripta manent. Es wird an Gelegenheit nicht fehlen, dieses Material zu verwerthen.

Wilhelm v. Humboldt über die Judenemancipalion.

Wilhelm a. Humboldt hot als preußischer Unterrichtsminister Gelegenheit gehobt, zu ber Reform ber bürgerlichen Verhältnisse der Juben Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme erfolgte in einem Gutachten, welches burch Bruna Gebharbt*) zum ersten Mole ln voller Ausführlichkeit mitgetheilt wirb.

Veronlaßt ist bosselbe burch eine von bem Kanzler a. Schrötter ausgearbeitete „Constitution", welche, aon der Anschauung ausgehenb, baß die spärlichen, bis bahin seit Mitte der achtziger Jahre bes oorlgen Jahrhunberts ben Juben in Preußen gewöhrten Menschenrechte zu Mißständen Anloß gegeben hätten, eine Neuorbnung mit ber Tenbenz anstrebte, „bie Juben mlt ber Zeit zu nützlichen Staatsbürgern zu machen." Diese Constitution wurbe noch Schrötters Ausschsiben durch ben Minlster des Innern v. Dohna den aerschiebenen Behörden zur Begutachtung aorgelegt unb gelangte so auch an Humboldt, dem sie Anlaß zu einer umfassenden und umfangreichen Abhanblung bot. Ueber Tenbenz und Inhalt bieses lnteressanten, bebeutsomen Actenstückes geben die Ausführungen Gebharbts (S. 313 ff.), die wir folgen lassen, klare und erschöpfende Auskunft:

„Die gegenaärtige Lage ber Juben unter uns", so beginnt er selne Denkschrift, „welche aufzuheben bas große Problem jeber Gesetzgebung über blese Nation ist, gründet sich auf Ursachen unb steht mit Umständen ln Verbinbung, auf welche wesentlich unb rabical zu aairken außer der Mocht jebes einzelnen Staates liegt. Drei Merkmole zeichuen, vorzüglich in ihrer Verbinbung, die Juben aon allen Völkern des Alterthums aus:

> eln ursprünglich nomadisches, aber auch nochher noch vft, both aus Noth, bald freiwillig, herumwandernbes unb uicht selten fremder Herrschaft unterworfeues Leben;
>
> eine kirchlich-politische Verfossung, in welcher bie Religion fast ganz als Null aufging;
>
> unb eln System der durch ein äußeres unb zwar (wodurch sich bie religiöse Verfossung als politlsch charukterisirt) nur delm männlichen Geschlecht anzubringendes Zeichen bekundeter Abfonderung selbst aon benjenigen, in deren Mltte sie lebten.

Diese brei Eigenschoften verschmolzen in bem eigentlich alle Weltbegebenheiten leitenden unb ln sich nie ganz zu entzifferuben Nationalcharakter, ber bei den Juben aorzüglich in altoäterlicher Beharrlichkeit au der Ursitte unb merkaürdiger Kraft passioen Widerstandes besteht, unb aerbunden mit den christlichen Ibeen, nach denen Jubenthum unb Christenthum aon ber einen Seite als zu elner Klasse gehörlg, von ber anberen als in zwei entgegengesetzte, gespaltene angesehen werden, unb wodurch das bamals schon sehr unbebeutenbe jüdische Volk elne unverhältnißmäßige Wichtigkeit erhielt, hoben bie Juben zu bem gemacht, aas sie jetzt noch unter uns finb. Ihre Loge ist baher eine kirchlich-welthistorische unb so merkwürdlge Erscheinung, boß berelts von gewiß nicht schlechten Köpfen gezweifelt worben ist, ob sie sich überhaupt auf blos menschliche Weise erklären lasse."

Humboldt beantwortet bie Frage nach ben Mitteln ber Umwandlung bieser Lage in Beziehung auf jene drei Hauptursachen mit den Vorschlägen: Verschmelzung, Zertrümmerung ihrer klrchlichen Form unb Ansiedelung. Allerbings meint er, solange diese Mittel nur aon einem einzelnen Staate aersucht werden, wirkt bie Verschmelzung nie kräftig genug, und in ben religiösen Ibeen wird ber Contrast zwischen Christen unb Juben nothwenbig fortbauern, bis man überall oufhört, sich bas Christenthum auf ber untergeorbneten Stufe des Gegensatzes zum Jubenthum zu benken.

Die Gesetzgebung elnes einzelnen Staates wird diese Schwierigkeiten nie ganz überwinben, boch ist jebe unleugbar in dem Grade besser als elne andere, in dem sie bie Absonberung unmerkbarer unb bie Verschmelzung inniger mocht. Allein hier gehen zwei Systeme auseinander; das eine will die Absonberung auf einmal, bas anbere sie allmählich aufheben. Rein logisch betrachtet, ist nur eine plötzliche Gleichstellung aller Rechte gerecht, politisch unb consequent. Gerecht, ba kein Rechtsgrund denkbar ist, warum der Jube, der alle Pflichten bes Christen erfüllen will, nicht auch der Rechte theilhaftig sein soll? Politisch, benn um die bisher aus Vorurtheil Verochteten zur Achtung zu bringen, ist eine plötzliche Erklärung nöthig; ber Staat soll nicht grabe die Juben zu achten lehren, aber die inhumone Denkungsart aufheben, die einen Menschen nicht nach seinen eigenthümlichen Eigenschaften, sonbern nach seiner Abstammung unb Religion beurtheilt und ihn, gegen allen wahren Begriff aon Menschenwürde, nicht aie ein Inbioiduum, sonbern wie zu einer Rasse gehörig ansieht. Das konn der Staat burch die laute unb deutliche Erklärung, baß er keinen Unterschieb zaischen Juben unb Christen mehr anerkenne. Endlich consequent, denn eine allmähliche Aufhebuug bestätigt bie Absonberung, bie sie aernichten will, in allen nicht mlt aufgehobenen Punkten unb arbeitet sich baburch selbst entgegen. Die allmähtiche Aufhebung beruht auf ber folschen gesetzgeberischen Theorie der Erziehung, die längst überaunden ist. Man geht bei allen biesen Erörterungen mit Unrecht aon einem gewissen Begriff bes Notionalcharakters ous, sucht ihn zu aerändern und noch dem Grabe ber Veränberung die Erweiterung der Rechte zu bestimmen. Aber wer je über Nationalcharaktere nachgebacht, weiß, baß es selbst bei echt philosophischem Sinn unb feiner unb schneller Beobachtungsabe unmöglich sei, zu entschiebener Ueberzeugung baaon zu kommen, um banach Rechte zu ertheilen ober zu aerweigern. Und wie will mon bie Fortschritte zum Bessern beurtheilen? Durch gesammelte einzelne Handlungen? „Wenn nach solchen Aeußerlichkeiten die allgemeine Achtung elner ganzen, nur unglücklichen Nation abgewogen, nach lhuen bestimmt werben soll, ob ber unbescholtenste Jube nur ein ebenso gültiger Zeuge sein konn, als ber erste beste Christ, so ist das, glaube ich, auch mit den schlichtesten Gefühlen aon Menschenwürde unerträglich." Unb wenbet man ein, nicht Unterschiebe ber Kultur unb Sltte, sonbern im Punkte der Reblichkeit trennen sich bie Juben aon den Christen — reicht irgend eine Erfahrung hin, einer ganzen Nation ein solches Zeichen ber Verwerfung anzuheften? Muß nicht Alles geschehen, um ein solches Vorurtheil auszurotten? Unb wenn bie Reglerung in ihrer Gesetzgebung ein solches Anathema ausspricht — werben nicht gerabe bie besseren Juben auswanbern unb nur Abschoum zurückbleiben?"

Für Humbolbt steht bie Ueberzeugung fest, baß keine Gesetzgebung über die Juben ihren Endzweck erreicht, als bie, welche bas Wort Jube ln keiner anderen Beziehung mehr auszufprechen nöthigt, als in ber religiösen, und schlankweg erklört er: „Ich würbe baher allein bafür stimmen, Juben und Christen aollkommen gleichzustellen. Wollten bie ersteren nicht zugleich die Pflichten, bie alle Bürger tragen, übernehmen, so würde ich, wenn man alle Mittel, sie bazu zu bewegen, erschöpft hätte, sie lieber aus dem Lanbe oerbannen. Denn Menschen im Stoate zu bulden, bie sich gefallen lassen, daß man ihnen, auch bel höherer Kultur, bie sonst gemeinsten Bürgerrechte zu oersogen wogt, ist für bie Moralität ber ganzen Nation im höchsten Grabe bedenklich."

(Schluß folgt.)

---

*) Wilhelm v. Humboldt als Staatsmann. Von Bruno Gebhardt. Erster Band. Bis zum Ausgange des Prager Congresses. Stuttgart 1896, Cotta.

Zur Abwehr.

Die „Köln. Volksztg." das Hauptorgan der rheinischen Centrumspartei, schließt ihre Besprechung der von dem „Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe" herausgegebenen Schrift „Die Criminalität der Juden in Deutschland" (s. Nr. 2 und 3 der „Mitth.") mit folgenden Sätzen:

„Die Zunahme der Bestrafungen von Nichtjuden hat vorwiegend Rohheits-Vergehen, also Mißhandlungen, Widerstandsleistungen und dergleichen zum Gegenstande. Hier handelt es sich wesentlich um Ausschreitungen, die sich kennzeichnen als Ausfluß einer bedauerlichen Festwuth und zügellosen Vergnügungssucht. Sie wird mehr und mehr zu einem wachsenden Krebsschaden unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Den Juden gereicht es zur Ehre, aber auch zu einer sittlichen Hebung ihrer wirthschaftlichen Lage, daß sie sich diesem unglücklichen Zuge der Zeit im allgemeinen fern zu halten wissen. Wenn die vorliegende Schrift an die Juden die Mahnung richtet, dort mit aller Energie durch Erziehung und durch sozialen Einfluß einzugreifen, wo Schäden zu beseitigen bleiben, so möchten wir der christlichen Bevölkerung, besonders den einflußreichsten Kreisen derselben, die Erwartung aussprechen, daß die in's Ungemessene wachsende Vergnügungssucht und Festwuth als die trübe Quelle zahlloser Strafthaten, als die Ursachen wirthschaftlichen Niederganges breiter Bevölkerungsschichten mit allem Nachdruck bekämpft werde. Auch nach dieser Richtung soll die christliche Bevölkerung hinter den Juden mindestens nicht zurückstehen."

Eine Statistik des Antheils der Juden an der deutschen Landwirthschaft wird von dem deutsch-israelitischen Gemeindebund veranstaltet werden. Bei den diesbezüglichen Erhebungen sollen nur diejenigen Berücksichtigung finden, welche sich ausschließlich der Landwirthschaft gewidmet haben und seit längerer Zeit als praktische Landwirthe thätig sind.

In Weinheim (Baden) fand am 8. August eine antisemitische Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Zimmermann sprach. Ihm trat von nationalliberaler Seite Oberinspector Wolfhard aus Mannheim entgegen und führte etwa Folgendes aus:

Es sei ein äußerst gefährliches Unterfangen von Seiten einer staatserhaltenden oder gar angeblich „staatsrettenden" Partei in der gegenwärtigen Zeit, wo der Geist der Zersetzung, der Zwietracht und der Unzufriedenheit immer weiter um sich greife und unsere ganze Kulturentwickelung ernstlich bedrohe, die Leidenschaft und die Begehrlichkeit noch mehr aufrütteln und noch mehr Unzufriedenheit in die Volksmassen hineinzutragen. Die auf nationalem Boden, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehenden Parteien sollten sich angesichts der drohenden Umsturzgefahren nicht anfeinden und zerfleischen, sondern auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete sich gegenseitig zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen, denn wo ein Wille, ist auch ein Weg.

Herr Wolfhard schilderte dann in ausführlicher Weise die Lage des Mittelstandes, dabei hervorhebend, daß es gerade die mittleren und kleineren selbständigen Existenzen seien, die unter dem Druck und der Ungunst der Zeitverhältnisse am meisten zu leiden hätten. Die nationalliberale Partei müsse den Vorwurf, als habe sie die Industrie und das Großkapital mehr begünstigt und den Mittelstand vernachlässigt, mit aller Entschiedenheit als durchaus ungerechtfertigt zurückweisen. Nicht mit leeren, unerfüllbaren Versprechungen, sondern im Rahmen des Möglichen und Durchfürbaren sei sie vor, bei und nach Wiedererrichtung des Reiches und in unserem engeren Heimathlande Baden seit mehr als 35 Jahren so wie für die übrigen Berufstände auch für den Mittelstand in volksfreundlichem und freiheitlichem Sinne eingetreten. Die nationalliberale Partei werde auch künftighin den den Mittelstand berührenden Fragen ganz besondere Beachtung schenken, denn er setze sich zusammen aus Elementen, die den Kern unseres Bürgerthums, die feste Stütze unserer Gesellschaftsordnung, von Thron und Altar bilden. Der Mittelstand sei das Mark an unserm Volkskörper, die belebende Kraft, die das Ganze gesund und frisch erhalte. Aber von Gesetzparagraphen allein könne und dürfe man nicht Alles erwarten, ebensowenig von der Rückkehr zu mittelalterlichen Zuständen und Einrichtungen. Im wirthschaftlichen Leben einer großen Nation müssen Handel, Gewerbe, Landwirthschaft und Industrie sich gegenseitig ergänzen und unterstützen, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden soll. Von diesen Erwägungen ausgehend, habe die antisemitische Partei am allerwenigsten das Recht zu behaupten, sie sei die Partei der Zukunft. Aehnlich wie für die sozialdemokratische Partei nur die arbeitende Klasse der Bevölkerung, so scheint jetzt für die antisemitische Partei nur noch der Mittelstand existenzberechtigt. Das sei eine Interessenpolitik der schlimmsten und bedenklichsten Art und deßhalb sei auch in den Reihen der nationalliberalen Partei für die antisemitische Bewegung kein Platz. Wir treten ein für alle Berufsstände zum Wohl der Allgemeinheit. Das sei unser nationalliberales, sozialpolitisches und wirthschaftliches Programm, welches jedenfalls noch bestehen werde, wenn von der deutschsozialen Reformpartei nichts mehr übrig sei, als eine vielleicht recht unangenehme Erinnerung.

Was die nationalliberale Partei aber thatsächlich materiell und formell von der antisemitischen trenne, trennen müsse und für alle Zeiten trennen werde, das sei die sog. Judenfrage, die für uns und jeden rechtlich denkenden Menschen, nachdem den Juden überall im ganzen deutschen Reiche die gleichen Rechte wie den übrigen Staatsbürgern verfassungsmäßig eingeräumt und gewährleistet seien, gar nicht existire, bei den Antisemiten aber selbstverständlich den Hauptanziehungspunkt in ihrem Parteiprogramm bilde und im Vordergrund ihrer agitatorischen und parteipolitischen Thätigkeit stehe.

Die nationalliberale Partei bekämpfe jede Schlechtigkeit, wann und wo sie sie finde, energisch; ob Jude oder Christ, sei ganz einerlei. Es sei weder deutsch noch christlich, mit der Faust im Sack hinterm Ofen, vor oder am Biertisch, öffentlich auf die bösen Juden loszuschimpfen und sich dann andern Tages wieder ihrer Hilfe zu bedienen, wie dies überall tagtäglich vorkomme. Wenn wir einmal bei uns selbst Einkehr halten und uns auf Herz und Nieren prüfen, ob und wie weit uns an der Misère unserer Zeit selbst die Schuld trifft, dann wird es sich bald zeigen, daß noch ein viel zu guter Kern in unserm deutschen Volke steckt, als daß wir unsere eigene Schuld und Nachlässigkeit auf Andere abwälzen. Wir brauchen keine Ausnahmegesetze, kein Fremdengesetz gegen unsere jüdischen Mitbürger. Unser Reichsstrafgesetzbuch reicht vollständig aus, jeder Ausbeutung, jeder betrügerischen, arglistigen Vermögensschädigung, jeder strafbaren Handlung wirksam zu begegnen. Wer eine unrechte That begehe, die Sühne verdient, den überantworte man einfach dem Strafrichter. Heutzutage heiße es, die Augen auf und den Kopf hoch und Jeder in treuer redlicher Arbeit an seinem Platze. Sei es denn schon ganz vergessen, wie auch unsere jüdischen Soldaten im Jahre 1870/71 heldenmüthig gekämpft und für das Vaterland geblutet haben, wie verhältnißmäßig sehr viele von ihnen sich durch besondere Tapferkeit hervorgethan und ausgezeichnet haben. Wer Wind säet, wird Sturm ernten. Die antisemitische Bewegung in allen ihren Consequenzen sei zweifellos eine der betrübendsten Erscheinungen unserer Zeit. Vor dem Richterstuhle der Vernunft, der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der wahren Humanität könne sie nie und nimmermehr bestehen.

Herr Wolfhard ermahnte dann noch zum Schlusse, den bürgerlichen, den religiösen und den confessionellen Frieden hochzuhalten, seien wir doch Söhne und Brüder eines und desselben Vaterlandes.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und die Conservativen. Die „Conserv. Corresp." setzt sich wieder einmal mit Herrn Stöcker auseinander. Der Letztere hat in seiner „Dtsch.-Evang. Kirchenztg." unter dem Titel: „Ein Stück Zeitgeschichte" eine Artikelreihe veröffentlicht, in der er u. a. seinen „Scheiterhaufenbrief" nochmals zu rechtfertigen sucht und gegen seine früheren conservativen Parteigenossen, wie wenigstens deren Parteiorgan meint, „ungerechtfertigte Angriffe und Unterstellungen" richtet. Die lange Entgegnung schließt mit folgenden Sätzen: „Hätte Herr Hofprediger Stöcker rechtzeitig gegen die Naumann'sche Richtung Stellung genommen und sich, dem Wunsche des Elfer-Ausschusses gemäß, von der Zeitung „Das Volk" losgesagt, so würden für ihn die Dinge heute günstiger liegen. Die conservative Partei hat aber den Verlauf derselben bis jetzt in keiner Weise zu beklagen." Herr Adolf Stöcker hat sich eben zwischen zwei Stühle gesetzt und sich dadurch in eine Lage gebracht, aus der er sich mit all' seiner Gewandtheit nicht wieder zu erheben vermag.

Herr Oberwinder, der ehemalige Chefredacteur des „Volk", den Herr Stöcker zum Generalsecretär der christlich sozialen Partei machen wollte, wird den Posten nicht annehmen, sondern seine bisherigen Aemter in der Partei Stöckers niederlegen. — Stöcker ist, wie eine Briefkastennotiz des „Volk" besagt, nicht Besitzer des „Volk". Ueber die Eigenthumsverhältnisse des Blattes ist noch immer keine

Aufklärung gegeben. Wer hat denn den Redacteuren Oberwinder und v. Gerlach den Stuhl vor die Thür gesetzt? —

Ein Beleidigungsprozeß, den Pfarrer **Witte** gegen **Stöcker** angestrengt hat, wird voraussichtlich einen weiteren nicht unwichtigen Beitrag zur Bildung eines zutreffenden Urtheils über die Person Stöckers liefern. Als Zeuge soll, der „Voss. Ztg." zufolge, nicht nur der jetzt entlassene Redacteur des „Volk" Oberwinder vernommen werden, sondern außer einer Reihe hochgestellter Geistlicher auch der bekannte Schneider Grüneberg, der bei der Gründung der „christlich-sozialen Arbeiterpartei" von Stöcker als Vertrauensmann und Leiter von Versammlungen benutzt wurde, und endlich der frühere Redacteur, jetzige Strafgefangene Frhr. v. Hammerstein. Die Sache, um die es sich handelt, reicht bis in das Jahr 1878 zurück. Damals standen die Reichstagswahlen vor der Thür. Witte interessirte sich unter Ablegung seiner eigenen Candidatur für die Candidatur des Fabrikbesitzers Karl Hoppe im sechsten Berliner Reichstagswahlkreise. Stöcker, der selbst in den Reichstag gelangen wollte, beauftragte den Schneider Grüneberg, den er — Stöcker — „ja damals", wie er selbst schrieb, „für einen zuverlässigen Menschen hielt", den Pfarrer Witte von St. Golgatha in öffentlicher Versammlung anzugreifen. Witte hatte sich nämlich an einer Befürwortung betheiligt, in der um die Ernennung des Commerzieuraths Cäsar Wollheim zum Geheimen Commerzienrath gebeten wurde. Allerdings hatte Stöcker es abgelehnt, seine Unterschrift zu der Eingabe zu geben, aber nur, wie er sagte, weil er dergleichen lieber persönlich abmache. Hatte Stöcker doch sogar von dem Commerzienrath Wollheim für den von ihm geleiteten Oberlinvereln ein Pianino angenommen und sich bestens dafür bedankt. Grüneberg hatte, worin das Gericht ihm Glauben geschenkt, dagegen öffentlich im Auftrage von Stöcker sagen sollen, Pfarrer Witte bevorzuge „jüdische Leute" und verschaffe ihnen für Geschenke an Vereine und für Geld Titel. Der Gerichtshof erachtete es für erwiesen, daß Hofprediger Stöcker diesen Angriff gegen seinen Amtsbruder Pfarrer Witte „aus dem Gefühle der Rachsucht oder sagen wir lieber der „Revanche" und aus verletztem Ehrgeiz" veranlaßt habe. Als Grüneberg den Stöcker'schen Auftrag nicht ausführen konnte, weil die betreffende Versammlung polizeilich geschlossen wurde, sollte Stöcker den Auftrag an Grüneberg sogar schriftlich wiederholt haben mit folgenden Worten, die in einem Briefe Stöckers an Grüneberg enthalten wären: „Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich schon von Küster gehört, der heute Morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der nächsten öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titeln gelangen." Stöcker erklärte erst etwa sieben Jahr später diesen Brief plötzlich für eine Fälschung und leugnete es, ihn geschrieben zu haben. Witte will aus inneren und äußeren Gründen auch vor Gericht beweisen, daß Stöcker trotz seines Ableugnens den Brief in der That geschrieben hat. Stöcker aber ist sogar zu der Beschutdigung übergegangen, Witte hätte eine ihm von Grüneberg dargebotene Abschrift des Briefes als gefälscht erkannt, trotzdem aber gegen ihn ausgebeutet, und hätte diesem gefälschten Brief, um die öffentliche Meinung irre zu führen, erst durch nachträgliche Correcturen den Schein eines ächten gegeben. Ein schwerer Vorwurf kann in der That von einem Geistlichen einem Amtsbruder kaum ins Gesicht geschleudert werden. Man darf daher der Verhandlung des Prozesses, die voraussichtlich schon im Monat September stattfinden wird, mit einiger Spannung entgegen sehen.

Zum Redactionswechsel im „Volk" hatte die „Antis. Corresp." des Herrn Liebermann v. Sonnenberg geschrieben: „Der Wechsel in der Schriftleitung der Zeitung „Volk", den wir seiner Zeit zuerst in der Presse als bevorstehend ankündigen konnten, ist erfolgt. Herr Dietrich v. Oertzen hat mit einer uns sehr angenehm berührenden Kundgebung sein neues Amt angetreten. . . . Wir können von dem Organe einer anderen, wenn auch verwandten Partei, natürlich nicht verlangen, daß es mit uns vollkommen eines Sinnes sein soll. Darum befriedigt uns diese Erklärung vollkommen, und wir hoffen, daß sich die gegenseitigen Beziehungen freundnachbarlich gestalten werden."

Dazu bemerkt das „Volk": „Dieser Wunsch beruht durchaus auf Gegenseitigkeit".

Die übrige antisemitische Presse hat, soweit wir sehen, keine große Neigung, Herrn Stöcker in seiner Bedrängniß beizuspringen.

Die Centrumspartei und die Antisemiten in Bayern sind aus Anlaß der Lueger-Versammlung in eine heftige Preßfehde gerathen. Die Centrumsorgane reclamiren den Dr. Lueger für ihre Partei und bedauern, daß er dem Ruf der Münchener Antisemiten gefolgt ist. Von den letzteren heißt es in einem von einer ganzen Reihe von clericalen Blättern abgedruckten Artikel: „Diese aus ein paar Dutzend Personen bestehende Gesellschaft, in deren Begleitung Lueger vor dem Münchener Publikum erschien, wird von niemand ernst genommen, sie besteht aus jungen Leuten, die meist dem Christenthum den Rücken kehren, aus verfallenen wirthschaftlichen Existenzen, die als Gesammtheit ohne jede geistige oder praktische Bedeutung ist. Einer von ihnen war nach Wien gereist, um Dr. Lueger hierher zu bitten, der, ohne nähere Kenntniß der Verhältnisse, zusagte. Der Zweck des antisemitischen Cirkels war, auf Luegers Schultern aus der Versenkung empor zu steigen. Man hat es auch früher mit Ahlwardt versucht, der ebenfalls ein volles Haus gemacht hatte, ohne daß der Münchener antisemitische Cirkel auch nur um eine Linie vorwärts gerückt wäre." — Weiter wird dann gesagt: „Dr. Luegers Politik ist die des katholischen Volkes in Oesterreich wie bei uns in Deutschen Reiche", „sein sozial-politisches Programm entspricht dem des Centrums in Allem und Jedem."

Andererseits schreibt das antisemitische „Deutsche Volksblatt" in München: „Man hatte von Seiten des Centrums alles aufgeboten, die Herren Dr. Lueger und Schneider von einem Besuche bei den Münchener Antisemiten abzuhalten und gebeten, Dr. Lueger möge in kath. Arbeitervereinen sprechen. Herr Dr. Lueger hat es aber ausdrücklich abgelehnt, der verkrachten Centrumspartei auf dem Umwege über die kath. Arbeitervereine zu Hilfe zu kommen. Er will mit dieser Gesellschaft so wenig wie wir noch irgend etwas zu thun haben. Die Herren vom Centrum möchten mit dem Antisemitismus selbst gerne krebsen gehen, man kennt aber die Wackeren und lacht sie aus."

„Das bayerische Kriegsministerium antisemitisch!" jubelten dieser Tage die Antisemitenblätter. In dem Münchener antisemitischen „Deutschen Volksblatt" vom 16. August war nämlich zu lesen:

„Respect! Das Kgl. Bayer. Kriegsministerium hat einen Erlaß hinausgegeben, in welchem Instructionen für die Herren Compagnie- bezw. Batterie- und Eskadronchefs ertheilt werden, über die Belehrung, welche den zur Reserve übertretenden Unteroffizieren und Mannschaften bei ihrer Entlassung zu ertheilen ist. Neben Bestimmungen über das Verhalten, Montirung &c. der Mannschaften wird den Herren Hauptleuten bezw. Rittmeistern empfohlen, die zu beurlaubenden Mannschaften auch darüber aufzuklären, daß sie bei Beschaffung ihrer Civilkleidung Anzüge, Stiefel &c. bei deutschen und christlichen Geschäftsleute berücksichtigen sollen, wodurch sie auch in den meisten Fällen die Garantie für solide, preiswürdige Waare erhalten. Ganz speziell aber sei vor den jüdischen Kleider- und Stiefelbazaren und ähnlichen Schlenbergeschäften zu warnen."

Lügen haben kurze Beine. Die Münchener „Allg. Ztg." erklärt die Nachricht nach an zuständiger Stelle eingezogenen Informationen für vollständig erfunden. Im bayerischen Kriegsministerium sei von einem derartigen Erlaß nichts bekannt.

Die Antisemiten im Großherzogthum Hessen rüsten nicht blos für die Reichstagsnachwahlen in Gießen und Mainz, sondern auch für die im Oktober stattfindenden Neuwahlen zum hessischen Landtag. In dem bezüglichen Aufruf der Hauptgeschäftsstelle der deutsch-sozialen Reformpartei heißt es: „. . . Seither hatten dort die völlig im Dienste des internationalen Judenthums stehenden Nationalliberalen die unbestrittene Mehrheit, der Vizepräsident der Kammer war der nationalliberale Jude Wolfskehl. Es ist das Ziel unserer Parteigenossen in Hessen, denen es schon bei den letzten Wahlen gelungen ist, drei Abgeordnete durchzubringen, diese judenliberale Mehrheit zu zertrümmern. In acht Wahlkreisen wird unsere Partei selbständig vorgehen. Die Aussichten sind allenthalben günstig, aber es gilt jetzt mit allen Kräften in den Wahlkampf einzutreten. Es gilt, zu zeigen, daß die in letzter Zeit von unseren Feinden so oft aufgestellten Behauptungen von dem Rückgange unserer Partei Märchen sind, um die Kleinmüthigen zu schrecken. Es gilt, durch die That zu beweisen, daß es in unserer Bewegung keinen Rückschritt und keinen Stillstand, sondern nur ein Fortschreiten giebt. In Hessen gilt es jetzt, die Kraftprobe zu machen, und sie wird bestanden werden, wenn uns die Parteigenossen überall opferfreudig unterstützen. Die Hauptsache ist Unterstützung mit Geldmitteln! u. s. w."

Wenn die Liberalen einig sind, dann wird die Kraftprobe nicht zu Gunsten der Antisemiten ausfallen.

Die Christlich-Sozialen Stöcker'scher Färbung werden, wie das „Volk" mittheilt, für die antisemitischen Candidaten stimmen.

Innsbruck, 14. August. Dr. Lueger und Schneider sprachen auf ihrer Agitationsreise durch Vorarlberg auch in Goetzis. Der dortige Pfarrer Rudigier, ein Verwandter des verstorbenen Linzer Bischofs dieses Namens, legte ihnen den Dank der ganzen Gemeinde, der Umgebung und sogar der Schweiz, woher einige Zuhörer gekommen waren, zu Füßen. Dies sind des Pfarrers eigene Worte.

Aus Oesterreich.

Wien, 13. August. Der liberale Abg. Fournier hatte in einer vor seinen Wählern in Tetschen gehaltenen Rede auch folgenden Satz vorgebracht:

Das Eintreten für das Grundgesetz des Staates würde uns wesentlich erleichtert werden, wenn die vielen wahlgesinnten und ehrenwerthen Angehörigen des Judenthums unter ihren Valksgenossen dahin wirken wallten, daß die Steine des Anstaßes beseitigt würden, die zumeist auf wirthschaftlichem Gebiete liegen und die in dem durch die Verhältnisse van Jahrhunderten graßgezogener, rücksichtslaser Erwerbstrieb, der aft die Grenzen geschäftsmännischer Sittlichkeit überschreitet, immer aufs neue anhäuft.

Gegen diese Aeußerung protestirt der Ausschuß des Centralvereins zur Pflege jüdischer Angelegenheiten in Prag in einem öffentlichen Schreiben, worin es heißt:

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß in allen Bevölkerungsschichten, sie mögen der einen ader der andern Canfession angehören, Elemente bestehen, welche in ihren Berufszweigen sich nicht von den lautersten Mativen leiten lassen. Salche Elemente finden sich aber bei Deutschen und Czechen, bei Juden und Christen ahne Unterschied, und keiner unserer unparteiischen und vorurtheilsfreien Mitbürger wird sich deshalb zur tendenziösen Behauptung herbeilassen, daß in der einen aber der anderen Bevälkerungsklasse der unmaralische Erwerb eine Eigenthümlichkeit derselben bilde, ein verwerfliches Schlagwart, mit dem die Antisemiten die weiten Valksschichten für ihre Agitation dienstbar machen und bekanntlich für ihre Parteizwecke zu gewinnen und beherrschen suchen. Was aber Ihre Bemerkung anbelangt, daß die wahlgesinnten und ehrenhaften Angehärigen des Judenthums auf die Hebung des maralischen Zustandes ihrer Glaubensgenassen bedacht sein sallen, so ist es abermals nur Unkenntniß der Verhältnisse, wenn Sie, geehrter Herr Professar, diese Ansicht aufstellen. In letzterer Hinsicht ist es geradezu unerklärlich, welche Einflußnahme nach Ihrer Ansicht nach möglich wäre. Wissenschaft und Praxis kennen zur Hebung der Maral der niederen Valksklassen zwei Mittel: Linderung der materiellen Nath und Unterricht. Daß in diesen zwei Richtungen von jüdischer Seite weniger geleistet werde als van christlicher, hat der verbissenste Antisemit bisher nicht behauptet, und eine andere Einflußnahme der wohlgesinnten und ehrenhaften Juden auf ihre Glaubensgenossen ist in größerem Maßstabe nicht durchführbar. Ein wahrhaft liberaler Mann kann alsa die wahlgesinnten und ehrenhaften Angehörigen des Judenthums, welche durch Wahlthätigkeit, Förderung des Unterrichtes, Unterstützung des Handwerkes u. dgl. m. nach besten Kräften für ihre Glaubensgenassen wirken, nicht für das Entstehen und Weiterverbreiten des Antisemitismus verantwortlich machen und kann auch sein Verhalten gegenüber dieser Schande unseres Jahrhunderts nicht davan abhängig machen, daß die wahlgesinnten und ehrenhaften Juden eine maralische Garantie übernehmen, var welcher der wohlgesinnteste und ehrenhafteste Christ wegen Unmöglichkeit der Erfüllung zurückschrecken müßte.

Auf diese Kundgebung antwortet der Abg. Fournier in einer Zuschrift an die Wiener „N. Fr. Pr.":

„. . . Kein Wort meiner Rede läßt die Deutung zu, daß ich „die vielen wohlgesinnten und ehrenhaften Angehörigen des Judenthums für das Entstehen und Weiterverbreiten des Antisemitismus verantwortlich mache", und ich muß diese unrichtige Annahme ablehnen.

Dagegen habe ich allerdings die Meinung geäußert, sie könnten in einer bestimmten Richtung bei der Bekämpfung des Antisemitismus mitthätig sein. Und dieser Gedanke ist weder neu noch unerhört. Der Prager Universitäts-Professor Dr. Zucker, dem der geehrte Ausschuß gewiß nicht „Unkenntniß der Verhältnisse" zum Vorwurf machen wird, hat ihn im Reichsrathe ausführlich erörtert und scharf pointirt; in deutsch-böhmischen Zeitungen ist er vor Kurzem wieder zur Sprache gekommen, und ein angesehenes Blatt fortschrittlicher Richtung, dessen Redacteur ein Jude ist, hat ihn in demselben Sinne wie ich dargelegt. Nachdem ich meine Rede beendigt hatte, haben mir voraus jüdische Wähler, Männer in hervorragender Stellung und Wirksamkeit, insbesondere für die vom geehrten Ausschuß angefochtene Stelle gedankt, und ein angesehener Rechtsanwalt jüdischen Bekenntnisses war es, der in Bodenbach eine zustimmende und mich ehrende Resolution beantragte. . . ."

Lemberg, 18. August. Ueber den bekannten christlichsozialen Pater Stojalowski, der auch antisemitische Agitation treibt, hat der Papst die höchste kirchliche Strafe, den großen Bann, verhängt.

Vermischtes.

Wie gehetzt wird. An der Spitze der Nr. vom 19. August bringt der „Deutsche Generalanz." des Hrn. Sedlatzek ein Bild mit der Ueberschrift „Die Schächtung des seeligen Andreas." Darunter steht: „Altarbild in der Kirche zu Judenstein bei Innsbruck. Die Geschichte des seeligen Andreas wird auch heute noch aufgeführt im Bauerntheater zu Wattens bei Innsbruck." — Bekanntlich hat der erste Gewährsmann dieses „Ritualmordes", der 1654 verstorbene Arzt Hippolyt Guarinoni in Hall erst 1619, also 157 Jahre nach der Verübung (!) die Geschichte von alten Leuten gehört. L. Steub sagt in seinen „Altbayerischen Culturbildern" (Leipzig 1869) ganz kurz: „Ins Jahr 1462 wird der Martertod des kleinen Andreas von Rinn, des Heiligen von Judenstein bei Hall, verlegt, eine Erfindung, deren Ruhm nach jetziger Meinung dem Haller Damenarzte Hippolyt Guarinoni, einem 1654 verstorbenen Italiener gebührt". — Wir haben schon früher die Frage aufgeworfen, ob es Recht sei, eine so aufreizende Darstellung dem naiven Tiroler Publikum zu bieten. Daß ein antisemitischer Redacteur sein Lesern solchen hetzerischen Humbug bieten darf, darüber braucht man sich nicht zu wundern.

Daß Eheschließungen durch Vermittelung von Zeitungsannoncen oder Agenten nicht blos bei Juden vorkommen, wie die Antisemiten behaupten, ergiebt auch die von der antisemitischen „Deutschen Wacht" veröffentlichte Sammlung von Gesuchen aus einer Berliner „Heiraths-Zeitung." Wir lesen da:

Cand. med., 26 Jahre alt, welcher sein Examen var sich hat, sucht sich zu verheirathen mit einer Dame, welche ihm über sein Examen hilft. — Derselbe Cand med., 26 Jahre alt, sucht Bekanntschaft einer Dame zwecks Heirath, welche 40—50 000 Mk. Vermögen besitzt. — Predigtamtscandidat, 26 Jahre alt, Kaufmannssohn, habe beide vorgeschriebenen Examina bestanden, warte nur nach auf die Einberufung ins Amt, sehr geachtet, bekleidet momentan die Stelle eines Erziehers bei einem General, sucht sich zu verheirathen. Bedingung: hübsches Aussehen und 40—50 000 Mk. beansprucht. — Cand. med, 24 Jahre alt, kath., 1,65 m groß, spricht englisch und französisch, musikalisch, Sahn eines Prafessars, der sich nach der Verheirathung und Vollendung des Studiums im Auslande niederlassen will, sucht die Bekanntschaft einer Dame van 18 bis 24 Jahren, die geneigt ist, bereits vor der Verheirathung 2000 Mk. zur Vollendung des Studiums zu zahlen, später 15—20 000 Mk Vermögen zwecks späterer Heirath. — Rechtscandidat, der sich in nächster Zeit in Amerika als Advokat niederlassen will, 22 Jahre alt, evang. 1,87 m groß, sucht Lebensgefährtin bis zu 22 Jahren, gebildet, mit 10 000 Mmk Vermögen. — Rabbiner, Dr phil., 30 Jahre alt, mas., berühmter Kanzelredner, literarisch thätig, hübsche Erscheinung, sucht hübsche Lebensgefährtin, Wittwe ohne Anhang nicht ausgeschlassen, im Alter van 20—30 Jahren mit 100 000 Mk Vermögen. — Amtssecretär, 35 Jahre alt, evang., sucht sich passend zu verheirathen. Damen im Alter bis 27 Jahren, evang., mit 20 000 Mk. Vermögen, wallen ihre Offerten, u. s. w. — Schriftsteller und Zeitungsverleger, 28 Jahr alt, evang., sucht Bekanntschaft einer evang. Dame mit 50—80 000 Mk. Vermögen zwecks Heirath. — Malermeister, akademisch gebildet, der seit 6 Jahren ein großes Kunst- Decorationsmalergeschäft betreibt, 20 000 Mk. Vermögen, 30 Jahre alt, kräftig, 1,78 m graß, bland, sucht etwas hübsche, gebildete Dame, auch Jüdin, mit 30 000 Mk. Vermögen zu heirathen. — Adelige Dame, 50 Jahre, aber rüstig und frisch, evang., mit 400 000 Mk. Vermögen, sucht sich passend zu verheirathen zc. zc.

Gegen Dr. Friedrich Lange richtete sich, wie uns nachträglich mitgetheilt wird, eine in den „Kieler N. Nachr." vom 2. Juli veröffentlichte geharnischte Erklärung des Professors Lehmann-Hohenberg. Es heißt darin:

„. . . . Herr Dr. Friedrich Lange aber betrügt das deutsche Volk mit seiner „Deutschen Zeitung" und erweist sich weder „verständig noch gutgesinnt." Das soll bewiesen werden.

Als ich auf der Pfingstversammlung des deutschen Lehrertages in Hamburg, unter allgemeiner Zustimmung der versammelten Lehrer Deutschlands, die doch wohl nicht als verjudet bezeichnet werden können, über Volkserziehung als Staatskunst der Zukunft sprach und an die große nationale Aufgabe des deutschen Volkes, die geistige und sittliche Führerschaft zu übernehmen, erinnerte, da verleumdete Herr Dr. Friedrich Lange mein Thun bei dem deutschen Volke, indem er in seiner Zeitung (Nr. vom 30. Mai) eine „Warnung an die Lehrerschaft" ergehen ließ, in der er so gut wie alles fälschte. In einem Augenblick, wo ich nach längeren Auseinandersetzungen mit meinem Freunde Herrn von Egidy über die einzuschlagenden Wege mich von diesem trennte, um meine eigene Kraft mehr zur Geltung zu bringen, da versuchte Herr Dr. Friedrich Lange die Eigenheiten meines Freundes, für die er kein Verständniß hatte, mir anzurechnen. Ohne zu wissen, was ich gesprochen, genügt ihm das Wort „Versöhnung", um meine Bestrebungen als undeutsch zu erklären, und er schreckte nicht davor zurück, mich in würdelaser Weise bei der Regierung zu denunziren. Er meinte ferner, daß, wenn ein Jude sich mit meinen Bestrebungen einverstanden erklären könne, daß dann mein Thun hinlänglich gerichtet sei. Ohne seinen Lesern irgendwie durch Auszüge aus meiner Rede, die gedruckt vorliegt und überall zu haben ist, die Möglichkeit des eigenen Urtheils zu gewähren, verdächtigte er mein Thun bei ihnen. Das ist aber gewiß nicht „deutsche" Art, ist auch nicht anständig und zeugt auch nicht von guter Gesinnung. Somit betrügt Herr Dr. Friedrich Lange das deutsche Volk in seiner „deutschen" Zeitung und leistet ihm keine guten Dienste. „Antisemitisch" ist noch nicht „deutsch"; Haß macht blind und lenkt von dem nothwendigem Thun ab".

Herford, 5. August. Der Musketier Albert Isacson von hier, der zur Zeit bei der 7. Compagnie Infanterie-Regiment Nr. 132 in Straßburg seiner Militärpflicht genügt, hat sich wiederholt durch Muth und Entschlossenheit bei der Lebensrettung Ertrinkender ausgezeichnet. Uns liegt herüber — schreibt die Herforder Zeitung — folgender Bericht vor: „Ein Mann des Regiments war zum ersten Male an der Leine, um schwimmen zu lernen. Nachdem er den Sprung in das vier Meter tiefe Wasser gemacht, entglitt dem Schwimmlehrer die Leine. Vergeblich stürzte dieser jenem nach, um die Leine zu erhaschen. Der Versuch mißglückte. Isacson sprang sofort dem Ertrinkenden nach und holte ihn aus der Tiefe. Der Mann hatte bereits das Bewußtsein verloren, wurde aber durch die angewandten Mittel wieder ins Leben zurückgerufen. — Bald darauf versagte einem anderen Manne, der die Prüfung als „Freischwimmer" ablegen sollte, die Kraft. Er sank in die Tiefe. Isacson sprang ihm entschlossen nach und rettete auch diesen Mann. Der die Aufsicht führende Offizier meldete diese muthvollen Rettungsthaten dem Obersten, der sodann den folgenden Regimentsbefehl erließ: „Dem Musketier Isacson der 7. Compagnie spreche ich für sein schnell entschlossenes, geschicktes Handeln bei Rettung von in Gefahr gerathenen Schwimmern meine Anerkennung aus. Dieser Befehl ist allen Mannschaften des Regiments beim Appell bekannt zu machen. gez. von Manstein, Oberst und Regimentscommandeur." Am andern Morgen rief die Hauptmann den Musketier Isacson vor die Compagnie, und nachdem er „stillgestanden!" commandirt hatte, sagte er: „Nachdem der Oberst dem Isacson seine Anerkennung ausgesprochen hat, schlage ich zur Belohnung ihn dem Herrn Oberst als Gefreiten vor." Schon nach wenigen Tagen war Isacson Gefreiter. — Dem braven Musketier sei auch hier, in seiner Heimath, Lob und Anerkennung für seine schönen und kühnen Thaten ausgesprochen."

Ueber den Wucher bei Christen im 16. Jahrhundert entnehmen wir Janssen's „Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters" (8 Band, herausgegeben und ergänzt von Ludwig Pastor) folgendes*):

(S. 22 ff.) „Unglück über Unglück in Kaufmannschaft und Geldumschlag hört man", predigte ein Dominicaner im Jahre 1581 „schier allenthalben klagen, wohin man kommt, und hat es unter Kaufleuten, Handwerkern, Rathsherren, vornehmen Geschlechtern, Grafen und Edelleuten täglich vor Augen, da man siehet, daß unzählig Viel, so in gutem Stand, Reichthum, Wohlhabenheit und großem Ansehen gewesen, verarmet und verdorben sind, Weib und Kind, Verwandte und andere ins Elend gebracht haben, und ihrer nicht wenige sich selbst das Leben nehmen. Woher aber kommt dieses viele Unglück und Verderbniß? In den mehrsten Fällen nirgend anders, denn daher, daß der unchristliche, gottlose Geldwucher schier alle Stände ergriffen hat und jedermann, der eben etwas zusetzen kann, daraus ausgeht und gerichtet ist, nicht mehr ehrliche und gestrenge Arbeit, sich und die Seinen zu ernähren und durch mäßige, allein sichere Erwerbniß voranzubringen, sondern alle Müßigkeit scheut und durch allerlei Geldhantierung. Einlagen bei Kaufleuten und Gesellschaften, hohe Zinsen und wucherische Contracte in ganz kurzer Zeit reich und überreich werden zu können vermeint. Sind nicht die Städte voll solcher Müßiggänger worden? Und die Zahl solcher vom Adel ist nicht weniger groß. Solange sie nun im Glück sind und hohe wucherische Zinsen annehmen, stolziren sie wie die Fürsten, gehen in überköstlichen Kleidern und Geschmuck einher, halten große Gastereien und Gelage, saufen und fressen, daß ein Aergerniß und eine Schande ist. Aber dann kommt das Unglück aus mancherlei Ursachen, die nicht alle aufzuzählen, in diesem ganzen betrüglichen Geldhandel- und Wucherwesen daher; die hastig reich werden wollten, verlieren Zinsen mitsammt dem Hauptgut, haben verschwendet, was sie noch sonst besessen und gerathen in all

*) Zwei kleine Beiträge brachten wir in Nr. 50, Jahrg. 1894.

den Jammer, aan dein ich gesagt habe. O dieses unselige, vermaledeite Geldmachen und reich werden wallen ahne Arbeit und Mühe, die Gatt der Herr jedweden Menschen gebaten hat, als er zu Adam gesprochen: „Im Schweiß deines Angesichts sallst du dein Brod aerdienen!“ Daß dieses Gebat durch all die wucherlichen Geldhändel und Prokti ken so insgemein in den Wind geschlagen wird, erachte ich für eines der größten Verbrechen und Laster dieser unserer jetzigen Zeit, woraus nothwendig durch gerechte Strafe Gattes Unglück über Unglück falgen muß.

Jahann Brackes, ältester Bürgermeister van Lübeck († 1585), schrieb darüber, seinen Kindern zur Mahnung und Warnung, nieder: „An diesen meinen Tagen und Zeiten ist solch eine unerhörte Beschwerniß gewesen und unchristliche Rente und Ueberſetzung in der Kaufmannschaft und im Geldausthun, als bei der Welt Zeiten nach nicht gewesen ist: und haben solche Wucher die aornehmsten Bürgermeister und Rathsherrn und Bürger getrieben und die aam Adel aus dem Lande Halstein mit ihren Geldgeschäften, sa daß aiele Bürger durch ihre Unachtsamkeit, Stolz und Hoffart, sich mit fremdem Gelde groß sehen zu lassen und graßen Handel zu führen, da sie Gattes aergessen, Gattes Zorn auf sich luden zu ihrem großem Schaden, da die Rente sie auffraß und sie mitfraßen und sich nicht aersahen, bis das Verderben ihnen auf dem Nacken lag. Da hatten sie sich unter einander, der Eine für den Andern, aerbürgt und versiegelt, daß sie alle dadurch aerdarben und arm wurden, und betrogen manchen ehrlichen Mann, der für sie aerbürgt und sich verschrieben hatte, so daß bezahlen mußte, wer konnte, wer nicht kannte, mitlaufen und weichen mußte, ja viele, die durch das Gutsprechen verdorben worden, junge Leute, aan großen Herzenssargen starben. Darum, meine Kinder und Erben, „sagt Brackes am Schluß, „habe ich dieses zu einem Spiegel und Exempel geschrieben, daß ihr Gatt fürchtet, euch zur Demuth und fleißigen Arbeit haltet und nicht nach ausgebreiteteren Geschäften ausguckt, ehe Gatt es auch geben will. Denn die mit Gewalt und hastig reich werden wallen, bekammen gewöhnlich Armuth und Bankeratt!

Schon Sebastian Frank hatte in seiner Chronik geschrieben: „Es ist leider dazu kammen, daß Arbeiten gleich ein Schand ist warden, sagar, daß man sie selten mehr zu Ehren braucht und ein jeder sein Kind aan Jugend auf darauf zeucht, daß es nicht hart arbeiten dürfe, daß es sich müßig nähre mit jedermanns Schaden.“ „Was für redlich Händel jetzt unter den Christen und christlichen Kaufleuten, Gesellschaften, Wucherern, Zinskäufern, Geldwechslern fürgehen, empfinden wir freilich allzumahl wahl; das ist eitel Zinskauf, Fürkauf, und das ganze Land mit unnützen Händeln, Gewerben und Hanthierungen zu Jedermanns Nachtheil erfüllt.“ Auch Zwingli klagte darüber, daß „Niemand mehr mit Arbeit sich nähren walle.“

. . . Luther, obgleich er sanst das canonische Recht heftig bekämpfte, stand in den valkswirthschaftlichen Anschauungen entschieden auf dessen Seite, wie namentlich aus seinem „Serman vam Wucher“ (1519) aus der Schrift „Von Kaufhandlung und Wucher“ (1524) und aus seiner „Vermahnung an die Pfarrherren, wider den Wucher zu predigen“ (1540), deutlich hervargeht. Auch Melanchthan, ungeachtet seiner sonstigen Varliebe für das römische Recht, und eine Reihe anderer angesehener lutherischer Thealagen, wie Brenz und Bugenhagen, hielten fest an den canonistischen Varschriften und eiferten nach dem Vargange Luthers nachdrücklich gegen die Zinsnehmer als Wucherer, Bedrücker und Aussauger des in Nath befindlichen arbeitenden Volkes, unbekümmert darum, daß sie sich dadurch den Haß „gewisser Classen van Menschen“ zuzogen. Als der lutherische Superintendent Philipp Cäsar im Jahre 1569 eine Schrift wider den Wucher veröffentlichte, war es aber selbst „unter den Verkündigern des göttlichen Wartes“ schon dahin gekammen, daß er bitter klagte: Die Prediger, welche den Wucher vertheidigen, „schmähen viel“ auf die gegentheilige Lehre, auf die Prediger, welche diese vartragen, und auf die Obrigkeiten, welche salchen Geistlichen ein Unterkammen gewähren. „Wir Prediger, die wir den Wucher aerwerfen, erregen wider uns den Haß der ganzen Welt Daran seid zum größten Teil ihr Amtsbrüder schuld, die ihr zu Verfechtern des Wuchers euch aufwerft oder selbst Wucher treibt.“ „Es ist zu bedauern, daß nicht allein gewähnliche Leute, sandern sogar Prafessaren der Thealogie, und zwar gelehrte und aarnehme, mit sa offenkundigen Lastern sich besudeln und in ihrer Verblendung sich nicht scheuen, zur Vertheidigung des abscheulichen Wuchers sich herzugeben, im Widerspruch mit den ausdrücklichen Zeugnissen der heiligen Schrift und dem einhelligen Bekenntniß des besseren Teils der Kirche aller Zeiten.“

. . . Der flacianische Thealage Joachim Magdeburgius, der nach Luthers Varschriften sich richtete, klagte aarzugsweise über den unter dem lutherischen Adel gebräuchlichen Wucher. „Es leihet dem Bauer,“ schrieb er, „sein eigen Junker ein Malter Karn, den Scheffel zu 18 aber 20 Groschen, wenn er auf dem Markt nur 10 bis 12 Graschen gilt. Da hat der arme Mann an dem Malter schan ein halb Malter aerloren, ehe er das Karn in Sack schüttet, und muß dann dem Junker auf's andere Jahr zur größten Unzeit, auf Martini, wenn alle Zinse, Schaß, Schatzung, Decimö und anderes erlegt wird und alles Getreidig am wohlfeilsten ist, auch zahlen, sein Getreidig mit graßem Schaden und Unrath über einen Haufen ausschlagen und den Scheffel wieder zu 10 oder 12 Graschen geben, da er doch bald darnach ein Scheffel zu 18 aber 20 Graschen geben könnte. Muß alsa abermals der gute Mann ein halb Malter daran verlieren, zu seiner gehabten graßen Mühe, und giebt alsa zwei Malter für eins, das ist aon 100 Gulden Hauptsumme im Jahr nicht mehr denn 100 Gulden Wucher.

Und salcher Wucher ist hier in Thüringen sa gemein, daß nicht wohl ein Handel gemeiner darin sein mag.“

Nicht allein Kaufleute, sandern auch Adeliche hätten bisher, beschwerte sich Kurfürst August aon Sachsen am 5. Naaember 1569, auf den Leipziger Messen „graße wucherische Cantrakte und Umschläge“ betrieben, aftmals aon denjenigen, welche Nath halber zu Geldaufnahmen gezwungen gewesen „aan 100 Gulden jährlich bis auf 15, 20, 30, 40 und noch mehr Gulden Zins ausgebracht.“

In den Dithmarschen war der Wucher schan im Jahre 1541 sa stark eingerissen, daß in einem halben Jahre auf einen halben Gulden Werth 13 Schillinge, van 20 Gulden 20 Gulden genommen wurden. Im Jahre 1585 erließ Herzag Adolf van Schleswig-Halstein einen Strafbefehl gegen die „gräuliche Wucherei und Schinderei“, welche „an allen Orten im Karnhaufen, Bergen und anderen Händeln“ ahne Scheu geübt werde. Die Wucherer nehmen, schrieb er, „in kurzer Zeit zwei, drei und mehr Pfennige auf einen, und sa werde die einfältige Armut insgemein aon Tag zu Tag schrecklich ausgesagen und mit Weib nnd Kindern zum kalten Wasser gebracht.“ Die Pfändungen nahmen derart zu, daß binnen kurzer Zeit manche Häuser vier-, fünf-, sogar neun- bis zehnmal ihren Besitzer wechselten.

Herzog Barnim van Pammern-Stettin sagte in einem Landtagsabschiede vam 10. Januar 1566: „Der Wucherhandel nimmt in unsern Landen übermäßig zu, sa daß ihrer viele nunmehr van 100 nicht allein 6, 8, 10 und wahl 12 fl. jährlich nehmen dürften, sondern sich auch etliche befleißigen, kleinere Summen durch Steigerung und Uebersetzung der Renten nud Interessen an sich zu bringen und dann das Geld bei graßen Summen aus dem Lande zu führen und nach größeren Wucher damit zu stiften.“ Es sei damit, klagte er im September desselben Jahres, so weit gekommen, daß man „in Zeit der Noth im ganzen Lande nicht wahl 2000—3000 Gulden um gebührliche Interesse aufzubringen“ vermöge. In einer pammerschen Bauernardnung vom Jahre 1616 heißt es: Van einem Gulden nehme

man jährlich wohl 4 Groschen Zins, von einem Scheffel Korn einen vierten Scheffel.

In andern Gebieten machte man ähnliche sogar noch schlimmere Erfahrungen.

„Die verdammten Leute", schrieb der Marburger Hofgerichtsprocurator Sauwer im Jahre 1593, „haben jetzo eine neue Weise zu wuchern, nehmen nicht Geld von Geld, sondern leihen Geld auf Getreide, Wiesen und Aecker, da einem aufs Hundert wohl 15 oder 20 Gulden des Jahres kommen. Und damit man den Schalk nicht merken soll, richten sie Nebenverschreibung auf, in welches angezeigt wird, daß die Verpfändung nicht höher sei und dem Creditor nicht mehr ertrage, denn den 5. Gulden von 100." Die Visitatoren des Kreises Schlüchtern, in der Grafschaft Hanau-Münzenberg berichteten im Jahre 1602: Das Wuchern sei so allgemein, daß von 20 Gulden ausgeliehenen Geldes ein Fuder Heu als Zins gefordert werde.

Johann Mathesius gab 14 verschiedene Arten des herrschenden Wuchers an, darunter

„wenn man 10 oder 20 Gulden im Jahre von 100 Gulden nimmt, oder eine Woche einen Groschen oder auf jüdisch 46 Groschen im Jahre von 100, ohne den Aufwucher, oder man leiht einem Handwerksmann 20 Gulden, dafür muß er dem Wucherer alles umsonst ins Haus arbeiten." Zacharias Poleus ließ in einer Tragödie die Bauern sich darüber beschweren, daß sie bei Anleihen außer 12 Prozent noch Geschenke entrichten müßten. Der Meißner Superintendent Gregor Strigenicius schrieb im Jahre 1598: man nehme von 100 Thalern oft 54 Thaler und 4 Groschen jährlichen Zins. „Die kaiserlichen Rechte lassen 5 von 100 zu, so dürfen solche Wucherer zehnmal so viel nehmen, und wollen dennoch daneben gute Christen sein." Der Prediger Bartholomäus Ringwalt wußte davon zu berichten, daß man um 80 Thaler wohl 250 Thaler zahlen müsse.

In einer Schrift, „den großen Geldwucherern, den Höllrachen, Höllhänden und Berwölfen zum Jahrmarkt geschenkt," rief der Verfasser aus:

„Einem sollte doch für einem Wucherer grauen; es wäre doch nicht ein Wunder, daß man einen auf der Gasse anspiee. Halten etnen die Recht für einen Mörder, Räuber, Dieb, Ehrlosen, Verdammten, Teufelsgenossen, sollte doch einer lieber mit einem Türken und Heiden zu schaffen haben, essen, trinken und umgehen, denn mit einem großen Wucherer; man sollte sie auch nicht bei anderen Christen begraben; es ist ihren Ehren nicht zu nahe, daß man sie auf dem Schindewasen begrabe.

Wie es in katholischen Gebieten mit der „wucherlichen Umgehung und Mißachtung der kirchlichen Gesetze und Gebote" aussah, zeigen viele Aeußerungen des Jesuiten Georg Scherer. „Die wucherlichen und unrechten Contracte" predigte er, „haben dermaßen überhand genommen, daß dem Wesen weder zu rathen noch zu helfen wäre." „Wir Prediger sind dem Wucher zu schwach, man läßt uns darwider schreien und schreiben so lange wir wollen. Die Zuhörer kehren sich nicht daran, sondern fahren einen Weg wie den andern mit ihrem Zinkes per Zänkes immer fort. Dieser Ungehorsam soll gleichwohl den christlichen Prediger nicht müde oder matt machen, wider diesen ungerechten Mommon seine Stimme ohne Unterlaß wie eine Posaune zu erheben, damit er sich nicht fremder Sünden mit Stillschweigen theilhaft macht. Es fruchte nun die Predigt wider den Wucher oder fruchte nicht, so hat dennoch der Prediger seinem obliegenden Amte ein Genüge gethan und seine Seele errettet." „Wie eine Sündfluth habe der Wucher „schier die ganze Welt überschwemmt und ausgetränket." Wir reißen und beißen, schinden und schaben, drücken und pressen aneinander, daß es ein ewiger Spott und Schande ist. Es fället einer den andern mit dem Wucher an, wie die Jagdhunde ein Wild anfallen, und sind die Juden gegen einander viel barmherziger und mitleidiger als wir Christen, die wir uns der Taufe und der wahren Erkenntniß des heiligen Evangeli rühmen." „Durch den verdammten Wucher bringen wir unsern Nächsten um Haus und Hof und um Alles, was er hat, wie dann die Wucherer darauf fein eingerichtet sein." „Ich weiß einen Wucherer, der nimmt wöchentlich von einem Gulden 5 Pfennig zu Wucher, das macht im Jahr von 100 nicht mehr als 105: Pfui der Schande! Mancher leiht einem 1000 Gulden, gibt aber nur 500 an baarem Geld, und dazu in einem solchen Geld, daran der Entlehner verlieren muß, die anderen 500 giebt er in verdorbenen Waaren, auf das Theuerste geschätzt, in verlegenem Tuch, in ungewissen Schuldbriefen, in zähem Wein, hinkenden Rossen und so weiter; aus diesem allem macht er die Hauptsumme völlig und schlägt noch darauf 8 oder 10 Procent. Ist das nicht ein unchristlicher und teuflischer Wucher?" Die gemeinen Diebe stehlen nicht allzeit, sondern mit Gelegenheit etwa bei nächtlicher Zeit oder sonst heimlich und verborgener Weis, schämen sich auch ihres Stehlens, gehen mit unterschlagenen Augen daher und dürfen Niemand fröhlich ansehen; aber die Wucherdiebe rauben und stehlen Tag und Nacht, weil der Wucher alle Stunde wächst und weniger feiert als eine Beutelmühle. So thun sie das öffentlich ohne alle Scheu und gehen großen Fürsten und Herren täglich vor der Nase um, sitzen in großen Aemtern und tragen goldene Ketten. Ja, diese großen Diebe lassen vielmals die kleinen hängen, gerade als wenn nur das gemeine Stehlen verboten wäre und nicht viel mehr das öffentliche Rauben und Wuchern." Durch strenge Reichsgesetze sei den Juden das Wuchern verboten worden, „aber die Christen thun es der Zeit mit Finanzen und Wuchern den Juden weit bevor und rennen oftmals mit dem Judenspieß viel stärker als die Juden selber, welche gelbe Ringe vor Jahren tragen mußten."

Briefkasten.

H. J. in Bitterfeld. Die Nr. 33 der „Mitth." soll Ihuen zugehen, sobald Sie uns Ihre genaue Adresse angeben, auf der Karte war Ihr Name nicht zu entziffern. Unsere Expeditian trifft übrigens keine Schuld. Als Postabonnent müssen Sie sich mit einer Beschwerde an das dortige Postamt wenden.

Dr. H. Zur Ergänzung unserer Angaben in der letzten Nr.: Auf dem Nürnberger Schachturnier gewann Lasker den ersten Preis. — An der Berliner Universität errangen in der medicinischen Facultät cand. med Fritz Graßmann aus Glogau, in der philosophischen Facultät cand. phil. Isaac Heinemann aus Frankfurt a. M. einen Preis. — Auch Hieronymus Lorm (Dr. Heinrich Landesmann), welcher soeben das fünfzigjährige Jubiläum seiner schriftstellerischen Thätigkeit gefeiert hat, ist Jude.

N. Nach dem Parlamentsalmanach ist der Landtagsabg. Mohr evangelischer Christ; ob er, wie die „Deutsche Tagesztg." behauptet, israelitischer A b s t a m m u n g ist, wissen wir nicht. Wenden Sie sich doch direct an Herrn Mohr, wenn Sie so neugierig sind.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mittheilungen" sind noch vorräthig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten und zwar gebunden 4,50 Mark, die Jahrgänge 1893, 1894 und 1895 je gebunden 4 Mark. Das vorgeheftete Inhaltsverzeichniß macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Gegen Einsendung des Betrages wird das Gewünschte umgehend franco zugesandt.

Expedition der Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hasselschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post.

Nr. 35. Berlin, den 29. August 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4556.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 6575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18.
Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn C. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Das Recht des freien und unfreien Arbeiters.

Eine der schärfsten Waffen aus dem Arsenal der Antisemiten ist die stets wiederkehrende Beschuldigung, daß jüdische Arbeitgeber in schmählichster Weise ihre Angestellten ausbeuten. Und in der That, gewisse Erscheinungen des modernen gewerblichen Lebens schienen ihnen vollauf Recht zu geben; man denke etwa an die im vorigen Jahre so heftig entbrannte Fehde in der Confectionsbranche. Indeß trifft hier schon der an sich berechtigte Tadel nicht lediglich die jüdischen Confectionäre, so ist es absolut unsinnig etwa dem jüdischen Recht, wie es der Thalmud entwickelt hat, die Schuld an diesen sozialen Gebrechen zuzuschreiben. Zwar ist von vielen treubewährten Kämpfern gegen den Antisemitismus die Thatsache constatirt worden, daß zumal in Deutschland fast allen Juden die Kenntniß thalmudischer Satzungen ganz und gar abgehe; allein die Philosophen des Antisemitismus haben, — wie uns scheint — mit glänzendem Geschick darauf hingewiesen, daß die positive Kenntniß des thalmudischen Rechtes wohl verloren gegangen sein könne, somit auch nicht die Handlungen der jüdischen Bevölkerung bestimme, daß aber die Volksseele, aus der diese Gesetze herausgewachsen, fortlebe und zum Schaden der Menschheit fortwirke. Daß — leider auch bei sonst trefflichen Männern — die Verderbtheit der jüdischen Rechtsgrundsätze und somit auch die Volksqualität, die sie geschaffen, als positiv erwiesen galt, hat seinen Grund einmal in der allgemeinen Unwissenheit in thalmudicis, dann aber in der Art, wie das jüdische thalmudische Recht bearbeitet wurde. Denn die Juristen, die darüber schrieben, verstanden den Thalmud nicht, und die Hebraisten verstanden nichts vom ius.

So ist in der That als eine hochwillkommene Publication *) das Werk eines jungen Gelehrten zu begrüßen, der mit dem Maßstabe der gründlichen juristischen Kenntnisse, die er an deutschen Universitäten erlangte, an die Bearbeitung eines Theiles des Rechts im Thalmud herantrat, der ihm in den Rabbinerschulen des Ostens geläufig wurde. An der Hand dieser vergleichenden rechtwissenschaftlichen Studien wollen wir uns auf diesem Gebiete etwas umsehen. Vielleicht gewährt uns dieser Ausflug auch einen Einblick in die jüdische Volksseele.

Nach einem kurzen einleitenden Kapitel über die Quellen des jüdischen Rechtes — Mischna und Gemarah, deren Entstehen und Anlage mit den Institutionen und Pandekten verglichen wird — behandelt der Verfasser die „Pflicht zur Arbeit“ bei den Juden. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die Anlage und die straffe Disposition des Werkes eine eingehende Bearbeitung dieses Punktes nicht gestattete. Allein das hier Gebotene genügt zur Charakterisirung vollauf. Während bei Griechen, Römern und Germanen die Arbeit als etwas unwürdiges galt, so daß selbst ein Plato und ein Aristoteles Arbeiter, Handwerker und Krämer als elende Banausen ansahen, galt bei den Juden der Satz: Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brod verdienen! Ja, die Thalmudisten, die selbst Handwerker waren, stellten als erstes Lebensprincip auf: „Ziehe auch das Fell eines Aases ab auf offener Straße und nimm den Lohn dafür, aber sage nicht: ich bin ein großer Mann und die Arbeit gereicht mir zur Schande.“ Und von diesem Grundsatze ausgehend war es nur consequent von ihnen gedacht, wenn sie Müßiggänger und professionelle Spieler als unfähig betrachten, vor Gericht als Zeugen zu dienen (intestabiles.)

Von hervorragenden Werth als Charakteristikum für das Judenthum ist die Stellung, die bei ihnen die Sklaven einnahmen. Es ist natürlich, daß die Sklaven angehalten waren, die jüdischen Gebote — Ceremonialgesetze — zu halten. Indessen ist die Behauptung Stades, daß sie zur Beschneidung u. s. w. gezwungen werden konnten, durchaus falsch. „Der jüdische Herr hatte nur die moralisch-religiöse Verpflichtung, den Sklaven, der nach Verlauf eines Jahres sich nicht beschneiden ließ, an einen Nichtjuden, oder außerhalb des Landes zu verkaufen.“ Durch die Beschneidung wird der Sklave vielmehr zum Haus-, ja zum Stammesgenossen. So erklärt sich auch, daß der Sklave, der civilrechtlich freilich als Sache gilt, strafrechtlich als Mensch gilt. Während bei Griechen und Römern der Sklave rechtlos war, wurde selbst die einem Sklaven zugefügte Injurie bestraft, als sei sie gegen einen Freien gerichtet, ebenso wie Sklaven, die beleidigt hatten, nicht schärfer bestraft wurden als Freie. Als logische Consequenz dieser Bestimmungen konnte natürlich auch die Ermordung eines Sklaven nur mit dem Tode gesühnt werden.

Auch die Gewalt, die der Besitzer über den Sklaven hatte, war keine unumschränkte. Freilich war alles, was der Sklave erwarb, ebenso wie nach römischem Recht, Besitzthum des Herrn. Allein der Herr durfte nicht seine Sklavinnen zur gewerblichen Prostitution anhalten, wie es bei den Griechen galt. Er war gezwungen, liederliche Sklavinnen freizulassen, „weil die Freiheit ihren Lebenswandel verbesserte.“ Aber neben der Geschlechtsehre war auch die Existenz des Subjekts bei den Juden unantastbar. Während der römische Herr über Leben und Tod seines Sklaven wenigstens bis zur Kaiserzeit verfügen konnte, war dem jüdischen Herrn selbst grobe Mißhandlung verboten, ja der

*) Dr. iur. David Farbstein, das Recht des unfreien und freien Arbeiters nach jüdisch-thalmudischem Recht verglichen mit dem antiken, speciell mit dem römischen Recht. Frankfurt a. M., J. Kauffmann. 1896. 2 Mark.

Herr konnte mit dem Tode bestraft werden, wenn der Sklave nach einer Mißhandlung selbst erst nach Jahresfrist an den Folgen verstarb. Der Thalmud ging sogar noch weiter: der Sklave wurde frei, selbst wenn er nur unwillkürlich vom Dominus verletzt wurde; etwa falls der Herr, der ein Arzt war, bei einer Operation eines kranken Auges seines Sklaven ihn verletzte. Hier sei auch auf die Rektifikation eines Ausspruches des bedeutenden Rechtslehrers Kohler hingewiesen, nicht sowohl wegen der Thatsachen, sondern weil es ein charakteristisches Streiflicht auf die Art wirft, wie selbst von gewissenhaften Juristen über jüdisches Recht gesprochen wird. In einer Abhandlung über armenisches Recht nennt Kohler dasselbe ein recipirtes mosaisches Gesetz, das nach christlichem Geiste gemildert wurde. Nach diesem „christlich gemilderten" Recht hatte der Herr, der seinen Sklaven erschlug, nur einen Blutpreis an das Gericht zu zahlen, wenn der Sklave infolge der That sofort starb. Schlug ein Herr seinem Sklaven ein Auge aus, so mußte er denselben freilassen, wenn der Sklave Christ war, sonst mußte er um den halben Preis verkauft werden. Wenn er Christ war! Die jüdischen Gesetze galten nur für nichtjüdische Sklaven, da ein Jude nicht in die Sklaverei verkauft werden durfte.

Auf die Ausführungen über die Schuldknechtschaft wollen wir nicht näher eingehen. Der Verfasser sucht den Nachweis zu erbringen, daß man den Begriff des „jüdischen Sklaven" mit Unrecht eingeführt habe, man dürfe nur von einer „jüdischen Selbverpfändungs- oder Deliktsknechtschaft" reden. Auch die jüdischen Grundherren — nothleidende Agrarier des Alterthums — verstanden sich auf die Unterdrückung der kleineren Bauern. Indeß haben die Propheten immer ihre flammenden Reden gegen das Treiben des jüdischen Adels gerichtet, bis endlich von den Thalmudlehrern die ganze Einrichtung der Schuldknechtschaft aufgehoben wurde.

Haben wir uns bisher mit Einrichtungen beschäftigt, die uns einen schätzenswerthen Beitrag zur Völkerpsychologie gewähren und glücklicherweise nur noch historisches Interesse bieten, so wird uns eine Betrachtung des Verhältnisses von Arbeiter zu Arbeitgeber lehren, daß gar viele Satzungen erst die Gewerbegesetzgebung der letzten Dezennien geschaffen, die der Thalmud seit nahezu 2000 Jahren kennt und anordnet, daß ferner noch manches Gesetz auch heut noch ins praktische Leben hinübergerettet zu werden verdient.

Während das biblische Recht sich darauf beschränkt, auf die pünktliche Auszahlung des Lohnes hinzudeuten: du sollst nicht vorenthalten den Lohn einem Miethling, . . . oder einem Fremdling, der in deinen Thoren wohnt, haben die Thalmudisten eine erschöpfende Behandlung des Arbeitsvertrages hinterlassen. Es dürfte hier am Platze sein, etwas eingehender auf die Einzelbestimmungen einzugehen. Zunächst sei bemerkt, daß ein Arbeiter sich nie auf eine längere Zeit als drei Jahre verdingen darf, weil die Befürchtung nahe lag, daß sich jemand unter dem Vorwande langen Dienstverhältnisses in die Sklaverei verkaufen könne. Die Pflichten der Arbeiter sind streng abgegrenzt und zwar ist der Vortheil der Arbeiter immer das leitende Prinzip all dieser Bestimmungen. So braucht kein Arbeiter eine Arbeit zu leisten, die auf seine Gesundheit einen verderblichen oder nur schädigenden Einfluß üben kann. Ist ein Arbeiter für eine bestimmte Thätigkeit gemiethet, so darf er zu einer anderen nur benutzt werden, wenn sie eine weniger anstrengende ist.

Ueber Frauen- und Kinderarbeit haben die Thalmudisten keinerlei Bestimmungen getroffen, weil ja im Alterthum bei dem gänzlichen Mangel einer Großindustrie die Schäden unseres modernen Gewerbelebens nicht existirten, zu mindestens nicht markant hervortraten.

Die Arbeitszeit war nach den verschiedenen Gegenden verschieden. Zu Ueberstunden konnte kein Arbeiter gezwungen werden, selbst derartige feste Verabredungen waren für den Arbeiter nicht bindend. Interessant ist es auch, und wohl für unsere Zeiten besonders zu betonen, daß der Arbeiter für den Hinweg, zur Arbeitsstätte die Arbeitszeit benutzen konnte, dagegen erst nach Schluß der Arbeitszeit sich auf den Heimweg machen durfte. War also die Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends, unter Abzug der Pausen für die Mahlzeiten, so brauchte er etwa erst um 7 die Arbeit zu beginnen, dagegen durfte er um 6 Uhr Abends die Arbeit beenden. Daß der jüdische Sabbath wirklich ein Tag für die physische und psychische Erholung war, erhellt daraus, daß kein Arbeiter — der jüdische ebenso wie der nichtjüdische — angehalten werden konnte, für die Herrschaft an diesem Tage eine Arbeit zu leisten. Es ist natürlich, daß der Arbeiter für seine Arbeit, ebenso für die ihm übermittelten Materialien vollauf schadenersatzpflichtig ist, allein die jüdischen Richter dürfen wie der englische Equity-Richter einem reichen Arbeitgeber die Urtheilsvollstreckung gegen einen armen Arbeiter verweigern. Aequitas konnte über jus gehen, denn, wie der Talmud einmal treffend sagt: „Die nach den Worten des Gesetzes Urtheilenden verwüsten die Welt."

Für den Lohn, den ein Arbeiter zu beanspruchen hat, ist einmal die ortsübliche Taxe bestimmend, dann aber die Bedingungen beim Miethen. „Arbeiter, die sich jedoch für mehr als eine Woche verdingen, haben auch den Lohn für den arbeitsfreien Tag — Samstag — zu beanspruchen. Streng untersagt ist es dem Arbeitgeber, den Lohn in Waaren auszuzahlen, ebenso wie ja auch die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 115, das Trucksystem verbietet. Der Lohn muß der Verabredung gemäß pünktlich bezahlt werden, ist er zwölf Stunden nach der Fälligkeit nicht dem Arbeiter zugestellt, so kann er klagen. Gesetz ist, daß der Arbeitslohn nie verjähren kann. In einem Streite darüber, ob der Lohn bereits bezahlt ist, erhält der Arbeiter Recht, wenn er schwört, den Lohn nicht empfangen zu haben, weil „sein Auge ausschließlich auf den Empfang des Lohnes" gerichtet, der Arbeitgeber aber an ungleich mehr zu denken hat, damit dem Irrthum leichter unterworfen ist. Ein Rabbi tritt sogar dafür ein. daß in solchem Streitfalle dem Arbeiter ohne Eid geglaubt werde.

Daß natürlich der Arbeitgeber für jeden Unfall, den ein Angestellter im Betriebe erleidet, vollkommen zu haften hat, ergiebt sich aus der allgemeinen „Arbeiterfreundlichkeit" des Thalmuds von selbst. Zu den Betriebsunfällen wird auch gerechnet, wenn ein Arbeiter beim Abholen des Lohnes in der Behausung des Arbeitgebers verletzt wird — ihn etwa der Hofhund beißt oder er von einem Feuerfunken verbrannt wird.

Wie weit aber der Schutz geht, den das thalmudische Gesetz den Arbeitern angedeihen läßt, das wird eine nähere Betrachtung der Bestimmung über den Contractbruch demonstriren. Der Arbeitgeber darf das Vertragsverhältniß nur lösen, wenn die Arbeit noch nicht begonnen, oder wenn die Arbeit, für die er einen Arbeiter annahm, früher zu Stande kam, als er erwartete. In diesem Fall war er aber gezwungen, für die noch vertragsmäßige Zeit den Minimallohn zu zahlen, „wenn der Arbeiter aber durch den Müßiggang krank werden konnte, wie die Einwohner von Mechusah, so mußte der ganze Lohn gezahlt werden." Ganz anders gestalten sich die Satzungen für den contractbrüchigen Arbeiter! Im Gegensatz zu den modernen Gesetzgebungen, die sogar eine mehr oder minder strenge Bestrafung für einseitigen Contractbruch androhen, gestattet der Thalmud dem Arbeiter die Einstellung der Arbeit. „Der Grund dieser so günstigen Stellung des Arbeiters, daß ihm stets gestattet ist, einseitig vom Vertrage zurück-

zutreten, ist die Rücksichtnahme auf die individuelle Freiheit des Arbeiters. Der Thalmud begründet diesen Rechtsatz mit den der Bibel entlehnten Worten: „Ihr sollt nur Knechte Gottes und nicht Knechte der Knechte sein, und deshalb dürfet ihr stets vom Vertrage einseitig zurücktreten." Wenn der Thalmud auch noch manche ökonomischen Gründe anführt, aus denen der Arbeiter contractbrüchig werden könne, das Bestimmende ist immer die Rücksicht auf die individuelle Freiheit des Arbeiters. Dem Arbeitgeber sind einige minimale Defensivmittel an die Hand gegeben, indessen nur für den Fall, daß er einen direkten neuentstehenden Schaden (damnum emergens) dadurch erleidet, und wenn er zugleich mit dem Schaden auch noch für den neu anzustellenden Arbeiter einen höheren Lohn zu zahlen hatte. Dagegen steht der Arbeitgeber ganz machtlos da, wenn diese letzten Momente nicht zusammentreffen aber wenn er durch den Contractbruch des Arbeiters nur im Fortsetzen seines Gewinnes gestört wird — also indirekt Schaden erleidet (lucrum cessans).

Die Bestimmungen, für einen Handwerker, der eine bestimmte Arbeit übernimmt, sind nicht so günstig, wie für den Arbeiter. Sie sind im Wesentlichen in derselben Weise geregelt wie im römischen Recht. Bemerkt sei noch, daß zu den „immateriellen Arbeiten des Arztes rc., die der Rechtsanwälte nicht gerechnet werden, von denen der Thalmud eine arge Meinung hat: Seid nicht wie die Rechtsanwälte, denn ihre Lippen reden Lüge."

Eine Frage dürfte sich wohl jedem Leser dieses Referates aufgedrängt haben, ob wohl diese Gesetze auch auf die nichtjüdischen Arbeiter angewendet wurden. Eine strikte Antwort aus dem Thalmud läßt sich hierauf nicht geben, allein gewisse Grundprinzipien der thalmudischen Arbeitergesetzgebung lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß sie auch dem nichtjüdischen Arbeiter galten. Schon einleitend hatten wir darauf hingewiesen, daß die Bibel vorschreibt, den Lohn „einem Miethling von deinen Brüdern und einem Fremdling, der in deinem Lande wohnt", nicht vorzuenthalten. Aber auch die allgemeine Mahnung, daß man das Recht des Nichtjuden nicht beugen solle, „da man eine eben solche Sünde begeht, als ob man den himmlischen Richterspruch gebeugt hätte" dürfte genug sagen.

In diesem Referat haben wir eine knappe Darstellung der von Farbstein gefundenen Resultate gegeben. Wir haben gesehen, wie das thalmudische Recht allen anderen Gesetzgebungen voran ein „Recht für die Arbeiter" gewesen, im Gegensatz zum römischen Recht, dem starr-consequenten Herrenrecht.

Es ist eine grausige Ironie, daß die Antisemiten, die, um sich die arbeitende Bevölkerung näher zu führen, gegen das harte, fremde (römische) Recht kämpfen und ein deutsches Volksrecht verlangen, im Thalmud Satzungen sehen müssen, die ihrer Forderung parallel laufen. Es wäre überaus wünschenswerth, wenn der strebsame und mit den nöthigen Kenntnissen ausgestattete Dr. Farbstein sein Versprechen hielte und auch über die nationalökonomischen Kenntnisse und privatrechtlichen Verhältnisse der Juden ausführlicher einginge. Und nicht minder wünschenswerth, wenn diese Arbeit und die angekündigten nicht im Staube der Bibliotheken vermoderten, sondern von allen Juristen, die sich um die Abwehr antisemitischer Angriffe ja zumeist verdient machen, studirt und in ihren Ergebnissen verbreitet würden.

Theodor Zlocisti.

Wilhelm v. Humboldt über die Judenemancipation.

(Schluß.)

Dem Einwande, daß eine völlige und plötzliche Gleichstellung ein Sprung von einem Extrem in's andere hinein sein, und daraus Gefahr für den Staat erwachsen würde, begegnet er mit der Widerlegung, daß die Umwandlung eines widernatürlichen Zustandes in einen naturgemäßen kein Sprung, wenigstens kein bedenklicher, sei. Ein solcher sei der Uebergang vom widernatürlichen mit Ueberspringung des natürlichen in einen anderen widernatürlichen Zustand. „Wer vom Knecht zum Herrn wird, macht einen Sprung; aber wem man blos die Hände losbindet, die erst gefesselt waren, der kommt nur dahin, wo alle Menschen von selbst sind." Eine Gefahr befürchtet man, weil man sich auf einmal alle Juden im wirklichen Besitz der Vorzüge denkt, die sie freilich erwerben könnten, aber doch nur einzeln und nach und nach, wie die Christen erwerben würden. Außerdem vermindert sich die Gefahr dadurch, daß der Staat eine genaue und strenge Polizeiaufsicht übt und die nun gleichberechtigten Juden wie die Christen zum Gehorsam gegen die Gesetze zwingt. Ferner bestimmt der Staat genau, wo die Beschaffenheit der Sache es erlaubt und erfordert, unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Grenzen jedes Gewerbe betrieben werden soll, Jude und Christ wird gleich gebunden sein, und kein Gewerbe wird, was doch der einzige Zweck ist, leiden. Tritt selbst der Fall ein, daß der Jude ein Gewerbe zweckwidrig betreibt, z. B. aus Ackerwirthschaft Handelswirthschaft macht, so wird ihn sein eigener Vortheil bald eines Besseren belehren, und geschieht dies nicht, so gehört das zu den einzelnen Fällen, die eine nicht furchtsame und kleinliche Gesetzgebung übersieht. Zu Staatsämtern kann ohnedies nicht jeder Berechtigte gelangen, sondern es bedarf einer eigenen Berufung des Staates, und dieser hat also die Sache beständig in Händen. Die allgemeine Gefahr, daß die Juden die Christen verdrängen würden, hält Humboldt für chimärisch und meint, sie werde nur durch einen wahren Zirkel im Raisonnement zu einer Gefahr, indem man erst gern den Unterschied zwischen Juden und Christen politisch aufheben möchte und dann wieder annimmt, daß es auch politisch denn doch nicht gleichgültig sei, ob ein Gewerbe, auch gleich gut, von einem Juden oder Christen betrieben werde. Und wäre selbst die Gefahr bedeutend, so ist die doch noch bedeutender, die jetzt aus dem Druck und der dadurch bei mehreren Juden beförderten Immoralität entsteht; ferner müsse man bedenken, daß die etwaige Gefahr mit jedem Tage geringer werde, da eine plötzliche Gleichstellung den Unterschied zwischen Juden und Christen sehr bald unmerklich machen würde, eine allmählige aber die Gefahr länger fortdauern lasse. „Wie man gegen die plötzliche Gleichstellung zu furchtsam ist," schließt er seine Ausführungen, „so scheint man mir bei der allmähligen, welche die doppelte Gefahr des alten und neuen Zustandes zugleich bestehen läßt, indem man sie sich beide zu vermindern einbildet, in der That zu kühn".

Humboldt wendet sich alsdann einer eingehenden Kritik des Schrötter'schen Entwurfes zu und gesteht, wenn auch seine Ansicht von dessen Geist sehr abweiche, daß er innerhalb des Systems, auf das er sich gründe, einige Ausnahmen abgerechnet, den Juden endlich einen hohen und in mancher Rücksicht befriedigenden Grad der Freiheit ertheile und wenn sie von der moralischen Nichtachtung abzusehen im Stande seien, ihr physisches Wohlsein beträchtlich erhöhe; aber in einigen Paragraphen findet er die moralische Herabwürdigung auf eine beinahe empörende Weise ausgesprochen. Er verwirft in der Fassung des Edikts die lange und zum Theil illusorische Aufzählung der Rechte und hält es für richtiger, wenn nicht überhaupt jeder Unterschied zwischen Juden und Christen jetzt endlich aufhören soll, kurz die Beschränkungen

aufzuzählen und zu erklären, im Uebrigen seien Rechte und Pflichten gleich. Der Jude, der vernünftigerweise nichts als Gleichstellung der Rechte verlangen kann, erschrickt schon vor jedem langen Edikt, da das seiner Meinung nach wahre nur wenige Zeilen enthalten könne. In der Kritik der einzelnen Paragraphen zeigt Humboldt seine Unbefangenheit und seinen praktischen Blick. Er verwirft die Anordnungen, daß die Juden deutsche Kleidung tragen und den Bart scheeren sollen, daß es jedem Bürger gestattet sein müsse, jede anständige Kleidung zu tragen, und die Juden ihre besondere bald von selbst ablegen würden. Er lehnt besondere Judenlisten ab, fordert für alle Bürger Bezeichnung von Geburten und Ehen durch einen Civilritus neben den kirchlichen Handlungen. Er protestirt dagegen, daß man die Juden von Staatsämtern ausschließe, aber zu Lehr-, Schul- und Gemeindeämtern zulasse. „Zu einem Lehrer gehört nicht blos Talent und Wissen", erklärt er, „sondern auch Moralität und Pflichtgefühl, und zum Wissen selbst, wenn es nicht auswendig gelerntes sein soll, dessen Schule und Universität besser entrathen, wird die eine und das andere erfordert . . . Eine Nation, die man allgemein aus Mißtrauen in ihr Pflichtgefühl von Staatsämtern ausschließt, allgemein zu Lehrerstellen zu berechtigen, heißt nicht die Nation ehren, sondern das Lehramt herabwürdigen. Die Sektion des öffentlichen Unterrichts hat nicht zu entscheiden, ob die Juden Staatsämter haben sollen oder nicht? Bleibt es aber bei der negativen Entscheidung, so muß sie darauf antragen und darauf bestehen, daß der § 9, soweit er die Schulämter betrifft, wegbleibe, und auch ihr entweder die Ausschließung der Juden zur Pflicht gemacht werde (was sie jedoch, wie keine aus einem schwankenden Urtheil über die ganze Nation geschöpfte Beschränkung, nie gern sehen würde) oder ihr überlassen bleibe, in ihrem Kreise bloß auf individuelle Eigenschaften, ohne Rücksicht auf Abstammung und Religion, wo Religion nicht in Betracht kommt, zu achten. Er tritt für eine volle Berechtigung zur Zulassung zu allen Aemtern ein; die wirkliche Uebertragung von Aemtern hänge ja von der Gemeinde der Behörde und dem Könige ab. Er verwirft alle Beschränkungen des Wohnens auf dem platten Lande, ebenso die Forderung, daß für einen jüdischen Deserteur die Gemeinde zwei Mitglieder zu stellen habe, und andere Heirathsbeschränkungen, als das allgemeine Landrecht für alle Bürger festsetzte. Er tritt der Bestimmung bei, daß Heirathen zwischen Christen und Juden ohne Uebertritt erlaubt seien, wobei die Kinder zur Selbstbestimmung dem Glauben der Eltern folgen. Er verlangt in energischer Weise Beseitigung des Paragraphen, der den Juden das Recht, vollgültiges Zeugniß abzulegen, abspricht: „Weder in städtischen Versammlungen, noch in Schulen, noch im täglichen Leben können, ohne Veränderung aller Begriffe von Moralität, Menschen miteinander irgend menschlichen und über die bloße bürgerliche Hantirung hinausgehenden Verkehr haben, von denen die einen wegen ihrer Abstammung Mißtrauen in die erste moralische Eigenschaft, die Wahrheitsliebe, gesetzlich dulden müssen, und die anderen es zu hegen autorisirt sind. Viel besser bleibt es bei der alten Scheidung."

Gegen den zweiten Abschnitt des Edikts, der den kirchlichen Zustand und Unterricht ordnet, hat Humboldt nicht so viel einzuwenden, doch drängt er auch dabei überall, daß die Bestimmungen conform den für die christlichen Gemeinden bestehenden getroffen wurden. So lobt er das Verbot besonderer jüdischer Schulen sehr, wünscht aber das Gleiche hinsichtlich der katholischen und reformirten Schulen angeordnet. Beim vierten Abschnitt, die Behandlung der fremden Juden, findet er es ganz billig, daß diejenigen, die nicht Staatsbürger geworden sind, kein bürgerliches Gewerbe treiben dürfen; wer dieses will, muß auch die Lasten des Staates mittragen helfen. Nur soll das alles auch für die Christen gelten, denn daß blos reisende Juden Geleitscheine haben, nur vierundzwanzig Stunden bleiben sollen u. s. w., sind gehässige Maßregeln, welche die Trennung zwischen Juden und Christen perpetuirlich machen und bei gehöriger Polizeiaufsicht unnöthig seien. Schließlich mahnt er zur doppelten Behutsamkeit bei einem neuen Gesetz über die Juden. Der jetzige Zustand dieser Nation führt allerdings sehr große äußerliche und gleichsam physische Nachtheile mit sich, allein moralisch wirkt die Nichtachtung, in welcher sie steht, weder auf sie selbst, noch auf die Christen sehr stark. Denn man sieht diesen Zustand als Ueberbleibsel alter Barbarei und ehemaliger Vorurtheile an und setzt voraus, daß der Staat selbst ihn mißbilligt, allein nur durch manche damit verknüpfte Schwierigkeiten von der Abänderung desselben zurückgehalten wird. Allein in einem neuen Gesetze spricht die Regierung die Meinung aus, welche sie jetzt von den Juden und der Möglichkeit ihrer bürgerlichen Verbesserung hegt, und diese Meinung muß nun nothwendig von der großen Wichtigkeit sein, zugleich die allgemeine der Nation zu bestimmen. Eine nicht ganz weise neue Gesetzgebung über die Juden hebt daher vielleicht viele physische Nachtheile auf, läuft aber Gefahr, auch vielleicht noch größere moralische, als selbst der jetzige Zustand (durch Mißleitung der allgemeinen Meinung und Befestigung der alten Vorurtheile) nach sich zu ziehen."

So weit Humboldt's Votum, das sich, wie sein Biograph mit Recht heraushebt, durch die freieste und vornehmste Auffassung der ganzen Frage auszeichnet, hoch über allen anderen erstatteten steht und nur in dem der Militärdeputation, in welcher Scharnhorst saß, in manchen Punkten ein würdiges Seitenstück findet. Ganz besonders charakteristisch für den hochsinnigen Mann ist es, wie er immer mehr auf die moralischen Kräfte rechnet und sich stärkere und nützlichere Wirkung von ihrer Bethätigung und Berücksichtigung verspricht, als von allen in's Einzelnste gehenden Vorschriften und Gesetzen.

Zur Abwehr.

Freimaurer und Juden. Die Beschuldigungen gegen Juden und Freimaurer gleichen sich wie ein Ei dem andern. So hat Leo Taxil einen starken Band über „die Morde der Freimaurer" veröffentlicht, der sich wie ein antisemitisches Pamphlet liest, und gleich der Alliance israélite wird der Centralleitung der Freimaurer nachgesagt, daß sie „die Ausrottung des Christenthums und die geheime Herrschaft über die Völker mit den gemeinsten Mitteln und zu den gemeinsten Zwecken beabsichtige." (Aus dem Schreiben des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen an den deutschen Kaiser.) Auch scheinen, gleich Aron Briman und Paulus Meyer, die Eideshelfer der Beschuldigungen gegen Freimaurer, — Miß Vaughan und Margiotha — Convertiten zu sein. Nur ein wesentlicher Unterschied besteht. Die „Germania", welche zu den Verleumdungen der Juden geschmunzelt hat, ist von den Anklagen gegen die Freimaurer nichts weniger als entzückt, sie glaubt vielmehr, daß die katholische Sache durch die „Enthüllungen" compromittirt werde. Der preußische Prinz schreibt an den Kaiser von den Angriffen, die „besonders in den Blättern der katholischen Centrumspartei gegen die Freimaurerei und ihre Leser geschleudert werden, die zum Theil so unsinnige Mittheilungen enthalten, daß sie ein eigenthümliches Licht auf die Intelligenz der Leser werfen, für welche sie geschrieben sind." Wort für Wort, als ob es sich um die üblichen antisemitischen Verleumdungen handelte. — Es scheint „aufklärend" gewirkt zu haben, daß ein preußischer Prinz in einem offiziellen Schreiben an den deutschen Kaiser sich der Freimaurer angenommen hat.

Die Juden und die Armee. Der „Jüdischen Presse" wird von einem, so weit bekannt, bisher noch nicht gedruckten Reskript König Friedrich Wilhelms III., datirt Berlin 12 Februar 1831, an den Vorstand der jüdischen Gemeinde zu Bromberg Mittheilung gemacht, welches folgenden Wortlaut hat:

„Ich habe aus der Eingabe des Vorstehers der israelitischen Gemeinde zu Bromberg vom 4. v. M. die Erklärung derselben, die waffenfähige Jugend der Gemeinde zum persönlichen Militärdienst zuzustellen, als einen löblichen Beweis Ihrer patriotischen Gesinnung mit Zufriedenheit ersehen und gebe Ihnen mein Wohlgefallen zu erkennen. Wiewohl Ich Bedenken trage, eine allgemeine abändernde Einrichtung für die Bevölkerung des Großherzogthums Posen hierin zu treffen, bis die Verfassung hinsichtlich der Bürgerlichen Verhältnisse für sämmtliche jüdische Gemeinden des Großherzogthums gesetzlich geordnet wurde, so habe Ich doch gestattet, daß die sich durch ihre verfassungsmäßigen Organe zur Uebernahme der persönlichen Militärpflicht bereit Erklärenden zur Theilnahme an der allgemeinen Militäreinrichtung des Staates zugelassen werden, sobald es theilweise ausführbar ist, welches der näheren Ermittelung der Behörden zuvörderst überwiesen worden. Das Resolut wird den Vorstehern der Gemeinde zu Bromberg bekannt gemacht werden."

Diese Königliche Willensäußerung bestätigt die Thatsache, daß auch die Posen'schen Juden um Zulassung zum Militärdienste selbst petitionirt haben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann von Sonnenberg und das Stöcker'sche „Volk." Die „Deutsche Reform" (28. August) des Herrn Hans v. Mosch constatirt, daß die „Deutschsozialen Blätter" das einzige Organ seien, in dem der neue Leiter des „Volk", der confuse Herr v. Oertzen, bisher eine Liebeswürdigkeit zu hören bekommen habe. Während sonst conservative Organe über die Preßproducte dieses Herrn mit wahrem Feuereifer herfallen, strecke Herr v. Liebermann — der Antisemit! — ihm die Bruderhand entgegen. Herr von Mosch schließt sich den abfälligen Aeußerungen der „Staatsbürgerztg." über die neue Leitung des „Volk" an und bedauert, „hierbei eine ganz entgegengesetzte Auffassung bei Herrn Liebermann von Sonnenberg feststellen zu müssen, da derselbe in seinen „D. S. Bl." wörtlich erklärt: „Uns befriedigt diese Erklärung vollkommen (!!), und wir hoffen, daß sich die gegenseitigen Beziehungen freundnachbarlich gestalten werden!" (!!) Letzteren Wunsch sprechen wir zwar auch aus, aber wir glauben schwerlich, daß dort Geneigtheit vorhanden ist, ihn ehrlich zu erfüllen."

Herr v. Mosch fährt sodann fort:

„Wir können den Herren übrigens verrathen, daß Herr von Liebermann dem „Volk" keineswegs so fernsteht, als Uneingeweihte vielleicht glauben. In der Redaction steht seit dem 1. April ein gewisser Stein, ein Protectionskind des Herrn von Liebermann. Der junge Herr, der der antisemitischen Sache in Baden, wo er früher thätig war, furchtbaren Schaden zufügte, ist derselbe Herr, der noch am 15. Dezbr. vorigen Jahres in einer Sitzung des Gesammtvorstandes der deutsch-sozialen Reformpartei, dem er damals also mitangehörte, die Anklage gegen verdiente Mitglieder der Partei, insbesondere gegen den dem Herrn von Liebermann unsympathischen Herrn Reuter erhob, dem er damit freilich mehr nützte, als schadete. Mit der Gesinnungsfestigkeit des jungen Herrn scheint es also nicht weit her zu sein. Oder ist das „Volk" jetzt vielleicht eines der Organe des Herrn v. Liebermann und vertritt Herr Stein darin nur die Ideen dieses Herrn? U. A. w. g — —"

Von antisemitischen Parteitagen. In einem Bericht der „Hannov. Post" über den am 23. d. zu Treysa abgehaltenen antis. Parteitag für Kurhessen und Waldeck heißt es:

„ . . . Die Kreise Homberg, Fritzlar und Ziegenhain stellten natürlich die meisten Besucher und da war es gerade die Tracht der Schwälmer Bauern, die dem Tage ein eigenartiges Gepräge verlieh. Einer der Vertrauensmänner, der noch nie in der Schwalm gewesen war, brach beim Anblick zweier Riesengestalten in die Worte aus: „Donnerwetter, mit den beiden trieben wir den ganzen Reichstag zu Paaren!"

Auf dem deutschsozialen Parteitag von 1891 waren die Schwälmer Bauern nicht erschienen. Hermann Lucko erzählt darüber in seiner Broschüre „Ein Jahr im Centrum der deutschsozialen Partei":

„Die deutschsoziale Partei wünscht in ihrem Programm Schutz gegen verlogene Reclame. Aber war es nicht verlogene Reclame, die ihre Führer auf dem diesjährigen Parteitage in Leipzig machten? Die Bemühungen des Herrn von Liebermann, aus seinem Wahlkreise einige Schwälmer Bauern in ihrer Nationaltracht hier auszustellen, um mit ihnen zu paradiren, will ich als Kindereien bezeichnen, obgleich der Vorstand sofort auf den Vorschlag von Liebermann hineinfiel und 100 Mark Reise- und Unterhaltungskosten für 3 Schwälmer Bauern bewilligte. Die biederen Bauern mußten aber doch gemerkt haben, daß sie nur Reclamezwecken dienen sollten, denn sie frugen an, ob sie nicht in gewöhnlicher Tracht kommen könnten, da sie in ihrer Nationaltracht zuviel Aufsehen machen würden und als Liebermann natürlich auf die Nationaltracht bestand, — denn um an den Berathungen theilzunehmen, dazu brauchte er die Schwälmer Bauern wahrhaftig nicht, — kamen sie zum großen Schmerze Liebermanns gar nicht."

In dem Beleidigungsprozeß des Herrn Stöcker gegen Peter Schuchow, den Redacteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung", findet die Hauptverhandlung am 4. September vor dem Schöffengerichte zu Saarbrücken statt. Der Abgeordnete Stöcker ist vertreten durch Rechtsanwalt Kattenbusch-Berlin und durch Rechtsanwalt Dr. Muth-St. Johann. Der Beklagte Schuchow wird vor dem Schöffengerichte seine Vertheidigung selbst führen. — Während die Stöcker'sche Anklageschrift sich auf die §§ 200, 185 (formelle Beleidigung) und 187 (Verleumdung) stützte, bezieht der amtsgerichtliche Eröffnungsbeschluß sich lediglich auf die §§ 185, 200 des R.-Str.-G.-B. und § 20 des R.-Pr.-G. — Es werden von dem Angeklagten u. A. folgende Herren als Zeugen geladen: Professor Dr. Brecher, Oberst z. D. v. Krause, Pastor Engel, Oberhofmeister v. Mirbach, Freiherr v. Fechenbach, Pastor Witte, Redacteur v. Gerlach, der frühere Abg. v. Helldorf-Bedra, Abg. Freiherr v. Manteuffel, Prof. Dr. Kropatschek.

Gegen Karl Sedlatzek, den Herausgeber des antisemitischen „Deutsch. Generalanz.", ist wegen Beleidigung des Oberhofmeisters der Kaiserin Frhr. v. Mirbach auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Drescher ein Strafverfahren eingeleitet. Beanstandet ist ein Artikel in Nr. 42 des genannten Blattes mit der Ueberschrift: „Der Judengeldsammler für die Berliner Kirchenbauten. Sedlatzek, der zur Zeit eine ihm wegen Majestätsbeleidigung zudictirte Festungsstrafe in Weichselmünde bei Danzig verbüßt, wurde in letzterem Orte verantwortlich vernommen.

Die Revision des antisemitischen Agitators Fritz Sedlatzek aus Breslau, der von der Breslauer Strafkammer zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden war, ist vom Reichsgericht verworfen worden. Sedlatzek wurde seiner Zeit wegen Betrug und Wucher verfolgt; da er aber von der Schweiz, wohin er geflohen war, nur wegen des Betruges, nicht aber wegen des Wuchers ausgeliefert wurde, konnte seine Verurtheilung auch nur aus dem ersteren Delikt erfolgen.

Die Conservativen und die Sonntagsruhe. In der antisemitischen „Deutschen Wacht" (27. August) lesen wir: „Wenn die conservativen Organe (bei einer Besprechung des Breslauer Bäckertages) so ungehalten sich darüber äußern, daß die Handwerker die Festtagsruhe und ihren religiösen Inhalt nicht genügend schätzen, so dürfte eine Erinnerung ihnen nicht schädlich sein. Der Reichstagsabgeordnete Jakobskötter, der Vertreter der Conservativen in der Commission für Arbeiterstatistik, hat sich im Mai vergangenen Jahres, nicht mündlich und also auch nicht einer plötzlichen Eingebung folgend, sondern schriftlich, in

denn wenn, wie es nicht unwahrscheinlich ist, bei der Vereinem Zeitungsartikel dahin ausgelassen, die kirchliche Feier hänge ja doch immer von der persönlichen Stellung eines jeden einzelnen ab. „Man kann," so bemerkte Herr Jakobskötter, „ja von streng kirchlicher Auffassung aus die ersten Feiertage als die höchsten, unbedingt heilig zu haltenden Festtage ansehen, gewiß — auch ich habe dies bis jetzt immer so gehalten. Indessen hat mich dies nie gehindert an diesen Tagen in meinem Beruf meinem Nächsten zu dienen." Herr Jakobskötter ist Schneidermeister. Ohne in der zwischen ihm und der „Kreuz-Zeitung" bestehenden Meinungsverschiedenheit Partei nehmen zu wollen, glauben wir doch sagen zu dürfen, daß die Herstellung des lieben Brodes religiös nicht niedriger bewerthet werden kann, als die Anfertigung von Hosen Was dem conservativen Abgeordneten Jakobskötter billig, das sollte auch dem Berliner Bäckermeister recht sein Mit zweierlei Maß darf hier nicht gemessen werden."

Die Conservativen und die Antisemiten erheben bekanntlich bei jeder Gelegenheit gegen die Juden die Beschuldigung, daß sie die Sonntagsruhe verletzen. Die Herren sollten zunächst vor der eigenen Thür kehren.

Gouverneur von Puttkamer und die Antisemiten. Während ein Theil der antisemitischen Presse das „Judenblatt" (gemeint ist das „Berl. Tageblatt") wegen der gegen den Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, erhobenen Anklagen, heftig angreift, berichtet der antisemitische „Bad. Volksbote", der (antisemitische) Heidelberger Rechtsschutzverein habe im Jahre 1884 an das Auswärtige Amt eine Eingabe gerichtet, um gegen die Verwendung des Herrn v. Puttkamer im Colonialdienste mit Rücksicht auf gewisse Vorkomnisse aus seiner Vergangenheit Einspruch zu erheben. Auf diese Eingabe sei keine Antwort erfolgt.

Die „Staatsbürgerztg." jammert wieder einmal über die **Verjudung Deutschlands.** Kürzlich brachte sie die Mittheilung aus Kottbus, der dortige Magistrat oder der die dortige Ortspolizei handhabende Oberbürgermeister von Kottbus habe den diesjährigen Herbstmarkt wegen des jüdischen Neujahrsfestes verlegt, dagegen einen im vorigen Jahre seitens der katholischen Gemeinde durch den Hofphotographen Metzner gestellten Antrag auf Verlegung des Viehmarktes um acht Tage wegen des Frohnleichnamsfestes abschlägig beschieden, mit der Begründung, daß es nicht angängig sei, einer einzelnen Confession derartige Zugeständnisse zu machen. Darauf hat das Blatt vom Kottbuser Magistrat folgende Berichtigung erhalten:

Im Leitartikel Ihrer Nummer 377 A (Morgenausgabe) behaupten Sie, der Magistrat beziehungsweise der Kottbuser Oberbürgermeister habe ein Gesuch der katholischen Gemeinde um Verlegung des Frohnleichnammarktes abgelehnt, dagegen den großen Herbstmarkt wegen des jüdischen Neujahrstages verlegt.

Die katholische Gemeinde hat weder unmittelbar noch mittelbar, namentlich auch nicht durch Herrn Hofphotograph Metzner, den Antrag gestellt, den althergebrachten Frohnleichnamsmarkt zu verlegen; hierzu liegt auch gar kein Grund vor, weil die Gemeinde den Frohnleichnamstag am Sonntag zu feiern pflegt.

Die Berücksichtigung des jüdischen Neujahrstages findet in der starken Betheiligung jüdischer Händler an den Märkten ihre Rechtfertigung, ist übrigens für den gesammten Regierungsbezirk Frankfurt angeordnet.

Die Mittheilung, daß es sich bei der Berücksichtigung des jüdischen Neujahrsfestes nicht um eine communale oder ortspolizeiliche, sondern um eine von der Regierung ausgehende Maßnahme handele, vermehrt die Schmerzen der „Staatsbürgerztg." noch. In längeren Ausführungen glaubt sie den für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlichen Satz begründen zu müssen, daß die jüdische Minorität sich nach der christlichen Mehrheit zu richten habe, nicht umgekehrt. Sie schreibt:

Die Juden haben sich in unser christlich-deutsches Staatswesen ungerufen und ungeladen eingenistet. Wollen sie nun unter uns leben und ihrem Vortheile nachgehen, so ist es nur recht und billig, zu verlangen, daß sie sich auch nach uns richten, nicht aber umgekehrt. Wir sind die Herren im Lande, nicht der Jud', und es ist völlig unbegreiflich, wie das in solcher Weise verkannt werden kann. Mit demselben oder noch viel größerem Rechte — wenn es nämlich nach der starken Betheiligung ginge — könnten die Juden dann allerdings auch verlangen, daß in den Schulen, namentlich in den höheren, am Sonnabend nichts oder keine Extemporalien geschrieben werden oder die Reifeprüfungen mit Rücksicht auf die jüdischen Feste angesetzt würden. Die Schulbehörde hat dies in richtigem Verständniß unseres christlich-deutschen Staatswesens abgelehnt; aber unsere Verwaltungsbehörden sind doch auch keine Schutzbehörden für den jüdischen Schacher! Die manchesterlich-liberale Presse zetert doch sonst über die „unerhörte Begehrlichkeit einzelner Interessenkreise", wenn es sich um die produktiven Schichten des christlich-deutschen Volkes handelt; die Begehrlichkeit des jüdischen Schachergeistes aber läßt sie stumm! Sie will auch nichts von dem Schutze der christlichen Religion wissen; ist denn aber unser Staatswesen dazu da, jüdische Religionsgebräuche zu schützen?

Wäre die „Staatsbürgerztg" nicht durch ihren Judenhaß unfähig geworden, die Dinge zu sehen, wie sie sind, bemerkt mit Recht das „B. Tgbl.", so müßten ihr gerade die beiden Beispiele, die sie zusammenstellt, zeigen, daß ihre Verjudungsschmerzen hinfällig sind. Denn es geht daraus hervor, daß die Behörden ihre Entscheidungen, wie es sich gehört, nicht im Interesse der jüdischen Minorität, sondern im Interesse der Allgemeinheit gefällt haben. Die Regierungsbehörde nimmt jedenfalls im Gegensatz zu dem antisemitischen Hetzorgan an, daß die Betheiligung der jüdischen Händler doch nicht blos für diese selbst, sondern auch für die übrige Bevölkerung wünschenswerth sei. Würde sie glauben, daß die Verlegung des Marktes die christliche Mehrheit schädigen könnte, so würde sie sich dazu sicherlich ebenso wenig verstanden haben wie zu einem Verbot, in den Schulen am Sonnabend schriftliche Arbeiten anfertigen zu lassen.

Der „Volkskämpfer", ein im Frühjahr unter Mitwirkung des Abg. Dr. Böckel vom Berliner „deutschwirthschaftlichen Verband" gegründetes Wochenblatt für die Interessen des kleinen Handwerkers, hat, nachdem er kümmerlich seine Existenz gefristet, nunmehr ausgekämpft. Anfang dieses Monats sind die Bureauräume durch den Gerichtsvollzieher versiegelt worden. Der Unternehmer, ein Herr Möbius, soll bei der Zeitung 5000 Mk. eingebüßt haben.

Aus Oesterreich.

Salzburg, 25. August. Anfangs der nächsten Woche tagt in unseren Mauern der Katholikentag für Cisleithanien. Es ist nicht zu bezweifeln, daß derselbe sämmtliche Fragen der Gegenwart zur Discussion stellen werde. Eine der brennendsten ist unstreitig der Antisemitismus und was drum und dran hängt. Demnach wird mit Recht erwartet, daß die Katholikenversammlung zu demselben präcise Stellung nehmen werde. Namentlich erwartet man einen klaren und bestimmten Ausspruch der Geistlichkeit, die an dem Katholikentage sicher zahlreich sich betheiligen wird. Leider hat der Clerus die Entwickelung und Verbreitung des abscheulichen Antisemitismus dadurch gefördert, daß er nicht entschieden sich dagegen ausgesprochen, wie es seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre. Ja, manche Geistliche, wie Pfarrer Deckert u. a. haben sich entschieden auf die Seite des Antisemitismus gestellt. Und doch ist der Antisemitismus vom katholischen Standpunkte aus gesehen geradezu eine Häresie, die zu bekämpfen Pflicht eines jeden Geistlichen ist. Zudem sollte doch dem katholischen Geistlichen, der in der Literatur nur einigermaßen bewandert ist, klar sein, zu welchen Folgerungen der Antisemitismus nothwendig führt. Wer die Schriften Dührings u. A. gelesen hat, muß nothwendig zur Ueberzeugung gelangen, daß der Antisemitismus selbst mit den Fundamenten des Christenthums gründlich aufräumt. Darum ist es Pflicht der Katholiken-Repräsentanz, gegen den Antisemitismus entschieden Stellung zu nehmen. Ob er das thun wird, ist fraglich;

sammlung der oberflächliche Schwätzer Dr. Lueger fetirt wird, darf man nicht viel erwarten. Vedremo!

Dr. Schöpf, Consistorialrath.

„Die Millionen-Juden und die antisemitische Presse". Das „Freie Blatt", das Wiener Abwehr-Organ hat Ende Juni sein Erscheinen eingestellt. Der ungenannt gebliebene Eigenthümer der Zeitschrift, eine hervorragende christliche Persönlichkeit, welche dem für Freiheit und Rechtsgleichheit kämpfenden publicistischen Unternehmen nahezu 100.000 fl. zum Opfer brachte, sah sich, da das Blatt nicht die wohlverdiente und nöthige Förderung von Seiten der Gesinnungsgenossen fand, veranlaßt, den Kampfplatz zu verlassen. Wir freuen uns, zu hören, daß das „Freie Blatt" demnächst in einem neuen Verlage wieder erscheint. Die uns vorliegende Probenummer bringt unter obiger Ueberschrift einen Artikel, worin ausgeführt wird, daß die antisemitische Presse sogar durch reiche Juden unterstützt worden ist. Es heißt da:

„. . . Was that aber die freiheitliche Partei für ihre Presse? Nichts, so rein gar nichts! Der ehemalige Herausgeber des „Freien Blattes" hat dies oft bitter empfinden müssen. Nur ein kleines Häuflein treuer Anhänger stand hinter ihm, um seine menschenfreundlichen Bestrebungen zu fördern. Es ist beschämend für jeden ehrlichen Freiheitsmann, daß ein Blatt nach der Art der vorgenannten Zeitschrift, nach fast fünfjährigem Bestande, wegen Mangels an Theilnahme von Seite der eigenen Gesinnungsgenossen sein weiteres Erscheinen einstellen mußte, während die den Bürgerkrieg predigenden antisemitischen Zeitungsherausgeber mit „jüdischem" Gelde dick und fett gemästet wurden. Um nur ein Beispiel anzuführen, fand es der jüdische Präsident der österreichisch-ungarischen Staatsbahn und zugleich Director der Bodencreditanstalt Herr Ritter v. Taussig nicht für angezeigt, dem „Freien Blatt" Inserate zuzuwenden, während er mit wahrhaft fürstlicher Großmuth dem „Deutschen Volksblatt" (Vergani's) die Inserate und Texteinschaltungen seiner Institute bezahlte. Er erkaufte sich damit „Schweigen" — und das „Deutsche Volksblatt" schwieg auch, wo es, als noch die Cassen der Oesterr.-ung. Staatsbahn und Bodencreditanstalt für dieses Blatt geschlossen waren, fortgesetzt in die Lärmtrompete stieß und von Schwindel, Corruption 2c. schrie. Zur Ehre des Judenthums sei es gesagt, daß derlei Charakterlosigkeiten nur bei einzelnen Millionen-Juden zu finden sind, der weitaus größte Theil der Juden, sagen wir 95 Prozent, blickt mit schmerzlicher Beschämung auf die Vertreter des jüdischen Großkapitals, die entweder aus Feigheit oder Unverstand mitgeholfen haben, der antisemitischen Schandpresse einen sicheren Bestand zu verschaffen. Was wäre heute das „Deutsche Volksblatt", wenn es nicht von einzelnen Bankinstituten, Eisenbahnen, Versicherungsanstalten ein Vermögen erhalten hätte? Zur Charakterisirung, daß den „großen" Juden der immer mehr emporwuchernde Antisemitismus gänzlich gleichgiltig ist, führen wir den Ausspruch des Chefs eines jüdischen Großhandlungshauses an: „Mir schadet der Antisemitismus nichts. Ueber mich kann das „Deutsche Volksblatt" schreiben, was es will, ich lache nur darüber"

Ihm, dem Manne, der über Millionen gebietet, und den Wenigen mit ihm, deren Reichthum auch nach Millionen zu zählen ist, kann die antisemitische Meute allerdings nicht schaden, aber was ist's mit feinen hunderttausend jüdischen Brüdern? Müssen diese Armen, Verfolgten, unausgesetzt Beschimpften und Verlästerten nicht mit gerechter Bitterkeit gegen eine solche egoistische Theilnahmslosigkeit erfüllt werden? Müssen sie nicht die Leiter gewisser Bankinstitute, Eisenbahnen, Versicherungsanstalten, welche die das Judenthum unausgesetzt beschimpfenden, antisemitischen Hetzblätter durch fette Pauschalien und Inseratengelder unterstützen, aus vollster Seele verachten?

Das Vorgehen dieser Herren ist auch eine Corruption, nämlich eine Corruption des Charakters.

Die reichen, minderreichen und die armen Juden, Letztere sind ja in der Majorität, welche keine Pauschalien, Inserate 2c. für die antisemitischen Blätter zu vergeben haben, gegen diese richten sich die Angriffe der antisemitischen Presse. — Bei den Millionen-Juden der Banken 2c. tritt aber in auffallender Weise die christlich soziale Nächstenliebe zu Tage — natürlich, auch dem wüthendsten Antisemiten mitsammt dem Mühldorfer Ehrenmanne (Vergani) kann man mit jüdischem Gelde das Maul stopfen. Dagegen müssen die anderen Juden herhalten — an denen kann man sich sein Müthchen kühlen — da ist nichts zu holen! . . ."

Der Brünner Turnverein gegen den Antisemitismus. Der Obmann des Turnvereins in Brünn hat am 18. August Namens des Turnrathes auf dem Turnplatze nachstehende Erklärung verlesen: „Der Turnrath sah sich veranlaßt, unterm 30. Juni l. J. an sämmtliche Vereinsmitglieder ein Rundschreiben zu versenden, in welchem ausdrücklich betont wurde, daß der Brünner Turnverein, getreu seinen bisherigen leitenden Grundsätzen, nach wie vor einen deutschen Volksverein darstellen soll, in welchem Deutsche jeden Standes und Bekenntnisses Anregung und Gelegenheit zu einträchtiger turnerischer Arbeit und Bethätigung deutschen Volksthums finden, sowie es allen Vereinsmitgliedern ohne Unterschied der Confession oder Parteistellung zur Pflicht gemacht wird, im Verkehre miteinander, wie selbstverständlich, den Regeln von Sitte und Anstand Rechnung zu tragen und die nöthige Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, damit Friede und Eintracht im Turnvereine nicht nur nicht gestört, sondern dauernd erhalten werden; ebenso hält es der Turnrath für seine Pflicht wie bisher, auch fernerhin im Sinne dieser Grundsätze weiter zu wirken und für die Einleitung derselben jederzeit mit allen ihm zustehenden Rechten einzutreten. Trotz der in diesem Rundschreiben klar und deutlich zum Ausdrucke kommenden, unseren Turnverein leitenden Grundsätze wird von unberufener Seite in einem in unserer Stadt versandten Schreiben zum Beitritt in den Brünner Turnverein aufgefordert mit der ausdrücklich betonten Absicht, die Mitglieder nichtchristlicher Confession zu bekämpfen. Der Turnrath sieht sich daher veranlaßt, abermals zu erklären, daß er an den bekanntgegebenen Grundsätzen festhält und daß er der in dem erwähnten Schreiben bekundeten Absicht unter allen Umständen auf das Entschiedenste und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten wird, falls sich deren Durchführung auf dem Turnplatze oder innerhalb des Vereinsverhältnisses geltend machen wollte, die der Turnrath nicht dulden wird und im Interesse des Vereins nicht dulden darf, daß dieser zum Tummelplatze der Parteien werde."

Vermischtes.

Lustiges aus der antisemitischen Presse. Daß in dieser ernsten Zeit der Humor nicht ausgehe, dafür sorgt unermüdlich das in der Reichshauptstadt erscheinende antisemitische Blatt „Frei-Deutschland". Die Nr. vom 26. August enthält einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Ist dem Deutschen Reiche der Krieg noch nicht aufgezwungen". Wir entnehmen demselben die folgenden Kraftstellen:

. . . Zum Teufel auch, ist uns denn nicht ein Krieg schon längst aufgezwungen worden? Die Pflicht der Selbsterhaltung hat es schon lange erheischt, den Krieg an die Verhöhner und Deutschthums zu erklären.

. . . Wir rufen hiermit laut die Warnung dem deutschen Volke zu:

„Wenn wir jetzt nicht, wo es vielleicht noch Zeit ist, das Schwert gegen unsere Feinde ziehen, dann ist Deutschland unwiderruflich verloren."

Wehe, wenn unser Vaterland von siegreichen russischen Barbarenhorden und Rache schnaubenden Franzosen überschwemmt wird, das Kind im Mutterleibe würde nicht geschont werden von Völkern, die bis ins Innerste der Seele uns hassen. All diese Völker warten zitternd vor glühender Begierde darauf, ihre Wuth an dem deutschen

Volke auslassen zu können. Auf Schonung, im Falle wir besiegt würden, haben wir nicht zu hoffen!

Aber nicht allein äußere Feinde dürfen ungestraft, ja sogar unterstützt durch deutsche Diplomatie an unserer Vernichtung arbeiten, auch innere Feinde unterwühlen ohne Unterbrechung ungestört unser Volksthum. Das Judenthum verhöhnt offen das Christenthum in der Presse; Juden schänden christliche Kirchen, deutsche Mädchen und Frauen. Juden unterstützen ungestraft die umstürzende, landesverrätherische Sozialdemokratie. Letztere darf ungehindert den noch nicht von seinem Pesthauch angesteckten Theil des Volkes in seinen heiligsten Gefühlen in rohester Weise täglich beleidigen. Deutsche sozialdemokratische Führer dürfen offen landesverrätherisch im Auslande mit unseren Erb- und Todfeinden in Verbindung treten, man duldet es, daß solche Landes- und Hochverräther als sog. Volksvertreter, als Abgeordnete sogar im Reichstage das Wort führen dürfen und durch ihre Reden, die sie ungehindert in einem christlich-monarchischen Staate halten, das deutsche Volk in seinen innersten, heiligsten Gefühlen verletzen und beleidigen.

Gegen alle diese Verunglimpfungen, Schändungen und Vergewaltigungen des deutschen Volkes im In- und Auslande erheben wir hiermit feierlich Einspruch. Wir sind mit den politischen Ansichten und Maßnahmen unserer Diplomaten unter keinen Umständen einverstanden, wir halten die bisher verfolgte Politik für eine schmachvolle und unwürdige, die nur zum baldigen und unwiderruflichen vollständigen Untergange des Deutschen Reiches und des gesammten Deutschthums führen muß.

Ein finis Germaniae ist so unvermeidlich.

Daniel Sanders und der deutsche Sprachverein. Freunde des Humors werden nachstehende Notiz, die wir der „Ostdeutschen Rundschau" entnehmen, zu würdigen verstehen:

„Wie uns aus Oldenburg geschrieben wird, hat die Hauptversammlung des dort tagenden Allgemeinen deutschen Sprachvereins auf Antrag des Vertreters Arnold (Reichenberg) der „Ostdeutschen Rundschau" für die Förderung der Vereinsbestrebungen ihre Anerkennung ausgesprochen. In die Vereinsleitung wurden alle bisherigen Vertreter wiedergewählt, mit alleiniger Ausnahme von Dr. Daniel Sanders, auf den blos 24 Stimmen entfielen, und an dessen Stelle Eitzen (Hamburg) trat. Der Vorstand des Sprachvereines ist hiermit judenrein geworden."

Also Dr. Daniel Sanders, der derzeit anerkannt die erste Autorität auf dem Gebiete der deutschen Sprachforschung ist, der als die höchste Instanz in allen Streitfragen auf diesem Gebiete angerufen wird — darf nicht in die Vereinsleitung des deutschen Sprachvereins gewählt werden! Oder sollte das antisemitische Blatt geflunkert haben? Vielleicht kann einer unserer Leser darüber Auskunft geben.

Zur Judenfrage in Rußland

bringt die Wiener „N. Fr. Pr." (23. August) in einer Petersburger Correspondenz sehr interessante Ausführungen, denen wir Folgendes entnehmen:

„Der letzte russisch-türkische Krieg hatte eine erschreckende Unlauterkeit in der höheren Militärverwaltung offenbart. Die öffentliche Meinung kehrte sich stürmisch gegen die Regierung und forderte strenge Strafe für die Schuldigen. In diese Zeit allgemeiner Erregung kam die neue Heilslehre vom Antisemitismus über die deutsche Grenze. Die wahren Schuldigen, die das Unglück an der Donau verursachten, schienen plötzlich gefunden. Der Betrug, der die russische Offiziersehre befleckte, war nicht von den verantwortungsvollen Würdenträgern begangen, das Gift hatte ein Anderer gebracht — der Jude. Die Literatur des Tages versicherte dies in allen Formen. Ihr Kreuzzug stieß auf Theilnahmslosigkeit im Volke. Der Muschik haßt den Juden nicht; auch die Kirche förderte die Verfolgung nicht; die Popen traten für die bedrohten Rabbis und Zadiks wie für Mitbrüder von der Kanzel ein; sie versendeten ihre heiligen Bilder zu deren Schutz, aber ein anderer, mächtigerer Gegner entstand den Juden — der Czar. Man hatte ihm gesagt, daß die Juden den Kreis, welchen das Gesetz ihrem Wohnrechte in Rußland zieht, durchbrachen; er fand nicht, daß die Zeit nur eine natürliche Correctur der bestehenden Bestimmungen vollzog; er war immer ein Anhänger starrster Gesetzesauslegung. Einer seiner Freunde hatte einen Sohn, der in die Untersuchung einer Verschwörung verwickelt war. „Gnade!" flehte er; „der Wahnwitzige zählt siebzehn Jahre!" — „Das Gesetz habe seinen Lauf," entschied Alexander III. — „So gönne man dem Schuldigen einige Erleichterungen seiner Haft." — „Das Gesetz duldet das nicht," erwiderte der Kaiser; er mußte später hören, daß der verzweifelte Vater, ein verdienter General, mit dem Kopf gegen die Wand einer Kerkerzelle in der Peter-Paulsfestung lief, bis er todt zu Boden sank! Das Gesetz aber hatte gesiegt. — Der Kaiser hatte einen Vetter, der in jugendlichem Leichtsinn die Diamanten seiner Mutter einer Tänzerin schenkte. Alexander II. verbannte ihn vom Hofe; als dieser starb, bat der Prinz, daß ihm „gestattet sein möge, am Sarge seines Onkels zu beten. „Das Gesetz kennt solche Ausnahmen nicht," meinte der neue Herr. Der Prinz warf seinen hohen Namen von sich, verweigerte die Huldigung für Alexander III. und flüchtete in die Einsamkeit einer kleinen Landstadt, um als Bürger unabhängig von dem Hofe eine neue Existenz zu suchen. Und nun kehrte sich diese Gesetzesstarre ohne Sinn und Gehör für milde Stimmen der Menschlichkeit gegen die — Juden. Das Gesetz für die Juden! Sein Geist war das Mittelalter, seine Seele die Willkür, seine Bestimmungen stiegen gespensterhaft wie aus einem durch Jahrhunderte geschlossenen Grabe! Es sollte trotzdem herrschen, erbarmungs-, rücksichtslos nach seinem völlig veralteten Wortlaute. Es fanden sich Beamte, die noch grausamer waren. Ihr Vorbild war jener Wlassowski, den jüngst ein Ukas Nikolaus' II von seiner Stelle stürzte, weil er von all seinen Richtern als die Ursache des Chodinka-Unglückes bezeichnet wurde. Er hat die Juden von Moskau mit teuflischer Grausamkeit verfolgt, nach ihrer Vertreibung setzte er eine Prämie für die Angeberei aus, verurtheilte er die Angehörigen wohlhabender und gebildeter Kreise zu den tiefsten Erniedrigungen, suchte mit allen Mitteln die Umwandlung des jüdischen Gotteshauses in ein Tingl-Tangi durchzusetzen. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Dr. H. In St. Mary (Amerik) ist der Jude A. Urbansky zum Bürgermeister gewählt worden. — Die in Nr. 33 enthaltene Notiz über das Breslauer Wettschwimmen muß dahin berichtigt werden, daß allerdings Herr Paul Neumann, der ja, wie erwähnt, von den olympischen Spielen als Meisterschaftsschwimmer rühmlichst bekannt ist, vortreffliche Chancen hatte, einen der ersten Preise zu erringen, doch gerieth er leider, da er mit den dortigen Stromverhältnissen nicht vertraut ist, auf eine Buhne, weshalb er auf die weitere Theilnahme an der für ihn so aussichtsreichen Concurrenz verzichten mußte.

Fr. der verstorbene sozialdemokratische Abg. Kayser war ein Vetter des Direktors der Colonialabtheilung im Auswärtigen Amt.

R. Aus Altona wird uns geschrieben: In dem Briefkasten Ihrer letzten Nr. finde ich eine Notiz, die Abstammung des Herrn Abg. Mohr-Bahrenfeld betreffend. Ich will die Neugierde des Herrn R. befriedigen und ihm auf diesem Wege mittheilen, daß Herr Mohr evangelischer Christ ist und daß es auch seine Eltern gewesen sind. Herr Mohr stammt aus Nortorf (Schlesw.-Holstein), sein Vater war Landwirth, und da nirgends in Schleswig-Holstein auf dem flachen Lande oder in den kleinen Städten Juden wohnen oder gewohnt haben, so darf wohl als bestimmt angenommen werden, daß auch die übrigen Vorfahren des Herrn Mohr keine Juden gewesen sind." Uebrigens sei daran erinnert, daß s. Z. die Christlich-Sozialen und die Antisemiten für die Wahl des Herrn Mohr eingetreten sind. Damals hat man also an seiner angeblich jüdischen Abstammung keinen Anstoß genommen!

W. M. Wie die „Hannov. Post" bestätigt, bewirbt sich der Reichstagsabg. Pastor Iskraut in der That um die dritte Pfarrstelle der Sophien-Gemeinde zu Berlin, nachdem er von Mitgliedern der Gemeindevertretung „herzlich und dringend" aufgefordert worden ist, sich zur Wahl zu stellen. Am 6. September wird er die Probepredigt halten.

Dr. Sch. in **G.** Ihr Abonnement auf die „Mitth." ist noch nicht abgelaufen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 36. Berlin, den 5. September 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten **vierteljährlich** bei der **Post 50 Pf.**, mit Bestellgeld 65 Pf., bei der **Expedition 1,10 Mk.** Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 18.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 18,** zu richten.

Pfarrer Iskraut

ist von den Mitgliedern der Sophien-Gemeinde zu Berlin „herzlich und dringend" aufgefordert worden, sich um die dritte Pfarrstelle zu bewerben.

Vor einigen Jahren machte Iskraut sich dadurch bekannt, daß er die Bauern zu Spenge zu einer regelrechten Knüppel-Schlacht gegen die Sozialdemokraten veranlaßte. Das hinderte ihn nicht im Sept. 1894 in Bielefeld zu erklären, wenn die Sozialdemokratie die Ungerechtigkeit alles Capitals bekämpfe, würde er sofort ein begeisterter Anhänger der Sozialdemokratie sein. Und er gab den Arbeitern den Rath, lieber einen Sozialdemokraten zu wählen, als einen Freisinnigen. In Helmstedt (Juli 1894) äußerte derselbe Herr: „6—8 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag mehr ist nicht ein so großes Unglück als wie ein nationalliberaler."

Pfarrer Iskrauts Redeweise ist auch nicht die feinste. Als er im Juni 1894 in Blankenburg sprach, flogen die Kraftworte: „Halt's Maul! Halten Sie Ihre Schnauze, Sie Lümmel" von seiner Rednertribüne und die „Harzztg." bemerkte in ihrem Bericht, er „gebrauchte einige Kraftworte, die gebildete Männer, am wenigsten Geistliche nicht zu gebrauchen pflegen und auf deren Wiedergabe wir verzichten müssen." Wir erinnern auch daran, daß Iskraut in der Reichstags-Sitzung vom 5. Mai 1896 in einer Polemik gegen den Abg. Wurm die geschmackvolle Aeußerung fallen ließ: „Ich soll nach dem Abg. Wurm wie Kraut und Rüben durcheinander gesprochen haben; Kraut und Rüben geben ein schönes Gericht, ich werde mich aber sehr hüten, beschnittene und unbeschnittene Würmer hineinzumischen."

Pfarrer Iskraut wurde von der conservativen „Westdtsch. Ztg." am 28. Jan. 1895 nachgesagt, er habe „im Wupperthal kein besonders vortheilhaftes Andenken hinterlassen. . . Solch ein unreifer junger Mann gehört nicht in den Reichstag." Und das „Eschweger Tagebl." bemerkte damals dazu: „Daß Herr Hofprediger a. D. Stöcker sich entschieden gegen Herrn Iskraut als einen ganz „confusen Kopf" ausgesprochen und sich ebenso vom ihm zurückgezogen, wie die Geistlichkeit in Westfalen jeglichen Umgang mit Iskraut abgebrochen hat, können wir jeden Augenblick beweisen." Vor der Reichstagsnachwahl in Eschwege März 1895 schrieb die nationalliberale „Straßb. Post:"

„Iskraut ist reactionärer Antisemit vom reinsten oder vom trübsten Wasser und scheint mit der großen Mehrzahl der antisemitischen Führer auch noch das eine gemeinsam zu haben, daß man gegen ihn gewisse persönliche Vorwürfe erhebt. Es ist unter solchen Umständen ein großes Verstandesopfer, wenn Angehörige anderer Parteien sich dazu entschließen, in der Stichwahl für ihn zu stimmen und dadurch einem Manne zum Siege verhelfen, der in allem und jedem ihr Feind und nicht viel anders ist, als ein Sozialdemokrat."

Ueber Pfarrer Iskraut brachte die conservative „Neue Westf. Volksztg." im Dezember 1895 dunkle Andeutungen. Das Blatt machte ihm zum Vorwurf, durch die Sonderkandidatur Schall den Verlust des Wahlkreises Herford-Halle veranlaßt zu haben. Das Blatt fuhr dann wörtlich fort wie folgt: „Wenn man weiter bedenkt, daß Iskraut den Personen, denen er sich jetzt als größeres christlich-conservatives Licht gegenüberstellt, zur größten Dankbarkeit verpflichtet ist, weil sie ihn in hoffnungsloser Lage mit christlicher Barmherzigkeit die Hand zu thatkräftiger Hilfe reichten, ihn zu retten suchten, und zum Theil sogar ihre Haut für ihn zu Markte trugen, so wird man schwerlich sein Handeln pietätvoll nennen können und die Entrüstung darüber bei denjenigen Leuten verstehen, die sich von christlichem Geiste in ihrem Denken und Handeln leiten lassen. Hätten die Ravensberger Christen Iskraut damals nicht in barmherziger Liebe für den gearbeiteten Pastorenberuf zu retten gesucht, so stände nach menschlicher Rechnung der Wahlkreis Halle-Herford nach heute sicher. Das sagt genug."

Wir ziehen keine Schlußfolgerung. Wir wiederholen nur, daß Berliner Bürger Herrn Iskraut zu ihrem Pfarrer wünschen.

Pfarrer Göhre über Stöcker und die Conservativen.

Pfarrer Göhre, neben Fr. Naumann die stärkste Kraft in dem Lager der jungen Christlich-Sozialen, hat unter dem Titel „Die Evangelisch-soziale Bewegung" ein Werk erscheinen lassen, das sich als eine Geschichte der christlich-sozialen Bewegung innerhalb der evangelischen Christenheit darstellt. (Leipzig bei F. W. Grunow, 2 Mk.) Man kann zweifeln, ob man jetzt schon eine objektive Geschichte einer Bewegung schreiben kann, die erst begonnen hat, eine Bewegung zu sein. Zweifellos verdient aber dies frisch geschriebene und tüchtige Werk des Standpunktes wegen Interesse, den der Verfasser einnimmt. Jedenfalls ist Göhre ein Charakterkopf unter der Schaar der jüngeren evangelischen Geistlichen. Hatte er doch einst als junger Candidat drei Monate lang als Fabrikgeselle und Handwerksbursche unter Arbeitern gelebt und gearbeitet, um so die Stimmung, die Leiden und Freuden der Arbeiter kennen zu lernen, eine Methode, die seither viel und manchmal mit überflüssigem Selbstbewußtsein nachgemacht worden ist.

Nachdem Göhre die Thätigkeit von Wichern, V. A.

Huber und Todt beleuchtet, kommt er auf Stöcker zu sprechen. Im Jahre 1877 schuf Pastor Rudolf Todt mit Rudolf Meyer, Prof. Adolf Wagner und Adolf Stöcker die erste Organisation der Evangelisch-Sozialen, eine Vereinigung, die bald in die Stöcker'schen Gründungen aufging. In diesem „Centralverein für Sozialreform auf religiöser und constitutionell monarchischer Grundlage" betonte man die „Mitwirkung der sittlich-religiösen Factoren" bei der Lösung der sozialen Frage. Auch Juden waren daher nicht ausgeschlossen. „Thatsächlich haben ihm auch einzelne Juden, so der jüdische, national-ökonomische Schriftsteller und Bankier Samter in Königsberg, eine kurze Zeit als Mitglieder angehört." Später ersetzte man das Wort „religiös" durch „christlich".

Daß Stöcker die Idee Todt's in die Massen trug, rechnete ihm dieser als „verhängnißvollen Fehler" an. Stöcker gründete die erste christlich-soziale Arbeiterpartei. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß er als erster in Arbeiterversammlungen gesprochen habe. Das haben vor ihm schon Pastor Witte und Missionsdirector Wangemann gethan. Stöcker ist nicht der Vater der christlich-sozialen Bewegung, auch nicht der des Antisemitismus; er hat immer nur Ideen, die in der Luft lagen, popularisirt und sie in der Kleinmünze seiner Volksberedsamkeit ausgegeben. Ueber Stöcker sagt Göhre neben manchen Lobsprüchen: „Bei alledem hat er die christlich-soziale Sache selbst prinzipiell kaum erheblich weiter gefördert. Neues Ideenmaterial hat er ihr kaum beigebracht." (S. 102.) Ueber den Widerspruch zwischen dem Theologen und Politiker in Stöcker urtheilt er: „Wollte er Führer der Christlich-Sozialen sein und bleiben, so war die Consequenz seines Standpunktes, daß er sein kirchliches Amt aufgab. Christlicher Theologe blieb er darum noch immer. Stöcker aber suchte sich einen anderen Ausweg; er erklärte: was ich als Politiker thue, thue ich nicht als Geistlicher, so oft ich jenes bin, hänge ich dies an den Nagel und umgekehrt." „Das ist aber ein ganz unmöglicher Ausweg," fügt Göhre ernst hinzu, „ich kann mein Wesen, meine Person nicht wechseln mit dieser abwechselnden doppelten öffentlichen Thätigkeit." Namentlich die conservativen Neigungen Stöckers mißfallen Göhre. Er ist einsichtig genug, den Stöckerschen Antisemitismus mit den Fragen zu charakterisiren: „Wußte er (Stöcker) nicht, daß, wenn jene Juden die Bazare nicht errichteten, andere Juden oder Christen kommen würden, es an ihrer Stelle zu thun? Wußte er nicht, daß nicht jene Einzelnen, sondern die Uebermacht des unpersönlichen, unfaßbaren Capitalismus schuld an seiner Getreuen, wie an vieler anderer, auch der Arbeitermasse Noth und Elend war?"

Die schärfsten Ausfälle macht Göhre gegen die conservative Partei. Sie ist eine „Interessenpartei, die Partei der Junker, des großen Grundbesitzes." „Sie vertrat daneben zwar immer die Interessen anderer Stände, der Handwerker, Bauern, Landarbeiter, Pastoren. Aber immer nur nebenbei und immer nur war ihr diese Vertretung zugleich Mittel zu ihrem letzten politischen Zweck, zur Interessenvertretung des großen Grundbesitzes. Sie umkleidete sich auch mit dem Anspruch auf christliche Gesinnung, kirchliches Christenthum. Aber auch die Geltendmachung dieses im öffentlich-politischen Leben war nicht die letzte höchste Triebkraft für ihre Parteiziele, so wenig wie die Vertretung der Interessen des Handwerker-, Bauern- und Pastorenstandes. Auch das Christenthum war und ist für sie Mittel zu ihren anderen Zwecken, zur Interessenvertretung des Großgrundbesitzes. Es ist ihr — neben der persönlichen Bedeutung, die es selbstverständlich für eine große Anzahl einzelner Conservativen auch hat — ein Machtmittel wie Monarchie, Schule und Aehnliches zur Erreichung der Interessen des großen Grundbesitzerstandes. Also eine Volksschicht, die auf eine Jahrhundert lange, glänzende soziale Vergangenheit zurückblickt, deren Angehörige sich ökonomisch wohl befanden durch die Mühen und die Arbeit, ja durch die oft sogar skrupellose Ausbeutung anderer, sozial Schwächerer. Wie kann eine solche Partei Mächtiger sich wirklich, wirksam und ausschließlich identifiziren mit der Vertretung der Interessen der Nothleidenden? Sie muß diese viel mehr bekämpfen, als unterstützen." (S. 104 f.)

Hanns Kudlich über den Antisemitismus.

Der berühmte österreichische Politiker, der greise Hanns Kudlich, hat jetzt seine Stimme erhoben, um die Deutschen seines Vaterlandes vor dem Antisemitismus zu warnen. Wenn ein solcher Mann, dessen Leben der Freiheit und dem Wohle seines Vaterlandes gegolten, als politischer Rathgeber und Warner auftritt, verdient er allgemeine Beachtung. Kudlich, den Wien 1872 zum Ehrenbürger gemacht hat, hat während seines Lebens allein mehr für Oesterreich gethan, als die gesammten antisemitischen Führer jemals leisten werden. Er war z. B. der erste Oesterreicher, der die Grundentlastung und Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses des Bauernstandes verlangt hatte.

Mit klarem Blick erkennt Kudlich, daß der Antisemitismus durchaus antideutsche Tendenzen verfolgt. Sein an Professor W. Demel und den deutschfortschrittlichen Verein in Troppau gerichtetes Schreiben lautet:

Werther Herr! Für den telegraphischen Gruß vom 17. d. M. danke ich bestens. Die vielen schönen Festtage, die ich bereits mit meinen liberalen Gesinnungsgenossen und Landsleuten in Troppau verlebte, sind mir unvergeßlich. So auch unser Beisammensein vor zwei Jahren. Leider werde ich durch den schlechten Stand meiner Gesundheit verhindert sein, in diesem Jahre Troppau zu besuchen. Und doch möchte ich gerne noch den Schluß meiner vor zwei Jahren gesprochenen Worte mittheilen. Von antisemitischer Seite war damals in mir die Hoffnung erregt worden, daß ein persönliches Auftreten meinerseits dazu beitragen dürfte, die feindlichen Brüder in Troppau wieder näher zusammen zu bringen. Deshalb sprach ich nur im Allgemeinen von der elenden, den Feinden gegenüber gefährlichen Zersplitterung der österreichischen Deutschen, unterließ es aber, auf den Antisemitismus, als die Ursache dieses kläglichen Zustandes, hinzudeuten. Da nach meiner Abreise keinerlei Annäherung eintrat, da auch jetzt noch die von liberaler Seite unternommenen Versuche einer Annäherung keinerlei Entgegenkommen finden, da die Angriffe der Antisemiten nur noch heftiger werden und das antisemitische Blatt Troppaus so lügenhaft und unverschämt war, aus dem schonungsvollen Tone meiner Rede und aus dem nationalen Geiste, der meine „Rückblicke" durchdringt, zu deduziren, daß ich sogar mehr auf Seite der Antisemiten, als auf der der Liberalen stünde, so erlaube ich mir hiermit zu Ihren Händen meine Berichtigung einzusenden.

Allerdings bin ich zu jeder Zeit meines Lebens streng deutsch gesinnt gewesen, bin auch heute noch derselbe ehrliche Deutsch-Nationale, wie ich es 1848 war. Allerdings rührt von mir der Ausspruch her: man könne in Oesterreich niemals zu sehr national sein. Allein ich habe auch sehr oft behauptet, man müsse in der Politik niemals unklug, niemals dumm sein. Niemals war ich Antisemit, niemals antiliberal! Mein ganzes Leben ist ein Beweis dafür, daß man ein guter Deutscher, ein Liberaler sein könne und ein Freund des Volkes, ohne die Juden vom Volke auszuschließen.

Als deutsch-national gesinnter Mann klage ich die Antisemiten an:

1. Daß sie den edlen, reinen Begriff des deutschen Nationalismus verunziert und beschmutzt haben mit dem inhumanen und undeutschen Antisemitismus, so daß in Oesterreich das Wort „national" als gleichbedeutend angesehen wird mit Antisemitismus.

2. Ich klage die Antisemiten an, daß sie es waren, die aus reinem Judenhaß der politischen und religiösen Reaction Thür und Thor geöffnet haben.

3. Ich klage sie an, daß sie nicht nur im politischen, sondern auch im geistigen Culturleben, im Leben des geselligen Verkehres Verwirrung, Zerstörung und Verhetzung verursacht haben — indem sie in die deutschen Vereine, namentlich der Turner, der Sänger, in den Schulverein, die antisemitischen Spaltpilze hineinverpflanzt und Zersplitterung und Lähmung hineingetragen haben, so daß in allen Städten, wo sie vorherrschend sind, wie in Wien, Reichenberg, Saaz, Troppau und Graz, die geistige und künstlerische Entwickelung sowie der früher so gemüthliche gesellige Verkehr vollständig gelähmt worden ist.

4. Ich klage sie an, daß sie durch Mißhandlung der Juden, welche bisher überall schon seit 1848 die politischen Bundesgenossen der Deutschen gewesen, das deutsche Votum geminder̈t haben, so daß viele deutsche Ortschaften dem Slavismus anheimgefallen sind.

5. Ich klage schließlich die Antisemiten des ärgsten Verbrechens an, welches in der Politik begangen werden kann, daß die große Menge derselben sich dem Rufe der Schönerer, Schneider, Lueger, Liechtenstein, Gregorig, Steinwender wirklich nicht aus böser Absicht, sondern aus Mangel an Einsicht angeschlossen haben, weil sie glaubten, ein Gott und dem heiligen Ignatius gefälliges Werk zu thun.

Das ist mein Verhältniß zum Antisemitismus, und ich erwarte, daß keiner ihrer Schriftgelehrten hinfüro behaupten wird, ich sei „einer von ihren Leuten.“ Ich möchte in der Geschichte nicht als verdächtig dastehen, als gehörte ich zu jener verhängnißvollen Partei, der es zwar nicht gelang, einen einzigen Juden aus Oesterreich zu vertreiben, welche aber vollständig erfolgreich war in der Erniedrigung und Schädigung des Deutschthums, im Sieg der politischen und clericalen Reaction und des Slavismus. Während Slaven und Magyaren unausgesetzt am Gebäude ihrer Zukunft bauen und dazu auch jüdischer Hände und Gehirne sich gern bedienen, — während England, Rußland und Amerika ihre Pläne machen, um die Weltherrschaft zu erringen und ganze Erdtheile zu annectiren, wird in Deutsch-Oesterreich die ganze politische Denkkraft beim Früh- und Spätschoppen krankhaft und leidenschaftlich erregt mit dem Froschmäusekrieg gegen die Juden! Ruere in perniciem!

Hanns Kudlich.

Arische Grundbesitzer vor 100 Jahren.

Bei Beginn unseres Jahrhunderts war durch günstige Marktverhältnisse eine bedeutende Steigerung der Güterpreise insbesondere in den heute Ostelbien genannten preußischen Provinzen eingetreten. Eine gute Schilderung der wirthschaftlichen Zustände Pommerns und Mecklenburgs zu Ende des vorigen Jahrhunderts giebt Ch. E. Langethal in einem in Raumer's Historischem Taschenbuch (4. Folge, 4. Jahrgang 1863) veröffentlichten Aufsatze: „Geschichte der deutschen Landwirthschaft in Verbindung mit der allgemeinen Geschichte von 1770 bis 1850.“ Er schreibt da unter Anderem:

„Bekanntlich begann die französische Revolution in einem theueren Jahre. Die Fruchtpreise blieben aber auch in den nächstfolgenden Jahren fortwährend sehr hoch, weil die Unruhen Leben und Eigenthum unsicher machten. Man hatte wenig Lust, das Feld zu bauen. Der Acker wurde meist nur schlecht bestellt, ein großer Theil blieb sogar brach. Frankreich bedurfte daher einer bedeutenden Zufuhr an Frucht, und die hohen Preise ermöglichten für Deutschland einen starken Weizenexport . . Die starke Kornausfuhr wirkte auf alle norddeutschen und rheinischen Kornmärkte zurück, überall begann die Frucht im Preise zu steigen, ein Umstand, der wiederum die rasche Verbreitung des neuen Cultursystems sehr beförderte. Also wirkte die französische Revolution Anfangs gar nicht ungünstig auf die materiellen Zustände Deutschlands zurück. Indessen zogen Mecklenburg und Schwedisch-Pommern, die den größten Nutzen von der Getreide-Ausfuhr haben sollten, gerade den allerwenigsten Vortheil davon. Bauern giebt es in beiden Ländern eine blos unbedeutende Zahl, also kann in Bezug auf landbesitzende Bevölkerung fast nur von Gutsbesitzern die Rede sein. Diese, obgleich in geselliger Beziehung ziemlich gebildet, hatten damals dennoch im Ganzen nur einen nie eren Grad von Intelligenz. Sie benutzten allerdings den vortheilhaften Export recht gut, sahen sich auch bald im Besitze einer Menge von Geld, wendeten es aber nur zum größeren Glanze ihrer geselligen Verhältnisse an.“

Die gesteigerten Güterpreise führten zu einem umfangreichen Besitzwechsel und zu einer gewaltigen Güterspeculation. Speculanten und Gutsbesitzer wurden dabei gleichzeitig Lobredner der Theuerung der landwirthschaftlichen Producte. Darüber spricht sich der Verfasser eines 1810 erschienenen Buches „Der Güterhandel und seine traurigen Folgen“ in einer bereits 1805 geschriebenen Vorrede aus:

„Um der Theuerung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse das Wort zu reden, finde man folgende Aufstellung am gewöhnlichsten: „Theuerung befördert den Güterwerth, folglich die Güterpreise; je höher die Güterpreise steigen, desto mehr wird auch der Güterwerth und daher auch der Güterhandel befördert, und je mehr sie fallen, desto tiefer sinkt ihr Werth, dadurch aber wird die Agricultur schlechter. Um daher die Grundbesitzer theuer gekaufter Grundstücke zu erhalten, müssen theure Getreidepreise bleiben, damit auf solche Weise zugleich die Cultur befördert werde. Diese zwei Erscheinungen: höhere Cultur und Theuerung, die man in unsern Tagen so sonderbar zusammengestellt findet, hätten Männer von Einsicht schon längst zu einer näheren Untersuchung dieser Wundergestalt führen sollen. Weil sie aber durch den Eigennutz stets vertheidigt wurde, und die Vertheidiger wie ein zweiter Proteus sich bei jedem Angriff in neue Gestalten verwandelten, der Angreifende auch keine Waffen, sie mit Glück zu fesseln, in Händen hatte, indem durch die immer höher steigenden Preise der Grundstücke und durch das zugleich dadurch anwachsende Vermögen einiger dabei Reichgewordenen gewissermaßen der Beweis, daß dies durch die verbesserte Cultur bewirkt worden sei, für die Wahrheit der Sache geführt zu sein schien, so blieb es unentschieden, ob man gleich durch inneres Gefühl überall in diesen Erscheinungen lauter Widersprüche fand. Hierzu kam, daß alle die, die einige Kenntniß von Oeconomie besaßen, größtentheils auch ein Interesse an den theuren Preisen fanden und daher leicht ihre Gegner mit dem Vorwurf, daß sie nichts davon verstünden, wie mit dem Schilde der Minerva versteinerten und zum Schweigen brachten.“

Die Verherrlichung der theueren Preise durch die Grundbesitzinteressenten wurde nun besonders laut, als nach der agrarischen Blüthezeit gleichzeitig mit dem preußischen Staatskrach bei Jena auch ein wirthschaftlicher Krach eintrat. Die Zeit der Trübsal währte infolge der fortdauernden Kriege Jahre lang. Die preußischen Großgrundbesitzer waren auf Einnahmen beschränkt, die mit ihren durch die hohen Güterpreise eigentlich nur „künstlich herausgerechneten Vermögen“ und mit ihren entsprechenden Ansprüchen an Lebenshaltung nicht im Einklang standen. Da verlangten sie, der Staat solle ihnen helfen. Zu ihrem Wortführer machte sich ein Herr v. Bülow auf Cummerow, der im Januar 1814 seine Schrift herausgab: „Ueber die Mittel zur Erhaltung der Grundbesitzer zur Rettung des Kapitalvermögens des Staates und zur Ausgleichung der Grundbesitzer und ihrer Gläubiger.“ Er wies ganz entschieden den Gedanken zurück, daß nach gewissenhafter Berechnung der Staat den Grundbesitzern die wirklich im Kriege gebrachten Opfer aus Staatsmitteln ersetzen solle, er verlangte ganze Arbeit. Durch eine große Nationalbank, zu deren Fundirung in erster Linie der Staat seine Domänen und Forsten in dem nöthigen Umfange veräußern sollte, wollte er erreichen, „daß wir den Gutsbesitzer mit seinem Creditor völlig auseinandersetzen — alle Schulden des ersteren mit Pfandbriefen bezahlen, welche bei einem der zu bildenden Fonds als dem Nominalwerth ganz nahe zu versilbern sind.“

„Herr von Bülow“, bemerken dazu die „Grenzboten“, „ist durch seine Schrift der Vater des Agrarierthums des neunzehnten Jahrhunderts geworden und hat für diese Leistung noch im Frühjahre 1814 eine Kritik erfahren, wie sie das, was er damit ins Leben gerufen hat, verdient. Am 13. April 1814 schickte der Minister Graf Alexander zu Dohna-Schlobitten an seinen Freund und Landsmann Theodor von Schön von Berlin aus das Bülow'sche Buch mit folgendem Begleitschreiben:

„Anbei folgt ferner ein erbärmliches Machwerk des Herr von Bülow auf Cummerow, das deshalb wichtig ist, weil es auf offizielle Veranlassung erschienen zu sein scheint, und weil es in Berlin ungeheuren Beifall findet. Es ist doch gar zu hübsch, so ohne alles Zuthun, gleichsam im Schlafe, in einem Nu alle Schulden los zu werden. Uebrigens gehört die Mantscherei mit den Domänen-Vorwerken und Forsten, sowie alle Operationen der Nationalbank für die Herren, die solche zwischen die Finger bekommen, eine erwünschte Ge-

legenheit zum Jübeln, Flauteriren und Tripateriren.

Und in einem späteren Briefe schreibt er: „Die Bülow'sche Schrift findet den höchst möglichen Beifall bei der unendlich zahlreichen und über alles mächtigen Klasse von Bankrotteurs und Glücksuchern; erstere wollen urplötzlich alle ihre Schulden quitt und los sein; letztere hoffen bei Ausführung des Bülow'schen Gewebes, wie solches auch nicht fehlen kann, sich artig zu bereichern."

Wie damals der Antisemitismus von den Großgrundbesitzern genährt wurde, so hat der heutige Judenhaß im „Bund der Landwirthe" seine festeste Stütze. Es ist der alte Kreislauf der Dinge: Sucht nach mühelosem Erwerb und Emotion durch ein bischen Judenhaß. Diese Kreise haben in 100 Jahren nichts gelernt.

Zur Abwehr.

Königsberg, 25. August. Der heutigen feierlichen Einweihung der neuen Synagoge wohnten u. A. bei: der Oberpräsident Graf Bismarck, der Stadtcommandant Generallieutenant Keyler, Oberregierungsrath Bergmann als Vertreter des auf Urlaub weilenden Regierungspräsidenten v. Tieschowitz, Geheimer Regierungs- und Landrath Freiherr v. Hüllessem, Polizeipräsident Dr. Schütte, Eisenbahnpräsident Simson, Oberbürgermeister Brinkmann, Regierungs- und Baurath Launer, Professor Dr. Gareis, Professor Dr. Bezzenberger, die Stadträthe Graf und Schaf, Stadtbaurath Mühlbach, Stadtschulrath Mühlbach, Stadtschulrath Dr. Tridukait, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Rosenstock, Stadtrath a. D. Krahne, Consistorialrath Superintendent Lackner, Prediger Liedtke, die Gymnasialdirectoren Babucke, v. Drygalski und Ellendt.

Die formvollendete und ergreifende Weiherede hielt Rabbiner Dr. Werner aus München. Der Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Prof. Dr. Samuel gab der freudigen Genugthuung über die langersehnte Vollendung des schönen Werkes, dem Dank für Alle, die an dem Gelingen durch Opfersinn und persönliche Hingebung mitgewirkt, Ausdruck und schloß hierauf mit den Worten:

„Zum Segen soll dieser Bau gereichen nicht blos für uns und unsere Nachkommen, so lange diese Mauern stehen, sondern nicht minder für unsere Mitbürger aller Confessionen, mit denen wir uns eins fühlen in treuer Mitarbeit für Staat und Gesellschaft, für Handel und Gewerbe, für Wissenschaft und Kunst, für fleißiges Schaffen jeder Art. Zum Segen für alle, denn die Sittenlehre des Judenthums verlangt Nächstenliebe gegen Jedermann ohne Unterschied der Abstammung und der Religion, verlangt strengste Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel, verlangt treue Hingabe an das Wohl des Vaterlandes. Ausdrücklich besagt die Erklärung der 200 Rabbiner Deutschlands vom Jahre 1894, daß die Sittenlehre des Judenthums keinen Ausspruch und keine Anschauung anerkennt, die dem Nichtjuden gegenüber erlaubt, was dem Juden gegenüber verboten ist. So soll die Sittenlehre von dieser Kanzel gelehrt werden im breiten Lichte der Oeffentlichkeit. Andächtige Festversammlung! Als die alte Synagoge nach dem großen Brande der Vorstadt im Jahre 1810, am 19. April 1815 an derselben Stelle eingeweiht wurde, da war der Schluß dieses Aktes die Einsegnung der 15 Freiwilligen zum Feldzuge von 1815. Die Namen derselben sind uns größtentheils erhalten. Dank der Wiederherstellung des Deutschen Reiches durch das erlauchte Haus der Hohenzollern, dank der Friedensliebe und Weisheit Sr. Majestät können wir heute die Einweihung der Synagoge im tiefsten Frieden feiern. Möge uns dieser Friede lange erhalten bleiben! Aber wenn das Vaterland ruft, dann wird unsere Jugend, die in diesem Tempel zum Fahneneid vorbereitet wird, auf dem Felde der Ehre ihre Pflicht thun, so wie sie unsere Väter und Großväter gethan haben."

Bei dem Festmahl hielt der zweite Bürgermeister Brinkmann eine Rede, worin er u. a. ausführte:

„Es sei gewissermaßen eine wilde Zeit, in welcher wir heute lebten. Längst veraltete, aber tief eingewurzelte Anschauungen wagen sich wieder an das Tageslicht. Falsche Begriffe von Ehre und Ehrgefühl werden wieder wach und trotzen besseren und aufgeklärteren Meinungen. Ja, ganze Stände und ganze Bevölkerungsklassen werden aufgerufen zum Kampf des einen Standes gegen den andern, der einen Klasse gegen alle andern Klassen. Vergessen die Lehren und Erfahrungen früherer Zeiten. Da will mir der heutige Tag wie das Aufleuchten einer besseren Zeit erscheinen. Wenn es nämlich richtig ist, daß wahre Religiosität nichts anderes ist als das Streben nach lauterer Wahrheit, dann hat die hiesige Synagogengemeinde nach lauterer Wahrheit gestrebt, als sie den Bau ihres neuen Tempels in Angriff nahm. Denn sie hat die Religiosität ihrer Mitglieder fördern wollen. Deshalb gereicht es mir zur besonderen Freude, als Mitvertreter der städischen Behörden dazu berufen zu sein, der Synagogengemeinde zu dem wohlgelungenen Werk von Herzen Glück zu wünschen. Mit noch mehr Stolz aber möchte ich behaupten, daß an Ihrem Feste die gesammte Königsberger Bürgerschaft freudigen Antheil nimmt. Denn gehobenen Hauptes und Ihrer Zustimmung sicher darf ich es wohl aussprechen: Hier in Königsberg leben die Bekenner aller Religionen und aller Confessionen in Frieden und Eintracht neben und mit einander. Daß dem aber so ist, daran hat auch die hiesige jüdische Bevolkerung selbst kein ganz geringes Verdienst. Nur einiges sei mir in dieser Beziehung auszuführen gestattet. Darf ich beginnen mit dem, was mir zunächst liegt, so muß ich rühmend und dankend anerkennen die thätige und aufopfernde Mitarbeit unserer israelitischen Mitbürger nicht blos in der städtischen Verwaltung, sondern überhaupt in allen öffentlichen Angelegenheiten. Nur ungern und gewiß zum Schaden der Gesammtheit würden wir missen die Anhänger des mosaischen Glaubens in unserer Stadtverordnetenversammlung, in unserm Magistratscollegium, in den vielerlei Commissionen und Deputationen, in den städtischen und sonstigen Ehrenämtern. Und so manches schöne und gute Werk wäre unterblieben oder doch nur halb gediehen, wenn nicht unsere jüdischen Mitbürger mit Rath und That mitgeholfen hätten und noch mithelfen würden. Wie wenig beanspruchen sie selbst dagegen fremde Beihilfe! Keine besonderen Privilegien verlangen sie, keine Rechte, die nicht auch jedem anderen Bürger bereitwillig gewährt werden. Und sehe ich die Liste derer durch, welche aus städtischen Mitteln Unterstützung beziehen, so muß ich eingestehen, daß unsere jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen von der Armenpflege nur wenig Nutzen haben. Nicht daß ich meinte, Armuth käme bei ihnen überhaupt nicht vor! Aber stärker als anderswo wirken bei ihnen die Bande der Familienzusammengehörigkeit und der Freundschaft, groß und bewundernswerth ist ihre Gattin- und Kindesliebe, und mancher glaubenseifrige Christ könnte sich hierin von ihnen ein Vorbild nehmen. Wer endlich Gelegenheit gehabt hat, zu sehen, wie häufig gerade die Herzen und Hände der Juden sich öffnen, um segensreiche Einrichtungen für das Gemeinwohl zu fördern, der wird gern das Wort unsers Kaisers unterschreiben, daß christlich-sozial eigentlich ein Unding ist. Empfänglich für jede Weiterentwickelung des Menschengeschlechts, erglüht für Kunst und Wissenschaft, erfüllt von wahrer und echter Humanität, dabei folgsam den Staatsgesetzen und königstreu, so steht nicht blos vor meinem Geiste derselbe Jude, den man ehemals verbrannte und dem heute nur noch verblendete Fanatiker seine Rechte kürzen wollen, so muß er allen erscheinen, die nur gerecht sein wollen. Und wenn einmal dereinst, vielleicht erst nach Jahrhunderten, die Gegensätze der Religionen und der Confessionen sich derart ausgeglichen haben werden, daß der Mensch nur noch nach seinem innern Werthe geschätzt und beurtheilt wird, alle anderen Unterschiede dagegen bedeutungslos geworden sein werden, wenn das Menschenthum diesen Triumph erleben wird, dann wird, so hoffe ich, bei der Feier dieses Triumphes die Königsberger Synagogengemeinde nicht unbetheiligt bei Seite stehen wollen. In diesem Sinne weihe ich mein Glas der Königsberger Synagogengemeinde und allen ihren Mitgliedern. Die Synagogengemeinde lebe hoch!"

Nürnberg, 26. Aug. Bei dem Südwestdeutschen Handwerkertag in Heidelberg hat Buchbinderobermeister Nagler aus München nachstehende Sätze den Zeitungsberichten zufolge gesprochen: „Bei den Israeliten bestehen schon jetzt Zwangsinnungen. Diese jüdischen Innungen sind fester und geschlossener als alle christlichen Innungen. Die Spiegelfabrikation in Fürth wird von solcher echt mittelalterlichen jüdischen Innung betrieben. Christen werden auf dem Markte gar nicht zugelassen." Als wir diese Sätze lasen, so schreibt man von hier der „Augsb. Abdztg.", trauten wir unsern Augen nicht. Ein jeder nur halbwegs die Verhältnisse Kennende weiß sehr gut, daß es in Fürth neben großen Spiegelfabriken, deren Eigenthümer Israeliten sind, sehr bedeutende christliche Firmen giebt, welche die Spiegelfabrikation betreiben. Die Geschichte von der mittelalterlichen jüdischen Innung ist ein Ammenmärchen. Es existirt überhaupt gar keine Innung für Spiegelfabrikation in Fürth. Hat vielleicht der Redner die „Vereinigung bayerischer Spiegelglasfabriken", die ihren Sitz in Fürth hat, im Auge gehabt? Diese Vereinigung, welcher übrigens christliche und israelitische Firmen angehören, hat durchaus mit dem Innungswesen keinen Zusammenhang. Die Vereinigung ist nur gegründet, um der Ueberproduktion entgegenzutreten, sie regelt die

Produktion und stellt den Preis fest, zu welchem das gemeinschaftliche Lager die Waaren übernimmt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Stöcker hat aus seiner bayrischen Sommerfrische an seine Freunde und Parteigenossen eine Epistel gerichtet, welche im „Volk" einen Raum von nicht weniger als fünf Spalten einnimmt. Er redet weitschweifig von vielen und noch einigen andern Dingen, von dem Redactionswechsel in seinem Blatt, von den Professoren Wagner und Hüpeden, von der liberalen Theologie und den Intriguen des Herrn Prof. Harnack, von der conservativen Partei und von der Zukunft des christlichen Sozialismus und von seiner eigenen außerordentlichen Topferkeit und Pflichttreue, die ihn zwinge, bis zum letzten Athemzuge auszuharren und einzutreten für deutsche Ehre und Herrlichkeit. Der frühere Hofprediger giebt zwar zu, daß die Redacteure v. Gerlach und Oberwinder ihm und der Partei in schweren Zeiten treu gedient haben. Sie seien aber in den letzten Jahren zu freundlich gegen Herrn Naumann gewesen, und Naumann sei liberal, sei Ritschtianer und habe in sozialen Dingen kein Programm, gebe unbesonnene Parolen aus, rede gegen den Umsturz wenig, gegen die jüdischen Uebergriffe noch weniger, also könne Herr Stöcker mit ihm in einer Partei nie gemeinsam wirken. Dagegen sei eine Vereinigung derer, die auf den kirchlichen Rechten stehen, nothwendig: „Oder sollten wir der Ritscht'schen Schule und den Liberalen das soziale Feld allein überlassen?" Gegen Professor Wagner macht Herr Stöcker geltend, daß sogar der verstorbene Professor v. Treitschke den „Scheiterhaufenbrief" als ein ganz loyales politisches Mittel anerkannt habe. Gegenüber einem „theuren Amtsbruder", der Herrn Stöcker vorgeworfen hatte, durch Menschenvergötterung zum Papst geworden zu sein, bemerkt Herr Stöcker, seit Jahr und Tag habe er wohl Menschenverteufelung, aber keine Menschenvergötterung erfahren: „So Gott will, wird diese Krisis der Anfang neuer Kraft sein. In den Grundsätzen liegt sie nicht, nur in den Personen. Bisher war sie schleichend, jetzt ist sie offenbar geworden, gewiß der bessere Zustand. Wir hoffen, daß alle Mitglieder unserer Partei, die lieber mit den Jungen gehen wollen, nun auch wirklich gehen." Ihm selbst sei es auch in Zukunft unmöglich, zu der conservativen Partei zurückzukehren. Denn wie könne er einer Partei angehören, an deren Leitung Oberst von Krause betheiligt ist?

Herrn Stöckers Ferienbrief hat in politischen Kreisen den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Auch diese Kundgebung wird nicht dazu beitragen, das gesunkene Prestige des Mannes zu heben und ihm eine lebensfähige Partei zu schaffen.

Zu der Beleidigungsklage Stöckers gegen den Redacteur der „N. Saarbrücker Ztg." Schwuchow ist der auf den 4. September angesetzt gewordene Termin auf Antrag des Rechtsbeistandes des Klägers bis zum 4. November vertagt worden. Ferner soll Stöcker eine zweite Klage gegen denselben Redacteur eingereicht haben, weil dieser in seinem Blatte behauptete, Stöcker pflege, nachdem er die Klageanträge gestellt habe, zu „kneifen". In dem betr. Artikel wird Stöcker zum Vorwurfe gemacht, er habe es stets bisher vermieden, mit Bezug auf die nothwendige Bekämpfung seines politischen und sonstigen öffentlichen Gebahrens an das Urtheil der Gerichte zu appelliren und wo es dennoch auf Drängen seiner Freunde geschah, habe er vor der öffentlichen Gerichtsverhandlung seine Klage zurückgezogen. Herr Stöcker erblickt in dieser Behauptung insofern eine unwahre Behauptung, als damit behauptet worden sei, daß der Privatkläger Stöcker sich Dinge habe zu Schulden kommen lassen, die unehrenhafter Natur seien und die Oeffentlichkeit nicht vertrügen. Der verklagte Redacteur soll sich auch für diesen Fall mit dem nöthigen Beweismaterial versehen haben. Seine Vertheidigung führt der Reichstagsabgeordnete Justizrath Boltz-Saarbrücken.

Liebermann von Sonnenberg veröffentlicht in seiner „Antis. Corr." (27. August) wieder eine drei Spalten lange Auseinandersetzung mit Hans v. Mosch, an deren Schlusse er, um zu zeigen, wie Moschs „Preßtreibereien im jüdischen Lager wirken", unsere Aeußerungen aus Nr. 33 der „Mittheilungen" — wie er sagt: „wörtlich" — wiedergiebt. „Wörtlich" hat Hr. v. Liebermann aber nicht citirt, denn er unterdrückt bezeichnenderweise folgende Sätze:

„Da erzählt z. B. Herr v. Liebermann, wie er Herrn Böckler eine Stelle beim **Bund der Landwirthe** habe verschaffen wollen. Das läßt wahrlich tief blicken! Auf die eigenthümlichen Beziehungen des Bundes zu den antisemitischen Führern, namentlich zu Herrn L. v. S., haben wir wiederholt hingewiesen. Aus der Aeußerung, die hier Herr v. Liebermann entschlüpft ist, ersehen wir wieder, wie eng dieser Herr mit der Leitung des Bundes liirt ist. Die agrarischen Junker sind seit längerer Zeit bemüht, von den antisemitischen Agitatoren einen nach dem andern (s. Böckel, Puchstein) „auszukaufen" und Herr v. Liebermann scheint hierbei eine Art Vermittlerrolle zu spielen."

Die „Antisemitische Volkspartei" (Verband Berlin) hielt am 26. August eine Versammlung ab, in welcher, wie die „Post" berichtet, lebhafte Klagen gegen die Lauheit der Führer der Reformpartei, hauptsächlich aber gegen Herrn Liebermann von Sonnenberg, der zu sehr mit dem „Bund der Landwirthe" liebäugele, geführt. Ein Mitglied der Reformpartei sowie des Bundes der Landwirthe nahm Herrn von Liebermann in Schutz und glaubte versichern zu können, daß letzterer, wenn er sich an den Bund der Landwirthe anlehne, die tödliche Absicht habe, die Mitglieder des Bundes zu den Antisemiten hinüberzuziehen; schließlich könne ja Liebermann bald der Nachfolger des Herrn von Plötz werden. Diesen Anschauungen trat Herr Friedrich Witte, der frühere Vorsitzende des „D. A. B.", entschieden entgegen. Der Herr vom Bund der Landwirthe kenne diese Herren Landwirthe doch sehr schlecht, wenn er glaube, daß sie die Gefolgschaft des Herrn v. Liebermann abgeben würden. Zum Schluß kam man darin überein, daß zwischen mehreren alten bewährten Mitgliedern der „Reformpartei" und der „Antisemitischen Volkspartei" gemeinsame Besprechungen stattfinden sollen, um Schritte gegen die Fraction zu unternehmen. Innerhalb der letzteren seien mindestens drei Abgeordnete, welche ein entschiedeneres Vorgehen im Reichstage wünschen.

Karl Seblatzek und seine Freunde. Im Briefkasten des „Deutsch. Generalanz." des Herrn Karl Seblatzek finden wir folgende Notiz:

Ernest Schneider und Pfarrer Dr. Deckert in Wien. Herzlichen Dank für Ihre so liebenswürdigen Schreiben, das hohe Interesse und die treue Mithülfe zu unserem Ritualmordprozeß. Mit solchen Berathern und einem Dr. Lueger als Führer wären wir hier schon zehn Mal weiter. Aber leider! — — Nächstens schriftlich oder persönlich (bei Gelegenheit eines hoffentlich baldigen Besuches) mehr. Mit herzl. deutschen Gruß Ihr S.

Judenriecherei. Bekanntlich wollen die Herren Pfarrer Fr. Naumann und Prof. Delbrück eine neue Partei gründen, eine „national-soziale". Das Programm dieser neuen Partei wird den Hauptgegenstand der Verhandlung auf der im November dieses Jahres stattfindenden Versammlung aller nicht conservativen Christlich-Sozialen bilden.

Einsichtige Politiker warten erst ab, was diese November-Versammlung bringen wird. Die Antisemiten waren aber nie einsichtsvolle Politiker und so darf es nicht Wunder nehmen, daß die „Deutsche Wacht" vom 1. September die neue Richtung als „judenfreundliche Reformpartei" denunzirt, und zwar nur weil eine positiv schaffende Partei ein negatives Element — den Antisemitismus — nicht als Programmpunkt ansehen will.

München ist eine „antisemitische Stadt." So schrieb der Münchener Antisemitenführer Herr L. Wenng

einige Tage nach der Lueger-Versammlung im „Münchner Kindl". Er hatte gut abgeschnitten. Die beiden Wiener Volksmänner Schneider und Lueger hatten nämlich keine Reiseentschädigung und keinen Pfennig Diäten beansprucht, weshalb das gesammte Entreegeld der Münchener Kindl-Versammlung in den sonst immer leeren Kassen der „Bayrischen Reformpartei" rollte. Wenng schwoll daher der Kamm gewaltig; der Raum seines Blattes wurde ihm zu eng, um all die Renommage über den „Erfolg" der „denkwürdigsten" aller jemals stattgefundenen Versammlungen unterzubringen. Er berief auf den 27. August eine öffentliche Volksversammlung, um der Welt den mächtigen Aufschwung seiner Partei vorzudemonstriren. Die Tagesordnung lockte eine ansehnliche Zahl katholischer Arbeitervereinsmitglieder und einige Dutzend Sozialdemokraten an, sonst hätte Wenng überhaupt die „große öffentliche Volksversammlung" von vornherein schließen können. Er war selber Referent und erzählte Eingangs seiner Rede, daß, wie ihm zu Ohren gekommen, beabsichtigt sei, die Versammlung zu sprengen usw. usw., worauf ihm bedeutet wurde, daß daran Niemand denkt, daß nur die paar Antisemiten anständig sein und sich nicht wieder als Rauschmeißer und Hausknechte geriren sollen wie im „Münchner Kindl", sonst könnten zur Abwechslung sie selbst vor die Thür fliegen. Das schien den Antisemiten sonderbar, doch mußten sie sich von ihrer nunmehrigen Schwäche überzeugen und so betrogen wie andere Leute. Wenng gab dann eine Uebersicht über den Verlauf der Lueger-Versammlung, den Zuwachs der Partei und ließ dann die Presse, welche über die Versammlung nicht wie er es gerne gesehen hätte, referirte, Revue passiren. Einen amüsanten Verlauf nahm die Discussion. Sowohl der Redner von der Centrumspartei, wie die der Sozialdemokraten, nahmen Wenng gebührend mit. Erstere kündigten den Antisemiten für alle Zeit die Freundschaft, wollten von keinem Compromiß, mit wem es immer sei, für die Zukunft etwas wissen, und erinnerten Herrn Wenng daran, daß er die dem Centrum schuldigen Wahlkosten vom Jahre 1893 noch nicht beglichen hat. Der Sozialdemokrat Schmitt und Andere bezichtigten den Referenten der Inconsequenz und Heuchelei und zogen den Phrasenheld auf Grund vorgetragener nachweisbarer Vorkommnisse ins Lächerliche. Zwerchfellerschütternde Heiterkeit rief auch ein Redner hervor, der sich als richtiger, redlicher Antisemit bekannte und seinen „Parteifreund" Wenng und dessen Machinationen in einer Weise angriff, wie man dies öffentlich wohl selten hören dürfte. Das Wenng'sche „Deutsche Volksblatt" bezeichnete der „richtige" Antisemit als das allergrößte Schundblatt. (Stürmischer Beifall.) Wenng wußte sich zu helfen, indem er den unbequemen Redner aus dem eigenen Lager für geisteskrank erklärte. (Neue Lachsalven.) Eine Resolution, die besagte, daß die Versammlung mit dem Referenten und der antisemitischen Partei nicht einverstanden ist, wurde unter den Tisch des Hauses geworfen und die Versammlung $12^1/_4$ Uhr schleunigst geschlossen. Kein Hoch, kein antisemitischer Schlachtgesang ertönte, als der große Führer mit seinem Häuflein den Saal verließ. — Eine solche Enttäuschung muß bitter sein.

Jüdisch klingende Namen benutzen die Antisemiten mit Vorliebe, wenn es gilt den verhaßten Juden etwas anzuhängen. Begeht irgend ein Lump eine Schandthat und führt er zufällig einen solchen jüdisch klingenden Namen, so sind nach antisemitischer Lehre alle Juden Lumpen. Daß die Nutzanwendung dieses verleumderischen Grundsatzes schon häufig dahin geführt hat, angeblich jüdische Verbrecher als stramme Antisemiten entpuppt zu sehen, ist nichts Neues. Neu ist aber ein Reinfall, der den braven Antisemiten soeben auf einem andern Gebiete passirt ist. Zum Beweise, wie „verjudet" Deutschland ist, veröffentlichen antisemitische Zeitungen unter der Ueberschrift „Jüdische Ritter, Commissions- und Commerzienräthe u. s. w." eine Liste derer, die in Deutschland „befördert" werden, trotzdem sie Juden sind. In der jüngsten dieser Listen steht nun die Ernennung des Herrn Rechtsanwalts Abraham in Sangerhausen zum Notar. Ist es schon an und für sich Thorheit, die Ernennung eines Notars als Beförderung aufzufassen, so ist die Erwähnung derselben im Falle des Herrn Abraham um so thörichter, als dieser, wie die „Nordhäuser Zeitung" feststellt, ein unverfälschter Christ und Arier und Sohn eines Eisenbahndirectors ist. Also mit der „Verjudung" des Notariats in Sangerhausen ist es wieder nichts.

Dr. Lueger in Budweis. Da die überwältigende Mehrheit der Deutschen in Budweis wiederholt dem hetzerischen Treiben der Antisemiten gegenüber ihren Abscheu kundgethan, da ferner die journalistischen Neugründungen derselben zu Grunde gingen oder dem Absterben nahe sind, versuchte man mittelst eines besonderen Spektakelstückes der lahmen Partei auf die Beine zu helfen, indem man Dr. Lueger als Redner für eine auf den 30. August anberaumte Volksversammlung nach Budweis kommen ließ. Lueger hatte keinen glücklichen Tag. Die Deutschen in Budweiß befanden sich in großer Aufregung, weil Lueger gekommen war, um die Tschechen gegen die Deutschen zu unterstützen, die wohl in keiner deutschen Stadt Oesterreichs so schwer gegen den tschechischen Ansturm zu kämpfen haben wie in Budweis. Die besten deutschen Kreise der Stadt hatten sich vor dem Saal, in dem Dr. Lueger gesprochen hatte, aufgestellt, um ihre Entrüstung auszudrücken. Als er heranfuhr, warf sich ein Knäuel von Menschen gegen den Wagen und spuckte vor Lueger aus. Es kam zu Thätlichkeiten, wobei ein tschechischer Geistlicher den ersten Schlag gegen einen Deutschen führte. Lueger, bleich und zitternd vor Aufregung, flüchtete sich hinter seine Begleiter. Nur mit großer Mühe gelang es der Polizei, Lueger in seinen Wagen zu bringen, der unter fortgesetzten stürmischen Rufen „Nieder mit Lueger!" davonfuhr. Luegers Versammlung bestand zu mehr als der Hälfte aus Tschechen, und der Beifall ertönte fast ausschließlich in tschechischen Rufen. Als Lueger das Wort ergriff, wurde er mit dem tosenden Rufe „Nieder!" von den Freisinnigen empfangen. Er hielt fast dieselbe Rede wie in München, ja, er machte dieselben Witze. Stürmischen Beifall erweckte er bei den Tschechen, als er ausrief, den Slaven dürften ihre Rechte nicht verkümmert werden, er hoffe, wenn einmal das Abgeordnetenhaus antiliberal sein werde, würden die nationalen Tschechen gemeinsam mit den Antisemiten gehen. Geradezu bejubelt wurde von den anwesenden Tschechen der Ausspruch Luegers, das deutsche Volk sei tief gesunken. Auch beim Verlassen des Saales ereigneten sich stürmische Scenen. Mehrere tschechische Sozialisten wurden verhaftet, ein zehnjähriges Mädchen verletzt. Lueger, dessen Wohnung von Gensdarmen bewacht wurde, die ihn auch zum Bahnhofe begleiteten, reiste im Dunkel der Nacht um zwölf Uhr nach Wien.

Der antisemitisch-christlich-soziale Agitator P. Stojalowski, der vom Papst mit der höchsten Kirchenstrafe, dem Interdict, belegt worden ist, beruhigt sich dabei nicht. In einer Zuschrift an die „N. Fr. Pr." vom 29. August behauptet er:

> Weder die Suspension sammt Interdict des Agliardi, noch die Excommunication des „Mancini" wurden mir bis heute amtlich und nach canonischen Vorschriften eingehändigt.
>
> . . . Was speciell die angebliche Excommunication betrifft, ist diese nach canonischem Rechte nur dann möglich und denkbar, wenn der zu Excommunicirende verhört und überwiesen worden ist, widrigens dieselbe vollends ungültig ist, da obendrein der geistliche Richter, welcher, ohne verhört zu haben, Jemanden excommunicirt, selbst einer monatlichen Suspension von den geistlichen Functionen und von dem Betreten der Kirche anheimfällt. (Vide Aichner Comp. Juris. eccl. p. 661.)

Es rächt sich alles auf Erden. Erst stachelt Stojalowski die polnisch-galizischen Bauern gegen die jüdischen Capitalisten

auf, und die Kirche schwieg. Dann erhob er seine Beschuldigungen gegen die reichen Bischöfe und nun erfolgte Kirchenstrafe auf Kirchenstrafe. Aber der Pater wurde nicht still und jetzt wagte er gar, gegen den Papst zu demonstriren. Pater Stojalowski erklärt sich bereit, alles zu widerrufen, doch man sage ihm, er dürfe nicht nach Rom reisen, weil er beim Papst nicht vorgelassen würde. Stojalowski wird nun ein offenes Schreiben an den Papst in allen Sprachen veröffentlichen, worin er sein Glaubensbekenntniß, seine sozialen Ueberzeugungen und den Mißbrauch, den die galizischen Bischöfe mit ihrer Macht treiben, zum Ausdruck bringt. Er will auch ferner Zeitungen herausgeben; erst jetzt werde er eifrig kämpfen, besonders gegen den politischen Einfluß der galizischen Bischöfe. Die Kirche solle eine moralische, nicht eine politische Einrichtung sein.

Vermischtes.

Paul de Lagarde. Es ist wenig bekannt geworden, daß Professor Paul de Lagarde, der die königliche Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen als Erbin seines Nachlasses eingesetzt, eine Bestimmung in seinem Testament getroffen hat, demzufolge aus den Zinserträgen desselben in Zukunft die Herausgabe einer fortlaufenden Reihe von Druckschriften bestritten werden soll, die auf der einen Seite kulturgeschichtliche Schriften, Texte des Mittelalters u. s. w., „auf der anderen Seite die Werke der Kirchenväter und Scholastiker, sowie der arabischen, neuägyptischen und semitischen Litteraturen außer Hieroglyphen, Keilschrift und spezifisch jüdischen Schriften des späteren Mittelalters" umfassen sollen. Man sieht aus dieser Bestimmung, daß der verstorbene große Gelehrte doch eigentlich kein waschechter Antisemit war; sonst hätte er ja sein Vermögen gerade für die Uebersetzung der „spezifisch jüdischen Schriften des späteren Mittelalters" hergegeben, so z. B. des „Schulchan Aruch" und kabbalistischer Werke, aus denen sich vielleicht Kapital gegen die Juden hätte schlagen lassen.

Zur Rassentheorie. Den Anfangs August in Speyer abgehaltene Deutsche Anthropologencongreß eröffnete als erster Vorsitzender der Gesellschaft Prof. Rudolf Virchow mit einer Rede, in der er die wichtigeren Beziehungen der Oertlichkeit zur vorgeschichtlichen Forschung, sowie die neuesten Ergebnisse der Anthropologie in kurzen Zügen darlegte. Was in der Pfalz, und namentlich mit Rücksicht auf die Streitfragen des Augenblicks vorwiegend interessirt, das seien die sogenannten Reihengräber, die neuerdings mit einer gewissen Beflissenheit als „germanisch" angesprochen werden, wie denn überhaupt der germanische Schädel gerade bei Craniologen des südwestlichen Deutschlands eine besondere Rolle spielt. Demgegenüber müsse, so führte Virchow aus, betont werden, daß es jetzt noch nicht gelungen sei, zu sagen, was man denn eigentlich unter einem germanischen Schädel zu verstehen hat. Ebenso wenig wie man im Stande sei, einen Judenschädel als solchen zu charakterisiren, vermöge man einen Typus für den Germanenschädel aufzustellen. Dem gegenüber macht die „Tgl. Rdsch." vom 5. August die kindische Bemerkung: „Doch liegt der Fehler augenscheinlich in der Unzulänglichkeit des anthropologischen Bestimmungsverfahrens; denn ein jüdisches Gesicht erkennt jeder auch unter Tausenden auf den ersten Blick heraus." Es ist wahr, daß gewisse sog. jüdische Gesichter leicht zu erkennen sind. Wir sind aber neugierig, ob die „gesichtskundige" Redaction auch blonde Juden „unter Tausenden" herausfinden will oder Juden, die unter einem dunkelbehaarten Volke wohnen. Die wissenschaftliche Beilage der „Tgl Rdsch." sollte solche thörichte Bemerkungen doch antisemitischen Schundblättern überlassen.

Antisemitismus in der Turnerschaft. Bei einem Turnerfest in Oberleutensdorf in Böhmen waren jüngst auch deutsch-volkliche antisemitische Turner in der Absicht erschienen, um auch in den Oberleutensdorfer Turnverein die nationale Spaltung zu tragen. Von den zu diesem Feste als Gäste erschienenen Abgeordneten, Dr. Funke und Dr. Geneus wegen ihres verhetzenden Vorgehens zurechtgewiesen, mußten sie unter lautem Beifall der versammelten deutschen Turnerschaft unverrichteter Dinge abziehen. Dies hinderte jedoch den „Schriftleiter" der Ascher Zeitung, Karl Tins, nicht, einen Brief an den deutschen Turnverein in Oberleutensdorf zu richten, in dem er schrieb:

In Anbetracht der Zwecklosigkeit des Verharrens deutsch-volklicher Turnvereine in der verjudeten „Deutschen Turnerschaft" erlaube ich mir die höfliche Anfrage, ob Ihr ehrenfester Verein geneigt wäre, im Interesse der Erhaltung des unverfälschten Vermächtnisses unseres Turnvaters Jahn in eine Bewegung thatkräftigst einzugreifen, welche die Loslösung aller nordwest- und westböhmischen deutsch-volklichen Turnvereine von der allgemeinen deutschen Turnerschaft und deren Vereinigung zu einem großen Gau, welcher dem deutschen Turnverbande sich anzugliedern hätte, zum Zwecke haben soll. Mit Berücksichtigung der Vorfälle bei Ihrem letzten Gauturnfest, glaube ich mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, eine recht baldige, zusagende Antwort zu erhalten. Mit den übrigen deutsch-volklichen Turnvereinen setze ich mich gleichfalls ins Einvernehmen. Alles Nähere werde ich Ihnen nach Erhalt Ihrer geschätzten Antwort mittheilen. Zu Ihrer Orientirung über den Beginn der Bewegung übersende ich Ihnen mit gleicher Post eine Nummer der „Ascher Zeitung". Mit unverfälscht deutschem Turnergruß verharre ich Ihr Karl Tins, Schriftleiter.

Diese Aufforderung zur Zertrümmerung der Einigkeit der deutschen Turnerschaft beantwortete der Sprechwart des Oberleutensdorfer Turnvereins, Wilhelm Keller, mit Folgendem:

In Erwiderung Ihres hetzerischen Schreibens vom 24. d. M. geben wir Ihnen und Ihren verblendeten Gesinnungsgenossen zunächst bekannt, daß wir uns das Attribut ehrenfest verdienen wollen durch deutsches, treues Festhalten an der deutschen Turnerschaft, wie sie Vater Jahn geschaffen. Treu werden wir ausharren bei unseren bisherigen bewährten Führern, echt deutsche Treue wollen wir auch dem Volke halten, das nach jahrhundertlanger grausamer Verfolgung erst gleiches Recht mit uns erhielt und seither treu zu uns steht. Werdet Ihr Unverfälschten unseretwegen auch noch wahrhaft unverfälscht deutsch, höchst deutsch oder höchst unverfälscht deutsch, wir bleiben einfach deutsch. Die Vorgänge beim XI. Gauturnfest des nordwestböhmischen Turngaues geben Ihnen nicht die geringste Veranlassung, glauben zu dürfen, daß unser oder ein anderer Verein des Gaues sich Ihren zersetzenden Bestrebungen anschließen werde. Wäre Ihnen über diese Vorgänge unverfälscht im wirklichen Sinne, nicht dem Ihren berichtet worden, Sie würden es nicht gewagt haben, mit Ihrem Ansinnen an uns heranzutreten. Wir halten es für ein Verbrechen, in jetziger sturmbewegter Zeit den Riß, der leider die Deutschen Böhmens und Oesterreichs trennt, durch derlei Bestrebungen noch zu vergrößern. Auf den Anwurf, den die Ascher Zeitung gegen unsere Prager Gäste erhebt, erwidern wir, daß der Deutsche Turnverein in Prag, nur unserer Einladung folgend, am Feste theilnahm, daß der Verein sich durch strammes Auftreten, seine Mitglieder aber sich durch ein feines, anständiges Benehmen auszeichneten, was wir von den „Heilo"-Brüdern nicht behaupten können. Zum Schlusse die Bemerkung, daß der unverfälscht deutsche Turnergruß, den Sie nicht zu kennen scheinen, lautet ohne „un" und „ver" „Gut Heil!"

Antisemitismus in den Badeorten VIII. In Rest, einem Oertchen der Kösliner Gegend, meldet die „Frankf. Ztg." vom 7. August, haben die Fischer sich, nachdem der Rector aller Deutschen, Ahlwardt im vorigen Jahre das Feld beackert, einen antisemitischen Verein gegründet und den Israeliten Wohnungen verweigert.

Aus dem österreichischen Badeort Großpriesen erzählt das Prager Blatt „Politik" vom 28. August:

„In dem „gemüthlichen" Großpriesen ist eine starke Gemeinde von Sommergästen versammelt, darunter auch viele Israeliten. Man amüsirt sich, wie's eben auf dem Lande möglich ist. Um in die sich im Gleichmaße einer pünktlich gehenden Uhr wiederholende Tagesordnung einige Abwechslung zu bringen, war beschlossen worden, in aller Eile ein Ensemble aus Dilettanten zusammenzustellen und eine „große Theatervorstellung" zu veranstalten. Der Plan fand allgemeine Zustimmung und bald waren die Rollen besetzt. Aber o Graus!

Es sollte auch ein Nachkomme Sems mitmimen. Das empörte die anwesenden Antisemiten im höchsten Grade. Im Restaurant kam die Empörung zum Ausbruche. Ein germanischer Jüngling des Namens **Gollitschek**, ein Neffe des Advokaten und kasinoliberalen Parteigängers D. v. G. lieh der Entrüstung über die jüdische Frechheit in flammenden Worten Ausdruck und der Skandal war fertig. Die Mitwirkung der Israeliten, die versprochen hatten, das Unternehmen pekunär zu unterstützen, war dadurch problematisch geworden und damit die ganze Theaterspielerei in Frage gestellt. Um sie doch noch zu ermöglichen, begannen die diplomatischen Verhandlungen herüber und hinüber. Nach langem Bemühen gelang es auch einen Waffenstillstand zu erreichen, der hauptsächlich davon bedingt war, daß der junge Herr von Gollitschek widerrief. Er ließ sich dazu herbei und Freude herrschte wieder in Troja's Hallen. Aber insgeheim dauerte der Groll noch weiter. Mit Spannung erwartet, kam der große Abend heran. Schon sollte die Vorstellung beginnen, aber der Saal war noch zur Hälfte leer und er blieb es auch. Die Juden waren nach der Vorstellung bis zum letzten Mann ferne geblieben. Sie demonstrirten durch ihre Abstinenz. So hat also der Antisemitismus auch schon in die Sommerfrischen seinen Einzug gehalten."

Zur Judenfrage in Rußland.

(Schluß.)

Diese Gesinnung machte Schule. Polizeimeister und Gouverneure in der Provinz ahmten sie nach, sie hatten vorher schon Emissäre in Städte und Dörfer geschickt, welche die Plünderung der Judenviertel predigten. Das Militär stand Gewehr bei Fuß, während der rothe Hahn auf die jüdischen Dächer gesetzt wurde. Wieder war das Volk nicht bei der heiligen Sache. Man mußte die Excedenten aus dem Norden holen. „Der Kaiser wolle die Tumulte," versicherten diese Agenten des Krieges gegen Wehrlose. In einem Dorfe bei Kiew flehte eine Jüdin ihren Nachbar an, man möge sie schützen. „Wir werden dir beistehen," sagten die Dorfältesten, „nur lass' uns die Fenster deines Hauses einwerfen, damit der Kaiser nicht wisse, daß wir seinem Gebot im Herzen entgegen sind." Der Antisemitismus war machtlos, wenn ihn die Behörde ohne Unterstützung ließ. General Todtleben gestattete nicht, daß dessen Wanderprediger in sein Gouvernement bringen, den Juden wurde dort auch kein Haar gekrümmt. Man sollte alsbald erfahren, daß dieser General mit kluger Voraussicht gehandelt hatte. Flugschriften flatterten plötzlich auf, ihr Refrain lautete: „Erst die Juden, dann die Klöster, zuletzt die Schlösser!" Bei einer Emeute standen die Soldaten in gewohnter Unthätigkeit. „Gib den Prügel her," meinte lachend einer der Excedenten zu einem Flügelmanne und entriß ihm sein Gewehr. Der Fall wurde dem Czar berichtet. Ein scharfer Erlaß an die Militär-Commandanten war die Folge. Alexander III. gestattete keine Judenhetze mehr in seinem Reiche. . . .

Es giebt Politiker in Rußland, welche von der Beschränkung der Juden wirthschaftliche Vortheile erwarteten. Die Ereignisse zeigten, daß sie sich geirrt haben. Aehnliches wie in Spanien und im südlichen Frankreich, wo die Vertreibung der Juden einen wirthschaftlichen Nothstand herbeiführte, hat man auch in Rußland erfahren. „Der Jude," klagte man, „sei ein Wucherer." Der Zinsfuß, den seine Nachfolger erheben, ist heute ein höherer. „Er verderbe das Geschäft," warf man ihm vor. Dasselbe ist schlechter geworden, und nur der Consument hat schwer gelitten, weil der Preis der Waaren durch den Mangel einer Concurrenz unverhältnißmäßig gestiegen ist. „Die Juden beförderten die Trunksucht," schrie man. Als sie heimathlos geworden waren, bildeten sich Mäßigkeitsvereine, um dem fürchterlichen Laster und den garstigen Gewohnheiten, die jedes Dorffest, jede Berathung im Mir und Semstwo begleiten, entgegenzuwirken. Sie stießen auf einen mächtigen Gegner — den Finanzminister. Der Staat hat den Ausschank von Getränken den Juden abgenommen, er will nicht, daß der Erlös geringer werde. Ueberall bestehen, auch dort, wo die Juden fehlen, die Laster fort, nur mit dem Unterschiede, daß der Grundwerth sank, die Arbeitslosigkeit stieg und das National-Vermögen eine schwere Schädigung erlitt.

Trotz dieser Erfahrungen hielt die Regierung bis in die letzte Zeit an den Tendenzen Alexander's III. fest. Vergeblich mahnten einsichtige russische Schriftsteller zur Umkehr, vergeblich versuchten einflußreiche Juden des Auslandes ihren Glaubensgenossen hilfreich beizuspringen. Ein großer englischer Verein entwarf eine Adresse an den Czar. Ihr Inhalt war ein Aufschrei der Menschlichkeit gegen die Brutalität. Das Schriftstück wurde abgewiesen, schließlich ist es doch in die Hände Nikolaus' II. gelangt. Eine russische Schriftstellerin, die in England die freie Luft eines großen Weltreiches athmet, verstand es, die entgegenwirkenden Schwierigkeiten zu besiegen. Fremde Staatsmänner, die der Zug der Zeit außer Dienst gestellt, Schriftsteller, die sich wiederholt als die wahren Freunde Rußlands bewährt, förderten ihre Bemühungen — lauter Liberale, die ihre Ueberzeugungen nicht verhüllen, auch wenn widrige Strömungen jeglichen Fortschritt zu ersticken suchen! Als sie den erwünschten Erfolg gewonnen und der Czar die an ihn gerichtete Denkschrift gelesen hatte, trat ein unerwarteter Umschwung ein. Es war zuerst in den Zeitungen erkenntlich, welche die Judenfrage jetzt in anderem Tone behandeln. Auch die Regierung ließ ihre Reserve fallen, die Praxis in der Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen wurde eine menschenfreundlichere, der Besuch fremder Juden in Rußland wurde zunächst für Ausstellungen und Congresse freigegeben, Beamte, deren Milde bisher als Fehler galt, wurden befördert, die „Juden-Commission" im Ministerium des Innern, die so lange gefeiert hatte, erhielt Befehl, die alten Gesetze und die barbarischen Verordnungen Alexander's III. einer neuen Berathung zu unterziehen, selbst die erbitterten Gegner der Juden fühlen das Bedürfniß, zu erklären, daß sie ihnen nicht in prinzipieller Feindschaft gegenüberstehen. So mächtig ist ein Kaiserwort. Seltsam! Während in europäischen Culturstaaten die Frage des Antisemitismus sich noch frommer Patronanz erfreut und der cynische Vandalismus seiner Bekenner die höchsten Errungenschaften des menschlichen Geistes bedroht, ist in Rußland, das selbst so lange mit pharaonischer Grausamkeit die jüdischen Unterthanen bedrückte, eine Wendung zum Besseren eingetreten. Zögernd that Nikolaus II. den ersten Schritt hierzu — möchte er den zweiten muthig wagen. Nicht nur die Juden — die Menschen in Europa werden ihm Dank hierfür wissen.

Briefkasten.

Berichtigung Durch ein Versehen beim Umbrechen des Satzes ist die Zeile: „Denn wenn etc." an die Spitze der Seite 278 statt an die Spitze der Seite 279 gekommen. — Auf S. 274, Spalte 2, ist statt Equitz-Richter zu lesen: Equity-Richter.

L. in **Essen**. Der sozialdemokratische Abg. Kayser war Jude.

M. in **Heidelberg.** Die von uns eingeleiteten Recherchen haben noch zu keinem Ergebniß geführt. Wir hoffen aber, bald authentische Auskunft zu erhalten.

L. K in **Krotoschin**. Genaue Antwort folgt in nächster Nro.

W. G. in **H.** Seit Erlaß des Gesetzes vom 7. Juni 1891 sind in Preußen 2828 Rentengüter in evangelicher, 2172 in katholischer und 6 in israelitischer Hand begründet worden.

D. F. in **G.** Der Aberglaube des gemeinen Volkes beschäftigt sich nicht nur mit dem Christenblut, das Juden angeblich brauchen sollen, um gesund zu werden. Auch Judenblut galt in christlichen Kreisen früherer Jahrhunderte für ein Medikament gegen Epilepsie. So erzählt G. Fischer in seiner „Chirurgie vor 100 Jahren".

W. S. in **L.** Der Centrumsabg. Prof. Dr. Schädler hat auf dem letzten Katholikentag eine Rede gehalten, in der er ein Citat aus der „Bad. Landesztg." verlas, demzufolge die Protestanten Langköpfe und die Kathotiken Rundköpfe seien. Damit ist die Rassentheorie unserer Nationalen um eine neue komische Pointe bereichert worden.

H. R. Sie haben vollkommen Recht. Lediglich einem Versehen ist es zuzuschreiben, daß in der von Ihnen bezeichneten Notiz die Aeußerung der „K. Volksztg." über Lasker und das bürgerliche Gesetzbuch „zutreffend" genannt wurde. Dieses Epitheton bezog sich nur auf den ersten Satz: „Thatsächlich hatte der dem Reichstag vorgelegte Entwurf mit dem Abg. Lasker nicht das Mindeste zu thun."

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 37. Berlin, den 12. September 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Der Antisemitismus als Mittelstandspartei.

Nachdem im Lager der Antisemiten Monate lang die erbärmlichste persönliche Gehässigkeit das Wort geführt hat, kommt nun in einer kleinen Flugschrift aus der Feder des früheren Leiters der „Deutschen Wacht“ die sachliche politische Betrachtung in jenem Lager wieder zu ihrem Recht. Freilich bestätigt Emil Huhle in seiner Flugschrift lediglich, was schon alle vorausgegangene persönliche Auseinandersetzung vermuthen ließ: es ist mit dem Antisemitismus zu Ende. So wenig die Personen, die unter dieser Fahne auf die öffentliche Bühne getreten sind, sich gegenseitig zu vertreten im Stande waren, so wenig vermögen sie sich über ein programmatisches Bekenntniß zu verständigen. Die ganze Zeit über hat man mit anhören müssen, daß die antisemitische Partei eine Partei des Mittelstandes und seiner Interessen quand même sei, daß nur einer solchen Partei die Zukunft gehören könne, daß alles andere Parteiwesen sich überlebt habe und mit eilendem Schritte dem Verfall entgegen gehe. Jetzt räumt Huhle in der erwähnten Flugschrift („Das neue Reichstagswahlrecht“) ohne Weiteres ein, daß dies alles innerlich unwahr gewesen und ohne äußeren Erfolg geblieben sei. Als Gewährsmann ist Huhle nicht zu unterschätzen. Er hat Jahre hindurch die „Deutsche Wacht“ des Abg. Zimmermann in Dresden geleitet und Schulter an Schulter mit diesem auch noch die jüngsten Auseinandersetzungen der sächsischen Antisemiten mit den dortigen Conservativen begonnen. Er muß also über die Verhältnisse und Aussichten der antisemitischen Partei gut unterrichtet sein. So ist es von Werth, aus seinem Munde zu vernehmen, daß der Versuch „aus dem Mittelstande eine große nationale und wirthschaftliche Partei hervorzurufen, auf die eine sozial gesinnte Regierung sich verlassen könne“, eitel Thorheit war und scheitern mußte, weil eben „Mittelstand nur ein Begriff und noch dazu ein nicht ganz klarer“ sei. Im „Mittelstande ist die Zahl der widerstreitenden Ansprüche am größten, weil alle Berufsstände in ihm vertreten sind. Deshalb ist es nicht möglich, auf den Mittelstand eine lebenskräftige Partei zu gründen. Sie trägt trotz anfänglich großen Zulaufes den Keim des Zerfalls in sich, weil es eben unmöglich ist, alle Berufsstände gleichmäßig zu befriedigen. Die Gegner finden zu oft willkommene Gelegenheit, an der praktischen Thätigkeit einer solchen Partei, sie mag sich nennen wie sie will, Kritik zu üben und ihr das kaum gewonnene Vertrauen zu erschüttern“. Der letztere Satz verliert dadurch nichts an Beweiskraft, daß es eine praktische Thätigkeit der Antisemiten im Interesse des Mittelstandes, an der sich Kritik hätte üben lassen, gar nicht gegeben hat. Gerade die verflossene Reichstagssession liefert ja eine Kette von Beweisen. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb kam gegen den Widerspruch des Abg. Vielhaben unter Dach. Bei der praktischen Thätigkeit der Reichstagskommission für das Börsengesetz verspürte der ursprünglich in die Kommission gewählte Führer Liebermann von Sonnenberg nur zu bald, wie ihm alle Kräfte und Fähigkeiten mangelten, um hier mitarbeiten zu können. Er trat aus der Kommission aus, ehe noch die entscheidenden Fragen (Terminhandel u. s. w.) an der Reihe waren. Beim bürgerlichen Gesetzbuch versagte die antisemitische Partei vollständig. Nicht ein einziger Verbesserungsantrag von irgend welcher Bedeutung wurde von dieser Seite gestellt und als es zur zweiten Lesung im Plenum kam, wurde die eigene Unfähigkeit durch allerhand Demonstrationen zu verbergen gesucht. Also von praktischer Thätigkeit der Antisemiten im Sinne einer Mittelstandspartei kann nicht die Rede sein. Der Zusammenbruch der Partei ist vielmehr deshalb miterfolgt, weil sie es nicht einmal zu ernsthaften Versuchen positiver Arbeit in der erwähnten Richtung gebracht hat. Aber es wird zutreffen, auch für andere ähnliche Versuche einer Parteibildung, daß die widerstreitenden Ansprüche im Mittelstande eine einheitliche Vertretung des Mittelstandes gegenüber der Gesetzgebung nicht gestatten. Hier, wie überall im Gebiete wirthschaftlicher Interessen kann es sich nur darum handeln, den Widerstreit derselben unter dem höheren Gesichtspunkte des allgemeinen Wohles nach Möglichkeit auszugleichen, und es ist selbstverständlich, daß alles Bestreben dahin gerichtet sein muß, die im Mittelstande gegebene breite Schicht selbständiger Existenzen zu erhalten und immer auf's Neue zu stärken. Das Zeugniß dafür, daß eine solche Thätigkeit nicht in gesonderter Vertretung, also im Gegensatz zu anderen berufsständischen Interessen möglich ist, liegt nunmehr vor, und wenn die Antisemiten ehrlich sein wollen, müssen sie zugeben, daß ihr ganzes bisheriges Thun und Treiben, soweit es überhaupt politischen Sachgehalt besaß, gelinde gesagt, eine einzig große Irrung gewesen ist. Huhle selbst sucht noch einen Ausweg. Er wirft das gegebene Reichstagswahlrecht über Bord und kehrt zu der ursprünglichen Forderung des antisemitischen Programms zurück, indem er zunächst eine durchgebildete Organisation nach Berufsständen und demnächst eine ebensolche Vertretung im Reichstage verlangt. Die Begründung dieser Forderung bietet zu wenig Neues, als daß man sich damit beschäftigen könnte. Wenn Huhle sich aber einredet, daß bei einer Volksvertretung nach Berufsständen die häßlichen Wahlkämpfe von selbst aufhören würden, so hat er aus der Geschichte des Mittelalters jedenfalls keine Belehrung empfangen und die Erscheinungen der Gegenwart sehr unvollkommen be-

obachtet, denn freundlicher sind die Wahlkämpfe wahrlich nicht geworden, seitdem die beruflichen Interessen durch Bundesorganisation aller Art gegeneinander ausgespielt werden. Interessant ist es aber, dem antisemitischen Gewährsmann in seiner Kritik des bestehenden Wahlrechts zu folgen. Kaum ein Jahr ist es her, daß ein Parteitag von Antisemiten abgehalten wurde, um die ältere Programmforderung nach berufsständischer Vertretung preiszugeben und sich zum gegenwärtigen allgemeinen Wahlrecht zu bekennen. Jetzt erklärt Huhle, daß die neue Zeit, von der der Antisemitismus träumt, anders gar nicht herbeigeführt werden könne, als wenn man das allgemeine Wahlrecht beseitigt und zu der Wahl von Berufsvertretern übergeht. Das bestehende Wahlrecht sei in Wirklichkeit weder allgemein, noch gleich, noch direct. Namentlich die sozialdemokratischen Wahlen seien schon längst eine Verhöhnung des directen Wahlrecht, sie seien politischer Götzendienst und todter Dogmenglaube. Insbesondere sei es aber ein Grundfehler des Wahlrechts, daß es den Volkskörper in Wählerhaufen zertheilt und die natürlichen Glieder des Volkskörpers unter die Vormundschaft der Parteien stellt. Nachdem es sich für die Antisemiten erwiesen hat, daß sie nicht einmal mit diesem gegebenen Wahlrecht den festen Boden der älteren Parteien zu eigenen Gunsten erschüttern können, gemahnt die Weisheit des antisemitischen Verfassers einigermaßen an den Trost, den sich der Fuchs selbst spendete, als ihm die Trauben zu hoch hingen. Unter diesen Umständen mag es sich auch ertragen lassen, daß jenen älteren Parteien zum Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauchten das Wahlrecht zur Bevormundung des Volkes im Interesse eines politischen Parteispeculanten- und Unternehmerthums. Es lohnt sich nicht, mit dem Verfasser, der am Grabe von so viel kühnen Zukunftsträumen steht, darüber eine Auseinandersetzung herbeizuführen. Es genügt vollkommen, aus seiner Flugschrift nochmals festzustellen, daß „die einst so hochgehenden Wahlwogen der deutsch-sozialen Reformpartei bereits an den Dämmen zurückprallen, welche die alten Parteien inzwischen durch festere Organisation um ihren Besitzstand gezogen haben, und daß der Versuch, ein einheitliches Mittelstandsinteresse zum Zwecke der Ausbeutung für die antisemitische Partei zu constituiren, mit innerer Nothwendigkeit scheitern mußte." Viel Prophetenblick gehört nicht dazu, um den Antisemiten vorher zu sagen, daß sie mit der Verleugnung des gegebenen Wahlrechts und mit dem Verlangen nach einer Auflösung des Volkskörpers in seine beruflichen Gegensätze abermals nur auf Klippen gerathen werden.

Zur Geschichte der Kreuzzeitungspartei. *)

I.

In der preußischen Geschichte dieses Jahrhunderts spielt die feudalaristokratische Partei, deren Hauptorgan die „Kreuzzeitung", eine ebenso hervorragende wie verhängnißvolle Rolle. Die Mischung von streng confessioneller Orthodoxie und exclusivem Royalismus hat die „Kreuzzeitungspartei" innerhalb der Conservativen zu der kleinen aber mächtigen Partei gemacht, die seit den Tagen Friedrich Wilhelms des Vierten den Temperaturgrad für Rechtgläubigkeit und Königstreue in Preußen bestimmt hat. Rücksichtslos hat diese Partei den Interessen der Feudalaristokratie gedient, Minister erhoben und gestürzt, mit Spionage skrupellos gearbeitet, die Gegner mit Gewissenlosigkeit angegriffen, kurzum, sie ist es allein, die unser gesammtes Parteileben in so gehässige Bahnen gelenkt hat.

Leider giebt es noch keine Darstellung der Geschichte dieser Partei. Und das ist natürlich. Wenn sich die Hauptthaten in verschwiegenen Zimmern abspielen, wenn die Beeinflussung des preußischen Hofes auf ganz feine und unmerkliche Weise geschieht — vergleiche als letzten Beweis die Methode, die Stöckers Scheiterhaufen-Brief angiebt — dann ist es schwer, wirkliche Geschichte zu schreiben. Umso dankbarer muß man sein, wenn man einem unbefangenen und wahrheitsliebenden conservativen Manne begegnet, der den Muth und den Gerechtigkeitssinn hat, seine Betrachtungen über die Kreuzzeitungspartei niederzuschreiben und ihr Benehmen zu kritisiren.

Theodor von Bernhardi hat es gethan. Seine Denkwürdigkeiten, die unter dem Titel „Aus dem Leben Theodor von Bernhardi's" erschienen sind (Leipzig, bei S. Hirzel), enthalten eine Fülle von Bemerkungen über das Treiben dieser Kreuzzeitungspartei, die in Herrn von Gerlach, dem Freunde Friedrich Wilhelm's des Vierten, und in Professor Stahl ihre Führer besaß. Manche dieser Bemerkungen werfen ein grelles Licht auf diese „allerchristlichste" und „königstreueste" Sippe und sind geeignet, auch auf gewisse Machinationen der Gegenwart hinzuweisen.

Theodor von Bernhardi gehört zu den ersten Militärschriftstellern, die Deutschland bisher gehabt. Seine Memoiren lassen ihn als strengconservativen Mann erkennen, der aber Bildung und Einsicht genug besaß, die Wege der Kreuzzeitungspartei als verhängnißvoll zu erkennen. Dabei war er Preuße durch und durch.

Im Jahre 1852 war einer der „Kreuzritter", wie er sie manchmal nennt, Herr v. Westphalen, ein Reaktionär vom reinsten Wasser, Minister des Innern. Bernhardi bemerkt hierzu: „Westphalen und die Seinigen haben an Gerlach und anderen ein paar gute Freunde in der täglichen Gesellschaft des Königs, die diesen entre la poire et le fromage (zwischen Birne und Käse) zu vielerlei beschwatzen. Die Kreuzritter verstehen sich auf das Intriguiren ganz vortrefflich — noblesse oblige." (II. 144.)

Obschon ein Mann wie v. Manteuffel damals Premierminister war, war er der Partei Gerlach-Stahl nicht reaktionär (!) genug. Man denke, Herr v. Manteuffel!! Die Cousine des Premierministers, Frl. von Manteuffel, klagte sehr über die Pietisten der Kreuzzeitungspartei. „Dadurch, daß er (von Manteuffel) Westphalen in's Ministerium gebracht hat, hat er sich selbst eine schlimme Zuchtruthe aufgebunden!" — Bernhardi sollte aber ja nicht glauben, daß es der Glanz seiner Stellung sei, der ihn trotz aller Unannehmlichkeiten im Amt erhalte: nein! es sei lediglich Pflichtgefühl; der Gedanke, was denn werden soll, wenn er austritt. — Bernhardi entgegnete: „Ich habe von verständigen Männern den Wunsch aussprechen hören, er möge einmal zurücktreten und die Partei Gerlach-Stahl an das Ruder kommen lassen. Die gänzliche Unfähigkeit dieser Partei würde sich dann bald genug offenbaren und sie würde einmal und für immer fallen. Dagegen wird die Partei, gerade wenn sie nicht auf eigene Verantwortung am Ruder ist, immer einen sehr großen und schädlichen Einfluß üben." — Frl. von Manteuffel: „Nein! das geht nicht, die Aufregung im ganzen Lande würde zu groß sein!" (II. 144.)

Bald darauf trennten sich die „Altpreußen" von den feudalaristokratischen Kreuzrittern. Die „altpreußische Partei" zählte Namen wie v. d. Goltz, Graf von Pourtalès, v. Bethmann-Hollweg an ihrer Spitze. Sie setzte ihre Hoffnungen auf den Prinzen von Preußen (nachmaligen Kaiser Wilhelm I.) und ihr Preßorgan war das „Preußische Wochenblatt." Wie

*) Diese zuerst in der „Volks-Ztg." erschienenen Artikel übersandte uns der Verfasser mit der Bitte um Abdruck. Wir entsprechen ihr um so lieber, als man gerade in den Anfängen der Geschichte der Kreuzzeitungspartei studiren kann, wie skrupellos diese Clique an ihrem Emporkommen gearbeitet hat und wie ihre Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland" **gegen** „König und Vaterland" behauptet worden ist. Anm. d. Red.

die verschiedenen conservativen Strömungen um die Herrschaft am Hofe rangen, dafür spricht nachstehende Episode aus dem Tagebuch Bernhardi's vom 1. August 1854: „Zu Anfang des Jahres schien Bethmann-Hallweg bei dem Könige einen Sieg über seine Gegner von der Kreuzzeitungspartei erfochten zu haben. Alsbald sprengte diese aus, Bethmann-Hollweg habe alle seine Hoffnungen in dem Grade auf den Prinzen von Preußen gerichtet, daß er wohl eine Demonstration begünstigen würde, um den König zur Abdankung zu bewegen. Bethmann-Hollweg habe bei dem gleichgesinnten Grafen von Pourtalès geheime Zusammenkünfte mit den Gesandten von Frankreich und England. Manteuffel erhielt den Auftrag, den Grafen Pourtalès zu fragen, was die geheimen Zusammenkünfte in seinem Hause zu bedeuten hätten; Pourtalès berieth sich mit dem ihm sehr befreundeten Grafen Zieten und antwortete auf den Rath dieses letzteren ganz kurz, daß er dem Könige selbst die verlangte Auskunft geben werde — erbat eine Audienz, erhielt sie und erklärte dem König, daß geheime Zusammenkünfte in seinem Hause durchaus nicht stattgefunden hätten, nur kleinere Gesellschaften, an denen allerdings die beiden Gesandten Antheil genommen und auch Bethmann-Hollweg — aber auch andere Diplomaten u. s. w. und von Politik sei da nicht die Rede gewesen. Die Wahrheit dieser Aussage anlangend verwies er den König an den Grafen Zieten, in dessen vollkommene Redlichkeit der König mit Recht ein unbedingtes Vertrauen setzte. — Zieten wurde am 17. Januar zum König beschieden, bestätigte die Aussage seines Freundes Pourtalès, fügte hinzu, was die Kreuzritter dem Könige hinterbracht hätten, sei eitle Verleumdung; ihn, Zieten selbst, verleumdeten sie ebenfalls, weil er sich der katholischen Partei angeschlossen habe, und das habe er gethan, weil man nothwendig zu einer Partei gehören müsse, er aber mit der Kreuzritter-Partei nicht gehen könne. Warum nicht? fragte der König etwas erstaunt — Zieten sagte seine Gründe — der König stimmte ein und ereiferte sich dermaßen gegen die Kreuzritter, die durch ihr widersinniges Treiben eine Revolution herbeiführen würden, daß er im Eifer die Stimme gewaltig erhob, so daß der dienstleistende Adjutant im fernen Vorzimmer die Stimme des Monarchen vernahm und zusammt einigen anderen Vorzimmlern der Ueberzeugung lebte, Seine Majestät geruhten den Grafen Zieten in dieser Weise zu belehren. Die Herren erwarteten wohl, Zieten ganz zerschmettert aus dem königlichen Kabinet kommen zu sehen — und waren verwundert, als er mit sehr befriedigter Miene unter ihnen erschien. Der Adjutant war so taktlos, zu fragen, was denn der König mit ihm gesprochen habe? — Wurde aber sehr derb zurecht gewiesen, wie das Zieten wohl kann. Und doch war es wenige Wochen später den Kreuzrittern gelungen, einen Bruch zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preußen herbeiführen." (II, 204 f.)

Eine Episode aus dem Jahre 1854 zeigt, wie die Kreuzzeitungspartei Beamte verdrängte, um an ihre Stelle Männer von „Gesinnungstüchtigkeit" zu setzen. Bernhardi schreibt: „Für den Augenblick ist Manteuffel dadurch sehr verletzt, daß sein Bruder, bisher Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, aus dieser Stellung verdrängt worden ist. — Der Polizeipräsident Hinckeldey ist der große Mann des Tages; von mehreren Seiten wurde er gehoben, auch die Kreuzzeitungspartei und der Minister Westphalen trugen dazu bei; er hatte das Vertrauen des Königs gewonnen; um für ihn Raum zu gewinnen, mußte Unterstaatssekretär Manteuffel verdrängt werden. – Dem Minister Westphalen ging aber in Mitten der Sache ein Licht auf, daß er sich damit selbst „eine Ruthe gebunden habe" — er theilte dem Minister Manteuffel die hinter dessen Rücken gesponnenen Dinge mit, erklärte sich für dessen Freund und „mit ihm stehen oder fallen" zu wollen u. s. w. Dann aber lenkte er doch wieder ein und willigte nach der anderen Seite hin in die Entfernung des Unterstaatssekretärs Manteuffel; um dies mit einigem Anstand thun zu können und ohne daß er dabei den Manteuffel's in das Gesicht zu sehen brauchte, ging er auf Urlaub nach Hamburg! . . .

Es scheint, daß auch Manteuffel nicht mehr lange an seiner Stelle zu bleiben hofft. Er hat gesagt: „Der einzige Gewinn, den ich aus dem Schiffbruch retten werde ist eine gründliche Verachtung der Menschen." (II 214.) Nach seinem Kampf mit den Kreuzrittern ein interessantes Geständniß!

Ilse und Else.

Die Zeitschrift „Im deutschen Reich" veröffentlicht im Sept.-Heft den Brief eines Schulmädchens, der in seiner einfachen Sprache mehr die Entstehungsgeschichte des Antisemitismus in der Schule enthält, als lange Abhandlungen. Ein junges jüdisches Mädchen mit Vornamen Else besuchte seit einigen Jahren eine Berliner höhere Töchterschule; innerhalb dieser Zeit befreundete sie sich auf's Innigste mit einer christlichen Schulkollegin Ilse . . . . . ., der Tochter eines höheren Beamten. Die gleichaltrigen Mädchen besuchten sich oft und wurden stets auf das Liebenswürdigste von den beiderseitigen Eltern empfangen. Seit einigen Monaten aber hörte dieser Verkehr plötzlich auf, trotzdem die Mädchen sich wie Schwestern liebten. Sie korrespondirten aber noch während der Sommerfrische und dabei brachte ein im Juli d. J. von Ilse . . . . . nach Warmbrunn gerichteter Brief die Lösung des Räthsels. Das Schreiben, welches nicht nur die Empfängerin schmerzlichst berührte, sondern auch deren Familie tief ergriff, hatte folgenden Wortlaut:

Meine liebe, liebe Else!

Ja, wenn Du diesen Brief gelesen haben wirst, wirst Du nicht lachen nicht fröhlich sein, sondern bittere Thränen, bittere Thränen weinen. Ja, Else, dies ist der schwerste Brief, den ich bisher geschrieben habe, und auch schreiben werde, ich will nicht, und ich soll, ich kann nicht, ich muß. Ja, ich kann es nicht länger vor Dir verschweigen. ich muß es sagen. Mit einem Worte — meine Eltern wollen nicht, daß ich mit Dir verkehre; warum nicht? Weil Du eine andere Religion hast. Begreifst Du das? O, Else, hätten wir uns nie kennen gelernt, hätten wir uns nie gesehen. Ich sage Dir, ich habe furchtbare Auftritte mit meinen Eltern gehabt; ich habe gezittert, getobt, geweint. Was hat's geholfen? Nichts, nichts. Else, kannst Du mir verzeihen, kannst Du mir vergeben?

Nein, Du wirst es nicht können, nicht thun. Du wirst es der ganzen Klasse erzählen, sie werden mich alle verachten, einsam und verlassen, gehaßt und gemieden werde ich fortan sein. Und das verdanke ich meinen Eltern. O, könnten wir nicht wenigstens in der Schule noch verkehren? Ich kann es sonst nicht aushalten, o, Else, habe mich noch ein ganz, ganz klein wenig lieb, verstoße nicht Deine unglückliche, treulose Freundin. Schon ½ Jahr trage ich das mit mir herum, ich sollte Dich lassen und konnte es nicht, und kann es auch jetzt noch nicht. Wir wollen weiter, aber allerdings in der Schule nur verkehren, doch Du wirst Dich zu stolz, und mit Recht, dazu fühlen, mit mir überhaupt nur zu sprechen. O, Else, verlassen — einsam stehe ich nun da. Verzeihe mir.

Wenn Du mir am 1. Schultage die Hand reichst, liebst Du mich doch noch und hast mir vergeben, giebst Du mir nicht die Hand, hast Du mich verstoßen. O, Else! Was haben wir doch immer für Unsinn gemacht, und nun — geschieden für immer — ich möchte sterben. Vielleicht hätte ich es Dir nicht schreiben sollen, sondern durch einen andern bestellen lassen sollen, aber ich mußte Dir, treue Freundin, wenn ich Dich noch so nennen darf, alles bekennen. Es mußte und soll immer wahr und rein zwischen uns beiden bleiben. Vielleicht kommen meine Eltern später zu einer anderen Ansicht. Aber Du bist dann ja schon längst für mich erkaltet — o, Else, verlaß mich nicht.

Else, meine einzige Else, vergieb mir, ich werde unglücklich. Lebe wohl auf immer (oder wollen wir in der Schule?)

Deine zum Tode betrübte Freundin Ilse. Verzeihe mir.

Es würde den Eindruck dieses rührenden Ergusses eines von Haß noch nicht verdorbenen Kindesherzens nur beein-

trächtigen, wollte man der Mittheilung irgend eine Aeußerung hinzufügen. Else hat den Brief ihrer Freundin ebenso herzlich beantwortet, aber ihr Schreiben schloß mit den Worten:

„Unser persönlicher und schriftlicher Verkehr hat selbstredend hiermit ein Ende, denn in unserem Alter, so lehrt mein Bekenntniß, hat man sich genau in den Willen der Eltern zu fügen."

Zur Abwehr.

Großherzog Friedrich von Baden hat am 9. September seinen 70. Geburtstag gefeiert. Begeisterte Huldigungen wurden dem edlen Fürsten an diesem Tage aus der Mitte des badischen Volkes, ohne Unterschied der politischen und religiösen Richtungen dargebracht. Die Kundgebungen der Anhänglichkeit und Liebe trugen ein durchaus spontanes Gepräge. Ist man doch überall im Lande durchdrungen von den Segnungen, welche die vierzigjährige Regierung des Großherzogs Friedrich gebracht hat. Ganz Deutschland nimmt an diesem Freudenfeste den innigsten Antheil; unvergessen sind die großen Verdienste des Jubilars um die Förderung der deutschen Einheit.

Großherzog Friedrich war jederzeit ein streng constitutioneller Fürst. Vor Allem ist es ihm ernst mit der Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes. Auch die Juden in Baden genießen die Früchte dieser weisen und gerechten Politik. Die antisemitische Bewegung hat unter der Regierung des Großherzogs niemals eine directe oder indirecte Begünstigung erfahren. Ein jüdischer Finanzminister stand zwei Dezennien dem Monarchen als Berather zur Seite.

Möge dem hochgesinnten Fürsten noch ein langer, glücklicher Lebensabend beschieden sein!

Aus dem antisemitischen Lager.

Die „Antisemitische Correspondenz" wirft uns „bewußte Lüge" vor, weil wir den wegen Wuchers bestraften Kaufmann Sedlatzek in Breslau einen „antisemitischen Agitator" genannt haben. Sedlotzek habe niemals etwas mit der deutschsozialen Reformpartei zu thun gehabt. — Das ist nichts als Wortklauberei. Man kann wohl ein antisemitischer Agitator sein, ohne der deutschsozialen Reformpartei anzugehören. Wir brauchen nur an Ahlwardt zu erinnern, der dem Beruf eines antisemitischen Agitators auch dann sich widmet, wenn die Herren Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann es für opportun halten, von ihm abzurücken. Auch Frhr. v. Hammerstein war ein antisemitischer Stern erster Größe, ohne mit den genannten Herren in einer Fraktion gesessen zu haben.)

In derselben Nummer rempelt die „Antis. Corresp." den Abg. Dr. Barth in ihrer pöbelhaften Weise an, indem sie ihn einen Unterthan von Heinrich Rickert nennt. Wenn das Organ des Herrn von Liebermann weiter die Hoffnung ausspricht, Herr Barth werde in Amerika nicht mit Ahlwardt zusammen kommen, so meinen wir, daß die gesellschaftlichen Gewohnheiten des freisinnigen Abgeordneten ihn vor einer Berührung mit diesem Manne schützen.

Pfarrer Julius Werner (Beckendorf) hat dem Präsidenten der christlich-sozialen Partei mitgetheilt, er stehe zwar nach wie vor auf dem Boden der Grundsätze, die Stöcker als Bahnbrecher der Bewegung vertreten, doch könne er die von dem Präsidenten in der letzten Zeit befolgte Taktik nicht billigen, und erkläre er daher seinen Austritt aus dem Vorstande der Gesammtpartei. — Gerade die tüchtigsten Männer sagen sich von Herrn Stöcker los.

Gegen den konservativen antisemitischen Reichstagsabgeordneten Pastor Schall hat der Pfarrverein Lüben I in seiner kürzlich abgehaltenen Sitzung eine Erklärung einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstagsabgeordnete Pastor Schall hat wiederholt in seinen Reden im Reichstage die Sache der evangelischen Kirche nicht in der Weise vertreten, wie es der Würde der evangelischen Kirche entspricht. Insbesondere hat er durch seine am 24. Juni cr. bei Berathung des Familienrechts und der ehemaligen Verhältnisse gehaltenen Rede nicht nur in der Beleuchtung der Doppelehe Philipps von Hessen, sondern auch in seinen Ausführungen über die Bedeutung des Bürgerlichen Eheschlusses und der kirchlichen Trauung den evangelischen Standpunkt in einer Weise vertreten, daß der Pfarrverein dagegen Stellung nehmen und mit Bedauern betonen muß, daß eine solche, Gelächter und Heiterkeit hervorrufende Rede in einer so ernsten Sache nicht als irgendwie maßgebende Aeußerung aus den Kreisen der evangelischen Geistlichen angesehen werden darf."

Eine Neuorganisation der „antisemitischen Volkspartei" ist von dem Führer der „freiheitlichen Antisemiten" Hans v. Mosch in einer Versammlung des antis. Volksvereins „Ost-Berlin" am 8. September angekündigt worden. Er äußerte sich dahin, daß innerhalb der fractionellen Antisemiten in letzter Zeit eine große Lauheit und Zerfahrenheit geherrscht habe. Mit der Organisation sei es so schlecht bestellt, daß er dreist sagen könne: Die Heilsarmee ist gegenwärtig besser organisirt, als die Reformpartei. Es müsse nach einem einheitlichen Plan gearbeitet werden, auch dürfe es nicht vorkommen, daß ein Redner für einen Abend 50, 100 ja 200 Mk. Honorar beanspruche. Das werde aber nur anders werden, wenn besoldete Agitatoren angestellt würden, die vor materiellen Sorgen sicher gestellt seien. Doch dürfe das Gehalt nicht mehr als 3000 Mk. betragen, sonst fühlten die Herren nicht mehr mit dem Volke. Innerhalb der Fraction der Reformpartei seien zwei Drittel der Abgeordneten, welche die heutigen Zustände in der Partei nicht billigten und auf volksthümlichem Boden ständen. Nur die Richtung v. Liebermann, Iskraut und Vielhaben neige immer zu den „Junkern" und der Regierung! Die Zeit sei gar nicht so fern, wo man die Aussicht hatte, eine Partei Hammerstein, Stöcker, v. Liebermann und Iskraut zu bekommen. Die Neuorganisation in der antisemitischen Volkspartei werde „unverzüglich in Angriff genommen werden. Der alte Stamm der Gesinnungsgenossen solle sich zu Zehn-Männerschaften zusammen thun, der Vorsteher einer solchen Gruppe sei als Schöffe zu betrachten und habe im Vorstande seine Stimme abzugeben. Andere wieder sollen einen kleineren Kreis von 3 Mitarbeitern, die sogenannten Bundesbrüderschaften bilden, in denen dann gemeinschaftlich gearbeitet wird. Alle unsauberen Elemente sollen ohne viel Umstände aus der Partei entfernt und, wer ein Amt übernimmt, erst auf seine Gesinnungstüchtigkeit geprüft werden. Die Agitatoren werden mit einem Gehalt von 3000 Mk. fest angestellt und haben dann nach bestimmten Vorschriften zu arbeiten. Nach in diesem Winter soll eine großartige Agitation entfaltet werden, einer unermüdlichen Agitation müsse es gelingen, den freiheitlichen Antisemitismus wieder volksthümlich zu machen. Als Vereinsfarbe solle schwarz-roth-gold gewählt werden.

In der Debatte erklärten sich sämmtliche Redner, darunter auch ein Vorstandsmitglied eines Bürgervereins, mit der Neuorganisation einverstanden.

Auf eine an v. Mosch gerichtete Anfrage, ob er in Ahlwardts Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde für den Reichstag candidiren werde, erklärte v. Mosch, er werde auf Jahre hinaus überhaupt nicht candidiren.

Ernst Keil über Dr. Lueger. Die Dühringianer sind als Rassenantisemiten mit dem clericalen Dr. Lueger höchlichst unzufrieden. So schreibt E. Keil im „Mod. Völkergeist" (Sept. S. 134):

Er gilt als Antisemit und spricht auch gegen die Juden, wie z. B. seine Rede in München zeigte, aber er handelte nicht antisemitisch, als er einen Judenabkömmling zum obersten Verwaltungsbeamten der Stadt Wien machte. Er christelt, wie unsere reaktionären Antisemiten und wie die Wenggschen in Bayern. Auch Berlin wurde mit dem Besuch von sogenannten Wiener Antisemiten beehrt. Kennzeichnend für die Herren aus dem Lager des Herrn Vergani waren die vielen Monarchen-Depeschen, in denen sie, wie Juden-Würmer, im Staube lagen, und die Benutzung der Judenwagen zur Berliner Juden-, der sogenannten Gewerbe-Ausstellung. Da sind die Schönerianer doch nur Bismärckisch anbetend und nicht so kriecherisch vor **jedem** Monarchen! Die Einigkeit der Antisemiten in Oesterreich ist, wie es scheint, nur eine äußerliche!

Auch auf Hans von Mosch ist E. Keil schlecht zu sprechen. Er nennt ihn (ebendas.) einen „reaktionären aber freiheitlich thuenden Hamburger Raufbold." Herr Keil kennt eben nur zwei Propheten im Reiche des Antisemitismus: Eugen Dühring und Ernst Keil.

Zur antisemitischen Presse. Der Verleger des antisemitischen „Deutschen Bauernbund" in Landsberg a. W. veröffentlicht folgendes Gesuch:

„Mit 5—600 Mark sind wir im Stande, uns für das Blatt einen großen Vortheil zu verschaffen und den Fortbestand desselben bedeutend zu sichern. Welcher Parteigenosse, dem an dem Fortbestand dieses Blattes etwas liegt, leiht uns obige Summe gegen gute Zinsen und Sicherheit auf 6 Monate. Gefl. Adressen an die Expedition erbeten."

Sollte dieses Inserat Erfolg haben, so wird der Landsberger Redakteur vielleicht die Freundlichkeit haben, die Adresse des großmüthigen Geldgebers dem karlistischen Abgeordneten mitzutheilen, der am 19. August in der spanischen Kammer eine antisemitische Rede hielt und betonte, man solle nicht bei den Juden Anleihen machen!

Für die Reichstagsersatzwahl in Gießen beabsichtigt man von freisinniger Seite an die Stelle des Dr. Gutfleisch, welcher eine Kandidatur entschieden ablehnt, den Professor Stengel (früher in Marburg, jetzt in Greifswald) aufzustellen.

Dr. Lueger hat an die Wiener „N. Fr. Pr." eine bandwurmartige Berichtigungszuschrift über seine **Budweiser Erlebnisse** gerichtet, die allen, auch den in den Czechischen und antisemitischen Blättern veröffentlichten Berichten widerspricht. Das Meiste, was Herr Dr. Lueger für wahr und für unwahr erklärt, ist übrigens untergeordneter Natur. Was überall Entrüstung hervorrief (daß diese Entrüstung sich in Ausschreitungen Luft machte, vermögen wir nicht zu billigen; man sollte sich hüten, solche antisemitischen Gepflogenheiten nachzuahmen) und mit den schönsten Worten getadelt wurde, das war die **Anbiederung Luegers an die Budweiser Czechen** in einem Zeitpunkte, in welchem die dortigen Deutschen gegen sie einen der schwierigsten Vertheidigungskämpfe zu führen haben. Diese wird, obgleich die Zuschrift es an einer Stelle für unwahr erklärt, daß Lueger nach Budweis gekommen sei, um die Czechen gegen die Deutschen zu unterstützen, durch seine eigenen Mittheilungen außer Zweifel gestellt. Herr Lueger selbst erzählt, daß „Einer in seiner Begleitung" bei der Schlägerei vor dem Budweiser Bahnhofe von einem Hiebe getroffen wurde und daß dieser Eine der Redakteur des Budivoj, des Budweiser Czechenblattes, gewesen sei. Er leugnet es, daß in der von ihm abgehaltenen Versammlung die Mehrzahl der Anwesenden aus Czechen bestand, aber er sagt selbst, daß die Versammlung von Christlich-Sozialen, Deutsch-Nationalen, sowie „von Czechen" und Sozialisten besucht gewesen sei. Das reicht wohl hin, um darüber aufzuklären, was der Zweck der politischen Geschäftsreise Luegers war. Wenn ein czechischer Redakteur in seiner Begleitung sich befand und Czechen seine Versammlung besuchten, so ist es schwerlich geschehen, weil sie von Lueger's Kommen sich einen Nutzen für die Deutschen versprachen.

Der neueste Streich des Wiener Stadtraths. Der antisemitische Wiener Stadtrath hat wieder eine glänzende Probe seines unparteiischen und gemeinnützigen Waltens gegeben. Diese in der raschen Gewährung von Subventionen für fromme Vereine so rührige Körperschaft hat es in seiner Sitzung vom 3. Septr. abgelehnt, dem Wiener Vereine für Stadtinteressen und Fremdenverkehr die Jahressubvention von 600 fl., die der Verein bisher von der Kommune bezog, weiter zu bewilligen. Dieser Beschluß reiht sich würdig jenen an, welche die antisemitischen Stadträthe in Sachen des Volksbildungsvereines und der Rettungsgesellschaft gefaßt haben, und es gewinnt nachgerade den Anschein, als ob alle jene Vereinigungen, die in Wien in gemeinnützigem Sinne wirken, ohne daß ihre Mitglieder zur Fahne des Antisemitismus schwören, auf eine Unterstützung ihrer Bestrebungen durch die Kommune verzichten müssen, so lange Wien das Glück genießt, von einer antiliberalen Mehrheit verwaltet zu werden. Ist der Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr unwürdig, aus dem Stadtsäckel unterstützt zu werden? Seit fünfzehn Jahren entfaltet der Verein eine ungemein rege Thätigkeit. In wichtigen städtischen Angelegenheiten, wie zum Beispiel in der Frage der Stadtregulierung, der Bahnverbindungen für den Verkehr vom Auslande, der Sperrstunde, des Lohnfuhrwerkes 2c., hat er die Initiative ergriffen, um Nützliches zu schaffen und viele Uebelstände zu beseitigen.

In dem Berichte über die Stadtrathssitzung ist nicht angegeben, welche Motive den ablehnenden Beschluß herbeigeführt haben. Man kennt sie aber genau. Der Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr hat es vor einer Reihe von Jahren gewagt, warnend seine Stimme gegen die Ausschreitungen des Antisemitismus zu erheben. Eine Abordnung des Vereinsausschusses, bestehend aus den Herren Reichsraths-Abgeordneter Baron Pirquet, Baron Enobloch und dem seither verstorbenen Hof-Kunsthändler Oskar Kramer, begab sich damals zum Minister-Präsidenten Grafen Taaffe und überreichte ihm ein Memorandum, in welchem nachgewiesen war, daß der Antisemitismus geradezu lähmend auf den Fremdenzuzug wirke und die ohnedies oft beklagte Isolirung Wiens vom europäischen Reiseverkehr nur noch empfindlicher gestalte. Diese bittere Wahrheit können die Antisemiten dem Vereine nicht vergessen, und schon in früheren Jahren, da sie im Gemeinderathe noch in der Minorität waren, stimmten sie gegen die Subvention. Nun im Besitze der Macht, haben sie den Beitrag einfach gestrichen. „Es ist eigentlich keine Subvention," erklärt ein Beamter des Vereins in der „N. fr. Pr.", „sondern eine Gegenleistung der Kommune für die richtigen statistischen Daten über den Wiener Fremdenverkehr, welche der Verein jahraus jahrein mit großer Mühe und erheblichen Kosten sammelt, zusammenstellt und dem statistischem Departement des Magistrates zur Verfügung stellt, welches dieselben im städtischen Jahrbuch veröffentlicht. Andere, kleinere Städte, gewähren den Fremdenverkehrs-Vereinen Subventionen, die weit höher sind als jene, welche der Wiener Verein bisher bezog. So unterstützt die Kommune Zürich den dortigen Verein mit 25,000 Francs, und auch in anderen österreichischen, schweizerischen und reichsdeutschen Städten werden die Bestrebungen jener Vereinigungen, welche die Hebung des Fremdenverkehres sich zum Ziele gesetzt, von den städtischen Behörden mit Eifer und Sympathie gefördert. Dem antisemitischen Wiener Stadtrath ist es vorbehalten geblieben, seine destruktiven Gesinnungen auch in der volkswirthschaftlich so tief eingreifenden Fremdenfrage zum Ausdruck zu bringen. Denselben weitblickenden Herren ist es ja auch gelungen, den Saatenmarkt von Wien zu vertreiben, und dadurch Tausende von kleinen und großen Gewerbsleuten einen Verdienst zu entziehen, der ihnen durch die An-

wesenheit zahlreicher Fremder aus allen Theilen des Reiches zu theil geworden wäre. Die hämische Behandlung des Wiener Vereines zur Hebung des Fremdenverkehrs durch den Wiener Stadtrath zeigt wieder deutlich, welche Kirchthurmpolitik diese Herren treiben: wenn sie in der Bethätigung ihrer gastfreundlichen Gesinnungen für auswärtige Besucher wie bisher fortfahren, wird unser schönes Wien in der Isolirung immer fortschreiten, und wir werden bald unter uns sein, wir und unser unvergleichlicher Wiener Stadtrath."

Der österreichische Katholikentag zu Salzburg hat einen ausgesprochen antisemitischen Charakter getragen. Das Begrüßungstelegramm der Wiener Bürgermeisters Strobach wurde mit einem Beifallssturm aufgenommen, bei der Vorlesung des Telegramms des Dr. Lueger brachte ein Theil der Versammlung Hochrufe aus und der Hetzpfarrer Deckert spielte auf dem Kongreß eine hervorragende Rolle.

Vermischtes.

Zu der Notiz betr. die Nichtwiederwahl von Daniel Sanders in den Vorstand des deutschen Sprachvereins erhalten wir aon Herrn Landesrabbiner Dr. G. Rülf in Braunschweig folgende Zuschrift:

„Ihrem Wunsche in Nr. 35 Daniel Sanders betreffend kann ich insofern entsprechen, als ich Ihnen mittheilen kann, daß Sanders thatsächlich nicht wiedergewählt warden ist. Doch sall die Nichtwiederwahl nichts mit dem Antisemitismus zu thun haben. Seine Gegner meinten, er interessire sich nicht für den Verein und gaben ihm darum ihre Stimme nicht. Zum Beweise, daß nicht Antisemitismus die Triebfeder zum Ausschlusse des Daniel Sanders gewesen, diene, wie man mir sagte, die Thatsache, daß Herr Carl Magnus von hier, obgleich Jude, wieder in den Vorstand gewählt worden ist."

Der Jubel der Antisemiten darüber, daß der Vorstand nunmehr „judenrein" geworden sei, war also verfrüht.

Rohling und Christian Hummelsheim. Eine ganze Reihe strafbarer Handlungen, Urkundenfälschung, Unterschlagung, vollendeter und versuchter Betrug wurde dem Kaufmann Christian Hummelsheim zur Last gelegt, welcher am 5. Sept. der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu Berlin vorgeführt wurde.

Im Jahre 1894 fand der Angeklagte Stellung bei der Auskunftei Wys, Müller u. Co. Es gehörte zu seinen Obliegenheiten, in der Rheinprovinz Abonnenten zu suchen. Von dem ihm zu zahlenden Beitrag von 40 Mk. sollte er die Hälfte für sich als Entgelt für seine Bemühungen behalten dürfen. Als nach einiger Zeit Unregelmäßigkeiten vorkamen, erhielt der Angeklagte von seinen Chefs die telegraphische Weisung, seine Thätigkeit sofort einzustellen und nach Berlin zurückzukehren. Hier bewährte der Angeklagte sich so vorzüglich, daß seine Chefs über die früheren Vorkommnisse einen Strich machten und ihn auf's Neue auf Reisen schickten. Wiederum täuschte der Angeklagte das ihm geschenkte Vertrauen, er sandte Beitrittserklärungen von Firmen ein, die er selbst unterschrieben, behielt die ganzen Beiträge für sich und bediente sich falscher Vorspiegelungen, um Kunden zu gewinnen.

Das Gericht verurtheilte ihn unter Ausscheidung einiger Fälle zu einem Jahr Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust.

An diesen Christian Hummelsheim hat der als antisemitischer Schriftsteller und Talmudfälscher bekannte Canonikus Prof. Rohling am 24. Juli 1892 ein Schreiben über den Xantener Prozeß gerichtet. Darin hatte er Buschhoff des Mordes bezichtigt, den Clever Prozeß eine Komödie genannt, „mit Judengeld aufgeführt zur Verhöhnung der Gerechtigkeit des ehrlichen christlichen Volkes" und zur öffentlichen Dokumentirung der dem Judenthum bereits zum Gehorsam unbedingt unterworfenen Staatsgewalt." Die Geschworenen nannte er „superlative Esel". Als dieser von Beleidigungen des deutschen Richterstandes strotzende Brief veröffentlicht wurde, behauptete Rohling am 17. Sept. 1892 in der „N. fr. Pr.", es sei eine „Mystification", um sofort darauf zu erklären, daß er das Schreiben wirklich verfaßt habe.

Felix Mendelssohn-Bartholdy und Hans v. Bülow. Man weiß, wie scharf Richard Wagner Mendelssohn in seiner Schrift über „das Judenthum in der Musik" mitgenommen hat. Er behauptet darin (1869 S. 25), Mendelssohn hätte nicht „ein einziges Mal die tiefe, Herz und Seele ergreifende Wirkung hervorgebracht, welche wir von der Kunst erwarten."

Hans von Bülow urtheilt ganz anders. In einem so eben erschienenen Werke „Studien bei Hans v. Bülow" von Vianna da Motta findet sich folgendes Urtheil Bülow's:

„Ich kann Ihnen feierlich versichern, daß Mendelssohn in das nächste Jahrhundert hineingeht, während viele andere nicht. Seine Sinfonien werden noch gespielt werden, wenn man von Schumanns Sinfonien nichts mehr wissen wird. Seine Ouvertüren, die ich sinfonische Dichtungen nenne, werden noch leben, wenn andere sinfonische Dichtungen nicht mehr gespielt werden. Ein Lied ohne Worte von Mendelssohn ist für mich ebenso klassisch, wie ein Gedicht von Goethe. Ich hatte die Ehre, gerade zwei Stunden lang Mendelssohns Schüler zu sein."

Antisemitische Lyriker. Bekanntlich macht Liebermann v. Sonnenberg auch Gedichte und es ist nicht ohne Humor, daß die wirklich guten Verse an — Heine erinnern. Auch Hans von Mosch besteigt zum Entsetzen der Poesie den Pegasus. Als dritter gesellt sich E. Schwechten hinzu, der die deutsche Poesie mit seinem „Lied vom Levi" verunziert hat. Jetzt schreibt er „tiefsinnig", was für Kenner weder tief noch sinnig ist. Sein neuestes Gedicht heißt „Das Gesetz der bestimmten Anzahl", ein schöner Titel für ein lyrisches Gedicht. Und darin ist zu lesen (Mod. Völkergeist. Sept. 96. S. 129):

Das Unendliche „ist" nie,
Und auch nie „ist" es „gewesen" —
Ob dem All die Phantasie
Oft das Gegentheil entlesen.

Im Vergleich zu dieser Fürchterlichkeit ist Liebermann von Sonnenberg beinahe ein Poet!

Zur Blutbeschuldigung aus Tilsit. Die „Tilsiter Nachrichten" hatten am 26. Juni d. J. unter der Ueberschrift — c — Lappienen, 22. Juni (Ein Ritualmord?) behauptet, einem Mädchen, das bei einem Juden im Kirchdorfe S. bei Lappienen diente, sei von jüdischen Cultusbeamten Blut abgezapft worden. Der Kgl. Landrath aan Heinrichswalde gab auf Veranlassung des „Zentral-Vereins dtsch. Staatsb. jüd. Gl." folgenden Bescheid darüber:

„Die 16 Jahre alte Lasmannstachter Auguste Blank aus Seckenburg diente bis zum 2. Juni d. J. bei dem Kaufmann Lauterstein daselbst. In der Nacht aorher ist die p. Blank mit anderen Personen auf der Bleiche gewesen, soll sich daselbst betrunken und dadurch selbst Verletzungen am Kapfe zugezogen haben. Letzteres stellt die p. Blank in Abrede und will oon p. Lauterstein mißhandelt warden sein. Wie die Mißhandlungen gewesen sind, darüber wird nun verschiedenartig gesprochen, doch wird die eingeleitete Untersuchung das Nähere ergeben. Die p. Blank ist darauf aus dem Dienste gezogen und soll zwei Tage zu Bett gelegen haben. Dieselbe ist durch den prakt. Arzt Naguski-Lappienen untersucht warden, welcher ein ärztliches Attest ausgestellt hat. Letzteres ist mit den polizeilichen Untersuchungsverhandlungen an die Königl. Staatsanwaltschaft zu Tilsit gesandt."

Weiter wurde bekannt, daß das Mädchen nicht im Kreiskrankenhause gewesen, und daß Herr Dr. Dommasch in Seckenburg an der Haargrenze eine Beule mit oberflächlichen Hautabschürfungen festgestellt habe, aus denen sich etwas seröse Flüssigkeit — kein Blut! — entleert habe. Herr Dr. Dommasch erklärte, daß nach seinem Untersuchungsbefunde von einer Blutabzapfung keine Rede sein könne.

Ein Bischof Mitglied eines jüdischen Frauenvereins. Aus Pest wird gemeldet: Anläßlich der jüngst stattgefundenen Installationsfeier des neugewählten Werschetzer Bischofs Zmejanowicz erschien bei demselben auch eine Depuation des dortigen israelitischen Frauenvereines, um ihm zu gratuliren. Der Kirchenfürst antwortete hierauf in einer längeren Rede, in welcher er dem Patriotismus der ungarischen Juden Anerkennung zollte und schließlich erklärte, dem Frauenvereine als Mitglied beizutreten.

Die „Kreuzztg." über Adolf Sonnenthal. Während der antisemitischen „Staatsb.-Ztg." zum Lobe nachgesagt werden muß, daß sie im Reiche der Kunst meist ihren Judenhaß vergißt und sich im Urtheil über jüdische Künstler einer gewissen Objektivität befleißigt, verleugnet die Kunst- und Theaterkritik der „Kreuzztg." auch auf diesem Gebiete ihre Vorurtheile nicht. Um so erfreulicher ist es, daß sie am 5. September über Adolf Sonnenthal folgendes schreibt:

Adolf Sonnenthal ist unter den lebenden jüdischen Schauspielern der gefeiertste, und die äußeren Erfolge entsprechen wahrem Verdienste. Sein letztes Berliner Gastspiel am Ende der vorigen Saison, so ungünstig auch die Bedingungen waren, unter denen der berühmte Gast auftreten mußte, hat doch die Erinnerung an frühere Triumphe wieder aufgefrischt und zugleich den Beweis erbracht, daß der nun im 64. Lebensjahre stehende Künstler sich die geistige Kraft zu neuen Schöpfungen vollkommen bewahrt hat. Sein „Nathan", im vorigen Jahre zum ersten Male von ihm dargestellt, war eine ganz prächtige und dabei ganz originale Leistung, wie sie ein Routinier niemals zu Stande bringen wird. Auch als Mensch verdient Sonnenthal nach allem, was man über ihn erfährt, die Sympathieen vollauf, die ihm von allen Seiten entgegengebracht werden. Vierzig Jahre lang ist er nun Mitglied des Wiener Burgtheaters, an dem er früher die ältere klassizistische Ueberlieferung und nun eine mehr natürliche, auf größere Wahrheit ausgehende Richtung vertritt. Er hat sich vom armen Schneidergesellen zum wohlhabenden und berühmten Künstler, dem des Kaisers Huld den persönlichen Adel verlieh, emporgerungen.

Diesem Manne, dem gegenüber auch die „Kreuzztg." ihre eingefleischten Antipathien vergißt, hat die Wiener Stadtverwaltung eine Ehrung zu seinem vierzigsten Schauspieler-Jubiläum versagt, weil er Jude ist!!

Bildung macht frei — ist immer ein Lieblingswort des echten Liberalismus gewesen, Grund genug für die Reaktionäre, sich mit aller Gewalt den Bestrebungen zu widersetzen, die darauf ausgehen, das Volk geistig zu heben. Ein geistig freies und reiches Volk ist auch für den Antisemitismus nicht zu haben, was Englands Beispiel beweist. Das reaktionäre „Mecklenb. Schulblatt" sagte unlängst (Juli 96) über den naturgeschichtlichen Unterricht:

„Hüte Dich vor dem ersten Schritte! Nach sieht Du da unberührt von dem falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfaßt er nach und nach die ganze Hand, Du bist ihm rettungslos verfallen, mit geheimnißvoller Zauberkraft umgarnt er Dich und führt Dich hin an den Baum der Erkenntniß, und hast Du einmal davon gekostet, so zieht er Dich immer wieder mit magischer Gewalt zu dem Baume zurück, ganz zu erkennen, was wahr und was falsch, was gut und was böse sei. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld!"

Und unlängst hat das leitende bayerische Zentrumsblatt geschrieben: „Was nun Goethe anbetangt, so sind wir mit Wolfg. Menzel der Ueberzeugung: „Ein gegen die Religion so indifferenter, gegen das Unsittliche so nachsichtiger und so viel mit ausländischen Geschmäcken und Formen kokettirender, weiblich eitler Mann der auch durch seine Beschmeichlung Napoleons bewährte, wie wenig Herz er für sein Vaterland habe, könne und dürfe nicht als erster und einziger Genius der Nation angesehen werden." War es mit Schiller nun auch etwas besser, Niemand wird bestreiten, daß sich seine reich angelegte Phantasie sehr oft ins Schauerlichste verirrte und nicht selten einen revolutionären Charakter annahm."

So wird die Verehrung für unsre großen Dichter gepflegt. Selbst Menzel wird als Eideshelfer angeführt — dessen grenzenlose Gehässigkeit gegen Goethe Jeden anwidert, der ihn überhaupt noch liest. Viele giebt es ja nicht mehr, die sich diesen Genuß verschaffen. Sollte es nicht möglich sein, Goethe und Schiller ganz aus unsern Bildungsanstalten zu verbannen?

Freimaurer und Juden sind auch in Frankreich gemeinsam der Gegenstand antisemitischer Angriffe. Beweis hierfür legen die Beschlüsse des im Mai d. J. in Reims versammelt gewesenen „Congrès de la jeunesse catholique" ab, welche den kommerziellen Boykott der Juden als oberste Forderung ihres „Programms" aufgestellt hat. Die betreffenden Beschlüsse, welche unter dem Vorsitze des dortigen Erzbischofs und unter Assistenz des Rechtenführers Marquis de Mun gefaßt wurden, lauteten:

„1) Die katholischen Zeitungen werden eine möglichst vollständige Liste der Freimaurer und Juden veröffentlichen. 2) Es sind allerorten Conferenzen zu veranstalten, um über die politische und soziale Bedeutung der Freimaurer und Juden Feststellungen zu machen. 3.) Alle Katholiken, insbesondere die geistlichen Institute werden sich sorgfältigst davor hüten, unter irgend welchen Umständen Juden oder Freimaurern Lieferungen zu übertragen. 4) Eine allgemeine „Liga" aller katholischen Kaufleute und Industriellen Frankreichs soll organisirt werden, um auf ökonomischem Gebiete jene hartnäckig zu bekämpfen. 5) Bei allen Wahlen werden die Katholiken unweigerlich gegen Juden und Freimaurer stimmen."

Nun sind zwar diese „Gernegroße" nicht eben allzu ernst zu nehmen, und vollends den Kaufleuten und Industriellen dürften die Lehren des Bontoux-Krachs und ähnliche Erfahrungen doch beherzigenswerther erscheinen, als die Reden der Mun und Genossen. Immerhin ist die symptomatische Bedeutung der Veranstaltung beachtenswerth genug.

Lübeck, 19. August. Die hiesige Strafkammer hat den Getreidehändler Heinrich Magnus wegen mehrerer Wechselfälschungen zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Da antisemitische Blätter, darunter die „Deutsche Wacht" (Nr. 225 vom 15. August) in Dresden, bei dem Bericht über diese Verurtheilung hinter den Namen Magnus ein Ausrufungszeichen(!) einschalteten, theilen wir mit, daß Heinrich Magnus, der Inhaber der hiesigen Getreidehandlung Heinrich und Emil Magnus, weder Jude noch jüdischer Herkunft ist.

Die Juden im russischen Heere.

Die panslavistische „St. Petersburgskia Wjedomosti", ein halbofficiöses und sehr angesehenes Blatt, veröffentlichte unter dem Titel „Eine ernste Frage" eine Reihe von Artikeln, welche, sehr maßvoll und streng sachlich gehalten, ohne sonderliche Judenfreundlichkeit, aber auch ohne gehässige Voreingenommenheit die „Judenfrage" behandeln. Der erste Artikel beschäftigt sich mit der Erfüllung der Militairpflicht durch die Juden in Rußland; es heißt darin unter Anderem:

„Die schwerste und weitaus ernsteste Anschuldigung, welche gegen die Juden erhoben wird, ist zweifellos die, daß sie sich der Militärpflicht entziehen. Wenngleich die Juden in ihren Rechten äußerst beschränkt sind, muß sie doch der Besitz der Rechte, welche ihnen noch gewährt sind, die Erfüllung des Militärdienstes als Pflicht erkennen lassen, und die Frage, ob sie dieser allerschwersten, aber auch allerheiligsten Bürgerpflicht sich wirklich entziehen, verdient eine ernste Prüfung. Zweifellos gäbe es Gründe genug, falls die Juden sich der Militärpflicht zu entziehen suchen sollten. Sie sind Städtebewohner, gehören dem Handelsstande an, und diese Volksklassen pflegen, gleichviel welcher Confession sie sind, nie gern in die Reihen des Militärs einzutreten. So war z. B, wie bekannt, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1874 der Handel mit Rekrutirungs-Quittungen, die den Besitzer vom persönlichen Dienst befreiten, gerade in den Gouvernements mit griechisch-orthodoxer Bevölkerung ganz besonders im Schwange und wurden von den russischen Kaufleuten für eine derartige Quittung 8 bis 10 000 Rubel geboten und gezahlt. Sehr belehrend nach dieser Richtung ist die Thatsache, daß sogar nach der amtlichen Publikation über das Ergebniß der Aushebung im Jahre 1890 im Moskauer Gouvernement allein mehr Rekrutirungs-Quittungen zur Befreiung vom Militär-

dienst vorgezeigt wurden, als in allen 26 Gouvernements (Polen inbegriffen), in denen die Juden das ständige Aufenthaltsrecht haben, zusammengenommen. Das Moskauer Gouvernement weist 26 Quittungen vor, in allen jenen 26 Gouvernements aber fanden sich nicht mehr als 21 Personen, welche auf diese Weise von der Militärpflicht sich zu befreien suchten ... Als noch wesentlicherer Grund zur Erklärung der Antipathie der Juden gegen den Militärdienst könnten die Rechtsbeschränkungen angeführt werden, denen die Juden in dieser Dienstsphäre im Widerspruche mit dem Grundgedanken des Gesetzgebers und des Schöpfers der allgemeinen Wehrpflicht, welcher „Gleiches Recht für Alle" forderte, ausgesetzt sind. Der bekannte Spruch des größten Feldherrn der neueren Zeit, daß „der ein schlechter Soldat ist, der nicht in seinem Tornister den Marschallstab trägt", wurde in Bezug auf die Juden nicht berücksichtigt: russisch-jüdische Soldaten werden nicht einmal zum Examen für die allerniedrigsten Militärchargen zugelassen. Somit wären wohl triftige Gründe für den Widerwillen der Juden gegen den Militärdienst zu finden, aber es ist überflüssig, nach einem Grund zu suchen, und zwar einfach deshalb, *weil dieser Widerwille gar nicht existirt, weil die Anschuldigung, daß die Juden sich dem Militärdienst entziehen, eine plumpe Erfindung der judenfeindlichen Presse ist.* Davon überzeugt uns auf's Neue der im „Regierungsboten" veröffentlichte Bericht über die Erfüllung der Militärpflicht im letzten Jahre. Wir werden die wahre Sachlage mit Beispielen aus zwei Gouvernements, einem nordwestlichen (Litthauen) und einem südwestlichen (Wolhynien und Podolien), darthun. Wie bekannt, werden in vielen Gouvernements von den örtlichen statistischen Comités Denkschriften mit offiziellen statistischen Angaben über Zahl und Bestandtheile der Bevölkerung herausgegeben. Diese offiziellen Publikationen geben die sichersten und zuverlässigsten Daten und Aufklärungen über die jüdische Bevölkerung und auf Grund dieser Zahlen läßt sich leicht berechnen, wie groß das von der jüdischen Bevölkerung zu stellende Rekrutenkontingent im Verhältniß zu der übrigen Bevölkerung des betreffenden Einberufungsdistrikts sein sollte. Nun betrug im Grodnoer Gouvernement die Zahl der männlichen *Gesammtbevölkerung* ohne Unterschied der Konfession nach offizieller Zählung im Jahre 1887: 699,943, im Jahre 1888: 729,892, im Jahre 1889: 741,740; jüdische Personen männlichen Geschlechts waren nach offiziellen Zählungen in dem betreffenden Gouvernement im Jahre 1887: 138,415 oder 19·26 Perzent der männlichen Gesammtbevölkerung, im Jahre 1886 aber reduzirte sich die Zahl der Juden männlichen Geschlechts auf 139,018 oder 18·86 Perzent der Gesammtbevölkerung. Die Durchschnittszahl der jüdischen männlichen Bevölkerung betrug in den genannten Jahren 19·29 Perzent der männlichen Gesammtbevölkerung. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Zahl der einberufenen und eingezogenen jüdischen Rekruten in dem genannten Gouvernement 19·29 Perzent der Gesammtzahl der Rekruten betragen sollte. Nach den offiziellen Angaben im „Regierungsboten" hatte die ganze Bevölkerung des Grodnoer Gouvernements im Jahre 1890 die Zahl von 14 504 Rekruten zu stellen und stellte sie wirklich; die Juden hatten demnach in demselben Jahre 2798 Rekruten zu liefern, was 19·29 Perzent ausmacht. *In Wirklichkeit aber wurden 3467 Juden einberufen, das heißt 669 Mann mehr, als nach dem Verhältniß der jüdischen Bevölkerungsziffer gefordert werden sollte.* Diese 669 Mann repräsentiren nach der Zählung des Professors *Bunjakowski*, der die Einundzwanzigjährigen unter je 1000 Männern auf 18·93 Perzent schätzt, eine Bevölkerung von über 35,000 Männern, welche thatsächlich im Grodnoer Gouvernement nicht existirt. Genau so verhält es sich im Gouvernement Wolhynien. Nach den in Shitomir veröffentlichten offiziellen statistischen Daten belief sich die *Gesammtzahl* der Personen männlichen Geschlechts im Jahre 1886 auf 1,121,896, im Jahre 1888 auf 1,168,420, im Jahre 1889 auf 1,188,100 Seelen; die jüdische männliche Bevölkerung betrug im Jahre 1886: 154,252 oder 13·75 Perzent im Jahre 1888: 159,723 oder 13·75 Perzent und endlich im Jahre 1889: 162,541, was 13·68 Perzent der ganzen männlichen Bevölkerung ausmacht. Nach diesen, von der Gouvernementsverwaltung Sr. Majestät dem Kaiser allerunterthänigst unterbreiteten Bevölkerungszählungen sollten von den Juden im Jahre 1890 nicht mehr als die ihrer Bevölkerungsziffer entsprechen 13·73 Perzent oder 3372 Mann einberufen werden. *In Wirklichkeit aber wurden im Jahre 1890 4281 Juden einberufen, das heißt 909 Mann mehr,* was wiederum eine Bevölkerung von 48,000 Menschen repräsentirt, die thatsächlich aber nicht vorhanden ist. Falls man in dieser Weise die von den Gouvernementsverwaltungen gesammelten offiziellen statistischen Daten sorgfältig den Einberufungsdaten gegenüberstellt, dann erkennt man den erstaunlichen Widerspruch, der gewiß die allerernsteste Beachtung verdient. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn man von den Juden ein verhaltnißmäßig größeres Kontingent der Einberufenen fordert, als die *wirkliche* Bevölkerung derselben liefern *kann* und darf, die Zahl der sich Stellenden nothwendig eine bedeutende Lücke zeigt. Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß bei einer Betrachtung der Erfüllung der Kriegspflicht seitens der Juden sehr prägnant der große Widerspruch zwischen Recht und Pflicht in die Augen springt. *So finden wir z. B. auf dem Monument, das zum Andenken an die bei Plewna am 28. November 1877 gefallenen Grenadiere auf einem der Hauptplätze von Moskau errichtet wurde, unter den Namen der Helden auch die Namen der Juden Masch Kallmanski, Abraham Oelbaum* und Anderer. Ist es nicht sonderbar, daß wenn diese Helden den ruhmvollen 28. November, der das Schicksal des ganzen Feldzuges entschied, überlebt hätten, *sie nicht einmal das Aufenthaltsrecht in der Stadt gehabt hätten, wo jetzt ihre Namen auf einem Siegesdenkmal prangen?!* Auf dem Denkmal, das bei Kars zum Andenken an die 60 Militärärzte der kaukasischen Armee, die den Tod bei Erfüllung ihrer heiligen Pflicht fanden, errichtet wird, sind von 60 Aerzten 8 Juden, das heißt über 13 Perzent — und ist es nicht sonderbar, es auszudenken, um wie viel hoher dieser Perzentsatz ist als die nachher für jüdische Militärärzte festgestellte Norm von 5 Perzent?" ...

Briefkasten.

R. A. Auch der Vorsitzende des *antisemitischen* Handlungsgehülfenvereins in Hannover heißt *Kohn*.

W. Der soeben zum Professor ernannte Dr. Zabludowski, langjähriger Assistent des Prof. v. Bergmann und Leiter der Massagekuren in der Königlichen chirurgischen Universitätsklinik ist unseres Wissens Jude.

P. W. in H. Auch im Philippinen-Aufstand sollen, wie Madrider Zeitungen melden, *Deutsche* die Häupter sein. Hier haben wir wieder die alte Tendenz, die Fremden als Anstifter von Revolutionen hinzustellen, eine Tendenz, die 1848 beispielsweise „Polen, Juden und Franzosen" als die Urheber der Revolution hingestellt hat.

W. R. in S. Die Berufszählung von 1882 hat ergeben, daß dem Hauptberufe nach von 357 554 Juden in „Landwirthschaft, Gärtnerei und Züchterei" beschäftigt waren 812 Personen (636 männliche und 676 weibliche) als „Selbstständige und Geschäftsleiter", 831 Personen (589 männliche und 242 weibliche) als „Verwaltungs- und Arbeitspersonal". Dazu ist zu bemerken, daß sich seit 1882 die Betheiligung der Juden an der Bodenkultur *erheblich gesteigert* hat!

E. O. in Antwerpen. Anläßlich des Nationalfestes veranstaltete der Antwerpener Sportklub ein Wettschwimmen auf der Schelde, bei dem der Israelit *Ben Spiers* als Sieger hervorging. Er legte die Strecke von 2 mal 2500 m in 23 Minuten zurück

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 38. Berlin, den 19. September 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen“ haben gegen 8000 feste Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen um die Verbreitung der „Mittheilungen“ nicht nachlassen werden.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen“.

Sonderbares Christenthum.

In den Kreisen der antisemitisch gesinnten Geistlichen ist man eifrig bemüht, den Antisemitismus als durchaus christlich hinzustellen, ja, als ein christliches Gebot aufzufassen. So behauptet ein evangelischer Geistlicher in seinem Vortrag „Der Antisemitismus und das alte Testament“ (Nordhausen 1895, S. 13): „Es ist ein heiliger Krieg, den wir führen.“ Liebermann v. Sonnenberg will seine Aufgabe, gegen die Juden zu schüren, direkt vom lieben Gott bekommen haben. Pfarrer Iskraut's Bescheidenheit ist nicht kleiner und Stöcker hat wiederholt des himmlischen Vaters Zustimmung für sich reklamirt.

Wahrlich, ein sonderbares Christenthum, das den Haß predigt! Für den Kulturhistoriker zeigt sich darin nur eine alte Erscheinung. Zu allen Zeiten hat man irgend eine verkehrte Geistesrichtung damit zu rechtfertigen gesucht, daß man sie mit dem Mantel des Christenthums bekleidete. Das trieb dann Blüthen eigener Art, von denen wir hier einige wiedergeben wollen.

Unter den unabhängigen Armeniern im cilicischen Taurus passirte im Jahre 1862 folgende Geschichte (s. Globus 1862. Bd. 2, S. 286):

. . . „Ein junger Zeit in Zeithun hatte ein Mädchen geheirathet, das, nach dem Gebote der gregorianischen Kirche in allzu nahem Grade mit ihm verwandt war. Der Priester exkommunizirte ihn. Darüber ergrimmte der junge Mann sehr, ging in die Kirche, wo jener Geistliche eben die Messe lesen wollte, schlug sein Gewehr an und rief: „Wenn du die Exkommunikation nicht aufhebst, schieße ich dich todt!“ Der bedrohte Priester hob vor der versammelten Gemeinde den Bann auf; dem jungen Mann wurde kein Haar gekrümmt, vielmehr lobte man ihn als einen unerschrockenen Kriegsmann und — guten Christen.“

Von den Briganten in Süditalien erzählt ein Reisender (s. Globus 1869. Bd. 16, S. 169):

„Daß die Briganten in die Kirche gingen, versteht sich von selber. Religion ist zwar bei ihnen nicht zu finden, sonst wären sie nicht Raubmörder von Handwerk. . . .

Der Brigant schneidet einem Nebenmenschen ganz kaltblütig den Hals ab, er wird aber nie versäumen, die äußeren Kirchenzeremonien mitzumachen, Kreuze zu schlagen und was der gleichen mehr ist. Alle jene Banditen in Montella waren über und über behängt mit Kreuzen, Amuletten, Marien- und Heiligenbildern. Mehrere trugen auch Zauber bei sich; sie hatten dieselben aus der päpstlichen Hauptstadt, dem frommen Rom, erhalten und glaubten durch solche von Geistlichen eingesegnete Schnurrpfeifereien kugelfest zu werden. Einige Banden haben stets einen Priester bei sich gehabt, der regelmäßig Messe lesen, Beichte hören und absolviren mußte. Diese Priester könnten Aufschluß über die Zahl der verübten Mordthaten geben, denn jeder fromme Brigant beichtet ehrlich, — um sich absolviren zu lassen. Dann hat er ein hübsch reines Gewissen und kann wieder guten Muthes weiter morden.“

Es fehlt auch nicht an humoristischen Zügen, die beweisen, zu welchen Zwecken man das Christenthum ausbeutet. Zu Lowell in Massachussetts hielt 1872 die Genossenschaft junger christlicher Männer eine Versammlung, in welcher mehrere Redner des Breitesten nachwiesen, „daß Genuß des Tabaks sich platterdings mit dem Christenthum nicht vertrage!“ (s. Globus 1872. Bd. 22, S. 192).

Dieselbe Abneigung gegen das Rauchen zeigte noch der orthodox-russische Bischof Juvenal von Kursk in diesem Jahre (s. Frankfurter Ztg. vom 30. April 1896). Er hat zufolge der dortigen Eparchialzeitung folgenden Zirkularbefehl erlassen:

„Aus persönlichen Gesprächen mit vielen Geistlichen unserer Eparchie gleichwie aus schriftlichen uns zugesandten Klagen habe ich mich zu meinem Leidwesen überzeugt, daß einige Geistliche und selbst deren Frauen die ekelhaft schlimme und für einen Diener des Altars Gottes durchaus unpassende Gewohnheit haben, Tabak zu rauchen. Diese Gewohnheit, an und für sich der Gesundheit und dem gesunden Verstande zuwider, dient überdies zu großem Aergerniß der Eingepfarrten. Im h. Evangelium aber hat, wie wir alle wissen, der Herr Denen großes Wehe verkündet, durch die Aergerniß kommet (Matth. 18, 6,7). Deshalb hatte ich es auch für meine Pflicht, die besondere Aufmerksamkeit der Pröpste hierauf zu richten, und ihnen zu empfehlen, sie mögen in meinem Namen von allen ihnen unterstellten Geistlichen und Kirchendienern, die der sittlichen Krankheit des Tabakrauchens unterliegen, verlangen, daß sie, ihrer Seelenhirtenpflichten gedenkend, aus Furcht vor Gottes Strafgericht für dem Nächsten gegebenes Aergerniß sich zwingen, von dieser sündhaften Angewohnheit abzulassen. Meinerseits bitte ich durch diese Zeilen um dasselbe allen Geistlichen und Kirchendienern unserer Eparchie, die diese verderbliche Angewohnheit haben. Freilich ist das Kraut keine Sünde, sondern die Leidenschaft ist Sünde, um so mehr, als sie den Beichtkindern einen Anlaß zu gerechter Verurtheilung ihrer Hirten giebt (1. Kor. 8, 12). Wenn sie sagen werden: es ist schwer, eine langjährige Gewohnheit aufzugeben — erwidere ich: es ist aber

möglich und es muß um Gattes und seiner Gebote willen geschehen, kraft der Seelenhirtenpflicht."

Schlimm ist es, daß gerade das Tabakrauchen nach der Ansicht anderer Christen ein Beweis für den christlichen Glauben des Rauchers ist. In Liverpool erschien 1871 eine Zeitschrift unter dem Titel Coper Tabacco Plant, a monthly periodical, interesting the manufacturer, the dealer and the Smoker. In der Januarnummer 1871 enthielt sie wörtlich Folgendes (s. Globus 1871. B. 19 S. 192):

„Huxley und Genassen! Aufgepaßt! Ein amerikanisches Blatt sagt: Prafessar Huxley*) ist auf dem Wege, ein guter Christ zu werden. Denn er raucht nun, nachdem er 40 Jahre lang ein Feind des Tabaks gewesen ist. Auf diesen Ausspruch gestützt fragen wir nun Praf. Huxley und Genassen: Wollen Sie es zugeben, daß der bezeichnete Gentlemann kein Christ war während der 40 Jahre, daß er nicht rauchte? Und daß der erste Schritt zum Heile — das Rauchen ist? Wir erwarten eine Antwart; denn sallten wir in die Lage gerathen, den Argumenten der eifrigen Tabaksfeinde weichen zu müssen, sa könnten wir in die unfehlbarste Argumentenstopferei, das religiöse Gefühl, zurückverfallen."

In Argentinien erklärte der römische Klerus die Eisenbahnen für „ketzerisches Teufelswerk." Im Mai 1872 wurde der Zug, welcher von Rosario nach Cordova fuhr, in der letztern Stadt überfallen. Der von den Geistlichen aufgehetzte Pöbel begrüßte die ankommenden Fahrgäste mit einem Steinhagel, riß die Schienen auf und brüllte, daß die Lokomotive ein „Fabrikat des Satans" sei (s. Globus 1872. Bd. 22, S. 128).

Ein Prediger in New-Jersey, dem die Kleidung der Radfahrerinnen ein Greuel vor dem Herrn war, belegte diese Auffassung mit einer Bibelstelle, nämlich Moses 22, 5: „Ein Weib soll nicht Mannsgeräte tragen, und ein Mann soll nicht Weiberkleider anthun; denn, wer solches thut, der ist dem Herrn, deinem Gott, ein Greuel (s. Köln. Ztg., 21. Sept. 1895).

Diese kleine Sammlung ließe sich ungemein vermehren. Jedenfalls lehrt sie, daß die Anschauungen vom Christenthum oft so sonderbar sind, daß es verfehlt erscheint, weltliche Dinge dadurch gewichtiger zu machen, daß man sie für „christlich" und „gottgefällig" erklärt. Mit dem Judenhaß ist es nicht anders. Ein Christenthum, das den Haß predigt kann nur eine Karrikatur sein und das Wort Eugen Dührings: „Ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kann kein ernsthafter Antisemit sein", trifft den Nagel auf den Kopf.

*) Ein berühmter englischer Naturforscher. Anm. d. Red.

Von der freien Advokatur.

Mitte September fand in Berlin der 25. Deutsche Anwaltstag statt. Mitglieder des Vorstandes der Berliner Anwaltskammer haben zu Ehren der diesjährigen Versammlung eine Denkschrift ausgearbeitet, um ihren Amtsgenossen ins Gedächtniß zu rufen, wie es in Berlin mit der Rechtsanwaltschaft vor dem Jahre 1879, d. h. vor der Einführung der freien Advokatur aussah, als „die dreiundneunzig bevorrechteten vornehmen Herren dem rechtsuchenden Publikum gegenüber eine Höhe und Würde zeigten, die jede Vertraulichkeit entfernte. Damals mußte der Bürger den Rechtsanwalt mühselig suchen, er erhielt zu ihm häufig erst Zutritt, wenn er dem Bureauvorsteher ein ansehnliches Trinkgeld in die Hand drückte. Mit Kleinigkeiten gab sich ein Rechtsanwalt kaum ab. Damals blühte der Weizen der Winkelkonsulenten, deren es im Jahre 1879 in Berlin vierundsiebzig zur Gewerbesteuer angemeldete gab, während ihre Zahl im Jahre 1892 auf achtzehn gesunken war. Als ein Assessor im Jahre 1880 sich als Anwalt in der Hauptverkehrsstraße des Nordens außerhalb der alten Stadtmauer niederließ — als erster in der Gegend, in der jetzt sechsundzwanzig Rechtsanwälte wohnen —, war unter den älteren Anwälten ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Sie waren bis auf wenige Ausnahmen einig, daß das Ende des guten Rufes des preußischen Anwaltstandes nahe bevorstehe . . . Wie es so ganz anders gekommen, ist ja männiglich bekannt."

Die „Deutsche Ztg." des Herrn Dr. Lange benutzt diesen Anwaltstag zu einem großen Angriff auf die jüdischen Rechtsanwälte. Sie schreibt (12. Sept.):

Aber die freie Advokatur, die ein Segen hätte werden können, wenn nur Deutschgebarene nach den Gesetzen wissenschaftlicher und sittlicher Ehre sie in freiem Wettbewerbe ausgeübt hätten, mußte ein Unsegen werden, sobald man eine geringere Rasse mit minderwerthigem Gewissen als gleichberechtigt in diesen Stand zuließ. Und diesen Unsegen genießen wir jetzt in kaum noch erträglicher Weise, da der Rechtsanwaltsstand fast überall, namentlich aber in den großen Städten, mit jüdischen Leuten überfüllt ist. Die Judenfrage, diese affene Wunde am Körper unseres Valkes, ist fast für keinen Stand bedrohlicher, als für die Rechtsanwaltschaft. Jeder unserer Gesinnungsgenassen empfindet das, jeder vielleicht auf andere Weise; wir für unseren Theil empfinden es theoretisch vielleicht am Stärksten und Schmerzlichsten, wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welcher unendlichen Mühe solch ein Werk wie das bürgerliche Gesetzbuch zu Stande gebracht ist in möglichster Anpassung an das Rechtsgewissen des deutschen Valkes, und daß nun die Vertreter eines ganz anders gearteten Valkes mit einem zweiffellas geringeren Gewissen dieses neue geschriebene Gesetz dem Deutschen valksthümlich machen sallten. . . . Ertragen müssen wir den gegenwärtigen Zustand einstweilen, sa gut aber sa schlecht es geht; auf seine Besserung hinzuarbeiten im Zusammenhange mit der Wiedergenesung unseres gesammten Valksthums, wird unsere Pflicht; beobachten wallen wir die Rechtsanwaltschaft und an dem Einflusse des jüdischen Elementes in ihr, wie im Aerztestande, genau erkennen, ab wir kränker aber gesunder werden. Aber aus alledem ergiebt sich, daß unser Willkammsgruß für den Anwaltstag nur eine Mahnung an die deutschgebarenen Anwälte sein kann, im Rahmen der freien Advakatur gegen die Gleichberechtigung ihrer jüdischen Amtskallegen, d. h mit dem ganzen deutschen Valke gegen die Wegwerfung unseres Bürgerrechtes an das Judenthum zu kämpfen.

In diesem Herrn Lange steckt ein Nationalprotzenthum, das nur noch von seiner Unwissenheit übertroffen wird. Man beachte seine fadenscheinige Logik! Er behauptet nicht, daß nur Deutschgeborene gute Advokaten werden, sondern Deutschgeborene „mit wissenschaftlicher und sittlicher Ehre". Das heißt: ein ehrlicher Kerl wird auch ein ehrlicher Advokat. Etwas flach, aber sonst richtig! Und ein ehrlicher Jude wird doch wohl auch ein ehrlicher Advokat werden!

Ueber „deutschgeborene" Advokaten erzählt Adolf Weisler in seiner „Umbildung der Anwaltschaft unter Friedrich dem Großen" (Königshütte 1891) erbauliche Dinge. Im Nov. 1713 gab es in Preußen bei nicht ganz 2 Millionen Seelen an 1200 Advokaten und Prokuratoren. Davon wurden etwa 720 ohne Entschädigung entlassen (a. a. O. S. 15), die zumeist ihre Aemter unter Friedrich I. für beträchtliche Summen gekauft hatten. Einzelne Advokaten strich der König Friedrich Wilhelm I. selbst; zu dem Namen des einen schrieb er die Worte: „Ist ein Schelm", und malte einen Galgen. Mit den Klagen über schlechte Advokaten in judenreiner Zeit ließen sich ganze Bände füllen.

Die konservativ-antisemitische Presse gefällt sich darin, die freie Advokatur als liberal-jüdisches Produkt hinzustellen. Mit Recht antwortet darauf die „Voss. Ztg.": „In reaktionären Blättern hat man zuweilen Karrikaturen gesehen, welche die Sache so darstellten, als ob seit Einführung der freien Advokatur aus jedem Fenster ein Rechtsanwalt, wo möglich mit jüdischer Physiognomie schaut, der die Vorübergehenden in der Weise anreißt, wie es in alten Zeiten auf dem Mühlendamm der Fall war. Diese Schilderung widerspricht den thatsächlichen Zuständen; die Prozeßsucht hat in keiner Weise zugenommen. Einzelne Fälle, die man uns entgegenhalten möchte, beweisen schlechthin gar nichts, denn solche Fälle sind unter der früheren Gesetzgebung gleichfalls vorgekommen. Die Einführung der freien Advokatur war keine Erfindung der liberalen Partei in Deutschland, sondern die Nachahmung des Beispiels, das alle Kulturländer der Welt gegeben hatten. In England, in Frankreich hat man es nie anders gewußt, als daß jeder Rechtsanwalt werden

kann, der seine Befähigung dazu nachgewiesen hat. Er stand nun auf seinen eigenen Füßen, war durch seine Bildung und seine Stellung dazu geeignet, in die höchsten Stellen des Staates berufen zu werden, und war bereit, von einem Ministerposten wieder in die Reihen der Advokatur zurückzutreten, ohne eine Pension vom Staate in Anspruch zu nehmen."

Zur Geschichte der Kreuzzeitungspartei.

II.

Für die Feudalaristokratie ist das Jahr 1848 mit seiner Revolution und seinen konstitutionellen Wünschen der „rothe Schrecken". Nach 1848 hat diese kleine mächtige Partei ihre Sympathie für Rußland geradezu schamlos gezeigt, und das Zarenreich mit seinem autokratischen, absoluten Regime war die Zuflucht ihrer vom Liberalismus ihrer Zeit gepeinigten Wünsche. Zar Nikolaus I., dessen hundertjährigen Geburtstag Rußland unlängst gefeiert hat, war so recht der Kaiser nach ihrem Sinne.

Der Russen- und Zarenkultus der fünfziger Jahre, von dem Theodor v. Bernhardi uns erzählt, grenzt hart an Hochverrath, was bei dieser Partei um so pikanter wirkt, als sie die Loyalität und Vaterlandsliebe ja in Pacht genommen haben will. Als der Krimkrieg (1853) ausbrach, in dem Preußen neutral blieb, wollte „die fromme Gesellschaft" (II. 214), wie Ministerpräsident von Manteuffel sie spöttisch nannte, Rußlands Partei ergreifen, und eine Zeit lang schien es, „daß ihm diese Gesellschaft über den Kopf wächst." (II. 214). Der General Rochow konspirirte als Gesandter in Petersburg hinter Manteuffel's Rücken geradezu mit den Russen. „Das würde jeder Kreuzritter thun", fügt Bernhardi lakonisch hinzu. Am 18. März 1854 schreibt er in sein Tagebuch:

Der Mobilmachungsplan der preußischen Armee ist Rußland verrathen, dem Kaiser Nikolaus mitgetheilt worden — und die „Kreuzzeitung" hat die Taktlosigkeit begangen, diesen Verrath in Schutz zu nehmen und zu erklären, dergleichen sei gar nicht vom Uebel! (II. 184)

Als 1854 im Verlauf des Krimkrieges ein englisch-französisches Heer auf der Krim landete, die Russen an der Alma schlug und Sebastopol belagerte, war die Kreuzzeitungspartei tief bestürzt. Bernhardi schreibt (II. 215 f.):

„Auch die Kreuzritter glauben den Fall Sebastopols. Es ist ein gewaltiger Schrecken über sie gekommen, sie sind mit einem Male persönlich geworden und suchen sich dem Minister Manteuffel zu nähern. Heute hat Herr v. Gerlach dem Unter-Staatssekretär Manteuffel gesagt: nach diesem großem Unglück sei es mehr als je Pflicht aller konservativ Gesinnter, fest zusammenzuhalten. Manteuffel antwortete: „Allerdings! wenn nur gewisse Leute nicht Anspruch darauf machten, das Monopol konservativer Gesinnung haben zu wollen." Ich: „Wenn Ihr Treiben nur konservativ wäre! Aber ich fürchte sehr, es könnte sich destruktiv erweisen, wenn man die Herren gewähren läßt." — Manteuffel, schon im Fortgehen, kneift sein Gesicht zu einer wunderbaren Grimasse zusammen und sagt nach einigem Zögern: „Ja, die bringen uns Revolution herauf."

Als Zar Nikolaus, dieser anmaßendste aller Despoten, zur Erleichterung ganz Europa's starb (2. März 1855), da meinte Bernhardi, dieser rechtlich denkende Preuße und Deutsche: „Preußen ist durch diesen Todesfall von seinem schlimmsten und gefährlichsten Feind befreit. Die tiefe, ungeheuchelte Trauer der Kreuzritter wird es genugsam bezeugen." (S. 222). In der That war das Benehmen dieser Partei unerhört. Der Eindruck, den der Tod des Kaisers Nikolaus, des Bedrückers Preußens, in Preußen machte und die eigenthümlichen Befürchtungen, die derselbe wachrief, sind im heutigen Deutschland so vollständig vergessen, daß die nachstehenden Aufzeichnungen Bernhardi's darüber auf einige Aufmerksamkeit Anspruch erheben dürften:

4. März. Allenthalben ist man verwundert, daß Alexander II. bereits proklamirt ist, daß es dabei ganz ruhig und ohne Kampf abgelaufen ist, daß der Großfürst Constantin nicht gleich jetzt einen Versuch gemacht hat, sich des Thrones zu bemächtigen.

„Zu Gr. Osw. Zedlitz, wo ich, sehr freundlich aufgefordert, den Abend bleibe. Zedlitz fragt ebenfalls, ob wohl der Kaiser Nikolaus natürlichen Todes gestorben sei? — und hat Mühe, es mir zu glauben. — Ist sehr betrübt. Sieht auch ein, daß der Friede schwieriger geworden ist — und daß Alexander II. in einer schlimmen Lage ist. Ebenfalls Verwunderung, daß er ohne Widerstand hat ausgerufen werden können, Zweifel daran, daß ihm gelingen werde, sich zu behaupten — und daß bei Kreuzrittern!

„8. März. Meine Damen fahren nach Tisch zur Gräfin Zedlitz. Begeisterung für den Kaiser Nikolaus, die ihre Theilnahme für ihn weit übertrifft. Die „Kreuzzeitung" ist mit schwarzem Rande erschienen, als sie den Tod des Kaisers Nikolaus zu melden hatte! — So ganz unverhohlen feiert sie in diesem Kaiser ihren eigentlichen Herrn! — Der Regierungs-Präsident Graf Zedlitz hat, wie die Nachricht anlangte, von seiner Frau verlangt, sie solle Trauer anlegen, noch ehe die Vorschriften der Hoftrauer wegen da waren." (II. 222 f.)

„22. März. Bei Zedlitz kam gestern zur Sprache, daß sein Vater Unterschriften sammelt zu einer großen Beileidsadresse an die Kaiserin von Rußland, so vollständig haben die Leute sich gewöhnt in dem Kaiser von Rußland ihren eigentlichen Herrn und Gebieter zu verehren! . . .

„ . . . . Aus den Zeitungen ersehe ich, daß der Pastor Krummacher zu Potsdam an dem Begräbnißtage des Kaisers Nikolaus über den Text gepredigt hat: „Der Kaiser ist todt." — Der Kaiser! Der Kaiser par excellence — welcher Preuße müßte dabei nicht schamroth werden.

„ . . . . . . Gerlach sagt in der Kammer, der Tod des Kaisers Nikolaus habe in ganz Preußen den Eindruck gemacht, als ob ein Vater gestorben sei!" (II. 224.)

„4. April. Zur Post Herwarth begegnet. Der ist einige Tage in Berlin gewesen. Dort treiben Garde-Offiziere und Aristokratie einen förmlichen „Kaiser"-Kultus. Man trägt Trauer-Medaillen mit dem Bildniß des Kaisers Nikolaus an einem schwarzen Bande. Die Herren Garde-Offiziere tragen sie an der Uhr, die Damen an den Bracelets

„H. zeigt mir eine solche silberne Trauer-Medaille; er trägt sie natürlich auch an der Uhr. — „Der Kaiser tout court (kurzweg) ist immer der Kaiser von Rußland." (II. 225.)

„Feier in Brandenburg. Die Uniform des Kaisers Nikolaus ist in Prozession in die Kirche zu Brandenburg getragen worden, zur höchsten Entrüstung aller Verständigen. Manteuffel, der dabei sein mußte, gesteht, daß er innerlich empört war. Einer der Führer der katholischen Partei in der Kammer äußerte laut: da hätten die Protestanten einen großen Lärm gemacht über den heiligen Rock und nun trieben sie selber Abgötterei mit den Kleidern des Kaisers Nikolaus." (II. 229.)

Bernhardi meint trocken (II. 333), „ein Theil der Junkerpartei sehe es allerdings als Rettung im äußersten Fall an, den Forderungen der Zeit dadurch zu entgehen, daß man unter russisches Scepter flüchte!"

Heute sind vierzig Jahre vergangen und wieder scheint die Junkerpartei ihre Blicke nach Rußland wandern zu lassen. Wir erinnern daran, daß in der „Korrespondenz des „Bundes der Landwirthe" O. Kastner-Jagsbuen schrieb: „Kann man sich wundern, wenn unter den jetzigen Verhältnissen bei uns hier und da auf dem Lande die Ansicht ausgesprochen wird, daß wir in materieller Hinsicht viel besser stehen würden, wenn Ostpreußen russische Provinz wäre?"

Was die Franzosen jetzt in Zarenanbetung leisten, ist schlimm. Was die preußischen Junker, die „festesten Stützen des preußischen Thrones“, auf dem Gebiete des Wettkriechens vor Rußland unter Umständen geleistet haben und zu leisten vermögen, stellt jedoch das ziemlich in Schatten, was wir derzeit in Frankreich erleben!

Zur Abwehr.

Auf dem südwestdeutschen Handwerkertage, welcher kürzlich in Heidelberg abgehalten wurde, behauptete ein Redner, die **Amsterdamer Diamantschleifer** seien ausschließlich *Juden* und nähmen *contractmäßig* nur *jüdische Lehrlinge* an, so daß es christlichen Arbeitern unmöglich sei, das Diamantschleifen zu erlernen. Hierauf bezieht sich das nachfolgende uns zur Verfügung gestellte Schreiben: Amsterdam, 11. Septbr. 96.

Um mit Sicherheit auf die Verdächtigungen des südwestdeutschen Handwerkertages antworten zu können, habe ich meine Informationen von dem Präsidenten der „Association Universelle des ouvriers en diamant Hollandais“ eingeholt. Dieselben ergeben, daß diese Beschuldigungen als durchaus falsch bezeichnet werden können. Aus dem Briefe, den der Präsident an mich zu richten die Güte hatte, gebe ich hier die wichtigsten Stellen wieder, aus denen ohne weiteres die Wahrheit über den fraglichen Gegenstand ersichtlich ist:

„Hier in Amsterdam wird die Diamantenschleiferei sowohl von Christen als auch von Juden ausgeübt, und ich darf ziemlich sicher behaupten, daß, wenn man die Brillanten- und „Rosen“-Industrie zusammenfaßt, die größere Hälfte der Schleifer und Flicker (raccomodeurs) Nicht-Juden sind. Was das Rohschleifen anbetrifft, so sind die Brillanten-Rohschleifer zu zwei Drittel jüdische Arbeiter, während das Rohschleifen der Rosen fast ausschließlich von jungen Leuten derselben Religion betrieben wird. Unter den Diamanten-Spaltern finden sich sehr wenig nichtjüdische Arbeiter. Das Schleifen des nicht beschnittenen (von recoupé) Diamanten liegt zu zwei Drittel in den Händen nichtjüdischer Arbeiter. Es ist dabei jedoch zu bemerken, daß das ein sehr untergeordneter Zweig in der Diamanten-Industrie ist. Daß die Arbeiter gewöhnlich Lehrlinge nehmen, welche ihrem Glauben angehören, läßt sich nicht bestreiten, doch findet das seine natürliche Erklärung in dem Unterschied des wöchentlichen Ruhetages und ist keineswegs auf Unduldsamkeit oder auf das Bestreben, sich abzusondern, zurückzuführen; doch fehlt es auch hier nicht an Ausnahmen.“ —

Ich glaube, daß diese Darlegungen genügen, um die Angriffe zurückzuweisen, welche man soeben in Deutschland gegen unsere Amsterdamer Glaubensgenossen unternommen hat. L. de Hartog.

Vom Chauvinismus. Niemand wird gegen ein Nationalgefühl etwas einzuwenden haben, das sich mit gerechter Anerkennung fremder Vorzüge und eigener Mängel paart. Aber der Antisemitismus hat bei uns einen Chauvinismus gezeitigt, der dem Nationaldünkel der Franzosen nichts mehr nachgiebt. Da ist es interessant, zu hören, wie ein Rassenantisemit, *Eugen Dühring*, über Deutschthümelei urtheilt. In seiner „Wirklichkeitsphilosophie“ schreibt er:

„Im Gegentheil scheint selbst bei den besten Nationen die Erinnerung an gute Nationaleigenschaften theilweise dahin auszuschlagen, den *blinden Nationalwahn* und die Herauskehrung der *schlechten Nationaleigenschaften* zu nähren. Meist ist es Nationalitätsheuchelei, die von schlechten Elementen für schlechte Zwecke betrieben wird, was sich als urwüchsiges und zur Wiedergeburt befähigendes Volksthum aufspielt. Wenn unter modernen Verhältnissen beispielsweise deutscher Geist auf diese Weise parodirt und geschändet wird, so ist das sicherlich keine Ermunterung, an ein Aufleben wirklich sittlicher Elemente des Deutschthums zu glauben. Alte Rohheiten werden hervorgesucht und alte Beschränktheiten werden angepriesen; das heißt aber, die deutschen Fehler zu Vorzügen umlügen und das wirklich Gute im Geiste der Nation als unbequem zur Seite lassen.“

Gerade durch die Aufnahme tüchtiger fremder Ideen wird der Geist einer Nation mehr behauptet, als durch Züchtung und Anbetung von Rasseneigenheiten. Das hat *Rudolf von Ihering* unübertrefflich in seinem „Geist des römischen Rechts“ ausgeführt, worin es heißt:

„Das Leben der Völker ist kein isolirtes Nebeneinanderstehen, sondern es ist wie das der Individuen im Staat eine Gemeinschaft, ein System der gegenseitigen Berührung und Einwirkung, friedlicher und feindlicher Art, ein Geben und Nehmen, Entlehnen und Mittheilen, kurz ein großartiges, alle Seiten des menschlichen Daseins umfassendes Austauschgeschäft. Dasselbe Gesetz, welches für die leibliche Welt gilt, besteht auch für die geistige: Leben ist Annahme von außen und innerliche Aneignung; *Rezeption und Assimilation sind die beiden Fundamentalfunktionen, auf deren Dasein und Gleichgewicht das Bestehen und die Gesundheit jedes lebenden Organismus beruht.* Die Aufnahme von außen verwehren und den Organismus zur Entwickelung von „innen heraus“ verurtheilen, heißt ihn tödten — die Entwickelung von innen heraus beginnt erst bei der Leiche!

Das Individuum kann sich diesem Gesetz nicht entziehen, ohne dem leiblichen oder geistigen Tode zu verfallen; sein Leben ist unausgesetztes leibliches und geistiges Athmen. Aber bei den Völkern wäre eine Absperrung auf sich selber, die Abwehr jedes Einflusses von außen her nicht gerade undenkbar, und es fehlt in der That in der Völkerfamilie nicht an einem Volk, welches — *ein echter Don Quichotte des Nationalitätsprinzips!* — diese seltsame Idee durchzuführen versucht hat, dem chinesischen. Und warum nicht, möchte man fragen, wenn es sich wohl dabei fühlt, wenn es auf die Vortheile des Verkehrs und der Berührung mit fremden Völkern verzichtet? Leidet es doch selber am meisten dabei. Der Einwurf wäre richtig, wenn jedes Volk blos seiner selbst wegen existirte; aber jedes Volk existirt zugleich der übrigen wegen, alle andern Völker der Erde haben ein Recht auf die Berührung mit ihm. Das Gesetz der Theilung der Arbeit gilt auch für das Leben der Völker. Nicht jeder Boden trägt alles, nicht jedes Volk kann alles. Aber diese Unvollkommenheit des Einzelnen soll ausgeglichen werden durch gegenseitige Aushilfe und Mittheilung — die Vollkommenheit kommt erst im ganzen in der Gemeinschaft zur Erscheinung. Der Austausch der materiellen und geistigen Erzeugnisse ist die Form, in der die Geschichte die Ungleichheit der geographischen, natürlichen und geistigen Ausstattung der Völker wiederum aufhebt, in der die Beschränktheit der Natur überwunden und *die Idee der höheren Gerechtigkeit in der Weltgeschichte verwirklicht wird.*“

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein neues christlich-soziales Blatt, und zwar ein *Wochenblatt* unter dem Titel „Christlich-sozial“ will die Redaktion des „Volk“ vom 1. Oktober ab herausgeben. Es handelt sich um ein Konkurrenzunternehmen gegen die „Hilfe“ des Pfarrer Naumann. Stöcker wird an dem Blatte dauernder Mitarbeiter sein.

Der antisemitische Abgeordnete Pastor Iskraut ist von der Sophiengemeinde in Berlin mit 27 von 47 Stimmen zum *dritten Prediger* gewählt worden. Die Bestätigung der Wahl hängt von dem Konsistorium ab. Während die antisemitische „Staatsbürgerztg.“ diese Wahl als einen Sieg der Kirchlich-Positiven darstellt, schreibt die „Kreuzzeitung“ dieser Auffassung gegenüber, das klinge so, als ob die anderen Bewerber der liberalen Richtung angehören würden. Der Sieg des Pastors Iskraut sei der Sieg der Antisemiten und werde nach mancherlei Unfrieden in den kirchlich gesinnten Kreisen Berlins hervorrufen. Das Stöckersche „Volk“ meint, an der Bestätigung durch das Konsistorium dürfe wohl nicht gezweifelt werden; denn nur bei begründeter Klage über Leben und Wandel des Gewählten sei eine Zurückweisung möglich.

Zum antisemitischen Mittelstands-Schwindel. Ueber die (in der letzten Nr. der „Mitth.“ besprochene) Flugschrift des früheren Redakteurs der antisemitischen „Deutschen Wacht“ *Huhle*, betitelt „Das neue Reichstagswahlrecht“ bemerkt die „Deutsche Wacht“:

„Wir halten diese thörichte Schreiberei, die aus trübster Quelle stammt, für so unbedeutend und werthlos, daß wir darauf verzichten können, näher auf sie einzugehen. Es erübrigt uns nur, festzustellen, daß die Deutsch-soziale Reformpartei mit den Phantasien des Herrn Huhle über eine Abänderung des Reichstagswahlrechts nichts zu thun hat. Den Gedanken, den Huhle in seiner Flugschrift vertritt: die Reichstagswahlen künftig durch die organisirten Berufsstände vornehmen zu lassen, ist alt und findet sich schon im alten Programm der früheren Deutsch-sozialen Partei, die ihn aber schon vor Jahren als unreif fallen ließ. Daß die Reformpartei auf dem Boden des

allgem., gleichen, geheimen und direkten Reichstagswahlrechts steht, ist hinlänglich bekannt, daran ist nichts zu ändern, auch wenn Herr Huhle nach seiner Entlassung aus unserer Schriftleitung anderer Meinung ist."

Daß die Schrift sich zugleich mit der Aufdeckung des von der deutschsozialen Reformpartei betriebenen Mittelstandsschwindels befaßt, davon darf der Leser des Organs des Abg. Zimmermann natürlich nichts erfahren.

Das amtliche „Soester Kreisblatt" vom 12. Sept. enthält ein Inserat, worin der „Deutsche Jugendbund Soest und Umgegend" zur Theilnahme an seinem Stiftungsfest einladet. Die Notiz „Juden haben keinen Zutritt" charakterisirt den Geist dieses Jugendbundes. Daß ein Kreisblatt ein solches Inserat gegen Bezahlung aufnimmt, verstehen wir, daß es aber im redaktionellen Theil noch extra auf den „genußreichen Abend" hinweist, erscheint uns nicht angebracht.

Die „Staatsbürgerztg" denunzirt in ihrer Nr. vom 11. September Herrn Schüller in Oederan wegen Bierpanscherei mit Weizenbier-Extract und macht hinter dem Vornamen Moritz ein Ausrufungszeichen. Gewiß, um anzudeuten, daß Schüller Jude ist. Nach unserer Information ist Schüller Christ. Er hat in dem in Jauer erscheinenden „Ersten Offertenblatt für die gesammte Tabak- und Cigarrenbranche" (21. März) folgendes Inserat erlassen:

> **Recepte** und Geschäftsvortheile aller Art, die gewinnbringendsten Haupt- und Nebengeschäfte etc. erfährt Jeder durch unser Buch gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
>
> **Schüller's Bureau, Oederan i/S**

Köln, 15. September. Wie antisemitische Wahrheiten fabrizirt werden, das weiß nur der Eingeweihte, der sich mit dieser vornehmen Bewegung gründlich beschäftigt. Vor einigen Tagen brachte die hier erscheinende klerikal-antisemitische „Rheinische Volksstimme" die Nachricht, jüdische Badegäste in Neuenahr hätten eine Eingabe beim Direktor eingereicht, in der sie baten, den Choral im Frühkonzert wegfallen zu lassen, weil er wegen seiner christlichen Tendenz bei Juden Anstoß erregte. Obwohl dieser Bericht alle Merkmale der Unwahrscheinlichkeit und der Erfindung trägt, so macht er doch durch die ganze antisemitische Presse die Runde und sogar eine vornehme Zeitung, wie die „Münch. Neuſt. N." scheute sich nicht, diese Geschichte abzudrucken. Wir erklären daher, daß der Badedirektor in Neuenahr heute dem Badearzt Herrn Dr. Weidenbaum in Gegenwart zweier Zeugen die kategorische Erklärung abgegeben hat, ihm sei von einer solchen Eingabe von jüdischer oder nichtjüdischer Seite absolut nichts bekannt. Wir wollen sehen, wie viele antisemitische Zeitungen Ehre und Anstand genug besitzen werden, um die Geschichte nun zu widerrufen. Unsere bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete stimmen uns nicht gerade optimistisch. F. S.

Die Konservativen und die Schule. Auf dem 7. evangel.-soz. Kongreß zu Stuttgart am 29. Mai d. Js. kritisirte Prof. Dr. W. Rein-Jena die Stellung der Konservativen zur Schule ungemein scharf. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht in den „Rhein. Blättern f. Erzieh. u. Unterricht" (1827 begründet von Ad. Diesterweg) im 5. Heft (Sept.-Okt. 96 S. 446 f.) führte Prof. Rein Folgendes aus:

> „Die konservative Partei vertritt die Werthschätzung der Macht der religiösen Weltanschauung. Eine Engherzigkeit ist es aber, daß sie das dogmatische Christenthum im Unterricht in den Vordergrund stellt, während der biblische Geschichtsunterricht zu kurz kommt. Nach der Anschauung dieser Partei ist die Schule eine Tochter der Kirche, ihr also untergeordnet, darum muß auch der Schulunterricht streng konfessionell sein. Kirchengewalt und Geistlichkeit überwachen die Schule und besonders scharf den Religionsunterricht. Von der Volksschule wird verlangt, daß ihre Bildungsmittel eine gewisse Beschränkung zeigen, damit das Volk nicht sich überhebe und mit Unzufriedenheit erfüllt werde. Die konservative Partei sucht die Entwickelung des Volkes und den Bildungsdrang der Lehrer zurückzudrängen. Das ist eine antike Auffassung, die durch das Christenthum überwunden ist; dabei betonen die Konservativen fortwährend, daß sie Stützen der Kirche seien. Die Kirche muß endlich zurücktreten von der Schulaufsicht, denn nicht streiten sollen beide, sondern Hand in Hand gehen. Die konservative Partei aber trägt Schuld an der Kluft zwischen Schule und Kirche, zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit. Es geschieht von ihr alles, um den Lehrer in die Arme der Umsturzparteien zu drängen. Eine Gesinnung, wie sie jüngst ein Mitglied des Herrenhauses äußerte, ist schmachvoll, ist brutal. Dazu nennt man sich immer Vertreter des Christenthums.

Sonst sind die Konservativen immer gleich mit dem Vorwurf bei der Hand, der Liberalismus sei die Vorfrucht der Umsturzparteien. Um so interessanter ist es, von einem der ersten Pädagogen Deutschlands zu vernehmen, daß die Konservativen die volle Schuld für die Unzufriedenheit der Lehrerkreise trifft.

Antisemitische Rohheit. Weil sich jetzt in Füssen im Allgäu ein Israelit niedergelassen haben soll, versteigt sich das Münchener „Deutsche Volksblatt" vom 13. Spt. zu folgender Warnung:

> „Wir empfehlen den Bürgern von Füssen, sich der drohenden Juden-Invasion vor allem dadurch zu erwehren, daß sie eine Versammlung einberufen, in welcher sich jeder Grund- und Hausbesitzer bei hoher Konventionalstrafe verpflichtet, kein Haus oder Grundstück an Juden zu verkaufen. Bürger, welche sich weigern, einer solchen Vereinbarung beizutreten, sind gesellschaftlich und geschäftlich wie Pestkranke zu isoliren."

Diese Rohheit richtet sich von selbst. Und dabei haben die Antisemiten die Stirn, ihre politische Anschauung als eine Veredlung des Deutschthums anzupreisen!

In Einbeck traten antisemitische Wühlereien bei der am 1. September erfolgten Einweihung der neuen Synagoge wiederum zu Tage. Der „Nordhäuser Gen.-Anz." vom 9. September schreibt: „Ein Jude schenkte 1000 Mark zur Vertheilung an Arme der Stadt. Da es in Einbeck keine arme Juden giebt, wird das Geld nur an Christen vertheilt. Aus Dankbarkeit wahrscheinlich ist, während dieses Geld auf dem Rathhause vertheilt wurde und das Festessen der jüdischen Gemeinde mit ihren Gästen stattfand, ein gehässiges antisemitisches Flugblatt in den Häusern vertheilt worden."

August Buchner, ein ehemaliger Führer der Münchener Antisemiten, ist bekanntlich mit Ludwig Wenng, dem Herausgeber des Münchener „Dtsch. Volksbl." arg verfeindet. Er bekämpft nun den Antisemitismus Wenng'schen Musters, von dem er behauptet, daß, wer ihm auch immer nahe kam, dies mit seiner Börse und seinem guten Namen schwer zu büßen hatte. Buchner schreibt im „N. Münchner Tageblatt" wörtlich:

> „Der Antisemitismus ist in München vorläufig todt, mausetodt, und was noch quickst und quackt, das sind grüne Frösche, die sich zum Ochsen aufblähen und zum verdienten Lohne dafür auch Ochsen bleiben werden. Zu einer Organisation des Hasses, wie sie der von dem vormaligen Karthographen Wenng künstlich gezüchtete sogenannte Antisemitismus schaffen will, besteht in München durchaus kein Anlaß; denn die Juden in München sind zumeist geborene Münchener, haben mit uns die gleichen Schulen besucht, stehen mit uns auf einer Kulturstufe und verhalten sich gegen zugewanderte polnische Juden und Kaufleute von der Art der Firma Tietz entschieden ablehnender als selbst die Deutschen. Es besteht also nicht die leiseste Aussicht, daß die Handvoll Radauantisemiten der Wenng'schen Sorte bei der heutigen Gemeindewahl irgend eine beachtenswerthe Rolle spielen können. Niemand kann und wird sie hindern, sich nach Belieben lächerlich zu machen, wohl aber wird jeder anständige und vorsichtige Bürger sich hüten, sich diesen Ausbeutern schlimmster Sorte anzunähern. Zu einer Bekämpfung unserer gegenwärtigen anständigen Rathhausparteien und des Stadtmagistrates haben wohl auch die längst schiffbrüchigen Antisemiten Wenng'scher Färbung weder den Beruf noch ein Recht; jedenfalls müßten sie vorher erst den Nachweis erbringen, ob sie über nur zehn Münchener Bürger verfügen können, die nicht bereits geschäftlich Bankerott, früher selbst mit einem Juden ein Kompagniegeschäft geführt und dabei den jüdischen Kompagnon um sein Vermögen gebracht haben. Wir hielten dafür, daß eine „Partei" solcher Art sich in das tiefste Mausloch verkriechen sollte, statt sich in den Strom der öffentlichen Diskussion zu stellen und dabei ihr schlechtes Gewissen mit aufschneiderischen Redensarten und hohlen Prahlhansereien zu drapiren."

Herr August Buchner wird nicht umhin können, seine Vorwürfe auch zu vertreten.

Um den Schutz des „Judengottes" gegen Beschimpfungen handelt es sich bei dem Strafprozeß gegen den antisemitischen Redakteur Seblatzek, der am 15. September sich vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts II verantworten sollte; der Termin ist aber bis zum 20. Oktober verschoben worden. Der Angeklagte ist beschuldigt, durch einen Artikel unter der Ueberschrift „Der jüngste Ritualmord" öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott gelästert und dadurch ein Aergerniß gegeben, sowie die mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehende jüdische Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder ihre Gebräuche beschimpft zu haben. Die Strafkammer hatte den Angeklagten freigesprochen, weil nach ihrer Ansicht § 166 St.G.Bs. verlange, daß direkte Schimpfworte in Anwendung gebracht sein müssen. Das jetzt in der „Jur. Wchschr." veröffentlichte Erkenntniß des Reichsgerichts ist nach mehreren Richtungen hin bemerkenswerth. Das freisprechende Erkenntniß ist vorwiegend aus folgenden Gründen aufgehoben und die Strafsache an das Landgericht II verwiesen: Allerdings müsse der Angriff beim Beschimpfen durch eine Rohheit oder besonders verletzende Form des Ausdrucks sich kennzeichnen, wodurch an sich die Verachtung oder Nichtachtung dessen, was Achtung und Verehrung erfordert, kundgegeben wird. Damit sei aber nicht gesagt, daß „beschimpfende Aeußerungen" oder eine „Beschimpfung" im Sinne des § 166 St.G.Bs. nur vorliegen können beim Gebrauche sogenannter Schimpfworte. Es werde sich vielmehr namentlich fragen, ob nicht im Falle der Behauptung oder Verbreitung von Thatsachen in Bezug auf „Gott" — insbesondere den „Judengott", d. h. den Gott nach Maßgabe der jüdischen Religionslehre — oder in Bezug auf eine Religionsgesellschaft — z. B. wie hier die jüdische — oder deren Einrichtungen und Gebräuche eine Beschimpfung auch dann vorliege, wenn die behauptete Thatsache an sich schimpflicher Art ist, mag auch die Form, in der die Beschimpfung aufgestellt wird, eine besonders rohe nicht sein, namentlich des Gebrauchs sogenannter Schimpfworte entbehren. Diese Frage ist nach dem Urtheil des Reichsgerichts zu bejahen. Es seien Thatsachen so ehrenrühriger Art denkbar, daß ihre Zurückführung auf eine Person, eine Gesellschaft, auf gewisse Einrichtungen oder Gebräuche für diese selbst geradezu schimpflich sei. Der Glaube an die Wahrheit der ehrenrührigen Thatsache nehme der Behauptung nicht den Charakter der Beschimpfung. Die Thatsache selbst an sich sei schimpflich. Hiermit solle nicht ausgesprochen werden, daß der gute Glaube für den Thatbestand des § 166 gar nicht von Einfluß sein könne, vielmehr sei anzuerkennen, daß, soweit es in subjektiver Beziehung auf das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter der Aeußerungen ankommt, dies möglicherweise durch den guten Glauben an die thatsächliche Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen ausgeschlossen sein kann.

Wie die „Kreuzztg." Gesinnung „macht." Auf dem ethischen Congreß zu Zürich am 9. September wurde auf eine Mittheilung in der Zeitschrift „Die Wahrheit" hingewiesen, nach welcher die „Kreuzztg." weitere Artikel über die armenischen Gräuel inhibirt habe, weil ihr nach dem Erscheinen eines ersten Aufsatzes, der sich gegen die Türkei gewendet hatte, mit der Entziehung des Postdebits in der Türkei von Seite der Botschaft in Berlin gedroht worden sei.

Daß die „Kreuzztg." solchen Einflüssen zugänglich ist, muß als „jüdisch" bezeichnet werden, wenn wir uns ihren Jargon aneignen wollen.

Aus Rothenburg a. T. meldet die „Staatsb. Ztg." vom 17. Sept. triumphirend:

Der Reichstagsabgeordnete Ludwig Werner hielt am Sonntag unter dem Vorsitz des Bürgermeister Wetzell hier eine Versammlung ab, mit der er einen durchschlagenden Erfolg erzielte. Zum ersten Male war ihm der Rathhaussaal zur Verfügung gestellt, zum ersten Male führte der allverehrte Bürgermeister der Stadt Rothenburg, Herr Wetzell, den Vorsitz, der nur Worte der Anerkennung für Werner hatte. Der Saal war überfüllt; nicht nur Städter waren erschienen, sondern auch zahlreiche Landbewohner, worunter wir namentlich viele Bürgermeister erblickten, die ihrem Abgeordneten freundlich die deutsche Hand boten. Da der bisherige Landtagsabgeordnete für Rothenburg-Hasfeld, Herr Seyfarth, kränklich ist, so dürfte der verdienstvolle Mann bald sein Mandat niederlegen. Zu seinem Nachfolger ist der Abgeordnete Werner ausersehen, der sich großer Beliebtheit erfreut. Nächsten Sonntag spricht Abgeordneter Werner wieder in seinem Wahlkreise, und zwar im Rathhaussaale der Stadt Sontra.

Wir fragen: Würde Herr Wetzell den Rathhaussaal auch freisinnigen Rednern zur Verfügung stellen?

Vermischtes.

Gustav Freytag über die Junker. In seinen „Bildern aus der Deutschen Vergangenheit" (Bd. II) schreibt der berühmte deutsche Dichter:

„Das neue Junkerthum, eine unholde Karrikatur des adligen Wesens, ist, wenn man genau zusieht, nichts weiter als anspruchsvolle Fortsetzung der alten Krippenreiterei. Hinter Uniform und Ordenskreuz birgt sich nicht selten derselbe Haß gegen die Bildung der Zeit, dieselben Vorurtheile, der gleiche Hochmuth, eine ähnliche groteske Verehrung abgeſterbender Vorrechte und derselbe rohe Egoismus gegenüber dem Gemeinwesen. Denn nicht wenige unter jenem Hof- und Landadel betrachten noch immer den Staat ähnlich, wie ihre Ahnen vor zweihundert Jahren die gefüllte Vorrathskammer eines Nachbars. Aber stärker als vor zweihundert Jahren erhebt sich gerade jetzt gegen solche der Haß und die Verachtung des Volkes."

Deutsche Offiziere und Dr. Lueger. In Wien zog am 5. September aus Iglau das Deutschmeister-Regiment ein, das sein zweihundertjähriges Jubiläum beging Es wurde von der Bevölkerung in den dekorirten Straßen stürmisch begrüßt; im Bahnhofe waren der Bürgermeister und die Gemeinderäthe zur Begrüßung erschienen. Zum Jubiläum trafen zwei württembergische Offiziere, Major Stein und Prem.-Lieutenant Gaup (vom württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 122 „Kaiser Franz Joseph") und der Pfarrer von Mergentheim ein, der ehemaligen Residenz der Deutschmeister und Geburtsstadt des Regiments. Nach der „Deutschen Zeitung" wurden beim Empfang der Deutschmeister auch die genannten Offiziere dem Vizebürgermeister Dr. Lueger vorgestellt. Major Stein sagte, er freue sich herzlich, Lueger persönlich kennen zu lernen; „Sie sehen in mir einen eifrigen Gesinnungsgenossen." Auch Premierlieutenant Gaup begrüßte Lueger als Gesinnungsgenossen. Diese Aeußerungen wurden von den umstehenden antiliberalen Gemeinderäthen mit lautem Bravo begrüßt.

Neidobjekte. Es ist bekannt, daß der Antisemitismus zum großen Theile auf gemeinen Neid zurückzuführen ist. Doch wenn der Neid wenigstens in den Thatsachen begründet wäre! Die paar jüdischen Millionäre blenden die Augen der Antisemiten, so daß sie den Schatten hinter diesen Goldlichtern, die tausende und abertausende armer Juden, nicht sehen wollen. Auf der Warschauer hygienischen Ausstellung könnten sie vielleicht doch eine Ahnung davon bekommen. Diese Ausstellung enthält eine statistische Abtheilung und hier stellt Herr Provisor Koskowski sehr interessante Tabellen über die Ernährung der Juden in den kleinen Städten Russisch-Polens aus. Er hat 30 jüdische Hausirer aus Loszczow untersucht und das Gewicht ihrer wöchentlichen Nahrung registrirt. Das Ergebniß war, daß sie in der Woche je 3000 gr Brod und je 650 gr Fleisch verzehren. Sachverständige meinten, daß sie im Verhältniß zu ihren Arbeitsleistungen mindestens 7000 gr Brod und 2000 gr Fleisch verzehren müßten, um die zu ihrem Beruf nöthigen Kräfte zur Verfügung zu haben. In Bezug auf das Trinken sind die untersuchten Männer die reinen Temperenzler. Zwölf von den dreißig nehmen überhaupt keine geistigen Getränke zu sich, neun andere sehr wenig (20 bis 75 gr.) in der Woche. — Eine andere Tabelle erzählt uns, daß Juden, deren Einkommen schon 200 Rubel im Jahre beträgt, sich bereits den Luxus einer Nahrungsmenge von 773 gr an Werktagen und 1510 gr. an Sonn-

abenden gestatten. Das sind doch die richtigen Neidobjekte für die antisemitische Agitation.

Deutschenhaß in Rußland. In der „N. fr. Presse" vom 10. Sept. erzählt ein Deutscher, der in Rußland in hervorragender Stellung ansäßig ist:

Es läßt sich nicht leugnen, daß wir hier sehr unpopulär wurden. Vielleicht entspringt dieser Haß ähnlichen Gefühlen wie der gegen die Juden, man wollte glauben machen, daß die Verfolgung der Letzeren aus Racen-Empfindungen hervorgehe; nun giebt es im Süden Rußlands Juden, die sich von ihren übrigen Glaubensgenossen absondern, weil sie ihre Abkunft von bevorzugten Stämmen Judas herleiten. Diese jüdischen Aristokraten, Karaiten genannt, schlossen sich der antisemitischen Bewegung heftig an, wahrscheinlich in der Sucht, materielle Vortheile zu gewinnen. Wenn unsere russischen Gegner plötzlich die deutschen Stammesmängel entdecken, wollen sie kaum Anderes. Der Neid schürt gegen uns. Er macht blind für unsere Vorzüge, unser Fleiß und Ernst, unsere Tüchtigkeit sind ein Schimpf geworden, weil wir im Wettkampfe häufig siegreich waren. In so trauriger Lage befinden sich die Deutschen nicht zum erstenmale. Jede Epoche, die in Rußland vorwärts strebte, begann mit einem Blicke in unsere Heimath. Das Gute, das man aus ihr holte, hatte sich kaum festgewurzelt, so sah man schon verächtlich auf die eben in der Fremde gemachte Kulturanleihe. Alle Instincte eines beschränkten Heimathsgefühles wurden lebendig. Solche Krisen hat das Deutschthum häufig genug durchgemacht — die ernsteste jedoch nach den Siegen von 1870. Daß unser Volk an die erste Stelle in Europa rücken könne, wollte in Rußland Niemandem einleuchten. Man hatte früher Freude an unseren literarischen Siegen, man begeisterte sich mit uns für Goethe, Schiller, Heine, Beethoven und Mozart — Bismarck und Moltke wollte man uns nicht verzeihen.

Ganz anders urtheilt ein Russe über die Deutschen in seinem Lande. Er sagt (N. Fr. Presse 10 Sept.):

Der Grund der Abneigung gegen die Deutschen in Rußland ist nur bei diesen selbst zu suchen. Sie lassen uns ihr Uebergewicht fühlen, sehen hochmüthig auf uns herab, obwohl sie ihre Erfolge in unserer Mitte und auf unsere Kosten errangen; sie bleiben im steten Gegensatze zu uns und schließen sich eng zusammen, um aus unseren Mängeln die Hoffnung auf zukünftige Triumphe zu schöpfen. Unsere großen kaufmännischen Unternehmungen, die den Verkehr beherrschen, unsere Banken sind deutsch, ihre Bücher werden deutsch geführt, ihre Geschäftssprache bleibt die deutsche wie bei der Börsen. Auf unserem Boden fühlen wir eine fremde Hand, die geschickter als die unsere ist, die aber nie geschmeidig werden will. Was Wunder, daß wir sie nicht lieben. Stadt und Land haben die gleiche Empfindung für sie."

Kurioser Rassen-Antisemitismus. Gesinnungsgenossen der Rassen-Antisemiten in Deutschland, Oesterreich und Frankreich sind die — karäischen Juden in Rußland. Diese Leute — eine jüdische Sekte, die nur die Lehre Mosis, aber nicht die jüdischen Traditionen anerkennt — genießen aus unbekannten Gründen das Glück, zum Unterschiede von den andern russischen Juden, mit den übrigen Russen gleichgestellt zu sein. Weil nun zuweilen irgend ein Beamter, durch die Bezeichnung „karäische Juden" irregeführt, die Ausnahmegesetze auf sie anzuwenden versucht — zur definitiven Anwendung kommt es ja nicht — kamen sie bei der Regierung um Aenderung ihrer offiziellen Bezeichnung „karäische Juden" in „Karäer" ein. Die Bitte wurde gewährt. Vor der öffentlichen Meinung begründeten sie ihr Vorgehen nicht; aber es ist noch in Erinnerung, daß, als vor mehr als einem Vierteljahrhundert eine Bewegung mit gleichem Ziele unter den Karäern herrschte — dieselbe endete übrigens schon damals mit einer Bewilligung seitens der Regierung, — die Wortführer derselben hauptsächlich das Rassenmoment betonten. Sie wiesen nämlich darauf hin, daß die Karäer dem Stamme nach keine „Hebräer", sondern zum Judenthum bekehrte Tartaren seien. — Also auch die Tartaren bilden sich schon ein, aus besserem Stoffe als die Juden gemacht zu sein.

Dr. Okonkowsky. Unter dem Titel „Moderne Geschäftsdramatik" brachte Dr. Lange's „Deutsche Zeitung" im April (Rundschau Nr. 11) einen Artikel, der sich mit einem äußerst „produktiven" dramatischen Schriftsteller und dessen „Selbstbiographie" im Hamburger Theater Journal des Herrn Max Mandus befaßte. Wegen dieses Aufsatzes, der mit den Worten beginnt: „Hat der geschätzte Leser bereits einmal von Dr. Georg Okonkowsky vernommen?" hatte genannter Dr. O. gegen den Schriftleiter des antisemitischen „Deutschen Blattes" in Hamburg, das denselben mit Quellenangabe s. Zt. veröffentlichte, Beleidigungsklage erhoben. In der Verhandlung setzte Dr. Okonkowsky mit erfreulicher Offenheit den Hamburger Schöffen auseinander, daß er seiner Existenz wegen „Stücke baue wie ein Schuster Stiefel". Eine Bestrafung des Beklagten wünsche er weiter nicht; er wollte blos, um der Stellung seines Bruders willen, öffentlich feststellen, daß er kein Jude sei. Der Beklagte erklärte sich bereit, die Kosten des Verfahrens zu übernehmen; und — versöhnt reichten sich beide Parteien die Hand.

Blutaberglaube in Afrika. In Zeilah (=Sela), einer Hafenstadt an der Ostküste Afrikas, nahe der Spitze des Golfes von Aden ging einst ein katholischer Missionar, der Pater Johannes Damascenus, über die Straße. Ihn begleitete ein Eingeborener, der als Dolmetscher diente. Plötzlich erscholl aus einem Hause der Zuruf: „Wie! junger Mann, du gehst mit dem Kinderfresser um?" (s. Die Kathol. Missionen. Freiburg i. B. 1877 S. 39). Also dem katholischen Missionar traute man auch in Afrika Kindermorde zu, ebenso wie bekanntlich in China.

Nationaler Unsinn. Man muß es den Polen lassen: sie passen so scharf auf in nationalen Dingen, daß es anfängt, komisch zu werden. So hat der „Goniec" herausgebracht, daß eine polnische Maschinenfabrik einen Kessel durch die Pferde eines deutschen Spediteurs hat fortschaffen lassen. Darob großes Halloh! Die „Tgl. Rdsch." schreibt dazu am 17. Sept.: „Aber trotz dieser lächerlichen Uebertreibung möchten wir wünschen, daß unsere deutschen Landsleute etwas von den Polen in dieser Beziehung lernen möchten." Hoffentlich erblickt die „Tgl. Rdsch." in einem sich so thöricht geberdenden Nationalismus kein Ideal.

Eine Rothschild-Stiftung und die „Dtsch. Zeitung". In Dr. Fr. Lange's Organ vom 17. Sept. findet sich nachstehende Auslassung eines Herrn v. Sch. über Rothschild:

Am 5. September brachte die Zeitung als werthvollen Beitrag zum Studium der antisemitischen Bewegung in Oesterreich die Nachricht, daß dem Baron Rothschild in Wien ein hoher österreichischer Orden verliehen worden sei. Obgleich ich nun schon als Abonnent der Zeitung Gegner der Juden bin, wünschte ich doch, daß viele Christen das Beispiel des Herrn von Rothschild nachahmen würden, und ich bin überzeugt davon, daß auch die österreichischen Offiziere dessen Thätigkeit dankbar anerkennen. Neben anderen wohlthätigen Stiftungen hat Baron Rothschild schon im Jahre 1894 ein Kapital von 500 000 Kronen dem österreichischen Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, aus dessen Zinsen bedürftige verabschiedete Offiziere lebenslänglich eine jährliche Unterstützung von je 600 Kronen erhalten. Die Auswahl dieser Offiziere steht nach dem mir vorliegenden Stiftsbriefe lediglich dem Kriegsminister zu. Baron v. Rothschild hat noch weiter für den Fall seines Todes sein großes bei Reichenau in Niederösterreich liegendes Schloß Hinterleithen den österreichischen Offizieren übermacht in der Art, daß bedürftige Offiziere vom

Hauptmann abwärts in demselben eine standesgemäße Unterkunft finden. Für den hiezu erforderlichen Umbau hat Rothschild 100 000 Kronen, zur Instandhaltung, Heizung und Beleuchtung die Zinsen von 700 000 Kronen bestimmt. Das Schloß wird von drei Offizieren verwaltet, das Kapital von einem aus vier Mitgliedern bestehenden Kuratorium in Wien. Zwei dieser Mitglieder sind Offiziere des aktiven Heeres, die beiden anderen der jeweilige Zentral-Direktor und der Rechtsanwalt des Hauses Rothschild. Die Vergebung der Stellen geschieht durch das Kriegsministerium. Ich denke, daß jeder Unparteiische einer solchen Stiftung nur seinen vollen Beifall spenden kann, und ich führe bei dieser Gelegenheit noch weiter an, daß in Oesterreich mehr als 20 Millionen zur Unterstützung invalider Offiziere und Soldaten gestiftet worden sind. In den sämmtlichen dem Staate gehörenden Bädern und in einer großen Anzahl von im Privatbesitz befindlichen Heilanstalten sind eine Menge von Freiplätzen für kranke Offiziere des aktiven und des Pensionsstandes (mehr als 1600 Stellen jährlich) und für Mannschaften gestiftet, während man in Deutschland ruhig seit 25 Jahren die alten Krieger ihre Wunden auf eigene Kosten heilen läßt. In tausenden von Reden spricht man bei uns von der Dankbarkeit des deutschen Volkes seinem Heere gegenüber, den alten Kriegern spricht man seit Jahren von den Pflichten, die sie auch jetzt noch gegen das Reich haben, die ganze Begeisterung des Deutschen aber beschränkt sich auf die Vertilgung an tausenden von Hektolitern Bier. Seit 25 Jahren hat es der Reichstag noch nicht fertig gebracht, auskömmlich für die Soldaten zu sorgen, die in Frankreich geblutet haben; tausende von Wittwen läßt man ruhig weiter darben, mögen sie zusehen, wie sie sich durch das Leben schlagen. Ich muß gestehen, daß es mir vorkommt, als habe dieser eine jüdische Bankier in Wien für das österreichische Heer mehr gethan, als alle die Tausende von deutschen Schönrednern im Reichstage wie auf den Festversammlungen, welche nur schöne aber leere Worte und volle Gläser für das Wohl des deutschen Heeres haben. Ich wünsche daher, daß auch im deutschen Volke das Beispiel des Baron Rothschild Nachahmung findet."

Dr. Lange ist natürlich mit dieser Ansicht nicht einverstanden. Auch Wohlthaten dürfe man nicht von Juden annehmen. „Sonderbarer Schwärmer."

Juden in Sibirien. Ein Mitarbeiter des „Courier" in Tschinkiang schried über die Juden in Nordasien (s. Globus 1873 Bd. 24 S. 375):

„Rußland herrscht über sie mit eiserner Ruthe und doch sind sie gleichsam Mark und Sehnen derjenigen Ansiedlungen, welche am besten gedeihen. Sie verhandeln Fischangeln und Messer an der Küste von Saghalin gegen Eichhörnchenfelle und Thran; sie graben im hohen Norden an den Ufern der Lena nach Mammuthzähnen; sie vertreiben in den Ortschaften am Obi Waaren, die von der Nowgoroder Messe kommen und erhalten dafür Gold, das aus den kaiserlichen Gruben durch Schmuggel in den Verkehr gekommen ist. Kurz, überall in Sibirien treffen wir den Juden und überall sucht er Geld zu erwerben, zeigt Ausdauer, Unternehmungsgeist, Geduld, Scharfsinn und lebt, hat also Eigenschaften, welche den besten Bestrebungen zur Ehre gereichen würden. Mein Schlitten fliegt förmlich über den gefrorenen Schnee dahin; der Kutscher ist ein Jude. Auf der nächsten Station im dichten Walde werden die Pferde gewechselt; auch dort ist der Posthalter ein semitischer Mann. Die Juden bilden in Sibirien eine werthvolle Klasse von Unterthanen und gewiß hat die russische Regierung einen Mißgriff gethan, indem sie allen Juden den Aufenthalt in ihren Hafenplätzen am großen Ozean verbot."

Wie nationale Geschichtsforschung betrieben wird, erzählt Theodor von Bernhardi in seinen Erinnerungen (Lp. 1893, Bd. II S. 7 f.):

„Auf Befehl des Kaisers Nikolaus hatte ein Günstling dieses Monarchen, General Danilewski ein Werk über den Krieg von 1812 veröffentlicht, „das einen dreist ersonnenen Mythus an die Stelle der Geschichte setzte, das darauf gerichtet war, nicht nur dem Nationalbewußtsein der Russen im Allgemeinen, sondern auch dem geflissentlich beobachteten persönlichen Parade- und Exerzirliebhabereien des Kaisers Nikolaus zu schmeicheln, — der Eitelkeit und dem Interesse dieses oder jenes Vornehmen zu dienen und gewisse begünstigte Persönlichkeiten zu verherrlichen — andere dagegen .... besonders wenn sie Deutsche waren, in sehr unehrenhafter Weise zu schmähen." Diese Schrift nun reichte Danilewski der Akademie der Wissenschaften ein, um einen der sogenannten Demidow'schen Preise zu erwerben. „Die Akademie", so berichtet Bernhardi, „war mit Danilewski's Werk und seiner Zudringlichkeit in nicht geringer Verlegenheit; denn sie selber durfte sich ein Urtheil darüber nicht anmaßen und wollte sie sich um ein Gutachten an die wissenschaftlich gebildeten Generale der russischen Armee wenden, so mußte sie erwarten, daß die Herren — bei Namen genannt — sich vorsichtig den Umständen fügten, den kaiserlichen Historiographen in allgemeinen Redensarten lobten und ihm den Preis zuerkannten. Befreundet mit mehreren Mitgliedern der Akademie, wie namentlich mit dem ehrwürdigen Krug und auch sonst mehrfach von ihnen zu Rathe gezogen, nahm ich die Sache an und schrieb die Kritik in französischer Sprache." Diese Kritik reichte Krug, als Arbeit „eines Generals, der unbekannt bleiben wollte," zum beliebigen Gebrauch der Akademie ein. Nach vielfachem Hin- und Herreden beschloß man, das Werk und die Kritik dem als Autorität angesehenen Historiographen des Kriegsministeriums, Staatsrath Friedrich von Smitt († 1865) zur Begutachtung zu übergeben. Smitt, der die Kritik „scharfschlagend und durchaus zum Nachtheil des Danilewski'schen Werkes befand", votirte im Sinne derselben und die Bewerbung des kaiserlichen Günstlings wurde abgelehnt. Die Akademie wünschte beide Kritiken drucken zu lassen, hielt aber — obgleich sie der Censur nicht unterworfen war — für zweckmäßig, dies nicht ohne Ermächtigung des Kaisers zu thun. Der Präsident, Minister Uwarow, dessen Vermittelung angegangen wurde, erklärte indessen, „daß er es nicht unternehme, ein solches Gesuch dem Kaiser auch nur vorzutragen" und damit war die Sache erledigt.

Briefkasten.

D. F. H. in **G.** Wenn der Pariser Rothschild vom Zaren den höchsten russischen Orden, den weißen Adlerorden erhält, so zeigt sich darin allerdings kein Antisemitismus. Die reichen Juden ehrt und die armen prügelt man. Auch das ist ein Beweis von der Macht des Geldes.

F. R. in **B.** In einer Korrespondenz der „Köln. Ztg." aus Madrid vom 13. Sept. heißt es über die Deutschen auf den Philippinen: „Dank dem Unternehmungsgeist und dem zähen Fleiß der Deutschen ist ein großer Theil des Handels der Philippinen in den Händen unserer Landsleute. Doch steht in dieser Beziehung die spanische Kolonie nicht vereinzelt da, in dem benachbarten französischen Saigon kann mon die gleiche Wahrnehmung machen."

Prof. **F.** in **G.** Natürlich kennen wir die antisemitische Rede Bismarcks im Vereinigten Landtag 1874, mit der die Antisemiten seit 18 Jahren hausiren gehen. Wie Busch in seinem Werke „Graf Bismarck und s. Leute" erzählt: (B. J. S. 229) sagte Bismarck 1870 in Versailles: „Ich habe im Vereinigten Landtag doch manche dumme Rede gehört und (nach einer Pause lächelnd) gehalten."

S. in **Berlin.** Die „Staatsbürgerztg." nimmt nach wie vor „Juden-Annoncen" auf.

M. in **München** Daß die Familie Astor ursprünglich Stern geheißen hat und jüdischer Abstammung ist, wie das dortige antisemitische Blatt behauptet, ist eine alberne Erfindung.

Eifriger Leser in **Köln.** Warum annonym? Wir haben uns nach Hagen gewandt.

S. Fe. in **Wesel.** Leider ist die Geschichte richtig. Wenn ein jüdischer Soldat fahnenflüchtig wird, hallt natürlich die ganze Presse konservativ-antisemitischer Richtung davon wieder. Die nationalliberale Rhein.-Westf. Ztg. liebäugelt schon längst mit dem Antisemitismus.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

☛ Nur 50 Pfg. vierteljährlich kostet dies Blatt bei der Post. ☚

Nr. 39. Berlin, den 26. September 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend; sie kosten vierteljährlich bei der Post 50 Pf., mit Bestellgeld 65 Pf., bei der Expedition 1,10 Mk. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pro 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaction u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 18. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn F. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 18, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen“ haben gegen 8000 feste Abonnenten in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen um die Verbreitung der „Mittheilungen“ nicht nachlassen werden.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen“.

Aus dem 1. hessischen Wahlkreise

wird uns unter dem 22. Sept. geschrieben:

Einer der engagirtesten Anhänger der freisinnigen Volkspartei, ein erklärter Gegner des Antisemitismus, hat die antisemitische Kandidatur für die hessische Landtagswahl angenommen. Bürgermeister Joutz in Butzbach hat sich in einer am 13. Sept. in Ostheim stattgehabten Vertrauensmännerversammlung des „Mitteldeutschen Bauernbundes“ als Kandidat für die demnächst stattfindende Landtagswahl aufstellen lassen. Die Versammlung stellte nach der „Deutschen Volkswacht“ v. 16. Sept. das Ergebniß der lebhaften Debatte in folgender Erklärung zusammen:

> „Die Vertrauensmännerversammlung des Mitteldeutschen Bauernbundes, versammelt zu Ostheim bei Butzbach stellt für den Landtagswahlbezirk Butzbach den in ihrer Mitte erschienenen Herrn Bürgermeister Joutz zu Butzbach als Kandidat zur Wahl auf, nachdem derselbe erklärt hatte, daß seine Kandidatur mit der freisinnigen Partei nichts zu thun habe.
>
> Derselbe erklärte sich mit den Forderungen und dem Vorgehen des Mitteldeutschen Bauernbundes einverstanden.“

Man war allenthalben überrascht, selbst bei den Antisemiten, daß Bürgermeister Joutz sich so leichten Spiels hatte überrumpeln lassen. Denn um eine Ueberrumpelung handelt es sich offenbar, da psychologische Gründe für diese Meinungswandlung des Bürgermeisters Joutz kaum ausfindig zu machen sein dürften. Bürgermeister Joutz scheint sich selbst noch nicht ganz klar geworden zu sein, wenigstens bringt eine langathmige Erklärung des Genannten im „Wetterauer Boten“ vom 20. Sept. viele Worte, aber keine Aufklärung. Herr Joutz sagt darin, eine freisinnig geschlossene Partei bestehe in der dortigen Gegend schon seit Jahren nicht mehr. Ein großer Theil der ehemaligen freisinnigen Wähler habe sich dem Bauernbund zugewandt, der sich zu einer auf demokratischen Grundgedanken fußenden Volkspartei (??) ausgebaut habe. Es habe nach dieser Thatsache nichts näher gelegen, als daß auch eine Annäherung zwischen der Führung dieser Partei und ihm (Joutz) stattfand. In der Vereinigung und Versöhnung zwischen Stadt und Land, die früher so lange Jahre zusammengingen, liege der Kern seiner Kandidatur und das Resultat der Ostheimer Versammlung.

In eingeweihten Kreisen huldigt man der Anschauung, daß es dem „strebsamen“ Bürgermeister in allererster Linie um die Bekämpfung eines nationalliberalen Gegners einerseits und um die Erlangung eines Landtagsmandats andererseits zu thun war. Daß andere „praktische“ Gründe verschiedenster Art mitgesprochen haben, erscheint ebenfalls durchaus nicht unglaubhaft. Daß Herr Joutz nun ein waschechter Antisemit geworden sei, wie viele behaupten und wie die Antisemiten bestimmt glauben, bestreitet der neue Landtags-Kandidat selbst in klarster und entschiedenster Form, und man könnte ihm daher mit Recht zurufen: „Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur.“ —

Daß im Uebrigen die Antisemiten aus der Kapitulation des freisinnigen Bürgermeisters gern insofern Kapital schlagen möchten, als sie meinen, die Annahme der Kandidatur bedeute ein Aufleben des gerade in der Wetterau stark zurückgegangenen Antisemitismus, kann nicht verwundern. Die theatralischen Beigaben und das Klimbim, mit welchem die Antisemiten — auch in der Wetterau — selbst die kleinsten und unbedeutendsten Zeichen ihrer Existenz auszubauschen pflegen, können nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß sie gerade hier auf schwachen Füßen stehen und mit dem vermeintlich glänzenden Schachzug der Ueberrumpelung des „demokratischen“ Bürgermeisters, wenn's hoch geht, kaum mehr als ein Dutzend „freisinniger“ Wähler hinüberziehen werden.

Antisemitismus in den Freimaurerlogen.

In der freimaurerischen Zeitschrift „Die Bauhütte“ sind der Historiker der Logen, Herr J. G. Findel, und die Redaktion des Blattes in Konflikt gerathen. Die Redaktion

hatte Herrn Findel einen Antisemiten genannt. Darauf richtete Herr Findel an das Blatt die folgende Zuschrift:

Leipzig, den 10. September 1896.

In Nr. 37 der „Bauhütte" wird in einem Artikel des Br—rb— behauptet, ich sei „ins antisemitische Lager übergegangen." Ich habe mit dem Antisemitismus niemals in näherer oder direkter Verbindung gestanden und weise diese unhaltbare Unterstellung hiermit zurück.

Ich darf wohl um Abdruck dieser Erklärung bitten.

In brüderlicher Begrüßung
J. G. Findel.

Hierzu bemerkt der Verfasser des Artikels in Nr. 37 der „Bauhütte":

Was Br. Findel unter dem Ausdrucke: „Ich habe mit dem Antisemitismus niemals in näherer oder direkter Verbindung gestanden", versteht, wissen wir nicht. Thatsache ist, daß er im Jahre 1894 vier Nummern eines Blattes „Signale" veröffentlicht hat, die in Inhalt und Ton getrost die Konkurrenz mit den Organen des reinen und unverfälschten Antisemitismus aushalten können. Die Bestimmtheit der Findelschen Erklärung zwingt uns, wenigstens eine charakteristische Stelle aus Nr. 4 der „Signale" hier wiederzugeben. Wir hoffen, daß Br. Findel es uns ersparen wird, mit weiteren Proben aufzuwarten. Die betreffende Stelle lautet:

„Der Talmud lehrt seine Anhänger, sich, durch falsche Flagge gedeckt, in das Lager des Gegners zu schleichen, um ihn von innen heraus desto sicherer zu vernichten."

„Diese Taktik haben die Söhne Sems zu allen Zeiten meisterlich zu üben verstanden. Indem sie die Maske ihres Feindes annahmen, gelangten sie unerkannt mitten in dessen Reihen, gebärdeten sich hier als die eifrigsten Verfechter seiner Sache und nicht lange, so rissen sie die Führung an sich, die dann immer eine gründliche Irreführung war."

„So hat jüdische List manche friedliche Feste gestürzt und manche friedliche Hochburg von innen aus zertrümmert. Das Christenthum ist diesem meuchlerischen Angriff ebenso ausgesetzt gewesen, wie zahlreiche Sekten, Orden, Klubs, deren Ziel anfänglich die Bekämpfung des Judenthums war. Der unter heuchlerischer Maske eingedrungene Jude hatte ihr Wesen bald gefälscht und gerade auf den Kopf gestellt."

„Ein verblüffendes Beispiel dieser Art bietet u. a. auch der Bund der Freimaurer. Die französische, richtiger die Pariser Maurerei steht durchaus unter dem vorherrschenden Einfluß des Judenthums, das aus den Ritualen alle religiösen Anschauungen ausmerzte, jüdische Politik einschwärzte, und die Streichung des Gr. B. a. W. aus den Statuten betrieb. Soweit das Maurerthum in Ungarn durch jüdischen Einfluß noch nicht degenerirt ist, wird es mit der Zeit sicher noch ruinirt werden. In Deutschland hat sich verhältnißmäßig eine Ueberzahl von Juden theils durch die Pforten deutscher, zumeist aber niederländischer Logen eingedrängt und streckt in der Settegastschen Großloge und durch sie die Hand nach der Herrschaft aus. „Ueberall hat sich die Verkennung der jüdischen Rasse bitter gerächt. Der aberwitzige Glaube, daß der Charakter des Menschen sich ändern könne, ohne daß das Blut sich ändert, ist ihnen zum Verderben geworden."

Es gehört Kühnheit dazu, nach solchen Darlegungen noch zu behaupten, man sei kein Antisemit. Darauf kommt es nicht an, ob man bei Wahlen antisemitische Stimmzettel abgiebt, sondern auf die Gesinnung.

Und in den Ausführungen J. G. Findels haben wir wohl Vorurtheile, falsche Ansichten, kräftigen Judenhaß entdecken können, aber von der Bruderliebe des Freimaurerthums keine Spur.

Zur Geschichte der Kreuzzeitungspartei.

III.

Wir haben aus den Denkwürdigkeiten Theodor's von Bernhardi in zwei Artikeln die charakteristischsten Daten aus der Geschichte der Kreuzzeitungspartei wiedergegeben, um zu zeigen, wie das preußische Junkerthum im Dunkeln arbeitet, um sich den Staat seinen reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Die Reihe dieser Anklagepunkte schließen wir heute, indem wir die Heuchelei bloslegen, die Bernhardi in diesen Kreisen vorgefunden hat und indem wir zum Schluß schildern, wie diese Partei es angefangen hat, um die Armee, die Geistlichkeit und die Lehrer zu Instrumenten ihrer Wühlarbeit zu begrabiren.

Wenn man beobachtet, wie die Kreuzzeitungspartei seit Jahrzehnten Kaiser Wilhelm I. als den ihrigen preist und nicht genug in Byzantinismus leisten kann, dann ist es nicht ohne inneren Humor, daran zu erinnern, wie dieselbe Partei um Stahl-Gerlach herum einstmals in dem Prinzen von Preußen eine Zeit lang einen „liberalen" Mann witterte und ihn mit ihrem Hasse verfolgte. „Mit großer Feindschaft ist in diesen Kreisen vom Prinzen von Preußen die Rede," registrirt Theodor von Bernhardi (II, 225). Als die Tochter des Prinzen den Großherzog von Baden (1856) heirathete, hielt sich die Kreuzzeitungspartei fern. „Sie sucht es nicht mehr zu verbergen, daß sie mit dem Prinzen von Preußen und seiner Familie gebrochen hat. Zu der Hochzeit waren nur wenige Gäste aus der Provinz nach Berlin gekommen, Niemand von der Kreuzzeitungspartei" (II, 330).

Noch stärker war ihr Haß gegen den Sohn des Prinzen, den nachmaligen Kaiser Friedrich III. Ergötzlich schildert Bernhardi den Unmuth der Kreuzritter, als sie erfuhren, daß der Prinz die englische Prinzessin Viktoria heirathen wollte. Es ist auch interessant, wie Bernhardi den jungen Hohenzollern beurtheilt (II, 330f.):

„Der junge Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen entwickelt sich in einer sehr günstigen Weise und zeigt viel Charakter. Seine Heirath mit der Prinzeß Royal beruht auf beiderseitiger Neigung. Er hat sie mit viel Charakter und Geschick eingeleitet; beides war nöthig, denn der Kreuzzeitungspartei ist diese Heirath natürlich ein Greuel und sie hätte gern alles Mögliche gethan, um sie zu hintertreiben. — Der Prinz hatte im vergangenen Jahre nach Ostende Urlaub genommen, und erst als er von dem König unmittelbar vor der Abreise Abschied nahm, eröffnete er demselben, daß er noch England zu gehen und um die Hand der Prinzeß Royal zu werben wünsche. Der König gab sofort als Familienhaupt seine Einwilligung — versprach, vorläufig über die Sache zu schweigen und hielt das so streng, daß auch die Kreuzritter seiner nächsten Umgebung die Sache zu ihrer großen Verwunderung erst durch die Zeitungen erfuhren. — General Gerlach kam ganz entrüstet mit einem Blatt der „Kölnischen Zeitung" zum König und klagte, was da für ungereimte Gerüchte verbreitet würden —: da heiße es, der junge Prinz gehe von Ostende weiter nach England und zwar, um dort um die Hand einer Braut zu werben. — Der König brach in ein lautes Gelächter aus und verkündete: „Nun ja! es ist auch wirklich so!"

Auch Moltke gefiel der Kreuzzeitungspartei nicht. Eine Dame aus dieser Gesellschaft erzählte Bernhardi (1857), „man sei in Schlesien nicht zufrieden mit ihm, er sei nicht liebenswürdig gewesen und habe den Prinzen (von Preußen) auf manche schlesischen Verhältnisse nicht aufmerksam gemacht." Mit einer Ironie fügt hier Bernhardi in Klammern hinzu: „d. h. man ist unzufrieden mit dem Prinzen! Die Kreuzzeitungspartei ist betroffen, daß es ihr hier nicht gelungen ist, den Prinzen gut einzufangen und sie spricht ihr Mißvergnügen über seine Umgebung aus."

Noch in anderer Hinsicht ist sich die Partei treu geblieben: In der Spionage nach Gesinnungstüchtigkeit. Dafür erzählt Bernhardi anmuthige Beispiele. Er schreibt 1855:

„Unduldsamkeit der Kreuzzeitungspartei; sie sucht jeden zu unterdrücken, der nicht unbedingt

mit ihr geht. Sie hat Spione in allen Regimentern und sucht jedem Offizier zu schaden, dessen Ansichten sie nicht vollkommen korrekt findet. Die höchste Vorsicht wird dadurch nothwendig für alle nicht unbedingt kreuzritterlich gesinnten Offiziere, und die Charakter leiden darunter!" — Das läßt sich denken; Versteckheit und Heuchelei sind an der Tagesordnung, die alte, unbedingte Ehrenhaftigkeit des preußischen Offiziers geht verloren. In den pommerschen Armeekorps herrscht übrigens keine große Meinungsverschiedenheit; die Offiziere sind so ziemlich alle kreuzritterlich und russisch gesinnt und behelfen sich in Ermangelung der Ideen mit gewissen Schlagworten: „Ich höre lieber die russische Nationalhymne, als die Marseillaise" u. s. w. — Etzel (ein Bernhardi befreundeter höherer Militär. Anm. d. Red.) hat ihnen schon gelegentlich eingewendet, daß wir uns von Rechtswegen wohl beides verbitten und bei „Heil Dir im Siegerkranz" stehen bleiben müßten. (II., 230.)

Noch eine andere Episode aus demselben Jahre 1855, die die politische Taktik dieser Partei illustrirt. Hier ist ein junger v. d. Gröben aus Ostpreußen, Lieutenant im 3. Kürassier-Regiment. Er ist ein Erz-Aristokrat. Dennoch klagt er bitterlich über den General Plehwe (Divisionär in Königsberg) — der verfolgt die Leute mit „Gesinnungstüchtigkeit" und seinem Preußenverein, daß es nicht zu ertragen ist. Gröben will deshalb seinen Abschied nehmen.

In der Rheinprovinz hat der Ober-Präsident Kleist-Retzow seine Civil-Beamten beauftragt, die Offiziere der Armee zu beaufsichtigen, und über ihre „Gesinnungstüchtigkeit" geheime Berichte einzusenden, die natürlich weiter gehen an Schöler, Neumann und die sanftige militärische Umgebung des Königs. Wer in diesen geheimen Parteiberichten keine gute Nummer hat, dem geht es schlecht. Beweis v. d. Mülde, Kommandant von Minden, einer der ausgezeichnetsten Stabs-Offiziere der Armee, früher im 1 Garde-Regiment, aber nicht kreuzritterlich gesinnt. Er ist im Avancement mehrere Male übergangen worden und hat nun endlich nicht ein Garde-Regiment bekommen, wie ihm zukam, sondern ein Linien-Regiment!

Zaleski sagt, daß in den Kreisen der Kreuzritter der Prinz von Preußen, die Prinzessin und der junge Prinz „die Demokraten-Familie" genannt werden. (II 243 f.)

Der bereits citirte höhere Militär, den Bernhardi Etzel nennt, sagt (27. März 1857): Auch die Armee geht zu Grunde. Die sogenannte „Gesinnungstüchtigkeit" wird jetzt sehr hoch angeschlagen. Die Kreuzzeitungspartei hat überall ihre Korrespondenten in der Armee; sie ertheilt gleichsam wie durch Diplom die anerkannte Eigenschaft der „Gesinnungstüchtigkeit!" Ganz untaugliche Leute, die als unbrauchbar bekannt sind, und deshalb schon ganz beseitigt waren, werden wieder hervorgesucht, von Neuem angestellt und befördert, wenn sie sich als Treudünkler und Zeloten der Gesinnungstüchtigkeit hervorthun u. s. w." (II 341.)

Aber nicht nur die Armee hatte unter dieser Taktik der Kreuzzeitungspartei zu leiden, nein, auch die Pastoren ergriff sie. Im Jahre 1857 erfährt Bernhardi von den Seinigen (II. 348 f.): „Pastor Heß (ein sehr beliebter, aber auch durchaus „gesinnungstüchtiger" Prediger in Hirschberg), will fort von hier; er soll nach Breslau versetzt werden. Auch das wäre ein schmerzlicher Verlust; so verlöre man nach und nach alle Anhaltspunkte und stände ganz allein in Mitten der reinsten Kreuzzeitungs-Rasse! Gott gebe bald ein Ende dieser Regierung!"

19. Mai 1857. Abends nach Hirschberg zu Pastor Heß. Er will wirklich fort, da die Pietisten und das Kreuzzeitungswesen hier immer mehr und mehr herrschend werden. Er hat einen Ruf nach Breslau und bereits eine Probepredigt dort gehalten. Aber auch dort sind Schwierigkeiten. Auch dort giebt es Stadträthe, die da meinen, Heß' Wahl könne als eine politische Demonstration angesehen werden und der Stadt Breslau die allerhöchste Ungnade zuziehen! Man hat von seinem Benehmen bei den Wahlen gesprochen und von ihm einen Revers verlangt, daß er sich nie mehr in Politik mischen wolle. Den hat er natürlich verweigert.

4. Juni. Nach Tisch Professor Schubarth bei uns mit seiner Tochter. Mir blutet das Herz bei Manchem, was er mir über das Treiben in den Gymnasien sagt. Den Lehrern der Geschichte werden Handbücher vorgeschrieben, nach denen sie unterrichten müssen und sie dürfen keine Zusätze machen. Meine armen Kinder! Mir wird recht leid und weh — Den Professoren ist es unter der Hand verboten, Mommsens Geschichte von Rom ihren Schülern zu empfehlen." (II, 348 f.)

Auch die Methoden der Revolverpresse sind der Kreuzzeitungspartei geläufig gewesen. Aus dem Jahr 1854 verzeichnet Bernhardi folgende Scene:

„Mittagessen mit Paul Rennenkampff und Graf Schaffgotsch im Hotel de Rome. Wir sprechen davon, wie sicher die Kreuzzeitungspartei ihrer Sache geworden ist und wie herrisch sie in Folge dessen auftritt. Franz Schaffgotsch ist bekannt als Liberaler, Paul Rennenkampff sehr intim mit ihm, die russische Gesandtschaft hat nichts dagegen — ein höherer preußischer Beamter aber, der jener Partei angehört, fühlte sich berufen, ihm eine Vorlesung darüber zu halten, wie unpassend diese Intimität für einen russischen Beamten sei. Da Paul Rennenkampf sich dadurch nicht sonderlich bewegt zeigte, wurde ihm förmlich mit einem Artikel in der Kreuzzeitung gedroht: er dürfe sich nicht wundern, dies unpassende Verhältniß in einem Artikel der Kreuzzeitung besprochen zu sehen; gewarnt sei er! — Antwort: seinen ehrlichen Namen gerade in der Zeitung zu sehen, werde gerade ihm allerdings sehr schmerzlich sein, da es aber doch, nach allem, was man ihm sage, nicht wohl mit Lob sein könne, werde er sich darüber trösten. — Der angedrohte Artikel ist übrigens nicht erschienen."

Agrarische Moral.

Die Agrarier finden bereits, daß sich die Oeffentlichkeit zu viel mit den Verhältnissen auf dem Lande beschäftigt. Die Beschäftigung mit den finanziellen Verhältnissen führte dazu, daß die Sicherheit der Pfandbriefe unter die Lupe genommen wurde, und das war ihnen unangenehm; die Beschäftigung mit den sittlichen Verhältnissen auf dem Lande führte zu Enthüllungen noch weit schlimmerer, und, man muß das aussprechen, auch überraschender Art. Auf diesem Gebiete haben sich unbestrittene Verdienste die protestantischen Pfarrer erworben, die von ihrem streng religiösen Standpunkt aus, dazu meist konservativ gesinnt, sich doch gedrungen fühlten, der Wahrheit die Ehre zu geben, und die sittliche Zuchtlosigkeit darzustellen, die unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung herrscht. Nach den Darstellungen der Agrarier sollte dagegen das Land ein Muster guter, edler Sitten sein gegenüber der korrupten städtischen Bevölkerung. Und wirklich, die Anklage jener Pastoren ist die schwerste, die es geben kann; sie beweist, daß das Großgrundbesitzerthum niemals seinen starken und unbestrittenen Einfluß auf dem Lande gebraucht hat, um die schweren Schäden, die es vor Augen hatte, zu bessern; im Gegentheil, es ist festgestellt, daß gerade auch die Mitglieder dieser Klassen als Förderer schlechtester Sitten anzusehen sind. So verfliegt denn das Bild von den patriarchalischen schönen Zuständen, die auf dem Lande unter der Vorherrschaft der Großgrundbesitzer herrschen sollen. Das Licht, das auf jene Zustände schon bisher gefallen ist, beißt den Agrariern in die Augen, und so nimmt denn in der „Kreuzzeitung" mit sehr viel

Salbung ein Anonymus das Wort, um über die „Sittlichkeit auf dem Lande" zu schreiben und um den unerschrockenen protestantischen Männern, die die Verhältnisse zeigen, wie sie sind, das Folgende zu sagen:

„Die Herren Referenten meinen, daß es jene „Wahrheit" sei, die „frei mache", die sie zu ihren Referaten getrieben hätte! Sie vergessen aber, daß die „Wahrheit" im irdischen Leben oft weiter nichts ist, als der Ausdruck des subjektiven Empfindens. Unter dem Panier der Wahrheit schreibt bekanntlich ein Zola seine Romane, verunziert eine moderne Malerschule die Leinewand, besudelt ein Dichter die Bretter, zeitigt eine Schreiberzunft ungenießbare Früchte! Es giebt aber nur eine Wahrheit und die ist Gott!"

Mit Recht antwortet die „Corr. des Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe" (Nr. 17):

„Statt aller Gewundenheit, nackt gesagt, heißt das: Meine Herren Pastoren, haben Sie auch die beste Absicht und das ernsteste Streben, nichts als die Wahrheit zu sagen; gleichviel halten Sie lieber den Mund, denn die Wahrheit, die eine so schwere Anklage gegen den herrschenden Stand auf dem Lande, die Großgrundbesitzer, enthält, ist jenen unangenehm; also nichts ausgeplaudert".

Wir begreifen, daß dem Großgrundbesitzerthum die Enthüllungen über die unter ihren Augen vorhandenen Zustände sehr unbequem sind. Es läßt sich gegen die Verkommenheit der Großstädte, an der Handel und Industrie schuld sein sollen, schwer donnern, wenn der bekannte Pastor Eduard Schall in Bahrdorf es in seiner neuesten Schrift klar heraussagt:

„Es ist eine nackte und gewisse Thatsache, daß sehr oft rechtschaffene Landarbeiter deshalb ihre Kinder in die Stadt zur Arbeit schicken, um sie vor der großen Sittenverderbniß auf dem Lande zu bewahren . . ."

Aber diese Thatsachen wünscht das Agrarierthum todtzuschweigen; das ist seine Moral gegenüber den sittlichen Zuständen auf dem Lande; denn vielleicht könnte die Klasse der Großgrundbesitzer durch die öffentliche Meinung gedrängt werden, vor Allem die Wohnungsverhältnisse zu ändern, die heute eine Grundursache der Unsittlichkeit sind."

Terminhandel — Zwischenhandel.

I.

In der „Dtsch. Juristen-Ztg." bespricht Professor Dr. Max Weber in Freiburg die „Technische Function des Terminhandels" in einem längeren Artikel. Bekanntlich gilt der Terminhandel in der Anschauung der Agrarier, Conservativen und Antisemiten als eine „jüdische" Erfindung. Weber ist zwar auch kein unbedingter Freund des Terminhandels, wünscht vielmehr das Einschreiten der Gesetzgebung gegen manche Formen und Einrichtungen desselben, er will dieses Einschreiten aber nur auf Grund internationaler Vereinbarungen. Das einseitige Verbot des Terminhandels in Deutschland verwirft er unbedingt, weil er der Ueberzeugung ist, daß er in erster Linie „dem Streben nach ökonomischer Verselbstständigung des deutschen Handels" entgegen wirke. Er meint, das Verbot werde keineswegs eine Katastrophe der Kredit- und Absatzverhältnisse nach sich ziehen, wohl aber werde seine Wirkung „in einem Herabmindern der ökonomischen Machtstellung Deutschlands, erhöhter Abhängigkeit von fremden Märkten und Abnahme der Bedeutung der deutschen Börsen bestehen." Auch werde sich dies nicht nur in dem betreffenden Handelszweige fühlbar machen, sondern allgemein. Indem er vorzugsweise den Produktenterminhandel in's Auge faßt, sagt er:

„Das Produktengeschäft ist innig in den Geldmarkt verflochten, der Zinsfuß wirkt auf die Reportirung, die Richtung der Waarenzufuhren auf den Wechselumsatz. Nur werden diese Rückwirkungen äußerlich zunächst unscheinbare, oft im Einzelnen nicht greifbare sein, daher nicht sichtbar dem oberflächlichen Blick, geschweige denn dem mit einer ungeschliffenen Parteibrille bewaffneten blöden Auge fanatisirter Interessenten. Eben dies aber ist das Gefährliche bei diesem Experiment — als welches es die Parteiführer bezeichneten — daß ihm nicht einmal wirklich die experimentelle Wirkung einer am lebenden Volkskörper doch immer bedenklichen Vivisection beiwoh en wird, welche den Befürwortern eines einseitigen Terminverbots die Nützlichkeit und Schädlichkeit desselben ad oculos demonstriren könnte. Den Rückschlag des Schadens werden sie zwar am eigenen Leibe fühlen, aber seinen Grund nicht sehen; was sie sehen werden, ist nur, daß das Kurmittel die erhoffte Wirkung auf die Preise versagt, und dadurch können sie lediglich nach stärkeren Mitteln zu rufen veranlaßt werden."

Professor Weber betont am Schlusse seines Aufsatzes noch einmal, daß eine starke Börse ebenso wie die großen Bankkapitalien eines der modernen Machtmittel seien, mittelst deren die Nationen den unerbittlichen Kampf um die ökonomische Suprematie führen, auf welcher schließlich auch ihre politische Größe beruhe. „Ob Italien und Rußland," fährt er fort, finanziell nach Paris oder Berlin blicken, ist eine wichtigere Frage, als ob eine Anzahl derjenigen, welche „nicht alle werden," Gelegenheit haben, ihr Geld, welches sie im Börsenspiel riskiren, zu verlieren. Es handelt sich bei Beurtheilung von Börsenfragen für eine im ökonomischen Machtkampf begriffene Nation heute nicht um die Fragen der „Moralität" irgend welcher Spekulationsgeschäfte, sondern ganz allein um die technische Frage der Sicherung korrekter Preisbildung und um die politische Frage der Stärkung der deutschen Märkte auf Kosten anderer. Statt dessen steigerte sich der moralisirende Standpunkt, dem schon die Börsen-Enquete-Commission viel zu weitgehende Concessionen gemacht hatte, im Reichstage noch weiter und führte zu den bekannten Beschlüssen. Keine noch so beredte Stimme hätte hier eine Umkehr herbeiführen können. Die agrarischen Interessenvertreter bedurften dieses Beschlusses stupiden Wählermassen gegenüber, „ut aliquid factum esse videatur". Auch glaubte ein Theil von ihnen wohl wirklich an die specifische Verderblichkeit des Terminhandels als solchen."

Die von Weber in den Vordergrund gestellte politische Seite der Frage ist auch im Reichstage bei der Berathung des Börsengesetzes von der linken Seite betont worden, ohne daß damit bei den agrarisch-antisemitischen Freunden des Entwurfs, noch bei dem Bundesrath, der als Repräsentant der Regierungen gerade diese Seite der Frage besonders hätte würdigen müssen, ein Eindruck erzielt worden wäre. Nicht blos bei den agrarischen Interessenvertretern, sondern auch bei den Regierungen herrschte der Wunsch vor, „ut aliquid factum esse videatur." Da Professor Weber einerseits, wie gesagt, selbst ein Einschreiten gegen den Terminhandel wünscht und demnach nicht als „Knecht der Börse" bezeichnet werden kann, und andererseits seiner politischen Stellung nach, den Liberalen nicht zugerechnet werden kann, so dürfen seine Ausführungen allgemeines Interesse beanspruchen.

II.

Beseitigung des Zwischenhandels ist eines der Schlagworte, mit denen die agrarisch-antisemitischen Hetzapostel operiren, indem sie dem Landwirth, besonders dem Bauern vorflunkern, daß — wenn dieses Wort zur Wahrheit geworden — für ihn eine goldene Zeit anbräche. Wie überflüssig nebenbei bemerkt der Handel ist, geht daraus hervor, daß in Preußen die Zahl der im Handelsgewerbe beschäftigten seit dem Jahre 1882 von $5_{,85}$ auf $6_{,57}$ Prozent der Gesammtzahl der Bevölkerung gestiegen ist.

Den Terminhandel in Getreide haben die Agrarier beseitigt; doch anstatt Freude über diesen Sieg herrscht bange

Furcht in gewissen Agrarierkreisen; gab doch Herr von Graß-Klanin, eine der „Autoritäten", erst kürzlich zu, daß der Terminhandel, wenn auch ein unglücklicher, „so doch ein sicherer Weg des Aufnahmehandels" gewesen sei. Und wie ist der nachstehende Nothschrei, der sich vor kurzem im Inseratentheil eines großen Blattes befand, in Einklang zu bringen mit dem wüsten Hetzen der Agrarier gegen den Handel?

„Bischofswerder. Für die hiesige Umgegend wird die Niederlassung eines Getreide-Händlers in Bischofswerder dringend gewünscht. Der landwirthschaftliche Verein Bischofswerder Wpr."

Die Bündleragitatoren schreien dringend nach Beseitigung des Zwischenhandels, die Männer der Praxis verlangen ebenso dringend danach. Sollte der Handel doch nicht so ganz überflüssig sein?

Zur Abwehr.

Leipzig, 11. Sept. Ein angesehenes Mitglied der jüdischen Gemeinde, Herr Adolf Fränkel, in Firma Gebrüder Fränkel, hat jüngst in diesen Tagen sein fünfzigjähriges Bürgerjubiläum gefeiert und bei diesem Anlasse folgendes Schreiben des Raths der Stadt Leipzig erhalten: „An Herrn Wolf Adolf Fränkel, priv. Kaufmann, hier. Sie begehen heute den Tag, an welchem Sie vor nunmehr fünfzig Jahren das Bürgerrecht unserer Stadt erlangt haben. Es gereicht uns zur Freude, Ihnen an diesem Tage unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen und der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß es Ihnen vergönnt sein möge, noch viele Jahre in bester Gesundheit des Körpers und Geistes unserer Stadt als Jubelbürger anzugehören. Hochachtungsvoll der Rath der Stadt Leipzig. (gez.) Dr. Tröndlin." Man sieht aus diesem Schreiben, daß auch in der Stadt des Antisemitismus par excellence die Behörden die Bürgertugenden der Juden doch noch anerkennen und schätzen.

Aus Neheim (Bez. Arnsberg) schreibt man uns: „Vielleicht interessirt es Sie, daß ein Herr aus Neheim Noa Wolff, ein Jude, anläßlich seines 88. Geburtstages am 16. August zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde. Am Vorabend war Fackelzug seiner etwa 300 Mann starken Arbeiterschaar, Festessen &c. Wolff war der Begründer der Lampen-Industrie, die Neheim groß und zum einzigen Industrieplatz des Sauerlandes gemacht hat. Heute besitzt die Stadt eine Menge Lampen- und Lampentheile-Fabriken.

Kronprinz Friedrich Wilhelm — nachher Kaiser Friedrich III. — schrieb, wie die Memoiren des Königs Karl von Rumänien erzählen, am 28. Mai 1870 an diesen über die Verfolgung der rumänischen Juden:

> „Die ewigen Judenhetzereien bei Dir sind eine wahre Kalamität; ich weiß wohl, wie der Jude insgemein von den Strolchjuden in Rumänien zu unterscheiden ist, und ärgere mich daher stets aufs Neuem, wenn Nachrichten von Krawallen eintreffen, gegen welche die auswärtigen Schutzmächte Protest erheben."

Aus dem antisemitischen Lager.

Hans v. Mosch hat in seiner weiteren Polemik gegen Liebermann von Sonnenberg wenig Thatsächliches vorzubringen. Um so ausführlicher ergeht er sich in Betrachtungen über die von ihm zu erstrebenden politischen Ziele. „Nur wenn die antisemitische Bewegung" — schreibt Herr v. Mosch in der „Deutsch. Reform" vom 20. September — mit all dem reaktionären Plunder der alten Zeit bricht und nicht zum Spielball verbrauchter Parteien und persönlicher Interessen gemacht wird, — nur dann kann sie unser Volk erlösen! **Juden, Junker, Pfaffen, Byzantiner und Bureaukraten** haben weder in unseren Reihen, noch überhaupt im deutschen Volke etwas zu suchen, denn es wird wahrlich hohe Zeit, daß wieder volkliche Wohlstand und germanische Freiheit, Adel der Gesinnung und wahre Religion im deutschen Lande Platz finden!" —

Aus einer Auseinandersetzung mit dem Abg. Werner entnehmen wir, daß die näheren politischen Freunde des Herrn v. Mosch bereits seit Jahr und Tag wissen, daß und wann er sein Adelsprädikat ablegen werde.

Im Ahlwardtschen Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg, und zwar in Driesen, fand am 20. Sept. eine liberale Kundgebung statt, welche sehr befriedigend verlief. Zur Vertrauensmännerversammlung waren Vertreter aus den verschiedensten Ortschaften insbesondere auch aus Friedeberg erschienen, die darüber einig waren, daß Ahlwardt keine Aussicht zur Wiederwahl besitze, und daß liberalerseits geschlossen und einmüthig der Kampf wider die Gegner aufzunehmen sei. Die Begründung des Bauernvereins „Nordost" wurde allseitig freudig begrüßt. In der öffentlichen Versammlung, welche unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Labisch stattfand, sprach zuerst Schuldirektor Ernst-Schneidemühl über die Aufgaben des Liberalismus. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Pachnicke erörterte hierauf die politische Lage und zeigte, wie nothwendig eine stärkere Betonung des liberalen Gedankens gerade in der Gegenwart sei. Die vorgeschlagene Zwangsorganisation des Handwerks bekämpfte er unter dem Beifall der zahlreich erschienenen Handwerker rückhaltlos. Daß Ahlwardt sein Mandat freiwillig niederlegen wird, glaubt im Wahlkreise Niemand; man ist vielmehr der Meinung, daß das Reichstagsmandat für ihn in Amerika ein Kapital bedeute, welches gute Zinsen trage. Ein Rückschlag gegenüber der tollen antisemitischen Hetzerei, die dort betrieben ist, macht sich überall bemerkbar.

In einer am 20. Sept. stattgehabten Sitzung des Vorstandes des Provinzial-Verbandes der deutsch-sozialen Reformpartei für Brandenburg und Berlin beantragte der Vertreter des Wahlkreises Friedeberg-Arnswalde in Bezug auf eine vor einigen Tagen durch die Presse gegangene Nachricht, der Verband möge gegen eine Kandidatur der Volkspartei im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde Stellung nehmen. Zur Begründung führte der Antragsteller aus, daß der Kreis Friedeberg-Arnswalde trotz der üblen Erfahrungen mit Ahlwardt treu zur Partei halte. Sobald Ahlwardt sein Mandat niedergelegt hat, was hoffentlich nunmehr recht bald geschehen werde, würden die Gesinnungsgenossen des Kreises in Gemeinschaft mit der deutsch-sozialen Reformpartei einen eigenen Kandidaten aufstellen. Für die Quertreibereien der antisemitischen Volkspartei sei der Kreis nicht zu haben. Unter voller Anerkennung der Treue der Gesinnungsgenossen in Friedeberg-Arnswalde wurde jedoch von einer Stellungnahme Abstand genommen, da es sich vorläufig nur um unbeglaubigte Zeitungsnachrichten handle und der Kreis ja noch nicht erledigt sei. Die Partei betrachte den Kreis als ihren Besitzstand, den sie in Verbindung mit den Kreiseingesessenen auch zu wahren wissen werde.

Zur Reichstagswahl in Westhavelland. Der „Freis. Ztg." zufolge haben die Antisemiten in einer in Rathenow abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung beschlossen, ihre Stimmen auf den Landrath zu vereinigen. —In der antisemitischen „Deutschen Volkswacht" der Abgg. Hirschel und Köhler war noch vor kurzem (8. August) über die Kandidatenfrage zu lesen:

„Der Bund der Landwirthe unterstützt den Landrath und wird sich so wieder eine Niederlage holen, aber fragen muß man sich, was es denn für einen Zweck hat, wenn in den Bundesorganen stets wiederholt wird, der Bauer habe zur Regierung das Vertrauen verloren, sobald aber es gilt praktisch zu handeln, ist man stets wieder für den Regierungskandidaten! — Die Wahl des Sozialdemokraten

scheint übrigens gesichert, was weiter kein Schaden ist."

Der antisemitische Agitator Fr. Raab aus Hamburg scheint auf sein Wissen sehr eingebildet zu sein. Er hatte kürzlich brieflich bei dem bekannten National-Oekonomen Herrn Dr. Soetbeer angeregt, mit ihm in einer öffentlichen Versammlung die Währungsfrage zu diskutiren, wobei Herr Raab den Standpunkt der Doppelwährung vertreten wollte, von Dr. Soetbeer aber eine ablehnende Antwort erhalten, da er für absehbare Zeit durch einige größere Arbeit verhindert sei, das Anerbieten anzunehmen. Darauf wandte sich Herr Raab an die Hamburger Handelskammer mit der Bitte, ihm anzugeben, ob von derselben ein anderer Kenner der Währungsfrage in eine solche Versammlung entsandt werden würde usw.

Die Handelskammer hat hierauf folgende Antwort ertheilt:

„Auf Ihr an den Vorstand der unterzeichneten Handelskammer gerichtetes Schreiben vom 1. d. M. beehrt sie sich zu erwidern, daß sie z. Z. keine Veranlassug sieht, in öffentlichen Versammlungen die Währungsfrage zu diskutiren, und es daher ablehnt, ihrerseits Vertreter zu solchen zu entsenden. Die Stellung, die die Handelskammer zur Frage einnimmt, ist u. a. in ihren, der weitesten Oeffentlichkeit übergebenen Jahresberichten genügend klargelegt. Die Handelskammer. Der Präses i. V: Robinow."

Diese zuerst im „Hamb. Corr." vom 17. September abgedruckte Notiz schien Herrn Raab nicht gefallen zu haben. Er schrieb dem Blatte, daß er nicht „antisemitischer Agitator" sei, sondern „Vorsitzender des hiesigen Vereins der Deutsch-sozialen Reformpartei, weiter Vorsitzender des Verbandes derselben Partei für Schleswig-Holstein und als solcher Mitglied des Parteivorstandes" Dozu schreibt der „H. Corr." (19. Sept.): „Auch von dieser Aufzählung einer so stattlichen Reihe von Ehrenämtern wollen wir gern Kenntniß nehmen, können aber im Uebrigen nicht finden, daß die von uns gebrauchte Bezeichnung damit etwas zu thun habe. Herr Raab gehört, das ist stadtbekannt, zu denjenigen hiesigen Antisemiten, die hier und in den Nachbarprovinzen jahraus jahrein am eifrigsten für ihre Sache agitiren, ja, seine Thätigkeit auf diesem Gebiete dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach unübertroffen dastehen. Daß also Herr Raab antisemitischer Agitator ist, unterliegt keinem Zweifel. Daß er nicht als solcher bezeichnet werden möchte (er begründet das in seinem Schreiben an uns mit der Bemerkung, daß man im Allgemeinen unter einem Agitator einen besoldeten Parteibeamten verstehe, was er nicht sei), berührt uns in einer Hinsicht recht erfreulich. Die Herren Antisemiten wollen nicht mehr Antisemiten heißen. Diese Beobachtung haben wir mehrfach gemacht, z. B der antisemitische Handlungsgehülfen-Verein liebt es nicht, wenn man ihn als solchen bezeichnet, und verlangt statt dessen „deutschnational" genannt zu werden. Das sind schätzbare Zeichen der Zeit, deren Bedeutung klar auf der Hand liegt".

Herr Joachim Gehlsen ist bekanntlich schon vor längerer Zeit nach Berlin zurückgekehrt, um hier seine „Reichsglocke" von Neuem erscheinen zu lassen. Wie es scheint, bieten aber die „Enthüllungen" des Reichsglöckners dem Publikum keinen besonderen Reiz mehr dar, denn er hat das regelmäßige Erscheinen seiner Zeitschrift eingestellt und giebt sie nur noch in Heften in zwangloser Reihenfolge heraus. Neuerdings hat Gehlsen seine Aufmerksamkeit auch der Berliner Gewerbeausstellung zugewandt, und obwohl er findet, daß „inmitten der idealen Schöpfung der schmutzigste Geschäftsgeist, der perfide Sinn für unreelle Ausbeutung" herrscht, so hat er sich doch entschlossen, eine Liste von Ausstellern zu veröffentlichen, denen er Worte hoher Anerkennung widmet. Er versendet das Heft mit der Ausstellerliste an die einzelnen Firmen und fügt demselben, wie das „Berl. Tgbl." schreibt, ein hektographirtes Schreiben folgenden Inhalts bei:

„Im Hinweis auf die Ihrer werthen Firma in der „Reichsglocke" gewidmete Besprechung und annehmend, daß Sie vielleicht eine Anzahl von Exemplaren gebrauchen können, beehre mich ergebenst mitzutheilen, daß ich bei direkter Bestellung bei mir und bei Bezug von 20 Exemplaren das Exemplar zum Preise von 30 Pf. abgebe.

Indem ich unter Beifügung eines Exemplars mir zu bemerken erlaube, daß die „Reichsglocke" überall und besonders in besseren Kreisen gelesen wird, zeichne

Hochachtungsvoll

H. Joachim Gehlsen."

Bleibt diese Anzapfung unbeachtet, so erhält der Adressat einen Mahnzettel folgenden Inhalts:

„Ew. Wohlgeboren erlaubte ich mir, vor einiger Zeit ein Exemplar des Heft 19 der „Deutschen Reichsglocke" zu übersenden, in dem Ihre werthe Firma besprochen worden ist. Ich werde mir nun in einigen Tagen erlauben, durch meinen Sohn das Exemplar wieder abholen zu lassen, falls Sie dasselbe nicht zu behalten wünschen. Ebenso ist mein Sohn beauftragt, Bestellungen auf mehrere Exemplare entgegen zu nehmen.

Hochachtungsvoll

H. Joachim Gehlsen."

Wenn Herr Gehlsen in der „Reichsglocke" klagt, daß der „Geist der Ausstellung" fast jede „ideale Charaktereigenschaft" verloren hat, daß er „ein unstäter, profaner, beutegieriger Geselle" geworden ist, so giebt er uns doch durch sein eigenes Beispiel den schönen Trost, daß es noch edle Naturen giebt, die gern bereit sind, ihren Mitmenschen Freude zu bereiten, wenn diese Mitmenschen nur bereit sind, zwanzig Exemplare der „Reichsglocke" zu kaufen, das Exemplar zu 30 Pfennig.

Die Dühringianer gegen das Christenthum. Im „Mod. Völkergeist" (Sept. S. 140 f.) schreibt ein Anonymus:

„Es mag ausdrücklich hervorgehoben werden, daß wir nicht etwa vom christlichen Standpunkte aus Gegner der Juden sind; denn Christenthum ist, wie Dühring in seinem Ersatz der Religion nachgewiesen hat, wesentlich selbst Hebraismus. Ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kann kein ernsthafter vollständiger Antisemit sein."

In derselben Nummer greift P. Kusahl das Christenthum als Kulturträger heftig an. „Die christliche Lehre, daß man sein Kreuz mit Geduld tragen soll, hat es zu Wege gebracht, daß da, wo zuerst das Kreuz staatlich errichtet wurde, jetzt der Halbmond die Situation beherrscht."

Höhnisch fährt er fort:

„Wenn heute bei der Einleitung wirthschaftlicher Vormundung von Naturvölkern das Bringen christlicher Kultur herhalten muß, um bei der ganzen Sache das Gewaltmäßige zu mildern, so wirkt das doch nur noch komisch. Die „stolzen" Briten, von denen schon Byron sagte, daß sie die halbe Welt geprellt und die andere gemordet, und die Dühring in seiner Wirklichkeitsphilosophie als Rasse mit Recht nicht viel höher als die Hebräer stellt, sind in dieser Beziehung an der Spitze der „kulturbringenden" Völker marschirt. Wohin deren Kultur, die sie bringen, hinaus will, ist doch ziemlich ersichtlich. Ihre Kreuzer, mit denen sie beispielsweise den Opiumhandel nach Indien verhindern wollen, um diese Kolonie vor dem verderblichen Gift zu schützen, sind häufig nur aus Liebe zur Kultur oben mit Bibeln oder Gottesbildern und unten — mit Opium befrachtet. Doch wir brauchen garnicht diese Perspektive zur Abschätzung des Werthes des Christenthums ins Auge zu fassen; was sich darauf in unsern gewaltstaatlichen Gebilden aufbaut, bringt es einem ja deutlich genug zum Bewußtsein, was eigentlich der Zweck des Christlichen ist. Wenn jemals ein Schwert im Zusammenhange mit dem Christenthum gezogen wurde, so hätte das immer nur zum Zwecke der Zerschmetterung des Kreuzes geschehen sollen; denn dann wäre nicht diese tiefgehende Verseuchung des Geistes der modernen Völker vor sich gegangen, und an der Oberfläche unseres Planeten würden die Menschen unter Beseitigung ihrer mißlungenen Gebilde ein freieres und besseres Dasein führen, als es bisher unter der drückenden Last jenes Kreuzes geschehen könnte".

Man sieht, die Dühringianer haben ihren Herrn gut verstanden.

Die Annoncen der „Deutschen Tageszeitung". Bekanntlich trägt dieses edle Blatt an der Spitze die Devise: „Für deutsche Art." Wie schlecht diese Art ist, führt die katholische „Köln Volksztg." vom 18. Sept. trefflich aus. Sie schreibt:

„Die Deutsche Tageszeitung veröffentlichte im August einen von weit über hundert angesehenen Mitgliedern des Bundes der Landwirthe, meistens Großgrundbesitzern, Domainenpächtern usw. unterzeichneten, stimmungsvollen Aufruf „An die Freunde", dahin gehend, man möge doch durch Veröffentlichung von Familien-Anzeigen das Blatt mehr als bisher unterstützen und dem „erfreulichen Vertrauensverhältniß" zwischen Leitern und Lesern desselben in Zukunft auch noch dadurch einen besonderen Ausdruck geben, daß man „die freudigen und bangen Ereignisse in der Familie" in dem Bundes-Organ veröffentliche. Die Zeitung hat denn auch eine „bevorzugte Stelle" diesen Anzeigen eingeräumt. Dieselben umrahmen noch immer eine Reklame-Annonce, in der „die freudigen und bangen Ereignisse in der Familie" und das „erfreuliche Vertrauensverhältniß der Leser untereinander (diese Nuance ist noch hinzugekommen) und zu ihrem Blatte" betont werden. Das geht uns ja weiter nichts an, aber wenn die Deutsche Tageszig. hier die Genossen des Bundes gleichsam wie eine große Familie erscheinen lassen möchte, drängt sich unwillkürlich die Frage auf: was für Anzeigen hat das Bundes-Organ denn sonst noch seinen lieben Familien-Angehörigen „an bevorzugter Stelle" bekannt zu geben? Und da findet man auf der vierten Seite, genau da, wo die Familien-Anzeigen auf der dritten stehen, in fetten Lettern gedruckt: „Cour-Saal, Ball phänomenal. 8 Ballet-Corps! Pariser Concaneusen! (Die letzteren durch besonders fetten, oder hier richtiger: frechen Druck hervorgehoben). Englische Drolerie! Wiener Special.! Ungar., spanische, italien., rumänische schwedische, russische, türkische Tanz-Capacitäten". Neben solchen Inseraten nehmen sich die leitenden Artikel Dr. G. Oertels über den Gegensatz von Erdgeruch und Asphalt recht merkwürdig aus. Noch widerwärtiger wird der Eindruck, wenn unmittelbar unter diesem „Cour-Saal" „das Hospiz der Berliner Stadtmission" durch Inserat „als christliches Hotel besseren Ranges" den Reisenden vom Bunde empfohlen wird, unter der Versicherung, daß „die Ueberschüsse der Berliner Stadtmission zufließen". Ich glaubte erst, so etwas sei nur durch ein Versehen möglich; aber in ältern Nummern fand ich, daß das „christliche Hotel" friedlich neben den Cancaneusen wohnte, später wieder ein Mal unter dem Cour-Saal, allerdings durch die „Amor-Säle, das jetzt feinste Ball-Etablissement der Residenz" getrennt. Noch in der Nummer vom 18. Sept. steht es unmittelbar neben dem „Cour-Saal". Daß an die Stelle der „Pariser Concaneusen" dort seit einigen Tagen „Französische Tänzerinnen" getreten sind, ändert an der Sache nichts. Es ist jedenfalls derselbe Faden, vielleicht nicht ein Mal eine andere Nummer, was dort jetzt „getanzt" wird".

Tilsit, 23. September. In der Privatklagesache Stöckers gegen den Rechtsanwalt Mebem und den Redakteur Epstein wegen Beleidigung ist das Hauptverfahren eröffnet. Die Verhandlung wird am 7. Oktober stattfinden. Zeugen sind nicht geladen.

Deutsche Agrarier in Ungarn. Als Ungarn seine Jahrtausendfeier begann, wurde in der deutschen konservativ-antisemitischen Presse die Parole ausgegeben, daß jeder Deutsche, der der Ausstellung in Pest oder einer der dort geplanten Festlichkeiten oder Versammlungen beiwohnen würde, als eine Art Vaterlandsverräther zu betrachten wäre. In den dunkelsten Farben wurde geschildert, was alles die Magyaren gethan haben sollen, um das Deutschthum in ihrem Lande zu unterdrücken, und wie eigentlich die ganze Ausstellung mit allen Feierlichkeiten nur darauf berechnet wäre, Reklame für die Magyaren zu machen. Die Namen einiger Reichstags- und Landtagsabgeordneter, die geneigt sein sollten, die Einladung Ungarns zur Besichtigung der Ausstellung und zur Theilnahme an der einen oder anderen festlichen Veranstaltung Folge zu leisten, wurden mit hämischen Bemerkungen veröffentlicht, kurz es geschah, was nur möglich war, um das uns verbündete Ungarn zu schmähen und zu kränken. Das ging so einige Monate hindurch, bis sich auf einmal das Blatt wandte. Es ergingen von Pest aus Einladungen zu einem internationalen Agrarkongreß, und zwar vorzugsweise an Personen, die in Deutschland als Führer der Agrarier bekannt geworden sind; sofort waren die Herren vom Bunde der Landwirthe bereit, nach Pest zu wallfahren, und der ganze agrarische Stab, „Vater" Plötz an der Spitze, Rösicke-Görsdorf und die „Volkswirthe" Ruhland und Klapper, ferner als Vertreter der deutschen Bimetallisten v. Kardorff und Arendt, alle machten sich auf zu den Feinden des Deutschthums, den „verjudeten Magyaren." Selbst der kons.-antisemitische Abgeordnete v. Herder war mit von der Partie. Und jetzt lesen wir in den Organen des Bundes einen begeisterten Hymnus auf die magyarische Gastfreundschaft und auf den „antiagrarischen" Ackerbauminister Daranyi, der die Agrarier „in der liebenswürdigsten Weise empfangen und bewirthet" habe. Es geht eben nichts über agrarische Konsequenz!

Aergerlich schreibt daher das antisemitische „Freideutschland" vom 22. Sept.:

„Die Herren Kardorff, Arendt usw. hätten besser gethan, wie es vaterländisch das einzig Würdige gewesen wäre, überhaupt nicht nach „Buda-Pest" zu gehen! Daß dort für die „Landwirthschaft" nichts herausgekommen ist, sieht man. Konnte es anders sein? Schneidenden Einspruch oder müssen wir erheben gegen den Hohn, den schönen Gedanken eines „mitteleuropäischen Zollbundes" zur größeren Ehre der Magyaren in — „Buda-Pest", in Verbindung mit Franzosen und sonst allerlei Fremdlingen, zu behandeln und dadurch zu entweihen! Dieser schöne Gedanke ist doch alldeutsch gemeint, — oder wir verstehen nicht. Ein Hohn, daß man um Theilnahme daran die Franzosen angesprochen und erst durch diese [!!!] Belgien und Holland hinzugezogen wurden!!! Der französische Regierungsvertreter hat denn ja auch den Herren die verdiente Lehre ertheilt: Frankreich will von der Sache, bei der es „nichts zu gewinnen und alles zu verlieren" habe, schlechterdings nichts wissen. Warum aber verstehen immer nur andere Völker, was die Sache des eigenen Landes erheischt? Was für Widersinn bringen häufig auch gut bekannte Leute bei uns fertig!

×× **Wien,** 20. September Es wird nachgerade Zeit, daß die entschiedenen Anhänger der Staatsgrundgesetze dem Herrn Grafen Badeni seine vielversprechenden Regierungsanfänge in Erinnerung rufen. Die Regierung nimmt der antisemitischen Bewegung gegenüber eine immer kanziliantere Stellung ein und die Schönerer'sche „Ostdeutsche Rundschau" hat so Unrecht nicht, wenn sie freilich nur aus Antagonismus gegen die christlich-sozialen Antisemiten schreibt, der jüngst in Wien stattgehabte Bauerntag habe außer dem Zweck einer Heerschau auch noch den Zweck gehabt, die Versöhnung Luegers mit dem niederösterreichischen Statthalter Kielmannsegg zu verkünden. — Die „Ostdeutsche Rundschau" erwirbt sich überhaupt — und man wäre geneigt, ihr deshalb ihre chauvinistisch- antisemitischen Fanfaronaden nachzusehen — große Verdienste durch Nachweisung diverser Gemeinheiten der „christlich-sozialen" Führer. So überführt sie den berüchtigten Herausgeber des berüchtigten „Deutschen Volksblattes"' den Herrn Ernst Vergani einer neuerlichen literarischen Unehrlichkeit. Im vorigen Jahre hatte sie ihm nämlich schon so etwas nachgewiesen. Damals hatte der gute Mann eigene norwegische Reisebeschreibungen in seinem Blatte veröffentlicht, die einfach aus dem Werke Taaastjernavs abgeschrieben waren. Diesmal hat er sich wieder folgendes Stückchen geleistet: Am 28. Juli d. J. erschien im „D. V." folgende Notiz: „Reise nach Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Nordlandsreisende Franz Nabel aus Berndorf ist am 23. Juli in Hamburg in bester Verfassung an Leib und Maschine angekommen. Er theilt uns mit: „Endlich in Hamburg. . . (Bericht von 20 Zeilen). . . Warmer Gruß aus dem kalten Norden." Nun ist Herr Nabel zurückgekehrt und veröffentlicht in der „Ostdeutschen Rsch." folgende Erklärung: „Ich erkläre hiermit, daß ich an das Deutsche Volksblatt niemals Berichte über meine Reise nach Norwegen und Schweden eingesendet habe, da ich mit diesem Blatte in keiner Verbindung stehe und somit auch kein Leser desselben bin. Hochachtungsvoll Franz Nabel. St. Veit a. d. Triesting,

am 15. September 1896." Ei, ei, Herrn Vergani scheint's der Norden angethon zu hoben. — Natürlich weiß auch das „Deutsche Volksblatt" so Manches den deutsch-national-antisemitischen Gegnern am Zeuge zu flicken. Seltsam hört sich folgender Vorwurf an: „Der Jude Mandl kann sich rühmen, von Herrn v. Schönerer am offenen Marktplatze in Zwettel umarmt und geküßt worden zu sein." Und Mandl lebt noch! Und Schönerer wird sogar in den nächsten Reichsrath kandidirt, — trotz des „nie mehr!", das er noch vor Monaten so entschieden in seinen Blättern verkündete.

Dr. Luegers Helfershelfer. Unter dem Titel „In der Höhle des Löwen" brachte das Vergani'sche Wiener „Deutsche Volksblatt" am 16. Sept. eine Schilderung der Expedition, welche die Herren Dr. Lueger und Dr. Geßmann nach Zwettl unternommen hatten. Nach einem „stürmischen Empfang" durch die „überaus zahlreiche Volksmenge" fand die Versammlung statt, zu welcher sich „alle Stände" einfanden.

Die „Ostdeutsche Rundschau", das Organ der deutschnationalen Antisemiten giebt dagegen einen Bericht über die Zwettler Wählerversammlung, der als eine heitere Korrektur der enthusiastischen Schilderungen des „Deutschen Volksblatt" verzeichnet zu werden verdient. Der Einsender der „Ostdeutschen Rundschau" schreibt:

„Schon als ich in Schwarzenau den Zwettler Zug bestieg, war ich nicht wenig erstaunt, in meinem Coupé allein acht Geistliche anzutreffen. Kaum hatte ich Platz genommen, erfuhr ich, daß Dr. Lueger und Dr. Geßmann sich im selben Zuge befinden! Nun wußte ich freilich, weshalb so viele Geistliche im Coupé saßen. Ist es doch schon typisch geworden, daß hinter dem Kometen Lueger immer ein langer, langer schwarzer Schweif von Kaplänen, Pfarrern rc. zu bemerken ist. Von Wien waren noch zwei bis drei Herren mit Lueger gekommen — einer davon, und dies wird Herr Dr. Lueger selbst zugeben, hat ihm wahrlich nicht zur Ehre gereicht. Es war dies ein bezahlter christlich-sozialer Zutreiber mit völlig zerfetzten Schuhen, zerrissener Kravatte, schmutzigem Hemde — kurz, eine förmliches Mitleid erregende Gestalt. Dieser Agitator vertheilte schon im Waggon unaufgefordert klerikale Agitationsschriften, und zwar die Flugschrift: „Die soziale Frage", Rede des Pfarrers Bauchinger in Pöchlarn. — Mehrere Herren im Coupé, darunter zwei Herren aus Waidhofen a. d. Thaya, waren ganz entsetzt, daß der Vizebürgermeister von Wien sich derartiger Söldlinge bedient. Allgemein sprach man die Ansicht aus, daß Herr Dr. Lueger seinen Agitatoren wenigstens die Stiefel doppeln und die Wäsche reinigen lassen könnte. So wurde Zwettl erreicht. Ganz schüchterne Hochrufe — von einem „stürmischen Jubel" gar keine Spur — ertönten. Lueger ließ sich rasch zum Wagen führen und fuhr zu Stallmeier. Wohl war ich darauf gefaßt, viele Geistliche dort zu finden, alle meine Erwartungen wurden bei Weitem übertroffen. Nehmen wir das Minimum an, so waren ein Viertel Geistliche und ein Viertel Pfarrerskochinnen, welche schmunzelnd die Witze des Dr. Lueger anhörten, die übrige Hälfte waren klerikale Bauern, von ihren Pfarrern und Kaplänen zur Versammlung beordert. Uebrigens war am selben Tage Viehmarkt in Zwettl, weshalb viele nur aus Neugierde hinkamen. Lueger erging sich ausschließlich in billigen Witzen, sprach etwas über den Granitschkanal, was natürlich die Bauern nicht verstanden, und zog über die Deutschnationalen los. Nach zehn Minuten hatte ich genug; um den Zug nicht zu versäumen und angeekelt über das Treiben der Klerikalen, entfernte ich mich".

Vermischtes.

Herr Moritz Schüller i. Oederan in S. dessen Industrie-Komptoir wir in der letzten Nummer gekennzeichnet haben und den die „Staatsb. Ztg." hat zum Juden stempeln wollen, giebt ein Büchlein heraus „Praktische Anleitung für den Weg zum Wohlstand", das er gegen Einsendung von 20 Pfennig verschickt.

Herr Schüller ist selbst Antisemit. Auf S. 63 sagt er gut antisemitisch: „. . . Durch jüdische Machinationen . . . wird der Mittelstand nach und nach ruinirt." Dieser Herr preist in seinem Büchlein 811 Rezepte an, die zum Wohlstand führen, und die er gegen Einsendung von 3 Mark bis 30 Mark abgeben will.

Rezept Nr. 810. „Was hat man zu thun, wenn man zahlungsunfähig ist, d. h. Unterbilanz und nicht in Konkurs verfallen will, und wie fängt man es da an, um mit seinen Gläubigern auf außergerichtlichem Wege fertig zu werden?" — Diese schöne Sache kostet 20 Mk.!

Rezept Nr. 802. Die Geheimnisse des Pferdehandels. In welcher Art und mit welchen Vortheilen man im Pferdehandel vorzugehen hat, wissen oft die meisten Pferdehändler selbst nicht. Mit unseren Geheimnissen wird nicht nur allein die beste Handlungsweise, sondern auch die Handlungsvortheile und Pferdeverschönerungskünste, sowie die Art des Englisirens genau mitgetheilt, welche sowohl für den Pferdehändler als auch für den Pferdekäufer das größte Interesse haben müssen, wenn beide ihr Geschäft mit dem größten Vortheil betreiben wollen." — Diese Sache kostet 25 Mk.

Durch solche Rezepte schützt Her Schüller den Mittelstand vor „jüdischen Machinationen"!

Düsseldorf, 16. September. Bezüglich des Umsturzes von Gradsteinen auf dem hiesigen israelitischen Friedhofe hat die Untersuchung ergeben, daß die Beschädigung der Grabsteine nicht, wie vorher angenommen wurde, auf einmal und von erwachsenen Personen ausgeführt worden ist, sondern daß sie zu verschiedenen Zeiten von Schulkindern verübt wurde. Um auf dem Friedhofe zu spielen, überstiegen die jugendlichen Thäter die Mauer und traten von dort aus auf einen der Grabsteine, welcher der fortgesetzten Erschütterung nicht gewachsen war und umfiel. Dadurch wurde bei den Knaben die Lust am Zerstörungswerke geweckt, welche nunmehr dazu übergingen, noch mehrere Grabsteine umzustürzen. Das am Thatorte vorgefundene Briefchen mit der Unterschrift „Antisemtt" rührt von jenem halberwachsenen Burschen her, welcher wahrscheinlich damit den Verdacht der Thäterschaft nach einer anderen Seite lenken wollte, was auch schon der in dem Worte enthaltene Schreibfehler als glaubhaft erscheinen läßt. Der Antisemitismus hat mit dem Unfuge, welcher an den Grabsteinen verübt wurde, nichts zu thun.

Bonn, 21. September. In einer der letzten Nächte wurde der bei Endenich gelegene jüdische Friedhof in unglaublicher Weise demolirt. Fast sämmtliche Leichensteine wurden umgestürzt und mittelst scharfer Instrumente gewaltsam zertrümmert und die sämmtlichen eisernen Grabgitter auseinandergerissen. Es sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Briefkasten.

M. N. in **Schweidnitz**. Dank für die drei Adressen. Probenummern und Briefe sind abgegangen.

W. B. in **Köln**. Dank für den Hinweis. Auch die Juden sollen verschiedene Krankheiten in die Länder geschleppt haben, in denen sie sich niedergelassen. Die „Köln. Volksztg." vom 21. Sept. bringt einen Bericht aus den Nuabi-Inseln (Neu-Pommern, Südsee). Als die Pocken dort ausbrachen, dachten die Eingeboren, der unter ihnen wohnende Weiße hätte „die Krankheiten nach hier gebracht."

O. Pr in **T—m**. Besten Dank. Wir haben uns sofort nach Pest gewandt.

„Isidor Weinberg" in **Butzbach**. Warum unter fingirtem Namen?

J. B. in **Stuttgart**. Eine Anzahl „Mittheilungen" sind an Sie abgegangen. Hoffentlich werden Sie recht viel Abonnenten.

L. M. in **Breslau**. Freundlichen Dank für das Büchlein. Dankend benutzt.

M W. H. u. **M. H.** in **Hamburg**. Besten Dank für die Zeitungen. Mit Dank benutzt.

S. M. in **Hagen** i. W. Freundl. Dank für die prompte Auskunft.

Dr. F. O. in **Berlin**. Das ist eine banale Redensart. Auf Java sagen die Eingeborenen: „Falsch wie ein Christ!" (Emil Metzger im „Globus' Bd. 56, S. 43). Diese Volksredensarten leiden immer an dem Fehler der Verallgemeinerung!

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 40. Berlin, den 3. Oktober 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Briefe aus Oesterreich.

I.

In Oesterreich, speziell bei uns in Wien, wird es immer lustiger. Der Antisemitismus ist Mode geworden, politische Mode. Der Nicht-Antisemit wird fast nicht mehr als Vollbürger betrachtet. Herr Dr. Lueger beherrscht die Situation so vollständig, daß die Regierung um seine Freundschaft buhlt. Alle Organe derselben, vom mächtigen Statthalter und der gestrengen Polizeibehörde herab bis zum einfachen Wachmanne, stellen sich mit einem Male sehr sympathisch zum Antisemitismus. Und wenn der Wachmann nichts mehr thun kann, als in dem jetzt wüthenden Wahlen-Vorgefechte zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten gegenüber den letzteren etwas weniger liebenswürdig zu sein, als gegenüber den ersteren, so hat eine hohe Behörde noch ganz andere Mittel, um ihre Liebe an den Tag zu legen.

Kam da jüngst endlich der große von Millionen Antisemitenherzen heißersehnte Tag, wo der Antrag eines antisemitischen Gemeinderathes, der die wirthschaftliche Abschlachtung der Wiener Hausirer bezweckt, in Berathung gezogen gezogen ward. Dieser Antrag besteht aus zwei Punkten: 1) Es sei an das Handelsministerium die Bitte zu richten, die Stadt Wien vom Hausirhandel auszunehmen. 2) Es ist eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, mit der Bitte, daß das k. k. Ministerium im Gesetzgebungswege ermächtigt werde, einzelne Bestimmungen des § 60 der Gewerbeordnung für einzelne Gebiete außer Kraft zu setzen. Nun hat die hochlöbliche k. k. Polizeidirektion es für gut befunden, sich in einem Gutachten diesem Antrag anzuschließen.

In diesem Gutachten, das — abgesehen von jeder, in den Worten selbst auch nicht nachzuweisenden antisemitischen Tendenz — für ewige Zeit aufbewahrt werden sollte, um ein interessantes Denkmal der Reaktion zu bleiben, sind Ansichten ausgesprochen, die heutzutage geradezu schon unmöglich sind. An sich am vernünftigsten klingt der erste Punkt des Gutachtens, der den Hausirhandel als in Wien nicht wirthschaftlich nothwendig hinstellt. Das ist zwar schief, aber jedenfalls noch gedacht. Was soll man aber zu folgendem Satze des Punktes 2 des Gutachtens sagen: „Dem Hausirhandel haftet wie allem Wandelgewerbe das allgemeine sicherheitspolizeiliche Bedenken an, daß dieser Betrieb zwischen geregelter schaffender Arbeit und müßiger Landstreicherei in der Mitte und oft der letzteren näher liegt, daß er die verführerische Gelegenheit zu leichterer Durchführung der Täuschung des Käufers bietet.“ Die Polizei scheint einfach ihre Leute zum Studium des Wustes, der sich in Oesterreich „christlich-sozial“ zu nennen unterfängt, in die antisemitischen Versammlungen abgeordnet zu haben, bevor sie ihr Gutachten abfaßte. Außer den ökonomischen sind es auch kriminal-polizistische Gründe, die die Wiener Polizeibehörde in ihrem merkwürdigen Reskripte gegen den Hausirhandel anführt. Man höre und staune: Er erleichtere diebischen Handlungsangestellten die Verschleppung der Waaren, und es erschwere die polizeilichen Nachforschungen bei Verbrechen dadurch, daß oft zur kritischen Zeit viele Personen am kritischen Orte gesehen wurden, so daß die Herausfindung des wirklichen Thäters fast oder völlig unmöglich wird. — Das ist doch eine unübertreffliche Fürsorge. Es fehlt nur noch, daß von den Herren Dieben und Mördern selbst verlangt werde, sie mögen, um nur ja der Polizei keine Arbeit zu verursachen, vor ihren Thaten ihre Visitenkarten in der Polizeidirektion abgeben. Außer von der ökonomischen und kriminalistischen zeigt sich das mustergiltige Gutachten auch von der Gefühlsseite als auf der Höhe der (Wiener) Zeit stehend. Es wird nämlich auf die Störung der Miether durch Klopfen und Thüröffnen Bedacht genommen, und, was das wunderbarste ist, dieses Mitleid mit den Opfern der Hausirer scheint doch nicht ganz das Mitleid mit den Hausirern selbst, diesen armseligsten Menschen auszuschließen. Aber es *scheint* blos, wie man sofort aus folgender wörtlich angeführter Stelle des Gutachtens ersehen kann:

„Eine Art des Hausirhandels wäre aufrecht zu erhalten. Personen, welche nicht die Mittel und zu einem anderen Erwerbe nicht die geistige oder körperliche Tauglichkeit haben und *in Wien das Armenrecht besitzen*, könnte die Bewilligung zum Hausiren in Gasthäusern mit kleinen Spielereien, Galanteriewaaren, Kämmen, Seife, Kravatten u. dergl. ohne Bedenken ertheilt werden. Gegen den Fortbestand des Hausirhandels in Wien muß speziell der Umstand geltend gemacht werden, daß sich hier eine von Jahr zu Jahr steigende Anzahl, *speziell aus Galizien und Ungarn eingewanderter Personen* seßhaft macht, welche zu ihrem hiesigen Aufenthalte keinen anderen Erwerb, keine andere Bestimmung als den Hausirhandel für sich in Anspruch nehmen können und selbst für diesen nicht die nötigen Mittel besitzen und zum Nachtheile des *reellen* Gewerbe- und Handelstandes *neben fortwährender Inanspruchnahme fremder Wohlthätigkeit* ihre Existenz fristen, dabei auch die Lasten der Kommune Wien *durch ihre meist sehr zalreichen Familien* erhöhen, indem sie nicht nur dazu wesentlich beitragen, daß die Schulen stets vermehrt werden müssen, sondern die unentgeltliche Betheiligung mit allen Lehrmitteln in Anspruch nehmen.“

Gerade aus den letzten Worten spricht eine Immodernität des Blickes und eine Beschränktheit der Anschauungs-

weise, die verblüffen muß. Das ist ja derselbe Geist, der z. B. jenen angesehenen Wiener Bürger beseelt, der gewöhnt, arme Hausirer und Hausirerinnen (Christen und Juden) zu packen, zu denunziren und sogar zu mißhandeln, jüngst eine elende, alte hausirende Christin attakirte und sich dafür vor dem Strafgerichte zu verantworten haben wird. Möglich, daß ihn die Geschworenen, welche — nicht etwa in bewußter Tendenz, vielmehr in Folge verkehrten gegangenen Empfindens für Unrecht, wenn es sich um ihre Zunftvortheile und um Juden handelt — ebenso freisprechen werden, wie sie vorige Woche einen antisemitischen Redakteur freisprachen, der in seinem erbärmlichen Witzblatte einen jüdischen Verein in häßlichster Weise beleidigte.

Und doch mag dieser mächtige Antisemitismus, dem sich Volk und Regierung in Oesterreich unterworfen haben, schon die Keime des Untergangs in sich tragen. Zwei Symptome sind dafür vorhanden. Einerseits der Bruder-Zwist im eigenen Lager, andererseits die ängstlich klopfernde Rüstung gegen die Sozialdemokratie.

Der Gegensatz zwischen christlich-sozialen und deutsch-nationalen Antisemiten verschärft sich von Tag zu Tag. Ganze Klassen stehen sich da feindlich gegenüber. Auf der einen Seite die kleinen Mittelstandprotzen und die in tausend wirthschaftlichen Nöthen befindlichen Beamten, und natürlich auch der Klerus, auf der anderen Seite die Akademiker und die Volksschullehrer. Vorläufig suchen sie sich den Rang im Antisemitismus abzulaufen. Es kann aber eine Zeit kommen, wo sie sich noch anderen Konkurrenzobjekten werden umsehen müssen.

Noch mehr als die Zwietracht im Innern ist es die aggressive Macht der Sozialdemokratie von außen, die den Antisemitismus in seinen Grundvesten bedroht. Er thut zwar so, als ob er nur zu hauchen brauchte, um alle „Judensozi" — das Pendant zu „Judenliberalen" — wegzublasen. In Wahrheit hat er aber Heldenangst vor dieser jungen Partei. Der Antisemitismus fühlt, daß ihm jetzt, wo der österreichische Liberalismus zu Boden liegt und die Reichsrathswahlen nach dem neuen Wahlrecht — das bekanntlich eine fünfte Curie mit allgemeinem Wahlrechte einrichtet — vor der Thür stehen, ein Kampf auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie bevorsteht. Er hat etwas wie eine Ahnung davon, daß er mit seinen aufgeschmückten veralteten Grundsätzen diesen Kampf nicht bestehen wird. Und darum widerhallt Wien von dem Schlachtenlärm der beiden Parteien und namentlich von dem öden Geheul der Antisemiten, deren Führer Lueger jüngst die Sozialdemokraten eine Judenschutztruppe genannt hat, wofür er von einem Sozialisten in öffentlicher Versammlung als „erbärmlicher Lügner" erklärt wurde. Austriacus.

Militärbehörden, Produzenten und jüdische Lieferanten.

Das Organ des rheinischen Bauernbundes, die „Rhein. Volksstimme", klagt, daß die Lieferung von 3000 Schlachtochsen für die bevorstehende Winterbetriebsperiode der Armeekonservenfabrik in Haselhorst bei Spandau der Großschlächterfirma S. Isaak in Berlin übertragen worden sei. „Nach der bekannten Ministerialverfügung," schreibt das Blatt, „sind alle Behörden angewiesen, wenn irgend möglich, direkt von den Produzenten zu kaufen. Sie gilt sicher in erster Linie für die Militärbehörden, da diese den meisten Bedarf in landwirthschaftlichen Produkten haben. Es wäre nun sehr interessant, zu erfahren, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Lieferung in einzelne Loose zu theilen und diese direkt an die Landwirthe zur Lieferung zu vergeben, die gerade für Fettvieh so schlechte Preise erhalten. Daß die deutschen Landwirthe diese 3000 Schlachtochsen ebenso gut, billig und pünktlich geliefert haben würden, wie der jüdische Großhändler, unterliegt gewiß keinem Zweifel. Aufklärung über den Fall wäre recht sehr erwünscht". Aufklärung verlangt auch die „Dtsch. Tages-Ztg.", welche meint, die Armeekonservenfabrik hätte sich ganz gut an die Landwirthschaftskammern wenden können, von denen einige schon Verkaufsvermittelungsstellen errichtet hätten, während die anderen gewiß Mittel und Wege gefunden hätten, der bedeutenden Nachfrage ein entsprechendes Angebot gegenüber zu stellen, um so mehr, als die Fabrik sicher nicht die sämmtlichen Ochsen an einem Tage braucht, sondern gewiß allmähliche Lieferung verlangen werde; weshalb in diesem Falle der überflüssige Zwischenhandel nicht ausgeschaltet werden konnte, verstehe sie nicht.

Der „Rhein. Volksstimme" und der „Dtsch. Tages-Zeitung" ist wohl nicht unbekannt, daß gerade die Militärbehörden vom Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf angewiesen worden sind, wenn möglich, unmittelbar von den Produzenten zu kaufen. Auch die Leitung der Armeekonservenfabrik in Haselhorst verfährt hiernach. Wir haben erst vor Kurzem gelesen, daß sie die Landleute aufgefordert hat, ihr für die in der Winterbetriebsperiode erforderlichen Materialien Angebote zu machen. Man wird nicht daran zweifeln dürfen, daß sie von Landwirthen auch die 3000 Ochsen gekauft hätte, wenn diese ihr in der erforderlichen Primo-Qualität und unter der Verpflichtung auf die von ihr aufgestellten Lieferungsbedingungen angeboten worden wären. Wenn sie die Leistung einer Firma, die soviel bekannt, schon bisher gleiche Lieferungen zur größten Zufriedenheit ihrer Auftraggeberin ausgeführt hat, zu übertragen für gut befunden hat, so beweist dies, daß sie von Landwirthen entweder keine Angebote erhalten hat aber daß die Landwirthe keine Gewähr für gute, billige und pünktliche Lieferung bieten konnten. Und letzteres ist nun sehr erklärlich. Eine Fabrik, die innerhalb eines halben Jahres 3000 Ochsen zum Schlachten haben muß, wird nie in der Lage sein, diese einzeln von Landwirthen zusammenzukaufen. Wer auch nur eine schwache Vorstellung von dem Betriebe einer derartigen Fabrik und von der Art und Weise besitzt, wie die Lieferung von 3000 Ochsen geregelt sein muß, um Störungen des Betriebes der Fabrik zu vermeiden, wird zugeben müssen, daß die Lieferung des Viehes in einer Hand oder doch nur in wenigen Händen liegen muß.

Wie die Landwirthschaftskammern es anstellen sollen, „der bedeutenden Nachfrage ein entsprechendes Angebot entgegen zu stellen", wie das Organ des Bundes der Landwirthe sagt, ist unerfindlich. Wenn wirklich schon einige Landwirthschaftskammern Verkaufsvermittelungsstellen errichtet haben sollten, so ist der Geschäftsbetrieb bis jetzt jedenfalls ganz belanglos. Will sich aber das Organ des Bundes der Landwirthe über die Geneigtheit der Landwirthe, der Nachfrage seitens der Militärbehörden ein Angebot entgegen zu stellen, unterrichten, so empfehlen wir ihm die Lektüre eines Schreibens, das soeben das Proviantamt zu Königsberg an den ostpreußischen landwirthschaftlichen Zentralverein gerichtet hat. Das Proviantamt erklärt darin, daß es durch Annoncen in Zeitungen, sowie durch Briefe an landwirthschaftliche Vereine und Großgrundbesitzer zu Angeboten in Getreide aufgefordert habe, daß aber diese Angebote weit hinter dem Bedarf zurückgeblieben sind. Es hat sich nunmehr an den Zentralverein um Vermittelung gewandt, damit es nicht gezwungen werde, zum Ankaufe aus zweiter Hand seine Zuflucht zu nehmen. Die Militärbehörde handelt dennoch der Ministerialverfügung gemäß, die Nachfrage ist da, aber das Angebot fehlt, d. h. auch die ostpreußischen Großgrundbesitzer ziehen vor, sich des Zwischenhandels zur vortheilhaften Verwerthung ihrer Produkte zu bedienen oder das Getreide liegen zu lassen, um später bessere Preise zu erzielen, was man bekanntlich spekuliren nennt.

Jüdische Feiertage.

Auch in diesem Herbste sind einige Märkte von städtischen Magistraten verlegt worden, weil sie mit jüdischen Fest- und Feiertagen zusammenfielen. Ein krankhafter Antisemitismus hat diese paar Einzelfälle generalisirt und von einer unverantwortlichen Bevorzugung der Juden geredet. Man hat gefordert, daß auch an christlichen Feiertagen die Märkte ausfallen müssen. Das ist nun wohl überflüssig, denn an den christlichen Festtagen, die gesetzliche Feiertage sind, darf gesetzlich kein Markt abgehalten werden. In protestantischen Gegenden aber kann an katholischen Festtagen gut und gern Markt sein und umgekehrt, weil die Bevölkerung einer Konfession die Feiertage der andern als nicht vorhanden betrachtet. In konfessionell gemischten Distrikten wird man der Regel nach die Feiertage beider Konfessionen respektiren, wenn nicht ganz besondere Gründe ein anderes Verfahren rechtfertigen. Nun meint man freilich, die Juden seien doch überall in der Bevölkerung nur in der Minderzahl und auf die wenigen Menschen brauche man keine Rücksicht zu nehmen. Aber die Mehrzahl der Juden hält treu und fest an der Väter Brauch und Sitte und an seinen religiösen Feiertagen. Warum also ihr Gewissen ohne Noth beschweren. Aber, sagt man, der Jude braucht ja nur vom Markte fortzubleiben, so kann es mit dem Markttage beim Alten bleiben und der Jude beschwert sein Gewissen nicht. So einfach liegt die Sache nun nicht, denn in manchen Gegenden liegt der Handel, auch der Markthandel zum großen Theile in den Händen der Juden. Dieser Umstand soll vorerst weder gepriesen noch bedauert werden, man muß ihn nur anerkennen und die Thatsache selber ist leicht begreiflich, weil den Juden Jahrhunderte hindurch keine andere Beschäftigung als der Handel und das Geldgeschäft offen stand. Liegt aber hier und da in Deutschland der Markthandel zum größeren Theil in jüdischen Händen, so wird ein eigentliches Marktgeschäft auch nicht zu Stande kommen, wenn die Juden sich eines Feiertages halber vom Markte fern halten. Der Markt wird bedeutungslos verlaufen und dabei büßen nicht nur die Juden ihren Gewinn ein, sondern auch die Christen machen nicht die Geschäfte, auf die sie hofften. Es ist mithin gar nicht an dem, daß eine Verlegung der auf jüdische Feiertage fallenden Märkte einen dominirenden Einfluß des Judenthums in unserem Vaterlande beweist, sie hat auch im Interesse der den Markt besuchenden Christen einen Zweck und eine Berechtigung. Wir wissen aus Erfahrung, die nun einmal in solchen Dingen höchste Instanz ist, daß von Christen ein gelegentliches Fehlen der Juden auf den Märkten bedauert worden ist und daß Christen verlangt haben, ein Markt möchte verlegt werden, weil an dem ursprünglich angesetzten Tage die Juden Feste halber den Markt nicht besuchen könnten, eben weil an dem Tage sie, die Christen, die Juden nicht entbehren wollten, nicht weil die Christen die Juden bevorzugen wollten. Ein friedliches Zusammenleben der beiden Religionsgenossenschaften, die nun doch einmal Glieder eines und desselben Volkes sind, wird am besten dadurch befördert, daß man die Eigenarten beider, auch die religiösen schone. Eine Beeinträchtigung der Christen und des christlichen Bekenntnisses kann aber ein vorurtheilsfreier Beobachter nicht darin erblicken, wenn einmal eines jüdischen Feiertages halber ein Markt verlegt wird. Wer sich nun die Mühe giebt, den christlichen und den jüdischen Kalender einmal auch nur flüchtig durchzusehen, der wird finden, daß Feste und Festzeiten beider Glaubensgemeinschaften nicht zusammenfallen; nicht einmal den Wochentagen nach sind die streng gefeierten Tage dieselben. So wenig nun z. B. der Jude verlangen kann, daß um seinetwillen am Karfreitage die christlichen Geschäfte geöffnet sein sollen, so wenig kann man verlangen, daß der Jude am großen Versöhnungstage seinem Geschäfte nachgehen soll. Vollendet lächerlich aber ist der Vorschlag einiger antisemitischer Heißsporne, nun gerade dahin zu wirken, daß wichtige Markttage mit streng zu feiernden jüdischen Festtagen zusammenfallen. Die Juden würden die Märkte meiden und den Ausfall würden die Christen zu tragen haben, die nun doch auf manchen Märkten die Juden, hier als Käufer, dort als Verkäufer nicht entbehren können. Am grünen Tisch läßt sich manches schöne Projekt aushecken, namentlich wenn es an der nöthigen Gereiztheit nicht fehlt, aber Projektemacher thäten doch ganz gut, wenn sie auch das praktische Leben etwas berücksichtigten.

Leck i. Schleswig-Holstein. P. Asmussen.

Zur Abwehr.

Der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Hugo Hinze ist im 57. Lebensjahre in Wiesbaden einem schweren Herzleiden erlegen. Hinze ist sowohl im Parlament, wo insbesondere seine gediegene Sachkenntniß in militärischen Dingen bei Freund und Feind geschätzt wurde, als auch in seiner sonstigen öffentlichen Thätigkeit jederzeit mannhaft für freiheitliche Grundsätze eingetreten und Märtyrer seiner Ueberzeugung geworden, da ihm der Majorstitel aberkannt wurde. Die wahrhaft liberale Gesinnung bethätigte Hinze auch dadurch, daß er die antisemitischen Bestrebungen bekämpfte und sich in die Reihe derjenigen Männer stellte, welche den Verein zur Abwehr des Antisemitismus ins Leben riefen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

□ **Karlsruhe,** 23. September. An den Ordensauszeichnungen, die bei den letzten Jubiläumsfeierlichkeiten anläßlich der 70jährigen Geburtstagsfeier unseres Großherzogs erfolgten, sind folgende jüdische Herren betheiligt: Professor Leoi-Karlsruhe, Professor Jellineck-Heidelberg, Professor Rosin-Freiburg und Bezirksrabbiner Dr. Lewin-Freiburg mit dem Ritterkreuz I. Klasse des Zähringer Löwen-Ordens, sowie der Generalkonsul, Bankier Leopold Willstätter mit dem Ritterkreuz II. Klasse desselben Ordens. Herr Dr. Albert Seeligmann, prakt. Arzt in Karlsruhe, wurde zum Medizinalrath ernannt.

Ein jüdischer Ritter des Ordens „Pour le mérite." Aus dem Jahre 1822 stammen die Landpartiewagen, die in Berlin „Kremser" genannt werden und die sich heute als Gesellschaftswagen allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Es ist aber wenig bekannt, daß dieses Verkehrsmittel seinen Namen von einem jüdischen Unternehmer hat. Ueber diesen schreibt die „Voss.-Ztg.": Der Vater des „Kremser" ist eine interessante Persönlichkeit, deren bewegter Lebenslauf wie ein Abglanz jener Romantik anmuthet, die das liebgewordene Familienbeförderungsmittel umgiebt. Der preußische „Hofagent" Simon Kremser muß wohl im Anfange dieses Jahrhunderts ein „vielbeliebter" Mann gewesen sein. Am 15. September 1775 in Breslau geboren, fungirt er bereits im Jahre 1806 als „königlich preußischer Kriegskommissarius" im persönlichen Dienste des Feldmarschalls Blücher, dem er in der „großen Zeit" Deutschlands erhebliche Dienste geleistet haben mag, da ihm der tapfere Marschall Vorwärts den Transport einer „königlich-preußischen Kriegskasse" überträgt. Kremser rettete diese Kasse mit Lebensgefahr aus Feindeshänden und erhält dafür nicht nur schriftliche Gunstbeweise seines fürstlichen Herrn, sondern auch das eiserne Kreuz und den Orden „Pour le mérite". Während der ganzen Befreiungskriege steht Kremser im Dienste des Feldmarschalls und ihm wird die hohe Ehre zu Theil, die Leitung des Transportes der Siegesgöttin übertragen zu erhalten, die aus dem Franzosenlande wieder auf ihre alte Stätte zurückkommen soll. Mit Glücksgütern reich gesegnet, zieht sich der Kriegskommissarius nach den Kriegsjahren ins Privatleben zurück,

kauft in Zaffen ein aus dem Besitze des Generals York stammendes großes Rittergut und schließt eine zweite Ehe mit der verwittweten Baranin v. Adlersthal. Die landwirthschaftliche Befähigung des Hafagenten und muthigen Kriegskassenspediteurs scheinen aber nicht hervorragend gewesen zu sein, denn er mußte schon nach wenigen Jahren das Gut mit großen Verlusten wieder verkaufen. Mit einem Bruchtheil seines Vermögens, das immerhin noch die stattliche Summe von 50 000 Rthlr. repräsentirt, geht Kremser nach Berlin zurück und bewirbt sich um eine Wagenkonzession. Auf Grund seiner früheren Verdienste und der schriftlichen Gunstbezeugungen des Feldmarschalls Blücher erhält auch Kremser im Jahre 1852 vom Könige Friedrich Wilhelm III. das Privilegium „ganz alleine sogenannte „Omnibusse" om Brandenburger Thore aufzustellen." Dieser Wagen, deren Kremser gleich eine stattliche Anzahl aufstellte, nannte er „Kremserwagen" und im Volksmunde bürgerte sich der Name bald ein. Unsere, die Kürze liebende Neuzeit hat daraus kurzweg die „Kremser" gemacht. Ungleich schwerer als der Name konnte, wie es scheint, die neue Verkehrsinstitution selbst Wurzel fassen; es ist auch möglich, daß die unruhige Natur des Eigenthümers sich der langsamen Entwickelung des Fahrinstitutes nicht anbequemen konnte. Schon im Jahre 1827 giebt Kremser sein Geschäft in andere Hände über und wandert als 54jähriger ziemlich mittelloser Mann nach Rußland aus. Dort kehrt er zu seinem früheren Berufe zurück, wird erst Beamter und als solcher Transparteur russischer Kronengelder, und avancirt dann nach und nach bis zum Range eines russischen Majors. Ob diese Beförderung eine reguläre war aber ad honores erfolgte, ist nicht mit Gewißheit nachzuweisen; in der Uniform eines russischen Majors, mit den goldenen Epaulettes und den preußischen Orden hat ihn seine, heute als hochbetagte, aber rüstige Frau in Dresden lebende Tochter noch bei der Hochzeit einer Schwester gesehen. Nach auf dem Sterbette in Breslau, wohin sich Kremser nach zweiundzwanzigjähriger Dienstzeit zurückgezogen hatte, um dort seine von Rußland ausgesetzte Pension zu verzehren, erhielt er zwei hohe russische Orden vom Kaiser Nikolaus I. Im Jahre 1851 starb Kremser und wurde auf dem israelitischen Friedhofe in Breslau begraben."

München, 25. Sept. Vor Kurzem ging durch einen Theil der Presse unter heftigen antisemitischen Ausfällen die Mittheilung, daß der Viehbestand des Staatsgutes Weihenstephan von Tuberkulose befallen war, das Vieh aber schleunigst durch jüdische Händler nach allen Richtungen verkauft und dadurch die Krankheit in viele Ställe verschleppt worden sei. Die Direktion der Akademie Weihenstephan erklärt nun, daß ein Theil des Viehbestandes wegen Umbaues der Stallungen verkauft werden mußte, daß von den verkauften 24 Stück 10 inzwischen geschlachtet und alle gesund befunden wurden. Der Verkauf geschah durch 3 Abnehmer, von denen zwei christlichen Glaubensbekenntnisses sind. — Dieser Tage meldete ein Blatt voll antisemitischer Entrüstung, daß sich ein Jude, Jakob Stern, in Benediktbeuren (oberbayrischen Vorberge) festgesetzt habe und neben einer Waarenhandlung auch Bankiergeschäfte ankündige. Nun meldet sich der Jakob Stern selber und erklärt, daß er ein Bierbrauerssohn aus dem benachbarten Kochel und katholisch ist. Trotz solcher Erfahrungen hetzen die bayerischen Blätter lustig weiter!

Das Judenthum in Schweden. Welche Stellung die Juden in Schweden einnehmen, und in welchem Ansehen einzelne von ihnen bei dem hochgebildeten König Oskar stehen, mag folgende Mittheilung aus Stockholm an die „Allg. Ztg. des Judenthums" beweisen. Der früher bei der israelitischen Gemeinde in Elding hervorragend beliebte und durch seine theologische und philosophische Bildung ausgezeichnete Rabbiner Dr. Klein waltet seit ca. 15 Jahren hier seines Amtes und genießt nicht nur bei unseren Glaubensgenossen, sondern auch bei allen Gebildeten und speziell bei seinen christlichen Amtsbrüdern das höchste Ansehen. Seit mehreren Jahren docirt Dr. Klein an der Universität Upsala und ist für seine Thätigkeit an derselben bereits durch Verleihung eines Ordens ausgezeichnet worden. König Oskar, der von allen Vorgängen im Lande auf das Genaueste unterrichtet ist, hat auch von diesen Vorlesungen Notiz genommen und vor einiger Zeit Dr. Klein zu sich befohlen. In einer längeren Audienz ertheilte der König Dr. Klein den ehrenden Auftrag, im Herbste ihm und einigen Auserwählten im Schlosse über einige Fragen strengwissenschaftlicher Natur Vorträge zu halten. Die Themata dürften die Ursprünge des Judenthums und Christenthums, jüdische Philosophie und Mystik und anderes behandeln. Wo solchen Männern Gelegenheit gegeben wird, ihr Wissen über das Wesen des Judenthums der Allgemeinheit zugänglich zu machen, ist natürlich an eine Entfaltung des Antisemitismus nicht zu denken.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und der „Reichsbote". Daß der konservativ-orthodoxe „Reichsbote" des Pastors Engel nicht mit Herrn Stöcker durch Dick und Dünn geht, vielmehr an dessen Thätigkeit mancherlei auszusetzen hat, kann ihm Herr Stöcker nicht verzeihen. Anläßlich einer Polemik mit dem „Reichsboten" schreibt das „Volk" (1. Oktober):

„. . . Wir sind gewiß diejenigen in Deutschland, die am meisten Ursache hätten, sich durch die Gründung der „Zeit" beschwert zu fühlen. Aber das müssen wir doch sagen, daß dieses Blatt sicherlich den Vorzug der Offenheit vor dem „Reichsboten" voraus hat. Der letztere mag sich getrost seine Krokodilsthränen aus den Augen wischen. Kein Mensch in der Welt glaubt an diesen Schmerz. Es ist nicht „die Wahrheit über Armenien", aber „die Wahrheit über den „Reichsboten", daß kein Blatt im deutschen Blätterwalde sich so über die Gründung der „Zeit" gefreut hat, wie der „Reichsbote", weil er hoffte, daß nun das national-soziale und das christlich-soziale Organ sich gegenseitig ruiniren und todtmachen möchten, und daß dann der „Reichsbote" als „Hyäne des Schlachtfeldes" an den frei werdenden Abonnenten einen ergiebigen Leichenschmaus halten könnte.

Wenn es dem „Reichsboten", wie er vorgiebt, wirklich darum zu thun wäre, die christlich-soziale Bewegung, die früher „so schön" geblüht hat, von neuem zu beleben, warum in aller Welt unterstützt er dann nicht Stöcker, denselben Stöcker, der doch die frühere Blüthe verursacht hat und der heute genau dieselben Ideen vertritt, wie damals. . . .

Der „Reichsbote" hat in den letzten Jahren unzählige Male vor seinen Lesern nichts weiter als dialektische Eiertänze aufgeführt, hat Artikel geschrieben — z. B. bei dem Austritt Stöckers aus der konservativen Partei — in denen zwischen Ja und Nein so geschickt lavirt wurde, daß selbst ein Polonius ihn um seine Kunst beneiden könnte".

Stöcker und Herr v. Gerlach. Am Mittwoch den 23. September hielt der frühere Redakteur des Stöcker'schen „Volk" Herr v. Gerlach im „Christl.-soz. Jugendbund" eine Rede, in der er sich mit einem einstigen Vorbilde Stöcker auseinandersetzte. Nach seinem Berichte der „Kreuzztg." führte er aus:

Obwohl ich in Stöcker den Vater der christlich-sozialen Bewegung verehre, sind meine persönlichen Gefühle gegen ihn doch anders geworden. Ich habe ihn geliebt wie keinen andern Menschen und mit schwärmerischer Begeisterung an ihm gehangen, und schmerzlicher noch, als die schmerzliche Trennung vom „Volk", ist mir die Trennung von ihm. Stöcker meint, ich sei an allem schuld, obwohl ich nur sein wohlverstandenes Interesse im Auge hatte. Ende vorigen Jahres fingen die Redaktionsschwierigkeiten an, bis nach der bekannten Elferausschußsitzung der Besitzer des „Volk" mir reinen Wein einschänkte. Stöcker wandte sich nun an einen konservativen Abgeordneten, nicht nur meinen politischen, sondern auch persönlichen Gegner, um durch dessen Vermittelung beim Minister des Innern eine neue Stellung in der Regierung für mich zu erlangen. Der Minister hat die Sache kurzerhand abgewiesen. Ich mußte also hier als Bettler erscheinen. Meine tiefste Empörung über diese Maßnahme Stöckers habe ich ihm selbst ausgesprochen. Eine Herabsetzung meines Charakters war es auch, als Stöcker in der Elferausschußsitzung erklärte, sobald er seine Hand von mir abziehe, sei ich in Gefahr, Sozialdemokrat zu werden. Da kam der Austritt Stöckers, der mich mit großer Freude erfüllte. Ich schrieb an Stöcker: mag vorgekommen sein, was will,

es solle vergessen sein, und ich hege den lebhaftesten Wunsch, mit ihm in alter Weise wieder zusammenzuarbeiten. Es hat sich aber bald gezeigt, daß Stöcker gegen mich eingenommen war.

Stöcker sucht sich gegen die unbequemen Mittheilungen des Herrn v. Gerlach zu wehren, indem er den Streit folgendermaßen darstellt:

„Es ist unrichtig, daß ich ihn als Bettler um Wiederanstellung im Staatsdienste hätte erscheinen lassen. Nur eine einzige Persönlichkeit hat diese Sache geführt, und sie wußte genau, daß Herr v. Gerlach daran völlig unbetheiligt war. Die Anfrage, von der ich nicht weiß, ob sie bis an den Minister des Innern gedrungen ist, war von uns Freunden des Herrn v. Gerlach geplant, die aus persönlichster Theilnahme für ihn eine Beruhigung darüber haben wollten, ob er, wenn er aus der Preßthätigkeit geschieden, in der Regierung wieder eine Thätigkeit finden würde. Dafür konnte ich mit gutem Gewissen mitwirken, da ich ihm von Anfang an gerathen hatte, seine Staatsstellung nicht aufzugeben."

Damit bestätigt Herr Stöcker nur die Erzählung des Herrn v. Gerlach. Das Entscheidende ist und bleibt doch, daß Stöcker ohne Wissen des Herrn v. Gerlach auf den gewohnten Hintertreppenwegen für ihn eine Staatsstellnng zu erwirken suchte und daß er sich eines Gegners seines Schützlings wider Willen, nämlich, wie jetzt bekannt geworden ist, des Herrn v. Manteuffel bediente.

Die „Staatsb. Ztg." vom 27. Sept. erzählt von einer Züricher Firma (A. Knopf), die gegen eine Konkurrenzfirma ganz rigoros vorgehe und setzt hinzu: „So treiben es die Juden unter sich, wenn es sich um die „Konkurrenz" handelt." Und wie oft hat das Blatt geschrieben, daß die Juden sich untereinander schonen und nur die Christen ausplündern. An diesem Beispiele könnte das Blatt lernen, wie geschäftlicher Neid nicht nach Glaubensbekenntniß fragt.

Unter sich. Zwistigkeiten innerhalb des antisemitischen „Deutsch-sozialen Reformvereins" zu Berlin beschäftigten am 28. September die 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I als Berufsinstanz. Der Redakteur Karl Sedlatzek, Herausgeber des „Deutschen Generalanzeigers", war Mitglied des genannten Vereins, scheint aber in diesem manche Gegner gehabt zu haben. Auf Grund von Mittheilungen von Vereinsmitgliedern war der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß Herr Sedlatzek seine Mitgliedschaft dazu benutze, um Vereinsmitglieder auszubeuten, von ihnen Zeitungsinserate zu erlangen und ihnen diese theuer zu berechnen. Der Vorstand hatte Herrn S. ganz kurz seinen erfolgten Ausschluß mitgetheilt, und dieser hatte brieflich seiner Verwunderung über dieses Vorgehen Ausdruck verliehen. In einer Versammlung des deutsch-sozialen Reformvereins hatte alsdann der Droguist Weber als Vorstandsmitglied auf eine Anfrage nach dem Grunde des Ausscheidens des Herrn Sedlatzek mitgetheilt, daß dieser Vereinsmitglieder ausgebeutet habe. In einer Erwiderung hatte Herr Sedlatzek gegen das von dem Vorstande beobachtete Verfahren protestirt und erklärt, „er werde es nicht leiden, daß dumme Jungen mit seiner Ehre Schindluder spielen". Wegen der Aeußerung des Herrn Weber in jener Versammlung strengte Seelatzek gegen diesen die Privatklage an, worauf Herr Weber mit einer Widerklage antwortete. Das Schöffengericht erkannte nach erfolgter Beweisaufnahme an, daß die Behauptung, der Kläger habe die Vereinsmitglieder ausgebeutet, durch nichts erwiesen, vielmehr dargethan sei, daß er die Inserenten ganz coulant behandelt habe. Dem Beklagten wurde aber der Schutz des § 193 zugebilligt und auf seine Freisprechung erkannt. Auf die Widerklage hin verurtheilte das Schöffengericht Herrn Sedlatzek zu 20 Mark Geldstrafe. In der Berufungsinstanz machte S. geltend, daß er mit den „dummen Jungen" nicht Herrn Weber oder die Vorstandsmitglieder, sondern die „jüdische Presse" gemeint habe, die durch ihre Organe ein solches Vorkommniß ausbeuten würde. Der Gerichtshof hielt das nicht für wahrscheinlich und erkannte auf Verwerfung der Berufung.

Die Anklage wegen groben Unfugs gegen Karl Sedlatzek, den Redakteur des antisemitischen „Deutsch. Generalanz." die schon einmal das Gericht beschäftigt hat, wurde am 25. September vor dem Berliner Schöffengerichte zum Abschluß gebracht. Am 20. November v. J. erschien in der genannten Zeitung unter der Ueberschrift: Fleisch für die Gojim" ein Artikel, worin mehrere Fälle erzählt wurden, daß jüdische Schächter das für die Christen bestimmte Fleisch in der unappetitlichsten Weise verunreinigt haben sollten. Hieran wurde die Warnung geknüpft, Fleisch aus Judenläden zu genießen. Wegen dieses Artikels stellte der „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" Strafantrag wegen groben Unfugs, und das Amtsgericht verurtheilte Sedlatzek zu 30 M. Geldstrafe. Hiergegen beantragte er richterliche Entscheidung. Im Termine erklärte er, daß der beanstandete Artikel der „Hannov. Post" entnommen sei, und daß er für den Inhalt den Beweis der Wahrheit antreten wolle. Er bat, daß der Gerichtshof sich die Akten gegen den jüdischen Schächter Isaak Bonn in Kleve kommen lasse, der am 10. Mai 1894 wegen grober Besudelung des für Christen bestimmten Fleisches mit vier Monaten Gefängniß bestraft worden war, ebenso die Akten gegen den Redakteur Erich Rosenthal von der „Hann. Post." der wegen desselben Artikels freigesprochen worden war. Der Gerichtshof entsprach diesen Anträgen und vertagte den Termin. In der neuen Verhandlung wurde die Richtigkeit der von S. behaupteten Thatsachen bestätigt. Der Amtsanwalt hielt dennoch die Anklage wegen groben Unfugs aufrecht. Sedlatzek habe von jüdischen Schächtern im allgemeinen gesprochen, wozu ihm die vereinzelten Fälle kein Recht gäben. Die jüdischen Schächter würden durch den Artikel in ihrem Gewerbe beeinträchtigt, und das Publikum, das bei ihnen zu kaufen pflege, werde durch die Warnung beunruhigt. Er beantragte wiederum 30 Mark Geldstrafe. Sedlatzek hielt eine längere Vertheidigungsrede. Im Schulchon Aruch stehe ausdrücklich, daß Fleisch, das für Juden verworfen werde, an Christen verkauft werde solle „um diese zu ärgern". Ferner werde vorgeschrieben, daß die Lungen von Vieh und Geflügel, die für Christen bestimmt seien, bespuckt werden sollen. Er führte eine Menge Fälle aus den verschiedensten deutschen Städten an, wo jüdische Schächter wegen Verkaufs besudelter und verdorbener Waare zu theilweise recht hohen Strafen verurtheilt worden waren, z. B. der Schächter Samuel Schiff aus Darmstadt zu 2 Jahren Gefängniß. Gegen derartige Uebelstände aufzutreten sei doch gewiß die Aufgabe und Pflicht der Presse, und er erwarte daher nicht nur seine Freisprechung, sondern beantrage außerdem, daß die Gerichtskosten dem „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" aufzulegen. Nach kurzer Berathung erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung. Es sei anzunehmen, daß der Leserkreis des „Deutschen Generalanzeigers" sich im wesentlichen auf Sedlatzeks Gesinnungsgenossen beschränke, und diese würden durch die in dem Artikel gemachten Mittheilungen nicht beunruhigt. Außerdem könne man angesichts der erwiesenen Thatsachen die Warnung nicht für unberechtigt halten. Dem zweiten Antrage des Angeklagten zu folgen, liege keine begründete Veranlassung vor.

Nach den Berichten der „Staatsb. Ztg." und des „Deutsch. Generalanz." soll der Vorsitzende bei der Begründung des Urtheils auch gesagt haben, daß die That des Schächters Isaak Bonn kaum eine andere Deutung zulasse, als daß sie aus rituellen Gründen geschehen sei. Diese Bemerkung erscheint uns so unglaublich, daß wir zunächst den authentischen Wortlaut des Erkenntnisses abwarten möchten.

Vom „verjudeten" Freimaurerthum. Der antisemitische Verein „Christenschutz" in Aachen hat dem in Trient tagenden Antifreimaurer-Kongreß folgende Depesche übersandt:

„Comite des 1. Antifreimaurer-Kongreß
Grafen Consolati,
Trient.

Der aachener Verein Christenschutz drückt dem 1. Antifreimaurer-Kongreß zur Bekämpfung des von Juden geleiteten Freimaurerthums seine Zustimmung aus.
Der Vorstand."

Die große Mehrheit der Freimaurerlogen ist bekanntlich den Juden ganz und gar verschlossen. Trotzdem soll das Freimaurerthum unter jüdischer Führung stehen! Ein echt antisemitischer Scherz.

Zur Wahl Iskrauts in Berlin. Der antisemitische Stadtverardnete Franz Pretzel übersandte Berliner Blättern falgende Resalutian:

„Der Parochialverein in der Sophiengemeinde spricht in seiner Sitzung vom 24. d. Mts. den Gemeindekörperschaften sein Einverständniß mit der getroffenen Wahl der 3. Predigerstelle aus und erwartet, daß der Gemeindekirchenrath und die Vertretung mit Energie die Bestätigung betreiben und dieses umsomehr, weil von den verschiedenartigsten Elementen innerhalb der Gemeinden allerhand Versuche gemacht werden, Unterschriften für Proteste gegen die Wahl zusammen zu bringen. Wir bedauern, daß hieran auch die Gemeindeschwestern betheiligt sind."

Hierzu schreibt die „Kreuzztg.": „Ohne weiter auf den Inhalt dieser Resalutian einzugehen, bemerken wir nur, daß sie die Richtigkeit unserer Behauptung beweist, die Wahl Iskrauts werde keine friedsame Frucht schaffen, sandern Unfrieden und Verwirrung in die kirchlich-pasitiaen Kreise hineintragen."

Aus dem Großherzogthum Hessen, wa sich alle politischen Kreise augenblicklich zu den Landtagswahlen rüsten, berichtet „das Valk" aam 30. Sept., daß in Darmstadt der bisherige Vicepräsident der 2. Kammer, der „Jude Walfskehl" seitens der Natianalliberalen als Kandidat aufgestellt worden ist. Das christlich-saziale Blatt ist entrüstet darüber, daß der Oberkansistarialrath Buchner und der christliche Buchhändler Waitz in einer Wahlversammlung für Walfskehl eintreten und „sich zu Hilfstruppen bei der Wahl eines Juden hergeben."

Wenn die Nationalliberalen Hessens einem Israeliten ein Mandat anvertrauen, wird er wahl des Mandats würdig sein. Nicht der „Jude" Walfskehl sall gewählt werden, sandern der Bürger und Palitiker gleichen Namens. Daß christliche Männer wie die Herren Buchner und Waitz für ihn wirken, gereicht ihnen ebensa zur Ehre wie der hämische Angriff des „Valk", das unter dem Redakteur Dietrich a. Oertzen keine feinere Tanart gelernt hat.

Ein antisemitisches Flugblatt. Der Verwaltungssekretair Hugo Steinbeck und Genassen, Varsitzende des deutsch-sozialen Refarmaereins in Hagen, wurden am 13. Mai 1896 aam Landgericht Hagen wegen Beleidigung zu Strafe verurtheilt. Die Angeklagten verbreiteten zu Weihnachten 1895 in Hagen ein Flugblatt, in dem die christlichen Einwahner aar Einkauf der Weihnachtsgeschenke bei Juden gewarnt wurden. Das Gericht glaubte die im Allgemeinen gegen die Juden gerichteten Beleidigungen auf die in Hagen wahnenden jüdischen Geschäftsleute beziehen zu sollen. Dagegen richtete sich in erster Linie die Reaisian der Angeklagten gegen das Urtheil, da eine begründete Veranlassung zu einer derartigen Beziehung nicht varliege. Das Reichsgericht verwarf die Revisian, da dieselbe sich gegen die thatsächliche Beweiswürdigung richte.

Aus dem judenreinen Sachsen. Eine Gemeinde bei Dresden hat das Zerschlagen aan Straßensteinen an zwälf „mindestfardernde Schulkinder" aergeben. Während sanst Erwachsene für einen Kubikmeter Steine 3 Mk. erhalten, wird diesen Kindern für dieselbe Leistung nur 1,30 Mk. bezahlt, sa daß sie bei ihrer gefährlichen und schweren Arbeit in der Stunde sechs bis sieben Pfennig aerdienen. Auch müssen sich die Kinder die zur Arbeit gehörige Schutzbrille auf eigene Kasten beschaffen!

Der „Westfäl. Hausfreund", eine Beilage mehrerer kleinerer westfälischer Zeitungen, hat sich jüngst einen antisemitischen Angriff geleistet, der an den Pranger gestellt zu werden verdient. Am 20. Sept 1896 erzählt das Blatt, daß eine Lemberger Jüdin in Kissingen aus Versehen einen Brief hat liegen lassen, in dem ihr Mann ein paar Frechheiten gegen die Christen geschrieben hat. Man muß den niedrigen Kulturgrad dieser Art van galizischen Juden kennen, um die Unaerschämtheit dieses Einzelnen aerstehen und nach Gebühr ablehnen zu können. Jetzt kammt die beliebte Verallgemeinerung Seitens dieses Dasbach'schen Blattes:

„Dieser Fall steht übrigens nicht vereinzelt da, tagtäglich kann man in der jüdischen Presse Ausfälle gegen die christliche Religion und christliche Einrichtungen lesen. Die liberale Judenpresse wird mit jedem Tage unverschämter und frecher."

Den Schreiber dieser Infamie fragen wir: Wa sind die tagtäglichen Ausfälle gegen die christliche Religian? Welches „Judenblatt" wird tagtäglich unaerschämter und und frecher?" Heraus mit der Sprache! Er könnte „tagtäglich" ein Wart Windharsts auswendig lernen, der am 20. Naaember 1880 im preußischen Abgeordnetenhause sagte:

„Einer der Hauptpunkte, warüber die Juden sich beklagen können, ist nach meinem Dafürhalten der, daß man, wenn ein einzelner Jude ader eine Mehrzahl van Juden, ein Theil derselben etwas gethan hat, was mit Recht gerügt werden muß, daß man dies aerallgemeinert und generell hinstellt, als ab es die ganze Judenschaft träfe. Das ist grundaerkehrt und grundverletzend. Wenn man Klagen über Einzelne oder über einen Theil hat, sa sall man die Einzelnen und diesen Theil kankret fassen, aber niemals die Sache generell hinstellen und die ganze Judenschaft aerletzen, unter der es die allerehrenwerthesten Menschen giebt."

Dr. Lueger beginnt nachgerade auch seine Freunde zu enttäuschen. Daß er im Gefalge der Klerikalen marschirt und von den Nationalen nichts wissen will, hat „Freidtschl." arg verschnupft. Das Blatt sagt (25. Sept.): „Es muß endlich mit einer bereits lieb gewardenen Täuschung gebrachen werden: In den Händen der Gefalgschaft Luegers scheinen die Angelegenheiten des Deutschthums nicht gewahrt zu sein, wie sie dessen nur zu dringend bedürften." Namentlich weil er in Budweis den Beifall der Tschechen gefunden, eifert das Blatt gegen ihn und einen seiner Anhänger Dr. Wesselsky:

„Das „Arierthum", das „Oesterreicherthum" will nämlich mit — den — Tschechen — zusammengehen!!! Kann man sich dabei vom deutschen Standpunkte aus irgend etwas denken??? Kann man es sich vom deutschen Standpunkte aus denken??? Es ist aber nie und nimmer auch nur für — „österreichisch" zu halten, oder man muß eben ein unklarer Kopf vom Schlage Dr. Wesselskys sein. — Die Leute erinnern etwas an Antisemiten bei uns, die früher sogar mit den Polen zusammengehen wollten, wenn nur gegen die — Juden! Ein jetzt bei uns wohl glücklich überwundener Standpunkt!"

„ . . . Aber Schlimmeres bleibt von den Antisemiten unter Luegers Führung zu melden. Nicht nur Böhmen und weit mehr noch geben sie den Tschechen preis — denn das wird der thatsächliche Erfolg und das Ende vom Liede sein —, sondern auch in Wien, der alten deutschen Kaiserstadt, gehen sie mit den Tschechen zusammen!!! Da ist das Ende weg!"

Auch die „Tgl. Rundsch.", die früher für den Valkstribunen Wiens schwärmte, schreibt:

„Dr. Lueger hat damit gezeigt, wie viel man von seiner deutschen Gesinnung zu halten hat. Die Deutschnationalen schärferer Richtung sehen sich, früher als sie glaubten, vollständig gerechtfertigt wegen ihres Mißtrauens gegen Dr. Lueger und dessen christlichsozialen Anhang."

Vermischtes.

Ein arischer Bankier. Einen recht häßlichen Streich hat der Bankier Paul Behrend in Berlin den antisemitischen Blättern gespielt, welcher am 22. d. M. zu vier Jahren Gefängniß wegen Unterschlagung und Betrug aerurtheilt wurde. Der Staatsanwalt hatte erklärt, daß das Geschäftsgebahren des Angeklagten in höchstem Maße aerwerflich wäre, denn er hätte in ehr- und gewissenlaser Weise mit dem Gelde fremder Persanen, welches die mühsam ersparten Graschen kleiner Leute darstellte, gewirthschaftet. Wie schän hätte sich der Name Behrend verwerthen lassen, um nach bewährtem Muster auf die jüdischen Bankiers zu weisen! Und da spielt den Herren der Inhaber eines sa schän jüdisch klingenden Namens den Streich, einen seiner ärmlichen Klienten, die ihn wiederhalt ängstlich darauf hingewiesen (s. Vassische Zeitung aom 23. 9.), daß sie Tag und Nacht

mit ihrem Manne „geschuftet“ habe, um sich etwas zu ersparen, stolz zu erklären: „Sie haben bei mir ja gar nichts zu riskiren, ich bin doch kein Jude!“ Und dabei war dies die Wahrheit!

Die Wirkung der Taufe — so schreibt der „Vorwärts“ (1. Oktober) — hat sich vor kurzem so glänzend bewiesen, daß wir unseren Lesern den merkwürdigen Fall nicht vorenthalten wollen. An einer hiesigen Gemeindeschule hospitirte seit langer Zeit eine jüdische Lehrerin, welche unverdrossen jahraus jahrein auf ihre Anstellung wartete in der Hoffnung, daß wenn ihr endlich das Glück der Anstellung blühen sollte, der Magistrat über die Ueberschreitung der Altersgrenze hinwegsehen würde. Da plötzlich kam das Reskript des Provinzial-Schulkollegiums bezw. des Kultusministers, wonach jüdische Lehrerinnen fortan nur angestellt werden dürfen, wenn das Bedürfniß vorliegt, die Lehrkräfte für den jüdischen Religionsunterricht in den Gemeindeschulen zu vermehren. Der betreffenden Dame wurde von der Schuldeputation der Rath gegeben, von einem weiteren Hospitiren an den Gemeindeschulen abzusehen, da es nach Lage der Sache nunmehr aussichtslos sei, daß sie eine Anstellung als Lehrerin erhielte. Im vorliegenden Fall scheint es sich um eine sehr resolute, die Forderungen des Tages begreifende Dame zu handeln, denn nach wenigen Wochen erhielt die Schuldeputation ein erneutes Anstellungsgesuch, dem die pfarramtliche Bescheinigung beigelegt war, daß die Dame in die evangelische Glaubensgemeinschaft aufgenommen sei. Die Schuldeputation beschied die Lehrerin dahin, daß sie erst den Befähigungsnachweis für die Ertheilung des evangelischen Religionsunterrichts beibringen müsse, ehe ihrem Gesuch näher getreten werden könne. Nach einige Wochen und die Neubekehrte konnte auch diese Forderung erfüllen, indem sie eine Prüfung über ihre Fähigkeit zur Ertheilung evangelischen Religionsunterrichts bestand, welche ihr ein sehr befriedigendes Zeugniß einbrachte. Nunmehr konnten Schuldeputation, Magistrat und Stadtverordnete nicht länger widerstehen, und seit heut fungirt die Dame als wohlbestallte Lehrerin an einer Berliner Gemeindeschule.

Der ehemalige Pastor Rauh in Cladow ist am 28. September von dem Stettiner Schwurgericht wegen Unterschlagung von 43 000 Mk. ihm amtlich anvertrauter Kirchengelder, Urkundenfälschung zc. zu sieben Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldete jüngst aus Lauffen a. N., ein elegant gekleideter Reisende „anscheinend Israelit“ habe eine Reihe von Privatleuten beschwindelt. Wir sind der Meinung, daß ein derartiges Signalement nur gewisse Vorurtheile bestärken kann. Fügt doch die „Staats.-Ztg.“ vom 26. Sept. nach Wiedergabe der Schwindeleien hinzu: „Allerdings echt jüdisch.“ Ein amtliches Blatt müßte zu gut für antisemitelnde Tendenzen sein.

Protestanten und Juden ausgeschlossen. Die österreichische Ortsgemeinde Kapitz hat die Stelle eines Kommunalarztes ausgeschrieben und die Bedingung aufgestellt, daß nur „christlich-katholische und deutsch-nationale Bewerber“ berücksichtigt werden. Gegen diese Konkursausschreibung wurde von der israelitischen Kultusgemeinde die Beschwerde an die Bezirkshauptmannschaft geleitet. Die Bezirkshauptmannschaft hat nun den diesbezüglichen Beschluß der Gemeindevertretung von Kapitz wegen der erwähnten Bedingungen, die eine Verletzung der Staatsgrundgesetze involviren, sistirt und die Ausschreibung eines neuen Konkurses angeordnet.

Lehrbefugniß eines evangelisch-katholischen Lehrers. Nach einer Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ ist die Anstellung eines Schulamtskandidaten des höheren Lehrfachs an der höheren Privatknabenschule zu Jüterbog von der Regierung zu Potsdam nur mit der Maßgabe gestattet worden, daß derselbe nicht in Religion, Deutsch, Geschichte und Singen unterrichten darf, und zwar deshalb, weil er der „freien evangelisch-katholischen Gemeinde“ zu Königsberg i. Pr. angehöre!

Der „Reichsbote“ vom 22. Sept. hat für die Beschränkung der Lehrbefugniß kein Wort des Tadels, sondern benutzt die Gelegenheit, um die jüdischen Lehrkräfte Berlins als unfähig hinzustellen, „über die Annahme des Christenthums durch die Deutschen, die kirchlichen Verhältnisse des Mittelalters, die Kreuzzüge, die Reformation, das christliche Glaubensleben der Neuzeit“ zu unterrichten!

Warum hat der „Reichsbote“ das Singen vergessen? Jener evangelisch-katholische Schulamtskandidat darf ja auch in Gesang unterrichten. Weshalb sollten die Juden etwas voraus haben? Leidet nicht die Moral der christlichen Kinder darunter, wenn ein jüdischer Lehrer die Kinder singen läßt? U. A. w. g.

Ueber Weinverfälschung in Deutschland schreibt Paul Wagener in einer Studie über den Wein (Voss. Ztg. 20. Sept. 96): „Man bestrafte seine Verfälschung aufs strengste. Das Oberingelheimer Weisthum enthält eine Verordnung gegen eine Frau, die Wein mit Alaun verfälscht und dann verkauft hatte: „Man soll die Frau nicht am Leben strafen, aber vor versammeltem Gericht soll sie von dem verfälschten Wein trinken. Ist die Sache unschädlich, dann schadet es ihr nicht, ist sie schädlich, so geschieht ihr Recht.“ Strenger war man in Köln a. Rh., wo 1427 zwei Weinhändler als Weinfälscher öffentlich an den Pranger gestellt, gebrandmarkt und mit Ruthen aus der Stadt gepeitscht wurden. Die württembergische Regierung ließ sogar 1706 einen Küfer von Eßlingen, weil er durch seinen bösartigen Wein mehrere Menschen vom Leben zum Tode gebracht hatte, „zur wohlverdienten Strafe und andern zum Exempel“ in Stuttgart mit dem Schwerte hinrichten. Schon im 15. Jahrhundert warnt ein süddeutsches Gedicht „Der Ring von Wittenweiler“ in einem „Wie der Trunk sein soll“ überschriebenen Theile vor dem Trinken gemachten Weins.“

Nach der Auffassung der Antisemiten sind bekanntlich die Juden die Weinfälscher par excellence.

Ritualmord in Rußland. Von der Moskov'schen Sekte erzählt der „Globus“ (1873 Bd. 23 S. 85):

„Wenn ein Mädchen ein Kind geboren hatte, so wurde dieses in einer nicht näher bekannt gewordenen Weise mit einem achtarmigen Kreuze getauft und hinterher geschlachtet. Blut und Herz vermischte man mit Mehl und spendete diese Mischung, die man als Abendmahl bezeichnete, als Blut des Lammes Gottes.“

Die Agrar-Konferenz in Budapest, an der auch deutsche Agrarier theilgenommen haben, erhält nicht den Beifall der „Kreuzztg.“ Sie schreibt:

„Selbst nach den uns vorliegenden ausführlichsten Berichten will es uns scheinen, als ob der Verlauf des Kongresses nicht das gehalten hat, was man sich wohl verschiedentlich von ihm versprochen hatte.

Das ist aufrichtig und ehrlich, wenn es auch die „Deutsche Tagesztg.“ doppelt verschnupft. Dieses Blatt hatte nämlich den Kongreß überschwänglich als einen agrarischen „Sieg auf der ganzen Linie“ bezeichnet. Diesem urtheilslosen Ueberschwang thut natürlich der kalte Wasserstrahl aus der Nachbarschaft besonders weh. Der Schmerz der „Dtsch. Tgsztg.“ wird noch dadurch vergrößert, daß die „Kreuzztg.“ die Berichte der „Frankf. Ztg.“ abdruckt, während sie in bewährter Unehrlichkeit behauptet hatte, die nichtagrarische Presse suche den Kongreß todtzuschweigen.

Ein neuer antisemitischer Dichter, Ernst Keil, sonst „Philosoph“ Dühring'scher Richtung, ringt mit den

Herrn Liebermann v. Sonnenberg, Hans von Mosch, E. Schwechten um die Palme. Im „Mod. Völkergeist" (Sept. S. 140) besingt er „Edles Deutschthum" mit den fürchterlichen Versen:

> Freiheit für die Arier! Gleichheit
> Nur für Gleiche! Prüft das Blut!
> Reichthum, Armuth, allzu ungleich.
> Ist für Arier nicht gut!
> Nur gerechte Freiheit ohne
> Heuchlerische Judenbrut!

Eine Frage, Herr Keil! Wie kann man das Blut „prüfen", ohne es abzuzapfen, also ohne — Ritualmord?

Schiller hatte sich, während er in der Volksakademie zu Stuttgart studirte, innig an einen Mitschüler, Namens von Scharffenstein angeschlossen. Seine enthusiastische Natur neigte sich zu überschwänglicher Freundschaft, sein „Don Carlos" ist der ewige Zeuge dafür.

Der Aesthetiker Gustav Portig sagt in seinem umfangreichen Buche „Schiller in seinem Verhältniß zur Freundschaft und Liebe" (Hamburg, 1895):

„Ja, man muß geradezu auf der Höhe der modernen Kultur stehen, man muß womöglich mit ganzer Seele germanisch empfinden, um den Reichthum der Liebe und der Freundschaft auch nur fassen, geschweige denn geben zu können!

Jakob Minor, der Wiener Professor und Schiller-Biograph, ist anderer Ansicht. Er zieht zum Vergleich die Bibel heran und sagt („Schiller, Leben und Werke" I, 154)

„Die Urbilder hoher Freundschaft, von welchen das Alterthum und die Bibel erzählt, standen Schiller vor Augen, als er sich in Scharffenstein einen Freund für die Unsterblichkeit erkor. Als David und Jonathan, wie sie die Bibel schildert und Klopstock in einem herrlichen Wettgesang ihre Zärtlichkeit austauschen ließ, kamen sich die beiden akademischen Freunde vor, und als dieses Freundschaftsband gelockert wurde, suchte Schiller nicht bei dem großen, herrlichen Freund, sondern in der Lektüre der Bibel, bei David und Jonathan Trost!"

Aus Rußland. In der vorletzten Nummer unseres Blattes haben wir einen Aufsatz der „St. Petersburskija Wjedomosti" veröffentlicht, der die auch in minder befangenen Kreisen geglaubte Bezichtigung, daß die russischen Juden sich mehr als die übrige Bevölkerung dem Militärdienst entziehen, an der Hand unbezweifelbarer Ziffern widerlegt. In dem gleichen Zusammenhange beschäftigt sich das genannte hochangesehene Blatt unter der Ueberschrift „Lüge und Wirklichkeit" mit einer zweiten nicht minder häufig vernommenen Anschuldigung, deren Zurückweisung heute an aktueller Wichtigkeit nicht nur nicht eingebüßt, sondern gewonnen hat und deshalb weiteren Kreisen bekannt gegeben zu werden verdient. Diese Darlegungen, welche die Anklage, daß die Juden einen schädlichen Einfluß auf die Bauern und den Volkswohlstand überhaupt ausüben, gleichfalls auf Grund statistischer Daten behandeln, gipfeln nach der „Jüd. Presse" in folgenden Sätzen:

„Laut der offiziellen Statistik der Bodenkredit-Bank über die Jahre 1885—89 kauften die Bauern mit Hilfe dieser Bank in den 15 Bezirken des jüdischen Ansiedelungsrayons 470,299, in den 26 Gouvernements außerhalb des Rayons 698,307 Deßjatinen Boden. Innerhalb des Rayons stellte sich der Preis des Bodens auf 23,496675 Rubel, in den 26 anderen Gouvernements auf 26,789555 Rubel. Als Anzahlung auf diese Summen gaben die Bauern innerhalb des Rayons aus ihrer eigenen Tasche 5,154560 Rubel, in den anderen 26 Gouvernements 4,081709 Rubel. Aus diesen Zahlen ergiebt sich: 1) Der Grund und Boden, welchen die Bauern innerhalb des Rayons im Laufe jener 5 Jahre erworben, verhält sich zu demjenigen, welchen sie außerhalb desselben mit Hilfe der genannten Bank kauften, wie 672: 1000. 2) Dagegen verhält sich der Preis des Bodens innerhalb des Ansiedelungsrayons zum Preise des übrigen Bodens wie 877: 1000. 3) Die Summe der Anzahlung innerhalb des Rayons verhält sich zur Summe der Anzahlung außerhalb desselben gar wie 1264: 1000!! Berücksichtigen wir nunmehr die Zahl der Pächter, welche innerhalb des Ansiedelungsrayons wohnen, im Vergleich mit der Zahl derselben außerhalb dieses Rayons! Auf Grund der Angaben, welche die statistische Behörde über die Jahre 1884 und 1885 veröffentlicht hat, war i. J. 1885 die Anzahl der Bauern innerhalb des Rayons 22,904103, die Anzahl der übrigen Bauern dagegen 39,258982. Es verhielt sich also die Zahl der ersteren zu den letzteren wie 583: 1000. Es ergiebt sich demnach, daß sowohl der Preis als auch die Anzahlungssumme innerhalb des Rayons im Vergleich zu dem außerhalb desselben beträchtlich größer waren. Es wird gut sein, das Resultat dieser Betrachtungen genau zu fixiren. Da die Zahl der Bauern innerhalb des Rayons zur Zahl der andern sich wie 385: 1000 verhält, so hätten die ersteren nur 407,463 Deßjatin kaufen sollen, in der That aber kauften sie 470,299 Deßjatin, also 62,836 D. mehr. Nach der Berechnung, laut welcher der Preis für den Grund und Boden außerhalb des Rayons nur 26,789,655 Rubel betrug, hätte der Preis des Bodens, welchen die Bauern innerhalb des Rayons kauften, sich auf nur 15,618,369 Rubel stellen dürfen; in Wirklichkeit aber betrug er 23,486,795 Rubel, also 7,878,426 Rubel mehr. Desgleichen hätten, da die Bauern außerhalb des Ansiedelungsrayons nur 4,081,709 Rubel anzahlten, die Bauern innerhalb desselben auch nur 2,379,036 Rubel anzuzahlen brauchen. In der That aber zahlten sie 5,154,560 Rubel, also 2,774,524 Rubel mehr. Diese Zahlen beweisen schlagend, daß der Wohlstand der Bauern innerhalb des Ansiedlungsrayons bedeutend größer ist, als außerhalb desselben, d. h. die Juden üben nicht nur keinen nachtheiligen, sondern einen geradezu segenbringenden Einfluß aus. Dies bestätigt auch eine Vergleichung der Steuerverhältnisse innerhalb und außerhalb des Rayons, und zwar ergiebt sich auch hier eine Ueberlegenheit des ersteren. Wie die offiziellen Angaben des Finanzministeriums für die Jahre 1885—89 ausweisen, beliefen sich die rückständigen direkten Steuern innerhalb der 15 Gouvernements des Ansiedlungsrayons auf 36,041,590 Rubel, in den übrigen 25 Gouvernements aber auf 237,884,798 Rubel. Schon diese Ziffern sind lehrreich genug. Berechnet man diese Rückstände auf Grund der statistischen Angaben pro Kopf der Gesammtbevölkerung in den beiden Rayons, so entfallen in den 15 Gouvernements des Ansiedlungsrayons 26 Kopeken, in den übrigen 26 Gouvernements 83 Kopeken pro Kopf, also ein Verhältniß von 1: 3,08, oder mit anderen Worten: Die Steuerrückstände sind außerhalb des jüdischen Ansiedlungsrayons dreimal so groß, als innerhalb desselben. Endlich bewährt sich die Ueberlegenheit des Ansiedlungsrayons auch in der Sterblichkeits-Statistik, welche ja nicht nur durch die klimatischen und sanitären, sondern in gleichem Maße auch durch Wohlstandsverhältnisse bedingt ist. Nach den offiziellen Aufzeichnungen der Reichsgesundheits-Behörde kommen in den 15 Gouvernements innerhalb des Ansiedelungsrayons 29,8, in den übrigen Gouvernements 35,6 Todte auf 1000 Einwohner — sicherlich ein mehr als frappanter Unterschied, wie er zwischen den einzelnen Theilen eines und desselben Landes bei sonst gleichartigen Lebensbedingungen sich nirgends wieder findet!"

So erweisen die „St. Petersburger Wjed." von dreifachem Gesichtspunkte die bedeutsame Thatsache, daß der Wohlstand der nichtjüdischen Bevölkerung in den den Juden geöffneten Theilen des Reiches wesentlich größer ist, als in den ihnen verschlossenen, eine Thatsache, welche, wie das Blatt zum Schlusse hervorhebt, um so bemerkenswerther ist, da ja den Juden auch innerhalb ihres Ansiedelungsrayons die volle Entfaltung ihrer Erwerbsthätigkeit durch gesetzliche Bedingungen erschwert ist. Hieraus ergiebt sich von selbst der Schluß, daß dem Volkswohlstande noch ungleich höherer Segen erwachsen würde, wenn der jüdischen Bevölkerung die Möglichkeit geboten wäre, an dem Wettbewerbe auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs Antheil nehmen zu dürfen." C.

Das judenreine Spanien. Aus Spanien berichten die „Hamb. Nachr.": „Von 1875 bis 1895, also in einer Zeitspanne von 20 Jahren, hat der Fiskus in Spanien 198475 Grundstücke beschlagnahmt, deren Eigenthümer nicht im Stande waren, die darauf lastenden Steuern zu entrichten. Die Grundstücke gehörten zumeist kleinen Bauern, die infolge der bestehenden hohen Bodensteuern und des in Spanien grassirenden Wucherwesens ins Elend gerathen sind. — Der größte Theil der beschlagnahmten Grundstücke liegt brach da und bringt weder dem Staate noch irgend wem was ein." — Also an 2 Millionen Grundeigenthümer sind ruinirt.

Briefkasten.

Dr. W. F. in B. Sie haben Recht. Das längst eingegangene „Deutsche Volksrecht" Dr. Böckels schrieb am 17. Sept. 1895:

„Während Böckel in aufreibendem Kampf stand, wurden ihm seine besten Hilfsquellen in Berlin genommen; 1893 war es gelungen, 10000 Mark, die in Berlin eigentlich ganz für Dr. Böckel und dessen Wahlkreise in Hessen bestimmt waren, in den Wahlfond nach Dresden hinüber zu leiten. Die Nummer 20 bis 22 der „D. W." („Deutschen Wacht") vom Jahre 1893 geben darüber annähernd Auskunft. Das schamlose Intriguenspiel, welches Herr Zimmermann hinter dem Rücken seines Freundes Böckel trieb, findet nur sein Gegenstück an seinem Verhalten zu Sacher-Masoch, welches bekanntlich gerichtsseitig als „doppelzüngig" bezeichnet wurde. Trotzdem ist Herr Zimmermann ein ehrlicher Deutscher und frommer „Christ"!!!" Die Details entziehen sich unserer Kenntniß!

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 18.

☛ Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post. ☚

Nr. 41. Berlin, den 10. Oktober 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**, zu richten.

Eine „recht kräftige Lebensäußerung“ des Antisemitismus.

Von befreundeter Seite ist uns das nachfolgende Schriftstück übermittelt worden:

Vertraulich!

Geehrter Herr Gesinnungs-Genosse!

Nächster Tage erscheint eine **Probe- und Agitations-Nummer** der **„Deutsch-Sozialen Blätter“** in **doppelter Stärke und besonders guter Ausstattung.** Dieselbe wird die **wohlgelungene Wiedergabe eines alten Kupferstiches, den von Juden im Jahre 1475 an den Knaben Simon zu Trient verübten Blutmord darstellend, bringen.**

Es haben für diese Nummer **eine Reihe hervorragender Partei-Größen** Aufsätze geliefert, so z. B.: die Herren Theodor Fritsch, Dr. E. Bischoff u. s. w. Ferner sind in Aussicht genommen worden Beiträge von Herrn Dr. Stille, der Herren Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. P. Förster, Rechtsanwalt Dr. Vielhaben, Pastor Iskraut u. s. w.

Gegenüber den planmäßigen Ausstreuungen der gegnerischen Presse, die den Antisemitismus als in unaufhaltsamem Niedergange begriffen hinstellen, wäre es zweckmäßig, wenn wir wieder einmal eine recht kräftige Lebensäußerung durch massenhafte Schriften-Verbreitung von uns gäben. — Zu einem solchen Agitations-Zwecke ist die erwähnte Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter“ besonders geeignet und wir dürfen daher wohl hoffen, daß auch Sie, geehrter Herr Gesinnungs-Genosse, uns bei Verbreitung derselben helfen werden.

Mit deutschem Gruße

Der Herausgeber: M. Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R. Berlin.

Der Verleger: Herm. Beyer, Leipzig.

Bekanntlich hat der erste Gewährsmann des oben erwähnten „Ritualmordes“, der 1654 verstorbene Arzt Hippolyt Guarinoni in Hall erst 1619, also 157 Jahre nach der Verübung (!) die Geschichte von alten Leuten gehört. L. Steub sagt in seinen „Altbayrischen Kulturbildern“ (Leipzig 1869) ganz kurz: „Ins Jahr 1462 wird der Martertod des kleinen Andreas von Rinn, des Heiligen von Judenstein bei Hall, verlegt, eine E r f i n d u n g, deren Ruhm noch jetziger Meinung dem Haller Domenarzt Hippolyt Guarinoni, einem 1654 verstorbenen Italiener gebührt!“.

Aber was genirt das die antisemitischen Führer! Ohnehin wenig skrupulös in der Wahl der Agitationsmittel, schrecken sie auch vor einer so verwerflichen Reklame nicht zurück. Gleich den Jahrmarktsgauklern, welche die schaulustige Menge durch Bilder von Mordthaten anzulocken suchen, lassen die antisemitischen Agitatoren ihr: „Immer rran, meine Herrschaften!“ ertönen. Die irregeleiteten Massen werden allmählich der ihnen vorgesetzten Kost überdrüssig und so muß ihnen denn etwas recht „Gepfeffertes“ geboten werden.

Diese Ritualmord-Bild-Reklame ist übrigens nicht geistiges Eigenthum des Herrn Liebermann von Sonnenberg; der „Chefredakteur“ (wie er sich jetzt nennt) Sedlatzek hat das Bild schon an der Spitze der Nr. 67 seines „Generalanzeiger“ vom 19. August gebracht. Jetzt soll es also das „wissenschaftliche“ Zentralorgan der antisemitischen Partei zieren. Außerdem sollen Beiträge hervorragender Parteigenossen, unter denen wir Ahlwardt vermissen, die angekündigte Prachtnummer füllen.

Zu welchem Zwecke der ganze Apparat? Um zu zeigen, daß der Antisemitismus nicht im „Niedergange“ begriffen sei! Nun, wir meinen, daß, wenn irgend etwas den weniger numerischen, als moralischen Niedergang der antisemitischen Bewegung darthut, es diese „recht kräftige Lebensäußerung“ ist. Und deshalb haben wir geglaubt, sie niedriger hängen zu sollen.

Protestantenhaß in Frankreich.

Die Protestanten Frankreichs spielen in der Vorstellung gewisser protestantenfeindlicher Kreise die Rolle, die bei uns die Juden spielen. Sie sind die Prügelknaben und stehen im Verdacht, durch geheime Machenschaften die Regierung an sich reißen zu wollen. Sie sollen wie ein Staat im Staate sich fest aneinanderschließen und insgeheim gegen den Katholizismus kämpfen. Der letzte antiprotestantische Vorstoß geschah im „E c l a i r“ am 22. Sept. und in seinem „Die protestantische Frage“ überschriebenen Leitartikel schreibt der katholische Heißsporn G e o r g e s T h i é b a u d:

Im „Figaro“ vom 8. September hat ein kleiner Artikel meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Es wurde darin, nicht ohne treffenden Kommentar, die Ernennung des Pastor Steeg zum Direktor der höheren Töchterschule zu Fontenay an Stelle des Herrn Pécaud, der ebenfalls protestantischer Pastor ist, angezeigt.

Vor kaum zwei Jahren wäre diese Ernennung unbemerkt vor sich gegangen, wie die Hunderte von Ernennungen unbemerkt blieben, welche dieser vorangingen, wie ferner das ganz unglaubliche Hervordrängen der Protestanten unbemerkt geblieben ist, welches sich seit zwanzig Jahren in der ganzen innern und äußern Verwaltung, der Diplomatie, dem Richterstand, dem Lehramt und überhaupt in der ganzen Politik der sogenannten republikanischen Partei vollzogen hat, welche, genau betrachtet, nichts anderes ist als die a l t e P a r t e i d e r H u g e n o t t e n.

Allein man beginnt jetzt, sich mit der Sache zu beschäftigen und hier und da Notiz zu nehmen von der Wirkung des stets zunehmenden Eindringens des kalvinistischen Elements in unsere öffentlichen Angelegenheiten.

So wurde die Ernennung des Herrn von Selves, eines Hugenotten und Neffen des Herrn von Freycinet, auch eines Hugenotten, zum Seine-Präfekten bemerkt und besprochen.

So wurde die Ernennung des Herrn Laroche, eines Hugenotten zum Generalresidenten Madagascars, das wir eben erst dem englischen Protestantismus abspenstig gemacht hatten, der Gegenstand von Bemerkungen, lebhafter Kritik und heftigen Tadels.

Ich wage nicht zu sagen, daß ich der erste war, denn man ist nie der erste, aber ich war einer der ersten, der dem Publikum gezeigt hat, in welch seltsamer Lage sich ein Land und eine Regierung befinden, die hinter den Kouiissen durch jenen religiösen Einfluß regiert werden. Für die, die mir haben zuhören wollen, habe ich nur mit dem Finger ein paar geheime Triebfedern des gegenwärtigen Regimes berühren wollen, sowohl von äußeren Gesichtspunkten aus wie vom Standpunkt des Feldzuges aus, der in Frankreich, einem katholischen Lande, unbegreiflicherweise gegen den französischen Katholizismus unternommen worden ist.

Die einfache Wahrheit, die aus den Beobachtungen und Statistiken sich ergab, die ich zu popularisiren mich bemühte, stellt sich wie folgt dar: Wir haben nur den Klerikalismus gewechselt, der Kampf für die sogenannte Verweltlichung, die sogenannte Neutralität, die sogenannte Freiheit im Unterricht und anderswo ist nichts als eine heuchlerische und erschlichene Einsetzung des protestantisch-deutsch-englischen Klerikalismus an Stelle des römisch-katholischen Katholizismus.

Ich erinnere mich noch, wie sehr es das Publikum als Ueberraschung auffaßte, als es erfuhr, die 3 Generaldirektoren des sog. neutralen Unterrichts seien eifrige Protestanten.

In der That, für den Elementarunterricht war es Buisson, mehr oder weniger protestantischer Schweizer; für den höheren Schulunterricht Rabier, auch Protestant — für den höheren Unterricht Liart, der auch protestantischen Ursprungs ist.

Neben diesen drei Anabaptisten, die die gesammte Lehrerschaft Frankreichs unter ihrer Schneide halten und die die Minister ihrer geheimen Abhängigkeit unterwarfen, hatte sich eine ganze Anzahl Hugenotten in die meisten Direktorstellen von Schulen für den höheren Unterricht eingeschlichen, um bequem bei der Zusammensetzung und religiösen Orientirung des Lehrpersonals präsidiren zu können.

Von den Fakultäten der Universität bis zu jener höheren Töchterschule, in der Steeg Herrn Pécaud ersetzt, war und bleibt alles in den Händen der Hugenotten. Selbst für die Gewerbeakademie hätte man lieber einen protestantischen Direktor ausgewählt.

Was Pastor Steeg anbetrifft, so hatte er sich mit Billigung seiner Glaubensgenossen ein wichtiges Amt zugelegt, wichtig durch den Einfluß, den er auf den Unterricht und die religiöse Richtung der Kinder ausübt.

Er richtete Schülerbibliotheken ein, wählte nach seinem Geschmack die Lehrbücher und stempelte sie mit dem Stempel der Orthodoxie.

So wandelte er das Ministerium des öffentlichen Unterrichts in eine weite kalvinistische Offizin um, die unmerklich in den Schülerschaaren, die Keime der neuen Staatsreligion verbreiteten, die die sog. republikanische Partei blöder Weise auf den Thron gehoben an Stelle der alten nationalen Religion der sehr großen Majorität der Franzosen.

Wenn ich sage „Staatsreligion“, so übertreibe ich keineswegs.

Im Ministerium des Aeußeren, das natürlich am meisten von der hugenottischen Klique umstürmt wird, die ihrer alten fixen Idee treu blieb, Frankreich in die Bahn der angelsächsischen Rassen und damit in den Heerbann Englands und Preußens zu bringen, gab es eine Zeit, wo fast alle großen Gesandtschaften von Protestanten besetzt waren, wo die politischen Hauptposten Kalvinisten anvertraut waren, wo die Archive von kalvinistischen Hütern bewacht waren, wo Kandidaten, die die Diplomaten- oder Konsulatscarriere einschlagen wollten, ein ewiges unerklärliches: Non possumus erfuhren, dessen offiziöse Erklärung die wäre: „Ihr seid nicht Protestant! Hm, ja, wenn Sie Protestant wären.“

Während die sog. republikanische Partei — die eingesargt ist in der Kammer und im Senat durch Protestanten, und die nie ein einziges Ministerium aufgestellt hat, ohne daß nicht ein starkes Kontingent von Hugenotten darin war — derart das Land prellt, bemächtigt sich der exklusive, herrschsüchtige und sektirerische Protestantismus mit seinen Guitarrenklängen von religiöser Duldung, Freiheit des Gewissens und des Laienelements, der politischen Leitung Frankreichs und legt sein eigenartiges theokratisches Regiment Millionen von französischen Katholiken auf, die sich nicht den lächerlichen Prozeß erklären können, den man mit ihnen seit den Tagen dieser Regierung vorgenommen hat.

Durch wen wurde dieser Kampf begonnen und in unserem Lande unter der Maske der Republik und des freien Gedankens fortgesetzt? Durch Protestanten!

Jules Ferry, der religiöse Aechtungen vornahm, war mit einer Protestantin verheirathet; Floquet war mit einer Protestantin vermählt; Freycinet ist Protestant; Ribot, der das Zuwachsrecht geschaffen, ist mit einer Protestantin vermählt; Ricard, der Justizminister, ist bekanntlich Protestant; Trarieux, der die Gerichtshöfe seines Ressorts mit Hugenotten bevölkert hat, ist Protestant. 30 Namen von Ministern, die sich der Reihe nach bemüht haben, das Werk des religiösen Eifers, der Sektirerei und der systematischen Feindseligkeit zu vollenden, könnten hier in ihrer Eigenschaft als Protestanten nachfolgen. Diese bedeutet bei mir nichts Ungehöriges, aber sie beleuchtet die gegenwärtige Regierung und die religiöse Partei, die jene ausbeutet gegen die Majorität der Franzosen und gegen den nationalen Geist selbst. . . .

Noch eine ganze Reihe von Namen werden aufgezählt, um die Franzosen vor der protestantischen Ueberschwemmung zu warnen. Die Protestanten seien ein „Ferment der religiösen und politischen Zwietracht“ und wo Frankreich Kolonieen besitze, wolle der Protestant eine Rolle spielen. Und Gearges Thiébaud schießt seinen Kampfartikel mit der Aufforderung, sich von dem protestantischen Joch freizumachen.

Die Parallele mit den Juden in Deutschland springt in die Augen. Derselbe Gedankengang, dieselben Klagen, dieselbe Besorgniß, dieselbe Auffarderung. Und doch stehen wir hier nur vor der alten Erscheinung, daß eine Majorität stets dieselbe Kampfesmethode wählt, um eine unbequeme Minarität zu unterdrücken. Gerade das Auftauchen derselben Anklagepunkte in verschiedenen Ländern ist ein Beweis, daß sie jeder Begründung entbehren und immer nur Erzeugnisse einer von Haß getrübten Phantasie sind.

Fritz Reuter und Dr. M. Liebmann.

Man weiß, daß Fritz Reuter viele und intime Beziehungen zu Juden hatte und daß manche jüdische Typen in seinen Dichtungen auf diese Beziehungen zurückzuführen sind. Unlängst erschien ein neues Buch von Dr. Karl Theodor Gaedertz: „Aus Fritz Reuter's jungen und alten Tagen“, dem wir einen Brief, der für Reuter's Gesinnung ungemein charakteristisch ist, entnehmen. Während Reuter noch vollauf mit dem Bau und der Ausschmückung seines Poetenheims, der bekannten Villa Reuter bei Eisenach, beschäftigt war, wurde ihm durch Verleihung des Tiedgepreises eine Ehrung zu Theil, die ihn veranlaßte, ein in seiner Vaterstadt Stavenhagen zu errichtendes Krankenhaus zu unterstützen. Das war schon der Lieblingsplan seines verstorbenen Vaters, des Bürgermeisters, gewesen. Jetzt verwirklichte sich sein Herzenswunsch, und der Sahn hielt es für seine Pflicht, pietätvoll als einer der Ersten eine namhafte Summe beizutragen. Dieser schöne Charakterzug zeigt sich in dem folgenden inhaltsreichen Briefe an seinen alten Schulkameraden, den praktischen Arzt Dr. Michel Liedmann zu Stavenhagen:

Mein lieber theurer Bruder!

Weiß Gott, mit wahrem Schauder setze ich mich täglich an den Schreibtisch, um eine fast erdrückendende Korrespondenz abzuwickeln, aber heute Morgen ist es anders, heute Morgen ist es eine Freude für mich.

Wie ich aus den mecklenburgischen Zeitungen ersehen habe, habt Ihr Stemhäger einen langersehnten Wunsch meines verstorbenen Vaters, die Errichtung eines Krankenhauses, der Erfüllung nahe gebracht, und da wollte ich doch auch mein Scherflein beisteuern. — Der gütige Gott hat meine Schriftstellerei reichlich gesegnet, so daß ich nach menschlichem Ermessen wohl ohne Sorge in die Zukunft schauen kann, und nun läuft mir da gestern ein hübsches Goldfischlein in mein Netz, und das, denke ich, soll Euch für das Krankenhaus zu Gute kommen. Mir ist nämlich die große Ehre geworden, daß mir die deutsche Nation durch das Komitee der Tiedge-Stiftung in Dresden einen Ehrenpreis von 100 Dukaten übermittelt hat. Und von dieser Summe habe ich für meine liebe Vaterstadt die einliegenden 250 Rthlr. preuß. Cour. zu dem oben angeführten Zweck bestimmt, der Rest wird in ähnlicher Weise verwendet werden; ich halte es nämlich für Unrecht, eine solche ehrenvolle Gabe für Fleisch und Brod und Hosen und Röcke zu verwenden, wenn man's nicht gerade hochnöthig hat. Nicht weil Dein und Deines Schwiegersohnes Name in dem betreffenden Zeitungs-Artikel genannt wurde, sondern weil ich seit langen, langen Jahren Dein treues, ehrenvolles Wirken in Deinem Berufe und Deine Liebe und Freundschaft für mich kenne, sende ich diese Gabe an Dich. Dir, dem Juden, der in trübster Zeit, in Noth und in Tod treu zu mir gestanden hat, verdanke ich viel mehr, als manchem durch seinen Glauben aufgeputzten Christenmenschen.

Nun kommen sie, Viele, ach sehr Viele! Es sind die bravsten Leute und aufrichtigsten Freunde darunter; aber damals, als es Noth that, da hatte ich wirklich keinen, der mir so treu zur Seite stand, wie Du.

Nun grüße mir Deine liebe Anna von ihrem alten Onkel und von dessen Frau, streich' ihr in deren Namen das schöne Haar von der weißen, hohen Stirn, und dann geh' zu den Meinigen, grüß' sie ebenso warm und dann zu dem ehrenhaften, lieben Pastor Niederhöfer und dank ihm für seine Treue in meinem Namen.

So, nun, Ihr lieben Stemhäger Kinder, genießt es in Gesund-

heit — hätte ich beinahe gesagt, wenn's nicht für schwere, kranke Tage gesagt wäre. Dein alter Freund

Eisenach, den 24. März 1867. Fritz Reuter.

Der in dem Brief erwähnte Schwiegersohn ist der jetzt in Berlin lebende Sanitätsrath Dr. Neß, Gatte von Anna Liebmann. Ihr Vater war, wie Gaedertz dazu bemerkt, von Jugend auf mit Reuter befreundet gewesen, hatte mit ihm auf derselben Schulbank in Friedland gesessen und sich nachmals in Stavenhagen als praktischer Arzt niedergelassen. Zur Zeit, da Fritz Reuter von einer Festung zur anderen geschleppt wurde, tröstete Liebmann den armen Vater, und wenn letzterer sich in seinem strengen Sinn bitter und hart über seinen Sohn äußerte, dann war Liebmann derjenige, der den unglücklichen Freund warm in Schutz nahm.

Dr. Liebmann ist der Doktor So und So (im 3. Theil der „Stromtid", 43. Kapitel), welcher dem Notar Sluſ'uhr schriftlich bezeugt, daß die von Bräsig verabreichten Hiebe ihm nicht geschadet haben. Ein ähnliches Attest soll er wirklich einem „durchgeprügelten Stemhäger" ausgestellt haben. Seine Tochter, die, besonders schönes, blondes Haar hatte, das sie als junges Mädchen in langen Zöpfen trug, ist „de lütt Akzesser", auch „de lütte Anna", Luise Hawermanns Freundin, aus der Stromtid, wo es Kapitel 34 heißt: „De Vader von de lütte Anna was en Doktor, un en Titel hadd hei gar nich, äwer hei hadd wat Beteres. hei hadd en Hart för de Armuth." Damit stimmt die Erzählung eines hochbetagten Einwohners von Stavenhagen überein, daß bei Dr. Liebmanns Leichenbegängniß (Dezember 1874 oder Januar 1875) die Bürger hinter seinem Sarge gegenseitig zugerufen haben: „All tausamen, wie wi hier gahn, — schüllig sünd wi em all wat!" Das ist dies bezeichnend für sein aufopferndes uneigennütziges, segensreiches Wirken als Arzt und Mensch.

Den eben mitgetheilten Brief Reuters erhielt Theodor Gaedertz von dem Schauspieler Moritz vom Hoftheater in Oldenburg, einem Neffen des Adressaten und Mecklenburger von Geburt. Als Moritz, in Erfurt gastirend, einst einen Abstecher nach Villa Reuter machte, hieß es: der Dichter wäre nicht zu sprechen. „Sagen Sie, ein Neffe des Dr. Liebmann aus Stavenhagen überbrächte Grüße!" Und siehe da, Fritz Reuter empfing den Besuch auf's Herzlichste erkundigte sich eingehend nach dem Onkel, freute sich an den Talent des jugendlichen Mimen und rief lebhaft aus: „Süh, süh, dat is ja prächtig! Sie können noch ein zweiter Dawison werden!"

Zur Abwehr.

Auf dem nationalliberalen Parteitage sagte einer der Referenten Abg. Bassermann (nach dem Berichte der „Nationallib. Korresp."):

„Dem Bunde der Landwirthe gegenüber nehmen wir ebenfalls unsere volle Freiheit in Anspruch. **Wir verwahren uns** gegen den Gedanken der imperativen Mandate, **gegen die antisemitische Hetze** und gegen die zielbewußte Erregung von Unzufriedenheit der Bauern, insbesondere gegen die Versuche, uns zu spalten durch Verhetzung der Mitglieder des Bundes, die uns angehören. Wir erkennen an, daß die Landwirthe sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen. Wir wissen die nützliche Thätigkeit der Bezirksvorsitzenden des Bundes in West und Süd überall zu würdigen. Wenn aber die Berliner Leitung des Bundes überwiegend nur konservativ-**antisemitische** Wahlpolitik treibt, **so wehren wir dies ab.**

Es ist zu bedauern, daß der Parteitag in Konsequenz dieser Stellungnahme sich nicht gegen die Zugehörigkeit der Nationalliberalen zum antisemitischen Bund der Landwirthe erklärt hat.

Von Bad Salzbrunn in Schles. erzählt Dr. Lange's „Dtsch. Ztg." und nach ihr der übliche Troß der kleinen Antisemitenblätter, von den Juden sei dort im vorigen Jahre der Morgenchoral durch lautes Geschwätz gestört. Als man den jüdischen Gästen dieses Betragen verwies, wandten sie sich auch an die Brunnendirektion mit der Bitte, den Choral ungespielt zu lassen; auch hier sei dieser kecke Versuch ohne Erfolg geblieben.

Wir haben uns an die fürstlich pleßische Brunnen- und Bade-Direktion um Auskunft gewandt und die folgende Antwort erhalten:

„Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß eine Aufforderung, den Morgenchoral nicht mehr zu spielen, seitens der jüdischen Badegäste bei Unterzeichnetem nicht gestellt wurde."

Kammergerichtsrath Schröder, der Führer des Protestantenvereins, machte bei einem Feste, das seine Freunde und Gesinnungsgenossen ihm anläßlich seines Scheidens aus dem Justizdienst letzthin gegeben haben, in seinem Trinkspruch die folgenden Bemerkungen:

„Wenn es möglich geworden ist, daß die verfassungsmäßigen Organe einer Berliner Kirchengemeinde für Kanzel und Seelsorge einen Isskraut ins Auge fassen, dann ist das wahrlich der Beweis eines solchen Tiefstandes des kirchlichen Bewußtseins in Berlin, wie ein solcher gleich erschreckend für das politische Bewußtsein gewisser Kreise der Berliner Bürgerschaft in der Schilderhebung Ahlwardts zum Ausdruck gekommen ist. Vor solchen Erscheinungen muß man das Haupt verhüllen und wird gar von dem Gedanken bestürmt, ob in den zeitigen Formen des kirchlichen Lebens dieser Stadt nicht überhaupt die Mittel abhanden gekommen sind, wahrhaft christlich-kirchliche Grundsätze für unser kirchliches, nationales und soziales Leben noch zur Geltung zu bringen."

Ein jüdischer Bürger. Am 3. Oktober starb der Stadtverordnetenvorsteher und Ehrenbürger der Stadt Gleiwitz, Sanitätsrath Dr. S. Freund. Ueber den Lebenslauf des Verstorbenen berichtet der Gleiwitzer „Oberschlesische Wanderer" vom 4. Okt. folgendes: S. Freund wurde am 30. Juni 1823 in Neu-Berun als der Sohn unbemittelter Leute geboren. Als Knabe besuchte er das Königl. katholische Gymnasium zu Gleiwitz und studirte dann an der Breslauer Universität Medizin. Im Jahre 1850 erhielt er seine Approbation als praktischer Arzt und ließ sich bald darauf als solcher in Gleiwitz nieder, wo er bis zu seinem Tode geblieben ist. In seiner Thätigkeit als Arzt war er eine für unsere Stadt wichtige Persönlichkeit, denn seit mehr denn zwanzig Jahren war der Verstorbene Krankenhausarzt und seine Wirksamkeit für die Regelung des kommunalen Krankenhauswesens ist eine ganz bedeutende gewesen. Geradezu einzig in ihrer Art aber steht die Art und Weise da, wie der Verstorbene sich dem Kommunaldienst unserer Stadt gewidmet hat, wie er, kann man mit gutem Gewissen sagen, in der Arbeit für das Wohl seiner Vaterstadt mit Leib und Seele aufgegangen ist. Seit 1855 Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums und seit 1865 Stadtverordneten-Vorsteher hat er seit dieser Zeit den größten Theil des kommunalen Ehrendienstes auf seinen Schultern getragen. Er hat in seiner Amtszeit als Stadtverordnetenvorsteher weit über 500 Stadtverordneten-Sitzungen geleitet, hat Tausenden von Vorberathungs- und Kommissionssitzungen leitend oder berathend beigewohnt, hat, soweit es nur irgend seine Gesundheit erlaubte, nie gefehlt, ist immer der Erste und immer der Letzte gewesen, wenn es galt, sich zu versammeln zu ernster Arbeit für das Wohl und die Förderung der Stadt Gleiwitz. Nicht unerwähnt gelassen sei das freundschaftliche Verhältniß, in welchem der Verstorbene zu dem Grafen Arthur v. Strachwitz, weiland Landrath des Kreises Tost-Gleiwitz, gestanden und welches Herrn Sanitätsrath Dr. Freund in einer für die Entwicklung unserer Stadt hochwichtigen Periode Gelegenheit gegeben hat, viele, viele Male seinen Einfluß bei dem Herrn Grafen zu Gunsten der Stadt Gleiwitz geltend zu machen. Endlich aber ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, wo in Gleiwitz unser Auge hinsieht, leuchtet ihm aus kommunalen Werken und Errungenschaften der Name unseres Ehrenbürgers entgegen. An allen den großen Neuerungen im kommunalen Leben unserer Stadt

der letzten drei Dezennien und der ganz großen der letzten fünf Jahre, an der Errichtung des neuen Roßmarktes, der Erbauung der Simultanschule IV., der Fertigstellung der Wilhelmstraße, der endlichen, glücklichen Durchführung des Wasserleitungsbaues, der Errichtung des städtischen Schlachthauses, an allen, allen diesen großen bedeutsamen Werken ist des Verstorbenen Mitwirkung so bedeutend, so einflußreich gewesen, daß uns sein Name mit ins Gedächtniß gerufen werden muß, sobald wir diese Werke in Augenschein nehmen. — Sehen wir nun von der kommunalen Thätigkeit des Verstorbenen ab, so finden wir ihn noch auf so vielen, vielen anderen Feldern thätig! Er war 30jähriger Vorsitzender des jüdischen Repräsentanten-Kollegiums, er war Mitglied des Kuratoriums der Oberrealschule und wesentlicher Mitbegründer dieser für die Entwickelung unserer Stadt so hochwichtigen Lehranstalt, er war Vorstand des Gleiwitzer Aerztevereins u. s. w. Schließlich aber hätten wir eigentlich das aller Rühmenswertheste noch zu sagen, von Doktor Freund als Mensch, von dem Freund der Menschen! Wohl selten mag es einen wohlthätigeren und mildthätigeren Menschen gegeben haben, als den Verstorbenen. Hunderte, ja, vielleicht Tausende von Menschen haben in dem Laufe der vielen Jahre davon erfahren, nur die große Oeffentlichkeit hat nichts davon erfahren, denn Dr. Freund war ein leuchtendes Vorbild von Uneigennützigkeit, der wohlthat des Wohlthuns halber und aus purem Mitleid mit den Armen und Gedrückten, nicht weil es Mode und Anstand für einen Mann dieser Stellung empfehlen. Wenn sich die Mildthätigkeit des Verstorbenen vielleicht auch in hervorragendster Weise auf Mitglieder seiner Gemeinde erstrecke, so bedachte er nicht etwa ausschließlich nur solche mit seiner Menschenliebe. Ein treuer Anhänger seiner Kirche und seines Glaubens kannte er in diesen Hinsichten keinen Unterschied der Konfessionen und auch was die Toleranz in religiöser Hinsicht anlangt, kann Dr. Freund uns allen ein Vorbild sein. Und dies führt uns auf noch ein ganz hervorragendes Verdienst des Verstorbenen, auf sein geradezu segenspendendes Wirken und unermüdliches Eintreten für den konfessionellen Frieden unserer Stadt! Unsäglichen Kummer, tausend und aber tausend ärgerliche Zwistigkeiten, die durch Dezennien hindurch den bürgerlichen Frieden in konfessioneller und in Folge dessen auch in gesellschaftlicher und geschäftlicher Hinsicht so mancher Stadt gestört haben, hat er helfen nicht aufkommen lassen und wo sie aufkommen wollten, zum Guten zu kehren. — Seit heute Nacht 2 Uhr nun ruht er, der länger als ein Menschenalter hindurch nicht ruhen konnte, wenn es das Wohl und Gedeihen unserer Stadt zu fördern galt. Klein, arm, unbedeutend trat er ein in den Verband unserer Stadt und nun ist er mit ihr gewandelt durch Jahre und Jahrzehnte, mehr und mehr gewann der Dr. Freund an Einfluß, mehr und mehr wurde er mit Ehrenämtern überhäuft, bis sein Name unzertrennlich verbunden war mit dem Namen unserer Stadt und bis die mater Glevitia ihm endlich den Ehrenkranz des Ehrenbürgers auf sein greises Haupt drückte und seine dankbaren Mitbürger sein lebensgroßes Bild auf der Stätte seines unermüdlichen kommunalen Wirkens anbringen ließen. Aber damit ließ sich Dr. Freund nicht genug sein, stetig und unentwegt wandelte er weiter auf seinem ruhmreichen Pfade, sich keine Ruhe, keine Erholung gönnend, ein großes kommunales Projekt nach dem anderen half er entwerfen und ausgestalten, noch vor wenig Wochen arbeitete er kräftig an der schwebenden Einverleibungsfrage, da wirkte der Allmächtige von seinem Throne und der rüstige Greis wurde einverleibt zu der großen Gemeinde, zu der wir alle einmal gehören werden und von der keiner wieder zurückkehrt, wenn er einmal ihr Bürgerrecht erworben hat! — Es ist ein bitterer, herber Gedanke für uns: Wir haben ihn verloren, aber es ist uns ein ebenso freudiger, muthig erhebender Gedanke: Wir haben ihn besessen! Und wenn vielleicht längst das Bild des Verstorbenen aus den alten Räumen des heutigen Stadtverordneten-Sitzungsaales hinausgetragen worden ist und in einem neuen Rathhause auf eine folgende Generation von Gleiwitzer Stadtvätern herabschaut, ungeschwächt, unverblichen wird das Andenken an unseren Ehrenbürger in Gleiwitz fortleben und jedes Gleiwitzer Kind wird sich von ihm erzählen: „Er war schlicht in seinem Wesen, unerschrocken in seinem Auftreten und unermüdlich in seinem Streben!"

Requiescat in pace!

Moritz Jokai. Als unlängst eine Anzahl Wiener Freisinniger die Budapester Ausstellung besuchten, sprachen sie bei dem berühmten Romancier vor. Dieser machte über den Wiener Antisemitismus folgende interessante Bemerkung: „Sie haben ein großes Werk vollbracht. Es gehört bei der Strömung, die in Wien das Oberwasser erlangt hat, wahrhaftig Muth dazu, den Sympathien für das freiheitlich gesinnte Ungarn offen Ausdruck zu geben. Der Ausflug der Wiener wird das Band noch inniger knüpfen, welches die beiden Städte mit einander verbindet und ihnen neue Kräfte verleihen, damit hüben und drüben die Reaktion zurückgeschlagen werden kann. Der Liberalismus, dieser erhabene Gedanke, ist im Schwinden, im Rückgange begriffen; es scheint fast, als ob er mit uns aussterben wolle. Was in Wien geschieht, erfüllt mich mit Schmerz und Trauer. Der Antisemitismus, diese Krankheit unserer Zeit, zerstört das Einvernehmen der Bürger und demoralisirt sie. Man hat es nicht nöthig, zu arbeiten, sondern sich in die Brust zu werfen und sagen: „Ich bin Antisemit", und die Menge läuft ihm nach und feiert ihn. Ich bedauere Wien, daß es so fanatisirt ist!"

Buckle und Mill über Rassenunterschiede. Der berühmte englische Kulturhistoriker erörtert im zweiten Kapitel den „Einfluß der Naturgesetze auf die Einrichtung der Gesellschaft und den Charakter der Individuen." Darin sagt er über die menschlichen Rassen (deutsch von A Ruge, erste Aufl., 1860, S. 35 f.):

„Wenn wir nach den mächtigsten Einflüssen der Natur auf das Menschengeschlecht fragen, werden wir vier Arten finden: Klima, Nahrung, Boden und — die Naturerscheinung im Ganzen. Unter letzterer verstehe ich die Erscheinungen, welche vornehmlich durch das Auge, aber auch durch andere Sinne die Ideenverbindung geleitet und so in verschiedenen Ländern verschiedene Gedankenkreise erzeugt haben. Einer dieser vier Arten lassen sich alle äußeren Erscheinungen, durch welche der Mensch dauernd beeinflußt wurde, beizählen. Die letzte Art, die Naturerscheinung im Ganzen, wirkt vorzüglich auf die Phantasie und giebt die unzähligen Formen des Aberglaubens an die Hand, welche das große Hinderniß für den Fortschritt der Erkenntniß bilden. Und da in der Kindheit eines Volkes die Macht dieser abergläubischen Vorstellung souverain ist, so hat die verschiedene Naturbeschaffenheit auch verschiedene Nationalcharaktere erzeugt und der Nationalreligion eine Färbung gegeben, welche unter gewissen Verhältnissen unerlöschlich ist. Die anderen drei Einflüsse: Klima, Nahrung und Boden haben, so viel wir sehen, keine so unmittelbare Wirkung dieser Art gehabt; aber sie haben, wie ich sogleich zeigen werde, den bedeutendsten Eindruck auf die Einrichtung der Gesellschaft gemacht, und aus ihnen sind manche der umfassenden und hervorstechenden Unterschiede Völker entsprungen, die man oft dem Rassenunterschiede, wonach man die Menschheit eintheilt, zugeschrieben hat. Während aber diese ursprünglichen Rassenunterschiede nichts als Hypothesen sind, lassen sich die Verschiedenheiten als Wirkungen des verschiedenen Klimas, der Nahrung und des Bodens befriedigend erklären, und mittelst dieser Einsicht werden sich manche Schwierigkeiten, welche das Stadium der Geschichte bisher verdunkelt, aufklären".

Buckle setzt dann noch folgende Anmerkung unter den Text: — „Ich unterschreibe mit Vergnügen die Bemerkung eines der größten Denker — gemeint ist Stuart Mill — unserer Zeit, der über die Annahme der Rassenunterschiede sagt: — „Von allen Annahmen gemeiner Ausflüchte, womit man sich der Betrachtung entzieht, welche Wirkung soziale und sittliche Einflüsse auf den Geist des Menschen haben, ist die gemeinste die, daß man die Verschiedenheiten im Betragen und Charakter natürlichen Unterschieden zuschreibt." (Mills Principles of political economy. I, 390.)

Aus dem antisemitischen Lager.

Von der Redaktion des „Staatsanz. für Württemberg" erhalten wir mit Bezug auf die von ihm gebrachte Notiz, ein elegant gekleideter Reisender „anscheinend Israelit" habe eine Reihe von Privatleuten beschwindelt (s. Nr. 40 der „Mitth.") — folgende Zuschrift:

Verehrl. Redaktion der „Mittheilungen." Die oben citirte Notiz haben wir württembergischem Lokalblättern entnommen, in welchen es hieß: „ein elegant gekleideter Reisende von orientalischem Typus." Wir haben das nicht so abgedruckt. Hätten wir aber jede Bemerkung fortgelassen, so hätte man uns das von anderer Seite hin falsch ausgelegt. Die Bemerkung „anscheinend Israelit" wird Ihnen sonach in anderer Beleuchtung erscheinen. Der Württ. „St. A." ist weder anti- noch philosemitisch.

Ergebenst die Redaktion.

Die „National-Sozialen" haben jetzt in der „Zeit" vom 1. Oktober einen Programm-Entwurf veröffentlicht, in dem es heißt: „Wir treten für die ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Volksgenossen ein."

Die „Kreuzztg." vom 4. Oktober bemerkt dazu: „Das ist eine Verbeugung vor dem Judenthum in aller Form. Die „National-Sozialen" schicken sich an mit „klingendem Spiel" ins philosemitische Lager zu marschiren. Was hernach das „National" in ihrem Firmenschilde werth ist, kann sich ein Jeder selber sagen."

Weil diese junge Partei vernünftiger Weise aus dem Judenhaß keinen Programmpunkt machen will, gilt sie gleich als philosemitisch! Welcher Unsinn!

Ein neuer Versuch des Herrn Stöcker, Einfluß auf die konservative Partei zu gewinnen, scheint gescheitert zu sein. Wie die konservative „Neue Westf. Volksztg." berichtet, fand in Herford am 5. Oktober ein Meinungsaustausch zwischen den Führern der konservativen Partei im Kreise Herford und Herrn Stöcker statt, der von mehreren Freunden zum Besuch eingeladen war. Er entwickelte in einem längeren Vortrage „die tieferen Ursachen seines Austritts aus der konservativen Partei". Er betonte, daß tiefere prinzipielle Gegensätze zwischen ihm und der konservativen Partei in Minden-Ravensberg nicht vorhanden seien, war aber der Ansicht, daß diese Partei in den Arbeiterkreisen diejenige Werbekraft nicht entwickeln könne, deren es bedürfe, um der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Er gebe deshalb den Gedanken zur Erwägung, ob nicht neben der christlich-konservativen Partei eine christlich-soziale Raum habe. In der Debatte, an welcher sich außer Herrn Stöcker der Abg. Dr. Klasing, Major a. D. Stroffer, Redakteur Lange und mehrere Geistliche betheiligten, kam jedoch beinahe einstimmig die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die konservative Partei in Minden-Ravensberg auf dem in einer Märzversammlung dieses Jahres bekundeten Standpunkt: Wir bleiben, was wir bisher gewesen sind, christlich-konservativ, stehen bleiben will und deshalb die Bildung einer christlich-sozialen Partei ablehnt.

Tilsit, 7. Oktober. In dem vom Hofprediger a. D. Stöcker angestrengten Prozeß ist vom hiesigen Schöffengericht der Rechtsanwalt Medem wegen öffentlicher Beleidigung zu 15 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Wegen des Redakteurs Epstein wurden die Akten dem zuständigen Militärgericht in Königsberg überwiesen.

Ahlwardt, der sich noch immer in Newyork aufhält, sucht die Kampagne für die amerikanische Präsidentschaftswahl auszuschlachten, um für den Antisemitismus Boden und für sich selbst Brod zu gewinnen. Er hat Versammlungen gegen Mac Kinley, den republikanischen Kandidaten abgehalten, weil derselbe angeblich nur „eine Puppe der jüdischen Finanzwelt Newyorks" sei.

In einem Artikel der „Deutschen Tagesztg." über den Wahlkampf lesen wir:

„. . . . Uebrigens verfügen zur Zeit beide Parteien des Landes über eine ehemalige deutsche Reichstagsgröße als Eideshelfer; denn mit derselben Wärme, mit der Dr. Barth für Gold eintritt, verficht Ex-Rector Ahlwardt, dem beides längst ausgegangen ist, das Silber. Es ist eine schon des öftern beobachtete Erscheinung, daß deutsche Politiker, deren Rolle in der Heimath ausgespielt war, dem „Zuge nach dem Westen" folgend nach den Vereinigten Staaten kamen, um hier, fußend auf ihrer früheren Größe, sich neue Ruhmeskränze zu winden. Gewöhnlich bedeuteten, wie auch bei Ahlwardt, derartige Excursionen das Ende jeden politischen Einflusses im alten Vaterlande. Sollte der Parlamentarier Dr. Barth schon dem Schicksal seines „Freundes" Ahlwardt verfallen sein?"

Bei dem wenig anständigen Ton, welchen das Organ des Bundes der Landwirthe gegen seine politischen Gegner anzuschlagen pflegt, wundert es uns auch nicht, daß es hier den Abg. Barth mit einem Ahlwardt in einem Athem nennt. Uebrigens ist es unbankbar von der „D. Tagesztg.", über Ahlwardt so geringschätzig sich zu äußern. Wie lange ist es denn her, daß sie auf Ahlwardt einen Hymnus anstimmte?! Anfang März 1895, also zu einer Zeit, da die meisten anderen Antisemitenblätter von Ahlwardt abzurücken begonnen hatten, verherrlichte die „D. Tagesztg." das Auftreten Ahlwardts in der Debatte über den Antrag Hammerstein-Manteuffel betr. das Verbot der Juden-Einwanderung folgendermaßen:

„Selten hat ein Redner so die volle Aufmerksamkeit des Hauses gefesselt und eine solche Wirkung ausgeübt wie Abg. Ahlwardt heute. Unstreitig hat der genannte Abgeordnete in seinen rhetorischen Leistungen große Fortschritte gemacht; der Hohn, womit er begrüßt worden war, verschwand gar bald, und wenn wirklich öfter seine Aeußerungen Gelächter hervorriefen, so galt dies der derben, ungeschminkten Wahrheit der Ausführungen Ahlwardts."

So damals das Agrarierblatt über Freund Ahlwardt!

Die antisemitische Internationale. In dem Berichte des „Bad. Volksboten" über den am 4. Oktober zu Mannheim stattgehabten Parteitag der deutschsozialen Reformpartei für Boden, Pfalz und die Reichslande lesen wir:

„Außer den aus Nah und Fern herbeigeeilten Parteigenossen bekundeten viele andere, die durch ihre Geschäfte rc. am Kommen verhindert waren, durch herzliche Begrüßungsschreiben und -Telegramme ihr warmes Interesse an dem Parteitage. Besondere Freude erregte folgendes Telegramm, das von unserem verehrten Parteivorsitzenden abgesandt worden war: „Sinaia, 4. Okt. Rumäniens Antisemiten grüßen mit mir die dortige Versammlung. Heil! Köfter."

Aus Jena schreibt uns ein Student: Am schwarzen Brett der großherzogl., herzogl. Anatomie in Jena ist ein Auszug der Statuten des „Mediz. Vereins" angeschlagen, in deren einem Paragraph es heißt: „Mitglied des Vereins kann jeder bei der Universität immatrikulirte Mediziner werden, welcher der mosaischen Religion nicht angehört." Es muß doch schon weit gekommen sein, wenn ein Rektorat der thüringischen Gesammtuniversität Jena derartige Statuten eines wissenschaftlichen Studentenvereins genehmigt! Es dürfte interessant sein, die Gründe des Rektorats zu erfahren, welche es veranlaßt haben, die auf unvollständiger Parität aller rite Immatrikulirten beruhenden Satzungen zuzulassen.

Für die Landtagswahlen im Großherzogthum Hessen fanden am 5. Oktober die Wahlmännerwahlen statt. Die zweite hessische Kammer besteht aus 50 Mitgliedern, welche für sechs Jahre gewählt werden. Von drei zu drei Jahren erfolgt die Erneuerung der Hälfte der Kammer; es sind also 25 Abgeordnete zu wählen. Bei Schluß der Redaktion lag das Gesammtergebniß der Wahlmännerwahlen noch nicht vor. Die Antisemiten, welche in sieben Wahlkreisen selbstständig vorgegangen sind, scheinen nach den bisherigen Meldungen in zwei Kreisen gesiegt zu haben. In den Jahren 1893 bis 1896 bestand die zweite Kammer aus 30 Nationalliberalen, 6 Freisinnigen, 5 Centrumsmännern, 4 Sozialdemokraten, 3 Antisemiten und 2 Wildliberalen.

Der internationale Frauenkongreß war auch von einer stattlichen Anzahl von Jüdinnen besucht. Daß einzelne von ihnen durch rednerische Befähigung und Geist sich ausgezeichnet haben, verschweigen die Antisemitenblätter. Für sie ist der Frauenkongreß schlechthin „verjudet" gewesen. So schreibt die „Dtsch. Tagesztg." vom 6. Okt.:

„Dieses Hervorbringen der Jüdinnen wird den Frauenbestrebungen selbstverständlich nur schaden. Außerdem giebt es bei den Juden ihrer Vermögensverhältnisse halber und aus andern Gründen gar keine Frauenfrage, sie hatten also auch auf dem Kongreß gar keine Rolle zu spielen, aber wann hätte sich das Judenthum eine Gelegenheit entgehen lassen, von sich reden zu machen?"

Dem gegenüber ist es interessant, die Ansicht eines anderen Antisemiten zu vernehmen, bei dem wir eine solche Unbefangenheit nie erwartet haben. Der frühere Redakteur des „Volk", Herr v. Gerlach hat in der Naumann'schen „Zeit" (1—2. Okt.) ein anderes Urtheil über den Frauenkongreß gefällt als die Antisemitenpresse. Er lobt die geschickte Auswahl der Rednerinnen und den musterhaften Verlauf der Versammlungen. Nirgends erwähnt er ein Vordringen des Judenthums, und einer Jüdin gegenüber, dem Frl. Dr. Rabinowitsch findet er warme Worte der Anerkennung. Man erkennt daraus, wie ein wirklicher Augenzeuge urtheilt und nicht ein verbissener Redakteur, der in der Theilnehmerliste nach jüdisch klingenden Namen schnüffelt.

Vermischtes.

Antisemitismus in der Schule. Im „Berliner Vereinsboten" theilt ein Familienvater Folgendes mit:

An die Vorsteherin einer Privat-Mädchenschule, die einen starken Prozentsatz jüdischer Kinder aufweist, wird von einem Vater das höfliche Ersuchen gerichtet, jüdischen Religionsunterricht an der Anstalt einzurichten; von vornherein wird dabei die Versicherung hinzugefügt, daß die Kosten für denselben selbstverständlich die Eltern tragen müssen, die Vorsteherin habe nur das Lokal herzugeben und die Stunden möglichst auf dieselbe Zeit, in welcher der christliche Religionsunterricht stattfindet, zu legen. Mit größter Heftigkeit verwahrt sich die Vorsteherin gegen die „unerhörte Zumuthung" (die übrigens gar nicht an sie gestellt ist) anderen als den Unterricht in der christlichen Religion zu überwachen, es würde ihr wehe thun, in ihrer Anstalt eine ihrem Glauben entgegengesetzte Ansicht mit anzuhören! Sie habe stets eine rechte Freude, wenn die Eltern jüdischer Schülerinnen diese am christlichen Religionsunterricht theilnehmen ließen; zwar sei diese Theilnahme an ihrer Schule nicht geradezu ein Erforderniß, denn dieselbe habe, wie aus ihren Prospekten ersichtlich sei, eine streng konfessionelle Richtung, die natürlich in jedem Unterrichtsfach zur vollen Erscheinung gelange!

Eine andere Schulvorsteherin, die ihre Anstalt in der jüngsten Zeit in die Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten verlegt hat, wird um Aufnahme eines Kindes in die unterste Klasse ihrer Schule ersucht. Als sie beim Einschreiben erfährt, daß das Kind jüdischen Glaubens ist, fährt sie empört auf: „Das sollten die Juden doch nun nachgerade wissen, daß an meiner Anstalt für jüdische Elemente kein Raum ist!"

Hausirverbot. Heute, wo im Wiener Stadtrath durch den famosen neuen Antrag auf Verbot des Hausirens die Zukunft ganzer Volkskreise in Frage gestellt wird, darf man wohl an ein vor 100 Jahren erlassenes kaiserliches Reskript erinnern. Die Stelle lautet:

„Da das Hausiren den geschwinden Verschleiß der erbländischen Kunstprodukte zum Nutzen der Produzenten befördert und vervielfältigt, auch der noch größeren Zahl der Consumenten den Vortheil verschafft, so manche Waaren wohlfeiler als in den Kauf- und Krämläden an sich zu bringen und übrigens es ja jedem freisteht, von Hausirern oder Kaufleuten einzukaufen, so gehört das Hausiren in die nützlichen Geschäfte und Nahrungszweige, die man deswegen, weil sich Mißbräuche wie bei allen menschlichen Handlungen einschleichen können, nicht abstellen muß.

Wien, 4. April 1795 Franz.

Man kann das auch noch heute unterschreiben.

Heinrich Hart, einst Theaterkritiker an der „Tgl. Rundsch.", dann an der dieser feindlichen „Deutschen Ztg.", jetzt sonderbarer Weise an beiden thätig, hat sich durch den Verkehr mit Dr. Fr. Lange zum waschechten Antisemiten ausgebildet. Seine Theaterbesprechungen über jüdische Autoren sind selten frei von antisemitischen Tendenzen. Jetzt hat er den dritten Band seines „Liedes der Menschheit" herausgegeben, „Mose" betitelt. Wie er diese Gestalt aufgefaßt hat, wird aus einer Besprechung des „Kreuzztg." vom 4. Okt. klar. Darin heißt es:

„Das alttestamentliche Wesen erscheint als ein Zerrbild des Judenthums mit entsetzlichen nationalen Entartungen. Eine widerlich zärtliche Familien-Winselei paart sich mit blutdürstigem Haß gegen alles Fremde. Mose ist eine Gestalt ohne Hoheit und Kraft — vielmehr leidenschaftlich hin- und herfahrend, schwankend zwischen dämonisch-erschreckender Wuth und zweifelnder Angst, dazu von einer senilen Geschwätzigkeit. Das Lebensbild, das er von seiner religiösen Entwickelung in breitester Ausmalung giebt, schwebt haltlos durch die Vorstellung des Lesers."

Unredlicher Wettbewerb. Die Eisenbahn-Direktion Elberfeld giebt das Folgende bekannt:

„Ein Handlungsreisender hat sich auf noch nicht aufgeklärte Weise die Namen der jedesmal Ruhe habenden Beamten verschafft, diese sodann in ihren Privatwohnungen aufgesucht und unter Berufung auf ihren vorgesetzten Werkmeister, welchen er — ohne diesem überhaupt bekannt zu sein — als einen langjährigen Kunden bezeichnete, dessen Empfehlungen er besitze, zum Kaufe von Waaren (insbesondere Wäschegegenstände) verleitet, beziehungsweise zu verleiten gesucht. Da der Betreffende, welcher angeblich eine Firma Adolf Baruch u. Co. in Berlin vertritt, seine Versuche wahrscheinlich wiederholen und auch auf Beamte anderer Dienstzweige ausdehnen wird, bringen wir das unlautere Geschäftsgebahren desselben hiermit warnend zur Kenntniß."

Dazu schreibt uns die Firma Baruch u. Co., Berlin, der wir vorstehende Notiz zur Gegenäußerung zugesandt hatten:

„Diese Bekanntmachung veranlaßte uns, den betreffenden Reisenden hierher zu berufen, und giebt uns derselbe an, daß er sich nicht auf den Werkmeister berufen habe. Jedoch haben wir seinen Angaben keinen Glauben geschenkt, sondern denselben sofort entlassen, da sich derartige Handlungsweise nicht mit unseren streng reellen Prinzipien vertragen."

Zur Frage der Lebensmittelverfälschungen. Zu den Liebhabereien der Rückschrittler aller Art gehört es, Handel und Wandel der Gegenwart als unreell und korrupt hinzustellen und die „gute alte Zeit" über den Schellenkönig zu loben. So finden wir in einer der letzten Nummern der konservativen „Deutschen Reichspost" ein berechtigtes Klagelied angestimmt über die heute herrschende Fälschungsfreiheit. Da heißt es u. A.:

„Heute ist in Deutschland kein Mensch vor Fälschungen sicher. Kunstwolle, Kunstseide, Kunstleder, Kunstwein, Kunstbutter (Magarine), Kunstbier u. s. w. machen dem Naturprodukt die schlimmste Konkurrenz.

Würden diese modernen Erzeugnisse der „Kunst,“ minderwerthige Ersatzmittel herzustellen, als solche angekündigt und dem Käufer verabfolgt, aber würde eine Vermischung des Kunstproduktes mit dem Naturprodukt ehrlich gekennzeichnet, so läge die Sache ganz anders. .... Wäre Treu und Glauben nach heute in Handel und Wandel so maßgebend wie in früheren Zeiten, die mit den fragwürdigen gewerblichen Freiheiten der Neuzeit nicht beglückt waren, so würde ein gesetzliches Vorgehen gegen solche Uebervortheilungen wahrlich nicht nöthig sein. .... Heute hat eben die Lehre: mundus vult decipi; ergo decipiatur eine beängstigend große Anhängerschaft gefunden, ein Umstand, der unserm materialistischen Zeitalter entspringt, diesem aber wahrlich nicht zur Ehre gereicht.“

Hier begegnen wir fortwährend der Behauptung, daß gewisse unerfreuliche Erscheinungen, insbesondere die *Fälschung von Lebensmitteln* und Gebrauchsgegenständen *modernen* Ursprungs seien. In letzter Linie sind es natürlich die Demokraten und Liberalen resp. die *Juden*, welche all das Uebel auf dem Gewissen haben. Indeß hat die Fälschung immerdar geblüht und in der vielgerühmten Zeit unserer Altvordern nicht am wenigsten; selbst harte und grausam erscheinende Strafen vermochten sie nicht zu unterdrücken. Es sei hier nur auf das Kapitel der *Weinfälschungen* verwiesen, die ehedem in viel umfassenderer und theilweise gesundheits- und lebensgefährlicherer Art betrieben wurden. Der württembergische Oenolog *Dornfeld* schildert, wie die „Frankf. Ztg.“ vom 6. Oktober erzählt, in seiner „Geschichte des Weinbaus in Schwaben“ die in Deutschland und Württemberg im Schwunge gewesenen Fälschungsmethoden. Schon Kaiser Karl hat im Jahre 802 eine Verordnung gegen das Weinschmieren erlassen. 1366 verbot die Stadt Ravensburg das Verfälschen des Weines mit Feldöschen und Weidöschen, 1399 erließ der Rath von Heilbronn eine Verordnung, daß „Niemand Wein mit Gemecht machen solle“. Auf dem Reichstage zu Rothenburg o. T. (1487) beschäftigte man sich mit der Weinfälschung und eine kaiserliche Weinordnung desselben Jahres schränkte das Mischen und Verbessern ein. Aber die Weinpantscherei hörte darum nicht auf, im Gegentheil; im Jahre 1503 schrieb Herzog Ulrich nach Eßlingen, daß „das Gemächt der Weine allenthalben geübt werde und so schädlich geschehe, daß die Menschen dadurch Gebrechen und tödtliche Krankheiten zu erleiden hätten“. Am schlimmsten wurde die Weinverfälschung in und nach dem dreißigjährigen Kriege geübt. Nicht nur, daß man Kräuter, Wurzeln, Samen u. s. w. dem Weine beimengte, um ihm einen pikanteren Geschmack zu geben, es kam auch das gesundheitsschädliche „Schönen“ mit Silberglätte, Wismuth u. s. w. auf. Die württembergischen und reichsstädtischen Behörden hatten gegen die Fälscher einen schweren Kampf zu bestehen. Verursacht war die Ueberhandnahme des Fälschens nicht zum geringsten Theile durch die Verwüstungen des Krieges; der Weinbau war arg heruntergekommen, in den verwilderten Weinbergen zog man statt edler Trauben geringe, vieltragende Sorten und der daraus erzeugte Wein sollte durch das „Schönen“ mundgerecht gemacht werden.

Diese kleine Exkursion auf das oenologisch-historische Gebiet zeigt, daß die Weinfälschung keine moderne und keine jüdische Erfindung ist, sondern zur Zeit unserer Vorfahren in ärgerem und gefährlicherem Maße geübt worden ist, als heutzutage, wo wenigstens das „Verbessern“ mit giftigen Substanzen kaum vorkommen dürfte. Eine Zeit lang war von den Württemberg benachbarten Staaten sogar der Handel mit Neckarweinen verboten! In unserem „materialistischen“ Zeitalter würde ein solches Verbot wohl nicht gerechtfertigt sein. Was übrigens vom Weine gilt, das gilt auch von anderen Lebens- und Genußmitteln.

Eine neue Blutbeschuldigung. In *Balassa-Gyarmat* verbreitete sich am jüdischen Versöhnungstage eine Schauermär, welche anfangs wohl Aufsehen, später aber allgemeine Heiterkeit erregte. Der Tischlermeister Julius Paczolay erstattete nämlich am 17. Sept. Abends dem Stadthauptmann Karl Opitz die Anzeige, er habe Nachmittags seinen Lehrling, Josef Zsingor, einen Burschen von 14 Jahren, behufs Einkaufes von Kleinigkeiten in einen Laden gesendet; der Bursche sei aber erst am Abend nach Hause gekommen, weil ihn ein alter Jude in den Tempel lockte, und zwar unter dem Vorwande, der Junge werde dort etwas zu repariren haben, worüber der Jude mit Paczolay bereits früher gesprochen habe. In den Tempel gelangt, hätten vier andere Juden dem Burschen die Schürze und den Rock abgenommen und ihn selbst in eine Kiste gelegt, in welcher sich bereits zwei andere Kinder befanden, von denen das eine 6, das andere 8 Jahre alt sein mochte. Dem Burschen sei sonst kein Leid geschehen. Der Stadthauptmann berief für den folgenden Tag sowohl Paczolay, als auch den Burschen und die beiden Tempeldiener, von denen der eine ein Christ ist. Paczolay, beziehungsweise der Lehrling hielten ihre Beschuldigung aufrecht, die beiden Tempeldiener erklärten jedoch, daß im Tempel eine solche Kiste sich gar nicht befinde. Zsingor gestand nun, daß er gar nicht im Tempel gewesen, er habe die ganze Geschichte blos erfunden, weil er die 10 Kreuzer, die ihm sein Meister zum Einkaufe gegeben, auf der Straße verloren habe und deshalb bestraft zu werden fürchtete. Oberstuhlrichter Baintner hat — wie „Kel. Ert.“ meldet — die Untersuchung eingeleitet in der Richtung, ob nicht Paczolay oder ein Anderer den Lehrburschen veranlaßten, das Märchen zu verbreiten.

Blutbeschuldigung in China. Das Baseler „Evangel. Missions-Magazin“ (1876 S. 349) giebt einen Bericht wieder, den es von einem Christen erhalten. Dieser ging in einem Hause, das zur Kirche gehörig war, seiner Beschäftigung nach. Eines Tages kam Einer von den sog. Literaten herein und erklärte dem Katechisten, wenn er in den christlichen Büchern an die Stelle des Namens Jesu den des Konfuzius setzen würde, so könnte er unbelästigt dableiben, sonst aber würde er in große Verlegenheit gebracht werden. Ein oder zwei Tage später kam ein ganzer Haufen von Kindern herein, die sich sämmtlich unverschämt benahmen. Der Katechist ahnte sogleich, daß etwas los sei, sandte zu den Ortsbeamten und bat sie um Aufrechterhaltung der Ruhe; aber ehe eine Antwort kam, traten mehrere Männer herein und sagten: „Was thust Du mit all diesen *Kindern* hier? *Du hast schändliche Absichten mit ihnen!*“ Darauf wurde der Katechist, die zwei Seminaristen und noch ein gerade anwesender Christ gepackt, vor den Tempel des Kaisers geschleppt, ihrer Kleider entblößt und zwei von ihnen mit dem Daumen an einen Baum gehängt! Ein falsches Gerücht, als sei der Präfekt im Anzug, veranlaßte den Pöbel, die armen Opfer für einen Augenblick wieder zu befreien, dann aber wurden den vier Christen Stricke an ihre Zöpfe gebunden und sie nackt durch die Hauptstraßen der Stadt geführt unter dem Rufe: „Kommt und sehet die Ausländer, die wir hier haben.“ Auch hier taucht wieder die Blutbeschuldigung auf, unter der die ersten Christen und die Juden zu leiden hatten.

Jüdische Oberbürgermeister von London. Der zum Lordmayor für das nächste Jahr gewählte Herr *George Faudel-Phillips* ist der Sohn des verstorbenen Sir Benjamin Phillips, der im Jahre 1866 Lordmayor war. Der neugewählte Lordmayor ist Mitglied der Firma Faudel, Phillips und Sons, Waarenhausbesitzer und Manufakturisten. Er ist *Jude* und hat Frln. Helene Levy, die vierte Tochter des verstorbenen J. M. Levy, Eigenthümer des „Daily Telegraph“, geheirathet. Der jetzige Besitzer des Blattes, Sir Edward Lawson, ist also sein Schwager. Herr Faudel-Phillips wird der vierte Lordmayor jüdischen Ursprungs sein. Sein Vater war der zweite.

Paris, 26. September. Das Schicksal des französischen Antisemitismus beginnt sich auch bereits zu erfüllen,

und zwar genau in derselben Weise wie das des deutschen Antisemitismus. Einer von den Führern wird nach dem anderen abgethan. In dieser Woche ist ein antisemitischer Abbé in seiner ganzen Glorie enthüllt worden. Schon die Vergangenheit dieses Mannes war sehr bewegt. Noch im Seminar zu Rouen schrieb er eine Broschüre „Le Mystère du sang." Infolgedessen wurde er von dem früheren Erzbischof von Rouen aus dem Seminar und der Diözese ausgeschlossen. Dafür schloß ihn Mr. Drumont freundlich in seine Arme. Henri Desportes, so heißt der Edle, schrieb nun eine neue Broschüre „Tué par les juifs", welche Drumont mit einer Vorrede versah. Später gab er ein obskures Blatt: „La terre de France" mit dem sattsam bekannten Marquis de Morès heraus, in dem er die heftigsten Ausfälle gegen die Juden machte und die christliche Bevölkerung zu einer förmlichen Bartholomäusnacht gegen diese aufhetzte. Nun hat ihn sein Schicksal erreicht. Er hatte nämlich, um seine materielle Lage zu bessern, eine Aktien-Gesellschaft begründet, die seine werthlosen Publikationen vertreiben sollte. Unter falschen Vorspiegelungen wußte er naive Seelen für dieses Unternehmen zu gewinnen. Einige von diesen verloren aber schließlich die Geduld und machten deshalb Anzeige bei der Polizei. Der Mann wartete aber gar nicht den Ausgang der Untersuchung ab, sondern machte sich rasch aus dem Staube, um das undankbare Frankreich zu verlassen. Doch die Polizei war schneller als er; sie hatte bereits sein Signalement an alle Stationsvorsteher telegraphirt, und so wurde der Flüchtling auf einem Bahnhof im Süden erkannt und sofort verhaftet. Er sieht nun seinem Schicksal entgegen. Sic transit gloria mundi!

Moses Mendelssohn als Deutscher. In der „Allg. Ztg. d. Jud." vom 2. Oktober veröffentlicht Prof. Dr. L. Geiger einen Brief, der starkes Interesse verdient. Chr. A. Clodius, ein Leipziger Dichter und Professor, der an den Gedichten des jungen Goethe, des damaligen Leipziger Studenten, viel zu tadeln fand, für seine eigenen Dichtungen aber von dem Getadelten stark parodirt wurde, schrieb an Mendelssohn (18. Januar 1772): „Sie sind ein Deutscher im eigentlichsten Verstande, ein rechtschaffener Mann und ein Freund seines Vaterlandes. Ihre Schriften und Ihr Charakter gewann Ihnen die Achtung der Ausländer; schreiben Sie es auf die Rechnung dieser Umstände, daß ich Ihnen zwei junge, verdiente Männer aus Paris empfehle."

Budapest, 21. Sept. Unter dem Pseudonym „Historicus" erschien in Budapest vor einigen Monaten eine Uebersetzung der „Geschichte der jüdischen Ritualmorde bis auf unsere Tage", deren deutsches Original Bernadinus Freimuth zum Verfasser hat. Es ist die tendenziöse, von Lügen und Albernheiten strotzende Zusammenstellung aller von antisemitischer Seite aufgebauschten Blutbeschuldigungen, deren Schluß darauf hinausläuft, es sei nachgewiesen, daß die Juden zu rituellen Zwecken Christenblut benützen. Die königliche Ober-Staatsanwaltschaft überreichte gegen den anonymen Uebersetzer die Preßklage wegen Vergehens der Aufreizung gegen eine Religions-Genossenschaft, und im Laufe der preßgerichtlichen Untersuchung wurde konstatirt, daß der Verfasser der inkriminirten Flugschrift der verantwortliche Redakteur des Organs der katholischen Volkspartei, der achtundzwanzigjährige Franz Bonics sei. Am 21. Sept. hatte sich nun Bonics wegen dieses Vergehens vor den Geschworenen zu verantworten. Auf Anordnung des Präsidenten erfolgte die Verlesung der Flugschrift, was mehrere Stunden in Anspruch nahm. — Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage einstimmig, worauf Bonics freigesprochen wurde.

Fremdenhaß in Japan. Es sind erst einige Jahrzehnte her, daß Japan ebenso starke Ausbrüche von Christenhaß und Fremdenhetze zeigte, wie heute noch China. Das „Evangel. Missions-Magazin" (1876, Basel, 20. Jahrg.) berichtet davon: In den Zeiten der Sjogun-Herrschaft standen an öffentlichen Plätzen Tafeln mit der Inschrift: „Die christliche Sekte ist streng verboten; die elende Sekte ist streng verboten." (S. 100.) Nachdem 1868 der Sjogun gestürzt war, verschwanden diese Tafeln, erschienen aber nach einiger Zeit wieder in der etwas veränderten Fassung: „Die christliche Sekte ist verboten wie bisher: die elende Sekte ist verboten wie bisher, d. h. wie seit der ersten Proklamation vor 250 Jahren. In Jedo und den übrigen Städten, wie auch auf dem Lande, sah man diese Tafeln überall, auf jeder Stunde Weges wohl zweimal, aufgestellt. Diese Tafeln waren im Jahre 1876 beseitigt, nicht aber die Edikte! (S. 100).

Eine japanische Streitschrift gegen das Christenthum behandelt die Christen als Aufrührer und Revoltirer und kommt zu dem Resultat: „Wer das Christenthum in Japan begünstigt, der wünscht nichts anderes, als daß Unruhen bei uns ausbrechen, die Leute umgebracht und die gebührende Achtung vor Eltern und Herrscher hintangesetzt werden möchte." (S. 109 f.)

Briefkasten.

X. in **Ulm**. Wird dankend benutzt.

J. D. in **Gleiwitz**. Dank für die Zusendung der Ztg. Ist in dieser Nummer verwerthet.

M. K. in **München**. Ist in dieser Nummer abgedruckt.

Dr. J. G. in **R.** Im Verlage von Ad. Russell in Münster i. W. erscheint eine allgemeine Litteratur-Geschichte „vom katholischen Standpunkt" aus. Dr. Peter Norrenberg hat sie verfaßt

M. U in **Zwolle** (Holland.) Wir haben Remedur geschaffen. Wollen Sie uns angeben, welche Nummern Ihnen fehlen, damit wir sie abschicken können;

R. W. Die „Voss. Ztg." theilt allerdings berichtigend mit, daß Kremser in Breslau nicht auf dem jüdischen, sondern auf einem christlichen Friedhof beerdigt worden sei. Daraus geht aber nur hervor, daß Kremser zum Christenthum übergetreten ist; er war, wie wir erfahren, als Jude geboren.

W. H. in **B.** Wir sind immer dankbar dafür, wenn uns Adressen zugehen, denen wir Probenummern zusenden können. Ihre stattliche Liste ist erledigt worden.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 42. | Berlin, den 17. Oktober 1896. | 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Theodor Fritsch.

Die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland verknüpft sich in den Jahren 1878—1884 mit dem Namen Stöcker. Dann kam eine kurze Ruhezeit und dann begann von Leipzig aus eine diskrete Versendung antisemitischer Briefe und Flugblätter, die das im Erlöschen begriffene Feuer wieder anfochten. Der Absender nannte sich Theodor Fritsch und war seines Zeichens Ingenieur. Zu ihm fanden sich die Trümmer des Antisemitismus Henrici-Förster'scher Richtung. Zu ihm gesellte sich der ewig redefertige und damals trostlos unbeschäftigte Liedermann von Sonnenderg.

In der That hat Fritsch für seine Bewegung Erstaunliches geleistet. Der Mann desaß Ausdauer und Energie, taktischen Blick und den nöthigen Fanotismus, dozu schrieb er einen reinlichen und klaren Stil. So wurde er in Leipzig der Mittelpunkt des Antisemitismus, Leipzig wurde das Centrum des sächsischen Antisemitismus und Sachsen das Centrum des Judenhasses in Deutschland. Alle auftauchenden neuen Namen stellte Fritsch in seinen Dienst, so Paasch, so Ahlwardt. Wo der Antisemitismus sich zu einem Hauptschlage rüstete, steckte Fritsch dahinter; keine Wahl ging vorüber, ohne daß seine „Antis. Korrespondenz" den Klingeldeutel herumwandern ließ; kein Ereigniß, das er nicht zu einem judenfeindlichen Artikel oder Fluglatt verarbeitete und seine Schandblätter flogen von Konstanz bis nach Königsderg.

Freilich, auch er fand eine Grenze in seiner eigenen Begabung. Er war ein jömmerlicher Redner. Er konnte ganz gut einen gehässigen Artikel dauen, er konnte aus alten Schmökern judenfeindliche Citate herausklauben und sie blankgeputzt seinen Tradanten darreichen, er konnte die Statistik groteske Tänze aufführen lassen, er konnte das Strafgesetzbuch auf gerabezu geniale Weise durch seine stilistischen Kunststücke umgehen, er konnte ausgezeichnet hinter den Kulissen agiren und andre vorschicken, aber reden konnte er nicht.

Und so bedurfte er rednerische Kräfte, die sein Material in die Volksversammlungen warfen. Erwin Bauer glänzte damals durch Gewandtheit, Bart, Würde und falschen Doktortitel, ein Dr. Tesdorpf sprang hilfreich ein, ein H. G. Erdmannsdörfer geberdete sich wild, der dann Unterschlupf in der „Deutschen Warte" fand u. s. f. Allen voran aber der erste „Redner" der Antisemiten, Liebermann von Sonnenberg.

Gewiß, auch die echteste Antisemitenwürde verfagt, wenn sie merkt, daß andere Leute ernten, was sie gesät hat. Im intimen Kreise der antisemitischen Agitatoren wußte man Fritsch's Verdienste zu würdigen, die große Masse kannte ihn kaum, und die Lorbeeren, die er sich mühsam durch jahrelanze geduldige fanatische Arbeit errungen, legte sich Liebermann v. Sonnenberg geschmeidig um den Obotritenschädel.

Da wurde aus dem elfrigen Antisemiten Theodor Fritsch ein Bourgeois. Er ging hin und nahm sich ein Weib. Das ist lobenswerth. Er ließ sich in das Leipziger Stadtoerordneten-Kollegium wählen und wurde ein biederer Stadtoater. Als sich die Herren Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann vereinigten, stand er grollend bei Seite; er oerkaufte ersterem seine „Antis. Korr." und ließ aus seinem frisch-frechen Hetzblatt ein langweiliges und unfähiges Organ werden. Es mochte Fritsch bitter kränken, als der alte Antisemit Wilhelm Marr ihn einen „Trödelkram-Antisemiten" nannte, der „in der Praxis den Juden noch 10 Doublés vorgeben könnte" einen „antisemitischen Circusdirektor" der in „die Kategorie der hosenoerkaufenden Jünglinge aus Polen" gehört, daß die Antisemiten Dühring'scher Richtung seine Firma als „Itzig Frech, Frey*) u. Comp." und seine Praktiken als „judenhaft" dezeichneten (s. „Westf. Reform" 23. Juli 1893), daß die freiheitlichen Antisemiten (Wirth, Kleeberg etc.) ihm seine ganze Ignoranz nachwiesen und eine seiner Ausführungen als „vollkommenen Quatsch" hinstellten u. s. f. Und so verschwand er vollkommen von der Bildfläche der antisemitischen Partei, verfeindet mit einem großen Theil seiner ehemaligen Freunde, namentlich mit Liebermann v. Sonnenderg.

Ader die Kotze kann das Mausen nicht lassen, Theodor Fritsch nicht das Antisemiteln. So wurde er „wissenschaftlich," und gad ein dickes Buch heraus, detitelt „Bodenwucher und Börse." Ader es wurde seiner Werthlosigkelt wegen einsach ausgelacht und die ihm einst wohlgesinnte „Leipziger Ztg." (Dez. 1894) meinte, die Schrift moche einen „ziemlich dilettantisch oberflächlichen Eindruck." Grollend schwleg er wieder ein Jahr lang. Er sank vollkommen in Vergessenheit. Die „Antis. Korr." vom 28. Febr. 1896 ließ in einer Liste antisemitischer Namen den seinigen aus, ein „Antisemitisches Handbuch" erschien und verdrängte seinen „Antisemiten-Katechismus" und fast nie mehr tauchte sein Name in der antisemitischen Presse auf.

Da veröffentlichte Karl Paasch im April d. J. sein Flugblatt gegen Liebermann v. Sonnenberg. Wir wissen nicht, was Fritsch bei der Lektüre dieses Angriffes seines Freundes auf seinen Feind empfunden hat. Er nahm aber Gelegenheit, in der „Schwäb. Reform" den Fall Paasch zu beleuchten. Darin waren allerhand pikante Einzelheiten zu lesen. Plötzlich verschwand Fritsch's Name aus der „Schwäb. Reform", plötzlich hörten seine Artikel auf zu erscheinen.

Sollte ein Machtgebot der Parteileitung die Fortsetzung unterdrückt haben?

Jetzt hat sich Liebermann v. Sonnenberg zu einer Kraftleistung entschlossen und, wie in Nr. 41 der

*) Frey war lange Zeit das Pseudonym für Th. Fritsch.

„Mittheil.“ zu lesen war, eine Extranummer seiner „Antis. Korr.“ herausgegeben. Mit großer Selbstverleugnung hat er Th. Fritsch um einen Artikel gebeten und mit gleich großer Selbstverleugnung hat ihn Fritsch geschrieben. Aber was für einen! Eine Jeremiade darüber, daß die Antisemiten sein Buch „Bodenwucher und Börse“ nicht studiren. Er schreibt „(Antis. Korr.“ vom 8. Okt.)

„Ich habe es versucht, die Bodenreform-Ideen und einige damit zusammenhängende Fragen gemeinverständlich und vom antisemitischen Standpunkte darzustellen. Ob mir das gelungen ist, weiß ich nicht, aber soviel weiß ich, daß noch die geringsten derer, die sich Antisemiten nennen, bisher es der Mühe werth hielten, sich mit dieser Seite der Judenfrage bekannt zu machen. Die meisten begnügen sich damit, zum hunderttausendsten Male zu entdecken, daß der Jude in geschäftlichen Dingen ein Schwindler und sonst noch ein Schmutzfink, Mädchenschänder usw. ist, und sie glauben damit jedesmal, etwas ganz Neues und Hochinteressantes vor den Augen der Welt enthüllt zu haben. Israel lächelt über diese Naivetät und fährt fort, den Born der Menschheit auszuschöpfen, da wo er am tiefsten ist.“

Theodor Fritsch steht am Ende seiner Laufbahn. Merkwürdig, wie rasch die antisemitische Bewegung ihre Führer bei Seite schiebt. Diese „große, das Deutschthum rettende, edle und vornehme“ Bewegung hat keine Spur von Dankbarkeitsgefühl. Aus unlauteren Motiven geboren, kann sie nur unlautere Wege wandeln.

Arme Teufel, diese Stöcker, Böckel, Fritsch!

Staatliche Ehrengerichte für Aerzte.

Ein Hauptgrund dafür, daß die antisemitischen Blätter so oft unwahre, rein aus der Luft gegriffene Behauptungen aufstellen, ist nicht zum Mindesten der, daß die Verfasser solcher Lügen gar nicht daran denken, sich über irgend Etwas, das Juden verdächtigt, genauer zu informiren, ja die Jedem zugänglichen einfachsten Thatsachen kennen zu lernen. Sie begnügen sich mit dem bloßen Schimpfen, was allerdings weniger Arbeit und Nachdenken erfordert. Deshalb ist es so leicht, diese Lügen aufzudecken, was allerdings jenen Zeitungen gleichgültig ist, da sie wohl nur in den seltensten Fällen eine Berichtigung oder auch nur einen Versuch zur Rechtfertigung ihrer falschen Beschuldigungen bringen. Die Lüge hat ihre Schuldigkeit gethan und der Hetze darf auf keinen Fall entgegengearbeitet werden, auch nicht mit den Mitteln der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Ein besonders starkes Stück von Unwahrheit leistet sich die „Deutsche Tageszeitung“, das antisemitische Organ des Bundes der Landwirthe, in ihrer No. 448 unter dem Titel: Staatliche Ehrengerichte für Aerzte. Der Artikel liefert den Beweis, wie leichtfertig hetzerische Angaben über Juden gemacht werden, wenn sie nur antisemitischen Zwecken Nutzen zu versprechen scheinen. Es wird erzählt, daß sämmtliche Aerztekammern mit Ausnahme der Posen'schen sich für die Einführung staatlicher Ehrengerichte für Aerzte erklärt haben. „Wir haben“ (so fährt die Redaktion der „D. T. Z.“ fort) „schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Gegnerschaft gegen die staatlichen Ehrengerichte im Wesentlichen von jüdischen Aerzten gebildet und geleitet wird.“ Abgesehen davon, daß fast alle Aerztekammern den Entwurf mit soviel Aenderungen versehen haben, daß der Minister, wie die Blätter melden, den so veränderten Entwurf für unannehmbar erklärte, beruht jener dreiste Versuch der „D. T. Z.“, für die Ablehnung in der Posen'schen Aerztekammer die jüdischen Aerzte verantwortlich zu machen, auf ganz willkürlicher Erfindung. Denn, wie aus der öffentlichen Abstimmung über die Einführung der Ehrengerichte in der betreffenden Sitzung (am 11. Mai d. J.) hervorgeht, nahmen zwölf Mitglieder der Kammer an dieser Abstimmung Theil. Von diesen zwölf waren zehn Christen (acht evangelisch, zwei katholisch) und nur zwei Juden. Die Entscheidung gegen die Ehrengerichte fiel mit sieben gegen fünf Stimmen, und zwar stimmte ein jüdisches Mitglied mit der Majorität, das zweite mit der Minorität!

Widerwärtig genug ist es, gegen solche Unwahrheiten, wie wir sie soeben entlarvt haben und die ohne jede Kenntniß der Verhältnisse den Lesern antisemitischer Blätter dargeboten werden, zu Felde ziehen zu müssen. Aber man thut doch gut, solche Lügen nicht unwidersprochen zu lassen.

Dr. M.

Ein antisemitischer Parteitag

wurde am 11. und 12. Oktober in Halle abgehalten. Vertreten waren 75 Wahlkreise. Zum ersten Male waren auch bayerische Antisemiten erschienen, welche bisher der deutsch-sozialen Reformpartei ablehnend gegenübergestanden hatten. Aus den Verhandlungen sei Folgendes hervorgehoben:

Von mehreren Seiten wurde betont, daß die Partei im Aufschwunge begriffen sei, was auch die jüngsten Landtagswahlen in Hessen bewiesen hätten. Liebermann v. Sonnenberg rühmte das Verhalten der Fraktion im Reichstage. Von den 14 Abgeordneten der Partei hätten im Laufe der letzten Session 11, also $^4/_5$, das Wort ergriffen und in 152 Reden ihren Standpunkt unbekümmert um die Anfeindungen von rechts und links vertreten.

In Prahlereien über die Heldenthaten der Antisemiten und in Angriffen gegen die „alten Parteien“ schwelgte Herr v. Liebermann. Er verstieg sich hierbei zu der Aeußerung, daß die Mehrheit des Reichstages die Antisemiten für ihr Verhalten beim Bürgerlichen Gesetzbuch durch die „unberechtigte Kassirung“ des Mandats des Abg. Köhler „bestraft“ habe. „In dieser Ausdrucksweise, bemerkt mit Recht die „Nationallib. Korrespondenz“, liegt eine Beleidigung der Mehrheit des Reichstags, welche sich diese am allerwenigsten von Seiten des Herrn Liebermann v. Sonnenberg gefallen lassen dürfte. Sie beweist aber auch, auf welchem Niveau die Anschauung steht, welche auf antisemitischer Seite über die Volksvertretung und ihre Pflichten im Allgemeinen vorherrscht.“

Von den Berliner Delegirten lag ein Antrag vor, die Stadt Berlin als selbstständigen Verband mit dem Rechte der Vertretung im Gesammtvorstande zu organisiren. Gegen diesen Antrag sprach sich namentlich Abg. Förster aus. Er bezeichnete den Antrag als eine Quertreiberei der zwölf Berliner Delegirten. Die Berliner Bewegung habe seit Langem kein Recht auf besonderes Entgegenkommen mehr. Sie gehöre zur Provinz Brandenburg und habe sich dem brandenburgischen Provinzialverbande anzugliedern. Gerade die Berliner Bewegung sei in Bezug auf die Organisation am unfertigsten, und marschire nicht an der Spitze, sondern am Schwanze der Civilisation. Abg. Zimmermann ersuchte alle persönlichen Sachen aus dem Spiele zu lassen. Allerdings sei in der Berliner Bewegung manches nicht so, wie es sein sollte, vieles Unfertige und Unerfreuliche sei dort vorhanden, aber doch dürfe man auch die großen Verdienste der Berliner Bewegung nicht verkennen. Redakteur Puchstein sprach seine Verwunderung über Förster's Angriffe gegen Berlin aus. Dieselben nehmen sich recht eigenthümlich aus, wenn man erwäge, welch große Summen die Berliner für die Agitation im Reiche alljährlich aufbrächten. Der Antrag wurde abgelehnt. Es söhnten sich die Gemüther bald wieder aus. Förster erklärte, er habe das von ihm gebrauchte Bild nur humoristisch gemeint und die Berliner versicherten, der letzte Stachel, der in ihrer Seele zurückgeblieben war, sei damit geschwunden.

Wie bei dieser Gelegenheit, so suchte Abg. Zimmermann auch sonst zu vermitteln. Als von den Mosch'schen Angriffen gegen die Fraktion und insbesondere gegen Liebermann von Sonnenberg die Rede war, betonte Zimmermann,

daß er die schroffe Form dieser Angriffe zwar entschieden mißbillige, aber dagegen auch Verwahrung einlege, daß Blätter, die sich, wie die „Deutsche Reform“ Moschs, als antisemitisch bezeichnen, als feindliche hingestellt werden.

Ein die Haltung der Fraktion in Sachen der Bäckereiverordnung des Bundesrathes beanstandender Antrag der Hamburger Delegirten wurde mit 59 gegen 24 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen abgelehnt und ein allgemein gehaltener, nichtssagender Kompromißantrag mit 64 gegen 17 Stimmen angenommen. Auch in Bezug auf den 8 Uhr-Ladenschluß und andere sozialpolitische Fragen wich man einer klaren Stellungnahme aus, um es mit Niemandem zu verderben.

Eine Erörterung über den Vorschlag, die Fraktion möge im Reichstage den Antrag betr. das Verbot der Judeneinwanderung erneuern, wurde durch die Erklärung des Herrn v. Liebermann hinfällig, daß der Antrag dem Reichstage bereits vorliege und im Winter zur Verhandlung kommen werde.

Zu Parteivorsitzenden wurde Zimmermann mit 82 und Liebermann von Sonnenberg mit 75 Stimmen wiedergewählt.

Zum Schlusse möchten wir noch der Haltung des Parteitages gegenüber dem Bund der Landwirthe gedenken. Es ist unseren Lesern bekannt, daß Liebermann v. Sonnenberg von jeher mit dem Bunde der Landwirthe unter einer Decke steckt, und daß die Herren Köhler, Hirschel, Bindewald, nachdem sie den Bund jahrelang mit den schärfsten Waffen bekämpft, urplötzlich sich bekehrt haben und in intime Beziehungen zu dessen Leitern getreten sind. Der Parteitag hat sich mit der Angelegenheit nicht befaßt; nur Abg. Müller-Waldeck gab unter Beifall dem Wunsche Ausdruck, daß die Mitglieder der Partei dem Bunde der Landwirthe beitreten möchten. Dadurch gewinne man Einfluß auf den Bund und könne ihn für die Partei gewinnen. Dagegen kam es auf dem am 11. Oktober zu Ehren des Parteitages abgehaltenen Kommers, an dem als Vertreter des Bundes Dr. Suchsland theilnahm, zu einer Art Verbrüderung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt darüber:

„Das intim freundschaftliche Verhältniß zwischen dem Bunde der Landwirthe und der deutschsozialen Reformpartei kam in den gehaltenen Reden energisch zum Ausdruck. Dr. Suchsland zumal, der das freundschaftliche Verhalten nachdrücklich hervorhob und die Mitglieder der Partei zum Anschluß an den Bund aufforderte, wurde stürmisch applaudirt. Dasselbe Schicksal fand ein Begrüßungstelegramm des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden des Bundes in der Provinz Sachsen. Der Verlauf des Parteitages hat gezeigt, daß die deutschsoziale Reformpartei fest und einmüthig zum Programm des Bundes der Landwirthe bekennt.“

Danach scheinen die Herren ja einig geworden zu sein. Vor einiger Zeit plante man insgeheim einen Zusammenschluß von einigen Konservativen, dem Bund der Landwirthe und den Antisemiten. Daß diese Absichten noch immer verfolgt werden, verräth jetzt die konservative „Schles. Ztg.“:

„Die Bestrebungen, aus dem Bunde der Landwirthe eine politische Agrarpartei zu bilden, an die sich die vielgewandten Antisemiten — genannt deutschsoziale Reformpartei — angliedern würden, sind durchaus noch nicht überwunden. Im vergangenen Winter hatte dieser Plan schon eine so bestimmte Gestalt gewonnen, daß man bereits die Namen derjenigen Agrarier nannte, die gegebenenfalls aus der konservativen Partei „sezessioniren“ wollten. Man rechnete, die neue Argrarpartei werde einschließlich dieser Sezessionisten und einiger Wilden nebst der Fraktion der Reformpartei etwa dreißig Mann stark auftreten können. Der Plan ist aber, dank der Wachsamkeit des konservativen Parteivorstandes, vorläufig zu Wasser geworden.“

Diese Enthüllung läßt tief blicken!

Die „recht kräftige Lebensäußerung“ des Antisemitismus

ist nunmehr in den „Deutschsozialen Blättern“ („Antisemitische Korrespondenz“) vom 8. Oktober erschienen. Die Gesinnungsgenossen, an welche das vertrauliche Zirkular gerichtet war, werden nicht wenig enttäuscht gewesen sein. Fehlen doch die versprochenen (die Herren v. Liebermann und Beyer haben vorsichtigerweise „in Aussicht genommenen“ gesagt) Beiträge der Abgg. Förster, Vielhaben, Iskraut. Dem schönen Mordbild allein scheint man nicht genügende Zugkraft beizumessen; denn, so weit wir sehen, haben die antisemitischen Blätter bisher auf einen Abdruck dieser pièce de résistance der Agitationsnummer verzichtet. In gutem Glauben an die Wahrheit der in dem Prospekt enthaltenen Verheißungen mögen ja manche Antisemiten „hineingefallen“ sein. Aber nun, da man Gelegenheit hat, die „recht kräftige Lebensäußerung“ auf Grund eigener Beobachtung zu würdigen, wird man kaum die Neigung verspüren, sich für die Sache ins Zeug zu legen.

Ueberdies, meinen wir, besitzen doch noch eine Reihe Antisemiten so viel Anstandsgefühl, daß sie sich nicht zur Verbreitung eines Artikels hergeben, in welchem zum Beweis für die jüdischen Blutmorde u. A. die Frage aufgeworfen wird: „Woher kommt es, daß bei derartigen geheimnißvollen Morden das Volk sofort stets instinktiv einen Juden der That beschuldigt?“ Eine Argumentation, mittelst welcher auch die mittelalterlichen Hexenprozesse vertheidigt werden können und welche am Ende des 19. Jahrhunderts selbst manche antisemitische Fanatiker sich anzueignen Bedenken tragen.

Im Anschluß hieran wollen wir einen Nachtrag zu unserm Artikel in der vorigen Nummer bringen.

Herr Karl Sedlatzek hat mit einem Ritualmord-Bild paradirt, ebenso Herr Liebermann von Sonnenberg. Während wir zum Fall Andreas von Rinn einen historischen Kommentar bereits gegeben haben, wollen wir nachholen, was die Geschichte über Simon von Trient weiß:

Die Folter hat im ersten Prozeß 1475 die Seitens der Untersuchenden verlangten, aber unwahren Geständnisse erpreßt. In dem 1476 in Trient und Roveredo durch den vom Papst als Untersuchungrichter bestellten Bischof von Ventimiglia geführten zweiten der vier Prozesse wurden die Juden freigesprochen, nachdem der Christ Zanesus sich zum Morde bekannt hatte. In dem in Rom 1477/78 verhandelten dritten Prozesse handelt es sich nicht um die Blutbeschuldigung aber um die Kanonisirung, sondern nur um die Frage, ob der 1475 in Trient verhandelte erste Prozeß formell regulär (rite et recte) geführt wurde. Um das Ansehen des Bischofs von Trient wurde diese Frage bejaht mit der Begründung: Zanesus habe sich zwar 1476 als Mörder bekannt, aber das konnte der Trientiner Bischof 1475 noch nicht wissen (Urkunde vom 20. Juni 1478). Auch die bei Sixtus V. die Heiligsprechung nachsuchende Trientiner Geistlichkeit behauptet nur, daß Simon „zur Verspottung Christi“ von den Juden getödtet worden sei, spricht aber kein Wort von einem „Ritualmord“. Sehr bemerkenswerth ist auch die Thatsache, daß Sixtus V. in der Kanonisirungsurkunde mit keinem Worte erwähnt, daß Simon von den Juden ermordet wurde, geschweige denn, daß ein „Ritualmord“ vorliegt.

Jedem das Seine: Herrn Sedlatzek — Andreas von Rinn; Herrn Liebermann von Sonnenberg — Simon von Trient!

Zur Abwehr.

S. **Dramburg** (Pommern). In einer von Bürgern und Bauern überaus zahlreich besuchten liberalen Versammlung beleuchtete der Reichstagsabgeordnete Dr. Pachnicke die Bevorzugung des Adels bei der Besetzung der Aemter in der Verwaltung und wies nach, daß die jetzigen Vorrechte des Adels dem Geiste und dem Wortlaute der Verfassung widersprächen und namentlich nicht aus der geschichtlichen Vergangenheit des Adels bewiesen werden

könnten. Die Zurücksetzung des Bürgerthums sei um so unberechtigter, als Mitglieder des Bürgerthums bahnbrechend auf allen Gebieten aufgetreten seien. Als nun der Redner einige besonders hervorragende Geistesheroen des Bürgerthums nannte, u. A. auch Spinoza erwähnte, rief ein jugendlicher Zuhörer, ein angehender Jurist, der an den Klippen des Examens bereits mehrmals verunglückte, dazwischen: „Das war ein Jude!" In der Versammlung machte sich über diesen Zwischenruf allgemeine Entrüstung geltend, die sich in stürmischen Beifall umwandelte, als der Abg. Dr. Pachnicke dem jungen Mann zurief: „Jawohl, Spinoza war ein Jude, ein edler Jude, Ihnen kann ich nur den Rath auf den Lebensweg mitgeben, werden Sie wie dieser Jude war." Nach dieser wohlverdienten Abfertigung wurde der Judengegner sehr kleinlaut, sämmtliche übrigen Theilnehmer der Versammlung aber machten sich noch lange lustig über den „gebildeten Juristen," der gegen Spinoza den Vorwurf erhob, ein Jude gewesen zu sein.

Aus dem antisemitischen Lager.

Mit Bezug auf die Notiz betr. den Anschlag der Statuten des „Mediz. Vereins" an der Universität Jena, in deren einem Paragraph es heißt: „Mitglied des Vereins kann jeder bei der Universität immatrikulirte Mediziner werden, welcher der mosaischen Religion nicht angehört" — erhalten wir folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Zu der Notiz aus Jena auf Seite 325 in No. 41 Ihrer „Mittheilungen" vom 10. Oktober d. J. habe ich ergebenst zu bemerken, daß die Statuten des „Medizinischen Vereins" weder vom Prorektorat noch von einer anderen Universitätsbehörde genehmigt worden sind oder werden, weil die studentischen Korporationen das Selbstverwaltungsrecht haben und nur verpflichtet sind, ihre Statuten auf Verlangen zur Einsicht pp. vorzulegen. Es war daher die gerügte Bestimmung des Statuts des „Medizinischen Vereins" behördlicher Seits nicht einmal bekannt.

Die Anschläge aber an den schwarzen Brettern der Anstalten der Universität bedürfen nur der Genehmigung des betr. Anstaltsdirektors, welcher in diesem Falle nur durch ein Versehen dieselbe ertheilte. Sofort, nachdem der angefochtene Passus zur Kenntniß des Prorektors kam, wurde dem medizinischen Verein aufgegeben, die Anschläge von allen schwarzen Brettern zu entfernen und ähnliche nicht wieder zu machen.

Ich ersuche ergebenst, auch ohne Berufung auf § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874, diese Berichtigung gefälligst in Ihre „Mittheilungen" aufzunehmen und hoffe, daß die Blätter, welche die Notiz aus Ihren „Mittheilungen" übernommen haben, auch diese Berichtigung bringen werden.

Jena, den 13. Oktober 1896.

Der Prorektor
der Großherzogl. und Herzogl. S. Gesammt-Universität.
Prof. Dr. Linck
d. z. Prorektor.

Von den verschiedenen Strömungen innerhalb der antisemitischen „deutschsozialen Reformpartei" entwirft Hr. v. Gerlach in der „Zeit" (15. Oktober) folgende Schilderung: „Die deutschsoziale Reformpartei ist entstanden durch den Zusammenschluß zweier selbständiger antisemitischer Fraktionen, der deutschsozialen Partei und der Reformpartei. Sie trägt noch heute den Stempel ihres Ursprungs aus zwei verschiedenen Lagern an sich. Der rechte Flügel, die von Liebermann v. Sonnenberg geführte deutschsoziale Gruppe, ist unter den Fittichen der konservativen Partei groß geworden. Sie ist in manchen Punkten reaktionär — ich erinnere nur an die Umsturzrede des Herrn v. Liebermann, — sie steht den Konservativen persönlich und sachlich so nahe, daß man innere Gründe für ihre Absonderung von der konservativen Partei eigentlich überhaupt nicht finden kann. Herr v. Plötz und Herr v. Werdeck, Frh. v. Langen und Herr Sachse könnten mit derselben Leichtigkeit ihren Uebertritt aus der konservativen Fraktion zu den Deutschsozialen vollziehen, wie die Herren v. Liebermann und Müller-Nutzhorn aus dem rein-antisemitischen Lager in das konservative hinüberschaffiren könnten. Pastor Iskraut war ja auch noch kürzlich in Westfalen gleichzeitig christlich-konservativ und deutsch sozial, nebenbei auch noch christlich-sozial. Der Abgeordnete Dr. Vielhaben sieht als echter Hamburger einem unsozialen Mittelparteiler so ähnlich wie ein Ei dem andern, nur daß er den gesellschaftlichen Antisemitismus der Mittelparteiler in den politischen umzusetzen gewagt hat.

Ganz anders sieht es auf der linken Seite der Partei aus, unter den Mitgliedern der ehemaligen Reformpartei. Hier sind zwei räumlich streng geschiedene Gruppen zu unterscheiden: die Bauerndemokraten aus Hessen und die sächsischen Mittelstandsmänner. Das beste Element der Partei sind die Hessen, die von dem begabten, aber charakterschwachen Dr. Böckel um die Fahne der Partei gesammelt worden sind. Sie tragen fast denselben Charakter an sich wie die Bauernbündler in Bayern und die Volksparteiler in Württemberg, nur daß die örtlichen Verhältnisse bei ihnen den Antisemitismus in die vorderste Reihe gestellt haben. Im Uebrigen sind sie antikapitalistisch, ausgeprägte Gegner des Großgrundbesitzes (was sie in jüngster Zeit nicht gehindert hat, vor den Junkern zu Kreuze zu kriechen. D. Red. d. „Mitth.") und der Bureaukratie. Im Ganzen genommen, sind diese Hirschel, Köhler u. s. w. Männer, die ihren Fraktionskollegen von der rechten Seite herzlich unsympathisch sind, und die man gern durch „zahmere" Persönlichkeiten ersetzen möcht. Die Sachsen, die Herren Zimmermann, Lotze, Graefe u. s. w., sind dagegen die Vertreter des kleinbürgerlichen Elements, wie es im Buche steht. Sie sind eigentlich die ausgeprägtesten Konservativen, die man sich denken kann, die die bestehenden Verhältnisse um jeden Preis erhalten wollen und deshalb einen erbitterten Kampf gegen den Großbetrieb, die Konsumvereine und ähnliche Dinge führen. Von den Fraktionskonservativen unterscheiden sie in der Hauptsache ihre demokratischen Allüren.

In der Mitte zwischen den beiden Flügeln steht Professor Dr. Paul Förster, den Ahlwardt einst, wie Stöcker es treffend ausdrückte, in seiner Rocktasche in den Reichstag getragen hat. Professor Förster isolirt sich dadurch, daß er mit demselben Feuereifer, mit dem er für den Antisemitismus kämpft, auch gegen Impfzwang und Fleischkost, Vivisektion und ungesunde Kleidung zu Felde zieht und alle diese seine Sonderbestrebungen dem Parteiprogramm einverleibt haben möchte. Außerhalb der Partei stehen die versprengten Reste der ehemaligen antisemitischen Volkspartei von Ahlwardts Gnaden, die nach der Fahnenflucht ihres Meisters in dem temperamentvollen Deckoffizier a. D. und Dichter Hans v. Mosch ihren Vorkämpfer erblicken. Sie sind zur Zeit völlig einflußlos und werden der Fraktion nur dadurch unbequem, daß sie allerlei wissen und sehr ungenirt aus der Schule plaudern.

Der Zwiespaltigkeit in der Fraktion ist dadurch Rechnung getragen, daß man sich auf ein Duumvirat geeinigt hat. Die Herren Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann regieren schon seit längerer Zeit gemeinschaftlich als „gleichberechtigte" Vorsitzende Fraktion und Partei, d. h. nominell. In Wirklichkeit ist der viel gewandtere Herr von Liebermann schon lange Alleinherrscher, was er äußerlich freilich mit großer Klugheit nie zu erkennen giebt."

Liebermann von Sonnenberg hat das antisemitische Blatt „Freideutschland" wegen Beleidigung verklagt; die Hauptverhandlung ist auf den

24. d. Mts. angesetzt. „Es handelt sich, wie „Freideutschl." mittheilt, um einen Aufsatz des Blattes, überschrieben „das neue Flugblatt Karl Paaschs." In demselben werden aus Paaschs Flugblatt „an die deutschen Antisemiten" unter den darin enthaltenen schweren Vorwürfen gegen v. Liebermann einzelne angedeutet, nur um darauf die Forderung zu gründen, daß die Parteileitung zu der Sache Stellung nehme und über diese Stellungnahme der Partei Rechenschaft gebe, sei es für Liebermann v. Sonnenberg gegen Paasch oder umgekehrt. Eine unklare Stellung zwischen Beiden sei nicht länger erlaubt. Da Liebermann an der Spitze der Partei stehe, andererseits aber auch Paasch als hervorragender Antisemit bisher gefeiert worden sei, so gehe es weder an, über den nun zwischen beiden hervorgetretenen schroffen Gegensatz stillschweigend hinwegzugehen, noch ihn mit einer Berufung auf Paaschs „Irrsinn" kurz abzuthun. In dieser Aufforderung zu parteiamtlicher Stellungnahme und Klärung, die den einzigen Zweck des Aufsatzes bildet, dem alles Andere nur als Mittel dient und wobei der Aufsatz jedes eigene Urtheil über v. Liebermann vermeidet, hat dieser eine persönliche Beleidigung für sich erblickt."

Iskrauts Wahl zum Prediger an der Berliner Sophiengemeinde hat unlängst auch den antisemitisch-konservativen Bürgerverein „Vorwärts" beschäftigt. Die „Staatsbürgerzeitung" berichtet darüber: „Zum Schluß brachte der Stadtverordnete Pretzel die merkwürdige (?) Agitation zur Sprache, die sich gegen die Bestätigung des mit großer Majorität zum dritten Prediger an der Sophiengemeinde gewählten Pastors Iskrauts geltend mache. Die Gemeinde könne sich zur Wahl dieses Mannes nur beglückwünschen (?); er wird frisches Blut in das kirchliche Leben der Gemeinde bringen. Wie man gegen seine Wahl ankämpfen könne, sei ihm unverständlich; die Nichtbestätigung käme seiner Disziplinirung gleich, zu der aber kein Anlaß vorliege. Er könne deshalb nur wünschen, daß die ungebührlichen (?) Agitationen gegen diese Wahl an zuständiger Stelle gebührende Zurückweisung erführen. In diesem Sinne sprachen sich alle weiteren Redner aus, und sie fügten hinzu, daß sie im Falle der Nichtbestätigung Pastor Iskraut immer wieder wählen würden."

Die eingeklammerten Fragezeichen hat die „Kreuzzeitung" vom 10. Oktober hinzugefügt und den Schlußsatz parirt sie mit der Bemerkung: „Das würde schließlich nur zur Folge haben, daß das Wahlrecht verfallen und dem Kirchenregiment die Besetzung der Stelle zustehen würde."

Ein Theil der Orthodoxen scheint demnach der Wahl Iskrauts mit Unwillen entgegenzusehen. Wir verstehen warum.

Bei der Reichstagswahl in Westhavelland werden die Antisemiten, wie dieser Tage ihr dortiger Führer, der Rechtsanwalt Wohlfahrt-Rathenow in öffentlicher Versammlung bestätigte, für den konservativen Landrath v. Löbell stimmen.

Im Landtagswahlkreise Rotenburg-Hersfeld findet demnächst eine Nachwahl statt, nachdem der bisherige konservative Vertreter, Oekonom Seyfarth, sein Mandat wegen zu hohen Alters niedergelegt hat. Bei den allgemeinen Wahlen im Herbst 1893 standen sich nur Seyfarth und der Reichstagsabgeordnete Werner gegenüber. Letzterer erhielt 63, Seyfarth 156 Stimmen. Werner will dieses Mal wieder kandidiren.

Zu den hessischen Landtagswahlen. Am 14. Oktober fanden die Wahlen der Abgeordneten statt. Nach dem uns beim Redaktionsschluß vorliegenden Telegramm des Wolff'schen Büreaus standen folgende Ergebnisse fest: Es sind bisher gewählt: 9 Nationalliberale, 3 Antisemiten bez. Christlich-Soziale, 3 Sozialdemokraten, 2 Mitglieder des Zentrums, 1 Kandidat des Bauernbundes und 1 Freisinniger.

Ueber den Prozeß Stöcker-Medem entnehmen wir der „Tilsiter Allg. Ztg." Folgendes:

Veranlassung zu der von dem Hofprediger a. D. Stöcker angestrengten Privatklage war eine Besprechung des Rechtsanwalts Medem in einer öffentlichen Versammlung, die am 6. Juni d. J. in Tilsit stattfand, über einen kurz vorher in Tilsit ebenfalls in öffentlicher Versammlung von Stöcker gehaltenen Vortrag. Rechtsanwalt Medem führte, auf diese Veranlassung eingehend, in der Verhandlung vor dem Schöffengericht Folgendes aus: Es erregte allgemeine Verwunderung, wie Hofprediger Stöcker auf den Gedanken kommen konnte, hier einen Vortrag zu halten, da er wissen mußte, daß hier gar kein Feld für seine Bestrebungen war, und sich die gesammte konservative Partei, auch in Ostpreußen und speziell in Tilsit, von ihm losgesagt hatte. Trotzdem war die Versammlung sehr stark besucht, weil Stöcker eine in der Oeffentlichkeit viel genannte und bekannte Person ist, wenn auch nicht im guten Sinne. Nachdem Stöcker seinen Vortrag geendet, erscholl, was nicht von vornherein zu erwarten, allgemeiner Applaus; es wird wohl auch mancher ironische darunter gewesen sein. Als nun von einigen Anwesenden der Eintritt in eine Diskussion beantragt wurde, gestattete der Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Meyer, eine solche nicht, angeblich, um nicht die „weihevolle Stimmung" zu beeinträchtigen, und schloß die Versammlung. Das Organ der hiesigen Konservativen berichtete darauf, daß Stöcker mit seinem Vortrage einen „vollen Erfolg" erzielt habe. Um nun eine etwaige Legendenbildung über „diesen Erfolg" zu zerstören und mit Rücksicht darauf, daß auf den Stöckerschen Vortrag jede Diskussion verhindert war, berief der Vorstand des freisinnigen Wahlvereins zum 6. Juni d. J. ebenfalls eine öffentliche Versammlung, und zwar „zur Besprechung des Stöcker'schen Vortrages." In dieser Versammlung habe er, so führte der Beklagte weiter aus, eine Rede gehalten, in welcher er unter Zurückweisung und Klarlegung der phrasenhaften Ausführungen Stöckers u. a. mit Bezug auf denselben die Worte gebraucht habe: „Jedenfalls ist und bleibt er ein dunkler Ehrenmann, ein Ritter von der traurigen Gestalt." Zu diesen Worten sei er, der Beklagte, berechtigt gewesen, ohne sich einer Beleidigung schuldig gemacht zu haben, und er nahm den Schutz des § 193 Str.-G.-B. für sich in Anspruch. Die freisinnige Partei sei berechtigt, ja verpflichtet gewesen, öffentlich festzustellen, daß der Stöckersche Erfolg nur ein Scheinerfolg gewesen sei, da andernfalls der gesunde Sinn in der Bevölkerung hätte leiden können. Man urtheile auch hier, wie sonst überall in der Oeffentlichkeit über Stöcker, dem man von allen Seiten, in letzter Zeit auch aus ihm nahestehenden Kreisen, mit Recht den Vorwurf der Unwahrheit, der Doppelzüngigkeit, der Gehässigkeit und des Mangels an Ehrgefühl machte, so daß er mit Recht ein dunkler Ehrenmann, ein Ritter von der traurigen Gestalt genannt werden könne, zumal in einer politischen Versammlung, welche den Zweck gehabt habe, dem Stöckerschen Vortrage entgegenzutreten. Die Stöckersche Richtung, ganz besonders die Persönlichkeit Stöckers selbst, habe geradezu vergiftend auf das öffentliche Leben gewirkt, und wenn die Versammlung vom 6. Juli cr. den Zweck gehabt habe, diese Richtung zu bekämpfen, so sei es vor allen Dingen erforderlich gewesen, eine Charakteristik der Persönlichkeit Stöckers zu geben. Es hätten dabei nicht nur Thatsachen vorgebracht werden können, sondern es hätten Urtheile gegeben werden müssen. Es müsse genügen, wenn er, der Beklagte, aus den dem Gericht vorzulegenden Schriften nachweise, daß Stöcker die gedachten Vorwürfe vielfach und von allen Seiten gemacht seien. Eventuell erbiete er sich, den Beweis dafür anzutreten, daß diese Vorwürfe in allen Fällen zutreffend gewesen seien. Stöcker dürfte sich umsoweniger empfindlich zeigen, als er selbst bekanntlich mit der Ehre seiner Gegner wenig schonend umgehe und unfläthige Ausdrücke liebe. Rechtsanwalt Medem ging sodann auf den bekannten Streit Stöckers mit Pastor Witte ein. Er verlas Stellen aus Witteschen Broschüren, aus welchen hervorgeht, daß Stöcker dem Pastor Witte den nach seinem eigenen späteren Zugeständniß unberechtigten Vorwurf gemacht habe, daß er jüdischen Leuten gegen Belohnung Titel verschaffe, daß er, als beide, Witte und Stöcker, in einem Prozeß gegen den Redakteur der Freien Zeitung Bäcker als Zeugen geladen gewesen seien, sich mit Witte über dieses Zeugniß zu verständigen und Witte zu beeinflussen gesucht habe, trotzdem letzterer diese Versuche energisch zurückgewiesen, daß er demnächst Witte in gehässigster Weise verfolgt und sich nicht gescheut habe, in einer öffentlichen Versammlung einem Gegner zuzurufen: „Ich wünsche dem Schreier, daß er nicht auch in Querulantenwahnsinn verfällt, wie mein früherer Kollege, der Pastor Witte!" Als Rechtsanwalt Medem dann auf weitere einzelne Fälle eingehen und nachweisen wollte, wie Hofprediger Stöcker sich in dem Prozeß wider Bäcker wiederholt gröblich mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt, widersprach der Vertreter des Privatklägers, da die Besprechung derartiger Einzelfälle unerheblich sei, indem es bekannt sei, daß derartige Vorwürfe dem Privatkläger gemacht würden, da ferner eine derartige Verhandlung die Sache außerordentlich in die Länge ziehen würde, und daß er, wenn Rechtsanwalt Medem den Beweis der Wahrheit für die einzelnen Fälle vertreten wolle, um Vertagung bitten müßte, um zunächst von seinem Mandanten Informationen einzuholen. Der Gerichtshof verkündet, daß auch nach seiner Auffassung der von Rechtsanwalt Medem angebotene Beweis für die

Beurtheilung der Sache unerheblich sei. Rechtsanwalt Medem führte nunmehr aus, daß er mit Rücksicht auf diese Erklärung des Gerichtshofes annehmen müßte, daß es gerichtsnotorisch sei, daß Stöcker in der gesammten öffentlichen Meinung als ein Mann gelte, der an seiner Ehre bedenklichen Schaden genommen habe und auf seine Ehre nichts halte; er müsse dabei verbleiben, daß er zu den Ausdrücken, wegen deren die Privatklage erhoben, berechtigt gewesen sei, und beantrage seine Freisprechung. Der Gerichtshof verkündet, wie schon gemeldet, nach längerer Berathung: „Es wird beschlossen, bezüglich des Angeklagten Epstein die Akten dem zuständigen Militärgericht zu überweisen. Bezüglich des Angeklagten Medem wird für Recht erkannt, daß derselbe gemäß § 185 und § 200 Str.-G.-B. wegen öffentlicher Beleidigung mit 15 M. Geldstrafe, im Unvermögensfalle mit drei Tagen Gefängniß zu bestrafen und dem Privatkläger das Recht zugesprochen wird, den Urtheilstenar nach erlangter Rechtskraft des Urtheils in der Tilsiter Allgemeinen Zeitung auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen." Beklagter, so wurde das Urtheil motivirt, könne den Schutz des § 193 Str.-G.-B. nicht beanspruchen. Rechtsanwalt Medem beabsichtigt, gegen dieses Urtheil Berufung einzulegen.

Dresden, 11. Okt. Das Strafverfahren, das wegen Wechselfälschung gegen den früher in Großenhain wohnenden konservativen Agitator Frhrn. v. *Schorlemer-Alst* eingeleitet ist, wird jedenfalls *niedergeschlagen* werden. Der Angeschuldigte ist nach längerer Beobachtung auch von den Aerzten der sächsischen Landesirrenanstalt, wie schon früher von dem Oberarzt des hiesigen Krankenhauses für *geistig gestört* erklärt worden.

Ein antisemitischer Redakteur. Man schreibt der „Volksztg." aus *Münster* in Westfalen:

Am 8. d. M. stand der bekannte antisemitische Redakteur Kaiser aus Münster als Angeklagter vor der Strafkammer des Landgerichts zu Münster. Kaiser war der Begründer und langjährige Redakteur der „Westfälischen Reform", eines in Dortmund herausgegebenen vor Kurzem an Abonnentenmangel fast verschiedenen antisemitischen Hetzblattes schlimmster Sorte. Er hatte dann in Münster ein neues Blatt desselben Charakters begründet, die „Deutschen Worte", worin er gegen die unserem Staate und Volke von der jüdischen Sittenverderbniß drohenden Gefahren in echt arischer Entrüstung losdonnerte. Diesem Rettungswerke machte jedoch der Staatsanwalt schon ein Ende, ehe Kaiser das Volk mit dem ersten Dutzend Nummern seiner „Deutschen Worte" beglücken konnte. Kaiser, der Sittenrichter über die Schlechtigkeiten den Juden, hatte in einer Reihe von Fällen kleine Mädchen im Alter von 5—7 Jahren, durch Verabreichung von Süßigkeiten an sich gelockt und dann mit ihnen unsittliche Handlungen vorgenommen, deren Einzelheiten sich der öffentlichen Darstellung entziehen. Er war im Großen und Ganzen geständig und wurde vom Gericht wegen Sittlichkeitsverbrechens in sieben Fällen zu einer Gesammtgefängnißstrafe von zwei Jahren verurtheilt.

Ueber Annäherungen der österreichischen Antisemiten an den Grafen Badeni wird der „Tägl. Rundschau" aus *Wien* geschrieben: Die antisemitischen Parteien des Abgeordnetenhauses haben die Erklärung abgegeben, daß sie dem Zustandekommen des Staatvoranschlages keine Hindernisse in den Weg legen werden. Diese Erklärung und die Haltung der *Luegerpartei* gegen die Deutschnationalen schärferer und schärfster Tonart — sowie die Interpellationsbeantwortung in Sachen des Salzburger Katholikentages sind Zeichen einer Annäherung zwischen dem Grafen Badeni und den Antisemiten, welche auch dem Fernstehenden auffallen müssen. Aber es giebt mehr Zeichen. Es ist kürzlich hier eine antisemitische Zeitung auf eine ebenso plötzliche als auffällige Art von scharfer Opposition zu stiller wohlwollender Duldung übergesprungen, daß man Grund genug gehabt hat, den Spuren dieser Sinnesänderung nachzugehen. In Wien geht das Gerücht, daß diese dem Untergang nahe Zeitung durch Mittel aus den geheimen Regierungsfonds vor dem Untergang bewahrt sei, und Dr. Lueger stand zu dieser Zeitung in einem nahen Verhältniß. Beziehungen zwischen Badeni und Lueger *bestehen*, das ist sicher. Ihre Früchte aber wird man noch vor der Jahreswende sehen können. Die Art und Weise, wie Dr. Lueger seinen vorgesetzten Bürgermeister selbst in offener Gemeinderathssitzung dirigirt und zurechtweist, zeigt an, daß er die Maske nicht mehr lange vorhalten will; es wird ihm schon zu heiß darunter. Nun, er wird bald Luft haben. Badeni weiß gute Dienste zu belohnen. Die ungarischen Milleniumsfestlichkeiten sind bald zu Ende, der Ausgleich ist vorläufig gescheitert, man hat also keine Rücksichten mehr zu nehmen, sondern lediglich die Konstituante des neuen ungarischen Reichsrathes am 20. November abzuwarten. Gleich nachher wird der todte Mann im Rathhause, Herr Strobach, demissioniren, und das Christangebinde, das Graf Badeni seinem „bewährten Freunde" Dr. Lueger höchst eigenhändig an den Weihnachtsbaum binden wird, ist die goldene Kette. Ich erfahre *aus bester Quelle*, daß Dr. Lueger *noch vor Weihnachten Bürgermeister* sein wird. Um diesen Preis treten die Christlichsozialen in die Regierungsmehrheit ein.

Die *Wiener Christlich-Sozialen* haben bei ihrer Agitation auf dem flachen Lande bis jetzt wenig Erfolg geerntet. Wie die „Köln. Ztg." meldet, kam es am 11. Oktober in Kirchberg, Wagram und Klosterneuburg zu *blutigen Prügeleien* mit den *Anhängern Schönerers*. Im erstgenannten Orte wurden 10 Personen, darunter der deutschnationale Kandidat, erheblich verletzt.

Wien, 9. Oktober. Im *Gemeinderathe* fanden heute bei Berathung der Vorschläge gegen die Fleischtheuerung *große Skandale* statt. *Gregorig* brachte *heftige Beschimpfungen gegen die Juden* vor und rief dann der *liberalen* Minderheit zu, sie habe *alles Schamgefühl verloren*. Die Liberalen verlangten den Ordnungsruf gegen Gregorig. Bürgermeister Strobach erwiderte, das sei die politische Meinung Gregorigs, und die Bevölkerung theile dieselbe. Diesen Worten folgte stürmischer Lärm bei den Liberalen. Dr. *Mittler* rief, er gebe seiner persönlichen Meinung dahin Ausdruck, daß die gegenwärtige *Mehrheit des Gemeinderathes Schamgefühl nie besessen* habe. Diese Aeußerung rief unbeschreiblichen Tumult hervor. Die Antisemiten umringten Mittler mit erhobenen Fäusten; jeden Augenblick drohte ein *Handgemenge*. Hierauf erhob sich der Gemeinderath Dr. Rader und sagte: Als deutscher Mann fühle er sich in seiner Ehre verletzt; wäre Mittler kein Jude, würde er ihn *vor die Klinge fordern*. Es folgte erneuter Tumult mit Schimpfworten gegen die Liberalen. Der Gemeinderath Tomanek erklärte ebenfalls, er würde, da er *Reserveoffizier* sei, Mittler fordern, wäre dieser nicht Jude. Erst nach geraumer Zeit konnte die Berathung fortgesetzt werden.

Zum Fall Hammerstein hatte im Oktober v. J. im Breslauer freisinnigen Volksverein „Franz Ziegler" der Vorsitzende, Rechtsanwalt Feige, Mittheilungen gemacht, aus welchen hervorging, daß sich der ehemalige Chefredakteur der „Kreuzzeitung", Freiherr v. Hammerstein, schon vor sechs Jahren als Vorsitzender bezw. Aufsichtsrathsmitglied der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia" Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen ließ, welche nur die Entlassung Hammersteins als Mitglied des Aufsichtsraths dieser Gesellschaft zur Folge gehabt hätten, die aber mit Recht vor den Staatsanwalt gehört hätten. Van diesen Unregelmäßigkeiten — es handelte sich u. A. um die Entnahme von 15000 Mark ohne die Hinterlegung der entsprechenden Sicherheit und die Aufstellung falscher Bilanzen — hätten 12 Personen Kenntniß gehabt, die alle zu der Partei des Herrn v. Hammerstein gehörten, und von denen über die Hälfte Grafen und Barone

wären. Diese Mittheilungen, welche von der „Bresl. Ztg.“ ausführlich wiedergegeben worden waren, erregten deswegen besonderes Aufsehen, weil darach die Freunde des Freiherrn v. Hammerstein nicht erst im Januar oder April des vergangenen Jahres von seinem Treiben Kenntniß erhielten, sondern ihnen bereits seit Jahren bekannt sein mußte, weß Geistes Kind er gewesen ist. Die Direktoren der „Borussia“ Eck und Krüger stellten gegen Rechtsanwalt Feige und den verantwortlichen Redakteur der „Bresl. Ztg.“, Dr. Stanjek (jetzt in Glogau), Strafantrag wegen Beleidigung, dem die Staatsanwaltschaft in Breslau auch Folge gab. Bei seiner Vernehmung am 24. Januar d. J. übergab Rechtsanwalt Feige dem Untersuchungsrichter ein umfangreiches Aktenmaterial, welches er als Vertreter des Generalagenten der „Borussia“, der die Unregelmäßigkeiten Hammersteins aufgedeckt hatte und der von der Gesellschaft entlassen worden war, besaß; zugleich erbot er sich, der Staatsanwaltschaft noch weiteres Material zur Verfügung zu stellen. — Wie jetzt dem „Niederschles. Anz. zufolge der erste Staatsanwalt von Rosenberg in Breslau dem Rechtsanwalt Feige und Redakteur Dr. Stanjek mittheilt, hat er das gegen beide wegen Beleidigung eingeleitete Verfahren eingestellt.

Vermischtes.

Anonyme Briefe spielen in der antisemitischen Presse eine wichtige Rolle. Nicht selten brüstet sich ein Blättchen damit, von „einem Juden“ eine Schmähkarte erhalten zu haben. Diese wird dann hübsch abgedruckt und die emphatische Versicherung daran geknüpft, man werde nicht aufhören, gegen den „jüdischen Geist“ zu kämpfen 2c. 2c.

Jetzt hat die „Neue Westf. Volksztg.“ eine solche Schmähkarte eines Israeliten aus Amsterdam erhalten. Angenommen, ein Jude hat sie wirklich geschrieben — was doch noch gar nicht feststeht! — was will das besagen? Sollen wir mit den Schmähkarten aufwarten, die wir von Antisemiten erhalten haben? Anonyme Zusendungen gehören in den Papierkorb und die „N. Westf. Volksztg.“ thäte gut, sich diese Gepflogenheit anständiger Redaktionen anzueignen, anstatt eine Schandkarte zu einer großartigen Hetze gegen die gesammte Judenschaft auszubeuten.

Sonderbares Christenthum. Ein „eifriger Leser“ unseres Blattes schreibt uns: „Mit Interesse habe ich die einzelnen Beispiele gelesen, die in No. 38 Ihres Blattes zusammengestellt sind und die beweisen, wie sonderbar sich das Christenthum in vielen Köpfen widerspiegelt. Darf ich Ihre Sammlung durch ein neues Beispiel vermehren: Der Abt von Fromesta, mit Namen Fray Diego de Haedo, hat im 16. Jahrhundert eine Beschreibung Algiers veröffentlicht und namentlich die Mauren, die aus Spanien geflohen waren, hart mitgenommen, weil sie sich nicht taufen lassen wollten. Er schreibt über die Araber Algiers:

„Nur in einem Punkte sind sie freigebig; nämlich wenn es sich darum handelt, einen Christen lebendig verbrennen zu lassen, um den Tod eines Renegaten oder Moslems zu rächen, der in Spanien auf Befehl des heiligen Offiziums (der Inquisition) den Feuertod erlitten hat, was allerdings oft vorgekommen ist. Dann laufen sie durch alle Straßen, sammeln rechts und links Geld, und Jedermann beeilt sich, zu dem frommen Werk beizusteuern, damit man nämlich einen Christensklaven ankaufen könne, um ihn den Flammen zu übergeben. Am liebsten kaufen sie zu diesem Zweck einen in Sklaverei gerathenen christlichen Priester oder Mönch, denn ihr Haß gegen unsern heiligen Stand ist unbändig.“

Der bekannte Reisende Heinrich Freiherr von Maltzan giebt zu dieser Stelle folgende treffende Erläuterung (s. Globus 1873, Bd. 24, S. 185):

„Man kann nicht umhin zu schaudern über diese cynische Naivetät des Paters. Er findet es ganz in der Ordnung, daß das heilige Offizium jährlich Tausende von sogenannten Marranen (so nannte man die gewaltsam bekehrten Araber und Juden Spaniens, die im Geheimen noch ihrem früheren Glauben anhingen) und Renegaten (die meistentheils auch nur widerwillig bekehrte, später nach Afrika geflüchtete und dort zum Islam zurückgekehrte Morisken waren) verbrennen ließ; aber wenn als Blutrache hierfür die Araber auch einmal einen Christen verbrannten, so muß dies natürlich von ganz anderem Standpunkte und zwar als das schwärzeste Verbrechen betrachtet werden, während die Grausamkeiten des heiligen Offiziums fromme Werke sind! Dennoch kamen solche Schandthaten von Seiten der Araber nur sehr selten vor; das heilige Offizium überflügelte sie darin ganz entschieden.“

Eine Reminiszenz. In einem Wiener, den Jahren 1769 bis 1780 angehörenden und einige in dem dortigen k. k. Theater aufgeführte Lustspiele enthaltenden Mischbande befindet sich, so erzählt Prof. L. Geiger in der „Allg. Ztg. d. Jud.“ (Nr. 40), auch eins mit dem Titel: „Der redliche Bauer und großmüthige Jud oder der glückliche Jahrtag.“ (Wien 1774.) Das Lustspiel ist, wie aus Goedeke, Grundriß IV, 71, V, 315 zu ersehen ist, von einem wenig bekannten Dichter, Joseph von Pauersbach verfaßt, der in den Jahren 1772 bis 1783 thätig war, und soll seinen Stoff dem Englischen entnommen haben. Darin erzählt Peterl, der Sohn einer Bäuerin, dieser, der Schulmeister werfe den Juden vor, daß sie die Christen betrügen, Brunnen vergifteten, Kinder schlachteten, und die Kinder auffordere, jene zu hassen und ihnen allerlei Schabernack anzuthun. Da ruft die Mutter: „Peterl! Das letzte verbiete ich Dir jetzt ein für allemal. Die Juden sind so gut unsere Nächsten, als andere Menschen; untersteh Dich ja nicht, einem einzigen das mindeste Leid mehr zuzufügen.“ Ja, sie fordert ihn auf, dem Pfarrer von dem Treiben des Lehrers zu berichten, „vielleicht wird dann der Herr Schulmeister die armen Juden nicht mehr so verfluchen.“ Und als zum Schluß die Großmuth des Juden ihren Triumph feiert und der Kommis Pruckner ruft: „Unsere dankbaren Stimmen werden aller Orten diese seltene Großmuth, diese seltene Redlichkeit froh bekannt machen!“ da hofft der Bauer, auch der Schulmeister werde sich bekehren: „Vielleicht wird er von Juden ganz anders denken, wenn er den heutigen Vorfall hören wird,“ und der Jude Moses schließt mit der gewiß richtigen Antwort: „Gewiß das einzige Mittel, die Menschen zu zwingen, von uns Gutes zu denken, ist, Gutes zu thun.“

Man sieht: es ist die volle Toleranz des josephinischen Zeitalters, die ganze Menschenliebe und Redlichkeit einer philanthropischen Zeit. Gewiß waren nicht alle Bauern damals so redlich, wie dieser Michel, nicht alle Juden so großmüthig und so wenig auf Wiedererlangung ihres verlorenen Gutes bedacht, wie dieser Moses. Immerhin ist es ein hübsches Zeichen der Zeit, daß solche Beispiele damals aufgestellt und von der Bühne herab verkündet werden konnten.

Ein jüdischer Patriot und das lustige Wien. Der österreichische Dichter Ludwig August Frankl, ein Israelit, war zeitlebens ein echter Sohn seines Landes und Anhänger der Habsburger Dynastie. Interessant ist es zu vernehmen, welch ein Echo die Schlacht bei Königgrätz in ihm und in den Wienern hervorgerufen hat. Das erfährt man aus einem Briefe, den er am 22. Juli 1866 an Anastasius Grün (Grafen Auersperg) geschrieben hat. Darin heißt es („Die Zeit“ Wien, 11. Juli 1896):

Am folgenden Tage kam die Hiobspost von Königgrätz. Die Menschen in den Straßen sahen ernst und schweigend drein, wie sie thun, wenn sie sich in einem Leichenhause vor der Bestattung eines Freundes zusammenfinden. Die Bekannten grüßten einander nicht, sie sahen sich nur schweigend an.

Und doch! Es ist empörend zu sagen, aber es muß zu ewiger Brandmarkung gesagt werden: am selben Abend fanden sich an 2000 Wiener und Wienerinnen bei einem Sommer-Maskenfeste ein, bei einem venezianischen Corso. Verdient solches elendes Gesindel nicht sein Schicksal? Ich selbst nach stundenlangem Herumirren im Prater, müde von Zorn und Schmerz, trat — ich hatte seit frühem Morgen keinen Bissen gegessen — in einen Gasthofgarten, um mich zu restauriren. Meine Familie lebt auf dem Lande. Es waren an 300 Menschen, Männer und Frauen, der Kleidung nach den wohlhabenderen Ständen angehörend, versammelt, sie aßen und tranken.

* Leider hat sich das amtliche „Waldsee'r Wochenblatt“ vom 12. Sept. dazu hergegeben, den Text abzudrucken.

Plötzlich erschienen Harfenisten, aufgeputzte H . . . und sangen die elendesten Gassenhauer, spielten Volksscenen und die Gesellschaft applaudirte, ließ manches Stück sich wiederholen. Ich fragte mich, als ob ich nur geträumt hätte, sind wir denn wirklich blutig auf's Haupt geschlagen? Regnet es denn nicht Feuer und Schmach auf uns?

Ich hatte nie eine gute Meinung von den Wienern. Es ist ein Bastardvolk aus deutscher, slavischer, italienischer, magyarischer Blutkreuzung. Es flieht, was fliehen kann, die Bürgerwehr soll 20.000 Mann stark werden und nach 3 Tagen haben schon!! 3000 sich einschreiben lassen und an den Straßenecken sind Concerte und Bälle angekündigt.

Seltene Toleranz. Dieser Tage starb der in Kuttenplan in Böhmen ansässige Ernst Graf Berchem-Haimhausen. Derselbe war ein großer Philanthrop, ein warmer Freund der Schule und eifriger Förderer gemeinnütziger Vereine und humanitärer Anstalten. In markanter Weise kam diese Gesinnung in seinem Testamente zum Ausdrucke, in welchem er unter anderen reichdatirten Wohlthätigkeitsakten auch eine mit zehntausend Gulden dotirte Rabbinatsstiftung kreirte. Die Leiche des verblichenen Grafen wurde unter der Theilnahme der Bevölkerung der ganzen Umgebung in der Familiengruft beigesetzt. — Dieser Graf, sein Vater und sein Großvater waren eigentlich die Gründer und Patrone der israelitischen Gemeinde Kuttenplan.

Judenverfolgungen in Rußland. In der Ortschaft Diatlowka im Gouvernement Grodno haben sich kürzlich in Folge eines Streites zwischen einem Bauern und einem Juden antisemitische Exzesse ereignet. Im Verlaufe des Streites erlitt der Bauer, welcher epileptisch ist, einen Anfall seiner Krankheit und als er hinfiel, begannen die Bauern des Ortes, welche glaubten, daß ihr Genosse von dem Juden getödtet worden sei, sofort eine regelrechte Judenhetze, indem sie alle Geschäftsläden der Juden plünderten. Die Wuth der Bauern nahm bald so große Dimensionen an, daß sie sich auch gegen die behufs Ruhestiftung erschienenen Polizei-Agenten und ihren Anführer, den Polizeikommissär Russanow, zur Wehr setzten. Sie griffen den Kommissär selbst an, entrissen ihm seinen Säbel, so daß sich dieser nur durch die Flucht in einen Kaufmannsladen retten konnte. Von dort konnte er das Dach eines benachbarten Hauses erreichen, aber auch da war er vor der Wuth der Bauern nicht sicher. Sie wollten ihn steinigen und thatsächlich wurde er am Kopfe durch einen Steinwurf verletzt. Er wurde schließlich nur dadurch gerettet, daß eine Anzahl besonnener Leute das betreffende Haus umgaben und ihn dann, trotz aller wilden Verwünschungen seitens der aufgereizten Menge, sicher nach Hause brachten. Nun begannen die Bauern seine Wohnung zu belagern und nur ein zufälligerweise eingetretener Regenguß, der sie zwang, den Platz zu verlassen, verhinderte ein größeres Unglück. Russanow muß nun das Zimmer hüten, da er nebst seiner Kopfwunde sich auch bei dem Sprunge vom Dache des Hauses, auf welches er sich geflüchtet hatte, einen Fuß verstaucht hat. Die Verhandlung gegen die Ruhestörer, deren Zahl siebzig beträgt, wovon fünf die Anstifter der Unruhen waren, wird demnächst vor dem Gericht in Grodno stattfinden.

Anläßlich der Krönung des Zaren fanden in Mizadisch und an zwei andern Orten Exzesse statt, wobei Juden getödtet wurden. Die Censur verbot der Presse, darüber etwas zu bringen, aber der „Graschdanin" veröffentlichte trotzdem eine Notiz darüber. —

Aus Rußland. Merkwürdige Botschaft kommt in dieser Woche aus dem Zarenreiche. Ueber hohe Offiziere des russischen Dragoner-Regiments Kaiser Franz Josef ist eine Disziplinarstrafe verhängt worden, blos weil sie Juden beschimpft und geprügelt haben.*) Das war doch früher nicht! Ein Petersburger Gewährsmann der „Pol. Korresp." giebt folgende näheren Aufschlüsse:

Großes Aufsehen erregt in Petersburg ein von dem amtlichen Organ des Kriegsministeriums, dem „Rußky Invalid", veröffentlichter kaiserlicher Tagesbefehl, kraft dessen der Kommandant des 35. Bielgoroder Dragoner-Regiments Kaiser Franz Josef, Oberst Papaafanassopulo, enthoben und in die Reserve versetzt, der Lieutenant dieses Regiments, Bakunin, vom Heeresdienste ausgeschlossen und elf weitere Offiziere desselben Regiments, Rittmeister v. Bradke, die Lieutenants Grigorowitsch-Barsky und Petrowitsch und die Kornets Kisselew, Makedonsky, Kolodiew, Korbut, Zemitschkovsky, Dunajewsky, Pustschin und Bogdanowitsch zu gemeinen Soldaten degradirt wurden. Erkundigungen, die Ihr Korrespondent über die vom „Rußky Invalid" mit keinem Worte angedeuteten Gründe dieser außerordentlich strengen Maßregelung einzog, ergaben, daß diese durch einen skandalösen öffentlichen Austritt veranlaßt wurde. Die angeführten Offiziere hatten durch ein an das Regiment gelangtes Beglückwünschungs-Telegramm des Inhabers, des Kaisers Franz Josef, in fröhliche Stimmung versetzt, dem Weine allzu sehr zugesprochen, und als sie dann in angeheitertem Zustande durch die Straßen gingen, eine Gruppe von Juden ohne den geringsten Anlaß beschimpft und geprügelt. Sie verfolgten die Angegriffenen bis in die Räume eines Privathauses, wohin sich dieselben geflüchtet hatten, um die Mißhandlungen fortzusetzen. Erst durch das Einschreiten der Polizei wurde diesen Gewaltthätigkeiten ein Ende gesetzt. Die Versetzung des Obersten Papaafanassopulo, der sich an diesem unwürdigen Treiben selbstverständlich nicht betheiligt hat, in die Reserve ist aus dem Grunde erfolgt, weil er aus unstatthafter Nachsichtigkeit unterlassen hat, der obersten Militärbehörde über diese Vorfälle Bericht zu erstatten, so daß dieselbe hiervon erst durch eine Mittheilung des Ministeriums des Innern Kenntniß erhielt.

Ueber eine Kundgebung eines Erzbischofs meldet das amtliche Organ des Erzbisthums Warschau: Se. Herrlichkeit, Mgr. Flavian, war während seiner Inspektionsreise, welche er soeben in den Gemeinden des Gouvernements Kalisch unternommen hat, der Gegenstand zahlreicher Ovationen von seiten der jüdischen Bevölkerung. In Kalo überreichten die Juden Sr. Herrlichkeit reiche Geschenke, u. a. eine in hebräischer Schrift auf Seide geschriebene und reich gebundene Bibel. Gerührt von diesem Zeichen der Zuvorkommenheit und hauptsächlich von den begeisterten Zurufen der jüdischen Volksmassen, antwortete Se. Herrlichkeit den jüdischen Delegirten, welche ihn willkommen hießen, folgendermaßen:

„Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihren Empfang. Die Bibel hier ist uns ebenso heilig wie Ihnen; aus dieser gemeinsamen Quelle schöpfen Christen und Juden ihre geistige Nahrung. Ich weiß, daß Ihre gegenwärtige Lage eine äußerst klägliche ist, ich wünsche für Sie bessere Zeiten. Möge unser gemeinsamer Gott Sie segnen, möge er Ihren Kummer lindern und Ihnen ein weniger mühseliges Leben bescheeren!"

Briefkasten.

L. G. in H. Die Handlungsweise der jüdischen Lehrerin, die sich hat taufen lassen, wird durch eine Mittheilung der „Allg. Ztg. d. Jud." (Nr. 41) noch stärker illustrirt. Die betreffende Dame ist die älteste der sieben jüdischen Hospitantinnen, denen vor kurzer Zeit die bekannte Mittheilung des Magistrats gemacht wurde, ferner aber hat sie kurz vorher das Zeugniß eines hiesigen Rabbiners über ihre Befähigung zur Ertheilung des jüdischen Religionsunterrichtes eingereicht.

Ulm. Dank für die Ztg. In dieser Nummer benutzt.

P. H. in G. Daß die Militärbehörde eine Lieferung bei Herrn S. Isaak bestellt, ist ein Beweis, daß sie sich von rein sachlichen Motiven leiten läßt und nicht nöthig hat, nach Popularität zu haschen.

W. F. in H. Wollen Sie uns bitte eine Liste der dortigen Wirthschaften und Gasthöfe senden. Wenn die Besitzer unser Blatt auslegen wollen, senden wir es ihnen gern ein Quartal hindurch gratis.

---

*) Nachträglich hat sich herausgestellt, daß dabei 5 Juden getödtet wurden.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidl, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 43. Berlin, den 24. Oktober 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**, zu richten.

Bei den Hessischen Landtagswahlen

haben die Antisemiten nicht schlecht abgeschnitten. Sie haben 3 ihrer Kandidaten durchgebracht und zwar Jautz in Butzbach, Ohl in Gr. Umstadt und Schmalbach in Herbstein-Ulrichstein. Außerdem stehen ihnen das Mitglied des Bundes der Landwirthe Glaser und der christlichsaziale Weidner nahe. Die zweite Kammer setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 25 Natianalliberale, 1 Wildliberaler, 6 A tisemlten, 1 Mitglied des Bundes der Landwirthe, 1 Christlichsazialer, 6 Centrum, 5 Freisinnige, 5 Sozialdemakraten. Die Nationalliberalen haben mithin ihre bisherige Majarität eingebüßt und verfügen genau über saviel Stimmen wie die Oppositionsparteien zusammengenommen.

Der Erfolg der Antisemiten ist weniger auf die werbende Kraft ihrer Bestrebungen zurückzuführen, als auf den Umstand, daß die Minaritätsparteien mit der Parale „Nieder mit der natianalliberalen Mehrheit!“ in den Kampf gezogen waren. Diese Parale beherrschte die Wahlen. Man warf den Nationalliberalen var, von ihrer Majorität einen rücksichtslasen, rigorosen Gebrauch gemacht zu haben. Weber in dem Präsidium nach in den Kammissianen sei die Oppasition in einer ihrer Stärke entsprechenden Zahl berücksichtigt warden. So lange die natianalliberale Majarität nicht gebrochen sel, könne von einem Einflusse anderer Parteien auf die Gesetzgebung nicht die Rede sein.

Uns steht ein Urtheil über das Berechtigte dieser Anklagen nicht zu. Wir beschränken uns auf die Registrirung der Thatsache, daß die Minaritätsparteien übereinkamen, sich gegenseitig zu unterstützen, um das vargesteckte Ziel zu erreichen. Und sa sind ganz unnatürliche Kaalitianen zu Stande gekammen. In Darmstadt z. B. stellten Freisinnige und Antisemiten gemeinsame Kandibaten auf, in Gießen verhalsen die Antisemiten den Freisinnigen zum Siege und in Gr. Umstadt ereignete sich Falgendes: Das Centrum hatte 16, die Natianalliberalen 14, die Antisemiten 5 Wahlmänner. Da letztere nicht zu bestimmen waren, für einen Kathaliken einzutreten, sa wählten die Centrumsmänner, um einen Sieg des ihnen verhaßten nationalltberalen Kandibaten Lautz zu verhindern, gleich im ersten Wahlgange den Antisemiten Ohl, der hiernach mit 21 gegen 14 Stimmen gewählt wurde.

So bedauerlich der Erfalg der Antisemiten auch ist, sa ist dach dafür gesargt, daß ihre Bäume nicht in den Hlmmel wachsen. Insbesandere werden alle Bemühungen, die ein spezifisch antisemitisches Gepräge tragen, die auf eine Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden gerichtet sind, fruchtlos bleiben. Freisinnige, Sazlaldemakraten und Centrum sind dafür nicht zu haben.

Wir wallen hoffen, daß bei den nächsten Wahlen die veränderten Konstellatianen ein Zusammengehen sämmtlicher Liberalen ermöglichen werden. Dann wird es auch gelingen, den Antisemiten die saeben errungenen Mandate wieder zu entreißen.

„Der Beruf des Arztes“.

Die antisemitische „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirthe, bei der wir schon in unserer vorigen Nummer ein eklatantes Beispiel der Leichtfertigkeit und Unwissenheit in ärztlichen Angelegenheiten festgestellt haben, bringt in ihrer Nummer 478 einen Leitartikel „über den Beruf des Arztes“, in dem sie wieder, ahne eine Ahnung van den wirklichen Verhältnissen zu haben oder auch nur den Schatten eines Beweises für ihre Behauptungen zu zeigen, eine hetzerische Tirade nach der anderen gegen die („hauptsächlich jüdischen“) ärztlichen Spezialisten lasläßt, die nach der Meinung des hachgelehrten Autars überflüssig wären. „Der deutschen Art ist sawohl das übertriebene Spezialistenthum als auch der beherrschende Gelderwerbssinn vallkammen fremd.“

Wir wollen uns hauptsächlich nur mit der Beleuchtung dieser Phrasen beschäftigen, denn was der Verfasser, der wahl kaum dem ärztlichen Stande angehärt — vielleicht dem thierärztlichen — sanst nach über die ihm selbst „ungeheuerlich klingende“ Idee faselt, die Anstellung der Aerzte gesetzlich in einer Art Beamtenstellung zu regeln und auf diese Weise dem jüdischen Arzte zu verbieten, „in einer christlichen Bevölkerung zu praktiziren, ahne daß auch christliche Aerzte dart wahnen“, verdient kein Wort der Widerlegung.

Die „D. T. Z.“ wendet sich hauptsächlich gegen das Spezialistenthum der Graßstädte. Hat der Verfasser des Leitartikels wahl eine Ahnung davan, wieviel Fleiß, anatamisches und klinisches Studium, wieviel Uebung im Operiren u. s. w. dazu gehört, um ein tüchtiger Spezialist zu werden? Wie segensreich es ist, daß wir Spezialisten haben, die durch ihre Erfahrung und Geschicklichkeit im Stande sind, Tausenden Gesundheit und Leben da zu retten, wo der nicht spezialistisch vargebildete wenn auch sonst nach sa tüchtige praktische Arzt nicht helfen kann? Wir sind durchaus Feinde derjenigen sagenannten Spezialisten, die durch mangelhafte Ausbildung in ihrem Fache gar nicht berechtigt sind, sich sa zu nennen, aber der vertrauenswürdige Operateur, Frauenarzt, Augen-, Kehlkopf-, Ohrenarzt u. s. w. ist nicht nur als Helfer in der Nath van den Kranken selbst ersehnt, sandern auch der wirklich gewissenhafte praktische Arzt ist glücklich, sich mit ihm in Verbindung setzen zu können, um dem Kranken

durch geschickten spezialistischen Beistand helfen und wenn möglich ihn heilen zu können. Und woher weiß denn die „D. T. Z.", daß gerade der jüdische Spezialist den „Auswuchs des Spezialistenthums" bildet? Diese Phrase ist wieder wie bei dem Angriff auf die Posener Aerztekammer einfach aus der Luft gegriffen, um den Leser der Zeitung, der ja meist in ländlichen Kreisen zu finden ist, gegen die Juden aufzuhetzen.

Prüfen wir die Statistik einiger ärztlicher Spezialfächer in Berlin und zwar der einträglichsten, soweit man mit Hilfe des Adreßkalenders annähernd zutreffende Zahlen geben kann. Unter den Spezialärzten für Frauenkrankheiten finden sich ungefähr 55 Christen und 18 Juden, unter den Chirurgen ungefähr 40 Christen und 15 Juden. Und jeder mit den lokalen Verhältnissen vertraute Arzt könnte dem Leitartikelschreiber, wenn er überhaupt Information gesucht hätte, Auskunft gegeben haben, bis zu welcher Höhe die Honorare von manchen Spezialisten christlicher Konfession in jenen Fächern sich erstrecken, um ihm die Lächerlichkeit seiner Behauptungen vor die Augen zu führen.

Sehr interessant ist für den Kenner der ärztlichen Verhältnisse in Berlin die Ansicht der „D. T. Z.", daß die „innerlich vornehmen, edlen deutschen Aerzte" oft unmittelbar und äußerlich „unter dem unlautern Wettbewerb solcher Aerzte leiden, welche alle ihre Geschäftskniffe anwenden, um ihren Vortheil zu suchen und zu sichern, welche in schachernder Weise unterbieten und doch diese Unterbietung nur durch mangelnde Sorgfalt ermöglichen. Kein Wunder, daß durch die ärztlichen Kreise die Sehnsucht geht, diesen unlautern Wettbewerb unmöglich zu machen oder doch so zu brandmarken, daß er als solcher allgemein erkannt und gewürdigt werde!"

Das ist ja fast genau der Sinn der Worte, welche von einer Anzahl jüdischer Aerzte in der großen öffentlichen Aerzteversammlung vom 23. März d. J. unter allgemeinem Beifall gesprochen wurde. Diese Versammlung wurde aber einberufen, um der Entrüstung der Berliner Aerzte Ausdruck zu geben über den „unlautern Wettbewerb", durch den, wie angegeben wurde, ein Verein von Kassenärzten und die Familienbehandlung gewisser Kreise an sich zu bringen suchte, indem die Honorare für solche ärztliche Hilfeleistungen (Besuche und Konsultationen in der Sprechstunde) auf ein besonderes niedriges Niveau gesetzt wurden, um sie den andern Aerzten Berlins möglichst zu entziehen.

Wußte die „D. T. Z." wirklich nicht, daß die Aerzte, welche an der Spitze jenes Vereins standen, nur aus christlichen deutschen Aerzten bestanden? Daß diese also auch von der Entrüstung der „D. T. Z." getroffen werden und nicht etwa jüdische Aerzte?

Wir sehen weiteren Ausführungen des Vertreters absolutester Unkenntniß medizinischer Verhältnisse in der „D. T. Z." mit Vergnügen entgegen. ***

Briefe aus Oesterreich.

II.

Die Antisemiten fühlen sich mehr denn je. Werden ja in einigen Tagen die niederösterreichischen Landtagswahlen stattfinden, deren Ausgang nicht mehr zweifelhaft sein kann. Die Antisemiten werden die Majorität erhalten und die Welt wird das erste Beispiel eines antisemitischen Parlaments erleben. Man täusche sich nur nicht über die Bedeutsamkeit dieses bevorstehenden Ereignisses. Eine gesetzgebende Körperschaft im Herzen Europas, die antisemitische Gesetze verfassungsmäßig beschließt und auf verfassungsmäßigem Wege dem Monarchen zur Sanktion vorlegt — das ist ein Novum, das volle Aufmerksamkeit verdient.

Aber bei aller Bedeutsamkeit — wenn sich unsere Antisemiten gar zu viel davon versprechen, so dürften sie sich doch in einem recht groben Irrthum befinden. Das Wiener „Deutsche Volksblatt" schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß die Landtagswahlen auch für die Reichsrathswahlen maßgebend sein würden. Vielleicht in den niederösterreichischen Wahlbezirken — auch da kaum in der fünften Kurie — ganz gewiß aber nicht im Allgemeinen. Daß das gesammtösterreichische Parlament je eine antisemitische Majorität aufweisen könnte, ist schon infolge der gewaltigen nationalen Kämpfe unseres Staates platterdings eine Unmöglichkeit. Abgesehen aber von dieser speziell österreichischen Ursache ist es einfach undenkbar, daß ein großes, modernes, europäisches Staatswesen eine Legislative hat, deren Mehrheit keinen höhern Gesichtspunkt für ihren Zusammenschluß weiß, als den Judenhaß. Quod licet bovi non licet Jovi! Niemals wird es in Gesammt-Oesterreich so weit kommen, wie in dem Ländchen Niederösterreich, dessen Parlament ein erweiterter Wiener Gemeinderath ist.

Ja, der Wiener Gemeinderath ist es, der uns einen Vorgeschmack von dem giebt, was wir im Landtage zu erwarten haben, — mit dem einzigen Unterschied etwa, daß es hier kaum jüdische Abgeordnete geben wird, welche gezwungen sein werden, sich von ihren antisemitischen Kollegen beschimpfen zu lassen, wie dies den jüdischen Gemeinderäthen täglich passirt. Aber der waltende Geist wird in der Provinzial-Körperschaft derselbe sein, wie in der kommunalen. Ich sage: „Geist", und erlaube mir nicht den billigen Witz, Geistlosigkeit zu sagen. Denn es ist ein Geist, ein böser Geist, der Geist des Rückschrittes, des Eigennutzes, der Herzlosigkeit und der Niedrigkeit, der Wien jetzt beherrscht. Es ist jener Geist, der einen Gregorig die Worte sagen läßt: „Es ist immer fescher, wenn unsere Fleischhauer in ihren feschen Zeugeln herumfahren, als wenn sich in einem Wagen ein paar dicke Jüdinnen breit machen." Es ist jener Geist, der das Angeber-Wesen züchtet, das sich neulich wieder in der häßlichen Denunziation einer jüdischen Hausirerin durch einen übrigens bald darauf des Betrugs überführten Antisemiten wegen angeblicher Majestätsbeleidigung — die Angeklagte wurde freigesprochen — offenbart hat. Es ist jener Geist, der sofort nach der Campagne gegen die Hausirer, wovon ich Ihnen ja in meinem letzten Briefe ausführlich schrieb, eine Campagne gegen die jüdischen Dienstmänner am Standpunkt der „Gerechtigkeit" und des „guten Geschmacks" einleitet. Es ist jener brutale, mitleidslose Geist, der es ermöglicht, daß im 13. Wiener Bezirke, dessen Hausherren fast alle antisemitisch gesinnt sind, ein christlicher (!) Arbeiter deshalb keine Wohnung findet, weil er Kinder hat, sodaß er 9 Tage sammt seiner sechsköpfigen Familie obdachlos umherirren muß. Es ist jener Geist, vor dem bereits die feinfühligen unter den Antisemiten selbst, jene Elemente, die nicht Streberei, gemeiner Neid, Bosheit, sondern eine schiefe Auffassung ins antisemitische Lager geführt hat, Ekel zu empfinden beginnen, wie die starke Schönererianische Gegenbewegung gegen das Luegerthum beweist.

Freilich, dem Dr. Lueger, diesem wunderbar geschickten Verwerther aller in Oesterreich vorhandenen niedrigen Instinkte, bangt vor dieser Gegenbewegung vorläufig noch nicht. Gleichsam nur als Nebenbeschäftigung läßt er sich gegenwärtig die Entfernung der Schönererianer aus dem neu zu wählenden Landtage angelegen sein. Mag ihm dieses Spiel gelingen oder nicht, jedenfalls wird er darüber nachdenken dürfen, ob die beginnende Wiedergeburt des Anstandes in seinem eigenen Lager nicht trübe Aussichten für seine Zukunft birgt. Er giebt sich zwar redlich Mühe, seinen Platzhalter Strobach lächerlich zu machen und seinem einstigen Todtfeinde Badeni schön zu thun, um nur recht bald Bürgermeister, oder viel-

leicht gar Minister zu werden, aber auch für Bürgermeister und Minister kann die Zeit kommen, wo sie gewesen sind und von ihren Schöpfungen nicht einmal eine geborstene Säule geblieben ist. Austriacus.

Heinrich v. Treitschke.

I.

Unter dem Titel „Deutsche Kämpfe" wird in einigen Tagen ein neuer Band von Heinrich von Treitschkes Reden und Aufsätzen erscheinen. Ein ungedrucktes Stück daraus theilt jetzt die „Zukunft" mit. Treitschke hatte im Jahre 1880 über die Judenfrage seine bekannten Betrachtungen veröffentlicht; gegen sie wandte sich die sogenannte Notabeln-Erklärung vom 12. November 1880, in der auch ein offenbar gegen Treitschkes akademische Lehrthätigkeit gerichteter Satz vorkam. Er lautete: „An dem Vermächtniß Lessings rütteln Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, daß unsere Kultur die Isolirung desjenigen Stammes überwunden hat, welcher einst der Welt die Verehrung des einigen Gottes gab." Treitschke wehrte am 17. November 1880 diesen Angriff ab. Zwei Tage danach bereiteten die Studenten ihrem Lehrer im Hörsaal eine Art Huldigung, die Treitschke mit folgenden Worten beantwortete:

„Meine Herren! Sie überraschen mich durch diesen Empfang. Ich weiß natürlich, was Sie damit sagen wollen, und danke Ihnen von ganzem Herzen. Nöthig war dies Zeichen der Zustimmung von Ihrer Seite nicht; denn ich habe stets, so lange ich auf dem Katheder stehe, das Gefühl gehabt, daß ich mit der deutschen Jugend im Einverständniß bin; und so lange ich diese Empfindung habe, werde ich auf dem Katheder bleiben. Sobald ich aber fühle, daß ich zu alt geworden bin, um die Jugend zu verstehen, würde ich es für meine Pflicht halten, den Lehrstuhl zu verlassen. — Da Sie mich nun zu einer Erklärung herausfordern, so sage ich Ihnen: es hat mir selten etwas so weh gethan wie der Schritt, den ich vor einigen Tagen thun mußte. Männer, die ich liebe und verehre, haben durch die unklare Fassung und unglückliche Stilisirung einer öffentlichen Erklärung dazu Anlaß gegeben, dem Publikum meine akademische Thätigkeit in einem zweifelhaften Lichte erscheinen zu lassen. Ich konnte um Ihret- und um meiner akademischen Ehre willen nicht anders, als dies in gemäßigter Weise zurückweisen — denn ich war dies auch Ihnen schuldig —, um so auch nicht einen scheinbaren Verdacht bestehen zu lassen, als ob auf unseren Lehrstühlen etwas Anderes getrieben würde als die heilige Wissenschaft. Ob ich je etwas Anderes getrieben habe, wissen Sie ja. Das aber muß ich von vorn herein bemerken: wenn die Natur meines Lehrstoffes es mit sich bringt, zu reden über Dinge, welche heute die Leidenschaften aufregen, so werde ich eben so gut meine Meinung sagen wie sonst. Wenn ich in meinen Vorlesungen über deutsche Geschichte über das Haus Rothschild, über Heine und Börne und den Einfluß ihrer Werke werde reden müssen, so werde ich genau ebenso freimüthig meine Ansicht, wie ich sie mir in ehrlichem Studium erworben habe, äußern wie alle anderen Deutschen. Eine Ausnahmestellung kann ich den Israeliten in dieser Beziehung nicht zugestehen. Es wäre ein Schimpf, wenn wir Deutschen verzichteten auf ein ehrliches Urtheil den jüdischen Geschichtsgrößen gegenüber. Und wenn ich in meinem Kolleg über Politik auf die Judenemanzipation komme, so werde ich nach meiner Lehrpflicht meine Ansicht entwickeln, daß sie allerdings begründet war in der Natur des modernen Staates, daß aber mit der formellen Gleichberechtigung der schwierige Prozeß noch nicht beendigt ist, sondern daß es namentlich darauf ankommt, daß die Juden auch innerlich Deutsche werden. Bringt mich mein Lehrstoff auf diese Dinge, so werde ich mich nicht scheuen, meine akademische Lehrpflicht zu thun, gleichviel was draußen geredet oder getadelt werden wird.

An Sie, meine Herren, will ich aber noch eine dringende Bitte richten. Lassen Sie uns die Ehre unserer Hauptstadt hoch und unverletzt erhalten. Wenn Zeiten kommen, wo Männer reden wie die Kinder, dann ist es kein Wunder, wenn Kinder reden wie die Männer. Wenn Obersekundaner ihrem Lehrer öffentlich Vertrauens- und Mißtrauensvotums ertheilen, so ist das ein höchst bedauerliches Zeichen unserer Zeit und ein Beweis für die Altklugheit unserer Jugend. Meine Herren, das ist fast so lächerlich, als wenn ich mir in der Zeitung würde beglaubigen lassen von meinen Kindern, daß sie das Vertrauen zu mir, ihrem Vater, noch nicht verloren hätten. Auf diesen abschüssigen Wegen sind wir gerathen hier in Berlin. Meine Herren, halten Sie sich von allen Demonstrationen völlig fern. Freuen Sie sich Ihrer Wissenschaft und des Genusses Ihrer akademischen Freiheit. Freuen Sie sich, daß Sie noch nicht nöthig haben, mitten innen zu stehen in dem Kampfe des politischen Lebens. Denn dazu ist nicht blos Ehrlichkeit und warme Begeisterung nöthig, die ein wackerer junger Mann ja schon hat, sondern auch ein innerer Gleichmuth, wie er nur in schweren Erfahrungen erworben wird. Deshalb ist es der Jugend nicht heilsam, sich in die Kämpfe des politischen Lebens zu mischen. Es wird ja auch für Sie die Zeit kommen, wo Sie ins Leben hinaustreten und wo Sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, Ihre Ansichten zu verfechten. Daß der Gegensatz, der heute so viele trennt, sich in dem geselligen Verkehr der akademischen Jugend nicht zeigen wird und daß Sie mit Ihren Kommilitonen nach wie vor freundschaftlich verkehren, setze ich voraus. Ich bitte Sie aber dringend, öffentliche Demonstrationen jeder Art zu unterlassen. Die Luft ist heute wie in Fieberdünsten geschwängert, und man muß Alles vermeiden, was diese auf beiden Seiten künstlich genährte Aufregung noch fördern könnte."

II.

In einer interessanten Studie: „Heinrich v. Treitschkes Lehr- und Wanderjahre" im „Prager Tageblatt" wird von dem verstorbenen Historiker Folgendes mitgetheilt:

Zu seinen Freunden gehörten u. A. die Brüder Nokk, der Jurist Martin (jetzt Oberlandesgerichtsrath in Homburg) und Alphons Oppenheim, Naturforscher und Jude, aber von Treitschke tief ins Herz geschlossen. Als er starb, schrieb Treitschke einem Freunde: „Ein liebevolles Herz habe ich unter Männern nie gefunden, mir geht mit ihm ein Stück Leben verloren;" und als er viele Jahre später seine heftig angegriffene Schrift über die Judenfrage erscheinen ließ, stand Oppenheims Bild ihm vor Augen. „Als ich jenen Aufsatz schrieb, mußte ich unwillkürlich an einen verstorbenen Jugendfreund denken, einen guten Deutschen jüdischer Abstammung, einen der treuesten, liebevollsten und uneigennützigsten Menschen, die ich je gekannt; ich richtete meine Worte so ein, als ob ich mit ihm spräche, und hoffte auf die Zustimmung jener Juden, die sich ohne Vorbehalt als Deutsche fühlen."

Kriminalstatistisches.

I.

Studenten.

Die soeben erschienene „Kriminalstatistik", welche die im Jahre 1893 erlassenen Strafen umfaßt, enthält zum ersten Male eine eigene Zusammenstellung für die Kriminalität der Studenten. Danach sind in dem genannten Jahre insgesammt 350 Studenten bestraft worden. Da es sich bei der studirenden Jugend im Allgemeinen um sozial gleichstehende Elemente handelt, so ist die Thatsache von besonderem Interesse, daß sich unter den 350 bestraften Studenten nur 10 Juden, d. h. 3 pCt. finden, während die Studirenden jüdischer Konfession 7—8 pCt. der Gesammtstudentenschaft bilden.

Von diesen 10 jüdischen Studenten wurden bestraft:

1	wegen	Gewalt und Drohung gegen Beamte	§ 113 St.-G.-B.
2	„	Beleidigung	§ 185 „
1	„	Zweikampfs	§ 205 „
1	„	einfacher Körperverletzung	§ 223 „
3	„	gefährlicher „	§ 223a „
1	„	einfacher Sachbeschädigung	§ 303 „
1	„	Zuwiderhandlungen in Bezug auf Konzessionspflicht	§ 117 G.-O.

Immer wieder muß betont werden, daß die Ziffern in Bezug auf die Kriminalität einzelner Stände und Berufe annähernd am besten einen Schluß auf die Moralität erlauben. Gewiß sind die Juden nicht besser als die Christen, aber die Zahlen ergeben, daß sie auch nicht schlechter sind. Die „Kreuzztg.", die ihre Kenntnisse nie vermehrt, wohl aber ihren Haß gegen die Juden, schreibt dazu (20. Okt.):

„Die Juden sind nicht „besser" wie („als". D. Red.) die Christen; wohl aber sehr viel geriebener und schlauer, so daß sie der unmittelbaren Berührung mit den Gerichten entweder ganz entgehen, oder doch selbst da keine Handhabung zur Verurtheilung bieten, wo an der Schuld im sittlichen Sinne ein Zweifel kaum besteht. Dies ist gerade so bekannt, daß es den Eindruck des Anachronismus macht, wenn wir den Versuch, den edlen Juden anzupreisen, immer wieder erneuert sehen. An den glaubt niemand mehr, das möge man sich endlich doch gesagt sein lassen."

Das Hammerstein-Blatt betet die einfältigsten Behaup-

tungen der „reinen“ Antisemiten nach. Nicht die „Geriebenheit und Schlauheit“ rettet manche Juden vor der Bestrafung, sondern es ist längst statistisch erwiesen, daß die Juden als Kaufleute in ebenso großer Zahl freigesprochen worden, wie die christlichen Kaufleute. Auch hier entscheidet wieder der Beruf, nicht die Konfession.

II.

Lehrer.

In der „Kriminalstatistik für das Jahr 1892“ (Heft 2 S. 20 ff.) findet sich eine Uebersicht über die Kriminalität der Lehrer im Jahre 1892. Von den verurtheilten 448 Lehren waren 280 evangelisch, 163 katholisch und 5 jüdisch. Von diesen 5 Juden war keiner wegen wegen Unzucht, 1 wegen Beleidigung und 2 wegen einfacher Körperverletzung verurtheilt worden.

Bei den Angriffen, welchen die jüdischen Lehrer ausgesetzt sind, entbehren diese Ziffern nicht des Interesses. Wir rechnen es ihnen nicht besonders an, daß sie keinen Fall von Unzucht mit Gewalt an Kindern verübt, aufweisen, denn wir wollen nachdrücklich betonen, daß immer nur die Gelegenheit zu Verbrechen verführt, nicht die Konfession. Als wir am 5. Nov. 1893 in den „Mittheil.“ eine Liste von Pastoren, Hausvätern rc. aufstellten, die wegen Unzucht verurtheilt worden waren, da eiferte das „Volk“ gegen uns, weil wir diesen vornehmen Stand schmähten. Mit Unrecht! Uns lag nur daran zu beweisen, daß die Gelegenheit Diebe macht. Die Bestrafung von 49 christlichen Lehrern wegen Unzucht im Jahre 1892 ist der beste Beweis für die von uns damals vertretene Anschauung.

Die Macht des Geldes.

Anläßlich des Zarenbesuches in Paris schreibt die sozialdemokratische „Neue Zeit“ höhnisch:

„Der Zar, der mit dem Hute in der Hand bei den Finanzkönigen der Monarchie antichambrirt, ist ein entarteter und entwürdigter Zar, ein Zar, der nicht mehr ein Zar ist.... Als Ludwig XIV. in seinem Schlosse zu Versailles den Hut zog vor dem Juden Samuel Bernard, um ihn zu einem Anleihen geneigt zu machen, schlug die Todtenglocke zur altfranzösischen Monarchie.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ druckt befriedigt diesen Satz ab und fügt hinzu (10. Okt.): „Angesichts solcher Schlüsse ist es wohl kein Wunder mehr, wenn die antimonarchische Sozialdemokratie mit den Juden Hand in Hand geht.“ Und in derselben Nummer heißt es an anderer Stelle:

„Durch wen hat das deutsche Volk die fieberhafte Seuche nach dem Golde kennen gelernt? Das internationale Großkapital wird im Wesentlichen durch das Judenthum vertreten, und das Judenthum arbeitet, indem es immer größere Massen Kapitals in seinen Händen anhäuft, bewußt an dem Verderben der Völker. Die wenig oder nichts Besitzenden macht es zu Proletariern, die andern verführt es zum Tanze um das goldene Kalb und bringt es dadurch nicht nur unter seine Botmäßigkeit, sondern impft ihm auch noch seine undeutschen Gesinnungen ein.“

Diese Worte sind durch und durch unwahr. Um zu beweisen, daß das deutsche Volk der Macht des Geldes in „nicht verjudeter“ Zeit unterlag wollen wir zeigen, wie man in Deutschland einst eine Kaiserkrone erwarb.

Als es nach dem Tode des Kaisers Maximilian I. zur Wahl kam, haben die reichen süddeutschen Bankiers, die Fugger*) dem Kaiser Karl V. die Krone aufs Haupt gesetzt, nicht die Kurfürsten. Noch zu Lebzeiten Maximilians, 1517, schickte sein Enkel Karl seinen Agenten, mit Fugger'schen Wechseln in der Höhe von 90,000 fl. ausgestattet, nach Deutschland, um die Kurfürsten für seine Wahl zu gewinnen. Das Geld sollte erst nach der Wahl ausgezahlt werden. Der alte Kaiser Max aber kannte sich besser aus. Er schrieb dem Enkel, die Zahlung müsse sofort in Baar erfolgen, und nicht 90,000 fl., sondern 450,000 fl. seien nothwendig. „Darauf begann ein jahrelanges Feilschen mit jedem einzelnen Kurfürsten, welches dadurch noch schmählicher ward, daß die Kurfürsten mit ihren Forderungen allmählich immer mehr in die Höhe gingen, weil die Konkurrenz des französischen Königs die deutsche Krone vertheuerte.“ König Franz I. von Frankreich hatte erklärt, er wolle sich die Krone die Hälfte seines Jahreseinkommens kosten lassen, und dieses wurde auf 3 Millionen Livres geschätzt. Mit prahlerischen Versprechungen war indeß den Kurfürsten nicht gedient und um der Flüssigkeit der Geldmittel des französischen Königs stand es nicht zum Besten. Die Kurfürsten verlangten baares Geld oder die Bürgschaft deutscher Kaufhäuser ersten Ranges. Da unterhandelte Karl neuerdings mit den Fuggern. Sie stellten aber so harte Bedingungen, daß er versuchte, ob er nicht mit Hilfe Florentiner Bankiers und der Welser auskommen könnte. Die Kurfürsten ließen sich nicht erweichen. Sie sagten den Agenten Karls offen heraus, sie würden ihre Stimme nur gegen baares Geld oder Fugger'sche Papiere verkaufen.

So lag die Entscheidung thatsächlich bei den Fuggern. Wer sie gewann, gewann auch die Kurfürsten. Franz machte die gewinnreichsten Angebote. Allein die Fugger trauten ihm nicht und blieben dem Habsburger, mit dessen Familie sie schon so lange in erfolgreichem Geschäftsverkehre gestanden hatten, treu. Dagegen bestand noch die Gefahr, daß schließlich andere oberdeutsche Bankhäuser von Frankreich gewonnen werden könnten. Jedenfalls stieg schließlich der Preis der Krone auf mehr als 850,000 fl., wovon die Fugger 543,000 fl. hergaben, die Welser 143 000 fl., die Genuesen und Florentiner zusammen 165,000 fl. „Die Accepte der Kaufleute wurden von den Vertretern Karls gegen Uebergabe des Wahldekrets Zug um Zug ausgehändigt. Das geht nebst vielen interessanten Einzelheiten hervor aus einer Abrechnung, welche den Titel führt: „Was Kaiser Carolus dem V. die Römische Königswahl kostete.“ Sie ist fein säuberlich aufgestellt; man findet dort die Kurfürsten nebst ihren Räthen und Dienern bedacht, sodann noch viele andere Fürsten, Grafen, Freiherren, Ritter u. s. w.... Die ganze Abrechnung wurde gut kaufmännisch saldirt; einen kleinen Fehlbetrag deckte Karl aus eigenen Mitteln: Er war römischer König geworden. Der Wahlakt selbst mit seinen feierlichen Reden war lediglich eine für das Volk bestimmte Komödie.“

Wie sehr die ganze Angelegenheit den Charakter einer Geldfrage angenommen hatte, das wird ferner gut du ch die Thatsache beleuchtet, daß noch in letzter Stunde große Schwierigkeiten entstanden, weil die deutschen Fürsten die Accepte der betheiligten Italiener nicht annehmen wollten. Erst als die Welser sich für sie verbürgten, war Karl wieder seiner Wahl sicher.

Später erwies sich der Kaiser in Bezug auf die Tilgung der Schulden, die ihm aus der Wahlzeit her erwachsen waren, allerdings saumselig. Jacob Fugger verlor schließlich die Geduld und schrieb 1523 an den Kaiser einen Brief, der, wie Ehrenberg bemerkt, „für alle Zeiten denkwürdig bleiben wird als ein Beweis, was damals sich ein Kaufmann, freilich der erste seiner Zeit, gegen den mächtigsten Monarchen dieser Zeit herausnehmen durfte:

„Eure Majestät wissen ohne Zweifel wie ich und meine Vettern bisher dem Hause Oesterreich zu dessen Wohlfahrt und Aufnehmen in aller Unterthänigkeit zu dienen geneigt gewesen sind, wodurch wir uns auch veranlaßt gesehen haben, um Eurer Majestät Ahnherrn, weiland Kaiser Maximilian gefällig zu sein und Eurer Majestät die Römische Krone zu verschaffen, um etlichen Fürsten gegenüber, die ihr Vertrauen und Glauben auf mich und sonst vielleicht auf Niemand setzen wollten, zu verschreiben, haben auch den Kommissaren Eurer Majestät zum gleichen Zwecke eine bedeutende Summe Geldes vorgestreckt, von der wir einen großen Theil bei unseren Freunden selbst

*) s. das treffliche Werk Dr. Richard Ehrenbergs „Das Zeitalter der Fugger“. Bd. 1, Jena 1896 und Prof. Dr. H. Herkner in der „Frankf. Ztg.“ vom 21. Mai 1896.

haben aufbringen müssen. Es ist auch bekannt und liegt am Tage, daß Eure kaiserliche Majestät die Römische Krone ohne meine Hilfe nicht hätten erlangen können, wie ich denn solches mit eigenhändigen Schreiben der Kommissare Eurer Majestät beweisen kann. So hab' ich auch hierin auf meinen eigenen Nutzen nicht gesehen. Denn wenn ich hätte vom Hause Oesterreich abstehen und Frankreich fördern wollen, so hätte ich viel Geld und Gut erlangt, wie mir denn solches auch angeboten worden ist. Welcher Nachtheil aber hieraus Eurer kaiserlichen Majestät und dem Hause Oesterreich erwachsen wäre, das haben Eure Majestät an hohem Verstande wohl zu erwägen."

Im folgenden Jahre pachteten dann die Fugger zum ersten Male die Einkünfte der Krone Spaniens aus den drei großen geistlichen Ritterorden. Diese berühmte Pacht der „Maestrazgos" haben die Fugger mit einigen Unterbrechungen über ein Jahrhundert lang behalten. Zunächst diente sie zur Tilgung des auf Spanien angewiesenen Theiles der alten Wahlschuld. Der Kaiser hat wahrscheinlich die Pachtung dieser Kroneinkünfte durch die Fugger deshalb begünstigt, um so das mächtige Bankhaus unauflöslich mit dem Interesse seines Hauses zu verketten. Jedenfalls ist im Laufe der Zeit die Lage des Hauses Fugger ganz und gar von der Entwicklung des spanischen Geschäfts abhängig geworden.

Beim Tode Jacob Fuggers betrug das Vermögen der Fuggerschen Handlung 2,032,652 fl. oder nach heutigem Kaufwerthe 70 Millionen Mark. Im Jahresdurchschnitt waren innerhalb der Zeit von 1511 bis 1527 54½ pCt. Gewinn gemacht worden. Die Handelsbeziehungen reichten von Ungarn und Polen bis Spanien, von Antwerpen bis Neapel. „Jacob Fuggers und seiner Brüder Söhne Namen sind", wie der zeitgenössische Augsburger Chronist Clemens Sender es ausdrückte, „in allen Königreichen und Landen, auch in der Heidenschaft bekannt gewesen. Kaiser, Könige, Fürsten und Herren haben zu ihm ihre Botschaft geschickt, der Papst hat ihn als seinen lieben Sohn begrüßt und empfangen, die Kardinale sind vor ihm aufgestanden. Alle Kaufleute der Welt haben ihn einen erleuchteten Mann genannt und die Heiden sich ob ihm gewundert. Er ist eine Zierde des ganzen deutschen Landes gewesen."

Ob Karl V. bei den Fuggers eine Anleihe macht, ob Ludwig XIV. vor Samuel Bernard den Hut zieht, ob Zar Nikolaus II. Rothschilds Geld braucht, wir erblicken darin nur Beweise von der ungeheuren Macht des Geldes. Ob die Fuggers Christen waren, ob die Rothschilds Juden sind, Geld ist unpersönlich, Macht auch, also die Macht des Geldes erst recht.

Zur Abwehr.

Offene Frage an Dr. Friedrich Lange. Dr. Langes „Deutsche Ztg." hat unlängst erzählt, daß jüdische Gäste im vorigen Jahre an die Brunnendirektion des Bades Salzbrunn i. Schl. das Ansinnen gestellt haben, den Morgenchoral ungespielt zu lassen. Darauf hin gab uns die fürstlich-pleßische Brunnen- und Badedirektion auf unser höfliches Ersuchen den Bescheid, „daß eine Aufforderung, den Morgenchoral nicht mehr zu spielen, seitens der jüdischen Badegäste bei Unterzeichnetem nicht gestellt wurde."

Natürlich hat Dr. Lange sich nicht veranlaßt gesehen, diese Berichtigung zu veröffentlichen. Wir kennen diese feine Methode noch aus seiner „Volksrundschau"-Periode her. Dagegen enthält sein Blatt am 21. Okt. folgende Briefkastennotiz:

F. in **Bad Salzbrunn**. Sehr erfreut über das Ergebniß Ihrer Nachforschung. Wir werden zunächst ruhig abwarten, ob das Organ uns etwa wegen Nichtberücksichtigung der von ihm gegebenen sogenannten Berichtigung zur Rede stellen wird, und dann mit dem Ergebniß Ihrer Erkundigungen herauskommen.

Wir stellen hiermit Dr. Lange in der That zur Rede. Uns liegt daran festzustellen, ob er oder die Badedirektion Recht hat. Darum heraus mit der Sprache!

Betreffs Krembser wird uns aus Breslau geschrieben: „Bezugnehmend auf die beiden Notizen in Nr. 40 und 41 theile ich Ihnen mit, daß die hier wohnhafte Tochter des Verstorbenen, Frau verw. Lesser, geb. Krembser, mir bestimmt versicherte, daß ihr Vater als Jude gestorben und auch auf dem israelitischen Friedhof in Breslau begraben sei."

Gießen, 19. Oktober. Gestern fand hier eine vom Vorstand des freisinnigen Vereins einberufene, von ca. 1500 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Abg. Eugen Richter zu Gunsten der Reichstagskandidatur des Prof. Stengel eine Rede hielt. Dieselbe richtete sich zum größten Theil gegen die Antisemiten, die bekanntlich den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, Köhler, wieder aufgestellt haben. Abg. Richter führte (nach dem „Gießener Anzeiger") u. a. aus: Die trübseligste Erscheinung der Gegenwart sei die antisemitische Partei, weil sie nicht sachlich die anderen Parteien bekämpfe, sondern die Menschen als solche, weil sie die Gleichberechtigung Aller vor dem Gesetz bekämpfe. Wenn wirklich wahr wäre, daß 99 Prozent aller Deutschen ausgebeutet würden von einem Prozent Juden, was müßte die deutsche Nation für eine jämmerliche sein. Man solle gegen schlechte Menschen vorgehen, wo man könne, aber sich hüten, zu generalisiren wegen der Religion; eine Partei, die dies thue, könne auf die Dauer keinen Bestand haben, das Virtuosenthum im Verhetzen und Witzemachen sei nicht von Dauer; die Antisemiten seien die Spaßmacher der Junker, die selbst sich zu vornehm hielten, solche Witze zu machen. Die Angriffe auf die Juden vermögen auf die Dauer die Partei nicht zu erhalten. Die antisemitische Partei habe in ihrem Medizinkasten allerlei Mittel, viele aus den Programmen anderer Parteien entliehene Rezepte und wenn diese Mittel auch nichts helfen, so sei für die Partei die Hauptsache, daß man daran glaube. Die wirthschaftliche Depression der letzten Jahre sei dem Antisemitismus zu Gute gekommen, die antisemitische Partei spekulire auf den Rest mittelalterlicher Anschauungen, welche dahin gingen, daß die Juden schuld an allen bestehenden Mißständen seien. Redner beleuchtete die angebliche Bauern- und Handwerkerfreundlichkeit der Antisemiten unter Hinweis auf ihr Verhalten im Reichstage. So erwähnte er, daß bei der Abstimmung über die Frage, ob die Ersatzpflicht für Hasenschaden in das Bürgerl. Gesetzbuch aufgenommen werden solle, von 15 Antisemiten 12 gefehlt haben; einer habe sich der Abstimmung enthalten, einer für, einer gegen die Ersatzpflicht gestimmt; so würden von ihnen die Interessen der Bauern gewahrt! — Die Wahl findet am 5. November statt. Von nationalliberaler Seite ist der Landwirth Meinert als Kandidat aufgestellt.

Hildesheim, 28. September. Anläßlich des Doppeljubiläums, das in diesen Tagen der hiesige katholische Bischof Wilhelm feierte, erschienen auch am 24. d. Mts. zur Beglückwünschung desselben im bischöflichen Palais der hiesige Landrabbiner Herr Dr. Lewinsky, sowie die beiden Vorsteher der jüdischen Gemeinde Herr Aug. Dux und Herr G. Sabel. Dr. Lewinsky richtete an den Kirchenfürsten eine sehr warme Ansprache, die mit den Glückwünschen der hiesigen Synagogen-Gemeinde und der zum diesseitigen Landrabbinatsbezirk gehörigen Gemeinden endigte. Der Bischof dankte in herzlichen Worten für die ihm durch das Erscheinen der Deputation erwiesene Aufmerksamkeit. Er betonte in seiner Erwiderung, daß die Liebe den Grundzug jeder Religion bilde und bleiben müsse, und wies darauf hin, daß sich die Liebe auch im Judenthum kundthue. Des öfteren habe auch er schon von Bekennern dieser Religion Gaben zu Liebeszwecken erhalten. Mit Freuden, bemerkte der geistliche Würdenträger, welcher früher am Josephineum, dem hiesigen katholischen

Gymnasium, wirkte, gedenke er noch der ehemaligen jüdischen Schüler, die sich jetzt in ehrenvollen Stellungen befänden. (Zu diesen gehören der jetzige Oberrabbiner in Wien Dr. Güdemann, Dr. Landsberg, Professor in Darmstadt u. A. m.) Besonders dankte er dem Landrabbiner für dessen „warme, ihn überaus erfreuenden Worte, die ihm ein werthvolles Zeichen des friedlichen Einvernehmens zwischen den Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse in hiesiger Stadt seien." Zur Erinnerung übergab der Bischof jedem der drei Deputirten ein Bild als Geschenk.

Daß die antisemitische Haltung der Burschenschaften in den Kreisen der „alten Herren", die jenen Körperschaften angehört haben, als dieselben noch von ganz anderem Geiste beseelt waren, große Mißbilligung hervorgerufen hat, ist bekannt. Die „atten Herren" sind auch keineswegs geneigt, die eingetretene Sinneswandlung unter den Aktiven so ohne Weiteres hinzunehmen. Ein Kattowitzer Blatt meldet z. B., daß auf Anregung des Rechtsanwalts Pohl-Gleiwitz für den 21. Oktober eine Versammlung der alten Burschenschafter nach Gleiwitz einberufen sei, um diese Angelegenheit zu berathen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Zuschrift des Prorektors der Universität Jena an uns in Sachen des „Medizinischen Vereins" hat der antisemitischen Presse Anlaß zu allerlei hämischen Glossen gegeben. Dem Prorektor Prof. Dr. Linck wird nachgesagt, er habe eine Verbeugung vor dem Judenthum gemacht, dem Geßlerhute seine Reverenz bezeugt 2c. Das wundert uns nicht. In den Augen dieser Leute ist Jeder, der den Juden Gerechtigkeit widerfahren läßt, Philosemit, Judenknecht und wie die Epitheta sonst heißen mögen. Anders verhält es sich mit der Kritik, welche das „Berl. Tagebl." an dem Schreiben des Prorektors übt. Das liberale Blatt knüpft an die Wiedergabe des Inhalts des Schreibens folgende Bemerkung: „Man kann, wie sich aus diesen Sätzen ergiebt, die „Objektivität" gegen jenen antisemitischen Studenverein unmöglich weiter treiben. Der Prorektor Prof. Dr. Linck hat sich in diesem Schreiben als ein Mann von einer nicht zu überbietenden „Korrektheit" gezeigt."

Wir müssen gestehen, daß uns dieses Urtheil ganz unverständlich ist. Die Universitätsbehörde hat nicht die Macht, dem „Medizinischen Verein" zu verbieten, in seinen Statuten den Ausschluß jüdischer Studenten auszusprechen. Es wäre ein solches Verbot ein ungesetzlicher Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der studentischen Korporationen. Dagegen untersagt der Prorektor den Anschlag eines Statuts mit dem anstößigen Passus an den schwarzen Brettern der Universität. Wir meinen, daß sich gegen dieses Verhalten absolut nichts einwenden läßt und daß der vom „B. Tgbl." ausgesprochene und noch dazu in die Form des Spottes gekleidete Tadel nur dazu angethan ist, der antisemitischen Strömung Nahrung zu geben.

In der „Staatsbürgerztg." vom 15. Oktober befand sich folgende Notiz:

„Von Herzen gern." Unter dieser anheimelnden Ueberschrift erbietet sich in einer Reihe von Blättern ein gewisser Hermann Simon (?) in Bielefeld, unentgeltlich Auskunft über die Heilung von Schlagfluß, Gicht, Nerven 2c. zu ertheilen. Als Heilmittel gegen diese Kranken vertreibt Simon einen Apparat, den er als Galvanometer bezeichnet. Dieser Galvanometer entspricht in seiner Konstruktion den berüchtigten Gicht- und Rheumatismusketten, deren Wirkungslosigkeit längst erwiesen ist. Während der reelle Werth eines solchen Apparates höchstens 50 Pf. beträgt, läßt sich der Menschenfreund dafür 8 Mark bezahlen. Kein Wunder, daß er seine Rathschläge „von Herzen gern" ertheilt.

Hierzu wird uns aus Bielefeld geschrieben: „Die hier erwähnte Thatsache beruht auf Wahrheit, das Fragezeichen aber, welches den Verdacht erwecken soll, als ob Simon ein Jude sei, ist schlecht angebracht. Simon, seines Zeichens Friseur, ist ein konservativer evangelischer Christ, der sogar sehr im Geruche des Antisemitismus steht. Wenn er sich in dieser Beziehung auch nicht öffentlich hervorgethan hat, so ist mir doch von durchaus zuverlässiger Seite versichert, daß Pastor Iskraut und Dr. Danneil, solange dieselben hier wohnten, seine ständigen Kunden waren, daß Rechtsanwalt Dr. Klasing noch zu denselben zählt und daß ausgesprochene Antisemiten Freundschaft mit ihm unterhalten."

Herr v. Mosch und Liebermann v. Sonnenberg. In einem Artikel über den antisemitischen Parteitag schreibt Herr v. Mosch in seiner „Deutschen Reform":

„.... So konnte Herr v. Liebermann am Sonntag mit den Ergebnissen des Parteitages ziemlich zufrieden sein. Mit noch angenehmeren Gefühlen darf er auf den Kommers, der am Abend stattfand, zurückblicken, da war er in seinem Elemente, galt es doch mit den Konservativen Grüße auszutauschen, nationale Phrasen zu dreschen, sich von jungen Leuten huldigen zu lassen, also lauter Aufgaben lösen, in denen Herr v. Liebermann ja in der That ein „Meister" ist. Mit dem Schlusse des Kommerses erblich aber auch sein Stern, denn nun galt's praktische Arbeit zu thun, mit sachlichen Argumenten, nicht mit Phrasen über wirthschaftliche Fragen zu debattiren, und vor solchen Aufgaben versagt der Herr Abgeordnete ja stets. Mit Hurrahreden löst man die soziale Frage ja leider noch nicht, da heißt's praktische Kenntnisse zu entwickeln, etwas studirt haben, und über dieses Rüstzeug verfügt Herr von Liebermann bekanntlich nicht. Von Stund an mußte er das Feld Herrn Zimmermann räumen, von Stund an verstummte er beinahe ganz, um sich nur noch ein- oder zweimal als Hemmschuh für die energische Vorwärtsbewegung des linken Parteiflügels zu versuchen, freilich ohne besonderen Erfolg."

Wie Stöcker in Minden-Ravensberg abgewirthschaftet hat, zeigt ein Geschichtchen, das dem „Volk" von dort mitgetheilt und von diesem unvorsichtiger Weise erzählt wird: „Eine christliche Bauersfrau holte sich vor Monaten allen Ernstes Rath in einer befreundeten Familie, was es jetzt mit dem Hofprediger Stöcker auf sich habe und wie sie sich zu verhalten habe. Ihr Mann und ihre Söhne wollten nicht mehr, daß das Bild Stöckers, welches jahrelang im Zimmer gehangen, dort fernerhin verbleibe Als man ihr sagte, sie dürfe es dort unter keinen Umständen fortnehmen, müsse es vielmehr mit einem neuen Kranze versehen und solchen häufiger erneuern, ging sie leichten Herzens nach Hause zurück."

Ueber den Zusammenhang von Talmudmoral, Sozialdemokratie und Konsumvereinen schreibt der antisemitische Verleger und Broschürenfabrikant Glöß in der „Dutschen Wacht" oom 21. Oktober:

„Leben und leben lassen ist deutsch und christlich. In der Bibel heißt es: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." Der Grundsatz: „Die Masse muß es bringen," ist jüdisch. Im Talmud heißt es: „Du wirst alle Völker fressen und ihrer nicht schonen." In diesen Gegensätzen ist die Grundverschiedenheit deutschen und jüdischen Geschäftswesens gekennzeichnet. — Die Sozialdemokratie ist eine jüdische Erfindung. Während der Deutsche allenthalben zu erhalten sucht, sucht der Jude zu zerstören. Alles zu zerstören, ist das sozialdemokratische Ziel. Wie durch jüdisches Ramsch- und Schleudersystem zahllose Existenzen unseres Gewerbe- und Handelsstandes völlig ruinirt und zu Grunde gerichtet worden sind, ebenso suchen jetzt die Sozialdemokraten durch Errichtung und Betrieb von Konsumvereinen die kleinen Existenzen zu beseitigen, da diese das größte Hinderniß zur Erreichung des sozialdemokratischen Zieles darstellen."

Dieses konfuse Zeug nennt man antisemitische Wissenschaft!

Der schon mehrfach erwähnte Ritualmord-Prozeß gegen Karl Sedlatzek, den Redakteur des antisemitischen „Generalanzeiger" kam am 20. Oktober vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin II abermals zur Ver

handlung und endete mit der Verurtheilung Sedlatzeks zu **drei Monaten Gefängniß.**

Der Angeklagte ist beschuldigt, **„öffentlich Gott gelästert“** und dadurch Aergerniß gegeben, sowie die **jüdische Religionsgesellschaft** oder ihre Einrichtungen und Gebräuche **beschimpft** zu haben. Es handelt sich um den in Nr. 80 des „General Anzeigers“ vom Jahre 1895 unter dem Titel **„Der jüngste Ritualmord“** veröffentlichten Artikel. Im Orte Garam-Kis-Sallo in Ungarn war das 5½jährige Töchterchen des Johann Balars ermordet worden, und es wurde wieder das Gerücht verbreitet, daß es sich um einen Ritualmord handele. Der unter Anklage gestellte Artikel warf im Anschluß hieran dem Judenthum vor, daß es trotz seiner schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre nicht einmal von dem schlimmsten semitischen Verbrechen, von dem Ermorden christlicher Kinder zu gottesdienstlichen Zwecken, ablasse. — Auf Betreiben des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ war wegen dieses Artikels die Anklage erhoben worden. Die 8. Strafkammer sprach seiner Zeit den Angeklagten frei, weil nicht nachzuweisen sei, daß er in einer bestimmten Aeußerung Gott gelästert habe und eine Beschimpfung der jüdischen Religions-Gesellschaft nicht vorliege, der Angeklagte mit seinen Ausführungen vielmehr die ganze jüdische Rasse gemeint haben könne. — Die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Revision hielt das Reichsgericht für begründet, hob das erste Urtheil auf und verwies die Sache in erneuter Verhandlung an das Landgericht Berlin II.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor **Gartz**, die Anklage vertrat Staatsanwalt **Schwarz**, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt **Dosing**. — Der Angeklagte bestritt, daß sich seine Angriffe gegen die jüdische Religionsgesellschaft richten, er wolle nur die Rasse bekämpfen. — Staatsanwalt **Schwarz** erachtete sowohl eine Gotteslästerung als auch eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft für vorliegend. Der Judengott sei nicht ein anderer Gottesbegriff, als der nach § 166 geschützte, das habe das Reichsgericht bereits festgestellt. Die Erklärung des Angeklagten, daß seine Angriffe sich gegen die Rasse richteten, widerspreche dem Wortlaute des Artikels, der keinen Zweifel darüber lasse, daß die jüdische Religionsgesellschaft getroffen werden sollte. Auch das Moment der Beschimpfung liege vor. Die Behauptung, der Judengott habe Wohlgefallen an dem Ermorden der christlichen Kinder sei geeignet, den Judengott nicht nur einer Mißachtung, sondern geradezu der Verachtung preiszugeben. Dasselbe gelte von der bezüglich des Judenthums aufgestellten Behauptung; wer da **glaube**, daß letzteres dem Barbarismus des Kindermordens huldige, der müßte eine große **Verachtung** gegen das Judenthum empfangen. Dem Angeklagten könne auch nicht das Bewußtsein der Beschimpfung gefehlt haben. Zugegeben, daß es Personen giebt, die an dem Glauben, daß Ritualmorde existiren, festhalten, so müsse doch dem Angeklagten bekannt sein, daß es mindestens ebenso viele Leute giebt, die diesen Glauben als durchaus irrig bekämpfen. Der Angeklagte habe aber nicht blos das Bewußtsein, sondern auch die Absicht der Beschimpfung gehabt, das ergebe die Maßlosigkeit der Angriffe. Bezüglich des Strafmaßes müsse berücksichtigt werden, daß der Angeklagte bereits vorbestraft ist, offenbar die Neigung zu Beleidigungen hat und solche maßlosen Angriffe die Gefahr nahe legen, daß Gewaltthätigkeiten hervorgerufen werden. Aus allen diesen Gründen beantrage er **drei Monate Gefängniß.**

Vertheidiger Rechtsanwalt **Dosing** bestritt, daß eine Gotteslästerung oder eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft vorliege. Der Judengott, den der Angeklagte meine, sei der Gott des Talmuds, ein Götze, dem eine bestimmte Clique der Juden anhänge. Er beantrage daher prinzipaliter die Freisprechung des Angeklagten. Was den Ritualmord selbst betrifft, so lasse das Reichsgerichtserkenntniß den Wahrheitsbeweis zu und er trete bezw. diesen nach der Richtung hin an, daß Ritualmorde vorgekommen sind und vorkommen. Er verweise auf die vorliegende Broschüre „Die Juden und das Christenblut“ und beantrage einen gewissen Krüger in Eisleben als Zeugen zu vernehmen, der bezeugen könne, daß Juden Christenblut sich zu ritualen Zwecken verschaffen. Er beantrage ferner, die Herren Dr. Rohling, Dr. Ecker, Wahrmund, Dr. Weißbach und Pfarrer Deckert als Gutachter zu vernehmen. — Präs.: Wann sollen denn die Blutmorde vorgekommen sein? — Verth.: Im Mittelalter. — Präs.: Also weil im Mittelalter hin und wieder ein Jude einen Mord verübt hat, soll der Angeklagte das Recht haben, zu behaupten, daß jetzt noch Ritualmorde vorkommen? — Rechtsanwalt Dosing: Der Steuer-Aufseher Schilling, Novalisstraße 5, werde bezeugen, daß ihm im Alter von 8–12 Jahren gegen Entgelt Blut aus der Hand gesogen worden sei. — Präs.: Das ist doch kein „Ritualmord“! — Verth: Es würde aber doch beweisen, daß die Juden Christenblut zu rituellen Zwecken brauchen. Er beantrage ferner, einen in Ostpreußen wohnenden Lehrer Dieck darüber zu vernehmen, daß ein Dienstmädchen von Juden betäubt und ihm Blut aus Schläfe und aus den Adern abgezapft worden sei. — Präs.: Warum wird dann nicht das Dienstmädchen selbst als Zeugin benannt? — Verth.: Wir kennen augenblicklich den Namen des Mädchens nicht, der Lehrer würde ihn aber nennen können. — Präs.: Das hätte doch wahrhaftig schon geschehen können. — Die Sache schwebt doch schon ein ganzes Jahr. — Verth.: Es melden sich immer im letzten Augenblick noch Leute mit neuen Thatsachen. — Präs.: Wenn alle diese im letzten Augenblicke auftauchenden Andeutungen immer wieder benutzt werden sollen, dann ist dies der erste Weg, die Sache hundert Jahre hinzuschleppen. — Der Vertheidiger bestreitet jede Absicht der Verschleppung, betont aber, daß der Angeklagte Interesse daran habe, klar zu legen, daß ihm das Bewußtsein der Beschimpfung gefehlt habe, er vielmehr fast von der Wahrheit dessen überzeugt sei, was er geschrieben. Der Vertheidiger beantragt schließlich, den Schriftsteller Johann von **Sojecki,*)** Dresdenerstraße 33. darüber zu vernehmen, daß ihm und seiner Frau von Juden gesagt worden sei: „Wenn wir uns nur mit einer Kleinigkeit Christenblut die Schläfe einreiben, dann bannen wir die üblen Gerüche.“

Der **Staatsanwalt** beantragt, die Beweisanträge abzulehnen, weil sie sich nicht mit dem decken, was hier in Frage stehe. Hier handle es sich lediglich darum, ob Juden Christenkinder gemordet haben und morden und ob ihnen die jüdische Religion dies vorschreibt. Der **Angeklagte** hielt selbst eine längere Vertheidigungsrede, um unter Hinweis auf den Schulchan Aruch und auf die Schriften moderner Rabbiner nachzuweisen, daß der Judengott geradezu der Gegensatz zu dem christlichen Gottesbegriff sei und nicht den Gott der Liebe, sondern den Gott der Rache darstelle. Weitere ausführliche Darlegungen des Angeklagten galten der Behauptung, daß es jüdische Ritualmorde zu allen Zeiten gegeben habe und auch heutzutage noch gebe. Er gedachte der Schächtung des seligen Andreas, welchem ein Altarbild in der Kirche zu Judenstein bei Innsbruck gewidmet sei; diese Schächtung sei keine Phantasie, wie aus der eigenen Messe hervorgehe, die Papst Benedikt XIV. der Diözese Brixen zu Ehren des seligen Andreas gestattet habe. In letzterer heiße es wörtlich: „Laßt uns heute den Martertod des seligen Andreas feiern, den die Juden als Kind grausam hingeschlachtet haben.“ Der Angeklagte trägt weiter die Geschichte von der Schächtung des Peter Thomas zu Damaskus im Jahre 1840 vor und bittet dringend, die von dem Vertheidiger benannten Professoren und Männer der Wissenschaft als Sachverständige für das Vorkommen jüdischer Ritualmorde zu vernehmen und auch alle übrigen, die neuere Zeit berührenden Beweise zu erheben. Speziell werde das Dienstmädchen unschwer zu finden sein, das von den Juden betäubt und ihres Blutes beraubt worden sei, ebenso werde Herr Krüger in Eisleben den Namen des Mannes angeben können, der als Geselle eines Tages in die Synagoge geschleppt worden sei und es habe dulden müssen, daß man ihn in's Genick geschnitten und das herabträufelnde Blut in ein Gefäß aufgefangen habe. Von Alters her bis in die heutige Zeit bestehe die Sucht der Juden nach Christenblut. Er sei **gläubiger Katholik**, und es liege ihm sehr fern, Gott zu lästern, oder irgend eine Religionsgesellschaft zu beschimpfen; er kämpfe nur gegen die jüdische Rasse.

Der **Gerichtshof** beschloß, sämmtliche gestellten Beweisanträge abzulehnen: 1) Die Vernehmung von Sachverständigen, weil es gerichtsbekannt sei, daß es eine Reihe von Forschern giebt, welche behaupten, auf Grund ihrer Studien zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß Ritualmorde der Juden wirklich bestehen, weil es aber ebenso gerichtsbekannt ist, daß eine Reihe anderer Forscher zu gerade entgegengesetztem Ergebniß gekommen ist, so daß die Streitfrage nicht zu Gunsten des Angeklagten verwerthet werden kann. 2) Die Vernehmung der bekannten Zeugen deshalb, weil dadurch nur dargethan werden würde, daß ab und zu Juden anderen Personen Blut entzogen haben. — Nachdem der Vertheidiger und der Angeklagte selbst nochmals für Freisprechung plaidirt, zog sich der Gerichtshof zu kurzer Berathung zurück. Das Urtheil lautete auf **3 Monate Gefängniß.** Der **Gerichtshof** nahm in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Staatsanwalts an, daß sowohl Gotteslästerung als auch Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft vorliege. Der jüdische Gottesbegriff sei ja ein anderer, als der christliche, er werde aber gleichfalls durch das Strafgesetzbuch vor Beschimpfungen geschützt. Nach der von dem Reichsgericht in seinem Erkenntnisse aufgestellten Rechtstheorie habe der Angeklagte verurtheilt werden müssen, da er zweifellos das Bewußtsein von dem beschimpfenden Charakter seiner nicht gegen die Rasse, sondern gegen die Religionsgesellschaft gerichteten Angriffe gehabt habe. Was das Strafmaß anlange, so habe der Gerichtshof erwogen, daß überall, wo der Weg der Beschimpfung und Verhetzung gewählt werde, eine scharfe Strafe am Platze sei.

Die Christlichsozialen und Klerikalen in Oesterreich stehen nun bei den Wahlkämpfen in geschlossenen Reihen gegen die Deutschnationalen. Eine Wählerversammlung von Luegerschen Wiener Antisemiten wurde, so berichtet Dr. Langes „Deutsche Ztg.“ vom 17. Okt., mit einem dreifachen Hoch auf den Papst geschlossen. **Der Bischof von Brünn ordnet in einem Hirtenbriefe zur wirksameren Bekämpfung der Deutschnationalen kirchliche Gebete und Handlungen an! Es sollen für die Wahlen täglich drei Vaterunser und dreimal der „Glaube“ gebetet werden. Außerdem ist das Allerheiligste für eine bestimmte Zeit zur öffentlichen Anbetung zu stellen. So werden rein religiöse Einrichtungen zu Wahl-**

*) Sojecki war früher Redakteur des Ahlwardtschen „Volksrecht“.

zwecken mißbraucht! In der Wiener Leopoldstadt hat einer der bekanntesten Kanzelredner, Pater Abel, einen ganzen Cyklus von Predigten zur Unterstützung der Wahl Luegers angekündigt, und Lueger selbst hat einen Cooperator zum „Generalstabschef für die Wahlen" ernannt. „Lächelnd kann man über solche Erscheinungen nicht hinweggehen", schreibt Dr. Langes Blatt.

Man sieht, der Judenhaß hat diese Herren einst zu sammengeführt, der Nationalismus treibt die feindlichen Brüder wieder aus- und gegeneinander. — Eine theilweise Trennung zwischen christlichsozialen und deutschnationalen Antisemiten im Wiener Gemeinderath hat sich vollzogen: Elf Deutschnationale zeigten ihren Austritt aus dem herrschenden Wiener Bürgerklub an, weil die christlichsoziale Mehrheit die Deutschnationalen immer mehr be. Seite schiebe, und bildeten eine eigene deutschnationale Vereinigung. Der Wiener Gemeinderath zählt nunmehr 83 Mitglieder des Bürgerklubs, darunter 62 Christlichsoziale und 21 unter Führung des Vizebürgermeisters Neumayer zurückgebliebene Deutschnationale; ferner ist vertreten der fortschrittliche Verband mit 39, die Vereinigung der Deutschnationalen mit elf Mitgliedern und zwei Wilde.

Vermischtes.

Dem bisherigen Kolonialdirektor Dr. Kayser, auf dessen jüdische Abstammung manche seiner Gegner höhnisch hinweisen, rühmen die katholischen Blätter nach, daß er sich um das Missionswesen große Verdienste erworben habe. So schreibt die „Köln. Volksztg.": „Die Deutschen Katholiken haben allen Grund, dem scheidenden Direktor ein gutes Andenken zu bewahren. Er ist es gewesen, der dem Beginnen, den Kulturkampf auch in unsere Schutzgebiete zu übertragen, sich mit aller Entschiedenheit widersetzt hat. Seine Verwaltung in Bezug auf die Missionsthätigkeit war von dem strengen Gefühl der Gerechtigkeit getragen, die jede Bevorzugung der einen Konfession vor der andern grundsätzlich ausschloß. Dr. Kayser ist es gewesen, der die Missionsthätigkeit nach ihrem ganzen innern Werthe zu schätzen wußte und sein im Reichstage ausgesprochener Satz: „Ohne Mission keine Kolonisation" hat noch in den letzten Tagen seines Lebens den verstorbenen Dr. Windthorst zu einem Freunde einer derartig geleiteten Kolonial-Politik gemacht. Keine Missionsgesellschaft und kein Missionar hat umsonst ein berechtigtes Anliegen dem Direktor Kayser vorgebracht, und wir sind sicher, daß unter denjenigen, welche das Ausscheiden des ersten Kolonial-Direktors mit tiefem Bedauern empfinden werden, die katholischen Missionare und Missionsfreunde nicht in der letzten Reihe stehen werden. Es würde uns freuen, wenn es möglich wäre, den verdienten Beamten weiter im Dienste des Reiches zu erhalten."

„Stützen der Hausfrau" in christlichen Familien. Bekanntlich werden christliche Mädchen von den antisemitischen Blättern gewarnt, in jüdischen Häusern Stellung zu nehmen, weil sie dort eine schlechte Behandlung zu gewärtigen hätten. Daß nicht alle christlichen Häuser in dieser Beziehung vorbildlich sind, dafür führt die „Zeit" ein drastisches Beispiel an. Das Organ des Pfr. Naumann theilt mit, es habe ein Protestschreiben gegen die Ausbeutung der sogenannten „Stützen der Hausfrau" erhalten, wie sie in Annoncen selbst christlicher Sonntagsblätter nicht so selten zu finden sei. „Da wird „gegen freie Station" (wenns hoch kommt, auch noch gegen „Zusicherung völligen Familienanschlusses" ein junges Mädchen als Stütze der Hausfrau gesucht, das nach den aufgezählten Bedingungen wirklich nichts anderes als Dienstmädchenarbeit verrichten soll. Alles für freie Station. Daß in einem solchen, uns namhaft gemachten Falle sogar ein Pfarrer — noch dazu einer, dessen Namen unter einem bekannten sozialen Manifeste steht — eine derartige Annonce mit seiner vollen Adresse veröffentlichen kann, beweist eben, wie dringend nöthig es ist, das soziale Gewissen unserer Gebildeten aufzurütteln und zu schärfen."

Das Verhalten der jüdischen Lehrerin, die sich innerhalb einiger Wochen hat taufen lassen und eine Prüfung über ihre Fähigkeit zur Ertheilung evangelischen Religionsunterrichts bestand, war in der Sitzung der Brandenburgischen Provinzialsynode vom 20. Okt. Gegenstand einer Debatte. Syn Dr. Hessler, Redakteur der „Kreuzztg.", erwähnte diesen Fall. „Man müsse sich fragen", führte er nach dem Bericht seines Blattes vom 21. Okt. aus, „wie ist das möglich?" „Es sei doch ohne ausreichenden, eingehenden Unterricht die Wandlung zum Christenthum nicht möglich, und derartige Schnelltaufen wären eine Herabwürdigung des Sakraments und brächten unserer evangelischen Kirche keine Ehre. Man sollte meinen, solche „Schnelltaufen" seien gar nicht möglich, denn jede Taufe einer jüdischen Persönlichkeit müsse dem Kirchen-Regiment mitgetheilt werden, das dann auch die Genehmigung zu ertheilen habe

General-Superintendent Faber erwiderte: Es ist Vorschrift, daß von jeder Judentaufe, die beabsichtigt wird, dem Kirchen-Regiment von dem Geistlichen Mittheilung gemacht wird, und daß das Kirchen-Regiment die Genehmigung ertheilt Vorher ist also keine Taufe möglich an einem Juden. Ueber den erwähnten Fall kann ich nichts sagen, auch der Referent des Kirchen-Regiments könne es nicht, denn es sei ihnen nicht erinnerlich, daß eine jüdische Lehrerin um die Taufe beim Kirchen-Regiment eingekommen sei. Er halte es an sich nicht für unmöglich, daß ein durch evangelischen Schulunterricht und durch Leben unter Evangelischen vorgebildeter Jude in wenigen Wochen sich eine solche Reife in der Glaubenssache erwerben könne, daß er getauft werden könne. — Der erwähnte Fall also ist uns nicht erinnerlich; ich möchte bitten, daß man mit solchen Fällen keine Unruhe und Verwirrung anrichtet. Wird der Fall mit den Daten vorgelegt, so wird das Kirchen-Regiment mit allem Ernst ihm nachgehen und den Geistlichen eventuell zur Rechenschaft ziehen. Mit allgemeinen Notizen ist nichts zu machen."

Als Minorität sich fühlen, bedeutet in der Kulturgeschichte, Immer Leiden ertragen. Das wissen die Israeliten am besten. Nur wer selbst irgendwo in der Minorität lebt, kennt die Qualen der Zurücksetzung, des Geduldetseins, der Aechtung. In Böhmen geht es den Deutschen so. Wenn man ihren Klagen trauen darf, werden sie von den Czechen beinahe so schlecht behandelt, wie die Juden von den Antisemiten. „Die Deutschen werden im Landtage und in der Landesverwaltung als Fremdlinge betrachtet", klagte neulich der Abgeordnete Dr. Bergelt im Reichsrate, und die Czechen lachten dazu, wie die Antisemiten zu den Klagen der Juden, benahmen sich aber anständiger. „Die Deutschen sind heute bezüglich ihrer Vertretung im Landesausschusse nur auf die Gnade des Großgrundbesitzes angewiesen", fuhr Dr. Bergelt fort, „wenn die Deutschen im Landesmuseum, in der Hypothekenbank und in der Landesbank heute überhaupt eine Vertretung haben, so beruht das auf einer Gnade.... Wir werden immer nur als Eindringlinge und als Räuber hingestellt .... Ich erinnere an die Szenen in Kuchelbad und an jene Szene auf dem Prager Graben, wo ein deutscher friedlicher Bürger von einem Czechen angefallen wurde, weil er ein Deutscher war."

Dasjenige Volk ist das gerechteste, welches auf Minoritäten die gebührende Rücksicht nimmt.

Briefkasten.

Paris, Gießen, Köln J. L. in Friedeberg. Die Zeitungen haben wir erhalten und mit Dank benutzt.

St. in Frankfurt a. M. Das war selbstverständlich ein Druckfehler. Nicht 1852, sondern 1832 erhielt Krembser das Privilegium, „ganz allein sogenannte Omnibusse am Brandenburger Thor aufzustellen."

S. 40. Ja, auch die antisemitische „Deutsche Tagesztg." nimmt „Juden-Annoncen" auf.

Abonnent in Zerbst. Besten Dank für das gesandte, auf die Agitation zu den dortigen Stadtverordneten-Wahlen bezügliche Material, das gelegentlich verwerthet werden soll.

Lehrer W. in B. Besten Dank für Ihre Zuschrift, mit deren Inhalt wir ganz einverstanden sind. Es wird sich wohl noch Gelegenheit bieten, darauf zurückzukommen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 44. Berlin, den 31. Oktober 1896. 6. Jahrgang

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**" erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4 gespalt. Zeile.
Telephon: Amt 6, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**.
Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **F. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**, zu richten.

Für die Monate November-Dezember werden von allen Postanstalten Bestellungen auf die „Mittheilungen" entgegengenommen.

Rohling.

Seit einigen Wochen macht die katholische Presse, unter Führung der „Köln. Volksztg", Front gegen einen Aberglauben, der dazu bestimmt war, das Freimaurerthum in seinen „dunkl n Zielen" zu enthüllen. Es handelte sich dabei um die Enthüllungen einer Miß Diana Vaughan, die eine ehemalige „Palladistin" gewesen sein wollte und „Luciferianerin", Verehrerin des „guten Gottes" Lucifer im Gegensatz zu dem „adonaistischen" Christengott. In französischen Büchern und Zeitschriften hatte sie ihre Geschichten zum Besten gegeben. Die Anfänge dieser Affaire liegen schon mehrere Jahre zurück und hatten in Frankreich schon viel Staub aufgewirbelt. Ein pseudonymer Dr. **Michael Germanus** (angeblich ein Geistlicher in Wien) verarbeitete die französischen Publikationen — ohne irgendwie eine kritische Untersuchung oder Prüfung anzustellen! — zu einer deutschen Flugschrift (Die Geheimnisse der Hölle oder: Miß Diana Vaughan, ihre Bedeutung und ihre Enthüllungen über die Freimaurerei, den Kultus und die Erscheinungen des Teufels in den palladistischen Triangeln), und Pfarrer **Künzle**, der in Feldkirch (Vorarlberg) wohnende geistliche General-Direktor des Eucharistischen Bundes, ließ dieses Machwerk in Tausenden von Exemplaren drucken und machte in seiner religiösen Monatsschrift „**Pelikan**" dafür Reklame.

Die deutsche katholische Presse hat ausnahmslos die Vaughan'schen „Enthüllungen" als kolossale Mystifikation behandelt, und ist dabei von deutsch-österreichischen Blättern kräftig unterstützt worden. Die „Köln. Volksztg." stellte am 26. September d. J., einige Tage vor dem Trienter Anti-Freimaurer-Kongreß, öffentlich die folgenden Fragen: „Wo ist die angebliche Miß Vaughan geboren? Sie wird doch in keinem wilden Lande zur Welt gekommen sein, wo es kein Civilstands-Register gibt. Wer waren ihre Eltern? Diese kann man doch unbedenklich nennen. Und vor allem: Wo ist „Miß Vaughan" zur katholischen Kirche übergetreten? Vor welchem Geistlichen hat sie ihre Irrthümer abgeschworen? Von welchem Geistlichen ist sie getauft worden? In welcher Kirche hat sie ihre erste h. Kommunion empfangen?" Bis heute ist natürlich von Seiten der Parteigänger der angeblichen Miß darauf keine irgendwie genügende Antwort gegeben worden; die Fragen werden auch **niemals** beantwortet werden, weil eben eine „Miß Diana Vaughan" **nicht existirt**.

Der Glaube an die Fürchterlichkeit des Freimaurerthums ist nur eine Arbeit des allgemeinen Geisterglaubens, der die Masse nach und nach wieder zu erfassen droht. Das Verdienst, diesem Aberglauben Vorschub geleistet zu haben, kann der bekannte antisemitische Kanonikus **Rohling** für sich in Anspruch nehmen. Die „Köln. Volksztg." vom 23. Okt. schreibt über diesen Geisterglauben:

Eine eigenthümliche Erscheinung der letzten Jahre ist neben dem Versuch, durch Fruktifizirung des Geisterglaubens die Menschheit zu Einkehr und Buße zu bringen, die starke Verbreitung der sogenannten apokalyptischen Schriften. **La Salette** mit seinen Weissagungen ist es besonders, das hierzu ausgenützt wird. Vor uns liegt eine Schrift des bekannten Kanonikus Professor **Rohling**: Die große Neuigkeit (sehr bezeichnend gewählter Titel!) oder das Geheimniß von La Salette, veröffentlicht von Msgr. Graf v. Zola, Bischof von Lecce und Ugento, verdeutscht und erläutert von Kanonikus Professor Dr. Aug. Rohling. Zweite ergänzte Auflage. Iglau 1896. Bekannt ist die Verwerthung dieser selben Weissagungen durch den „**Pelikan**." Neuestens beginnt auch, so weit wir die Sache verfolgen können, eine bei Riffarth in M.-Gladbach erscheinende Monatsschrift, Der „Rosenkranz, mit der Veröffentlichung der mit La Salette verknüpften Enthüllungen. Ist das Schriftchen von Rohling mehr der Versuch des gern in Mystizismus arbeitenden Professors, die genannten Weissagungen zu erläutern und nach seinen Herzensgedanken auf die modernen Verhältnisse, sogar auf einzelne Personen, auszudeuten (wir bemerken, daß in dieser Schrift auf Seite 35 Anmerkung auch die gerade durch La Salette aufgebrachte Erzählung von der Geburt der Großmutter des Antichrists sich findet), so treffen wir im Pelikan jenes Blatt und jene Feder, welche, von der vollen Wahrheit und dem unmittelbaren Eintritt der in dem Geheimniß von La Salette angekündigten Katastrophen überzeugt, mit apodiktischer Sicherheit und mit der Gewalt des das Ende kündenden Propheten alle diese Vorhersagungen und Androhungen unmittelbar unter das Volk wirft. Zwar ist vom hochw. Herrn Bischof von St. Gallen die weitere Veröffentlichung der Geheimnisse untersagt worden, aber die Hauptsache war bereits veröffentlicht und kursirt nun als gangbare Münze unter dem Volke, der Pelikan selbst aber und apokalyptisch angelegte Mitarbeiter erheben von Heft zu Heft ihre drohende und mahnende Stimme immer im engsten Anschluß an die entsetzlichen bevorstehenden Schicksale. Nur eine Stelle sei aus dem letzten Septemberheft herausgehoben, um die unheimliche Gluth, mit welcher die ganze Broschüre Nummer für Nummer geschrieben ist, zu charakterisiren. „Selbst der Teufel hält den baldigen Triumph der Kirche für sicher. Der Teufel ist aber schon sehr alt und erfahren, er kennt die h. Schrift und kennt alle Privatoffenbarungen, weiß daher viel von der Zukunft. Der Teufel ist aber unermeßlich stolz und würde sicher nie den Triumph der Kirche und seine eigene Niederlage voraussagen, wenn die nicht bestimmt eintreffen würde. In Nr. 9 der „Mémoires" erzählt nun **Diana Vaughan**, die in die obersten Grade eingeweiht war und durch ein Wunder bekehrt worden ist, wie im Jahre 1889 auf der Insel Malta in Gegenwart vieler Würdenträger Satans der Teufel erschien und u. A. sagte: Der Nachfolger des jetzigen Papstes werde von den Freimaurern gefangen gehalten: im Jahre 1901 werde die katholische Kirche heftig verfolgt in Frankreich, Oesterreich und Canada; im Jahre 1902 werde Satan beinahe obsiegen in Spanien; im gleichen Jahre würden in Belgien ungeheure Schlachten sein; ein kleines Heer werde aus einer Schweizerstadt ausgehen und den Papst befreien, Frankreich werde durch Feuer und Blut gehen, Paris werde von den Anarchisten zerstört werden; die seligste Jungfrau werde nochmals in Lourdes erscheinen vor Tausenden von Pilgern und dem Teufel un-

geheuer schaden; es werde ein französischer Krieger aus fernen Landen kommen und von einem Bischofe zum Könige gesalbt werden, die Katholiken werden sich in Masse erheben und siegen, und Frankreich werde wieder streng katholisch sein und allen Nationen katholische Gesetze vorschreiben; ganze Schaaren Engländer würden sich bekehren, nur in Oesterreich und Canada werde die Kirchen-Verfolgung fortgesetzt, ganz Italien werde dem Papste anhangen." Mit Absicht haben wir diesen ganzen Blödsinn Miß Diana Vaughan'scher Weissagung hierher gesetzt. Wer das Volk kennt, begreift, wie bei solchen Leistungen (abgesehen von den andern Geschäftspraktiken) die Auflage des Pelikan von 2500 Ende 1893 auf 31,000 Januar 1896 und Oktober 1896 auf 90,000 Abonnenten gestiegen ist. Solche Lektüre geht beim Volk von Hand zu Hand nach solch' einer Zeitschrift greift jeder. Daher der gewaltige Abonnentenzuwachs, der zu verzeichnen ist. Aber angesichts dieser Thatsache drängt sich denn doch auch noch ein Anderes auf. Was wird solch' eine fortgesetzte Lektüre im Volke bewirken? Wenn man die Berichte im Pelikan liest, fördert derselbe seinen Zweck, „die Verehrung des heiligsten Sakraments", in der erstaunlichsten Weise. Ob aber diese Schauergeschichten nicht mehr treiben, als das vermehrte Verständniß und die vermehrte wirkliche Liebe zum größten Geheimniß unserer Religion? Ob nicht durch die ganze Sache der Grund zu einer Schwarmgeisterei gelegt wird, wie wie sie im Verlauf der Kirchengeschichte regelmäßig mit solchen apokalyptisch erregten Zeiten verbunden sehen? Und welchen Nutzen das eigentliche gesunde religiöse und sittliche Leben des Volkes von solcher Schwarmgeisterei haben soll? Man braucht nur die Erregung kennen zu lernen, welche die Lektüre des Pelikan selbst auf gebildete Personen ausübt, dann bekommt man von Wirkungen desselben auf das Volk den richtigen Begriff. Unserer Ueberzeugung nach gehörten derlei apokalyptische Schriften, noch dazu solche mit derart aufgelegtem Blödsinn nicht in's Volk. Sie richten mehr Unheil an in ihren Folgen, als sie im Augenblick gut machen. Darum videant Consules! Videant besonders die Priester des Vereins der ewigen Anbetung, daß ihr löbliches Werk nicht das Schicksal theile, das in dem Sprüchwort niedergelegt ist: Corruptio optimi pessima.

Derselbe Rohling, der unsinnige Geister- und Offenbarungsgeschichten verbreitet, galt und gilt noch heute für eine wissenschaftliche Autorität. Wo es sich um einen Talmudprozeß, um einen Ritualmordprozeß ꝛc. handelt, wird er als Autorität genannt, und deutsche Gerichte bekommen es fertig, ihn ernst zu nehmen. Rohling nannte zwar die Reformatoren Luther, Melanchthon, Calvin und Zwingli „Schurken", „die irgend welche persönliche Sittlichkeit nicht besessen"; zwar behauptete er in seinem „Antichrist u. d. Ende der Welt", „Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe", aber in anerkennenswerther Weise ließen sich die deutschen protestantischen Richter dadurch in ihrer Objektivität nicht beeinflussen. Aber sie hätten sich sagen müssen, daß aus diesem Manne Fanatismus und Haß spricht, nicht die ernste Wissenschaftlichkeit, die sie in den Ritualmordprozessen zum Zeugen anriefen. Wenn jetzt sogar sich die katholische Presse gegen diesen Mann wendet — freilich noch sehr milde —, so ist das doppelt erfreulich. Nur muß sie sich fragen, ob sie es nicht längst hätte thun müssen.

Aus dem Tagebuch eines israelitischen Einjährigen.

„Sie sind mosaischen Glaubens! Man pflegt den Angehörigen desselben von vornherein ein gewisses Mißtrauen entgegenzubringen." Dies waren die Worte, mit denen mein Kompagnie-Chef, Hauptmann von X., bei der Unterzeichnung der Stammrolle seine Abschiedsrede an mich einleitete. Ich muß es bestätigen, daß sich dieses Mißtrauen durch meine ganze Militärzeit wie ein rother Faden zog.

* * *

Als der Vorbereitungsunterricht der Einj.-Freiwilligen zum Offiziersexamen beginnen sollte, rief mich der Hauptmann eines Tages auf den Korridor hinaus und stellte an mich folgende Fragen: „Was sind Sie?" „Kaufmann, Herr Hauptmann!" „Wohl in einem Detailgeschäft?" Nein, in einem Engros-Geschäft!" „Sie werden wohl nie ein eigenes Geschäft haben?" (Bei dieser Frage hatte er die Bestimmung im Auge, daß Reserve-Offiziere eine selbstständige Stellung einnehmen müssen. Da ich aber seine Absicht durchschaute, ging ich auf seine letzte Frage ein.) „Jawohl, Herr Hauptmann!" „Etwa so ein Detail-Geschäft?" „Nein, ein Engrosgeschäft!" Darauf hielt er einen Moment inne, um dann fortzufahren: „Es thut mir ja leid, da Sie ja ganz leidlich schießen; Sie werden wohl schon selbst eingesehen haben, daß Sie sich zum Vorgesetzten nicht eignen. Sie werden mir zugeben müssen, daß Ihr Marsch zu schlecht ist, als daß ich Sie an der Instruktionsstunde theilnehmen lassen könnte." — Da ich ihm nicht antworten konnte, daß ich mit meinem Kopfe nicht marschire, so schwieg ich.

* * *

Während unsere Kompagnie exerzirte, kam eine Ordonnanz mit der Meldung, daß ein Schreiber ins Bataillons-Geschäftszimmer geschickt werden sollte. Der Feldwebel Y. gab mir den Auftrag; doch als ich mir aus der Komp.-Stube Papier und Tinte holen wollte, versuchte ein anderer Feldwebel unter allerlei Vorwänden mich abzuhalten, ins Bataill.-Zimmer als Schreiber zu gehen, bis er mir schließlich gestand, daß der Lieutenant von Z. den Befehl in Erinnerung gebracht hätte, daß Juden in Bureaus nicht verwandt werden sollen. Ich ging daher zurück und ersuchte den Feldwebel Y., einen Ersatzmann für mich zu schicken. An meiner Stelle wurde nun ein Grenadier geschickt, zu dessen Charakteristik ich die Worte des Feldwebels, die er jenem nachrief, wiedergebe: „Aber laß Deine Schnapsflasche zu Hause!"

* * *

Der Grenadier W. war eine Zeitlang abkommandirt. Als der Hauptmann nachträglich erfuhr, daß er Jude ist, verbot er, denselben noch einmal zu einem Kommando zu verwenden, „denn die Juden haben sich schon genügend im Civil ausgefaullenzt".

Ein anderer jüdischer Grenadier schoß auf dem Scheibenstande, während ich zugegen war. Da stürzte der Hauptmann auf mich los: „Wissen Sie, Einjähriger X., ich würde es mir an Ihrer Stelle nicht gefallen lassen, daß sich ein Glaubensgenosse von Ihnen so schlapp benimmt. Er hat gesunde Knochen und reden Sie ihm zu, daß er sich ein wenig zusammennimmt."

* * *

Beim Armeeprüfungsschießen hatte ich von den Komp.-Einjährigen das beste Resultat erzielt und als bei einem Divisionsvergleichsschießen ich als Einziger von den Einjährigen in Erwägung gezogen wurde, da sagte der Herr Hauptmann in jüdischem Dialekt zum Feldwebel: „Ach was, ich werde ihn nicht schießen lassen, sonst könnt' er sagen, er hat gerissen raus die Kompagnie."

* * *

Einer unserer Lieutenants hat eine etwas semitisch aussehende Nase. Eines Tages rief er dem Grenadier X. zu: „Nehmen Sie Ihre große Nase nach vorn; Sie können nichts dafür. Ich ärgere mich auch über meine. Man sieht etwas südländisch aus; die Leute denken, daß ich vom Rothen Meer gekommen bin."

* * *

An dieser Stelle möchte ich aus der Abschiedsrede des Hauptmanns, der ich gleich zu Anfang Erwähnung that, einiges wiedergeben. Er sagte u. a.: „Sie müssen mir zugeben, daß ich Sie nach Ihrer Führung nicht zum Gefreiten habe befördern können. Nicht wahr?" Ich schwieg. — „Sie schießen schlecht, nicht wahr?" Ich schwieg wieder. — „Sie sehen schlecht. Nicht wahr?" „Jawohl, Herr Hauptmann!" — „Sie marschiren schlecht. Und es freut mich, daß gerade Unteroffizier Z. als Unparteiischer zugegen ist. Sagen Sie einmal, Unteroffizier Z. konnte ich den Einjährigen befördern?" Nach einigem Zögern erwiderte er, wie vorauszusehen: „Nein!" „Wenn Sie es sich überlegen, fuhr der Hauptmann fort, werden Sie gestehen müssen, daß ich Sie nicht befördern konnte. Jedenfalls war es für Sie eine Ehre, bei der 2. Komp. zu dienen und wenn Sie noch einmal zur Uebung eingezogen werden, nehmen Sie sich zusammen, damit Sie Ihr Ziel erreichen!"

Ich will auf meine Würdigkeit, Gefreiter zu werden, nicht eingehen. Aber die Worte des Hauptmanns verlangen einen Kommentar. Erstens war meine Führung tadellos. Ich war nicht ein einziges Mal zum Dienst um eine Sekunde zu spät erschienen und meine Führung wies nicht den geringsten Tadel auf. Kein Strafexerziren, kein Rapport kann mein Strafregister aufweisen und selbst vom Kasernenwohnen war ich verschont geblieben. Die meisten Einjährigen hatten Strafen zu verzeichnen und wurden trotzdem befördert. Das Urtheil des Hauptmanns über mein Schießen widersprach den Thatsachen völlig, da aus verschiedenen seiner Äußerungen das Gegentheil hervorgeht und ich auch beim Armeeprüfungsschießen das beste Resultat aan den Einjährigen der Kompagnie erzielt hatte. Ihm ist wohl noch erinnerlich, daß ich deshalb als Einziger Pfingsturlaub bekam. Daß ich kurzsichtig bin, ist wohl kaum ernstlich ein Hinderungsgrund! Was das Marschiren anbetrifft, gebe ich ohne weiteres zu, darin kein Held zu sein. Indeß möchte ich dafür anführen, daß ich als einziger Einjähriger der Kompagnie in der ersten besonderen Turnklasse und der einzige Freischwimmer war.

Zur Abwehr.

Graf Julius Andrassy über den Antisemitismus. Der ehemalige Minister Graf Julius Andrassy benutzte die Muße seit dem Rücktritte vom Amte zu einer Arbeit über den staatsrechtlichen Ausgleich vom Jahre 1867, die demnächst in der Gestalt eines nahezu 500 Seiten umfassenden Werkes im Verlage der Franklin-Gesellschaft erscheinen wird. Aus diesem Buche bietet die „Neue Freie Presse" einige interessante Auszüge, welche das Judenthum näher angehen. Graf Andrassy gedenkt in diesem Zusammenhange auch der moralischen Erscheinungen in beiden Staaten der Monarchie, um die es in ihren extremen Kundgebungen besser bestellt sein sollte. Das giebt ihm auch Gelegenheit, sich über die augenblicklichen Verhältnisse in Wien in folgender Weise zu äußern:

„In der jüngsten Zeit sind in der Stadt Wien tiefbetrübende und hauptsächlich vom österreichischen Gesichtspunkte bedauerliche, weil erniedrigende Erscheinungen zu beobachten. Die friedliebende, sympathische und wackere Bürgerschaft dieser Stadt ist in ihrer Mehrheit ein blindes Werkzeug der widerwärtigen Leidenschaft des Hasses geworden. Das wohlgelaunte, humane, gebildete Wien wurde durch den Neid in Fieber versetzt. „Nieder mit den Juden!", „Nieder mit den Magyaren!", so lauten die Schlagworte seiner Mehrheit. Lueger, der ewig schimpfende Volkstribun, konnte Bürgermeister werden. Diese unbegreiflichen Erscheinungen deuten, wie ich hoffe, nur auf eine nicht lange währende Krankheit, deren Andenken selbst dem österreichischen Volke verdrießlich sein wird, und ich zweifle nicht daran, daß auch der irregeführte Theil alsbald auf die Bahn der Civilisation zurückkehren werde, auf der man diese Empfindung der Vergeltung nie als berechtigt anerkennen darf, auf der man die Beschimpfung und das Fluchen eines ernsten Politikers nicht würdig hält, wie denn überhaupt derartige Ausbrüche nicht so sehr demjenigen schaden, gegen den sie gerichtet waren, sondern denjenigen seiner selbst vergessenen Theil treffen, von dem sie ausgegangen sind. Ich will diese bedauerliche Verirrung dem Wiener Volke in seiner Gänze nicht auf's Kerbholz schneiden, wie man denn auch bei uns diese Ausbrüche im Allgemeinen mit Ruhe und Würde beurtheilt und es niemandem beifällt, dieselben in gleicher Form zu erwidern. Diese Schmach werden wir auf den ungarischen Namen nicht laden. Uebrigens kann man mit wahrer Freude beobachten, daß gerade diese Uebergriffe bereits eine Reaktion herbeiführen, und es steht zu hoffen, daß diese Elemente die volle Uebereinstimmung mit uns, deren sie in hohem Maße bedürfen, mit größerer Beflissenheit als bisher pflegen werden. Vermag man bei uns solche Auswüchse auch nicht wahrzunehmen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß die öffentliche Stimmung gegen Oesterreich selbst heute noch keine solche ist, wie sie sein könnte und wie sie zu unserem Frommen auch sein müßte. Die alten Wunden sind noch nicht vollständig verharrscht. . . ."

Das Münchener „Deutsche Volksblatt" (25. Oktober) schreibt, nach der Denunziation des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" bezw. des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" sollte in dem Artikel des „Generalanz." über den jüngsten Ritualmord eine Lästerung des Judengottes enthalten sein. — Das antisemitische Blatt **lügt**. Unser Verein hat mit dieser „Denunziation" nichts zu thun.

Wie die „Staatsbürgerztg." lügt. Am 16. September veröffentlichte die Staatsbürgerztg." einen Bericht aus Pest eine Kreuzesschändung durch Juden betreffend. Darin hieß es:

Am 2. d. M. (Sept. Anm. d. Red) war im Vergnügungsetablissement „Oes Budavar" bei erhöhtem Eintrittspreise eine außergewöhnliche Festvorstellung, zu welcher die „Elite und Crême der Intelligenz" der jüdischen Leopoldstadt vollzählig erschienen war. Dieser wurde ein riesiger Wagen vorgeführt, der mit den zweifelhaftesten, sich im Toilettenmangel produzirenden Früchten der höheren öffentlichen Sittlichkeit beladen war, und vor diesen wurde eine Musikkapelle und hinter ihnen einen Judenjüngling in der Kleidung eines — ein Kruzifix in der Hand haltenden Jesuiten passirt: Eine lange Reihe der frechsten Judenburschen, ebenfalls in Jesuitentracht, folgte dem Jüngling, Grimmassen schneidend, nach, und so ging dieser Festzug dreimal im Umkreise herum und wurde von den anwesenden Honoratioren der Orientalen, die sich am Zuge nicht betheiligten, stets mit dem Rufe: „Es lebe die Volkspartei!" empfangen. Dieses Bubenstück zeigt, so lesen wir in der „Germania", was den Christen der ungarischen Hauptstadt bereits zu bieten gewagt wird. Ueber dasselbe gaben viele der anwesenden Nichtjuden, besonders einige Personen des höheren Militärs ihre laute Empörung kund. Einer der Herren aber ging auf den jüdischen Kreuzträger los und entriß ihm das Kruzifix, das er dann im Redaktionslokale des „Alkotmany", eines Organs der ungarischen Volkspartei, niederlegte. Dieses Blatt war es denn auch, das den antichristlichen Skandal gebührend an den Pranger stellte. Trotz eines Appells an die Staatsanwaltschaft verlautet jedoch noch nichts davon, daß etwa die behördlichen Organe sich veranlaßt gesehen hätten wegen der am 2. d. M. verübten Blasphemie auch nur einen Finger gerührt zu haben. Aber eine ungarische Frau beschämte die Männer, indem sie in „Alkotmany" eine öffentliche Aufforderung erließ, für die Schändung des Kruzifixes und Verspottung der katholischen Christlichkeit durch solche Judenmaskeraden im Wege eines schriftlichen Protestes, zu welchem in der Redaktion des genannten Blattes die Unterschriften entgegen genommen werden, an der geeigneten Stelle Genugthuung zur verlangen.

Dem gegenüber erklärt die Direktion der Aktiengesellschaft „Oes Budavar" in einem Schreiben an den „Central-Verein dt. Staatsb. jüd. Gl.":

Das Programm des am 2. cr. stattgehabten Festes enthielt unter Anderem einen italienischen Karnevalzug, wo alle in Italien bekannten Figuren dargestellt wurden, somit auch einige Ordensbrüder nicht fehlten. — Ein Kruzifix hat keiner in der Hand gehalten. Es ist somit unwahr, daß sich Jemand aus dem Publikum darüber aufhalten konnte, oder höhere Militärs ihre laute Empörung kundgegeben hätten Diese Geschichte vom Kruzifix ist eine böswillige Erfindung eines hiesigen klerikalen Blattes und ist unseres Wissens diese Mittheilung in keinem anderen hiesigen Blatte reproduzirt worden.

Wir wollen nur noch bemerken, daß das genannte Fest durch das Personal des Cirkus Wulff — und nicht durch Juden — arrangirt und durchgeführt wurde, wie der Fabrikant dieser Korrespondenz angiebt.

Ein ähnliches Vorgehen ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ein Theil der Direktion aus Christen besteht und weil das Budapester Publikum, falls so etwas wirklich vorkäme, sofort energisch einschreiten würde.

Jeder Budapester und Fremde, der auch nur einmal in Oes Budavar war, wird es wohl wissen, daß dieses Etablissement der Zusammenkunftsort sowohl der feinsten Budapester Kreise ohne Religions-Unterschied, als auch aller Fremden ist, — was doch nicht der Fall sein könnte, wenn sich die Direktion solch' eine Taktlosigkeit zu Schulden kommen ließe.

Zur Ermordung des Justizraths Levy. Im Anschluß an die Mordthat wurde in der Berliner Presse die Frage der Sonntagsruhe wieder besprochen, weil der Mord am Sonntag Morgen geschehen war und die Polizeibehörde das Unterlassen einer Bekanntmachung durch Säulen-Plakate (fälschlicher Weise) mit dem Hinweis auf die Bestimmungen über die Sonntagsruhe rechtfertigen zu sollen glaubte. Der „Reichsbote" als einziges deutsches Blatt hat es nun fertig bekommen, die Religion des Ermordeten in die öffentliche Diskussion einfließen zu lassen. Er schreibt, „daß der jüdische Rechtsanwalt schwerlich ein besonderer Verehrer der Sonntagsruhe gewesen sei, sondern wahrscheinlich seinen Schreiber gar oft auch am Sonntag im Bureau beschäftigt und schwerlich zu besonderer Achtung vor der Sonntagsruhe beeinflußt haben wird."

Wohlgemerkt! Diese Infamie stand nicht in einem verbissenen Antisemitenblatt, sondern in dem frommen Organ der evangelischen Pastoren, im „Reichsboten". Dieses Blatt weiß gar nichts davon, daß der Verstorbene die Sonntagsruhe mißachtet hat, aber mit den Worten „schwerlich", „wahrscheinlich", „haben wird", läßt sich so hübsch eine Vermuthung zurechtbauen, die in ihrem Kern dem Todten einen Theil an der Unthat zuschiebt. Ein Pfui dafür!

Aus Jena wird uns von studentischer Seite geschrieben: „Bezugnehmend auf den Artikel in der Sonnabendnummer der „Staatsbürgerztg." über „nationale Bewegung in der Studentenschaft" theile ich Ihnen mit, daß die Angabe des Blattes, die Jenenser Corps nähmen auch solche Studenten nicht auf, deren Vorfahren bis ins dritte Glied Juden gewesen seien, auf Unwahrheit beruht. Im verflossenen Sommersemester war der Sohn eines Juden selbst Chargirter bei einem Jenenser Corps."

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Stöcker hat gegen die „Neue Saarbrücker Ztg." eine dritte Beleidigungsklage anhängig gemacht auf Grund einer in dem Blatte wiedergegebenen Rede des Frhrn. v. Stumm. In der vom 11. Oktober datirten Klageschrift wird u. a. vom Abg. Stöcker als besonders ehrenkränkend hervorgehoben, daß der Summus Episcopus der evangelischen Landeskirche Preußens (der König) die an Stöcker öffentlich geübte Kritik „uneingeschränktest und ausdrücklichst" gebilligt haben solle. In der Behauptung und Verbreitung dieser Annahme erblickte der Abg. Stöcker eine „nicht erweislich wahre Thatsache", welche geeignet sei, „ihn verächtlich zu machen, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und ihn gleichzeitig zu beleidigen." Als besonders erschwerende Klagemomente hebt Stöcker aus der Rede des Abg. v. Stumm u. a. jene Stellen hervor, die seiner beim Neunkirchener Amtsgerichte eingereichten Klage gegen Stumm zu Grunde liegen und die von der „pseudo-christlichen Doppelzüngigkeit" Stöckers, von seinem Verhalten zu Bismarck, seinen Zwistigkeiten mit Prof. Dr. Brecher und Oberst z. D. v. Krause sowie von seinen Beziehungen zum Frhrn. v. Hammerstein handeln. Stöcker beantragt, diese dritte Klage gegen die „N. S. Z." mit den zwei ersten Klagen, die Ende Juli und Ende August eingereicht waren, zu vereinigen und gleichzeitig am 4. November c., dem angesetzten Hauptverhandlungstermin, vor dem Saarbrücker Amtsgerichte zu verhandeln. Das Blatt bemerkt, daß es auch gegenüber dieser dritten Klage des Herrn Stöcker, die freilich auffallend spät eingereicht sei, gerüstet wäre.

Als Zeugen sollen auf Antrag des Angeklagten vernommen werden: Professor Dr. Brecher, Oberst z. D. v. Krause, Landesdirektor Frhr. v. Manteuffel, Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach, Redakteur Heinrich Oberwinder, Regierungsassessor a. D. Redakteur v. Gerlach, Gerichtsassessor Breges (Berlin), Pastor Karl Witte, Chef-Redakteur des „Reichsboten" Pastor a. D. Engel, Frhr. v. Stumm, Freifrau v. Hammerstein, Frhr. Wilhelm v. Hammerstein, Oberverwaltungs-Gerichtsrath Hahn u. a.

Zu dem Prozeß des Pfarrers Witte gegen Herrn Stöcker ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung auf den 20. November anberaumt worden. Bekanntlich fühlte sich Pfarrer Witte beleidigt durch Artikel des Stöcker'schen „Volk" und der von Stöcker selbst herausgegebenen „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung." Die Angelegenheit ist zunächst erörtert worden in der Broschüre „Schneider Grüneberg und Hofprediger Stöcker oder Gefälschte Briefe?" Nunmehr soll sie ihre gerichtliche Erledigung finden. U. A. werden voraussichtlich als Zeugen erscheinen Generalsuperintendent Bahnson aus Koburg, Pfarrer Crolow aus Horst bei Greifswald und der frühere Chefredakteur der „Kreuzzeitung," Frhr. v. Hammerstein. Bekanntlich heißt es, daß der preußische Landtag zum 20. k. M., also am Tage des Verhandlungstermins in Sachen Witte-Stöcker, zusammentritt, es ist aber wohl anzunehmen, meint die „Post", daß Stöcker nicht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter daran die Verhandlung scheitern lassen werde.

Hans v. Mosch und Liebermann v. Sonnenberg. Herr v. Mosch erklärt in seiner „Deutschen Reform", er werde den Parteitag der deutschsozialen Reformpartei noch weiter eingehend besprechen, er müßte nur noch einiges Material sammeln, um einmal der stock-reaktionären Liebermann'schen Gruppe gründlich in die politische Seele hineinleuchten zu können. „Das Gedeihen unserer großen Bewegung liegt uns viel zu sehr am Herzen, um auch nur einen Augenblick an ein Aussöhnen mit diesen Agenten der Reaktion denken zu können, und es ist um so nothwendiger, daß gerade unser von der Partei unabhängiges Blatt immer wieder die Faust in die Wunde legt, da selbst die den linken Flügel der Partei vertretenden Blätter über diese Verführung der Partei schweigen!

Entweder die „D. S. R. P." wird endlich mit dem wahren Sozialismus Ernst machen, oder das Volk wird über den konservativ-pfäffischen Bastard zur Tagesordnung übergehen!

Die neue Zeit, d. h. die Zeit des allumfassenden wahren Sozialismus, des wahren Volksglückes, kommt doch, und immer schneller und schneller rollt das Rad der Zeit diesem Ziele zu, eine Partei, die eine Volkspartei sein will und noch für den Großgrundbesitz, das Kahlpfändungsrecht, gegen den Achtstundentag und für den pfäffischen Dogmenzwang 2c. 2c. eintritt, die mit dem „kranken Manne" unseres Parlaments, dem Konservativen, innige Verbrüderungsgrüße austauscht, die Partei hat eben den Sozialismus, den sie im Wappenschilde führt, noch nicht annähernd begriffen, oder sie ist innerlich noch zu schwach, den reaktionären Verderbern energisch die Parteithür zu weisen! Nun, kommt Zeit, kommt — die Krisis!"

Krisches Ehrgefühl. Daß die liberale Presse den Fall Brüsewitz zu einer scharfen Kritik des übertriebenen Ehrbegriffs mancher Offizierskreise benutzt, verdrießt die „Deutsche Tagesztg." ungemein. Ihre Wuth läßt sie wieder an den Juden aus. „Daß Richtarier von solchem Ehrgefühl keine Ahnung haben, ist ihnen nicht übel zu nehmen" schreibt sie am 25. Okt. und fährt fort:

> „Unsere israelitischen Mitbürger möchten gar zu gern auch „Offizier spielen". Sie würden noch viel häufiger und noch viel zudringlicher sich an die Offizierkorps heran und in die Offizierkorps hineindrängen, wenn nicht die fatale Forderung in Bezug auf Aufrechterhaltung der Ehre wäre. Mit der eigenen Person für die Mannesehre einzutreten, sie gegebenenfalls mit dem Blute zu wahren, das entspricht nicht der in diesem Falle etwas weniger fein angelegten jüdischen Art."

Unzweifelhaft steht die Ablehnung des Duells kulturell höher als die Verfechtung dieser Institution. Aber auch sachlich hat das Agrarierblatt Unrecht. Wenn die Juden so feige sind, weshalb werden sie dem Prozentsatz nach in höherer Anzahl wegen Duellvergehens verurtheilt? Weshalb versagen ihnen die österreichischen Studenten erst noch extra die Satisfaktion, wenn die Juden gar keine sich zu holen geneigt sind?

Gouverneur v. Wißmann — verjudet! Weil Herr von Wißmann erklärt hatte, er könne Dr. Kayser nicht ersetzen, hat er sich den Haß der privilegirten Hüter des Deutschnarrenthums, der Anhänger Dührings zugezogen. In ihrem Organ, dem „Mod. Völkergeist" (Okt. S. 157) ist zu lesen:

> Wie aber kann sich ein deutscher Mann und Soldat in unserer leider auch so verjudeten Nation dazu erniedrigen, den Juden Vorschub zu leisten, und auch nur den Schein erwecken, als könne er einen Juden nicht sozusagen mit dem kleinen Finger in den Sand werfen! Freilich, wer sich schon früher als Judengenosse gezeigt, dessen Fähigkeiten können denen der auserwählten Rasse gegenüber

wenig oder garnicht mehr Werth haben, zumal wenn er sich unter eine Person stellt, die blos zwischen Aktenstößen aufgewachsen und die werthe, holde Nase einmal auf Staatskosten in Afrika gesteckt und vor einiger Zeit im Reichstage absolut nicht bewiesen hat, daß sie vor allem die moralischen Fähigkeiten für ihr Amt habe. Ueber Herrn Kayser ist übrigens auch in der Nr. 18 von dieser Zeitschrift Kennzeichnendes zu finden. Dühring sagt in seiner „Judenfrage" auf S. 142: „Man wird gegen die Verräther und Verkäuler der eigenen besseren Nationalität fast noch strenger als gegen die Judäer selbst sein müssen." Auch deshalb konnten wir nicht umhin, die Ausstreuungen des Herrn Wißmann über Herrn Kayser hier festzunageln, wenden ihm aber jetzt *verächtlich* den Rücken.

Armer Wißmann! Er hat die Achtung ganz Deutschlands auf seiner Seite und wird sicher daran zu Grunde gehen, daß eine Handvoll Deutschthümler ihm „die Reverenz versagt."

Karl Sedlatzek, der Eigenthümer des „Dtsch. Gen.-Anz." weiß sich vor Eitelkeit nicht mehr zu lassen, seitdem er Aussicht hat, für die „heilige Sache" ins Gefängniß zu wandern. Früher nannte er sich Redakteur, dann Herausgeber, jetzt Chefredakteur. In seinem Blatte (20. Oktober) bescheinigt er sich, daß er in „bekannt schneidiger" Weise rede, daß er „die einzige wirklich unabhängige judengegnerische Zeitung" leite und schließlich renammirt er mit den 15 Prozessen, die er gehobt. Ganz tragisch wird der komische Herr, wenn er ausruft: „Leider sind wir im deutschen Vaterlande bereits soweit, daß große Theile des *Adels*, des *gebildeten Bürgerstandes* und des *höheren Beamtenthums* sich zu *Kreaturen des Geldjudenthums* herabwürdigen, und daß dieses Letztere wagen kann, sich sogar als die bevorzugten Gesellschafter und Berather des Monarchen aufzuspielen."

Wegen Beleidigung des Frhrn. v. Mirbach, des Oberhofmeisters der Kaiserin, ist gegen den Schriftsteller *Schwennhagen* und den Verleger des antisemitischen „Dtsch. Generalanz." *Sedlatzek Anklage* erhoben worden. Beanstandet ist ein Artikel des Blattes, betitelt: „Der Judengeldsammler für die Berliner Kirchenbauten", als dessen Verfasser Schwennhogen ermittelt wurde.

Die National-Sozialen und die Antisemiten. Ueber den Parteitag der Deutschsozialen Refarmpartei schreibt die „Hilfe" Pfarrer Naumanns:

„In Halle a. S. hat die *deutsch-soziale Reformpartei* hinter verschlossenen Thüren getagt — wie das übrigens alle alten Parteien mit Ausnahme der Sozial-Demokratie zu thun pflegen. Nur die antisemitischen Parteiblätter waren in den Stand gesetzt, spärliche und wahrscheinlich gefärbte Berichte zu bringen. An der alten, zuversichtlichen Begeisterung, die sonst gerade bei den Antisemiten sehr stark zu sein pflegt, leiden diese Berichte nicht. Es scheint, daß die große Menge von sachlichen Meinungsverschiedenheiten und verschiedenartigen Strömungen innerhalb der Parteigenossen, der Rückgang der antisemitischen Stimmung im Lande, allerlei persönliche Gegensätze zwischen den führenden Persönlichkeiten und manches andere diesmal eine etwas gedrückte Stimmung verursacht hat Daß die deutsch-sozialen Bestrebungen überhaupt abgewirthschaftet hätten und in kurzer Zeit vom politischen Kampfplatz abtreten würden, wird deshalb noch nicht behauptet werden dürfen. Unter den kleinen Handwerkern und Beamten, in manchen kleinbäuerlichen Gegenden und selbst an den meisten deutschen Universitäten haben sie noch treue Anhänger. Freilich, der national gesinnte Arbeiterstand dürfte sein Zutrauen zu der Mittelstandspartei nach diesem Parteitage gründlich verloren haben. Der *deutsch-nationale Arbeiterbund* in Hamburg hatte nämlich gewagt, mit einigen ganz bescheidenen *Arbeiter*-Forderungen an den Parteitag heran zu treten. Er hatte eine Stellungnahme des Parteitages für den Maximalarbeitstag im Bäckereigewerbe, gegen das arbeiterfeindliche Pfändungsrecht, für Arbeitslosenversicherung und für den Achtuhrladenschluß gewünscht. Nichts von alledem wurde durchgesetzt Der Parteitag billigte vielmehr ausdrücklich die Erklärung der Reichstagsfraktion gegen die Bäckereiverordnung, ging über den Antrag betr. Pfändungsrecht zur Tagesordnung über, faßte in Sachen der Arbeitslosenversicherung eine ganz unverbindliche Resolution und erledigte die Achtuhrladenschluß-Frage durch die in sich selbst widerspruchsvolle Aufforderung an die Fraktion, sie solle bei Regelung der kaufmännischen Arbeitszeit das Wohl der kleinen Kaufleute und der Handlungsgehilfen „gleichmäßig" berücksichtigen. Die Hamburger Arbeitervertreter zogen nach diesen entmuthigenden Erfahrungen ihren Antrag auf Festsetzung eines Mindestlohnes in den staatlichen Betrieben zurück, *weil die Stimmung des Parteitages dem Arbeiterstande feindlich zu sein scheine.* Daß dann dieser letzte Antrag in blasser Furcht vor kommenden Wahlen, wo man nicht als „Arbeiterfeind" hingestellt sein möchte, noch schleunigst von anderer Seite wieder aufgegriffen und durchgesetzt wurde, will wenig bedeuten. In Staatsbetrieben Mindestlohn — das ist für den Mittelstand ganz ungefährlich Wir haben von unserem Standpunkt einer durchgreifenden, allgemeinen Sozialreform niemals mit übertriebenen Hoffnungen auf die deutschsoziale Reformpartei hingeblickt. Ihr letzter Parteitag wird auch den — übrigens nicht sehr zahlreichen — deutschsozialen Arbeitern aufs klarste bewiesen haben, daß sie mit ihrer nationalen Gesinnung anderswohin gehen müssen, um *nationale Arbeiter-Sozialpolitik* treiben zu können."

Würzburg, 27. Oktober. Eine Hetze der *antisemitisch-bauernbündlerischen „Neuen Bayer. Landesztg."* gegen den Lehrer und II. Vorsitzenden des Gemeindebevollmächtigtenkallegiums Antan *Weichsel* kam hier vor dem Schöffengericht zum Austrag. In einer Reihe von Artikeln hatten die beiden adwechselnd zeichnenden Redakteure der „Landesztg." Anton und Thomas *Memminger* (Vater und Sohn) in der schärfsten und ungerechtfertigsten Weise Weichsel angegriffen und ihn u. a. der Denunziation und anonymen öffentlichen Beleidigung beschuldigt. Der versuchte Wahrheitsbeweis mißglückte trotz des gewaltigen Zeugenapparates vollständig, da die gegen Weichsel aufgedotenen Zeugen, selbst dessen erklärte persönliche Gegner, nicht das geringste aussagen kannten, was die Angriffe der „Landeszeitung" gegen Weichsel hätte rechtfertigen können. Die Herren Regierungsrath Leichtenstern, Rektor Krück, Bürgermeister Michel, Kreisschulinspektor Erbshäuser konnten nur aussogen, daß die gegen Weichsel ausgestreuten Verdächtigungen auf Unwahrheit beruhen. Das Schöffengericht erkannte auf die verhältnißmäßig milde Strafe von 30 Mk. gegen Anton und 50 Mk. gegen Thomas Memminger unter gleichzeitiger Ueberbürdung sämmtlicher Kosten. Die Verhandlung dot ein interessantes Bild der Kampfesweise des führenden antisemitisch-bauernbündlerischen Blattes in Franken.

Pfarrer Deckert's Konferenzreden. Der antisemitische Wiener Pfarrer hat sich von den anstrengenden Reden gegen die Freimaurer, die er in Salzburg und auch anderwärts gehalten, rasch erholt, indem er in seiner Pfarrkirche in einer Reihe van Predigten gegen die Juden loszog. Diese Hetzreden nennt Pfarrer Deckert euphemistisch: Konferenzreden. Welcher Geist sie erfüllt, das verräth schon der Titel, den ihnen der hochwürdige Prediger gab: „*Juden raus!*" Dieser in Wirthshäusern ordinärer Sorte nicht ganz ungewöhnliche Ruf wurde an feierlicher Stätte, in einer Kirche, von einem Vertreter der Religion der Liebe zum Texte erkaren. Dem Titel entsprach der Inhalt der Reden vollständig. Wir wollen bei demselben nicht länger verweilen und möchten nur *ein* Moment herausgreifen. Pfarrer Deckert, der katholische Priester, legte neuerdings vor der versammelten Gemeinde sein Glaubensbekenntniß ab, daß auch die Taufe in der Regel den Juden nicht verändere. Eine Frage möchten wir an Herrn Deckert richien: An wen dachte er bei seinem Ausspruch? An *Paulus Meyer*, in dem er einst seinen Freund, Lehrer und Kompagnon verehrte, oder an Dr. Max Löw, mit dem er heute noch durch die Bande innigster Freundschaft verbunden ist?

Dechant Dr. Albert Wiesinger, Pfarrer von St. Peter, einer der ältesten Wiener Judenfeinde, der seit dem September v. J. auch antisemitischer Gemeinderath von Wien war, ist vor Kurzem im Alter von 65 Jahren gestorben. Er hat auch das traurige Verdienst, den Boden für jenen konfessionellen Zwist und Hader vorbereitet zu haben, wadurch jetzt das öffentliche und gesellige Leben Wiens zerklüftet wird. Im Jahre 1861 übernahm er die Redaktion der bis dahin von dem Domherrn Sebastian Brunner geleiteten Kirchenzeitung und führte dieselbe bis Ende 1874. Wiesinger hatte sich den satirischen und kaustischen Sebastian Brunner zum

Vorbild genommen, ohne aber dessen Geist, Wissen und litterarische Bildung zu besitzen. Dreizehn Jahre lang eiferte er in der Kirchenzeitung gegen alle liberalen Bestrebungen in Wien und vertrat namentlich die Aufrechterhaltung des Konkordats und die verfassungswidrigen Institutionen desselben. Wiesinger war der Erste, der in der Tagespresse jenen Ton anschlug, dessen Variationen sich immer nur um das Schlagwort „Jud" drehen. Auch verbarg er seine Gehässigkeit schon damals hinter der Ausflucht, daß er keine konfessionellen Angriffe beabsichtige; das hinderte ihn aber nicht, den Talmud in tendenziöser Weise zu zitiren. Im Jahre 1865 begann er „Ghetto-Geschichten" zu veröffentlichen, die geeignet waren aufreizend und verhetzend zu wirken, und als er diese „Geschichten" auch zur Zeit des Krieges vom Jahre 1866 fortsetzte, als die unteren Schichten der Bevölkerung ohnehin sehr aufgeregt waren, wurde Wiesinger von der Staatsanwaltschaft selbst ersucht, die „Ghetto-Geschichten" im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung einzustellen. Im Jahre 1867 wurde Dr. Wiesinger Fastenprediger bei St. Peter und setzte nun seinen Kampf gegen die Juden auf der Kanzel fort. 1872 veröffentlichte er einen Roman unter dem bezeichnenden Titel: „Das Kruzifix des Juden." Zehn Jahre später übernahm er die Redaktion der Gemeindezeitung, in der er im volksthümlichen Tone für den Antisemitismus Stimmung machte.

Victor von Istoczy, einer der Hauptführer der ungarischen Antisemiten, zieht sich vom öffentlichen Leben zurück. Er sagt in seinem Absagebrief: Die ungarischen Politiker sagen, daß es keine Judenfrage giebt und die Nation hat gelegentlich der beiden letzten Wahlgänge die Ansicht jener, welche das Volk zu seinen Führern angenommen hat, durch die Abgeordnetenwahlen gebilligt."

Sein Busenfreund, der Abg. v. Simonyi widmet ihm im „Westungarischen Grenzboten" einen Nachruf, in dem er nachweisen will, daß die „Juden und Pfaffen" die Wahlen „gemacht" hätten:

Die Presse ist bekanntermaßen zu 98 Prozent in Judenhänden. Es ist weiterhin kein Zweifel, daß diese Presse wenigstens die Intelligenz in ihrem politischen Verhalten beeinflußt, oder daß sich die sogenannte Intelligenz durch diese Presse beeinflussen läßt, was Istoczy, der erste Antisemit Ungarns, gewiß am allerwenigsten leugnen wird.

Anderntheils benützt wenigstens ein Theil der Priester in geschickter Weise die berechtigte Unzufriedenheit des Volkes, entlehnt sich bei der Agitation einige Schlagworte von uns Antisemiten, während die Führer der Partei nicht müde werden, ihr gutes Einvernehmen mit den Juden zu betonen. Das Ende vom Liede wäre, im Falle die sogenannte Volkspartei Oberwasser bekäme, daß wir den Juden und zugleich den Pfaffen am Halse hätten. — —

Istoczy ist der Verfasser des berüchtigten „Antisemitischen Manifestes", dessen Publizirung der erste internationale antijüdische Kongreß am 11. und 12. Sept. 1882 beschlossen hatte.

Vermischtes.

Jüdische Mädchenhändler. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, 26. Oktober 1896.

Die „Staatsbürgerztg." konnte sich natürlich die neulich durch alle hiesige Zeitungen gegangene Notiz über die Entdeckung eines jüdischen Mädchenhändlers aus Montevideo nicht entgehen lassen, um an diese Thatsache einen gehässigen Ausfall in einem „Jüdischer Handel mit Christenmädchen" betitelten Leitartikel gegen das Gesammtjudenthum zu knüpfen.

Da ich längere Zeit in Argentinien als Arzt und Kreisphysikus thätig war, sind mir die einschlägigen Verhältnisse genau bekannt, und ich möchte nicht unterlassen, Ihnen das Material an die Hand zu geben, um den Angriffen jenes Blattes wenigstens durch einen energischen Protest zu begegnen.

Denn in derselben Weise wie wir und jeder anständige Mensch mit der von der „Staatsbürgerztg" selbst gewählten Bezeichnung der Handlungsweise des fraglichen Mädchenhändlers als „bestialisch und schamlos" einverstanden sind, so kann man wiederum das Verhalten dieser Zeitung, die eine ganze Religion für die Verbrechen eines einzelnen oder mehrerer Bekenner derselben verantwortlich macht, wenig milder bezeichnen, weil es mit Nichtachtung der Thatsache geschieht, daß doch alle Völker und Religionsgenossenschaften ihre Zuhälter, Kuppler, Mörder, Lumpen und Spitzbuben aufzuweisen hat, ohne daß es einem logisch und gerecht denkenden Menschen einfiele, diesen Auswurf als Repräsentanten der betr. Nation oder Religion ansehen zu wollen.

Ich kann Ihnen nun aus eigener Anschauung und aus bestem Wissen, aus Erfahrungen meiner Thätigkeit als Polizeiarzt, wo mir die Untersuchung der Toleranzhäuser von Amtswegen oblag, mittheilen, daß

1. die in Südamerika in der That zahlreichen jüdischen Besitzer und Versorger der Bordelle in den großen Städten sich durchaus nicht auf den Import christlicher Mädchen beschränken, sondern im Gegentheil mit Vorliebe jüdische Mädchen aus Rußland, Polen und Ungarn entführen;
2. die unzähligen Bordelle auf dem flachen Lande (jedes, auch nur 1000 Einwohner zählende argentinische Städchen hat eins oder mehrere) fast durchweg in den Händen von Italienern sind und auch von solchen mit italienischen, französischen und argentinischen Mädchen versorgt werden. Deshalb sieht in Argentinien Keiner in jedem Italiener einen Mädchenhändler oder findet diesen schmachvollen Handel etwa in dem Volkscharakter oder der Volksmoral der Italiener im Allgemeinen begründet;
3. man in den genannten wie auch in den jüdischen Bordells unter den Tausenden von Prostituirten nur ausnahmsweise eine findet, welche wirklich unschuldsvoll aus ihrer Heimath entführt und im Toleranzhaus der Schande preisgegeben wurde. Meistentheils handelt es sich um Frauenspersonen, die schon zu Hause einen leichtsinnigen Lebenswandel führten oder direkt Prostituirte waren.

Ich stelle Ihnen, Herr Redakteur, anheim, von diesen Mittheilungen mit Nennung meines vollen Namens und der Aufforderung an die Kenner Argentiniens, mir zu widersprechen oder meine Angaben zu bestätigen, Gebrauch zu machen und versichere Sie meiner vorzüglichen Hochachtung.

Dr. Theophil Wechsler.

Kriminalstatistisches. Im Königreich Bayern waren zu Anfang des Jahres 1894 in den Strafanstalten internirt 5864 Katholiken, 1674 Protestanten, 30 Israeliten. Das ergab bei einer Bevölkerung von 3 959077 Katholiken, 1 571863 Protestanten, 53885 Israeliten, auf je 100000 Personen der betreffenden Konfessionen 148, 106, 56.

Zur Schnelltaufe der jüdischen Lehrerin. Die „Staatsbürgerztg." vom 23. Oktober theilt den Namen der Lehrerin mit, die sich innerhalb weniger Wochen hatte taufen lassen, und knüpft daran die Hoffnung, daß nunmehr auf die Sache näher eingegangen werden müßte.

Wir theilen die Entrüstung über die Lehrerin nicht. Die Dame ist uns gleichgiltig und hat es mit sich auszumachen, ob und in welcher Zeit sie einen andern Glauben annehmen will. Die Hauptschuld an solchen Vorkommnissen trägt der Staat! Wenn er die Taufe mit einer Anstellung belohnt, so provozirt er solche Fälle und hat daher zu einer Entrüstung hinterherein kein Recht. Ob das Christenthum durch diese staatliche Gepflogenheit sich gehoben fühlt, müssen wir bezweifeln.

Pest, 10. Oktober. Ein verurtheilter antisemitischer Journalist gehört bei uns zu den „weißen Raben". Unter dem Titel „Der Geruch des Hasenfelles" veröffentlichte Zoltan Gelsei-Biro im März l. J. im antisemitischen Wochenblatte „Magyar nèplap" einen Artikel, in welchem er die

Juden als „Krebsschaden am Körper der ungarischen Nation" hinstellte und erklärte, daß er und seine Freunde vor Lueger achtungsvoll den Hut ziehen, weil dieser dem Umsichgreifen der jüdischen Rosse einen Damm gesetzt habe. Ferner nannte Gelsei-Biro die Juden eine „Knoblauchnation," die sich mit Lumpensammeln befasse. Mit eben demselben Rechte, wie die Juden, könnten sich in Ungarn auch die Chinesen, Zulukaffern und Türken niederlassen, die nicht so unverschämt und gemein, aber jedenfalls so fremd seien. Die Zukunft des Vaterlandes sei beängstigend, weil dieselbe von den Juden vorgezeichnet worden sei. Diese Auslassungen veranlaßten den königl. Oberstaatsanwaltschaft, gegen den Verfasser des Artikels einen Preßprozeß wegen „Aufreizung gegen eine Religionsgenossenschaft" anzustrengen. Hierüber fand am jüngsten Montag vor der Preßjury die Hauptverhandlung statt. Nach Verlesung der Anklageschrift und des inkriminirten Artikels erklärte der Angeklagte, daß er den inkriminirten Artikel verfaßt habe. Hiermit wurde das Beweisverfahren abgeschlossen und Vicestaatsanwalt Dr. Franz Góth hielt seine Schlußrede. Er verwies zunächst darauf, daß die katholische Religion die Achtung vor der Gerechtigkeit, der Freiheit der Menschen gebiete und überdies auch noch die Liebe der Menschen zu einander predige. Der Angeklagte, der sich zu dieser Religion bekennt, predigt in unsinnigster Weise Haß gegen die Angehörigen eines anderen Bekenntnisses; er hetzt gegen die Juden, denen er Ehre und Recht nehmen will. Der öffentliche Ankläger machte darauf aufmerksam, daß, wenn man aus sogenannten politischen Gesichtspunkten gegen die Anhänger einer anderen Konfession in der Zeitung straflos hetzen darf, dann werde man auch unmittelbar das Volk selbst gegen gewisse Klassen aufhetzen, was dann zur Folge haben werde, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums aller Staatsbürger gefährdet sein werde. Den Angeklagten bezeichnete der Staatsanwalt als einen an Jahren und Bildung ganz unreifen Jungen, bei dem nur die Vermessenheit groß sei und der kaum wegen Hetzereien verurtheilt, sich zu neuerlichen Gesetzesübertretungen verleiten läßt. Ein solcher Mensch verdiene keine Nachsicht, sondern strenge Bestrafung. — Vertheidiger Julius Makos bestreitet, daß in dem Artikel, der lediglich eine „Kritik" bedeute, eine Aufreizung enthalten sei. Die Rolle der Propheten von einst, die das Volk aufklärten und belehrten, vertreten heute selbstlose Journalisten, die für das Volk die Wahrheit schreiben. Diejenigen Juden, die der ungesunden Richtung angehören, handeln stets in Allem nur aus dem Gesichtspunkte des „Rebach." Er bat schließlich um Freisprechung seines Klienten. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage der Aufreizung gegen eine Religionsgesellschaft mit 8 gegen 4 Stimmen, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Monaten Staatsgefängniß und 20 Gulden Geldstrafe verurtheilte.

Die jüngsten Armenierverfolgungen und die Juden. Von dem Grand Rabbin de Turquie geht der „Jüdischen Presse" folgendes Schreiben zu:

„Da in den Tagesblättern von judenfeindlicher Seite die Nachricht verbreitet wird, daß die jüdische Einwohnerschaft von Phanal-Haskioi sich an den Verfolgungen und Plünderungen der Armenier betheiligt habe, so kann ich nicht umhin auf's Bündigste zu versichern, daß diese Mär nur durch den Judenhaß erzeugt worden ist, da, gerade umgekehrt, viele Hunderte der verfolgten Armenier in Judenhäusern Schutz und Zuflucht gefunden haben. Es liegen Danksagungen von mehr als 200 Personen vor, die mit Namensunterschrift bezeugen, daß sie ihr Leben nur den Juden zu danken haben. — Ich habe sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um den Verbreitern jener Lüge auf die Spur zu kommen. Es hat sich dabei nur ergeben, daß einige Juden von den Plünderern zum vollen Preise Gegenstände gekauft haben. Ich habe darauf durch Ausruf allen, die dies gethan, aufgegeben, die Sachen, trotz Bezahlung, unverzüglich an die Polizei abzuliefern, was denn auch ohne Weigern geschehen ist. Ich bitte diesen Zeilen Aufnahme in Ihrem Blatt zu gewähren, und alle der Wahrheit dienenden Zeitungen davon Notiz zu nehmen."

Momentbilder aus österreichischen Schulen. Die „Oesterr. Wochenschr." giebt in Nr. 43 ein Paar Vorkommnisse aus österreichischen Schulen wieder, die beweisen, wie der Antisemitismus in der Schule von den Lehrern gepflegt wird.

Da ist ein Lehrer, der seine jüdischen Schüler durch Spottnamen verhöhnt; ein anderer warf ein jüdisches Kind zehnmal zu Boden, weil es, religiös erzogen, sich scheute, niederzuknieen.

Bei der Bürgermeisterwahl Lueger's rief ein arischer Pestalozzi im Schulhause mit kräftigster Lunge: „Jetzt kommt die Hundspeitsche für euch Juden!"

Ein blutjunger Lehrer trennte zu Anfang des Schuljahres 1896/97 die jüdischen Schüler von den christlichen. „Rechts sitzen die Christen, links die Juden!" rief er dabei aus.

An einem jüdischen Feiertage kamen einige jüdische Kinder in die Schule: „Nicht einmal an ihren Feiertagen giebt das jüdische Gesindel Ruh'!" rief der Lehrer den Kindern zu. Ein jüdisches, religiös erzogenes Kind, das am Sabbath nicht schreiben durfte, bekam jeden Freitag Nachmittag eine Strafausgabe von 3 bis 4 Druckseiten, und es blieb dem Vormund des Kindes nichts anderes übrig, als das Kind in eine andere Schule zu geben.

Ein Bürgerschul-Direktor erklärte: „Ihr Juden könnt nichts als Rechnen, das braucht Ihr halt zum Handel!" Ein Bürgerschullehrer erklärte seinen Schülerinnen: „Das ganze Nationalvermögen ist in den Händen der Juden."

Wie empfänglich die Schuljugend für antisemitische Lehren ist, dafür möge folgende Episode Zeugniß ablegen: In einer Knabenschule des II. Bezirks zu Wien warf ein Kind das Federnpenal zur Erde. Der Lehrer sprang herbei und versetzte einem unschuldigen jüdischen Knaben zwei gediegene Ohrfeigen mit den Worten: „Bist Du in einer Judenschule?" „Ich bitte, Herr Lehrer," sagte der Nebensitzende, ein katholischer Knabe, „mir ist das Penal heruntergefallen, der R.... kann nichts dafür." „Halt's Maul!" schrie der Lehrer das wahrheitsliebende Kind an! Einige Tage später schimpfte in derselben Klasse ein Knabe seinen Mitschüler einen „Judenbankert". Dieser klagte es dem Herrn Lehrer. „Halt's Maul Itzig!" schrie der brave Lehrer.

Eine christliche Mutter bat bei einem Humanitätsverein um Bekleidung eines ihrer zahlreichen Kinder. Der Vertrauensmann, ein Jude, erschien behufs Information im Hause der Bittstellerin. Zufällig beauftragte eben die Frau eines ihrer Mädchen, bei einem Juden in der Nachbarschaft eine Kleinigkeit einzukaufen. „Mutter," sagte das Kind, „dös ist a Jud', bei dem kauf' ich net ein; das Fräulein hat uns heut' in der Schul' gesagt, sie kauft auch nie was bei Juden." Tableau! — Das Kind der armen Frau wurde selbstverständlich trotzdem von dem Verein bekleidet....

Blutbeschuldigung in Kremsier. Aus einer von dem Bürgermeister der Stadt Kremsier (Dr. Pistecky) in mehreren Journalen veröffentlichten Zuschrift vom 15. Oktober war zu ersehen, daß das Durchgehen einer diebischen Magd eine Art Judenhetze heraufbeschworen hat.

Der größte Theil der Stadt- und Landbevölkerung hat die Beschuldigung, daß die Eheleute Clementine und Josef Fischer die Magd zu rituellen Zwecken umgebracht haben, wiederholt, und die in Kremsier erscheinende Zeitung „Rozhledy" beeilte sich ohne Bedenken, für die Verbreitung Sorge zu tragen. Frau Clementine Fischer, eine brave, arbeitsame, gute Frau, wurde von der Mutter der Magd durch einen Advokaten wegen Mordes angeklagt, während die Mutter

bereits wußte, wo ihre vermißte Tochter bedienstet war, weil diese um das Dienstbotenbuch geschrieben hatte.

Die Folgen solcher Verleumdungen sind nicht ausgeblieben. Die aufgehetzte Bevölkerung hat sich sofort zum Fenstereinschlagen und zu Beschimpfungen aller Juden hinreißen lassen.

Der Bürgermeister und auch der Polizeikommissär gaben sich alle Mühe, den Fall aufzuklären.

Die von der Bevölkerung verfolgten Eheleute Fischer hoben 50 fl. als Belohnung für Denjenigen, welcher die Person eruirt, bei der Polizei erlegt, welchem Umstande die schnelle Eruirung viel zu danken ist.

Von allen Beschuldigungen, welche die Israeliten zu erdulden haben, ist leider die Blutbeschuldigung die härteste. Seit 30 Jahren ist es die dritte in Kremsier, und alle stellen sich, wie anderwärts, als böswillige Erfindungen heraus.

Arischer Wucher in Rußland. Im Jahre 1894 wurde ein Wuchergesetz eingeführt, in dem der Wucher mit Deportation nach Sibirien bestraft wird. Ueber die Wirkung dieses Gesetzes sagt die Soudebnaya Gazeta, das Organ des Justizministers folgendes:

„. . . . Und was mehr ist, die Erhebungen, welche man über die Anwendung des neuen Gesetzes angestellt hat, beweisen, daß die wegen Wuchers Angeklagten und Verurtheilten nicht immer der jüdischen Konfession angehören, sondern der christlichen Kirche. Ja noch mehr, die Verurtheilten gingen meist aus den bessern, bevorrechtigten Kreisen hervor. Im Augenblick, wo das neue Gesetz in Kraft trat, hatten die Gerichte nur mit jüdischen Angeklagten zu thun. Dann erschienen Christen in stets wachsender Zahl auf der Bildfläche. Gegenwärtig gehören, wie man festgestellt hat, die wegen Wuchers angeklagten Individuen zum größten Theil den bevorzugten Klassen an, eine Erscheinung, die sehr traurig ist! Natürlich sind in diese Prozesse auch Juden verwickelt, jedoch in den meisten Fällen nur als Strohmänner der gewerbsmäßigen Wucherer, welche der christlichen Religion angehören."

Vom „üblen Duft" des Christenthums. Bekanntlich weisen die Rassenantisemiten den Juden einen eigenthümlichen Geruch zu, den sog. foetor judaicus. Daß auch das Christenthum einen solchen hat, ist die neueste Entdeckung der Dühringianer. Im „Mod. Völkergeist" schreibt der Buchhändler E. Kufahl (Okt. S. 154)

„Den Begriff „geistiges Judäerthum" kann man sehr weit fassen; denn der Unrath, der bisher von Judas Geist allen mit ihm in Berührung kommenden Völkern bescheert wurde, ist nicht gering zu veranschlagen; wir wollen uns jedoch mit einer Blüthe, dem Christenthum, begnügen. Deren übler Duft reicht aus, einem das Verlangen nach dem Geruch weiterer Erzeugnisse zu verleiden. Für uns ist das Christenthum nur ein Neujudenthum, das wegen seiner jüdischen Züge, wir erwähnen nur die Heuchelei der Nächsten- und Feindesliebe, mit dem Denken und Fühlen der neuern bessern Völker unvereinbar ist."

Mit ganz besonderem Hasse verfolgen die Dühringianer die Katholiken. So schreibt E. Kufahl in demselben Artikel.

„Die Centrumspartei, die eigentlich längst unter dem Gerümpel des Mittelalters begraben sein sollte, ist in den Vordergrund der Parteien getreten und macht die Hauptgeschäfte mit der Regierung. Einen kläglicheren Zustand kann man sich eigentlich gar nicht denken, als daß die Regierung des deutschen Reiches bei ihren Entschlüssen sich auf das Wohlwollen eines internationalen Pfaffenthums stützen muß. Leider ist es so, und noch manche Blüthen wird dieser Bund zeitigen. Juda läßt es sich natürlich wohl dabei sein: denn das Christenthum, gleichviel ob protestantisch oder katholisch verbrämt, kann den Judäern niemals ernstlich schaden: man braucht da nur einen Blick auf die antisemitischen Vorgänge in Wien zu werfen."

Zur Frage der Rasseneinheit schreibt der berühmte Wiener Ethnologe und Sprachforscher Prof. Dr. Friedrich Müller im „Globus" (1895 Bd. 67. S. 141): „Giebt es überhaupt reine Völker? Es giebt solche ebenso wenig als es reine Rassen giebt. Es scheint hier dasselbe Verhältniß obzuwalten, wie bei den Geschlechtern und Familien. Wodurch unterscheidet sich denn ein Fürstengeschlecht von dem Geschlechte eines gemeinen Mannes? — Daß das erstere Ahnen hat, das letztere nicht. — Lächerlich! Der gemeine Mann hat ebenso gut seine Ahnen, wie der mit der Kaiser- oder Königskrone gezierte Fürst. Der Unterschied besteht darin, daß man die Ahnen des Fürsten während eines bestimmten Zeitraumes dem Namen nach kennt, während die Ahnen des gemeinen Mannes dem Namen nach ganz unbekannt sind. Wer waren die Ahnen der mit Königskronen geschmückten Fürstengeschlechter der Bernadotte und Obrenowitsch zur Zeit der Kreuzzüge? Und wer weiß, welche Stellung die Urahne der Habsburger oder der Hohenzollern zur Zeit der Völkerwanderung oder gar zur Zeit des Einfalles der Cimbern und der Teutonen einnahm? Auf Adam, oder gar auf eine Gottheit vermag kein Geschlecht — und selbst nicht das allerdurchlauchtigste — seinen Stammbaum zurückführen.

Die Ahnen der Kulturvölker, welche schriftliche Denkmäler hinterlassen haben, sind uns einigermaßen bekannt, während wir die Ahnen der meisten kulturlosen Völker gar nicht kennen."

Abergläubische Vorstellungen des russischen Volkes über die Cholera. „Die Verheerungen, welche die Cholera und Hungersnoth jüngst im russischen Volke haben, haben in seinen Köpfen die abenteuerlichsten Vorstellungen über die Ursachen dieser Uebel hervorgerufen. Das Volk sucht sie bei seinen Feinden, als welche bald die Juden, bald der Adel, bald die Gebildeten, und besonders die Aerzte und Thierärzte erscheinen. Diese seine Feinde gelten ihm sogleich als Feinde des Zaren: sie bilden Geheimbünde, die mit England, Deutschland und anderen Ländern der Ungläubigen in Verbindung stehen und von dort Belohnung für jeden vergifteten und lebend begrabenen Menschen empfangen. Ihre Absicht ist dabei die Verminderung der Volkszahl, damit die Ungläubigen im Kriege gegen den Zaren um so leichteres Spiel haben. Auch die Chinesen spielen bei diesen Bemühungen eine Rolle. Dieses sonst so friedliebende Volk ist nach dem Volksglauben bestimmt, der Beginn des Weltunterganges, der unmittelbar darauf folgen wird, die ganze Erde zu überschwemmen und zu besiegen. So erschienen überhaupt dem Volke die Leiden der Cholera und Hungersnoth als Vorboten des bevorstehenden Weltunterganges." (Globus 1895. Bd. 67. S. 147)

Briefkasten.

M. Wir könnten Ihnen eine ganze Reihe von Fällen anführen. So ist, wie uns mitgetheilt wird, in Nordhausen, wo die Wogen des Antisemitismus früher hoch gingen, ein Jude, Julius Bach, zum Stadtrath gewählt und von der Königl. Regierung zu Erfurt als solcher bestätigt worden.

W. 60. Soviel wir wissen, ist der Herausgeber der „Zukunft" Maximilian Harden getaufter Jude.

St. in Frankfurt. Dankend erhalten.

M. Kl. in München. Geld dankend erhalten und alle Aufträge prompt ausgeführt. Wir wünschten, daß jeder unserer Leser das gleiche Interesse an unserer Arbeit nähme.

Dr. G. in H. Die „Kreuzztg." vom 24. Okt. zitirte den berühmten Vers von Pope: „Nie gab es je eine Partei, Fraktion, Sekte, in der nicht die Unwissendsten immer die Stürmischsten (violent) waren." Das Wort gilt für viele Antisemitenführer.

Dr. F. L. in G. Bitte um Einsendung der Liste mit genauer Wohnungsangabe. Wir senden dann die Probenummern gern ab. Freundlichen Dank im Voraus.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 45. | Berlin, den 7. November 1896. | 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Zur Reichstagswahl in Mainz.

Am 5. November findet die infolge der Mandatsniederlegung des bisherigen sozialdemokratischen Abg. Joest nothwendig gewordene Reichstagswahl in Mainz-Oppenheim statt. Als Kandidaten sind aufgestellt: Seitens des Centrums Dr. Schmidt, Seitens der Nationalliberalen Oberschulrath Soldau, Seitens der Sozialdemokraten Redakteur Dr. David (beiläufig bemerkt, weder Jude noch von jüdischer Abstammung). Auch die Antisemiten sind in den Wahlkampf eingetreten und haben als ihren Kandidaten den Landwirth Wolf proklamirt. Da bei der Wahl von 1893 von 21 707 Stimmen nur 270 antisemitische abgegeben worden sind, so können die Antisemiten auch dieses Mal sich schwerlich der Hoffnung auf einen Sieg hingeben. Es handelt sich für sie lediglich um eine Zählkandidatur, um eine Kraftprobe.

Ob die Antisemiten auch nur einen relativen Erfolg davontragen werden, wollen wir dahingestellt sein lassen. Ueber ihre Agitation liegen nur spärliche Berichte vor. In der Stadthalle zu Mainz sprach am 4. November außer dem Candidaten Wolf, Herr Liebermann v. Sonnenberg. Letzterer brachte es durch sein provozirendes Auftreten dahin, daß die Versammlung, in der die Antisemiten in der Minderheit waren, zu einer reinen Radauversammlung ausartete. Zwischenreden, Zwischenrufe, Hochs auf die Sozialdemokratie u. s. w. wechselten ab mit Liebermannschen Invektiven. Zum Schluß stimmte Herr v. Liebermann das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ an, während die Sozialdemokraten die Arbeitermarseillaise sangen.

Diese Versammlung hat eine eigenthümliche Vorgeschichte. Der antisemitische Reichstagskandidat Wolf hatte die städtische Behörde um Ueberlassung des Saales, der sonst allen Parteien zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung gestellt wird, gebeten. Sein Gesuch wurde mit der Motivirung abgelehnt, daß er als Nicht-Mainzer keinen Anspruch auf den Saal habe. Hierauf richteten 14 Mainzer Bürger, darunter 5 Gymnasiallehrer, eine Petition an die Bürgermeisterei um Ueberlassung des Saales an den Kandidaten der antisemitischen Partei und die behördliche Genehmigung erfolgte.

Gegen die Gymnasiallehrer, welche jene Petition mitunterzeichnet hatten, führte man in einem Theile der liberalen resp. demokratischen Presse eine heftige Sprache und verlangte in nicht mißzuverstehender Weise, daß sie wegen ihres Vorgehens zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Der nationalliberale Kandidat, Oberschulrath Soldau, in einer Wählerversammlung über seinen Standpunkt interpellirt, sagte: „Ich bin ein entschiedener Gegner des Antisemitismus sowohl als Mensch, wie als Reichstagskandidat. Was ich als Oberschulrath thun werde, um das Eindringen des Antisemitismus in die Schule zu verhindern: — nun, meine Herren, warten Sie's mal ab.“

Herr Oberschulrath Soldau kann mit diesen Worten natürlich nicht gemeint haben, daß er die Lehrer maßregeln werde. Von liberaler Seite ist ihm aber thatsächlich und zwar, unter zustimmenden Ausdrücken, diese Absicht zugeschrieben worden.

Ob die Unterzeichner der Petition der antisemitischen Partei angehören oder nur aus Billigkeitsrücksichten für die Hergabe des Saales sich verwendet haben (wie in manchen Blättern zu lesen ist), darauf wollen wir kein Gewicht legen. Mit dem Verhalten der Gegner der Antisemiten in dieser Angelegenheit vermögen wir uns unter keinen Umständen zu befreunden.

Wir fühlen unseren dortigen Gesinnungsgenossen den Unwillen nach, den sie darüber empfinden, daß die antisemitischen Hetzer nun auch in diese Stadt einzudringen versuchen, in welcher so lange Eintracht und Friede zwischen den verschiedenen Konfessionen geherrscht haben. Diese Erregung darf aber nicht dazu verleiten, Antisemiten oder Männer, welche mit der antisemitischen Bewegung sympathisiren, an der Bethätigung ihrer politischen Ueberzeugung außerhalb der Schule zu hindern.

Man schafft dadurch nur Märtyrer und den Antisemiten kommt es sehr gelegen, daß sie wieder einmal einen Vorwand erhalten, um in die Welt hinauszuposaunen, welch bitteres Unrecht ihnen zugefügt wird und wie schlecht sie „oben“ angeschrieben sind.

Man weiß zur Genüge, daß das eine Legende ist und daß die Antisemiten, namentlich im Vergleich zu den Sozialdemokraten, bei vielen staatlichen und kommunalen Behörden im Deutschen Reiche wohl gelitten sind und sich zahlreicher Begünstigungen zu erfreuen haben. Darum hüte man sich erst recht, ihnen Gelegenheit zu geben, sich als Opfer der „heiligen Sache“ feiern zu lassen. Gerade mit diesem Glorienschein hoffen sie gute agitatorische Geschäfte zu machen.

Daß unter den Lehrern der Gymnasien der Antisemitismus leider vielfach verbreitet ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Glaubt man aber etwa, durch Repressivmaßregeln dieses Uebel aus der Welt schaffen zu können? Nichts wäre verkehrter. Wir wissen, daß so mancher Gymnasiallehrer nach jahrelanger Berührung mit der antisemitischen Bewegung und ihren Leitern zu der Erkenntniß gekommen ist, daß dieselbe jedes idealen Zuges entbehrt, und sich von dem Treiben abgewendet hat. Aufklärungs-

arbeit und die Macht der Thatsachen werden auch fernerhin, das erwarten wir zuversichtlich, in dieser Richtung wirken.

Gleiches Recht für Alle! Diesen Grundsatz übe man auch gegenüber Denjenigen, welche ihn täglich mit Füßen treten. Dessen wollen wir auch im Kampfe gegen den Antisemitismus eingedenk sein; um so eher führt er zum Siege.

Juden und Weiber.

Ein heiterer Beitrag zur Judenfrage.

Während die Antisemiten im Allgemeinen nur in den Juden ihre Hauptfeinde erblicken, haben andere ebenso eigenartige Politiker die Juden mit anderen Kategorien von Staatsbürgern zusammengekoppelt und sie heftig bekämpft. Die Schlagworte „Juden und Junker," „Juden, Junker und Pfaffen," „Juden und Advokaten" u. s. w. beweisen deutlich, daß es eine gewisse Gattung von Politikern giebt, die aus ihrem persönlichen kleinlichen Haß eine große politische Parteirichtung machen wollen. Zu diesen komischen Leuten gesellt sich jetzt ein Antisemit, der unter dem Namen „Wir" soeben eine Broschüre veröffentlicht hat unter dem Titel „Die Mobilmachung der Weiber." (München 1896, bei Otto Galler.)

Dieser drollige Herr erblickt in den Juden und Weibern die beiden Hauptfeinde der Menschheit. Für seinen Judenhaß hat er die alltägliche Begründung, wie wir sie bei den gewöhnlichen Wald- und Wiesen-Antisemiten finden. Für seinen Weiberhaß giebt er im Vorwort den Grund an: „Wie schnöde haben mich die Weiber behandelt! Sie haben mich belogen, betrogen, bestohlen, verleumdet und vergiftet."

Durch das ganze 96 Seiten starke Druckheft zieht sich dieser fanatische und sich durchaus ernstgebende Haß gegen Juden und Weiber. Der Verfasser behauptet, beide hätten die gleiche Kampfesart und ihre Emanzipation sei die Frucht des unendlichen Mitleids, welches die männliche Rasse mit ihnen gehabt hätte. „Aehnlich den Juden, die sich nach orientalischer Weise am Sabbath, wenn sie unter sich sind, in Prahlereien überbieten, und wo derjenige der am meisten Respektirte ist, der den größten Schurkenstreich gegen die verhaßten Gojims fertig gebracht, so schätzen auch die Weiber diejenige ihrer Geschlechtsgenossinen am höchsten, die am besten die Männer zu betrügen und zu hintergehen verstanden." In der Verstellung seien Weiber und Juden gleich große Meister, und im Kampf gegen den Mann bedienen sie sich derselben Waffen. Hier merkt man den Einfluß Eugen Dührings. Ebenso wie die Juden „Toleranz," „Humanität" u. s. w. im Munde führten, ebenso gebrauchten die Weiber vorzugsweise die Worte „Ethik" und „Kultur." Beide wollen der urtheilslosen Masse vorreden, daß ihre Sache mit der Kultur eng verknüpft sei.

Der Verfasser ist der Meinung, daß das deutsche Volk an einer Juden- und Weiberherrschaft leide und daran zu Grunde gehen müsse. Bei Napoleon III. hätte der Jude Rothschild stets unangemeldet die Tuilerien betreten dürfen, ebenso hat die Kaiserin Eugenie am Ministerrath theilgenommen, und da Napoleons III. Herrschaft zu Grunde gegangen ist, so haben natürlich Rothschild und Eugenie, d. h. Juden und Weiber die Schuld. Diese Logik wird mit dem größten Ernst der Welt vorgetragen.

Namentlich klar erscheint dem Verfasser die innere Uebereinstimmung zwischen Juden und Weibern, wenn er ihre Eigenschaften prüft. Beiden fehle der männliche Ehrbegriff vollständig (S. 32). Beide seien auch untereinander verbündet. Das sehe man daraus, daß die Weiber die jüdischen Kaufläden aufsuchen und „daß die Juden nur zu häufig unsere schönsten Weiber ihr Eigen nennen und nicht nur um schnödes Geld." (S. 38.) Die Weiber zögen — und das scheint ein Hauptschmerz unseres Verfassers zu sein — die Juden den Christen vor. Sie seien beide so verwandt, „daß man fast behaupten kann, daß der Jude ein halbes Weib und das Weib ein halber Jude ist." Namentlich gleichen sie beide einander in ihrer „frechen Anmaßung." Während sie beide früher in Abhängigkeit lebten, sind sie durch die Emanzipation übermüthig geworden und aus Sklavennaturen hätten sich freche Herren entwickelt. Beide hätten so wenig moralisches Gefühl, daß sie Dank und Anerkennung nicht empfinden, sondern eher „die Füße lecken, von welchen sie getreten werden." (S. 49).

Juden und Weiber fügen unserer Kultur wenig hinzu, machen aber die meisten Ansprüche auf Lebensgenuß und Luxus. In beiden lebt ein eingeborener ursprünglicher Erbhaß, der aber nur höchst selten zu Tage tritt, so lange sich die Völker geduldig aussaugen lassen, und schließlich kommt der Verfasser zu dem Resultat, daß die moderne Frauenbewegung ebenso wie die Herrschaft des Judenthums ein Zeichen des Verfalles unserer sich immer mehr überreizenden Civilisation sei. (S. 87.)

Namentlich gegen die deutsche Frau hat der anonyme Antisemit einen fanatischen Haß.

Zuerst wirft er dem deutschen Weib vor, daß es immer den Ausländer seinem Landsmann vorzieht. In den Jahren 1866 und 70 hätten die deutschen Frauen in den Lazaretten ihre Liebesgaben fast ausschließlich slavischen Oesterreichern und Franzosen dargeboten, während sie ihre eigenen Verwundeten oder kranke Landsleute fast ganz übergangen hätten, bis sich schließlich die Militärverwaltung ins Mittel legen mußte und diesen Zuständen dadurch ein Ende machte, daß sie selbst die Vertheilung übernahm. „Und wie haben sie damals mit den Kriegsgefangenen, die frei umhergehen konnten, Offizieren sowohl, als Soldaten, charmirt! Diese haben ihnen dafür auch manches Andenken zurückgelassen, welches mit einer slavischen oder keltoromanischen Physiognomie versehen, zwischen uns umherläuft." (S. 40). Der Verfasser behauptet, daß unsere deutsche Geschichte kaum ein einziges bedeutendes Weib nachweisen und er macht sich darüber lustig, daß man aus der Königin Luise „so etwas wie eine Nationalheilige zu machen gesucht hat." Und die Treue dieser Königin bespricht er auf ganz hämische Weise.

Aber dieser Antisemit hat auch ein gutes Hilfsmittel angegeben, um die deutsche Frau zu „veredeln." Er meint, man hätte anno 1871 statt der 5 Milliarden, sich 5 Millionen prachtvolle französische Weiber mitbringen sollen. Das würde eine famose Rasse abgeben!

Ebenso „originell" ist es, wenn er in allem Ernst den Vorschlag macht, alle Weiber über 60 Jahre vollständig abzuschaffen. Aus Humanitätsrücksichten könnte man ihnen die mildeste Sterbeart zugestehen, die sie sich selbst zu wählen hätten. Bei so drolligen Ideen kann es nicht Wunder nehmen, wenn er schließlich die Anschauung ausdrückte, daß das Weib ganz entschieden etwas Thierartiges hätte. Wenn es auf allen Vieren ginge, so hätte es mit dem nützlichsten Hausthiere, der Kuh, viel Aehnlichkeit!!

Es kann natürlich die Aufgabe keines vernünftigen Menschen sein, diese Anschauung eines Antisemiten und Weiberhassers ernsthaft zu widerlegen. Auch sein Vorschlag, die Juden und Weiber zu „isoliren," verdient nur ein heiteres Lachen. Wir hoffen, daß unsere Leser kräftig darin einstimmen werden.

Religionsfreiheit.

In der „Zeit" des Pfarrers Naumann erscheinen jetzt von Zeit zu Zeit theoretische Darlegungen aus dem Kreise seiner Anhänger, die das Programm der National-Sozialen ausbauen helfen sollen. Am 24. Okt. gab das Blatt einem Aufsatz von W. Kautz Raum, der unter der

Ueberschrift „Religionsfreiheit" beachtenswerthe Ideen entwickelt. Darin heißt es:

„Was hat das Wort Freiheit für den Menschen für einen köstlichen Klang! Frei zu sein, das ist das Verlangen, welches tief in der menschlichen Brust liegt, und das immer wieder emporkeimt, unter welchem Wust von Vorurtheilen es auch von einer unverständigen Zeitrichtung begraben werden möchte. Und zwar ist die Freiheit, nach der wir alle uns sehnen, eine vielfache, ist zunächst eine mehr äußerliche und eine mehr geistige. Die äußerliche Freiheit kann eine körperliche, eine wirthschaftliche, eine politische sein. Letztere berührt sich mit einer der geistigen Freiheiten, von der wir heute sprechen wollen: mit der Religionsfreiheit.

Lange Zeit wollten die Staaten nichts von Religionsfreiheit, nichts von Gewissens- und Glaubensfreiheit wissen. Durch das ganze Mittelalter hindurch zieht sich die prinzipielle Herrschaft des Gewissenszwanges, erst die steigende Einsicht in die wesentlich verschiedenen Aufgaben der staatlichen und der religiösen Gemeinschaft hat die völlige Durchführung der Religionsfreiheit in neuerer Zeit zu einer immer unabweisbareren gemacht. Völlig durchgeführt ist sie leider noch nicht überall, es sind nur einige Kulturländer, die thatsächlich volle Religionsfreiheit gewähren. Unter ihnen sind wohl die bekanntesten die Vereinigten Staaten von Amerika, welche allen Bekennern eines einigen Gottes dieselben bürgerlichen und politischen Rechte gewähren.

Uns gilt zwar die Freiheit des religiösen Glaubens und des Gottesdienstes als eine selbstverständliche Forderung und als richtige Folgerung aus dem Wesen der wahren Religion. Diese duldet keinen Zwang und kann durch keinen solchen hervorgerufen werden. Sie kann in ihrer vollen Wahrheit nur durch Gott selbst erzeugt und begründet werden.

Den Begriff der Religionsfreiheit bestimmen wir dahin, daß sie dort herrscht, wo nicht nur jede Religionsgesellschaft von Rechtswegen öffentlichen Kultus üben darf, ohne daß die Religion die Ausübung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte bedingt oder beschränkt, sondern wo auch jeder einzelne berechtigt ist, sich jeder ihm zusagenden oder auch keiner Religionsgesellschaft anzuschließen und seine religiöse Ueberzeugung frei zu äußern.

Die modernen Staaten werden sich auf die Dauer der Zeit immer weniger der Einsicht verschließen können, diesen Grundsätzen Rechnung zu tragen und sie nicht blos in der Theorie, sondern auch in der Praxis einzuführen. Unter ihnen interessirt uns vor allen Dingen unser Heimathsstaat Preußen. Sehen wir uns einmal die Bestimmungen der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat in dieser Richtung an, um zu ermitteln, welche Freiheiten sie uns gewährt. Sie bestimmt in Artikel 12: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse." Und das Reichsgesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung vom 3. Juli 1869 setzt fest: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntnisse unabhängig sein."

Das sind in der That Worte, die nicht mit Gold aufzuwiegen sind. In der Theorie haben wir Preußen also eine Gewährleistung der Religionsfreiheit, wie wir sie uns besser kaum wünschen können, aber in der Praxis sind doch diese Grundsätze noch nicht ganz durchgedrungen. Es giebt z. B. in Preußen 2 Religionsgesellschaften, deren Glieder besonders bei der Bekleidung öffentlicher Aemter bevorzugt werden: die „evangelische Landeskirche" und die „Katholische Kirche". Die Stellen in der Verwaltung (Ministerium, Regierung u. s. w., in der Staatsanwaltschaft, die Offizierstellen) dürften mit wenig Ausnahmen nur von Mitgliedern der beiden genannten Religionsgesellschaften besetzt sein. Ja, auch in den unteren Stellen der Verwaltung, in den Subaltern- und Unterbeamtenstellen dürften so gut wie keine Mitglieder anderer Religionsgesellschaften zu finden sein. Wie kommt das? Sind die Landeskirchlichen oder die Katholiken vermöge ihrer Religion besser befähigt, diese Stellen zu versehen, sind sie klüger, tüchtiger als die andern? — Hier gilt es eine Ungleichheit zu beseitigen, die, wie wir gesehen haben, vor dem Gesetze nicht bestehen kann. Und dazu müssen wir alle, die wir uns als preußische Staatsbürger fühlen und auf dem Boden der Verfassung stehen, helfen, dazu können wir alle Hand anlegen. Wir können durch vereinte Bestrebungen zur Beseitigung dieser Ungleichheit beitragen. Wir können auf die öffentliche Meinung einwirken, auf die Presse, auf unsere Nachbarn, auf die Behörden durch Wort und Schrift, wo sich uns Gelegenheit dazu bietet."

Die Verwirklichung dieser Gedanken würde natürlich zunächst Dissidenten und Juden zu Gute kommen. Das begriff auch das „Volk" und deshalb lehnt das fromme Antisemitenblatt (29. Okt.) es ab, der „Zeit" ihre Zustimmung zu geben. Es weiß nichts als den alten Witz zu wiederholen, daß unsere Offizierkorps keine „Orientalen" unter sich dulden sollen. Das „Volk" versteht eben unter „Religionsfreiheit" eine solche für sich und Unterdrückung aller anderen religiösen Anschauungen.

Zur Abwehr.

Noch einmal der Morgenchoral in Bad Salzbrunn. Der Herausgeber der „Deutschen Zeitung" **Dr. Friedrich Lange** theilt nunmehr Folgendes mit, was er auf seine Erkundigung bei seinem Gewährsmann in Salzbrunn erfahren hat:

„Der jetzige fürstliche Brunnendirektor Hoffmann, der muthmaßlich die oben abgedruckte Erklärung gegeben hat, ist erst seit Oktober 1895 im Amte, während die von uns erwähnte Anfrage der jüdischen Badegäste schon in der Saison 1895, also zur Zeit des früheren Brunnendirektors, Herrn **Manser** (jetzt in Breslau wohnhaft), gestellt worden ist. Wir hatten nicht behauptet, daß es sich um einen schriftlich formulirten Antrag handelte, und erfahren jetzt, daß in der That an den Herrn Manser die Zumuthung auf der Promenade und mündlich gestellt worden ist. Diese Zumuthung wurde von ihm gebührend zurückgewiesen. Kurz vorher hatten sich die Juden in der Nähe der Musikhalle während des Chorals so laut benommen, daß man ihnen dies verwiesen hatte."

Diese Behauptungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, ersuchten wir unseren Vertrauensmann in Breslau. Derselbe übermittelt uns nun den Wortlaut des Schreibens, welches der Fürstl. Pleß'sche Brunnendirektor a. D. Herr **Manser** an einen Herrn gerichtet hat, der ihn über den Sachverhalt interpellirte. Das Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Doktor.

Es ist mir nicht erinnerlich, daß Seitens jüdischer Kurgäste an mich das Ansuchen gestellt worden ist, den Morgenchoral ausfallen zu lassen; doch ist es andrerseits richtig, daß an irgend einem Morgen sich mehrere Kurgäste lebhaft bei mir darüber beschwert haben, „es sei der Morgen-Choral Seitens jüdischer Kurgäste durch lärmende Unterhaltung in der Nähe des Musik Orchesters gestört worden". Ich habe indeß aus naheliegenden Gründen zunächst nicht weiter recherchirt und die Sache bis zu etwaiger Wiederholung auf sich beruhen lassen. Vorgekommen ist indeß weiter Nichts und so ist die Sache von selbst im Sande verlaufen.

Mit bestem Gruße Ihr ergebener

Manser.

Aus diesem Schreiben ergiebt sich 1) daß auch die Ausflucht des Herrn Dr. Lange, es sei an Herrn Manser

auch nur mündlich die Zumuthung Seitens jüdischer Kurgäste Salzbrunns gestellt worden, den Morgenchoral ausfallen zu lassen, unwahr ist. 2) Daß Herr M. eine solche angebliche Zumuthung gebührend zurückgewiesen, wird als antisemitisches Märchen erwiesen. 3) Als wahr stellt sich nur das Eine heraus, daß mehrere Kurgäste sich über lärmendes Verhalten jüdischer Kurgäste während des Chorals beschwert haben. Wohlgemerkt: die Störung selbst ist nicht erwiesen, sondern nur die Beschwerde darüber Seitens nicht jüdischer — wahrscheinlich antisemitischer — Kurgäste. Welche Glaubwürdigkeit aber Antisemiten verdienen, das beweist eben der in Rede stehende Artikel des Herrn Dr. Lange am besten. Mehr oder minder laute Unterhaltung der Badegäste auf der Badepromenade während der Brunnenzeit ist nicht blos Salzbrunner und auch nicht blos jüdische Eigenthümlichkeit.

Der Deutsche Privatbeamtenverein und die Antisemiten. In einer Sitzung des Deutschen Privatbeamtenvereins zu **Thorn** hatte ein Antisemit sich über die Aufnahme von **Juden** in den Verein beschwert und hierbei betont, daß unter einem Deutschen nur ein Arier verstanden werden könne. Darauf erhielt er, wie der „D. Generalanz." mittheilt, folgendes Schreiben:

> Unter Bezugnahme auf Ihre in der letzten Monatssitzung des Vereins gemachten Bemerkungen machen wir Sie darauf aufmerksam, daß wir ein derartiges Benehmen nicht dulden dürfen und sowohl zur Wahrung des Ansehens unseres Vereins als auch zum Schutze unserer Mitglieder energisch Verwahrung dagegen einlegen müssen.
>
> Wir weisen Sie noch besonders darauf hin, daß im Deutschen Privatbeamtenverein weder politische noch religiöse Zwecke verfolgt werden, noch verfolgt werden dürfen und daß bei den Zusammenkünften des Vereins alles zu vermeiden ist, was einen Andersdenkenden oder Andersgläubigen in seinem Denken und Glauben beleidigen könnte.
>
> Hochachtungsvoll
>
> Deutscher Privatbeamtenverein, Zweigverein Thorn.
>
> Der Vorstand.

Vom Eide. In der „Deutsch. Juristenztg.", die sich eines guten Rufes im Kreise der Rechtskundigen und Rechtsprechenden erfreut, hat der Amtsrichter Bartolamäus u. a. die Behauptung aufgestellt, daß der Eid nur dann seinem Wesen und seinem Zwecke vollkommen entspreche, wenn der ihn Abnehmende und der ihn Schwörende gleichen Glaubens und gleicher Meinung in religiösen Dingen seien. Natürlich zieht die „Deutsche Tagesztg." vom 30. Okt. die der ihr stets naheliegende Folgerung: „Das ist richtig und beachtenswerth. Der Eid, den ein Christ vor einem jüdischen Richter abzulegen gezwungen ist, kann nur eine Form sein. Wie kann in solchem Falle der den Eid abnehmende Richter den Schwörenden auf die Heiligkeit des Eides so aufmerksam machen, daß er ihn in die entsprechende religiöse Stimmung versetzt?"

Warum weist das Blatt nicht auch auf die anderen Konsequenzen hin? Daß ein Katholik einen evangelischen Richter, ein protestantischer Bürger einen katholischen Richter ablehnen müßte? Daß die Altkatholiken ihren eigenen Richter beanspruchen könnten? Ebenso die Reformirten, die Lutheraner u. s. f., wie überhaupt jede neue Sekte! Und dann, wo sind zwei Menschen, die in religiösen Dingen gleicher Meinung sind? Und wie will man das feststellen? Soll der protestantische Richter den Protestanten erst fragen: „Was dünket euch um das Apostolikum?" ehe er ihm den Eid abnimmt. Oder der katholische Richter einen hochgebildeten Katholiken: „Glaubst Du an Miß Vaughan?"

Nein, uns scheint der Vorschlag des Amtsrichters Bartholamäus verfehlt und in seinen Konsequenzen unausführbar.

△ **Frankfurt a. M.** Auf Veranlassung des Bürgermeisters von Dörnigheim, Herrn Lapp, sollte in der Kirche seines Ortes eine Tafel aufgehängt werden, welche die Namen derer verzeichnete, die am letzten französischen Kriege theilgenommen hatten. (s. „Mittheil." No. 19 vom 11. Mai 1895). Unter den sich anmeldenden Kriegern befanden sich auch die Herren Wolf Steigerwald und Löser Steigerwald, beide jetzt in Frankfurt wohnhaft. Der Geistliche verbot aber die Anbringung der beiden israelitischen Namen. Die Herren beruhigten sich nicht bei diesem Bescheide. Auf unsere Anfrage schreibt uns nun Herr L. Steigerwald: „Dem Dörnigheimer Pfarrer ging seitens des Landrathsamts in Hanau die Aufforderung zu, sowohl mich als meinen Vetter zu benachrichtigen, daß die Gedenktafel mit unseren Namen in der Kirche aufgestellt wird, was auch bereits geschehen ist. Im Uebrigen hatten die Dörnigheimer Kriegskameraden auch bereits beschlossen, daß im Falle unsere Namen nicht auf die Tafel gesetzt werden dürfen, die Errichtung einer Tafel unterbliebe."

Aus Bonn, 28. Oktober, wird uns geschrieben: Es wird Sie vielleicht die Mittheilung interessiren, daß in sämmtlichen studentischen Verbindungen der Bonner Universität nur ein Jude sich befindet, daß aber in diesem Semester zwei jüdischen Studirenden, nämlich den Herren cand. med. Siegfried Goldschmidt aus Hamm i. W., und cand. jur. Arthur Oppenheimer aus M. Gladbach die Ehrengabe des Hohenzollernpreises für hervorragende Leistungen zu Theil geworden ist.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Antisemiten und die mecklenburgische Verfassungsfrage. Die „Hannoversche Post" schreibt in einer Notiz über eine am 29. Oktober in Rostock abgehaltene liberale Versammlung: Die Koryphäen der Rostocker Demokratie hätten ihren alten Ladenhüter, die mecklenburgische Verfassungfrage hervorgeholt. Die Versammlung hätte eine Resolution angenommen, in welcher, wie bei früheren Gelegenheiten, die Einführung einer konstitutionellen Verfassung für Mecklenburg als wünschenswerth erachtet wird. In diesem Beschluß hätten die Herren wiederum recht deutlich ihre sozialpolitische Impotenz bewiesen. Aufgabe der deutschsozialen Reformpartei werde es nunmehr sein, Mecklenburg zu erobern!

„Erobern" wollen diese antisemitischen Mundhelden Mecklenburg?! Ach nein, sie könnten höchstens als Schlepper der feudalen Partei Verwendung finden, wie es in anderen Theilen des Reiches bereits der Fall ist. Bezeichnend ist aber der Hohn, mit dem man hier von antisemitischer Seite über die Verfassungsfrage sich äußert. Das ist die Partei, welche sich als die wahre und wirkliche Volkspartei zu geriren pflegt. Was sagen die zuweilen als Junkertödter sich aufspielenden Herren Köhler, Hirschel und Bindewald zu dieser Sorte von Volksfreundlichkeit, wie sie in den Spalten des Hannoverschen Blattes auftritt!

Herr „Chefredakteur" Karl Sedlatzek ist neuerdings auch als Deklamator aufgetreten. In seinem „Deutschen Gen.-Anz." vom 4. November erzählt er in einem ganzen Feuilleton, wie er in der „Antisemitischen Lese- und Rede-Vereinigung" Tells Monolog in „formvollendeter Weise" vorgetragen. Dann zog er aus dem Werke des armen Schiller die antisemitische Nutzanwendung. Tell habe sich in einer fürchterlichen Lage befunden, ebenso werde Deutschland von einer fremden Rasse bedroht. Diese schöne Redeleistung schloß Sedlatzek mit den Worten, die wir dem „Kladderadatsch" feierlichst zum Geschenk machen: „Die Momente von Tell's Monolog sind in großen Zügen heute dieselben wie damals. Möge rechtzeitig dafür Sorge getragen werden, daß endlich auf gesetzlichem Wege eine Aenderung geschieht, damit kein

neuer Wilhelm Tell mit einer Verzweiflungsthat den gordischen Knaten zerschlage und damit das Signal zur ungesetzlichen Lösung ins Land hinaussende. — (Lebhafter, anhaltender Beifall.)"

Wir geben diesem Redakteur den wahlgemeinten Rath, erst einmal richtig Deutsch schreiben zu lernen. Ein Kursus in einer Fortbildungsschule ist schan aft aon Segen gewesen. Man höre nur falgende Streiche wider den Geist unserer Sprache (Dtsch. Gen.-Anz. aam 1. Nov.):

Allen lieben Zuschriften, welche mir aus Anlaß der jüngsten Gerichtsverhondtungen — besanders zu dem diesmol unglücktichen Ausfoll des Ritualmordprazesses — zugingen, zu veröffentlichen aber ouch nur persänlich zu deantworten, bin ich ganz außer Stonde und bitte ich meine werthen, fa graßen Antheil nehmenden Freunde — gonz besanders die Herren Seb. in Steglitz, Gastwirth Rosenfeldt in Friedeberg Nm., Dr. Th in Würzburg, Assessor B. in W., M. R. in Thorn usw — meinen herzlichsten Dank hierdurch entgegenzunehmen. Mägen Sie sich alle versichert halten, — komme es, wie es walle, — so leicht lasse ich van dem, was sich bei mir nunmehr beinohe in Herz und Seele eingewurzelt hat, nicht lacker und muß schan Juda und seine Henkersknechte mir das eine brechen aber die andere vernichten, ehe der „Deutsche General-Anzeiger" und ich mit demselben die Waffen strecke. Heil! C. S.

Und salche Leute arbeiten an der „Wiedergeburt" des Deutschthums!!

H. G. Erdmannsdörffer. Zu den Leuten, die der gewandte Herr T h e a d a r F r i t s c h zu „verantwartlichen" Redakteuren der ihm früher gehörenden „Antis. Korr." gemacht hat, gehörte auch ein junger Mann, Namens H. G. Erdmannsdörffer. Das war ein überzeugter Antisemit, der am 9. August 1891 in der „Antis. Karr." schrieb: „Gehen wir unsern Weg unbeirrt weiter, und die F e s t i g k e i t u n s e r e r G r u n d s ä t z e wird es sein, die uns zuerst Achtung und dann glänzende Erfalge aerschafft."

Damals war der Herr nach sehr jung. Er ist reifer geworden und hat seine Anschauungen über die deutschsaziale Refarmpartei geändert. Das ist labenswerth. Jugend kann nicht genug lernen. Jetzt ist er Redakteur an der „D e u t s c h e n W a r t e", und in diesem Berliner Blatte sprach er jüngst ein kräftig Wörtlein über den Halleschen Parteitag der Reformer, das nicht ahne Einsicht war. Darin hieß es u. a.:

„Die Palitik der kleinlichen Gesichtspunkte hat damit innerhald der deutschsazioten Reformportei den Sieg davangetragen und dieser damit erneut dos Siegel der Unfruchtbarkeit aufgedrückt."

„Die Verhandlungen dieses Parteitages haben dewiesen, was jeder einsichtige Politiker übrigens löngst wußte, daß die Portei weder sozial nach im umfassenden, graßen Sinne reformerisch deontagt ist.

...Leider erscheint uns die Behondtung dieser wirthschaftlichen Frogen theits gonz verfehlt, theils unausgereift und verworren.

Dies rührte aber wiederum davon her, daß in der Portei nur mit mäßigem Wissen und mehr aber minder großer Rednergabe ausgestattete Agitataren den Truppen voranmarschirten, doß aber weder eine einheitliche Lebens- und Weltouffossung, nach gründliche, in der Nationalökonamie und in der Palitik geschulte Fachmänner in der Partei zu finden waren....

Wie verwarren und unausgereift die Palitik der deutschsozialen Refarmpartei ist, das geht auch aus den weiteren Verhandlungsergebnissen hervor....

Keine Gruppe erfreut sich im Reichstage einer so geringen Beachtung wie die der deutschsozialen Reformer."

Dieser Artikel erregte in den Kreisen der Antisemiten begreiflichen Zorn. L i e b e r m a n n a. S a n n e n b e r g s „A n t i s. K a r r." aam 29. Oktaber 1896 schreibt: „Der Verfasser ist ein Herr E r d m a n n s d ö r f f e r, der früher an antisemitischen Zeitungen thätig war." Daß er an derselben „A n t i s. K a r r." thätig war und gar als verantwartlicher Redakteur gezeichnet hat, verschweigt das Blatt natürlich.

Ebensa schreibt die „H a n n a v. P o s t" vom 4. Naa.:

Herr Hans Gustov Erdmannsdörffer, der, wie die „Mittheilungen aus dem Verein zur Adwehr des Antisemitismus" schrieben, „Unterschlupf bei der „Deutschen Warte" fond", ist doch thatsächlich nicht der Mann, eine große Portei „unausgereift und verwarren" nennen zu können, er, der vardem gloudte in der deutschsoziolen Partei eine Rolle spielen zu können, der Schriftteiter der „Deutschsozialen Blätter", der „Deutschnationalen Zeitung" (Düsseldarf) und des „Deutschen Blattes" war und nun solche **Artikel gegen seine früheren Brodherren** in der „Deutschen Warte", dem Organ des Bundes der Industriellen losläßt!

Dieser Passus ist besonders interessant. Alsa Herr Erdmannsdörfer hätte schweigen sallen, weil er Brad van antisemitischer Tafel gegessen hat? Das ist eine seltsame Auffassung vom Beruf eines Jaurnalisten. Sallte ein Schmock in der Redaktian der „Hannaa. Past" das graße Wart führen?

In dem Prozesse des Hofpredigers a. D. Stöcker gegen den Chefredakteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung", Schwnchow", erachtete, wie aus Saarbrücken unter dem 4. Naaember gemeldet wird, der Gerichtshof eine Beweiserhebung nathwendig über die Behauptung des Beklagten, Stöcker habe sich var der Oeffentlichkeit Unwahrheiten schuldig gemacht, sa daß der Beklagte berechtigt gewesen sei, ihm bürgerliche Ehrlichkeit und kirchliche Lauterkeit abzusprechen; ferner sall eine Beweiserhebung darüber angestellt werden, ab Stöcker seine Stellung als Hofprediger durch Täuschung ersd lichen habe und schließlich, ab Stöcker den Rath seiner palitischen Freunde, gegen seine Gegner gerichtlich aarzugehen, aus dem Geiste der Versöhnung heraus aber aus Furcht var der Oeffentlichkeit unbefalgt gelassen habe. Der Gerichtshof beschlaß, als Zeugen zu aernehmen den Assessar Bresges, die Redakteure Oberwinder, v. Gerlach, den Obersten van Krause, die Pastaren Neßler, Hühe, Engel, Witte, Professar Brecher, den Redakteur Trojan, den Rechtsanwalt Mebem, Freiherrn aan Manteuffel, Grafen Zieten-Schwerin und Grafen Bernstarff.

In der Privatklage des Pfarrers Witte gegen Herrn Stöcker war der Termin der Hauptaerhandlung, wie wir neulich schan berichteten, auf den 20. Naaember anberaumt und kurz darauf erfalgte die Einberufung der beiden Häuser des Landtags auf denselben Tag; außerdem war van interessirter Seite sogar nach ein weiterer Aufschub beantragt. Auch kannte mit Bezug auf § 84 der Verfassungsurkunde das Haus der Abgeardneten in die Lage kammen, sich darüber zu entscheiden, ob Hofprediger a. D. Stöcker während der Session vor Gericht zu erscheinen brauche; nun lag die Besargniß var, daß die Angelegenheit sich bis in den Hochsammer 1897 hinziehen werde. All' diesen Besargnissen ist nunmehr der Baden entzagen, indem das Gericht auf Antrag des Pfarrers Witte den Termin auf den 12. Naaember, alsa aor dem Zusammentritt des Lan tags, gelegt hat.

H. Oberwinder über den Antisemitismus. Der frühere Leiter des „V o l k", der jetzt die Naumannsche „Z e i t" leitet, H. Oberwinder schreibt in der „H i l f e" vam 1. Nav. Falgendes über den Antisemitismus:

„Eine andere Erscheinung der sozialen Bewegung aertreten die a g r a r i s c h e n u n d a n t i s e m i t i s c h e n N u r - M i t t e l s t a n d s p o l i t i k e r. Die leitenden Männer der hier in Betracht kammenden Gruppen bezeugen schon durch ihre arbeiterfeindliche Haltung, daß ihnen das Verständniß für den inneren Zusammenhang der Uebelstände in Industrie, Handel und Landwirthschaft abgeht. Sie halten zufällige B e g l e i t e r s c h e i n u n g e n der wirthschaftlichen Entwickelung, aan denen man aielleicht sagen kann, daß sie zur Verschärfung der sazialen Gegensätze beitragen, für die H a u p t u r s a c h e n der sozialen Nath, indem sie die soziale Frage fast ausschließlich für eine J u d e n f r a g e erklären. Daraus erklärt sich auch, daß leitende Kreise in den achtziger Jahren in dem Antisemitismus ein saziales A b l e n k u n g s m i t t e l erblickten und ihm eine Zeit hindurch Wahlwollen entgegen brachten. Aber die Illusianen, welche die Agrarier und Antisemiten in den Kreisen der Landwirthe, Handwerker und kleinen Handelsleute erwecken, müssen unvermeidlich zu Enttäuschungen führen. Und dann werden den aan gewandten Rednern auf Grund umfassender Pagramme erzielten agitatarischen Triumphen sicherlich empfindliche Rückschläge falgen."

Und trotzdem hat H. Oberwinder die strammen antisemitischen Artikel des „Volk“ jahrelang vertreten können? Wer versteht das?

Abg. Zimmermann und das „Berl. Tageblatt.“ In dem Beleidigungsprozeß, den Abg. Zimmermann vor $2^1/_2$ Jahren gegen das „Berliner Tageblatt“ angestrengt hat und dessen Erledigung bis zur Entscheidung der Dresdner Prozesse ausgesetzt war, war am 31. Oktober vor dem Königl. Amtsgerichte in Berlin Termin angesetzt. Zimmermann und der verantwortliche Redakteur des „Berl. Tagebl.“ Dr. E. Grüttefien einigten sich dahin, das „B. T.“ die Kosten übernimmt und eine entsprechende Erklärung veröffentlicht.

Konservative und Antisemiten in Sachsen. Das Organ des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen, das „Vaterland“ schreibt: Die leitenden Persönlichkeiten und das wortbrüchige Verhalten der einzelnen antisemitischen Gruppen zu einander hebe die Vertrauenswürdigkeit auf. Die Reformer würden in bekannter Doppelzüngigkeit auch einen Vertrag mit den Konservativen nicht halten, wenn letztere so einfältig wären, sich darauf einzulassen. „Will die deutschsoziale Reformpartei mit den Konservativen in ein freundschaftliches Verhältniß treten, so möge sie zunächst Männer an die Spitze wählen, die durch ihre Vergangenheit Vertrauen verdienen; Leuten, deren Lebensweise verhindert, daß ein auf Ehre haltender deutscher Mann ihnen die Hand reiche, können wir nur mit den Waffen gegenüberstehen.“

Hans v. Moschs Dichtwuth erstreckt sich jetzt sogar schon auf den Inseratentheil. Nach Art der „Goldenen Hundertundzehn“ forderte er in seiner „Dtsch. Reform“ vom 1. Nov. zum „Kauft bei Deutschen“ auf:

Um den **Pfennig** zu ersparen
Gehst Du hin zum „**bill'gen Mann**“??!
Fort mit dem geschminkten Plunder;
Siehst Du nicht, **Blut** klebt daran!
Blutschweiß armer Volksgenossen!
Pfui! Nimm hier **dieses Blatt** zur Hand,
Geh' zu **Deinem** Volke kaufen,
Denke an **Dein Vaterland!!**

„Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr“, singt ein Berliner Couplet.

Von den „radikalen“ Antisemiten. Der „Deutsche Volksverein (Ost-Berlin)“ hielt am 3. November in der Fruchtstraße 36r, „Thieles Festsälen“, eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher der jetzige Führer der „Antisemitischen Volkspartei“, jetzt „Germanischer Volks-Bund“, Hans v. Mosch, einen längeren Vortrag über „Deutschnational oder sozialdemokratisch“ hielt. Bezüglich der Neuorganisation der antisemitischen Volkspartei bedauerte v. Mosch, daß die Führer Ahlwardt und Dr. Böckel die junge Partei, als sie sozusagen noch in den Windeln lag, in geradezu gewissen- und charakterloser Weise im Stiche gelassen hätten. In der Partei nahmen das „Spitzel- und Streberthum“ überhand, wer irgend über ein gutes Mundwerk verfügte, konnte in der Partei leicht zu Aemtern gelangen, es hielt manchmal sehr schwer, diese Elemente, die nur das Interesse ihrer Auftraggeber im Auge hatten, wieder los zu werden. Der Name „Volkspartei“ passe nicht auf die radikale Richtung, als „Volkspartei“ sei sie zu klein, deshalb sei, auch zum Theil aus vereinsgesetzlichen Gründen, der „Germanische Volks-Bund“ gegründet worden. Alle Vereine der radikalen Richtung und auch der Volksverein „Ost-Berlin“ müßten sich demnächst auflösen und dem „Volks-Bunde“ beitreten. Alle unsauberen Elemente werden ausgeschlossen; einzelne alte bewährte Parteigenossen gründen sogenannte Zehn-Männerschaften, aus diesen gehen dann die Frei-„Schöffen“ hervor. Wer dann ein Amt im Bunde annimmt, ist siebenmal gesiebt. Vorläufig würde dann der Bund nur 600 Mitglieder — auf die Bayern ist nicht mehr zu rechnen, sie neigen sich wieder zu den Reformern — haben, die dann bis zum Sommer auf 2000 anwachsen würden; dies sei so ungefähr die Kerntruppe, mit der sich bei zielbewußter Führung manches durchführen lasse. In den nächsten Tagen wird über die Auflösung des Volksvereins beschlossen werden.

Ein schönes Stückchen vom antisemitischen Parteitage zu Halle erzählt das dortige „Volksblatt“:

Bekanntlich tagte der antisemitische Parteitag im Hotel zum Kronprinz. Es ist nun unbegreiflich, wie den Antisemiten so etwas passiren kann, daß sie nämlich ihre wichtigsten Beschlüsse in dem von Juden vollständig durchseuchten Lokale fassen! Oder ist es dem Redakteur des hiesigen Antisemitenblattes „Reform“, Schröder, der ja sonst ein vortrefflicher Judenriecher ist, entgangen, daß die hiesige Synagogengemeinde, wie schon seit langen Jahren, ihre vorkommenden festlichen Veranstaltungen dort abhält? Es scheint nicht gelungen zu sein, ein judenreines Lokal zu erwischen. Der Besitzer des obigen Lokals hatte sich als vorsichtiger Geschäftsmann natürlich vorher an die leitenden Personen der Synagogengemeinde gewandt mit der Anfrage, ob dieselben etwas dagegen hätten, wenn die Antisemitenversammlung abgehalten würde. Herr Schröder, das ist aber doch unerhört, was? daß die Juden diesmal schon wieder für Stoff für die „Reform“ sorgen. Das giebt wieder einen schönen Leitartikel über die durch Juden verseuchte Welt, daß sogar die Christen erst bei den Juden anfragen, ob ihre Versammlungen abgehalten werden dürfen. In anständiger Weise und um den Wirth nicht pekuniär zu schädigen, hat die Synagogengemeinde erklärt, daß sie in keiner Weise etwas dagegen habe, daß die Antisemiten dort hausen.

Augsburg, 28. Sept. Wie die „Augsburger Abendzeitung“ berichtet, ist der wegen antisemitischer Predigten bei dem Erzbischof angezeigte Kaplan Würzberger seiner Stelle in Schelnfeld enthoben, auf persönliches Einschreiten des Pfarrers beim Erzbischof in Bamberg sodann an einen Ort in der Nähe von Schillingsfürst versetzt worden. Sollte Dr. Deckert sein Vorbild sein?

Würzburg, 1. Okt. In einer „Sklaven in Deutschland“ überschriebenen Notiz berichtete das in Landsberg a. W. erscheinende Antisemitenblatt „Deutscher Bauernbund“ über eine angebliche Revolte von 20 Arbeitern aus Russisch-Polen, welche von Landsberg aus zu dem Gutspächter Ph. Meyerheim nach Seligenstadt bei Würzburg befördert worden sind. Das Landsberger Blatt bezeichnete den mit diesen Arbeitern geschlossenen Vertrag als einen Sklavenvertrag und fügte die Bemerkung hinzu: „Das ist die Art, wie die Juden Oekonomie treiben.“ Nun ist Herr Ph. Meyerheim in dem benachbarten Seligenstadt aber kein Jude — sondern Katholik, also Glaubensgenosse seiner polnischen Arbeiter.

Der Deutschenhaß der Wiener Antisemiten. Das antisemitische Wiener Witzblatt „Der Kikeriki“ ist seit mehreren Jahren ein strammes christlich-soziales Parteiblatt, das neben der Verherrlichung Luegers den glühendsten Haß gegen die deutschnationalen Antisemiten predigt. Eine Blüthenlese aus diesem Blatte mag den Antisemiten im Deutschen Reiche zeigen, wie es um das „Deutschthum“ der „Wiener Antisemiten“ bestellt ist. Denn auf den Beifall der Letzteren rechnet der „Kikeriki“ aus guten Gründen, wenn er in seiner letzten Ausgabe folgende „Aphorismen“ unter dem Stichworte „Hoch Bismarck“ veröffentlicht:

„Hat denn **Bismarck**, hat denn Preußen jemals ehrlich gehandelt an Oesterreich?“

„Man nennt die Engländer die Juden unter den Ariern. Wir fügen hinzu: Und **die Preußen sind die Juden unter den Deutschen.**“

„Felonie, dein Name ist Jude. Doppelzüngigkeit, du heißest **Preußen**. Aber **falscheste Falschheit**, du wirst hinfort **Bismarck** genannt.“

„Und so etwas ist das Ideal unsrer Patentdeutschen unsrer österreichischen Preußen — gleich und gleich gesellt sich eben gern.“

„Alles hat einmal ein Ende, sogar der nun schon 26 Jahre währende Preußendusel. Zuerst leise, dann immer lauter wird von allen süddeutschen Stämmen der Ruf erhoben werden: **Hinaus mit den Preußen aus Deutschland!**“

„Anno 1866 wurde Oesterreich aus Deutschland durch Preußen hinausgeworfen. Wie wäre es, wenn anno 1896 umgekehrt **Oesterreich die Preußen aus Deutschland hinauswerfen würde?**“

„Nichts leichter, als eine Allianz Oesterreichs mit den süddeutschen Staaten, Frankreich und Rußland — auch ohne Falschheit."

Der „Kikeriki" steht auf dem Boden der christlichsozialen Partei Luegers. Sein Herausgeber ist sogar ein österreichischer Offizier! Immer klarer wird es, daß der Wiener Antisemitismus durch und durch reaktionär ist, und die Antisemiten im Deutschen Reiche, die soeben noch Dr. Lueger zugejubelt, müssen sich ihres Jubels schämen, wenn sie das Schämen noch verstehen.

Vermischtes.

Felix Mendelssohn-Bartholdy und Hans von Bülow. Unlängst hat Vianna da Motta ein Werk „Studien bei Hans v. Bülow" veröffentlicht, aus dem wir ein schönes Urtheil dieses Meisters über Felix Mendelssohn-Bartholdy wiedergegeben haben (s. „Mittheil." Nr. 37 vom 12. Sept. d. J.). Die superkluge „Deutsche Wacht" die auch ihren Antisemitismus im Feuilleton kräftig vertritt, ließ dieses Urtheil nicht gelten, sondern meinte in ihrer Nummer vom 21. Sept.: „Jedermann, der Bülow wirklich kennt, weiß, was er von solchen, schon heute von der Zeit überholten „Paradoxen" zu halten hat."

Daß es sich nicht nur um ein gelegentlich herausgeschleudertes Paradoxon handelt, sondern daß Bülow ein großer Verehrer Mendelssohn-Bertholdys war, beweist ein Artikel von ihm selbst. In den von Frau Marie v. Bülow herausgegebenen, soeben erschienenen ausgewählten Schriften ihres Mannes befindet sich ein Aufsatz des verstorbenen Meisters über eine Aufführung des „Elias" durch den Sternschen Gesangverein im Jahre 1855. Der betreffende Artikel ist seinerzeit in der „Berliner Feuerspritze" erschienen, für welche Bülow damals Theater- und Konzertberichte schrieb. Anläßlich des Angriffs der „Deutschen Wacht" und der demnächst stattfindenden Aufführung des Werkes durch den Sternschen Gesangverein in der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche zu Berlin dürfte eine theilweise Wiedergabe des interessanten, von der hochherzigen Anschauung des oft verkannten großen Musikers von hervorragendem Interesse sein. Wir entnehmen dem Artikel Folgendes:

Montag, 12. November 1855.

Die Tonkunst sollte ihre eigenen Festtagskalender haben. Die schöne und würdige Feier, welche der Sternsche Gesangverein dem Gedächtnisse Felix Mendelssohns und sich selbst zu Ehren durch die Aufführung des „Elias" am 8. November veranstaltete, erweckt den Wunsch, auch andere große Tondichter der Vergangenheit in ähnlicher Weise gefeiert zu sehen. Merkwürdig, daß sogar ein Institut, dem der genannte Meister zufällig oder vielmehr sehr bewußt absichtlich sich fern hielt, daß das königliche Opernhaus durch eine Vorstellung des „Sommernachtstraumes" einer solennen Anspielung ganz ausnahmsweise sich — unschuldig machte. Es war kein Zufall, daß Felix Mendelssohn in seines Genius Irrthum von diesem durch den Tod entrissen wurde, als er dem — Irrthum der modernen „Oper" sich zuzuwenden begriffen war. Was hätte Mendelssohn — von dessen spezifisch musikalischer Begabung auch der Gegner zugeben muß, daß **er der Nächste ist nach Mozart** — in dem musikalischen Drama Vollendeteres leisten können, als Mozart im „Don Juan" schon geleistet? Einem solchen immerhin nur genialen Reproduziren würde aber eine ästhetisch-historische Berechtigung im höheren Sinne gefehlt haben. Vergleichen wir hier die Fragmente der „Loreley" mit den dramatischen Episoden des „Elias", so finden wir in den letzteren, bei ungleich höherer und reicherer Entfaltung musikalischen Ausdrucksvermögens, die Erzielung viel bedeutenderer dichterischer (das heißt dramatischer) Wirkungen als in jenem Opernechantillon; trotzdem hier die äußerst schwächliche Skizze des Textbuchbinders dem Musiker alles zu thun übrig gelassen hatte.

Diese flüchtige Andeutung soll nur der in der posthumen Verehrerschaft des großen Musikers ziemlich verbreiteten sentimentalen Ansicht entgegentreten, als ob Mendelssohn, wenn ihn nicht ein frühes Ende erreicht, noch Höheres, Unvergänglicheres geleistet haben würde, als wir von ihm besitzen. Diese Ansicht steht auf einer Stufe mit der bekannten Aufgabe, welche ein Pensionsvorsteher seinen Zöglingen stellte: „Würde Egmont Klärchen geheirathet haben, falls er nicht hingerichtet worden wäre?" Wir glauben, dem Genius weit freier und begeisterter zu huldigen, wenn wir aussprechen: „Der Elias ist das den hohen Geist seines Schöpfers am umfassendsten und resümirendsten darlegende Werk, in welchem er seine Mission erfüllt und vollendet hat." Nicht ohne Rührung und tiefe Ergriffenheit wohnten wir der abermaligen Enthüllung von Mendelssohns Denkmal durch den Sternschen Gesangverein, den würdigen Erben und Bewahrer der geistigen Hinterlassenschaft des Meisters, bei: sein Geist war gegenwärtig und erfüllte den Dirigenten wie sämmtliche Ausführende. Der Sternsche Verein hat seine Mission erkannt — ist doch seine Entstehung mit ihr selbst so innig verwachsen — und hat sie bereits durch Jahre in edler, echt künstlerischer Weise fortgeführt. Während in Leipzig durch eitles, egoistisches Epigonenthum das Andenken Mendelssohns höchstens in der Idee noch nicht erloschen ist, hat der Meister in Berlin seinen Tempel gefunden. Mögen Andere den Ausdruck „Mendelssohn-Kultus" in tadelndem Sinne nehmen; wir fassen ihn auf mit wirklicher Befriedigung über die schöne That der Sühne für das speziell von der Berliner Mitwelt an dem Lebenden verübte große Unrecht."

Krems. Vor dem Kreisgericht zu Krems kam jüngst ein bemerkenswerther Fall zur Verhandlung. Der Wiener Hausirer Moses Schreier wurde auf der Straße zum Horner Bahnhofe von den beiden Handlungsreisenden August Schiltzki und Karl Ritter von Steinble beschuldigt, die auf diesem Wege stehende Statue des heiligen Johannes im Vorübergehen angespuckt und hierbei unverständliche Worte gemurmelt zu haben, die nach der Meinung der Reisenden Schimpfworte waren. Schreier wurde nun unter der Beschuldigung, ein Religionsverbrechen begangen zu haben, zunächst dem Bezirksgerichte in Horn und später dem Kreisgerichte in Krems eingeliefert. Vor dem letzteren verantwortete er sich dahin, daß er an dem genannten Tage wohl gespuckt habe, weil er ein starker Raucher sei und in Folge seiner Zahnlosigkeit viel spucken müsse. Halblaute Gespräche zu führen, sei seine Gewohnheit, gewiß aber habe er niemals die Statue angespuckt oder beschimpft. Der als Zeuge geladene Schiltzky war nicht erschienen. Der Vertheidiger Dr. Schneeberger bemerkte, daß er wohl gegen die von dem Staatsanwalt beantragte Vertagung nicht ankämpfen könne, jedoch den Eindruck habe, daß der Zeuge wohl nur ungern erscheinen würde, da es ihm schwer fallen dürfte, vor Gericht noch zu behaupten, daß sich das Spucken und das unverständliche Geflüster des alten Juden auf die Statue des „heiligen Johannes" bezogen habe. Seine Bitte um Enthaftung des Angeklagten wurde sofort erfüllt.

Juden im englischen Heere. Aus London wird berichtet: Das statistische Jahrbuch des britischen Heeres über das Jahr 1895, das vor einigen Tagen erschienen ist, enthält mehrere interessante Daten in Bezug auf Juden im englischen Heere. Vor Allem verdienen die großen Erfolge des Obersten Goldsmid verzeichnet zu werden. Oberst Goldsmid ist in Cardiff stationirt, und es gelang ihm, 503 Rekruten für den Armeedienst auszubilden, welche alle die Schlußprüfung zur definitiven Aufnahme in den Dienst trefflich bestanden, während der sonstige Durchschnitt der approbirten Rekruten pro Regiment nur 237 betrug. Ein Vergleich mit den Daten früherer Jahre zeigt uns, daß die Zahl jüdischer Soldaten in stetiger Zunahme begriffen ist. In einer der letzten Nummern der „Admiralitäts- und Kavallerie-Zeitung" („Admirality and Horse-Guard Gazette") wird in offizieller Weise der jüdischen Soldaten auf das Schmeichelhafteste gedacht. „Wir haben unter den Offizieren der britischen Armee", sagt das genannte Blatt, „einige Angehörige jenes Stammes, welches, wie wir aus der biblischen Geschichte wissen, ein so ausgezeichnetes Kriegermaterial lieferte. Es ist sehr zu bedauern, daß wir ihrer nur so wenige haben, denn es ist ja beinahe ein Gemeinplatz, wenn wir sagen, daß der Jude jede Laufbahn, die er einschlägt, mit Ausdauer und Glück verfolgt. Gleichviel, ob der Unterschied zwischen Juden und Christen auf dem Bekenntnisse beruht oder im Blute begründet ist, der jüdische Soldat im englischen Herre steht in keinem Punkte seinen christlichen Kameraden nach. Wir wiederholen es: „Je mehr Juden im englischen Heere, desto besser."

Juden als Landbauer. Aus Warschau, 26. Oktober wird geschrieben: Die Befähigung der Juden zum

Landbau bildet in der letzten Zeit ein stehendes Thema der hiesigen Presse. Alle unsere „Literaten", obgleich die meisten von ihnen das Landleben nur aus idyllischen Romanen und Pflug und Egge nur aus dem Wörterbuch kennen, sind übereingekommen, daß die Juden zum Ackerbau „natürlich" nicht geeignet sind, und in prophetischer Vorausahnung verkünden sie, daß die Juden sich auch niemals dazu eignen werden. Diese Tiraden haben einen sehr durchsichtigen Zweck, denn bekanntlich haben in den letzten Jahren die Juden in den Dörfern sehr emsig begonnen, sich als Landarbeiter an die Grundbesitzer zu verdingen. Das Tageblatt „Gazeta Warszawska", welches diese Ansichten am eifrigsten verfocht, sah sich vor Kurzem genöthigt, die Zuschrift eines alten Abonnenten, des Grafen Jasef Bylinski, abzudrucken, welcher auf seinen ausgedehnten Gütern in der Nähe von Lublin mit Vorliebe jüdische Landarbeiter verwendet. Das charakteristische Schreiben lautet im Auszug folgendermaßen: „Auch ich habe früher an die absolute Unfähigkeit der Juden, Ackerbau auf eigene Faust und mit eigener Arbeit zu treiben, geglaubt, auch ich war mit Anderen der Meinung, daß es den Juden hauptsächlich an Arbeitsamkeit gebricht. Als ich vor zwei Jahren im Jampoler Kreise weilte, überzeugte ich mich von der Haltlosigkeit dieser bei uns nur noch in den Städten allgemein eingewurzelten Vorurtheile. Seither beschäftige ich vorzugsweise zu allen, auch den schwierigsten Feldarbeiten Juden und Jüdinnen aus den benachbarten Orten. Diese stehen in Geschicklichkeit und Sachkenntniß den alteingesessenen Bauern in nichts nach und übertreffen sie ungewöhnlich an Nüchternheit, Gefügigkeit und Gewissenhaftigkeit. Ich muß für meine jüdischen Arbeiter, die alle aus den Städten kommen, eigene Baracken und Schuppen auf meinem Grund für die Dauer der Feldarbeiten erbauen, da ihnen bekanntlich der Aufenthalt auf bäuerlichem Boden untersagt ist . . ." Graf Bylinski verfehlt nicht hinzuzufügen, daß die Juden allerdings den großen „Fehler" besitzen, sich weder durch Drohungen mit Entlassung, noch durch die Zusicherung drei- und vierfachen Lohnes zur Arbeit am Sabbath bewegen zu lassen.

Menschenhandel. Zu dem Aufsatz über die „Macht des Geldes" in Nr. 43. der „Mittheil." schreibt uns ein Leser Folgendes: Kaiser **Karl** V. war nicht nur bei den Fuggern „tief in der Kreide," sondern auch bei der reichen Familie der Welser von Augsburg. Er schuldete ihnen (s. Globus 1866 Bd. 9 S. 23) große Summen (nach verschiedenen Angaben 5 bis 12 Tonnen Goldes). Dafür hatte er ihnen die Küste von Venezuela zwischen dem 10. und 12.° nördl. Breite in der Länge von 200 Stunden zwischen den Vorgebirgen Macarapana und de la Vela unter folgenden Bedingungen verpfändet: Sie sollen vier Schiffe mit 300 Mann und Lebensmitteln für ein Jahr auf ihre Kosten ausrüsten, das Land erobern, zwei Niederlassungen und drei Festungen darin anlegen, auch 50 deutsche Bergleute hinüber befördern. Dagegen machte sich der Kaiser anheischig, dem Statthalter dieses Landes 200,000 Maravedis (etwa 430 Thlr.), dem Generalkapitän 100,000 Maravedis jährlich für die Dauer ihres Lebens auszusetzen, die Würde eines Alguazil mayor (Oberrichters) auf ewige Zeit ihnen, ihren Erben und Nachfolgern zu ertheilen, eben so den Befehl über die drei Festungen auf ewige Zeiten mit 75,000 Maravedis (etwa 160 Thlr.) Jahresgehalt für jede. Ferner versprach er den Titel eines Statthalters für immer demjenigen unter ihnen, auch seinen Erben und Nachkommen, den sie aus ihrer Mitte dazu vorschlagen würden. Von dem ganzen Gewinn, der an den Kaiser gelangen würde, sollen sie 4 Prozent haben. Sie sollen 12 Quadratmeilen von dem Lande, welches sie entdecken würden, zum Eigenthum erhalten. Es sei ihnen erlaubt, die Indianer, wenn sie sich nach vorhergegangener Warnung nicht fügen wollen, zu Sklaven zu machen, auch können sie von den Indianern Sklaven kaufen, **wenn sie ein Viertheil des Kaufpreises an den Kaiser abgeben.** Zufolge eines ferneren Vertrages sollen die Bevollmächtigten der Welser 4000 Negersklaven nach Indien liefern." Auch ein Beitrag von der „Macht des Geldes".

Sprechsaal.

Veritatem sequi et tueri justitiam!

Ich möchte doch bitten, daß das Verfahren eines einzelnen Hauptmanns in der Armee nicht als Regel für die Gesammtheit aufgestellt wird.*)

Ich habe als Jude 3 Jahre in der Armee gedient und bin von meinen Vorgesetzten stets außerordentlich gut behandelt worden und, um nur ein Beispiel anzuführen, von meinem Oberst und Regiments-Kommandeur vor der Front des ganzen Regiments wegen meiner guten Haltung öffentlich belobt worden. Was den Fall anbetrifft, in welchem ein Einjähriger als Schreiber refüsirt wurde, weil er ein Jude war, so steht das im diametralen Gegensatz zu meinen eigenen Erfahrungen. — Schon im ersten Jahre meiner Dienstzeit bin ich für den auf 3 Monate beurlaubten Unteroffizier-Bataillonsschreiber unvorbereitet und ohne mein Zuthun zum Bureau kommandirt worden, war dann hintereinander Protokollführer beim Auditeur, Kommandantur, und zuletzt Gouvernements-Schreiber, in letzterer Eigenschaft sogar mit einer namhaften monatlichen Zulage; nebenbei auch noch wohlbestallter — Gefreiter!

Ich bin der Ansicht und habe dieselbe stets verfochten, daß, wenn ein Jude beim Militär seine Schuldigkeit thut, sich aber auch nichts gefallen läßt (selbst seinem Vorgesetzten gegenüber), wenn er in seiner Eigenschaft als Jude angegriffen wird, er durchaus so behandelt wird, wie seine christlichen Kameraden. Auf seine Beförderung zum Reservelieutenant muß er allerdings verzichten, so lange, bis mal wieder, was Gott verhüten möge, ein — Krieg kommt, in welchem alle, ob Jude oder Christ, vor den feindlichen Kugeln gleich sind.

Berlin, 31. Oktober 1896. L.

*) Das ist durch die Aufnahme der Tagebuch-Aufzeichnungen durchaus nicht geschehen. Von dieser den antisemitischen Gepflogenheiten entsprechenden Methode des **Generalisirens** wissen wir uns frei. Vereinzelt steht der Fall übrigens nicht da; das beweist die größere Zahl von Zuschriften, die wir anläßlich der Publikation jener Tagebuch-Notizen erhalten haben. D. Red.

Briefkasten.

X. in **Gießen, J. W.** in **Mainz.** Dankend erhalten.

F. H. in **Berlin.** Die Bauernfeld-Ehrengabe im Betrage von je 1000 Gulden erhielten die jungen jüdischen Dichter **Leo Ebermann** für seine „Albanerin" und **Georg Hirschfeld** für seine „Mütter".

Dr. F. H. in **Dresden.** Darüber dürfen Sie sich nicht wundern, daß die antisemitischen Blätter den fahnenflüchtigen Einjährig-Freiwilligen **Karl Schmuhl** vom Garde-Trainbataillon ohne Weiteres zum Juden gemacht haben. Das ist bei den Antisemiten so Sitte! Schmuhl ist der Sohn eines **christlichen** Ehepaares in Mecklenburg.

H. Br. in **S.** Besten Dank für Ihr Schreiben. Da es keine Thatsachen enthält, können wir es leider nicht verwenden. Im Kern haben Sie durchaus Recht.

Abonnent in **S.** Die Zeitungsmeldung, daß der **Kaiser** den Empfang **Stöckers,** als Vorstandsmitgliedes der Brandenburgischen Provinzialsynode **ausdrücklich abgelehnt** habe, bedarf der Bestätigung.

Dr. N. Es muß heißen: Der Glaube an die Fürchterlichkeit des Freimaurerthums ist nur eine **Abart** (nicht: Arbeit) des allgemeinen Geisterglaubens.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 46. Berlin, den 14. November 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate
kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

Zur Erinnerung an Rudolf von Gneist.

Von dem verstorbenen ersten Vorsitzenden unseres „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ plauderte jüngst die — „Deutsche Tagesztg.“ (29. Okt.) in so anregender Form, daß wir den kleinen Aufsatz hier wiedergeben wollen. Das Blatt verschweigt natürlich, daß dieser große Mann und Gelehrte im Antisemitismus eine Gefahr für unser Kulturleben sah; es weiß nichts von seiner stillen, aber maßgebenden Thätigkeit für unsern Verein, sondern feiert ihn nur als großen Lehrer der Jugend. Das Blatt schreibt:

„Ein kleiner Mann in schwarzem Gehrock, mit weißem ausrasirten Backenbart und mildblickenden Augen hinter der Brille, mit einer hohen Stirn, auf der sich zwei runde Bogen charakteristisch und den gewaltigen Geist verrathend hervorhoben, — das war Vater Gneist. War es die überlegene Ruhe des Alters, war es der unvergeßliche Schatz seiner Erfahrungen — Gerechtigkeit und warmes Bestreben, alle Gegensätze freundlich aufzulösen, kennzeichneten jedes Wort seiner Vorträge. Er liebte nicht den prononzirt lebhaften Ton mancher Professoren oder oratorische Kunststücke; er sprach, wie ein lieber, alter Freund zu jungen Genossen spricht, schlicht und herzlich. Seinen Ausführungen wohnte jedoch ein Element inne, welches naturgemäß den Vorlesungen der meisten Dozenten fehlen muß, und das unvergleichlich dazu beitrug, die Aufmerksamkeit der Zuhörerrunde zu fesseln. Das war der Umstand, daß Gneist selbst inmitten des Wirkens und Webens der Nation gestanden, daß eine große Reihe der Einrichtungen, die er kritisch dem geistigen Auge seiner Schüler vorführte, von ihm selbst ins Leben gerufen war. So kam es auch, daß er Verhältnisse und Persönlichkeiten, welche auch der gereifte Mann schon in historischer Perspektive betrachtet, die für den Jüngling um ein halbes Jahrhundert zurückliegen, mit der Wärme und Deutlichkeit vorführte, wie sie nur ihm zu eigen sein konnte, der jene alle persönlich gekannt und beobachtet hatte. Für uns Jüngere ist Friedrich Wilhelm IV. oder gar der Dritte ein fernes Porträt, entstanden unter den Meisterhänden der Historiker. Für Gneist waren diese Herrscher dahingeschiedene königliche Freunde, mit denen er auch in persönliche Berührung gekommen und denen er die altpreußische, unmittelbare Liebe im Herzen nachtrug. So konnte er, aber auch nur er, Friedrich Wilhelm IV. „unsern guten König“ benennen und von dem Gemahl der Königin Luise die goldenen Worte sprechen: „Als Dritter bei der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung ist nicht zu vergessen Friedrich Wilhelm III., der zwar nicht, wie ihn mein Freund Treitschke darstellt, ein genialer Monarch, der aber ein Charakter war, und fest an seinem Wort gehalten hat, die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung durchzuführen. Das soll Preußen seinen Hohenzollern nicht vergessen!“ Mit wahrer Andacht lauschte das Auditorium, wenn Gneist schilderte, welche Wandlungen der preußische Staat in den letzten Dezennien vor Begründung des Reiches durchmachte, wie der Geist der Selbstverwaltung — das eigenste Lebenswerk des greisen Dozenten — allmählich emporwuchs, wie Bismarck in späten Nachtstunden mit ihm konferirte und rathschlagte; man glaubte einen Blick in das Riesengetriebe der Staatsmaschine zu thun und hatte das Bewußtsein, der kleine alte Herr dort vorn auf dem Katheder habe nicht zum wenigsten selbst mitgewirkt. Aber auch helles Lachen durchzog zuweilen den Hörsaal, wenn Gneist in seiner trockenen Manier seinen kernigen Humor spielen ließ. Worte wie: „Der Satz ist richtig: Es giebt nichts dümmeres als einen Aktionär!“ — „Bismarck freute sich immer, wenn er dem Berufsbeamtenthum eine gründliche Konkurrenz verschaffen konnte.“ — „Wenn einer fortschrittlichen Versammlung gar keine Gedanken kommen, so setzt sie immer eine Kommission ein und denkt: Die wird es schon machen!“ — „Es ist ein wahrer Segen, wenn einmal ein paar Sozialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung kommen, da sehen sie erst, wie und wo, und werden vernünftig!“ — „Der Staat war anno 1750 ebenso klamm in seinen Finanzen wie heute!“ u. a. m. werden unvergessen bleiben. Diese kleine Auswahl Gneistscher Kernworte zeigt zugleich seine Auffassung vom modernen Leben des Staates; er war mit keiner politischen Partei völlig einverstanden. „Es muß bald zur Umkehr kommen, keine Partei ist mehr rückständig“, sagte er; „niemand leugnet die Noth des Ackerbautreibenden oder die Bedrängniß des Gewerbes, oder die Forderungen der Sozialdemokratie auf Versorgung im Alter. Aber jede Partei sieht nur mit einem Auge und bildet sich ein, die Majorität zu sein.“ Dabei beseelte Gneist ein glücklicher Optimismus. „Glauben Sie mir,“ schloß er eines seiner Kollegien, „es wird schon alles gut werden, und Sie werden als Männer dazu mitwirken. Aber erst dann. Die Jugend, namentlich Theologen und Juristen können nicht genug davor gewarnt werden, während ihres Studienganges eine Partei zu ergreifen!“

Reichstagswahlen,

bei denen antisemitische Kandidaten betheiligt waren, haben am 5. November in **Mainz** und **Gießen** stattgefunden. Das Ergebniß der Wahl in **Mainz** ist folgendes: Es erhielten Dr. David (Sozialdemokrat) 7358, Dr. Schmidt (Centrum) 7108, Dr. Soldan (nationalliberal) 3142 und Geometer Wolf (Antisemit) 847 Stimmen. Es ist somit eine Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und dem Centrumskandidaten erforderlich. — Wenn die Antisemiten sich damit

trösten, daß ihre Stimmen seit 1893 sich verdreifacht hätten, so ist das bei den in Betracht kommenden winzigen Zahlen doch ein recht magerer Trost. Unter **18 465** abgegebenen Stimmen **847** antisemitische!!

Nach dem Ergebniß der Reichstagswahl in **Gießen** erhielten Köhler (Antisemit) **4277**, Scheidemann (Sozialb.) 3351, Meinert (nationallib.) 2442, Stengel (freisinnige Volksp.) 2129 Stimmen. Es kommt also zur Stichwahl zwischen dem antisemitischen und sozialdemokratischen Kandidaten. — Im Jahre 1893 wurden in der Hauptwahl **5606** antisemitische, 4300 nationalliberale, 2852 sozialdemokratische, 1883 freisinnige Stimmen abgegeben. Es haben mithin die Sozialdemokraten einen Zuwachs von 499, die Freisinnigen einen solchen von 246, die Nationalliberalen eine Abnahme von 1858, die Antisemiten eine Abnahme von 1329 Stimmen aufzuweisen. In gewissem Sinne kann man auch hier behaupten, daß der Antisemitismus sich als die Vorfrucht der Sozialdemokratie gezeigt habe. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß, nach einer Zeitschrift an die „Deutsche Ztg.“, Köhler u. a. durch seinen „Preußenhaß“ sich mißliebig gemacht habe, so daß kein Beamter ihn wählen konnte.

Wie die Stichwahl ausfallen wird, läßt sich augenblicklich nicht sagen. Die freisinnige Parteileitung hat noch nicht Stellung genommen. Der nationalliberale Abg. Osann hat seine Parteigenossen aufgefordert, für den Antisemiten zu stimmen. Dagegen schreibt die linksnationalliberale „National-zeitung“: „Uns wird wohl Niemand im Verdacht einer Begünstigung der Sozialdemokratie haben; wir haben schon in manchem Falle, in welchem sehr viel politische Selbstüberwindung dazu gehörte, die Unterstützung von Gegnern der Sozialdemokratie in Stichwahlen befürwortet. In Gießen aber handelt es sich um die Wahl zwischen zwei Vertretern des Umsturzes: die Antisemiten betreiben diesen ganz ebenso systematisch, wie die Sozialdemokraten; die Hetzerei gegen die Juden ist dabei längst zu einem Vorwande geworden, der Niemanden täuscht. Bei der Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Sozialdemokraten ist unseres Erachtens nur Stimmenthaltung möglich.“

Sollte der Antisemit Köhler, dessen Thätigkeit im Reichstage hauptsächlich in dem Schwänzen der Sitzungen bestanden hat, wieder gewählt werden, so **würden die Hauptschuld die liberalen Parteien tragen.** Hätten sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, so wäre dieser, wie aus den obigen Zahlen hervorgeht, bestimmt in die Stichwahl gelangt und gewählt und der seit 1890 in den Händen der Antisemiten befindliche Wahlkreis ihnen entrissen worden. Mögen die Liberalen aus der diesmaligen Niederlage eine Lehre ziehen!

In der Klagesache des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger a. D. Stöcker,

in der die Hauptverhandlung vor dem Berliner Schöffengericht am 12. November (der Antrag Stöckers, mit Rücksicht auf eine von ihm geplante Vortragsreise den Termin hinauszuschieben, ist vom Gericht abgelehnt worden) ansteht, handelt es sich um Dinge, die schon weit zurück liegen. In dem Prozesse Bäcker-Stöcker vom Juni 1885 war auch der Pfarrer Witte als Zeuge vernommen worden. In der Verhandlung war zur Sprache gebracht worden, daß Hofprediger Stöcker den ehemaligen Mitbegründer der christlich-sozialen Partei, Schneidermeister Grüneberg, beauftragt hatte, in einer Wählerversammlung von 1878 den Pfarrer Witte in herabwürdigender Weise anzugreifen. Als Beweismittel war dafür vom Gerichtshof ein Brief Stöckers an Witte vom 25. April 1895 gewürdigt worden. In diesem Briefe hatte Herr Stöcker schon vor der Verhandlung über seinen dem Grüneberg ertheilten Auftrag sich wie folgt geäußert: „Wohl ist es möglich, daß ich gesagt habe — ich hielt ja damals Grüneberg für einen zuverlässigen Menschen —, wenn Sie die Kandidatur Hoppe gegen mich ausspielen, sei ich in der Lage, Sie mit der Veröffentlichung der obigen Geschichte zu bekämpfen.“ (Bei der obigen Geschichte handelte es sich darum, daß Pastor Witte ein ihm von Herrn Alexander v. Wedell vorgelegtes Votum zu Gunsten der Gewährung des Titels eines Geh. Kommerzienraths an Herrn Cäsar Wollheim mit unterschrieben hatte.) Aus diesem Briefe vom Jahre 1885 hatte der Zeuge Witte bei seiner Vernehmung im Stöcker-Bäcker-Prozesse die betreffende Stelle vorgelesen. Herr Stöcker hatte später in öffentlicher Erklärung nachzuweisen gesucht, daß der Gerichtshof fälschlich angenommen habe, es sei ein Brief von ihm an Witte aus dem Jahre 1878 (in welchem Jahre die betreffende Wählerversammlung stattgefunden hatte) vorhanden und dieser Brief enthalte die Drohung, ihn, den Witte, zu bekämpfen. Herr Stöcker hatte behauptet, daß jenes Erkenntniß auf einem Briefe beruhe, der nur in der Phantasie bestehe. In seiner im Jahre 1889 erschienenen Broschüre „Mein Konflikt mit Herrn Hof- und Domprediger Stöcker“ hat dann Pfarrer Witte die Thatsache erwähnt, daß ihm inzwischen der Schneidermeister Grüneberg die angebliche Abschrift eines Theiles eines Briefes mitgetheilt habe, den Schneidermeister Grüneberg im Sommer 1878 vom Hofprediger Stöcker erhalten habe. Die hierher gehörige Stelle lautet wie folgt: „. . Ueber den Verlauf der gestrigen Versammlung habe ich bereits von Küster gehört, der heute Morgen bei mir war. Ich ersuche Sie daher, bei der nächsten öffentlichen Versammlung nicht zu versäumen, die Angelegenheit Witte zu erörtern, damit klar werde, wie die Juden zu Titeln gelangen!“

Pastor Witte hatte diese Mittheilung Grünebergs dem Oberkirchenrath unterbreitet und am 22. März in einer Eingabe die wiederholte Bitte ausgesprochen, den Schneidermeister Grüneberg über seine betr. Behauptungen zeugeneidlich zu vernehmen und zur Vorlegung der Originale der fraglichen Briefe aufzufordern. Der Evangelische Oberkirchenrath, gez. Hermes, erwiderte, daß er nach Einsicht der Gerichtsakten über den Prozeß wider Bäcker keinen ausreichenden Anlaß finden könne, die Angelegenheit in eine weitere amtliche Behandlung zu nehmen. Als dann Pfarrer Witte seine Broschüre gegen Stöcker im Jahre 1889 veröffentlicht hatte, wurde das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet. In diesem Verfahren hat Pfarrer Witte wiederum die zeugeneidliche Vernehmung Grünebergs beantragt, Grüneberg hat sich aber entschieden geweigert, irgend welches Zeugniß abzulegen. „Es sei ihm bekannt, daß und welche Zwangsmittel das ersuchte ordentliche Gericht haben würde, um seine Zeugenaussage zu erzwingen, er sei gerne bereit, diese Maßregel über sich ergehen zu lassen, werde aber dessenungeachtet schweigen.“ Dagegen haben die von den Disziplinarbehörden vernommenen Zeugen Kreutzberg und Dr. Wangemann bekundet, daß Schneidermeister Grüneberg auch ihnen gegenüber behauptet habe, im Besitze eines Stöcker'schen Originalbriefes aus dem Jahre 1878 zu sein mit der Weisung, den Pfarrer Witte in öffentlicher Versammlung anzugreifen. Pfarrer Witte hatte weiter behauptet, daß vom Hofprediger Stöcker und Frhrn. v. Hammerstein Schritte unternommen seien, um von Grüneberg den Brief herauszubekommen. Der Disziplinargerichtshof hatte nach dieser Richtung hin Beweise abgelehnt und sagt im Uebrigen in dem Erkenntniß vom 6. März 1890: „Es ist ohne Belang, ob der Brief thatsächlich existirt oder nicht, es kommt vielmehr für die Beurtheilung der Handlungsweise des Angeklagten (Witte) lediglich darauf an, ob derselbe unter den obwaltenden Umständen annehmen konnte, daß der fragliche Brief wirklich existirte. Diese Annahme erschien aber schon nach den bereits erhobenen Beweisen wenigstens erklärlich.“

In April d. Js. nun veröffentlichte Hofprediger Stöcker in Nr. 15 der „Deutsch. Evang. Kirchenztg." unter der Ueberschrift „Wahrheit" einen Artikel, worin er — ebenso wie in seiner Broschüre „Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker" — behauptete, daß Pfarrer Witte sich auf die Abschrift eines Briefes gestützt habe, der von der untersuchenden Behörde sofort als eine Fälschung anerkannt worden sei. Der gefälschte Brief habe von Witte als solcher erkannt worden sein müssen, der Brief sei offenbar korrigirt, um mit dem Scheine der Echtheit die öffentliche Meinung irre zu führen. Auf diese Behauptung hat Herr Witte mit der Privatbeleidigungsklage gegen Hofprediger Stöcker geantwortet. Dies sind im Allgemeinen die Hauptpunkte, die zum Verständniß der zu erwartenden Gerichtsverhandlung dienen können.

Ein „Zug politischer Klugheit."

Bei den Wahlen zum niederösterreichen Landtag haben die **Antisemiten**, wie zu erwarten war, einen großen Sieg erfochten; sie verfügen fortan über die Majorität in diesem einzelstaatlichen Parlament. Bezeichnend für die gründliche Niederlage der Liberalen ist die Wahl **Luegers** in dem von **Juden** stark bevölkerten Wiener Bezirk Leopoldstadt. Zum Theil hat der antisemitische Führer seine Wahl dem Umstand zu verdanken, daß die Juden oder wenigstens doch viele unter ihnen sich — der **Wahl enthalten** haben. Die Parole zu dieser Taktik ist von dem „Jüdischen Echo" ausgegeben worden, welches in seiner Nr. vom 1. November folgenden Aufruf gebracht hat:

Zu den bevorstehenden Wahlen in den Niederösterreichischen Landtag am 4. November 1896.

Glaubens- und Stammesgenossen des II. Wiener Bezirkes Leopoldstadt.

In unserem Bezirke stellen die Antisemiten den zwei liberalen Kandidaten zwei antisemitische entgegen.

Einer dieser Kandidaten ist Dr. Lueger.

Dr. Lueger ist als „Wiener Antisemitenführer" keine Person im gewöhnlichen Sinne des Wortes, er verkörpert vielmehr ein System, welchem gegenwärtig in ganz Cisleithanien nach dem Beispiele der „Reichshaupt- und Residenzstadt Wien" gehuldigt wird.

Welche Macht es ist, die sich dieses genialen Volkstribuns bedient, um sämmtliche österreichischen Völker (die von Haus aus — als „Arier" uns — nicht unsympathisch gesinnt sind) gegen uns führerlose und unpolitische Juden aufzuhetzen, ist allbekannt.

Es kann darüber gestritten werden, ob Lueger ein Regierungsvertreter ist oder nicht; daß er aber seit der epochalen Audienz nicht mehr „der gewisse Lueger" ist, daß er die Seele des Bürgermeisters, des Staatsrathes und des Gemeinderathes ist, daß er als „erster Vice-Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien" eine offizielle Persönlichkeit ist — das steht fest.

Uns Juden ist es daher von religionswegen verboten, dem von der Wiener Bevölkerung gewählten und von der Regierung Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers Franz Josef I. bestätigten **Stadthaupte irgendwie und irgendwo Opposition zu machen!** Und wie es uns von religionswegen verboten ist, dem Vice-Bürgermeister Lueger Opposition zu machen, in Dingen, die nicht das Judenthum und die Judenschaft berühren, so ist es auch nicht gestattet, dem Führer der antisemischen Landtagsmajorität — demselben Lueger — entgegenzutreten! Denn auch der Landtag ist ein gesetzgebender Körper, also der Faktor der Regierung und wir Juden dürfen einer Regierungsgewalt — in Dingen, die nicht unsere Religion tangiren — keine Opposition machen!

Abstinenz muß daher unser Losungswort am 4. November sein.

Wenn wir uns an der Wahl und eo ipso gegen Lueger betheiligen, **begehen wir unter allen Umständen einen „Chillul-Haschem", eine unverzeihliche Gotteslästerung!**

Wird Lueger trotz unserer Opposition gewählt — was ganz gut möglich ist — dann werden wir Juden — seine Gegner — es nicht blos schwer zu büßen haben, auch unsere allerheiligste Religion wird in maßloser Weise gelästert werden; wir provociren demnach einen „Chillul-Haschem", eine unverzeihliche Gotteslästerung!

Wird Lueger aber durch unsere Opposition nicht gewählt, dann wird der „allverehrte" und daher allmächtige erste Vicebürgermeister von Wien und Führer der antisemitischen Landtagsmajorität Niederösterreichs uns Juden — seine Besieger! — **mit Recht** die ganze Wucht seiner Rache fühlen lassen und auch unsere Religion wird der zügellosen Verachtung und Verlästerung preisgegeben werden und wieder haben wir einen „Chillul-Haschem", eine schwer zu ahnende Gotteslästerung heraufbeschworen!

Wenn wir uns aber aus religiösen Gründen, wie aus politischer Klugheit der Wahl enthalten, so haben wir den genialsten Judenfeind unseres Jahrhunderts — auf dessen Orakelspruch die schlauesten Antisemitenführer in Ost und West, in Süd und Nord andächtig lauschen — nicht muthwillig gereizt, haben kein Oel in die lodernde Flamme gegossen — und können in voller Gewissensruhe den sich vorbereitenden sehr ernsten Ereignissen — gefaßt entgegen sehen.

Ja, dieser **erste Zug politischer Klugheit** unsererseits wird nicht blos von dem weitblickenden „Wiener Antisemitenführer", sondern auch von andern maßgebenden Faktoren wohl beachtet werden — und kann für unsere Zukunft von großem Vortheile sein.

Was von uns Juden im II. Bezirke in Betreff Luegers gilt, das gilt selbstverständlich auch für unsere Glaubensgenossen im IX. und I. Bezirke, wo der Bürgermeister Strobach, resp. der II. Vize-Bürgermeister Dr. Neumaier als Landtags-Kandidaten auftreten.

Allein, bei der jetzigen politischen Lage und der gegenwärtigen antisemitischen Hochfluth gebietet uns Juden der Selbsterhaltungstrieb, uns überhaupt, d. h. allenthalben der Wahl zu enthalten. Denn heute gilt es für uns das Wort des Propheten wohl zu beherzigen: Geh' mein Volk, begieb dich in deine Gemächer und verschließe deine Thür hinter dir. Verbirg dich einen kurzen Augenblick, bis vorüber ist — die Bosheit! (Jes. XXVI. 20).

Wir vermögen in dieser Kundgebung und in dem daraus resultirenden Verhalten eines Theils der Wiener Juden nicht einen „Zug politischer Klugheit" zu erblicken, sondern eine Verschrobenheit sonder Gleichen. Die „schlauen Antisemitenführer" lassen sich eine solche wunderliche Strategie gern gefallen, durch die man dem Antisemitismus in Oesterreich nimmermehr Abbruch thun wird.

Unter den Juden Daghestans*)

von

Nemirowitsch-Dantschenko.

„Es ist wunderbar, wie im Reiche der Berghöhen der Geist sich bedrückt fühlt. Ringsum ist alles so ungeheuer groß. In stolzer Erhabenheit stehen diese Riesen da, mit funkelnden Schneekronen, auf denen das unerreichbare blaue Himmelszelt ruht. Waldesdickicht, in das kein Sonnenstrahl zu bringen vermag, bedeckt den steilen Fuß der Berge. In seinem feuchten und stillen Halbdunkel tauchen die gehörnten Köpfchen hübscher Gemsen auf. Vom Hochgebirge herab donnern rastlos die Wasserfälle, die Gott weiß seit wie vielen Jahrtausenden die Gipfel der grauen Felsen dort unten aushöhlen und als krystallklare Bäche weiter eilen. Solch ein Bach bricht sich Bahn durch den feuchten Wald, durchdringt die Mengen verfaulender Zweige vom Sturm entwurzelter Bäume und besprengt mit kühlendem Naß die orangefarbenen Schwämme, die gleich Mützen über den feuchten Grund zerstreut sind. Und wenn er in ein Mandelgebüsch geräth, bedeckt er sich ganz mit rosenfarbenen Blüthen. Man sieht die klare Fluth nicht mehr unter dieser duftenden Schicht Blüthenblätter, die ein leiser Wind von den Zweigen gestreift, die kaum merklich über ihnen schwanken. Und dort, eine Strecke weiter, wo das Mandelgebüsch sein Ende findet, breitet sich ein ganzes Meer von Veilchen aus. Kommst Du hierher, so verschwinden hinter den grünenden Wipfeln der Dich umgebenden Kastanien die Berghöhen — und das Gehirn beginnt wieder zu arbeiten, es fühlt aufs neue seine Macht! Es ist so angenehm inmitten des grünen Reichs und so behaglich unter diesem schattigen Laubdach.

Ich erwachte früh am Morgen, und das erste was ich sah waren diese wunderbaren Berge mit den großartigen Felswänden, mit den unruhigen Nebelbildungen, die, ihre Umrisse ändernd, die düsteren Felsen mit dem dunkeln Blau umfaßten. Dorthin zog es mich. Dieses verlockende Blau wirkt ganz eigenartig auf die Seele, es bezaubert durch seine

*) Aus dem hochinteressanten Werke „Israel in Waffen" (Leipzig, H. Roskoschny 1893. S. 107 ff.) dieses Autors, worin er die Sitten der Juden Daghestans im Kaukasus auf meisterhafte Weise schildert.

Unbestimmtheit. Man weiß ja, daß es dort eben solche Auls mit flachen Dächern giebt, aber doch vermuthet man dort etwas Märchenhaftes, Verlockendes, Unbekanntes. Hier ist alles schon erforscht, wir sind seiner überdrüssig geworden, aber das wahrhaft Poetische, Freundliche, Fesselnde ist dort, namentlich hinter diesem geheimnißvollen Blau.

— Chacham! Chacham! hörte ich hinter mir rufen.

Durch das Fenster blickt ein zottiger Kopf, hinter ihm wird Mahomed-Ogly sichtbar.

In der Hütte brannte schon ein Herdfeuer und in einem kleinen Kessel über demselben kochte und brodelte es. Da sah es genau so aus wie in Lappland; der Herd war mit Bruchsteinen umfaßt, ein Lehmrohr führte zum Dach empor. Man bedeckt es gleichfalls mit einem Brett und belastet dieses mit Steinen. Eine Unannehmlichkeit haben diese Hütten: man kann nicht in sie eintreten, man muß hineinkriechen. Die Thür ist niedrig. Die Eingänge aus einer Stube in die andere sind noch schlimmer: es sind nur Löcher, Schlupflöcher für Thiere. Dafür herrscht überall sehr große Reinlichkeit. Man merkt, daß die Wände häufig mit Kalk beworfen werden, der Lehmboden ist festgestampft, und kein Unrath liegt auf ihm. Die verschiedenen Geschirre funkeln auf den Wandbrettern, in den Ecken stehen große, schöne gravirte Krucken. Es giebt auch silberne, die auf großen kupfernen Untersätzen prangen, auf deren jedem eine der fetten Kühe, die Pharao im Traum gesehen, Platz finden würde. Auch Spiegel sind vorhanden, doch von der Gattung unserer Bauernspiegel, die zwei Nasen statt einer zeigen, ein Straußenei statt des Auges und eine Art riesigen Igels statt des struppigen Hauptes unseres Wirthes. Rings um den Spiegel hingen Säbel, Pistolen, Gewehre, Kinshals, auch zwei türkische türkische Yatagans. Die Pistolen haben silbernen, emaillirten Beschlag, die Gewehre sind mit Silber ausgelegt. Bis zur Decke aufgethürmte Betten und übereinander gestellte Koffer vollenden die Einrichtung der Stube. Das Dach wird von einem hölzernen Pfeiler, einer Art nicht besonders schönen Säule gestützt. Der Pfeiler ist ganz mit Waffen behängt. Da ist eine ganze Waffenniederlage. Die Juden im Gebirge sind ebenso stolz auf dieses todtbringende Geräth wie die Tscherkessen und Lesghier. Ein zerlumpter Angehöriger dieses Israels in Waffen, der uns durch alle möglichen Launen überrascht, die alle Reize seines kräftigen, wenn auch nicht besonders schönen Körpers offen hervortreten lassen, prunkt unbedingt mit einem Paar Pistolen, deren Griffe mit Silber beschlagen sind, oder mit einem prächtigen Kinshal, dessen Griff dicht mit Türkisen besetzt ist.

Hier, in der Wohnstube des Kunaks, sah es sehr hübsch aus. Helles Tageslicht drang durch die offenen Fenster und holte aus dem Halbdunkel hervor die bunten Muster der an den Wänden aufgehängten Seidenstoffe, die purpurrothen Ueberzüge der cylinderförmigen Kissen, die hellgrüne Bettdecke, und erzeugte tausende von Funken, als er über die Niederlage der verschiedenartigen Waffen hinglitt.

Ein altes Mütterchen mit verschleiertem Gesicht brachte einen kuban'schen Teppich herein und breitete ihn auf dem Boden aus.

Wäre ich ein wirklicher Chacham, d. i. ein jüdischer Gelehrter, ein Rabbi gewesen, hätten die Hauswirthe bei meinem Empfang eine ganze Reihe feierlicher Vorschriften beobachtet. Den ganzen Tag hätten mich Scharen von Besuchern umgeben. Alle Neuigkeiten des Auls wären in ihren Erzählungen mir enthüllt worden, weil „der Gast sich in keinerlei Weise langweilen darf“. Meinerseits wäre auch ich verpflichtet gewesen, tausendmal zu erzählen, weshalb, woher und wohin ich reise, und was mir unterwegs zugestoßen, welche Völker ich gesehen und welche Gebräuche diese Völker beobachten, ferner alle Neuigkeiten aus den von mir besuchten Gegenden mitzutheilen, von meiner Familie und von meiner Vaterstadt alles zu erzählen, was ich wußte, von der Politik Firengistans (Frankreichs) zu sprechen, von der Hinterlist der Engländer und von gelehrten Mullahs, denen die Juden, unbeschadet ihres Glaubens die größte Verehrung entgegenbringen. Es wäre schwer anzugeben, vor wem sie mehr Ehrfurcht hegen — ob vor dem Rabbiner oder vor dem Mullah, der alle möglichen Schriftstücke für sie verfaßt, ihnen Rathschläge ertheilt, eine Art Friedensrichter ist, sie in die Geheimnisse der Magie und der Zauberkunst einweiht. Wenn der Chacham arm ist, beschenkt man ihn mit Geld und Brod, und bis zum nächsten Dorfe giebt man ihm das Geleite, so daß ein Rabbiner das ganze von „Israel in Waffen“ bewohnte Gebirge durchwandern kann, ohne auch nur eine Kopeke auszugeben. Im Gegentheil wird er noch viel Geld von dort forttragen.

Mein Hauswirth war durchaus kein Alltagsmensch. Er war das echte Musterbild eines kriegerischen Gebirgsbewohners. Mahomed-Ogly stellte mir ihn als einen Helden vor, der es seinerzeit mehr als einmal mit uns aufgenommen hatte. In der That hatte Mamre-Aga (weshalb mein Begleiter ihm die Bezeichnung „Aga“ beilegte, weiß ich nicht) aus den jungen Leuten seines Auls infolge des Aufrufes Schamyls eine kleine Schaar gebildet, die den Russen hart zusetzte. Dieser verwegenen Schaar schlossen sich einige benachbarte Mohamedaner an, die es durchaus nicht schimpflich fanden, sich einem Führer vom Stamme Israel unterzuordnen. Mamre-Aga war aber nicht nur ein kriegerischer Gebirgsbewohner, sondern er galt auch für einen gewandten Späher — selbstverständlich zu Gunsten der Seinen. Er kam als Händler verkleidet ins russische Lager, erspäht alles, läßt sich dabei keine Gelegenheit entgehen, Hammel oder Wildpret zu verkaufen, und in der Nacht leitet er den Ueberfall und fährt selbst an der Spitze seiner Uldens wie ein Sturmwind über die russischen Reihen her, denen es gelungen, sich zu ordnen und einen Wall von Bajonetten zu bilden. Auf Stirn und Wangen Mamre's sieht man heute noch eine gewaltige Narbe, die Folge des Säbelhiebes eines kühnen kuban'schen Kosaken, der übrigens in seine Gefangenschaft gerieth und eine ganze Woche in einer Grube unter seiner Hütte sitzen mußte. Man mußte diese Grube sehen, um eine Vorstellung davon zu erlangen, wie schlimm es hier einem Gefangenen erging: Lehmwände, oben ein Fenster, wenn man ein Loch als Fenster bezeichnen konnte — es strömte der Regen herein, und wenn es dem Hausherrn oder den wüthenden Weibern einfiel, die Oeffnung mit einem Brett zu verdecken, dann konnte der Gefangene in dem unerträglichen Gestank und der undurchdringlichen Finsterniß ersticken.

— Nun, und was geschah nachher?

— Er wurde krank, magerte völlig ab, begann allerlei Unsinn zu sprechen. Bald singt er Lieder, bald weint er — nun, sie erbarmten sich seiner.

— Und starb er?

— Nein, wir nahmen ihn aus der Grube. Wir ließen ihn heraus und er lebte in der Hütte, nur blieb er gefesselt. Dann verkaufte ich ihn Hadschi Murat ... fünf Tuman erhielt ich für ihn.

Und alles das wurde in ganz gleichgültigem Ton erzählt, gleich als ob er einen Bären gefangen, ihn in Ketten gelegt und dann vortheilhaft einem Liebhaber verkauft hätte.

— Wozu aber einen Kranken in Ketten legen?

— War er etwa ein altes Weib? ... Er war ein Mann, und einen Mann erhält man nur in Ketten in der Gefangenschaft. Wenn du dem Adler nicht die Flügel beschneidest, wird er sich über die Wolken erheben, und ebenso ist ein echter Mann, staunte Mamre-Aga über meinen Mangel an Scharfblick.

Ich versuchte ihm klar zu machen, daß man in anderen Ländern Gefangene gegen Ehrenwort freilasse.

— „Da habt ihr etwas Rechtes ausgedacht! ... Das sind nicht Männer, sondern alte Weiber, die aus Versehen eine Papacha aufgesetzt haben. Man sollte ihnen seidene

Frauenkleider anziehen und sie einem Mann zum Weibe geben! . . . Sind sie etwa Hennen? Auch im Hühnerstall kann man sich frei bewegen, aber einen Sperber darfst du dort nicht halten. Nur für die Henne ist im Hühnerstall Raum genug. Oeffne des Sperlings Käfig — und er fliegt davon in die Freiheit.

Mamre-Aga war berühmt durch die Geschicklichkeit, mit der er einen Hinterhalt zu legen verstand. Darin hatte er weit und breit nicht seinesgleichen. Man erzählte mir einige Fälle, wobei ich nicht wußte, worüber ich mich mehr wundern sollte, über die Verwegenheit dieses israelitischen Condottiere oder über seine Tapferkeit. An der Spitze von fünf bis sechs Mann gelang es ihm, sich durch die russische Postenkette an das Lager heranzuschleichen und dort, nachdem er zehn bis zwölf Stunden in Gebüschen oder im Grase verborgen gelegen, einige Opfer zu erwischen. Einst holte er auf solche Art fast aus der Mitte des Lagers einen jungen Offizier, der übrigens nicht lange im Gebirge blieb. Es wiederholte sich die Geschichte des „Gefangenen im Kaukasus".*) Der Russe entfloh aus dem Aul, begleitet von einer der Dorfschönen.

— Abscheulich war es nur, wenn Eure Leute mit Hunden kamen. Dann ließ sich nichts thun. Die Hunde wittern alles.

— Solch ein Hund wiegt ein ganzes Korps auf, fügte Mohomed-Ogly hinzu. Er hat Herz und Verstand wie ein Mensch, philosophirte er.

— Er ist nicht nur im Kampfe nützlich, sondern sucht auch außerdem die Fährte der Gebirgsbewohner auf, wittert sie auf eine Werst Entfernung.

— Und wenn es zum Handgemenge kommt, ist der Hund stets vornan. Er faßt den Feind unmittelbar an die Gurgel. Eure Soldaten hatten sie aber auch lieb! Verwundete Hunde trugen sie vom Kampfplatz fort und heilten sie in ihren Lazarethen. Wenn es kalt war, bedeckten sie sie mit ihren Mänteln. Die Hunde schliefen neben den Soldaten, fraßen mit ihnen aus derselben Schüssel. Einst gelang es mir, bei einem Ueberfall einen Hund lebend zu fangen. Wir brachten ihn nach Hause und gedachten ihn an uns zu gewöhnen. Nichts da! Er fraß nicht, heulte nur ununterbrochen, und wenn man sich ihm näherte, fletschte er die Zähne und machte Miene, einem an die Kehle zu springen. Wir erschossen ihn. Was sollten wir sonst mit ihm beginnen?

Zur Abwehr.

Ein jüdischer Mitbürger. Das verbreitetste politische Tageblatt Münchens, die „M. Neueste Nachr." schreiben:

Rasch und unerwartet ist heute früh (am 19. Okt.) früh 5 Uhr der deutsch-freisinnige Landtagsabgeordnete für München I, Kommerzienrath, Kaufmann, Handelsrichter, k. dänischer und k. schwedischer und narwegischer Konsul **Karl Maison** im Alter van 56 Jahren aus diesem Leben geschieden. Er war gebaren zu Oberdarf bei Ellwangen in Württemberg als der Sohn eines **jüdischen** Volksschullehrers, der ihm eine gediegene Bildung und Erziehung angedeihen ließ. Der junge Mann frequentirte das Gymnasium und wandte sich sodann dem Kaufmannsstande zu, dem er in seinem späteren Leben zur Zierde gereichen sallte. Nachdem er in verschiedenen Geschäften thätig gewesen, etablirte er sich im Jahre 1862 mit seinem Bruder in München unter der Firma A. Maisan. Seine reichen kaufmännischen Kenntnisse, sein ausschanender Blick verhalfen dem Geschäfte zu ungeahnter Blüthe. Die Firma erfreut sich des größten Ansehens in allen kaufmännischen Kreisen des In- und Auslandes.

Sa kam es, doß seine Berufsgenaffen den erst 80 Jahre alten Mann zu ihrem Vertreter in der Oberbaierischen Handels- und Gewerbekammer erwählten. Sie hatten die richtige Wahl getroffen, wie die Folge zeigte. Dank der eminenten Sachkenntniß und Fähigkeiten, die Maisan sein Eigen nannte, war er der Mann, dem die schwierigsten Referate aufgebürdet werden konnten. Sein strebsamer Geist und seine freudige Aufopierung kannte keine Schwierigkeiten, und so bewältigte er alle ihm gestellten Aufgaben mit außerardentlichem Eifer und Geschick.

War so Maison eine hervarragende kaufmännische Kroft und Zierde, so gebührt ihm die hahe Anerkennung nicht minder als Politiker. Als in den sechziger Jahren die liberale Sache unter der Aegide eines Julius Knorr und August Vecchiani sich zum Aufschwung anschickte, da trat der damals noch junge Maisan als einer der Ersten an ihre Seite, ausgestattet mit einem glühenden Herzen, leuchtenden Augen und kampfbereitem Sinn. Alsbald erkannte man in liberalen Kreisen die außerardentliche Befähigung Maisons, allein sein Pflichtgefühl hielt ihn noch davon ab, die ihm angebotenen Ehrenstellen anzunehmen. Aber in allen Phasen des palitischen Lebens war er eine treue und hingebungsvolle Stütze der liberalen Soche, ein aufrichtiger Patriot, ein Deutscher van echtem Schrot und Korn. Als er endlich, getragen von dem Vertrauen seiner Mitbürger, 1887 in den Landtag einzog, entwickelte er eine unermüdliche Thätigkeit. Sein Mandat wurde 1893 von seinen Wählern erneuert. Seine Arbeiten im Finanzausschuß sind noch in zu frischer Erinnerung, als daß wir hier auf eine detaillirte Schilderung seiner ersprießlichen Thätigkeit eingehen müßten.

Wie er es verstand, trotz seiner unerschütterlich festen Prinzipien sich die Achtung aller Parteien durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und seine angenehmen Farmen zu gewinnen, so war er auch für seine zahlreichen Freunde ein verläßiger, treuer Freund, ein stets hilfsbereiter Rathgeber. Seine Familie vallends verliert in ihm ihr unermüdlich thätiges, für ihr Wohl treu besargtes, allzeit liebevalles Oberhaupt. Die liberale Partei in Stadt und Land betrauert in dem zu früh Entschlafenen eine stets bewährte Stütze, dessen Arbeitskraft unerschöpflich schien. Die palitische Gemeinde verliert in ihm einen Bürger, der, wo immer er dazu Gelegenheit fand, mit aller Wärme für die Interessen unserer guten Stadt München eintrat und sie mit aller Hingebung verfocht, die israelitische Gemeinde einen ihrer besten Söhne.

Der Ruf seiner Thätigkeit drang auch über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus. Der König von Dänemark und der König van Schweden und Norwegen ernannten ihn im Jahre 1887 zu ihrem Konsul. Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent würdigte seine mannigfachen Verdienste im Jahre 1888 durch Verleihung des Kommerzienrathstitels. Der Verein Deutscher Geschäftsreisender erklärte ihn zu seinem Präsidenten. Wohin immer ja Maison seine Kraft verliehen, dort wird sein Scheiden als ein schier unersetzlicher Verlust empfunden werden.

Maison war ein Mann in des Wortes bester Bedeutung, der, was er war, aus eigener Kraft, aus unermüdlichem Streben gewarden, von warmem Herzen, klarem Verstande und praktischem Sinne. An der offenen Bahre durchdringt seine zahlreichen Freunde, die ihm nahe gestanden, — Feinde dürfte der liebenswürdige, humane und hilfsbereite Mann kaum gehabt haben — zunächst nur der tiefe Schmerz über den schweren, unersetzlichen Verlust.

Wie hoch Maison van allen seinen Mitbürgern geschätzt wurde, dafür zeugt schon genügend die Thatsache, daß seine Wahl zum Landtagsabgeordneten für München erfolgte, abwohl er Jude war und obwohl damals schon die antisemitische Bewegung auch dahier weitere Kreise ergriffen hatte. Sein Andenken wird hochgehalten werden und nicht sa bald schwinden.

Jüdische Abiturienten. Im Januar dieses Jahres hielt sich die „Deutsche Tagesztg." darüber auf, daß sich so wenig jüdische Abiturienten der Germanistik zuwendeten; es sei dabei gewiß „kein Geschäft" zu machen. Jetzt hat aus der Abiturientenstatistik des Jahrgangs 1895/96 das „Korrespondenzblatt für die Philologenvereine Preußens" eine ausführliche Tabelle aufgestellt, die den Beruf und Stand der Väter mit dem erwählten Studium oder Beruf der Söhne vergleicht.

Hiernach ergriffen den Beruf des Vaters bei den Philologen 13 v. H., bei den Juristen 48, bei den höheren Verwaltungsbeamten 47, bei den Medizinern ebenfalls 47 und bei den Theologen 44 v. H. Während also bei den übrigen Berufen die Regel war, daß ungefähr die Hälfte der Söhne dem Vater im Berufe folgte, geschah dies bei den Philologensöhnen nur ungefähr von dem achten Theil.

Dazu schreibt die Dr. Lange'sche „Dtsche Ztg." vom 31. Oktober:

„Diese Thatsache beweist deutlicher und unumstößlicher, als alles Andere, daß in den Kreisen der akademisch gebildeten Lehrer eine große Unzufriedenheit mit ihrer Lage vorhanden ist und daß auch bei den übrigen höheren Ständen der Oberlehrerberuf als minderwerthig angesehen wird, denn von den 3525 aus ihnen hervargegangenen Abiturienten haben sich nur 223 (außer den Philalagensöhnen nur 134) zum Studium der Philalogie entschlossen, d. h. 6 v. H. van der Gesammtheit (van den Söhnen der Nicht-Philalagen nur 4 v. H.), während auf die Rechtswissenschaft 26, ouf den Militärdienst 12, auf die Medizin 21, auf die Theolagie 19 und auf sonstige Berufe 15 v. H. entfielen."

*) Dichtung von Lermontow.

Also auch die christlichen Abiturienten, denen doch keins der unendlichen Hindernisse in den Weg gelegt wird, die die jüdischen zu überwinden haben, wenden sich in minimaler Zahl der Philologie zu. Doch auch nur, um den Jargon der „Dtsch. Tageszty." beizubehalten, weil darin „kein Geschäft" zu machen ist.

Die staatsbürgerlichen Rechte der Juden sind das Ergebniß eines langen Kampfes gewesen. Frankreich begann mit der Gleichberechtigung der Juden und eine Reihe Kulturstaaten folgte. In Rußland und Rumänien weiß man davon noch nichts.

Aber auch in den Staaten, die die Emanzipation der Juden durchgeführt haben, steht sie meist nur auf dem Papier. Die Juden haben die gleichen Pflichten wie die Christen, aber nicht die gleichen Rechte. Daß ihnen selbst das Recht, eine politische Meinung zu haben, verkümmert wird, das beweist die Haltung der Regierung in Oesterreich den Juden gegenüber. Dr. Alfred Stern macht in der „Neuen freien Presse" vom 1. Oktober d. J. folgende Enthüllung:

„. . . Ich spreche nicht von einzelnen Personen, aber so viel kann ich sagen, daß wiederholt Versuche gemacht wurden, die Juden den Liberalen abwendig zu machen und für die Regierung des Grafen Taaffe zu gewinnen, wogegen ihnen als Kompensation in Aussicht gestellt wurde, daß die Regierung in diesem Falle energische Maßregeln gegen den Antisemitismus ergreifen werde."

Ich könnte hierüber sehr interessante und pikante Geschichten erzählen. Genug an dem, wir halten treu zu den Liberalen, welche die Staatsgrundgesetze geschaffen haben."

Eine beneidenswerthe Situation für die österreichischen Juden. Der kleinste Bauer, der simpelste Fuhrknecht hat das Recht, eine politische Meinung zu haben, der Jude nicht. Bist du Liberaler, bekommst du als Jude Prügel, sagt die Regierung; bist du regierungsfreundlich, bekommst du als Reaktionärer Prügel, sagt der Liberalismus. Also Prügel auf alle Fälle! Dr. Stern erklärt noch, daß die Vertrauensmänner der Juden die Zumuthung Taaffes energisch zurückgewiesen haben.

Das zeugt von Muth und politischer Einsicht der österreichischen Juden. Es genügt uns, darauf hinzuweisen, wie schwer den Juden das Leben gemacht wird.

Aus dem antisemitischen Lager.

Antisemitische Anreißerei. Im Anzeigentheile verschiedener Stuttgarter Blätter findet sich nachstehende Erklärung:

„Die Unterzeichneten, deren Firmen in der „Schwäbischen Reform" als empfehlenswerthe Geschäfte genannt sind, erklären hiermit, daß diese Veröffentlichung ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen stattgefunden hat. Stuttgart, 17. Oktober 1896. Ph. Kreß. Gebr. Lehrenkrauß. A. Reiniger jun. W. Schlienz. Alfred Böhm.

Zu seiner Rechtfertigung führt das antisemitische Blatt an, daß sämmtliche Herren das Rundschreiben seines Herausgebers erhalten hätten, aus dem sie hätten entnehmen können, daß ihre Aufnahme in die Geschäftsliste erfolgen würde, wenn sie ihren gegentheiligen Wunsch nicht äußern würden. Da sie dies nicht gethan, hätten sie auch kein Recht, jetzt nachträglich zu erklären, daß ihre Geschäfte „gegen ihren Willen" in der Liste genannt wurden.

Das ist natürlich der reine Humbug. Wie man ein nicht bestelltes Lotterieloos nicht zurückzuschicken oder auch nur dem betr. Absender eine Mittheilung über die Annahme oder Nichtannahme des Looses zu machen braucht, ebenso wenig giebt das Schweigen der Stuttgarter Kaufleute dem antisemitischen Zeitungsverleger das Recht, ihre Namen in seiner Liste zu führen.

In der „Antisemitischen Korrespondenz" des Herrn Liebermann von Sonnenberg (5. Novbr.) lesen wir:

Ein gelehrter Doktor in Berlin, der einen großen Namen hat bei allen, die für's Medizinverschreiben sind, (je dicker die Flasche, desto mehr hilft sie!) — Virchow heißt er — ist von seinen Anhängern letzter Tage stark angefeiert worden, weil er's auf 75 Jahre gebracht hat. Dabei hat er eine schöne lange Rede gehalten, so schreibt „Die Werkstatt", u. s. w. u. s. w.

Diese geringschätzige Bemerkung über die medizinische Wissenschaft und einen ihrer Hauptvertreter ist nichts Seltenes in den Spalten der antisemitischen Blätter. Man scheint es wirklich darauf abgesehen zu haben, die Gebildeten aus dieser Partei hinauszugraulen.

Bismarck und die Dühringianer. Die Anhänger Eugen Dührings, aus Entrüstung darüber, daß ihr Heros nicht gebührend anerkannt wird, rächen sich dadurch, daß sie einen ewigen Kampf gegen die bedeutenden Männer führen, deren Verdienste das deutsche Volk dankbar preist. Namentlich Bismarck ist ihnen ein Dorn im Auge. So schreibt M. Jodsch, ein Deutschböhme, im „Mod. Völkergeist" (Nov. S. 162):

„Der nationale Chauvinismus ist und bleibt ein Knechter, sagte letzthin **Dühring**, und da hat er vollkommen Recht. Potentaten- und Gewaltpolitikerverhimmelungen sind eines freidenkenden Menschen unwürdig und bringen ein Volk nur in größere Abhängigkeit. Deshalb können wir uns niemals für all' die **Bismarck**verherrlichungen, die von Seiten Schönerers in Szene gesetzt zu werden pflegen, erwärmen, da jener Mann, der Großes für's deutsche Volk hätte thun können, sich selbst im Reichstage ausgedrückt hat, daß er nicht der Diener des Volkes, sondern der Diener Sr. Majestät des Königs sei. **Die Hohenzollern sind ihm zu ewigem Danke verpflichtet, das deutsche Volk aber nie.**"

Gegen die antisemitische Strömung innerhalb der Burschenschaften hat jüngst in Gleiwitz eine Versammlung von Alten Herren der Burschenschaften stattgefunden, welche nach der „Bresl. Ztg." einen lebhaften Protest erhob gegen den Beschluß der deutschen Burschenschafter, „daß es erwünscht sei, wenn fortan keine Burschenschaft mehr Juden in ihren Verband aufnimmt." — In dem Protest heißt es: „Der Freiheits-Gedanke und der Geist vorurtheilsloser Duldsamkeit der deutschen Burschenschaft bisher stets und überall ihre besondere Zier gegeben. Ohne Ansehen der Geburt und des religiösen Bekenntnisses haben alle deutschen Studenten, die sich im idealen Streben für Freiheit, Vaterland und Ehre in ihr zusammengefunden hatten, für die hohen Aufgaben der Burschenschaft zusammengewirkt. Schulter an Schulter haben Christen und Juden in ihr gekämpft für die Errungenschaften der Freiheit, und — als es noth that — auch für des Vaterlandes Ruhm und Größe. Eine Scheidung nach konfessionellen Bekenntnissen war unerhört in der deutschen Burschenschaft. Mit banger, ernster Sorge sehen wir alten Herren unter der jüngeren Generation eine Bewegung sich entfalten, die „Klassenhaß" und „Rassenhaß" predigt und Unduldsamkeit übt. Wir weisen solchen finsteren Geist, der weder deutsch noch christlich ist, der den altgeheiligten Grundsätzen der deutschen Burschaften Hohn spricht und die Bande inniger Freundschaft unter Bundesbrüdern verschiedener Konfession zu zerreißen trachtet, weit von uns zurück. Dieser Geist mißachtet die Freiheit, deren erste Grundforderung die Anerkennung der völligen Gleichberechtigung aller Bürger ist; er verletzt die Ehre der Kommilitonen in ungehöriger Weise, indem er dieselben ohne Grund für nicht gesellschaftsfähig erklärt, und widerstreitet dem Vaterlandssinn, weil er die Bürger, die zu einmüthigem Schutze der Vaterlandes und seiner Interessen berufen sind, in Feindschaft zu trennen sucht. Ein Beharren auf dem eingangs erwähnten Beschlusse muß zu einer Trennung der alten Burschenschafter von den aktiven Burschenschaftern führen. Vereinigungen im Zeichen des Antisemitismus haben noch unserer Ansicht kein Recht, den stolzen Namen „Burschenschaft" weiter zu führen."

Als „Maulhelden" bezeichnet das Organ der **konservativen** Partei in Sachsen, das „Vaterland", die

Antisemiten. Sie sagten heute „Ja" und morgen „Nein", je nachdem der große Haufe es befehle oder die Wahltaktik es angezeigt erscheinen lasse. Die durch und durch demagogische nur auf Aufhetzung der Massen und Erregung von Unzufriedenheit, wenn nicht gerade berechnete, so doch hinauslaufende Kampfweise, müßte Jedem über die wahre Natur der Bewegung längst die Augen geöffnet haben.

„Die Gesinnungsgenossen, besonders von Elbing und Umgebung" fordert der antisemitische „D. Generalanz." auf, sich zusammenzuschaaren behufs Gründung eines Provinzialverbandes für Westpreußen. Das Blättchen des Herrn Karl Sedletzak ersucht, ihm Adressen von Gesinnungsgenossen bekannt zu geben. Vielleicht gelingt es ihm, auf diese Weise ein paar Abonnenten einzufangen, einen andern Zweck hat der „Aufruf" schwerlich.

△ **Leipzig.** Bekanntlich ist ein ganz allgemeiner Vorwurf gegen das Judenthum der, daß sich zahlreiche Mitglieder desselben als Hausirer dadurch lästig machen, daß sie das erholungsbedürftige Publikum in den Gasthäusern und Wirthschaften in der zudringlichsten Weise belästigen. Zur Zeit, als hierorts nach der Antisemitismus in seiner schönsten Blüthe stand, konnte man gar oft beobachten, wie jüdische Hausirer von gewissen Leuten in geradezu schamloser Weise abgeführt d. h. zurückgewiesen wurden. Zu jener Zeit entstanden die Schilder an den Wirthshausthüren: „Hausiren verboten" in großer Zahl. Heute ist der jüdische Hausirer aus Leipzigs Mauern fast gänzlich verbannt; er wagt es nicht mehr, sich öffentlich zu zeigen, um sich nicht dem Hohne aber gar noch Schlimmerem auszusetzen. Schreiber dieses war einmal Zeuge, wie junge Leute einen alten gebrechlichen jüdischen Hausirer behandelten; ihm wird diese Szene unvergeßlich bleiben. Aber das Hausiren hat darum nicht ab-, sondern wohl gar zugenommen, und es ist gegenwärtig nicht selten zu einer wirklichen Plage geworden. Es wird kaum eine zweite Stadt geben, wo es derartig ausgebildet ist, wie in Leipzig, trotzdem, wie schon gesagt, der Jude hierorts selten mehr hausiren geht. Statt seiner sieht man — natürlich giebt es auch hier Ausnahmen — allerlei eigenartige Existenzen, welche sich dieses Erwerbszweiges bemächtigt haben, sich in den Lokalen in übergroßer Zahl umhertreiben und die Gäste nicht selten wirklich belästigen! Doch hierzu schweigt man, ja Bauer, das ist ganz was anderes!"

„Zweierlei Maaß!" Unter dieser Bezeichnung berichtet die Königsberger „Hartungsche Ztg.": Aus Zeitungsankündigungen erfahren wir, daß am Freitag Abend in der Bürgerressource eine antisemitische Versammlung stattfinden soll. Dieselbe Bürgerressource hat die Hergabe des Saales zu der am vorigen Freitag abgehaltenen Versammlung des freisinnigen Vereins Waldeck abgelehnt.

Antisemitische Rohheit. Von einem in einer sehr angesehenen Stellung befindlichen Manne in einer Ostpreußischen Mittelstadt geht dem „B. Tgbl." folgendes Schreiben zu:

„Eines aber thut noth!" Unter der gleichen Ueberschrift erschien am 28. Oktober in Nr. 550 des „Berliner Tageblattes" ein Aufsatz, welcher anläßlich der Ermordung des Justizraths Leon Hilsmittel an die Hand zu geben versuchte, um die Erziehung insbesondere der ganz oder halbverwaisten Kinder besser als bisher zu leiten und dadurch eine größere Gewähr für das dereinstige Wohlverhalten der Kinder zu bieten. Ob in jenem Erziehungsmangel die eigentliche Ursache dieser und ähnlicher roher Ausschreitungen junger, kaum dem Knabenalter entwachsener Burschen zu suchen ist, und ob daher durch die Thätigkeit eines Erziehungsbeiraths das erstrebte Ziel erreicht werden würde, das möchte uns doch zweifelhaft erscheinen, nachdem wir in den „sogenannten besseren Kreisen" die freudige Genugthuung über die endliche Ergreifung des Mörders Bruno Werner mit den Worten abwehren hörten: „Ach was, ein Jude weniger, das schad't gar nischt!" —

Wie gänzlich muß da fanatischer Judenhaß das Rechts- und Humanitätsgefühl vernichtet, wie tief das gesammte sittliche Niveau herabgedrückt haben, wenn ein Mann in angesehener Beamtenstellung, als Offizier a. D. und Angehöriger einer Freimaurerloge sich nicht entblödet, die That jener Mordbuben — weil an einem Juden ausgeübt — öffentlich zu billigen und damit sich selbst moralisch fähig für eine solche That zu erklären? Stände dieser Fall sittlicher Verkommenheit vereinzelt da, man könnte noch bemüht sein, ihn zu erklären, vielleicht sogar den Versuch machen, ihn zu entschuldigen. Aber leider ist dem nicht so; vielmehr ist diese Denkweise für eine gewisse Klasse von Menschen ganz typisch."

Der Wiener Antisemitismus und die Dühringianer. Daß Wien dem Antisemitismus verfallen ist, lassen sich die Antisemiten aller Richtungen gefallen, daß dieser Antisemitismus christlich-sozialer Natur ist und sich dem Deutschthum feindlich gegenüberstellt, ist den nationalen Antisemiten ein tiefer Schmerz. Die Herrschaft, von der sie geträumt, rinnt ihnen aus den Händen fort und der Klerikalismus triumphirt auf der ganzen Linie. Aergerlich schreibt das Organ der Dühringianer, der „Nad. Völkergeist" (Nov. S. 161):

„Wenn man die jetzigen politischen Zustände unter den antisemitischen Parteien Wiens und Niederösterreichs schärfer ins Auge faßt, so muß man wirklich an dem gesunden Menschenverstande verzweifeln. Der reaktionäre Antisemitismus hat selbst in Deutschland, wo die Stöcker und andere Pfaffen die Führung in Händen hatten, solche Dimensionen nie angenommen, wie in der gemüthlichen Kaiserstadt am blauen Donaustrande, wo alles nur „a Hetz" ist. Der durch die jahrhundertelange Gewaltstaatspolitik niedergedrückte und niedergehaltene Volksgeist wird auch jetzt wieder im Kampfe der Parteien von den politischen Jongleuren ausgenützt, und gerade diejenigen, welche mit den rückständigen, vom niedrigen Asiatismus beeinflußten Welt- und Lebensanschauungen in ihren Reden am meisten kokettiren, gewinnen den Beifall der Menge und gelangen durch derlei Schlichologien in die Volksvertretungskörperschaften. Von wahrer Volksaufklärung, die für ein geordnetes Völkerleben die Vorbedingung ist, kann da selbstverständlich keine Rede sein; im Gegentheil, man verdirbt durch solche der geistigen Rückständigkeit der Menge schmeichelnden Reden deren Sinn noch immer mehr, man demoralisirt und bankrottisirt alle wankelmüthigen Charaktere der gewöhnlichen Durchschnittsmenschen, welche bei charakterhafter Führung vielleicht hätten Besserem zugewendet werden können. Besonders **Dr. Lueger,** der Mann der Phrase und der politischen Programmlosigkeit, versteht sich auf diese Art von Demagogie in ganz famoser Weise. Er weiß alle Invaliden einer von den Ideen des modernen Völkergeistes längst abgedankten Welt- und Lebensanschauung unter sein im reaktionären Winde flatterndes schwarzes Banner zu vereinigen."

Immer mehr bricht sich die Erkenntniß Bahn, daß Dr. Lueger ein Reaktionär durch und durch ist und daß der Klerikalismus die Ernte einheimst, die der Antisemitismus erstrebt hat.

Aus Galizien meldet man der „Jüd. Presse:" „Vor einigen Tagen wurde von der Stadthalterei zu Lemberg das Statut des ersten antisemitischen Vereins unter dem Namen „Christlicher Bund" bestätigt. Der Verein will nicht antisemitisch im „deutschen" Sinne sein, da er das Treiben dieser Partei in Deutschland „roh, verwerflich und dem nationalen Organismus schädlich" findet und er „Galizien vor dem Schicksal bewahren möchte, daß darin Männer von den moralischen Qualitäten eines Stöcker, Ahlwardt oder Leuß zu Einfluß gelangen." Aber er will „die christliche Arbeit, den christlichen Gewerbefleiß und die christliche Sparsamkeit vor der Ausbeutung durch ein fremdes Element schützen" und die „Judenfrage friedlich lösen," indem er dahin strebt, „die wichtigsten Erwerbequellen aus den Händen der Nichtchristen in christliche hinüberzuleiten, und so langsam den Juden den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen." Man hat es offenbar hier mit einigen kuriosen Köpfen zu thun, die gern eine Rolle spielen möchten. Der Boden für eine solche Bewegung wurde übrigens hierzulande längst vorbereitet."

Vermischtes.

Vom Schächten. Der soeben ausgegebene Karlsruher Kalender „Der Landwirth" enthält einen Aufsatz: „Thierquälerei" von Herrn Oekonomie-Rath Alfred Schmid, in dem die verschiedenen Tödtungsarten der Schlachtthiere besprochen werden. Ueber das „Schächten" wird bei dieser Gelegenheit in einer Weise geurtheilt, die in hohem Grade geeignet ist, die Kritik herauszufordern.

Wenn der Verfasser die Vorbereitungen zum Schächtakt und diesen selbst als eine Thierquälerei bezeichnet, so befindet er sich damit im Widerspruch mit den höchsten Koryphäen der Wissenschaft, sowie mit dem Urtheil sachkundiger Fachmänner des Metzgerstandes. Diese Gutachten sind gesammelt*) und sind erstattet von 23 Professoren der Physiologie, Pathologie u. s. w. in Deutschland! welche sämmtlich zugleich Direktoren physiologischer, pathologisch-anatomischer oder hygienischer Universitätsinstitute sind; von sieben Universitätsprofessoren Oesterreich-Ungarns, sechs Hollands, drei Englands, drei Schweiz, drei Italiens, 2 Frankreichs. Im Ganzen 50 Universitäts-Professoren. Dazu kommen: 14 Direktoren von Thierarzneischulen, 24 Professoren der Thierarzneikunde, 151 Thierärzte in verschiedenen Stellungen.

Im Ganzen 189 Gutachten von Männern, welche auf dem speziellen Gebiete der Veterinärkunde wirken. — Endlich haben sich diesen Gutachten auch 14 Großschlächter und Metzger-Innungen angeschlossen. Diese Gutachten haben nicht nur den eigentlichen Schächtakt, sondern auch die Vorbereitungen, das Niederlegen der Thiere zum Gegenstand. Herr Schmid zitirt den Bericht des Herrn Beringer, Berichterstatters auf dem Dresdner Internationalen Thierschutz-Kongreß, welcher in seiner Unkenntniß behauptet, daß die Gutachten nur von dem Hals sprechen, das Niederlegen der Thiere und die damit verbundenen „Grausamkeiten" einfach ignoriren. Ein Einblick in die erwähnte Gutachtensammlung wird Herrn Oekonomierath Schmid belehren, wie wenig zuverlässig Leute wie Herr Beringer und andere sind und wie schlecht man berathen ist, wenn man den Angaben dieser Herren blindlings vertraut.

Ebensowenig entspricht die Behauptung der Wirklichkeit, daß ein Ausspruch gebildeter Rabbiner die jüdische Schlachtmethode als im schroffen Widerspruch mit dem mosaischen Gesetz bezeichnet. Man könnte, so schreibt der „Israelit", jeden Preis auf die Namhaftmachung eines einzigen solchen Rabbiners und seines Ausspruchs setzen!

Zur Würdigung des Experiments, welches darthun soll, daß das Fleisch geschächteter Thiere sich weniger lange halte, als das Fleisch geschlachteter Thiere, genügt ebenfalls ein Hinweis auf die Gutachten, welche das vollendete Gegentheil behaupten. Von speziellem Interesse in dieser Gutachtensammlung ist eine Erklärung der Karlsruher Metzger:

Philipp Stetter, Andreas Dratz, Hugo Meider, August Dennig, Hugo Bösch, Gustav Dietrich, Wilhelm Erleden, Karl Dittus, Louis Schneider, Wilhelm Hofmann, Friedr. Jak. Batt, Hermann Hecht, Julius Moriack, August Scherer, Friedrich Geyer, Michael Kern,

welche mit den Worten schließt:

„Für das gute Aussehen und die bessere Haltbarkeit des Fleisches empfiehlt sich das Schächten, weil bei diesem Schlachtverfahren die Thiere am vollständigsten ausbluten."

Mit Recht schreibt der „Israelit":

„Wer sich bei seinem Urtheil über das Schächten von tendenziösen Berichterstattungen, wie es die Beringer'sche ist, bestimmen läßt, wird dies immer mit einer gewissen Voreingenommenheit thun. Vielleicht erklären sich so die Beobachtungen, die Herr Oekonomierath Schmid als seine eigenen anführt. — Daß es nicht selten sei, daß beim Niederlegen des zu schächtenden Thieres ein Horn oder eine Rippe breche, muß jedoch entschieden als unzutreffend bezeichnet werden. Da bei Brüchen dieser Art das Thier den Juden zum Genuß verboten wäre, so sorgt schon dieser Umstand dafür, daß solche Fälle nicht vorkommen. Wenn aber wirklich Fälle vorgekommen sind, wie die von Herrn Schmid erwähnten, daß z. B. das Thier ¼ Stunde gebunden hätte daliegen müssen, bevor der Schächter zur Stelle war u. a., so handelt es sich hier um eine grobe, strafbare Fahrlässigkeit der betr. Metzger, die aber mit dem Schächten nichts zu thun hat. Solche Mißstände sollten, wo sie vorhanden sind, durch die gerichtliche Anzeige bestraft und beseitigt werden, ohne daß man deshalb das Kind mit dem Bade auszuschütten braucht. Solche Ungehörigkeiten kommen übrigens auf's Konto der betreffenden Metzger, nicht des Schächters und noch weniger des Schächtens und bieten keine Handhabe zu einer Verurtheilung des jüdischen Schlachtverfahrens."

*) Gutachten über das Jüdisch-rituelle Schlachtverfahren („Schächten") Berlin 1894. Verlag von Emil Apolant, Markgrafenstraße 60. Berlin 1894.

Eine Karikatur des christlichen Staates. Die konservativen und antisemitischen Verfechter der Idee vom christlichen Staate fordern den christlichen Glauben von allen, die ein Amt bekleiden. Nothwendig muß dieser „christliche" Staat zum konfessionellen führen, d. h. zum katholischen, evangelischen ꝛc., in dem immer nur die jeweiligen Anhänger der staatlich sanktionirten Religion volles Bürgerrecht haben. Was dabei herauskommt, wenn der Staat irgend eine Glaubensform allein anerkennt, das hat 1873 ein bekannter amerikanischer Pastor Namens Jonathan Edwards (s. Globus, Bd. 23, S. 352) gezeigt. Dieser verlangte nämlich gebieterisch, daß „die 5 Bücher Moses als offizielles Sittengesetz eingeführt und jeder Atheist des Bürgerrechtes verlustig erklärt werden müsse." „Die Atheisten sind die Ausgeburt der Hölle, Kinder des Teufels, und sie müssen hinter den Auserwählten Gottes zurückstehen." Er suchte darzuthun, daß die sogenannten Väter der Republik: Washington, Jefferson, Hamilton, Adams ꝛc. Atheisten und Ketzer waren, sie hätten keinen Begriff von dem gehabt was Staatswissenschaft sei, und so hätten sie der Nation eine Verfassung aufgehalst, die man nur als ein „satanisches stümperhaftes Machwerk" bezeichnen könne. Die ganze gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten sei eine gottlose Einrichtung, der Beweis dafür ergebe sich schon aus der verabscheuungswürdigen Thatsache, daß sie mit einem — übrigens heidnischen — Negerkönig in Afrika einen Vertrag abgeschlossen habe, in welchem nicht einmal der Name Jehovahs erwähnt wurde.

Das in der erwähnten Konvention zur Genehmigung für alle Auserwählten vorgelegte Schema zu einer Bittschrift an den nächsten Kongreß ist der „New Yorker Staatszeitung" zufolge, das nachstehende:

„An den Senat und das Repräsentantenhaus! Die unterzeichneten Bürger der Vereinigten Staaten petitioniren für ein Amendement zur Konstitution, das den persönlichen Gott als die Urquelle aller irdischen Regierungsgewalt, den Herrn Jesus Christus als den Regenten der Nation und die Bibel als das alleinige und höchste Gesetz auch in rein weltlichen Dingen anerkennt, auf daß der christliche Charakter der Nation etablirt und alle unsere Gesetze, Einrichtungen und Verhältnisse auf eine recht christliche Basis zurückgeführt werden."

Nach Schluß der Redaktion: **Stöcker ist zu 600 Mark Geldstrafe verurtheilt, der widerbeklagte Witte freigesprochen worden.**

Briefkasten.

R. E. Ein weiteres Eingehen auf die in letzter Nr. beleuchtete Broschüre „Die Mobilmachung der Weiber" von „Wir" können wir uns ersparen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 47. Berlin, den 21. November 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13,** zu richten.

„Friede der Judenfrage!“

Unter diesem Titel wird in einigen Tagen ein Werk im Verlage von Schuster und Löffler, Berlin erscheinen, dessen Verfasser Dr. Johannes Menzinger, ein süddeutscher Gelehrter ist. Durch die Freundlichkeit der Verlagsbuchhandlung sind wir bereits heute in die Lage versetzt, aus den Aushängebogen dieser fesseinden Schrift die Einleitung veröffentlichen zu können. Wir versagen es uns, vorläufig zu der Ansicht des Verfassers Stellung zu nehmen, werden aber nach Erscheinen der Schrift ausführlich darauf zurückkommen. Dr. Menzinger führt sein Buch mit folgenden Worten ein:

„Wer heute daran geht, über den Antisemitismus ein zehntausend und erstes Wort zu sprechen, muß sich und seinen Zuhörern vor Allem sagen, daß die Erörterung bereits über viele Gedanken, die früher im Vordergrund standen und bei Manchen noch darin stehn, hinaus ist oder hinaus sein kann. Man hatte sich lang um die religiöse Seite der Frage gedreht und dann bereits seit Beginn der modernen Judenbewegung immer mehr bekannt, daß diese Seite außer Spiel bleiben soll. Man hat größtentheils auch die anfängliche, scheinbar so einfache und in der That doch so voraussetzungsvolle Bekämpfung der sogenannten schlechten Eigenschaften der Juden mehr minder zurückgestellt und sich theils auf die gemüthliche Wendung geeinigt, daß es auch gute Juden und schlechte Nicht-Juden giebt, theils die bloße Thatsache der qualitativen Verschiedenheit der Juden vom Nicht-Juden, zumal dem Arier, zum Maßstab gemacht. Doch auch über diesen Rassenstandpunkt ist man jetzt einigermaßen hinweggegangen und hat die verschiedensten sozialen Standpunkte als Ausgang genommen. Auch über die ethische Naivetät des Springenlassens über den Stock oder des allgemeinen Vernichtungskampfes wie über die politische Naivetät einer Vertreibung der Juden nach Palästina od. dgl. ist man in der Hauptsache glücklich hinaus — trotz aller Rückfälle, welche auch die jüngste Zeit für einen jeden dieser Standpunkte bringt.

Wenn trotzdem ein Interessent der ganzen Frage noch an einer von diesen älteren Behandlungen des Streitgegenstandes festhält, so möge er seinen Unmuth darüber, daß ein Schriftsteller von 1896 sich wenig daran hält, nicht an diesem, sondern an sich selbst auslassem. Es hieße, die Sache rückwärts drehn oder festheften statt sie vorwärts zu bringen, wollte man das bisher schon zu oft Gesagte neuerdings sagen und die Entwickelung, so die Judenfrage bis jetzt durchgemacht hat, vernachlässigen. Außerdem sind ja jene älteren Behandlungen so viele und von einander so verschiedene, sich gegenseitig fast aufhebende, daß der heutige Beurtheiler deutlich einsieht, es werde sich aus ihnen keine verläßliche Stütze für eine weitere Bemühung gewinnen lassen. Was jetzt noththut, ist grade die Herauswindung aus diesem theils unzulänglich niedrigen, theils verstrickend wirren Gedankengang. Es ist wohl nicht nur Einem aufgefallen, daß kaum eine Frage unseres sozialen oder politischen Lebens oft von so niedrigen Standpunkten aus behandelt worden ist wie die antisemitische — auch ganz abgesehn davon, daß man die Aufwerfung dieser Frage überhaupt als einen niedrigen Standpunkt bezeichnen mag. In der öffentlichen wie in der privaten Besprechung scheint hier die Froschperspektive vorzuherrschen. Man kann doch kaum dem allgemeinen Denken vorwerfen, daß es nur mehr in kleinlichem wandle. Mannigfache Fragen unsrer Zeit — der nationale Patriotismus, religiöse Erneuerungen, soziale Reformen u. s. w. — werden auch dort, wo die Antwort keine richtige ist, doch oft mit einem achtungswerthen Grad von Idealismus und von Blickweite, von Gedankengröße beantwortet. Allein sobald sich die Betrachtung an die Judenfrage wendet, sinken anscheinend — obschon wieder mit Ausnahmen — die Höhe des Ethos, die Weite des Blicks, die Größe des Gedankens beträchtlich herab zu einer abnormen Niedrigkeit des Pathos, zu einem engen Blick auf Nachbars Haus, zu einer Kleinlichkeit des doch so großen Objekten verpflichteten Urtheils. Der Antisemit hält sich z. B. an Wuchergeschichten und ersehnt ihre Verhinderung; der Philosemit führt den Antisemitismus auf einen Neid des erfolgloseren Geschäftsmanns gegen den ihm zuvorkommenden Juden zurück u. s. w. Es dürfte eben nicht leicht sein, für diese Angelegenheit, die einerseits so viele Interessen des Gefühls und des Wohlstandes aufregt, andrerseits so vielfach zusammengesetzt ist, und von Stimmen, deren ungelehrte Masse den entscheidenden Ton angiebt, eine auch nur durchschnittliche Höhe des Standpunkts zu verlangen. Allein so lang wir diese nicht erreichen, wird eine Besprechung der Judenfrage für sich selbst nicht über die Niedrigkeit des Ghettos noch über die Rohheit des Radau- und Reitpeitschen-Antisemitismus hinausreichen. Eine richtige Höhe des Standpunkts zu erreichen ist unter allen Umständen unser aller Aufgabe und ist des jetzt vertretenden Redners Bemühn; ob überhaupt jemand und ganz besonders dieser Redner dazu fähig ist, darüber haben nicht wir zu entscheiden und darüber brauchen wir uns nicht sorgen: es gilt ja den Versuch. Wohl aber dürfen wir eine Vermuthung wagen über die Wege, die am ehesten dazu führen, und deren Vernachlässigung am ehesten die bisherige Kleinheit — wenn wirklich eine solche festzustellen ist — verschuldet haben mag. Dieser Wege sind im Allgemeinen zwei. Der eine ein völliger Ausschluß jeglicher persönlichen, gefühlsmäßigen, Standes- und Orts-Rücksichten, jeder Böswilligkeit

oder auch nur Voreingenommenheit. Der andere eine willige, nicht meisternde sondern lernende Hingabe an die fraglichen Thatsachen als ein vollständiges Ganzes; an das, was ist, statt an das, was sein soll; an die heutige Sachlage und an die bisherige Geschichte.

Wenn der Verfasser dieser Worte vor dem Versuch diese Wege zu betreten, nicht zurückscheut, so ist er wohl eine Rechtfertigung seiner Kühnheit schuldig aber wenigstens einen Ausweis über seine Wanderpapiere. Er war selbst Antisemit, wenngleich aus der bekannten oder berüchtigten Klasse der „gemäßigten Antisemiten", und glaubt, eine solche Parteirichtung heute ebenso sehr ablehnen zu können, als er andrerseits an manchen der unzähligen Urtheile, die der antisemitische Gedanke einschließt, festhalten zu dürfen meint; vielleicht wird also Jemandem, der auf eine solche längere Reihe von Erfahrungen und beiderseitigen Gründen zurückblicken kann, eher eine Ueberschau gelingen als dem Neuling oder dem Parteimann. Abgesehn vom Judenfragestreit ist der Verfasser einigermaßen gewöhnt, an seine Probleme als möglichst „Konfessionsloser" in jeder Hinsicht heranzutreten und, falls schon ein „Standpunkt" sein muß, den Standpunkt der Standpunktslosigkeit zu bevorzugen; „Partei" scheint ihm in allen Angelegenheiten des Urtheils das erfolgloseste Mittel zum Ziel zu sein. An schlimmsten oder wenigstens zur Ueberzeugung der Mitwelt am untauglichsten erscheint es ihm, in solchen Dingen den Rahmen einer der bestehenden politischen Parteien einzuhalten. Weder konservativ, noch liberal, noch sozialistisch sollen seine Ausführungen sein, und er ist zum Glück keiner von diesen Parteien noch auch einer sonstigen Interessengruppe auch nur geistig verpflichtet. Allerdings ist er nach manchen Seiten hin, die er hier bekämpfen muß, für mannigfache Beziehungen zu Dank verpflichtet und hätte hinwider gegen manchen Gelobten etwas auf dem Herzen; allein es wird ihn auch weiterhin freuen, trotz allem Kampf Menschen menschlich zu begegnen.

Immerhin wird die angestrebte Voraussetzungslosigkeit ein Ideal bleiben, schon weil Mensch Mensch ist; aber auch nach aus einem spezielleren Grund. Eine gewisse Voraussetzung ist ja schon damit gemacht, daß die Hingabe an die vergangenen und gegenwärtigen Thatsachen als einer der aussichtsreichsten Wege bezeichnet wurde. Danach mag man von einem Staupunkt — um gelehrt zu reden — des Positivismus sprechen, wird aber doch mindestens so viel zugeben, daß dieser „Standpunkt" am wenigsten vorausgreift, am wenigsten präjudizirt, und daß er, wenn ihm schon Irrthümer entspringen, doch die am ehesten zu berichtigenden, die nicht allzuviel verfälschenden Irrthümer erzeugt.

Allein noch weiter wird sich vielleicht der Verfasser zu einer Voraussetzung oder, wenn man will, politischen Konfession hinreißen lassen müssen. Es ist dies der Glaube, daß sich die Menschheit jetzt und für die nächste Zukunft in einem allmäligen, sehr allmäligen Fortschritt befindet, und daß dieser Fortschritt nicht in's Unbestimmbare geht, sondern eine gewisse, möglicherweise große Aehnlichkeit besitzt mit dem seit Geschichtsgedenken bis heute unbestreitbar vorhandnen menschlichen Fortschritt und sich in seiner Richtung oder Qualität und wohl auch in seiner Geschwindigkeit einigermaßen daraus erkennen läßt. Ganz wird dieser „Standpunkt", wird die Verwendung dieses Glaubens zur Diskussion nicht zu vermeiden sein; allein er hat hoffentlich das Gute, nicht von vornherein die Verständigung zu erschweren, da er am wenigsten den gegnerischen Ausgangspunkten widersprechen wird. Möglich, daß man ihm zur Strafe vorwirft, er sei zu allgemein, zu dehnbar; möglich, daß aus einer solchen Voraussetzung sowohl der staatserhaltendste Konservative als der grundstürzendste Anarchist — wie einst aus Hegel's Philosophie — ihre beiderseitigen Folgerungen ziehn; möglich auch, daß dies für den Werth jener Voraussetzung als sehr beschämend gilt. Wahrscheinlicher aber ist es wohl, daß die Beschämung auf Seite der so frei gezognen Folgerungen liegt; und deswegen wird jener Glaube selbst voraussichtlich am wenigsten unter dem Verdacht leiden, daß er einseitige, gefährliche Folgerungen verschulde.

So viel wird man dem Verfasser hoffentlich lieber zum Vortheil einer gegenseitigen Verständigung verzeihen als zum Vorwurf einer persönlichen Aufdringlichkeit machen. Und noch eins möge man ihm nicht verargen. Er spricht im folgenden, gemäß dem allgemeinen Gebrauch, fortwährend von einer „Judenfrage" und ihrer Lösung. Und doch hat schon P. Lagarde („Deutsche Schriften" 1887 S. 22) bemerkt, „wie charakteristisch deutsch undeutsch der Ausdruck ist, eine Frage lösen. Fragen werden beantwortet: Räthsel werden gelöst." Allein wir wissen wohl bald, daß hier von einer Frage in etwas anderem Sinne gesprochen wird als sonst: daß es sich um eine Schwierigkeit oder um ein Problem handelt, um Spannungen, für die der Ausdruck des Lösens passend genug ist. Also mögen wir uns mit einer Wortkürzung befriedigen, die doch kaum eine Gefahr neuer lösungsbedürftiger Verwirrungen einschließt.

Der Prozeß Witte-Stöcker.

Am 12. November ist Hofprediger a. D. Stöcker vom Berliner Schöffengericht wegen **verleumderischer Beleidigung** des Pfarrers Witte zu **600 Mark Geldstrafe** verurtheilt worden. Der Gerichtshof hat als festgestellt erachtet, daß Herr Stöcker den von ihm verleugneten Brief an Grüneberg, in welchem er diesen aufforderte, in öffentlicher Versammlung Witte anzugreifen, thatsächlich geschrieben und wider besseres Wissen behauptet hat, Pfarrer Witte habe einen gefälschten Brief abgedruckt. Rechtskräftig ist das Urtheil noch nicht; denn Stöcker hat Berufung einlegen lassen. Sollte aber die zweite Instanz zu einem gleichen Resultat gelangen, dann ständen wir vor einer folgenschweren Thatsache. Stöcker hätte mit dem Brandmal des Verleumders nicht blos als Politiker, sondern auch als Geistlicher seine Rolle ausgespielt. Auch seine fanatischsten Anhänger würden sich dieser Erkenntniß nicht verschließen können.

Es giebt Leute, die an die Möglichkeit glauben, daß Stöcker in der Berufungsinstanz besser fortkommen werde, die das Beweismaterial, auf welches sich das Urtheil vom 12. November stützt, nicht für ausreichend halten. In diesem Sinne haben sich die „Kreuzztg", das „Volk", die „Deutsche Tageszig", die Naumann'sche „Zeit" und andere Blätter ausgesprochen, während der überwiegende Theil der deutschen Presse Herrn Stöcker schon jetzt als gerichtet ansieht und ihm für die Berufungsinstanz keinerlei Hoffnungen macht.

Stöcker hat freilich bis zuletzt alles gethan, um sich die Sympathien selbst ihm nahe stehender Kreise zu verscherzen und den Eindruck hervorzurufen, daß er der Schuldige sei. Nachdem er seinen Amtsbruder wie ein Wild gehetzt und ihn um Amt und Brod gebracht hat, schickt er sich an, ihn auch moralisch zu vernichten. Der Bedrohte wehrt sich mit der Kraft eines Ertrinkenden, fordert den Verdächtiger vor die Schranken des Gerichts. Herr Stöcker, bei seiner alten Scheu vor einer Berührung mit den Gerichten, versucht die Sache zu verschleppen, und als ihm das nicht gelingt, tritt er nicht etwa seinem Kläger Auge in Auge gegenüber, um seine Ehre zu vertheidigen, sondern hält am 12. November in Karlsruhe einen Vortrag über Thomas Carlyle! Jetzt, da es ihm an den Kragen geht, bedauert er, nicht anwesend gewesen zu sein; es würde dann, meint er, manches aufgeklärt sein, was im Dunkel geblieben ist.

Nun, warten wir ab, was die erneute Verhandlung bringen wird. Bis dahin verschieben wir unser endgültiges Urtheil und unsere Abrechnung mit dem rücksichtslosen Manne, der ein gleiches loyales Verfahren seinen Gegnern gegenüber niemals beobachtet hat.

Wir lassen nunmehr einen ausführlichen Bericht über die Verhandlung des Schöffengerichts foigen:

Der Beleidigungsprozeß kam am 12. Nov. vor der 149a Abtheilung des Schöffengerichts zur Verhandlung. Im letzten Augenblick thürmten sich Schwierigkeiten auf, da die zu dieser Sitzung einberufenen Schöffen am Erscheinen behindert waren und erst zwei andere Schöffen durch besondere Boten herbeigeholt werden mußten. Der Saal, in welchem die Verhandlung stattfindet, ist wohl der kleinste im ganzen Gerichtsgebäude und reichte nicht entfernt aus, um die Menge der schon lange vor der Terminszeit andrängenden Zuhörer aufzunehmen. — Den Vorsitz führt Amtsrichter Wilde, die Vertretung des nicht erschienenen Hofpredigers a. D. Stöcker liegt bei dem Rechtsanwalt Rätzel I, dem persönlich anwesenden Kläger Pfarrer Witte steht Rechtsanwalt Munckel II zur Seite. Unter den vorgeladenen Zengen befinden sich Redakteur Oberwinder, Frau Prediger Witte, Schneidermeister Grüneberg, dessen Ehefrau, Konsistorialrath Leonhardt, Freiherr v. Hammerstein, der aus der Strafanstalt Moabit nach dem Kriminalgerichts-Gebäude transportirt worden war. — Auf die Privatklage des Pastors Witte ist vom Hofprediger Stöcker die Widerklage erhoben worden. Wie der Vorsitzende mittheilt, hat Hofprediger Stöcker brieflich sowohl ihm als dem Amtsgerichts-Präsidenten mitgetheilt, daß er, falls der heutige Termin vertagt werden würde, unter keinen Umständen von seinem Rechte der Immunität Gebrauch machen würde, so daß nichts im Wege stehen würde, die Sache auch während der Legislaturperiode zu verhandeln. Herr Stöcker hatte weiter gebeten, den Termin zu vertagen, der Vorsitzende hat aber dem Gesuche nicht stattgeben können, weil alle Ladungen schon erfolgt waren. Die Privatklage geht dahin, daß Hofprediger Stöcker den Verfasser eines in Nr. 79 des „Volk" vom 2. April 1896 erschienenen Artikels vorsätzlich bestimmt habe, den Privatkläger zu beleidigen, ferner daß er selbst durch den „Wahrheit" überschriebenen Artikel in Nr. 15 der „Deutschen Evangelischen Kirchen-Zeitung" den Privatkläger beleidigt habe. Die Widerklage bezieht sich auf ein vom Privatkläger ausgegangenes, in Nr. 528 der „Krenzzeitung" veröffentlichtes „Eingesandt". Der betr. Artikel in Nr. 79 des „Volk" behandelte den mehrfach erwähnten Brief Stöcker's, den dieser nach der Behauptung des Privatklägers im Jahre 1878 zu ungunsten Witte's an den Schneider Grüneberg geschrieben haben soll. In dem Artikel heißt es wörtlich: „Der gefälschte Brief Grüneberg's, dem man schon wegen seiner Orthographie auf den ersten Blick ansehen mußte, daß er nicht von Stöcker herrühre, ist also in der Witteschen Schrift in Orthographie und Interpunktion so verbessert, daß er äußerlich nunmehr wirklich für einen Brief Stöcker's gelten konnte. Die Schlußfolgerungen überlassen wir unsern Lesern u. s. w. u. s. w." — Rechtsanwalt Rätzel erklärt, daß Hofprediger Stöcker mit der Fassung dieses Artikels gar nichts zu thun habe. — Der Artikel in der „Evangelischen Kirchen-Zeitung" behandelt gleichfalls diesen Brief. Die von Witte dem evangelischen Oberkirchenrath eingereichte Grüneberg'sche Abschrift des Briefes hat verschiedene orthographische Fehler, die Pfarrer Witte bei dem Abdruck der betreffenden Briefstelle in seiner Broschüre „Mein Konflikt mit dem Hof- und Domprediger Stöcker" nicht mit abgedruckt hat. Die „Evangelische Kirchen-Zeitung" schrieb nun: „Bei diesem Sachverhalt ist notürlich das Urtheil, daß Pastor Witte den gefälschten Brief für echt hielt, nicht aufrecht zu halten. Der gefälschte Brief ist offenbar korrigirt, um mit dem Schein der Echtheit die öffentliche Meinung irrezuführen. Was sollen wir dazu sagen? Wir empfinden einen tiefen Schmerz bei dem Blick auf unser öffentliches Leben. Wir sind besonders traurig, daß im Protestantismus öffentliche Gehässigkeiten unter Glaubensgenossen möglich sind, die sonst nicht vorkommen." — Der Privatkläger erklärt, daß der Stöcker'sche Originalbrief, der an Grüneberg gerichtet gewesen, von seiner Ehefrau gelesen worden sei. Diese habe eine Abschrift davon genommen. Er habe es aber für seine Pflicht gehalten, die ihm von Grüneberg übergebene Abschrift dieses Briefes dem evangelischen Oberkirchenrath einzureichen und habe sich nicht viel darum gekümmert, ob in dieser Abschrift einige orthographische Fehler mit untergelaufen waren, wie sie bei ungebildeten Personen eben vorkommen. Schneider Grüneberg habe wahrscheinlich seinerseits mehr wie eine Abschrift von jenem Briefe genommen. Der thatsächlich vorhanden gewesene Originalbrief Stöcker's laute so, wie er in seiner Broschüre angegeben. Der Privatkläger führt weiter aus, daß es der Dialektik und der Auslegungskunst des Hofpredigers Stöcker vorbehalten gewesen sei, einen in dem Erkenntniß im Prozesse Stöcker-Bäcker dem Gerichtshofe möglicherweise untergelaufenen Irrthum für seine Zwecke auszubeuten und die Ansicht zu verbreiten, als habe er (Witte) im Prozeß Stöcker-Bäcker behauptet, duß er nicht nur aus dem Jahre 1885 einen Brief Stöckers an ihn, sondern noch einen zweiten an ihn gerichteten Brief aus dem Jahre 1878 besitze. Das sei ein Stöcker'sches Fechterkunststück, denn im Prozeß Stöcker-Bäcker habe er (Witte) nur aus dem Briefe von 1885 etwas verlesen. Von dem Stöcker-Grüneberg'schen Brief aus dem Jahre 1878 habe er erst viel später Kenntniß erhalten. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Rätzel wird aus dem Erkenntniß im Prozeß Stöcker-Bäcker verlesen, in welchem der Gerichtshof es allerdings so darstellt, als hätte Hofprediger Stöcker auch im Jahre ;878 einen Brief an Witte gerichtet. — Was die Widerklage betrifft, so hat Witte in einer Zuschrift an die „Kreuzztg." unter dem 9. November sich gegen die Darstellung der Redaktion gewendet, als ob er gegen Stöcker mit einem gefälschten Briefe vorgegangen sei. Demgegenüber heißt es in der Witte'schen Erklärung, „daß diese Angabe auf Erfindung beruht und vollkommen unwahr ist." — Rechtsanwalt Munckel weist darauf hin, daß bezüglich dieser Erklärung die Verjährung eingetreten sei. Rechtsanwalt Rätzel bestreitet dies, da der Wortlaut jener Erklärung in die Witte'sche Broschüre übergegangen sei. Rechtsanwalt Rätzel erhebt zugleich eine neue Widerklage auf Grund eines vom Pastor Witte eingereichten Schriftsatzes, in welchem es heißt: „Das Vorgehen des Hofpredigers Stöcker zeugt von einer niedrigen Gesinnung und ist um so weniger zu entschuldigen, als diese unerhörten Beleidigungen von einem Geistlichen erhoben werden." — Pastor Witte erklärt, daß seine „Erklärung" in der „Kreuzzeitung" sich gar nicht gegen den Hofprediger Stöcker, sondern gegen die Redaktion gerichtet habe. Die Stelle in seinem Schriftstück sei dadurch veranlaßt worden, daß Herr Stöcker in seiner „Kirchenzeitung" über den mangelnden Corpsgeist unter den Geistlichen geklagt habe. — Erster Zeuge ist der Redakteur Oberwinder. Dieser erklärt, daß der fragliche Artikel im „Volk" seines Wissens von Herrn v. Gerlach verfaßt sei. Dieser sei wohl vor Erscheinen des Artikels mit Herrn Stöcker in Verbindung getreten, Stöcker habe aber den Artikel weder redigirt noch verfaßt. — Der Gerichtshof beschließt, Herrn v. Gerlach sofort telephonisch vorzuladen. — Als Zeuge folgt der einstige Mitbegründer der christlich-sozialen Partei, der jetzt 58jährige Schneidermeister Grüneberg, der bekanntlich zwanzig Jahre lang Sozialdemokrat war und nachdem er sich in dieser Partei unmöglich gemacht hatte, durch den Missionsdirektor Wangemann mit Herrn Stöcker bekannt geworden war. Er behauptete, daß Hofprediger Stöcker im Jahre 1878 ihm allerdings zunächst mündlich den Auftrag ertheilt habe, in öffentlicher Versammlung gegen Pastor Witte aufzutreten. Hofprediger Stöcker habe in der That ihm dann noch einen Brief geschrieben und ihn aufgefordert, in der nächsten öffentlichen Versammlung die Witte'sche Angelegenheit zur Sprache zu bringen und zu zeigen, duß Witte sich nicht scheue, Juden zu Titeln zu verhelfen. Er könne sich des Wortlautes dieses Briefes nicht mehr entsinnen, der Inhalt sei aber so gewesen, wie Herr Witte behaupte. Er habe das Original des Briefes bei dem Prozeß Stöcker-Bäcker vorgelegt. — Präs.: Sie hatten einmal versprochen, den Brief dem Missionsdirektor Wangemann und dem Hofprediger Stöcker auszuhändigen, später haben Sie es aber doch nicht gethan? — Zeuge: Das ist richtig, ich habe es nicht gethan, weil noch andere Geheimnisse darin standen. — Präs.: Haben Sie einmal eine Abschrift des Briefes Herrn oder Frau Pastor Witte gegeben? — Zeuge: Ich kann mich

darauf nicht besinnen, aber es ist nicht unmöglich. Ich habe, nachdem ich mit Hofprediger Stöcker verfeindet wurde, meine Erlebnisse aus jener Zeit in einem Tagebuche niedergeschrieben Es ging mir damals sehr schlecht, ich bekam in ganz Berlin keine Arbeit mehr und da habe ich denn verschiedene Briefe an die „Volks-Zeitung" verkauft Die „Volks-Zeitung" hat diese auch abgedruckt und daraus entwickelte sich eine Verbindung mit Pastor Witte. Ich weiß nicht, ob ich das Original oder die Abschrift des Originals der Frau Pastor Witte vorgelegt habe. — Rechtsanwalt Rätzel: Was ist denn aus dem Briefe geworden? — Zeuge: Der Brief existirt nicht mehr Ich hatte Herrn Hofprediger Stöcker das feste Versprechen gegeben, daß ich keinen Mißbrauch mehr mit dem Briefe treiben und ihn vernichten werde. — R.-A. Rätzel: Sie sind also nicht mehr im Besitze des Briefes? — Zeuge: Nein. Ich bin bei Herrn Hofprediger Stöcker gewesen, habe mich mit ihm ausgesprochen und ihm die Hand darauf gegeben, daß ich den Brief gegen ihn nicht ausbeuten wolle. — R.-A. Rätzel: Sie haben doch in allen früheren Schritten, die Sie gegen Hofprediger Stöcker unternommen und bei der Veröffentlichung der Briefe niemals ein Wort von dem angeblichen Briefe gesagt. — Zeuge: Das hatte seinen guten Grund; der Brief hatte für mich einen ganz besonderen Werth und ich wollte ihn nicht aus der Hand geben. — Rechtsanwalt Rätzel: Worin soll denn dieser große Werth bestanden haben? — Zeuge: Ich hatte mit dem Briefe den Beweis dafür in der Hand, daß es möglich sei, daß in einer so großen Stadt so hochgestellte christliche Männer solche Skandalszenen bereiten. Die Sache ist 13 Jahre her, Herr Stöcker hätte doch vor vielen Jahren mir vorhalten können, daß er einen solchen Brief nicht an mich geschrieben. Jetzt ist es ganz gute Kunst, eine solche Sache abzustreiten. — Der Zeuge theilt noch mit, daß er in den letzten Tagen von Leuten überlaufen worden sei, die für und wider Stöcker Partei nahmen. Es haben sich darunter Männer in hohen Stellungen befunden, die ihn nicht gerade hätten beeinflussen wollen, die aber anscheinend darauf ausgingen, die öffentliche Meinung noch vor dem Termine zu beeinflussen und Stöcker schon vor dem Termin todt zu machen. Namen will der Zeuge nicht nennen. Ein Redakteur, der bei ihm erschienen sei, habe gesagt: Der Gerichtshof sei ausgesprochen Stöckerfreundlich. — Präs.: Wie soll denn jemand zu solcher Behauptung kommen? Ich selbst bin erst seit kurzer Zeit in Berlin, mich dürfte wohl schwerlich jemand kennen und die beiden Herren Schöffen sind erst heute herbeigeholt worden. — Rechtsanwalt Raetzel: Der Zeuge weiß doch wohl, daß Herr Hofprediger Stöcker es abgestritten habe, einen solchen Brief geschrieben zu haben. Es ist doch auch auffällig, daß Sie, als Sie gerade wegen dieses Briefes als Zeuge vor das Konsistorium geladen worden waren, sich entschieden geweigert haben, eine Aussage zu machen. — Präs.: Herr Zeuge, das ist ja in der That auffallend. Sie wissen doch, daß jeder Staatsbürger die Pflicht hat, bei einer Vorladung vor Gericht seine Aussage zu machen. — Zeuge: Das ist ja richtig. Es giebt aber auch innere Gründe und Umstände, in denen mir Gott im Himmel näher steht, als meine Zeugnißpflicht. — Pastor Witte macht darauf aufmerksam, daß seine Broschüre „Mein Konflikt" im Jahre 1889 erschienen sei und darin schon die Behauptung Grüneberg's mitgetheilt worden war, daß er jenen Brief schon im Stöcker-Bäcker-Prozesse dem Vorsitzenden gezeigt, ihn von diesem aber wieder zurückerhalten habe, da es nach Ansicht des Vorsitzenden nicht mehr darauf ankomme. Da zur Zeit des Erscheinens der Broschüre der Vorsitzende im Prozeß Stöcker-Bäcker, Direktor Lüty, noch lebte und jeden Augenblick diese Behauptung Grüneberg's hätte widerlegen können, so trug diese Behauptung das Zeichen der inneren Wahrheit an sich. — Rechtsanwalt Raetzel: Dem Zeugen muß bekannt sein, daß Hofprediger Stöcker im Prozesse Stöcker-Bäcker unter seinem Eide bestritten hat, einen solchen Brief geschrieben zu haben. — Zeuge Grüneberg: In jenem Prozeß ist der Brief gar nicht verlesen worden, ich habe ihn nur dem Direktor Lüty kurz zur Einsicht vorgelegt; dieser hielt es aber nicht für nöthig, weiter darauf einzugehen. — Pastor Witte: Hofprediger Stöcker hat in dem Prozesse Stöcker-Bäcker gar nicht Gelegenheit gehabt, diesen Brief abzuleugnen; er hat vielleicht abgeleugnet, Herrn Grüneberg „beauftragt" zu haben, in öffentlicher Versammlung gegen den Pastor Witte vorzugehen. — Rechtsanwalt Rätzel: Wenn Herr Stöcker bestreitet, einen solchen Brief geschrieben zu haben, Herr Grüneberg es aber behauptet, so bleibt die Möglichkeit, daß G. selbst den Brief geschrieben hat. Es wäre angezeigt, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er berechtigt sei, auf Fragen nicht zu antworten, wenn er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen müßte. — Präs.: Ich frage den Zeugen, ob er sich einer strafbaren Handlung bewußt ist? — Zeuge: Nein, absolut nicht. — Der Zeuge wird vereidigt. — Der Vorsitzende verweist sodann auf einen von Stöcker überreichten Brief des verstorbenen Direktors Wangemann, aus welchem hervorgeht, daß dieser einmal im Auftrage des Hofpredigers Stöcker mit Grüneberg wegen Herausgabe des Briefes verhandelt habe. Bei seiner Aussage vor dem Konsistorium hat Direktor Wangemann ausgesagt: Grüneberg habe ihm bestimmt versichert, daß das Original jenes Briefes noch in seiner Hand sei und daß Pfarrer Witte von einer Stelle aus jenem Briefe Abschrift genommen habe. — Die nächste Zeugin ist die Frau Pastor Anna Witte: Am 28. Januar 1889, als ihr Ehemann noch im Konfirmationsunterricht war, sei ihr der Besuch des Schneiders Grüneberg angemeldet worden und sie habe ihn empfangen. Bei dieser Gelegenheit habe dann Grüneberg seinem Unmuthe über das Verhalten Stöcker's wiederholt Ausdruck geliehen und ihr gesagt, daß er einen wichtigen Brief Stöcker's an ihn bei sich führe. Er fügte hinzu, daß Herr v. Hammerstein und Herr Stöcker ihm 500 Mk. für diesen Brief geboten haben, daß er ihn aber lieber event. Herrn Pfarrer Witte schenken wolle. Grüneberg habe ihr dann eine Abschrift des Briefes vorgelegt, sie habe aber gesagt, daß sie das Original sehen müsse. Da habe Grüneberg in die Tasche gegriffen und ihr das Original des Briefes, soweit es die interessirende Stelle betrifft, gezeigt. Sie habe ganz deutlich gesehen, daß der Brief, der an Schneidermeister Grüneberg gerichtet war und die Unterschrift „Ihr Stöcker" trug, die ihr sehr wohlbekannte Handschrift des Hofpredigers Stöcker trug. Sie habe sich dann Abschrift von der Grüneberg'schen Abschrift genommen, das Original habe Grüneberg nicht aus der Hand gegeben. — Der Vereidigung dieser Zeugin widerspricht Rechtsanwalt Rätzel, der Gerichtshof vereidigt jedoch die Zeugin. — Konsistorialrath Leonhardt bekundet, daß zu der Zeit, als er noch Superintendent war, der Schneider Grüneberg einmal zu ihm gekommen sei und ihn um seinen seelsorgerischen Rath gefragt habe, wie er sich mit den noch in seinen Händen befindlichen Briefen verhalten solle. Er habe ihm darauf geantwortet, wie er es vor Gott und vor seinem Gewissen verantworten könne. — Der Zeuge Kreutzberg, der mit Grüneberg im Jünglingsverein bekannt geworden, ist von diesem auch einmal in diesem Sinne angegangen worden. Er hat dem Grüneberg dieselbe Antwort ertheilt, wie der Vorzeuge. Er entsinnt sich, daß Grüneberg ihm gesagt habe, er besitze einen Brief Stöcker's an ihn, in welchem ihn dieser direkt beauftragte, den Pfarrer Witte wegen seiner Verwendung für die Charakterisirung des Kommerzienraths Wollheim in öffentlicher Versammlung anzugreifen.

Zeuge Frhr. v. Hammerstein, der, trotzdem er Zuchthäusler ist, in seinen eigenen Kleidern vorgeführt wird, bekundet: Er könne sich der schon so weit zurückliegenden Thatsachen nur noch dunkel entsinnen. Er besinne sich, daß er einmal sich in die Witte'sche Wohnung begeben habe, um zu versuchen, einen Ausgleich zwischen Witte und Stöcker anzubahnen, weil er es nicht für angezeigt erachtete, daß sich zwei Vertreter der evangelischen Kirche in so schroffer Weise bekämpfen. Er entsinne sich auch, daß von der Unterhaltung, die er bei dieser Gelegenheit mit der Frau Witte gehabt, eine falsche Darstellung in die Zeitung gekommen sei und daß davon die Rede gewesen sei, daß Pastor Witte die Unterhaltung, hinter einer Thür stehend mit angehört habe. Er müsse bestreiten, daß er — so weit er sich noch entsinnen könne — mit Schneider Grüneberg über die Herausgabe des Briefes verhandelt habe, auf keinen Fall habe er 500 Mk. dafür geboten. Seiner Ansicht nach habe er bei der Unterredung mit Frau Pastor Witte auch versucht, Einblick in den Brief Stöckers vom Jahre 1878 zu gewinnen. — Pastor

Witte protestirt nachdrücklich gegen die Unterstellung, daß er Hammerstein's Untereedung mit seiner Ehefrau hintee einee Thür lauschend mit angehört hade. Er hade sich zu derselden Zeit dei dem Geh. Rath Wagener, dem ehemaligen Redakteue der „Krenz-Ztg." befunden. Zeuge sowohl wie seine Ehefran bestreiten, daß es sich bei der fraglichen Unterredung um den Brief Stöcker's an Grüneberg gehandelt habe und dehaupten, daß v. Hammerstein Einsicht in den an ihn (Witte) gerichteten Brief vom Jahre 1885 hade nehmen wollen. — Rechtsanwalt Munckel hält dies der Sachlage für entsprechend, denn sonst hätte Herr v. Hammerstein doch nicht dei Fran Witte, sondern dei Grüneberg Einsicht nehmen müssen. — Zeuge Grüneberg, der Herrn v. Hammerstein gegenübergestellt wird, erklärt, daß er früher diesen nie gekannt hade und ihn auch jetzt nicht wieder erkenne. Dagegen sei thatsächlich seinerzeit ein Mann del ihm gewesen, der sich Herr v. Hammerstein nannte und ihm 500 M. für die Herausgade des Briefes dot. — v. H. destreitet, dieser Mann gewesen zu sein. — Der Zeuge wird nach Beendigung seiner Vernehmung durch die ihn degleitenden Wärter mittels Droschke in die Strafaustalt zurückgeführt. — Der Prediger Crolow aus Horst i. P. ist s. Z. Hilfsprediger des Pastors Witte gewesen. Er entsinnt sich, daß er im Auftrage des letzteren einmal zu Grüneberg sich degeben und versucht hade, das Original des qu. Briefes zu erhalten. Grüneberg hade dies adgelehnt, ader, auf einen Stoß Briefe verweisend, erklärt, daß sich der Stöcker'sche Brief darunter definde. Diese Bemerkung habe auf ihn einen glaudhaften Eindruck gemacht. — Pastor Witte üderreicht noch einen in seinem Besitze defindlichen Brief Grüneberg's an den Zeugen Krentzberg. Derselde ist vom 18 März 1889 datirt und lautet in den Anfangszeilen: „Soeben komme ich vom Pastor Witte. Was wir zu sprechen hatten, war ja immer wieder der Gegenstand Stöcker. Ich hatte mir vorgenommen, den Brief Stöcker's, worin ich aufgefordert wurde, nach der vorhergegangenen verunglückten Versammlung in der Norddeutschen Brauerei die Angelegenheit Witte in der nächsten öffentlichen Versammlung zu erledigen Herrn Pastor Witte zu üdergeden, damit er Einsicht nehme. Grüneberg theilt ader weiter mit, daß seine Frau dagegen gewesen sei. — Rechtsanwalt Munckel deantragt, das Erkenntniß in dem vor dem hiesigen Konsistorium geführten Disziplinarverfahren gegen Witte zu verlesen. Aus diesem werde hervorgehen, daß die Disziplinardehörde im Gegensatz zu Herrn Stöcker die Ueberzeugung gewonnen, daß Pfarrer Witte aus den ihm vorgeführten Thatsachen bona fide hade annehmen können, daß der fragliche Brief des Hofpredigers Stöcker wirklich existirte. — Rechtsanwalt Rätzel deantragt, alsdann den Termin zu vertagen, da er nicht darauf verzichten könnte, den Verfasser jenes Erkenntnisses, Regierungsrath Schuster, zu vernehmen. — Nach sehr langer Berathung des Gerichtshofes wird Frau Pastor Witte noch einmal vorgerufen. Sie dleidt auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden mit Entschiedenheit dadei, daß ihr Grüneberg das Original des Stöcker'schen Briefes vorgezeigt habe. Sie könne sich gar nicht irren und auch nicht mystifizirt sein, denn sie kenne die Handschrift des Mannes, der so namenloses Unglück üder ihre Familie gebracht, so genau wie ihre eigene Schrift Außerdem war der Stil des Briefes durchaus Stöckerisch Das Datum und die Adresse des Briefes hat die Zeugin nicht erkannt. — Präs.: Sie meinen also, daß Sie sich nicht irren können? Sie sind die einzige Zeugin, die den Brief gesehen hat. — Zeugin: Ich kann mich entschieden nicht irren — Der Gerichtshof deschließt hierauf, von der Vernehmung des Herrn v. Gerlach und von der Verlesung des Disziplinar-Erkenntnisses Adstand zu nehmen. — Rechtsanwalt Munckel II deantragt in längerer Rede, Herrn Hofprediger Stöcker wegen Beleidigung nicht nur im Sinne des § 186, sondern auch des § 187 zu destrafen. Der Vorwurf, einen Brief gefälscht zu haben, enthalte eine schwere Beleidigung namentlich für einen Geistlichen. Die Beweisaufnahme könne keinen Zweifel darüber lassen, daß der Brief, den Herr Stöcker adleugne, thatsächlich existirt hade. Seiner Auffassung nach hade Hofprediger Stöcker wider besseres Wissen den Privatkläger deleidigt, und er deantrage, ihm mildernde Umstände nicht zuzubilligen und nicht blos auf eine Geldstrafe zu erkennen. Was die Widerklage detrifft, so sei theils die Verjährung eingetreten, theils liegen Beleidigungen gar nicht vor. — Rechtsanwalt Rätzel bezweifelt die Zuverlässigkeit der Aussagen des Zeugen Grüneberg und der Frau Pastor Witte und macht dem Privatkläger zum Vorwurf, daß er zum Nachtheile von Stöcker einen Brief in die Welt gesandt, ohne offen mitzutheilen, daß er nicht den Brief seldst, sondern eine von ihm korrigirte Adschrift veröffentlicht hade. Auf die Widerklage hin deantragte er die Verurtheilung des Privatklägers Witte. — Letzterer führte in langem Schlußwort aus, daß die Wahrheit jedes Wortes und jeden Satzes, der in seiner Broschüre stehe, durchaus erwiesen sei und die sittlichen Schlußfolgerungen sich daraus von seldst ergeden. Dagegen habe Herr Hofprediger Stöcker einen ganzen Knäuel von Irrungen und Wirrungen zu stande gedracht, um ihm seine Ehre adzuschneiden. Herr Stöcker hade sich oft gerühmt, ein Gedächtniß „wie eine Kneifzange" zu haden, er müsse sich erinnern, daß der von ihm destrittene Brief wirklich vorhanden war. Wenn er den Brief für einen gefälschten gehalten, hätte es zu dem ABC seiner Rechte und Pflichten gehört, daß er sofort im Jahre 1889 dagegen energisch Front gemacht hätte. Statt dessen hade er neun Jahre lang geschwiegen, er habe seine Wege gekreuzt, ihm Steine in den Weg geworfen und ihn hinter seinem Rücken denunzirt Wenn er so lange diplomatisch geschwiegen und nun jetzt plötzlich mit der Behauptung der Fälschung hervortrete, so sei dies nicht die Bethätigung einer edlen, sondern einer niederen Gesinnung und er beantrage daher Freisprechung von der Widerklage. — Der noch einmal vorgerufene Zeuge Grüneberg versichert auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden, daß er die reine Wahrheit gesagt hade Der fragliche Brief des Herrn Stöcker sei thatsächlich vorhanden gewesen und er hade einen Passus aus demselden der Frau Pastor Witte gezeigt. Im Prozesse Stöcker-Bäcker hade ihm der Vorsitzende Lüty das Zeugniß ausgestellt, daß er offendar die Wahrheit gesagt hade, er hade ader Herrn Stöcker anempfohlen, mit sich zu Rathe zu gehen, od er in allen Punkten von sich seldst das gleiche sagen könne. Ein vom Vorsitzenden vorgeschlagener Vergleich wird von deiden Parteien adgelehnt — Rechtsanwalt Rätzel macht geltend, daß Hofprediger Stöcker so lange geschwiegen habe, weil im Jahre 1890 zwischen den Parteien ein Vergleich zu stande gekommen sei.

Der Gerichtshof derieth nur kurze Zeit. Der Gerichtshof hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß deide deanstandeten Artkel für den Kläger deleidigend seien, zumal angenommen sei, daß der letztere sich im besten Glauden defunden hade. Der Gerichtshof sei ader in der Beurtheilung, welcher Beleidigungsparagraph gegen den Privatdeklagten zur Anwendung gelangen müsse, weiter gegangen als die Anklage, es müsse der § 187 **(verleumderische Beleidigung)** des Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen. Dem Zeugen Grüneberg hade wegen seines wiederholten Gesinnungswechsels allerdings nicht unbedingter Glaube geschenkt werden können, dagegen sei ader das Zeugniß der Frau Prediger Witte als ein durchaus einwandsfreies anzusehen. Der Privatdeklagte müsse wegen Beleidigung in zwei Fällen destraft werden. Was die Widerklage andetreffe, so sei in dee „Erklärung" des Klägers eine Beleidigung nicht gefunden worden, außerdem habe der Kläger sich in Wahrnehmung derechtigter Interessen defunden. Bei der Strafadmessung sei einestheils derücksichtigt worden, daß der Kampf zwischen den Parteien in heftigster Weise geführt worden sei, andererseits aber auch, daß der Beklagte nach langer Pause den Streit wieder ins Leden gerufen hade. Der Beklagte sei zu einer Geldstrafe von 600 Mark event. 40 Tagen Gefängniß verurtheilt und dem Pastor Witte die Befugniß zugesprochen worden, das Urtheil auf Kosten des Beklagten im „Volk" und der „Deutschen Evang. Kirchen-Zeitung" dekannt zu machen.

Der Wiederdeklagte sei freizusprechen.

Einige Preßstimmen über Stöckers Verurtheilung.

„Kölnische Zeitung" vom 13. 11.

Seit dem Sturze seines würdigen Freundes Hammerstein und seit dem Scheiterhaufendriefe ist der Stern des Herrn Adolf Stöcker beständig niedergegangen. Der gestrige Tag, an dem der Hofprediger a. D. zu einer Geldstrafe von 600 Mk. verurtheilt wurde, dezeichnet einen dedeutsamen Schritt auf dem Wege, der ihn voraussichtlich aus unserm politischen Leden hinausführen wird. Die Bedeutung des Urtheils liegt darin, daß die Richter klipp und klar angenommen haden, Stöcker hade sich nicht nur der Beleidigung, sondern der verleumderischen Beleidigung, wider desseres Wissen, schuldig gemacht; wenn man den Verlauf des Prozesses üderblickt, so wird man den Richtern nur deistimmen können. Wir geden nicht sehr viel auf das Zeugniß des Schneiders Grüneberg an sich, ader es wird durch eine Menge Zeugenaussagen in mehr oder weniger üderzeugender Weise dekräftigt, vor allem ader durch die Hauptzeugin Frau Pastor Witte, die ihre Erklärungen mit solcher Entschiedenheit und Klarheit abgad, daß sie den Eindruck vollster Glaudwürdigkeit machten. So war denn die Verurtheilung nicht nur eine formale, sondern eine moralische, und wir denken, daß Ehren-Stöcker sich nur schwer von ihr wird erholen können. Es ist ja freilich wahrscheinlich, daß er Berufung einlegen und dadurch die Sache in die Länge ziehen wird; nach den Zeugenaussogen ist ader kaum anzunehmen, daß das Berufungsgericht zu einem wesentlich anderen Urtheil gelangen wird. Es liegt auf der Hand, daß dies Urtheil auch auf die anderen augendlicklich von Stöcker angestrengten Prozesse eine große Bedeutung haden muß, denn jenen Prozessen liegt die in verschiedener Form aufgestellte Behauptung zu Grunde, daß Stöcker nicht vor dreister Lüge zurückschrecke, also mit einem schweren, bei einem Geistlichen doppelt verabscheuungswürdigen moralischen Defekt behaftet sei, und diese Behauptung ist jetzt gerichtsseitig in einem Falle als feststehend anerkannt worden. Es ist dedauerlich, daß Stöcker sich nicht hat entschließen können, dem Prozesse persönlich deizuwohnen, man möchte fast daraus schließen, daß er einen ungünstigen Ausgang voraussah, wenn er vielleicht auch gehofft hat, daß er dem § 187 entgehen werde. Jedenfalls ist dadurch der Culturgeschichtsschreider um ein effektvolles und dezeichnendes Bild reicher: ein streitbarer Gottesmann, der mit dröhnender Stimme auf Synoden gegen Sittenverderdniß eifert, der von einer Anzahl dlinder Anhänger als gewaltiger Reformator auf den Schild erhoden wird, steht vor den Schranken, um den Urtheilsspruch anzuhören, der ihm eines der

dem allgemeinen Anstands- und Rechtsgefühle am meisten widerstreitenden Vergehen schuldig befindet, der hinterlistigen Lüge, die einem anderen die Ehre abschneidet. Der Pranger aus Holz und Eisen ist abgeschafft, aber der moralische Pranger existirt noch, und der jetzt auf ihm steht, das ist der mundfromme Ehren-Stöcker.

„Post“ vom 14. 11.:

Die Verurtheilung des Hofpredigers a. D. Stöcker erregt insofern ein rein menschliches Interesse, als sie dem von seinem einflußreichen Gegner mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgten Kläger wenigstens in Bezug auf die gegen ihn öffentlich ausgesprochenen Verdächtigungen Genugthuung gewährt. Sie hat aber auch ein politisches Interesse insofern, als sie auf den Charakter und das Treiben des Mannes, welcher noch soeben die Stirn hatte, sich mit Luther zu vergleichen, ein scharfes Schlaglicht wirft. Das Verdikt des Gerichts lautet auf Verleumdung; es ist von dem Gerichte dabei als festgestellt erachtet worden, daß Herr Stöcker den von ihm verleugneten Uriasbrief an Grüneberg wirklich geschrieben hat. Diese Thatsache spricht für sich selber, ihr braucht kein Wort hinzugefügt zu werden. -- Es versteht sich von selbst, daß durch die Verurtheilung weder die sachliche Beurtheilung der politischen, kirchlichen und sozialen Bestrebungen Herrn Stöckers, noch seine agitatorische Kraft, und das Verdienst, das er sich auf manchen Gebieten entschieden erworben hat, berührt wird. Allein es wird auch weiteren Kreisen, welche bisher Herrn Stöckers Worten unbedingt vertrauten, die Augen darüber öffnen, daß bei ihm die schärfste und sorgfältigste Prüfung nothwendig ist, wenn man nicht Gefahr laufen will, sich für Zwecke höchstpersönlicher und häufig nichts weniger als edler Art einfangen zu lassen. Der Scheiterhaufenbrief und seine Verleugnung, das zweideutige Verhalten in Sachen des „Volks“, welches schließlich zum Bruche mit der konservativen Partei führte, sowie gegen Herrn v. Gerlach, der Brief an Grüneberg und seine Ableugnung zeigen auch für den, welcher die Herrschsucht, die Eitelkeit und die vor keinem Mittel zurückschreckende Verhetzungssucht des Führers der Christlich-sozialen älterer Observanz nicht aus eigener Erfahrung kennt, so starke Schattenseiten des Charakters, daß die glänzenden Eigenschaften Herrn Stöckers, namentlich seine Beredsamkeit, ihre faszinierende Kraft auch auf die bisher unbedingte Gefolgschaft verlieren müssen, und die Frage wirft sich auf, ob im Interesse der synodalen Verfassung der evangelischen Landeskirche Herr Stöcker nicht auf die Ehrenstellen, in welche er sowohl von der General- als von der Provinzialsynode berufen worden ist, verzichten sollte.

„Berl. N. Nachr.“ vom 14. 11.:

. . . Wohin soll es mit dem Ansehen der Kirche und der Religion im Volke, die man in der Gegenwart einer ganz besonderen Pflege und eines verstärkten Schutzes für benöthigt erachtet, kommen, wenn ihre Diener sich Vergehungen schuldig machen, die mit den Begriffen von Ehre und Rechtschaffenheit nicht vereinbar sind? Leidet nicht die Kirche, die unter ihren Dienern Personen von beflecktem Rufe duldet, die allerschwerste Einbuße? . . . Darf sie (die Synode) ihre obersten Ehrenstellen Männern anvertrauen, die vor der öffentlichen Meinung durch gerichtliche Urtheile in solcher Weise als sittlich defekt gekennzeichnet sind? Wir glauben, diese Frage stellen heißt sie auch schon beantworten, und halten es für unmöglich, daß die Synode die unabweislichen Konsequenzen daraus zu ziehen unterlassen sollte. Aber wir meinen auch weiter noch, daß das Kirchenregiment nicht umhin können wird, sich der Erwägung der Frage zu unterziehen, ob ein Mann mit einem solchen Defekt überhaupt noch Träger des geistlichen Amtes bleiben darf.

„Deutsche Tageszeitung“ vom 13. 11.:

. . . Das eine dürfte aber aus dem Prozesse als Lehre sich ergeben, daß Männer, die im politischen Leben stehen und eine führende Rolle spielen wollen, in der Wahl ihrer Freunde und Vertrauten außerordentlich vorsichtig sein müssen, und daß solche Männer sehr gut daran thun, Kleinlichkeiten aus dem Spiele zu lassen und ihre Gegner nur offen zu bekämpfen, da gerade solche Kleinlichkeiten oft die bedeutendsten und die bestgesinnten Männer zu Falle gebracht haben.

„Vorwärts“ vom 14. 11.:

. . . Es bleibt also immer noch eine Möglichkeit offen, daß Herr Grüneberg zu seinen Privatzwecken jenen Brief erfunden und auch Herrn Witte durch Vorweisung eines nachgemachten Briefes in Stöcker's Schriftzügen getäuscht hat. Eine Möglichkeit, aber eine entfernte nur. Diese Möglichkeit schwindet nahezu auf das Maß einer unendlich kleinen zusammen, wenn man all die Umstände, die in diesem Prozeß zu Tage getreten sind, insbesondere die Thatsache erwägt, daß Herr Stöcker mit seiner Bezichtigung der Fälschung gegen Herrn Witte hervorgetreten war, nachdem er annehmen konnte, der Brief sei vernichtet. Zur Würdigung dieser neuesten Stöckerei möchten wir auf eine parallele Erfahrung verweisen, die die Redaktion des „Vorwärts“ jüngst mit Herrn Stöcker gemacht. Wir waren bekanntlich in der Lage, den sogenannten Scheiterhaufen-Brief Stöcker's an Hammerstein zu veröffentlichen. **Der Mann mit dem „Gedächtnisse wie eine Kneifzange“ konnte sich anfangs des Briefes nicht erinnern. Dann begann er dessen Richtigkeit zu bestreiten. Eines Tages erschien nunmehr auf dem Bureau des „Vorwärts“ ein Abgesandter des Herrn Stöcker, der um Vorlegung des Originals bat. Das wurde abgelehnt. Nunmehr mußte sich Herr Stöcker die Möglichkeit vorgestellt haben, daß das Original überhaupt nicht in unseren Händen sei. Seine Ableugnungsversuche wurden ungenirter.** Wir waren nun allerdings nicht gezwungen, uns zum Beweis der Echtheit des Scheiterhaufen-Briefes auf weitläufige Indizienbeweise zu verlassen, wie Herr Witte, sondern konnten das Facsimile des bestrittenen Briefes veröffentlichen.

Zur Abwehr.

Zum Tode Karl Maisons schreibt die „Allg. Ztg. d. Jud.“ **vom 13. November:**

Seit dem Jahre 1848 ungefähr sind Juden Mitglieder der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Baiern gewesen. **Dr. Morgenstern,** Fabrikbesitzer in Fürth, Advokat **Dr. Arnheim** in Bayreuth, seine Berufsgenossen **Frankenburger** in Nürnberg, der auch als Mitglied des deutschen Reichstages Hervorragendes leistete, der jetzige Geheime Hofrath **Dr. von Häule** in München, Justizrath **Gunzenhäuser** in Fürth, dann der pfälzische Notar **Adler** in Freinsheim, sie Alle waren von Haus aus Juristen.

Während in Baiern auf 35 000 Einwohner ein Abgeordneter soll und die Zahl der baierischen Juden ungefähr 50 000 gewesen sein wird, hatte nach dem französischen Kriege die Kammer der Abgeordneten drei Juden zu Mitgliedern: Frankenburger, Hänle, Adler.

1887 wählten die Wahlmänner der Stadt München in der Person des Kommerzienrathes und Handelsrichters Karl Maison, welcher der Sohn eines württembergischen Lehrers war, einen Kaufmann israelitischer Religion in die Kammer, welcher als liberaler Abgeordneter die Interessen seines Wahlkreises vertrat; seine glänzenden Reden galten stets Gegenständen, die er vollauf beherrschte, und sie bewiesen dieses auch durch ihren Inhalt.

Die Kammer verwerthete seinen Scharfblick durch seine Wahl zum Mitgliede des Finanzausschusses.

Daß er mit Recht durch das ihm zu Theil gewordene Vertrauen Mitglied der Handels- und Gewerbekammer für Oberbaiern, ferner Konsul von Schweden, Norwegen und Dänemark war, haben diejenigen eingesehen, die seine Thätigkeit verfolgten. Ein frühzeitiger Tod hat die Thätigkeit dieses Mannes unterbrochen, und in der Kammer der Abgeordneten ist jetzt nur noch ein Jude, und dieser ist — sozialdemokratischer Abgeordneter der Stadt Nürnberg.

An Maisons Grabe standen der Ministerpräsident und der Präsident der Kammer der Abgeordneten; nachdem der Vertreter der liberalen Fraktion der Kammer einen Kranz unter einer Ansprache niedergelegt hatte, trat der Abgeordnete Oberlandesgerichtsrath Geiger mit einem Kranze an das Grab und legte ihn mit den Worten: „Aus Hochachtung **Namens der Centrumsfraktion** der baierischen Kammer der Abgeordneten“ nieder. „Es will Abend werden,“ sagte der Vorstand der Handels- und Gewerbekammer für Oberbaiern bei der Niederlegung seines Kranzes. Es ist Abend geworden. Denn wo noch im deutschen Vaterlande ist jetzt ein Abgeordneter israelitischer Religion, an dessen Grabe einst eine Centrumsfraktion aus Hochachtung ihren Kranz niederlegen wird?

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Bund der Landwirthe und die Antisemiten. Bei der am 13. November stattgehabten Landtagsersatzwahl in Rotenburg-Hersfeld wurde der konservative Kandidat Isenburg mit 105 Stimmen gegen den antisemitischen Kandidaten, Reichstagsabg. Werner, der 100 Stimmen erhielt, gewählt. Herr Werner war also nahe daran, als erster Antisemit in das preußische Abgeordnetenhaus einzuziehen. Im Jahre 1893 wurden 156 konservative und nur 63 antisemitische Stimmen abgegeben. Daß Werner dieses Mal 37 Stimmen mehr auf sich vereinigte, dürfte zum guten Theil auf die Unterstützung seiner Kandidatur durch den Bund der Landwirthe zurückzuführen sein. Es war nämlich den Mitgliedern des Bundes freigestellt worden, für welchen der beiden Kandidaten sie stimmen wollten. Wie es scheint, ist man aber thatsächlich in kräftigerer Weise für den Antisemiten eingetreten. — In ostpreußischen landwirthschaftlichen Vereinen hält gegenwärtig Abg. Liebermann von Sonnenberg Vorträge. Es wäre interessant, zu erfahren, so bemerkt die „Königsb. Hart. Ztg.“, ob hier Herr Liebermann v. Sonnenberg lediglich Mittel zum

Zweck ist, um die ostpreußischen Landwirthe für den Bund einzufangen, oder ob umgekehrt der Bund der Landwirthe als Mittel zum Zweck benutzt wird, um für den Antisemitismus zu werben. Die dritte Möglichkeit bestände endlich noch darin, daß der Bund sich offen zur antisemitischen Partei bekennt. — Nach unserer Ansicht ist hier Herr v. Liebermann lediglich Mittel zum Zweck, um die ostpreußischen Landwirthe für den Bund einzufangen. Von der antisemitischen Hetze versprechen sich die Bündler die besten Wirkungen. Es fragt sich nur, ob bei den nächsten allgemeinen Wahlen die Herren v. Plötz und Genossen durch ihre Ausnutzung des antisemitischen Agitatorenthums es nicht mit den Konservativen verderben werden, die schon jetzt den Einbrüchen der Antisemiten in konservative Wahlkreise mit Ingrimm zuschauen. Die Konservativen mögen zeitweise noch so sehr mit den „reinen" Antisemiten kokettiren, in Wahlsachen hört die Gemüthlichkeit auf.

Antisemitismus in der Burschenschaften. Im „Bulk" vom 17. Nov. preist ein „alter Burschenschafter" den Beschluß der Burschenschaft, keine Juden mehr aufzunehmen. Nicht die Korps seien mit dem Ausschluß der Juden vorangegangen:

„Die Erlanger Burschenschaften haben längst schon keine Juden mehr gehabt, als die Korps noch sehr viele unter ihren Mitgliedern hatten. Wenn die alten Herren in Berlin und Gleiwitz damit nicht einverstanden sind, so mögen sie austreten. Uebrigens liegt ein förmlicher Beschluß nicht vor. Weil aber die alte Burschenschaft „die Juden als Feinde unserer Volksthümlichkeit ausgeschlossen hat" (siehe Kolb, „die Alte Burschenschaft in Erlangen". bei Menke 1892 pg. 15 § 124 des Burschenbrauchs) so hat sich die Angelegenheit ebenso entwickelt, nachdem man auch jetzt wieder erkannt hat, daß die Juden unser Volksthum zerstören."

Wir müssen gestehen, daß uns ein Volksthum, das sich durch die Juden zerstören läßt, wenig imponirt. Die Juden müssen doch Hauptkerle sein, wenn ihre halbe Million die volksthümliche Eigenart von 52 Millionen „zerstören" kann. Der „alte Burschenschafter" sollte erst selbständig denken lernen, und nicht antisemitische Pseudoweisheit blindlings nachsprechen.

Der „Reichsbote" als Rassenantisemit. Das fromme Blatt der deutschen Pastoren ist ganz damit einverstanden, daß die Burschenschaften die Juden ausschließen. Er schreibt am 12. November:

„Wir sind der Meinung, daß hier die „aktiven" Burschenschafter im Recht sind, wenn sie sagen: wenn wir deutsche Burschenschaften in dem besonderen Sinne sein wollen, wie es durch die Betonung des Deutschthums ausgedrückt ist, dann dürfen wir keinen Juden aufnehmen; wollen wir aber letzteres, so müssen wir das Wörtchen deutsch streichen!"

Wie aber, fragen wir den „Reichsboten", wenn ein getaufter Jude bei einer Burschenschaft aktiv werden will? Das Blatt hat nicht gemerkt, daß es durch die irrige Gegenüberstellung von „deutsch" und „jüdisch" den Rassenantisemitismus predigt, was auf Seiten eines christlichen Blattes immerhin eine starke Leistung ist.

Hans von Mosch richtet in seiner „Dtsch. Reform" vom 15. Nov. einen erschütternden Appell an das deutsche Volk, sich zu einen „Germanischen Volks-Bund" zusammenzuschließen. Sein Leitartikel beginnt mit den Versen:

Heran wer noch Gluth in der Seele hat
Und Mark im Fühlen und Denken!
Wir greifen hinein in die Speichen der Zeit,
Den Kurs aus der Brandung zu lenken!

Und dann ruft er: „Ihr deutschen Männer, die Ihr ..., Ihr deutschen Herzen, die Ihr ..., Ihr deutschen Denker, die Ihr ...", immer 'ran, immer 'ran!! Nicht die Juden seien „auserwählt", sondern das deutsche Volk! „Leicht ist dem Volke zu helfen, sehr leicht!" — Nämlich, man braucht nur einen Monatsbeitrag an den „Germ. Volks-Bund" zu zahlen!

Zur Wahl Iskrauts als Prediger der Sophiengemeinde. Wie der „Neue ev. Gemeindebote" hört, hat das Kgl. Konsistorium dem Protest von Mitgliedern der Berliner Sophiengemeinde gegen die Wahl des Abg. Iskraut Folge gegeben. Die „Staatsb.-Ztg." bestreitet das entschieden.

Die Christlich-Sozialen Wiens haben es immer scharf abgelehnt, daß man ihre Partei als „katholisch" bezeichnete; sie führte das Wort „christlich" in ihrem Schilde. Und noch unlängst schrieb das Wiener „Deutsche Volksblatt":

„Unsere Bewegung ist vor Allem **keine katholische**, sondern eine **christliche**, was schon daraus hervorgeht, daß sich viele **Protestanten** in unserem Lager befinden."

Dem gegenüber hebt die „Deutsche Ztg" Dr. Lange's vom 15. Nov. hervor, daß das nämliche Blatt jüngst bei der Landtagswahlbewegung im Kreise Spitz-Mühldorf wiederholt die katholischen Bauern vor einem „protestantischen" Bewerber warnte. Man sieht, wie die Wiener Politiker ihre Taktik hübsch nach den jeweiligen Zwecken ändern.

Vermischtes.

König Johann von Sachsen. Nicht selten machen sächsische Blätter den Versuch, einem der weisesten und gerechtesten Fürsten, dem verewigten König Johann von Sachsen, antisemitische Gesinnungen zuzuschreiben. Zu diesem Zwecke haben sie einzelne Sätze aus den Reden, die dieser vorurtheilsfreie, edle Fürst in der sächsischen Ersten Kammer gehalten, aus dem Zusammenhang gerissen und tendenziös entstellt, insbesondere aber diejenigen Äußerungen unterdrückt, welche deutlich Zeugniß für die tolerante Gesinnung des Monarchen ablegen. Diese bekundete sich bereits vor mehr als 60 Jahren, denn am 26. Juni 1833 erklärte der damalige Prinz Johann in der sächsischen Kammer:

„So schmerzlich es mir hat sein müssen, daß gegenwärtig im gebildeten Sachsen eine Petition einer zahlreichen Klasse von Unterthanen um Gleichstellung unterschrieben werden mußte, um so erfreulicher ist es mir, in dem Berichte der Deputation der Ersten Kammer so wahrhaft menschenfreundliche Grundsätze aufgestellt zu sehen, und ich schließe mich nicht bloß der Schlußfrage an, sondern stimme auch dem bei, daß man die Frage über die Emanzipation der Juden nicht an die Frage über ihre moralische Verbesserung knüpfen möge. Man kann nicht verlangen, daß sie sich moralisch bessern, bis nicht ihre bürgerliche Stellung verbessert ist."

Indem man den Juden ihr bürgerliches Fortkommen erleichtert, fuhr der Prinz fort, muß man auch für ihre moralische Ausbildung etwas leisten.

„Aber ich glaube, daß man dabei nicht nur Alles zu vermeiden hat, was eine Beschränkung der Gewissensfreiheit involvirt, sondern daß man auch nicht die Ansicht verfolgen darf, durch neue Einrichtungen die Jugend für ihren Glauben gleichgiltig zu machen, denn Leute ohne Glauben sind die gefährlichsten Mitglieder der Gesellschaft." (v. Falkenstein: Johann, König von Sachsen. 1878. S. 142.)

Auf dem Landtage im Jahre 1837 äußerte sich Prinz Johann dahin:

„Mit aller Achtung für die öffentliche Meinung muß ich mich doch für die Juden verwenden. Ich glaube, wir sind es den Juden als Menschen, wir sind es ihnen als Mitbürger schuldig. Ich habe keine andere Sympathie für die Juden als für alle meine Mitmenschen, und diese kann ich ihnen nicht weigern."

Als ein Redner den Juden den Erwerb von Grundstücken versagen wollte, weil er der Natur des christlichen Staates zuwiderlaufe, entgegnete der Prinz:

„Ich gestehe, daß ich von der Natur eines christlichen Staates die Ansicht habe, ein christlicher Staat sei der, welcher die Maßregeln der christlichen Religion durchzuführen hat; diese spricht von Duldung, und ich glaube, wir handeln mehr im christlichen Sinne, wenn wir die Erwerbung von Grundstücken dulden."

Protestantenhaß in Frankreich. Der fanatische Juden- und Protestantenhasser Georges Thiébaud hat am 18. Oktober im Pariser „Eclair" seinen Kreuzzug gegen die Protestanten fortgesetzt. Zuerst macht er einige

„Enthüllungen" über die protestantische Taktik: „Die gewohnte Taktik der Hugenotten-Partei in Frankreich bestand stets und besteht heute mehr als je darin, daß sie ihre politische Umtriebe unter dem Mantel des religiösen Glaubens verbirgt. Hinter dem rissigen Vorhang der Gewissensfreiheit, des freien Gedankens und der freien Forschung treibt sie Politik und folgt dem Hang ihres Fanatismus und ihrer Antipathien. Den Tadel, Politik und Religion zu vermengen, den sie Anderen macht, verdient sie mehr als jemand. Keine Politik ist weniger bürgerlich und weniger weltlich, im wahren Sinne des Wortes, als die protestantische."

Die Protestanten seien die Herrscher Frankreichs: „— — seitdem sitzen die Protestanten — durch die Gunst des jetzigen Regimes — — in der Macht, hinter den Coulissen der Macht, in den einflußreichen Stellungen der Macht, zu deren Zugang geschlossene Gesellschaften, jüdisch-protestantische Verbindungen wie die Freimaurerei . . . die kurze Stufenleiter für die Religionsgenossen bilden, unter Ausschluß des Haupt-Elements der französischen Bevölkerung, welches — zu seinem Unglück unter solchen Umständen — nach Wesen, Ursprung und Temperament aus Katholiken besteht.""

Die „protestantischen" Länder England und Deutschland seien die Herren Frankreichs. „Wie kann man erklären, daß die republikanische Partei, die doch Frankreich von seinen militärischen und diplomatischen Verlusten erholt wissen will, seit 20 Jahren unablässig im Schlepptau von England und Deutschland segelte, wenn nicht der Protestantismus hinter ihr steht?

„Das ist das Ende der englisch-deutschen Republik von 1870 und der Anfang vielleicht von der französischen Republik.

Das französisch-russische Bündniß ist großem Widerstand in der offiziellen protestantischen Welt begegnet, welche natürlicher Verwandtschaft gemäß, für die englische Alliance und für einen französisch-deutschen Halb-Vergleich Partei nahm und noch nimmt."

Thiébaud schließt seine Artikel mit den Worten: . . . „Wir werden uns in Acht nehmen! Wir werden die öffentliche Wachsamkeit über die verborgene und mysteriöse Beeinflussung anrufen, welche, indem sie uns seit 25 Jahren jährlich eine Milliarde stiehlt, unter der Vorgabe, unsere Heeres- und Flotten-Macht zu erhöhen, unaufhaltsam unsere Stärke zur See und unser materielles Vermögen auf verderbliche Abwege führt.

Wir werden auch daran erinnern, daß die französisch-russische Allianee, wäre sie auch noch augenfälliger vorhanden als sie ist, in der Praxis unfruchtbar bleiben wird für Frankreich und die Republik, wenn Frankreich und die Republik nicht verzichten auf das Rezept der gemeinschaftlichen Regierung, wie sie hier durch Protestanten und Juden zusammengehalten wird, und welche das Rezept des Unvermögens und der Verwirrung ist."

Blutbeschuldigung in Nowinki. Im Dorfe Nowinki, nahe bei Nishni-Novgorod, hat sich folgender charakteristischer Vorgang zugetragen: Ein kleiner zweijähriger Knabe, Sohn des Bauern Maximof, verschwand kürzlich: trotz allen Nachforschungen war er nicht aufzufinden. Da kamen die Bauern auf den Gedanken, daß er von den Juden „zu rituellen Zwecken" geraubt worden sei. In diesem Sinne hat Herr Maximof die übliche Anzeige abgegeben, sowohl bei der Ortspolizei wie auch in Nishni-Novgorod. Auf Befehl des Gouverneurs Baranov erhielt die Polizei den Befehl, gründliche Untersuchungen anzustellen, um die Entführer des Kindes zu entdecken. Einige Tage später wurde das Kind gefunden. Eine vagabondirende Frau hatte es gestohlen und mitgenommen, um es zum Betteln abzurichten. Das Kind wurde seinen Eltern wieder zugestellt und die Diebin festgenommen.

Blutaberglaube in Galizien. Ein eigenthümlicher Prozeß wurde dieser Tage vor dem Strafgericht zu Kalusz verhandelt. Unter der Schafherde des Gutsbesitzers Suchorzewski in dem Dorfe Koszuby unweit Stupce brach eine Seuche aus, der zahlreiche Schafe zum Opfer fielen. Der Besitzer wandte vergebens allerlei Mittel an; da beschloß der Schafhirt Brzonkowski, der, wie alle seine Berufsgenossen, „zauberkundig" war, auf eigene Faust ein Mittel anzuwenden, welches bei der abergläubischen polnischen und ruthenischen Bauernbevölkerung traditionell ist, nämlich die Leiche eines jüdischen Kindes auf dem Weideplatz der Schafe zu vergraben. Er verband sich mit zwei Complicen, mit denen er sich abends in den Friedhof zu Stupce stahl, wo er die Leiche eines kurz zuvor beerdigten Kindes, namens Schmul Neher, ausgrub und in ein Laken gewickelt mitnahm. Vorher hatten die Leichenschänder, um sich Courage zu machen, in einem Wirthshause gekneipt, und dorthin begaben sie sich auch nach verübter That; einer kaufte Schnaps, und betrunken, wie sie waren, fielen sie in einen Graben, in dem sie ihren Rausch ausschliefen. Als sie bei der Morgendämmerung erwachten, gingen sie nach Hause, vergaßen aber die neben ihnen liegende Leiche. Dieselbe wurde später gefunden, und ein neben ihr gefundener Stock führte auf die Spur der Thäter. Brzonkowski wurde zu zwei Monaten schweren Kerkers, seine Genossen zu vier Wochen Arrest verurtheilt.

Briefkasten.

W. S. in H. Auch der Generalpächter des Deutschthums in Oesterreich, H. K. **Wolf** muß sich von der Wiener „Dtsch. Ztg." vom 7. Nov. sagen lassen, sein Blatt gefalle sich in „**undeutscher** Verkleinerungssucht und Nörgelei."

D. W. in H. Wir wissen nichts davon, da die Frage der Unsittlichkeit in der Armee von dem Sittlichkeitscongreß in Breslau hinter verschlossenen Thüren zur Verhandlung kam. Dazu stimmt freilich der Satz der „Dtsch. Tagesztg." vom 12. Juli d. J. schlecht, die mit einem Seitenhieb auf die „Orientalen" schreibt: „**Deutsche** Jünglinge in dem Alter unserer Soldaten brauchen nicht unsittlich zu werden, und werden es Gott sei Dank auch nicht alle."

B. Der neue ungarische Reichstag zählt dreizehn Juden als Mitglieder; davon gehören 12 der liberalen Partei an, einer hat sich den Unabhängigen angeschlossen.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W, Potsdamerstr. 115 a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 48. Berlin, den 28. November 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der Expedition wünscht, hat 1,10 Mk. einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pr. 4 gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Der Rückzug von Tivoli.

Es war am 8. Dezember 1892. Der Rektor a. D. Hermann Ahlwardt stand auf der Höhe seines Ruhmes; er war eben im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde gewählt worden und mit ihm war der erste Radau-Antisemit in den Reichstag eingezogen. Seine „Judenflinten“ hatten einen Skandalerfolg ersten Ranges gehabt und er war für jene Wochen eine „Berühmtheit“ ersten Ranges. Damals, auf ihrem Parteitag hatten die Konservativen offenkundig die antisemitische Flagge aufgezogen. Der Satz: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“ wurde mit furchtbarem Halloh als überflüssig gestrichen. Rechtsanwalt Krause aus Arnswalde war stolz darauf, Ahlwardt gewählt zu haben. Rittergutsbesitzer von Waldow erklärte: „Lieber 10 Ahlwardts als einen Freisinnigen.“ Und schließlich wurde auf den Helden der „Judenflinten“ ein Hoch ausgebracht. Das war im Jahre 1892, am 8. Dezember.

Der Radau-Antisemitismus ist seit der Zeit derselbe geblieben, aber die Konservativen haben erkennen müssen, was für ein Kind sie sich aufgezogen haben. Obschon ihnen vor dem rohen Demagogenthum der Radauantisemiten angst und bange wurde, haben sie mit ihnen, wo es ging, paktirt und dabei eine geradezu kautschukartige Gewandtheit bewiesen. Im März 1893 fand Herr von Manteuffel Ahlwardts Vorgehen „unerhört.“ Vor den Reichstagswahlen 1893 konferirten er und Stöcker mit Ahlwardt. Bei den Landtagswahlen ging Herr von Manteuffel wiederum mit den radikalen Antisemiten ein Bündniß ein. Jetzt, am 21. November 1896, auf dem Delegirtentag der deutsch-konservativen Partei warnt derselbe Freiherr von Manteuffel vor den Antisemiten, und fährt, laut Bericht der „Kreuzzeitung,“ dann wörtlich fort:

Man solle sich auf sie als auf Bundesgenossen ja auf keinen Fall verlassen. (Sehr richtig!) Die Antisemiten seien nur dann Bundesgenossen, wenn wir ihnen helfen, aber kaltlächelnd wenden sie sich ab, wenn sie uns ihre Hülfe angedeihen lassen sollen. Sie verschaffen sich zudem ihre Mandate fast ausschließlich durch Einbrüche in unseren Besitzstand und scheuen sich vor Berührung derjenigen Wahlkreise, wo hauptsächlich ihre jüdischen Feinde sitzen.

Im großen und ganzen zeichnete der Redner die Stellung der konservativen Partei zur Gesammtpolitik und den übrigen Parteien mit folgenden Worten: „Wir haben uns nach oben wie nach unten und allen Parteien gegenüber als eine durchaus selbstständige Partei zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall.)“

In diesen Programmworten, die von den konservativen Delegirten mit starkem Beifall aufgenommen wurden, liegt ein vollkommener Rückzug von der radauantisemitischen Tendenz des Tivoli-Tages. Gewiß, Antisemitismus treiben diese konservativen Herren nach wie vor, denn ihr Ideal, der christliche Staat, schließt diese kulturfeindliche Bewegung durchaus in sich ein, dieser Staat, der nur christliche Obrigkeit, christliche Lehrer, christliche Richter 2c. anerkannt wissen will. Der Konservative bleibt Antisemit, wenn auch die Form des Judenhasses vielleicht gesellschaftlich sich vornehmer geberdet. Aus diesem Grunde gebe man sich also keiner Illusion hin, wenn Herr v. Manteuffel sich gegen die Antisemiten wendet.

Daß er dagegen ein Abrücken seiner Partei von der antisemitischen Partei proklamirt, ist das faktische Ergebniß des Delegirtentages. Es wird sich freilich darum handeln, ob die konservativen Wähler im Reiche auch dem Gebot der Berliner Parteileitung Folge leisten werden. Wenn das geschieht, so bedeutet das für die Antisemiten eine Niederlage. Aus diesem Grunde ist der Zorn der „Staatsbürgerzeitung“ über Herrn v. Manteuffel recht wohl begründet; sie bemüht sich (23. Novbr.) nachzuweisen, daß der Angriff des Herrn v. Manteuffel jeder thatsächlichen Grundlage entbehrt. Noch an demselben Tage antwortet die „Kreuzzeitung“ gelassen, „daß mehr als die Hälfte aller deutschsozialen Reichstagsmandate, nämlich die Wahlkreise Fritzlar, Bautzen, Meißen, Neustettin, Dresden links und Dresden rechts der Elbe und Hersfeld bis dahin zum konservativen Besitzstand gehört haben und andererseits lediglich durch das ganz aussichtslose Sondervorgehen der deutschsozialen Reformpartei in einer Reihe von Ersatzwahlen alte konservative Wahlkreise (Halle-Herford, Kolberg-Köslin) an den Liberalismus verloren gegangen sind.“

In ihrem bekannten Jargon bezeichnet die „Staatsbürgerzeitung“ das Vorgehen der Konservativen als einen „neuen Sieg des Judenthums“. „Die judenfreundlichen Elemente, die besonders durch die Landräthe repräsentirt werden, haben ersichtlich in der konservativen Partei die Oberhand gewonnen.“ Demgegenüber weist die „Kreuzzeitung“ am 24. Nov. nach, daß nicht weniger als in 10 Wahlkreisen die konservative Partei durch Antisemiten verdrängt worden sei.

Dieser Nachweis erscheint uns nicht unwichtig. Die Antisemiten haben stets behauptet, daß nur ihre Partei allein den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen könne, daß man sich vor sozialdemokratischen Reichstagskandidaturen nur durch eine lebhafte Unterstützung des Antisemitismus retten könne. Wir haben diese Redensart oft genug in ihrer Unwahrheit enthüllt. Ja, wir haben den Beweis führen können, daß gerade der Antisemitismus die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist, daß

meistens dort, wo der Antisemitismus seine schlimme Saat ausgestreut hat, die Sozialdemokratie die reife Ernte abschneidet. Wo die Antisemiten Wahlsiege erfochten haben, geschah es auf Kosten der Konservativen, also auch einer antisemitisch gesinnten Partei. Es ist gewiß kein Verdienst, eine antisemitische Richtung durch eine radikalere verdrängt zu haben. Endlich hat also die konservative Partei eingesehen, daß die antisemitische Partei ihre Lebenskraft und ihren Umfang nur der konservativen Vorarbeit verdankt und daß sich ihr eigener Besitzstand überall da verringert, wo der Antisemitismus aufgetaucht ist. Die nächsten Reichstagswahlen werden ja zeigen, ob die konservative Partei aus diesen Thatsachen die Lehre ziehen wird.

Die National-Sozialen.

I.

Die National-Sozialen haben in Erfurt vom 23. bis 25. November einen Parteitag abgehalten. In seiner großen drei Stunden währenden Programmrede berührte Pfarrer Fr. Naumann auch die Judenfrage. Es seien, so führte er aus, mehrere Anträge gestellt worden, die eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte für Juden und Polen verlangen. Man habe, um den Staat zu stärken, zunächst die Katholiken und alsdann die Sozialdemokraten unter Ausnahmegesetze gestellt und Anläufe gemacht, um auch die Juden unter Ausnahmegesetze zu stellen. Der Erfolg war stets, daß die Unterdrückten sich zu immer größeren und festeren Gruppen zusammenschlossen. Wenn die Antisemiten Erfolg hätten, dann wäre der Erfolg nur, daß eine halbe Million Staatsbürger zu einer festgegliederten Gruppe erstarkte. Er müsse jede Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte aufs Entschiedenste bekämpfen. Durch Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden würde nicht das Mindeste erreicht werden. Ob er (Redner) mit jedem Menschen kordial verkehren würde, sei eine gesellschaftliche Frage. (Heiterkeit.) Allein die gesellschaftliche Frage habe mit der Politik nichts zu thun. Deshalb müsse er jede Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte grundsätzlich ablehnen. (Rufe: Sehr richtig!)

Hiermit berührte Pfarrer Naumann unseres Erachtens den Kernpunkt des Antisemitismus. Auch wir wenden uns gegen den privaten Antisemitismus nicht. So sehr wir ihn bedauern und seine Unvernunft bekämpfen, so sehr gestatten wir jedem Einzelnen, sich nach Belieben diejenigen Leute herauszusuchen, mit denen er gesellschaftlich verkehren will. Früher im Mittelalter mied man rothhaarige Menschen; ob heute Juden von gewissen Gesellschaften gemieden werden, ist lediglich auch Privatsache. Wogegen aber unser Verein und dieses Blatt nachdrücklich kämpfen, das ist der Antisemitismus, der seitens des Staates auf administrativem oder gesetzlichem Wege unterstützt wird. Im Namen der Gerechtigkeit bekämpfen wir das Regierungssystem, das entgegen der Verfassung eine Klasse von Staatsbürgern grund- und rechtlos von vielen Berufszweigen ausschließt und das eine Prämie für den Uebertritt zu einer anderen Religion in Gestalt von Beförderungen und Anstellungen aussetzt! Der Antisemitismus als Ausdruck privater Antipathie und der Judenhaß als politisches Axiom sind himmelweit von einander verschieden, und Naumann hat nur seine politische Einsicht gezeigt, als er darauf hingewiesen.

II.

Anläßlich der Berathung des Programms kam es zu einer Art Judendebatte. Bei § 3, der die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage auf die Kommunalvertretungen verlangt, bemerkte Pfarrer Grooß-Hartenrodt: Ich beantrage, den letzten Satz des § 3: „Wir fordern ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger" zu streichen. Sie werden sagen: „da ist wieder der Antisemit." Jawohl, das bin ich auch. Ich bin der Meinung, wir haben heute keine Zeit, uns über die Juden- und Polenfrage auszusprechen, es ist aber nicht angänglich, daß wir uns in dieser Frage festlegen. Ich ersuche Sie daher, diesen Passus zu streichen, zumal wir ja schon am Eingange des Paragraphen sagen: „Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung." Ich ersuche Sie, meinem Antrage zuzustimmen, andernfalls würden Sie die Geschäfte der Antisemiten besorgen.

Schneider Eichendorf-Sangerhausen, zur Geschäftsordnung: Ich frage den Herrn Vorredner, ob er von den Antisemiten ein Mandat hat. In diesem Falle ist er doch gar nicht berechtigt, an dem Kongreß theilzunehmen. (Widerspruch.) Es ist ausdrücklich gesagt worden, daß wir hier nicht Antisemiten, sondern Christlich-Soziale sind, es muß doch eine Grenze vorhanden sein. (Widerspruch.)

Lizentiat Berlina-Krefeld: Im Rheinlande könne sich Niemand für Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf Kommunalvertretungen begeistern, weil man dort sehr genau wisse, daß alsdann in einer großen Anzahl Städten der Ultramontanismus in den Kommunalvertretungen zur Herrschaft käme.

Pfarrer Esenwein-Langenbeutingen: Der Umstand, daß der Ultramontanismus in einer Kommunalvertretung zur Herrschaft gelangen könnte, könne die Württemberger nicht veranlassen, auf das allgemeine Wahlrecht für Kommunalvertretungen zu verzichten. In Württemberg herrsche in den Kommunalvertretungen zwischen Katholiken und Evangelischen das beste Einverständniß.

Regierungs-Assessor a. D. v. Gerlach-Berlin. Er müsse ganz entschieden für Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf Kommunalvertretungen eintreten. Er sei vom Lande und sehe in diesem Wahlrecht durchaus keine Gefahr. Wenn in einem Orte die Katholiken in der Mehrheit seien, so sei es doch nur naturgemäß, daß diese die Majorität erhalten. Ihm sei es bedeutend lieber, daß der Ultramontanismus, als daß die Plutokratie in der Gemeindevertretung herrsche. (Rufe: die Intelligenz muß herrschen!) Der Geldsack ist mit der Intelligenz keineswegs identisch. Im Uebrigen schließe ich mich dem Antrage des Herrn Pfarrers Grooß an, auf die Gefahr hin, als Antisemit verschrieen zu werden. Ich bekenne, ich bin bis zu einem gewissen Grade Antisemit. Ich bekämpfe die Auswüchse des Judenthums. (Rufe: Die bekämpfen wir alle!) Es kommt nur darauf an, was Sie unter „Auswüchsen" verstehen. Ich wünsche nicht, daß wir uns ausdrücklich für eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden erklären. Ich wünsche, daß auch den Philosemiten die Möglichkeit gegeben werde, sich uns anzuschließen. Allein die Fassung des § 3 würde viele Antisemiten vor den Kopf stoßen. Ich ersuche Sie daher, den Antrag Grooß anzunehmen, um die Pforte zu uns möglichst groß zu machen. Wenn Sie im Uebrigen für Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Polen eintreten, dann müssen Sie konsequenterweise dies auch für die Jesuiten fordern.*)

Pfarrer Battenberg-Frankfurt a. M.: Wenn der Kongreß sich für den Antrag des Pfarrers Grooß erklärte, dann würde er seinen Standpunkt vollständig negiren. Die Auswüchse des Juden bekämpfe er ebenfalls, wie er überhaupt alle Auswüchse bekämpfe. Der Verein könne sich aber nicht für zweierlei Recht aussprechen. Die Antisemiten

*) Herr v. Gerlach weiß anscheinend selbst nicht, was er will. Am ersten Verhandlungstage war er noch dafür eingetreten, daß es keine Staatsbürger zweiter Klasse gebe, also auch z. B. die Polen zu allen Aemtern zugelassen würden; einen Tag darauf stimmte er für die Streichung der „ungeschmälerten Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger", um dadurch den Antisemiten, namentlich in Hessen, die ja den Juden die Staatsbürgerrechte nehmen wollen, den Eintritt in den Verein zu ermöglichen und gleichzeitig sagt er, „ich will nicht, daß wir uns als Antisemiten bekennen," obwohl er selbst sich als solcher bekennt. (Anm. d. Red.)

werde man auch durch Annahme des Antrages Grooß nicht gewinnen. Auch Prof. Dr. Titius-Kiel erklärt sich gegen den Antrag des Pfarrers Grooß, der dann mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt wurde.

Statt der erwarteten „Partei" wurde ein „National-sozialer Verein" gegründet und beschlossen, als Sitz Leipzig zu wählen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Pfarrer Naumann-Frankfurt a. M. gewählt, zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden Geheimrath Professor Dr. Sohm, Professor Dr. Gregori, Maurerpolier Naumann und Graveur Kreutziger, sämmtlich in Leipzig, sowie Pastor Göhre-Frankfurt a. O., in die Kontroll-Kommission Chefredakteur Damaschke-Kiel, Repetent Traub-Tübingen, Professor Dr. Rein-Jena, Graveur Schaal-Berlin und Graveur Hnag-Frankfurt a. M. und endlich als Vereinsorgane „Die Zeit" und „Die Hilfe" gewählt.

Juden können nicht Aufnahme finden, denn § 6 des angenommenen Programms lautet:

„Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht das Christenthum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll."

So sehr wir es auch bedauern, daß Nichtchristen ausgeschlossen sind, so gestehen wir auch diesem Verein das Recht, innerhalb seiner Sphäre sich seinen Verkehr zu wählen.

Ein italienischer Patriot und Dichter.

Wenn wir den Entwicklungsgang der sozialen Stellung der Juden Italiens während des neunzehnten Jahrhunderts mit den Verhältnissen in anderen Ländern zusammenhalten, so wäre man versucht, an eigensinnige Launen der Weltgeschichte zu glauben. Italien hat zuletzt von allen europäischen Ländern die Ghettomauern geschleift; der Hauch der Neuzeit hatte kaum den starren Sinn der ecclesia militans in der Behandlung der Juden brechen können. Seltsames Geschick! Der Krieg von 1870/71 hat den Juden Italiens die lang ersehnte Gleichheit gebracht. Und heut, da in Deutschland schon drei Dezennien verflossen, seitdem den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung gewährt, ist die Gleichberechtigung de facto noch nicht erreicht, während in Italien jüdische Offiziere und Generale Italiens junge Mannschaft in den Waffen üben, die Regierung klug und tolerant genug ist, geistige Faktoren auch aus den Kreisen der jüdischen Bevölkerung zur Leitung der Staatsgeschäfte heranzuziehen.

Allein dieser Werdegang ist auch nicht ohne treibende Kräfte entstanden. Wie in Deutschland anno 1848 so haben auch in Italien jüdische Freiheitsmänner, die doppelten Druck als geknechtete Bürger und rechtlose Juden fühlten, mit Begeisterung die Sache des nach Freiheit sehnenden Volkes ergriffen. Das Leben solch' eines Kämpfers, der zugleich mit tönenden, freiheitsdurchbrausten Liedern zum Streit antrieb, führt uns ein treffliches Werkchen vor, das der Oberrabbiner von Florenz Dr. S. H. Margulies unter dem Titel „Dichter und Patriot", (eine Studie über das Leben und die Werke Dr. Levis) soeben veröffentlicht hat.

David Levi wurde im Jahre 1816 zu Chieri geboren. Er steht somit heut in seinem 80. Lebensjahre. Die Familie, die durch Einführung der Baumwolleninduſtrie dem Lande großen Nutzen gebracht und durch die ihr ertheilten Privilegien eine der wohlhabendsten war, lebte in der Treue zu den alten Satzungen des überlieferten Judenthums wie in der aufrichtigen Liebe zu ihrem Vaterlande — Tugenden, die in unserem Helden potenzirt als das bestimmende Moment in seinem Leben und Handeln erscheinen. Im Kreise der Intelligenz, die allsabbatlich im Hause der Eltern sich an den ewigen Gedanken der Bibel erfreute und die Litteratur Italiens besprach, erhielt er eine treffliche Einführung und Anregung sich diese Wissensgebiete zu eigen zu machen. Zugleich aber wurden hier dem Gemüth des werdenden Freiheitssängers die Ideale der französischen Revolution, jener tiefe Haß gegen die schmähliche Unterdrückung des Volkes, seine Glaubensgenossen eingeschlossen, eingeimpft, die in der Zeit der Reaktion nach 1815 wieder unter all den elenden Ausnahmegesetzen des Adels und des Klerus aufs furchtbarste zu leiden hatten.

Nachdem er nach alt hergebrachter jüdischer Sitte eingesegnet war, wurde er auf die Schule nach Vercelli geschickt, wo er neben dem Studium der hebräischen Sprache, die er bald meisterlich beherrschte, besonders die klassischen Sprachen und die italienische Litteratur pflegte. Sein ungestümer Freiheitsdrang, der damals die unreife Schuljugend beseelte, wuchs mehr und mehr, stets unterhalten und zu immer wilderer Begeisterung entfacht durch die Gesänge eines Silvio Pellico, Nicolini Marenca und die Gedankenwelt Giordano Brunos, des trotzigen Nolaners, den er sein Leben lang in Vers und Prosa verherrlichte.

Daheim zurückgekehrt sollte er sich wider Willen dem Geschäftsleben widmen. Allein er hatte den Kuß der Muse gefühlt — und so flüchtete er von den Seinen, um seinen Neigungen leben zu können. Die Eltern gaben wohl oder übel nach und gewährten ihm die Mittel, die Rechte zu studiren. Er zog nach Parma, da Turin nach piemontesischem Gesetz die Juden von allen höheren Bildungsanstalten ausschloß; von Parma gings nach Toskana und dann im Frühjahr 1836 nach Pisa. Indessen vermochte das Rechtsstudium ihn nicht zu begeistern. Gewaltsam drängte es ihn zu jenem ewigen, ungelösten und wohl unlösbaren Räthsel der Welt- und Menschenseele, und dies qualvolle Ringen um Erkenntniß schlägt sich in tiefsinnigen lyrischen Liedern nieder. Von einem philosophischen System unbefriedigt zum andern eilend, sucht er endlich in dem Studium der alten Religionsformen des Orients Ruhe, die damals die Studien Bopp's, Schlegels, Lassens u. a. der denkenden Welt entdeckt hatten. Aber je mehr er sich in diese Forschungen vertieft, um so lieber gewann er seine eigene Religion. Und je mehr er das Geschick seines Volkes, seiner Vorheimat studirte, um so schärfer trat ihm die Aehnlichkeit beider Geschicke vor Augen:

> Und zweifach Zions Verbannter ich bin
> Zu zweifachem Zion ach zieht es mich hin;
> Doch wehe! im Elend muß beide ich schauen,
> Und einsam und traurig durch düsteres Thal,
> Sich wälzet der Jordan und stöhnet, o Qual,
> Die Woge des Tibers, sie seufzet, o Grauen!

Giuseppe Montanelli, der damals an der Universität Pisa lehrte, war bald auf den genialen Dichterjüngling aufmerksam geworden und mit Freuden trat Levi in die Reihen der jugendlichen Freiheitskämpfer ein, deren Organisation unter dem Namen „das junge Italien" in ganz Italien für ihre Ideale arbeitete. Denn jene trübliche Stimmung, jener verbitterte Haß, der mit elementarer Gewalt durch seine Verse brach, drängte nach Bethätigung, zum energischen Eingreifen in die Geschicke seines Landes. Er reiste im Reiche umher, suchte die einzelnen Gruppen fester aneinander zu knüpfen, mit leidenschaftlicher Begeisterung selbst die Verzagendsten mit sich fortzureißen und immer neue Schaaren für die heilige Idee eines geeinten, freien Italien zu werben. Bald mußte er indessen aus Pisa flüchten — infolge eines Duells, und nachdem er sein Examen als Dr. juris bestanden, zog er nach Paris, damals der Zufluchtsstätte der Freiheitskämpfer aller Länder. Im Verein mit Terenzio Mamiani, Giuseppe La Farina, Berchet, dem genialen Dichter, mit Mazzini, der öfters von London zur Regelung wichtiger Parteiangelegenheiten nach Paris kam, arbeitete er unermüdlich an der Organisation der italienischen Jugend, an der Vorbereitung zu großen revolutionären Komplotten.

Jener tollkühne Plan der beiden Bandiera war hier im Hause des Patrioten Giuseppes Ricciardis im Kreise der Ge-

finnungsgenossen gereift, der auf eine gewaltsame Abschüttelung des österreichischen Joches abzielte. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, daß Unteritalien sich gegen die Gewaltherrschaft Oesterreichs empört hätte. Während Levi nach Piemont und später nach Venedig zog, um zum Kampfe anzufeuern, waren die beiden Brüder Bandiera in Calabrien gelandet, um die Leitung der revolutionirenden Massen zu übernehmen. Der Plan war den Oesterreichern verrathen, und so wurden die beiden Jünglinge sofort gefangen genommen und nach kurzem Verfahren am 5. Juli 1844 zu Caserza wegen Hochverrath erschossen.

„Nicht weinen jetzt sollt ihr, nicht klagen, nur küssen sie satt
„Und schreien, zum Himmel erhebend den Blick,
„Wenn einst Italien sich erhoben in flammender Gluth
„Zu rächen, zu sühnen der Märtyrer Blut."

Die Empörung stellte sich bald als eine Lüge der Fama heraus, und somit war auch die Sendung Levis zu Ende. Er blieb in Venedig, wo er im Anblick dieser wunderbaren, meerumrauschten Stadt herrliche Dichtungen schuf und den Plan zu seinem Drama „Profeti" entwarf. Die Stimmung, die durch diese Schöpfungen zieht, ist die alte. Wieder sieht er das Geschick seines unglücklichen Vaterlandes im Spiegel der trostlosen Leidenszeit Israels. Die Liebe zu seiner Heimath fließt zusammen mit der Liebe zu seinem Volksheimatlande; sie hatten beide für die Menschheit die heiligsten Güter geschaffen und gehütet — und nun lagen sie zerrüttet darnieder.

Zion! — Italien! mein Herz, mein Gemüth
In flammender Liebe zu Euch nur erglüht
Zion! — Italien! Von Sehnsucht verzehrt
Nur Euch meine dürstende Seele begehrt.

Der Schmerz der Patrioten sollte aber bald gelindert werden. Graf Giovanni Mastai-Feretti hatte als Papst Pius XI. die Leitung der katholischen Christenheit übernommen. Die liberalen Anschauungen, denen er zuvor gehuldigt, suchte er unter dem brausenden Jubel der Massen, unter dem stürmischen Beifall aller noch so verbitterten Vaterlandsfeinde auch jetzt in seiner bestimmenden Stellung zum Siege zu verhelfen. Der allgemeinen Amnestie, die er verkündete, folgten bald — im großen Jahre 1848 — andere freiheitliche Gesetze, ein edles Beispiel, dem auch die übrigen Fürsten nachstrebten. Levi, der den Kirchenfürst in einer schwungvollen Ode als den Befreier seines Volkes feierte, erhielt zum Danke den apostolischen Segen; ihm ist es wohl auch zu danken, wenn bald eine würdige Behandlung der Juden Platz griff. — Freilich galt es noch vor allem, die Herrschaft Oesterreichs zu brechen, unter deren Drucke Italien seufzte. Mit Valerio, Correnti, Spaventa, Crispi, Pallavicini gründete er die liberalen Zeitschriften: La Concardia, La Liberta, Il Diretto, in denen offen ein freiheitliches Programm verfochten wurde. Als dann das Jahr 1848 den großen Volksaufstand heraufführte, schaarten sich auch junge Freiwillige aus allen Gegenden Italiens zusammen, um gegen die Feinde des Landes zu Felde zu ziehen. Ein neuer Körner trat Levi mit Leier und Schwert in die Reihen ein, indem er durch seine volkstümlichen Lieder zu lohender Begeisterung entflammte. Der Krieg gegen Oestereich wurde erklärt. Nachdem die ersten Siege erkämpft waren, rückte auch Karl Albert in die Lombardei ein. Die allgemeine Richtung jener Periode kommt zum Ausdruck in der damals veröffentlichten Gedichtsammlung. „Patria et affati" in der Levi seine Wahrheit gewordenen Traume von der Einheit Italiens besingt, in der er immer wieder an den nationalen Zusammenschluß aller Völkerschaften Italiens als die einzige Rettung aus trüber Zeit, als die einzige Sicherheit für eine der hehren Vergangenheit Italiens würdigen Zukunft gemahnt.

Allein die im Jugendeifer erträumten Hoffnungen schlugen bald um, die Begeisterung reichte nicht hin, um dauernde Siege über die gutgeschulten österreichischen Truppen zu erringen. Die Schlacht bei Novara im März 1849 entschied über Italiens Geschick, der alte Hader brach von neuem aus, die Uneinigkeit in den Ländchen wuchs und selbst Pius IX., den der Pöbel aus Rom vertrieben, brach mit seinen alten Anschauungen. Levi ließ indessen die Hoffnung nicht sinken. In seinem Drama „Die Märtyrer von Neapel im Jahre 1779" sprach er von den die Welt bedeutenden Brettern herab zum Volke, um es zu neuem Mut und Begeisterung anzuregen, wie er in der Zeitschrift „L'Aragione" durch die Erinnerung und im Vereine mit Italiens bedeutenden Männern die Entmutigung zu brechen sich bemühte. Mit Farina gründete er die nationale Vereinigung, den Mittelpunkt für alle freiheitlichen Bestrebungen Italiens. Schon damals wies er darauf hin, daß es von eminenter Bedeutung für Italien sei, am Krimkriege mit Frankreich teilzunehmen: Italien hatte im Jahre 1859 Frankreich als einen mächtigen Mitkämpfer im Kriege gegen Oesterreich. Mit feurigen Kriegsliedern hatte Levi die ausziehenden Krieger begleitet, mit patriotischen Gesängen die heimkehrenden Schaaren begrüßt. Als er dann im folgenden Jahre nach heftigen Kämpfen gegen die Klerikalen ins Parlament gewählt wurde, kämpfte er an der Seite Cavours für die Selbstständigkeit des Staates gegenüber der Kirche, deren weltliche Herrschaft er mit philosophischen Gedanken als Unglück selbst für den Katholizismus hinstellte, trat er für die Hebung des nationalen Handwerks beim Bau der Eisenbahnen, für die Wahlfahrt der Arbeiter, der Armen und Nothleidenden. Mit derselben Liebe, mit der er für die Adaption der Kinder der im Kampfe gegen die Briganten gefallenen Soldaten eintrat, focht er für die bürgerlichen Rechte und die soziale Gleichstellung seiner Glaubensgenossen. Freilich mußte er die Freiheit, mit der er gegen die päpstliche Herrschaft alles das aussprach, was alle Patrioten nur dachten, mit dem Verluste seines Mandates büßen.

Zwar wurde er nochmals 1877 ins Parlament gewählt; nachdem er aber in der folgenden Legislaturperiode einem Klerikalen hatte weichen müssen, zog er sich ganz von der Politik zurück und lebte nur seinen politischen Studien.

Das erste Produkt dieser Schaffensperiode war eine Selbstbiographie, in der Wahrheit und Dichtung verschmolzen sind. Neben seinen Gedanken über Judenthum und Judenfrage haben noch besonders Aufsehen erregt seine Studien über Kunst, über Michel Angelo und seinen Lieblingsphilosophen Giordano Bruno. Freilich ist der jungen Generation dieser Freiheitskämpfer und Freiheitssänger unbekannt, ob auch sein Schaffensmuth nicht erstorben und sein Sangesborn nicht versiegt ist, ob er auch, soweit es die Kraft des Greises vermag, an dem Geschick des Vaterlandes und des Judenthums Antheil nimmt.

Man braucht nicht erst zu fragen, wie sein Lebensabend sich gestaltet. Der alte ewige Refrain, mit dem die Biographie jenes bedeutenden Mannes schließt, der Güter- und strömende Jugendkraft in den Dienst erhabener Ideen gestellt: indifferent schreitet an ihm die Menge vorüber, auch die eigenen Glaubensgenossen, denen er ihre heutige frohe soziale Stellung hat mit erkämpfen helfen, an ihm, der heut, ein Achtziger, die letzte Kraft zusammenrafft, um nur nicht zu — verhungern.

Der Antisemitismus und die Leipziger Messe.

Dem Breslauer „Lehrerheim", das Herr Dr. Louis Neustadt herausgiebt, liegt ein Gutachten vor, das wir im Interesse der Sache hier wiedergeben. Das nachstehende Schriftstück hat der Breslauer Kaufmann Philipp Falk im Auftrage der Leipziger Handelskammer niedergeschrieben, welche von ihm, einem fleißigen Meßbesucher, die Gründe für das Ausbleiben vieler derselben und für den „Zug nach Berlin" hören wollte. Schon der Umstand, daß die Kammer sich an Herrn Falk wandte, war eine Auszeichnung. Die Art aber, wie er seine Antwort abgefaßt hat, giebt ihr eine allgemeine gewisse Gültigkeit, da sie darlegt, wie der Antisemitismus viele Meßbesucher von Leipzig fort nach Berlin getrieben hat.

I.

7. November 1893.

Hochlöbliche Handelskammer der Stadt Leipzig.

Bezugnehmend auf Ihr geschätztes Anfrage-Schreiben betreffs der Klagen der Meßbesucher.

Wenn ich mir gestatten darf meine Ansicht kund zu geben, liegt es wohl nicht lediglich an den Wohnungsverhältnissen, daß seit einiger Zeit eine große Anzahl der Leipziger Meßbesucher nur ungern nach dort gehen. Ich besuche länger als dreißig Jahre die Leipziger Messe. Man reiste früher mit dem angenehmen Bewußtsein nach dort, einen behaglichen Aufenthalt da zu finden; abgesehen was einem als Kunstgenuß geboten wurde, fühlte man sich in den besseren comfortablen Restaurants behoglich, es fand eine Harmonie zwischen den Fremden, Verkäufer und Käufer statt, eben so war die Begegnung mit den Einwohnern der Stadt Leipzig eine sympathische, selbst vornehme, gebildete Männer zeigten sich den Fremden gegenüber liebenswürdig, man merkte es, daß man in einer Stadt der reinen Vernunft, der Humanität weilte, auch die öffentliche Lektüre war von frischem, freien deutschen Geiste gehalten, so daß es eine wahre Erholung war, nach vollbrachter ehrlicher Arbeit in den Mußestunden da zu weilen.

Seit einigen Jahren ist es leider anders geworden. Etliche öffentliche Blätter finden es für gut, die Angehörigen einer gewissen Religions-Gesellschaft, der ich anzugehören die Ehre habe, sich als Zielscheibe zu wählen und sich in Verletzungen und Beleidigungen gegen dieselbe zu überbieten. Wenn man zufällig so ein Blatt zu Gesicht bekommt, wirkt das auf einen, besonders den Gast deprimirend.

Es ist bekannt, welch' einen Einfluß so ein Zeitungsschreiber auf die Massen übt, es ist für diese Art Leute recht pikant sich höher und besser zu dünken als andere Menschen. Welchen verderblichen Einfluß diese Hetzereien auf die niedere Bevölkerung ausübten, bezeugt deutlich ein Fall, welcher mir selbst in diesem Jahre an der Ostermesse begegnete; ich wohnte z. B. in einem frequenten, in gutem Rufe stehenden Hotel in einer sehr belebten Geschäftsstraße, es wurde von dem eigenen Hausdiener dort in der Nacht gegen 3 Uhr mindestens ein Raub, vielleicht auch ein Mordanfall auf mich geplant, nur durch den glücklichen Zufall, daß ich kurz vorher, vielleicht 10 Minuten bevor der Räuber in mein Zimmer eindrang, erwachte, und bei seinem Eindringen gleich laut schrie und meinen Neffen, der in meinem Zimmer schlief, rief, wurde ich Dank der Vorsehung gerettet, der Kerl bekam Angst und machte kehrt, und ich bin mit dem Schrecken davon gekommen.

Da ich erfuhr, daß der Besitzer resp. der Verwalter den betreffenden Hausdiener entlassen hatte, und ich an der Messe sehr beschäftigt und angegriffen war, habe ich nichts zur Anzeige gebracht; ein solcher Fall ist in Leipzig früher gewiß noch nicht vorgekommen, ist mir wenigstens nicht bekannt. Fast wagen es kaum noch Meßbesucher meines Glaubens, dortigen Einwohnern anderer Konfession in öffentlichen Lokalen sich zu nähern.

Ich möchte glauben, daß selbst einen großen Theil der christlichen Meßbesucher ein solches Gebahren den jüdischen Kunden gegenüber, welche sich im Verkehr ihr Vertrauen und ihre Achtung erworben, peinlich berührt. Kein Wunder, daß sich hierdurch ein unbehagliches Gefühl gegen den Leipziger Meßbesuch herausgebildet hat.

Es liegt mir aufrichtig fern zu glauben, daß eben ein solcher Ton mit den Gefühlen einer hochverehrten Leipziger Bürgerschaft, die doch sicherlich auf der Höhe der Zeit steht, im Einklang steht; ich bin von dem Gegentheil überzeugt.

Ich ersuche Eine Hochlöbliche Handelskammer höflichst, sorgen Sie gütigst, daß auf diesem Gebiete Abhilfe geschieht, ich denke, wir kommen dann alle wieder nach wie vor gern nach Leipzig.

Indem ich noch bitte, mir meine gut gemeinte Kritik nicht übel deuten zu wollen, denn ich gehöre zu den Verehrern der Stadt Leipzig und den Anhängern der Leipziger Messe, verharre ich

mit vorzüglicher Achtung

Philipp Falk.

II.

Von Deinen Zeugnissen schäme ich mich nicht vor Königen zu sprechen.
Psalm 119. 46.

Bei dieser Gelegenheit drängt es mich Einer Hochlöblichen Handelskammer im Interesse einer Anzahl Meßbesucher noch eine Herzens-Angelegenheit ganz ergebenst zu unterbreiten.

Bekanntlich gestattet der Kultus den Israeliten nur den Fleisch-Genuß von den im 3. Buch Moses Cap. 10 bezeichneten Thieren bei vorschriftsmäßigem Schlachten. [Schächten.]

Das Gebot des Schächtens ist nicht nur ein ritueller Brauch, sondern eine biblische Verordnung, begründet auf 5. M. 12. 21. „Du kannst auch für Deinen Haushalt Rind und Kleinvieh schlachten, wie ich es Dir geboten."

Wie die Mehrzahl der biblischen Satzungen kurz und der Tradition bedürftig gegeben, so ist es auch hier der Fall.

Das „wie ich Dir geboten" wird von den hervorragendsten Schrifterklärern [Raschi und Nachmanides dort Tractat chulin 28. 1. „oder wie ich Dir geboten" 3. M 1.] so ausgelegt mit Bezug auf den Modus des Schächtens, womit Moses wie mit anderen Sitten-, bürgerlichen und Kultus-Gesetzen im prophetischen Geiste zur Ueberlieferung betraut wurde.

Satzungen der Bibel, selbst solche, welchen eine genügende Erklärung nicht beigegeben ist, da dieselben nicht dem gesunden Menschenverstand widersprechen, halten wir uns berechtigt, ja verpflichtet zu glauben und zu üben, indem der Gesetzgeber ebenfalls nicht zu ergründen ist. —

Daß das beregte Schächten die schnellste, sicherste und leichteste Tödtung ist, ist bekanntlich von Autoritäten vom Fach ersten Ranges genügend erörtert und bestätigt worden.

Der Modus des Schächtens hat sich durch biblische Verordnung durch Tradition von Moses ab von Generation zu Generation von ebenfalls glaubhaften und geistvollen Männern bis auf den heutigen Tag, also 3200 Jahre, erhalten.

Seitdem das Verbot des Schächtens im Königreich Sachsen gegeben wurde, sind wir gläubigen Israeliten in Leipzig zur Messe schlecht bestellt, wir können dort weder Fleisch noch Fleischspeisen genießen. Wenn auch ein Theil der biblischen Speise- und sonstigen Gesetze auf Enthaltsamkeit zurückzuführen ist, um die Menschen fähig zu machen, sich den Idealen zu nähern, jedoch bei einer anstrengenden Arbeit wie an der Messe, keine kräftige Kost zu erhalten, das ist nicht gemeint, das ist zu hart.

Ich bin nicht fanatisch, jedoch ich kann nur wiederholt versichern, das Gebot des Schächtens ist uns ein sehr wichtiges, und stehen mit dieser Verordnung mehrere Satzungen der mosaischen Gesetzgebung im Zusammenhange, welche mit diesem Gebot bestehen und fallen würden, wir können unmöglich auf eine nach unserm Glauben heilige Angelegenheit verzichten. Im Vertrauen auf Ihren Rechtssinn und Ihren Edelmuth richte ich die dringende Bitte an Eine Hochlöbliche Handelskammer in meinem Namen und im Namen meiner Religions- und Gesinnungs-Genossen, helfen Sie uns, daß unsere Lage dort an der Messe erleichtert wird, und wir nicht solch' empfindliche Entbehrung dulden müssen.

Zur Abwehr.

Wider jüdische Aerzte. Die Hamburger „Krankenkasse für Handlungskommis von 1826" (E. H. Nr. 35) hielt am Dienstag, den 17. Nov., im Restaurant „Zum Löwen" eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sehr stark besucht war. Der einzige Punkt der Tagesordnung bestand,

so meldet das „Hamb. Fremdenbl." aam 20. Nov., aus einem van J. (Hugo Jordan. Anm. d. Red.) und Genossen eingebrachten und mit 206 Unterschriften aersehenen Antrag, welcher lautete: „Daß bei der Krankenkasse für Handlungscommis aon 1826 nur christlich deutsche Aerzte angestellt werden, während die jüdischen Aerzte zu entlassen sind." Der Antragsteller suchte seinen Antrag zu „begründen", wußte aber Nichts weiter aorzubringen als einige antisemitische Phrasen und schien sich gewaltig darüber aufzuregen, daß unter den 14 Aerzten der Kasse 9 Juden seien. Mehrere andere Redner sprachen gegen den Antrag und wiesen nach, daß in der „Begründung" auch nicht ein Wort enthalten sei, durch welches der Antrag irgendwie motivirt werden könne. Sodann beleuchtete der Vorsitzende den schriftlich eingebrachten Antrag selbst und stellte fest, daß aon den 206 Unterschriften mehr als der dritte Theil ungültig sei. Es seien zahlreiche minderjährige Mitglieder der Kasse, Burschen und Lehrlinge zur Unterschrift aerleitet worden, ferner seien Unterschriften aon Nichtmitgliedern und sogar doppelte Namen aorhanden u. s. w. Obgleich der Antrag aus diesen Gründen schon undiskutabel war, nahm der Antragsteller J. nochmals unter großer Unruhe der Versammlung das Wort, erregte aber nur noch Heiterkeit. Von den 205 „Genossen" meldete sich kein Einziger, um den Redner aus der Patsche zu reißen, und bei der Abstimmung wurde der Antrag fast einstimmig abgelehnt.

„Ein Zug politischer Klugheit." Wir erhalten folgende Zuschrift:

Mit Bezug auf den Artikel „Ein Zug politischer Klugheit" in Nr. 46 Ihrer „Mittheilungen" erlaube ich mir Folgendes bekannt zu geben:

Ich schicke aoraus, daß ich als Mitglied des Wiener Gemeinderathes aus dem II. Bezirk (Leopoldstadt) gewählt bin, daß ich Mitglied des Vorstandes des bedeutendsten, die Wahlen in diesem Bezirke leitenden liberalen polit. Vereines „Donauklub" bin, daß ich auch Kultusaorsteher der hiesigen israel. Gemeinde bin und daß ich seit jeher zu den, insbesondere in diesem Bezirke die Wahlen leitenden Personen in erster Linie gehöre, wobei ich nicht allein in interkonfessionellen politischen Versammlungen, sondern auch in mit Rücksicht auf die große Anzahl meiner Glaubensgenossen in diesem Bezirke für diese insbesondere anberaumten Versammlungen das Wort führe. — Alles dies geschah auch bei der letzten Landtagswahl, anläßlich derselben aon Tausenden besuchte Versammlungen, darunter mehrere Juden-Versammlungen durch Wochen bis unmittelbar aor dem Wahltage stattfanden. Ich schicke dies Alles quoad personam et rem voraus, Ihnen nun zu sagen, daß ich aon dem in Ihren „Mittheilungen" unter obiger Marke enthaltenen Wahlaufrufe erst durch diese „Mittheilungen" Kenntniß erhielt, woraus Sie die Bedeutung (?) und Verbreitung (?) des jüdischen Blattes: „Das Echo" entnehmen wollen. — Dieses sogenannte Journal wurde vor mehreren Monaten von einem verrückten Menschen gegründet, erscheint zeitweilig, wenn der arme Mensch, für welchen wie für seine Familie zeitweilig gesammelt wurde, ein paar Gulden erübrigt, um die Druckkosten zu der einzelnen Nummer zu bezahlen, wird absolut aon Niemandem gelesen, von Niemandem gehalten oder subaentionirt und dient nur dem unglückseligen Wahne des Herausgebers, der durchaus als ein „Schriftsteller" gelten will und um nun originell zu scheinen, auch schon in früheren Nummern, welche er mir zusandte und ich ihm zurücksandte, das denkbar unsinnigste Zeug zusammenschrieb. — In einer Versammlung, der ich präsidirte, war es mir, als sich der Narr zum Worte meldete, unmöglich, die Ruhe aufrecht zu halten. Die Nennung seines Namens genügte, daß sofort allgemeines Gelächter entstand, das ihn aber nicht hinderte eine Rede zu halten, aon der Niemand ein Wart aerstand, ich als Versammlungs-Vorsitzender auch nicht. —

Die fragliche Nummer, in der jener Aufruf enthalten war, dürfte wohl die dritterschienene seit x Monaten sein. — Auch über meine Anfrage in den letzten Tagen wußte Niemand aon dem „Aufrufe" mir irgend etwas zu sagen. Ebenso hatte mir aon den tausenden Juden, mit denen ich anläßlich der letzten Wahl aerkehrte, nicht Einer die geringste Erwähnung sei es des fraglichen Journals oder des in demselben enthaltenen Aufrufes gemacht, woraus ich wohl den Schluß ziehen darf, daß letzterer allgemein unbekannt war oder gar nicht beachtet wurde, da mir sonst die allerunbedeutendsten Dinge angezeigt wurden.

Mit aorzüglicher Hochachtung

Wien, 19. 11. 96. Dr. Alfred Stern."

Es freut uns, aus der aorstehenden Darlegung zu entnehmen, daß wir dem Artikel des „Jüd. Echo" eine ihm nicht zukommende Bedeutung beigemessen haben und daß somit unser Urtheil über einen Theil der jüdischen Wähler Wiens hinfällig wird.

Ein toleranter Pfarrer. Je schärfer sich die konfessionellen Gegensätze in unseren Tagen zuspitzen, je rücksichtsloser die antisemitische Agitation den Frieden der Bürger zu stören sucht, um so mehr wird man es anerkennen müssen, wenn ein christlicher Pfarrer in schöner Unbefangenheit sich als echter Interpret christlicher Duldung und Nächstenliebe erweist. Der evangelische Pfarrer Pennekamp zu Calcar am Niederrhein sandte nachfolgendes Schreiben an den Vorstand der israelitischen Gemeinde zu Berlin:

Calcar, 29. Oktober 1896. Dem hochlöblichen Vorstande der israelitischen Gemeinde zu Berlin erlaube ich mir im Interesse der israelitischen Gemeinde zu Calcar nachstehende Bitte ganz ergebenst vorzulegen:

Die israelitische Gemeinde zu Calcar, eine arme Gemeinde, da sie seit der Xantener Affaire wirthschaftlich nicht vorwärts kommen kann, steht vor der Nothwendigkeit, ein Schulhaus bauen zu müssen. Aus eigener Kraft kann sie das nicht fertig bringen, sie trägt schon jetzt eine Kultursteuerlast von 250 Prozent der Einkommensteuer. Nur mit großer Mühe ist es mir, dem Ortsschulinspektor, gelungen, den Bestand der Schule, die sich der Anerkennung der Vorgesetzten erfreut und eine recht lebensfähige ist, aufrecht zu erhalten. Ich habe, da die Regierung die Benutzung des allerdings ganz unzulänglichen jetzigen Schulraums nicht länger dulden will, den Neubau einer Schule angeregt, auch bin ich der Verfasser der anliegenden herzlichen Bitte. (Diese im Druck beigefügte Bitte geht von dem Vorstand der israelitischen Gemeinde zu Calcar aus und ist an die israelitischen Glaubensgenossen im Lande gerichtet. D. Red.) Wir haben mit unserem Unternehmen bis jetzt guten Erfolg gehabt, ca. 1500 Mark sind schon gesammelt. Noch gestern übersandte der Herr Rabbiner Dr. Frank in Köln 200 Mark als Gabe der Alliance israelite universelle, auch der „Israelitische Gemeindebund" hat uns kräftig unterstützt. Die israelitische Gemeinde in Calcar hat es durch ihr treues Zusammenhalten, durch ihr Leiden in schwerer Zeit, durch den rechtschaffenen Lebenswandel ihrer Glieder wohl verdient, daß ihre Glaubensgenossen ihr in dieser bedrängten Lage helfen.

Wenn es auch **hier** in keiner Weise auffallend erscheint, daß ein evangelischer Pfarrer für seine israelitischen Mitbürger eintritt, so liegen anderswo die Verhältnisse anders. Darum möchte ich mein Eintreten motiviren. Abgesehen von meiner dienstlichen Stellung zur israelitischen Gemeinde, bin ich hier seit zwölf Jahren in dieser stockultramontanen Gegend der **Repräsentant und der Mund der bedrückten Minoritäten.** Das sind die evangelischen Gemeinden, deren Pfarrer ich bin, und die israelitische Gemeinde, die sonst Niemand hat, der sich ihrer annähme. Die große Freiheit, welche meine Stellung mir gewährt, habe ich stets im Dienste meiner Mitmenschen ohne Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntniß benutzt. Den Antisemitismus sehe ich mit allen meinen Glaubensbrüdern am Niederrhein als etwas Verächtliches und Schmachvolles an. Meine Glaubensüberzeugung drängt mich, alle Menschen zu lieben und allen zu helfen, vor allem den Schwachen 2c. 2c.

Pennekamp,
evangel. Pfarrer, Schulinspektor.

Natürlich ist dem Ansuchen der Gemeinde zu Calcar ohne Weiteres entsprochen worden. Das Beispiel des Pfarrers Pennekampf aber, der, wie er selbst sagt, mit allen seinen Glaubensbrüdern am Niederrhein den Antisemitismus als etwas „Verächtliches und Schmachvolles"

ansieht, verdient es, im Gegensatze zu dem Vorgehen mancher seiner Amtsbrüder in den Annalen der Tagesgeschichte dauernd festgehalten zu werden.

Der Juden Antheil am deutschen Staatsleben im Mittelalter. Wie eine Ironie auf die Bestrebungen der Antisemiten, die die jüdischen Bürger des Deutschen Reiches zu „Fremden" stempeln wollen, liest es sich, wenn Karl Lamprecht in seiner „Geschichte des deutschen Volkes" am Schlusse eines Kapitels über mittelalterliche Wirthschaftsgeschichte sagt:

„Allein wenn sich auf dem Gebiete der Finanzverwaltung die Spuren einstiger jüdischer Einwirkung verwischen ließen, so blieb diese Einwirkung doch jedenfalls in der Gesammtgeschichte der Territorialbildung nicht ohne tief eingreifende Ergebnisse. Wohl schwerlich wird sich in anderen deutschen Territorien die Bedeutung des jüdischen Einflusses bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts in ebenso sicherer Weise veranschaulichen lassen, wie in Trier — wo wird uns denn überhaupt ein gleich übersichtliches Bild einer Landesfinanzverwaltung gezeigt —, indeß wird es doch möglich sein, in den meisten Territorien einzelne Spuren einer in analoger Weise ausgebildeten Einwirkung aufzuweisen. Ist dies aber der Fall, so kann den Juden ein bemerkenswerther, wenn auch erzwungener Antheil an der Entwickelung des deutschen Territoriums und damit des modernen deutschen Staates nicht abgesprochen werden."

Aus dem antisemitischen Lager.

Bei der am 19. stattgehabten Reichstagsstichwahl in Gießen erhielten von 14988 abgegebenen gültigen Stimmen der Antisemit Köhler 9733, der Sozialdemokrat Scheidemann 5255 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. — Die dortige nationalliberale Parteileitung hatte die Gesinnungsgenossen aufgefordert, für den Antisemiten zu stimmen. Der Abg. Osann dementirt die Nachricht, daß er eine solche Parole ausgegeben habe.

Zur Einigung der Antisemiten Berlins. Wieder einmal haben sich die Berliner Judenhasser „geeinigt." Diese Thatsache wurde im Laufe der 18 Jahre mindestens hundert Mal gemeldet. Jetzt haben sich der „Deutsche Antisemitenbund" und der „Deutsch-soziale Reform-Verein" zu einem „Wahlverein Berlin der Deutsch-sozialen Reformpartei" zusammengeschlossen, dessen Vorsitzende Christopher, Jericke und Hans Buchstein sind. Wo sind die deutsch-liberalen (freis.) Antisemiten? Wo der Sozialitäre Bund? Etwa von der großen „Einigung" ausgeschlossen?

Antisemiten unter sich. Eine Beleidigungsklage, welche der Reichstagsabgeordnete Lieber-mann von Sonnenberg gegen den Redakteur A. Bramann von der Zeitung „Frei-Deutschland" angestrengt hat, gelangte in diesen Tagen vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Der Kaufmann Carl Paasch hatte im vorigen Frühjahre von der Schweiz aus ein Flugblatt verbreiten lassen, welches angeblich schwere Angriffe und Beleidigungen gegen den Kläger enthielt. Es wurde demselben u. a. vorgeworfen, daß er sich Titel und Würden zulege, die ihm nicht gebührten, daß er seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, daß es ihm an den nöthigen Kenntnissen fehle und dergleichen mehr. Einen Theil von dem Inhalte dieses Flugblattes hatte der Beklagte in dem von ihm redigirten Blatte zum Abdruck gebracht und daran Bemerkungen geknüpft, aus denen hervorleuchtete, daß er sich auf Seiten des Verfassers des Flugblatts stelle. Der Beklagte bestritt, daß ihm eine beleidigende Absicht inne gewohnt habe, es sei ihm nur darum zu thun gewesen zu verhindern, daß die Sache todtgeschwiegen werde, damit sie gegnerischerseits nicht ausgebeutet werde. Der Kläger wies darauf hin, daß der Beklagte nicht einmal versucht habe, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Es sei für denselben auch ein Leichtes gewesen, sich von der völligen Haltlosigkeit der gegen ihn, den Kläger, geschleuderten Angriffe zu überzeugen, von denen selbst die Gegner keine Notiz genommen hätten. Das einzig Wahre in dem Inhalte des Flugblattes sei, daß er sich vor etwa 25 Jahren in Wucherhänden befunden habe. Er habe nur deshalb den Strafantrag gestellt, um dem Beklagten Gelegenheit zu geben, für irgend eine der in dem Flugblatte aufgestellten Behauptungen den Beweis der Wahrheit anzutreten.

Der Gerichtshof hielt eine Beleidigung durch Verbreitung übler Nachrede für vorliegend, sprach nicht dem Beklagten den Schutz des § 193 Str.-G.-B. zu und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 Mk. Dem Kläger wurde die Publikationsbefugniß in „Frei-Deutschland" zugesprochen. Aus welchen Gründen der Beklagte den Schutz des § 193 zugebilligt erhielt, wird nicht gemeldet.

Adolf Bramann ist über seine Verurtheilung nicht sonderlich betrübt. In seinem Blatte „Freideutschland" vom 25. Nov. tröstet er sich mit den Worten: „Wenn unsere „Unvorsichtigkeit" uns auch vor Gericht geführt hat, das beweist noch nicht, daß Herr v. Liebermann und die ihm ergebene „Staatsb. Ztg." uns gegenüber einen hohen Ton anzuschlagen hätten. Wir bringen ihnen in Erinnerung, daß z. B. auch Christus und Sokrates sich gerichtliche Verurtheilung zuzogen, daß Männer wie Jahn und E. M. Arndt im Gefängnisse gesessen haben."

Man sieht, zu den „deutschen" Tugenden des Herrn Bramann gehört die Bescheidenheit nicht.

Die Anklage wegen groben Unfugs, dessen der Redakteur des „Deutschen Generalanzeigers", Karl Seblatzek, beschuldigt ist, gelangte am 21. Nov. in der Berufsinstanz vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur nochmaligen Verhandlung. Seblatzek hatte in der ersten Instanz ein freisprechendes Urtheil erzielt und der Staatsanwalt hiergegen Berufung eingelegt. Es handelte sich um eine Warnung vor dem Einkauf bei jüdischen Schlächtern. Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß der Angeklagte in dem Artikel das Maß des Erlaubten überschritten habe. Er beantragte 30 Mk. Geldstrafe. Der Gerichtshof (Landgerichtsdirektor Weinmaß) war der Ansicht, daß der Angeklagte zwar einige Fälle verallgemeinert und anschließend hieran zu einer Art Boykott aufgefordert habe. Es habe aber bei einem freisprechenden Erkenntniß bleiben müssen, weil eine „Beunruhigung des Publikums" durch die von dem Angeklagten mitgetheilten Fälle nicht hervorgerufen werden könne.

Die „Deutsche Tagesztg." und die jüdischen Richter. Für den Niedergang des preußischen Richterstandes macht das Agrarierblatt am 25. Nov. aon neuem das „Judenthum" verantwortlich. „Der Beginn dieses Niederganges fällt genau zusammen mit der Zeit als das Judenthum sich Eingang in den Richterstand zu verschaffen wußte. Diese auffällige Thatsache wird freilich in unserer demokratischen Presse mit Stillschweigen übergangen."

Mit einer Ueberfülle historischen Materials haben wir bewiesen, daß in judenreiner Zeit der Richterstand bei weitem tiefer stand als jetzt. Das Agrarierblatt will sich nicht belehren lassen, dann zeigt es Böswilligkeit, oder es kann sich nicht belehren lassen, dann beweist es seine Unfähigkeit. Mit dem alten Lactantius schreiben wir ihm in's Stammbuch: „Lasset eure Gelehrten reden und ihre Fähigkeiten beweisen; haben sie gute Gründe, so mögen sie dieselben anführen; aber sie müssen das nicht unaufhörlich und unverschämt wiederholen, was schon vielmal widerlegt worden."

Verkauft nicht an Juden! Diese Parole hat den Vorzug neu zu sein. Sonst waren die Antisemiten eifrig be

strebt, nicht von Juden zu kaufen. Aber „jüdisches“ Geld nahmen sie gern, laut Geständniß Dr. Bachlers von der „Staatsb.-Ztg.“ Eine tapfere Antisemitin ist die Wittwe Anna Halang zu Leipzig, Alte Elster 3 pt., die in den „Lpz. N. Nach.“ (Nr. 324) Winterschuhe ꝛc. anpreist und hinzufügt: „Jüdische Einkäufer verbeten.“ Die Dame empfehlen wir den sächsischen Antisemiten auf das Beste. Freilich verlangt sie von jedem Käufer den — Taufschein und das Geschlechtsregister!

Ueber den Antisemitismus in der Burschenschaft erzählt ein Burschenschafter in Dr. Fr. Lange's „Dtsch. Ztg.“ (22. Nov.) Folgendes:

Eine heftige Preßfehde, welche im Sommer 1894 in den „Burschenschaftlichen Blättern“ zwischen Judenschützern und ihren Gegnern ausgefochten wurde, endigte mit einem entschiedenen Siege der Letzteren. Der nächste Burschentag bestimmte, daß künftig in den Mitgliederverzeichnissen bei jedem einzelnen Namen die „Konfession“ des Betreffenden vermerkt werde. Und siehe da! Im nächsten Semester waren die Juden, welche noch hin und wieder Aufnahme gefunden hatten, bis auf zwei aus den Reihen der Aktiven verschwunden. Nach einem weiteren Halbjahr war die ganze studirende Burschenschaft judenfrei. Sie hat seitdem an Ansehen nicht verloren. Zu Pfingsten 1896 wurde von der Vertreter-Versammlung in Eisenach die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß niemals wieder Juden aufgenommen würden. Die überwältigende Mehrzahl der alten Herren stimmte dieser Lösung freudig zu.“

Wenn es wahr ist, — was wir bezweifeln, — daß auch die Majorität der alten Herren der Burschenhaft gegen die Aufnahme von Juden ist, so müßten die alten Herren jüdischen Glaubens zu stolz sein, um einer antisemitischen Vereinigung anzugehören, und freiwillig ausscheiden.

Wien, 20. November. Im Abgeordnetenhause kam es bei der Debatte über die Verlängerung der Feuerversicherung zu stürmischen Szenen zwischen Lueger und dem liberalen Abg. Noske, die größte Erregung hervorriefen. Der Vertreter der inneren Stadt Wien im Parlament, Noske, der eine höhere Stelle bei einem Feuerversicherungsverband bekleidet, hielt eine Rede gegen die Verlängerung der Feuerversicherung. Lueger griff Noske deshalb an und behauptete, Noske habe sich in den Gemeinderath, Landtag und Reichsrath nur wählen lassen, um eine Reform des Versicherungswesens zu hintertreiben. Noske: Er sei wieder das Opfer eines Ueberfalles jener Art Ritterthums geworden, die sich hinter dem Busch der Immunität verbirgt. Die Sache würde so dargestellt, als ob es nur einen anständigen Beruf gebe, den des politischen Agitators, der mit Gesinnungen aller Art hausiren geht, so lange, bis er sich durch die verschiedensten Gesinnungslosigkeiten in Ehren und Würden hineingeschwindelt hat. (Furchtbarer Lärm bei den Antisemiten.) Lueger und Geßmann eilen mit geballten Fäusten auf den Redner zu und rufen: „Wer ist dos?“ Lueger: Er hat ja nicht den Muth, es zu sagen. Noske (auf Lueger weisend): „Sie habe ich gemeint.“ (Neuer minutenlanger Lärm.) Lueger: „Ein so bezahlter Herr!“ Steiner zu Noske: „Sie sind derjenige, der seine Wähler beschwindelt hat.“ Geßmann: Das ist Frechheit! Lueger: Sie sind kein Volksvertreter, sondern ein Vertreter der Kapitalisten; Sie gehören da nicht herein! Geßmann: Sie haben die Bevölkerung beschwindelt, seit Sie hier sind! Der Präsident ertheilt Lueger und Geßmann Ordnungsrufe. Noske: Jedem meiner Wähler ist meine ehrliche bürgerliche Stellung, die viel ehrlicher ist als die eines politischen Agitators, der nur zu dem Zwecke agitirt, um etwas zu werden, bekannt. Polzhofer: Provoziren Sie nicht wieder! Lueger: Dieser bezahlte Vertreter der Aktiengesellschaften! Noske: Das System dieser Denunziationen ist nur deswegen so groß geworden, weil man in diesem Hause nicht immer den Muth hat, Leuten, die dieses System übten, entgegenzutreten. Ich will meine persönliche Integrität nicht länger besudeln lassen. Lueger: Alles ist wahr, was gesagt wurde. Noske: Niedrigste Insinuation liegt darin, daß gesagt wird, ich sei Gemeinderath und Abgeordneter nur geworden, um die Frage der Versicherungsreform zu hintertreiben. Es giebt keine niedrigere Insinuation, und sie kann nur im Gehirn gewisser Leute entstehen, die solche Insinuation zum System und Gewerbe ausgebildet haben. (Lebhafte Unterbrechungen bei den Antisemiten.) Noske: Ich wiederhole: zum Gewerbe ausgebildet haben. (Neuerliche stürmische Unterbrechungen.) Geßmann: Das ist Frechheit. Lueger: Er ist bezahlter Vertreter von Aktiengesellschaften und sollte sich schämen, hier überhaupt zu reden. Präsident: Ich bitte den Redner, dessen Erregung ich begreife, Fassung zu behalten und sich parlamentarischer Ausdrucksweise zu bedienen. Damit war der Zwischenfall in der Hauptsache abgethan, doch erhielt Noske wegen seiner Ausfälle gegen Lueger nachträglich einen Ordnungsruf.

Vermischtes.

Die Scheidung der Konfessionen schreitet in Deutschland immer mehr vorwärts. In der „Zeit“ vom 25. Nov. schreibt Ludwig Curtius: „Wer irgend Gelegenheit gehabt hat, in das System der Wohlthätigkeitsanstalten einer gemischt konfessionellen Stadt Einblik zu bekommen, der konnte da die ebenso ernste wie lächerliche Thatsache gewahren, daß die ganze Wohlthätigkeit in zwei Theile zerfiel, eine katholische und eine evangelische. Jeder Theil wachte ängstlich darüber, daß ja die streng gezogene konfessionelle Linie nicht verletzt werde. Alles trug da entweder katholisches oder evangelisches Gepräge: Armenstiftungen, Krankenunterstützungsvereine, Lesevereine, Volksbibliotheksvereine, Arbeiterinnenheime u. s. w. u. s. w., als ob ja der Hunger besonders katholisch oder protestantisch gewesen wäre und die Schwindsucht einen besonders konfessionellen Taufschein aufgewiesen hätte.“

Und der christliche Staat? In der Reichstagssitzung vom 19. Nov. sprach anläßlich der Duellbebatte Graf Mirbach das große Wort gelassen aus: „Aber es giebt Fälle in der Ehe und Familie, bei welchen man nicht dem Gebote der Religion folgen kann.“

Wo bleibt der christliche Staat mit seinen Forderungen? F. J. Stahl, einer der Väter der konservativen Partei war schon klug genug, das Duell als einen „Mangel“ im christlichen Staate zu empfinden (s. d. christlichen Staat 2. Aufl. 1856 S. 68.) Da ist ihm Graf Mirbach über. Er sieht keinen Mangel darin, sondern für gewisse Fälle sogar eine Nothwendigkeit.

Briefkasten.

R. S. in **B.** Wie die „Köln. Zeitung“ meldet, hat der Kultusminister von Sachsen-Weimar die vom Weimarischen Hoftheater in **Apolda** geplante Aufführung von **Lessings „Nathan“** verboten. Warum, ist noch nicht bekannt geworden.

Abonnent in Aachen. Der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Max Löw aus Wien, welcher am 30. d. Mts. in einer dortigen antisemitischen Versammlung einen Vortrag halten wird, ist jüdischer Abstammung.

Dr. C. in **B.** Der „Mod. Völkergeist“ (Mitte Novbr. S. 171) erzählt über die **Antisemiten-Petition Dr. Bernhard Försters**: „Förster hatte für den ersten Aufruf auch **Dühring** wiederholt um seine Unterschrift ersucht. Dieser lehnte aber fest ab, weil er keine Lust haben konnte, sich für Bismarck noch bei der bekannten Denkschriftsaffaire anderthalb Jahrzehnte später noch einmal benützen zu lassen, nicht davon zu reden, daß Dühring **reaktionäres Zeug** in seinem Leben noch nie unterschrieben oder sonst eine derartige Couleur begünstigt hat.“

W. B. in **H.** Wie weit die Unwissenheit der Antisemiten reicht, ist unglaublich. Der „Mod. Völkergeist“ (Nov. S. 174) behauptet, das **Anklagemonopol der Staatsanwälte** habe **„stark palästinensischen Beigeschmack“.** So ist eben alles „verjudet.“ Nennt doch das Herrn Dr. Lueger ergebene Wiener „Deutsche Volksblatt“ die Anhänger **Schönerers „Rothschild-Antisemiten“** (s. „Freidtschl. vom 24. Nov.)

Einsender des „Greizer Tagebl“. Die Antisemiten haben im Reichstag für das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb gestimmt.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Carl Schmidt, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hasselschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115 a.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 49. Berlin, den 5. Dezember 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der Expedition wünscht, hat 1,10 Mk. einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Russische Juden als Ackerbauer.

Der „Odesski Listok" vom 24. September/6. Oktober und der „Woschod" vom 22. 8. 23. Sept./ 4. 8. 5. Oktober veröffentlichen interessante Berichte über verschiedene Unternehmen auf dem Gebiete des Ackerbaues von Seiten der Juden in Podolien:

Unter den Juden des Territoriums zählen sicherlich die Jarugaer zu den bemitleidenswerthesten. Sie sind ausschließlich Winzer. Kein Handeltreibender, kein Handwerker. Alle sind Winzer, seit sie im Jahre 1849 von der Regierung Land zugewiesen bekommen haben, welches sie mit Reben bepflanzten. Durch Generationen geht die Beschäftigung mit dem Weinland; sie haben dabei sogar unvergleichlich bessere Resultate erzielt als die Bauern der Umgegend.

Unglücklicherweise hatten die Lesen der letzten Jahre stark unter Reblaus und Mehltau zu leiden. Daher sind die Jarugaer jüdischen Winzer augenblicklich in der traurigsten Lage. Die diesjährige Ernte war auch sehr schlecht. Dazu können sie noch das, was sie von den vorigen Ernten zurückbehalten haben, nicht verkaufen, da eine neue Verfügung des Finanzministers den Juden untersagt, mit Wein Handel zu treiben. Das ist noch nicht alles; die Jarugaer Juden sind Schuldner des Staates, jeder mit 100 bis 200 Rubel, dem Betrag der rückständigen Zinsen; es ist leicht möglich, daß all ihr Hab und Gut bald versteigert wird, um mit dem Ertrag die Schuld zu decken.

Im Jahre 1895 haben sie sich an die Regierung gewandt, mit der Bitte, ihnen die schuldigen und rückständigen Zinsen zu stunden und zwar mit der Möglichkeit, sie in 5 Raten abzuzahlen. Die Bittsteller gründeten ihre Eingabe auf ein Gesetz vom 7. Februar 1894, welches diese Freiheit den Bauern gewährt, welche Staatsgrundstücke bebauen.

Die guten Leute rechneten auf die Zustimmung der Regierung, welche die Gunst fleißigern Ackerbauern fast nie abschlägt, sie pflanzten neue Reben und legten ihre Pflanzungen ganz um. Eitle Hoffnung! Zuerst verdarben die Gewitter, dann die Trockenheit die Ernte. Später ertheilte die Regierung nicht die erbetene Erlaubniß, und schließlich untersagte der Finanzminister ihnen, den auf ihrem Weinland gewachsenen Wein zu verkaufen. Zu all diesem Elend noch die Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, der Mangel an Mitteln, die Brodnoth. Ist eine schmerzlichere Lage denkbar?

Man berichtet ferner aus Staraya-Sinawo:

Ganz dicht bei unserem Flecken erstreckt sich das ungeheure Grundeigenthum des Grafen Stadenitzki, eine große Besitzung von 30000 „Dessatinen." Alle arbeitsfähigen Juden des Fleckens (Männer und Frauen) sind während des Sommers auf der Besitzung zu den Feldarbeiten verwendet worden. Die Männer bekamen 40 Kopeken täglich, die Frauen 30 Kopeken, neben verschiedenen Feldfrüchten in natura. Der Gutsverwalter, Herr Gerber, war mit den jüdischen Arbeitern sehr zufrieden. Er hat 750 von ihnen, Männern und Frauen, Zeugnisse über ihr ausgezeichnetes Betragen und ihren untadligen Eifer ausgestellt. Bei Herannahen des Winters fürchteten die jüdischen Angestellten verabschiedet zu werden, doch ohne Grund. Denn Herr Gerber hat verschiedene Verbesserungen in Angriff genommen. So haben die Männer sichere Arbeit. Die Frauen sind für den ganzen Winter in den Getreidespeichern angestellt.

Ein an den „Woschod" gerichteter Brief aus Bar lautet:

Die Bewegung, welche die Juden zum Ackerbau treibt, tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor. Vor drei Jahren verpachtete der Gemeinderath unserer Stadt den Juden Grundstücke. Auf diesen unbebauten Terrains haben die Juden ackerbauliche Einrichtungen ersten Ranges geschaffen. Sie besitzen jeder 75 bis 100 „Dessatinen" Pachtland. Sie bebauen es selbst und sind wirkliche Pächter geworden. Dank ihrer Energie haben sie sich nicht nur eine gesicherte Existenz geschaffen, sondern sogar noch Ersparnisse gemacht.

Die Niederlassungen der jüdischen Pächter sind sehr interessant. Die Männer arbeiten auf den Feldern, besonders auf den Tabakpflanzungen. Die Frauen besorgen die Ställe und den Wirthschaftshof, sie gehen auf die Wochenmärkte wie die Bäuerinnen der Umgegend.

Das von den Barer Juden gegebene Beispiel ist das beste, welches die anderen Städte des Territoriums befolgen können. Als diese Städte angelegt wurden, hat ihnen der Staat ziemlich ausgedehnte Flächen Landes vorbehalten, die unbebaut und ohne Ertrag bleiben. Die Juden sollten diese pachten und sich darauf niederlassen.

Andererseits werden die Magistrate mit einigen Ausnahmen Vortheil davon haben, bisher unbebaut gebliebene Terrains so auszunutzen, besonders da die neuen Ackerbauer der Ortsbevölkerung große Dienste leisten werden.

Adolf von Thadden-Trieglaff.

Die Hochkonservativen haben von der „deutschen" Tugend der Dankbarkeit herzlich wenig. Sonst hätten sie am Beginn dieses Jahres nicht den 100. Geburtstag eines ihrer besten Männer unbeachtet vorübergehen lassen. Der Name „Gerlach" wird bei ihnen manchmal genannt, Stahl schon weniger, Heinrich Leo und Thadden-Trieglaff fast nie. Letzterem hat jetzt Leonore Fürstin Reuß ein Buch gewidmet (Berlin, W. Hertz 1896) und die „Nation" (14. Novbr.) veröffentlicht einen Aufsatz darüber, dem wir Folgendes entnehmen: „In einer langen Gegeneinanderstellung des wahren und falschen Kirchenthums hat er die offiziell. Kirche scharf angegriffen, wie nur irgend vor seiner Zeit.

„Was die Welt Kirchlichkeit nennt, ist gewöhnlich nichts anderes, als ein großes, stehendes Wasser, das bereits zum Sumpf geworden ist."

Seine berühmte Rede gegen die Emanzipation der Juden ist vielleicht das barockste unter seinen barocken Manifesten; und wenn er die Meinung, daß das Einmaleins nicht christlich oder jüdisch sein könne, durch die Bemerkung zu widerlegen sucht, es könnten zum Einmaleins Amendements gestellt werden, wie das Hexeneinmaleins im „Faust" zeige, so ist der geistreiche Mann der Gefahr, überoriginell zu sein und etwas zu sagen, was man sonst einfach „Unsinn" nennt, nicht entgangen. Aber nicht nur, daß er von unseren Antisemiten recht weit absteht, wenn er mit der Aufforderung schließt, „daß wir Alle Missionare werden, daß wir unsere trauernden jüdischen Brüder mit Ameisenfittigen hintragen zu denjenigen Schätzen, die wir selbst als die höchsten und heilig-

sten erkennen" — noch viel bezeichnender ist die Stellung, die er einnahm, noch ehe die Emanzipation doch Gesetz geworden war. Im Jahre 1842 hielt er einen Vortrag über den „Schacher mit Rittergütern", der jedem Agrarier an den Spiegel gesteckt werden sollte, wenn er die Schuld für den Herabgang der Landwirthschaft nur dem Handel und den bösen Juden in die Schuhe schiebt.

Er sagt da:

„Wir verdienen, daß man uns die Reichskleinodien nimmt, wenn wir selbst das Rittergut zu einer Handelswaare herabsinken lassen . . . Wer übrigens sein Rittergut ganz allein als Erwerbsquelle betrachtet, wer z. B. seinen Jährlingsstall täglich, seine Dorfschule niemals, den Viehmarkt immer, den Kreistag nimmer besucht; wer auf den sauren Arbeitsschweiß seiner Tagelöhner lospreßt und ihnen dann nicht mal zur rechten Zeit den wohlverdienten Lohn giebt, wer einen treuen Arbeiter, welcher Fünfzigjährig wird, gern über die Grenze schickt, wer seine Leute, direkt oder indirekt, zwingt, des Sonntags zu arbeiten, der — und wenn er auch noch so adelig titulirt ist — der thut sehr wohl, sein Gut an einen wirklichen Rittergutsbesitzer zu verkaufen, und dafür in dem Theil des freien Nordamerika eine Plantage zu erwerben, wo sogar die Damen statt des Fächers (stets für die Sklaven) einen Kautschuh bei sich führen." „Wer sich aber in dem unglücklichen Fall befindet, sein Rittergut zum Verkauf stellen zu müssen, der sehe sich seinen Nachfolger wenigstens genau an, ob das Eingeweide des Käufers auch irgendwie von einer Seele erwärmt wird, oder ob er nur ein vertrockneter Hering ist, dem die Seele gelegentlich herausgenommen werden kann."

Und von dieser Forderung macht er nun, ganz konsequent von seinem Standpunkt, eine Anwendung: „die Juden mögen die Freiheit behalten, sich Rittergüter zu kaufen, uns erlaube man einstweilen die selbsterwählte Schranke, ihnen keine zu verkaufen." Das ist frei und von einem Mann, wie er, begreiflich gedacht. Unsere Junker aber machen es umgekehrt; die Rechte der Juden wollen sie beschränken, aber eine Gelegenheit, im Geschäft einen Vortheil zu machen, lassen sie um solcher Bedenken willen nicht leicht fahren. Und so ist es denn gekommen, wie er vorhersagte:

„Ueber das inhaltsleere Junkerthum, das Jahn noch sehr gnädig als „die Herren von Sonst, Bleibe und Rückwärts" passiren läßt, über die Konservativen, die sich blos selbst konserviren wollen — lacht man mit Recht und sucht statt dessen das Vollblut allein unter den vierbeinigen Kreaturen."

So dachte und so sprach vor mehr als einem halben Jahrhundert der konservativste und frömmste Adelige Preußens, der Lehrer und Freund Bismarck's und Roon's!"

Ein toleranter Bischof.

In Szatmar (Ungarn) sind, wie der „Pester Lloyd" mittheilt, derzeit die Zeugenvernehmungen in Angelegenheit der Heiligsprechung des ehemaligen Szatmarer Bischofs Johann Ham im Zuge. Der derzeitige Bischof, Julius Meßlenyi, sammelt seit acht Jahren die Daten und hat in dieser Angelegenheit schon mehrere Romreisen gemacht. Aus diesem Anlasse theilt D'Artagnan im „Pesti Hirlap" interessante Züge aus dem Leben des Bischofs Ham mit. Wir wollen einen daraus nach der „Frankf. Ztg." wiedergeben.

Als Ham im Jahre 1827 Bischof von Szatmar wurde, war seine erste Sorge, das vernachlässigte Unterrichtswesen in seiner Diözese zu verbessern. Zu diesem Behufe gründete er u. A. eine Mädchenerziehungs-Anstalt, welche er der Obhut der Schwestern vom heiligen Vinzenz de Paula anvertraute. Diese Klosterschule erwarb sich alsbald einen vortrefflichen Ruf im ganzen Lande und es wurden Zöglinge aus den fernsten Gegenden des Landes dahin gebracht. Gegen Ende der vierziger Jahre brachte auch die Großmutter des Erzählers ihre Tochter nach Szatmar, versehen mit einem Empfehlungsschreiben der Großwardeiner Propstes, Fürsten Hohenlohe. In Debreczin hielten die Damen Rast und machten Besuch bei einer befreundeten Familie, wo der Hausherr eben mit seinem jüdischen Pächter beschäftigt war. Die Mama erzählte, daß sie ihr Lottchen nach Szatmar in die Erziehungs-Anstalt bringe, von der man so viel Schönes erzählt.

Der jüdische Pächter hatte dies gehört und bemerkte seufzend:

„Ach, wäre ich kein Jude, ich würde meine Tochter gern ebenfalls dahin führen. Sie ist ein so kluges Kind, das fast von selbst schreiben gelernt, und liest fließend „wie Wasser". Aber auf der Pußta habe ich keine Gelegenheit, sie unterrichten zu lassen; in die besseren Anstalten aber nimmt man jüdische Mädchen nur ungern auf."

Die Dame sagte mit einigem Nachdenken:

„Ich will Ihre Tochter dem Bischof Ham empfehlen; vielleicht gelingt die Sache."

„Das ist unmöglich, gnädige Frau," erwiderte der Pächter traurig.

In Szatmar fand die Dame eine sehr zuvorkommende Aufnahme. Der Bischof gab ihr zu Ehren ein glänzendes Diner, bei welchem sich Jeder gütlich that, nur der Bischof selbst nicht. Ham war ein Asket, mißachtete die Tafelfreuden und trug an gewissen Tagen einen Stachelgürtel, um sich zu kasteien.

„Das Schmausen taugt nichts für einen Priester," sagte er oft. Unser Heiland war arm. Wir müssen unser Vermögen nicht selbst verprassen, sondern den Armen zuwenden."

Als Lottchen unter die Zöglinge der Anstalt aufgenommen und als Zimmergenossin Rosa Reviczky, die Tochter des Kanzlers, erhalten hatte, fragte Lottchens Mutter den Bischof, ob auch Mädchen anderer Konfessionen aufgenommen werden.

„Warum denn nicht!" erwiderte der Bischof mit sanftem Lächeln. „Es sind auch Kinder aus protestantischen Familien da. Die Quellen der Wissenschaft sind da, damit Alle, ohne Unterschied des Glaubens, daraus schöpfen."

„Und würde man auch ein Mädchen jüdischen Glaubens aufnehmen?" fragte die Dame, immer mehr Muth fassend.

„Warum nicht? Bisher hat sich zwar ein solches noch nicht gemeldet; aber wenn eins käme, würde ich es sofort aufnehmen lassen, schon deshalb, um ein Beispiel von Toleranz zu geben, welche die Hauptgrundlage der Lehre Christi ist."

Die Dame erzählte hierauf den Debrecziner Zwischenfall und der Bischof sagte ohne Säumen:

„Quod dixi dixi . . . Der Pächter kann getrost kommen und Sie, gnädige Frau, können die Sache so betrachten, als wäre das Kind schon aufgenommen."

Und so geschah es auch. Das Töchterchen des jüdischen Pächters ward in das Kloster aufgenommen und blieb daselbst bis zum 15. Lebensjahre. Das Kind war von ungewöhnlicher Begabung und der Bischof interessirte sich lebhaft für die Fortschritte desselben. Die Nonnen äußerten sich voll Lobes über sie und bedauerten nur, daß sie ihren Glauben nicht verlassen wolle.

„Lassen Sie sie in Ruhe," sagte der Bischof „Vor Gott sind alle Religionen gleich und wenn das Mädchen an dem Glauben ihrer Väter festhält, soll man es nicht weiter behelligen."

So sprach der ausgezeichnete Bischof von Szatmar vor fünfzig Jahren. Und er war ein eifriger Anhänger seiner Kirche, eine Zierde des Klerus, ein wahrer Priester, schlicht und bescheiden, der sich um Politik nicht kümmerte, sondern die Lehre des Heilands befolgte, der da sagte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt . . ."

Zur Abwehr.

Statistik der Juden in Preußen 1895. Die „Statistische Korresp." (Nr. 44) bringt mit anerkennenswerther Geschwindigkeit eine Reihe der wichtigsten Ziffern aus den Resultaten der Volkszählung vom 2. Dez. 1895. Dieselben beziehen sich zwar nur auf den preußischen Staat, aber da sie

schon eine gute Uebersicht über die vor einem Jahre festgestellte Seelenzahl der jüdischen Bevölkerung geben, so haben sie doch für diese Stelle ein gewisses Interesse und wir wollen die wichtigsten Ziffern daraus hervorheben. Im ganzen preußischen Staate befinden sich nach der neuesten Zählung 379 716 Juden, während vor 5 Jahren, also 1890, 372 059 Juden in Preußen lebten. Dies ergiebt eine Zunahme von 7657 Seelen, also 20,58 per Tausend, während sich Protestanten um 58,18, Katholiken sogar um 72,83 vermehrt haben. Wir haben also abermals eine relative Abnahme des Antheils der Juden an der Bevölkerung des preußischen Staates zu konstatiren, denn von den 31 855 123 Seelen überhaupt, die Preußen jetzt zählt, sind die Juden nur der 84 ste Theil.

1880 kamen auf Tausend Seelen überhaupt 13 34 Juden,
1885 „ „ „ „ „ 12,90 „
1890 „ „ „ „ „ 12,42 „
1895 „ „ „ „ „ 11,99 „

Die absolute Zunahme von 7657 Seelen in 5 Jahren ist zwar etwas größer als die von 5484 in dem vorigen Jahrfünft, aber doch viel kleiner als dem Prozentsatz gemäß, denn sie hätte nach dem Verhältniß der christlichen Bevölkerung c. 24 000 Seelen betragen müssen. Freilich bleibt schon die natürliche Vermehrung weit hinter der christlichen zurück, demnach dürfte auch diese sich in den 5 Jahren 1890—95 (von 1895 fehlen noch die Zahlen) auf c. 18 000 Seelen belaufen.

Die Zahl der preußischen Juden hat also in der Berichtsperiode an 10 000 Seelen durch Ausweisungen und freiwillige Auswanderung verloren, während von einer Einwanderung nicht die Rede sein kann. Im übrigen Deutschland, aus dem noch keine Ziffern vorliegen, wird nach früheren Erfahrungen der Rückgang der jüdischen Bevölkerung noch stärker sein.

Pfarrer Pennekamps Schreiben an die Berliner jüdische Gemeinde (s. vorige Nr. der „Mittheil.") hat, wie vorauszusehen war, die gegnerische Presse zu allerhand Angriffen veranlaßt. Die Bethätigung echt christlicher Liebe hat den Geistlichen zur Zielscheibe häßlicher antisemitischer Zusendungen gemacht. Er sandte mit Bezug darauf dem „Berl. Tagebl." folgende Erklärung:

Hierdurch erkläre ich, daß mein Schreiben an die israelitische Gemeinde zu Berlin in Nr. 600 des B. T. ohne mein Wissen und ohne meinen Willen durch eine wenn auch wohlgemeinte Indiskretion veröffentlicht ist. Um den Streit der Parteien kümmere ich mich grundsätzlich nicht. Mit meinen persönlichen Ansichten über den Rassenhaß weiß ich mich in bester Gesellschaft.

Infolge der Veröffentlichung meines Privatbriefes habe ich eine Anzahl Zuschriften absichtlich beleidigenden und schmähenden Inhalts erhalten. Die Absender geben mir damit den schriftlichen Beweis, daß die antisemitische Gesinnung bis zu einem unglaublich hohen Grade von Rohheit treiben kann. Ich reagire nicht darauf; die Absender sind nicht in der Lage, mich beleidigen zu können. Wenn in einzelnen Zuschriften die Rohheit der Gesinnung sich den Mantel des Christenthums umhängt, so verweise ich auf das Wort der Schrift: „So Jemand" spricht: ich liebe Gott, und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner!"

Penneberg, Pfarrer in Cniern.

So sehr wir es auch mißbilligen, daß das Gesuch des Pfarrers ohne seinen Willen in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, so sehr freuen wir uns der muthigen Abwehr, die der rheinische Pfarrer für die Schmähungen der Antisemiten gefunden hat.

Aus dem antisemitischen Lager.

Zur Einigung in Berlin. Der „Volksverein Ost"-Berlin hat sich auch nicht der großen Vereinigung der Berliner Antisemiten angeschlossen, sondern ist zum „Germanischen Volks-Bund" des Herrn von **Mosch** übergegangen. Wie das geschehen ist, verräth eine Zuschrift des II. Vorsitzenden an Mosch, worin es heißt (s. „Deutsche Reform" vom 29. November):

„Die Auflösung unseres Vereins und der Eintritt in den German. Volks-Bund wurde am Freitag einstimmig beschlossen. Eine größere Begeisterung habe ich sobald noch nicht erlebt. Viel kernige Worte wurden gesprochen, manches schöne deutsche Lied gesungen. Die Verbrüderung wollte kein Ende nehmen. Bis früh 2 Uhr beisammen gewesen. Die vom Bundesbruder, Graveur G., vorgelegten Proben unserer Abzeichen allseitig mit großer Freude begrüßt."

Reden, Biertrinken, Vereinszeichen bewundern, das ist Antisemiten-Politik.

Hans v. Mosch, der Führer der radikalen Antisemiten, hat es jetzt auf die „Reformation" der Kirche abgesehen. Erst die Judenfrage, dann Poesie, dann Naturheilkunde und jetzt die Kirche! In seiner „Dtsch. Reform" vom 29. Nov. eifert er gegen die „verdogmatisirte und vertalmudisirte Pfaffengesellschaft" und will keinen Geistlichen unter 40 Jahren auf die Kanzel lassen. Und warum? Hier ist die kuriose Antwort:

„Unsere alten Vorfahren hatten Priester, denen der weiße Bart, das greise Gelock bis auf den **Gürtel** herabwallte, die aus dem Born des Alters **Weisheit** getrunken, die Ehrfurcht gebietend, ihres heiligen Amtes walteten und aus der eigenen Brust Worte reicher Erfahrung sprachen, — **das** waren **Priester**, nicht so mancher junge Fant, der sich heute so nennt!" — —

Und schließlich giebt H. v. Mosch den Roth: „Aus der eigenen Seele sollt Ihr sprechen!! — verbrennt Eure Folianten, verbrennt Eure Katechismen, verbrennt Eure Litaneien, Ihr deutschen Priester, geht ins Volk hinein."

Herr v. Mosch will ja auch ein Priester des Deutschthums sein. Ist er bereits 40 Jahr alt? Und wo wallt ihm „der weiße Bart und das greise Gelock?" Und trotzdem — spricht er?

Im „Deutschen Bimetallisten" (Nr. 19) lesen wir:

„Die antisemitischen Organe verurtheilen die Armenier als die größten Blutsauger des Orients und als die Semiten der Semiten. Soweit dagegen der Einfluß der jüdischen Presse reicht, werden die Armenier in Schutz genommen, und zwar mit einer solchen Entrüstung über „die Greuel der türkischen Christenverfolgung", daß auch viele Christen von diesem Armenierrummel angesteckt werden."

Nirgends ist wohl ein Angriff auf die „jüdische" Presse weniger angebracht, als in dem vorliegenden Falle. Nicht als ob wir der Ansicht wären, daß die „jüdische" Presse sich ihrer Parteinahme für die verfolgten Armenier zu schämen hätte. Aber Ehre wem Ehre gebührt! Die Führung in der armenierfreundlichen Bewegung in Deutschland hat der konservatio-orthodox-antisemitische „Reichsbote" übernommen.

In dem Beleidigungsprozeß Stöckers gegen den Rechtsanwalt Mebem, welcher am 27. Novbr. in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer zu Tilsit verhandelt wurde, wurde die Berufung des Rechtsanwalts Mebem verworfen, dagegen wurde auf gegnerische Berufung das Urtheil abgeändert und auf 100 Mark Geldstrafe sowie Publikationsbefugniß erkannt. (Das Schöffengericht hatte auf fünfzehn Mark Geldstrafe erkannt.) Das Gericht lehnte die Anwendung des § 193 des Strafgesetzbuches ab. Es nahm an, daß Mebem überzeugt gewesen sei, daß die Vorwürfe gegen Stöcker berechtigt waren. Aus diesem Grunde lehnte es auch den angetretenen Beweis dafür ab, daß Stöcker sich wiederholt gegen Wahrhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit gröblich vergangen habe. Die Erhöhung der Strafe wurde für angemessen erachtet, weil Stöcker in gewissen Kreisen doch bedeutendes Ansehen genieße. So sei er neuerdings in den Vorstand der Provinzialsynode Brandenburg gewählt worden. — Uebrigens hat Rechtsanwalt Mebem beim Oberlandesgericht in Königsberg Revision eingelegt.

Die gegen die Wahl des Abg. Iskraut zum Prediger der Berliner Sophiengemeinde eingelegten Proteste hat d r Vorstand der Synode, zu der die Sophiengemeinde gehört, mit 3 gegen 2 Stimmen für begründet erachtet. Es steht den Gemeindekörperschaften jetzt noch der Weg der Berufung an das Konsistorium offen. Daß dort der Beschluß des Synodalvorstandes umgestoßen werden dürfte, gilt der „Post" zufolge in unterrichteten Kreisen in-

dessen nicht als wahrscheinlich. Der Protest führt folgende Punkte an:

1) Während der Verlesung der Liturgie habe Pastor Iskraut längere Zeit auf einem Bein gestanden und mit dem anderen in der Luft herumgeschwenkt. 2) Der Pastor Iskraut habe öfter, als nöthig gewesen sei, die Gemeinde angesehen, besonders auffällig sei es gewesen, daß er am Schlusse der Anfangsliturgie, als er vom Altar in die Sakristei gehen wollte, noch einmal ohne jeden Grund die Gemeinde angesehen habe. 3) Obwohl er zu Anfang der Katechese krampfhaft seine Uhr in der Hand gehalten habe, habe er sie doch schließlich losgelassen, so daß sie zeitweise an der Kette vor dem Talar auf der Brust gehangen habe. 4) Die Predigt sei zu lang und keine Predigt, sondern eine Volksrede gewesen. — Gegen den Lebenswandel des Kandidaten ist vorgebracht worden: 1) Ueberall, wo Pastor Iskraut ein Pfarramt gehabt habe oder sonst sich aufhielt, habe er Gegner gehabt oder habe sich unmöglich gemacht. 2) Es wird wörtlich das Urtheil des Schöffengerichts Marburg mitgetheilt, laut dessen Professor Stengel freigesprochen ist, obwohl er den Pastor Iskraut einen groben und gemeinen Lügner genannt hatte, da nach Meinung des Gerichts dem Professor der Beweis der Wahrheit gelungen sei.

Carl Paasch übersendet uns aus Zürich eine Erklärung, datirt vom 22. Novbr., worin er behauptet, er habe in der Klagesache Liebermann v. Sonnenberg c/a. Branmann letzterem „schwerwiegendes Material" angeboten; Branmann hätte aber, anscheinend eingeschüchtert, dieses Anerbieten abgelehnt."

A **Leipzig**, 2. Dezember. Welch eigenartige Antisemitin Frau Anna, verw. Halang, Alte Elster 3, hierselbst ist, wurde schon in voriger Nro. der „Mitth." erwähnt. Mittlerweile scheint die genannte Dame ihre Abneigung gegen „jüdische Käufer" und deren Geld bereits verloren zu haben, denn Nro. 332 der „Lpz. Neust. Nachr." erhält bereits ein Inserat ohne den bekannten Zusatz. Dafür wird die „gänzliche Auflösung des Geschäfts" angekündigt. — Sollte das erste Inserat vielleicht auch aus rein geschäftlichen Rücksichten in der bekannten Weise abgefaßt worden sein? Sollten vielleicht infolgedessen die „echten Teutschen" den völlig „judenreinen" Laden stürmen? Oder hat sich Frau Anna Halang in ihrer Voraussetzung getäuscht, so daß sie jetzt bereits auch die Juden an den Segnungen ihrer „sehr reduzirten Preise" theilnehmen läßt? Es müßte gewiß interessant sein, die nähere „Naturgeschichte" der genannten Inserate kennen zu lernen.

Chemnitz, 29. Nov. Der in ganz Sachsen wahrnehmbare Rückgang der antisemitischen Reformpartei giebt sich auch in dem Ausfall der hiesigen Stadtverordnetenwahlen kund. Der Führer der hier unter antisemitischem Aushängeschild gegen „die Großen", das heißt gegen alles, was zu den sogenannten höheren Ständen zählt, zu Felde ziehenden Partei war vor zwei Jahren mit 5122 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt worden; diesmal jedoch sank er trotz viel stärkerer Wahlbetheiligung auf 4391 Stimmen herab. Er vermochte mithin nicht einmal mehr die Hälfte der 9279 abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen und wird fortan als Vertreter einer Minderheit der abstimmenden Bürger dem Stadtverordneten-Kollegium angehören. Unter der Einwirkung der demagogischen Umtriebe, wie sie von antisemitischer Seite geübt worden sind, hat die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in der hiesigen Bürgerschaft eine erstaunliche Zunahme erfahren. Während bis zum Beginn des Jahres 1890 die Sozialdemokraten bei den bürgerlichen Wahlen es nicht höher als auf 500 Stimmen hatten bringen können, gaben diesmal 3362 Bürger der Stadt sozialdemokratische Stimmzettel ab und brachten es damit zum ersten Male dahin, daß die Ersatzmännerstellen den Sozialdemokraten zufielen. Also auch hier hat sich der Antisemitismus als die Vorfrucht der Sozialdemokratie gezeigt.

Die Antisemitenführer und die Konsumvereine. Aus Gießen wird dem „Vorwärts" geschrieben: Im Anschluß an die vom Abg. Zimmermann am 26. November im Reichstage gegen die Konsumvereine gehaltene Rede ist festzustellen, daß gerade Herr Zimmermann in Gemeinschaft mit Dr. Böckel, Hirschel, Köhler, Bindewald bei uns in Hessen die Hauptgründer von Konsum- und Bauernvereinen sind. Wäre es Zimmermann und den übrigen Antisemiten wirklich mit dem Schutze der Kleinkrämer Ernst, warum denn nur für Sachsen und nicht auch für Hessen? Des Pudels Kern ist der, daß in Sachsen eine große Zahl der Konsumvereins-Mitglieder sozialdemokratische Arbeiter sind, bei denen Stimmenfang für die Antisemiten ausgeschlossen ist, während die Konsumvereine in Hessen fast nur Organisationen der Antisemiten sind, deren Mitglieder bei Wahlen u. s. w. ihre Anhänger bilden. Die Herren, welche im Reichstage so gegen die Großkapitalisten eifern, haben für ihre Partei-Konsumvereine in Hessen Verträge mit einzelnen Großkaufleuten abgeschlossen, wodurch zahlreichen kleinen Kaufleuten eine riesige Einnahmequelle entzogen wird. Bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder, wie in vielen anderen Fällen, die Doppelzüngigkeit dieser Partei; in Hessen für Konsum- und Bauernvereine, um die Stimmen der Bauern, in Sachsen gegen die Vereine, um die Stimmen der Kleinkrämer zu fangen. Also kein zielbewußtes, prinzipielles Bekämpfen der Konsumvereine und ihrer großkapitalistischen Lieferanten, wie die Herren vorgeben, sondern hier wie dort kleinlicher Stimmen- resp. Bauernfang.

Die „Deutsche Zeitung" des Dr. Friedrich Lange schreibt in einer Notiz über den Prozeß Leckert-Lützow, Leckert mache, wie sie aus eigener Kenntniß seines jugendlichen und jüdischen Aussehens wisse, nicht den Eindruck, als ob ihm Staatsgeheimnisse zu journalistischer Verwerthung anvertraut würden. In derselben Nummer des Blattes aber befindet sich der Bericht über die Prozeßverhandlung, welcher ergiebt, daß nicht blos Leckert, sondern sein mitangeklagter Vater evangelischer Religion sind. Was soll also jene alberne Andeutung! — Welche Presse wäre frei von Fehlern aller Art, aber nirgends wimmelt es so von Hanswurstiaden wie in der antisemitischen. Und das Langesche Organ kann es in dieser Beziehung getrost mit den Ahlwardtblättern aufnehmen.

Bei den am 2. Dezember stattgehabten Gemeinderathswahlen in München haben die **Antisemiten** eine klägliche Niederlage erlitten. Auf sämmtliche Kandidaten erhielten sie nur **150** von 16 000 abgegebenen Stimmen, dagegen kamen auf die Volkspartei 450, auf die Liberalen 5500, die Ultramontanen 6500 und die Sozialisten 3500 Stimmen. Gewählt wurden 10 liberale und 10 ultramontane Gemeinderäthe.

Wie sehr kontrastirt dieses jammervolle Fiasko mit den Prahlereien der antisemitischen Mundhelden vor der Wahlschlacht! In dem im „Deutschen Volksblatt" des Herrn Wenng veröffentlichten Wahlaufruf hieß es:

... Darum muß der wirklich freisinnige Mann, jeder Beamter, Handwerker, Gewerbetreibender oder Arbeiter, jeder wahrhaft liberale Bürger in den Kampfruf mit einstimmen:

Nieder mit den Judenliberalen!

Aber auch mit dem Centrum können wir nicht stimmen, es wird wie immer nach der Wahl auf alle gegebenen Versprechungen vergessen, es fehlt ihm der freiheitliche Sinn, die Thatkraft und die Befähigung, den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals und des Judenthums aufzunehmen. Von den Demokraten und Sozialdemokraten haben wir erst recht nichts zu erwarten, diese Parteien sind bis auf die Knochen vom Judenthum durchseucht, sie arbeiten beide an dem Ruin unseres Mittelstandes.

Eine schneidige Vertreterin der Interessen der schaffenden Stände, eine rücksichtslose Bekämpferin der Korruption, des **Großkapitals** und des **Judenthums** ist nur

die antisemitische Partei.

Wählt die Kandidaten der Bayerischen Reformpartei.

Und nun, wo ist die „schneidige" antisemitische Partei geblieben! Nicht einer ihrer Kandidaten ist gewählt und ganze **150** (!!!) Stimmen hat sie aufgebracht. Hieraus er-

sieht man, daß der „Aufschwung" des Antisemitismus in München eitel Humbug ist.

Antisemitische Staatsanwälte. Es ist im Allgemeinen mit Befriedigung zu konstatiren, daß der Antisemitismus in den amtlichen Funktionen unserer Staatsanwälte nicht zur Schau getragen wird. Um so energischer muß daher gegen jeden Vorfall Front gemacht werden, wo ein derartiges Zurschautragen bewußt oder unbewußt geschehen ist. So berichtet die Düsseldorfer „Bürgerzeitung", der wir natürlich die Verantwortung für ihre Meldung überlassen müssen, daß dort kürzlich der Staatsanwalt S. in einer Schwurgerichtsverhandlung gegen einen jüdischen Händler wegen betrügerischen Bankerotts die Aeußerung gethan habe:

„Der auf der Anklagebank sitzende **Semit** lasse es erklären, daß der **Antisemitismus** in **Deutschland Eingang und Boden** gefunden habe."

Sollte diese Aeußerung richtig sein, so müssen wir dagegen protestiren, daß die Sünden eines Einzelnen der Gesammtheit zur Last gelegt werden. Zum Glück sind Staatsanwälte mit gleichen Vorurtheilen selten. Aber selten ist in solchem Falle immer noch zu viel. Der Staatsanwalt hat wie jeder Bürger das Recht, eine politische Meinung zu haben; in seinem Berufe aber hat er ihr nicht Ausdruck zu geben, sondern das Recht und die Wahrheit zu suchen, sich Urtheile zu bilden, nicht Vorurtheile wiederzugeben.

Vor Jahren (am 14. Dez. 1889) hielt der Staatsanwalt Kobligk in Breslau anläßlich einer Gerichtsverhandlung eine Rede, in der er den Begriff „jüdischer Betrug" auseinandersetzte und behauptete, der Prozentsatz der Freisprechungen wegen Betruges bei den Juden betrage 50 Prozent, bei Christen nur 20 Prozent. Unser Blatt hat ihm am 13. Dez. 1891 (Nr. 8 der „Mitth.") bewiesen, daß er durchaus Unrecht hat, daß

1. Die Zahl der freigesprochenen Juden nicht nur beim Betrug, sondern durchgehends höher ist als die der freigesprochenen Christen, bei einigen Delikten ebenso groß wie beim Betruge.

2) Daß beim Betrug der Prozentsatz der freigesprochenen Kaufleute und Gutsbesitzer etwa eben so hoch ist, als der der freigesprochenen Juden.

Obschon unsere Darlegung Herrn Kobligk seinerzeit zugesandt wurde, hat er sie nie berichtigt, denn seine Rede gehört zum eisernen Fonds des Antisemitismus und wandert durch alle Auflagen des Th. Fritsch'schen Antisemitenspiegels.

Im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont wird die berüchtigte Nr. 425 der „Antis. Corr." vertheilt, die eine bildliche Darstellung des Blutmordes des Simon von Trient enthält. Wer diese schamlose Agitation angeregt hat, wissen wir leider nicht.

Im „Volk" vom 24. Nov. beschwert sich ein christlich-sozialer Lehrer darüber, daß „ein jüdischer Mitbürger ihm, weil er Antisemit ist, „in jeder Hinsicht die Autorität zu untergraben sucht", und sogar zu seinem Söhnchen „ungehörige Aeußerungen" thut.

Wir nehmen an, daß die Beschwerde begründet ist, und bedauern es lebhaft, daß ein jüdischer Mitbürger sich die Kampfesweise der Radauantisemiten bereits angewöhnt hat. Leider können wir nicht näher darauf eingehen, da das Blatt Namen und Ort verschweigt.

Konservative und Antisemiten rechnen sich noch immer vor, was sie sich für Wahlkreise gegenseitig weg gekapert haben. Die Absage des Abg. v. Manteuffel hat die antisemitische Partei sehr verschnupft. Die „Kreuzztg." hatte behauptet, die Antisemiten könnten nur konservative Wahlkreise nehmen und die „Staatsb.-Ztg." bemühte sich nachzuweisen, daß die Antisemiten „nicht weniger als sechs den Judenliberalen entrissen" hätten. Am 27. Nov. schließt die „Kreuzztg." die erregte Debatte mit den Worten:

Die „Staatsbürger-Zeitung" irrt sich, sie hat dies nur von fünf Mandaten festgestellt, ein sechstes zu finden würde ihr auch wohl schwer geworden sein. Ferner meint das Blatt, von einem Entreißen konservativer Wahlsitze könne schon um deswillen keine Rede sein, weil es sich da fast ausschließlich um Kreise handle, welche die Konservativen nicht mehr zu halten vermochten und deshalb, der Noth gehorchend, den Antisemiten überlassen hätten. Die „Staatsbürger-Ztg." irrt sich auch hier: die Konservativen haben den Antisemiten auch **nicht ein einziges** Mandat „überlassen", **überall,** ohne Ausnahme, hat die deutschsoziale Reformpartei die konservativen Wahlkreise erst nach dem heftigsten Kampfe an sich gebracht. Wenn die „Staatsbürger-Ztg." sich aber an den Ausdruck des Frhrn. v. Manteuffel „fast ausschließlich" klammern sollte, so ist ihr „fast ausschließlich" jedenfalls noch viel mehr „übertreibend."

Der Absage der konservativen Partei stehen wir nicht sehr optimistisch gegenüber. Die Herren haben sich so oft geschlagen und so oft vertragen; sie werden es auch wieder thun.

Ein bekehrter Antisemit. In Nr. 261 des Karlsruher „Bad. Landesboten" lesen wir:

„**Non olet.** Der bekannte Buchdrucker Chr. Faaß, der hier früher Verleger eines antisemitischen Blättchens war, macht jetzt sonderbare Geschäfte. Er giebt einen „Plakatanzeiger" heraus, d. h. er stellt eine Anzahl Annoncen in Plakatform zusammen und läßt derartige Plakate an verschiedenen Orten aufhängen! Eines dieser Machwerke liegt uns vor; ein großer Theil der Inserate stammt von jüdischen Firmen. Entweder ist also Faaß, der noch vor Kurzem als antisemitische Größe neben Reuther, Röder und Genossen gepriesen wurde, dem Antisemitismus untreu geworden oder er scheut sich nicht, bei denselben Firmen, deren Inhaber er früher nach Kräften zu schädigen suchte, um Gewährung von Aufträgen anzusprechen . . . ."

Hierauf erschien – schon 8 Tage darauf (!) — im ebenfalls hier herausgegebenen Antisemitenblättchen unter allerlei albernen Redensarten die Nachricht, daß Herr Faaß thatsächlich nicht mehr zur antisemitischen Partei gehöre. Aber auch Herr Faaß selbst ließ nicht lange auf eine Erklärung warten. Die No. 268 I desselben „Landesboten" vom 15. Novbr. bringt folgende Zeilen fürs Stammbuch der Karlsruher Antisemiten:

„**Von Herrn Chr. Faaß, Buchdrucker,** erhalten wir folgende Zuschrift: „Unter Bezugnahme auf die mich betreffende Notiz in Nr. 261 Ihres geschätzten Blattes bitte ich Sie höflichst um gefällige Aufnahme nachstehender Zeilen: Es wundert mich nicht, daß Sie überrascht sind, auf einem von mir herausgegebenen Plakat-Anzeiger auch Inserate jüdischer Geschäftsleute zu finden. Zunächst möchte ich hierzu bemerken, daß ich bereits seit Oktober v. J. für die antisemitische Partei nicht mehr öffentlich aufgetreten bin. Ich kann selbstredend im Rahmen einer kurzen Erklärung nicht die Umstände anführen, die mich in die Bewegung hineingedrängt haben. Ich werde im Laufe der Zeit Gelegenheit nehmen, auch hierauf in ausführlicher Weise einzugehen. Für heute beschränke ich mich darauf, zu erklären, daß ich es — wie Eingangs erwähnt, seit Oktober v. J. — satt hatte, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die in **moralischer Beziehung auf einem Niveau stehen, das auf Anstand und Anständigkeit keinen Anspruch mehr erheben kann.** Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß ich im Juli d. J. mich genöthigt sah, den Herrn Schuhmachermeister Franz Schmidt — der Vorstand, Kassirer, Schriftführer und sonst noch Alles in einer Person für die Karlsruher Antisemiten ist — wegen Zahlung für Drucksachen, welche für die Ahlwardt-Versammlungen und die letzten Landtagswahlen geliefert wurden, beim Bürgermeisteramte zu verklagen. Hochachtungsvollst Chr. Faaß."

Auf diese Erklärung hat die antisemitische Parteileitung bis heute keine Silbe erwidert. Ob die Herren Schmidt, Reuther und „Heil"-Brüder eine Veröffentlichung ihrer Sittenreinheit durch Herrn Faaß scheuen und deshalb schweigen, oder ob sie vielleicht noch irgend welche Schritte in dieser Angelegenheit thun werden, muß erst abgewartet werden. — —

Das „Antisemitische Handbuch" und die Exportindustrie. Das „Antis. Handbuch" des Herrn W. Giese, des Leiters der deutschsozialen Geschäftsstelle in Berlin, spricht von der Exportindustrie und gesteht zu, daß sie vielen Tausenden, er rechnet sogar 2 Millionen, das Brod schaffe, von dem sie leben. „Wäre es nun ein Unglück," fragt Giese, „wenn diese zwei Millionen nicht im Lande lebten?" Und an einer anderen Stelle schreibt er: „Schafft die Exportindustrie in einem Jahre für 1000 Mann neue Arbeit, so sinken 1000 Mann weniger auf diese unterste Stufe der Verlorenen hinab, sie gründen aber Familien, die Bevölkerung wächst entsprechend, und was ihnen erspart geblieben ist, vollzieht sich vielleicht an ihren Kindern, denn ein gewisser

Bruchtheil der Bevölkerung wird nun einmal stets hinabgedrängt." Für uns gewöhnliche Menschenkinder würde diese Theorie eine Aufforderung enthalten, an der weiteren Entwickelung der Exportindustrie mitzuarbeiten, um auch die Kinder dieser 1000 Arbeiter vor dem Versinken in die Reihen der Verlorenen zu bewahren. Anders Herr W. Giese. Er sieht an der möglichen Arbeitslosigkeit einer späteren Generation nur die Veranlassung, lieber schon die jetzige arbeitslos zu machen, indem man die Exportindustrie beschränkt. Diejenigen, die nicht in der Landwirthschaft oder dem Handwerk Arbeit finden können, sollen zu Grunde gehen oder auswandern. Es wird wohl noch Zeit haben, bis solche herzlose Maximen die Herrschaft in Deutschland erlangen werden, aber sie sind charakteristisch für die antisemitische Partei, deren ganze Presse einen Lobeshymnus über Gieses Buch angestimmt hat.

Noch ein Beispiel für die „Wissenschaftlichkeit" dieses Handbuchs. Bekanntlich hat der Kaiser gesagt, die Welt stehe jetzt im Zeichen des Verkehrs; Herr Giese aber findet, daß die Welt unter einem Uebermaß von Verkehr leidet. (Von Giese selbst gesperrt gedruckt). Derartige reaktionäre Ansichten richten sich zum Glück selbst.

Wien, 27. November. Die Liberalen erschienen nicht zur heutigen Gemeinderathssitzung wegen der Beleidigungen, die in letzter Sitzung von Lueger gefallen sind. Der Gemeinderath beschloß die Unterstützung des katholischen Schulvereins, wobei es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Christlichsozialen und den deutschnationalen Antisemiten kam. Der Wortführer der letzteren Tomanek, der die Ueberhandnahme des Klerikalismus schilderte, wurde heftig unterbrochen. Die Christlichsozialen brachen in Pfuirufe gegen den Redner aus, in welche die Galerie einstimmte.

Die Christlich-Sozialen Oesterreichs werden den Antisemiten deutsch-nationaler Richtung immer widerwärtiger. Aus der stillen Feindschaft ist offener Haß geworden und um die Namen Lueger und Schönerer sammeln sich die Schaaren. Wie stark dieser Haß ist, geht aus einem Artikel eines Schönerianers aus Mährisch-Trübau hervor, den Hans v. Mosch in seiner „Deutschen Reform" vom 22. Nov. abgedruckt hat. Daß bei den Wahlen in Nieder-Oesterreich die Deutsch-Nationalen Dötz, Hauck und Pacher unterlegen sind, ist ein Beweis, „daß Erbärmlichkeit und Hinterlist wieder einmal über Geradheit und Wahrheit Herr wurden."

„In der Stadt Wien wurde mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen gegen die Schönerianer gewühlt, und nun sie diesem Treiben erlegen, frohlockt die verderbte christlich-soziale Presse, wie das Verganiblatt, die „Reichspost", die neugegründete „Illustrirte Extra-Zeitung", der „Kikeriki" und viele andere mehr, und spricht von dem „zum Ausdruck gekommenen Volkswillen und Volksgericht."

„Besonders das letztgenannte Blatt ergeht sich in elenden Verdächtigungen. Wer je die Verdienste eines deutschen Reichsschmiedes **Bismarck**, eines **Schönerer** zu würdigen wußte, muß sich mit Ekel von den Besudelungen der christlichen Korruption, des würdigen Gegenstückes der jüdischen abwenden! Es mangeln uns Worte, der Art zu gedenken, wie sogenannte „christliche" Witzblätter sich über den greisen Heldenkanzler äußern. Wir Ostmärker rufen in gerechter Entrüstung den Deutschen des Reiches zu, nie und nimmer eine solche Presse als geistes- und gesinnungsverwandt zu betrachten, zu erwähnen und empfehlen. Wie gemeine Anschuldigungen die „frommen" Schwarzblattln z. B. gegen Schönerer vorbringen, um ihn in Beziehung mit Rothschild zu setzen!! Eine Einigkeit mit solchem Geschmeiße empfiehlt man uns an, mit solchen Elementen sollen wir gemeinsam unsere Ideen verfechten? Nein, solange nicht, als wir Anspruch auf „Deutschthum" erheben.

„Nicht umsonst hat in jüngerer Zeit der „Hammer", eine deutschnationale Arbeiterzeitung, einen Preis ausgesetzt für jeden Nichtjuden, der nachzuweisen vermag, daß ein jüdisches Blatt verlogener sei, als das „Deutsche Volksblatt" Verganis. Der Preis ist noch unbehoben."

„ . . . Wenn Schönerer einst das Volk zum Kampfe rief gegen die jüdische Preßmeute, so gilt's heute, deren Bundesgenossin, die christliche, mitzubekämpfen; sie steht ersterer in nichts mehr nach."

Zu diesem Artikel hat Hans von Mosch aus seiner Weisheit einen Löffel hinzugethan. Er behauptet natürlich, die Partei Luegers sei verjudet!

„Die satanische Macht des Judenthums, die jetzt wohl sieht, daß sie im offenen Kampfe nichts mehr gegen den Antisemitismus ausrichten kann, versucht es nun im heimlichen. Sie hat es verstanden, so wie in alle anderen Parteien, nun auch durch Hinterthüren in die antisemitische einzubringen und sie indirekt auf das unheilvollste, zu beeinflussen. Das verjudete Kirchenthum, dieses traurige Zerrbild jener reinen Lehre des großen Weisen von Nazareth, muß die Brücke schlagen, auf der der Römling und der Hebräer, der Talmud-Jude und der Talmud-Christ sich die Hand reichen zum Verderben des wahren Christenthums, des Deutschthums, der Germanenart! . . . Wie weit der jüdische Einfluß heute schon in die christlich-soziale Partei Luegers eingedrungen ist, läßt sich nicht nachweisen, daß er aber durch den Klerus bereits sein lichtscheues Wesen darin treibt, steht außer Zweifel! Deshalb sollen auch wir in Reichsdeutschland dem Pseudo-Christenthum, das seit Karl „dem Großen" jenem gekrönten Germanen-Henker, schon soviel Unheil über unser armes Vaterland gebracht, immer und immer wieder gründlich auf die Finger sehen, und jene, die als „fromme Schafe" ihm folgen, auf den rechten Weg germanischer Mannbarkeit und wahrer Religiosität zurückzuführen bemüht sein."

Ein militärisches Urtheil über Dr. Carl Lueger. Die österreichische „Neue Armee-Zeitung" vom 19. November enthält an erster Stelle folgende höchst beachtenswerthe Zeilen:

Dieser Herr Lueger interessirt uns nicht und kümmert uns nicht, so lange er politische oder Wiener Gemeindeangelegenheiten behandelt, in welche sich gewiß kein Soldat einmengen wird. Allein, wenn der schätzbare Herr Vize-Bürgermeister von Wien im offenen Parlamente erklärt, kaiserliche und königliche Truppen hätten sich bei den Wahlen in Ungarn mißbrauchen lassen, „um anständige und ehrliche Wähler ihres Wahlrechtes zu berauben", so kann auch ein militärisches Blatt an dieser unqualifizirbaren Entstellung und Verdrehung der Thatsachen nicht ruhig vorbeigehen, zumal dieser Herr Lueger in seiner Rede, welche er am vorigen Montag im Reichstage gehalten hat, sich noch zur folgenden haarsträubenden Behauptung versteigt: „Wenn man aber bedenkt, daß die Regierung in Ungarn mit der Kossuth-Partei gemeinsame Sache macht, so ist das ein Beweis, daß man eigentlich unsere Soldaten dazu benutzt, um Kossuthianer wählen zu lassen."

„Dieser Herr Lueger hat hier bewußt eine Unwahrheit gesagt, in der Absicht böswilliger Verdächtigungen. Dieser Herr Lueger weiß ebenso gut wie jeder Jurist, daß die zur Wahlassistenz kommandirten Truppen sich jeder Einmengung in den Wahlakt selbst zu enthalten haben. Sie halten lediglich im Sinne des Dienstreglements und der

einschlägigen Vorschriften die wählenden Parteien räumlich auseinander und haben nur dann zu interveniren, wenn die hochgehenden Wogen der Wahlagitationen öffentliche Unordnungen oder gar Zusammenstöße zwi chen den erregten Parteien hervorgerufen haben. Von einer Beeinflussung der Wähler kann da absolut keine Rede sein, denn eine solche Beeinflussung würde dem Wortlaute und dem Geiste des Dienstreglements widersprechen. Das weiß Herr Vize-Bürgermeister Lueger selbst sehr gut und bedarf gewiß nicht erst einer Aufklärung von militärischer Seite. Aber aus parteipolitischen Rücksichten stellt er sich, als wüßte er es nicht, um kühn darauf los verdächtigen zu können. Dieselbe Taktik hat Herr Lueger auch schon bei früheren Gelegenheiten für opportun gehalten. Wir erinnern nur an die famose Rede, welche er vor drei Jahren im niederösterreichischen Landtag gehalten, als er das k. und k. Heer eine „Rothschild-Armee“ nannte und Se. Excellenz den Herrn General-Truppeninspektor FZM. Baron Schönfeld in einer Art beleidigte, welche die tiefste Entrüstung der Armee hervorrief.

Der Herr Vize-Bürgermeister von Wien kennt eben den alten Erfahrungssatz: „Nur tapfer verleumden, etwas bleibt ja doch hängen.“

Antisemitismus in Frankreich. Der in Lyon tagende „christlich-soziale Kongreß“ hat folgende Beschlüsse gefaßt: Das Gesetz von 1791, das den Juden französische Staatsbürgerrechte verlieh, ist aufzuheben. Inzwischen müssen die Juden vom öffentlichen Unterricht, von der Rechtspflege, der Verwaltung und dem Offizierstand ausgeschlossen werden. Alle vaterländischen Zeitungen, besonders die katholischen, sollen einen kräftigen antisemitischen Feldzug führen und dazu auch Flugschriften und Nachrichtenagenturen benutzen. Das Gesetz über die Aktiengesellschaften, hinter denen sich die Juden verbergen, soll geändert, kein Jude zu Heerlieferungen zugelassen, Waarenwucher und Ringbildung strafrechtlich verfolgt und ein Adreßbuch aller jüdischen Kaufleute veröffentlicht werden.

Vermischtes.

Die „National-Sozialen“ haben für ihre Thätigkeit 7 Paragraphen festgestellt. In § 7 erklären sie:

„Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christenthum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.“

Zu § 7 wurde nun von Prof. Trommershausen folgende Resolution eingebracht und angenommen:

„Der Delegirtentag erklärt ausdrücklich, daß der § 7 der Grundlinien nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ehrlich an der Erreichung unserer nationalen und sozialen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.“

Dieser Zusatz hebt eigentlich die im § 7 liegende Beschränkung auf. Das ist auch die Absicht der National-Sozialen, wie aus dem Leitartikel hervorgeht, der am 1. Dez. in der „Zeit“ veröffentlicht und von Naumann unterzeichnet war. Darin sagt er ausdrücklich:

„Dieses einmüthige persönliche Bekenntniß schließt aber nicht aus, daß wir nun, wo wir eine politische Organisation bilden wollen, auch solche Vertreter des nationalen Sozialismus in unserer Mitte willkommen heißen wollen, die **nicht denselben Glauben haben wie wir.** Wir wollen unseren Glauben behalten, aber wir wollen kein Gesetz aus ihm machen. Dieser Grundsatz tritt in zweifacher Weise zu Tage:

1. In der unwidersprochenen Ausführung **Professor Sohms,** daß **Katholiken** und selbst **Juden** willkommen geheißen werden müssen, wenn sie in ersprießlicher Weise mit uns arbeiten wollen.

2. In dem Programmsatz dahin erläutert, daß jeder, der ehrlich an der Erreichung unserer nationalen und sozialen Ziele mitarbeiten will, uns zur Mitarbeit willkommen ist.

Beides ist nöthig: das Bekenntniß der alten Getreuen, die sich auf dem Boden des Christenthums zusammengefunden haben, und die Oeffnung des Thores für neue Freunde.“

Antisemitismus in der zeitgenössischen Litteratur. Ein Herr Max Barack hat in dem angesehenen Verlag von Adolf Bong u. Co. soeben eine Gedichtsammlung herausgegeben, die „Spaßvögel“ betitelt ist. Darin steht ein Gedicht: „Man merkt's“, worin erzählt wird, wie der liebe Gott den ersten Menschen formte, ihm eine krumme Nase gab, lange Ohren, O-Beine u. s. f. Die Englein wunderten sich über das „Pfuschwerk' und der Herr sprach: „Ich mach' — die Juden später draus!“

So sprach der Herr, und drum bis heute
Vom jüd'schen Stamm sind alle Leute
So mangelhaft nur modellirt
Und fehlerhaft auch konstruirt.
Man merkt an ihnen eben sehr:
Gott modellirte nie vorher.

Daß ein vornehmer Verlag sich zur Herausgabe solcher „Poesie“ hergiebt, die an Werth den schlechtesten Couplets gleichkommt, ist das einzig Betrübliche an der Sache.

Bromberg im November. Zu hohen Ehren kam der Sohn des jüdischen Lehrers Braunhart-Schubin. Derselbe, mit Namen Samuel Braunhart, wurde zu Anfang dieses Monats zum Staatssenator in San Franzisko gewählt. Seit $1\frac{1}{2}$ Jahren bekleidet er schon das Amt eines Hafendirektors daselbst. Als 14jähriger Knabe kam er nach Kalifornien und ist bereits 35 Jahre im Ausland. Seine Eltern feierten in Schubin im Monat Februar d. J. die Diamanthochzeit.

Meines Vaters Türkenpfeife.

Von

Hofprediger Frommel (†).*

„Mein Vater hat nie geraucht und doch eine Pfeife gehabt. Daß er nicht rauchte, kam daher, daß er es für eine abscheuliche Gewohnheit hielt, und die selige Mutter stimmte dem vollkommen bei. Und doch hielt er eine Pfeife hoch und werth. Sie hatte einen langen geringelten Schlauch, oben eine große Bernsteinspitze, die wie eine Eichel aussah, und unten einen schönen rothen, türkischen Knopf mit Gold eingelegt. Ging der Vater einmal an die obere Schublade seines Pultes und unsereins kam just dazu, gab's viel Fragen und wenig Antwort. Vergilbte Zettel, getrocknete Blumen, ein schöner Rosenkranz aus Jerusalem, alte Münzen und auch die Türkenpfeife lagen darin. Ja, warum der Vater alle diese Sachen so hübsch aufhob und fest wieder zuschloß und sagte: „Das ist nichts für Euch, Ihr lieben Kinder!“ Unsere Blicke blieben noch lange an der wieder geschlossenen Schublade hängen, aber sie war und blieb zu. — Als ich von der Universität kam, wo ich unter anderen Künsten leider auch rauchen lernte, gelüstete es mich gewaltig nach der schönen Türkenpfeife, sie zu probiren. Da wurde denn die Rede auch einmal ganz sachte auf den Türkenkopf gebracht, und wie das Rauchen aus einer so langen Pfeife gesünder und weniger kostspielig wäre, und was dergleichen Dinge mehr waren. Der Vater lächelte still vor sich hin und hörte dem Ding ruhig zu, aber er wußte sogleich, wo's hinaus wollte, und machte ein Gesicht, als wollte er sagen: „Du kriegst sie aber doch nicht.“ Nachdem alle Beredsamkeit von meiner Seite am Ende war, schwieg der Vater noch immer still.

Und das ist immer peinlich, wenn der Eine so viel spricht und der Andere sagt kein Wörtlein darauf. Endlich brach er das Schweigen auf Zureden der Mutter. Mit dem Türkenkopfe hatte es nämlich so seine Bewandtniß, warum er nicht geraucht werden durfte. Auf der schönen Insel

---

* „Aus der Familien-Chronik eines geistlichen Herrn“ (4. Aufl. Stuttg. 1888. S. 11—21).

Sizilien, die unten an Italien ruht, wie das Schooßhündlein zu Füßen seiner Herrin, liegt die Stadt Palermo, hoch aufgebaut mit ihren Burgen und Palästen und großen freien Plätzen. Dahin war in seinen jüngeren Jahren auf der Fahrt nach Welschland der Vater gekommen, er war ein Maler und seine beiden Freunde Baumeister, wovon der eine die Ludwigskirche, der andere die Auerkirche in München erbaut hatte. Die wollten dort studiren aus dem großen Buch, wo statt Buchstaben Berge und Fluren, Paläste und Kirchen stehen und wo jede Nacht ein Komma und jedes Nachtquartier ein Pünktlein ist. Zwei von ihnen, der Vater und der eine Baumeister, gehörten nicht gerade zu den Stärksten, dagegen war der andere Baumeister ein breitschulteriger, stämmiger Mann, dessen Stock allezeit geladen war, wenn Noth an den Mann kam. So saßen denn die Drei einst an einem Abend vor einem Kaffeehaus. Ueber ihnen war ein Zelt gespannt, und ringsum standen blühende Oleander und Aloen, auf dem Tisch Kaffee und Eis und was so von diesen Herrlichkeiten mehr sind. Die drei deutschen Jünglinge in ihren weißen Strohhüten und breit ausgelegten weißen Hemdenkragen und langen Haaren unterhielten sich von diesem und jenem, vom krummen und geraden Lauf in der Welt, vom vielen Gelde, was die Hamburger Kaufherrn haben, und von dem wenigen, was die Künstler haben, vom Sultan in Konstantinopel und vom Herrn Amtmann in Balingen im Schwarzwald. Da tobte es plötzlich aus der Seitengasse heraus, wie wenn das wilde Heer des Hans von Rodenstein im Odenwalde daher käme, mit Pfeifen und Heulen und Schreien, und zwischendrein hörte man nur die flehende, wimmernde Stimme eines alten Mannes. Es war ein Haufe parlermitaner Männer, Weiber und Kinder, die auf der Hetzjagd begriffen waren. Das Wild aber, das sie hetzten, war ein **alter Jude** mit langem, eisgrauem Bart, in schwarzgelbem Kaftan, mit einem weißen Turban auf dem Kopf. Des alten Mannes ehrwürdige Züge waren von Angst und Schrecken verzogen, er zitterte am ganzen Leibe, denn sie stießen ihn vor sich her und verspeiten ihn. Er hatte nämlich sein Quartier verlassen und war auf der Rückkehr verspätet und so den Leuten in die Hände gefallen, die ihn ins Judenviertel zurückjagen wollten. Denn die Juden hatten, wie in der heiligen Stadt Rom, ihr besonderes Viertel, aus dem sie nicht, außer in bestimmten Stunden, heraus durften. So jagte denn der Troß mit dem alten, zitternden Mann in der Mitte am Kaffeehause vorbei. Die drei Deutschen schauten hin und hatten bald erkannt, um was sich's handle. Ohne Kommando sprangen die Drei blitzschnell von ihren Sitzen auf. Der Vierschrötige schüttelte seine Locken wie ein Löwe seine Mähne, schwang seinen geladenen Ziegenhainer und sprang mitten in den Knäuel hinein und fing an, die Köpfe und Rücken der Palermitaner so gründlich zu bearbeiten, als sei er ein Haarkräusler oder ein Gerber. Die zwei Anderen waren durch die Gasse nachgebrochen und hieben nun auch unter den verdutzten Knäuel ein, schimpften auf Deutsch und Italienisch auf das rohe Volk, und während der Erste in seiner Arbeit fortfuhr, nahmen die beiden Anderen den Juden unter den Arm und zogen ihn aus dem Getümmel heraus. Das feige Volk hatte sich bald verlaufen, und der Vierschröter kam schweißtriefend nach. „Das war einmal was für unsereinen," rief er lachend, „so was passirt einem nicht alle Tage auf diesem Stern. — Nun Alter," sagte er zum Juden, „vergeßt, was Euch das Volk gethan, und sagt uns Eure Wohnung, wir werden Euch eskortiren." — Der Jude wußte sich nicht zu helfen vor Verbeugungen und Dankesworten und frug dann schüchtern, ob die Herren auch Juden wären, dieweil sie so an ihm gehandelt. Da schlugen die Drei ein helles Lachen auf. „Nein, Sohn Abrahams, Juden sind wir nicht, aber Christen und Menschen, und darum soll Euch kein Leid geschehen." Der Jude schaute sie verwundert an, noch mehr aber die vor ihren Häusern kauernden Leute im schmutzigen Judenviertel, als sie den Alten inmitten der drei blühenden deutschen Jünglinge sahen. „Sie haben mich gerettet von den Gojims," rief der Alte unaufhörlich, „und sind selber Gojims!" Endlich waren sie am Hause. Schwarzäugige, schmutzige Kinder sprangen heraus und an dem Alten hinauf, küßten ihn und zupften ihn am Bart, es waren seine Enkel. Aber angstvoll kam das alte Judenweib heraus mit ihren großen Kindern. Sie hatte den Alten schon verloren gegeben, als er über die Zeit ausblieb. In Kürze erzählte er, was ihm begegnet war, während sich die Künstler das Treiben anschauten. Sie sahen, wie das dunkle Auge des großen Sohnes flammte wie das des Judas Makkabäus, als sein Volk geplagt ward — aber als der Alte dann auf die Drei deutete (denn sie verstanden kein Wort von dem allem), da drängten sie sich herzu und küßten die Hände der Fremdlinge unaufhörlich, bis endlich dem Vierschrötigen die Geduld riß und er auf Deutsch rief: „Laßt doch die Dummheiten bleiben," was die dankbare Familie freilich ebenso wenig verstand, als wenn er gesagt hätte: „Behüt Euch Gott, auf Wiedersehen, ein andermal wieder, recht gern, wenn's noth thut!" — Die Drei gingen ihrer Wege, froh und leichten Herzens, wie ein Mensch, wenn er seine Pflicht und Schuldigkeit gethan hat, und noch lange hallten ihnen die Segenswünsche aus dem Judenviertel nach. — Die Geschichte hatten sie bereits vergessen, wie man das allerwege thun und sich nichts einbilden soll. Nur in das Kaffeehaus waren sie bei Abend nicht gegangen, von wegen der Stockprügel, die sie ausgetheilt. Es schien ihnen nicht gerade geheuer, weil der Italiener, wo er mit dem ehrlichen Stock nicht vorankommt, es mit dem hinterlistigen Dolche versucht. Sie sahen sich Palermo mit seinen Herrlichkeiten des Weiteren an und kamen nach 14 Tagen wieder in das Kaffeehaus. Es dauerte nicht lange, da sahen sie in Begleitung dreier hochgewachsener junger Leute einen Greis im Turban und Kaftan auf sie zukommen. Es war der Alte, den sie herausgehauen hatten. „Gelobt sei der Gott Abrahams, Isaaks und Jacobs," rief der Alte, „daß ich Euch finde. Seit vierzehn Tagen bin ich jeden Tag hierher gekommen, Euch zu suchen und zu danken. Aber ich fand Euch nicht und konnte nur beten beim Leuchter, daß Adonai segnen möge den Fremdling, der Gutes gethan an Israel und selber nicht aus Israel ist. Ich habe nicht viel, Euch zu geben, aber ich habe gehört, daß Tedesco (der Deutsche) raucht wie der Muselmann über dem Wasser. Aus der Heimath — und die Fremde ist bitter — habe ich noch drei Pfeifen, sie sind echt, Ihr könnt es glauben, nehmt sie. Mehr habe ich nicht, was Euch freuen kann. So oft ihr rauchet, gedenket daran, daß Israel nicht vergißt, was man ihm Gutes thut." Dann hob er noch einmal segnend die Hände über die Drei und ging, ohne den Dank abzuwarten, von dem Tische weg. Die Drei schauten dem Alten nach, dann auf die Pfeifen und Jeder auf den Anderen, und Keiner sagte ein Wörtlein. Was aus den Pfeifen der beiden Anderen geworden ist, weiß ich nicht. Meines Vaters Pfeife aber lag im Pulte verschlossen. Nun kam sie mir doppelt ehrwürdig vor, und ich begehrte nicht mehr, sie zu rauchen. Aber von jener Zeit hieß sie bei uns die **Toleranzpfeife**. Und die kann Jedes, auch die geneigte Leserin rauchen, sogar ohne Türkenkopf und Wasserschlauch."

Briefkasten.

D. J. D. Besten Dank für die übersandten 22.30 Mk., die Sie auf einem Feste für die Zwecke unseres Vereins gesammelt haben mit dem Wunsche, „unentwegt und erfolgreich weiter für Wahrheit, Gleichberechtigung und Freiheit zu kämpfen." An unseren bescheidenen Kräften soll es nicht fehlen.

W. B. in S. Der Metzger Mayer aus Müllheim in Baden, der, weil er Fleisch von perlsüchtigen Kühen verkaufte, zu 8 Wochen Gefängniß und 100 Mark Geldstrafe verurtheilt worden ist, ist christlicher Abstammung.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ludwig Scharf, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschlager, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 50. **Berlin, den 12. Dezember 1896.** **6. Jahrgang.**

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553. **Inserate** kost. 40 Pf. pr. 4 gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **L. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**, zu richten.

Der Bund der Landwirthe, die Konservativen und der Antisemitismus.

Das Demagogenthum unserer Agrarier offenbart sich ganz besonders auch in der Pflege des Antisemitismus. Wie wir wiederholt dargelegt haben, ist der Bund der Landwirthe antisemitisch „bis auf die Knochen“. Er schließt nicht blos Juden von der Mitgliedschaft aus, sondern hat sich auch die antisemitische Agitation in ihren schlimmsten Zügen und Auswüchsen angeeignet.

In dieser Beziehung hat der Bund erhebliche „Fortschritte“ aufzuweisen. Wenn man die Leistungen seiner periodischen Presse verfolgt, so gewahrt man die zunehmende Verrohung des darin angeschlagenen Tones. Man braucht nur die Jahrgänge der „Deutschen Tageszeitung“ nachzuschlagen, um zu erkennen, wie dieses Blatt immer mehr heruntergekommen ist.

Nicht anders verhält es sich mit der „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“. Eine der jüngsten Nummern (22. Novbr.) dieses offiziellen Organs des Bundes, für dessen Inhalt die Herren v. Ploetz und Genossen also die Verantwortung tragen, bildet eine wahre Fundgrube der seichtesten Schimpfereien.

Es heißt da u. a.: Die semitische Rasse wisse sich die Herrschaft auf den Gebieten zu sichern, wo man am meisten Einfluß und Macht gewinne. Die Juden hielten so viele Christen in politischer Sklaverei; sie hätten einige Millionen Christen zu politischen Heloten gemacht. Diese Deutschen müßten aus ihren politischen Sklavenfesseln erlöst werden. Der „Nordostverein“ besorge die Geschäfte einer Partei, die sich in Judenknechtschaft befinde und den Bauernstand zu untergraben trachte.

Diese Probe genügt zur Kennzeichnung des in der agrarischen Presse üblichen Jargons. Ahlwardt hat vor diesen Bündlern nichts mehr voraus. Von ihm erwartet man aber auch nichts Anderes, während die agrarischen Großgrundbesitzer sich doch jederzeit als die Generalpächter nicht blos des Patriotismus, sondern auch des Anstandes und der guten Sitte aufspielen.

Am 2. Dezember sagte im Reichstage der Abg. Graf Limburg-Stirum: „Die meisten Mitglieder der konservativen Partei sind Mitglieder des Bundes der Landwirthe, weil die Tendenz des Bundes der Landwirthe der konservativen Partei in keiner Weise widerspricht. Jedes Mitglied der konservativen Partei kann Mitglied des Bundes der Landwirthe sein, ohne seiner Stellung als treuer Anhänger der Krone und des Reiches untreu zu werden. Und, m. H., wenn einmal ein Artikel geschrieben wird, der Ihnen nicht gefällt und vielleicht auch manchem von uns nicht gefällt, so ist damit doch noch nicht die Unmöglichkeit konstatirt, dem Bunde der Landwirthe anzugehören. Es kommt darauf an, ob die Ziele und Zwecke, die der Bund verfolgt, mit unseren Prinzipien unverträglich sind, und das kann ich behaupten, ist nicht der Fall.“

Die Erklärung des konservativen Führers war veranlaßt durch Auslassungen des Abg. Rickert über die Angriffe der agrarischen Presse gegen die Regierung und die Rathgeber des Monarchen. Man kann dem Grafen Limburg-Stirum nur dankbar dafür sein, daß er ganz offen über die Beziehungen der konservativen Partei zu dem Bund der Landwirthe sich geäußert hat. Wir haben längst keinen Unterschied zwischen Beiden gemacht, namentlich auch nicht in Bezug auf die Agitationsmethode.

Der Herr Graf ist über diesen Punkt etwas leicht hinweggegangen. „Wenn einmal ein Artikel geschrieben wird!“ — Ja, liest er die Artikel der Bündlerpresse so flüchtig oder nimmt er keinen Anstoß an der Schreibweise, durch welche nicht eine, sondern fast jede Nummer dieser Blätter sich auszeichnet?

Es ist schier unbegreiflich, wie die preußischen Junker bei jeder Gelegenheit als Antisemiten „vornehmerer“ Gattung sich geberden im Gegensatz zu den „radikalen“ Rassen-Antisemiten. Wird etwa in der Plötz-Presse kein Rassen-Antisemitismus getrieben? Hat der Graf Limburg-Stirum sich diese Frage noch nicht vorgelegt, er, der bekanntlich von manchem seiner Parteigenossen selbst nicht für rassenrein angesehen wird?

Das Wort „noblesse oblige“ hat keine Geltung mehr für das Verhalten unserer Junker im politischen Kampfe. Wenn Abg. Graf Mirbach es für gentlemanlike hält, in Ahlwardt-Liebermannscher Manier über die „urgermanische Heldengestalt“ Ludwig Bambergers zu witzeln, so ist auch das ein Beweis dafür, welch' üblen Einfluß die antisemitische Gesinnung sogar auf die Umgangsformen unserer konservativen Grand-seigneurs ausübt.

Eine Niederlage der agrarisch-antisemitischen Klique.

Glossen zum Prozeß Leckert-Lützow.

In der letzten Woche hat sich in Berlin ein politischer Prozeß ersten Ranges abgespielt. Weniger als die Verurtheilung der beiden Hauptangeklagten Leckert und v. Lützow war der Nachweis von höchster Wichtigkeit, daß alle Klagen und versteckten Andeutungen über eine „Nebenregierung“ unsinnig waren, wie sie seit Jahren von der „Staatsb.-Ztg.“,

der „Deutschen Tageszeitung." und Blätter ähnlichen Schlages verbreitet wurden. Antisemitische Schandbroschüren und Artikel setzten allerhand dunkle Gerüchte über die Umgebung des Kaisers in die Welt; die meisten Männer, denen die Ehre des Umgangs mit unserm Kaiser zu Theil wurde, sollten „verjudet" sein oder Judensprößlinge. Nach der wahrscheinlich von Max Bewer geschriebenen Broschüre „Wilhelm II. und Alexander III." (4. Aufl. Dresden 1892 bei Glöß) — wir führen nur ein Beispiel an — wurden Miquel, General von Hahnke, Lucanus, Douglas, Güßfeld, und Frau v. Koscielski verdächtigt und die „Verquickung des Berliner Hoflebens mit dem internationalen, jedenfalls antirussischen Judenthum" hämisch „konstatirt." Die weiteren Verdächtigungen wagen wir nicht anzudeuten. Namentlich das Auswärtige Amt wurde als die Quelle aller Intriguen gegen Bismarck und die Antisemiten bezeichnet. Dort sollte es von Judensprößlingen wimmeln und diese Nebenregierung hätte auch die unbequemen Minister gestürzt. Diese „Nebenregierung" charakterisirte der Oberstaatsanwalt Drescher wie folgt:

Es ist bei dieser Gelegenheit wieder das Wort **„Nebenregierung"** benutzt worden. Ich muß sagen: mir ist diese Bezeichnung in meinem dienstlichen Leben — darum allein kann es sich handeln, nicht aber um meine persönliche politische Stellung — öfter begegnet, und ich muß sagen: es ist ein nichtsnutziges Wort, das in jedem Falle geeignet ist, die Ehrfurcht gegen Se. Majestät den Kaiser zu verletzen, unter Umständen sogar ein Wort, welches eine Majestätsbeleidigung enthält, insofern als Sr. Majestät Mangel an Willensstärke vorgeworfen und er als gefügiges Werkzeug irgend einer Klique hingestellt werden soll. Ich würde keinen Augenblick zaudern, gegen Jeden mit einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung unter Umständen vorzugehen — mag er einer Partei angehören, welche er wolle, — der dieses Wort unter besonderen Umständen anwendet. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß vor Jahren dieser Vorwurf gegen den Chef des Civilkabinets in dreistester Weise von **antisemitischer Seite** erhoben worden ist. Dieses nichtsnutzige Wort ist auch dazu benutzt worden, um Angriffe gegen das Auswärtige Amt und seinen Chef zu erheben. Diese Angriffe sind nicht neu. Der Anklageartikel ist eigentlich nur eine Fortsetzung einer langen Reihe anderer Artikel und Vorwürfe, die mehr oder weniger versteckt an die Oeffentlichkeit gekommen sind. Da mag irgend ein Angriff gegen die Umgebung Sr. Majestät erhoben werden, sofort heißt es: Die Nebenregierung ist im Spiele. Alle Ministerveränderungen werden auf die Thätigkeit des Auswärtigen Amtes zurückgeführt, welches als die Brutstätte aller Kabalen und Intriguen geschildert wird, und so sollte man es kaum glauben, das alles Mögliche dem Auswärtigen Amte aufgebürdet wird. Ja, was sind denn das für Zustände? Ist es nicht im Staatsinteresse dringend geboten, einmal Klarheit zu schaffen? Oeffentliche Berichtigungen des Staatsanzeigers nutzten nichts, man stürzte sich vielmehr wieder auf diese Berichtigungen. Dagegen hilft nur das eine Mittel: Strafantrag und Gerichtsentscheidung. Ich kann mir wohl denken, daß man in gewisser vornehmer Zurückhaltung Beleidigungen verachtet, aber das hat sofort eine Grenze, jenseits welcher das Staatsinteresse liegt. Es mußte endlich einmal klare Rechnung gemacht werden, es mußte den Leuten, die immer wieder mit ihren versteckten Angriffen hervortraten, zugerufen werden: „Heraus aus dem Busch!"

Daß an dem seit Jahren aufgehäuften Klatsch nichts wahres ist, daß das „verjudete" Auswärtige Amt nicht gegen die anderen Ministerien konspirirt hat, daß gut arische meist antisemitische Macher dahinter standen, das alles hat der Prozeß klargestellt. Er ist auch nur ein Beitrag zu der großen Verleumdungsseuche, die unser Volk befallen hat, eine Seuche, die im konservativ-antisemitischen Lager ihre Hauptquellen hat.

*　　*　　*

Der Angeklagte Heinz Leckert-Larsen galt als antisemitischer Journalist. Er hat, als er sich die ersten Sporen des Journalismus bei der „Deutschen Warte" holte, ein wenig in Antisemitismus gemacht. Die „D. W.", deren Chefredakteur damals Herr Richard Nordhausen, der jetzige Herausgeber des antisemitischen „Deutschen Michels", war, poussirte zu jener Zeit den Antisemitismus stark. Dann arbeitete Herr Leckert, auch als Theaterkritiker für das „Volk", rühmte sich seiner Beziehungen zu Herrn v. Gerlach und Herrn — Bodeck, in dessen „Deutschem Wirthshause" er Stammgast war. Derselbe Leckert erzählte auch, daß er einer der eifrigsten Mitarbeiter der „Deutschen Wacht" des Abg. Zimmermann sei. Im Sommer bewarb er sich um den Posten eines Chefredakteurs an der „Berliner Reform" und berief sich in seinem Schreiben u. a. auf die Herren R. Nordhausen, H. v. Gerlach und H. Oberwinder. Er hätte an der „Deutschen Wacht" gearbeitet, sei Mitarbeiter der „Libre Parole" und arbeite für Blätter „reformatorischer und konservativer Richtung". Wie das „Volk" vom 9. Dez. meldet, hat er sich auch als Mitglied der christlich-sozialen Partei gemeldet.

*　　*　　*

Einen Konsul René aus Stettin nannte der Kriminal-Kommissar v. Tausch als einen seiner Hintermänner, was sich freilich nicht bestätigte. Dieser Herr war stets ein eifriger Agitator des Antisemitismus und hat im Verein mit Herrn v. Borcke antisemitische Reden gehalten. Beide wurden auf dem Parteitag der Antisemiten Pommerns am 20. Jan. 1895 aus der Partei ausgeschlossen. Aber enragirter Antisemit blieb der Herr. Aus dem Wust von Notizen, die die Zeitungen über das Treiben dieses Mannes gebracht haben, geht hervor, daß er zwar bei den Führern der „Deutschen Reformpartei" verhaßt ist, aber ein eifriger Judenhasser geblieben ist. Im „Berl. Tagebl." (8. Dez.) veröffentlicht er eine Berichtigung, worin es heißt:

„Unrichtig ist es, daß ich ein „Agitator" des „Bundes der Landwirthe" oder der antisemitischen Reformpartei bin. Seit der Gründung desselben bin ich Mitglied des **„Bundes der Landwirthe"**, bekenne mich wohl zu den in demselben maßgebenden politischen Anschauungen — bis auf unwesentliche Punkte — und habe auch in „diesem Sinne" für das preußische Haus der Abgeordneten kandidirt. Zur antisemitischen Reformpartei oder zu einem ihrer Führer unterhalte ich dagegen nicht nur keinerlei Beziehungen, sondern erfreue mich sogar der Gegnerschaft gewisser antisemitischen Kreise, insbesondere des bekannten Pamphletisten Carl Paasch."

Im Reichstag hat man René öfter im eifrigen Verkehr mit Freiherrn v. Langen gesehen. Die „Hann. Post" vom 6. Dez. fragt, weil René behauptet hat, er habe nur einige Artikel veröffentlicht und treibe nicht berufsmäßige Journalistik:

Wer hat die jüngsten Hetzartikel gegen die deutsch-soziale Reformpartei in einer gewissen Zeitung geschrieben oder veranlaßt?

Wer verkehrt „berufsmäßig" mit allen Parteiführern von Singer bis zu Manteuffel?

Wer versucht den Bund der Landwirthe „berufsmäßig" gegen die Antisemiten und gegen die Konservativen auszuspielen?

Kann uns Herr René hierauf keine befriedigende Antwort geben, so müßten wir in unserer Wißbegierde noch mehrere Fragen stellen, die immerhin noch weniger angenehm wären, als die obigen.

Das „Volk" vom 9. Dez. tischt ihm noch andere Fragen auf:

Wer war es, der in der kleinen Gesellschaft, an der **v. Plötz, v. Herder, v. d. Gröben** — und andere — theilnahmen, Herrn v. Plötz „spaßeshalber" zu einem Terminspekulatiönchen aufgefordert hat? Wer war es, der, da die Bankfirma es nicht gethan, dem sozialdemokratischen Abg. Singer davon Mittheilung gemacht hat? Wer war der R.-Korrespondent der Stettiner „Neuesten Nachrichten", der geheime Beschlüsse des konservativen Delegirtentages dem Blatte mittheilen konnte? Wer war es, der im Auftrage des Abgeordneten Dr. **Frhrn. v. Langen zu Paasch** nach Zürich gereist ist und in der Sache **Paasch-v. Liebermann** den Zwischenträger spielte? Wir könnten die Fragen noch vermehren, wollen uns aber mit unserem Material bis zum Prozeß Tausch gedulden.

Der kommende Prozeß Tausch wird ja wohl über diesen interessanten Herrn Aufschluß geben.

*　　*　　*

Den bekannten Polizeispion Schumann-Normann erwähnte auch Frhr. v. Marschall. Von diesem teilt der „Vorwärts" mit, daß er als „Dr. Mundt" 1892 dem Xantener Judenprozeß als Journalist beigewohnt, aber nur Depeschen und Briefe an auswärtige Zeitungen versendet habe, daß er aber in alle Prozeßkleinigkeiten eingeweiht gewesen sei. Bei Tisch habe er mit seinen hohen Bekanntschaften mit allen möglichen Regierungs- und Hofkreisen renommirt und Skandalgeschichten erzählt. Dr. Mundt habe sich dann als Beamter der Polizei enthüllt. Er habe einige Zeit vor dem Prozeß

in Xanten geweilt und die heftigsten antisemitischen Artikel für antisemitische Zeitungen geschrieben. — Dabei hat er aber auch wieder, wie dem „Rchsb." vom 8. Dez. mitgetheilt wird, gleichzeitig als Philoiemit (Unwahrscheinlich. Die Red.) mit Juden in intimer Beziehung gestanden. Auch die Broschüre über den Xantener Prozeß, welche im Verlag der „Vaterländischen Verlagsanstalt" in der Wilhelmstraße erschien und wegen der Herr Oberwinder verurtheilt wurde, soll, wie dem „Rchsb." mitgetheilt wird, von ihm herrühren.

* * *

M. F. Sebaldt. Der bei der „Deutschen Zeitung" des Herrn Dr. Friedrich Lange angestellte Redakteur Sebaldt hat an den königlichen Oberstaatsanwalt Drescher folgendes Schreiben gerichtet:

Dem königlichen Oberstaatsanwalt Drescher theile ich ergebenst mit, daß ich nicht abwarten will, bis ich in dem Prozeß Marschall als Zeuge geladen werde, sondern daß ich mich freiwillig zur Verfügung stelle. Ich muß jedoch bemerken, daß ich Eid und Aussage verweigern werde, um nicht in die Anklage der Beleidigung des Herrn Staatssekretärs hineingezogen zu werden. Zur Begründung füge ich Folgendes bei. In meinem soeben bei Wilhelm Friedrich in Leipzig erschienenen Buche, welches sich auch in den Händen des Herrn Dr. Chrysander in Friedrichsruh befindet und den Titel führt „D. L. S.", habe ich aufgezeichnet, daß ich seit einem Jahrzehnt den streng rassereinen Deutsch-Gedanken im Sinne Bismarcks vertrete und alles Deutsch-Fremde bekämpfe. Da ich weiß, daß Herr v. Bieberstein im Verein mit den Legations-Räthen Hammann und v. Hollstein vorwiegend englische und jüdische Korrespondenten mit Informationen unterstützt, so habe ich diese Bismarckfeindliche Richtung immer bekämpft u. A. als Redakteur der „Deutschen Zeitung" im Falle Bashford-Kayser, Bellach u. s. w. Um mir Unterlagen zu besorgen, trat ich in Verbindung mit der Bismarckfreundlichen politischen Polizei. Daß ich dieser in Gegenleistung ebenfalls Informationen gab und mir meine Auslagen dabei ersetzen ließ, halte ich nicht für unehrenhaft. Ich stand nicht im Dienste der Polizei, sondern in dem meiner Idee, getreu dem Worte Bismarcks: „Stetig im Ziel, aber beweglich in den Mitteln."

M. F. Sebaldt, Redakteur, Berlin W. 30.

Die Redaktion der „Dtsch. Ztg." theilt im Anschluß an diesen Brief mit, „daß Herr Sebaldt Lokalredakteur gewesen sei, daß er mit der innern Politik niemals etwas zu thun gehabt hat, und daß er aus dem Redaktionsverbande in dem Augenblicke ausgeschieden worden ist, wo sich herausstellte, daß Herr Sebaldt außerhalb seines Ressorts und journalistischen Berufes Aspirationen und Beziehungen irgend welcher Art gehabt hat." Sebaldt antwortete im „Berl. Tagebl." (8. Dezbr.), daß er am 2. Dezember, also vor der Entwickelung des Prozesses gegen Leckert-v. Lützow, seine Entlassung aus dem Redaktionsverband der „Deutschen Zeitung" nachsuchte, aber nicht erhielt. Gleichzeitig übermittelte Herr Sebaldt dem „B. T." einen von Dr. Friedrich Lange eigenhändig unterschriebenen Brief vom 1. Dezember, in welchem Dr. Lange von der Kündigung des Herrn Sebaldt per 1. Januar Kenntniß nimmt und ihn seines Dankes versichert. Als Revanche theilte Dr. Lange am 8. Dezbr. in seinem Blatte mit, daß Sebaldt in einem Münchener Skandalprozesse keine rühmliche Rolle gespielt habe.

Briefe aus Wien.

III.

Eine große Schlacht liegt hinter, eine noch größere vor uns. Jene wurde verloren. Wer mag wissen, wie diese ausgehen wird? Hoffentlich besser. Der gegenwärtige Zustand läßt sich am besten mit den Worten bezeichnen: Zwischen zwei Schlachten.

Der Zeitraum zwischen zwei entscheidenden Schlachten wird mit Erörterungen über die gemachten Erfahrungen, mit Rekognoscirungen und Plänkeleien ausgefüllt. Da der Landtag noch nicht eröffnet ist, stoßen die Gegensätze, außer bei den üblichen Versammlungen, nur im Gemeinderathe zusammen, wo es zu den üblichen Skandalen kommt. Statt uns über dieselben des Längeren auszulassen, möchten wir lieber einen gründlichen und viel verbreiteten Irrthum berichtigen, der sich an den Ausfall der Landtagswahlen knüpft. Man spricht nämlich ganz allgemein von einer vernichtenden Niederlage der Deutsch-Nationalen; die Christlich-Sozialen verkünden es mit wildem Triumphgeschrei und die Gegner der Antisemiten lassen sich den Bären aufbinden, als ob die Schönererianischen Antisemiten von den Genossen Luegers endgiltig überwunden seien. Allgemein wird das als eine Verschärfung der Niederlage der freiheitlichen Sache bedauert, aber, ohne in Zweifel gezogen zu werden, geglaubt. Und doch ist dieser Glaube irrig und die Folge einer oberflächlichen Betrachtungsweise.

Es ist ja wahr, daß die Schönererianer bei den Wahlen Niederlagen erlitten haben, aber der springende Punkt in der ganzen Sache ist der, daß der verlassene Wahlkampf nicht das Ende, sondern den Beginn der deutsch-nationalen Aktion, keinen letzten Aufstand, sondern einen ersten Vorstoß bedeutet. Denn die Schönererianer sind nicht mehr als Verbündete, sondern als Gegner des offiziellen Antisemitismus ins Feld gezogen, sie sind also in ganz neuer Gestalt, als neue Partei aufgetreten. Die Opposition — nicht allein mehr gegen die Regierung, sondern auch gegen die innerhalb des Antisemitismus herrschende Richtung — steht ihr auf der Stirn geschrieben. Und es ist kein Wunder, daß sie dieses Kainszeichen jene Stimmen gekostet hat, die noch von der Zeit herrühren, wo ihre Fronde gegen den „Wiener Wurstkessel-Antisemitismus" eine rein theoretische war. Um so enger schaaren sich diejenigen um die neue Fahne, die sich neben der „deutschnationalen" Gesinnung Sinn für anständigere Kampfesweise, bessere Umgangsformen und eine halbwegs neuzeitlich-europäische Weltauffassung bewahrt haben. Und die beweisen viel Kampfesmuth und Kampfeslust. Der Austritt fast der Hälfte der sich deutsch-national nennenden Gemeinderäthe aus dem antisemitischen „Bürgerklub" des Stadtparlamentes konnte den Dr. Lueger überzeugen, daß die Gefahr noch lange nicht beseitigt sei. Er muß es ja auch wohl wissen, denn auf Spatzen hätte der so umsichtige Feldherr gewiß nicht mit seinen fürchterlichsten Agitationskanonen schießen lassen.

Auch in den letzten Tagen ist Herr Dr. Lueger wieder recht unsanft an die Unterströmung erinnert worden: Als der antisemitische Lehrer Tomanek aufstand und gegen einen Antrag der antisemitischen Gemeinderathsmehrheit den katholischen Schulverein zu subventioniren, vom antiklerikalen Standpunkte sprach. (Der katholische Schulverein ist nämlich ein politischer Kampfverein, eine Schöpfung jener Kreise, die sich so innig mit den christlich-sozialen Antisemiten liirt sind, daß man kaum eine Grenzlinie zwischen ihnen ziehen kann.) Und mögen sich Tomanek und Genossen vorläufig noch mit Händen und Füßen gegen eine Identifizirung mit den anderen nichtantisemitischen Feinden des Rückschritts wehren, ihr Auftreten bedeutet für die Sache der Gleichberechtigung dennoch einen verheißungsvollen Fortschritt, und kann für Lueger und die Seinen noch verhängnißvoll werden.

Freilich soweit gehen Luegers Befürchtungen in keinem Falle. Er zeigt viel Zuversicht und Siegestrunkenheit. Das neuestens ihm zugewendete Wohlwollen der Regierung macht ihn unbändig stolz. Er fühlt sich als Persönlichkeit, die sogar von Berichterstattern ausländischer Zeitungen interviewt wird.

Ob sich nicht das alte Sprüchwort auch an ihm erfüllen wird, daß Hochmuth vor dem Falle komme? Der Fall wird nicht ausbleiben. Und wenn ihn die wachsende Sozialdemokratie, die steigende deutsch-nationale Opposition allein nicht bringen werden, die fortschreitende Entartung in den christlich-sozialen Reihen wird ihn beschleunigen. Wo die Verderbtheit so weit gediehen ist, daß z. B ein Gemeinderaths-Kandidat (Feichtinger) in Graz, welcher der Veruntreuung und Krida angeklagt, vor Gericht erklärt hat, die Verurtheilung eines Juden wegen Wuchers für 150 Fl. in seinem Blatte verschwiegen zu haben, 336 Stimmen erhält, — da kann die Strafe nicht mehr fern sein.

Einer solchen Partei wird auch die straffe Organisation nichts nützen, die vorläufig, wenigstens in Wien, noch vorhanden ist. Mögen sich auch alle Männer der Partei zu Gunsten der Führer jeden individuellen Selbstgefühles entkleiden und sich zu Spielbällen hergeben, wie dies jede Sitzung des Gemeinderathes beweist: die schmutzigen Instinkte, die diese Heerde zusammengetrieben haben, werden sie wieder auseinandertreiben.

Austriacus.

Zur Abwehr.

In eigener Sache. Bei der Besprechung des Programms der National-Sozialen (s. „Mittheil." Nr. 48, S. 378) haben wir uns gegen das Naumann'sche Wort nicht wenden können, daß es für jeden eine gesellschaftliche Frage sei, zu verkehren mit wem er wolle. Daß wir diesen privaten Antisemitismus nicht als Programmpunkt unserer Abwehr-Thätigkeit anerkennen, hat uns den Zorn des Mainzer jüdischen Blattes „Laubhütte" zugezogen. Zu unserm Satze: „Ob heute Juden von gewissen Gesellschaften gemieden werden, ist lediglich Privatsache", schreibt das Blatt unter dem 3. Dez.:

„Zu dieser Bemerkung lag kein Anlaß vor; im Gegentheil die soziale Aechtung der Juden im Allgemeinen, also auch der Rechtschaffenen, welche die überwältigende Mehrheit bilden, ist eine große Rohheit. Warum wendet sich das Abwehrorgan dagegen nicht? Verdient es eine milde Beurtheilung, wenn man die Anschauung, als ob die Juden sozial minderwerthig wären, tolerirt? Das ist eine schöne Sorte „Abwehr!" Gott schütze uns vor unseren Freunden."

Wir sind keine „Freunde" der Laubhütte, auch keine „Philosemiten". Wir vertreten den Rechtsstandpunkt, der den jüdischen Staatsbürgern die gleichen Rechte wie den christlichen zuweisen will, nicht nur die gleichen Pflichten. In diesem Sinne bekämpft unsere Abwehrthätigkeit den politischen Antisemitismus. Den privaten Judenhaß bekämpfen wir, soweit er logisch und mit Gründen erreichbar ist. Ist er lediglich Gefühlssache, so ist er uns gleichgültig. Wenn irgend einer sich vornimmt, gesellschaftlich nur mit Leuten zu verkehren, deren Namen mit A anfängt, so läßt man solche Leute ihres Weges gehen. Die Leute, die andere Namen tragen, sind darum nicht minderwerthig und brauchen sich nicht aufregen. Wir meinen, wenn wir den Juden den Rath geben, sich um diesen privaten Gefühlsantisemitismus nicht zu kümmern, so wecken wir nur Stolz in ihnen; dagegen kann doch wohl die „Laubhütte" nichts haben.

Eine neue antisemitische Lüge wandert jetzt durch die gesammte judenfeindliche Presse und leider auch durch viele katholische Blätter. So enthielten die „Neißer Ztg.", der „Westf. Merkur", das „Niederrhein. Volksblatt", das „Echo der Gegenwart" und die „Schles. Volkszeitung" diese Notiz, die wie folgt lautet:

Eine interessante Klage stand am Freitag (den 7. Nov. Die Red.) vor dem Berliner Gewerbegericht zur Verhandlung. Die Ehefrau des jüdischen Mäntelfabrikanten Sally Cohn engagirt in dessen Abwesenheit eine katholische Direktrice. Der Chef kehrt zurück, hört, daß die Direktrice katholisch sei, und zwingt das Mädchen unter Aushändigung ihres Monatsgehalts zur sofortigen Aufgabe ihrer Stellung. Die Ausgewiesene klagte auf sechswöchentliche Lohnentschädigung, und mit Recht fand das Gericht das Verhalten des Beklagten für unzulässig und verurtheilte ihn zu 75 Mark Schadenersatz.

Wir haben uns an eine Reihe Berliner Herren gewandt, die den Namen „Sally Cohn" tragen. Aber Alle wiesen entrüstet den Verdacht von sich, mit dem Herrn dieser Notiz identisch zu sein. Schließlich richtete Herr S. Cohn (Berlin, Mittelstraße 11, Damen-Konfektion) an das Gewerbegericht Berlin die Bitte, ihm die genaue Adresse des verurtheilten Mäntelfabrikanten mitzutheilen, damit er bei weiteren Verwechselungen mit demselben in der Lage sei, den Nachweis zu führen, daß sich bei ihm ein ähnlicher Vorgang nicht abgespielt habe. Darauf ist Herrn S. Cohn folgende im Original vorliegende Erklärung zugegangen:

„Urschriftlich mit dem Erwidern zurückgesandt, daß wir die in dem betreffenden Zeitungs-Artikel näher bezeichnete Prozeßsache nicht ermitteln können und die Verantwortlichkeit für den Bericht demjenigen Zeitungs-Berichterstatter überlassen müssen, welcher ihn abgefaßt und den Blättern zugestellt hat.

Berlin, den 17. November 1896.

Gewerbegericht zu Berlin.
gez. Schulz. Büttner."

Burschenschaft und Antisemitismus. Eine Anzahl alter Burschenschafter in Berlin, Geheimer Justizrath Bulling, Professor Dr. Karl Gusserow, Dr. Georg Schulze, Direktor des französischen Gymnasiums, Bürgermeister Schneider und Rechtsanwalt Dr. Bieber, haben an die alten Herren der Burschenschaften ein Zirkular gesendet, das folgende Mittheilungen enthält: „Eine größere Anzahl alter Burschenschafter war am 27. Oktober zu einer Versammlung zusammengetreten, in der einmüthig Stellung gegen den antisemitischen Beschluß des Allgemeinen deutschen Burschenschaftskonvents genommen wurde, namentlich weil derselbe sowohl von den Prinzipien der Burschenschaften abweiche, als auch eine Beleidigung der zahlreichen alten Herren jüdischen Glaubens in sich schließe. Nach eingehender Debatte wurde eine entsprechende Erklärung angenommen und eine Kommission beauftragt, den Beschluß sämmtlichen alten Herren mitzutheilen und sie um Ermächtigung zu bitten, jene Erklärung sämmtlichen Burschenschaften unter Beifügung der Namen Derjenigen, die sich ihr angeschlossen haben, zur Kenntniß zu bringen."

Thorn, 25. Nov. Den Thorner Antisemiten ist es trotz heftigster Agitation bei den Stadtverordnetenwahlen nicht gelungen, einen einzigen ihrer 13 Kandidaten durchzubringen, während Herr D. Wolff, dessen Wahl die Antisemiten zu hintertreiben suchten, wiedergewählt und Herr S. Rawitzki neugewählt wurde. Der Sedlatzek'sche „Deutscher General-Anzeiger", welcher in Hunderten von Exemplaren des Tages vorher gratis vertheilt wurde, hatte allerhand Verleumdungen über Herrn D. Wolff, über hiesige jüdische Rechtsanwälte und auch über christliche liberale Mitbürger verbreitet, aber diese Machinationen scheiterten an dem gesunden Sinn der Bürgerschaft.

Freiburg i. B., 15. Nov. Während der Herbstmesse hatte der Schmuckwaarenhändler H. Wenger aus Nürnberg an seiner Meßbude ein Plakat angebracht, auf dem zu lesen war: „Deutsches Geschäft! Verkauf an Israeliten ausgeschlossen." Das Plakat mußte Wenger auf Anordnung des Bezirksamts entfernen. In dem vom 21. Okt. datirten „Bezirkserlaß" wird nach einem Hinweis auf den § 360[11] des Reichsstrafgesetzbuchs (grober Unfug) gesagt:

„. . . in Erwägung, daß eine solche Veröffentlichung geeignet erscheint, „das Bewußtsein der bürgerlichen Gleichstellung der Anhänger der im Deutschen Reich vertretenen Religionsbekenntnisse — Reichsgesetz vom 2. Juli 1869 — zu beeinträchtigen, insbesondere auch die Anhänger der israelitischen Religionsgemeinschaft in der allgemeinen Achtung herabzuwürdigen,

in Erwägung, daß hiernach der Inhalt des Plakats auch geeignet erscheint, einerseits Andere zu ähnlichen Kundgebungen anzureizen, andererseits die Anhänger der israelitischen Religionsgemeinschaft zu Gegenkundgebungen zu veranlassen —

in Erwägung, daß solche vor der Oeffentlichkeit sich vollziehenden Kundgebungen erfahrungsgemäß geeignet sind, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören —

wird hiermit die sofortige Entfernung des mehrerwähnten Plakats angeordnet."

Aus dem antisemitischen Lager.

Der antisemitische Abgeordnete Zimmermann verlangte in der Reichstagssitzung vom 2. Dez. u. A. Fortsetzung der Konkursstatistik auch bezüglich der Religion der Konkursmacher! Unstreitig ein sehr überflüssiges Verlangen!

Vielleicht interessirt den verehrten Herrn Abgeordneten einstweilen die Konkursstatistik seines engeren Heimathlandes,

des „judenreinen“ Königreichs Sachsen? Damit können wir dienen:

Nach dem XIV. Jahrgang (1893) des statistischen Jahrbuches für das deutsche Reich wurden in diesem gesegneten Ländchen im Jahr zuvor 1098 Konkurse eröffnet, d. h. es kommen auf 100 000 Einwohner 30,4 Konkurse, während das Verhältniß im übrigen, mehr oder minder verjudeten (?) deutschen Vaterlande sich wie folgt stellte:

im Königreich Preußen	auf 100 000 Einw.	12,3	Konkurse
„ „ Bayern	„ „ „	14,7	„
u. im ganz. Deutsch. Reiche	„ „ „	15,3	„

Das judenreine Sachsen hat also im Verhältniß noch einmal soviel Konkurse als das deutsche Reich! Facta loquuntur!

Liebermann von Sonnenbergs Einnahmen. In einem Vortrag, den der redeschnellste antisemitische Abgeordnete am 9. Dez. in einer Volksversammlung zu Berlin gehalten, behauptete er (s. „Dtsch. Ztg. vom 10. Dez.):

„Man hat mich angesehen als Agenten der konservativen Partei. Man hat sich nicht gescheut zu sagen, daß ich Geld dafür bekäme Ich stehe aber unabhängig da und möchte den sehen, der mir irgend welche persönlichen Vortheile aus der Stellung, die ich einnehme, nachweisen will“

Im April dieses Jahres hat derselbe Herr in der „Osnadrücker Ztg.“ erklärt: „Ich lasse mir lediglich meine Unkosten vergüten und bringe schon seit einer Reihe von Jahren einen erheblichen Theil der Organisationskosten meiner Partei aus den Ueberschüssen meiner Versammlungen auf.“ Wie reimen sich beide Aussagen zusammen?

Theodor Fritsch, einst ein Führer der Antisemitenpartei, sinkt in der Achtung dieser undankbarsten aller Parteien immer tiefer. Der „Moderne Völkergeist“ (Dez. S. 178) spricht von dem „erbärmlichsten Jux“ seines „Antis.-Katechismus“ und der gefallene Antisemitenführer muß sich bittend an „Freideutschland“ wenden, um seinen Artikel „Der Zins ist der Jude“ gedruckt zu sehen. Das Berliner Blatt nimmt auch am 4. Dez. den Artikel auf, ist aber boshaft genug, hinzuzufügen: „Wer von dem Verfasser bereits eine günstige Meinung hatte, wird sie durch das zum Abdruck Gebrachte weiter bestätigt finden.“

Weiter weiß das Blatt nichts von dem Führer der Leipziger Antisemiten zu sagen! So vergeht der Ruhm der Welt.

Die bayerische Reformpartei, die mit so großem Halloh bei den Münchener Gemeindewahlen ihre Kandidaten angepriesen hat, ist jetzt ziemlich kleinlaut geworden. Als Lueger in München seine Rede hielt, jubelte Herr L. Wenng: „München ist eine antisemitische Stadt!“ Und doch bekamen die antisemitischen Kandidaten nur 150 Stimmen. Jetzt versucht das Münchener „Deutsche Volksblatt“ sich herauszureden, indem es schreibt (6. Dez.):

„Die antisemitische Partei hat die diesjährigen Gemeindewahlen in München lediglich als eine Gefechtsübung betrachtet, zu der nur ihre Elitetruppe antrat. Unsere Leute stehen noch vielfach in anderen Lagern, denen sie ihrer Ueberzeugung nach längst den Rücken gekehrt, an die sie aber noch alte Gewohnheit fesselt.“

Wer's glaubt, bekommt einen Thaler.

Der antisemitische Parteitag, der jüngst in Halle abgehalten wurde, wird in der angesehenen Leipziger Monatsschrift „Gesellschaft“ von Bruno Petzold wie folgt beurtheilt (Nov. S. 1507):

Der in Halle abgehaltene Antisemitische Parteitag, auf dem Volkshelden wie Liebermann von Sonnenberg, Zimmermann und Prof. Dr. Förster das große Wort führten, charakterisirte sich mit seinem entschiedenen Eintreten für ein rigoroses Margarinegesetz, seiner Gegnerschaft gegen die Bäckereiverordnung, seiner laxen Behandlung des Achtuhr-Ladenschlusses und seiner matten Befürwortung des Arbeiterschutzes als rechte, schlechte Mittelstandspartei bornirter Bauern, zurückgebliebener Handwerker und konkurrenzunfähiger Kleinkaufleute, wozu noch ein paar unzufriedene Beamte gerechnet werden können. Mag der Parteivorstand immerhin auf die Erfolge bei den Landtagswahlen stolz sein und einen allgemeinen Aufschwung der Partei sowohl in Bezug auf die Mitgliederzahl der Vereine, wie auch hinsichtlich des inneren Ausbaues der Partei selbst konstatiren, so wird sich doch nur derjenige von der Zukunft der antisemitischen Partei etwas versprechen, der sich durch eigene Beschränktheit über die erschreckende Ideenarmuth dieser Radauclique hinwegtäuschen kann.

Schärfer kann keine Verurtheilung lauten.

Die antisemitische Weihnachtsflugblätter-Agitation fällt erfreulicher Weise nicht überall auf fruchtbaren Boden. So lesen wir in der in Stuttgart erscheinenden „Schwäb. Reform“ (5. Dezbr.):

Angesichts der großen Theilnahmlosigkeit der christlich-deutschen Geschäftsleute unseren Bestrebungen gegenüber sehen wir dies Jahr davon ab, das Publikum durch Massenverbreitung von Weihnachts-Flugblättern vor dem Einkauf in jüdischen Schleudergeschäften zu warnen. Es scheint, daß die jüdische Schmutzkonkurrenz den ansässigen Geschäftsleuten noch nicht heiß genug auf den Nägeln brennt! Uns thut das jüdische Geschäftsgebahren nicht weh, auch betreiben wir den Kampf gegen dasselbe nicht als angenehmen Zeitvertreib oder als Sport. Wir betrachten es vielmehr lediglich als unsere Aufgabe, unsern christlich-deutschen Brüdern helfen zu können. Haben diese dafür kein Verständniß, und wollen sie die vorhandenen oder drohenden Gefahren nicht sehen, erkennen und abwenden, so mögen sie selbst die Folgen tragen. Wenn ihnen das Wasser erst bis an den Hals geht, dann werden sie ja aufwachen.

Diese rührende Fürsorge für die christlich-deutschen Brüder! Es gereicht den Stuttgarter Kaufleuten zur Ehre, daß sie die geschäftsantisemitische Mache der Flugblattfabrikanten und -Händler durchschaut haben.

Die muthigen Antisemiten sind nach der Absage der Konservativen stark deprimirt. Zwar geberden sie sich jetzt erst recht als Löwen, aber das furchtsame Grauthierchen merkt man doch. Jetzt wollen sie Rache nehmen. Die Herren, die sich damit brüsten, die einzigen zu sein, die einen Damm gegen die Sozialdemokraten aufwerfen, sie wollen gegen die Konservativen losgehen. Pathetisch erklärte Liebermann von Sonnenberg in einer Rede, die er in Kottbus gehalten: Die Deutsch-soziale Reformpartei werde in Zukunft von jetzt ab, überall da, wo sie einen gewissen Anhang habe, grundsätzlich eigene Kandidaten aufstellen und versuchen, ihren eigenen Besitzstand auf Kosten der Konservativen zu vergrößern. Schon innerhalb der jetzigen Legislaturperiode soll die erste sich bietende Gelegenheit benutzt werden, den Konservativen den Wahlkreis zu entreißen.

Hier giebt ja einer der Führer der Antisemiten selbst zu, daß es ihm ein leichtes ist, den eigenen Besitzstand auf Kosten der Konservativen zu vermehren. Das hat auch Herr v. Manteuffel behauptet.

Agrarische Kampfesweise. Am 8. Dezember hatte bei der Etatsberathung der konservative Graf von Schwerin-Löwitz behauptet, „daß die gegenwärtig an der Stettiner Börse gemachten Notizen falsch sind.“ Worauf die Rechte „Hört! Hört!“ rief. Auf weitere Provokation erklärte darauf Herr Graf von Schwerin-Löwitz das Folgende:

„Ich habe es absichtlich vermieden, auf diesen Punkt näher einzugehen; da dies aber bestritten wird, muß ich feststellen, daß in einer sorgfältig geführten Enquete der Landwirthschaftskammer, bei der **sämmtliche vereidete Makler** der Stettiner Börse und sehr angesehene Kaufleute vernommen wurden, festgestellt ist, daß erstens überhaupt von sämmtlichen in Stettin gemachten Verkäufen an der Börse nur etwa ein Achtel zur Anmeldung beim Börsenkommissar gekommen ist, — sieben Achtel sind überhaupt nicht zur Anmeldung gekommen —

(Sehr richtig! rechts)

daß wochen-, ja monatelang Notirungen an der Stettiner Börse überhaupt nicht erfolgten, während dennoch solche Verkäufe und Käufe fortwährend stattfanden,

(Hört! Hört! rechts)

während andererseits, wie ich hinzufügen kann, dort zu Zeiten wiederum Notirungen stattfanden, obgleich Verkäufe, nach welchen diese Notirungen berechtigt gewesen wären, an der Börse gar nicht stattgefunden hatten,

(Hört! Hört! rechts)

und daß die Stettiner Kaufmannschaft dies Alles entschuldigt.“

Nachdem der stenographische Bericht dieser Reichstagssitzung in Stettin bekannt geworden ist, hat sich der Kaufmannschaft, wie man uns mittheilt, ob dieser Behauptungen begreiflicherweise eine starke Erregung bemächtigt. Denn die

Beschuldigungen sind geradezu ungeheuerliche, umso ungeheuerlicher, da diese Ausführungen sich angeblich stützen auf eine Enquete, „bei der sämmtliche vereidete Makler der Stettiner Börse und sehr angesehene Kaufleute vernommen wurden." Bei dieser einzigen positiven Angabe des Herrn Grafen Schwerin-Löwitz hakte man ein; und was ergab sich? Es erklärten sämmtliche vereidete Makler schriftlich, „daß eine Enquete nicht stattgefunden habe, daß sie von keiner Seite zu Aeußerungen aufgefordert wurden und solche auch nicht gemacht haben aber auch die Vertreter der angesehensten Häuser im Getreidegeschäft und die Vertreter der großen Mühlenetablissements gaben gleichfalls zu Protokoll, daß sie von einer Enquete nichts gehört haben."

Die Erklärung der vereideten Makler zeiht also Herrn Grafen Schwerin-Löwitz direkt der Unwahrheit.

Es ist das nun der dritte konservativ-agrarische Graf, — nach dem Grafen Klinkowström der Graf Armin, nach dem Grafen Armin der Graf Schwerin-Löwitz, der die Ehre der Betheiligten schwer schädigende Behauptungen unter dem Schutze der Parlaments-Immunität aufgestellt, obgleich diese Behauptungen völlig unwahr sind.

Solche „aristokratisch-agrarische" Kampfesweise verdient immer von Neuem festgenagelt zu werden.

Ein Reinfall des Bundes der Landwirthe. „Nachbarin, Euer Fläschchen", wird Herr v. Ploetz schreckensbleich rufen, wenn er eine der letzten Nummern seines eigenen Organs, der „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe", in die Hände bekommt. In einem Augenblick der Schwäche läßt sie sich nämlich im Zorn über den Wettbewerb der National-Sozialen folgendes Geständniß entschlüpfen:

Man kann den Regisseuren (der Nationalsozialen) taktisches Geschick nicht absprechen. Wie klug war es z. B. von Herrn Naumann, statt eine Partei, die nichts eindringt, einen Verein aufzuthun, wo jeder seinen Beitrag zahlt Parteimitglieder kann man nicht brandschatzen, weil man sie nicht dem Namen nach kennt, darum ist eine „Partei", wie wir aus manchen Erfahrungen wissen, oft ein faules Geschäft.

Ei, ei! wie nett! Jetzt wissen wir doch, warum der Bund der Landwirthe sich mit allen Kräften dagegen wehrt, eine „Partei" zu sein. Eine Partei ist ein „faules Geschäft" und auf's Geschäftliche verstehen sich die „Regisseure" des Bundes. Aber ein Verein — ja, sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! Da muß jedes Mitglied „seinen Beitrag zahlen" und es kann wohl auch noch nebenher „gebrandschatzt" werden. Ob das vornehme Denkweise ist, dem Gegner nur materielle Motive unterzuschieben, lassen wir dahingestellt. Der Antisemitenjargon behauptete stets, das sei „jüdische" Kampfesweise.

Christlich-Soziale unter sich. Das „Volk" hatte am 27. November geschrieben: „Sehr viel bösartiger als diese Freisinnler und Sozialdemokraten ist leider ein konservatives Blatt, die „Neue Westfälische." Sie giebt in einem Bericht über den Erfurter Tag die nichtswürdigen Angriffe des Professors Bousset auf Stöcker unverkürzt, und den Protest, den Stöckers ehrlicher Gegner, Herr v. Gerlach, sofort dagegen erhoben hat, unterschlägt sie ihren Lesern. Wahrscheinlich aus Rücksichten christlicher Nächstenliebe!" Dazu bemerkt das angegriffene christlich-konservative Organ, das auch lange Jahrzehnte zu Stöcker gestanden hat: „Unsere Leser werden sich nicht einen Augenblick darüber im Zweifel befunden haben, daß die Auslassung Boussets gegen Stöcker für uns nur ein pathologisches Interesse hatte und nur zur Kennzeichnung der Naumannianer mitgetheilt wurde. Eine andere Auffassung ist durch unsere Gesammthaltung gegen Stöcker absolut ausgeschlossen. Auf die Verdächtigung im „Volk" könnten wir deshalb nur mit einem kräftigen Ausdruck des moralischen Abscheus antworten."

Aus Baden wird uns geschrieben: Mit welchen Gründen zuweilen ein Antisemit seine Parteizugehörigkeit vertheidigt, mag folgendes Kuriosum illustriren: Ein politisches Chamäleon, das schon drei oder vier Mal seine Partei gewechselt hatte und nun Antisemit ist, wurde gefragt, weshalb er zu dieser Partei übergegangen sei und er erwiderte, weil die Juden gar zu sehr begünstigt würden. Man bat ihn, das zu begründen und siehe da, er wußte nur das: Die Juden würden beim Abiturium nicht in der Religion geprüft! Dabei hatte der gute Mann nicht etwa durch die Religionsprüfung im Abiturium Schiffbruch gelitten, sondern niemals ein Examen gemacht. Aber zum Flugblattvertheilen und zum Bravorufen für Liebermann von Sonnenberg oder Zimmermann eignet sich der Mann sehr gut. —

Vermischtes.

Die Anrufung Gottes in konservativ-antisemitischen Kreisen, bei besonders auffallenden Gelegenheiten wirkt in ihrer Uebereinstimmung charakteristisch:

von Hammerstein schloß bei seiner Verurtheilung seine Rede mit salbungsvollen Phrasen, in denen er auf Gott Bezug nahm.

von Lützow erklärte, er habe seine Rechnung mit Gott abgeschlossen.

von Tausch schwur bei Gott, daß er die Wahrheit gesagt habe, als er wegen dringenden Verdachts des Meineides verhaftet wurde.

Stöcker schrieb nach der Enthüllung über den Scheiterhaufenbrief, er fühle sich seinem Gotte inniger denn je verbunden.

Liebermann v. Sonnenberg behauptete auf dem Breslauer Parteitag 1891, er habe seinen „Posten von Gott" erhalten.

Iskraut schloß eine Wählerversammlung (Juni 1895) in Waldeck mit den Worten: „Lassen Sie uns im Namen der heiligen Dreieinigkeit, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes in den Wahlkampf ziehen."

Eine bescheidene Frage: Was haben all diese frommen Herren für eine Anschauung von Gott?

Oesterreichisches. Während der Wiener Stadtrath dem Schauspieler Sonnenthal die goldene Salvatormedaille verweigerte und sie dem unbedeutenderen Martinelli verlieh, sandte der Kaiser sein Bildniß mit der eigenhändigen Unterschrift an Sonnenthal: „Der Stütze meines alten Burgtheaters." Erzherzog Rainer bedauerte bei der jüngsten Eröffnung der Weihnachts-Ausstellung im österreichischen Museum, daß der Antisemitismus die Pflege der Kunstindustrie beeinträchtige. Erzherzog Leopold Ferdinand besuchte in Brünn mit Gefolge den israelitischen Tempel, wo er feierlich empfangen wurde.

Wer gewöhnlich die Börse kritisirt! Prof. Max Weber hat in der Naumannschen Göttinger Arbeiterbibliothek vor 2 Jahren eine Schrift über die Börse veröffentlicht, welche folgende charakteristische Sätze enthält: „Die praktische Wirkungslosigkeit der Kritik, welche breite Volksschichten heute an den bestehenden Börsenzuständen üben, hat ihren Hauptgrund in einer grenzenlosen Oberflächlichkeit, welche die Fehler darin sucht, wo nur der Unverstand oder der Interessengegensatz sie finden kann."

Der Wahnsinn des „Blutmärchens". Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß die von den antisemitischen Hetzern verbreiteten gehässigen Märchen sich in den Köpfen beschränkter Leute als fixe Ideen festgesetzt haben und von diesen als wirklich eigene Erlebnisse oder Erfahrungen weiter verbreitet worden sind. Einen Fall dieser Art berichtet der berühmte Leiter der psychiatrischen Klinik im allgemeinen Krankenhause zu Wien, Freiherr v. Krafft-Ebing. Vor einigen Tagen erschien bei der dortigen Polizei-Direktion eine 43jährige Köchin und gab zu Protokoll, sie habe soeben in der

Stephanskirche ein Gespräch belauscht, welches ein Meßner mit einem hochgestellten geistlichen Funktionär — sie nannte den Namen desselben — geführt habe und in welchem es sich darum handelte, daß Juden zur Beschaffung von Christenblut zu rituellen Zwecken den geistlichen Funktionär und den Meßner zu bestechen versucht hatten, damit ermordete Christen unbemerkt und ohne Aufsehen auf den Friedhof geschafft werden könnten. Die Polizei ließ die Anzeigerin alsbald auf das Beobachtungszimmer der psychiatrischen Klinik des allgemeinen Krankenhauses transportiren. Dort zeigte sich, daß diese Maßregel der Polizei wohl begründet war. Die Anzeigerin hat laut einer **Auskunft** ihrer Dienstgeber sehr viele jener Produkte der antisemitischen Literatur gelesen, in denen über angeblich beglaubigte Thatsachen als Beweise des „Blutmärchens" berichtet wird. In seiner heutigen Vorlesung sprach Hofrath Professor Dr. Freiherr v. Krafft-Ebing über diese Kranke und hob hervor, daß das Gespräch, welches dieselbe in der Stephanskirche gehört haben wollte, selbstverständlich gar nicht stattgefunden hat.

Budapest, 25. Nov. Ein Landwirth in Nagy-Szeben, welcher an der Frontseite seines Hauses ein den „Tisza-Eszlarer Ritualmord" in den grellsten Farben darstellendes Schandbild nebst Kommentar anbrachte, ist wegen Aufreizung zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

Felix Mendelssohn-Bartholdy gegenüber den Angriffen der Wagnerianer in Schutz zu nehmen, versucht ein **Anonymus** in — man denke! — Dr. Langes erzantisemitischer „Dtsch.-Ztg." vom 17. Nov. Dort heißt es in einem Essay „Stille Betrachtungen eines Musikers":

„Felix Mendelssohn-Bartholdy war lange überschätzt; jetzt ist's Mode geworden, ihn ganz erheblich zu unterschätzen. Er ist eine vorwiegend weiche, lyrische Natur, hat aber häufig Spuren mächtiger Kraft, unverkennbare Anwandlungen echter Größe. Die tiefe Gemüthsinnigkeit, mit der er sich in der Zauberwelt des deutschen Volksliedes hineinlebte und hineinempfand, die Genialität, mit der er dieses Volkslied in seinen Kunstliedern vollkommener wieder erstehen ließ, verdient auch heute noch bewundert zu werden. Und wie das alles lebt und klingt, wie weich und wie schön, wie wunderbar praktisch ausführbar und dankbar direkt für die menschliche Kehle empfunden und erfunden. Und seine Lieder seien veraltet? Das konnte nur eine Zeit zu behaupten wagen, die bereits in diesem Genre das Unsagbarste und zugleich Gemüthleerste, mitunter geradezu Tolle oder jämmerlich Abgeschmackteste hervorgebracht hat. Namentlich die Herren **Wagnerianer** leisten ja Großes in der Verachtung Mendelssohns. Wollen sie sich aber nicht lieber ein Beispiel an ihrem Meister nehmen, der mit immer vorsichtigerer Beurtheilung und namentlich mit einer entschiedenen Hochstellung der wundervollen Ouverturen Mendelssohns endete? Und die herrliche Kammermusik, die gemischten Quartette, die wundervollen Lieder? Das war dem großen Geiste und mächtigen Kritiker Wagner während seines Lebens nicht recht nahe getreten, sonst hätte er's gleichfalls anerkennen müssen. Es ist nicht blos die unübertreffliche und für unsere roh formlose Zeit doppelt schätzbare formelle Rundung und Glätte; es ist der tiefe Empfindungsgehalt, der Mendelssohns Werth auch heute noch ausmacht. Für Wagner ist es bezeichnend, daß er auch vom großen Liedermeister Schubert, der ihm innerlich doch manchmal so nah verwandt erscheint, fast nie spricht. Die stillere Welt der Kammermusik, des Liedes, lag ihm fern. was er darüber sagte, war zum Mindesten nicht hervorragend. Es fehlte an der inneren Beziehung, am wahren, wohlverwandten Verständniß. Wie sprüht sein großer Geist dagegen Flammen, sobald er auf verwandte, mehr grandiose Naturen, auf Beethoven oder Weber zu sprechen kommt. Auch Mozart als ausgesprochener Dramatiker liegt ihm nahe. Carl Loewe's Balladen sang er selbst und stellte sie außerordentlich hoch. In der Ballade, der echten wenigstens, ist allemal sehr viel Dramatisches. Daher die Verwandtschaft, die liebevolle, aufmerksame Theilnahme des Meisters. Wenn er (Wagner) trotz seiner stets sich groß, dramatisch gebenden, alles Andere fast ablehnenden Natur den ausgesprochenen Lyriker Mendelssohn am Ende seiner Tage ausdrücklich gelten ließ, so ist das ein erneuerter Beweis für das zwingende Uebergewicht des **in seiner Art in der That einzigen Mendelssohn'schen Genius.** Mendelssohn ist zudem eine sehr interessante Erscheinung in der Musikwelt, indem er klar und genau den Uebergang von der eigentlich klassischen zu der romantischen Periode der Musik darstellt. Die Abrundung, die Klarheit und ruhige Größe seiner Form ist noch durchaus der klassischen Periode angehörig, während der Gefühlsgehalt, bereits modern, in das romantische Fahrwasser hinüberführt."

Hofprediger a. D. Stöcker wird zu seinem 61. Geburtstag (11. Dezbr.) im „Volk" durch mehrere Gedichte verherrlicht. Eines derselben beginnt mit den Versen:

Und ob zum Streite gegen Dich auch Hinterlist die Kämpfer stellt —
Ob auch das Volk aus Judas Stamm zusammenläuft aus aller Welt —
Ob auch die Feinde, zahllos schier, mit giftigen Waffen stürmen an —
Wir grüßen dennoch heute Dich, wir grüßen Dich, du deutscher Mann.

Die Schlußstrophe lautet:

Und schaut Dich also einst Dein Volk, dann wird auch wahr, was Du erstrebt —
Wofür Du kämpftest löwenkühn — dann hast Du nicht umsonst gelebt.
Dann bot'st Du nicht vergebens dar dem Pfeil der Feinde Deine Brust,
Dann schneidest von der deutschen Saat die Ernte Du mit Schnitterlust!

Dies unser Wunsch zum heut'gen Tag, was wir von Gott dem Herrn erflehn;
Er möge Dich nach heißem Streit den Tag der Ernte lassen sehn!
Wo nicht nur eine kleine Schar Gebet' zum Himmel steigen läßt,
Nein, wo **das ganze deutsche Volk** Dich grüßet zum Geburtstagsfest.

Das ganze deutsche Volk!!?

Wien, 4. Dezember. Welche Zustände jetzt in Wien herrschen, illustrirt ein freches Attentat, welches diese Woche an zwei Doktoranden, die man für Juden hielt, verübt wurde. Der Student erzählt: „Gestern Abend gingen wir, um uns zu erholen, ein wenig in der inneren Stadt spazieren. Eben bewunderten wir eine Auslage in der Rothenthurmstraße, als drei Burschen im Alter von 20 bis 22 Jahren sich an uns heranbrängten. Plötzlich packte mich der Eine ohne jede Veranlassung am Barte und sagte, indem er höhnisch lachte: „Bist ein schönes Jüderl!" Im ersten Moment war ich vor Schrecken über die Attacke des Menschen, den ich nie vorher gesehen, ganz sprachlos. Ebenso mein Freund. Die Kumpane des Strolches überhäuften uns mit einer Fluth antisemitischer Schimpfworte und umdrängten uns in geradezu unheimlicher Weise. In meiner Heimath hätte ich den beispiellos frechen Burschen einfach zu Boden geschlagen. Hier aber, wo mir die herrschende beklagenswerthe Strömung angesichts der Menge, die sich im Nu um uns angesammelt hatte, Reserve auferlegte, faßte ich meinen Angreifer am Arme und ließ ihn, trotz der drohenden Haltung seiner Freunde und des johlenden Pöbels, nicht früher aus, als bis mein Freund einen Wachmann requirirt hatte. Wir sind aus Konstantinopel, römisch-katholischer Konfession. Ich bin seit längerer Zeit in Wien, um meine Rigorosen an der hiesigen Universität abzulegen, während mein Freund Coyounian vor Kurzem hier eintraf, um technischen Studien obzuliegen. Ich bin, wahrscheinlich wegen meines Bartes, schon wiederholt als Jude beschimpft worden, worüber ich mich jedoch stets mit Verachtung hinweggesetzt. Mein Freund aber ist über unser heutiges Abenteuer derart aufgeregt und entrüstet, daß er sobald als möglich das gastliche Wien verlassen will."

Kulturhistorisches zur Judenfrage.*)

Von Dr. Otto Opet in Bern

Ein modernes Dokument.

Das jüngst erschienene Heft des laufenden Jahrgangs der Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht bringt die Autobiographie eines Schweizer Sträflings, Namens Hagelhans. Durch falsche Erziehung zum Verbrecher geworden, dann zu ehrlichem Leben zurückgekehrt, aber noch

*) Aus der „Allg. Ztg. des Jud."

nachträglich jener früheren Unthaten wegen in Haft genommen, entflieht er — die Vorgänge fallen in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts — nach Mühlhausen i. E., wo er in einer anreisenden Schweizern als Stellenvermittlungsbureau dienenden Wirthschaft sich nach einer Arbeitsgelegenheit erkundigt. Von hier ab folge nun sein eigener Bericht:

„An einem anderen Tisch, ganz in meiner Nähe, waren zwei Bauern und ein Jud', die einen Viehhandel abschlossen. Der Jude wandte sich zu mir mit der Frage, ob ich das Vieh besorgen und melken könnte? Worauf ich ihm erwiderte, daß ich gerade von einer Alp komme und beides verstehe. Der Jude meinte dann: Du gefällst mir, kannst zu mir kommen, ich gebe Dir wöchentlich sieben Franken, und die Auslagen, die Du haben wirst, wenn Du hier oder dort Vieh holst, vergüte ich Dir extra.

Wer war froher als ich! In den Bergen hatte zu jener Zeit nicht einmal ein Käser so viel Lohn. Aber ich hatte denn doch einige Zweifel; dieser Mann mit der Tuchkappe, der langen blauen Blouse und dem scharfmarkirten, jüdischen Gesichtsausdruck gefiel mir nicht. . . . .

Ich verfügte mich nun zu dem Juden, mit der Absicht, nur so lange dort zu bleiben, bis ich einen anderen Platz hätte. Jenes Vorurtheil, unter dem die Juden so viel leiden mußten, hatte auch ich mit der Muttermilch eingesogen, und alles, was ich von denselben gehört, kam mir wieder in Erinnerung. Namentlich was uns Schülern der Pfaff so oft einbläute: die Juden seien ein von Gott verfluchtes Volk: sie seien in ihrer Physiognomie als Verfluchte gezeichnet, deshalb sie auch keine Heimath, kein Vaterland hätten, und solcher Unsinn mehr.

Natürlich, ein Schüler glaubt alles; aber reift derselbe zum Manne, fängt er an zu denken, Vergleichungen anzustellen, so findet er nur zu häufig, daß ein großer Theil der Lichtbringer Finsterlinge sind.

Die Juden hatten lange vor Christus denselben Gesichtsausdruck, den sie jetzt noch haben, und derselbe wird ihnen bleiben, so lange sie sich nicht mit anderen Völkern vermischen. Der Jud' ist seiner Religion treu, deshalb existirt er noch heute, während andere Völker, die sich vermischt haben, spurlos verschwunden sind.

Doch nun zu jenem Jud'. Derselbe war ein Mann von 48 Jahren, etwas klein, aber korpulent; er bewohnte ein ziemlich unansehnliches Haus, obwohl er sehr reich war. Er besaß fünf Kinder, vier Töchter und einen Sohn, Letzerer aber befand sich in Paris in einem Handlungshause. Der Jude hatte die zweite Frau, die nur drei Jahre älter war, als die älteste Tochter, aber an Schönheit ihres Gleichen suchte.

Im Anfang war ich sehr schüchtern, denn so unscheinbar das Aeußere des Hauses war, so komfortabel war das Innere. Ich z. B., der oft unter freiem Himmel, in Höhlen und Ruinen schlief, hatte ein nett möblirtes Zimmer. Der Tisch war gut, und Samstags, wenn wir warme Speisen wollten, so konnten wir auf des Juden Rechnung in ein Restaurant gehen.

Einen eigenthümlichen Eindruck machte es im Anfang auf mich, wenn am Freitag Abend die Hausfrau die Hände nach den Lichtern ausstreckte und dann ihre Stiefkinder segnete. Von den Gebeten verstand ich kein Wort: aber ich muß gestehen, daß sowohl der Ton der Sprache, wie die ganze Haltung der Betenden einen größeren Eindruck auf mich machte, als manches sinnlose christliche Geplapper, das man Beten heißt. Wer diese jüdische Familie am Freitag Abend gesehen hätte, würde eine vergnügtere, zufriedenere, in der schönsten Harmonie lebende Familie vergebens suchen. . . .

Wenn ich dann Morgens oder Abends gemolken hatte und, indem ich die Milch nach Hause trug, einen munteren Alpenjodel johlte, hatte des Juden Familie die größte Freude und immer ein gutes Wort für mich. Ueberhaupt war ich nicht gehalten wie ein Dienstbote, sondern mehr wie ein Glied der Familie.

Auf der anderen Seite hatte ich oft eine verzweifelte Arbeit. Es hat nie ein Friseur mit größerer Hoffnungslosigkeit an einem dürren, abgelebten, struppigen Gesicht gebürstet und gestriegelt, als ich an den Kühen. Da galt es, aus alten lebensmüden Kühen junge zu machen (und ich will den allgemeinen Refrain aus den Heirathsannoncen hinzusetzen) mit angenehmem Aeußern.

Da mußten mißgestaltete Hörner vermittelst Brennens eine gefällige Form bekommen, Ringe, die das Alter anzeigten, mußten beseitigt werden, das struppige Haar mußte glatt gebürstet werden, plumpe Klauen mußten zu zierlichen Kuhfüßen gestutzt werden, und noch viele andere Dinge, die Geduld und Fleiß forderten, aber dann oft das Thier völlig unkenntlich machten.

Man wird sagen: das seien Judenkniffe; ganz gut, aber der plumpeste Bauer lacht in seine schwielige Faust, wenn er einem Juden eins aufgebunden hat, und sagt: „Hättst geschaut!" Deshalb dachte ich, der Jude werde es auch machen dürfen."

Dann erwähnt Hagethans seine in der Schweiz verbliebene Geliebte.

„So ging's auch mir: auf meine feurigen Briefe erhielt ich bittere Vorwürfe. Was — bei einem Jud' bist Du? Hast keinen ordentlichen Platz gefunden? Jetzt glaube ich doch, Du seist nichts werth, Ha! bei einem Jud'! ich würde lieber verhungern! So hatte sie mir geantwortet. Und ich, der ich zur Genüge gesehen, wie unrecht die Juden im Großen und Ganzen beurtheilt werden, verzeichnete in lakonischer Kürze meine Ansichten. Den zweiten, noch häßlicheren Brief beantwortete ich nicht mehr."

Dann spricht er vom Familien- und Gesellschaftsleben der Juden.

„Die Juden haben keine Missionen, keine Proselytenmacherei, und einem zum Judenthum Bekehrten würden sie keinen Centime Pathengeschenk geben; denn sie sagen: wer den Glauben seiner Väter abschwört, ist ein Schurke oder ein Leichtsinniger; die Ersten wollen sie nicht belohnen, die Zweiten nicht bestärken. Aber gegen arme Glaubensgenossen sind sie im höchsten Grade opferfreudig. Sind in der Nachbarschaft Arme, dann wird gewöhnlich ein Kind geschickt, ihnen dies und jenes zu bringen, ohne daß sie etwas verlangt haben. Kommt dann, wie es z. B. im Elsaß der Fall ist, wo sehr viele Juden sind und natürlich auch Arme, Jemand betteln, so sind es entweder Kinder oder alte Leute, die erhalten reiche Gaben. Bei meinem Meister z. B. ist nie Jemand ohne Gabe fortgeschickt worden. Trifft es sich, daß arme reisende Juden um Nachtherberge bitten, werden dieselben beim Nacht- und Morgenessen an den Familientisch genommen, es wird ihnen ein ordentliches Bett zum Schlafen angewiesen. Abends, wenn das Nachtessen beendet ist, muß der Fremde erzählen, und versteht man erst einmal das eigenthümliche Kauderwelsch der Elsässer Juden, wird man nie müde, weiter zu hören."

„Der Samstag war mir stets zuwider, weil das Leben in den Häusern etwas düsteres, todtes hatte. Ich verließ dann das Haus, bis dann Abends wieder der normale Zustand eintrat."

„Ich verdiente viel Geld, aber ich wurde ein Lump; der Meister machte mir vernünftige Vorstellungen, half aber wenig. . . ."

Die Unwissenheit ist das Böse. — Lehrt nicht auch dieser naive Bericht, daß Unwissenheit die Wurzel des Hasses?

Briefkasten.

M. Bl. in Chauxdefonds. Für die Friedensliga Propaganda zu machen, liegt außerhalb der Ziele unseres Blattes. Die Nummer ist an den „Impartial" abgegangen. Bitte uns stets Artikel antisemitischen Inhalts aus der Schweiz zu senden.

W. S. in F. Im „Mod. Völkergeist" (Dez. S. 178) wird Dr. Böckel als „sicher judenblütig" bezeichnet.

J. D. in Stettin. Warum morgen? — Gegen so allgemein gehaltene Schimpfwörter läßt sich nichts thun.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ludwig Scharf, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 51. Berlin, den 19. Dezember 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „**Mittheilungen**“ erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der **Expedition** wünscht, hat **1,10 Mk.** einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553.
Inserate kost. 40 Pf. pr. 4gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 13.** Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn **C. Jordan**, Schatzmeister des Vereins, **Berlin W., Magdeburgerstr. 13**, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen“ zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen“ haben ca.

9000 feste Abonnenten

in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen um die Verbreitung der „Mittheilungen“ nicht nachlassen werden und bitten um Angabe möglichst zahlreicher Adressen.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen“.

Ueber Gotteslästerung.

Van Dr. Ph. Kroner-Berlin.

Wenn vielfach der Wunsch hervorgetreten ist, daß die Strafbarkeit der Konfessionsbeschimpfung aufgehoben werde, so läßt sich dies aus dem Bedürfniß nach ungehemmter Meinungsäußerung über Geschichte, Lehre und Zustände der verschiedenen Bekenntnisse immerhin begreifen. Wem aber sollte an einer Straffreiheit für Gotteslästerung gelegen sein? Ist doch der Begriff dieses Deliktes in unserm Strafgesetzbuch (§ 166) derart eingeschränkt, daß die Lästerung öffentlich, in beschimpfender Aeußerung und mit der Folge eines Aergernisses geschehen sein muß, sodaß darunter nur eine rohe Antastung des göttlichen Namens, nicht aber die bloße Gottesleugnung noch auch die mittelbare Gotteslästerung im religiösen Sinne bezogen werden kann! Und doch erhebt sich gegen den „Gotteslästerungsparagraphen“ eine Stimme in der antisemitischen oder vielmehr „antihebräischen“ Zeitschrift „Der Moderne Völkergeist“ (Jahrgang 1896 Nr. 22 S. 175): der Begriff der Gotteslästerung — läßt sie sich vernehmen — sei „urjüdisch“ und passe nicht für die besseren germanischen Nationen, die in ihrem eigenen Naturleben, ihrer edleren Gemüthsanlage halber, dergleichen nie gekannt haben konnten.

Es liegt mir fern, hier eine Geschichte der strafbaren Gotteslästerung geben zu wollen; denn ich bin kein Rechtshistoriker. Auch ist es weder für das Judenthum noch für die in Rede stehende Strafbestimmung ein Makel, wenn deren Wurzel in palästinensischen Boden zurückreicht Gar zu befremdlich aber wirkt die Behauptung, daß die Germanen dergleichen nie gekannt haben sollten; und zu diesem Punkt sei eine kleine Nachprüfung gestattet. Man möchte ohne Weiteres annehmen, daß ein Volk, welches seine Religion mit dem Gemüth erfaßt, eine rohe Verletzung des Heiligsten nicht ungeahndet lassen wird. Und in der That findet sich diese Annahme für die Germanen bestätigt in dem einschlägigen Hauptwerk „Wilda, Strafrecht der Germanen“ (Halle, C. A. Schwedtschke u. Sohn, 1842), woselbst es S. 961 wörtlich heißt:

> „Die Kenntniß über das Verhältniß des heidnischen Glaubens zum Leben der germanischen Völker ist uns nur zu wenig erschlossen. Nicht ohne Interesse ist es bei dieser Lage der Dinge, zu vernehmen, daß auf Island etwa im Jahre 1000 ein Mann, Hialti Skeggiason, beim Allthing wegen Verspottung der Götter, eines Schmähgedichts wegen, angeklagt und verurtheilt wurde. Es fiel dies in der Nialssage nur kurz berichtete Ereigniß in die Zeiten der ersten Bekehrungen zum Christenthum auf Island.“

In einer Anmerkung giebt Wilda auch den in der Quelle (der Nialssage) gebrauchten Ausdruck für Götterverspottung: „godgá“ — ein Wort, dessen zweiter Theil gewiß mit unserm „gähnen,“ „den Mund aufthun“, zusammenhängt, sodaß also godgá soviel bedeutet wie den Mund gegen die Götter öffnen.

Vielleicht könnte eingewandt werden, daß die Isländer zu jener Zeit schon von den Anschauungen des einkehrenden Christenthums berührt gewesen; allein Skeggiason wurde wegen Verspottung der Götter, der germanischen Götter, verurtheilt, und es ist klar, daß vom Christenthum, wenn es damals bereits eine Macht über das Inselvolk besessen hätte, solcher Spott sicherlich nicht strafend angesehen, vielmehr als willkommener Bundesgenosse im Kampf gegen die alten Götter betrachtet worden wäre. Andrerseits wird man die Verurtheilung auch nicht als Akt der Abwehr gegen das eindringende Christenthum oder als eine vereinzelte Erscheinung aufzufassen haben; denn unsre Quelle geht über das Ereigniß als etwas ganz Unauffälliges

kurz hinweg. Endlich ergiebt sich daraus, daß der Beleg für einen germanischen Gotteslästerungsprozeß in einer Sage enthalten ist, kein ernsthaftes Bedenken, da bekanntlich alle Volkssagen den Niederschlag thatsächlich geschehener Vorkommnisse bilden und namentlich in ihren Schilderungen von Sitte und Gebräuchen bis zum Beweise des Gegentheils aus andern geschichtlichen Quellen vollkommenen Glauben verdienen.

Danach erscheint die Aufstellung, daß die Germanen von einer Strafbarkeit der Gotteslästerung nie etwas gewußt hätten, bei etwas gründlicherem Zusehen wohl unhaltbar. Freilich dürfte in den Augen des Organs, mit dem ich mich nur auf Ersuchen der verehrlichen Redaktion der „Mittheilungen" befaßt habe, Gründlichkeit ein Attribut jenes „Verlehrtenthums" sein, dem es in seinem etwas langathmigen Wahlspruch den Krieg erklärt.

Jüdische Assessoren, Richter und Rechtsanwälte.

Seit Jahren mehren sich die Stimmen in der Oeffentlichkeit, die über den Niedergang des Richterstandes und der Advokatur jammern. Auch zwei der höchsten Beamten, der Justizminister und der Kammergerichts-Präsident, haben konstatirt, daß das Ansehen der preußischen Justiz gesunken sei.

Auf liberaler Seite hat man vorgeschlagen, die Gehälter der Richter zu erhöhen und ihre Zahl zu vermehren. Man betont, daß die besten juristischen Köpfe aus pekuniären Gründen und Gründen des schnelleren Aufsteigens sich lieber der Verwaltungslaufbahn zuwendeten, als in Schrimm oder Krotoschin richterliche Funktionen auszuüben. Auf konservativ-agrarisch-antisemitischer Seite hatte man bald eine andere Ursache für den Niedergang des Ansehens der Justiz herausgefunden: das war das jüdische Element. Getreu den Forderungen des sogenannten „christlichen Staats", der christliche Obrigkeit verlangte, sollten die Juden aus der Staatsanwalts- und Richtercarrière ganz ausgeschlossen und zur Advokatur nur bedingt zugelassen werden. Erst mit dem Eindringen der Juden, so lautet die schale Weisheit — mehr schal als Weisheit — der „arischen" Interessenten, sei die Justizpflege korrumpirt.

Deshalb kann ein nicht umfangreiches Buch klärend wirken, das Erwin Kruse (Halle a. S.) soeben unter dem Titel „Richteramt und Advokatur" herausgegeben hat (bei Duncker und Humblot in Leipzig. Preis 2 Mk.). Der Verfasser hat eine umfassende Kenntniß der Justizpflege des Auslandes. Leider besitze er die des „teutschen Namens gänzlich unwürdige Ausländerei" und lerne, wo es zu lernen gäbe. Von dieser Ausländerei sei der Deutsche kurirt worden, „seitdem die Ahlwardt und Liedermann von Sonnenberg, die Hammerstein und Nathusius, die Kanitz und von Ploetz die Reform des öffentlichen Lebens zu einer ebenso einträglichen als „nationalen" Verrichtung gestaltet haben." (S. 9 f.)

Die Frage, inwieweit der eine jüdische Staatsanwalt, den es in Baiern geben soll, die paar jüdischen Richter und die jüdischen Advokaten auf das Niveau unserer Rechtspflege eingewirkt haben, hat der Verfasser mit schöner Unbefangenheit beantwortet. Aber sein Resultat ist anders, als es Konservative, Agrarier und Antisemiten erwarten. „Daß unter den Trägern dieses Standes (Assessoren) die Namen Cohn, Levy und Manasse neben den Namen Müller, Schulze und Lehmann häufiger vorzukommen anfangen, als vor dem Jahre 1866, wo die letztere Kategorie sich im unbeschränkten Besitze ihrer Mittelmäßigkeit, ohne irgend wie von der geistig gleichwerthigen Konkurrenz aus dem Osten bedrängt zu werden, behaglich breit machte, ändert an dem Ansehen des Richteramtes in Preußen nur wenig. Denn ob die jüdischen Assessoren der großen Anzahl ihrer Kollegen christlichen Bekenntnisses an Werth in den Augen der durch die berufsmäßigen Hetzer nicht irregeleiteten Bevölkerung nachstehen, darüber wolle man die Disziplinarakten der jüdischen Assessoren nachsehen und daraus feststellen, ob dieselben nach den hierüber ergangenen Urtheilen sich der „Ehre und des Ansehens, welche ihr Amt bedingt, in höherem Maße unwürdig erwiesen haben, als ihre Kollegen christlicher Bekenntnisse. Man wird dabei zur Verneinung dieser Frage kommen." (S. 16 f.)

In einer Kritik des § 8 (Assessorenparagraph) lehnt Kruse mit feinem Humor die „administrative Zuchtwahl" — übrigens ein sehr hübsches Wort! — ab, weil man mit ihr nichts erreiche. „Zu die Advokatur abfließen würden zunächst nicht die minderwerthigen, sondern nur die irrthümlicher- und bedauerlicherweise zu minderwerthigen offiziell gestempelten Elemente, als da sind alle diejenigen, welche in der Wahl ihrer Väter, Vettern u. s. w. und sonstiger verbindlicher Beziehungen nicht die wünschenswerthe Vorsicht beobachtet haben, von den durch das Pöbelgeschrei der Gasse zu Parias gestempelten Kategorieen gar nicht erst zu reden." (S. 29).

Der Verfasser, ein gründlicher Kenner unserer Justiz, stellt auch den jüdischen Assessoren ein ehrenvolles Zeugniß aus. Er sagt:

„Niemand, der die Verhältnisse, wie sie sich seit dem Jahre 1879 in den preußischen Großstädten thatsächlich entwickelt haben, unparteiisch betrachtet, wird behaupten wollen noch können, daß das geistige oder moralische Niveau der Rechtsanwaltschaft durch das massenhafte, vielfach unfreiwillige Einströmen jüdischer Gerichtsassessoren irgendwelche Einbuße erlitten habe. Das Gegentheil ist der Fall. Anders freilich steht es mit dem „Ansehn"!!! Und wie hätte es mit einem Berufe auch anders werden sollen, welchen die Justizverwaltung zum Abflußbecken derjenigen Elemente gestaltet, denen sie aus hier nicht näher zu untersuchenden Gründen die ihnen gebührende Stellung im öffentlichen Dienste versagt hat. Nichts wäre freilich verkehrter als die Behauptung, daß alle jüdischen Assessoren, die in die Anwaltschaft hineinströmen, für das Richteramt qualifizirt seien! Gewiß giebt es auch hier eine große Anzahl solcher, die, selbst wenn Hindernisse der gedachten Art nicht beständen, sich durch Beruf und Neigung zur Advokatur hingezogen gefühlt haben würden, neben einer gewiß nicht geringen Anzahl solcher, die dank der Eigenartigkeit der bisherigen Anforderungen, in die juristische Laufbahn hineingerathen sind, weil sie zu keinem anderen taugen und deshalb weder in das Richteramt noch in die Advokatur hineingehören. Aber während die „arische" Mittelmäßigkeit sich über alle Ressorts der Staatsverwaltung gleichmäßig vertheilt, staut sich die „semitische" in dem einzigen juristischen Berufszweige, an welchem die „Interpretation" des Gesetzes vom 3. Juli 1869 bisher noch eine gewisse, wenn auch schmerzlich empfundene Zurückhaltung geübt hat. Und so ist es denn auch gekommen, daß einer der wichtigsten und bedeutsamsten Berufe im Staate allmählich auch in den Augen Fernstehender dasjenige „Ansehn" zu verlieren droht, dessen er unbedingt im Interesse der Rechtspflege und des sozialen Friedens bedarf, und das er trotz alledem und alledem, nach seiner ganzen sittlichen und geistigen Lebenshaltung auch in vollem Umfange verdient." (S. 54 f.)

Der gelehrte und muthige Verfasser schließt sein interessantes Werk mit den Worten:

„Der Sturm der Entrüstung, welcher den Assessorparagraphen hinweggefegt hat, war gewiß nicht gegen das unbestreitbare Recht der Justizverwaltung gerichtet, das Richteramt gegen das Eindringen ungeeigneter („minderwerthiger") Elemente zu schützen, sondern lediglich gegen die Gefahr, das auf der Grundlage der bisherigen Dienstpragmatik erwachsene Anciennitätsprinzip durch das Willkürprinzip ersetzt zu sehn. Was heute den „Juden", das könnte morgen den „Katholiken", den „Polen", den „Welfen", den „Sozialdemokraten" u. s. w. u. s. w. passiren, so argumentirten, anscheinend nicht ganz mit Unrecht, die politischen

Oppositionsparteien bis tief in die Reihen der Nationalliberalen hinein. Hatten die Herren Justizminister bisher durch die Uebung offen zu erkennen gegeben, daß sie jüdische Assessoren nur im äußersten Nothfalle und bei vorzüglicher Qualifikation zu Amts- und Landrichtern ernennen und die letztern in die höhern richterlichen Aemter einrücken ließen, so sollte man von nun an in die angenehme Lage versetzt werden, „Niemanden zu verletzen". Aber die Folge dieses in abstracto und unter andern Verhältnissen sicherlich nicht zu mißbilligenden Höflichkeitssystems wäre doch nur wiederum die weitere „Verjudung" der Advokatur geworden und das war, wie es scheint, selbst den Nationalliberalen zu viel, die, wie schmerzlich es ihnen auch heute ankommen möge, die Namen Riesser, Veit, Lasker, Bamberger, Wolffsohn &c. aus ihrem Inventarverzeichnisse nicht gut verschwinden lassen können. So bleibt denn schließlich für den Augenblick nichts übrig, als den großen Fehler der jüngsten Vergangenheit dadurch thunlichst wieder gut zu machen, daß man schleunigst auf die großen Prinzipien der freiheitlichen Entwickelung in unserem Volksleben zurückgreift, um selbst denjenigen gerecht zu werden, denen nichts ferner liegt, als diese Prinzipien den Juden gegenüber, um dieser selbst willen, zur Anwendung zu bringen!" (S. 56)....

Zur Abwehr.

Breslau, 14. Dez. Die Breslauer Burschenschaft „Germania" hat bezüglich der Resolution des A. D. C. (Nichtaufnahme jüdischer Mitglieder in die Burschenschaften) an die Bundesbrüder ein Rundschreiben gerichtet, worin sie mittheilt, sie habe sämmtlichen Burschenschaften angezeigt, daß sie jene Resolution nicht für bindend halte und sich stets das Recht wahren werde, über die Aufnahmefähigkeit neuer Mitglieder selbst zu entscheiden. Die „Germania" hofft, daß durch diese Maßnahme das gute Einvernehmen zwischen den „alten Herren" und den „aktiven", welches ernstlich gefährdet erschien, vollkommen hergestellt werde.

Ein jüdischer Lebensretter. Die 12jährige Tochter des als Führer der Antisemiten in Hochmeisel (Oberhessen) bekannten Bürgermeisters Werner fiel vor einiger Zeit in den dortigen Weiher (nach anderer Lesart war das Kind absichtlich ins Wasser gegangen.) Der zufällig vorbeikommende jüdische Handelsmann S. Scheuer rettete das Mädchen vom Tode. Die Dankworte des antisemitischen Bürgermeisters stehen noch aus. Wir sind gespannt, wie sie ausfallen werden.

△ **Wien.** Das soeben zur Ausgabe gelangte dritte Heft des XIV. Bandes der Oesterreichischen Statistik enthält die Ergebnisse der Strafrechtspflege während des Jahres 1893. Uns interessirt natürlich nur der Antheil, den die österreichischen Juden an dieser Statistik haben, und jetzt um so mehr, als eine lebhafte Hetze in neuester Zeit gegen die ungarischen und deutschen Juden, welche sich in Preußen aufhalten, ins Werk gesetzt worden ist, die viel Schaden anzurichten und selbst auf die Anschauungen jüdischer Kreise einzuwirken droht. Die österreichischen Juden brauchen sich der Ergebnisse dieser amtlichen Veröffentlichungen nicht schämen und die vielgeschmähten galizischen Juden noch weniger, als die anderer Provinzen der Nachbarmonarchie. Die Zahl aller Verbrechen ist von 30 867 auf 28 498 d. h. um ca. 7% gefallen, die der bestraften jüdischen Verbrecher von 1157 auf 1012 d. h. um ca. 13% zurückgegangen. Da die Juden 4,8% der ganzen Bevölkerung des österreichischen Staates ausmachen, so hätten nach der Seelenzahl auf sie 1349 Bestrafungen entfallen sollen, es waren aber nur 1012 also um ein Viertel weniger, als zu erwarten war oder statt 48% (wie bei der Bevölkerung) bei den Verbrechen nur 3,6%. Wenden wir uns nun zu den galizischen Juden speziell, so finden wir folgende Ziffern:

	Rückgang
Bestrafungen wegen Verbrechen überhaupt 1892: 8112, 1893: 6943	$14^1/_2$ %
galizische Juden bestraft 1892: 773, 1893: 628	19%

ferner:

Bestrafungen wegen Verbrechen sind 1893 überhaupt 6943, da nun die Juden in Galizien $11^1/_3$ Prozent der Bevölkerung bilden, werden auf sie 787 Fälle kommen, da aber nur 628 bestraft sind, so ist bei den Juden in Galizien der Stand der Kriminalität viel günstiger als bei den Nichtjuden. Aber auch gegenüber den Israeliten der anderen Provinzen Oesterreichs trifft dasselbe zu, wie aus der folgenden Gegenüberstellung hervorgeht:

1893 wurden in Oesterreich bestraft im ganzen 1012 Juden wegen Verbrechen, da nun 69% der Israeliten dieses Staates auf Galizien entfallen, so konnte man erwarten, daß auf die 69% der Seelenzahl auch 69% der Bestrafungen kommen würden also 688 Fälle. Dies ist aber nicht richtig, es sind nur 628 d. h. nur 10% weniger oder mit anderen Worten die galizischen stehen noch um etwas besser da, als die Juden der anderen Provinzen Oesterreichs, die ihrerseits wiederum viel besser stehen, als die Nichtjuden.

Nach noch einer anderen Richtung sind die amtlichen Zahlen eine Ehrenrettung der geschmähten Juden. Diese sind bekanntlich in einigen Delikten ungünstiger gestellt, als die Nichtjuden, nämlich in den sogenannten kaufmänischen Delikten. Es ist nun aber nachzuweisen, daß die christlichen Kaufleute in höherem Prozentsatze bestraft werden, als die jüdischen, was folgende Tabelle bei einem den Juden gerade besonders oft zur Last gelegten Vergehen zeigt.

Wegen Verschulden der in Konkurs verfallenen Schuldner wurden bestraft 786 Kaufleute, darunter 234 Juden. Nun sind aber die Juden die Hälfte dieser Berufsgruppe, es hätten daher statt 234 fast 390 sein können; wir sehen also die christlichen Kaufleute mit 552 Bestrafungen doppelt so oft betrügerischen Bankerott machen als die Juden, welche obwohl fast ebensoviel an Zahl nur 234 Bestrafungen aufzuweisen haben. Das Gleiche haben wir schon bei früheren Jahrgängen von Betrug, Veruntreuung etc. nachgewiesen. Immer und immer wieder wiederholt sich die Thatsache, daß die beste Widerlegung der gegen die Juden erhobenen Vorwürfe die Klarstellung der wirklichen Verhältnisse bildet.

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann v. Sonnenberg und die „Kreuz-Ztg." rechnen sich noch immer vor, wieviel sich Antisemiten und Konservativen gegenseitig verdanken. In der „Kreuz-Ztg." vom 11. Dez. sagt der Antisemitenführer, „24 Sitze auf der rechten Seite des Hauses konnten nur durch antisemitische Hülfe behauptet werden." Demgegenüber erklärt das konservative Blatt vom 12. Dez.:

„Mit demselben, ja mit weit größerem Recht könnten wir behaupten, die **ganze deutschsoziale Reformpartei verdanke ihre Existenz im Reichstag einzig und allein konservativer Hülfe**; denn daß in den zehn Wahlkreisen, aus denen die konservative Partei durch die antisemitische Agitation verdrängt worden ist, der letzte Rest aller konservativen Wähler in den „Antisemitismus" aufgegangen sein sollte, dürfte selbst Herr v. Liebermann für seinen Wahlkreis nicht behaupten können, und was für den Kreis **Fritzlar** gilt, trifft in noch weit höherem Maße auf die sämmtlichen sächsischen Wahlkreise der deutsch-sozialen Reformpartei zu, die ausnahmslos mit konservativer Hülfe erobert worden sind; die Ziffern der letzten Wahlen bringen für diese Thatsache den einzig gültigen Beweis, den Herr v. Liebermann für seine Behauptung eben nicht führen kann, weil in 15 von den 18 konservativen Wahlkreisen, die wir den Antisemiten zu verdanken haben sollen, und die uns hier nur interessiren, **noch niemals auch nur eine einzige antisemitische Stimme** abgegeben worden ist; ausschließlich die beiden Abgg. Stroh und Schall sind in der Stichwahl mit antisemitischer Hülfe gegen die Sozialdemokratie gewählt worden, sonst ist der Antisemitismus nur noch in dem Wahlkreise des Abg. v. Colmar mit 57 (!) Stimmen in die Erscheinung getreten. Das ist die „Rechnung", die wir „aufmachen" können. **Vielleicht veranlaßt sie Herrn v. Liebermann, künftighin den Mund doch etwas weniger voll zu nehmen.**"

Daß der Herr das thun wird, ist nicht anzunehmen. Wer immer und überall den Mund zum Reden offen hat, **muß** ihn voll nehmen, um beachtet zu werden.

Anläßlich der Verurtheilung Stöckers in dem Prozeß Witte-Stöcker schreibt der Führer der **Hochorthodoxen** in Schleswig-Holstein und langjährige Verehrer Stöckers, Pastor **Paulsen** in **Kropp** in seinem „Kirchlichen Anzeiger":

„Das Vorgehen Stöckers gegen Pastor Witte und die Behandlung dieses Amtsbruders durch ihn ist ein trauriges Blatt in Stöckers Leben, und wir möchten wünschen, er könnte dasselbe herausreißen. Stöcker trägt diese Strafe mit vollem Recht für seine unerhörte Herausforderung; denn das Vorgehen Stöckers gegen Witte ist in jeder Beziehung unerhört, und wir können uns nur freuen, daß das Gericht in energischer Weise diesem Auftreten Stöckers ein Ende gemacht hat. Ein Verständniß für die ganze Aktion haben wir nicht. Stöcker hätte sich eine schwere Niederlage ersparen können, wenn er verstanden hätte, sich mehr zu beherrschen."

Zur Wahl des Pastors Iskraut in ein Pfarramt der Sophienkirche geht dem „Volk" (13. Dez.) folgende Notiz zu: „Die in verschiedenen Zeitungen mitgetheilten Einzelheiten über die Wahl des Predigers Iskraut an der Sophienkirche sind theils ungenau, theils unzutreffend. Der Synodalvorstand hat seine Wahl nicht wegen der in den Protesten angeführten Aeußerlichkeiten umgestoßen. Im Gegentheil — **alle** Proteste, welche sich auf die äußere Haltung, auf die Predigt und Katechese, auch auf seine gerichtlichen Verurtheilungen bezogen, sind als unwesentlich oder unzutreffend oder nicht ausreichend **zurückgewiesen** worden. Folge gegeben ist nur einem Protest, welcher auf Grund seiner bisherigen zahlreichen Konflikte in allen Stellungen, welche er innegehabt, die Befürchtung ausspricht, daß ein friedfertiges Wirken von ihm nicht zu erwarten sei. Völlig verfehlt ist es daher, wenn einige seiner Freunde die Sache so darzustellen suchen, als ob seine politische Richtung ausschlaggebend gewesen wäre — von ihr ist überhaupt weder in dem Proteste noch sonst die Rede gewesen."

René, der Stettiner Antisemit, ist durch die Andeutungen seitens des Stöckerschen „Volk" und neuerdings des Herrn Liebermann von Sonnenberg stark kompromittirt. Jetzt schreibt Herr René der „Voss. Ztg.", das „Volk" und dessen Hintermänner wollten den Anschein erwecken, als sei er ein agent provocateur. Dem gegenüber erklärt er u. a.:

Weder im Auftrage des Freiherrn v. Langen, noch im Auftrage anderer bin ich jemals zu dem Antisemiten Karl Paasch nach Zürich gefahren. Ich war sogar noch niemals in Zürich! In Sachen **Paasch ca. Liebermann v. Sonnenberg,** habe ich ebenfalls niemals den Zwischenträger gespielt, habe vielmehr erst lange nachher Kenntniß erhalten von dem mir ganz gleichgiltigen Streite Beider.

Daß Herr René in konservativ-antisemitisch-agrarischer Richtung eine lebhafte Thätigkeit entfaltet hat, wird er nicht füglich bestreiten. Auch wird er, wie er auch sonst zu den Herren Paasch und von Langen gestanden hatte, hoffentlich nicht vergessen haben, so schreibt die „Voss. Ztg", „daß er **selbst mit dem Freiherrn von Langen** auf unserer Redaktion gewesen ist, um uns zu ersuchen, die Schrift des Herrn Paasch gegen v. Langen keiner Erörterung zu unterziehen."

Abg. Freih. v. **Langen** schreibt dem „Volk" (13. Dez.):

„Ich habe mich gründlich in der Person des Herrn **Paasch** geirrt, eben wie in der Beurtheilung mancher anderen Persönlichkeit. Nachdem aber Paasch mir so unzweideutige Beweise seiner Gesinnungsart gegeben hatte, wäre es m. E. unwürdig gewesen, Unterhandlungen irgend welcher Art mit ihm zu pflegen. Ich habe deshalb weder Herrn René noch sonst jemand gebeten, zu ihm nach Zürich zu fahren, auch ist meines Wissens der genannte Herr nicht dort gewesen."

Wegen Verbreitung des Talmud-Auszuges nach Prof. Rohlings Uebersetzung hatte sich der Gärtner Benno **Posch** am 10. Dezember vor dem **Münchener** Amtsgericht I zu verantworten. Der Angeklagte, der sich als Anhänger der antisemitischen Partei bekennt, hatte nämlich am 5. Oktober Vormittags, also zur Oktoberfestzeit, an der Ecke der Findling- und St. Paulstraße verschiedene antisemitische Flugschriften, darunter auch den Talmud-Auszug, Zusammenstellung der „wichtigsten heute noch giltigen Sittengesetze der Juden", an verschiedene Passanten vertheilt, bei welcher Gelegenheit er von einem Gendarm betreten und zur Anzeige gebracht wurde. Auf dem Mandatswege erhielt sodann Posch wegen groben Unfugs einen auf 12 M. lautenden Strafbefehl, gegen den er jedoch Einspruch erhob mit der Begründung, daß dieser Talmud-Auszug seit Jahresfrist in mehr als hunderttausend Exemplaren unbeanstandet verbreitet worden sei. — Auf Antrag des Amtsanwaltes wurde behufs Verlesung dieses Talmud-Auszuges die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, welchem Ansuchen das Gericht auch stattgab, da die öffentliche Ordnung gefährdet werde. Nach Verlesung des Flugblattes wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt und beantragte der Amtsanwalt wegen der cynischen Art und Weise, mit welcher in dem Flugblatt den Juden diese Sittengebräuche imputirt und als heute noch zu Recht bestehend erklärt werden, eine Erhöhung der Geldstrafe auf 25 Mk. Der Inhalt dieses Talmud-Auszuges sei geeignet, nicht nur bei den Juden, sondern auch bei Nichtjuden Aergerniß zu erregen und habe lediglich den Zweck, gegen die Israeliten aufzureizen. Das Gericht eignete sich die amtsanwaltschaftliche Anschauung vollkommen an und verurtheilte den Posch auch zu 25 M. Geldstrafe, eventuell 5 Tage Haft. In der Urtheilsbegründung wurde insbesondere noch hervorgehoben, daß bei der Gleichberechtigung der jüdischen Confession derartige Expektorationen, wie sie in dem Talmud-Auszug enthalten sind und geradezu wider besseres Wissen noch als rechtlich fanktionirtes Gesetz der Juden erklärt werden, die Allgemeinheit in hohem Grade beläftigen und geeignet sind, allgemeines Aergerniß zu erregen, weshalb Posch wegen groben Unfugs zu bestrafen und bei der Frivolität seines Einspruches die Strafe entsprechend zu erhöhen war. Außerdem wurde auch die Einziehung und Unbrauchbarmachung der beschlagnahmten Druckschriften ausgesprochen.

Dem Vernehmen nach hat der Staatsanwalt nun auch gegen den **Verfasser** des Flugblattes das Verfahren eingeleitet. Für diese Sache ist dann das Schwurgericht zuständig.

Schnell bekehrt. Bei einem Vortrage, den der Pastor **Müller** aus **Rostock** vor einiger Zeit in der Stadt Hannover über die **Feuerbestattung** hielt, hatte die antisemitische „**Hann. Post**" für diese Bewegung, die an und für sich weder mit Politik noch mit Religion etwas zu thun hat, nur Hohn und Spott. Nun fügte es der Zufall, daß kurze Zeit darauf der Kaufmann Meyer, ein Sozius des Herrn Albert Westen, des bekannten Verlegers der „Hann. Post", starb und in seinem Testamente die Verbrennung seiner Leiche bestimmt hatte, die denn auch thatsächlich ausgeführt wurde. Jetzt mußte nun dasselbe Blättchen, das kurz vorher die Feuerbestattung in allen Tonarten heruntergemacht hatte, die erhebende Feierlichkeit bei dem Verbrennungsakte in einem ausführlichen Artikel haarklein beschreiben. Ja, ja, es geht doch nichts über eine unerschütterliche Ueberzeugungstreue!

Ein antisemitischer Bauernverein. In der Provinz **Posen** hat sich vor einiger Zeit ein antisemitischer Bauernverein gebildet. Diesem Vereine gehören auch Volksschullehrer an. Unterm 7. September 1896 erhielt nun einer dieser Lehrer folgendes Schreiben von der Königl. Regierung in Bromberg, Abtheilung für Schulwesen:

„Es ist zu unserer Kenntniß gelangt, daß Sie einem Verein angehören, welchen der Redakteur Behnke in der dortigen Gegend ins Leben gerufen hat und der augenblicklich die Interessen des Bauernstandes zu fördern bestrebt ist. Da dieser jedoch **antisemitische** Zwecke verfolgt, sich gegen den Großgrundbesitz und den Offizierstand wendet, mit einem Worte, darauf ausgeht, die sozialen Verhältnisse zu stören und Unzufriedenheit unter dem Bauernstand hervorzurufen, da sich also die Zugehörigkeit zu einem solchen Verein nicht mit Ihrem Amte verträgt, so untersagen wir Ihnen somit das fernere Verbleiben in demselben, sowie jede Förderung desselben."

gez. **Maltzahn.**

Worte und Thaten eines antisemitischen Professors. Von einem Münchener Studenten wird uns geschrieben:

Durch alle Zeitungen geht jetzt folgende Notiz: Jaquemot, Professor der National-Oekonomie an der Genfer Universität, hat durch Fälschungen die Waadtländische Cantonalbank um 400 000 Frcs. betrogen. Er spielte in riesigen Beträgen. Jaquemot ist flüchtig.

Da dürfte Sie ein Ausspruch interessiren, den ich im vorigen Sommersemester aus dem Munde dieses „National-Oekonomen" hörte. Er stellte nämlich in seiner Vorlesung etwa folgenden Satz auf: Was ist Antisemitismus? — „Die Juden haben sich auf unsere Kosten bereichert, haben uns bestohlen; wenn wir ihnen jetzt ihr unrechtmäßiges Eigenthum wieder nehmen, dann schreien sie laut und klagen und nennen das Antisemitismus!"

Es ist interessant, mit diesem weisheitsvollen Wort die eben erst praktisch bewährte Ansicht über das Mein und Dein bei diesem Professor zu vergleichen, der übrigens durch seinen glänzenden Vortrag großen Einfluß auf seine Schüler gewinnen mußte.

Unehrliche Mittel der Geschäftsantisemiten. In Kasseler Blättern lesen wir folgendes Inserat:

Erlaube mir meine werthe Kundschaft darauf aufmerksam zu machen, daß man mir bei Aufgabe meiner Geschäftsanzeige in dem jetzt erschienenen „Führer durch die deutsch-christlichen Geschäfte Kassels für das Jahr 1897" nicht mitgetheilt hat, welchen Grundsatz derselbe verfolgt. Bedaure daher die Anzeige lebhaft und bitte meine werthe Kundschaft um ferneren geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Carl Heinrich Landgrebe,
Lutherstraße 1, Wörthstraße-Ecke.

Aehnliche Erklärungen veröffentlichen die Firmen Hoßfeld u. Stein, G. Waldeck, Jean Bracht.

Vermischtes.

Zum Fall Brüsewitz. Unlängst erzählte die „Berl. Börsen-Ztg." von dem Lieutenant v. Brüsewitz, daß er vor zweieinhalb Jahren in Karlsruhe einige Juden vor den Insulten antisemitischer Burschen geschützt hat. Als sich die Herren bedankten und den Namen des Offiziers erbaten, sagte er: „Ich bin Lieutenant von Brüsewitz von den 109. Grenadieren. Das fehlte noch, daß hier eine Judenverfolgung aufgeführt wird. Es freut mich, den Herren zeigen zu können, daß wir jederzeit bereit sind, unsere jüdischen Mitbürger gegen Angriffe in Schutz zu nehmen."

Wir wissen nicht, was an der Geschichte wahr ist. Sie genügte aber, um die „Schwäb. Reform" aus dem Häuschen zu bringen. Am 12. Dez. schreibt das Blatt:

„Unseren Gesinnungsgenossen in jenen Gauen, wo das Geschlecht der Brüsewitze zu Hause ist, empfehlen wir dagegen, einmal den Stammbaum dieses erlauchten Sprossen seiner Familie zu untersuchen; vielleicht kommen sie dabei zu dem Ergebniß, daß in seinen Adern jüdisches Blut rollt! Uns würde das nicht wundern. Denn beide Stückchen, die Held Brüsewitz geleistet hat, beweisen undeutschen Geist!"

Unsere Offizierswelt wird es gewiß interessiren, daß ihre Ehrbegriffe „undeutschen Geist" athmen? Sollte nicht das ganze Offizierskorps „verjudet" sein?

Ein bischen Toleranz! Ueber die bekannte katholische Schriftstellerin Pauline Craven, deren Werk „Recits d'une soeur" in den sechziger Jahren großes Aufsehen gemacht hat, hat die Herzogin Teresa Fleschi Ravaschieri ein Buch veröffentlicht, das jetzt auch in deutscher Sprache vorliegt (Berlin 1896, Mittler u. Sohn.) Die „Kreuzztg." warnt nachdrücklich vor diesem Werke und zitirt, um die Intoleranz der Katholiken zu beweisen, folgenden Ausspruch Pauline Cravens über Rom:

„Es erheischt, dünkt mir, doch nur die Schicklichkeit, daß sich nicht neben dem Sitz der **katholischen Kirchengewalt** auch **protestantische Gotteshäuser** und **Synagogen** erheben."

Die „Kreuzztg." fügt hinzu: „Eine angenehme Gruppirung!" und beweist damit, daß es eitel Heuchelei ist, wenn sie sich über katholische Intoleranz entrüstet.

München, 13. Dezember. Das Schwurgericht hat den Kaufmann Irlbeck aus Bruck, der am Morgen des 2. Juli den Polytechniker Rosenblum aus Hamburg im Duell erschoß, zu zwei Jahren Festung verurtheilt. Aus der Verhandlung sei Folgendes mitgetheilt: Die Veranlassung zu dem Zweikampf war ein Vorgang im Rokokosaale des Volksgartens. Irlbeck saß dort mit einem Kavallerieoffizier in Civil und einem Baupraktikanten. Rosenblum saß an einem anderen Tisch mit einem Studirenden der Medizin. Irlbeck lachte, was Rosenblum auf sich bezog. Rosenblum fixirte darauf den Irlbeck, worauf seine Freunde wieder lachten. Rosenblum und sein Freund gingen nun an dem Tisch Irlbecks vorüber, beobachteten die Herren und gingen dann zum Saal hinaus. Als sie wieder hineingingen, begegneten sie unter der Thüre dem Irlbeck. Irlbeck und Rosenblum streiften aneinander. Rosenblum stellte deshalb den Irlbeck zur Rede, und dieser erwiderte: „Das können Sie auffassen, wie Sie wollen." Es entstand nun ein Wortwechsel, in dem Rosenblum den Irlbeck fragte: „Sind Sie Student oder Offizier?" Irlbeck erwiderte: „Ich bin Reservelieutenant, das wird Ihnen genügen." Es folgten nach diesem Renkontre die üblichen Duellverhandlungen. Rosenblum forderte 15 Schritt Distanz und dreimaligen Kugelwechsel. Das studentische Ehrengericht genehmigte die Forderung. Vor das Militärehrengericht wurde die Sache nicht gebracht. Rosenblum war bei der Burschenschaft „Rhenania" in Karlsruhe aktiv. Beim ersten Kugelwechsel ist Rosenblum gefallen. In der Verhandlung bekunden mehrere Zeugen und der Freund Rosenblums, daß Irlbeck es gewesen, der den Rosenblum provozirt habe. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, er habe in der Voruntersuchung selbst zugegeben, daß er sich über den Bierzipfel und die Physiognomie Rosenblums lustig gemacht habe. — In dem Plaidoyer wendete sich der Staatsanwalt in scharfer Weise gegen Irlbeck. Ein gebildeter Mann dürfe sich nicht über die Physiognomie eines Anderen lustig machen, Ausdrücke wie Lausbub, Saujud u. s. w. gebrauchen. Wenn man aber nach dazu Reservelieutenant sei, dürfe man nicht ein Duell damit entschuldigen, daß man ohne Duell die Uniform ausziehen müsse. Der arme Rosenblum, fuhr der Staatsanwalt fort, thut mir in der Seele weh. Er mußte sich wegen seiner Physiognomie so oft auf den Kopf schlagen und sich schließlich niederschießen lassen. Es ist eine durchaus traurige Erscheinung, daß gebildete Leute ihn wegen seines Aeußeren verspotteten. Das Gewissen müsse dem Angeklagten sagen, daß er dem Rosenblum bitteres Unrecht gethan. Er hätte hingehen und ihn um Verzeihung bitten müssen, aber nicht ihn niederschießen dürfen. — Der Vertheidiger sucht die alleinige Schuld an dem Duell auf Rosenblum zu schieben und verlangt Freisprechung. — Der Staatsanwalt tritt dem Freispruchantrag des Vertheidigers sehr scharf entgegen und sagt: Wohin solle es führen, wenn der Gerichtshof solche Vorgänge ungesühnt ließe? Die Brutalität unter der gebildeten jüngeren Generation greife ohnedies immer mehr um sich. Soll man nicht mehr ohne Gefahr auf die Straße in eine Restauration gehen können, ohne insultirt zu werden? Die Geschworenen sprachen Irlbeck nach dreistündiger Berathung schuldig. Der Gerichtshof sprach eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren aus. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

„**Zu einer spontanen antisemitischen Kundgebung** — schreibt die „Staatsbürgerztg." — kam es heute (15. Dez.) Vormittag in der Vorlesung des Professors Dr. Brunner. Dr. Brunner liest Handelsrecht und kam

in seinem Vortrag darauf, daß die an Sonn- oder allgemeinen Festtagen fälligen Leistungen erst am nächsten Tage rechtskräftig werden. Bei dem Passus: Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Bd. II 411 gelten die jüdischen Feiertage *nicht* als allgemeine Feiertage, brach das gesammte Auditorium in minutenlangen Beifall aus."

Es ist überaus bezeichnend, daß eine so harmlose Bemerkung zu einer antisemitischen Kundgebung Veranlassung geben kann. Sie zeugt nicht gerade von dem Ernst und wissenschaftlichen Empfinden der Demonstranten. Herr Prof. Brunner wird über die eigenartige Wirkung seiner rein thatsächlichen, durchaus tendenzfreien Bemerkung nicht wenig erstaunt gewesen sein.

Die Edelsten der Nation. In der frommen „*Kreuz-Zeitung*" befindet sich ein Nachruf auf den am 11. d. M. verstorbenen Gutsbesitzer und Fischereipächter Eduard Schiblowski in Güldenboden von dem *Grafen Wilhelm von der Gröben-Ponarien*, in dem es heißt:

„Wie sein heute vor 40 Jahren verstorbener Vater, der, ein durch und durch königlich gesinnter, treuer Patriot, im Jahre 1848 mithalf, durch Wort und namentlich durch That, die **frechen Demokraten** oder in ihrer Dummheit aufgewiegelten Ruhestörer im Zaum zu halten oder zu Paaren zu treiben, so hat auch Eduard Schiblowski in allen Lebenslagen dieselbe, von seinem verehrten Vater ererbte Gesinnung bewiesen."

Man sieht, die Herren von der Kreuzzeitungs-Partei haben nichts gelernt. Für sie ist das Jahr 1848 nur das Erzeugniß einer „frechen" Demokratie. Freilich waren sie auch die heftigsten Gegner des Deutschen Einheitstraumes. —

Was diese Kreise für Ehrbegriffe haben, dafür ist eine Stelle aus dem Roman „Ein Fürstensohn" von *Claire v. Glümer* (Stuttgart, 1886, Engelhorn) bezeichnend. Auf Seite 58 findet sich folgende sehr bezeichnende Stelle:

„Ein junger blonder Garde-Kürassier-Lieutenant," Hellmuth v. Ullow, altem Adel eines deutschen Herzogthums angehörig, befindet sich mit seiner Schwester, im Wortwechsel über den Vater eines Regiments-Kameraden. Auf die Bemerkung der Schwester: „Banquier Gröbitz gilt allgemein für einen Ehrenmann," antwortet er: „Für einen ehrlichen Mann. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber was unsereins unter Ehre versteht, ist denn doch noch etwas anderes, als die gemeine Ehrlichkeit: etwas Höheres, Subtileres. Wenn das nicht von Kindesbeinen an in Fleisch und Blut übergegangen ist, wird es nie verstehen, es nie zur Richtschnur seines Lebens machen können. Ja, ja, es ist so. Man fühlt das ganz instinktiv. Ich versichere dich, daß ich jedesmal ein **körperliches Unbehagen** (!) verspüre, wenn ich mit Leuten aus untergeordneten Lebenssphären verkehren muß. Sie sind gleichsam von einer unreinen (!) Atmosphäre umgeben."

Wenn eine der Gesellschaft angehörende Verfasserin wie Cl. v. Glümer ihren Garde-Kürassier-Lieutenant so sprechen läßt, dann kann man annehmen, daß in diesen Kreisen solche Anschauungen vorkommen, und vielleicht nicht allzu selten. Diese Gesinnung ist es auch, die dem Kultus der äußeren Schneidigkeit vorwiegend huldigt. Man sieht heute mehr auf den Schein, als auf das Sein. Der moralische Werth tritt hinter der äußeren Schniepelei zurück. Lecky (The political value of history) schreibt darüber sehr schön: „Reines Familienleben, Ehrlichkeit im Handel, *hohe Schätzung des moralischen Werthes* und des volksthümlichen Geistes, einfache Lebensgewohnheiten, Muth, Rechtschaffenheit und gesundes, mildes Urtheil, das ebensowohl dem *Charakter* als dem Verstand entspringt, sind die Bedingungen aller nationalen Wohlfahrt. Wer sich ein weises Urtheil über die Zukunft einer Nation bilden will, der muß genau zusehen, ob diese Eigenschaften im öffentlichen Leben am meisten gelten. *Nimmt die Werthschätzung des Charakters zu oder ab?* Sind die Männer, welche die höchsten Posten in der Nation einnehmen, der Art, daß kompetente Beurtheiler von ihrem Privatleben, abgesehen von der Parteistellung, mit Hochachtung reden? Ist ihre Ueberzeugung recht und lauter? ihr Leben konsequent? ihre Rechtschaffenheit unantastbar? Bei Beobachtung solchen *moralischen Werthes* kann man das Horoscop am besten stellen."

Aus Rußland. Wie Petersburger Blätter berichten, soll das Ministerium für Landwirthschaft die Gründung einer *Ackerbauschule für „Ebräer"* planen. Der Entwurf hat bereits das gelehrte Comité passirt und ist dem Ackerbau-Departement überwiesen worden. Von einigen reichen Israeliten sind zum Besten der Schule bereits 25,000 Rbl. gespendet worden. Das Ministerium wird seinerseits die Schule mit 500 Dessätinen Land im Chersson'-Gouvernement ausstatten, um daselbst eine Musterwirtschaft einzurichten. Der Unterricht soll vorwiegend praktisch sein und einen dreijährigen Kursus umfassen.

Der Finanzminister *Witte* hat beschlossen, in den Dörfern des Reiches *Handwerker-Schulen* zu errichten, um der bäuerlichen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, fachkundige Handwerker stets bei der Hand zu haben. Aufnahme in diese Schulen finden alle ohne Unterschied des Glaubens und des Standes, welche das Alter von 17 Jahren nicht überschritten und eine Volksschule absolvirt haben. Somit hat Finanzminister Witte vielen armen *jüdischen* Familien die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder in die Handwerker-Schule zu schicken, ein Wunsch, welchen die unbemittelten Juden in den Städten nicht verwirklichen konnten, weil auch auf die städischen Handwerkerschulen die bekannte Verordnung über den Prozentsatz der jüdischen Schüler ausgedehnt ist. Die humane Haltung Wittes den Juden gegenüber ist auf die Wahrnehmung zurückzuführen, welche dieser russische Staatsmann auf seiner letzten Rundreise durch das jüdische Niederlassungsgebiet gemacht hat. Er hat nämlich in Jekaterinoslaw einige jüdische Fabriken besucht und sich dort von dem Fleiße und der Geschicklichkeit der jüdischen Handwerker überzeugt. Er sagte sogar zu einem jüdischen Fabrikanten: „Sie verdienen, daß man Ihre Thätigkeit fördere; wenn Sie was brauchen, schreiben Sie mir, ich werde Alles thun". Und Witte hielt Wort; er kehrte nach Petersburg zurück, und ließ das Projekt zur Gründung von Handwerker-Schulen ausarbeiten, um die Pforten dieser Lehranstalten auch den Juden zu öffnen.

Hofprediger Frommel (†) schreibt auf Seite 83 seiner Volksschrift „Aus dem untersten Stockwerk": „In der Schule gab's nun allerlei Gesellen. Man schließt sich zu dieser Zeit so frisch und rückhaltlos an und fragt nicht viel, woher einer ist, noch ob sein Vater vom Adel oder ein Schneider ist. Mich zog's unter anderem auch zu einem hinkenden Judenknaben, der „krumme Elias" genannt. Sein Vater war ein alter Trödler und ein strenger Jude. Der Elias aber hatte eine prächtige Sopranstimme, ich sang Alt, und das verband uns. Ich ging auch einmal mit ihm nach Hause, da war alles Mögliche aufgestapelt. Teppiche, Vasen, Waffen, was mich höchlich interessirte. Am allerschönsten war's aber, als der Junge mich überredete, am Freitag Abend zu ihm zu kommen. Wie der greise Vater unter Gebeten die messingene Lampe ansteckte, und wie Alles feierte! Selbst der Lumpenkram hatte etwas Sabbathliches. Oder wenn Laubhüttenfest kam und wir draußen saßen unter der schnellgepflanzten Kürbislaube und Wein mit Wasser tranken! Auch in die Synagoge kam ich bei dieser Gelegenheit zum Mitsingen (!) und sah hinunter in den halbdunklen Raum und hörte mit einem gewissen Schauergefühl das dumpfe Gemurmel. Der krumme Elias wurde später Künstler, ich hielt ihm Vorträge aus der Kunstgeschichte. Er ist über's Weltmeer gegangen und hat vielerlei erfahren. Aber er ist indessen ein tüchtiger, braver Mensch und ein treuer Christ geworden; und welche Freude, ihn nach vierzig Jahren so wieder zu sehen! als mein Freund nicht blos, sondern Bruder im Glauben! Welche Lebensgänge in auf- und absteigender Linie!" —

Richard Wagner und Oberrabbiner Dr. Levi. Am 14. Okt. d. J. feierte der Gießener Oberrabbiner Dr. Levi seinen 90. Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit erzählte die „Frankf. Ztg." nachstehende Episode aus seinem Leben:

Im Jahre 1882 wohnte er der Aufführung des „Parsifal“ in Bayreuth bei, die sein Sohn, der bekannte Münchener Generalmusikdirektor Hermann Levi dirigirte. Richard Wagner, der ihn aufs herzlichste begrüßte und bewirthete, fragte ihn scherzend:

„Wie sind Sie mit Ihrem ungerathenen Sohn zufrieden?“

„So ziemlich“, antwortete Dr. Levi.

„Ihr Hermann“, sagte darauf Richard Wagner, „müßte als mein alter ego eigentlich den Namen Wagner führen!“

An seinem 80. Geburtstage ward Dr. Levi die Ueberraschung zu theil, von Franz von Lenbach, dessen Bekanntschaft er während eines längeren Aufenthaltes in München gemacht hatte, sein wohlgetroffenes Porträt als Geschenk zu erhalten. „Das Bild“, meinte Levi, „ist ganz lenbachisch, weniger ähnlich im gewöhnlichen Sinne als charakteristisch treu. Die Leute meinen aber, ich sei zu alt gemalt, so dürfte ich an meinem 90. Geburtstag aussehen. Wenn dem so ist, so theile ich das Schicksal des Papstes Leo XIII., der, wie mir Lenbach sagte, geäußert, er habe ihn älter gemalt als er sei.“

Karl Immermann und Mendelssohn-Bartholdy. Der berühmte Dichter des „Tulifäntchen“, „Oberhof“ etc., dessen hundertster Geburtstag in diesem Jahre gefeiert worden ist, und der Schöpfer so vieler genialer Tonwerke waren durch innige Freundschaft mit einander verbunden. In den letzten Tagen des Novembers 1830 führte ein Freund den jungen Felix Mendelssohn Immermann zu, und die liebenswürdige Erscheinung des jungen Künstlers verbannte allen Trübsinn, dem der Dichter damals unterworfen war. Sie sahen sich nun täglich; der junge Mendelssohn berauschte sich an dem vollendeten Wohlklang Immermann'scher Verse, während der Dichter stundenlang begeistert dem wunderbaren Spiele Mendelssohn's lauschte. So ergänzten sich Beide durch ihre Kunst, und Immermann fühlte sich ungemein durch das reiche Talent und die liebenswürdigen Umgangsformen von dem genialen Jüngling angezogen. So entstand auch der Plan, Mendelssohn möge eine von Immermann verfaßte Oper komponiren. Daß dieser Plan nicht zur Ausführung gelangte, hat den Dichter arg verstimmt.

Später als Mendelssohn, nachdem er einige Zeit hindurch die Leitung der Oper am Düsseldorfer Theater geführt hatte, wegen Mißhelligkeiten mannigfacher Art diese Stelle niederlegte, schieden Beide verletzt von einander.

Immermann jedoch vermochte an einen gänzlichen Bruch der ehemaligen Freundschaft nicht zu glauben, und nach drei Monaten erzwungener Kälte richtete er warme, versöhnende Worte an den Freund.

„Die Absicht dieser Zeilen ist eine ganz einfache, nämlich zu erfahren, ob Du noch etwas mit mir zu thun haben willst, oder nicht? Auf etwas Konventionelles, auf einen Schein kommt es mir bei Dir nicht an. Hast Du Dich während dieser drittehalb Monate wohl ohne mich befunden, kein Verlangen nach mir gehabt, so wäre es ein Irrthum und eine uns Beiden verderbliche Thorheit, mit mir wieder anzuknüpfen. Du wirst dann ferner ohne mich fertig werden können. Ist es aber anders bei Dir, ist Dir wie mir zu Muthe gewesen, so komme vertrauensvoll wie sonst zu mir. Ich glaube zwar nicht, daß es noch einer solchen Versicherung bedürfe. Wie viel mir an Dir liegt, ersiehst Du aus diesem Briefe. Auf der anderen Seite weißt Du auch, daß ich um Niemandes Liebe bettle und meine Neigung zu gut halte, um Jemanden nachgeworfen zu werden, der ihrer nicht achtet. Ein höheres Gefühl und eine zarte Pflicht haben mich getrieben, an Dich zu schreiben.“

Ein Besuch Mendelssohn's war die Folge dieses herzlichen Schreibens, versöhnt reichten sich die Freunde die Hand, allein die Versöhnung war nur ein Schein, und abermalige Differenzen bei der Theaterleitung brachten die Freunde für immer auseinander. Nach dem frühen Tode Mendelssohn's ergriff ein tiefer Schmerz das Herz des Dichters darüber, daß sie das Leben einander entfremdet und der Tod nun eine Versöhnung unmöglich gemacht hatte.

Sprechsaal.

Außer den Juden sind es bekanntlich die Konsum- und Beamtenvereine, die den Ruin des Mittelstandes herbeiführen. Und was sollte aus dem „Mittelstande“ werden, wenn die wackern Antisemiten nicht da wären, die täglich über jüdische „Rabatt“geschäfte, „schmutzige Konkurrenz“ „undeutsche Lockmittel“ — reden. Ja, reden! Da haben z. B. die „Kreuzzeitung“, die „Staatsbürgerzeitung“ — die meines Wissens nicht zu den Judenblättern gehören — „sich bereit erklärt, den Mitgliedern der zum Verbande deutscher Beamten-Vereine gehörender Beamten-Vereine „eine Ermäßigung des Bezugspreises zu gewähren und zwar zahlen beide „gegen Einreichung der Postquittung über den Bezugspreis und Vorlage des Ausweises über die Zugehörigkeit zu einem Verbandsverein“ durch ihre Expedition ein Drittel des Betrages vierteljährlich zurück. Ei! Ei!

Hamburg, 14. Dezember. Ein Beamter.

Büchertisch.

Der beliebte Erzähler und genaue Kenner des bayerischen Volkslebens **Maximilian Schmidt** hat im Verlage von Seitz und Schauer (München, 2 Mk. geb. 3 Mk.) eine Erzählung erscheinen lassen, betitelt „Christ und Jude“. Wir können unsern Lesern kein hübscheres Weihnachtsgeschenk empfehlen, als dieses von echter Toleranz und Humanität erfüllte Buch. Die Handlung spielt sich in bürgerlichen Kreisen der bayerischen Hauptstadt und in neuester Zeit ab. Es werden in derselben mehrere Typen der mittleren Stände vorgeführt, die verschiedenen Glaubensbekenntnissen angehörig, alle friedlich zusammen verkehren, und die sich gegenseitig in treuer Anhänglichkeit hülfreich erweisen. Schmidt hält sich von jeder Tendenzmacherei fern, er zeigt die Menschen wie sie sind, ist aber frei von den Vorurtheilen, wie sie leider auch in unser Schriftthum eingedrungen sind. Auf S. 172 heißt es: „Jud und Jud ist zweierlei, wie Christ und Christ, wie Kavalier und Kavalier — und Alles in der Welt, die wir so kurz durchwandern und welche wir uns nicht verbittern sollten durch gegenseitigen Haß und herkömmliche Vorurtheile.“

Der Messias der Juden. Von **Kurt Reuß.** (Gera, Julius Becker's Verlag, 1896.)

Theodor Fritsch machte sich jüngst lustig über die jungen antisemitischen Herrlein, die „plötzlich“ die neue Entdeckung machten, die Juden seien schlechte Kerle, während doch schon eine ganze Reihe antisemitischer Führer sich's haben Schweiß kosten lassen, das Volk ähnlich „aufzuklären“. Herr Reuß gehört zu den Grünlingen des Antisemitismus. Von irgend welcher Sachkenntniß nicht beschwert, hat er meistens antisemitische Redensarten und Schlagworte zusammengerafft, die Nase nur wenig in die „klassischen“ Bücher des Antisemitismus gesteckt, nichtsdestoweniger eine Broschüre geschrieben, die etwas unerhörtes verheißen soll. Unerhört ist nur die Anmaßung des Tons und das kritiklose Nachschreiben längst aufgedeckter Unwahrheiten. Wieder wird die Echtheit des längst als erfunden nachgewiesenen angeblichen Manifestes der Alliance israelite und der gefälschten Schulchan-Aruch-Auszüge ohne Weiteres behauptet. Eine Lüge wird deshalb nicht zur Wahrheit, wenn sie hundert Mal wiederholt wird! Am peinlichsten berührt die auf S. 53 der Flugschrift aufgestellte Behauptung der Verschuldung des ersten Kronprinzen des deutschen Reiches, welche den „deutschen Siegfried“ gezwungen habe, „die Juden mit Glacéhandschuhen anzufassen.“ Diese Infamie einem Ahlwardt nachzusprechen, zeugt von dem Takte des Verfassers.

Der Kuriosität halber erwähnen wir noch, daß zwei geharnischte Sonette das komische Schriftlein einleiten und schließen.

Ist das Handwerk noch lebensfähig?

von Karl Jentsch.

Vorbemerkung der Redaktion. Kein agrarisches oder antisemitisches Blatt schreibt das Wort „Handwerkerelend“ oder „Mittelstandsruin“ nieder, ohne daß in der nächsten Zeile schon das Wort „Judenfrage“ auftaucht. Diese Blätter leugnen absichtlich die Umwälzungen,

welche die neuzeitlichen Betriebsformen im Bereich des Handwerks hervorgebracht haben und begnügen sich mit der knappen Treitschke'schen Formel: „Die Juden sind unser Unglück." Da ist es von Werth die Stimme eines Mannes zu vernehmen, der nie im Geruch des Manchesterthums gestanden, ein Hauptmitarbeiter des „Grenzboten" ist und mit reichster Sachkenntniß die einschlägigen Fragen zu beurtheilen versteht. Seinem Buche „**Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirthschaft**" (Eine populäre Volkswirthschaftslehre. Leipzig, Fr. Wilh. Grunow. 2,50 Mk.) entnehmen wir nachstehendes Kapitel:

Es ist einfach nicht wahr, daß der Kleinbetrieb heute ganz allgemein nicht mehr lebensfähig wäre. Die bekannten Klagen über den Niedergang „des Handwerks" und „der Landwirthschaft", die die Sozialdemokratie in ihrer Einbildung bestärkt haben, sind unbegründet, wenn auch sehr viele einzelne Handwerker und Landwirthe Grund genug zum Klagen haben. Es ist zuvörderst nicht wahr, daß die Maschine, oder das Großkapital oder beide vereint, „das Handwerk" mit Vernichtung bedrohten. Die Lebensbedingungen der verschiedenen Handwerker sind so verschieden von einander, daß man vom „Handwerk" im allgemeinen gar nichts aussagen kann, und innerhalb eines und desselben Handwerks wiederum sind die Aussichten der einzelnen Mitglieder sehr verschieden.

Zuvörderst ist zu bemerken, daß sich der Großbetrieb von selbst versteht für Gewerbe, deren Erzeugnisse einen kolossalen Umfang haben, die also große Räume, viele Arbeiter und große Materialienmassen beanspruchen. Kanonen können nicht im Hinterstübchen gegossen und Panzerschiffe nicht im Mühlgraben gebaut werden. Eisenbahnen können überhaupt nicht einzelnen Personen, sondern nur Aktiengesellschaften oder dem Staate gehören. In diesen Gewerben feiert die Maschine ihren Triumph, sowie im Maschinenbau, der die Maschine selbst herstellt. Das Handwerk wird von diesen und verwandten Gewerben, wie den Hochöfen, Eisenwalzwerken, Elektrizitätsanlagen, nicht beeinträchtigt, weil sie ja eben von vornherein gar keine Handwerke sind, sondern Erzeugnisse schaffen oder Dienste leisten, die das Handwerk nicht schaffen und leisten kann, die vor der Erfindung der Dampfmaschine gar nicht vorhanden waren Mit diesen Erzeugnissen und Leistungen also greift der Maschinengroßbetrieb nicht in den Bereich des Handwerks ein; und wenn sich die Zahl der im Handwerk beschäftigten Personen im Verhältniß zur gesammten Einwohnerschaft vermindert, so liegt die Sache nicht so, daß der handwerksmäßige Kleinbetrieb vom Maschinengroßbetrieb zurückgedrängt würde, sondern neben das alte Handwerk treten diese neuen Gewerbe und gewähren dem Bevölkerungsüberschuß, den das Handwerk nicht aufzunehmen vermöchte, Unterkunft und Beschäftigung.

Diesen Maschinengroßbetrieben, die nicht aus dem Handwerk hervorgegangen sind und niemals Handwerk werden können, stehen Handwerke gegenüber, die niemals Maschinengroßbetriebe werden können, denen also weder die Maschine nach das Kapital etwas anhaben kann. Es sind das zunächst die Gewerbe der persönlichen Dienstleistungen, wie das Barbiergewerbe, die verschiedenen Arten der Chirurgie, die Zahntechnik, das Kaminfegergewerbe, der Hufbeschlag. Dann die Reparaturgewerbe. Solche sind heute: Uhrmacherei, Goldarbeiterei, Klempnerei, Schlosserei. Die Schlosserei, Klempnerei, Glaserei und Bautischlerei sind außerdem Anbringegewerbe; das Anpassen und Anschlagen von Thüren, Fenstern, Schlössern, Dachrinnen kann nicht von einer Maschine besorgt werden. Nicht die Maschine, wohl aber das Geldkapital könnte allerdings in diesen Gewerben den Kleinbetrieb durch den Großbetrieb verdrängen. Dieser ist aber deshalb unvortheilhaft, weil der Großunternehmer jedem der Gesellen- und Lehrjungentrupps, die er auf verschiedenen Bauten beschäftigt, einen sachverständigen Aufseher mitgeben müßte, wenn die Arbeit ordentlich gemacht werden sollte, und das würde sie sehr theuer machen. Aus demselben Grunde bleibt das Tapezier- und Dekorateurgewerbe Kleingewerbe; es wird am vortheilhaftesten betrieben, wenn der Meister blos mit einem Gehilfen oder Lehrling arbeitet. Hier kommen nun noch Geschmack, künstlerische Anlage und erworbene Kunstfertigkeit als Erfordernisse hinzu, von deren Ersatz durch Maschinen gar keine Rede sein kann. Mit der Tapeziererei wird oft die Sattlerei verbunden, in der sowohl bei der Polsterei, wie bei dem Anfertigen von Sätteln und Pferdegeschirren die Handarbeit unentbehrlich bleibt. Beide verbinden sich weiter mit dem Wagenbau. Dieser neigt seiner Natur nach zum Großbetrieb, nicht weil darin die Maschine eine große Rolle zu spielen berufen wäre, sondern wegen der Größe und, bei Luxuswagen, Kostbarkeit des Erzeugnisses; der Wagenbauer nimmt gelernte Stellmacher, Sattler und Tapezierer, auch Posamentierer, in seinen Dienst; der Stellmachermeister alten Stils bleibt auf Heu- und Düngerwagen und Reparaturen eingeschränkt. Beim Bau der Eisenbahnwagen kann, wie bei dem der Lokomotiven, von vornherein von handwerksmäßigem Betrieb keine Rede sein.

Mehrere der vorgenannten Handwerke haben einen Theil ihres alten Bereichs an den fabrikmäßigen Großbetrieb verloren, indem Blechwaaren, Schlüssel und Schlösser, Gold- und Silberwaaren fast nur noch in der Fabrik gefertigt werden; dem Handwerker bleibt der Handel mit der fertigen Waare, bei Schlössern und Schlüsseln die Anbringung und Anpassung, in allen Fällen die Reparatur. Die Uhrenfabrikation ist von Anfang an Manufaktur und auf wenige kleine Bezirke beschränkt gewesen, weil sie nur bei weitgehender Arbeitstheilung vortheilhaft betrieben werden kann; die gewöhnlichen Uhrmacher waren aber nur Reparateure und Händler. Für das verlorene Gebiet haben übrigens einige dieser Handwerke anderweitigen Ersatz erhalten, indem den Klempnern z. B. die Gasinstallation, den Schlossern die Anfertigung schmiedeeiserner Gitter und Treppen zugefallen ist; das Schmiedeeisen verdrängt nämlich in neuerer Zeit mehr und mehr das Gußeisen, das Jahrzehnte hindurch die Herrschaft behauptet hatte. Ueberhaupt treibt die fortschreitende Technik nicht blos neue Zweige an alten Gewerben, sondern neue Gewerbe, wie die Photographie, hervor und erweckt erstarbene, die früher geblüht hatten, wie die Stuckarbeit, die Mosaik- und Majolikafabrikation zu neuem Leben; diese Gewerbe werden allerdings im großen am vortheilhaftesten betrieben. Die Bauhandwerke im engern Sinne des Wortes sind niemals Kleinbetriebe gewesen und können es nicht sein; ein Maurer mit einem Jungen allein kann kein großes Haus bauen; sie haben von Natur einen mittleren Umfang. Daß der Häuserbau heute so ganz kapitalistisch betrieben wird, daß der alte Maurer- und Zimmermeister dem vornehmen Architekten und dem Bauunternehmer gewichen sind, hängt mit der Maschine gar nicht und mit dem Kapitalismus nur mittelbar, unmittelbar aber mit der Zusammendrängung der Menschen in Großstädten und mit dem Schwinden des Sinns für das Eigenhaus zusammen.

[Fortsetzung folgt.]

Briefkasten.

C. F. in Magdeburg. Die „Laubhütte" erscheint in Regensburg, nicht in Mainz.

M. L. in Berlin. Besten Dank für die Zusendung der Frankfurter Karten

S. St. in F. Bez. Cassel. Wie Sie sehen, dankend benutzt.

„Echo der Gegenwart", Aachen. Wir haben mit Vergnügen davon Kenntniß genommen, daß Sie eine Berichtigung über die Affaire „Sally Cohn" gebracht haben.

Berlin. Das „erste christliche Deutsche Hotel", das „einzig judenfreie Haus" „Kölner Hof" des Herrn Hermann Laas zu Frankfurt a. M. haben wir bereits mehrere Male „berücksichtigt".

L. in Z. Staerck ist in der That Jude.

D. Tr. in H. Leider können wir nicht kontrolliren, ob diese Nachricht über die Baron Hirsch'schen Gründungen in Colorado richtig ist.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ludwig Scharf, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.

Nur 50 Pf. (und 15 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 52. Berlin, den 26. Dezember 1896. 6. Jahrgang.

Mittheilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbürcau in Berlin.

Abdruck sämmtlicher Artikel, auch ohne Quellenangabe, erwünscht.

Die „Mittheilungen" erscheinen jeden Sonnabend. Wer das Blatt direkt im Couvert von der Expedition wünscht, hat 1,10 Mk. einzusenden. Postzeitungsliste Nr. 4553. Inserate kost. 40 Pf. pr. 4 gespalt. Zeile. Telephon: Amt 6, Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion u. Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 13. Geld-, Werth- u. Einschreibesendungen sind an Herrn L. Jordan, Schatzmeister des Vereins, Berlin W., Magdeburgerstr. 13, zu richten.

Zum Quartalswechsel

bitten wir unsere Leser, das Abonnement auf die „Mittheilungen" zu erneuern und sie im Interesse unserer Abwehrbestrebungen zu verbreiten. Wir sind gern bereit, Exemplare zur Vertheilung in beliebiger Anzahl kostenfrei zu versenden. Die „Mittheilungen" haben ca.

9000 feste Abonnenten

in allen Theilen Deutschlands. Wenn jeder unserer Abonnenten nur einen neuen Abonnenten wirbt, ist es möglich, unserem Blatte den Einfluß zu sichern, den es erstrebt.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Freunde in ihren Bemühungen um die Verbreitung der „Mittheilungen" nicht nachlassen werden und bitten um Angabe möglichst zahlreicher Adressen.

Der Verlag und die Red. der „Mittheilungen".

Weihnachten.

Weihnachten ist für jeden Christen „ein Athemholen der Seele." An diesem Tage hat sich Gott der Menschheit geoffenbart und in der Person und dem Lebenswerke des Heilands eine unendliche Fülle von Liebe, Licht und Leben der Menschheit geschenkt.

Deshalb ist Weihnachten ein echtes Freudenfest, ein Fest, an dem man sich nicht genug thun kann und soll mit kleinen Geschenken und großer Liebe. In der kleinsten Hütte wie im stolzen Prunkpalast strahlt der Weihnachtsschein über die Gaben, die man dem Freunde, den Verwandten, der Familie überreicht. Auf der bescheidensten Gabe, auf dem kostbarsten Geschenk liegt der Glanz des Tages in gleicher Schönheit, denn beide werden durch dieselbe Empfindung geadelt: durch die Liebe zum Nächsten.

Aber dieser Nächste ist nicht nur derjenige, der mit uns in demselben Stüblein wohnt. Jeder Mensch ist der Nächste, so will es jede echte Religion der Liebe. Und so geht von dem Weihnachtstage ein reicher Strom von Wohlthätigkeit aus. Die Armen und Aermsten der Bevölkerung werden, so weit die private Wohlthätigkeit reicht, beschenkt und der Menschenfreund bedauert nur, daß diese schöne Wohlthätigkeit Grenzen hat.

Diese innige Antheilnahme an Kummer und Leid des Andern ist es, die die Weihnachtstage besonders zu einem „Athemholen der Seele" macht. Unsere Zeit ist ja an dieser edlen Theilnahme arm. Haß, Neid, Mißgunst, Zwietracht, Hoffahrt wandern durch die Lande und man kümmert sich mehr in Haß um den Nachbar, als in Liebe. Die Juden wissen ein schmerzliches Lied davon zu singen.

Thomas a. Kempis sagt: „Willst du, daß man dich ertrage, so ertrage auch den Anderen. Bemühe dich, die mancherlei Fehler und Gebrechen Anderer mit Geduld zu ertragen, weil auch du vieles hast, was von Andern ertragen werden muß. Wenn du dich selbst nicht so machen kannst, wie du dich gern haben möchtest, wie wirst du einen Andern nach deinem Wohlgefallen haben können? — Schnell genug fühlen und erwägen wir, was wir von Andern zu leiden haben, aber was Andere von uns erleiden müssen, beachten wir nicht. . . . Wir könnten viel Frieden haben, wenn wir uns nicht soviel mit Anderer Worten und Werken, die uns gar nichts angehn, beschäftigen wollten."

Wir beschäftigen uns in Haß mit dem Nachbar zu viel, und in Liebe mit ihm zu wenig. Das thut die christliche Majorität der jüdischen Minorität gegenüber allzusehr. „Der Stärkere vermag Nachsicht zu üben", sagt der hl. Ambrosius; er muß Nachsicht üben, wo er keine Ursache hat, sich zu überheben, wie es bei uns den Juden gegenüber der Fall ist. Es ist so bitter leicht, für sein eigenes Verschulden, für die Nöthe der Zeit, für die eigene Unlust den Juden verantwortlich zu machen, es ist so leicht, das thörichte Wort von den Lippen fliegen zu lassen: „Die Juden sind unser Unglück!" Das ist leicht, aber es ist nicht christlich, denn es wohnt keine Liebe darin. „Die Liebe sucht nimmer das Ihre. Denn wo einer das Seine sucht, da fällt er von der Liebe." (Thomas a. Kempis.)

Von dieser allgemeinen Liebe geht ein Hauch über das

Weihnachtsfest und verschönt es mit stillem Glanz. Aber das Jahr hat 365 Tage und schlimm ist es, wenn von diesen 365 Tagen nur zwei bis drei dieser Liebe geweiht sind. Es ist wahr, Herzensgüte ist ein seltenes Gut. „Je älter ich werde", meint George Sand, „um so mehr beuge ich mich vor der Güte des Herzens, weil ich sehe, daß dies die Gabe ist, die Gott am seltensten verleiht." Aber das Ideal der Menschheit muß jene Güte und Liebe sein, die nicht am Tage haftet, die nicht mit der Sonne am Abend untergeht, jenes Ideal, für das Jesus Christus die Ewigkeitsworte gefunden hat: „Liebet eure Feinde; segnet, die euch fluchen; thut wohl denen, die euch hassen; bittet für die, so euch beleidigen und verfolgen, auf daß ihr Kinder seid eures Vaters im Himmel. Denn er läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. So ihr euch nur zu euren Brüdern freundlich thut, was thut ihr Sonderliches? Ihr sollt vollkommen sein, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist."

„Die Juden als Soldaten."*)

Besprochen von Theodor Zlocisti.

Als man vor etlichen Jahren dem nunmehr in der Blüthe seiner Jahre dahingerafften früheren Reichstagsabgeordneten und Major a. D. Hugo Hinze von dem Plane erzählte, die Juden als Soldaten zum Gegenstand gründlicher Veröffentlichung zu machen, da schüttelte er bedenklich sein Haupt; es sei ja ein Ziel aufs Sehnlichste zu wünschen. Aber ebenso unerreichbar wie interessant und bei der Bedeutung, welcher dieser Punkt gerade im Hetzprogramme der Antisemiten habe, durchaus nothwendig.

An diese Worte, an diese Ansichten eines so freisinnigen und so durchgebildeten Mannes muß ich immer denken so oft ich mir den stattlichen Folioband ansehe, den das Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe der „Kriminalstatistik der Juden in Deutschland" als zweite Veröffentlichung soeben hat folgen lassen.

Wer etwa erwartet hatte, daß hier kunstvolle Lebensbeschreibungen jüdischer Soldaten, ein panegyrisches Herausstreichen ihrer Leistungen geboten würde, der hat sich arg getäuscht. Nur die Thatsachen sollten wirken. Und so sieht man nur Tabellen und Listen — seitenlange, nur selten unterbrochen durch Auszüge aus größeren einschlägigen Werken. Eine eisige Nüchternheit zieht durch die Spalten.

Bei der erdrückenden Fülle des Materials wird man sich immer fragen müssen, wie es in der That möglich gewesen ist, diese Bausteine herbeizuschleppen. So ganz unrecht hatte Hinze nicht gehabt; er sprach es zwar nicht aus, aber gedacht hat er es sicherlich, daß solch Werk unmöglich sei nicht nur weil das Material in tausend Winkeln verschleppt ist, sondern weil den Juden der rechte historische Sinn abgeht, der Dokumente und Briefe aus großer Zeit nicht dem Feuer als Aufbewahrungsstätte zuweist, und dann das rechte Verständniß dafür, daß jeder Einzelne die Pflicht habe, mit bestem Können und Wissen ein derartiges Unternehmen zu unterstützen, damit es das leiste, was es zu leisten verspricht.

Um einen Begriff davon zu geben, welche unendliche Mühe dieses Werk gemacht hat, wollen wir gewissermaßen seine Entwickelungsgeschichte darlegen.

Die äußere Anregung war eine ganz zufällige. Der Redakteur des „Thüringer Volksboten" — das Blättchen ist inzwischen längst entschlafen — Namens Gottesleben in Arnstadt hatte in öffentlicher Versammlung zu behaupten sich erdreistet, daß jüdische Soldaten die Front schänden. Ein jüdischer Bürger, der selbst in den glorreichen Jahren 1870/71 wegen Tapferkeit vor dem Feinde das eiserne Kreuz sich erkämpft, wandte sich an das Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe mit der Bitte um Sammlung von Material über die Leistungen jüdischer Soldaten im Kriege, zur erfolgreicheren Durchführung seiner Beleidigungsklage gegen den Redakteur. Auch Gottesleben sammelte durch Aufruf in antisemitischen Blättern — blöden Klatsch über die Untauglichkeit der Juden zum Heerdienst.

Der Prozeß ist nicht durchgeführt worden: Gottesleben hatte wie so viele seiner Mitkämpfer für „teutsche Reinheit" ein Nebengewerbe, das ihn behinderte, den Gerichten allzu nahe zu sei: er machte kräftige Unterschlagungen und fälschte auch Wechsel, wenn's ging.

Aber der Stein war ins Rollen gekommen. Freilich standen der Ausführung des Plan's schier unüberwindliche Hemmnisse im Wege. Die Archive des Kriegsministeriums, des Generalstabs und der Ordenskommission konnten für diesen Zweck nicht benutzt werden. Und an gesammeltem Material lag nur Ludwig Philippsons Gedenkbuch an den deutsch-französischen Krieg 1870/71 vor. Aber auch dieses Werk hat nur recht wenig trotz des eifrigsten Fleißes, mit dem Philippson alle die Juden betreffenden Mittheilungen aus dem Kriege gesammelt hatte. Die Zeit — das Werk ist kurz nach dem Kriege erschienen — war damals nicht reif für diese Idee. Gemeinsames Kriegsleid, gemeinsame Freuden hatten Jude und Christ empfunden, nun kehrten sie als Brüder ohne Haß und Feindschaft heim. Was brauchte es da eines Werkes, das den Antheil jüdischer Krieger von den Allgemeinleistungen abspaltete?

Aber als der Antisemitismus erwachte und einen Keil in die deutsche Bürgerschaft trieb, da schien die Zeit und auch die Nothwendigkeit gekommen, daran zu erinnern, wie Juden sich als Bürger und Soldaten geführt hatten.

Zunächst wurde — man kann wohl sagen — alles durchgesehen, was über die Kriege von 1864, 66 u. 70/71 irgendwie erschienen war: Kriegsberichte, Zeitungsartikel, selbstständige Abhandlungen. Dann mußte man über 300 Regimentsgeschichten studiren, und da bei den meisten Namen die Angabe der Religion fehlte, wurden von der Garnisonstadt, von den heimathlichen Gemeinden Erkundigungen eingezogen.

Daß alle jüdischen Zeitschriften, Kalender ꝛc., insbesondere auf geeignete Materialien durchsucht wurden, die natürlich sämmtlich geprüft werden mußten, ist ja ganz selbstverständlich.

Die mühseligste Arbeit freilich war eine Enquete. An alle jüdischen Gemeinden Deutschlands, deren Zahl außerordentlich groß ist, wurden Fragebogen gesandt, die folgende Rubriken aufwiesen: „Name, Stand, Geburtsort. Wo gedient? Garnison, Rgt., Btt., Komp. ꝛc. Welchen Feldzug mitgemacht? An welchen Gefechten Theil genommen? Ob befördert, wie oft, wozu und wann? Ob dekorirt, wie oft, womit und wann? Ob verwundet, gefangen oder dergleichen? Ob gefallen oder in Folge der erlittenen Verwundungen gestorben, wo und wann? Ob zu Transporten, Kommandos ꝛc. verwendet? Ob Gefangene gemacht?"

Neben dieser Liste versandte das Frankfurter Bureau des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus einen Fragebogen, dessen Schema leider anders lautete. Deshalb wird schon beim flüchtigen Durchblättern der Listen eine gewisse Ungleichartigkeit zwischen den rheinischen, süddeutschen Angaben und den übrigen auffallen. Wirklich befriedigende und vollständige Mittheilungen konnten nur auf Grund des Berliner Zettels erfolgen.

Wer das Leben in den kleineren jüdischen Gemeinden kennt, der wird begreifen, daß bei den wenigsten die einmalige Einsendung des Fragebogens Erfolg hatte. Das mußte zweimal, dreimal und noch öfter geschehen. Da mußte private Unterstützung herbeigerufen werden, Briefe geschrieben

*) „Die Juden als Soldaten." Herausgegeben von dem Komité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin. Berlin, Verlag Siegfried Cronbach. Preis 5 Mark.

gelegentliche Reisen unternommen werden. Und von zahlreichen, auch großen Gemeinden blieb trotz aller Bemühungen die Auskunft aus.

Einen letzten Anstoß zu Recherchen gab das Jubiläumsjahr 1895. Außer den jüdischen Blättern haben namentlich auch die „Mittheilungen" in reicher Fülle Material, das ihnen von allen Seiten zugegangen war, gesammelt und eine provisorische Liste jüdischer Soldaten aus dem Kriege von 1870/71 aufgestellt.

Berge von Briefen, tausende und abertausende von Zetteln waren durchzusehen, einzureihen, gaben Anlaß zu immer erneuten Erkundigungen. 25 Jahre waren seit dem Kriege verflossen.

Wie viele Krieger lagen nun schon unterm kühlen Rasen! Wie viele waren verzogen, verschollen, in fremde Erdtheile gegangen. Und dann . . . Die Zahl der jüdischen Namen ist immerhin eine beschränkte. Gewisse Namensformen kehren immer wieder (Cohn, Levy ꝛc) oft noch mit gleichlautendem Vornamen — eine Quelle von Irrthümern und somit unsäglichster Mühen, die durch oft fehlerhafte Angaben von Regimentern, Geburtsort ꝛc. noch erhöht wurden.

Mit peinlichster Gewissenhaftigkeit wurde alles geprüft. Aber daß auch alle Fehler erkannt und beseitigt wären, wird keiner hoffen können und dürfen. Das ist der Natur der ganzen Arbeit nach ein Ding der Unmöglichkeit.

Für die übrigen Länder war die Beschaffung des Materials um vieles leichter. Hier boten amtliche Mittheilungen, was in Deutschland nur durch die größte Mühe und Sorgfalt zu erreichen war. Für Oesterreich-Ungarn standen die offiziellen Mittheilungen des militär-statistischen Jahrbuchs, für Italien eine Zusammenstellung jüdischer Soldaten höherer Chargen zur Verfügung, wie sie für 1894/95 im amtlichen Annuario angegeben war.

Die Angaben für Frankreich sind aus amtlichen Quellen geschöpft, jedoch stammen dieselben aus dem Jahre 1863; das russische Material bot für die neueste Zeit des Rußky Invalid's amtliche Veröffentlichung ebenso wie für Amerika das treffliche auch von uns eingehend gewürdigte Werk von Simon Wolf: The American jew as Patriot Soldier and Citizen fleißig gesammeltes, offizielles und kritisch benutztes Material bot.

Nach dieser, die Entstehungsgeschichte des Werkes behandelnden Einführung wollen wir auf die mitgetheilten Thatsachen näher eingehen. Denn erst jetzt besitzen wir einen Werthmesser für die Beurtheilung, und damit ein Verständniß dieses listengefüllten Werkes, aus welchem klar hervorgeht, daß der alte Vorwurf, daß die Juden wegen ihrer körperlichen Schwäche, angeborenen Feigheit und mangelndem patriotischen Sinne als Soldaten sich unbrauchbar erwiesen haben, auch nicht eine Spur von Berechtigung hat.

Der Jude ist auch im Felde ein treuer Hüter und Vertheidiger deutscher Güter.

Dies war die leitende Idee des Werkes.

So wird man es begreifen, daß von den 167 Seiten 108 Seiten der Antheilnahme deutscher Juden an den Feldzügen gewidmet sind und daß die übrigen Staaten herangezogen wurden, einmal um das Gesammtbild zu vervollständigen, dann aber um gewisse Züge, die durch die niedere militärische Stellung der Juden im allgemeinen nicht klar heraustreten und somit zu Falschschlüssen Anlaß bieten konnten, schärfer herauszuheben. —

In Deutschland ist man bis auf die Zeit der Befreiungskriege zurückgegangen, da die vor dem Märzedikt vom Jahre 1812 liegenden Beispiele mehr zufälliger Natur sind und füglich Ausnahmefälle bleiben müßten. Erwähnen konnte man die beiden jüdischen Grenadiere unter Friedrich dem Großen, einige Kämpfer in den Unglücksjahren 1806/1807.*)

*) Wir werden in einer anderen Arbeit darauf zurückkommen.

Die Liste jüdischer Soldaten aus den Jahren 1813/15 weist 125 Namen auf, unter denen wir eine nicht unbeträchtliche Zahl höherer Chargen finden: 1 Major, den rühmlichst bekannten M. Burg, 3 Premierlieutenants, viele Sekonde-Lieutenants, Sergeanten ꝛc. 16 von diesen Männern wurden für ihre Tapferkeit mit dem eisernen Kreuz geschmückt, während 20 der jüdischen Krieger für das Vaterland den Ehrentod starben. Auch die von uns gebrachte Mittheilung über den weiblichen Wachtmeister, die Jüdin Luise Grafemus ist eingefügt worden.

Bei dieser Liste können wir direkt nachweisen, daß darin große Lücken sind, (so fehlt leider auch Croubach, der mit den höchsten Ordensehrungen aus dem Kriege heimkehrte.)

Aus Anlaß einer Bemerkung eines Abgeordneten in der 46. Plenarsitzung des rheinischen Landtages vom 13. Juli 1843 hatte nämlich die Behörde Recherchen angestellt, um die Behauptung, daß 6000 Juden in den Befreiungskriegen gefallen seien, zu verifiziren. Die Untersuchung ergab vielmehr — freilich wurden nicht die Listen aller Truppen der Armee herangezogen — daß bei 59 Linien-Bataillonen, 21 Kavallerie-Regimentern, 4 Artillerie-Brigaden und 52 Landwehr-Bataillonen mit ihren Schwadronen während der Feldzüge 343 Juden gedient haben, von denen 263 sich freiwillig gestellt hatten und 80 ausgehoben worden waren. Um das Minus auszugleichen, das durch die fehlenden Listen entstand, berechnet das Militärwochenblatt (4. Novbr. 1843) nach dem Verhältnisse bei den oben angeführten Truppentheilen, die Zahl auf 731, unter denen somit, wiederum im Verhältniß der oben gegebenen Zahlen, 561 (77 pCt.) Freiwillige und 170 (23 pCt.) Ausgehobene sich befanden.

Aber wie günstig diese Zahlen schon an sich sind, sie treffen doch sicherlich nicht zu: schreibt doch am 19. November 1843 ein Herr Carl Heymann aus Königsberg in der „Voss. Zeitung" in Bezug auf die Mittheilung des Militär-Wochenblattes, daß in seiner Compagnie allein 30 Juden dienten, von denen ganz zu schweigen, die als „Christen" galten, „der Glaube an die gerechte Sache des Vaterlandes genügte eben damals vollkommen und nach einem anderen wurde nicht gefragt."

Die angefügten Urtheile über einzelne jüdische Soldaten, besonders auch über „die wiederholten Beweise von treuer Anhänglichkeit an König und Vaterland" von Seiten der Juden Inowrazlaws, die ihre „mitten im Sturm der Zeiten rein erhaltenen patriotischen Gesinnungen bewährt haben", ließen sich noch durch manches ehrende Lobschreiben vermehren.

Hervorgehoben werden muß vor allem das Schreiben des Fürsten v. Hardenberg an den Grafen v. Grote: „Auch hat die Geschichte unseres letzten Krieges wider Frankreich bereits erwiesen, daß die Juden des Staates, der sie in seinen Schooß aufgenommen, durch treue Anhänglichkeit würdig geworden. Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengefährten ihrer christlichen Mitbürger gewesen, und wir haben auch unter ihnen Beispiele des wahren Heldenmuthes und der rühmlichsten Verachtung der Kriegsgefahren aufzuweisen, sowie die übrigen jüdischen Einwohner, namentlich auch die Frauen in Aufopferung jeder Art den Christen sich angeschlossen.".

Wie berechtigt und von den leitenden Kreisen getheilt diese Ansicht war, das enthält der dem Landtage vom Jahre 1847 überreichte „Auszug aus der Denkschrift des Ministers des Innern über die Ausdehnung der Militärpflicht der Juden", der somit noch schärfer ins Auge gefaßt werden muß.

Was die bisherigen Erfahrungen über den Militärdienst in der Preußischen Armee im Frieden und im Kriege anbetrifft, so hat das Königliche Kriegsministerium auf Veranlassung des Ministers des Innern bei den sämmtlichen Armeekorps und Truppentheilen hierüber umfassende Ermittelungen angestellt, deren Ergebniß zunächst für den Dienst im Frieden Folgendes ist:

Ihre Führung wird

beim 1. und 2. Armeekorps
mit wenigen Ausnahmen als sehr gut bezeichnet;

beim 3. Armeekorps
desgleichen, sowahl dienstlich als außerdienstlich, als gut;

beim 4. Armeekorps
dem größeren Theile nach zur Zufriedenheit und ohne wahrnehmbare Verschiedenheit von den Soldaten christlichen Glaubens;

beim 5. Armeekorps
mit nur geringen Ausnahmen als gut;

beim 6. Armeekorps
ist varherrschend guter Wille und aufmerksame Pflichterfüllung anerkannt — unter 587 Mann wird die Führung van 24 Mann schlecht, bei 73 mittelmäßig, bei 490 aber gut und sehr gut genannt;

beim 7. Armeekorps
wird ihnen in maralischer und dienstlicher Beziehung mit wenigen Ausnahmen das ungetheilteste Lob gegeben;

beim 8. Armeekorps
ist ihre Führung fast ohne Ausnahme durch Gehorsam, Dienstwilligkeit und einen guten, moralischen Lebenswandel ausgezeichnet gewesen;

bei der Artillerie
gut, theilweise sehr gut;

bei den Pionieren
werden sie als ordentlich und gehorsam bezeichnet.

Beim 1., 2. und 6. Armeekorps wird übrigens noch besanders hervorgehoben, daß sie sich zu den Landwehrübungen pünktlich gestellt haben, und beim 8. Armeekarps, daß sie sich dabei durch große Faigsamkeit und stilles Benehmen ausgezeichnet.

Ueber das Verhalten der Juden im Kriege haben die Ermitteiungen des Kriegsministeriums zu keinem Resultate von der wünschenswerthen Vallständigkeit geführt.

. . . . Indessen hat sich auch ergeben, daß beim 2., 3. und 5. Armeekorps etwa je 40 Mann, beim 6. 60 Mann, beim 4. 80 Mann jüdischen Glaubens gedient haben, und es ist besonders angeführt, daß sie beim 2. und 3. Armeekorps fast sämmtlich, resp. größtentheils; beim 5. Armeekorps wenigstens die Hälfte; beim 4 Armeekorps unter den überhaupt 80 Mann 2 Juden als freiwillige Jäger eingetreten sind, während beim 1. Armeekarps, obschon die Listen fehlen, doch als feststehend bezeichnet wird, daß sich im Kriege mehr Freiwillige als im Frieden gereibet haben.

Ihre Führung im Kriege wird beim 2. und 3. Armeekorps als gut bezeichnet und beim letzteren wie beim 2. Armeekorps wird anerkannt, daß sie zum Theil mit besonderer Auszeichnnng gedient haben, wie denn auch beim 7. Armeekorps ihnen das Zeugniß gegeben wird, sich dem Feinde gegenüber sehr brav benommen zu haben; und vom Generalkommanda des 1. Armeekarps angeführt ist, daß ihre im Kriege geleisteten Dienste gelobt würden.

In Vergleichung mit den Solbaten christlichen Glaubens bemerken nicht allein die Generalkommandos des 4. und 7. Armeekarps keinen Unterschied, sondern das 2. Armeekorps findet, daß die Juden den übrigen Rekruten in der Ausbildung nicht selten vorausgehen. Das Generalkommanda des 8. Armeekarps erklärt die maralische Qualifikatian der Juden für den Kriegsdienst unbestreitbar.

Was endlich die Erfahrungen über den Einfluß der Religionsgebräuche der Juden auf den Militärdienst, also das Halten der Sabbathe und der Festtage, ihre Ritualgesetze und Ceremanialvorschriften betrifft, sa gehen die Urtheile der Generalkommandos hierüber ganz übereinstimmend dahin, daß hieraus kein Nachtheil für den Dienst entstanden sei.

Faßt man den Inhalt dieser Ermittelungen zusammen, so darf man als erfahrungsmäßiges Resultat annehmen,

daß die Juden des preußischen Heeres aon den Soldaten der christlichen Bevölkerung im Allgemeinen nicht erkennbar unterschieden sind, daß sie im Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährt, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben;

daß ferner insbesondere die jüdischen Religiansverhältnisse nirgends als ein Hinderniß beim Kriegsdienste hervargetreten sind."

Nachdem die Denkschrift aus dem Erfahrungsmaterial alle die Momente betont, die manchen Juden damals vom Militärdienst zurückschrecken kannten, var allen die durch harte Arbeit erzeugte physische Degeneration einiger u. a. m., nachdem sie auf die vielfachen Immedlatgesuche hingewiesen, welche die jüdischen Gemeinden und die Vorstände derselben . . an Se. Majestät den König richteten, aus Furcht vor einer Ausschließung von der Kriegspflicht, kommt sie schließlich zu folgendem Resultate:

Erwägt man nun, daß die Juden, nachdem sie von Sr. Majestät dem Könige durch die Verordnung vom 9. Februar 1813 und das Gesetz vom 3. September 1814 in Gemeinschaft mit der christlichen Bevölkerung zum Kriegsdienst berufen worden, in der Zeit der Gefahr nicht hinter den christlichen Einwahnern zurückgeblieben sind, sondern an der Vaterlandsvertheidigung Antheil genommen haben, ihrem Verhalten in den Befreiungskriegen auch, soweit bekannt, die Anerkennung nicht versagt werden darf; daß sie seitdem im Friedensdienste sich überall zur Zufriedenheit geführt haben, erwägt man ferner die Eigenthümlichkeit der Preußischen Kriegsverfassung, die ihr beiwohnende Ehrenhaftigkeit und das in ihr gebotene Mittel sittlicher Verbesserung, sa tritt in einer Enthebung von der Kriegspflicht sa überwiegend die Entziehung eines Vorzuges, einer Berechtigung hervor, daß man nicht umhin kann, sich für die Ausdehnung der Militärpflicht auf alle Landestheile auszusprechen, wa sie nach nicht besteht.

Dieser ehrende Antrag und seine nachmalige Annahme spricht deutlicher als es je eine rein persönliche Ansicht selbst des hochgestelltesten Staatsmannes vermag, ein Urtheil über die bürgerlichen und soldatischen Qualitäten, welche die Juden in den Freiheitskriegen und der folgenden Friedensperiade geoffenbart haben.

[Fortsetzung folgt.]

Die Handelskammer von Mannheim und der Antisemitismus.

Jüngst brachte der sattsam berüchtigte „Bad. Volksbate" einen Sprechsaalartikel, worin die Mannheimer Juden anläßlich des letzten Stiftungsfestes heftig angegriffen warden sind. In Folge dessen sandte die „Vereinigung Badischer Israeliten" nachstehendes Schreiben an die Mannheimer Handelskammer:

Vereinigung Badischer Israeliten.

Karlsruhe, 18. Juli 1896.

An die Handelskammer für den Kreis Mannheim z. H. ihres Vorsitzenden des Herrn Geh Kommerzienraths **Diffené** Hochwohlgeboren, Mannheim.

Wir beehren uns der Handelskammer in der Anlage Nr. 73 der in Heidelberg erscheinenden Zeitung „Badischer Volksbote" vom 8. Juli 1896 mit dem ergebensten Ersuchen vorzulegen, dem Artikel vom 4. Juli im „Oeffentlichen Sprechsaal" Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir wollen der Entscheidung der Handelskammer nicht vorgreifen, ob sich ein Schritt der Handelskammer als solcher empfiehlt, oder ob es nicht wenigstens im Interesse des Handelsstandes und der Industriellen Mannheims liegt, die jüdischen Mitglieder der Handelskammer und sonstige hervarragende jüdische Handeltreibende und Industrielle zu veranlassen, ihre Ehre zu wahren.

Wir gestatten uns aus unserer Erfahrung im Kampfe gegen die Alles verhetzenden Agitationen dieser Sorte Blätter nur soviel zu bemerken, daß die dequemste Ignorirung derartiger Angriffe regelmäßig immer heftigere und maßlosere Invektiven nach sich zieht, während die sofortige Wahrung der angegriffenen Ehre nicht nur die erforderliche Genugthuung verschafft, sondern die Verleumder auch abschreckt, ihr

Handwerk nach der Seite hin wieder zu praktiziren, die ihnen entgegengetreten ist.

Hochachtungsvollst!
Vereinigung Badischer Israeliten
gez. Seeligmann.

Der Vorstand der Handelskammer entwarf ein Antwortschreiben und ließ es mit einem Handschreiben unter den Mitgliedern der Handelskammer zirkuliren. Beide Schriftstücke lauten:

Mannheim, den 15. August 1896.

An die Herren Mitglieder der Kammer.

Wir beehren uns Ihnen umstehend ein Schreiben der Vereinigung Badischer Israeliten vom 18. v. Mts., ferner die von dem Bureau der Handelskammer, da die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Mitgliedern unseres Kollegiums nicht ortsanwesend war, ertheilte Erwiderung zur Kenntniß zu bringen.

Sollten Sie mit der letzteren nicht einverstanden sein, oder glauben, daß diese Erledigung wohl geeignet sei, als eine endgültig betrachtet zu werden, so bitten wir um Ihre Anträge, um den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen zu können.

Für den Fall, daß uns eine solche Mittheilung binnen 3 Tagen nicht von Ihnen zukommt, erlauben wir uns anzunehmen, daß Sie mit dem vorerwähnten Schreiben einverstanden sind.

In kollegialer Hochachtung!
Diffené Dr. Eminghaus.

Der vorgeschlagene Entwurf hatte nachstehenden Wortlaut:

Entwurf! Mannheim, 16. August 1896

An die Vereinigung Bad. Israeliten Karlsruhe.

Wir beehren uns Ihnen den Empfang Ihrer geschätzten Zuschrift vom 18 v. Mts. nebst dem beigefügten Zeitungsblatt (Bad. Volksbote) zu bestätigen. — Wenn wir Ihnen nicht schon früher geantwortet haben, so hat dies seinen Grund darin, daß zur Zeit, wie dies in der heißen Jahreszeit hie und da vorkommt, die Handelskammer nicht beschlußfähig ist. Ihre Anregung daher noch nicht zur Besprechung im Plenum gelangen konnte.

Um Sie indeß nicht länger auf die Erledigung warten zu lassen, ist das Bureau der Kammer über diesen Gegenstand in Berathung getreten und beehrt sich Ihnen Folgendes zu erwidern. — **Aufs Tiefste beklagt das genannte Kollegium die den öffentlichen Frieden gefährdende Hetze,** welche gegen einen Theil unserer Mitbürger um ihres Glaubens willen sich richtet und wovon das eingesandte Zeitungsblatt ein betrübendes Beispiel darbietet. Leider sind aber der Handelskammer keine Machtmittel gegeben, um gegen solche Ausschreitungen wirksam anzukämpfen. Auf eine Zeitungspolemik kann man sich nicht einlassen. Ein gerichtliches Verfahren würde aber, ganz abgesehen von der Frage der Aktiv-Legitimation und der Konsequenzen wohl nur wenig Aussicht auf Erfolg bieten und könnte leicht mehr schaden als nützen.

Ihr gefl. Schreiben wird indeß jedenfalls noch dem Plenum und, Ihrem Vorschlage gemäß, ganz besonders den jüdischen Mitgliedern zur Kenntniß gebracht werden, da der obige Beschluß des Bureaus der Entschließung des Plenums, wenn dasselbe sich auf einen anderen Standpunkt stellen sollte, in keiner Weise präjudizirt.

Zur Abwehr.

Die „Antisem. Korresp." rempelt uns wieder einmal an. Wir haben von dem Herrn Leckert behauptet, er „galt" als antisemitischer Journalist. Beweise dafür haben wir genug. Er schrieb auch für das „Volk"; er erzählte, er sei Mitarbeiter der „Deutschen Wacht." Das sind alles Dinge, die unanfechtbar sind. Die „Antis. Korr." lügt, indem sie diese unsere Notiz angreift. Erstens hat Leckert wirklich Einiges im „Volk" veröffentlicht, was gleich darauf die „Antis. Korr." zugiebt — und zweitens haben wir gar nicht behauptet, Leckert habe an der „Deutschen Wacht" mitgearbeitet. Die „Antis. Korr." und ihre Hintermänner thäten gut, sich an die eigene Nase zu fassen, ehe sie uns den Vorwurf machen, wir fischten im Trüben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Eine Unwahrheit der „Antisem. Correspondenz" des Herrn Liebermann von Sonnenberg. In Nr. 43 vom 3. Dez. behauptet das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg: „Auf Veranlassung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" haben der Verleger Hugo Bloch i. Fa. S. Calvary u. Co. in Berlin und der Schriftsteller Lazarus Goldschmidt in Charlottenburg gegen Herrn Dr. Bischoff (Leipzig) und unserem Schriftleiter eine Beleidigungsklage anhängig gemacht. Es handelt sich um die Besprechung des Buches „Der babylonische Talmud" in Nr. 421 vom 10. Sept." — Wir bemerken, daß der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" mit dieser Anklage gar nichts zu thun hat, wie er überhaupt nie eine derartige Klage veranlaßt hat.

Eine Unwahrheit der „Hannov. Post." Dieses Leibblatt des Herrn Liebermann von Sonnenberg behauptet, an der Nichtbestätigung des Pastors Iskraut als dritten Prediger an der Sophienkirche zu Berlin seien schuld: „die angeblichen positiven Geistlichen der Sophiengemeinde, der Beherrscher des Saarreviers und der Kommandeur der Judenschutztruppe."

Wir erklären, daß weder Abg. Rickert noch sonst unser Verein etwas gethan hat, um die Wahl des Herrn Iskraut zu hintertreiben. Innere Angelegenheiten der evangelischen Kirche dürften doch wohl den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" nichts angehen. Wir überlassen solche versteckte Wühlarbeit, wie sie das Antisemitenblatt uns zuschreibt, getrost unsern Gegnern.

Die „Staatsbürgerztg." befaßt sich in einem Leitartikel (22. Dezbr.) mit der gegen sie gerichteten „Hetze". — „Immer frisch drauf los verdächtigt und verleumdet gegen die antisemitische „Staatsbürgerztg.", so ist es Art der Juden und Judengenossen! Für uns erübrigt es, diese Erbärmlichkeit ernsthaft zu widerlegen. Wir geben dafür das Wort einer Ausführung in der „Zukunft", die jene brave Clique sich vor Augen halten mag; ihr ganzes Wesen ist darin so treffend gezeichnet, daß nichts hinzugefügt zu werden braucht." —

Es ist doch gar zu plump, in demselben Augenblicke, wo man gegen Juden und Judengenossen wettert, einen Juden als Eideshelfer anzurufen!

Das antisemitische Blatt „Freideutschland" bemerkt zu der Kassirung der Wahl des Reichstagsabg. Holtz:

„Der Reichstag hatte im Anfang d. J. die mit knappster Mehrheit in der Stichwahl **gegen** den Polen (!) erfolgte Wahl für ungiltig (!) erklärt, weil die amtliche Wahlbeeinflussung etwas zu stark betrieben sein sollte. Nun war die Neuwahl auf Grund der alten Listen von 1893 erfolgt. Da mußte ja das diesmal stark beschlußfähige Haus mit stattlicher Mehrheit (!) dem deutschen Abgeordneten den Stuhl vor die Thür setzen. Der Mangel an volklichem, vaterländischem Trieb trat hier wieder einmal traurig zu Tage: In den Volksvertretungen **aller anderen** Länder hätte man **sicher** in solchem Falle Fünf gerade sein lassen."

Also weil der unterlegene Gegenkandidat der Herrn Holtz ein Pole war, soll der Reichstag „Fünf gerade sein lassen" und die auf gesetzwidrige Weise zu Stande gekommene Wahl für giltig erklären! Das ist ja eine nette politische Moral!

Unter sich. Die „Voss. Ztg." hatte unlängst die Bevorzugung des Adels zum hundertsten Male festgestellt. Das Stöcker'sche „Volk" hatte es gewagt, diesen Ausführungen beizustimmen. Diese Frevelthat hat innerhalb der konservativen Partei begreifliches Entsetzen erregt, und die Konservative Parteikorrespondenz schleudert den Bannstrahl gegen das frevelnde Blatt, wobei es nach der demagogischen Methode der Konservativen dem Blatt die häßlichsten auch „jüdisch" genannten Beweggründe unterschiedt. Die „Kons. Korr." schreibt:

„Wenn die christlich-soziale Zeitung „Das Volk" der Tante Voß in manchen Stücken zu Hilfe kommt und namentlich Räubergeschichten zu erzählen weiß, wonach „völlig einwandsfreie" bürgerliche Offiziersaspiranten in Norddeutschland „nirgends ankommen" konnten und sich nach Süddeutschland wenden mußten, so ist das recht kindlich. Sollten alle „einwandsfreien" Offiziersaspiranten eingestellt werden, so müßte man die Offizierkorps verzehnfachen Und auch in Süddeutschland werden keinesfalls alle Einwandsfreien angenommen. Von dem „Volk" wundert uns aber dieser kleine Rückfall in demokratische Allüren nicht. Es ist eben, wie gesagt, Vierteljahrswende."

Das „Volk" erwidert auf die Anzapfung der „Kons. Korr." folgendes:

„Wir glauben, daß eine Polemik unter Parteien, die doch manches gemein haben, nicht ordinärer und subalterner geführt werden kann, als es hier vom offiziellen Organ der konservativen Partei geschieht. Weil das Blatt zu den von uns angeführten Thatsachen, für deren Richtigkeit ein anständiger Mann und gewesener Offizier mit seinem Namen eintritt, nichts Stichhaltiges zu sagen weiß, so werden sie für „Räubergeschichten" erklärt und der ganze Artikel auf Rücksichten der „Vierteljahrswende", d. h. auf die allergemeinsten Motive des Eigennutzes zurückgeführt. Es ist sehr zu bedauern, wenn konservative Blätter in der „Verrohung" des Tones den liberalen und demokratischen so weit voraus sind."

Den früheren antisemitischen Agitator, „Konsul" René aus Stettin scheinen die Antisemiten aufs Korn nehmen zu wallen. Sa heißt es am Schlusse eines Artikels der „Hannov. Post" (20. Dezbr.), der sich mit diesem Herrn beschäftigt:

„. . . . Damit aber auch Herr v. Manteuffel erfährt, weß Geistes Kind der „Konsul" Rene ist, dem er in seiner großen Liebenswürdigkeit oftmals gestattet hat, an seiner Seite im Reichstage herumzulaufen, wollen wir noch folgende Mittheilung machen, die wir unter Zeugenbeweis zu stellen uns bereit erklären.

Rene hat verschiedenen Herren auf der Journalisten-Tribüne erzählt, von Herrn v. Manteuffel folgende Nachricht erhalten zu haben. Se. Majestät der Kaiser habe etwa im August d. J. Herrn v. Manteuffel in Audienz empfangen und sich dahin geäußert: „Er verlange, daß die Konservativen endlich zu staatsmännischen Auffassungen zurückkehrten, die Extreme abstießen und dadurch in den Stand gesetzt würden, zusammen mit den Nationalliberalen ein Gegengewicht gegen das Zentrum zu bilden." Auf diese Aeußerung von höchster Stelle versuchte Rene die Rede des Herrn v. Manteuffel in der konservativen Delegiertenversammlung zurückzuführen.

Natürlich ist an dem ganzen Märlein nichts wahr, Herr Rene hat, um sich als eine Vertrauensperson des Herrn v Manteuffel aufzuspielen, geflunkert. Aber der Führer der Konservativen wird aus dieser Mittheilung entnehmen können, daß er sich für die Folge besser von derartig aufdringlichen Leuten fernhält.

Uebrigens zeigt es sich jetzt, wie unbequem Rene den meisten konservativen Abgeordneten gewesen ist, man hört überall die Befriedigung zum Ausdruck bringen, daß dieser Gast aus den Wandelgängen des Reichstages verschwunden ist. Eine vollständige Würdigung der Persönlichkeit Herrn Renes wird erst möglich sein, wenn es gelingt, ihn als Kläger oder Verklagten einmal **vor die Schranken des Gerichts zu bringen.** Was zur Erreichung dieser Absicht möglich ist, wird geschehen."

Hamburg, 18. Dezember. Wahl noch bei Allen, schreibt der hiesige „General-Anzeiger", sind jene Artikel in dem Antisemitenblatt „Die Abwehr" in Erinnerung, welche gegen den Kommerzienrath Riedemann und den Kaufmann Siemers gerichtet waren, und die Aufregung und die Skandalszenen, welche der Verkauf der betreffenden Nummern der erwähnten Zeitung auf öffentlichen Verkehrswegen hervorriefen. Jener öffentliche Skandal hat nunmehr sein gerichtliches Nachspiel gefunden. Angeklagt der öffentlichen Beleidigung durch die Presse sind der in Altona wohnende Goldschmied Johann Heinrich Panz und der hiesige Buchhändler Ernst August Hübner. Der Letztere ist schon wegen öffentlicher Beleidigung bestraft. Das Verfahren gegen den Dritten im Bunde, den antisemitischen Redakteur Wald, der inzwischen geflüchtet ist und jetzt steckbrieflich verfolgt wird, wurde einstweilen eingestellt.

Panz, der seit dem Jahre 1887 Termingeschäfte in Petroleum machte, war mit Riedemann und Siemers in geschäftliche Differenzen gerathen, die in mehreren Prozessen zum Austrag gebracht wurden. Diese zivilrechtlichen Streitigkeiten waren nicht die einzigen Folgen der zwischen Siemers, Riedemann und Panz abgeschlossenen Geschäfte. Letzterer ging auch dahin über, Riedemann wiederholt wegen Betruges und Unterschlagung, ferner den in einem der Prozesse als Zeugen vernommenen Prokuristen der Firma Siemers u. Co., Brunkow, und den R.'schen Lagermeister, Nwaa, wegen Meineides zu denunzieren, wurde jedoch stets mit seinen Denunziationen abgewiesen. Er wandte sich ferner mit Beschwerdeschriften an verschiedene Senatoren, Behörden Hamburgs, Preußens und des deutschen Reichs, machte den Versuch, einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für seine Sache zu interessiren und suchte auch durch eine Anzahl von Briefen an den Kommerzienrath Riedemann, denselben zu bewegen, ihm eine Entschädigungssumme zu bezahlen, deren Höhe er auf 63184 Mk. berechnete. Als er mit allen diesen Mitteln nichts zu erreichen vermochte, legte er seine ganze Angelegenheit schriftlich nieder unter Anführung eines Theiles dieserhalb mit Behörden, mit Riedemann und mit Rechtsanwälten geführten Korrespondenz und übergab diese Schrift dem jetzt entflohenen Wald, damaligen Redakteur der antisemitischen Zeitung „Abwehr", sowie dem Verleger derselben, Hübner, zum Zwecke der Veröffentlichung. Wald bearbeitete das Schriftstück noch einmal, worauf dasselbe unter Billigung des Hübner in der Nummer 16 der „Abwehr" am 22. April 1895 hier veröffentlicht wurde. Die Auflage wurde in etwa 9000 Exemplaren theils hier und in Altona in marktschreierischer Weise in der Nähe der Börse abgesetzt, theils auch nach Bremen, Bremerhaven, Geestemünde, Lehe und Brake versandt, und daselbst vertrieben. In der folgenden Nummer der „Abwehr" vom 29. April 1895 erschien dann ein weiterer Artikel unter der Ueberschrift „Noch einmal der Fall des Kommerzienraths Riedemann und Konsorten". Dieser Artikel stammte aber nicht von Panz, sondern von Wald und soll mit Genehmigung des Hübner zum Abdruck gebracht sein. Durch den Inhalt dieser beiden Artikel sind u. A. der Kommerzienrath Riedemann und der Kaufmann Edmund Siemers auf das Gröblichste beleidigt worden. Was den ersten Artikel anbelangt, so finden sich darin u. A. folgende Ausdrücke, die sich theils auf Riedemann allein, theils auf diesen und Siemers beziehen: „Betrug des Kommerzienraths Riedemann und Konsorten." „Ein Schuft darf nicht preußischer Kommerzienrath sein, berufsmäßige Ausbeuter, gewerbsmäßige Mordbrennerei." „Herr Edmund Siemers, Vorstand und Inhaber der Schw . . firma G. J. H. S. u Co., Schutzpatron des Kommerzienraths W. A. Riedemann" 2c. Auch wird behauptet, Kommerzienrath Riedemann habe Waare des Panz, die bei ihm lagerte, unterschlagen, er habe einen Lieferschein gefälscht, Panz um 20000 Mk. beschwindelt; er habe Kunden durch Abnahme zu hoher Lagergebühren betrogen, er habe Fässer vom Lager gestohlen, er habe den ihm unbequemen Zeugen Ploog mit Schweigegeld nach Amerika geschickt." Der Kaufmann Siemers wird wiederholt des „Betrugs und der Unterschlagung von Andienungsscheinen des Panz beschuldigt." Der zweite Artikel vom 29. April 1895 wird hauptsächlich mit einer beleidigenden Polemik gegen verschiedene hiesige Zeitungen wegen ihres Verhaltens der ersten Veröffentlichung gegenüber ausgefüllt; es befindet sich aber auch in diesem Artikel mehrere den Kommerzienrath Riedemann beleidigende Behauptungen, u. A. wird in recht frivolen Ausführungen behauptet, „daß nicht wenige Dienstmädchen durch Explosionen von Petroleum in Lampen Brandwunden erhalten hätten, welche häufig den Tod herbeigeführt hätten." Diese Behauptung wird darauf zu stützen versucht, „daß R. diejenigen Fässer Petroleum, welche in Folge von Leckage nicht mehr daumstichvoll gewesen seien, mit sogenanntem „Pumpöl" habe auffüllen lassen, und daß dieses „Pumpöl" wegen seiner hohen Explosionsfähigkeit die Ursache davon sei, daß so viele Unglücksfälle durch Explodiren der Lampen entständen."

Die Verhandlungen vor dem hiesigen Landgericht dauerten drei Tage. In längeren Ausführungen wies der Staatsanwalt an der Hand der stattgehabten Verhandlung nach, daß alle in den Artikeln der „Abwehr" enthaltenen Behauptungen seitens der Angeklagten sich als völlig unwahr erwiesen haben. Was die Strafausmessung betrifft, so könne man Panz, wenn er nachdrücklich bestraft werden müsse, doch immerhin mildernde Umstände zubilligen. Man könne nicht sagen, daß Panz die Beleidigungen wider besseres Wissen vorgebracht hat, er hat sich in seinem verbohrten Eigensinn so in die Sache hineingelebt, daß er das, was er sich einbildete, für wirkliche Thatsache hielt. Anders liegt die Sache bezüglich des Hübner. Dieser habe nur aus schnöder Gewinnsucht gehandelt, er wollte die herabgekommene „Abwehr" wieder in die Höhe bringen und einige Tausend Exemplare mehr absetzen. Er beantragte gegen Panz 9 Monate, gegen Hübner 1 Jahr 6 Monate Gefängniß.

Der Gerichtshof verurtheilte Panz zu 5, Hübner zu 8 Monaten Gefängniß.

△ **Cassel,** 18. Dez. Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** hielt gestern hier im Schaub'schen Gartensaal einen Vortrag. Die Versammlung leitete Dr. Winterstein, der Vorsitzende des deutsch-sozialen Landesverbandes für Waldeck und Hessen. Insbesondere beschäftigte sich der antisemitische Dauerredner mit dem Casseler Weihnachtsadreßbuch der deutsch-christlichen Geschäfte. Nach dem Vortrag, der die alten Vorwürfe enthielt, meldete sich Herr Friseur Gref, der sich der Versammlung mit den Worten vorstellt: „Meine Herren, ich bin kein Jude, wie man mir auch wohl ansieht (Rufe aus der Versammlung: „aber Sozialdemokrat!"), nein, ich bin **Mitglied des katholischen Volksvereins** und werde die Tribüne sofort wieder verlassen, wenn man mich gleich zum Anbeginn verleumdet." (Unruhe, Bravo. Rufe: reden lassen! ruhig!) Nachdem endlich Stille eingetreten, erklärt der Redner, daß es sehr unrecht sei, dem Geschäftsmanne, der in der heutigen Zeit ohnedies schwer zu kämpfen habe, die Pistole auf die Brust zu setzen und ihn zu dem

Bekenntniß zwingen zu wollen: entweder Jud oder Christ. Der Geschäftsmann müsse vor Allem leben und dürfe sich beshalb mit Niemandem verfeinden. (Beifallsrufe: Der Mann hat Recht. Lachen.) Herr Gref verließ die Tribüne, worauf Herr Liebermann noch einmal das Wort ergriff und ausführte das von irgendwelchem Zwange bei dem Verbande keine Rede sei. Dr Winterstein schloß nunmehr die Versammlung, welche unter der Absingung des Liedes „Deutschland, Deutschland über Alles“ auseinanderging.

Ist das Handwerk noch lebensfähig?

aon Karl Jentsch.

[Fortsetzung.]

Nur dadurch, doß sich die Mehrzahl der Städter dozu bequemt hat, in Miethkasernen zu wohnen, der Bau also gar nicht mehr aon dem Geschmock und den Verhöltnissen der Personen adhängt, für die das Hous bestimmt ist, hot der Höuserbau ein von Kapitalisten mit oder ohne Fachbildung betriebenes Spekulationsgewerbe werden können.

Ueberhoupt hängt dos Schicksol aieler einzelnen Gewerbe in einem hohen Grade vam Geschmack des Publikums ob und aon den Anforderungen, die es aus Bequemlichkeit stellt. Wenn es z. B. gonz allgemeln die Bücher fertig gebunden fordert so wird den Provinzbuchbindern höchstens noch dns Aktenheften und ein wenig Kortonogenorbeit übrig bleiben; die meisten werden sich nicht mehr holten können, besonders da ihnen ihr früherer Nebenverdienst als Schreibmaterialien-, Papeteriewoaren- und Sartimentsduchhändler durch die jetzt allerorten bestehenden ordentllchen Buch-, Popier- und Golanteriewarenhandlungen entzogen wird. Ebenso höngt es aom Geschmock des Publikums ad, in welchem Umfange solchen Gewerben wie der Schlosserei, Sattlerei, Tischlerei ein Theil ihres Bereichs zu Gunsten der Fobrik entzogen wlrd. Einem Menschen von rohem Geschmack ist es gleichgiltig, wie das Gitter um seinen Gorten aussieht; der Mann aon Geschmock zleht der plumpen Fabrikwoare die Handarbeit des Kunstschlossers aor. Bei der Tischlerei kommt hinzu, doß saubere Hondorbeit auch die größere Haltdorkeit verbürgt. Uebrigens hat die Maschine für den Tischler keineswegs die Bedeutung, die mon lhr gewöhnlich zuschreibt. Es ist aortheilhaft für ihn, einzelne Möbeltheile, wie gedrehte Tischbeine, aus der Fobrik zu beziehen, aber in seiner Werkstatt nützen ihm Maschinen nicht gor vlel. Er kann sie nicht ausnutzen, wie der Spinner die Spinnmoschine, die Tag und Nocht geht, denn er hot bold an dieser, bald an jener Moschine, bald bloß mit der Hand zu thun, und dos Hin- und Herloufen raubt ihm monchmal so viel Zeit, als ihm die Maschine erspart. Dos gilt zum Theil auch noch für große, orbeitstheilig orbeitende Möbelfabriken; der kleine Tischler thut meistens besser, wenn er von der Innung oder Genossenschoft ongeschoffte Moschinen oder Maschinen einer benachdorten Fabrik gegen Miethe benutzt. Was den kleinen Tischler schödigt, dos sind weniger die Maschine und das Großkopital, als gewisse weiter unten zu erwähnende Kundengewahnheiten und sozio le Uebelstönde. Uebrigens bezieht sich die Arbeitstheilung in den Möbelfabriken varzugsweise ouf Vorbereitungsorbeiten, wie die Herrichtung des Halzes. In den berühmten Mainzer Möbelfabriken macht jeder Tischler sein Stück von Anfang bis zu Ende fertig; er arbeitet gerade sa wie der kleine Tischler in seiner Werkstatt. Die Vereinigung vieler Tischler in einer Fabrik, und dazu noch vieler Tapezirer und anderer Handwerker, ist nur darum nothwendig, weil reiche Leute heutigen Tages nicht einzelne Möbel kaufen, sondern sich stilaolle Ausstattungen komponiren lassen, was einzelne Tischler und auch mehrere einzelne Tischler zusammen nicht zu leisten vermögen. In der graßen Fabrik liefern Zeichner, die oft wirkliche Künstler und auf dem Polytechnikum gebildet sind, den Kunden die Entwürfe, nach denen donn gearbeitet wird. Natürlich stehen sich die „Arbeiter“ salcher Fabriken besser, als der selbstständige kleine Tischler.

Wie ln der Tischlerel, so lst auch in den meisten Nahrungsmittelgewerben, namentlich ln der Böckerei, Kanditarel, Fleischerei, Wurstmacherei, der Gebrauch der Maschine beschränkt und die Ausdehnung des Betriebes über einen gewissen Umfong hinous nicht mehr rentabel. Wer das billige Brot der Militärbäckerelen dem theuern Brate des Kleinbäckers gegenüberstellt, aergißt, doß der Militörfiskus weder Wohnungsmiethe noch Steuern zu zohlen hot. In der Müllerei und der Brauerei hot der Großbetrieb gesiegt.

Auch in den Bekleidungsgewerben hängt vom Geschmack des Publikums sehr aiel ab. Der Geck und die Modedome ziehen den Fabrikschuh aar, weil er elegant aussieht und stets genou der wechselnden Mode entspricht. Daß sie sich domit den Fuß verkrüppeln, kümmert sie nicht, und doß er schnell zerreißt, berührt sie gor nicht, weil es ja zum feinen Ton gehört, beständig mit seinen Kleidungsstücken zu wechseln und stets etwos neues am Leibe zu tragen. Der verständige Mann und die wirthliche Housfrau ziehen den vom Meister angemessenen Schuh oder Stiefel vor, der genau poßt, in dem mon bequem geht, und der ein Johr oder eln paar Johre hält. Davon, ob die erste oder die zweite Menschengattung überwiegt, hängt die Zukunft der Kleinmeister mehr ob, als aon der Moschine und dem Großkapital. Die „Kanfektion“ muß den Geschmack für sockartige Mönnerröcke und Beinkleider und für Möntel verdreiten, die dem einen Kunden so gut oder sa schlecht possen wie dem andern. Das Schicksol des Schneiders hängt davon ab, in welchem Grade sich das Publikum dlesem Geschmocke fügt.

Die dekannten Vorteile, die die Ueberlegenheit des Maschinengroßbetriebs begründen: möglichste Verdrängung der theurern gelernten durch die billigere ungelernte, der theurern Männer- durch die billigere Frauen- und Kinderarbeit, des theurern menschlichen Arbeitens durch die billigere Maschine, billiger Masseneinkauf des Rohmoterials, eine Intensität des arbeitstheilig gegllederten Betriebs, bel der keine Minute des Tages und womöglich ouch der Nacht aerloren geht, alle diese Vortheile kammen vall zur Geltung nur bei der Anfertigung von Wooren, die kein indlviduelles Gepräge zu haben brauchen, wa ein Stück wie das andere aussieht, und die von sehr einfacher Struktur sind. Bei Kleiderbesätzen fordern gewöhlte Domen immer neue originelle Muster, daher bleiben die feineren Posomentenwaaren Handorbeit; die Fabrik kann nur die gröbere gleichortige Woore liefern, denn sollten beständig neue Muster eingelegt und diesen die Maschine ongepoßt werden, sa käme dos zu theuer. An Söttein und Riemenzeug sind Nähte nicht zu vermeiden, an die keine Maschine heran konn, doher erscheint es melst aorthellhafter, die Maschine überhaupt nicht erst zu verwenden. Koffer und Partemonnaies dogegen (diese letzten woren übrigens aor fünfzig Johren überhoupt noch unbekannt) werden nur noch in der Fabrik gemacht. Das Ideal der für den Moschinengroßbetrieb prädestinierten Erzeugnisse sind die gewöhnlichen glatten Gewebe: Tuch, Leinewond, Kottun (mit Domasten, Brakoten und Gobelins verhält es sich schon anders); hier ist die Ueberlegenheit jener Betriebsart so ougenscheinlich, daß es eln thörichtes Beginnen wöre, den Stand der Handwerker künstlich hatten zu wallen, ebensa thöricht, wie wenn man anfangen wollte, mit dem Spinnrad zu spinnen. Das ist es nun, was Marx zu seinem Irrthum aerführt hat. Die Kattunweberei nahm in England ln der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts einen sa hahen Rang ein (king cotton, Känig-Baumwolle), daß sie ihm als die Vertreterin des Gewerbelebens überhaupt erschien. Davon kann heute kaum noch ln England dle Rede sein, in Deutschland aber wäre es ganz aerkehrt, die Weberei für das Muster zu halten, nach dem sich unser ganzes ungeheuer reich gegliedertes Gewerbeleben zu richten hätte. — Höchstens im Königreich Sachsen hätte diese Ansicht einige Berechtigung, wa ja auch die den englischen ähnlichen Verhältnisse den furchtbarsten Nährbaden für die Sozialdemakratie abgeben.

Es war nicht möglich, an dieser Stelle alle Gewerbe durchzugehen, aber das Gesagte wird genügen, von den Aussichten der Handwerke und ihrem Verhältniß zur Großindustrie eine Vorstellung zu geben. Fassen wir das Ergebniß unsrer Uebersicht zusammen! Es giebt Großindustrieen, die von vorherein und ihrer Natur nach Großindustrien sind; diese haben kein Handwerk verdrängt, sondern sind als neue Gewerbszweige neben das alte Handwerk getreten. Es giebt Handwerke, die nur ohne Maschinen, oder wenn auch mit einigen kleinen Maschinen, so doch nur im kleinen betrieben werden können. Es giebt Handwerke, bei denen, mögen sie Maschinen verwenden oder nicht, ein mittlerer Betrieb der natürliche und angemessene ist. Es giebt Handwerke die zwar Maschinen anwenden können, aber nur in beschränktem Maße. Es giebt Handwerke, denen der Maschinengroßbetrieb einen Theil ihrer Produktionszweige genommen hat, die aber Ersatz dafür finden theils durch den Handel mit Fabrikwaare, theils durch neue Produktionszweige, die ihnen zugewachsen. Es giebt Handwerke, deren Produkte sämtlich in Fabriken mit Maschinen angefertigt werden, sodaß sie einen Theil ihres Absatzgebietes verlieren, die aber nicht ganz zugrunde gehen können, weil die Fabrikwaare, nicht alle Kunden zu befriedigen vermag. (Die Hauptvertreterin dieser Gruppe ist die Schuhmacherei.) Es giebt Gewerbe, die gleich vortheilhaft in Form des Handwerks und der Fabrik betrieben werden können. Bei dieser und bei der vorigen Gruppe ist es vorzugsweise die Kapitalfülle, was zur Errichtung von Fabriken treibt. Ein reicher Lederhändler, der sein Geld im Handel nicht ganz verwenden kann, und auch mancher Kapitalist, der in gar keiner Beziehung zum Ledergeschäft steht, gründet eine Schuhfabrik oder eine Kleiderkonfektion oder legt einen Kleiderladen an, blos weil er keine bessere Verwendung für sein Geld weiß. Diese beiden Gruppen und auch einige der vorher angeführten können ihr Gebiet gegen den Großbetrieb wirksam vertheidigen durch Gründung von Genossenschaften, die die Rohstoffe gemeinsam einkaufen, Maschinen zu gemeinsamer Benutzung anschaffen, gemeinschaftliche Verkaufsläden anlegen, oder, wo es sich um Exportwaaren handelt, kaufmännisch gebildete Genossenschaftsbeamte für den Verkehr mit den ausländischen Abnehmern anstellen. Auch die Kleinmotoren bringen dem Handwerker, der, wie der Drechsler, der Tischler, der Wurstmacher, Triebkräfte verwenden kann, einige Hilfe, und noch mehr darf man sich von Einrichtungen versprechen, die in Zukunft hoffentlich jedem einzelnen Handwerker benachbarte Wasserkräfte durch elektrische Kraftübertragung dienstbar machen werden. Endlich giebt es Handwerke — es sind dies die meisten Zweige der Weberei —, deren Zeit vorüber ist, und die endgiltig von der Fabrik verdrängt sind. Doch ist dies nicht als ein so großes Unglück zu betrachten, weil die Weber nur im früheren Mittelalter, wo ihnen ihre im Verhältniß zum Bedarf geringe Zahl Monopolpreise sicherte, guten Verdienst hatten. Schon im späteren Mittelalter sanken die meisten zu Manufakturarbeitern der wenigen großen Meister herab, die sich zu Fabrikanten, zu Tuch- und Leinewandkaufleuten emporschwangen, und zahllose Weberrevolten bekunden, wie unbefriedigend die Lage der Weber gewesen sein muß. Auch ein Schneider und Schuster haben sich schon vor der technischen Umwälzung unsers Jahrhunderts meistens recht kümmerlich durchgeschleppt.

Innerhalb jedes Handwerks ist die Lage der einzelnen Meister*) sehr verschieden, je nach ihrem Vermögen. Wer sein Gewerbe mit einem angemessenen Kapital begründen und betreiben kann, der wird auch heute noch im Handwerk reich, wenn ihm die übrigen Eigenschaften: Fleiß, Thatkraft, Umsicht, Geschicklichkeit, tüchtige technische und kaufmännische

*) Mit der Lage der Gesellen und Lehrlinge haben wir uns hier, wo es sich nicht um die Feststellung der sozialen Zustände, sondern nur um die Frage des Kleinbetriebes handelt, nicht zu beschäftigen.

Ausbildung nicht fehlen, und wenn er Glück hat. Ein solcher begründet von vornherein einen mittleren Betrieb und schwingt sich gewöhnlich zum Fabrikanten empor. Die verschiedenen Handwerke erfordern verschieden große Kapitalisten. Als Schneidermeister kann sich einer mit 500 Mk. etabliren, ein Schlächtermeister braucht bedeutend mehr, ein Zimmermeister muß heutzutage 30 000 Mk. zum Anfang haben. Sich ohne das nöthige Anfangskapital als Meister niederzulassen, ist ein Wagniß, das meistens mißlingt, und das unbedingt mißlingen muß, wenn der junge Meister gleich anfangs das Geschäft in einem seine Mittel weit übersteigenden Umfange betreibt, wenn er wohl gar, anstatt persönlich für zwei Gesellen zu arbeiten, den Herrn spielt, seine Thätigkeit auf die Leitung der Werkstatt beschränkt. Auch darin hat sich eigentlich gegen früher nichts geändert, denn der alte Handwerksmeister war gewöhnlich ein Meisterssohn, der des Vaters Haus, Werkstatt und Vorräte erbte,*) oder der Gatte einer Meisterstochter oder Meisterswittwe, die ihm dieses Kapital zubrachte, und mußte, wenn er damit durchkommen wollte, selber tüchtig arbeiten.

Was heute den kleinen Handwerkern das Leben mehr schwer macht als die Maschine und das konkurrierende Großkapital, das sind gewisse gesellschaftliche Unsitten und Uebelstände. Zuerst die abscheuliche Pumpwirthschaft. Auf drei Mark Tagesverdienst kann es ein kleiner Schumacher, der mit einem Gesellen und einem Lehrling arbeitet, schon bringen, und damit würde er bei kleiner Familie und bescheidenen Lebensgewohnheiten durchkommen. Aber er hat diese drei Mark niemals in der Hand. Seine Kunden bleiben ihm mehrere Monate und sogar Jahre lang schuldig; um sein Geld in kleinen Posten heranzubringen, muß er sich mit Mahnen eine Unmasse Zeit verlaufen und verschreiben und die Seele herausärgern. Weil er niemals eine größere Summe Geldes beisammen hat, kann er nicht baar einkaufen: er gerät in die Schuldknechtschaft des Lederhändlers, muß seine Lebensmittel auf Borg nehmen und die Miethe schuldig bleiben. Er mag sich sechzehn bis zwanzig Stunden des Tages abrackern — wenn er am andern Morgen erwacht, weiß er nicht, woher er das Geld auf Brod für seine Kinder nehmen soll. So fristet er sein elendes Dasein, von dem ihn nur der Tod erlöst. Alle Organisationen des Handwerks, die man plant, nützen nichts, wenn sie diesen Uebelstand nicht beseitigen. Das könnten sie aber nur dann, wenn sie die Ablieferung von Waare ohne Baarzahlung bei Strafe verböten, und da man sich zu einem solchen Paragraphen nicht wird entschließen können, so wird die Hauptsache ungethan bleiben.

*) Meistens gehört zum Hausgrundstück auch noch ein Acker, sodaß der Besitzer nicht ganz und gar bloß von seinem Gewerbe abhing.

[Schluß folgt.]

Briefkasten.

Berichtigung. In unserer statistischen Notiz über Oesterreich (s. Nr. 51 S. 403) muß es heißen: Linke Spalte, 5. Zeile v. u. statt 48: **4,8**, und rechte Spalte, 16. Z. v. o. statt 688: **698**.

M. L. in Berlin. Wir möchten Ihnen rathen, zunächst den Direktor der Schule um Angabe des Grundes, weshalb Ihr Kind keine Aufnahme findet, zu bitten. Es ist ja möglich, daß der von Ihnen vermuthete Grund vorliegt.

B. in Berlin. Der „Vorwärts“ behauptet, Hochgreve, der verantwortliche Redakteur der „Antisemitischen Correspondenz“, habe vor der Verhaftung Tanschs mit diesem im Vorraume des Gerichtssaales noch eine sehr eingehende und, wie es schien, sehr vertrauliche Unterredung gehabt.

S. St. in F. bei C., F. N. in Hamburg. Freundlichen Dank für die Zusendung des Blattes. Ist benutzt.

H. Bl. in Kassel. Wir erhielten bereits einen anderen Bericht. Doch bitten wir Sie, uns recht oft Zeitungen 2c. aus Ihrem Ort zu senden. Wir behalten die Sache im Auge.

W. C. in B. Wir sind unschuldig an der mangelhaften Bestell. der „Mittheil.“ durch Ihre Post. Bitte beschweren Sie sich dort, eventuell thun wir es auch von hier aus.

Verleger und verantwortlicher Redacteur: Ludwig Scharf, Magdeburgerstr. 13. — Druck von Max Hoffschläger, Berlin W., Potsdamerstr. 115a
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 13.